
saur

Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 9/1

Deutsche und Polen zwischen den Kriegen

Minderheitenstatus und „Volkstumskampf" im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920–1939

Herausgegeben im Auftrag
des Instituts für Zeitgeschichte
und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive

von

Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski

Bearbeitet von
Mathias Niendorf und Przemysław Hauser

1. Halbband

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris 1997

Dem Andenken Martin Broszats
Pionier einer neuen Betrachtungsweise
deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte

Pamięci Martina Broszata
pioniera nowego spojrzenia
na dzieje stosunków polsko-niemieckich

Polacy i Niemcy między wojnami

Status mniejszości i walka graniczna
Reporty władz polskich i niemieckich z lat 1920–1939

Wydano na zlecenie
Institut für Zeitgeschichte i
Naczelnej Dyrekcji Archiwów Państwowych

Wydawcy:
Rudolf Jaworski i Marian Wojciechowski

Opracowali:
Mathias Niendorf i Przemysław Hauser

Cześć I

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Deutsche und Polen zwischen den Kriegen : Minderheitenstatus und „Volkstumskampf" im Grenzgebiet ; amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920 – 1939 / hrsg. im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive von Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski. Bearb. von Mathias Niendorf und Przemyslaw Hauser. – München ; New Providence ; London ; Paris : Saur.
(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte : Bd. 9)
ISBN 3-598-22810-4
NE: Jaworski, Rudolf [Hrsg.]; Niendorf, Mathias [Bearb.]; GT

Halbbd. 1 (1997)

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K.G. Saur Verlag GmbH & Co KG, München 1997
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlages ist unzulässig
Datenübernahme und Satzproduktion: Microcomposition, München
Druck / Printed by WS Druckerei, Bodenheim
Binden / Bound by Buchbinderei Schaumann, Darmstadt
ISBN 3-598-22810-4

Inhaltsverzeichnis / Spis treści

Halbband / Część
1

Vorwort ... ix
Przedmowa ... xv
Abkürzungsverzeichnis / Wykaz skrótów ... xxi
Übersichtskarte / Mapa ... xxiii

Einführung / Wstęp

Marian Wojciechowski:
Die deutsche Minderheit in Polen (1920–1939) ... 1
Mniejszość niemiecka w Polsce (1920–1939) ... 27

Rudolf Jaworski:
Die polnische Grenzminderheit in Deutschland 1920–1939 ... 49
Polska mniejszość przygraniczna w latach 1920–1939 ... 71

Auswahlbibliographie (Darstellungen und Quellen) /
Bibliografia wybrana (opracowania i źródła) ... 91
Dokumentenverzeichnis / Wykaz dokumentów ... 105

Dokumente / Dokumenty

A. Provinz Ostpreußen / Prowincja Prusy Wschodnie

Mathias Niendorf:
Die Provinz Ostpreußen und ihre polnische Bevölkerung ... 159
Prowincja Prusy Wschodnie i jej ludność polska ... 164
1. Provinzebene / Prowincja ... 169
2. Regierungsbezirk Westpreußen und Kreis Stuhm /
Rejencja Prusy Zachodnie i powiat Stuhm ... 221

B. Wojewodschaft Pommerellen / Województwo pomorskie

Przemysław Hauser:
Die deutsche Minderheit in den Wojewodschaften Posen
und Pommerellen 1919–1939 ... 273
Mniejszość niemiecka w województwach poznańskim i pomorskim
w latach 1919–1939 ... 283
1. Wojewodschaftsebene / Województwo ... 293
2. Landkreis / Powiat Grudziądz ... 402
3. Kreis / Powiat Sępólno Krajeńskie ... 412

C. Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (Brandenburg) / Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie (Brandenburgia)

Mathias Niendorf:
Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und ihre polnische Bevölkerung ... 453
Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie i jej ludność polska ... 458
1. Provinzebene / Prowincja ... 463
2. Kreis / Powiat Flatow ... 527
3. Kreis / Powiat Meseritz ... 551

Halbband / Część
2

D. Wojewodschaft Posen / Województwo poznańskie

1. Wojewodschaftsebene / Województwo ... 591
2. Kreis / Powiat Nowy Tomyśl ... 728

E. Provinz Oberschlesien (Schlesien) / Prowincja Górny Śląsk (Śląsk)

Mathias Niendorf:
Die Provinz Oberschlesien und ihre polnische Bevölkerung ... 811
Prowincja Górny Śląsk i jej ludność polska ... 817
1. Provinzebene / Prowincja ... 823
2. Landkreis / Powiat Oppeln ... 900
3. Industriegebiet / Okręg przemysłwowy ... 927

F. Wojewodschaft Schlesien / Województwo śląskie

Przemysław Hauser:
Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien 1919–1939 ... 969
Mniejszość niemiecka w województwie śląskim w latach 1919–1939 ... 975
1. Wojewodschaftsebene / Województwo ... 982
2. Industriegebiet / Okręg przemysłwowy ... 1113

Ortsregister / Indeks miejscowości ... 1135

Vorwort

Die neueste Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ist in erheblichem Maße von dem Umstand geprägt, daß beide Nationen bei der jeweils anderen als Minderheit repräsentiert gewesen sind. Durch diese Verschränkung hatte der globale deutsch-polnische Antagonismus der letzten beiden Jahrhunderte gleichsam eine zweite, ‚innere Front' erhalten und eine zusätzliche Verschärfung erfahren.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind es die polnischen Bevölkerungsteile der preußischen Ostprovinzen gewesen, deren Lage und Haltung in der deutschen, vor allem aber auch in der dreigeteilten polnischen Öffentlichkeit heftig debattiert worden sind. Seit 1918 rückten dann die an Polen abgetretenen, teilweise deutsch besiedelten ehemaligen Ost- bzw. neuen polnischen Westgebiete in das Zentrum der Aufmerksamkeit beider Länder – unbeschadet der fortbestehenden Problematik polnischer Bevölkerungselemente an der deutschen Ostgrenze. In der Weimarer Republik wurde der Kampf gegen den Korridor und gegen die ‚blutende Grenze' im Osten zu einem unabdingbaren Axiom der deutschen Außenpolitik erhoben, dem kaum eine politische und gesellschaftliche Kraft ihre Zustimmung zu versagen wagte. Und in Polen ist wiederum die Erhaltung eben dieser Territorien als Existenzvoraussetzung für den Weiterbestand des neu gegründeten polnischen Staates angesehen worden.

Die Verkoppelung von innerstaatlicher Integrationsproblematik und außenpolitischer Aufladung machte die wechselseitigen Minderheitenfragen während der gesamten Zwischenkriegszeit zu einem unüberwindlichen Dauerhindernis für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, wenn man von der verordneten und nur auf höchster Ebene wirklich eingehaltenen Waffenstillstandspause zwischen 1934 und 1937 einmal absieht. Dabei waren es in erster Linie die „Grenzminderheiten", an denen sich die Gemüter in beiden Ländern erhitzten und weniger die Ruhrpolen oder die Deutschen in der Lodzer Industrieregion. Dieser Streit hat bekanntlich den Zweiten Weltkrieg überdauert, durch die sogenannte Westverschiebung Polens eine neue Dimension bekommen und bis in die jüngste Vergangenheit hineingedauert.

Zweifellos war es vor allem die Frage der deutschen Grenzminderheit, die seit 1918 mit Abstand von größerer Brisanz gewesen ist und dementsprechend auch eine größere Aufmerksamkeit in der Forschung auf sich gezogen hat. Es gibt darum generell mehr Darstellungen zu der deutschen als zu der polnischen Grenzminderheit. Insgesamt dominieren Untersuchungen zu den politischen Aspekten der jeweiligen Minderheitenfrage. Kultur- und alltagsgeschichtliche Ansätze sind noch kaum erprobt worden. Das hatte auf beiden Seiten vor allem mit politischen Rechtfertigungsabsichten zu tun. Wenn sich polnische Historiker in der Vergangenheit mit der polnischen Grenzminderheit befaßt hatten, dann vielfach zur historischen Rechtfertigung der Oder-Neiße-Grenze und wenn sie sich mit den deutschen Grenzminderheiten beschäftigten, wie z. B. derjenigen in Oberschlesien, dann vielfach nur um des Nachweises staatsfeindlicher bzw. pronazistischer Aktivitäten wegen. Apologetisch sind auch die meisten der insgesamt wenigen, eher heimatkundlich orientierten Arbeiten westdeutscher Provenienz zum Thema deutsche Grenzminderheiten gehalten.

Die vorliegenden Arbeiten zu der hier interessierenden Problematik sind außerdem fast ausschließlich auf eine der beiden Grenzminderheiten bezogen. Vergleichende Untersuchungen sind demgegenüber noch kaum unternommen worden. Die Heterogenität der Minderheiten in beiden Ländern, ihre verschiedenartige historische Genese, soziale Zusammensetzung und politische Bedeutung mögen ein wichtiger, sicher aber nicht der ausschlaggebende Hintergrund für die Bevorzugung eines solchen eindimensionalen Zugangs gewesen sein. Als weiteres hervorstechendes Merkmal der einschlägigen Forschungsliteratur ist ferner die Tatsache zu nennen, daß sie überwiegend die zentrale Ebene und die normativen Grundlinien der jeweiligen Minderheitenpolitik zur Darstellung gebracht hat. Die schlechte Forschungslage zu den mittleren und unteren Verwaltungsebenen und der damit verbundene Mangel an ausreichenden Fallstudien dürften die objektiven Gründe für die Nichtbeachtung regionaler Besonderheiten gewesen sein.

Für eine angemessene und umfassende Würdigung der gespannten Situation an der deutsch-polnischen Grenze während der Zwischenkriegszeit sind aber andere als die bisher gängigen Forschungsstrategien nötig. Dazu gehört beispielweise die gleichzeitige Beachtung der Minderheitenprobleme in beiden Ländern, um vergleichend die Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten und Wechselwirkungen sichtbar machen zu können. Und dazu gehört zweitens eine Abkehr von der bisher vorherrschenden globalen Draufsicht zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der regionalen und lokalen Gegebenheiten, um die tatsächliche Lage der betreffenden Minderheiten konkreter fassen zu können. Das waren in etwa die Grundgedanken der beiden geistigen Väter dieser Publikation, Martin Broszat und Marian Wojciechowski. Es lohnt sich, auf die zeitlich weit zurückliegende Vorgeschichte unseres deutsch-polnischen Gemeinschaftsunternehmens etwas genauer einzugehen, spiegelt sie doch einen kleinen Ausschnitt der schwierigen deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wider.

Am Anfang stand die persönliche Begegnung zweier Zeithistoriker aus Polen und aus der Bundesrepublik. Auf polnischer Seite war es der Warschauer Universitätsprofessor und Direktor der polnischen Staatsarchive Marian Wojciechowski, auf deutscher Seite der langjährige Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Martin Broszat. Wojciechowski, einer der ersten polnischen Ford-Stipendiaten in der Bundesrepublik Ende der 50er Jahre hatte schon zu dieser Zeit mit dem damaligen Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte Broszat die Idee einer vergleichenden Untersuchung der deutschen und der polnischen Minderheiten im jeweils anderen Staatsgebiet während der Zwischenkriegszeit. Doch beide waren sich bewußt, daß hierfür die Zeit noch längst nicht reif gewesen ist. Ein solches deutsch-polnisches Forschungsprojekt hätte zum damaligen Zeitpunkt in beiden Ländern mit Sicherheit einen Proteststurm ausgelöst und die Verantwortlichen schlichtweg dem Verdacht des Vaterlandsverrats ausgesetzt. Das Thema war zu heikel, in der Bundesrepublik wegen der noch virulenten Flüchtlingsfrage, in Polen wegen der Staatsdoktrin, wonach es in den hier interessierenden Grenzgebieten amtlich überhaupt keine Deutschen, sondern höchstens noch Autochthone geben sollte. Die deutsch-polnischen Beziehungen waren nicht zuletzt wegen der Minderheiten- und der Grenzfrage auf einen neuen Tiefpunkt angelangt, und in einer solchen Situation gab es keine echte Chance für eine kritische und nach Objektivität strebende historische Aufarbeitung der jeweiligen Grenzminderheiten.

Doch die vorläufig nur als ein Wunschtraum formulierte Idee blieb bei beiden Wissenschaftlern erhalten und ist nach Jahrzehnten, konkret im Sommer 1986 erneut Gegenstand eines Gesprächs zwischen Broszat und Wojciechowski in Warschau gewesen

und dabei wurde der Gedanke diskutiert, „die im großen und ganzen erfreulich gute Beziehung zwischen polnischer und bundesdeutscher Geschichtswissenschaft in eine förmliche wissenschaftliche Kooperation in bezug auf zeitgeschichtliche Themen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte umzusetzen. Wir dachten dabei konkret an eine parallele Dokumentation über die polnische Minderheit in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen während der Weimarer Republik aufgrund periodischer Berichte der inneren Verwaltung, insbesondere in den Grenzgebieten (Regierungspräsidenten, Landräte bzw. Wojewoden, Starosten). Hinter dem Ganzen steckt die Vermutung, daß sich bei einer solchen Parallelisierung der jeweiligen minderheitspolitischen (polnischen und deutschen) Maßnahmen, Befürchtungen, Vorurteile etc. die Vergleichbarkeit und Ähnlichkeit von Einstellungen zeigt und solche ‚Enthüllung' besonders erwünscht ist, um die National-Egozentrik beider Seiten von ehedem gleichsam reziprok ans Licht zu bringen und damit auch zu relativieren." Mit diesen Sätzen bat Martin Broszat den Mitherausgeber Rudolf Jaworski, die Federführung für dieses Projekt auf deutscher Seite zu übernehmen und dessen Schüler Mathias Niendorf als Bearbeiter zu gewinnen. Parallel dazu engagierte Marian Wojciechowski den Posener Minderheitenforscher Przemysław Hauser als Bearbeiter. 1988 konnte dann ein entsprechender Förderungsantrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingereicht und verteidigt werden.

Die hier präsentierte Quellensammlung zu den deutschen und polnischen Grenzminderheiten während der Zwischenkriegszeit versteht sich als ein Beitrag zur Überwindung nationalzentrischer Untersuchungsgänge, wie sie gerade für die Geschichtsschreibung deutsch-polnischer Beziehungen lange Zeit charakteristisch gewesen sind und dauerhaft erst durch die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission in Frage gestellt wurden. Doch was bislang an gemeinsamen Publikationen deutscher und polnischer Historiker vorgelegt worden ist, war in vielen Fällen auch nur eine Gegenüberstellung bzw. Addition von Ergebnissen beider Nationalgeschichtsschreibungen. Unternehmen, die wie das nachfolgende Quellenwerk das Produkt einer direkten Zusammenarbeit polnischer und deutscher Wissenschaftler darstellen, sind demgegenüber noch nicht allzu häufig.

Der innovatorische Charakter dieser Edition liegt also einmal in der neuartigen Form der Wissenschaftskooperation. Es werden nicht getrennt gewonnene Einsichten und Resultate polnischer und deutscher Historiker zusammengefügt, sondern die Ergebnisse gemeinsamer Anstrengungen. Seit dem Beginn der Recherchen zu dieser Dokumentation vor sieben Jahren wurde gemeinsam vorgegangen, wurden gemeinsame Strategien und Auswahlkriterien erarbeitet. Auf mehreren Arbeitssitzungen in Kiel, Posen und in Warschau ist die ursprüngliche Konzeption immer wieder überprüft und wenn notwendig auch korrigiert worden. Es wurden Zwischenbilanzen gezogen und gegenseitige Kontrollen vorgenommen. Die Arbeitsteilung erfolgte dabei niemals in dem Sinne, daß etwa die deutschen Projektpartner nur die deutschen Aspekte und die polnischen Kollegen nur die polnischen Aspekte bearbeitet hätten. Ein Beispiel für die Verschränkung der Aufgabenverteilung bietet etwa die Thematik und Autorenschaft der beiden Haupteinleitungen zu diesen Quellenbänden.

Um den selbstgesteckten Anspruch auf die Vergleichbarkeit und Objektnähe gerecht zu werden, blieb unser Interesse konsequent auf den brisantesten Teil des beiderseitigen Minderheitenproblems in dem angegebenen Untersuchungszeitraum konzentriert. Und das waren die Grenzminderheiten, deren Existenz eng mit der Frage einer Revision der damaligen deutsch-polnischen Grenze verbunden gewesen ist. Bewußt sind damit

Minderheitengruppen ausgewählt worden, bei denen neben markanten quantitativen und qualitativen Unterschieden ein Höchstmaß an Entsprechung der Problemlagen und der einschlägigen Berichterstattung vorausgesetzt werden konnte. Die Beschränkung auf die grenznahe Minderheitenbeobachtung sollte vor allem auch der Transparentmachung der auf beiden Seiten generell wichtigen Faktoren nationaler Urteils- und Vorurteilsbildung dienen. Die beiderseits wiederholt geäußerte Befürchtung, die jeweils andere Minderheit gefährde die nationale Homogenität und staatliche Integrität, wäre ein Beispiel dieser Art. Wir gingen dabei von der Hypothese aus, daß die von den Behörden der inneren und Polizei-Verwaltung in den Grenzkreisen ‚nach oben' weitergegebene Lagerberichterstattung in beiden Staaten zumindest eine wesentliche Grundlage der Regierungspolitik gegenüber den Minderheiten gewesen ist. Außerdem war zu erwarten, daß die Berichterstattung der unteren und mittleren Ebenen wegen ihrer Objektnähe die Lage und die Beurteilung der jeweiligen Minderheit besonders konkret und profiliert dokumentiert – auch über die Auswirkungen internationaler und nationaler minderheitenpolitischer Entscheidungen ‚vor Ort' sowie über die Spannungen zwischen zentraler und lokaler Minderheitenpolitik und kurz- oder langfristige Veränderungen der allgemeinen politischen Rahmenbedingungen. Die meisten dieser Annahmen konnten im Verlauf der konkreten Quellenarbeit erhärtet werden.

Folgenden Beobachtungsfeldern ist besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden, nach denen dann auch schwerpunktmäßig die Auswahl der Dokumente erfolgte: Eliten (Minderheitenführer); Schulen und Kindergärten, kirchliche Verhältnisse; Organisationen, politische Einstellung zu Staat und Nation; Zwischenfälle. Regional war von vornherein klar, daß keinesfalls flächendeckend vorgegangen werden konnte, sondern bestimmte besonders minderheitenrelevante und/oder besonders gut dokumentierte Grenzkreise heranzuziehen waren. Dennoch berücksichtigt die vorliegende Dokumentation regionaler amtlicher Berichterstattung praktisch das gesamte deutsch-polnische Grenzgebiet mit Ausnahme Pommerns mit seinem kleinen kaschubisch-polnischen Bevölkerungsanteil und schlechter Überlieferungslage. Ähnliches gilt für die polnisch orientierten Ermländer und Masuren an der praktisch unverändert gebliebenen Südgrenze Ostpreußens, denen zudem keine deutsche Minderheit entsprochen hat. Ansonsten wurden von Norden nach Süden die jeweils angrenzenden Provinzen und Wojewodschaften berücksichtigt, also die Provinz Ostpreußen auf der einen und die Wojewodschaft Pommerellen auf der anderen Seite der Grenze, die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und die Wojewodschaft Posen sowie die beiden Hälften des geteilten Oberschlesiens. In gleicher Weise wurde auch auf der zweiten, unteren Dokumentationsebene auf die Kongruenz geographischer Nachbarschaftsverhältnisse Wert gelegt. Als Beispiel sei hier stellvertretend der ehemals westpreußische Kreis Flatow genannt, dessen 1920 abgetretener Ostteil einen eigenständigen Kreis Sępólno Krajeńskie innerhalb der Wojewodschaft Pommerellen bildete, während der bei Deutschland verbliebene Restkreis der neugegründeten Grenzmark Posen-Westpreußen zugeschlagen wurde. Bei der Auswahl der zu publizierenden Aktenstücke wurde ferner darauf geachtet, daß eine möglichst gleichmäßige Dokumentation über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg gewährleistet ist, was freilich nicht ausschloß, daß bestimmte Wendepunkte und Krisenzeiten dichter dokumentiert worden sind.

Der zeitliche Rahmen für die Dokumentation der Grenzminderheiten ist durch die Dauer des Bestehens der deutsch-polnischen Grenze während der Zwischenkriegszeit vorgegeben, wobei die Zäsur des 1. Septembers 1939 keiner weiteren Erläuterung bedarf. Weniger scharf läßt sich demgegenüber der Ausgangspunkt fixieren. Während für

den größten Teil der hier interessierenden Territorien die Bestimmungen des Versailler Vertrages am 10.1.1920 in Kraft traten, blieb die endgültige Regelung für einen Teil Ostpreußens sowie für Oberschlesien Volksabstimmungen vorbehalten (11.7.1920 bzw. 20.3.1921). Im Falle Oberschlesiens erfolgte die endgültige Fixierung der deutsch-polnischen Grenze sogar erst im Sommer 1922.

Dem umfangreichen Quellenkorpus sind zwei allgemeine Einführungen der Herausgeber in die Minderheitenproblematik dies- und jenseits der deutsch-polnischen Grenze vorangestellt. Die regionalspezifischen Besonderheiten erörtern demgegenüber die von den zuständigen Bearbeitern verfaßten Kapiteleinleitungen für die einzelnen Provinzen bzw. Wojewodschaften. Auf eine Kommentierung der einzelnen Aktenstücke mußte ebenso verzichtet werden wie auf die Erstellung eines kombinierten Sach- und Ortsregisters, weil hierzu weder die finanziellen noch die personellen Voraussetzungen gegeben waren. Aus demselben Grund ließ sich auch die ursprüngliche Absicht, alle Dokumente in die jeweils andere Sprache zu übersetzen, nicht realisieren. Lediglich die Kurzregesten sind zweisprachig gehalten. Zur Erleichterung der geographischen Orientierung ist dem Quellenwerk eine Karte beigefügt. Schließlich soll eine Auswahlbibliographie neuerer Fachliteratur und Quellenpublikationen die weitere Einarbeitung erleichtern. Ihr Schwerpunkt beruht auf leicht zugänglichen Titeln ab Erscheinungsjahr 1970, wobei westsprachliche Veröffentlichungen besondere Berücksichtigung fanden. Die Wiedergabe der Dokumente (ohne Anlagen) erfolgt grundsätzlich ungekürzt, soweit es sich nicht um allgemeine Lageberichte handelt, von denen lediglich die einschlägigen Passagen zur deutschen bzw. polnischen Minderheit publiziert werden. Entsprechende Auslassungen sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht, ebenso Zusätze der Bearbeiter. Hierunter fallen insbesondere Verweise auf im Betreff des Originals angeführte Pressemeldungen und Behördenerlasse. Im übrigen folgt die Textgestaltung der bei wissenschaftlichen Editionen üblichen Prinzipien. Offensichtliche Fehler in Orthographie und Zeichensetzung wurden stillschweigend korrigiert, stilistische Eigentümlichkeiten des Originals jedoch beibehalten, ohne daß auf derartige Stellen gesondert durch die Bearbeiter aufmerksam gemacht wird. Auch die Wiedergabe polnischer Ausdrücke und Eigennamen in deutschen Aktenstücken richtet sich nach der Schreibweise der Vorlage, wobei jeweils die korrekte Form, soweit zu ermitteln, in eckige Klammern gesetzt wird. Hervorhebungen durch Kursivdruck sind stets solche des Originals. Die Angabe von Archivbezeichnungen und -signaturen entspricht den zur Zeit der Akteneinsicht gültigen. Auf zwischenzeitlich erfolgte Änderungen macht das Abkürzungsverzeichnis aufmerksam.

Die vorliegende Dokumentation ist das Resultat langjähriger Bemühungen, an denen nicht nur das unmittelbar verantwortliche deutsch-polnische Forscherteam beteiligt gewesen ist. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang den beiden Institutionen zu danken, in deren Auftrag diese Publikation erfolgt. Die Leitung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte hat unser Unternehmen auch nach dem Tod von Martin Broszat in allen seinen Phasen mit nie nachlassender Großzügigkeit unterstützt. Besondere Erwähnung verdient die fürsorgliche Betreuung durch den Verwaltungsleiter Georg Maisinger und unseren Kollegen Wolfgang Benz, der uns auch noch nach seiner Übersiedlung nach Berlin als Verbindungsmann zum Münchner Institut mit wertvollen Ratschlägen zur Seite gestanden hat. Dasselbe Entgegenkommen ist uns von Seiten der Warschauer Generaldirektion der polnischen Staatsarchive und von den Mitarbeitern der ihr nachgeordneten Staatsarchive, insbesondere derjenigen in Bromberg, Posen und Kattowitz,

entgegengebracht worden. Auch die deutschen Archive haben unsere Recherchen durch prompte Serviceleistungen erleichtert, so das Politische Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn, das Bundesarchiv in Koblenz, das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem, das Zentrale Staatsarchiv der ehemaligen DDR in Potsdam und Merseburg sowie das ehemalige Parteiarchiv der SED.

Vier Jahre lang ist unser Projekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit erheblichen Mitteln, u. a. durch die Finanzierung einer ständigen Mitarbeiterstelle gefördert worden. Die Robert-Bosch-Stiftung hat uns mit einer kurzfristigen Überbrückungsfinanzierung helfen können und der Saur-Verlag uns die Texterfassung u.a. durch Bereitstellung einer PC-Anlage erleichtert. Darüber hinaus haben wir noch Herrn Dr. Jürgen Hensel für seine Übersetzungen zu danken, am Kieler Seminar für Osteuropäische Geschichte Herrn Dr. Eckhard Hübner für zahlreiche editorische Hinweise und Korrekturen und Frau Brigitta Holst für die Mühen vieler Schreibarbeiten.

Wir widmen dieses Quellenwerk dem Andenken Martin Broszats, dem Pionier einer neuen Betrachtungsweise deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte.

Kiel/Warschau, im Januar 1995

Rudolf Jaworski Marian Wojciechowski

Przedmowa

Dzieje stosunków polsko-niemieckich kształtowane są w głównej mierze przez okoliczność, że obydwa narody reprezentowane są u siebie nawzajem jako mniejszości. Wskutek tego splecenia ogólny polsko-niemiecki antagonizm ostatnich dwóch stuleci zyskał na ostrości, niejako wzbogacony o ten „front wewnętrzny". W okresie przed pierwszą wojną światową na niemieckim, ale mimo rozbiorów – także na polskim forum, toczyły się gwałtowne dyskusje na temat sytuacji i postawy odłamów ludności polskiej zamieszkałej w pruskich prowincjach wschodnich. Od roku 1918 odstąpione Polsce, częściowo zasiedlone przez ludność niemiecką byłe niemieckie ziemie wschodnie, a wówczas polskie ziemie zachodnie, znajdowały się w centrum obydwu narodów i to zupełnie niezależnie od nadal istniejących problemów związanych z polskim elementem narodowym u wschodnich granic Niemiec. W Republice Weimarskiej wystąpienia przeciwko korytarzowi i przeciwko „krwawiącej granicy" wschodniej awansowały do rangi niezmiennika niemieckiej polityki zagranicznej, któremu nie śmiała odmówić akceptacji żadna z sił politycznych i społecznych. W Polsce, z kolei, utrzymanie owych terytoriów postrzegano jako warunek istnienia nowo powstałego państwa polskiego.

Sprzężenie wewnątrzpaństwowej polityki integracyjnej z aspektem międzynarodowym sprawiło, że w całym okresie międzywojennym wzajemne kwestie mniejszościowe stały się trwałą nieprzezwyciężalną przeszkodą na drodze normalizacji stosunków pomiędzy Niemcami a Polską, jeśli pominąć zarządzone odgórnie i tylko na najwyższych szczeblach rzeczywiście przestrzegane zawieszenie broni w latach 1934–1937. Jednocześnie w obu krajach namiętności rozpalały bardziej „mniejszości przygraniczne" niż na przykład skupiska Polaków w Zagłębiu Ruhry czy też Niemców w Łódzkiem. Jak wiadomo, spór ten przetrwał drugą wojną światową i wskutek terytorialnego przesunięcia Polski na zachód zyskał nowy wymiar, obciążając wzajemnie stosunki między obydwoma państwami aż po całkiem niedaleką przeszłość.

Niewątpliwie najbardziej drażliwa od roku 1918 byla kwestia niemieckiej mniejszości przygranicznej, toteż ona właśnie ściągała na siebie większą uwagę badaczy. Stąd też generalnie więcej jest opracowań na temat niemieckiej niż polskiej mniejszości przygranicznej. Wśród nich dominują analizy politycznych aspektów kwestii mniejszościowej każdego z krajów, natomiast aspekty kulturowe i te dotyczące życia codziennego prawie nie były uwzględniane. Po obu stronach wiązało się to z dążeniem do politycznego uzasadnienia sytuacji. Kiedy w przeszłości polscy historycy zajmowali sie polską mniejszością przygraniczną to przeważnie służyło to historycznemu uzasadnieniu granicy na Odrze i Nysie, kiedy zaś zajmowali się niemiecką mniejszością przygraniczną, n.p. tą na Górnym Śląsku, to przeważnie dla wykazania jej antypaństwowej lub pronazistowskiej działalności. Z kolei, większość z niedużej w sumie liczby prac zachodnioniemieckich, generalnie zorientowanych raczej na krajoznawczy aspekt problemu, utrzymana jest w tonie apologetycznym.

Dotychczasowe opracowania interesującego nas tu tematu ograniczają się ponadto niemal bez wyjątku do jednej z dwóch mniejszości, przy niemalże całkowitym braku badań porównawczych. Heterogeniczność mniejszości w obu krajach, ich odmienna historyczna geneza, skład społeczny oraz znaczenie polityczne stanowią niewątpliwie ważną, z pewnością jednak nie decydującą przyczynę wyboru tak jednostronnego podejścia. Kolejnym charakterystycznym rysem literatury zajmującej się tą problematyką

jest fakt, że przeważnie ogranicza się ona do przedstawienia szczebla centralnego oraz normatywnych wytycznych w kwestii polityki mniejszościowej każdego z obu państw. Niedostateczne przebadanie średniego i niższego szczebla administracyjnego oraz wynikający z tego brak wystarczających studiów szczegółowych stanowią, być może, obiektywny powód nieuwzględniania odrębności regionalnych.

Dla właściwego i pełnego przedstawienia napiętej sytuacji na granicy polsko-niemieckiej w okresie międzywojennym konieczne są jednak inne od dotychczasowych strategie badawcze. Jedną z nich byłoby, na przykład, jednoczesne uwzględnienie problemu mniejszości w obu krajach w celu porównawczego przedstawienia różnic, ale też cech wspólnych i wzajemnych oddziaływań. Ważne byłoby też odejście od dominującego dotychczas ujęcia globalnego – na rzecz silniejszego uwzględnienia wydarzeń regionalnych i lokalnych, co pozwoliłoby konkretniej uchwycić rzeczywistą sytuację danej mniejszości. Takie właśnie dwie zasadnicze idee przyświecały obydwu duchowym ojcom niniejszej publikacji, Martinowi Broszatowi i Marianowi Wojciechowskiemu. Warto nieco dokładniej przyjrzeć sie odległym czasowo początkom tego polsko-niemieckiego przedsięwzięcia, ponieważ odzwierciedlają one wycinek trudnych dziejów naszych wzajemnych stosunków w okresie po drugiej wojnie światowej.

U początków stoi osobiste spotkanie dwóch historyków czasów najnowszych z Polski i Republiki Federalnej Niemiec. Ze strony polskiej był to profesor Uniwersytetu Warszawskiego i naczelny dyrektor Archiwów Państwowych Marian Wojciechowski, z niemieckiej – długoletni dyrektor monachijskiego Instytutu Dziejów Najnowszych, profesor Martin Broszat. Wojciechowski, jeden z pierwszych polskich stypendystów Fundacji Forda w Republice Federalnej pod koniec lat 50-tych, już wtedy rozwinął wraz z Martinem Broszatem, wówczas pracownikiem Instytutu Dziejów Najnowszych, ideę porównawczego studium dziejów polskiej i niemieckiej mniejszości na terenie każdego z krajów w okresie międzywojennym. Obydwaj naukowcy mieli jednak świadomość, że nie nadszedł jeszcze właściwy czas dla takich przedsięwzięć. Tego rodzaju polsko-niemiecki projekt badawczy bez wątpienia wywołałby w tamtym okresie burzę protestów w jednym i drugim kraju ściągając na pomysłodawców podejrzenie niemalże o zdradę interesów państwa. Temat był zbyt drażliwy, w Republice Federalnej ze względu na wciąż żywy problem uciekinierów, w Polsce ze względu na doktrynę państwową, wedle której na interesujących nas obszarach urzędowo nie stwierdzono obecności żadnych Niemców, tylko co najwyżej autochtonów. W dodatku stosunki polsko-niemieckie osiągnęły nowy punkt krytyczny z powodu właśnie kwestii mniejszościowej i granicznej, w tej sytuacji więc nie było rzeczywistej szansy krytycznego i dążącego do obiektywizmu historycznego opracowania problemu mniejszości przygranicznych w obu krajach.

Wspomniana idea, sformułowana początkowo jako pobożne życzenie, nie opuściła jednak obu naukowców i po wielu latach, konkretnie latem 1986 roku, ponownie stała się przedmiotem rozmowy Broszata z Wojciechowskim, tym razem w Warszawie, przy czym rozważano pomysł „przekształcenia, ogólnie rzecz biorąc, dobrych stosunków pomiędzy historiografią polską i zachodnioniemiecką w formalną współpracę naukową nad tematami z najnowszych dziejów mniejszości polskiej w Niemczech i niemieckiej w Polsce w okresie Republiki Weimarskiej, na podstawie okresowych raportów administracji wewnętrznej, zwłaszcza na terenach przygranicznych: prezydentów rządu, landratów. wojewodów, starostów). Kierowaliśmy się przypuszczeniem, że takie równoległe prześledzenie dotyczących mniejszości (polskich i niemieckich) środków, obaw, uprzedzeń itd. ujawni porównywalność i podobieństwa wzajemnego stosunku do siebie i że taka ‚demaskacja' będzie szczególnie pożyteczna, by niejako wzajemnie wydobyć na

światło dzienne dawny narodowy egocentryzm obydwu stron i tym samym go zrelatywizować". Tymi słowami Martin Broszat zwrócił się z prośbą do Rudolfa Jaworskiego o przejęcie odpowiedzialności za projekt ze strony niemieckiej i pozyskanie do współpracy jego ucznia, Mathiasa Niendorfa. Równolegle Marian Wojciechowski zaangażował do współpracy poznańskiego badacza mniejszości, Przemysława Hausera. W ten sposób już w roku 1988 udało się złożyć odpowiednie podanie o subwencję w Deutsche Forschungsgemeinschaft i ją uzyskać.

Przedstawiony w niniejszej publikacji zbiór źródeł do tematu polskich i niemieckich mniejszości granicznych całego okresu międzywojennego traktujemy jako wkład w dzieło przezwyciężenia narodowocentrycznego podejścia do prac badawczych, przez długie lata charakterystycznego dla historiografii stosunków polsko-niemieckich i trwale podważonego dopiero przez prace mieszanej komisji do spraw podręczników szkolnych. Niemniej jednak dotychczasowe wspólne publikacje polskich i niemieckich historyków w wielu przypadkach były jedynie zestawieniem lub zsumowaniem wyników badań obu narodowych historiografii. Przedsięwzięcia, które – jak przedstawiana obecnie publikacja źródeł – stanowią rezultat bezpośredniej współpracy polskich i niemieckich naukowców, nie są jeszcze zbyt częste.

Nowatorski charakter niniejszej publikacji polega zatem na nowej formie współpracy naukowej. Nie mamy do czynienia ze zwykłym połączeniem osobno wypracowanych poglądów polskich i niemieckich historyków, lecz z rezultatem wspólnych wysiłków. Od początku prac nad niniejszą dokumentacją, przed siedmioma laty podejmowano wspólne działania, wypracowywano wspólne strategie i kryteria wyboru. Na licznych posiedzeniach roboczych w Kilonii, Poznaniu i Warszawie bezustannie weryfikowano pierwotną koncepcję dokonując, tam gdzie to konieczne, niezbędnych korekt. Przeprowadzano bilanse kolejnych etapów pracy i wzajemne kontrole. Podział pracy nigdy nie wyglądał tak, że niemieccy partnerzy zajmowali się wyłącznie aspektami niemieckimi a polscy – polskimi. Zazębianie się zakresu badań ilustruje tematyka i autorstwo obydwu wstępów do niniejszych tomów źródłowych.

Aby sprostać wytkniętemu celowi, jakim miała być porównywalność i maksymalne zbliżenie do obiektu badań, konsekwentnie skupiliśmy nasze zainteresowania na najbardziej drażliwym aspekcie wzajemnych problemów mniejszościowych w badanym okresie. Aspektem tym były mniejszości przygraniczne, których istnienie ściśle wiąże się z kwestią rewizji ówczesnej granicy polsko-niemieckiej. Świadomie wybrano przy tym te grupy, u których obok wyraźnych różnic ilościowych i jakościowych można było założyć najwyższy stopień zbieżności sytuacji oraz poziomu sprawozdawczości. Ograniczenie obserwacji do mniejszości usytuowanych w pobliżu granic miało też ujawnić zasadniczo istotne po obu stronach czynniki narodowych uprzedzeń i opinii. Przykładem mogłyby tu być wyrażane niejednokrotnie po obu stronach obawy, jakoby każda z przeciwnych mniejszości zagrażała jednorodności i integralności narodowej. Wychodziliśmy przy tym od hipotezy, iż przekazywane „górze" przez czynniki MSW i policyjne opinie o sytuacji w każdym z obu państw stanowiły co najmniej istotną podstawę polityki władz wobec mniejszości. Ponadto należało się spodziewać, iż sprawozdania niskiego i średniego szczebla, ze względu na bliskość obiektu, szczególnie konkretnie i wyraziście dokumentują sytuację i oceny danej mniejszości – a także „miejscowe" rezultaty tak międzynarodowych jak i narodowych rozstrzygnięć w kwestiach mniejszościowych oraz napięcia powstające pomiędzy centralną a lokalną polityką mniejszościową, jak również krótko- bądź długotrwałe zmiany ogólnej ramowej sytuacji politycznej. Większość z tych założeń znalazła później swoje potwierdzenie w toku konkretnej pracy nad źródłami.

W badaniach szczególną uwagę poświęcono następującym elementom, dokonując też potem pod ich kątem wyboru dokumentów: elity (przywódcy mniejszościowi), szkoły i przedszkola, stosunki kościelne, organizacje, polityczne zapatrywania na państwo i naród, incydenty. Od samego początku było jasne, że nie da się prowadzić badań w skali całego regionu, lecz trzeba skoncentrować się na szczególnie mocno i/lub szczególnie dokładnie udokumentowanych okręgach przygranicznych. Niemniej jednak przedstawiana tu dokumentacja sprawozdawczości administracji regionalnej uwzględnia praktycznie cały polskoniemiecki region przygraniczny, z wyjątkiem Pomorza o niewielkiej domieszce ludności kaszubsko-polskiej i niewielkiej ilości zachowanych przekazów. Podobnie ma się rzecz Warmią i Mazurami o propolskiej orientacji nad praktycznie nie zmienioną południową granicą Prus Wschodnich, które w dodatku nie miały odpowiednika w postaci mniejszości niemieckiej po drugiej stronie. Poza tymi wyjątkami uwzględniono wszystkie leżące na linii północ-południe, graniczące ze sobą prowincje i województwa, a więc Prusy Wschodnie po jednej i województwo pomorskie po drugiej stronie granicy, Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie i województwo poznańskie, jak też obie części podzielonego Górnego Śląska. W ten sam sposób, na drugim od dołu poziomie dokumentacji, uwzględniono kongruencję sąsiedztwa geograficznego. Jako przykład podajmy tu tylko były zachodniopruski okręg Flatow (Złotów), którego odstąpiona w roku 1920 wschodnia część tworzyła powiat Sępólno Krajeńskie, w obrębie województwa pomorskiego, podczas kiedy część pozostałą w granicach Niemiec przyłączono do nowo utworzonej Marchii Granicznej. Dokonując wyboru przeznaczonych do publikacji akt zwracano też uwagę na zapewnienie możliwie równomiernego udokumentowania całego czasokresu badań, co oczywiście nie wykluczało, że szczególne punkty zwrotne i okresy kryzysowe udokumentowano „gęściej".

Ramy czasowe dokumentacji mniejszości przygranicznych wyznacza okres istnienia granicy polsko-niemieckiej w okresie międzywojennym, przy czym cezura 1 września 1939 roku nie wymaga chyba dodatkowych wyjaśnień. Mniej ostro rysuje się natomiast moment wyjściowy. O ile dla większości interesujących nas obszarów postanowienia traktatu wersalskiego weszły w życie z dniem 10 stycznia 1920 roku, o tyle ostateczne uregulowania dla części Prus Wschodnich oraz Górnego Śląska odsunięto do czasu plebiscytów (11.7.1920 oraz 20.3.1921). W przypadku Górnego Śląska ostateczne ustalenie przebiegu granicy polsko-niemieckiej nastąpiło dopiero latem 1922.

Obszerny korpus materiałów źródłowych poprzedzają dwa ogólne napisane przez Wydawców wprowadzenia w problematykę mniejszościową po obydwu stronach granicy polsko-niemieckiej. Wybrana bibliografia nowszej literatury fachowej to kolejny element ułatwiający głębsze zapoznanie się z tematem. Specyfiki poszczególnych regionów dotyczą, z kolei, napisane przez wyspecjalizowanych badaczy wprowadzenia do poszczególnych rozdziałów dotyczących danych prowincji lub województw. Z braku możliwości finansowych i kadrowych zaszła natomiast konieczność rezygnacji ze szczegółowych komentarzy do poszczególnych dokumentów oraz ze skorowidza geograficzno-rzeczowego. Z tego samego powodu trzeba też było zarzucić pierwotny zamysł podania każdego dokumentu w przekładzie na drugi język. Jedynie skrócone regesty przedstawione są w dwóch wersjach językowych. Dla ułatwienia orientacji geograficznej dołączono też mapę.

Wreszcie, lekturę ułatwić powinna bibliografia literatury przedmiotu i publikacji źródłowych. Są to łatwo dostępne tytuły, opublikowane począwszy od 1970 roku, przy czym uwzględniono zwłaszcza publikacje zachodnie. Dokumenty /bez załączników/ publikuje się zasadniczo bez skrótów, z wyjątkiem ogólnych raportów sytuacyjnych, z których publikuje się jedynie fragmenty dotyczące odpowiednio mniejszości niemieckiej

lub polskiej. Opuszczenia zaznaczono nawiasami łamanymi, również w ten sam sposób – uwagi Wydawców. Opuszczono zwłaszcza odniesienia się do powoływanych w oryginale wzmianek prasowych i rozporządzeń władz. Zrezygnowano z publikacji uwag na marginesach; są one bez znaczenia. Teksty, poza tym, publikuje się zgodnie z powszechnie obowiązującymi zasadami edycji naukowych. Oczywiste błędy ortograficzne i interpunkcyjne milcząco skorygowano; w dokumentach polskich zachowano ortografię współczesną publikowanemu dokumentowi. W tekstach dokumentów – w obu językach – zachowano stylistyczne właściwości tekstu, bez odnośnych konotacji ze strony Wydawców. Zawarte w niemieckich dokumentach zwroty w języku polskim, jak i imiona własne, publikowane są zgodnie z oryginałem, przy czym w nawiasach łamanych podano wersję poprawną – tam, gdzie było to możliwe. Druk kursywą oddaje zawsze stan oryginału. Określenia archiwów i sygnatury archiwalne odpowiadają tym, które obowiązywały w czasie zbierania materiału archiwalnego do publikacji. Na zaszłe w tym zakresie zmiany zwrócono uwagę w wykazie skrótów.

Prezentowana tu dokumentacja stanowi rezultat długoletnich wysiłków, będących udziałem nie tylko bezpośrednio odpowiedzialnego za badania polsko-niemieckiego zespołu naukowców. Szczególne podziękowania należą się w tym miejscu obydwu instytucjom, na których zlecenie podjęto prace nad niniejszą publikacją. Kierownictwo monachijskiego Instytutu Historii Najnowszej, także po śmierci Martina Broszata, z niezmienną hojnością popierało nasze przedsięwzięcie na wszystkich jego etapach. Wypada w tym miejscu wspomnieć zwłaszcza o troskliwej opiece, jaką roztoczył nad nami dyrektor administracyjny Instytutu Georg Maisinger oraz nasz kolega Wolfgang Benz, który nawet po przeniesieniu się do Berlina nadal służył nam jako pośrednik w kontaktach z Instytutem w Monachium, udzielając cennych wskazówek. Z podobnym zrozumieniem spotkaliśmy się ze strony warszawskiej Naczelnej Dyrekcji Archiwów Państwowych oraz pracowników podległych jej archiwów, zwłaszcza w Bydgoszczy, Poznaniu i Katowicach. Również archiwa niemieckie ułatwiały nam poszukiwania szybką realizacją zamówień, podobnie Archiwum Polityczne Urzędu Spraw Zagranicznych w Bonn, Archiwum Federalne w Koblencji, Tajne Archiwum Państwowe Berlin-Dahlem, Centralne Archiwum Państwowe byłej NRD w Poczdamie i Merseburgu, jak również byłe archiwum partyjne SED. Przez cztery lata nasze prace badawcze znacznymi środkami wspomagała Deutsche Forschungsgemeinschaft, m.in. przejmując na siebie finansowanie etatu dla jednego pracownika. Fundacja Roberta Boscha wspomogła nas finansowo w trudnej chwili, a wydawnictwo Saur ułatwiło pracę nad tekstem udostępniając komputer klasy PC. Ponadto czujemy się w obowiązku podziękować drowi Jürgenowi Henselowi i Ryszardowi Turczynowi za pracę przekładową, drowi Eckardowi Hübnerowi z Kieler Seminar für Osteuropäische Geschichte za liczne wskazówki edytorskie oraz korektę, jak też pani Brigittcie Holst za trudy maszynopisania. Niniejsze dzieło źródłowe poświęcamy pamięci Martina Broszata, pioniera nowego spojrzenia na dzieje stosunków polsko-niemieckich.

Warszawa/Kilonia styczeń 1995

Marian Wojciechowski Rudolf Jaworski

Abkürzungsverzeichnis / Wykaz skrótów

AFA	Allgemeiner Freier Angestellten(-Bund)
AP	Archiwum Państwowe
BA	Bundesarchiv
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv
BB	s. BBWR
BBWR	Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem
BdD	Bund der Deutschen in Polen
BDM	Bund Deutscher Mädel
BDO	Bund Deutscher Osten
BV	Bauernverein
ChD	Chrześcijańska Demokracja
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DB	Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte
DChVP	Deutsche Christliche Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DKuWB	Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund
DKVP	Deutsche Katholische Volkspartei
DOK	Dowództwo Okręgu Korpusu
DP	Deutsche Partei
DR	Deutsche Rundschau in Polen
DS	Deutscher Schulverein
DSAP	Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei Polens
DT	Deutsche Turnerschaft in Polen
DV (1)	Deutsche Vereinigung
DV (2)	Deutscher Volksbund für (Polnisch-)Schlesien
DVP	Deutsche Volkspartei
DzURP	Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej
EK	Eisernes Kreuz
Emst	Ereignis-Meldestelle
FON	Fundusz Obrony Narodowej
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz[1]
HJ	Hitlerjugend
IfGA-ZPA	Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung – Zentrales Parteiarchiv der SED/PDS[2]
JDP	Jungdeutsche Partei
kk	kodeks karny
KKO	Komunalna Kasa Oszczędności
KOP	Korpus Ochrony Pogranicza

[1] Bestände aus Merseburg heute wieder in Berlin-Dahlem

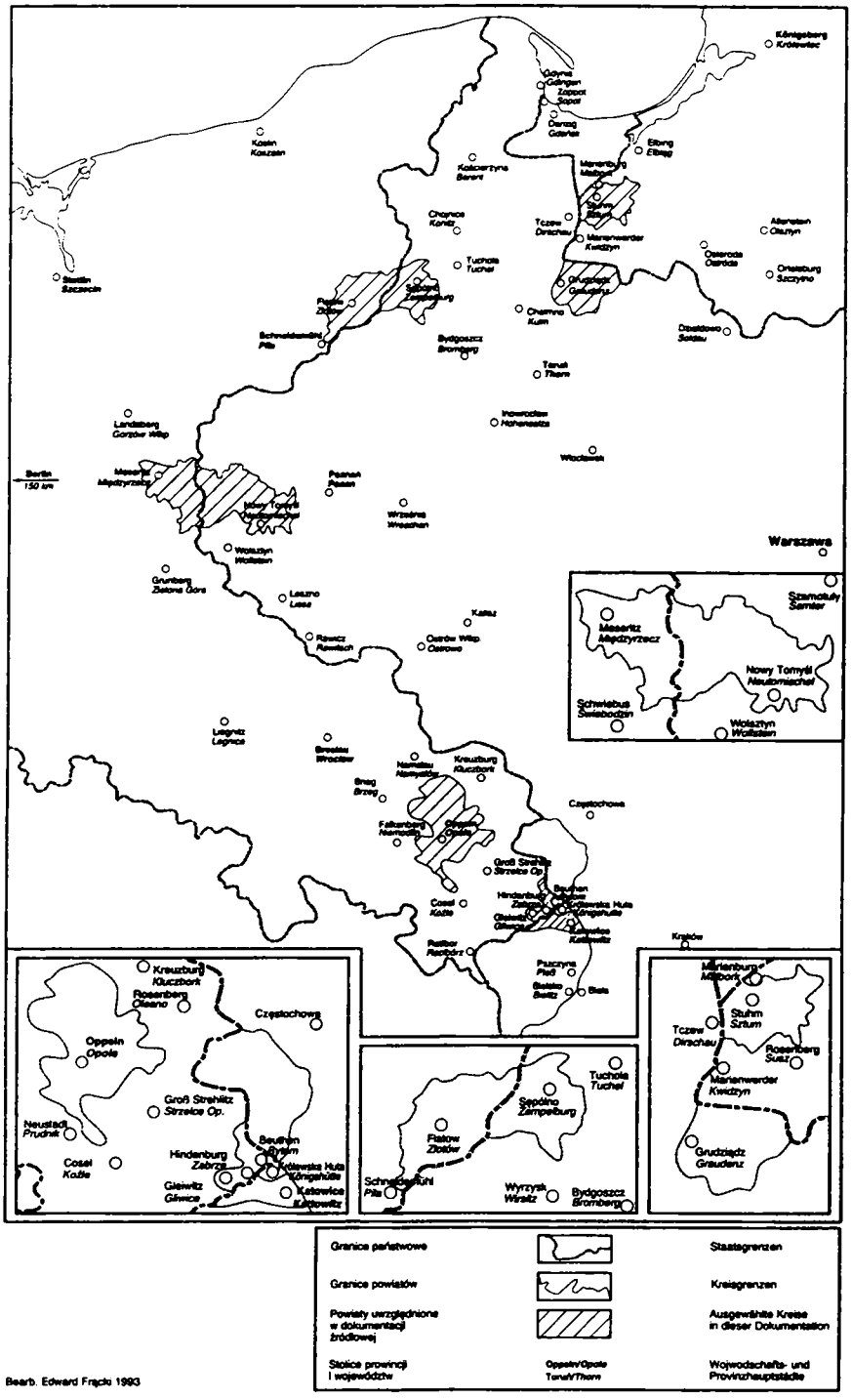
[2] Heutiger Name: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Die zitierten Bestände befinden sich heute – unter gleicher Signatur – im BA Potsdam

KVP	s. DKVP
MdL	Mitglied des Landtags
MGV	Männer-Gesangverein
MSW	Ministerstwo Sprach Wewnętrznych
MWRiOP	Ministerstwo Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Nz	Nachrichtenzentrale (?)
OKZ	s. ZOKZ
OMP	Organizacja Młodzieży Pracującej
OPiGaz	Obrona Przeciwlotnicza i Gazowa
O/S	Oberschlesien
OUPP	Okręgowy Urząd Policji Państwowej
p	praedictus, -a
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
POP	Pożyczka Obrony Przeciwlotniczej
PP	Policja Państwowa
PPS	Polska Partia Socjalistyczna
PT	Posener Tageblatt
RL	Rada Ludowa
RLB	Reichsluftschutzbund
RP	Rzeczpospolita Polska
SA	Sturmabteilung
SN	Stronnictwo Narodowe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
STA	Staatsarchiv [Potsdam][3]
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UWP	Urząd Wojewódzki Poznański
UWŚl	Urząd Wojewódzki Śląski
V-Mann	Vertrauensmann
VB	s. DV (2)
VBJ	Volksbundjugend
VDA	Verein (Volksbund) für das Deutschtum im Ausland
VdAuB	Verein deutscher Ansiedler und Bauern
VDB	Verein deutscher Bauern
VdK	Verband deutscher Katholiken
VfHuG	Verein für Handel und Gewerbe
VfJ	Verband für Jugendpflege
VOMI	Volksdeutsche Mittelstelle
WELAGE	Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft
WLG	s. WELAGE
WRiOP	s. MWRiOP
ZOKZ	Związek Obrony Kresów Zachodnich

[3] Heutiger Name: Brandenburgisches Hauptarchiv

Pogranicze polsko–niemieckie
1920/22 – 1939

Übersichtskarte des deutsch–polnischen
Grenzgebietes 1920/22 – 1939



EINFÜHRUNG
WSTĘP

Marian Wojciechowski

Die deutsche Minderheit in Polen (1920–1939)

1. Rahmbedingungen und Organisationsformen

Polen hatte 1918 seine Unabhängigkeit zurückgewonnen. In dem wiedererrichteten Staat, dessen Grenzen im Westen und Norden durch den Versailler Vertrag und im Osten durch den Rigaer Vertrag mit Sowjet-Rußland (1921) festgelegt worden waren, lebten zahlreiche Deutsche. Bisher waren sie Untertanen der k.u.k. Monarchie[1], des Kaiserreichs Rußland[2] oder des Deutschen Reichs gewesen. Die Letztgenannten lebten nach 1920 im sogenannten ehemaligen preußischen Teilungsgebiet (in Oberschlesien[3], Großpolen und Pommerellen) und waren bis zu dem Augenblick, als der Versailler Vertrag in Kraft trat, Staatsvolk gewesen; zudem verfügten sie über ein beträchtliches Wirtschaftspotential. Diese Deutschen wurden sozusagen über Nacht zu einer nationalen Minderheit[4], was nicht ohne Auswirkung auf ihre Einstellung zu dem neu geschaffenen Staat bleiben konnte. Richard Breyer sah das folgendermaßen: „Eine Irredenta-Politik lag hier nahe. Angesichts des Versailler Unrechts konnte die Vorstellung aufkommen, daß man zu einer solchen Politik geradezu verpflichtet war. Zudem hatte die Entdeutschungspolitik in den Westgebieten das Einleben der Deutschen derart erschwert, daß die Erwartung einer Bejahung des Staates zunächst eher einer Zumutung gleichkam".[5]

Die vorliegende Publikation ist u.a. der Darstellung der Politik gewidmet, wie sie die polnischen Behörden gegenüber der deutschen Minderheit in den ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten anwandten, insbesondere in den Kreisen, die seit 1920 unmittelbar jenseits der Ostgrenze des Reiches lagen.

Im Deutschen wurde die oben beschriebene Einstellung der deutschen Minderheit – namentlich nach 1933 – als Volkstumskampf bezeichnet, im Polnischen sprach man von Grenzkampf. Mit beiden Bezeichnungen wird die Einstellung der Deutschen, die polnische Staatsbürger geworden waren, und die Einstellung der Polen, die jetzt Angehörige des Staatsvolkes waren, mystifiziert; denn unbeschadet der irredentistischen Einstellung der deutschen Bevölkerung auf ehemaligem Reichsgebiet und unbeschadet einer polnischen Politik, die alle Zeichen einer nationalen Unterdrückung trug, doch auch die Irredenta bekämpfte, lebten Polen und Deutsche einträchtig nebeneinander, wie unberührt vom Volkstumskampf, den deutsche Minderheitsorganisationen propagierten, und gleichsam unabhängig vom Grenzkampf, den die polnischen Behörden führten und polnische nationalistische Organisationen ausriefen. Ähnlich hatte in diesen Gebieten der Alltag der Deutschen und Polen vor 1914 ausgesehen, nur unter anderem Vorzeichen, als die auf Bismarck zurückgehende Germanisierungspolitik des preußischen Staates das

---

[1] Das betraf diejenigen Deutschen, die im ehemaligen Galizien und Teschener Schlesien lebten, wobei Galizien ganz und das ehemalige österreichische Schlesien (um Bielitz) nur teilweise zu Polen gehörte.

[2] Im ehemaligen Kongreß- oder Russisch-Polen und östlich davon in dem durch den Rigaer Vertrag an Polen gefallenen Gebiet (hauptsächlich in Wolhynien).

[3] In der polnischen Historiographie wird anders als in der deutschen der Begriff „preußisches Teilungsgebiet" auch auf Oberschlesien angewandt, das bereits vor der ersten Teilung Polens zu Preußen gehört hatte.

[4] Richard Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955, S. 58.

[5] Breyer, wie Anm. 4.

Zusammenleben beider Völker vergiftete. Sie lebten vor dem Ersten Weltkrieg und nach dessen Ende innerhalb einem Staatsverbandes: zunächst im preußischen, dann im polnischen; sie lebten nicht nur nebeneinander, sondern auch miteinander, und das Resultat dieser Osmose waren unter anderem zahlreiche Mischehen.

An der Schwelle der zwanziger Jahre und damit auch zur zwanzigjährigen Zwischenkriegszeit setzte der Prozeß ein, in dessen Verlauf die polnische Gesellschaft in einem Staatsorganismus zusammenwuchs. Die Polen, die seit mehr als einhundert Jahren in den drei Teilungsstaaten gelebt hatten, befanden sich nun in einem Staat, der ihr eigener war. Doch die Unterschiede, die diese „drei polnischen Gesellschaften" anfangs trennten, waren gewaltig. Sie betrafen sowohl den Entwicklungsstand der Wirtschaft in den ehemaligen Teilungsgebieten als auch die dort vorherrschenden Mentalitäten und Lebensauffassungen. Der Prozeß, in dessen Verlauf die „drei Gesellschaften" zusammenwuchsen, vollzog sich vor allem durch eine Beteiligung der Polen am eigenen staatlichen Leben: durch eine Teilnahme am politischen Leben auf allen Ebenen, durch den Wehrdienst in der polnischen Armee und durch den Besuch der polnischen Schule. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg war der Prozeß, der die Polen aus den drei ehemaligen Teilungsgebieten integrierte, bereits beträchtlich vorangeschritten.

Kann man von einem analogen Integrationsprozeß der deutschen Minderheit in Polen sprechen, d. h. jener Deutscher, die auf ehemals russischem, österreichischen und preußischem Gebiet lebten? Ja, man kann es, wenn auch in einem völlig anderen Sinn als bezüglich der Polen.

Der bereits erwähnte Richard Breyer versteht diesen Prozeß als einen Übergang vom Stadium der „Minderheit" zum Stadium der „Volksgruppe"[6], die sich auf einer höheren Stufe des Nationalbewußtseins befinden sollte (was vor allem für die Deutschen in ehemals Russisch-Polen gegolten hätte). Unserer Meinung nach läßt sich das Problem des Nationalbewußtseins einer Gruppe, die als Minderheit unter einer andersnationalen Mehrheit lebt, nicht stadial in dem Sinne auffassen, daß man das Stadium der „Volksgruppe" als etwas Höheres und Besseres als das der „Minderheit" ansieht. Wir meinen des weiteren, daß der Prozeß, in dem jene „drei Minderheiten" zu einer deutschen Minderheit zusammenwuchsen, und der kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges zweifellos weit vorangeschritten war, einerseits darin bestand, daß die Andersartigkeit des politischen und sozialen Lebens der Deutschen, die vor 1914 im Kaiserreich Rußland, in Österreich und *nota bene* im Deutschen Reich gelebt hatten, immer geringer wurde, andererseits aber auch darin, daß alle Deutschen von einer bis zu einem gewissen Grad einheitlichen polnischen Minderheitenpolitik betroffen waren. Sie machte in der Tat einen Integrationsfaktor *sui generis* aus. Hinzu kamen als ein weiterer Faktor die Bemühungen der Reichsregierungen, aber auch eines Teils der deutschen Minderheitsführer, alle Deutschen in Polen in einem einheitlichen Organisationsrahmen zusammenzufassen. Diese Bestrebungen, die nach 1933 unternommen wurden, zeitigten einen gewissen Erfolg, wenn auch das angestrebte Ziel nicht erreicht wurde. Wir denken hier vor allem an die Schritte der im Teschener Schlesien beheimateten nationalsozialistischen Jungdeutschen Partei (JDP). Davon wird des weiteren noch die Rede sein, doch sei hier bereits angemerkt, daß die JDP zwar aus dem früher österreichischen Teschener Schlesien stammte, die Zentren des politischen Lebens der Deutschen in Polen aber in den in Versailles abgetretenen preußischen Gebieten lagen, vor allem in Bromberg [Bydgoszcz], Posen [Poznań] und in Oberschlesien.

[6] Breyer, wie Anm. 4, S. 38.

Unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkriegs kam es zum Exodus der Deutschen aus den Gebieten, die nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags an Polen fallen sollten. Dieser Exodus betraf nicht den Teil Oberschlesiens, der 1921 Polen zugesprochen wurde; er beschränkte sich einzig und allein auf die ehemalige Provinz Posen und den Teil der früheren Provinz Westpreußen, der an Polen gefallen war. Hermann Rauschning veröffentlichte zu diesen Fragen ein Buch, dem er den Titel „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens"[7] gab. Und bei diesem Begriff ist es auch geblieben; in der Fachliteratur sprechen wir vom Entdeutschungsprozeß in Posen und Pommerellen.

Rauschnings Buch war ein Instrument im politischen Kampf. Er wollte mit seiner Analyse zeigen, daß der Abfluß der Deutschen aus den alten preußischen Provinzen generell das Resultat der für die Deutschen ungünstigen Bestimmungen des Versailler Vertrags, insbesondere aber der nachdrücklichen Polonisierungsbestrebungen der polnischen Behörden gewesen sei. Beide Faktoren zusammengenommen sollten vor allem in den Jahren 1919-1926 die Entdeutschung bewirkt haben, wobei dieser Prozeß im letztgenannten Jahr dann praktisch abgeschlossen gewesen sei.

Von den Bestimmungen des Versailler Vertrags, die auf den Auszug der Deutschen Einfluß hatten, wird weiter unten noch die Rede sein. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Politik der polnischen Behörden in den ersten Jahren der Existenz des neuen Staates (namentlich ab Ende 1920) durchaus dazu beitrug, die Anzahl der Deutschen zu erhöhen, die aus Polen fortzogen. Aber es besteht ebenso wenig ein Zweifel daran, daß die stärkste Abwanderungsbewegung in den Jahren 1919 und 1920 zu verzeichnen war, insbesondere in dem erstgenannten Jahr. Das scheint auf einen spontanen Verlauf der Entdeutschung zu ihrem Beginn hinzudeuten, also zu einer Zeit, als sich die diesem Prozeß höchst förderliche polnische Politik noch nicht hatte herausbilden können, und – das betrifft das Jahr 1919 – die internationalen Entscheidungen (der Versailler Vertrag) entweder noch gar nicht gefallen oder noch nicht in Kraft getreten waren.

Rauschning stützte seine Darstellung der Entdeutschung auf eine statistische Analyse, die auf den Ergebnissen der Volkszählung in Preußen von 1910, der polnischen Volkszählung von 1921 und einer privaten Zählung der in Posen und Pommerellen verbliebenen Deutschen aus dem Jahre 1926 beruht. Letztere hatte die deutsche Fraktion im Sejm durchführen lassen. Rauschnings Ansicht nach waren die Angaben aus allen drei Zählungen vergleichbar, eine Ansicht, die keinen Zweifel weckt.

Die Ergebnisse der drei genannten Volkszählungen, die den Verlauf der Entdeutschung in Westpreußen und im Posenschen in absoluten und in Prozentzahlen zeigen, sind folgende[8]:

---

[7] Hermann Rauschning, Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik, Berlin 1930. Der Posener Wojewode schrieb in seinem Lagebericht für November 1922, daß das Leitmotiv von Rauschnings Vortrag auf einer Veranstaltung des Deutschtumsbundes gewesen sei, sämtliche polnischen Annäherungsversuche entschieden abzuwehren. „[Die Deutschen sollten] stolz auf ihr Deutschtum sein, da sie auf diesem Boden die eigentlichen Hausherren sind" [Dokument Nr. 210].

[8] Rauschning, wie Anm. 7, S. 339 ff.

Zahl der Deutschen			Deutsche in %			Abnahme	
1910	1921	1926	1910	1921	1926	insgesamt	in %
Westpreußen							
1. Pommerellen							
421 033	175 726	117 251	42,5	18,7	12,5	303 782	72,2
2. Bromberg							
314 646	162 022	107 345	45,2	24,1	16,0	208 301	66,0
Posen							
363 693	165 824	116 909	28,7	12,8	9,0	246 764	67,9

Eine Analyse dieser Tabelle führt zu dem Ergebnis, daß die größte absolute und prozentuale Bevölkerungsabnahme unter den Deutschen zwischen 1910 und 1921 stattfand, d. h. selbstverständlich beginnend ab Ende 1918 bis zum Jahr 1921. Die Abwanderungssteigerung in den *drei* Jahren 1918–1921 war wesentlich intensiver als in den nachfolgenden *fünf* Jahren 1922–1926. Mit anderen Worten, der Auszug der Deutschen aus Pommerellen und dem Posenschen erfolgte in seinem absoluten Ausmaß unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkriegs parallel zum faktischen Verlust (im Posenschen infolge des Posener Aufstands 1918/19) und dem vorauszusehenden Verlust (wie im Falle Pommerellens 1920) der Herrschaft des Reiches über diese Gebiete. Eben dieser faktische bzw. vorauszusehende Stand der Dinge verursachte den Exodus der Deutschen in jenem ersten Zeitraum. Die Abwanderung ins Reich in den Jahren 1922–1926 war die Fortsetzung dieses Prozesses, wobei der sich verstärkende Druck der polnischen Politik in Richtung Entdeutschung keinen Einfluß auf dessen Intensität besaß. Insgesamt gesehen läßt sich jener Prozeß mithin als Resultat vor allem eines Nichteinverstandenseins der Abwanderer mit dem vorauszusehenden oder faktischen Verlust der Herrschaft des Reiches über die genannten Gebiete ansehen, also als fehlende Zustimmung zum Status einer nationalen Minderheit.

Die Abnahme der deutschen Bevölkerung in Pommerellen und im Posenschen war insgesamt in den Jahren 1918/19–1926 sehr bedeutend. Im Falle Pommerellens überstieg sie zwei Drittel (72%) und im Falle Posens bewegte sie sich um diese zwei Drittel (67,9%). Noch krasser trat dieser Prozeß im Fall der drei größeren Städte Thorn (92,6%), Bromberg (85,2%) und Posen (90,8%) hervor. Diese Städte, die mit Ausnahme Posens vor 1914 mehrheitlich deutsche Städte gewesen waren, wurden nun Städte mit einer bei weitem überwiegenden polnischen Einwohnerschaft. Zweifellos stand also die polnische Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen im Ergebnis des Entdeutschungsprozesses – ohne genaue Gewichtung seiner Ursachen: spontane Reaktion auf die Bedrohung der Herrschaft Deutschlands im Osten nach einem verlorenen Krieg (das Resultat von Versailles) oder auch die Maßnahmen der polnischen Behörden – vor einer wesentlich leichteren Aufgabe; hatte sie es doch (vor allem nach 1926) mit einer wesentlich kleineren Zahl von Deutschen zu tun, als man in den kühnsten Prophezeiungen hatte annehmen können.

Betrachten wir noch einmal die Resultate des Entdeutschungsprozesses in den uns interessierenden drei Grenzkreisen, in Zempelburg, Graudenz (Landkreis) und Neutomischel:

Zahl der Deutschen			Deutsche in %			Abnahme	
1910	1921	1926	1910	1921	1926	insgesamt	in %
Zempelburg/Sępólno Krajeńskie							
21554	13430	10866	70,6	49,2	39,0	10688	49,6
Graudenz (Landkreis)/Grudziądz (powiat)							
28698	14459	9317	58,9	33,2	21,4	19381	67,3
Neutomischel/Nowy Tomyśl							
27247	18233	14801	53,1	36,2	29,4	12446	45,7

Der prozentuale Anteil der deutschen Bevölkerung lag in diesen drei Kreisen 1926 höher als der Durchschnitt, der aus der ersten Tabelle hervorgeht. Erinnern wir noch einmal daran, daß die Deutschen 1926 in Pommerellen 12,5 Prozent und im Posenschen 9,0 Prozent ausmachten, während sie im selben Jahr im Kreis Zempelburg 39,0 Prozent, in Neutomischel 29,4 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten. Die polnische Minderheitspolitik in diesen drei Kreisen und das tägliche Leben der dortigen Deutschen sind Gegenstand unserer Quellenedition nicht allein aus diesem Grunde, sondern auch deswegen, weil der Zustand, in dem das Archivmaterial erhalten ist, eine breite Exposition dieser Probleme ermöglicht. Es sei noch hinzugefügt, daß – hier einmal abgesehen vom Stadtkreis Bielitz – der höchste Prozentsatz an deutscher Bevölkerung in allen polnischen Kreisen zwischen 1920 und 1939 gerade im Kreis Sępólno Krajeńskie zu verzeichnen ist.

*

Im Versailler Vertrag, der am 10. Januar 1920 in Kraft trat, trat Deutschland an Polen 49909,5 m² seines Gebietes ab[9]. Der Vertrag sah außerdem eine Volksabstimmung im Ermland und in Masuren am 11. Juli 1920 sowie in Schlesien vor. Art. 91 des Versailler Vertrags betraf die Staatsangehörigkeit und die Option, Art. 92 erkannte Polen das Recht auf Einziehung des Eigentums deutscher Staatsangehöriger zu, während Art. 93 Polen verpflichtete, mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten einen Vertrag zum Schutz der nationalen Minderheiten abzuschließen[10].

Die rechtliche Lage der deutschen Minderheit in Polen wurde durch den Versailler Vertrag und den eben erwähnten Minderheitenschutzvertrag geregelt, der alle nationalen Minderheiten in Polen betraf. Im Falle der Deutschen bestand das Wesen dieser Regelungen zum großen Teil in den Bedingungen, unter denen sie die polnische Staatsbürgerschaft erlangen konnten. Deutsche, die das wünschten und die zumindest zwischen 1908 und 1920 in dem an Polen abgetretenen Gebiet gelebt hatten, konnten sie erhalten[11]. Das Gegenstück zur Gewährung der polnischen Staatsbürgerschaft war das Recht, zugunsten Deutschlands zu optieren, d. h. die Reichsbürgerschaft zu behalten. Das Problem bestand darin, daß die Option im Versailler Vertrag etwas anders geregelt war als im Minderheitenschutzvertrag. Ohne hier detailliert auf sämtliche Unterschiede einzugehen, kann man sagen, daß sie in Berlin und Warschau verschieden interpretiert wurden. Dieser Unterschied bestand in der Einengung oder Erweiterung des Personenkreises, der

[9] Bolesław Olszewicz, Obraz Polski dzisiejszej [Das Bild des heutigen Polens], Warszawa 1938, S. 30

[10] Jerzy Krasuski, Stosunki polsko-niemieckie 1919–1932 [Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932], 2. Aufl. Poznań 1975, S. 40 f.

[11] Das folgende nach Krasuski, wie Anm. 10, S. 117 ff.

das Recht auf Option zugunsten Polens erhalten sollte. Außerdem war strittig, ob im Falle der Beibehaltung der Reichsbürgerschaft das Verlassen polnischen Staatsgebietes innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages, d.h. bis zum 10. Januar 1923 obligatorisch (Warschauer Interpretation) oder freiwillig (Berliner Interpretation) erfolgen sollte. Die Begriffe „obligatorisch" oder „freiwillig" schufen geradezu ein unbegrenztes Interpretationsfeld und ermunterten zum politischen Kampf, der von Berlin vor das Forum des Völkerbunds getragen wurde.
Die Berliner Interpretation erfolgte in der Absicht, den Auszug der Deutschen aus den ehemaligen preußischen Provinzen, mithin die Welle der Entdeutschung, aufzuhalten. Die polnischen Interpretationsbemühungen zielten naturgemäß in die entgegengesetzte Richtung. Der Streit endete mit der deutsch-polnischen Wiener Konvention, die unter dem Patronat des Völkerbunds am 30. August 1923 abgeschlossen wurde. Ohne auch hier auf Einzelheiten einzugehen, läßt sich soviel sagen, daß nach ihren Bestimmungen Deutsche, die im Rahmen der Entdeutschung (also ohne irgendwelche völkerrechtlichen Regelungen) Polen verlassen hatten, damit zugleich auch für Deutschland optiert hatten. Die Konvention sah weiter vor, daß die polnischen Behörden das Recht hatten, von denjenigen das Verlassen Polens zu fordern, die für Deutschland optiert hatten. Das war zweifellos ein Erfolg der polnischen Seite, doch angesichts der Verhandlungen über den Vertrag von Locarno stellte Polen im Oktober 1925 die Abschiebung der Optanten ein [Dokument Nr. 57].
Das Optantenproblem war im Grunde genommen „viel Lärm um nichts"; denn im Vergleich zu den Hunderttausenden von Deutschen, die im Rahmen der Entdeutschung Polen verlassen hatten, war der Personenkreis, der im Rahmen der Option nach Deutschland ging oder abgeschoben wurde, eine Quantité négligeable. Insgesamt handelte es sich um etwa 30 000 Deutsche[12]. Eine erhebliche, doch schwer zu bestimmende Anzahl von Optanten, die jedoch gewiß nicht geringer war als die Zahl derer, die weggingen, blieb in Polen. Zusammen mit der großen Menge derer, die für Polen optiert hatten, bildeten sie praktisch die deutsche nationale Minderheit. Etwas anders sah es in Schlesien aus; hier wurden im Abstimmungsgebiet (also in Deutschland und in Polen) die Fragen der deutschen Minderheit und entsprechend der polnischen Minderheit von der Genfer Konvention für Oberschlesien geregelt.
Der erwähnte Minderheitenschutzvertrag[13] (der für das Deutsche Reich nicht galt) gab den nationalen Minderheiten in Polen „gleiche Rechte", d. h. solche Rechte, die allen polnischen Staatsbürgern zustanden. Darüber hinaus gewährte er den Minderheiten besondere Vergünstigungen, wie das Recht auf Gebrauch der Muttersprache vor Gericht (aber nicht im Behördenverkehr) und sicherte ihnen endlich auch das Recht zu, Privatschulen, Erziehungsanstalten, Wohltätigkeitsvereine oder gesellschaftliche Organisationen zu gründen, d. h. er gab den Minderheiten das Vereinigungsrecht. Polen verpflichtete sich, den Kindern in den Volksschulen den Unterricht in ihrer Muttersprache zu erleichtern, jedoch bei obligatorischem Polnischunterricht (als Fremdsprache). In den Gebieten, die vor 1920 zum Deutschen Reich gehört hatten, sollten dort eigene deutsche Klassen oder Schulen errichtet werden, wo eine entsprechende Zahl von deutschen Kindern vorhanden war.
All das wurde für Schlesien in der genannten Genfer Konvention abweichend geregelt.

[12] Krasuski, wie Anm. 10, S. 130.
[13] Krasuski, wie Anm. 10, S. 149 ff.30.

Im September 1934 „entzog sich [Polen im Völkerbund] jeglicher Zusammenarbeit mit den internationalen Organen bezüglich einer Kontrolle der Anwendung des Minderheitenschutzsystems durch Polen" bis zur Einführung eines allgemeinen und einheitlichen Minderheitenschutzes. Praktisch bedeutete das eine Aufkündigung des „Minderheitenschutzvertrages"[14]. Auf die Lage der deutschen Minderheit in Polen hatte dieser Schritt keine Auswirkungen; es hörten lediglich die Klagen der deutschen Minderheitenorganisationen im Völkerbund auf. Die Lage der deutschen Minderheit wurde von der alltäglichen politischen Praxis der polnischen Verwaltung geregelt. Sie läßt sich sowohl für die Zeit vor als auch nach 1934 in der vorliegenden Dokumentensammlung verfolgen. Diese Praxis war variabel. Man hielt sich im Prinzip an die Verfassung[15], an den Minderheitenschutzvertrag oder an die Genfer Konvention, konnte aber von diesen Vereinbarungen erheblich abweichen, vor allem zum Nachteil, in weitaus weniger Fällen zum Vorteil der Betroffenen. Derartige Schwankungen waren vor allem vom aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen abhängig.

Besonderen Charakter besaß die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Diesen Charakter bestimmte nicht nur das ausnehmend industrielle Profil dieser Region, sondern auch seine turbulente Geschichte unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkriegs, aber auch die zusätzlichen, im übrigen Polen nicht gültigen internationalen Verpflichtungen in Gestalt der bereits mehrfach erwähnten Genfer Konvention, die der deutschen Minderheit eben besondere Berechtigungen zusicherte. Artikel 88 des Versailler Vertrages sah in Oberschlesien die Durchführung einer Volksabstimmung vor, wobei Deutschland sich verpflichtete, zugunsten Polens auf den Teil des Abstimmungsgebiets zu verzichten, der Polen zufallen sollte[16]. Einige Wochen nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages (August 1919) brach in Schlesien ein Aufstand aus, ein Jahr später (August 1920) der zweite Schlesische Aufstand. Mit ihnen war beabsichtigt, sich *manu militari* ein für die polnische Seite möglichst günstiges Ergebnis der kommenden Volksabstimmung zu sichern; sie waren ein Protest gegen die Maßnahmen der sich zum Plebiszit rüstenden deutschen Verwaltung, darunter des Grenzschutzes, aber auch der deutschen paramilitärischen Freiwilligenverbände. Beide Aufstände blieben militärisch erfolglos, trugen aber dazu bei, die Lage der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien vor dem Plebiszit zu verbessern.

---

[14] Stanisław Sierpowski, Źródła do historii powszechnej okresu międzywojennego [Quellen zur allgemeinen Geschichte der Zwischenkriegszeit], Bd. II: 1927–1934, Poznań 1992, Dokument 290, S. 549 ff. – Der Zeitpunkt der Aufkündigung des Minderheitenschutzvertrages war gut gewählt. Im Oktober 1933 war das Deutsche Reich aus dem Völkerbund ausgetreten, und 1934 hielten noch die Flitterwochen des deutsch-polnischen Zusammengehens nach Unterzeichnung der Nichtangriffserklärung im Januar d. J. an. Man konnte also damit rechnen, daß von seiten Berlins nicht reagiert wurde. – 1934 wurde die UdSSR in den Völkerbund aufgenommen, und Polen hatte ihren Antrag unterstützt. Diese Unterstützung für die UdSSR stellte einen Schutzschirm dar, um die Angelegenheiten der ukrainischen und weißrussischen Minderheit in Polen der Vormundschaft des Völkerbundes zu entziehen; denn die Ukrainische SSR und die Weißrussische SSR waren berechtigt, Fragen, die „ihre" Minderheiten betrafen, vor das Forum des Völkerbundes zu bringen.

[15] In der Verfassung vom 17. März 1921 und in der Verfassung vom 23. April 1935 waren die Rechte der Minderheiten in gleichlautender Weise garantiert.

[16] Krasuski, wie Anm. 10, S. 46.

Die Volksabstimmung fand am 20. März 1921 auf einer Gebietsfläche von 11 008 km² statt. Für einen Verbleib Oberschlesiens beim Reich stimmten 59,7 Prozent, für einen Anschluß an Polen 40,3 Prozent. Die Teilung des Abstimmungsgebiets zwischen Deutschland und Polen sollte der Oberste Alliierte Rat vornehmen. Der dritte Schlesische Aufstand, der in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1921 ausbrach, sollte vor dieser Entscheidung vollendete Tatsachen schaffen. Mit militärischen Mitteln wurde dieses Ziel zwar nicht erreicht, doch hatte der dritte Aufstand einen für Polen günstigen Einfluß auf die Entscheidung des Obersten Rates vom 20. Oktober 1921. Danach erhielt Polen 29 Prozent des Abstimmungsgebietes zugesprochen, darunter 85 Prozent des dicht besiedelten schlesischen Industriegebietes mit 46 Prozent der Bevölkerung, d. h. mit rund einer Million Menschen. Im polnischen Teil Oberschlesiens lebten 1922 rund 260 000 Deutsche, d. h. annähernd 25 Prozent der gesamten Bevölkerung[17].

Als Ergebnis des dreimaligen bewaffneten Kampfes, der der Teilung Oberschlesiens vorausging, bekam die Lage der deutschen Minderheit in dem Polen zugesprochenen Teil ein besonderes Gepräge, das der Zuspitzung der nationalen Antagonismen sehr förderlich war. So sollte die Genfer Konvention denn auch einer Mäßigung sowohl der polnischen Minderheitenpolitik als auch der deutschen Politik gegenüber den im deutschen Teil Oberschlesiens verbliebenen Polen dienen.

Diese Konvention unterzeichneten Deutschland und Polen am 15. Mai 1922 in Genf. Sie trat am 15. Juni desselben Jahres in Kraft und sollte 15 Jahre lang, also bis 1937 gültig sein. Sie wurde unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes geschlossen, der ebenso wie die in der Konvention vorgesehenen gemischten Organe (die Gemischte Kommission in Kattowitz [Katowice] und das Schiedsgericht in Beuthen/OS) bindende schiedsgerichtliche Vollmachten bei Klagen hatte, die einzelne Bürger einreichen konnten. Die Konvention schränkte also Deutschlands und Polens Souveränität in dem von ihren Entscheidungen betroffenen Abstimmungsgebiet ein.

Die Konvention dehnte die Regelung des Minderheitenschutzvertrages auf dieses Gebiet aus. Auf diese Weise band der Vertrag das Deutsche Reich im deutschen Teil Oberschlesiens, aber nur dort. In etwas anderer Weise regelte die Konvention die Optionsfrage. Die Deutschen erhielten im polnischen Oberschlesien die polnische Staatsbürgerschaft automatisch (kraft Geburt oder kraft Wohnens vor 1908 und am Tage des Inkrafttretens der Konvention) und konnten auf sie durch Option verzichten. Optierten sie für Deutschland, konnten sie (mit wenigen Ausnahmen) an ihrem bisherigen Wohnort bleiben, solange die Konvention Gültigkeit hatte. Daher hatten Abschiebungen von Optanten aus Polen bzw. aus Deutschland in Oberschlesien auch keine größere Bedeutung.

Die Genfer Konvention erkannte der deutschen (bzw. der polnischen) Minderheit weitgehende Privilegien im Schulwesen zu, die über die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages hinausgingen. Artikel 74 sprach den Behörden das Recht ab, die nationale, sprachliche oder religiöse Zugehörigkeit eines Bürgers zu untersuchen, was die Schulkinder vor dem Druck dieser Behörden schützte, falls sie z. B. den Zugang von Kindern zu deutschen Minderheitsschulen beschränkt hätten. Die Konvention sah vor, daß ihre Bestimmungen auf alle Schultypen Anwendung finden sollten (während der Minderheitenschutzvertrag nur die Grundschulen betraf).

Die Konvention sicherte der deutschen Minderheit den Gebrauch der Muttersprache im privaten und öffentlichen Leben in einem größeren Bereich zu als im übrigen Polen.

---

[17] Krasuski, wie Anm. 10, S. 66.

Und schließlich schränkte die Konvention, wie noch zu zeigen sein wird, Polens Recht auf Liquidation des Eigentums deutscher Bürger ein.
Die Konvention erlosch am 15. Juni 1937. Die Aufkündigung des Minderheitenschutzvertrages (September 1934), von der bereits die Rede war, betraf nicht die polnische Zone des Geltungsbereichs der Konvention. Nach ihrem Erlöschen unterschrieben Deutschland und Polen am 5. November 1937 eine Minderheitenerklärung[18]. Sie hatte den Charakter einer Absichtserklärung und sah keine neuen Regelungen vor. Das geschah auf Wunsch der deutschen Seite, die sich damals – 1937 – in ihrer Politik gegenüber den Polen in Deutschland, insbesondere in Oberschlesien, nicht die Hände binden lassen wollte. Die Deutschen hatten ebenfalls, wie zu zeigen sein wird, mit ihrer Minderheit in Polen andere Pläne, die sich in einer Erklärung, die die Genfer Konvention nur unvollständig ersetzt hätte, nicht durchführen ließen.
Zu einer schwerwiegenden Belastung für die deutsch-polnischen Beziehungen wurden, insbesondere in den zwanziger Jahren, die Fälle, bei denen es um den deutschen staatlichen wie privaten Immobilienbesitz ging, darunter Landbesitz und Industrieobjekte in den Gebieten, die Polen zugefallen waren. Hinsichtlich des staatlichen Eigentums (preußischer Fiskus) bestimmte Artikel 256 des Versailler Vertrags, daß das Eigentum des preußischen Fiskus in polnisches Staatseigentum überging, unter bestimmten, hier nicht wesentlichen Bedingungen auch entschädigungslos[19]. Für die Lage der deutschen Minderheit war das insofern von Belang, als ein beträchtlicher Teil des ehemaligen preußischen Grundbesitzes von sogenannten Kolonisten genutzt wurde, d. h. von Personen, die seit 1886 von der preußischen Ansiedlungskommission im Rahmen der Eindeutschungspolitik angesetzt worden waren, andere Teile des Bodens befanden sich im Besitz von Domänenpächtern. Die polnischen Behörden waren entschlossen, beide Kategorien der Nutznießung staatlichen Eigentums abzuschaffen. Die „Beziehungen" zwischen diesen Behörden und den Kolonisten charakterisiert sehr gut ein Teil des Lageberichts des Posener Wojewoden für Juli 1922. Der Wojewode schrieb dort, daß zwei Kolonisten bei Einführung der Zwangsverwaltung des genutzten Grundbesitzes „am 5. VII. den Behörden in Budziski (Oborniki) tätigen Widerstand leisteten und der Kolonist Julius Brunner den Verwalter mit einem Revolverschuß am Kopf verletzte", und fügt selbst hinzu: „Das ist das Ergebnis, wenn man diese Sache mit Samthandschuhen anfaßt" [Dokument Nr. 209].
Bezüglich des privaten Immobilienbesitzes erkannte Artikel 297 des Versailler Vertrages Polen als alliiertem Staat das Recht zu, „alles Eigentum, alle Rechte und Interessen, die sich am Tage des Inkrafttretens des Vertrages auf deutsche Reichsangehörige beziehen oder auf von ihnen beaufsichtigte Gesellschaften [...] zurückzubehalten und zu liquidieren"[20]. Diese Bestimmung betraf zwar deutsche Staatsbürger, doch die vom Versailler Vertrag vorgesehene Möglichkeit einer Option zugunsten Polens projizierte den „Liquidationskontext" auf potentielle polnische Staatsbürger deutscher Abstammung, indem sie ihnen eine derartige Option nahelegte. Im übrigen kam es auch vor, daß Immobilienbesitz eingezogen wurde, der Deutschen gehörte, die bereits die polnische Staatsbürgerschaft besaßen.[21]

---

[18] Marian Wojciechowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938, Leiden 1971, S. 333 [= Studien zur Geschichte Osteuropas XII].

[19] Krasuski, wie Anm. 10, S. 136 ff.

[20] Krasuski, wie Anm. 10, S. 134 f.

[21] Krasuski, wie Anm. 10, S. 320.

Die Einziehung von Privatbesitzes erfolgte gegen Entschädigung, was sich angesichts fehlender finanzieller Mittel naturgemäß auf ihren Umfang auswirken mußte. Es sei daran erinnert, daß die Genfer Konvention das Liquidationsrecht einschränkte; das betraf Industriebesitz (im Prinzip nach Ablauf von 15 Jahren, d. h. nach Erlöschen der Konvention), aber auch Grundbesitz, obwohl in diesem Fall relativ zahlreiche Ausnahmen vorgesehen waren.[22]

Nach unvollständigen Angaben wurden (ohne Oberschlesien) in den zwanziger Jahren 170590 ha Grundbesitz eingezogen; in den Händen deutscher Staatsbürger verblieben 24330 ha[23].

Der deutsch-polnische Liquidationsvertrag, der am 31. Oktober 1929 in Warschau unterzeichnet wurde, beendete die Fälle von Liquidationen des Eigentums deutscher Bürger. Beide Regierungen verzichteten darin auf sämtliche finanziellen und Vermögensansprüche, die sich aus dem Krieg oder dem Versailler Vertrag ergaben und die von einem der Vertragsstaaten oder seinen Bürgern geltend gemacht worden waren[24]. Der gegenseitige Verzicht auf diese Ansprüche resultierte aus der Annahme einer sogenannten Null-Option.

Der Versailler Vertrag, der Minderheitenschutzvertrag, die Genfer Konvention und auch das Liquidationsabkommen waren demnach die Grundnormen völkerrechtlichen Charakters, die den Status der deutschen Minderheit in Polen regelten. Im innerstaatlichen Recht war dieser Status durch die Verfassungen von 1921 und 1935 garantiert.

Alle diese rechtlichen Regelungen bildeten den Bezugsrahmen für die tägliche politische Praxis der polnischen Behörden im Umgang mit der deutschen Minderheit. Ihre Zahl in ganz Polen veränderte sich nach dem Ende des Exodus der Deutschen (1926) nicht mehr wesentlich. Die polnische Volkszählung von 1931 ergab 741095 Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten[25]. Diese Angabe lag zweifellos zu niedrig. Nach einer privaten Schätzung von Friedrich Heidelck betrug die Anzahl der Deutschen in Polen 1128000 (1928), nach einer Schätzung von Viktor Kauder waren es 1030000 (1938). Man kann annehmen, daß sich die Zahl der Deutschen in Polen nach 1926 um etwa eine Million bewegte, wovon im ehemals preußischen Gebiet 505000 (49%), im ehemals russischen Teil 415000 (40%) und im ehemals österreichischen Gebiet 110000 (11%) lebten. Der Schwerpunkt der polnischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit lag im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet. Es machte lediglich 11 Prozent des damaligen polnischen Staatsgebietes aus[26] (hier lebten 49% aller Deutschen), während es im Falle des ehemaligen russischen Teilungsgebietes 69 Prozent waren. Dort lebten verstreut (mit Ausnahme von Lodz und Umgebung) 40 Prozent Deutsche mit polnischer Staatsbürgerschaft.

Diese Deutsche waren seit eh und je eine nationale Minderheit gewesen, zuerst im Kaiserreich Rußland, und nun in Polen, während die Deutschen im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet – wie bereits erwähnt – erst nach 1918 zu einer Minderheit wurden. In den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg unterhielten die dort verbliebenen Deutschen zahlreiche enge Bindungen zum Reich. In den hier veröffentlichten Quellen kann

---

22 Krasuski, wie Anm. 10, S. 70.

23 Krasuski, wie Anm. 10, S. 318.

24 Krasuski, wie Anm. 10, S. 327.

25 Das folgende nach Otto Heike, Das Deutschtum in Polen 1918–1939, Bonn (1955), S. 304 ff.

26 Marian Wojciechowski, Okiem historyka. Warszawa-Berlin-Bonn [Aus der Sicht eines Historikers. Warschau-Berlin-Bonn], Łódź 1989, S. 245.

man den „Abnabelungsprozeß" beobachten, den schwierigen Abbruch direkter Verbindungen mit dem Reich und den Übergang zum Minderheitsstatus. Das illustriert die Tätigkeit des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen, den die polnischen Behörden 1923 auflösten [Dokumente Nr. 75, 53, 55). In diesen ersten Jahren reagierten die polnischen Behörden energisch, ja man könnte sagen allergisch. Im April 1923, kurz vor Auflösung des Deutschtumsbundes kündigte der damalige polnische Ministerpräsident Władysław Sikorski während eines Aufenthaltes in Posen eine „prinzipielle Wende im Verhältnis zu der bislang mit Nachsicht behandelten deutschen Minderheit" an [AP Poznań, UWP, 5582, Lagebericht für April 1923]. Die Bedeutung dieser Ankündigung Sikorskis würdigte der bereits genannte Hermann Rauschning gebührend in einer längeren Ausführung. Ihm zufolge hatte Sikorski auch gesagt, daß der Stärkere immer Recht habe und die Hoffnung geäußert, daß der Entdeutschungsprozeß in Polens westlichen Wojewodschaften bald zum Abschluß kommen würde[27]. Doch noch zwei Jahre vor dieser – im übrigen nur kurz andauernden – Wende hatte es eine dynamische Polonisierungsaktion des Verwaltungsapparats gegeben. Der Posener Wojewode hatte in einem Runderlaß vom 9. Februar 1921 die Entlassung deutschstämmiger Kommunalbeamter angeordnet, doch bereits im darauffolgenden Mai die ihm unterstehenden Ämter ermahnt, daß die deutsche Abstammung der betroffenen Beamten nicht als Entlassungsgrund angegeben werden dürfte [AP Poznań, St. Pow. N. Tom., 112].
Die generell ablehnende, mitunter sogar offen feindselige Haltung der deutschen Minderheit im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet gegenüber dem polnischen Staat einerseits, andererseits eine polnische Politik, welche die Entdeutschung und den Abbruch direkter Verbindungen dieser Minderheit zum Reich unterstützte, verschärften die nationalen Antagonismen, die *via facti* durch den Abfluß der Deutschen ins Reich hätten gemildert werden können. Doch von Anfang an, seit Inkrafttreten des Versailler Vertrages, war die Lage der deutschen Minderheit eine Funktion der deutsch-polnischen Beziehungen auf Regierungsebene. Die Skala der Abhängigkeiten dieser Lage der Minderheit von der Temperatur der Beziehungen zwischen Berlin und Warschau war unterschiedlich. In den dreißiger Jahren wirkte sich die entspannte Atmosphäre infolge der im Januar 1934 unterzeichneten Nichtangriffserklärung positiv auf die Situation der deutschen Minderheit in Polen aus, aber auch die deutsche Politik, die sich die Deutschen in Polen unterordnete, beabsichtigte, sie als Instrument der Reichspolitik gegenüber Polen einzusetzen. Die Gründe, aus denen es nicht dazu kam, werden weiter unten gezeigt, doch diese Instrumentalisierung hatte wiederum Einfluß auf die polnische Minderheitspolitik. Das Ergebnis war ein Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen gab. In einem wesentlich geringeren Grade war, wie es scheint, die Lage der deutschen Minderheit in Polen von der Lage der polnischen Minderheit in Deutschland abhängig und umgekehrt. Spuren dieser Abhängigkeit finden sich in den Quellen, insbesondere in den Grenzkreisen [Dokument Nr. 352]. Ein weiteres Beispiel für diese Abhängigkeit kann eine Weisung des polnischen Innenministers an die Wojewoden sein, die 1936 in der Kreisstarostei in Graudenz einging – zu einem Zeitpunkt, als sich die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit verschärfte. Dabei sollten die vermehrten Repressionen gegenüber den Deutschen (was man elegant „Rückkehr zu den Statutennormen" nannte) „entschieden auf dem Recht beruhen, um Rückwirkungen auf das Leben der Polen in Deutschland zu vermeiden" [Dokument Nr. 66].

[27] Rauschning, wie Anm. 7, S. 169 f.

Es sei daran erinnert, daß die in vorliegender Veröffentlichung exponierten Grenzkreise diese Rolle erst seit kurzem spielten. Polen wie Deutsche, die dort nach 1920 lebten, hatten vorher im Deutschen Reich gewohnt und waren durch keine Staatsgrenze getrennt gewesen. Diese Trennung erfolgte 1920 (etwas später in Oberschlesien), doch die zahlreichen Bindungen blieben bestehen. Die Deutschen in Polen wurden, wie erwähnt, zu einer nationalen Minderheit, die Polen in Deutschland blieben es weiterhin – mit dem Unterschied allerdings, daß es nun einen polnischen Staat gab.

Die Polen im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet waren nach 1920 Staatnation. Das hob sicherlich in erster Linie das Selbstbewußtsein der Verwaltung, half aber auch, bei der Beseitigung der Folgen der deutschen Herrschaft in diesem Gebiet eine harte Politik zu begründen. Der Wojewode von Pommerellen schrieb 1925 in seinem Lagebericht, „man [d. h. die örtlichen Deutschen – M.W.] spricht weiterhin von Unmenschlichkeit, Brutalität und Gewalt von seiten der polnischen Behörden und vergißt dabei, daß in den Fällen, wo diese Behörden wiederholt gezwungen sind, gegenüber der deutschen Minderheit energische Mittel anzuwenden, es sich nur um die Konsequenz der Gewalt handelt, die die Deutschen am lebenden Körper der Adelsrepublik begingen" [Dokument Nr. 57].

Von der Beseitigung der Folgen der deutschen Herrschaft war nicht allein die deutsche Minderheit in Polen betroffen; betroffen war auch eine nicht näher zu bestimmende Anzahl von Polen, die sich nach der mehr als hundertjährigen preußischen Herrschaft zum Teil mit der vergangenen Zeit identifizierten und auch weiterhin ihre Familienbande und gesellschaftliche Beziehungen zu den Deutschen nicht aufgaben. So erließ der Oberkommandierende der Schlesischen Polizei in Katowice einen geheimen Runderlaß, in dem er eine Namensliste der Polizeibeamten anforderte, deren Ehefrauen dem Deutschen Volksbund, einer Minderheitsorganisation, angehörten und Deutsche oder „deutscher Gesinnung" waren. Er mahnte auch eine Liste mit Namen der Polizeibeamten an, deren Kinder eine deutsche Schule besuchten [Dokument Nr. 354]. Im selben Jahr wies derselbe Oberkommandierende in einem geheimen Erlaß darauf hin, daß protestantische Polizeibeamte am deutschen Gottesdienst teilnahmen und ordnete an, dieses solange zu unterbinden, bis polnische protestantische Gottesdienste abgehalten würden [Dokument Nr. 355]. Noch im Juni 1939, als die deutsch-polnischen Beziehungen bereits äußerst gespannt waren, befahl der Oberkommandierende, vertrauliche Beziehungen „zu Personen, deren Loyalität zum polnischen Staat nicht sicher ist" abzubrechen [AP Katowice, Policja woj. śl., 22]. Und noch ein Beispiel: 1925 sammelte der Bund zur Verteidigung der Westlichen Grenzmarken ohne Absprache mit den staatlichen Behörden Unterschriften unter einen Protest gegen eine angebliche Abtrennung Pommerellens und Oberschlesiens von Polen; derartige häufig umlaufende Gerüchte waren Ausdruck fehlender sozialer und politischer Stabilität innerhalb der polnischen Bevölkerung. Im Grenzkreis Konitz [Chojnice] erwies sich die Unterschriftensammlung als kontraproduktiv. Der Starost von Chojnice schrieb in seinem monatlichen Lagebericht (für Oktober 1925), die Bevölkerung würde vermuten, daß an den Gerüchten etwas Wahres daran sei: „lediglich ein Prozent der Bevölkerung unterschrieb [den Protest]" und „in nationaler Hinsicht ist dieser Kreis äußerst bedroht" [Dokument Nr. 57]. Kann man in solchen Fällen von einem Staatsvolk sprechen?

Außer dem bereits genannten Deutschtumsbund, der aus dem Deutschen Volksrat in Posen hervorgegangen war, bestand nach seiner Auflösung das Sejmbüro für Posen und

Pommerellen[28] in Bromberg, das von den deutschen Sejmabgeordneten gegründet worden war. De facto war es die führende Organisation der deutschen Minderheit in Polen. 1934 wurde ebenfalls in Bromberg die Deutsche Vereinigung für Posen und Pommerellen gegründet, die faktisch die Fortsetzung des Sejmbüros darstellte. Das Entstehen der DV war die Antwort auf die verstärkte, sich nun bereits über ganz Polen erstreckende Tätigkeit der oben erwähnten Jungdeutschen Partei (JDP), die 1930 gegründet worden war.

Die führende Organisation der deutschen Minderheit in Oberschlesien war der Deutsche Volksbund für Oberschlesien, und in Mittelpolen (im ehemaligen Russisch-Polen) war es der 1924 gegründete Deutsche Volksverband mit Sitz in Lodz. Daneben gab es zahlreiche politische Parteien der deutschen Minderheit, von denen die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens erwähnt werden sollte, die ihre Mitglieder vor allem in Lodz und in Oberschlesien rekrutierte, ferner die oberschlesische Katholische Volkspartei (ab 1927 Deutsche Katholische Volkspartei; ab 1933 Deutsche Christliche Volkspartei). Ihr Vorsitzender war von 1927 bis zu seinem Tod im Jahre 1938 Dr. Eduard Pant. Es war eine Partei mit entschieden antinationalsozialistischer Prägung. Alle diese Organisationen und Parteien hatten ihre Schul- oder Bildungsabteilungen, außerdem bestand in Bromberg der Deutsche Schulverein, der für die in Versailles an Polen abgetretenen Gebiete zuständig war. Hauptsächlich in diesen Gebieten bestanden sehr zahlreiche Wirtschafts-, Genossenschafts-, kirchliche, Sport- oder auch Gesangvereine. Die Vielfalt des Vereinslebens der Deutschen in Polen läßt sich gut in den hier veröffentlichten Lageberichten der polnischen Behörden ablesen.

Die meisten Parteien und Organisationen mit politischem Charakter (wie z. B. die Deutsche Vereinigung) hatten eine deutsch-nationale Färbung. Von dieser Regel wichen die Pantsche Partei, die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens und natürlich die Jungdeutsche Partei ab, die offen den Prinzipien des Nationalsozialismus huldigte. Ihre Aktivität nahm nach dem 30. Januar 1933, der „Machtübernahme" deutlich zu. Nicht minder laut als ihre nationalsozialistischen Parolen verkündete sie die Loyalität ihrer Mitglieder gegenüber dem polnischen Staat.

Die Jahre 1934–1938 waren Zeugen eines nicht alltäglichen politischen Kampfes unter der deutschen Minderheit, den die JDP mit Hauptstoßrichtung gegen die DV begann, und der als Kampf der „Jungen" gegen die „Alten" bekannt wurde. In den hier veröffentlichten Dokumenten können wir seinen Niederschlag beobachten.

Vor Hitlers Machtantritt waren die polnischen Behörden scharf gegen die nationalsozialistischen Gruppierungen eingeschritten und hatten sogar die Erstellung einer Informationskartei angeordnet, um eventuell später das nationalsozialistische Organisationsnetz in Polen zerschlagen zu können [Dokument Nr. 362]. Noch im Mai 1933 wurde die Anwendung drastischer Maßnahmen empfohlen, doch sollte bereits der Schein gewahrt werden [AP Bydgoszcz, St. Pow. Grudz., 330, 19.5.33, MSW do wojewodów]. Die Situation änderte sich, wenn auch nicht für lange, nach Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung (die JDP verkündete schließlich die Ideologie der herrschenden Partei in Deutschland) und auch nach Beginn des Kampfes zwischen „Alten" und „Jungen". Der Posener Wojewode schrieb am 30. März 1934 an seine Starosten, daß „die JDP die ungewöhnlich geschlossene deutsche Front in der Wojewodschaft Posen aufbricht; ihre Tätigkeit ist aus taktischen Gründen als nützlich anzusehen, und ihren politischen

[28] Nach Heike, wie Anm. 25, S. 47 ff.

Aktivitäten sind keine besonderen Hindernisse in den Weg zu legen" [Dokument Nr. 225]. Diese Situation änderte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1936.
War der Kampf der „Jungen" mit den „Alten" vom Reich aus gesteuert? Selbstverständlich ja, obwohl eine solche Steuerung nicht im Sinn einer historischen Verschwörungstheorie zu verstehen ist, d. h. als dämonische Entfesselung des Kampfes durch ein Führungszentrum zur Durchsetzung festgelegter Ziele. Mit dem Problem der deutschen Minderheit in den „losgerissenen Gebieten" (vor allem in Polen, in Nordschleswig und Litauen im Memelgebiet) befaßte sich die bereits 1920 ins Leben gerufene Deutsche Stiftung, an deren Spitze ohne Unterbrechung Erich Krahmer-Möllenberg stand. Die Deutsche Stiftung sammelte für einzelne Ressorts, hauptsächlich für das Auswärtige Amt (AA), Informationen über das politische, soziale und wirtschaftliche Leben der deutschen Minderheiten und vermittelte auch deren Finanzierung. Ziel war vor allem, die Bindungen dieser Minderheiten an das Reich zu erhalten[29]. Es gab noch eine Reihe ähnlicher Hilfsorganisationen, doch die Deutsche Stiftung spielte dabei ohne Zweifel die Hauptrolle. Die politische Couleur der Deutschen Stiftung wie auch Krahmer-Möllenbergs war deutsch-national. Dienstlich unterstand er – wenn natürlich auch nicht formal – dem Auswärtigen Amt. Als Chef der Deutschen Stiftung unterhielt er enge Kontakte mit deutschen Minderheitsführern in Polen, deren politische Sympathien gleichgelagert waren.
Die Situation änderte sich, nachdem die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten. Deutschlands neue Führer waren an der Verbreitung der nationalsozialistischen Weltanschauung interessiert, nicht nur im Reich, sondern auch unter den deutschen Minderheiten, namentlich in den „abgetrennten Gebieten". Damit sollten indirekt auch die Einflüsse der NSDAP im Reich gestärkt werden. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn die JDP von ihr Unterstützung erhielt. Das Problem bestand jedoch darin, daß der institutionelle Rahmen, in dem das Reich mit den deutschen Minderheiten verkehrte, zunächst derselbe blieb. Es blieben auch dieselben Leute; die Person Erich Krahmer-Möllenbergs kann hier als *pars pro toto* dienen. Diesen institutionellen Sachverhalt für das ganze „neue" Deutschland hat Hans Mommsen am besten erfaßt: „Die staatliche Verwaltung ist ein grundlegendes Element geschichtlicher Kontinuität und – das gilt auch für das Dritte Reich – die Voraussetzung jeder dauerhaften inneren wie äußeren Machtentfaltung. [...] Die Homogenität der Reichsministerialverwaltung blieb, abgesehen von den neugeschaffenen Ministerien, weitgehend erhalten"[30]. Es blieb also bei der bisherigen Besetzung des Auswärtigen Amts, und es blieb Krahmer-Möllenberg an der Spitze der Deutschen Stiftung. Selbstverständlich nahmen diese Institutionen (wie auch andere) nationalsozialistische Tarnfarben an. Für einige ihrer Vertreter wurden sie im Laufe der Jahre zu ihrer eigenen Farbe.
Krahmer-Möllenberg schrieb in einer Denkschrift vom Januar 1935 an das Reichswehrministerium, wo er Unterstützung für seinen Standpunkt suchte, die alten Führer der deutschen Minderheit in Polen seien der Ansicht, daß die nationalsozialistische Gleichschaltung der Deutschen in Polen für sie eine Gefahr darstelle [vermutlich meinte er von polnischer Seite, obwohl das nicht ganz sicher ist – M.W.], die JDP würde die „Alten" als Reaktion bekämpfen, die Jugend im Reich dagegen wolle der JDP in ihrem Kampf beistehen; dabei würde sie von Stimmen der Parteipresse im Reich unterstützt.

[29] Krasuski, wie Anm. 10, S. 169 ff.

[30] Hans Mommsen, Das Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966, S. 14 f.

Es ging hier selbstverständlich nicht um die deutsche Jugend, sondern um die Führung der NSDAP, da man die Dinge schwerlich beim Namen nennen konnte. Krahmer-Möllenberg äußerte in dieser Denkschrift folgende Ansicht, die den Kern des Problems trifft: „Ein Auseinanderfallen zwischen Volkspolitik und Reichsaußenpolitik muß zu einer ernsten Gefahr für beide werden. *Es ist daher ein unbedingtes Erfordernis, daß die Führung der Außenpolitik des Reiches das letzte, entscheidende Wort in der Volkstumspolitik hat*" [Hervorhebung M.W.][31]. Es sollte jedoch genau umgekehrt kommen, und jener Krieg „in den oberen Etagen" des Reiches fand seinen Niederschlag dann im Kampf der „Jungen" gegen die „Alten" in Polen.

Auf seiten der JDP stand ganz eindeutig die Gestapo – diesmal als Hüter der nationalsozialistischen Weltanschauung; sie konnte mitunter direkt in den Kampf der „Jungen" gegen die „Alten" eingreifen. So begab sich z. B. aufgrund von Beschwerden der JDP bei der Gestapo im grenznahen Schneidemühl der dortige Vertrauensmann nach Sępólno, um an Ort und Stelle den Streit zwischen JDP und DV zu untersuchen (Winter 1934/35). Ein ähnliches Eingreifen ist zur selben Zeit bei der Stapoleitstelle in Elbing zu vermerken. In ihrem Bericht wurde Krahmer-Möllenberg scharf kritisiert, insbesondere weil – nach Ansicht der JDP – Geld aus dem Reich für die DV floß, die es an die kleinen Leute verteilte und sie auf diese Weise für sich gewann[32]. Im übrigen stand die Tätigkeit der DV in den Grenzkreisen auch ohne Vermittlung der JDP unter wachsamer Beobachtung der Gestapo. In einem Schreiben an das AA vom 6. April 1935 berichtete die Gestapozentrale sicherlich mit einiger Übertreibung, daß im Kreis Ostrowo auf einer DV-Versammlung ein Vertreter der JDP zum Eintritt in seine Partei aufgerufen habe, doch lediglich von den auf der Versammlung anwesenden polnischen Polizeibeamten Applaus erhalten habe[33].

1936 traf man in Berlin Anstalten zur organisatorischen Gleichschaltung der Deutschen in Polen. Dies geschah unter der Schirmherrschaft der par excellence nationalsozialistischen Volksdeutschen Mittelstelle, die damals allerdings noch nicht den Status einer Reichsbehörde besaß. Anfang Mai 1936 wurde auf einem Treffen im Auswärtigen Amt auf Vorschlag von Dr. Kursell von der Volksdeutschen Mittelstelle in Anwesenheit des Posener und Thorner Konsuls Einigkeit darüber erzielt, daß es von seiten des Reiches eine einheitliche Vorgehensweise gegenüber den Deutschen in Polen geben müsse; denn gegenwärtig würden sich „Alte" wie „Junge" jeweils auf Gespräche in Berlin berufen. Dr. Kursell eröffnete den Versammelten, daß „Berlin" (lies: Parteiorgane) nach eigenem Gutdünken entscheiden würde, mit wem es in Polen zu sprechen habe und daß sich das auf der finanziellen Seite niederschlagen würde. Dies war eine deutliche Drohung, die sich an das AA und die mit ihm verbündeten „Alten" in der DV richtete[34]. Wenn es um

[31] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (weiter PAAA), IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 34. Der deutsche Generalkonsul in Thorn, ein überzeugter Anhänger der „Alten", schrieb in seinem Bericht vom 16.2.1935 an das AA, daß die JDP, vor allem in den Grenzkreisen vollkommen totalitär handele. Der Konsul unterstrich, daß die Deutsche Vereinigung fest auf dem Boden des Nationalsozialismus stehe und man sie nicht mit den Deutschnationalen, also der Reaktion, vergleichen könne (ebd.). Einige Monate später (15.10.1935) berichtete derselbe Generalkonsul nach Berlin, daß die „Alten" bis in die Knochen Nationalsozialisten seien, die aber zur Mäßigung aufriefen; denn gewisse Dinge „kann man nur im Herzen tragen" (PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 36).

[32] PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 20.

[33] PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 34.

[34] PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 24.

Geld ging, wurde die Sache ernst. Das AA hatte seit jeher über dieses Geld verfügt und verfügte auch weiterhin darüber und verteilte es unter die „Alten"[35]
Im Mai 1938 wurden nach langwierigen Verhandlungen mit den Führern der untereinander zerstrittenen deutschen Minderheit in Polen konkrete Schritte in Richtung einer „organisatorischen Vereinheitlichung" unternommen. Und zwar strebte man die Schaffung eines „Bundes der Deutschen in Polen" an. Die führenden Minderheitenfunktionäre aus ganz Polen wurden abermals unter der Schirmherrschaft der Volksdeutschen Mittelstelle nach Berlin eingeladen[36]. Dieser Schritt stieß auf heftigen Widerstand des Auswärtigen Amts, das keine Verschärfung der Beziehungen zu Polen wünschte, wozu die Schaffung eines Bundes der Deutschen in Polen hätte führen müssen – und in der Folge zu Repressionen von polnischer Seite. Auch deutsche Minderheitenführer widersetzten sich der Gründung eines Bundes der Deutschen in Polen[37]; ihren Vorbehalt weckte die Person des Kandidaten der Volksdeutschen Mittelstelle für den Vorsitz, Ludwig Wolff vom Lodzer Deutschen Volksverband.
Es kam also nicht zur Gründung des Bundes der Deutschen in Polen und auch nicht zur organisatorischen Gleichschaltung; angesichts der sich seit Herbst 1938 verschärfenden deutsch-polnischen Beziehungen auf höchster Ebene war das auch nicht mehr nötig; denn die instrumentale Rolle der deutschen Minderheit in Polen war in der Politik des Reichs gegenüber Warschau in den Hintergrund getreten[38], und der Kampf der „Jungen" gegen die „Alten" hatte seine politisch-ideologische Rolle erfüllt. Die nationalsozialistische Weltanschauung hatte unter den Deutschen in Polen viele Anhänger gewonnen, und „Junge" wie „Alte" mußten sich um die Gunst des nationalsozialistischen Berlins bemühen.

---

35 Die Finanzierung der deutschen Minderheit in Polen bestand vor allem in der Erteilung billiger Kredite zur Unterstützung einer wirtschaftlichen Tätigkeit, auch in der Landwirtschaft, und in der Dotierung der Bildungstätigkeit und im Schulwesen. 1936 beriet das AA mit der deutschen Botschaft in Warschau über eine Einschränkung der Finanzhilfe; auch die Devisen waren knapp geworden. Die deutsche Minderheit sollte, wie es in dem Vorschlag des AA hieß, auf sich selbst zählen, und ihre Finanzierung sollte – anders als bisher – diese psychologische Umstellung der Minderheit fördern, die Festigung des Heimatgefühls mit dem Boden und ihre Vorbereitung auf den Kampf gegen den Bolschewismus (PAAA, P. III, 2a, Bd. I, Denkschrift des Legationsrates von Twardowski, 30.11.1936). Den Umfang der Finanzhilfe für die deutsche Minderheit in Polen illustriert die summarische Bilanz für 1938. Damals wurden für wirtschaftliche Ziele Kredite in Höhe von 1 493 000 RM erteilt (ebd., Inland II D). Es kam auch vor, daß Privatpersonen geholfen wurde. Im Dezember 1938 erwog das AA eine Sanierung der Finanzen des Senators der Republik Polen, Ervin Hasbach (DV). Von den notwendigen 60 000 RM sollte die Volksdeutsche Mittelstelle 40 000 RM und das AA die restlichen 20 000 RM geben (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (weiter: IfZtg, NG – 039). – Hier sei hinzugefügt, daß die polnische Minderheit in Deutschland ebenfalls in den Genuß einer namhaften Finanzhilfe kam, die vom polnischen Außenministerium geleistet wurde.

36 PAAA, P. III, 2a, Bd. II.

37 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (weiter: ADAP), Serie D (1937–1945), Bd. 5, S. 44, Anm. 3. Die in einem Schreiben des Oberkommandos der Schlesischen Polizei [AP Katowice, UWŚl., 197 – 25.1.1939] erwähnte Nachricht, Chef der neuen Partei, d. h . des Bundes der Deutschen in Polen, solle Dr. Hans Kohnert (DV) werden, beruhte auf einem Gerücht und entsprach nicht der Wahrheit.

38 Ende Februar/Anfang März 1939 fanden in Berlin deutsch-polnische Verhandlungen über beiderseitige Minderheitenprobleme statt. Das Reich versuchte in diesen Verhandlungen, aus der deutschen Minderheit ein effektives Instrument seiner Polenpolitik zu machen. Die Gespräche wurden infolge des polnischen Standpunkts erfolglos abgebrochen; es erschien nicht einmal ein gemeinsames Kommuniqué. Interessanterweise war der Leiter der polnischen Delegation, Żyborski aus dem Innenministerium, nicht gegen die Schaffung eines Bundes der Deutschen in Polen (PAAA, P. III, 2a, Bd. III; vgl. ADAP, V, Dok. 132, S. 145 f. und Dok. 134, S. 147 f. und Anm. auf S. 147).

Doch Hitler setzte seinen Willen durch. Am 2. August 1938 unterzeichnete er einen Erlaß, kraft dessen die Volksdeutsche Mittelstelle den Status einer Reichsbehörde erhielt und mit der Gesamtkoordination der Minderheitenfragen außerhalb wie innerhalb der Reichsgrenzen beauftragt wurde[39]. Die Volkstumspolitik hatte ihren nationalsozialistischen institutionellen Rahmen erhalten.

2. *Quellencharakteristik*

Grundlage des hier veröffentlichten Quellenmaterials sind die Lageberichte der Wojewoden von Pomerellen, Posen und Schlesien sowie ihrer Starosten vor allem aus den uns interessierenden drei Grenzkreisen Grudziądz, Sępólno und Nowy Tomyśl. Die Quellen aus Oberschlesien betreffen den dortigen Industriebezirk; es sind – neben dem in den Wojewodschaftsämtern geschaffenen Aktenmaterial – hauptsächlich Polizeiakten. Damit ist gesagt, daß sich vorwiegend dieses Quellenmaterial der oberschlesischen Verwaltungsbehörden erhalten hat.

Die Lageberichte der Starosten sind am besten für den Kreis Nowy Tomyśl überliefert. Die Lageberichte der Wojewoden betreffen die deutsche Minderheit (nur die sie betreffenden Teile werden veröffentlicht) aus der gesamten jeweiligen Wojewodschaft; vor diesem Hintergrund sind die Lageberichte der Starosten eine Exemplifizierung der in den Berichten der Wojewoden enthaltenen „Gesamtschau". Insgesamt erhält man ein Bild des politischen, wirtschaftlichen und Vereinslebens (Probleme des deutschen Schulwesens, der Sportvereine oder auch der Gesangvereine), aber auch des religiösen Lebens der deutschen Minderheit in einem – das sei hinzugefügt – die politische Führung besonders interessierenden Bereich. Dieser Bereich war sehr groß. Die Behörden interessierten sich buchstäblich für alle Erscheinungsformen des Lebens der deutschen Minderheit. Dieses Bild ist jedoch unzweifelhaft verzerrt, vor allem im Fall von Quellen polizeilicher Provenienz, obwohl gerade diese Quellen mitunter Hinweise enthalten, die für den Polizeibeamten damals von nicht geringerem Interesse waren als für den Historiker von heute. Erinnert sei beispielsweise nur an die Bindungen schlesischer Polizisten an die deutsche Bevölkerungsgruppe.

Das dergestalt gewonnene Bild des Lebens der deutschen Minderheit zeigt zugleich den politischen wie rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen sich dieses Leben abspielte. Es läßt erkennen, was in der Alltagspraxis erlaubt war und was nicht toleriert wurde. Indirekt zeigen die Lageberichte also ebenso die politische Linie der Behörden wie auch die Veränderungen, die diese Politik gegenüber der deutschen Minderheit erfuhr. Nehmen wir den Starosten von Nowy Tomyśl, der sich in seinem Lagebericht für April 1932 rühmt, die örtliche deutsche Kreiszeitung – sicherlich das sprichwörtliche „Käseblatt" – habe auf sein Verlangen den deutschen Kreisnamen „Wollstein" im Titel in das polnische „Wolsztyn" umgeändert [Dokument Nr. 245]. In demselben Kreis erhielten zwei Deutsche, die auf einer JDP-Versammlung die deutschen Namensformen „Rakwitz" und „Neutomischel" anstelle der polnischen „Rakoniewice" und „Nowy Tomyśl" verwendeten, eine hohe Geldstrafe von je 100 Zloty, was damals 50 RM entsprach [Dokument Nr. 258]. Allerdings geschah das bereits zu einer Zeit, als die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit schärfer geworden war.

[39] IfZtg, NG – 4948. Vgl. ADAP, V, S. 142, Anm. 2.

Die Lageberichte der Wojewoden und Starosten zeigen jedoch vor allem das tägliche Leben dieser Minderheit. Das ist das Resultat einer tiefgehenden polizeilichen Infiltrierung des Lebens der hier ansässigen Deutschen. Als Gegenbeispiel mag ein Ausschnitt aus dem Lagebericht des Starosten von Nowy Tomyśl vom Januar 1931 gelten [AP-Poznań, St. Pow. N. Tom., 1546]. Der Starost berichtet darin, daß in der Wohnung des örtlichen Pastors wöchentlich Versammlungen stattfinden und schreibt: „Welche Fragen dort besprochen werden, ist nicht festzustellen, denn die Wohnung des Pastors ist unzugänglich, weil er allein wohnt und ausschließlich deutsche Dienstboten hat".
Eine wichtige Aufgabe der Wojewoden und Starosten bestand darin, nach Anzeichen von Loyalität der Deutschen gegenüber dem polnischen Staat zu suchen und in ihren Lageberichten herauszustellen. Das Lackmuspapier hierfür gaben insbesondere die Gottesdienste ab, die nicht nur anläßlich der polnischen Staatsfeiertage, sondern auch aus Anlaß des Namenstages von Marschall Józef Piłsudski (19. März) und – ab 1937 – auch von Marschall Edward Rydz-Śmigły (18. März) abgehalten wurden[40]. So fanden beispielsweise im März 1939 in der Wojewodschaft Posen in 31 protestantischen Kirchen Gottesdienste für den bereits seit vier Jahren nicht mehr lebenden Piłsudski und für Rydz-Śmigły statt, während in 47 evangelischen Gotteshäusern aus diesem Anlaß kein Gottesdienst stattfand [Dokument Nr. 235]. Man bedenke: 31 gegenüber 47, möglicherweise Tag auf Tag, und das aus Anlaß eines Namenstages, den die Protestanten nicht begingen. Das ist ein zweifelhaftes Zeugnis von Loyalität gegenüber einem Staat und letzten Endes auch ein zweifelhafter Mangel an Loyalität im Falle der Unterlassung religiöser Zeremonien; auf jeden Fall zumindest ein Beweis für die politische Obsession der Verwaltung, wie auch dafür, daß man ihrem Druck teilweise nicht nachgegeben hat. Das Alltagsleben der deutschen Minderheit und die Orientierung der polnischen Behörden darüber sei anhand des erschöpfenden Lageberichts des Posener Wojewoden für Mai 1937 exemplifiziert [Dokument Nr. 229].
Der Wojewode widmete der Ansprache viel Raum, die der deutsche Botschafter in Polen, Hans Adolf von Moltke, auf einem vertraulichen Treffen der Vertreter der deutschen Minderheit im Generalkonsulat in Posen gehalten hatte. Moltke befaßte sich dort mit der wirtschaftlichen Aktivität der Deutschen in Polen als einem Mittel zur Festigung des Deutschtums und zur Organisierung der nationalsozialistischen Gemeinschaft. „Die direkte Einwirkung von Faktoren aus dem Deutschen Reich auf die deutsche Minderheit in Polen", schrieb der Wojewode, „wurde immer als sicher angesehen, doch fehlte es bislang an Beweisen". Diese Worte zeugen davon, wie sorgfältig die aus dem Reich betätigten Steuerungsmechanismen kaschiert wurden. An Beweisen dafür fehlt es nicht, aber die Ansprache des Botschafters von Moltke war im Grunde genommen kein solcher Beweis.
Wenn der Wojewode feststellte, daß es zwischen „Jungen" und „Alten" zu einer Verständigung gekommen sei, lieferte er damit den Beweis einer sorgsamen Überwachung des politischen Lebens der Deutschen in Polen, da – wie bereits erwähnt – 1936 im Reich Bemühungen Berlins um die Gründung eines Bundes der Deutschen in Polen sowie um eine Beilegung des Kampfes zwischen „Jungen" und „Alten" unternommen worden waren. Das praktische Ende des Kampfes und damit das Schwinden des Interesses der polnischen Behörden an einer taktischen Unterstützung der JDP, was eine

[40] Edward Rydz-Śmigły wurde am 11. November 1936 zum Marschall von Polen ernannt.

Schwächung der „Alten" zur Folge gehabt hatte, trug zu einer Kursverschärfung gegenüber der JDP bei; Ausdruck dessen war das im Bericht des Wojewoden erwähnte Betätigungsverbot für diese Partei in Nowy Tomyśl. Als Begründung wurde angeführt, daß die Ortsgruppe der JDP dort in Uniform aufgetreten sei.
Der Eifer der Behörden bei der Observierung protestantischer Gottesdienste, nicht nur aus Anlaß von Namenstagen, sondern auch anläßlich des Nationalfeiertages am 3. Mai brachte eine detaillierte Statistik und Charakteristik dieser Gottesdienste hervor bzw. die Feststellung, daß solche nicht stattgefunden hatten. Beachtung verdient das Leitmotiv der Predigt von Pastor Glockzin in Nowy Tomyśl: Gebet Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.
Die Versammlungen der deutschen Minderheit nahmen im Lagebericht des Posener Wojewoden viel Platz ein. Traditionsgemäß wurden die von der DV und der JDP einberufenen Versammlungen getrennt besprochen. Die JDP berief wesentlich mehr Versammlungen ein als die DV, und diese hatten auch eine wesentlich höhere Teilnehmerzahl aufzuweisen. In dem uns hier interessierenden Kreis Nowy Tomyśl berief die DV im Mai 1937 sechs Versammlungen ein und veranstaltete drei Vergnügen, die JDP hingegen (die am 18. Mai vorläufig verboten wurde) schaffte zwölf Versammlungen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von über 1 000 Personen (im Kreis Nowy Tomyśl lebten etwa 15 000 Deutsche).
Aufmerksamkeit verdient die Versammlung der JDP in Bromberg anläßlich des 1.Mai. Der Redner erklärte den Versammelten, daß „es sich überhaupt nicht lohne, das Wort zu ergreifen, da die Zensur ihm das Konzept der beabsichtigten Ansprache fast vollständig gestrichen habe". Dieses Beispiel zeigt, daß die Behörden bei öffentlichen Versammlungen eine Präventivzensur anwendeten. Die JDP befand sich im übrigen unter aufmerksamer Beobachtung der Verwaltung, die sich einer tiefen polizeilichen Infiltration bediente. Es genügt, auf den erschöpfenden Bericht über den Verlauf der Sitzung der JDP-Geschäftsführer am 12. Mai in Posen zu verweisen; zu dieser Versammlung hatten die Veranstalter die JDP-Presse nicht zugelassen.
Viel Platz nimmt in dem hier analysierten Lagebericht die Tätigkeit der NSDAP ein. Sie hielt im Mai 1937 fünf Versammlungen ab, wobei gesagt werden muß, daß nur in Polen ansässige Reichsbürger Parteimitglieder sein konnten. Die Tätigkeit der NSDAP als einer in einem Drittland wirkenden Partei war zwar nicht erlaubt, wurde aber von den Behörden toleriert, die die damals korrekten Beziehungen zwischen Warschau und Berlin nicht stören wollten.
In einem umfangreichen Überblick über die deutsche Presse (DV und JDP getrennt) wurden jegliche Anzeichen von Loyalität gegenüber dem polnischen Staat aufgespürt, ausführlich aber auch das unisono enthusiastische Verhältnis zum Dritten Reich charakterisiert.
Unter höchst aufmerksamer Beobachtung standen das Wirtschafts- und Berufsleben, aber auch das religiöse Leben. Der Lagebericht bespricht diese Angelegenheiten sachlich und erschöpfend; wir erhalten so ein gutes Bild davon, wie diese Organisationen im Alltag funktionierten. Interessant stellt sich der Verlauf der Tagung der deutschen Metallhandwerker am 7. Mai 1937 in Bromberg dar. An ihr nahmen drei Redner aus dem Reich teil, ein Schlosser-, ein Schmiede- und ein Klempnermeister. Letzterer versuchte, in einem – wie man meinen sollte – ausgesprochenen Fachreferat über „Erziehung und berufliche Ausbildung des Nachwuchses im Metallhandwerk" im Sinne einer nationalsozialistischen Indoktrinierung zu wirken. Er schloß seinen Vortrag mit einem „Sieg Heil!" „zu Ehren Hitlers und des deutschen Volkes".

Anders verlief die Feierlichkeit aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins am 6. und 7. Mai desselben Jahres in Posen. Der Verein hatte einen provinziellen Charakter, doch eine lange Tradition; es war keine wissenschaftliche Gesellschaft. Die Jubiläumsfeier fand bemerkenswerterweise im Sitz der Freimaurerloge statt, und der bekannte Atomphysiker Professor Hans Geiger aus Berlin zierte sie mit seiner Anwesenheit und einem Vortrag; Glückwünsche zum Jubiläum überbrachten fünf Professoren von der Posener Universität sowie zwei Professoren aus dem Reich. Der Wojewode merkte kritisch an, daß „die Überreichung des Ehrendiploms des Instituts für das Auslandsdeutschtum durch den Generalkonsul des Reiches in Anwesenheit von Vertretern der polnischen Wissenschaft einen spezifischen Beigeschmack hat und nicht frei ist von politischen Momenten, die in den Ansprachen vermieden wurden".

Wir haben einen monatlichen Lagebericht des Posener Wojewoden aus dem Jahre 1937 einer ausführlichen Analyse unterzogen. An dieser Stelle ist anzumerken, daß analoge Lageberichte aus Oberschlesien auf eine noch eingehendere Observierung des Lebens der schlesischen Deutschen schließen lassen, was nicht nur ein Ergebnis der spezifischen Situation dieser Region bis zum Ablauf der Genfer Konvention im Jahre 1937 war, sondern auch der scharfen Politik des Wojewoden Michał Grażyński gegenüber der deutschen Minderheit. In den Berichten aus Schlesien fällt die hohe Aktivität der deutschen katholischen Vereinigungen auf.

Die Lageberichte sind an sich gewissermaßen eine tote Quelle; erst eine kritische Analyse erweckt sie zum Leben und macht es möglich, aus ihnen Erscheinungsformen des Alltags der deutschen Minderheit herauszufiltern: ihre Haltung im politischen und gesellschaftlichen Leben, darunter auch Elemente der polnischen Minderheitenpolitik und Maßnahmen von seiten des Reiches. Einen anderen Charakter haben die Quellen, die sich direkt auf die Politik gegenüber der deutschen Minderheit beziehen. Das ist Quellenmaterial, das konkrete Absichten und Maßnahmen der polnischen Behörden illustriert. Hierher gehören zu allererst Quellen, die summarisch die politische Einstellung der deutschen Minderheitsfunktionäre registrieren (die sogenannten Nationalitätenkataster), sodann Quellen, die das Verhältnis der polnischen Behörden zum deutschen Schulwesen belegen. Beginnen wir mit den zuletzt Genannten.

Im Schuljahr 1929/30 gab es in Polen 525 staatliche allgemeinbildende Schulen (Volksschulen) mit deutscher Unterrichtssprache und 243 Privatschulen, von denen sich die weitaus meisten im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet befanden[41]. Im selben Schuljahr gab es zwei staatliche deutsche Gymnasien, 27 Privatgymnasien und sieben staatliche und kommunale Gymnasien mit Klassen mit deutscher Unterrichtssprache[42], die ebenfalls größtenteils im ehemaligen Preußisch-Polen lagen. Die Privatschulen wurden aufmerksam von der Schulbehörde überwacht. Die Behörden waren bemüht, die Zahl der staatlichen allgemeinbildenden Schulen einzuschränken und achteten – nicht immer erfolgreich – darauf, daß polnische Kinder nicht auf eine deutsche Schule gingen. Ähnlich verfuhren die Behörden auch in Oberschlesien, obwohl das nach der Genfer Konvention ausdrücklich verboten war.

[41] Mieczysław Iwanicki, Polityka oświatowa w szkolnictwie niemieckim w Polsce 1918–1939, Warszawa 1978, S. 173.

[42] Iwanicki, wie Anm. 41, S. 282.

Quellen illustrieren diese Maßnahmen der polnischen Behörden. Im Oktober 1925 wurden im Kreis Sępólno elf Lehrer entlassen, die „bekannt waren für ihre feindliche Einstellung zum Polentum" [Dokument Nr. 57]. Im selben Jahr forderte der Polizeikommandant in Kattowitz von den ihm unterstellten Einheiten ein Namensverzeichnis derjenigen Eltern an, die einen Antrag gestellt hatten, ihr Kind von der polnischen auf die deutsche Schule zu überweisen [AP Katowice, Pol. woj. kat., 196], womit er gegen die Genfer Konvention verstieß. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Schulbehörden von der Polizei unterstützt wurden. Nach Erlöschen der Konvention, aber auch nach Unterzeichnung der rein intentionalen deutsch-polnischen Minderheitenerklärung lösten die Behörden die „deutschen Klassen" in den Schulen unbekümmert auf, was mitunter mit fehlender Kenntnis der deutschen Sprache bei den Schülern dieser Klassen begründet wurde [AP Katowice, UWŚl., 579: Lagebericht für Sept. 1938].

In Oberschlesien diente die scharfe Minderheitenpolitik des Wojewoden Grażyński, insbesondere der Kampf mit dem deutschen Minderheitsschulwesen, einer strategisch durchdachten Integration der jungen Generation von Schlesiern, die vielfach ein schwankendes, ja sogar ein „doppeltes" Nationalgefühl besaßen, in den polnischen Staat und das damals regierende Piłsudski-Lager. Diese Politik Grażyńskis stand im Gegensatz zur Konzeption der oppositionellen Christdemokratie und entsprach auch nicht dem Standpunkt der katholischen Kirchenführung, die ein Gleichgewicht zwischen katholischen Polen und katholischen Deutschen anstrebte, um ihre traditionell starke Stellung unter den Katholiken Oberschlesiens nicht zu gefährden[43].

In den von uns veröffentlichten Quellen zum Bildungswesen nimmt der Kampf der Verwaltungsbehörden gegen die sogenannten Wanderlehrer den ersten Platz ein. Diese Lehrer hielten einen geheimen Unterricht *sui generis* ab; denn als in Privathaushalten tätige Lehrer besaßen sie nicht die dafür erforderliche Erlaubnis der Schulbehörde, worum sie sich im übrigen auch gar nicht bemühten. Seit 1934 war nur der Religionsunterricht zu Hause gestattet [Dokument Nr. 224]. Die Arbeit der Wanderlehrer wurde von der Schulabteilung der Deutschen Vereinigung koordiniert[44]. Wanderlehrer waren überwiegend in Posen und Pommerellen tätig. Ihr Lehrprogramm wich selbstverständlich von dem Programm ab, das in den staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache galt.

Nach einem Schreiben der Deutschen Stiftung an das Auswärtige Amt in Berlin leisteten 29 Wanderlehrer 5750 Arbeitstage ab und unterrichteten in 4856 Ortschaften 22852 Kinder (1934)[45]. In privaten deutschen allgemeinbildenden Schulen wurden im Schuljahr 1929/30 in ganz Polen 10853 Kinder unterrichtet[46]. Ein Vergleich dieser beiden Zahlen erhellt das Arbeitsfeld der Wanderlehrer. Bezahlt vom Auswärtigen Amt via Deutsche Vereinigung hatten sie alle Hände voll zu tun, ähnlich wie die sie verfolgenden polnischen Behörden. Dieser Zustand führte auch dazu, daß die Wanderlehrer so häufig in den Quellen der Verwaltungsbehörden erscheinen, wohingegen sich der Ablauf des regulären deutschen (staatlichen und privaten) Schulwesens in Quellen jener Provenienz wesentlich weniger häufig widerspiegelt.

---

[43] Piotr Greiner, Olga Wieczorek, Młode pokolenie Ślązaków wobec państwowości polskiej w latach trzydziestych XX wieku [Die junge Generation der Schlesier gegenüber der polnischen Staatlichkeit in den dreißiger Jahren des 20. Jh.], in: Przegląd Zachodni Nr. 2 (1992), S. 94 ff.

[44] Iwanicki, wie Anm. 41, S. 255.

[45] PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 20, Schreiben vom 18. März 1935.

[46] Vgl. Anm. 41.

Eine sehr wichtige Quelle zur polnischen Minderheitenpolitik stellen die bereits erwähnten sogenannten Nationalitätenkataster oder Nationalitätenbücher dar, um hier die Sprache der Quellen zu verwenden. Dabei handelt es sich um auf Kreisebene gesammelte genaue Angaben über die deutsche Minderheit: über ihre *sämtlichen* Vereinigungen einschließlich konfessioneller Zusammenschlüsse, über Immobilienbesitz und zu einzelnen Personen. Beispielsweise wurden getrennt geführt Verzeichnisse von Schulen inclusive einer Namensliste der Lehrer, gesondert Verzeichnisse römisch-katholischer (deutscher) und protestantischer Gemeinden zusammen mit einer Namensliste der Pfarrer und Pastoren. Im Katasterbuch nahm die Namensliste der bekanntesten deutschen Minderheitenvertreter im Kreis einen besonderen Platz ein, beigefügt waren eine Charakteristik der betreffenden Person und Bemerkungen über politisch unzuverlässige Personen.

Die Nationalitätenbücher wurden relativ spät eingeführt. Leider ist uns nicht die gesamte Entstehungsgeschichte dieser besonderen Registrierung der in Polen lebenden Deutschen bekannt, da das Quellenmaterial große Lücken aufweist. 1927 gab der Wojewode von Pommerellen den Starosten ein Schema vor, nach dem sie ihre Lageberichte anfertigen sollten und ordnete bei dieser Gelegenheit an, „unter Beachtung ihrer [der Deutschen] hohen Kultur, ihres hervorragenden Organisationssinns, ihres wirtschaftlichen Vermögens und bei alldem ihrer Voreingenommenheit gegenüber dem augenblicklichen auf den Prinzipien des Versailler Vertrags beruhenden politischen Zustand" „eine *Art* [Hervorhebung M.W.] genaues Kataster" zu führen, dessen Schema er ebenfalls vorgab [Dokument Nr. 59]. Die Anordnung, in der Wojewodschaft Posen nun bereits Nationalitätenbücher zu führen, gab der Wojewode am 10. April 1929, zweifellos aufgrund eines Erlasses des Innenministeriums, der an alle interessierten Wojewoden ergangen war [Dokument Nr. 217]. Der Wojewode von Pommerellen wies seine Starosten am 27. August 1931 an, das vorhandene Material zu überarbeiten, zu ordnen und zu ergänzen [Dokument Nr. 60]. Man wird daher annehmen können, daß 1927 der Gedanke auftauchte, diese Bücher zu führen, daß sie 1929 eingeführt und später korrigiert wurden, wobei letztere Tätigkeit in einer besseren Systematik, einer Ausweitung und Vertiefung der gesammelten Informationen bestand. So wies z. B. der Posener Wojewode 1932 im Rahmen der genannten Maßnahmen seine Starosten an, die Deutschen in „aktiv und passiv feindliche" und „aktiv und passiv loyale" einzuordnen; der Bereich eines jeden dieser Begriffe wurde in der Anweisung präzis bestimmt [Dokument Nr. 220].

Urmuster dieser so vervollkommneten Nationalitätenbücher sind die Verzeichnisse von politisch verdächtigen Personen. Ein solches Verzeichnis, das für den Kreis Sępólno aufgestellt wurde, wird hier veröffentlicht [Dokument Nr. 86]. Bereits 1923 hatte der Starost von Sępólno auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein solches Verzeichnis zu modifizieren [Dokument Nr. 89].

Wir veröffentlichen zwei erhaltene Verzeichnisse von führenden Persönlichkeiten der deutschen Minderheit aus dem Kreis Nowy Tomyśl aus den Jahren 1933 und 1938 (beide nach dem Muster von 1929) [Dokumente Nr. 249, 259]. Auf der ersten Liste stehen 82, auf der zweiten 97 Namen. Einige davon wiederholen sich, aber es sind auch neue hinzugekommen. Die sehr summarische Charakteristik der einzelnen Personen betrifft hauptsächlich eine negative oder feindliche Einstellung zum polnischen Staat, wie beispielsweise „dem Polentum feindlich gesinnt; nahm aktiv Anteil am Grenzschutz während des Großpolnischen Aufstands. Haßt als Grenzschutz-Unteroffizier alles Polnische". Wenn man berücksichtigt, daß – wie oben erwähnt – im Kreis Nowy Tomyśl rund

15 000 Deutsche lebten, dann stellten die sich auf der Liste befindlichen fast einhundert Personen, die die Behörden als feindlich ansahen, 0,7 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung des Kreises dar.

Im März 1939, als sich die deutsch-polnischen Beziehungen bereits sehr verschärft hatten, forderte der Posener Wojewode von den Starosten eine namentliche Aufstellung derjenigen Personen deutscher Nationalität, die an einen „abgesonderten Ort" zu verbringen seien. Der Starost aus Nowy Tomyśl gab die Namen von fünf Personen an; von ihnen hatten sich nur zwei auf der Liste „führender Persönlichkeiten" aus dem Jahre 1938 befunden [Dokument Nr. 261]. Es ist nicht bekannt, ob diese Personen bereits im März 1939 an einen „abgesonderten Ort verbracht" wurden, oder ob es sich eher um die Vorbereitung einer Liste von Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit handelte, die unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, d. h. am 1. September 1939, interniert und nach Osten evakuiert wurden.

Zwar hatte die polnische Minderheitenpolitik bereits 1936 abermals eine andere Wendung genommen, aber „am eigenen Leibe" bekam die deutsche Minderheit diese Kursverschärfung erst ab Sommer 1938 zu verspüren. Bezeichnend dafür ist die Feststellung des Starosten von Sępólno vom August 1938, daß „infolge einiger harter Schläge im Berichtszeitraum der Minderheitenabschnitt einer wesentlichen Pazifizierung unterlag" [Dokument Nr. 109]. Auf Anordnung des Wojewoden von Pommerellen im Oktober 1938 wurde deutschen Gaststättenbesitzern die Schankkonzession für Alkohol entzogen [Dokument Nr. 110] und ab Anfang 1939 waren die Gründung neuer Ortsgruppen der JDP sowie grundsätzlich alle Versammlungen dieser Partei verboten [Dokument Nr. 233]. Gleichzeitig wurde angeordnet, mit aller Härte gegen antideutsche Ausschreitungen (Einschlagen von Scheiben, Wandschmierereien) einzuschreiten [Dokument Nr. 234]. Im Juni 1939 wurden die Kreisabteilungen der JDP von den Behörden aufgelöst und „die Tätigkeit des DV und des Vereins Deutscher Bauern verboten" [Dokument Nr. 237], und Mitte Juli wurde angeordnet, die deutschen Molkereien wegen Nichtbefolgung der sanitären und bautechnischen Vorschriften zu schließen, wobei der Wojewode in seinem Kommentar zu dieser Verordnung gewunden erklärte, daß „aber ein Mißbrauch dieser Repressalien allein flüchtiger politischer Effekte willen nicht erfolgen darf. Auch Pressemeldungen sollten keine politischen Momente enthalten" [Dokument Nr. 238].

In den letzten Wochen und Tagen vor Kriegsausbruch erstarb sämtliche Tätigkeit in den Organisationen der deutschen Minderheit. Das stellte der Starost aus Nowy Tomyśl *expressis verbis* in seinem Lagebericht für Juli 1939 fest [Dokument Nr. 271]. In den Quellen sind nun die täglichen summarischen Polizeimeldungen vorherrschend, in denen die Lage im betreffenden Gebiet gewöhnlich als ruhig und die Stimmung der Bevölkerung als patriotisch geschildert wird. Diese Idylle störte Armin Kutzner aus Trzcianka im Kreis Nowy Tomyśl. In der letzten erhaltenen Meldung an den Starosten von Nowy Tomyśl vom 30. August 1939 meldete der Schutzmann aus Kuślin, daß „der verdächtige Kutzner am 28.8.1939 bei der Arbeit auf dem Getreidespeicher im Gut Trzcianka sagte, daß Frankreich sich mit dem Arsch zum Wind zurückgezogen habe. Das heißt, daß Frankreich das Bündnis mit Polen gebrochen habe..." [Dokument Nr. 273].

*

Mit der Veröffentlichung von Quellenmaterial, das polnische Verwaltungsbehörden auf Wojewodschafts- und Kreisebene in vier Grenzkreisen schufen, belegen wir die Politik staatlicher polnischer Behörden gegenüber der deutschen Minderheit in einem nicht sehr großen, doch repräsentativen Teil des ehemaligen Reichsgebietes (in den Grenzen von 1914). Dieses Material illustriert gleichzeitig das politische, soziale und religiöse Leben der Deutschen, die dort lebten. Dieses Leben, das unter anderen Bedingungen ablief als in der vorausgegangen Epoche, war gekennzeichnet durch die Loslösung vom eigenen Staatswesen; es verlief losgelöst von der vom deutschen Bürgertum nicht akzeptierten Weimarer Republik und später ohne die täglichen, beschwerlichen Erscheinungen der nationalsozialistischen Diktatur, die in den in Versailles an Polen abgetretenen Gebieten allein durch die Tatsache ihres Bestehens stimulativ auf die nationalistisch eingestimmten „polnischen Deutschen" wirkte, während die Politik des Dritten Reiches ihnen gegenüber diese Stimmungen nur noch intensivierte. Das wiederum rief Reaktionen der polnischen Behörden hervor. Die polnische Minderheitenpolitik wurde daher von den Deutschen in einem größeren Ausmaß als Politik der nationalen Unterdrückung empfunden, als sie es tatsächlich war. Das politische, soziale und konfessionelle Leben entfaltete sich bei allen Einschränkungen und beschwerlichen Schikanen der polnischen Behörden üppig, und nach 1933 genoß die deutsche Minderheit in Polen größere politische Freiheiten als die Deutschen im Reich. Das Ausmaß dieser Freiheiten, das *auch* für die Deutschen nach dem Maiumsturz von 1926 geringer geworden war (man denke z. B. an die Nationalitätenbücher oder an die polizeiliche Infiltrierung des religiösen Lebens), war jedoch nur zum geringeren Teil eine Funktion des schrumpfenden politischen Freiraums aller polnischen Bürger, zu einem größeren Teil war es die ganze Zeit über eine Funktion der deutsch-polnischen Beziehungen auf höchster Ebene und der Schritte, die das Reich nach 1933 gegenüber den „polnischen Deutschen" unternahm. Das machte sich vor allem ein Jahr vor dem Überfall Deutschlands auf Polen bemerkbar. Insgesamt genommen war die polnische Minderheitenpolitik selbstverständlich sehr weit von einem Idealzustand entfernt. Doch konnte es damals anders sein?

Marian Wojciechowski

1. Mniejszość niemiecka w Polsce (1920-1939)

Położenie mniejszości niemieckiej i jej formy organizacyjne

Polska odzyskała niepodległość w 1918 roku. W nowopowstałym państwie, w jego granicach ustalonych traktatem wersalskim na zachodzie i północy i traktatem ryskim z Rosją Radziecką (1921) na wschodzie – mieszkali liczni Niemcy. Byli oni dotąd obywatelami c.k. Austrii[1], obywatelami Cesarstwa Rosyjskiego[2] lub obywatelami Rzeszy Niemieckiej. Ci ostatni, zamieszkali po 1920 r. w tzw. byłym zaborze pruskim (na Górnym Śląsku, w Wielkopolsce i na Pomorzu), byli do momentu wejścia w życie traktatu wersalskiegow narodem panującym, narodem państwowym; dysponowali przy tym pokaźnym potencjałem ekonomicznym. W ciągu przysłowiowej jednej nocy Niemcy ci stali się mniejszością narodową[3], co nie mogło pozostać bez wpływu na ich postawę wobec nowo powstałego państwa. Richard Breyer ujął to następująco: „Eine Irredenta–Politik lag hier nahe. Angesichts des Versailler Unrechts konnte die Vorstellung aufkommen, dass man zu einer solchen Politik geradezu verpflichtet war. Zudem hatte die Entdeutschungspolitik in den Westgebieten das Einleben der Deutschen derart erschwert, dass die Erwartung einer Bejahung des Staates zunächts eher einer Zumutung gleichkam"[4].

Nasze wydawnictwo poświęcone jest między innymi przedstawieniu polityki władz polskich wobec mniejszości niemieckiej zamieszkałej na byłych terytoriach Rzeszy Niemieckiej, przede wszystkim w powiatach od 1920 roku z Rzeszą graniczących.

W języku niemieckim określona wyżej postawa mniejszości zyskała – zwłaszcza po 1933 r. – miano *Volkstumskampf*, w języku polskim zyskała natomiast nazwę walki granicznej. Oba te określenia mitologizowały postawę Niemców – obywateli polskich i postawę Polaków – teraz członków narodu państwowego. Obok bowiem postawy irredentystycznej ludności niemieckiej mieszkającej na byłych terytoriach Rzeszy, obok noszącej znamiona ucisku narodowego, ale i zwalczającej irredentę polityki władz polskich, Polacy i Niemcy współżyli ze sobą zgodnie, niejako niezależnie od głoszonej przez organizacje mniejszościowe niemieckie *Volkstumskampf* i niezależnie od walki granicznej prowadzonej przez władze polskie i głoszonej przez polskie organizacje nacjonalistyczne. Podobnie wyglądało na tych terenach życie codzienne Polaków i Niemców przed 1914 r., tyle, że ze zmienionym „znakiem matematycznym", kiedy to sięgająca kanclerza Bismarcka polityka germanizacyjna państwa pruskiego zatruwała współżycie

[1] Dotyczyło to Niemców, którzy mieszkali we wchodzących w skład państwa polskiego prowincji byłej monarchii: Galicji (w całości) i Śląska Cieszyńskiego (Bielsko) – w części.

[2] Na terytorium tzw. Królestwa Kongresowego (Kongress-Polen) i na wschód od niego, na terytorium przyłączonym do Polski mocą traktatu ryskiego (głównie na Wołyniu).

[3] Richard Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Aussenpolitik und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955, s. 58.

[4] Tamże.

obu narodów. Żyły one przed pierwszą wojną światową i po jej zakończeniu w jednym organiźmie państwowym: najpierw pruskim, potem polskim, żyły nie tylko obok siebie, ale i ze sobą, zaś rezultatem tej osmozy były chociażby liczne małżeństwa mieszane.

U progu dwudziestolecia międzywojennego rozpoczął się proces zrastania się społeczeństwa polskiego w jednym organiźmie państwowym. Polacy, żyjący ponad sto lat w trzech różnych państwach zaborczych znaleźli się w jednym, własnym państwie. Jednak różnice dzielące zrazu te „trzy społeczeństwa polskie" były ogromne. Dotyczyły one zarówno różnego poziomu rozwoju gospodarczego terytoriów porozbiorowych, jak i znacznych różnic w mentalności, ba, w sposobie podchodzenia do życia. Proces zrastania się tych „trzech społeczeństw" dokonywał się przede wszystkim przez udział Polaków we własnym życiu państwowym – przez udział we władzach politycznych wszystkich szczebli, przez służbę wojskową w Wojsku Polskim i przez naukę w polskiej szkole. U progu drugiej wojny światowej proces integrowania się Polaków trzech terytoriów porozbiorowych był znacznie zaawansowany.

Czy można mówić o analogicznym procesie integrowania się mniejszości niemieckiej w Polsce, a więc Niemców zamieszkałych na byłych terytoriach rosyjskich, austriackich i pruskich ? Tak, można, choć w zupełnie innym sensie niż w odniesieniu do społeczeństwa polskiego.

Wspomniany już Richard Breyer proces ten ujmuje jako przechodzenie ze stadium „mniejszości" do stadium „grupy narodowej" *(Volksgruppe)*[5]. Ta ostatnia miała by znajdować się na wyższym stopniu uświadomienia narodowego (proces ten miał dotyczyć przede wszystkim Niemców z byłego zaboru rosyjskiego). Sądzimy, że problemu świadomości narodowej społeczności żyjącej w mniejszości wśród odmiennej narodowo większości, nie można traktować w sposób stadialny, traktując stadium „grupy narodowej" jako coś wyższego i lepszego od „mniejszości". Sądzimy dalej, że proces zrastania się „trzech mniejszości" w jedną – niemiecką, niewątpliwie u progu drugiej wojny światowej daleko zaawansowany, polegał z jednej strony na malejącej odmienności życia politycznego i społecznego Niemców, którzy zamieszkiwali przed 1914 r. w Cesarstwie Rosyjskim, w c.k. Austrii i, nota bene, w Rzeszy Niemieckiej, z drugiej natomiast – z zetknięciem się z, w miarę jednolitą wobec wszystkich Niemców, polską polityką mniejszościową. Ona właśnie stanowiła czynnik integracyjny sui generis. Dołączał się także drugi czynnik: zabiegi Rzeszy, ale i części niemieckich działaczy mniejszościowych, zmierzające do ujęcia wszystkich Niemców w Polsce w jednolite ramy organizacyjne. Wysiłki te, podejmowane po 1933 r., dały pewne rezultaty, choć cel nie został osiągnięty. Mamy tu na myśli przede wszystkim działania podjęte przez wywodzącą się ze Śląska Cieszyńskiego narodowosocjalistyczną Jungdeutsche Partei. Będzie jeszcze o tym mowa niżej. Zaznaczmy od razu, iż mimo tego, że JDP wywodziła się z dawniej austriackiego Śląska Cieszyńskiego, centra życia politycznego Niemców w Polsce znajdowały się na ziemiach odstąpionych Polsce przez Rzeszę w Wersalu, przede wszystkim w Bydgoszczy, w Poznaniu i na Górnym Śląsku.

Bezpośrednio po zakończeniu pierwszej wojny światowej nastąpił exodus Niemców z terenów, które miały przypaść Polsce, a po wejściu w życie traktatu wersalskiego – jej przypadły. Exodus ten nie objął części Górnego Śląska inkorporowanej w 1921 r. do Polski; objął więc tylko Poznańskie i Pomorze. Książce tym sprawom poświęconej,

[5] Tamże, s. 38.

wydanej w 1930 r., nadał Hermann Rauschning tytuł „Die Entdeutschung Westpreussens und Posens"[6] I tak już zostało; w historiografii mówimy o procesie odniemczenia Poznańskiego i Pomorza.

Książka Rauschninga była jednym z instrumentów walki politycznej; analiza dokonana przez jej autora miała wykazać, że odpływ Niemców z dawnych prowincji pruskich był rezultatem, z jednej strony krzywdzących Niemcy postanowień traktatu wersalskiego, zaś z drugiej strony – zwłaszcza intensywnych zabiegów polonizacyjnych władz polskich. Oba te czynniki miały – zdaniem Rauschninga – spowodować odniemczenie Poznańskiego i Pomorza, w szczególności w latach 1919–1926; w tym ostatnim roku proces ten był już właściwie zakończony.

O postanowieniach traktatu wersalskiego, które wpływały na exodus Niemców będzie jeszcze mowa niżej. Nie ulega też wątpliwości, że polityka władz polskich w pierwszych latach istnienia państwa (począwszy zwłaszcza od końca 1920 r.) walnie przyczyniła się do zwiększenia liczby Niemców wędrujących do Rzeszy. Nie ulega jednak również wątpliwości, że największe nasilenie wędrówek miało miejsce w latach 1919 i 1920, zwłaszcza w tym pierwszym roku. Zdaje się to wskazywać na spontaniczny przebieg Entdeutschung u jego początku, a więc w okresie, w którym w pełni sprzyjająca temu procesowi polityka polska nie zdołała się jeszcze ukształtować, zaś – dotyczy to 1919 roku – decyzje prawnomiędzynarodowe (traktat wersalski) bądź jeszcze nie zapadły, bądź też nie weszły jeszcze w życie.

Swe rozważania w przedmiocie *Entdeutschung* podparł Rauschning analizą statystyczną, przeprowadzoną na podstawie wyników spisu ludności dokonanego w Prusach w 1910 roku, polskiego spisu ludności z 1921 roku i prywatnego spisu ludności niemieckiej pozostałej w Poznańskiem i na Pomorzu, z 1926 roku. Spis ten przeprowadzony został przez frakcję niemiecką w polskim Sejmie. Zdaniem Rauschninga, dane z tych trzech spisów są porównywalne; ten sąd jego nie budzi wątpliwości.

A oto wyniki trzech wspomnianych spisów, ukazujące w liczbach bezwzględnych i procentowych przebieg *Entdeutschung* na Pomorzu (Prusach Zachodnich) i w Poznańskiem[7].

	Liczba Niemców			Niemcy w %%			Ubytek	
	1910	1921	1926	1910	1921	1926	w całości	w %%
Pomorze	421 033	175 726	117 251	42,5	18,7	12,5	303 782	72,2
Bydgoskie	314 646	162 022	107 345	45,2	24,1	16,0	208 301	66,0
Poznańskie	363 693	165 824	116 909	28,7	12,8	9,0	246 764	67,9

Analiza powyższej tabelki prowadzi do wniosku, że największy, bezwzględny i procentowy ubytek ludności niemieckiej miał miejsce w latach 1910–1921, to znaczy – oczywiście – począwszy od końca 1918 r. aż po 1921 rok. Nasilenie wędrówek w trzech latach 1918/21 było znacznie bardziej intensywne, aniżeli w następnych pięciu

[6] Herman Rauschning, Die Entdeutschung Westpreussens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik, Berlin 1930. Wojewoda poznański w sprawozdaniu sytuacyjnym za listopad 1922 r. pisał, że leitmotivem referatu Rauschninga wygłoszonego na zebraniu Deutschtumsbund było odpieranie wszelkich polskich zakusów z całą mocą. „[Niemcy powinni] dumnie obnosić swoją niemieckość, ponieważ [oni] są na tej ziemi właściwymi gospodarzami" (dok. nr 210).

[7] Rauschning, s. 339 nn.

latach, tzn. 1922–1926. Innymi słowy, exodus Niemców z Pomorza i Poznańskiego nastąpił, w swym bezwzględnym wymiarze, bezpośrednio po zakończeniu pierwszej wojny światowej, wraz z faktyczną (jak w Poznańskiem w rezultacie Powstania Wielkopolskiego 1918/19) i przewidywaną (jak w przypadku Pomorza – 1920 r.) utratą panowania Rzeszy nad tymi ziemiami. Ten właśnie, faktyczny lub przewidywany stan rzeczy spowodował exodus Niemców w tym pierwszym okresie. Wędrówki do Rzeszy w latach 1922–1926 były dalszym ciągiem tego procesu, przy czym zwiększająca się presja polityki polskiej w kierunku *Entdeutschung* nie wpłynęła na jego natężenie. W łącznym wymiarze traktować możemy ów proces jako właśnie rezultat przede wszystkim niepogodzenia się tych co wędrowali z przewidywaną lub faktyczną utratą panowania Rzeszy nad omawianymi obszarami, jako więc rezultat braku zgody na status mniejszości narodowej.

Ubytek ludności niemieckiej z Pomorza i Poznańskiego, łącznie w latach 1918/19–1926, był bardzo znaczny. W przypadku Pomorza przekraczał on dwie trzecie (72%) Niemców, zaś w przypadku Poznańskiego oscylował wokół dwóch trzecich (67,9%). Jeszcze bardziej jaskrawo proces ten uwydatnił się w przypadku trzech większych miast: Torunia – 92,6%, Bydgoszczy – 85,2% i Poznania – 90,8%. Miasta te – przed 1914 r. (poza Poznaniem) w większości niemieckie – stały się miastami o znacznie przeważającej liczbie ludności polskiej. Niewątpliwie więc, w rezultacie procesu odniemczenia – bez precyzyjnego wymierzania przyczyn tego procesu: odruch spontaniczny wobec zagrożenia panowania Niemiec na wschodzie po przegranej wojnie – rezultat Wersalu, czy też posunięć władz polskich, polska polityka mniejszościowa wobec Niemców stanęła przed zadaniem znacznie ułatwionym, miała bowiem do czynienia (ostatecznie po 1926 roku) ze znacznie mniejszą liczbą ludności niemieckiej niż można było przypuszczać w najśmielszych przewidywaniach.

Spójrzmy jeszcze na rezultaty procesu *Entdeutschung* w interesujących nas trzech powiatach przygranicznych: Sępólno, Grudziądz – powiat i Nowy Tomyśl.

	Liczba Niemców			Niemcy w %%			Ubytek	
	1910	1921	1926	1910	1921	1926	w całości	w %%
Sępólno	21 554	13 430	10 866	70,6	49,2	39,0	10 688	49,6
Grudziądz powiat	28 698	14 459	9,317	58,9	33,2	21,4	19 381	67,3
Nowy Tomyśl	27 247	18 233	14 801	53,1	36,2	29,4	12,446	45,7

Stosunek procentowy ludności niemieckiej do ludności polskiej w tych trzech powiatach był w 1926 roku wyższy od przeciętnej, wynikającej z poprzedniej tabeli. Przypomnijmy, że na Pomorzu Niemcy stanowili w 1926 r. 12,5%, zaś w Poznańskiem 9,0%. Tymczasem, w tym samym roku, w pow. sępoleńskim było 39,0% zaś w nowotomyskim 29,4% ludności niemieckiej. Polska polityka mniejszościowa w tych trzech powiatach i życie codzienne tamtejszych Niemców stały się przedmiotem naszej edycji źródłowej z tego właśnie powodu, a także dlatego, że stan zachowania materiałów archiwalnych umożliwił względnie szeroką ekspozycję tych zagadnień. Dodajmy, że najwyższy stosunek procentowy ludności niemieckiej w ogólnopolskiej skali powiatowej w latach 1920–1939, notujemy właśnie w powiecie sępoleńskim, jeśli pominąć zamieszkały w większości przez Niemców bielski powiat miejski.

W traktacie wersalskim (wszedł on w życie 10 stycznia 1920 r.) Niemcy scedowały na rzecz Polski 49 909,5 km² swego terytorium[8]. Traktat przewidywał ponadto plebiscyt na Warmii i Mazurach (odbył się on 11 lipca 1920 r.) i na Śląsku, jak o tym niżej. Art. 91 traktatu dotyczył spraw obywatelstwa i opcji, art. 92 przyznawał Polsce m.in. prawo do likwidacji mienia obywateli niemieckich, art. 93 natomiast zobowiązywał Polskę do zawarcia z Głównymi Mocarstwami Sprzymierzonymi i Stowarzyszonymi traktatu o ochronie mniejszości narodowych[9].

Sytuację prawną mniejszości niemieckiej w Polsce regulowały traktat wersalski i właśnie traktat o ochronie mniejszości; dotyczył on wszystkich mniejszości narodowych zamieszkujących Polskę. W przypadku Niemców istota tych regulacji polegała w poważnej mierze na warunkach uzyskiwania obywatelstwa polskiego. Mieli je uzyskiwać Niemcy, którzy tego chcieli, a którzy terytorium scedowane Polsce zamieszkiwali co najmniej w latach 1908–1920[10]. Odwrotnością uzyskania obywatelstwa polskiego było prawo opcji na rzecz Niemiec, tzn. zatrzymanie obywatelstwa Rzeszy. Rzecz w tym, że traktat wersalski i traktat o ochronie mniejszości regulowały sprawę opcji w sposób nieco odmienny. Nie wchodząc we wszystkie te różnice stwierdzić można, że stały się one przedmiotem różnych interpretacji dokonywanych w Berlinie i w Warszawie. Istota tej różnicy polegała na zwężeniu lub poszerzeniu liczby osób, które zyskiwały prawo opcji na rzecz Polski, w tym obligatoryjnego (interpretacja warszawska) lub dobrowolnego (interpretacja berlińska) charakteru opuszczenia Polski w ciągu dwóch lat od wejścia w życie traktatu wersalskiego, tj. do 10 stycznia 1923 r., w przypadku zatrzymania obywatelstwa Rzeszy. Określenie „obligatoryjnie" lub „dobrowolnie" stwarzało wręcz nieograniczone pole interpretacyjne, zachęcało do walki politycznej przenoszonej przez Berlin na forum Ligi Narodów.

Wysiłki interpretacyjne Berlina wynikały z zamiaru powstrzymania odpływu Niemców z byłych prowincji pruskich, czyli fali *Entdeutschung*. Polskie wysiłki interpretacyjne zmierzały, rzecz jasna, w przeciwnym kierunku. Spór zakończyła zawarta pod patronatem Ligi Narodów (30 sierpnia 1924 r.) polsko-niemiecka konwencja wiedeńska. Nie wchodząc w szczegóły jej postanowień stwierdzić należy, że stanowiła ona, iż Niemcy, którzy w ramach *Entdeutschung* (a więc bez jakichkolwiek regulacji prawnomiędzynarodowych) opuścili Polskę, dokonali tym samym opcji na rzecz Niemiec. Konwencja przewidywała dalej, że władze polskie mogą zażądać opuszczenia Polski od optujących na rzecz Niemiec. Były to niewątpliwe sukcesy strony polskiej. Ale, w obliczu rokowań o Układy Lokarneńskie, Polska wstrzymała (w październiku 1925 r.) wydalanie optantów [por. dok. nr.57].

Sprawa optantów, to „wiele hałasu o nic", bowiem w porównaniu do kilkusettysięcznej liczby Niemców wędrujących w ramach *Entdeutschung*, liczba osób, które w ramach opcji udały się do Niemiec lub zostały wydalone, była wręcz nikła. Łącznie wyjechało do Niemiec około trzydziestu tysięcy Niemców[11]. Znaczna, trudna do określenia, ale na pewno mieszcząca się w rzędzie liczby tych co wyjechali, liczba optantów pozostała w Polsce. Oni to, wraz z liczną rzeszą optujących na rzecz Polski, stanowili niemiecką mniejszość narodową. Nieco inaczej sprawy te wyglądały na Śląsku, gdzie na obszarze

[8] Bolesław Olszewicz, Obraz Polski dzisiejszej, Warszawa 1938, s. 30.

[9] Jerzy Krasuski, Stosunki polsko–niemieckie 1919–1932, wyd. drugie, Poznań 1975, s. 40 n.

[10] Poniższe za Krasuskim, s. 117 nn.

[11] Tamże, s. 130.

plebiscytowym (a więc i w Polsce i w Rzeszy) sprawy mniejszości niemieckiej i odpowiednio mniejszości polskiej regulowała konwencja górnośląska, zwana też genewską.

Wspomniany traktat o ochronie mniejszości[12] (nie obowiązywał on Rzeszy Niemieckiej) dawał mniejszościom narodowym w Polsce „równe prawa", tzn. takie, jakie przysługiwały wszystkim obywatelom polskim, ponadto dawał mniejszościom szczególne uprawnienia, jak prawo używania ojczystego języka w sądach (ale nie w kontaktach z władzami administracyjnymi), zapewniał wreszcie prawo zakładania szkół prywatnych, zakładów wychowawczych, instytucji dobroczynnych lub organizacji społecznych, dawał więc mniejszościom prawo zrzeszania się. Polska zobowiązywała się do udzielania w szkołach początkowych ułatwień nauki dzieciom w ich własnym języku, jednak przy obowiązkowej nauce języka polskiego. Na terenach, które przed 1920 r. należały do Rzeszy tworzyć miano osobne klasy lub szkoły niemieckie – tam, gdzie była odpowiednia liczba dzieci niemieckich.

Wszystkie te sprawy regulowała odrębnie na Śląsku wspomniana konwencja górnośląska.

We wrześniu 1934 r. Polska na forum Ligi Narodów, „uchyliła się od wszelkiej współpracy z organami międzynarodowymi w zakresie kontroli nad stosowaniem przez Polskę systemu ochrony mniejszości" – do czasu wprowadzenia w życie ogólnego i jednolitego systemu ich ochrony. Praktycznie, równało się to wypowiedzeniu „traktatu mniejszościowego"[13] Ten krok Polski nie wpłynął na położenie mniejszości niemieckiej w Polsce; ustały jedynie skargi niemieckich organizacji mniejszościowych do Ligi Narodów. Położenie to regulowała codzienna praktyka polityczna polskich władz administracyjnych. Śledzić ją możemy w publikowanych w tym wydawnictwie dokumentach, zarówno przed jak i po 1934 r. Praktyka ta była zróżnicowana. Trzymając się w zasadzie konstytucji[14], traktatu o ochronie mniejszości, czy też konwencji górnośląskiej, potrafiła odbiegać od tych ustaleń w znaczny sposób, przede wszystkim in minus, w nielicznych przypadkach – in plus. Fluktuacje te zależne były przede wszystkim od aktualnego stanu stosunków polsko-niemieckich.

Szczególny charakter miała polityka polska wobec mniejszości niemieckiej na Górnym Śląsku. Charakter ten określał nie tylko wybitnie przemysłowy profil tego regionu, lecz także jego burzliwa historia bezpośrednio po zakończeniu pierwszej wojny światowej, ale również dodatkowe, nie obowiązujące w pozostałej Polsce, zobowiązania międzynarodowe w postaci wzmiankowanej już konwencji górnośląskiej, która zapewniała mniejszości niemieckiej właśnie szczególne uprawnienia.

---

[12] Tamże, s. 149 nn.

[13] Stanisław Sierpowski, Źródła do historii powszechnej okresu międzywojennego, t. II: 1927–1934, Poznań, dok. 290, s. 549 nn. - Moment wypowiedzenia traktatu o ochronie mniejszości wybrany został trafnie. W październiku 1933 r. Rzesza wystąpiła z Ligi Narodów, zaś w 1934 r. trwały jeszcze miodowe miesiące współdziałania polsko–niemieckiego, po podpisaniu w styczniu t.r. deklaracji o niestosowaniu przemocy. Można więc było spodziewać się braku reakcji ze strony Berlina. – W 1934 r. ZSRR przyjęty został do Ligi Narodów, Polska zaś wyraźnie poparła stosowny wniosek tego kraju. Poparcie dla ZSRR stanowiło parasol dla wyjścia spod kurateli Ligi Narodów spraw mniejszości ukraińskiej i białoruskiej, bowiem do korzystania z forum Ligi były uprawnione radzieckie republiki Ukraińska i Białoruska.

[14] Konstytucje z 17 marca 1921 i z 23 kwietnia 1935 r. gwarantowały prawa mniejszości narodowych w sposób jednobrzmiący.

Art 88. traktatu wersalskiego przewidywał na Górnym Śląsku przeprowadzenie plebiscytu, przy czym Niemcy zobowiązywały się do zrzeczenia się na rzecz Polski tej części terytorium plebiscytowego, która przypadnie Polsce[15]. Kilka tygodni po podpisaniu traktatu wersalskiego (sierpień 1919 r.) wybuchło na Śląsku powstanie, w rok później (sierpień 1920 r.) drugie powstanie śląskie. Zmierzały one, manu militari, do zapewnienia jak najkorzystniejszego wyniku oczekiwanego plebiscytu dla strony polskiej; były protestem przeciwko działaniom przygotowującej się do plebiscytu administracji niemieckiej, w tym straży granicznej (Grenzschutz), ale także niemieckich paramilitarnych formacji ochotniczych. Dwa powstania nie miały powodzenia wojennego, przyczyniły się jednak do polepszenia przedplebiscytowej sytuacji ludności polskiej Górnego Śląska.

Plebiscyt odbył się 20 marca 1921 r. na obszarze 11 008 km^2. Za pozostawieniem Górnego Śląska w Rzeszy głosowało 59,7%, za przyłączeniem do Polski 40,3%. Podziału terytorium plebiscytowego między Niemcy a Polskę dokonać miała Rada Najwyższa Sprzymierzonych. Trzecie powstanie śląskie (wybuchło ono w nocy z 2 na 3 maja 1921 r.) miało stworzyć fakty dokonane, przed rozstrzygnięciem Rady Najwyższej. Cel ten środkami militarnymi nie został osiągnięty, trzecie powstanie miało jednak korzystny dla Polski wpływ na decyzję Rady Najwyższej. W jej rezultacie (20 października 1921 r.) Polska otrzymała 29% terytorium plebiscytowego, w tym aż 85% gęsto zaludnionego śląskiego zagłębia przemysłowego, z 46% ludności, tj. około 1 miliona osób. Na polskiej części Górnego Śląska mieszkało w 1922 r. około 260 tys. Niemców, tj. w przybliżeniu około 25% ogółu ludności[16].

W rezultacie trzykrotnych walk zbrojnych poprzedzających podział Górnego Śląska sytuacja mniejszości niemieckiej mieszkającej w części przyznanej Polsce zyskała szczególne piętno, sprzyjające nasileniu antagonizmów narodowych. Stonowaniu polskiej polityki mniejszościowej, jak również niemieckiej polityki mniejszościowej wobec Polaków pozostałych w niemieckiej części Górnego Śląska, służyć miała właśnie konwencja górnośląska.

Konwencję tę Polska i Niemcy podpisały w Genewie 15 maja 1922 r.[17]. Weszła ona w życie 15 czerwca t.r. i miała obowiązywać przez piętnaście lat, tj. do 1937 roku. Zawarta została pod patronatem Ligi Narodów; ona też, jak i przewidziane w konwencji organy mieszane (Komisja Mieszana w Katowicach i Trybunał Rozjemczy w Bytomiu) miały wiążące uprawnienia arbitrażowe wobec skarg, które mogli składać poszczególni obywatele. Konwencja ograniczała więc suwerenność Polski i suwerenność Niemiec na objętym jej postanowieniami obszarze plebiscytowym.

Konwencja rozciągała na ten obszar regulacje traktatu o ochronie mniejszości. W ten sposób traktat ten, w niemieckiej części Górnego Śląska i tylko tam, obowiązywał Rzeszę Niemiecką. W nieco odmienny sposób regulowała konwencja sprawę opcji. Niemcy uzyskiwali na polskim Górnym Śląsku obywatelstwo polskie automatycznie (przez urodzenie lub zamieszkanie przed 1908 r. i w dniu wejścia w życie konwencji) i zrzec się go mogli właśnie przez opcję. Optujący na rzecz Niemiec mogli (z niewielkimi wyjątkami) pozostać w dotychczasowym miejscu zamieszkania na czas obowiązywania konwencji. Stąd też sprawa wydalania optantów (z Polski do Niemiec) nie nabrała na Górnym Śląsku większego znaczenia.

---

[15] Krasuski, s. 46.

[16] Tamże, s. 66.

[17] Marian Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938, Poznań 1980, s. 317.

Konwencja przyznawała mniejszości niemieckiej (odpowiednio – mniejszości polskiej) daleko idące uprawnienia w zakresie szkolnictwa, wykraczające poza postanowienia traktatu o ochronie mniejszości. Art. 74 przewidywał, że władze nie mogą badać przynależności narodowej, językowej lub religijnej obywateli, co chroniło dzieci w wieku szkolnym od nacisku tych władz, jeśli np. miały by one ograniczać dostęp dzieci do niemieckich szkół mniejszościowych. Konwencja przewidywała objęcie jej postanowieniami szkolnictwa wszystkich stopni (traktat o ochronie mniejszości odnosił się tylko do szkół początkowych).

Konwencja zapewniała mniejszości niemieckiej używanie języka ojczystego w życiu prywatnym i publicznym, w szerszym zakresie niż na pozostałym terytorium Polski.

Wreszcie, konwencja ograniczała, jak o tym niżej, prawo Polski do likwidacji własności obywateli niemieckich.

Konwencja wygasła 15 czerwca 1937 r. Wypowiedzenie przez Polskę traktatu o ochronie mniejszości (wrzesień 1934 r.), o czym już była mowa, nie dotyczyło polskiego obszaru obowiązywania konwencji. Po jej wygaśnięciu Polska i Niemcy podpisały 5 listopada 1937 r. deklarację mniejszościową. Miała ona intencjonalny charakter i nie wnosiła nowych regulacji. Stało się tak na życzenie strony niemieckiej, która wówczas – w 1937 roku – nie chciała wiązać sobie rąk w polityce wobec Polaków w Niemczech, w szczególności na Górnym Śląsku. Niemcy również, jak o tym niżej, miały wobec swej mniejszości w Polsce inne plany, nie dające się zrealizować w deklaracji substytuującej w niedoskonały sposób konwencję górnośląską.

Istotnym obciążeniem stosunków polsko-niemieckich, zwłaszcza w latach dwudziestych, były sprawy niemieckiej własności nieruchomej, państwowej i prywatnej, w tym własności ziemskiej i obiektów przemysłowych – na ziemiach, które przypadły Polsce. W stosunku do własności państwowej (Skarbu pruskiego) art. 256 traktatu wersalskiego stanowił, że własność tego Skarbu przechodzi na polski Skarb państwa, w pewnych – tu nie istotnych warunkach – bez odszkodowania[18]. Dla położenia mniejszości niemieckiej miało to znaczenie o tyle, że pokaźna część dawnej pruskiej własności gruntowej użytkowana była przez tzw. kolonistów, tzn. osób osadzonych przez pruską Komisję Kolonizacyjną, w ramach polityki germanizacyjnej, począwszy od 1886 roku lub też we władaniu dzierżawców domen państwowych. Władze polskie zdecydowane były pozbawić obie te kategorie użytkowania tej własności. „Stosunki" między tymi władzami a kolonistami dobrze charakteryzuje fragment sprawozdania sytuacyjnego wojewody poznańskiego (za lipiec 1922 r.). Wojewoda notował, że przy wprowadzeniu przymusowego zarządu użytkowanej własności ziemskiej dwaj koloniści „stawili 5.VII. czynny opór władzy w Budziskach (Oborniki), kolonista Julius Bruner strzałem z rewolweru zranił w głowę administratora". Wojewoda dodał od siebie: „są to rezultaty traktowania sprawy tej przez rękawiczki" [dok. nr. 209].

W odniesieniu do prywatnej własności nieruchomej art. 297 traktatu wersalskiego przyznawał Polsce, jako państwu sprzymierzonemu, „prawo zatrzymania oraz likwidacji wszystkich majątków, praw i udziałów należących w chwili wejścia w życie traktatu do obywateli niemieckich lub spółek przez nich kontrolowanych"[19]. Postanowienie to dotyczyło wprawdzie obywateli niemieckich, jednak przewidziana przez traktat możliwość opcji na rzecz Polski rzutowała ten „kontekst likwidacyjny" na potencjalnych obywateli

[18] Krasuski, s. 136 nn.

[19] Tamże, s. 134 n.

polskich narodowości niemieckiej, skłaniając ich do takiej właśnie opcji. Zdarzały się zresztą przypadki likwidowania własności nieruchomej należącej do Niemców – już obywateli polskich[20].

Likwidacja własności prywatnej odbywała się za odszkodowaniem, co w sposób oczywisty wpływało na jej rozmiar, wobec braku dostatecznej ilości środków na wypłacenie odszkodowań. Przypomnijmy, że konwencja górnośląska ograniczała prawo likwidacji; ograniczenie to dotyczyło własności przemysłowej (w zasadzie po upływie 15 lat, tj. po wygaśnięciu konwencji), a także własności gruntowej, choć w tym przypadku przewidziane były dość liczne wyjątki[21].

Według niepełnych danych, w przypadku własności gruntowej zlikwidowano (bez Górnego Śląska) w latach dwudziestych 170 590 ha, zaś w rękach obywateli niemieckich pozostało 24 330 ha[22].

Polsko-niemiecka umowa likwidacyjna, podpisana w Warszawie 31 października 1929 r. kończyła sprawy likwidacji własności obywateli niemieckich. Oba rządy „zrzekły się wszelkich roszczeń finansowych i majątkowych pozostających w związku z wojną lub traktatem wersalskim", wysuwanych przez państwo–sygnatariusza lub jego obywateli[23]. Wzajemne zrzeczenie się tych roszczeń było rezultatem przyjęcia tzw. opcji zerowej.

Powtórzmy więc, że traktat wersalski, traktat o ochronie mniejszości, konwencja górnośląska, a także umowa likwidacyjna – to podstawowe unormowania o charakterze prawnomiędzynarodowym regulujące status mniejszości niemieckiej w Polsce. W prawie wewnętrznym status ten był gwarantowany konstytucją z 1921 r. i konstytucją z 1935 r.

Wszystkie te regulacje prawne stanowiły ramy dla wspomnianej wyżej codziennej praktyki politycznej władz polskich w stosunku do mniejszości niemieckiej. Jej liczba w całej Polsce, po zakończeniu exodusu do Niemiec (w 1926 r.), nie ulegała już większym zmianom. Spis ludności przeprowadzony w Polsce w 1931 r. wykazał 741 095 osób deklarujących narodowość niemiecką[24]. Była to niewątpliwie liczba zaniżona. Według prywatnego szacunku Friedricha Heidelcka, liczba Niemców w Polsce w 1928 r. wynosiła 1 128 000 osób, zaś według szacunku Viktora Kaudera w 1938 r. – 1 030 000 osób. Można przyjąć, że liczba Niemców w Polsce po 1926 r. oscylowała wokół 1 miliona osób, z czego – według Kaudera – na dawnym terytorium pruskim mieszkało 505 tys. osób (49%), rosyjskim - 415 tys. (40%), austriackim – 110 tys. (11%). Środek ciężkości polityki polskiej wobec mniejszości niemieckiej leżał na terytorium b. zaboru pruskiego. Stanowiło ono zaledwie 11% obszaru Polski międzywojennej[25] (mieszkało tam 49% Niemców), podczas gdy terytorium b. zaboru rosyjskiego aż 69%. Na nim to, w rozproszeniu (z wyjątkiem Łodzi i okolicy), mieszkało 40% Niemców – obywateli polskich.

---

[20] Tamże, s. 320.

[21] Tamże, s. 70.

[22] Tamże, s. 318.

[23] Tamże, s. 327.

[24] Poniższe za Otto Heike, Das Deutschtum in Polen 1918–1939, Bonn (1955), s. 304 nn.

[25] Marian Wojciechowski, Okiem historyka, Warszawa–Berlin–Bonn 1918–1981, Łódź 1989, s. 245.

Ci właśnie Niemcy byli „zawsze" mniejszością narodową, najpierw w Cesarstwie Rosyjskim, potem w Polsce, natomiast Niemcy z b. zaboru pruskiego – jak wspomniano – mniejszością stali się dopiero po 1918 r. W pierwszych latach po pierwszej wojnie światowej związki tych Niemców z Rzeszą (o ile nie wyemigrowali do Niemiec) były rozliczne i mocne. W publikowanych przez nas materiałach źródłowych obserwować możemy jakby proces „odcinania pępowiny", trudnego zrywania bezpośrednich związków z Rzeszą i przechodzenia na status mniejszości. Ilustruje to działalność Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen, rozwiązanego przez władze polskie w 1923 r. [dok.dok. nr 75, 53, 55]. W tych pierwszych latach władze polskie postępowały energicznie, rzec można alergicznie. W kwietniu 1923 r. na krótko przed rozwiązaniem Deutchtumsbund, ówczesny premier rządu polskiego, Władysław Sikorski, w czasie pobytu w Poznaniu zapowiedział „zasadniczy zwrot w stosunku do pobłażliwie dotąd traktowanej mniejszości niemieckiej" [AP Poznań, UWP, 5582, spr. syt. woj. pozn. za IV 1923]. Znaczenie tej zapowiedzi Sikorskiego docenił w szerszym wywodzie, wspomniany już Hermann Rauschning. Według niego też, Sikorski miał powiedzieć, że silniejszy ma zawsze rację i wyraził nadzieję, że proces *Entdeutschung* w polskich województwach zachodnich w krótkim czasie się zakończy[26]. Ale jeszcze dwa lata przed tym – krótkotrwałym zresztą – zwrotem prowadzono dynamiczną akcję polonizacji aparatu administracyjnego. Okólnik wojewody poznańskiego z 9 lutego 1921 r. polecał zwolnienie urzędników komunalnych – Niemców, ale już w maju t.r. wojewoda upomniał podległe mu urzędy, że zwalniając urzędników – Niemców, nie wolno podawać narodowości niemieckiej jako przyczyny zwolnienia [AP Poznań, St. Pow. N. Tom., 112].

Niechętna, a nawet wroga państwu polskiemu postawa mniejszości niemieckiej w byłym zaborze pruskim z jednej strony, z drugiej zaś popierająca *Entdeutschung* i zerwanie bezpośrednich związków tej mniejszości z Rzeszą polityka polska, wpływały na podsycanie antagonizmów narodowych, które via facti mogły być łagodzone przez odpływ Niemców do Rzeszy. Jednak od samego początku, od wejścia z życie traktatu wersalskiego, położenie mniejszości niemieckiej było funkcją polsko-niemieckich stosunków międzypaństwowych. Skala zależności tego położenia mniejszości od temperatury stosunków między Warszawą i Berlinem bywała różna. W latach trzydziestych na sytuację mniejszości niemieckiej w Polsce rzutowała odprężona atmosfera w wyniku podpisanej w styczniu 1934 r. deklaracji o niestosowaniu przemocy, ale i polityka niemiecka podporządkowująca sobie Niemców w Polsce, zmierzająca do sprowadzenia ich do roli jednego z instrumentów polityki Rzeszy wobec Polski. Do tego nie doszło z przyczyn, które staramy się ukazać niżej, jednak polityka instrumentalizacji wpływała, z kolei, na polską politykę mniejszościową. Powstawało błędne koło, z którego wyjścia nie było.

W znacznie natomiast mniejszym stopniu, jak można sądzić, położenie mniejszości niemieckiej w Polsce zależne było od położenia mniejszości polskiej w Niemczech, czy też – odwrotnie. Ślady tej zależności spotykamy w źródłach, w szczególności – co jest oczywiste - w powiatach przygranicznych [dok. nr 352]. Kolejnym przykładem tej zależności może być polecenie polskiego ministra Spraw Wewnętrznych do wojewodów; trafiło ono do Starostwa Powiatowego w Grudziądzu. Był to rok 1936, znamionujący się zaostrzeniem polityki polskiej wobec mniejszości niemieckiej. Stąd też nasilenie represji

[26] Rauschning, s. 169 n.

wobec Niemców (nazwano to elegancko „powrotem do norm statutowych") miało być „silnie oparte o prawo, tak, by uniknąć reperkusji na życie Polaków w Niemczech" [dok. nr 66].

Przypomnijmy, że eksponowane w tej edycji powiaty przygraniczne rolę taką pełniły od niedawna. I Polacy i Niemcy mieszkający tam po 1920 r., żyli przedtem w Rzeszy Niemieckiej i nie byli przedzieleni granicą państwową. To przecięcie nastąpiło w 1920 roku (nieco później na Górnym Śląsku), liczne związki jednak pozostały. Niemcy w Polsce – jak powiedziano – stali się mniejszością narodową, Polacy w Niemczech nią pozostali. Przybyło im jednak państwo macierzyste.

Polacy na ziemiach b. zaboru pruskiego stali się od 1920 r. narodem państwowym. Status ten wpływał nie tylko na dobre samopoczucie; pomagał w uzasadnieniu twardej polityki likwidowania skutków panowania niemieckiego na tych ziemiach. Wojewoda pomorski pisał w 1925 r. w swym sprawozdaniu sytuacyjnym, że „mówi się [tzn. miejscowi Niemcy] w dalszym ciągu o nieludzkości, brutalności i gwałcie ze strony Władz Polskich zapominając, że jeśli władze te zmuszone są niejednokrotnie stosować do mniejszości niemieckiej energiczne środki, jest to tylko konsekwencją tego gwałtu, jaki Niemcy popełnili na żywym organizmie Rzeczypospolitej..." [dok. nr 57].

Likwidacja skutków panowania niemieckiego dotyczyła nie tylko mniejszości niemieckiej w Polsce. Dotyczyła również tych nie do określenia w liczbie Polaków, którzy po ponad stuletnim (na Górnym Śląsku znacznie dłużej) panowaniu pruskim w części identyfikowali się z minionymi czasami, zachowywali także związki rodzinne i towarzyskie ze społecznością niemiecką. I tak, w 1925 roku Główny Komendant Policji woj. śląskiego wydał tajny okólnik, w którym prosił o wykaz policjantów, których żony należały do organizacji mniejszościowej „Deutscher Volksbund" i były Niemkami lub „usposobienia niemieckiego". Przypominał też o nadesłaniu wykazu policjantów, których dzieci uczęszczały do szkół niemieckich [dok. nr 354]. W tym samym 1925 roku ten sam Główny Komendant zwracał w tajnym okólniku uwagę, że policjanci wyznania ewangelickiego uczęszczają do zborów na niemieckie nabożeństwa i zalecał zaniechanie tych czynności do czasu, kiedy odprawiane będą nabożeństwa polskie [dok. nr 355]. Jeszcze w czerwcu 1939 r. w obliczu bardzo zaostrzonych stosunków polsko-niemieckich, Główny Komendant rozkazywał zerwanie zażyłych stosunków „z osobami, których lojalność wobec Państwa nie jest pewną" [AP Katowice, Policja woj. śl., 22]. I jeszcze jeden przykład. W 1925 roku Związek Obrony Kresów Zachodnich, bez porozumienia z władzami państwowymi, zbierał podpisy pod protestami przeciw odłączeniu od Polski Pomorza i Górnego Śląska; takie właśnie plotki często krążyły – były objawem braku stabilizacji socjopolitycznej wśród ludności polskiej. W przygranicznym powiecie chojnickim zbieranie podpisów pod tymi protestami dało odwrotne skutki. Starosta chojnicki pisał w swym miesięcznym sprawozdaniu (za październik 1925 r.), że ludność przypuszcza, że coś w tym jest, że protesty „podpisał zaledwie 1% ludności", że jest to „powiat najbardziej pod względem narodowym zagrożony" [dok. nr 57]. Czy w takich przypadkach można mówić o narodzie państwowym?

Poza wspomnianym już Deutschtumsbund, wyłonionym z Niemieckiej Rady Ludowej w Poznaniu funkcjonowało w Bydgoszczy – po jego rozwiązaniu – poselskie Biuro Sejmowe[27] dla Poznańskiego i Pomorza (Sejmbüro für Posen und Pommerellen), założone przez posłów – Niemców. Było ono de facto czołową organizacją mniejszości

[27] Za Heike, s. 47 nn.

niemieckiej w Polsce. W 1934 r. założono w Bydgoszczy Deutsche Vereinigung für Posen und Pommerellen, będące faktycznie kontynuacją Sejmbüro. Powstanie DV było odpowiedzią na wzmożoną, już ogólnopolską działalność wspomnianej już wyżej Jungdeutsche Partei (powstała ona w 1932 r.).

Główną organizacją mniejszości niemieckiej na Górnym Śląsku był Deutscher Volksbund für Oberschlesien, zaś w środkowej Polsce (w b. zaborze rosyjskim), powstały w 1924 r. Deutscher Volksverband, z siedzibą w Łodzi. Obok tych czołowych organizacji działały liczne partie polityczne mniejszości niemieckiej, wśród których wspomnieć należy Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens (miała ona swych członków przede wszystkim w Łodzi i na Górnym Śląsku) i górnośląską Katholische Volkspartei, od 1927 r. Deutsche Christliche Volkspartei. Jej przewodniczącym był od 1927 r. do 1938 r. (do zgonu) dr Eduard Pant. Oblicze tej partii było zdecydowanie antynarodowosocjalistyczne. Wszystkie te organizacje i partie miały swoje wydziały szkolne (oświatowe), poza tym działał w Bydgoszczy Deutscher Schulverein, obejmujący swym zasięgiem tereny odstąpione Polsce w Wersalu. W Polsce, głównie na tamtych terenach, funkcjonowały także bardzo liczne organizacje gospodarcze, spółdzielcze, kościelne, sportowe, czy też śpiewacze. Życie organizacyjne Niemców w Polsce było bardzo bujne; obserwować je możemy przez pryzmat tu publikowanych sprawozdań sytuacyjnych polskich władz administracyjnych.

Większość partii i organizacji w charakterze politycznym (jak np. Deutsche Vereinigung) miała zabarwienie niemiecko-narodowe. Od tej reguły odstępowała partia dr Panta, Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens, no i – oczywiście – Jungdeutsche Partei, głośno hołdująca zasadom narodowego socjalizmu. Jej aktywność wzrosła po 30 stycznia 1933 r., po *Machtübernahme* w Rzeszy. Głosząc hasła narodowosocjalistyczne, JDP równie głośno deklarowała lojalność swych członków wobec państwa polskiego.

Lata 1934–1938 były świadkami niecodziennej walki politycznej wśród mniejszości niemieckiej. Walkę tę rozpętała JDP i kierowała ją głównie przeciw DV. Była to tzw. walka „młodych" ze „starymi". Jej odbicie obserwować możemy w publikowanych w tym wydawnictwie dokumentach.

Przed dojściem Hitlera do władzy, administracja polska ostro zwalczała działalność ugrupowań narodowosocjalistycznych, polecając nawet sporządzanie kart informacyjnych – dla ewentualnej późniejszej likwidacji sieci organizacyjnej [dok. nr 362]. Jeszcze w maju 1933 r. zalecono stosowanie ostrych środków, ale już z zachowaniem pozorów (AP Bydgoszcz, St. Pow. Grudz., 330, 19.5.33, MSW do wojewodów). Sytuacja uległa zmianie, choć nie na długo, po podpisaniu polsko-niemieckiej deklaracji o niestosowaniu przemocy (JDP głosiła przecież ideologię partii rządzącej w Rzeszy), a także po rozpoczęciu walki „młodych" ze „starymi". Wojewoda poznański pisał 30 marca 1934 r. do starostów, że „JDP rozbija nadzwyczaj jednolity i zwarty front niemiecki w województwie poznańskim, działalność jej należy ocenić jako korzystną ze względów taktycznych i nie czynić specjalnych przeszkód w prowadzonej przez nią akcji politycznej... " [dok. nr 225]. Ta sytuacja uległa zmianie w drugiej połowie 1936 r. [dok. nr 227].

Czy walka „młodych" ze „starymi" sterowana była z Rzeszy? Oczywiście, tak, choć sterowania tego nie należy rozumieć w duchu spiskowej teorii dziejów, tzn. jako demonicznego rozpętania walki przez jeden ośrodek kierowniczy – dla uzyskania jemu wiadomych celów. Problemem mniejszości niemieckiej na „terenach oderwanych" (przede wszystkim w Polsce, w Szlezwiku i na Litwie – obszar Kłajpedy) zajmowała się

powołana jeszcze w 1920 r. Fundacja Niemiecka (Deutsche Stiftung); na jej czele stał nieprzerwanie Erich Krahmer-Möllenberg. Deutsche Stiftung zbierała, dla potrzeb poszczególnych resortów Rzeszy, głównie Urzędu Spraw Zagranicznych, informacje o życiu politycznym, społecznym i gospodarczym mniejszości niemieckich, pośredniczyła także w ich finansowaniu. Chodziło przede wszystkim o utrzymanie związków tych mniejszości z Rzeszą[28]. Takich organizacji je wspierających było jeszcze kilka, bez wątpienia jednak DS grała w tym czołową rolę. Zabarwienie polityczne DS, w tym Krahmer-Möllenberga, było niemiecko-narodowe. Służbowo, choć nie w formalnym zakresie, podlegał on Urzędowi Spraw Zagranicznych. Szef DS utrzymywał ścisłe kontakty z przywódcami mniejszości niemieckiej w Polsce, o podobnym kolorycie politycznym.

Sytuacja uległa zmianie po dojściu do władzy w Rzeszy narodowych socjalistów. Nowi przywódcy Niemiec zainteresowani byli w szerzeniu światopoglądu narodowo-socjalistycznego, nie tylko w Rzeszy, lecz również wśród mniejszości niemieckich, zwłaszcza na „terenach oderwanych". Służyć to miało – pośrednio – także umocnieniu wpływów NSDAP w Rzeszy. Nic też dziwnego, że działająca w Polsce JDP cieszyła się ich poparciem. Rzecz jednak w tym, że ramy instytucjonalne w zakresie kontaktów Rzeszy z mniejszościami niemieckimi pozostały zrazu te same. Zostali też ci sami ludzie; osoba Ericha Krahmer-Möllenberga służyć tu może jako *pars pro toto*. Ten właśnie instytucjonalny stan rzeczy, w skali całych „nowych" Niemiec, ujął najlepiej Hans Mommsen: „die staatliche Verwaltung ist ein grundlegendes Element geschichtlicher Kontinuität und – das gilt auch für das Dritte Reich – die Voraussetzung jeder dauerhaften inneren wie äusseren Machtentfaltung... Die Homogenität der Reichsministerialverwaltung blieb, abgesehen von den neugeschaffenen Ministerien, weitgehend erhalten"[29]. Pozostała więc dotychczasowa obsada Urzędu Spraw Zagranicznych, pozostał Krahmer-Möllenberg na czele Deutsche Stiftung. Oczywiście, instytucje te (jak i inne) przybrały narodowosocjalistyczne barwy ochronne. Dla niektórych ich reprezentantów stały się one – z biegiem lat – ich własnym już kolorem.

Krahmer-Möllenberg, w memoriale skierowanym w styczniu 1935 r. do Reichswehrministerium, gdzie szukał poparcia dla swego stanowiska pisał, że starzy przywódcy mniejszości niemieckiej w Polsce są zdania, że narodowosocjalistyczna *Gleichschaltung* Niemców w Polsce stanowi dla nich niebezpieczeństwo (chyba ze strony polskiej, choć nie jest to całkiem pewne), JDP zaś zwalcza „starych" jako reakcję, natomiast młodzież w Rzeszy chce pomóc JDP w tej walce; podtrzymują ją tym na duchu głosy prasy partyjnej w Rzeszy. Chodziło oczywiście nie o młodzież niemiecką, lecz o kierownictwo NSDAP, trudno bowiem było rzeczy nazywać po imieniu. Krahmer-Möllenberg wypowiedział w tym memoriale następujący pogląd, dotykający istoty problemu: „Ein Auseinanderfallen zwischen Volkspolitik und Reichsaussenpolitik muss zu einer ernsten Gefahr fur beide werden. *Es ist daher ein unbedingtes Erfordernis, dass die Führung der Aussenpolitik des Reiches das letzte, entscheidende Wort in der Volkstumspolitik hat*" (podkr. M.W.)[30]. Stać się miało dokładnie odwrotnie, zaś owa wojna na górze w Rzeszy znajdowała swe odbicie właśnie w walce „młodych" ze „starymi" w Polsce.

---

[28] Krasuski, s. 169 nn.

[29] Hans Mommsen, Das Beamtentum in Dritten Reich, Stuttgart 1966, s. 14 n.

[30] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (dalej - PAAA), IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd 34. Konsul generalny Rzeszy w Toruniu, gorący zwolennik „starych", pisał w raporcie do AA (16.II.1935), że JDP, zwłaszcza w powiatach przygranicznych, działa w pełni totalitarnie. Konsul podkreślał, że Deutsche Vereinigung stoi twardo na gruncie narodowego socjalizmu i że organizacji tej nie można zestawiać z Deutschnationale, czyli z reakcją (tamże). Kilka miesięcy później (15.IX.1935) ten sam konsul gene-

Po stronie JDP stało, w wyraźny sposób, Gestapo – tym razem jako strażnik światopoglądu narodowosocjalistycznego; potrafiło ono bezpośrednio ingerować w walkę „młodych" ze „starymi". I tak np. na skutek skarg JDP składanych do Gestapo w przygranicznej Pile, tamtejszy mąż zaufania udał się do Sępólna (zimą 1934/35), by na miejscu zbadać spór toczący się między JDP i DV. Odnotować możemy podobną ingerencję *Stapoleitstelle* w Elblągu (w tym samym czasie). Odnośny raport tej komórki ostro krytykował Krahmer-Möllenberga, o to w szczególności, że – zdaniem JDP – pieniądze płyną z Rzeszy dla DV; ta rozdaje je maluczkim i w ten sposób ich pozyskuje[31]. Zresztą, działalność DV w powiatach bliskich granicy pozostawała pod czujnym okiem Gestapo, niekoniecznie za pośrednictwem JDP. W piśmie do AA (6.IV.1935) centrala Gestapo informowała, zapewne nieco przesadzając, że w powiecie ostrowskim, na zebraniu DV, przedstawiciel JDP nawoływał do wstępowania do tej partii, lecz poklask zyskał tylko wśród polskich urzędników policji obecnych na zebraniu[32].

W 1936 roku przystąpiono w Berlinie do prac zmierzających do organizacyjnej *Gleichschaltung* Niemców w Polsce. Działo się to pod patronatem narodowosocjalistycznej par excellence Volksdeutsche Mittelstelle, która – wówczas jeszcze – nie miała statusu organu władzy państwowej. Z początkiem maja 1936 r., na zebraniu odbytym w AA, na propozycję dra Kursella z VOMI, w obecności konsulów w Poznaniu i Toruniu, zgodzono się co do tego, że ze strony Rzeszy musi być jedna linia postępowania wobec Niemców w Polsce, bowiem – aktualnie – „młodzi" i „starzy" powołują się z osobna na rozmowy odbyte w Berlinie. Dr Kursell głosił zebranym, że „Berlin" (czytaj – organa partyjne) zadecyduje według własnego uznania z kim w Polsce rozmawiać, że odbije się to na stronie finansowej. Była to wyraźna groźba pod adresem AA i sprzymierzonych z tym urzędem „starych" spod znaku DV[33]. Gdy szło o pieniądze, sprawa przybierała poważne rozmiary. Dysponentem tych pieniędzy był, i pozostał, Urząd Spraw Zagranicznych, rozdzielał je natomiast wśród „starych".[34]

W maju 1938 roku podjęto – po uprzednich, długich rokowaniach z przywódcami zwaśnionej mniejszości niemieckiej w Polsce – konkretne działania w kierunku „ujednolicenia organizacyjnego" tej mniejszości. Zmierzano do utworzenia Bund der Deutschen in Polen. Zaproszono do Berlina czołowych działaczy mniejszościowych z całej Polski; działo się to pod patronatem VOMI[35]. Inicjatywa ta napotkała na ostry opór Urzędu

ralny raportował do Berlina, że „starzy" są do szpiku kości narodowymi socjalistami, nawołującymi do umiarkowania, bowiem pewne rzeczy „ należy nosić tylko w sercu" (tamże, Bd 36).

31 Tamże, Bd 20.

32 Tamże, Bd 34.

33 Tamże, Bd 24.

34 Finansowanie mniejszości niemieckiej w Polsce polegało przede wszystkim na udzielaniu niskooprocentowych kredytów na działalność gospodarczą, także w rolnictwie i na dotacjach na działalność oświatow, na szkolnictwo. W 1936 r. AA konsultował się z ambasadą Rzeszy w Warszawie, przedstawiając projekt ograniczenia pomocy finansowej; dyktował to również brak środków dewizowych. Mniejszość niemiecka w Polsce powinna liczyć na siebie, zaś jej finansowanie powinno – inaczej niż dotąd – sprzyjać temu psychologicznemu przestawieniu się mniejszości, utrwaleniu Heimatgefühl mit dem Boden i przygotowaniu jej do walki z bolszewizmem (PAAA, P. III, 2a, Bd I, memoriał radcy legacyjnego von Twardowskiego - 30 IX 1936). Rozmiar pomocy finansowej dla mniejszości niemieckiej w Polsce ilustruje sumaryczny bilans za 1938 rok. Udzielono wówczas, na cele gospodarcze, kredytów w wysokości 1 miliona 493 tys. marek (tamże, Inland II D). Zdarzała si również pomoc dla osób prywatnych. W grudniu 1938 r. AA rozważał usanowanie finansów senatora RP, Ervina Hasbacha (z DV). Z potrzebnej sumy 60 tys. marek – 40 tys. miała dać VOMI, zaś 20 tys. – AA (Archiwum Institut für Zeitgeschichte, München, dalej IfZtg, NG – 039). – Dodajmy, że mniejszość polska w Niemczech korzystała również z wydatnej pomocy finansowej. Płynęła ona przez polskie Ministerstwo Spraw Zagranicznych.

35 PAAA, P. III, 2a, Bd II.

Spraw Zagranicznych, który przeciwny był zaostrzeniu stosunków z Polską, do czego miałoby doprowadzić utworzenie Bund der Deutschen in Polen i – w konsekwencji – do represji ze strony władz polskich. Utworzeniu BdD in Polen sprzeciwiali się również przywódcy mniejszości niemieckiej[36]; ich zastrzeżenia budziła osoba kandydata VOMI na przewodniczącego; miał być nim Ludwig Wolff, z łódzkiego Deutscher Volksverband.

Nie doszło więc do utworzenia BdD in Polen, nie doszło do organizacyjnej *Gleichschaltung*; w obliczu zaostrzających się od jesieni 1938 r. polsko-niemieckich stosunków międzypaństwowych nie było to potrzebne, bowiem instrumentalna rola mniejszości niemieckiej w Polsce stanęła w polityce Rzeszy wobec Warszawy na drugim planie[37], zaś walka „młodych" ze „starymi" spełniła swą rolę polityczno-ideologiczną. Światopogląd narodowosocjalistyczny zyskał wielu zwolenników wśród Niemców w Polsce, natomiast i „młodzi" i „starzy" ubiegać się musieli o względy hitlerowskiego Berlina.

Hitler właśnie postawił jednak na swoim. 2 sierpnia 1938 r. wydał zarządzenie (Erlass), mocą którego Volksdeutsche Mittelstelle otrzymała status centralnego organu Rzeszy (Reichsbehörde) i pełną koordynację spraw mniejszości niemieckiej poza granicami Rzeszy i mniejszości narodowych w Rzeszy[38]. Volkstumspolitik uzyskała narodowosocjalistyczne ramy instytucjonalne.

2. *Charakterystyka źródeł*

Podstawowym materiałem źródłowym, tu publikowanym, są sprawozdania sytuacyjne wojewodów (pomorskiego, poznańskiego i śląskiego) i starostów, przede wszystkim z interesujących nas trzech powiatów przygranicznych: Grudziądz, Sępólno i Nowy Tomyśl. Materiały źródłowe z Górnego Śląska dotyczą jego obszaru przemysłowego; są to – obok materiałów wytworzonych w Urzędzie Wojewódzkim – głównie akta policyjne. Jest to rezultat stanu zachowania materiałów źródłowych górnośląskich władz administracyjnych.

Sprawozdania sytuacyjne starostów najlepiej zachowały się dla powiatu nowotomyskiego. Sprawozdania sytuacyjne wojewodów dotyczą mniejszości niemieckiej (bo tylko te fragmenty publikujemy) z całego, danego województwa; na tym tle sprawozdania sytuacyjne starostów są egzemplifikacją zsyntetyzowanej „całości" zawartej w sprawozdaniach wojewodów. W sumie otrzymujemy obraz życia politycznego, gospodarczego, organizacyjnego (sprawy szkolnictwa niemieckiego, zrzeszeń sportowych, czy też śpiewaczych), a także religijnego mniejszości niemieckiej, dodajmy, – w zakresie szczególnie interesującym władze polityczne. Zakres ten był bardzo szeroki. Władze

[36] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 – dalej ADAP, Serie D (1937–1945), t. V, s. 44, przypis 3. Zawarta w piśmie Głównej Komendy Policji województwa śląskiego z 25 stycznia 1939 r. (AP Kat., UWśl., 197)) plotkarska informacja, że szefem nowej partii – czyli BdD in Polen, ma zostać dr Hans Kohnert (DV) nie polegała na prawdzie.

[37] Na przełomie lutego i marca 1939 r. toczyły się w Berlinie polsko-niemieckie rokowania w sprawie wzajemnych problemów mniejszościowych. Rzesza usiłowała w tych rokowaniach uczynić z mniejszości niemieckiej efektywny instrument swej Polenpolitik. Rozmowy zakończyły się fiaskiem, na skutek stanowiska strony polskiej; nie wydano nawet wspólnego komunikatu. Rzecz interesująca, że przewodniczący delegacji polskiej, Żyborski, z MSW, nie był przeciwny utworzeniu Bund der Deutschen in Polen (PAAA, P III, 2a, Bd III; por. też ADAP, V, dok. 132, s. 145 n. i dok. 134, s. 147 n. i przypis na s. 147).

[38] IfZtg, NG – 4948. Por. też ADAP, V, s. 142, przypis 2.

interesowały się dosłownie wszystkimi przejawami życia mniejszości niemieckiej. Obraz ten jest jednak niewątpliwie skrzywiony, zwłaszcza w przypadku źródeł proweniencji policyjnej, choć te właśnie źródła dają czasami sygnały interesujące nie tylko ówczesnego policjanta, ale i dzisiaj – historyka. Przypomnijmy chociażby powiązania policjantów śląskich ze społecznością niemiecką.

Uzyskany w ten sposób obraz życia mniejszości niemieckiej ukazuje równocześnie ramy – polityczne i prawne – w których życie to się toczyło. Pokazuje, co w praktyce dnia codziennego było dozwolone, co zaś nie było tolerowane. Pośrednio więc sprawozdania sytuacyjne ukazują również linię polityczną władz wobec mniejszości niemieckiej, ale i zachodzące w tej polityce zmiany. Przywołajmy starostę nowotomyskiego, który w swym sprawozdaniu za kwiecień 1932 r. chwalił się, że miejscowy niemiecki organ prasowy „Kreiszeitung", zapewne przysłowiowy „Käseblatt", na żądanie starosty zmienił w nagłówku nazwę powiatu „Wollstein" na polski „Wolsztyn" [dok. nr 245]. W tym samym powiecie dwaj Niemcy używający na zebraniu JDP niemieckiej nazwy „Rakwitz", zamiast polskiej „Rakoniewice", „Neutomischel" zamiast „Nowy Tomyśl", ukarani zostali wysoką grzywną po 100 zł każdy, tzn 50 ówczesnych marek [dok. nr 258]. Działo się to, co prawda, już w obrębie zaostrzonej polityki polskiej wobec mniejszości niemieckiej.

Raport sytuacyjne wojewodów i starostów ukazują jednak przede wszystkim *vie quotidienne* tej mniejszości. Jest to rezultat bardzo głębokiej infiltracji policyjnej w życie Niemców mieszkających w Polsce, czego „odwrotnym" świadectwem niech będzie fragment sprawozdania sytuacyjnego starosty nowotomyskiego ze stycznia 1931 r. [AP Poznań, St. Pow. N.Tom., 1546]. Starosta ten, donosząc, że w mieszkaniu miejscowego pastora odbywają się cotygodniowe zebrania pisał: „jakie sprawy są tam poruszane nie można stwierdzić, bo mieszkanie pastora jest niedostępne, ponieważ mieszka on sam, a służbę ma wyłącznie niemiecką".

Ważnym zadaniem wojewodów i starostów było poszukiwanie i eksponowanie w sprawozdaniach przejawów lojalności Niemców wobec państwa, przy czym papierkiem lakmusowym takiej postawy były przede wszystkim nabożeństwa odprawiane nie tylko z okazji polskich świąt państwowych, lecz także z okazji imienin marsz. Józefa Piłsudskiego (19 marca) i – od 1937 r. – także imienin marsz. Edwarda Śmigłego-Rydza[39] (dzień wcześniej - 18 marca). I tak np., w marcu 1939 r. odbyły się w województwie poznańskim nabożeństwa w 31 zborach – w intencji nieżyjącego już od 4 lat Piłsudskiego i Rydza-Śmigłego, nabożeństw takich nie odprawiono natomiast w 47 zborach [dok. nr 235]. 31 wobec 47, być może dzień po dniu i to z okazji imienin, wśród ewangelików nie obchodzonych. Wątpliwe to świadectwo lojalności wobec państwa, wątpliwy w końcu brak lojalności, w przypadku zaniechania obrzędów religijnych; w każdym razie – co najmniej świadectwo obsesji politycznej władz administracyjnych, ale i częściowe niepoddawanie się ich naciskowi.

Życie codzienne mniejszości niemieckiej i orientację władz polskich w tym przedmiocie egzemplifikujemy na podstawie bardzo wyczerpującego sprawozdania sytuacyjnego wojewody poznańskiego za maj 1937 r. [dok. nr 229].

[39] Edward Rydz-Śmigły mianowany został marszałkiem Polski 11 listopada 1936 r.

Wiele słów poświęcił wojewoda w tym sprawozdaniu przemówieniu, jakie na poufnym zebraniu przedstawicieli mniejszości niemieckiej wygłosił w konsulacie generalnym w Poznaniu ambasador Rzeszy w Polsce, Hans Adolf von Moltke. Zajął się on aktywnością gospodarczą Niemców w Polsce – jako instrumentu utrwalenia niemczyzny i organizowania wspólnoty narodowosocjalistycznej. „Sprawa bezpośredniego oddziaływania czynników Rzeszy Niemieckiej na mniejszość niemiecką w Polsce – pisał wojewoda – uważana była zawsze za pewnik, brakło jednak stwierdzenia dowodów po temu". Słowa te są świadectwem starannego ukrycia mechanizmów sterowania mniejszością z Rzeszy. Dowodów po temu nie brakuje, ale przemówienie ambasadora Moltkego w gruncie rzeczy takim dowodem było.

Konstatując dochodzenie do porozumienia między „młodymi" i „starymi" dawał wojewoda świadectwo starannej obserwacji życia politycznego Niemców w Polsce, jako że – jak już wspomnieliśmy – wysiłki Berlina zmierzające do utworzenia Bund der Deutschen in Polen i zarazem ugaszenia walki „młodych" ze „starymi" podjęte zostały w Rzeszy w 1936 roku. Praktyczny koniec tej walki, tym samym zanik interesu władz polskich w taktycznym popieraniu JDP i osłabianiu w ten sposób „starych", przyczynił się do zaostrzenia kursu wobec JDP, czego wyrazem było wzmiankowane w sprawozdaniu wojewody zawieszenie działalności tej partii w powiecie nowotomyskim. Jako przyczynę tego kroku podano występowanie oddziału JDP w Nowym Tomyślu w umundurowaniu.

Zaangażowanie władz administracyjnych w przedmiocie śledzenia nabożeństw w kościołach protestanckich, nie tylko z okazji imienin, lecz i święta państwowego (3 maja) owocowało szczegółową statystyką i charakterystyką tych nabożeństw, czy też konstatacją ich braku. Na uwagę zasługuje leitmotiv kazania wygłoszonego przez pastora Glockzina w Nowym Tomyślu: oddaj Bogu co boskie i cesarzowi co cesarskie.

Ruch zebraniowy mniejszości niemieckiej znalazł w analizowanym sprawozdaniu wojewody poznańskiego wiele miejsca. Tradycyjnie już omawiano osobno zgromadzenia zwołane przez DV i JDP. Ta ostatnia zwołała znacznie więcej zebrań niż DV, cieszyły się one też znacznie wyższą frekwencją. W interesującym nas powiecie nowotomyskim DV zwołało w maju 1937 r. 6 zebrań i urządziło trzy zabawy, natomiast JDP (zawieszona 18 maja) zdołała zwołać 12 zebrań o łącznej frekwencji ponad 1 000 osób (w powiecie tym mieszkało ok. 15 tys. Niemców).

Na uwagę zasługuje zebranie JDP w Bydgoszczy, z okazji święta 1 maja. Prelegent oświadczył zebranym, że „z powodu prawie całkowitego skreślenia przez cenzurę... programu przewidzianego przemówienia, nie opłaci się w ogóle przemawiać". Przykład ten wskazuje na stosowanie przez władze cenzury prewencyjnej w odniesieniu do zgromadzeń publicznych. JDP znajdowała się zresztą pod baczną uwagą władz administracyjnych stosujących głęboką infiltrację policyjną. Wystarczy wspomnieć wyczerpujące sprawozdanie z przebiegu posiedzenia kierowników *(Geschäftsführer)* JDP w Poznaniu, 12 maja; na zebranie to jego organizatorzy nie dopuścili prasy JDP.

Wiele miejsca zajmuje w analizowanym sprawozdaniu działalność NSDAP; odbyła ona w maju 1937 r. pięć zebrań, przy czym przypomnieć należy, że członkami tej partii mogli być tylko mieszkający w Polsce obywatele Rzeszy. Działalność NSDAP, jako partii działającej w państwie trzecim, nie była dozwolona, była jednak tolerowana przez władze, nie chciano bowiem zakłócać poprawnych wówczas stosunków pomiędzy Warszawą i Berlinem.

W obszernym przeglądzie prasy niemieckiej (osobno DV i JDP) wyłapywano wszelkie przejawy lojalności wobec państwa polskiego, szczegółowo charakteryzowano również unisono entuzjastyczny stosunek do III Rzeszy.

Pod bardzo baczną obserwacją znajdował się ruch gospodarczy, zawodowy, a także religijny. Sprawozdanie sprawy te omawia rzeczowo i wyczerpująco, dzięki czemu zyskujemy dobry obraz funkcjonowania tych organizacji, ich *vie quotidienne*. Interesująco prezentuje się przebieg zjazdu metalowców niemieckich (w Bydgoszczy, 7 maja 1937 r.). Brało w nim udział 3 prelegentów z Rzeszy, w tym mistrzowie ślusarski, kowalski i blacharski. Ten ostatni próbował stosować indoktrynację narodowosocjalistyczną, zawartą w fachowym skądinąd referacie o wychowaniu zawodowym i kształceniu przyszłej generacji (Erziehung und berufliche Ausbildung des Nachwuchses im Metallhandwerk). Referat kończył się okrzykiem „Sieg Heil" „na cześć Hitlera i narodu niemieckiego".

Inaczej przebiegała (w Poznaniu, 6 i 7 maja) uroczystość z okazji setnej rocznicy istnienia Niemieckiego Stowarzyszenia Przyrodniczego (Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein). Towarzystwo to, o prowincjonalnym charakterze, ale o długiej tradycji, nie miało charakteru naukowego. Jubileusz odbył się w siedzibie Loży Masońskiej (!), a ozdobił go swą obecnością i odczytem wybitny fizyk atomowy, prof. Hans Geiger (z Berlina), zaś życzenia z okazji rocznicy złożyło pięciu profesorów Uniwersytetu Poznańskiego, a także dwóch profesorów z Rzeszy. Wojewoda odnotował krytycznie, że „wręczenie Stowarzyszeniu dyplomu honorowego Instytutu Niemczyzny Zagranicznej przez konsula generalnego Rzeszy w obecności przedstawicieli nauki polskiej ma tu swój specyficzny posmak i nie jest wolny [!] od momentów politycznych, których w przemówieniach unikano".

Poddaliśmy szczegółowej, egzemplifikacyjnej analizie miesięczne sprawozdanie sytuacyjne wojewody poznańskiego z 1937 roku. Tu wypada zaznaczyć, że analogiczne sprawozdania z Górnego Śląska wskazują na jeszcze bardziej wnikliwą obserwację życia Niemców śląskich, co było rezultatem nie tylko specyfiki tego regionu w wyniku obowiązywania do 1937 r. konwencji górnośląskiej, lecz także ostrej polityki wojewody Michała Grażyńskiego wobec mniejszości niemieckiej. W sprawozdaniach ze Śląska zwraca uwagę wysoka aktywność niemieckich stowarzyszeń katolickich.

Sprawozdania sytuacyjne są jakby źródłem martwym; dopiero ich analiza pozwala na ożywienie materii źródłowej, na wyciśnięcie z nich przejawów życia codziennego mniejszości niemieckiej: jej postawy w życiu politycznym i społecznym, w tym elementów polskiej polityki mniejszościowej i działań płynących z Rzeszy. Inny charakter mają źródła odnoszące się do polityki wobec mniejszości niemieckiej w sposób bezpośredni. Są to te materiały źródłowe, które ilustrują konkretne zamierzenia i posunięcia władz polskich. Na czoło wysuwają się tu źródła rejestrujące w zbiorczy sposób postawę polityczną działaczy mniejszości niemieckiej (tzw. katastry narodowościowe) i źródła ukazujące stosunek władz polskich do szkolnictwa niemieckiego. Zacznijmy od tych ostatnich.

W roku szkolnym 1929/30 funkcjonowało w Polsce 525 państwowych szkół powszechnych (podstawowych) z niemieckim językiem nauczania i 243 szkoły prywatne, w zdecydowanej większości na obszarze b. zaboru pruskiego[40]. W tym samym roku szkolnym funkcjonowały 2 państwowe gimnazja niemieckie, 27 gimnazjów prywatnych i

[40] Mieczysław Iwanicki, Polityka oświatowa w szkolnictwie niemieckim w Polsce 1918–1939, Warszawa 1978, s. 173.

7 państwowych i samorządowych z klasami z niemieckim językiem nauczania[41], również – w większości – w b. zaborze pruskim. Szkoły prywatne pozostawały pod czujnym nadzorem władz oświatowych. Władze starały się ograniczać liczbę szkół państwowych – podstawowych i nie zawsze skutecznie dbały o to, by dzieci polskie nie uczęszczały do szkół niemieckich. Władze czyniły tak również na Górnym Śląsku, mimo wyraźnego zakazu tych czynności zawartego w konwencji górnośląskiej.

Źródła przez nas publikowane ilustrują te posunięcia władz polskich. W październiku 1925 r. usunięto w powiecie sępoleńskim jedenastu nauczycieli „znanych z wrogiego usposobienia w stosunku do polskości" [dok. nr 57]. W tym samym roku Komendant Policji Państwowej w Katowicach żądał od podległych mu jednostek PP wykazów imiennych tych rodziców, którzy postawili wnioski o przeniesienie ze szkoły polskiej do niemieckiej [AP Katotwice, Pol. woj. kat., 196], co było niezgodne z konwencją górnośląską. Zwrócić należy uwagę, że władze oświatowe w swych czynnościach wspierane były przez policję. Po wygaśnięciu konwencji, ale i po podpisaniu intencjonalnej polsko-niemieckiej deklaracji mniejszościowej, władze śmielej likwidowały „klasy niemieckie" w szkołach, uzasadniając to niekiedy brakiem znajomości języka niemieckiego u uczniów tych klas [dok. nr 374].

Na Górnym Śląsku, ostra polityka mniejszościowa wojewody Grażyńskiego, w szczególności walka z niemieckim szkolnictwem mniejszościowym, służyła strategicznie pomyślanej integracji młodego wówczas pokolenia Ślązaków, często o chwiejnym, nawet „podwójnym" poczuciu narodowym, z państwem polskim i rządzącym wówczas obozem piłsudczyków. Ta polityka Grażyńskiego konkurowała z opozycyjną wobec obozu rządzącego chadecją i nie harmonizowała ze stanowiskiem hierarchii kościelnej, szukającej równowagi między katolickimi Ślązakami i katolickimi Niemcami, jako warunku utrzymania dotychczasowej dobrej pozycji wśród katolickich mieszkańców Górnego Śląska[42].

W publikowanych przez nas materiałach źródłowych dotyczących oświaty na czoło wysuwa się walka władz administracyjnych z tzw. nauczycielami wędrownymi (Wanderlehrer). Prowadzili oni tajne nauczanie sui generis, albowiem uczący po domach nauczyciele nie mieli obligatoryjnych po temu zezwoleń władz oświatowych, zresztą się o nie nie starali. Począwszy od 1934 r. zezwolono jedynie na naukę religii w domach [dok. nr 224]. Koordynacja pracy nauczycieli wędrownych pozostawała w gestii Wydziału Szkolnego Deutsche Vereinigung[43]. Nauczyciele ci działali w przeważającej mierze w Poznańskiem i na Pomorzu. Ich program nauczania odbiegał oczywiście od programu obowiązującego w szkołach państwowych z niemieckim językiem nauczania.

Według pisma Deutsche Stiftung do Urzędu Spraw Zagranicznych w Berlinie, w 1934 roku 29 nauczycieli wędrownych przepracowało 5750 dni roboczych i w 4856 miejscowościach nauczało 22852 dzieci[44]. W prywatnych niemieckich szkołach podstawowych uczyło się w roku szkolnym 1929/30, w całej Polsce, 10853 dzieci[45]. Porównanie tych dwóch liczb dobrze ukazuje pole pracy nauczycieli wędrownych.

[41] Tamże, s. 282.

[42] Piotr Greiner, Olga Wieczorek, Młode pokolenie ślązaków wobec państwowości polskiej w latach trzydziestych XX wieku, Przegląd Zachodni, nr 2/92, s. 94 nn.

[43] Iwanicki, s. 255.

[44] PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd 20, pismo z 18 marca 1935 r.

[45] Por. przyp. 40.

Opłacani przez Urząd Spraw Zagranicznych, via Deutsche Vereinigung, mieli pełne ręce roboty, podobnie zwalczające ich władze polskie. Ten właśnie stan rzeczy „powoduje" częste występowanie Wanderlehrer w źródłach władz administracyjnych, podczas gdy odzwierciedlenie funkcjonowania szkolnictwa niemieckiego (państwowego i prywatnego) w źródłach tej proweniencji występuje w znacznie mniejszym stopniu.

Bardzo ważnym źródłem dla poznania polskiej polityki mniejszościowej są wspomniane wyżej tzw. katastry lub księgi narodowościowe, by posłużyć się terminologią źródła. Były to, gromadzone w skali powiatu, dokładne dane dotyczące mniejszości niemieckiej – *wszelkich* jej zrzeszeń, także związków wyznaniowych, własności nieruchomej oraz poszczególnych osób. Np. osobno prowadzono wykazy szkół wraz z imiennym spisem nauczycieli, osobno wykazy parafii rzymsko-katolickich (niemieckich) i ewangelickich, wraz z imiennym spisem księży i pastorów. W katastrze-księdze szczególne miejsce zajmował imienny wykaz najwybitniejszych działaczy niemieckich w powiecie, zawierający charakterystykę danej osoby i uwagi w odniesieniu do osób politycznie niepewnych.

Księgi narodowościowe wprowadzono stosunkowo późno. Nie jest nam niestety znany w całości przebieg procesu powstawania tej szczególnej rejestracji Niemców mieszkających w Polsce, w materiale archiwalnym istnieją bowiem duże luki. W 1927 r. wojewoda pomorski, przekazując starostom schemat, według którego sporządzone być miały ich sprawozdania sytuacyjne, polecał „biorąc pod uwagę ich [Niemców] wysoką kulturę, znakomity zmysł organizacyjny, zamożność ekonomiczną, a przy tym wszystkim uprzedzenie do obecnego stanu politycznego, opartego na zasadach traktatu wersalskiego" – prowadzenie „*rodzaju* (podkr. M.W.) dokładnego katastru", przy czym wojewoda znów określał jego schemat [dok. nr. 59]. Polecenie prowadzenia już ksiąg narodowościowych w województwie poznańskim wydał wojewoda 10 kwietnia 1929 r., niewątpliwie na polecenie ministra Spraw Wewnętrznych, wydane wszystkim zainteresowanym wojewodom. [dok. nr 217]. Natomiast wojewoda pomorski 27 sierpnia 1931 r. polecił starostom przepracowanie, uporządkowanie i uzupełnienie posiadanych materiałów [dok. nr 60]. Sądzić więc należy, że do ksiąg przymierzano się w 1927 r., wprowadzono je natomiast w 1929 r. i następnie udoskonalano, przy czym ta ostatnia czynność polegała na lepszej systematyzacji, poszerzaniu i pogłębianiu zbieranych informacji. I tak np., w 1932 r., w ramach wspomnianych czynności, wojewoda poznański polecił starostom [dok. nr 220] uszeregowanie Niemców na wrogich czynnie i biernie oraz lojalnych czynnie i biernie; zakres każdego z tych pojęć został w instrukcji precyzyjnie określony.

Prawzorem tak udoskonalanych ksiąg narodowościowych są wykazy osób politycznie podejrzanych. Wykaz taki, sporządzony dla powiatu sępoleńskiego już w 1922 r. publikujemy w tym wydawnictwie [dok. nr 86]. Już zresztą w 1923 r. starosta sępoleński stwierdzał konieczność poszerzenia takiego wykazu [dok. nr 89].

Publikujemy dwa zachowane wykazy (według schematu z 1929 r.) wybitnych działaczy niemieckich z powiatu nowotomyskiego, z 1933 i 1938 roku [dok. dok. nr 249, 259]. Na pierwszej liście umieszczono 82, na drugiej 97 nazwisk. Niektóre z nich się powtarzają, przybywają także „nowe" osoby. Charakterystyki poszczególnych osób, bardzo sumaryczne, dotyczą głównie negatywnej lub wrogiej postawy wobec państwa polskiego, np. „wrogo usposobiony do polskości; brał czynny udział w Grenzschutzu w czasie Powstania Wielkopolskiego. Nienawidzi wszystko [!] co polskie, jako podoficer Grenzschutzu". Zważywszy, jak wspomniano wyżej, że w powiecie nowotomyskim

mieszkało około 15 tys. Niemców, prawie 100 osób umieszczonych na liście, traktowanych przez władze jako wrogich, to 0,7% ogółu niemieckiej ludności powiatu.

W marcu 1939 r. w obliczu bardzo już zaognionych stosunków polsko-niemieckich, wojewoda poznański zarządził podanie przez starostów wykazu osób narodowości niemieckiej, które należałoby osadzić w „M.O.", czyli miejscu odosobnienia. Starosta nowotomyski podał nazwiska pięciu takich osób; wśród nich tylko dwie znalazły się na sporządzonej w 1938 r. liście „wybitnych" [dok. nr. 261]. Nie wiadomo, czy osoby te zostały „osadzone w M.O." już w marcu 1939 r., czy też raczej chodziło o przygotowanie list tych Niemców z Pomorza, Poznańskiego i Śląska, których internowano i ewakuowano na wschód bezpośrednio po wybuchu wojny, tj. 1 września 1939 r.

Wprawdzie polska polityka mniejszościowa zaczęła ulegać kolejnej zmianie już w 1936 roku, to jednak zaostrzenie kursu odczuła mniejszość niemiecka „na własnej skórze" począwszy od lata 1938 r. Charakterystyczne pod tym względem jest stwierdzenie starosty sępoleńskiego (sierpień 1938 r.), że „na skutek kilku mocnych uderzeń w okresie sprawozdawczym odcinek mniejszościowy uległ znacznej pacyfikacji" [dok. nr 109]. Na polecenie wojewody pomorskiego z października 1938 r. odbierano restauratorom niemieckim koncesje na sprzedaż alkoholu [dok. nr 110], z początkiem 1939 r. wydano zakaz zakładania nowych oddziałów JDP i zakaz odbywania zgromadzeń przez tę partię [dok. nr 233]. Polecono równocześnie tępienie wybryków antyniemieckich (bicie szyb, malowanie napisów) z całą surowością [dok. nr 234]. W czerwcu 1939 r. rozwiązano powiatowe oddziały JDP, „zabroniono działalności DV i Verein Deutscher Bauern" [dok. nr 237], zaś w połowie lipca t.r. polecono zamknięcie mleczarni niemieckich, z uwagi na pogwałcenie przepisów sanitarnych i budowlanych, przy czym wojewoda poznański, komentując to zarządzenie stwierdził pokrętnie, że „nie może mieć natomiast miejsca nadużywanie tych represji jedynie dla doraźnych efektów politycznych. Politycznych momentów nie powinny również zawierać notatki prasowe..." [dok. nr 238].

W ostatnich tygodniach i dniach przed wybuchem wojny zamarła więc wszelka działalność organizacyjna mniejszości niemieckiej. Stwierdził to *verbis expressis* starosta nowotomyski w swym sprawozdaniu sytuacyjnym za lipiec 1939 r. [dok. nr 271]. W źródłach wysuwają się na czoło dzienne, sumaryczne meldunki policyjne określające sytuację na danym terenie zazwyczaj jako spokojną, zaś nastrój ludności jako patriotyczny. Atmosferę tę zakłócił Armin Kutzner z Trzcianki, w powiecie nowotomyskim. W ostatnim zachowanym meldunku do starosty nowotomyskiego, z 30 sierpnia 1939 r., posterunkowy z Kuślina donosił, że „podejrzany Kutzner w dniu 28.8.1939, podczas pracy na spichrzu w majętności Trzcianka mówił, że Francja się cofnęła dupą do wiatru. To znaczy, że Francja sojusz z Polską zerwała..." [dok. nr 273].

Publikując materiały źródłowe wytworzone przez polskie władze administracyjne instancji wojewódzkich i powiatowych w czterech powiatach przygranicznych, dajemy świadectwo polityki polskich władz państwowych wobec mniejszości niemieckiej na niewielkiej, lecz reprezentatywnej części byłego (przed 1920 r.) obszaru Rzeszy Niemieckiej. Materiały te ilustrują równocześnie życie polityczne, społeczne i wyznaniowe Niemców, którzy tereny te zamieszkiwali. Życie to, przebiegające w odmiennych warunkach niż w epoce minionej, cechowało oderwanie od własnej państwowości, przebiegało w oderwaniu od nieakceptowanej przez mieszczaństwo niemieckie Republiki Weimarskiej, później zaś – bez odczuwania codziennych, uciążliwych przejawów dyktatury narodowosocjalistycznej, która na terenach odstąpionych Polsce w Wersalu przez sam fakt

swego istnienia wpływała stymulatywnie na nacjonalistycznie nastawionych „Niemców polskich", zaś polityka III Rzeszy wobec nich nastroje te walnie intensyfikowała. To, z kolei, powodowało reakcję władz polskich. Polska polityka mniejszościowa odbierana więc była przez Niemców jako polityka ucisku narodowego w większym stopniu niż nią była w rzeczywistości. Życie polityczne, społeczne i wyznaniowe, przy w szelkich ograniczeniach i uciążliwych szykanach władz polskich, rozwijało się bujnie, zaś po 1933 r. mniejszość niemiecka korzystała w Polsce ze swobód politycznych w większym stopniu niż Niemcy w Rzeszy. Zakres tych swobód, ograniczany również w stosunku do Niemców po 1926 r., po przewrocie majowym (wspomnijmy choćby księgi narodowościowe, czy też policyjną infiltrację życia religijnego) był jednak w mniejszym stopniu funkcją malejącego zakresu swobód politycznych Polaków, w większym natomiast, przez cały czas, funkcją polsko-niemieckich stosunków międzypaństwowych i działań podjętych przez Rzeszę w stosunku do „polskich Niemców" po 1933 r. Dało to znać o sobie zwłaszcza w roku przed napaścią Niemiec na Polskę. W tym wszystkim, polska polityka mniejszościowa była oczywiście bardzo daleka od „stanu idealnego". Czy jednak mogło być wówczas inaczej?

Rudolf Jaworski

Die polnische Grenzminderheit in Deutschland 1920-1939

1. Rahmenbedingungen und Ausgangspositionen der polnischen Grenzbevölkerung

Die Entstehung der sogenannten Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg und die Neugestaltung der politischen Landkarte in Ostmitteleuropa waren mit Grenzziehungen verbunden, die aufgrund der komplizierten Siedlungsverhältnisse in diesem Raum fast nirgends eine völlige Deckungsgleichheit von Volks- und Staatsgrenzen zugelassen haben. Die Folge war u. a. die Abspaltung zahlreicher Grenzminderheiten, denen es aus verschieden Gründen verwehrt blieb, in den jeweils angrenzenden Staat, in dem ihre eigene Nationalität die Majorität der Bevölkerung gestellt hat, einbezogen zu werden und die statt dessen gezwungen waren, unter fremder Herrschaft „vor den Toren" ihres Mutter- bzw. Vaterlandes auszuharren. Im Zeichen des damals allseits rigoros eingeklagten Rechts auf Selbstbestimmung der Völker waren damit von vornherein und langfristig komplizierte, weil strukturell vorgegebene Konfliktzonen geschaffen.

Das Deutsche Reich war mit seinen preußischen Ostprovinzen unmittelbar und gleich in zweifacher Weise in diese Vorgänge involviert, da es deutsche Bevölkerungsteile an den neu geschaffenen polnischen Staat hatte abgeben müssen und zugleich innerhalb der eigenen Staatsgrenzen noch polnische Restminderheiten verblieben waren.[1] Mit dem Zusammenbruch der Mittelmächte war zu Ende des Ersten Weltkrieges an der Ostgrenze des Deutschen Reiches eine unübersichtliche Situation entstanden. Deutsche Freiwilligenverbände im sogenannten „Heimat"- und „Grenzschutz Ost" standen polnischen Volkswehren gegenüber. Deutsche und polnische Volksräte beanspruchten in gleicher Weise das Recht, als Ordnungsfaktoren respektiert zu werden. Der dezidierten Absicht der polnischen Verhandlungsführer in Versailles, die polnische Grenze unter Berufung auf ethnische Merkmale möglichst weit nach Westen vorzuschieben, stand der nicht minder entschlossene Wille deutscher Militärs und Provinzialregierungen entgegen, den Bestand der deutschen Ostprovinzen unter allen Umständen zu erhalten. Am frühesten trafen diese Gegensätze in der Provinz Posen aufeinander, die schon im Dezember 1918 fast vollständig unter polnische Kontrolle geraten war. Obwohl der territoriale Status quo, wenn man von der Provinz Posen einmal absieht, bis zum Beginn der Pariser Friedensverhandlungen behauptet werden konnte, hat diese dramatisch zugespitzte Übergangszeit entschieden zur Herausbildung einer antipolnischen Hysterie an der Ostgrenze beigetragen und auch in der Folgezeit eine übertriebene Alarmbereitschaft genährt.

---

[1] Vgl. zu den folgenden Abschnitten *Broszat*, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt/M. 1975, S. 201 ff.; *Riekhoff*, Harald von: German-Polish Relations 1918-1933. Baltimore 1971, S. 13 ff. *Schumacher*, Rainer: Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918-1919. Diss. Köln 1985.

Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hatte Deutschland erhebliche Gebietsabtretungen an den wiedererrichteten polnischen Staat zu leisten:[2] Fast die gesamte Provinz Posen fiel an Polen, bei Deutschland verblieben lediglich 11% der damaligen Provinzfläche und 8% der Provinzbevölkerung, von Westpreußen waren Deutschland auch nur 23,3% der Provinzfläche und 19,4% der Bevölkerung zuerkannt worden. Weniger gravierend waren die Einbußen in Schlesien und Ostpreußen ausgefallen. Hier waren darüber hinaus für umstrittene Territorien (südliches Ostpreußen und Oberschlesien) Abstimmungen vorgesehen, die im Falle Oberschlesiens Anhaltspunkte für eine Teilung dieser Region geben sollten und zu besonders heftigen, auch militärisch ausgetragenen Auseinandersetzungen geführt haben. Zusammen mit den vorausgegangenen deutsch-polnischen Konflikten unmittelbar nach Kriegsende – etwa in Verbindung mit dem Posener Aufstand – waren dies die einzigen bewaffneten Kämpfe, die Deutschland zur Sicherung seiner Grenzen ausgetragen hatte. Andere territoriale Einbußen, welche das geschlagene Deutschland im Elsaß oder an der Grenze zu Belgien und Dänemark hatte hinnehmen müssen, waren weniger dramatisch verlaufen. Sie sind auch längst nicht im selben Ausmaß als Symbol der Niederlage und des Verlustes an imperialer Stellung empfunden worden, wie dies bei den Gebietsabtretungen an Polen der Fall gewesen ist.

Für diese divergierende Bewertung spielten sicherlich die unterschiedlichen Größenordnungen der im Westen und der im Osten erfolgten territorialen Beschneidungen eine wichtige Rolle. An der neuen Grenze zu Polen waren sie so umfangreich, daß die administrativen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen in den verbliebenen Ostgebieten teilweise völlig neu aufgebaut werden mußten. Aber nicht diese Aufgabe und die damit verbundenen Schwierigkeiten bildeten den eigentlichen Stein des Anstoßes, vermutlich auch nicht einmal so sehr die genaue Zahl der verlorengegangenen Quadratkilometer. Viel tiefer saß der Schock, daß an der Ostflanke des Reiches ein neuer Staat „von Frankreichs Gnaden" auf territoriale Kosten des Deutschen Reiches entstanden war, mit Gebieten, die vor dem Kriege zum Rückgrat preußisch-deutscher Machtentfaltung gezählt hatten.

Daß ein „Saisonstaat" Polen mit offensichtlich geliehener Autorität der Westalliierten instand gesetzt worden war, sich ungestraft weite Teile der deutschen Ostmarken einzuverleiben, Ostpreußen zu bedrängen und Hoheitsrechte in Danzig wahrzunehmen, ist in Deutschland während der gesamten Zwischenkriegszeit als eine nationale Demütigung höchsten Grades empfunden worden.[3] Bei einer solchen Sichtweise, die keinesfalls nur auf rechte und konservative Kreise beschränkt geblieben ist, war es nicht verwunderlich, daß die hartnäckige Forderung nach einer Revision der deutschen Ostgrenze zu den unverrückbaren Gravamina der deutschen Außenpolitik avancieren konnte und ein wesentliches Element im allgemeinen „Kampf gegen Versailles" dargestellt hat.

---

[2] Vgl. auch zum Folgenden *Baier*, Roland: Der deutsche Osten als soziale Frage. Köln 1980, S. 149 ff.; *Bohmann*, Alfred: Menschen und Grenzen Bd. 1. Köln 1969, S. 187 ff.; *Holzer*, Jerzy: Das Ende des Ersten Weltkriege, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates. In: Nordost-Archiv NF II (1993) H. 1, S. 7-16; *Krasuski*, Jerzy: Stosunki polsko-niemieckie 1919-1932. Poznań 1975, S. 46 ff.

[3] Siehe u.a. *Fischer*, Peter: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. Wiesbaden 1991, insbesondere S. 11-17, 107-112; *Kellermann*, Volkmar: Schwarzer Adler - Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik. Köln 1970, S. 32 ff.; *Rexheuser*, Rex: Deutsche Minderheit in Polen, polnische Minderheit in Deutschland 1920 bis 1939. In: Nordost-Archiv 20 (1987) H. 85, S. 10 f.; *Riekhoff*, S. 18-20, 383.

Die anhaltende emotionale Aufladung der „blutenden Grenze" zu Polen hat aber auch in negativer Weise auf die Behandlung der bei Deutschland verbliebenen polnischen Grenzminderheiten zurückgewirkt.

Was nach den Beschlüssen des Versailler Friedensvertrages sowie nach erbitterten Grenz- und Abstimmungskämpfen noch von den ehemaligen preußischen Ostprovinzen erhalten werden konnte, stellte zusammengenommen nurmehr einen bescheidenen, unzusammenhängenden und von sich aus kaum existenzfähigen territorialen Restbestand dar. Ostpreußen war durch die Errichtung des polnischen Korridors gänzlich vom Reichsgebiet abgeschnitten worden, von den Provinzen Posen und Westpreußen war nur ein Bruchteil übriggeblieben, der dann in einer neugeschaffenen Verwaltungseinheit Grenzmark Posen-Westpreußen zusammengefaßt bzw. Ostpreußen zugeschlagen worden ist. Der oberschlesische Teil der ehemaligen Provinz Schlesien war zuletzt nach Vorgaben der Siegermächte auf das Oppelner Gebiet zusammengeschrumpft. In all diesen Grenzgebieten gab es noch polnische Bevölkerungsgruppen, die teilweise in größerer Konzentration wie im südlichen Ostpreußen (Ermland und Masuren) oder in Westoberschlesien, dann wieder in weitgestreuter Aufsplitterung dies- und jenseits des polnischen Korridors weiterhin unter deutscher Staatshoheit verblieben waren und zusammengenommen die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Polen ausgemacht haben.[4]

Zuverlässige Angaben zu den genauen Zahlenverhältnissen lassen sich indes nur schwer ermitteln. So schwanken beispielsweise die Schätzungen über die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Polen, einschließlich der polnischen Siedlungskolonien im Ruhrgebiet, in Berlin und in Mitteldeutschland für die Zwischenkriegszeit zwischen 800 000 und 1,5 Millionen.[5] Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Nationalitätenstatistik für sich genommen über den Zweiten Weltkrieg hinaus lange Zeit selber Bestandteil deutsch-polnischer Auseinandersetzungen gewesen ist, daß außerdem die zeitgenössischen Erhebungskriterien bei den amtlichen Volkszählungen sehr vage gewesen sind, daß bestimmte Voten für oder gegen die polnische Volkszugehörigkeit von politischen Konjunkturen abhängig sein konnten und darum noch lange nichts über die tatsächlichen nationalen Verhältnisse an der deutsch-polnischen Grenze aussagten. Das gilt insbesonders für das deutsche amtliche Zahlenmaterial zu dem hier interessierenden Beobachtungszeitraum. Die gewollte Tendenz, die polnische Grenzminderheit statistisch verschwinden zu lassen bzw. auf ein Minimum zu reduzieren, kam allein dadurch zum Ausdruck, daß die polnischsprachige Bevölkerung durch die betonte Eigenwertigkeit des Masurischen und Oberschlesischen in kleine Sprachgruppen auseinanderdividiert worden ist. Wenn im folgenden dennoch auf die amtlichen Zählungen von 1925, 1933 und 1939 zurückgegriffen wird, so vor allem deswegen, weil durch sie für einen längeren Zeitabschnitt die grundlegenden Proportionen und Veränderungen polnischer Präsenz in den verbliebenen Ostprovinzen sichtbar gemacht werden kann und weil das Muttersprachenkriterium (rein polnisch, zweisprachig oder masurischer, oberschlesischer Dialekt) die spezifische Problematik dieser ethnischen Misch- und Übergangszonen sehr plastisch zum Ausdruck bringt. Der größeren Übersichtlichkeit wegen wurde der breiter

[4] Dazu grundlegend *Wrzesiński*, Wojciech: Polski ruch narodowy w Niemczech 1922-1939. Poznań 1970, S. 25 ff.

[5] Vgl. beispielsweise die unterschiedlichen Berechnungen von *Bohmann*, S. 225-245; *Wrzesiński:* Ruch Polski, S. 27-36.

aufgefächerte zeitgenössische amtliche Fragenkatalog in die zwei Kategorien „nur polnisch" und „zwei- oder regionalsprachig" zusammengefaßt. Danach ergibt sich folgendes Zahlenbild:[6]

	1925 Muttersprache		1933 Muttersprache		1939 Muttersprache	
	nur poln.	zwei- oder reg.sprach.	nur poln.	zwei- oder reg.sprach.	nur poln.	zwei- oder reg.sprach.
Provinz Ostpreußen						
Masuren[1]	805	68651	474	49823	70	4582
Südliches Ermland[2]	11521	14465	4915		1045	2940
Westpreußen (Abstimmungsgebiet)	5951	5895	1635	4193	953	2539
Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen[3]	8319	4965	6357	3194	6682	2039
Provinz Oberschlesien	151162	384572	99193	266375	3731	36765
Summe	177758	478548	112574	323585	12481	48865
Summe je Zählung	656306		436159		61346	

[1] Kreis Oletzko im Reg. Bez. Gumbinnen und die Kreise Johannisburg, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode und Sensburg im Reg. Bez. Allenstein

[2] Land- und Stadtkreis Allenstein sowie Kreis Rössel

[3] Angaben für 1939 nach dem territorialen Bestand von 1925

Die Tabelle zeigt einen ständigen Rückgang des polnischen Bevölkerungselementes in den östlichen Randzonen, zuletzt sogar ein radikales Absinken, wobei die Zahlen für 1939 nicht mehr ernst zu nehmen sind, selbst wenn man den damals rücksichtslos vorgetragenen NS-Terror gegen die polnische Grenzbevölkerung in Rechnung stellt, der ein offenes Bekenntnis zum Polentum zu einem echten Risiko hatte werden lassen. Doch unbeschadet dieser Zuspitzung stellt sich grundsätzlich die Frage, wieweit das Bekenntnis zum Polentum überhaupt ausreicht, um das tatsächliche Volumen polnischsprachiger Bevölkerungsgruppen an der deutsch-polnischen Grenze angemessen zu erfassen und ob denn das ethnische Substrat der Polen im selben Maße abgenommen hat wie ihr nationalpolitisches Votum. Die Frage kompliziert sich noch durch das dynamische Nebeneinander von Einsprachigkeit, Zweisprachigkeit und Regionalsprachen. Auch über diesbezügliche Verschiebungen gibt die obenstehende Tabelle Aufschluß. Dem generell kleineren Teil reiner polnischer Muttersprachler mit abnehmender Tendenz steht eine wachsende Anzahl von Zwei- und Regionalsprachigen entgegen. Die bemerkenswerte

[6] Zusammengestellt von Mathias *Niendorf* nach *Zieliński*, Henryk: Z problematyki narodowościowej na pograniczu polsko-niemieckim w dobie międzywojennym, in: Przegląd Zachodni 5 (1949), Nr. 9-10, S. 263-272 (Tabelle S. 267); *Bohmann*, S. 225-239.

Ausnahme der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen wird man auf die traditionell engeren Bindungen zu den rein polnisch besiedelten Gegenden der ehemaligen Provinz Posen zurückführen dürfen.

Deutlich wird auf jeden Fall ein ethnisches Ausfransen an der deutsch-polnischen Grenze mit fließenden Übergängen und einer generellen Tendenz zu einer wenigstens partiellen Anpassung an die herrschende Staatsnation und -sprache. Es gab gerade bei der polnischen Grenzminderheit viel Opportunismus und Scheinanpassung an das deutsche Milieu, in den Städten mehr als auf dem Land. Der alltägliche Umgang mit deutschen Behörden, Arbeitgebern usw. schuf unvermeidliche Brücken für ein solches Taktieren. Mischehen verwischten die ethnischen Trennlinien. So waren es häufig Angehörige ethnisch gemischter Familienverbände, die sich in ihrem nationalen Bekenntnis bedeckt oder inkonsequent verhalten haben. Solche Positionen entzogen sich von vornherein einer definitiven ethnischen Zuordnung. Auch Volkszählungen und Stimmabgabe bei den Wahlen boten den Aufsichtsbehörden keine wirklich zuverlässigen Anhaltspunkte. Die Schwelle der freiwilligen Assimilierung bzw. der mehr oder weniger erzwungenen Germanisierung, nach deren Überschreiten ein Pole zu einem Deutschen geworden war, läßt sich gerade in den Grenzgebieten kaum ermitteln. Die neuere Geschichte Oberschlesiens bietet außerdem ein anschauliches Beispiel dafür, daß ein solches Überwechseln keineswegs ein unumkehrbarer Weg zu sein brauchte. Der zeitgenössische deutsche Terminus „schwebendes Volkstum" trifft die ethnisch diffuse Situation im deutsch-polnischen Grenzbereich vielleicht noch am besten.[7]

Die große Zahl „schwankender Elemente" an der Ostgrenze, wie die national nicht eindeutig zu definierenden Bevölkerungsgruppen im damaligen amtlichen Sprachgebrauch bezeichnet worden sind, war nur vordergründig ein statistisches Problem. Tatsächlich ging es um noch offene Integrationsprozesse entweder in Richtung Assimilation an das deutsche Mehrheitsvolk oder in Richtung Separation hin zur polnischen Minderheit. Man darf ohne Übertreibung behaupten, daß von der Haltung eben dieser ethnischen Zwischenschicht das nationale Kräfteverhältnis in den Grenzgebieten abhängig gewesen ist.

In diesem Zusammenhang ist außerdem darauf hinzuweisen, daß die klassische konfessionelle Trennlinie zwischen protestantischen Deutschen und katholischen Polen in den hier interessierenden Grenzgebieten höchstens für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gegolten hat, in Ostpreußen schon mit Einschränkungen, da die masurische Bevölkerung evangelischen Glaubens war. Im Ermland und vor allem in Oberschlesien war wiederum die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche nationenübergreifend, so daß auch von der konfessionellen Seite her keine absoluten nationalen Unterscheidungskriterien vorgegeben gewesen sind.

Über die soziale Gliederung der polnisch- bzw. teilweise polnischsprachigen Grenzbevölkerung lassen sich nur ungefähre Aussagen treffen.[8] Fest steht lediglich, daß es sich mehrheitlich um Unterschichten gehandelt hat. Kleinbauern, Landarbeiter, Häusler und nur vereinzelt Gutsbesitzer stellten den Grundstock der überwiegend ländlichen Bevölkerung. In den wenigen Städten waren Polen vor allem als Arbeiter beschäftigt. Hinzu kamen noch einige wenige Handwerker und kleine Kaufleute. Wenn man von

[7] Siehe *Beck*, Robert: Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel. Stuttgart 1938; außerdem *Boehm*, Max Hildebert: Das eigenständige Volk. Göttingen 1932, S. 130 ff.

[8] Vgl. *Wrzesiński:* Ruch polski, S. 25-27, 37-39, 48-50.

den katholischen Geistlichen und den Lehrern einmal absieht, gab es in diesen Regionen fast keine polnischen Eliten. Eine ganze Reihe der ohnehin nicht zahlreichen polnischen Gutsbesitzer, Kaufleute und Großbauern hatte unmittelbar nach Kriegsende ihre ursprüngliche Heimat verlassen, um in dem wiedergegründeten polnischen Staat eine neue Existenz aufzubauen. Polnischen Schätzungen zufolge waren es ca. 80000 Personen dieser wohlhabenderen Schichten, die zwischen 1919 und 1923 diesen Weg gegangen sind, wobei das durch das Versailler Vertragswerk vorgesehene Optantenschema nur eine formalisierte Spielart dieser Abwanderung gewesen ist. Es fehlte somit an bodenständigen Wortführern eines polnischen Nationalbewußtseins in den Grenzgebieten. Polnische Organisatoren und Redner aus Posen, Berlin oder dem Ruhrgebiet konnten diesen Mangel nicht wirklich ausgleichen, weil sie von der Grenzbevölkerung nicht immer als Sprecher ihrer spezifischen Belange anerkannt worden sind.

Die polnische Grenzminderheit kann demnach als ökonomisch und sozial schwach, als beinahe führungslos und im ganzen wenig nationalbewußt bezeichnet werden. Das waren die nicht gerade beneidenswerten Ausgangspositionen für eine Minderheit, die außerdem nicht in einem zusammenhängenden Siedlungsgürtel wohnte und von ethnischen Aufweichungserscheinungen gekennzeichnet gewesen ist. An diesen inneren Voraussetzungen sollte sich während der gesamten Zwischenkriegszeit nichts Wesentliches ändern und dementsprechend schwierig gestaltete sich die Bewahrung und Verteidigung polnischer Eigenart in den Grenzgebieten.

Rechtliche Grundlage dafür bildete einmal der Artikel 113 der Reichsverfassung, der „den fremdsprachigen Volksteilen des Reiches" völlige Rechtsgleichheit und die „freie Entfaltung ihrer volkstümlichen Entwicklung" zusicherte, besonders beim Gebrauch der Muttersprache in Unterricht, innerer Verwaltung und vor Gericht.[9] Einen ähnlichen Sprach- und Schulpassus enthielt der Artikel 73 der Preußischen Verfassung vom 30. November 1920. In dieselbe Richtung wiesen gleichfalls die Erlasse des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über den Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen, die sukzessiv für alle Grenzprovinzen zwischen 1918 und 1925 herausgegeben worden sind. Welchen zentralen Stellenwert der Schulfrage in der Gesetzgebung und in den einschlägigen Verordnungen beigemessen worden ist, belegt auch die in der deutschen Öffentlichkeit heftig umstrittene preußische Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit vom 31. Dezember 1928, die den Polen die Errichtung privater Minderheitenschulen zugestanden hat.[10] Zuvor hatte es nur in Oberschlesien polnische Schulen gegeben.

Aus dem Rahmen fiel demgegenüber das deutsch-polnische Oberschlesien-Abkommen, vom 15. Mai 1922, weil es den innerstaatlichen Bezugsrahmen überschritten und einen umfassenderen, international kontrollierbaren Minderheitenschutz gewährleistet

[9] Und zum Folgenden *Baier*, S. 221-223 sowie die ausführliche Dokumentation von *Müller*, Helmut: Die polnische Volksgruppe im Deutschen Reich, ihre Stellung in Verfassung und Verwaltung seit 1871. Diss. Rostock 1938, S. 126-167.

[10] Siehe dazu *Broszat*, Martin: Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik in der Ära Stresemann. Dargestellt an der Genesis der preußischen „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit" vom 31. Dezember 1928. In: Kluxen, Kurt u. Mommsen, Wolfgang (Hg.): Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschr. f. Theodor Schieder. München/Wien 1968, S. 393-445.

hat. Darin war u. a. den polnischen Bevölkerungsteilen Westoberschlesiens ein institutionalisiertes Beschwerderecht zugestanden und Deutschland vertraglich an den europäischen Minderheitenschutz angeschlossen worden.[11] Nach Ablauf der Gültigkeit dieses Abkommens im Jahre 1937 kam es dann ersatzweise – auf die gesamten polnischen bzw. deutschen Minderheiten bezogen – zu getrennten, aber gleichlautenden Minderheitenerklärungen der deutschen und der polnischen Regierung, die letztlich unverbindlich und völlig losgelöst vom Völkerbund abgegeben worden sind. Diese Erklärungen versprachen den jeweiligen Minderheiten bei loyalem Verhalten alle Rechte und Freiheiten zu ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entfaltung und enthielten sogar ein ausdrückliches Assimilierungsverbot. – Somit läßt sich durchaus eine positive Bilanz der rechtlichen Lage ziehen. Auch wenn den Polen in Deutschland keine kollektiven Sonderrechte im Sinne irgendeiner Autonomie zugestanden worden sind, sondern nur eine individuelle Gleichstellung mit den übrigen Staatsangehörigen, so hatten sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine polnische Interessenvertretung im Vergleich zur Vorkriegszeit doch insgesamt eindeutig zum Besseren gewendet. Wie ist dieser gesetzlich garantierte Handlungsspielraum nun praktisch ausgefüllt worden?

Relativ schwach war das Engagement der Polen bei Parlaments- und Kommunalwahlen, nur während der Wahlkämpfe formierten sich überhaupt politische Vereinigungen wie die „Polska Partia Ludowa" (Polnische Volkspartei), alternierend auch „Polsko-Katolicka Partia Ludowa" (Polnisch-Katholische Volkspartei) genannt.[12] Für eine dauerhafte Etablierung polnischer politischer Parteien fehlten an der Grenze schlichtweg die Voraussetzungen. Der Mangel an entsprechend motivierten bodenständigen Eliten war sicherlich ein wichtiger, aber nicht der einzige Grund dafür. Nicht zu unterschätzen ist ferner die Tatsache, daß gerade die an der Grenze wohnenden Polen einer besonders wachsamen und mißtrauischen Überwachung von seiten der örtlichen Aufsichtsorgane unterlagen. Vorsichtige Zurückhaltung in politischen Angelegenheiten war somit ein Gebot der Vernunft und schützte vor dem Verdacht illoyalen Verhaltens. Außerdem war mit und in den kleinen Lebenswelten dieser Randgebiete keine „große Politik" zu machen. Wenn es hier um polnische Belange ging, so handelte es sich in der Regel um ganz praktische Fragen der kulturellen und wirtschaftlichen Selbstbehauptung, die wiederum energisch angegangen worden sind.

Zentrales Aktionsfeld des organisierten Polentums in den Grenzgebieten während der Zwischenkriegszeit war zweifellos das Ringen um die Anerkennung und Pflege der polnischen Sprache in Schule und Unterricht. Dabei ging es um die Möglichkeit polnischen Sprachunterrichtes an deutschen Schulen, um die Erlaubnis polnischer Unterrichtssprache an staatlichen Schulen in bestimmten Fächern (Religion), um die Zulassung polnischer privater Minderheitenschulen und Kindergärten sowie um Stipendien für polnische Studenten. Als einschlägige Interessenvertretung trat der „Verband der polnischen Schulvereine in Deutschland" (Związek Polskich Towarzystw Szkolnych w Niemczech) auf, der 1922 gegründet wurde und später vor allem in seinen örtlichen Zweigstellen – den „Towarzystwa Szkolne" – bei der Gründung von polnischen Minderheitenschulen aktiv geworden ist.[13]

---

[11] Dazu ausführlich *Krasuski*, S. 68 ff.

[12] Und zum Folgenden *Wrzesiński:* Ruch polski, S. 61 f., 69 f., 122 ff., 181 ff.

[13] Und zum Folgenden *Baier*, S. 238 ff.; *Lis*, Michał: Związek Harcerstwa Polskiego w Niemczech 1922-1939. Opole 1987; *Pietrzak-Pawłowski*, Kazimierz: Spółdzielczość polska na Ziemiach Zachodnich i Północnych 1918-1939. Warszawa 1967; *Wrzesiński:* Ruch polski, S. 139 ff., 190 ff.

Der Pflege der polnischen Sprache und Kultur dienten auch andere kulturelle Vereinigungen wie z. B. die religiös-nationalen Frauenkongegrationen der Heiligen Kinga oder die sehr aktiven polnischen Gesangsvereine in Oberschlesien. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch das dichte Netz polnischer Jugendorganisationen, allen voran die polnischen Pfadfinder, die seit 1925 zentral in dem „Związek Harcerzy Polskich w Niemczech" (Verband der polnischen Pfadfinder in Deutschland) zusammengeschlossen waren und die seit Mitte der dreißiger Jahre besonders in den Grenzgebieten einen erstaunlich hohen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen konnten (1939: 2 620 Mitglieder).

Die materielle Absicherung der polnischen Grenzbevölkerung betrieben die „Banki Ludowe" (Volksbanken) und „Rolniki" (Landmänner), erstere durch die Vergabe von Krediten im Falle von Verschuldungen, Haus- oder Grundstückserwerb, letztere als landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften. Meist noch in der Vorkriegszeit gegründet, haben nur sehr wenige dieser genossenschaftlichen Zusammenschlüsse mit ihren durchweg bescheidenen Kapitaleinlagen Inflation und Weltwirtschaftskrise überstanden – trotz eigener Zentralisierungsbemühungen und trotz der Unterstützung durch Warschauer Regierungstellen. Dabei ist freilich einzukalkulieren, daß ihre eigentliche Bedeutung schon in den vorausgegangenen Jahrzehnten mehr in ihrem gemeinschaftsfördernden Anliegen als in ihrer ökonomischen Leistungskraft gelegen hat..

Wie die Genossenschaften konnten auch viele andere polnische Organisationen an Formen des Vereinslebens im Kaiserreich anknüpfen. Das trifft beispielsweise auch für die entsprechenden Ortsgruppen des nationalpolnischen Turnerverbandes „Sokol" zu, der in den Berichten wiederholt erwähnt wird. Neu war demgegenüber die Schaffung eines zentralen polnischen Minderheitenverbandes im Jahre 1922, der den Namen „Związek Polaków w Niemczech" (Bund der Polen in Deutschland) trug und in den amtlichen Berichten meist abgekürzt als „Polenbund" bezeichnet worden ist.[14] Ungeachtet regionaler Untergliederungen ist er straff zentralistisch von Berlin aus geführt worden. Die Tatsache, daß die Verbandsspitze fast ausschließlich von Funktionären aus dem Ruhrgebiet und der Berliner Polenkolonie beherrscht wurde, die in sehr abgehobener Weise einen abstrakten klassen- und regionenüberschreitenden Solidarismus vertreten haben und gegenüber Warschau keine selbständige Position behaupten konnten, hat Anfang der dreißiger Jahre zur Formierung oppositioneller Gruppierungen geführt, in Oberschlesien 1936 sogar zur vorübergehenden Abspaltung eines „Związek Polaków na Śląsku" (Bund der Polen in Schlesien). Am Beispiel des Polenbundes, zweifellos der größten und einflußreichsten polnischen Vereinigung in Deutschland, können die Schwierigkeiten und Grenzen einer organisierten polnischen Interessenvertretung exemplarisch abgelesen werden: Selbst in seinen besten Zeiten zählte der Verband nie mehr als ca. 50 000 Mitglieder. Programmatische Leitlinie für diese polnische Koordinationsinstanz in Deutschland war die Einhaltung einer strikten Loyalität zum deutschen Staat und die Anerkennung der gültigen Staatsgrenzen. Auf dieser Basis baute der Polenbund auch seine Bündnispolitik im Rahmen des 1924 von polnischer Seite initiierten „Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland" auf, ebenso seine Kontakte zu Warschauer Regierungsstellen. Offizielles Verbandsorgan des Polenbundes war die Monatsschrift „Polak w Niemczech" (Der Pole in Deutschland) mit Beilagen für Schulkinder und Jugendliche.

[14] Vgl. dazu ausführlich *Wrzesiński:* Ruch polski, S. 56 ff., 318 ff.; zusammenfassend *ders.*: Die polnische Bevölkerung in der Weimarer Republik. In: W. Jacobmeyer (Hg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. Braunschweig 1985, S. 91-95.

Darüber hinaus bemühte sich der Polenbund, die polnische Presse in Deutschland zu zentralisieren, was u.a. durch die Gründung einer Presseagentur (Centrala Prasowa) in Berlin zum Ausdruck kam, die alle Redaktionen mit gleichlautendem Informationsmaterial versorgen sollte. Der damit zwangsläufig verbundene Verlust an regionalem Profil ist aber von der Leserschaft nicht akzeptiert worden. In Ostpreußen konnte sich daneben die vergleichsweise unabhängige und traditionsreiche „Gazeta Olsztyńska" (Allensteiner Zeitung – Auflage 1922-1932: zwischen 1 000 und 2 000 Exemplare) seit 1929 mit der speziellen Beilage „Głos Pogranicza" (Grenzlandstimme) behaupten.[15] Oberschlesien verfügte ohnehin über eine sehr vielfältige und eigenständige regionale Presselandschaft.

Zusammenfassend kann behauptet werden, daß die Polen in Deutschland und in seinen Grenzregionen über eine reiche Palette von Artikulations- und Organisationsmöglichkeiten verfügt haben, daß diese Möglichkeiten um so effektiver genutzt worden sind, je mehr sie aus spezifisch regionalen Bedürfnislagen heraus entstanden waren und unterhalten worden sind, daß generell Zentralisierungsversuche jeder Art entweder nicht dauerhaft gelungen sind oder zu erheblichen Spannungen innerhalb der Polenbewegung geführt haben und daß ein eher unpolitscher Grundzug als hervorstechendes Merkmal festzuhalten ist.

Für die grundsätzlichen Einstellungsmuster der polnischen Grenzminderheit waren mehrere Faktoren von ausschlaggebender Bedeutung, die in ihrer Wirkung nicht immer übereinstimmten. Da war einmal der Umstand, daß diese Bevölkerungsgruppen – wie schon vor dem Kriege – Minderheit geblieben waren, d. h. ihren Status nicht geändert hatten. Damit ist zugleich der entscheidende Unterschied zu dem Rollenwechsel benannt, den die Deutschen jenseits der deutsch-polnischen Grenze nach dem Kriege hinzunehmen gezwungen gewesen sind.[16] Die polnische Minderheit in Deutschland brauchte sich nicht auf eine neue Obrigkeit einzustellen, sie war ihr prinzipiell vertraut, selbst in ihren Unterdrückungsmechanismen. Der staatliche und gesellschaftliche Bezugsrahmen war derselbe geblieben und von seiner Demokratisierung nach 1918 durften sich die noch in Deutschland lebenden Polen sogar eine Verbesserung ihrer rechtlichen Lage erhoffen.

Für die polnische Grenzminderheit bestand so besehen kein Anlaß, besonders aufgeregt auf ihre Situation zu reagieren und ihre bisherigen Einstellungen und Lebensumstände zu verändern. Andererseits war sie als Restminderheit von ihren Landsleuten jenseits der Grenze abgeschnitten worden, und allein durch diesen Umstand einer größeren Marginalisierungs- und Entnationalisierungsgefahr ausgesetzt als vor dem Kriege. Dabei spielte nicht nur die zahlenmäßige Verringerung des polnischen Bevölkerungselementes eine Rolle, sondern auch der Umstand, daß mit dieser Abschnürung eine Abwanderungsbewegung gerade der wirtschaftlich potentesten und gesellschaftlich aktivsten Polen in den neu gegründeten Staat einher gegangen ist, welche den plebejischen Charakter der polnischen Grenzminderheit noch verstärkt hat.

---

[15] Siehe *Wakar*, Andrzej u. *Wrzesiński*, Wojciech: „Gazeta Olsztyńska" 1886-1939. Olsztyn 1986, S. 238 f., 272, 279 und zum Folgenden *Smolka*, Leonard: Prasa polska na Śląsku Opolskim 1922-1939. Wrocław 1976.

[16] Vgl. dazu die Einleitung von Marian *Wojciechowski* in diesem Band; außerdem *Rexheuser*, S. 16-18; *Riekhoff*, S. 194-196; *Wynot*, Edward: The Polish Germans 1919-1939: National Minority in a Multinational State: In: The Polish Review XVII (1972) Nr. 1, S. 30-34.

Die nach 1918 eingetretenen Veränderungen dürfen indes nicht überschätzt und nur auf ihre negativen Wirkungen hin interpretiert werden. Schließlich hat die hier interessierende und dokumentierte polnische Grenzbevölkerung schon vor dem Kriege an der Peripherie polnischer Siedlungsgebiete gelebt. Ihnen ist schon damals im nationalen Leben der polnischen Teilgesellschaft unter preußisch-deutscher Herrschaft keine übermäßige Bedeutung zugekommen. So war die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien und Ostpreußen vor dem Kriege relativ spät und keineswegs immer erfolgreich in Erscheinung getreten und auch die Gegenstrategien der Ostmarkenpolitik und -propaganda der Wilhelminischen Ära hatten hier keine besonders lohnenden Ansatzpunkte gesehen.

Mit der Wiederbegründung eines souveränen polnischen Staates und der Ziehung der deutsch-polnischen Grenze war freilich ein neues Element im Bewußtsein der bei Deutschland verbliebenen polnischen Siedlungsgruppen hinzugekommen. Allein die Existenz eines polnischen Staates jenseits der Grenzen mußte bei ihnen zu einer Hebung des eigenen Nationalbewußtseins führen und schon in Gang befindliche Assimilationsprozesse aufhalten, wenn nicht sogar rückgängig machen. Unmittelbar nach dem Kriege äußerte sich dieses gesteigerte Selbstbewußtsein noch in der Hoffnung auf einen baldigen Anschluß an Polen. Aber auch nachdem sich diese Hoffnungen als unerfüllbar erwiesen hatten, blieb die stolze Zuversicht, mit dem Minderheitenstatus nicht allein gelassen zu sein, sondern als Auslandspolen ethnisch einem Staatsvolk verwandt zu sein, das zudem in unmittelbarer geographischer Nähe präsent war und auf dessen Rückendeckung man gerade bei der Wahrung der nationalen Eigenart im Rahmen des Deutschen Reiches glaubte zählen zu dürfen. Der psychologische Effekt eben dieser Rückendeckung, ob tatsächlich gewährt oder nur gewünscht, scheint jedenfalls – folgt man dem Urteil der örtlichen und regionalen deutschen Grenzbehörden – über den gesamten Zeitraum der Zwischenkriegszeit lebendig gewesen zu sein.

Dieser Erwartungshaltung ist von seiten der Warschauer Regierungen nur sehr zurückhaltend, unzureichend und vor allem mit erheblicher Verzögerung entsprochen worden. Die ersten dauerhaften Verbindungslinien sind vielmehr auf regionaler und gesellschaftlicher Ebene hergestellt worden. Vor allem ist hierbei der westpolnische Zweig der Nationaldemokraten mit seiner Publizistik zu nennen, der lautstark für eine Eingliederung der bei Deutschland verbliebenen polnischen Restminderheiten eingetreten ist. Der von diesen Kreisen maßgeblich bestimmte „Związek Obrony Kresów Zachodnich" (Verband zur Verteidigung der Westgebiete), 1921 gegründet und aus den Abstimmungskämpfen in Oberschlesien hervorgegangen, erstreckte seine Tätigkeit in Absprache mit amtlichen Stellen auch auf die Polen jenseits der Grenze, u. a. durch die Organisierung von Gruppenreisen nach Polen, durch die Einrichtung von Sommerschulen, Berufspraktika u. ä. m.[17]

Das minderheitenpolitische Engagement der Nationaldemokraten und des polnischen Westmarkenverbandes darf vor allem in seiner öffentlichkeitswirksamen Bedeutung nicht unterschätzt werden. Genauso verkehrt wäre es aber, die regionale Schwerpunktbildung in den angrenzenden Wojewodschaften außer acht zu lassen oder gar eine Deckungsgleichheit mit der offiziellen Haltung der Warschauer Regierungen zu unterstellen.[18] Ein offensiv nationalpolitisches Interesse am Schicksal der bei Deutschland

[17] Und zum Folgenden *Mroczko*, Marian: Związek Obrony Kresów Zachodnich 1921-1934. Gdańsk 1977, besonders S. 176 ff.; *ders.* Polska myśl zachodnia 1918-1939. Poznań 1986, S. 108 ff.

[18] Grundlegend jetzt *Chałupczak*, Henryk: II Rzeczpospolita a mniejszość polska w Niemczech. Poznań 1992, S. 26 ff.

verbliebenen polnischen Restminderheiten in den Grenzregionen hat es lediglich in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende gegeben, als diverse Gebietszugehörigkeiten (wie z. B. Ostpreußen und Oberschlesien) noch nicht völlig geklärt waren. So war vor allem während der Abstimmungskämpfe in den umstrittenen Grenzgebieten ein sehr direktes Hineinwirken Warschauer Regierungsstellen zu spüren gewesen. Später flauten diese Art von Aktivitäten völlig ab, so daß für den überwiegenden Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen kaum von einer Irredentapolitik des polnischen Staates gesprochen werden kann. Das war schon allein deswegen schlecht möglich, weil für alle polnischen Regierungen die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze zu den Grundpfeilern der territorialen Integrität des polnischen Staates gehört hat. Außerdem standen für Polen schwierige Probleme der Innen- und Außenpolitik im Vordergrund. Der polnische Staat befand sich zudem in finanziellen Dauernöten, so daß allein von der materiellen Seite her an keine den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechende Unterstützung der polnischen Grenzminderheiten zu denken war.

Mitte der zwanziger Jahre sind überhaupt erst entsprechende Konzepte unter der Führung des polnischen Außenministeriums erarbeitet worden. Damals wurde mit der Koordination beteiligter Behörden (u. a. der Grenzwojewodschaften) und gesellschaftlicher Vereinigungen (u. a. des polnischen Westmarkenverbandes) begonnen und eine kontinuierliche Förderung eingeleitet. Die Schwerpunkte dieser Unterstützungsarbeit lagen dabei unmißverständlich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, wobei die Grenzminderheiten generell mit größeren Zuwendungen bedacht worden sind. Vor allem Minderheitenschulen und Genossenschaften sind kontinuierlich unterstützt worden. Politische Aktivitäten sind demgegenüber nur episodisch, vornehmlich im Zusammenhang von Parlaments- und Kommunalwahlen, gefördert worden. Doch auch in dieser Phase war eine reibungslose Kooperation zwischen den Warschauer Sanacja-Regierungen nach 1926 und der ihnen nahestehenden zentralen Leitung des Polenbundes in Deutschland auf der einen und der überwiegend nationaldemokratisch oder christdemokratisch gestimmten polnischen Grenzbevölkerung auf der anderen Seite nicht immer gegeben.

Unbeschadet solcher Schwierigkeiten und Differenzen war die finanzielle Unterstützung, welche der polnischen Minderheit im allgemeinen und den Grenzminderheiten im besonderen von seiten des polnischen Staates zuteil geworden ist, doch beachtlich, zumal wenn sie in Relation zu dem Gesamtaufwand für das Auslandspolentum gesetzt wird. So hat beispielsweise die Konsularabteilung des polnischen Außenministeriums im Rechnungsjahr 1935/36 für die Unterstützung der im Ausland lebenden Polen insgesamt 4 320 000 Złoty ausgegeben und von dieser Seite waren immerhin 2 681 400 Złoty, d.h. 62,07% nach Deutschland geflossen (1 Złoty = 50 Reichspfennige).[19]

Diese Bevorzugung läßt sich nur mit der politischen Bedeutung erklären, welche die Warschauer Regierungen der polnischen Minderheit in Deutschland für die Gestaltung der deutsch-polnischen Nachbarschaftsbeziehungen beigemessen haben. Obwohl ein unmittelbares staatliches Interesse und ein übermäßiges Engagement für die in Deutschland lebenden Polen aufs Ganze gesehen eher bezweifelt werden kann, nutzten die Warschauer Regierungen die Präsenz polnischer Bevölkerungsteile in Deutschland, um die deutschen Revisionsforderungen und Klagen über die schlechte Behandlung der deutschen Minderheit in Polen besser konterkarieren zu können. So hat eine systematische staatliche Förderung der in Deutschland lebenden Polen bezeichnenderweise

[19] Ebenda, S. 117. Anm. 14; außerdem S. 11 ff.

erst Mitte der zwanziger Jahre eingesetzt, also zeitgleich mit den minderheitenpolitischen Initiativen der deutschen Regierung auf der internationalen Bühne. Wie für die deutsche Politik, so ist auch für das offizielle Polen die polnische Minderheitenfrage in Deutschland kein primäres, sondern ein abgeleitetes Problem gewesen, dessen man sich bediente, um andere, übergeordnete Ziele besser und wirkungsvoller verfolgen zu können.

2. *Grundzüge der deutschen Minderheitenpolitik und -überwachung in den Grenzgebieten*

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die polnischen Bevölkerungsteile in Deutschland noch knapp 4 Millionen gezählt, das waren ca. 6,2% der gesamten Reichsbevölkerung und immerhin ca. 10% der Einwohner Preußens. Die Polen waren damit die größte nichtdeutsche Bevölkerungsgruppe im Kaiserreich. Die sogenannte Polenfrage bzw. das „polnische Gemeinwesen im preußischen Staat", wie die gutorganisierte polnische Teilgesellschaft unter preußisch-deutscher Herrschaft damals bezeichnet worden ist, stellten für Politik und öffentliche Meinung ein kardinales Integrationsproblem dar, dem man zuletzt nur noch mit Hilfe drakonischer Ausnahmegesetze beizukommen glaubte.[20] Die Rigorosität dieser letztlich vergeblichen Germanisierungsbestrebungen war freilich schon damals von einem exklusiven Nationalstaatsdenken gelenkt worden, in dem prinzipiell kein Platz für ein gleichberechtigtes Nebeneinander verschiedener Nationalitäten vorgesehen war. Nach 1918 hatte dieses Denkschema infolge des Zusammenbruches der Großreiche in Mittel- und Osteuropa noch an Zugkraft gewonnen, nicht zuletzt beim neuen Nachbarstaat Polen.

Für Deutschland hatten die Kriegsfolgen unter ethnischen Gesichtspunkten nur eine weitere Vereinheitlichung der Staatsbevölkerung mit sich gebracht; d.h. Deutschland war weniger als zuvor ein Minderheitenstaat. Die nichtdeutschen Bevölkerungsteile, also die Polen, die Sorben, die Litauer, die Friesen und Dänen machten zusammengenommen nicht mehr als 2,05% der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus (Stand: 1925) und in Preußen betrug dieser Anteil auch nur 3%.[21] Mit Abstand die stärkste Gruppe bildeten dabei allerdings die Polen im Deutschen Reich. Sie stellten 1,58% der Gesamtbevölkerung, wobei wiederum die polnische Grenzbevölkerung im Osten wie schon vor dem Kriege numerisch vor den polnischen Auswandererkolonien in Mittel- und Westdeutschland rangierte. Die Kerngebiete und Zentren der nationalpolnischen Bewegung, vor allem die Provinz Posen, waren aber größtenteils an Polen gefallen, so daß die polnische Restbevölkerung in den Grenzgebieten weder zahlenmäßig noch wirtschaftlich oder politisch ein wirklich ernstzunehmendes Thema der Innenpolitik sein konnte.

---

[20] Aus der Fülle der Literatur hier nur stellvertretend *Broszat:* Zweihundert Jahre, S. 161 ff.; *Trzeciakowski,* Lech: Pod pruskim zaborem 1850-1918. Warszawa 1973, S. 285 ff.; *Wehler,* Hans-Ulrich: Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871-1917. In: Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Göttingen 1970, S. 190 ff.

[21] Nach *Keller,* Karl: Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches. Berlin 1929, S. 42-46.

Wie schon dargelegt wurde, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für die in Deutschland lebende polnische Minderheit gar nicht so unvorteilhaft gewesen, wenngleich die vorbildlichen Verfassungsartikel nur unzureichend durch einige wenige und dazu noch sehr allgemein gehaltene Ausführungsbestimmungen ergänzt worden sind. Auf diese Weise war den zuständigen regionalen Verwaltungsbehörden ein großer Ermessens- und Handlungsspielraum eingeräumt, der im Zuge der allgemein gespannten deutsch-polnischen Beziehungen jener Jahre zu repressiven Maßnahmen ausgenutzt werden sollte – eine Praxis, die übrigens auch in anderen europäischen Staaten, nicht zuletzt in Polen, üblich gewesen ist. Insofern fällt es schwer, die praktische Minderheitenpolitik und die tatsächliche Lage der polnischen Minderheit in Deutschland anhand der geltenden Rechtsnormen beschreiben und bewerten zu wollen.

Entscheidend war die Behördenpraxis vor Ort und die stand zwar in einer ständigen Wechselwirkung mit den Richtlinien der allgemeinen Minderheitenpolitik, entwickelte aber darüber hinaus eigene Gesetzmäßigkeiten, die nicht immer und vor allem niemals vollständig im Einklang mit den Berliner Vorgaben zu bringen gewesen sind. Von 1919 bis 1922 fand eine Reihe von Konferenzen der Innenministerien des Reiches und Preußens statt, die u.a. den künftigen politischen Kurs gegenüber den in Deutschland lebenden Polen festlegen sollten.[22] Dabei ist aus sicherheitspolitischen Gründen sogar eine Beschneidung der allgemeinen Bürgerrechte für die polnische Grenzbevölkerung erwogen worden. In dieser unmittelbaren Nachkriegszeit sind es vor allem militärische Stellen und die zuständigen Provinzialverwaltungen gewesen, die ein solches drakonisches Vorgehen befürwortet haben.

Schließlich setzte sich als Generallinie eine weiche Variante durch. Insbesondere auf Drängen des Auswärtigen Amtes wurde eine offene Diskriminierung der polnischen Minderheit in Deutschland ausgeschlossen, um negative Rückwirkungen auf die ohnehin prekäre außenpolitische Position der Weimarer Republik im allgemeinen und auf die Situation der in Polen lebenden deutschen Minderheit im besonderen zu vermeiden. Statt einer frontalen Bekämpfung wurden die zuständigen regionalen Behörden dazu angehalten, die „Polenbewegung" in ihrer organisatorischen Entwicklung diskret zu behindern und vor allem danach zu streben, die assimilationsbereiten und deutschfreundlichen Elemente zu gewinnen bzw. von den als radikal eingestuften Gruppierungen abzuspalten. Endziel war eine unauffällige, aber konsequente Assimilation der polnischen Restminderheit. Wenn dabei stets darauf geachtet werden sollte, den rechtsstaatlichen Rahmen zu wahren, so geschah dies vor allem aus Sorge vor auswärtigen Protesten. Nachdem Deutschland 1926 dem Völkerbund beigetreten und hier als Anwalt seiner Minderheiten aufgetreten war, ist ohnehin nur noch ein Vorgehen im Rahmen völkerrechtlich gültiger allgemeiner Minderheitenschutzbestimmungen möglich gewesen.[23] Diese außenpolitisch diktierte Vorsicht reichte bis in die nationalsozialistische Ära hinein. Nach innen, d. h. auf die betroffene polnische Grenzminderheit bezogen, läßt sich ein situationsabhängiger Wechsel zwischen Repression und Assimilationsangeboten als durchgängiger Grundzug der Behördenpraxis konstatieren, also eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche.

---

[22] Und zum Folgenden *Broszat:* Innen- und außenpolitische Aspekte, S. 401 ff.; *Wrzesiński:* Ruch polski, S. 43-45.

[23] Vgl. dazu vor allem *Pieper,* Helmut: Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919-1933/34. Hamburg 1974, S. 83 ff.

Der entscheidende Unterschied zur polnischen Minderheitenpolitik gegenüber den in Westpolen lebenden Deutschen bestand wohl darin, daß die Haltung der deutschen und preußischen Regierungen und Behörden der polnischen Grenzminderheit gegenüber in viel stärkerem Ausmaß abgeleiteter und reaktiver Natur gewesen ist, als dies umgekehrt der Fall war. Die Deutschen in Westpolen stellten aufgrund ihres hohen Organisationsgrades und ihres ökonomischen Gewichts für Staat und Verwaltung eine originäre Herausforderung dar, einen nicht ignorierbaren Faktor der polnischen Innenpolitik, mit dem man sich ernsthaft auseinanderzusetzen hatte.[24] Die außenpolitische Aufladung durch die deutschen Revisionsansprüche spielte dabei eine wesentliche, aber nicht die einzige Rolle.

Umgekehrt war die polnische Minderheit in Deutschland im allgemeinen und die polnische Grenzminderheit im besonderen in jeder Hinsicht eine Quantité négligeable. Ihre brisante Bedeutung erhielt sie fast ausschließlich aus den gespannten Beziehungen zum polnischen Nachbarstaat und der Tatsache, daß jenseits der deutsch-polnischen Grenze Deutsche ebenfalls im Minderheitenstatus zu leben gezwungen waren und für die eigene Minderheitenpolitik damit von außen her Maßstäbe gesetzt worden sind. Viele Maßnahmen in diskriminierender und in liberalisierender Richtung, welche die polnischen Grenzminderheiten betroffen haben, waren explizit im Hinblick auf die deutsche Minderheit in Polen unternommen bzw. unterlassen worden, sei es als eine Vergeltungsaktion, sei es als ein konziliantes Entgegenkommen, um die Situation der Landsleute auf der anderen Seite der Grenze nicht zusätzlich zu erschweren. So besehen kann die deutsche bzw. preußische Minderheitenpolitik in den östlichen Grenzregionen als eine innenpolitische Verlängerung der deutschen Polen- und Ostpolitik eingestuft werden.

Diese Einschätzung behält auch dann ihre Gültigkeit, wenn man die innenpolitischen Bestimmungsfaktoren dieser Abwehrhaltung gebührend in Rechnung stellt. So ist die Minderheitenpolitik gegenüber den polnischen Bevölkerungselementen an der deutsch-polnischen Grenze unbedingt im größeren Zusammenhang der „inneren Ostpolitik" der Reichs- und preußischen Landesregierung zu interpretieren.[25] Die schon zur Kaiserzeit evidente Krisenanfälligkeit und Stützungsbedürftigkeit der verschuldeten Landwirtschaft in den preußischen Ostprovinzen sowie die damit zusammenhängende „Ostflucht" aus diesen strukturschwachen Randgebieten hatten durch Krieg und neue Grenzziehung eine weitere Steigerung erfahren. Darum sind schon bald nach dem Krieg erneut Osthilfeprogramme entwickelt worden, zuerst für Ostpreußen, später für alle Ostprovinzen, die ab 1926 in systematische und großzügige Unterstützungsaktionen umgesetzt wurden. Neben Kredithilfen für landwirtschaftliche Betriebe, Handwerk und Handel, wurde der Wohnungs- und Schulbau gefördert, wurden Maßnahmen zur Wohlfahrts- und Gesundheitspflege eingeleitet und erneute Anstrengungen zu einer Ansiedlungspolitik unternommen.

Insbesondere der zuletzt genannte Programmpunkt, der übrigens am wenigsten realisiert werden konnte, war neben dem Ziel einer sozialen und wirtschaftlichen „Hebung" dieser inneren Peripherien von einem ausgesprochen national- und minderheitenpolitischen Gesichtspunkt mitbestimmt. In einer einschlägigen Denkschrift der Reichskanzlei

---

[24] Jetzt umfassend *Blanke*, Richard: Orpheans of Versailles. The Germans in Western Poland 1918-1939. Lexington 1993.

[25] Siehe dazu *Baier*, S. 29 ff.; 63 ff.; 221-223; *Schulz*, Gerhard: Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. In: *Ders.*: Das Zeitalter der Gesellschaft. München 1969, S. 252-298.

vom Februar 1926 war unmißverständlich von der „Errichtung eines Bevölkerungsgrenzwalls an den deutschen Ostgrenzen" die Rede, dessen Errichtung einer weiteren „Verpolung" der Grenzgebiete vorbeugen und eine wirksame „Abwehr des slawischen Vorstoßes auf die deutsche Ostgrenze" sicherstellen sollte.[26] Aus solchen Formulierungen sprach noch ganz der Geist der alten Ostmarkenpolitik, auch die Mittel zur Eindämmung der „polnischen Gefahr" waren weitgehend dieselben geblieben. Hinzugekommen war die Verbitterung über die an den wiedererrichteten polnischen Staat abgetretenen Ostgebiete und die ohnmächtige Wut, aufgrund der herrschenden Machtverhältnisse in Europa und aus Rücksicht auf die eigenen Minderheiten in Polen selbst innerhalb der eigenen Staatsgrenzen nicht mehr so uneingeschränkt gegen die Polen vorgehen zu können wie vor dem Kriege. Für sich genommen machte es wenig Sinn, Ideologie und Verwaltungspraxis, die vor dem Kriege gegenüber einer Millionen zählenden polnischen Teilgesellschaft in Anschlag gebracht worden waren, nunmehr auf die ca. eine Million zählende polnische Restminderheit zu übertragen. Doch das Trauma der amputierten Ostgebiete und der „blutenden Grenze" saß offensichtlich so tief, daß ein Rückgriff auf die erprobten Vorkriegsmethoden der Polenbekämpfung unverzichtbar erschien.

Mit der Niederhaltung der polnischen Grenzminderheiten sollte dem Nachbarstaat Polen jede Möglichkeit eines direkten Zugriffes oder einklagbaren Anspruches auf sein ethnisches Vorfeld genommen werden. Dabei wurden dem nationalen Gegner Absichten unterstellt, die für die eigene Schutzpolitik gegenüber den deutschen Bevölkerungsteilen jenseits der deutsch-polnischen Grenze genauso und in noch viel größeren Ausmaß bestimmend gewesen sind. Dessen ungeachtet wird man kaum bezweifeln können, daß es in bezug auf die deutsche Ostgrenze einen massiven und kontinuierlichen Bedrohungskomplex gegeben hat, der von großen Teilen der Öffentlichkeit und von den verantwortlichen Regierungen gleichermaßen geteilt worden ist. In diesem Zusammenhang ist es eher von zweitrangiger Bedeutung, inwieweit diese Ängste berechtigt oder nur eingebildet, ob sie spontan oder manipuliert gewesen sind. Sie waren vorhanden und haben nachhaltig auf die Stellung und Behandlung der polnischen Grenzminderheiten zurückgewirkt.

Diese Polen – nicht die polnischen Erwerbsimmigranten im Ruhrgebiet – galten schlechterdings als potentielle Agenten des angrenzenden Nachbarstaates, als mögliche Steigbügelhalter weiterer polnischer Expansionsbestrebungen oder – weniger dramatisch – als generelle Unruhe- und Unsicherheitsfaktoren an den problematischsten Abschnitten der deutschen Staatsgrenzen. Viele der hier vorgelegten Dokumente sind von eben diesem Verdacht geprägt. Alle Verbindungen, die von seiten der polnischen Grenzminderheiten nach Polen unterhalten wurden, sind darum peinlichst genau registriert worden, angefangen vom kleinen Grenzverkehr über individuelle Polenaufenthalte polnischer Minderheitenvertreter, Jugend- und Gruppenfahrten, Ferienlager, Fortbildungskurse oder Wallfahrten nach Tschenstochau u. ä. m. Umgekehrt ist die Anwesenheit von Persönlichkeiten aus Polen oder von polnischen Konsularangehörigen bei Veranstaltungen der polnischen Grenzminderheiten mit großem Mißtrauen beobachtet worden. Auch Lehrer an polnischen Minderheitenschulen, die einen polnischen Paß hatten, wurden

[26] Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2A, Nr. 1319 – Rundschreiben des Preußischen Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten der Grenzgebiete betr.: Berichterstattung in Angelegenheiten der polnischen Minderheiten und der nationalpolnischen Bewegung. – Berlin, den 27. Dezember 1932.

ständig observiert. Im Zuge der Überwachungen aller möglichen ideellen, kulturellen und personellen Querverbindungen und Einflüsse stellten die zuständigen Aufsichtsbehörden immer wieder Spekulationen über das Ausmaß finanzieller Unterstützung an, die von seiten des polnischen Staates an die polnische Grenzminderheit in Deutschland geflossen sein könnte. Die kostenlose Abgabe von Büchern, Kleidungsstücken, kleineren Gebrauchsgegenständen bei feierlichen Anlässen oder Lebensmittel standen beispielsweise regelmäßig unter Verdacht, von jenseits der Grenze bezahlt worden zu sein. Überwachung war überhaupt das zentrales Anliegen und eine Grundmaxime preußischer Polenpolitik in den Grenzgebieten.

Schon bald nach Kriegsende wurde mit dem Aufbau bzw. der Rekonstruktion eines Polizeispitzelsystems in den deutsch-polnisch gemischten Grenzgebieten begonnen und die Observierung polnischer Vereine und Zusammenkünfte eingeleitet. Die regionalen Aufsichtsbehörden sind von Berlin aus seit 1922 wiederholt zu einer strengen Überwachung der polnischen Grenzminderheit angehalten worden, so beispielsweise durch einen ausführlichen Erlaß des preußischen Innenministeriums vom 27. Dezember 1932, worin zu einer „schärferen Beobachtung" der polnischen „Wühlarbeit" im Grenzgebiet aufgerufen wurde. Presse-, Vereins- und Versammlungswesen, Kirche und Schule wurden als besonders zu beachtende Aktionsfelder der „polnischen Agitation" nahegelegt.[27] Von Interesse waren aber auch „Vorkommnisse, die sich im Alltagsleben, besonders in den gemischtsprachigen Grenzgebieten ereignen, so z.B. Grenzzwischenfälle, Überfälle, Angriffe wörtlicher und tätlicher Art auf Angehörige der Minderheit, Wirtshausstreitigkeiten mit Minderheitsangehörigen ..." Berichtspflichtig waren alle Dienststellen vom einfachen Dorfpolizisten (Landjäger) aufwärts bis zum Oberpräsidenten der betreffenden Provinz. In der Praxis sah das häufig so aus, daß ein übersetzter Zeitungsartikel aus der polnischen Minderheitenpresse im preußischen Innenministerium zum Anlaß genommen wurde, von der zuständigen nachgeordneten Behörde eine Stellungnahme und Hintergrundinformationen zu einem bestimmten Vorfall einzufordern.

Auffallendes Charakteristikum der deutschen amtlichen Minderheitenbeobachtung und zugleich wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zu den parallelen polnischen Quellen war der generelle Vorrang von Ereignismeldungen vor einer flächendeckenden schematischen Berichterstattung. 1937 hatte der Oberpräsident von Breslau an alle Landräte, Oberbürgermeister und Polizeidienststellen in diesem Sinne nachdrücklich gefordert, entsprechende Lageberichte sollten in erster Linie die „Aufführung zahlreicher beweiskräftiger Einzelheiten" sicherstellen.[28] Bei solchen Vorgaben ist es nicht verwunderlich, daß selbst in den zusammenfassenden Berichten der Landräte an die Oberpräsidenten und in deren Rapports an den preußischen Innenminister immer noch sehr plastische, aussagekräftige Informationen zur jeweiligen Situation und Stimmung in den Grenzgebieten zu finden sind. Periodische Lageberichte bildeten zur Zeit der Weimarer Republik eher die Ausnahme. Sie sind mit einer gewissen Regelmäßigkeit nur in akuten Krisenzeiten abgefaßt worden, so beispielsweise für Ostpreußen zur Zeit des polnisch-russischen Krieges. Für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen stoßen wir seit Mitte der zwanziger Jahre auf zusammenfassende Jahresberichte und seit Ende der zwanziger

[27] Nach *Schulz*, S. 277-282.

[28] Archiwum Państwowe Wrocław, Rejencja Opolska Nr. I/1926 – Der Oberpräsident in Breslau an die Landräte, Oberbürgermeister usw. betr.: Lageberichte über die polnische Minderheit – Breslau, den 14.3.1937. (Aktenstück Nr. 303 der vorliegenden Dokumentation).

Jahre im oberschlesischen Industrierevier auch schon auf formalisierte periodische Berichte der Polizeipräsidenten. Doch erst die totalen reichsweiten Überwachungspraktiken der Nationalsozialisten brachten auch für die Grenzgebiete seit 1934 die Verpflichtung zu einer systematischen Berichterstattung, wobei aber nur in Oberschlesien gesonderte Minderheitenlageberichte erstellt worden sind.

Was die Grenzpolizeiposten, Landjäger und Landräte im einzelnen an Beobachtungen und Bewertungen vorzubringen hatten, war in der Regel nicht übermäßig aufregend, zumindest nicht im Sinne ständiger nationalpolitischer Konflikte oder irredentistischer Umtriebe, auch wenn es in der Natur der Sache lag, daß ihre V-Männer bemüht waren, mit möglichst zugkräftigen Nachrichten über die polnische Gefahr dies- und jenseits der Reichsgrenze aufzuwarten, um sich unentbehrlich zu machen. Es war gar nicht so einfach, die Staatsgefährlichkeit der hauptsächlich mit nackten Existenzsorgen beschäftigten polnischen Grenzminderheit nachzuweisen, hatten die Aufsichtsbehörden doch sogar Schwierigkeiten, ihre Gegner national genau zu fixieren, die irgendwo unter den „heimlichen Polen", „schwankenden Elementen" und den „fanatischen Polen" zu suchen waren. Selbst dort, wo die „fanatischen Polen", die „radikalen Polenanhänger" und „polnischen Agitatoren" vermutet worden sind, waren keine wirklich gefährlichen Widersacher des deutschen bzw. preußischen Staates auszumachen. Es waren überwiegend kleine Leute, die irgendwelche Funktionen und Ämter in polnischen Organisationen übernommen hatten. Ihr berufliches Spektrum (Organist, Drogist, Friseur, Rangierer, Maurer, Stellmacher, Windmüller u. ä. m.) spiegelte noch einmal die flache Sozialpyramide in diesen polnisch besiedelten Randzonen. Ihr Dienst an der „polnischen Sache" bedeutete vielfach nicht mehr, als daß sie beispielsweise bei bevorstehenden Wahlen in Wirtshäusern entsprechend Stimmung machten oder von Haus zu Haus zogen, um polnische Familien zur Treue für ihr Volkstum zu ermahnen, d. h. konkret, sie vor dem eventuell bevorstehenden Verkauf ihres Hauses oder Grundstückes an Deutsche abzuhalten, um Unterstützung polnischer Vereinigungen zu werben und zum Besuch der Kinder in polnischen Minderheitenschulen zu ermuntern. Daß bei solchen Gelegenheiten manchmal großspurige und glühende nationalpolnische Bekenntnisse abgegeben worden sind - wie z. B. „cześć do Odry" (Heil bis zur Oder) -, gehörte gleichsam zum Geschäft, blieb aber in der Regel ohne nachhaltige Folgen.

Ernster waren die polnischen Geistlichen und Lehrer zu nehmen, die von Berufs wegen einflußreiche Multiplikatoren gewesen sind und auch außerhalb ihres eigentlichen Tätigkeitsbereiches polnisch-patriotische Gesinnungsarbeit geleistet haben. Polnische katholische Priester, die von der Kanzel aus ihre Landsleute vor dem Verkauf ihrer Grundstücke an Deutsche warnten und auswanderungswilligen Optanten die Ausstellung der für die Repatriierung notwendigen Bescheinigungen verweigerten, stellten in Anbetracht ihrer traditionell hochstehenden Autorität bei der polnischen Grenzbevölkerung einen nicht zu unterschätzenden Faktor nationalpolnischen Lebens dar. Ähnliches galt für die häufig aus Polen kommenden Lehrer in polnischen Minderheitenschulen mit ihrem außerschulischen Engagement in diversen polnischen kulturellen Organisationen. Doch auch von diesen Kreisen ist in der Regel der deutsche bzw. preußische Staat als vorgegebener und nicht in Frage gestellter Rahmen ihrer Aktivitäten respektiert worden.

Es war schon erstaunlich, welche Sachverhalte den berichterstattenden regionalen Grenzbehörden ausgereicht haben, um die „polnische Gefahr" an der deutsch-polnischen Grenze den vorgeordneten Dienststellen glaubhaft zu machen. So sind beispielsweise bescheidene Weihnachtsbescherungen für Kinder, die die polnische Minderheitenschule

besucht haben, einer peniblen Inventur unterzogen worden. Tassen, Schürzen u. ä. m. mußten als Beweisstücke für die „polnische Wühlarbeit" unter der Grenzbevölkerung herhalten. Besonders auffällig war die aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbare Empfindlichkeit gegenüber polnischen Nationalsymbolen. So konnte es ernsthafte Konsequenzen haben, ob eine Fahne mit den polnischen Nationalfarben bei einem Umzug auf- oder ausgerollt mit sich geführt wurde. Es reichten aber schon kleinere Embleme, silberne polnische Abzeichen mit dem polnischen Adler, rot-weiße Schleifen oder Papierfähnchen bei Beerdigungen oder Fronleichnamfesten, um die anwesenden Polizeibeamten zum Einschreiten zu veranlassen. Man kann sich die geradezu hysterisch anmutende Empfindlichkeit gegenüber dieser Art polnischer Selbstdarstellung nur aus dem Bestreben erklären, mit rigiden Verboten solcher Zeichen, die ja zugleich Symbole des polnischen Nachbarstaates gewesen sind, nicht die geringsten Zweifel an den Hoheitsrechten im Grenzgebiet aufkommen zu lassen.

Die Kleinlichkeit der örtlichen und regionalen Berichterstattung, so kann man resümierend feststellen, rührte zu einem erheblichen Teil aus der Beengtheit und relativen Ereignislosigkeit der berichtspflichtigen Zuständigkeitsbereiche und dem Bestreben der Beamten, ihrem Auftrag nach Überwachung der polnischen Grenzminderheit gewissenhaft nachzukommen. Bei dieser Konstellation mußte einfach alles zusammengetragen werden, was auch nur im entferntesten beweiskräftig zu sein schien. Es waren darum meist nur kleine Vorfälle, die von den Beamten in teilweise sehr schlechtem Deutsch zu Papier gebracht werden konnten und selbst in ausgesprochenen Krisenzeiten der deutsch-polnischen Beziehungen, wie sie für den Beginn und die letzten Jahre des hier gewählten Beobachtungszeitraums charakteristisch gewesen sind, ist es letztlich nur zu einer Häufung solcher Vorkommnisse gekommen, wie den hier veröffentlichten Aktenstücken leicht zu entnehmen ist. Diesem unleugbaren Tatbestand stand der mit Nachdruck von den vorgeordneten Dienststellen wiederholte Auftrag an die regionalen und lokalen Behörden, die „polnische Gefahr" in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen einer ständigen Observation zu unterziehen.

Die makropolitischen Bestimmungsfaktoren dieses Auftrages sind bereits besprochen worden; an diese knüpften sich freilich Motivationshintergründe, die aus den spezifischen Bedürfnislagen der Grenzregionen selber herrührten, bzw. aus der regionalpolitischen Interessenvertretung der dortigen Verwaltungsbehörden. Mit einer möglichst drastischen Ausmalung der „polnischen Gefahr" in der amtlichen Berichterstattung konnten Defizite in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen übertüncht bzw. entschuldigt werden. Außerdem dienten entsprechende Brandmeldungen nach Berlin nur allzu häufig und allzu durchsichtig der Jagd nach dringend benötigten staatlichen Subventionen für den Ausbau der generell strukturschwachen Grenzgebiete. Der durchweg nüchterne Berichtston der an der Ostgrenze des Reiches stationierten und regionalpolitisch nicht im selben Maße engagierten militärischen Dienststellen kann als zusätzliche Bestätigung dieser Beobachtung dienen. Die „polnische Gefahr" stellte in dieser Hinsicht nur eine ideologische Metapher für die Darstellung allgemeiner Problemlagen dieser Grenzgebiete dar und der permanente Hinweis auf „polnische Umtriebe" von seiten der örtlichen und regionalen Staatsorgane erweist sich dergestalt als ein argumentatives Vehikel zur Beseitigung derselben.[29]

[29] Das war übrigens keine Besonderheit des deutsch-polnischen Grenzabschnittes. Siehe dazu vergleichsweise *Jaworski*, Rudolf: Grenzlage, Rückständigkeit und nationale Agitation: Die „Bayerische Ostmark" in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978) H. 1, S. 256 ff.

Der nationalsozialistische Umbruch in Deutschland brachte wider Erwarten keine Zuspitzung der deutsch-polnischen Konflikte, weder auf der zwischenstaatlichen Ebene noch in bezug auf die Minderheitenfrage: Ganz im Gegenteil kam es zu einer merklichen Klimaverbesserung.[30] Das hatte vor allem damit etwas zu tun, daß in der nationalsozialistischen Ideologie prinzipiell kein Platz für kleinräumig ausgetragene Volkstums- und Grenzkämpfe vorgesehen war. Die absolut gesetzten Kategorien von Raum und Rasse veranlaßten die Nationalsozialisten sogar, über einen „großzügigen Ausgleich" mit dem polnischen Nachbarn „von Volk zu Volk" nachzudenken. In diesem Sinne hatte sich Adolf Hitler bereits in seiner berühmten Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 gegen Assimilierungsbestrebungen jeglicher Art ausgesprochen, auch solchen von deutscher Seite: „Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genauso fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte."[31]

Solche und ähnliche Äußerungen ließen die Repräsentanten der polnischen Minderheit in Deutschland verständlicherweise neuen Mut schöpfen, daß fortan der Entnationalisierungsdruck auf ihre Landsleute nachlassen oder gänzlich aufhören würde. In den Grenzgebieten wurden diese Sätze des Führers wie eine Heilsbotschaft und wie ein Schutzschild immer wieder zitiert. Für die örtlichen Behörden waren diese ständigen Berufungen auf die höchste Autorität des Reiches äußerst unangenehm, hatte sich doch an ihrem Auftrag zu einer kontinuierlichen und strengen Überwachung der polnischen Minderheit grundsätzlich nichts geändert. Außerdem mußten sie zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung Übergriffe von SA-Formationen auf Angehörige und Einrichtungen der polnischen Minderheit im Grenzgebiet zügeln. Diese hörten erst nach Abschluß der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung im Jahre 1934 auf, als alle antipolnischen Feindseligkeiten zentral unterbunden worden sind.

Nun ist die unleugbare Entspannung, welche die nationalsozialistische Herrschaft für die in Deutschland lebenden Polen mit sich gebracht hatte, keinesfalls ein Selbstzweck gewesen und war außerdem unterschwellig von zahlreichen gegenläufigen Tendenzen begleitet. Die schon zur Weimarer Zeit charakteristische Neigung, die Polenpolitik im eigenen Staat reaktiv an das jeweils aktuelle Verhältnis zur Republik Polen und ihrer Minderheitenpolitik zu binden, ist von den Nationalsozialisten insofern systematisiert worden, als sie eine strikte Unterordnung der Minderheiten- unter die Außenpolitik vorgenommen haben. Die polnischen Grenzminderheiten verloren damit endgültig den Anspruch, als eigenständiger Faktor wahrgenommen und behandelt zu werden, sie waren fortan ausschließlich Verhandlungsmasse der deutschen Außen- und Polenpolitik.

Langfristiges Ziel – und auch hierin handelte es sich lediglich um eine Radikalisierung der Konzeptionen aus den vorausgegangenen Jahrzehnten – war eine Isolierung

[30] Dazu u.a. *Broszat:* Zweihundert Jahre, S. 234 ff.; *Wojciechowski,* Marian: Stosunki polsko-niemieckie 1933-1938. Poznań 1980, S. 33 ff.

[31] Zitiert nach *Domarus,* Max: Hitler. Reden und Proklamationen. Bd. 1: 1932-1938. Würzburg 1962, S. 273.

und Liquidierung der polnischen Grenzminderheiten.[32] Der von den Nationalsozialisten eingeleitete Wandel in der deutschen Polenpolitik war demnach längst nicht so radikal, wie er sich äußerlich zu geben bemüht gewesen ist. Der plötzliche und verordnete Umschwung in der öffentlichen Einstellung zur Polenfrage konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er rein taktischer Natur gewesen ist und eigentlich nicht mehr war als eine vorläufige, nach außen hin demonstrierte klimatische Verbesserung, nicht aber eine grundsätzliche Abkehr von polenfeindlichen Traditionen. In der praktischen Minderheitenpolitik waren die apodiktisch formulierten Lehrsätze der Nationalsozialisten von der sauberen Trennung der Rassen in den ethnisch gemischten Grenzgebieten ohnehin nicht anzuwenden. Da andererseits hochoffiziell jeglichen Assimilationsbestrebungen abgeschworen worden war, behalf man sich mit dem begrifflichen Kunstgriff der „Wiedereindeutschung" der östlichen Grenzgebiete.

Aktive Germanisierungspolitik wurde dergestalt als Rückgängigmachung von Assimilierungsvorgängen zu rechtfertigen versucht, die in der Vergangenheit fälschlicher- und ungerechtfertigterweise in Richtung auf das Polentum stattgefunden hätten. Um diese Ziele offensiver und rücksichtsloser durchsetzen zu können, ist von den Nationalsozialisten ein spezieller Kampfverband, der „Bund Deutscher Osten" geschaffen worden, der in aggressiver Weise eine Verdrängung der Polen propagiert hat.[33] In vieler Hinsicht sind die alten Auseinandersetzungen z. B. um das polnische Minderheitenschulwesen fortgesetzt worden, nur die Methoden der Behinderung und Überwachung hatten sich in Form verschärfter, wenn auch teilweise weiterhin indirekter und verdeckter Schikanen geändert. Neue Reibungspunkte waren hinzugekommen, wie z.B. der unaufgelöste Widerspruch zwischen den einheitlichen Staatsjugendorganisationen der HJ und des BDM auf der einen und den fortbestehenden polnischen Jugendorganisationen auf der anderen Seite. Unüberbrückbar erwies sich außerdem die Kluft zwischen der nationalsozialistischen Weltanschauung und dem Katholizismus, der gerade im Polentum besonders tief verankert gewesen ist. Entsprechende Verfolgungen führten sogar zu einer merklichen Annäherung der gleichermaßen in Bedrängnis geratenen deutschen und polnischen Katholiken, was insofern bemerkenswert ist, als die Germanisierungspolitik zur Zeit der Weimarer Republik innerhalb der deutschen katholischen Kirchenführung noch durchaus auf Zustimmung gestoßen war.

Die in Deutschland lebenden Polen sollten in ihren eigenen Organisationen eingesperrt, identifizierbar und manövrierunfähig gemacht werden. Hierzu diente beispielsweise die Anordnung, das Recht auf Teilnahme an polnischen Veranstaltungen von der Mitgliedschaft im Bund der Polen abhängig zu machen. Wie zur Weimarer Zeit umging die nationalsozialistische Gesetzgebung das Problem der nationalen Minderheiten insofern, als daß diskriminierende Bestimmungen nicht explizit auf fremdnationale Bevölkerungsanteile bezogen worden sind. Das galt beispielsweise für das 1937 vom Reichsinnenminsterium erlassene „Gesetz über den Schutz der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen", wonach Minderheitenangehörige aus ihren Beschäftigungsverhältnissen entlassen, im freien Gebrauch ihres Besitzes eingeschränkt oder sogar

[32] Und zu den folgenden Abschnitten *Wrzesiński:* Ruch polski, S. 247 ff.; *ders.:* Die Politik der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland (1933-1945). In: W. Jacobmeyer (Hg.): Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 85-92.

[33] *Fiedor,* Karol: Bund Deutscher Osten. Związek Niemieckiego Wschodu w systemie antypolskiej propagandy. Warszawa 1977.

aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt werden konnten.[34] Mit derartigen Blankovollmachten wurden die polnischen Grenzminderheiten ungeschützt der Willkür örtlicher Verwaltungsorgane ausgesetzt.

Die im selben Jahr am 5. November 1937 von Deutschland und Polen veröffentlichte Minderheitenerklärung änderte an dieser Situation überhaupt nichts.[35] Seit Herbst 1938 verstärkte sich vielmehr der Druck auf die polnische Minderheit in Form gehäufter individueller Übergriffe örtlicher Parteizellen auf polnische Lokale, Wohnungen polnischer Minderheitenführer, Schulen und Versammlungen. Doch es blieb nicht nur bei diesen spontanen, in Wirklichkeit zentral gelenkten Terrorakten. Die Polizeiorgane konfiszierten Mitgliederlisten polnischer Organisationen, es wurden Proskriptionsverzeichnisse für die endgültige Abrechnung mit den als unverbesserlich eingestuften Polen angelegt. Polnische Aufschriften sind von öffentlichen Plätzen entfernt, der öffentliche Gebrauch der polnischen Sprache eingeschränkt und die Germanisierung von Orts- und Familiennamen vorangetrieben worden. Polnische Bibliotheken mußten geschlossen werden. Traurige Höhepunkte erreichten diese Verfolgungsjagden in den Monaten und Wochen vor dem Kriegsausbruch, wobei parallele Repressionen gegen Deutsche in Polen von der NS-Propaganda für die Öffentlichkeit zu einer scheinbaren Spirale von Aktion und Reaktion präpariert worden sind. Auf diese Weise wurde an der deutsch-polnischen Grenze eine Atmosphäre höchster Alarmbereitschaft und unversöhnlicher Feindseligkeit erzeugt und das Minderheitenproblem auf einmal wieder zum Angelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen erhoben. Am 4. September 1939 wurde der Polenbund aufgelöst und sein Vermögen konfisziert.

So unaufrichtig die Abwendung der Nationalsozialisten von den antipolnischen Positionen der Weimarer Zeit gewesen ist, so unglaubwürdig war andererseits das manipulierte Hochspielen der Minderheiten- und Grenzfrage vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Für die Polen in den Grenzgebieten ging damit die wohl widersprüchlichste Ära ihres Minderheitendaseins zu Ende, wobei sie zuletzt in der wenig beneidenswerten Situation gewesen sind, als erste Polen mit Praktiken der NS-Herrschaft konfrontiert zu werden, wie sie nach dem 1. September 1939 auch für ihre Landsleute jenseits der nicht mehr existenten deutsch-polnischen Grenze in noch viel ungehemmterer Weise wirksam werden sollten.

[34] Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen vom 17. August 1937. In: Reichsgesetzblatt Teil 1. Nr. 95 vom 20. August 1937.

[35] Deutsch-polnische Minderheitenerklärung: In: Nation und Staat 11 (1937/38), S. 151 f. *Chałupczak*, Henryk: Deklaracja z 5 listopada 1937r. a problem mniejszości w Niemczech. In Przegląd Zachodni LV (1989) Nr. 1, S. 109-128.

Rudolf Jaworski

Polska mniejszość przygraniczna w Niemczech w latach 1920–1939

1. Sytuacja wyjściowa polskiej ludności przygranicznej

Powstanie po I wojnie tzw. państw-sukcesorów i nowe ukształtowanie mapy politycznej w Europie środkowo-wschodniej połączone było z wytyczaniem granic, które ze względu na skomplikowane stosunki osiedleńcze prawie w żadnym miejscu nie pozwalały na pełne ujednolicenie granicy etnicznej z państwową. W konsekwencji doszło m.in. do oddzielenia licznych mniejszości przygranicznych, którym – z różnych powodów – nie było dane włączenie w obręb sąsiedniego państwa, gdzie ich narodowość stanowiła większość; zamiast tego zmuszone były one trwać pod obcym panowaniem u miedzy ojczystego kraju. W okresie tym, naznaczonym rygorystycznym przestrzeganiem prawa mniejszości do samostanowienia, było to jednoznaczne z powstaniem długotrwałych i skomplikowanych, bo strukturalnie uwarunkowanych stref konfliktu.

Rzesza Niemiecka ze swoimi wschodnimi prowincjami pruskimi została bezpośrednio i to od razu podwójnie wplątana w te procesy, była bowiem zmuszona oddać część niemieckiej ludności nowo powstałemu państwu polskiemu zatrzymując jednocześnie w obrębie swoich granic państwowych szczątkowe mniejszości polskie[1]. Wraz z załamaniem się państw centralnych na wschodniej granicy Rzeszy powstała bardzo niejasna sytuacja. Niemieckie oddziały ochotnicze skupione w tzw. „Heimat- und Grenzschutz Ost" miały przeciw sobie polskie oddziały samoobrony. Niemieckie i Polskie Rady Ludowe w równej mierze rościły sobie prawa, by respektowano je jako czynniki wprowadzające ład. Zdecydowanym staraniom polskich negocjatorów w Wersalu, by powołując się na argumenty natury etnicznej przesunąć granicę Polski możliwie daleko na zachód, odpowiadała nie mniej zdecydowana wola wojskowych niemieckich i rządów regionalnych, by za wszelką cenę utrzymać stan posiadania niemieckich prowincji wschodnich. Najwcześniej obie te tendencje zderzyły się w prowincji poznańskiej, która już w grudniu 1918 znalazła się niemal pod całkowitą kontrolą Polaków. Jakkolwiek terytorialne status quo – pomijając sprawę prowincji poznańskiej – udało się utrzymać aż do chwili rozpoczęcia konferencji pokojowej w Paryżu, ta dramatycznie zaostrzona sytuacja okresu przejściowego zdecydowanie przyczyniła się do powstania antypolskiej histerii na granicy wschodniej, wywołując w następnym okresie przesadną gotowość alarmową.

[1] Por. przy dalszych fragmentach Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt/M. 1975, str.201 nn; Riekhoff, Harald von: German-Polish Relations 1918–1933, Baltimore 1971, str.13 nn; Schumacher, Reiner: Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918–1919, Köln 1985

Zgodnie z postanowieniami traktatu wersalskiego Niemcy zmuszone były dokonać znacznych ustępstw terytorialnych na rzecz nowo powstałego państwa polskiego.[2] Prawie cała prowincja poznańska przypadła Polsce, w obrębie Niemiec pozostało jedynie 11% jej terytorium i 8% ludności, z Prus Zachodnich przyznano Niemcom jedynie 23,3% obszaru i 19,4% ludności. Mniej dramatyczny był uszczerbek na Śląsku i w Prusach Wschodnich. Na terenach tych przewidziano ponadto dla obszarów spornych (południowa część Prus Wschodnich i Górny Śląsk) przeprowadzenie plebiscytów, które w przypadku Górnego Śląska miały dostarczyć punktów zaczepienia dla podziału tego regionu, co doprowadziło do gwałtownych konfliktów, także zbrojnych. Wraz z poprzedzającymi je konfliktami polsko-niemieckimi mającymi miejsce bezpośrednio po zakończeniu wojny – Powstaniem Wielkopolskim – były to jedyne zbrojne walki, jakie Niemcy przeprowadziły dla zabezpieczenia swoich granic. Egzekwowanie innych ustępstw terytorialnych, jakie pobite Niemcy zmuszone były zaakceptować w Alzacji czy na granicy z Belgią, miało mniej dramatyczny przebieg. W znacznie mniejszym też stopniu niż ustępstwa terytorialne na rzecz Polski odczuwane były jako symbol klęski i utraty mocarstwowej pozycji.

Istotny wpływ na rozbieżność ocen strat terytorialnych na Wschodzie i Zachodzie miała też różny rząd ich wielkości. Na nowej granicy z Polską były one tak znaczne, że pojawiła się konieczność częściowej przebudowy struktury administracyjnej, gospodarczej i wojskowej. Nie to zadanie jednak i związane z nim trudności stanowiły właściwy kamień obrazy, przypuszczalnie nie była nim też dokładna liczba utraconych kilometrów kwadratowych. Znacznie poważniejszym czynnikiem był szok: na wschodniej flance Rzeszy, kosztem terytorialnego uszczuplenia Niemiec, powstało nowe państwo „z francuskiej łaski" obejmujące tereny, które przed wojną stanowiły stos pacierzowy prusko-niemieckiej dominacji.

Fakt, że „sezonowe państwo", Polska, wykorzystując zapożyczony autorytet zachodnich aliantów, mogło bezkarnie włączyć w swoje granice rozległe obszary niemieckich marchii wschodnich, zagrozić Prusom Wschodnim i przejąć suwerenne prawa w Gdańsku, odbierano w Niemczech okresu międzywojennego jako narodowe upokorzenie najwyższego stopnia[3] Przy takim spojrzeniu na sprawę, nie ograniczającym się tylko do kręgów prawicowych i konserwatywnych, nie powinno dziwić, że uporczywe żądania rewizji niemieckiej granicy wschodniej stały się niezmiennym elementem niemieckiej polityki zagranicznej oraz istotnym składnikiem ogólnej „walki z Wersalem". Emocjonalnie nacechowana wizja „krwawiącej granicy" z Polską w negatywny sposób odbiła się też na traktowaniu polskich mniejszości przygranicznych w Niemczech.

---

[2] Por. też przy następnych Baier, Roland: Der deutsche Osten als soziale Frage, Köln 1980, str.149 nn; Bohmann, Alfred: Menschen und Grenzen, tom 1, Köln 1969, str.187 nn; Holzer, Jerzy: Das Ende des Ersten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die erste Wiederherstellung des polnischen Staates, [w:] Nordost-Archiv NF II (1993) zeszyt 1, str.7–16; Krasuski, Jerzy: Stosunki polsko-niemieckie 1919–1932, Poznań 1975, str.46 nn

[3] Patrz m.in. Fischer, Peter: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939, Wiesbaden 1991, zwłaszcza str.11–17, 107–112; Kellermann, Volkmar: Schwarzer Adler – Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik, Köln 1970, str.32 nn; Rexheuser, Rex: Deutsche Minderheit in Polen, polnische Minderheit in Deutschland 1920 bis 1939, [w:] Nordost-Archiv 20 (1987) zeszyt 85, str.10 n; Riekhoff, str.18–20, 383

To co pozostało z dawnych prowincji wschodnich po realizacji postanowień traktatu wersalskiego oraz zaciekłych walkach granicznych i plebiscytowych, stanowiło w sumie już tylko bardzo skromną, niejednolitą i niezdolną do samodzielnej egzystencji pozostałość terytorialną. Wskutek utworzenia korytarza polskiego Prusy Wschodnie zostały całkowicie odcięte od obszaru Rzeszy, z prowincji poznańskiej i Prus Zachodnich pozostał tylko ułamek obszaru, który ujęto w ramach nowo utworzonej jednostki administracyjnej – Marchii Granicznej Poznańskie-Prusy Zachodnie, bądź też przyłączono do Prus Wschodnich. Górnośląska część dawnej prowincji śląskiej, jak tego chciały zwycięskie mocarstwa, skurczyła się do okręgu opolskiego. Na wszystkich tych obszarach przygranicznych istniały polskie grupy narodowościowe, charakteryzujące się po części dużym zagęszczeniem, jak w południowych Prusach Wschodnich (Warmia i Mazury), czy na zachodnim obszarze Górnego Śląska, po części zaś pozostały bardzo rozproszone po obydwu stronach polskiego korytarza, nadal będąc pod niemieckim zwierzchnictwem państwowym, stanowiąc łącznie przeważającą większość wśród Polaków mieszkających w Niemczech[4].

Trudno dziś uzyskać wiarygodne dane na temat dokładnych stosunków liczbowych. I tak, na przykład, szacunkowe oceny ogólnej liczby Polaków w Niemczech w okresie międzywojennym, łącznie z polskimi skupiskami w Zagłębiu Ruhry, w Berlinie i środkowych Niemczech wahają się od 800 tysięcy do 1,5 miliona.[5] Nie należy przy tym zapominać, że statystyka narodowościowa jeszcze przez długi czas po drugiej wojnie światowej stanowiła sama w sobie przedmiot sporów niemiecko-polskich oraz, że ówczesne kryteria stosowane w czasie urzędowych spisów ludności były bardzo niejednoznaczne, zaś opowiadanie się po stronie polskiej lub niemieckiej przynależności narodowej niejednokrotnie uzależnione było od koniunktury politycznej, co nie pozwala ostatecznie wyrokować na temat faktycznej sytuacji narodowościowej na polsko-niemieckich terenach przygranicznych. Odnosi się to przede wszystkim do urzędowego niemieckiego materiału spisowego z interesującego nas okresu. Świadoma tendencja do statystycznego wyrugowania, bądź przynajmniej zminimalizowania polskich mniejszości przygranicznych, wyraża się już choćby w tym, że przez umyślne wyodrębnienie dialektów mazurskiego i górnośląskiego – polskojęzyczną ludność rozbito na małe grupki językowe. Jeśli jednak w niniejszej publikacji mimo wszystko sięgamy po urzędowe spisy z lat 1925, 1933 i 1939, to przede wszystkim dlatego, ponieważ na ich podstawie można ukazać zasadnicze proporcje i zmiany polskiej prezencji w prowincjach wschodnich w stosunkowo długim okresie czasu oraz – ponieważ kryterium języka ojczystego (czysto polski, dwujęzyczny lub dialekty mazurski albo górnośląski) bardzo plastycznie ilustruje specyfikę problematyki tych przejściowych i mieszanych stref etnicznych. Dla większej przejrzystości ujęty nieco szerzej ówczesny katalog urzędowych pytań, sprowadzono do dwóch kategorii: „tylko polski" albo „dwujęzyczny lub posługujący się dialektem regionalnym". Uzyskujemy wówczas obraz następujący:[6]

[4] Do tego zagadnienia głównie Wrzesiński, Wojciech: Polski ruch narodowy w Niemczech 1922–1939, Poznań 1970, str.25 nn

[5] Por. na przykład różne wyliczenia u Bohmanna, str.225–245; Wrzesińskiego, Polski ruch, str.27–36

[6] Zestawienie sporządzone przez Mathiasa Niendorfa na podstawie Zieliński, Henryk: Z problematyki narodowościowej na pograniczu polsko-niemieckim w dobie międzywojennej, [w:] Przegląd Zachodni 5 (1949), nr 9–10, str.263-272 (tabela str.267); Bohmann, str.225–239

	1925		1933		1939	
	język ojczysty		język ojczysty		język ojczysty	
	tylko polski	dwujęz. lub dial.	tylko polski	dwujęz. lub dial.	tylko polski	dwujęz. lub dial.
Prusy Wschodnie:						
Mazury[1]	805	68651	474	49823	70	4582
Połudn. Warmia[2]	11521	14465	4915		1045	2940
Prusy Zachodnie (obszar plebiscytowy)	5951	5895	1635	4193	953	2539
Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zach.[3]	8319	4965	6357	3194	6682	2039
Górny Śląsk	151162	384572	99193	266375	3731	36765
Razem	177758	478548	112574	323585	12481	48865
Razem w każdym ze spisów	656306		436159		61346	

[1] powiat Olecko w rejencji gąbińskiej oraz powiaty Pisz, Giżycko, Ełk, Nidzica, Szczytno, Ostróda i Mrągowo w rejencji olsztyńskiej
[2] miasto i powiat Olsztyn oraz powiat reszelski
[3] dane za rok 1939 wg stanu z 1925

Tabela ukazuje stałe zmniejszenie się liczebności polskiego elementu ludnościowego na krańcach wschodnich – aż do radykalnego spadku, przy czym liczb za rok 1939 nie można już brać poważnie, uwzględniając nawet bezwzględny już wówczas terror nazistowski wobec polskiej ludności nadgranicznej, kiedy to otwarte przyznanie się do polskości wiązało się z rzeczywistym ryzykiem. Niezależnie jednak od tych obostrzeń pojawia się zasadnicze pytanie, czy w ogóle samo przyznanie się do polskości wystarczy, by można było obiektywnie uchwycić faktyczny wymiar obecności polskojęzycznych grup ludności na terenach nadgranicznych i czy substrat Polaków zmniejszył się w tym samym stopniu, co ich opcja narodowopolityczna. Pytanie komplikuje się dodatkowo wskutek dynamicznego sąsiedztwa jednojęzyczności, dwujęzyczności i dialektów regionalnych. Przytoczona powyżej tabela pozwala wnioskować także o przesunięciach w tym zakresie. Generalnie, niewielka grupa z językiem ojczystym czysto polskim ma naprzeciw siebie stale rosnącą liczbę osób dwujęzycznych bądź posługujących się dialektami regionalnymi. Znamienna wyjątkowość prowincji Poznań-Prusy Zachodnie da się wytłumaczyć tradycyjnie ściślejszymi związkami z zasiedlonymi czysto polską ludnością obszarami byłej prowincji poznańskiej.

Tak czy inaczej wyraźnie widoczne jest etniczne „wystrzępienie" na granicy polsko-niemieckiej, z płynnymi przejściami i ogólną tendencją do przynajmniej częściowego dostosowania się do panującego języka i państwowości. Zwłaszcza wśród polskiej mniejszości przygranicznej występował znaczny oportunizm i pozorne przystosowanie do środowiska niemieckiego, w mieście nawet bardziej niż na wsi. Codzienne obcowanie z urzędami niemieckimi, pracodawcami, itd. stwarzało nieuniknioną pokusę takiego postępowania. Małżeństwa mieszane zacierały etniczne linie podziału. Częstokroć właśnie członkowie takich mieszanych wspólnot rodzinnych wykazywali skrytość lub niekonsekwencję w kwestii przynależności narodowej. Takie pozycje od samego początku nie dawały się definitywnie przyporządkować etnicznie. Także spisy ludności

oraz oddawanie głosów w czasie wyborów nie zapewniały władzom obiektywnego rozeznania. Nie sposób też określić na terenach przygranicznych progu dobrowolnej asymilacji, czy też w mniejszym lub większym stopniu przymusowej germanizacji, tego progu, po którego przekroczeniu Polak stawał się Niemcem. Najnowsza historia Górnego Śląska stanowi również poglądowy przykład tego, że taka zmiana obozu wcale nie musiała być nieodwracalna. Etniczną złożoność sytuacji na pograniczy polsko-niemieckim najlepiej chyba oddaje niemiecki termin z tamtego okresu – „narodowość oscylująca".[7]

Duża liczba „elementów niezdecydowanych" na granicy wschodniej, jak określano w ówczesnym urzędowym języku nie dające się jednoznacznie zdefiniować pod względem narodowym grupy ludności, była tylko z pozoru problemem statystycznym. W rzeczywistości chodziło o nie zakończone jeszcze procesy integracyjne postępujące albo ku asymilacji z dominującym narodowym żywiołem niemieckim albo też w kierunku izolacji w mniejszość polską. Bez żadnej przesady można powiedzieć, że od postawy tejże właśnie etnicznej warstwy pośredniej zależał narodowościowy stosunek sił na terenach przygranicznych.

W tym kontekście należałoby również wskazać na fakt, iż na interesującym nas obszarze przygranicznym klasyczna wyznaniowa linia podziału na protestanckich Niemców i katolickich Polaków w całej rozciągłości sprowadzała się jedynie dla Marchii Granicznej Poznańskie-Prusy Zachodnie, natomiast dla Prus Wschodnich już z pewnymi ograniczeniami, ponieważ ludność mazurska była wyznania ewangelickiego. Z kolei, na Warmii, a zwłaszcza na Górnym Śląsku, przynależność do Kościoła katolickiego była już cechą ponadnarodową, tak, że kryterium wyznaniowe nie może tutaj stanowić absolutnego wyznacznika podziału narodowościowego.

O społecznym rozczłonkowaniu całkowicie lub częściowo tylko polskojęzycznej ludności przygranicznej można znaleźć tylko mało konkretne wypowiedzi.[8] Pewne jest tylko to, że po większej części ludność tę stanowiły warstwy niższe. Zasadniczy rdzeń wiejskiej przeważnie ludności stanowili chłopi małorolni, robotnicy rolni, komornicy i z rzadka tylko ziemianie. Do tego dochodziła niewielka liczba rzemieślników i drobnych kupców. Pomijając duchownych katolickich i nauczycieli, w regionach tych nie było prawie żadnych elit polskich. Cały szereg i tak już nielicznych polskich ziemian, kupców i bogatych chłopów bezpośrednio po wojnie opuściło swoje pierwotne ziemie i udało się do nowo utworzonego państwa polskiego, by rozpocząć nowe życie. Według szacunków polskich drogę tę wybrało w latach 1919–1923 ok. 80000 przedstawicieli warstw zamożniejszych, przy czym opcje przewidziane w traktacie wersalskim stanowiły jedynie sformalizowaną odmianę tego odpływu ludności. Na terenach przygranicznych brakowało zatem miejscowych rzeczników polskiej świadomości narodowej. Polscy działacze i mówcy z Poznania, Berlina czy Zagłębia Ruhry nie mogli zniwelować tego braku, ponieważ ludność pogranicza nie zawsze uznawała w nich rzeczników swoich specyficznych problemów.

[7] Patrz Beck, Robert: Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel, Stuttgart 1938; ponadto Boehm, Max Hildebert: Das eigenständige Volk, Göttingen 1932, str.130 nn

[8] Por. Wrzesiński, Ruch polski, str.25–27, 37–39, 48–50

Polską mniejszość przygraniczną można zatem określić jako ekonomiczną i społecznie słabą, wręcz pozbawioną przywództwa i w ogólnej masie charakteryzującą się niskim poziomem świadomości narodowej. Nie była to zbyt godna pozazdroszczenia sytuacja wyjściowa dla mniejszości, która poza tym nie mieszkała w powiązanym siecią zależności pasie osiedli i nacechowana była przejawami rozmiękczenia etnicznego. W całym okresie międzywojennym niewiele się zmieniło, jeśli idzie o te wewnętrzne przesłanki, toteż utrzymanie i obrona polskiej odrębności na terenach przygranicznych były trudnym zadaniem.

Podstawy prawne takich dążeń stanowił artykuł 113 Konstytucji Rzeszy, gwarantujący „obcojęzycznym częściom ludności Rzeszy" pełną równość praw oraz „swobodę kształtowania narodowego rozwoju", zwłaszcza jeśli idzie o używanie języka ojczystego w nauczaniu, w kontaktach z administracją oraz przed sądami.[9] Podobny passus dotyczący języka ojczystego i szkolnictwa zawierał artykuł 73 konstytucji pruskiej z 30 listopada 1920 roku. W tym samym kierunku zmierzały też dekrety pruskiego ministerstwa nauki, sztuki i edukacji regulujące sprawę używania języka polskiego w szkołach, wydawane w latach 1918–1925 sukcesywnie dla wszystkich prowincji przygranicznych. O tym, jak zasadniczą wagę przywiązywano w prawodawstwie do kwestii szkolnictwa może świadczyć niezwykle kontrowersyjnie przyjęte przez niemiecką opinię publiczną pruskie zarządzenie o regulacji szkolnictwa dla mniejszości polskiej z dnia 31 grudnia 1928 roku, w którym zezwalano Polakom na zakładanie prywatnych szkół mniejszościowych.[10] Dotychczas polskie szkoły istniały tylko na Górnym Śląsku.

Inny natomiast charakter miała niemiecko-polska konwencja genewska dotycząca Górnego Śląska z 15 maja 1922 roku, ponieważ przekraczała ona ramy wewnątrzpaństwowe gwarantując pełniejszą ochronę mniejszości pod kontrolą międzynarodową. Przyznawała ona m. in. polskiej ludności zachodniej części Górnego Śląska zinstytucjonalizowane prawo do zażaleń i formalnie wiązała Niemcy z europejskim systemem ochrony mniejszości.[11] Po wygaśnięciu ważności konwencji w 1937 roku doszło w jej miejsce – w odniesieniu do całej mniejszości polskiej w Niemczech i niemieckiej Polsce – do wydania osobnych, ale jednobrzmiących deklaracji mniejszościowych rządu polskiego i niemieckiego, w sumie całkowicie niezobowiązujących i pozostających w oderwaniu od Ligi Narodów. W tych deklaracjach przyznawano każdej z mniejszości (pod warunkiem ich lojalnego zachowania) pełnię praw i swobód kulturalnego i gospodarczego rozwoju, co więcej, zawierały one wyraźny zakaz asymilacji.

Bilans sytuacji prawnej był zatem jak najbardziej pozytywny. Nawet jeśli Polakom w Niemczech nie przyznano żadnych specjalnych praw w sensie pewnego rodzaju autonomii, a tylko indywidualne zrównanie w prawach z innymi obywatelami państwa, to jednak prawne ramy reprezentacji polskich interesów w porównaniu z okresem przedwojennym uległy zdecydowanej zmianie na lepsze. Jak jednak wyglądała praktyczna realizacja tego prawnie zagwarantowanego pola manewru?

---

[9] I do następnego Baier, str.221–223 jak też szczegółową dokumentację Müller, Helmut: Die polnische Volksgruppe im Deutschen Reich. Ihre Stellung in Verfassung und Verwaltung seit 1871, Diss. Rostock 1938, S. 126–167

[10] Patrz Broszat, Martin: Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik in der Ära Stresemann. Dargestellt an der Genesis der preußischen „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit" vom 31. Dezember 1928, [w:] Kluxen, Kurt i Mommsen, Wolfgang (Hrsg.): Politische Ideologien und nationalstaatlische Ordnung. Festschr. f. Theodor Schieder, München/Wien 1968, str.393–445

[11] Do tego szczegółowo Krasuski, str.68 nn

Stosunkowo słabe było zaangażowanie Polaków w wybory parlamentarne i komunalne; stowarzyszenia polityczne takie jak Polska Partia Ludowa, zwana też Polsko-Katolicką Partią Ludową, formowały się tylko na czas kampanii wyborczych.[12] Na terenach przygranicznych brakowało po prostu przesłanek dla powstania trwałych polskich partii politycznych. Brak miejscowych elit mających motywację do takich działań, był z pewnością ważnym, choć nie jedynym powodem. Nie wolno też nie doceniać faktu, że mieszkający na terenach przygranicznych Polacy poddawani byli szczególnie drobiazgowemu nadzorowi ze strony miejscowych władz niemieckich. Przezorna powściągliwość w kwestiach politycznych była więc nakazem rozsądku i chroniła przed podejrzeniami o nielojalność. Ponadto, skromne życie tych skromnych prowincjonalnych obszarów nie pozwalało robić „wielkiej polityki". Jeśli chodziło o jakieś polskie sprawy, to były to z reguły drobne praktyczne kwestie zachowania kulturalnej i gospodarczej samodzielności, czym zajmowano się z wielką energią.

Głównym polem działania zorganizowanego żywiołu polskiego na terenach przygranicznych była w okresie międzywojennym bez wątpienia walka o uznanie i używanie języka polskiego w szkołach. Chodziło przy tym o możliwość nauczania języka polskiego w szkołach niemieckich, o dopuszczenie polskiego jako języka wykładowego dla określonych przedmiotów (religia), o zezwolenie na zakładanie prywatnych polskich szkół i przedszkoli mniejszościowych, jak też o przyznawanie stypendiów dla polskich studentów. W obronie tych interesów występował „Związek Polskich Towarzystw Szkolnych w Niemczech" utworzony w roku 1922 i występujący potem aktywnie – zwłaszcza przez swoje miejscowe oddziały: „Towarzystwo Szkolne" – w akcji zakładania polskich szkół mniejszościowych.[13]

Kultywowaniem języka i kultury zajmowały się także inne towarzystwa kulturalne, takie jak np. bardzo aktywne polskie towarzystwa śpiewacze na Górnym Śląsku. Należy też zwrócić uwagę na gęstą sieć polskich organizacji młodzieżowych, przede wszystkim harcerstwa, od 1925 skupionego w centralnym „Związku Harcerstwa Polskiego w Niemczech" i od połowy lat trzydziestych notującego na terenach przygranicznych zdumiewająco wysoki przyrost członków (1939: 2 620 osób).

Materialnym zabezpieczeniem polskiej ludności przygranicznej zajmowały się Banki Ludowe oraz „Rolniki"; te pierwsze w formie udzielania kredytów w razie zadłużenia, nabycia domu lub ziemi, te ostatnie zaś jako rolnicze spółdzielnie zaopatrzenia i zbytu. Spośród tych założonych przeważnie jeszcze przed wojną i dysponujących skromnymi kapitałami organizacji spółdzielczych – pomimo centralizacyjnych wysiłków i pomocy warszawskich agend rządowych – tylko nieliczne przetrwały inflację i kryzys gospodarczy. Ale już przedtem ich zasadnicze znaczenie polegało bardziej na konsolidowaniu wspólnoty niż na potencjale ekonomicznym.

Podobnie jak spółdzielnie wiele innych polskich organizacji nawiązywały w swych formach do stowarzyszeń okresu cesarstwa. Nowością natomiast było utworzenie w roku 1922 centralnego związku mniejszości polskiej, o nazwie Związek Polaków w Niemczech, w niemieckich sprawozdaniach urzędowych określanego skrótowo jako

[12] I do następnego Wrzesiński: Ruch polski, str.61 n, 69 n, 122 nn, 181 nn

[13] I do następnego Baier, str.238 nn; Lis, Michał: Związek Harcerstwa Polskiego w Niemczech 1922–1939, Opole 1987; Pietrzak-Pawłowski, Kazimierz: Spółdzielczość polska na Ziemiach Zachodnich i Północnych 1918–1939, Warszawa 1967; Wrzesiński: Ruch polski, str.139 nn, 190 nn

„Polenbund".[14] Pomimo regionalnej hierarchizacji Związek był kierowany centralnie z Berlina. Naczelne władze Związku były opanowane prawie wyłącznie przez działaczy z Zagłębia Ruhry i kolonii polskiej w Berlinie; reprezentowali oni abstrakcyjny, ponadklasowy i ponadregionalny solidaryzm i nie potrafili utrzymać samodzielnego stanowiska wobec Warszawy. Doprowadziło to w początkach lat 30-tych do powstania ugrupowań opozycyjnych, a na Górnym Śląsku, w 1936 roku, nawet do czasowego oderwania się „Związku Polaków na Śląsku". Na przykładzie Związku Polaków w Niemczech, niewątpliwie największej i najbardziej wpływowej organizacji polskiej w Rzeszy, najdokładniej można prześledzić trudności i granice zorganizowanej reprezentacji interesów polskich. Nawet w swoich najlepszych latach Związek liczył nie więcej niż 50 000 członków. Linią programową tej polskiej instancji koordynującej było konsekwentne przestrzeganie zasady lojalności wobec państwa niemieckiego i uznanie istniejących granic państwowych. Na tej bazie Związek budował też swoją politykę w ramach utworzonego w 1924 roku przez stronę polską „Związku Mniejszości Narodowych w Niemczech" i utrzymywał kontakty z warszawskimi instytucjami rządowymi. Oficjalnym organem Związku był miesięcznik „Polak w Niemczech" oraz jego dodatki dla uczniów i młodzieży.

Związek starał się też scentralizować prasę polską wydawaną w Niemczech, czego wyrazem było m.in. utworzenie Centrali Prasowej w Berlinie, która miała zaopatrywać wszystkie polskie redakcje w jednolity materiał informacyjny. Związana z tym nieuchronna utrata profilu regionalnego nie została jednak zaaprobowana przez czytelników. W Prusach Wschodnich, na przykład, utrzymała się niezależna i mająca bogatą tradycję „Gazeta Olsztyńska" (nakład w 1928 ok. 1 200 egz.), od roku 1929 ze specjalnym dodatkiem „Głos Pogranicza".[15] Regionalny krajobraz prasowy Górnego Śląska, z kolei, zawsze był niezwykle żywotny i zróżnicowany.

Reasumując można stwierdzić, że Polacy w Niemczech i na obszarach przygranicznych dysponowali całą gamą możliwości wyrażania opinii i organizowania się, że możliwości te wykorzystywano tym efektywniej, im bardziej skupiały się one na specyficznych dla danego regionu potrzebach, że generalnie wszelkiego rodzaju wysiłki centralizacyjne albo nie miały trwałego charakteru, albo też prowadziły do znacznych napięć w łonie ruchu polskiego i że znamienną cechą wszystkich działań było raczej odpolitycznienie.

Dla zasadniczego wzorca postaw wśród polskiej mniejszości przygranicznej decydujące znaczenie miało wiele czynników o nie zawsze zgodnym oddziaływaniu. Jednym z nich była okoliczność, że te grupy ludności – tak jak już przed wojną – nadal stanowiły mniejszość narodową, tzn. nie zmieniły swego statusu. Tym samym dochodzimy do decydującej różnicy, czyli zmiany roli, jaką po wojnie narzucono Niemcom po polskiej stronie granicy.[16] Polska mniejszość w Niemczech nie musiała przyzwyczajać się do nowej zwierzchności, była jej ona znana, także jeśli idzie o stosowane

[14] Por. do tego szczegółowo Wrzesiński: Ruch polski, str. 56 nn, 318 nn; reasumując tenże: Die polnische Bevölkerung in der Weimarer Republik, [w:] Jacobmeyer (Hg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939, Braunschweig 1985, str.91–95

[15] Patrz Wakar, Andrzej i Wrzesiński, Wojciech: „Gazeta Olsztyńska" 1886–1939, Olsztyn 1986, str.238 n, 272, 279 i do następnych Smołka, Leonard: Prasa polska na Śląsku Opolskim 1922–1939, Wrocław 1976

[16] Por. do tego wstęp Mariana Wojciechowskiego w niniejszym tomie; ponadto Rexheuser, str.16–18; Riekhoff, str. 194–196; Wynot, Edward: The Polish Germans 1919–1939: National Minority in a Multinational State, [w:] The Polish Review XVII (1972) nr 1, str.30–34

przez nią mechanizmy ucisku. Państwowe i społeczne ramy pozostały te same; po ich demokratyzacji w 1918 r. żyjący w Niemczech Polacy mogli nawet oczekiwać poprawy swojej sytuacji prawnej.

Dla polskiej mniejszości przygranicznej nie było zatem powodu, aby szczególnie emocjonalnie reagować na swą sytuację i zmieniać swe postawy i warunki życia. Z drugiej strony, jako mniejszość szczątkowa, została ona odcięta od swoich rodaków po drugiej stronie granicy i już przez ten sam fakt wystawiona na większe niż przed wojną niebezpieczeństwo marginalizacji i wynarodowienia. Dużą rolę odegrało przy tym nie tylko zmniejszenie liczebności polskiego żywiołu narodowego, lecz także fakt, iż w momencie tego odcięcia zaczął się odpływ najaktywniejszych gospodarczo i społecznie Polaków do nowopowstałego państwa, co jeszcze bardziej wzmocniło plebejski charakter polskiej mniejszości przygranicznej.

Nie wolno też oczywiście nie doceniać zmian, jakie zaszły po 1918 roku, ani też interpretować ich tylko w kierunku oddziaływania negatywnego. W końcu przecież interesująca nas i tu udokumentowana ludność przygraniczna już przed wojną żyła na peryferiach polskich terenów osiedleńczych i nie odgrywała znaczącej roli w narodowej egzystencji mniejszości polskiej pod prusko-niemieckim panowaniem. Toteż przed wojną polski ruch narodowy na Górnym Śląsku i w Prusach Wschodnich wykształcił się stosunkowo późno i nie odniósł większych sukcesów: podobnie też nie uchwyciły tam znaczących przyczółków „przeciwne strategie" *Ostmarkenpolitik* ery wilhelmańskiej.

Wraz z odrodzeniem niepodległego państwa polskiego i wytyczeniem granicy polsko-niemieckiej, w świadomości Polaków pozostałych w Niemczech pojawił się nowy element. Już sam fakt istnienia państwa polskiego po drugiej stronie granicy prowadził do podniesienia świadomości narodowej i wstrzymania – jeśli nie wręcz odwrócenia – zachodzących już procesów asymilacyjnych. Bezpośrednio po wojnie owa wzmożona samoświadomość przejawiała się w nadziejach na rychłe przyłączenie do Polski. Ale nawet kiedy te nadzieje okazały się nieziszczalne, pozostała dumna pewność, że oto nie stoją już osamotnieni jako mniejszość narodowa, lecz jako Polacy żyjący za granicą są etnicznie spokrewnieni z narodem mającym swoją państwowość i w dodatku żyjącym w bezpośredniej bliskości geograficznej; można więc było liczyć na jego poparcie w dążeniach do zachowania odrębności narodowej w ramach Rzeszy Niemieckiej. Jeśli wierzyć ocenom lokalnych i regionalnych władz pogranicza psychologiczny efekt tego właśnie poparcia – obojętne czy rzeczywistego, czy tylko domniemanego – pozostawał żywy przez cały okres międzywojenny.

Ta postawa oczekiwania doczekała się jedynie bardzo ostrożnej, niewystarczającej, a przede wszystkim opóźnionej reakcji rządu warszawskiego. Pierwsze trwałe więzy wytworzyły się raczej na płaszczyźnie społecznej. Wspomnieć tu trzeba zwłaszcza o narodowych demokratach z zachodniej Polski i ich publicystyce, w której głośno występowali za włączeniem do Polski pozostających w Niemczech szczątkowych mniejszości polskich. Zdominowany w znacznym stopniu przez te kręgi „Związek Obrony Kresów Zachodnich", utworzony w 1921 roku na fali kampanii plebiscytowych na Górnym Śląsku, w porozumieniu z władzami rozciągnął swoją działalność także na Polaków mieszkających po drugiej stronie granicy, organizując m.in. grupowe wycieczki do Polski, szkoły letnie, praktyki zawodowe itd.[17]

[17] I do następnych Mroczko, Marian: Związek Obrony Kresów Zachodnich 1921–1934, zwłaszcza str.176 nn; tenże: Polska myśl zachodnia 1918–1939, Poznań 1986, str.108 nn

Zaangażowania narodowych demokratów i Związku Obrony Kresów Zachodnich w kwestii mniejszościowej nie wolno nie doceniać, zwłaszcza w jego znaczeniu opiniotwórczym. Równie niewłaściwe jednak byłoby też nieuwzględnianie regionalnego charakteru dążeń w Polsce Zachodniej, czy wręcz przypisywania im pokrywania się z oficjalną postawą rządu warszawskiego.[18] Narodowopolityczne zainteresowanie losem mniejszości polskich pozostałych w Niemczech istniało tylko w okresie bezpośrednio po wojnie, kiedy nie ustalono jeszcze ostatecznej przynależności poszczególnych terenów (np. Prus Wschodnich czy Górnego Śląska). I tak, na przykład, zwłaszcza w okresie kampanii plebiscytowych, na spornych terenach przygranicznych odczuwało się bezpośrednie oddziaływanie warszawskich agend rządowych. Później tego rodzaju działalność całkowicie zamarła, tak, że w przeważającej części okresu międzywojennego nie może być mowy o prowadzeniu przez państwo polskie polityki irredenty. Było to niemożliwe już choćby z tego względu, iż dla wszystkich rządów polskich nienaruszalność granicy zachodniej stanowiła jeden z głównych filarów terytorialnej integralności państwa. Ponadto na pierwszym planie stały trudne dla kraju problemy polityki wewnętrznej i zagranicznej. Państwo polskie borykało się także z nieustającymi kłopotami finansowymi, tak, że nie było mowy o udzielaniu pomocy materialnej stosownej do rzeczywistych potrzeb polskich mniejszości przygranicznych.

Dopiero zresztą w połowie lat dwudziestych kierownictwo polskiego MSZ zdołało wypracować odpowiednie koncepcje udzielenia pomocy. Wtedy też rozpoczęło koordynowanie działań kompetentnych władz (m.in. województw przygranicznych) i organizacji społecznych (m.in. Związku Obrony Kresów Zachodnich). Zasadnicze punkty tej pomocy koncentrowały się w sposób oczywisty na sferze gospodarczej i kulturalnej, przy czym mniejszości przygraniczne cieszyły się generalnie większym uważaniem władz. Zapewniano bezustanną pomoc zwłaszcza mniejszościowym szkołom i organizacjom, działalnośc polityczną natomiast wspomagano tylko sporadycznie, tylko przy okazji wyborów parlamentarnych i komunalnych. Lecz także i w tej fazie, po roku 1926, nie zawsze można mówić o zgodnej współpracy kolejnych rządów z bliskimi im władzami Związku Polaków w Niemczech, a sympatyzującą przeważnie z endecją lub chrześcijańską demokracją, ludnością terenów przygranicznych.

Niezależnie od tych wszystkich trudności i różnic, pomoc finansowa, jaką otrzymywała polska mniejszość w ogólności, a mniejszość przygraniczna w szczególności, była bardzo znaczna, zwłaszcza jeśli zestawić ją z ogólnymi nakładami na potrzeby Polaków mieszkających za granicą. I tak, na przykład, wydział konsularny polskiego MSZ w roku rozrachunkowym 1935/36 wydał na pomoc dla Polaków za granicą łącznie 4 320 000 złotych, z czego 2 681 400 złotych, czyli 62, 07 procent, popłynęło do Niemiec (1 złoty = 50 fenigów).[19]

Takie uprzywilejowanie daje się wyjaśnić jedynie znaczeniem politycznym, jakie w rozumieniu rządów polskich miała dla kształtowania sąsiedzkich stosunków polsko-niemieckich mniejszość polska w Niemczech. Jakkolwiek, ogólnie rzecz biorąc, należy raczej powątpiewać w istnienie bezpośrednich interesów państwowych związanych z mieszkającymi z Niemczech Polakami oraz istnienie nadmiernego zaangażowania na ich rzecz, to jednak rządy polskie wykorzystywały obecność polskiego elementu

[18] Podstawowe dzieło to obecnie Chałupczak, Henryk: II Rzeczypospolita a mniejszość polska w Niemczech, Poznań 1992, str.26 nn

[19] op. cit: str.117, przyp. 14; ponadto str.11 nn

narodowego w Niemczech dla lepszego odpierania niemieckich żądań rewizjonistycznych i skarg na złe traktowanie mniejszości niemieckiej w Polsce. Co więc znamienne, systematyczna pomoc państwa dla Polaków w Niemczech zaczęła się dopiero w połowie lat dwudziestych, a dokładnie wtedy, gdy rząd niemiecki wystąpił na forum międzynarodowym z politycznymi inicjatywami na rzecz ochrony mniejszości. Tak jak dla polityki niemieckiej, tak i dla oficjalnej Polski kwestia mniejszościowa nie była problemem pierwszoplanowym, lecz raczej pośrednim; posługiwano się nim dla skuteczniejszej realizacji innych, nadrzędnych celów.

2. Zasadnicze cechy niemieckiej polityki mniejszościowej i nadzoru nad mniejszościami na terenach przygranicznych

Przed pierwszą wojną światową ludność polska w Niemczech liczyła jeszcze prawie 4 miliony, czyli ok. 6,2% całej ludności Rzeszy i ok. 10% ludności Prus. Polacy byli zatam najliczniejszą nie niemiecką grupą narodowościową w cesarstwie. Tak zwana kwestia polska, czy inaczej, „polska wspólnota w państwie pruskim", jak określano w owym czasie dobrze zorganizowaną społeczność polską pod panowaniem pruskoniemieckim, stanowiły dla polityki i opinii publicznej zasadniczy problem integracyjny, z którym usiłowano sobie w końcu poradzić stosując drakońskie ustawy wyjątkowe.[20]

Rygoryzm tych daremnych, jak się miało okazać, zabiegów germanizacyjnych już wówczas wynikał z idei państwa czysto narodowego, w którym z istoty rzeczy nie przewiduje się możliwości równoprawnej koegzystencji różnych narodowości. Po roku 1918, wskutek załamania się wielkich mocarstw w Europie środkowej i wschodniej, ten schemat myślowy stał się jeszcze bardziej nośny, także u nowego sąsiada Niemiec, w Polsce.

Dla Niemiec następstwa wojny oznaczały pod względem etnicznym dalsze ujednolicenie ludności państwa, czyli że Niemcy w mniejszym stopniu niż dotychczas były państwem mniejszości. Nie niemiecka ludność, a więc Polacy, Łużyczanie, Litwini, Fryzyjczycy i Duńczycy, stanowili w sumie nie więcej niż 2,05% całej ludności Niemiec (stan z 1925 roku); w Prusach udział ten też wynosił już tylko 3%.[21] Najsilniejszą liczebnie mniejszością w Niemczech byli jednak zdecydowanie Polacy. Stanowili oni 1,58% wszystkich mieszkańców, przy czym, znowu tak jak przed wojną, polska ludność przygraniczna na wschodzie pod względem liczebności wyprzedzała polskie kolonie osiedleńców w środkowych i zachodnich Niemczech. Główne ośrodki i centra polskiego ruchu narodowego, zwłaszcza prowincja poznańska, przypadły jednak w większej części Polsce, tak więc szczątkowa mniejszość polska na terenach przygranicznych ani liczbowo, ani gospodarczo, czy politycznie, nie stanowiła poważnego problemu w polityce wewnętrznej.

---

[20] Z mnogości literatury podajemy przykładowo Broszat: Zweihundert Jahre, str.161 nn; Trzeciakowski, Lech: Pod pruskim zaborem 1850–1918, Warszawa 1972, str.285 nn; Wehler, Hans-Ulrich: Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871–1917, [w:] tenże: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918, Göttingen 1970, str.190 nn

[21] Za Keller, Karl: Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches, Berlin 1929, str.42–46

Jak już przedstawiono, także ramy prawne nie były dla mniejszości polskiej w Niemczech aż tak niekorzystne, przy czym wzorcowe artykuły z konstytucji uzupełniono tylko nielicznymi i do tego jeszcze nader ogólnikowo sformułowanymi przepisami wykonawczymi. W ten sposób stworzono duże pole do samodzielnych decyzji i działań dla regionalnych władz administracyjnych, co wobec ogólnie napiętych stosunków polsko-niemieckich w owych latach, zostało wykorzystane do podjęcia represyjnych środków; praktyka stosowana także przez inne państwa ówczesnej Europy, nie wyłączając Polski. Z tego właśnie powodu trudno na podstawie obowiązujących w tamtym okresie norm prawnych opisać i ocenić praktyczną politykę mniejszościową – rzeczywistą sytuację mniejszości polskiej w Niemczech.

Rozstrzygała praktyka urzędnicza na miejscu, a ta pozostawała wprawdzie w relacji do wytycznych ogólnej polityki mniejszościowej państwa, tworząc jednak dodatkowo swoje własne prawidła, które nie zawsze, a przede wszystkim nigdy w całej rozciągłości, pokrywały się z wytycznymi Berlina. W latach 1919–1922 odbyło się kilka konferencji MSW Rzeszy i Prus: miały one ustalić m.in. przyszły kurs polityczny wobec mieszkających w Niemczech Polaków.[22] Przy okazji, powołując się na względy bezpieczeństwa państwowego, rozważano nawet możliwość pozbawienia polskiej ludności przygranicznej części ogólnie obowiązujących praw obywatelskich. W tym bezpośrednio powojennym okresie za takimi drakońskimi środkami opowiadały się przede wszystkim instancje wojskowe oraz właściwe urzędy na szczeblu prowincji.

Ostatecznie jednak, jako linia generalna, zwyciężył wariant łagodniejszy. Głównie wskutek nalegań MSZ wykluczono otwartą dyskryminację mniejszości polskiej w Niemczech, aby uniknąć pogorszenia i tak już osłabionej pozycji republiki weimarskiej na arenie międzynarodowej, a szczególnie – ewentualnych negatywnych skutków dla mniejszości niemieckiej w Polsce. Zamiast frontalnego ataku zalecono władzom regionalnym dyskretne utrudnianie organizacyjnego rozwoju „ruchu polskiego" oraz, przede wszystkim, pozyskanie skłonnego do asymilacji i sympatyzującego z Niemcami elementu i oderwanie go od uznawanych za radykalne ugrupowań. Celem ostatecznym była dyskretna ale konsekwentna asymilacja pozostałej w Rzeszy mniejszości polskiej. Jeśli przy okazji zalecano stałe trzymanie się zasad państwa prawa, to działo się to przede wszystkim z obawy przed protestami zagranicy. Kiedy zaś w roku 1926 Niemcy przystąpiły do Ligi Narodów i zaczęły występować w roli rzecznika swoich mniejszości, działania inne niż w ramach obowiązujących norm prawnomiędzynarodowych były już zupełnie wykluczone.[23] Ta podyktowana względami polityki zagranicznej ostrożność utrzymywała się aż do czasu objęcia władzy przez narodowych socjalistów. W aspekcie wewnętrznym, a więc w stosunku do polskiej mniejszości przygranicznej, niezmienną cechą praktyki urzędniczej było uwarunkowane konkretnymi sytuacjami: przechodzenie od represji do propozycji asymilacji, a więc polityka kija i marchewki.

Decydująca odmienność wobec polityki mniejszościowej stosowanej w odniesieniu do niemieckiej mniejszości przygranicznej w Polsce polegała zapewne na tym, że postawa rządów Rzeszy i Prus wobec polskich mniejszości przygranicznych, w znacznie większym stopniu niż w Polsce, miała charakter wtórny i reaktywny. Wskutek wysokiego stopnia zorganizowania i potencjału ekonomicznego, Niemcy w zachodniej

[22] I do następnych Broszat: Innen- und außenpolitische Aspekte, str.401 nn; Wrzesiński: Ruch polski, str.43-45

[23] Obecnie obszernie Blanke, Richard: Orpheans of Versailles. The Germans in Western Poland 1918–1939, Lexington 1993

Polsce stanowili dla państwa i administracji spore wyzwanie i nie dający się zignorować czynnik polskiej polityki wewnętrznej, z którym trzeba się było poważnie liczyć.[24] Aspekt międzynarodowy wynikający z niemieckich roszczeń rewizji granic odgrywał tutaj istotną, jakkolwiek nie jedyną rolę.

Natomiast mniejszość polska w Niemczech w ogóle, szczególnie polska mniejszość przygraniczna, stanowiły pod każdym względem quantité négligeable. Żyjący w Niemczech Polacy nie stanowili poważnej siły ani liczbnie czy gospodarczo, kulturalnie czy politycznie. Problem ten stawał się nabrzmiały prawie wyłącznie wskutek napiętych stosunków pomiędzy Polską a Niemcami oraz faktu, że po drugiej stronie granicy żyli, również na statusie mniejszości narodowej, Niemcy, wobec czego polityka polska wobec nich zależała niewątpliwie od przykładu zza miedzy. Wiele z dyskryminacyjnych czy liberalizujących środków, jakie podejmowano wobec polskich mniejszości przygranicznych, stało w bezpośrednim związku z sytuacją mniejszości niemieckiej w Polsce, będąc albo akcją represyjną albo też pojednawczym gestem, mającym na celu uniknięcie dodatkowego pogarszania sytuacji Niemców po drugiej stronie granicy. W tym też sensie niemiecką i pruską politykę mniejszościową na wschodnich terenach przygranicznych uważać można za wewnętrzne przedłużenie niemieckiej polityki wobec Polski i generalnie niemieckiej polityki wschodniej.

Ocena ta zachowuje swoją słuszność nawet wówczas, gdy uwzględni się we właściwym wymiarze czynniki wewnątrzpolityczne warunkujące tę reakcję obronną. Toteż politykę mniejszościową wobec ludności polskiej na granicy polsko-niemieckiej koniecznie interpretować trzeba w szerszym kontekście „wewnętrznej polityki wschodniej" rządu Rzeszy i pruskiego rządu krajowego.[25] Ewidentna już za czasów cesarstwa podatność na kryzysy wymagająca poważnego wspierania zadłużonego rolnictwa pruskich prowincji wschodnich oraz związany z tym odpływ ludzi ze słabych strukturalnie peryferii, spotęgowały się jeszcze w wyniku wojny i nowego przebiegu granic. Toteż już wkrótce po zakończeniu wojny zapoczątkowano ponownie programy pomocy dla wschodu, najpierw dla Prus Wschodnich, później dla wszystkich prowincji wschodnich, zaś od 1926 roku programy te przekształcono w systematyczne i szeroko zakrojone akcje wspierające. Obok udzielania pomocy kredytowej dla zakładów rolniczych, rzemiosła i handlu, wspierano też budowę mieszkań i szkół, podjęto działania na rzecz opieki społecznej i zdrowotnej oraz ponowiono wysiłki w celu realizacji polityki osiedleńczej.

Obok zamierzonego społecznego i gospodarczego „awansu" tych wewnętrznych peryferii, zwłaszcza ostatni z wymienionych wyżej punktów (w najmniejszym stopniu udało się go zrealizować), uwarunkowany był aspektem narodowym i aspektem polityki mniejszościowej. W dotyczącym omawianych problemów memoriale Kancelarii Rzeszy (z lutego 1926), w niedwuznaczny sposób mowa jest o „utworzeniu narodowego wału obronnego u wschodnich granic Niemiec", co miałoby zapobiec dalszemu „zapolaczaniu" *(Verpolung)* obszarów przygranicznych i stanowić skuteczną „zaporę dla słowiańskiego ataku na niemiecką granicę wschodnią".[26] Z tych sformułowań wyraźnie

[24] Do tego przede wszystkim Pieper, Helmut: Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919–1933/34, Hamburg 1974, str. 83nn

[25] Patrz do tego Baier, str.29 nn, 63 nn 221–223: Schulz, Gerhard: Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten, [w:] tenże: Das Zeitalter der Gesellschaft, München 1969, str.252–298

[26] Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A, nr 1319 Rundschreiben des Preußischen Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten der Grenzgebiete betr.: Berichterstattung in Angelegenheiten der polnischen Minderheiten und der nationalpolnischen Bewegung – Berlin, den 27.12.1932

przebijał jeszcze dawny – datujący się sprzed wojny – duch polityki marchii wschodnich, również środki zapobiegania „polskiemu niebezpieczeństwu" pozostały w dużym stopniu takie same. Doszła do tego gorycz z powodu konieczności odstąpienia nowo utworzonemu państwu polskiemu terenów wschodnich i bezsilna wściekłość, że wskutek układu sił w Europie i ze względu na własne mniejszości w Polsce, nawet w obrębie własnych granic państwowych nie można poczynać sobie z Polakami tak swobodnie jak przed wojną. W gruncie rzeczy niewielki sens miało przenoszenie ideologii i praktyki urzędniczej stosowanej przed wojną wobec wielomilionowej rzeszy ludności polskojęzycznej na liczącą teraz zaledwie około miliona mniejszość szczątkową. Lecz uraz spowodowany amputacją terenów wschodnich i wizją „krwawiącej granicy" tkwił widocznie tak głęboko, że koniecznym wydawało się sięgnięcie po wypróbowane przedwojenne metody zwalczania Polaków.

Zaniżanie liczby członków polskich mniejszości przygranicznych miało odebrać sąsiedniej Polsce wszelkie możliwości bezpośredniej ingerencji i formułowania roszczeń do przedpola etnicznego. Przy tej okazji przypisywano narodowemu przeciwnikowi zamiary, które tak samo, a nawet w jeszcze większym wymiarze, były adekwatne do polityki ochrony niemieckiej mniejszości po drugiej stronie granicy. Niezależnie od tego nie ma jednak wątpliwości, że jeśli idzie o niemiecką granicę wschodnią istniał powszechny i trwały kompleks zagrożenia, który w równym stopniu podzielała duża część opinii publicznej oraz rządy danych prowincji. W tym kontekście sprawą o drugorzędnym raczej znaczeniu jest, w jakiej mierze obawy te były uzasadnione, a w jakim tylko urojone oraz, czy zrodziły się spontanicznie czy też były owocem manipulacji. Faktem jest, że istniały i że w sposób trwały wywierały swój wpływ na postępowanie wobec polskich mniejszości narodowych.

Polacy ci – nie dotyczy to emigracji zarobkowej w Zagłębiu Ruhry – uznawani byli po prostu za potencjalnych agentów sąsiadującego państwa, element wspomagający dążenie ekspansyjne Polski lub też – mniej dramatycznie – za generalny czynnik wprowadzający element niepokoju i niepewności na newralgicznych odcinkach niemieckich granicy państwowej. Wiele z prezentowanych tu dokumentów nacechowanych jest tą właśnie podejrzliwością. Dlatego, na przykład, z drobiazgową dokładnością rejestrowano wszelkie kontakty przedstawicieli polskiej mniejszości przygranicznej z Polską, poczynając od małego ruchu granicznego, przez indywidualne pobyty w Polsce, grupowe wycieczki młodzieżowe, obozy letnie, kursy dokształcające czy pielgrzymki do Częstochowy. Z dużą podejrzliwością przyglądano się też udziałowi pracowników konsularnych czy osobistości z Polski w uroczystościach organizowanych przez mniejszość. Również nauczycieli polskich szkół mniejszościowych, legitymujących się polskim paszporte poddawano stałej obserwacji. Nadzorując wszelkie możliwe powiązania i kontakty ideologiczne, kulturalne oraz osobiste – odpowiednie władze bezustannie snuły spekulacje na temat wymiaru pomocy finansowej udzielanej przez państwo polskie polskim mniejszościom przygranicznym. Bezpłatne rozdawanie książek, odzieży czy drobnych przedmiotów codziennego użytku albo produktów żywnościowych, przy różnych uroczystych okazjach, budziły od razy podejrzenia, że zostało to sfingowane przez stronę polską. Nadzorowanie stanowiło w ogóle element i podstawową kategorię wyznaczającą priorytety polityki pruskiej wobec Polaków na terenach przygranicznych.

Tuż po zakończeniu wojny rozpoczęto na tych terenach tworzenie czy też raczej rekonstruowanie policyjnego aparatu szpiclowskiego oraz nadzorowanie polskich stowarzyszeń i zgromadzeń. Od 1922 roku władze regionalne wielokrotnie otrzymywały

z Berlina przypomnienie o obowiązku ścisłego nadzorowania mniejszości polskiej, jak na przykład, szczegółowe rozporządzenie pruskiego ministerstwa spraw wewnętrznych, z dnia 27 grudnia 1932 roku; zachęcano w nim do „ostrzejszej obserwacji" „kreciej roboty" Polaków na pograniczu. Za wymagające szczególnej czujności sfery działania „polskiej agitacji" uznawano prasę stowarzyszenia i zebrania, Kościół i szkoły.[27] Nakazywano też interesowanie się „wydarzeniami z życia codziennego, zwłaszcza na obszarach mieszanych językowo, np. incydentami granicznymi, napadami, słowami i czynnymi atakami na przedstawicieli mniejszości, kłótniami w gospodach". Obowiązek składania raportów miały wszystkie placówki służbowe, poczynając od policjanta wioskowego (Landjäger) po prezydenta danej prowincji. W praktyce wyglądało to często tak, że tłumaczenie artykułu prasowego z polskiej prasy mniejszościowej stanowiło dla pruskiego MSW asumpt do żądania od odpowiednich niższych władz zajęcia stanowiska oraz zebrania dodatkowych informacji na konkretny temat.

Uderzającą cechą urzędową nadzoru niemieckiego nad mniejszościami, wyraźnie różniącą go od zasad działania odpowiednich służb po stronie polskiej, było przyznawanie pierwszeństwa meldunkom o konkretnych wydarzeniach, zamiast schematycznej sprawozdawczości obejmującej cały teren. W 1937 roku nadprezydent Śląska wyraźnia zażądał od wszystkich radców ludowych, nadburmistrzów i posterunków policji, aby raporty o sytuacji zawierały w pierwszym rzędzie „jak najwięcej szczegółów o mocy dowodowej".[28] Nic dziwnego zatem, że nawet w zbiorczych sprawozdaniach landratów przesyłanych do nadprezydentów prowincji i w raportach tych ostatnich dla pruskiego ministra spraw wewnętrznych, znajdujemy nader plastyczne i poglądowe informacje na temat konkretnych sytuacji i nastrojów na terenach przygranicznych. Okresowe sprawozdania o sytuacji były w okresie republiki weimarskiej raczej czymś wyjątkowym. W miarę regularnie sporządzano je wyłącznie w czasie gwałtownych kryzysów, na przykład dla terenu Prus Wschodnich w okresie wojny polsko-bolszewickiej. W odniesieniu do Marchii Granicznej Poznań-Prusy Zachodnie od połowy lat dwudziestych napotykamy zbiorcze sprawozdania roczne, a od końca lat dwudziestych sformalizowane okresowe raporty prezydentów policji górnośląskiego obszaru przemysłowego. Dopiero totalne, obejmujące teren całej Rzeszy praktyki nadzoru wprowadzone przez narodowych socjalistów – przyniosły na terenach przygranicznych, od 1934 roku, obowiązek systematycznej sprawozdawczości, przy czym tylko na Górnym Śląsku sporządzano osobne raporty dotyczące mniejszości.

Obserwacje i oceny policji granicznej, landjegerów i landratów, z reguły nie były zbyt zajmujące, przynajmniej jeśli idzie o sygnały w sprawie znaczących i trwałych konfliktów narodowo-politycznych czy też prób irredenty. Sprawozdanie – także te wybrane do niniejszej publikacji – odzwierciedla raczej w nader poglądowy sposób ograniczenia i ciasnotę życia na terenach wzdłuż granicy niemiecko-polskiej. Nie było więc rzeczą łatwą wykazanie zagrożenia stwarzanego przez zajęte głównie czysto egzystencjalnymi troskami mniejszości polskie, zwłaszcza, że instancje nadzorcze miewały wręcz trudności z określeniem przeciwnika narodowego. Szukano go pośród „utajonych Polaków", „elementów chwiejnych" oraz „fanatycznych Polaków". Nawet tam, gdzie

[27] Za Schulz, str.277–282

[28] Archiwum Państwowe Wrocław, Rejencja Opolska Nr I/1926 – Der Oberpräsident in Breslau an die Landräte, Oberbürgermeister usw. betr.: Lageberichte über die polnische Minderheit – Breslau, den 14.3.1937 (Akta nr 303 istniejącej dokumentacji)

podejrzewano obecność „fanatycznych Polaków", „radykalnych zwolenników Polski" oraz „polskich agitatorów" nie udawało się wykryć rzeczewiście groźnych wrogów państwa pruskiego, czy też niemieckiego. Byli to w przeważającej mierze szarzy ludzie piastujący jakieś tam funkcje i urzędy w organizacjach polskich. Przekrój zawodowy tej grupy (organista, drogista, fryzjer, manewrowy na kolei, murarz, stelmach, młynarz itd.) odzwierciedlał dodatkowo płaską piramidę społeczną na tych zamieszkałych przez Polaków obrzeżach państwa. Ich służba „dla strony polskiej" oznaczała wielokrotnie tylko tyle, że przed zbliżającymi się wyborami podgrzewali nastroje w gospodach lub – chodząc od domu do domu – przypominali rodzinom polskim o potrzebie wierności swemu narodowi, tzn. konkretnie, by odwieść ich od ewentualnego zamiaru sprzedaży domu czy pola Niemcom, nakłonić do wspierania polskich stowarzyszeń oraz posyłania dzieci do polskich szkół mniejszościowych. To, że przy okazji tej dochodziło niekiedy do manifestacji żarliwej miłości i przywiązania do polskości należało niejako do interesu, z reguły jednak nie miało żadnych dalekosiężnych skutków.

Znacznie poważniej traktować trzeba było polskich duchownych i nauczycieli, którzy ze względu na swój zawód stanowili bardzo wpływowy czynnik i w tych ramach budzili postawy patriotyczne. Polscy duchowni katoliccy, którzy z ambony przestrzegali swych rodaków przed sprzedawaniem ziemi Niemcom i chętnym do wyjazdu odmawiali wydawania odpowiednich zaświadczeń, stanowili – wobec tradycyjnie znaczącego autorytetu wśród polskiej ludności przygranicznej – nader istotny czynnik życia narodowego. Podobnie miała się rzecz z pochodzącymi często z Polski nauczycielami polskich szkół mniejszościowych, którzy – poza szkołą – angażowali się w działalność różnych polskich organizacjach kulturalnych. Lecz także i w tych kręgach działania te z reguły miały miejsce w ramach respektowania zwierzchności państwa pruskiego, czy niemieckiego.

Zdumiewa dziś, o jakich to sprawach informowały reginalne władze graniczne, by w oczach zwierzchników uwiarygodnić „polskie zagrożenie". Sporządzono, na przykład, drobiazgowy spis prezentów bożonarodzeniowych dla dzieci chodzących do polskich szkół mniejszościowych. Filiżanki, fartuszki, itd. miały służyć za dowód „kreciej roboty Polaków" wśród ludności pogranicza. Szczególnie uderza niezrozumiałe wprost – z dzisiejszego punktu widzenia – wyczulenie na polskie symbole narodowe. Poważne konsekwencje groziły, na przykład, za niesienie w czasie procesji zwiniętej bądź rozwiniętej flagi o barwach narodowych. Wystarczały jednak nawet o wiele mniejsze symbole, takie jak srebrne polskie odznaki z orłem, biało-czerwone wstążki lub papierowe chorągiewki w czasie pogrzebu czy procesji wielkanocnej, by skłonić do interwencji pilnujących porządku policjantów. To niemalże histeryczne przewrażliwienie na punkcie tego rodzaju manifestacji polskości można wyjaśnić jedynie staraniem, aby poprzez rygorystyczny zakaz pokazywania owych znaków (były one zarazem symbolami narodowymi sąsiedniego państwa), nie pozostawić wątpliwości co do tego, kto jest zwierzchnikiem tych przygranicznych terenów.

Reasumując można stwierdzić, iż drobiazgowość charakteryzująca sprawozdania lokalne i regionalne wynikała w znacznej części z braków jakichkolwiek istotnych wydarzeń na objętych sprawozdawczością obszarach i z dążenia urzędników do sumiennego wykonywania powierzonych im zadań – nadzoru nad polską mniejszością przygraniczną. W tym układzie trzeba było po prostu zebrać wszystko, co choćby w najmniejszym sensie nosiło pozory dowodu. Dlatego też w sprawozdaniach można było umieścić przeważnie drobne i nic nie znaczące incydenty i nawet w zdecydowanie kryzysowych okresach dla stosunków polsko-niemieckich, jakimi bez wątpienia były pierwsze i ostat-

nie lata przedziału czasowego niniejszej publikacji, zanotowano 11 tylko skomasowanie takich właśnie drobnych wydarzeń. W wyraźnej sprzeczności z tym oczywistym stanem rzeczy stało surowe zalecenie władz zwierzchnich – dla instancji lokalnych i regionalnych – poddanie stałej obserwacji „ruchu polskiego", „polskiej agitacji" oraz „polskiego zagrożenia".

Czynniki makropolityczne zostały już omówione. Dołączały do nich, oczywiście, motywy wynikające ze specyficznego położenia regionów przygranicznych oraz regionalno-politycznych interesów miejscowych władz administracyjnych. Odmalowując w urzędowych sprawozdaniach możliwie drastycznie „polskie zagrożenie" można było zatuszować, bądź usprawiedliwić własną niekompetencję. Ponadto odpowiednio alarmistyczne doniesienia aż nazbyt często i nazbyt wyraźnie służyły wyłącznie zdobyciu pilnie potrzebnych subwencji państwowych na rozwój słabo ustrukturyzowanych terenów przygranicznych. Jak najbardziej trzeźwy ton raportów sporządzanych przez stacjonujące na wschodniej granicy Rzeszy i nie tak zaangażowane w politykę regionu placówki wojskowe może stanowić dodatkowe potwierdzenie tej obserwacji. „Polskie zagrożenie" było zatem jedynie ideologiczną metaforą ilustrującą ogólne problemy tych terenów przygranicznych, zaś permanentne wskazywanie, przez lokalne i regionalne placówki państwowe, na „polskie knowania" było tylko argumentem służącym rozwiązanie tychże ogólnych problemów.[29]

Wbrew oczekiwaniom, przełom narodowosocjalistyczny w Niemczech nie przyniósł zaostrzenia konfliktów polsko-niemieckich ani na płaszczyźnie międzynarodowej ani w kwestii mniejszościowej – wprost przeciwnie, dało się zauważyć wyraźne polepszenie klimatu.[30] Wiązało się to przypuszczalnie z faktem, że w ideologii narodowosocjalistycznej zasadniczo nie było miejsca na rozgrywające się na niewielkich obszarach walki narodowościowe, czy graniczne. Absolutne kategorie rasy i przestrzeni wręcz skłaniały narodowych socjalistów do rozważania możliwości „wielkodusznego pojednania" z polskim sąsiadem „jak naród z narodem". W tym też duchu utrzymana była słynna mowa Adolfa Hitlera wygłoszona w Reichstagu 17 maja 1933 r.; wypowiedział on się tam przeciwko wszelkim wysiłkom asymilacyjnym, także tym ze strony niemieckiej. „ Dlatego też nie znamy pojęcia germanizacji. Duchowa mentalność ubiegłego stulecia, która kazała mniemać, iż z Polaków i Francuzów można zrobić Niemców jest nam równie obca, jak zgoda na podobne usiłowanie w stosunku do Niemców. Narody europejskie wokół nas uznajemy za fakt zastany. Francuzi, Polacy itd. są narodami sąsiadującymi z nami i wiemy, iż żaden proces historyczny nie może zmienić tej rzeczywistości".[31]

Takie i podobne wypowiedzi pozwalały przedstawicielom mniejszości polskiej mieć nadzieję, iż od tego momentu zelżeją lub całkowicie ustaną wszelkie naciski zmierzające do wynarodowienia. Na terenach przygranicznych cytowano bezustannie te słowa führera jak zbawczą nowinę i zasłaniano się nimi jak tarczą. Dla władz lokalnych to ciągłe powoływanie się na najwyższy autorytet w państwie było wprawdzie wysoce nieprzyjemne, niemniej jeśli idzie o stały nadzór nad mniejszością polską nic się w zasadzie nie zmieniło.

---

29 Nie była to zresztą specyfika granicy polsko-niemieckiej. Do tego patrz dla porównania Jaworski, Rudolf: Grenzlage, Rückständigkeit und nationale Agitation: Die „Bayerische Ostmark" in der Weimarer Republik, [w:] Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978), zeszyt 1, str.256 nn

30 Do tego m.in. Broszat: Zweihundert Jahre, str.234 nn; Wojciechowski, Marian: Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938, Poznań 1980, str.33 nn

31 Cyt. za Domarus, Max: Hitler, Reden und Proklamationen, tom 1, 1932–1938, Würzburg 1962, str.273

Na początek przyszło tym władzom powściąganie ataków formacji SA na przedstawicieli i placówki mniejszości polskiej. Incydenty ustały dopiero po podpisaniu polsko-niemieckiej deklaracji o niestosowaniu przemocy w 1934 r., kiedy to odgórnie zakazano demonstrowania wszelkich antypolskich nastrojów.

Niewątpliwe odprężenie, jakie przyniosło Polakom mieszkającym w Niemczech dojście do władzy narodowych socjalistów, nie było jednak celem samym w sobie; towarzyszyły mu podskórnie liczne przeciwne tendencje. Charakterystyczna już w czasach weimarskich skłonność do bezpośredniego wiązania polityki wobec Polaków w Niemczech z aktualną sytuacją w Rzeczypospolitej i prowadzoną tam polityką mniejszościową została przez narodowych socjlistów usystematyzowana o tyle, że ścisle podporządkowali oni politykę mniejszościową polityce zagranicznej. Polska mniejszość przygraniczna bezpowrotnie utraciła tym samym tytuł do bycia postrzeganą i traktowaną jako czynnik odrębny i samodzielny; od tej pory stała się ona wyłącznie kartą przetargową w niemieckiej polityce zagranicznej i polityce wobec Polski.

Celem dalekosiężnym – przy czym i tutaj mamy do czynienia jedynie z radykalizacją koncepcji z dekad poprzednich – było izolowanie i likwidacja polskich mniejszości przygranicznych.[32] Zmiany wprowadzone przez narodowych socjalistów w niemieckiej polityce wobec Polski nie były bynajmniej aż tak zasadnicze, jak starano się to przedstawić na zewnątrz. Nagły, zadekretowany zwrot w oficjalnym podejściu do kwestii polskiej był natury czysto taktycznej i oznaczał właściwie zaledwie przejściową poprawę klimatu, mocno podkreślaną właśnie na zewnątrz, nie zaś zasadnicze odejście od tradycyjnej wrogości wobec Polaków. W praktyce polityki mniejszościowej na etnicznie mieszanych terenach przygranicznych i tak nie dałoby się wprowadzić w życie apodyktycznych zasad narodowych socjalistów w przedmiocie czystości rasowej. Ponieważ, z drugiej strony, na najwyższych szczeblach odżegnywano się oficjalnie od jakichkolwiek dążeń do asymilacji mniejszości, trzeba się było ratować sztucznym pojęciem „wtórnego zniemczenia" wschodnich terenów przygranicznych.

Aktywną politykę germanizacyjną starano się zatem usprawiedliwić jako likwidację polityki asymilacyjnej, którą niesłusznie i niesprawiedliwie prowadzono wobec ludności polskiej. Aby realizować ten cel bardziej ofensywnie i bezwzględnie, narodowi socjaliści utworzyli organizację bojową: Związek Niemieckiego Wschodu (Bund Deutscher Osten); w agresywny sposób propagowała ona wypieranie Polaków.[33] Pod wieloma względami kontynuowano dawne spory, np. wokół polskich szkół mniejszościowych; tylko metody utrudniania i nadzoru przybrały formy zaostrzonych, jakkolwiek częściowo nadal pośrednich i utajonych szykan. Doszły nowe tarcia, jak np. nie rozwiązany konflikt pomiędzy państwowymi organizacjami młodzieżowymi Hitlerjugend i Bund Deutscher Mädel a nadal istniejącymi polskimi organizacjami młodzieżowymi. Nie do pokonania okazała się również przepaść dzieląca światopogląd narodowosocjalistyczny od katolicyzmu, który był szczególnie mocno zakorzeniony wśród ludności polskiej. Późniejsze

[32] I do następnych Wrzesiński: Ruch polski, str.247 nn; tenże: Die Politik der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland (1933–1945), [w:] Jacobmeyer, W. (Hg.): Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Braunschweig 1986, str.85–92

[33] Fiedor, Karol: Bund Deutscher Osten. Związek Niemieckiego Wschodu w systemie antypolskiej propagandy, Warszawa 1977

prześladowania doprowadziły wręcz do wyraźnego zbliżenia znajdujących się w podobnej sytuacji katolików polskich i niemieckich, co jest ciekawe o tyle, że w okresie Republiki Weimarskiej polityka germanizacyjna spotykała się z pełnym poparciem władz niemieckiego Kościoła katolickiego.

Zadanie polegało na skupieniu Polaków w ich organizacjach, co pozwoliłoby na ich bezwzględne identyfikowanie i pozbawienie tym samym możliwości manewru. Temu celowi służyło na przykład zarządzenie, które prawo do udziału w polskich imprezach uzależniało od przynależności do Związku Polaków w Niemczech. Tak jak w okresie weimarskim, ustawodawstwo narodowosocjalistyczne ominęło problem mniejszości narodowych w tym sensie, że zarządzenia dyskryminacyjne nie odnosiły się bezpośrednio do obcych narodowo części ludności. Tak było, na przykład, z wydanym w 1937 roku przez ministerstwo spraw wewnętrznych Rzeszy „Rozporządzeniem o ochronie granicy Rzeszy i środkach retorsyjnych", które pozwalało na zwalnianie członków mniejszości z pracy, ograniczanie ich prawa do rozporządzania majątkiem, czy nawet wysiedlanie z terenów przygranicznych.[34] Tego rodzaju pełnomocnictwa in blanco pozbawiały polskie mniejszości przygraniczne jakiejkolwiek ochrony przed samowolą lokalnych organów administracji.

Ogłoszone 5 listopada tego samego roku przez Polskę i Niemcy deklaracje mniejszościowe niczego w tej sytuacji nie zmieniły.[35] Od jesieni 1938 roku wzmógł się wręcz nacisk na mniejszość polską; przybierał on formy mnożących się indywidualnych najść miejscowej policji na lokale polskich organizacji, mieszkania przywódców mniejszościowych, na szkoły i zebrania. Nie skończyło się jednak na tych spontanicznych, w rzeczywistości jednak sterowanych centralnie aktach terroru. Organa policji konfiskowały listy członków organizacji polskich, sporządzano też listy proskrypcyjne w celu ostatecznego rozprawienia się z Polakami uznanymi za niepoprawnych. Usuwano z ulic polskie napisy, ograniczano użycie języka polskiego w życiu publicznym i forsowano germanizację nazwisk i nazw miejscowości. Zamknięto polskie biblioteki. Smutna kulminacja tych prześladowań przypada na ostatnie miesiące i tygodnie przed wybuchem drugiej wojny światowej, przy czym równoległe represje wobec Niemców w Polsce propaganda nazistowska wykorzystała do spreparowania na użytek opinii publicznej pozornej spirali akcji i reakcji. Stworzyło to na granicy polsko-niemieckiej atmosferę najwyższego napięcia doprowadzając do eskalacji nieprzejednanej wrogości, wskutek czego problem mniejszościowy raz jeszcze stał się zasadniczą kwestią w stosunkach polsko-niemieckich. Dnia 4 września 1939 roku rozwiązano Związek Polaków w Niemczech konfiskując jego majątek.

Tak jak nieszczere było odejście narodowych socjalistów od antypolskich pozycji okresu weimarskiego, tak samo mało wiarygodne było też manipulowane rozdmuchiwanie kwestii granicznej i mniejszościowej tuż przed wybuchem wojny. Dla Polaków z terenów przygranicznych zakończył się w ten sposób najbardziej chyba pełen sprzeczności okres ich egzystencji jako mniejszości, przy czym znaleźli się w końcu w sytuacji nie

[34] Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen vom 17. August 1937, [w:] Reichsgesetzblatt, cz. 1, nr 95 z 20 sierpnia 1937

[35] Deutsch-polnische Minderheitenerklärung, [w:] Nation und Staat 11 (1937/38), str.151 n; Chałupczak, Henryk: Deklaracja z 5 listopada 1937 r. a problem mniejszości w Niemczech, [w:] Przegląd Zachodni LV (1989), nr 1, str.109–128

do pozazdroszczenia; jako pierwsi doświadczyli na sobie praktyk panowania narodowosocjalistycznego. Z nimi to mieli się wkrótce zapoznać także – i to w jeszcze mniej przyjemny sposób – ich rodacy po drugiej stronie nie istniejącej już wtedy granicy.

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE (DARSTELLUNGEN UND QUELLEN)

BIBLIOGRAFIA WYBRANA (OPRACOWANIA I ŹRÓDŁA)

I. ALLGEMEINE LITERATUR / LITERATURA OGÓLNA

I.1. Nachschlagewerke / Bibliografie, słowniki itp.

Balling, Mads Ole. Von Reval bis Bukarest. Statistisch- Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945. Bd.1–2. Kopenhagen 1991.

Bibliographie zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und Grenzlandfragen 1919–1939. Bearb. v. Max Gunzenhäuser. Stuttgart 1942 (= Bibliographien der Weltkriegsbücherei; 34–36).

Bibliographie zur Nationalitätenfrage und zur Judenfrage der Republik Polen 1919–1939. 2. Aufl. Stuttgart 1943 (= Bibliographien der Weltkriegsbücherei; 32).

Bohmann, Alfred. Menschen und Grenzen. Bd. 1. Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich. Köln 1969.

Greiner, Piotr; Ryszard Kaczmarek. Leksykon organizacji niemieckich w województwie śląskim w latach 1922–1939. Katowice 1993.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1918–1945. Reihe A: Preußen. Hrsg. v. Walther Hubatsch. Bd. 1. Ost- und Westpreußen. Bd. 2. Provinz (Großherzogtum) Posen und Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Bd. 4. Schlesien. Marburg/Lahn 1975–1976.

Ludzie spod znaku Rodła. Biografie działaczy Związku Polaków w Niemczech na Śląsku Opolskim. Hrsg. v. Franciszek Hawranek. Bd. 1. Opole 1973.

Południowe pogranicze. Słownik historyczny. Hrsg. v. Joachim Benyskiewicz. Zielona Góra 1983.

Quellen zur Geschichte der deutschen Minderheit in Polen von 1919 bis 1939 in deutschen und polnischen Archiven. Bearb. v. Wojciech Stefan Kotowski. In: Dokumentation Ostmitteleuropa. Neue Folge 18 (1992). Nr. 3–4.

Robinson, Jacob. Das Minoritätenproblem und seine Literatur. Kritische Einführung in die Quellen und die Literatur der europäischen Nationalitätenfrage der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes. Berlin-Leipzig 1928 (= Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht; 6).

Ruch polski w Niemczech w latach 1922–1939. Bibliografia. Bearb. v. Halina Lipka, A. Mroczkowska, E. Wyglenda. Opole 1972 (=Wydawnictwa Instytutu Śląskiego w Opolu. Komunikaty. Seria monograficzna; 118).

Lubuski Słownik Biograficzny. Hrsg. v. Hieronym Szczegóła. Zielona Góra 1984.

Słownik Biograficzny Warmii, Mazur i Powiśla XIX i XX wieku (do 1945 roku). Bearb. v. Tadeusz Oracki. Warszawa 1983.

Słownik nazw miejscowych Górnego Śląska polsko-niemiecki i niemiecko-polski. Wörterbuch der Ortsnamen in Oberschlesien polnisch-deutsch und deutsch-polnisch. Hrsg. v. Stanisława Sochacka. Bearb. v. Monika Choroś, Ł. Jarczak, S. Sochacka. Opole 1933.

Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung. Hrsg. v. Gerd Heinrich, Fr.-W. Henning, K.G.A. Jeserich. Stuttgart-Berlin-Köln 1992.

I.2. Die Minderheitenfrage in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen / Zagadnienia mniejszościowe w Europie wschodnio-środkowej w okresie międzywojennym

Batowski, Henryk. Problem mniejszości narodowych w Europie w przededniu II wojny światowej. In: Kwartalnik Historyczny 77 (1970). S. 629–640.

Czubiński, Antoni. Deutschlands Minderheitenpolitik 1918–1945. In: Polnische Weststudien 2 (1983). S. 46–71.

Ethnic Diversity and Conflict in Eastern Europe. Hrsg. v. Peter F. Sugar. Santa Barbara 1980.

Jacobmeyer, Wolfgang. Die deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1986. Nr. 31. S. 17–25.

Jaworski, Rudolf. The German Minorities in Poland and Czechoslovakia in the Interwar Period. In: Ethnic Groups in International Relations. Hrsg. v. Paul Smith. Dartmouth 1991. S. 169–185. (= Comparative Studies on Governments and Non-Dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940; 5).

Kołodziej, Edward. Dzieje Polonii w zarysie 1918–1939. Warszawa 1991.

Komjathy, Anthony; Rebecca Stockwell. German Minorities and the Third Reich. Ethnic Germans of East Central Europe between the Wars. New York-London 1980.

Lumans, Valdis O. Himmler's Auxilaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945. Chapel Hill London 1993.

Michaelsen, Rudolf. Der europäische Nationalitäten-Kongreß 1925–1928. Aufbau, Krise und Konsolidierung. Frankfurt/Main usw. 1984 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 194).

Pearson, Raymond. National Minorities in Eastern Europe 1848–1945. London 1983.

Pieper, Helmut. Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919–1933/34. Hamburg 1974 (= Darstellungen zur Auswärtigen Politik; 15).

Reichman, Shalom; Arnon Golan. Irredentism and Boundary Adjustments in Post-World War I Europe. In: Irredentism and International Politics. Hrsg. v. Naomi Chazan. Boulder-London 1991. S. 51–68.

Révész, László. Minderheitenschicksal in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der magyarischen Minderheit. Wien 1990 (= Ethnos; 37).

Rola mniejszości niemieckiej w rozwoju stosunków politycznych w Europie 1918–1945. Hrsg. v. Antoni Czubiński. Poznań 1984 (=Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia; 118).

Schot, Bastiaan. Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära. Marburg/Lahn 1988 (= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien; 4).

Sierpowski, Stanisław. Mniejszość niemiecka na tle aktywności mniejszościowej Ligi Narodów. In: Polska – Polacy – mniejszości narodowe. Wrocław-Warszawa-Kraków 1992. S. 77–90 (=Polska myśl polityczna XIX i XX wieku; 8).

– Mniejszości narodowe jako instrument polityki międzynarodowej 1919-1939. Poznań 1986.

I.3. Deutschland und Polen 1920/22–1939 / Niemcy a Polska w latach 1920/22–1939

Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 11. bis 17. Juni 1984 in Augsburg. Hrsg. v. Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1985 (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung; 22/VIII).

Błahut, Karol J. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze w latach 1919–1939. Wrocław usw. 1975.

Broszat, Martin. Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. 3. Aufl. Frankfurt/Main 1981 (= Suhrkamp Taschenbuch; 74).

Chałupczak, Henryk. Polska wobec niemieckich prób bilateralizacji zagadnień mniejszościowych w latach trzydziestych. In: Niemcy w polityce międzynarodowej 1919–1939. Bd. 3. Hrsg. v. Stanisław Sierpowski. Poznań 1992. S. 193-204. (=Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia; 178).

– Problem mniejszościowy w stosunkach polsko-niemieckich w przededniu II wojny światowej. In: Niemcy w polityce międzynarodowej 1919–1939. Bd. 4. Hrsg. v. Stanisław Sierpowski. S. 421–437. (=Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia; 179).

Danzig and the Polish Corridor. Threshold to War. I. The German Claims. Bd. 1–3. II. The Polish Reply. III. The League as Arbritator. Nendeln 1979 (= Seeds of Conflict Series; 8).

Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. XVIII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 28. Mai bis 2. Juni 1985 in Nowogard (Naugard). Hrsg. v. Wolfgang Jacobmeyer. Braunschweig 1986 (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung; 22/IX).

Fischer, Peter. Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939. Wiesbaden 1991 (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund; 7).

Krasuski, Jerzy. Stosunki polsko-niemieckie 1919–1932. 2. Aufl. Poznań 1975 (=Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego; 28).

Niendorf, Mathias. Deutsch-polnische Polemiken zur Zeit der Weimarer Republik. In: Studia Historica Slavo-Germanica 17 (1988–1990). S. 85–109.

Raina, Peter. Stosunki polsko-niemieckie 1937–1939. Prawdziwy charakter polityki zagranicznej Józefa Becka. London 1975.

Rexheuser, Rex. Deutsche Minderheit in Polen, polnische Minderheit in Deutschland 1920 bis 1939. In: Nordost-Archiv 20 (1987). Nr. 85. S. 7–20.

Riekhoff, Harald von. German-Polish Relations, 1918–1933. Baltimore-London 1971.

Rosenthal, Harry Kenneth. German and Pole. National Conflict and Modern Myth. Gainesville 1976.

Schattkowsky, Ralph. Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno. Frankfurt/Main usw. 1994 (=Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 619).

Schulz, Gerhard. Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982). S. 154–172.

Sierpowski, Stanisław. Polsko-niemieckie spory na forum kongresów mniejszościowych (1925–1927). In: Polacy i Niemcy. Dziesięć wieków sąsiedztwa. (Festschrift Janusz Pajewski). Hrsg. v. Antoni Czubiński. Warszawa 1987. S. 323–343.

– Stosunki polsko-niemieckie na tle europejskim 1919–1939. In: Z badań nad dziejami stosunków polsko-niemieckich. Hrsg. v. Antoni Czubiński u. R. Wryk. Poznań 1991. S. 133-162. (=Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia; 166).

Wojciechowski, Marian. Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938. Leiden 1971 (= Studien zur Geschichte Osteuropas; 12).

– Stosunki polsko niemieckie 1933–1938. 2.Aufl. Poznań 1980 (=Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego; 35).

I.4. Die deutsche Minderheit in Polen / Mniejszość niemiecka w Polsce

Bierschenk, Theodor. Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 bis 1939. Kitzingen 1954 (= Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr.; 10).

Blanke, Richard. Orphans of Versailles. The German Minority in Western Poland, 1918–1939. Lexington 1992.

Breyer, Richard. Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg 1955 (= Marburger Ostforschungen; 3).

– ; Paweł, Korzec. Polnische Nationalitätenpolitik und deutsche Volksgruppe in Lageberichten des polnischen Innenministeriums aus den Jahren 1935 und 1937. In: Zeitschrift für Ostforschung 29 (1980). S. 260–366.

Chojnowski, Andrzej. Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939. Wrocław 1979.

Dąbrowski, Roman. Mniejszość niemiecka w Polsce i jej działalność społeczno-kulturalna w latach 1918–1939. Szczecin 1982 (=Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Szczecinie. Rozprawy i studia; 52).

– Położenie ekonomiczne mniejszości niemieckiej w Polsce w okresie międzywojennego dwudziestolecia (1918–1939). Szczecin 1977 (=Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Szczecinie. Roprawy i studia; 23).

Drozdowski, Marian M. The National Minorities in Poland in 1918–1939. In: Acta Poloniae Historica 22 (1970). S. 226–251.

Die statistischen Erhebungen über die deutschen Katholiken in den Bistümern Polens 1928 und 1936. Hrsg. v. Kazimierz Śmigiel. Marburg/Lahn 1992 (= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien; 8).

Gerson, Daniel. Deutsche und Juden in Polen, 1918–1939. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993). S. 62–92.

Grünberg, Karol. Niemcy i ich organizacje polityczne w Polsce międzywojennej. Warszawa 1970 (=Biblioteka Wiedzy Współczesnej; 170).

Hauser, Przemysław. The German Minority in Poland in the Years 1918–1939. Reflections on the State of Research and Interpretation, Proposals for Further Research. In: Polish Western Affairs 32 (1991). Nr. 2. S. 13–38.

Heike, Otto. Die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens. In: Zeitschrift für Ostforschung 29 (1980). S. 224–249.

– Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken kulturell-gesellschaftlich-politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse. Leverkusen 1985.

Iwanicki, Mieczysław. Polityka oświatowa w szkolnictwie niemieckim w Polsce w latach 1918-1939. Warszawa 1978.

Kleindienst, Alfred; Oskar Wagner. Der Protestantismus in der Republik Polen 1918/19 bis 1939 im Spannungsfeld von Nationalitätenpolitik und Staatskirchenrecht, kirchlicher und nationaler Gegensätze. Marburg/Lahn 1985 (= Marburger Ostforschungen; 42).

Korzec, Paweł. Der Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens des Jahres 1922. In: Zeitschrift für Ostforschung 24 (1975). S. 193–220.

Der zweite Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens 1927–1928. In: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977). S. 76–116.

– Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919–1934). In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge 22 (1975). S. 515–555.

Kotowski, Wojciech. Die Lage der deutschen Katholiken in Polen in den Jahren 1919–1939. In: Zeitschrift für Ostforschung 39 (1990). S. 39–67.

– Lojalizm czy irredenta? Mniejszość niemiecka wobec państwa polskiego w latach 1919–1939. In: Polska – Polacy – mniejszości narodowe. Wrocław-Warszawa-Kraków 1992. S. 53–63. (=Polska myśl polityczna XIX i XX wieku; 8).

Kowalak, Tadeusz. Zagraniczne kredyty dla Niemców w Polsce 1919–1939. Warszawa 1972.

– Prasa niemiecka w Polsce 1918–1939. Powiązania i wpływy. Warszawa 1971.

Krekeler, Norbert. Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933. Stuttgart 1973 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 27).

Madajczyk, Czesław. Dokumenty w sprawie polityki narodowościowej władz polskich po przewrocie majowym. In: Dzieje Najnowsze 4(1972). Nr. 3. S. 137–169.

Majewski, Jan. Drogi i bezdroża niemieckiej spółdzielczości w Polsce 1919–1939. Poznań 1989 (=Prace Instytutu Zachodniego; 54).

Makowski, Edmund. Tajne zabiegi Niemiec o utrzymanie kolonistów w zachodniej Polsce (1919–1929). In: Polacy i Niemcy. Dziesięć wieków sąsiedztwa. (Festschrift Janusz Pajewski). Hrsg.v. Antoni Czubiński. Warszawa 1987. S. 303–322.

Mauersberg, Stanisław. Das deutsche Schulwesen im unabhängigen Polen 1918–1939. In: Nordost-Archiv. Neue Folge 1 (1992). S. 487–500.

– Szkolnictwo powszechne dla mniejszości narodowych w Polsce w latach 1918–1939. Wrocław usw. 1968.

Meissner, Lucjan. Niemieckie organizacje antyfaszystowskie w Polsce 1933–1939. Warszawa 1973.

Mroczko, Marian. Związek Obrony Kresów Zachodnich 1921–1934. Powstanie i działalność. Gdańsk 1977.

Niendorf, Mathias. Die deutsche Minderheit in Polen zwischen 1918–1945. In: Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Gegenwart der Deutschen in Polen. Hrsg. v. Hans van der Meulen. Baden-Baden 1994. S. 39–52.

Potocki, Stanisław. Położenie mniejszości niemieckiej w Polsce 1918–1939. Gdańsk 1969 (=Wydawnictwa Instytutu Bałtyckiego w Gdańsku Nr. 4. Seria Pomorzoznawcza; 4).

Simoncini, Gabriele. The Polyethnic State: National Minorities in Interbellum Poland. In: Nationalities Papers 22 (1994). Supplement Nr.1. S. 5–28.

Staniewicz, Restytut. Mniejszość niemiecka w II Rzeczypospolitej. Rozważania metodologiczne. In: Polska-Niemcy-mniejszość niemiecka w Wielkopolsce. Przeszłość i teraźniejszość. Hrsg. v. Andrzej Sakson. Poznań 1994. S. 57–80 (=Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego; 67).

Stawecki, Piotr. Mniejszość niemiecka w Polsce w latach 1918–1936 w świetle ekspertyzy polskiej z 1936r. In: Przegląd Zachodni 24 (1968). Nr. 1. S. 46–61.

Szczerbiński, Henryk. Niemieckie organizacje socjalistyczne w Drugiej Rzeczypospolitej. Warszawa 1986.

Tomaszewski, Jerzy. Rzeczpospolita wielu narodów. Warszawa 1985.

Tomiak, Janusz. Education of the Non-Dominant Ethnic Groups in the Polish Republic, 1918–1939. In: Schooling, Educational Policy and Ethnic Identity. Hrsg. v. Janusz Tomiak. Dartmouth 1990. S. 185–209. (= Comparative Studies on Governments and Non-Dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940; 1).

Wartel, Zenon. Dążenie mniejszości niemieckiej do rozszerzenia swych uprawnień w Polsce po przewrocie majowym. In: Dzieje Najnowsze 9 (1977). Nr. 2. S. 123–137.

– Sprawa parcelacji majątków niemieckich w Polsce w latach 1920–1939. In: Kwartalnik Historyczny 83 (1976). S. 548–561.

Winiewicz, Józef. Mobilizacja sił niemieckich w Polsce. Warszawa 1939. [Übersetzung der Publikationsstelle Berlin-Dahlem 1939: Die Mobilisierung der deutschen Kräfte in Polen.]

Woźny, Aleksander. Problem mniejszości niemieckiej w Polsce 1938–1939 w świetle dokumentów Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i najwyższych władz wojskowych. In: Przegląd Zachodni 46 (1990). Nr.4. S. 33–61.

Wynot, Edward D. The Polish Germans, 1919–1939. National Minority in a Multinational State. In: The Polish Review 27 (1972). Nr. 1. S. 23–64.

– Poland's Christian Minorities, 1919–1939. In: Nationalities Papers 13 (1985). Nr. 2. S. 209–246.

Żarnowski, Janusz. Le système de protection des minorités et la Pologne. In: Acta Poloniae Historica 52 (1985). S. 105–124.

I.5. Die polnische Minderheit in Deutschland / Mniejszość polska w Niemczech

Albin, Janusz. Akcja kolonii letnich dla młodzieży polskiej w Niemczech w latach 1923–1938. In: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 28 (1973). Nr. 1. S. 31–52.

– Łączność kulturalna Polaków w Niemczech z krajem w latach 1919–1939. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1983. S. 239–265.

Baier, Roland. Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Köln-Wien 1980 (= Dissertationen zur neueren Geschichte; 8).

Broszat, Martin. Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik in der Ära Stresemann. In: Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. (Festschrift Theodor Schieder). Hrsg. v. Kurt Kluxen u. W. J. Mommsen. München-Wien 1968. S. 393–445.

Chałupczak, Henryk. Deklaracja z 5 listopada 1937r. a problem mniejszości w Niemczech. In: Przegląd Zachodni 45 (1989). Nr. 1. S. 103–128.

– Prywatne przedszkola polskie na terenie Niemiec w latach 1919–1939. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1982. S. 347–376.

– II Rzeczpospolita a mniejszość polska w Niemczech. Poznań 1992 (=Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego; 64).

Filipkowski, Tadeusz. Nauczyciele polscy w Niemczech 1919–1939. Portret zbiorowy. Olsztyn 1992 (=Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie; 126).

Kołodziej, Edward. Prześladowania ludności polskiej w Niemczech maj – sierpień 1939r. (Materiały źródłowe). In: Teki Archiwalne 13(1971). S. 53–83.

Kraszewski, Piotr. Stan badań naukowych nad Związkiem Polaków w Niemczech. In: Przegląd Zachodni 40 (1984). Nr. 4. S. 200–210.

Lis, Michał. Związek Harcerstwa Polskiego w Niemczech (1922–1939). Opole 1987.

Minorities in Germany. Bd. 1–2. Nendeln 1978 (= Seeds of Conflict Series; 6., V.).

Nadolny, Anastazy. Działalność księży w Związku Polaków w Niemczech. In: Przegląd Zachodni 40 (1984). Nr. 4. S. 103–126.

Oertzen, Friedrich Wilhelm von. Polen an der Arbeit. Wie die Annexion Ostdeutschlands 1919–1933 vorbereitet wurde. [2. Aufl.] Kiel 1986. [1. Aufl. München 1932].

Osmańczyk, Edmund Jan. Niezłomny proboszcz z Zakrzewa. Rzecz o Księdzu Patronie Bolesławie Domańskim. Warszawa 1989.

Pietrzak-Pawłowski, Kazimierz. Spółdzielczość polska na ziemiach zachodnich i północnych 1918–1939. Warszawa 1967.

Rothbarth, Maria. Zum Wirken des „Bundes der Polen in Deutschland" im Rahmen des „Verbandes der nationalen Minderheiten Deutschlands". In: Przegląd Zachodni 40 (1984). Nr. 4. S. 155–163.

Smołka, Leonard. Prasa polska w Niemczech w okresie miedzywojennym. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1983. S. 85–97.

Strobel, Georg W. Polnische kommunistische Vereine in Deutschland 1925–1935. In: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977). S. 416–442.

Woltmann, Bernard. Polska kultura fizyczna na wschodnim pograniczu niemieckim (1919–1939). Poznań 1980 (=Monografie, podręczniki, skrypty AWF w Poznaniu. Monografie; 125).

Wróblewski, Jan. Polskie biblioteki ludowe w zaborze pruskim i na terenie Rzeszy Niemieckiej w latach 1843–1939. Olsztyń 1975 (=Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie; 46).

Wrzesiński, Wojciech. Polski ruch narodowy w Niemczech 1922–1939. Poznań 1970.

– The Union of Poles in Germany (1922–1939). In: Polish Western Affairs 9 (1968). S. 19–43.

– The Union of Poles in Germany and its Attitude to Problems of Consciousness of Nationality (1922–1939). In: Acta Poloniae Historica 20 (1969). S. 52–74.

Związek Polaków w Niemczech w latach 1922–1982. Hrsg.v. Jerzy Marczewski. Warszawa 1987.

Związek Polaków w Niemczech. Materiały z sesji naukowej w 50 rocznicę powstania ZPwN, Opole 15 X 1972. Hrsg. v. Franciszek Hawranek. Opole 1974.

II. REGIONALSPEZIFISCHE LITERATUR / LITERATURA REGIONALNA

II.1. Provinz Ostpreußen / Prowincja Prusy Wschodnie

Boehm, Jan. Kształcenie organistów dla potrzeb ruchu polskiego na Powiślu i Warmii w okresie po plebiscycie. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1980. S. 181–196.

Bojarska, Barbara. Mniejszość polska Powiśla w przededniu II wojny światowej. In: Przegląd Zachodni 30 (1974). Nr. 3. S. 139–153.

Bukowski, Andrzej. Waplewo – zapomniana placówka kultury polskiej na Pomorzu Nadwiślańskim. Wrocław usw. 1989.

Filipkowski, Tadeusz. W obronie polskiego trwania. Nauczyciele polscy na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach międzywojennych. Olsztyn 1989 (=Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie; 116).

Gąsiorowski, Andrzej. Harcerstwo polskie na Powiślu w latach 1920–1939. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1972. S. 607–631.

Jablonowski, Horst. Wieviele Polen hat es vor dem Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen gegeben? In: Ders. Rußland, Polen und Deutschland. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. v. Irene Jablonowski u. Friedhelm Kaiser. Köln Wien 1972. S. 418–440.

Janta-Połczyński, Roman. Na straconym posterunku. Przyczynek do historii ostatnich dworów polskich ziemi sztumskiej. In: Ziemiaństwo polskie 1920–1945. Zbiór prac o dziejach warstwy i ludzi. Hrsg. v. Janina Leskiewiczowa. Warszawa 1988. S. 17–119.

Kołodziej, Edward. Źródła do dziejów Polaków na Warmii, Powiślu i Mazurach oraz IV Dzielnicy Związku Polaków w Niemczech w okresie międzywojennym przechowywane w Archiwum Akt Nowych. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1983. S. 99–107.

Koziełło-Poklewski, Bohdan; Wojciech Wrzesiński. Szkolnictwo polskie na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1919–1939. Olsztyn 1980.

Lubiński, Andrzej. Przyczynek do dziejów spółdzielczości na ziemi sztumskiej w drugiej połowie XIX i pierwszej XX wieku. In: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1987. S. 77–91.

Łukaszewicz, Bohdan; Wojciech Wrzesiński. IV Dzielnica Związku Polaków w Niemczech 1922–1929 (w 60 rocznicę powstania). Olsztyn 1982 (=Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie. Biblioteka Olsztyńska; 10).

Mroczko, Marian. Powiśle w działalności Związku Obrony Kresów Zachodnich – Polskiego Związku Zachodniego (1921–1939). In: Rocznik Elbląski 8 (1979). S. 139–163.

Odyniec, Wacław; Roman Wapiński, Kazimierz Podoski. Ziemia sztumska. Gdynia 1968.

Sobczak, Janusz. Poplebiscytowa działalność Polonii warmińsko-mazurskiej i jej obraz w meldunkach policji wschodniopruskiej. In: Przegląd Zachodni 31 (1975). Nr. 5–6. S. 236–248.

Sołoma, Andrzej. Za każdą cenę. Niemiecki kler katolicki wobec ludności polskiej na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1919–1939. Warszawa 1976.

Staniszewski, Andrzej. Ojców mowy, ojców wiary. Historia i współczesność na łamach „Gazety Olsztyńskiej" 1886–1939. Warszawa 1989.

Wakar, Andrzej; Wojciech Wrzesiński. „Gazeta Olsztyńska" w latach 1886–1939. Olsztyn 1986 (=Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie; 104).

Wehler, Hans-Ulrich. Zur neueren Geschichte der Masuren. In: Zeitschrift für Ostforschung 11 (1962). S. 147–172.

Wrzesiński, Wojciech, Rola i znaczenie ludności polskiej w życiu Prus Wschodnich w latach 1920–1939. In: Zeszyty Naukowe Wydziału Humanistycznego Uniwersytetu Gdańskiego. Historia. Nr. 4. 1975. S. 21–33.

– Ruch polski na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1920–1939. Poznań 1963 (=Prace Instytutu Zachodniego; 34). [2., durchges. Aufl. Olsztyn 1973 (ohne Anmerkungsapparat)].

II.2. Wojewodschaft Pommerellen / Województwo pomorskie

Diest-Koerber, Nordewin von; G. Meißner, H.-J. Schuch. Die Stadt und der Landkreis Graudenz. Aus sieben Jahrhunderten deutscher Geschichte. o.O. 1976.

Dzieje Sępólna i okolic. Hrsg. v. Włodzimierz Jastrzębski. Bydgoszcz 1974.

Enzberg, Horst-Dieter von. Die Goetheschule in Graudenz und das deutsch-polnische Verhältnis (1920–1945). Lüneburg 1994 (=Beiträge zur Schulgeschichte; 5).

Die evangelischen General-Kirchenvisitationen in den von Ost- und Westpreußen sowie Posen 1920 abgetrennten Kirchenkreisen. Bearb. u. hrsg. v. Walther Hubatsch. Göttingen 1971.

Hauser, Przemysław. Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim w latach 1920–1939. Wrocław usw. 1981.

Kotowski, Wojciech. Teatry Deutsche Bühne w Wielkopolsce i na Pomorzu 1919–1939. Warszawa-Poznań 1985 (=Bydgoskie Towarzystwo Naukowe. Prace Wydziału Nauk Humanistycznych. Seria C; 28).

Mniejszości narodowe i wyznaniowe w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920–1939). Hrsg.v. Mieczysław Wojciechowski. Toruń 1991 (=Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku; 1).

Rasmus, Hugo. Pommerellen-Westpreußen 1919–1939. München Berlin 1989.
Rauschning, Hermann. Die Abwanderung der Deutschen aus Westpreußen und Posen nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1929. Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Nachdruck hrsg. v. Wolfgang Kessler. Essen 1988 [1. Aufl. Berlin 1930].
Rhode, Gotthold. Das Deutschtum in Posen und Pommerellen in der Zeit der Weimarer Republik. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln-Graz 1966. S. 88–132. (= Studien zum Deutschtum im Osten; 3).
Rosen, Hans von. Bilanz. Das deutsche Gut in Posen und Pommerellen. Hameln 1972.
Turowski, Stefan. Polityczne aspekty funkcjonowania Ewangelickiego Diakonatu Społecznościowego w Polsce z siedzibą w Więcborku w latach 1920–1939. In: Prace Wydziału Nauk Humanistycznych. Bydgoskie Towarzystwo Naukowe. Seria C. Nr. 26. Prace Komisji Historii 15 (1985). S. 159–192.
Wapiński, Roman. Życie polityczne Pomorza w latach 1920–1939. Warszawa usw. 1983 (=Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 81. Nr. 2).
Żmidziński, Franciszek. Realizacja reformy rolnej na Pomorzu 1920–1938. Warszawa Poznań 1978 (=Bydgoskie Towarzystwo Naukowe. Prace Wydziału Nauk Humanistycznych. Seria C; 21).
– Zmiany w strukturze agrarnej powiatu sępoleńskiego w okresie międzywojennym. In: Prace Wydziału Nauk Humanistycznych. Bydgoskie Towarzystwo Naukowe. Seria C. Nr.16. Prace Komisji Historii 11(1975). S. 177–217.

II.3. Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen / Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie – Prusy Zachodnie

Benyskiewicz, Joachim. Położenie Polaków w Marchii Granicznej w latach 1919–1943. Zielona Góra 1968.
Czarnik, Gabriela. Polski ruch młodzieżowy na Pograniczu i Kaszubach w latach 1919–1939. Koszalin 1977.
Dworecki, Zbigniew. Działalność narodowa ludności polskiej w rejencji pilskiej w latach 1920–1932. Poznań 1969 (=Biblioteka Słupska; 21).
Hielscher, Karl. Die preußischen Behörden und die katholische Geistlichkeit in der Provinz Posen im Spiegel der Akten des Landratsamtes Meseritz von 1888 bis 1932. In: Zeitschrift für Ostforschung 29 (1980). S. 250–259.
Lemiesz, Wiktor. Dąbrówka pod okiem hitlerowskiego żandarma. Poznań 1959.
– Dąbrówka Wielka. Przyczynek do dziejów polskiej ludności rodzimej. Poznań-Warszawa 1959 (=Świadectwa niemieckie; 6).
– Dąbrówka Wielka. Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Bevölkerung in den ehemaligen Ostprovinzen des Reiches. Poznań-Warszawa 1961.
Muszyński, Adam. Ruch polski w Złotowskiem w świetle akt Wojewódzkiego Archiwum Państwowego w Koszalinie. In: Rocznik Koszaliński 14 (1978). S. 89–102.
Pamiętniki nauczycieli złotowskich 1929–1939. Hrsg. v. Edmund Makowski. Poznań 1964 (=Biblioteka Słupska; 12).
Popielas-Szultka, Barbara; Zygmunt Szultka. Dzieje Zakrzewa. Koszalin 1974.
Trzebiatowski, Klemens. Oświata i szkolnictwo polskie na Pomorzu Zachodnim w pierwszej połowie XX wieku (1900–1939). Poznań 1961.

Wąsicki, Jan. Prowincja Grenzmark Posen-Westpreußen 1918–1933. Zielona Góra 1967.
Wurzbacher, Gerhard. Studien über den Wandel der sozialen und völkischen Struktur eines Landkreises im pommerschen-westpreußischen Grenzraum zwischen 1773 und 1937. In: Zeitschrift für Ostforschung 2 (1953). S. 190–207.
Ziemia Złotowska. Hrsg. v. Wojciech Wrzesiński. Gdańsk 1969.
Źródła do dziejów Polaków w Marchii Granicznej w latach 1919–1945. Hrsg. v. Joachim Benyskiewicz. Zielona Góra 1967.

II.4. Wojewodschaft Posen (vgl. auch II.2.) / Województwo poznańskie (zob. też II.2.)

Dąbrowski, Roman. Obszarnictwo niemieckie w Wielkopolsce w latach 1920–1939. In: Przegląd Zachodni 39 (1983). Nr. 4. S. 15–25.
Karzel, Karl. Die deutsche Landwirtschaft in Posen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Marburg/Lahn 1961 (= Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas; 51).
Knach-Wojcieszyk, Elżbieta. Udział przedstawicieli mniejszości niemieckiej w działalności Rady Miejskiej Poznania w latach 1919–1939. In: Przegląd Zachodni 44 (1988). Nr. 1. S. 130–147.
Makowski, Edmund. Kształtowanie się stosunków społeczno-politycznych w Wielkopolsce w latach 1926–1939. Warszawa-Poznań 1979.
– Wpływ zwycięstwa hitleryzmu w Niemczech na mniejszość niemiecką w Wielkopolsce. In: Rola Wielkopolski w dziejach Narodu Polskiego. Hrsg. v. Stanisław Kubiak u. Lech Trzeciakowski. Poznań 1979. S. 345–356 (=Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria Historia; 83).
Matelski, Dariusz. Ruch narodowosocjalistyczny w Wielkopolsce w latach 1931–1939. In: Przegląd Zachodni 48 (1992). Nr. 4. S. 182–205.
Rogala, Władysław. Polityka niemieckiej mniejszości narodowej w Wielkopolsce w latach 1919–1923 (w świetle polskich źródeł i materiałów). In: Przegląd Zachodni 13 (1957). Nr. 1. S. 173–187.
Swart, Friedrich. Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Leer 1954.
Zarys dziejów Nowego Tomyśla. Hrsg. v. Bogusław Polak. Nowy Tomyśl 1986.

II.5. Provinz Oberschlesien / Prowincja Górny Śląsk

Brożek, Andrzej. Polacy na Śląsku Opolskim w latach 1922–1945. [Opole 1972]. (=Biblioteczka Miesięcznika „Opole"; 5).
Dermin, Ryszard. Współpraca Komunistycznej Partii Polskiej z Komunistyczną Partią Niemiec na pograniczu polsko-niemieckim (ze szczególnym uwzględnieniem Górnego Śląska) w latach 1922–1938. Opole 1978.
Dzielnica I Związku Polaków w Niemczech. Materiały z sesji naukowej w 60-rocznicę powstania Dzielnicy I (Śląskiej) Związku Polaków w Niemczech. Opole, 30 marca 1983r. Hrsg. v. Michał Lis u. Władysław Zieliński. Opole 1984.

Jonca, Karol. Polityka narodowościowa Trzeciej Rzeszy na Śląsku Opolskim (1933–1940). Studium polityczno-prawne. [Katowice] 1970.

Lis, Michał. Geneza tzw. secesji w Dzielnicy I Związku Polaków w Niemczech w świetle źródeł archiwalnych. In: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 33 (1978). S. 565–578.

Masnyk, Marek. Polska prasa w województwie śląskim wobec ruchu polskiego na Śląsku Opolskim (1922–1933). Opole 1988.

Materiały do dziejów szkolnictwa polskiego na Śląsku Opolskim w międzywojennym dwudziestoleciu. Hrsg. v. Kazimierz Orzechowski. Wrocław usw. 1965 (=Documenta Silesiae; 3).

Minczakiewicz, Tadeusz. Stosunki społeczne na Śląsku Opolskim w latach 1922–1933. Wrocław usw. 1976.

Musioł, Teodor. Szkolnictwo polskie w rejencji opolskiej 1919–1939. Katowice 1964.

Mykita-Glensk, Czesława. Polskie życie teatralne na Śląsku Opolskim w okresie międzywojennym. Opole 1990.

Polacy i sprawy polskie w kartotece opolskiego gestapo. Hrsg. v. Ryszard Dermin u. Stefan Popiołek. Teil 1–3. Opole 1973–1974.

Antypolska polityka władz hitlerowskich na Śląsku Opolskim w latach 1933–1939 w świetle raportów konsulów polskich. Hrsg.v. Wojciech Wrzesiński. Wrocław usw. 1970 (=Documenta Silesiae; 6).

Połomski, Franciszek. Niemiecki Urząd do Spraw Mniejszości (1922–1937). Wrocław usw. 1965.

Powiat opolski. Szkice monograficzne. Hrsg. v. Józef Madeja. Opole 1969.

Rogowski, Stanisław. Komisja mieszana dla Górnego Śląska (1922–1937). Opole 1977.

Sapia-Drewniak, Eleonora. Polska oświata pozaszkolna w rejencji opolskiej w latach 1922–1939. Opole 1991.

Smołka, Leonard. Obraz Polaka i Polski oraz Niemca i Niemiec w prasie polskiej Śląska Opolskiego 1922–1939. In: Annales Silesiae 16 (1986). S. 75–93.

– Prasa polska na Śląsku Opolskim 1922–1939. Warszawa Wrocław 1976 (=Acta Universitatis Wratislaviensis; 327. Nauki polityczne; 8).

Wawrzyński, Tadeusz. Raporty o sytuacji ludności polskiej na Śląsku Opolskim w latach 1930–1936. In: Teki Archiwalne 14 (1973). S.151–176.

Wiśniewska, Krystyna M. Kontrowersje dotyczące problemu określenia struktury narodowościowej Górnego Śląska w okresie międzywojennym. In: Śląskie Studia Historyczne 3 (1977). S. 113–150.

Wrzesiński, Wojciech. Wygaśnięcie konwencji genewskiej w sprawach Górnego Śląska (15 VIII 1937r.). In: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 43 (1988). S. 77–97.

Wspomnienia Opolan. Bd. 1. Hrsg.v. Wiktor Kornatowski u. Kazimierz Malczewski. Warszawa 1960. Bd. 2. Hrsg.v. Alina Glińska, K. Malczewski u. A. Pałosz. Warszawa 1965.

Żyga, Stanisław. Polskie Banki Ludowe na Górnym Śląsku pod panowaniem niemieckim w latach 1895–1939. Warszawa 1967.

II.6. Wojewodschaft Schlesien / Województwo śląskie

Chałasiński, Józef. Antagonizm polsko-niemiecki w osadzie fabrycznej „Kopalnia" na Górnym Śląsku. Studjum socjologiczne. Warszawa 1935. [Übersetzung der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem 1935: Der polnisch-deutsche Gegensatz in der Fabriksiedlung „Kopalnia" in Oberschlesien. Eine soziologische Studie.]

Cygański, Mirosław. Z dziejów Volksbundu (1921–1932). Opole 1966 (=Wydawnictwa Instytutu Śląskiego w Opolu. Komunikaty. Seria niemcoznawcza; 14).

– Hitlerowska V kolumna w województwach śląskim i krakowskim w 1939 roku. Opole 1972.

– Hitlerowskie organizacje dywersyjne w województwie śląskim 1931–1936. Katowice 1971.

– Volksbund w służbie III Rzeszy 1933–1938. Opole 1968 (= Wydawnictwa Instytutu Śląskiego w Opolu. Komunikaty. Seria niemcoznawcza; 17).

Falęcki, Tomasz. Niemieckie szkolnictwo mniejszościowe na Górnym Śląsku w latach 1922–1939. Katowice 1970.

Grajewski, Andrzej. Kościół katolicki na Górnym Śląsku wobec mniejszości niemieckiej w Dwudziestoleciu. In: Więź 29 (1986). Nr. 9. S. 104–119.

Gröschel, Bernhard. Themen und Tendenzen in Schlagzeilen der „Kattowitzer Zeitung" und des „Oberschlesischen Kuriers" 1925–1939. Analyse der Berichterstattung zur Lage der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien. Berlin 1993 (= Schriften der Stiftung Haus Oberschlesien. Landeskundliche Reihe; 6).

Grzyb, Mieczysław. Narodowościowo-polityczne aspekty przemian stosunków własnościowych i kadrowych w górnośląskim przemyśle w latach 1922–1939. Katowice 1978 (=Prace naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach; 228).

Keitsch, Frank. Das Schicksal der deutschen Volksgruppe in Ostoberschlesien in den Jahren 1922–1939. Dülmen 1982 (= Stiftung Haus Oberschlesien; 1).

Krzyżanowski, Lech. Kościół katolicki wobec kwestii narodowościowej na Górnym Śląsku w latach 1922–1939. In: Przegląd Zachodni 48 (1992). Nr. 2. S. 71–88.

Rechowicz, Henryk. Wojewoda śląski dr Michał Grażyński. Warszawa Kraków 1988.

Reiner, Bolesław. Z problemów narodowościowo-wyznaniowych w województwie śląskim (1922–1939). In: Studia Śląskie. Seria Nowa 30 (1976). S. 113–136.

Rogowski, Stanisław. Polski Urząd do Spraw Mniejszości (1922–1937). In: Acta Universitatis Wratislaviensis. Nr. 411. Prawo. 73 (1979). S. 3–19.

Staniewicz, Restytut. Mniejszość niemiecka w województwie śląskim w latach 1922–1933. Katowice 1965 (=Śląski Instytut Naukowy. Biuletyn; 26).

Walczak, Jan. Polska i niemiecka socjaldemokracja na Górnym Śląsku i w Cieszyńskiem po przewrocie majowym 1926–1939. Katowice 1980.

– Życie ideologiczne śląskich organizacji Polskiej Partii Socjalistycznej i Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens w latach dwudziestych XX wieku. In: Studia Śląskie. Seria Nowa 46 (1988). S. 39–76.

Wanatowicz, Maria. Niemcy wobec problemu integracji Górnego Śląska z Rzeczpospolitą (1922–1939). In: Niemcy wobec konfliktu narodowościowego na Górnym Śląsku po I wojnie światowej. Hrsg. v. Andrzej Szefer. Poznań 1989. S. 141–156.

Wynot, Edward D. The Case of German Schools in Polish Upper Silesia, 1922–1939. In: The Polish Review 19 (1974). Nr. 2. S. 47–69.

Dokumentenverzeichnis / Wykaz dokumentów

001

20.12.1920: Regierungsrat Dr. Poeschel in Königsberg. Aufzeichnung über eine Fahrt durch das Abstimmungsgebiet (13.–18.12.1920)

20 XII 1920r.: Radca rządowy dr Poeschel w Königsberg. Notatka z podróży po obszarze plebiscytowym (13–18 XII 1920r.)

002

5.4.1921: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Sekretär des Polenbundes in Allenstein, Bruno Gabrylewicz

5 IV 1921r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus.Bruno Gabrylewicz, sekretarz Związku Polaków w Allenstein

003

28.2.1922: Landeskriminalpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Stand der polnischen Bewegung in den ehemaligen Abstimmungsgebieten

28 II 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do MSW Prus. Stan ruchu polskiego na byłych obszarach plebiscytowych

004

10.6.1922: Landeskriminalpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Republik Polen und polnische Minderheit

10 VI 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do MSW Prus. Rzeczpospolita Polska a mniejszość polska

005

August 1922: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Versammlung des polnischen Schulvereins in Stuhm (30.7.1922)

Sierpień 1922r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Zebranie towarzystwa szkolnego w Stuhm (30 VII 1922r.)

006

8.11.1922: Landeskriminalpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Entwicklung der polnischen Bewegung seit dem Plebiszit

18 XI 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do MSW Prus. Rozwój ruchu polskiego od czasu plebiscytu

007

15.11.1922: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Lagebericht (1.–15.11.1922)

15 XI 1922r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Sprawozdanie sytuacyjne (1–15 XI 1922r.)

008

8.1.1923: Der Oberpräsident in Königsberg an den Präsidenten des Landesfinanzamtes ebendort. Deutsche Beamte auf einer polnischen Festveranstaltung in Stuhm (22.10.1922)

8 I 1923r.: Naczelny prezydent w Königsberg do prezydenta krajowego urzędu skarbowego w miejscu. Udział urzędników niemieckich w uroczystości polskiej w Stuhm (22 X 1922r.)

009

30.1.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Mögliche Besetzung Ostpreußens durch Polen

30 I 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Możliwość okupacji Prus Wschodnich przez Polskę

010

22.5.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Errichtung polnischer Ein- und Verkaufsstellen für Getreide und Kunstdünger

22 V 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Utworzenie polskich punktów skupu i sprzedaży zboża i nawozów sztucznych

011

24.5.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Intervention polnischer Minderheitenführer zugunsten verurteilter Redakteure der „Deutschen Rundschau in Polen"

24 V 1923: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Interwencja przywódców mniejszości polskiej na rzecz skazanych redaktorów dziennika „Deutsche Rundschau in Polen"

012

28.5.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Verlagerung des Schwerpunktes der polnischen Bewegung – 28.5.1923

28 V 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Przesunięcie punktu ciężkości ruchu polskiego

013

9.6.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Zunehmendes Selbstbewußtsein der polnischen Minderheit

9 VI 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Rosnąca pewność siebie mniejszości polskiej

014

16.8.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Gründungsversuch einer polnischen landwirtschaftlichen Genossenschaft in Stuhm (Frühjahr 1923)

16 VIII 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Próba założenia polskiej spółdzielni rolniczej w Stuhm (wiosną 1923r.)

015

4.11.1923: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Lagebericht (16. – 31. Oktober 1923)

4 XI 1923r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Sprawozdanie sytuacyjne (16–31 X 1923r.)

016

November 1923: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Engagement des Sanitätsrates Dr. Morawski, Stuhm, in der polnischen Bewegung

Listopad 1923r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Angażowanie się radcy sanitarnego dra Morawskiego w Stuhm w ruch polski

017

24.5.1924: Landesgrenzpolizei in Königsberg an den Oberpräsidenten ebendort. Gemeindewahlen in Straszewo, Kreis Stuhm

24 V 1924r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do naczelnego prezydenta w miejscu. Wybory gminne we wsi Straszewo, pow. Stuhm

018

24.1.1925: Der Oberpräsident in Königsberg an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Gründung eines Verbandes der polnischen Jugendvereine Ostpreußens in Allenstein (3.11.1923)

24 I 1925r.: Naczelny prezydent w Königsberg do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej publicznej. Założenie Związku Polskich Stowarzyszeń Młodzieżowych Prus Wschodnich w Allenstein (3 XI 1923r.)

019

10.9.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Unzufriedenheit der polnischen Minderheit im Kreis Stuhm mit ihren Führern –

10 IX 1925r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Niezadowolenie mniejszości polskiej w powiecie Stuhm z jej przywódców

020

14.10.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Zusammenarbeit von polnischer und litauischer Minderheit in Deutschland

14 X 1925r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Współpraca mniejszości polskiej i litewskiej w Niemczech

021

5.12.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Gerüchte über eine Besetzung Ostpreußens durch Polen

5 XII 1925r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Pogłoski o okupacji Prus Wschodnich przez Polskę

022

5.12.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Beurteilung der Familie des Kaufmanns Block, Stuhm, in nationaler Hinsicht

5 XII 1925r: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Opinia na temat rodziny kupca Emila Blocka, zam. w Stuhm, pod względem narodowym

023

6.1.1926: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Das polnische Bankwesen

6 I 1926r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Polski system bankowy

024

11.1.1926: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Finanzkrise der polnischen Bewegung

11 I 1926r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Kryzys finansowy ruchu polskiego

025

26.9.1929: Der Oberpräsident in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Fahnen beim Schulfest der Minderheitsschule in Honigfelde (14.9.1929)

26 IX 1929r.: Naczelny prezydent w Königsberg do MSW Prus. Flagi polskie na uroczystości szkolnej szkoły mniejszości polskiej we wsi Honigfelde (14 IX 1929r.)

026

11.10.1934: Der Oberpräsident in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Lagebericht (September 1934)

11 X 1934r.: Naczelny prezydent w Königsberg do MSW Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (wrzesień 1934r.)

027

7.11.1934: Staatspolizeistelle Königsberg an das Geheime Staatspolizeiamt. Lagebericht (Oktober 1934)

7 XI 1934r.: Placówka policji państwowej w Königsberg do urzędu tajnej policji państwowej. Sprawozdanie sytuacyjne (październik 1934r.)

028

18.5.1935: Der Oberpräsident in Königsberg an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (März–April 1935)

18 V 1935r.: Naczelny prezydent w Königsberg do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (marzec-kwiecień 1935r.)

029

19.11.1920: Der Landrat in Stuhm an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Polnische Kindergärten

19 XI 1920r.: Landrat w Stuhm do prezydenta rejencji w Marienwerder. Przedszkola polskie

030

19.3.1922: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Abwanderung nach Polen

19 III 1922r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Odpływ ludności polskiej do Polski

031

23.3.1923: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Stellung des Kasimir von Donimirski innerhalb der polnischen Minderheit

23 III 1923r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Pozycja Kazimierza Donimirskiego wśród mniejszości polskiej

032

6.4.1926: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Finanzminister. Kreditgenossenschaften im Kreis Stuhm

6 IV 1926r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra finansów Prus. Towarzystwa kredytowe w pow. Stuhm

033

1.6.1926: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Jahreshauptversammlung des Polenbundes in Stuhm (30.5.1926)

1 VI 1926r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Walne zebranie roczne Związku Polaków w Stuhm (30 V 1926)

034

17.9.1929: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Verstärkte Aktivität der polnischen Minderheit

17 IX 1929r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Wzmożona działalność mniejszości polskiej

035

10.2.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Nationalfarben bei einer Beerdigung in Stuhm (2.1.1930)

10 II 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Polskie barwy narodowe na pogrzebie w Stuhm (2 I 1930r.)

036

29.10.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Zwischenfall in Nikolaiken, Kreis Stuhm (20.10.1930)

29 X 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Incydent we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (20 X 1930r.)

037

31.10.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Telegramm über erneuten Zwischenfall in Nikolaiken, Kreis Stuhm (29./30.10.1930)

31 X 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Telegram dot. kolejnego incydentu we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (29/30 X 1930r.)

038

1.11.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an das Auswärtige Amt. Hintergründe des Zwischenfalls in Nikolaiken, Kreis Stuhm (29./30.10.1930)

1 XI 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do MSZ. Tło incydentu we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (29/30 X 1930r.)

039

8.12.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Das polnische Minderheitsschulwesen

8 XII 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Szkolnictwo mniejszości polskiej

040

Anfang 1931: Der Landrat in Stuhm an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Weihnachtsbescherungen in polnischen Vereinen, Schulen und Kindergärten

Początek 1931r.: Landrat w Stuhm do prezydenta rejencji w Marienwerder. Podarki gwiazdkowe w polskich stowarzyszeniach, szkołach i przedszkolach

041

6.2.1931: Der Polizeipräsident in Elbing an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Tagung des Polenbundes in Stuhm (1.2.1931)

6 II 1931r.: Prezydent policji w Elbing do prezydenta rejencji w Marienwerder. Narada Związku Polaków w Stuhm (1 II 1931r.)

042

23.7.1931: Der Polizeipräsident in Elbing an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Auswirkungen der Wirtschaftskrise

23 VII 1931r.: Prezydent policji w Elbing do prezydenta rejencji w Marienwerder. Skutki kryzysu gospodarczego

043

10.12.1931: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Störung der Predigt des Bischofs von Ermland in Stuhm

10 XII 1931r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Zakłócenie kazania biskupa Warmii w Stuhm

044

1.2.1932: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Beurteilung des „Polnisch-preußischen Bundes"

1 II 1932r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Opinia o „Związku Prusko-Polskim"

045

9.6.1932: Der Polizeipräsident in Elbing an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Kaffeekränzchen des Kingavereins in Nikolaiken, Kreis Stuhm (29.5.1932)

9 VI 1932r.: Prezydent policji w Elbing do prezydenta rejencji w Stuhm. Spotkanie towarzyskie Stowarzyszenia św. Kingi we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (29 V 1932r.)

046

30.6.1934: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Empfang des polnischen Konsuls in Marienwerder (3.5.1934)

30 VI 1934r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Przyjęcie konsula polskiego w Marienwerder (3 V 1934r.)

047

19.11.1934: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Interpretation der Volkszählung von 1933

19 XI 1934r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Interpretacja spisu ludności z 1933r.

048

30.11.1934: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Versammlung des Kinga-Vereins in Altmark, Kreis Stuhm (4.11.1934)

30 XI 1934r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Zebranie Stowarzyszenia św. Kingi we wsi Altmark, pow. Stuhm (4 XI 1934r.)

049

15.4.1935: Staatspolizeistelle Elbing an die Staatspolizeistelle Königsberg. Auswirkungen des deutsch-polnischen Abkommens auf die polnische Minderheit

15 IV 1935r.: Policja placówki państwowej w Elbing do placówki policji państwowej w Königsberg. Wpływ paktu polsko-niemieckiego na mniejszość polską

050

März 1935: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

Marzec 1935r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

051

13.1.1936: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

13 I 1936r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

052

27.3.1920: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Fragenkatalog zur periodischen Lageberichterstattung

27 III 1920r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Kwestionariusz dot. periodycznego składania sprawozdań sytuacyjnych

053

9.12.1920: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Berichterstattung über den Deutschtumsbund

9 XII 1920r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Sprawozdania z działalności „Deutschtumsbund"

054

11.2.1922: Amt für öffentliche Sicherheit der Wojewodschaft in Toruń an den Wojewoden ebendort. Lagebericht (Januar 1922)

11 II 1922r.: Wydział Bezpieczeństwa Publicznego Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu do Wojewody na miejscu. Sprawozdanie sytuacyjne (styczeń 1922)

055

11.5.1923: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Auflösung aller Organisationen des Deutschtumsbundes

11 V 1923r.: Wojewoda w Toruniu do starostów. Rozwiązanie wszystkich organizacji Deutschtumsbundu

056

19.6.1923: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Ungebrochene Aktivität des Deutschtumbundes

19 VI 1923r.: Wojewoda w Toruniu do starostów. Kontynuowanie działalności przez Deutschtumsbund

057

4.11.1925: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Lagebericht für Oktober 1925

4 XI 1925r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne za okres październik 1925r.

058

23.4.1927: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Richtlinien zur Berichterstattung

23 IV 1927r.: Wojewoda w Toruniu do Starostów. Wytyczne odnośnie do sprawozdań

059

23.4.1927: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Anlegung eines Katasters der deutschen Minderheit

23 IV 1927r.: Wojewoda w Toruniu do Starostów. Założenie katastru mniejszości niemieckiej

060

27.8.1931: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Aktualisierung des Katasters der deutschen Minderheit

27 VIII 1931r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Aktualizacja katastru mniejszości niemieckiej

061

Juli 1932: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juni 1932)

lipiec 1932r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (czerwiec 1932r.)

062

März 1933: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1933)

Marzec 1933r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1933r.)

063

März 1934: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1934)

Marzec 1934r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1934r.)

064

März 1935: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Berichterstattung über den Volkstrauertag der deutschen Minderheit (16.–17.3.1935)

Marzec 1935r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Polecenie złożenie sprawozdań dot. żałoby narodowej mniejszości niemieckiej (16–17 III 1935r.)

065

13.2.1936: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Vorgehen gegen die DV

13 II 1936r.: Wojewoda w Toruniu do starostów. Postępowanie wobec DV

066

11.8.1936: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Erlaß des Innenministeriums vom 8.6.1936 über die Vorgehensweise gegen die deutsche Minderheit

11 VIII 1936r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Rozporządzenie MSW z dn. 8 VI 1936r. dot. sposobu postępowania wobec mniejszości niemieckiej

067

Oktober 1936: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (September 1936)

Październik 1936r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1936r.)

068

April 1938: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)

Kwiecień 1938r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1938r.)

069

12.4.1939: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Zwischenfälle der letzten Zeit

12 IV 1939r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Incydenty w ostatnim okresie

070

15.4.1939: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Fernschreiben über Zwischenfälle

15 IV 1939r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Juzogram dot. zajść

071

Mai 1939: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (April 1939)

Maj 1939r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

072

August 1939: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1939)

Sierpień 1939r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1939r.)

073

18.2.1920: Der Starost in Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Festnahme des deutschen Sozialistenführers Gahr aus Grudziądz.

18 II 1920r.: Starosta w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Aresztowanie Gahra, niemieckiego przywódcy socjalistycznego zam. w Grudziądzu

074

28.2.1920: Starostei Grudziądz an den Kreis-Polizeikommandanten ebendort. Weiteres Vorgehen gegen den deutschen Sozialistenführer Gahr

28 II 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Komendanta Posterunku Powiatowego w miejscu. Dalsze postępowanie przeciwko Gahrowi, niemieckiemu przywódcy socjalistycznemu

075

13.5.1920: Starostei Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht

13 V 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

076

14.7.1920: Starostei Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht

14 VII 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

077

20.8.1920: Starostei Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht

20 VIII 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

078

28.2.1928: Staatspolizeikommando Grudziądz an den Starosten ebendort. Deutsche Wahlversammlung in Dusocin (25.2.1928)

28 II 1928r.: Komenda Policji Państwowej w Grudziądzu do Starosty w miejscu. Niemieckie zebranie wyborcze we wsi Dusocin (25 II 1928r.)

079

11.10.1928: Der Starost in Grudziądz an den Wojewoden in Toruń. Wochen-Lagebericht Nr. 41

11 X 1928r.: Starosta w Grudziądzu do Wojewody w Toruniu. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne nr 41

080

26.10.1932: Ermittlungsabteilung der Staatspolizei in Grudziądz an den Oberbürgermeister ebendort. Schulverhältnisse in Dusocin

26 X 1932r.: Wydział Śledczy Policji Państwowej w Grudziądzu do Starosty Grodzkiego w miejscu. Stosunki szkolne we wsi Dusocin

081

20.11.1934: Der Starost in Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Feier des Unabhängigkeitstages in evangelischen Kirchen

20 XI 1934r.: Starosta w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Uroczystości z okazji Dnia Niepodległości w zborach ewangelickich

082

18.3. 1935: Staatspolizeiposten in Łasin an den Starosten in Grudziądz. Deutsche Heldengedenkfeier (17.3.1935)

18 III 1935r.: Posterunek Policji Państwowej we wsi Łasin do Starosty w Grudziądzu. Obchody niemieckiego Dnia Pamięci Bohaterów (17 III 1935)

083

28.6.1935: Magistrat Radzyń an den Starosten in Grudziądz. Verstärkte Aktivität der deutschen Minderheit

28 VI 1935r.: Zarząd Miejski w Radzynie do Starosty w Grudziądzu. Wzmożona działalność mniejszości niemieckiej

084

13.7.1920: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht

13 VII 1920r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

085

13.8.1920: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht

13 VIII 1920r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

086

1.5.1922: Der Starost in Sępólno Kr. Verzeichnis politisch verdächtigter Personen

1 V 1922r.: Starosta w Sępólnie Kr. Spis osób politycznie podejrzanych

087

10.8.1922: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Juli 1922)

10 VIII 1922r.: Starosta w Sępólnie do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (lipiec 1922)

088

26.3.1923: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an das Bezirkskommando XII der Staatspolizei in Toruń. Deutsche patriotische Lieder auf einer Veranstaltung des Landbundes in Sępólno Kr. (16.1.1923)

26 III 1923r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Komendy Policji Państwowej Okręgu XII w Toruniu. Niemieckie pieśni patriotyczne na zebraniu Landbundu (16 I 1923r.)

089

26.3.1923: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Februar 1923)

26 III 1923r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (luty 1923r.)

090

3.7.1923: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Juni 1923)

3 VII 1923r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (czerwiec 1923)

091

2.7.1926: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Juni 1926)

2 VII 1926r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (czerwiec 1926)

092

3.11.1926: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Oktober 1926)

3 XI 1926r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (październik 1926)

093

21.2.1929: Nachrichten-Dienststelle Nr. 36 in Kamień Pomorski an das Grenzkommissariat ebendort. Antipolnische Betätigung des Bernard Römer aus Dąbrówka-Abbau

21 II 1929r.: Posterunek służby informacyjnej nr 36 w Kamieniu Pomorskim do Komisariatu Straży Granicznej w miejscu. Działalność antypolska Bernarda Römera z miejscowości Dąbrówka-Wybudowanie

094

10.3.1932: Staatspolizeiposten Sępólno Kr. an die Starostei ebendort. Rede des Sejmabgeordneten Graebe aus Bydgoszcz (10.3.1932)

10 III 1932r.: Posterunek Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starostwa w miejscu. Mowa Graebego, posła do Sejmu z Bydgoszczy (10 III 1932)

095

16.3.1934: Staatspolizeiposten Sępólno Kr. an den Postenkommandanten ebendort. Verhalten des Lehrers Oberländer in Wiśniewka gegenüber polnischen Kindern

16 III 1934r.: Posterunek Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Komendanta Posterunku Policji Państwowej w miejscu. Zachowanie się nauczyciela Oberländera we wsi Wiśniewka wobec dzieci polskich

096

8.11.1934: Staatspolizeiposten Kamień Pomorski an die Starostei Sępólno Kr. Entlassung polnischer Arbeiterinnen durch den Landwirt Bernard Burdik in Dąbrówka

8 XI 1934r.: Posterunek Policji Państwowej w Kamieniu Pomorskim do Starosty w Sępólnie Kr. Zwolnienie polskich robotnic przez rolnika Bernarda Burdika we wsi Dąbrówka

097

5.12.1934: Staatspolizeiposten Wałdowo an den Starosten in Sępólno Kr. Versammlung der DV (3.12.1934)

5 XII 1934r.: Posterunek Policji Państwowej w Wałdowie do Starosty w Sępólnie Kr. Zebranie "DV" (3 XII 1934r.)

098

18.3.1935: Staatspolizeiposten Wałdowo an den Starosten in Sępólno Kr. Deutsche Heldengedenkfeier (17.3.1935)

18 III 1935r.: Posterunek Policji Państwowej w Wałdowie do Starosty w Sępólnie Kr. Obchody niemieckiego Dnia Pamięci Bohaterów (17 III 1935r.)

099

28.11.1936: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Sprengung einer Veranstaltung der DV durch JDP-Anhänger (27.11.1936)

28 XI 1936r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Rozbicie zebrania „DV" przez zwolenników „JDP" (27 XI 1936r.)

100

1.5.1937: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht (April 1937)

1 V 1937r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (kwiecień 1937)

101

22.11.1937: Staatspolizeiposten Sypniewo an den Starosten in Sępólno Kr. Auswirkungen der Auflösung des deutschen Gesangvereins "Konkordia" in Lubcza

22 XI 1937r.: Posterunek Policji Państwowej w Sypniewie do Starosty w Sępólnie Kr. Następstwa rozwiązania niemieckiego towarzystwa śpiewaczego "Konkordia" w Lubczy

102

10.2.1938: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Versammlung des Landbundes Weichselgau in Sępólno Kr. (9.2.1938)

10 II 1938r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Zebranie związku ziemskiego „Weichselgau" w Sępólnie Kr. (9 II 1938r.)

103

14.3.1938: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Deutsche Heldengedenkfeier in Sępólno Kr. (13.3.1938)

14 III 1938r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Obchody niemieckiego Dnia Pamięci Bohaterów (13 III 1938r.)

104

18.3.1938: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Versammlung der JDP in Sępólno Kr. (15.3.1938)

18 III 1938r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. Zebranie „JDP" w Sępólnie Kr. (15 III 1938r.)

105

7.3.1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Schließung deutscher Versammlungsräume

7 III 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Zamknięcie niemieckich sal zgromadzeń

106

April 1938: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (März 1938)

Kwiecień 1938r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1938r.)

107

21.4.1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Polonisierung der Genossenschaftsmolkerei in Kamień Pomorski

21 IV 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Spolszczenie mleczarni spółdzielczej w Kamieniu Pomorskim

108

Juni 1938: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1938)

Czerwiec 1938r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1938r.)

109

August 1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1938)

Sierpień 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1938r.)

110

10.12.1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Beurteilung der Konzessionsinhaber für den Alkoholverkauf in nationaler Hinsicht

10 XII 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Opinia o posiadaczach koncesji na sprzedaż alkoholu pod względem narodowym

111

4.1.1939: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Festnahme des Landwirts Paweł Weilandt aus Duża Cerkwica wegen antipolnischer Äußerungen

4 I 1939r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Aresztowanie Pawła Weilandta, rolnika ze wsi Duża Cerkwica z powodu antypolskich wypowiedzi

112

16.1.1939: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Beurteilung des Kaufmanns Konrad Bracka aus Więcbork in nationaler Hinsicht

16 I 1939r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Opinia o Konradzie Bracka, kupca z Więcborka pod względem narodowym

113

Februar 1939: Starostei Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1939)

luty 1939r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1939r.)

114

17.03.1939: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Stimmung der deutschen Minderheit nach Hitlers Einmarsch in Prag

17 III 1939r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Nastroje wśród mniejszości niemieckiej po wkroczeniu Hitlera do Pragi

115

Mai 1939: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (April 1939)

Maj 1939r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

116

3.8.1939: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht (Juli 1939)

3 VIII 1939r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (lipiec 1939r.)

117

15.2.1922: Der stellvertretende Oberpräsident in Schneidemühl an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Propaganda und Möglichkeiten ihrer Begegnung

15 II 1922r.: Pełniący obowiązki naczelnego prezydenta w Schneidemühl do MSW Prus. Propaganda polska i możliwości jej zapobiegania

118

24.3.1922: Landeskriminalpolizei in Schneidemühl an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Bewegung in Betsche, Kreis Meseritz

24 III 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Schneidemühl do MSW Prus. Ruch polski w Betsche, pow. Meseritz

119

11.4.1922: Landeskriminalpolizei in Schneidemühl an das Preußische Ministerium des Innern. Erschwerung der Abwanderung nach Polen durch polnischen Klerus

11 IV 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Schneidemühl do MSW Prus. Utrudnianie migracji do Polski przez kler polski

120

31.7.1922: Der stellvertretende Oberpräsident in Schneidemühl, an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Jugendorganisationen im Kreis Flatow

31 VII 1922r.: Pełniący obowiązki naczelnego prezydenta w Schneidemühl do MSW Prus. Polskie organizacje młodzieżowe w pow. Flatow

121

20.10.1922: Landeskriminalpolizei in Schneidemühl an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Nationale Verhältnisse in Ortschaften des Kreises Meseritz

20 X 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Schneidemühl do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Stosunki narodowościowe w miejscowościach pow. Meseritz

122

22.3.1923: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Gründung einer Ortsgruppe des Polenbundes in Groß Dammer, Kreis Meseritz (11.3.1923)

22 III 1923r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Założenie oddziału miejscowego Związku Polaków we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (11 III 1923r.)

123

10.1.1925: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Verhinderung einer polnischen Wahlveranstaltung in Betsche, Kreis Meseritz (24.11.1924)

10 I 1925r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Uniemożliwienie odbycia polskiego wiecu wyborczego w Betsche, pow. Meseritz (24 XI 1924r.)

124

30.7.1926: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Polnisches Kinderfest in Zakrzewo, Kreis Flatow (18.7.1926)

30 VII 1926r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Polska zabawa dla dzieci we wsi Zakrzewo, pow. Flatow (18 VII 1926r.)

125

8.3.1927: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Fortbildungskurse in Polen für Minderheitsangehörige aus dem Kreis Flatow

8 III 1927r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Kursy dokształcające w Polsce dla członków mniejszości polskiej zamieszkujących w pow. Flatow

126

17.7.1927: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Zwischenfall bei einer Fahnenweihe des polnisch-katholischen Jugendvereins in Lugetal, Kreis Flatow (29.6.1927)

17 VII 1927r.: Naczelny prezydent w Schnedemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Incydent w czasie uroczystości poświęcenia sztandaru polsko-katolickiego stowarzyszenia młodzieżowego we wsi Lugetal, pow. Flatow (29 VI 1927r.)

127

2.9.1927: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Fahnenweihe des katholischen Jünglingsvereins in Groß Dammer, Kreis Meseritz (7.8.1927)

2 IX 1927r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Poświęcenie sztandaru katolickiego stowarzyszenia młodzieży męskiej we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (7 VIII 1927r.)

128

18.2.1928: Die Polizeidirektion in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Überblick über die polnische Bewegung (für 1927)

18 II 1928r.: Dyrekcja policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta w miejscu. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1927)

129

8.3.1928: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Zeigen polnischer Nationalfarben in der Öffentlichkeit

8 III 1928r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Publiczne pokazywanie polskich barw narodowych

130

25.2.1929: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Überblick über die polnische Bewegung (für 1928)

25 II 1929r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1928)

131

19.6.1929: Der Polizeidirektor in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Eröffnung der polnischen Minderheitsschule in Groß Dammer, Kreis Meseritz (10.6.1929)

19 VI 1929r.: Dyrektor policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta w miejscu. Otwarcie szkoły mniejszości polskiej we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (10 VI 1929r.)

132

4.7.1929: Der Oberpräsident in Schneidemühl (z. Zt. Berlin) an den Preußischen Minister des Innern. Übergang deutschen Grundbesitzes an Polen

4 VII 1929r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl (obecnie w Berlinie) do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Przejście niemieckiej własności ziemskiej do rąk polskich

133

16.2.1930: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern in Berlin. Überblick über die polnische Bewegung (für 1929)

16 II 1930r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1929)

134

17.5.1930: Regierung in Schneidemühl an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Verhalten des Schulamtsbewerbers Rilinger in Scharzig, Kreis Meseritz

17 V 1930r.: Rejencja w Schneidemühl do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Zachowanie się kandydata na nauczyciela Rilingera we wsi Scharzig, pow. Meseritz

135

15.9.1930: Der Polizeidirektor in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Wahlveranstaltung in Zakrzewo, Kreis Flatow (6.9.1930)

15 IX 1930r.: Dyrektor policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta w miejscu. Polskie zebranie wyborcze we wsi Zakrzewo, pow. Flatow (6 IX 1930r.)

136

7.1.1932: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern in Berlin. Polnische Kulturausstellung in Flatow (5.–13.12.1931)

7 I 1932r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Wystawa kultury polskiej w Flatow (5–13 XII 1931r.)

137

12.12.1932: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Stimmen bei den Reichstagswahlen

12 XII 1932r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Głosy polskie przy wyborach do Reichstagu

138

27.1.1933: Der Polizeidirektor in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Winterfest des polnisch-katholischen Jungmännervereins Glumen in Zakrzewo, Kreis Flatow (22.1.1933)

27 I 1933r.: Dyrektor policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta. Zabawa zimowa polsko- katolickiego Stowarzyszenia młodych mężczyzn ze wsi Glumen we wsi Zakrzewo, pow. Flatow (22 I 1933r.)

139

12.8.1933: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern in Berlin. Zwischenfälle in Groß Dammer, Kreis Meseritz (Juli 1933)

12 VIII 1933r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Incydenty we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (lipiec 1933r.)

140

26.11.1934: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Interpretation der Volkszählung von 1933

26 XI 1934r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Interpretacja spisu ludności z 1933r.

141

31.1.1935: Staatspolizeistelle Schneidemühl an das Geheime Staatspolizeiamt. Überblick über die polnische Bewegung (für 1934)

31 I 1935r.: Placówka policji państwowej w Schneidemühl do urzędu tajnej policji państwowej. Przegląd ruchu polskiego (za 1934r.)

142

2.10.1935: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (August-September 1935)

2 X 1935r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (sierpień-wrzesień 1935r.)

143

7.10.1935: Der Oberpräsident in Berlin (für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen) an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (August-September 1935)

7 X 1935r.: Naczelny prezydent w Berlinie (dla prowincji Brandenburg i Marchii granicznej Posen-Westpreußen) do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (sierpień-wrzesień 1935r.)

144

18.3.1937: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Werbung für polnische Minderheitsschulen

18 III 1937r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Propaganda dla szkół mniejszości polskiej

145

24.3.1938: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Landrat in Meseritz. Baulicher Zustand polnischer Minderheitenschulen im Vergleich zur deutschen Minderheitsschule Neutomischel

24 III 1938r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do landrata w Meseritz. Stan budowli szkolnych mniejszości polskiej w porównaniu do szkoły mniejszości niemieckiej w Nowym Tomyślu

146

13.4.1938: Der Oberpräsident in Berlin (für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen) an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Verhalten der Polen bei der Volksabstimmung und Reichstagswahl (10. 4. 1938)

13 IV 1938r.: Naczelny prezydent w Berlinie (dla prowincji Brandenburg i Marchii granicznej Posen-Westpreußen) do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Postawa Polaków zamieszkujących w pow. Flatow w czasie plebiscytu i wyborów do Reichstagu (10 IV 1938r.)

147

27.6.1939: Der Regierungspräsident in Frankfurt/Oder an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Maßnahmen gegen Lehrer an polnischen Minderheitsschulen

27 VI 1939r.: Prezydent rejencji w Frankfurt/Oder do ministra Rzeszy do spraw nauki, wychowania i oświaty ludowej. Środki podejmowane przeciwko nauczycielom w szkołach mniejszości polskiej

148

20.1.1921: Kommissariat Flatow der Landesgrenzpolizei Osten an den Landrat ebendort. Feier der polnischen Arbeiter-Vereinigung in Krojanke (16.1.1921)

20 I 1921r.: Komisariat krajowej policji granicznej „Wschód" w Flatow do landrata w miejscu. Uroczystość polskiego stowarzyszenia robotniczego w Krojanke (16 I 1921r.)

149

22.3.1921: Landjäger Adam in Groß Friedrichsberg an den Landrat in Flatow. Gerüchte über eine Angliederung des Restkreises Flatow an Polen

22 III 1921r.: Adam, żandarm we wsi Groß Friedrichsberg do landrata w Flatow. Pogłoski o przyłączeniu do Polski reszty powiatu Flatow

150

14.4.1921: Dienststelle Kujan der Landeskriminalpolizei an den Landrat in Flatow. Polnische Berufsvereinigung

14 IV 1921r.: Placówka obszaru dworskiego Kujan krajowej policji kryminalnej do landrata w Flatow. Zjednoczenie Zawodowe Polskie

151

2.1.1922: Der Landrat in Flatow an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Pfarrer Domański, Zakrzewo

2 I 1922r.: Landrat w Flatow do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Ksiądz proboszcz Domański, Zakrzewo

152

6.7.1922: Kommissariat Flatow der Landeskriminalpolizei an den Landrat ebendort. Volksfest der katholischen Gemeinde Zakrzewo (2.7.1922)

6 VII 1922r.: Komisariat krajowej policji kryminalnej w Flatow do landrata w miejscu. Zabawa ludowa parafii katolickiej we wsi Zakrzewo (2 VII 1922r.)

153

5.2.1923: Landjägeramt Wilhelmssee an den Landrat in Flatow. Nichtbeachtung des Trauertages anläßlich der französischen Ruhrgebietsbesetzung durch Pfarrer Paszki, Slawianowo (14.1.1923)

5 II 1923r.: Żandarmeria we wsi Wilhelmssee do landrata w Flatow. Nieprzestrzeganie przez ks. Paszkego dnia żałoby we wsi Slawianowo z powodu francuskiej okupacji zagłębia Ruhry (14 I 1923r.)

154

26.4.1923: Staatliches Grenzkommissariat Flatow an das leitende Grenzkommissariat in Schneidemühl. Polnische Organisationen

26 IV 1923r.: Państwowy komisariat graniczny w Flatow do naczelnego komisariatu granicznego w Schneidemühl. Organizacje polskie

155

1.2.1924: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Polnische Jugendvereine in der Stadt Flatow

1 II 1924r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Polskie stowarzyszenia młodzieżowe w Flatow

156

5.6.1924: Landjägeramt Lugetal an den Landrat in Flatow. Polnische Nationalfarben während des Besuches des päpstlichen Delegaten (2.6.1924)

5 VI 1924r.: Żandarmeria we wsi Lugetal do landrata w Flatow. Polskie barwy narodowe w czasie wizyty delegata papieskiego (2 VI 1924r.)

157

22.6.1924: Landjägeramt Radawnitz an den Landrat in Flatow. Polnische Nationalfarben während der Fronleichnamsprozession (19.6.1924)

22 VI 1924r.: Żandarmeria we wsi Radawnitz do landrata w Flatow. Polskie barwy narodowe w czasie procesji Bożego Ciała (19 VI 1924r.)

158

30.10.1925: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Polnische Mitglieder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

30 X 1925r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Polscy członkowie organizacji „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold"

159

21.11.1925: Landjägeramt Groß Butzig an den Landrat in Flatow. Geheime polnische Versammlung (17.11.1925)

21 XI 1925r.: Żandarmeria w Groß Butzig do landrata w Flatow. Tajne zebranie polskie (17 XI 1925r.)

160

23.1.1926: Staatliches Grenzkommissariat Flatow an den Landrat ebendort. Jüngste Entwicklung in der polnischen Bewegung

23 I 1926r.: Państwowy komisariat graniczny w Flatow do landrata w miejscu. Najnowsze tendencje w ruchu polskim

161

3.3.1926: Staatliches Grenzkommissariat in Flatow an den Landrat ebendort. Beurteilung des praktischen Arztes Dr. Hugo Schipkowski, Flatow, in nationaler Hinsicht

3 III 1926r.: Państwowy komisariat graniczny w Flatow do landrata w miejscu. Opinia o dr Hugo Schipkowskim, lekarzu praktykującym w Flatow pod względem narodowym

162

3.3.1930: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Verschuldung deutscher Grundbesitzer an die Bank Ludowy

3 III 1930r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Zadłużenie niemieckich właścicieli ziemskich w Banku Ludowym

163

29.7.1932: Landjägeramt Zakrzewo an den Landrat in Flatow. Zwischenfall vor dem Pfarrhaus (28.7.1932)

29 VII 1932r.: Żandarmeria we wsi Zakrzewo do landrata w Flatow. Zajście przed plebanią (28 VII 1932r.)

164

7.2.1933: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Finanzielle Mittel für den Erhalt und Ausbau deutschen Grundbesitzes

7 II 1933r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Środki finansowe na rzecz podtrzymania i poszerzenia niemieckiej własności ziemskiej

165

8.2.1933: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Kirchliche Versorgung der Deutschkatholiken in Zakrzewo

8 II 1933r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Opieka duchowna nad Niemcami-katolikami we wsi Zakrzewo

166

21.9.1933: Der kommissarische Landrat in Flatow an den kommissarischen Oberpräsidenten in Schneidemühl. Zwischenfälle in Buschdorf (3.9.1933)

21 IX 1933r.: Komisaryczny landrat w Flatow do komisarycznego prezydenta naczelnego w Schneidemühl. Zajścia we wsi Buschdorf (3 IX 1933r.)

167

25.3.1934: Gendarmerieposten Zakrzewo an den Landrat in Flatow Nationale Verhältnisse in der katholischen Schwesternstation

25 III 1934r.: Posterunek żandarmerii we wsi Zakrzewo do landrata w Flatow. Stosunki narodowe u katolickich sióstr miłosierdzia

168

16.11.1920: Distriktsamt Betsche an den Landrat in Meseritz. Grundstückstausch polnischer Minderheitsangehöriger mit Deutschen aus Polen

16 XI 1920r.: Urząd dystryktu w Betsche do landrata w Meseritz. Zamiana posesji między członkami mniejszości polskiej i Niemcami z Polski

169

6.2.1923: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Ausweisung polnischer Optanten aus Groß Dammer

6 II 1923r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Wydalenie optantów polskich ze wsi Groß Dammer

170

16.7.1925: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Tauschverhandlungen zwischen polnischen Optanten aus Groß Dammer mit deutschen Optanten in Polen

16 VII 1925r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Pertraktacje dot. wymiany posesji między optantami polskimi ze wsi Groß Dammer i optantami niemieckimi z Polski

171

18.7.1925: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Ermittlung einseitiger polnischer Optanten

18 VII 1925r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Ustalenia polskich optantów

172

29.8.1928: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Nationalpolnisches Engagement des Vikars von Styp-Rekowski

29 VIII 1928r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Narodowo-polska działalność wikarego Styp-Rekowskiego

173

29.8.1928: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Polnische Versammlung in Scharzig

29 VIII 1928r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Zebranie polskie we wsi Scharzig

174

16.10.1928: Der Landrat in Meseritz an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Ersuchen um Versetzung des Vikars von Styp-Rekowski, Meseritz

16 X 1928r.: Landrat w Meseritz do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Prośba o przeniesienie wikarego Styp-Rekowskiego, zam. w Meseritz

175

22.12.1928: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Polnische Organisationen in Groß Dammer

22 XII 1928r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Organizacje polskie we wsi Groß Dammer

176

6.12.1929: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Polnische Versammlung in Scharzig (31.11.1929)

6 XII 1929r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Zebranie polskie we wsi Scharzig (31 XI 1929r.)

177

7.2.1931: Kriminal- und Grenzkommissariat Neu Bentschen an den Landrat in Meseritz. Überblick über die polnische Bewegung (für 1930)

7 II 1931r.: Komisariat kryminalny i graniczny w Neu Bentschen do landrata w Meseritz. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1930)

178

26.3.1933: Landjägerposten Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Gemeindewahlen

26 III 1933r.: Posterunek żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Wybory gminne

179

Dezember 1933: Landjägerposten Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Überblick über die polnische Bewegung (für 1933)

Grudzień 1933r.: Posterunek żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1933)

180

Januar 1934: Der Schulrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Schulverhältnisse in Groß-Dammer

Styczeń 1934r.: Kurator w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Stosunki szkolne we wsi Groß Dammer

181

5.4.1934: Kriminal- und Grenzkommissariat Neu Bentschen an die Staatspolizeistelle Schneidemühl. Antipolnisches Verhalten der SA in Groß Dammer (1.4.1934)

5 IV 1934r.: Komisariat kryminalny i graniczny w Neu Bentschen do placówki policji państwowej w Schneidemühl. Antypolskie zachowanie się SA we wsi Groß Dammer (1 IV 1934r.)

182

15.10.1934: Gendarmerieposten II Groß Dammer an das Distriktsamt in Kuschten. Festnahme des Landwirts Theodor Pawelski in Polen (7.10.1934)

15 X 1934r.: Posterunek żandarmerii II we wsi Groß Dammer do urzędu dystryktowego we wsi Kuschten. Aresztowanie rolnika Teodora Pawelskiego w Polsce (7 X 1934r.)

183

20.10.1934: Gendarmerieposten II Groß Dammer an das Distriktsamt in Kuschten. Grund der Festnahme des Landwirts Theodor Pawelski in Polen (7.10.1934)

20 X 1934r.: Posterunek żandarmerii II we wsi Groß Dammer do urzędu dystryktowego we wsi Kuschten. Przyczyny aresztowania Teodora Pawelskiego w Polsce (7 X 1934r.)

184

20.10.1934: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Grund der Festnahme des Theodor Pawelski in Polen (7.10.1934)

20 X 1934r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Przyczyny aresztowania Teodora Pawelskiego w Polsce (7 X 1934r.)

185

8.4.1935: Kriminal- und Grenzkommissariat Neu Bentschen. Lagebericht

8 IV 1935r.: Komisariat kryminalny i graniczny w Neu Bentschen. Sprawozdanie sytuacyjne

186

23.3.1936: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Lagebericht

23 III 1936r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Sprawozdanie sytuacyjne

187

5.8.1936: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar zu Kuschten. Polnischer Kindergarten

5 VIII 1936r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Przedszkole polskie

188

14.12.1936: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Lichtbildervortrag über Gdynia (13.12.1936)

14 XII 1936r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Odczyt z przezroczami na temat Gdyni (13 XII 1936r.)

189

28.1.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar zu Kuschten. Weihnachtsfeier der polnischen Minderheitsschule

28 I 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Uroczystość Bożego Narodzenia w szkole mniejszości polskiej

190

9.3.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Gastvortrag aus Polen (7.3.1937)

9 III 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Odczyt prelegenta z Polski (7 III 1937r.)

191

19.3.1937: Gendarmeriepostenbericht Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Beurteilung der Familie des Arbeiters Vinzenz Borowicz, Kutschkau in nationaler Hinsicht

19 III 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Opinia o rodzinie robotnika Wincentego Borowicza, zam. we wsi Kutschkau pod względem narodowym

192

19.4.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Übergriffe gegen deutsche Siedler (17.4.1937)

19 IV 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Nagabywanie kolonistów niemieckich (17 IV 1937r.)

193

22.6.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Polnische Festveranstaltung (20.6.1937)

22 VI 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Uroczystość polska (20 VI 1937r.)

194

10.7.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Grenzüberschreitender Besuchsverkehr deutscher und polnischer Vereine

10 VII 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Ruch przygraniczny stowarzyszeń niemieckich i polskich

195

23.8.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an das Grenzpolizeikommissariat Neu Bentschen. Pilgerfahrten nach Częstochowa

23 VIII 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do komisariatu policji granicznej w Neu Bentschen. Pielgrzymki do Częstochowy

196

20.9.1937: Grenzpolizeikommissariat Neu Bentschen an die Staatspolizeistelle in Frankfurt/Oder. Beurteilung der Brüder Johann und Josef Janusch aus Groß Dammer in nationaler Hinsicht

20 IX 1937r.: Komisariat policji granicznej w Neu Bentschen do placówki policji państwowej w Frankfurt nad Odrą. Opinia o braciach Janie i Józefie Janusch, zam. we wsi Groß Dammer, pod względem narodowym

197

16.11.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

16 XI 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

198

22.11.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Beurteilung der Konzessionsinhaber aus Groß Dammer in nationaler Hinsicht

22 XI 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Opinia o koncesjonariuszach ze wsi Groß Dammer pod względem narodowym

199

18.2.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

18 II 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

200

11.4.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Wahlverhalten der polnischen Minderheit in Groß Dammer (10.4.1938)

11 IV 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Zachowanie się mniejszości polskiej we wsi Groß Dammer w wyborach (10 IV 1938r.) – 11 IV 1938r.

201

10.5.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

10 V 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

202

21.6.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Genehmigung eines deutschen Schulneubaus in Chodzież im Gegenzug für die Genehmigung eines polnischen Schulneubaus in Groß Dammer

21 VI 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Zezwolenie na budowę nowej szkoły niemieckiej w Chodzieży w zamian za zezwolenie na budowę nowej szkoły polskiej we wsi Groß Dammer

203

19.8.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

19 VIII 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

204

22.8.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Auswirkung von Festnahmen auf die Stimmung der polnischen Minderheit in Groß Dammer

22 VIII 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Wpływ aresztowań na nastroje wśród mniejszości polskiej we wsi Groß Dammer

205

2.11.1938: Der Landrat in Meseritz an den Distriktskommissar in Kuschten. Begutachtung von vier Anträgen auf Kinderbeihilfe aus Groß Dammer

2 XI 1938r.: Landrat w Meseritz do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Ocena wniosków czterech mieszkańców wsi Groß Dammer o zapomogę dziecięcą

206

12.11.1938: Gendarmerie-Hauptwachtmeister Beck in Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Begutachtung der Kinderbeihilfeanträge

12 XI 1938r.: Główny wachmistrz żandarmerii Beck we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Ocena wniosków o zapomogę dziecięcą

207

23.11.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Kirchliche Verhältnisse in Groß Dammer

23 XI 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Stosunki kościelne we wsi Groß Dammer

208

6.2.1939: Gendarmerieposten I Groß Dammer an das Distriktsamt in Kuschten. Kinderbeihilfen bei Minderheitsangehörigen

6 II 1939r.: Posterunek żandarmerii I we wsi Groß Dammer do urzędu dystryktu we wsi Kuschten. Członkowie mniejszości polskiej pobierający zapomogę dziecięcą

209

8.8.1922: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (Juli 1922)

8 VIII 1922r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (lipiec 1922r.)

210

8.12.1922: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (November 1922)

8 XII 1922r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (listopad 1922r.)

211

9.5.1923: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (April 1923)

9 V 1923r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (kwiecień 1923r.)

212

10.7.1923: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (Juni 1923)

10 VII 1923r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (czerwiec 1923r.)

213

11.1.1926: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (Dezember 1925)

11 I 1926r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (grudzień 1925r.)

214

9.4.1927: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (März 1927)

9 IV 1927r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (marzec 1927r.)

215

30.8.1927: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Ausarbeitung eines Parzellierungsplanes

30 VIII 1927r.: Wojewoda Poznański do starostów. Opracowanie planu parcelacji

216

Februar 1929: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Registrierung deutscher Kinder durch Wanderlehrer

Luty 1929r.: Wojewoda Poznański do starostów. Rejestracja dzieci niemieckich przez nauczycieli wędrownych

217

10.4.1929: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Kataster der deutschen Minderheit

10 IV 1929r.: Wojewoda Poznański do starostów. Kataster mniejszości niemieckiej

218

2.1.1931: Der Wojewode in Poznań an den Starosten in Nowy Tomyśl. Beurteilung des Willi Schulz

2 I 1931r.: Wojewoda Poznański do starosty w Nowym Tomyślu. Opinja o Willi Schulzu

219

9.2.1931: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1931)

9 II 1931r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1931r.)

220

5.6.1932: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Ergänzung des Katasters der deutschen Minderheit

5 VI 1932r.: Urząd Wojewódzki Poznaniu do starostów. Uzupełnienie katastru mniejszości niemieckiej

221

14.2.1933: Wojewodschaft in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1933)

14 II 1933r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1933r.)

222

30.3.1933: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Bevollmächtigung des Lehrers Jan Fajtka zur Materialsammlung über nationale Aspekte im Bildungswesen

30 III 1933r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Pełnomocnictwo dla nauczyciela Jana Fajtki do zbierania materiałów na temat aspektów narodowych w oświacie

223

14.6.1933: Wojewodschaft in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1933)

14 VI 1933r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1933r.)

224

9.2.1934: Wojewodschaft in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1934)

9 II 1934r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1934r.)

225

30.3.1934: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Verhalten gegenüber der JDP

30 III 1934r.: Urząd Wojewódzki w Pozaniu do starostów. Zachowanie się wobec „JDP"

226

24.8.1936: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Entlassung polnischer Arbeiter durch deutsche Arbeitgeber

24 VIII 1936r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Zwolnienie robotników polskich przez pracodawców niemieckich

227

3.12.1936: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Kritik der JDP an polnischen Behörden

3 XII 1936r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Krytykowanie władz polskich ze strony „JDP"

228

25.3.1937: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Einstellung der deutschen Minderheit zur Agrarreform

25 III 1937r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Postawa mniejszości niemieckiej wobec reformy agrarnej

229

13.6.1937: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1937) – 12.6.1937

12 VI 1937r.: Wojewoda w Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1937r.)

230

November 1938: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Oktober 1938)

Listopad 1938r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (październik 1938r.)

231

9.1.1939: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Durchsuchung der Ortsgruppen der DV

9 I 1939r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Rewizja placówek miejscowych „DV"

232

9.1.1939: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Aktualisierung des Katasters der deutschen Minderheit

9 I 1939r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Zaktualizowanie katastru mniejszości niemieckiej

233

10.2.1939: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Verhalten gegenüber der JDP

10 II 1939r.: Wojewoda Poznański do starostów. Wytyczne postępowania wobec „JDP"

234

30.3.1939: Wojewodschaftskommando der Staatspolizei in Poznań an die Kreiskommandos. Telefonische Anweisung zur Verhinderung antideutscher Ausschreitungen

30 III 1939r.: Komenda Wojewódzka PP w Poznaniu do Komend Powiatowych. Telefonogram dot. zapobiegania zajść antyniemieckich

235

April 1939: Der Wojewode in Poznań an das Innnenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)

Kwiecień 1939r.: Wojewoda w Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1939r.)

236

22.5.1939: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (April 1939) – 22.5.1939

22 V 1939r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

237

1.6.1939: Der Wojewode in Poznań an den Starosten in Nowy Tomyśl. Suspendierung und Auflösung deutscher Organisationen

1 VI 1939r.: Wojewoda Poznański do Starosty w Nowym Tomyślu. Zawieszenie i likwidacja organizacji niemieckich

238

31.7.1939: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Schließung deutscher Molkereien

31 VII 1939r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Zamknięcie mleczarni niemieckich

239

9.8.1939: Der Wojewode in Poznań an das Innennministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1939)

9 VIII 1939r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1939r.)

240

25.8.1927: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Wochen-Lagebericht

25 VIII 1927r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne

241

27.12.1929: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Wochen-Lagebericht (20.–26.12.1929)

27 XII 1929r.: Starosta w Nowym Tomyślu do wojewody w Poznaniu. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne (20–26 XII 1929r.)

242

Der Amtvorsteher in Miedzichowo an den Starosten in Nowy Tomyśl. Betätigung des ehemaligen deutschen Lehrers Jan Wilhelmi – 3.8.1931

Wójt w Miedzichowie do Starosty w Nowym Tomyślu. Działania Jana Wilhelmiego, byłego nauczyciela niemieckiego – 3 VIII 1931r.

243

8.10.1931: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Auflassungsangelegenheit Fryderyk Schade, Chmielinka

8 X 1931r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Sprawa przewłaszczenia Fryderyka Schade'go, zam. w Chmielince

244

2.4.1932: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (März 1932)

2 IV 1932r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1932r.)

245

2.5.1932: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (April 1932)

2 V 1932r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1932r.)

246

April 1933: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (März 1933)

Kwiecień 1933r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1933r.)

247

Mai 1933: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (April 1933)

Maj 1933r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1933r.)

248

2.10.1933: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (September 1933)

2 X 1933r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1933r.)

249

1933 (?): Der Starost in Nowy Tomyśl. Verzeichnis führender Persönlichkeiten der deutschen Minderheit

1933r. (?): Starosta w Nowym Tomyślu. Wykaz wybitnych działaczy niemieckich

250

7.5.1934: Staatspolizeiposten Zbąszyń an die Starostei Nowy Tomyśl. Gründung einer Ortsgruppe der JDP in Strzyżewo (6.5.34)

7 V 1934r.: Posterunek PP w Zbąszynie do starostwa w Nowym Tomyślu. Założenie placówki miejscowej „JDP" w Strzyżewie (6 V 1934r.) – 7 V 1934r.

251

Februar 1935: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1935)

Luty 1935r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1935r.)

252

Dezember 1935: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (November 1935)

Grudzień 1935r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (listopad 1935r.)

253

März 1936: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1936)

Marzec 1936r.: Starosta Powiatowy w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1936)

254

22.5.1936: Der Magistrat in Nowy Tomyśl an den Starosten ebendort. Errichtung einer deutschen Schule

22 V 1936r.: Zarząd Miejski w Nowym Tomyślu do Starosty w miejscu. Założenie szkoły niemieckiej

255

12.9.1936: Kreiskommando der Staatspolizei in Nowy Tomyśl an den Starosten ebendort. Betätigung des Otto Steinke aus Orzeczkowo, Kreis Międzychód als Wanderlehrer

12 IX 1936r.: Komenda Powiatowa PP w Nowym Tomyślu do Starosty w miejscu. Działania Ottona Steinke'go, zam. w Orzeczkowie, pow. międzychodzki, jako nauczyciela wędrownego

256

5.12.1936: Gemeindevorstand Miedzichowo an den Starosten in Nowy Tomyśl. Nationale Verhältnisse in Lewiczynek

5 XII 1936r.: Zarząd Gminny w Miedzichowie do Starosty w Nowym Tomyślu. Stosunki narodowościowe w Lewiczynku

257

29.10.1937: Kreiskommando der Staatspolizei in Nowy Tomyśl an den Starosten ebendort. Schulverhältnisse

29 X 1937r.: Komanda Powiatowa Policji Państwowej w Nowym Tomyślu do Starosty w miejscu. Stosunki szkolne

258

5.1.1938: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Gebrauch deutscher Ortsnamen auf einer JDP-Versammlung in Grodzisk (7.11.1937)

5 I 1938r.: Starosta w Novym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Posługiwanie się niemieckimi nazwami miejscowymi na zebraniu „JDP" w Grodzisku (7 XI 1937r.)

259

1938: Der Starost in Nowy Tomyśl. Verzeichnis führender Persönlichkeiten der deutschen Minderheit

1938r.: Starosta w Nowym Tomyślu. Wykaz wybitnych działaczy niemieckich

260

März 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1939)

Marzec 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1939r.)

261

8.3.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Anträge auf Internierung deutscher Minderheitenführer

8 III 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Wnioski na osadzenie w Miejscu Odosobnienia przewodniczących mniejszości niemieckiej

262

April 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)

Kwiecień 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1939r.)

263

1.4.1939: Der Magistrat in Zbąszyń an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

1 IV 1939r.: Zarząd Miejski w Zbąszyniu do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

264

17.4.1939: Staatspolizeiposten Buk an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

17 IV 1939r.: Posterunek Policji Państwowej Buk do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

265

26.4.1939: Staatspolizeiposten Buk an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

26 IV 1939r.: Posterunek Policji Państwowej Buk do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

266

8.5.1939: Gemeindevorstand Miedzichowo an den Starosten in Nowy Tomyśl. Antrag auf Ausweisung von Deutschen aus der Grenzzone

8 V 1939r.: Zarząd Gminny w Miedzichowie do Starosty w Nowym Tomyślu. Wniosek o wydalenie Niemców ze strefy granicznej

267

Mai 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (April 1939)

Maj 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

268

2.6.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Staatspolizeiposten. Auflösung und Suspendierung deutscher Organisationen

2 VI 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Posterunków PP. Likwidacja i zawieszenie organizacji niemieckich

269

5.6.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Auflösung und Suspendierung der Tätigkeit deutscher Organisationen (3.6.1939)

5 VI 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Likwidacja i zawieszenie działalności organizacji niemieckich (3 VI 1939r.)

270

Juli 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Juni 1939)

Lipiec 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (czerwiec 1939r.)

271

August 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1939)

Sierpień 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1939r.)

272

24.8.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Tages-Lagemeldung

24 VIII 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Dzienny meldunek sytuacyjny

273

30.8.1939: Staatspolizeiposten Kuślin an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

30 VIII 1939r.: Posterunek PP Kuślin do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

274

8.12.1923: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Maßnahmen gegen die polnische Minderheitenpresse

8 XII 1923r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Środki przeciw polskiej prasie mniejszościowej

275

23.1.1924: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Bedrohung des Pfarrers Klimas in Tarnau, Kreis Oppeln

23 I 1924r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Groźby wobec proboszcza Klimasa we wsi Tarnau, pow. Oppeln

276

18.3.1924: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Unterschriftensammlung für die Errichtung einer polnischen Minderheitsschule in Czarnowanz, Kreis Oppeln

18 III 1924r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Zbieranie podpisów na rzecz założenia szkoły mniejszości polskiej we wsi Czarnowanz, pow. Oppeln

277

7.5.1925: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Agitation des Maurers Franz Buhl aus Grudschütz, Kreis Oppeln

7 V 1925r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Polska agitacja murarza Franza Buhla, zam. we wsi Grudschütz, pow. Oppeln

278

15.3.1925: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Minderheitsschule in Gorrek, Kreis Oppeln

13 V 1925r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Szkoła mniejszości polskiej we wsi Gorrek, pow. Oppeln

279

26.9.1925: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Bedrohung der polnischen Minderheit

25 IX 1925r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Zagrożenie mniejszości polskiej

280

1.5.1926: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Neuwahl des Vorstandes im Teilverband I des Polenbundes in Oppeln 18.4.1926

1 V 1926r.: Naczelny prezydent w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych. Nowo wybrany zarząd dzielnicy I Związku Polaków w Oppeln (18 IV 1926r.)

281

1.7.1926: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Krise innerhalb der polnischen Bewegung

1 VII 1926r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Kryzys w łonie ruchu polskiego

282

17.1.1927: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Bewegung im Kreis Oppeln

17 I 1927r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Ruch polski w powiecie Oppeln

283

20.4.1928: Der Oberpräsident in Oppeln an die Landräte und Oberbürgermeister. Gewährleistung eines ungestörten Wahlkampfes für die Polnische Volkspartei

20 IV 1928r.: Naczelny prezydent w Oppeln do landratów i nadburmistrzów. Gwarancja swobody kampanii wyborczej dla „Polskiej Partii Ludowej"

284

18.7.1929: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Muttertagsfeier in Oppeln (23.6.1929)

18 VII 1929r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Polska uroczystość z okazji Dnia Matki (23 VI 1929r.)

285

18.9.1929: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Stellungnahme zu Ausführungen auf der polnischen Muttertagsfeier in Oppeln (23.6.1929)

18 IX 1929r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Opinia o wypowiedziach na uroczystości z okazji polskiego Dnia Matki w Oppeln (23 VI 1929r.)

286

28.9.1929: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Personelle Veränderungen an der Spitze der polnischen Bewegung

28 IX 1929r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Zmiany kadrowe w kierownictwie ruchu polskiego

287

15.9.1930: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Stimmen bei der Reichstagswahl (14.9.1930)

15 IX 1930r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Głosowanie Polaków w wyborach do Reichstagu (14 IX 1930r.)

288

2.5.1931: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Gründung des „Bundes der polnischen Oberschlesier" (6.4.1931)

2 V 1931r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Założenie „Związku Górnoślązaków" w Beuthen (6 IV 1931r.)

289

13.5.1931: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Polnische Gesangvereine

13 V 1931r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Polskie towarzystwa śpiewacze

290

25.4.1932: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Zwischenfall im Wahlkampf der Polnisch-Katholischen Volkspartei in Klein Kottorz, Kreis Oppeln (23.4.1932)

25 IV 1932r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Incydent w czasie kompanii wyborczej „Polskiej Partii Ludowej" w Klein Kottorz, pow. Oppeln (23 IV 1932r.)

291

31.1.1933: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Wirtschaftliche Krise in der polnischen Bewegung

31 I 1933r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Kryzys gospodarczy w ruchu polskim

292

17.3.1933: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Die polnische Bewegung seit der Machtergreifung

17 III 1933r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Ruch polski od czasu przyjęcia władzy przez NSDAP

293

14.4.1933: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Grundsatzfragen der künftigen Minderheitenpolitik

14 IV 1933r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Zagadnienia podstawowe przyszłej polityki mniejszościowej

294

13.9.1934: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (August 1934)

13 IX 1934r.: Naczelny prezydent w Breslau do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (sierpień 1934r.)

295

18.3.1935: Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Überblick über die polnische Bewegung (für 1934)

18 III 1935r.: Prezydent rejencji w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1934)

296

9.4.1935: Staatspolizeistelle Oppeln an das Geheime Staatspolizeiamt. Auswirkungen des deutsch-polnischen Abkommens auf die polnische Minderheit

9 IV 1935r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do urzędu tajnej policji państwowej. Wpływ paktu polsko-niemieckiego na mniejszość polską

297

7.8.1935: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

7 VIII 1935r.: Naczelny prezydent w Breslau do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

298

9.12.1935: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

9 XII 1935r.: Naczelny prezydent w Breslau do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

299

7.4.1936: Der Oberpräsident in Breslau an die Landräte, Oberbürgermeister und die Staatspolizeistelle Oppeln. Berichterstattung über die polnische Minderheit

7 IV 1936r.: Naczelny prezydent w Breslau do landratów, nadburmistrzów i placówki policji państwowej w Oppeln. Sposób sporządzania sprawozdań o mniejszości polskiej

300

3.8.1936: Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Vorgehen gegen polnische Jugendorganisationen

3 VIII 1936r.: Prezydent rejencji w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Postępowanie wobec polskich organizacji młodzieżowych

301

27.9.1936: Der Oberpräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Interpretation der Volkszählung von 1933

27 IX 1936r.: Naczelny prezydent w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Interpretacja spisu ludności z 1933r.

302

14.1.1937: Staatspolizeistelle Oppeln an den Landrat ebendort. Beurteilung des Bürgermeisters von Poppelau, Andreas Bautsch, in nationaler Hinsicht

14 I 1937r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do landrata w miejscu. Opinia o Andreasie Bautsch, burmistrzu wsi Poppelau pod względem narodowym

303

14.3.1937: Der Oberpräsident in Breslau an die Landräte, Oberbürgermeister, den Polizeipräsidenten in Gleiwitz sowie den Polizeidirektor und die Staatspolizeistelle in Oppeln. Berichterstattung über die polnische Minderheit

14 III 1937r.: Naczelny prezydent w Breslau do landratów, nadburmistrzów, dyrektora policji i placówki policji państwowej w Oppeln. Sposób sporządzania sprawozdań o stanie mniejszości polskiej

304

22.5.1937: Staatspolizeistelle Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Katholische Geistliche, die sich zur polnischen Minderheit bekennen oder mit ihr sympathisieren

22 V 1937r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Duchowni katoliccy przyznający się do mniejszości polskiej lub sympatyzujący z nią

305

12.9.1938: Staatspolizeistelle Oppeln an das Geheime Staatspolizeiamt. Festnahme des Arbeiters Roman Golenia aus Beuthen (22.8.1938)

12 IX 1938r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do urzędu tajnej policji państwowej. Aresztowanie robotnika Romana Goleni pochodzącego z Beuthen (22 VIII 1938r.)

306

Februar 1939: Staatspolizeistelle Oppeln an das Geheime Staatspolizeiamt. Tätigkeit des Sekretärs des Polenbundes, Franz Bartsch aus Gruden, Kreis Oppeln

Luty 1939r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do urzędu tajnej policji państwowej. Działalność Franciszka Bartscha, sekretarza Związku Polaków ze wsi Gruden, pow. Oppeln

307

28.2.1939: Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Schulische und kirchliche Verhältnisse an Orten mit polnischen Minderheitsschulen

28 II 1939r.: Prezydent rejencji w Oppeln do ministra nauki, wychowania i oświaty publicznej Rzeszy. Stosunki szkolne i kościelne w miejscowościach gdzie istnieją szkoły polskie

308

22.7.1939: Der Polizeipräsident in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Überblick über die polnische Bewegung (Juli 1939)

22 VII 1939r.: Prezydent policji w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Przegląd ruchu polskiego (lipiec 1939r.)

309

15.1.1923: Der Amtsvorsteher in Königlich Neudorf an den Landrat in Oppeln. Gerüchte über bevorstehende polnische Erhebung

15 I 1923r.: Wójt we wsi Königlich Neudorf do landrata w Oppeln. Pogłoski o mającym wybuchnąć powstaniu polskim

310

15.4.1923: Landjägeramt Tarnau an den Amtsvorsteher ebendort. Gründung einer Ortsgruppe des Polenbundes in Kossorowitz (14.4.1923)

15 IV 1923r.: Żandarmeria we wsi Tarnau do wójta w miejscu. Założenie miejscowego oddziału Związku Polaków we wsi Kossorowitz (14 IV 1923r.)

311

13.10.1923: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Neuformierung der polnischen Bewegung

13 X 1923r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Formowanie się na nowo ruchu polskiego

312

20.2.1924: Landjägeramt Tarnau an den Amtsvorsteher ebendort. Gründung einer Ortsgruppe der „Freien Vereinigung zum Schutze des Mittelstandes" (18.2.1924)

20 II 1924r.: Żandarmeria we wsi Tarnau do wójta w miejscu. Założenie miejscowego oddziału „Wolnego Zjednoczenia ku obronie stanu średniego" (18 II 1924r.)

313

15.6.1925: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Beurteilung des Josef Golletz aus Vogtsdorf in nationaler Hinsicht

15 VI 1925r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Opinia o Józefie Golletz, zam. we wsi Vogtsdorf pod względem narodowym

314

18.9.1925: Der Amtsvorsteher in Grudschütz an den Landrat in Oppeln. Bedrohung des Polenführers Franz Buhl

18 IX 1925r.: Wójt we wsi Grudschütz do landrata w Oppeln. Zagrożenie Franciszka Buhla, przywódcy mniejszości polskiej

315

19.5.1926: Der Gemeindevorsteher in Königlich Neudorf an den Landrat in Oppeln. Besuch des polnischen Kommunionsunterrichtes

19 V 1926r.: Sołtys we wsi Königlich Neudorf do landrata w Oppeln. Udział w polskiej katechizacji

316

5.4.1928: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Kirchliche Verhältnisse in Poppelau

5 IV 1928r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Stosunki kościelne we wsi Poppelau

317

17.12.1928: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Sportveranstaltung in Grudschütz

17 XII 1928r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Polska impreza sportowa we wsi Grudschütz

318

5.11.1930: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Handgreiflichkeiten zwischen dem Schiffer Ptok und dem Häusler Gwozdz in Rogau (7.9.1930)

5 XI 1930r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Rękoczyny pomiędzy żeglarzem Ptokem i chałupnikiem Gwozdz'em we wsi Rogau (7 IX 1930r.)

319

17.3.1931: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Zwischenfälle in Lugnian

17 III 1931r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Incydenty we wsi Lugnian

320

1.4.1931: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Beurteilung des Pfarrers Pillawa, Bierdzan, in nationaler Hinsicht

1 IV 1931r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Opinia o proboszczu Pillawym ze wsi Bierdzan pod względem narodowym

321

5.1.1934: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Überwachung der polnischen Minderheit

5 I 1934r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Nadzór nad mniejszością polską

322

3.2.1934: Gemeindevorstand Jellowa. Bericht über einen Deutschen Abend (19.11.1933)

3 II 1934r.: Zarząd gminny w Jellowa. Sprawozdanie o wieczorze niemieckim (19 XI 1933r.)

323

31.1.1935: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Heirat des stellvertretenden Kreisleiters der NSDAP in Oppeln mit der Stieftochter des Polenführers Franz Buhl aus Grudschütz (29.1.1935)

31 I 1935r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Ślub zastępcy kreisleitera NSDAP w Oppeln z pasierbicą Franciszka Buhla, przywódcy mniejszości polskiej (29 I 1935r.)

324

23.4.1935: Gendarmeriepostenbereich Großdöbern an den Landrat in Oppeln. Polnischer Theaterabend in Kleindöbern (22.4.1935)

23 IV 1935r.: Obręb posterunku żandarmerii Großdöbern do landrata w Oppeln. Polski wieczór teatralny we wsi Kleindöbern (22 IV 1935r.)

325

Juli 1935: Gendarmerieposten Altschalkowitz an den Landrat in Oppeln. Polnische Festveranstaltung in Neuschalkowitz (7.7.1935)

Lipiec 1935r.: Posterunek żandarmerii we wsi Altschalkowitz do landrata w Oppeln. Polska uroczystość we wsi Neuschalkowitz (7 VII 1935r.)

326

20.1.1936: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Überblick über die polnische Bewegung (Dezember 1935–Januar 1936)

20 I 1936r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Przegląd ruchu polskiego (grudzień 1935r. – styczeń 1936r.)

327

18.3.1937: Gendarmerie-Hauptwachtmeister Bunke in Nakel an den Amtsvorsteher in Tarnau. Polnische Jugendgruppe in Raschau

18 III 1936r.: Główny wachmistrz żandarmerii Bunke w Nakel do wójta w Tarnau. Polska grupa młodzieżowa we wsi Raschau

328

3.4.1937: Der Landrat in Oppeln an die Staatspolizeistelle ebendort. Deutsch-polnische Mischehen

3 IV 1937r.: Landrat w Oppeln do placówki policji państwowej w miejscu. Polsko-niemieckie małżeństwa mieszane

329

4.9.1937: Der Amtsvorsteher in Tarnau an den Landrat in Oppeln. Beurteilung der Familie Wyrwol in nationaler Hinsicht

4 IX 1937r.: Wójt w Tarnau do landrata w Oppeln. Opinia o rodzinie Wyrwolów pod względem narodowym

330

30.9.1937: Der Amtsvorsteher in Ehrenfeld an den Landrat in Oppeln. Nationale Verhältnisse in Kreuzwalde

30 IX 1937r.: Wójt w Ehrenfeld do landrata w Oppeln. Stosunki narodowościowe we wsi Kreuzwalde

331

8.12.1937: Der Amtsvorsteher in Eichtal an den Landrat in Oppeln. Nationale Spannungen im Gottesdienst

8 XII 1937r.: Wójt w Eichtal do landrata w Oppeln. Napięcia na tle narodowościowym w czasie nabożeństw

332

6.2.1938: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung

6 II 1938r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego i możliwości jego zwalczania

333

9.7.1938: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung

9 VII 1938r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego

334

12.8.1938: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Probleme einer statistischen Erfassung der polnischen Minderheit

12 VIII 1938r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Problemy ujęcia statystycznego mniejszości polskiej

335

8.10.1938: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung

8 X 1938r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego

336

13.1.1939: Der Amtsvorsteher in Vogtsdorf an den Landrat in Oppeln. Karteimäßige Erfassung der polnischen Minderheit

13 I 1939r.: Wójt w Vogtsdorf do landrata w Oppeln. Ujęcie mniejszości polskiej w kartotece

337

2.5.1939: Der Amtsvorsteher in Vogtsdorf an den Landrat in Oppeln. Antipolnische Ausschreitungen in Vogtsdorf (28./29.4.1939)

2 V 1939r.: Wójt w Vogtsdorf do landrata w Oppeln. Ekscesy antypolskie we wsi Vogtsdorf (28/29 IV 1939r.)

338

8.5.1939: Der Amtsvorsteher in Döbern an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung

8 V 1939r.: Wójt w Döbern do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego

339

23.5.1939: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Ausweisung des polnischen Minderheitsangehörigen Knosalla aus Oberschlesien

23 V 1939r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Wydalenie z Górnego Śląska Knosally członka mniejszości polskiej

340

12.7.1939: Der Amtsvorsteher in Bolko an den Landrat in Oppeln. Aufhebung polnischer Gottesdienste (1.–2.7.1939)

12 VII 1939r.: Wójt w Bolko do landrata w Oppeln. Zniesienie nabożeństw polskich (1-2 VII 1939r.)

341

6.8.1939: Gendarmerieposten Malapane an den Landrat in Oppeln. Einschlagen von Fensterscheiben bei einem Angehörigen der polnischen Minderheit in Koben (5./6.8.1939)

6 VIII 1939r.: Posterunek żandarmerii w Malapane do landrata w Oppeln. Wybicie szyb we wsi Koben u członka mniejszości polskiej (5/6 VIII 1939r.)

342

4.7.1924: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Oppeln. Verhalten des Pfarrers Jaglo aus Gleiwitz bei einer Bittprozession in Ellguth-Zabrze (25.5.1924)

4 VII 1924r.: Prezydent policji w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Oppeln. Zachowanie się księdza Jaglo z Gleiwitz w czasie procesji błagalnej w Ellguth-Zabrze (25 V 1924r.)

343

14.7.1928: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Zurückdrängung des Einflusses polnischer Gesangvereine

14 VII 1928r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Zmniejszenie wpływu polskich kółek śpiewaczych

344

5.1.1929: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Oppeln. Lagebericht (September – Dezember 1928)

5 I 1929r.: Prezydent policji w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne (za wrzesień-grudzień 1928r.)

345

27.3.1929: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Oppeln. Weihnachtsfeiern in polnischen Minderheitsschulen

27 III 1929r.: Prezydent policji w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Oppeln. Uroczystości Bożego Narodzenia w szkołach mniejszości polskiej

346

14.3.1936: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Lagebericht (15.1.–14.3.1936)

14 III 1936r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne (15 I – 14 III 1936r.)

347

28.4.1936: Der Oberbürgermeister in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Breslau. Überblick über die polnische Bewegung

28 IV 1936r.: Nadburmistrz w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Breslau. Przegląd ruchu polskiego

348

12.4.1938: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Minderheiten-Lagebericht (15.3.–10.4.1938) – 12.4.1938

12 IV 1938r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej (15 III – 10 IV 1938r.)

349

17.8.1939: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Minderheiten-Lagebericht (16.7.–15.8.1939)

17 VIII 1939r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej (16 VII – 15 VIII 1939r.)

350

21.8.1939: Der Landrat in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Minderheiten-Lagebericht

21 VIII 1939r.: Landrat w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

351

6.9.1923: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Zusammenstöße in Królewska Huta (4.9.1923)

6 IX 1923r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Województwa w miejscu. Konflikty w Królewskiej Hucie (4 IX 1923r.)

352

5.3.1924: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Reaktionen auf Verhaftungen in Deutsch-Oberschlesien

5 III 1924r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Reakcja na aresztowania na niemieckim Górnym Śląsku

353

22.2.1925: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Überwachung deutscher Propagandaschriften

22 II 1925r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Nadzór nad niemieckimi pismami propagandowymi

354

3.3.1925: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Kreiskomandos. Polizeibeamte, deren Ehefrauen dem Deutschen Volksbund angehören

3 III 1925r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Powiatowych Komend. Funkcjonariusze policji, których żony należą do Niemieckiego Volksbundu

355

17.12.1925: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Kreiskommandos. Teilnahme evangelischer Polizeibeamter am Gottesdienst

17 XII 1925r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Powiatowych Komend Powiatowych. Uczestnictwo protestanckich funkcjonariuszy policji w nabożeństwach

356

8.2.1927: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Lagebericht (Januar 1927)

8 II 1927r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Urzędu Wojewódzkiego w miejscu. Sprawozdanie sytuacyjne (styczeń 1927 r.)

357

20.5.1927: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Wochen-Lagebericht (12.–18.5.1927)

20 V 1927r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne (12–18 V 1927r.)

358

16.12.1927: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Wochen-Lagebericht (8.–14.12.1927)

16 XII 1927r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne (8–14 XII 1927r.)

359

15.12.1928: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Wochen-Lagebericht

15 XII 1928r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne

360

9.11.1929: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Lagebericht

9 XI 1929r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne

361

5.4.1930: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1930)

5 IV 1930r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjna dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1930r.)

362

18.8.1932: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Kreiskommandos. Sympathiebekundungen für den Nationalsozialismus

18 VIII 1932r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Powiatowych Komend Powiatowych. Demonstrowanie sympatii dla narodowego socjalizmu

363

8.4.1933: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1933)

8 IV 1933r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1933r.)

364

25.9.1933: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten un Polizeidirektoren. Verstärkte Aktivitäten der deutschen Minderheit

25 IX 1933r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Wzmożona aktywność mniejszości niemieckiej

365

25.11.1933: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Winterhilfsaktion des Deutschen Volksbunds

25 XI 1933r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Akcja pomocy zimowej Volksbundu

366

März 1934: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1934)

Marzec 1934r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1934)

367

5.5.1934: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Intensivierung der deutschen Jugendarbeit

5 V 1934r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Intensyfikacja pracy mniejszości niemieckiej nad młodzieżą

368

26.1.1935: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Kampagne der JDP gegen den Deutschen Volksbund

26 I 1935r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Kampania „JDP" przeciwko Niemieckiemu Volksbundowi

369

28.3.1936: Polizeidirektion Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Jugendabend des Deutschen Volksbundes in Siemianowice (25.3.1936)

28 III 1936r.: Dyrekcja Policji w Katowicach do Urzędu Wojewódzkiego w miejscu. Wieczór młodzieżowy Niemieckiego Volksbundu w Siemianowicach (25 III 1936r.)

370

8.6.1936: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1936)

8 VI 1936r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1936r.)

371

9.10.1936: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (September 1936)

9 X 1936r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1936)

372

9.12.1937: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (November 1937)

9 XII 1937r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (listopad 1937r.)

373

10.5.1938: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (April 1938)

10 V 1938r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot mniejszści niemieckiej (kwiecień 1938r.)

374

9.10.1938: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (September 1938)

9 X 1938r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1938r.)

375

April 1939: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)

Kwiecień 1939r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1939r.)

376

7.7.1939: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juni 1939)

7 VII 1939r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (czerwiec 1939r.)

377

5.9.1923: Kommissariat I in Królewska Huta an das Staatskommando der Schlesischen Polizei ebendort. Zwischenfall anläßlich einer deutschen Theatervorstellung (4.9.1923)

5 IX 1923r.: Komisariat I Królewska Huta w Królewskiej Hucie do Miejskiej Komendy Policji Województwa Śląskiego w miejscu. Incydent związany z niemieckim przedstawieniem teatralnym (4 IX 1923r.)

378

20.12.1923: Polizeidirektion Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung

20 XII 1923r.: Dyrekcja Policji w Katowicach do Urzędu Wojewódzkiego w miejscu. Stosunki pomiędzy ludnością polską i niemiecką

379

16.11.1928: Polizeidirektion Królewska Huta an die Wojewodschaft in Katowice. Die deutsche Minderheitenpresse und ihre Redakteure

16 XI 1928r.: Dyrekcja Policji Królewska Huta w Królewskiej Hucie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Prasa mniejszości niemieckiej i jej redaktorzy

380

6.11.1930: Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Tarnowskie Góry an den Staatsanwalt beim Bezirksgericht ebendort. Deutsche Wahlkampfmethoden

6 XI 1930r.: Komenda Powiatowa Policji Województwa Śląskiego w Tarnowskich Górach do Prokuratora przy Sądzie Okręgowym w miejscu. Sposoby prowadzenia walki wyborczej przez Niemców

381

17.4.1934: Kommissariat Nowa Wieś an das Stadt-und Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Katowice. Bunter Abend des Deutschen Volksbunds (16.4.1934)

17 IV 1934r.: Komisariat Nowa Wieś do Miejskiej i Powiatowej Komendy Policji Województwa Śląskiego w Katowicach. Wieczorek towarzyski Niemieckiego Volksbundu (16 IV 1934r.)

382

Kommissariat Siemianowice Śląskie an das Stadt- und Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Katowice. Private deutsche Schulkinderspeisung – 25.10.1934

Komisariat Siemianowice Śląskie do Miejskiej i Powiatowej Komendy Policji Województwa Śląskiego w Katowicach. Dożywianie dzieci w niemieckich szkołach przez osoby prywatne – 25 X 1934r.

383

13.2.1935: Stadtkommando Chorzów an die Polizeidirektion ebendort. Kampagne der JDP gegen den Deutschen Volksbund

13 II 1935r.: Komenda miasta Chorzowa Policji Województwa Śląskiego do Dyrekcji Policji w miejscu. Kampania JDP przeciwko Volksbundowi

384

19.6.1935: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Bezirksversammlung der JDP in Chorzów I (16.6.1935)

19 VI 1935r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Zebranie okręgowe JDP w Chorzowie I (16 VI 1935r.)

385

5.8.1935: Stadt- und Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Polizeidirektion ebendort. Gartenfest des Deutschen Volksbundes in Makoszowy (4.8.1935)

5 VIII 1935: Miejska i Powiatowa Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Dyrekcji Policji w miejscu. Festyn ogrodowy Volksbundu w Makoszowach (4 VIII 1935r.)

386

23.8.1935: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Wahlverhalten der deutschen Minderheit

23 VIII 1935r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Zachowanie się mniejszości niemieckiej wobec wyborów

387

9.12.1937: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Wahlversammlung der Christlichen Deutschen Volkspartei in Chorzów (4.12.1937)

9 XII 1937r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Zebranie wyborcze stronnictwa Deutsche Christliche Volkspartei w Chorzowie (4 XII 1937r.)

388

14.3.1938: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Überblick über Organisationsformem und Besitzstand der einzelnen Nationalitäten

14 III 1938r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Przegląd form organizacyjnych i stanu majątkowego poszczególnych narodowości

DOKUMENTE
DOKUMENTY

A. Provinz Ostpreußen / Prowincja Prusy Wschodnie

Mathias Niendorf

Die Provinz Ostpreußen und ihre polnische Bevölkerung

Ostpreußen, das abgelegene Territorium im äußersten Nordosten des Reiches, war nach dem 1. Weltkrieg in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit geraten. Mit Inkrafttreten des Versailler Vertrages hatte die Provinz nicht nur die Landstriche nördlich von Memel und Ruß sowie den Westteil des Kreises Neidenburg (Gebiet um Soldau) abtreten müssen, sondern zugleich auch die Landverbindung mit dem übrigen Reichsgebiet verloren. Das trennende Zwischenstück bildete seit Januar 1920 die Wojewodschaft Pommerellen, der an Polen abgetretene Teil der ehemaligen Provinz Westpreußen. Die deutsche Propaganda sprach von einem „Korridor" und bemühte immer wieder das Bild der „blutenden Grenzen", wenn im In- und Ausland die Unhaltbarkeit des territorialen Status quo beschworen wurde. Im Rahmen der allgemeinen Grenzrevisionsrhetorik war der Verweis auf die Insellage Ostpreußens eines der wichtigsten Argumente.

Neben den sofortigen Territorialabtretungen räumte der Versailler Vertrag Bewohnern ethnischer Mischgebiete auch die Möglichkeit ein, selber über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen zu entscheiden. Die Volksabstimmungen im südlichen Ostpreußen (Ermland und Masuren) und im Nordosten der Provinz Westpreußen am 11.7.1920 ergaben jeweils eine überwältigende Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland (97,8% bzw. 92,5%). Nach endgültiger Fixierung der neuen Staatsgrenze, die Polen weitere sieben Dörfer zuteilte, bestätigte das „Gesetz über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark" vom 21.7.1922 eine bisher bestehende provisorische Regelung, indem es die bei Deutschland verbliebenen Restgebiete Westpreußens rechts der Weichsel zu einem eigenständigen Regierungsbezirk innerhalb der Provinz Ostpreußen zusammenschloß. Entgegen preußischer Tradition wurde dessen Name jedoch nicht von seinem Verwaltungssitz Marienwerder abgeleitet. Statt dessen sollte die offizielle Bezeichnung „Westpreußen" den Anspruch auf die gesamte ehemalige Provinz gleichen Namens unterstreichen. Nach Königsberg, Allenstein und Gumbinnen war diese Verwaltungseinheit der mit Abstand kleinste Regierungsbezirk Ostpreußens (2926 km² von 36992 km²).

Fast über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik hinweg (1920-1932) stand Ernst Siehr (1869–1945) als Oberpräsident an der Spitze der Provinz, obwohl er als Mitglied der DDP in Ostpreußen eine ausgesprochene Minderheitenfraktion repräsentierte. Aus den Provinziallandtagswahlen gingen stets die Deutschnationalen (DNVP) als stärkste Kraft hervor, gefolgt von den Sozialdemokraten, während die bürgerlichen Parteien ebenso wie die Kommunisten nur einige wenige der insgesamt 87 Sitze erringen konnten. Auch dem Zentrum kam trotz einer traditionellen Hochburg im Ermland und einer bedeutenden katholischen Minderheit im Regierungsbezirk Westpreußen nur eine untergeordnete Rolle zu. Dafür erzielten die Nationalsozialisten hier bei den Reichstagswahlen im März 1933 mit 56,5% Stimmenanteil ein weit über dem Reichsdurchschnitt (43,9%) liegendes Ergebnis. Einen deutlichen Rechtsruck hatten allerdings bereits die

Reichstagswahlen von 1930 gebracht, als die NSDAP mit 22,5% (gegenüber 18,3% im Reich) stärkste politische Kraft in Ostpreußen geworden war, knapp gefolgt von SPD (21,1%) und DNVP (19,6%). Der Ausbau der Provinz zur nationalsozialistischen Hochburg erfolgte unter Erich Koch (1896–1986), Parteimitglied seit 1922, der 1928 als Gauleiter nach Königsberg gekommen war und dort von 1933–1945 das Amt des Oberpräsidenten bekleidete. Bedeutendster Regierungspräsident in Marienwerder (1925–1936) war zweifellos Karl Budding (1870–1945), der trotz Zentrumszugehörigkeit von den Nationalsozialisten bis zum Erreichen des Pensionsalters im Amt belassen wurde. An symbolträchtiger Stelle der Versailler Grenzen tätig, trat Budding publizistisch wie durch die Organisation von Besichtigungsreisen in der Korridorpropaganda hervor. Auch der Minderheitenpolitik wandte er ein besonderes Augenmerk zu; ein enger Mitarbeiter von ihm, Aloys Zimmer (1896–1973) bekleidete von 1928–1933 den Posten des Landrats in Stuhm.

Wie das übrige Ostelbien war auch Ostpreußen überwiegend agrarisch geprägt. Im Jahre 1925 fanden 55,7% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Beschäftigung; 39,2% der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfiel dabei auf Großbetriebe von 100 ha und mehr – nach Mecklenburg (58,2%) und Pommern (49,8%) war dies der höchste Prozentsatz im gesamten Reich. Gerade in den ethnischen Mischgebieten Masurens und des Ermlands überwog allerdings der bäuerliche Besitz, wobei für die ermländischen Landkreise Allenstein und Rössel ebenso wie für das masurische Ortelsburg als Hochburgen der polnischen Bewegung ausgesprochen groß- und mittelbäuerlicher Besitz charakteristisch war. Dafür gehörten jedoch gerade die Böden Masurens zu den ertragsschwächsten im gesamten Reichsgebiet, was einen entsprechend niedrigen Lebensstandard in diesen Gebieten zur Folge hatte. Mit einer Verschuldung von 675 RM pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche stand Ostpreußen an der Spitze im Deutschen Reich, gefolgt von der Grenzmark Posen-Westpreußen (630 RM) und Pommern (575 RM). Zum Zeitpunkt dieser Erhebung Anfang 1928 waren in Ostpreußen selbst die Betriebe unter 100 ha im Schnitt mit über der Hälfte des Einheitswertes belastet.

In Berlin war man sich der wirtschaftlichen Problemsituation Ostpreußens durchaus bewußt und räumte der Provinz eine Reihe von Sonderrechten ein. Bereits 1920 wurde eine „Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium" eingerichtet, die nicht nur der regionalen Interessenvertretung, sondern auch der Koordinierung staatlicher Hilfsprogramme dienen sollte. Dabei galt theoretisch das Prinzip der „berufungslosen Sonderbehandlung" in der erklärten Absicht, mit der Gewährung von Subventionen für Ostpreußen keinen Präzedenzfall für andere Provinzen zu schaffen. Im politischen Alltag der Weimarer Koalition ließ sich dieser Grundsatz jedoch nicht aufrechterhalten. Erst mittels der „Ostpreußenhilfe" der Jahre 1928–1930/31 ließ man einen dreistelligen Millionenbetrag ausschließlich dieser Provinz zukommen. Es handelte sich dabei im wesentlichen um ein Umschuldungsprogramm, das die Ursache mangelnder Rentabilität der ostpreußischen Landwirtschaft allerdings nicht beheben konnte. Nachdem die Weltwirtschaftskrise auch in den übrigen Ostprovinzen zu verheerenden Folgen geführt hatte, erschien eine bevorzugte Behandlung Ostpreußens nicht länger gerechtfertigt, so daß dessen Berliner Vertretung 1932 stillschweigend aufgelöst wurde.

In zeitgenössischen Ausführungen über die Notlage der Provinz findet sich neben Darstellungen der konkreten ökonomischen Situation immer wieder das Bild Ostpreußens als gefährdeter deutscher Außenposten inmitten eines slavischen Meeres, weitgehend schutzlos polnischen Annexionsgelüsten ausgeliefert. Auch die im folgenden pu-

blizierten Dokumente führen öfters Gerüchte über eine bevorstehende Besetzung Ostpreußens durch polnische Truppen an. Tatsächlich bestanden in Warschau nach dem enttäuschenden Ausgang des Plebiszits für kurze Zeit Pläne, durch Ausübung ökonomischen Drucks die Provinz zu einer engen Anlehnung an Polen zu zwingen. Derartige Überlegungen beruhten allerdings auf einer völligen Überschätzung der eigenen Möglichkeiten; Versuche ihrer Realisierung erwiesen sich schon bald als kontraproduktiv. Mit dem Ende der Weimarer Republik schließlich ging auch das Interesse Warschaus an den Landsleuten in Ostpreußen zurück – in der realistischen Einschätzung, daß unter den Bedingungen eines totalitären Regimes ihre Bedeutung als politischer Faktor weiter abnehmen mußte. Dieser skeptischen Bewertung der nationalpolitischen Verhältnisse entsprach auf deutscher Seite der Umstand, daß bei allen Bedrohungsszenarien ökonomischer und militärischer Art das einer polnischen Gefahr von innen weitgehend fehlte, und dies, obwohl 1925 noch über 100 000 der insgesamt 2,2 Millionen Einwohner Ostpreußens Polnisch oder „Masurisch", z.T. neben dem Deutschen, als ihre Muttersprache angegeben hatten. Zu eindeutig war aber das Ergebnis des Plebiszits von 1920 ausgefallen, zu gering blieb auch bei den folgenden Parlamentswahlen der polnische Stimmenanteil, der sich auf Provinzebene bei einem Prozent bewegte.

Dabei sind in ethnischer Hinsicht drei deutlich voneinander abgehobene Mischgebiete zu unterscheiden.

Das mit Abstand größte von ihnen war das im Süden der Provinz gelegene Masuren, das keine historische Landschaft darstellt, zu dem aber traditionell 7 Kreise des Regierungsbezirkes Allenstein (Johannisburg, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode in Ostpr., Sensburg) sowie der Kreis Oletzko (Treuburg) im Regierungsbezirk Gumbinnen gerechnet werden. Seine Einwohner waren im ausgehenden Mittelalter aus dem angrenzenden Masowien eingewandert und hatten sich Teile ihres Brauchtums sowie einen alten polnischen Dialekt bewahrt, nach Annahme des Protestantismus im Zuge der Reformation aber den Anschluß an die geistige und kulturelle Entwicklung ihres Herkunftsgebietes verloren. Sehr viel günstiger für die polnische Nationalbewegung lagen die Voraussetzungen im überwiegend katholischen Ermland, das als Enklave bis 1772 zur Rzeczpospolita gehört hatte. Eine polnischsprachige Bevölkerung existierte dort allerdings nur in den Kreisen Allenstein Stadt und Land sowie im Südteil des Kreises Rössel. Hinsichtlich ihres Nationalbewußtseins wurde diese Gruppe noch von den Polen im Regierungsbezirk Westpreußen übertroffen. Hier hatte während des 19. Jahrhunderts eine organisierte Nationalbewegung sehr viel früher Fuß fassen können als im benachbarten Ostpreußen, hier waren zudem auch nach dem 1. Weltkrieg polnische Gutsbesitzer ansässig geblieben, die weiterhin ihre traditionellen Führungsfunktionen ausübten. Noch stärker als im Ermland war im Regierungsbezirk Westpreußen die räumliche Konzentration der polnischen Bevölkerung ausgeprägt, die außerhalb des Kreises Stuhm nur noch in einem kleinen, unmittelbar im Süden anschließenden Teil des Kreises Marienwerder nennenswert in Erscheinung trat.

Aufgrund seiner Bedeutung für die organisierte polnische Nationalbewegung bildet das zuletzt genannte Gebiet auch den Schwerpunkt der folgenden Quellenauswahl für ganz Ostpreußen. Wenn dabei ausnahmsweise zwei unterschiedlichen Ebenen zugehörige Verwaltungseinheiten (Kreis und Regierungsbezirk) gleichrangig zur Darstellung kommen, ist dies nicht allein durch eine schwierige Überlieferungslage bedingt, sondern ebenso Konsequenz des faktischen Zusammenfalls der Minderheitenproblematik in beiden Territorien. Während des Plebiszits entfielen hier von den insgesamt 7965

für Polen abgegebenen Stimmen 4 904 auf den Kreis Stuhm, was auf dessen Gebiet einem Anteil von 19,7% entsprach. Bei der Volkszählung 1925 gaben 26% der Kreisbevölkerung Polnisch oder Polnisch und Deutsch als Muttersprache an.

Das Gebiet des Regierungsbezirkes Westpreußen stellte als „Marienburger Land" (Ziemia Malborska) einen von drei Unterbezirken innerhalb des Anfang 1923 ins Leben gerufenen Landesverbandes IV des Polenbundes mit Sitz in Allenstein. Bereits Ende 1920 hatte sich dort ein „Bund der Polen in Ostpreußen" (Związek Polaków w Prusach Wschodnich) gebildet; Vorsitzender beider Organisationen war bis Kriegsbeginn der im Kreis Stuhm gebürtige, im Landkreis Allenstein amtierende Pfarrer Wacław Osiński (1868–1945). Die zentrale Geschäftsführung für die drei Unterbezirke Marienburger Land, Ermland und Masuren lag bis 1928 bei Jan Baczewski (1890–1958), der vor allem als preußischer Landtagsabgeordneter (1922–1928) sowie als Vorsitzender der polnischen Schulvereine in Berlin hervorgetreten ist. Auf den ermländischen Bauernsohn folgten als Geschäftsführer eine Reihe aus dem Ruhrgebiet stammender Funktionäre, denen es meist sehr schwer fiel, sich in den ostpreußischen Verhältnissen zurechtzufinden. Nirgends wird dies deutlicher als am Beispiel Masurens. Wie schon während der Abstimmungskämpfe gelang es der polnischen Nationalbewegung auch in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht, dort nennenswerten Einfluß zu gewinnen. Weder unter den Funktionären des straff zentralistisch ausgerichteten Polenbundes noch unter den konsularischen Vertretern Warschaus fand sich ausreichendes Verständnis für die Spezifik jener Bevölkerungsgruppe. Autonome regionalistische Bewegungen, die die masurische Eigenständigkeit in den Vordergrund stellten, wurden zwischen den nationalen Fronten aufgerieben.

Von Spannungen sozialer Natur war demgegenüber die Situation im Unterbezirk Marienburger Land des Polenbundes (Sitz in Stuhm) geprägt. Polnische Landarbeiter und Kleinbauern fanden hier in größerem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten bei konnationalen Arbeitgebern, wodurch Anlaß zu Konflikten innerhalb der Minderheit selber gegeben war. Nach Schätzungen des Generalkonsulats in Königsberg vom Juli 1924 bestand die polnische Bevölkerung innerhalb des gesamten Regierungsbezirks Westpreußen zu etwa 60% aus Landarbeitern, 29,5% aus Klein- und Mittelbauern, 10% Großbauern und schließlich 0,5% Gutsbesitzern. Im Kreis Stuhm selbst befanden sich auch im Jahre 1935 noch 17,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in polnischer Hand, wovon fast die Hälfte (4 225 ha von 10 771 ha) auf Betriebe über 100 ha entfiel.

Als größter Grundbesitzer und bedeutender Minderheitenführer war während der Weimarer Republik Graf Stanisław Sierakowski (1881–1939) hervorgetreten. Von 1922–1927 stand er als Vorsitzender an der Spitze des Polenbundes in Berlin, wo er zwei Jahre hindurch die Interessen dieser Minderheit auch im Preußischen Landtag wahrnahm; ebenso hatte er das Mandat zu ihrer Vertretung vor dem Völkerbund. Seine dem galizischen Hochadel entstammende Ehefrau Helena (geb. Lubomirska; 1886–1939) entfaltete in der Tradition des 19. Jahrhunderts gleichfalls ein lebhaftes Engagement im sozialen und kulturellen Bereich. So hatte sie beispielsweise Maksymilian Golisz (1906–1943), dem zeitweiligen Unterbezirksgeschäftsführer des Polenbundes und Vorsitzenden des Schulvereins in Stuhm, durch ein pivates Stipendium die Ausbildung an einem polnischen Lehrerseminar ermöglicht. Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch seines Gutes zwang Sierakowski allerdings ab 1927 zum allmählichen Rückzug aus sämtlichen Führungsämtern, bis er mit seiner Familie 1933 endgültig nach Polen übersiedelte. Da seine Tätigkeitsfelder eher auf gesamtstaatlicher und internationaler Ebene gelegen

hatten, fiel innerhalb des Regierungsbezirkes Westpreußen selber einem anderen Gutsbesitzer aus dem Kreis Stuhm die führende Rolle zu: Kazimierz Donimirski (Kasimir von D.; 1880–1947), der bis 1934 an der Spitze des Unterbezirks Marienburger Land stand. Wie ein Topos ziehen sich durch deutsche Behördenberichte Äußerungen über dessen mangelnden Rückhalt unter Angehörigen der polnischen Unterschichten, eine Einschätzung, die sich ähnlich auch im Schriftverkehr der konsularischen Vertretungen Warschaus findet.

Der Ende 1931 in Stuhm aus Protest gegen die Dominanz der Gutsbesitzer gegründete „Preußisch-Polnische Bund" (Związek Prusko-Polski), dem eigenen Verständnis nach ein „Bund katholischer Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern des Marienburger Landes" (Związek Katolickich Robotników, Rzemieślników i Drobnych Rolników Ziemi Malborskiej), vertrat ein wesentlich radikaleres Sozialprogramm. Die organisatorische Reichweite dieser Protestorganisation läßt sich nicht mehr im einzelnen bestimmen, wenn auch ihr Aufruf zum Boykott der „Polnisch-Katholischen Volkspartei" nicht ohne Wirkung geblieben zu sein scheint. Für den durch diese Spaltung geschwächten Polenbund liegen für Ende 1930 (Jahreswechsel 1935/36) folgende Mitgliederzahlen der einzelnen Unterbezirke vor: Masuren 140 (65), Ermland 1 170 (925), Marienburger Land 541 (660).

In keinem anderen Teil Deutschlands war das polnische Genossenschaftswesen so sehr durch die Inflation beeinträchtigt worden wie in Ostpreußen. Die einzige Bank, die ihre Tätigkeit aufrecht erhalten konnte, war die Bank Ludowy (Volksbank) in Stuhm, deren Umsatz allerdings bald von dem der reaktivierten Schwesterorganisation in Allenstein übertroffen wurde. Dort kam es auch 1923 zur Gründung einer Ein- und Verkaufsstelle für landwirtschaftliche Produkte „Rolnik" (Landmann), die allerdings erst 1925 den Geschäftsbetrieb aufnehmen konnte und ständig unter Kapitalmangel zu leiden hatte. Erschwert wurde die Situation der polnischen Genossenschaften, als viele ihrer größten Schuldner, darunter vor allem Gutsbesitzer, gezwungen waren, ihren Besitz ganz oder teilweise in deutsche Hand zu verkaufen.

Dennoch bedeutete die Existenz des polnischen Genossenschaftswesens einen gewissen materiellen Rückhalt beim Aufbau eines Minderheitenschulwesens. Während im Regierungsbezirk Westpreußen bereits im Mai 1922 an 21 öffentlichen Volksschulen polnischer Religions- und Schreibunterricht erteilt wurde, stieß die Einrichtung entsprechender Kurse im Ermland auf erheblichen Widerstand der Behörden. Einen grundlegenden Wandel für das Leben der Minderheit bedeutete erst die Einrichtung von Privatschulen im Jahre 1929. Im Regierungsbezirk Westpreußen wurden 9 Schulen (sämtlich im Kreis Stuhm) eingerichtet, die auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1931 194 Schüler zählten; 1939 waren es noch 95. Im Ermland ging die Zahl der Schulen von maximal 14 im Jahre 1933 mit 200 Schülern auf 11 Schulen und 112 Schüler 1939 zurück. Da sich die Lehrkräfte vielfach in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenarbeit engagierten, nahm auch das kulturelle Leben der polnischen Bevölkerung einen bedeutenden Aufschwung. Zu erwähnen ist schließlich noch die Eröffnung des nach Beuthen zweiten polnischen Gymnasiums in Marienwerder im November 1937, der langwierige Verhandlungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich vorausgegangen waren.

Mathias Niendorf

Prowincja Prusy Wschodnie i jej ludność polska

Prusy Wschodnie, odległa prowincja, położona w najbardziej na północny wschód wysuniętej części Rzeszy, znalazła się po pierwszej wojnie światowej w orbicie zainteresowań opinii publicznej. Z chwilą wejścia w życie traktatu wersalskiego prowincja ta musiała nie tylko odstąpić tereny na północ od Niemna i Rusy, jak i zachodnią część powiatu Nidzica (okolice Działdowa), lecz utraciła ponadto łączność terytorialną z pozostałym obszarem Rzeszy. Oddzielający ją od stycznia 1920 r. pas ziemi tworzył województwo pomorskie utworzone z odstąpionej Polsce części byłej prowincji Prusy Zachodnie. W Rzeszy i za jej granicami podnoszono sprawę niemożliwości utrzymania takiego terytorialnego status quo, zaś propaganda niemiecka mówiła o „korytarzu" i bezustannie przywoływała obraz „krwawiącej granicy". W ramach ogólnej retoryki rewizji granic, wyspowy charakter Prus Wschodnich stanowił jeden z najważniejszych argumentów.

Obok natychmiastowych ustępstw terytorialnych traktat wersalski przyznawał obszarom etnicznie mieszanym prawo samodzielnego rozstrzygnięcia o przynależności do Niemiec lub Polski. Plebiscyty w południowej części Prus Wschodnich (Warmia i Mazury) oraz na północnym wschodzie prowincji Prusy Zachodnie (Powiśle), z 11 lipca 1920 roku, wykazały w obu przypadkach, że przeważająca część ludności opowiada się za pozostaniem przy Niemczech (odpowiednio 97,8% oraz 92,5%). Po ostatecznym ustaleniu nowej granicy państwowej (Polsce przyznano dodatkowe siedem wiosek) ustawą „O nowym podziale komunalnym i administracyjnym w Marchii Wschodniej", z 21 lipca 1922 r., potwierdzono istniejące dotychczas regulacje prowizoryczne tworząc z pozostałych przy Niemczech resztek terenów Prus Zachodnich, na prawym brzegu Wisły, samodzielną rejencję w obrębie prowincji Prusy Wschodnie. Wbrew tradycji pruskiej jej nazwę wyprowadzono nie od siedziby władz administracyjnych – Kwidzyna (Marienwerder) – lecz zachowano oficjalne określenie „Prusy Zachodnie" i tym samym podkreślano przynależność do całej byłej prowincji o tej samej nazwie. Po Królewcu (Königsberg), Olsztynie (Allenstein) i Gąbinie (Gumbinnen) ta jednostka administracyjna była najmniejszą rejencją Prus Wschodnich (2926 km² z 36992 km²).

Prawie przez cały okres Republiki Weimarskiej (1920–1932) na czele prowincji stał prezydent Ernst Siehr (1869–1945), choć jako członek DDP w Prusach Wschodnich reprezentował frakcję zdecydowanie mniejszościową. W wyborach do landtagu prowincji jako najsilniejsza wychodziła zawsze Deutschnationale Volkspartei (DNVP), za nią socjaldemokraci, podczas gdy partiom mieszczańskim tak jak i komunistom udawało się zdobyć zaledwie kilka z 87 miejsc. Również Centrum pomimo, że Warmia tradycyjnie stanowiła bastion tej partii i mniejszość katolicka była w tej małej rejencji znacząca, odgrywało jedynie podrzędną rolę. Za to narodowi socjaliści zdobywając tu w wyborach do Reichstagu, w marcu 1933 roku, 56,6% głosów, osiągnęli wyniki znacznie powyżej średniej w Rzeszy (43,9%). Wyraźne przesunięcie na prawo przyniosły już wybory do Reichstagu z 1930 roku, kiedy to NSDAP – zdobywając 22,5% głosów (wobec 18,3% w Rzeszy) – stała się najmocniejszą siłą polityczną w Prusach Wschodnich. Tuż za

NSDAP uplasowała się SPD (21%), następna była DNVP (19,6%). Prusy Wschodnie stały się bastionem narodowego socjalizmu za rządów Ericha Kocha (1896–1986), członka partii od 1922; w 1928 roku przybył on do Królewca jako gauleiter i w latach 1933–1945 piastował urząd nadprezydenta prowincji. Najbardziej znaczącym prezydentem rejencji w Kwidzynie był bez wątpienia piastujący ten urząd w latach 1925–1936 Karl Budding (1970–1945), którego – mimo przynależności do Centrum – narodowi socjaliści pozostawili u władzy aż do osiągnięcia przezeń wieku emerytalnego. Urzędując w miejscu symbolicznym dla granic ustanowionych traktatem wersalskim, Budding swą działalnością publicystyczną oraz organizowaniem specjalnych wycieczek włączał się w nurt propagandy atakującej „polski korytarz". Szczególną uwagę poświęcał również polityce mniejszościowej; w latach 1928–1933 urząd landrata w Sztumie piastował jego bliski współpracownik, Aloys Zimmer (1896–1973).

Jak wszystkie tereny na wschód od Łaby (Ostelbien) również Prusy Wschodnie były obszarem głównie rolniczym. W 1925 roku 55,7% osób czynnych zawodowo pracowało w rolnictwie, 39,2% użytków rolnych przypadało na wielkie gospodarstwa o powierzchni 100 i więcej hektarów – po Meklemburgii (58,2%) oraz Pomorzu (49,8%) najwyższy udział procentowy w całej Rzeszy. Na etnicznie mieszanych terenach Warmii i Mazur przeważała jednakże własność chłopska, przy czym dla warmińskich powiatów olsztyńskiego i reszelskiego oraz mazurskiego – szczytnieńskiego, stanowiących bastiony polskości, charakterystyczne były gospodarstwa chłopskie średnio i wielkorolne. Ale ziemie Mazur należały do najmniej urodzajnych w całej Rzeszy, z czego wynikał odpowiednio niski poziom życia na tych terenach. Z zadłużeniem wynoszącym 675 RM na hektar użytków rolnych, Prusy Wschodnie zajmowały pierwsze miejsce w Rzeszy, za nimi była Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie (630 RM) oraz Pomorze (575 RM). Na początku roku 1928, w Prusach Wschodnich, nawet gospodarstwa powyżej 100 ha miały obciążenia przekraczające przeciętnie połowę ich wartości.

W Berlinie jak najbardziej zdawano sobie sprawę z sytuacji gospodarczej Prus Wschodnich, toteż przyznano tej prowincji cały szereg przywilejów. Już w 1920 roku powołano do życia „Przedstawicielstwo Prus Wschodnich przy Radzie Ministrów (Ministerium) Rzeszy", mające nie tylko reprezentować interesy regionu ale też koordynować państwowe programy pomocy. Teoretycznie stosowano tu zasadę „traktowania specjalnego, nie podlegającego rozszerzeniu", z oczywistym zamiarem nie dopuszczenia, by subwencje dla Prus Wschodnich wykorzystały, jako precedens, inne prowincje. W politycznej codzienności koalicji weimarskiej nie udało się jednak utrzymać tej zasady. Dopiero „akcja pomocy Prusom Wschodnim", w latach 1928–1930/31, pozwoliła na przekazanie wyłącznie tej prowincji kilkusetmilionowej sumy. Był to głównie program restrukturyzacji zadłużenia, nie zdołał on jednak usunąć przyczyn niskiej rentowności rolnictwa wschodniopruskiego. Kiedy pustoszące skutki światowego kryzysu gospodarczego zaczęto odczuwać także w innych prowincjach wschodnich, nie dało się dłużej usprawiedliwiać uprzywilejowanej pozycji Prus Wschodnich; w 1932 roku, bez wielkiego rozgłosu, rozwiązano wymienione wyżej przedstawicielstwo berlińskie.

We współczesnych wywodach o niepomyślnej sytuacji prowincji, obok przedstawienia konkretnej sytuacji ekonomicznej, pojawiała się wciąż wizja Prus Wschodnich jako zagrożonej i odległej niemieckiej placówki położonej pośrodku oceanu słowiańskiego, niamalże bezbronnej wobec polskich zakusów aneksyjnych. Również w publikowanych tutaj dokumentach niejednokrotnie przytacza się pogłoski o zbliżającej się okupacji Prus Wschodnich przez armię polską. Rzeczywiście, po rozczarowujących wynikach

plebiscytu przez krótki czas istniały w Warszawie plany zmuszenia prowincji, środkami nacisku ekonomicznego, do nawiązania bliskich związków z Polską. Tego rodzajn rozważania wynikały jednak z niczym nie uzasadnionego przekonania o własnych możliwościach – próby wprowadzenia tych planów w życie bardzo szybko okazały się nierealne. Wreszcie, wraz z końcem Republiki Weimarskiej, spadło też zainteresowanie Warszawy Polakami w Prusach Wschodnich, ponieważ uznano realistycznie, że w warunkach reżimu totalitarnego ich znaczenie jako czynnika politycznego jeszcze bardziej spadnie. Tej sceptycznej ocenie stosunków w polityce narodowościowej odpowiadała po stronie niemieckiej okoliczność, iż wśród wszelkich możliwych scenariuszy zagrożeń natury gospodarczej czy wojskowej, brakowało scenariusza zagrożenia polskiego od wewnątrz i to pomimo, że w 1925 roku jeszcze 100 tysięcy osób, z łącznie 2,2 milionów mieszkańców Prus Wschodnich, deklarowało polski lub „mazurski" – częściowo obok niemieckiego – jako język ojczysty. Zbyt oczywiste jednak były wyniki plebiscytu z 1920 roku, zbyt nikły był też w najbliższych wyborach parlamentarnych udział głosów polskich; w skali prowincji wahał się on wokół jednego procenta.

Pod względem etnicznym wyróżnić należy trzy wyraźnie oddzielające się od siebie tereny mieszane. Niewątpliwie największy z nich stanowiły położone na południu prowincji Mazury, nie będące krainą historyczną; do nich jednak tradycyjnie zaliczano 7 powiatów rejencji olsztyńskiej (Pisz [Johannisburg], Giżycko [Lötzen], Ełk [Lyck], Nidzica [Neidenburg], Szczytno [Ortelsburg], Ostróda [Osterode], Mrągowo [Sensburg], jak też powiat Olecko [Treuburg] w rejencji gąbińskiej. Ich mieszkańcy pod koniec średniowiecza przybyli z sąsiedniego Mazowsza i zachowali częściowo obyczaje oraz dialekt staropolski, lecz po przyjęciu protestantyzmu w toku Reformacji, utracili łączność z procesem duchowego i kulturowego rozwoju ojczystych terenów. Znacznie korzystniejsze dla polskiego ruchu narodowego warunki panowały na katolickiej przeważnie Warmii, która do 1772 roku była enklawą Rzeczypospolitej. Polskojęzyczna ludność zamieszkiwała jednak tylko tereny w powiecie olsztyńskim oraz w południowej części reszelskiego. Pod względem świadomości narodowej przewyższała ją jeszcze ludność w rejencji Prusy Zachodnie, gdzie w XIX w. – znacznie wcześniej niż w sąsiednich Prusach Wschodnich – ukształtował się ruch narodowy. Tam po pierwszej wojnie osiedlili się polscy właściciele ziemscy, którzy nadal pełnili swe tradycyjnie przewodnie funkcje. Jeszcze silniejsza niż na Warmii była w rejencji Prusy Zachodnie koncentracja przestrzenna ludności polskiej, która (poza powiatem sztumskim) występowała w wartej wzmianki liczbie jedynie w niewielkiej, sąsiadującej od południa części powiatu szczytnieńskiego.

Ze względu na znaczenie dla zorganizowanego polskiego ruchu narodowego, ostatni z wymienionych obszarów przeważa też jeśli idzie o materiały źródłowe z całych Prus Wschodnich. Jeśli przy tej okazji zaprezentowano wyjątkowo w tym samym wymiarze dwie przynależące do różnych poziomów jednostki administracyjne (powiat i rejencja), to stało się tak nie tylko ze względu na skromność dokumentacji źródłowej, lecz także w konsekwencji faktycznej zbieżności problematyki mniejszościowej w tych jednostkach administracyjnych. W czasie plebiscytu, z 7 965 oddanych za Polską głosów 4 904 przypadło na powiat sztumski, czyli – dla tego powiatu – 19,7% głosów. W czasie spisu z 1925 r 26% ludności, jako język ojczysty podało polski lub polski i niemiecki.

Obszar rejencji Prusy Zachodnie stanowił – jako Ziemia Malborska – jeden z trzech okręgów powołanej do życia na początku 1923 roku Dzielnicy IV Związku Polaków w Niemczech, z siedzibą w Olsztynie. Już pod koniec 1920 roku powstał tam Związek Polaków w Prusach Wschodnich. Przewodniczącym obydwu organizacji, aż do wybuchu

wojny, był urodzony w powiecie sztumskim i mający parafię w powiecie olsztyńskim, ksiądz Wacław Osiński (1868–1945). Zarząd nad trzema okręgami (Ziemia Malborska, Warmia i Mazury) sprawował do 1928 roku Jan Baczewski (1890–1945), znany zwłaszcza jako deputowany do pruskiego landtagu (1922–1928) oraz przewodniczący Związku Polskich Towarzystw Szkolnych w Berlinie. Po tym synu warmińskiego chłopa obowiązki zarządzających pełnili kolejno działacze z Zagłebia Ruhry; im najczęściej bardzo trudno było zorientować się w stosunkach w Prusach Wschodnich. Najdobitniej widać to na przykładzie Mazur. Podobnie jak wcześniej, w czasie plebiscytu, tak i przez kolejne dwa dziesięciolecia polski ruch narodowy nie zdołał zyskać tam znaczącego wpływu. Ani działacze silnie scentralizowanego Związku Polaków w Niemczech, ani pracownicy konsularni, nie wykazali wystarczającego zrozumienia specyfiki tej grupy ludności. Autonomiczne ruchy regionalne, stawiające na pierwszym miejscu samodzielność Mazur, ginęły w kleszczach dwóch frontów narodowych.

Społecznej natury, z kolei, były napięcia na Ziemi Malborskiej, okręgu Związku Polaków (z siedzibą w Sztumie). Polscy robotnicy rolni i małorolni chłopi znajdowali tu możliwość zatrudnienia po większej części u pracodawców własnej narodowości, co dawało asumpt do konfliktów w łonie samej mniejszości. Według szacunków Konsulatu Generalnego w Królewcu (z lipca 1924 roku) ludność polska w obrębie całej rejencji Prusy Zachodnie składała się w ok. 60% z robotników rolnych, 29,5% z chłopów mało- i średniorolnych, 10% bogatych chłopów oraz 0,5% posiadaczy ziemskich. W samym powiecie sztumskim jeszcze w roku 1935 17,5% rolniczych powierzchni użytkowych znajdowała się w rękach polskich, z czego niemal połowa (4 225 ha z 10 771 ha) przypadała na gospodarstwa powyżej 100 ha.

Największym posiadaczem ziemskim i znaczącym przywódcą mniejszościowym był w okresie Republiki Weimarskiej hrabia Stanisław Sierakowski (1881–1939). W latach 1922–1927 stał on na czele Związku Polaków w Niemczech, piastując urząd przewodniczącego Związku w Berlinie, gdzie przez dwa lata reprezentował interesy mniejszości polskiej w pruskim landtagu. Jednocześnie posiadał mandat jej przedstawiciela na forum Ligi Narodów. Jego pochodząca z galicyjskiej arystokracji małżonka Helena z domu Lubomirska (1886–1939), rozwijała – zgodnie z tradycją XIX w – szeroką działalność społeczną i kulturalną. Grożący jego folwarkowi krach gospodarczy zmusił Sierakowskiego do stopniowego wycofywania się, od 1927 roku, z wysokich funkcji; wreszcie w 1933 roku przeniósł się on z rodziną do Polski. Ponieważ Sierakowski prowadził działalność raczej na płaszczyźnie ogólnopaństwowej i międzynarodowej, w obrębie rejencji Prusy Zachodnie główną rolę odgrywał inny ziemianin z powiatu sztumskiego, Kazimierz Donimirski (Kasimir von Donimirski 1880–1947), który do 1934 roku stał na czele okręgu Ziemia Malborska. Przez urzędowe raporty przewijają się bezustannie wypowiedzi na temat jego braku oparcia w najniższych warstwach społecznych. Ocena ta pojawia się także w polskiej korespondencji konsularnej z Warszawą.

Utworzony w Sztumie, pod koniec 1931 roku, w proteście przeciwko dominacji ziemiaństwa Związek Prusko-Polski, określał siebie jako „Związek Katolickich Robotników, Rzemieślników i Drobnych Rolników Ziemi Malborskiej" i reprezentował daleko bardziej radykalny program społeczny. Zasięg organizacyjny tej wyrosłej z protestu organizacji nie da się już precyzyjnie ustalić, choć wiadomo, iż jej apel o bojkotowanie Polsko-Katolickiej Partii Ludowej nie pozostał bez echa. Przypadająca na poszczególne dzielnice liczba członków osłabionego tym rozpadem Związku Polaków wynosiła pod

koniec 1930 roku (w nawiasach liczby z końca 1935 r.): Mazury 140 (65), Warmia 1 170 (925), Ziemia Malborska 541 (660).

W żadnej innej części Niemiec spółdzielczość polska nie doznała takich szkód w wyniku inflacji, jak w Prusach Wschodnich. Jedynym bankiem, który mógłby podtrzymać jej istnienie, był Bank Ludowy w Sztumie, jednak jego obroty już wkrótce zaczęły pozostawać w tyle za obrotami reaktywowanej filii w Olsztynie. Tam też więc doszło w 1923 roku do założenia spółdzielni zaopatrzenia i zbytu „Rolnik", która działalność podjęła jednak dopiero w 1925 roku i borykała się bezustannie z trudnościami kapitałowymi. Sytuację spółdzielni polskich utrudniało dodatkowo to, że wielu z ich dłużników, zwłaszcza posiadaczy ziemskich, było zmuszonych, częściowo bądź w całości, do odsprzedaży swych dóbr nabywcom niemieckim.

Jednak istnienie spółdzielczości polskiej stanowiło pewne materialne oparcie dla tworzącego się szkolnictwa mniejszościowego. O ile w rejencji Prusy Zachodnie już w maju 1922 roku w 21 szkołach publicznych nauczano po polsku religii i pisania, o tyle utworzenie podobnych kursów na Warmii napotykało na znaczny opór władz. Zasadniczą zmianę w życiu mniejszości przyniosło dopiero utworzenie w 1929 roku szkół prywatnych. W rejencji Prusy Zachodnie powstało 9 szkół (wszystkie w powiecie sztumskim), które w najlepszym dla siebie 1931 roku liczyły łącznie 194 uczniów. W 1939 roku było ich już tylko 95. Na Warmii liczba szkół z 14 (200 uczniów) w 1933 roku spadła do 11 (112 uczniów) w 1939 roku. Ponieważ kadra nauczycielska angażowała się także w pozaszkolną działalność wśród młodzieży i dorosłych, życie kulturalne ludności polskiej nabrało znacznego rozmachu. Warto też jeszcze wspomnieć o otwarciu w listopadzie 1937 roku drugiego, po bytomskim, polskiego gimnazjum w Kwidzynie, co było poprzedzone długotrwałymi negocjacjami Polski z Rzeszą Niemiecką.

A.1. Provinzebene / Prowincja

001

20.12.1920: Regierungsrat Dr. Poeschel in Königsberg. Aufzeichnung über eine Fahrt durch das Abstimmungsgebiet (13.–18.12.1920)
20 XII 1920r.: Radca rządowy dr Poeschel w Königsberg. Notatka z podróży po obszarze plebiscytowym (13–18 XII 1920r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 233 (Abschrift)

Die Polenfrage in den ost- und westpreußischen Abstimmungsgebieten

Stand von Mitte Dezember 1920.

Aufzeichnung auf Grund persönlicher Eindrücke während eines Aufenthalts in Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Deutsch Eylau und Allenstein vom 13. bis 18. Dezember 1920.

I. *Polnische Agitation*

Die Abstimmungsniederlage vom 11. Juli d. Js. hatte zunächst ein starkes Abflauen oder völliges Aufhören der national-polnischen Agitation zur Folge. Die Polen waren teilweise völlig vor den Kopf geschlagen und erkannten, daß sie sich in acht nehmen müßten. Doch machte die künstliche Erregung der Gesamtbevölkerung meist rasch einem normalen Zusammenleben wie in früheren Zeiten Platz, zumal die niedere polnische Bevölkerung wurde im Hinblick auf die Niederlage und auf die Zustände in Polen schwankend.

Vor den Kommunalwahlen in Westpreußen lebte die Agitation wieder auf. Ein Zufallserfolg bei den Kirchenratswahlen im September in Stuhm, wo die Polen in der katholischen Kirchengemeinde sämtliche 5 Sitze errangen, mag dazu beigetragen haben, ihnen wieder Mut zu machen. Der Ausfall der Kommunalwahlen am 28. November war ein zweiter schwerer Schlag für die polnische Sache. Im Kreise Marienwerder hatten die Polen nur eine eigene Liste (Marienwerder Stadt) aufgestellt und fielen mit 127 Stimmen (gegen 362 bei der Volksabstimmung) aus. Im Kreise Stuhm, dem einzigen westpreußischen Kreise mit starker polnischer Minderheit, waren in 17 von 53 Ortschaften polnische Kandidaten nominiert. Statt der bestimmt erwarteten 9 bis 12 Sitze erhielten die Polen nur 5. Interessant sind folgende Zahlen für Kreis Stuhm: bei den Kommunalwahlen am 28. November 21,65 % der abgegebenen Stimmen für polnische Kandidaten, bei der Volksabstimmung am 11. Juli d. Js. 19,07 %, bei den Reichstagswahlen 1903 40 %, bei den Reichstagswahlen 1907 38 %; bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1919 übten die Polen Wahlenthaltung; es wurden für sämtliche deutschen Kandidaten insgesamt 58 % aller wahlberechtigten Stimmen abgegeben. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1920 zählte der Kreis 58 % Einwohner mit deutscher, 42 % Einwohner mit polnischer oder polnischer und deutscher Muttersprache.

In allerjüngster Zeit sind in Westpreußen (besonders Marienburg) und im Ermland (Kreis Rössel) eine größere Anzahl von früher dort ansässigen Polen wieder gesehen worden, die in der Abstimmungszeit als Agitatoren hervorgetreten und dann nach Polen abgewandert waren. Öffentliches Auftreten dieser Personen wird nicht gemeldet, doch wird anscheinend eifrig Hausagitation betrieben. Landfremde Elemente haben sich nur in vereinzelten Fällen gezeigt.

Diese neuere, vorsichtig betriebene Mundpropaganda arbeitet in der Hauptsache mit zwei Argumenten. In den verschiedensten Wendungen kehrt die Mahnung wieder: haltet aus, das Land wird noch polnisch! (Angeblich polnisches Lied: „Wenn die Weichsel fest wird, kommen wir und holen euch heim".) Polnische Großgrundbesitzer im Kreise Stuhm halten diese Hoffnung wach. Auch das polnische Generalkonsulat in Marienwerder ist nicht unbeteiligt. Das dortige Unterpersonal hat nach sicheren Nachrichten dem in Paßsachen vorsprechenden polnischen Publikum gesagt: die Polen kämen noch.

Das zweite beliebte Argument ist die Behauptung: die vor der Volksabstimmung den Polen gemachten Versprechungen (Minderheitsschutz) würden nicht gehalten. Nach Mitteilung von Zentrumsseite hat diese Behauptung in einem Falle konkretere Gestalt angenommen, es handelt sich um die Frage der Schulaufsicht in einem Teile Westpreußens, wovon unter VI. (Minderheitsschutz) noch die Rede sein wird.

Als eine Hauptaufgabe der neuerdings auftretenden Agitatoren gilt, in den hiesigen Abstimmungsgebieten Agitationsstoff für Oberschlesien zu sammeln. Die Schulaufsichtsangelegenheit dürfte zu diesem Zwecke ausgeschlachtet werden.

Mit Geldsammlungen in Westpreußen für reichspolnische Zwecke (Haller-Armee) und Rekrutenanwerbungen wird der Oberstleutnant v. Donemirski [Donimirski] in Graudenz (früher preußischer Offizier, jetzt polnischer Generalstabsoffizier für Pommerellen) in Verbindung gebracht. Ein Dankschreiben von ihm an einen im Kreise Stuhm wohnhaften Polen für dort im Sommer d. Js. gesammelte Gelder liegt vor. Im Oktober wurden 5 bis 6 junge Polen beobachtet, die mit Köfferchen von Stuhm Richtung Marienburg abfuhren; man nimmt an, daß sie für das polnische Heer angeworben waren.

Auffällige Aktendiebstähle in letzter Zeit, so bei dem Kreisrat in Stuhm durch dessen Angestellten Twardowski, deuten auf das Bestehen eines geheimen Nachrichtendienstes hin.

II. *Polnisches Vereinswesen*

Nach polnischen Angaben von Ende November d. Js. bestehen über beide Abstimmungsgebiete verteilt 36 polnische Vereine. Im Kreise Marienburg sind keine beobachtet worden; die während der Abstimmungszeit dort gegründete polnische Schule ist eingegangen, ihr Lehrer verschwunden. Im Kreise Stuhm sind etwa 10 Sokols bekannt, meist älteren Datums, einige neu gegründet, andere eingeschlafen oder nicht mehr erkennbar hervorgetreten. Außerdem gibt es im Kreise Stuhm mehrere polnische Gesangvereine und Kirchenchöre, die polnische Landwirtschaftliche Berufsvereinigung für den Kreis Stuhm, 5 polnische landwirtschaftliche Vereine und 8 polnische Kindergärtnerinnen unter dem Protektorat der Gräfin Sierakowska (Gattin des Generalkonsuls in Marienwerder, galizische Prinzessin Lubomirska).

Im Kreise Marienburg ist 1 polnischer landwirtschaftlicher Verein bekannt. Im Kreise Rosenberg besteht keiner. Der in Deutsch Eylau zur Abstimmungszeit gegründete Sokol ist eingegangen. Dasselbe Schicksal haben die polnischen landwirtschaftlichen Vereine im Ermland erfahren, während Sokols dort vorhanden sind.

Masuren hat keine Sokols.

Als geistige oder materielle Stützpunkte der polnischen Irredenta gelten einige Großgrundbesitzer (v. Donemirski [Donimirski] – Klein-Ramsen, v. Donemirski [Donimirski] – Buchwalde, v. Szeliski – Schönwiese, Graf und Gräfin Sierakowski – Groß Waplitz, jener weniger hervortretend) und einzelne Geistliche (Kaplan Demski – Altmark, Pfarrer Barczewski –Braunswalde).

Überdies gibt es eine Anzahl polnischer Banken, meist Bank Ludowy genannt, mit *un*beschränkter Haftung, von denen gefährdeter polnischer Grundbesitz hoch beliehen wird – so in Stuhm, Portschweiten, Marienwerder, Allenstein, Ortelsburg. Ferner eine Bank Diskontowy in Allenstein; nur von dieser ist Zusammenhang mit einem reichspolnischen Institut (Bromberg) bekannt.

Auch das polnische Vereinswesen war durch die anfängliche Depression infolge der Abstimmungsniederlage lahmgelegt, fängt aber in letzter Zeit wieder an aufzutauen, besonders in den Kreisen Stuhm und Rössel. Bedeutende Geldmittel (ganze Leiterwagen voll Lebensmittel und Sachen bei Sokolfesten) werden aufgewendet. Ihre Quelle ist unbekannt, doch wird vermutet, daß es polnische Staatsgelder sind, die durch die polnischen Konsularbehörden vermittelt werden.

Das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhange ist die Gründung des Polenbundes für Ost- und Westpreußen am 30. November d. Js. in Allenstein. Damit ist ein zielbewußtes Zentralorgan für die polnische Irredenta in dem gesamten Abstimmungsgebiete geschaffen. Der Bund bezeichnet sich selbst als politische Partei. Er ist folgendermaßen organisiert: Generalsekretariat in Allenstein; Sekretariat für das Weichselufergebiet in Stuhm, Sekretariat für das Ermland in Allenstein (Leiter Baczewski, als gefährlicher Agitator bekannt); Sekretariat für „Masuren" in Ortelsburg (Leiter Jaroschik [Jaroszyk], Herausgeber der eingegangenen Zeitung Mazur). Der Bund bezweckt Unterstützung der polnischen Sache mit legalen Mitteln: Aufstellung polnischer Kandidaten bei Wahlen, Belebung des polnischen Vereinswesens, wirtschaftliche Hebung der Polen und Heranbildung eines polnischen Mittelstands (Raiffeisensystem) und anderes. Man nimmt an, daß der Polenbund die Seele systematischer Arbeit zur friedlichen Durchdringung des Abstimmungsgebietes im polnischen Sinn sein wird. Eine nahe Zukunft wird lehren, ob und wieweit dieses offizielle loyale Programm in der Wahl der Ziele und der Mittel überschritten werden wird.

Die kostspielige Organisation dürfte ohne reichspolnische Mittel nicht denkbar sein. Über den vermuteten Zusammenhang des Polenbundes mit einer polnischen Propagandazentrale in Elbing ist noch nichts Zuverlässiges bekannt.

Eine wirksame Überwachung der polnischen Organisationen würde ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt werden können. Geeignete Persönlichkeiten und reiche Erfahrungen und Verbindungen sind noch aus der Abstimmungszeit her vorhanden. Sie auszunutzen, ist in der Hauptsache eine Geldfrage.

III. *Polnische Zeitungen*

Das wichtigste Organ der polnischen Irredenta ist die in Allenstein erscheinende Gazetta Olstzynska [Gazeta Olsztyńska], Hauptschriftleiter der Galizier Lytko [Lydko]. Das Blatt hatte sich nach der Abstimmung auf behördliche Verwarnung hin eine gewisse Mäßigung auferlegt, schlägt aber seit einiger Zeit wieder stark hetzerische Töne an. Bisher Wochenblatt, soll es vom 1. Januar 1921 ab als Tageszeitung erscheinen. Eine zweite Zeitung, Gazetta [Gazeta] Polska in Marienwerder, erscheint nach zeitweiligem Verschwinden wieder.

In Stuhm wird eine Gazetta Stuhmska [Gazeta Sztumska] verbreitet, die nichts anderes ist, als die Gazetta Gdanska [Gazeta Gdańska] mit aufgeklebtem Titel. Gerüchteweise verlautet, daß eine polnische Druckerei in Stuhm eingerichtet werden soll.

Natürlich werden auch reichspolnische Blätter gelesen.

Der früher in Ortelsburg erscheinende, in polnischem Sinne redigierte „Mazur" ist am Tage vor der Abstimmung eingegangen und bisher nicht wieder aufgelebt. Die deutsche

Gegenzeitschrift für die Masuren „Pruski Przyjaciel Ludu" („Preußischer Volksfreund", zur Zeit 2 300 zahlende Abonnenten, 700 Freiexemplare) steht aus Geldmangel vor dem Eingehen.

IV. *Abwanderung*

Der deutsche Abstimmungserfolg hatte zunächst ein Abfließen polnischer Elemente zur Folge. Ein Teil derjenigen einheimischen Polen, die sich als Agitatoren besonders bemerkbar gemacht haben, verschwanden. Einige Grundbesitzer verkauften, und zwar in Westpreußen und Ermland nur kleinere und kleinste (im Kreise Stuhm nach Angabe des dortigen Grundbuchamts etwa 10 Verkäufe), in Masuren (namentlich Osterode, Neidenburg) vorwiegend die größeren Besitzer; hier soll der polnische Großgrundbesitz, der im wesentlichen erst seit 1905 von Nationalpolen zusammengekauft worden ist, so gut wie verschwunden sein.

Auch städtische Grundstücke sind von Polen verkauft worden, so unter anderen in Marienwerder das polnische Hotel-Casino und das Haus der polnischen Kinderbewahranstalt (Ochranka [Ochronka]); in Deutsch Eylau, wo der Abzug der Polen als besonders stark geschildert wird, ein Hotel. Ähnlich in Allenstein und an anderen Orten. Die Verkäufe in Stadt und Land vollzogen sich teilweise im Wege des Tauschs mit Deutschen aus den abgetretenen Gebieten. Übrigens sind nicht alle Polen, die verkauft haben, aus Ostpreußen fortgezogen infolge von Sicherungsmaßnahmen der Finanzämter auf Grund der Steuer- und Kapitalfluchtgesetzgebung.

Diese Abwanderungsbewegung ist vor einiger Zeit – mit lokalen Ausnahmen – gestoppt worden. Vor etwa 6 Wochen wurde eine Anweisung an die polnischen Verwaltungsbehörden bekannt, keinen Polen aus Ostpreußen in Polen zum Grunderwerb zuzulassen. Die Gazetta Olstzynska [Gazeta Olsztyńska] in Allenstein warnte öffentlich vor dem Wegzuge. Der Pole Jankowski in Allenstein, der Verwalter der dortigen Immobilien der polnischen Regierung, hatte Auftrag gehabt, alles bis auf das polnische Versammlungslokal, das Hotel Dom Polski, zu veräußern. In der letzten Dezemberhälfte erhielt er die Weisung, die noch nicht abgeschlossenen Verkaufsverhandlungen abzubrechen. Unter anderem war von den 2 polnischen Druckereien am Orte die eine bereits verkauft, die zweite, über die auch schon verhandelt wurde, bleibt nunmehr in polnischer Hand.

Für Kreis Stuhm und Marienwerderer Niederung soll der schon erwähnte Oberstleutnant v. Donemirski [Donimirski] in Graudenz die Parole ausgegeben haben: Nicht verkaufen! mit der Begründung: das Land wird noch polnisch.

V. *Zur Frage einer polnischen Invasion*

Das Gerücht, die Polen kämen, taucht an den langgestreckten Grenzen Westpreußens und Masurens aller Orten von Zeit zu Zeit auf. Der Glaube an einen nahe bevorstehenden Einmarsch polnischer Truppen wird, wie schon erwähnt, bei den Polen diesseits der Grenzen systematisch verbreitet. Aber auch unter den polnischen Truppen im Grenzgebiete wird, wohl um sie bei Stimmung zu erhalten, von Angriffsabsichten gefaselt.

Die deutsche Bevölkerung hat sich im allgemeinen nach der Erfahrung „Der Wolf kommt" daran gewöhnt, derartige Alarmgerüchte nicht tragisch zu nehmen. Solange der Pole dem Russen gegenüber die Hände nicht frei hat, traut man maßgebenden polnischen Stellen ein ostpreußisches Abenteuer nicht zu.

Dagegen ist die Ansicht weit verbreitet, daß nach einem polnischen Erfolg gegen Rußland bei der Unberechenbarkeit des polnischen Charakters alles möglich sei, wäre es auch nur, um die freiwerdenden polnischen Heeresteile zu beschäftigen, oder daß sich

ein zweiter Zeligowski für Ostpreußen oder Stuhm fände. Als ein anderer mächtiger Anreiz für eventuelle militärische Unternehmungen wird es betrachtet, wenn Danzig polnisch würde, und zwar um der durch das Abstimmungsgebiet führenden direkten Bahnlinie Danzig-Marienwerder-Deutsch Eylau-Soldau-Warschau willen.

Im Hinblick auf diese für den Augenblick nicht überschätzte, aber im Hintergrunde drohende Gefahr und auf die nähere Gefahr eines russisch-bolschewistischen Einmarsches wird die Erhaltung einer Selbstschutzorganisation allgemein als Lebensfrage bezeichnet. Es kann als sicher gelten, daß sich im Falle eines polnischen Angriffes die deutsche Bevölkerung einschließlich eines beträchtlichen Teiles der Unabhängigen [Sozialdemokraten] wie ein Mann erheben wird.

VI. *Zur Frage des Minderheitsschutzes*

Die fromme Kirchlichkeit sowohl der katholischen Polen wie der protestantischen Masuren ist bekannt. Religiöse Fragen liegen dem Volke wirklich am Herzen, und soweit das Verlangen nach Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache auftritt, kann angenommen werden, daß es sich in der Tat um einen eigenen Wunsch der einheimischen polnischen Bevölkerung handelt. Doch dürfte dies ausschließlich für die katholischen Polen in Westpreußen und Ermland gelten. Bei den protestantischen Masuren ist die Jugend so durchgängig deutschsprachig, daß polnischer Religionsunterricht nicht in Frage kommt. Bei Beibehaltung der bisherigen Schulpolitik dort wird die völlige Eindeutschung der Masuren binnen 20 bis 30 Jahren erwartet.

Eine gewisse Beunruhigung soll nach Mitteilung von Zentrumsseite die Frage der Schulaufsicht für einen Teil Westpreußens hervorgerufen haben. Es werde befürchtet, daß der katholische Kreis Stuhm, der bisher einem katholischen Kreisschulinspektor in Stuhm unterstand, in zwei Teile zerlegt und jeder Teil zusammen mit einem überwiegend protestantischen Nachbargebiete einem protestantischen Schulinspektor unterstellt werden solle. Der stark mit Polen durchsetzte Süden des Kreises sei bereits abgetrennt und dem protestantischen Schulinspektor in Riesenburg zugeteilt worden. Der Posten des tötlich verunglückten Schulinspektors Rudolf in Stuhm sei noch immer vakant. Diese Tatsachen würden zu der Ausstreuung benutzt, die Deutschen kehrten zu einer angeblich früher befolgten Politik zurück, die mit dem Schlagwort „Germanisierung durch Protestantisierung" gekennzeichnet wird. Die hier zitierten Gewährsleute, insbesondere der im Abstimmungskampf um die deutsche Sache verdiente Probst von Marienburg, bezeichnen es als wichtig im Hinblick auf die kommenden Wahlen und die Abstimmung in Oberschlesien, daß der Posten noch vorher mit einem Katholiken besetzt werde.

Erheblich weitergehende polnische Wünsche in Schulsachen tauchen auf, doch gewinnt man den Eindruck, daß sie von außen ins Land hereingetragen werden, sei es um die polnische Irredenta großzupäppeln, sei es um aus der Nichterfüllung Agitationsstoff zu ziehen. So hat eine Abgeordnete des polnischen Seijm [Sejm], die auch im Kreise Marienwerder einen Wohnsitz hat, geäußert, es müsse ein polnisches Seminar und ein polnisches Gymnasium für den Kreis Stuhm gefordert werden.

VII. *Zur Frage der inneren Kolonisation*

Von allen Seiten, insbesondere von den maßgebenden Stellen in den Abstimmungsgebieten wird die Frage der inneren Kolonisation als eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Angelegenheit angesehen, wenn man die gesamte nationalpolitische und wirtschaftliche Zukunftsentwicklung des Landes ins Auge faßt. Die praktischen Schwierigkeiten sind bekannt, aber mit der Zeit überwindbar. An geeigneten Grundstücken, die ohne Enteignung zu haben sind, fehlt es nirgends. So hat z. B. im Kreise Rosenberg

der Kreistag freiwillig Teile des Groß- und Mittelbesitzes zur Verfügung gestellt. Auch Domänen kommen in Betracht.

Es wird sich die Frage erheben, wie die Polen dabei zu behandeln sind. Werden polnische Siedler grundsätzlich ausgeschlossen, so wird das unter den Polen natürlich böses Blut machen, worauf auch schon von sozialdemokratischer Seite hingewiesen worden ist. Andererseits ist auf das warnende Beispiel von Kl. Nappern hinzuweisen. Dieses und 2 andere Dörfer im Kreise Osterode sind seiner Zeit von der preußischen Ansiedlungskommission geschaffen und nur mit Polen besetzt worden. Der Erfolg ist, daß die 3 Dörfer bei der Volksabstimmung verloren gegangen sind.

VIII. *Die deutschen Parteien und die Polenfrage*

Das Zusammenstehen aller Deutschen im Abstimmungskampfe – in Ostpreußen unter Ausschaltung, in Westpreußen unter Mitwirkung der politischen Parteien – wirkt noch nach. In Marienwerder besteht noch der deutsche Ausschuß für Westpreußen, der aus führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen, Volkspartei, Demokraten, des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie für die Volksabstimmung gebildet worden ist. Nach Erfüllung seines ursprünglichen Zwecks würde er sich einer neuen dauernden Aufgabe, der Sicherung des Abstimmungsergebnisses, zuwenden und mit diesem Programm weiterhin ein Hand-in-Hand-Arbeiten der 5 Parteien in Fragen deutscher Kultur anstreben, wenn ihm die dazu erforderlichen Mittel zufließen.

Sind sich die genannten Parteien in ihrer grundsätzlichen Abwehrstellung gegen polnische Gelüste auf deutsches Gebiet einig, so gehen doch ihre Anschauungen über die empfehlenswerteste Taktik gegenüber den bei uns verbliebenen Polen auseinander. Vertreter der Rechtsparteien rücken in verschiedener Nüancierung die Forderung „festen Auftretens" in den Vordergrund. Sie weisen auf die Richtigkeit des polnischen Sprichworts hin „Eher werden Feuer und Wasser als Pole und Deutscher sich einen" und berufen sich darauf, daß energische Maßnahmen wie z. B. die Ausweisung der jetzt im reichspolnischen Nachrichtendienste beschäftigten Stuhmer Kindergärtnerin Michalina Ciepielowska wesentlich dazu beigetragen haben, nationalpolnischen Übereifer zu dämpfen.

Die sogenannten Mehrheitsparteien befürchten von einer starken Hervorkehrung des nationalen Standpunkts die Verschärfung des nationalen Gegensatzes und damit die innere Stärkung des Polentums (angeblicher Ausspruch eines Polen: Wir wünschten uns in jedem Kreise eine Weichselzeitung – rechts gerichtete Neugründung in Marienwerder). Sie streben an, die deutschen Polen zu spalten und die loyalen Elemente als deutsche Staatsbürger auf dem Boden gemeinsamer kirchlicher und sozialer Interessen herüberzuziehen.

Gewisse Erfolge des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie in dieser Richtung sind zu verzeichnen. Das Zentrum war während der Abstimmungszeit und ist noch jetzt bei den Polen die verhaßteste, weil gefährlichste Partei. Die Arbeit der deutschen katholischen Geistlichen und Lehrer wird allgemein gerühmt. Vor den westpreußischen Kommunalwahlen gaben die Polen die Parole aus: Kein Pole wähle Zentrum; will er nicht polnisch wählen, dann nur U.S.P.D. Die Sozialdemokraten nehmen für sich den Erfolg in Anspruch, daß in fast rein polnischen Gemeinden auf großen polnischen Gütern stellenweise nur knappe polnische Mehrheiten erzielt worden sind. Ein sozialdemokratischer Führer in Westpreußen äußerte: „Wir sind in erster Linie Deutsche und suchen die Polen für uns zu gewinnen. Tritt aber der Polenbund scharf auf, so sind auch wir für entsprechend scharfe Maßnahmen". Mehr als Stimmungsbild denn als praktischer

Vorschlag ist die Äußerung eines Allensteiner S.P.D.-Führers zu werten: „Die Arbeiterschaft bleibt bei der Stange, wenn sie ein großes nationales Ziel vor Augen hat, wie es bei der Volksabstimmung der Fall war. Fehlt das, so verfällt sie wieder in Eigenbrödelei. Ein solches Ziel wäre auch die Wiedergewinnung unserer Brüder in Soldau und im Korridor." Der durch diese Aussprüche gekennzeichneten Richtung steht eine andere, von Königsberg aus geführte, mehr parteipolitische Ziele verfolgende gegenüber.

Die U.S.P.D. spielt in den Abstimmungsgebieten keine sehr bedeutende Rolle. In Stuhm hat sie bei den Gemeindewahlen Listenverbindung mit den Polen angestrebt. In Allenstein wurden nach der Volksabstimmung dem Polen Dr. Langowski 250000 Mark aus polnischen Staatsmitteln zur Verfügung gestellt, um mit den Unabhängigen Verbindung zu halten.

IX. *Deutsche Vereine*

Als örtliche Träger des deutschen Gedankens bestehen noch überall im Abstimmungsgebiet die für die Abstimmung ins Leben gerufenen Heimatvereine, im ostpreußischen Teil mit rund 200000 Mitgliedern, zusammengefaßt im Ermländer- und Masurenbund, in Westpreußen mit etwa 40000 Mitgliedern, vereinigt im Verband westpreußischer Heimatvereine. Sie sind unter Ausschaltung der politischen Parteien gegründet, umfassen alle Bevölkerungskreise und betonen ihren unpolitischen Charakter. Ihre gute Wirkung während der Abstimmungszeit ist unbestritten. Dagegen wird ihre politische Unparteilichkeit neuerlich in Zweifel gezogen. Stimmen im Zentrum, unter den Demokraten und Sozialdemokraten, namentlich in Westpreußen, bemängeln, daß die Heimatvereine zumal bei Besetzung der wichtigsten Vorstandsstellen mehr und mehr in die Hände von Anhängern der deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen und in hakatistisches Fahrwasser gerieten. Der Sozialdemokratische Parteitag in Königsberg hat geradezu beschlossen, die Parteigenossen sollten aus den Heimatvereinen austreten. Viel Beachtung hat dieser Beschluß in Ostpreußen wohl nicht gefunden. Ein Allensteiner Sozialdemokrat erklärte: seine Parteifreunde träten lieber aus der Partei als aus dem Heimatverein aus. Auch in Westpreußen sind bekannte Sozialdemokraten, z. B. der Vorsitzende des Landarbeiterverbands im Kreise Marienburg, im Vorstande von Heimatvereinen verblieben.

Übrigens haben vielfach auch Polen an den Veranstaltungen der Heimatvereine teilgenommen und sind in einigen Fällen auch Mitglieder geworden.

Ein weiterer, mehrfach gegen die Heimatvereine erhobener Vorwurf besagt, daß sie ihr programmatisches Ziel, Förderung deutscher Kultur, mit allzu oberflächlichen Mitteln verfolgen.

Von nationalpolitischem Standpunkte aus dürfte zu sagen sein, daß ein Eingehen der Heimatvereine in stark mit Polen durchsetzten Gegenden den polnischen Sokols zugute kommen würde. In Masuren, das als Ganzes erst noch endgültig für das Deutschtum zu gewinnen ist, sind sie oder ähnliche Einrichtungen zur fortgesetzten Betonung des Deutschtums kaum zu entbehren.

Die Frage, ob sich die Heimatvereine werden halten können, ist wiederum eine reine Geldfrage. Eigene Mittel in erheblichem Umfange aufzubringen, wäre nur durch starke Inanspruchnahme einzelner vermögender Mitglieder und Gönner möglich, und davon wird eine Gefährdung der politischen Unabhängigkeit befürchtet. Es werden daher staatliche Zuschüsse gewünscht, wie sie auf der Gegenseite den Sokols zufließen.

Das recht schwierige Problem, das die Gemüter ziemlich erhitzt, in welcher Weise die Verwendung solcher Staatsmittel durch paritätische Ausschüsse der politischen Parteien

zu kontrollieren wäre, ohne den Heimatvereinen ihren unpolitischen Charakter und ihre Selbständigkeit zu nehmen, wird von Optimisten unter den örtlichen Kennern für lösbar gehalten.

X. *Gesamteindruck*

Der Kampf der Polen um das ost- und westpreußische Abstimmungsgebiet mit dem Stimmzettel ist verloren, seine Wiederaufnahme bei künftigen Wahlhandlungen wird bis auf weiteres – wenn auch immer wieder versucht – erfolglos sein. Ob ein Kampf mit den Waffen in nächster Zeit versucht werden wird, ist unberechenbar und von hier aus nicht zu beurteilen; große Wahrscheinlichkeit spricht in der gegenwärtigen Lage nicht dafür. Der Kampf auf dem Wege der friedlichen Durchdringung hat begonnen. Sein nächstes Ziel ist Erhaltung und Stärkung einer polnischen Irredenta. Der Glaube an weiterreichende Ziele wird mindestens um ihrer werbenden Kraft willen wachgehalten.

Die Bekämpfung dieser Bestrebungen und die Sicherung des Abstimmungsergebnisses durch Überwachen der polnischen Irredenta, allmähliches Herüberziehen loyaler Elemente, Strenge gegen inloyale Elemente, planmäßige Siedlung und Wachhaltung des deutschen Volksbewußtseins verspricht in allen Teilen der Abstimmungsgebiete Erfolg, bedarf aber zu ihrer vollwirksamen Durchführung der Unterstützung durch Reichsmittel.

Königsberg i/Pr., den 20. Dezember 1920.

gez. Dr. Poeschel

002

5.4.1921: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Sekretär des Polenbundes in Allenstein, Bruno Gabrylewicz
5 IV 1921r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus.Bruno Gabrylewicz, sekretarz Związku Polaków w Allenstein

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H.A. Rep. 203, Nr. 590/1.

Gut unterrichteter V-Mann berichtet über eine vertrauliche Unterredung mit dem Generalsekretär des Polenbundes, Bruno Gabrylewicz, Allenstein folgendes:

Bruno Gabrylewicz ist nicht, wie irrtümlich s. Zt. berichtet wurde (IIIa Tgb. Nr. 4716 vom 12.12.20), polnischer, sondern deutscher Staatsangehöriger. G. ist nach seiner Entlassung aus der Warschauer Zitadelle, wo er als Staatskommissar für die Abstimmung im Ermland wegen Spionageverdacht zu Gunsten Deutschlands 12 Monate zugebracht hatte, im Oktober 1920 nach Allenstein gekommen. Am 30. November erfolgte schon die Gründung des Polenbundes, dem er als Generalsekretär vorsteht; er ist ferner auch dessen stetiger Leiter sowie Verfasser sämtlicher diese Organisation betreffenden Entwürfe. Als redaktioneller Mitarbeiter der beiden Allensteiner Polenzeitungen betätigt sich G. nur von Zeit zu Zeit. Seine Artikel unterzeichnet er mit „Brugar". Sein Einfluß erstreckt sich aber auch auf die Richtung beider Zeitungen. Sein Bestreben geht augenblicklich dahin, die ostpreußische Polenpresse von dem polnischen Einfluß jenseits der Grenze vollständig zu befreien und sie unabhängig zu machen. Das Arbeitsfeld der ostpreußischen Polenpresse soll sich lediglich auf Hebung des kulturellen Niveaus der hiesigen polnischen Bevölkerung beschränken und ihre Interessen wahrnehmen. Der Einmischung der öffentlichen Meinung jenseits der Grenze will Gabrylewicz mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten. (Damit steht aber die Schreibweise der „Gazeta Olsztynska" im scharfen Widerspruch. IIIa [= Anm. Landesgrenzpolizei]).

G. hat sich von Polen losgesagt und auf eine Rehabilitierung seiner Person verzichtet. Mit einem moralisch verseuchten, verhurten Polen, mit einem Staate, der sein Dasein mit Hilfe des alten russischen Ochranasystems zu befestigen versucht, will G. nichts Gemeinsames haben. „Was ist" – sagt G. – „aus Posen und Westpreußen geworden? Zwei ausgesogene bettelarme Provinzen und das einst moralisch starke Volk der Entsittung nahe. Was hilft es, wenn dem Volk der „Schwur der Konopnicka" [„Rota"] vorgespielt wird, wenn es hungern muß? Kein Wunder daher, daß das ehemalige preußische Teilgebiet die Ketten sprengen und sich von Warschau lossagen will. Auch ich bin für eine Lostrennung des ehemaligen preußischen Teilgebiets von Warschau. Ich gehe aber noch weiter. Was ich sage, ist vielleicht ein Gehirngespinst, eine Utopie, an deren Verwirklichung ich dennoch glaube. Ich bin für eine vollständige Lostrennung nicht nur der beiden früheren deutschen Ostprovinzen, Posen und Westpreußen, aber auch Schlesiens von Polen, um aus diesen Ländern und Ostpreußen, einen einheitlichen selbständigen Staat gegebenenfalls unter Anschluß an Deutschland, keineswegs aber unter Anschluß an Polen, zu bilden. Ich bin überzeugt davon, daß die jenseits der Grenze herrschende Uneinigkeit, die Zersplitterung, der allzu stark übertriebene Nationalismus, der krankhafte Imperialismus dem neuerstandenen Polenreiche früher oder später einen neuen Untergang bereiten wird."

In bezug auf den Polenbund sagte G. u. a.: „Ich bin polnischer Aktivist, und ich will die Versöhnung der ostpreußischen Polen mit den Deutschen. Ich betreibe keine versteckte Politik, der Polenbund ist eine gerichtlich eingetragene öffentliche Institution und offizieller Vertreter der ostpreußischen Polen. Ich schätze das deutsche Volk und seine hohe Kultur. Mit den deutschen Behörden will ich als Vertreter meiner Landsleute an der Weiterentwicklung Ostpreußens mitwirken. Ich verwerfe aber jede agitatorische Tätigkeit verschiedener deutscher Organisationen, die die Aufgabe haben, das friedliche Zusammenleben beider Elemente zu stören. Es ist ein Irrtum, wenn von deutscher Seite behauptet wird, der Polenbund bestrebe, die Idee des polnischen Staatswesens auf den ostpreußischen Boden zu verpflanzen. Im Gegenteil. Der Polenbund hat sich zur Aufgabe gemacht, die polnische Bevölkerung nur kulturell zu organisieren. Dies kann aber meiner Meinung nach auf legalem Wege gelöst werden, d. h. im Rahmen der deutschen Verfassung."

Im weiteren Verlaufe der Unterredung setzte G. nachstehende Forderungen des Polenbundes an die deutschen Behörden auseinander:

1. Polnischer Unterricht (Schreiben, Lesen, Religion) in den Volksschulen.
2. Ein polnisches Gymnasium und eine mittlere Mädchenschule.
3. Ein polnischer Lehrstuhl auf der Universität in Königsberg.
4. Anstellung von Polen bei Landratsämtern, deren Aufgabe darin bestehen soll, die polnische Bevölkerung über Verwaltungsangelegenheiten aufzuklären.

Eine dahingehende Denkschrift ist bereits ausgearbeitet und von dem Zentralkomitee des Polenbundes genehmigt worden. In den nächsten Tagen begibt sich Gabrylewicz nach Berlin, um die Denkschrift der Reichsregierung und dem Reichstage zu überreichen. Abgesehen davon wird G. mit der Gräfin Sierakowska, der das Patronat über die polnischen Kinderhorte obliegt, eine Konferenz beim Regierungspräsidenten von Oppen nachsuchen. Über das bisherige Verhalten des Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten äußerte sich G. mit Anerkennung. G. ist der Überzeugung, daß die deutschen Regierungsstellen den Forderungen des Polenbundes ein wohlwollendes Entgegenkommen zeigen werden. G. sagte zuletzt, die Polen wollen nichts mehr als die Erhaltung

ihrer Eigenart, sie wollen besser und gebildeter sein, als die Polen jenseits der Grenze, und wenn die Regierung die Forderungen erfüllt, wird sie keine besseren und loyaleren Bürger haben als die Polen.

Die mir von G. vorgelegten Satzungen stimmen mit den in der polnischen Presse veröffentlichten Auszügen überein.

Über die angebliche Mandatsübertragung an Polen zur Besetzung ostdeutschen Gebiets äußerte Gabrylewicz', der über gute Beziehungen zu polnischen konsularischen Kreisen verfügt und mit der gräflich Sierakowski'schen Familie befreundet ist, sich folgendermaßen: Die vielfach aufgetauchten und von der polnischen Presse übernommenen Pariser Meldungen über eine eventuelle Mandatsübertragung an Polen zur Besetzung des ehemaligen ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiets sind ein Propagandamittel für Oberschlesien. Die Besetzung bedarf des Beschlusses des Völkerbundes, damit wird sich aber England, Amerika, Japan, Italien niemals einverstanden erklären. Der polnisch-französische Bündnisvertrag enthält auch keinen diesbezüglichen Artikel. Eine Nachtragsverständigung besteht zwischen Frankreich und Polen nicht. Sollte jedoch Polen dessen ungeachtet einen derartigen Schritt wagen, würde ein Aufstand die unvermeidliche Folge davon sein. Die Zusammenziehung von Truppen und der Bürgerwehr ist nur für den Fall erfolgt, falls Deutschland infolge Verlust Oberschlesiens Polen angreifen sollte. Für diesen Fall wäre ein Einfall polnischer Truppen nicht ausgeschlossen.

Die Äußerungen Gabrylewicz' sind mit Vorsicht aufzunehmen. G. mag wohl heute von diesen seinen Forderungen durchdrungen sein, aber die bekannte polnische Unzuverlässigkeit bietet keine Gewähr, daß G. plötzlich – sei es durch Einwirkung polnisch politischen Erfolgs, sei es durch irgendeinen Druck aus Warschau oder Bestechung – politisch umschwenkt.

Der Grenzpolizeidirektor
[Unterschrift:] Vogel

003

28.2.1922: Landeskriminalpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Stand der polnischen Bewegung in den ehemaligen Abstimmungsgebieten 28 II 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do MSW Prus. Stan ruchu polskiego na byłych obszarach plebiscytowych

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 542

Anliegend wird der Bericht eines gut unterrichteten V-Mannes über die augenblickliche Lage der polnischen Bewegung in Ostpreußen überreicht. V-Mann, der seinem bisherigen Verhalten nach für einen guten Polen gehalten wird und in den polnischen Kreisen volles Vertrauen genießt, hat die geschilderten Verhältnisse zum Teil miterlebt.

Der sehr umfangreiche Bericht enthält auch viel Nebensächliches und ist deshalb stark gekürzt worden.

Da Aussicht dafür besteht, die in Ostpreußen tätigen Hetzer durch V-Mann namentlich zu ermitteln, wird im Interesse der weiteren Beobachtung der Polenbewegung in Ostpreußen gebeten, in dem Bericht enthaltene Einzelheiten *nicht* der Presse zugänglich zu machen.

Der Bericht bestätigt und ergänzt die bisher gemachten Erfahrungen und wird als durchaus den Tatsachen entsprechend angesehen.

i.A. gez. Vogel

Grenzpolizeidirektor

Die allgemeine Lage in den früheren Abstimmungsgebieten und die Beziehungen der führenden polnischen Personen in Ost- und Westpreußen zu den antideutschen Propagandastellen in Polen

Nach erfolgter Abstimmung hörte in den Abstimmungsgebieten mit einem Schlage das öffentliche polnische Leben, insbesondere das Vereinsleben auf, da das Polentum von amtlichen deutschen Stellen unterdrückt oder von der Bevölkerung vertrieben zu werden befürchtete. Die polnischen Führer verschwanden oder hielten sich ganz passiv. Die Vereine schliefen ein, die Ochronkas (Kleinkinderbewahranstalten) wurden aufgelöst, die Rada Ludowa (Volksräte) verhielten sich völlig passiv. Erst als das Polentum merkte, daß ihm auf höhere Anordnung keine Steine mehr in den Weg gelegt werden durften, daß die deutsche Presse zu einträchtigem und gemeinschaftlichem Leben aufforderte, daß trotz politischer Betätigung es den Schutz der deutschen Behörden genieße, begann es zunächst vorsichtig zaudernd, dann mit aller Macht die Propaganda wieder aufzunehmen.

Warschau und Polen gaben neue Direktiven für Propagandaentfaltung und stellten erhebliche Gelder zur Verfügung. Aus Ostpreußen fuhren einflußreiche polnische Personen nach Polen und setzten ihre Forderungen: voller Schadenersatz im Falle eines Zugriffs durch deutsche Behörden sowie weitere Versorgung in Polen usw. durch.

Die Vereinsgründungen nahmen rapide zu.

V-Mann fährt wörtlich fort:

„Wenn man heute z. B. sich die polnische Vereinsliste über die verschiedenen Vereine in Ost- und Westpreußen ansieht, da muß man wirklich staunen, wie weit es die Polen in Vereinsangelegenheiten auf allen Gebieten gebracht haben. Im Kreise Stuhm z. B. gibt es deren zum mindest 30 an der Zahl. Diese Zahl dürfte eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Am einflußreichsten und am meisten verbreitet, somit die höchste Mitgliederzahl zählend, sind der „Zwiazek Polakow" – Bund der Polen – und gleich an zweiter Stelle kommend die „Towarzystwo Ludowe" – Volksvereine. Daß die Vereine eine verhältnismäßig große Anzahl von Mitgliedern zählen, liegt hauptsächlich daran, daß den Mitgliedern von seiten dieser Vereine nicht zu unterschätzende Vorteile geboten werden, was insbesondere auf den Polenbund zutrifft. Die Eintrittsgelder und weiteren Beiträge sind so minimal, daß es selbst der ärmsten Bevölkerung möglich ist, den Vereinen beizutreten. Für die wenigen Pfennige aber bietet man ihnen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu irgendeinem Verein – in erster Linie dem Polenbunde – bedeutende Gegenleistungen. So z. B. wird den Mitgliedern des Polenbundes, sofern sie sich auf den polnischen Konsulaten durch ihre Mitgliedskarte als solche ausweisen können, von diesen das polnische Visum mit der Hälfte des üblichen Preises berechnet, auch sonst gewährt ihnen das Konsulat alle nur möglichen Erleichterungen. Für Reisen nach Polen – gleich welcher Art sie auch sein mögen – versieht man die Mitglieder des Polenbundes auf Wunsch mit besonderen Ausweisen und Bescheinigungen, auf Grund derer sie von polnischen amtlichen und halbamtlichen Stellen vor allen anderen bevorzugt werden, ganz gleich, worum es sich handelt, ob um Tausch oder Ankauf eines Grundbesitzes oder um Einbürgerung, Zuteilung eines Beamtenpostens usw. Vertrauensleute des Polenbundes bekommen außer ihrer eigentlichen Mitgliedskarte einen besonderen Ausweis,

damit können sie in besonderen dringenden oder Notfällen an einer x-beliebigen polnischen Grenzübertrittsstelle (auch grüne) die polnische Grenze passieren, ohne daß ihnen von den polnischen Grenzbeamten irgendwelche Schwierigkeiten bereitet werden, weil sie die Ausweise dazu berechtigen und man die Grenzbehörden dahin instruiert hat. Weiter wird in den Büros des Polenbundes von dem zuständigen Sekretär und seinen Hilfskräften den Mitgliedern jede nur erdenkliche Hilfe geleistet, wie Beschwerden und Eingaben an Behörden, Steuerberatungen und Reklamationen pp., Beschwerden über Entlassungen von seiten deutscher Arbeitgeber, Behörden usw. All dieses führt und erledigt der Polenbund für seine Mitglieder. Wiederum von anderen Vereinen gibt man den hilfsbedürftigen Mitgliedern und ihren Familien Unterstützungen in Geld und Naturalien und verschafft ihnen auch Arbeitsstellen. Bei den öfter stattfindenden Vereinsfestlichkeiten finden Verlosungen und Schenkungen statt. Wobei Naturalien wie ganze Speckseiten, Schinken, Butter, lebende Schweine, Gänse, Enten, Hühner usw. für einen ganz geringen Preis, oftmals auch ganz unentgeltlich abgegeben werden. Diese Verteilung kommt vorzugsweise nur der ärmeren Bevölkerung zugute, da die Bessergestellten zu Gunsten der ersteren sich daran gar nicht beteiligen. Zu Weihnachten beschenkt man die Kinder der unbemittelten Mitglieder reichlich mit Bekleidung, Lebensmittel usw. Was Wunder, wenn die Mitgliederzahl der Vereine stetig im Wachsen begriffen ist. Die Führenden bei derartigen Festlichkeiten und Beschenkungen im Kreise Stuhm sind Frau v. Donimierski [Donimirski] aus Kl. Ramsen und Gräfin Sierakowski – Gr. Waplitz. Die polnischen Arbeiterführer und Agitatoren belohnt man für gute und fruchtbare Arbeit ganz besonders. Diese kleinen Agitatoren werden meistens von den größeren polnischen Besitzern und Gutsbesitzern – wie den Donimierskis [Donimirskis] – entlohnt. Kartoffeln, Brotgetreide und dergleichen mehr winken ihnen für Erfolge auf politischem Gebiet und Aufklärung unter den Arbeitern. Kartoffeln, Brotgetreide – alles kostbare Dinge, für die man heute schon gerne eine Lanze für die polnische Sache bricht, auch wenn das Herz gerade nicht allzuviel dabei mitspricht. Diese kleinen Agitatoren und Schwätzer sind ein sehr wichtiger Faktor in der polnischen Propaganda, denn gerade diese dringen dank ihrer Stellung in die unteren Schichten der Bevölkerung, die mit den Sorgen des Alltags zu kämpfen haben, ein, und erringen dort, dank der Unzufriedenheit dieser Schichten einen bedeutenden Anhang, auf den man in den führenden Kreisen auch stark angewiesen ist. Unter dieser Kategorie der Agitatoren gibt es auch solche Leute, die z. Zt. der Abstimmung sich nicht genug tun konnten für die deutsche Sache. Gerade diese Leute reißen sich nun wiederum für die polnische Sache entzwei.

Die führenden polnischen Personen von Ost- und Westpreußen, des weiteren die polnischen Konsulate in Marienwerder, Allenstein und Königsberg, arbeiten Hand in Hand mit den in Polen gegründeten Vereinen und Verbänden:

„Towarzystwo Polakow z Powisla, Warmji i Mazur" (der in engster Fühlung steht mit dem Polenbund Ostpreußen), dann „Towarzystwo Przyjaciol Mazur" (der gleichsam mit dem Polenbund Ostpreußen in Verbindung steht), der „Rada Pomorska" und dem „Hauptbund": „Zwiazek Obrony Kresow Zachodniek" [Zachodnich] (O.K.Z.) All die genannten Verbände in Polen, oder besser gesagt, deren Führer – worunter sich auch sehr einflußreiche Personen befinden – stehen wiederum in engster Fühlung mit den polnischen amtlichen Stellen, hohen Staatsbeamten und der polnischen Presse. Sie alle machen gemeinschaftliche Arbeit und ziehen an einem Strang, wenn es sich darum handelt, wider Deutschland zu wühlen; in solchen Fällen gibt es nur eine Einheitsfront. Parteistreit, innerpolitische Zwistigkeiten, überhaupt jeder Haß, Zank, Streit hören in dem Falle auf.

O.K.Z. = „Zwiazek Obrony Kresow Zachdnik [Zachodnich]" = polnischer Verband zur Verteidigung der Westmarken – Sitz des Verbandes in Posen. Dieser Bund ist der Mittelpunkt der polnischen Propaganda, angeblich soll er unter Korfantys Oberleitung stehen. Gewiß ist jedoch, daß in der Oberleitung des O.K.Z. auch führende polnische Männer der Abstimmungsgebiete Ost- und Westpreußens tätig sind. Besondere Aufmerksamkeit von seiten des Bundes ist Ost- und Westpreußen gewidmet, aber auch das Memel- und Wilnagebiet, sowie Litauen, gehören zu ihrem Interessenkreise. Dieser O.K.Z. hat überall seine Fühlhörner ausgestreckt und wo sich nur Polen befinden, da reichen auch seine Fäden hin. Auch besonders starke Innenpropaganda gegen alles, was sich deutsch nennt, führt genannter Bund und wie man bisher feststellen konnte, mit gutem Erfolge. Man erzählt sich, daß hohe, ja selbst höchste amtliche Stellen dem O.K.Z. zu Gefallen sein müssen und es auch sind. Führende ost- und westpreußische Polen sowie die in Betracht kommenden Konsuln erhalten Verhaltungsregeln und Direktiven vom O.K.Z. Wie schon einmal gesagt, ist dieser Verband der Mittelpunkt der polnischen Propaganda und aller Propagandastellen, sozusagen „Propagandahauptquartier". Soll hier in Ost- oder Westpreußen etwas besonders Wichtiges oder Neues in Angriff genommen werden, so spielt bei den Beratungen der O.K.Z. stets eine führende Rolle, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, weil von dort aus die weitaus größten Geldunterstützungen kommen.

„Towarzystwo Przyjaciol Mazur" = Verein der Masurenfreunde mit dem Sitz in Soldau. Dieser Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur die Masuren in Polen, sondern auch, oder besonders auch den Masuren in Ostpreußen polnischen Geist einzuimpfen und sie endlich dem polnischen Vaterlande zuzuführen. Zweifellos steht fest, daß man Fühlung mit den ostpreußischen Polen genommen hat, auch mit den dortigen polnischen Masurenführern; der Polenbund Ostpreußens unterhält ebenso Beziehungen zum „Verein der Masurenfreunde" in Soldau.

„Towarzystwo Polakow z Powisla, Warmji [i] Mazur" = Verein der Polen aus dem Weichselgebiet, Ermland und Masuren – und „Zwiazek Polakow z Warmji i Mazur" – Bund der Polen aus dem Ermland und Masuren. Beide Vereine haben sich zusammengeschlossen zwecks gemeinschaftlicher Arbeit auf breiter Grundlage. Als Sitz der beiden Vereine hat man sich Soldau gewählt und schaffte dort aus sich heraus eine Expositura der „Rada Pomorska" – Pommerellischer Rat. Ein Hauptführer in der R.P. ist ein gewisser Dabkowski = Dombkowski. Früher polnisch-sozialdemokratischer Redakteur der polnischen Arbeiterzeitung für Oberschlesien. Dombkowski war seiner Zeit auch agitatorisch in Oberschlesien tätig und nahm dort eine führende Stelle ein. Ungefähr 6–8 Wochen vor der Abstimmung in Ost- und Westpreußen kam er nach Stuhm und griff auch hier sehr erfolgreich in das öffentliche polnische Leben ein. Seine wachsende Beliebtheit und Popularität, besonders bei der werktätigen Bevölkerung und der ganzen Jugend, hieß die führenden polnischen Abstimmungsleute, insbesondere den polnischen Abstimmungskomissar Sczepanski [Szczepański] auf der Hut und wachsam sein. Man wollte nämlich Dombkowski zum Abstimmungsleiter machen und Sczepanski [Szczepański] wegen Unfähigkeit zum Teufel jagen, d. h. nach Posen, von wo er auch gekommen ist. Kaum gelangte dies jedoch zu Ohren Sczepanskis [Szczepańskis], da fing er und sein Anhang gegen Dombkowski an zu intrigieren, wobei er meistens Erfolg damit hatte, bei den Grundbesitzern, wie Donimirski und Graf v. Sierakowski, weil Sczepanski [Szczepański] den Dombkowski als überzeugten Bolschewisten hinstellte usw. Auf Anordnung der damaligen polnischen Oberleitung in Marienwerder wurde Dombkowski nach kurzer Zeit vor der Abstimmung nach Graudenz beordert.

Dombkowski stammt aus Lötzen, zur Zeit der Abstimmung starb seine Frau und nun wohnt er in Graudenz, Ulica sadowa = Gerichtsstraße. Wie schon gesagt, spielt Dombkowski in der „Rada Pomorska" eine große Rolle, und so hält er sich zumeist in Soldau auf.

Die „Rada Pomorska" hat eine energische Aktion zur Verteidigung der polnischen Interessen und Rechte der polnisch sprechenden Bevölkerung in Ost- und Westpreußen eingeleitet. Ihre besondere Aufgabe erblickt die R.P. darin, alle nach dem deutschen Lager abgeschwenkten Polen zurück auf polnische Seite zu bringen, sie in polnische Vereine und Verbände zu vereinigen und dort ihnen den abhanden gekommenen polnischen Geist wieder fest zu verpflanzen, damit sie einst nach getaner und vollbrachter Arbeit vor die Welt treten können mit der Behauptung, „in Ost- und Westpreußen waren stets und bis heute so und soviel Prozent polnische Bevölkerung. Die Abstimmung 1920 sei nur eine Komödie und eine Vergewaltigung der polnischen Bevölkerung gewesen usw. Wir verlangen eine nochmalige Abstimmung, aber nicht eine Wiederholung von 1920 soll es sein, sondern eine nach oberschlesischem Muster und unter paritätischer Beteiligung polnisch gesinnter Leute in der Verwaltung und den amtlichen Stellen usw."

Wie denn überhaupt die gesamte polnische Propaganda darauf hinausläuft, eine neue Abstimmung nach einer bestimmten Zeit und auf der von ihnen gewünschten Grundlage herbeizuführen.

Wie schon der Name der beiden zuletzt hier angeführten Vereine besagt, rekrutieren sich ihre Mitglieder aus den von Ost- und Westpreußen nach Polen abgewanderten Polen und zwar aus dem Weichselgau, Ermland und Masuren. Vor allem soll jetzt auch der frühere Redakteur der „Gazeta Olsztynska", Lydko, der von Allenstein ausgewiesen wurde, eine führende Rolle in der dortigen allpolnischen Propaganda einnehmen. Gerade aber die hier aus verschiedenen Gründen abgewanderten und ausgewiesenen Polen schaffen drüben immer wieder neuen Zündstoff für die Propaganda. Gerade diese sind es, die zusammengefaßt in Verbände die schlimmsten Hasser und Widersacher und somit die ärgsten Feinde Deutschlands sind. Von ihnen aus geht unversöhnlicher Haß und wird der Kampf gegen alles, was deutsch ist und sich deutsch nennt, gepredigt. Darum auch stellen „Tonarcystwo [Towarzystwo] Polakow z Powisla, Warmji i Mazur" und „Zwiazek Polakow z Warmji i Mazur" (ersterer hat sich wie schon bemerkt, an den zweiten Verband angeschlossen) mit ihrer „Rada Pomorska" einen ganz besonders wichtigen, beachtenswerten und nicht zu unterschätzenden Faktor in der polnischen Propaganda dar. In einer streng vertraulichen Sitzung, die seiner Zeit in Graudenz abgehalten wurde, woran auch hiesige Polenführer teilgenommen haben, soll unter anderem Dombkowski folgende Richtlinien betreffend weiterer und erfolgreicher Propaganda in Ost- und Westpreußen aufgestellt haben:

„Damit unsere Arbeit keine vergebliche sei, wir vielmehr endlich einmal zu dem von uns erstrebten Ziele gelangen, müssen wir vor allem eine verstärkte Propaganda, und das mit allen Mitteln, in Ost- und Westpreußen anstreben, denn nur so kommen wir den von uns gesteckten Zielen allmählich näher.

Wir müssen sie alle, auch die Schwachen und Schwankenden, in verschiedene Verbände und Vereine zusammenfassen, die entsprechend ihrer Stellung, Betätigung usw. nach geschaffen werden. Hier wird man ihnen den augenscheinlichen Verfall des Deutschen Reiches und dessen unausbleibliche politische und wirtschaftliche Auflösung ständig vor Augen halten. Innerpolitische Uneinigkeiten, Sonderbündeleien, Parteihader, sowie die sichtliche immer weitere Entwertung des deutschen Geldes, all dies zusammen

gibt uns zu jeder Zeit eine geeignete Handhabe. Immer und immer wieder muß ihnen eingetrichtert werden, daß die gewesene Abstimmung weder vom polnischen Staat, noch von Frankreich anerkannt wurde, demnach für uns keine Gültigkeit hat und wir kurz über lang eine neue Abstimmung auf besonderer Grundlage bekommen. Die Leute müssen fest davon überzeugt sein, daß die ehemaligen Abstimmungsgebiete früher oder später, entweder auf Grund einer neuen Abstimmung oder anders dem Mutterlande angeschlossen werden, wie es ja ganz Ostpreußen vor mehreren 100 Jahren auch war. Diese Formel muß ihnen solange vorgesagt werden, bis sie allen in Fleisch und Blut übergegangen ist. Sie müssen daran glauben, wie an das Evangelium, denn wo ein Glaube, da ist auch ein Wille. Nicht nur so oberflächlich erzählen oder bei Gelegenheit erwähnen soll der Pole davon, sondern fest davon überzeugt sein, erst wenn wir das erreicht haben, können wir einen Markstein in dem Erfolg unserer Propaganda verzeichnen. Damit wir auch die der polnischen Schriftsprache nicht Mächtigen unter anderen Einfluß bekommen, muß unbedingt eine deutsche Zeitung herausgegeben werden. Besonders sei unser Bedacht darauf gerichtet, auch in die katholischen Kreise, die heute sich nicht mehr, oder die heute sich noch nicht als Polen fühlen, unsere Agitation hineinzutragen, denn in entscheidender Stunde kommt es sehr darauf an, wie die Kreise zu uns stehen. Das Verhalten eines Teils der Katholiken zur Abstimmungszeit darf für uns heute kein Maßstab sein. Wenn wir sie aus der Machtsphäre ihrer Führer gebracht haben, dürfte es uns nicht schwer fallen, die Leute für uns zu gewinnen, schon deshalb, weil sie ja von Haus aus ein polnisches Herz haben, das ihnen aber unter den obwaltenden Umständen und Verhältnissen wie Germanisierung und Verdeutschung in den Schulen, beim Militär und besonders jetzt in den Beamtenstellen verloren ging, dessen Auffindung aber, wie schon gezeigt, uns nicht all zu schwer fallen dürfte. Wenn zum Beispiel die Abstimmung anstatt 1920 1918 vor sich gegangen wäre, dann hätten wir eine erdrückende Mehrheit erlangt, was ja selbst von den führenden Deutschen in Wort und Schrift zugegeben wird und was als bester Beweis dafür gelten kann, daß die Mehrheit der Bevölkerung polnisch gesinnt ist, sie nur gewissenlos und gewaltsam und unter Drohungen von den deutschen Führern und Beamten an die Wahlurne gebracht werde, gleich den Schafen, die man zur Schlachtbank führt. Darum – und daran halten wir fest – was 1918 möglich war, 1920 aber unmöglich gemacht wurde, kann 19...? wieder zur Möglichkeit werden.

Ein wichtiger Faktor in unserer Propaganda wird auch die materielle Frage spielen [!]. Haben wir erst festen Boden unter den Füßen gewonnen, dann können wir uns sagen, daß die Verwirklichung unserer Ziele noch bevorsteht. Und erst wenn die Stunde näher rückt, können wir unsere Maske fallen lassen. Bis dahin aber ist höchste Vorsicht am Platze, damit man nicht vor der Zeit unsere wahren Ziele erkennt. Schon eine einzige unvorsichtige Handlung kann unsere ganze Arbeit und all unsere Mühe über den Haufen werfen. Daher müssen wir uns immer wieder sagen, Vorsicht, Vorsicht, und abermals Vorsicht, in allen unseren Unternehmungen. Unsere geheimste Arbeit darf nicht öffentlich in Vereinen, Versammlungen usw. behandelt oder erörtert werden, da die Deutschen ihre Spione überall haben. Am besten geschieht es von Mund zu Mund, das Verfahren ist wohl langsam, aber um so sicherer. Geschieht das auf diese Weise, dann sind wir jeder Zeit in der Lage, gegnerische Behauptungen, Verdächtigungen und diesbezügliche Presseberichte einfach abzustreiten und alles als eitel Lug und Trug hinzustellen. Öffentlich dürfen wir stets nur gesetzliche Wege beschreiten, [alles] darüber hinaus brächte uns nur unübersehbaren Schaden, der eventuell gar nicht mehr gut zu machen wäre. Diese Sachen überlasse man ruhig uns in Polen, wie auch alle Pläne

und sonstige diesbezüglichen Schriftstücke nur hier aufbewahrt bleiben dürfen. Drüben darf auch nicht ein Fetzen Papier unseren Gegnern eine Handhabe zum gesetzlichen Einschreiten geben."

Nach verschiedenen allgemeinen Bemerkungen fährt V-Mann fort:

... „Vereine müssen aller Art und soviel wie nur möglich, gegründet werden, denn wer nicht diesem oder jenem als Mitglied angehören will, kann doch Gefallen an einem anderen finden.

Sollten uns die Geldmittel, die wir für unsere weitere Propaganda für erforderlich halten, und die wir bereits auch schon angefordert haben, bewilligt werden, so bekommt das ganze polnische Leben in den uns interessierenden Gebieten mit einem Schlage ein ganz anderes Gesicht, auch unsere bis dahin sehr hinkende Propaganda kann dann in ganz anderem Ausmaße betrieben werden, denn um wirklich etwas zu schaffen, braucht man, den dortigen Verhältnissen Rechnung tragend, ganz bedeutende Summen. Wir müssen zum Beispiel mit der dortigen Gegenpropaganda, der große Geldmittel zur Verfügung stehen, ja selbst vom Staate gewährt werden, nicht nur konkurrieren, sondern diese noch übertrumpfen können. Der polnischen bedürftigen Bevölkerung muß auch materielle Hilfe zuteil werden, auch den von deutscher Seite ausgewiesenen polnischen Arbeitern muß Arbeitsmöglichkeit verschafft, andernfalls eine Unterstützung gewährt werden usw.

Sollten die angeforderten Geldmittel fortlaufend bewilligt werden, dann müssen wir vor allen Dingen daran gehen, in den strittigen Gebieten den Grundbesitz, sonstige Unternehmungen und Betriebe soweit wie möglich aus deutschen in polnische Hände zu bringen versuchen, zum Beispiel wie in Danzig, Zoppot, Westerplatte usw. Wo ein direkter Ankauf uns [un]möglich gemacht wird, das heißt, wenn ein Deutscher sich weigert, seinen Besitz einem Polen zu verkaufen, oder gar die deutschen Behörden – wenn auch nicht amtlich und direkt – dagegen wären, weiter Landbanken, Bauernbanken und ähnliche Institutionen, die durch die von ihnen dem Besitzer gestellten Gelder, wie Hypotheken und ähnliche Grundstücksbeleihungen, einen gewissen Druck auf ihn ausüben können, ferner deutsche Vereine und Verbände, wie Heimatbund usw., der in seiner Art – man könnte fast sagen – eine Nebenregierung in Ostpreußen ausmacht, und der eine besondere Geheimkamarilla und Feme ausübt, wenn all diese Stellen oder eine von ihnen dagegen sind, dann müssen wir eben Leute für uns zu gewinnen suchen, die öffentlich als Deutsche gelten, und die unter Gewährung eines materiellen Gewinns den Besitz entweder auf ihren Namen kaufen oder pachten. Dieser Kauf oder Pachtvertrag muß natürlich solcher Art sein, daß wir zu gegebener Zeit in der Lage sind, den Besitz zu übernehmen. Im übrigen muß sich der jeweilige Besitzer des gekauften oder gepachteten Objekts dahin verpflichten, eventuell schriftlich, uns ein gewisses Verfügungsrecht bis zur endgültigen Übernahme über diesen Besitz einzuräumen, damit wir nach unserem Ermessen und Dafürhalten und je nachdem, wenn es nötig und möglich sein sollte, dort polnische Arbeiter unauffällig hindirigieren könnten. Unbemittelte kleine Landwirte, landwirtschaftliche Angestellte und Arbeiter, dann die für andere Betriebe und Unternehmungen in Betracht kommenden Personen würden wohl gern bereit sein, diese Rolle zu spielen, besonders wenn ihnen dabei kein geringer Verdienst in Aussicht stände. Man könnte den Leuten auch das Versprechen geben – besonders was die kleinen Objekte anbetrifft –, den Besitz später mal käuflich für sich zu erwerben, der Kaufpreis würde sich richten nach ihren uns geleisteten Diensten. Sollten uns aber in dieser Sache trotzdem nicht genügend Strohmänner zur Verfügung stehen,

dann müßten wir sie je nach Bedarf von hier aus nach dort importieren. Man würde dazu besondere Leute wählen, die möglichst mit einem deutschen Namen versehen und unter der Maske echten Deutschtums unter allen Umständen in ihr deutsches Vaterland zurückkehren wollen. Die polnischen amtlichen Stellen hätten den Betreffenden jede Erleichterung zwecks Rückwanderung zu gewähren. Besondere Sicherheit und Garantien von seiten der angeblichen Rückwanderer müßten wir uns verschaffen, damit wir keinen Reinfall erleben. Zum Beispiel könnten wir uns solche Leute zu dem Vorhaben erwählen, die noch Verwandte oder gar Brüder oder Schwestern in Polen zurücklassen, am besten, wenn diese amtliche Posten bekleideten und so indirekt in unsere Hände gegeben sind. Jedoch all das ist meines Erachtens nicht das wesentlichste, die Hauptsache bleibt, erst die Mittel dazu haben, alles andere wird sich schon bewältigen lassen." ...

Dombkowski beleuchtet dann die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen. Auf den pseudopolnischen Besitzungen sollen polnische Arbeiter untergebracht, die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern auf diese Weise vermehrt und sie so für die polnische Propaganda mürbe gemacht werden. Schließlich fordert Dombkowski eine scharfe Beobachtung der wichtigen polnischen [politischen?] und wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland.

Eine Option der Polen in Ostpreußen dürfte nur in den dringendsten Fällen gestattet werden. Die zuständigen Konsulate, Vereine und Verbände, insbesondere der Polenbund, haben Weisungen erhalten, aufklärend zu wirken, damit eine Massenabwanderung des polnischen Elements vermieden wird.

Dombkowski's Richtlinien wurden in verschiedenen Teilen angenommen, ausgearbeitet und den verschiedenen Verbänden etc. übermittelt. Seine Ausführungen über Ankauf von Besitzungen fanden geteilte Auffassung: auf der einen Seite begeisterte Zustimmung, auf der anderen Seite Ablehnung dieses „phantastischen Planes".

V-Mann berichtet dann weiter, daß in eingeweihten polnischen Kreisen erzählt wird, daß der Gräfin Sierakowski – Gr. Waplitz, erhebliche Aufwands- und Repräsentationsgelder, für Bewirtung französischer Offiziere und für besondere Gesellschaften bezahlt werden. Ebenfalls kursiert in polnischen Kreisen (hier schon länger bekannt – IIIa [Anm. Landeskriminalpolizei]) das Gerücht, daß der Kreis Stuhm, mindestens aber die Waplitzer Ecke, als Austauschobjekt für gewisse oberschlesische deutsche Teile dienen solle. Der deutschen Verhandlungskommission soll es auf folgende Weise plausibel und annehmbar gemacht werden: Wie Deutschland nämlich mit dem französischen Elsaß schlechte Erfahrungen machte, so genau wird es auch mit dem Kreise Stuhm geschehen, denn hier wie dort wäre betreffend der Gesinnung der Bevölkerung die gleiche Lage. Die Elsässer waren und blieben bis zuletzt gut französisch gesinnt und im Kreise Stuhm machen den weitaus größten Teil der Bevölkerung die Polen aus, trotz der Abstimmung 1920, die in der Form wie sie geschehen, auf keinen Fall als Maßstab für die Anzahl der hier wohnenden Polen angewendet werden kann (worüber auch an den „Hohen Rat" und nach Paris berichtet wurde), da deutscherseits alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, die Abstimmung um jeden Preis zu ihren Gunsten durchzuführen, wobei die polnische Propaganda machtlos und ohnmächtig abseits vom Wege stehen mußte, und einen schweren Kampf gegen deutsche Machenschaften und Willkür zu kämpfen hat. Da nun Deutschland wirklich nie und nimmer eine Freude an dem polnischen Kreise Stuhm erleben wird, so wäre es doch am klügsten und am besten, diesen Kreis gegen oberschlesische Reihen deutschsprachlicher Gebiete einzutauschen.

V-Mann fährt dann weiter fort:

... „Hieran anschließend möchte ich noch einiges über die „Rada Ludowa" = polnischer Volksrat für den Kreis Stuhm erwähnen. Diese wurde sofort gebildet, als die Nachricht einging, daß auch im Kreise Stuhm eine Abstimmung stattfinden wird. Die damalige R. L. war für jedermann zugänglich. In dieser Form existierte sie bis zum Abstimmungstage. Gleich nach der Abstimmung aber wurde sie aufgelöst und existiert demnach nicht mehr. So wenigstens wurde es von den damaligen Mitgliedern der R. L. überall und jedem, der es hören wollte, erzählt; für diesen Fall auch in den Kreisen, wo man sonst gerade nicht so geheimnisvoll tat, und so glaubt dann auch jeder – außer den wenigen Eingeweihten –, daß es im Kreise Stuhm keine R. L. mehr gibt. In Wirklichkeit aber geschah die Auflösung der R. L. nur scheinbar. Sie hat wohl nach der Abstimmung offiziell ihre Firma gelöscht, tatsächlich aber besteht sie insgeheim bis heute noch. Einen wirklichen Beweis dafür lieferte mir vor weniger Zeit, gelegentlich einer geführten Unterhandlung, ein Mitglied der R. L. selbst. Ein Teil der früheren Mitglieder, die nach Polen auswanderten, wurden durch andere ersetzt. Die R. L., oder vielmehr deren Mitglieder kommen von Zeit zu Zeit und je nach Bedarf an einem vorher bestimmten Orte, meistens bei einem Mitgliede, zusammen, beraten, beschließen und erledigen dort die brennendsten Tagesfragen pp. und gehen dann unauffällig, wie sie gekommen, wieder auseinander.

Was über die R. L. im Kreise Stuhm festgestellt ist, dürfte auch auf all die anderen R. L. in dem früheren Abstimmungsgebiet zutreffen, da es gar zu unwahrscheinlich klingen würde, wenn allein nur im Kreise Stuhm eine Ausnahme darin gemacht sein sollte.

Über die augenblickliche allgemeine Lage in den früheren Abstimmungsgebieten, besonders aber in dem Kreise Stuhm, sei kurz zusammengefaßt, noch folgendes gesagt. Zurückgreifend auf die Dombkowski'schen Ausführungen in Graudenz wäre zu bemerken, daß der Teil seines Programms, der von der „Rada Pomorska" angenommen und auch hier in Anwendung gebracht wurde, bereits Erfolge gezeitigt hat. In der Stadt Stuhm stand man schon vor dem Ankauf eines Hauses für den Polenbund, in dem man verschiedene polnische Büros eröffnen wollte. Da jedoch das dazu erforderliche Geld nicht gleich aufzutreiben war, ging das Haus, bevor noch das Geld eintraf, in die Hände eines „Halbpolen" über. Auch jetzt noch trägt man sich mit der Absicht, ein für diese Zwecke geeignetes Grundstück käuflich zu erwerben, wenn nicht anders, dann durch zweite Hand. In Marienburg soll das Hotel „Drei Kronen", das in der Abstimmungszeit dem polnischen Plebiszitkommissariat gehörte, nach der Abstimmung aber einem Deutschen verkauft wurde, wieder zurückgekauft werden. Man hatte auch schon einen Strohmann dafür in der Form eines gewissen Ruschkowski aus Marienburg, der bis vor kurzem dort noch ein Haus und einen Schuhwarenladen besaß. Er oder sein Schwager Koslowski sollten das Hotel auf ihren Namen für die Polen erwerben, das Geld wollte der polnische Auftraggeber heranschaffen, sie hätten dafür auch keine Pachtsumme zahlen brauchen, nur das Betriebskapital hineinstecken dürfen, alles andere wäre ihre [Angelegenheit]. Sie hätten weiter nichts zu tun, als nur den Polen das Hotel frei und zur Verfügung zu halten. Ruschkowski aber und sein Schwager lehnten den Antrag ab, da sie für ihr Leben bangten, weil das Hotel „Drei Kronen" und besonders Marienburg ein ziemlich gefährlicher Posten wäre, und wenn man in Erfahrung brächte, daß das Hotel nur zum Zwecke gekauft wurde, um es den Polen zu überlassen, so würde man sie ganz einfach umbringen. Gerade so, wie man zur Zeit der Abstimmung das Hotel schon zweimal stürmte und mit Handgranaten bedachte, so daß italienisches Militär mit

aufgepflanztem Bajonett den Platz vor dem Hotel räumen mußte. So ging auch hier die Absicht vorläufig fehl. Auch woanders hat man dieselben Versuche gemacht, ob mit besserem Erfolg, ist mir nicht bekannt."...

V-Mann bemerkt dann, daß in deutschen Kreisen, besonders auch unter den kleinen Arbeiterführern, die polnische Propaganda zu wirken beginnt und daß schon viele ins polnische Lager abgeschwenkt seien. Besonders seit dem oberschlesischen Abstimmungsergebnis sei Mutlosigkeit eingetreten. Unterstützt werde die polnische Propaganda vor [allem] durch Ernährungsschwierigkeiten, Arbeitsmangel, Teuerung usw. Ganz besonders verheerend wirken die Finanzämter, die die letzten Groschen herauspressen. Auch innerhalb der Reichswehr und Schupo sei teilweise schon eine gewisse Geneigtheit zu spüren, ebenso in den unteren Beamtenkreisen.

... „Daß Polen mit verstärkter Agitation in Ostpreußen begonnen hat, wird wohl jedem, der die Zeitung liest, bekannt sein. Aber unbekannt bis heute noch ist es den meisten, wie weit die polnische Agitation schon vorgedrungen ist, welche verheerende Wirkungen sie in manchen Schichten der Bevölkerung angerichtet hat, und wie tief die Keime, besonders in den unteren Klassen, schon eingedrungen sind. Die Namen Zeligowski und Korfanty sind hier landläufig geworden und alle denken daran, einige mit Furcht, andere wiederum mit Sehnsucht, vielleicht recht bald ihre nähere Bekanntschaft zu machen. Die Verbreitung solcher Gerüchte polnischerseits geschieht ganz systematisch und zielbewußt. Der Propagandafeldzug gegen Ostpreußen besteht zweifellos, und wenn erst mal das Terrain von gegnerischer Seite erkannt, die schwachen Seiten des Gegners festgestellt sind, dann kommt es ganz gewiß zum offenen Kampf, was ja auch nur die Endkonsequenz der polnischen Propaganda ausmachen würde. Warschau, Posen und Soldau (als Hauptquartiere) sind bei der Arbeit. Und wer den Ernst der Lage bis heute noch nicht erkannt [hat], dem steht einst ein ganz scheußliches Erwachen bevor, ein Erwachen, das vielleicht nicht mehr lange auf sich warten läßt."...

004

10.6.1922: Landeskriminalpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Republik Polen und polnische Minderheit

10 VI 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do MSW Prus. Rzeczpospolita Polska a mniejszość polska

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 591/2

Gut unterrichteter V-Mann meldet:

Die in obigem Bericht [Landeskriminalpolizei Königsberg – Az.: IIIa 6703/22] erwähnte Summe von 10 Millionen Mark ist vor einiger Zeit in die Hände der im Kreise Stuhm ansässigen Nationalpolen gelangt.

Graf Sierakowski hat im Verein mit dem Gutsbesitzer Jan Kowalski – Gut Gorken, Kr. Marienwerder und dem Bauunternehmer Przedwojewski – Altmark eine Aktiengesellschaft geschaffen, zwecks Gründung einer Zementfabrik und eines Sägewerkes in Gr. Waplitz. Das Gründungskapital beträgt vorläufig 1 700 000 Mark.

Damit erlebt der vielerwogene und besprochene Plan, der von der großpolnischen Partei ausgeht, durch Ankauf und Neugründungen neue Arbeitsmöglichkeiten für die polnische Bevölkerung zu schaffen, seine erste Verwirklichung (vergleiche IIIa 6322/22 vom 28.2.22 [= Dok. Nr. 3]).

Einer der vielen Faktoren, die zur Bekämpfung der Polengefahr angewandt werden können, wäre eine gesunde Siedelungspolitik. Hier in Ostpreußen könnten die aus Schleswig abgewanderten Bauernsöhne, die nach Blättermeldungen sich zahlreich, meist sogar mit erheblichen baren Vermögen, an Berliner amtliche Stellen zwecks Landankaufs gewandt hatten, in großzügiger Weise untergebracht werden.

Wie sehr das polnische Element gewaltsam in Ostpreußen von seinen Volksgenossen zurückgehalten wird, zeigt folgende weitere Meldung des V-Mannes:

Trotz der Option verweigert der polnische Staat den in Ostpreußen ansässigen polnischen Optanten die Einreise nach Polen. Dieses ist in der Hauptsache auf die Machenschaften des Grafen Kasimir v. Donimierski [Donimirski]-Kl. Ramsen und anderer zurückzuführen, die sich in Posen darum bemüht haben.

Als Begründung haben dieselben dort zur Sprache gebracht, daß, wenn es weiterhin so mit der Abwanderung polnischer Elemente aus Ost- und Westpreußen geht, dieses Land bald frei von Polen sein wird, was ganz und gar nicht in der Absicht des polnischen Staates liegen dürfte, denn durch die Abwanderung der polnischen Bevölkerung leidet die gegen Ostpreußen eingeleitete polnische Aktion, weil die polnische Propaganda dadurch die feste Stütze, das Rückgrat, verliert.

Die Arbeit des Donimierski [Donimirski] und Genossen ist von Erfolg gekrönt, denn die Konsulate haben Weisung erhalten, Auswanderungen nur in den dringendsten Fällen zuzulassen, desgleichen ließ die „Rada Ludowa" (Volksrat) die Konsulate wissen, daß sie anweisungsgemäß von jeder etwa zu erteilenden Einreiseerlaubnis in Kenntnis zu setzen ist.

Speziell Donimierski [Donimirski] dürfte sich bei dieser Arbeit weniger von nationalen oder politischen Zielen haben leiten lassen, sondern mehr von persönlichen und materiellen, denn er muß besonders infolge seiner Unbeliebtheit bei der arbeitenden Klasse befürchten, daß er eines Tages allein ohne seine „Getreuen" und ohne Arbeiter in Ostpreußen sitzt, und daß es ihm dann an den Kragen gehen kann. Die Befürchtungen veranlaßten ihn wohl besonders zu seiner fleißigen Tätigkeit in Posen.

Zum Beispiel bemüht sich der Gutsbesitzer Paszkowski auf Gorken, Kr. Stuhm, seit längerer Zeit um die Einreiseerlaubnis nach Polen, die ihm jedoch bisher selbst von Posen von der „Urzad Ziemski" (Landesamt) verweigert wurde. Paszkowski hat sich jetzt an den Sekretär des Polenbundes Bartsch gewandt und ihn um Hilfe gebeten. Donimierski, der davon erfahren hat, hat dem Bartsch zu verstehen gegeben, daß er dessen Vekehr mit Paczkowski nicht wünscht.

i.A.
gez. Vogel
Grenzpolizeidirektor

005

August 1922: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Versammlung des polnischen Schulvereins in Stuhm (30.7.1922)
Sierpień 1922r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Zebranie towarzystwa szkolnego w Stuhm (30 VII 1922r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 5 (Abschrift).

Am 30.7.1922 nachm. 3.00 Uhr hatte der Sekretär des polnischen Schulvereins Stuhm, Besitzer Boleslaus Grochowski, Kollosomp, die Mitglieder aller polnischen Organisationen aus Nikolaiken und Umgegend zu einer polnischen Versammlung im polnischen Vereinshaus zu Nikolaiken geladen. Erschienen waren zu dieser Versammlung etwa 120 Personen beiderlei Geschlechts. Der Sekretär Grochowski läßt von der Versammlung einen Präses und einen Protokollführer für diesen Tag wählen. Er schlägt vor, als Präses den Stellmachermeister Johann Gembusch, Nikolaiken, als Protokollführer den Guts- und Ziegeleierben Schreiber, Nikolaiken-Abbau. Die Vorgeschlagenen werden von der Versammlung einstimmig gewählt.

Der neu gewählte Präses eröffnet die Sitzung, dankt den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen, teilt mit, daß die Gräfin Helene von Sierakowski, Gr. Waplitz, hier anwesend ist und einen sehr wichtigen Vortrag halten wird. Er erteilt hierauf dem polnischen Sekretär das Wort.

Grochowski spricht über die Gründung des polnischen Schulvereins in Stuhm am 8.4.1922 und führt aus: Nach § 113 der Reichsverfassung ist den Polen in Deutschland die polnische Sprache und Schule gestattet. Aus diesem Paragraphen heraus haben wir den polnischen Schulverein in Stuhm gegründet. Er verlas die Statuten dieses Vereins in deutscher Sprache, wobei die Versammlung sehr unruhig wurde. Aus der Mitte der Versammlung heraus legte ein Pole gegen die deutsche Sprache Beschwerde ein. Die Gräfin von Sierakowski entschuldigte sich, daß die Statuten noch nicht in polnischer Sprache gedruckt sind, da dieselben bei der Eintragung des Vereins dem Amtsgericht in Stuhm nur in deutscher Sprache vorgelegt werden durften. Sie versprach, daß Grochowski sofort die Statuten ins Polnische übersetzen wird. Die Versammlung beruhigte sich darauf. Grochowski bat alle Anwesenden, sich in die ausliegende Liste des polnischen Schulvereins einzutragen, denn es sei sehr wichtig, recht viele polnische Stimmen in diese Liste zu bekommen, um auf die deutsche Regierung einwirken zu können, daß diese durch geeignete Kräfte den polnischen Unterricht erteilen läßt, damit wir nicht polnische Privatschulen unterhalten müssen, die heute große Kosten verursachen.

Gräfin Sierakowski spricht dann über die gesamte polnische Organisation in Deutschland. Sie führt aus: Sie alle wissen, wie die Polen im Weichselgau und Ermland unter der Schikane der Deutschen und ihrer Behörden zu leiden haben. Ganz besonders bei Paß- und Visumangelegenheiten werden den überzeugten Polen absichtlich Schwierigkeiten gemacht. Denjenigen Polen, die deutsche Renten beziehen und sich während der Abstimmungszeit im polnischen Sinne betätigt haben, werden diese sofort gestrichen, sobald ihre Tätigkeit den Deutschen bekannt wird. Ebenfalls wird polnischen Personen, die bei deutschen Behörden beschäftigt sind, gekündigt, wenn ihre Gesinnung bekannt wird. Die Gräfin verliest dann mehrere Artikel aus polnischen Zeitungen, wie die Polen von Deutschen schikaniert und mißhandelt werden. Alle diese Vorfälle von seiten der Deutschen werden sorgfältig gesammelt und der Entente unterbreitet, um dieser den Beweis zu erbringen, wie die Polen trotz dem Schutz der Minderheiten in Deutschland zu leiden

haben. Die Berliner Zeitungen bringen große Artikel über die gut organisierten Polenverbände in Deutschland, sogar über einzelne Versammlungen unserer Vereine (z.B. die heilige Kingi) [Kinga-Verein] kann man lesen. Trotzdem uns nach der Reichsverfassung § 113 dieses Recht zusteht, uns zu organisieren und Vereine zu bilden, benutzen die Deutschen jede Gelegenheit, uns zu schikanieren und zu beleidigen und uns durch diese Handlungsweise zu schmähen. Die Polen müssen sich noch enger zusammenschließen, um diesen Machenschaften der Deutschen energisch entgegentreten zu können. Es gibt noch immer Polen, die selber schuld an diesen Auswüchsen der Deutschen sind, weil sie unsere Sache nicht so vertreten, wie es eigentlich sein müßte. Ich habe z. B. beobachtet, wie gut polnisch gesinnte Familien sich von ihren Nachbarn die polnische Zeitung borgen. In dem polnischen Hause müßte auch die polnische Zeitung gehalten werden. Den Eltern legte sie warm ans Herz, für ihre Kinder unbedingt den polnischen Schulunterricht mit erwirken zu helfen. Mit bloßer Teilnahme an den polnischen Versammlungen ist dieser Angelegenheit nicht geholfen, es muß sich vielmehr ein jeder als Mitglied des Vereins eintragen lassen, um möglichst eine hohe Mitgliederzahl zu erreichen. Nur in diesem Falle können wir bei der deutschen Regierung auf einen Erfolg rechnen. Es kommt nicht auf den Betrag an, sondern auf die Unterschrift zum Verein. Wer finanziell schlecht gestellt ist, braucht für den Schulverein keinen Beitrag zu zahlen. Wir müssen es bei der deutschen Regierung unbedingt erreichen, daß diese den polnischen Schulunterricht erteilen läßt, damit wir nicht gezwungen sind, die Schule aus eigenen Mitteln zu unterhalten.

Die Gräfin spricht dann über die Zukunft sämtlicher Polen und polnischer Organisationen in ganz Deutschland. Sie kündigt in Kürze eine Änderung über das Schicksal der Polen an und spricht über eine Neuorganisation derselben in ganz Deutschland. Es werden polnische Delegationen aus Berlin, Schlesien, Westfalen und Ostpreußen mit einer Delegation aus Warschau zusammentreten, die beim Außenministerium geschlossen für die Rechte sämtlicher ansässigen Polen vorstellig werden und über ihr Los verhandeln. Auch ist vorgesehen, daß die polnischen Delegationen sämtliche Polen in Deutschland unter einer Spitzenorganisation, mit dem Sitz in Berlin, vereinigen sollen. Von Berlin aus sollen dann alle polnischen Vereine ihre Anweisungen erhalten und somit eine zentrale Leitung geschaffen werden. Jede Angelegenheit wird dann in ganz Deutschland gemeinsam unternommen und wird dadurch auch zum Ziele führen. Den klarsten Beweis liefert uns die Schulangelegenheit im Weichselgau. Durch die geringe Zahl an Polen können wir nichts erreichen, sobald aber diese Aktion gemeinsam aus allen Teilen Deutschlands an die Spitzenorganisation in Berlin gesandt wird, kann diese einen viel größeren Druck ausüben. Die Zahl der Polen ist dann durch das gemeinsame Vorgehen eine bedeutende und die deutsche Regierung kann unsere Wünsche nicht wie jetzt einfach beiseite schieben.

Grochowski und Schreiber sammelten Unterschriften für den polnischen Schulverein. Fast alle Anwesenden schrieben sich als Mitglieder ein.

Schluß der Versammlung um 5.30 Uhr nachmittags.

006

8.11.1922: Landeskriminalpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Entwicklung der polnischen Bewegung seit dem Plebiszit
18 XI 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do MSW Prus. Rozwój ruchu polskiego od czasu plebiscytu

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 543.

V-Mann berichtet:

Nach der Abstimmung in Ostpreußen verhielten sich die Polen in Erwartung kommender Dinge still und unauffällig, entwickelten keine Vereinstätigkeit und hielten überhaupt keine Versammlungen mehr ab.

Ein halbes Jahr nach der Abstimmung schon pulsierte das polnische Leben wieder in vollen Zügen; überall traten wieder Agitatoren auf, Aufklärungs- und Hetzreden wurden gehalten, Versammlungen wurden abgehalten, Vereine neu gegründet, kurz es war dasselbe Bild wie vor der Abstimmung. So ging es ungefähr bis Ende 1921.

Anfang des Jahres 1922 schlief das gesamte polnische Leben fast ein; denn aus den von den Agitatoren gemachten riesengroßen Versprechungen wurde nichts, die Versammlungen brachten nichts Neues und das Interesse für die ganze Sache schwand.

Die Gründe dafür waren etwa folgende:

Die früher tätigen Agitatoren merkten, daß ihnen von den sogenannten geistigen Führern, Adel und Großgrundbesitzer, kein Interesse mehr entgegengebracht wurde, sondern daß diese Leute unter Hintenansetzung ihres Nationalgefühls ihren wirtschaftlichen und persönlichen Vorteilen nachgingen.

Aus gekränktem Stolz ob dieser Behandlung und aus verletztem Nationalgefühl zog sich ein Teil der Agitatoren, und darunter die besten, vom polnischen Leben zurück und wanderte nach Polen aus. Weitere Kreise der polnischen Bevölkerung wurden darauf aufmerksam und erkannten, daß hier irgend etwas nicht in Ordnung sei. Die Erkenntnis wurde noch vergrößert durch die Beobachtung, daß der ärmsten polnischen Bevölkerung stets bei den polnischen Konsulaten große Schwierigkeiten bei der Erlangung eines Passes zur Ausreise nach Polen gemacht wurden, daß die Gesuchsteller dabei grob behandelt und als Deserteure beschimpft wurden, während den reichen Polen alle möglichen Erleichterungen bei einer Ausreise nach Polen gewährt wurden.

Diese Beobachtungen führten dazu, daß einer nach dem andern aus der polnischen Herde ausschied, und nichts mehr mit der polnischen Bewegung zu tun haben wollte.

Im ersten Halbjahr 1922 konstatierten einige scharfe Beobachter, daß das polnische Leben einzugehen drohe. Es fanden sich gut polnisch gesinnte Leute, unter ihnen der Lehrer Brzeszezynski [Brzeszczyński], Redakteur Jaroczyk [Jaroszyk], Wladislaw Pieniężny, Maria Zientara und andere, die sich zusammentaten, um sich darüber auszusprechen, wie dem Übel abzuhelfen sei (Besonders Jaroczyk [Jaroszyk] betätigte sich in diesem Sinne, aber so geheim, daß die eigentlichen Führer – Adel, Großgrundbesitz – nichts davon merkten).

Man kam überein, sich an den O.K.Z. Posen, an die Rada Pomorska und andere einflußreiche Verbände zu wenden, um diese um Rat und Hilfe zu bitten. Diesen Verbänden wurde der Sachverhalt klargelegt und erklärt, daß es so nicht weiter gehe, da lokale Vereine und Verbände einschlafen, die Herren nur auf ihren Vorteil bedacht seien und die ganzen Mitgliederlisten in den Vereinen nur noch eine Farce seien.

Beim O.K.Z. und den anderen Großverbänden wunderte man sich nicht wenig über diese Darstellungen, da ihnen von den sogenannten führenden Polen, den Reichen, ein ganz anderes Bild gemacht worden war, und zwar das Gegenteil von dem, was hier behauptet wurde. Man war bei den Großverbänden in dem Glauben, daß das polnische Leben in Ost- und Westpreußen mächtig sei, daß die Vereinstätigkeit blühe, daß es zwischen armen und reichen Polen keinen Gegensatz gebe und daß alles ein Herz und eine Seele sei.

Die Folge davon war, daß die Großverbände der ganzen Angelegenheit auf den Grund gingen und sie stellten tatsächlich fest, daß ihre Vertrauensleute ihnen nur blauen Dunst vorgemacht hatten und daß der Sachverhalt ganz anders liege, als ihnen mündlich und schriftlich berichtet worden war.

Nach kurzer Zeit schon wurden Donimierskis [Donimirskis], Kl. Ramsen und Hohendorf, Graf und Gräfin Sierakowski und andere zur Verantwortung gezogen. Sie versuchten sich zu verteidigen, indem sie behaupteten, es sei alles in bester Ordnung. Man glaubte ihnen aber nicht mehr, sondern verlangte strikte, daß sie erst alles wieder gut machen sollten, dann würde man ein Auge zudrücken können. Sie seien die Repräsentanten und Führer des polnischen Volkes in Ost- und Westpreußen, so wurde ihnen gesagt, und so wird die Zeit kommen, wo man von ihnen Rechenschaft fordern werde. Ganz Polen blicke mit vertrauensvollen Augen auf sie, sie sollten zusehen, daß sie zu gegebener Stunde ein fertiges Werk in den Schoß der polnischen Mutter legen könnten. Sie sollten von der Eigenbrödelei und Selbstsucht ablassen, einig sein, dem Volke Führer bleiben und ihm mit gutem Beispiel vorangehen.

Sie sollten sich nicht von materiellen Beweggründen leiten lassen, sondern ihrem Nationalgefühl treu bleiben. Hierbei wurde auf das merkwürdige Verhalten der Genannten bei der Wahl des Landrats Auvers hingewiesen. (vergl. diess. Nz-Bericht IIIb Tgb. Nr. 4069/22 v. 4.1.22).

Die Genannten fühlen sich sehr getroffen und können sich gar nicht denken, wer sie bei dem O.K.Z. so angeschwärzt hat. Besonders Donimierski [Donimirski] aus Kl. Ramsen war furchtbar empört, jedoch fügte er sich und tut, wie von ihm verlangt wird.

Diese Zurechtweisungen erfolgten ungefähr im Monat Juni. Ihre Auswirkungen machten sich sofort bemerkbar. Das polnische Vereinswesen belebte sich mit einem Schlage wieder, so daß alle staunten, warum die Großen nun wieder auf den Plan traten. Überall entstanden neue Vereine, die Gräfin Sierakowski hielt in den Frauenvereinen wieder Vorträge. Der Parteisekretär Bartsch wurde zur Rede gestellt, warum das polnische Vereinsleben nicht vorwärts geht, er selbst würde schließlich als der Sündenbock dafür angesehen, er allein sollte auf einmal Schuld sein, daß alles schläft und jeder machte, was er wollte. Bartsch sollte seines Postens enthoben werden, aber schließlich ging man darüber hinweg und war nur bemüht, recht viel Vereine ins Leben zu rufen. Donimierski [Donimirski], Hohendorf, dem man drohte, sein in Polen erworbenes Gut Kolonisationszwecken auszuliefern, bringt sich fast um im polnischen Vereinsleben, um sich nur in ein gutes Licht zu stellen und den zuständigen Stellen besonders auch dem O.K.Z. den Beweis zu erbringen, daß das Vereinsleben in hoher Blüte steht und die Zuträger Unrecht hätten.

Zu den Vereinen und ihrer Entwicklung ist zu bemerken, daß an erster Stelle die Frauenvereine (Tow. Sw. Kingi und die Towarzystwa Kobiet) stehen, dann kommen die Kolka Spiewackie (Gesangvereine) und Tow. Ludowe – Volksvereine. Alle andern Vereine sind gänzlich verfallen und existieren nur noch dem Namen nach (Anm. Nz.: Letztere Angabe bedarf noch der Nachprüfung).

Man ist schließlich bestrebt, alle Polen in den vorher genannten Vereinen sowie in dem Polenbund zu vereinigen. Man beabsichtigt auch, alle andern Vereine aufzulösen, um jeder Zersplitterung vorzubeugen.

Es muß festgestellt werden, daß die Vereinstätigkeit jetzt sehr rege ist, was auch die Zunahme der Mitglieder in den einzelnen Vereinen beweist. Wenn es so weiter geht, wird der O.K.Z. keinen Grund zu klagen haben, und er hat außerdem die Genugtuung, daß die einmalige Zurechtweisung der in Frage kommenden Persönlichkeiten ihre Wirkung nicht verfehlt hat.

Das Sängerfest am 22.10.22 in Stuhm (vergl. diess. Nz.-Bericht IIIb Tgb. Nr. 4078/22 vom 7.11.22) dürfte ein Triumph der Donimierskis [Donimirskis] sein. Es wurde zu diesem Fest überhaupt kein Eintritt erhoben. Die Steuer und sonstige Unkosten wurden von den Donimierskis [Donimirskis] und Genossen getragen. Bald wird man mit großem Pomp die Einweihung des Masurenbundes feiern.

Bei allem Betätigungseifer wird aber alles vermieden, was irgendwie gegen die Gesetze verstößt und zu Konflikten mit den Behörden Anlaß geben könnte, „nur keine Gesetzeswidrigkeiten, man kommt auch so zum Ziel".

Solange die Donimierskis [Donimirskis] und Graf Sierakowski das Steuer führen, werden gesetzwidrige Handlungen nicht vorkommen. Vorsicht und nochmals Vorsicht ist ihre Devise in allen ihren Unternehmungen. Falls hierüber gegenteilige Berichte auftauchen, so dürften dieselben nur auf Redewendungen besonders heißblütiger Polen bzw. solcher in betrunkenem Zustande oder auch [auf] mit Willen verdrehten Redensarten beruhen, die in keinem Falle ernst zu nehmen sind.

i.A.

gez.: Vogel,

Grenzpolizeidirektor

007

15.11.1922: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Lagebericht (1.–15.11.1922)

15 XI 1922r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Sprawozdanie sytuacyjne (1–15 XI 1922r.)

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 47

[...]

Die polnische Propaganda im Inland wird wieder recht rege. Das Vereinsleben wird mit allen Mitteln zu heben versucht. Energische Schritte unternehmen die Polen augenblicklich zur Erzwingung polnischen Unterrichts; alle Lügen über Entrechtung und Unterdrückung sind ihnen zur Erreichung ihrer Zwecke recht. Eine neue Denkschrift ist dem Völkerbund eingereicht worden. Es besteht seitens der Polen die feste Absicht, die Angelegenheit auf die Spitze zu treiben, da man dabei nur gewinnen, aber nichts verlieren könne.

Um politisch weniger gebunden zu sein, hat Graf Sierakowski sein Amt vor kurzem als polnischer Generalkonsul des Konsulats Marienwerder niedergelegt. Vom Westmarkenverein (O.K.Z.) hat er, sowie einige andere Führer, strenge Anweisung erhalten, sich mehr um die polnische Bewegung zu kümmern. Hieraus erklärt sich die rege Tätigkeit. Für die bevorstehenden Wahlen in Deutsch-Oberschlesien hat Graf Sierakowski im Namen des „Polenbundes in Deutschland" einen Wahlaufruf erlassen.

[...]

008

8.1.1923: Der Oberpräsident in Königsberg an den Präsidenten des Landesfinanzamtes ebendort. Deutsche Beamte auf einer polnischen Festveranstaltung in Stuhm (22.10.1922)

8 I 1923r.: Naczelny prezydent w Königsberg do prezydenta krajowego urzędu skarbowego w miejscu. Udział urzędników niemieckich w uroczystości polskiej w Stuhm (22 X 1922r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 543 (Abschrift).

Am 22.10.22 fand in Stuhm in den Räumen des Schützenhauses ein polnisches Gausängerfest statt, über dessen Verlauf hier vertrauliche Berichte vorliegen. Darin heißt es u. a.:

„Im Laufe der Nacht erschienen auch einige deutsche Beamte vom Landratsamt, Finanzamt etc., nahmen am Tanz teil und ließen sich von den Polen mit Schnaps bewirten. Anscheinend hat es ihnen dort sehr gut gefallen, denn bald fühlten sie sich heimisch, fanden ihre polnische Sprache wieder und manche beteuerten, sie wären im Herzen immer gut polnisch gesonnen, nur aus Rücksicht auf ihre derzeitige Stellung müßten sie schweigen und so tun, als wären sie gut überzeugte Deutsche. Auch sonst, schon zu Anfang der Festlichkeit, waren Leute erschienen, die man schon lange nicht mehr als Polen angesehen hat. Daher sah man auch so manchen Polen verständnisvoll schmunzeln und mit andern tuscheln.

Von einigen Heißspornen wurde die Entfernung solcher Leute, auch der Beamten verlangt, aber Einsichtsreichere beschwichtigten diese und sagten, heute fällt so manches Samenkörnlein auf fruchtbaren Boden und warum Leute verdrängen, denen es bei uns gefällt; im Herzen fühlen sie doch alle polnisch, nur, wie sie ja schon selbst gesagt haben – Rücksichtnahme. Im übrigen vergnügte man sich unter starker Beteiligung bis zum Morgen. Der Schützenwirt hatte eine Einnahme von über 100000 Mk, was am besten die Stimmung der Festteilnehmer kennzeichnet. Drei kleinere Keilereien, von angetrunkenen Deutschen improvisiert, trugen zur Abwechslung bei."

Die Angaben der Vertrauensleute über die Beteiligung deutscher Beamter an dem Polenfest sind nachgeprüft und bestätigt worden. Nachstehend wird der Bericht eines zuverlässigen V-Mannes zur gefälligen Kenntnisnahme mitgeteilt:

„Es bewahrheitet sich, daß am 22.10.1922 zu dem an diesem Tage stattgefundenen Gausängerfest im Schützenhause zu Stuhm, deutsche Beamte des Finanzamtes, Landratsamtes, der Schutzpolizei und Damen aus Bürgerkreisen der Stadt anwesend waren. Im Laufe des Abends erschienen diese Leute auf dem polnischen Fest, hielten sich längere Zeit während der polnischen Vorträge im Vorzimmer des Saales auf und nahmen später am Tanze teil. Es ist einwandfrei beobachtet worden, daß die Beamten mit eingefleischten polnischen Leuten am Buffet Bier und Schnaps tranken, auch wurden bei dieser Gelegenheit vertrauliche Gespräche zwischen beiden Parteien geführt. Einige Beamte sprachen sogar polnisch mit den anwesenden Besitzern. Der Inhalt der Gespräche hat sich leider nicht feststellen lassen. Durch angetrunkene deutsche Beamte sind tatsächlich drei Schlägereien mit den Polen entstanden. Die Streitigkeiten spielten sich im Garten des Schützenhauses ab. Ein gewisser Rogatz – Finanzamt – war in diese Keilerei verwickelt; denn als er den Saal wieder aufsuchte, gab er persönlich zu, Schläge erhalten zu haben. Rogatz hielt sich bis 4.30 Uhr morgens im Schützenhause auf. Er soll

von Baczewski – Allenstein – geschlagen worden sein. Rogatz hat schon seit August vergangenen Jahres an jedem polnischen Vergnügen teilgenommen.

Die deutschen Beamten erschienen auf dem Fest in animierter Stimmung".

Es waren zugegen:

1. Rogatz-Finanzamt Stuhm
2. Wittenberg, Ernst-Finanzamt Stuhm
3. Hausman-Finanzamt Stuhm
4. Szesny-Finanzamt Stuhm
5. Lichtenfeld-Unterwachtmeister der Schupo.

Es bewegten sich jedoch noch mehr deutsche Beamte im Saal, deren Namen im Feststellungsfalle sofort berichtet werden.

In Vertretung

gez.: Dr. Herbst

009

30.1.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Mögliche Besetzung Ostpreußens durch Polen
30 I 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Możliwość okupacji Prus Wschodnich przez Polskę

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 592/1

Nachstehend wird ein Bericht eines zuverlässigen V-Mannes *ungeändert* wiedergegeben:

„Eine große Anzahl Polen im Bezirk Marienwerder sind genau so über einen eventuellen Krieg zwischen Polen und Deutschland beunruhigt wie die Deutschen. Besonders die Klasse der Besitzenden macht sich Sorgen um ihr Hab und Gut. Die Donimierski's [Donimirskis] sind ganz aus dem Häuschen. Frl. v. Czarlinski aus Hintersee jammert allen die Ohren voll, das Gut wird vernichtet, abgebrannt usw. Donimierski [Donimirski] aus Hohendorf mußte im Auftrage der Polenhäuptlinge nach Polen fahren und sich dort erkundigen, und zwar an maßgebenden Stellen, was nun eigentlich los ist. Man will vor allen Dingen wissen, ob Polen selbst Ostpreußen gewaltsam besetzen oder dieses im Auftrage Frankreichs tun wird. Kurz, er soll sich über alles erkundigen, was bei einer eventuellen Besetzung in Frage kommt. Ja, wenn das Besetzen so einfach wäre und über Nacht geschehen könnte, dann hätten sie nichts dagegen, aber dabei geschädigt werden, das wollen auch die Donimierski's [Donimirskis] nicht. Es geht ihnen ja gut – sagen sie –, warum denn Krieg führen? Jetzt führen sie hier das Wort, der polnische Arbeiter ist ihnen untertan. Sie besitzen einen gewissen Einfluß drüben, haben also alles, wonach eine Herrennatur verlangt. An dem Tage aber, wo Polen das Gebiet übernehmen würde, gehen alle diese Vorzüge für sie verloren, und sie werden in der großen, nichtssagenden Masse verschwinden. Viele wünschen eine polnische Besetzung. Der Masse ist es ganz egal, was daraus wird, wenn es für sie nur besser kommt, dann geben sie sich schon zufrieden. Schimpfen tut man jetzt über Polen nicht mehr, man fürchtet, einst dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Alles ist nur gespannt und wartet auf die Rückkehr von Donimierski [Donimirski]. Von ihm erhoffen sie eine befriedigende Auskunft."

I.A.

gez.: Vogel

Grenzpolizeidirektor

010

22.5.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Errichtung polnischer Ein- und Verkaufsstellen für Getreide und Kunstdünger

22 V 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Utworzenie polskich punktów skupu i sprzedaży zboża i nawozów sztucznych

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 593/1

Durch einen V-Mann wird hier bekannt:

Bartsch, der Sekretär des Polenbundes in Stuhm hat der Polenzentrale in Allenstein folgenden Vorschlag gemacht, der auch von dem Vorstand des Polenbundes gutgeheißen und genehmigt wurde:

a) Um die jüdischen und deutschen Getreideaufkäufer für den Kreis Stuhm auszuschalten, die ja doch zum großen Teil nur von den polnischen Bauern aufkaufen, soll von den Polen eine Ein- und Verkaufsstelle für Getreide eingerichtet werden.

b) Um die polnischen Landwirte bei der Versorgung von künstlichem Dünger von Juden und Deutschen unabhängig zu machen, soll im Herbst eine polnische Einkaufs- und Verteilungsstelle für künstlichen Dünger eröffnet werden. Einkauf, Lagerung und Verteilung soll der Kaufmann Block (Stuhm am Markt) übernehmen, dem ein angemessener Verdienst überlassen wird.

Aus den unter a) und b) genannten Einrichtungen hoffen die Polen größere Summen zu gewinnen. Ein Teil des Reingewinns soll der polnischen Propaganda zugute kommen. Verhandlungen mit den polnischen Landwirten des Kreises Stuhm über diese Gründungen sollen bald beginnen. Wenn die Einrichtungen im Kreise Stuhm sich bewähren, so soll ähnliches auch im weiteren Ermland geschaffen werden.

Anm. Nz.: Ermittlungen und Nachrichten der in Frage kommenden Dienststellen der Landeskriminalpolizei über die oben geschilderte Angelegenheit sind dringend erwünscht.

gez.: Vogel
Kriminaldirektor

011

24.5.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Intervention polnischer Minderheitenführer zugunsten verurteilter Redakteure der „Deutschen Rundschau in Polen"

24 V 1923: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Interwencja przywódców mniejszości polskiej na rzecz skazanych redaktorów dziennika „Deutsche Rundschau in Polen"

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 593/1

Die Redakteure des „Mazurski Przyjaciel Ludu" Leiding [Leyding], der „Gazeta Olsztynska" Jaroszyk, des „Dziennik Berlinski", „Wiarus Polski", ferner die polnischen Mitglieder des preußischen Landtags, Graf Sierakowski und Jan Baczewski, haben in Sachen der verurteilten Redakteure der „Deutschen Rundschau in Polen" bei zuständigen polnischen Stellen einen Antrag gestellt, die Strafen entweder unter Amnestie zu stellen (in Polen wird angeblich eine allgemeine Amnestie vorbereitet) oder sie sonst

auf irgendeinem Wege aufzuheben oder zu verkürzen. Jaroszyk machte außerdem noch eine persönliche Eingabe an den Wojewoden Brejski – Thorn, mit dem er gut bekannt ist, und der früher selbst zeitweise als Redakteur tätig war.

Daß diese Aktion nicht aus Sympathie zu den deutschen Redakteuren unternommen wird, ist selbstverständlich. Sie soll dazu dienen, die polnische Toleranz in hellem Lichte erstrahlen zu lassen und soll zur gegebenen Zeit propagandistisch ausgewertet werden. Außerdem versprechen sich die polnischen Redakteure in Deutschland eine gleiche Behandlung in ähnlichen Fällen.

gez.: Vogel
Kriminaldirektor

012

28.5.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Verlagerung des Schwerpunktes der polnischen Bewegung – 28.5.1923

28 V 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Przesunięcie punktu ciężkości ruchu polskiego

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 593/1

V-Mann berichtet:

Der Schwerpunkt der polnischen nationalen Propaganda und des polnischen Vereinslebens in Ostpreußen verschiebt sich merklich vom Kreise Stuhm nach dem Ermland. Man kann schon beinahe sagen, daß das Ermland den Weichselgau überflügelt hat.

Die wesentlichste Ursache dieser Erscheinung liegt darin, daß der polnische Mittelstand im Ermland weit mehr Intelligenz aufzuweisen hat als im Kreise Stuhm, wo es nur einen ausgesprochenen Bauernstand gibt. Die im Kreise Stuhm ansässigen Donimierskis [Donimirskis] sind in erster Linie auf ihren Vorteil bedacht und stellen ihn über ihre nationale Betätigung, sie sind typische Vertreter des polnischen Feudalismus, denen an einer Aufklärung, Organisierung usw. der weiteren Bevölkerungskreise wenig gelegen ist. Sie beschränken sich daher darauf, nur das zu tun, was sie als Großpolen tun müssen, um beim Volke den Schein als Nationalpolen zu wahren. Eine Ausnahme hierin bildet nur die Frau Donimierska [Donimirska] – Hohendorf.

Im Ermland treten als Führer in der nationalpolnischen Bewegung namentlich folgende Personen auf:

Jan Baczewski (Sekretär des Polenbundes Allenstein und M.d.L.), Jaroszyk (Redakteur der „Gazeta Olsztynska"), die Familie Pieniężny (Verleger der „Gazeta Olsztynska"), Frau Zientara (Dichterin und Agitatorin) u. a. m. Die Damen Pieniężny und Marie Zientara widmen sich besonders der Frauenfrage. Die zahlreichen polnischen Frauenvereine sind fast durchweg auf ihre Anregung und Veranlassung entstanden. Von den Pieniężnys sind auch die verschiedenen Kommissionen zur Gründung von polnischen Vereinen (vergl. diess. Nz.-Bericht IIIb Tgb. Nr. 1801/23 v. 24.5.23) ins Leben gerufen worden. In der letzten Zeit schießen im Ermland die polnischen Vereine wie Pilze aus der Erde. Man beabsichtigt, für jedes Dorf, Gemeinde, zum mindesten aber für jedes Kirchspiel je einen Jugend-, Gesang- und Frauenverein, möglichst auch einen Volksverein zu gründen. Die ganze Organisationsarbeit wird in rühriger Weise von den genannten „Kommissionen" besorgt, zu denen die obengenannten und noch ungefähr ein halbes Dutzend weiterer Personen gehören.

Eine weitere Ursache für die großen Erfolge der polnischen Bewegung im Ermland ist das tief religiöse Gefühl und die streng konservative Anhänglichkeit seiner Bevölkerung an die katholische Kirche. Diese Eigenschaften werden von den Polenführern geschickt für ihre Zwecke ausgenutzt. In den Berichten über die Vereinsversammlungen findet man regelmäßig, daß die Versammlung mit einem frommen Kirchenlied eröffnet und geschlossen wurde, auch zwischendurch werden Kirchenlieder gesungen. Vorträge über das Leben heiliger Männer und Frauen (namentlich polnischer) bilden einen großen Teil der Unterhaltung. Dieser Köder, wohlberechnet zugeschnitten und den Bedürfnissen und dem Verlangen einer streng gläubigen Bevölkerung angepaßt, stets richtig und klug angewandt, verfehlt niemals seinen Zweck.

Der polnische Propagandafeldzug ist bemüht, sich feste Stützpunkte zu schaffen. Als solche kommen zunächst Braunswalde, Allenstein und Friedrichswalde in Betracht. Man hält aber bereits nach weiteren Umschau, da man mit einem wachsenden Umfang der Propagandatätigkeit rechnet.

Zur Charakteristik der weiter oben erwähnten Polenführer ist noch zu bemerken, daß sie alle von einem maßlosen politischen und nationalen Ehrgeiz beseelt sind. Ihr ganzes Bestreben geht darauf hinaus, sich in der Geschichte des ermländischen Polentums ein Denkmal zu setzen. Sie rechnen damit, daß ihrer einst rühmend gedacht wird, wenn die Geschicke Ermlands zu Polens Gunsten ausschlagen, andernfalls wollen und werden sie als polnische Märtyrer gelten. Nationalpolen, die sie sind, werden sie aufs stärkste von der polnischen Tradition beeinflußt: sie wollen hinter ihren Vorfahren nicht zurückstehen. Diese Eigenschaften sind von sehr wesentlicher Bedeutung, denn sie haben zur notwendigen Folge, daß diese Polenführer sich in keiner Weise von gewinnsüchtigen oder materiellen Beweggründen leiten lassen. Es ist gar nicht daran zu denken, daß sie sich durch Versprechungen, Vergünstigungen, Drohungen von ihrer Tätigkeit abbringen oder abschrecken lassen. Selbst Vermögensverluste, persönliche Verfolgungen usw. nehmen sie willig auf sich, wenn nur ihr Name im polnischen Lager einen guten Klang hat. Daher ist auch die Tätigkeit dieser Leute viel ernster einzuschätzen als die gewöhnlicher käuflicher Agitatoren. Sie lassen sich durch keine Schwierigkeiten von der zähen Verfolgung ihres Zieles abhalten.

gez.: Vogel
Kriminaldirektor

013

9.6.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Zunehmendes Selbstbewußtsein der polnischen Minderheit
9 VI 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Rosnąca pewność siebie mniejszości polskiej

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 593/2

Aus Mitteilungen eines V-Mannes wird folgendes entnommen:

Die Richtlinien für die Tätigkeit der ostpreußischen Polenführer sind keineswegs ihr eigenes Produkt, sondern werden von den verschiedensten Stellen in Polen ausgearbeitet. Diese Arbeit mündet in dem „Verband zum Schutze der Westmarken" (O.K.Z.) und von diesem erhalten in der Hauptsache die hiesigen führenden Polen ihre Direktiven. Sie sind von der O.K.Z. insbesondere auch in finanzieller Hinsicht abhängig.

Der neue Wind, der jetzt in Polen weht, hat den Westmarkenbündlern das Rückgrat mächtig gesteift, und das ist natürlich auch nicht ohne Wirkung auf die hiesigen Polenführer und ihren Anhang geblieben. Wenn sie jetzt auch noch ihre Wünsche und Forderung in Gestalt von Bitten hervorbringen, so zeigen diese Bitten immerhin bereits unverblümt das energische Verlangen. Es ist damit zu rechnen, daß die Tätigkeit der hiesigen Polenführer in Zukunft noch viel energischer und umfangreicher werden wird als bisher, da man in Polen mit allerhand Eventualitäten spielt oder rechnet.

Man ist sich auch in hiesigen führenden Polenkreisen voll seiner Macht bewußt und ist fest davon überzeugt, daß der eigene Einfluß viel weiter reicht als man bei deutschen maßgebenden Stellen auch nur ahnt. Die Polen sind überzeugt, nicht die kleinen, im entlegenen Ostpreußen vergrabenen, sich mit ihrem Geschrei nur gegenseitig Mut machenden Krakeeler zu sein, für die sie gewöhnlich hierzulande gehalten werden, sondern durch ihre weitverzweigten Beziehungen zu Polen, zu Frankreich und ihre sonstigen fein ausgesponnenen Intrigen viel mehr ausrichten zu können als man ihnen zutraut. Daß man sie (nach ihrer Meinung) unterschätzt, ist ihnen sehr willkommen, um so ungestörter glauben sie sich im Stillen entfalten zu können. Namentlich suchen sie jetzt den für sie günstigen Umstand der wirtschaftlichen und politischen Schwäche Deutschlands und seiner Abhängigkeit von Frankreich für ihre Ziele auszunutzen. Jede Person, jedwedes Geschehnis wird in den Bereich ihrer politischen Betrachtungen gezogen und daraufhin abgeschätzt, ob es für ihre Zwecke irgendwie dienlich sein kann. Insbesondere versuchen es die führenden polnischen Kreise, namentlich die gesellschaftlich höher stehenden Kreise, auf leitende, vorzugsweise amtliche Persönlichkeiten nicht nur politischen, sondern auch gesellschaftlichen Einfluß zu gewinnen.

Es ist (nach Ansicht des V-Mannes) zweifellos, daß diese Art politischer Wirksamkeit von der politischen Gesellschaft des Kreises Stuhm bereits aufgenommen ist. Die Donimierski's [Donimirskis], Sierakowski's, Frau Janta Polczynski, Justizrat Langowski, Sanitätsrat Morawski u. a. betrachten es als ihre Aufgabe, nach dieser Richtung zu arbeiten. Man ist überzeugt, daß sich höhere Verwaltungsbeamte diesen Einfluß auf die Dauer nicht werden entziehen, sondern mit der polnischen Bevölkerungszahl des Kreises Stuhm werden rechnen müssen, und man bucht beispielsweise die kolportierte angebliche Äußerung der Gattin des neuen Landrats, daß sie es sehr bedauere, die polnische Sprache nicht zu beherrschen und sie gerne erlernen möchte, als einen Erfolg.

Daß sich die Polen für den neuen Landrat aufs lebhafteste interessieren und nichts unversucht lassen, um ihn ihren Bestrebungen vorzuspannen, ist selbstverständlich. Charakteristisch ist hierfür die von den Polen verbreitete Behauptung, daß die Freigabe der von der französischen Besatzungsbehörde zurückgehaltenen Möbel des Landrats nur ihnen zu verdanken sei: sie hätten sich mit maßgebenden polnischen Stellen in Verbindung gesetzt und diese veranlaßt, ihren Einfluß bei den in Frage kommenden französischen Stellen geltend zu machen, damit diese die Möbel des neuen Landrats freigeben. V-Mann macht diese Mitteilung mit allem Vorbehalt nur um zu kennzeichnen, mit welchen Gedanken sich die Polen beschäftigen und was alles sie in den Bereich der Möglichkeit ziehen.

Zweifellos ist es (immer nach Ansicht des V-Mannes) so, daß die Polen große Hoffnungen an die Person des neuen Landrats knüpfen. Als besonders günstig für ihre Absichten werten sie seine katholische Gesinnung, wobei sie von der Erwägung ausgehen, daß die Sympathien des Landrats der katholischen Mehrheit des Kreises Stuhm gehören werden, was ihnen ohne weiteres zugute kommen müßte, da in diesem Kreise katholisch und polnisch beinahe ein und dasselbe sei. Bei ihren Bemühungen, auf den Landrat

Einfluß zu gewinnen, wollen sie daher die katholischen Angelegenheiten zunächst in den Vordergrund stellen und erst allmählich dazu übergehen, aus der katholischen eine katholisch-polnische Frage zu machen.

gez.: Vogel
Kriminaldirektor

014

16.8.1923: Landeskriminalpolizei in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Gründungsversuch einer polnischen landwirtschaftlichen Genossenschaft in Stuhm (Frühjahr 1923)

16 VIII 1923r.: Krajowa policja kryminalna w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Próba założenia polskiej spółdzielni rolniczej w Stuhm (wiosną 1923r.)

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 594

1. Grenzkommissariat Marienburg berichtet:

Die von dem Gutsbesitzer v. Donimierski [Donimirski] im Frühjahr 1923 versuchte Zusammenfassung der polnisch gesinnten Bauern in einem Verein „Landwirt" (Rollnik [Rolnik]) konnte von ihm nicht durchgeführt werden, da die Gründungsversammlung im Königl. Hof in Stuhm, zu der sich Bartsch, v. Donimierski [Donimirski], Kl. Ramsen, Donimierski [Donimirski], Hohendorf, Donimierski [Donimirski], Cyguß und ein Herr des polnischen Konsulats in Marienwerder als Redner gemeldet hatten, wegen Meinungsverschiedenheiten erfolglos auseinanderging.

Man hatte die Absicht, den „Rolnik" als ein fest organisiertes Gefüge mit Zentralvorstand in Ostpreußen auszubauen.

Die schon früher vorhandenen „Landwirtschaftlichen Zirkel" (Kolko Polnioze [Kółko Rolnicze]) bestehen nach wie vor.

2. Daß die Polen indessen den Gedanken, die polnischen Landwirte in einer straffen Organisation zusammenzufassen, noch keineswegs aufgegeben haben, beweist nachstehender Bericht eines bisher als zuverlässig bewährten V-Mannes:

‹Donimierski [Donimirski], Kl. Ramsen war Anfang Juli d. J. bei Potowski (vgl. über diesen Bericht an den Herrn Staatskommissar für öffentliche Ortnung, [Aktenzeichen:] O. P. VI, VI N und Leitendes Grenzkommissariat Marienwerder [Aktenzeichen:] IIIb Tgb. Nr. 2655/23 v. 26.7.23) und entwickelte folgenden Plan:

„Wir wollen einen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverein und eventuell noch eine Volksbank für Landwirte, sozusagen einen Vorschuß- bzw. Kreditverein gründen. Der ‚Landwirtschaftliche Genossenschaftsverein' soll die Erzeugnisse der Landwirtschaft möglichst vorteilhaft im großen verkaufen und ebenso künstlichen Dünger, Maschinen, kurz, alles das, was die Landwirte benötigen, im großen wieder einkaufen und damit die Landwirte beliefern. Also genau nach demselben Muster soll der ‚Rolnik' gegründet werden, wie man ihn bereits in Polen hat. Nur die eingetragenen Mitglieder werden von den Vorteilen, die der ‚Rolnik' bietet, Gebrauch machen können. Das Gründungskapital wird in Roggenwährung gezahlt. Mitglieder können nur Polen werden. Da wir ein Grundstück mit Wohn-, Büro- und Speicherräumen brauchen, möchte ich bei Ihnen anfragen, ob Sie eventuell gewillt wären, Ihr Grundstück, d. h. Haus samt dem Mühlenbetrieb und den Speicherräumen, dem ‚Rolnik' zu verkaufen. Sie könnten ja die Speicherverwaltung und den Mühlenbetrieb vom ‚Rolnik' übernehmen,

außerdem auch Mitglied werden und eventuell auch in den Aufsichtsrat gewählt werden. Durch Gründung des ‚Rolnik' wollen wir erreichen, unsere Landwirte der deutsch-jüdischen Spekulation zu entziehen, für ihre Erzeugnisse die vorteilhaftesten Absatzpreise zu erzielen, künstlichen Dünger, Maschinen, dergleichen landwirtschaftlichen Bedarf am billigsten einkaufen und die dadurch erzielten Gewinne den Mitgliedern durch verbilligte Lieferungen wieder zuführen." Darauf antwortete ihm Potowski: „Mein Grundstück verkaufe ich auf keinen Fall, denn das ist mein Brot, und bei den heutigen unsicheren Verhältnissen muß man sein Stückchen Brot festhalten. Aber abgesehen davon: Glauben Sie denn, die Juden und Deutschen würden uns nicht starke Konkurrenz machen? Z. B. dem Landwirte höhere Preise für ihre Erzeugnisse bieten als der ‚Rolnik'. Und wissen Sie nicht, daß der Bauer, der personifizierte Eigennutz, der geborene Egoist für die paar Pfennige, die ihm der Jude bzw. der Deutsche mehr bietet, diesem seinen Roggen verkaufen wird? Glauben Sie mir, auch der polnische Bauer ist nur ein auf Erwerb bedachter Bauer, auch dieser macht hierbei keine Ausnahme, und – ob Sie mir deswegen böse sind oder nicht – auch unser polnische Großgrundbesitz wird genau so verfahren (damit meinte er besonders Donimierski [Donimirski], Kl. Ramsen, da dieser dafür bekannt ist). Können Sie sich noch entsinnen, wie die polnischen Herren damals gehandelt haben, als sie die Bank Ludowy in Stuhm gründeten? Das polnische Volk haben sie aufgefordert, ihre ersparten Gelder auf die Bank Ludowy zu geben bzw. ihre Geldgeschäfte durch diese zu erledigen. Was aber taten die Herren selbst? Sie trugen ihr Geld auf eine deutsche Privatbank nach Marienburg, (zu deren Aufsichtsrat auch Donimierski [Donimirski], Buchwalde, Kreis Stuhm, gehörte, der bei dem damaligen Fallissement der genannten Bank außer seinen eingezahlten Geldern noch eine Haftsumme von 100 000 M einbüßte), weil ihnen dort mehr Vorteile geboten wurden. Sehen Sie, wenn ich daran erinnerte, so tat ich es nur aus dem Grunde, weil ich befürchte, beim ‚Rolnik' kann es genau so werden. Außerdem aber, gesetzt den Fall, der ‚Rolnik' wird gegründet, ein entsprechendes Grundstück erworben, genügend Mitglieder finden sich vor, und angenommen, die polnischen Bauern werden ehrlich mitarbeiten, woher aber nehmen wir all die Beamten, die doch ein solches Unternehmen benötigt? Wir haben doch kein entsprechendes geschultes Personal und ohne solches können wir doch kein großzügiges Unternehmen gründen."

Auf diese Einwendung sagte Donimierski [Donimirski]: „Ich weiß wohl, daß Schwierigkeiten hierbei zu überwinden sein werden, aber man soll auch nicht zu schwarz sehen. Was die polnischen Bauern anbetrifft, so wird es Ihnen ja genau so bekannt sein wie auch mir, daß diese sich in den letzten Jahren vollkommen gewandelt haben (auf den polnischen Großgrundbesitz biß er gar nicht an); heute fluchen und schimpfen sie, daß Deutsche und Juden sich an ihrer Arbeit bereichern, und sie würden es gerne sehen, wenn Polen den Handel an sich ziehen würden. Ich glaube nicht mehr daran, daß ein geringer Preisaufschlag – denn nur um geringe Preisaufschläge würde es sich handeln können –, den die Juden oder Deutschen dem Bauer mehr leisten könnten, diesen verleiten könnte, seine Erzeugnisse dem ‚Rolnik' zu entziehen und jenen zu verkaufen, im übrigen hat es unser Bauer nicht mehr nötig, auf ein paar Tausender mehr oder weniger zu sehen. Also, von dieser Seite wären keine Schwierigkeiten zu erwarten oder nur sehr geringe. Was das Personal betrifft, so gebe ich ja zu, daß wir zur Zeit kein entsprechendes ansetzen können, aber dem Übelstand wäre leicht abzuhelfen. Wir haben deswegen bereits vorgedacht und mit gleichen Institutionen in Polen Verhandlungen angeknüpft. Wenn es an der Zeit sein wird, dann werden entsprechende Herren zu den

‚Rolniks' nach Polen zur Ausbildung geschickt und nach Abschluß dieser die Geschäfte hier übernehmen."

Im Laufe dieser Unterhaltung gab Potowski dem Donimierski [Donimirski] zu verstehen, daß dringender als alles andere zuerst doch daran gedacht werden muß, dem Polenbund in Stuhm ein Grundstück zu erwerben. Dazu meinte Donimierski [Donimirski], man habe ja die Absicht, dem Kaufmann Block sein Haus käuflich bzw. auf dem Tauschwege zu erwerben, aber das Haus eignet sich aus verschiedenen Gründen nicht dazu. Man wird eben für den Rolnik ein Grundstück ankaufen und in ihm dem Polenbund einige Räume für Bürozwecke abtreten. Und darum möchte man am liebsten das Haus des Potowski kaufen, weil dieses sich am besten dafür eignet. Da ist Platz genügend für die Büros des „Rolnik" und des „Polenbundes", geeignete Speicherräume und dazu noch ein Mahlbetrieb, also alles wie gewünscht. Wie aber schon vorher erwähnt, will Potowski sein Grundstück durchaus nicht verkaufen. In solchen Fällen werden sie sich wohl nach einem anderen Objekt umsehen müssen, bisher haben sie aber noch kein passendes gefunden.

2 Tage darauf kam Donimierski [Donimirski] nochmals zu Potowski und fragte ihn abermals, unter welchen Bedingungen er sein Haus verkaufen möchte, sobald man das Haus besitzen wird, wird der „Rolnik"-Gründung nichts mehr im Wege liegen. Eine Umfrage bei den Vereinen der Landwirte (Kolko Rolnicze) habe ergeben, daß sämtliche Mitglieder dieser Vereine auch dem „Rolnik" beitreten wollen, auf eine doppelte Anzahl außer dieser rechnet man noch. Potowski will aber durchaus nicht sein Besitztum veräußern, er läßt sich auf keinen Fall dazu überreden.›

[Unterschrift:] Vogel

015

4.11.1923: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Lagebericht (16. – 31. Oktober 1923)
4 XI 1923r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Sprawozdanie sytuacyjne (16–31 X 1923r.)

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 48

[...]

Die wirtschaftliche Not wird nicht nur durch die Kommunisten, sondern auch durch die polnische Propaganda zielbewußt ausgenutzt, um der ermländisch-masurischen Bevölkerung klar zu machen, wieviel besser es ihr unter polnischer Herrschaft gehen würde, wenn sie bei der Abstimmung für Polen gestimmt hätte. Leider ist nicht zu bezweifeln, daß diese Agitation im Verein mit groben Ungeschicklichkeiten bei Durchführung der Steuergesetze auf die stark verärgerte, meist wenig urteilsfähige Landbevölkerung vielfach Eindruck macht.

Im Kreise Allenstein greift die polnische Propaganda gleich einer Hydra um sich. Die leitenden Männer dieser Bewegung haben es jetzt besonders auf die Frauen abgesehen und bemühen sich, ein Netz von Frauenvereinen im Kreise zu bilden, das allerdings noch unvollständig ist. Bisher bestehen Frauenvereine in Allenstein, Braunswalde, Grieslienen, Schönbruck, Dietrichswalde, Schönfelde, Alt-Wartenburg, Gr. Purden, Kainen und Deuthen; die letzten beiden sind erst ganz kürzlich gegründet worden. Es verlautet noch nichts darüber, welche Ortschaften für die nächste Zukunft für gleiche Gründungen in Aussicht genommen sind.

Im Regierungsbezirk Westpreußen bestehen folgende Frauenvereine: Altmark, Mirahnen, Neumark, Nikolaiken, Stuhm, Peterswalde, Braunswalde usw. Jugendvereine bestehen z. B. in Allenstein, Bischofsburg, Botowo, Bregienen, Dietrichswalde, Göttkendorf, Grieslienen, Altmark, Lesno, Mokainen, Rosenau, Alt Schöneberg, Stanislewo, Striewo, Schönwiese, Stuhm usw.

Tagungen fanden im Monat September und Oktober in allen diesen Vereinen statt, ebenso in den Volksvereinen und Vereinen anderer Art.

Die Organisationskommission für die Jugendvereine im Ermland fordert in der „Gazeta Olsztynska" schon seit langem Angabe der Adressen derjenigen Familien, die über 14 Jahre alte Kinder im Hause und am 11.7.1920 deutsch gestimmt haben. Diese Familien sollen ganz besonders „bearbeitet" und „bekehrt" und besonders die erwachsenen Kinder dieser Familien für das Polentum gewonnen werden.

Bezeichnend für die sehr großen Mittel, die den Polen zur Verfügung stehen, ist die Ankündigung der Gazeta Olsztynska in ihrer Nummer vom 9. d. M., wonach sie zu Werbezwecken für die zweite Oktoberhälfte *umsonst* verschickt werden soll.

I.A.

gez. Eichhart

016

November 1923: Der Oberpräsident in Königsberg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Engagement des Sanitätsrates Dr. Morawski, Stuhm, in der polnischen Bewegung

Listopad 1923r.: Naczelny prezydent w Königsberg do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Angażowanie się radcy sanitarnego dra Morawskiego w Stuhm w ruch polski

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 594

Zuverlässiger V-Mann berichtet:

Sanitätsrat Dr. Morawski – Vorschloß Stuhm, gehört zu den Führern der großpolnischen Sache. Von dem ehemaligen Stuhmer Landrat, Dr. Auwers, wurde ihm seinerzeit die Leitung des neuerbauten Kreiskrankenhauses angeboten, angeblich, weil er sich für die weitere Amtsverbleibung des genannten deutschnationalen Landrats ausgesprochen hatte. Seitdem kümmerte er sich weniger um die polnische Sache, da seine Existenz gesichert erschien und er dem Landrat Dr. Auwers gefällig sein wollte. Seine Zurückhaltung fiel direkt auf, und es wurde von polnischer Seite sogar beim polnischen Konsul in Marienwerder Beschwerde über Morawski geführt: Doch machte er sich wenig daraus, es kam ihm nur auf seine Stellung an. Als jedoch durch Beschluß des neuen Landrats Fischenich sowie des Kreistages die Leitung des Krankenhauses einem anderen Arzt übertragen wurde, wandte er sich wieder der polnischen Sache zu, und zwar noch intensiver als zuvor.

Ferner wird Morawski mit dem Fall Kosetzki in Verbindung gebracht (vgl. IIIb 1033 vom 13. III. 23). Ein gewisser Kosetzki war wegen Urkundenfälschung – im polnischen Interesse – in Elbing zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dies suchte man polnischerseits als Beschwerdematerial für den Völkerbund zu verwenden, um dadurch die Unterdrückung nationaler Minderheiten in Deutschland zu beweisen. Morawski soll neben anderen Personen ebenfalls Interesse an diesen Vorgängen gehabt

haben. Zu bemerken ist noch, daß Morawski Vorsitzender im Verband der polnischen Gesang-Vereine im Ermland und Weichselgebiet, Sitz Stuhm, ist.

gez. Vogel

017

24.5.1924: Landesgrenzpolizei in Königsberg an den Oberpräsidenten ebendort. Gemeindewahlen in Straszewo, Kreis Stuhm

24 V 1924r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do naczelnego prezydenta w miejscu. Wybory gminne we wsi Straszewo, pow. Stuhm

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 595

Bisher als zuverlässig bewährter V-Mann berichtet:

Der Amtsvorsteher von Straszewo, der Bauer Olschewski, ist ein geheimer Pole. Öffentlich bekennt er sich zum Deutschtum. Mit Bartsch und anderen Polen hat er vor der Wahl Besprechungen über die Aufstellung einer Einheitsliste für die Gemeindewahlen abgehalten, d. h. Polen und Deutsche sollten keine Sonderlisten aufstellen. Es sollte aber vielmehr mit Hilfe des Amtsvorstehers ein Kompromiß zustande kommen. Bartsch und andere Polen hatten nämlich versucht, Olschewski dahin zu beeinflussen, bei den Wahlen Stimmung für die polnische Liste zu machen. Olschewski aber habe sich dagegen gewehrt, öffentlich für die Polen zu arbeiten, und zwar mit der Begründung, daß er als Amtsvorsteher und deutsche Vertrauensperson doch nicht mit den Polen gehen könne. Doch war er bereit, insgeheim für die Polen zu arbeiten. Um keinen Verdacht zu erregen, sollte nach seinem Vorschlag für die Gemeindewahlen eben eine Einheitsliste (Wirtschaftsliste) aufgestellt werden, und zwar in solcher Reihenfolge, daß man den größten Erfolg für die Polen erwarten konnte, während den Deutschen nur 1–2 Kandidaten zufallen sollten. Sowa und andere wollten auf den Vorschlag eingehen, nur Bartsch und die dortigen polnischen Bauern wehrten sich dagegen, weil sie der Sache kein Vertrauen entgegenbrachten. Das Wahlergebnis war so, daß die Polen im Verhältnis zur Abstimmung 102 Stimmen verloren.

[Unterschrift:] Vogel

018

24.1.1925: Der Oberpräsident in Königsberg an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Gründung eines Verbandes der polnischen Jugendvereine Ostpreußens in Allenstein (3.11.1923)

24 I 1925r.: Naczelny prezydent w Königsberg do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej publicznej. Założenie Związku Polskich Stowarzyszeń Młodzieżowych Prus Wschodnich w Allenstein (3 XI 1923r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 544 (Abschrift).

Das Bestreben, die während des Krieges völlig eingeschlafene polnische Jugendbewegung neu zu beleben, hat sich in Ostpreußen bereits vor der Gründung des Verbandes der Jugendvereine bemerkbar gemacht. Insbesondere haben sich auf diesem Gebiet der frühere Sekretär des Polenbundes, Bartsch, in Stuhm, jetzt in Allenstein, und der Sekretär des Stuhmer Büros des Polenbundes, Paul Sowa, der zugleich Generalsekretär und Vorstandsmitglied des Verbandes der Jugendvereine ist, mit Erfolg betätigt. Hauptsächlich ihren Bemühungen ist es gelungen, eine ganze Zahl nur noch dem Namen nach aus der Vorkriegszeit her bestehender polnischer Jugendvereine zu neuem Leben zu erwecken

und an anderen Orten neue derartige Vereine zu gründen. Paul Sowa befindet sich zur Zeit in Lemberg, wird aber wahrscheinlich in etwa 3–4 Monaten wieder nach Stuhm zurückkehren. Um alle diese Vereine zu gemeinsamer Arbeit nach durchdachtem Tätigkeitsplan anzuhalten, ist am 3. November 1923 im Hotel International in Allenstein der „Verband der Jugendvereine Ostpreußens, Sitz Allenstein" gegründet worden. In den Vorstand wurden gewählt: Jan Schreiber, Vorsitzender, Paul Sowa, Generalsekretär und Gustav Leiding [Leyding], Kassenführer.

Eine besondere Tätigkeit des Verbandes ist bisher nicht in Erscheinung getreten, allerdings besitzt er seit kurzem ein Presseorgan, und zwar das „Zycie Mlodzierzy" [Życie Młodzieży] („Leben der Jugend"), das seit dem 12.10.1924 alle 14 Tage als Beilage der „Gazeta Olsztynska" erscheint. Verantwortlich zeichnet: Jan Kucharski in Ortelsburg. Anscheinend hat der Verband weiter die bestehenden Vereine mit Geld unterstützt und zur Propagandatätigkeit veranlaßt, wodurch im Kreise Allenstein-Land zwei weitere Vereine entstanden sind. In dem genannten Kreise waren vor Gründung des Verbandes im Jahre 1923 neun, im Kreise Rössel drei und im Kreise Ortelsburg ein Jugendverein gegründet, deren Mitgliederzahl je zwischen 15–20 schwankt. In Sauerbaum im Kreise Rössel ist nach Gründung des Verbandes, trotz lebhafter Propaganda, die Inslebenrufung eines neuen Vereins nicht zustande gekommen.

Im Regierungsbezirk Westpreußen waren Anfang des Jahres 1924 folgende polnische Vereinigungen vorhanden, die fast ausschließlich erst im Jahre 1923 ihre Tätigkeit begonnen hatten:

a) Jugend- bzw. Jünglings- und Jungfrauen-Verein in Stuhm, Neumark, Altmark, Nikolaiken, Schönwiese, Gr. Waplitz = 6
b) Sportvereine in Honigfelde, Pestlin, Gr. Waplitz = 3
c) Gesangvereine in Stuhm, Straszewo, Pestlin, Altmark, Nikolaiken, Mirahnen und Tiefenau = 7; zusammen 16 Vereine.

Außerdem sind als den Zwecken der polnischen Jugendorganisationen dienstbar zu erwähnen die von der Gräfin Sierakowska im Kreise Stuhm gegründeten polnischen Kleinkinderschulen in Stuhm, Pestlin, Altmark, Nikolaiken, Honigfelde, Neumark sowie die polnischen Büchereien in Stuhm, Pestlin, Gr. Waplitz, Altmark, Nikolaiken, Honigfelde, Kalwe, Tiefenau.

Von den unter a) bis c) genannten Vereine bestehen nach Angabe der Landräte zur Zeit noch 8. Die Richtigkeit dieser Angaben wird nachgeprüft werden.

Es ist zwar zutreffend, daß die Tätigkeit der polnischen Jugendvereine, wie überhaupt das ganze polnische Vereinsleben in Ostpreußen im Laufe des verflossenen Sommerhalbjahres nachgelassen hat. So sind seit dem Sommer 1924 von den im Kreise Allenstein Land bestehenden 38 Vereinen nur von 11 Vereinen Mitgliederversammlungen abgehalten worden. Es ist dies neben dem Mangel an geeigneten, sich auf diesem Gebiet betätigenden führenden Persönlichkeiten in der Hauptsache wohl auf dem bestehenden allgemeinen Geldmangel und auf den seit einigen Monaten stockenden Zufluß an Mitteln zurückzuführen. Anscheinend sind auch die Führer des Polenbundes unter sich in Differenzen geraten.

Jedoch kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß auch fernerhin – sobald die Verhältnisse es irgendwie ermöglichen – von polnischer Seite nichts unversucht gelassen werden wird, die Jugendbewegung mit allen Mitteln zu fördern, da die Führer der Polenbewegung gerade in dem Zusammenschluß der polnischen Jugend zu einer nationalbewußten Einheit ein hervorragendes Mittel zur Erreichung ihres in Wirklichkeit

nie aus den Augen gelassenen Endzieles, der Vereinigung Ostpreußens oder wenigstens ostpreußischer Gebietsteile mit Polen, erblicken.

019

10.9.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Unzufriedenheit der polnischen Minderheit im Kreis Stuhm mit ihren Führern –
10 IX 1925r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Niezadowolenie mniejszości polskiej w powiecie Stuhm z jej przywódców

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 595

Ein Vertrauensmann berichtet aus dem Kreise Stuhm:

Von der polnischen Bevölkerung im Kreise Stuhm werden vielfach Vorwürfe gegen die Führer der Polenbewegung deswegen erhoben, weil sie die polnische Bevölkerung in der Optionsfrage schlecht beraten und über die wahren polnischen Verhältnisse im Unklaren gelassen haben. Es wird insbesondere scharf gerügt, daß keiner der polnischen Magnaten für Polen optiert hat, während gerade die ärmere Bevölkerung in Unkenntnis der Verhältnisse von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht hat und jetzt in den meisten Fällen dem Elend preisgegeben ist. Von den nach Polen abgewanderten Optanten gelangen fast durchweg nur ungünstige Nachrichten hierher.

Der im Juli d. J. nach Polen abgewanderte Maurer Kralle aus Troop hatte nach Angaben seines in Altmark wohnenden Bruders in Mewe, wohin er überwiesen war, weder Unterkunft noch Arbeit bekommen. Er wurde, da niemand für ihn sorgte, schließlich von einer alten Frau, die Mitleid mit ihm hatte, aufgenommen und in einer kleinen Kammer untergebracht; Kralla hat sich, da er keinerlei Verdienstmöglichkeit hatte, vor etwa 5 Tagen in Mewe erhängt.

gez. Vogel

020

14.10.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Zusammenarbeit von polnischer und litauischer Minderheit in Deutschland
14 X 1925r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Współpraca mniejszości polskiej i litewskiej w Niemczech

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 596

Da sich die litauische Minderheit bisher von dem im zeitigen Frühjahr 1924 gegründeten „Block der nationalen Minderheiten in Deutschland" ferngehalten hatte, so fällt es auf, daß sich die „Gazeta Olsztynska" (Allensteiner Polenblatt) seit einiger Zeit sehr lebhaft für die litauische Minderheit einsetzt. Es wird auf die Artikel in Nr. 220, 221 und 235 der „Gazeta Olsztynska" (v. 22.9., 23.9. u. 9.10.25) (vgl. hies. Nz. – Pressemeldungen IIIb Nr. 2534/25 v. 22.9., 2538/25 v. 23.9. u. 2754/25 v. 9.10.25) sowie auf eine kleine Anfrage des polnischen Abgeordneten Jan Baczewski im preußischen Landtag betreffend das Verbot des Litauerfestes in Tilsit hingewiesen.

Ein in den Kreisen der Polenbewegung in Ostpreußen vertraulich verkehrender V-Mann berichtet hierüber unter anderem folgendes:

Die Führer der Polenwegung in Ostpreußen bemühten sich auch schon früher um die Zusammenarbeit der Litauer mit ihnen, um deren Eintritt in den Minderheitenblock und insbesonders um ein Zusammengehen der Litauer in Wahlangelegenheiten. Jan Baczewski, Dr. Kaczmarek, Jaroszyk und Ingenieur Macht knüpften mit Führern der Litauer in Ostpreußen Verbindungen an und führten mit ihnen Verhandlungen, besonders lebhaft in der Zeit vor den Maiwahlen dieses Jahres, die nicht ganz ohne Erfolg blieben. Indessen wurde den Litauern, die sich an Weisungen aus Kowno gebunden fühlen, von dieser Seite die Zustimmung zu einem Zusammengehen mit den Polen versagt. Immerhin blieb aber die Fühlungnahme zwischen Polen und Litauern bestehen. Mit dem Beginn der gegenwärtig noch schwebenden Verhandlungen zwischen dem polnischen und litauischen Staat glaubten die Polen die Zeit für gekommen, ihre diesbezüglichen Bemühungen mit Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen zu können. Vor etwa 6–7 Wochen verhandelte Jan Baczewski hierüber mit dem Grafen Sierakowski und reiste darauf nach Königsberg und Tilsit. Mit dem Erfolg seiner Reise war er zufrieden. Etwas später, vor etwa 4–5 Wochen, reiste der Graf Sierakowski nach Berlin, um zusammen mit Jan Baczewski, Dr. Kaczmarek und einem Vertreter des Westmarkenbundes in Polen einerseits und einem Vertreter der Litauer in Ostpreußen andererseits zu verhandeln. Vom Westmarkenbund (O. K. Z.) sollte ursprünglich Dr. Haszynski nach Berlin kommen, da er aber verhindert war, erschien eine andere Persönlichkeit. Die Verhandlungen entwickelten sich günstig, ohne indessen zu einem endgültigen Ergebnis zu führen, da der Litauer sich nicht binden wollte, ohne mit seinen Mitarbeitern Fühlung genommen und insbesondere ohne Weisung aus Kowno eingeholt zu haben. Man kam überein, daß ein öffentliches Zusammenarbeiten der litauischen mit der polnischen Minderheit vorerst nicht stattfinden solle, doch erklärte sich der Litauer zu stillschweigender Mitarbeit bereit. Auch ging er nach einigem Sträuben darauf ein, daß der polnische Abgeordnete und die polnische Presse sich mit der Wahrnehmung litauischer Minderheiteninteressen in Ostpreußen befassen sollten. Endlich erklärte der Litauer sich auch bereit, die Polen bis auf weiteres mit Material betreffend die litauische Minderheit in Ostpreußen zur Verwendung im Landtag und in der Presse zu versorgen. Die Bedenken des Litauers gegen diese Zugeständnisse wußten die Polen mit dem Hinweis darauf zu entkräften, daß es den Litauern ja jederzeit freistünde, von den Polen abzurücken und zu erklären, daß das polnische Eintreten für sie ohne ihr Zutun geschehe.

In den Polenkreisen erzählt man sich von diesen Verhandlungen noch folgende Episode, die, ob sie nun den Tatsachen entspricht oder nicht, doch zum mindesten für die Einstellung der Polen charakteristisch ist. Um den Litauern Honig um den Mund zu schmieren, habe sich der Graf Sierakowski herbeigelassen, mit ihm in einen Berliner Hotel zu speisen, sei aber sehr geniert gewesen, als der Litauer sich eine Portion Pellkartoffeln mit Hering bestellt und die Kartoffeln ungeschält verspeist habe.

Man ist auf polnischer Seite nun mit besonderem Eifer bemüht, das Übereinkommen mit den Litauern möglichst schnell zum Abschluß zu bringen, um damit einem möglicherweise negativen Ausgang der offiziellen polnisch-litauischen Verhandlungen zuvorzukommen. Gleich nach den Verhandlungen war Baczewski in Allenstein und gab Jaroszyk Informationen und Richtlinien für die nunmehr einzuschlagende Politik.

gez. Vogel

021

5.12.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Gerüchte über eine Besetzung Ostpreußens durch Polen
5 XII 1925r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Pogłoski o okupacji Prus Wschodnich przez Polskę

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 596

V-Mann aus den Kreisen der ostpreußischen Polenbewegung berichtet:

Seit einiger Zeit feiern hier (V-Mann meint ostpreußische Polenkreise -[Anmerkung:] N. Z.) besondere geheime Wünsche und Gedanken, die seit langer Zeit schliefen und an die man nur noch gelegentlich dachte, eine neue Auferstehung. In eingeweihten Kreisen spricht man nämlich auf Grund von „drüben" erhaltenen Informationen wieder einmal von einer möglichen Besetzung Ostpreußens (Danzig und Deutsch-Oberschlesien) durch die Polen. Die neuen Hoffnungen setzt man auf Graf Skrzynski. Überall wo man jetzt hinkommt (d. h. als Eingeweihter zu Eingeweihten), hört man weiter nichts als dieses Thema, in Verbindung damit wird auch der Name des Generals Haller genannt. In den polnischen nationalen Offizierkreisen ist dieses Thema zur Zeit hochaktuell. Man sagt drüben wie hier auch, daß Minister Skrzynski und andere Herren mit den dafür in Betracht kommenden Militärs bereits einen Plan fix und fertig ausgearbeitet hätten und darum eben trete Skrzynski so sicher auf. Skrzynski habe in „Locarno" öffentlich die Forderung aufgestellt, Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien gehöre von Rechts wegen den Polen. Er habe damit nur seine Fühler vorstrecken wollen, um zu erfahren, was zum Beispiel England dazu sagen wird, wenn Polen tatsächlich die Rückgabe dieser Gebiete fordern bzw. sie mit Gewalt an sich bringen würde. Um England in Schach zu halten und um zu zeigen, daß auch Polen England Schwierigkeiten bereiten könne, habe Polen freundschaftliche Beziehungen mit Sowjet-Rußland angeknüpft, eine bedeutungsvolle Geste gegen England und nebenbei eine Drohung gegen Frankreich, wenn es beabsichtigen sollte, mit England und Deutschland über den Kopf des polnischen Staates hinweg zu gehen. Im übrigen habe Polen von seiten Frankreichs nichts zu fürchten. Mit Litauen beabsichtige man, auch auf freundschaftlichen Boden zu treten. Italien spiele erst eine nachgeordnete Rolle, die Oststaaten würden gewiß nicht gegen Polen sein und wenn erst die kleine Entente mit Polen im Einverständnis ist, dann sei der Zeitpunkt gekommen, um längst vorbereitete und fertige Pläne in Wirklichkeit umzusetzen.

Die polnische Zentrale in Ostpreußen bekommt immer ihre Weisungen und Informationen von drüben. Das Auftreten hiesiger Polen ist weiter nichts als ein Echo von drüben.

Es liegt nicht an der Absicht und dem Willen der Polen, wenn noch nicht zur Verwirklichung von Plänen, wie die oben geschilderten, geschritten würden.

Anm. N. Z.: Eine ernste Bedeutung ist diesseitigen Erachtens den obigen Mitteilungen *nicht* beizumessen. Sie können lediglich als Charakteristik der zeitweise unter den hiesigen Polen herrschenden Stimmungen und Hoffnungen gewertet werden.

In Vertretung
[Unterschrift]

022

5.12.1925: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Beurteilung der Familie des Kaufmanns Block, Stuhm, in nationaler Hinsicht

5 XII 1925r: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Opinia na temat rodziny kupca Emila Blocka, zam. w Stuhm, pod względem narodowym

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 596

V-Mann aus den Kreisen der ostpreußischen Polenbewegung berichtet:

Die Familie Kaufmann Emil Block aus Stuhm wird in deutschen Kreisen als polnisch angesehen, in polnischen aber als deutsch. In Wirklichkeit steht es so mit der Familie: Die Mutter ist Erzpolin und ist Vorstandsmitglied des Frauenvereins „Heilige Kunigunde", dessen Vorsitzende Frau Donimirski – Hohendorf ist. Der Vater ist polnischer Stadtrat, trotzdem aber ein zweifelhafter Pole. Die beiden Töchter waren seiner Zeit Mitglieder des polnischen Gesangvereins und verkehrten nur in polnischen Kreisen; nun verhalten sie sich neutral, gelegentlich aber führen sie Redensarten gegen die Polen, und zwar aus Wut darüber, daß sie zu den höheren polnischen Kreisen nicht zugelassen werden. Der Sohn ist kein Gefühlspole, aber Pole aus Überzeugung. Die ganze Familie wird seit langem von allen Polen gemieden, da ihre nationale Unzuverlässigkeit bekannt ist. Doch nun versucht man, sie folgendermaßen wieder ans Polentum zu ketten:

Anfang November 25 erschien Donimirski – Kl. Ramsen im Laden des Kaufmanns Block und kaufte dort eine große Menge Wein und Schnaps, wobei er sehr „leutselig" war. Einige Tage darauf erschien Frau Donimirski – Hohendorf bei Frau bzw. den Schwestern Block und bat die älteste Tochter, für eine bestimmte Zeit aufs Gut zu kommen und den Kindern deutschen Unterricht zu erteilen, da der Lehrer, den sie sich aus Polen dafür verschrieben habe, keine Einreiseerlaubnis von den Deutschen bekäme. Sie solle in keinem Angestelltenverhältnis stehen, sondern gesellschaftlich als gleichberechtigt betrachtet werden. Blocks haben abgelehnt unter anderem auch, weil sie gegen alle Donimirskis eine starke Abneigung hegen.

Die Beweggründe der Donimirskis zu diesen Schritten sind folgende:

Die Donimirskis sind bei allen Polen durch (nur die Hohendorferin hat noch einigen Einfluß unter den polnischen Frauen auf Grund ihrer Vorsteherschaft bei den Kleinkinderschulen und dem polnischen Frauenverein), wollen aber wieder mit aller Gewalt zu Ansehen kommen. Sie müssen sich daher wieder öffentliche Verdienste erwerben. Hätten sie Block gewonnen, so würden sie einmal die ganze Familie wieder ins polnische Lager hinübergezogen haben, zum anderen hätten sie sich einen persönlichen Feind vom Halse geschafft und drittens hätten sie sich auf diesen Verdienst um das polnische Volkstum berufen können. Allerdings ist ihnen der Plan nicht gelungen.

In Vertretung

[Unterschrift]

023

6.1.1926: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Das polnische Bankwesen

6 I 1926r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Polski system bankowy

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, I. H. A. Rep. 203, Nr. 596

V-Mann berichtet:

Die polnischen Banken haben durch Vermittlung der polnischen Konsulate und der Zentrale des Polenbundes aus Polen Geld erhalten, und zwar (soweit mir bekannt ist) die Bank in Allenstein 80 000 M, die nachträglich noch 60 000 erhalten sollte, „Bank Mazurski" in Ortelsburg erhielt 60 000 M und sollte noch 40 000 erhalten. „Bank Ludowy" in Stuhm und Marienwerder erhielten zusammen 80 000 M und sollten noch 50 000 M erhalten. „Bank Ludowy" Marienwerder und Stuhm machen ihre Geschäfte gemeinsam. Außer einigen 100 Mark befindet sich alles Geld in Marienwerder, der dortige Bankangestellte Fischer kommt jeden Dienstag und Freitag nach Stuhm zu Dr. Morawski und erledigt die Geschäfte. Geld bekommen nur Polen, in erster Linie solche, die Furcht haben, öffentlich als Polen aufzutreten, dann solche, die sich nur halb und halb als Polen gebärden, und drittens Polen, die materiell irgendwie deutschem Einfluß unterliegen und darum sich öffentlich als Polen nicht bekennen wollen und dürfen. Man will durch diese Geldbewilligung den schwachen Polen das Rückgrat stärken, die materiell schwächeren vom deutschen Einfluß befreien, kurz, diese Polen dazu bringen, daß sie sich öffentlich als Polen bekennen. Schon allein der Umstand, daß sie von der polnischen Bank Geld nehmen, stempelt sie zu Polen. Schließlich gibt man auch solchen Deutsch-Polen Geld, die von deutschen Banken abgewiesen werden oder denen man gegen ihren Willen Gelder kündigt. Diese Leute sollen dann sagen: „Die Deutschen gaben uns nichts, aber die Polen; folglich bekennen wir uns zu dem, von dem wir Nutzen haben."

„Bank Mazurki [Mazurski]" fängt mit seinen Geldern Masuren für die polnische Sache ein, mit welchem Erfolg, zeigt die masurische Stimmliste am 29.11. d. J. Durch die Geldbewilligung hat man schon viele Masuren eingefangen; wo weder Propaganda noch sonst etwas half, da hat das Geld nicht versagt. „Bank Mazurski" hat übrigens offenbar eine ganz besondere Propagandamission. Gehört habe ich davon schon vieles, jedoch nichts Positives. Es hat große Mühe gekostet, die Gelder zu erlangen, schließlich wurden sie doch bewilligt, besonders infolge der Forderung ostpreußischer Polenführer, die darauf hinwiesen, daß viele Polen ruiniert und viele Hilfesuchende den Deutschen in die Arme fallen würden, wenn ihnen nicht unter die Arme gegriffen würde.

Die Banken zahlen für die Gelder einen jährlichen Prozentsatz von 8 % und nehmen 18 % jährlich. Den Überschuß können oder vielmehr sollen die Banken der polnischen Propaganda zuwenden. Geld erhält grundsätzlich jeder Pole und besonders die oben erwähnten. Zahlungen geschehen meistenteils gegen Wechsel, hat einer keine gute Hinterhand, dann genügt auch eine wortlose Unterschrift. Zahlt der Schuldner oder sein Garant nicht (womit man rechnet), so gibt die Bank den Wechsel nicht zu Protest und drängt nicht. Umso fester haben sie den Schuldner in der Hand. Solange er ihnen schuldet, ist er ihnen sicher.

Kurz und gut, es sind alles nur Gelder, die der Propaganda dienen und in diesem Sinne arbeiten sie mit gutem Erfolg.

In Vertretung
[Unterschrift]

024

11.1.1926: Landesgrenzpolizei in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Finanzkrise der polnischen Bewegung
11 I 1926r.: Krajowa policja graniczna w Königsberg do MSW Prus. Kryzys finansowy ruchu polskiego

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 544

V-Mann berichtet:

„Der „Adam-Mickiewicz-Bildungs- und Kulturverein" in Polen (Towarzystwo oswiatowo-kulturalne imienia Adama Mickiewicza) hat dem polnischen Schulverein in Ostpreußen und im Reich bisher größere Zuwendungen gemacht. In den letzten zwei Monaten verringerten sich die Zuwendungen, und zwar für November um ein Drittel und Dezember um die Hälfte. Für Januar sollen insgesamt 2/3 abgezogen werden. Infolgedessen werden die meisten Arbeiten des polnischen Schulvereins (nicht nur in Ostpreußen allein, sondern auch in der Grenzmark und den anderen Bezirken) eingestellt, ebenso ein Teil der Beamten und Vertrauensleute (bis auf weiteres) abgebaut. Aus diesem Grunde herrscht bei den führenden Personen und dem Personal des Schulvereins große Aufregung. Es wurden Beschwerden an die Zentrale des Schulvereins, an die Zentrale des Polenbundes und von diesen an den Westmarkenbund (O.K.Z.) und deren Unterabteilung sowie an den „Adam Mickiewicz-Verein" gerichtet. Es wurde darauf erwidert, daß vor Aufbesserung des polnischen Zloty an eine weitgehende Unterstützung nicht zu denken sei.

Auch der Polenbund muß wegen der Zahlungsstockungen seine Tätigkeit einschränken. Darüber herrscht überall Aufregung und Empörung – nicht so sehr deswegen, weil ein gutes Werk eingeschränkt werden muß, sondern vielmehr deswegen, weil einige Beamte entlassen werden, anderen das Gehalt gekürzt wird.

Auch die „Gazeta [Olsztyńska]" muß unter derselben Erscheinung leiden. Die anderen Organisationen, Vertrauensleute und Funktionäre blieben ebenfalls seit ca. 5–8 Wochen unbesoldet oder die Besoldung geschah nur teilweise mit der Vertröstung auf bessere Zeiten. Sämtliche Zentralen sowie die Führer, Jan Baczewski, Dr. Kaczmarek, Graf und Gräfin Sierakowski, Pieniezny, Jaroszyk und der Konsul von Allenstein machen persönlich die allergrößten Anstrengungen, um Geld zu erlangen. Man will sich an die polnische Organisationen in Amerika wenden bzw. hat es bereits schon getan.

In Vertretung
[Unterschrift]

025

26.9.1929: Der Oberpräsident in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Fahnen beim Schulfest der Minderheitsschule in Honigfelde (14.9.1929)

26 IX 1929r.: Naczelny prezydent w Königsberg do MSW Prus. Flagi polskie na uroczystości szkolnej szkoły mniejszości polskiej we wsi Honigfelde (14 IX 1929r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 545

Am 14. d. M. hat in Honigfelde, Kreis Stuhm, ein Schulfest der dortigen privaten Minderheitenschule stattgefunden, bei dem die Kinder rot-weiße Fähnchen, also die polnischen Landesfarben, bei sich führten. An dem Fest haben etwa 50 Kinder und etwa 20 Familienangehörige teilgenommen, die an dem Gebäude der Minderheitenschule antraten und sich in geschlossenem Zuge mit Musik an den Festplatz, eine dem Besitzer Patzer in Honigfelde gehörige Wiese, begaben. Die deutschen Reichs- und preußischen Landesfarben waren bei dem Fest nicht vertreten.

Der Landrat in Stuhm hat die beiden Lehrer der polnischen Minderheitenschule in Honigfelde vorgeladen und sie über den Vorfall vernommen. Durch die Vernehmungen hat sich nicht feststellen lassen, wer die Fähnchen an die Kinder verteilt hat. Die Lehrer bestreiten jedenfalls, dabei beteiligt gewesen zu sein. Ich stehe mit dem Regierungspräsidenten in Marienwerder auf dem Standpunkt, daß, gleichgültig von wem diese Provokation der deutschen Bevölkerung und des deutschen Staates, als welche das Mitführen der polnischen Farben aufzufassen ist und offenbar auch beabsichtigt war, ausgegangen ist, die Lehrer auf jeden Fall dafür verantwortlich zu machen sind, weil sie das Mitführen geduldet, den Zug selbst begleitet und an dem ganzen Fest teilgenommen haben, ohne einzuschreiten.

Es handelt sich um den Leiter der polnischen privaten Minderheitenschule in Honigfelde, Lehrer Kleszczynski, dem ich auf Antrag des Regierungspräsidenten in Marienwerder unter dem 3. d. M. – O. P. 5197. III – die Aufenthaltsgenehmigung erteilt hatte. Kl. hat bisher ein durchaus loyales Verhalten gegenüber dem deutschen Staat und den deutschen Behörden an den Tag gelegt und ist offenbar in diesem Falle durch den polnisch-katholischen Schulverein, von dem er als dessen Angestellter abhängig ist, gezwungen worden, diese großpolnische Demonstration zu dulden. Der zweite Lehrer, Gebel [Goebel], hat sich als übler Hetzer im Dienste der großpolnischen Propaganda erwiesen. Der Regierungspräsident in Marienwerder hat daher bisher davon abgesehen, seinen ihm vorliegenden Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung weiterzureichen, um ihn zunächst noch weiter beobachten zu lassen. Da Gebel [Goebel] auch persönlich eine unerfreuliche Erscheinung ist und selbst bei den Kindern der polnischen Minderheitenschule und deren Eltern sich bereits unbeliebt gemacht haben soll, hätte es vielleicht sogar im Interesse des polnisch-katholischen Schulvereins gelegen, wenn ihm von deutscher behördlicher Seite die Aufenthaltsgenehmigung versagt und er zum Verlassen des deutschen Gebietes gezwungen worden wäre. Nach diesem neuen Vorfall halte ich ein weiteres Verbleiben des Gebel [Goebel] in Ostpreußen für unmöglich.

Der Landrat in Stuhm hatte bei dem Regierungspräsidenten beantragt, beiden Lehrern unverzüglich die Unterrichtserlaubnis zu entziehen. Die Unterrichtserlaubnis ist bisher weder an Kleszczynski noch an Gebel formell erteilt worden. Mit der endgültigen Entscheidung hat die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen in Marienwerder aus guten Gründen bisher gezögert. Wenn dem Vorschlage des Landrats entsprochen würde, so wäre damit eine weitere Tätigkeit der beiden Lehrer an einer polnischen

privaten Minderheitenschule in Deutschland für die Zukunft unmöglich gemacht. Was Kleszczynski betrifft, so würde diese Folge wahrscheinlich nicht im deutschen Interesse liegen. Ich habe es daher für richtiger gehalten, die Frage der Unterrichtserlaubnis einstweilen zurückzustellen und stehe mit dem Regierungspräsidenten in Marienwerder auf dem Standpunkt, daß dem Lehrer Gebel [Goebel] die Aufenthaltsgenehmigung zu versagen, dem Lehrer Kleszczynski die bereits erteilte Genehmigung zu entziehen und sie beide zum sofortigen Verlassen des deutschen Gebietes zu veranlassen sind. Es stände dann nach Ansicht des Regierungspräsidenten nichts im Wege, späterhin dem Kleszczynski die Einreise von neuem zu genehmigen. Ob dieses Verfahren zweckmäßig erscheint, kann meines Erachtens einstweilen außer Betracht gelassen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß das Vorgehen der Polen von deutscher Seite, nicht nur in Honigfelde, sondern allgemein im Kreise Stuhm und in ganz Westpreußen, als eine unerhörte Provokation aufgefaßt wird und es nicht verstanden werden würde, wenn gegen das Tragen der polnischen Farben behördlicherseits nichts unternommen würde, halte ich es für dringend notwendig, die oben erwähnte Entscheidung bezüglich der Aufenthaltsgenehmigung der beiden Lehrer sofort ergehen zu lassen. Die Duldung des Mitführens polnischer Fähnchen bei Veranstaltungen könnte leicht zu Berufungen von rechtsradikaler Seite bei der Verwendung der früheren Reichsflagge führen.

Ich habe geglaubt, erst Bericht erstatten zu sollen, da gegebenenfalls Weiterungen in der Angelegenheit über den diplomatischen Weg möglich erscheinen, denen alsdann von vornherein begegnet werden könnte.

Ich darf bitten, sich mit den von mir vorgesehenen Maßnahmen in den geschilderten Fällen einverstanden erklären und mir telegraphisch Bescheid zukommen lassen zu wollen, damit unverzüglich das Weitere von mir veranlaßt werden kann.

[Unterschrift:] Siehr

026

11.10.1934: Der Oberpräsident in Königsberg an das Preußische Ministerium des Innern. Lagebericht (September 1934)

11 X 1934r.: Naczelny prezydent w Königsberg do MSW Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (wrzesień 1934r.)

IfGA-ZPA Berlin, Reichssicherheitshauptamt, St 3, Nr. 874

[...]

6. Ausländer, Spionage, Landesverrat

Die Beziehungen zu Polen sind infolge des Freundschaftsvertrages wesentlich besser geworden. Deutscherseits wird nach Möglichkeit alles vermieden, was der polnischen Minderheit Anlaß zu Beschwerden geben könnte. Leider wird von polnischer Seite nicht immer das gleiche getan. So mußte in letzter Zeit ein erhöhtes Werben mit unzulässigen Mitteln für den Besuch der polnischen Minderheitsschulen festgestellt werden. Die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen zeigte sich deutlich bei dem Fußballländerkampf am 9.9.34, zu dem zahlreiche ostpreußische Teilnehmer in 4 Sonderzügen nach Warschau fuhren, wo sie freundschaftlich aufgenommen wurden. Die Besserung der Beziehungen zu Polen findet sodann auch in einer Studienreise der Königsberger Regierungsreferendare, wie überhaupt in dem regeren Grenzverkehr, ihren Ausdruck. Die Regierungsreferendare waren von der Fahrt nach Warschau außerordentlich befriedigt

und haben immer wieder den besonders herzlichen Empfang seitens der polnischen Behördenvertreter hervorgehoben.

[...]

027

7.11.1934: Staatspolizeistelle Königsberg an das Geheime Staatspolizeiamt. Lagebericht (Oktober 1934)

7 XI 1934r.: Placówka policji państwowej w Königsberg do urzędu tajnej policji państwowej. Sprawozdanie sytuacyjne (październik 1934r.)

GStA Berlin-Dahlem, Geheime Staatspolizei, 1. H. A. Rep. 90 P, Lageberichte Nr. 6.2

[...]

Grenzlandpolitik. Polen

Die deutsch-polnische Annäherung löst sich für Südostpreußen nicht günstig aus. Unter besonderer Betonung und Beteuerung des Freundschaftsverhältnisses wird die polnische Presse immer dreister und ist namentlich in Ermland und Masuren bemüht, die Bevölkerung als Teil des polnischen Volkstums zu bezeichnen und den Minderheitenschutz für sie in Anwendung zu bringen. Durch Lockungen und Versprechungen wirtschaftlicher Natur versuchen die Polen in den gemischtsprachigen Gebieten, Minderbemittelte durch Hergabe von Darlehen usw. in ihre Abhängigkeit zu bringen. Damit gehen die kulturellen Bestrebungen (Minderheitenschulen, polnische Gottesdienste pp.) Hand in Hand. So fordert der in Ortelsburg erscheinende „Mazur" in der No. 80 v. 10.10.34 in anmaßendem Tone, daß die polnische Sprache und Literatur in deutschen Gymnasien eingeführt wird, die in Masuren laufenden Eisenbahnwagen polnisch beschriftet werden und der polnische Sprachunterricht durch Rundfunk eingeführt wird.

Nach einer Notiz der in Allenstein erscheinenden polnischen Zeitung „Gazeta Olsztynska" vom 3.10.1934, beabsichtigt der Polenbund, Bauernsöhne in landwirtschaftlichen Schulen in Polen unterzubringen. Für den Lehrgang sind in Aussicht genommen 2 Winterhalbjahr-Schulungen und 1/2 Jahr praktische Betätigung in der Landwirtschaft. Interessenten wurden aufgefordert, Anträge zu stellen und diesen einen Lebenlauf, Schulzeugnis, Geburtsurkunde bzw. Taufschein beizufügen. Bisher konnte nicht festgestellt werden, daß sich Bauernsöhne aus dem hiesigen Bezirk dazu gemeldet haben.

Der Polenbund hielt im Berichtsmonat verschiedene Versammlungen ab. So fand am Sonntag, dem 21. d. M. im Hotel Concordia in Allenstein eine Mitgliederversammlung statt, an der 28 Personen teilnahmen. Der Arbeiter Peter Sonnwald eröffnete die Versammlung. Alsdann erteilte Sonnwald dem Kaufmann Niekelowski das Wort, welcher zunächst die Niederschrift der letzten Versammlung verlas und dann die Versammelten aufforderte, sich zu Ehren der Ermordeten, des Königs Alexander von Jugoslawien und des französischen Außenministers Barthou, von den Plätzen zu erheben. Er verurteilte die internationalen Hetzer, die nicht einmal vor Morden zurückschrecken, um die politische Welt zu vergiften und somit ein neues Völkermorden vorzubereiten. Er betonte hierbei, daß in der Welt in dieser Hinsicht nicht eher eine Besserung eintreten werde, bevor nicht die Völker, die an keinen Gott glauben, zur Einsicht kommen. Deutschland hat zum Beispiel die Religion gerettet und gleich Polen den kommunistischen Spuk beseitigt. Darauf sprach der Leiter des polnisch-katholischen Schulvereins, Lehrer Paul Jasiek. Er ermahnte die polnischen Eltern zum Zusammenschluß und forderte zum Kampf für die Erhaltung der polnischen Sitten, Sprache und Kultur in Deutschland auf. Er warf der polnischen Minderheit in Deutschland Lauheit vor und erklärte, daß sie

nicht wisse, was sie wolle. Die meisten Bewohner Ermlands seien Polen, verstünden kein Wort Deutsch, verleugneten ihre Muttersprache und schickten ihre Kinder nicht in die polnischen, sondern in die deutschen Schulen. Das müsse nun endlich anders werden. So wie die Deutschen in Polen zusammenhielten, so müßten auch die Polen in Deutschland zusammenstehen und ihre Kinder in die polnischen Schulen schicken zur Erhaltung und Förderung der polnischen Sprache und Kultur. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die polnische Minderheitenschule in Allenstein nunmehr von 29 Kindern besucht werde. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Eltern auf, endlich ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken und dafür zu sorgen, daß nicht 29, sondern 100 Kinder die Schule in Allenstein besuchten.

In den Orten Neu Kaletka, Skaibotten, Schönfelde, Braunswalde, Gillau, fanden Vortragsabende statt, in denen ein Ingenieur M. aus Thorn über das Thema: „Wie soll die Ernährung des Rindviehs in der Winterszeit sein? – Landwirtschaftliche Vorbildung der Jugend" referierte. Redakteur Jankowski sprach über die politischen Vorkommnisse der letzten Zeit und der Sekretär des Polenbundes, Bartsch, über das Thema: „Nach der II. Zusammenkunft der Polen aus dem Auslande". Im Anschluß an diese Versammlungen fanden noch Aussprachen über allgemeine Angelegenheiten, über die Verbreitung polnischer Büchereien und der polnischen Gottesdienste statt. Solche Versammlungen, insbesondere jedoch solche für die Jugend, in denen Gesang und Gesellschaftsspiele geübt und Vorträge über Land- und Hauswirtschaft gehalten werden sollen, sollen im Winterhalbjahr regelmäßig stattfinden. Den Anwesenden wurde aufgegeben, diejenigen, die noch abseits stehen und keinen Anteil an den polnischen Versammlungen nehmen, zu werben.

In der polnischen Zeitung „Mazur" (Ortelsburg) No. 75 vom 22.9.34 ist folgende Notiz erschienen: „Es kommt jeden Mittwoch und Sonnabend ein Abgesandter der ‚Bank Ludowy' aus Allenstein nach Ortelsburg in der Zeit von 8 bis 12 Uhr (Kaiserstraße). Es können in das Banklokal kommen auch alle Personen, welche einer Beratung in der Entschuldung, in wirtschaftlichen sowie Angelegenheiten des Erbhofes usw., bedürfen. Dieses wird unsern Lesern in Erinnerung gebracht und diese zur Ausnutzung dieser Beratung aufgemuntert. Interessenten werden im Hause in der polnischen Straße No. 18 angenommen."

Nach den Feststellungen haben die Nachfragen nach Darlehen bei der polnischen Bankstelle in Ortelsburg in letzter Zeit wieder zugenommen. Auch Prolongierungen von Wechseln sind mehrfach getätigt worden.

Wie vertraulich in Erfahrung gebracht werden konnte, hat das polnische Außenministerium in Warschau das polnische Vizekonsulat in Lyck davon in Kenntnis gesetzt, daß bei dem Vizekonsulat eine Handelsabteilung eingerichtet werden soll. Der Zweck der Handelsabteilung soll angeblich in dem Umtausch und der Veräußerung polnischer Waren bestehen. Der als Leiter der Handelsabteilung in Aussicht genommene Konsulatssekretär Jan Wilkoszewski ist mit dem 1.11.1934 an das polnische Konsulat in Essen versetzt worden. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. Sobald über die Einrichtung der Handelsabteilung Näheres bekannt wird, werde ich unaufgefordert berichten. Offenbar handelt es sich bei der „Handelsabteilung" um ein getarntes Spionagebüro oder eine Einrichtung zur Wiederbelebung des Masurenbundes. Auf den Bericht der Stapo Allenstein vom 17.10.1934 Tgb.-Nr. B 3 – 0/1934 – darf ich in diesem Zusammenhang hinweisen.

Im Monat August 1934 wurde der Eduard Schulz aus Rudzisken, Kreis Ortelsburg, wegen dringenden Verdachts der Spionage festgenommen. Die polnische Presse hat aus diesem Anlaß folgenden den Tatsachen nicht entsprechenden Sachverhalt veröffentlicht:

„In Polen herrscht allgemein die Meinung, daß nach dem Abschluß des Friedensvertrages zwischen Polen und Deutschland auch für unsere Landsleute in Ostpreußen erträglichere Verhältnisse als bisher eingetreten sind. Jedoch, das, was wir nachstehend notieren, spricht nicht dafür. Es ist lediglich eine Veränderung in den Kampfmethoden eingetreten, namentlich in Masuren, abgesehen von der bekannten Arbeit der antipolnischen Organisation, bedienen sich die Behörden immer schärferer Mittel.

Im August d. J. wurde Herr Eduard Schulz aus Rudzisken plötzlich festgenommen und in das Ortelsburger Gefängnis eingeliefert. Bei ihm war die polnische Bibliothek des Masurischen Jugendvereins untergebracht. Die Festnahme erfolgte durch den antipolnisch eingestellten Gendarmen Geffke mit einem Funktionär der Geheimen Polizei, der sogenannten Gestapo in Ortelsburg. Nach Abführung des Schulz wurde in dessen Wohnung eine eingehende Durchsuchung veranstaltet. Man fand jedoch nichts, woraus man ein strafbares Vergehen feststellen konnte.

Die Tatsache ist insofern von Bedeutung, als daß Herr Schulz seit 8 Wochen im Gefängnis sitzt, ohne den Grund seiner Inhaftierung zu wissen. Die Untersuchungsbehörden hüllen sich in Schweigen. Rechtsanwälte und Verteidiger gewähren keinen Einblick in die Akten.

Die erste Revision wurde formell dahin begründet, daß man auf der Suche nach einer Bande sei und dort ein Waffenlager vermute. In der Nacht wurde die Wohnung von einer Abteilung SA umstellt und in die Räume drangen zwei Gendarmen ein mit mehreren Sturmmännern. Eine Waffe wurde nicht gefunden. Es ging hier scheinbar um einen ganz anderen Zweck. Unter dem Vorwand der Suche nach Waffen fand man die polnische Bibliothek, bestehend aus Büchern belanglosen Inhalts. Nach der Beschlagnahme einiger Exemplare forderte einer der Gendarmen mit Nachdruck, daß die Bibliothek verbrannt werden sollte.

Diese Tatsachen überzeugen uns davon, daß der hitlerische Terror gegen die Polen mit aller Rücksichtslosigkeit angewandt wird, die sich offen zum Polentum bekennen; insbesondere geschieht das in Masuren".

Die vorgenommene Durchsuchung, die möglichst unauffällig [durchgeführt] wurde, bezog sich auf den gegen Schulz bestehenden Spionageverdacht. Von dem Auffinden der Bibliothek ist keine Rede gewesen. Hier handelt es sich offensichtlich um eine Entstellung der Tatsachen.

Die „Gazeta Olsztynska" fordert in der No. 243 vom 21.10.34 die Enthüllung eines Deckengemäldes in einem preußischen Amtsgebäude (Kreishaus Allenstein), welches neben anderen auch das ehemalige polnische Kreisausschußmitglied, Pfarrer Osinski (früher in Wuttrienen), darstellt. Das Gemälde ist nach der Machtergreifung durch Überdecken verhüllt worden.

Über die Stellung der Polen zu dem Erbhofgesetz, worüber bereits im letzten Lagebericht berichtet worden ist, hat die „Gazeta Olsztynska" vom 12.10.34 in No. 235 den Begriff „deutsch oder stammesgleich" angefochten und behauptet, daß dieser Begriff als Deckmantel für Germanisierungsbestrebungen dienen solle. Sie schreibt weiter: „Es ist für die Polen sicher und unantastbar, daß die Polen im Verhältnis zum deutschen Volke eine besondere Gruppe bilden und daher mit den Deutschen nicht den gleichen Bestimmungen unterliegen können. Die Polen in Deutschland haben mit Befriedigung

festgestellt, daß das neue Deutsche Reich anfängt, zwischen der deutschen Nationalität und den fremden Nationalitäten zu unterscheiden. Mit Genugtuung haben wir gehört – wird gesagt –, daß diesen Nationalitäten volle Achtung ihrer Rechte gesichert werden soll, insbesondere ihrer Eigenart und ihrer eigenen Entwicklung. Bei solcher Einstellung sollte es scheinen, daß die Gesetzgebung des Reiches nicht auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Mit Erstaunen beobachten wir seit einiger Zeit, daß versucht wird, diese Verhältnisse zu verdunkeln. Dieses Mal durch Verwischen der Nationalitätengrenze zwischen Deutschen und Polen. Mit Entschiedenheit müssen wir deshalb erklären, daß wir für keine, auch nicht die größte Wohltat, unsere nationale Eigenart anzutasten erlauben werden. Denn was sollen wir mit diesen Wohltaten, wenn sie zur Germanisierung der polnischen Bevölkerung dienen sollen. Wir fragen daher, in wessen Interesse solche Proben unternommen werden? – Doch nicht in unserem, und wir sehen auch keine Möglichkeit, sie mit der national-sozialistischen Ideologie des deutschen Volkes in Einklang zu bringen. Wir verlangen vom Deutschen Reiche Gesetze, aber solche, die der polnischen Bevölkerung in Deutschland die Freiheit zur Pflege ihrer eigenen nationalkulturellen Werte im Rahmen der nationalen Eigenart garantieren".

Nach einer Veröffentlichung im „Kurjer Poznanski" (Posen) Nr. 391 vom 31. August 1934 beabsichtigen die Polen, Ausflüge nach Ostpreußen zu organisieren. Es ist beabsichtigt, die „zahlreichen polnischen Kunstdenkmäler in Ostpreußen" zu besichtigen. In Aussicht genommen sind Allenstein, Wartenburg, Tannenberg, Heilsberg und Frauenburg, also im wesentlichen Städte im katholischen Ermland. In Allenstein soll insbesondere das Kreuzritterschloß besichtigt werden, das einst der Wohnsitz „des großen polnischen Astronomen Nikolaus Kopernikus" gewesen ist, ebenso das „ethnographische Museum", eine kulturelle Errungenschaft der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. In Wartenburg wird die Kirche aus dem 15. Jahrhundert mit einem Denkmal Batorys, einem Neffen des polnischen Königs Batory, sowie ein polnisches Kloster hervorgehoben.

Diese Art der Propagandafahrten in Südostpreußen dienen einzig und allein dem Zweck, die „unerlösten Brüder" dem Mutterlande näherzubringen.

Die polnischen Minderheiten im Kreise Stuhm zeigen auch erneute Tätigkeit. Die deutsch-polnische Verständigung hat sich auch hier dahin ungünstig ausgewirkt, daß den Arbeitern erklärt wird, es sei nunmehr gleichgültig, ob sie ihre Kinder auf die deutsche oder die polnische Minderheitsschule schicken. Ferner hat sich hier eine Pfadfindergruppe gebildet, die in einem besonderen Kursus in Dirschau geschult wurde. Große Erregung ist darüber entstanden, daß der polnische Schulverein in Marienwerder, ein Gymnasium zu bauen beabsichtigt und bereits das Gelände dafür angekauft hat.

[...]

028

18.5.1935: Der Oberpräsident in Königsberg an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (März–April 1935)
18 V 1935r.: Naczelny prezydent w Königsberg do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (marzec-kwiecień 1935r.)

GStA Berlin-Dahlem, Geheime Staatspolizei, 1. H. A. Rep. 90 P, Lageberichte Nr. 6,3

[...]

b) *Masuren*

In Ortelsburg erscheint in masurischer Sprache die Tageszeitung „Mazur", die ständig versucht, unter Beweis zu stellen, daß masurisch gleich polnisch sei. Sie propagiert, daß die masurischen Schulen den Minderheitenschutz genießen müßten. Die Berichterstattung dieser Zeitung wird sorgfältig überwacht. Erst in den letzten Tagen habe ich angeordnet, daß an den Schriftleiter des „Mazur" eine Verwarnung ausgesprochen wird, da er im Zusammenhang mit der Besprechung eines Buches von den Martern und dem Terror sprach, denen die Kinder in anderssprachlichen Schulen ausgesetzt seien. Im übrigen ist die Volkstumsarbeit in den masurischen Kreisen von deutscher Seite erfolgreich. Es gelang, eine Reihe neuer Kindergärten zu gründen. Auch konnte ein wenn auch geringer Rückgang der Schüler der polnischen Schulen beobachtet werden.

c) *Polnische Minderheit in den Grenzkreisen*

Die in Allenstein erscheinende „Gazeta Olsztynska" gab gleichfalls durch mehrere unwahre Berichterstattungen Anlaß, dem Hauptschriftleiter eine Verwarnung zu vermitteln und ihm die Streichung aus der Liste der Schriftleiter anzudrohen. Auf der Tagung des Bundes Deutscher Osten in Allenstein kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß die polnische Propaganda nach Inkrafttreten des Freundschaftspaktes mit Deutschland stark zugenommen hat. Der Bund der Polen benutzt jede sich nur bietende Gelegenheit, um Beschwerden an die höchsten Instanzen zu richten. Auch in der polnischen Presse wird ein Ton angeschlagen, der die Grenzen des Erträglichen überschreitet. Es war erfreulich, daß der auf der Tagung anwesende Vertreter des Reichs-Innenministerium klare Richtlinien bezüglich der polnischen Presse gab.

In den Referaten während der Tagung in Allenstein wurde hervorgehoben, daß die Volkstumsarbeit nur dann Erfolg haben kann, wenn sie in sorgfältiger Kleinarbeit besteht. Der Hauptkampf geht um die Kindergärten und Schulen. Großer Wert wurde auf die von der ganzen Bevölkerung zu tragenden Dorfgemeinschaftsabende gelegt. In den Berichten kommt zum Ausdruck, daß sich gerade diese Form der Volkstumsarbeit außerordentlich bewährt hat.

Die bisher zur Verfügung stehenden Mittel reichen jedoch noch nicht aus, um das zu leisten, was wirklich notwendig ist. Nachstehend gebe ich wörtlich einen Auszug aus dem Bericht des Landrats in Ortelsburg, der eingehend die Notlage in diesem Kreise schildert. Es muß hierbei bemerkt werden, daß der polnischen Propaganda offenbar unerschöpfliche Mittel zur Verfügung stehen, da sie sich nicht scheut, ihre Propaganda für polnische Schulen, zum Beispiel durch Geldspenden, zu unterstützen.

„Trotz aller Erfolge herrscht teilweise noch bittere Not, diese ist überall da besonders groß, wo im vorigen Jahr das Getreide an Wiesen- und Waldrändern ausgefroren ist. Infolgedessen fehlt vielfach den Leuten schon längere Zeit das Brotgetreide; für Abhilfe habe ich von hier aus Sorge getragen. – Erschütternde Zustände fand ich neulich bei den Schulkindern in Farienen vor; die Schulkinder können nicht einmal ein Butterbrot in die Schule mitnehmen, sondern laufen in der Pause schnell nach Hause, um etwas

Suppe zu essen. Teilweise nehmen sich die Kinder sogar das trockene Brot weg. Ich werde auch hier aus Mitteln des Kreises für eine Schulspeisung Sorge tragen".

In der Berichtszeit wurde festgestellt, daß in einem Heimatmuseum historische Funde ausgestellt waren, die geeignet sein können zu beweisen, daß Ostpreußen ein polnisches Land gewesen ist. Dieser Fall hat mich veranlaßt, den Geheimbefehl durchzugeben, sämtliche Heimatmuseen in dieser Richtung zu überprüfen. In letzter Zeit mehren sich nämlich die Besuche wissenschaftlich interessierter Persönlichkeiten, die naturgemäß nicht versäumen werden, ausgestellte Funde dieser Art propagandistisch zu verwerten.

Infolge der großen Notlage an den polnischen Grenzgebieten blüht der Schmuggel. Auch wurden aus diesem Grunde zahlreiche in den deutschen Grenzkreisen bettelnde polnische Weiber festgestellt und über die Grenze zurückgeschafft.

Aus Kreisen des Bundes Deutscher Osten sowie auch aus mündlichen Berichten der Regierungspräsidenten ist zu entnehmen, daß die Reisegesellschaften aus Polen eine unerwünschte Erscheinung sind. Es ist nicht immer einfach, sie den grenzpolitisch gefährdeten Kreisen fernzuhalten. Insbesondere versuchen sie, Fühlung mit dem politischen Katholizismus im Ermland zu nehmen. Ich nehme grundsätzlich den Standpunkt ein, daß die polnischen Reisegesellschaften das übrige Reichsgebiet aufsuchen mögen. Wenn jedoch in bestimmten Fällen Ansprüche gestellt werden, die auf eine Fühlungnahme mit der polnischen Minderheit hinzielen, so werde ich entsprechende Gegenanträge auf Fühlungnahme mit der deutschen Minderheit im Korridorgebiet stellen.

Schließlich brachte auf der Tagung des BDO in Allenstein der Vertreter des Innenministeriums die vorläufig maßgebenden Richtlinien über die Behandlung der polnischen Minderheit bezüglich der Aufnahme in die Arbeitsfront, den Arbeitsdienst, Landjahr und Landhilfe. Ich kann mir nur vorstellen, daß die getroffenen Entscheidungen eine Übergangslösung darstellen, denn auf die Dauer lassen die bisher getroffenen Entscheidungen eine klare Linie vermissen. Mir leuchtet zum Beispiel nicht ein, daß die Teilnahme am Landjahr, da sie eine nationalsozialistische Erziehung enthält, der polnischen Minderheit verboten, während die Teilnahme am Arbeitsdienst freigestellt ist. Dieser Nichtzwang zur Dienstleistung im Arbeitsdienst wird von der polnischen Propaganda ausgenutzt, den Jugendlichen schmackhaft zu machen, sich zur polnischen Minderheit zu bekennen.

Ich verkenne nicht, welche Schwierigkeiten die Entscheidung über diese grundsätzlichen Fragen bietet. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Gedankengang erwähnen, der auf der BDO-Tagung in Allenstein gebracht wurde: Die Propaganda für den Rassengedanken wirkt sich auf die deutsche Volkstumsarbeit schädlich aus. Die polnische Propaganda warnt die Zweifelnden, sich zum Deutschtum zu bekennen, da sie ja doch nach den Lehren des Nationalsozialismus als Deutsche rassisch minderwertig seien. Man sieht mit Spannung der Entscheidung entgegen, die diese Frage in dem kommenden Staatsbürgergesetz findet.

[...]

A.2. Regierungsbezirk Westpreußen und Kreis Stuhm / Rejencja Prusy Zachodnie i powiat sztumski

029

19.11.1920: Der Landrat in Stuhm an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Polnische Kindergärten

19 XI 1920r.: Landrat w Stuhm do prezydenta rejencji w Marienwerder. Przedszkola polskie

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 531 (Abschrift).

Wie ich bereits die Ehre hatte, Euer Hochgeboren fernmündlich vorzutragen, war die Gräfin Sierakowski – Gr. Waplitz gestern bei mir, um mich zu fragen, was sie unternehmen müsse, um das Weiterbestehen der unter ihrer Oberleitung stehenden 8 polnischen Kinderschulen nicht zu gefährden. Ich erwiderte ihr, daß ich ihr hierüber eine endgültige Auskunft nicht erteilen könne, mir läge es nur ob, die polizeiliche Seite der Angelegenheit zu prüfen, während die schultechnische von der Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, geprüft werden würde, der ich darüber alsbald berichten würde. Hinzu käme als drittes die allgemeine politische Seite der Angelegenheit. Denn, wenn auch der Artikel 113 der Verfassung den Minderheiten weitgehende Rechte gäbe, so dürfe doch die Berufung auf diesen Artikel nicht dazu führen, in den Kindern preußischer Staatsbürger den Haß gegen den preußisch-deutschen Staat großzuziehen. In letzterer Richtung müßte die beschlagnahmte Litanei zu schwersten Bedenken Veranlassung geben.

Die Gräfin griff diesen Punkt mit besonderer Lebhaftigkeit auf und betonte, daß die Litanei nicht für die Kleinkinderschulen bestimmt sei, sondern für ein in dem Hause des Kaufmanns Domanski am 7. November gegebenes polnisches Fest. Da in dem Briefe der Privatsekretärin der Gräfin an die ausgewiesene Ciepielowski bei Übersendung der 55 Stücke der Litanei von diesem Feste gesprochen ist, erschien diese Angabe der Gräfin glaubwürdig. Ich bemerkte daraufhin, daß es aber auch nicht geduldet werden könne, daß der Geist des Hasses bei Erwachsenen gepflegt werde. Dies erkannte die Gräfin an und erbat von mir bindende Bestimmungen über diejenigen Lieder und Gesänge, die verboten seien, insbesondere ob die Lieder „Noch ist Polen nicht verloren" und „Gott, der Du Polen" weiter gelehrt und gesungen werden dürften. Ich wich der Beantwortung dieser Frage aus, indem ich sagte, daß hierfür allgemeine Direktiven zu erwarten seien.

Ich halte es für selbstverständlich, daß von der derzeitigen Regierung derartige allgemeine Direktiven nicht gegeben werden. Ich lasse es auch dahingestellt, ob es zweckmäßig ist, daß Euer Hochgeboren in positivem oder negativem Sinne Entscheidung treffen. Werden die Lieder verboten, so erhebt sich ein ungeheures Geschrei in der polnischen Presse über deutsche Brutalität, werden sie offiziell genehmigt, so sehen die Deutschen darin ein schwächliches Zurückweichen der deutschen Staatsgewalt vor polnischen Hochverratsgelüsten. Ich würde es am zweckmäßigsten halten, da nach der Angabe der Gräfin der Altmarker Landjäger einer der Kindergärtnerinnen das Einüben dieser Lieder verboten hat, bei der nächsten Landjägerversammlung am nächsten Freitag den Landjägern zu sagen, ich könnte das Vorgehen des Landjägers in Altmark nur

anerkennen, wiese die Landjäger aber an, in dieser Richtung bis auf weiteres den Lehrerinnen keine Vorschriften zu geben.

Was die Spielschulen selber anbetrifft, so sind sie nach den Angaben der Leiterinnen, die wohl als zutreffend angesehen werden können, doch etwas stärker besucht, als ich vor einigen Wochen angenommen hatte. Immerhin sind die Zahlen nicht so bedeutsam, als daß man sich nicht bis auf weiteres mit dem Bestehenbleiben der Schulen abfinden kann. Ich empfehle daher grundsätzlich, wie das ja auch bei sinngemäßer Anwendung des Artikels 113 der Verfassung gegeben ist, den Schulen keine Schwierigkeiten zu bereiten, insbesondere nicht, die jetzt im Amt befindlichen Lehrerinnen durch Abschieben über die Grenze aus ihrem Amte zu entfernen, sondern zunächst den Leiterinnen bei dem Herrn Oberpräsidenten die Erlaubnis, bis zum 1. April 1921 in Preußen zu bleiben, zu erwirken, und sie zum zweiten anzuhalten, ihre Zeugnisse der Regierung durch meine Vermittlung einzureichen, sodann aber – und darauf legt die Gräfin Sierakowski auch großen Wert – genaue Vorschriften zu überlassen über das, was in der Spielschule gelehrt und getrieben werden darf. Hierbei dürfte es zweckmäßig sein, die Gräfin Sierakowski hinzuzuziehen, um ihre Wünsche zu hören und von ihr Auskunft zu erhalten. Den Lehrerinnen ist endlich zu bedeuten, daß sie sich streng auf ihren Wirkungskreis als Kleinkinderschullehrerin zu beschränken haben, sonst würden sie als lästige Ausländerinnen abgeschoben.

Ich glaube, daß die Verhaftung und Abschiebung der Ciepielowski einen erheblichen Eindruck auf die Polen gemacht hat und glaube, daß wenigstens für die nächste Zeit die Lehrerinnen sich hüten werden, über ihren Wirkungskreis hinauszugehen, und dann ist meines Erachtens der politische Schade, den das Bestehenbleiben der 8 Schulen unzweifelhaft verursacht, geringer als der Schade, der durch Schaffen von 8 Märtyrerinnen hervorgerufen würde. Insbesondere glaube ich – ich kann mich ja natürlich auch irren –, daß der jetzige stärkere Besuch der Kinderschulen auf das nahende Weihnachtsfest zurückzuführen ist, da Kinder und Eltern sicher nicht mit Unrecht auf Weihnachtsgaben der Gräfin rechnen. Haben sie diese erhalten, so wird nach einigen Wochen das Interesse wesentlich abflauen.

Zum zweiten bat die Gräfin, eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob auch Kinder, die älter wie 6 Jahre sind, von den Spielschulschwestern beschäftigt werden können. Sie legte ausdrücklich auf das Wort „beschäftigt" Wert und verwarf das von mir zuerst gewählte Wort „unterrichtet". Diese Frage ist von größter prinzipieller Wichtigkeit und wird meines Erachtens von Berlin aus entschieden werden müssen. Der Artikel 113 steht dem Wunsche der Gräfin unzweifelhaft zur Seite. Ebenso unzweifelhaft ist es, daß, wenn ältere Kinder in den Spielschulen unterrichtet werden – denn es handelt sich selbstverständlich um einen Unterricht –, daß dann die politische Gefahr eine bedeutend größere ist. Die Gräfin behauptete, daß in Pommerellen seitens der polnischen Regierungsbehörden in entgegenkommendster Weise gegen deutsche Spielschulen und Privatschulen vorgegangen sei. Ich erwiderte der Gräfin, daß ich diese ihre Mitteilung meiner vorgesetzten Behörde übermitteln werde und, wenn sie den Tatsachen entspräche, in ihr unzweifelhaft ein unterstützendes Moment zu finden sei, um ihrem Wunsche entgegenzukommen. Nach alledem, was ich über Pommerellen gehört habe, glaube ich nicht, daß die Mitteilung der Gräfin den Tatsachen entspricht. Es wird daher festzustellen sein, ob und inwieweit dies der Fall ist, und hiernach zu entscheiden sein, ob dem Wunsche der Gräfin, auch schulpflichtige Kinder in der schulfreien Zeit in den Kinderschulen aufzunehmen, entsprochen werden kann oder nicht.

Die Gräfin äußerte zum Schluß die Vermutung, daß alle Kindergärtnerinnen, da sie keine deutschen Zeugnisse hätten, wohl von der Regierung nicht anerkannt würden. Es sei daher für sie von größter Wichtigkeit, möglichst schnell eine Entscheidung zu erhalten, da sie inzwischen schon Verbindungen mit Kindergärtnerinnen mit deutschen Zeugnissen angeknüpft hätte und dann die jetzigen durch diese möglichst bald ersetzen wolle. Bei der großen Wichtigkeit, die die Angelegenheit hat, scheint es mir nicht angängig, die Entscheidung über das Knie zu brechen. Ein wesentlicher Schade entsteht ja auch dadurch für die Patronin der polnischen Kinderschulen nicht, wenn ja auch naturgemäß zuzugeben ist, daß, wenn ein Wechsel eintreten muß, es im Interesse der polnischen Sache besser ist, daß er möglichst bald eintritt.

gez. v. Auwers

030

19.3.1922: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Abwanderung nach Polen
19 III 1922r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Odpływ ludności polskiej do Polski

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 532

Eine Fürsorge für die polnischstämmige Bevölkerung wird im hiesigen Regierungsbezirk in erster Linie von dem Polenbund, in zweiter Linie von allen polnischen Vereinen ausgeübt. Die Abwanderung der polnischstämmigen Bevölkerung nach Polen unterliegt insofern einer nichtamtlichen Kontrolle des Polenbundes, als nur solche abwanderungslustige Personen polnischerseits eine Einreisegenehmigung nach Polen erhalten, denen von dem Polenbund bescheinigt wird, daß sie in Deutschland derartig von den Deutschen behandelt würden, daß ihnen ein weiteres Verbleiben hier nicht zugemutet werden könne.

Bemerkenswerterweise wird neuerdings in fast allen polnischen Versammlungen dazu aufgefordert, daß die jungen Männer der hiesigen polnischen Bevölkerung sich nach Polen begeben sollen, um sich dort ausbilden zu lassen, da das hiesige Gebiet in kurzem doch polnisch würde, und die jungen Männer dann eine notwendige Reserve bilden müßten. Ich halte diese Aufforderungen nicht für Sonderideen einzelner radikaler polnischer Führer, sondern für den Ausfluß einer planmäßigen, von Warschau aus unterstützten Aktion. Man spielt mit dem Gedanken einer Okkupation des westpreußischen Abstimmungsgebiets, und man will sich anscheinend für alle Fälle hier eine Anzahl polnisch erzogener und auch wohl militärisch ausgebildeter junger Leute sichern.

Für eine Förderung oder Kontrolle der Rückwanderung polnischstämmiger Bevölkerung aus Polen nach Deutschland sind bisher keine Anhaltspunkte gegeben. Mit deutschen Behörden treten die polnischen Organisationen in den angegebenen Beziehungen nicht in Verbindung.

In welchem Maße polnische amtliche Stellen an der Führung oder Leitung polnischer Ab- und Rückwanderung beteiligt sind, kann von hier aus nicht nachgeprüft werden.

[Unterschrift:] Baudissin

031

23.3.1923: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Stellung des Kasimir von Donimirski innerhalb der polnischen Minderheit

23 III 1923r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Pozycja Kazimierza Donimirskiego wśród mniejszości polskiej

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 543

Ein vom Landrat in Stuhm gehörter Vertrauensmann, der Oberamtmann Bielfeldt in Carpangen, hat folgendes mitgeteilt:

„In Nikolaiken handelt es sich um die Wahl eines Vorsitzenden des polnischen Bauernbundes für den verzogenen Herrn v. Szoliski [Szeliski] – Schönwiese. Herr Kasimir v. Donimirski, Kl. Ramsen, hatte wohl stark gehofft, gleich einstimmig gewählt zu werden, dagegen wurde der Besitzer Isidor [?] Grochowski aus Pr. Damerau mit großer Mehrheit als Vorsitzender gewählt. Hierüber war v. Donimirski sehr aufgebracht und hat wohl stark pikiert die Versammlung verlassen. Herr von Donimirski war den Mitgliedern nicht erfahren und praktisch genug; er hat hier den Ruf eines ‚Lateinischen Landwirts'. Ferner sind die polnischen Besitzer in der Umgegend von Nikolaiken gegen v. Donimirski eingenommen, weil er zu der Kommission gehört, die das Umlagegetreide verteilt hat und sie nicht genügend wegen zu großer Umlage vertreten hat.

Die Vertretung zum Landtage ist in Nikolaiken wohl gar nicht erörtert worden."

Ich kann nach den von mir gemachten Beobachtungen der Ansicht nicht beipflichten, daß Donimirski's Wahl zum Vorsitzenden des polnischen Bauernbundes lediglich an seinen persönlichen Fähigkeiten als Landwirt gescheitert sei. Es scheinen hierfür im Gegenteil hauptsächlich nationalistische Gründe maßgebend gewesen zu sein. Donimirski ist den die Mehrheit des Polentums im Kreise Stuhm bildenden kleinen Besitzern und Handwerkern zu eigenmächtig und egoistisch. Er steht bei der Mehrzahl der Polen in dem Rufe, nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht zu sein und darüber die nationalpolnischen Interessen zu vernachlässigen. – Von den Landtagswahlen ist in Nikolaiken auch meines Dafürhaltens nicht die Rede gewesen. Es ist hier nichts davon bekannt, daß Donimirski als Landtagskandidat in Aussicht genommen war. Baszczewski [Baczewski] kann im allgemeinen nach den hier gemachten Wahrnehmungen als ein Gegner der polnischen Großgrundbesitzer gelten. Er wird aber meines Wissens stark von dem Grafen von Sierakowski – Gr. Waplitz beeinflußt und ist es deshalb nicht ausgeschlossen, daß er seine gegnerische Stellungnahme den Großgrundbesitzern gegenüber aufgibt.

In Vertretung
[Unterschrift]

032

6.4.1926: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Finanzminister. Kreditgenossenschaften im Kreis Stuhm

6 IV 1926r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra finansów Prus. Towarzystwa kredytowe w pow. Stuhm

GStA Berlin-Dahlem, Ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, 1. H. A. Rep. 203, Nr. 529 (Abschrift).

In dem nationalpolitisch gefährdeten Kreise Stuhm ist, wie ich als bekannt voraussetzen darf, seit einiger Zeit eine sehr erhebliche Verstärkung der großpolnischen Propaganda

besonders auf wirtschaftlichem Gebiet festzustellen. Es wird seitens der Polen mit allen Mitteln versucht, das in den letzten Jahren ihnen verloren gegangene Terrain wieder zu erobern. Und es ist bemerkenswert, daß, wie die letzten Wahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistage gezeigt haben, gegenüber den Wahlen in den früheren Jahren nunmehr eine Abnahme der polnischen Stimmen im Kreise Stuhm nicht mehr stattgefunden hat. Daß diese Tatsache in erster Linie auf die immer mehr hervortretenden verstärkten Anstrengungen der Polen auf wirtschaftlichem Gebiet zurückzuführen sind, unterliegt keinem Zweifel. Man versucht jetzt mit immer größeren Erfolg, den polnischen Kleinbauer, einen wesentlichen Bestandteil der polnischen Wähler, durch Gewährung von Krediten und durch günstige Beschaffung landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände für sich zu gewinnen. Sowohl die gerade bei ihm stark ausgeprägte primitiv-materielle Mentalität wie besonders die gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse wirken naturgemäß nach dieser Richtung nur fördernd. Die genannten Geschäfte werden vornehmlich von den in letzter Zeit im Kreise Stuhm gegründeten kleineren polnischen Banken, die eine sehr rege Tätigkeit entfalten, vorgenommen. So besteht in Stuhm die Bank Ludowy mit einem Betriebskapital von mindestens 60000 RM, in Altmark die Bank Privatny [Prywatny] mit einem Betriebskapital von mindestens 30000, in Portschweiten die Bank Portschweiten mit einem Betriebskapital von etwa 30000 RM und in Nikolaiken die Bank Privatny [Prywatny] mit etwa dem gleichen Betriebskapital. Diese Banken sollen, worüber mir zuverlässige Meldungen vorliegen, in nächster Zeit noch erheblich vermehrt werden. Es besteht polnischerseits die Absicht, den ganzen Kreis Stuhm mit einem Netz solcher Institute, die sämtlich genossenschaftliche Grundlage haben, zu versehen. Für diesen Zweck stehen den Polen zweifellos sehr erhebliche Geldmittel zur Verfügung. Nach nicht unglaubwürdig erscheinenden Nachrichten soll es sich um einen Betrag von mindestens 60000 Dollar handeln. Sie dürften, worüber naturgemäß nur Vermutungen möglich sind, von dem polnischen Westmarkenverein und damit mittelbar von der polnischen Regierung herstammen.

In dieses Gebiet fällt auch die schon seit langem beabsichtigte, neuerdings wieder betriebene Gründung einer polnischen landwirtschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft (Rolnik) in Stuhm, die bisher wirksam durch die Gründung der Stuhmer Mühlengenossenschaft verhindert wurde. Hierunter fällt ebenfalls die gerade jetzt schwebende Gründung eines Rolniks in Nikolaiken, für die der Rolnik in Allenstein besonders tätig ist. Am 19. März wurde nach vorausgegangenem Werbevortrag eines Vorstandsbeamten des Allensteiner Rolnik von zahlreich erschienenen polnischen Besitzern in Nikolaiken beschlossen, hier zunächst eine Niederlage des Allensteiner Rolniks einzurichten, die neben landwirtschaftlichen Maschinen, Getreide und Kunstdünger auch eine Bankabteilung führen soll. Wegen des Ankaufs eines geeigneten Grundstücks stehen die Polen mit dem Gastwirt Waldhans in Nikolaiken in Verhandlungen, deren Abschluß vorläufig noch aufgehalten werden konnte.

Daß die Einrichtung derartiger landwirtschaftlicher genossenschaftlicher Institute das wirksamste gerade auch politische Propagandamittel ist, haben die Polen, wie bekannt, ja mit außerordentlichem Erfolg in der früheren Provinz Posen erprobt. Durch die von den Instituten ausgegebenen Kredite geraten viele Existenzen, vor allem die bereits gekennzeichneten kleineren Besitzer polnischer oder schwankender deutscher Einstellung in wirtschaftliche, damit aber auch bei den bestehenden Verhältnissen auch in politische Abhängigkeit. Daß die Polen diese Abhängigkeit rücksichtslos ausnutzen, beweist die Forderung, die, wie feststeht, sie an jeden bewilligten Kredit knüpfen, indem

sie von dem Kreditnehmer eine schriftliche Verpflichtung verlangen, sich nicht mehr gegen die polnische Propaganda zu betätigen. Wie gefährlich sich diese polnischen Maßnahmen auswirken, zeigt ein mir gerade heute zugegangener, auch noch von anderer Seite bestätigter Bericht des Landrats in Stuhm, nach dem unter den Kreditnehmern polnischer Banken sich bereits eine Reihe von bisher als deutsch anzusprechenden kleineren Besitzern befinden. Sogar zwei Gemeindevorsteher – Werth in Neuhuben und Ohl in Kalwe – sind unter ihnen.

Deutscherseits geschieht alles, um der bei der heutigen Geldknappheit besonders gefährlichen großpolnischen wirtschaftlichen Propaganda zu begegnen, besonders seitens der Sparkasse des Kreises und seitens der Mühle Stuhm. Jedoch sind die verfügbaren Mittel beider Institute äußerst knapp. Die vor kurzem erfolgte Überweisung von 30000 RM Staatsmitteln an die Sparkasse war völlig unzureichend. Die Mühle Stuhm bewährt sich entsprechend dem ihrer Gründung zu Grunde liegenden Zweck aufs beste, doch sind auch ihre Einwirkungsmöglichkeiten mit Bezug auf ihre nicht erheblichen Betriebsmittel zur Zeit doch noch beschränkt. Wirklich wirksam wird der geschilderten starken und in steigendem Umfange wachsenden großpolnischen Bewegung nur begegnet werden können, indem man nach erprobtem polnischen Muster in ausreichendem Maße Gegengründungen von kleineren landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften vornimmt. Bedauerlicherweise ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen im Kreise Stuhm, wie übrigens im ganzen Regierungsbezirk Westpreußen, noch nicht nennenswert entwickelt. Der Landrat des Kreises Stuhm ist nun nach eingehenden Verhandlungen mit verschiedenen genossenschaftlichen Verbänden an mich mit folgendem Projekt herangetreten:

Um das besonders gefährdete gemischtsprachige Gebiet des Kreises Stuhm mit einem ausreichenden Netz von Genossenschaften zu überziehen, ist es erforderlich, folgende Gründungen in die Wege zu leiten:

1. die Hauptgenossenschaft in Stuhm. Sie wäre zweckmäßigerweise mit der „Mühle Stuhm" zu vereinigen.

2. Genossenschaften in folgenden Dörfern: Altmark, Nikolaiken, Pestlin, Rehhof, Peterswalde, Posilge, Tiefensee und Honigfelde. Diese Genossenschaften würden von ehrenamtlich tätigen Leitern verwaltet werden. Besonders qualifizierte Persönlichkeiten sind überall vorhanden und bereits sichergestellt.

Die Lage der einzelnen Genossenschaften ist aus beiliegender Karte ersichtlich.

Wesentlich ist für das Zustandekommen der gedachten Gründungen und ihre Existenz die Bereitstellung der erforderlichen „Ankurbelungs"-Kredite. Es kann sich hierbei nach Lage der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Personen, die als Genossen in Frage kommen, sowie mit Rücksicht darauf, daß nach den gepflogenen Verhandlungen andere Geldquellen nicht zur Verfügung stehen, naturgemäß nur um staatlicherseits zur Verfügung gestellte Kredite handeln. Die unentbehrliche Mitwirkung der in Frage kommenden Genossenschaftsverbände – es handelt sich in erster Linie um den nordostdeutschen Genossenschaftsverband E. V. Königsberg Pr. – wird auch lediglich schon mit Rücksicht auf die nur beim Vorhandensein mäßiger Zinssätze gegebene günstige Betätigungsmöglichkeit der Genossenschaften mit derartigen Krediten zu erreichen sein. Gerade auch mit Rücksicht auf die Bedeutung der gedachten Genossenschaften als einer deutschen Abwehrmaßnahme werden diese finanzkräftig dastehen müssen, um ihre Hauptaufgabe, auch unter der polnischen oder schwankenden Bevölkerung Genossen zu suchen und zu finden, erfüllen zu können. Daß die Genossenschaften

sich günstig entwickeln werden, liegt außer jedem Zweifel, da sie ein Betätigungsfeld vorfinden werden, das reichlich Gewinnmöglichkeiten bietet und bis jetzt so gut wie ungenutzt daliegt. Es handelt sich zur Durchführung des Projektes um die Summe von rund 300 000 RM, deren Verteilung so gedacht ist, daß für die Hauptgenossenschaft in Stuhm 50 000 RM und für die genannten übrigen Genossenschaften je 30 000 RM bereitgestellt werden.

Ich befürworte die hiermit vorgetragene Bitte des Landrats in Stuhm um Bereitstellung dieser Kredite auf das dringendste. Die Verhältnisse im Kreise Stuhm liegen bei seinem Charakter als Brückenkopf und Haupteinfallstor Polens nach Ostpreußen derartig eigenartig, daß schon aus diesem Grunde eine Sonderaktion zur Abwehr der großpolnischen wirtschaftlichen Propaganda gerechtfertigt erscheint. Ich bin auch der Überzeugung, daß die, gemessen an den Belangen, die in Frage stehen, bei aller Würdigung der schwierigen Finanzlage des Staates nicht erhebliche Summe reiche Früchte tragen wird. Falls der Staat bei der eingeleiteten genossenschaftlichen Durchdringung des gefährdeten Kreises Stuhm seine Hilfe versagt, oder sie nur unzureichend angedeihen läßt, so wird der Erfolg bestimmt der sein, daß die großpolnische Bewegung in dem Kreise und auch mit Rücksicht darauf, daß die geistigen Führer dieser ganzen Bewegung im Kreise Stuhm sitzen, in Ostpreußen fortschreitet und daß dann später, wenn doch staatlicherseits Gegenmaßnahmen getroffen werden *müssen*, unverhältnismäßig höhere Beträge werden aufgewendet werden müssen. Alle übrigen sonst für die Deutscherhaltung des Kreises Stuhm aufgewendeten Mittel versprechen für sich allein keinen Erfolg, wenn nicht gleichzeitig, worauf das vorliegende Projekt abzielt, die wirtschaftlichen Fragen im deutschen Sinne gelöst werden. Schließlich darf ich nochmals betonen, daß der erbetene Kredit in erster Linie wirtschaftlichen Charakter trägt und nicht als Unterstützung erbeten wird.

Mit Rücksicht auf die bestehenden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, zu deren Beseitigung die geplanten Maßnahmen hervorragend beizutragen geeignet sind, wäre ich für beschleunigte zustimmende Bescheidung besonders dankbar.

[Unterschrift.]

033

1.6.1926: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Jahreshauptversammlung des Polenbundes in Stuhm (30.5.1926)
1 VI 1926r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Walne zebranie roczne Związku Polaków w Stuhm (30 V 1926)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D Nr. 17 (Abschrift).

Am 30. Mai 1926 hielt der Polenbund „Weichselgau" in Stuhm seine Jahreshauptversammlung ab. Erschienen waren Vertreter aller dem Gau angehörenden Ortsgruppen. Der Weichselgau, dessen Vorsitzender Gutsbesitzer v. Chelkowski – Telkwitz ist, besteht aus 24 Ortsgruppen.

Um 12 Uhr mittags eröffnete v. Chelkowski mit dem Gruß „Gelobt sei Jesus Christus" und einer längeren Ansprache die Versammlung. Als Versammlungsleiter wurden der Landtagsabgeordnete Baczewski – Allenstein, Rittergutsbesitzer v. Donimirski – Kl. Ramsen und Lewicki – Stuhm gewählt. Nach Erledigung der Formalitäten erstattete der Sekretär des Polenbundes Rozycki – Altmark den Geschäftsbericht für das Jahr 1925. Die Ausführungen nahmen über eine Stunde in Anspruch. In der darauf folgenden

Diskussion wurde anerkennend festgestellt, daß das von dem Vorsitzenden v. Chelkowski mit Hilfe des Sekretärs Rozycki durchgeführte Arbeitsprogramm einen Rekord an Vielseitigkeit aufweist und bereits sehr gute Erfolge gezeitigt hat. Durch die rege Tätigkeit der Genannten gehören dem Gau bereits 24 Ortsgruppen mit einer außerordentlich hohen Mitgliederzahl an. Trotzdem die Vorstandsmitglieder auf jeden Schritt von den Deutschen verfolgt und boykottiert werden, haben sie [sich] nicht gescheut, von Ort zu Ort, von Haus zu Haus zu pilgern, um die noch Schlafenden zu wecken und um Säumige wieder aufzurütteln.

Der Patron des Kolko Rolniczi [Rolnicze] (Landwirtschaftsverband), Rittergutsbesitzer v. Donimirski – Kl. Ramsen, gab einige Ratschläge aus seiner langjährigen Tätigkeit zum Wohle des polnischen Volkes.

Landtagsabgeordneter Baczewski dankte dem Vorstand für die ordentlich musterhafte und rege Tätigkeit. Alsdann gab er einen Überblick über Stand, Zweck und Ziele des Polenbundes in Deutschland.

Daraufhin wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. In den neuen Vorstand wurden folgende Herren gewählt:

1. Vorsitzender v. Chelkowski – Telkwitz,
2. Vorsitzender Dr. Morawski – Stuhm,
1. Schriftführer v. Donimirski – Kl. Ramsen,
2. Schriftführer Sadowski – Stuhm,
Kassierer Osinski – Stuhm.

Einige Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Beschlossen wurde unter anderem, in Stuhm an allen Markttagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags Sprechstunden abzuhalten. Die regelmäßigen Sprechstunden werden bei dem Verbandsmitglied Sikorski – Stuhm abgehalten. Durch diese Regelung ist dem Wunsch vieler Mitglieder entsprochen worden. Nach Erledigung der Tagesordnung forderte Baczewski die Anwesenden auf, in treuer Kameradschaft gemeinsam für das Wohl und die Interessen der polnischen Bevölkerung einzutreten. Der Vorsitzende v. Chelkowski dankte dem Landtagsabgeordneten Baczewski für sein Erscheinen und für die Leitung der Versammlung. Um 5.30 Uhr nachmittags schloß v. Chelkowski die Versammlung mit den Worten: „Es ist erforderlich, zu gehen und zu leuchten".

gez. Unterschrift

034

17.9.1929: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Verstärkte Aktivität der polnischen Minderheit

17 IX 1929r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Wzmożona działalność mniejszości polskiej

GStA Merseburg, Ministerium des Innern Rep. 77 Tit. 856, Nr. 545 (Abschrift).

Vor kurzem hat der Vizekonsul am hiesigen polnischen Konsulat und Stellvertreter des Konsulatsleiters, Dr. Stanislaus Kosina, mir seinen offiziellen Besuch gemacht. Er kommt aus Warschau, wo er im polnischen Ministerium des Äußern beschäftigt war. Mit seinem Dienstantritt ist das Personal des polnischen Konsulats in Marienwerder um einen weiteren höheren Beamten verstärkt worden. Diese Tatsache wirft, im Zusammenhang mit den übrigen in den vergangenen Monaten am hiesigen polnischen Konsulat eingetretenen Personalveränderungen, ein so grelles Schlaglicht auf die Verschiebung des Schwergewichts der großpolnischen Bewegung in Ostpreußen, daß es mir an der Zeit erscheint, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken.

Die Personalveränderungen am hiesigen polnischen Konsulat begannen damit, daß zu Beginn des Jahres 1929 der bisherige Vizekonsul Gieburowski von hier nach Allenstein versetzt wurde. Gieburowski war eine ziemlich passive Natur, die sowohl in politischer als auch in persönlich-gesellschaftlicher Beziehung wenig hervortrat. Sein Nachfolger wurde der Vizekonsul Mierzynski, der vom polnischen Konsulat in Hamburg kam, einen persönlich und geschäftlich gewandten Eindruck macht und offenbar von vornherein das Bestreben hatte, auch gesellschaftlich sich eine andere Position zu verschaffen als sein Vorgänger. Dies kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß er eine der größten in Marienwerder vorhandenen, für seine privaten Zwecke offenbar viel zu umfangreiche Wohnung mietete. Ich nehme hierzu Bezug auf meinen Bericht vom 11. April 1929 – I.625.Po.5. –. Ihm wurde bald darauf als zweiter höherer Beamter der Konsulats-Attaché Siedzikowski beigegeben, der bisher in der polnischen Gesandtschaft in Paris tätig gewesen war und ebenfalls einen weltgewandten Eindruck macht. Als dritter ist jetzt der genannte Vizekonsul Dr. Kosina in das Konsulat eingetreten, so daß dieses zur Zeit mit 2 Vizekonsuln und 1 Legationssekretär, insgesamt also 3 höheren Konsulatsbeamten besetzt ist, zu denen, außer reichlichem Büropersonal, noch ein qualifizierter Konsulatssekretär kommt.

Dem Range nach steht das polnische Konsulat in Marienwerder, wie ich dem von amtlicher polnischer Seite herausgegebenen, mir vom hiesigen Konsul zugewandten „Jahrbuch für Polen 1929/30" entnehme, als „Konsulat II. Klasse" auf einer Stufe mit den polnischen Vertretungen in den Großstädten Breslau, Leipzig und Stettin. Demgegenüber ist die polnische Vertretung in *Allenstein* zu einem „*Vize*konsulat II. Klasse" herabgesetzt worden. Diese Deklassierung findet ihren Ausdruck auch darin, daß dem bisherigen Leiter des hiesigen Konsulats, Gieburowski, dessen Leistungen offenbar nicht besonders hoch bewertet werden, die Allensteiner Stelle übertragen wurde.

Jedenfalls ist durch die Verstärkung des Konsulatspersonals das hiesige Konsulat zu einem besonders wichtigen gestempelt worden. Die Verstärkung läßt aber ferner, da die örtlichen und eigentlichen Konsulatsgeschäfte sich in keiner erkennbaren Weise vermehrt haben, auf eine ganz wesentliche Erweiterung des Aufgabenkreises des Konsulats schließen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das hiesige polnische Konsulat zu einer Zentrale der großpolnischen Interessen im deutschen Gebiet diesseits des Korridors ausgebaut werden soll.

Für diese Annahme sprechen einmal die organisatorischen Veränderungen, die innerhalb der Polenbewegung neuerdings eingetreten sind, und ferner die auch nach außen erkennbare verstärkte Aktivität der großpolnischen Propaganda auf verschiedenen Gebieten, namentlich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet.

Was die *organisatorischen* Vorgänge betrifft, so hat, wie bereits aus der polnischen Presse bekannt und mir durch die Berichte der politischen Polizei bestätigt ist, in einer Sitzung des Bundes der Polen in Deutschland, Landesverband Ostpreußen, die im Juni d. J. in Allenstein stattfand, eine engere Verschmelzung der Bezirke Ermland und Marienburg des Polenbundes zu einem Landesverbande sich vollzogen. Als Zweck der Verschmelzung wird in der polnischen Presse angegeben: Hebung der Arbeit in beiden genannten Gebieten und Ermöglichung einer regen gegenseitigen Verständigung beider Bezirke. Es liegt nahe, anzunehmen, daß bei der Zusammenfassung der beiden Bezirke zu einer organisatorischen Einheit auch der Gedanke an die alte Wojewodschaft, die zu polnischer Zeit ihren Sitz in Marienburg hatte, eine Rolle gespielt hat.

Zum Vorsitzenden des neuen Landesverbandes wurde, offenbar aus Zweckmäßigkeitsgründen, um die neue Organisation nach außen hin des ausgesprochen politischen Charakters zu entkleiden, ein Geistlicher, der Pfarrer Osinski in Wuttrienen, Kreis Allenstein, gewählt. Osinski stammt jedoch nicht aus dem Allensteinschen, sondern ist in der Stadt Stuhm zu Hause, in deren Nähe sein Bruder als kleiner Besitzer lebt. Durch seine Wahl ist also an der Tatsache, daß das Schwergewicht der Organisation in Westpreußen liegt, nichts geändert. Dasselbe gilt von der Geschäftsführung, als deren Sitz nach außen hin, vielleicht um die deutsche Aufmerksamkeit abzulenken, Allenstein bestimmt wurde. Tatsächlich werden die Geschäfte jedoch im Kreise Stuhm geführt und zwar durch den zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählten Rittergutsbesitzer Kasimir von Donimirski in Kl. Ramsen, Kreis Stuhm, und den Schriftführer, Besitzer Johann Lenga in Pestlin, Kreis Stuhm. Damit ist der Tatsache Rechnung getragen, daß die Mitgliederzahl des Polenbundes in dem von den Polen so genannten Marienburger Lande, d. h. dem Weichselgau, der sich im wesentlichen mit dem Regierungsbezirk Westpreußen deckt, etwa 1 000 beträgt, während im Ermlande nur einige 60 eingeschriebene Mitglieder vorhanden sind.

Die straffere Zusammenfassung in der politischen Organisation der großpolnischen Bewegung ist zweifellos die praktische Folgerung aus der Erkenntnis, daß die Fortentwicklung der dem Landesverband Ostpreußen angeschlossenen Ortsgruppen bisher für die Verbandsleitung viel zu wünschen übrig ließ (vgl. hierzu den Bericht über die Polenbewegung in Deutschland nach dem Stande vom 1. April 1929, mitgeteilt durch Erlaß des Herrn Preußischen Ministers des Innern vom 22. Juni 1929 – III. O. II. 366. – S. 36), was sich insbesondere in der Wahlniederlage im Mai 1928 bemerkbar gemacht hat.

Ihre Ergänzung findet diese Umorganisation des Bundes der Polen in Deutschland in der verstärkten Tätigkeit, die die bekannte „Vereinigung der Landsleute aus Ermland, Masuren und dem Marienburger Lande" neuerdings entfaltet. Auszüge aus Berichten des deutschen Konsuls in Thorn, die mir dieser zur Verfügung gestellt hat und die über die genannte Vereinigung Aufschluß geben, füge ich mit der Bitte um Kenntnisnahme bei. Die Vereinigung sucht in zunehmendem Maße, das Interesse der polnischen Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Das fand seinen Ausdruck neuerdings in der am 25. August 1929 in Posen veranstalteten Tagung, die der Kurier Poznanski als „Tagung der Polen aus den am meisten unterdrückten Gebieten" ankündigte (vgl. Gesamtüberblick über die polnische Presse Nr. 66 vom 28. August 1929) und die mit offiziellen Begrüßungen durch die Leitung der Posener Landesausstellung und die dortige Stadtverwaltung eingeleitet wurden. Auf der Tagung ist, wie ich einem Bericht der in Bromberg erscheinenden und somit unter polnischer Zensur stehenden „Deutschen Rundschau" (Nr. 197 vom 29. August 1929) entnehme, in kleinerem geheimen Kreise über „die Zukunft Ostpreußens" beraten worden. In der Tagung – die nicht die erste ihrer Art ist – (vgl. meinen Bericht vom 6. September 1928 – I.994.Po.5. –) waren in größerer Zahl auch deutsche Staatsangehörige aus dem ganzen Reiche, besonders aber aus Ostpreußen, beteiligt, die naturgemäß zur Fortsetzung ihrer irredentistischen Tätigkeit ermutigt wurden durch die Tatsache, daß gegen sie bisher nicht nur in keinem Falle Anklage wegen versuchten Landesverrats erhoben worden ist – was in Polen gegenüber gleichartigen Bestrebungen deutscher Minderheitsangehöriger nicht ausgeblieben wäre –, sondern daß auch sonst ihnen keinerlei Nachteile in persönlicher, wirtschaftlicher, kultureller oder irgendeiner anderen Beziehung seitens der deutschen Behörden oder anderer Stellen daraus erwachsen sind.

Es versteht sich von selbst, daß die lebhafte Propaganda, die die „Vereinigung der Landsleute usw." in Polen für ihre Ziele treibt, nicht als Selbstzweck betrachtet und nicht auf patriotische Redensarten über die Verbundenheit zwischen dem polnischen Volk und den „unbefreiten Gebieten" beschränkt wird, sondern darauf abzielt, die Augen der polnischen Behörden und der Öffentlichkeit darauf zu lenken und daraus Kapital – im wörtlichen Sinne – für ihre Bestrebungen zu schlagen.

Daß dies schon in weitgehendem Maße gelungen sein muß, zeigen die nach außen erkennbaren Auswirkungen der großpolnischen Tätigkeit in den letzten Monaten. Sie erstrecken sich in erster Linie auf das *kulturelle* Gebiet und nehmen hier ihren Ausgang von den Möglichkeiten, die durch die Ordnung zur Regelung des polnischen Minderheitenschulwesens gegeben sind. Ich habe diese Ordnung als solche und die Rechte, die sie der polnischen Minderheit verleiht, von vornherein nicht als eine besondere Gefahr betrachtet und sehe sie, wenn sie in ihrer Durchführung streng auf die gegebenen Vorschriften beschränkt bleibt, auch nach wie vor nicht als eine solche an. Denn es hat sich gezeigt, daß überall dort, wo die polnischsprachige Bevölkerung über den Charakter der Schulen und ihren Lehrplan, insbesondere über die sehr wesentliche, der polnischen Propaganda höchst unbequeme Vorschrift, wonach Deutsch als Fremdsprache erst vom 3. Schuljahre ab und auch dann nur in 4 Wochenstunden gelehrt wird, aufgeklärt und der Lehrplan streng eingehalten worden ist, es zur Errichtung polnischer Minderheitsschulen gar nicht gekommen oder doch der anfängliche Besuch binnen kurzem wesentlich zurückgegangen ist. Ich nehme hierzu Bezug auf meinen Bericht betreffend die Minderheitsschulen in Pestlin und Mirahnen vom 4. September 1929 – I.1676.Po.5/II. –. Den besten Beweis dafür, daß die Schulen in dieser Form nicht den großpolnischen Zielen genügen, bilden die Versuche des polnischen Schulvereins, von denen mir neuerdings berichtet wird, der deutschen Sprache einen stärkeren Anteil an der Gesamtstundenzahl zu geben, als in dem amtlich zugelassenen Lehrplan vorgesehen ist, z. B. schon im 2. Schuljahr Deutsch als Fremdsprache zu lehren. Obgleich schulaufsichtsbehördlich alles getan wird, um ein solches Abweichen von dem zugelassenen Lehrplan zu verhindern, ist es doch fraglich, ob diese Versuche in jedem Falle sofort bemerkt und demgemäß rechtzeitig unterdrückt werden können.

Eine wirkliche Gefahr erwächst aus der Minderheitenschulverordnung erst dadurch, daß die großpolnische Bewegung die ihr damit gegebenen Freiheiten persönlicher und sachlicher Art zu Zwecken benutzt, die außerhalb des Minderheitenschulwesens selbst liegen. Was die *persönlichen* Auswirkungen betrifft, so stellt sich immer mehr heraus, daß seitens des polnisch-katholischen Schulvereins versucht wird, Lehrpersonen aus Polen hierher zu ziehen, die nur der Form halber als solche tätig, in Wirklichkeit aber dazu bestimmt sind, großpolnische Propaganda unter der Jugend und auch der gesamten übrigen Bevölkerung zu treiben. Sie gehen dabei im allgemeinen so vorsichtig zu Werke, daß es schwer ist, positives Material beizubringen, das ausreicht, diese versteckten Agitatoren wieder aus dem Lande zu entfernen. Bisher haben nur in einem Falle die Unterlagen genügt, um einem Lehrer, der schon aus seiner früheren Tätigkeit in Polen durch seine Mitgliedschaft in dem berüchtigten Westmarkenverein und die dort gegen die deutsche Minderheit betriebene Hetze übel beleumundet war, den Unterrichtserlaubnisschein zu versagen. In einem anderen Falle, über den ich besonders berichten werde, erscheint mir das Material genügend, um wenigstens die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung abzulehnen.

In *sachlicher* Beziehung knüpft sich an die Durchführung der Minderheitenschulverordnung polnischerseits das Bestreben, die damit gewährten Rechte weiter auszubauen, so z. B. sie auf das ländliche Fortbildungsschulwesen in entsprechender Anwendung zu erstrecken. Es liegt mir hierzu ein Antrag des polnisch-katholischen Schulvereins vor, über den ich ebenfalls gesondert berichten werde. Des weiteren gehen die großpolnischen Bestrebungen dahin, die Jugend in dem doppelsprachigen Gebiet nicht nur im volksschulpflichtigen Alter, sondern auch vor und nach diesem zu erfassen, also insbesondere durch Kindergärten, Sport- und Jugendvereine, Besuchsfahrten solcher Vereine und Jugendgruppen nach Polen unter dem Deckmantel sportlicher oder kirchlicher Veranstaltungen, Ausbildung von Jugendlichen durch Teilnahme an besonderen Kursen in Polen und dergleichen mehr, wie ich dies schon in meinem Bericht vom 11. Juni 1929 – I.874.Po.5/II. – angedeutet habe und worüber ich Sonderbericht folgen lassen werde. Diese ganze Arbeit an der Jugend geht offenbar darauf aus, der großpolnischen Sache planmäßig einen Nachwuchs an Führerpersönlichkeiten heranzuziehen, an denen es zur Zeit noch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fehlt, und zwar Persönlichkeiten nicht nur, die fähig sind, in der Leitung der Bewegung und ihren Zentralen tätig zu sein, sondern vor allem auch solche, deren Sache es sein soll, in den örtlichen „Zellen" – um sie einmal so zu nennen – der Bewegung führend zu wirken: unter der Elternschaft der einzelnen Minderheitsschulen, in Ortsgruppen der Jugendvereine, der religiösen und charitativen Vereine, in den Wirtschaftsgenossenschaften und dergl. Dabei ist kennzeichnend für das polnische Volkstum, zugleich ein Beweis für das psychologische Geschick der Polen, daß sie sich in hervorragendem Maße der Weiblichkeit bemächtigen, die den Einflüssen der Propaganda leichter und unkritisch unterliegt und andererseits, wenn sie gewonnen ist, für ihre Überzeugung intensiver und häufig fanatisch bei ihrer männlichen Verwandtschaft wirbt. Die weibliche Jugend ist daher in erster Linie Gegenstand der Bearbeitung. Auch die polnische Presse übrigens macht daraus, daß „die polnische Mutter" als stärkste Stütze der polnischen Sache betrachtet wird und daß dies die Zielrichtung der großpolnischen Werbung sein muß, gar kein Hehl.

Ihre Ergänzung finden die Bestrebungen der kulturellen Durchdringung der westpreußischen Bevölkerung in dem Vordringen des Polentums auf *wirtschaftlichem* Gebiet, das sich namentlich in den immer häufigeren Versuchen äußert, sowohl landwirtschaftlichen Grundbesitz aus bisher deutscher in polnische Hand zu bringen, als auch städtische Grundstücke zu erwerben. Hierzu nehme ich auf meinen Bericht vom 12. September 1929 – I.1688.Po.5. – Bezug. Daß sich die polnische Führerschaft der Bedeutung dieser wirtschaftlichen Durchdringung bewußt ist und sie planmäßig betreibt, wird unter anderem durch die Schaubilder bestätigt, die in dem Pavillon des Auslandpolentums auf der polnischen Landesausstellung in Posen ausgehängt sind und durch eine sehr einleuchtende Darstellung den bisherigen wirtschaftlichen Einfluß des Polentums in Deutschland, insbesondere in der Grenzmark Posen-Westpreußen und in der Provinz Ostpreußen, hier wiederum in deren westlichem und südwestlichem Teile, und seine weitere Zielrichtung erkennen lassen. Auf einem dieser Schaubilder ist bemerkenswert, daß als Mittelpunkte des wirtschaftlichen Einflusses der Polen im Regierungsbezirk Westpreußen nicht nur die Stadt Stuhm und der verhältnismäßig kleine, aber als Sitz einer polnischen Genossenschaft bedeutsame Ort Portschweiten besonders aufgeführt sind, sondern auch Marienwerder – das durch den oben geschilderten Ausbau des hiesigen polnischen Konsulats eine gewisse Zentrale auch für die Wirtschaftspropaganda der Polenbewegung bildet –

und vor allem auch Marienburg, wo die großpolnische Tätigkeit bisher durch den nach außen hin rein deutschen Charakter der Stadt verdeckt wurde, aber unter der Oberfläche, wie ich aus verschiedenen Anzeichen entnehme, rührig arbeitet. Marienburg hat seine Bedeutung für das Polentum vor allem dadurch, daß es als etwas größere Stadt einen geeigneten Schlupfwinkel für polnische Agenten bietet, die die Verbindung zwischen Ostpreußen, insbesondere dem Ermland und dem sogenannten Marienburger Lande, und Polen über Dirschau und Danzig vermitteln.

Aus allen diesen Anzeichen und aus der verstärkten Tätigkeit der großpolnischen Bewegung, die gleichzeitig in der Grenzmark Posen-Westpreußen zu beobachten ist – wobei ich nicht unterlassen möchte, auch auf die in den beiderseits des Korridors gelegenen Grenzgebieten neuerdings offenbar systematisch betriebene Luftspionage hinzuweisen –, tritt meines Erachtens das Ziel aller dieser polnischen Maßnahmen klar hervor. Sie gipfeln darin, die ganze Arbeit auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete längs des Korridors zu konzentrieren, mit dem Ziele, den Aufmarsch auf Danzig beiderseits des Korridors vorzubereiten und im gegebenen Augenblick durch einen Handstreich auf Danzig und den Regierungsbezirk Westpreußen die schmale Basis an der Ostseeküste zu verbreitern, womit auch das Schicksal der Provinz Ostpreußen entschieden wäre. Ein kleines Bild davon, wie diese Hoffnung auf Eroberung der deutschgebliebenen Gebietsteile auch schon auf den Dörfern genährt wird, gibt die interessante Notiz aus Johannisdorf, Kreis Mewe (früher Marienwerder) im „Goniec Pomorski" Nr. 204 vom 5. September 1929 – offenbar bestellte Arbeit –, deren Übersetzung ich beifüge.

Ich wollte nicht verfehlen, auf diese Beobachtungen, die sich mir in den letzten Monaten ergeben haben, eindringlich hinzuweisen. Welche praktischen Folgerungen daraus gezogen werden müssen, werde ich mir erlauben, in besonderen Berichten vorzutragen. Sie werden sich in erster Linie auf die Verstärkung der politischen Polizei im Regierungsbezirk Westpreußen richten müssen, um eine schärfere Beobachtung der großpolnischen Bewegung und namentlich der Tätigkeit des hiesigen polnischen Konsulats zu ermöglichen, und werden ferner vor allem kulturelle Maßnahmen betreffen. Welches Vorgehen für die allernächste Zeit, besonders im Hinblick auf die im November dieses Jahres bevorstehenden Kommunalwahlen, zweckmäßig erscheint, beabsichtige ich zum Gegenstand einer Besprechung mit dem Landrat in Stuhm und dem Leiter des Heimatdienstes Westpreußen zu machen, zu der ich um Entsendung eines politischen Sachbearbeiters des Herrn Oberpräsidenten bereits mündlich gebeten habe und die demnächst stattfinden soll.

Abschrift dieses Berichts habe ich mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit dem Herrn Preußischen Minister des Innern unmittelbar, unter Beifügung einer für das Auswärtige Amt bestimmten Abschrift, sowie dem Herrn Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorgelegt.

gez. Budding.

035

10.2.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Nationalfarben bei einer Beerdigung in Stuhm (2.1.1930)
10 II 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Polskie barwy narodowe na pogrzebie w Stuhm (2 I 1930r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 545 (Abschrift).

Am 2. Januar d. J. fand in Stuhm die Beerdigung des praktischen Arztes Sanitätsrat Dr. Morawski aus Stuhm, einer der hervorragendsten Vertreter des Polentums im

Kreise Stuhm und Vorsitzenden der Stuhmer Ortsgruppe des Polenbundes statt. Bei der Beerdigung und im Trauerzuge wurden Kränze mit Schleifen in den polnischen Landesfarben von den Abordnungen polnischer Vereine und Verbände getragen. Die rot-weißen Schleifen wurden von neben den Kranzträgern gehenden Begleitpersonen breit auseinandergehalten. Morawski war preußischer Staatsangehöriger.

Der deutsche Konsul in Thorn, an den ich mich mit der Frage gewandt hatte, welche Folgen ein entsprechendes Verhalten für die Deutschen in Polen haben würde, hat mir mitgeteilt, daß die deutsche Minderheit im abgetretenen Gebiet es nicht wagen würde, bei ähnlichen Gelegenheiten Kränze mit deutschen Farben, sei es den alten oder neuen Reichsfarben oder den preußischen Farben, zu verwenden, weil die Schleifen der sofortigen Beschlagnahme verfallen und die Träger gerichtlich bestraft werden würden.

Ich habe trotzdem davon abgesehen, in dem Stuhmer Falle einzugreifen, weil ein solches Vorgehen nur von neuem Wasser auf die Mühle der polnischen Agitation leiten würde und es mir nicht zweckmäßig erschien, diesen Einzelvorgang zum Anlaß eines schärferen Vorgehens zu nehmen. Es ist allerdings nicht der erste Fall dieser Art. Wie ich seinerzeit unter dem 19. September 1929 – I. 1788. Po. 5/II – dem Herrn Oberpräsidenten in Königsberg berichtet habe, sind die polnischen Reichsfarben unter anderem bei dem Schulfest der polnischen Minderheitenschule in Honigfelde, Kreis Stuhm, verwendet worden. Obgleich diesen Fällen meines Erachtens schon jetzt der Charakter einer demonstrativen Herausforderung der deutschen Bevölkerung nicht abgesprochen werden kann, halte ich es zunächst noch für richtiger, abzuwarten, ob sie sich wiederholen werden. Im Wiederholungsfalle müßte auch die Frage geprüft werden, ob die Beteiligung des Leiters des hiesigen polnischen Konsulats, Vizekonsul Mierczynski, der mit dem früheren Leiter, jetzigen Konsul in Allenstein, Gieburowski, bei der Beisetzung zugegen war, an derartigen Kundgebungen mit seiner amtlichen Eigenschaft vereinbar ist.

Abschrift dieses Berichts für das Auswärtige Amt füge ich bei.

gez. Budding

036

29.10.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Zwischenfall in Nikolaiken, Kreis Stuhm (20.10.1930)
29 X 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Incydent we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (20 X 1930r.)

PAAA, Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 29 (Abschrift).

Anläßlich einer Theaterprobe in der polnischen privaten Minderheitsschule in Nikolaiken, Kreis Stuhm, kam es am 20. d. M. vor dieser Schule zwischen je 3 deutschen und polnischen Arbeitern und Landwirten zu Streitigkeiten, die sich im Dorfe fortsetzten. Einer der Polen trug eine unerhebliche Kopfverletzung davon. Im weiteren Verlauf wurden von polnischer Seite in der Nähe des deutschen Kindergartens zwei Schüsse auf den einen der deutschen Arbeiter abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Durch hinzukommende Landjägereibeamte wurden die Streitenden getrennt.

Ich bemerke, daß es sich hier bereits um den *dritten* Zwischenfall innerhalb weniger Tage in Nikolaiken handelt. Der Landrat hat persönlich festgestellt, daß bei einem Teil der Vorfälle, namentlich bei den mit meinem Bericht vom 26. Oktober 1930 – I 1775.Po 5/4 – gemeldeten Sachbeschädigungen, unzweifelhaft die Schuld auf Seiten der deutschen Beteiligten liegt. Wenn auch über die Beweggründe noch die näheren Ermittlungen

schweben, so hat der Landrat doch jetzt schon feststellen können, daß ebenso unzweifelhaft die deutschgesinnte Bevölkerung in Nikolaiken durch die großpolnische Agitation gereizt und auf der anderen Seite die Anhänger des Polenbundes gegen die Deutschen verhetzt worden sind. Einer der Hauptdrahtzieher dabei soll der polnische Minderheitsschullehrer Hewner sein. Das große Dorf Nikolaiken gehörte bisher zu den ruhigsten im Kreise Stuhm. Die nationalen Unterschiede waren zwar stets vorhanden, aber bisher nicht störend in Erscheinung getreten. Der Gemeindevorsteher gehört dem großpolnisch gesinnten Teil der Einwohnerschaft an, ohne daß darunter das gemeindliche Zusammenleben zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevölkerungsteil gelitten hätte. Erst neuerdings ist von polnischer Seite eine Verschärfung der nationalen Gegensätze betrieben worden, die zu den gemeldeten Ausbrüchen geführt hat. Selbst ruhig urteilende, friedliebende Personen, wie z. B. der mit den Verhältnissen in Nikolaiken seit langem vertraute Hauptlehrer der dortigen katholischen deutschen Volksschule, haben erklärt, sie fänden es begreiflich, daß man sich deutscherseits die fortwährenden Herausforderungen durch den großpolnisch gerichteten Bevölkerungsteil nicht mehr gefallen lasse, sondern zur Selbsthilfe schreite. Als Beispiel für die Art der Herausforderungen wird eine angeblich aus dem Munde des polnischen Minderheitsschullehrers stammende Äußerung genannt: es wäre richtiger gewesen, bei der Abstimmungs-Zehnjahresfeier im Juli d. J. an Stelle des von den Teilnehmern gesungenen Deutschlandliedes die *polnische* Nationalhymne zu singen. Wegen dieser angeblichen Äußerung und der Rolle, die auch im übrigen der polnische Lehrer im Hintergrunde spielt, wird versucht, noch Näheres zu ermitteln.

Der Landrat weist darauf hin, daß es nicht leicht sei, in dem weit ausgedehnten Dorfe durch rein polizeiliche Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Vorfälle, die sich zumeist bei Dunkelheit abspielen, eine völlige Gewähr zu übernehmen. Es wird aber versucht, auf die deutsche Bevölkerung beruhigend einzuwirken. Außerdem ist zu hoffen, daß die streitlustigen Elemente auf deutscher Seite sich Mäßigung auferlegen werden, nachdem sie ihrer Bestrafung zugeführt worden sind.

In Vertretung
Unterschrift

037

31.10.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Telegramm über erneuten Zwischenfall in Nikolaiken, Kreis Stuhm (29./30.10.1930)

31 X 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Telegram dot. kolejnego incydentu we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (29/30 X 1930r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 29 (Abschrift)

In Nikolaiken neuer Zwischenfall. Polnische Minderheitsschule demoliert, ebenso Fenster und Zäune an verschiedenen Privatwohnungen. Ursprung offenbar private Familienstreitigkeiten zwischen den polnischstämmigen Bewohnern des Hauses der Minderheitsschule im Anschluß an die beabsichtigte Freimachung einer Wohnung für den polnischen Lehrer. Naheliegender Verdacht polenfeindlicher Motive vom polnischen Lehrer selbst hier [für] ausgeschlossen erklärt. Aufbauschung und politische Auswertung polnischer-

seits zu erwarten, da bereits Polenbundvertreter aus Allenstein und Berlin am Tatort. Erbitte daher sofortige Unterrichtung in- und ausländischer Presse. Bericht folgt.

Regierungspräsident

038

1.11.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an das Auswärtige Amt. Hintergründe des Zwischenfalls in Nikolaiken, Kreis Stuhm (29./30.10.1930)
1 XI 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do MSZ. Tło incydentu we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (29/30 X 1930r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 29

Auf Grund der weiteren polizeilichen Ermittelungen bin ich in der Lage, meinen gestrigen Bericht nach folgenden Richtungen zu ergänzen:

Nach den Vorfällen war in Nikolaiken ein regelmäßiger Streifendienst der Landjägerei eingerichtet worden, der sich besonders auf die ersten Nachtstunden und örtlich auf den Ortsteil, in dem sich die polnische Minderheitsschule befindet, erstreckte. Am 29. abends hatten die Landjägereibeamten Streifendienst bis 11 Uhr getan und waren dann, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß sämtliche Gastwirtschaften geschlossen waren, und Ruhe im Orte herrschte, in ihre Wohnung zurückgekehrt. Diesen Zeitpunkt haben offenbar die Täter abgewartet, um die geplanten Ausschreitungen zu verwirklichen. Sie haben die mit meinem gestrigen Bericht bereits gemeldeten Ruhestörungen vorgenommen an folgenden Stellen:

1. am Hause der Frau Kwiatkowski, das dem Gebäude der polnischen Minderheitenschule ungefähr gegenüber liegt und in dem der polnische Lehrer wohnt.

2. am Hause des Polen Osinski, in dem sich die polnische Minderheitsschule befindet und

3. am Hause des Polen Kowalski.

Die Täterschaft ist noch nicht voll geklärt. Sehr starke Verdachtsmomente liegen aber vor gegen die in den Vorberichten bereits genannten Personen Paczinski, Cholerius, und Gotschewski. Zum Verständnis der Hintergründe der Ausschreitungen kann eine nähere Kennzeichnung dieser Personen dienen.

Paczinski ist polnischstämmig. Er befand sich nach dem Kriege in Soldau und versuchte, sich bei der Abtretung dieses Gebietes von vornherein den davon Besitz ergreifenden Polen gefügig zu zeigen, indem er die Polen bei der Inbesitznahme der Stadt in feierlichem Gewande empfing und sich auch weiter um ihre Gunst bemühte. Sein Ziel soll gewesen sein, sich in Soldau als Rechtsanwalt niederlassen zu können. Aus Gründen, die nicht näher bekannt sind, ist ihm dies nicht gelungen. Er ist daraufhin in den Kreis Stuhm ausgewandert und hat sich in Nikolaiken als Rechtsbeistand niedergelassen, wobei er in der Annahme von Kundschaft zwischen deutsch und polnisch Gesinnten keinen Unterschied machte, aber doch erkennbar, namentlich in neuerer Zeit, eine gewisse Antipathie gegen die polnische Richtung hervorkehrte. Paczinski wohnt zur Miete bei dem polnischstämmigen Ehepaar Osinski. Als Untermieter bei Paczinski wohnt Cholerius. Es ist ein an sich deutschstämmiger Lehrersohn aus Ostpreußen, der aber mit Paczinski eng verbunden ist, da er dessen Tochter zu heiraten beabsichtigt. Er ist von Beruf landwirtschaftlicher Beamter, in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre und zur Zeit ohne Stellung. Als der Dritte im Bunde ist Gotschewski zu betrachten, ein früherer Eisenbahnarbeiter, zur Zeit arbeitslos, ein naher Freund des Cholerius, mit dem

er gemeinsame Motorradfahrten unternimmt. Beide Freunde sollen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nahe stehen. Doch ist ihre Zugehörigkeit zu dieser nicht erwiesen und jedenfalls nicht ausschlaggebend für die Ausschreitungen gewesen, die ihnen zur Last gelegt werden.

Der Ursprung der Ausschreitungen ist vielmehr in privaten Streitigkeiten zu suchen, die sich daraus ergeben haben, daß der Hauseigentümer Osinski die von Paczinski und Cholerius bewohnten Räume frei zu machen beabsichtigt und die beiden Mieter nicht freiwillig hinausgehen wollen. Frau Osinski hat dem Vertreter des Landrats gegenüber ausdrücklich zugegeben, daß sie den Paczinski und dessen Untermieter los sein wolle. Allem Anschein nach besteht die Absicht, in die frei zu machende Wohnung den polnischen Lehrer Hewner hineinzunehmen, der insofern an den Vorgängen auch beteiligt ist.

Der Lehrer Hewner unterrichtet seit einigen Monaten an der privaten Minderheitsschule in Nikolaiken. Er scheint, wie ich schon berichtet habe, durch gelegentliche Äußerungen Unwillen bei der deutschen Bevölkerung des Dorfes erregt zu haben. Ganz zweifellos ist seine Person aber nicht der Anlaß und eigentliche Gegenstand der Angriffe gewesen. Hewner hat dem Vertreter des Landrats gegenüber erklärt, daß er niemals in Nikolaiken von deutscher Seite belästigt worden sei mit Ausnahme der Anrempelungen von seiten des Gotschewski und Cholerius, und Hewner hat geäußert, daß er deshalb auch die Ausschreitungen gegen den Raum der Minderheitsschule nicht als bewußt polenfeindlichen Akt ansehe. Allerdings fühle er sich nunmehr auch persönlich bedroht (nämlich durch die genannten Personen) und beabsichtige daher, den Ort zu verlassen.

Durch das Beteiligtsein des polnischen Lehrers und durch die in den letzten Wochen verschärfte Spannung zwischen den deutsch gesinnten und den polnisch gesinnten Einwohnern des Dorfes hat nun der auf zunächst rein privaten Ursprüngen beruhende Gegensatz der beiden im Streit befindlichen Parteien – Osinski und Hewner auf der einen, Paczinski, Cholerius und Gotschewski auf der anderen Seite – einen nationalpolitischen Einschlag erhalten. Wie ich bereits berichtete, haben sich in dem bisher ganz friedlichen Dorfe Nikolaiken die politischen Gegensätze in der letzten Zeit, und zwar im wesentlichen nach dem Wahltage, verschärft. Herausfordernde Bemerkungen polnischerseits gegen die deutsche Bevölkerung und umgekehrt Beschimpfungen der als polnisch gesinnt bekannten Einwohner durch Deutsche haben zugenommen, und schließlich mit zu Ausbruch der Reibereien, wesentlich gefördert durch starken Alkoholgenuß, beigetragen. Es muß aber nach wie vor betont werden, daß sich auch jetzt noch diese scharfe Spannung im wesentlichen auf einen kleinen Personenkreis, der sich um die genannten Personen gruppiert, beschränkt. Die Bevölkerung im allgemeinen verträgt sich gut, ohne Rücksicht auf die verschiedenen politischen Sympathien. Namentlich vollzieht sich die Leitung der Gemeinde durch den als tüchtig anerkannten polnischstämmigen Gemeindevorsteher in bester Ordnung, und eine erfreuliche harmonische Zusammenarbeit findet auch in dem von deutscher Seite ins Leben gerufenen neutralen landwirtschaftlichen Verein statt, in dem deutsch und polnisch gesinnte Landwirte zusammenwirken. Von einer systematischen bewußten Polenhetze durch die deutsche Bevölkerung in Nikolaiken, wie sie von der polnischen Presse schon auf Grund der bisherigen Zwischenfälle behauptet worden war, kann also in gar keiner Weise die Rede sein.

Nur aus diesen Zusammenhängen heraus ist auch das unwürdige Verhalten zu erklären, das die angegriffenen polnischen Personen selbst bei den Vorfällen in der Nacht von 29. zum 30. Oktober an den Tag gelegt haben. Wie festgestellt, haben sich

nämlich die geschilderten Ausschreitungen an den 3 genannten Stellen auf einen Zeitraum von 1 1/2 – 2 Stunden erstreckt. Nachdem zunächst am Hause der Frau Kwiatkowski Verwüstungen angerichtet waren, durch die die Hauseigentümerin selbst und 4 im Hause wohnende männliche Personen aufmerksam gemacht worden waren, haben sich die Täter in den Raum der Minderheitsschule beim Scheine des von ihnen eingeschalteten elektrischen Lichtes etwa 1 Stunde lang betätigt, ohne daß sie daran gehindert wurden. Weder der Hauseigentümer Osinski noch die Bewohner des gegenüber liegenden Hauses Kwiatkowski, die die Vorgänge genau mit angesehen haben, sind auf den Gedanken gekommen, polizeiliche Hilfe herbeizuholen. Osinski hat auf Befragen erklärt, er habe nicht den Mut gehabt, sich aus seiner Wohnung herauszubewegen, da er nicht gewußt habe, mit wieviel Gegnern er es zu tun hatte. Mag dies auch glaubhaft und begreiflich sein, so ist nicht zu verstehen, daß die Bewohner des Hauses Kwiatkowski, die sich nach der Zertrümmerung ebenfalls als angegriffen fühlen mußten, und unter denen sich, wie gesagt, 4 männliche Personen befanden, die Täter ruhig gewähren ließen. Der nächste Landjägereibeamte wohnt vom Tatort nur wenige Minuten entfernt. Es wäre ein Leichtes gewesen, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen, zumal er auch erst vor kurzen von seinem Streifendienst zurückgekehrt und noch nicht zur Ruhe gegangen war. Nichts dergleichen ist geschehen.

Wenn man nicht von der Vermutung ausgehen will, daß der ganze Überfall überhaupt von polnischer Seite in Szene gesetzt worden ist, um einen für die polnische Propaganda sehr erwünschten Zwischenfall künstlich zu schaffen, so ist die Nichtheranziehung der Polizei nur zu erklären einmal aus dem in erster Linie privaten Charakter der Reiberei, die den Anlaß gegeben hat und die den Beteiligten die Einmischung deutscher Beamter unerwünscht erscheinen ließ. Ferner kann vielleicht den Osinskis die Ausschreitung sehr gelegen gekommen sein, um im Anschluß an die zu erwartende gerichtliche Bestrafung der mutmaßlichen Täter Paczinski und Cholerius diese unbequemen Mieter auf leichte Art los zu werden, und schließlich muß man nach dem ganzen Zusammenhang annehmen, daß Osinski sowohl als auch der polnische Lehrer die Täter gern haben gewähren lassen, um sich selbst den Polen gegenüber als Märtyrer aufspielen zu können und daraus finanziell (durch Schadensersatzforderungen) und anderweitig Kapital zu schlagen.

Für diese Beurteilung der Vorgänge spricht es besonders, daß sofort am Morgen nach der Tat der als Agitator berüchtigte Sekretär des polnischen Schulvereins Golisch aus Stuhm mit einem Kraftwagen an Ort und Stelle eintraf und daß ferner am nächsten Tage sich außer einem Vertreter der „Gazeta Olsztynska" aus Allenstein, der Allensteiner Geschäftsführer des Landesverbandes Ostpreußen des Polenbundes, Kiercynski [Kierczyński], dieser mit einem fotografischen Apparat und sogar ein eigens zu diesem Zwecke gerufener Verteter der polnischen Verbände aus Berlin, Dr. Oppenkowski, Syndikus des Bundes der Polen in Deutschland und des Verbandes polnisch-katholischer Schulvereine, in Nikolaiken einfanden, um den Tatbestand aufzunehmen.

Es zeigt sich hier wieder einmal die hervorragend arbeitende polnische Regie, die keine Gelegenheit vergehen läßt, um vor aller Welt die angeblichen Unterdrückungen der polnischen Minderheit in Deutschland zu beweisen. Auf den sehr naheliegenden Zusammenhang mit den gleichzeitigen Ausschreitungen der Polen gegen die deutsche Minderheit habe ich mir erlaubt, bereits in meinem gestrigen Bericht hinzuweisen. Das Allensteiner Polenblatt ist unvorsichtig genug, diesen Zusammenhang zuzugeben, indem es an das „noch nicht verklungene Echo der Posener Kundgebungen" erinnert. (vergl. Gesamtüberblick über die polnische Presse Nr. 87 vom 1. 11. 1930 S. 584). Der

Verdacht, daß der ganze Zwischenfall ein Akt der polnischen Propaganda sei, ist unter diesem Gesichtspunkte nicht von der Hand zu weisen.

Ich hatte bereits in meinem gestrigen Bericht und meinen an den Herrn Preußischen Minister des Innern gerichteten Drahtbericht gebeten, den zu erwartenden entstellenden Ausstreuungen in der ausländischen Presse im Sinne der vorstehenden Beurteilung zuvorzukommen und zu begegnen, und ich darf hiermit diese Bitte aufs dringendste wiederholen.

Dies erscheint mir umso notwendiger, als die Möglichkeit weiterer Zwischenfälle auch an anderen Orten des Kreises Stuhm selbst durch die verstärkten polizeilichen Vorbeugungsmaßnahmen, die ich angeordnet habe, nicht ausgeschlossen werden kann. So hat, wie nachträglich festgestellt ist, in der gleichen Nacht von 29. zum 30. 10. in Neumark, Kreis Stuhm, einer etwa 6 km von Nikolaiken entfernt liegenden, ebenfalls stark polnisch durchsetzten Gemeinde eine Zertrümmerung von 3 Fensterscheiben in einem leeren Raum des Hauses, in dem sich die dortige private Minderheitsschule befindet und in der auch der polnische Lehrer wohnt, stattgefunden. Die genaue Zeit dieser Zerstörung ist nicht festzustellen, da der polnische Lehrer nichts von der Zertrümmerung gehört, sondern diese erst am nächsten Tage bemerkt hat. Aus dem gleichen Grunde fehlt von dem Täter bisher jede Spur. Der polnische Lehrer hat auch auf den Vorfall kein besonderes Gewicht gelegt, und der Landrat hat, um eine Erregung der Gegensätze in Neumark zu vermeiden, die Angelegenheit ebenfalls ohne besonderes Aufsehen, wie jede gewöhnliche Sachbeschädigung polizeilich behandeln lassen. Ausschreitungen von gleichen Umfange wie in Nikolaiken sind in Neumark deswegen nicht zu befürchten, weil der Landjägerbeibeamte dem Hause der Minderheitsschule unmittelbar gegenüberwohnt.

I.V.

[Unterschrift]

039

8.12.1930: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Das polnische Minderheitsschulwesen 8 XII 1930r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Szkolnictwo mniejszości polskiej

PAAA Bonn, Kulturabteilung VIa, Polen in Deutschland, Nr. 3 (= R 60504) (Abschrift).

Der Bericht der Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen; über die Besichtigung der privaten Minderheitsschulen im Regierungsbezirk Westpreußen, den ich hiermit überreiche, gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Wie aus den Revisionsprotokollen hervorgeht, fehlt es dem Verbande polnischer Schulvereine Deutschlands an Mitteln zur angemessenen Ausstattung der Minderheitsschulen nicht. Ich möchte daher annehmen, daß, soweit es sich dabei lediglich um die finanzielle Seite der Sache handelt, er in der Lage ist, noch weitere Schulen ins Leben zu rufen, ohne in unüberwindliche geldliche Schwierigkeiten zu geraten. Inwieweit er damit einem tatsächlichen Bedürfnis entgegenkommen würde, ist freilich eine andere Frage. Augenblicklich liegen die Verhältnisse so, daß ein Teil der Minderheitsschulen nur schwach besucht ist. Die Schulen in Kgl. Neudorf, Hohendorf, Neumark, Pr. Damerau und Nikolaiken sind ihrem augenblicklichen Schülerbestande nach als bloße Zwergschulen anzusprechen. Es kommt hinzu, daß es z. T. rein äußerliche Gründe sind,

die die Erziehungsberechtigten bestimmt haben, ihre Kinder der Minderheitsschule zuzuführen. Ich darf in diesem Zusammenhange etwas auf die verhandlungsschriftlichen Vernehmungen eingehen, die der Landrat des Kreises Stuhm aus Anlaß des Nikolaiker Zwischenfalles angestellt hat. Sie sind in mehrfacher Hinsicht überaus lehrreich. Es sind Personen aus vier verschiedenen Ortschaften abgehört worden. Sie bestreiten übereinstimmend, wegen der Wahl der Minderheitsschule für ihre Kinder irgendwelchen Belästigungen, insbesondere von behördlicher Seite, ausgesetzt gewesen zu sein. Im übrigen geht aus ihren Aussagen, soweit sie, und zwar freiwillig, die Motive enthüllen, die bei ihrer Entscheidung für die Minderheitsschule den Ausschlag gegeben haben, einwandfrei hervor, daß es sich dabei, wenigstens für einen Teil von ihnen, um Dinge wie die folgenden gehandelt hat: Furcht vor dem Verlust der Arbeitsstelle, Aussicht auf Gewährung freier Bekleidung für die die Minderheitsschule besuchenden Kinder, eigener Wunsch der Kinder, Besuch der Minderheitsschule durch die Nachbarskinder, Unzufriedenheit mit bestimmten deutschen Lehrern, angebliche schlechte Behandlung der Kinder in der deutschen Schule. In einem besonders interessanten Falle sind es sogar Erziehungsberechtigte deutscher Muttersprache (der Mann ist vom Kreise angestellter Straßenarbeiter) gewesen, die sich um eines solchen äußeren Anlasses willen bewogen gefühlt haben, ihre Kinder der Minderheitsschule anzuvertrauen. Daneben ist freilich von einigen der Vernommenen auch die Meinung vertreten worden, daß die Minderheitsschule vor der deutschen Schule den Vorzug verdiente, weil die Kinder dort nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Sprache erlernten, mithin eine bessere Ausrüstung für das Leben erhielten. Inwieweit hierbei etwa der Gedanke eine Rolle gespielt hat, daß Westpreußen eines Tages dem polnischen Staate einverleibt werden könnte, ist schwer zu sagen. Tatsache ist jedenfalls, daß solche Gerüchte von interessierter Seite immer wieder ausgestreut werden und dann bei leichtgläubigen Gemütern die beabsichtigte Wirkung ausüben. Auch die Behauptung von der größeren Leistungsfähigkeit der Minderheitsschule, der man in der polnischen Presse nicht so ganz selten begegnet, gehört zu den Mitteln, deren sich die polnische Propaganda bedient, um unter der zweisprachigen Bevölkerung für den Besuch der Minderheitsschule Stimmung zu machen. Daß diese Behauptung irreführend ist, kann freilich keinem Zweifel unterliegen. Gewiß bedeutet Zweisprachigkeit, zumal im Grenzgebiet, gegenüber der bloßen Einsprachigkeit einen fühlbaren Vorteil. Aber die Minderheitsschule ist gar nicht in der Lage, Zweisprachigkeit im vollen Sinne des Wortes zu erzeugen. Dazu ist die für den deutschen Sprachunterricht vorgesehene Stundenzahl viel zu gering. Es ist doch sehr bezeichnend, daß, wie mir gelegentlich berichtet worden ist, in Honigfelde, wo eine zweiklassige Minderheitsschule sich befindet, in einer vom Leiter dieser Schule veranstalteten Elternversammlung lebhaft darüber Klage geführt worden ist, daß die Kinder zu wenig Deutsch lernten. Und es wird in dieser Hinsicht mit der Zeit noch schlimmer werden, da vorläufig der größte Teil der Kinder noch von dem mehr oder minder langen Besuch der deutschen Schule her über ein gewisses Maß von deutschen Sprachkenntnissen verfügt. Kommt es erst dahin – und die Entwicklung dürfte in dieser Richtung verlaufen –, daß die Minderheitsschulen in der Hauptsache nur Schüler aufweisen, die bereits mit Beginn der Schulpflicht in sie eingetreten sind, dann werden die Klagen über mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache noch ganz anders begründet sein, da dann die Ergebnisse des deutschsprachlichen Unterrichts hinter den jetzt erreichten noch in weit höherem Grade zurückbleiben müssen. Nun hat der Landrat in Stuhm in einem mir neuerdings erstatteten Bericht freilich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Minderheitsschullehrer die für den Deutschunterricht vorgesehene Stundenzahl im Hinblick

auf die nach dieser Richtung hin bei den Erziehungsberechtigten bestehenden Wünsche bewußt überschritten. Tatsächliche Unterlagen dafür hat er nicht beigebracht. Immerhin wird man mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Minderheitsschullehrkräfte, falls sie glauben, das unbemerkt tun zu können, den Deutschunterricht über das zulässige Maß hinaus ausdehnen, um auf diesem Gebiete mit Erfolgen aufwarten zu können, die ihnen sonst versagt bleiben müßten. Um so notwendiger erscheint es mir, dafür zu sorgen, daß ihre Tätigkeit von sachkundigen Persönlichkeiten sorgsam überwacht wird. Gegenwärtig ist das leider völlig ausgeschlossen, da weder der Dezernent der Regierung noch der Schulaufsichtsbeamte des Kreises Stuhm der polnischen Sprache mächtig sind. Dieser unhaltbare Zustand muß in Kürze grundlegend geändert werden, wenn er sich nicht nach den verschiedensten Richtungen hin nachteilig auswirken soll. Denn es handelt sich ja nicht nur darum, zu verhüten, daß seitens der Minderheitsschullehrer – im Interesse einer Steigerung der Wettbewerbskraft der Minderheitsschulen – gegen die vorgeschriebene Stundentafel verstoßen wird. Es muß vielmehr vor allem auch verhindert werden, daß der gesamte Unterricht als solcher, zumal in den sogenannten Gesinnungsfächern, sich in staatsfeindlichen Bahnen bewegt. Die Einführung in das polnische Volkstum, die ja gestattet ist, kann bei mangelnder Aufsicht sehr leicht in eine Werbung für den angrenzenden, sich immer stärker zu einer Großmacht entwickelnden polnischen Staat ausarten. Die Minderheitsschullehrer im hiesigen Bezirk sind ausnahmslos Angehörige dieses Staates. Daß sie ihm mit leidenschaftlicher Hingabe anhängen, darf man bei dem ausgeprägten Nationalismus der Polen als selbstverständlich voraussetzen. An ihrer Willigkeit, propagandistisch zu wirken, ist gleichfalls nicht zu zweifeln, zumal die Leitung des Verbandes polnischer Schulvereine Deutschlands, die sie berufen hat, wie aus den von ihr seinerzeit vorgelegten Lehrplänen für die Minderheitsvolks- und die Minderheitsförderschulen hervorgeht, eine solche Tätigkeit von ihnen offenbar erwartet. Wenn ferner, wie die Revisionsprotokolle ergaben, in Hohendorf der polnische Adler das Schulzimmer schmückt, in Pestlin ein Kranz in den polnischen Farben das Kruzifix umrahmt, in Nikolaiken die Fensterbehänge die polnischen Farben zeigen, in Altmark der Wandschmuck nichts davon verrät, daß es sich um eine Schule für die Kinder deutscher Staatsbürger handelt, vielmehr den Eindruck erweckt, als befände man sich in einer Schule des polnischen Staates, so scheint mir auch das ein Beweis dafür zu sein, daß man schon jetzt die Beeinflussung der Kinder in einer Richtung versucht, die letzten Endes ihre Erziehung zu deutschen Staatsbürgern illusorisch machen muß. Die Schulaufsichtsbehörde wird sich daher der Verpflichtung nicht entziehen können, sich von dem, was in den Minderheitsschulen geredet und getrieben wird, immer aufs neue eingehendste Kenntnis zu verschaffen. Sie kann das aber nur, wenn ihr entsprechend befähigte Beamte zur Verfügung stehen. Der hiesige Bezirk verfügt, wie ich bereits erwähnt habe, über solche Beamte gegenwärtig nicht. Umso unabweisbarer ist es, daß er solche ungesäumt zugewiesen erhält. Denn es ist kein Zweifel, daß der Verband polnischer Schulvereine seine Bemühungen, das Minderheitsschulwesen immer wieder auszubauen, vorläufig nicht aufgeben, vielmehr energisch fortsetzen wird. Wo kein natürliches Bedürfnis in der Bevölkerung selbst dafür vorhanden ist, wird er durch entsprechende Agitation ein solches künstlich zu schaffen suchen. Gelingt es ihm überdies, in den bereits vorhandenen Minderheitsschulen die Jugend in seinem Sinne zu beeinflussen, dann zieht er sich auf diese Weise Mitkämpfer heran, die ihm in Zukunft seine Arbeit erleichtern dürften. Es ist demnach größte Wachsamkeit geboten, wenn die deutschen Interessen durch das Minderheitsschulwesen keinen Schaden erleiden sollen.

Die Revisionsprotokolle stellen auch fest, daß die Minderheitsschullehrer methodisch nicht auf der Höhe sind. Ich darf dazu bemerken, daß dies Urteil auf der Anwendung eines Maßstabes beruht, der die Forderungen der sogenannten Arbeitsschulpädagogik zur Grundlage hat. Es wäre mithin verfehlt, daraus ohne weiteres die unterrichtliche Unterlegenheit der Minderheitsschulen gegenüber den deutschen Schulen folgern zu wollen, da auch in diesen die alte, mehr mechanische Lehrweise noch keineswegs als restlos überwunden gelten kann. Es gibt deutsche Lehrer, die sich, was ihr Lehrverfahren anlangt, von den Minderheitsschullehrern nur wenig oder gar nicht unterscheiden. Es gibt sie leider auch im zweisprachigen Gebiete. Und da bedeuten sie freilich einen besonders unerfreulichen Hemmschuh für die wirksame Durchsetzung der deutschen Interessen. Ihre methodische Unzulänglichkeit mindert die Wettbewerbskraft der deutschen Schule herab, statt sie, wie es angesichts der Entwicklung des Minderheitsschulwesens notwendig wäre, zu steigern. Es muß mithin mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, die Lehrerfrage im zweisprachigen Gebiete, die m. E. eine Kardinalfrage ist, in einem den deutschen Interessen förderlichen Sinne zu lösen. Die besten Lehrer sind hier gerade gut genug. Dabei verkenne ich keineswegs, daß die unterrichtstechnische Befähigung allein nicht ausreicht. Für die breiten Massen der polnischsprechenden Bevölkerung ist die ganze Persönlichkeit des Lehrers das weitaus Entscheidendere. Ob er eine umgängliche Natur ist, sich nicht als Gegner ihrer berechtigten Interessen offenbart, ihnen im Notfalle mit Rat und Tat zur Seite steht, ihre Kinder nicht anders behandelt wie die der deutschsprechenden Bevölkerung, auf Verlangen gerne polnischen Religions-, gegebenenfalls auch Sprachunterricht erteilt, darauf kommt es ihnen in erster Linie an. Gelingt es mit der Zeit – und ein sofortiger Wandel der Verhältnisse ist aus auf der Hand liegenden Gründen naturgemäß ausgeschlossen – die Schulen im zweisprachigen Gebiete durchweg mit für die dort zu lösenden Aufgaben wirklich geeigneten Lehrkräften zu besetzen, dann darf man hoffen, daß das Minderheitsschulwesen keinen Umfang annehmen wird, der als eine tatsächliche Bedrohung der deutschen Interessen aufgefaßt werden könnte.

Besondere Anforderungen müssen aber nicht nur an die Lehrer, sondern auch an die in Frage kommenden Schulräte des gemischtsprachigen Gebietes gestellt werden. Daß die Kenntnis des Hochpolnischen für sie eine Selbstverständlichkeit bedeutet, habe ich bereits betont. Sie müssen aber außerdem mit dem nötigen klaren Blick für das, was unter den gegebenen Verhältnissen zu tun und zu lassen ist, ausgestattet sein, um nicht da nachzugeben, wo es zu widerstehen gilt, und da zu widerstehen, wo Nachgiebigkeit am Platze ist. Ihrer besonderen Aufgabe, die deutschen Interessen auf dem Schulgebiete wirksam zu vertreten, ohne der fremdsprachigen Minderheit Anlaß zu begründeten Beschwerden zu bieten, die dann sofort von der gesamten polnischen Presse als erwünschtes Agitationsmaterial aufgegriffen werden, können sie nur genügen, wenn sie neben scharfem Verstande auch über den erforderlichen politischen Instinkt verfügen. Geht ihnen dieser ab, dann sind Fehler unvermeidlich.

Die Revisionsprotokolle erweisen schließlich, daß nicht nur die Minderheitenschullehrer, sondern teilweise offenbar auch die Kinder, von der schulentlassenen Jugend ganz abgesehen, aus Polen stammende Literatur benutzen. Bei der großen Bedeutung, die die Lektüre, insbesondere auch in staatspolitischer Beziehung, für die Formung des inneren Menschen besitzt, halte ich es für unerläßlich, daß möglichst bald in eine Prüfung dieser Literatur auf ihren tatsächlichen Gehalt hin eingetreten wird. Gegenwärtig ist freilich weder der zuständige Schulrat, noch der zuständige Dezernent der Regierung in der Lage, eine solche Prüfung vorzunehmen. Lehrer, die die hier gebräuchliche polnische Umgangssprache sprechen, sind vorhanden. Ihre Heranziehung kann aber m. E.

nur als ein Notbehelf angesehen werden. Ganz abgesehen davon, daß ihnen die Lektüre hochpolnischer Schriften nicht leicht fallen wird – sie werden sie vermutlich nur unvollkommen durchführen können – ist es auch fraglich, inwieweit ihr einer Nachprüfung durch die Schulaufsichtsbeamten aus den angegebenen Gründen entzogenes Urteil eine tragfähige Grundlage für die von der Regierung zu treffenden Entscheidungen, die auch außenpolitisch von Bedeutung sind, abzugeben vermag. Ich darf daher auch aus diesem Grunde die Bitte aussprechen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß mir sowohl in der Lokal- als auch in der Regierungsinstanz Beamte zur Verfügung gestellt werden, die in allen das Minderheitsschulwesen betreffenden Fragen auf Grund eigener Sachkunde zu urteilen und mich entsprechend zu beraten in der Lage sind.

gez. Budding

040

Anfang 1931: Der Landrat in Stuhm an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Weihnachtsbescherungen in polnischen Vereinen, Schulen und Kindergärten
Początek 1931r.: Landrat w Stuhm do prezydenta rejencji w Marienwerder. Podarki gwiazdkowe w polskich stowarzyszeniach, szkołach i przedszkolach

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 31 (Abschrift).

Übersicht über polnische Weihnachtsbescherungen im Kreise Stuhm

I. Stuhm

Weihnachtsbescherung des Kingavereins am 20.12.1930.

Teilnehmerzahl: etwa 50 Frauen mit ihren Kindern.

Frau von Donimirski – Hohendorf, Fräulein Morawski – Stuhm.

Die Verteilung der Geschenke erfolgte nach dem Besuch der Versammlungen des Vereins.

Frauen, die alle 12 Monatsversammlungen besuchten, erhielten

3 Tassen mit Untertassen,

3 Tischteller und eine größere bunte Tüte mit Süßigkeiten.

Frauen, die nur 11 Versammlungen besucht hatten, erhielten

2 Tassen mit Untertassen,

2 Tischteller und eine etwas kleinere bunte Tüte.

Für den Besuch von 10 Versammlungen wurde gegeben

1 Tasse mit Untertasse,

1 Teller und eine bunte Tüte.

Wer unter 10 bis 6 Versammlungen besucht hatte, erhielt nur eine bunte Tüte.

Wer unter 6 Versammlungen besucht hatte, erhielt nichts.

Die gestaffelte Verteilung der Weihnachtsgeschenke hat, insbesondere unter den ärmeren Frauen, die aus Gründen des Dienstverhältnisses oder infolge herrschender Kinderkrankheiten in der Familie die Versammlungen nicht regelmäßig besuchen konnten, eine sichtliche Empörung hervorgerufen, die durch vorzeitiges Verlassen des Bescherungsabends zum Ausdruck kam.

II. Honigfelde

Gemeinsame Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule und der Kleinkinderschule am 21.12.30.

Teilnehmerzahl: 60 Kinder sowie deren Eltern, ferner Frau Kowalski – Gorken und Golisch – Stuhm

Es erhielten:

Die Minderheitenschule: Knaben: Ein Unterkleid, ein Hemd, 6 Taschentücher, ein Paar Strümpfe, eine bunte Tüte und eine Schachtel Konfekt
Mädchen: Ein Schlüpfer, eine Schürze, ein Paar Strümpfe, eine Mütze, 6 Taschentücher, eine bunte Tüte und eine Schachtel Konfekt
Die Kinder der Kleinkinderschule: Knaben: Ein Anzug, Spielzeug und eine bunte Tüte
Mädchen: Ein Kleid, eine Schürze, Spielzeug und bunte Tüte
Ferner hatten amerikanische Polen getragene Kleidungsstücke gestiftet, die an arme polnische Familien zur Verteilung kamen
III. Pestlin
1. Gemeinsame Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule und der Kleinkinderschule am 21.12.1930
Teilnehmerzahl: Außer den Kindern etwa 150 Personen, und zwar die Eltern der Kinder, mehrere Besitzer aus Pestlin und Umgegend sowie eine Anzahl Neugieriger, ferner der polnische Vizekonsul – Marienwerder nebst Frau, Kasimir von Donimirski – Kl. Ramsen, Joseph von Donimirski – Cyguß, Lenga – Pestlin und Golisch und Dorsch – Stuhm
Es erhielten:
Die Kinder der Minderheitenschule:
Knaben: Stoff zu einem Anzug und eine große bunte Tüte
Mädchen: Stoff zu einem Kleid und eine bunte Tüte
Die Kinder der Kleinkinderschule außerdem wollene Wintersachen – Sweter und dergleichen –, Stoff zu einem Hemd, eine Schürze und Spielsachen
2. Weihnachtsfeier des polnischen Gesangvereins am 28.12.1930
Teilnehmerzahl: Etwa 25 Mitglieder
Crzeslaw [Czesław] Gowronski – Pestlin, Johann Wroblewski – Pestlin
Die Teilnehmer erhielten außer Süßigkeiten kleine Geschenke wie Schürzen, Kuchenteller und dergleichen.
IV. Altmark
1. Weihnachtsbescherung des Kingavereins am 14.12.30
Teilnehmerzahl: ungefähr 70 Frauen
Frau von Donimirski – Hohendorf, Kindergärtnerin Wanda Fill – Gr. Waplitz
Die Verteilung der Geschenke erfolgte wie in Stuhm nach dem Besuch der Versammlungen.
Es erhielten die Frauen, die stets an den Versammlungen und dem polnischen Gemeinschaftsleben teilgenommen haben, 2 Handtücher und eine bunte Tüte, die Frauen, die öfter gefehlt hatten, ein Handtuch und eine bunte Tüte, die Frauen, die sich selten um die polnische Bewegung bemüht hatten, nur eine bunte Tüte.
2. Gemeinsame Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule und der Kleinkinderschule am 19.12.1930
Teilnehmerzahl: einschließlich der Kinder etwa 160 Personen, ein Konsul aus Marienwerder, Pfarrer Gollan – Altmark, Lenga – Pestlin und Golisch, Literski und Dorsch – Stuhm
Es erhielten: Jeder Knabe: Stoff zu einem Anzug, Spielzeug und eine bunte Tüte
Jedes Mädchen: Stoff zu einem Kleide und Hemd, Spielzeug und eine bunte Tüte
V. Neumark
Weihnachtsbescherung der polnischen Minderheitenschule am 22.12.1930

Teilnehmerzahl: Etwa 25 Personen, Golisch – Stuhm
Es erhielten: Die Knaben fertige Hosen, die Mädchen Stoff zum Kleid, außerdem eine bunte Tüte, Bleistifte und Schulhefte
VI. Gr. Waplitz
Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule am 17.12.1930
Teilnehmerzahl: Einschließlich der Kinder etwa 60 Personen, Golisch – Stuhm
Es erhielten: Knaben: Stoff zu einem Anzug, Mädchen: Stoff zu einem Kleid, außerdem bunte Tüte und Bücher.
VII. Neudorf
Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule am 22.12.1930
Teilnehmerzahl: 16 Kinder und deren Eltern, Lenga und Gawronski – Pestlin. Der Besuch war sehr mäßig.
Es erhielten: Knaben: Stoff zu einem Anzug, Mädchen: Stoff zu einem Kleid, außerdem einen bunten Teller.
VIII. Mirahnen
Weihnachtsfeier des polnischen Jugendvereins am 27.12.1930
Teilnehmerzahl: Etwa 50 Personen aus Mirahnen und Umgegend unter Leitung des Landwirts Franz Wiczorek – Mirahnen und Dorsch – Stuhm
Sämtliche Teilnehmer wurden mit Kaffee und Kuchen sowie Süßigkeiten und belegten Brötchen bewirtet.

Anmerkung:
Gegenüber dem Vorjahre ist festzustellen, daß Quantität und Qualität der Weihnachtsgeschenke nachgelassen hat. In Gr. Waplitz soll auf eine allgemeine Beschwerde der Eltern der Lehrer Manschinski [Mańcyński] versprochen haben, den Knaben noch nachträglich Mützen und den Mädchen Schürzen zukommen zu lassen.

Nachtrag
VI. Gr. Waplitz
2. Weihnachtsbescherung der Kleinkinderschule am 23.12.1930
Kindergärtnerin Wanda Fill
Die Kinder erhielten: Strickanzüge bzw. Strickjäckchen, bunte illustrierte Bilderbücher. Für die Eltern der Kinder wurde am 18.1.1931 nachmittags Kaffee und Kuchen in der Kleinkinderschule gegeben.
IX. Nikolaiken
Gemeinsame Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule und der Kleinkinderschule am 17.12.1930
Teilnehmerzahl: etwa 25 Kinder; teilweise erschienen die Eltern, außerdem einige Nikolaiker Polen, der polnische Konsul aus Marienwerder, Frau von Donimirski – Hohendorf, Golisch – Stuhm.
Da die Geschenke bereits in Pakete gepackt waren, konnten sie nicht ermittelt werden; es sollen hauptsächlich Kleidungsstücke gewesen sein.
X. Pr. Damerau
Weihnachtsbescherung der Minderheitenschule am 20.12.1930
Teilnehmerzahl: 7 Kinder, die Mütter der Kinder, Golisch – Stuhm
Beschenkt wurden außerdem einige noch nicht schulpflichtige Kinder; ferner 6 schulpflichtige Kinder, die aber die polnische Schule nicht besuchen; außerdem die Eltern dieser Kinder

041

6.2.1931: Der Polizeipräsident in Elbing an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Tagung des Polenbundes in Stuhm (1.2.1931)
6 II 1931r.: Prezydent policji w Elbing do prezydenta rejencji w Marienwerder. Narada Związku Polaków w Stuhm (1 II 1931r.)

PAAA Bonn Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 31 (Abschrift).

Am 1. Februar 1931 fand im Schützenhaus Stuhm eine Tagung des Sejmik des Polenbundes Bezirk Marienburger Land unter Leitung des Vorsitzenden Kazimierz von Donimirski – Kl. Ramsen statt.

Es waren 350 Eintrittskarten vorgesehen, aber etwa 60 Karten mehr verkauft worden, so daß einschließlich Gäste etwa 430 Personen erschienen waren. Anwesend waren aus Berlin: Dr. Kaczmarek und Wesolowski, aus Allenstein: Kierczynski (Geschäftsführer des Polenbundes Dzielnica IV), der Redakteur der Gazeta Olsztynska Jankowski, Bartsch und der Leiter des Rolnik Mierzynski. Ursprünglich rechnete man mit Gästen aus Warschau, Schlesien und Tschechien; aus nicht bekannten Gründen ist der Besuch jedoch unterblieben.

Teilnehmer des Sejmik waren die Mitglieder des Polenbundes, Abordnungen des Bundes der besseren Gutsbesitzerfrauen (Tow. Ziemianek), der Frauenvereine Heilige Kinga, der Landwirtschaftsvereine, der Bank Ludowy, der Gesang-, Sport- und der Jugendvereine.

Von den Großgrundbesitzern nahmen teil: Kazimierz von Donimirski – Kl. Ramsen, Witold von Donimirski – Hohendorf, Josef von Donimirski – Cyguß mit Frauen und erwachsenen Kindern.

Kazimierz von Donimirski eröffnete die Versammlung mit Gottesgruß, begrüßte die Anwesenden und bedauerte, daß die Versammlung erst eine Stunde später habe angefangen werden können, weil sich die mit den Autobussen gekommenen Teilnehmer aus Nikolaiken und Altmark verspätet hatten. (Es soll dahinter eine bewußte Verschleppungstaktik stecken, die unbedingt eine Diskussion vor großem Forum verhindern wollte. Tatsächlich hat auch zu keinem Punkte eine Diskussion stattgefunden.)

Donimirski fragte zunächst, ob sich Berichterstatter der Zeitungen, insbesondere der Stuhmer Zeitung, oder des Heimatdienstes in der Versammlung befänden, und forderte sie gegebenenfalls auf, sich vorn an den Tisch zu setzen. Anschließend ersuchte er aber alle diejenigen, die nicht zum Sejmik gehören, den Saal zu verlassen. Die Berichterstatter sollten sich bemühen, die Wahrheit wiederzugeben, damit nicht Tatsachen verdreht werden. Es passiere nichts Unrechtes, die Betreffenden würden selbst den Eindruck gewinnen, daß die Versammelten keine „Warschauer" seien und mit Warschau auch keine Verbindung bestehe, sondern daß der Sejmik eine eigene Institution sei. „Es ist auch kein Konsul da!" rief Donimirski aus. – Kurz darauf betrat aber zur Verwunderung verschiedener Versammlungsbesucher der Vizekonsul aus Marienwerder den Saal.

Als *erster Redner trat Dr. Kaczmarek,* der Generalsekretär des Polenbundes, Berlin, auf. Er sprach über die *„Entwicklung des Bundes der Polen in Deutschland und seine Aufgaben in der Jetztzeit"*, und führte aus: In Anbetracht der kurz bemessenen Zeit wolle er nur die aktuellen Momente hervorheben. Marksteine der Entwicklung des Bundes der polnischen Minderheiten seien der Genfer Kongreß vom Jahre 1927, wo die Deutschen die polnischen Forderungen nicht anerkennen wollten und daher die polnischen und mit ihnen alle Minderheiten [des Deutschen Reichs] austraten, ferner der Rigaer Kongreß vom Jahre 1930, der bewiesen habe, daß die Vorarbeiten bereits so weit

gediehen sind, daß es in Genf wieder zu einer Einigung kommen werde. Seit 1925 schon erkennen die berühmten Politiker Henderson und Briand die polnischen Forderungen als berechtigt an. Nach innen ist es der Zentrale des Polenbundes gelungen, sämtliche Polen in Deutschland als polnische Minderheit zu erfassen. Nach außen hin habe der Bund weiter seit 1923 versucht, „alle Slaven, die von Natur aus den Polen nahestehen und insbesondere ihre Jugend" zu erfassen und sich anzugliedern. Leider würden deutscherseits diesem Bestreben außerordentliche Schwierigkeiten entgegengesetzt, es seien die anderen Minderheiten kulturell außerordentlich zurück.

Seiner Aufgabe nach innen habe der Polenbund trotz der deutschen Intrigen aber in voller Weise gerecht werden können. Der Polenbund vereine sämtliche in Deutschland wohnenden Polen, vertrete ihre Interessen und lasse alle Fäden in der Berliner Zentrale zusammenlaufen. Insbesondere kämpfe er ständig für die nach Artikel 113 Reichsverfassung der Minderheit zustehenden Rechte. Wie sehr dieser Artikel angeblich mißachtet werde, zeigte er an Hand verschiedener Beispiele:

a) Hundert Gemeindevorsteher seien nicht anerkannt worden, weil sie sich zur polnischen Minderheit bekannt haben. Erst durch Presse und Gerichte sei dieser Zustand wenigstens einigermaßen geändert worden; die Deutschen haben durch allerlei Intrigen aber doch zum großen Teil ihr Ziel erreicht.

b) Wegen angeblicher Anstiftung zum Landfriedensbruch in der Leipziger Straße in Berlin habe ihn, Kaczmarek, die deutsche Presse an den Pranger gestellt. In dem darauffolgenden Beleidigungstermin gegen den Redakteur habe er sich auf Artikel 113 Reichsverfassung berufen und in der Verhandlung polnisch sprechen wollen. Das Gericht sei in keiner Weise darauf eingegangen, man habe ihm im Gegenteil geantwortet: „Die Gerichtssprache ist deutsch. Wenn Sie wollen, können Sie polnisch sprechen; das ist aber genau so gut, als wenn Sie nichts gesagt haben!" Er habe dagegen scharf protestiert und den Protest zu Protokoll geben wollen, um schriftlich niederzulegen, daß die Bestimmung des Artikels 113 Reichsverfassung tatsächlich „nur ein Fetzen Papier ist". Es sei ihm schließlich nichts anderes übrig geblieben, als doch deutsch zu sprechen. "Der Führer der polnischen Minderheiten macht sich lächerlich" haben seinerzeit die deutschen Zeitungen geschrieben.

c) In Genf habe der Generalsekretär einmal die Beschwerden der Minderheiten entgegennehmen wollen, um sich über dieses Problem eingehend zu informieren. „Wir haben ihn auf unsere älteste und beste Zeitschrift ‚Kulturwehr' hingewiesen, in der wir unseren Kampf ausführlich beschreiben. Diese Hefte sind die beste Unterlage für jede Information auf diesem Gebiete. Sie geben Aufschluß über unsere Notlage und unsere Forderungen". Auch diese "Kulturwehr" wird von der Zentrale des Polenbundes herausgegeben.

d) Auch auf dem Gebiete des Schulwesens habe der Polenbund scharf kämpfen müssen. Acht Jahre habe der Kampf gedauert, bis endlich im Dezember 1928 die Schulverordnung erlassen worden ist. Heute beständen über 60 polnische Privatschulen. Aber damit, daß die Eltern nur ihre Kinder in die polnische Schule schicken, sei es mit dem Kampf lange nicht zuende. Es fehle an Fachschulen, Gymnasien usw. Förderschulen habe die Verordnung vom Jahre 1928 auch nicht vorgesehen. Der Kampf werde speziell von dem Bund der polnischen Schulvereine, der dem Polenbund angegliedert ist, geführt. „Wenn jemand in die Zentrale des Polenbundes kommt, glaubt er, er sei in einer Schmiede der Arbeit; von früh bis spät wird an den großen Aufgaben gearbeitet". Welche Widerstände und ungeheuren Schwierigkeiten der Kampf mit sich bringe, könne

vielleicht im Vergleich mit dem Nikolaikener Prozeß ermessen werden, der trotz seiner Geringfügigkeit im Verhältnis zur großen Aufgabe des Polenbundes die hiesige Stuhmer Bevölkerung in wochenlange Aufregung versetzt hat.

Allen Wünschen gerecht zu werden, sei natürlich ausgeschlossen. Wenn man aber die Verhältnisse zur Zeit der Abstimmung mit den heutigen vergleicht, dann sieht man, welch ungeheures Aufgabengebiet der Polenbund bereits bewältigt hat. Im Hinblick auf die schlechte materielle Lage des Polenbundes müssen manche an sich berechtigten Forderungen doch noch zurückgestellt werden. In Ortschaften mit ein bis zwei Kindern kann eine polnische Schule zum Beispiel nicht errichtet werden. Eventuell werde aber die Einrichtung polnischer Sprachkurse erstrebt werden. Hierbei könne auf die Mithilfe der Mitglieder des Polenbundes keinesfalls verzichtet werden, wie überhaupt die Mitglieder die Arbeit der Zentrale unterstützen müssen. „Heiligste Aufgabe eines jeden Polen ist es, die Tradition seines Volkes hochzuhalten".

e) Er sprach dann von den Zeitschriften „Maly Polak" und „Mlody Polak", die für billiges Geld die besten Zeitungen seien, die der Jugend geboten werden können. Bereits 4000 Kinder seien Abonnenten des „Maly Polak", es könnten aber noch viel mehr sein – in Schlesien allein 50000. Auch im Marienburger Lande könnte es besser sein. Man habe zunächst selbst nicht geglaubt, daß die Zeitschriften ein so großes Interesse finden würden. Die zahlreichen Eingänge an Kinderbriefen – 50 bis 60 täglich – haben bewiesen, wie sehr der „Maly Polak" mit seinem Briefkastenonkel Eingang gefunden habe. Der „Mlody Polak" habe etwa 3000 Bezieher, er stehe ebenfalls hinter der wirklich zu erzielenden Bezieherzahl erheblich zurück. Dabei seien mit beiden Zeitschriften eine Versicherung und auch sonstige Vorteile, zum Beispiel Weihnachtsgeschenke, verbunden. Das Geld, auf das durch das Abonnement Anspruch erworben werde, gehe auf keinen Fall verloren; die Zentrale hafte mit ihrem Vermögen dafür. Nicht in einem oder zwei Jahren, aber im Laufe der Zeit werden sich immer mehr Abonnenten – 10000, 100000 usw. – anschließen, so daß die Zentrale mit dem gesammelten Geld wieder andere schwache Organisationen zu unterstützen in der Lage ist. Beispielsweise müssen die landwirtschaftlichen Vereine viel mehr ausgebaut werden.

f) Ferner führte Dr. Kaczmarek aus, die Polen seien eine große Familie. In Deutschland stehe ihr als Oberhaupt die Zentrale des Polenbundes in Berlin vor. Nicht immer werden die Familienmitglieder die Anordnungen und Unternehmungen des Oberhauptes billigen, respektive überhaupt verstehen. Nur *der* Vater könne etwas erreichen, der auf das Kind mit seiner ganzen Kraft einwirkt. Das habe Lenin mit der russischen Familie auch versucht, seine Arbeit ist aber mit Blut befleckt gewesen. Hitler wolle auch als ein Vater einer großen Familie, die er um sich scharen will, angesehen werden. Seine Ziele aber arten in Diktatur aus; er will Beseitigung des Korridors, Revision des Versailler Vertrages und Vereinnahmung ganz Polens. Der Polenbund verfolge demgegenüber friedliche Ziele und will sie auf friedliche Weise erreichen, dessen können die Mitglieder gewiß sein. Sie werden die Überzeugung gewinnen, daß der Polenbund nicht eigene Interessen, sondern nur die seiner Mitglieder verfolgt und er wirklich als einzige Organisation für sie in Frage kommt. Es soll in der polnischen Familie in Deutschland ein Geist, eine Seele, ein Glaube herrschen. Trotz aller Hemmnisse und Paragraphen, Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten möge sich der Polenbund weiterentwickeln (Schluß des Referats: 17.30).

Als *zweiter Redner trat Kazimierz von Donimirski* auf. Er sprach, von einem mitgebrachten Konzept ablesend, sehr undeutlich, leise und zu schnell, so daß er nur in

den ersten Reihen verstanden wurde und eine allgemeine Unruhe im Saale entstand. Es war vorgesehen, daß er über die örtliche Entwicklung des Polenbundes im Marienburger Lande sprechen sollte. Sehr zur Verwunderung der Anwesenden redete er aber über die hervorragende Anteilnahme der Donimirski's an der Entwicklung des Polentums im Weichselgau. 1241 sei das Land polnisch gewesen; 1446 haben die Breitsteins den Katholizismus in Ost- und Westpreußen eingeführt und 1600 die Donimirski's von Buchwalde für Kultur und Polonisierung gesorgt. 1870 sei eine große Bedrückung durch die Deutschen eingetreten, die bis zum Kriege angehalten habe. Durch deutsche Schulen, deutsche Beamte usw. sei das Land germanisiert worden. Erst nach dem Umsturz konnte eine Volksabstimmung erreicht werden, bei der sich 21 Orte des Kreises Stuhm für Polen erklärt haben, leider aber trotzdem bei Deutschland verblieben sind.

Ebenfalls nur 8 Minuten sprach nach ihm *Lenga – Pestlin über die Entwicklung des Schulwesens im Weichselgau.* Auch er las nur von einem Konzept ab. Schon vor dem Kriege 1870 hätten polnische Schulen im Marienburger Lande bestanden, die sich zum Teil bis noch vor 40 Jahren hatten halten können. Sie seien der Germanisierung zum Opfer gefallen und eingegangen. Wenn jetzt von den Polen die Forderung der Einrichtung polnischer Schulen erhoben worden sei, so werde damit also nur die Wiederschaffung einer alten Institution verlangt. An die Spitze dieser Bewegung habe sich die Gräfin Sierakowski – Gr. Waplitz gestellt, die seit 1921 unermüdlich daran gearbeitet und auch erreicht habe, daß wenigstens in den deutschen Schulen polnischer Sprachunterricht eingerichtet wurde. Es stellt sich aber heraus, daß mit dieser Einrichtung Renegaten herangebildet worden seien, außerdem sei der polnische Religionsunterricht dann von den deutschen Lehrern so vernachlässigt worden, daß er wieder eingeschlafen sei. Das Bedürfnis nach polnischen Schulen habe sich damit herausgestellt. Die Gräfin Sierakowski sei zunächst an die Schaffung von polnischen Kleinkinderschulen herangegangen; deutscherseits sei diesem durch von Grauen und „schwarzen" Schwestern geschaffene deutsche Kleinkinderschulen entgegengewirkt worden. Erst Dezember 1928 habe der polnische Schulvereinsbund das Recht zur Bildung polnischer Schulen in Preußen erhalten. Es sei zunächst sehr schwer gewesen, die polnische Bevölkerung von der Wirksamkeit und Nützlichkeit dieser Einrichtung zu überzeugen. Die ältesten Schulen seien die in Waplitz und Altmark. Heute bestehen 9 polnische Schulen, die Schülerzahl habe zusammengerechnet bereits 183 betragen. Gegen die polnischen Schulen hetze leider die deutsche Presse die Bevölkerung auf, so daß Vorfälle wie der Nikolaikener Schulstreit vorgekommen seien. Diese Verhandlung habe überhaupt ein trübes Licht auf die Verhältnisse geworfen, unter denen die hiesige polnische Bevölkerung leben muß. Der Staatsanwalt habe sich zwar redliche Mühe gegeben, den Fall als Privatsache, als einen Familienstreit, hinzustellen, der politische Hintergrund sei aber nicht zu verschleiern. Es habe sich um einen Kampf gegen die Polen gehandelt, der speziell von den Hitlerleuten unterstützt worden sei. Lenga richtete darauf einen Appell an die Eltern, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken und die Entwicklung der polnischen Schulen zu fördern. Sie dürfen die Gewißheit haben, daß die polnischen Lehrer die Gewähr dafür bieten, daß die Kinder in traditionellem Sinne erzogen werden.

Nach Lenga sprach *Frau Vanda [Wanda] von Donimirski – Hohendorf* über die *polnischen Frauenvereine* (Redezeit: 17.50 bis 18.05 Uhr).

Um den Zusammenschluß der polnischen Frauen haben sich besonders die Donimirski's bemüht. Ein Bund der Gutsbesitzerfrauen (Towarzystwo Ziemianek) sei 1901, ein Frauenverein Heilige Kinga 1911 entstanden. Diese Bewegung sei während des Krieges abgeebbt und erst nach 1919 wieder ins Leben gerufen worden. Während früher

in fast allen größeren Orten solche Vereine bestanden haben, haben wir einen Ziemianekbund zur Zeit nur in Stuhm und 5 Frauenvereinsortsgruppen Sw. Kinga in Stuhm, Altmark, Neumark, Pestlin und Nikolaiken. Seit Bestehen der Vereine haben bei den Ziemianeks 400 Versammlungen, bei der Kinga 500 Versammlungen und ebensoviel Vorträge stattgefunden. Ferner sei durch Ausflüge, zum Beispiel nach Graudenz, Thorn, Gdingen und zur Posener Ausstellung, dann durch Abendveranstaltungen (Wieczornica), Weihnachtsfeiern die Vereinsbewegung belebt worden. Frau Donimirski bat den Sejmik, die Tätigkeit der Frauenvereine anzuerkennen, da die Frauen alle ihre Kräfte bis zum äußersten angespannt haben. Leider haben alle Vereine mit den Lokalschwierigkeiten zu kämpfen, und der Sejmik möge dafür sorgen, daß die Unterbringungsfrage endlich einmal zur Zufriedenheit gelöst werde.

Dann sprach bis 18.18 Uhr der *Redakteur Jankowski – Allenstein* über die *polnische Jugendbewegung.* Nur wenn sich die polnische Jugend restlos in den polnischen Vereinen zusammenfinde, könne Erfolgversprechendes geleistet werden. Im vergangenen Jahre habe zum Beispiel in Zusammenarbeit mit den anderen Vereinen der schöne Ausflug durch ganz Polen stattfinden können. Vor allem sei aber Einigkeit unbedingt vonnöten. In den deutschen Jugendvereinen mache man keinen Unterschied zwischen armen und reichen Mitgliedern, in den polnischen aber herrsche das Klassensystem. Der große Besitzer wolle mit dem kleinen Mann nicht zusammengehen. Das sei ein Krebsschaden, der der polnischen Bewegung zum Nachteil gereiche.

Ab 18.15 Uhr sprach *Literski – Stuhm über das örtliche Vereinsleben im Marienburger Lande.* Erst nach Erlangung der Unabhängigkeit Polens haben die hiesigen polnischen Vereine ab 1919 wieder aufleben können. Die Bevölkerung des Kreises Stuhm sei auf dem Lande stets polnisch gewesen, habe aber erst zur Zeit der Abstimmung wieder den rechten Mut gefunden. Die Gründung der polnischen Vereine mußte systematisch ortschaftsweise vor sich gehen. Als ältester Verein sei der Gesangverein Stuhm unter Leitung von Sanitätsrat Dr. Morawski entstanden, aus dem sich dann Zweigvereine mit anderen Aufgaben herausentwickelt haben. Insbesondere seien Kunst, Theater, Sprachpflege, Gesang und Sport Hauptaufgaben geworden. Ungeheure Schwierigkeiten seien dabei zu überwinden gewesen. Aber die preußische Regierung habe einsehen müssen, daß der polnische Geist nicht unterzukriegen sei. Trotz Raumschwierigkeiten, trotz des Mangels an Sportplätzen haben sich zahlreiche Jugendvereine bilden können. Leider werde von nur ganz wenigen polnischen Bauern ein Platz zur Abhaltung von Sportveranstaltungen zur Verfügung gestellt. Wenn das nicht anders werde, sei zu befürchten, daß die in letzter Zeit sich mit aller Macht entwickelnden deutschen Jugendvereine – deutsche Jugendkraft – die polnische Jugend zu sich herüberziehen werden. Es ist leider Tatsache, daß in mehreren Orten die polnische Jugend bereits zu den deutschen Vereinen übergetreten ist.

Ab 18.30 Uhr sprach *Fischer von der Bank Ludowy.* Die wirtschaftliche Lage der Polen im Marienburger Lande sei eng mit dem Bestehen der Bank Ludowy verbunden. Bisher habe die Bank zwei Stellen, die Hauptstelle Marienwerder und die Nebenstelle Stuhm. Leider müsse er die Beobachtung machen, daß sich ein großer Teil der Polen weder der Bank Ludowy noch den polnischen Landwirtschaftsvereinen, die zur Zeit in Pestlin und Altmark bestehen, angeschlossen haben, sondern mit deutschen Firmen und deutschen Banken zusammenarbeiten. Es sei richtig, daß die Bank Ludowy infolge ihrer beschränkten Mittel nicht allen Kredite gewähren könne; das würde sich aber sofort ändern, wenn sich alle Polen der Bank anschließen. Ebenso bestehe noch keine polnische Ein- und Verkaufsorganisation, wie sie in Allenstein im „Rolnik" längst vorhanden

sei und schon so manchem wieder auf die Beine geholfen habe. Die Einrichtung einer solchen Organisation sei auch im Marienburger Lande, und zwar in Stuhm, Altmark, Pestlin und Nikolaiken, beabsichtigt, sie sei aber nur dann erfolgversprechend, wenn auch ihr alle Polen beitreten. Den landwirtschaftlichen Vereinen empfahl er die Einrichtung eines Arbeitskalenders nach Art des Kalenders, den der Polenbund für jeden Monat herausgegeben habe. Bedauerlich sei, wie auch die Vorrednerin ausgeführt habe, daß die Unterbringungsfrage immer noch nicht gelöst werden konnte. Er empfahl dringend die Einrichtung eines Dom Polski.

Ab 18.50 Uhr sprach *Mierzynski vom „Rolnik" in Allenstein*. Im Rolnik – Allenstein seien so ziemlich alle polnischen Grundbesitzer erfaßt. Etwa 25 % der Mitglieder seien Besitzer unter 100 Morgen, 18 % über 100 Morgen und 10 % über 200 Morgen. Unter ihnen herrsche völlige Einigkeit, und man sei damit bisher stets gut gefahren. Das müsse auch hier im Marienburger Lande eingesehen werden. Er empfehle vor allem den Großgrundbesitzern, mit gutem Beispiel voranzugehen, was sie bisher stets unterlassen hätten, sobald sie nicht gerade einen Vorteil für sich in einem Zusammenschluß erblicken konnten. In Pommerellen habe die Bank Ludowy seit der Unabhängigkeit Polens schon Millionen umgesetzt, diesem Beispiel müßte auch hier gefolgt werden. So lange der Rolnik im Stuhmer Kreise nicht gegründet ist, sei der Bezug von Kunstdünger, Kohlen, Futtermitteln usw. von Allenstein zu empfehlen.

Nach ihm sprach *Bartsch – Allenstein* in ähnlicher Form wie Fischer, aber weit radikaler. (Anmerkung: Bartsch war früher Leiter des Polenbundbüros in Stuhm, durch Kazimierz von Donimirski aber abgeschoben worden und befindet sich jetzt in gleicher Position wie Literski – Stuhm in Allenstein). Er forderte, daß die Ortshilfe durch die Bank Ludwoy bezogen und diese Bank als Umschuldungseinrichtung anerkannt werde. Früher haben im Kreise Stuhm vier Niederlassungen der Bank Ludwoy bestanden; es sei dafür zu sorgen, daß diese ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Nicht nur der einzelne Pole, sondern vor allem sämtliche Vereine müssen unbedingt ihre Vermögen bei der Bank Ludowy hinterlegen, damit die Entwicklung der Bank endlich gefördert werde. Zum Schluß forderte auch er die Einrichtung eines Dom Polski.

Die Redner hatten sämtliche Resolutionen im Sinne ihrer Ausführungen ausgearbeitet und dem Sejmik vorgetragen, die dieser widerspruchslos annahm.

Dabei wurde noch nachträglich von Frau Donimirski eine Resolution vorgelegt: Der Sejmik möge für Lieferung von Material und für finanzielle Unterstützung der Handarbeitsstunden, die die Kingavereine überall eingerichtet haben, Sorge tragen. In Stuhm finde diese Stunde bei Frau Golisch statt. Die angefertigten Handarbeiten sollen bei Vereinsfestlichkeiten verkauft werden.

Um 19.15 Uhr wurde dem vor einem Jahre verstorbenen Sanitätsrat Dr. Morawski ein Nachruf gewidmet. Für die Denkmalssammlung wurde ein Komitee, bestehend aus Kazimierz von Donimirski, Wlodarczak und Lenga, gewählt. Die Sammlung habe bisher 400 M ergeben.

Um 19.25 Uhr wurde die Versammlung mit einem Liede, das der Stuhmer Gesangverein vortrug, geschlossen. Anschließend wurde das Theaterstück „Polowanow", das bereits am 11.1.1931 beim Wintervergnügen des Kingavereins Stuhm aufgeführt worden war, wiederholt. Um 24 Uhr begann der Tanz, der bis 4 Uhr morgens dauerte.

Weiter konnte in Erfahrung gebracht werden, daß es in der Vorbesprechung, die am Vormittag des gleichen Tages in dem polnischen Büro in Stuhm stattfand, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war. Nachdem das Programm durchgesprochen war,

verbot Dr. Kaczmarek jede Diskussion, weil der Sejmik eine Übersicht über die geleistete Arbeit geben solle, sonst aber nicht der Ort dafür sei, an dem Beschwerden vorgebracht werden können.

Unter anderem kam dabei zur Sprache, daß Graf Sierakowski 1925 aus Warschau 2 Millionen Mark mitgebracht habe mit dem Auftrag, diese zur Kreditbehebung auf die polnischen Banken zu verteilen, Graf S. habe aber das Geld restlos für sich verbraucht, respektive nach Polen verschoben. Warum er deswegen weder von den hiesigen Polen noch von Warschau zur Verantwortung gezogen worden ist, sei unverständlich. Dr. Kaczmarek stritt diesen Tatbestand zunächst ab, mußte ihn dann aber zugeben. Ferner sei das in Altmark im März 1930 versteigerte Chelkowski'sche Haus nicht Eigentum des Chelkowski, sondern des Polenbundes gewesen. Chelkowski sei als seinerzeitiger Leiter des Bezirks Marienburger Land des Polenbundes nur persönlich eingetragen worden. In Wirklichkeit sei das Haus aus dem Ostermeyer'schen Bankrott für Schulen [Schulden?] gegenüber dem Polenbund gerettet worden.

Graf Sierakowski hatte als Leiter der polnischen Minderheiten jährlich eine Summe von 5000 RM erhalten. Die Gräfin Sierakowski erhalte wahrscheinlich ebenfalls eine Vergütung für ihre Bemühungen um das polnische Schulwesen, demgegenüber werde festgestellt, daß der im Kreise Stuhm ansässige kleine Mann, der für Polen agitiere und arbeite, stets ehrenamtlich tätig sei. In Altmark hat ferner der polnische Schulverein drei Häuser gekauft, die auf den Namen der Gräfin Sierakowski eingetragen worden sind. Die polnische Lehrerin kassiert Mietsgelder ein; eine Rechenschaft sei noch nicht gegeben worden. Es werde befürchtet, daß diese Häuser auch einmal plötzlich weiterverkauft und das Geld nicht mehr an den polnischen Schulverein zurückfließen werde.

Vorstehende Punkte sollen auf der in Kürze stattfindenden Generalversammlung des Polenbundes Bezirk Marienburger Land, die nunmehr doch durchgesetzt worden ist, zur Sprache gebracht werden. Anlaß dazu gab, daß sich Kazimierz von Donimirski darüber abfällig geäußert hatte, daß ein gewisser Gurski aus Altmark, der zur Ausübung seiner Tätigkeit im Kreise Stuhm ein Fahrrad in der Abstimmungszeit erhalten hat, dieses bisher noch nicht zurückgab. Ferner hat Kazimierz von Donimirski als Vorstand der Bank Ludowy dem Lewicki einen Kredit verweigert, weil „er doch alles versäuft". Es wurde demgegenüber betont, daß Lewicki es sei, der die ganze polnische Bewegung in Honigfelde aufrechterhalte und der seine Schulden nur in Ausübung seiner Propagandatätigkeit für Polen gemacht habe. Auch hier zeige sich wieder der Dank der „Großen".

Im Laufe der nächsten Woche soll eine Geheimsitzung der Bezirksdelegierten und dann bald darauf die Generalversammlung des Bezirks Marienburger Land stattfinden.

Der Herr Landrat in Stuhm hat Abschrift erhalten.

gez. Früngel

042

23.7.1931: Der Polizeipräsident in Elbing an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Auswirkungen der Wirtschaftskrise

23 VII 1931r.: Prezydent policji w Elbing do prezydenta rejencji w Marienwerder. Skutki kryzysu gospodarczego

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856 Nr. 545 (Abschrift).

Eine einheitliche Parole für das Verhalten der polnischen Minderheiten im Kreise Stuhm aus Anlaß der eingeleiteten wirtschaftspolitischen Regierungsmaßnahmen hat der Polen-

bund in Stuhm anscheinend bisher nicht herausgegeben. Die Stimmung unter den Minderheiten kann im allgemeinen als ruhig bezeichnet werden; sie weicht jedenfalls von der Stimmung der übrigen Bevölkerung im Kreise Stuhm kaum ab. Bei solchen Anlässen finden sich aber immer Personen, die entweder aus Schadenfreude oder wirtschaftlichen bzw. sensationellen Gründen die wildesten Gerüchte zu verbreiten versuchen.

Auf dem Gute Gr. Waplitz tauchte z. B. am ersten Tage der Bankenschließung folgendes Gerücht auf, das angeblich durch die Frau des Hofmannes Ruschkowski erstmalig verbreitet wurde:

„Deutschland ist nun nahe an der Pleite, die Banken sind alle geschlossen, es wird wohl eine Änderung eintreten müssen. Man spricht darüber, daß die Gläubigerländer an die Teilung Deutschlands herangehen werden. Frankreich wird Rheinland und Westfalen, die Tschechoslowakei einen Teil Schlesiens und Polen das Marienburger Land erhalten."

Diese unglaubliche Nachricht wurde von der Waplitzer Bevölkerung, die sich solch einschneidende politische Veränderungen nicht vorstellen kann, wenig beachtet und verschwand bald aus dem Tagesgespräch.

Die Nachricht wird vermutlich von dem Güterdirektor Cwielung ausgegangen sein, denn der Frau Ruschkowski wird die Erfindung dieser Nachricht nicht zugetraut.

Das Zustandekommen dieses Gerüchts ist wahrscheinlich auf folgende Tatsachen zurückzuführen:

Der Gutsbesitzer Kowalski auf Gr. Waplitz ist seit dem 1. Juni 1931 infolge Geldschwierigkeiten mit den Arbeiterlöhnen in Rückstand geraten. Dem Direktor gelang es jedoch, die Leute bis zum Eintreten der Finanzkrise in Deutschland in geschickter Weise zu vertrösten. Als die Banken geschlossen wurden und die Arbeiter ihre Wiedereröffnung nicht voraussahen, gingen sie nacheinander zu Cwielung und Kowalski und verlangten Geld. Kowalski ließ sich mit ihnen so gut wie gar nicht ein, sondern schickte sie zum Güterdirektor. Dieser sagte ihnen, „Geld wäre auf der Kasse da, aber die deutsche Regierung habe die Kassen und Banken geschlossen, geht hin und bedankt Euch bei ihr." An dem fraglichen Tage ist Frau Ruschkowski zu Cwielung des öfteren nach Geld gelaufen und es wird angenommen, daß Cwielung mit ihr über die Zukunft Deutschlands näher gesprochen hat, und daß Frau Ruschkowski dieses Gespräch weiter verbreitete.

Über die angebliche Pleite Deutschlands wurde auch in anderen Ortschaften des Kreises Stuhm nicht nur unter Angehörigen der polnischen Minderheit, sondern auch unter Deutschen vielfach gesprochen. Wenn einzelne Kreise der Bevölkerung, insbesondere die unteren, auch ernsthaft daran glauben, so kann von einer kritischen Stimmung keinesfalls gesprochen werden.

Zahlreiche Angehörige der polnischen Minderheit in Straschewo, Sadluken, Altmark, Neumark, u. a. auch Alex Gawronski, Pestlin, haben nach dem Bekanntwerden der Bankschließung „Gott sei Dank" gesagt, „daß wir nun vor der Hand unsere fälligen Wechsel und Schulden nicht zu bezahlen brauchen."

Über die unmittelbar bevorstehende Übernahme des Kreises Stuhm durch die Polen kursierten Gerüchte auch in Straschewo und Mirahnen. Sie sind bestimmt von polnischer Seite verbreitet worden, die Urheber konnten aber nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die polnischen Lehrer und die sonstigen führenden Persönlichkeiten der Polen im Kreise Stuhm übten im allgemeinen Zurückhaltung. Die Lehrer Malczewski, Pestlin, Manczynski – Gr. Waplitz, Sarnowski – Altmark, und Nowakowski – Pr. Damrau, haben neben der allgemeinen Behandlung der Wirtschaftslage in Deutschland mit einer

gewissen Schadenfreude zum Ausdruck gebracht, daß es den Deutschen recht geschehe, wenn sie auch sonst gegen Deutschland nichts einzuwenden haben. Deutschland habe aber seinerzeit die polnische Währung in jeder Weise boykottiert und wenn Polen jetzt in bezug auf die Valuta das wiederhole, was Deutschland vorgemacht habe, sei es nicht mehr wie recht.

Weitere Tatsachen, die auf eine Verschlechterung der Stimmung im Kreise Stuhm hinzielten, sind bisher nicht bekannt geworden.

Der Herr Landrat in Stuhm hat Abschrift erhalten.

In Vertretung

gez. Dr. Mesow.

043

10.12.1931: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Störung der Predigt des Bischofs von Ermland in Stuhm

10 XII 1931r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Zakłócenie kazania biskupa Warmii w Stuhm

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 545 (Abschrift).

Der Landrat in Stuhm hat zu dem in der „Gazeta Olsztynska" in Allenstein Nr. 225 vom 24. Oktober 1931 (Gesamtüberblick über die polnische Presse Nr. 84 vom 31. Oktober 1931) erschienen Artikel „Echo der Anwesenheit des hochwürdigsten Herrn Bischofs in Stuhm" wie folgt berichtet:

„Als der Herr Bischof gelegentlich der Abendandacht an dem Empfangstage nach der deutschen Predigt mit der polnischen begann, schickten sich eine Reihe von Hörern, namentlich von denen, die ganz hinten dicht gedrängt standen, an, die Kirche zu verlassen. Es ist mir nicht aufgefallen, daß Kirchenbesucher, die im Chorschiff saßen, sich erhoben hätten, um die Kirche zu verlassen. Der Herr Bischof hat darauf in deutscher Sprache aufgefordert, ‚die 5 Minuten doch noch da zu bleiben'.

Offenbar stand er zunächst unter dem Eindruck einer Demonstration gegen das Polnische.

Ich kann auf das bestimmteste versichern, daß nach meinen persönlichen Feststellungen keinerlei Demonstration vorgelegen hat. Der Anlaß war vielmehr folgender:

Die Ankunft des Herrn Bischofs war angesagt auf: ‚gegen 6 Uhr Stadtgrenze'. Schon für 1/2 6 Uhr hatten daher die Bewohner – namentlich die Katholiken – sich zu dem Empfang gerüstet und waren seit dieser Zeit zu einem erheblichen Teil anwesend. Der Herr Bischof traf jedoch erst etwa um 7 Uhr an der Stadtgrenze ein. Die Andacht und die darauffolgende deutsche Predigt dauerten bis 8 Uhr. Viele Frauen namentlich aus einfachen sozialen Schichten müssen um diese Zeit jedoch schon selbst zu Hause sein, um die Abendarbeiten in Ordnung zu bringen. Es war also vielen Besuchern unerwartet und ohne ihre Schuld lange geworden. Sie glaubten nach Beendigung der deutschen Predigt nach Hause gehen zu können. Es ist festgestellt, daß unter denen, die nach Hause gingen, auch Angehörige der zweisprachigen Minderheit sich befanden. Es müssen auch tatsächlich einige evangelische und jüdische Mitbürger darunter gewesen sein, welche der polnischen Sprache überhaupt nicht mächtig sind. Die Deutsche Jugendkraft, welche in dem Artikel verleumderisch angegriffen ist, hat im Chorschiff gesessen und sich bei Beginn der polnischen Predigt überhaupt nicht gerührt.

Das Hinausgehen wurde von der überwiegenden Mehrheit der Katholiken ohne Unterschied der Muttersprache als grobe Taktlosigkeit empfunden. Ich bitte zu bedenken, daß ein Teil der hiesigen Bevölkerung auf einem äußerst niedrigen Bildungsniveau steht und leider für Gefühle des Taktes und Anstandes nicht immer in dem erforderlichen Maße zugänglich ist. Das ist eine Beobachtung jeder Person, die unbefangen aus anderen Gemeinden der hiesigen Bevölkerung gegenübertritt.

Ich darf ergebenst ein Eingesandt aus der Stuhmer Zeitung zur gefälligen Kenntnis hinzufügen."

Ich habe diesen Ausführungen nur hinzuzufügen, daß auf das beiliegende „Eingesandt" die genannte polnische Zeitung am 12. November 1931 (Gesamtüberblick über die polnische Presse Nr. 90 vom 21. November 1931) nochmals eine Erwiderung gebracht hat, die neue Gesichtspunkte nicht enthält.

gez. Budding

044

1.2.1932: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Preußischen Minister des Innern. Beurteilung des „Polnisch-preußischen Bundes"
1 II 1932r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Prus. Opinia o „Związku Prusko-Polskim"

PAAA Bonn, Kulturabteilung Vla, Polen in Deutschland Nr. 4 (= R 60505) (Abschrift).

Die Angaben in dem hiermit zurückfolgenden Ausschnitt der „Berliner Börsenzeitung" über die Gründung des „Polnisch-preußischen Bundes" und seine erste Sitzung treffen zu. Diese Neugründung ist ein Ausdruck der inneren Gegensätze, die sich im Polenbund zwischen den „Großen", d. h. im wesentlichen den größeren Grundbesitzern, und den „Kleinen", d. h. den kleinen Bauern und Landarbeitern, im Laufe der letzten Zeit herausgebildet haben. Die Tatsache, daß die größeren Besitzer, namentlich der polnische Adel, in dem Polenbund und den anderen polnischen Organisationen die Führung an sich gerissen haben, und der Verdacht, daß dies nicht ohne eigennützige Hintergedanken geschehen sei, hat zu Abspaltungen geführt. Diese Bewegung ist von den örtlichen Behörden schon seit längerem aufmerksam beobachtet worden. Nähere Angaben darüber enthält der beigefügte Ausschnitt aus Nr. 15 der Elbinger „Freien Presse" vom 19. Januar 1932.

Der Bund hat, wie daraus hervorgeht, mit gewissen anderen Spaltungsbestrebungen in der Polenbewegung, die in Berlin zutage getreten sind und sich in der Gründung der Zeitung „Glos Polski", über die ich Abschrift eines Berichtes des Polizeipräsidenten in Elbing beifüge, geäußert haben, nichts zu tun, da die Mitglieder des „Polnisch-preußischen Bundes" sich aus der finanziellen und politischen Abhängigkeit von Warschau ganz loslösen und sich lediglich als loyale deutsche Staatsbürger polnischer Muttersprache und polnischen Volkstums betätigen wollen.

Für die Behörden, mit denen der neue Bund Fühlung aufzunehmen beabsichtigt, empfiehlt sich zunächst eine abwartende Haltung, umsomehr, als schon von polnischen Führern der Verdacht, daß die Neugründung von den preußischen Behörden gefördert werde, ausgesprochen worden ist.

gez. Budding.

045

9.6.1932: Der Polizeipräsident in Elbing an den Regierungspräsidenten in Marienwerder. Kaffeekränzchen des Kingavereins in Nikolaiken, Kreis Stuhm (29.5.1932)
9 VI 1932r.: Prezydent policji w Elbing do prezydenta rejencji w Stuhm. Spotkanie towarzyskie Stowarzyszenia św. Kingi we wsi Nikolaiken, pow. Stuhm (29 V 1932r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D Nr. 34 (Abschrift).

Am Sonntag, den 29. Mai 1932, hat der Kinga-Verein in Nikolaiken eine Kaffeetafel abgehalten, zu der folgende Frauen erschienen waren:

Ostrowski	Raczkowski
Kwiatkowski	"
Zukowski	Schilling
Koslowski	Rutz
Leszynski sen.	Ignaszewski
Leszynski jun.	Duszynski
Kopecki	Kropidlowski, Straßenwärter
Nowak	Podgorski sen.
Schilling	Podgorski jun.
Krella	Szyborowski
Orlowski	Ambroszynski
Krynscki	Nowak, Besitzer
Werth	Pakolski, Besitzer
Miszliwski	Schreiber, Besitzer
Kaminski	Pakalski Arbeiter
Schilling	
Schilling.	

2 Frauen haben gefehlt.

Frau Nowak hielt eine Ansprache, in der sie hervorhob, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo die polnischen Vereine öffentlich auftreten und die Sonne endlich vor der Tür der Polen scheinen werde. Wenn auch mehrere Frauen zu dem deutschen Frauenverein übergegangen seien, so habe dies nichts zu bedeuten; es werde die Zeit kommen, in der alle diese Frauen dies bereuen werden, die deutschen Vereine werden „dann" nämlich alle auffliegen.

Der Herr Landrat in Stuhm hat Abschrift erhalten.

In Vertretung

gez. Dr. Messow

046

30.6.1934: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Empfang des polnischen Konsuls in Marienwerder (3.5.1934)
30 VI 1934r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Przyjęcie konsula polskiego w Marienwerder (3 V 1934r.)

PAAA Bonn, Geheimakten 1920–1936, Nr. 4 (= R 30726 k) (Abschrift).

In der Anlage überreiche ich Abschrift eines Vermerks meines Sachbearbeiters, betreffend Feier der polnischen Verfassung am 3. Mai d. J. mit der Bitte um Kenntnisnahme. Andere Feiern haben, soweit hier beobachtet, nicht stattgefunden.

gez. Budding.

Vermerk

Das polnische Konsulat hatte zum 3. Mai d. J. den Herrn Regierungspräsidenten und den unterzeichneten politischen Sachbearbeiter eingeladen. Ich bin als Vertreter des Regierungspräsidenten der Einladung gefolgt – nachdem die Angelegenheit zuvor eingehend mit dem Herrn Vizekonsul Dr. Hoop aus Thorn besprochen war und das Konsulat in Thorn in Verfolg dieser Unterredung den Wojewoden in Thorn ebenfalls zu einem Empfang am 1. Mai d. J. eingeladen hatte – allerdings nicht zu dem in der hiesigen katholischen Kirche stattfindenden polnischen Gottesdienst, sondern lediglich zum Empfang beim Konsul. Hier waren auch noch der Landrat und der Bürgermeister vertreten. Es waren außerdem anwesend: Der Führer des Gesamtpolenbundes im Deutschen Reich,

Herr von Donimirski aus Ramsen,

Frau von Donimirski – Hohendorf,

Herr von Donimirski – Cyguß,

Herr von Donimirski aus Waplitz (Sohn des Donimirski aus Ramsen) mit einem Gast,

Herr Karwarth, Gutsbesitzer aus der Nähe von Pr. Stargard,

Herr Lenga, Ortsgruppenführer des Polenbundes im Kreise Stuhm

ferner die Funktionäre des Polenbundes und Polnischen Schulvereins Boenigk, Literski, Dorsch, die Herrn des Konsulats und Pfarrer Pruss aus Marienwerder.

Ich habe dem Konsul im Auftrage der westpreußischen Behörden meine Glückwünsche zu dem Tage übermittelt. Im Verlaufe der Unterhaltung wurde mir mehrfach, sowohl von Herrn von Donimirski – Ramsen als auch von Herrn von Donimirski – Waplitz gesagt, bei aller Anerkennung für den heutigen Staat sei es doch zu bedauern, daß die Interessen der Gutsbesitzer nicht genügend vertreten seien und zu viel von dem alten Sozialismus übernommen sei. Insbesondere habe der Landesbauernführer Otto in einer Rede zum Ausdruck gebracht, daß es in Zukunft keine Landarbeiter mehr geben solle. Damit sei doch auch der Existenz der Güter das letzte Wort gesprochen. Ich habe den Herren erwidert, daß der Sozialismus im Gegensatz zu dem früheren Marxismus für uns in erster Linie ein ethisches Postulat sei mit dem Ziel der Volksgemeinschaft. Die Rede des Landesbauernführers Otto sei so zu verstehen, daß es Landarbeiter *im alten Sinne* nicht mehr geben solle, daß die Landarbeiter vielmehr mit ihrer Heimat verbunden werden sollten. Daß der Stand der Landarbeiter überhaupt und damit auch die Güter aufhören sollten, sei nicht beabsichtigt.

Herr Karwarth, der übrigens früherer preußischer Offizier ist, erwähnte noch einen Zwischenfall in Waplitz. Herr von Donimirski sei dort aufgefordert worden, zum 1. Mai mit der Hakenkreuzflagge zu flaggen, habe aber gesagt, da er Repräsentant der polnischen Minderheit sei, erschiene ihm dies nicht richtig. Er habe daraufhin am nächsten Morgen eine Girlande mit Hakenkreuzen vor seiner Haustür gefunden, habe diese entfernt und in sein Zimmer gelegt. Es sei hierauf ein Anruf des Ortsgruppenleiters erfolgt, wie er dazu komme, unsere nationalen Symbole zu vernichten. Ich habe Herrn Karwarth und Herrn von Donimirski empfohlen, einen derartigen Vorfall mit einem gewissen Humor zu behandeln. Im übrigen sei mir bekannt, daß der Ortsgruppenleiter gleichzeitig Amtsvorsteher sei. Er habe daher als Polizeibehörde die Pflicht gehabt, sich über den Tatbestand ein Bild zu machen. Hierdurch sei wohl sein Anruf zu erklären gewesen.

gez. Dr. Graf von der Groeben.

047

19.11.1934: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Oberpräsidenten in Königsberg. Interpretation der Volkszählung von 1933
19 XI 1934r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do naczelnego prezydenta w Königsberg. Interpretacja spisu ludności z 1933r.

BA Potsdam, Deutsche Stiftung, 61 Sti 1, Nr. 997/1 (Abschrift).

Hinsichtlich der Angaben der Bevölkerung über ihre Muttersprache bei der Volkszählung im Juli 1933 ist zu berücksichtigen, daß der Schwung der nationalsozialistischen Revolution viele Bewohner polnischer Muttersprache so beeinflußt hat, daß sie mit der Erklärung, ihre Muttersprache sei deutsch, ein Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft abgeben wollten.

Schon 1925 haben sich ferner eine Reihe von durchaus bekannten Polen als nicht polnischer Muttersprache bezeichnet. Es ist anzunehmen, daß dies im Juli 1933 in noch weit größerem Maße der Fall war, zumal sie damals wohl teilweise glaubten, durch ihr Bekenntnis zur deutschen Sprache auch materielle Vorteile erhalten zu können. Dies gilt insbesondere für die zweisprachige Bevölkerung, die in ihrem Nationalgefühl schwankend und unbestimmt ist. Ein ganz zuverlässiges Bild darüber, wieviele Personen wirklich von deutscher oder polnischer Muttersprache sind, gibt daher die Volkszählung vom Juli 1933 nicht.

Zutreffend ist sicherlich, daß die polnisch sprechende, insbesondere aber die gemischtsprachige Bevölkerung abgenommen hat. Ein großer Teil der jüngeren Generation hat sich schon 1925 als zur deutsch-polnischen Muttersprache zugehörig bezeichnet. Infolge der Einwirkung der Schule bezeichnet sich die jüngere Generation jetzt als alleindeutscher Muttersprache. Das Polentum ist im Laufe der Zeit durch das Aussterben der älteren Generation noch weiter zurückgedrängt worden.

Die Abnahme der polnischen und deutsch-polnisch sprechenden Bewohner Westpreußens ist auch auf die praktische Deutschtumsarbeit zurückzuführen. Es sind in den letzten Jahren eine Anzahl größerer Güter besiedelt worden, die 1925 noch eine Reihe von Leuten mit polnischer oder deutscher und polnischer Muttersprache beschäftigten, z. B. Zigahnen und Ottlau im Kreise Marienwerder, Buchwalde, Telkwitz, Kuxen, Reichandres, Tillendorf, Ellerbruch, Krastuden und Stuhmdorf im Kreise Stuhm. Von diesen Gütern waren Buchwalde, Telkwitz, Reichandres, Tillendorf und Ellerbruch in polnischer Hand.

gez. Budding.

048

30.11.1934: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Versammlung des Kinga-Vereins in Altmark, Kreis Stuhm (4.11.1934)
30 XI 1934r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Zebranie Stowarzyszenia św. Kingi we wsi Altmark, pow. Stuhm (4 XI 1934r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 38 (Abschrift).

In der Anlage übersende ich Abschrift eines mir von der Staatspolizeistelle Elbing zugegangenen Berichtes. Der Bericht zeigt, wie von polnischer Seite versucht wird, die

zwischen der nationalsozialistischen Organisation und der katholischen Kirche teilweise bestehenden Differenzen bewußt für politische Zwecke auszunutzen.

gez. Budding.

Elbing, den 10. November 1934
Der Polizeipräsident
Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Westpreußen 71 20/34.
An den Herrn Regierungspräsidenten
Dezernat I Po. 5
Marienwerder
Betrifft: Versammlung des Kinga-Vereins in Altmark

Am 4. November 1934 veranstaltete der Kinga-Verein Altmark in der dortigen polnischen Schule eine Mitgliederversammlung, an der etwa 60 Frauen teilnahmen. In der Versammlung hielt die Kleinkindergärtnerin Szufraga (Polenbund) einen Vortrag über das Thema „Leben heißt Kampf". In ihren Ausführungen behandelte sie hauptsächlich Fragen der Kinder- und Jugenderziehung. Der Polenbund legt jeder polnischen Mutter die Pflicht auf, ihr Kind in polnischem Sinne auf religiöser Grundlage zu erziehen. Wenn die Mutter das Kind beten gelehrt und festgesellt hat, daß das Kind für religiöse Dinge Verständnis zeigt, muß es recht frühzeitig in die katholische Kirche mitgenommen werden, damit es aus eigener Anschauung kennenlernt, welche Bedeutung der katholische Glaube hat. Die Methoden der Hitlerjugend-Erziehung können nicht gebilligt werden, weil die Kinder, anstatt zur Kirche zu gehen und dort mit ihren Eltern gemeinsam zu beten, zu sportlichen Übungen und Wanderungen herangezogen werden. Der Polenbund wird diese Methoden keinenfalls nachahmen, denn am Sonntag gehört das Kind den Eltern. Unsere Vorfahren haben für den katholischen Glauben gekämpft und deshalb sind auch wir verpflichtet, für ihn so einzutreten, daß unsere Nachkommen uns einmal rühmen werden. Im weiteren Verlauf propagierte die Rednerin unter den Anwesenden für den Besuch der polnischen Schule und schloß ihren Vortrag mit dem bekannten Kampflied der Polen.

Der Herr Landrat in Stuhm hat Abschrift erhalten.

049

15.4.1935: Staatspolizeistelle Elbing an die Staatspolizeistelle Königsberg. Auswirkungen des deutsch-polnischen Abkommens auf die polnische Minderheit
15 IV 1935r.: Policja placówki państwowej w Elbing do placówki policji państwowej w Königsberg. Wpływ paktu polsko-niemieckiego na mniejszość polską

PAAA Bonn, Kulturabteilung VIa, Polen in Deutschland Nr. 6 (= R 60507) (Abschrift).

Die polnischen Minderheiten im Bereich der hiesigen Staatspolizeistelle haben das Wort des Führers von der Ablehnung der Germanisierung Nichtdeutschstämmiger mit Frohlocken aufgenommen und brauchen es bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, um ihren Expansionsgelüsten freien Lauf zu lassen. Es muß aber klar gesagt werden, und nur so kann das Wort des Führers verstanden werden, daß, wenn wir auch das Germanisieren ablehnen, das doch nicht heißt, daß wir unser Volkstum ruhig vernichten lassen. Die Abwehr gegen solche zutage tretenden Bestrebungen ist nicht nur durch die Staatspolitik, sondern auch durch die Deutschtumsarbeit der Behörden, Verbände und aller Deutschen im Grenzland zu leisten.

Die Bewegung innerhalb der polnischen Minderheit und die Agitation durch ihre Funktionäre ist wohl kaum jemals so lebhaft gewesen wie gerade zur Zeit. Während die Polen in den deutschen Grenzbezirken mit immer maßloseren Forderungen auf allen Gebieten hervortreten, sieht die deutsche Minderheit in Posen und Pommerellen den Zwangsparzellierungen mit banger Sorge entgegen. Sie sieht ihren Lebensraum von Monat zu Monat enger werden, während die Polen nunmehr auch ihre Hände nach ostpreußischen Bevölkerungsteilen ausstrecken, die, wie die Abstimmung bewiesen hat, sich niemals zum polnischen Volkstum gerechnet haben. In diesem Zusammenhange sei auch auf die Pressemitteilungen Nr. 7 des Weltbundes der Polen im Auslande vom 15.2.35 hingewiesen, die einen Artikel „Der nördliche Platzposten" bringen, der ganz im Geiste des von Giertych geschriebenen Buches „Hinter dem nördlichen Grenzgürtel" gehalten ist und beweist, daß die Polen fieberhafte Vorbereitungen treffen, um Ostpreußen rücksichtslos zu erobern.

Der Polnische Westverband (früher Verband zum Schutze der Westmarken) veranstaltete vom 20. März bis 10. April 1935 einen Propagandamonat, bei dem eine großzügige Sammlung für die kulturelle Hilfe für die Polen in Deutschland, insbesondere für das polnische Schulwesen in Deutschland veranstaltet wurde. Der Verband ist nach dem Muster des VDA in Deutschland umgestaltet.

Die Organisationen, die die gesamte polnische Minderheit im Kreise Stuhm (Regierungsbezirk Westpreußen) in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Richtung erfassen, sind folgende Vereine, Verbände und Einrichtungen:

1. Bund der Polen in Deutschland, 7 Ortsgrupen, etwa 700 Mitglieder, Sitz Stuhm,
2. Polnischer Schulverein, 9 Ortsgruppen, etwa 150 Mitglieder, Sitz Stuhm,
3. Polnischer Jugendverein, 7 Ortsgruppen, 171 Mitglieder, Sitz Stuhm,
4. Verband polnischer Gesangvereine, 7 Ortsgruppen, 171 Mitglieder, Sitz Stuhm (Mitglieder sind dieselben, die im Jugendverein engagiert sind),
5. Landbesitzerfrauenverein – Kingaverein, 7 Ortsgruppen, etwa 210 Mitglieder, Sitz Stuhm,
6. Polnischer landwirtschaftlicher Verein, 4 Ortsgruppen, etwa 115 Mitglieder, Sitz Stuhm,
7. Verein für landwirtschaftliche Vorbereitung, 1 Ortsgruppe, 12 Mitglieder, Sitz Stuhm,
8. Volksbüchereien, 9 mit ca. 181 Büchern,
9. Spiel- und Sportvereine 6, die Mitglieder rekrutieren sich aus den besten Kräften des polnischen Jugendvereins.
10. Bildungsheime 9,
11. Schulen 9,
12. Kleinkindergärten 6,
13. Volksbanken: Stuhm, Zweigstelle Portschweiten,
14. Mandolinenclubs 3, ca. 30 Mitglieder.

Polnische Schulen befinden sich in folgenden Ortschaften:

	1.5.33	1.1.35
1. Altmark	28 Schüler	17 Schüler
2. Pr.Damerau	8 Schüler	11 Schüler
3. Honigfelde	31 Schüler	24 Schüler
4. Neudorf	20 Schüler	15 Schüler
5. Neumark	13 Schüler	12 Schüler

6. Nikolaiken	18 Schüler	7 Schüler
7. Sadluken	15 Schüler	15 Schüler
8. Pestlin	25 Schüler	36 Schüler
9. Gr.Waplitz	27 Schüler	16 Schüler
	185 Schüler	153 Schüler

Kleinkindergärten sind in folgenden Ortschaften:

1. Gr. Waplitz	11 Kinder
2. Altmark	12 Kinder
3. Nikolaiken	5 Kinder
4. Pestlin	16 Kinder
5. Honigfelde	8 Kinder
6. Neumark	5 Kinder
	57 Kinder.

Die Angehörigen der polnischen Minderheit rekrutieren sich hauptsächlich aus Kreisen der alteingesessenen Gutsbesitzer, des mittleren Bauerntums und der Arbeiter, die auf den polnischen Gütern und bei den Bauern in Arbeit stehen, zum ganz geringen Teil aus Handwerkern, Kaufleuten und anderen Berufen.

Von den 250 000 Morgen Land, die den Kreis Stuhm ausmachen, befinden sich jetzt ca. 50 000 Morgen in polnischer Hand, das sind 20 % des Gesamtareals.

Der Norden und Westen des Kreises sind rein deutsch. Der Süden und Osten und hier besonders die Ortschaften, die infolge mangelnder Verkehrsverhältnisse abseits liegen, sind stark von der polnischen Minderheit durchsetzt.

An polnischen Großgrundbesitzern im Kreise Stuhm sind vorhanden:

1. Witold von Donimirski – Hohendorf,
2. Kazimier von Donimirski – Kl. Ramsen,
3. Boleslaus von Donimirski – Cyguß,
4. v. Brochwitz-Donimirski, Hintersee (wird von einem deutschen Pächter bewirtschaftet),
5. Miecyslaw Roman von Janta-Polczynski, Micherau-Nontken (wird von einem Deutschen verwaltet).
6. Zbigniew von Donimirski, Waplitz-Ramsen,
7. Stanislaus Schreiber, Nikolaiken

Das im Besitz des Grafen Sierakowski gewesene Rittergut Gr. Waplitz in einer Gesamtgröße von ca. 1 280 Hektar ist im Jahre 1933 mit ca. 1 725 ha an die Ostpreußische Landgesellschaft und mit ca. 1 532 ha auf Zbigniew von Donimirski (siehe zu 6) übergegangen [!]. Im Besitz der Familie von Sierakowski ist lediglich das Schloß Waplitz mit Stallungen, der Kapelle und dem Park mit einer Bodenfläche von ca. 26 ha verblieben.

Die festesten Stützen des polnischen Volkstums im Kreise Stuhm sind in erster Linie die hauptamtlich angestellten Funktionäre des Polenbüros (Polensekretär Pietrzak, Schulsekretär Wojciechowski, Funktionärin Alexandra Morawski), die polnischen Lehrer und die polnischen Großgrundbesitzer und Bauern.

Die polnische Minderheit im Kreise Stuhm ist zahlenmäßig nicht groß, aber verhältnismäßig gut organisiert.

Ein besonders großes Gefahrenmoment ist die sogenannte Zwischenschicht, die sich naturgemäß dort anschließt, wo ihr die größten Vorteile geboten werden. Bei dieser Schicht setzt die polnische Propaganda in erster Linie ein, um durch Heranziehung dieser Elemente das Polentum zu stärken.

Mit Beginn des Jahres 1934 hat der Polenbund die bis dahin erforderlich gewesene politische Linie mehr und mehr verlassen und sich auf das kulturelle Gebiet begeben. Die Ortsgruppen des Polenbundes beschränken sich vorwiegend auf die Mitgliederversammlungen, in denen nicht mehr politische, sondern kulturelle und geschichtliche Reden gehalten werden. Es werden meistens Vorträge über bedeutsame polnische Freiheitskämpfer, über die polnische Literatur und Geschichte gehalten. Daneben wird nicht versäumt, für die Polenbewegung in der eifrigsten Weise zu werben. Man suchte nach Anhängern in der vorerwähnten sogenannten Zwischenschicht und konnte dabei auch Erfolge verzeichnen. Man scheute sich sogar nicht, staatsfeindliche Elemente, wie Marxisten und Kommunisten, in die Reihen des Polenbundes aufzunehmen. Es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß solche Elemente die glaubten, bei den Polen unterzuschlüpfen und dort bei Fortsetzung ihrer staatsfeindlichen Machenschaften dem Zugriff der deutschen Behörden entzogen zu sein, im zweiten Vierteljahr des Jahres 1934 in 4 Fällen in den Polenbund als Mitglieder aufgenommen wurden.

Um in die Anhänger und Mitglieder einen kämpferischen Geist hineinzutragen, wurde etwa im Winter 1934 ein polnisches Kampflied unter dem Titel „Parole der Polen in Deutschland" eingeführt, welches zu Beginn und zum Schluß einer jeden Versammlung gesungen wird. Im Januar 1935 wurde ein weiteres Kampflied eingeführt mit dem Titel „Lied des Einheimischen".

Die Mitglieder des polnischen Schulvereins stehen in engster Verbindung mit den polnischen Lehrern und unterstützen diese in verbands- und erzieherischer Hinsicht. In den Ortsgruppenversammlungen des Vereins werden fast ausschließlich von den Lehrern Vorträge gehalten und Lichtbildvorführungen über kulturelle und nationale Fragen veranstaltet, um die Eltern zu einer entsprechenden Einwirkung auf die Kinder zu beeinflussen. Es handelt sich um Vorträge über Mutter und Kind, Pilgerfahrten, Religionskampf in Rußland, Tierschutz, Aufgaben der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder usw. Anläßlich solcher Versammlungen werden zur Verschönerung der Abende kleine Theaterstücke aufgeführt, von den Kindern Lieder gesungen und Gedichte vorgetragen. Von den Vorsitzenden wird streng darauf gehalten, daß die Eltern gemeinsam mit ihren Kindern die polnischen Gottesdienste besuchen. Oft werden Eltern und Kinder auf Kosten des Polenbüros mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Die Werbung für die polnische Schule steht auch in diesem Verein an erster Stelle. Die Zahl der Mitglieder ist im Aufsteigen begriffen.

Zu bemerken ist, daß die Versammlungen auch in diesem Verein mit den bereits genannten Kampfliedern begonnen und beendet werden. Um das religiöse Gefühl zu wecken, werden auch Kirchenlieder gesungen. Der Schulverein hat seine Propagandatätigkeit seit Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens erheblich ausgebaut.

Die Mitglieder des polnischen Jugendvereins haben folgende Aufgaben zu erfüllen:

1.) sie müssen an den inneren Arbeiten und an allen äußeren Veranstaltungen des Vereins teilnehmen und sollen ein brüderliches Verhältnis zu den Mitgliedern unterhalten,

2.) sie müssen auch außerhalb des Vereins an den religiösen Grundsätzen festhalten und überall mit gutem Beispiel vorangehen,

3.) sie müssen die Grundsätze des Vereins unter ihren Bekannten ausbreiten und dem Verein soviel Mitglieder wie möglich zuführen.

Seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages werden die vorgenannten Grundsätze mit besonderem Eifer verfolgt. Die Tatsache, daß der Verein

vom 1. Januar 1934 bis jetzt etwa 40 neue Mitglieder gewonnen hat, ist ein Beweis dafür. In den Versammlungen der Ortsgruppen des Jugendvereins werden gleichfalls kulturelle, geschichtliche und religiöse Vorträge und Lichtbildvorführungen gehalten. Besonderer Wert wird von der Zentrale des Polenbundes darauf gelegt, aus den befähigsten Mitgliedern des Jugendvereins eine Führerschicht heranzubilden. Dies geschieht kostenlos auf poln. Lehranstalten und auf Kursen in Polen. In der Zeit vom 1.4.1929 bis 1.4.1934 wurden zum Besuch polnischer Lehranstalten ca. 49 Schüler entsandt. Vom 1.4.34 ab, also nach Abschluß des Freundschaftsvertrages, ist die Zahl erheblich gestiegen. Soweit feststellbar ist, sind in der verhältnismäßig kurzen Zeit 15 Jugendliche zum Pfadfinderkursus nach Dirschau und 5 nach Warschau entsandt worden. 14 Schülerinnen besuchen die Haushaltungsschule in Malinowo bei Soldau, 4 Schülerinnen und Schüler das polnische Gymnasium in Tarnowitz und Beuthen, 4 Jugendliche nahmen an einem Sportkursus in Thorn teil, einer wird als Försterlehrling in Posen ausgebildet, 7 nahmen vor kurzem an einem landwirtschaftlichen Kursus in Lessen bei Graudenz und 4 an einem solchen in Schönbrück bei Graudenz teil. Das sind insgesamt 54 Personen. Aus dieser Aufstellung geht hervor, welche Fortschritte gerade auf diesem Gebiet erreicht worden sind. Zur Pflege des sogenannten brüderlichen Verhältnisses werden gemütliche Abendveranstaltungen und Ausflüge organisiert.

Die Mitglieder der polnischen Gesangvereine sind gleichzeitig Mitglieder des polnischen Jugendvereins. Für die Pflege des Gesangs ist ein besonderer Gesangslehrer hauptamtlich tätig. Die Gesangvereine haben die Aufgabe, die polnischen Volks- und Nationallieder und insbesondere die Kirchenlieder zu pflegen. Ihre Losung geht insbesondere dahin, die bestehenden deutschen Kirchenchöre durch bessere Leistungen zu verdrängen. Volks- und Nationallieder werden bei gemeinschaftlichen Veranstaltungen und gemütlichen Abenden gesungen. Daneben wird mit besonderem Eifer der polnische Nationaltanz (Krakowiak) gepflegt. Sämtliche polnischen Kleinkindergärtnerinnen und einige befähigte weibliche Mitglieder des Jugendvereins sind zu einem Tanzkursus nach Malinowo entsandt worden. Unter Anleitung dieser Kräfte werden anläßlich von Gesangsabenden die Tänze eingeübt. Seit Abschluß des Freundschaftsabkommens hat auch dieser Verein einen erheblichen Aufschwung genommen.

Der Landbesitzerfrauenverein besteht aus den bemittelten Bauern- und Gutsbesitzerfrauen. Er ist der Verein, in dessen Händen die Betreuung der Kinga-Vereine liegt und denen er das Rednerpersonal stellt.

Die Ziele des Kinga-Vereins sind:

1. Festigung des religiösen Geistes,

2. Hebung des Familienherdes – dies wird durch folgende Mittel erreicht: Versammlungen, Vorlesungen, Lichtbildervorträge, Besprechungen, Deklamationen, Amateurvorführungen, gemeinsame Gottesdienste und Bezug von Zeitschriften.

Im Sinne dieser Richtlinien wird die Entwicklung des Vereins vorwärts getrieben. In den Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften werden fast ausschließlich religiöse Vorträge gehalten und Kirchenlieder gesungen. Etwa einmal im Vierteljahr organisieren die einzelnen Ortsgruppen sogenannte Kaffeekränzchen, wobei die Mitglieder auf Kosten des Polenbundes mit Kaffee und Kuchen bewirtet werden. Die Mitglieder des Kingavereins sind streng kirchlich eingestellt. Am Schluß des Vereinsjahres wurden auch in diesem Jahre für den Besuch von Versammlungen als Belohnung Geschenke in Form von Stoffen, Schürzen, Tüchern verteilt. Wenn dieser Verein eine bedeutende zahlenmäßige Verstärkung auch nicht erfahren hat, so ist seine innere Organisation und Festigung seit dem Abschluß des Freundschaftsabkommens erheblich gestärkt worden.

Der polnische landwirtschaftliche Verein spielt in der Minderheitsbewegung keine besondere Rolle und hat seit dem Abschluß des Freundschaftsabkommens keine wesentlichen Vorteile zu verzeichnen gehabt. Die Mitgliederversammlungen dieses Vereins werden nicht regelmäßig abgehalten. Bei den Mitgliedern herrscht allgemein Interessenlosigkeit, da ihnen von polnischer Seite bisher nichts geboten worden ist.

Der Verein für landwirtschaftliche Vorbereitung rekrutiert sich ausschließlich aus Bauernsöhnen und -töchtern, die sich zur Aufgabe gemacht haben, ihre in der Landwirtschaft erworbenen Kenntnisse durch weitere Fachstudien zu ergänzen und den Gartenbau praktisch zu betreiben. Die Gründung ist im Januar 1934 erfolgt. Vereine für „landwirtschaftliche Vorbereitung" sollten im Frühjahr 1934 bei allen Ortsgruppen des polnischen landwirtschaftlichen Vereins aufgezogen werden. Zu diesem Zwecke war in dem Kreise Stuhm ein Instrukteur der Landwirtschaftskammer in Thorn namens Miksiewicz entsandt, der Vorträge über den Zweck und die Organisation des Vereins hielt. Bisher ist es jedoch nur zur Gründung einer Ortsgruppe gekommen. Mit der Bildung weiterer Ortsgruppen wird gerechnet.

Die Büchereien, die nach Abschluß des Freundschaftsvertrages erheblich vermehrt (von 4 auf 9), ausgebaut und neu organisiert worden sind, sind für die Entwicklung der Polenbewegung von großer Bedeutung. Sie werden fast ausschließlich von polnischen Lehrern betreut, die im Laufe des Jahres 1934 wiederholt Buchwerbewochen veranstaltet haben. In letzter Zeit wird besonders den jugendlichen Lesern zur Pflicht gemacht, ein bis zwei Bücher im Monat durchzulesen und über den Inhalt des einzelnen Buches einen kurzen zusammenhängenden Vortrag zu halten. Die schwächeren Leser müssen in Versammlungen von den Lehrern näher bezeichnete Kapitel aus den Büchern vorlesen, sie erhalten auf Fragen sofort Aufklärung.

Die Spiel- und Sportvereine rekrutieren sich aus den Jugendvereinen und gliedern sich in Fußball- und Netzballsektionen. Die Übungsspiele werden auf den örtlichen Sportplätzen abgehalten. Zwischen den einzelnen Ortsgruppen wurden wiederholt Wettkämpfe ausgetragen. Im Mai 1934 fand zwischen einer aus den polnischen Sportvereinen zusammengestellten Sondermannschaft und dem Militärsportverein „Gryff" [Gryf] aus Thorn ein Wettkampf statt. Der Militärsportverein wurde auf dem Bahnhof in Stuhm in feierlicher Weise empfangen und während seines 2-tägigen Aufenthalts im Kreise Stuhm von den polnischen Gutsbesitzern aufgenommen und kostenlos verpflegt. Von einer nennenswerten Weiterentwicklung der Sportvereine kann nicht gesprochen werden, da ein befähigter Sportleiter fehlt.

Die Bildungsheime sind ab Dezember 1933 nach und nach ins Leben gerufen worden. Nach den bei der Eröffnungsfeier in Stuhm gemachten Ausführungen sollen diese Bildungsheime der Verschönerung des polnischen Liedes, der Erhaltung der Muttersprache und der kulturellen Ertüchtigung der Jugend dienen. In ihnen sollen sich alle ortsansässigen Polen „gleich wie die Kinder einer großen Familie sammeln und an der Erweiterung des Gemeinschaftsrechts arbeiten." Die Bildungsheime sind mit allen möglichen Gesellschaftsspielen, Zeitungen, Zeitschriften, Radioempfangsgeräten und Büchereien ausgestattet. Sie bilden einmal eine rein kulturelle Einrichtung, zum anderen aber auch eine Art Büro, in dem Angehörige der polnischen Minderheit, insbesondere aber die schulentlassene Jugend, beraten werden. Die Unterhaltung der Bildungsheime erfolgt aus Mitteln der Polenzentrale in Berlin. Im Dezember 1934 erhielten die gesamten Bildungsheime im Kreise Stuhm einen einmaligen Zuschuß von 90,- RM für besondere Anschaffungen. Seit dem 1. Dezember 1934 wird ihnen ein Unterhaltungsbeitrag von

monatlich 104,- RM gezahlt. In den Bildungsheimen, die besonders von der Jugend stark besucht sind, wird nach einem aufgestellten Programm gearbeitet. Die Tätigkeit besteht aus Handarbeitsunterricht, unter Leitung der Kleinkindergärtnerinnen, Gesang, Lesestunden, Gesellschaftsspielen, Mandolinenübungsstunden, Tanz usw.

Die erste Anleitung für die Arbeit in den Bildungsheimen erteilt der polnische Professor Henryk Nowicki-Zawieyski [?], Vorsitzender des Volkstheaters in Warschau, in einem zweitägigen Kursus am 28. und 29.1.34. An dem Kursus nahmen sämtliche polnischen Lehrer, Kleinkindergärtnerinnen und befähigte Mitglieder des Jugendvereins teil. Die Bildungsheime, die nach dem deutsch-polnischen Freundschaftsabkommen erst richtig in Gang gebracht wurden, sind als die wichtigsten und für das Deutschtum gefährlichsten Propagandamittelpunkte der Polen zu bezeichnen.

Die polnischen Schulen im Kreise Stuhm hatten im ersten Vierteljahr 1934 den größten Schülerverlust zu verzeichnen. Es sind in jener Zeit 25 Schüler in die deutschen Schulen übergetreten. Die berufliche Eingliederung in die Arbeitsfront und NSBO hat zweifellos einen Teil der Eltern beeinflußt. Ein indirekter Druck von deutscher Seite ist keineswegs ausgeübt worden. Vom zweiten Vierteljahr 1934 ab ist die Zahl der Schüler in allen polnischen Minderheitenschulen im Steigen begriffen. Von den 9 Lehrern an den Minderheitenschulen sind 7 polnische Staatsangehörige. Die betätigen sich neben ihrem Unterricht in fast allen Zweigen der Minderheitenbewegung. Nach dem Inkrafttreten des Freundschaftsabkommens haben sie vom Verband der polnischen Schulvereine in Berlin eine generelle Genehmigung erhalten, an allen kulturellen Veranstaltungen und Ausflügen der Minderheiten teilzunehmen. Sie dürfen sich auch an den Ausflügen nach dem polnischen Mutterlande beteiligen. Die den polnischen Minderheiten-Schullehrern erteilte Genehmigung zur schrankenlosen Kulturarbeit birgt für das deutsche Volkstum große Gefahren in sich, denen man durch geeignete Mittel begegnen muß. In Ausübung der Werbepropaganda für die polnischen Schulen wendet man sich insbesondere an diejenigen Elemente, die in ihrem Deutschtumsbewußtsein noch nicht fest genug verankert sind. Das ist die bereits erwähnte sogenannte Zwischenschicht, die sich immer dort anschließt, wo mehr materielle Vorteile geboten werden. An kinderlosen Familien der Zwischenschicht haben die Funktionäre weniger Interesse, kinderreiche Familien werden dagegen intensiv bearbeitet.

Bis Mitte Januar 1935 hat der polnische Schulsekretär Boenigk für das polnische Schulwesen die eifrigste Arbeit geleistet.

Er hatte sich nicht nur an Familien mit polnisch klingenden Namen, sondern auch sogar an völlig deutschgesinnte Familien gewandt und versucht, sie unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Notlage durch alle möglichen Versprechungen und Lockungen zu bewegen, ihre Kinder zur polnischen Schule zu schicken. Auf mehrfache Vorstellungen des Herrn Regierungspräsidenten hat die Zentrale der polnischen Schulvereine in Berlin Boenigk schließlich abberufen. Sein Nachfolger, der Schulsekretär Wojciechowski, ist in der Werbeagitation etwas vorsichtiger, befindet sich aber auf dem Wege, die Methoden des Boenigk fortzusetzen.

Seit Januar d. Js. hat der Ausschuß für nationale Erziehung der polnischen Auslandsjugend beim Weltbund der Auslandspolen in Warschau eine Korrespondenzaktion zwischen polnischen Schulen in Deutschland und solchen in Polen angeordnet, d. h. die Einführung eines Briefwechsels zwischen den Schülern des Mutterlandes und denen des Auslandes. In den dafür herausgegebenen Richtlinien heißt es wörtlich: „Eins dieser Mittel von geradezu unschätzbarem Wert, ist die Korrespondenz der Schulen mit

den Kindern im Inlande. Weder das Wort des Lehrers, noch die Beschreibung aus dem Buche, bleiben so dauerhaft im Gedächtnis des Kindes, als die Nachrichten aus dem Inlande, die im Korrespondenzwege zugesandt werden. Durchdringend beobachten die Kinder die Umgebung und entwickeln ihre Folgerungen daraus. Jedes Päckchen, [jeder] Brief aus dem Inlande ruft eine unbeschreibliche Freude hervor. Nach dem Durchlesen erfolgt ein lebhafter Austausch der erhaltenen Nachrichten, die vor allen Dingen dem Erzieher übernittelt werden. Darauf folgt die Zeit für das Durchdenken der Briefe. Die Briefe lesen gleichfalls auch die Eltern, interessieren sich für den Inhalt, die übersandten Ansichtskarten finden neben den Familienbildern an der Wand ihren Platz. Der Brief aus dem Inlande erfüllt seine Botschaft."

Die Korrespondenzaktion ist bisher in folgenden Minderheitenschulen des Kreises Stuhm festgestellt worden:

1. Altmark – mit der öffentlichen Volksschule in Brest am Bug [= Brest-Litowsk]
2. Honigfelde – mit dem Mädchengymnasium Julius Slowacki in Warschau.
3. Neudorf – mit der Volksschule in Sokolow Podlaski.

Der Briefaustausch erfolgt im Monat etwa zweimal. Daneben unterhalten die Kinder eine Korrespondenz mit der Zeitschrift „Maly Polak" (der kleine Pole).

Um eine ständig steigende Kinderzahl in den Minderheitenschulen zu sichern, wird die Unterhaltung und Errichtung polnischer Kindergärten mit besonderem Eifer betrieben. Die Betreuung dieser Kleinkinderschulen liegt ausschließlich in der Hand von Kleinkindergärtnerinnen, die die polnische Staatsangehörigkeit besitzen und ihre Ausbildung auf polnischen Schulen erhalten haben. Bei der Auswahl der polnischen Kleinkindergärtnerinnen handelt es sich weniger um ihre Eignung zur Erziehung des Kleinkindes, als vielmehr in aller erster Linie darum, in geschickter Weise für die polnische Minderheit Propaganda zu treiben. Daneben werden die Kinder von der Kleinkindergärtnerei sorgfältig betreut und mit Milch und Brötchen bespeist.

Im Wirtschaftsleben der polnischen Minderheit im Kreise Stuhm tritt die Bank Ludowy in Stuhm hervor, die eine Geschäftsstelle in Portschweiten, Krs. Stuhm, unterhält. Sie steht in engster Verbindung mit der Slawischen Bank in Berlin, deren Gründung am 8. Februar 1933 erfolgte. Die Bank Ludowy zählt etwa 270 Mitglieder. Es steht einwandfrei fest, daß von ihr außer Polen mit Vorliebe solche Elemente der sogenannten Zwischenschicht mit Anleihen bedacht werden, die sich bereit erklären, ihre Kinder aus der deutschen Schule in die polnische Schule umzuschulen.

Die Mandolinenclubs in Pestlin, Altmark und Honigfelde sind nach Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages von polnischen Lehrern gegründet worden. Die Instrumente wurden den Spielern kostenlos überlassen. Die Spieler rekrutieren sich aus den älteren Schülern und Schülerinnen der polnischen Minderheit im Kreise Stuhm. Die Mandolinenclubs werden zu Gemeinschaftsfeiern, gemütlichen Abendveranstaltungen usw. herangezogen, wo sie unter Leitung der Lehrer polnische Musikstücke zum Vortrag bringen.

Die Polen sind mit der Anzahl der polnischen Gottesdienste nach dem deutsch-polnischen Freundschaftsvertrage nicht mehr zufrieden und kämpfen um die Vermehrung der polnischen katholischen Andachten und insbesondere um die Ausführung der Predigten durch polnische Geistliche aus dem Mutterlande. Ihr Bestreben geht dahin, ähnlich wie bei den polnischen Lehrern, Geistliche mit polnischer Staatsangehörigkeit aus dem Mutterlande einzuführen. Auf diesem Gebiet wird von polnischer Seite in der eifrigsten Weise gearbeitet. (Siehe die Protestkundgebung am 15.1.35 auf der Tagung

in Allenstein). Aus dem Bezirk Marienburger Land nahmen 126 Personen daran teil. Weiter bemühen sich die Polen, durch einen wesentlichen Ausbau des polnischen Kirchengesanges innerhalb der Kirche ihren Anhängern möglichst viel zu bieten.

Bezüglich der Stellung der polnischen Minderheit zum Reichserbhofgesetz ist zu erwähnen, daß trotz der zähen Propaganda, die vom Polenbund gegen das Erbhofgesetz betrieben wird, sich ein großer Teil der polnischen Bauern *für* das Erbhofgesetz ausgesprochen hat, weil sie eine fühlbare Entschuldung ihres Besitzes erwarten.

In den Dienst der polnischen Propaganda werden folgende Versprechungen als Lockmittel gestellt:

1. Angehörige der polnischen Minderheit dürfen nicht zum Landjahr herangezogen werden.
2. Angehörige der polnischen Minderheit scheiden vom Arbeitsdienst aus.
3. Angehörige der polnischen Minderheit brauchen nicht Mitglied der Arbeitsfront und des Reichsluftschutzbundes zu sein.
4. Angehörige der polnischen Minderheit haben die Möglichkeit, bis zu einer endgültigen Entscheidung gegen die Anwendung des Erbhofgesetzes zu protestieren.
5. Die polnische Minderheit hat hinsichtlich der Winterhilfe genau dieselben Rechte wie die deutsche Bevölkerung.
6. Begabte polnische Kinder werden auf polnischen Lehranstalten nach Polen geschickt.
7. Kinderbespeisung in den Schulen.
8. Wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung wirtschaftlich schwacher und kinderreicher Familien.

Die Tendenz der polnischen Propaganda geht dahin, bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß die polnische Minderheit genau dieselben Rechte wie die deutsche Bevölkerung besitzt, jedoch hinsichtlich der staatsbürgerlichen Pflichten eine Vorzugsstellung einnimmt und Sonderrechte genießt. Mit dieser Anschauung dringen die polnischen Agitatoren auch in die Arbeiterkreise hinein und versuchen, sie für den Anschluß an die polnischen Organisationen und für die Umschulung ihrer Kinder in die Minderheitenschulen zu gewinnen.

Die vorstehende Zusammenstellung von Tatsachen über polnische Bestrebungen, Werbe- und Vorbereitungsaktionen, die noch endlos fortgesetzt werden könnte, läßt erkennen, welche ungeheuren Anstrengungen von polnischer Seite besonders in der letzten Zeit getroffen werden, um die bestehenden polnischen Volkstumszentren in Ostpreußen auszubauen und neue Gebietsteile für das Polentum zu gewinnen. Durch den zwischen Polen und Deutschland geschlossenen Freundschaftsvertrag werden die Polen in ihrer rücksichtslosen Arbeitsweise gestärkt und beschränken sich nicht mehr nur darauf, das Bestehende zu halten, sondern arbeiten in der intensivsten und geschicktesten Weise an dem Ausbau und der weiteren Erstarkung des Polentums. Die Gefahren, die die polnische Expansion für das Deutsche Reich und Ostpreußen, insbesondere aber für den national-politisch gefährdeten Kreis Stuhm mit sich bringen, lassen sich schon jetzt übersehen. Es wäre an der Zeit, den von polnischer Seite auf allen Gebieten eingeleiteten Vormarsch einer Nachprüfung zu unterziehen und dem polnischen Entwicklungsdrang in geeigneter Weise Schranken zu setzen.

Ein deutsch-Danziger Zollbeamter, der kürzlich an einem zolltechnischen Kursus in Polen teilgenommen hat, schilderte bei einem Gespräch mit einem Danziger Parteigenossen eine Unterhaltung, die er mit einem polnischen Landrat in einem Lokal gehabt

hatte. Dieser habe sich über die Verhältnisse in Deutschland erkundigt und sei im Laufe des Gesprächs auch auf den Freundschaftspakt Deutschland – Polen eingegangen. Der polnische Landrat soll hierbei geäußert haben, daß ein Teil der intellektuellen Polen den Vertrag nicht ernst nehme. Deutschland verfolge mit dem Vertrag nur bestimmte Zwecke. Er glaube nicht, daß der Führer sein Wort Polen gegenüber halten werde. Deutschland käme es nur auf die Stärkung seiner augenblicklichen Lage an. Sowie das Ziel erreicht sei, dürfte der Vertrag seine Erledigung gefunden haben. Trotzdem sei es nicht von der Hand zu weisen, daß durch den Abschluß des Vertrages eine Stärkung Polens gegenüber Rußland erfolgt sei.

Weiter hatte ein Vertrauensmann Gelegenheit, mit einer im allgemeinen recht gut informierten polnischen Persönlichkeit, die den verschiedenen Strömungen des Warschauer politischen Lebens sehr objektiv gegenübersteht, über die durch den deutschen Schritt geschaffene Lage zu sprechen. Der Gewährsmann meinte, daß ein deutscher Erfolg in dieser Sache zwar scheinbar zugleich eine Rechtfertigung der von Beck betriebenen Annäherungspolitik sein würde, das man aber mit größter Sorge dem durch die deutsche Haltung unausbleiblich scheinenden französisch-russischen Militärbündnis entgegensehe. Eine Isolierung an der Seite Deutschlands sei für Polen psychologisch und sachlich untragbar. Es sei zu erwarten, daß die Angriffe gegen Beck innerhalb des Regierungslagers sich in nächster Zeit verstärken würden. Es gebe zwei ernsthafte Kandidaten für eine etwaige Nachfolge (die allerdings zunächst keineswegs aktuell sei), und zwar den Botschafter Lukasiewicz in Moskau sowie den Gesandten Arciszewski in Bukarest. Diese beiden Diplomaten hätten im besonderen Maße das Vertrauen des Marschalls Pilsudski und gehörten auch dem Kreis der „alten Kämpfer" an. Dem Gewährsmann wurde erneut bestätigt, daß General Gorecki in keinem Falle in Frage käme – sehr viel werde davon abhängen, wie sich das persönliche Verhältnis zwischen Beck und dem neuen französischen Botschafter entwickeln werde, von dem man allgemein annimmt, daß in ihm Frankreich einen seiner befähigsten Männer nach Warschau schickte, um das deutsche Spiel zu durchkreuzen.

Die nachfolgende Übersetzung aus dem Regierungsblatt „Dobry Wieczor" ist typisch für die Reaktionen, die hier allzu weit gehende Anbiederungsversuche gewisser deutscher Kreise auslösen. Daß eine deutsche Gruppe in Pommerellen für polnische Rüstungszwecke sammelt, und damit eine Bekräftigung der polnischen Korridorauffassung verbindet, dürfte wohl einzig dastehen (Die betreffende Meinung wurde übrigens am 18.3. von der Gazeta Polska bestätigt).

Übersetzung aus dem Dobry Wieczor Nr. 77 vom 18.3.1935: 1410–1935.

„Die Geschichte ist die Lehrmeisterin der Völker"

Die Geschichte wiederholt sich. Mehr als ein halbes Jahrtausend ist vergangen seit dem Augenblick, wo zwei Ritter in weißen Mänteln mit schwarzen Kreuzen vor dem Zelt von Wladyslaw Jagiello auf den Hügeln von Tannenberg und Grunewald [!] standen, die dem König ein ungewöhnliches Geschenk von dem Großmeister des Ordens, Ulrich von Jungingen darbrachten.

Der Hochmut der Teutonen hatte keine Grenzen, fiel jedoch in einigen Tagen unter dem Schlage der unter Führung des polnischen Königs vereinigten Kräfte.

Heute, nach 525 Jahren, meldet man uns aus Graudenz, der dortige Magistrat habe ein offizielles Schreiben von der örtlichen Organisation der Jungdeutschen erhalten, in welchem die Leitung der Jungdeutschen Partei bekannt gibt, daß sie, die Wichtigkeit des Besitzes von dem Zutritt zum Meer des polnischen Staates und dessen Verteidigung

würdigend, alle ihre Glieder dazu auffordere, an der Sammlung und den Spenden zur Stiftung eines Hydroplanes anläßlich des Namenstages des Marschalls Josef Pilsudski teilzunehmen."

Der Herr Regierungspräsident in Marienwerder hat Abschrift dieses Berichts erhalten.

gez. Dorsch

050

März 1935: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

Marzec 1935r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

PAAA Bonn, Kulturabteilung VIa, Polen in Deutschland, Nr. 6 (= R 60507) (Abschrift).

Angesichts der außerordentlich starken Tätigkeit der Polen gewinnt die Grenzlandpolitik im Bezirk eine noch stärkere Bedeutung als bisher. Die Tätigkeit der Polen wird auf allen Gebieten entfaltet. Offenbar haben die polnischen Funktionäre erkannt, daß in den vergangenen Jahren durch den Schwung der nationalsozialistischen Bewegung die Stoßkraft der polnischen Organisationen Abbruch erlitten hat und daß es gilt, das Versäumte nachzuholen. Dies hat der Führer des Polenbundes von Donimirski in einer Rede deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Polen glauben, die Berechtigung zu ihrer Tätigkeit insbesondere aus dem Zehnjahrespakt herleiten zu können. Es scheint angebracht, mehr noch als bisher, dahin zu streben, daß nur diejenige Tätigkeit der polnischen Minderheit geduldet wird, die in gleicher Weise auch der deutschen Bevölkerung im abgetretenen Gebiet gestattet ist. Gerade in dieser Hinsicht ist aber noch vieles zu bemängeln. Die Liste der Agrarreform und die Praxis der Verwaltungsbehörden gegenüber der deutschen Minderheit zeigen deutlich, daß von seiten Polens die bisherige Tendenz der Vernichtung des Deutschtums nicht aufgegeben ist. Es geht aber meines Erachtens nicht an, daß man die weitere Vernichtung des Deutschtums in Posen und Pommerellen mit ansieht, gleichzeitig aber der polnischen Minderheit in Deutschland in jeder Hinsicht Aktionsfreiheit läßt. Ich bemerke hierbei, daß ich in einer Schwächung des Deutschtums im abgetretenen Gebiet im Hinblick auf die spätere Lösung der Korridorfrage eine noch größere Gefahr sehe als in der Aktivierung der polnischen Minderheit in Deutschland. Die Frage der Vernichtung des Deutschtums in Posen und Pommerellen kann, wie man sich die Lösung der Korridorfrage auch vorstellt, nicht ernst genug genommen werden.

Es ist zwar zuzugeben, daß die polnischen Verwaltungsbehörden gewisse Erleichterungen für die deutschen kulturellen Veranstaltungen gewähren. Jedoch ist auch hierbei die Praxis sehr verschieden. Es wird von verschiedenen Fällen berichtet, in denen bei beabsichtigten Theateraufführungen in Versammlungen der deutschen Vereinigungen diese Aufführungen ohne weiteres als öffentliche Veranstaltungen erklärt wurden. Dies hat zur Folge, daß das Theaterstück in polnischer Sprache zur Genehmigung vorgelegt werden mußte. Als dies geschah, wurde wiederum bemängelt, daß eine Übersetzung nicht vorgenommen werden dürfte, weil der Autor sich alles Recht, auch das der Übersetzung, vorbehalten habe.

Die Schwungkraft der deutschen Minderheit in Polen wird nach wie vor erheblich geschwächt durch den Kampf zwischen der Deutschen Vereinigung und der Jungdeutschen Bewegung. Zwar hat die Deutsche Vereinigung äußerlich gewisse Fortschritte gemacht. Hierdurch sind jedoch die Gegensätzlichkeiten nicht überbrückt. Während man aus der Erneuerungsbewegung in der deutschen Minderheit die Aktivierung des Geisteslebens hätte erwarten können, ist vielmehr zum Teil der Zustand eingetreten, daß die Bevölkerung anfängt, sich von den beiden Organisationen zurückzuziehen, da sie für den gegenseitigen Hader auf die Dauer kein Verständnis mehr hat. Es ist also eine gewisse Lethargie eingetreten. Es kommt hinzu, daß die Stellungnahme der maßgebenden deutschen Instanzen als widerspruchsvoll empfunden wird. Während sich einerseits die Deutsche Vereinigung als vom Volksdeutschen Rat gestützt betrachtet, ist die Vertretung der Jungdeutschen Partei in Berlin vom Staatsrat Görlitzer mit allen Ehren empfangen worden und glaubt auch in der Reichsjugendführung eine Stütze zu haben. Der Erfolg ist, daß beide Teile sagen, sie vertreten den wahren Nationalsozialismus, ohne daß der Gegenbeweis erbracht werden kann.

Es erscheint dringend erforderlich, die Verhältnisse innerhalb der deutschen Minderheit zu befrieden und eine klare Zielsetzung zu finden, die seinerzeit die Zoppoter Vereinbarungen nicht gebracht hat. Es muß hierbei bei aller Anerkennung für die Fähigkeit einzelner Führer der Deutschen Vereinigung aber darauf Bedacht genommen werden, daß die Jungdeutsche Partei bei den Vereinbarungen nicht zu schlecht abschneidet, da sie stimmungsmäßig noch einen starken Rückhalt in der Bevölkerung zu haben scheint und eine krasse, gegen sie fallende Entscheidung zu unpopulär sein würde. Im übrigen ist die ganze Frage lediglich eine Führerfrage. Wird der geeignete Mann gefunden, der von beiden Organisationen anerkannt wird (und dies muß meines Erachtens möglich sein), so ist die ganze Streitfrage, für die sachliche Gründe jetzt kaum mehr vorhanden sind, mit einem Schlage gelöst.

Die Tätigkeit der polnischen Minderheit im Kreise Stuhm und Marienwerder verrät andererseits eine zielsichere und einheitliche Führung. Ich nehme an, daß über die hierfür symptomatische Tagung des Polenbundes in Allenstein von dem Herrn Regierungspräsidenten in Allenstein berichtet ist, so daß sich ein Bericht für mich hierüber erübrigt. Die Tätigkeit erstreckt sich im übrigen nach wie vor auf kulturelle und wirtschaftliche Fragen. Eine neue Ortsgruppe des Polenbundes wurde in Mirahnen, Kreis Stuhm gebildet. Auf Anweisung der Zentralstelle des Polenbundes ist im Bezirk Marienburg Land ferner ein neues Kampflied eingeführt. Die Arbeit in den Bildungsheimen wird intensiv fortgeführt. Am 14.2. d. J. wurde für die polnische Jugend eine Sendung aus Warschau übertragen. Das Programm bestand aus Volks- und Soldatenliedern und Erzählungen von Professor Tadeusz Mayzner. Die Korrespondenz zwischen Schulkindern in Deutschland und Polen wird unter Leitung der polnischen Lehrer eifrig durchgeführt. Im Laufe des Berichtsmonats haben zahlreiche Schüler im Kreise Stuhm Sammelbriefe und Ansichtskarten von Schülern aus Polen erhalten. Nach Mitteilung des Weltbundes der Polen im Ausland ist zum Beispiel die polnische Schule in Neudorf im Rahmen der Korrespondenzaktion der Volksschule in Sokolow Podlaski, Wojewodschaft Lublin zugeteilt. In diesem Zusammenhang ist die Schreibweise der polnischen Schüler interessant:

„Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Wir als Mitglieder des geographischen Zirkels haben den Wunsch, in jedes Eckchen Erde einzudringen, wo polnische Kinder wohnen und übersenden Euch aus dem Mutterlande die herzlichsten Grüße. Auf diesem Wege wenden wir uns an Euch unsere Lieben

und bitten Euch, schreibt uns recht bald Antwort und teilt uns mit, ob Ihr mit uns eine briefliche Verbindung unterhalten wollt. Wir senden Euch die herzlichsten Grüße und die Adrese der Leiterin unseres Zirkels."

Wie weiter bekannt geworden ist, wird von polnischer Seite beabsichtigt, die polnische Jugend aus den Städten zur Teilnahme an einem Landjahr heranzuziehen. Das Büro des Polenbundes ist vom Verband polnischer Schulvereine in Berlin aufgefordert, für Jugendliche aus Berlin, die Kinder polnischer Eltern sind, Freistellen in landwirtschaftlichen Betrieben bei polnischen Bauern im Bezirk Marienburg Land zu beschaffen. Das Landjahr für die schulentlassenen Kinder soll am 1.4.1935 beginnen. Die Kinder sollen zur aktiven Betätigung in den polnischen Jugendvereinen herangezogen werden. 12 polnische Bauern im Kreise Stuhm haben sich bereit erklärt, schulentlassene polnische Kinder für ein Jahr aufzunehmen. Nach dem Schreiben des Verbandes polnischer Schulvereine in Berlin vom 19.2.1935 sollen auch noch schulpflichtige Kinder aufgenommen und in den Ortschaften untergebracht werden, wo polnische Schulen vorhanden sind.

Es sind ferner verschiedene Umschulungen von Kindern aus deutschen in polnische Schulen vorgekommen. Für die Errichtung einer polnischen Schule in Stuhm werden weiter Anstrengungen gemacht, anscheinend mit Aussicht auf Erfolg. Zu einem landwirtschaftlichen Kursus in Lessen, Kreis Graudenz, wurde eine größere Anzahl von Bauernsöhnen aus Westpreußen und Allenstein entsandt. Ein Landwirtssohn aus Mirahnen besucht eine Försterschule im Kreise Mogilno in Posen.

Besondere Bedeutung verdient die Verbindung zwischen dem Klerus und der polnischen Minderheit. Offenbar glauben die Polen, die zwischen der NSDAP und dem Katholizismus bestehenden Spannungen für sich ausnutzen zu können und wollen versuchen, die Tätigkeit der katholischen Kirche unter polnischem Vorzeichen sich entfalten zu lassen. Es ist festgestellt worden, daß der Polenbund versucht, den Franziskanerorden, der seit kurzem eine Niederlassung in Marienburg hat, für sich dienstbar zu machen. Der Orden soll Referate aus dem Leben großer Heiliger halten. Das Material hierfür soll aus Posen bezogen werden.

Ferner beginnt sich der in Brakau, Kreis Marienwerder, seit kurzem eingerichtete katholische Gottesdienst, der von dem Pfarrer Pruss in Marienwerder abgehalten wird, als ein Treffpunkt der Polen zu gestalten, die bisher in dieser Gegend verhältnismäßig wenig aktiv waren.

Aus Reden, die in Vorbereitung des Polentags in Allenstein gehalten wurden, ist zu entnehmen, daß eine Aktion eingeleitet ist, um den polnischen Gottesdienst zu verstärken. Es ist sogar damit gedroht worden, daß die Polen die Kirche nicht mehr besuchen würden, wenn nicht mehr polnische Gottesdienste abgehalten würden. Sie würden sodann ihre Gottesdienste in den Bildungsheimen oder durch Radio aus Warschau hören.

Eine Gegenwirkung gegen die Tätigkeit des Polenbundes ist in erster Linie durch die Organisationen der NSDAP möglich. Ihre äußere und innere Festigung ist daher Grundlage für den Volkstumskampf. Dies betrifft nicht nur den direkt gefährdeten Kreis Stuhm selber, sondern den ganzen Regierungsbezirk, da etwaige Schwächen sich sofort herumsprechen, auch wenn sie nicht im engeren Wirkungskreis liegen.

051

13.1.1936: Der Regierungspräsident in Marienwerder an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht
13 I 1936r.: Prezydent rejencji w Marienwerder do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

PAAA Bonn, Kulturabteilung VIa, Polen in Deutschland, Nr. 7 (= R 60508) (Abschrift).

[...]

5. Tätigkeit der polnischen Minderheit

Die Haupttätigkeit der polnischen Vereine konzentrierte sich in den Berichtsmonaten auf die Tätigkeit in den polnischen Bildungsheimen. Diese stehen der Jugend und den Erwachsenen der polnischen Minderheit jederzeit offen. Die polnischen Lehrer vor allem widmen sich der Tätigkeit in den polnischen Bildungsheimen. Sie halten Vorträge, veranstalten Bastelkurse usw. Der polnische Lehrer Jankowski in Sadluken tut sich bei der Arbeit in den Bildungsheimen besonders hervor. Bei den Zusammenkünften in den polnischen Bildungsheimen wird eifrig für das polnische Buch geworben. Die Zeitschriften „Klosy" (Ähre) und „Dziennik Pomorski" (Zeitung für Seefahrt) [Pommereller Tageblatt], die den Bildungsheimen von der Zentrale des Polenbundes in Allenstein unentgeltlich geliefert wird, liegen zum Lesen aus.

Von der Zentrale des polnischen Schulvereins Deutschlands in Berlin gingen mir im vorigen Monat 10 Anträge auf Eröffnung von polnischen Lese- und Schreibkursen für die schulentlassene Jugend zu. Ich habe zunächst große Bedenken, den Anträgen stattzugeben und habe eine eingehende Nachprüfung der Angelegenheit angeordnet. Der Polenbund ist nämlich schon seit Jahren bemüht, neben den Minderheitsvolksschulen und dem polnischen Vereinswesen noch Einrichtungen zu schaffen, um vor allem die schulentlassene Jugend im Sinne der großpolnischen Propaganda zu erfassen. Zu diesem Zweck haben sie bereits im Jahre 1929 versucht, ländliche Fortbildungsschulen aufzuziehen und die Genehmigung hierzu zu erhalten. Der Preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat damals die Genehmigung der Anträge abgelehnt mit der Begründung, daß die „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit" vom 31.12.1928 sich nicht auf Fach- und Fortbildungsschulen beziehen. Der Polenbund hat daraufhin versucht, statt der ländlichen Fortbildungsschulen sogenannte Förderschulen einzurichten. Da sich im Laufe der Zeit herausstellte, daß sich der Polenbund in den errichteten Förderschulen nicht nur, wie er zunächst angab, auf die Pflege der polnischen Sprache und Literatur beschränkte, sondern in großem Umfange großpolnische Propaganda dabei betrieb, ist die Schließung der Förderschulen angeordnet und durchgeführt worden. Es besteht nun die starke Vermutung, daß die Polen mit der beabsichtigten Abhaltung von polnischen Lese- und Schreibkursen für die schulentlassene Jugend dieselben Zwecke verfolgen wollen, die sie mit der beabsichtigten Gründung der ländlichen Fortbildungsschulen und der Eröffnung der Förderschulen im Auge gehabt haben. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit werde ich in dem nächsten Lagebericht berichten.

[...]

gez. Dr. Hoffmann

B. Wojewodschaft Pommerellen / Województwo pomorskie

Przemysław Hauser

Die deutsche Minderheit in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen 1919-1939

Die Organisationsstruktur der deutschen Minderheit in den beiden genannten Wojewodschaften hatte vieles gemeinsam, was durch die sehr ähnlichen Gegebenheiten bedingt war. In beiden Wojewodschaften wurden übergreifende Organisationen gegründet, welche die politische Führung der Minderheit und vieler anderer deutscher Vereinigungen übernahmen, die gleichzeitig in Posen und Pommerellen tätig waren.

A) Gebiet und Bevölkerung

Im August 1919 wurden auf amtliche Anordnung aus den Polen in Versailles zuerkannten Gebieten die Wojewodschaften Posen und Pommerellen geschaffen. Die Wojewodschaft Posen umfaßte einen Teil der ehemaligen preußischen Provinz Posen, die Wojewodschaft Pommerellen einen Teil der ehemaligen preußischen Provinz Westpreußen und mit dem Kreis Soldau [Działdowo] auch ein kleines Stück der Provinz Ostpreußen.[1] Diese Verwaltungsgrenzen wurden erst im April 1936 geändert, als die Wojewodschaft Pommerellen um vier Kreise der Wojewodschaft Warschau (Lipno, Nieszawa, Rypin und Włocławek) vergrößert wurde, während der bislang zur Wojewodschaft Pommerellen gehörige Kreis Soldau der Wojewodschaft Warschau zugeschlagen wurde.

Zur Wojewodschaft Pommerellen kamen damals auch sechs Kreise der Wojewodschaft Posen (Bromberg [Bydgoszcz] Stadt und Land, Hohensalza [Inowrocław] Stadt und Land, Schubin [Szubin] und Wirsitz [Wyrzysk]). Die Wojewodschaft Posen wiederum wurde um vier Kreise vergrößert, die bislang zur Wojewodschaft Lodz [Łódź] gehört hatten (Kalisch [Kalisz], Koło, Konin und Turek).[2]

Die deutsche Bevölkerung in dem 1919 Polen angeschlossenen Gebiet war entschieden gegen einen Übergang unter eine fremde Verwaltung und gab dem wiederholt Ausdruck noch bevor in Versailles die Entscheidung endgültig gefallen war.[3] Der Vertrag, den die Deutschen in den Polen zuerkannten Gebieten als ein unverschuldetes Unrecht ansah, stellte sie vor die Wahl,

1. unter fremder Verwaltung mit dem wenig attraktiven Status der nationalen Minderheit zu leben oder

---

[1] Dziennik Praw Państwa Polskiego 1919, Nr. 64. Pos. 385.

[2] Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej 1937, Nr. 46, Pos. 350.

[3] P. Hauser, Niemcy wobec sprawy polskiej (październik 1918 – czerwiec 1919), Poznań 1984.

2. nach Deutschland auszuwandern (bei Beibehaltung der deutschen Staatsbürgerschaft).

Infolgedessen änderten sich die Bevölkerungsverhältnisse in diesen Gebieten innerhalb einiger Jahre ganz erheblich. Nach Rauschning emigrierten über 66 Prozent der deutschen Bevölkerung aus der Wojewodschaft Posen und über 72 Prozent aus der Wojewodschaft Pommerellen.[4] Die Deutschen, die sich entschlossen hatten, unter polnischer Verwaltung zu leben, gingen dazu über, ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben unter den neuen Bedingungen zu ordnen.

B) Politik

Mit der Organisation des politischen Lebens im abgetretenen Gebiet wurde noch im Jahre 1919 nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages begonnen: sie erstreckte sich auf die deutsche Bevölkerung im Posener Gebiet, das vom Reich durch die im Trierer Waffenstillstandsabkommen (Februar 1919) festgelegte Demarkationslinie abgetrennt war, und auch auf diejenigen Deutschen, die westlich und nördlich dieser Linie lebten. Nach anfänglichen Organisationsschwierigkeiten nahm man Abstand von der von den Sozialdemokraten lancierten Konzeption einer zentralen Arbeits-Gemeinschaft, d. h. einer Art Dachorganisation, die die gesamte Tätigkeit der bisherigen deutschen Parteien koordinieren sollte. Statt dessen einigte man sich darauf, eine politische Einheitsorganisation aller Deutschen in dem an Polen abgetretenen Gebiet zu schaffen. Das geschah schließlich am 8. Mai 1921 mit der Gründung des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitenrechte. In den Deutschtumsbund, wie er kurz genannt wurde, traten die ehemalige Deutsch-Nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Christliche Volkspartei Zentrum ein.[5] Lediglich die deutschen Sozialdemokraten, deren sehr geringer Einfluß auf die in Posen und Pommerellen schwachen Arbeiterkreise beschränkt war, blieben außerhalb. Sie gründeten am 8. August 1919 die Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens mit Sitz in Bromberg. Die Parteizeitung war die wöchentlich erscheinende „Volkszeitung". Chefredakteur war Artur Pankratz. Die Partei lavierte zwischen einer Zusammenarbeit mit anderen deutschen Sozialdemokraten in Polen (Lodz, Oberschlesien) und einer Annäherung an die andere politische Orientierung, zu der sich die meisten Deutschen in Posen und Pommerellen bekannten.[6]

Die Tätigkeit des Deutschtumsbundes wurde von Bromberg aus geleitet. An seiner Spitze stand die Landesvereinigung. Die praktische Arbeit leitete der Hauptvorstand, dem Eugen Naumann, Kurt Graebe und Friedrich Heidelck angehörten. Der Landesvereinigung waren die Bezirksvereinigungen unterstellt: sie hatten ihren Sitz in Posen für Posen (ehemaliger Regierungsbezirk Posen), in Bromberg für den Netzegau (ehemaliger Regierungsbezirk Bromberg), in Graudenz [Grudziądz] für Pommerellen-Süd (ehemaliger Regierungsbezirk Marienwerder ohne Kreis Konitz [Chojnice] und in Dirschau [Tczew] für Pommerellen-Nord (ehemaliger Regierungsbezirk Danzig und Kreis

[4] H. Rauschning, Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre deutscher Politik, Berlin 1930.

[5] P. Hauser, Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim w latach 1920-1939, Wrocław etc. 1981, S. 46-52.

[6] Hauser, wie Anm. 5, S. 58-59.

Konitz). Die unterste Ebene bildeten die Ortsgruppen, deren Netz über ganz Posen und Pommerellen gespannt war.[7] Im Rahmen der Landesvereinigung bestanden zehn Abteilungen, die sich mit Rechts-, Finanz-, Presse-, Schul-, Kultur- und Bildungs-, Sozialfürsorge-, Berufs-, Frauen- und Ansiedlungsfragen befaßten. Auf diese Weise konnte der Deutschtumsbund alle Maßnahmen koordinieren und das gesamte Vereins- und Verbandsleben der Deutschen beaufsichtigen. Erleichtert wurde das zweifellos durch den entscheidenden Einfluß, den die Führung des Deutschtumsbundes auf die Verteilung der finanziellen Mittel hatten, mit denen verschiedene Institutionen im Reich die Deutschen in Polen unterstützten.[8]

Mitte 1923 lösten die polnischen Behörden den Deutschtumsbund auf, dem sie eine gegen den polnischen Staat gerichtete Politik vorwarfen. Damit war dem deutschen Bevölkerungsteil nicht nur eine politische Partei genommen, sondern auch und vor allem die zentrale Organisation, die praktisch sämtliche Aktivitäten der Minderheit koordinierte. Die deutschen Sejmabgeordneten aus Posen und Pommerellen (Karl Daczko, Ervin Hasbach und der Geistliche Josef Klinke) waren sich darüber im klaren, wie dringend diese Lücke gefüllt werden mußte, und riefen daher 1924 die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat ins Leben. In verschiedenen Städten wurden Abgeordnetenbüros eingerichtet, die der Zentralstelle der Deutschen Vereinigung (DV) in Bromberg unterstanden, deren Führung mit Kurt Graebe und Friedrich Heidelck ehemalige Funktionäre des Deutschtumsbundes übernahmen; und ähnlich wie der Deutschtumsbund hatte auch die Zentralstelle der DV in Bromberg zehn Abteilungen, die sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aktivitäten der Minderheit befaßten. Die Einflüsse in der Provinz wurden durch ein Netz von Vertrauensmännern aufrechterhalten. Auf diese Weise konnte die DV, ohne eine politische Partei zu sein, die Rolle der politischen Führung der Minderheit übernehmen.[9] Und auch daran änderte sich nichts, daß eine Kontrolle der deutschen Bevölkerung dadurch erleichtert wurde, daß die DV entscheidenden Einfluß auf die Verteilung der finanziellen Mittel (Beihilfen und billige Kredite) hatte, die aus Deutschland zuflossen.

Die Position der DV blieb bis 1930 unangefochten, bis die verschärften Repressionen der polnischen Behörden gegen jede Opposition – und damit auch gegen die Organisation der deutschen Minderheit – infolge der von Wirtschaftskrise ausgelösten sozialen Unruhen dazu führten, daß sich unter der Minderheit Kritik gegen die Vorherrschaft der bisherigen Führung manifestierte. Vor diesem Hintergrund begannen unter dem Bromberger deutschen Bürgertum einige kleine Parteien zu agieren – die Deutsche Bürgerpartei und die Deutsche Volkspartei in Polen –, die ein Ende der gegen den polnischen Staat gerichteten Politik und volle Loyalität ihm gegenüber für notwendig ansahen.[10] In Posen wurde auf Initiative dortiger Deutscher versucht, eine Deutsch-Polnische Vereinigung ins Leben zu rufen, die sich zum Ziel setzte, beide Nationalitäten einander anzunähern.[11] Diese Organisationen erwiesen sich jedoch als politische Eintagsfliegen, die keinerlei Spuren hinterließen. Doch dafür konnte der Lodzer „Deutsche Kultur- und

[7] Hauser, wie Anm. 5, S. 53-54.

[8] N. Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973.

[9] Hauser, wie Anm. 5, S. 55-57.

[10] Hauser, wie Anm. 5, S. 82-84.

[11] E. Makowski, Kształtowanie się stosunków społeczno-politycznych w Wielkopolsce w latach 1926-1939, Warszawa etc. 1979.

Wirtschaftsbund", der pazifistische Parolen und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden vertrat, sich seit 1931 in Posen und Pommerellen ausbreiten.

Andererseits gewannen in verschiedenen Kreisen, namentlich aber unter der deutschen Jugend seit Beginn der dreißiger Jahre die Ideen des Nationalsozialismus immer mehr Anhänger, und nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland stieg die Bedeutung dieser Ideologie noch weiter. Mitte 1933 gab ein großer Teil der bisherigen Minderheitenführer in Posen und Pommerellen, der weiterhin mit dem Reich in Verbindung bleiben wollte, eine Erklärung ab, in der sie sich mit dem Nationalsozialismus identifizierten.[12] Wer das nicht getan hatte, trat von seinem Posten zurück und machte Platz für einen Vertreter der jungen Generation, die der neuen Ideologie in kritikloser Faszination anhing. Etwas später gingen auch die deutschen Sozialdemokraten in Posen und Pommerellen auf nationalsozialistische Positionen über und änderten bei dieser Gelegenheit den Namen ihrer Partei in Deutsche Sozialistische Partei. Diejenigen Sozialdemokraten, die sich dieser Evolution widersetzten, gründeten 1933 in Bromberg den Deutschen Arbeiterbund, der jedoch ohne jeden Einfluß blieb und sich bald darauf auflöste.[13]

Anfang 1934 beschloß die Jungdeutsche Partei (JDP), deren Leitung sich in Bielitz [Bielsko] befand, ihren Einfluß auch auf Posen und Pommerellen auszuweiten. Ab diesem Zeitpunkt datiert der Kampf um Einfluß unter der deutschen Bevölkerung zwischen den „Alten" (um die DV) und den „Jungen" (um die JDP), die beide in der Wahl ihrer Mittel keineswegs wählerisch waren. Dem Beschluß der „Alten", die DV in eine politische Partei zu verwandeln, um sich besser gegen die „Jungen" zur Wehr setzen zu können, verdankte dann Mitte 1934 die Deutsche Vereinigung für Westpolen (DVW) ihre Existenz, was allerdings auch personelle Folgen nach sich zog: der langjährige Funktionär der DV, Kurt Graebe, verlor seinen Posten. Die neue Partei wurde zunächst von Erik von Witzleben und ab Mitte 1935 von Hans Kohnert geführt.[14]

Nach einigen Jahren stabilisierten sich die Einflüsse der JDP und der DVW. Zwar konnte sich keine Seite als eindeutiger Sieger fühlen, aber der kompromißlose Kampf um Einfluß unter der deutschen Minderheit hatte diese doch erheblich aktiviert und mit Sicherheit dazu beigetragen, daß unter einem Teil der Deutschen nationalistisches Ideengut größere Verbreitung fand. Man kann annehmen, daß Ende der dreißiger Jahre mit den außenpolitischen Erfolgen des Dritten Reiches die Zahl der Deutschen in Posen und Pommerellen zunahm, die sich mit dem deutschen Staat identifizierten und auf einen Wechsel der Staatsflagge warteten. Aber es war doch noch ein weiter Weg bis zur Verwirklichung der Grundvorstellung der Führung beider deutscher Organisationen: „Bist du Deutscher, mußt du auch Nationalsozialist sein".[15] Die meisten Deutschen interessierten sich gewiß nicht für den Alltag der politischen Auseinandersetzungen: sie wurden vielmehr in politische Konstellationen verwickelt, für die die Minderheitenführer verantwortlich waren, und mit denen sie sich nicht identifizieren mußten. Daß die Sachlage hier nicht eindeutig war, belegen verschiedene Fälle von offener und prinzipieller

[12] Posener Tageblatt vom 9. Juli 1933.

[13] Hauser, wie Anm. 5, S. 88.

[14] Hauser, wie Anm. 5, S. 178-179; Makowski, wie Anm. 11, S. 327-328.

[15] J. Winiewicz, Mobilizacja sił niemieckich w Polsce, Warszawa 1939, S. 14.

Opposition einiger Mitglieder der Minderheit gegen Maßnahmen von Führern nationalsozialistischer Organisationen. Derartige Fälle kamen, wie gesagt, nicht allzu häufig vor; denn so etwas verlangte eine gehörige Portion Zivilcourage, weil man sich dem Vorwurf des Verrats aussetzte und aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden konnte.[16]

C) Wirtschaft

Die deutsche Bevölkerung in Posen und Pommerellen mußte um die Bewahrung ihres Besitzstandes kämpfen, der u. a. dadurch bedroht war, daß Polen in Versailles das Recht zuerkannt worden war, einen Teil des deutschen Eigentums zu liquidieren. Für diese Auseinandersetzung waren starke zentralisierte Vereinigungen wirtschaftlichen Charakters besser geeignet als die bislang vorhandenen vielen kleinen Organisationen.

Grundsätzliche Bedeutung wurde dem ländlichen Bereich beigemessen, da etwa 80 Prozent der Deutschen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen auf dem Land lebten. Bereits 1919 war für das Posensche der Hauptbauernverein gegründet worden, der sich die Bauernvereine in den einzelnen Ortschaften unterstellt hatte. Er war jedoch zusammen mit dem Deutschtumsbund und mit derselben Begründung verboten worden. Ersatz sollte die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft (We-La-Ge) bieten, die mit der Zeit auch rund 10000 Mitglieder unter den deutschen Großgrundbesitzern und den meisten deutschen Bauern aus der Wojewodschaft Posen besaß.[17] Der Teil der deutschen Bauern in dieser Wojewodschaft, der seine Unabhängigkeit von der durch die Großgrundbesitzer beherrschten We-La-Ge bewahren wollte, gründete den Verband deutscher Ansiedler. Diese Organisation wechselte zweimal ihren Namen: zuerst in „Verband deutscher Ansiedler und Bauern" und seit 1934 in „Verband deutscher Bauern". In Pommerellen gehörten die deutschen Landwirte größtenteils einer Berufsorganisation an, dem „Landbund Weichselgau", der gegen Ende der zwanziger Jahre etwa 8000 Mitglieder zählte.[18] Die deutschen landwirtschaftlichen Berufsverbände waren an einer Hebung der Agrikultur und einer materiellen Unterstützung ihrer Mitglieder interessiert, wofür sie ihnen Kredite vermittelten.

Auch unter dem deutschen Bürgertum in Posen und Pommerellen kam es zu Vereinigungsprozessen. So entstand Ende der zwanziger Jahre aus mehreren kleineren Organisationen der „Wirtschaftsverband Städtischer Berufe", der die für Wojewodschaft Pommerellen und die nördlichen Kreise der Wojewodschaft Posen (Netzegau) zuständig war. Im Mittel- und Südteil der Wojewodschaft Posen hatte die deutsche Bevölkerung ihren „Verband für Handel und Gewerbe".

---

[16] P. Hauser, The German Minority in Poland in the Years 1918-1939. Reflections on the State of Research and Interpretation, Proposals for Further Research; in: Polish Western Affairs, Nr. 2/1991, S. 35-37.

[17] F. Swart, Diesseits und jenseits der Grenze, Leer 1954, S. 83-85.

[18] P. Hauser, Landbund Weichselgau – zawodowa organizacja rolnicza mniejszości niemieckiej w województwie pomorskim w latach 1920–1939; in: Zapiski Historyczne 4/1979, S. 43–63.

Da der bei weitem überwiegende Teil der Deutschen in beiden Wojewodschaften auf dem Land lebte, besaß für sie der Kampf um die Bewahrung von Grund und Boden in deutscher Hand vorrangige Bedeutung. Zwischen 1920 und 1925 wurde der deutsche Besitzstand erheblich geschmälert (um über ein Drittel), da der polnische Staat seine Rechte zur Liquidierung deutschen Eigentums wahrnahm und die zur Emigration entschlossenen Deutschen ihre Wirtschaften verkauften.[19]

Nach 1925 ging dagegen die größte Bedrohung für den deutschen Besitzstand in Posen und Pommerellen von der polnischen Bodenreform aus; denn die zuständigen Wojewodschaftsbehörden berücksichtigten bei der Festsetzung des jährlich zur Parzellierung vorgesehenen Kontingents vorwiegend deutschen Grundbesitz. Um dessen weitere Schmälerung wenigstens teilweise vorzubeugen, mußte das Kreditwesen der deutschen Minderheit erhalten und ausgebaut werden, ebenso wie die deutschen Genossenschaften, die sich infolge der Emigration der Deutschen in einer kritischen Lage befanden. Vor dem völligen Bankrott bewahrten das deutsche Genossenschaftswesen die Spar- und Anleihekredite der Danziger Raiffeisenbank Ende 1924. Dieses war das erste Anzeichen einer weitgespannten Hilfsaktion von ausländischen (holländischen, Danziger und deutschen) Banken zur Unterstützung der Wirtschaft der Deutschen in Polen in den Jahren 1925–1929. Die Kredite waren leicht zu erhalten, und über ihre Vergabe entschied in aller Regel das Gutachten der entsprechenden Berufsorganisation.

Ende 1929 begann es infolge der plötzlichen einschneidenden Kreditkürzungen (Weltwirtschaftskrise) unter der deutschen Bevölkerung zu gären. Sowohl bei den beruflich organisierten Landwirten als auch unter der deutschen Stadtbevölkerung formierte sich eine Oppositionsbewegung, deren Anführer der bisherigen Leitung nicht völlig grundlos vorwarfen, sie bevorzuge (u. a. bei der Kreditvergabe) die Großgrundbesitzer zu Lasten der deutschen Bauern und erteile den Industriellen und reichen Kaufleuten leichter Kredite als dem Rest der deutschen Stadtbevölkerung. Die Folge davon war, daß die Berufsorganisationen der deutschen Minderheit in den dreißiger Jahren in eine Krise gerieten. Ab 1934 wurden sie zum Kampffeld um den Einfluß zwischen DVW und JDP. Sowohl im Landbund als auch in der We-La-Ge konnte die DVW jedoch ihren Einfluß behaupten, während die JDP die Leitung des VdB majorisierte.

D) Konfessionen

In den Wojewodschaften Posen und Pommerellen war der bei weitem größte Teil der deutschen Bevölkerung (über 80 %) protestantisch. Die meisten Gläubigen hatte die Unierte Evangelische Kirche. In preußischer Zeit hatte das Konsistorium für die Provinz Westpreußen seinen Sitz in Danzig bzw. für die Provinz Posen in Posen. Als Polen die ihm in Versailles zugesprochenen Gebiete übernommen hatte, änderte der Oberkirchenrat in Berlin die Verwaltungsgrenzen und unterstellte die Wojewodschaften Posen und Pommerellen dem Konsistorium in Posen. An der Spitze des Konsistoriums stand Generalsuperintendent Dr. Paul Blau. Die einzelnen protestantischen Gemeinden hatten ihren Kirchenchor, und es gab besonders viele charitative Vereine, die von Frauen

[19] T. Kowalak, Spółdzielczość niemiecka na Pomorzu 1920–1939. Warszawa 1965, S. 33–36; R. Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955, S. 58.

geführt wurden. Ihr Ziel war die Armen- und Krankenhilfe oder der Unterhalt von Kinderheimen u. ä.[20]

Als nach 1933 von den Führern der deutschen politischen Organisationen in Posen und Pommerellen die Ideen des Nationalsozialismus verbreitet wurden, verlor die Unierte Evangelische Kirche an Einfluß unter der Jugend, die der neuen Ideologie in erster Linie verfallen war. Aus religiösen Erwägungen widersetzten sich die meisten Pastoren, geführt von Generalsuperintendent Blau, ganz entschieden Plänen, die Kirche nationalsozialistischem Einfluß unterzuordnen (wie es die „Volkskirche" des Pastor Grothaus aus Löwenberg [Lwówek] in Schlesien propagierte).[21] Trotz mehr oder weniger verschleierter Anträge von seiten eines Teils der politischen Minderheitsführer war die evangelische Kirche weiterhin bemüht, sich nicht an der Verbreitung nationalsozialistischen Ideengutes zu beteiligen und sich weiterhin rein religiös zu betätigen.

Die zweitgrößte protestantische Kirche in den beiden hier behandelten Wojewodschaften war die Alt-Lutherische Kirche, die jedoch nur eine kleine Anzahl von Gemeinden und ihre Superintendantur in Rogasen [Rogoźno] besaß. Insgesamt handelte es sich um nur einige Tausend Gläubige, und der Einfluß dieser Kirche war verglichen mit dem der Unierten Evangelischen Kirche minimal.[22]

Katholiken gab es unter der deutschen Bevölkerung in Posen und Pommerellen nur einige wenige Prozent: sie waren im Verband deutscher Katholiken (VdK) zusammengefaßt, der seinen größten Einfluß in der Wojewodschaft Schlesien besaß, wo er auch seinen Sitz hatte. Anfänglich waren Posen und Pommerellen ein Bezirk des VdK. Nach mehrmaligen Umstrukturierungen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurde je ein Bezirk für die Wojewodschaft Posen und die Wojewodschaft Pommerellen gebildet. Der VdK legte besonderes Gewicht auf Kultur- und Bildungsarbeit, die nach Möglichkeit erweitert wurde, um die deutschen Katholiken vor einer Polonisierung zu bewahren. Die um sich greifende Popularität des Nationalsozialismus machte auch vor dem VdK nicht halt. Es gibt Hinweise, daß führende Persönlichkeiten des VdK in Posen und Pommerellen selbst der NS-Ideologie erlagen und folglich auch duldeten, daß sie im VdK verbreitet wurde, wenn sie das nicht selbst besorgten. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Mitglieder in ihrer Mehrheit anfällig für eine Propaganda im nationalsozialistischen Sinne waren.[23]

E) Kultur- und Bildungsarbeit

Nach dem Versailler Vertrag hatte die Republik Polen den Kindern ihrer deutschstämmigen Bürger Volksschulunterricht in deren Muttersprache zu gewährleisten. Bei der Durchführung der entsprechenden Vertragsbestimmungen richteten sich die polnischen Behörden „nach dem Grundsatz, polnischen Unterricht als grundlegend für polnische Kinder und deutschen Unterricht entsprechend für deutsche Kinder zu

[20] Hauser, wie Anm. 5, S. 131–135.

[21] Hauser, wie Anm. 5, S. 230-233.

[22] Hauser, wie Anm. 5, S. 136.

[23] Hauser, wie Anm. 5, S. 137–142, 234–235.

gewährleisten".[24] Danach sollten eine deutsche Schule bzw. eigene Klassen mit deutscher Unterrichtssprache dort eingerichtet werden, wo die Schülerzahl 40 überstieg, mit dem Vorbehalt jedoch, daß die Schule geschlossen werden könnte, sollte die Zahl der Schüler in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unterhalb dieser Grenze liegen. Infolge der verstärkten Auswanderung von Deutschen zu Beginn der zwanziger Jahre nahm die Zahl der deutschen Schulen rasch ab, und gleichzeitig verringerte sich auch die Anzahl der dort eingeschulten Kinder. In dieser Situation führte die von den polnischen Schulbehörden konsequent beachtete untere Grenze von 40 Kindern innerhalb weniger Jahre zu einer katastrophalen Situation im deutschen Schulwesen. Immer mehr deutschstämmige Kinder blieben im Posenschen und in Pommerellen ohne deutschen Schulunterricht. Besonders bedrohlich sah es in Pommerellen aus, wo in der zweite Hälfte der zwanziger Jahre sogar zwei Drittel der deutschen Kinder eine polnische Schule besuchen mußten.[25]

Die deutschen Organisationen bemühten sich, dem dadurch entgegenzuwirken, daß sie Privatschulen gründeten und den Unterricht zunehmend Wanderlehrern übertrugen. Mit Schulfragen befaßte sich der 1919 gegründete „Deutsche Schulverein" in Polen. Seiner Bromberger Zentrale unterstanden die örtlichen Schulvereine in ganz Posen und Pommerellen.[26] Auch die von Paul Dobbermann geleitete Schulabteilung der DV war mit dem Unterricht deutscher Kinder in deutscher Sprache befaßt. Die polnische Politik einer Schmälerung des deutschen Besitzstandes im öffentlichen Schulwesen beantworteten die deutschen Organisationen mit der Gründung von Privatschulen. Mit diesen Schulen befaßte sich vor allem der Deutsche Schulverein. Doch infolge der hohen Kosten, die die Gründung und der Unterhalt von Privatschulen bedeutete, konnten diese nur zum Teil die von den polnischen Behörden geschlossenen öffentlichen deutschen Schulen ersetzen. Auf diese Situation reagierte die Schulabteilung der DV ab 1926 mit dem System der sog. Wanderschulen, deren Idee darin bestand, daß in Orten, in denen es keine deutsche Schule gab, die Eltern oder ältere Geschwister den Unterricht der schulpflichtigen Kinder übernahmen. Zu diesen Familien kam dann ein Wanderlehrer, der Eltern und Kinder beriet und armen Familien kostenlos Lehrbücher überließ. Die Wanderlehrer waren Schikanen von seiten der polnischen Behörden ausgesetzt, die diese Unterrichtsform als illegal ansahen.[27] Die Berufsorganisation der deutschen Lehrer war der Landesverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen (Bromberg); er gab die „Deutsche Schulzeitung" heraus.

Die Bildungsarbeit im Schulbereich wurde durch eine außerschulische Bildung ergänzt. Hier war der Deutsche Schulverein besonders rege, der häufig Vorträge veranstaltete, bei denen Themen aus der schönen und populärwissenschaftlichen Literatur bevorzugt wurden. Außerdem boten die deutschen Vereine mehr oder weniger häufig Vortragsreihen an, die zum Teil mit ihrer statutenmäßigen Tätigkeit zu tun hatten.[28] Die deutschen Organisationen bemühten sich im allgemeinen um ein hohes Niveau der angebotenen Vorträge und Vorlesungen, für die sie mitunter Fachleute aus Deutschland einluden, sich aber auch auf eigene wissenschaftliche Kräfte stützen konnten.

---

[24] Urzędowa Gazeta Szkolna dla woj[ewództwa] Poznańskiego i Pomorskiego Nr. 3/4. Rozporządzenie Min[isterstwa] b[yłej] dzielnicy Pruskiej z 10 III 1920r.

[25] P. Dobbermann, Der gegenwärtige Stand der deutschen Volksschule in Posen und Pommerellen; in: Deutscher Heimatbote in Polen. Jahrbuch des deutschen Volkstums in Polen, Poznań 1931, S. 156–157.

[26] Hauser, wie Anm. 5, S. 143–144; Makowski, wie Anm. 11, S. 316.

[27] Hauser, wie Anm. 5, S. 146–147.

[28] Hauser, wie Anm. 5, S. 157–186.

In Posen gab es die „Historische Gesellschaft für die Provinz Posen", die noch aus preußischer Zeit stammte, in Bromberg die „Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft", in Thorn [Toruń] den „Coppernikusverein für Wissenschaft und Kunst". Zwar war ein Teil der Mitglieder dieser Gesellschaften in den zwanziger Jahren emigriert, aber diejenigen, die geblieben waren, beteiligten sich aktiv an der Popularisierung ihrer Wissenschaft und setzten sogar ihre eigenen Forschungen fort.[29]

Die Vorlesungs- und Vortragsreihen der einzelnen Vereine und Gesellschaften wurden durch andere Formen der Wissensverbreitung ergänzt. Eine wichtige Rolle spielte hier das deutsche Bibliotheksnetz. In Posen bestand seit 1924 der zentrale „Verband Deutscher Büchereien in Polen" (ihm gehörten über 50 Bibliotheken mit einer beträchtlichen Bücherzahl an). Der Verband hatte die Aufgabe, nicht nur die Lektüre unter der deutschen Minderheit im Posenschen und in Pommerellen zu verbreiten, sondern auch die Arbeit der deutschen Bibliotheken in Mittel- und Ostpolen zu fördern. Außerdem gab es noch kleinere oder größere Büchersammlungen bei verschiedenen deutschen Organisationen und evangelischen Gemeinden.[30]

Eine gewaltige Rolle in vielen Lebensbereichen spielte die deutsche Presse. Die wichtigsten Zeitungen waren die Bromberger „Deutsche Rundschau in Polen", das „Posener Tageblatt" und das in Dirschau erscheinende „Pommereller Tageblatt". Außer diesen führenden politischen Organen, die der Führung des Deutschtumsbundes und später der Deutschen Vereinigung nahestanden, gab es noch eine ganze Palette von Kreiszeitungen und Fachblättern der verschiedenen Organisationen.[31]

Mit der Verbreitung des gesprochenen Wortes und der Bühnenkunst befaßte sich die „Deutsche Bühne", die in der Zwischenkriegszeit in Bromberg, Kolmar [Chodzież], Wollstein [Wolsztyn], Graudenz [Grudziądz], Thorn, Dirschau und Konitz ihre Theater besaß. Die Vorstellungen waren von sehr unterschiedlichem künstlerischen Niveau, das davon abhing, welche Fachkräfte sich für das jeweilige Theater gewinnen ließen. Einige Häuser (wie die Bühne in Bromberg) verfügten über ein starkes Ensemble von Berufskünstlern, das Vorstellungen von hohem Niveau bot; andere (wie die Bühne in Wollstein) waren Laienensembles, die Rundreisen unternahmen. Häufig konzentrierte sich um die Deutsche Bühne (beispielsweise in Graudenz) das kulturelle Leben der deutschen Bevölkerung, und bei den von der Deutschen Bühne veranstalteten Vergnügen präsentierte sich die deutsche Elite aus der Wojewodschaft oder dem Kreis.[32]

Weiter verbreitet als das Theater waren die Gesangvereine. Im November 1922 wurde der Bund deutscher Männergesangvereine Posen-Pommerellen gegründet, gewissermaßen der Dachverband aller Männergesangvereine in diesem Gebiet. Anfang der dreißiger Jahre zählte er etwa 500 Mitglieder in 30 Vereinen.[33]

---

29 1.) W. Sworakowski, Niemieckie towarzystwa naukowe i biblioteki w Polsce; in: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich, Poznań 1939, S. 201; 2.) Z. Mocarski, Prasa naukowa na Pomorzu polskim w okresie siedmiolecia 1920–1926; in: Strażnica Zachodnia, 1927, Nr. 1, S. 33–34.

30 J. F., Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa na Pomorzu i w Wielkopolsce; in: wie Anm. 33, 1, S. 183–184.

31 T. Kowalak, Prasa niemiecka w Polsce 1918–1939, Warszawa 1971, passim

32 W. Kotowski, Teatry Deutsche Bühne w Wielkopolsce in na Pomorzu 1919–1939, Warszawa etc. 1985, passim.

33 J. F., wie Anm. 34, S. 190–191.

Außer den hier genannten Tätigkeiten wurde dem Sport eine hohe Bedeutung beigemessen. Unter den deutschen Sportvereinen in Posen und Pommerellen spielte der „Bund der Deutschen Turnerschaft in Polen" eine besondere Rolle. Ab 1925 befand sich seine Zentrale in Bromberg. 1929 wurde sie nach Bielitz [Bielsko] verlegt. Verschiedene deutsche Turn- und Sportvereine ermunterten Jugendliche und Erwachsene zur körperlichen Ertüchtigung, und ihr verhältnismäßig reichhaltiges Angebot reichte von Turnen über Rudern, Schießen und Radfahren bis hin zum Wandern.[34]

[34] Hauser, wie Anm. 5, S. 170–171.

Przemysław Hauser

Mniejszość niemiecka w województwach poznańskim i pomorskim w latach 1919–1939

Rozwój organizacyjny mniejszości niemieckiej w Poznańskiem i na Pomorzu miał wiele punktów wspólnych spowodowanych podobnymi warunkami działalności. Znalazły one wyraz w tworzeniu wspólnych dla Poznańskiego i Pomorza organizacji odgrywających rolę kierownictwa politycznego mniejszości oraz wielu innych związków niemieckich, które działały na całym tym obszarze.

A) Obszar i ludność

W sierpniu 1919 r. rozporządzeniem władz polskich z ziem przyznanych Polsce w Wersalu utworzono dwa województwa poznańskie i pomorskie. Województwo poznańskie objęło część obszaru byłej prowincji poznańskiej, województwo pomorskie część prowicji Prusy Zachodnie i małą cząstkę prowincji Prusy Wschodnie (powiat Działdowo)[1]. Ten podział administracyjny utrzymywał się aż do kwietnia 1938 roku, kiedy to zmieniono granice obydwu województw. Województwo pomorskie powiększyło się wówczas o 4 powiaty województwa warszawskiego: Lipno, Nieszawa, Rypin, Włocławek. Natomiast należący dotąd do województwa pomorskiego powiat Działdowo przyłączono do województwa warszawskiego.

Do województwa pomorskiego przyłączono też wówczas 6 powiatów z województwa poznańskiego: Bydgoszcz miasto i wieś, Inowrocław miasto i wieś, Szubin i Wyrzysk. Województwo poznańskie, które utraciło na rzecz województwa pomorskiego w/w sześć powiatów, zostało powiększone o 4 powiaty przynależące dotąd do województwa łódzkiego: Kalisz, Koło, Konin i Turek[2].

Ludność niemiecka zamieszkała na obszarze przyłączonym do Polski w 1919 roku była zdecydowanie przeciwna przejściu pod obcą suwerenność państwową, dając temu niejednokrotnie wyraz jeszcze zanim w Wersalu zapadły ostateczne decyzje[3]. Postanowienia traktatowe, które ludność niemiecka na terenach przyznanych Polsce odczuwała jako niezawinioną krzywdę postawiły ją przed wyborem:

1) egzystencji pod suwerennością z mało atrakcyjnym statusem mniejszości narodowej,

2) emigracji do Niemiec (połączonej z zachowaniem obywatelstwa niemieckiego).

---

[1] „Dziennik Praw Państwa Polskiego" 1919, nr 64 poz. 385.

[2] „Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej" 1937, nr 46 poz. 350.

[3] P.Hauser, Niemcy wobec sprawy polskiej (październik 1918 – czerwiec 1919), Poznań 1984.

Na zwiększenie trendu do emigracji wśród ludności niemieckiej niemały wpływ wywarła polska polityka „odniemczania". W efekcie, w ciągu kilku lat znacznie zmieniły się stosunki ludnościowe na tym obszarze. W/g Rauschninga wyemigrowało do Niemiec ponad 66% ludności niemieckiej z województwa poznańskiego oraz ponad 72% z województwa pomorskiego[4]. Ci Niemcy, którzy zdecydowali się pozostać pod suwerennością polską przystąpili do zorganizowania życia politycznego, gospodarczego i kulturalnego w nowych warunkach.

B) Działalność polityczna

Procesy organizowania się ludności niemieckiej na odstępowanym obszarze rozpoczęły się jeszcze w 1919 roku, po podpisaniu traktatu wersalskiego i objęły Niemców zamieszkujących zarówno na obszarze Poznańskiego jak i zamieszkujących na zewnątrz od tej linii. Po wielu perturbacjach organizacyjnych zaniechano lansowanej przez socjaldemokratów koncepcji utworzenia Centralnej Wspólnoty Pracy (Zentral-Arbeitsgemeinschaft) – nadrzędnej organizacji mającej koordynować działania dotychczas istniejących wśród Niemców partii politycznych. W to miejsce postanowiono utworzyć jednolitą organizację polityczną Niemców na terenach odstępowanych Polsce. Zamiar ten ostatecznie sfinalizowano 8 maja 1921 roku tworząc Związek Niemców dla Ochrony Praw Mniejszości (Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte). W skład Deutschtumsbundu weszły byłe: Niemiecka Narodowa Partia Ludowa (Deutschnationale Volkspartei), Niemiecka Partia Ludowa (Deutsche Volkspartei), Niemiecka Partia Demokratyczna (Deutsche Demokratische Partei) i Chrześcijańska Partia Ludowa „Centrum" (Christliche Volkspartei „Zentrum")[5]. Poza Deutschtumsbundem pozostali jedynie socjaldemokraci niemieccy, mający bardzo niewielkie wpływy ograniczające się do nielicznych w Poznańskiem i na Pomorzu skupisk robotniczych. Utworzyli oni 8 sierpnia 1919 roku Niemiecką Partię Socjaldemokratyczną w Polsce (Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens), z siedzibą w Bydgoszczy. Organem partii był tygodnik „Volkszeitung" a na jej czele stanął Artur Pankratz. Partia ta prowadziła politykę lawirowania między współpracą z innymi niemieckimi socjaldemokratami w Polsce (Łódź, Górny Śląsk) a zbliżeniem z inną orientacją polityczną reprezentowaną przez większość Niemców w Poznańskiem i na Pomorzu[6].

Centrum działalności Deutschtumsbundu stała się Bydgoszcz. Na czele tej organizacji stało Zjednoczenie Krajowe. Praktyczną działalnością kierował Zarząd Główny, w skład którego wchodzili Eugen Naumann, Kurt Graebe i Friedrich Heidelck. Zjednoczeniu Krajowemu podlegały Zjednoczenia Okręgowe z siedzibami w Poznaniu (obszar byłej rejencji poznańskiej), Bydgoszcz – dla okręgu nadnoteckiego (obszar byłej rejencji bydgoskiej), w Grudziądzu – dla południowej części Pomorza (obszar byłej rejencji kwidzyńskiej, poza powiatem chojnickim) i Tczewie-dla północnej części Pomorza (obszar byłej rejencji gdańskiej i powiat chojnicki). Najniższą formą organizacyjną były

[4] H.Rauschning, Die Entdeutschung Westpreussens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik, Berlin 1930.

[5] P.Hauser, Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim w latach 1920–1939. Wrocław–Warszawa–Kraków–Łódź–Gdańsk 1981, s. 46–52.

[6] Tamże, s. 58–59.

grupy miejscowe, których sieć obejmowała cały obszar Poznańskiego i Pomorza[7]. W ramach Zjednoczenia Krajowego istniało 10 różnych wydziałów zajmujących się kwestiami prawnymi, finansowymi, prasowymi, szkolnymi, kulturalno-oświatowymi, opieki społecznej, zawodowymi, działalności wśród kobiet i osadnictwa. Deutschtumsbund mógł w ten sposób koordynować działania i sprawować nadzór nad całością życia organizacyjnego ludności niemieckiej. Skuteczne wypełnianie tej funkcji ułatwiał decydujący wpływ jaki mieli liderzy Deutschtumsbundu na rozdział środków finansowych, którymi różne instytucje w Rzeszy wspierały ludność niemiecką w Polsce[8].

W połowie 1923 r. władze polskie rozwiązały Deutschtumsbund pod zarzutem prowadzenia działalności antypaństwowej, pozbawiając w ten sposób ludność niemiecką nie tylko partii politycznej, lecz przede wszystkim organizacji koordynującej działalność mniejszości w różnych sferach życia. Niemieccy parlamentarzyści z Poznańskiego i Pomorza (Karl Daczko, Ervin Hasbach, ks. Josef Klinke) zdając sobie sprawę z potrzeby wypełnienia powstałej luki powołali w 1924 r. do życia Zjednoczenie Niemieckie w Sejmie i Senacie (Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat). W różnych miastach założono sieć biur poselskich, które podlegały centrali Deutsche Vereinigung (D.V.) w Bydgoszczy. Na czele centrali D.V. stanęli byli działacze Deutschtumsbundu Kurt Graebe i Friedrich Heidelck. Centrala D.V. w Bydgoszczy miała 10 wydziałów obejmujących, podobnie jak Deutschtumsbund, wszelkie sfery działalności gospodarczej, społecznej i politycznej mniejszości. Wpływy w terenie utrzymywano poprzez sieć swych przedstawicieli – mężów zaufania. W ten sposób D.V. nie będąc partią polityczną i w przeciwieństwie do Deutschtumsbundu nie skupiając ludności niemieckiej w swych szeregach, mogła odgrywać rolę kierownictwa politycznego mniejszości[9]. Znacznym ułatwieniem w sprawowaniu nadzoru nad działalnością ludności niemieckiej był decydujący wpływ jaki miała D.V. na rozdział środków finansowych (zapomóg i niskooprocentowanych kredytów) napływających z Niemiec.

Pozycja D.V. była niezagrożona do 1930 roku. Wówczas to nasilenie represji władz polskich skierowane przeciw wszelkiej opozycji (w tym przeciw organizacjom mniejszości niemieckiej), w połączeniu z perturbacjami związanymi z kryzysem gospodarczym, spowodowało ujawnienie się prądów opozycyjnych wśród mniejszości skierowanych przeciw prymatowi jej dotychczasowych przywódców. Na tej fali wśród niemieckiego mieszczaństwa w Bydgoszczy rozpoczęły działalność niewielkie partie polityczne: Niemiecka Partia Mieszczańska (Deutsche Bürgerpartei) i Niemiecka Partia Ludowa w Polsce (Deutsche Volkspartei in Polen), głoszące potrzebę pełnej apolityczności i lojalności wobec państwa polskiego[10]. W Poznaniu, z inicjatywy miejscowych Niemców, podjęto próbę utworzenia Zjednoczenia Niemiecko-Polskiego (Deutsch-Polnische Vereinigung) – które stawiało sobie za cel zbliżenie obu narodowości[11]. Organizacje te okazały się efemerydami i ich działalność wkrótce zanikła. Na obszar Poznańskiego i Pomorza rozciągnął natomiast swą działalność (od 1931 r.) łódzki Niemiecki Związek Kulturalny i Gospodarczy (Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund) głoszący hasła pacyfistyczne i potrzebę współpracy z władzami polskimi.

---

7 Tamże, s. 53–54.

8 N.Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973.

9 P.Hauser, Mniejszość niemiecka, s. 55–57.

10 Tamże, s. 82–84.

11 E.Makowski, Kształtowanie się stosunków społeczno-politycznych w Wielkopolsce w latach 1926–1939, Warszawa–Poznań 1979.

Z drugiej strony w różnych środowiskach, a szczególnie wśród niemieckiej młodzieży w Poznańskiem i na Pomorzu, od początku lat 30-tych stawały się coraz bardziej popularne idee narodowo-socjalistyczne. Ideologia ta zyskała na znaczeniu wraz z przejęciem władzy przez narodowych socjalistów w Niemczech. W połowie 1933 roku znaczna część dotychczasowych przywódców mniejszości w Poznańskiem i na Pomorzu, chcąc nadal podtrzymywać związki z Rzeszą, złożyła deklarację identyfikacji z narodowym socjalizmem[12]. Ci, którzy tego nie uczynili, odeszli z zajmowanych stanowisk, czyniąc miejsce dla przedstawicieli nowej generacji bezkrytycznie zafascynowanych nową ideologią. Nieco później na pozycje narodowo-socjalistyczne przeszli socjaldemokraci niemieccy w Poznańskiem i na Pomorzu, zmieniając przy tej okazji nazwę partii na Niemiecką Partię Socjalistyczną (Deutsche Sozialistische Partei). Część przeciwstawiających się tej ewolucji niemieckich działaczy socjaldemokratycznych założyła w 1933 r. w Bydgoszczy Niemiecki Związek Robotniczy (Deutscher Arbeiterbund). Związek ten nie zyskał jednak większych wpływów i wkrótce jego działalność zanikła[13].

Na początku 1934 roku mająca swoją siedzibę w Bielsku Partia Młodoniemiecka (Jungdeutsche Partei – JDP) postanowiła rozszerzyć swe wpływy na Poznańskie i Pomorze. Od tej chwili datuje się nie przebierająca w środkach walka o wpływy wśród ludności niemieckiej między obozami „starych" (skupionych wokół DV) i „młodych" (skupionych wokół JDP). Obóz „starych", aby skuteczniej przeciwstawić się „młodym", postanowił przekształcić D.V. w partię polityczną. W efekcie tych zabiegów w połowie września 1934 r. utworzono Zjednoczenie Niemieckie dla Polski Zachodniej (Deutsche Vereinigung für Westpolen DVW). Pociągnęło to za sobą zmiany personalne. Od władzy został odsunięty długoletni działacz D.V. Kurt Graebe. Na czele nowopowstałej partii stanął Erik von Witzleben, a od połowy 1935 roku Hans Kohnert[14].

Podstawy programowe „starych" i „młodych" miały ze sobą wiele punktów stycznych, ponieważ obydwa obozy stanęły na gruncie ideologii narodowo-socjalistycznej. Natomiast przywódcy obydwu obozów dążyli do tego aby właśnie ich organizacja odegrała decydującą rolę w procesie jednoczenia mniejszości na płaszczyźnie nowej ideologii. Po kilku latach doszło do ustabilizowania się wpływów JDP i DVW. Wprawdzie żadna ze stron nie odniosła zwycięstwa, lecz bezkompromisowa walka o wpływy zaktywizowała w znacznym stopniu ludność niemiecką przyczyniając się zapewne do spopularyzowania wśród części Niemców idei narodowo-socjalistycznych. Można przypuszczać, że w końcu lat 30-tych, wraz z sukcesami III Rzeszy w polityce zagranicznej, rosły w Poznańskiem i na Pomorzu szeregi Niemców identyfikujących się z państwem niemieckim, czekających na zmianę suwerenności państwowej. Daleko było jednak do zrealizowania naczelnego założenia liderów obu niemieckich organizacji: „jesteś Niemcem – musisz być narodowym socjalistą"[15]. Większość ludności niemieckiej nie interesowała się zapewne na co dzień sprawami walki politycznej – została uwikłana w układ określony przez jej przywódców, chociaż nie musiała się z nim identyfikować. O tym, że sprawa wyglądała niejednoznacznie świadczą nieliczne wypadki otwartego i

[12] „Posener Tageblatt" z 9 VII 1933 r.

[13] P.Hauser, Mniejszość niemiecka, s. 88.

[14] P.Hauser, Mniejszość niemiecka, s. 178–179; E.Makowski, Kształtowanie... s. 327–328.

[15] J.Winiewicz, Mobilizacja sił niemieckich w Polsce. Warszawa 1939, s. 14.

pryncypialnego przeciwstawiania się niektórych członków mniejszości poczynaniom liderów organizacji narodowo-socjalistycznych. Wypadki takie były nieliczne, wymagało to bowiem nie lada odwagi cywilnej – narażenia się na zarzut zdrady i wykluczenia ze społeczności niemieckiej[16].

C) Życie gospodarcze

Ludność niemiecka w Poznańskiem i na Pomorzu, która znalazła się pod suwerennością polską musiała podjąć walkę o utrzymanie swego stanu posiadania zagrożonego m.in. poprzez przyznane Polsce w Wersalu uprawnienia do likwidacji części mienia niemieckiego. Walkę taką mogły skuteczniej prowadzić silne scentralizowane związki o charakterze gospodarczym niż dotychczas istniejące różnorodne i niewielkie organizacje.

Podstawowe znaczenie przywiązywano do obszarów wiejskich, bowiem aż ok. 80% ludności niemieckiej w województwie poznańskim i pomorskim zamieszkiwało na wsi. Już w 1919 r. utworzono dla poznańskiego Główny Związek Chłopski (Hauptbauernverein), który podporządkował sobie Związki Chłopskie (Bauernvereine) istniejące w poszczególnych miejscowościach. Organizacja ta została rozwiązana przez władze polskie wraz z Deutschtumsbundem pod zarzutem prowadzenia działalności antypaństwowej. Wówczas powołano na to miejsce Zachodniopolskie Towarzystwo Rolnicze (Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft – We-La-Ge), które z czasem osiągnęło liczbę ok. 10 tys. członków skupiając w swych szeregach niemieckich obszarników i większość niemieckich chłopów z województwa poznańskiego[17]. Część niemieckich chłopów w tym województwie, chcąc zachować niezależność od zdominowanego przez wpływy obszarnicze We-La-Ge, była zrzeszona w Związku Niemieckich Osadników (Verband deutscher Ansiedler). Związek ten zmieniał dwukrotnie nazwę: na Związek Niemieckich Osadników i Chłopów (Verband deutscher Ansiedler und Bauern), a od 1934 roku na Związek Niemieckich Chłopów (Verband deutscher Bauern). Na Pomorzu rolnicy niemieccy skupili się w jednej organizacji zawodowej-Związek Rolniczy Okręgu Nadwiślańskiego (Landbund Weichselgau), który w końcu lat 20-tych liczył ok. 8 tys. członków[18]. Te zawodowe niemieckie organizacje rolnicze prowadziły działalność mającą na celu podniesienie kultury rolnej swoich członków oraz ich wspomaganie materialne, m.in. poprzez pośredniczenie w pozyskiwaniu kredytów.

Procesy zjednoczeniowe przebiegały również wśród mieszczaństwa niemieckiego w Poznańskiem i na Pomorzu. Ze zjednoczenia różnych organizacji powstał w końcu lat 20-tych Związek Gospodarczy Zawodów Miejskich (Wirtschaftsverband Städtischer Berufe), który objął województwo pomorskie i północne powiaty województwa poznańskiego (okręg nadnotecki). W środkowej i południowej części województwa poznańskiego niemiecka ludność miejska skupiła się w Związku dla Handlu i Przemysłu (Verband fur Handel und Gewerbe).

---

[16] P.Hauser, The German Minority in Poland in the Years 1910–1939, Reflection on the State of Research and Interpretation, Proposals for Further Research, „Polish Western Affairs", nr 2/1991, s. 35–37.

[17] F.Swart, Diesseits und jenseits der Grenze, Leer 1954, s. 83–85.

[18] P.Hauser, Landbund Weichselgau – zawodowa organizacja rolnicza mniejszości niemieckiej w województwie pomorskim w latach 1920–1939, „Zapiski Historyczne", nr 4/1979, s. 43–63.

Wobec tego, że zdecydowana większość Niemców w Poznańskiem i na Pomorzu zamieszkiwała obszary wiejskie, szczególnego znaczenia nabierała walka o utrzymanie ziemi w rękach niemieckich. W latach 1920–1925 niemiecki stan posiadania ziemi został znacznie uszczuplony (o ponad 1/3) w związku z wykorzystaniem przez państwo polskie uprawnień do likwidacji mienia niemieckiego i sprzedażą gospodarstw przez emigrującą ludność niemiecką[19]. Po 1925 roku podstawowe zagrożenie dla niemieckiego stanu posiadania w Poznańskiem i na Pomorzu stanowiła realizacja reformy rolnej. Władze polskie w tych województwach, wyznaczając roczne kontyngenty ziemi przeznaczonej do parcelacji, w większym stopniu uwzględniały w nich własność niemiecką, co prowadziło do zmniejszania się areału ziemi pozostającego w rękach niemieckich. Aby temu chociaż w części przeciwdziałać, trzeba było podtrzymać i rozbudować aparat kredytowy mniejszości oraz spółdzielnie niemieckie, zrzeszone w kilku związkach rewizyjnych, które wskutek emigracji ludności niemieckiej znajdowały się w stanie krytycznym. Przed zupełnym upadkiem uratowały niemiecką spółdzielczość oszczędnościowo-pożyczkową kredyty udzielone przez Gdański Bank Raiffeisena (Danziger Raiffeisenbank) w końcu 1924 r. Był to pierwszy sygnał trwającej w latach 1925–1929 szeroko zakrojonej akcji wspierania gospodarki ludności niemieckiej przez banki zagraniczne (holenderskie, gdańskie, niemieckie). Kredyty stały się łatwo dostępne a o ich przydziale decydowała zwykle opinia odpowiedniej zawodowej organizacji gospodarczej.

W końcu 1929 roku, wskutek gwałtownego skurczenia się możliwości kredytowych (co było związane z wielkim kryzysem gospodarczym), doszło do fermentu wśród mniejszości. Ujawniła się wówczas opozycja tak w zawodowych organizacjach zrzeszających rolników jak i niemiecką ludność wiejską. Przywódcy opozycji nie bez racji zarzucali dotychczasowemu kierownictwu, że faworyzuje (m.in. przy rozdziale kredytów) wielkich posiadaczy kosztem chłopów niemieckich i wyróżnia przemysłowców i bogatych kupców, którzy łatwiej uzyskują wsparcie kredytowe niż reszta ludności niemieckiej. W efekcie, na początku lat 30-tych organizacje zawodowe mniejszości znalazły się w kryzysie, który był widoczny także w jej życiu politycznym. Od 1934 roku organizacje zawodowe mniejszości stały się areną walki o wpływy między DVW a JDP. Zarówno w Landbundzie jak i We-La-Ge nadal dominowały jednak wpływy DVW. JDP udało się natomiast opanować kierownictwo VdB.

D) Kwestie wyznaniowe

Na obszarze Poznańskiego i Pomorza zdecydowana większość ludności niemieckiej (ponad 80%) była wyznania ewangelickiego. Gros wyznawców skupiał Kościół ewangelicko-unijny. Za czasów pruskich Konsystorz dla prowincji Prusy Zachodnie miał siedzibę w Gdańsku, dla prowincji poznańskiej-w Poznaniu. W 1920 roku, po przejęciu przez Polskę obszarów przyznanych traktatem wersalskim, Naczelna Rada Kościelna (Oberkirchenrat) w Berlinie postanowiła zmienić ustrój terytorialny Kościoła podporządkowując obszar województwa poznańskiego i pomorskiego Konsystorzowi w Poznaniu. Na czele Konsystorza stał generalny superintendent dr Paul Blau. W poszczególnych gminach kościelnych działały różnorodne organizacje ewagelickie o celach

[19] T.Kowalak, Spółdzielczość niemiecka na Pomorzu 1920–1939, Warszawa 1965, s. 33–36; R.Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Aussenpolitik und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955, s. 53.

religijnych, kultywujących pieśń kościelną. Było też dużo ewangelickich organizacji, często kobiecych, o charakterze charytatywnym. Organizacje te niosły pomoc ubogim i chorym, prowadziły ochronki dla dzieci itp.[20]

Po 1933 roku, gdy idee narodowo-socjalistyczne były lansowane przez przywódców niemieckich organizacji politycznych w województwach poznańskim i pomorskim, Kościół ewangelicko-unijny tracił zwolna swe dotychczasowe wpływy głównie w ulegających tym ideom środowiskach młodzieży. Wychodząc z pobudek religijnych większość pastorów, z generalnym superintendentem Paulem Blau na czele, przeciwstawiała się zdecydowanie projektom podporządkowania Kościoła wpływom narodowo-socjalistycznym (idei Kościoła Ludowego – Volkskirche – lansowanej przez pastora Heinricha Grothausa z Lwówka)[21]. Mimo sugestii ze strony części politycznych przywódców mniejszości kościół ewangelicki starał się nie angażować w działalność związaną z popularyzacją idei narodowego socjalizmu, koncentrując się na płaszczyźnie religijnej.

Drugim kościołem ewangelickim w województwie poznańskim i pomorskim był Kościół staroluterski. Gromadził on jedynie kilka tysięcy wyznawców skupionych w kilku gminach, które podlegały superintendenturze w Rogoźnie. Wpływy tego Kościoła w porównaniu z Kościołem ewangelicko-unijnym były jednak minimalne[22].

Wśród ludności niemieckiej w województwach poznańskim i pomorskim katolicy stanowili zaledwie kilkanaście procent. Organizacją skupiającą tę ludność był Związek Niemieckich Katolików (Verband deutscher Katholiken – VdK). Związek ten największe wpływy miał w województwie śląskim i tam znajdowała się jego centrala. Województwa poznańskie i pomorskie początkowo stanowiły jeden okręg związku. Po kilkakrotnych reorganizacjach, w drugiej połowie lat 20-tych wyodrębniły się osobne okręgi dla województwa poznańskiego i pomorskiego. Poszczególne koła VdK wykazywały dużą aktywność, szczególnie w działalności kulturalno-oświatowej. Rozbudowana działalność na tej niwie miała uchronić katolików niemieckich przed groźbą polonizacji. Narastanie popularności idei narodowo-socjalistycznych wśród mniejszości nie ominęło VdK. Wiele wskazuje na to, że niektórzy z liderów tej organizacji w Poznańskiem i na Pomorzu ulegali sile oddziaływania tej ideologii tolerując a niekiedy głosząc takie poglądy. Nie oznacza to jednak, że masy członkowskie związku były podatne na propagandę w duchu narodowego socjalizmu[23].

E) Działalność kulturalno-oświatowa

Na mocy traktatów podpisanych w Wersalu państwo polskie miało zapewnić dzieciom swoich obywateli narodowości niemieckiej nauczanie w ich języku w zakresie szkoły podstawowej. Wcielając te postanowienia w życie władze polskie kierowały się „zasadą zapewnienia polskiej nauki jako podstawowej dla dzieci polskich, niemieckiej zaś dla niemieckich"[24]. Postanowiono tworzenie szkoły niemieckiej albo osobnych klas

[20] P.Hauser, Mniejszość..., s. 131–135.

[21] Tamże, s. 230–233.

[22] Tamże, s. 136.

[23] Tamże, s. 137–142 i 234–235.

[24] „Urzędowa Gazeta Szkolna dla woj. Poznańskiego i Pomorskiego", nr 3/4. Rozporządzenie Min. b. Dzielnicy Pruskiej z 10 III 1920 r.

z niemieckim językiem wykładowym, jeśli liczba dzieci wyniesie więcej niż 40, z zastrzeżeniem, że szkoła może zostać zlikwidowana, gdy w ciągu następujących po sobie dwu lat liczba dzieci spadnie poniżej tej liczby. W warunkach nasilonej emigracji ludności niemieckiej na początku lat 20-tych okazało się, że liczba szkół niemieckich szybko malała i zmniejszała się równocześnie liczba uczęszczających do nich dzieci. W tej sytuacji konsekwentne przestrzeganie przez polskie władze szkolne wymogu 40 dzieci doprowadziło po kilku latach do katastrofalnej sytuacji w szkolnictwie niemieckim. Coraz więcej dzieci narodowości niemieckiej w Poznańskiem i na Pomorzu pozostawało poza szkołą niemiecką. Szczególnie poważnie wyglądała sytuacja na Pomorzu, gdzie w drugiej połowie lat 20-tych aż 2/3 dzieci niemieckich uczęszczało do szkół polskich[25].

Organizacje niemieckie usiłowały temu przeciwdziałać, tworząc szkoły prywatne i rozwijając szkolnictwo prowadzone przez nauczycieli wędrownych. Problemami szkolnictwa zajmował się utworzony w 1919 roku Niemiecki Związek Szkolny w Polsce (Deutscher Schulverein in Polen), z siedzibą w Bydgoszczy. Centrali bydgoskiej były podporządkowane Związki Szkolne (Schulvereiny) istniejące w różnych miejscowościach Poznańskiego i Pomorza[26]. Objęcie dzieci niemieckich nauką w języku niemieckim było również zadaniem Wydziału Szkolnego Deutsche Vereinigung, na którego czele stał Paul Dobbermann. W związku z polską polityką zmierzającą do uszczuplenia niemieckiego stanu posiadania w szkolnictwie publicznym, organizacje niemieckie próbowały tworzyć szkoły prywatne. Szkolnictwu prywatnemu patronował przede wszystkim Deutscher Schulverein. Jednak wysokie koszty powoływania i utrzymania szkół prywatnych powodowały, że mogły one zastąpić jedynie część publicznych szkół niemieckich zlikwidowanych przez władze polskie. W tej sytuacji Wydział Szkolny Deutsche Vereinigung od 1926 roku zaczął tworzyć system szkolnictwa wędrownego (Wanderschulen). Idea tego szkolnictwa polegała na tym, aby w miejscowościach gdzie nie było szkół niemieckich, nauczanie dzieci przejmowali rodzice lub starsze rodzeństwo. Do takich domów docierali wędrowni nauczyciele przeprowadzając konsultacje z dziećmi i rodzicami oraz rozdając w niezamożnych rodzinach bezpłatnie książki do nauki. Warunki pracy nauczycieli wędrownych (Wanderlehrer) były niełatwe. Na jednego nauczyciela przypadało nadzorowanie nauki dzieci w ok. 1 000 rodzin niemieckich. Poza tym nauczyciele wędrowni byli narażeni na szykany ze strony władz polskich, które tę formę szkolnictwa uznawały za nielegalną[27]. Organizacją zawodową nauczycieli niemieckich był Krajowy Związek Niemieckich Nauczycieli i Nauczycielek w Polsce (Landesverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen) z centralą w Bydgoszczy. Organem prasowym związku była „Deutsche Schulzeitung".

Działalność oświatową w dziedzinie szkolnictwa uzupełniała oświata pozaszkolna. Szczególnie czynny na tym polu był Deutscher Schulverein, który często organizował odczyty związane przeważnie z literaturą piękną i popularno-naukową. Oprócz tego najróżniejsze niemieckie organizacje prowadziły ze zmiennym nasileniem akcję odczytową związaną po części z zasadniczym profilem prowadzonej przez nie działalności[28]. Organizacje niemieckie dbały zazwyczaj o poziom prowadzonej akcji

[25] P.Dobbermann, Der gegenwärtige Stand der deutschen Volksschule in Posen und Pommerellen. W: Deutscher Heimatbote in Polen, Jahrbuch des deutschen Volkstums in Polen. Poznań 1931, s. 156–157.

[26] P.Hauser, Mniejszość..., s. 143–144; E.Makowski, s. 316.

[27] P.Hauser, Mniejszość..., s. 146–147.

[28] P.Hauser, Mniejszość..., s. 157–186.

wykładowej i odczytowej, sprowadzając czasem specjalistów z Niemiec, lecz także opierając się na własnym potencjale naukowym.

W Poznaniu istniało sięgające jeszcze tradycją czasów pruskich Towarzystwo Historyczne dla Prowincji Poznańskiej (Historische Gesellschaft für die Provinz Posen), w Bydgoszczy Niemieckie Towarzystwo dla Sztuki i Nauki (Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft), w Toruniu Związek Kopernika dla Nauki i Sztuki (Coppernikusverein für Wissenschaft und Kunst). Wprawdzie część członków tych towarzystw wyemigrowała w latach 20-tych, ale pozostali na miejscu nadal czynnie włączali się w popularyzację nauki, kontynuując nawet własną działalność badawczą[29].

Akcja wykładowa i odczytowa prowadzona przez różne organizacje i towarzystwa była wspierana innymi formami popularyzacji wiedzy. Ważną rolę na tej niwie odgrywał system bibliotek niemieckich. W Poznaniu od 1924 r. istniała centrala Związku Niemieckich Bibliotek w Polsce (Verband deutscher Büchereien in Polen). Podlegało jej ponad 50 bibliotek z pokaźną ilością książek. Związek ten miał za zadanie nie tylko upowszechnienie czytelnictwa wśród mniejszości niemieckiej w Poznańskiem i na Pomorzu, lecz także wspieranie niemieckiej działalności bibliotecznej w Polsce centralnej i wschodniej. Poza tym systemem istniały mniejsze lub większe zbiory biblioteczne przy różnych organizacjach i gminach ewangelickich[30].

Olbrzymią rolę w wielu dziedzinach życia odgrywała prasa niemiecka. Do najważniejszych gazet należały „Deutsche Rundschau in Polen", wychodząca w Bydgoszczy, „Posener Tageblatt", wychodzący w Poznaniu i „Pommereller Tageblatt", wychodzący w Tczewie. Oprócz tych naczelnych organów politycznych, ściśle powiązanych z liderami Deutschtumsbundu a potem Deutsche Vereinigung, istniała cała bogata gama prasy powiatowej oraz fachowych organów różnych organizacji.[31]

Propagandą żywego słowa i sztuki scenicznej zajmowały się teatry niemieckie (Deutsche Bühne), które w okresie międzywojennym istniały w Bydgoszczy, Chodzieży, Wolsztynie, Grudziądzu, Toruniu, Tczewie oraz Chojnicach. Przedstawienia teatralne miały bardzo zróżnicowany poziom artystyczny, zależnie od tego jakiej klasy fachowców udało się pozyskać dla danego teatru. Niektóre z tych teatrów (jak scena w Bydgoszczy) zgromadziła silny zespół zawodowych artystów dając przedstawienia na wysokim poziomie. Inne (jak scena w Wolsztynie) miały charakter amatorskich zespołów objazdowych. Często wokół Deutsche Bühne (jak np.: w Grudziądzu) koncentrowało się życie kulturalne ludności niemieckiej, a organizowane przez Deutsche Bühne zabawy zyskiwały rangę przeglądu elity niemieckiej w skali województwa czy powiatu[32].

---

[29] W.Sworakowski, Niemieckie towarzystwa naukowe i biblioteki w Polsce. W: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich. Poznań 1933, s. 201; Z.Mocarski, Prasa naukowa na Pomorzu polskim w okresie siedmiolecia 1920–1926, „Strażnica Zachodnia" 1927, nr 1, s. 33–34.

[30] J.F., Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa na Pomorzu i w Wielkopolsce. W: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich, s. 183–184.

[31] T.Kowalak, Prasa niemiecka w Polsce 1918–1939, Warszawa 1971, passim.

[32] W.Kotowski, Teatry Deutsche Bühne w Wielkopolsce i na Pomorzu 1919–1939, Warszawa–Poznań 1985, passim.

Szersze rozmiary niż życie teatralne przybrał amatorski ruch śpiewaczy. W listopadzie 1922 r. założono Związek Niemieckich Męskich Towarzystw Śpiewaczych (Bund der deutschen Männergesangvereine Posen-Pommerellen) skupiających męskie koła śpiewacze na tym obszarze. Na początku lat 30-tych związek ten liczył ok. 500 członków zgrupowanych w 30 kołach[33].

Obok wymienionych form działalności ważną rolę przywiązywano do rozwoju sportu. Wśród niemieckich związków sportowych w Poznańskiem i na Pomorzu szczególnie dużą rolę odgrywał Związek Niemieckich Towarzystw Gimnastycznych w Polsce (Bund der Deutschen Turnerschaft in Polen). Od 1925 r. centrala związku znajdowała się w Bydgoszczy, w 1929 r. przeniesiono ją do Bielska. Różne niemieckie kluby sportowe zachęcały młodzież i dorosłych do uprawiania kultury fizycznej, a oferta była dość bogata-od gimnastyki poprzez wioślarstwo, strzelectwo, kolarstwo po turystykę[34].

[33] J.F., Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa..., s. 190–191.

[34] P.Hauser, Mniejszość..., s. 170–171.

B.1. Wojewodschaftsebene / Województwo

052

27.3.1920: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Fragenkatalog zur periodischen Lageberichterstattung

27 III 1920r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Kwestionariusz dot. periodycznego składania sprawozdań sytuacyjnych

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr.285

Ministerstwo byłej Dzielnicy Pruskiej życzy sobie stałego informowania o wewnętrznych stosunkach panujących po województwach pod względem politycznym, społecznym, gospodarczym i pod względem bezpieczeństwa publicznego. Ku temu mają służyć miesięczne sprawozdania, przysłane Ministerstwu drogą przez Województwo.

Uprasza się tedy o regularne sprawozdania przesłane w terminie około 15 każdego miesiąca i to na podstawie poniżej podanego kwestjonarjusza:

1. Czy Niemcy wyprowadzają się?
2. Czy organizują się i jak?
3. Czy uprawiają agitację antypolską lub antypaństwową w szkołach, w Kościołach, w Towarzystwach?
4. Czy odbywają podpadające podróże do Niemiec?
5. Czy istnieją jeszcze dawne filje lokalne Ostmarkenverein, Kriegervereinów, Landwehrvereinów i tym podobne?
6. Czy istnieją agitacje za niesprzedawaniem ziemi Polakom?
7. Czy istnieją i działają jeszcze niemieckie „Volksraty" po powiatach i jaka jest ich działalność?
8. Na jakie obozy dzielą się Niemcy?

a) Czy istnieje tam już nowa organizacja „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte" i „Deutsche Partei", mająca zastąpić Volksraty jako organizacja żywiołów dawniej natycznych [!]

b) Czy istnieje już po powiatach organizacja Niemców umiarkowanych i lojalnych pod nazwą „Zentralarbeitsgenossenschaft"? Ich wzajemny stosunek do siebie, do ludności polskiej i do państwa polskiego, ich siły lokalne, nazwiska głównych działaczy w obu obozach, z jakich kół ludności rekrutuje się jeden i drugi obóz?
Czy zachodziły lub zachodzą wybryki Niemców o charakterze antypaństwowym?

9. Jakie jest stanowisko urzędników Niemców?
10. Czy uprawiają sabotaż na swoich urzędnikach [!] i jaki jest ich stosunek do ludności i władz polskich?
11. Czy liczby ludności *żydowskiej* zwiększa się lub zmniejsza?
12. Stosunek obecny Żydów do Niemców i Polaków oraz do państwa polskiego?
13. Czy organizują się pod względem politycznym i gospodarczym?
14. Czy uprawiają paskarstwo i niedozwolony wywóz towarów i pieniędzy poza granicy [!] byłego zaboru pruskiego?
15. Jakie są ogólne stosunki *bezpieczeństwa publicznego* w miastach i na wsi?

Sumaryczne podanie drastyczniejszych wypadków naruszania spokoju publicznego, kradzieży z włamaniem, większych kradzieży bez włamania, paskarstwa, oporu czynionego władzom publicznym.

16. Czy istnieje większa agitacja *socjalistyczna względnie komunistyczna*? Czy uprawiają ją czynniki lokalne lub agitatorzy z innych dzielnic. Stałe sprawozdanie o osobach i formach tej agitacji z podaniem nazwisk jej przywódców?
17. Czy istnieje osobna propaganda za bezrobociem i wywołaniem niezadowolenia wśród warstw ludowych celem podburzania ich przeciw władzom państwowym? Kto je uprawia?
18. Głębsze przyczyny niezadowolenia wśród ludności?
19. Czy drożyzna, brak pracy, brak węgla i środków pierwszej potrzeby są przyczynami niezadowolenia czy też agitacja niesiona z zewnątrz?
20. Czy istnieją jeszcze polskie rady ludowe, uzupełniające [!] sobie prawo współrządzenia?
21. Czy inne jakie organizacje uprawiają działalność w kierunku wywołania walki klasowej?
22. *Czy istnieje obawa niepokojów w najbliższym czasie*?
23. Stosunek włościan i robotników rolnych do pracodawców i władz?
24. Stosunki wśród robotników w fabrykach i zakładach przemysłowych?
25. Czy wśród robotników przemysłowych istnieją chęci przedłużenia 8-godzinnej dzienki [!] i skłonności do pracy akordowej?
26. Czy pracuje się dłużej niż 8 godzin?
27. Czy i jakie czynniki oddziałują na zmniejszenie chęci do pracy tam gdzie nie brak do niej sposobności?

053

9.12.1920: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Berichterstattung über den Deutschtumsbund

9 XII 1920r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Sprawozdania z działalności „Deutschtumsbund"

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr.329

Dowiadujemy się, że na Pomorzu zawiązują się stowarzyszenia „Deutschtumsbund Pommerellens".

Upraszamy o pilne śledzenie gdzie towarzystwa takie w tamtejszym powiecie się zawiązały i w danym razie zażądać od zarządów spisu członków, adresów członków zarządu oraz przedłożenia ustaw, a następnie bacznie śledzić działalność tych nowych jak się zdaje wysoce politycznych i antypaństwowych stowarzyszeń.

Zebrany materjał prosimy nam niezwłocznie nadsyłać, a w przeciągu dwu tygodni zaraportować, czy i gdzie wspomniane towarzystwa istnieją.

Kierownik Oddziału Bezpieczeństwa Publicznego

(-) wz. Dr. Wysocki.

054

11.2.1922: Amt für öffentliche Sicherheit der Wojewodschaft in Toruń an den Wojewoden ebendort. Lagebericht (Januar 1922)
11 II 1922r.: Wydział Bezpieczeństwa Publicznego Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu do Wojewody na miejscu. Sprawozdanie sytuacyjne (styczeń 1922)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4557

1. Sytuacja ogólna i polityczna

[...]

Jak już niejednokrotnie raportowałem, Pomorze jako dzielnica ważna strategicznie, posiadająca wyższe dowództwo wojskowe i tym podobne, staje się również terenem międzynarodowego szpiegostwa, które ze względu na specyficzne warunki znakomicie jest ułatwione.

Szczególną uwagę trzebaby było zwrócić na działalność Niemców na Pomorzu. Ci działają wszelkiemi możliwemi środkami do wzmocnienia żywiołu niemieckiego. Ze strony „Deutschtumsbundu" przeprowadza się bardzo silną agitację przeciw składaniu opcji na rzecz Niemiec, jednak jak dotąd z niewielkim skutkiem, ponieważ wiele Niemców optowało w ostatnim miesiącu, a wiele też i wyjechało do Niemiec. W ostatnim miesiącu optowało w Toruniu 575, w Grudziądzu 740, Chojnicach 823, Sępolnie 767, Tczew 406, Brodnica 733, Świecie 1 292, Chełmnie 786 osób. Z innych miejscowości brak jeszcze zestawień szczegółowych. Jednak obecnie rozwija „Deutschtumsbund" silną agitację za niewyjeżdżaniem optantów, tłumacząc, iż mimo opcji Niemcy mogą nadal pozostać w Polsce jako obcokrajowcy. Następnie organizują Niemcy swoje szkolnictwo. W ostatnich czasach w Grudziądzu założono „Zjednoczenie Nauczycieli Niemieckich na Pomorzu", do którego przystąpiło 320 członków. Celem związku jest podtrzymanie ducha niemieckiego na Pomorzu.

Następną placówką niemiecką jest teatr niemiecki w Grudziądzu. Koło miejscowych obywateli - hakatystów wykupiło rzekomo własnemi funduszami wspomniały gmach byłego domu ewangelickiego, który posiada jedną z najlepszych scen w Grudziądzu. Przedstawienia odbywają się kilka razy tygodniowo. Co do sztuk, które dotąd wystawiano, nie możny takowym nic narzucić, tembardziej, że takowe są stale cenzurowane. Jednakże dążenie niemieckie jest tu całkiem inne, a mianowicie: teatr jest wyposażony w jaknajlepsze środki techniczne, posiada dobrych bardzo artystów zawodowych wskutek czego z powodzeniem konkuruje z teatrem polskim. Uwidacznia się jaskrawo chęć przewyższenia teatru polskiego na każdym kroku, a tym samym wskazać społeczeństwu niższość kultury polskiej. Narazie udaje się to Niemcom znakomiecie. Obecnie teatr polski świeci pustkami, do teatru niemieckiego uczęszcza zaś duża część społeczeństwa polskiego wraz z oficerami i rodzinami.

Ciekawe było zachowanie się społeczeństwa niemieckiego w stosunku do urodzin byłego cesarza Wilhelma, które przypadły w ubiegłym miesiącu w dniu 27. W wielu miejscowościach na terenie Województwa Pomorskiego odbywały się w tym dniu zabawy, wieczorki i tak zwane zebrania familijne. W żadnym wypadku nie zauważono, aby publicznie padło chociaż słowo o byłym cesarzu, jednak dziwnie uroczysty nastrój jaki panował podczas tych zabaw kazał przypuszczać, z jakiej racji on miał miejsce.

Żywszą agitację niemiecką zauważono w powiecie działdowskim, dokąd powróciło wiele osób dla Państwa bezwzględnie wrogich, a które opuściły Polskę wraz z ustępującymi bolszewikami.

Najbardziej popularną formą propagandy niemieckiej jest szerzenie wiadomości i pogłosek podrywających powagę Państwa, jak również rozsiewanie wieści, że powiat działdowski, jako część dawnego powiatu niburskiego, znów powróci do Niemiec, dzięki interwencji Ligi Narodów.

Porozumiewanie się i łączność z Niemcami ułatwiają osiedli wzdłuż granicy koloniści niemieccy, element wprost wrogi dla Państwa. Rozmaite przepustki kościelne, graniczne i tym podobne znakomicie ułatwiają robotę tym zagorzałym wrogom Państwa.

Na całym Pomorzu przeprowadza się szeroką propagandę, której celem jest aby Niemcy emigranci nie składali ustawowego 50% ze sprzedaży majątków na korzyść Państwa Polskiego. W najrozmaitszy sposób usiłują się Niemcy uchronić przed ową daniną. Narazie stwierdzono, że Niemcy osiadli nad granicą, ułatwiają swym ziomkom nielegalne przejście granicy. Najwięcej Niemców przechodzi przez granicę Prus Wschodnich, koło Gardeji, Biskupca i tym podobne. Prócz tego niemieckie „Passtelle" w Gdańsku ułatwia ucieczkę Niemcom pomorskim, wystawiając ich dokumenty na przejazd pociągami tranzytowymi jako obywatelom Wolnego Miasta Gdańska, optującym na korzyść Niemiec.

W okresie sprawozdawczym zatrzymano cały szereg takich osób w Chojnicach. Wreszcie, na terenach niemieckich tuż nad granicą polską Niemcy tworzą organizacje militarne, jak na przykład w powiecie Słupskim, gdzie zorganizowano korpus strzelców w sile 10 000 ludzi, urządzono tajne składy broni i amunicji oraz trzy szwadrony kawalerji, mogące być każdej chwili powołanemi przez telefoniczne hasło alarmowe.

II. Prasa

Prasa niemiecka poświęciła swoje uwagi prawie wyłącznie kwestji opcji.

Z dniem 10 stycznia upłynął ostateczny termin opcji. Według dotychczasowych obliczeń, według prasy, optowało za Niemcami 12–13 tysięcy Niemców z Pomorza. Jest to cyfra wcale nie wysoka, dowodząca, że ogół tutejszych Niemców trzymał się wydanego z Berlina hasła do pozostania w „Nowej Polsce". Prasa niemiecka zagraniczna a także gdańska skarżyła się, że setki tysiące optowały na rzecz Niemiec. Podanie wysokiej liczby optantów miało wyraźny cel przedstawienie Światu rzekomego ucisku ze strony Polski.

Z prawa opcji korzystała tu na Pomorzu o wiele liczniej niż w Wielkopolsce inteligencja niemiecka, zwłaszcza nauczyciele, najbardziej zaś Żydzi. Przeważna część optujących to koloniści, robotnicy rolni, urzędnicy gospodarczy i synowie posiedzicieli ziemskich, którym nie uśmiechała się służba wojskowa w armji polskiej. Natomiast wstrzymali się więksi i średni ziemianie.

Tutejsza prasa niemiecka umieszczyła [!] na temat dokonanej opcji swoje uwagi i żale, powtarzając twierdzenia „Deutsche Nachrichten", że ci, którzy pozostają w kraju, ściskają dłoń odchodzącym, ale płakać za nimi nie będą.

Sprawę nadzoru prasy przekazano z początkiem bieżącego roku władzom policyjnym. W ciągu ostatniego miesiąca nie doniesiono Referatowi prasy o jakimkolwiek wypadku przestępstwa prasowego tutejszej prasy tak polskiej jak i niemieckiej. Referat prasy również nie zauważył żadnych artykułów karygodnych.

Na wniosek ekspozytury prasy w Tczewie zatwierdził tamtejszy Sąd powiatowy zajęcie następujących czasopism zagranicznych:

1. „Danziger Zeitung", nr. 586 za artykuł „Pressefreiheit in Polen"
2. „Weichselzeitung", nr. 291 za artykuł „Polenhetze gegen einen deutschen Pfarrer"
3. „Weichselzeitung", nr. 293 za artykuł a) „Um unser Oberschlesien"; b) dodatek „Westpreußische Heimat", „Der Westpreußische Schulverein eine Volksbewegung"

4. „Weichselzeitung", nr. 294 za artykuł a) „Neue polnische Provokation in Ostpreußen"; b) „Neujahrs-Mahnen des deutschen Ordenslandes"
5. „Ostpreußische Zeitung", nr. 609 za artykuł:
a) „Polenhetze"
b) „Polnische Rechtsprechung"

Statystyka gazet, zajętych przez Ekspozyturę w Tczewie we wrześniu, październiku, listopadzie i grudniu 1921 roku wykazuje, że zatwierdzeń zajęcia było:

1) we wrześniu 13
2) w październiku 34
3) w listopadzie 22
4) w grudniu 9

---

razem więc 78 wniosków na 96 wniosków, stawionych u Prokuratury. Zajęciem zostało dotkniętych 31 różnych gazet zagranicznych.

[...]

III. Stosunki graniczne

Dnia 21 stycznia roku bieżącego straż celna przejęła w miejsce baonów celnych 17 i 20 ochronę granicy zachodniej Województwa Pomorskiego od punktu południowego do toru kolejowego Wejherowo-Strzebielno.

Ważniejszych wydarzeń w pasie granicznym nie zanotowano. Policja państwowa przytrzymała 43 osób za przemytnictwo.

[...]

055

11.5.1923: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Auflösung aller Organisationen des Deutschtumsbundes

11 V 1923r.: Wojewoda w Toruniu do starostów. Rozwiązanie wszystkich organizacji Deutschtumsbundu

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr.327

W ostatnich czasach przy okazji różnych rewizji u podejrzanych osób narodowości niemieckiej o działalność antypaństwową a w szczególności u kierowników filji „Deutschtumsbundu" znaleziono obfity materjał dowodzący, że stowarzyszenia te, przekraczają zakres swego statusowego działania oraz, że działalność ich koliduje z kodeksem karnym.

Dlatego też polecam Panom niezwłocznie przystąpić do rozwiązania wszystkich na ich terenie działających filji stowarzyszenia „Deutschtumsbundu", a to po myśli ustawy o stowarzyszeniach z dnia 19.4.1908 R.G.Bl. str. 151. Kompetentną do rozwiązania jest niższa władza policyjna.

Zaczepienie orzeczenia rozwiązującego może nastąpić po myśli i u. ogl. Prawa kraj. według wyboru albo w drodze zażalenia lub też skargi w drodze administracyjnej.

Po rozwiązaniu jednak jest nie dopuszczalną dalsza działalność stowarzyszenia i usiłowania prowadzenia jej nadal mogą być udaremnione przymusowemi środkami policyjnemi.

Zwracam uwagę na obowiązek ogłoszenia rozwiązań w Orędowniku Powiatowym. O wykonanie niniejszego polecenia złożą PP. Starostowie i Prezydenci wyczerpującą i spieszną relację.

Wojewoda
J. Brejski

056

19.6.1923: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Ungebrochene Aktivität des Deutschtumbundes

19 VI 1923r.: Wojewoda w Toruniu do starostów. Kontynuowanie działalności przez Deutschtumsbund

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr.327

Po rozwiązaniu „Deutschtumsbundu" w Województwie Pomorskiem, zarządzona obserwacja obecnej pracy antypaństwowej niemieckiej wykazała, że mimo dekretu Pana Wojewody Pomorskiego - Niemcy kpią sobie z zarządzenia władzy, a organizacja „Deutschtumsbundu" działa nadal, chociaż w zmienionych nieco warunkach. Jednostronne zarządzenie Województwa Pomorskiego nie da dotąd pozytywnych wyników, dopóki nie zostanie rozwiązana Centrala „Deutschtumsbundu" w Bydgoszczy, z której nadal promieniuje na całą Polskę propaganda, nosząca wszelkie cechy akcji antypaństwowej. Na zasadzie rewizji przeprowadzonych w kwietniu i w maju w lokalach „Deutschtumsbundu" w Grudziądzu, Działdowie, Starogardzie, jak również w lokalu rzekomo gospodarczego związku „Lakwa" w Starogardzie, wynika, że na terenie Pomorza nadal działa „Deutschtumsbund", a to w następujący sposób:

1. W Starogardzie ukonstytuowało się dnia 11. 4. bieżącego roku „Vorort des Deutschtumsbundes Nordpomerellen", które załatwia nadal wszelkie sprawy rozwiązanego okręgowego zarządu „Deutschtumsbundu" w Tczewie. Z aktów znalezionych u sekretarza Arndta Leona widać, iż

a) centrala w Bydgoszczy nie poleca używać firmy „Nordpomerellen", a to ze względów konspiracyjnych.

b) ta sama centrala zawiadamia, iż interesa „Deutschtumsbundu" koła miejscowego /Ortsgruppe/ w Tczewie i Chojnicach, prowadzić będzie nadal Wohlfahrtsbund.

c) z aktów „Deutschtumsbundu" wynika, że takowy za pośrednictwem swego sekretarza Arndta trudni się przemycaniem pieniędzy dla Niemców, którzy sprzedali swe nieruchomości w Polsce i wyjechali do Niemiec.

d) Załatwia dla Konsulatu w Bydgoszczy szereg spraw, które leżą w kompetencji władz administracyjnych.

e) Prócz tego znaleziono ciekawe dokumenty, polecające sprzedaż majątków obywatelom gdańskim /vide rap. Nr. 1633/23. z dnia 2. 06. br./ Pismo to brzmi:

Deutschtumsbund Nordpommerellen
Hauptgeschäftsstelle Dirschau
Dirschau, den 29.05.1922
Tgb. Nr. 283/23
An
Alle Geschäftsstellen Nord-Pommerellens
Nachstehende Abschrift übersenden wir Ihnen zur gef. Kenntnisnahme.

Falls in Ihren Bezirken der Wunsch besteht, deutschen Grundbesitz in Stadt und Land vor dem Übergang in polnische Hände zu sichern, oder neue Grundstücke zu erwerben, so weisen wir darauf hin, daß die Firmen Gebrüder Berghold in Danzig und Herr Lesner bei der Danziger Vereinsbank Danziger Käufer nachweisen können, durch die unsere Interessen beobachtet werden würden. Nach dem Danzig-polnischen Wirtschaftsvertrag haben die Danziger das Recht zum Erwerben von Grund und Boden in Polen. Sollte Ihnen bekannt werden, daß einem Danziger Deutschen die Auflassung verweigert worden ist, so bitten wir um gefl. Mitteilung.

Landesvereinigung des Deutschtumsbundes

gez. Heidelck

Znaleziono również pismo centrali o kursach letnich w Marburgu, gdzie wedle wiadomości poufnych, Niemcy pomorscy odbierają wykształcenie wojskowe/odpis podałem w rap. mies. Nr. 6. z dnia 4. 06., L.1672/23, str. 22/.

Charakterystycznym jest również okólnik centrali „Deutschtumsbundu" o konieczności propagandy za wstępowaniem Niemców obywateli polskich do seminarjum w Gdańsku, gdzie za uprzedniem złożeniem zobowiązania się wrócenia do Polski po ukończeniu studjów, otrzymać mają bezpłatne studja.

Wspomniane akta polecono przekazać Prokuraturze w Starogardzie z wnioskiem o wdrożenie postępowania karnego na zasadzie §§128, 132 i rozp. M. Skarbu i M.S.Wewn. z dnia 3. 12.1920 w przedmiocie przemytnictwa walut.

2. Związek gospodarczy „Lakwa" w Starogardzie, mający na celu, w myśl statutu, jedynie samopomoc gospodarczą i tak dalej, załatwia obecnie sprawy „Deutschtumsbundu", które przesyła Centrala „Deutschtumsbundu". Rewizja przeprowadzona w lokalu „Lakwy" wykazała w pierwszym rzędzie

a) że jest to organizacja polityczna. Znaleziono listy tej organizacji do gazet w Niemczech z prośbą o zbieranie składek dla takowej, *jako politycznej organizacji niemieckiej*, walczącej o prawa niemieckie w Polsce.

b) Znaleziono również wiele aktów „Deutschtumsbundu" ostatniej daty przesłanych celem załatwienia.

c) Z ważniejszych należy podać nowy donos „Deutschtumsbundu" jako naczelnej organizacji niemieckiej w Polsce do Ligi Narodów na ręce eks[c]elencji de Gany. Raport ten datowany 2. 02.23 żąda od Ligi Narodów spowodowania pozostawienia Niemców nadal w Polsce i przyspieszenia załatwienia pomyślnego sprawy opcji i obywatelstwa, jak również domen i kolonji.

d) Ciekawy jednak materiał stanowią kwestjonarjusze, które wedle pisma centrali „Deutschtumsbundu", mają stanowić materjał do omówienia rozmaitych problemów w Polsce. Kwestjonarjusze miały być wypełnione do 20. 5. Ze względu na ważność tych kwestjonarjuszy przedkładam takowe w odpisie M.S.Wewn. i P. Wojewodzie.

Z aktów tych wynika, że „Deutschtumsbund" przeprowadza dla niewiadomych celi nadzwyczaj ścisłą statystykę odnośnie do:

1. Raport zastępcy Brazylji [!] p. de Gana do Rady Ligi Narodów z dnia 2 lutego 1923 roku dotyczy:

a) prośby, aby Liga Narodów uchwaliła na korzyść Niemiec co do pozostania takowych nadal w Polsce i pozyskanie obywatelstwa polskiego.

b) aby pozostawiono Niemcom w dzierżawie dobra i domeny.

2. „Deutschtumsbund" w Bydgoszczy radzi Niemcom, aby się o ile możności starali o dowody, że są uprawnieni do pozostania w Polsce.

3. „Deutschtumsbund" w Bydgoszczy. Ogólne nadmienienie do kwestjonarjuszy, mających służyć jako materjał referentowi do omówienia różnych problemów. Wypełnione kwestjonarjusze mają być zwrócone do 20 maja. Dotyczą one problemów mniejszościowych, jak to: prawne, gospodarcze i kulturalnopolityczne.

4. Uwagi wstępne do kwestjonarjusza I.

Postępowanie z prawem mniejszości narodowych pod względami:

1/Konstytucji, 2/Czy mniejszości uznają się prawnie lub też tylko rzeczywiście jako osobistości równorzędne Polakom. 3/ Jaka równość wobec prawa i używanie równych prawnych i rzeczywistych gwarancji, kwestji agrarnej i handlu i przemysłu, wolnych zawodów, urzędów państwowych, położenia mniejszości przed władzami administracyjnemi, sądami, a mianowicie pod względem mowy.

5. Uwagi wstępne do kwestjonarjusza II.

Dotyczy kwestji kulturalno-politycznych:

1/Kościoła, 2/ Szkoły, 3/ Szkolnictwa prywatnego, 4/ Innych wolnych kształceń.

6. Uwagi do kwestjonarjusza III.

Dotyczy niwy gospodarczej:

1/ Przemysłu, 2/ Handlu, 3/ Procederu, 4/ Rolnictwa, 5/ Wielkiej posiadłości, 6/ Spraw pieniężnych, 7/ Ruchu.

7. Uwaga do kwestjonarjusza IV.

Dotyczy organizacji mniejszości pod względem politycznym, ludowym i kulturalnym.

a/ Wielkość i terytorialny podział niemieckiej mniejszości, b/ Organizacje polityczne, c/ Organizacje ludowo-narodowe na podstawie rad narodowych i związków ludowych, d/ Organizacje kulturalne niemieckiej mniejszości, f/ Organizacja niemieckiej prasy.

Wedle poufnie zaciągniętych informacji, statystyka ta jest przeprowadzana na zlecenie rządu niemieckiego i ma posłużyć temu rządowi do wszczęcia dużej akcji na terenie międzynarodowym przeciw Polsce z powodu rzekomego naruszenia prawa o mniejszościach narodowych.

e/ Znaleziono wśród aktów „Lakwy" dowody, że takowa mimo że to jest Traktatem Versalskim [!] § 9 do 11 część X. dział V. i przepisami administracyjnymi Tygodnik Naczelnej Rady Ludowej Nr. 42 z dnia 30. 07. 1919 rozp. 119 zabronione, jest agenturą niemieckich towarzystw ubezpieczeniowych i załatwia dla takowych interesa na terenie Rzeczypospolitej.

3. „Wohlfahrtsbund", jak już pod punktem 1./ powiedziano, organizacja ta ma przejąć działalność „Deutschtumsbundu" w Tczewie i Chojnicach. Co do owej działalności narazie brak szczegółów.

4. Biura poselskie posła Daczko.

W Grudziądzu w lokalu zarządu okręgowego południowego „Deutschtumsbundu" pracuje nadal ten sam personel, akta „Deutschtumsbundu" nadal znajdują się w tym samym lokalu, natomiast zmieniono firmę na „Biuro Poselskie posła Daczko". Kierownik biura „Deutschtumsbundu" Schmidt Otto wyraził się do Aspiranta Kaussa, że już nic wspólnego nie mają z „Deutschtumsbundem", a załatwiają jedynie sprawy posła Daczko. Dziwnem jest, że poseł Daczko ma tak wiele spraw do załatwienia, że aż zmuszony jest utrzymywać olbrzymi lokal i liczny personel. Faktem natomiast jest, że biuro to nadal załatwia sprawy „Deutschtumsbundu". Takie samo biuro ma powstać w Chojnicach. O właściwym charakterze tych „Poselskich biur" jasno powiedział poseł Daczko na zebraniu dnia 6. 05. bieżącego roku w Tucholi korzystając z swej nietykalności poselskiej, a mianowicie:

„Utworzę w Chojnicach Biuro poselsko-informacyjne, w którem będziecie *uchronieni od przeprowadzeń rewizji domowych i będzie się tam mógł każdy wypowiedzieć swobodnie. Także będziecie mogli przynieść tam na przechowanie rzeczy, które z punktu widzenia Niemców, są legalne, jednakowoż, gdyby się dostały w ręce Policji, to ich właściciele mogliby być pociągnięci do odpowiedzialności, dodając, że tam będą leżały bezpiecznie.* Do Chojnic będzie on, Daczko, o ile możności przyjeżdżał raz w tydzień, będzie ludność informował i odbierał prośby i zażalenia".

Reasumując powyższe na zasadzie zebranego w ostatnich tygodniach materjału w lokalach i u członków „Deutschtumsbundu", stwierdzono, że:

1/ „Deutschtumsbund" odpowiada najzupełniej organom władzy administracyjnej, za jakie jest całkowicie uważany przez rząd niemiecki, któren za pośrednictwem konsultatów załatwia rozmaite kwestje urzędowe przez „Deutschtumsbund" /wywiady, poświadczenie obywatelstwa, stan majątkowy, sprawy hipoteczne i tak dalej./. Akta załatwione przez „Deutschtumsbund" uważane są tak jakby je załatwiały placówki konsularne.

2/ Prócz tego Niemcy zamieszkali na terenie Rzeczpospolitej uważają „Deutschtumsbund" jako swój prawowity rząd, na rzecz którego płacą podatki, odnosząc się do niego we wszelkich sprawach. I tak, otrzymują za pośrednictwem „Deutschtumsbundu" paszporty i wizy, załatwiają wszelkie sprawy odnośnie do kolonji, opcji. Bez zezwolenia „Deutschtumsbundu" Niemcy nie mogą emigrować do Rzeszy, gdyż nie otrzymają tak zwanego „Verdrängungsschein". Jednem słowem „Deutschtumsbund" jest organem kierowniczym całego życia niemieckiego, którego działalność wkracza w kompetencje władz państwowych.

3/ „Deutschtumsbund", jak to udowodniono, jest organizacją, która zbiera wszelkie informacje o rzekomych szykanach, nadużyciach i bezprawiach władz polskich i wedle posiadanych wiarygodnych informacji, przesyła takowe do Schutzbundu, względnie do Heimatdienstu w Niemczech, które to organizacje zużytkowują nadesłany materjał dla propagandy antypolskiej. W aktach „Deutschtumsbundu" w Grudziądzu i Toruniu znaleziono kilkadziesiąt protokółów i doniesień o rzekomych prześladowaniach Niemców.

4/ „Deutschtumsbund", jak udowodniono, jest organem wywiadów rządu niemieckiego, przeprowadza wywiad we wszelkich sprawach, co do których otrzymuje zlecenia:

a)zbierania informacji o zapatrywaniach politycznych, o narodowości poszczególnych obywateli, mianowicie prócz wypadków znanych już z poprzednio przytrzymanych aktów, wynika z ostatniej korespondencji, że panna von Koerber załatwiała wywiad o Joannie Templin, że przeprowadzono wywiad o osobie Jadwigi Niewe z Golubia, że Pardon Margarete z Chełmna z polecenia „Deutschtumsbundu" Chełmno sprawdzała wywiadem narodowość i przekonanie polityczne Elfridy Schultze, że zarządzono wywiad o rodzinie Grossów z Chełmży, Rynek 25, że sprawdzano wywiadem narodowość gospodarza Kormana z Kalinowa, że przeprowadzono wywiad o osobie Böhmfelda i Modrowa, że pastor Drohs z Brodnicy, Kamionka 15, prowadził wywiad co do osoby Ewalda Böslera i tym podobne. Wypadków takich można by wyciągnąć z aktów setki. Następnie zorganizowano, zdaje się okólnikiem Nr. 10, wywiad o organizacjach robotniczych, w celu informowania, czy związki nie wpływają czasem na przedsiębiorstwa, by zwalniały robotników niemieckich z pracy. Jest to równocześnie próba wniknięcia wywiadu niemieckiego do zrzeszeń i organizacji robotniczych, a tym samym do fabryk i warsztatów oraz wytwórni.

b/ Organa „Deutschtumsbundu" nie kontentowały się zresztą jedynie wywiadem o osobach, o rodzinach, a przeprowadzały i czynią to dziś jeszcze, wywiad o firmach i zakładach. Mąż zaufania z Wąbrzeźna otrzymał polecenie zbadania stosunków i przeprowadzenia wywiadu o pewności, chyba że tylko politycznej /Zuverlässigkeit/ właściciela fabryki chemicznej Donatol w Wąbrzeźnie. Pastor Melhhorn /Lautenburg/ otrzymał polecenie drogą wywiadu zbadać opinję o zakładzie piły drzewnej v. Neumanna. Fakty te dają dużo do myślenia, jeżeli się uwzględni system i zasady wywiadu wogóle.

c/ „Deutschtumsbund" zarządził zestawienie wykazu lekarzy /niemieckich ?/ oraz szpitali gotowych do przyjmowania niemieckich obywateli chorych, w tym celu tylko, by zapewnić sobie aparat sanitarny kadrowy na wszelki wypadek. Charakterystyczne przytem jest, że u lekarzy w poszczególnych spisach podawano stopień wojskowy lekarski.

d/ W dalszym ciągu wywiad „Deutschtumsbundu" skierował uwagi swe na młyny wodne. Rozporządzeniem z dnia 13. 01 zarządzono bowiem zestawienie wykazu młynów wodnych na terenie Pomorza. W aktach notowano młyny powiatów Toruń, Grudziądz, Chełmno, Lubawa, Tuchola, Wąbrzeźno i Świecie.

e/ Rozporządzeniem specjalnem zarządzono sprawdzenie drogą wywiadu, ile i kto z Niemców-amerykaninów przebywa na Pomorzu.

f/Dla niewiadomych celów również zarządzono rozporządzeniem z dnia 3.08 stwierdzenie i zameldowanie wykazu władz polskich.

g/ Statystykę szkolną już kilkakrotnie przeprowadzono, tak że „Deutschtumsbund" doskonale się orjentuje, ile ma budynków szkolnych do dyspozycji i ile budynków szkolnych w ogóle jest zajmowanych. Statystyka taka na czas pokoju jest niby dla szkolnych celów potrzebna, jednak jest ona równocześnie ważną podkładką dającą Sztabowi Generalnemu pogląd na stan budynków, mogących być zajętymi dla celów wojskowych.

h/ Następnie żądano od placówek powiatowych wykazu poczt, wsi, powiatów i tym podobnych.

i/ W końcu zorganizowano sprężysty wywiad w sprawach kolonizacyjnych, a mianowicie nauczono i przyzwyczajano kolonistów do zawiadamiania i meldowania wszelkich krzywd rzekomych i tym podobnych do „Deutschtumsbundu".

I tak poruszono wszystkie szczeble i dziedziny, zatrzymano się nad wykazem władz polskich, a krok tylko dalej i już weszlibyśmy w wykaz władz wojskowych, to jest pospolite szpiegostwo.

Nie wchodząc w przeznaczenie tych wiadomości i informacji zbieranych, a także i skarg oraz zażaleń, uprzytomnić sobie jednak musimy, że tym sposobem „Deutschtumsbund" stworzył sobie teren działalności dla władz niemieckich to jest również i wywiadu niemieckiego wojskowego na terenie naszym.

Jest to szkołą dla społeczeństwa niemieckiego, dającą wszystkim-począwszy od inteligentów a skończywszy na mniej uświadomionych, praktykę w zbieraniu informacji i przesyłaniu ich do centrali swej. Przypominam tu przejażdżki kurjerskie sióstr djakonistek w Więcborku. Jeżeli uważamy centralę „Deutschtumsbundu", z wszelkimi jej działami, za bezprawny organ administracyjny, a za taki związek uważać trzeba, to prace te przygotowawcze, te wywiady i statystyki bezsprzecznie zrozumieć tylko możemy jako materjał dla sztabu generalnego niemieckiego.

Sprawa zbierania w ten sposób wiadomości przybiera tym większe znaczenie, że kontynuuje się stale, że stała się prawie rzemiosłem i zajęciem codziennym członków

i zaufanych konfidentów „Deutschtumsbundu". Pomyślano nawet o zabezpieczeniu na wypadek strajków i to by uniknąć przerw w dostarczaniu wiadomości wydano w punkcie I. rozporządzenia z dnia 15. 07.20 roku zarządzenia i wytyczne do podtrzymania łączności kurjerskiej i meldunkowej na wypadek strajków, które to rozporządzenie brzmi:

„Im Falle einer Telefon- und Postsperre die möglicherweise eintritt, müssen alle Ortsgruppen schon jetzt verpflichtet werden, Nachrichten durch zu bestimmende Boten sofort weiter zu befördern. Die Ortsgruppen müssen schon jetzt mit Einzelmitgliedern verabreden, wer im Falle eines Botenganges zur Nachbargruppe den Gang auszuführen hat. Es wird sich empfehlen insbesondere mit Mitgliedern des kleineren oder größeren Grundbesitzes, welche Fuhrwerk haben, zwecks schnellerer Beförderung in Verbindung zu treten. Persönliche Bearbeitung der in Frage kommenden Person, durch die Herren Kreisvorsitzenden, wird erforderlich sein und darf bei der Wichtigkeit des sicheren und schnelleren Nachrichtendienstes nicht unterlassen werden.

Umstehend kleine Skizze, die anzeigt, welche Orte in Frage kommen und noch wo Anschluss genommen werden muß. Es wird gebeten sich mit den Anschlußkreisen in sofortige Verbindung zu setzen. Adressen umseitig. Wir erbitten baldigst Nachricht, wie der Kurierdienst geregelt ist, welche Orte die Verbindung sichern".

O stałej służbie kurjerskiej natomiast z zagranicą, szczególnie z Gdańskiem, zawiadomiłem swego czasu.

5. W Działdowie kierownik tamtejszego „Deutschtumsbundu", Hugo Richardt, pomagał żołnierzom ukraińcom stacjonowanego tam batalionu do dezercji. D.O.K. VIII. pismem Nr. 731/II. z dnia 6.06. doniosło, że dezerter Kiryło Kinczura zeznał, że namawiali go do dezercji nieznani Niemcy, którzy kazali mu się w Niemczech powołać na jakiś „Bund" /zapewne „Deutschtumsbund"/, nazwy dokładniej nie mógł sobie przypomnieć.

Jak z powyższego wynika „Deutschtumsbund" jest niebezpieczną organizacją antypaństwową, którą ze względu na wyżej przytoczoną działalność należy koniecznie rozwiązać na terenie całej Rzeczpospolitej, a jak najprędzej jego centralę w Bydgoszczy. W przeciwnym razie zarządzenie lokalne Województwa Pomorskiego minie się zupełnie z celem, a organizacja „Deutschtumsbundu" nadal działać będzie pod inną firmą. Do tutejszego zdania przyłącza się również D.O.K.VIII. pismem Nr. 731. z dnia 6.06, żądając rozwiązania „Deutschtumsbundu" ze względów konieczności obrony Państwa.

Kierownik Oddziału Informacyjnego

w.z.

[Podpis nieczytelny]

057

4.11.1925: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Lagebericht für Oktober 1925

4 XI 1925r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne za okres październik 1925r.

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4564

[...]

II. Niemieckie

A. Sytuacja ogólna

Okres ubiegły stał pod wpływem nastroji wywołanych naradami w Locarno oraz pod znakiem wyborów do rad miejskich, które odbyły się na początku października.

Brak gwarancji traktatu arbitrażowego pomiędzy Niemcami a Polską w zasadniczych układach pokojowych odczuli Niemcy miejscowi jako swój sukces - Polacy jako klęskę, a odczucie tej klęski silne jest zwłaszcza na Pomorzu, ono bowiem stanowi główny cel pożądań niemieckich.

Na tle tem znowu aktualne stały się wersje o odłączeniu Pomorza od Polski, nabierają [one] obecnie charakteru uporczywości i powszechności.

Rozglądając się za przyczynami, które je wywołują, dojść trzeba do wniosku, że powstały one na podłożu stałej powojennej polityki zagranicznej niemieckiej, zdążającej konsekwentnie do odzyskania Pomorza i wytworzenia przekonania, że odzyskanie to musi nastąpić i że termin jego jest już niedaleki.

W związku z tem zgodzić się trzeba, że każdy Niemiec na Pomorzu jest rzecznikiem tych ideji, że więc skutkiem tego rozchodzą się one po całym Województwie, trafiając nawet do sfer polskich, które w swych warstwach mniej politycznie wyrobionych gotowe są im nadawać znamię faktów, podawać do wiadomości swym najbliższym, a w ten sposób niekiedy nieświadomie nawet siać niepokój i zdenerwowanie, jakie obecnie pod tym względem na całem Pomorzu zapanowało.

Nie małą rolę odegrało tutaj także zbieranie podpisów przez Z.O.K.Z. na tak zwanych protestach przeciw odłączeniu od Polski Pomorza i Górnego Śląska, podjęte bez porozumienia się z czynnikami rządowymi.

Akcja ta pomyślana jako przeciwdziałanie zakusom niemieckim na państwową przynależność Pomorza okazała się w skutkach swych szkodliwą, dała bowiem ludności podstawy do przypuszczenia, że jednak w wersjach o odłączeniu Pomorza jest jakaś część prawdy, a to tembardziej, że w niektórych powiatach zbieranie podpisów odbywało się przy pomocy władz.

Wyniki tej akcji nie pozwoliły też na siebie zbyt długo czekać a odsłoniły stan, którego nawet przypuszczać nie było można.

Okazało się mianowicie, że w niektórych powiatach, na przykład w powiecie Chojnickim, protesty te podpisał zaledwo jeden procent ludności, a gdzie niegdzie tylko sołtysi.

Powiat ten uważać należy pozatem jako najbardziej pod względem narodowym zagrożony, na co złożyły się różne powody.

Wskazać tu należy w pierwszym rzędzie na motywy gospodarcze, a zwłaszcza krytyczne położenie zachodniej części powiatu, wchodzącej dawniej w skład powiatu człuchowskiego, gdzie ludność żyje w takiej nędzy, że często niema środków na kupno soli /!/ a bezrobotni z wielu miejscowości pracują masowo po tamtej stronie granicy, wpadając już nietylko w zupełny indeferentyzm [!] narodowy, lecz nastrajając się nawet nieżyczliwie i wrogo w stosunku do polskości.

Również porównanie sprężystości administracyjnej przedwojennej i stosunków komunikacyjnych wpływać ma w powiecie chojnickim na te nastroje, a jakkolwiek sytuacja ta nie we wszystkich powiatach jest tak zaogniona, to jednak w całym społeczeństwie pomorskim panuje i daje się odczuwać duży niepokój.

Mówi się bądź o odłączeniu Pomorza, bądź pewnych tylko powiatów, względnie o ich neutralizacji, o koncesjach jakie za te straty Polska otrzymać ma na Litwie i tym podobne - chociaż wersje te powstają na podłożu innych przyczyn, to jednak utrzymywać je i szerzyć leży w interesie niemieckim.

W związku z tym podkreślić trzeba najsilniej pokojową agitację niemiecką, prowadzoną w tym celu, aby społeczeństwo pomorskie, samo zażądało zmiany przynależności państwowej. Potwierdza to między innymi raport miesięczny Powiatowej

Komendy Policji Państwowej w Chojnicach, w którym wspomniano o odsłonięciu pomnika w Reinwasser po stronie niemieckiej, w czasie uroczystości odbywającej się z tej racji, pastor Adami wygłosił mowę w duchu nacjonalistycznym, w której nadmienił, że niema dnia, żeby nie wpływały z Pomorza polskiego protesty do rządu niemieckiego przeciw przynależności do Polski.

Również w ustnym raporcie złożonym w O.U.P.P. stwierdza p.o. kierownik Ekspozytury Policji Państwowej w Chojnicach, że ludność podpisuje jakieś deklaracje, których nie udało mu się jeszcze coprawda przychwycić - tajemniczość jednak całej akcji wskazuje na jej nielegalny charakter.

Jakby sprawdzeniem tych wersji o odłączeniu Pomorza stało się wstrzymanie przez Rząd wydalania optantów z Polski.

Spadło ono na całe społeczeństwo niespodziewanie, wywołując przykre rozczarowanie i dezorjentację.

Oświadczenie Rządu wygłoszone przez Pana Wojewody Pomorskiego, złożone prasie, wrażenia tego nie mogło już zatrzeć.

Wstrzymanie wydalenia optantów uważa się tutaj za pierwszy krok w ustępstwach na rzecz Niemców i na przygotowanie społeczeństwa do chwili, w której kwestja rewindykacji zachodnich ziem polskich na rzecz Niemiec wpłynie publicznie pod obrady.

Na tle tych nastroi szerzy się ponadto już obecnie defetyzm narodowy w społeczeństwie pomorskim i znane są wypadki, w których na przykład przedsiębiorstwa polskie angażują pracowników niemieckich, aby na przyszłość wykazać wobec Niemców swą lojalność.

Charakter stałości w życiu mniejszości niemieckiej posiadają:

Praca na polu zawodowem, kulturalno-oświatowem i gospodarczem, a w pracy tej jeden zasadniczy cel przyświeca Niemcom - cel utrzymania na Pomorzu - i w ogóle ziemiach polskich - swego stanu liczebnego, stanu posiadania i stanu kulturalnego, w nadzieji i przekonaniu, że dawne dzielnice pruskie muszą powrócić do Rzeszy.

W ruchu zawodowym główną rolę na Pomorzu odgrywają jak wiadomo „Wolne Związki" /Freie Gewerkschaften/, zajęte w ostatnich czasach agitacją przedwyborczą - akcją strajkową w Gdyni i Oksywiu oraz usiłowaniami w kierunku ustawicznego powiększania sfery swych wpływów, do których zresztą zaliczyćby można i wspomnianą akcję strajkową.

O ile jednak agitacja przedwyborcza przyniosła Niemcom i „Wolnym Związkom" pewne sukcesy - o tyle akcja strajkowa zakończyła się ich klęską, tak, że mimo zabiegów przeciągnięcia na swą stronę związku drukarzy, należącego jeszcze dotychczas do klasowych związków, nie możny mówić o rozszerzaniu się wpływów „Wolnych Związków"- przeciwnie, na północy nastąpiło pewne ich zachwianie, a to właśnie skutkiem przegrania akcji strajkowej.

Bogatszą i szczęśliwszą była praca na polu kulturalno-oświatowym.

W pracy tej idzie o utrzymanie kulturalnej odrębności społeczeństwa niemieckiego na Pomorzu - i w Polsce w ogóle - a podkreślanie łączności z Rzeszą - i - okrzewienie poczucia kulturalnej wyższości jeśli nie nienawiści w stosunku do polskości - poczucie to bowiem najpewniej chronić ma Niemców przed jakiemikolwiek zakusami ewentualnej polonizacji.

Stąd częste wieczorki, zebrania i odczyty, sprowadzanie sił artystycznych z Niemiec - niewolne od inwektyw w stronę Polski.

W działalności tej na specjalną uwagę zasługuje troska poświęcona szkolnictwu mniejszościowemu, posunięta aż do budowy specjalnych prywatnych szkół niemieckich.

Na pierwszy plan w życiu niemieckiem na Pomorzu w ostatnich czasach wybija się jednak kwestja kredytów dla rolnictwa, handlu i przemysłu niemieckiego, która obecnie w chwili braku kredytów polskich dla polskiego życia gospodarczego ma specjalne znaczenie - i już nie tylko dlatego, że umacnia żywioł niemiecki na Pomorzu ale i dlatego, że staje się potężnym środkiem agitacyjnym i zachęca obywateli polskich do zapisywania się do niemieckich organizacji.

Wszystko to razem stwarza dla państwowości polskiej na Pomorzu ciężkie warunki i domaga się od Rządu energicznych środków przeciwdziałania.

B. Rozwój i działalność stronnictw politycznych.

1. „Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat"

Raporty z ostatnich czasów wskazują, że działalność „Deutsche Vereinigung" w ubiegłym okresie skierowana była głównie w kierunku podtrzymywania akcji przedwyborczej Niemców do rad miejskich, pozatem zaś dotyczyła szkolnictwa niemieckiego i sprawy reformy rolnej.

W kierunku pierwszym „Deutsche Vereinigung" na terenie Grudziądza udzielało tamtejszej frakcji niemieckiej wszelkiej pomocy. Pomiędzy innymi „Deutsche Vereinigung" dostarczyło tejże frakcji spisu obywateli narodowości niemieckiej, według którego członek „Sejmbüro", radny miejski, Niemiec Haak, doręczał przez gońca wyborcom niemieckim odezwy agitacyjne oraz karty do głosowania w zamkniętych kopertach.

W lokalu tamtejszego „Sejmbüro" mieści się również oddział miejscowy „Volksbanku", w którym zbierano składki na fundusz agitacyjny.

W sprawach szkolnych „Sejmbüro" w Grudziądzu otrzymało polecenie z „Zentralstelle der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat" w Bydgoszczy, zawiadomienia swych filji na Pomorzu, które mają wpływ na wszystkie stowarzyszenia niemieckie, aby te ostatnie na znak żałoby powstrzymywały się od urządzania wszelkich zabaw.

Idzie tu o wypadki, które rozegrały się jeszcze we wrześniu, a wywołane były odebraniem przez Kuratorjum Szkolne Poznańskie kilkunastu siłom niemieckim prawa nauczania w szkołach średnich w Rawiczu i w Bydgoszczy.

Apel „Sejmbüro" zyskał zdaje się pod tym względem dużą popularność i uznanie, a mniejszość niemiecka powstrzymała się solidarnie od urządzania jakichkolwiek rozrywek - te doniesienia o zabawach niemieckich, które nadeszły do O.U.P.P. pochodzą prawdopodobnie już z czasu, w którym Kuratorjum Poznańskie zarządzenie swoje cofnęło.

Nie mniejsze zainteresowanie „Deutsche Vereinigung" względnie całego społeczeństwa niemieckiego na Pomorzu budziła i budzi sprawa reformy rolnej.

Wskazuje na to na przykład zebranie zwołane przez posła Daczko w Chojnicach 14.10. b.r. przy udziale około 30 osób, przeważnie właścicieli ziemskich.

W referacie swym podkreślił poseł Daczko, że ustawa o reformie rolnej w praktyce przeprowadzić się nie da, a to z powodu braku na to funduszów, że nie idzie jednak w niej o zamaskowane wywłaszczenie Niemców, gdyż fakt taki nie uszedłby uwagi cywilizowanych narodów świata.

Wreszcie zaznaczył poseł Daczko, że gdyby nawet reformę rolną przeprowadzono, to i tak 750 mórg, które pozostaną jako ośrodki po rozparcelowanych majątkach, wystarczą aby na nich racjonalnie gospodarować.

Po wyczerpaniu dyskusji, która dotyczyła jeszcze spraw podatkowych zastanowiano się nad założeniem w Chojnicach biura sejmowego „Sejm-Auskunftbüro", które tak, jak i biuro wyborcze, „Wahlbüro", miałoby służyć do udzielania rad Niemcom.

2. „Verband Deutscher Katholiken"

Z działalności „Verband Deutscher Katholiken" w okresie sprawozdawczym możnaby wymienić zebranie jakie odbyło się jeszcze 20.09 br. w Tczewie przy udziale około 150 osób oraz w Grudziądzu w dniu 28. 10. bieżącego roku.

Zebraniu w dniu 20.09. br. przewodniczył redaktor „Pommereller Tageblatt" Kramuschke, który zaznaczył, że w porze zimowej „Vereinigung Deutscher Katholiken" urządzać będzie liczne wieczorki i odczyty, poczem ksiądz Dobberstein z Barendt - Wolne Miasto Gdańsk omawiał obszernie sprawę tragicznego upadku domów katolickich Habsburgów i Wittelsbachów.

Zebranie w dniu 28.10. br. odbyło się przy udziale około 175 osób a przemawiał na wiecu również ksiądz Dobberstein z Gdańska i Kiender, sekretarz obwodowy z Górnego Śląska.

Ksiądz Dobberstein mówiąc o pielgrzymce do Rzymu, podkreślał w częstych aluzjach nietolerancję polską pod względem wyznaniowym i językowym.

Przemówienie Kiendra miało charakter agitacyjny. Mówca nawoływał mianowicie do łączenia się wszystkich Niemców, gdyż tylko w ten sposób da się uzyskać w Polsce wprowadzenia praw gwarantowanych - Niemcom - mniejszościom narodowościowym - Konstytucją Państwa.

W końcu zapowiedział Kiender utworzenie w Chojnicach zarządu obwodowego „Verband Deutscher Katholiken".

3. Niemiecka organizacja monarchistyczna

Według otrzymanych informacji istnieje w Grudziądzu tajna niemiecka organizacja monarchistyczna.

Na czele wymienionej organizacji stoją następujące osoby:

Kriedtke Arnold księgarz

Partikel Franz adwokat

Hein Richard kupiec

Zadania, cele oraz środki tej organizacji mało są jeszcze znane i stanowią dopiero przedmiot dochodzeń.

4. Inne przejawy ruchu politycznego niemieckiego na Pomorzu

Wymienić tutaj należy wystąpienie posła Pankratza /Soc.Dem.Part./ w dniu 4.10. br. na wiecu przedwyborczym zwołanym przez P.P.S. w Nowem, powiat świecki, przy udziale około 400 osób, zwolenników P.P.S. i Niemców.

W przemówieniu swojem dowodził poseł Pankratz, że Polska nie jest państwem demokratycznym na co wskazywać mają uroczystości ku czci Bolesława Chrobrego w Gnieźnie i Poznaniu, wskazywał, że Prezydent Rzeczypospolitej przyjeżdża do różnych miejscowości li tylko „do żarcia i chlania" /„Zum fressen und zum saufen"/ za co robotnik musi płacić.

W dalszym ciągu swej mowy wywodził poseł Pankratz, że umieszczanie w salach szkolnych krzyży i godeł państwowych pociąga za sobą tylko zbędne wydatki, że znaczna część dochodu państwowego idzie na wojsko zupełnie niepotrzebnie i blisko 1 miljon liczącą armję urzędników, które opłaca robotnik.

W końcu omówił stosunki w Bydgoszczy, wskazując, że prezydent tego miasta odsiadywał dłuższą karę w więzieniu.

Jak widać mowa posła Pankratza utrzymana była w duchu zasad socjalistycznych: zwalczając militaryzm, biurokratyzm, klerykalizm, rozrzutność administracji państwowej i tym podobne, stał poseł Pankratz na wspólnym gruncie z P.P.S., nie ulega jednak wątpliwości, że ton jej wynikał ze źródeł nacjonalizmu niemieckiego.

[...]

D. Stosunki Wyznaniowe

Okres ubiegły w stosunkach wyznaniowych mniejszości niemieckiej na Pomorzu, nie przyniósł żadnych zmian, nie notowano również wypadków antypaństwowej działalności ze strony duchowieństwa niemieckiego.

Wymienić tu by można fakt zaobserwowany jeszcze w okresie poprzednim, a mianowicie zmianę porządku nabożeństw w kościele katolickim w Sępolnie na korzyść Polaków, jeśli bowiem dotychczas każde drugie nabożeństwo było niemieckiem, obecnem jest niem dopiero każde szóste.

E. Rozwój i działalność niemieckich instytucji społecznych i gospodarczych

1. Udzielanie zapomóg i pożyczek przez Niemców oraz instytucje niemieckie

W dalszym ciągu sprawozdania z poprzedniego miesiąca stwierdzić należy, że pożyczki niemieckie dla rolników, względnie osób innych stanów, wpływają ustawicznie na Pomorze.

Działalność ta przybiera formy przemyślanej i dobrze zorganizowanej akcji, tak na przykład w Tczewie utworzona została specjalna komisja, której zadaniem jest określać wysokość mającej być udzielonej pożyczki członkom „Landbundu" przez „Raiffeisenbank" w Gdańsku. Pożyczki te - według informacji - pochodzić mają ze źródeł finansowych Rzeszy a mianowicie z pożyczki amerykańsko-niemieckiej, a rozdzielane są przez banki gdańskie Niemcom na Pomorzu.

Podkreślić należy, że udzielane są nietylko rolnikom, lecz także kupcom i przedsiębiorcom, jednakżę jeśli idzie o przedsiębiorstwa zdaje się, że tylko czysto niemieckim, na co wskazywałby fakt jaki zaszedł w Chojnicach, gdzie firmie „Chojnickie Tartaki Stamm i Steinhilber" odmówiono kredytu, motywując to tem, że wspólnik wnioskodawcy Steinhilbera p. Stamm jest Polakiem.

Jakie rozmiary akcja ta przybiera, wystarczy wymienić sam tylko powiat chojnicki, gdzie rolnicy niemieccy otrzymali 30657 dolarów z „Weichselgau-Kreditverband" w Gdańsku, względnie powiat sępoleński, gdzie suma pożyczek zagranicznych do dnia 28.09 br. osiągnęła 37700 złotych, 2600 dolarów i 17000 guldenów holenderskich.

Według dalszych informacji wszyscy ubiegający się o pożyczki zwracać się będą musieli w przyszłości do „Buittenlandbank" w Gravenhagen w Holandji, przez „Weichselgau-Kreditverband" w Gdańsku, przyczem rolnicy muszą być członkami Landbundu i ubezpieczyć swoje nieruchomości w towarzystwie „Vistula" w Tczewie.

Powiatowa Komenda Policji Państwowej w Sępolnie akcję tą przypisuje głównie chęci rolników niemieckich zabezpieczenia się przed reformą rolną, w nadziei, że władze polskie liczyć się będą musiały z interesami banków zagranicznych, a to tembardziej, że zasadnicza skala pożyczki wynosi 50 [!] złotych, to jest znacznie więcej niż przewiduje ustawa przy ewentualnych wywłaszczeniach.

Stan ten budzi poważne obawy, a wyrazem ich są głosy prasy, jak na przykład artykuł „Kurjera Poznańskiego" z dnia 21.10 br., pod tytułem „Niepokojące kontrasty na Pomorzu", w którym autor przedstawia fatalne położenie rolnictwa, handlu i przemysłu polskiego na Pomorzu w stosunku do tychże gałęzi gospodarstwa spoczywających w rękach niemieckich, a zasilanych przez poważny, długoterminowy i niskoprocentowy kredyt.

Równocześnie wskazuje autor na ujemne skutki polityczne dla Pomorza, jakie wynikają z tego stanu i wzywa Rząd Polski do pomocy finansowej dla polskiego rolnictwa pomorskiego.

W tonie ostrzejszym natomiast komentuje te fakty toruński, enperowski „Głos Robotnika" z dnia 20.10 br.

Artykuł ten przytaczamy w dosłownym brzmieniu:

„Jak się dowiadujemy z miarodajnych źródeł, w ostatnim czasie na obszarze Województwa Pomorskiego, rozdzieliły niemieckie instytucje kredytowe /przeważnie za pośrednictwem gdańskich/ kilkaset tysięcy dolarów kredytu.

Otrzymują go w pierwszym rzędzie rolnicy, ale także przemysłowcy i kupcy niemieccy, którzy dzięki tym kredytom zwycięsko konkurują z polskiem kupiectwem. Doszło do tego, że Niemcy coraz częściej wykupują z rąk polskich domy, sklepy, przedsiębiorstwa...

Akcja niemieckich instytucyj finansowych /niewątpliwie zasilanych przez rząd niemiecki/, ma na celu:

1. Wzmocnienie gospodarcze żywiołu niemieckiego i zwiększenie niemieckiego stanu posiadania na Pomorzu;

2. Spotęgowanie niezadowolenia ludności polskiej Pomorza z rządów polskich, niezadowolenia, będącego pewnej mierze także skutkiem braku kredytu.

Jak dotąd, akcja Niemców w zupełności daje pożądane przez nich rezultaty, bowiem rząd polski niczem jej nie przeciwdziała.

Rząd p. Grabskiego, tak jak i poprzednie endecko-piastowo-socjalistyczne gabinety, ma dla Pomorza jedynie piękne słowa i obietnice...

Głosy z najrozmaitszych obozów uzasadniają istotnie potrzebę kontrakcji ze strony Rządu Polskiego."

F. Rozwój i działalność Związków Kulturalnych, Oświatowych, Sportowych i innych

Okres ubiegły zaznaczył się dla związków niemieckich ożywieniem ich działalności.

Ożywienie to datuje się już zresztą od miesiąca września, a widoczne jest specjalnie na terenie Torunia, Chojnic i Grudziądza.

Nie stwierdzono dotychczas, aby imprezy urządzane w ostatnim czasie miały charakter polityczny, jakkolwiek i na nich zdradzają Niemcy swoje antypolskie i antypaństwowe stanowisko, w znacznej części są to jednak wieczorki artystyczne, lub odczyty poświęcone tematom obojętnym - niekiedy imprezy sportowe i zabawy taneczne.

Wymienić tu można na terenie Torunia:

31.09 b.r. wieczorek koncertowy urządzony przez „Copernikus Verein" w „Deutsches Heim" przy udziale około 300 osób, na którym występowali artyści z Niemiec.

27.09 br. defilada łodzi Ruderklub, potem wieczorek towarzyski przy udziale około 100 osób.

13.10 br. zebranie poufne zarządu „Deutsches Heim", na którem obradowano nad rozbudową „Deutsches Heim" oraz stosunkami z „Copernikus-Verein".

18.10 br. zebranie w „Deutsches Heim" koła śpiewaczego „Liederverein" przy udziale około 50 osób, w tem delegatów: Poznania, Bydgoszczy, Grudziądza i Chojnic. /Zebranie to miało na celu wybór nowego zarządu „Liederverein", w dyskusji jednak jeden z delegatów z Bydgoszczy miał się wyrazić, aby Niemcy nie tracili nadzieji, gdyż dawne ziemie pruskie wrócą do Rzeszy/.

24.10 br. w „Deutsches Heim" zebranie przy udziale około 150 osób, na którem panna Sorma z Berlina wygłosiła odczyt o literaturze niemieckiej.

Podobnie ożywiony ruch w związkach panował w Grudziądzu, gdzie zwłaszcza czynna była „Deutsche Bühne"; utraciła ona coprawda kilkunastu członków skutkiem wyjazdu optantów, wykazuje jednak w dalszym ciągu dużą inicjatywę i przedsiębiorczość.

Otwarcie sezonu nastąpiło 20.09 br. i od tego czasu „Deutsche Bühne" urządziła cały szereg koncertów i tym podobnych, które jednak nie cieszyły się zbyt wielką frekwencją, co przypisywano wyjazdowi optantów.

Pozatem notowano działalność następujących towarzystw:

„Evangelische Frauenhilfe", „Jugendbund für ganz entschiedenes Christentum", „Männer Turnverein", „Graudenzer Ruderklub", „Liedertafel-Melodia".

Wymienić należy urządzenie w dniu 25.09 br. w Domu Gminnym tak zwanego „Liederabend" przy udziale około 60 osób, na którym występował śpiewak niemiecki Kleinwachter z Berlina.

Na specjalną uwagę zasługuje jednak zabawa urządzona przez „Deutsche Bühne" w dniu 12.10 br., tak zwany „Oktoberfest", w której wzięło udział około 800 osób, jakkolwiek bowiem nie miała ona żadnych znamion antypaństwowych, to jednak tak liczne zebrania się Niemców wskazują na silne wśród nich zespolenie oraz mimo wyjazdu optantów - na niewygasłą energię.

Również i informacje z Chojnic dowodzą ruchliwość niemieckich związków, chociaż co prawda mniejszość niemiecka tego powiatu zainteresowana jest obecnie daleko silniej sprawami szkolnymi.

Wskazać tu trzeba zwłaszcza na generalne zebranie Schulvereinu, jakie odbyło się w dniu 21.10 br. przy udziale około 60 osób w Chojnicach oraz uchwałę budowy szkoły prywatnej w gminie Odra.

Zebranie na którem dokonano wyboru nowego zarządu poświęcone było również sprawozdaniu z działalności Schulvereinu za cały czas jego istnienia, to jest od roku 1920, które przedstawił rektor miejscowego niemieckiego gimnazjum prywatnego, niejaki Lange oraz skarbnik Rasch.

Ze sprawozdania dyrektora wynika, że liczba dzieci uczęszczających do prywatnego gimnazjum stale się zmniejsza mimo to, że poziom nauki stoji [!] na wysokim stopniu tak, że na podstawie świadectwa uzyskanego w wymienionym gimnazjum uczniowie doznają pewnych ulg z Niemczech i Gdańska.

Również i sprawozdanie skarbnika Rascha nie było optymistyczne - wykazywało ono bowiem pustki w kasie i 5 tysięcy długu, wobec czego wezwano członków, aby należności swe jak najprędzej wpłacili.

W wolnych wnioskach wykazano brak przyrządów i sali gimnastycznej i postanowiono celem zaradzenia temu porozumieć się z miejscowym „Verein für Leibesübungen".

W sprawie budowy szkoły prywatnej w gminie Odra, koło Czerska, na gruncie ofiarowanym przez jednego z gospodarstw, postanowiono, aby zapewnić sobie zezwolenie władz, że szkoła ta służyć ma również za dom modlitwy /Bethaus/.

Zasiłek na budowę otrzymać mają Niemcy z „Gustav-Adolf-Stiftung", instytucji, która ma za cel umożliwienie przy pomocy Rządu niemieckiego ubogim parafjanom budowy domów modlitwy.

W stosunkach szkolnych zaobserwowano korzystne zmiany w powiecie sępoleńskim, usunięto mianowicie z tamtejszych placówek szkolnych jedenaście sił nauczycielskich znanych z wrogiego usposobienia w stosunku do polskości i zastąpiono ich lojalnymi nauczycielami.

W Tucholi natomiast stosunki te się pogarszały, powstała tutaj bowiem przy szkole miejscowej, od 1 września b.r., dzięki zabiegom posła Daczko, jedna klasa dla dzieci niemieckich, z językiem wykładowym niemieckim.

Objęta w całości działalność tych najrozmaitszych związków i towarzystw wskazuje na dobrze rozwiniętą i konsekwentnie prowadzoną akcję w kierunku podtrzymania i rozwoju kultury i języka niemieckiego wśród mniejszości niemieckiej na Pomorzu.

G. Inne przejawy życia mniejszości niemieckiej

1. Sprawa optantów.

Sprawa optantów nie schodzi w dalszym ciągu ze szpalt prasy polskiej i niemieckiej, o ile jednak pierwsza rozpatruje ją „sine ira et studio", tak społeczeństwo polskie bowiem jak i Rząd Polski, wykonania Konwencji Wiedeńskiej nie uważa za pogwałcenie prawa ludzkości, o tyle inaczej na sprawy te patrzą Niemcy.

W dążeniu do uzyskania utraconych w czasie wojny prowincji wschodnich idzie im w pierwszej linji o utrzymanie na ziemiach polskich niezmniejszonego stanu ludności i posiadania ziemi i stąd te oburzenia i ten krzyk, gdy Polska przystępuje do wykorzystania swych praw pod tym względem.

Mówi się w dalszym ciągu o nieludzkości, brutalności i gwałcie ze strony Władz Polskich zapominając, że jeśli władze te zmuszone są niejednokrotnie stosować do mniejszości niemieckiej energiczne środki, jest to tylko konsekwencją tego gwałtu, jaki Niemcy niegdyś popełnili na żywym organiźmie Rzeczypospolitej.

Oczywiście najbardziej nieprzejednane stanowisko w tych sprawach zajmuje społeczeństwo Prus Wschodnich.

Prasa tych krajów jak na przykład „Frankfurter Oder-Zeitung", „Marienburger-Zeitung", „Weichsel-Zeitung" lub „Elbinger Zeitung", w licznych artykułach rozwodzi się szeroko nad położeniem optantów niemieckich, tak już wysiedlonych do Niemiec, jak i pozostających jeszcze w Polsce i w pierwszym wypadku przedstawia, co czynniki państwowe i społeczne dla optantów już uczyniły względnie, co jeszcze uczynić winny, w drugim zestawia listę optantów mających w dniu 1. 11 br. opuścić Polskę, podkreśla trudne warunki w jakich się znajdują, zwłaszcza jeśli idzie o korzystne pozbycie posiadanych przez nich nieruchomości, domaga się przeciw zarządzeń niemieckich w stosunku do Polaków, wskazuje na jakąś niebezpieczną agitację polską na pograniczu, prowadzoną przez poszczególnych rolników i księży, która jako taka winna być bezwzględnie stłumioną, a to tembardziej, że odbywa się w czasie, gdy Polska wypędza optantów i uciska z całą brutalnością Niemców.

„Frankfurter Oder-Zeitung" z dnia 5.09 br. zwraca uwagę na artykuł „Kurjera Poznańskiego", którego autor z racji masowego podobno wpływania do Starostw i Województw wniosków o niewysiedlenie optantów, ostrzegać miał czynniki rządowe przed ewentualnym uwzględnieniem tych wniosków.

Fakt masowego ich wpływania „Frankfurter Oder Zeitung" nazywa „ein hochinteressantes Eingeständnis", podkreślając, że jednak przecież znalazły się i to liczne głosy polskie, które potępiły wypędzenie Niemców - tę politykę gwałtu.

„Weichsel-Zeitung„ z dnia 15.10 br. zapytuje znowu, w jakim związku stoji [!] stosowanie tej poltyki z paktem w Locarno i co oznacza dalsze prowadzenie wojny w obliczu usiłowań zapewnienia stałego pokoju w Europie.

Z dzienników Prus Wschodnich dowiadujemy się w ogóle ciekawych szczegółów w sprawie optantów.

W pierwszej linji pragną one być wyrazem nastrojów panujących wśród optantów, a nastrój ten ma być w stosunku do Polski nieprzejednany, świadczy o tem na przykład uchwała powzięta przez prezydjum Niemieckiego Związku Wschodniego /Ostmark/, przesłana Rządowi Rzeszy, w której - zorganizowani w Związku „Wychodźcy" i „Wygnańcy" z „utraconych obszarów wschodnich" apelują, aby rząd nie poszedł na żadne

ustępstwa w sprawie granic wschodnich; te niesłychane cierpienia, które znoszą, wtedy tylko bowiem przenieść będą mogli i wtedy tylko w spokoju i dumie zachowają swą wierność dla ducha niemieckiego, gdy nie odebrana im zostanie nadzieja powrotu do dawnych siedzib.

Z obrad wydziału wschodniego /Ostausschuß/ sejmu pruskiego, z których dzienniki te składają sprawozdanie, wynika, że optanci mają być osiedleni na granicy polskiej, albo w drodze wykupu własności ziemskiej na granicy, albo wykorzystania ziemi znajdującej się już w rękach towarzystw kolonizacyjnych, że mają korzystać z kredytu rządowego oraz specjalnie dla nich urządzonych kursów zawodowych.

Równocześnie i w czasie tych obrad wskazywano na konieczność zajęcia w stosunku do optantów na rzecz Polski odpowiedniego stanowiska, do wydalenia z Niemiec nietylko ich ale i polskich robotników sezonowych i do zwrócenia uwagi na ożywioną działalność polską na pograniczu.

Jeśli teraz przejdziemy na teren Województwa Pomorskiego zbaczymy, że i tu wśród społeczeństwa niemieckiego panuje zrozumiałe zresztą zupełnie zainteresowanie się losem optantów, którzy w dniu 1.11. mieli opuścić Polskę.

W terminie tym, jak wiadomo, wyjechać mieli optanci, właściciele ziemscy, zamieszkali w pasie granicznym względnie w obrębie twierdz - ilość takich optantów podają źródła niemieckie na 2 000, a własność ich na 20 tysięcy morgów.

Zaznaczając, że obóz w Pile jest obecnie dostatecznie przygotowany do przyjęcia tej masy optantów wskazuje „Pommereller Tageblatt" z dnia 18.10 br. na trudności jakie natrafiają optanci przy sprzedaży swej własności, wobec braku nabywców, pieniędzy i spadku waluty polskiej.

Sprawa własności optanckiej posiada pozatem dla Niemców, jak już zaznaczono, dominujące znaczenie w całym problemie kwestji optanckiej, to też rozwiązać ją starają się Niemcy w sposób scharakteryzowany w sprawozdaniu Nr. 9 przez wydzierżawienie swych nieruchomości. I oto właśnie Powiatowa Komenda Policji Państwowej w Wejherowie donosi świeżo o 14 wypadkach tego rodzaju, w których optanci wydzierżawili swe osady na 5 lat tym razem nawet wyłącznie samym Polakom.

To samo melduje również Powiatowa Komenda Policji Państwowej w Chojnicach, donosząc, że Konsulat Niemiecki w Poznaniu wypłaca każdemu optantowi, który swe gospodarstwo wydzierżawi zaufanemu Niemcowi, z góry umówioną kwotę za 12 lat dzierżawy, a dzierżawcom 5 do 10 tysięcy złotych.

Według informacji stan ilości optantów w dniu 30.10 bieżącego roku przedstawiał się jak następuje:

I. grupa optantów	12 943 głów
z tego opuściło Polskę	11 350
nadano obywatelstwo	450
8 optantek wyszło za mąż za obywatelów Polaków	8
przedłużono pobyt	767
zostało samowolnie	368
	12 943
II. grupa optantów około	1 230 głów
III. grupa optantów około	4 120 głów

W tym stanie wynik rokowań w Locarno przynieść miał zasadnicze zmiany. Jakoby w przewidywaniu ich „Vorwärts" z dnia 22. /?/10 br. ogłasza apel do rządu niemieckiego i polskiego do zaniechania wydalenia optantów i istotnie: 23.10 br. względnie 22.10 br. zapadła w tym sensie uchwała Rządu Polskiego, powstrzymująca przymusowe wysiedlanie optantów do Niemiec.

Fakt ten komentowany jest przez społeczeństwo pomorskie nieprzychylnie, a to tembardziej, że nieznane są koncesje niemieckie, jakie za to zasadnicze ustępstwo otrzymało Państwo Polskie, sfery zaś mniej polityczne wyrobione twierdzą, że zatem pójdą ustępstwa polskie, a w konsekwencji odłączenie Pomorza od Polski.

Wstrzymanie wydalenia optantów niemieckich z Polski stalo się też podstawą do żywej wymiany zdań pomiędzy Konsulatem niemieckim w Toruniu a Poznaniem i Bydgoszczą.

Drogą konfidencjonalną otrzymano mianowicie wiadomości o dwóch rozmowach telefonicznych prowadzonych przez Konsulat niemiecki w Toruniu w dniu 24.10 br.

W rozmowie pierwszej niejaki Fietz z „Abwanderungsstelle" mówiąc z Poznaniem, Nr. telefonu 5015, po otrzymaniu wiadomości, że przymusowe wydalenie optantów jest zawieszone, że jednak kto chce wyjechać może to uskutecznić, wyraża zdanie, że konsul Schmidt niepotrzebnie kazał wstrzymać transport optantów na granicy i skierować go z powrotem do Polski, gdyż w danym wypadku idzie o ludzi, którzy już wszystko w Polsce sprzedali i nie mają poco wracać.

W rozmowie drugiej prowadzonej przez zastępcę Konsula w Toruniu, von Bargen'a, z niejakim Bernerem z Bydgoszczy mówi ten ostatni, że należy postarać się, aby jaknajmniej optantów opuszczało Polskę i że wobec wstrzymania wydalenia optantów trzeba im ogłosić, że o ile wyjeżdżać będą do Niemiec dobrowolnie, nikt niemi się tam nie zajmie, ziemi nie dostaną, natomiast w wypadku pozostania w Polsce udzielane im będą w przeciągu pierwszego tygodnia zapomogi po 100 złotych, względnie jeśli już inwentarz swój posprzedawali, a zgodzą się pozostać w Polsce, otrzymają różnicę, to jest wyrównanie strat na kupno nowego inwentarza.

Rozmowy te stwierdzają dobitnie w jakim stopniu idzie rządowym czynnikom niemieckim o utrzamynie jak największej ilości Niemców w Polsce.

Charakterystyczne jest również milczenie polskiej prasy pomorskiej pod tym względem, która wstrzymywała się początkowo od wszelkich komentarzy i dopiero pod wpływem wiadomości o naradach Rządu z Panem Wojewodą Dr. Wachowiakiem i przedstawicielami społeczeństwa pomorskiego omawiać zaczęła ostatnie zarządzenie Rządu - jednak bez entuzjazmu i bez wiary, aby wpłynąć ono mogło na zmianę stosunków Niemców do Polski.

Prasa niemiecka pomorska reprezentowana głównie przez „Pommereller Tageblatt" zachowuje na razie w tym kierunku także daleko posuniętą rezerwę i ograniczyła się jedynie do podania mniej lub więcej zwięzłych wzmianek o uchwale Rządu, precyzując swe stanowisko pod tym względem, dopiero w numerze z dnia 29.10 br. przyczem wskazuje, że jest to tylko zawieszenie wydalenia i że będzie wykorzystane przez Polskę w rokowaniach handlowych.

Żywiej natomiast omawia te sprawy „Deutsche Rundschau" w dwóch artykułach z dn. 25.10 br.

„Deutsche Rundschau" twierdzi między innymi, że minister Skrzyński zawsze był przeciwny wydaleniu optantów, przekonał się bowiem w Ameryce, w jakim stopniu szkodzi to polskim zabiegom o pożyczkę na tamtejszym rynku. Obecny krok Rządu

Polskiego, jakkolwiek zatem podyktowany względami utylitarnym, będzie miał jednak wielkie znaczenie dla polityki zagranicznej i nie pozostanie bez wpływu na stosunek sejmowej frakcji niemieckiej do Rządu, a jeśli ta dziś jeszcze stoji [!] w opozycji to dzieje się to tylko z powodu nacjonalistycznej i antyniemieckiej polityki Ministra Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego.

Ton artykułu na pozór uległy i życzliwy jest jednak obłudny i stara się umocnić społeczeństwo niemieckie w przekonaniu, że Państwo Polskie *musiało pójść* na te ustępstwa.

Wystarcza n.p. przytoczyć także zdanie:

„Ferner erfahren wir, daß auch in Liquidationsangelegenheiten die polnische Regierung gewisse Zugeständnisse *zu machen gewillt ist*"(!), aby się nie pomylić w twierdzeniu, że według Niemców duch traktatu w Locarno wpłynąć powinien na stanowisko Rządu Polskiego w stosunku do mniejszości niemieckiej, ich jednak nie obowiązuje.

„Deutsche Rundschau" przez użycie tych wyrażeń: „zu machen gewillt ist", pragnie zdaje się wykazać, że Polsce idzie i iść musi o pomyślny wynik rokowań handlowych z Niemcami i że wskutek tego musiała poczynić i zapewnić Niemcom jeszcze inne koncesje - czyli w dalszej konsekwencji o podkreślenie, że Polska ekonomicznie jest całkowicie zależna.

Nie trzeba dodawać, że to nie podnosi znaczenia Państwa Polskiego w oczach mniejszości i że zresztą nie jest to celem „Deutsche Rundschau".

Artykuł drugi utrzymany jest w tonie komplementów i uznania dla Premjera Grabskiego i ministrów Skrzyńskiego i Raczkiewicza.

Wstrzymanie wydalenia optantów nazywa „Deutsche Rundschau" godziną radości i zadowolenia.

Mówi o katechiźmie nowego patrjotyzmu stworzonego przez ministra Skrzyńskiego, a wskazując na pewne trudności dzielące jeszcze mniejszość niemiecką od Państwa Polskiego, pisze: „Der Weg ist frei zu großen Taten, der Weg für kluge und mutige Bürger und Staatsmänner, die nicht nach ihren Wünschen, sondern nach der Pflicht ihr Gewissen fragen und ihre Beantwortung bemessen.".

Na tle tych słów podanych szczerego, czy udanego zapału, tembardziej uderza w oczy chłód polskiej prasy pomorskiej.

Zresztą po kilku dniach zmienia się i ton artykułów „Deutsche Rundschau".

Artykuł z dnia 29.10 br. pod tytułem „Die Nebenregierung in Polen" oraz z dnia 30.10 br. pod tytułem „Die Optantenfrage", dalekie już są od jakichkolwiek zachwytów pod tym względem.

Starają się one wykazać jedynie, że całe społeczeństwo polskie wypowiedziało się przeciw temu zarządzeniu, że Pan Wojewoda Pomorski w związku z niem zamierzał podać się do dymisji, że jednak Polska musiała zająć w stosunku do optantów niemieckich takie a nie inne stanowisko, a to ze względu na swoich optantów w Niemczech, których liczba dochodzi rzekomo do 10 tysięcy i sytuację gospodarczą.

Równocześnie „Deutsche Rundschau" z dnia 30.10 br. podaje za agencję Wolffa, że w odpowiedzi na zarządzenia polskie rząd pruski wstrzymał wydalenie polskich optantów.

2. *Wybory*

Mimo usilnej agitacji i kampanji przedwyborczej ubiegłe wybory do rad miejskich na Pomorzu nie przyniosły Niemcom spodziewanego zwycięstwa, nie stały się też dla nich i klęską w takiej mierze jak to ze strony polskiej można było przypuszczać.

Głosząc na świat cały, że Pomorze jest dzielnicą niemiecką i że wola jej ludności pragnie połączenia się z Rzeszą - Niemcy na podstawie ostatnich wyborów na Pomorzu uznać muszą, że stan ich wpływów maleje i upada a jeśli upadek ten nie jest dzisiaj jeszcze zbyt bolesny, to wina tylko polskiego społeczeństwa pomorskiego, które nie poszło do wyborów zwartą masą, ale rozbite na poszczególne obozy i w bardzo nieznacznej liczbie.

Stosunek procentowy oddanych głosów przez obie narodowości na Pomorzu wystawia bardzo złe świadectwo naszej świadomości politycznej i poczuciu odpowiedzialności za losy dzielnicy tak ważnej pod względem państwowym.

Przechodząc do cyfr stwierdzić należy, że ilość mandatów radnych miejskich pozostających w rękach niemieckich zmniejszyła się na Pomorzu, według dotychczasowych obliczeń, o 14, to jest spadła z 76 na 62 radnych.

Ubytek ilości radnych nie zaznaczył się jednak równomiernie - przeciwnie, są miasta jak Chełmno, Skarszewy, Więcbork, Świecie, Podgórze, Golub, Kowalewo, w których ta ilość niekiedy znacznie wzrosła i tak na przykład w Świeciu, Skarszewach i Chełmnie ilość ta wzrosła od 2 do 3 radnych, a w pozostałych o jeden mandat niemiecki.

Największe straty natomiast ponieśli Niemcy w Grudziądzu, gdzie ilość mandatów pozostających w ich rękach spadła z 14 na 7, dalej w Toruniu o 3 mandaty, w Tczewie o 3 mandaty, w Nowem o trzy, w Działdowie o dwa, w Chojnicach o trzy mandaty - w innych miastach straty te znowu nie są wielkie, pozatem istnieje cały szereg miast, w których stosunki w porównaniu ze stanem z przedwyborów się nie zmieniły.

Te względne sukcesy zawdzięczać muszą Niemcy temu, że ich wyborcy brali udział w głosowaniu w stosunku procentowym, do 95 %, gdy najwyższy procent Polaków w jednym tylko wypadku osiągnął 86 przeciętnie zaś wahał się pomiędzy 60 - 65 % wyborców.

3. Bojkot Podatków Państwowych

Już w poprzednim sprawozdaniu zwrócono uwagę na specjalny rodzaj antypaństwowej działalności niemieckiej, polegającej na bojkocie podatków państwowych - prowadzonej rzekomo przez „Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat".

Przeprowadzone dochodzenia nie pozwalają jednak stwierdzić z całą stanowczością jakiejś planowej, obejmującej wszystkie powiaty Pomorza przez „Deutsche Vereinigung" w tym kierunku prowadzonej agitacji.

Meldunki z całego szeregu Komend Powiatowych Policji Państwowej stwierdzają, że Niemcy płacą podatki punktualnie, względnie płacą je nie gorzej, a niekiedy może i lepiej niż podatnicy polscy - dużą rolę odgrywają bowiem kredyty zagraniczne, których Polacy nie otrzymują.

Mimo wszystko jednak są dane, które każą przypuszczać, że pewna agitacja w sprawach podatkowych była wszczęta i to ze strony Landbundu względnie jego podorganizacji „Lakwy".

Powiatowe Komendy Policji Państwowej Puck, Tczew i Chojnice przeprowadzając wywiad odnośnie do tej właśnie sprawy wpadają na ślady działalności „Landbundu", względnie „Lakwy".

I tak P.K.P.P. Puck, donosi o posiedzeniu „Landbundu" w Gdańsku, w którem mieli brać udział i Niemcy z Pomorza, na którem zaś uchwalono podobno - między innemi - aby na przyszłość nie płacić żadnych podatków państwowych.

P.K.P.P. Chojnice stwierdzając znowu, że Niemcy w sprawach podatkowych są doskonale poinformowani a podatki płacą zupełnie lojalnie konstatuje, że jednak przeciw

podatkom, które według ich zdania są za wysokie lub nie słuszne, znoszą [!] reklamacje, które sporządza biuro „Landbundu".

Najciekawsze fakty donosi jednak P.K.P.P. z Tczewa: melduje ona, że stowarzyszenie rolnicze „Lakwa" wydrukowało specjalne formularze, na których prawie wszyscy Niemcy wnosili prośby, bądźto o odroczenie, bądźto o zmniejszenie, bądźto o rozłożenie na raty wymierzonego podatku, używając ponadto następujących wybiegów, celem zyskania na czasie. Służba domowa mianowicie oświadczyła woźnemu, który przynosił nakaz płatniczy, że „pana niema w domu", że „wyjechał" na czas nie określony itp.

Gdy jednak metody te spotkały się z represjami ze strony władz skarbowych, zaczęli Niemcy punktualnie płacić nałożone na nich podatki.

Również i w innych wypadkach np. w Grudziądzu zauważono u Niemców pewien opór przeciw płaceniu podatków i pewną akcję przeciw ich bezwzględności.

Wymienić np. trzeba zebranie urządzone 14.10 b.r. w Grudziadzu przez „Schutzverband selbständiger Kaufleute in Grudziądz", przy udziale około 80 osób, na którem uchwalono wysłać do Ministerstwa Skarbu odpowiednią rezolucję.

Znane są także O.U.P.P. poszczególne firmy niemieckie, względnie osoby finansowo nawet zupełnie dobrze stojące, które specjalnie z płaceniem podatków zalegają i płacą li tylko pod przymusowem [!] - nie jest zatem wykluczone, że działają one pod jakiemiś postronnemi wpływami, na których ślad jednakże dotąd nie natrafiono, wobec czego stwierdzić wypada, że na podstawie dotychczasowych informacji, jedynie „Landbund" lub „Lakwa" zaangażowane były - a może i są jeszcze, okaże to jednak dopiero dalsza obserwacja - w akcji przeciwko płaceniu podatków.

Również tylko dalsza obserwacja wykazać może jakie motywy odgrywały tu rolę - polityczne, czy ściśle gospodarcze.

H. Prasa

Omawiając stanowisko prasy niemieckiej pomorskiej wobec państwowego życia polskiego na Pomorzu i jego przejawów, czy wobec zagadnień międzynarodowych mających znaczenie dla Polski w poszczególnych rozdziałach niniejszego sprawozdania, O.U.P.P. pragnie tutaj poruszać jedynie sprawy złączone z rozwojem i wyraźnie antypaństwowymi wystąpieniami prasy niemieckiej na Pomorzu.

W pierwszym rzędzie, należy tu wspomnieć o 75 letnim jubileuszu istnienia dziennika niemieckiego „Pommereller Tageblatt" wychodzącego w Tczewie.

Z racji tej redakcja wydała w dniu 1.10 br. specjalny numer dziennika w formacie znacznie powiększonym, a poświęcony omówieniu historji „Pommereller Tageblatt", wspomnieniu z przeszłości, zagadnieniu obecnego stanowiska mniejszości narodowej niemieckiej w Polsce oraz współczesnym stosunkom w Państwie Polskiem. Wybitni działacze niemieccy nadesłali do numeru tego specjalnie ad hoc skonstruowane aforyzmy - tak one jednak jak i cały numer dziennika nie wnoszą nic nowego w stosunki polsko-niemieckie.

W drugim kierunku podać można jedynie epilog sprawy wszczętej przez Pow. Komendę P.P. w Tczewie w dn. 8.8 br. przeciwko odpowiedzialnemu redaktorowi „Pomereller Tageblatt" Dr. Kulla z Tczewa, za wzmiankę pt. „Hilferuf der Optanten an den Reichspräsidenten" umieszczoną w numerze 179 „Pomereller Tageblatt" z dn. 4.8.br.

Sprawa ta została umorzona przez Prokuraturę przy Sądzie Okr. w Starogardzie a to z tych względów, że wzmianka ta jest tylko powtórzeniem telegramu wysłanego przez optantów znajdujących się już w Pile, a więc na terenie państwa niemieckiego i w słowach o „nieznośnych stosunkach" podaje krytyce nie stosunki w Polsce, lecz w obozie w Pile.

Tutaj podkreślić również należy umieszczenie przez prasę niemiecką w granicach Rzeczpospolitej mowy posła Bryla wypowiedzianej w Sejmie, z racji expose Prezydenta Ministrów.

Mowa ta zohydzająca społeczeństwo, Sejm i Rząd Rzeczpospolitej pominięta została milczeniom nawet przez lewicową prasę polską, prasa niemiecka wszystkich odcieni przedrukowała ją przecież skwapliwie, korzystając ze sposobności podkopania autorytetu Państwa.

I. Sprawy Graniczne

Koniec września oraz początek października zaznaczył się ożywionym przelotem aeroplanów gdańskich, względnie niemieckich, ponad granicami Polski oraz licznym stosunkowo przejazdem wojskowych pociągów niemieckich.

Notowano mianowicie przejazdy następujących transportów wojskowych: 30.9 br. przez Tczew - 21 wagonów, zawierających 80 szeregowych i 70 koni z 16. kawalerji od Niemiec.

30.09 br. w stronę Piły - 25 wagonów, 44 szeregowych, 77 koni, 4 wozy przyborów wojskowych.

Transport należał do formacji 4,7,8,10,11,13,14,15 i 18 pułku kawalerji. 9.10 br. z Piły do Królewca - 28 wozów z materjałem wojskowym, wozy eskortowało 8 szeregowych z 2 i 11 pułku kawalerji; 9.10 br. do Piły - 28 wozów z umundurowaniem i eskortą z 7 ludzi oraz 9 koni.

Ze względu na nieprzebierającą w środkach agitację antypolską prowadzoną po stronie niemieckiej, pogranicze polskie jest coprawda tamą chroniącą od zalewu propagandy niemieckiej samo jednak najbardziej wskutek tego jest zagrożone.

[...]

058

23.4.1927: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Richtlinien zur Berichterstattung

23 IV 1927r.: Wojewoda w Toruniu do Starostów. Wytyczne odnośnie do sprawozdań

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 329

Celem ulepszenia dotychczasowego trybu i zapewnienia należytej sprawności w informowaniu władzy centralnej o przejawach życia politycznego i społecznego, o ruchu mniejszości narodowych tudzież o stanie bezpieczeństwa publicznego w Państwie, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych rozporządzeniem z dnia 13.04. br. Nr. P.P. 828/27 ustaliło nowe, odmienne od dotychczasowych, formy składania meldunków sytuacyjnych.

Zgodnie z rozporządzeniem uchylam wszystkie dotychczasowe w tej sprawie okólniki i zarządzenia i ustanawiam następujące dwa rodzaje meldunków sytuacyjnych:

1. doraźne meldunki
2. sprawozdania tygodniowe

Zadaniem doraźnych meldunków sytuacyjnych jest *możliwie najszybsze* informowanie mnie o wszelkich zaszłych, jako też spodziewanych *ważniejszych* wypadkach i wydarzeniach, w zakresie bezpieczeństwa publicznego i życia politycznego.

Winny podawać w formie *krótkiej* i *treściwej* - niezależnie od ewentualnych późniejszych obszerniejszych sprawozdań - opis wszelkich, tylko ważniejszych wypadków i wydarzeń, z dziedziny bezpieczeństwa publicznego, jako to akcji dywersyjnej, sabotażu, szpiegostwa, działalności politycznych organizacyj wywrotowych i antypaństwowych, manifestacyj, zatargów na tle pracy, strajków, zaburzeń i rozruchów, zajść i wypadków na pograniczu, ruchu wojsk i wojskowych organizacyj niemieckich, katastrof, ważniejszych przestępstw, zbrodni kryminalnych, dokonanych rewizyj i aresztowań oraz informacje, tylko pierwszorzędnej wagi, z dziedziny życia politycznego, społecznego, a przedewszystkiem z życia mniejszości niemieckiej.

Dla ułatwienia oceny podawanych informacyj musi być każdorazowo wymienione źródło, z jakiego informacje te bezpośrednio pochodzą.

Doraźne meldunki będą tylko wówczas celowe, jeśli będą podawały wiadomości *aktualne* i w czasie *możliwie najszybszym*. Należy je wobec tego przesyłać w drodze *telefonicznej lub telegraficznej*.

W sprawozdaniach tygodniowych należy umieszczać informacje dotyczące

1. poszczególnych stronnictw politycznych
2. organizacyj społecznych (kulturalnych i gospodarczych), których działalność wpływa na życie polityczne w kraju
3. dane o wzroście lub spadku bezrobocia, o tendencjach istniejących na rynku pracy, o zatargach zbiorowych i akcji strajkowej (wypadki o większem znaczeniu muszą być podawane w doraźnych meldunkach)
4. dane dotyczące przejawów ruchu wywrotowego i antypaństwowego
5. wszechstronne informacje dotyczące życia mniejszości niemieckiej
6. informacje z pogranicza (o działalności wywiadu niemieckiego itp.)

W odniesieniu do stronnictw politycznych sprawozdania tygodniowe winny zawierać jaknajściślejsze wiadomości

a) o ważniejszych przejawach agitacji politycznej (wiece, ich ilość wraz z krótką charakterystyką przebiegu i nastrojów słuchaczy)

b) o przejawach tarć wewnętrznych w łonie stronnictw politycznych oraz pomiędzy poszczególnymi przywódcami

c) o stosunku miejscowych kół organizacyj politycznych do polityki i zarządzeń władz naczelnych stronnictwa

d) o zakładaniu nowych kół

e) o zjednywaniu nowych mężów zaufania, o nowych wybitniejszych jednostkach, pozyskanych dla danego stronnictwa

f) o przejawach wpływów politycznych w poszczególnych organizacjach społecznych i gospodarczych.

Sprawy mniejszości narodowych, szczególnie *życie mniejszości niemieckiej* w różnorodnych jego przejawach, winno znaleźć w sprawozdaniach tygodniowych *jaknajdokładniejszy wyraz*. Szczegółowe wyliczenie spraw, dotyczących mniejszości niemieckiej, jakie należy uwzględniać i wyświetlać w sprawozdaniach tygodniowych, znajdą Panowie Starostowie (Prezydenci) w osobnej instrukcji (tut. 1 dz. III. A - 4505/27) wydanej jednocześnie z niniejszym okólnikiem.

Z zakresu bezpieczeństwa publicznego w sprawozdaniach tygodniowych należy zwrócić szczególną uwagę na przejawy ruchu wywrotowego, przyczem sprawozdania te winny być uzupełnieniem wiadomości zawartych w meldunkach doraźnych. Mają one wykazywać rozwój lub zanik przestępczości z naprowadzeniem ważniejszych wydarzeń z dziedziny kryminalnej.

Sprawozdania tygodniowe należy wysyłać w czwartek każdego tygodnia, jako pisma tajne pocztą pośpieszną, tak ażeby najpóźniej w piątek rano były w mojem posiadaniu. O ile na jeden z trzech ostatnich dni tygodnia przypadnie święto urzędowe, sprawozdanie należy wysłać w środę.

Pierwszego sprawozdania po myśli niniejszego okólnika oczekuję w dniu 29.04 br.

Wojewoda

Młodzianowski

059

23.4.1927: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Anlegung eines Katasters der deutschen Minderheit

23 IV 1927r.: Wojewoda w Toruniu do Starostów. Założenie katastru mniejszości niemieckiej

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr.329

W związku z okólnikiem z dnia 23.04.1927r. Nr. 4352/27 [dok. nr 58] podaję dodatkowo następujące wyjaśnienia:

Przedmiotem tygodniowych sprawozdań sytuacyjnych z dziedziny życia społecznego i politycznego na Pomorzu, powinno być między innemi wszechstronne przedstawienie życia jedynej na Pomorzu mniejszości narodowej t.j. Niemców. Biorąc pod uwagę ich wysoką kulturę, znakomity zmysł organizacyjny, zamożność ekonomiczną, a przytem wszystkiem uprzedzenie do obecnego stanu politycznego, opartego na zasadach traktatu wersalskiego, należy obserwacji tego przedmiotu poświęcić więcej uwagi. Na podstawie starannego studjum i obserwacji, winnien każdy z P.P. Starostów (Prezydentów Miast), prowadzić u siebie rodzaj dokładnego katastru, zawierającego ścisłe dane statystyczne o całokształcie życia mniejszości niemieckiej. W katastrze tym, obok możliwie dokładnej statystyki ludności w powiecie, winny być rubryki odnośnie do ludności niemieckiej prowadzone ze szczególniejszą starannością. W pierwszej więc linji, po ustaleniu ogólnej liczby Niemców i wypośrodkowaniu ich procentowego stosunku do ludności polskiej, należy przedewszystkiem prowadzić ewidencję

a) Niemców obywateli polskich

b) Optantów

c) Obywateli obcych (niemieckich i gdańskich)

W drugim rzędzie ważną jest statystyka wyznaniowa z podziałem zasadniczym na wyznanie katolickie i ewangelickie.

Do tej rubryki winny być prowadzone dokładne wykazy parafji i szkół, publicznych i prywatnych z językiem wykładowym niemieckim, wykaz stanu duchowieństwa katolickiego i ewangelickiego, jakoteż stanu nauczycielskiego, z skrupulatnemi uwagami co do ich lojalności i odnoszenia się do władz i ludności polskiej, dalej ilość klas, dzieci etc. oraz wykaz stowarzyszeń religijnych, kulturalnych i oświatowych, z podaniem ilości członków i składu zarządów.

Trzecią rubrykę takiego katastru stanowi możliwie dokładna ewidencja stanu posiadania ziemi, z podziałem na wielką i drobną własność, zadłużenia (kapitałem zagranicznym), obrotu ziemią, z podaniem kto są nabywcy, skąd przybywają skąd biorą kapitał, jak stoi sprawa przewłaszczenia, co jest przyczyną danej transakcji (sprzedaż dobrowolna, likwidacja, anulacja, osady rentowe etc. etc.)

W tej rubryce winna znaleźć pomieszczenie ewidencja zakładów i stowarzyszeń gospodarczych, z podaniem składu ich zarządów, ilości członków, banków i kooperatyw rolnych etc.

Ważną rubrykę takiego katastru w Starostwach pogranicznych stanowi sprawa ruchu granicznego i wzajemnej penetracji politycznej. W tej dziedzienie winni P.P. Starostowie kłaść szczególny nacisk na możliwie bezwzględne usunięcie wszelkich źródeł dogodnych dla wywiadu niemieckiego, tak ze strony Niemców obywateli polskich jak i niemieckich. Baczną uwagę należy zwrócić na udzielanie przepustek granicznych, wykorzystywanych niejednokrotnie nie tylko dla celów propagandy lecz i wywiadu. Charakterystycznem jest, że liczba przepustek z Polski do Niemiec jest znacznie większa niż odwrotnie.

Dzieje się to przeważnie dlatego, że ludność polska chętnie uczęszcza na różne uroczystości i obchody do Niemiec, ulega przy tej sposobności różnym tendencyjnym wpływom i wrażeniom, co nie leży w interesie idei państwowej. Zalecam w tym względzie utrzymywanie ściślejszego kontaktu z władzami celnemi i notowanie wszelkich objawów i spostrzeżeń, odnoszących się do usposobienia ludności pogranicznej po obydwu stronach granicy w ogóle, a niemieckiej w szczególności.

Ostatnią rubryką winno być wreszcie wszechstronne ujęcie i przedstawienie życia politycznego mniejszości niemieckiej, działalności posłów i stowarzyszeń politycznych, z dokładnym podaniem mężów czołowych ich wpływów, liczby członków i składu zarządów.

Celem utrzymania aktualności takiego katastru winny nim być przeprowadzane skrupulatne poprawki, odpowiadające każdorazowo zaobserwowanej zmianie lub dokładniejszemu zbadaniu danej gałęzi życia niemieckiego.

Na podstawie tego katastru winny być oparte tygodniowe raporty P.P. Starostów (Prezydentów Miast), przyczem z natury rzeczy początkowe raporty będą obszerniejsze, bo muszą zawierać całokształt tak ujętych stosunków mniejszości niemieckiej.

Zaznaczam w końcu, że przy sposobności zwiedzania Starostw, w pierwszym rzędzie będę kontrolował założenie i sposób prowadzenia ewidencji życia mniejszości niemieckiej, i od jej ujęcia będę uzależniał mój sąd o sprawności Urzędu.

Wojewoda
Młodzianowski

060

27.8.1931: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Aktualisierung des Katasters der deutschen Minderheit

27 VIII 1931r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Aktualizacja katastru mniejszości niemieckiej

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 329

Celem ujęcia w jedną systematyczną całość poszczególnych operatów dotyczących mniejszości niemieckiej, opracowanych częściowo na podstawie tutejszych zarządzeń w ubiegłych latach, zechcą Panowie Starostowie /Pan Komisarz Rządu/ przystąpić do ponownego przepracowania, uporządkowania i uzupełnienia posiadanych materjałów w ten sposób, by operaty te, doprowadzone do stanu aktualności, stanowiły dostateczny materjał orjentacyjny przedstawiając ścisły obraz życia i położenia mniejszości niemieckiej w powiecie.

W tym celu należy sporządzić osobną tekę pod nazwą „Kataster mniejszości niemieckiej powiatu....", która na oddzielnych arkuszach, zapisanych tylko po jednej stronie maszynowo, na białym lepszym papierze, powinna zawierać wszystkie dane dotyczące życia i organizacji Niemców, jakie możliwe są do ujęcia w wykazach.

Szerokość rubryk w załączonych wykazach jest tylko przykładowa i winna być dostosowana do potrzeby.

Kataster winnien obejmować następujące arkusze, opracowane ściśle według załączonych wzorów:

1. Dane statystyczne, odnoszące się do całego powiatu /zał.1/
2. Wykaz I. obejmujący statystykę gospodarstw rolnych /zał.2/
3. Wykaz II. obejmujący statystykę obszarów dworskich /zał.3/
4. Wykaz III. obejmujący statystykę narodowościową oraz dane co do udziału mniejszości niemieckiej w zarządach gmin /zał.4/
5. Wykaz IV. obejmujący statystykę wyznaniową /zał.5/
6. Wykaz V. obejmujący statystykę szkolnictwa /zał.6/
7. Wykaz VI. obejmujący statystykę przedsiębiorstw przemysłowych i handlowych /zał.7/
8. Wykaz VII. obejmujący organizacje niemieckie
   a) polityczne
   b) kulturalno-oświatowe
   c) zawodowe i gospodarcze
   d) sportowe /zał.8/
9. Wykaz VIII. obejmujący bibljoteki niemieckie, spółki wydawnicze i agencje prasowe /zał.9/
10. Wykaz IX. obejmujący prasę niemiecką /zał.10/
11. Wykaz X. obejmujący wybitnych działaczy niemieckich /zał.11/

W wykazie pierwszym należy umieścić gospodarstwa rolne, z wyjątkiem obszarów dworskich, które zostaną wyliczone imiennie w wykazie II.

W wykazach III. i IV. ogólne ilości mieszkańców w poszczególnych miejscowościach, jak również końcowe cyfry dla całego powiatu winny być między sobą ściśle uzgodnione.

Do wykazu VI. wystarczy stwierdzić u władz skarbowych ogólne liczby wykupionych na rok 1931 świadectw przemysłowych i handlowych. Ilość przedsiębiorstw niemieckich natomiast należy ustalić przez podległe Panom organa.

W wykazie VI: należy umieścić:

pod lit. a)

Biura poselskie, Deutsche Sozialdemokratische Arbeitspartei

pod. lit. b)

Verband deutscher Katholiken
Deutscher Schulverein
Verband Deutscher Lehrer und Lehrerinnen
Männergesangverein
Gemischte Chöre
Volkschöre
Posaunenchöre
Deutsche Bühne
Związki mężczyzn, kobiet, młodzieży /Männer, Frauen, Mädchen Verein/

Wszelkie inne towarzystwa kulturalno-oświatowe
pod. lit. c)
Landbund Weichselgau /tylko koła powiatowe, wzgl. obwodowe i centrale/
Wirtschaftsverband städtischer Berufe
Inne Związki kupców i rzemieślników
Związki przemysłowe,
Związki robotników
Związki czeladników
Związki zawodów wolnych
Związki księgarzy
Haus- und Grundbesitzerverein
Inne
pod. lit. d)
Towarzystwa należące do Deutsche Turnerschaft
Towarzystwa samoistne
Kluby sportowe
Urządzenia sportowe /boiska, hale, place/
Wandervögel
Pfadfinder
Inne
pod. lit. e)
Stowarzyszenia o podkładzie wyznaniowym - katolickie
Stowarzyszenia o podkładzie wyznaniowym - ewangelickie
Stowarzyszenia o podkładzie wyznaniowym - inne
Stowarzyszenia dobroczynne

W wykazie X. należy uwzględnić tylko wybitniejszych działaczy, którzy z tytułu swego zawodu, stanowiska społecznego lub wyjątkowego autorytetu osobistego wywierają wpływy na kształtowanie się życia publicznego mniejszości niemieckiej.

Operat powyższy należy sporządzić w trzech egzemplarzach, z których jeden pozostanie w referacie politycznym Starostwa, dwa pozostałe zaś winny być przedłożone tutejszemu Urzędowi w termnie do 15.10 br., jeden z tych egzemplarzy zostanie przesłany Ministerstwu Spraw Wewnętrznych.

Wojewoda
Lamot

061

Juli 1932: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juni 1932)
Lipiec 1932r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (czerwiec 1932r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4579

[...]

VI. *Mniejszości narodowe*

1. Sytuacja ogólna

W życiu mniejszości niemieckiej okres sprawozdawczy żadnych zmian w działalności i nastrojach nie przyniósł. Pomimo, że Niemcy zasadniczo trzymają się zdala od

jawnych wystąpień politycznych i otwarcie naogół nie zdradzają się ze swemi przekonaniami obserwuje się od dłuższego już czasu w pewnych kołach wyraźne sympatje z ruchem hitlerowskim w Niemczech. Wobec znanych haseł programowych Hitlera w stosunku do Polski, fakt ten dostatecznie charakteryzuje nastawienie tych kół do Państwa i polskości. Ściślejszych form organizacyjnych jednak ruch hitlerowski dotąd na Pomorzu nie przybrał.

W ruchu organizacyj kulturalno-oświatowych wyszczególnić wypada dwa zjazdy okręgowe, i to zjazd śpiewaków oraz zjazd katolików niemieckich. Oba zjazdy urządzono dziwnym zbiegiem okoliczności nad granicą polsko-gdańską w Tczewie. W Grudziądzu odbyło się uroczyste poświęcenie nowowybudowanego gmachu niemieckiego gimnazjum prywatnego, z udziałem przedstawiciela polskich władz szkolnych, delegatów różnych niemieckich stowarzyszeń naukowych z Polski oraz konsulów niemieckich z Poznania i Torunia, którzy składali życzenia imieniem poselstwa niemieckiego w Polsce.

Ruch sportowy jest nadal pomimo wysiłków zarządów poszczególnych towarzystw dość nikły, na co wpływa opieszałość członków i brak funduszów z powodu niepłacenia składek.

Z pośród organizacyj gospodarczo-zawodowych działalność godną uwagi przejawiał jedynie Landbund, który w porozumieniu z biurem głównem posłów i senatorów niemieckich zaangażował nauczycieli wędrownych do akcji werbunkowej na wsi. Pozatem Landbund w dalszym ciągu prowadzi znaną z poprzednich sprawozdań akcję pomocy dla członków w północnych powiatach Pomorza, dotkniętych zeszłoroczną klęską nieurodzaju, tudzież pośredniczy w uprzywilejowanym eksporcie zboża z Polski do Niemiec, na jaki władze niemieckie zezwoliły rolnikom Niemcom w Polsce, płacąc im w dodatku premje eksportowe.

A. *Niemcy*

2. Życie polityczne.

Agitacja hitlerowska.

Pomimo braków zewnętrznych przejawów ruchu politycznego wśród Niemców i pomimo braku jawnych organizacyj politycznych, któreby mogły wywierać wpływ na kształtowanie się opinji i nastrojów a równocześnie służyć jako sprawdzian tych nastrojów, obserwuje się ostatniemi czasy wśród pewnych warstw ludności niemieckiej źle tajone sympatje z ruchem hitlerowskim w Niemczech. Fakt ten jest zrozumiały, jeśli wziąć pod uwagę, że z zagranicznej prasy niemieckiej największą poczytnością cieszą się wśród Niemców dzienniki skrajnie nacjonalistyczne, sławiące Hitlera jako wodza nowych „zjednoczonych" Niemiec i reklamujące głośno sukcesy hitlerowców w Niemczech, i jeśli dalej uwzględnić, że również miejscowa prasa niemiecka w rodzaju „Deutsche Rundschau", „Pommereller Tageblatt" czy „Culmer Zeitung" urabia ostrożnie ale niedwuznacznie czytelników w duchu przychylnym dla ruchu hitlerowskiego, opierając swoje informacje o rozwoju akcji Hitlera w Niemczech na notatkach i przedrukach z pism zagranicznych przychylnych Hitlerowi. Pozatem działają w tym kierunku również przygodni agitatorzy, rekrutujący się z pośród osób przyjezdnych z Niemiec i Gdańska. Ponieważ nie występują oni publicznie ani otwarcie, lecz tylko w gronie krewnych i bliższych znajomych, agitacja taka jest zazwyczaj nieuchwytna dla władz. W północnych powiatach agitację hitlerowską ułatwia bliskość granicy gdańskiej komunikowania się tutejszych Niemców z ośrodkami hitlerowskiemi w Gdańsku. Stwierdzono też szereg faktów, iż obywatele polscy narodowości niemieckiej, przebywający i pracujący na terenie Gdańska, wstępują jako członkowie do partji hitlerowskiej.

Na samem Pomorzu dotąd nie natrafiono na ślad istnienia zorganizowanego ruchu hitlerowskiego, jakkolwiek program hitlerowców przewiduje możność tworzenia samodzielnych placówek poza granicami Rzeszy, przyczem placówki te podlegają nie centrali partyjnej w Monachjum, lecz specjalnie utworzonej w tym celu centrali zagranicznej z siedzibą w Hamburgu.

W związku z artykułem, jaki się ukazał w oficjalnym organie hitlerowców „Der Völkische Beobachter", a w którym niepodpisany autor opisuje wrażenia z podróży po Pomorzu i chełpi się, jakoby urządzał w Chełmnie i innych miejscowościach zebrania Niemców i jakoby przemawiał na nich w duchu hitlerowskim, przeprowadzono dochodzenia, z których wynika, że autorem tego artykułu jest prawdopodobnie oficer marynarki niemieckiej, niejaki Karol Kossak z Królewca. Przebywał on kilka dni w Chełmnie w celu zwiedzenia grobu ojca i w czasie tym odwiedzał swych dawnych znajomych. Zebrań żadnych jednak nie urządzał.

Czy fakt znalezienia w Górnych Wymiarach w powiecie chełmińskim balonika propagandowego z napisem „Gebt Hitler die Macht" łączyć z pobytem Kossaka w Chełmnie, nie zdołano ustalić.

W Wielkim Kacku w powiecie morskim zawieszono na kościele plakat propagandowy hitlerowski. Plakat ten zdjął i oddał w biurze Towarzystwa Rezerwistów w Gdyni niejaki Wawrzyniak, robotnik z Wielkiego Kacka. Sprawców dotychczas nie wykryto. Zachodzi jednak podejrzenie, że byli nimi szwagrowie Wawrzyniaka, zatrudnieni jako robotnicy w Sopotach.

Niemieckie biura poselskie

Ksiądz Gronau, proboszcz katolicki w Ogrzelinach, w powiecie chojnickim, otrzymał większą kwotę pieniężną z biura centralnego posłów i senatorów niemieckich na wypłatę zasiłków dla niezamożnych Niemców. Charakterystycznym jest fakt, że zasiłki wypłacono przedewszystkiem rodzinom, mającym dzieci w wieku szkolnym, przypuszczalnie po to, by nakłonić te rodziny do posyłania dzieci do szkoły niemieckiej.

Nauczyciele wędrowni

Kierownik biura centralnego pierwszy instruktor stowarzyszeń niemieckich Heidelck w Bydgoszczy polecił pod koniec maja 32 r. podległym sobie kierownikom biur sejmowych w drodze poufnej ustalić sposób nauczania oraz ogólne zachowanie się działających na terenia województwa pomorskiego nauczycieli wędrownych /Wanderlehrer/. Otrzymał on bowiem informację, że niektórzy z tych nauczycieli zachowują się nieodpowiednio, wskutek czego wpłynęło do niego ze strony zainteresowanych osób szereg zażaleń. Sprawa nauczycieli wędrownych była przedmiotem obrad na konferencji wszystkich kierowników biur okręgowych, odbytej dnia 2 czerwca 32r. w Bydgoszczy.

W wyniku konferencji Heidelck wydał nauczycielom wędrownym derektywy zmierzające do usprawnienia domowego nauczania dzieci. W związku z tem pozostaje zarządzone przez Heidelcka przeniesienie nauczyciela wędrownego Heinza z Bydgoszczy na pewien określony czas do Torunia. Heinz pracuje w porozumieniu z kierownikiem biura poselskiego w Toruniu Frankiem, w powiatach toruńskim, wąbrzeskim i chełmińskim.

W myśl porozumienia Heidelcka z centralą Landbundu nauczyciele wędrowni, oprócz swych zwykłych czynności, mają jeszcze z okazji wędrówek po wsiach prowadzić akcję werbunkową na rzecz Landbundu, za co ten ma im płacić jeszcze dodatkowe wynagrodzenie.

Kurs instruktorski dla kierowników stowarzyszeń

Z polecenia biura centralnego p.i.s.niem. organizuje związek „Verband Deutscher Büchereien", którego siedziba znajduje się w Poznaniu, jednotygodniowy kurs instruktorski dla kierowników stowarzyszeń /Vereinsleiter/. Kurs nosi oficjalnie nazwę „Laienspielwoche" i odbędzie się pod kierunkiem Dr. Zöcklera, zamieszkałego w Poznaniu przy ulicy Zwierzynieckiej. Termin kursu nie został jeszcze ustalony, przewidziany na razie jest okres od 15 do 21.08.32r. Kurs ma się odbyć w Toruniu. Uczestniczyć mają w nim osoby z województwa poznańskiego i pomorskiego. Na program kursu składają się:

1. nauka wyświetlania filmów
2. nauka opracowywania i wygłaszania wykładów
3. nauka kierowania stowarzyszeniami
4. nauka organizowania imprez itp.

Całkowite koszta za udział w kursie zostały ustalone na kwotę 30 złotych od jednej osoby. Koszta płaci uczestnik lub stowarzyszenie, które go deleguje. W wyjątkowych wypadkach biuro centralne przyrzekło zwrócić koszta podróży, o ile z powodu dalekiej odległości byłyby zbyt wysokie. Uczestnicy zostaną w Toruniu ulokowani w kwaterach prywatnych.

Heidelck polecił zgłoszenie się na ten kurs wszystkim nauczycielom wędrownym, przyczem koszta w kwocie 30 zł. zapłaci za nich biuro centralne. Przygotowaniami do kursu zajmie się oprócz Dr. Zöcklera w Poznaniu kierownik biura poselskiego w Toruniu, Frank.

3. Przegląd prasy

Ogólne zestawienie i kierunek poszczególnych niemieckich organów prasowych utrzymane są na dotychczasowej i znanej linji. Na podkreślenie zasługuje ostatniemi czasy szczególniejsza agresywność „Culmer Zeitung" w stosunku do Polski. Ponieważ czasopismo to, wychodząc trzy razy tygodniowo, przy małym nakładzie /ok. 680 egzemplarzy/ i zupełnym prawie braku płatnych ogłoszeń nie może być samowystarczalne, nie ulega wątpliwości, że jest ono subwencjonowane z Niemiec i że utrzymanie agresywnego tonu jest jednym z głównych warunków subwencji.

Sprawy wewnętrzne

Ze spraw wewnętrznych Polski prasa niemiecka-obok innych spraw-poruszała szerzej sprawę Deutschtumsbundu, spisu ludności oraz sprawę przejawiającej się na terenie województw zachodnich propagandy antyniemieckiej.

Decyzję Sądu Najwyższego w sprawie Deutschtumsbundu prasa niemiecka przyjęła z widocznym zadowoleniem, uważając ją za dowód zupełnej niewinności oskarżonych działaczy i członków. „Podstawy oskarżenia w toku rozpraw w większości się rozpadły" - pisze „Konitzer Tageblatt" /nr. 123/, a „Culmer Zeitung" wyraża nadzieję, że „po świetnej rehabilitacji wyrokiem Sądu Najwyższego ponowny wyrok II instancji wypadnie z całą pewnością inaczej, wobec czego władze chyba nie odmówią już zezwolenia na wznowienie działalności".

Wynik spisu ludności „Konitzer Tageblatt" /nr. 131/ podaje bez własnych komentarzy. „Pommereller Tageblatt" /nr. 178/ natomiast poddaje w wątpliwość ścisłość ogłoszonych cyfr co do stosunków narodowościowych, twierdząc, że język ojczysty nie zawsze jest równoznaczny z narodowością. Mylny zatem jest wniosek prasy polskiej, jakoby w Polsce zamieszkiwało tylko 31 % obcych narodowości. Obok Polaków bowiem także liczni Żydzi, jak również członkowie innych narodowości, podawali język polski jako ojczysty.

Tenże dziennik /nr. 130/ cyfry dla województw zachodnich uważa za niespodziankę, a dla Śląska poprostu za niewiarygodne. Należy przypuszczać, że część Niemców, znających oba języki krajowe, podała język polski jako ojczysty, by uchronić się od ewentualnych ujemnych następstw. Ciekawem jest, że już według cyfr oficjalnych każdy dziesiąty obywatel Polski jest innej narodowości. Rzeczywiście odsetek mniejszości narodowych będzie znacznie większy, gdyż spis ludności - jak dowodzą dobitnie cyfry z Śląska - nie może być uznany za miernik siły liczebnej mniejszości narodowych w Polsce.

„Culmer Zeitung" /Nr. 68/ w artykule „Spis ludności jako narzędzie polityki" zauważa, że prasa polska wykorzystuje wyniki spisu do silnej propagandy politycznej, wobec czego wydaje się, jakoby to właśnie stanowiło właściwy cel spisu. Następnie pismo to daje streszczenie rozważań „Gazety Warszawskiej" na temat polityki mniejszościowej w związku ze spisem, twierdząc, że zalecane przez „Gazetę Warszawską" zróżniczkowanie tej polityki w zależności od terenu oznaczałoby w praktyce przyznanie koncesyj na wschodzie - a kontynuowanie tej polityki - odniemczania na zachodzie.

Przejawiająca się ostatnio w zachodniej Polsce propaganda antyniemiecka nie znajduje oczywiście uznania prasy niemieckiej. „Culmer Zeitung" /nr. 66/ oburza się z powodu zasmarowania smołą i rozbicia w Grudziądzu kilku szyldów firmowych z napisami niemieckiemi, pisząc, że „pożałowania godnymi są ludzie, którzy mniemają, iż w tak ohydny sposób muszą wprowadzić w czyn swoje antyniemieckie uczucia nienawiści. Każdy porządnie myślący człowiek odwrócić się musi z obrzydzeniem od tak brzydkiego postępowania".

Notatkę o manifestacji antyniemieckiej w Toruniu, zakończonej powieszeniem i spaleniem kukły wyobrażającej Hitlera, „Culmer Zeitung" /nr. 73/ zaopatrza w nagłówek „Niesmaczna manifestacja w Toruniu".

W tym samym numerze „Culmer Zeitung" donosi o podobnej manifestacji w Gnieźnie, w czasie której jeden z mówców twierdził, że dla Polski kwestja rewizji granic nie istnieje. „Nieuprzedzony obserwator" - pisze „Culmer Zeitung" - zapyta się wobec tego: Jeśli kwestja rewizji granic absolutnie nie istnieje dla Polski, to pocóż cała ta manifestacja? I całe wzburzenie jest wtedy przecież również zbyteczne".

W nr. 67 „Culmer Zeitung" zamieszcza notatkę o utworzeniu funduszu na popieranie szkolnictwa polskiego zagranicą, zaznaczając, że przeciwko akcji takiej nie można podnosić zastrzeżeń. Byłoby to bowiem sprzeczne z prawami natury, gdyby jakiś naród zechciał ziomków swoich zagranicą pozostawić własnemu losowi. Lecz jeśli naród polski podziela to stanowisko, przyjęte oddawaną przez Niemców [!], to można wymagać, że tę samą miarę będzie się stosowało także wobec Niemców i że ustanie demagogiczna kampanja prasy polskiej, bajdurzącej ustawicznie o „pieniądzach z Berlina, które jakoby zmuszały mniejszość niemiecką w Polsce do wrogiego ustosunkowania się wobec państwa". „Pommereller Tageblatt" /nr. 132/ notatkę w tej samej sprawie kończy uwagą: „Obrona narodowa - czy to właśnie Niemcom w Polsce nie jest tak często poczytywane za „nielegalną działalność ?".

Ten sam dziennik /nr. 129/, pisząc o skazaniu prezesa „Kultur- und Wirtschaftsbundu" na Śląsku, Webera, twierdzi, że utrzymywał on przedsiębiorstwo dopóty, dopóki „sanacja moralna" dawała subwencję na rzecz K.u.W.B., a kiedy kasy się opróżniły, dopuścił się oszustw, za co został sądownie skazany. „Jest to nowy dowód, jakie indywidua są używane do walki z niemczyzną".

W sprawie dekretu o ograniczeniu nadmiernych wynagrodzeń w przedsiębiorstwach prywatnych „Pommereller Tageblatt" /nr. 135/ wyraża zdanie, że w praktyce dekret ten będzie o wiele mniej niebezpieczny, aniżeliby to się wydawało na pierwszy rzut oka. Widocznie ma on być tylko pociechą dla tych kół, których pobory w czasie kryzysu doznały kilkakrotnych redukcyj.

Stosunki polsko-gdańskie

W sprawie przeniesienia Dyrekcji Okręgowej Kolei Państwowych z Gdańska do Torunia prasa niemiecka uznaje bez zastrzeżeń punkt widzenia gdański.

„Pommereller Tageblatt" /nr. 126/ zamieszcza w całej rozciągłości komunikat oficjalny senatu gdańskiego, w którem między innemi mowa o tem, że żądanie Gdańska zostało podyktowane nie tylko względami prawnemi, lecz równie politycznemi. I tak, według komunikatu, urzędnicy Dyrekcji mieli brać czynny udział w antygdańskiej akcji bojkotowej. Również pod względem gospodarczym Gdańsk rzekomo nie miał korzyści z Dyrekcji, urzędnicy bowiem pokrywali swoje zakupy w Polsce a zamówienia urzędowe uskuteczniano także w Polsce. Animozja administracji kolejowej do Gdańska jest bowiem tak silna, że mniej wagi kładzie się na jakość i wykonania dostaw aniżeli na fakt, by dostawca był Polakiem.

„Culmer Zeitung" /nr. 70/ zamieszczając informację o postanowionem przeniesieniu, twierdzi, że postanowieniem tem rząd polski wykonuje, jak wiadomo, uchwałę rady Ligi Narodów. Nie przeszkodziło to jednak temuż pismu, by w wcześniejszym numerze /nr. 68/ postanowienie to zakwalifikował jako „dalszy cios przeciwko Gdańskowi".

O incydencie z pociągiem polskim na stacji w Gdańsku „Culmer Zeitung" /nr. 72/ zamieszcza za „Dniem Pomorskim" informację „z inspirowanego źródła polskiego" tudzież, komunikat gdański, poczem od siebie dodaje, że prasa polska utartym zwyczajem będzie z pewnością opowiadała o brutalnych napadach band hitlerowskich, pomimo braku objektywnego materjału dowodowego. Jeśli później dochodzenia wykażą coś innego, wtedy możny milczeć, lub, udając nieświadomość, powtarzać pierwotne bajki.

W sprawie przyjazdu do Gdańska okrętu „Wicher" „Pommereller Tageblatt" ograniczył się do zamieszczenia oficjalnego komunikatu gdańskiego. Więcej miejsca natomiast poświęca opisom pobytu niemieckich statków wojennych w Gdańsku /nr. 140, 141, 142, 143, 144, 145/. W nr. 146 „Pommereller Tageblatt" krytykuje stanowisko prasy polskiej, domagając się ustąpienia Graviny w związku z jego stanowiskiem wobec wizyty niemieckiej. „Pommereller Tageblatt" stwierdza, że w Polsce już oddawna domagano się jego ustąpienia, Rada Ligi Narodów jednak jeszcze niedawno temu wyraziła mu zaufanie. Nie należy się spodziewać, by ostatnie żądania odniosły inny skutek. Zresztą Minister Zaleski jest zbyt zręcznym dyplomatą, by w Lidze Narodów miał wystąpić z wnioskiem, o któremby zgóry wiedział, że mu przyniesie porażkę. Liga Narodów bowiem ocenia działalność Graviny inaczej aniżeli część prasy polskiej.

„Culmer Zeitung" /nr. 73/, pisząc o ustosunkowaniu się oficjalnych czynników polskich do wizyty statków niemieckich, zauważa złośliwie: „Ze strony niemieckiej stwierdzają, że postanowienie polskie napełnia głęboką żałobą statki niemieckie. W całych Niemczech i w Gdańsku widzi się tylko pełne bólu twarze, którym bardziej do płaczu niż do śmiechu."

W sprawie zorganizowanej w Polsce propagandy bojkotowej, skierowanej przeciwko Gdańskowi zabiera głos „Pommereller Tageblatt" /nr. 134/, pisząc o powołaniu się na artykuł, opublikowany w tej sprawie w „Ekspresie Porannym", że bojkot dotąd był uważany za broń słabego przeciw silniejszemu. Tak np. Hindusi prowadzą walkę

bojkotową przeciwko Anglji, ponieważ nie mają innej możliwości. Bojkot natomiast wielkiego państwa, jakim jest Polska, przeciwko małemu państewku gdańskiemu, stara się przedstawiać w dziwnem świetle.

Tę samą sprawę porusza „Culmer Zeitung" /nr. 7?/, rozprawiając się ze „Słowem Pomorskiem", które nazywa jednym z najgorliwszych propagatorów bojkotu. „Jak szczerze i sumiennie sprawa jest prowadzona" - pisze „Culmer Zeitung" - tego dowodem jeden z ostatnich artykułów „Słowa Pomorskiego", w którym na jednej stronie znajduje się odezwa, wzywająca do bojkotu Gdańska, na drugiej zaś ogłoszenie reklamowe zarządu zakładu rekreacyjnego i kąpieli morskich w Gdańsku, zachęcające do zwiedzania miejscowości kąpielowych gdańskich. Przyjmując wszystko za dobrą monetę czytelnicy znajdą się w niemałym kłopocie, muszą bowiem zdecydować się na jedną czy na drugą stronę. Nie jest wszakże rzeczą wykluczoną, że ten i ów wzorem „Słowa Pomorskiego" będzie musiał zadowolić obie strony.

Podobne uwagi snuje również „Pommereller Tageblatt" /nr. 144/.

Stosunki niemiecko-polskie

„Culmer Zeitung" /nr. 63/ podaje wiadomość, że warszawski „Dobry Wieczór" w związku z rozwojem stosunków polsko-niemieckich opublikował artykuł zatytułowany „Przed wojną polsko-niemiecką". Wystąpienie takie, za „Culmer Zeitung", należy napiętnować jako największą niepoczytalność. Żaden człowiek o zdrowym rozsądku nie zrozumie, jaki cel ma szerzenie w Polsce paniki wojennej. W żadnym wypadku nie leży to w interesie Państwa Polskiego.

To samo pismo /nr. 65/ w związku z nominacją gabinetu Papena w Niemczech twierdzi, że ujemna ocena gabinetu przez zagranicę jest niesłuszna i krzywdząca.

Że Papen w czasie wojny na stanowisku attaché wojskowego w Stanach Zjednoczonych A.P. otrzymywał od swego rządu zlecenia. które przeciwnikom jego były nieprzyjemne, to chyba nie przemawia przeciwko niemu, że był on umieszczony na liście przestępców wojennych. Zasadniczem złem w stosunkach Niemiec do wielkich mocarstw jest to, że mocarstwa te pragnęłyby widzieć Niemcy mniejszemi aniżeli one faktycznie są. Widocznie za nowymi ludźmi w Niemczech przeczuwa się wielką potęgę, która się tamtym nie podoba. Również w Polsce nie ma zrozumienia dla obecnych Niemiec, których dziś nie można ocenić na podstawie doświadczeń i wspomnień z przed lat 15 czy 20.

Szerokie koła w Polsce zajmują wobec wypadków w Niemczech stanowisko dziwnie obce. Zamiast rzeczowej oceny widzi się oskarżenia osobiste. Lecz także w Niemczech nie docenia się należycie wydarzeń w Polsce. Wynika stąd chorobliwe nieporozumienie między Niemcami a Polską i jakieś uczucie niepewności, które państwom tym nie pozwala na rzeczowe rozpatrywanie stosunków.

Sprawy polityki międzynarodowej

W sprawie odbywających się w Genewie i Lozannie konferencyj „Pommereller Tageblatt" /nr. 132/ stwierdza, że zasadniczym ich celem jest likwidacja skutków wojny światowej. Niemcy rozumieją przez to faktyczne równouprawienie z innemi narodami, swobodę w polityce międzynarodowej oraz zwolnienie z jednostronnego pozbawienia praw, nałożonego na Niemcy, co jest źródłem dzisiejszego kryzysu światowego. Francja natomiast przez likwidację wojny rozumie utrwalenie systemu wersalskiego i pogodzenia się państw centralnych z sytuacją, która nie jest możliwa do utrzymania.

Dla Niemców jednak wchodzi w rachubę tylko całkowite przekreślenie wszystkiego. Owo ‚nie', wypowiedziane przez Brüninga w sprawie ‚trybutów', obowiązuje również

w innych kwestjach". Tem mniej następcy Brüninga mogą brać pod uwagę jakieś kompensacje czy dobrowolne podpisy.

Zmiana redaktora

„Konitzer Tageblatt", redagowany dotychczas przez Bonifacego Chmielewskiego. redaktora „Dziennika Pomorskiego" /S.N./ a podpisywany przez kierownika drukarni, Georga Funkego, otrzymał z dniem 1.07. br. nowego redaktora w osobie Pawła Hansa Reissa, ur. 23.05.1908r., z zawodu kupca, pochodzącego z Sztumu. Reiss przybył do Chojnic z Gdańska, gdzie uczęszczał do szkoły technicznej.

4. Życie kulturalno-oświatowe

Ruch organizacyj kulturalno-oświatowych dość znacznie się ożywił. Z pośród ważniejszych wydarzeń wypada wyszczególnić okręgowy zjazd śpiewaków niemieckich oraz walny zjazd okręgowy delegatów Verband deutscher Katholiken, które odbyły się w Tczewie, tudzież uroczystość poświęcenia nowowybudowanego gmachu niemieckiego gimnazjum prywatnego w Grudziądzu.

Zjazd śpiewaków niemieckich

W dniach 4 i 5 czerwca br. odbył się w Tczewie pierwszy zjazd chórów niemieckich z Pomorza, zrzeszonych w związku Bund deutscher Gesangvereine Posen-Pommerellen.

Zjazd rozpoczął się wieczorem powitalnym, urządzonym dnia 4. maja przez Männergesangverein w Tczewie, który pełnił rolę gospodarza. Wieczór ten zgromadził obok przybyłych gości i chórów zamiejscowych wszystkie organizacje niemieckie miast Tczewa, razem ok. 1 000 osób. Po kilku produkcjach orkiestry, wygłoszeniu deklamacji i odśpiewaniu „pieśni powitalnej", prezes M.G.V. w Tczewie, Schmeling, powitał obecnych przemówieniem, w którem zaznaczył, że pieśń niemiecka winna rozbrzmiewać we wszystkich zakątkach ziemi i nie powinna znać granic, za których przekroczenie dziś trzeba płacić kilkaset złotych. Dalej wyraził podziękowanie prezesowi okręgowemu nauczycielowi Mielkemu z Grudziądza, którego inicjatywa, rzucona przed rokiem, doprowadziła do zrzeszenia się wszystkich kół śpiewackich w jednym wspólnym związku.

Z kolei przemawiał Kretschmar z Bydgoszczy jako prezes zarządu głównego, zapewniając o życzliwości tegoż dla związku okręgowego pomorskiego, a następnie prezes okręgowy Mielke, sławiąc potęgę pieśni w ogóle oraz znaczenie pieśni niemieckiej, tudzież podając do wiadomości, że dyrygenta M.G. w Tczewie Simona Emila w uznaniu zasług na polu propagandy i rozwoju śpiewu niemieckiego zamianowano okręgowym dyrygentem honorowym. Po przemówieniach nastąpiły produkcje kilku chórów zamiejscowych oraz recytacja aktora teatru miejskiego w Gdańsku, niejakiego Norda.

W dniu 5. maja rb. odbyło się w kościele ewangelickim uroczyste nabożeństwo z występem zjednoczonych chórów. Superindendent tczewski Harhausen wygłosił okolicznościowe kazanie o posłannictwie religijnem pieśni. Po nabożeństwie odbył się wspólny obiad, w czasie którego toastowano na cześć uczestniczących w zjeździe towarzystw, następnie przyjezdni zwiedzali grupami miasto, a o godz. 16 rozpoczął się koncert z występami poszczególnych chórów i orkiestry. Na wstępie były senator Hasbach powitał zebranych krótkiem przemówieniem, dziękując uczestnikom za liczne przybycie pomimo ciężkich czasów i życząc zjazdowi powodzenia.

W koncercie występowały następujące chóry zrzeszone w związku Bund deutscher Gesangvereine Posen - Pommerellen, Gesangverein Pommerellen, razem około 400 śpiewaków:

1. Männergesangverein Tczew /prezes Brunon Schmeling, dyrygent Emil Simon/
2. Gesangverein im Verband deutscher Katholiken Tczew /pod kierownictwem zarządu V.d.K., dyrygent Edmund Karlikowski/

3. Männergesangverein „Einigkeit" Świecie /prezes Fritz Tomuschat, dyrygent Jan Raddatz/

4. Männergesangverein „Concordia" Gruczno, pow. świecki /prezes Ryszard Kiselbach, dyrygent K. Schüler/

5. Männergesangverein Chełmno /prezes Albert Lonk, dyrygent Artur Schultze/

6. Männergesangverein Chojnice /prezes Ernst Buchholz, dyrygent P. Schulz/

7. Gesangverein, „Liedertafel" Grudziądz /prezes Franciszek Welke, dyrygent Alfred Hetschko/

8. Männergesangverein „Melocordia" Wejherowo /prezes Georg Engler, dyrygent Waldemar Welz/

9. Gemischter Chor Skarszewy, powiat kościerski /prezes Otton Willumeit, dyrygent Edward Bunn/

10. Gesangverein für gemischten Chor, Starogard /prezes Barckenhagen, dyrygent Leopold Schenzel/

Kierownictwo artystyczne zjazdu spoczywało w rękach Hetschki z Grudziądza. Koncert oraz następująca po nim zabawa, która zakończyła zjazd, zgromadziły poza śpiewakami ok. 400 uczestników.

Oprócz wymienionych wyżej należą do Gauverbandu Pommerellen jeszcze towarzystwa

1. Männergesangverein „Liederfreunde" Toruń /prezes A. Rokicki, dyrygent Otton Steinwender/

2. Männergesangverein „Liedertafel" Toruń /prezes Ryszard Jacob/

3. Männergesangverein Więcbork, powiat sępoliński /prezes Erich Goede, dyrygent Willy Lenz/.

Okręgowy zjazd delegatów Verband deutscher Katholiken

Również w Tczewie odbył się tegoroczny walny zjazd delegatów Verband deutscher Katholiken okręgu pomorskiego. Obecni byli delegaci 16 kół lokalnych. Na przyjęciu powitalnem wygłosił przemówienie ks. wik. Papenfuß, w którem między innemi poruszył rzekome upośledzenie szkolnictwa niemieckiego w Tczewie. Obrady zagaił i nimi kierował prezes okręgowy ks. Kallas z Silna, powiat chojnicki. Po odczytaniu protokołu z ostatniego zjazdu oraz sprawozdania z działalności zarządu podano do wiadomości, że w myśl powziętej uchwały zebrania zarządu głównego w przyszłości odbywać się będą na przemian we wszystkich większych miejscowościach Pomorza.

Ze sprawozdania sekretarza okręgowego Fritza o całorocznej działalności związku i poszczególnych kół wynika, że związek obejmuje 15 kół lokalnych, grupujących w sobie 3 700 członków. Liczba oddziałów młodzieży wzrosła z 7 na 14, liczba członków młodocianych wynosi 700. W roku sprawozdawczym zanotowano w okręgu 325 imprez, w tem 103 odczyty.

Obecnie zarząd okręgowy otrzyma aparat projekcyjny, który będzie wypożyczał kołom lokalnym do pokazów świetlnych przy odczytach. Obok oddziałów młodzieży każde prawie koło posiada własny chór.

Celem wyszkolenia kierowników dla oddziałów młodzieży oraz chórów zarząd okręgowy projektuje zorganizowanie specjalnych kursów instruktorskich. Pozatem zamierzone jest urządzenie w tym roku zjazdu okręgowego młodzieży w Ostrowie w powiecie chojnickim. Związek posiada własną bibljotekę o 2 880 tomach. W dziedzinie charytatywnej związek prowadzi akcję zapomogową na rzecz niezamożnych członków ofiarując na ten cel zyski z własnych imprez. Pozatem na koszt związku wysłano

15 dzieci na okres wakacyjny do Niemiec. Kasa pogrzebowa rozwija się pomyślnie. W dziedzinie prasowej zawarto umowę z wydawnictwem „Pommereller Tageblatt", które zobowiązywało się wydawać dla abonentów katolików specjalne wydanie z dodatkiem niedzielnym, redagowanym przez jednego z członków zarządu okręgowego i stanowiącym niejako oficjalny organ związku.

Po dłuższej dyskusji przystąpiono do wyboru nowego zarządu okręgowego, w skład którego weszli:

1. Ks. Kallas, Silna, jako prezes
2. Bradke z Wejherowa, jako zastępca
3. Schulz z Ostrowitego, powiat chojnicki, jako sekretarz
4. Komischke z Chojnic, jako zastępca
5. Dr. Eschner z Kamienia, pow. sępoleński
6. Dr. Bischoff z Grudziądza i
7. Zimnoch z Tczewa, jako ławnicy.

Podano następnie do wiadomości, że walny zjazd krajowy w przyszłym roku, połączony z 10-leciem istnienia, odbędzie się w Bielsku, następny zjazd okręgowy natomiast w Ostrowitem.

Na zamknięcie obrad przemówił prezes ks. Kallas, nawołując członków do śmiałej obrony wiary i narodowości.

Różne zebrania i imprezy

Pozatem zanotowano następujące zebrania i imprezy:

Zebranie Verband deutscher Katholiken w Grudziądzu /200/

z odczytem ks. kan. Paeche z Poznania, w Chojnicach /45/, w Tczewie /150/, w Pucku, pow. pomorski /60/ oraz zabawę tego towarzystwa w Dąbrówce, powiat sępoleński /120/ i wentę w Wejherowie /1 000/:

Zebrania Katholischer Gesellenverein w Chojnicach /38/ i Grudziądzu /20/, Katholischer Jünglingsverein w Chojnicach /36/ i Nowej Cerkwi, pow. chojnicki /50/, koła Verband deutscher Lehrer und Lehrerinnen w Grudziądzu /12/, zabawę tow. Deutscher Frauenverein für Armen- und Krankenpflege w Grudziądzu /300/, walne zebranie Bettelakademie w Chojnicach /24/ i tow. Gesangverein für gemischten Chor w Starogardzie /40/, zebranie Dt. Frauenverein Chojnicach /34/ i w Sępólnie /10/, zebranie Dt. Schulverein w Chojnicach z następującą zabawą /50-180/, zebranie Katholischer Kirchenchor w Chojnicach /26/ i Evangelischer Kirchenchor tamże /18/, zebranie Evangelische Frauenhilfe w Słupiu pow. grudziądzki /15/, zebranie Männergesangverein w Chojnicach /35/ i zabawę tegoż towarzystwa /70/, zebranie w Toruniu z ramienia Schulvereinu, na którem Dr. Burchardt z Poznania udzielał porad co do wyboru zawodu dla młodzieży, wreszcie zabawy urządzone przez Landbund wzgl. Wirtschaftsverband w Grudziądzu /200/, w Zgniłobłotach, pow. brodnicki /500/, w Działdowie /180/ w Radzynie, pow. grudziądzki /120/, w Szymbarku, pow. kartuski /70/ oraz liczne wycieczki zbiorowe dla dorosłych i dzieci. W Toruniu odbył się koncert tow. Liederfreunde /60/, zapowiedziana zabawa tegoż towarzystwa, jak również późniejsza zabawa studentów niemieckich jednak nie doszły do skutku z powodu nieprzybycia gości.

Szkolnictwo niemieckie

Poświęcenie gmachu prywatnego gimnazjum niemieckiego w Grudziądzu

W dniu 25 czerwca 1932 r. odyła się w Grudziądzu uroczystość poświęcenia nowego gmachu prywatnego gimnazjum niemieckiego, któremu Niemcy nadali nazwę „Goethe-Schule", przy licznym udziale sfer intelektualnych mniejszości niemieckiej z Pomorza i częściowo Poznańskiego.

Z rana zebrało się w auli gimnazjum około 400 uczestników uroczystości, przeważnie ziemian, przemysłowców, kupców itp. Obecny był także Konsul niemiecki Dr. Pochhammer z Torunia oraz Konsul gen. z Poznania Dr. Lütgens. Okolicznościowe przemówienie wygłosił przybyły z Poznania generalny superindendent D. Blau. Następnie przemawiali prezes Schulvereinu Kriedte z Grudziądza, delegat centrali Schulvereinu Dr. Schönbeck z Bydgoszczy, Dyrektor grudziądzkiego gimnazjum niemieckiego Hilgendorf, kanonik Fuhrmann z Poznania, przedstawiciel Kuratorium Okręgu Szkolnego Pomorskiego, wizytator Kozanecki i inni. Po przemówieniach zwiedzano gimnazjum.

Po południu odbyły się zawody sportowe uczniów gimnazjum, następnie akademja. Uroczystość zakończono bankietem, w którym brało udział ok. 100 osób.

Kurs przygotowawczy do gimnazjum

W związku z likwidacją pierwszej dotychczasowej klasy gimnazjalnej zamożniejsi Niemcy z Torunia i okolicy, pragnąc uniknąć ewentualności posyłania swych dzieci do polskich szkół powszechnych, postanowili zorganizować kursy przygotowawcze do 3 klasy gimnazjalnej. W tym celu zwrócili się do profesora gimnazjum niemieckiego w Toruniu, Saracha, z odpowiednią propozycją, licząc z pewnością na to, że Sarachowi jako Polakowi władze szkolne nie odmówią koncesyj. Wśród szowinistycznego odłamu Niemców z prezesem Schulvereinu pastorem Stefanim na czele, fakt powierzenia takiej misji Polakowi wywołał żywe niezadowolenie. Postanowiono wobec tego na stanowisko Kierownika Kursów poszukać człowieka, któryby nie był zaangażowany w ruchu niemieckim i jako taki mógł liczyć na względy władz szkolnych, z drugiej jednak strony sercem był oddany sprawie niemieckiej. Wybór padł na profesora gimnazjum niemieckiego z Torunia, Schwalbego, który też otrzymał koncesję na prowadzenie wymienionych kursów.

Wykaz statystyczny zebrań i imprez

Powiat	Zebrania	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.
Brodnica	-	-	1	500
Chojnice	10	356	2	250
Działdowo	-	-	1	180
Grudziądz pow.	1	15	1	120
Kartuzy	-	-	1	170
Morski	1	60	1	1 000
Sępólno	1	10	11	120
Starogard	1	40	-	-
Tczew	2	200	1	1 000
Toruń m.	1	50	-	-
Grudziądz m.	3	232	4	960
Ogółem:	20	963	13	4 300

5. Życie gospodarcze

Władze niemieckie przyznały niemieckim organizacjom gospodarczym na Pomorzu pewien kontyngent wywozu zboża z Polski do Niemiec. Przyjmowaniem zboża przeznaczonego do Niemiec zajmują się spółdzielnie Raiffeisena oraz Landwirtschaftliche

Großhandelsgesellschaft. Zboże kontyngentowe placówki te przyjmują wyłącznie od członków Landbundu Weichselgau. Za zboże płaci się ceny rynkowe, co wynosi ok. 12. zł. za 50 kg. żyta, a prócz tego za każde 50 kg. dopłaca się premję wywozową w wysokości 4 gld. gd. Akcja ta, trwająca już od kilku miesięcy, ma na celu ratowanie rolnictwa niemieckiego zagrożonego obecnem przesileniem gospodarczym w Polsce. To też zboże przyjmuje się przedewszystkiem od rolników gospodarczo zagrożonych. W niektórych wypadkach przed przyjęciem partji zboża właściwe czynniki przesyłają do sprzedawcy taksatora, który ma ustalić istotny stan gospodarczy sprzedającego. Zdarzają się wypadki, że rolnik niemiecki, który chciałby skorzystać z tej możliwości, nie posiada dostatecznej ilości zboża na sprzedaż. Zazwyczaj kupuje on wtedy brakującą ilość u sąsiada Polaka. Akcja ta prowadzona jest na terenie całego województwa. Jakkolwiek Niemcy sprawę tę starają się zachować w tajemnicy, to jednak wiadomości o niej przenikają do polskich sfer rolniczych i wywołują tam ogólne niezadowolenie i komentarze na tle opieki nad rolnictwem polskiem na Pomorzu ze strony Rządu Polskiego.

Landbund Weichselgau

Landbund Weichselgau podjął na nowo swoją akcję zebraniową i werbunkową, a w myśl porozumienia z biurem głównem posłów i senatorów niemieckich zaangażował do akcji werbunkowej za opłatą nauczycieli wędrownych. Pomimo dość znacznego przypływu nowych członków, sytuacja finansowa Landbundu nie jest świetna. Ze względów oszczędnościowych np. biuro okręgowe w Chojnicach, musiało zwolnić z posady II sekretarza Fenskiego, zatrudnionego tam od roku 1922, gdyż wpływy nie wystarczały na pokrycie poborów dwóch sekretarzy. Pozatem Landbund kontynuuje rozpoczętą swego czasu akcję pomocy dla członków w północnych powiatach Pomorza.

Zebrania kół wzgl. werbunkowe odbyły się w Jabłonowie, pow. brodnicki /25/, w Kijewie, pow. chełmiński /15/ z wyborem nowego zarządu z rolnikiem Augustem Schumacherem jako prezesem, w Działdowie /60/, w Owczarkach, pow. grudziądzki /70/, w Połęczynie i Sierakowicach, pow. kartuski /75 i 30/, w Toruniu /10/, oraz zebranie w Osiu pow. świecki /63/.

Na ostatnim wygłosił referat Obuch z Tczewa, przedstawiając na wstępie przedstawiciela władzy i nadmieniając, że w myśl przepisów nowej ustawy o zgromadzeniach odtąd przedstawiciel władzy będzie obecny na wszystkich zgromadzeniach publicznych. Jest to okoliczność dla Landbundu dodatnia, gdyż władze będą miały możność zaznajomienia się z istotną działalnością oraz przekonać się o lojalności Landbundu wobec Państwa.

Landbund jest organizacją gospodarczo-zawodową i ze sprawami politycznymi nie ma nic wspólnego, wobec czego zebrani nie potrzebują się ani obawiać niczego ani krępować się obecnością przedstawiciela władzy.

W dalszych wywodach o organizacji, rozwoju i celach Landbundu Obuch podał, że liczba członków wynosi obecnie już 9 000 na terenie całego Pomorza, z tej liczby na powiat świecki przypada 800 członków. Referat swój zakończył Obuch wezwaniem do utworzenia w Osiu placówki lokalnej, do czego jednak wobec rozbieżności zdań między zebranymi nie doszło.

Zapisało się natomiast na członków 16 osób.

Skazanie instruktora rolnego Landbundu

Instruktor rolny Landbundu Wichmann z Tczewa, któremu wytoczono sprawę za przekroczenie przepisów o wyłączności państwowej co do poczty /sprawozdanie sytuacyjne za kwiecień dział VI pkt. 6/, wyrokiem Sądu Grodzkiego w Tczewie z dnia

24.06 został skazany na 500 zł. grzywny i zapłacenie kosztów sądowych lub areszt, po dniu za każde 20 zł.

Inne organizacje gospodarcze

Pozostałe organizacje gospodarcze żywszej działalności nie przejawiały. Zebrania urządziły Wirtschaftsverband städtischer Berufe w Jabłonowie, pow. brodnicki /35/, Hausfrauenverein w Grudziądzu /50/, Bauerngenossenschaft w Sępólnie /40/, Ziegeleibesitzerverein w Grudziądzu /15/, Raiffeisenverein w Połęczynie, pow. kartuski /75/, Haus- und Grundbesitzerverein w Chojnicach /40/ z wyborem II prezesa, którym został niejaki Papenfuß. Haus- und Grundbesitzerverein w Grudziądzu zaangażował w porozumieniu z kołem w Toruniu na wspólny koszt specjalnego tłumacza do pisania i tłumaczenia wniosków do władz.

Wykaz statystyczny:

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja
Brodnica	2	60
Chełmno	1	15
Chojnice	1	40
Działdowo	1	60
Grudziądz pow.	1	70
Kartuzy	3	180
Sępólno	1	40
Świecie	1	63
Toruń m.	1	10
Grudziądz m.	2	65
Ogółem:	14	603

[...]

7. Życie sportowe

Ogólne uwagi

W związku z nastaniem pory letniej ożywia się nieco działalność stowarzyszeń sportowych, które urządziły szereg wycieczek oraz imprez sportowych. Ogólnie jednak zaznacza się pewien zanik inicjatywy i działalności w ruchu sportowym, na co wpływa brak funduszów i niechęć członków do płacenia składek. Normalnie liczba członków poszczególnych towarzystw nie wykazuje większych wahań w stosunku do lat ubiegłych, członków płacących składki jednak w chwili obecnej nie jest dużo.

Według biuletynu „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Leibesübungen im Ausland" za kwiecień-maj br. liczba kół Deutsche Turnerschaft in Polen zwiększyła się od 1930 r. o 2 koła do liczby 46, liczba członków natomiast spadła o 169 osób do liczby 5 747.

Towarzystwo Turn- und Sportverein w Tczewie w związku z nadchodzącą rocznicą 70-lecia założenia zamierza zorganizować miesiąc propagandy z imprezami sportowemi i odczytami. Z powodu braku zainteresowania ze strony członków do działalności towarzystwa zarząd uchwalił, że odtąd zebrania mają dla członków czynnych być obowiązkowe.

Na zebraniu Radfahrerverein w Chojnicach prezes stwierdził, że wskutek opieszałości członków i uchylania się od składek towarzystwo chyli się ku upadkowi i że dla braku

funduszów nie weźmie w tym roku udziału w żadnych imprezach sportowych. Ponieważ towarzystwo zalega z większą kwotą składek na rzecz związku Danzig-Pommerellische Radfahrervereinigung, zwróciło się ono o umorzenie zaległości, a w razie nie uzyskania zgody wystąpi ze związku.

Zebrania i imprezy

Zebrania urządziły następujące stowarzyszenia:

Sportklub w Grudziądzu /20 osób/

Verein für Leibesübungen w Chojnicach /25/

Turn- und Sportverein w Pucku, pow. morski /21/

Radfahrerverein w Chojnicach /13/

Ruderverein w Grudziądzu, nadzwyczajne walne zebranie /50 osób/, na którem omawiano sprawę zaległych składek oraz sprawę udziału w regatach związkowych w Bydgoszczy.

Pozatem zanotowano występy i popisy sportowe Sportklubu w Grudziądzu z następującą zabawą taneczną, poświęcenie nowourządzonego kortu tenisowego Sportklubu w Starogardzie, trzykrotne zawody kolarskie sekcji cyklistów Sportklubu w Grudziądzu oraz szereg zbiorowych wycieczek.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekw.	Imprezy
Chojnice	2	38	-
Morski	1	21	-
Starogard	-	-	1
Grudziądz m.	2	70	4
Ogółem:	5	129	5

8. Życie wyznaniowe

Generalna wizytacja

W czasie od 30 maja do 13 czerwca odbywała się wizytacja generalna ewangelickiej diecezji chojnickiej. W skład komisji wizytacyjnej wchodzili jako przewodniczący superindendent generalny D. Blau z Poznania oraz, jako członkowie, pastorowie Rietz z Chojnic, Schröder z Świecia, Wilck z Narzymia /pow. działdowski/, Zellmann z Środy, Brummack z Poznania, nauczyciel Domdey z Więcborka, rolnik Doepke z Chojnic i właściciel majątku Stockmann z Olszewki /pow. sępoleński/. Komisja zwiedziła ewangelickie gminy kościelne w Chojnicach, Rytlu, Borowym Młynie, Mokrem, Czersku, Kosobudach /pow. chojnicki/, Tucholi, Iwcu, Kęsowie, Bagienicy, W. Śliwicach /pow. tucholski/, w Sępólnie, Kamieniu, Włościborzu, Więcborku, Sitnie, Pęperzynie, Sośnie i Sypniewie /pow. sępoleński/ oraz Zakład Diakonji w Więcborku. We wszystkich tych gminach urządzano z okazji wizytacji specjalne nabożeństwa z kazaniami i odczytami religijnemi oraz przyjęcia dla członków komisji. Na wstępnej uroczystości w Chojnicach kazanie wygłosił Blau, potrącając w niem także o momenty polityczne. Nadmienił on między innemi, że kościół ewangelicki w Polsce nigdy jeszcze nie zaznał tak ciężkich czasów jak obecnie, albowiem jest obecnie kościołem mniejszościowym. Wspomniał on dalej o wywłaszczeniu kościoła ewangelickiego w Krojantach i domu towarzyskiego w Więcborku, pozatem o zamykaniu szkół niemieckich, przyczem ostrzegał, że jest to

upomnienie Boże a wierni powinni się spieszyć z nawracaniem się, by nie wywołać jeszcze większego gniewu Bożego.

Walne zebranie Gustav-Adolf-Stiftung

W dniach 27 i 28.06 obradował w Starogardzie walny zjazd delegatów towarzystwa Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung z Poznania z udziałem superindendenta Blaua, 25 pastorów, członków zarządu głównego i licznych delegatów z województwa poznańskiego i pomorskiego. W dniu 27.06 odbyło się po południu w kościele ewangelickim uroczyste nabożeństwo z kazaniem delegata Gustav-Adolf-Vereinu z Pomorza niemieckiego, superindendenta Scheringera z Szczecina oraz przemówieniem Blaua o istocie, celach i zadaniach. Po nabożeństwie odbyła się akademja z popisami chórów ewangelickich oraz odczytami Scheringera o misjach niemiecko-ewangelickich w Argentynie i pastora Zellmanna z Środy na temat: Kościół a towarzystwo Gustava-Adolfa. Przemówienia powitalne wygłosili pastorowie Wendland ze Starogardu i Harhausen z Tczewa.

W dniu 28.06 odbyło się nabożeństwo dla młodzieży z stosownem przemówieniem Blaua. Następnie rozpoczęły się obrady zarządu głównego i delegatów pod przewodnictwem Blaua, który w wygłoszonem przemówieniu stwierdził, że Gustav-Adolf-Verein w chwili obecnej jest pionierem i bojownikiem uczucia wspólnoty wśród Niemców całego świata. Po dalszych przemówieniach radca konsystorjalny Hein z Poznania przedstawił sprawozdanie roczne, z którego między innemi wynika, że towarzystwo w drodze składek zebrało w ostatnich 3 latach 127 000 zł. na swoje cele. Następnie Blau przyjmował od delegatów ofiarowane przez gminy i organizacje ewangelickie datki pieniężne, poczem uchwalono przyznanie subwencyj kilku gminom kościelnym.

W wyborach zarządu zatwierdzono jednogłośnie stary zarząd na dotychczasowych stanowiskach.

Zmiana w duszpasterstwie

Pastor Böckler, proboszcz parafji ewangelickiej w Skórczu /pow. starogardzki/, opuścił dotychczasowe stanowisko i objął parafję w Górnej Grupie /pow. świecki/.

062

März 1933: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1933)

Marzec 1933r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1933r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4585

VI. Mniejszości narodowe

Rozwój wypadków w Niemczech i dojście Hitlera do władzy podnieciło w dużym stopniu szowinistyczne nastroje w szerokich kołach ludności niemieckiej.

Miejscami doszło nawet do jawnego manifestowania sympatyj dla Hitlera i jego partji. Na zabawach niemieckich w Chojnicach i w Toruniu np. wznoszono okrzyki na cześć Hitlera. W Toruniu w dniu objęcia przezeń kanclerstwa zapanowało niezwykłe ożywienie w głównej siedzibie niemczyzny, w lokalu „Deutsches Heim". Zeszli się tam prawie wszyscy wybitniejsi działacze niemieccy i rozprawiali żywo o możliwościach, jakie pod rządami Hitlera otwierają się dla Niemiec, między innemi również o rewizji granic i oddaniu Niemcom Pomorza. Zarząd Rudervereinu, który w dniu tym miał zebranie, po skończeniu obrad urządził libację, w czasie której wiwatowano na cześć Hitlera i wyrażano życzenia jaknajrychlejszego zajęcia przez niego Pomorza.

Również na odbywających się regularnie pogadankach członków stowarzyszenia Sternkammer w Toruniu wyrażano zadowolenie z powodu sukcesów Hitlera.

Sytuacja w Niemczech stwarza podatny grunt dla niemieckiej propagandy „antykorytarzowej" na tutejszym terenie, operującej puszczaniem w społeczeństwo polskie plotek o sprzedaniu Pomorza Niemcom, o bliskiem jakoby terminie wkroczenia wojsk niemieckich, o możliwości wojny itp. Pomimo przeprowadzonej na całem Pomorzu z powodzeniem antyniemieckiej akcji manifestacyjnej jak również akcji represyjnej ze strony władz, podsuwane przez propagandę niemiecką plotki szerzą się pokątnie w terenie i nierzadko znajdują wiarę w mniej uświadomionych sferach ludności polskiej.

W ruchu politycznym Niemców najbliższa przyszłość zapowiada daleko idącą zmianę dotychczasowego stanu. Od czasu rozwiązania Deutschtumsbundu Niemcy formalnie żadnej organizacji politycznej nie posiadali. Namiastką takiej organizacji, pozbawionej jednak charakteru stowarzyszenia, były biura poselskie. Obecnie kierownicze czynniki postanowiły stworzyć nową organizację pod nazwą „Deutsche Vereinigung für Posen, Netzegau und Pommerellen", mającą skupić wszystkich Niemców województwa pomorskiego i poznańskiego. Struktura organizacyjna i statut są wzorowane na ustroju i statucie Związku Polaków w Niemczech. Celem takiego postanowienia sprawy ma być chęć zabezpieczenia się przed ewentualnymi trudnościami ze strony władz polskich. W takim bowiem razie władze niemieckie miałyby zastosować represje wobec Związku Polaków aż do rozwiązania włącznie.

Kultur- und Wirtschaftsbund, który dotąd przygotował sobie teren drogą rozpowszechniania swego organu, przystąpił do urządzania małych zebrań informacyjnych, pomyślanych jako wstęp do zakładania grup lokalnych. Nie można negować, że obecny moment wobec szerzącej się psychozy hitlerowskiej jest dla poczynań K.u.W.Bundu niezwykle trudny.

Ruch stowarzyszeń kulturalno-oświatowych, tak samo jak sportowych, wykazał w związku z okresem karnawałowym dość znaczne ożywienie, na co złożyły się głównie liczne imprezy zabawowe.

W życiu stowarzyszeń gospodarczo-zawodowych na wyszczególnienie zasługuje walny zjazd Landbundu, na którym omawiano kryzys rolnictwa i uchwalono odpowiednią rezolucję pod adresem władz państwowych.

A. *Niemcy*

2. *Życie polityczne*

Projekt stworzenia nowej organizacji politycznej

Sprawa powołania do życia nowej organizacji politycznej, o czem wspomniano w sprawozdaniu sytuacyjnym za listopad 1932 r., przybiera obecnie już realne kształty. Według ostatecznych uchwał odstąpiono od stworzenia ogólnego zrzeszenia Niemców z całej Polski, postanowiono natomiast utworzenie zrzeszenia dzielnicowego dla województw pomorskiego i poznańskiego. Zrzeszenie to miałoby nosić nazwę „Deutsche Vereinigung für Posen, Netzegau und Pommerellen" i miałoby posiadać charakter stowarzyszenia zarejestrowanego.

W ostatnich dniach biuro główne posłów i senatorów niemieckich w Bydgoszczy przesłało kierownikom biur okręgowy projekt statutu do wiadomości i poczynienia ewentualnych uwag. Struktura organizacyjna projektowanego stowarzyszenia jak i statut oparte są na podstawowych założeniach i strukturze Związku Polaków w Niemczech. To też dla orjentacji kierowników biur okręgowych i dla wykazania analogji między obiema organizacjami dołączono do wspomnianego projektu statutu także statut Związku Polaków w Niemczech.

Według poufnych informacyj głównym motywem oparcia struktury i statutu Deutsche Vereinigung na wzorach Związku Polaków był zamiar zabezpieczenia nowego stowarzyszenia przed ewentualnymi trudnościami czy szykanami ze strony władz polskich. W razie takiej ewentualności bowiem władze niemieckie miałyby zastosować represje wobec Związku Polaków aż do rozwiązania włącznie.

Wohlfahrtsbund

Na skutek stałego zmniejszenia się funduszów Wohlfahrtsbundu ograniczono ostatnio wypłatę zapomóg gotówkowych. Wzamian za to wydaje się ubogim i będącym w potrzebie Niemcom bony, za które w umówionych firmach niemieckich mogą nabywać artykuły żywnościowe, węgiel itp. Niewątpliwie ma się tu do czynienia jednocześnie z celową akcją popierania firm niemieckich, co nie jest możliwe do przeprowadzenia przy wypłatach gotówkowych.

Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund

Sekretarz główny K.u.W.B. Gebauer urządził w lutym po dwa zebrania informacyjne w małym gronie osób w Brodnicy i w Toruniu. Na jednym z zebrań w obu miejscowościach obecny był prezes związku nauczycieli przy K.u.W.B. nauczyciel Rennert, który wygłosił referat o celach organizacji K.u.W.B. i o konieczności zgody współżycia i współpracy mniejszości niemieckiej w Polsce z Rządem i narodem polskim.

Na zebranie w Toruniu przybyła grupa przeciwników z kierownikiem sejmbiura w Toruniu Frankiem na czele, która zainspirowana odpowiednio, miała się rozprawić z Gebauerem. Dzięki zręcznemu manewrowi Gebauera jednak grupa ta nie ośmieliła się narazie wystąpić jawnie agresywnie.

W wyniku rozmów projektowane jest w Brodnicy i w Toruniu powołanie do życia tymczasowych zarządów, a nstępnie utworzenie grup lokalnych.

W Brodnicy otwarto agenturę organu K.u.W.B. tygodnika „Deutscher Volksbote". W lokalach agentur urządzono biuro porad, czynne narazie dwa razy tygodniowo.

3. *Przegląd prasy*

Prasa niemiecka nadal podtrzymuje poprzedni agresywny w stosunku do Polski ton, unikając jednak zamieszczania własnych naświetleń o bieżących zagadnieniach politycznych, posługując się w to miejsce tendencyjnie dobieranymi przedrukami z prasy polskiej, jak również z niemieckiej zagranicznej. Objęcie władzy kanclerskiej w Rzeszy przez Hitlera prasa niemiecka, jakkolwiek ostrożnie, referowała z widocznem zadowoleniem, tak samo jak wynurzenia jego co do rewizji traktatów.

Zajęcia

W lutym uległy zajęciu następujące druki:

1. „Volk und Reich", nr. 4/5 z 1932 r.. Beiheft „Deutschland, Polen und der Korridor". Zarządzenie Sądu Okręgowego w Toruniu z dnia 16.02.33 r.

2. „Danziger Neueste Nachrichten", nr. 40 z 16.02.33 r. za artykuł pod tytułem „Dreistündige außenpolitische Aussprache im Volkstag". Tymczasowe zajęcie zarządził Komisarz Rządu w Gdyni, Sąd Grodzki, tamże, postanowieniem z 18.02. zajęcie zatwierdził.

3. „Danziger Allgemeine Zeitung", nr. 35 z 10.02.33 r. z powodu artykułu p.t. „Polnischer Weltrekord". Zarządzenie Sądu Grodzkiego w Toruniu.

4. W „Konitzer Tageblatt", nr. 30 z dnia 7.02.33 r. w notatce p.t. „Organisierte Überfälle" z polecenia Prokuratora Sądu Okręgowego w Chojnicach zamazano czarną farbą zdanie od słów: „Unschuldige Passanten" do słów „geschlagen".

4. *Życie kulturalno-oświatowe*

Ruch stowarzyszeń kulturalno-oświatowych doznał znacznego ożywienia w związku z okresem karanwałowym przejawiając się głównie w licznych imprezach zabawowych. O ile w innych miejscowościach zebrania i imprezy nie wyróżniały się specjalnemi momentami, to w Toruniu zauważono wśród uczestników niektórych imprez żywe zadowolenie z powodu objęcia stanowiska kanclerza Rzeszy przez Hitlera, a nawet jawne manifestowanie sympatyj dla niego.

Verband deutscher Katholiken

Zebrania członków urządziły koła lokalne V.d.K. w Chojnicach z odczytem Dr. Bischoffa z Grudziądza i następującem przedstawieniem amatorskiem /250/, w Grudziądzu z odczytem tegoż Bischoffa /80/, a w Pucku z odczytem ks. prof. Dr. Mantheya z Pelplina. Nawołując katolików niemieckich do organizacyjnego skupiania się, Manthey jako wzór wskazał na ruch faszystowski i hitlerowski, którego wodzowie dopięli swego, a tylko poprzez silne organizacje. Po odczycie odbyło się przedstawienie amatorskie.

Podobne imprezy urządziły koła w Ostrowitem, Ogórzelinach, Silnie i Nowejcerkwi powiatu chojnickiego /100, 200, 120, 150/, Kamieniu i Dużej Cerkwicy powiatu sępoleńskiego /180 i 60/ i w Tczewie /500/.

Deutsche Bühne

Stowarzyszenia sceniczne Deutsche Bühne po okresie zeszłorocznego letargu czynią wszelkie wysiłki, by się utrzymać przy życiu, po mimo dającego się im we znaki braku funduszów.

W lutym dano ogółem 7 przedstawień i to przy bardzo nierównej frekwencji, 2 w Toruniu /130 i 320/, 4 w Grudziądzu /65, 110, 340 i 1 000/ i 1 w Tczewie /600/. Pozatem z ramienia Deutsche Bühne odbyły się zabawy karnawałowe w Tczewie /200/ i w Grudziądzu /1 000/.

Szkolnictwo niemieckie

Koło rodzicielskie przy państwowem gimnazjum niemieckiem w Toruniu postanowiło dla zasilenia swej kasy urządzić wieczorek. Dyrektor gimnazjum Rediger, Polak, zaproponował inicjatorom tej imprezy, by w części programu, na którą składać się miały deklamacje i recytacje, uwzględnić także pisarzów polskich. Członkowie zarządu koła, jakkolwiek niechętnie, zgodzili się na propozycję dyrektora. Dwaj profesorowie gimnazjum, Briehn i Kleiner, Niemcy, dowiedziawszy się o tem, wywarli nacisk na zarząd koła i zmusili go do oświadczenia wobec dyrektora, że nie godzą się na mieszany program polsko-niemiecki. Dyrektor wyraził zgodę na wycofanie autorów polskich z ustalonego już programu.

Tego rodzaju inicjatywa ze strony dyrektora Polaka mocno zaniepokoiła niemieckich nauczycieli gimnazjum. Wyrażają oni obawę, że dyrektor tym i innemi sposobami, będzie dążył do stopniowego spolonizowania wychowanków niemieckiego dotąd gimnazjum.

Koło Verband deutscher Lehrer und Lehrerinnen w Grudziądzu odbyło doroczne walne zebranie przy udziale 20 członków. Nadmienić należy, że większość członków koła rekrutuje się obecnie z nauczycieli szkół prywatnych. Prezes, emerytowany nauczyciel Grams, składając sprawozdanie z rocznej działalności koła, ubolewał nad stałem zmniejszeniem się liczby nauczycieli niemieckich, których się zwalnia na emeryturę lub przenosi do województw wschodnich. Według twierdzenia Gramsa nauczyciele niemieccy, obawiając się utraty stanowisk, uchylają się od udziału i pracy w związku, który wobec tego coraz bardziej słabnie.

Do zarządu wybrano członków starego zarządu w osobach Gramsa, jako prezesa, Bastiana Franciszka jako zastępcy, Segers Antoniny jako sekretarki oraz Hertzer Walerji jako skarbniczki. Poza Gramsem wszyscy inni są nauczycielami niemieckiego gimnazjum prywatnego w Grudziądzu.

Różne stowarzyszenia kulturalno-oświatowe

Ruch pozostałych stowarzyszeń kulturalno-oświatowych wyraził się w 4 zebraniach oraz 22 różnych imprezach zabawowych. Na zebraniu Katholischer Kirchenchor w Chojnicach wybrano nowy zarząd z ks. Borzyszkowskim jako prezesem. Również Katholischer Gesellenverein w Chojnicach dokonał nad odbytem walnem zebraniu wyboru nowego zarządu z ks. Grzemskim jako prezesem, Kortasem jako sekretarzem i Schulzem jako skarbnikiem.

Na wieczorku stowarzyszenia Liedertafel w Toruniu /30 osób/ w toku zabawy niektórzy uczestnicy wznosili okrzyki na cześć Hitlera. Obecny tam prezes Verband deutscher Katholiken i sekretarz Liedertafel, Pyschny, zareagował na to w ten sposób, że powstał i zabrał się do wyjścia, oświadczając, że jako „centrowiec" czuje sie tem dotknięty i dłużej w takiem towarzystwie pozostać nie może. Zajście załagodził prezes Liedertafel Jacob, który nakłonił Pyschnego do pozostania na wieczorku po przeproszeniu ich przez obecnych.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Brodnica	-	-	2	400
Chojnice	2	60	7	1 270
Grudziądz p.	-	-	2	425
Kościerzyna	-	-	2	200
Lubawa	-	-	1	100
Sępolno	-	-	3	490
Starogard	-	-	1	150
Świecie	-	-	1	250
Tczew	-	-	4	1 500
Wąbrzeźno	-	-	3	350
Morski	-	-	3	800
Toruń m.	1	15	4	520
Grudziądz m.	2	100	8	2 955
Ogółem	5	175	41	9 410

5. Życie gospodarcze

Landbund Weichselgau

Walny zjazd

W dniu 8 lutego br. odbył się w Grudziądzu doroczny walny zjazd stowarzyszenia rolników niemieckich Landbund Weichselgau. Obecnych było przeszło 500 osób, w tem przedstawiciel Pomorskiej Izby Rolniczej Kłębowicz, konsul niemiecki z Torunia, dr. Küchler, poseł Graebe z ramienia niemieckiego klubu poselskiego, delegat „Welage" Massenbach, przedstawiciel konsystorza ewangelickiego pastor Bandlin z Radzynia, przedstawiciel niemieckich spółdzielni gospodarczych oraz spółki

Großhandelsgesellschaft, prof. dr. Wörmann z politechniki gdańskiej oraz dwóch referentów z Niemiec, dr. Kasewitz ze Szczecina i dypl. agronom Heller z Królewca.

Zjazdowi przewodniczył prezes rady nadzorczej Detmering z Jastrzębia, który zagaił obrady krótkiem przemówieniem, witając zgromadzonych i gości.

Po zagajeniu zabrał głos Kłębowicz, który w języku polskim przemówił krótko na temat ogólnego kryzysu i sytuacji rolnictwa, wspominając przytem dotychczasową akcję Rządu w interesie ratowania rolnictwa. Mówca zakończył wezwaniem do dalszej ściślejszej współpracy Landbundu z Izbą Rolniczą.

Przemówienie to, przetłumaczone następnie na język niemiecki, obecni przyjęli oklaskami.

Następnie dyrektor biura głównego Obuch z Tczewa, odczytał sprawozdanie roczne z rozwoju i działalności organizacji. Według tego sprawozdania liczba członków z końcem 1932 r. wynosiła 6915 a posiadany przez członków areał 971 667 morgów /242 917 ha/. Od dnia 1 sierpnia 1931 r. t.j. w ciągu półtora roku po dokonanej reorganizacji, przybyło około 3000 członków. Sieć organizacyjna Landbundu obejmuje na terenie Pomorza 9 okręgów z biurami okręgowemi, 4 biura pomocnicze oraz 85 stałych grup lokalnych z własnemi zarządami lub mężami zaufania na czele. W roku sprawozdawczym odbyło się ogółem 281 zebrań grup lokalnych, 32 zebrania członkowskie, 8 zebrań okręgowych, pozatem szereg odczytów, konferencyj, pokazów itp.. Rada nadzorcza została rozszerzona przez kooptację właścicieli majątków Kahmanna z Bobowa, pow. starogardzki i dr. Koebera z Nowych Jankowic, pow. grudziądzki. Rada w ciągu roku zebrała się dwukrotnie, zarząd 9 razy. Dla ułatwienia prac zarządowi istnieją specjalne komisje fachowe. Pozatem dla załatwienia na miejscu lokalnych spraw w powiecie istnieją komisje powiatowe, do których należą członkowie rady nadzorczej z danego powiatu, tudzież członkowie sejmików i wydziałów powiatowych, o ile są członkami Landbundu.

Landbund stara się być pomocnym swym członkom we wszystkich kwestjach i służyć bezpłatnie radą i pomocą.

Biura okręgowe i pomocnicze sporządzają dla członków wnioski, podania i tłumaczenia do urzędów i władz państwowych oraz załatwiają ustne interwencje tychże władz.

W sprawach donioślejszych, jak w sprawie reformy rolnej, rent osadniczych, podatkowych itp. zarząd główny kilkakrotnie interwenjował u właściwych ministerstw i zdołał wyjednać szereg ulg.

Kontakty z władzami polskiemi zarząd stara się nadal podtrzymywać i może wyrazić zadowolenie, że władze te nie odmawiają swej współpracy.

Również współpraca z innemi zrzeszeniami niemieckiemi, a w szczególności ze spółdzielniami raiffeisenowskiemi, jest bez zarzutu. Pozatem zarząd utrzymuje kontakt z poznańską instytucją pod nazwą Berufshilfe, korzystając z jej pomocy w dziedzinie pośrednictwa pracy, tudzież z biurem „Labor" w Bydgoszczy w dziedzinie zakładania, prowadzenia i kontrolowania prawidłowej księgowości członków. Przy biurze głównem istnieje już filja biura „Labor", a filja „Berufshilfe" zostanie niebawem zorganizowana.

Organ fachowy oragnizacji, tygodnik „Der Landbund", wydawany wspólnie z organem związku spółdzielni raiffeisenowskich pod nazwą "Raiffeisenbote für Pommerellen", wychodzi obecnie w nakładzie 7300 egzemplarzy.

W bieżącym roku Landbund zamierza zorganizować wędrowne kursy gospodarstwa domowego. Wszyscy członkowie są zgodni co do potrzeby i pożytku takiej imprezy, brak jednak narazie funduszów.

Po omówieniu dalszego szeregu spraw mniejszej wagi, mówca zakończył swe wywody apelem, by obecny kryzys gospodarczy zdołał zespoić wszystkich rolników niemieckich w jeden „zgodny naród braci".

Następnie wygłosił referat na temat spraw gospodarczych i zawodowych oraz położenia rolnictwa Hasbach z Hermanowa, pow. starogardzkiego. Mówca przypomniał zeszłoroczny walny zjazd Landbundu, na którem jako środek walki z ciężką sytuacją rolnictwa zalecono jaknajdalej posuniętą oszczędność. Środek ten okazał się jednak niedostateczny. Sytuacja uległa dalszemu pogorszeniu, bezrobocie na wsi wzrasta, ceny produktów rolnych obniżają się. Sytuacja podobna do naszej zapanowała na całej kuli ziemskiej.

Gdy wysiłki indywidualne zawiodły, konieczną staje się interwencja Państwa, na którem ciąży olbrzymia odpowiedzialność tam, gdzie chodzi o podatki i świadczenia specjalne. Państwo winno dbać o to, by kurze, która ma znosić złote jaja, nie ukręcić głowy.

Co do kas chorych mówca stwierdza, że w razie wydatnego ograniczenia ich uprawnień niktby po nich łzy nie uronił. Dziwnem mówcy wydaje się powstanie miljonowych zaległości na rzecz kas chorych, gdyż u członków Landbundu komornicy wszystkie zaległości sumiennie wyegzekwowali.

Poruszając zagadnienie dyspozycji cen w rolnictwie i przemyśle, mówca domaga się interwencji Państwa w kierunku zmuszenia przedewszystkiem karteli do obniżki cen swych produktów. Dalej zaleca wydatniejsze stosowanie premij eksportowych na zboże, co w drobnej chociażby mierze ulżyło niedoli rolnictwa.

Położenie rolnictwa mówca charakteryzuje jako niezmiernie poważne. Są tacy, którzy chcą ostatki ratować przez sprzedaż swych gospodarstw. Wykonanie takiego zamiaru prawie zawsze będzie oznaczało zupełną ruinę dla sprzedającego, gdyż długi hipoteczne i inne obciążenia w większości wypadków przewyższają obecną wartość gospodarstw.

Istnieje dla zainteresowanych tylko jedno wyjście, to jest przetrwać, wykonać przy pomocy Bożej swe obowiązki na tym skrawku ziemi, jaki opatrzność każdemu powierzyła i trzymać silnie w rękach to, co każdy posiada.

W końcu Hasbach odczytał przygotowaną przez zarząd rezolucję, którą według jego propozycji uchwalono przedłożyć Ministerstwu Rolnictwa i Reform Rolnych, Wojewodzie i Izbie Rolniczej.

Rezolucja obejmuje 8 punktów i domaga się:

1. Ograniczenia świadczeń socjalnych wzgl. dostosowania ich do obecnego położenia gospodarczego.

2. Nowego unormowania prawnego podatku gruntowego, dochodowego i komunalnego, nie stojących w żadnej proporcji do dochodów rolnika.

3. Interwencji rządowej w kierunku obniżenia cen nawozów sztucznych, węgla i żelaza.

4. Obniżenia taryf przewozowych na te artykuły.

5. Dla podtrzymania gorzelnictwa zaprowadzenia przymusu domieszki spirytusu do wszystkich materjałów napędowych.

6. Wstrzymania importu pasz treściwych z zagranicy celem podniesienia spożycia pasz produkowanych z kraju.

7. Ograniczenia importu ryżu celem zwiększenia konsumpcji kasz krajowych.

8. Rewizji taryf lekarskich i weterynaryjnych celem dostosowania ich do zmienionych warunków płacy.

Po zaakceptowaniu tej rezolucji przez zgromadzonych, wygłosili referaty fachowe Dr. Kasewitz i Heller, poczem zebranie zamknięto.

Wieczorem odbyło się specjalne przedstawienie „Deutsche Bühne" dla uczestników zjazdu, a następnie zabawa taneczna. Obecnych było około 550 osób.

Zebrania członkowskie

Zebrania członkowskie odbyły się w następujących miejscowościach: Lisewie, Wielądzu i Czażu pow. chełmińskiego /25, 50 i 53/, z udziałem sekretarza okręgowego Gerlicha z Grudziądza, w Żukowie, pow. kartuski /17/, w Kaliskach, Dębogórach i Nowych Polaszkach pow. kościerskiego /30,30 i 42/ z referatami Obucha z Tczewa, w Sępolnie /14/ z następującym odczytem niejakiego prof. Oberländera z Królewca o gospodarce rolnej w Rosji sowieckiej /150/, w Starogardzie /60/ z tym samem odczytem, w Tucholi /25/, oraz walne zebranie Landwirtschaftlicher Verein „Eichenkranz" w Grudziądzu /30/ z wyborem nowego zarządu, do którego weszli: Temme Hans jako prezes, Gerlich Hans jako sekretarz oraz Grams Otto jako skarbnik.

Pozatem odbyły się w szeregu miejscowości różne imprezy z ramienia Landbundu i tak zabawy wzgl. przedstawienia amatorskie w Brodnicy /150/ w Brzozowie, pow. chełmiński /130/, w Ostrowitem, pow. chojnicki /120/, w Nowym Barkoczynie, pow. kościerski /130/, w Kamieniu i Wałdowie, pow. sępoleński /160 i 150/, w Tczewie /150/ i Wejherowie /200/.

W powiecie grudziądzkim Landbund urządził trzydniowy kurs sadownictwa, dość licznie obesłany, a w Działdowie pokaz filmu rolniczo-naukowego /250/.

Inne stowarzyszenia

gospodarczo-zawodowe, a w szczególności Wirtschaftsverband städtischer Berufe, żadnej działalności nie przejawiały. Zanotowano jedynie jedno zebranie Hausfrauenvereinu w Grudziądzu z udziałem 20 osób.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Brodnica	-	-	1	150
Chełmno	3	128	1	130
Chojnice	-	-	1	120
Działdowo	-	-	1	250
Kartuzy	1	17	-	-
Kościerzyna	3	102	1	130
Sępolno	1	14	3	460
Starogard	-	-	1	60
Tczew	-	-	1	150
Tuchola	1	25	-	-
Morski	-	-	1	200
Grudziądz m.	3	600	-	-
Ogółem	12	886	11	1 650

7. Życie sportowe

Kurs gimnastyczny w Niemczech

Podobnie jak w latach ubiegłych związek Deutsche Turnerschaft w Rzeszy i w roku bieżącym organizuje kurs gimnastyczny dla Niemców zagranicznych. Kurs ten

ma się odbyć w czasie od 10 do 22 lipca br. w Deutsche Turnschule w Charlottenburgu pod Berlinem. Opłata za kurs, łącznie z utrzymaniem, ma wynosić 40 marek niemieckich od osoby. Na przejazd kolejami niemieckiemi uzyskano dla uczestników 25-procentowe zniżki. Po ukończeniu kursu uczestnicy mają wziąć udział w wszechniemieckiem zjeździe stowarzyszeń gimnastycznych, jaki się odbędzie w Stuttgarcie dnia 25. lipca br.

Zebrania

W Grudziądzu odbyło się zebranie miesięczne Rudervereinu /12/, na którem omawiano sprawy organizacyjne.

Tamże odbyło się walne zebranie Sportklubu przy udziale ok. 100 osób. Ze sprawozdania zarządu wynika, że klub liczy obecnie 304 członków zwyczajnych i 5 honorowych. Poza istniejącemi już 5 sekcjami /pływacką, kolarską, tenisową, piłki nożnej i lekkoatletyczną/ ma powstać w najbliższym czasie nowa sekcja śpiewacza /Singgruppe/.

Zarząd został wybrany w starym składzie w osobach Dudaya Georga jako prezesa, Gramsego Joachima jako zastępcy, Wycichowskiego Feliksa jako sekretarza, Rieboldta Ericha jako skarbnika.

W Kamieniu, pow. sępoleński, nieczynny od szeregu miesięcy klub sportowy „Kamionka" zwołał zebranie. Przybyło 10 członków, którzy postanowili wznowić działalność klubu.

Na walnem zebraniu Verein für Leibesübungen w Chojnicach wybrano nowy zarząd w następującym składzie: Felskow Hugon - prezes, Bennewitz Maks - sekretarz i skarbnik, Gonsch Brunon - gospodarz.

Prezes omówiwszy działalność stowarzyszenia, zachęcał członków do dalszej pracy, nadmieniając, że hasło „w zdrowem ciele zdrowy duch" powinno przyświecać przedewszystkiem Niemcom mieszkającym poza granicami Rzeszy, gdyż stoją oni na wysuniętym posterunku kultury i ducha niemieckiego.

Imprezy

Zanotowano pozatem kilka imprez zabawowych, a mianowicie pokazy gimnastyczne z następującą zabawą taneczną Männerturnvereinu w Tucholi /120/ i Turnvereinu w Toruniu /350/, zabawę Sportklubu w Grudziądzu /270/ oraz Rudervereinu w Toruniu /150/. Na ostatniej odegrano w czasie przerw wykonaną przez amatorów sztukę z przeszłości Torunia, w której m.i. występuje Kopernik, nawołując do jedności i zgody celem utrzymania ducha i kultury niemieckiej. W zabawie tej uczestniczył konsul niemiecki wraz z urzędnikami Konsulatu.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Chojnice	1	35	-	-
Sępolno	1	10	-	-
Tuchola	-	-	1	120
Toruń m.	-	-	2	500
Grudziądz m.	1	12	2	270
Ogółem	3	57	5	890

8. *Życie wyznaniowe*

- . -

9. *Różne*

Ustosunkowanie się Niemców do obchodu 700-lecia Torunia

W związku z obchodem 700 rocznicy Torunia, zaproszono do tworzącego się Komitetu Obchodu również przedstawicieli ludności niemieckiej Torunia w osobach pastorów Braunera /starolut./, Heuera i Steffaniego /ewgl.-un./, radnego miejskiego Doehna, kupca Mallona, aptekarza Jakoba, budowniczego Schwartza, dyrektora Vereinsbanku Wohlfeila i właściciela fabryki pierników Weesego.

Zgodę na udział w Komitecie wyrazili Doehn, Mallon i Jakob.

Pozostałe osoby zrzekły się godności członków Komitetu i to Wohlfeil i Weese bez podania powodów. Pastor Brauner tłumaczył się nieznajomością języka polskiego, Schwartz oprócz nieznajomości języka polskiego podał, że ludność niemiecka już w roku 1931 obchodziła jubileusz 700-lecia Torunia. Heuer odmówił, ponieważ „nie opanuje doskonale języka polskiego" i ponieważ jako prezes Copernikusverein już w 1931 roku zorganizował obchód 700-lecia z udziałem ludności niemieckiej. Steffani wreszcie tłumaczył, że zdaniem jego mniejszość niemiecka jest dostatecznie reprezentowana w obchodzie przez przedstawiciela niemieckiego w radzie miejskiej.

Agitacja antypolska

Agitacja antypolska, przejawiająca się w rozsiewaniu fałszywych wiadomości o sprzedaniu Pomorza Niemcom, o bliskim wkroczeniu Hitlera na Pomorze itp., uprawiana pokątnie, przybiera w ostatnich czasach na sile.

W całym szeregu wypadków udało się stwierdzić winnych, przeciwko którym złożono doniesienie karne do sądów. Charakterystycznym jest, że oskarżonymi są prawie wyłącznie Polacy.

W Gnieździewie, pow. morskiego, wywieszono w nocy z 27 na 28.02 pisany ołówkiem plakat następującej treści w języku niemieckim: „Kaszubi trzymajcie się razem ! Knut polski nie długo już potrwa. Niech Bóg błogosławi Niemcom ! Niech żyje Hitler i jego partja ! Precz z Polakami - oni nie mają pieniędzy. Precz z łapą polską. Nie zdzierać !".

Podejrzany o wywieszenie tego plakatu jest stolarz Kohnke Józef z Gnieździewa, zniemczony Kaszuba.

W Brzeźnie, powiatu chojnickiego, nalepiono dnia 18 lutego na drzwiach plebanji kartkę z następującym napisem w języku niemieckim:

„Niech żyją Niemcy ! - Wzywamy naszego księdza a jednocześnie i wójta Kiedrowskiego do zaniechania wszelkiej polityki co do korytarza. Dla was obydwu judaszów kule już są gotowe. Po raz drugi nie pozwolimy się już wam judaszom sprzedać. - Brzeźno."

Stwierdzono, że sprawcami napisania i wywieszenia kartki są rolnik Wnuck-Lipiński, Polak - renegat - oraz stolarz Arbeit Kazimierz. Lipiński żyje w niezgodzie z wójtem Kiedrowskim i miejscowym proboszczem ks. Sobiszem, którym przypisuje „winę" przyłączenia Brzeźna do Polski, co zdaniem jego spowodowało ruinę materialną całej ludności Brzeźna i okolicy.

Zamiarem sprawców było udaremnienie antyniemieckiej manifestacji protestacyjnej, jaka miała się odbyć w Brzeźnie dnia następnego. I istotnie ks. Sobisz odstąpił od urządzenia tej manifestacji.

Lipińskiego i Arbeita odstawiono do dyspozycji sędziego śledczego w Chojnicach. [...]

063

März 1934: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1934)

Marzec 1934r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1934r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4591

I. *Sytuacja ogólna*

Zadowolenie, z jakiem szersze koła ludności niemieckiej przyjęły porozumienie między Polską a Rzeszą, znalazło w okresie sprawozdawczym także zewnętrzny wyraz. W niektórych powiatach - rzecz dotąd niespotykana - Niemcy starali się pozytywnie zadokumentować swoją lojalność wobec Państwa i Rządu.

W powiecie chełmińskim Niemcy wyrażali się życzliwie o porozumieniu, które w ich mniemaniu otwiera drogę także do porozumienia między obu narodowościami w Polsce, a usposobiemiu swemu dali wyraz w ten sposób, że w dużej liczbie wzięli udział w balu Polskiego Czerwonego Krzyża, składając zarazem obfite datki.

W powiecie sępoleńskim Niemcy stawili się licznie na polską imprezę na rzecz ubogich.

W Chojnicach delegaci ludności niemieckiej złożyli na ręce Starosty życzenia z okazji imienin Pana Prezydenta Rzeczypospolitej, zapewniając przy tej sposobności o lojalnem ustosunkowaniu się tejże ludności wobec Państwa i wyrażając radość spowodu ugody polsko-niemieckiej.

Na walnem zjeździe Landbundu przewodniczący obradom prezes rady nadzorczej Krüger, witając przedstawiciela Wojewody, prosił go o wyrażenie Rządowi Polskiemu wdzięczności za zawarcie ugody z Rzeszą, a przedstawicielowi Izby Rolniczej zaofiarował współpracę Landbundu „dokoła wielkich zadań gospodarczych naszego Państwa", przy których Niemcy „z radością i chęcią pragną współpracować".

Nieporozumienia i tarcia, o jakich wspomniano w sprawozdaniach ostatnich miesięcy, trwają nadal a nawet pogłębiają się. Zaznaczyć wypada, że ludność sama naogół stoi zdala od tych waśni, rozgrywających się między działaczami i kierownikami różnych organizacyj. Istotną przyczyną zatargów jest walka o wpływy i władzę, a przeciwnikami są z jednej strony grupa „starych" o nastawieniu konserwatywnem, z drugiej zaś „młodzi", przejęci ideologją narodowo-socjalistyczną. Obie strony unikają przenoszenia walki na forum publiczne, to też główną bronią są donosy i wzajemne oskarżania, kierowane do najwyższych instytucyj, jakiemi są Zentralverein i jego prezes Witzleben, biuro główne posłów i senatorów niemieckich oraz Konsulat Niemiecki w Toruniu.

Ponieważ żadna ze stron nie zdradza chęci do ustępstw na rzecz drugiej, decydujące czynniki zaczynają się liczyć z możliwością załamania się dotychczasowego jednolitego frontu niemieckiego.

Obawy te są tembardziej uzasadnione, że że również Kultur- und Wirtschaftsbund wnosi pewne fermenty do ruchu niemieckiego, a ostatnio zaczyna sondować teren pomorski Jungdeutsche Partei, której organ „Der Aufbruch" znajduje chętnych czytelników wśród młodzieży.

W Tczewie Niemcy podzielili się na dwa obozy na tle ustosunkowania się do osoby kierownika sejmbiura Knabego.

Również w łonie Verband deutscher Katholiken zarysowują się dwa kierunki, jeden aprobujący, drugi potępiający politykę senatora Panta. Zarząd okręgowy znalazł się po stronie przeciwników i zdecydowany jest nawet na secesję w razie trwania Panta w „herezji".

Landbund odbył swój doroczny walny zjazd a ponadto pracował nad rozbudową kół młodzieży, czego wynikiem było powstanie 29 nowych placówek z 1 370 członkami.

Niemiecki „dzień żałoby" ku czci poległych był w kilku miejscowościach uroczyście obchodzony nabożeństwami i akademjami, w Toruniu z udziałem Konsula, w Grudziądzu wicekonsula niemieckiego z Torunia, którzy złożyli wieńce na cmentarzach wojskowych. W Grudziądzu przy tej okazji doszło do zatargów między obozem „młodych" z Dr. Gramsem na czele a zarządem Deutsche Bühne i jego prezesem Kriedtem. Gramse bowiem umyślnie pominął Kriedtego i zarząd Deutsche Bühne przy organizowaniu uroczystości.

W Toruniu Deutscher Schulverein uchwalił wybudowanie gmachu dla gimnazjum niemieckiego, a nieliczni Niemcy gdyńscy wszczęli starania o szkołę niemiecką.

A. *Niemcy*

2. *Życie polityczne*

Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund

D.K.u.W.B. napotyka w swej akcji terenowej na coraz większe przeszkody i trudności. Główny kontratak wychodzi z organizacyj Deutsche Vereinigung /biura posłów i senatorów niemieckich/ oraz Landbundu Weichselgau. Główne biuro posłów i senatorów niemieckich wydało do ludności niemieckiej odezwę, w której odpiera zarzut nielojalności wobec Państwa, stawiany Niemcom pomorskim przez K.u.W.Bd., potępiając jego „działalnosc destrukcyjną" i przestrzega przed nawiązywaniem stosunków z tą organizacją. Na zebrania K.u.W.Bd.u przybywają działacze Deutsche Vereinigung, gdzie zabierają głos w dyskusji i w sposób gwałtowny występują przeciwko jego poczynaniom. Landbund zaś korzysta z zebrań własnych, by przestrzegać członków przed tą „obcą niemczyźnie pomorskiej organizacją pseudoniemiecką".

Tem się tłumaczą doznane w lutym niepowodzenia K.u.W.Bd.u. Cztery zwołane w powiecie brodnickim zgromadzenia nie przyniosły żadnego wyniku. W Zaroślu zjawiły się 22, w Tylicach 24 osoby. Referaty prezesa zarządu głównego Schiefera z Łodzi, o celach K.u.W.Bd.u oraz o konieczności zgodnego współżycia z większością polską i lojalnego ustosunkowania się do Państwa i Rządu tak samo jak wywody jego potępiające taktykę obecnych przywódców niemczyzny na Pomorzu spotkały się u słuchaczy z uznaniem i zrozumieniem.

Gdy jednak po przemówieniu Schiefera zabrał głos właściciel majątku Hartmann Witzleben ze Słoszew, dowodząc, że „co [?] obcy agitatorzy z Łodzi niepotrzebnie przychodzą na Pomorze rozbijać jedność niemiecką" i że „akcja ich obecnie jest zupełnie chybiona i bezprzedmiotowa wobec faktu, iż nastąpiła przecież ugoda między Marszałkiem Piłsudskim a Kanclerzem Hitlerem", słuchacze dali się wywodami temi łatwo przekonać, tak że skierowany do nich przez Schiefera apel o utworzenie kół lokalnych K.u.W.Bd.u pozostał bez skutku. Zebranie, zwołane w Kawkach, na skutek uprzedniej kontrakcji Witzlebena nie odbyło się, gdyż przybyły na nie zaledwie 3 osoby.

W Zgniłobłotach zjawiło się 6 osób. Po referacie Schiefera ukonstytuował się tymczasowy zarząd w następującym składzie: Willi Schlee - prezes, Adolf Berg - sekretarz, August Witzke - skarbnik.

Biura posłów i senatorów niemieckich
/Deutsche Vereinigung/ i Wohlfahrtsbund

Czynniki kierownicze z Deutsche Vereinigung do niedawna akcję K.u.W.Bd.u traktowały z lekceważeniem, jakby demonstrując nazewnątrz, że nie obawiają się jakiegokolwiek uszczerbku swoich wpływów. Gdy jednak dzięki systematycznym wysiłkom K.u.W.Bd. zorganizowało się na terenie Pomorza kilkanaście, jakokolwiek słabych kół lokalnych, kierownictwo Deutsche Vereinigung przystąpiło do kontrataku, wydając odezwę, o której mowa w poprzednim rozdziale, i wysyłając swoich ludzi na zebrania dla prowadzenia obstrukcji i niedopuszczenia do tworzenia kół.

Poza normalną działalnością D.V. stwierdzono, że biuro główne wydało biurom okręgowym polecenie zebrania dokładnych danych statystycznych dotyczących niemieckich warsztatów pracy i zatrudnionych tam pracowników i pracowniczek narodowości niemieckiej. Statystyki te mają mieć związek z zamierzoną akcją pomocy /Arbeitshilfe/ dla bezrobotnych i poszukujących pracy Niemców na Pomorzu.

Pozatem biuro główne dla nieznanych bliżej celów zarządziło sporządzenie przez biura okręgowe statystyki ludności niemieckiej na Pomorzu według stanu z roku 1921, 1926 i z roku 1931. Dane z roku 1921 i 1931 mają być oparte na wynikach urzędowych spisów ludności, w roku zaś 1926 biura p.i.s.n. sporządziły we własnym zakresie i własnemi środkami spis ludności niemieckiej na terenie województw pomorskiego i poznańskiego.

Z akcji zapomogowej Dt.Ver. ustalono, że biuro główne przekazało ostatnio 1 500 zł. dla niemieckiego Sportklubu des Kreises Starogard w Starogardzie.

Wohlfahrtsbund w Bydgoszczy, którego ekspozyturami są na Pomorzu okręgowe biura poselskie, przekazał w ostatnich miesiącach dla okręgu biura grudziądzkiego /powiaty chełmiński, działdowski, grudziądzki, lubawski i m. Grudziądz/ kwotę 6 918,92 zł. Pobierający zapomogi dzielą się na cztery kategorje, i to na osoby pozostałe po poległych na wojnie /Kriegerhinterbliebene - oznaczani w spisach Wohlfahrtsbundu znakiem „Kh"/, na inwalidów z wojny światowej /Kriegsbeschädigte - znak „Kb"/, na weteranów z dawnych wojen niemieckich /Veteranen - znak „Vt"/, i na emerytów niemieckich /Pensionäre - znak „P"/.

Osoby, nie należące do żadnej z powyższych kategoryj a potrzebujące pomocy, otrzymują zapomogi ze specjalnego funduszu pomocy t.z. „Nothilfefond". O przyznaniu zapomogi decyduje istniejąca w każdym powiecie komisja, tzw. „Nothilfekommission", w której skład wchodzą zazwyczaj jeden z pastorów oraz przedstawiciele stowarzyszeń dobroczynnych. Zapomogi z tego fundusz są niewielkie, wynoszą bowiem od 5-20 zł., w wyjątkowych wypadkach tylko dochodzą do 40 zł. na wsi, a do 60 zł. w miastach.

Z funduszu tego powiat lubawski otrzymał w lutym 300 zł. dla 20 osób.

Jungdeutsche Partei

Jungdeutsche Partei przystąpiła w ostatnich tygodniach do sondowania terenu pomorskiego, narazie drogą kolportażu swego organu „Der Aufbruch". W jednym z ostatnich numerów partja ta zapowiada rozpoczęcie w najbliższym czasie pracy organizacyjnej w województwach pomorskiem i poznańskiem. W umieszczonej w numerze tym odezwie do „przyjaciół partyjnych w Poznańskiem i na Pomorzu" zarząd główny partji stwierdza dosłownie, że „Wielkie jest wszędzie oburzenie na dotychczasowe kierownictwo niemczyzny, zaufanie całkowicie zanikło. Mamy silne postanowienie zjednoczenia na naszej platformie także Niemców w Poznańskiem i na Pomorzu i stworzenia tej luźnej gromady ludzi jednolitego bloku".

Koła kierownicze Deutscher Zentralverein i Deutsche Vereinigung jak również działacze z pod znaku obu tych organizacyj niechętnie patrzą na poczynania Jungdeutsche Partei na tutejszym terenie, obawiając się, może nie bez słuszności, że spowoduje ona rozłam wśród Niemców tutejszych, co oczywiście położyłoby kres dotychczasowemu wyłącznemu samowładztwu Deutsche Vereinigung. Obawy te są uzasadnione o tyle, że ostatniemi czasy w różnych kołach niemieckich przejawia się wyraźna niechęć i niezadowolenie z dotychczasowego kierownictwa. Szczególnie młodzież zaczyna się niecierpliwić, zarzucając „starym" brak zrozumienia dla nowych haseł i prądów, wiejących z Rzeszy, jak i dla potrzeb młodzieży.

Starzy działacze przewidują, że większość młodzieży, opanowanej dziś duchem hitlerowskim, z chwilą wejścia Jungdeutsche Partei w teren podąży za nią, i że partja ta uważana jest tu za najdoskonalszą reprezentantkę ideologji narodowo-socjalistycznej w Polsce.

3. *Przegląd prasy*

Prasa niemiecka przyjętym od dawna zwyczajem posługuje się w dziale politycznym prawie wyłącznie przedrukami, dobierając jednak, odmienne aniżeli przez całe poprzednie lata, zasadniczo głosy życzliwe lub conajmniej neutralne w stosunku do Polski. Własne artykuły pojawiają się niezmiernie rzadko.

O polsko-niemieckim pakcie o nieagresji „Pommereller Tageblatt" /nr. 27/ stwierdza, że „jedno z najniebezpieczniejszych ognisk zapalnych w polityce europejskiej zostało w drodze pokojowej usunięte. Niechaj w Genewie i gdzieindziej krążą sobie dotychczasowemi błędnemi drogami. Historja wyda kiedyś wyrok, gdzie się znajdowali prawdziwi stróże pokoju".

„Culmer Zeitung" /nr. 27/ w tej samej sprawie czyni zastrzeżenie, że „nowa umowa nie ma nic wspólnego z tzw. Locarno wschodniem. Niemcy bowiem nie zrzekają się swych uprawnień do rewizji granic. Zobowiązały się one tylko uroczyście do tego, że nigdy nie uciekną się do środków przemocy".

O przebiegu procesu grudziądzkiego przeciwko sprawcom zajść antyniemieckich w Grudziądzu „Culmer Zeitung" i „Pommereller Tageblatt" dały obszerne sprawozdania. Po wyroku „Pommereller Tageblatt" /nr. 47/ w artykule p.t. „Um was geht es ?" pisze: „Kto udał się na rozprawę w nadziei, że zostaną odkryte sprężyny zakulisowe zajść z wieczora 23 listopada, ten doznał ciężkiego rozczarowania...". „Powszechnie rzucało się w oczy to, że przy badaniu oskarżonych w ogóle nie pytano o motywy czynu..."

„...Skazania, które jednocześnie nie wyjaśni całkowicie motywów i sprężyn zakulisowych napadu, społeczeństwo niemieckie nie może uznać za załatwienie zadowalające, nawet pomimo, że pod względem formalno-prawnym sposobowi prowadzenia rozprawy nic nie można zarzucić".

Zajęcia

Zajęciu uległy następujące druki:

1. Miesięcznik „Der Graudenzer" /Berlin/, nr. 2 na luty 1934 r. za artykuły p.t. „Ein polnischer Korridor-Film" i „Polnisches Zollgebaren".

Zajęcie zarządził Sąd Grodzki w Grudziądzu.

2. Miesięcznik „Volk und Reich" /Berlin/, nr. 1 na styczeń 1934 r. za artykuł p.t. „Staatsmänner schachern um Oberschlesien" /art. 152 i 153 kodeksu karnego/.

3. Książka „Blut Erz Kohle - Der Kampf um Oberschlesien", autora Rudolfa Schrickera, wydana nakładem firmy „Verlag und Vertriebsgesellschaft" w Berlinie.

Zajęcia ad 2/ i 3/ zarządził Sędzia Okręgowy Śledczy w Toruniu.

4. Książka „Der Weltkrieg", autora Rudolpha Stratza, wydana nakładem firmy Scherl w Berlinie.

5. Książka „Durch die weite Welt", wydana nakładem firmy Franksche Verlagshandlung w Stuttgardzie.

6. Książka „Deutsche Geschichte", wydana nakładem firmy Philipp Reclam jun. w Lipsku.

7. Książka „Mit Hitler in die Macht", wydana nakładem firmy Franz Eher Nachf. w Monachium.

8. Książka „Deutschland in Ketten", autora Wernera Beumelburga, wydana nakładem firmy Gerhard Stalling w Oldenburgu.

9. Książka „Die Burg im Osten", wydana nakładem firmy J.F. Steinkopf w Stuttgardzie.

10. Książka „Der deutsche Orden", wydana nakładem firmy Eugen Diederichs w Jena.

Zajęcia ad 4 - 10 zarządził Sędzia Okręgowy Śledczy w Chojnicach.

4. *Życie kulturalno-oświatowe*

Dość intensywną działalność zaczyna ostatnio przejawiać Verband für Jugendpflege w Bydgoszczy. Na terenie Pomorza współpracują z nim biura posłów i senatorów niemieckich, Landbund jak również inne stowarzyszenia młodzieżowe /Jungmännerverein, Jungmädchenverein, stowarzyszenia sportowe/. Gdzie niema innych organizacyj, tam Verband f.J. stara się tworzyć własne grupy przy pomocy ustanowionych instruktorów, tzw. opiekunów młodzieży /Jugendpfleger/. Jak ustalono opiekunami takimi są: na miasto Grudziądz Dr. Gramse, na powiat grudziądzki Erwin Bohnke w Rychnowie, na powiat tczewski Wolfgang Dircksen w Międzyłężu, na powiat działdowski Eryk Domanowski w Pierławkach, na powiat świecki Walter Nitz w Brzeźniach.

W powiecie morskim bardzo czynną jest Jadwiga Freimannówna, organizująca z ramienia V.f.J. zebrania, ćwiczenia gimnastyczne, lekcje śpiewu itp.

W czasie od 3 - 9 kwietnia br. V.f.J. organizuje w Ciężkowie w powiecie szubińskim kurs śpiewu pod kierownictwem niejakiego Frankego /bliższych danych brak/.

Znane wystąpienie senatora Dr. Panta i jego publiczne odżegnanie się od hitleryzmu nie znalazło uznania w sferach tutejszych katolików niemieckich. Według informacyj poufnych zarząd okręgu pomorskiego V.d.K. zdecydowany jest nawet zaryzykowanie secesji od centrali katowickiej i utworzenie samodzielnej organizacji dla Pomorza, o ile Pant nadal będzie trwał na swem stanowisku.

W związku z powołaniem pastora Steffaniego z Torunia na nowe stanowisko do Poznania gmina ewangelicka urządziła mu wieczorek pożegnalny z udziałem głównych działaczy niemieckich. W licznych przemówieniach podnoszono gorliwość i wybitne zasługi Steffaniego na polu społecznem i oświatowem.

Podobny wieczorek z ramienia klubu „Sternkammer" odbył się w Toruniu ku uczczeniu Dr. Caspera, lekarza, który po utracie praktyki w Ubezpieczalni Społecznej, wyprowadził się do Niemiec.

Prezes klubu Kriehn, dziękując Casperowi za jego pracę społeczną dla dobra niemczyzny, życzył mu lepszego powodzenia we własnej ojczyźnie, Casper zaś w odpowiedzi oświadczył, że dlatego właśnie odchodzi do ojczyzny odrodzonej przez Hitlera, że pozbawiono go w Polsce egzystencji i możności zarobkowania.

W Gdyni kilkanaście rodzin niemieckich, posiadających dzieci w wieku szkolnym, postanowiło wszcząć starania o szkołę niemiecką. W sprawie tej wystosowano do biura głównego posłów i senatorów niemieckich za pośrednictwem sejmbiura w Tczewie,

memorjał, uzasadniający potrzebę budowy szkoły niemieckiej w Gdyni. Memorjał zaopatrzono także w podpisy dzieci narodowości niemieckiej w wieku szkolnym w liczbie 40.

W Toruniu na zebraniu zarządu Schulvereinu z udziałem zarządu wszystkich trzech miejscowych gmin ewangelickich obradowano nad projektem budowy gmachu dla gimnazjum niemieckiego. Sprawa ta, jak wynikało z referatu Laengnera, była już omawiana i uzgadniana z zarządem głównym Schulvereinów w Bydgoszczy. W wyniku obrad postanowiono wyznaczyć pod budowę plac, należący częściowo do nowomiejskiej gminy ewangelickiej, która ma być także prawnym właścicielem przyszłego gmachu.

Copernicusverein w Toruniu urządził akademję z okazji rocznicy urodzin Kopernika, przy udziale około 150 osób. Prezes Pastor Heuer zapoznał obecnych z historją stowarzyszenia i jego pracami, podając m.inn. do wiadomości, że liczy ono obecnie 48 członków. Następnie niejaki Studienrat Liebermann z Gdańska wygłosił odczyt z dziedziny astronomji. Obaj prelegenci podkreślali niemieckość Kopernika.

W Tucholi powstało koło lokalne Verband deutscher Katholiken, do którego przystąpiło 60 członków. Zarząd wybrano w następującym składzie: Prezes - Leon Beutler, sekretarz - Albert Schwemmin, skarbnik - Günther Heppner.

Pozostałe stowarzyszenia godnej uwagi działalności nie przejawiały.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frek.	Imprezy	Łączna frekw.	Nowe jednostki organizacyjne
Chełmno	-	-	1	150	-
Chojnice	2	130	3	280	-
Grudziądz	-	-	2	420	-
Kartuzy	-	-	1	300	-
Świecie	-	-	1	120	-
Tczew	1	300	1	350	-
Toruń	-	-	1	150	-
Tuchola	1	70	-	-	1
Morski	-	-	1	35	-
Toruń m.	3	220	4	640	-
Grudziądz m.	3	210	4	1950	-
	10	930	19	4395	1

5. Życie gospodarcze

Landbund Weichselgau

Landbund kontynuował usilnie swoją akcję organizacyjną kół młodzieży. Dyrektor zarządu głównego Obuch z Tczewa jak i kierownicy biur okręgowych objeżdżają teren i osobiście prowadzą akcję werbunkową, wygłaszając na zebraniach referaty propagandowe. Ogólnie podkreślają oni apolityczny charakter tak całego Landbundu jak i kół młodzieżowych w szczególności, stwierdzając, że głównym celem tych kół jest zawodowe szkolenie młodzieży rolniczej.

Wynikiem akcji w tym kierunku było stworzenie 29 kół z 1 370 członkami, i to następujących miejscowościach:

Powiat chełmiński
Czarze 120 członków
Kijewo-Królewskie 59 członków
Kokocko 68 członków
Lisewo 39 członków
Podwiesk 160 członków
Wielądz 77 członków
Powiat chojnicki
Nowa Cerkiew 13 członków
Ostrowite 29 członków
Powiat działdowski
Działdowo 74 członków
Powiat kartuski
Żukowo 13 członków
Powiat morski
Minkowice 36 członków
Powiat świecki
Bukowiec 36 członków
Dragacz 16 członków
Drzycim 55 członków
Gruczno 50 członków
Pruszcz 52 członków
Serock 15 członków
Topólno 32 członków
Wiąg 29 członków
Powiat tczewski
Tczew 40 członków
Subkowy 60 członków
Powiat toruński
Chełmża 50 członków
Górsk 28 członków
Grębocin 40 członków
Kozibór 60 członków
Wielka Zławieś 17 członków
Powiat tucholski
Bagienica 16 członków
Powiat wąbrzeski
Golub 25 członków
Kowalewo 60 członków

Poza zebraniami organizacyjnemi w przeciągu lutego odbyło się 13 zwykłych zebrań kół młodzieżowych przy dość licznej frekwencji z udziałem przedstawicieli zarządów okręgowych, którzy wygłaszali referaty fachowe, tudzież 3 imprezy zabawowe. Na przedstawieniu amatorskiem Jugendlandbundu w Łasinie w powiecie grudziądzkim przemawiał były poseł Dr. Koerber z Nowych Jankowic o znaczeniu wychowania młodzieży i pracy samokształceniowej, wskazując na Marszałka Piłsudskiego, Hindenburga i Hitlera jako na wzory, godne, by młodzież starała się kroczyć ich śladami.

Organizacją kół młodzieży zainteresowało się też stowarzyszenie rolników niemieckich w województwie poznańskiem, Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft. Pragnąć skorzystać z doświadczeń, poczynionych już przez Landbund, stowarzyszenie poznańskie zwołało na dzień 22 lutego do Bydgoszczy konferencję z udziałem przedstawicieli Landbundu dla omówienia szczegółów projektu organizacji analogicznych kół w Poznańskiem.

Z działalności Landbundu „starych" należy przedewszystkiem wymienić doroczny walny zjazd, jaki się odbył w Grudziądzu dnia 5 lutego przy udziale ok. 1 200 delegatów i członków.

W przededniu zjazdu zebrała się tamże rada nadzorcza w liczbie 30 osób pod przewodnictwem prezesa rady von Detmeringa, właściciela majątku Jastrzębie w powiecie świeckim. Na posiedzeniu tem przedyskutowano zasadnicze kwestje personalne i organizacyjne oraz zestawiono i zatwierdzono preliminarz bilansu na rok bieżący.

W sprawie wyboru do rady nadzorczej i jej składu osobowego zaznaczyły się wśród członków samej rady jak i zarządu głównego poważne różnice zdań. Z kilku stron podnoszono, że skład rady nadzorczej budzi zastrzeżenia w kołach drobnych i średnich rolników, którzy często w sposób jaskrawy wyrażają swoje niezadowolenie z tego powodu, że nie mają odpowiadającego ich liczebności przedstawicielstwa w radzie, która od chwili jej powstania jest wyłączną prawie domeną wielkiej własności ziemskiej. Dyskusja w pewnych momentach przybierała bardzo ostre formy.

W rezultacie Detmering zrzekł się prezesury w radzie a w jego miejsce wybrano przedstawiciela średnich warstw rolniczych, Joachima Krügera ze Starego Torunia w powiecie toruńskim.

Detmeringa w uznaniu zasług dla organizacji rada zamianowała członkiem honorowym.

Tegoż dnia odbyło się wieczorem spotkanie towarzyskie członków rady i zaproszonych gości.

Przy tej sposobności naczelny redaktor „Deutsche Rundschau", Starke z Bydgoszczy, wygłosił referat o sytuacji politycznej i gospodarczej w Polsce, przyczem poruszył szereg tematów aktualnych, jak zbliżenie polityczne polsko-niemieckie, ewentualne możliwości dalszej współpracy w tym kierunku oraz na platformie gospodarczej itp. Przemówienie Starkego nacechowane było pewnym umiarem i taktem, a jeżeli chodzi o stosunek do Państwa Polskiego to miało ono wybitne cechy lojalności.

Obradami zjazdu kierował nowowybrany prezes rady nadzorczej Krüger, który przy zagajeniu wygłosił przemówienie powitalne, zwracając się najpierw do przedstawiciela Wojewody Pomorskiego w osobie wicestarosty grudziądzkiego następującemi słowy:

„Jaknajserdeczniej witam wszystkich Panów i uważam sobie za wielki zaszczyt, że wolno mi szczególnie przywitać przedstawiciela pana Wojewody. Nasze zebranie uznaje Pańską obecność, Wielce Szanowny Panie Wicestarosto, za wielki honor dla naszego Landbundu, i nie chcielibyśmy przepuścić tej okazji, by nie poprosić Pana o wyrażenie naszemu wysokiemu Rządowi głębokiej wdzięczności za porozumienie z Rzeszą Niemiecką. Mamy silne przekonanie, że z atmosfery obecnego zaufania wynikną korzyści także dla naszego rolnictwa".

Do delegata Pomorskiej Izby Rolniczej Krüger zwrócił się w następujący sposób:

„Z szczególną radością witam przedstawiciela Izby Rolniczej. Dziękujemy Panu, że obecnością swoją dokumentuje Pan dobry zamiar współpracy. Z radością i chęcią pragniemy współpracować dookoła wielkich zadań gospodarczych naszego Państwa i prosimy Pana o wciągnięcie nas do tej współpracy".

Następnie dyrektor zarządu głównego Obuch złożył sprawozdanie z działalności za ubiegły rok. Ze sprawozdania wynika, że od czasu reorganizacji liczba członków wzrosła z 4 000 na 7 832 i że ogólny areał w rękach zrzeszonych rolników wynosi 235 860 ha. Nakład organu związkowego tygodnika „Der Landbund" doszedł do 7 800 egzemplarzy, a ostatnio czynione są próby rozpowszechniania go wśród rolników niemieckich w państwach bałtyckich.

Organizacja kół młodzieży dała nadspodziewane wyniki i znajduje się w „dalszym znakomitym rozwoju". Łącznie z młodzieżą Landbund liczy obecnie 10 000 członkow.

W toku przemówienia Obucha wszedł na salę Konsul niemiecki z Torunia Dr. von Küchler w towarzystwie lotnika niemieckiego Gronaua, obaj witani oklaskami.

Po dalszych wyjaśnieniach Obucha i członka rady Maerkera wygłosił referat fachowy profesor Heuser z Gdańska, a wkońcu lotnik Gronau wygłosił odczyt o swoim locie dookoła świata. Odczyt, ilustrowany przeźroczami, nie wychodził poza ramy reportażu, a w szczególności nie zawierał żadnych akcentów politycznych.

Wieczorem zespół Deutsche Bühne urządził specjalne przedstawienie dla uczestników zjazdu.

W Dębowcu, w powiecie chełmińskim, Landbund zorganizował dwudniowy kurs sadownictwa i warzywnictwa pod kierownictwem instruktora-pomologa Evy ze Starogardu, a w Drożdzienicy, w powiecie tucholskim, dziesięciotygodniowy kurs gospodarstwa domowego dla dziewcząt.

Na zebraniach kół poruszano m.inn. sprawę tworzenia kas pomocy na wypadek choroby /Krankenhilfekassen/. Za ustaloną składkę miesięczną członkowie jak również ich rodziny i pracownicy mieliby zapewnioną pomoc lekarską. Wobec okazywanej przez członków niechęci do przyjmowania na siebie jakichkolwiek obciążeń w postaci składek sprawa narazie upadła.

Na zebraniu koła w Toruniu wspomniany wyżej prezes rady nadzorczej Krüger, będący jednocześnie prezesem powiatowym, referując przebieg walnego zjazdu, podkreślał z zadowoleniem fakt przybycia na zjazd przedstawiciela władz oraz w bardzo życzliwych słowach wspomniał o porozumieniu polsko-niemieckim, co przypisywał zasłudze Marszałka Piłsudskiego i kanclerza Hitlera. Zaznaczył on, że mniejszość niemiecka porozumienie to powinna przyjąć ze szczególnym zadowoleniem, gdyż obecnie otwarta jest droga także do porozumienia między ludnością polską a niemiecką w Polsce i stworzona podstawa do wzajemnego zaufania i poważania między obu narodowościami.

Przemówienie Krügera słuchacze przyjęli oklaskami.

Inne stowarzyszenia gospodarczo-zawodowe

Raiffeisenbank w Grudziądzu zorganizował dwa jednotygodniowe kursy księgowości dla księgowych spółdzielni raiffeisenowskich. Uczestników zgłosiło się 20.

Stowarzyszenie Hausfrauenverein w Grudziądzu na walnem zebraniu wybrał nowy zarząd w następującym składzie:

Orloviusowa z Gubin, prezeska, Siebrandtowa z Bratwina w pow. świeckim, sekretarka; emerytowany nauczyciel Grams Otto z Grudziądza, skarbnik z funkcją sprawowania nadzoru nad sklepem sprzedaży stowarzyszenia. Hausfrauenverein liczy obecnie 91 członków i członkiń.

Stowarzyszenie Berufshilfe w Poznaniu, mające oddział w Tczewie, przystąpiło do rejestracji bezrobotnych Niemców i zbierania materjału informacyjnego co do możliwości zatrudniania ich w przedsiębiorstwach niemieckich. Berufshilfe współpracuje w tej dziedzinie z Landbundem i biurami poselskiemi.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frek.	Imprezy	Łączna frekw.	Nowe jednostki organizacyjne
Brodnica	3	114	1	200	-
Chełmno	13	1 163	1	250	6
Chojnice	2	50	-	-	2
Działdowo	2	120	-	-	1
Grudziądz	4	350	3	580	-
Kartuzy	3	90	-	-	1
Kościerzyna	-	-	1	130	-
Morski	2	100	1	200	1
Sępólno	5	175	3	580	-
Starogard	1	18	-	-	-
Świecie	9	340	-	-	8
Tczew	3	180	-	-	2
Toruń	5	220	-	-	5
Tuchola	2	40	-	-	1
Wąbrzeźno	2	90	-	-	2
Toruń m.	1	120	-	-	-
Grudziądz m.	3	1 280	-	-	-
ogółem	60	4 450	10	1 940	29

[...]

7. *Życie sportowe*

Stowarzyszenia sportowe nie przejawiały żywszej działalności. Nadmienić należy, że ruchowi gimnastycznemu i sportowemu wśród młodzieży poświęca dużo uwagi Verband für Jugendpflege, który jednak narazie stara się o zdobycie wpływów w stowarzyszeniach kulturalno-oświatowych i religijnych i w ramach tych stowarzyszeń propaguje między innemi również sporty i gimnastykę.

Männer-Turnverein w Tucholi obchodził 40 lecie swego istnienia wieczorkiem z popisami gimnastycznymi i przedstawieniem amatorskim. Udział wzięło 150 osób, w tem delegacje z Chojnic i Sępólna.

Na zabawę karnawałową Turnvereinu w Toruniu odbywającą się w lokalu Deutsches Heim usiłował nocą wejść grupa Polaków bez posiadania zaproszeń /przeważnie młodzież ze sfer robotniczych/. Usunięci siłą z sali, odchodząc wznosili wrogie okrzyki przeciwko Niemcom i grozili wybiciem szyb w lokalu zabawy. Wobec zamknięcia bramy do ogrodu w którym znajduje się budynek Deutsches Heim, do żadnych dalszych incydentów nie doszło.

Na zebraniu Sportklubu w Grudziądzu nauczyciel Lange z Bydgoszczy wygłosił odczyt o „zamierającym wieku".

Sportklub w Starogardzie otrzymał z centrali Deutsche Vereinigung subwencję w kwocie 1 500 złotych.

Zarząd Sportklub w Grudziądzu zwrócił się do Zentralvereinu w Bydgoszczy o to, by ten wyjednał mu dostarczanie fachowej literatury i czasopism z Volksbundu für das Deutschtum im Ausland i Deutsche Turnerschaft w Berlinie. Odpowiedział na to w imie-

niu wydziału szkolnictwa przy biurze głównem posłów i senatorów niemieckich kierownik tego wydziału Mielke, że z takiemi błahemi sprawami nie należy się zwracać do wspomnianych związków w Rzeszy. Literaturę fachową Sportklub może sobie sprawić za własne fundusze, tembardziej, że Volksbund für das Deutschtum im Ausland /V.D.A./ zbiera rokrocznie w Niemczech poważne sumy, z których otrzymują subwencje organizacje niemieckie w Polsce i z których korzysta również Sportklub.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.
Chojnice	-	-	1	200
Tuchola	-	-	1	150
Toruń m.	-	-	1	400
Grudziądz m.	1	150	-	-
ogółem	1	150	3	750

8. *Życie wyznaniowe*

Pomorskie Towarzystwo Diakonji w Więcborku zostało przemianowane na „Ewangelicki Diakonat Społecznościowy.

Charakter prawny /spółka z ograniczoną odpowiedzialnością/ ani też zakres działalności tej instytucji nie zostały zmienione.

Wszystkie samodzielne dotąd a pozostające pod patronatem Ewangelickiego Diakonatu Społecznościowego stowarzyszenia religijne, dobroczynne i misyjne zostały zlikwidowane, a w ich miejsce powstało jedno ogólne stowarzyszenie pod nazwą „Społeczność Chrześcijańska w Polsce" z siedzibą zarządu w Więcborku, wpisane do rejestru stowarzyszeń w Urzędzie Wojewódzkim Pomorskim w styczniu br.. W skład Społeczności weszły Związek Młodzieży Zdecydowanych Chrześcijan /Jugendbund für entschiedenes Christentum/. Stowarzyszenie Błękitnego Krzyża /Blaukreuzverein/, Misyjne Towarzystwo Traktatowe i szkółki niedzielne dla dzieci.

Istniejące grupy lokalne wspomnianych stowarzyszeń mają w przyszłości tworzyć oddzielne sekcje w łonie powstających kół Społeczności.

Głównym powodem tego rodzaju reorganizacji i skomasowania różnych działów pracy w jednym stowarzyszeniu była chęć uniknięcia trudności, jakie mogły nastręczyć przepisy ustawy o stowarzyszeniach przy istnieniu kilku odrębnych stowarzyszeń.

9. *Różne*

Skazanie sprawców napadu na zgromadzenie niemieckie w Grudziądzu

W sprawie zajść antyniemieckich w Grudziądzu w okresie wyborów do rady miejskiej w listopadzie 1933 r. Sąd Okręgowy w Grudziądzu po dwudniowej rozprawie wydał w dniu 27. lutego br. wyrok, mocą którego zostali skazani z art. 240 kodeksu karnego

1. Kosmowski Stanisław na 3 lata więzienia
2. Sosiak Jan na 2 lata i 6 miesięcy więzienia
3. Tadrzak Tadeusz, 4. Kowalski Roman,
5. Pokorowski Bronisław i 6. Kosmowski Eugeniusz

każdy po 2 lata więzienia

7. Słupski Ignacy na 1 1/2 roku więzienia

8. Plutowski Juljan na 1 rok więzienia
9. Kutnik Maksymilian i 10. Poćwiardowski Franciszek
po 6 miesięcy więzienia

Oskarżeni Kosak Czesław, Purwin Józef i Szyński Juljan dla braku dowodów winy zostali uniewinnieni.

Kutnikowi, Kosmowskiemu Eugenjuszowi, Poćwiardowskiemu i Słupskiemu Sąd zawiesił karę na przeciąg 5 lat.

Pozatem Sąd przysądził od każdego skazanego solidarnie po 100 zł. powództwa cywilnego na rzecz wdów Krummowej i Rieboldtowej.

Rozprawie przysłuchiwali się poza przedstawicielami Polskiej Agencji Telegraficznej i miejscowej prasy polskiej, korespondeci Deutsche Rundschau, Posener Tageblatt, Pommereller Tageblatt, Danziger Neueste Nachrichten, a ponadto przedstawiciel Deutsches Nachrichten-Biuro z Gdańska i urzędnik Konsulatu Niemieckiego z Torunia.

Niemiecki dzień żałoby

W związku z obchodzonym w Rzeszy dorocznem świętem żałoby /Volkstrauertag/ ku czci żołnierzy armji niemieckiej poległych na wojnie odbyły się dnia 25 lutego w kilku miejscowościach Pomorza obchody żałobne z nabożeństwami w kościołach ewangelickich.

W Chełmży po nabożeństwie odbyła się akademja przy udziale około 60 osób. Przemówienie stosowne wygłosił pastor Kuberski, poczem odśpiewano kilka pieśni religijnych.

Podobny przebieg miała uroczystość w Tczewie. W Iwcu w powiecie tucholskim ludność ewangelicka w liczbie 150 osób udała się z kościoła pochodem z orkiestrą na cmentarz, gdzie złożono wieniec.

W Toruniu nabożeństwo odprawił pastor Steffani, poczem grupa osób z konsulem niemieckim Küchlerem na czele udała się na miejscowy cmentarz wojskowy, gdzie gmina ewangelicka ufundowała kamień pamiątkowy ku czci poległych. Przed kamieniem przemówił Konsul Küchler składając następnie ofiarowany przez siebie wieniec. Dalsze dwa wieńce złożyli zarząd gminy i delegat Deutsche Kriegsgräberfürsorge z Niemiec. Wieczorem odbyła się akademja z udziałem Konsula i Urzędników Konsulatu oraz ok. 300 miejscowych Niemców.

W Grudziądzu w nabożeństwie i akademji uczestniczyło ok. 3000 osób. Przemówienie o znaczeniu dnia żałoby wygłosił nauczyciel Lange z Bydgoszczy wspominając w niem o zniszczeniach spowodowanych wojną oraz o obecnem odrodzeniu Rzeszy. Wieńce na cmentarzu złożyli wicekonsul Dr. Hoops z Torunia, imieniem Kriegsgräberfürsorge oraz Dr. Gramse z ramienia gminy ewangelickiej i mniejszości niemieckiej w Grudziądzu.

Z okazji organizowania tej uroczystości doszło do zatargu między obozem „młodych" z Dr. Gramsem na czele a „starymi", reprezentowanymi przez Kriedtego. Kriedte poskarżył się do prezesa Zentralvereinu Witzlebena, że zarząd Deutsche Bühne, którego on /Kriedte/ jest prezesem został pominięty w zaproszeniach na konferencję, na której ustalono szczegóły uroczystości. Ponieważ konferencję zwołał Gramse, Witzleben zwrócił jego uwagę na niewłaściwość takiego postępowania, wyjaśniając, że dzień żałoby ma charakter ogólnoniemiecki a nie tylko święta młodzieży, i że nikt nie może być wyłączony od udziału.

W odpowiedzi na to Gramse wyjaśnił listownie, że zdaniem jego dzień żałoby powinien być głównie sprawą młodzieży, która ma sobie przypomnieć bohaterstwo poległych i wykazać, że rozumie ich ducha. Dalej Gramse podnosi różne zarzuty przeciwko

zarządowi Deutsche Bühne i prosi o interwencję w Konsulacie, by złożenie wieńca ufundowanego przez Kriegsgräberfürsorge pod żadnym warunkiem nie poruczano Kriedtemu. Zachodzi bowiem obawa, że w takim wypadku część młodzieży gotowaby była opuścić cmentarz dla zademonstrowania swego niezadowolenia z Kriedtego.

Gratulacja Niemców z okazji imienin
Pana Prezydenta R.P.

W dniu 1 lutego zgłosili się u Starosty Powiatowego w Chojnicach Fryderyk Steinbilber, członek Rady Powiatowej oraz kupiec Hans Rasch i w imieniu niemieckich członków Rady Powiatowej, niemieckich organizacyj społecznych oraz ludności niemieckiej złożyli życzenia z okazji imienin pana Prezydenta Rzeczypospolitej z prośbą o przesłanie życzeń do Warszawy.

W przemówieniach swych podkreślali lojalność ludności niemieckiej wobec Państwa Polskiego i Rządu, gratulując jednocześnie sukcesu podpisania paktu o nieagresji z Rzeszą i wyrażając nadzieję, że obecna współpraca mniejszości niemieckiej dla dobra Państwa potoczy się w bardziej sprzyjających warunkach.

[...]

064

März 1935: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Berichterstattung über den Volkstrauertag der deutschen Minderheit (16.–17.3.1935)
Marzec 1935r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Polecenie złożenie sprawozdań dot. żałoby narodowej mniejszości niemieckiej (16–17 III 1935r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 331

W dniach 16 i 17 marca mają się odbyć na całym terenie Pomorza obchody „Dnia żałoby", organizowane przez Niemców ku czci żołnierzy poległych w czasie wojny światowej. Oddzielne obchody urządza Jungdeutsche Partei, a oddzielne Deutsche Vereinigung, ostatnia w niektórych miejscowościach wespół z innemi niemieckiemi organizacjami społecznymi. W nielicznych wreszcie wypadkach zapowiedziane są obchody bez udziału obu wspomnianych partyj.

Urząd Wojewódzki prosi o nadesłanie zwięzłych a treściwych sprawozdań o przebiegu obchodów z wyszczególnieniem:

1. miejscowości, w której odbył się obchód,
2. osób lub organizacyj, które obchód zorganizowały,
3. liczby uczestników,
4. udziału księży katolickich i pastorów ewangelickich.

Odnośnie do miejscowości, w których odbędą się po dwa odrębne obchody, należy podawać, w której z nich uczestniczyli duchowni.

Termin 26.03.35r.

Za Wojewodę:
/R. Walewski/
Zastępca Naczelnika Wydziału Społeczno-Politycznego

065

13.2.1936: Der Wojewode in Toruń an die Starosten. Vorgehen gegen die DV
13 II 1936r.: Wojewoda w Toruniu do starostów. Postępowanie wobec DV

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 332

Stwierdzono w jednym z powiatów województwa poznańskiego, że Zjednoczenie Niemieckie - Deutsche Vereinigung w działalności swej przekracza ramy statutowe oraz przepisy prawa o stowarzyszeniach i ustawy o zgromadzeniach, a mianowicie:

a) organizuje zebrania z udziałem osób, nie będących członkami i osobiście nieznanych zwołującym lub przewodniczącemu
b) tworzy sekcje młodzieży, występujące pod nazwą „Schar", do których przyjmuje osoby w wieku poniżej lat 18 wbrew § 4 statutu.
c) prowadzi akcję nauczania przedmiotów, objętych programem szkolnym, przy pomocy osób, nie posiadających wymaganego przez prawo zezwolenia władz szkolnych
d) przyjmuje w charakterze członków osoby narodowości polskiej wbrew § 1 statutu.

W związku z tem zarządzam co następuje:

1. W razie stwierdzenia, że w zebraniu biorą udział osoby nie będące członkami i osobiście nieznane zwołującym lub przewodniczącemu, należy zebranie uznać za nielegalne zgromadzenie publiczne i zwołujących - niezależnie od ewentl. przeciwdziałania na podstawie art. 20 ustawy o zgromadzeniach - pociągnąć za przekroczenie art. 6 do odpowiedzialności w myśl art. 25 tejże ustawy.

2. Organizowanie przy oddziałach sekcyj lub drużyn dla młodzieży /Jugendgruppe lub Schar/ dla osób poniżej lat 18 lub osób nie mających członkostwa DV jest sprzeczne z postanowieniem § 4 statutu. W razie stwierdzenia takich faktów należy działalność danego oddziału zawiesić na podstawie art. 41 i 16 prawa o stowarzyszeniach za przekroczenie ustalonego dla stowarzyszenia zakresu i sposobów działania /statutu/.

3. Postanowienie § 3 statutu, przewidujące działalność kulturalno-oświatową, wśród dzieci członków, zwłaszcza w wieku szkolnym, należy rozumieć w ten sposób, że DV może urządzać dla dzieci imprezy, jak przedstawienia, gry, zabawy, odczyty, pogadanki.

Sprawa nauczania natomiast unormowana jest specjalnymi przepisami, które wymagają dla nauczającego zezwolenia władz szkolnych.

Każdy stwierdzony fakt nielegalnego nauczania przez nauczycieli wędrownych /Wanderlehrer/ lub siły pomocnicze należy komunikować Inspektorowi Szkolnemu, który wyda zakaz nauczania. W razie niezastosowania się nauczającego do zakazu władzy szkolnej, należy stosować środki przymusowe.

Dotyczy to zarówno nauczania indywidualnego jak też zbiorowego, t.j. w szkołach, przedszkolach, kursach.

4. W każdem stwierdzonym niezbitemi dowodami i faktami przypadku przyjęcia do organizacji członka narodowości polskiej - bez względu na to, czy nastąpiło to wskutek dobrowolnego zgłoszenia się członka czy też przez podstępne wciągnięcie go, np. pod naciskiem pracodawcy Niemca, przez obietnicę udzielenia zapomogi itp. - należy działalność danego oddziału zawiesić za przekroczenie statutu /§ 1/ na zasadzie art. 41 i 16 prawa o stowarzyszeniach.

O każdym fakcie zawieszenia działalności oddziału DV należy niezwłocznie zawiadamiać Urząd Wojewódzki, który udzieli dalszych wskazówek.

Wojewoda
Kirtiklis

066

11.8.1936: Wojewodschaft in Toruń an die Starosten. Erlaß des Innenministeriums vom 8.6.1936 über die Vorgehensweise gegen die deutsche Minderheit
11 VIII 1936r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do starostów. Rozporządzenie MSW z dn. 8 VI 1936r. dot. sposobu postępowania wobec mniejszości niemieckiej

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 332

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych
Nr. P.N. 4842/6/tjn/36
Metody zarządzeń w stosunku do mniejszości niemieckiej.
Odpis
Tajne!
Do Pana Wojewody w Toruniu

Szereg zarządzeń, wydanych w ostatnich czasach w celu doprowadzenia życia niemieckiego do ram prawnych i likwidowania akcyj z punktu widzenia państwowego szkodliwych, lub niepożądanych oraz możliwość dalszej serji tego rodzaju zarządzeń, nie pozostaje bez reperkusyj na życie i stosunki Polaków w Niemczech.

Polacy w Niemczech, bez porównania słabsi pod względem organizacyjnym i gospodarczym, niż mniejszość niemiecka w Polsce, żyjący w stosunkach, w których prawo państwa totalnego może być w każdej chwili przeciw nim skierowane, wymagają w skutek tego specjalnej ochrony i opieki.

Jak wiadomo sprawy represyj, stosowane do mniejszości w danem państwie, podlegają prawu wzajemności i każda represja w stosunku do Niemców w Polsce wywołuje lub może wywołać analogiczny odzew w Niemczech, czy odwrotnie.

W danym wypadku idzie o to, aby represje te nie spadały nieoczekiwanie na Polaków w Niemczech, aby byli o ich możliwościach uprzedzani.

Biorąc powyższe względy pod uwagę, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych prosi Pana Wojewodę o zarządzenie, aby z jednej strony podstawy wszelkich represyj w stosunku do Niemców oparte były silnie o prawo, aby z drugiej Ministerstwo Spraw Wewnętrznych informowane było o zamierzonych represjach w takim terminie, w którym możnaby to jeszcze podać zawczasu Ministerstwu Spraw Zagranicznych.

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych zauważa, że nie przesądza to o konieczności bezpośrednich i natychmiastowych zarządzeń, gdzie specjalne warunki tego wymagają.

J. Paciorkowski
Dyrektor Departamentu
Urząd Wojewódzki Pomorski
Wydział Społeczno-Polityczny
Toruń, dnia 11.08.1936 r.
Tajne !
Do
Pana Komisarza Rządu w Gdyni,
oraz Panów Starostów Powiatowych i Grodzkich

Przesyłając powyższy odpis do wiadomości Urząd Wojewódzki wyjaśnia, że każde zamierzone zastosowanie represyj winno być uprzednio uzgodnione z tutejszym Urzędem, już to pisemnie już to w nagłych wypadkach - telefonicznie.

Za Wojewodę:
R. Walewski
Zastępca Naczelnika Wydziału Społeczno-Politycznego

067

Oktober 1936: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (September 1936)
Październik 1936r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1936r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4598

Rozgrywka JDP z Landbundem skończyła się w swoim pierwszym etapie przegraną dla JDP. Po zadecydowanym przez kierownictwo okręgowe bojkocie walnego zjazdu Landbundu JDP przerwała prowadzoną przez kilka tygodni kampanję. Decyzja kierownictwa okręgowego nie znalazła aprobaty Wiesnera. Zalecił on wznowienie walki i udział członków partji w zjeździe Landbundu, wyrażając przekonanie, że nawet ewentl. porażka będzie mniej szkodliwa aniżeli przerwanie walki w połowie drogi. Porażkę bowiem będzie można wytłumaczyć nieuczciwymi machinacjami przeciwnika. Również Modrow, który bezpośrednio sprowokował walkę i sprowadził ją na tory dla JDP niepomyślne, oświadczył się za kontynuowaniem rozpoczętej akcji. Ostatecznie jednak utrzymano w mocy decyzję kierownictwa okręgowego i odstąpiono od dalszej rozgrywki.

Tym energiczniej zaczął działać Landbund, robiąc cały szereg posunięć, które według wszelkich przewidywań musiały mu zagwarantować sukces na walnym zjeździe. Udało się Landbundowi nakłonić licznych opozycjonistów, którzy podpisali wniosek JDP wymierzony przeciwko władzom Landbundu, do wycofania podpisów i do złożenia deklaracyj, że podpisy podstępnie od nich wyłudzono. Deklaracje te posłużyły następnie jako materjał propagandowy przeciwko JDP. Podano go do wiadomości członków za pomocą okólników i specjalnej ulotki. W głównych ogniskach opozycji zwołano zebrania „uświadamiające", na których delegaci Zarządu Głównego naświetlili istotę sporu, oczywiście z punktu widzenia Landbundu. Wynik zebrań był dla Landbundu dodatni, nie było bowiem na nich prawie zupełnie opozycji. Poza tym kierownictwo Landbundu umocniło swoją pozycję na walny zjazd w sposób niezwykle prosty; skreślono liczny zastęp zwolenników JDP z listy członków pod pretekstem nieuiszczenia zaległych składek, a w ich miejsce wprowadzono nowych członków z kół młodzieży D.V. Jakie dalsze kroki przedsięweźmie obecnie JDP, dotąd nie wiadomo.

Z działalności JDP należy pozatem wspomnieć uruchomienie dwóch biur partyjnych, zbieranie materjałów statystycznych o spółdzielniach niemieckich, próby uruchomienia „pracy kobiet". Zwraca uwagę fakt, że na zebraniach coraz częściej powtarzają się, tak samo zresztą jak u D.V., akcenty antyżydowskie i antykomunistyczne. Dla podniesienia nakładów organów partyjnych JDP zaprowadziła przymus prenumerowania ich przez członków. W sprawie wyborów do kolegiów kościelnych ewangelicko-unijnych wydano dyrektywy, że partja oficjalnie angażować się nie może, że jednak współpraca poszczególnych członków z gminami wyzaniowymi jest konieczna. Przygotowywany na wielką skalę ogólnokrajowy zjazd dożynkowy w Dragaczu jak również kilka zjazdów lokalnych nie odbyło się wobec nieudzielenia zezwolenia przez władze. W to miejsce urządzono kilka zabaw ludowych.

W działalności D.V. stwierdzono wznowienie akcji nauczania domowego oraz dalsze fakty pośredniczenia w udzielaniu zapomóg.

Ustalono przy tym, że na cele nauczania domowego /zakup książek/ płyną fundusze z zagranicy. Zauważono, że rozwiązane oddziały w powiecie morskim pozostają w kontakcie z centralą, która byłym prezesom przesyła „do wiadomości" wszelkie zarządzenia i okólniki. O kontakcie tych oddziałów z organizacją świadczy również fakt, że kilka

osób z powiatu morskiego wyjechało na walne zebranie do Bydgoszczy. Według polecenia centrali oddziały mają w ciągu najbliższych tygodni zorganizować u siebie specjalną „pracę kobiet", która dotąd pozostawała w sferze projektów.

NSDAP utworzyła nową placówkę /Block/ w powiecie wąbrzeskim. Innej działalności organizacja ta nie rozwijała. Większość kierowników placówek jak również kilkudziesięciu członków wyjechało na zjazd do Norymbergi. Zjazd ten zresztą zainteresował nie tylko członków NSDAP, bo również wszyscy inni Niemcy z zaciekawieniem śledzili jego przebieg, a szczególnie przemówienie Hitlera i innych dygnitarzy hitlerowskich.

W powiecie kościerskim otwarto nową niemiecką szkołę prywatną we własnym gmachu, zbudowanym przy pomocy funduszów zagranicznych.

Po zakończeniu akcji kolonijnej dla dzieci niemieckich z innych dzielnic Verband deutscher Katholiken, wspólnie z Wohlfahrtsdienstem, czyni starania o umieszczenie części dzieci górnośląskich także na okres zimowy u rodzin niemieckich na Pomorzu i w Poznańskiem, a Wohlfahrtsbund przystąpił do zorganizowania, tak samo jak w latach poprzednich, akcji pomocy zimowej dla biednych i bezrobotnych Niemców.

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Centrala D.V. wystosowała do oddziałów okólnik z poleceniem uruchomienia przygotowanej od dawna pracy kobiet. Praca ma być prowadzona pod postacią zebrań członkowskich, każdorazowo z udziałem jednego członka zarządu. Oddziały mają się zająć wyszukaniem odpowiednich sił, zdolnych i chętnych do pracy, po czym centrala wyśle w teren swoją delegatkę - instruktorkę dla zaznajomienia członkiń z specjalnymi zadaniami kobiet w ramach organizacji.

W tymże okólniku centrala poleca na zebraniach i imprezach poświęcić stosowne wzmianki przypadającemu w wrześniu „dniowi narodu niemieckiego" /Tag des deutschen Volkstums/, obchodzonemu uroczyście w Niemczech dnia 20.09, by w ten sposób „wzmocnić ogólno-niemieckie poczucie narodowe".

Z rozpoczęciem nowego roku szkolnego wznowiona została akcja domowego nauczania dzieci niemieckich, prowadzona, jak wiadomo, przez D.V. za pośrednictwem płatnych nauczycieli wędrownych, zwanych „urzędnikami podróżującymi" /Reisebeamten/.

Akcja ta była dawniej a prawdopodobnie i obecnie jest finansowana przez Volksbund /dawniej - Verein für das Deutschtum im Ausland/. Że również z innych źródeł zagranicznych płyną na ten cel fundusze, to wynika z faktu, że miasto Lipsk ostatnio pokryło rachunek w kwocie 1 363 marek niemieckich na książki szkolne, dostarczone z Niemiec wydziałowi szkolnictwa D.V.

O kontynuowaniu przez D.V. akcji zapomogowej i pożyczkowej świadczą coraz to nowe wnioski, napływające do centrali od różnych osób proszących już to o stałe zaopatrzenie z różnych tytułów /rentę inwalidzką, rentę wdowią itp./ już to o pożyczki na różne cele /inwestycje gospodarcze, spłata uciążliwych długów, wyprawy ślubne itp./. Zdarzają się wypadki, że niektórzy petenci dla wymuszenia pomocy grożą w razie nieuzyskania jej sprzedażą posiadanych nieruchomości w ręce polskie. D.V. pełni tu rolę jedynie opiniodawczą, gdyż wypłatę stałych zaopatrzeń uskutecznia w dalszym ciągu Wohlfahrtsbund, pożyczek zaś udzielają niemieckie instutucje kredytowe. Ostatnio np.

szereg pożyczek udzielił poznański Bank für Handel und Gewerbe. Niektórzy dłużnicy, którzy zalegają z opłatą rat i odsetek, zostali wezwani do punktualnego regulowania zobowiązań z jednoczesnym ostrzeżeniem, że dalsza zwłoka spowoduje wdrożenie kroków egzekucyjnych.

Rozwiązane w powiecie morskim oddziały działalności żadnej nie rozwijają. Prezesi jej utrzymują jednak stały kontakt z centralą, otrzymując stamtąd „do wiadomości" wszelkie zarządzenia i okólniki. Poza tym stwierdzono, że pięć osób z powiatu morskiego wyjechało na walne zebranie D.V. do Bydgoszczy, wśród nich były kierownik powiatowy Rodenacker, właściciel majątku Celbowo.

Ruch zebraniowy był dość skromny. W 8 na 19 powiatów miejskich i wiejskich odbyło się ogółem 17 zebrań przy niewielkiej frekwencji oraz 2 imprezy rozrywkowe. Część zebrań była poświęcona referatom sprawozdawczym z walnego zjazdu. Prawie zupełnie zaniechano słownej walki z JDP, bez czego się dawniej żadne zebranie obejść nie mogło. W przmówieniach nie zaobserwowano nowych ciekawych momentów.

Na zebraniu w Oborach /pow. chełmiński/ nauczyciel wędrowny Schulz upomniał słuchaczy, by unikali wystąpień mogących prowokować Polaków. W Chojnicach sekretarz oddziału Steinhilber zapewniał o lojalności Niemców wobec Państwa Polskiego i całkowitej ich solidarności z rządem w zwalczaniu komunizmu, a Tessmer z Bydgoszczy mówił o zjeździe w Norymberdze, który, jego zdaniem, był świadectwem zupełnej jedności Niemców w Rzeszy. Takie same zapewnienia lojalności składał na zebraniu w Działdowie Dross z Bydgoszczy, wyrażając przy tym żal, że władze ustawicznie czynią organizacji trudności, czego dowodem zakaz używania mundurów i sztandaru, zakaz tworzenia sekcyj młodzieżowych itp.. Członkowie nie powinni się tym zrażać, lecz nadal wytrwale pracować dla dobra organizacji. W Podwiesku /pow. chełmiński/ czytano na zebraniu relacje zagranicznej prasy niemieckiej o zjeździe norymberskim, w Tczewie i Grudziądzu Kaliske z Bydgoszczy rozprawiał się z JDP, w Wielkiej Złejwsi /pow. toruński/ Gersdorff z Bydgoszczy mówił o wielkości narodu niemieckiego.

Nowe zarządy wybrano:

1. w Tczewie. Prezes Jan Budzisz, krawiec, zgermanizowany Kaszub
2. w Nowem /pow. tczewski/. Prezes Franciszek Brunk
3. w Pruszczu /pow. święcki/. Prezes Studziński z Wałdowa.

Podana w sprawozdaniu lipcowym informacja o antypaństwowym przemówieniu Niefelda z Bydgoszczy na zebraniu w Drzycimiu okazała się w świetle przeprowadzonych dochodzeń nieprawdziwa. Wynikała ona z niezrozumienia treści przemówienia przez funkcjonariusza policji wskutek niedostatecznej znajomości języka niemieckiego.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Chełmno	3	60	-	-
Chojnice	-	-	1	300
Działdowo	1	60	-	-
Grudziądz m.	1	50	-	-
Sępólno	1	18	-	-
Starogard	1	36	-	-
Świecie	4	180	-	-
Tczew	1	120	1	250
Toruń p.	2	56	-	-
Ogółem:	14	580	2	550

Jungdeutsche Partei

W akcji przeciwko Landbundowi działacze miejscowi z Spitzerem i Thimmem na czele postanowili - jak już podano w poprzednim sprawozdaniu - zbojkotować walny zjazd w dniu 1 października i wydali członkom odpowiednie dyrektywy za pomocą okólników i komunikatu w prasie partyjnej. Wiesner, który o postanowieniu tym dowiedział się dopiero z prasy, nie zaaprobował stanowiska Spitzera, uznając za niewłaściwe przerywanie rozpoczętej na wielką skalę akcji w połowie drogi, gdyż może się to ujemnie odbić na nastrojach członków. Zdaniem jego konieczne jest doprowadzenie walki do końca, bez względu na jej wynik. Dla podtrzymania siły bojowej partii korzystniej ulec w walce, w której przeciwnik posługuje się środkami nieuczciwymi, aniżeli rozpoczętą już walkę przerywać. Z tych względów Wiesner polecił kontynuować akcję i zmobilizować członków JDP na grudziądzki zjazd Landbundu.

Stanowisko Wiesnera podzielił również Modrow z Bączka, który pierwszy rzucił wyzwanie Landbundowi i rozpoczął otwartą walkę. Proponował on energiczniejszą akcję w prasie i na zebraniach celem sprowokowania Hasbacha do oświadczenia się w sprawie odroczenia terminu walnego zjazdu w sprawie skreślenia zwolenników JDP z listy członków Landbundu i w sprawie pośpiesznego masowego przyjmowania nowych członków spośród młodzieży D.V. Według planu Modrowa członkowie JDP mieli się jak najliczniej zjawić w Grudziądzu, osoby skreślone z listy członkowskiej Landbundu miały wnosić pisemne protesty na ręce sprowadzonego w tym celu adwokata, który ponadto miał notować wszelkie nieprawidłowości, jakich by się dopuściło kierownictwo zjazdu. Materiały te miały posłużyć do zaczepienia prawomocności walnego zjazdu, po czym grupa JDP miała zwołać nowy zjazd.

Ostatecznie jednak ustąpili Wiesner i Modrow a utrzymał się pogląd Spitzera i Thimma.

Pełnomocnik do spraw gospodarczych w okręgu pomorskim, Kittler z Torunia, przystąpił do zbierania materiałów statystycznych dotyczących spółdzielczości niemieckiej, zapowiadając, że w najbliższym czasie partia zajmie się przepracowaniem w podobny sposób również innych zagadnień niemieckich.

Swoisty sposób partia zastosowała w celu podniesienia nakładów organów partyjnych. Dotychczasowa propaganda w tym kierunku i różne odezwy nie odniosły widocznie oczekiwanych skutków. Obecnie Wiesner zarządził, że każdy oddział musi pre-

numerować przynajmniej jeden egzemplarz tygodnika „Völkischer Anzeiger", każdy zaś samodzielny członek partii musi się zobowiązać do prenumerowania „Deutsche Nachrichten". Kto nie złoży takiego zobowiązania lub go nie dotrzyma, zostanie „pociągnięty do odpowiedzialności".

Dla zgłaszających się nowych członków zobowiązanie takie będzie zasadniczym warunkiem przyjęcia.

W sprawie wyborów do kolegiów kościelnych ewangelicko-unijnych partia wydała przez swego pełnomocnika Weissa z Jarocina następujące dyrektywy:

Kościół ewangelicko-unijny, jako organizacja niemiecka, posiada doniosłe znaczenie dla społeczności niemieckiej, wobec czego członkowie JDP wyznania ewangelickiego muszą z nim współpracować. Gdzie w gminach znajdą się członkowie JDP zdolni do takiej pracy, muszą oni bezwzględnie być wybierani do kolegiów.

JDP jako organizacja polityczna nie powinna wywierać bezpośredniego wpływu na wybory. Członkowie a zwłaszcza funkcjonariusze JDP biorą udział w akcji wyborczej nie w charakterze członków partii, lecz tylko jako członkowie danej gminy kościelnej.

W dalszym montowaniu aparatu partyjnego JDP uruchomiła dwa biura, w Skarszewach /pow. kościerski/ i w Kamieniu /pow. sępoleński/. Kierownikami zostali w Skarszewach niej. Rudolf Otto, w Kamieniu rolnik Albert Weiland.

Zebrań odbyło się ogółem 40, poza tym jedno zgromadzenie publiczne, jeden obchód dożynkowy /w początku miesiąca/ oraz 5 imprez rozrywkowych o charakterze zabaw ludowych, urządzonych w miejsce zakazanych przez władze obchodów dożynkowych.

Zgromadzenie publiczne odbyło się w Sępólnie przy udziale ok. 200 osób. Przemawiał kierownik powiatowy Schulz, rozprawiając się z D.V. oraz atakując Hasbacha i Kohnerta.

Poruszając wypadki hiszpańskie dłuższe wywody poświęcił niebezpieczeństwu grożącemu w Europie ze strony żydo-komuny, którą cały świat cywilizowany, a szczególnie Niemcy, muszą bezwzględnie zwalczać. W podobnym duchu przemawiano również na kilku zebraniach.

W Starogardzie miał referat wygłosić Modrow z Bączka. Nie przybył on jednak na zebranie, gdyż zarząd Klubu Niemieckiego, którego lokal służy za miejsce zebrań dla organizacyj niemieckich, uchwalił zabronić mu wstępu, powiadamiając go o tym pisemnie.

Uchwałę tę spowodował Hasbach, zasiadający w zarządzie Klubu, mszcząc się w ten sposób na Modrowie, który - jak wiadomo - jest jednym z głównych motorów nagonki na Landbund i osobę Hasbacha.

Na tymże zebraniu mówiono o wymianie wizyt między wodzami armii polskiej i francuskiej, wyrażając przypuszczenie, że następstwem porozumienia polsko-francuskiego będzie pogorszenie sytuacji Niemców w Polsce. Sprawę tę poruszano również na jednym z zebrań w powiecie działdowskim, stwierdzając, że Polska zaczyna się odsuwać od Rzeszy.

Na zebraniu w Chojnicach Schulz z Kamienia zapowiedział, że w razie nieudania się próby opanowania Landbundu przez JDP, wkroczy na Pomorze Verein deutscher Bauern.

W Nowych Polaszkach /pow. kościerski/ Modrow wygłosił referat o zjeździe w Norymberdze, którego członkowie wysłuchali z wielkim zaciekawieniem.

W Tczewie i Grudziądzu odbyły się konferencje kobiet z udziałem Sturtzelowej z Nakła, która przedstawiła plan pracy kobiet w oddziałach.

Zebranie w Łasinie /pow. grudziądzki/ policja rozwiązała, stwierdziwszy, że było ono dostępne także dla niecłonków.

Projektowany ogólnokrajowy zjazd dożynkowy w Dragaczu /pow. świecki/ został odwołany wskutek zakazu władz.

Wobec daleko posuniętych przygotowań a zapewne i związanych z tym wydatków zakaz został przyjęty tak przez działaczy, jak i ogół członków z oczywistym niezadowoleniem. Lokalne obchody dożynkowe były również przewidziane w kilku innych miejscowościach. Wobec nieotrzymania zezwoleń na dożynki JDP zorganizowała w to miejsce zabawy ludowe. Najokazalsza z nich była zabawa w Bączku /pow. kościerski/, która zgromadziła ok. 900 osób z całego powiatu. Okolicznościowe przemówienia wygłosili tam Modrow oraz kierownik okręgowy Spitzer, który wyjaśnił, że władze tym razem nie pozwoliły na liczniejszy zjazd dożynkowy, obawiając się zakłócenia obchodu przez obóz D.V., wobec czego urządzono zabawę ludową w skromnych ramach. Ta wzmianka o D.V. była wstępem do całej serii ataków i oskarżeń pod adresem tej organizacji i jej działaczy. Przemówienie swoje Spitzer zakończył apelem o przestrzeganie karności i dyscypliny organizacyjnej tudzież o szanowanie zarządzeń władz polskich, a wtedy JDP zdobędzie sobie jeszcze większe niż dotąd uznanie tych władz.

W dniu 22.09 Sąd Okręgowy w Chojnicach na sesji wyjazdowej w Kościerzynie rozpatrywał sprawę 10 członków JDP, uczestników zajść w Nowych Polaszkach w dniu 30.11.35 r. Skazani zostali Herbert Bartsch na 15 miesięcy więzienia za lżenie Narodu Polskiego i nawoływanie do użycia broni. Ernst Schwonke na 8 miesięcy za lżenie Narodu Polskiego, Otto Koller, Kurt Weick i Kurt Fenske każdy na 8 miesięcy za pobicie Polaków.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Brodnica	2	52	-	-
Chełmno	4	152	-	-
Chojnice	1	200	1	350
Działdowo	2	22	1	250
Grudziądz p.	1	20	-	-
Grudziądz m.	1	19	-	-
Kartuzy	3	90	-	-
Kościerzyna	1	80	1	900
Lubawa	1	18	-	-
Morski	8	150	-	-
Sępólno	5	470	1	300
Starogard	4	350	-	-
Świecie	2	30	2	390
Tczew	2	80	1	250
Toruń p.	3	47	-	-
Toruń m.	1	160	-	-
Ogółem:	41	1940	7	2440

N.S.D.A.P.

Stwierdzono istnienie nowej placówki /Block/ NSDAP w Płużnicy /pow. wąbrzeski/ z 11 członkami. Kierownikiem jest Fryderyk Brandner. Poza tym organizacja ta była przez cały miesiąc nieczynna, co się łączy z wyjazdem większości kierowników placówek i licznych członków na zjazd partyjny do Norymbergi. Niektórzy z nich uczestniczyli także w zjeździe Niemców z zagranicy, który się odbył w Erlangen w Niemczech.

2. *Przegląd prasy*

Bieżące zagadnienie prasa niemiecka omawiała w tonie sprawozdawczym naogół bez komentarzy własnych. Obszerne opisy prasa poświęcała zjazdowi partii hitlerowskiej w Norymberdze, które zaczerpnięte z źródeł niemieckich z Rzeszy, były oczywiście pełne entuzjastycznych zachwytów.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W Skarszewach /pow. kościerski/ nastąpiło poświęcenie gmachu niemieckiej szkoły prywatnej, zbudowanego staraniem ewangelickiej gminy kościelnej. Oprócz miejscowej ludności niemieckiej w liczbie około 400 osób w akcie tym wzięli udział przedstawiciele miasta, kościoła ewangelickiego, oraz prezes centrali Schulvereinów Dr. Schönbeck z Bydgoszczy. Przemówienie powitalne wygłosił delegat gminy ewangelickiej dziękując w języku polskim władzom za zezwolenie na budowę i uruchomienie szkoły. Przewodniczący komitetu budowy zaznajomił obecnych z historią budowy, uwypuklając trudności, jakie trzeby było pokonać i uciążliwe formalności, które opóźniły otwarcie szkoły o jeden rok. Fundusze na budowę pochodzą z ofiar gminy kościelnej, Gustav-Adolf-Verein i centrali Schulvereinów. Koszty wynoszą 120 000 zł., z czego 80 000 pokryły ofiary z zagranicy.

/W pozycji zagranicznej mieści się zapewne także udział centrali Schulvereinów, która na budowę i utrzymanie niemieckich szkół prywatnych otrzymuje fundusze z Volksbundu für das Deutschtum im Ausland/.

Po superintendencie Harhausenie z Tczewa, który złożył życzenia imieniem Konsystorza Ewangelicko-unijnego w Poznaniu, przemówił Dr. Schönbeck. Zwrócił on uwagę, że nowa szkoła powstała dzięki ofiarności Niemców całego świata, wynikającej z żywego u nich poczucia wspólnoty narodowej. Szkoła winna się stać ogniskiem prawdziwej pracy wychowawczej i pracą tą przekonać władze i społeczeństwo, że obywatele gotowi do wielkich ofiar na rzecz dóbr idealnych, nie mogą być złymi obywatelami Państwa.

Okręg wschodnio-pruski Volksbundu für das Deutschtum im Ausland /V.D.A./ przekazał do dyspozycji centrali Schulvereinów w Bydgoszczy kwotę 500 zł. na nagrody dla 5 najpilniejszych uczniów niemieckiego gimnazjum prywatnego w Grudziądzu. Ten sam Związek objął opiekę /tzw. Patenschaft/ nad 5 uczniami tegoż gimnazjum. Jako ostatni zabrał głos kierownik szkoły nauczyciel Kunz, który przemówienie zakończył oddaniem hołdu pamięci Marszałka Piłsudskiego i okrzykiem na cześć pana Prezydenta Rzeczypospolitej.

Deutsche Bühne w Toruniu przygotowuje na inaugurację nowego sezonu dramat Zapolskiej „Tamten", noszący w przekładzie niemieckim tytuł „Der Weisse Adler" /Orzeł Biały/. Zarząd Deutsche Bühne zaprosił do Polski pisarkę niemiecką Marię Hammerstein-Musehold, której poruczono inscenizację sztuki.

W Chełmnie, Działdowie, Grudziądzu i Toruniu bawił teatr marionetek /Hohensteiner Puppenspiele/ z Niemiec, dając tam 6 przedstawień.

Verband deutscher Katholiken wydał do oddziałów okólnik w sprawie opieki dla dzieci górnośląskich, stwierdzający, że wobec rosnącej na Śląsku nędzy zachodzi potrzeba umieszczenia na Pomorzu i Poznańskim także na okres zimowy części spośród dzieci, które były tu w czasie wakacyj letnich a nie podlegają już obowiązkowi szkolnemu. Ponieważ większość dzieci śląskich jest wyznania katolickiego, V.d.K. jako organizacja katolicka jest przede wszystkim powołana do tego, by zająć się wyszukaniem odpowiednich miejsc w rodzinach katolików niemieckich. Akcja ta ma być prowadzona wspólnie z Wohlfahrtsdienstem, który ze swej strony również poczynił starania w tym kierunku.

Jak wynika z sprawozdania Wohlfahrtsdienstu tegoroczna akcja kolonijna w województwach pomorskim i poznańskim objęła 4445 dzieci /na 6000 zaofiarowanych miejsc/ z całej Polski.

Największą partię dostarczył Śląsk /1982 dzieci/, poza tym były dzieci z województw centralnych, z Małopolski, Wołynia a nawet z Wileńszczyzny. Na pokrycie kosztów tej akcji zebrano u Niemców pomorskich i poznańskich 41000 zł., z opłat zainteresowanych rodziców wpłynęło 20000 zł., resztę dały organizacje charytatywne.

Wohlfahrtsbund już przystąpił do zorganizowania akcji pomocy zimowej na tych samych zasadach co zimy ubiegłej. Zasiłki mają być wydawane na wsi w naturaliach, głównie w mące i ziemniakach, w miastach w gotówce od 5 /dla samotnych/ do 20 zł. /dla obarczonych liczniejszą rodziną/.

W Pucku poruszenie wśród Niemców wywołało ujawnienie nadużyć, popełnionych przez mężów zaufania Wohlfahrtsbundu przy rozdziale zasiłków z funduszów pomocy zimowej.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebranie	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Brodnica	-	-	1	100
Chełmno	-	-	1	300
Chojnice	1	40	1	600
Działdowo	-	-	2	450
Grudziądz	-	-	1	200
Morski	1	180	-	-
Toruń	1	160	2	150
Ogółem	3	380	8	1800

4. *Życie gospodarcze*

Landbund Weichselgau

W odpowiedzi na kampanię JDP Landbund w miesiącu wrześniu przeszedł ze swojej strony do energicznej ofensywy. Dla utrącenia prowadzonej przez JDP akcji zbierania podpisów do wniosku domagającego się usunięcia zarządu głównego i rady nadzorczej, Landbund przystąpił do indywidualnego urabiania części opozycjonistów, starając się przez swoich zaufanych nakłonić ich do wycofania podpisów. Znaleziono odpowiednią formułkę, która z jednej strony umożliwiła opozycjonistom honorowe wycofanie się z akcji JDP, z drugiej zaś strony mogła być zużyta propagandowo przeciwko „warchołom". Część członków podpisanych pod wnioskiem złożyła pisemne oświadczenia,

że wniosku nie czytali i treści jego nie znają i że podpisy od nich wyłudzono fałszywym oświetleniem sprawy i twierdzeniem, jakoby wniosek miał na celu interes członków. Poza tym Landbund stwierdził, że część podpisów była podobno sfałszowana w ten sposób, że za członków składały podpisy inne osoby. Te rzekomo nieuczciwe machinacje JDP wykorzystał Landbund w swojej akcji na zebraniach, w okólnikach do członków i w specjalnej ulotce. W jednym z okólników polecono sekretarzom okręgowym dalsze zbieranie materiałów celem pociągnięcia inicjatorów i autorów fałszerstw do odpowiedzialności karnej.

W kilku powiatach, najbardziej zaagitowanych przez opozycję, urządzono zebrania „uświadamiające" z udziałem przedstawicieli zarządu głównego w osobach Dingerdissena i Obucha.

Trudno ustalić, czy i w jakim stopniu brali w nich udział członkowie JDP. Z spokojnego na ogół ich przebiegu można by wnioskować, że siły opozycji nie są zbyt silne, w każdym razie nie wystarczające do opanowania Landbundu. Zresztą kierownictwo Landbundu tak sobie przygotowało teren /skreślenie zwolenników JDP z listy członków i wprowadzenie nowych członków spośród młodzieży DV tuż przed walnym zgromadzeniem/, że o losy walnego zebrania oraz projektu nowego statutu mogło być najzupełniej spokojne, nawet gdyby obóz JDP nie był się oficjalnie wycofał z dalszej walki.

Poza wspomnianymi zebraniami „uświadamiającymi" odbyło się jeszcze kilka zwykłych zebrań członkowskich i obchody dożynkowe w Szabdzie /pow. brodnicki/, w Płośnicy /pow. działdowski/ i w Działdowie. Na obchodzie w Działdowie przemawiał właściciel majątku Księżydwór, Franckenstein, który zwrócił się do słuchaczy z apelem o składanie ofiar na F.O.N. , wskazując na konieczność posiadania silnej armii przez Państwo.

Po wyjeździe z Polski Gerlicha, który będąc obywatelem polskim wstąpił do służby w armii niemieckiej, kierownikiem sekretariatu okręgowego w Grudziądzu został niejaki Herbert Neumann.

Wirtschaftsverband städtischer Berufe

W Chełmży /pow. toruński/ odbyło się zebranie kupców i rzemieślników niemieckich, zwołane z inicjatywy Wirtschaftsverband städtischer Berufe. Po wysłuchaniu referatów delegata zarządu głównego W.st.B. Schramma, oraz redaktora „Deutsche Rundschau" Strözego zebrani w liczbie 26 uchwalili stworzyć w Chełmży oddział. Prezesem obrano Eugeniusza Eberhardta.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebranie	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
Brodnica	-	-	1	400
Chełmno	5	185	-	-
Chojnice	2	150	-	-
Działdowo	1	58	2	350
Grudziądz m.	1	250	-	-
Kartuzy	1	120	-	-
Lubawa	2	45	-	-
Sępólno	1	25	-	-
Toruń p.	2	41	-	-
Tuchola	1	60	-	-
Wąbrzeźno	1	50	-	-
Ogółem	17	984	3	750

[...]

7. *Życie wyznaniowe*

Kościół ewangelicko-unijny

Pastor Motzkus z Sulęczyna w pow. kartuskim wskutek choroby został przeniesiony na emeryturę i z końcem września wyprowadził się do Niemiec. Opiekę duszpasterską w Sulęczynie i Sierakowicach sprawuje duchowny, dojeżdżający z Niemiec.

W Wejherowie odbyła się konferencja, poświęcona zagadnieniom wychowania młodzieży na zasadach religijnych.

Udział w niej wzięli pastorzy i diakoni ewangelicko-unijni z powiatów morskiego i kartuskiego oraz delegaci młodzieży niemiecko-ewangelickiej po dwóch z każdej gminy. Po nabożeństwie nastąpiły obrady, podczas których wygłosili referaty pastorzy Walter z Helu i Kuske z Kacka Małego oraz dwie działaczki ewangelickiej pracy młodzieżowej żeńskiej, Bungeroth z Bydgoszczy i Klitzing z Dziembowa /pow. chodzieski/.

Taka sama konferencja odbyła się w Grudziądzu, gdzie obok wymienionych wyżej kobiet wystąpili z referatami pastorzy Gürtler z Grudziądza i Walter z Lisnowa oraz Hentzeltowa, żona nauczyciela z Piasków w pow. grudziądzkim.

[...]

068

April 1938: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)

Kwiecień 1938r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1938r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4603

I. *Sytuacja ogólna*

„Sprawa Anschlussu" odbiła się szerokim echem wśród mniejszości niemieckiej w Polsce. Przyjęto ją z wielkim zadowoleniem i radością. Jednakże zgodnie z dyrektywami działaczy NSDAP Niemcy publicznie nie starali się okazywać większego zainteresowania ostatnimi wypadkami w Austrii. Omawiano je za to bardzo szeroko na niektórych zamkniętych zebraniach oraz w gronie osób znajomych. Niemcy skutkiem ostatnich

posunięć Hitlera stali się bardziej pewni siebie. Z szeregu powiatów otrzymano wiadomości, iż Niemcy, komentując między sobą ostatnie wydarzenia polityczne, wyrażali nadzieję, że Hitler nie spocznie na laurach po swoim dotychczasowym zwycięstwie, lecz upomni się o inne terytoria, zamieszkałe przez Niemców. Następnym etapem - zdaniem ich - będzie niewątpliwie zajęcie Sudetów, celem wyprostowania granicy niemiecko-czeskiej, z czym należy liczyć się zaraz po plebiscycie w Austrii, po tym zaś przyjdzie prawdopodobnie kolej na Pomorze. W związku z tym zaobserwowano pewne objawy niepokoju wśród Niemców nie należących do niemieckich organizacji politycznych, w szczególności zaś wśród byłych członków JDP, którzy wskutek pamiętnego rozłamu, czy też nieporozumień z tej partii, wystąpili względnie zostali wydaleni. Starają się oni obecnie wszelkimi siłami - jak zauważono w Chełmży w powiecie toruńskim - o przyjęcie ich z powrotem do partii, a to jedynie w tym celu, aby móc wykazać się przynależnością do niemieckiej organizacji narodowo-socjalistycznej na wypadek, gdyby plany Hitlera odnośnie Pomorza urzeczywistniły się.

Obecnie po zajęciu Austrii i rozpisaniu plebiscytu w Rzeszy, Niemcy w Polsce wyrażają nadzieję, że 95 % opowie się za przyłączeniem Austrii do Niemiec. Charakterystyczne są informacje, że dużo Niemców tak obywateli polskich jak i niemieckich, którzy zamierzali sprzedać swoje nieruchomości i przenieść się na stałe do Niemiec, zaniechało narazie starań w tym kierunku, motywując to tym, iż „trzeba jeszcze zaczekać - nie wiadomo, co najbliższa przyszłość przyniesie".

Sprawa konfliktu między Polską a Litwą stanowiła również żywy przedmiot zainteresowań mniejszości niemieckiej w Polsce. Według wiadomości z terenu uporczywie powtarzano pogłoski, iż Hitler zgodzi się na oddanie Polsce Kłajpedy i Litwy wzamian za Gdynię i Pomorze.

Na uwagę zasługuje wzmożona aktywność JDP w okresie sprawozdawczym. Zgodnie z zapowiedzią urządziła JDP w pierwszej połowie marca dalsze zgromadzenia, poświęcone akcji konsolidacyjnej. Posługiwano się na nich znanymi już argumentami, mającymi przekonać słuchaczy o konieczności zjednoczenia wszystkich Niemców pod sztandarem JDP.

Zorganizowała też JDP cały szereg konferencji kierowników placówek i mężów zaufania w różnych miejscowościach Pomorza, na których omawiano sprawy organizacyjne, bieżące zagadnienia polityczne i gospodarcze oraz ustalono wytyczne w postępowaniu na przyszłość.

Na niektórych zebraniach omawiano również aktualne zagadnienia polityczne, przy czym, między wierszami, w bardzo ostrożny zresztą sposób Niemcy dawali do zrozumienia, że Hitler nie zapomniał bynajmniej o Pomorzu i odwieczna myśl ekspansji Niemiec na Wschód w niedalekiej przyszłości będzie zrealizowana.

Działalność D.V. nie różniła się zasadniczo od omówionej w poprzednim sprawozdaniu miesięcznym.

Silną konsternację wywołały liczne aresztowania wśród działaczy D.V. w powiecie działdowskim i kartuskim, co przyczyniło się nawet do całkowitego narazie zaniku ruchu organizacyjnego na tych terenach.

W związku z zapisami szkolnymi centrala D.V., podobnie jak w zeszłym roku, wydała instrukcję w kierunku dopilnowania przez rodziców niemieckich, aby nie zaniedbano zgłoszeń dzieci do szkół niemieckich.

NSDAP przygotowuje się do zapowiedzianego na dzień 10 kwietnia plebiscytu w Rzeszy. W tym celu zwołano nawet specjalne konferencje kierowników oddziałów

NSDAP obwodu gdyńskiego i toruńskiego na których zastanowiano się nad sprawą wysyłki członków do Rzeszy dla umożliwienia im wzięcia udziału w głosowaniu.

Akcja rozbudowy przybudówek organizacyjnych NSDAP stanęła prawie na martwym punkcie. Zdołano zaledwie utworzyć jedną placówkę DAF, dalsze próby pozostały bez wyniku.

[...]

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Ruch zebraniowy DV w stosunku do poprzedniego okresu sprawozdawczego wykazał nieco mniejsze natężenie działalności tej organizacji. Wpłynęły na to niewątpliwie liczne aresztowania wśród działaczy DV dokonane na polecenie władz wojskowych, na terenie powiatu działdowskiego i kartuskiego. Szczególnie dotkliwie odczuli Niemcy z pod znaku DV aresztowanie nauczyciela wędrownego Leopolda Maggi, który był łącznikiem między ludnością w powiecie działdowskim, a centralą DV w Bydgoszczy oraz należał do najbardziej ruchliwych działaczy niemieckich na tym terenie. Przyczyniło się też to do tego, że DV w powiecie działdowskim nie urządziła w miesiącu sprawozdawczym ani jednego zebrania. Magga - przeciwko któremu zdołano zebrać materiał, kwalifikujący do ukarania go w drodze postępowania karno-administracyjnego i ukarać po myśli at r. 27 prawa o wykroczeniach 4-rotygodniowym aresztem oraz grzywną w wysokości zł. 500 - został przytrzymany przez władze wojskowe pod zarzutem szpiegostwa na rzecz Niemiec. Z tych samych względów aresztowano w Działdowie Ottona Obłudę, Juliusza Dorowskiego, Pawła Senczka, Fritza Zbikowskiego, działaczy JDP oraz Ericha Salewskiego działacza DV /temu ostatniemu udało się zbiec za granicę w ostatniej chwili/. Jak silne wrażenie wywołały te aresztowania, tego najlepszym dowodem fakt, że ogłoszone walne zebranie „Turnverein" w Działdowie zostało przez to stowarzyszenie odwołane. Należy się oczywiście liczyć z tym, iż stan przygnębienia wśród miejscowych Niemców niebawem minie. Niezależnie od tego trzeba nadmienić, iż praca DV na terenie powiatu działdowskiego napotka teraz na poważne trudności. W obecnej sytuacji bowiem, tj. w związku z przyłączeniem powiatu działdowskiego do Województwa Warszawskiego, DV w myśl postanowień dotychczasowego statutu nie może rozwijać swej działalności na terenie tego Województwa. W ścisłym związku z tym pozostaje odezwa, wydana przez DV do wszystkich placówek powiatu działdowskiego, w której cenrala dziękuje wszystkim swym członkom za dotychczasową współpracę i wzywa ich do dalszej wytężonej pracy dla utrwalenia niemieckiego stanu posiadania w Polsce. Oczywiście stan ten należy określić jako przejściowy, gdyż DV będzie się starała znaleźć nową formę pracy organizacyjnej na tym terenie. Wśród członków DV na terenie powiatu kartuskiego wielkie wrażenie wywołało aresztowanie dwóch nauczycieli wędrownych Kühna i Fiedlera. Oprócz tego przytrzymano niejakiego Musala oraz sekretarza Landbundu Trenkla - wszystkich pod zarzutem szpiegostwa. W konsekwencji, również DV na terenie powiatu kartuskiego nie wykazała w okresie sprawozdawczym żadnej działalności.

W Więcborku, w powiecie sępoleńskim, miała miejsce w dniu 6 marca br. konferencja kierowników placówek oraz mężów zaufania DV z powiatu sępoleńskiego. Referat wygłosił Siebert z bydgoskiej centrali DV. W referacie swym położył Siebert specjalny nacisk na usprawnienie akcji pośrednictwa pracy wśród Niemców w Polsce. Chodziło

mu w głównej mierze o to, aby część wolnych rąk udała się do innych dzielnic kraju, a nie trzymała się kurczowo domu rodzinnego.

Zgodnie z zapowiedzią dokonano w Gdyni reaktywowania miejscowej placówki DV. Na zebranie organizacyjne w dniu 18 marca br. przybyło 17 zaproszonych osób. Przemówienie programowe wygłosił delegat centrali DV Adelt. Ciekawszych momentów nie zanotowano. Zarząd ukonstytuował się w następującym składzie:

Prezes Hirsch Robert z Gdyni

Sekretarz - Teschke z Gdyni.

Wypada jeszcze wspomnieć o zebraniu DV w Nowych Mostach, w pow. grudziądzkim, zwołane w dniu 15 marca celem uczczenia pamięci poległych w czasie wojny światowej. Zasługuje on [!] na uwagę z tej przyczyny, iż po zebraniu wywiązała się bójka między Polakami i Niemcami, w wyniku której dwóch Niemców doznało lekkich obrażeń. Incydent ten rozdmuchany przez prasę nie miał poważniejszego charakteru. Trzeba tutaj podkreślić zapobiegliwe i tendencyjne zbieranie materiału jakoby obciążającego Polaków przez Koerbera z Nowych Jankowic. Materiał ten w formie fotografii, kamieni itp. miał służyć senatorowi Hasbachowi do późniejszej interpelacji w Senacie. Koerber jednak, rzekomo na skutek poważnego zainteresowania się tym incydentem ze strony władz bezpieczeństwa, zdecydował się nie dopuścić do interpelacji.

W Kłódce Szlacheckiej, w pow. grudziądzkim, odbyło się zebranie przywódców DV pod przewodnictwem Nordewina Koerbera z Nowych Jankowic. Na uwagę zasługują niektóre fragmenty z przemówienia Koerbera. Według relacji Starosty miał on powiedzieć między innymi:

„Wiecie już, że Litwa przyjęła warunki podyktowane jej przez Polskę. Szkoda, bo ja już byłem pewny, że wybiła dla nas Niemców w Polsce godzina wyzwolenia z pod jarzma polskiego. Gdyby bowiem Polska uderzyła na Litwę, to nie obeszłoby się niewątpliwie bez interwencji Francji i Rosji Sowieckiej, któreby Litwie pomogły. Z tego zamieszania skorzystałby nasz kochany Hitler i zająłby bez rozlewu krwi Pomorze i Poznańskie i bylibyśmy znów wolni. Śmiem jednak przypuszczać, że zgoda między Polską a Litwą długo się nie utrzyma, a wtedy zaś będziemy mogli żywić znowu nową, silną nadzieję".

Walne zebrania z wyborem nowych zarządów odbyła się w następujących placówkach:

1. Kaliska, pow. Kościerzyna. Prezes - Riek Albert, rolnik, zam. w Kaliskach,
Sekretarz - Recknagel Erich, rolnik, zam. w Sikorskiej Hucie.
2. Drzycim, pow. Świecie. Prezes - Sommerfeld Gustav,
Sekretarz - Modrow Hildegarda
3. Warlubie, pow. w. Świecie. Prezes - Lewiński Maks
Sekretarz - Molbrecht Herbert
4. Tczew. Prezes - Jahnke Pauck, zam. w Tczewie
Sekretarz - Lietz Ilse, zam. w Tczewie
5. Zławieś, pow. Toruń. Prezes - Jabs Heinz, zam. w Złejwsi, pow. Toruń
Sekretarz - Witt Robert.

Z okazji święta ku czci poległych w czasie wojny światowej urządziła DV w niektórych placówkach specjalne uroczystości. Tutaj na uwagę zasługuje fakt, że Dr. Studzieński z Wałdowa, jeden z działaczy DV na terenie powiatu świeckiego, otrzymawszy polecenie zorganizowania takiej uroczystości oświadczył, iż jej nie urządzi, aby nie prowokować Polaków.

W marcu br. zostali skazani przez Sąd Grodzki w Tczewie Pusch Werner oraz Kramer Charlotte, członkowie DV, za nielegalne przekroczenie granicy. Pusch został ukarany 3 miesięcznym bezwzględnym aresztem a Kramer została skazana na zapłacenie 100 zł. grzywny oraz na poniesienie kosztów sądowych.

Jak w toku dochodzeń ustalono, wyżej wymienieni otrzymali za specjalnym staraniem centrali bydgoskiej DV w „Deutsche Passstelle" w Bydgoszczy pismo polecające do Konsulatu Niemieckiego w Gdańsku, dokąd udali się legalnie na podstawie dowodu osobistego z poświadczeniem obywatelstwa polskiego. W Konsulacie Niemieckim w Gdańsku po odebraniu im dowodów osobistych wręczono im przepustkę koloru zielonego tzw. Grüner Schein, na podstawie którego z kolei przekroczyli granicę do Niemiec, udając się najpierw do Malborka, a z tamtąd pociągiem tranzytowym do Rzeszy. Trzeba nadmienić, że tego rodzaju ułatwień udzielają władze niemieckie tylko osobom bezwzględnie pewnym pod względem politycznym.

Zebrany materiał przesłany już zresztą do Ministerstwa Spraw Wewnętrznych obciąża znacznie „Deutsche Vereinigung" w Bydgoszczy, „Deutsche Passstelle" w Bydgoszczy oraz Konsulat Niemiecki w Gdańsku, którzy przez wspólne działanie ułatwiają obywatelom polskim narodowości niemieckiej przekraczanie granicy bez paszportu zagranicznego, a więc drogą nielegalną.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebranie	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.	Helden-gedenkfeier	Łączna frekw.
Chełmno	-	-	-	-	3	500
Grudziądz	1	30	-	-	1	30
Gdynia	1	17	-	-	-	-
Kościerzyna	3	135	-	-	1	30
Sępolno	1	25	-	-	5	270
Starogard	-	-	-	-	1	85
Świecie	2	125	-	-	3	160
Tczew	1	40	-	-	2	240
Toruń	3	160	-	-	1	100
Razem:	12	532	-	-	17	1415

Jungdeutsche Partei

Zarząd Główny JDP w Bielsku rozesłał do podległych sobie placówek pismo okólne, w którym domaga się podania konkretnych danych we wszystkich przypadkach cofnięcia Niemcom koncesji alkoholowych, koncesji na broń oraz na sprzedaż wyrobów tytoniowych. Dane te mają dotyczyć nie tylko członków partii lecz wszystkich Niemców zamieszkałych na terenie dawnej placówki, przy czym mają one dać Senatorowi Wiesnerowi podstawę do podjęcia interwencji u władz państwowych.

Analogiczne pismo okólne wydał Zarząd Główny JDP w sprawie obrotu nieruchomościami.

Specjalną rubrykę w okresie sprawozdawczym będą miały uroczystości ku czci poległych w czasie wojny światowej, tzw. „Heldengedenkfeier". Urządziła je JDP prawie we wszystkich placówkach. Odbyły się one przeważnie na zebraniach z szablonowym

programem tj. z przemówieniem, śpiewem i deklamacjami. Momentów natury politycznej na tych uroczystościach zasadniczo nie poruszano.

JDP oprócz normalnych zebrań urządziła w okresie sprawozdawczym 4 zgromadzenia, pomyślane jako dalszy etap akcji zgromadzeniowej, organizowanej pod hasłem: „Unser Kampf um die Einheit der Volksgruppe". Zgromadzenia te miały miejsce w Chełmnie /150/, w Chojnicach /400/, w Tczewie /400/ oraz w Pelplinie, pow. tczewski /70/.

Na zgromadzeniu publicznym w Chełmnie wystąpił jako prelegent Ewald Schulz z Kamienia w pow. sępoleńskim. Wysunął on znane już momenty stwierdzające konieczność zjednoczenia wszystkich Niemców pod sztandarem JDP.

W zgromadzeniu JDP w Chojnicach wzięło udział około 400 osób z terenu całego powiatu. Przemówienia wygłosili Fenner z Bydgoszczy oraz Ewald Schulz z Kamienia. Ciekawszych momentów nie zanotowano.

Placówka tczewska JDP urządziła zgromadzenie publiczne przy udziale około 400 osób. Referat programowy wygłosił Fenner z Bydgoszczy. Starał się on wykazać - utartym zresztą zwyczajem - zasługi JDP, a w następstwie jedyne uprawnienia tej partii do skupienia w swych szeregach wszystkich Niemców znajdujących się na terenie Państwa Polskiego.

Analogiczne zgromadzenie odbyło się w Pelplinie w pow. tczewskim, przy udziale około 70 osób. Referent Walter Kleis z Owczarek, w pow. grudziądzkim, poza wyżej omówionymi już sprawami podniósł jeszcze sprawę reformy agrarnej w Polsce oraz poruszył sprawę żydowską.

JDP w Grudziądzu urządziła w okresie sprawozdawczym konferencję prezesów, sekretarzy i skarbników poszczególnych placówek z powiatu grudziądzkiego, świeckiego i brodnickiego przy udziale około 40 osób. Na konferencji tej niejaki Gorgon, podobno działacz z Poznania, wygłosił referat natury organizacyjno-gospodarczej po czym prezesi i skarbnicy składali sprawozdania z działalności swych placówek.

W Grucznie, w pow. świeckim, odbył się w dniach 25-27 marca zjazd delegatek JDP przy udziale 18 członków z pow. świeckiego, chełmińskiego i grudziądzkiego. Jako referentka wystąpiła Edyta Warmbier z Bydgoszczy. Omawiano sprawy organizacyjne.

W Skarszewach, w pow. kościerskim, odbyło się w dniu 15 marca zebranie kierowników placówek z powiatu kościerskiego, starogardzkiego, tczewskiego, kartuskiego i morskiego pod przewodnictwem Günthera Modrowa z Bączka. Kierownicy placówek, którzy zgromadzili się w liczbie 40 osób, składali sprawozdania ze swej działalności, po czym zabrał głos Modrow, który w swoim przemówieniu poddał ostrej krytyce działalność DV i Landbundu.

W tym samym dniu odbyło się również w Skarszewach zebranie działaczek JDP z pięciu północnych powiatów Pomorza. Przewodnicząca Wautrandt, córka właściciela ziemskiego z pow. tczewskiego, wygłosiła referat o zadaniach i pracy kobiety niemieckiej w gospodarstwie domowym oraz w życiu społeczno-politycznym. Jak wynika z otrzymanych informacji i działalności Modrowa jest on faktycznym kierownikiem JDP w pięciu północnych powiatach Pomorza.

W dniu 15 marca odbyła się w Sępolnie Kraińskim konferencja kierowników placówek oraz mężów zaufania JDP z terenu całego powiatu pod przewodnictwem Ewalda Schulza z Kamienia. Referat programowy wygłosił niejaki Gorgon z Poznania. Wskazywał on między innymi na konieczność utrwalenia niemieckiego stanu posiadania w Polsce oraz nawoływał do sumiennego wypełniania obowiązków względem organizacji. Innych ciekawszych momentów nie poruszył.

W Chełmży, w pow. toruńskim, odbyło się w dniu 16 marca zebranie kierowników i delegatów placówek JDP z powiatu toruńskiego, chełmińskiego i wąbrzeskiego pod przewodnictwem Foerstera z Dąbrówki, w pow. chełmińskim. Obecnych było 70 osób. Jako prelegent wystąpił Fenner z Bydgoszczy. Poza sprawami organizacyjnymi wskazał on na konieczność rozbudowy organizacji oraz szerzej omówił aktualną sprawę parcelacji majątków niemieckich, pouczając zebranych, iż synowie rolników niemieckich mają takie same prawa do parcel z parcelacji państwowej co i Polacy, o co też powinni się jak najusilniej zabiegać. Wskazał on zebranym, iż wnioski o przyznanie parcel winny być kierowane do władz państwowych przez właściwy miejscowo sekretariat JDP.

Specjalny charakter miało zabranie JDP w Starogardzie ze względu na niektóre fragmenty z przemówienia prezesa miejscowej placówki Budwega. Budweg wezwał zebranych do podjęcia energicznej akcji w kierunku powiększenia szeregów JDP, pod adresem zaś tych, którzy stronią od pracy organizacyjnej, zwrócił się z następującymi słowami:

„jeszcze jest czas nawrócić z błędnej drogi, bo trzeba być ślepym, by nie widzieć, że zbliża się czas, w którym poźniejsze opamiętanie może okazać się spóźnione". Po zebraniu obecni komentowali powiedzenie Budwega jako zapowiedź przyłączenia Pomorza do Rzeszy.

Zupełnie już wyraźnie na temat przyłączenia Pomorza do Rzeszy wypowiedział się prezes placówki JDP w Borzechowie, Knop. Mianowicie powiedział on między innymi na zebraniu w dniu 26.03.1938r.:

„narazie jesteśmy jeszcze pod panowaniem Polski, lecz niedługo to trwać będzie, zbliża się bowiem czas, że nasze Pomorze tak samo jak Austria zostanie przyłączone do Rzeszy. Tak będzie a nie inaczej, bo to jest cel naszego Führera, w którego cały świat jest zapatrzony".

Jest rzeczą jasną, że w stosunku do Knopa zostaną wyciągnięte jak najdalej idące konsekwencje, o ile uzyska się potwierdzenie tej wiadomości bez potrzeby demaskowania konfidenta.

JDP w Starogardzie przygotowuje już teraz spisy członków, którzy mają wziąć udział w obozach letnich na terenie Wolnego Miasta Gdańska, organizowanych przez stowarzyszenie „Kraft durch Freude". Otrzymano polecenie, aby wszyscy kandydaci na obóz byli najpierw zaopiniowani przez kierownika placówki NSDAP w Starogardzie, Wasiljewa.

Na zebraniu placówki starogardzkiej JDP w dniu 30.03. br. zapowiedziano odbywanie zebrań dyskusyjnych dla młodych, na których mają być omawiane sukcesy Niemiec hitlerowskich. Junggruppenleiterem mainowany został Hassbach, urzędnik prywatny, zatrudniony w Raiffeisenie. Godnym zanotowania jest fakt powstania nowej placówki JDP w Nowym Wiecu, na terenie powiatu kościerskiego. Placówka ta została założona na życzenie członków JDP z Nowego Wieca i okolicy, należących dotychczas do placówki skarszewskiej JDP, którzy ze względu na znaczną odległość do Skarszew nie mogli uczęszczać regularnie na zebrania.

Skład zarządu tej placówki przedstawia się następująco:

Prezes - Oskar Knorr, lat 39, rolnik z Nowego Wieca.

Sekretarz - Karol Klatt, lat 36, rolnik ze Szczodrowa.

Łącznie z nowopowstałą placówką liczy teraz JDP w powiecie kościerskim 10 placówek.

Na początku marca placówka JDP w Skarszewach przejęła dzierżawę nieruchomości niejakiego Kopitkiego, składającą się z hotelu i składu kolonialnego. Z nieruchomości tej Modrow z Bączka zamierza utworzyć rodzaj domu ludowego. Będą się tam mieściły biura JDP, VDB oraz innych organizacji, ulegających wpływom JDP.

Imprezą o znaczeniu propagandowym była jednodniowa wystawa, urządzona przez JDP w dniu 20 marca w Kościerzynie pod nazwą „Das Deutsche Bauernhaus". Z inicjatywą urządzenia tej wystawy wystąpił Modrow z Bączka. Celem jej było zobrazowanie zwiedzającym, w jaki sposób można urządzić tanio gospodarstwo domowe przy szczupłych możliwościach rolników. Analogiczna wystawa zostanie zorganizowana w pierwszych dniach kwietnia w Tczewie.

W lokalu Klubu Niemieckiego w Starogardzie otwarto w dniu 23 marca wystawę robót ręcznych, zorganizowaną przez JDP.

Walne zebrania z wyborem nowych zarządów odbyły się w następujących oddziałach:

1. Owczarki, pow. Grudziądz, Prezes - Kleis Walter, zam. w Owczarkach, pow. Grudziadz, Sekretarz - Dirks Ulrich, zam. w Mokrym, pow. Grudziądz.

2. Chełmża, pow. Toruń, Prezes - Friedrich Erich zam. w Skąpym, pow. Toruń, Sekretarz - Schoenkel Maks, zam. w Skąpym, pow. Toruń.

Dla wyczerpania całokształtu działalności JDP trzeba jeszcze wspomnieć o akcji Modrowa na terenie Skarszew, idącej w kierunku uniezależnienia Niemców w dziedzinie handlu od kupiectwa polskiego. Wyrazem tych dążeń jest otwarcie w Skarszewach dwóch składów rzeźnickich przez Niemców oraz projektowane otwarcie składu bławatów. Tej akcji bojkotowej przeciwstawia się solidarnie całe społeczeństwo polskie Skarszew.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebranie i zgrom. publ.	Łączna frek.	Imprezy	Łączna frekw.	Heldenge-denkfeier	Łączna frekw.
Brodnica	2	80	-	-	4	150
Chełmno	2	185	-	-	3	210
Chojnice	1	400	-	-	-	-
Działdowo	2	30	-	-	-	-
Grudziądz	2	55	-	-	-	-
Kartuzy	4	105	-	-	2	170
Kościerzyna	4	185	-	-	6	540
Morski	1	12	-	-	3	110
Sępolno Kr.	1	28	-	-	3	265
Starogard	4	330	-	-	1	300
Świecie	2	140	-	-	2	300
Tczew	4	550	-	-	2	245
Toruń	4	155	-	-	-	-
Tuchola	-	-	-	-	2	55
Razem:	33	2255	-	-	28	2345

NSDAP

Konsulat Generalny Rzeszy Niemieckiej w Toruniu przeprowadza obecnie, przy pomocy działaczy NSDAP, rejestrację wszystkich obywateli Rzeszy, zamieszkałych na Pomorzu.

NSDAP, na równi z innymi niemieckimi ugrupowaniami politycznymi, urządziło odrębne obchody ku czci poległych w czasie wojny światowej. W tradycyjnych przemówieniach z okazji tych obchodów wygłoszonych, starano się nawiązać do ostatnich wypadków w Austrii, wyrażając radość z przyłączenia jej do Rzeszy. Kierownictwo Krajowe rozesłało do kierowników poszczególnych obwodów NSDAP pismo okólne, w którym poleca im przystąpić do przygotowań w związku z wyjazdem członków w dniu 10 kwietnia 1938r. do Niemiec, celem wzięcia czynnego udziału w zapowiedzianym na ten dzień plebiscycie.

Dnia 23 marca odbyła się w Skarszewach, w pow. kościerskim, konferencja kierowników oddziałów NSDAP z powiatów kościerskiego, starogardzkiego, kartuskiego i tczewskiego, przy udziale 10 osób. Konferencji tej przewodniczył konsul Hoffmann z Gdyni, sprawujący zarazem funkcję kierownika obwodu gdańskiego NSDAP. Tematem obrad była sprawa plebiscytu w Rzeszy: Zadecydowano, iż wszyscy obywatele niemieccy udadzą się w dniu 10 kwietnia do Sopot, gdzie wsiądą na statek niemiecki, na którym dokonają aktu głosowania po wypłynięciu na wody międzynarodowe. Charakterystyczną jest zapowiedź zwrotu kosztów podróży i utrzymania niezamożnych Niemców przez NSDAP wzgl. Konsulat. Świadczy to o tym, iż Rzeszy zależy na tym, aby jaknajwięcej obywateli niemieckich, zamieszkałych w Polsce wzięło udział w głosowaniu.

Trzeba zanotować, iż na skutek interwencji Konsula Hoffmanna z Gdyni doszło wreszcie do zgody pomiędzy Holzem Brunonem kierownikiem skarszewskiej placówki NSDAP a pastorem Draheimem. W ten sposób zakończył się bojkot pastora Draheima przez czynniki skrajne nacjonalistyczne.

W Toruniu odbyła się w dniu 23 marca br. konferencja obwodu toruńskiego NSDAP. Poruszano na niej sprawę wzięcia udziału w plebiscycie w dniu 10 kwietnia br. Postanowiono zwrócić się do władz kolejowych z prośbą o uruchomienie dwóch specjalnych pociągów na linii Toruń-Iława Niem., oraz Bydgoszcz-Piła, by umożliwić Niemcom z tego terenu spełnienie swego obowiązku obywatelskiego.

Na zebraniu kierowników NSDAP powiatu toruńskiego, odbytym w dniu 11 marca, poruszono sprawę wysyłki dzieci na kolonie letnie do Niemiec oraz sprawę rozdziału zboża siewnego.

Akcja NSDAP w kierunku rozbudowy swych przybudówek organizacyjnych DAF i NS Frauenschaft, zapoczątkowana w zeszłym miesiącu sprawozdawczym dała dotychczas bardzo słabe wyniki.

Zebrania NSDAP zwołane w powiecie kartuskim dla zorganizowania sekcji DAF nie skończyły się kompletnym fiaskiem. Mimo silnej agitacji nikt nie zdecydował się na zapisanie do DAF. Jedynie przy placówce NSDAP w Tczewie udało się założyć sekcję DAF, do której zapisało się dotychczas 13 członków. Na kierownika sekcji został powołany Arndt Eberhardt, z zawodu biuralista, zam. w Tczewie. Członków werbowano z przyrzeczeniem, że będą mogli wziąć udział w wycieczkach w Niemczech, organizowanych przez „Kraft durch Freude".

Założona w zeszłym miesiącu placówka NS Frauenschaft odbyła swoje zebranie miesięczne przy udziale około 40 kobiet. Omówiono sprawę wzięcia udziału w plebiscycie w dniu 10 kwietnia br.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.	Heldenge-denkfeier	Łączna frekw.
Brodnica	-	-	-	-	2	230
Chełmno	1	50	-	-	1	120
Chojnice	-	-	-	-	1	100
Działdowo	-	-	-	-	1	50
Grudziądz	-	-	-	-	1	80
Kartuzy	2	60	-	-	1	100
Kościerzyna	2	45	-	-	2	98
Sępolno Kr.	1	25	-	-	1	50
Świecie	-	-	-	-	1	70
Tczew	1	25	-	-	1	27
Toruń	4	105	-	-	2	850
Wąbrzeźno	-	-	-	-	1	230
Razem:	11	310	-	-	15	2005

2. *Przegląd prasy*

O bieżących zagadnieniach politycznych prasa niemiecka zamieszczała sprawozdania informacyjne bez własnego naświetlania, posługując się utartym zwyczajem źródłami berlińskimi i gdańskimi.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

„Verband deutscher Katholiken" w Chojnicach urządził w dniu 20. marca br. imprezę przy udziale około 270 osób. Chór kościelny z Tczewa wystąpił ze śpiewem o podłożu ściśle religijnym, „Deutsche Bühne" w Grudziądzu dało jedno przedstawienie w związku z uroczystościami ku czci poległych w czasie wojny światowej.

W Osiu, w pow. świeckim, założono stowarzyszenie biblioteczne pod nazwą „Deutscher Bücherei-Verein". Na członków zapisało się 19 osób. Do zarządu weszli Kinder Waldemar z Osia jako prezes i Piotrowski Kurt z Osia jako sekretarz. Identyczne stowarzyszenie założono w Skarszewach w pow. kościerskim. Stowarzyszenie liczy narazie 15 członków. Na prezesa powołano Jana Partickela właściciela majętności Borka, koło Skarszew. Biblioteka mieścić się będzie w mieszkaniu Heleny Manthey w Skarszewach.

W Toruniu wystąpiła „Deutsche Bühne" z Bydgoszczy dając jedno przedstawienie przy udziale około 350 osób.

Wypada jeszcze wymienić odczyt prof. La Baume z Gdańska, zorganizowany przez stowarzyszenie „Coppernicusverein" w Toruniu, na temat „Rolnictwa w czasach przedhistorycznych" oraz koncert fortepianowy Edith Picht-Axenfeld z Berlina zorganizowany przez toruński „Verein der Kunstfreunde".

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekwencja
Chojnice	-	-	1	270
Grudziądz	-	-	1	1 500
Kościerzyna	1	15	-	-
Sępolno Kr.	1	40	-	-
Świecie	1	19	-	-
Toruń	1	150	4	720
Tuchola	1	30	-	-
Razem:	5	254	6	2 490

4. *Życie gospodarcze zawodowe*

Landbund Weichselgau

Działalność zebraniowa Landbundu obracała się w zwykłych ramach. Przedmiotem obrad były sprawy rolniczo-fachowe, kulturalno-oświatowe, w niektórych wypadkach zaś omówiono również przepisy rozporządzenia o granicach państwa.

Zgodnie z zapowiedzią urządził Landbund dalsze kursa dla niemieckiej młodzieży rolniczej zrzeszonej w Junglandbundzie. Kursa takie miały miejsce w Grudziądzu, przy udziale 18 słuchaczy z powiatów: chojnickiego, sępoleńskiego, świeckiego i grudziądzkiego oraz w Tczewie, przy udziale 16 osób z powiatu tczewskiego, starogardzkiego, kościerskiego, kartuskiego i morskiego. Kursa te miały na celu, jak już nadmieniono w poprzednim sprawozdaniu, wyszkolenie uczestników na wzorowych przewodników Junglandbundu przez zapoznanie ich z obowiązującymi ustawami i rozporządzeniami, interesującymi rolników oraz organizacje mniejszości niemieckiej w Polsce. Walny zjazd dla dokonania wyboru władz naczelnych odbył się w Grudziądzu dnia 15 marca przy udziale 110 delegatów.

Zjazdowi przewodniczył prezes Rady Nadzorczej Joachim Krüger ze Starego Torunia. Wybrano nowy zarząd w dawnym składzie z senatorem Hasbachem Erwinem z Hermanowa, pow. starogardzkiego na czele. Zanotowano powstanie nowych placówek Junglandbundu w Drożdżenicy pow. Tuchola oraz w Dębogórach w pow. kościerskim.

Otrzymano informację, iż w początkach kwietnia ma odbyć się w Niemczech zjazd niemieckiego Landbundu. Na zjazd ten wyjechał właściciel majątku Stefanowo w pow. morskim, Penner Reinhard, w charakterze przedstawiciela Landbundu z Pomorza polskiego. Przewiduje się jeszcze, że w zjeździe tym weźmie udział cały szereg rolników z województw poznańskiego i pomorskiego.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebranie	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekwencja
Brodnica	1	17	-	-
Chełmno	1	30	-	-
Działdowo	3	65	-	-
Grudziądz	2	130	-	-
Kościerzyna	7	205	-	-
Lubawski	1	15	-	-
Morski	1	20	-	-
Sępolno	1	80	-	-
Świecie	1	20	-	-
Tczew	1	16	-	-
Toruń	1	24	1	400
Tuchola	4	85	-	-
Razem:	24	707	1	400

Verein Deutscher Bauern

VDB rozwija normalną działalność zebraniową. przedmiotem obrad są przede wszystkim sprawy rolniczo-fachowe w związku z zasiewami wiosennymi.

W marcu powstał nowy Oddział VDB w Liniewie, w pow. kościerskim, w miejscowości. gdzie najsilniej zakorzeniony jest Landbund i DV. Trzeba nadmienić, że z oddziału Landbundu w Liniewie, mimo silnej agitacji JDP i VDB, wystąpił dotychczas zaledwie jeden członek. VDB w miejscowości tej stara się pozyskać członków z pośród Niemców, którzy stali się poza Landbundem. Skład zarządu oddziału tego przedstawia się następująco:

Prezes - Albert Voss, rolnik z Liniewa

Sekretarz - Bruno Jonas, rolnik z Głodowa

Istniejące w powiecie tczewskim 3 koła VDB mimo wzmożonej propagandy nie zdołały powiększyć liczby swych członków. W okresie sprawozdawczym odbyły się walne zebrania we wszystkich trzech kołach, na których wybrano nowe zarządy, w dotychczasowym składzie. Kierownik obwodowy tej organizacji postanowił zwiększyć liczbę członków przez zwerbowanie ich z pośród warstw bezrobotnych. W tym celu rozgłosił, że nowo przyjęci członkowie zostaną skierowani do robót na terenie W.M. Gdańska. Akcja ta jednak nie rokuje poważnych widoków powodzenia.

Na terenie powiatu starogardzkiego odbyło VDB jedno zebranie w Skórczu.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekwencja
Kościerzyna	2	50	-	-
Starogard	1	20	-	-
Tczew	3	70	-	-
Razem:	6	140	-	-

Spółdzielnie

Dnia 5 marca 1938 r. odbyło się zebranie obwodu działdowskiego Związku Spółdzielni Wiejskich Województwa Pomorskiego, przy udziale około 100 osób. Zebraniu przewodniczył dyrektor Wohlmann z Grudziądza. Wohlmann omówił ogólną gospodarkę miejscowych spółdzielni niemieckich wykazując, iż związek reprezentuje dość poważny kapitał, co daje możność należytego rozwoju niemieckiego życia gospodarczego. Poruszono też sprawę wzmocnienia aktywności w dziedzinie spółdzielczości mleczarskiej oraz sprawę udzielenia pożyczek rolnikom- Niemcom, którzy ponieśli jakiekolwiek klęski żywiołowe oraz których gospodarstwa podupadły.

Analogiczne zebranie miało miejsce w Grudziądzu. W zebraniu Związku Spółdzielni Wiejskich obwodu VI, obejmującym powiat grudziądzki oraz północną część powiatu świeckiego, wzięło udział około 50 osób. Referaty z zakresu spółdzielczości wygłosili dyrektor Wohlmann oraz Dr. Joachim Gramse z Grudziądza.

W dniu 23 marca odbyło się w Grudziądzu walne zebranie „Landwirtschaftliche Haupthandelsgenossenschaft" przy udziale 25 osób. Wybrano nowy zarząd w następującym składzie:

Prezes - Moetzel Friedrich, kupiec z Grudziądza

Zastępcy prezesa - Blum Eugen, kierownik spółdzielni w Grudziądzu oraz Geppert Richard, kupiec z Brodnicy.

W Sępolnie odbyło się w dniu 23 marca 1938r. zebranie członków Spółdzielni Rolniczo-Handlowej „Bauerngenossenschaft" pod przewodnictwem Müllera Kurta z Grochowa. Obecnych było 75 osób. Kierownik Spółdzielni Korthals Reinhold /obywatel niemiecki/ zdał sprawozdanie z działalności spółdzielni. Sprawozdanie wykazało znaczne zmniejszenie obrotów w porównaniu z poprzednim okresem. Wynikło to, zdaniem Korthalsa, z tego, iż niektóre majątki odsprzedają swoje produkty w innych miejscach. Na uwagę zasługuje jeszcze referat wygłoszony przez niejakiego Petscha, dyrektora Grosshandelsgesellschaft z Gdańska, który omówił rolę polityczną spółdzielni w walce o utrzymanie niemieckiego stanu posiadania.

Placówka wąbrzeska Związku Spółdzielni Wiejskich zwołała również w okresie sprawozdawczym zebranie, przy udziale około 100 osób. Zebraniu przewodniczył Dr. Gramse z Grudziądza. Omówiono sprawy spółdzielni mleczarskich oraz kas „Raiffeisena".

[...]

6. *Życie sportowe*

W dniu 10 marca odbyło się w Chojnicach walne zebranie Stowarzyszenia „Verein für Leibesübungen", przy udziale około 45 członków. Wybrano nowy zarząd w następującym składzie:

Prezes - Felskow Hugo z Chojnic

Sekretarz - Meifert Willi z Chojnic

Uchwalono zająć się intensywnie sportem wodnym.

W Kościerzynie miejscowy „Deutscher Sportverein" odbył swoje walne zebranie. Nowy zarząd ukonstytuował się w następującym składzie:

Prezes - Frick Otto, zamieszkały w Kościerzynie

Sekretarz - Ruhnke Bruno, zamieszkały w Kościerzynie.

Stowarzyszenie „Concordia" w Nowym, w pow. świeckim, na walnym zebraniu wybrało nowy zarząd w następującym składzie:

Prezes - Goliński Willi z Nowego,

Sekretarz - Sager Walenty z Nowego.

W Sośnie, w pow. sępoleńskim, powstało nowe stowarzyszenie pod nazwą „Deutscher Sing- und Sportverein Sośno und Umgebung". Członków zapisało się ogółem 15. Narazie stowarzyszenie to nie objawia szerszej działalności.

Na walnym zebraniu „Turnervereinu" w Tucholi wybrano nowy zarząd. Zarząd wybrano w dawnym składzie. Turnerverein w Tucholi liczy obecnie 31 członków, którzy rekrutują się w większości z członków JDP.

Na publiczny pokaz gimnastyki, urządzonej przez toruński „Turnerverein" przybyło około 450 osób z wicekonsulem dr. Coenem na czele.

Stowarzyszenie Wioślarskie „Ruderverein" odbyło swoje doroczne walne zebranie, na którym wybrano ponownie dotychczasowy zarząd.

7. *Życie wyznaniowe*

W Grudziądzu odbyła się w dniach od 1 do 4 marca misja dla ewangelicko-unijnej młodzieży męskiej, w której brało udział około 30 młodych Niemców z pow. grudziądzkiego. Misją kierował pastor Brauer z Obornik. Wygłoszono cały szereg referatów o podłożu ściśle religijnym.

Na uwagę zasługuje działalność pastora Horna w pow. działdowskim, który wykazuje dużo ruchliwości, organizując młodzieżowe „Bibelstunden" w Iławie i w Narzymiu.

8. *Różne*

W początkach kwietnia odbędzie się w Gdańsku zjazd NS Lehrerbundes Gau Danzig przy udziale senatora oświaty Becka.

Zjazd ma rozpocząć się 1 kwietnia i potrwać 2 dni. Należy przypuszczać, że na ten zjazd przybędą też przedstawiciele organizacyj niemieckich z Pomorza i Poznańskiego.

„Männergesangverein" w Chojnicach odbył w okresie sprawozdawczym swoje walne zebranie. Nowy zarząd ukonstytuował się w następującym składzie:

Prezes - Stockelbrandt Erhardt z Chojnic

Sekretarz - Janowitz z Chojnic.

W związku z powiększeniem terytorium województwa pomorskiego z dniem 1 kwietnia br. stała się aktualna sprawa powiększenia liczby urzędników Konsulatu Rzeszy Niemieckiej w Toruniu. Narazie Konsulat ma otrzymać dwóch nowych urzędników, a po zlikwidowaniu „Deutsche Passtelle" w Bydgoszczy zostanie jeszcze zasilony urzędnikami tego biura.

[...]

069

12.4.1939: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Zwischenfälle der letzten Zeit

12 IV 1939r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Incydenty w ostatnim okresie

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4606

W uzupełnieniu juzogramu z dnia 12.IV br. w sprawie nastrojów i sytuacji na Pomorzu Urząd Wojewódzki Pomorski zgłasza następujące wypadki wystąpień antypaństwowych:

1. Edyta Ehrlichmannówna, córka właściciela hotelu „Dwór kościerski" w Kościerzynie /hotel jest wystawiony na subhastę/ rzekomo wyraziła się: „Jeżeli subhasta przetrwa do miesiąca maja br. to stan ten się zmieni, gdyż w tym czasie przyjdą Niemcy". Zarządzono przeprowadzenie szczegółowych dochodzeń.

2. Dnia 3.IV br. w Wejherowie, w czasie inkasowania pieniędzy, przedstawiciel firmy gdańskiej „Danziger Mühlenwerke G.m.b.H.", niejaki Piotrowski, rozsiewał wiadomości, że „Gdańsk przejdzie w ręce niemieckie", oraz, że „Rzesza zamierza zbudować autostradę przez Pomorze do Prus Wschodnich". Dochodzenia w toku.

3. Dnia 10.IV br. w Osowie, w powiecie starogardzkim, został przytrzymany Fritz Schwanke, obywatel polski, narodowości niemieckiej za rozgłaszanie wieści, iż „Niemcy wkrótce zabiorą Bogumin i Pomorze". Sprawę skierowano do decyzji właściwego Prokuratora.

4. Przytrzymany w dniu 10.IV br. Leingarten Maks ze Starogardu /tut. sprawozdanie nr. Sp PN 491 z dnia 11.IV br. poz.4/, został w dniu 11.IV.br. zwolniony z aresztu i oddany pod dozór policyjny.

5. Höltke Henryk, obywatel niemiecki, narodowości niemieckiej, na terenie fabryki drutu i lin stalowych „Klauke" we Włocławku miał się wyrazić: „Polacy stale w Gdańsku prowokują i zaczepiają Niemców, ale kiedyś Polska tego pożałuje". Sprawę przekazano właściwym władzom prokuratorskim.

6. Dnia 5.IV br. został przytrzymany Müller Albert z Włocławka za rozsiewanie nieprawdziwych wieści o rychłym wkroczeniu Hitlera do Polski. Na zarządzenie władz sądowych Müller został w dniu 6.IV br. osadzony w areszcie prewencyjnym.

W powiecie wyrzyskim zanotowano fakt prowokacyjnego zachowania się Alberta Goltza z Czajcza do ludności polskiej. M.in. jeździł on w późnych godzinach wieczornych samochodem po wsi Czajcze i zaczepiał stojących na drodze Polaków, świecąc lampką kieszonkową w oczy.

Jedynie opanowaniu się zaczepianych zawdzięczać należy fakt, iż nie doszło do zajścia.

Prowokacyjne wystąpienia Goltza wywołało wśród miejscowych Polaków wielkie oburzenie.

Ofensywna postawa ludności polskiej przeciwko Niemcom trwa. W nocy z dnia 8. na 9.IV br. nieznani sprawcy wybili szyby w mieszkaniu Niemca Edwarda Drewsa /optant/ w Kobylu, w powiecie kościerskim. Z dotychczasowych dochodzeń wynika, że Drews zachowywał się prowokacyjnie przy zbieraniu ofiar na FON, przy czym rzekomo miał się wyrazić: „Jak Hitler przyjdzie i zajmie Pomorze, to zrobi porządek". Powyższe nasuwa podejrzenie, iż wybryku dopuściła się miejscowa młodzież polska, która w ten sposób zamanifestowała swoje oburzenie. Dochodzenia trwają.

Dnia 10.IV br. w Osowie w powiecie starogardzkim doszło do bójki między dwoma robotnikami Polakami z 2-ma Niemcami. Przyczyną bójki miał być fakt, iż Niemcy rzekomo ujemnie wyrazili się o Polsce. Wszczęto dochodzenie.

W nocy z dnia 9. na 10.IV br. nieznani sprawca przewrócili tablicę orientacyjną przy kościele ewangelickim w Świeciu. Na tablicy tej znajdował się napis /zasmarowany już uprzednio żółtą farbą/ w języku polskim i niemieckim: „Droga prywatna".

Tej samej nocy zasmarowano farbą napis w języku niemieckim na szyldzie sklepu Engleholma w Świeciu. Dochodzenia w toku.

Dnia 9.IV br. w Topolinkach w powiecie świeckim niewykryci dotychczas sprawcy wybili w oknach domu karczmarza Pollitza Jana /Niemca/ 60 szyb.

Dnia 10.IV br. w Ostrowie, w pow. wąbrzeskim, w mieszkaniu rolnika Fryderyka Krügera zebrało się około 20 Niemców celem ćwiczenia lekcji śpiewu. Miejscowi Polacy podrażnieni głośnym śpiewem zebranych rozpędzili. Do poważniejszych zajść nie doszło.

Tego samego dnia w czasie zabawy członków oddziału „Deutsche Vereinigung" w Wałdowie w pow. sępoleńskim /100 uczestników/ około godz. 23-ej weszło na salę 4 Polaków, którzy zażądali od orkiestry zagrania hymnu „Jeszcze Polska nie zginęła". Zebrani na sali Niemcy w popłochu poczęli opuszczać lokal. Polacy wysłuchali w postawie na baczność hymnu, po czym spokojnie opuścili salę.

Zabawę po pewnym czasie wznowiono, kontynuowało ją jednak zaledwie 50 osób. Zarządzono przeprowadzenie szczegółowych dochodzeń.

Z szeregu punktów granicznych napływają meldunki o wybitnym zmniejszeniu się ruchu pieszego na granicy, przy czym z Niemiec w okresie przed świątecznym przeszło do Polski zaledwie kilka osób. W porównaniu do poprzednich lat ilość ta jest bardzo mała. Nasuwa się przypuszczenie, iż władze niemieckie wstrzymują wyjazdy z Niemiec do Polski, celem zapobiegnięcia rozpowszechnianiu wieści o istotnych nastrojach panujących w Rzeszy.

Dnia 29.III br. udał się za przepustką graniczną do Niemiec Feliks Patok z Kartoszyna, pow. morskiego. Mimo upływu 6-ciu dni ważności przepustki, nie wrócił on dotychczas do Polski. Również nie wrócił do miejsca swego zamieszkania Jakub Budnik z Żarnowca, powiatu morskiego, który w dniu 3.IV br. udał się za przepustką graniczną do Rzeszy.

Nasuwa się podejrzenie, iż zostali oni zatrzymani przez władze niemieckie.

O powyższym powiadomiono właściwą placówkę konsularną.

Dnia 11.IV br. o godz. 21-szej krążył przez dłuższy czas nad Orłowem samolot gdański. Około 21.30 wypuścił on dwie czerwone rakiety, po czym odleciał w stronę Gdańska.

Z przedpola powiatu chojnickiego uzyskano ze źródeł konfidencjonalnych następujące niesprawdzone informacje:

Określenie Pomorza nazwą „Korridor" ma być obecnie zastąpione nazwą „Warteraum" /ziemia wyczekująca/.

Wyjeżdżający do Gdańska handlarze opowiadają, iż urzędnicy celni gdańscy nakłaniali obywateli polskich, aby zapisywali się na członków „Jungdeutsche Partei", przy czym dowodząc, że Pomorze najdalej za pół roku zostanie wcielone do Rzeszy, sugerowali rozmówcom, iż zyskują ci, którzy wówczas należeć będą do organizacyj niemieckich.

W czasie od 25.III do 4.IV br. zarządzono rzekomo w oddziałach SS i SA w Gdańsku ostre pogotowie, koncentrując wzmiankowane oddziały w okolicy Marienburga względnie Altmark. Obecnie oddziały te przebywają w Gdańsku, przy czym poszczególni członkowie w rozmowach stwierdzają, że „źle się stało, że Polska zawarła układ z Anglią".

Za Wojewodę

[Podpis nieczytelny]

070

15.4.1939: Wojewodschaft in Toruń an das Innenministerium. Fernschreiben über Zwischenfälle

15 IV 1939r.: Urząd Wojewódzki w Toruniu do MSW. Juzogram dot. zajść

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4606

Na terenie fabryki „Persil" dążenia do usunięcia z pracy wszystkich pracowników narodowości niemieckiej obywateli polskich, znajdują się w stadium realizacji. Dnia 14

kwietnia br. robotnicy Polacy usunęli jednego Niemca nazwiskiem Stoeckmann, który jednakże nie chciał opuścić terenu fabryki. W związku z tym został przez jednego z robotników polskich uderzony w twarz, przez kilku innych lekko poturbowany. Na skutek powyższego w dniu wczorajszym nie podjęli się pracy, mimo przybycia na teren fabryki, inż. Weissig i 9-ciu pracowników fizycznych. Na skutek zapewnienia robotników, że żądania ich rozpatrzone będą życzliwie, postanowiono zaniechać dalszych wystąpień samodzielnych i zgłoszono prośbę o usunięcie z fabryki dwóch Niemców i Polaka Lewandowskiego Bogusława, który dawniej zmuszał robotników do mówienia po niemiecku. W dniu 13 bm. o godz. 22.30 w Grążawach pow. brodnicki powstała bójka, w której pobity został Niemiec Kurt Fanzelau. Napastnicy - Polacy zadali Fanzelauowi kilka ran tłuczonych. Lekarz stwierdził lekkie uszkodzenie ciała. Powodem bójki było to, że Fanzelau będąc w towarzystwie Buchy Wł., Polaka, zaczął wychwalać w restauracji stosunki niemieckie i śpiewać pieśni niemieckie. Prowokowani chłopi polscy przychwycili F. i pobili go. Dochodzenie w toku. Prokurator powiadomiony. Akcja niemiecka - ucieczki Niemców, obywateli polskich za granicę nie ustaje /pow. grudziądzki/. W dniu 19.[!] bm. przez Straż Graniczną w Łasinie zatrzymany został Herzberg August, który już od dłuższego czasu werbował Niemców z różnych okolic kraju i przemycał ich za opłatą do Prus Wschodnich. Herzberg dnia 11 bm. został odstawiony do Sądu Grodzkiego w Grudziądzu. W dalszym ciągu zachodzą wypadki naruszenia granicy przez niemieckie samoloty. Na terenie powiatu kartuskiego w szczególności na odcinku gminy Parchowo, samoloty przelatują w liczbie 3-4 granicę, krążą bardzo nisko nad terytorium polskim i penetrują teren przygraniczny, zapuszczając się aż do Sierakowic.

Podobne wypadki notowano w powiecie morskim, wyrzyskim, w Gdyni otrzymano informację, że dnia 13 bm. o godz. 14.30 dwa samoloty dwupłatowe, których znaków rozpoznawczych nie ustalono, leciały ponad brzegiem morza od strony Gdańska w kierunku polskiej budki granicznej przy morzu i przekraczały granicę polsko-gdańską. O godz. 16-tej tego samego dnia niemiecki dwupłatowiec ze swastyką na sterze, przekroczył granicę polsko-gdańską na odległość 180 mtr. lecąc na wysokości 200 mtr. Po przekroczeniu granicy obniżył lot do 40 mtr. i wtedy zostały ustalone znaki rozpoznawcze DE-STX. W samolocie znajdowało się dwóch ludzi i jeden z nich, jak informowano, dokonywał zdjęć fotograficznych. Władze wojskowe zostały o tym powiadomione.

Ustalono, że Niemcy rozpoczęli budowę szosy na odcinku Sampohl-Neuguth-Neuhof. Przy budowie zatrudnionych jest około 300 osób, przy czym robotnicy ci pochodzą z Moraw i Czech i pomieszczeni są w specjalnie na ten cel pobudowanych barakach. Z szeregu źródeł otrzymano informacje, że po stronie niemieckiej coraz uporczywiej i systematycznie rozpowszechniane są wiadomości o prześladowaniu Niemców w Polsce. Wiadomości te idą po linii twierdzenia, że Niemcy w Polsce przed biciem i maltretowaniem uciekają na teren W.M. Gdańska. Wiadomości te podawane są również przez prasę niemiecką. Do akcji pożyczki obrony przeciwlotniczej Niemcy ustosunkowują się niejednolicie. W większości wypadków stosunek jest negatywny, ale notuje się też fakty, jak np. w powiecie brodnickim właściciel majątku ziemskiego Niemiec Lehmann Wilhelm złożył w K.K.O. miasta Brodnicy kwotę 6 000 zł. na P.O.P.. Ponadto 1 000 zł. z ramienia Związku Gorzelanych. Za nielegalne przekroczenie granicy z Niemiec do Polski w powiecie wyrzyskim ujęto niejakiego Hohlwega Ewalda, który rzekomo pracował jako robotnik rolny na folwarku pod Pazewalkiem w Niemczech. Mówił on, że w Niemczech jest bieda z powodu braku środków żywnościowych, pracodawca jego nie miał placka na święta, gdyż władze zakazały wypieku ciast i placków.

Wyjeżdżającym za paszportem do Polski zakazuje się mówić o stosunkach w Niemczech i grozi się im surowymi karami za zdradę kraju.

W dniu 13 bm. został na polecenie Prokuratora Niemiec Behrendt Franciszek, robotnik rolny w powiecie sępoleńskim za to, że wobec większego grona osób miał oświadczyć: „Hitler niedługo tutaj przyjdzie i Polakom zaśpiewa Aleluja". Z terenu W.M. Gdańska uzyskano informację, iż pewne czynniki rozpowszechniają tam tendencyjne wieści, że w dniu 19 bm. wkroczyć ma do Gdańska wojsko niemieckie, a równocześnie zostanie zajęte Pomorze, tak, by w dniu 20 bm. jako w dniu urodzin Hitlera sprezentować mu W.M. Gdańsk i Pomorze jako już przyłączone do Rzeszy. Niemcy w Gdańsku rozpowszechniają poza tym tendencyjne wersje, jakoby z terenu Polski Niemcy masowo uciekali do Gdańska, rzekomo w celu ujścia prześladowania. W szczególności te wersje sieją Niemcy w środowiskach, gdzie uważają, że dotrą one do ludności polskiej.

Za Wojewodę
S. Cichalewski
Naczelnik Wydziału

071

Mai 1939: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (April 1939)

Maj 1939r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4610

I. *Sytuacja ogólna*

Zaobserwowana w miesiącu marca atmosfera podniecenia, buty i pewności siebie mniejszości niemieckiej na Pomorzu również i w bieżącym okresie sprawozdawczym nie uległa naogół poważniejszym zmianom. W dalszym ciągu mnożyły się wypadki antypaństwowych wystąpień, przy czym za rozgłaszanie nieprawdziwych wieści, lżenie Państwa i Narodu Polskiego oraz podobne przestępstwa osadzono w areszcie 73 osoby, a dochodzenie wszczęto przeciwko dalszym 61 osobom. Do umacniania Niemców w ich rewizjonistycznych nadziejach niewątpliwie w wielkiej mierze przyczyniły się przenikające z poza Kordonu i terenu W.M. Gdańska wieści o rychłym zajęciu Pomorza i Gdańska przez Rzeszę, dalej, nastawienie niemieckiej prasy zagranicznej, która zdecydowanie wrogo ustosunkowała się do Polski, nadzieje te pogłębiło. Coprawda mniejszość niemiecka unika otwartego wypowiadania swych istotnych przekonań i prawie zupełnie odseparowuje się od żywiołu polskiego, nie mniej jednak o powszechności przekonań rewizjonistycznych m.in. świadczyć mogą fakty zwiększonej emigracji do Rzeszy, przeważnie mężczyzn w wieku wojskowym oraz minimalny udział Niemców w subskrypcji pożyczki przeciwlotniczej. Wprawdzie nie stwierdzono jakiejś zorganizowanej akcji przeciwko podpisywaniu pożyczki, jednak Niemcy naogół subskrybowali albo małe kwoty, albo w ogóle uchylali się od wzięcia w niej udziału. Mowy Hitlera w Reichstagu w dniu 28.IV br. Niemcy na tutejszym terenie słuchali po kilka osób przy prywatnych odbiornikach. Zbiorowego słuchania mowy nie zanotowano. Z okazji 50-lecia urodzin Hitlera DV i JDP nie zorganizowały specjalnych obchodów. Na zebraniach jedynie poszczególni referenci rozwodzili się na temat genialności i zasług Hitlera dookoła ugruntowania potęgi „Wielkich Niemiec". Mimo wybitnie bojowego

nastawienia ludności polskiej wobec wszystkiego co niemieckie, ruch zebraniowy organizacyj niemieckich utrzymał się na poziomie ubiegłego miesiąca. Wydany przez zarząd główny „Deutsche Vereinigung" w Bydgoszczy okólnik w sprawie zorganizowania „Święta Pracy" łącznie z „Świętem Matki" nie był przez poszczególne placówki respektowany i obchodów takich nie urządzano.

Na zebraniach DV i JDP referenci poruszali przedewszystkim aktualną sytuację polityczną i apelowali do zebranych, by wytrwali i zachowali spokój „do czasu".

NSDAP urządziła 4 obchody „Tag der Arbeit" oraz zorganizowała 4 imprezy ku uczczeniu 50-lecia urodzin kanclerza Hitlera.

[...]

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Zarząd Główny DV w Bydgoszczy wydał w okresie sprawozdawczym dwa pisma okólne. W pierwszym z nich centrala DV zobowiązuje poszczególne oddziały do urządzenia dorocznego święta majowego „Tag der Arbeit", w drugim zaleca w miarę możności łączyć je ze świętem „Muttertag" oraz obchodzić je wspólnie z sekcjami kobiecymi JDP. Działalność organizacyjna DV zamyka się w miesiącu sprawozdawczym urządzeniem 28 zebrań przy łącznym udziale 898 członków. Kilka z tych zebrań z uwagi na treść wyłonionych referatów zasługuje na szersze omówienie. I tak:

Dnia 20.IV br. oddział w Bydgoszczy urządził przy udziale 37 uczestników obchód 50-lecia urodzin kanclerza Hitlera. Okolicznościowe przemówienie wygłosił Gero v. Gersdorff z Bydgoszczy. Przedstawił on pokrótce życiorys Hitlera, przy czym podkreślał jego zasługi i genialność, którą - zdaniem mówcy - najdobitniej unaoczniają ostatnie zdobycze terytorialne Rzeszy, osiągnięte bez rozlewu krwi. W dalszych wywodach referent zaznaczył, że aneksja kraju kłajpedzkiego bynajmniej nie jest ostatnim posunięciem Hitlera, gdyż - jak stwierdził - w bliskiej przyszłości w granice Rzeszy niewątpliwie wcielone zostaną jeszcze inne ziemie. Z kolei Gersdorff podał zebranym do wiadomości, iż dr. Kohnert osobiście złożył Hitlerowi życzenia w imieniu wszystkich Niemców w Polsce. Referent zakończył swoje przemówienie apelem do zebranych, by jako obywatele polscy wprawdzie okazywali lojalność w stosunku do Państwa Polskiego, przede wszystkim jednak - jak się zastrzegał - Niemcy winni siły swoje poświęcić walce o interesy i dobro niemieckiej grupy narodowej w Polsce. Na temat aktualnej sytuacji politycznej i zasług Hitlera w kierunku ugruntowania potęgi Rzeszy Gero v. Gersdorff wygłosił przemówienie w Tarkowie, w pow. inowrocławskim /50 osób/, oraz dnia 27.IV br. na zebraniu w Sępolnie Kr. /62 osoby/, gdzie po naświetleniu obecnej sytuacji politycznej dementował pogłoski o tym, jakoby w Niemczech ludzie przymierali głodem. W dalszych wywodach Gersdorff w ostrych słowach zaatakował prasę polską, gdyż - jak się wyraził - rozsiewa ona fałszywe wiadomości o Trzeciej Rzeszy, a Niemcy w Polsce - nawoływał - takim złośliwym insynuacjom nie powinni dać wiary. W końcu wspomniał jeszcze o licznych wystąpieniach antyniemieckich.

Na uwagę zasługuje również przemówienie przewodniczącego Anklama Ericha, wygłoszone na zebraniu bydgoskiego oddziału DV, urządzonego w dniu 27.IV br. przy udziale 52 osób. Referent omówił pokrótce obecną sytuację polityczną, przy czym zaznaczył, że „jeśli Polska zaczepi Rzeszę, Niemcy będą mieli powód do zaatakowania terenów byłego zaboru pruskiego".

Nawiązując do powyższego mówca radził zachowywać zimną krew, nie dać się sprowokować i cierpliwie czekać na wielką przemianę, gdyż - jak oświadczył - „co niemieckie było, przejdzie pod niemieckie panowanie". W dalszych wywodach Anklam poruszył sprawę pożyczki przeciwlotniczej, przy czym zaznaczył, iż pożyczka ta prawdopodobnie nie wypadnie zbyt korzystnie, o czym - według zdania mówcy - świadczy choćby fakt, że „Polska już od 15 lat zbiera fundusze na łódź podwodną ‚Treviranusa', a jeszcze do obecnej chwili łodzi tej zbudowano". Pod koniec Anklam wezwał zebranych do gremialnego wzięcia udziału w obchodzie „Dnia Pracy", mającego się odbyć w Bydgoszczy w dniu 04.05 br. Anklam wygłosił przemówienie na zebraniu młodych członków DV w Bydgoszczy /32 uczestników/. Na wstępie Anklam nawiązując do aresztowania Fenskego, korespondenta biura prasowego „Deutsches Nachrichtenbüreau" w Berlinie, wezwał zebranych do utrzymywania w ścisłej tajemnicy przebiegu zebrań, radził również nie utrzymywać kontaktu z Polakami. W dalszych wywodach omówił aktualną sytucję polityczną, po czym zaznaczył, że „Hitler w odpowiednim momencie" znajdzie się ze swymi dywizjami tam, gdzie się go od dawna oczekuje. Z kolei Anklam podał do wiadomości, że od 15.05 br. młodzi członkowie DV mają odbywać wycieczki rowerowe do tych miejscowości, w których mniejszość niemiecka szczególnie jest narażona na „napaści" ze strony Polaków, a to w celu podniesienia tych Niemców na duchu. Przemówienie swoje Anklam zakończył wezwaniem, by wszyscy Niemcy z uwagi na agresywną postawę ludności polskiej stanęli do twardej walki o interesy mniejszości niemieckiej w Polsce.

O ostatnich „ekscesach antyniemieckich" m.in. szeroko rozwodził się na zebraniu w Rynarzewie w powiecie szubińskim prezes miejscowego oddziału Poll Walter z Zurczyna, który wezwał zebranych 20 członków do wytrwania, gdyż - jak zaznaczył - „ziemia, na której zamieszkują od 800 lat jest zamieszkiwaną przez Niemców".

Wendler Helmut z Laskowic na zebraniu oddziału DV w Siemkowie, w powiecie szubińskim, wezwał zebranych do współpracy i solidarności, gdyż - jak zaznaczył - Niemcy będą skutecznie mogli bronić swych praw tylko wtedy, jeśli będą zjednoczeni.

Potrzebę wytrwania i jednoczenia się poruszył jeszcze Gero von Gersdorff na zebraniu w Sępolnie Kr., przy czym jako wzór stawiał Polaków, którzy pozostając przez 150 lat w niewoli zdołali wywalczyć sobie wolność i zapewnić niepodległość. W związku z wypadkami bicia szyb w mieszkaniach Niemców, Gordon Franz na zebraniu w Laskowicach wezwał zebranych do zachowania spokoju i nieprowokowania Polaków. Na wzmiankę zasługuje jeszcze fragment przemówienia Thomsa Johanna z Wąbrzeźna, wygłoszonego na zebraniu w Grzybnie, w powiecie brodnickim, w którym Thoms wezwał zebranych do lojalnego ustosunkowania się do zarządzeń władz polskich, przy czym radził również nie uchylać się od obowiązku subskrybowania pewnych kwot na POP.

Na zebraniu członków zarządów oddziałów DV z terenu powiatów sępoleńskiego, tucholskiego i chojnickiego, odbytego w dniu 14.04 br. w Sępolnie Kr., Waldemar Adelt radził bezwzględnie zachować spokój, ograniczać się w zwoływaniu zebrań, a tylko donosić o wszelkich wystąpieniach antyniemieckich centrali, która ze swej strony spowoduje senatora Hasbacha do wniesienia interwencji u władz centralnych.

Na zebraniu w Wieżycy, w powiecie kartuskim, Adelt wezwał zgromadzonych, by nie poddawali się panice oraz by nie emigrowali do Rzeszy, tak jak to czynią członkowie JDP. Dalej referent podał jeszcze do wiadomości sankcje karne przewidziane za rozsiewanie nieprawdziwych wieści oraz oświadczył, że DV do akcji zbiórkowej na POP za-

sadniczo ustosunkowuje się pozytywnie. Inne zebrania momentów godnych podkreślenia nie nasuwają.

Wyboru nowego zarządu dokonano na zebraniu oddziału DV w Sępolnie Kr. w dniu 23.04 br. przy udziale 100 osób.

W skład zarządu weszli:
prezes - Wegner Otto z Sępolna Kr. ,
sekretarz - Hahs z Niechowa, oraz
skarbnik - Priebe Erich z Sępolna Kr. .

Wykaz statystyczny

Starostwo	Zebrania i zgromadzenia	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.
Brodnicki	2	42	-	-
Bydgoszcz m.	4	149	-	-
Bydgoszcz p.	2	48	-	-
Inowrocław p.	3	190	-	-
Kartuski	1	9	-	-
Kościerski	1	25	-	-
Sępoleński	4	198	-	-
Szubiński	4	87	-	-
Świecki	3	62	-	-
Toruń p.	2	41	-	-
Tucholski	1	35	-	-
Wąbrzeski	1	12	-	-
Razem:	28	898	-	-

Deutscher Volksverband in Polen

Działalność zebraniowa „Deutscher Volksverband in Polen" za miesiąc kwiecień br. ogranicza się do zorganizowania czterech zebrań członkowskich, przy łącznym udziale około 76 osób.

Na wzmiankowanych zebraniach omówiono w pierwszym rzędzie sprawy organizacyjne, po czym poruszono aktualne zagadnienia polityki międzynarodowej. Na jednym z nich - miało ono miejsce w dniu 12.04 br. we wsi Działy, w powiecie włocławskim - przedyskutowano sprawę ustosunkowania się [do] pożyczki na obronę przeciwlotniczą. Jeden z obecnych, niejaki Papke Reinhold, wypowiedział się zdecydowanie za poparciem akcji na rzecz POP sugerując zebranym, iż władze polskie niewątpliwie życzliwiej odniosą się do organizacji, której członkowie wezmą gremialny udział w subskrypcji omówionej pożyczki. Apel Papke'ego pozostał jednak bez echa; zebrani ustosunkowali się doń bardzo niechętnie, co wyrażało się między innymi w tym. iż nikt z obecnych nie chciał podjąć zbiórki na ten cel po niemieckich domach prywatnych.

Na tym samym zebraniu poruszono jeszcze sprawę założenia nowego koła organizacji gospodarczej „Landbund Weichselgau". Po zapoznaniu obecnych z celami tej organizacji 3 osoby zgłosiły chęć przystąpienia do nowego koła.

Pozostałe zebrania odbyły się w następujących oddziałach:

1. dnia 12.04 br. we wsi Cetki, pow. Rypin, przy udziale 20 osób.

2. dnia 28.04 br. w Witkowie, pow. lipnowskiego, przy udziale 15 osób oraz
3. dnia 24.04 br. w Makowcu, pow. lipnowskiego /23 osoby/.

Jungdeutsche Partei

Centrala JDP w Bielsku zwróciła się do podległych sobie jednostek organizacyjnych z pismem okólnym, w którym zaleca, by poszczególne placówki podały w jakich miejscowościach władze nie zezwalały na zorganizowanie obchodów ku czci poległych oraz czy wzmiankowane imprezy były pomyślane jako zgromadzenie, zebranie czy też uroczystość.

W piśmie okólnym nr. 152 wymieniona centrala zobowiązuje poszczególne placówki do przedkładania sprawozdań o wypadkach rzekomego ucisku, stosowanego wobec członków niemieckiej grupy narodowej w Polsce. Kierownictwo okręgu bydgoskiego JDP rozesłało pismo okólne, w którym wzywa podległe sobie jednostki organizacyjne do podjęcia akcji zbiórkowej na rzecz Niemców, poszkodowanych jakoby na skutek terroru ze strony ludności polskiej.

Modrow Günther, faktyczny kierownik okręgu północno-pomorskiego JDP skierował do podległych mu oddziałów okólnik nr. 18 w sprawie zgłaszania dzieci do szkół niemieckich oraz pismo okólne, w którym odwołuje doroczne uroczystości, organizowane z okazji święta narodowo- socjalistycznego „Tag der Arbeit", przy czym motywuje swoje polecenie okolicznością, iż Niemcy nie znajdują się obecnie w takiej sytuacji, by obchodzili uroczystości.

„Jungdeutsche Partei" urządziło w miesiącu kwietniu 1 zgromadzenie i 23 zebrań przy łącznej frekwencji 1 591 uczestników.

Dnia 02.04 br. odbyło się w Starogardzie, zgromadzenie miejscowego oddziału JDP przy udziale 600 uczestników. Jako mówcy wystąpili inż. Wiesner z Bielska, Modrow Günther z Bączka oraz Fenner z Bydgoszczy. Wiesner w przemówieniu swym wskazał na stały rozwój organizacji JDP, stwierdzając, iż zdoła ona zgrupować w swoich szeregach masy uświadomionych Niemców, którzy nieustępliwie domagać się będą przysługujących mniejszości niemieckiej w Polsce praw. W dalszych wywodach referent nadmienił, iż Niemcy w Polsce jakoby są uciskani, przy czym zaznaczył, że w Rzeszy mniejszość polska korzysta rzekomo z[e] znacznie większej swobody. Reasumując swoje wywody, mówca stwierdził, że Niemcy w Polsce, nie zrażą się przeciwnościami i pójdą wytrwale w wytkniętym kierunku. Pod koniec Wiesner wezwał zebranych do podjęcia wzmożonej pracy dla dobra partii, nadmieniając, że ci, którzy w obecnej chwili stronią od ruchu narodowo-socjalistycznego kiedyś niewątpliwie tego pożałują.

Modrow w przemówieniu swoim omówił sprawy organizacyjne partii i potrzebę większego zdyscyplinowania wśród członków. Treść referetu Fennera nie wniosła momentów godnych podkreślenia.

Z odbytych w kwietniu zebrań na szersze uwzględnienie zasługuje zebranie członków JDP, które odbyło się w dniu 01.04 br. w Toruniu, przy udziale 250 osób, w obecności przedstawicieli PP z terenu powiatu chełmińskiego i wąbrzeskiego.

Jako prelegenci wystąpili inż. Wiesner z Bielska oraz Fenner z Bydgoszczy. Fenner omówił aktualne sprawy organizacyjne, po czym nawiązując do naprężonej sytuacji politycznej wezwał zebranych do wytrwania w pracy nad pogłębieniem idei narodowego socjalizmu oraz do zachowania równowagi duchowej, jako niezawodnego środka zwycięstwa. Wiesner w przemówieniu swoim zobrazował 5-cio letnią pracę nad rozwojem organizacji JDP, wskazując, że kierownicy partii w czasie tym nie tylko wywalczyć musieli odpowiednią pozycję organizacji u władz Państwa Polskiego, ale i borykać się

z przeciwnościami, jakie spotykały ich ze strony przeciwników partyjnych oraz tych Niemców, którzy - jak się wyraził - są szkodnikami ruchu narodowo-socjalistycznego. W dalszych wywodach referent wezwał słuchaczy, by nie zrażali się przeciwnościami, gdyż walka, którą prowadzi JDP jest walką nie tylko o byt generacji obecnej, lecz walką, która winna niemieckiej grupie narodowej w Polsce zapewnić w przyszłości rozwój oraz osiągnięcie należnych jej praw. Zwołany na dzień 01.04 br. zjazd członków zarządów oddziałów z terenu powiatu wyrzyskiego został rozwiązany. Władze stanęły na stanowisku, iż [statut] JDP nie przewiduje urządzania tego rodzaju zjazdów. Zresztą wzmiankowany zjazd nie był nawet zgłoszonym w miejscowym Starostwie. Na zjazd przybyło 28 osób z powiatu wyrzyskiego oraz inż. Wiesner z Bielska oraz Fennerem i Bertramem Helmutem z Bydgoszczy. Na innych zebraniach poszczególni referenci omówili aktualną sytuację polityczną, ostatnie zdobycze Rzeszy i wysiłki Hitlera dookoła ugruntowania potęgi „Wielkich Niemiec". Sprawy te poruszyli w Wysokiej Wsi w powiecie tucholskim prezes miejscowego oddziału Kühn /wezwał on również do zgłaszania o wszelkich wystąpieniach antyniemieckich/, w Starogardzie Pech Maks i Dreus Paul z okazji uczczenia 50-lecia rocznicy urodzin kanclerza Hitlera, w Wejherowie przewodniczący Döhler w dniu 19 i 23.04 br. / z okazji uczczenia 50-lecia urodzin Hitlera/ oraz w Pucku, w powiecie morskim, przewodniczący Loth Erich, który nawiązując do wytworzonej sytuacji radził wytrwać, a działanie i decyzję pozostawić Hitlerowi. Wymieniony poruszył w dalszym ciągu swego przemówienia sprawę bezrobocia wśród Niemców w Polsce, przy czym podał zebranym do wiadomości, iż każdy członek JDP, który okaże zaświadczenie właściwego oddziału otrzyma posadę w Gdańsku.

Zachować wszelkie możliwe środki ostrożności w wypowiadaniu swych myśli i unikać kontaktu z Polakami, radził Hempel Ernest z Chełmna na zebraniu miejscowego oddziału w dniu 21.04 br. /27 osób/.

O potrzebie konsolidacji i spoistości wśród członków rozwodził się Engelage na zebraniu w Ciężkowie w powiecie szubińskim oraz niejaki Kindel w Połęczynie, w powiecie kartuskim.

Frydrychowicz na zebraniu w Wysokiej Wsi /pow. tucholski/ poruszył potrzebę kolonii dla Niemiec.

Oddział JDP w Grudziądzu zaproponował dla miejscowej placówki DV wspólne urządzenie obchodu „Tag der Arbeit" w dniu 30.04 br. DV na propozycję tę zgody nie wyraziła motywując swoją odmowną decyzję naprężoną sytuacją, która - jak zaznaczyła - nakazuje wstrzymać się od wszelkich imprez i zebrań.

Według otrzymanych informacji, Modrow z Bączka miał zwrócić się w drodze poufnej do poszczególnych placówek z poleceniem, aby wstrzymały się od urządzania zebrań do 15.05 br., licząc na to, iż sytuacja międzynarodowa do tego czasu się wyjaśni.

Na wzmiankę zasługuje jeszcze fakt, iż JDP zamierza stworzyć fundusz zapomogowy, celem przyjścia z pomocą materialną osobom oraz firmom niemieckim dotkniętym bojkotem gospodarczym. Ponadto należy jeszcze nadmienić o zainicjowanej na terenie powiatu świeckiego przez miejscowych działaczy JDP akcji bojkotu składów i towarów polskich. Akcję taką zaobserwowano m.in. w Grudziądzu i w W. Komarsku w powiecie świeckim.

Starostwo	Zebrania i zgromadzenia	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.
Bydgoszcz p.	1	35		
Chełmińskie	1	27		
Grudziądz p.	1	60		
Inowrocław p.	3	103		
Kartuski	1	13		
Morski	3	59		
Sępoleński	4	118		
Starogardzki	3	738		
Szubiński	2	65		
Tczewski	1	40		
Toruń p.	1	250		
Tucholski	3	83		
Razem:	24	1 591		

NSDAP

Pomimo tego, iż sprawa reorganizacji kierownictw obwodowych NSDAP na Pomorzu została już zdecydowana w pierwszej połowie lutego br., nasunęło się jednak w międzyczasie cały szereg trudności. Kierownictwo krajowe NSDAP w Warszawie znalazło się bowiem przed całym szeregiem postulatów wysuniętych w sprawie siedziby nowego kierownictwa obwodowego. Postulaty te, poruszone już w styczniu zarówno ze strony dotychczasowych kierownictw obwodowych w Toruniu, Bydgoszczy i Starogardzie, jak i ze strony Generalnego Konsula Rzeszy Niem. w Toruniu v. Küchlera, zostały podniesione z nową siłą na przełomie marca i kwietnia br. W rezultacie kierownictwo krajowe po rozpatrzeniu wszystkich dezyderatów przychyliło się ostatecznie do tego, aby siedzibę nowego kierownictwa obwodowego umiejscowić w Bydgoszczy. Nowy kierownik obwodowy, Walter Schnitzer z Poznania, został już przeniesiony do „Deutsche Passstelle" w Bydgoszczy i przystąpił do normalnego urzędowania. Jak wynika z jego pierwszych posunięć dąży on w pierwszym rzędzie do likwidacji dotychczasowych kierownictw obwodowych w Toruniu, Bydgoszczy i Starogardzie, która nastąpi natychmiast po ostatecznym zmontowaniu całego aparatu nowego kierownictwa obwodowego. Należy się więc liczyć z tym, iż w niedługim czasie - w wyniku przeprowadzonej reorganizacji - wszystkie placówki NSDAP na Pomorzu podlegać będą bezpośrednio nowemu kierownictwu obwodowemu w Bydgoszczy.

Ruch zebraniowy NSDAP jest nadal bardzo skromny /zaledwie 7 zebrań/. Przyczyniło się do tego niewątpliwie zarządzenie kierownictwa obwodowego w Bydgoszczy, zalecające poszczególnym placówkom wstrzymanie się od urządzania zebrań względnie imprez w czasie od 1 kwietnia do 15 maja br., z uwagi na negatywne ustosunkowanie się społeczeństwa polskiego do miejscowych Niemców, wzrastające coraz bardziej w miarę rozwoju wypadków międzynarodowych.

Mimo jednak wydania wzmiankowanego zarządzenia odbyły się w drugiej połowie kwietnia w czterech miejscowościach obchody, zorganizowane z okazji 50-lecia urodzin Kanclerza Rzeszy oraz w trzech miejscowościach doroczne obchody „Tag der Arbeit".

Obchody 50-lecia urodzin Kanclerza Hitlera miały miejsce:

1. dnia 20 kwietnia br. w Bydgoszczy, przy udziale 150 uczestników

2. dnia 21 kwietnia br. w Grudziądzu, przy udziale 100 uczestników

3. dnia 22 kwietnia br. w Starogardzie, przy udziale 130 uczestników oraz 4 dnia 22 kwietnia br. w Toruniu, przy udziale 180 obywateli niemieckich z terenu powiatu toruńskiego i wąbrzeskiego.

Na obchód w Bydgoszczy i w Grudziądzu jako przedstawiciel Niemieckiego Konsulatu Generalnego przybył konsul von Küchler z Torunia. W Starogardzie reprezentował Konsulat dr Simon, a w Toruniu wicekonsul Graff i dr Zimmermann.

Konsul von Küchler wygłosił w Bydgoszczy i Grudziądzu okolicznościowe przemówienie, w którym przedstawił zasługi Hitlera dokoła ugruntowania potęgi i wielkości Rzeszy, przy czym zaznaczył, iż obchody 50-lecia urodzin Kanclerza zadokumentować mają przywiązanie wszystkich Niemców do „Führera". W dalszych wywodach mówca zobrazował wysiłki Hitlera w kierunku zaprowadzenia w Europie nowych porządków oraz zcharakteryzował trudności, na jakie napotyka Kanclerz Rzeszy ze strony państw demokratycznych. Küchler zakończył swoje przemówienie życzeniem, by wódz narodu niemieckiego zapoczątkowane dzieło, zmierzające do uporządkowania stosunków europejskich doprowadził do pomyślnego rozwiązania.

W Bydgoszczy na uwzględnienie zasługuje jeszcze przemówienie Zelbera Ernesta. Apoteozował on genialność Hitlera, dalej szeroko rozwodził się nad ostatnimi zdobyczami terytorialnymi Rzeszy, a w końcowych fragmentach podkreślał jej znaczenie na forum międzynarodowym. Przemówienie przewodniczącego Wilimziga w Grudziądzu nie wniosło momentów godnych podkreślenia.

W Starogardzie jako mówcy wystąpili przewodniczący Blaschke Johann z Pelplina, Kullmann z Tczewa oraz dr Simon z Torunia. Ten ostatni zwrócił się do zebranych z apelem, by w związku z naprężoną sytuacją polityczną zachowali spokój i nie zwracali uwagi na wystąpienia antyniemieckie podejmowane ze strony elementów nieodpowiedzialnych.

W Toruniu zabrali głos dr Zimmermann, Finger oraz wicekonsul Graff, który wygłosił referat na temat „Adolf Hitler i Wielkie Niemcy". Graff przedstawił w krótkich zarysach historię i rozwój Niemiec za Fryderyka Wielkiego, Bismarcka i Hitlera, który - jak wywodził - dzięki swej genialności doprowadził Niemcy do szczytu potęgi. Z kolei referent wyliczył wszystkie ostatnie pociągnięcia faktyczne Kanclerza i przeprowadzone bez rozlewu krwi aneksje „ziem niemieckich", zaznaczając, że tylko Hitlerowi Niemcy zawdzięczać mogą obecną mocarstwowość „Wielkiej Rzeszy" oraz fakt, iż dzisiaj z III Rzeszą liczy się cały świat. Finger w przemówieniu swym ograniczył się do podania szczegółowego życiorysu Hitlera.

Reasumując przebieg wspomnianych imprez stwierdzić należy, iż tegoroczne obchody urodzin Kanclerza Hitlera odbyły się w skromniejszych ramach niż w latach ubiegłych. Na podkreślenie zasługuje również okoliczność, że u zebranych obywateli niemieckich nie zaobserwowano nastroju i entuzjazmu, okazywanego dotychczas na tego rodzaju obchodach.

Doroczne obchody „Tag der Arbeit" odbyły się:

1. dnia 23.04 br. w Starogardzie, przy udziale 100 obywateli niemieckich i gdańskich,

2. dnia 29.04 br. w Bydgoszczy, przy udziale 120 uczestników, oraz

3. dnia 30.04 br. w Toruniu, przy udziale 220 obywateli niemieckich z terenu powiatu toruńskiego i wąbrzeskiego.

W Starogardzie jeszcze przed rozpoczęciem zebrania przed lokalem Klubu Niemieckiego zebrała się w celach demonstracyjnych grupa młodzieży w liczbie 20 osób.

Demonstranci rozproszyli się dopiero wskutek interwencji policji. Wymienionego lokalu przez cały czas trwania obchodu strzegło 2 policjantów. Po zagajeniu obchodu przez konsula v. Küchlera z Torunia wygłosił przemówienie dr Kolbe z Niemiec na temat sytuacji międzynarodowej. Jako drugi mówca wystąpił Wiebe z Jelenia, który ograniczył się do omówienia sukcesów polityki Hitlera.

W Bydgoszczy jako mówcy wystąpili konsul Wenger i dr Kolbe z Amberg /Niemcy/. Wenger omówił w krótkich wywodach charakter urządzanej uroczystości, zaznaczając, że o ile przed tym obchód „Tag der Arbeit" był raczej świętem proletariatu, o tyle obecnie został wyniesiony do godności święta narodowego, mającego na celu zamanifestowanie wierności wszystkich Niemców do ideologii narodowego socjalizmu. Z kolei zabrał głos dr Kolbe, który w wywodach swoich podkreślił, iż kanclerz Hitler dąży do wprowadzenia nowych stosunków w Europie i to bez rozlewu krwi, drogą rokowań i porozumień z innymi państwami.

Przemówienia dr Kolbego, konsula Küchlera i dr Zimmermanna w Toruniu nie różniły się treścią od przytoczonych wyżej. W Toruniu wieczorem /po odbyciu obchodu/ odbyła się zabawa taneczna przy udziale 120 osób.

NSDAP

Wykaz statystyczny

Starostwo	Zebrania i zgromadzenia	Łączna frekw.	Imprezy	Łączna frekw.
Bydgoszcz m.	2	270		
Sępoleński	1	50		
Starogardzki m.	2	155		
Toruń m.	2	400		
Razem:	7	875		

2. *Przegląd prasowy*

W tonie i sposobie redagowania prasy niemieckiej żadnych zmian nie zauważono. Własnych artykułów, zasadniczej treści, prasa ta nie podawała.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Centrala „Verband Deutscher Katholiken" w Poznaniu rozesłała do poszczególnych placówek pismo okólne, w którym omawia sprawę organizacji kolonii letnich dla dzieci niemieckich. Koło VDK w Drożdziennicy urządziło zebranie w dniu 18.04 br. przy udziale 39 członków. Na zebraniu omówiono sprawy organizacyjne.

Dnia 02.04 br. „Deutsche Bühne" odegrała w Toruniu sztukę teatralną pod tytułem „Verhör um Mitternacht", przy udziale 280 osób.

Innych przejawów działalności organizacji kulturalno-oświatowych, godnych podkreślenia, nie zanotowano.

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Landbund Weichselgau urządził w bieżącym okresie sprawozdawczym 77 zebrań przy łącznym udziale 402 członków. Na zebraniach wygłaszano referaty ściśle fachowo-rolnicze. W dyskusji m.in. poruszano aktualną sytuację polityczną.

Verein Deutscher Bauern ograniczył się do urządzenia 1 zebrania w dniu 15.04 br. w N. Barkoczynie, w powiecie kościerskim, przy udziale 12 osób. Na zebraniu tym poruszano sprawy wyłącznie gospodarcze.

We-la-ge urządziło w kwietniu dwa zebrania i to:

1. dnia 15.04 br. w Inowrocławiu, przy udziale 30 uczestników. Na zebraniu tym niejaki Kluskowski z Poznania wygłosił referat na temat ustaw oddłużeniowych i odszkodowaniach przy parcelacji majątków,

2. dnia 24.04 br. we Wółkach, w powiecie bydgoskim, przy udziale 12 członków. Omawiano sprawy gospodarcze.

Wykaz statystyczny

a) Landbund Weichselgau
b) Verein Deutscher Bauern
c) We-la-ge

Starostwa	Zebrania i zgromadzenia			Łączna frekw.			Imprezy			Łączna frekw.		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c
Bydgoszcz p.	-	-	1	-	-	12	-	-	-	-	-	-
Chełmiński	1	-	-	28	-	-	-	-	-	-	-	-
Chojnicki	2	-	-	42	-	-	-	-	-	-	-	-
Grudziądz p.	1	-	-	39	-	-	-	-	-	-	-	-
Inowrocław m.	-	-	1	-	-	30	-	-	-	-	-	-
Kościerski	2	1	-	50	25	-	-	-	-	-	-	
Sępoleński	1	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-
Starogardzki	1	-	-	30	-	-	-	-	-	-	-	-
Świecki	1	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-
Tczewski	1	-	-	30	-	-	-	-	-	-	-	-
Toruń p.	2	-	-	46	-	-	-	-	-	-	-	-
Wąbrzeski	3	-	-	97	-	-	-	-	-	-	-	-
Razem:	15	1	2	402	25	42	-	-	-	-	-	-

Wirtschaftsverband Städtischer Berufe

Starosta Powiatowy w Wyrzysku decyzją z dnia 28.04 br. zarządził zlikwidowanie sekretariatu Wi-sta-be w Wyrzysku, stać na stanowisku, iż statut tej organizacji istnienia takiej końcówki nie przewiduje [!].

W miesiącu sprawozdawczym Wi-sta-be urządziła dwa zebrania w powiecie toruńskim i to:

1. dnia 12.04 br. w Chełmży, przy udziale 7 członków. Poruszano sprawy czysto fachowe, przy czym m.in. zastanawiano się nad urządzeniem kursu buchalteryjnego dla członków.

2. dnia 19.04 br. w Toruniu, przy udziale 22 członków. Zebranie miało charakter dorocznego walnego zebrania. Nowy zarząd konstytuował się w następującym składzie:

mąż zaufania - Westphal Franz

ławnicy - Krüger Werner, Szymański Arno i Kittler Robert.

5. *Życie sportowe*

Dnia 16.04 br. stowarzyszenie gimnastyczne „Männer Turnverein Bromberg" urządziło w Bydgoszczy pod przewodnictwem Mielkego Fryderyka pokazy gimnastyczne, przy udziale około 600 uczestników. Mielke wygłosił krótkie przemówienie po-

witalne, w którym m.in. wskazywał na konieczność wyrobienia sprawności fizycznej i hartowania woli młodzieży niemieckiej, co - jak zaznaczył - szczególnie potrzebne jest w obecnej sytuacji politycznej. Z kolei nastąpiły pokazy gimnastyczne, po których odbyła się zabawa taneczna.

6. *Życie wyznaniowe*

W czasie od 12 do 16.04 br. odbył się w Zakładzie Diakonów w Ciężkowie, w powiecie szubińskim, Tydzień Śpiewu Kościelnego przy udziale 41 uczestników obojga płci z terenu województwa pomorskiego i poznańskiego. Kierownikiem kursu był pastor Dinkelmann Henryk z Ciężkowa. Przewidziany jako dyrygent śpiewu pastor Franke z Nowego Miasta nie przybył. W miejsce jego zaangażowano pastora Henkela Marcina z Nowego, powiatu świeckiego. Nie przybył również zaproszony z Niemiec dr Struve. W dniu zakończenia kursu przybył do Ciężkowa pastor Distelkamp z Wysokiej, powiatu wyrzyskiego oraz Warmbier Edyta z Poznania. Wymienieni wzięli udział w pożegnaniu uczestników kursu. Przebieg samego kursu, momentów godnych uwagi nie nasunął.

Z dniem 20.04 br. z ramienia Konsystorza Ewangelickiego rozpoczął się 3 miesięczny kurs dla ewangelickiej młodzieży żeńskiej w Zakładzie Ewangelickiej Młodzieży w Ciężkowie, w powiecie szubińskim, pod przewodnictwem pastora Dinkelmanna przy udziale 20 uczestniczek z terenu województw pomorskiego, poznańskiego, lwowskiego, stanisławowskiego i wołyńskiego.

[...]

072

August 1939: Der Wojewode in Toruń an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1939)

Sierpień 1939r.: Wojewoda w Toruniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1939r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4610

I. *Sytuacja ogólna*

Działalność zebraniowa niemieckich organizacyj politycznych była w ciągu lipca w dalszym ciągu bardzo słaba. Zmniejszenie się aktywności tych organizacyj w ciągu miesięcy letnich jest coprawda objawem normalnym, znajdującym swe wytłumaczenie w tym, iż większość ich członków rekrutuje się z pośród rolników, zaabsorbowanych w tym czasie robotami w polu, z drugiej zaś strony obecna sytuacja polityczna i bojowe nastroje społeczeństwa polskiego nie pozostają bez wpływu na zaobserwowane zjawisko. Najmniejszą ruchliwość okazała JDP, która odbyła na całym terenie województwa pomorskiego zaledwie 3 zebrania swoich placówek. Wprawdzie okręg bydgoski JDP czynił pewne wysiłki w tym kierunku, aby pobudzić życie organizacyjne, wydając nawet specjalne pismo okólne, zobowiązujące pewne placówki do odbycia w ciągu lipca zebrań zarządu, wysiłki te pozostały jednak bezskuteczne. Starania DV w kierunku uaktywnienia w tym okresie życia organizacyjnego, pomimo stosunkowo silnych nacisków ze strony centrali w Bydgoszczy, nie dały również spodziewanych efektów. Odbiciem tych starań będzie pismo okólne, wydane przez centralę DV, w którym dr. Kohnert wykorzystując fakt zawieszenia placówki DV w powiecie nowotomyskim wskazuje na konieczność większej ruchliwości organizacyjnej, co według jego interpretacji - jest „nietylko obowiązkiem ruchu, lecz także życzeniem władz". Okólnik ten jednak nie wywołał w terenie spodziewanego wrażenia, skutkiem czego centrala uznała za wskazane - dla podtrzymania ruchu zebraniowego przynajmniej na

dotychczasowym poziomie - wydelegować kilku swoich pracowników, którzy wystąpili w szeregu miejscowościach z przemówieniami propagandowymi. Ponieważ jednak delegaci centrali deklamowali między innymi o potrzebie lojalności wobec Państwa Polskiego, przemówienia ich były przyjmowane bez entuzjazmu, a nawet z pewnego rodzaju rozczarowaniem.

Niezależnie od prób, zmierzających do ożywienia ruchu organizacyjnego w terenie, podjęła centrala DV w drugiej połowie lipca czynności przygotowawcze do walnego zgromadzenia delegatów, przewidzianego w myśl par. par. 8 i 9 zatwierdzonego statutu stowarzyszenia. Jako dzień walnego zgromadzenia wyznaczyła ona 31 sierpnia br., przy czym zobowiązała podległe sobie jednostki organizacyjne do wyboru delegatów na walny zjazd w terminie do dnia 10 sierpnia br. Tegoroczne walne zgromadzenie delegatów ma się odbyć - jak wynika z zapowiedzi - w ramach znacznie skromniejszych, niż w latach poprzednich. Wbrew dotychczasowym zwyczajom nie wezmą bowiem w nim udziału goście, z uwagi na obecną, naprężoną sytuację międzynarodową.

Niemieckie organizacje kulturalno-oświatowe, społeczne, sportowe oraz gospodarczo-zawodowe były prawie zupełnie bezczynne.

[...]

Nastroje wśród Niemców na Pomorzu nie uległy w ciągu lipca żadnej widocznej zmianie. Ze źle ukrywanym podnieceniem śledzą oni dalszy bieg wypadków międzynarodowych, a ukryte nadzieje odnośnie rychłego powrotu do Rzeszy odżywają w nich na nowo. Trzeba coprawda przyznać, iż obecnie coraz rzadziej uzewnętrzniają oni swe przekonania, z uwagi na to, iż zdecydowana reakcja władz sądowych i prokuratorskich, występująca bezwzględnie przeciwko wszelkim próbom siania niepokoju i defetyzmu wśród miejscowej ludności polskiej zrobiła swoje. Nielegalna emigracja do Rzeszy i Gdańska trwa w dalszym ciągu, nie nosi ona jednak charakteru masowego.

Wśród miejscowych Niemców panuje głębokie przekonanie, iż najbliższe tygodnie przyniosą zasadnicze rozwiązanie na arenie międzynarodowej.

Część szczegółowa

Niemcy

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Jedną z niewątpliwie ważnych decyzji, którą powzięła bydgoska centrala DV, będzie ujawniony w drodze konfidencjonalnej fakt, iż wypowiedziała ona wszystkim nauczycielom wędrownym zajmowane przez nich stanowiska. Wiadomość ta pochodzi ze źródeł wiarygodnych, wynika bowiem z korespondencji, jaką przewodniczący referatu szkolnego bydgoskiej centrali DV Mielke wymienił z byłym nauczycielem wędrownym Köhlem Georgiem, zam. obecnie w Szczecinie /Niemcy/. Mielke starał się wytłumaczyć Köhlemu powyższy krok centrali, jako podyktowany względami „konieczności".

Ruch zebraniowy DV nie odbiegł od poziomu zeszłego okresu sprawozdawczego i wyraża się w 18 zebraniach członkowskich, odbytych przy udziale 365 osób. W większości zebrań wzięli udział delegaci centrali, zachęcając zebranych do podjęcia intensywniejszej działalności organizacyjnej oraz do zachowania lojalności wobec Państwa Polskiego. Niektóre placówki wybrały przy tym delegatów na walne zgromadzenie delegatów DV zwołane na dzień 31 sierpnia do Bydgoszczy.

Na specjalne wymienienie zasługuje doroczne walne zebranie DV w Chełmnie, które odbyło się w dniu 15 lipca br. przy udziale 30 osób. Na wzmiankowanym zebraniu wybrano nowy zarząd powiatowy na przeciąg lat trzech w następującym składzie:

Prezes - Beyer Erwin z Brzozowa, pow. chełmiński oraz
Sekretarz - Beckle Wilhelm z Watorowa, pow. chełmińskiego.

Po dokonaniu wyborów nowego zarządu wygłosił przemówienie delegat zarządu głównego Dross Armin z Bydgoszczy. Przedstawił on zebranym cel organizacji, wezwał ich do podjęcia większej aktywności zebraniowej, przy czym wskazał również na konieczność regularnego opłacania składek członkowskich.

Przechodząc do omówienia obecnej sytuacji Dross podkreślił, iż wymaga ona od członków niemieckiej grupy narodowej zachowania jak najdalej idącej lojalności z tym jednak zastrzeżeniem, iż nie powinni oni nigdy zapomnieć, że należą do „wielkiego narodu niemieckiego".

Decyzją Starosty Powiatowego w Szubinie została w okresie sprawozdawczym zawieszona placówka DV w Kobylarni. Powodem decyzji było ujawnienie przerostów organizacyjnych i prowadzenie przez wymienioną placówkę działalności, pozostającej w rażącej sprzeczności ze statutem.

Walne zebrania, połączone z wyborami nowych władz, odbyły się w następujących placówkach:

1. Brodnica. Prezes - Goerke Alfred z Niewierna, pow. brodnickiego oraz sekretarz - Tomaszewski Paul, rolnik z Karbowa.

2. Kaliska, pow. kościerski. Prezes - Rick Albert, rolnik z Kalisk oraz sekretarz - Pirch, rolnik z Grabowa, pow. kościerskiego.

3. Starogard. Prezes - Würtz Franciszek, właściciel majątku Kokoszkowy, w pow. starogardzkim oraz sekretarz - Kunkel Günther, właściciel tartaku ze Starogardu.

4. Gruczno, pow. świecki - Pauly Hans z Gruczna oraz sekretarz Holthöfer Oskar z Topolna, pow. świeckiego.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
brodnicki	2	21	-	-
chełmiński	2	39	-	-
grudziądzki	1	7	-	-
inowrocławski	1	45	-	-
kościerski	2	51	-	-
starogardzki	1	60	-	-
świecki	2	38	-	-
szubiński	4	55	-	-
wąbrzeski	3	49	-	-
Razem:	18	365	-	-

Jungdeutsche Partei

Według wiadomości uzyskanych ze źródeł konfidencjonalnych szereg działaczy JDP na terenie województwa pomorskiego otrzymało ostatnio z zarządu dawnego tej partii pełnomocnictwa, na zasadzie których zostali oni upoważnieni do wykonywania na powierzonym im terenie prac, w ramych zleconych im przez centralę. Pełnomocnictwa takie mieli między innymi otrzymać:

1. Bölter Karol, zam. w Radziczu, pow. wyrzyskiego - na powiat wyrzyski,

2. Lemke Walter, zam. w Chlewisku, pow. inowrocławskiego - na powiat inowrocławski,

3. Hostmann Günther, zam. w Jabłonowie Pom. - na powiat brodnicki i grudziądzki,

4. Reiss Karol, zam. w Grucznie, pow. świeckiego - na powiat świecki,

5. Kitler Robert, zam. w Toruniu, ul. Winnica 22/23 - na powiat toruński i wąbrzeski,

6. Rommundt Waldemar, zam. w Chełmnie, ul Marszałka Focha 29 - na powiaty chełmiński, toruński i bydgoski,

7. Czichotzki Karol, zam. w Grudziądzu, ul Mickiewicza 41 - na powiaty grudziądzki, brodnicki, działdowski i wąbrzeski,

8. Weiland Albert, zam. w Kamieniu Pom., pow. sępoleńskiego - na powiat chojnicki, tucholski i sępoleński,

9. Modrow Günter, zam. w Bączku, pow. kościerskiego - na powiaty kartuski, kościerski, morski, tczewski i starogardzki,

10. Kleiss Walter, zam. w Owczarkach, pow. grudziądzkiego - na powiaty grudziądzki, świecki, brodnicki, działdowski i wąbrzeski,

11. Schulz Ewald, zam. w Kamieniu Pom., pow. sępoleńskiego - na powiaty chojnicki, tucholski i sępoleński,

12. Hempel Hans-Ulrich, zam. w Dobrogościcach, pow. inowrocławskiego - na powiaty inowrocławski, mogileński, wyrzyski i szubiński,

13. Dr. Hempel Ernst, zam. w Chełmnie, Rynek 24 - na całe województwo pomorskie,

14. Bertram Helmut, zam. w Bydgoszczy, ul Jary 4, - na całe województwo pomorskie,

15. Meissner Kurt, zam. w Inowrocławiu, ul. Narutowicza 3 - na powiaty inowrocławski i mogileński.

Mimo wysiłków zarządu okręgowego JDP w Bydgoszczy idących w kierunku uaktywnienia ruchu organizacyjnego w terenie, zanotowano w ciągu lipca jedynie 3 zebrania placówek. Zebrania zarządu, do których odbycia zostały zobowiązane poszczególne placówki specjalnym pismem okólnym - nie odbyły się. Z zebrań na specjalne omówienie zasługuje zebranie placówki starogardzkiej JDP, które odbyło się w dniu 26 lipca przy udziale około 100 osób. Przemówienie programowe wygłosił znany działacz JDP Günther Modrow z Bączka, pow. kościerskiego. Wystąpił on w sposób ostry przeciwko emigracji do Rzeszy, określając ją jako zdradę sprawy niemieckiej. Zdaniem Modrowa - Niemcy w Polsce - a szczególnie członkowie JDP winni trwać na swojej ziemi, podobnie jak żołnierze na posterunku i żadne represje ze strony władz nie powinny być powodem do opuszczania zajmowanego przez nich stanowiska.

Wykaz statystyczny

Powiat	Zebrania	Łączna frekwencja	Imprezy	Łączna frekwencja
sępoleński	1	50	-	-
starogardzki	1	100	-	-
świecki	1	38	-	-
Razem:	3	188	-	-

NSDAP

Ruchu zebraniowego NSDAP w okresie sprawozdawczym nie przejawiła. Zaobserwowano jedynie, iż działacze NSDAP z kierownikiem obwodu Schnitzerem na czele odbyli w Niemieckim Konsulacie Generalnym w Toruniu kilka konferencyj, w czasie których rozważano sprawy wewnętrzno-organizacyjne.

2. *Przegląd prasy*

Miejscowa prasa niemiecka ogranicza się zasadniczo do podawania przedruków z prasy polskiej i gdańsko-niemieckiej, przy czym przedruki te są nadal tak zestawione, iż dla przeciętnego czytelnika nie pozostawiają wątpliwości, że sympatie jej są po stronie Rzeszy.

[...]

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Jak dowiadujemy się z pisma okólnego, wydanego ostatnio przez centralę „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" organizacja ta walczy obecnie z wielkimi trudnościami finansowymi. Na skutek tego We-la-ge podjęła energiczne starania w kierunku ściągnięcia wszystkich swych wierzytelności, a w szczególności zaś zwróciła się do podległych sobie jednostek organizacyjnych z poleceniem natychmiastowego potrącenia wszystkich zaliczek, podjętych na poczet wyborów przez poszczególnych pracowników tej organizacji.

Na miejsce aresztowanego swego czasu przez władze wojskowe kierownika toruńskiego sekretariatu powiatowego Landbundu, Bachmanna Henryka, przybył niejaki Behrent Feliks z Sępolna Kr.

Z niemieckich organizacyj gospodarczo-zawodowych zewnętrzną działalność organizacyjną przejawił jedynie Landbund, organizując jedno zebranie w Tczewie, na którym poruszano wyłącznie tematy rolniczo-fachowe.

[...]

6. *Życie wyznaniowe*

Konsystorz ewangelicki w Poznaniu przydzielił do parafii ewangelickiej w Mokrem, pow. grudziądzkiego, pastora Konukiewitza Fritza, zamieszkałego ostatnio w Poznaniu. Pastor Konukiewitz ma zająć stanowisko zajęte dotychczas przez pastora Dieballa z Grudziądza, znanego wroga polskości, który ma przejść w najbliższym czasie w stan spoczynku.

Dnia 9 lipca br. w Ciężkowie, pow. szubińskiego, został zakończony trwający od trzech miesięcy kurs kościelny dla ewangelickiej młodzieży żeńskiej, zorganizowany pod przewodnictwem pastora Dinkelmanna z ramienia konsystorza ewangelickiego w Poznaniu.

Na kursie, w którym wzięło udział 20 uczestniczek z terenu województwa pomorskiego, poznańskiego, lwowskiego, stanisławowskiego i wołyńskiego tematów politycznych nie poruszano.

[...]

B.2. Landkreis / Powiat Grudziądz

073

18.2.1920: Der Starost in Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Festnahme des deutschen Sozialistenführers Gahr aus Grudziądz.
18 II 1920r.: Starosta w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Aresztowanie Gahra, niemieckiego przywódcy socjalistycznego zam. w Grudziądzu

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 285

Stosownie do pisma z 2 b.m. donoszę, co następuje:

I. Przywódca socjalistów niemieckich Gahr z Grudziądza, który za niemieckich czasów na Starostwie zajmował miejsce jako Kreislandarbeiterrat, jest od tygodnia na mocy zarządzenia władz wojskowych, aresztowany.

Gahr odbywał posiedzenia nieprzychylne nam, które nie były na Starostwie zgłoszone. Sprawy rozpatruje tutejszy Sąd Tymczasowy.

II. Innych wypadków w powiecie nie było.

Starosta

[Podpis nieczytelny]

074

28.2.1920: Starostei Grudziądz an den Kreis-Polizeikommandanten ebendort. Weiteres Vorgehen gegen den deutschen Sozialistenführer Gahr
28 II 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Komendanta Posterunku Powiatowego w miejscu. Dalsze postępowanie przeciwko Gahrowi, niemieckiemu przywódcy socjalistycznemu

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 285

Niniejszym donoszę co następuje:

Skrajny socjalista Gahr, stąd, Lipowa 41, który za niemieckich czasów na Starostwie zasiadywał jako Kreislandarbeiterrat, burzy lud roboczy tutejszego powiatu. Gahr był przed mniejwięcej trzema tygodniami aresztowany i został w międzyczasie przez Sąd wypuszczony. Materjał obciążający Gahra, znajduje się w tutejszym Sądzie Tymczasowym.

Zaleca się ponownie aresztowanie Gahra i wydalenie z Polski, gdyż w innym razie będzie stale lud podburzał i spokój zakłócał.

Starosta

[Podpis nieczytelny]

075

13.5.1920: Starostei Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht
13 V 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 285

Raport o stanie bezpieczeństwa powiatu grudziądzkiego:

1. Niemcy nie mają ochoty do wyprowadzki. Z powiatu wyprowadza się ich bardzo mało. Koloniści sprowadzają swych krewnych z Kongresówki, którzy masami do powiatu przybywają. Ludzie ci przyjeżdżają na mocy wykazów osobistych i nie posiadają odmeldowania z dotychczasowego miejsca pobytu. Zatem gminy w Kongresówce, skąd się wyprowadzają, tracą kontrolę, gdzie się ludzie podziewają, a nas zalewają. Ludzie ci starają się za wszelką cenę nabywać gospodarstwa i ofiarowują wprost lichwiarskie ceny. Wobec tego oburza się lud tutejszy.

2. Prócz organizacji podanych w sprawozdaniu z dnia 13.04.20r., nr. dz. 159 P powstał „Verein zur Wahrung des deutschen Volkstums in Polen" pod przewodnictwem posiedziciela Friedricha Dauma z Kobylanki Pan. Jest to organizacja powstająca.

3. Wypadki agitacji antypolskiej dotąd nie zachodziły. Tendencja jest ogólnie spokojna, lecz nadal wroga.

4. Podpadających podróży do Niemiec nie zauważono.

5. Od ostatniego raportu nic się nie zmieniło.

6. Agitację za niesprzedawaniem ziemi Polakom uprawia przewodniczący Niemieckiego Związku Pracodawców „Wilki", p. Temme z Dąbrówki. Niemcy w ogóle nie mają chęci sprzedaży, gdyż liczą się z tym, że niezadługo niemieckie rządy wrócą. Przy tej sposobności pozwalam sobie zwrócić uwagę, że ogólnie skarżą się ludzie na to, że Urząd Osadniczy Polakom, którzy się udają do niego z prośbą o zezwolenie na kupno majątków kolonizacyjnych, w ogóle nie odpowiada. Zalecałoby się, aby Województwo na Urząd Osadniczy pod tym względem wpłynęło, gdyż w innym razie powstaje szkoda tak dla interesantów polskich, jak i dla ogółu.

7. Od ostatniego raportu nic się nie zmieniło. Niemcy w każdym razie pracują między sobą skrycie.

8. Wypadków o charakterze antypaństwowym nie było.

9. Urzędników niemieckich jest mało. Ci, którzy pozostali, zachowują się lojalnie.

10. Stosunek urzędników niemieckich nie zmienił się od ostatniego raportu.

[...]

Starosta

[Podpis nieczytelny]

076

14.7.1920: Starostei Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht
14 VII 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 285

Raport o stanie bezpieczeństwa powiatu grudziądzkiego:

1. Od ostatniego raportu zachodzą raz po raz wyprowadzki ze strony Niemców i to przeważnie robotników. Zamożniejsi Niemcy trzymają się jeszcze u nas, gdyż liczą, moim zdaniem, na powrót niemieckich rządów.

2. W organizacjach niemieckich od ostatniego raportu nic się nie zmieniło. Niemcy jednakowoż łączą się potajemnie. Dawniejsza partyjność niemiecka ustała, wszyscy czują się tylko Niemcami i pracują wspólnie.

3. Agitacji antypolskiej względnie antypaństwowej oficjalnie nie można było skonstatować. Jednakowoż nie ma najmniejszej wątpliwości, że Niemcy między sobą nie tylko że agitują przeciw Polsce, lecz także knują przeciwko nam. Praca ich jest jednakowoż skryta. Mamy na cały ruch Niemców baczne oko.

4. Podróże do Niemiec odbywają się bardzo rzadko, gdyż zezwalam na wyjazd tylko wtenczas, jeżeli konieczność podróży jest udowodniona.

5. Ostmarkenvereinu, Landwehrvereinu itp. nie ma w powiecie. W Dusocinie istnieje towarzystwo „Kameradschaft", które moim zdaniem jest utworzone w miejsce „Kriegervereinu". Zarządziłem obserwację tego towarzystwa. Ustawy załączam do wiadomości.

6. Niemcy uprawiają agitację za niesprzedawaniem ziemi Polakom, lecz potajemnie.

7. Zmian w organizacjach niemieckich od ostatniego raportu nie można było stwierdzić. Jak już pod nr. 2 wspomniałem, ustała partyjność niemiecka i pracują wszyscy w jednym kierunku, to jest antypolskim.

8. W ostatnim czasie odczuwa się, że Niemcy podnieśli się na duchu. Zdarza się, że słyszy się publicznie mowy o przyjściu bolszewików etc. Za rozszerzanie podobnych pogłosek i agitacji przeciw wstąpieniu do wojska, kazałem aresztować kupca (Żyda) Bernsteina z Radzyna, którego oddałem tutejszej Prokuratorji do dalszego postępowania.

9. i 10. Co do urzędników niemieckich pozwalam sobie zwrócić uwagę na ostatni raport nr. 9 i 10.

[...]

Starosta

[Podpis nieczytelny]

077

20.8.1920: Starostei Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht
20 VIII 1920r.: Starostwo w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 285

Raport o stanie bezpieczeństwa powiatu grudziądzkiego:

1. Niemieccy robotnicy wyprowadzają się coraz więcej. Tymczasem nie widzi się chęci wyprowadzki ze strony Niemców posiadających.

2. W ostatnim miesiącu nie zauważono w tutejszym powiecie nowej publicznej organizacji. Nie ulega jednakowoż wątpliwości, że są zorganizowani potajemnie. Jak już w ostatnim raporcie wspominałem, ustała partyjność niemiecka. Niemcy złączyli się narodowo w jedną całość.

3. Agitacji antypolskiej względnie antypaństwowej w kościołach wzgl. towarzystwach, nie możny było stwierdzić. Niemcy są bezwątpliwie nam wrogo usposobieni i uprawiają między sobą potajemnie agitację antypolską. Dowodem tego było podnoszenie głowy, podczas, kiedy bolszewicy zachodzili na Pomorze. Gdy 15.08 w nocy zarządziłem z rozporządzenia władzy wojskowej ewakuację powiatu, nie ruszał się ani jeden Niemiec. Z radością oczekiwali nadejścia bolszewików jako swych oswobodzicieli. Poniedziałek 16.08 święcili Niemcy po większej części (t.z. nie pracowali), gdyż spędzali czas oczekiwaniem bolszewików. Zmienili swe usposobienie, kiedy w dzień

następny się przekonali, że nadzieje ich zawiodły. Od tego czasu udawają na pozór znów lojalność i podporządkowują się obecnej sytuacji.

4. Podróże do Niemiec i z powrotem, odbywają się w bardzo nikłej mierze, gdyż wydaje się tylko paszporty w nadzwyczajnych wypadkach. Z chwilą wyparcia bolszewików z pod Brodnicy, zachodzą coraz częściej wyprowadzki do Niemiec na stałe i to jak już pod numerem 1 wspomniałem-przeważnie przez robotników.

5. Ostmarkenvereinów, Landwehrvereinów i Volksratów nie ma w powiecie. Jak już w ostatnim raporcie doniosłem, istnieje w Dusocinie towarzystwo „Kameradschaft", o którego rozwiązanie osobnem pismem już prosiłem.

6. Niemcy agitują między sobą potajemnie za niesprzedawaniem ziemi Polakom i też nie okazują do tego chęci. Z takich agitatorów zdaje się być obywatel ziemski Temme z Król. Dąbrówki. Zarządziłem jego obserwację.

7. W organizacjach niemieckich nie zauważono w ubiegłym miesiącu zmian. Moim zdaniem pracują Niemcy złączeni w jednym kierunku i to antypolskim.

8. Za szerzenie pogłosek o przyjściu bolszewików itp. aresztowano następujące osoby, które w międzyczasie zwolniłem.

1. Rhode, Leonard, Lisnowo
2. Strunk, Zelnowo
3. Hinz, Konrad, Zelnowo
4. Bernstein, Rudolf, Radzyn
5. Schilling, Karol, Osówko
6. Schröder, Gruta
7. Piehl, Rywal szl.
8. Gorski, Marjan, Huta
9. Dommer, Erich, Krzywka
10. Nitz, Paul, Bütow-Pommern
11. Stübing, Kongresówka
12. Stübing, Kongresówka

Osoby, pod nr. 10, 11, i 12 naznaczone, wyprowadziły się na stałe do Niemiec.

9. i 10. Urzędnicy Niemcy z obawy przed władzą zachowują się lojalnie, przynajmniej powierzchownie.

[...]

Starosta

[Podpis nieczytelny]

078

28.2.1928: Staatspolizeikommando Grudziądz an den Starosten ebendort. Deutsche Wahlversammlung in Dusocin (25.2.1928)

28 II 1928r.: Komenda Policji Państwowej w Grudziądzu do Starosty w miejscu. Niemieckie zebranie wyborcze we wsi Dusocin (25 II 1928r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 329

Dnia 25 bm. o godz. 17.30 odbył się niemiecki wiec przedwyborczy w lokalu Bluma w Dusocinie. Obecnych na wiecu było 54 osób. Zagaił i przewodniczył Schulz z Dusocina. Pierwszy przemawiał Dr. v. Koerber z Nowych Jankowic, mówił o traktacie wersalskim, w szczególności o artykułach, które normują prawa mniejszości narodowych. Omawiał własny zatarg z władzami na tle zakwestjonowania jego obywatelstwa polskiego. Następnie przeszedł do omówienia artykułów w Konstytucji, traktujących o

prawach obywatelskich, przyczem podkreślał, że mniejszość narodowa niemiecka dopomina się tylko sprawiedliwości i równomiernego traktowania z narodowością polską. Dzieje się jednak wręcz przeciwnie, niemieckiemu rolnikowi odbiera się otrzymane osady z czasów niemieckich, urzędnikom niemieckim, obecnie na służbie polskiej, nie zalicza się do emerytury wysłużonych lat pod innemi zaborami tak, że urzędnik może się zestarzeć i emerytury nie osiągnie. Do obecnego rządu, mniejszość narodowa niemiecka zajmuje stanowisko przychylne i będzie go popierać, ponieważ od maja 1926 roku stosunki się cośkolwiek polepszyły, choćby tylko na polu gospodarczem, jednak dla przyszłego Sejmu i posłów niemieckich pozostaje jeszcze bardzo dużo pracy, mianowicie zniesienie wysokich opłat paszportowych, nawiązanie stosunków handlowych z starą ojczyzną /Niemcami/, ponieważ jesteśmy w Polsce skazani na stosunek handlowy z Niemcami, choćby dla sprowadzania różnych maszyn itp.. Mur chiński, który nas dzieli z Niemcami, musi runąć. Obecny rząd nie stosuje wobec mniejszości narodowych takich szykan, jakie stosował rząd poprzedni, a zatem widzimy polepszenie. Mówca przytoczył następujący fakt: W pewnej miejscowości na Kaszubach ludność niemiecka obrała sołtysa narodowości niemieckiej. Województwo po trzykrotnie odmówiło zatwierdzenia, dopiero delegacja zwróciła się do p. Marszałka Piłsudskiego i w 8 dniach uzyskano zatwierdzenie. W dalszym ciągu mówił prelegent, iż zdaniem posłów niemieckich, w przyszłym Sejmie będzie walka o prawo dostępu mniejszości niemieckiej do wszelkich urzędów, począwszy od sołtysa, a skończywszy na wojewodzie. W Czechosłowacji zasiada w obecnym gabinecie 4 ministrów-Niemców. Gdyby tak w Polsce przyszło do tworzenia rządu przez przewodniczącego klubu niemieckiego Neumanna, toby tenże powierzył tekę ministra Spraw Wojskowych posłowi Graebemu, uwaga ta wywołała ogólny śmiech na sali. Młodzież niemiecka w Polsce zapomina mowę ojczystą, co dla tak modnego Państwa, za jakie chce uchodzić Państwo Polskie, jest wielką ujmą, ponieważ język niemiecki rozpowszechniony jest po całej Polsce jak długa i szeroka.

Mówca zakończył apelem do zebranych, by wraz z członkami rodziny i służbą domową pełnili swój obowiązek wyborczy.

Drugi przemawiał adwokat Partikel z Grudziądza. Mówił krótko tylko o zastosowaniu przez rząd polski reformy rolnej, co w szczególności odczuwa mniejszość narodowa niemiecka, ponieważ działa się tutaj w kierunku wyparcia narodowości niemieckiej ze starej posiadanej ziemi.

Trzeci i ostatni przemawiał kierownik sejmbiura grudziądzkiego, Schmidt Otton, przypominając zebranym przestrzeganie różnych formalności związanych z oddaniem głosu i obowiązku przekonania się, że wszyscy wyborcy niemieccy głos swój oddali. Mówił o konieczności sprowadzania chorych i kalek do lokalu wyborczego, zwracał uwagę na możliwe wykroczenia Komisyj Wyborczych, które należy notować i informować o tem Wahlausschuss w Grudziądzu.

Przebieg wiecu spokojny.

Komendant Policji Państwowej
na miasto Grudziądz
z/r. Kreff
Kierownik Wydziału Śledczego

079

11.10.1928: Der Starost in Grudziądz an den Wojewoden in Toruń. Wochen-Lagebericht Nr. 41

11 X 1928r.: Starosta w Grudziądzu do Wojewody w Toruniu. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne nr 41

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 287

[...]

Niemcy

Zachowanie się Niemców w ubiegłym tygodniu było na ogół spokojne.

Likwidacja szkoły niemieckiej

Władze szkolne noszą się z zamiarem zlikwidowania szkoły niemieckiej w Szembruku, powiat grudziądzki, gdyż jest tam tylko 27 dzieci narodowości niemieckiej w wieku szkolnym. W związku z tym projektem prowadzi się wśród Niemców w Szembruku silną agitację, aby sparaliżować projektowaną likwidację. Z nowo przyjętych w tym roku dzieci szkolnych, wśród których jest 7 narodowości niemieckiej, przydzielono dzieci niemieckie również do klasy polskiej, zaś starsze dzieci niemieckie przydzielone zostaną do klas polskich po wakacjach jesiennych. Nauczycielka niemiecka ma zostać zwolniona, a dla udzielania lekcji języka niemieckiego i religji dojeżdżać ma nauczyciel z Łasina.

Wsparcie dla Niemców

Za pośrednictwem pastora Bandlina w Radzynie wypłaciła „Deutsche Vereinigung" zapomogi miesięczne inwalidzie Sadlauowi z Radzyna 40,00 zł. i b. sekr. miejskiemu Edigerowi z Radzyna 35,00 zł.

Zabawa rolnicza niemiecka

Dnia 6 bm. urządzili niemieccy rolnicy zabawę w Owczarkach, na sali Schmidta, na którą przybyło około 80 osób, przeważnie większych gospodarzy.

Pouczanie się w sprawach rolnych

Rolnicy niemieccy starają się wszelkiemi siłami do wzbogacenia swej wiedzy fachowej i podniesienia poziomu kulturalnego swych gospodarstw. W związku z tem zaangażował właściciel majątku Bieler z Linówka pewnego gdańszczana, który co tydzień przyjeżdża na 1 lub 2 dni i poucza właścicieli majątków oraz ich rządców o podniesieniu kultury rolnej przez stosowanie najnowszej metody w rolnictwie.

[...]

080

26.10.1932: Ermittlungsabteilung der Staatspolizei in Grudziądz an den Oberbürgermeister ebendort. Schulverhältnisse in Dusocin

26 X 1932r.: Wydział Śledczy Policji Państwowej w Grudziądzu do Starosty Grodzkiego w miejscu. Stosunki szkolne we wsi Dusocin

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 329

Przy zwrocie pisma, donoszę co następuje:

Po przejęciu Pomorza przez władze polskie, kierownikiem szkoły w Dusocinie, powiatu grudziądzkiego, od roku 1922 był nauczyciel (Polak) Redlarski, jako drugi nauczyciel Gutknecht Gustaw, ewang., narodowości niemieckiej, rodem z Kongresówki, władający językiem polskim. Aczkolwiek szkoła w Dusocinie była szkołą jednoklasową,

dzieci podzielone były według narodowości i szkoła miała charakter szkoły dwuklasowej. Pismem z dnia 1.09.24 r. zniósł inspektor szkolny klasę niemiecką, przy wspomnianej szkole i przemianował szkołę tę na jednoklasową szkołę powszechną, z językiem polskim wykładowym. Dla dzieci narodowości niemieckiej wyznaczył inspektor szkolny 3 godziny nauki w języku niemieckim w tygodniu.

Odnośnie udzielania nauki religji dzieciom ewang. narodowości niemieckiej, unormowane zostało następująco:

Dzieci, które uczęszczały do szkół w Dusocinie i Zaroślu zbierały się raz na tydzień w szkole w Dusocinie, gdzie przez 2 godziny udzielano im nauki religji w języku niemieckim.

Dzieci wyznania ewangelickiego, narodowości niemieckiej, uczęszczające do szkoły w Leśniewie, zbierały się każdego piątku w szkole w Leśniewie, dokąd dojeżdżał nauczyciel Gutknecht z Dusocina, udzielając im 2 godziny nauki religji w języku niemieckim.

Nie zależnie od powyższego starszem dzieciom, wyznania ewangelickiego, przygotowawczą naukę religji udzielał pastor Röhricht w Mokrem, dokąd wspomniane dzieci dochodziły raz w tygodniu.

Z chwilą przeniesienia (06.09.32 r.) ewang. nauczyciela Gutknechta z Dusocina do Uwielin [?], powiatu warszawskiego, ewangelickie dzieci w Dusocinie nie pobierają w danych szkołach nauki religji.

Na ogólną liczbę 82 dzieci szkoły w Dusocinie jest 10 dzieci wyznania ewangelickiego, władające [!] językiem polskim. Szkoła w Zaroślu posiada 11 dzieci wyznania ewangelickiego, a szkoła w Leśniewie około 10 dzieci.

Nauczyciel Gutknecht przez kilkuletni pobyt w Dusocinie zżył się z tamtejszymi Niemcami, ożenił się z Niemką, córką oberżysty Bluma, wobec tego przeniesienie Gutknechta nie było temuż na rękę.

Obecnie Niemcy z Dusocina i okolicy, korzystając z faktu pozbawienia dzieci wyznania ewangelickiego nauki religji, skorzystali z prasy „Pommereller Tageblatt", wychodzącego w Tczewie, licząc na ewentualne przeniesienie Gutknechta do Dusocina. Inicjatorem notatki jest przyjaciel nauczyciela Gutknechta, Schmodde Kurt, Niemiec z Dusocina.

Odnośnie co do opinji Gutknechta nadmienia się, iż jako nauczyciel posiada dobre kwalifikacje, politycznie się nie angażował, wobec Państwa i społeczeństwa polskiego był przychylnie usposobiony, swoim zachowaniem nigdy nie dał powodu do jakiegokolwiek przeciw niemu zarzutu.

Kierownik Wydziału Śledczego P.P.

Krefft, aspirant

081

20.11.1934: Der Starost in Grudziądz an die Wojewodschaft in Toruń. Feier des Unabhängigkeitstages in evangelischen Kirchen

20 XI 1934r.: Starosta w Grudziądzu do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Uroczystości z okazji Dnia Niepodległości w zborach ewangelickich

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 331

W wykonaniu reskryptu z dnia 16.10 br. donoszę, że w dniu Święta Niepodległości odprawione było nabożeństwo w zborze ewangelickim w Łasinie, Lisnowie, Radzynie, Mokrem oraz w kaplicy ewangelickiej w Pieńkach Królewskich, a w których to nabożeństwach brała udział młodzież szkolna niemiecka tylko w Lisnowie i Mokrem.

Wspomniane nabożeństwa odprawione były w wyżej wymienionych kościołach wyłącznie w języku niemieckim i hymnu „Boże coś Polskę" nigdzie nie odśpiewano, a jedynie w Mokrem po ukończeniu nabożeństwa odśpiewano (w języku niemieckim) jedną zwrotkę pieśni „Boże Ciebie chwalimy".

Zaznaczyć wypada, że pastor Favre w Łasinie, w związku z tem nabożeństwem wygłosił okolicznościowe kazanie, w którem podkreślił znaczenie 11 listopada jako „Święta Niepodległości" Państwa Polskiego, porównując tę uroczystość z dawnemi uroczystościami państwowemi, obchodzonych [!] na tutejszych ziemiach za czasów zaborczych, wzywając zebranych do okazania swej radości i przychylności do Państwa Polskiego i obecnego Rządu.

Starosta Powiatowy
w/z
Belina
Wicestarosta

082

18.3. 1935: Staatspolizeiposten in Łasin an den Starosten in Grudziądz. Deutsche Heldengedenkfeier (17.3.1935)
18 III 1935r.: Posterunek Policji Państwowej we wsi Łasin do Starosty w Grudziądzu. Obchody niemieckiego Dnia Pamięci Bohaterów (17 III 1935)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 331

Zgłaszam, iż w dniu 17.03.35 r. mniejszość niemiecka z Łasina i okolic obchodziła uroczystość uczczenia pamięci poległych Niemców w wojnie światowej, której program był następujący:

O godzinie 10-tej odbyło się w kościele ewangelickim w Łasinie nabożeństwo żałobne za poległych Niemców, które odprawił miejscowy pastor Favre. Po nabożeństwie tenże pastor wygłosił kazanie, w którem nadmienił, iż dzisiejsza uroczystość jest poświęcona ku uczczeniu poległych Niemców w wojnie światowej, którzy pierwsi oddali swe życie dla ojczyzny niemieckiej, i gdyby ci dziś powstali, to by nie poznali dzisiejszych Niemców w Polsce, jako swych braci, ponieważ ci są poszarpani i kłócą się ze sobą, a nie łączą się w jedność, lecz odwrotnie dzielą się na różne partje. Na zakończenie kazania prosił zebranych, aby pamiętali o nich i modlili się za nich. Po odbytem nabożeństwie zebrani Niemcy utworzyli pochód i czwórkami udali się na salę Edm. Szpittera w Łasinie, gdzie odbyła się akademja, na cześć poległych Niemców. W czasie akademji wygłosił referat Koerber Nordewin z Nowych Jankowic, omawiając wojnę światową i o dużej ilości Niemców, którzy oddali swe życie za ojczyznę, pozostawiając swe rodziny na pastwę losu, jednakowoż nie zważali na to i szli naprzód. Na zakończenie apelował do zebranych, aby jak najdłużej w pamięci mieli swych braci poległych, jako bohaterów. Następnie odśpiewano piosenkę: „Wer ist ein Mann", „Wer beten kann".

Po odśpiewaniu piosenki Hoffmann Hugon z Plesewa odczytał kilka listów z czasów wojny światowej pisanych przez żołnierzy do swych rodzin. Po odczytaniu listów przez Hoffmanna, uczczono pamięć poległych jednominutowem milczeniem, stojąc z podniesioną prawą ręką do góry. Następnie odśpiewał chór kościelny niemiecki na zakończenie piosenkę „Ich hat' einen Kameraden". W czasie akademji na sali stał stół ubrany w postaci ołtarza, na którem były umieszczone dwie świece palące się oraz obraz przedstawiający krzyż żelazny, na którym widniał rok 1914. Po skończonej akademji o godz. 12.40 zebrani Niemcy na Rynku uformowali pochód, na czele którego

stanął Koerber Nordewin, Hoffmann Hugon i inni z wieńcami, którzy brali udział w wojnie światowej. Pochód udał się ulicą Kościelną, Odrodz. Polski i na cmentarz ewangelicki obok kościoła, gdzie złożono wieńce na grobach poległych żołnierzy. Uroczystość zakończono o godz. 15.15. Osób brało w uroczystości ok. 500. Porządku nigdzie nie zakłócono.

Komendant Posterunku P.P. W. Sobolewski, przodownik

083

28.6.1935: Magistrat Radzyń an den Starosten in Grudziądz. Verstärkte Aktivität der deutschen Minderheit

28 VI 1935r.: Zarząd Miejski w Radzynie do Starosty w Grudziądzu. Wzmożona działalność mniejszości niemieckiej

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Grudziądzu, Nr. 331

Życie polityczne, kulturalno-oświatowe i zawodowe staje się w ostatnich czasach więcej ożywione. Świadczą o tem częste zjazdy, zebrania, pogadanki itp.. Po większem zgromadzeniu odbytem w kwietniu br. przez DV i JDP odbyły się w ciągu czerwca kilka zgromadzeń, a mianowicie:

Dnia 22-go odbyła się zabawa letnia w zagrodzie rolnika Giertza w Radzynie Wybudowanie, urządzona przez DV.

Palono ognie, przyczem wszyscy tak młodzi jak i starsi przeskakiwali przez ogień, chcąc tem samem przypomnąć starogermańskie zwyczaje. Prócz tego nastąpiło zwiedzanie pól.

Dnia 29 odbyła się na sali strzelnicy w Radzynie zabawa i koncert i przedstawienia amatorskie urządzone przez JDP z następującym programem:

1. Przywitanie gości - B. Asfahl z Plemięt
2. Odśpiewanie pieśni
3. Wspólna kawa - przemówił Artur Thimm na temat: „Das Ziel der Bewegung"
4. Zabawa taneczna

W czasie zabawy jak zwykle niektóre jednostki pod wpływem nadmiernego użycia alkoholu robiły hałasy i różne psoty a nawet wyrządzali szkody. Np. dentyście Sas-Karczyńskiemu zerwano i zniszczono szyld, tak samo fryzjerowi Piwowarskiemu poprzenoszono ławki z jednego miejsca na drugie.

Zachowanie się takie Niemców wywołuje wśród ludności polskiej pewne rozgoryczenie, a nawet komentarze co do tolerowania organizacji niemieckich.

Wprawdzie dotychczas nie zauważono na tutejszym terenie żadnych wrogich wystąpień przeciw polskości, jednak butne zachowanie się młodzieży niemieckich [!] paradującej w mundurach z odznakami wywołuje oburzenie i daje powód do różnych nieprawdziwych wersji i plotek politycznych.

Z drugiej zaś strony jednostki niemieckie, chcąc na zewnątrz okazać rzekomo lojalność i przychylność do polskości, wprost narzucają się ze swoją rzekomą lojalnością, np. Pastor Bandlin nie otrzymując żadnego pisma w sprawie budowy Muzeum Ziemi Pomorskiej przybył do biura z zapytaniem dlaczego jego ominięto, gdyż jest jemu to przykro a po wyjaśnieniu, że stało się to przez przeoczenie, złożył 20 zł.

Podobnie inni Niemcy składali swoje chociaż mniejsze ofiary, podczas gdy wielu z Polaków obywateli zamożnych nie dało ani grosza.

Dnia 29 bm. miała się odbyć równocześnie druga zabawa niemiecka DV u gospodarza Goertza, lecz z powodu złej pogody nie odbyła się.

Rolnik Fryderyk Bomke, właściciel 100-morgowego gospodarstwa, chciałby swoją nieruchomość sprzedać i wyprowadzić się do swoich dzieci do Niemiec, lecz posiada trudności, gdyż w Konsulacie Niemieckim oświadczono jemu, że skoro sprzeda Polakowi, to nie może liczyć na uzyskanie wizy na stały wyjazd do Niemiec.

Drugi Niemiec Nippert, z Radzyna Wybudowanie, również chciałby swoje około 45-morgowe gospodarstwo sprzedać, lecz obawia się bojkotu ze strony Niemców.

W związku z kończeniem nowej szkoły w Radzynie niemiecki Schulverein stara się o jaknajwiększą ilość dzieci szkolnych, które miałyby uczęszczać do szkoły w Radzynie.

Dotychczas w okolicznych miejscowościach jak Gołębiewo, Mazanki, Radzyn wieś i innych [liczba] dzieci obywateli narodowości niemieckiej jest dość silna, podobno wywiera się pewien nacisk moralny na rodziców, by swoje dzieci posyłali do prywatnej szkoły niemieckiej w Radzynie.

Reasumując powyższe sprawozdanie uważam, że należałoby jednak powstrzymać dotychczasowy zapęd niemieckich organizacji, które rozpoczynają swoją działalność na większą skalę i w sposób niemożliwy do tolerowania.

W. Gibas
Burmistrz

B.3. Kreis / Powiat Sępólno Krajeńskie

084

13.7.1920: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht
13 VII 1920r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 922

W następujący sposób wypełniony kwestionariusz [dok. nr 52] został Województwu Pomorskiemu przesłany:

Nr. Zapytania - Odpowiedzi:

1. Tak, wiele optuje dla Niemiec.
2. Byli już przed okupacją zorganizowani.
3. W szkołach i kościołach nie wiadomo, w towarzystwach tak.
4. Tak.
5. Obecnie nie czynne na zewnątrz.
6. Zachodziły wyjątkowe wypadki.
7. Nie są rozwiązane. 1. nie, 2. tak, 3. nie - Wilkens
8. Na zabawie Frauenvereinu śpiewali patriotyczne pieśni i wznosili toasty na cesarza. Podczas drugiego poboru koni w Kamieniu burzyli się Niemcy ogromnie, popili się i krzyczeli podobno „nieder mit Polen", poturbowali żołnierza jednego i z nożem rzucili się na żandarma. Z końmi uciekli z placu poboru naśmiewając się i złorzecząc.
9. Bardzo mało nauczycieli złożyło przysięgę. Z tego powodu 3/4 musi się do Niemiec wynosić.
10. Nie.
11. Bardzo wiele optuje do Niemiec, więc liczba ich się zmniejsza.
12. Żydzi łączą się z Niemcami i z powodu ostatnich niepowodzeń na froncie podnoszą głowy.
13. Nie podpadało to dotąd.
14. Zobacz nr. 15
15. Dotychczas nie zachodziły żadne morderstwa i rabunki, natomiast kwitnie paskarstwo i przemytnictwo na granicach polsko-niemieckich. Żydzi też starają się tam jaknajwięcej przewozić.

[...]

085

13.8.1920: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht
13 VIII 1920r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 922

Na rozporządzenie z dnia 07.03.20r. dz. nr.1.4.338/20.

O czasu mego ostatniego raportu z dnia 13.07 dz.nr.437- sytuacja zmieniła się nie wiele. Kwestjonariusz ostatni z małymi zmianami jest miarodajny. Odpowiedzi na zapytania: 1, 8, 15 i 18 w zmienionej postaci przesyłamy.

Zapytanie 1.
Czy Niemcy wyprowadzają się ?
Odpowiedź:
Tak, roczniki poborowe, prawie wszyscy z małymi wyjątkami optują.
Zapytanie 8:
Czy zachodziły lub zachodzą wybryki Niemców o charakterze antypaństwowym ?
Odpowiedź:
Niemcy podnoszą głowy z powodu zajść ostatnich na
froncie i cieszą się nadzieją, że niezadługo bolszewicy tutaj będą i z niemi Niemcy i znowu wszystko będzie deutsch.
Zapytanie 15.
Jakie są ogólne stosunki bezpieczeństwa publicznego w miastach i na wsi ?
Odpowiedź:
Stosunki bezpieczeństwa publicznego na ogół są zadawalające. Zaszedł jedynie raz wypadek naruszenia spokoju publicznego przez uchodźców. Usiłowali oni drugiego wieczoru po przybyciu do Sępólna rozbroić naszą straż obywatelską i chcieli sami objąć zarząd nad policją mniemając, że przybyli tu dlatego, aby objąć policję i wszelkie urzędy, bo tutejsi urzędnicy nic nie rozumieją.
[...]

086

1.5.1922: Der Starost in Sępólno Kr. Verzeichnis politisch verdächtigter Personen
1 V 1922r.: Starosta w Sępólnie Kr. Spis osób politycznie podejrzanych

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 889

1. Stockmann, Paweł, właściciel dóbr
   ur. 01.12.1875 r. Dreidorf, pow. Wyrzyski
   zam. Olszewka, pow. Sępólno
   Dawniejszy rotmistrz armji niemieckiej. Polakożerca, należy do zarządu Kreislandbundu Tuchola-Sępólno.
   Działa politycznie, ma za sobą społeczeństwo niemieckie.
2. Müller, Kurt, właściciel dóbr
   ur. 05.03.1884 r. w Müllerhof
   zamieszkały w Grochowie, pow. Sępólno
   Przewodniczący Ortsgruppy Kreislandbundu Tuchola-Sępólno, dawniejszy podoficer pruski, jest również kierownikiem Ortsgruppy Deutschtumsbundu.
3. Heinrich, Gerd, właściciel dóbr
   ur. 07.02.1896 r. w Berlinie
   zam. Borówki, pow. Sępólno
   Przewodniczący Ortsgruppy Landbundu w Wellwitz, b. oficer pruski, posiada wielki wpływ i zaufanie u społeczeństwa niemieckiego.
4. Dr. Krebs, lekarz prakt.
   45 lat
   zam. w Więcborku
   Dawniejszy lekarz armji pruskiej. Przewodniczący Deutschtumsbundu w Więcborku, zarazem członek Landbundu.
5. Lux, Oskar, właściciel browaru
   ur. 14.06.1874 r. w Sępólnie

zam. w Sępólnie, Rynek
Dawniejszy kapitan armji niemieckiej
Przeciwko Luxowi toczy się proces przy Sądzie Okręgowym w Chojnicach (L.4J. 259/20) za antypaństwowe wyrażanie się. Akta znajdują się w oddziale bezpieczeństwa publicznego w Toruniu.

6. Stahlke, Albert, Agent Vistuli
ur. 02.07.1875r. w Lubiewie
zam. w Sępólnie, Ogrodowa 5
Dawniejszy Offizierstellvertreter, hakatysta z przekonania, podejrzany o działalność antypaństwową, ponieważ bardzo często wyjeżdża za granicę.

7. Hennig, Gustav, zegarmistrz
około 50 lat
zam. w Sępólnie, Rynek
Należy do zarządu niemieckiego Frauenvereinu, ma poza sobą społeczeństwo niemieckie, wyraża się często w myśli antypaństwowej.

8. Belau, Otto, dyrektor banku
ur. 23.08.1857 r. w Sępólnie
zam. w Sępólnie, ul Hallera 33
Hakatysta z przekonania, podejrzany o manipulacje bankowe na niekorzyść państwa polskiego. Polsce bardzo wrogo usposobiony.

9. Belau, Paweł, jun., bankowiec
ur. 04.07.1883 r. w Sępólnie
zam. w Sępólnie, ul Hallera 33
Były oficer armji niemieckiej, hakatysta. Polsce bardzo wrogo usposobiony, podejrzany o agitację antypaństwową wspólnie z ojcem jego.

10. Fanselow, Rudolf, mistrz stolarski
ur. 30.06.1869 r. w Smilewie
zam. w Sępólnie, ul. Hallera 8
Hakatysta, wrogo usposobiony przeciw Polsce, podejrzany o agitację antypaństwową, ma za sobą społeczeństwo niemieckie.

11. Kunkel, właściciel dóbr
60 lat
zam. Suchoraczek, pow. Sępólno
Hakatysta, popiera i agituje za Bund d. freien Gewerkschaften przez odsuniętych ludzi, jest Polsce wrogo usposobiony.

12. Brandenburg, właściciel dóbr
zam. w Karolewie
Hakatysta, politycznie podejrzany - zauważono, że się często dwuznacznie na Polskę wyraża. Jest członkiem Landbundu.

13. Krüger, Ulrich, pracuje w gospodarstwie rodzicielskim.
ur. 14.04.1888 r. Wałdówko
zam. Wałdówko, pow. Sępólno
Hakatysta, dawniejszy rotmistrz armji niemieckiej, jest bez zawodu u swej matki, również członkiem Landbundu.

14. Pech, Otto, dentysta
zam. w Sępólnie, ul. Hallera
Hakatysta, występuje otwarcie jako Niemiec, był jako Grenzschutz w Sępólnie i brał czynny udział w Grenzschucie przeciw wojsku polskiemu w walkach.

15. Otto, Oswald, księgarnia
zam. w Sępólnie
Hakatysta, znany jako osoba siedząca na dwóch stołkach, rozpowszechnia broszurki antypaństwowe, sprowadzone z Niemiec.
16. Schmidt, Hermann, księgarz
zam. w Sępólnie
Nie występuje oficjalnie, ale udziela Niemcom informacje w każdym kierunku, córka i żona Schmidta są karane za przemycanie listów treści politycznej do Niemiec.
17. Fischer, Ludwig, hotelista
zam. w Sępólnie, Rynek 8-9
Hakatysta zażarty, występuje publicznie przeciw Polakom, u F. odbywają się tajne schadzki Niemców, jest członkiem Deutschtumsbundu.
18. Abel, Fritz, bankowiec
zam. w Sępólnie
Hakatysta, załatwia interesy na niekorzyść Państwa Polskiego z bankami niemieckiemi, jest sekretarzem Deutschtumsbundu.
19. Karau, Arnold, gospodarz
zam. Zboże pow. Sępólno
Hakatysta, był już internowany wedle spraw antypaństwowych i nadal jest wrogo usposobiony przeciw Polsce.
20. Wodaege, pastor
zam. w Więcborku
Hakatysta, często wyjeżdża do Niemiec na legalnej drodze. Ludzie twierdzą, że również na nielegalnej drodze z pismami do Niemiec się udaje.
21. Hoff, O., pastor i inspektor zakł. Diakonissenhaus w Więcborku
zam. w Więcborku
Hakatysta, do niego przybywają z najrozmaitszych stron Niemcy i pastorzy niemieccy, którzy pod płaszczykiem religijnym uprawiają agitację antypaństwową.
22. Mundt, pastor
zam. w Więcborku
taksamo jak nr. 21.
23. Noak, hotelista
zam. w Więcborku
Hakatysta, u N. odbywają się zebrania Niemiec[!], jest Polsce wrogo usposobiony.
24. Orland, ziemianin pos. dóbr
zam. w Sikorzu
Hakatysta, członek Landbundu, O. stoi w ścisłym kontakcie z Müllerem z Grochowa, który jest kierownikiem Landbundu, przeciw O. toczy się sprawa polityczna.
25. Stelte, Kurt jun., rolnik
ur. 22.06.02.r. w Dzirodzinie
zam. w Kamieniu
Hakatysta, nie występuje teraz jawnie, ale prowokuje przeciw Polakom przez podsunięte osoby.
26. Käferstein, Martin, kapitalista
ur. 26.05.1863 r. w Krollwik Sadkreis [?]
zam. w Kamieniu, Rynek

Hakatysta, Polsce wrogo usposobiony. Zięć K. Wesemeyer jest oficerem wyw. niemieckiego na granicy a p. K. się do niego często udaje i tak na legalnej jak i nielegalnej drodze przekracza granicę do Niemiec.

27. Heiser, Franciszek, siodlarz
ur. 13.12.1862 r. w Klerheim
zam. w Kamieniu
Hakatysta, przewodniczący Handwerkervereinu, nie dał zmienić chorągwi niem. na polską. Wrogo się odnosi do wszystkich Polaków.

28. Busse, Wojciech, introligator
ur. 26.12.[?] w Flatow
zam. w Kamieniu.
Hakatysta, popiera członków niemieckich optantów jako kolegów, występuje przeciw złączeniu Männerturnvereinu Kamień z Sokołem, stara się o to, aby na każdej zabawie był niemiecki program.

29. Oehm, Richard, blachmistrz
ur. 04.06.1875 r. w Neuwelt
zam. w Kamieniu, Dworcowa 34
Hakatysta, jest podejrzany o działalność antypaństwową.

30. Ruhnke, Jan, szewc
ur. 17.02.1859 r. w Kensau
zam. w Kamieniu, Górna 4
Hakatysta, podejrzany o działalność antypaństwową.

31. Gapa, Roman, syn kościelnego, optant
ur. 23.03.1899 r. w Kamieniu
zam. w Kamieniu
Optant. Ostrzegł członków Sokoła, że się z Niemcami porozumie i będzie zażalenie pisał do Ligi Narodów.

32. Grützmacher, Adam, kapitalista, optant
ur. 20.01.1877 r. w Kamieniu
zam. w Kamieniu
Optant, hakatysta znany jako prowoder [!] niemiecki, działa antypaństwowo przeciw Polsce.

33. Stelte, Józef sen., syn rolnika
ur. 19.11.1870 r. w Wewelsburgu
zam. w Kamieniu, Szkolna 8
Hakatysta, oficjalnie nie występuje, działa przez podsunięte osoby.

34. Esch, Willy, sprowadził się po 1908 r. do Polski, weterynarz
ur. 29.10.1883 r. w Recklinghausen
zam. w Kamieniu, Rynek 22
Hakatysta, dawniejszy weterynarz niem. armji, członek Deutschtumsbundu, ma społeczeństwo niemieckie pozasobą[!].

35. Reese, Henryk sen., kolonista, optant
ur. 06.07.1863 r. w Rösingfeld
zam. w Kamieniu, wybudowanie
Wrogo usposobiony przeciw Polsce, wyraża się antypaństwowo jeszcze przed objęciem Pomorza, że głowami polskiemi ulice wybrukuje, co dużo obywateli Kamienia potwierdzić mogą.

36. Lucht, Fryderyk jun., rolnik-kolonista
ur. 22.03.1903 r. w Dombrowie
zam. w Kamieniu
Hakatysta, występuje wrogo przeciw Polsce, przekracza nielegalnie granicę do Niemiec.
37. Schliewe, Ernst i Karol, sprowadzili się po 1908 r. do Polski
ur. 13.06.1895 r.; 15.08.02 r. w Kielpinie
zam. w Kamieniu
Występują jawnie jako Niemcy. Podczas inwazji bolszewickiej mieli zamiar się z Niemcami złączyć.
38. Splittstöhser, Juliusz, sprowadził się po 1908 r. do Polski, kowal
ur. 02.01.1876 r.w Grunau
zam. w Kamieniu
Występuje w mowie antypaństwowo przeciw Polsce.
39. Bratz, Franciszek, kupiec
ur. 03.10.1891 r. w Kamieniu
zam. w Kamieniu
Wybitny członek Deutschtumsbundu, u B. odbywają się zebrania w ścisłym kółku Deutschtums- jak i Landbundu.
40. Caminer, Felix, zbożowiec
ur. 02.08.1880 r. w Baerwald (Pommern)
zam. w Kamieniu
Hakatysta, prowoder [!] członków niemieckich Turnverein, oficjalnie nie występuje, ale przez podsunięte osoby, wyraził się, że zanim chorągiew Turn. Polakom wydać takową spali. Członek Deutschtumsbundu.
41. Reese, Paweł jun., syn kolonisty, optant
ur. 27.11.1902 r. w Neuwick
zam. w Kamieniu wyb.
Robił zażalenie, ażeby Polaków wydalić z Sokoła.
42. Schmidt, Alojzy, kupiec
ur. 25.12.1860 r. w Bladowie, pow. Tuchola
zam. w Kamieniu, Dworcowa 1
Hakatysta, zażarty zemsty, popiera Niemców, robi Polakom nieczystą konkurencję.
43. Lessel, ksiądz proboszcz
zam. w Kamieniu
Uprawiał przemytnictwo. Za czasów niem. był Polakom wrogo usposobiony.

087

10.8.1922: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Juli 1922)

10 VIII 1922r.: Starosta w Sępólnie do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (lipiec 1922)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 887

1. *Kwestja niemiecka*

Niemcy łączą się w Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte, od którego istnieją filje w Sępólnie, Więcborku i Kamieniu. W tej organizacji są złączone

wszystkie dawniej istniejące związki niemieckie, jako to: Deutsche Vereinigung, Deutsche Partei, Deutsch-Demokratische Partei, Zentrum i Zentralarbeitsgemeinschaft prócz Sozialdemokratische Partei, która do tej organizacji się nie przyłączyła. Ta ostatnia istniała w czasach niemieckich, rozwiązała się po objęciu Pomorza przez władze polskie i nie zauważono dotychczas, żeby istniała oficjalnie w tutejszym powiecie. Natomiast istnieje w Sępólnie „Freie Gewerkschaften Westpolens". Na czele tej organizacji stoją robotnik Musolf, fryzjer Otto Bleck i robotnik Bukowski.

Chociaż ten związek istnieje oficjalnie jako związek zawodowy, to można go uważać za związek polityczny, ponieważ stwierdzono, że w nim łączą się wszyscy socjaliści, tak Niemcy jak i Polacy, którzy widzą w tym związku jedynie swoje przedstawicielstwo. Kreislandbund Tuchola-Sępólno z siedzibą w Tucholi obejmuje przeważną część rolników niemieckich i należy do Landbundu Weichselgau, Abt. Pommerellen, biuro Toruń plac Teatralny 42. Na czele Ortsgruppy w Sępólnie stoi właściciel majątku p. Kurt Müller w Sępólnie-Grochowcu.

Dalej istnieje w Sępólnie Schulverein, na czele którego stoi dyrektor szkoły prywatnej pastor p. Wurlitzer.

Stosunek Niemców do Polski i Polaków nie jest przychylny, ani też otwarto wrogo usposobiony.

[...]

5. *Ruch ludności*

Napływu obcokrajowców nie ma. Optantów wyprowadziło się do Niemiec około 100.

[...]

088

26.3.1923: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an das Bezirkskommando XII der Staatspolizei in Toruń. Deutsche patriotische Lieder auf einer Veranstaltung des Landbundes in Sępólno Kr. (16.1.1923)

26 III 1923r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Komendy Policji Państwowej Okręgu XII w Toruniu. Niemieckie pieśni patriotyczne na zebraniu Landbundu (16 I 1923r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 2853

W odpowiedzi na temat L.dz.210/23.5.f.I.z dnia 10.03.23 r. przedkładam następującą relację:

Dochodzenia przeprowadzone w tej sprawie zdołały ustalić, że na zabawie niemieckiej „Landbundu" w Sępólnie, która się odbyła dnia 16.01.1923 r. w lokalu p. Budego „Hotel pod Orłem" około godz. 4-tej rano były grane następujące piosenki: „Die Vöglein im Walde" i „Das ist die Garde, die den Kaiser liebt", które to piosenki orkiestra grała z własnej inicjatywy. Czy była grana pieśń „Heil Dir im Siegerkranz", względnie czy uczestnicy zabawy śpiewali „Deutschland, Deutschland über alles" stwierdzić nie zdołano, ponieważ tylko jeden ze świadków obecnych na zabawie zeznał, że orkiestra zamierzała grać względnie pojedyncze jednostki zamierzały śpiewać wspomniane piosenki, lecz właściciel lokalu wraz z gospodarzem zabawy przeszkodzili im w tych zamiarach. Całą sprawę wraz z protokółami przesłuchania świadków skierowałem do Prokuratury w Chojnicach.

Komendant Powiatowy

podpis

089

26.3.1923: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Februar 1923)

26 III 1923r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (luty 1923r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 887

1. *Kwestja niemiecka*

Niemcy łączą się w „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte". Filje Deutschtumsbundu istnieją w Sępólnie, Więcborku i Kamieniu. Poza powyższem egzystuje na tutejszym terenie „Freie Gewerkschaften Westpolens", które mają kierunek niemiecko-socjalistyczny. Głównymi działaczami tut. Freie Gewerkschaften Westpolens są robotnik Musolf, fryzjer Otto Bleck i robotnik Józef Bukowski. (Poprzednie moje sprawozdanie prostuję o tyle, że nie rozchodzi się o kowala Bukowskiego, lecz robotnika Józefa Bukowskiego w Sępólnie). Oficjalnie zgłoszono związek ten jako zawodowy, w rzeczywistości ma jednakże charakter partyjno polityczny. Związek obejmuje tutejszych socjalistów. Znamieniem jest, że tutejsi przywódcy „Freie Gewerkschaften" są, z wyjątkiem Bukowskiego, bardzo gorliwymi nacjonalistami niem., którzy się łączą przy każdej okazji z Deutschtumsbundem w sprawach mających znaczenie przeciwpolskie. Obserwując socjalistów z „Freie Gewerschaften Westpolens" nie można się dopatrzeć uwydatnienia idei socjalistycznej, natomiast nie ma nieomal okazji, gdzie by nie wykazywali solidarności z dążnością Deutschtumsbundu.

Poza powyższemi egzystuje w tut. pow. Kreislandbund Tuchola-Sępólno z siedzibą w Tucholi. Związek ten należy do Landbundu Weichselgau Abt. Pommerellen Biuro Toruń plac Teatr. 42. Przewodniczącym Ortsgruppy Sępólno jest p. Kurt Müller, właściciel folwarku Grochowiec. Spostrzeżenia wykazują, że Landbund jest tylko oddziałem Deutschtumsbundu organizowanym dla rolników. Dla pozoru traktuje się w związku tem od czasu do czasu sprawy zawodowo rolnicze, w rzeczywistości natomiast główny cel egzystencji jest ten sam jak Deutschtumsbundu.

W Sępólnie egzystuje również Schulverein. Przewodniczącym jest Dyrektor prywatnego niemieckiego pedagogjum, pozasłużbowy pastor Wurlitzer. Odnośnie do Wurlitzera wykazało jego postępowanie wrogie usposobienie dla Polski oraz gorliwą pracę łączenia wszystkich Niemców podejrzanych o uprawianie przeciwpolskiej akcji.

W ostatnim czasie wykazały spostrzeżenia, że listę podejrzanych osób trzeba zmienić. Zachodzą coraz częstsze wypadki, na zasadzie których można obserwować, że na terenie tutejszego powiatu działa dobrze zorganizowana akcja szpiegowska, na której czele stoi Gerd Heinrich, współwłaściciel majątku Borówki oraz pomagają mu: Hans Wilckens właściciel majątku Sypniewo, rządcowie tegoż majątku bracia Kison w Sypniewie, matka Wilckensa właścicielka majątku w Iłowie, Stockmann, właściciel majątku Olszewka, Lux, właściciel browaru w Sępólnie, Orland, właściciel majątku w Sikorzu, gospodarz Radtke w Niechorzu, rządca Hohnert w Przepałowie, właściciel majętności Födisch w Rogalinie, który niedawno temu publicznie się wyraził: „auf den hiesigen Ämtern wird in kürzester Zeit deutsch gesprochen werden", pastorzy Wurlitzer w Sępólnie, Wodaege, Mundt i Hoff w Więcborku, Rennwanz właściciel młyna w Sępólnie, Günter Dietrich rolnik w Lutówku, Kunkel Otton, właściciel majątku w Suchorączku i wielu innych, którzy stoją w tutejszym powiecie na liście osób podejrzanych i nad którymi roztacza się stały nadzór policyjny. Odnośnie do śledzenia

powyższego donoszę, że organizuje się specjalną służbę wywiadowczą, za pomocą od dnia 1.12.22r. tutaj urzędującego funkcjonariusza 4 d.

W związku z powyższem donoszę p. Wojewodzie, że wydaliłem z granic Państwa w dniu 13 lutego br. administratora Alfreda Böckelmanna z Sypniewa, byłego rotmistrza niemieckiego, który przybył do Sypniewa na zasadzie paszportu zagranicznego i nie postarał się o zezwolenie na pobyt, o czem uwiadomiłem już Wojewodę pismem z dnia 12 lutego 1923r. l.dz.S.III.1050/23.

Böckelmann był także współdziałaczem p. Heinricha.

[...]

5. *Ruch ludności*

Napływu obcokrajowców nie ma. Optantów wyprowadziło się do Niemiec ok. 7.

[...]

090

3.7.1923: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Juni 1923)

3 VII 1923r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (czerwiec 1923)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 887

1. *Kwestja niemiecka*

Na podstawie rozporządzenia p. Wojewody z dnia 11.05.23 l.dz.III D. 1211/23 rozwiązano filję Deutschtumsbundu w Sępólnie dnia 07.06.23.

Przed rozwiązaniem dnia 26.05.23 przeprowadzono rewizję u wszystkich znanych działaczy niem., których się podejrzało w współpracę w Deutschtumsbundzie.

Rewizji [!] nie wykazały żadnych akt kompromitujących.

Obłożony aresztem materiał składał się tylko z list członków i wykazów składek.

Z powodu oficjalnej likwidacji „Deutschtumsbundu" wszyscy Niemcy łączą się obecnie w towarzystwie „Landbundu", które jakkolwiek uważane jest za towarzystwo zawodowo-rolnicze, to jednak z biegiem czasu może stać się niebezpieczne pod względem politycznym, gdyż oprócz spraw zawodowych wygłaszają przedstawiciele Landbundu dwuznaczne mowy wzywające Niemców do spoistości w towarzystwie, do postawienia tow. na wysokim poziomie kulturalnym itp., w zasadzie chodzi im zaś o podtrzymanie ducha patrjotycznego niemieckiego i kultury niemieckiej. Główni działacze Landbundu w Sępólnie są gorliwi partrjoci niemieccy przeważnie właściciele majątków ziemskich i ich rządcy, po części oficerowie byłej armji pruskiej.

Ostatnio daje się zauważyć pewien ruch w życiu tego towarzystwa. Urządzają zabawy, wycieczki, zebrania itp.

Poza powyższem egzystuje na tutejszym terenie „Freie Gewerkschaft Westpolens", które mają kierunek niemiecko-socjalistyczny. Głównymi działaczami tut. „Freie Gewerkschaft Westpolens" są robotnik Musolf, fryzjer Otto Bleck i robotnik Józef Bukowski. Oficjalnie zgłoszono związek ten jako zawodowy, w rzeczywistości ma jednakże charakter partyjno-polityczny. Związek obejmuje tutejszych socjalistów. Znamieniem jest, że tutejsi przywódcy „Freie Gewerkschaften" są, z wyjątkiem Bukowskiego, bardzo gorliwemi nacjonalistami niemieckimi, którzy się łączą i przy każdej okazji z Deutschtumsbundem w sprawach mających znaczenie przeciw-polskie.

W powiecie istnieją też inne związki niemieckie, czy to dobrowolne, czy też kulturalno-oświatowe, któremi kierują przeważnie pastorowie niemieccy.

[...]

091

2.7.1926: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Juni 1926)

2 VII 1926r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (czerwiec 1926)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 887

1. *Kwestja niemiecka*

Niemcy po zajściach majowych nabierają więcej otuchy aniżeli poprzednio, gdyż spodziewają się po obecnym Rządzie, a zwłaszcza po Marszałku Piłsudskim, zmiany na lepsze.

Jak sobie wyobrażają tę zmianę trudno stwierdzić.

Zebrań niemieckich nie było w miesiącu czerwcu.

[...]

Starosta

[podpis nieczytelny]

092

3.11.1926: Der Starost in Sępólno Kr. an den Wojewoden in Toruń. Lagebericht (Oktober 1926)

3 XI 1926r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Wojewody w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (październik 1926)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 887

I. *Kwestja niemiecka*

W dniu 10 października br. o godz. 19.30 urządziło towarzystwo niemieckie Frauenverein w Więcborku zabawę z przedstawieniem teatralnem. Odegrano dwie sztuczki humorystyczne. „Die Wette" Fritza Reutera i „Singvögelchen" Hauptnera. W przedstawieniu brało udział ca. 250 osób z Więcborka i okolicy.

Niemcy są wrogo usposobieni do państwowości polskiej, politykę prowadzą skrycie, lecz celowo, ich wpływy na ludność polską są wyraźne. Są pogłoski, że w Niemczech utworzył się związek, którego zadaniem jest zjednać sobie ludność polską Pomorza przez udzielanie kredytów za niskiem oprocentowaniem.

[...]

093

21.2.1929: Nachrichten-Dienststelle Nr. 36 in Kamień Pomorski an das Grenzkommissariat ebendort. Antipolnische Betätigung des Bernard Römer aus Dąbrówka-Abbau

21 II 1929r.: Posterunek służby informacyjnej nr 36 w Kamieniu Pomorskim do Komisariatu Straży Granicznej w miejscu. Działalność antypolska Bernarda Römera z miejscowości Dąbrówka-Wybudowanie

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 959

Meldujemy, iż w dniu 20 lutego 1929 r. dowiedzieliśmy się od swego konfidenta, że Bernard Römer zamieszkały w Dąbrówce-wyb., pow. Sępólno, działa na szkodę dla

Państwa Polskiego, jest przewodniczącym do tak zwanego Deutsch-Katholiken-Vereinu /Prawdopodobnie Prezesem od Deutschtumsbundu/. Römer przeważnie zajmuje się szkoleniem młodzieży niemieckiej, rozdając często ulotki rozmaite, lecz bardzo dyskretnie chowając je przy każdym zbliżeniu się Polaka, dlatego trudno jest zbadać, jaką treść ulotki te zawierają - w każdym razie jest to coś wrogiego, gdyż w przeciwnym razie pan R. nie działał by tak ostrożnie i tajemniczo.

W roku 1927 mniejwięcej w czerwcu urządził u siebie /w ogrodzie - tylne podwórze/ strzelanie dla młodzieży niemieckiej do tarcz, lecz nie wiadomo z jakiej broni i w jakim celu, zbadanie było trudne, gdyż działał ostrożnie, nie dopuszczając do siebie żadnego Polaka.

W listopadzie 1928 r. wyraził się pan Römer do nauczyciela Basandowskiego po wysłaniu do niego pisma urzędowego w języku polskim, że pisma w języku polskim przyjmować nie potrzebuje, gdyż, jak twierdził, Dąbrówka jest niemiecką wioską, szkoła jest niemiecka, więc „pan" nauczyciel jest zobowiązany pisać do niego w języku niemieckim.

Kilkakrotnie zauważyli osadnicy przyjeżdżające samochody do Römera, gdzie kilka panów do niego wstępowało i po 1-2 godzinnym pobycie odjeżdżali w kierunku Chojnic z powrotem.

Z tego wnioskują, że to są jacyś agitatorzy z Deutschtumsbundu.

Römer wyraził się do pana Sadowskiego: z tym bydłem Polakami osadnikami z b. Kongresówki i b. Galicji nie ma co się liczyć.

Römer posiada w Dąbrówce, powiat Sępólno osadę rządową 75 morgową, która dotychczas nie jest zlikwidowana.

Wywiadowca nr. 190

Wywiadowca nr. 191

094

10.3.1932: Staatspolizeiposten Sępólno Kr. an die Starostei ebendort. Rede des Sejmabgeordneten Graebe aus Bydgoszcz (10.3.1932)

10 III 1932r.: Posterunek Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starostwa w miejscu. Mowa Graebego, posła do Sejmu z Bydgoszczy (10 III 1932)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 959

Dnia 10 marca 32 r. od godz. 16.00 - 17.15 w tutejszym Vereinhaus przy ulicy Sądowej zebranie w zamkniętym kółku na dwa zaproszenia zwołane przez posła na Sejm Graebego z Bydgoszczy.

Na zebranie to przybyło około 100 osób, wyłącznie Niemców z Sępólna i dalszych okolic powiatu. Referat wygłosił poseł Graebe, który przemawiał na temat ogólnego kryzysu gospodarczego w Polsce. Poza tem usprawiedliwiał przed zebranymi czynione mu zarzuty przez redaktora „Pommereller Neueste Nachrichten" Dr. Helden z Chojnic, jakoby on, Graebe, marnotrawił w kawiarniach grosz składany przez tut. Niemców na biednych i bezrobotnych narodowości niemieckiej w Bydgoszczy nazywając Dr. Heldena oszczercą i zachęcał zebranych do składania na jego ręce dalszych datków, gdyż jak twierdził w Bydgoszczy jest bardzo wielka nędza, zwłaszcza wśród bezrobotnych narodowości niemieckiej.

Dalej ostrzegał zebranych, ażeby nie cytowali czasopism „Pommereller Neueste Nachrichten", gdyż nie jest to czasopismo niemieckie, bo wychodzi za pieniądze polskie i w stosunku do Niemców jest wrogo usposobione.

Poza referatem posła Graebego, na zebraniu nikt głosu nie zabierał. Między innymi na zebraniu byli obecni: pastor Natter z Sępólna, Orland z Sikorza, Rasmus z Przepałkowa, Müller z Grochowa, Pilchowski z Kamienia.

Zainteresowanie wśród zebranych było duże, przebieg zebrania był spokojny.

Komendant Posterunku
Cichocki Aleks.
przodownik

095

16.3.1934: Staatspolizeiposten Sępólno Kr. an den Postenkommandanten ebendort. Verhalten des Lehrers Oberländer in Wiśniewka gegenüber polnischen Kindern
16 III 1934r.: Posterunek Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Komendanta Posterunku Policji Państwowej w miejscu. Zachowanie się nauczyciela Oberländera we wsi Wiśniewka wobec dzieci polskich

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 963

Melduję Panu Komendantowi, że w czasie patroli dnia 15.03 br. w gminie Wiśniewie dowiedziałem się w drodze poufnej, że tamtejszy nauczyciel Oberländer miał się ujemnie o Polakach wyrażać, jak np. „psie krwie Polaki idźcie wszyscy do djabła" i pod adresem dzieci polskich rzucał w szkole inne wyzwiska nie licząc się z godnością nauczyciela. Wobec powyższego przesłuchałem kilka dzieci a mianowicie: 1. Szalską Weronikę, córkę Jana i Zofji z domu Merchel, lat 13 zamieszkałą w Wiśniewie przy rodzicach, która podała, że było to jesienią po wielkich wakacjach 1933 r. , gdy była w szkole słyszała jak nauczyciel Oberländer mówił na dzieci polskie, psia krew, wy Polaki ja wam skórę wygarbuję. 2. Badana Molzan Irma lat 13 córka Hermanna i Augusty z domu Bąk, zamieszkała w Wiśniewie podaje, że nauczyciel wymówił te słowa psia krew Polaki ja wam skórę wygarbuję. Prócz tego wobec całej szkoły wyzywał ją ty cielna krowo, małpo, sowo i wiele innych wyzwisk, zaś na Niemców nigdy nie wyzywał. 3. Badany Stryszyk Paweł, lat 13, syn Pawła i Rozalji z domu Krause, zam. w Wiśniewie podaje, że było to przed Bożym Narodzeniem 1933 r. wyraził się nauczyciel do dzieci w szkole, psia krew Polaki idźcie do djabła, jak również miotał wyzwiska, jak np. wy stare krowy, świniaki, cielaki itp. To samo potwierdza siostra Stryszykówna Marjanna, lat 11, zam w Wiśniewie przy rodzicach.

4. Badana Barabas Agnieszka, lat 12, córka Teodora i Marty z domu Radowska, zam. w Wiśniewie podaje, że nauczyciel Oberländer mówił wobec wszystkich dzieci w szkole przed Bożym Narodzeniem 1933 r. i w końcu lutego br. psia krew Polaki idźcie wszyscy do djabła, jak również wyzywał dzieci, dojne krowy, cielaki itp.

To samo zeznaje brat badanej Teodor Barabas, lat 10, prócz tego zapodaje, że nauczyciel chwycił go za kołnierz, rzucił na ziemię i kopał go nogami za to, że jednej zgłoski nie postawił w zdaniu należycie i to „t", a Niemcom zaś nic nie mówi.

5. Badana Agnieszka Szmelterówna, lat 12, córka Konrada i Małgorzaty z domu Szydel, zam. w Wiśniewie podaje, że nauczyciel mówił: psia krew Polaku ja cię ze skóry wydrę, a na Molzanównę mówił, tak idziesz jak dojna krowa, rodziców zaś wyzywał od gnojarzy, parobczaków, że im nie kupili zeszytów, jakich im nakazał. Działo się to w grudniu 1933 r. pokazywał dzieciom katolickim, jak one robią znak Krzyża św. i się z nich wyśmiewał, a za to, że nie powstali w czasie modlitwy dzieci ewangelickich, kazał im podnieść ręce do góry i tak długo stać aż przyszedł nauczyciel z Lutowa na

wykłady religji p. Grunnert, który z nauczycielem Oberländerem się umawiali. To samo podają dzieci Stryszyka.

Grzegórz, starszy posterunkowy

096

8.11.1934: Staatspolizeiposten Kamień Pomorski an die Starostei Sępólno Kr. Entlassung polnischer Arbeiterinnen durch den Landwirt Bernard Burdik in Dąbrówka

8 XI 1934r.: Posterunek Policji Państwowej w Kamieniu Pomorskim do Starosty w Sępólnie Kr. Zwolnienie polskich robotnic przez rolnika Bernarda Burdika we wsi Dąbrówka

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 963

Na pismo p. Starosty Powiatowego z dnia 5.11.34 r. przeprowadziłem w tym kierunku dochodzenie, gdzie ustaliłem, co następuje. Burdik Bernard w Dąbrówce zatrudnia robotników polskich. Jak dochodzenie wykazało to Burdik zwolnił z pracy trzy dziewczęta za to że rozmawiali [!] przy pracy po polsku i to została zwolniona Górska Helena w maju br. na przeciąg trzech tygodni, w jesieni br. na przeciąg trzech dni, Tuske Stanisława w maju br. na przeciąg jednego dnia i w jesieni br. na przeciąg jednego dnia, Wirkus Adrianna w maju br. na przeciąg jednego dnia i w jesieni br. na przeciąg jednego dnia. Jak wynika to Burdzik zastosował tylko wyżej wspomniane wobec dziewcząt, wobec mężczyzn, którzy u niego pracują tego nie zastosował.

Dochodzenia z całą dokładnością dają zupełny obraz jak daleko postąpił sobie Burdik w Państwie Polskim zakazując ojczystego języka podczas pracy i całą jawnością w Państwie Polskim występuje przeciw polskiej mowie okazując przytem swoje wrogie usposobienie wobec Państwa Polskiego. Wobec tego należałoby Burdika przykładnie ukarać, by to było przestrogą na przyszłość przeciw innym obywatelom wrogo usposobionych przeciw Państwu Polskiemu.

[...]

097

5.12.1934: Staatspolizeiposten Wałdowo an den Starosten in Sępólno Kr. Versammlung der DV (3.12.1934)

5 XII 1934r.: Posterunek Policji Państwowej w Wałdowie do Starosty w Sępólnie Kr. Zebranie "DV" (3 XII 1934r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 961

W dniu 3 grudnia 1934 r. o godz. 16.00 do 18.15 odbyło się zebranie organizacyjne powołane przez Krieger Ulricha z Wałdówka folwark z „Deutsche Vereinigung" na sali Głowińskiego Roberta w Wałdowie, na które przybyło około 260 osób i to z Wałdowa, Włościborza, Kamienia, Pamiętowa, Drożdżenicy, Wielkiej i Małej Kloni, Bagienicy Obodowa, Sośna, Płoskowia, Szynkwału, Przepałkowa, Wilkowa i innych mniejszych miejscowości z okolicy. Na zebranie to przybyło 2 mówców specjalnie zaproszonych z „Deutsche Vereinigung" z Bydgoszczy samochodem i to niejaki Mielke i Adelt. Przewodniczący zebrania Krieger Ulrich z Wałdówka przywitał zaproszonych gości, poczem przedstawił przybyłych gości z Bydgoszczy, którzy kolejno przemawiali do zebranych gości na sali, gdzie poruszali w przemowie swej o starych Niemcach i ich jedności i skupianiu się, o ich narodowym poczuciu, jakby się wspólnie trzymali i jako mniejszość narodowa w Polsce skupiali się w nową organizację, to jest

„Deutsche Vereinigung". Na przedmowy te odpowiadali zebrani członkowie z „Jungdeutsche Partei" z Wałdowa i okolicy, których zebrało się około 170 osób pogardą i wykrzykami „fuj.." i różne inne wyzwiska, tak że był formalny [...] krzyk na sali, na co przewodniczący Krieger ostrzegał zebranych, że w razie nie uspokojenia się zawezwie policję celem usunięcia osób przeszkadzających mówcowi. Jak stwierdzono podczas przedmowy gości z Bydgoszczy Mielkego i Adelta był na sali formalny nieporządek i hałas, krzykanie i gwizdanie, tak że mówcy musieli przejść do dyskusji i danie wolnych głosów, tak że jako pierwszy przemawiał przewodniczący Richard Karau z Wałdowa, prezes z „Jungdeutsche Partei", gdzie w swej przemowie zbijał mówców z Bydgoszczy, którym poczyniał zarzuty, że burżuje, obszarnicy znajdują się tylko w „Deutsche Vereinigung", czerpią posiłki z różnych stron, zaś biedniejsza sfera nie może na to patrzeć, dla tego zmieniają swoje nazwy jak Deutscher Block i inne poprzednie, aby w ten sposób uzyskać członków, na co zebrani po prawie większej części oklaskiwali przemówienie Karau'a. Pod koniec Karau dał okrzyk na cześć Marszałka, Hitlera i ich głównego kierownika Wiesnera w słowach „Sieg Heil", co cała sala zebranych podchwyciła i trzykrotnie okrzyknęła.

Po przemowie Karau'a wystąpił rządca majętności Wałdówko, Zimmer, ze strony Jungdeutsche Partei ganiąc w przemowie swej oficerów pruskich ich postępowanie podczas wojny, zaś wychwalając ich obecne stowarzyszenie JDP. Następny mówca był Radtke z Płoskowa, który dawał różne przykłady z życia agrarjuszy nie traktujący[ch] po ludzku niższej sfery i klas pracujących, którego mowę zebrani o tyle pochwalili przez brawo i niech żyje JDP, pomiędzy innemi wychwalał narodowych socjalistów jak obecnie jest w Niemczech, że zapanował obecnie ład i porządek oraz obrona niższej sfery, gdzie postęp w Niemczech obecnie możny podziwiać pod każdym względem.

Pod koniec przemawiał Szulc z Kamienia także na korzyść JDP, że mają się skupiać w ich obecnej organizacji, która silnie stoi i traktuje obywateli po ludzkiemu [!] i każdy jej jest mile widziany jakby członek. W przemowach mówców z „Deutsche Vereinigung" przeszkadzano i ganiono ich przemowy przez większość zebranych członków na sali. Pod koniec zebrania przybyli członkowie z „Deutsche Vereinigung" chcieli pomiędzy sobą omówić ogólny program i debatę nad zebraniem powołanym przez nich, naco im członkowie z JDP przeszkadzali i to śpiewając pieśni, których około 7 prześpiewali, tak że garstka z Deutsche Vereinigung ulotniła się do małego pokoju, którym chcieli członkowie z JDP przeszkodzić, jednakże prezes Karau z JDP stał przy drzwiach i nikogo nie wpuścił do pokoju, aby swobodnie sobie doradzili nad przebiegiem zebrania. Prawdopodobnie kilku członków się zapisało do stowarzyszenie Deutsche Vereinigung, zaś na prezesa miano wybrać rzekomo Krieger Ulricha z Wałdówka, na 1) zastępcę Rennwanza Wojciecha z Teklamowa, a na 2) zastępcę Busse z Zalesia. Czy jednak ostatecznie uchwałe przyjęto celem zgłoszenia stowarzyszenia u Pana Starosty nie zdołano stwierdzić.

Komendant Posterunku
Gwiazdowski Józef, przodownik

098

18.3.1935: Staatspolizeiposten Wałdowo an den Starosten in Sępólno Kr. Deutsche Heldengedenkfeier (17.3.1935)

18 III 1935r.: Posterunek Policji Państwowej w Wałdowie do Starosty w Sępólnie Kr. Obchody niemieckiego Dnia Pamięci Bohaterów (17 III 1935r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 961

Na Nr. B.4/61 z dnia 15.03.1935 przedkładam otrzymane sprawozdanie. Po zebraniu /zebrani/ Niemcy z sali chcieli się udać z wieńcami wspólnym pochodem na cmentarz miejscowy, gdzie w zarodku do tego nie dopuszczono, ponieważ na pochód nie mieli zezwolenia, ponadto prezesowi JDP Karau Richardowi, który przybył na zebranie z odznaką wstęgą żelaznego niemieckiego Krzyża II klasy natychmiast zeleciłem usunięcie z piersi, co też uczynił, usprawiedliwiając się, że o tem jemu nie wiadomo.

Buta niemczyzny coraz więcej potęguje się w tutejszym regionie w ostatnim czasie.

Komendant Posterunku

Gwiazdowski Józef, przodownik

Wałdowo dnia 17 III 1935r.

Do Pana Komendanta Posterunku

w miejscu

Sprawozdanie z odbytej uroczystości uczczenia poległych w dniu 17 marca 1935 o godzinie 15 w lokalu p. Głowińskiego w Wałdowie, powiat Sępólno, z ramienia Jungdeutsche Partei.

Uroczystość rozpoczęto o godzinie 15.20 przy udziale około 200 osób, otworzył ją przewodniczący Jungdeutsche Partei Karau z Wałdowa, na sam początek przywitał zebranych wspomnianym hasłem niemieckim „Heil", następnie odśpiewano wspólnie pieśń „Wir ziehen auf einen [?]" poczem rozpoczęto deklamacje i to pod tytułem „Den Soldaten des großen Krieges auf einem Gefallenendenkmal, Ruf den Toten, Gruß den Toten, Seid gegrüßt im Kalten Grabe". Deklamacje mówili członkowie z Jungdeutsche Partei. Następnie przemawiał do zebranych przewodniczący uroczystości Karau. W mowie swej przedstawił mówca ciężkie położenie niemieckiego żołnierza oraz jak Hitler przyszedł do władzy oraz jakiego pokoju, względnie współpracy z innemi państwami żąda Hitler. Po przemowie tej odśpiewali kilku członków [!] następujące pieśni: Sturmlied, Dir bleiben wir treu wie Eisen, Argonnerwald, Morgenrot, następnie przy wspólnym śpiewie „Ich hat' einen Kameraden" czterech członków wynieśli [!] z sali na cmentarz ewangelicki dwa wieńce żałobne, które w tym celu były już na sali przygotowane, po czynności tej uroczystość wyżej wspomnaina się zakończyła. Dekoracja sali, po prawej stronie zawieszono chorągiew o polskich barwach, po lewej stronie zawieszono chorągiew czerwoną, pod każdą chorągwią zawieszono wieniec żałobny, które to wieńce, jak wyżej wspomniano zostały wyniesione na cmentarz. Na szarfach wieńców widniał napis niemiecki „Die Frontkämpfer ihren gefallenen Kameraden zum Gedächtnis"

Mirdykowski [?] Stanisław

Posterunkowy

099

28.11.1936: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Sprengung einer Veranstaltung der DV durch JDP-Anhänger (27.11.1936)

28 XI 1936r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Rozbicie zebrania „DV" przez zwolenników „JDP" (27 XI 1936r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 961

Dnia 27 listopada 1936 r. o godz. 19-tej na sali hotelu „Centralnego" w Sępólnie odbyło się zgromadzenie zwołane przez zarząd DV Koła w Sępólnie, przy udziale około 400 osób przybyłych z Sępólna i okolicznych osiedli, nawet z Więcborka z Ewaldem Schulzem z Kamienia na czele.

Zebranie zagaił i przywitał zebranych oraz mówców prezes miejscowego koła DV Bötcher, poczem przewodnictwo nad zgromadzeniem odstąpił niejakiemu Thomowi Hansowi z Uciąża, pow. wąbrzeskiego. Wymieniony po przedstawieniu się zebranym wygłosił krótkie przemówienie treści następującej:

Rodacy ! Przybyłem do was, ażeby wam przypomnąć [!] nasze zadania i obowiązki, które spełnić mamy jako członkowie DV.

Wasza obecność jest dla mnie dowodem, że wy tak samo jak i ja macie na oko najżywotniejsze interesy naszego społeczeństwa, naszej ludności niemieckiej, zamieszkałej w Państwie Polskim. Życzę więc, ażeby dzisiejsze zebranie przyczyniło się do pogłębienia w naszych sercach poczucia wierności do naszego narodu i lojalności wobec Państwa, w którym żyjemy.

Wzywając zebranych do zachowania dyscypliny w trakcie trwania zebrania i zapewniając, że w dyskusji każdy będzie mógł się wypowiedzieć udzielił głosy niejakiemu Brunonowi Tesmerowi, płatnemu działaczowi przysłanemu do Sępólna przez Centralę DV w Bydgoszczy w charakterze kierownika młodzieży z DV.

Tesmer wygłosił przemówienie na temat kierunku pracy społeczeństwa niemieckiego w Polsce /im Auslande/. Wskazał, że jako 1 milionowy naród na świecie musi świecić przykładem innym narodom, wspomniał o stosunku z Rzeszą /Mutterlande/, skąd czerpać winni otuchy do wspólnej pracy ideowej, w końcu omówił różnicę poglądów na sprawę niemiecką obu partii tj. DV i JDP.

Z kolei przemawiał niejaki Bartels Otto z Wawrzynków, pow. żnińskiego, który w swoim przemówieniu wskazał na ognisko niepokojów w świecie, na walkę bratobójczą w Hiszpanii i wskazał na sprawczynię tej działalności Bolszewię, która wszelkimi siłami stara się narzucić też i innym swój raj. Pod wpływem światopoglądu materialistycznego narody zdradziły swoich najdzielniejszych synów. Jest to ten światopogląd, który głosi, że sensem życia jest szczęście i zadowolenie, zaś szczęściem był pieniądz i dobrobyt. Ten światopogląd pogodzić się mógł z twierdzeniem, że gospodarka to nasz los, że nie ma bardziej głupiego ideału, jak bohaterstwo. Ofiarą tej trucizny stał się niejeden naród, a tak samo też i naród niemiecki w Rzeszy po wojnie padł ofiarą tej niszczycielskiehj idei.

Dziś wiemy, że wszystkie narody tylko wtedy mogą żyć, gdy każdy człowiek czuje się odpowiedzialny za los swego społeczeństwa. Dlatego też i my jako Niemcy w Polsce musimy dążyć do tego, ażeby wszyscy czuli się jako członkowie jednej nierozerwalnej całości. Dlatego musimy walczyć i werbować, żeby nasza organizacja ciągle dalej rosła. Dlatego musimy się przeciwstawić wszelkim dążeniom, które zagrażają naszej całości. Takie dążenia widzimy w celach tzw. Młodo-Niemców.

Gdy w jesieni 1934r. zatwierdzony został statut Zjednoczenia Niemieckiego przez władze, pełni ufności zabraliśmy się do pracy kulturalnej i oświatowej, a wyniki są dowodem, że jesteśmy na dobrej drodze.

Wszystkim znany jest nasz stosunek do JDP. Musimy zwalczać tą partję, gdyż z przerażeniem przypominamy sobie te czasy, kiedy Państwo Polskie, a także Rzesza Niemiecka były bezwładnym łupem kilkadziesiąt zwalczających się partyj i partyjek. A ponadto wstyd ogarnia nas, jeżeli zastanawiamy się nad ludźmi, którzy chcą kierować naszym losem, którzy dotychczas wyróżniali się samolubstwem i niezdolnością. Takie przymioty dyskwalifikują człowieka do objęcia kierownictwa naszych organizacyj i naszego społeczeństwa.

Dziś wiemy, że praca nasza, która poświęcona jest jedynie podtrzymaniu oświaty i kultury, spotkała się z uznaniem nie tylko szerokich warstw naszych rodaków, lecz także służy do tego, aby wskazać, że Państwo Polskie może liczyć na spokojny i pracowity ruch, który chcemy pielęgnować dla dobra własnego i Państwa Polskiego.

Pamiętajmy zawsze, że w każdej chwili naszego życia jako Niemcy zagranicą żyć i pracować powinniśmy wzorowo tak żeby inni brali sobie nas na wzór.

Nadmieniał o stworzeniu dla młodzieży dorastającej egzystencji i nawoływał do osiedlania się na wschodzie, nadto wzywał wszystkich do udzielania sobie wzajemnej pomocy i dzielenia się choćby ostatnim kawałkiem chleba przez tzw. Nothilfe. Wskazywał drogę jaką kroczyć ma młodzież niemiecka, jej obowiązki dla społeczeństwa, przyczem mówił, że ze zdrowej i licznej rodziny wyrasta zdrowy i silny naród: słowami „Ty jesteś niczem, społeczeństwo wszystkiem" zakończył swoje przemówienie.

Zebrana na sali młodzież odśpiewała piosenkę partyjną.

Następnie przewodniczący zgromadzenia Thom otworzył dyskusje i wzywał zebranych do zgłoszenia się o zapisania się do przemówień.

Zgłosili się:

1. Pahl Gustaw ze Zboża, Schulz Ewald z Kamienia i Bublitz ze Zboża - wszyscy członkowie JDP.

Jako pierwszy przemawiał Pahl Gustaw ze Zboża, który nadmienił, że DV zdąża do odnowienia partii, poczem odczytał pewien wstęp z książki „Mein Kampf" o Hitlerze [!]. Następnie odczytał z prasy „Deutsche Nachrichten" artykuł poświęcony zjazdowi Amtswalterów w Poznaniu w dniu 7 i 8 bm., który artykuł ujawniono w „Völkischer Beobachter", a autorem tegoż jest Gersdorff z DV krytykujący przebieg obrad i zjazdów.

Z kolei przemawiał Schulz Ewald z Kamienia, który w ostry sposób wystąpił przeciwko organizatorom zgromadzenia i mówcom, potępiając ich działalność. Nadmienił, że Tesmer uprzednio był w JDP, lecz ta nie płaciła mu, zatem za 80. zł. miesięcznego wynagrodzenia od DV przyjął stanowisko Jugendleitera w DV. Doniosłym głosem mówił, że JDP ma wpływ w całej Polsce, natomiast DV tylko w części zachodniej, a obecnie chce rozszerzyć swoje wpływy na inne dzielnice, co się jednak nie udaje. Wskazując na znajdującą się na sali młodzież, mówił ilu jest tutaj za zapłatą z innych powiatów, bo miejscowych członków DV jest tyle, ile się w moją kieszeń pomieści. Dodał, że DV naśladuje we wszystkim JDP, nawet w noszeniu odznak, po czem obszedł stół przy który siedział zarząd na scenie i zerwał wiszącą na ścianie flagę partyjną /czarna płacha [!] z strzałką w górę/ i rzucił ją na salę, w tem powstała wrzawa i kilku członków DV rzuciło się na scenę do Schulza, chcąc go pobić. Wywrócono stół, poobalano kulisy i kilku nieznanych z nazwiska osób-przeciwników się pobiło.

Na skutek tego wkroczyła na wezwanie przedstawiciela władzy policja, która wezwawszy zebranych do rozejścia się zaprowadziła spokój. Zebrani w spokoju rozeszli się, a zgromadzenie temsamym zakończyło się o godzinie 21-ej.

Nadmienić wypada, że na scenie widniał napis na białym płótnie „Wir wollen sein ein einig Volk und Brüder", a pod tym napisem wisiała właśnie zdarta przez Schulza płachta ze strzałką, czyli odznaka DV.

W czasie przemówień mówców DV Schulz Ewald i członkowie JDP zachowywali się nieco prowokacyjnie i przewodniczący Thom stale wzywał do uspokojenie się powołując się na swoje na wstępie powiedziane słowa o zachowaniu dyscypliny.

Komendant Powiatowy

Grzybowski podkomisarz

100

1.5.1937: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht (April 1937)

1 V 1937r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (kwiecień 1937)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 888

I. *Sytuacja ogólna*

Okres sprawozdawczy rozpoczął się pod znakiem obchodu „Tygodnia Pomorza". Z inicjatywy miejscowego oddziału Związku Zachodniego urządzono w niedzielę dnia 4 kwietnia 1937 r. ogólną manifestację społeczeństwa polskiego, połączoną z uroczystym nabożeństwem, przemarszem organizacji na rynku, przemową oraz wieczorną akademią. Udział brały prawie wszystkie organizacje. Kupiectwo miejscowe odsunęło się od tej imprezy zupełnie, a to z uwagi na ewentualność bojkotu ze strony klienteli niemieckiej. Należy zaznaczyć, że obawy te nie były płonne. Organizacje niemieckie zwracają coraz silniejszą uwagę na to, by gospodarczo popierać tylko swoich.

Stowarzyszenie Concordia w Lubczy przeprowadziło nawet nieoficjalną uchwałę, że członkom wolno w zasadzie kupować tylko u Niemców. Jako sankcję wprowadzono konwencjonalną karę 3,- zł. za każdy wypadek niezastosowania się do tego postanowienia.

W ogóle na polu gospodarczym Niemcy sięgają po coraz nowe placówki. Odnosi się wrażenie, jak gdyby z jakich specjalnych źródeł zostali zaopatrzeni w nowe kredyty. W drugiej połowie kwietnia utworzono spółkę niemiecką, która wydzierżawiła cegielnię w Sępólnie Kraińskiem. Cegielnia ta, własność Niemca Müllera, była kilka lat bezczynna.

Obecnie z dość znacznym nakładem zostaje dostosowana do nowych warunków i uruchomiona.

Dalej do Sępólna ma się sprowadzić kilku nowych kupców niemieckich. Chodzi głównie o bławatnika, bo ta dziedzina handlu pozostaje narazie wyłącznie w rękach Polaków. Charakterystyczna jest również uchwała JDP, by członkowie we wszystkich lokalach publicznych, do których uczęszczają, żądali „Deutsche Nachrichten". W ten sposób chcą zmusić właścicieli do abonowania tej gazety.

[...]

VI. *Ruch polityczny mniejszościowy*
Sprawozdanie miesięczne za kwiecień 1937 r.
I. *Sytuacja ogólna*

W ciągu okresu sprawozdawczego panowała wśród Niemców w dalszym ciągu atmosfera silnego podniecenia, spowodowana wprowadzaniem nowych przepisów granicznych. Przez cały kwiecień zdawano gwałtownie nieruchomości. Zamilkły nawet na pewien czas odgłosy walki międzypartyjnej.

Reakcja niemczyzny uwydatniła się głównie w nawoływaniu do solidarności gospodarczej wśród swoich. Pokątnie uprawia się propagandę za hasłem „swój do swego" w ścisłym tego słowa znaczeniu. Poza tym poszczególne organizacje starają się sprowadzać kupców i rzemieślników tam wszędzie, gdzie odbiorcami są Niemcy.

II: *Część szczegółowa*
Niemcy
1. *Życie polityczne*
Deutsche Vereinigung

W łonie DV zarysowuje się coraz silniej podział na młodych i starych. Ci ostatni przyjmują na siebie rolę członków wspierających i protektorów; czynni natomiast są przeważnie młodzi. W Sępólnie Kraińskiem przebywa od dłuższego czasu specjalny płatny funkcjonariusz dla spraw młodzieżowych, niejaki Tesmer Brunon. Urządza on w poszczególnych oddziałach periodyczne odprawy z kierownikami młodzieżowymi. Ostatnio zwołał na większą skalę zjazd do Zielonki. O przebiegu jego doniosłem w specjalnym sprawozdaniu z dnia 24.04.1937 r. Nr. B. /28.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy		
	Data	charakter	frekw.	Data	charakter	frekw.
Więcbork	9.IV.1937	zebranie koła	35	-	-	-
Więcbork	6.IV.1937	zebranie koła	14	-	-	-
Zielonka	7.IV.1937	zebranie koła	50	-	-	-
Zielonka	11.IV.37	zebranie koła	80	-	-	-
Więcbork	13.IV.1937	zebranie koła	19	-	-	-
Więcbork	20.IV.37	zebranie koła	24	-	-	-

Z polecenia zarządu głównego w Bielsku wprowadzono ostatnio tak zwane „Mitgliederapelle". Mają one za zadanie łączyć sąsiednie oddziały na wypadek większych odczytów lub innych „potrzeb". Plan powiatowy przewiduje 3 miejsca: Sępólno Kr., które obejmuje również oddział Wałdowo, dalej Więcbork, do którego będą należały placówki w Sośnie, Sitnie i Sypniewie, wreszcie Kamień, który obejmuje Zamarte i Drożdżenicę.

W dniu 7 kwietnia 1937r. [JDP] zamierzała urządzić imprezę w Więcborku, z udziałem członków powiatów: chojnickiego, świeckiego, tucholskiego i wyrzyskiego.

Zezwolenia odmówiłem dla braków formalnych, o czym doniosłem w sprawozdaniu doraźnym z dnia 7.04.1937 r. Nr. B. Odbyło się jednak w tym dniu w Więcborku zebranie członków w domu Hahlwega z udziałem 400 osób, a wśród nich grupa 6 Niemców z Wołynia, stanowiącą zespół teatralny, który ma za zadanie przeprowadzenie na Pomorzu tak zwaną falę propagandy (Propagandawelle). Jeden z nich, nazwiskiem Gorgon, wygłosił referat na temat warunków pracy mniejszości niemieckiej na Kresach Wschod-

nich. Między innymi stwierdził, że tamt. Niemcy są znacznie lepiej zorganizowani niż tu na Zachodzie.

W końcu zaapelował gorąco, by wszyscy Niemcy w Polsce starali się dojść do porozumienia i stworzyli jedną potężną organizację. W wyniku przeprowadzonej zbiórki na cele propagandowe zebrano sumę 1 200 zł.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy		
	Data	charakter	frekw.	Data	charakter	frekw.
Sośno	3.IV.37	zebranie koła	30	-	-	-
Wałdowo	4.IV.37	zebranie koła	60	-	-	-
Sośno	11.IV.37	zebranie koła	80	11.IV.37	zabawa	120
Sępólno Kr.	14.IV.37	zebranie koła	50	-	-	-

[...]

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 25.04.1937 r. urządził miejscowy oddział Verbandu Deutscher Katholiken zebranie w Sępólnie z odczytem niejakiego Glocka. Prelegent mówił na temat stygmatyzowanej Teresy Neumann. Udział brało około 50 niemieckich katolików. Ten sam odczyt wygłosił Glock w Sypniewie i to w tym samym dniu przy udziale 16 członków miejscowego oddziału VDK.

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Związek Rolniczo-Nadwiślański

Landbund Weichselgau

Dnia 3 kwietnia 1937 r. odbyło się w Więcborku zebranie oddziału młodzieżowego Landbundu, przy udziale 50 członków na ogólną liczbę 54. Przewodniczył Tesmer z Wituni, który mówił na temat nawozów sztucznych i racjonalnej hodowli. Po dyskusji urządzono wieczorek towarzyski w zamkniętym kółku.

Dnia 11.04. 1937 r. odbyło się zebranie Landbundu w Sępólnie Kr. przy obecności około 300 osób sąsiednich oddziałów. Przewodniczył Behrendt Feliks, kierownik biura powiatowego. Główny referat wygłosił Schulze z Tczewa na temat nowych przepisów granicznych. Wywody prelegenta szły głównie w kierunku przekonania obecnych, że panika jaka się w związku z tym wytworzyła wśród Niemców, w zasadzie pozbawiona jest podstaw.

[...]

101

22.11.1937: Staatspolizeiposten Sypniewo an den Starosten in Sępólno Kr. Auswirkungen der Auflösung des deutschen Gesangvereins "Konkordia" in Lubcza

22 XI 1937r.: Posterunek Policji Państwowej w Sypniewie do Starosty w Sępólnie Kr. Następstwa rozwiązania niemieckiego towarzystwa śpiewaczego "Konkordia" w Lubczy

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 960

Zgłaszam, że zawieszenie działalności stow. Konkordia w Lubczy wywołało wśród członków i w ogóle wśród tamtejszych Niemców ponure komentarze. Członkowie bowiem wiedzieli, że ich działalność zawieszona została za bojkot handlu polskiego, lecz mimo to na zewnątrz do Polaków nie okazywali jakoby taka decyzja wywołała u nich jakiekolwiek wrażenie.

Obecnie widzi się u członków pewny zwrot na lepsze, tak, że już niektórzy członkowie kupują i u tamtejszych Polaków, lecz nie wszyscy, lecz wyraźny i tendencyjny bojkot już obecnie ustał.

Komendant Posterunku Policji Państwowej
podpis
Wensker

102

10.2.1938: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Versammlung des Landbundes Weichselgau in Sępólno Kr. (9.2.1938)
10 II 1938r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Zebranie związku ziemskiego „Weichselgau" w Sępólnie Kr. (9 II 1938r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 192

Dnia 9 lutego 1938 r. o godz. 18-tej w lokalu hotelu Centralnego w Sępólnie Kr. odbyło się zebranie Landbundu Weichselgau - pod przewodnictwem Kurta Müllera z Grochowca - prezesa miejscowego oddziału, przy udziale około 100 osób.

Na wstępie Müller wyjaśnił zebranym, że w myśl statutu muszą corocznie wybierać delegata, wobec czego zostaną przeprowadzone wybory. Wybory kartkowe przeprowadził Pahl Gustaw, rolnik ze Zboża, prezes zarządu powiatowego, w wyniku których na delegata wybrany został Henryk Fedtke rolnik z Piaseczna /prezes JDP/.

Na skutek tego wyboru Müller oświadczył zebranym, że przez 4 lata był delegatem, a jeśli obecnie członkowie nie mają doń zaufania, składa z dniem 10 lutego prezesurę w Landbundzie.

Następnie wygłosił przeszło godzinny referat na temat uprawy łubinu słodkiego przedstawiciel firmy „Lupinus" niejaki Pruszke z Chojnic, nawołując zebranych do podjęcia uprawy tego gatunku łubinu.

Z kolei zabrał głos kierownik biura powiatowego Feliks Berendt, który pouczał zebranych o sposobie składania oświadczeń o podatku dochodowym, że pokwitowania muszą być pisane w języku polskim, podał warunki otrzymania przez pszczelarzy cukru po 5 kg na 1 ul po cenie zniżkowej.Omawiał sprawę zdawania i przejęcia nieruchomości w pasie granicznym, iż nie ma tu takiej obawy, jak pierwotnie przypuszczano, bowiem nie było jeszcze wypadków, aby Urząd Wojewódzki odmówił zezwolenia na zdanie lub przejęcie nieruchomości, gdyby jednak zaszedł taki wypadek należy o tym zgłosić w biurze powiatowym Landbundu, który ze swej strony wyśle odwołanie do władzy wyższej, bowiem z przysługujących praw zawartych w umowie mniejszościowej polsko-niemieckiej należy korzystać.

Wspomniał o parcelacji majątków i że o parcele mogą się również ubiegać obywatele polscy narodowości niemieckiej lojalni, władający dostatecznie językiem polskim w mowie i piśmie oraz ci, którzy odbyli obowiązkową służbę wojskową. Po informacje mają się zgłaszać w biurze zarządu powiatowego, podał, że dotychczas nikt podania o parcelę nie składał, zatem nie można mówić, że władza załatwia podania odmownie. Każdy młody rolnik winien dążyć do usamodzielniania się. W końcu podał, że P. Starosta Powiatowy wymaga, aby każdy w urzędzie mówił po polsku, a zdarzyły się wypadki, że młodzi ludzie w wieku około 20 lat butnie zwracali się do urzędnika w języku niemieckim, takie postępowanie jest niewłaściwe i przeto cierpi zawsze ogół. Każdy młody Niemiec umieć musi tyle po polsku, aby mógł się rozmówić po polsku, starsi zaś winni posłużyć się tłumaczem.

Müller i Pahl dodali, że do władz nie mogą mieć pretensji, w sprawie przydziału parceli obywatelom polskim narodowości niemieckiej, ponieważ dotychczas nikt o parcele nie prosił.

Zebranie trwało do godz. 21.15. Przebieg spokojny.

[Podpis nieczytelny]

103

14.3.1938: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Deutsche Heldengedenkfeier in Sępólno Kr. (13.3.1938)
14 III 1938r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Obchody niemieckiego Dnia Pamięci Bohaterów (13 III 1938r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 961

Dnia 13 marca 1938 r. o godz. 17-18.30 w sali hotelu Centralnego w Sępólnie Kraińskiem odbyło się zebranie uroczystościowe tzw. „Heldengedenkfest" oddziału JDP w Sępólnie - pod przewodnictwem Henryka Fedtkego z Piaseczna. Zebrania zagaił Fedtke podając zebranym cel zwołanego zebrania. Ewald Schulz wygłosił krótkie przemówienie na temat ostatnich zajść w Austrii, poczem dodał, że Adolf Hitler wraz z narodem niemieckim wydźwignął naród austriacki z gnoju i brudu a obecnie zaprowadzi tam porządek. Następnie odśpiewano pieśń partyjną „Wenn wir marschieren" i „Jugend Auf, Jugend Auf".

Następnie deklamowano kilka wierszy indywidualnie i grupowo przez młodych członków JDP ku czci poległych bohaterów niemieckich.

Następnie dłuższe przemówienie wygłosił Schmidt Traugott z Sępólna, który zobrazował zebranym poszczególnie przeżycia narodu niemieckiego od czasu wybuchu wojny światowej do roku 1933 - a następnie do chwili obecnej. Wspomniał o dwóch milionach poległych w wojnie światowej żołnierzy niemieckich dla dobra sprawy, wykazał, że narzekanie jakoby głód spowodował niechęć do prowadzenia dalszej wojny było bezpodstawne, ponieważ dużo żywności zatapiano w rzece Odrze i Ełbie [!], a ludność niemiecka cierpiała głód. Przedstawił bohaterstwo żołnierza niemieckiego, który przez przeszło 4-lata walczył z całą Europą. Polana krew za ojczyznę dała obecnie plon, dowodem czego interwencja Hitlera w Austrii i przyłączenie jej do macierzy /Rzeszy Niemieckiej/. W trakcie jego przemówienia odśpiewano pieśń „Morgenrot" i „Ich hat' einen Kameraden" w pozycji stojącej.

Zebranie miało charakter uroczystości żałobnych za poległych żołnierzy niemieckich. Na kurtynę przyczepiono czarną płachtę z kilkoma białymi krzyżami, na znak żałoby. Po zakończeniu zebrania o godz. 18.30 Fedtke zezwał zebranych do udania się w spokoju do domu i uczczenia w ten sposób poległych.

Na salę wpuszczano tylko członków posiadających legitymację członkowską. Obecnych było około 180 osób. Przebieg spokojny. Nadmienić wypada, że zauważyć można pewną radość u Niemców z powodu opanowania Austrii przez Niemcy.

Komendant Powiatowy
Grzybowski

104

18.3.1938: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Versammlung der JDP in Sępólno Kr. (15.3.1938)
18 III 1938r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. Zebranie „JDP" w Sępólnie Kr. (15 III 1938r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 961

Dnia 15 marca 1938 r. o godz. 14-tej na sali hotelu Centralnego w Sępólnie Kr. odbyło się zebranie wszystkich kierowników oddziałów JDP oraz mężów zaufania powiatu sępoleńskiego, przy udziale około 20 członków.

Zebraniu przewodniczył Schulz Ewald z Kamienia Pom., który po przywitaniu wszystkich obecnych okrzykiem „Heil" oddał głos niejakiemu Gorgonowi, działaczowi JDP z Małopolski.

Gorgon w swej dwugodzinnej mowie poruszał sprawy dotyczące gospodarstwa rolnego, położenie tegoż, oraz nawoływał, aby dołożyć wszelkich starań, by ziemia pozostała w rękach niemieckich, by kultura niemiecka, szczególnie na Pomorzu, została utrzymana.

Do mężów zaś zaufania zwracał się, by ci sumiennie pracowali dla dobra Niemców, w sprawach ważniejszych trzymali język za zębami, bo muszą pamiętać o tym, że są oni na straży, bo przyjdzie chwila, gdy będą mogli oficjalnie wystąpić. Nawoływał do organizowania się w jedno duże koło, bo tylko siłą dojść można do pewnego punktu, a jako przykład należy brać towarzyszy w Austrii.

Mówca wspomniał, że minister Beck był w Berlinie, gdzie omawiał z rządem niemieckim wspólną walkę z komunizmem. Należy mieć bystry umysł i poznawać ludzi i z każdym obywatelem żyć w stosunkach przyjaznych, z wyjątkiem Żydów. Dalej nawoływał do rozpowszechniania gazet niemieckich, szczególnie partyjnych, do opodatkowywania się i brania udziału w zbiórkach, które mają być urządzane od końca marca do 30 maja br. do dyspozycji przywódcy krajowego /Landesführer/.

Tu mówca zaznaczył, że zbiórka ta nie jest zarządzona z polecenia władz wyższych, a jedynie z inicjatywy władz niższych, które w ten sposób chcą zrobić niespodziankę „Landesführerowi". Landesführer mając gotówkę poczyni starania o uwolnienie więźniów politycznych z więzień za kaucją. Członkowie nie powinni zapominać, ile ludzi za błahe sprawy znajduje się w więzieniu. W końcu mówca raz jeszcze nawoływał do intensywnej pracy, która niezawodnie przyniesie pożytek narodowi niemieckiemu i wodzowi Hitlerowi.

W wolnych głosach poruszano sprawę nieudzielania koncesji Niemców [om] na sprzedaż wyrobów monopolowych, jak tytoniu itp., na co Gorgon odpowiedział, że jest to wprost niemożliwe, aby w Państwie Polskim, które żyje w dobrych stosunkach z Niemcami podobne rzeczy się działy.

Jeden z obecnych poruszył sprawę przepustek granicznych, jednakże przewodniczący Schulz Ewald przerwał i nakazał milczenie i bliższych wyjaśnień nie dał.

Na zakończenie przewodniczący Schulz zwrócił się do mężów zaufania z apelem, by ci na przyszłą niedzielę tj. 20.03 br. przysłali na zebranie swe żony, bowiem odbędzie się zebranie, w którym weźmie udział niejaka Stark z Bukówca, pow. świeckiego.

Zebranie zakończono okrzykiem „Heil".

Komendant Powiatowy
Grzybowski

105

7.3.1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Schließung deutscher Versammlungsräume

7 III 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Zamknięcie niemieckich sal zgromadzeń

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 963

W miejscowości Dąbrówka tut. powiatu, zamieszkałej w ogromnej większości przez Niemców, nie ma dotychczas sali publicznej. Organizacje niemieckie wyszły z tej trudności w ten sposób, że stworzyli sobie w budynku, niejakiej Marty Labenz, przez wybicie ścian wewnętrznych, prowizoryczny lokal.

Z czasem miejsce to stało się kuźnią lokalnej polityki niemieckiej, a szczególnie opozycji, skierowanej przeciw polskiemu księdzu, proboszczowi Góreckiemu.

Taki stan rzeczy trwał na przestrzeni kilku lat, mimo że miejscowi Polacy stale się na to uskarżali.

Chcąc temu kres położyć, wydelegowałem w dniu 5.3.1938 r. na miejsce komisję policyjno-budowlaną, która stwierdziła, że budynek Labenzowej, w obecnym swoim stanie, zagraża bezpieczeństwu i życiu ludzkiemu.

Opierając się na protokóle tejże komisji wydałem zakaz odbywania tam jakichkolwiek zebrań.

Nadmieniam, że w identyczny sposób, zamierzam również podejść do kilku innych, najbardziej uczęszczanych lokatorów [!] niemieckich, ponieważ posiadam informacje, że niektóre z nich faktycznie przepisom budowlanym nie odpowiadają.

Starosta Powiatowy

p.o.

Mgr. J.B. Robakowski

106

April 1938: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (März 1938)

Kwiecień 1938r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1938r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe Sępoleńskie, Nr. 192

I. *Sytuacja ogólna*

W życiu mniejszości niemieckiej zaciążyły w okresie sprawozdawczym niepodzielnie wypadki w Austrii. Sukces Hitlera omawiano na każdym zebraniu. Mówcy z dumą podkreślali śmiałość i konsekwencję jego posunięć. Oblicze całej niemczyzny na tutejszym terenie zmieniło się jakby za dotknięciem różdżki czarodziejskiej. Wraca dawny tupet i pewność siebie. Z rozmów prowadzonych między sobą, wynika niesprecyzowana oficjalnie myśl, że powrót Pomorza do Rzeszy uważają oni za kwestię czasu.

Dawne zdenerwowanie, jakoby Hitler o nich zapomniał, pierzchło bezpowrotnie. Zaczyna się okres spokojnego i poważnego oczekiwania w tym przeświadczeniu, że nawet wódz nie może wszystkiego od razu dokonać, ale musi rozwiązywać zagadnienia kolejno.

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Gros zebrań w okresie sprawozdawczym poświęcono imprezie Heldengedenkfeiertag. W niektórych parafiach ewangelickich zamawiano przy tej okazji specjalne nabożeństwa. Na zebraniach mówcy wracali stale do wypadków w Austrii, apoteozując geniusz Hitlera.

Nawoływano do kultywowania ducha narodowego i zwyczajów niemieckich, krasząc ten apel obietnicą, że również i tutejsza mniejszość może się z czasem doczekać wyzwolenia. W ogólnym entuzjazmie zapomniano zupełnie o nieprzejednanych wrogach z JDP. Na pewien czas różnice zupełnie się zatarły. Jakby z pewną pogardą przyjęto do wiadomości fakt, że Polska zrezygnowała ze zbrojnego zajęcia Litwy. Jeden z przywódców nawet oświadczył, że Polakom potrzebny jest „drugi Hitler".

Dnia 6.03.1938 r. odbyła się w Więcborku odprawa prezesów lokalnych i mężów zaufania z udziałem około 25 osób. Referował Siebert z centrali z Bydgoszczy. Główny nacisk kładł na usprawnienie akcji pośrednictwa prasy. Chodziło mu o to, by część wolnych rąk udała się również do innych dzielnic kraju, a nie trzymała się kurczowo domu rodzinnego.

O akcji DV na terenie szkolnictwa doniosłem pismem tutejszym z dnia 4.3.1938 r. Nr. B. 7/65 załaczając zarazem odpis przejętej korespondencji prezesa koła Emila Melcherta w Sitnie.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	charakter	frekw.	
Więcbork	6.3.38	zebranie koła	25	-
Więcbork	12.3.38	zebranie koła	150	-
Sośno	13.3.38	zebranie koła	160	-
Więcbork	15.3.38	zebranie koła	15	-
Włościborz	19.3.38	zebranie koła	19	-
Więcbork	26.3.38	zebranie koła	12	-

Jungdeutsche Partei

Podobnie jak DV, również i JDP urządziła Heldengedenkfeiertage we wszystkich kołach lokalnych. Wygłaszano przy tej okazji referaty na temat „4-roletniego zmagania się narodu niemieckiego z całym światem" w czasie wojny światowej. Prelegenci stwierdzili, że gdyby nie głód, Niemcy przeszli by przez cały świat z bronią w ręku. O prężności wewnętrznej żywiołu germańskiego świadczy fakt, że tak szybko zdołał on się wydźwignąć z poniesionej klęski i przywrócić dawną potęgę militarną.

Potęga ta obecnie samym pojawieniem się wzbudza postrach i szacunek. Widoczne to było na przykładzie Austrii.

W dniu 15.3.1938 r. odbyła się w Sępólnie Kr. odprawa prezesów lokalnych i mężów zaufania pod przewodnictwem Ewalda Schulza z Kamienia Pom. Obecnych było 28 osób. Główne przemówienie wygłosił niejaki Gorgon, działacz z Małopolski. Podkreślał on przede wszystkim konieczność utrzymania ziemi w rękach niemieckich. Dalej apelował do kierowników grup, aby sumiennie wywiązywali się ze swoich obowiązków. Bliski bowiem już jest czas, w którym będą musieli zdawać rachunek. Nawoływał również do zgodnego układania stosunków z Polakami. Taka bowiem jest obecna polityka Berlina. Natomiast z całą konsekwencją należy negatywnie ustosunkować się do Żydów.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	charakter	frekw.	
Sępólno	12.3.38	zebranie koła	50	-
Kamień Pom.	13.3.38	zebranie koła	35	-
Sępólno	13.3.38	zebranie koła	180	-
Sępólno	15.3.38	odprawa prez.	28	-

[...]

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 6.3.1938 r. odbyło się w Kamieniu Pomorskim zebranie miejscowego oddziału Verband deutscher Katholiken. Obecnych było 40 osób. Referat wygłosił Engelberg z Chojnic na temat prześladowań religijnych w Rosji.

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Związek Rolniczy Nadwiślański Landbund Weichselgau

Dnia 7.3.1938 r. odbyło się w Więcborku zebranie oddziału Landbundu z udziałem około 50 osób.

Omawiano sprawy organizacyjne. Nadto niejaki Ewa z Tczewa wygłosił odczyt na temat pielęgnowania drzew owocowych. Wykład ilustrowano przeźroczami.

Analogiczne zebranie odbyło się w tymże dniu w godzinach wieczornych w Sępólnie Kr. w obecności około 80 osób.

Dnia 23.3.1938 r. odbyło się w Sepólnie Kr. zebranie członków Spółdzielni Rolniczo-Handlowej Bauerngenossenschaft pod przewodnictwem Müllera Kurta z Grochowca. Obecnych było 75 osób.

Kierownik Korthals Reinhold (obyw. niem.) zdał sprawozdanie z całorocznej działalności Spółdzielni. Wynikało z niego, że obroty zmniejszały się w porównaniu z poprzednim okresem. Kilka majątków niemieckich odsprzedaje bowiem obecnie w innych miejscach swoje produkty. Dłuższy, przeszło godzinny, referat wygłosił Petsch, dyrektor Grosshandelsgesellschaft z Gdańska. Omawiał rolę polityczną Spółdzielni w walce o utrzymanie niemieckiego stanu posiadania na Pomorzu.

[...]

5. *Życie zawodowe*

Odpada

6. *Życie sportowe*

W dniu 7.3.1938 r. przyjąłem do wiadomości powstanie stowarzyszenia zwykłego pod nazwą: Deutscher Sing- und Sportverein Sośno und Umgebung.

Członków zapisało się ogółem 15. Dotychczas większej działalności nie rozwija.

[...]

8. *Różne*

Dnia 12 marca 1938 r. odbyło się w Sępólnie Kr. zebranie NSDAP z udziałem około 50 osób. Obchodzono Heldengedenkfeiertag. Między innymi obecni byli Schoene, Obergruppenführer SA z Królewca oraz Kurt Teske z Bydgoszczy. Pierwszy z nich wygłosił dłuższe przemówienie na temat genezy narodowego socjalizmu. Stwierdził on, że pierwociny tej ideologii powstały już w okopach podczas wojny światowej. Hitlera nazwał mężem opatrznościowym, dookoła którego cały naród niemiecki musi się scementować w jedną nierozerwalną całość. Na dalszy program imprezy składały się pieśni żołnierskie.

Drugie z kolei zebranie NSDAP odbyło się w dniu 26.3.1938 r. z udziałem 25 osób. Obok Teskego Kurta przybyli z Bydgoszczy: Krause Walter, oraz Kwitniewski Kurt. Omawiano sprawę wysyłania dzieci na kolonie letnie do Niemiec w okresie wakacyjnym.

[...]

107

21.4.1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Polonisierung der Genossenschaftsmolkerei in Kamień Pomorski

21 IV 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Spolszczenie mleczarni spółdzielczej w Kamieniu Pomorskim

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 963

Zawiadamiam, że walne zebranie członków Spółdzielni Mleczarskiej (Molkereigenossenschaft) w Kamieniu Pomorskim, należącej do tej pory do Niemieckiego Związku Rewizyjnego, uchwaliło w dniu 19.04.1938 r. większością kwalifikowaną 3/4 głosów zmianę statutu (przyjęcie polskiego) i przystąpienie do Związku Rewizyjnego Polskiego.

Nadmieniam, że powyższa spółdzielnia, posiadająca zgórą 250 000 złotych rocznego obrotu, oparta o dostawę mleka z 1 300 krów, a produkująca już w roku 1936 masło w ogólnej ilości 93 627 kg. - była do tego czasu bastionem siły gospodarczej Niemców z całego okręgu Kosznajderii na terenie północnej połaci tutejszego powiatu.

Sprawa nasuwała znaczniejsze trudności z tego powodu, że na ogólną ilość członków 28, Polaków jest 11, a Niemców 17. Uchwała o zmianie statutu wymaga kwalifikowanej większości 3/4. Większość tę uzyskano z tego powodu, że w dniu zebrania odbywał się w gromadzie Duża Cerkwica, skąd rekrutuje się większość członków, kurs OPiGaz. Poza tym wypadły właśnie w tym czasie rewizje domowe za bronią u trzech innych członków zamieszkałych w Obkasie, Małej Cerkwi i Płociczu. W końcu dwaj członkowie mieli w tym dniu wezwania urzędowe do tutejszego Starostwa. Ponieważ w toku przesłuchania ich pociąg do Kamienia Pomorskiego odjechał, nie mieli już możności być na zebraniu.

Na wiadomość o kursie OPiGaz., przewodniczący Rady Nadzorczej, Niemiec Splonskowski postanowił zebranie odwołać, rozsyłając też niezwłocznie kurierów w teren. Polacy jednak, na których wniosek zebranie zostało zwołane, nie zrezygnowali z jego odbycia i stawili się gremialnie na godzinę 15-tą w mleczarni. Również stawiło się dwóch Niemców. Brakował tylko jeden Polak, którego dr. Gramze z Niemieckiego Związku Rewizyjnego w błąd prowadził i formalnie porwał autem. Przebieg zebrania odbył się zgodnie z intencją Polakow. Dr. Gramze, widząc, że sytuacja jest beznadziejna, zrezygnował wogóle z obecności w obradach, pozostając przez cały czas w miejscowej kasie Raiffeisena. To też po powzięciu zasadniczych uchwał Polacy zaprosili na zebranie niezwłocznie delegata Polskiego Związku Rewizyjnego, inż. Lewickego, który był właśnie w tym czasie w Kamieniu Pomorskim.

Na drugi dzień rano zalegalizowano nowo wytworzony stan rzeczy w dziale rejestrowym w Sądzie Okręgowym w Chojnicach. Nowy zarząd polski został zarejestrowany, po czym bezwłocznie w dniu 20.04.38 r. objął urzędowanie.

Pod względem formalnym należy się liczyć w ciągu 6-ciu tygodniowego okresu czasu z możliwością złożenia sprzeciwu ze strony niemieckiej. Według opinii Sądu szanse takiego sprzeciwu są jednak minimalne. Niezależnie jednak od tego, przyjmując już ewentualność najgorszą, że po pewnym czasie zajdzie potrzeba reasumpcji uchwał: nawet i w tej sytuacji sprawa jest już obecnie dla strony polskiej, pozytywnie

przesądzona. Mianowicie nowy zarząd ma możność przyjmowania w międzyczasie nowych członków dla zapewnienia sobie raz na zawsze skutecznej przewagi. Lista tych kandydatów Polaków w liczbie 15 jest już ustalona.

Kierownik Starostwa
Mgr. Galotzy
Inspektor Wojewódzki

108

Juni 1938: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1938)
Czerwiec 1938r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1938r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 192

VI. *Ruch polityczny mniejszościowy*

I. *Sytuacja ogólna*

Tendencje zjednoczeniowe, które ostatnio dość silnie się zaznaczyły wśród całej mniejszości niemieckiej, znalazły swój wyraz w szeregu zgromadzeń, urządzanych zarówno przez DV jak i Jungdeutsche Partei. W związku z tym należy zanotować fakt, że w okresie sprawozdawczym zjawił się po raz pierwszy na tutejszym terenie senator Wiesner. Przemówienie jego, wygłoszone na zgromadzeniu w Sępólnie Kr., wobec audytorium około 600 osób, zawierało dużo twardych akcentów. Między innymi zaznaczył w formie bardzo dyplomatycznej, że w dziedzinie gospodarczej Niemcy powinni popierać tylko Niemców. Na marginesie tego hasła wypada zaznaczyć, że w obecnym okresie daje się zauważyć wzmożoną falę ekspansji niemieckiej w dziedzinie drobnego handlu i rzemiosła.

Ponieważ rolnictwo, ze względu na małe możliwości uzyskania ziemi, nie stwarza szerszych perspektyw, Niemcy uderzają tym silniej w pozostałe dziedziny życia gospodarczego. O tym, że akcja ta jest systematycznie kierowana z góry i że działa niesłychanie sprawnie, świadczy następujący wypadek: Jeden z miejscowych kupców polskich oświadczył kiedyś w potocznej rozmowie (notabene między samymi Polakmi), że nosi się z ewentualnym zamiarem przeniesienia się do większego środowiska. Swój sklep w Sępólnie Kr. byłby gotów wydzierżawić. Jakież było jego zdziwienie, kiedy w niespełny trzy dni później zgłosił się do niego pewien Niemiec, obywatel polski, stale zamieszkały w Gdańsku, proponując mu dość wysoką dzierżawę za oddanie przedsiębiorstwa. Transakcja oczywiście ze względów zasadniczych nie doszła do skutku.

II. *Część szczegółowa*

Niemcy

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

DV okazała w okresie sprawozdawczym stosunkowo dużą ruchliwość. Obok normalnych zebrań urządzono dwa zgromadzenia z udziałem zamiejscowych mówców: Rachmanna Karola, kupca z Poznania, oraz Bartelsa Ottona, rolnika z Wawrzynek, pow. żnińskiego. Referaty ich obracały się około kwestii zjednoczenia wszystkich Niemców w Polsce w jedną wspólną organizację. Powoływali się przy tym na tę jedność, która cechowała Polaków w czasach ich walk o niepodległość i która dotychczas jeszcze panuje w Związku Polaków w Niemczech. Z dużym pietyzmem wyrażano się o Marszałku Piłsudskim, który mimo wygnania na Sybir nie załamał się duchowo.

Z okazji trzeciej rocznicy jego śmierci uczczono pamięć jego powstaniem i minutowym milczeniem.

W toku dalszych obrad skarżono się na część prasy polskiej, która Niemcom stale zarzuca nielojalność i brak pozytywnego nastawienia do Państwa.

W innym, bardziej agresywnym tonie, odbywały się niektóre zebrania wewnętrzne. Na jednym z nich, i to w Sitnie 22.05.1938 r. płatny funkcjonariusz DV, Brunon Tesmer z Sępólna Kr. wypowiedział następujące zdanie: „O ile Polacy rozwiążą nasze partie polityczne, natenczas wódz nasz uderzy pięścią w stół". W sprawie tej poleciłem przeprowadzić szczegółowe dochodzenia.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	charakter	frekw.	
Sępólno Kr.	07.05.38	zebranie koła	50	-
Sośno	13.05.38	zgromadzenie	130	-
SępólnoKr.	15.05.38	zgromadzenie	300	-
Więcbork	17.05.38	zebranie koła	10	-
Wałdowo	21.05.38	zebranie koła	35	-
Sitno	22.05.38	zebranie koła	400	-

W okólniku z dnia 06.05.1938 r. rozesłanym do wszystkich kół lokalnych, Centrala Bydgoska domaga się, by wszyscy członkowie stale nosili odznakę partyjną. Nadto pismo to zawiera szczegółowe wskazówki co do technicznego przeprowadzania zgromadzeń publicznych.

Jungdeutsche Partei

Głównym wydarzeniem w życiu partii był przyjazd Landesleitera senatora Wiesnera, który po raz pierwszy wystąpił na tutejszym terenie i to na zgromadzeniu w Sępólnie Kr. w dniu 22.05.1938 r. Ze względu na osobę prelegenta przybyli na tę imprezę również gremialnie członkowie z przeciwnej organizacji DV. W ten sposób audytorium urosło do około 600 osób. Wiesner zobrazował na wstępie całokształt działalności JDP na terenie Państwa, po czym dał kilka wytycznych na przyszłość:

1. Walka o szkołę niemiecką
2. o pracę i chleb dla bezrobotnych Niemców
3. o umożliwienie Niemcom nabycia i swobodnego władania ziemią.

Zdaniem mówcy, nie ulega najmniejszej wątpliwość, że Niemcy w Polsce stanowią kategorię najbardziej wartościowych obywateli. Winni więc też mieć odpowiednie prawa. W zasadzie Rząd Polski kieruje się tutaj najlepszymi intencjami. Jedynie niższe władze utrudniają Niemcom życie i to „im niżej tym gorzej". Na temat konsolidacji mówił raczej ubocznie. Znamienne jest, że o przeciwnikach politycznych wyrażał się bardzo oględnie. Objaw ten zresztą widać obecnie na wszystkich zebraniach partii.

Duże wrażenie wśród członków wywołała decyzja prokuratora, który zawiesił areszt nad Hildegardą Sodtke z Zakrzewskiej Osady za to, że posiadała w domu niemiecki wiersz o treści rewizjonistycznej (vide sprawozdanie z ub. miesiąca). Poszczególni prezesi ostrzegają obecnie członków, by takich utworów „nie trzymano w domu".

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy		
	Data	charakter	frekw.	Data	charakter	frekw.
Wałdowo	1.V.38	zebranie koła	50	1.V.38	zabawa tan.	50
Sępólno Kr.	02.V.38	zebranie koła	20	-	-	-
Sępólno Kr.	04.V.38	zebranie koła	20	-	-	-
Sępólno Kr.	08.5.38	zebranie koła	80	-	-	-
Więcbork	14.5.38	zebranie koła	140	-	-	
Sępólno Kr.	16.5.38	zebranie koła	30	-	-	-
Sępólno Kr.	22.5.38	zgromadzenie	600	-	-	-

[...]

7. *Życie wyznaniowe*

W czasie od 22.05.-26.05.1938 r. odbywały się w Zakładzie Diakonii w Więcborku rekolekcje dla młodzieży ewangelickiej. Między innymi przybył tam z Niemiec kaznodzieja Dräger z Hannovery [!]. Pozamiejscowej młodzieży zjechało się około 100 osób. Na ogół frekwencja na poszczególnych zebraniach była znacznie niższa, niż w roku ubiegłym.

8. *Różne*

Dnia 22.05.1938 r. odbyła się w Sępólnie Kr. zabawa taneczna, urządzona przez miejscową placówkę NSDAP. Na program jej złożył się między innymi referat Kurta Teskego z Bydgoszczy oraz wspólny obiad. Ubolewano ogólnie nad nikłą frekwencją na imprezach i zebraniach oraz brakiem zainteresowania sprawami publicznymi wśród obywateli niemieckich, zamieszkałych na terenie tut. powiatu. Obecnych było około 80 osób.

[...]

109

August 1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1938)

Sierpień 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1938r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 192

I. *Sytuacja ogólna*

Na skutek kilku mocnych uderzeń w okresie sprawozdawczym, odcinek mniejszościowy uległ znacznej pacyfikacji. Należy tu głównie podkreślić efekt moralny, wywołany całą serią wyroków sądowych. Za obrazę Pana Prezydenta R.P. skazany został w dniu 18.07.1938 r. przez Sąd Okręgowy w Chojnicach na karę dwuletniego więzienia bez zawieszenia niejaki Hugo Book, robotnik, zatrudniony u rolnika Seehawera w Nowymdworze. Tenże Sąd Okręgowy zaaplikował karę grzywny w wysokości 100,- zł. z zamianą w razie nieściągalności na 50 dni aresztu Thiemowi z Włościborza za to, że śpiewaniem pieśni niemieckich usiłował w swoim czasie zakłócić zabawę Związku Powstańców i Wojaków. Taką samą karę wymierzono znanemu pastorowi Meissnerowi z Pęperzyna za nakłanianie dzieci do przechodzenia z klasy polskiej do niemieckiej w szkole publicznej w Sitnie. Należy podkreślić, że w ustnych motywach wyroku Sąd określił oskarżonego jako „szkodnika Państwa Polskiego". Znamienny był przebieg rozprawy. Wobec ostentacyjnie lekceważącego zachowania się Meissnera, Sąd

był dwukrotnie zmuszony powołać go ostro do porządku. W tym samym dniu zapadł wyrok na redaktora odpowiedzialnego Deutsche Rundschau, który pozwolił sobie na osobistą napaść na nauczyciela polskiego Siegmüllera. Ten ostatni, jak już poprzednio donosiłem, przyczynił się w swoim czasie głównie do likwidacji dzwonnicy ewangelickiej w Jazdrowie. Wyrokiem Sądu Grodzkiego w Więcborku skazany został rolnik Lünser Karol z Obodowa na karę grzywny w wysokości 200,- zł. za to, że pod adresem sołtysa Kalacińskiego Franciszka wypowiedział słowa: „verfluchte Narodowiec".

Dnia 27.07.1938 r. zauważono na skrzynce pocztowej obok agencji w Sitnie wyrytą na farbie swastykę. Sprawców dotychczas nie ujawniono.

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Ruch zebraniowy DV był w okresie sprawozdawczym wyjątkowo słaby. Urządzono jedno zebranie w dniu 19.07.1938 r. w Sępólnie Kr.. Była to odprawa mężów zaufania, którzy zjawili się w liczbie 10. Przewodniczył Adelt z centrali Bydgoskiej. Z terenu Chojnic uczestniczył niejaki Malenski Johannes. Poza innymi sprawami organizacyjnymi zajmowano się głównie Walnym Zjazdem Delegatów DV, który ma się odbyć w dniach 2,3 i 4 września 1938 r. w Bydgoszczy.

Charakterystyczne są bezpośrednie zażyłe kontakty DV z Evang. Verein für Landmission w Poznaniu. Mianowicie ta instytucja, ściśle wyznaniowa, organizuje na tut. terenie dwa kursy letnie dla dzieci ewangelickich i to w Sośnie z udziałem 23 i w Sypniewie 14 dzieci. Na pomieszczenia wybrano ewangelickie domy parafialne. Okazuje się, że wszystkie instruktorki kursów są wybitniejszymi działaczkami DV. Szczegółowe sprawozdanie o powyższym przedkładam osobnym pismem.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy		
	Data	Charakter	Frekw.	Data	Charakter	Frekw.
Sępólno Kr.	19.7.38	odprawa mężów zaufania	10	-	-	-
Sępólno Kr.	21.7.38	Kameradschafts-abend	14	-	-	-

Jungdeutsche Partei

Prace organizacyjne JDP uległy w miesiącu lipcu również pewnemu zahamowaniu. Przyczyną tego jest niewątpliwie wyjazd Kreisleitera Ewalda Schulza na urlop wypoczynkowy. Ma on obecnie przebywać w Sopotach. Istnieje jednak silne podejrzenie, że pojechał via Gdańsk do Niemiec. Jest to tym prawdopodobniejsze, że w swoim czasie odmówiłem mu wydania przepustki granicznej. W powyższej sprawie zwróciłem się bezpośrednio do Komisariatu Generalnego R.P. w Gdańsku oraz do Wydziału Śledczego P.P. w Tczewie.

Dnia 04.07.1938 r. urządził oddział JDP w Sępólnie Kr. Kameradschaftsabend dla członków męskiej z udziałem około 30 osób.

Taka sama impreza dla kobiet odbyła się dnia 06.07.1938 r. Ogółem zjawiło się 7 członkiń. Dnia 16.07.1938 r. oddział w Więcborku urządził plenarne zebranie z udziałem około 150 osób. Omawiano sprawy wewnętrzno-organizacyjne.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy		
	Data	Charakter	Frekw.	Data	Charakter	Frekw.
Sępólno Kr.	4.7.38	Kamerad-schaftsabend	30	-	-	-
Sępólno Kr.	4.7.38	Kamerad-schaftsabend	7	-	-	-
Więcbork	16.7.38	zebranie koła	150	-	-	-
Sośno	-	-	-	3.7.38	zabawa	150

[...]

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Dnia 17.07.1938 r. odbyła się w Sępólnie Kr. zabawa letnia dla dzieci niemieckich pod przewodnictwem miejscowego pastora Krausego. Frekwencja dochodziła do około 700 osób, w tym dzieci i dorośli.

W dniu 24.07.1938 r. Oddział Verband Deutscher Katholiken w Dąbrówce urządził zabawę u rolnika Burdicka, z udziałem około 120 osób.

Odmówiłem w dniu 3.07.1938r. udzielenia zezwolenia na zabawę oddziałowi VDK w Obkasie z uwagi na to, że proponowany lokal nie odpowiada wymogom przewidzianym dla imprez publicznych.

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Związek Rolniczy-Nadwiślański–Landbund-Weichselgau

W dniu 07.07.1938 r. urządził Oddział Landbundu w Sępólnie Kr. wycieczkę dla celów pokazowo-fachowych, a następnie zebranie, z udziałem około 100 osób. Referował profesor Blohm z Gdańska, poświęcając swoje wywody wyłącznie sprawom rolniczym.

Analogiczny przebieg miało zebranie, odbyte w dniu 10.07.1938 r. u rolnika Foedischa w Rogalinie. Przybyło na nie około 65 osób. Uczestnicy pozdrawiali się między sobą podniesieniem ręki i okrzykiem „Heil".

[...]

7. *Życie wyznaniowe*

Dnia 03.07.1938 r. odbyła się w Więcborku, w zakładzie Diakonii, doroczna uroczystość pod nazwą „Posaunenfest", przy udziale około 1 000 osób. W porównaniu z latami ubiegłymi jest to frekwencja raczej słaba. Między innymi przybyli tym razem Niemcy również z innych dzielnic kraju. Obecny był także niejaki Adolf Bachmann, kaznodzieja z Marburga.

W dniu 10.07.1938 r. urządzono w Wilkowie, na łące jednego z miejscowych rolników uroczystość misyjną p.n. „Pfingstfest". Kazanie wygłosił przedstawiciel Pfingstgemeinschaft, kaznodzieja Wolter Paweł z Mroczy. Udział brało około 80 osób

[...]

110

10.12.1938: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Beurteilung der Konzessionsinhaber für den Alkoholverkauf in nationaler Hinsicht

10 XII 1938r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Opinia o posiadaczach koncesji na sprzedaż alkoholu pod względem narodowym

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 961

Na obok wymienione pismo przedkładam następujące sprawozdanie:

1. Marta Labenz - jest tylko formalnie właścicielką wyszynku. Praktycznie wykonywuje go syn Antoni, znany na tutejszym terenie działacz JDP. Jako jeden z czołowych mężów partii uczynił ze swego lokalu główne środowisko niemczyzny w Kamieniu Pomorskim. Tym odbywają się najważniejsze, o charakterze tajnym posiedzenia działaczy niemieckich. Labenz zapewnia im konspiracyjność obrad. Nastawienie L. do polskości jest wrogie. W postępowaniu jednak jest tak ostrożny, że dla braku podstaw formalnych nie można zastosować wobec niego represji. Cofnięcie koncesji byłoby w tym wypadku ze wszechmiar wskazane.

2. Schmidt Alojzy - z uwagi na dotychczasowe lojalne zachowanie się, a w szczególności ze względu na podeszły wiek - nie byłoby wskazane cofnięcie koncesji.

3. Kozłowski Jan - ze względu na strukturę narodowościową powiatu, cofnięcie Polakowi koncesjii bez większych wykroczeń z jego strony, spowodowało by raczej ujemne następstwa w nastrojach.

4. Henryk Bracka - typ tak zwanego pół-Polaka. Żyje równie dobrze z Niemcami jak i z Polakami, gdyż zagadnienie narodowościowe jest dla niego raczej obojętne. Ponieważ posiada jeszcze inne poważne źródła dochodu, zalecało by się cofnąć mu butelkową sprzedaż wódek.

5. Tadeusz Łebiński - uchodził dotychczas za dobrego Polaka. Ponieważ nie posiadał w chwili otrzymania koncesji żadnych kapitałów, zdecydował się zawrzeć spółkę z Niemcem. Łebiński niedawno (1937 r.) koncesję otrzymał. Pochopne cofnięcie jej mogłoby poderwać autorytet władz. Dlatego spróbuję inną drogą nakłonić go do zerwania stosunków z Niemcem. Gdyby to nie odniosło skutku, postawię dodatkowo wniosek odnośnie do jego osoby.

6. Co do Otylii Korthals powołuję się na moje sprawozdanie z dnia 10.12.1938 r. Nr. B 7/115.

7. Ryszard Wachholz jest oficjalnym członkiem Verband Deutscher Katholiken. Odnośnie do cofnięcia mu koncesji powołuję się na sprawozdanie tut. z dnia 11.1.38 r. nr. B 7/115. Wniosek ten podtrzymuję.

Starosta Powiatowy
Mgr. T. Borowski

111

4.1.1939: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Festnahme des Landwirts Paweł Weilandt aus Duża Cerkwica wegen antipolnischer Äußerungen

4 I 1939r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Aresztowanie Pawła Weilandta, rolnika ze wsi Duża Cerkwica z powodu antypolskich wypowiedzi

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 193

Dnia 3 stycznia 1939 r. o godz. 14.00 przytrzymano z polecenia p. Prokuratora Sądu Okręgowego w Chojnicach znak akt II Ds. 1265/38 Weilandta Pawła, syna Pawła i Rozalii zd. Sprengel, ur. 2 stycznia 1884 r. w Dużej Cerkwicy, pow. Sępólno, rz. kat., obywatel polski narodowości niemieckiej, żonaty, 5 dzieci w wieku od 11 do 17 lat, wykształcenie powszechne, rolnik zamieszkały w Dużej Cerkwicy- posiada 270 morg. gospodarstwo rolne, dotychczas nie karany, którego w dniu 4.1.1939 r. odstawiono do Sądu Grodzkiego w Sępólnie z wnioskiem o zawieszenie nad nim aresztu śledczego.

Wymieniony Weilandt Paweł w dniu 13.12.1938 r. o godz. 17-tej brał udział w posiedzeniu Rady szkolnej w Dużej Cerkwicy w związku z urządzeniem gwiazdki dla dzieci szkolnych.

Po zakończeniu się posiedzenia udał się wspólnie z Kniwelem Józefem, Borkiem Kazimierzem, Splonskowskim Alojzym, do karczmy Myszkowskiego w Dużej Cerkwicy. W karczmie zastali właściciela młyna Henninga z Dużej Cerkwicy, z którym popijali wódkę. W międzyczasie przybył do karczmy Flor Leon, Polak z Małej Cerkwicy i nawiązał rozmowę z Kniwelem w języku niemieckim, w tym przystąpił do Flora Weilandt Paweł i podniesionym głosem mówił „Ty przeklęty Polaku, z tobą damy sobie radę wyście nam mleczarnię skradli", słowa wypowiedział po niemiecku /Du verfluchte Pole mit dir werden wir fertig, ihr habt uns die Molkerei gestohlen/. Flor zareagował na tę zniewagę, że Weilandta i Kniwela wyrzucił z karczmy, innych zaś wezwał do opuszczenia lokalu.

O zajściu tym Flor doniósł dopiero w dniu 19.12.38 r. i zawiadomiony Prokurator polecił przeprowadzić dochodzenia.

Świadkowie zajścia, jako też i właścicielka lokalu Muszkowska zeznali, że inkryminowanych słów nie słyszeli, natomiast Flor zeznał, że Weilandt słowa te wypowiedział.

Podejrzany tłumaczy się, że nic nie pamięta co się w karczmie działo, gdyż był zupełnie pijany.

Komendant Powiatowy na urlopie
podpis
w/z Małecki st. przod.

112

16.1.1939: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Beurteilung des Kaufmanns Konrad Bracka aus Więcbork in nationaler Hinsicht
16 I 1939r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Opinia o Konradzie Bracka, kupca z Więcborka pod względem narodowym

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 937

Bracka Konrad, kupiec zamieszkały w Więcborku, cieszy się w zasadzie dobrą opinią. Politycznie nie występuje, oddając się zupełnie pracy zawodowej. Jest z pochodzenia Polakiem i oficjalnie do narodowości polskiej się przyznaje. Na mentalność jego jednak duży wpływ wywarło niemieckie wychowanie przez macochę - Niemkę. Zresztą petent sam ożeniony jest z Niemką i w domu rozmawia po niemiecku. Część rodzeństwa jego to zdeklarowani Polacy - pracujący między innymi w „Sokole" i innych organizacjach - druga część natomiast to zdecydowani Niemcy, jak np. brat jego zamieszkały w Sępólnie Kr. Petent sam jest typem pośrednim. Jest prawie bez reszty kupcem, który zabiega w równej mierze o względy Polaków jak i Niemców.

Nie chcąc go zniechęcić do polskości, nie wyrażałem w swoim czasie zastrzeżeń przeciw udzieleniu mu zezwolenia na przejęcie nieruchomości po ojcu.

Negatywnie natomiast wystąpiłem przeciw pozostawieniu mu po zmarłym koncesji alkoholowej, wychodząc z założenia, że jest to pewien przywilej, który obowiązuje obywatela do bardziej czynnej postawy wobec bieżących zagadnień społeczno-narodowych.

A Bracka na to zdobyć się nie mógł, czy też nie chciał.

Ostatnio dopiero stwierdziłem u niego pewną zmianę na lepsze i dlatego nie podnoszę ze swojej strony zastrzeżeń przeciw pozytywnemu załatwieniu prośby w sprawie koncesji na handel bronią.

Starosta Powiatowy
Mgr. T. Borowski

113

Februar 1939: Starostei Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1939)
Luty 1939r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1939r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 193

1. *Sytuacja ogólna*

Tendencje, zmierzające do usunięcia tarć pomiędzy zwalczającymi się dotąd organizacjami DV i JDP, wydają się ostatnio wydawać pozytywne rezultaty. Dowodem tego fakt, że po raz pierwszy od chwili istnienia na terenie powiatu, obydwie te partie postanowiły urządzić wspólną zabawę i to w dniu 31.01.1939 r. pod nazwą zabawy zimowej. Ponieważ chodziło tu o obchodzenie rocznicy objęcia władzy przez kanclerza Hitlera, odmówiłem wydania zezwolenia, uzasadniając to niebezpieczeństwem ewentualnej reakcji ze strony społeczeństwa polskiego, podnieconego obecnie szczególnie w związku z zaostrzeniem się kursu antypolskiego na pograniczu niemieckim.

Wypadki indywidualnych wystąpień antypolskich ze strony miejscowych Niemców nadal się powtarzają. W dniu 03.01.1939 r. prokurator polecił zaaresztować rolnika Weilandta Pawła z Dużej Cerkwicy za wyrażenie: „ty przeklęty Polaku". Dnia 10.01.1939 r. przytrzymany został również z polecenia prokuratora obywatel niemiecki Müller Willi, przebywający czasowo w Kamieniu Pomorskim za przepustką graniczną. Wymieniony wyraził się między innymi, że „za 4 tygodnie będą tu Niemcy gospodarzyć, a władze polskie są za głupie, by go aresztować".

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Sprawę połączenie wszystkich Niemców w Polsce w jedną organizację pod nazwą Bund der Deutschen in Polen - omawiał na konferencji mężów zaufania DV w Sępólnie Kr. w dniu 09.01.1939 r. Gero v. Gersdorff. Zaznaczył on, że jedyną przeszkodą do zjednoczenia jest obecnie już tylko sam Wiesner z jego wygórowanymi ambicjami. O polityce międzynarodowej mówił Brunon Tesmer. Wspominając o zajęciu Zaolzia stwierdził, że, mimo paktu o nieagresji, doszło tam do nieporozumień pomiędzy stroną polską i niemiecką. Wezwał również wszystkich do zainteresowania się wyborami gromadzkimi. Ponieważ - zdaniem jego - w miastach Niemcy za mało mandatów otrzymali, należy tym bardziej dążyć do tego, aby przy nadchodzących wyborach gminnych osiągnąć możliwie najlepsze rezultaty.

Należy tu zaznaczyć, że DV istotnie już przygotowała cały plan kampanii wyborczej. Najlepszym dowodem tego jest fakt, że dla poszczególnych gromad ułożono szczegółowe listy tych głosujących, na których strona niemiecka z całą pewnością może liczyć. Chodzi tu o pewnego rodzaju plebiscyt na ziemiach przygranicznych.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	Charakter	Frekw.	
Sępólno Kr.	09.01.39	zebranie mężów zaufania	20	-
Sępólno Kr.	14.01.39	zebranie mężów zaufania	14	-
Wałdowo	15.01.39	zebranie koła	30	-
Sępólno Kr.	28.01.39	zebranie koła	70	-
Sępólno Kr.	29.01.39	odprawa mężów zaufania z pow. sępoleńskiego, chojnickiego i wyrzyskiego.	35	-

Jungdeutsche Partei

Charakterystycznym było wystąpienie Kreisleitera Ewalda Schulza na zebraniu w Sępólnie Kr. w dniu 11.01.1939 r. Schulz znany był do niedawna jako najbardziej agresywny przeciwnik DV w walce z nią, nie cofał się nawet przed ordynarną brutalnością. Obecnie zupełnie zmienił ton. Wspominał, że zarządy główne obu partii dochodzą już obecnie do uzgodnienia wspólnej platformy postępowania. Należy więc przygotować się na to, że w krótce wszyscy Niemcy w Polsce będą zrzeszeni w jednej organizacji. Zresztą - jak powiada - już czas porzucić wewnętrzne spory, które zupełnie niepotrzebnie zużywają znaczną część energii narodowej. W końcu wezwał obecnych, by z należytym szacunkiem odnosili się do członków DV, by ich pozdrawiali na ulicy i by chodzili na ich imprezy celem wzajemnego zbliżenia.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	Charakter	Frekw.	
Sępólno Kr.	2.1.39	Kameradschaftsabend	25	-
Wałdowo	6.1.39	Zebranie koła	90	-
Sępólno Kr.	11.1.39	Zebranie koła	120	-
Sępólno Kr.	16.1.39	Kameradschaftsabend	30	-
Sępólno Kr.	23.1.39	Kameradschaftsabend	35	-
SośnoKr.	25.1.39	Zebranie koła	80	-
Sępólno Kr.	25.1.39	Zebranie koła	200	-

[...]

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 04.01.39 r. urządził oddział Verband Deutscher Katholiken w Sępólnie Kr. zabawę taneczną z udziałem około 250 osób.

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Związek Rolniczy Nadwiślański – Landbund Weichselgau

Dnia 14.01.1939 r. odbyła się w Sośnie zabawa oddziału Landbundu. Frekwencja dochodziła do 150 osób.

W dniu 23.01.1939 r. odbyło się w Wałdowie zebranie Landbundu z udziałem około 40 członków. Referat na temat hodowli bydła wygłosił tam rolnik Streibel z Płowa. Analogiczne zebranie odbyło się w tym samym dniu w Sośnie w obecności 20 osób, a w dniu 15.01.1939 r. w Sępólnie Kr. z udziałem 30 członków.

[...]

6. *Życie sportowe*

W dniu 09.01.1939 r. odbyło się w Sępólnie Kr. doroczne walne zebranie Turnvereinu z udziałem około 40 członków. Między innymi dokonano wyboru nowego zarządu, którego skład podałem w notatce informacyjnej nr. 8 z dnia 29.01.1939 r.

[...]

8. *Różne*

Dnia 29.01.1939 r. odbyło się w Sępólnie Kr. zebranie placówki NSDAP z udziałem około 50 osób. Między innymi przybył na nie niejaki Dr. Simon, który w przemówieniu swoim nawoływał do bardziej gorliwego zainteresowania się sprawami organizacji. Trzykrotnym okrzykiem „Heil" mówca zakończył swoje wywody.

[...]

114

17.03.1939: Kreiskommando der Staatspolizei in Sępólno Kr. an den Starosten ebendort. Stimmung der deutschen Minderheit nach Hitlers Einmarsch in Prag
17 III 1939r.: Komenda Powiatowa Policji Państwowej w Sępólnie Kr. do Starosty w miejscu. Nastroje wśród mniejszości niemieckiej po wkroczeniu Hitlera do Pragi

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 193

W związku z ostatnimi wypadkami w Czecho-Słowacji i wkroczeniu wojsk niemieckich do Czech, Niemcy, szczególnie cieszący się mirem wśród mas, z uciechy na sukcesy polityczne III Rzeszy, zapijali sobie w dniu 15 bm. w mieszkaniu prywatnym Henschla. Następnie Lux Ulrich, Orland Dietrich z Sikorza wraz z Berendtem sekretarzem powiatowym Landbundu, udali się samochodem na odbywające się zebranie Landbundu w Kamieniu. Do Kamienia pojechali również bracia Paweł i Heinz Henschel. Zachodzić mieli oni także do Schulza Ewalda w Kamieniu Pom.

Około godz. 18-ej Orland i Lux zaczepili przed restauracją Daronia w Kamieniu Pom. mistrza kominiarskiego w Kamieniu Nichczyńskiego Walentego słowami: „Ty łobuzie chodź tu, czy chcesz wydać wódki", słowa te wypowiedzieli w języku niemieckim. Nichczyński zwrócił im uwagę, że powinni rozmawiać po polsku, na co zareagował Orland i złapał Nichczyńskiego za kołnierz oraz strącił mu kapelusz z głowy. Pozostali osobnicy tj. Lux i tow. krzyczeli na ulicy, wszyscy byli pijani. Incydent zlikwidował przodownik straży granicznych, który w tej chwili tam nadszedł.

W związku z tym zajściem posterunek w Kamieniu Pom. prowadzi dochodzenie i pociągnięcie winnych do odpowiedzialności za zakłócenie spokoju publicznego.

Mające się odbyć w dniu 15 bm. zebranie członkowskie placówki JDP w Sępólnie Kr. zostało odwołane, a termin zebrania przesunięto na następną środę.

Po cichu między sobą Niemcy mówią, że po Czechach przyjdzie kolej na Kłajpedę. Ludność niemiecka, żywo interesuje się sprawą Czech, śledzi przebieg wypadków przy odbiornikach radiowych.

Prezes placówki JDP w Sępólnie, Henryk Fedtke, dla udogodnienia sobie prowadzenia spraw partyjnych, dał zainstalować sobie telefon. Koszty założenia trasy wynoszą przeszło 500 zł., prócz dodatkowych jeszcze opłat.

Komendant Powiatowy
Grzybowski, podkomisarz

115

Mai 1939: Starostei in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Minderheiten-Lagebericht (April 1939)

Maj 1939r.: Starostwo w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 193

1. *Sytuacja ogólna*

Podobnie jak w poprzednim okresie, również w miesiącu kwietniu wypadki międzynarodowe decydowały wyłącznie o nastrojach mniejszości niemieckiej. Mniej opanowanych Niemców sukcesy Hitlera do tego stopnia rozuchwaliły, że wydawało im się, iż mogą już z całym tupetem zdjąć maskę ze swej „lojalności". Stąd właśnie zjawisko, że nie było ostatnio tygodnia, w którym by nie zanotowano po kilka wystąpień antypolskich. Były to jednak zawsze wypadki indywidualne. Dotychczas nie natrafiono na ślady jakiejś zorganizowanej akcji prowokacyjnej. Przeciwnie, życie zbiorowe Niemców ograniczono prawie do niezbędnego minimum, a prelegenci na zebraniach nawoływali do zachowania spokoju i unikania scysji z Polakami. Skutek jest ten, że Niemcy coraz bardziej się odseparowują od żywiołu polskiego.

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Pismem z dnia 20.04.1939 r. Centrala DV zwróciła się do swego płatnego działacza Brunona Tesmera w Sępólnie Kr. z żądaniem podania dokładnych wyników z wyborów do rad gromadzkich. Sprawozdanie miało być sporządzone według szczegółowo opracowanego kwestionariusza.

W okólniku nr. 88 podano oddziałom lokalnym dokładnie opracowanie metody zorganizowania kobiet w DV. Również uwzględniono tam program obchodu „Święta Pracy" w dniu 1.05.1939 r.

Dnia 22.04.1939 r. miało się odbyć w Więcborku z ramienia Männergesangsvereinu przedstawienie teatralne. Aktorami mieli być członkowie „Die Deutsche Bühne" z Bydgoszczy. Stosownie do zarządzenia z dnia 27.04.1939 r. Nr. D.Sp.PN 295 odmówiłem wydania zezwolenia na odbycie tej imprezy.

W dniu 29.04.1939 r. aresztowani zostali pod zarzutem uprawiania działalności antypaństwowej: prezes oddzialu DV w Sypniewie Alfred Priebe oraz członek zarządu Franciszek Kahler.

Dnia 14.04.1939 r. odbyła się w Sępólnie Kr. odprawa mężów zaufania DV z powiatów: sępoleńskiego, chojnickiego i tucholskiego, z udziałem 18 osób. Z Bydgoszczy przybył Adeldt, który wygłosił dłuższy referat na temat bieżących spraw politycznych. W szczególności apelował do zachowania spokoju. Zwoływanie zebrań zalecał ograniczyć do przypadków najniezbędniejszej potrzeby, by nie drażnić Polaków i nie dopuścić do prowokacji. O każdym wypadku rewizji, zabrania, aresztowania Niemca i wszelkich innych represjach należy niezwłocznie meldować zarządowi głównemu.

Dnia 27.04.1939 r. odbyło się w Sępólnie Kr. walne zebranie oddziału DV z udziałem członka zarządu głównego Gero v. Gersdorffa. Ten ostatni w dłuższym referacie naświetlał obecną sytuację międzynarodową. Między innymi uroczyście dementował pogłoskę, jakoby w Niemczech ludzie głodem przymierali. Ostro zaatakował prasę polską, która, jak się wyraził, rozsiewa zupełnie fałszywe wiadomości o Trzeciej Rzeszy.

Niemcy w Polsce nie powinny dać wiary tym złośliwym insynuacjom. W końcu wspomniał o licznych wystąpieniach antyniemieckich, które ostatnio miały miejsce na terenie Pomorza.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	Charakter	Frekw.	
Sośno	12.IV.39	zebranie koła	50	-
Sępólno Kr.	14.IV.39	odprawa mężów zaufania	18	-
Sępólno Kr.	23.IV.39	zebranie koła	100	-
Sępólno Kr.	27.IV.39	zebranie koła	30	-

Jungdeutsche Partei

Pismem z dnia 30.03.1939 r. centrala JDP w Bielsku zwróciła się do poszczególnych placówek lokalnych, by te podały w formie sprawozdania następujące dane:

1. w jakich miejscowościach nie dopuszczono do obchodów ku czci poległych (Heldengedenkfeiertage)

2. w jaki sposób impreza ta pomyślana była: czy jako zgromadzenie, zebranie, czy też uroczystość wewnętrzna.

3. Jaka władza wydała zakaz.

Życie organizacyjne JDP nie nasunęło w okresie sprawozdawczym ciekawszych spostrzeżeń. Ilość zebrań ograniczono prawie do minimum. Niewątpliwie partia wydała w tym zakresie te same zarządzenia co DV, to znaczy, by narazie wstrzymać się od zwoływania większych imprez.

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	Charakter	Frekw.	
Sośno	1.4.39	zebranie koła	35	-
Sośno	16.4.39	zebranie koła	29	-
Sępólno Kr.	24.4.39	zebranie koła	29	-
Sępólno Kr.	26.4.39	zebranie koła	25	-

[...]

3. *Życie kulturalno-oświatowe.*

Deutscher Wohlfahrtsbund w Poznaniu rozesłał do swych mężów zaufania w terenie listę z nazwiskami osób, które wyraziły zgodę na przyjęcie dzieci na dożywianie w okresie ferii letnich. Spis ten, w odniesieniu do powiatu sępoleńskiego, przedłożyłem w notatce informacyjnej Nr. 30 z dnia 11.04.1939 r.

W ostatnich dniach marca 1939 r. kolportowano na terenie powiatu ulotkę, wydaną przez centralę Verband deutscher Katholiken w Katowicach, a skierowaną w swej treści do ogółu niemieckiej młodzieży katolickiej w Polsce. Między innymi ulotka ta zawierała zapowiedź zakrojonej na większą skalę akcji zakładania specjalnych oddziałów młodzieżowych przy poszczególnych placówkach lokalnych. Jak się okazało z inicjatywą tą wystąpił Brunon Engelberg, kierownik biura powiatowego w Chojnicach. Na jego zaproszenie przybył na teren Pomorza referent spraw młodzieżowych przy zarządzie głównym VDK, niejaki Starzyński Feliks z Katowic. Odbył on, według własnych jego zeznań, serię zebrań organizacyjnych w kilku powiatach województwa

pomorskiego. Na dzień 1.04.1939 r. zapowiedziano jego przyjazd do Dużej Cerkwicy powiatu sępoleńskiego. Opierając się o statut VDK, który nie przewiduje istnienia specjalnych oddziałów młodzieżowych, wydałem organom PP zarządzenie niedopuszczenia do odbycia tego zebrania. Równocześnie poleciłem szczegółowo przesłuchać Starzyńskiego. Odpis protokołu przedłożyłem przy sprawozdaniu tutejszym z dnia 6.04.1939 r. Nr. B 7/114/39. Specjalnym zadaniem Starzyńskiego było dementowanie pogłosek o prześladowaniach katolicyzmu w Trzeciej Rzeszy. Sam zresztą deklarował się jako zdecydowany zwolennik hitleryzmu.

4. *Życie gospodarczo-zawodowe*

Związek Rolniczy-Nadwiślański–Landbund Weichselgau

Dnia 11.04.1939 r. odbyło się w Więcborku zebranie oddziału Landbundu, z udziałem 20 osób. Po obradach urządzono wieczorek towarzyski, który trwał do godz. 23.

Na zebraniu członków Kasy Raiffeisena w Kamieniu Pom. dokonano w dniu 13.04.1939 r. uzupełniających wyborów do zarządu i rady nadzorczej. Obecnych było 167 osób. Przybył również Dr. Binger z Grudziądza. Obrady, prowadzone w języku niemieckim, tłumaczono następnie na język polski.

[...]

7. *Życie wyznaniowe*

W Sośnie odbyło się dnia 16.04.1939 r. uroczyste wprowadzenie w urząd pastora Schwankego. W imprezie tej brało udział około 200 ewangelików.

Nadmieniam, że Schwanke przebywa w Sośnie już od roku.

8. *Różne*

Dnia 05.04.1939 r. odbyło się w Sępólnie Kr. zebranie oddziału NSDAP w obecności 50 osób.

Obdarowywano na nim biedniejsze rodziny z pośród członków paczkami żywnościowymi.

Obchodu urodzin Hitlera w tym roku w Sępólnie Kr. nie urządzano.

[...]

116

3.8.1939: Der Starost in Sępólno Kr. an die Wojewodschaft in Toruń. Lagebericht (Juli 1939)

3 VIII 1939r.: Starosta w Sępólnie Kr. do Urzędu Wojewódzkiego w Toruniu. Sprawozdanie sytuacyjne (lipiec 1939r.)

AP Bydgoszcz, Starostwo Powiatowe w Sępólnie, Nr. 888

I. *Sytuacja ogólna*

W samej rzeczy mniejszość niemiecka na terenie tutejszego powiatu zachowuje się tak, jak gdyby w każdej chwili obawiała się wybuchu wielkiej fali prześladowań. Większość organizacji niemieckich zaniechała chwilowo wszelkiej działalności. W ciągu lipca jedynie oddział JDP w Więcborku odbył normalne miesięczne zebranie, przy nikłej zresztą frekwencji członków. Ilość wystąpień antypolskich znacznie zmalała.

[...]

VI. *Ruch polityczny mniejszościowy*

1. *Sytuacja ogólna*

Na terenie mniejszościowym nie zanotowano w okresie sprawozdawczym ważniejszych wydarzeń. W ciągu lipca prawie wszystkie organizacje niemieckie zaniechały swojej normalnej działalności statutowej. Jedyny wyjątek stanowi placówka JDP w Więcborku, która zwołała zwykłe zebranie miesięczne. Przybyło na nie jednak zaledwie 50 członków, gdy tymczasem przeciętna frekwencja w tym środowisku wynosiła 180 osób. Ta przerwa w działalności organizacyjnej zrzeszeń niemieckich spowodowana została z jednej strony postawą samego społeczeństwa polskiego, a z drugiej bliskością oddziałów wojskowych, stacjonujących na terenie powiatu. Należy również zaznaczyć, że ilość wystąpień antypolskich znacznie się obniżyła w porównaniu z miesiącem poprzednim.

W dniu 29.07.1939r. zarządziłem zamknięcie prywatnej mleczarni w Pęperzynie, której dzierżawcą jest Ernst Gerber, obywatel szwajcarski, narodowości niemieckiej. Przyczyną zamknięcia były braki higieniczno-sanitarne.

II. *Część szczegółowa*

A. *Niemcy*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

Odpada

Jungdeutsche Partei

Z pośród placówek JDP na terenie powiatu jedynie oddział w Więcborku odbył w okresie sprawozdawczym normalne miesięczne sprawozdanie, przy nikłym zresztą udziale członków. Przewodniczył prezes Wilhelm Lenz z Zakrzewka. Omawiano głównie sprawy wewnętrzno-organizacyjne i kasowe. W przemówieniu końcowym Lenz ostrzegał członków, by ostrożnie wyrażali się w obecności Polaków, gdyż „za nieoględne słowa siedzi się następnie w więzieniu".

Miejscowość	Zebrania i zgromadzenia			Imprezy
	Data	Charakter	Frekw.	
Więcbork	09.07.39	zebranie koła	50	-

[...]

C. Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (Brandenburg) / Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie - Prusy Zachodnie (Brandenburgia)

Mathias Niendorf

Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und ihre polnische Bevölkerung

Die Verwaltungseinheit mit dem Doppelnamen wurde durch Gesetz der Preußischen Staatsregierung vom 21. Juli 1922 aus den Resten der bei Deutschland verbliebenen Provinzen Posen und Westpreußen links der Weichsel gebildet. Ihre Fläche von rund 7710 km² verteilte sich über eine Länge von über 400 km auf drei unzusammenhängende Gebietsteile entlang der deutsch-polnischen Grenze. Zum überwiegenden Teil handelte es sich dabei um Restkreise, die mehr oder weniger große Gebietsteile hatten an Polen abtreten müssen. Die aus diesen Torsi gebildete Verwaltungseinheit war nicht nur die kleinste Provinz des preußischen Staates, sondern zugleich auch die am dünnsten besiedelte (1925: 332485 Einwohner). Sie bestand aus einem einzigen Regierungsbezirk, an dessen Spitze der jeweilige Oberpräsident zugleich die Funktion des Regierungspräsidenten wahrnahm. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung kam es zu einer Ämtertrennung, als der Oberpräsident von Brandenburg in Personalunion die Verwaltung der Nachbarprovinz übernahm. Ihre endgültige Auflösung erfolgte durch Gesetz vom 2.9.1938, wobei der größere, nördliche Teil unter Einbeziehung vormals brandenburgischer und pommerscher Kreise nun einen territorial geschlossenen Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen innerhalb der Provinz Pommern bildete, während das mittlere und südliche Teilstück den Provinzen Brandenburg und Schlesien zugeschlagen wurden. Die administrativen, verkehrstechnischen und allgemein ökonomischen Gründe, die für eine derartige Lösung sprachen, waren bereits als Argumente gegen die Gründung einer aus territorialen Bruchstücken bestehenden Provinz ins Feld geführt worden. Als letzten Endes ausschlaggebend hatten sich in der Situation nach dem 1. Weltkrieg jedoch politische Gesichtspunkte erwiesen.

Die Errichtung der Grenzmark Posen-Westpreußen kann als Erfolg konsequenter Lobbyarbeit des ostdeutschen Beamtenapparats gelten, der sich dabei geschickt der Mobilisierung lokaler Interessen vor Ort zu bedienen wußte. Von einer eigenständigen Provinz an der Ostgrenze des Reiches erhofften sich die Vertreter des Ancien régime bessere Voraussetzungen für die Bewahrung der eigenen Machtstellung. Hierzu zählte nicht zuletzt die Möglichkeit, traditionell erhobene Subventionsforderungen mit Hinweis auf die Besonderheiten der neu geschaffenen Grenzlage äußerst effektvoll vortragen zu können. Das demonstrative Festhalten am Namen der größtenteils an Polen abgetretenen Provinzen signalisierte nach außen die Nichtanerkennung des territorialen Status quo, unterstrich damit zugleich aber auch Berliner Zentralbehörden gegenüber den Anspruch, eine besondere nationale Aufgabe als „Traditionsprovinz" zu erfüllen. Insofern wurde

ihre Auflösung auch durch den Umstand erleichtert, daß die polnische Verwaltungsreform vom Juni 1937 einen bewußten Bruch mit eben jener preußischen Vergangenheit herbeiführte, indem mit Wirkung zum 1.4.1938 den Wojewodschaften Posen und Pommerellen ehemals russische Gebietsteile angegliedert wurden.

Eine zentrale Rolle in der Geschichte der Grenzmark spielte der frühere Bromberger Regierungspräsident Friedrich von Bülow (1868–1936), der nach dem Posener Aufstand auch zum stellvertretenden Oberpräsidenten dieser Provinz ernannt worden war. Nach der Räumung Brombergs siedelte er mit einem Teil seiner Beamtenschaft am 20.1.1920 nach Schneidemühl über, wo er die Funktion eines Überleitungskommissars für das Abtretungsgebiet übernahm. Wenn die formale Gründung der Provinz auch erst zweieinhalb Jahre später erfolgte, war mit der Einrichtung jener „Regierungsstelle Schneidemühl" doch bereits ein Präjudiz geschaffen, das eine administrative Kontinuität, nicht zuletzt in personeller Hinsicht, begründete. v. Bülow war bis 1920 Mitglied der DNVP; 1922 trat er in die DVP ein, wobei er sich eigenen Angaben zufolge deren rechtem Flügel zugehörig fühlte. Als einziger der rechtsstehenden Oberpräsidenten blieb er über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik, bis zum Erreichen des Pensionsalters im Januar 1933, im Amt. Seine Nachfolger als Ober- bzw. Regierungspräsidenten konnten sich nicht in ähnlichem Maße als Anwalt regionaler Interessen profilieren. Unterhalb der Landratsebene blieb bis zur Auflösung der Provinz ein System unterschiedlicher administrativer Strukturen bestehen. In den ehemals posenschen Landesteilen wurde an der Institution hauptamtlicher Distriktkommissare festgehalten, während die gleiche Funktion in den übrigen Landesteilen, wie in Preußen allgemein üblich, von ehrenamtlich tätigen Amtsvorstehern ausgeübt wurde.

Während der Weimarer Republik besaßen lediglich drei Parteien größere Bedeutung: Von den 30 Mandaten des Provinziallandtages entfielen 1925 (1930) auf das Zentrum 10 (9), auf die DNVP (Nationaler Block) 9 (11) und die SPD 7 (6) Sitze. Erst 1933 erreichte die NSDAP mit einem Ergebnis von 55% die absolute Mehrheit von 16 Sitzen, während ihr Stimmenanteil bei den vorausgegangenen Wahlen noch unter 5% gelegen hatte.

In ökonomischer Hinsicht war das Gebiet noch stärker agrarisch geprägt als die übrigen Ostprovinzen. 60,9% aller Erwerbstätigen fanden in der Landwirtschaft Beschäftigung, während die vergleichbaren Zahlen für Ostpreußen und Pommern 55,7% bzw. 50,7% betrugen. Die Mehrzahl aller Betriebe entfiel dabei auf die Größenklasse von bis zu 2 ha, deren Gesamtanteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit 19% in etwa dem der Großbetriebe über 100 ha (16%) entsprach. Die Grenzmark Posen-Westpreußen war demnach vorwiegend bäuerlich geprägt bei einem Durchschnittseinkommen, das noch unter dem Ostpreußens lag. Der Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage der Provinz wurde jedesmal zu einem wesentlichen Argument, wenn Subventionsforderungen erhoben wurden. Im Konkurrenzkampf um die Zuteilung von Osthilfemitteln versuchte sich die Grenzmark Posen-Westpreußen als die nach Ostpreußen durch den Versailler Vertrag am schwersten geschädigte Provinz darzustellen. Die Notwendigkeit besonderer finanzieller Zuwendungen wurde aus Schneidemühl jedoch nicht allein mit den objektiven Problemen begründet, die das Zerschneiden traditioneller Wirtschafts- und Verkehrsräume mit sich gebracht hatte, zumal die gravierendsten Folgen der Grenzziehung durch großzügig bewilligte Subventionen zur Verbesserung der Infrastruktur bis zum Ende der Weimarer Republik größtenteils behoben waren. Hinzu kam ein Bedrohungsszenario, das während der gesamten Zwischenkriegszeit seine Bedeutung behielt

– dasjenige von der polnischen Gefahr, vorgebracht zumeist als eine Kombination von äußerer und innerer Bedrohung. Immer wieder wurde der Umstand hervorgehoben, daß es die Grenzmark Posen-Westpreußen war, an deren Grenzen die Republik Polen der Reichshauptstadt bis auf eine Entfernung von 160 km nahekam und daß gerade an dieser exponierten Stelle eine außergewöhnlich aktive Minderheit ihre Siedlungsgebiete hatte.

Tatsächlich konnte die polnischsprachige Bevölkerung der Grenzmark wie sonst nur im Regierungsbezirk Westpreußen auf lange Traditionen einer organisierten Nationalbewegung zurückblicken, deren authentischer Charakter von den deutschen Behörden nicht ernsthaft in Frage gestellt werden konnte. Anders als bei Kaschuben, Masuren und Oberschlesiern verbot sich in diesem Falle das Argument eines „Mischvolkes". Im Unterschied zu den von Abstimmungskämpfen geprägten Regionen Ostpreußens und Oberschlesiens fehlte der neugegründete Provinz schließlich die Erfahrung einer der Grenzziehung vorausgegangenen nationalen Polarisierung größeren Stils. Zwar hatten Ausläufer des Posener Aufstandes auch auf den Süden der späteren Provinz übergegriffen, doch erreichten die dortigen lokalen Gefechte nicht die Intensität der Grenzschutzkämpfe in Oberschlesien. Ebenfalls eher unspektakulär verlief die weitere Entwicklung der Grenzmark Posen-Westpreußen. Wenn die von dort vorgebrachten Bedrohungsszenarien auch ihre Wirkung auf Berliner Zentralbehörden nicht verfehlten, nahm andererseits die deutsche Öffentlichkeit wenig Notiz von der kleinen, ökonomisch rückständigen Provinz an der Peripherie des Reiches. Es gelang der Grenzmark nicht, ein vergleichbares Interesse wie Ostpreußen oder Oberschlesien zu wecken – eine Feststellung, die vice versa auch für das Nachbarland gilt, wo das Schicksal der in den Restgebieten Posens und Westpreußens verbliebenen Polen aufgrund ihrer geringen Zahl vergleichsweise wenig Beachtung fand. Zusammen genommen schufen diese Faktoren relativ günstige Rahmenbedingungen für die Entfaltung der polnischen Minderheit.

Im Jahre 1925 bekannten sich in der Grenzmark Posen-Westpreußen 13 284 Personen zur polnischen oder deutschen und polnischen Muttersprache, was einem Anteil von 4,3% an der Gesamtbevölkerung entsprach. Dem allgemeinen Trend folgend, ging dieser Prozentsatz bei den Erhebungen von 1933 und 1939 weiter zurück, doch ist die Tatsache bemerkenswert, daß innerhalb der genannten Gruppe der Anteil der Zweisprachigen sehr viel langsamer anwuchs, als es in den übrigen Ostprovinzen der Fall war. Dies kann ebenso als Beleg für ein vergleichsweise hoch entwickeltes Nationalbewußtsein gelten wie der relativ stabile Stimmenanteil der Polnisch-Katholischen Volkspartei, der sich bei den Reichs- und Landtagswahlen um rund 3% bewegte.

Dabei hatte der Exodus der polnischen Bevölkerung und ihrer Führungsschicht nach dem 1. Weltkrieg auch vor dem Gebiet der Grenzmark Posen-Westpreußen nicht haltgemacht. Fast jeder zweite der dort verbliebenen Polen war in abhängiger Stellung beschäftigt, meist in der Forst- und Landwirtschaft. Andererseits verfügte die eigentliche bäuerliche Bevölkerung zwar im Durchschnitt über weniger und schlechteres Land als ihre deutschen Nachbarn, doch im Vergleich zu den übrigen Ostprovinzen fiel in der Grenzmark der polnische Anteil an Vollerwerbsbetrieben immer noch recht hoch aus, was einen nicht zu unterschätzenden ökonomischen Rückhalt für diese Minderheit bedeutete.

Deren territoriale Schwerpunkte lagen, ungleichmäßig verteilt, in den Kreisen Flatow (nach der amtlichen Zählung von 1925: 16,8% Polnisch- bzw. Deutsch- und Polnischsprachiger), Meseritz (5,8%) und Bomst (20,6%). Mit einer Reihe überwiegend polnischer Dörfer war der Kreis Flatow eine der größten Hochburgen jener Minderheit

im Deutschen Reich überhaupt; behördlicherseits wurde er daher gelegentlich als dessen gefährdetster Teil bezeichnet. Dagegen konzentrierte sich die polnische Bevölkerung im Kreis Meseritz auf einige wenige Ortschaften, darunter das ebenfalls als Hochburg zu bezeichnende Dorf Groß Dammer. Uneinheitlich war auch die soziale Zusammensetzung der Eliten. In der polnischen Diaspora des Kreises Meseritz ging die Führung nach Fortzug des Dekans Józef Braun (1869–1938) nach Polen auf eine Gruppe einheimischer Bauern und kleiner Handwerker über, für die vor allem die Namen Jan (Johann) Budych IV (1885–1945) und Ludwik Kasprzak (1886–1962) stehen. Auch im Restkreis Bomst wurde Pfarrer Stanisław Dudziński (1878–1942) aufgrund seiner aktiven Rolle während des Posener Aufstandes 1921 zur Aufgabe seiner Pfarrei in Neukramzig gezwungen. Demgegenüber verblieben im ehemals westpreußischen Kreis Flatow auch nach Abwanderung des größten Teils der bisherigen weltlichen Führungsschicht noch in vier von sieben Pfarreien national engagierte Geistliche mit Dr. Bolesław Domański (1872–1939) an der Spitze. Aus dem Nachbarkreis Konitz stammend, übernahm er 1903 die Pfarrstelle in Zakrzewo, die er bis zu seinem Tod im April 1939 innehatte. 1923 wurde er zum Vorsitzenden des Landesverbandes V innerhalb des Polenbundes gewählt und führte seit 1927 faktisch die Amtsgeschäfte eines Reichsvorsitzenden, eine Funktion, die ihm 1931 auch formal übertragen wurde. Innerhalb des Kreises Flatow selber mußte Domański allerdings den eigenen Führungsanspruch erst gegenüber Franciszek Bartosz (Franz Bartosch; 1885–1967), dem Vorsitzenden der Polnischen Berufsvereinigung (Zjednoczenie Zawodowe Polskie) in Flatow, durchsetzen. Der frühere Schlosser vertrat nicht nur ein radikaleres Sozialprogramm, sondern warb als Vertrauensmann des Polnischen Generalkonsulats in Berlin auch für die Abgabe von Optionserklärungen zugunsten des Nachbarstaates. Demgegenüber erklärten Domański und seine Priesterkollegen – auch im Widerspruch zu der in Polen zeitweise vertretenen Haltung – das Ausharren auf der eigenen Scholle zur nationalen Pflicht. Die Rivalität der beiden Gruppierungen führte im Jahre 1923 zur Gründung zweier konkurrierender Kreisverbände des Polenbundes, in Flatow und Zakrzewo, wobei letzterer den Sieg davon trug. Domański gelang es auch, der zunächst dem Teilverband II in Berlin unterstellten Organisation den Status eines eigenen Landesverbandes zu sichern, der die Nummer V erhielt und drei Unterbezirke umfaßte: Kaschubei (Provinz Pommern), Bomst (hierzu gehörte auch der Kreis Meseritz) und Flatow. Geschäftsführer wurde ein enger Vertrauter Domańskis, Izydor Maćkowicz, ein Bauernsohn aus Schwente. Daß sich die Führungspositionen überwiegend in der Hand einheimischer Mitglieder befanden, war sicherlich auch ein Grund dafür, daß es im Landesverband V als einzigem des Polenbundes nicht zur Konstituierung einer organisierten Oppositionsbewegung kam. Zugleich bot das Gebiet der Grenzmark Posen-Westpreußen einen verhältnismäßig günstigen Boden für das sozialkonservative Programm dieser Organisation, die in der Tradition des 19. Jahrhunderts eine Ideologie klassenübergreifender Solidarität propagierte. Während in Oberschlesien das Verhältnis der Mitgliederzahlen von Genossenschaften und allgemein-politischen Organisationen zeitweilig 9:1 betrug, belief es sich in der Grenzmark auf etwa 1:4 – ein weiterer Indikator für das relativ hoch entwickelte Nationalbewußtsein der dortigen polnischen Bevölkerung. Ende 1923 zählte der Polenbund dort rund 2 500 Mitglieder, von denen etwa 1 500 auf den Kreis Flatow und 500 auf den Kreis Meseritz entfielen.

Inflation, Weltwirtschaftskrise und ungenügende Unterstützung durch den polnischen Staat behinderten dagegen den Ausbau des Genossenschaftswesens. Von den ursprünglich fünf „Banki Ludowe" (Volksbanken) bestanden lediglich die beiden größten in Flatow und Zakrzewo unverändert weiter; in der Kreisstadt befand sich auch die einzige

landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft „Rolnik" (Landmann). Ungeachtet aller Probleme konnte dank jener Einrichtungen der Rückgang des polnischen Grundbesitzes aufgehalten werden. Insgesamt gingen in den Jahren 1919–1932 6 363,72 ha von polnischer in deutsche Hand über, während 1 168 ha von Polen aus deutschem Besitz erworben wurden.

Standen somit im ökonomischen Bereich Konsolidierungsbemühungen im Vordergrund, erscheint als eigentliche Leistung der dortigen polnischen Minderheit der im Deutschen Reich beispiellose Aufbau eines Privatschulnetzes. Von den Möglichkeiten polnischen Sprach- und Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen hatten im Jahre 1924 1 678 Kinder Gebrauch gemacht, doch ist das Niveau dieser Zusatzstunden aufgrund meist geringer fachlicher Qualifikation der Lehrkräfte als nicht sehr hoch einzustufen. Eine einschneidende Wende bedeutete erst die Errichtung privater polnischer Volksschulen gemäß der Verordnung des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung vom 31.12.1928. Bereits Mitte 1929 hatten die meisten der neu eingerichteten Lehranstalten den Unterrichtsbetrieb aufgenommen. Auf ihrem Höhepunkt im Schuljahr 1932/33 wurden sie von 1 325 Kindern besucht, deren Zahl bis zum 1.1.1939 auf 939 zurückging. Von den insgesamt 29 eröffneten Schulen entfielen 5 auf den Kreis Bomst, eine auf den Kreis Meseritz (Groß Dammer), die übrigen auf den Kreis Flatow; lediglich drei Lehranstalten wurden 1932/33 wegen zu geringer Schülerzahl geschlossen. Ähnlich wie in Ostpreußen bedeutete auch in der Grenzmark Posen-Westpreußen die Einrichtung privater Minderheitsschulen eine wesentliche Bereicherung des kulturellen Lebens der polnischen Bevölkerung, da sich die Lehrkräfte vielfach auch in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenarbeit engagierten.

Mathias Niendorf

Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie i jej ludność polska

Ta jednostka administracyjna o podwójnej nazwie utworzona została na mocy postanowienia pruskiego rządu krajowego z 21 lipca 1922 z resztek pozostałych przy Niemczech prowincji poznańskiej i Prus Zachodnich po lewej stronie Wisły. Jej powierzchnia, wynosząca 7710 km², rozciągała się na długości 400 km biegnąc wzdłuż granicy polsko-niemieckiej przez trzy nie związane ze sobą uprzednio terytoria. Były to głównie okrawki powiatów, których mniejsze lub większe części odstąpione zostały Polsce. Tak utworzona jednostka administracyjna była nie tylko najmniejszą prowincją państwa pruskiego, lecz zarazem najsłabiej zaludnioną (1925: 332485 mieszkańców). Składała się z jednej rejencji, na której czele stał nadprezydent sprawujący zarazem funkcję prezydenta rejencji. Po dojściu do władzy narodowych socjalistów doszło do rozdziału urzędów, kiedy to nadprezydent Brandenburgii przejął władzę administracyjną nad sąsiednią prowincją. Jej zaś ostateczne rozwiązanie nastąpiło 2 września 1938 roku, przy czym z większej, północnej części w połączeniu z powiatami niegdyś brandenburskimi i pomorskimi, utworzono rejencję Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie w obrębie prowincji pomorskiej, zaś część środkową i południową przyłączono do Brandenburgii i Śląska. Przyczyny administracyjne, komunikacyjne oraz ogólnogospodarcze przemawiające za takim rozwiązaniem przytaczano już wcześniej – jako argumenty przeciwko utworzeniu jednej prowincji zlepionej z resztek terytorialnych. Ostatecznie jednak, w sytuacji panującej po I wojnie światowej, rozstrzygające okazały się aspekty polityczne.

Utworzenie Marchii Granicznej Poznańskie-Prusy Zachodnie uznać można za sukces konsekwentnej działalności lobbystycznej wschodnioniemieckiego aparatu urzędniczego, który potrafił sprytnie zmobilizować do swoich celów interesy lokalne. Przedstawiciele ancien regime'u spodziewali się, że samodzielna prowincja u wschodniej granicy Rzeszy zapewni im lepsze przesłanki dla utrzymania własnej pozycji. Jedną z nich była bez wątpienia możliwość nader efektownego formułowanie tradycyjnego już domagania się subwencji ze względu na specyfikę nowej sytuacji granicznej. Demonstracyjne trwanie przy nazwie prowincji, po większej części odstąpionej Polsce, sygnalizowało na zewnątrz nie uznawanie terytorialnego status quo i zarazem podkreślało – na użytek centralnych władz w Berlinie – że ta jednostka terytorialna, jako „tradycyjna prowincja" ma do spełnienia szczególne dla narodu zadanie. Skądinąd, okolicznością ułatwiającą decyzję o rozwiązaniu Marchii był fakt, że polska reforma administracyjna z czerwca 1937 roku świadomie zrywała z pruską przeszłością, włączając z dniem 1.04.1938 byłe tereny zaboru rosyjskiego do województw poznańskiego i pomorskiego.

Centralną rolę w historii Marchii Granicznej odgrywał dawny bydgoski prezydent rejencji Friedrich von Bülow (1868–1936), który po powstaniu wielkopolskim mianowany został zastępcą nadprezydenta tej prowincji. Po oddaniu Bydgoszczy, 10 stycznia 1920 roku, przeniósł się on z częścią swoich urzędników do Piły (Schneidemühl), gdzie

przejął funkcję komisarza dla terenów odstępowanych. Jakkolwiek formalnie utworzenie nowej prowincji nastąpiło dopiero w dwa i pół roku później, z chwilą powołania „siedziby rejencji Piła" stworzono fakt, który znalazł swoją administracyjną kontynuację także w aspekcie personalnym.

Von Bülow był do 1920 roku członkiem Deuschtnationale Volkspartei, w 1922 r. wstąpił do Deutsche Volkspartei, przy czym – jak twierdził – czuł się bliższy jej prawego skrzydła. Jako jedyny z prawicowych nadprezydentów sprawował swój urząd przez cały okres republiki weimarskiej, aż do chwili osiągnięcia wieku emerytalnego, w styczniu 1933 roku. Jego następcy na stanowisku nadprezydenta i prezydenta rejencji nie zdołali wyrobić sobie, w równie znacznym stopniu, pozycji rzeczników interesów regionu. Poniżej szczebla landratów, aż do momentu rozwiązania prowincji, panował zróżnicowany system struktór administracyjnych. Na obszarach należących niegdyś do prowincji poznańskiej trzymano się instytucji etatowych komisarzy dystryktów, podczas kiedy w pozostałych częściach, tak jak generalnie w Prusach, funkcję tę pełnili honorowo wójtowie.

W okresie Republiki Weimarskiej trzy jedynie partie miały większe znaczenia: z 30 mandatów do landtagu prowincji, w roku 1925 (1930) na Centrum przypadało 10 (9), na DNVP (Blok Narodowy) 9 (11) i na SPD 7 (6) miejsc. Dopiero w 1933 roku NSDAP, uzyskawszy 55% głosów, zdobyła absolutną większość 16 mandatów, podczas gdy w poprzednich wyborach nie zdobyła nawet 5% głosów.

Pod względem ekonomicznym prowincja ta miała charakter bardziej rolniczy niż pozostałe prowincje wschodnie. 60,9% wszystkich czynnych zawodowe osób znajdowało zatrudnienie w rolnictwie, podczas gdy dla Prus Wschodnich i Pomorza udział ten wynosił odpowiednio 55,7% i 50,7%. Większość wszystkich gospodarstw rolnych mieściła się w przedziale do 2 ha, przy czym ich całkowity udział w powierzchni użytków rolnych wynosił 19%, a więc niewiele więcej niż gospodarstw wielkorolnych o powierzchni powyżej 100 ha (16%). Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie miała więc charakter przeważnie wiejski, a średnia płaca kształtowała się tam jeszcze poniżej poziomu Prus Wschodnich. Wskazywanie na krytyczną sytuację gospodarczą prowincji, podobnie jak na innych terenach przygranicznych, stanowiło za każdym razem istotny argument uzasadniający domaganie się subwencji. W konkurencyjnej walce o przyznanie środków z „Pomocy dla wschodu" Marchia prezentowała siebie jako, po Prusach Wschodnich, najciężej pokrzywdzona przez traktat wersalski prowincja Niemiec. Konieczność szczególnych dotacji finansowych Piła uzasadniała nie tylko obiektywnymi problemami, jakie pojawiły się w wyniku poszatkowania tradycyjnych obszarów gospodarczych i dróg komunikacyjnych, skoro dzięki hojnie przyznawanym subwencjom na odbudowę infrastruktury najdotkliwsze skutki nowego przebiegu granic zostały do końca republiki weimarskiej w dużej mierze usunięte. Dodatkowym elementem, który zachował swoje znaczenie przez cały okres międzywojenny, był scenariusz zagrożenia – polskiego niebezpieczeństwa – najczęściej jako połączenie zagrożenia wewnętrznego i zewnętrznego. Bezustannie podnoszono okoliczność, iż to właśnie u granic Marchii Granicznej Poznańskie-Prusy Zachodnie Rzeczpospolita Polska oddalone jest od stolicy Rzeszy zaledwie o 160 km i że właśnie tym eksponowanym miejscu mieszka nadzwyczaj aktywna mniejszość.

I rzeczywiście, polskojęzyczna ludność Marchii – tak jak jeszcze tylko w rejencji Prusy Zachodnie – mogła się poszczycić długą tradycją zorganizowanego ruchu narodowego, którego autentycznego charakteru władze niemieckie nie mogły zakwestionować.

Inaczej niż to było w przypadku Kaszubów, Mazurów i mieszkańców Górnego Śląska, nie znajdował tu zastosowania argument o „ludzie mieszanym". W odróżnieniu od naznaczonych walkami plebiscytowymi regionów Prus Wschodnich i Górnego Śląska, nowo utworzonej prowincji brakowało – datującego jeszcze sprzed wytyczenie granic – doświadczenia polaryzacji narodowej w wielkim stylu. Wprawdzie potyczki powstania wielkopolskiego dotarły także na południowe krańce przyszłej prowincji, niemniej jednak nigdy nie osiągnęły intensywności walk na Górnym Śląsku. Dość mało spektakularnie przebiegał również dalszy rozwój Marchii Granicznej Poznańskie-Prusy Wschodnie. Jakkolwiek produkowane tam scenariusze zagrożenia nie pozostały bez wpływu na centralne władze w Berlinie, to jednak, z drugiej strony, niemiecka opinia publiczna mało interesowała się niewielką i zacofaną gospodarczo prowincją na peryferiach Rzeszy. Nie udało się Marchii Granicznej wzbudzić zainteresowania porównywalnego z tym, jakim cieszyły się Prusy Wschodnie i Górny Śląsk; jest to spostrzeżenie dotyczące także Polski, gdzie los Polaków pozostałych na resztkach ziemi poznańskiej i Prus Zachodnich, z powodu niewielkiej ich liczebności, stosunkowo niewielkie budził emocje. Oba te czynniki razem wzięte stwarzały stosunkowo korzystne warunki dla rozwoju mniejszości polskiej.

W 1925 roku w Marchii Granicznej Poznańskie-Prusy Zachodnie 13 284 osoby przyznawały się do polskiego lub polskiego i niemieckiego jako języków ojczystych, co równa się 4,2% ogółu ludności. Zgodnie z ogólnym trendem wartość ta spadała w czasie kolejnych spisów ludności w roku 1933 i 1939, choć znamienny jest fakt, iż w obrębie wspomnianej grupy odsetek osób dwujęzycznych rósł o wiele wolniej niż w innych wschodnich prowincjach Niemiec. To właśnie, jak i względnie stała liczba głosów oddawanych na Polsko-Katolicką Partię Ludową (ok. 3% w wyborach do Reichstagu i landtagu) może stanowić dowód na stosunkowo wysoki stopień świadomości narodowej.

A przecież po pierwszej wojnie światowej exodus polskiej ludności i jej warstwy przywódczej nie oszczędził także Marchii Granicznej. Prawie co drugi z pozostałych tam Polaków zatrudniony był na stanowisku podległym, przeważnie w gospodarce leśnej i w rolnictwie. Z drugiej strony, właściwa ludność chłopska dysponowała przeciętnie mniejszą ilością i to gorszych gruntów niż ich niemieccy sąsiedzi. Ale, w porównaniu z resztą prowincji wschodnich – w Marchii polski udział w gospodarstwach samowystarczalnych był jednak dość wysoki, co zapewniało tej mniejszości oparcie ekonomiczne, którego nie należy lekceważyć.

Terytorialny rozkład mniejszości był dość nierównomierny: w powiatach Złotów [Flatow] (według urzędowego spisu z 1925 roku 16,8% osób polskojęzycznych oraz polsko- i niemieckojęzycznych), Międzyrzecz [Meseritz] (5,8%) oraz Babimost [Bomst] (20,6%). Powiat złotowski, obejmujący szereg w przeważającym stopniu polskich wiosek, był jednym z największych bastionów polskości w Rzeszy, dlatego też przez władze określany był jako najbardziej zagrożony. Natomiast w powiecie międzyrzeckim ludność polska skupiała się w kilku zaledwie ośrodkach, m.in. w również określonej mianem bastionu polskości wiosce Dąbrówka Wielka [Groß Dammer]. Niejednorodny był również społeczny skład elit. W diasporze polskiej powiatu międzyrzeckiego, po przeniesieniu się do Polski księdza dziekana Józefa Brauna (1869–1938), przywództwo przejęła grupa miejscowych chłopów i rzemieślników, wśród których wymienić należy przede wszystkim Jana (Johanna) Budycha IV (1885–1962). Również w szczątkowym powiecie babimojskim proboszcz Stanisław Dudziński (1878–1942) został w 1921 r. zmuszony do oddania parafii w Nowym Kramsku [Neukramzig], ze względu na aktywny udział w powstaniu wielkopolskim. Natomiast w dawnych zachodniopruskim powiecie złotowskim,

nawet po wywędrowaniu większej części świeckiej warstwy przywódczej, w czterech z siedmiu parafii pozostali zaangażowani w sprawę narodową duchowni z księdzem dr Bolesławem Domańskim (1872–1939) na czele. Ten pochodzący z sąsiedniego powiatu chojnickiego ksiądz, w 1903 roku przejął parafię w Zakrzewie, której proboszczem był aż do śmierci w kwietniu 1939. W 1923 roku został wybrany przewodniczącym Dzielnicy V Związku Polaków w Niemczech i od 1927 pełnił faktyczne obowiązki przewodniczącego tego Związku, ktorą to funkcję objął formalnie w 1931 roku. W powiecie złotowskim natomiast, ksiądz Domański musiał najpierw stoczyć walkę o prymat z Franciszkiem Bartoszem (Franz Bartosch; 1885–1967), przewodniczącym Zjednoczenia Zawodowego Polskiego w Złotowie [Flatow]. Ten były ślusarz nie tylko reprezentował bardzo radykalny program społeczny, lecz także – jako mąż zaufania polskiego konsulatu generalnego w Berlinie – zabiegał wśród Polaków o optowanie na rzecz Polski. Natomiast ksiądz Domański i jego konfratrzy – w sprzeczności z forsowaną przez pewien czas przez Polskę postawą – głosili, że narodowym obowiązkiem jest wytrwanie na własnej ziemi. Rywalizacja obu tych ugrupowań doprowadziło w 1923 roku do utworzenia dwóch konkurencyjnych ze sobą – na szczeblu powiatowym – Zarządów Związku Polaków w Niemczech w Złotowie i Zakrzewie, przy czym ten ostatni w końcu zwyciężył. Księdzu Domańskiemu udało się także uzyskać – dla podległej początkowo Dzielnicy II w Berlinie – status samodzielniej dzielnicy, która otrzymała numer kolelny V i obejmowała trzy okręgi: Kaszuby (prowincja pomorska), Babimost [Bomst] (do której należał także powiat międzyrzecki) oraz Złotów. Zarządzającym Dzielnicą został bliski zaufany księdza Domańskiego, Izydor Maćkowicz, syn chłopa ze Świętej [Schwente]. Fakt, że kluczowe funkcje sprawowali członkowie miejscowi był z pewnością powodem, dla którego w dzielnicy V, jako jedynej w Związku Polaków, nie doszło do ukonstytuowania się zorganizowanej opozycji. Jednocześnie Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie stanowiła korzystny grunt dla konserwatywnego społecznie programu tej organizacji, propagującej ponadklasową solidarność w duchu tradycji dziewiętnastowiecznej. O ile na Górnym Śląsku stosunek liczby członków spółdzielni do organizacji ogólnopolitycznych wynosił niekiedy 9:1, o tyle w Marchii wartość ta wynosiła mniej więcej 1:4 – kolejny wskaźnik stosunkowo wysoko rozwiniętej świadomości narodowej tamtejszej ludności polskiej. Pod koniec 1923 r. Związek Polaków w Niemczech liczył tam 2 500 członków, z których ok. 1 500 przypadało na powiat złotowski, a 500 na powiat międzyrzecki.

Inflacja, światowy kryzys gospodarczy oraz niewystarczająca pomoc ze strony państwa polskiego uniemożliwiały natomiast rozbudowę spółdzielczości. Z pięciu początkowo Banków Ludowych utrzymały się tylko dwa największe: w Złotowie i Zakrzewie; w stolicy powiatu znajdowała się też jedyna spółdzielnia zaopatrzenia i zbytu „Rolnik". Pomimo wszelkich problemów, dzięki tym właśnie instytucjom, udawało się powstrzymać kurczenie się własności ziemskiej pozostającej w polskich rękach. Ogólnie rzecz biorąc, w latach 1919–1932 w ręce niemieckie przeszło 6 363,72 ha gruntów. Polacy natomiast nabyli od Niemców 1 168 ha.

O ile więc w dziedzinie gospodarczej zasadnicze znaczenie miały wysiłki konsolidacyjne, o tyle właściwym osiągnięciem mniejszości polskiej w Marchii Granicznej była bezprzykładna, w skali całej Rzeszy, rozbudowa szkolnictwa prywatnego. W 1924 roku z możliwości pobierania nauki religii oraz lekcji języka polskiego skorzystało 1 678 dzieci; poziom tych dodatkowych lekcji – ze względu na niskie kwalifikacje zawodowe nauczycieli – nie był zbyt wysoki. Zdecydowany przełom nastąpił dopiero z chwilą utworzenia, na mocy rozporządzenia pruskiego ministra nauki, sztuki i edukacji narodowej

z 31 grudnia 1928, prywatnych polskich szkół ludowych. Zajęcia w większości nowo utworzonych placówek szkolnych rozpoczęły się już w połowie 1929 roku. W szczytowym okresie, tj. w roku szkolnym 1932/33 uczęszczało do nich 1 325 dzieci; ich liczba na dzień 1 stycznia 1939 roku wynosiła już tylko 939. Z ogółem 29 nowootwartych szkół 5 przypadało na powiat Babimost [Bomst], jedna na powiat Międzyrzecz [Meseritz] (Dąbrówka Wielka [Groß Dammer]) pozostałe zaś na powiat złotowski. W roku szkolnym 1932/33, z powodu zbyt małej liczby uczniów, zamknięto trzy placówki. Podobnie jak w Prusach Wschodnich, także w Marchii Granicznej, utworzenie prywatnych szkół mniejszościowych oznaczało istotne wzbogacenie życia kulturalnego mniejszości polskiej, ponieważ nauczyciele czynnie angażowali się w pozaszkolną działalność na rzecz młodzieży i dorosłych.

C.1. Provinzebene / Prowincja

117

15.2.1922: Der stellvertretende Oberpräsident in Schneidemühl an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Propaganda und Möglichkeiten ihrer Begegnung

15 II 1922r.: Pełniący obowiązki naczelnego prezydenta w Schneidemühl do MSW Prus. Propaganda polska i możliwości jej zapobiegania

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 542

Verehrter Herr Surén!

Ihr Schreiben vom 2.11.1921 habe ich bisher unbeantwortet gelassen, da ich immer hoffte, mich persönlich mit Ihnen über die von Ihnen berührten Fragen aussprechen zu können. Nachdem es mir mehrmals mißglückt ist, Sie in dem Ministerium anzutreffen, hoffe ich jetzt, Sie am Donnerstag oder Freitag dieser Woche wiederzusehen, möchte mir aber vorher schon einige Bemerkungen zu den von Ihnen angeregten Fragen erlauben.

Die polnische Propaganda in der Grenzmark Posen-Westpreußen vollzieht sich so sehr im stillen, daß es schwer ist zu sagen, ob sie in letzter Zeit an Stärke zugenommen hat. Im allgemeinen hat es, soweit ich dies nach den mir zugänglichen Quellen beurteilen kann, den Anschein, daß die Werbearbeit der Polen in Ostpreußen erheblich stärker ist, als bei uns. Ob dies darauf beruht, daß die Polen in der Tat ihre nächsten Ziele in einem Vordringen durch Ostpreußen nach dem Meere hin und einer Umschließung Littauens sehen oder ob sie nicht ihre Absichten, weiter nach Westen vorzudringen, gerade mit einer auffälligeren Propagandaarbeit in Ostpreußen bemänteln, vermag ich nicht abschließend zu beurteilen. In der polnischen Presse ist in letzter Zeit immer wieder, namentlich seit der Gründung des Verbandes zum Schutze der westlichen Grenzgebiete von ihren Absichten auf das Land bis zur Oder die Rede. Der Gedanke ist aber wohl auch nicht zurückzuweisen, daß sie ihre Aussichten in dieser Richtung für erheblich geringer einschätzen, als die in Ostpreußen, da sie in der Richtung nach Westen mit einem bedeutend stärkeren Widerstand rechnen müssen.

Eine etwas lebhaftere Propagandatätigkeit hatte in der Optionszeit eingesetzt. Besonders traten in dieser Zeit verschiedene polnische Pfarrer hervor, die die Propaganda unterstützten und leiteten; es wurden namentlich von ihnen Optionsformulare zur Option verteilt. Weiter macht sich immer wieder die polnische Propaganda bemerkbar, die ihren Ausgangspunkt vom Nationalkomitee der Polen in der Fremde mit dem Sitz in Berlin nimmt. Das Nationalkomitee hat Kreisdelegierte in der Provinz eingesetzt, die mit dem nötigen Propagandamaterial versehen werden. Ortsgruppen werden von dem Komitee nicht gebildet, sondern es werden nur Vereine mit harmlos klingenden Namen gebildet. Diese Vereine sehen ihre Aufgabe darin, die polnische Bevölkerung zusammenzuhalten und im polnischen Geiste weiter zu erziehen.

Die Pröbste polnischer Nationalität sind naturgemäß überhaupt die Träger der polnischen Propaganda. Erfreulicherweise ist es den Bemühungen des erzbischöflichen Delegaten bereits in einer Reihe von Fällen gelungen, einen Austausch solcher Geistlichen mit deutschen herbeizuführen.

Der Austausch von Besitzungen zwischen deutschen Siedlern in Polen und polnischen Besitzungen in Deutschland hat in letzter Zeit offenbar nachgelassen.

Die Polen, die ihr Besitztum in Deutschland aufgeben wollen, um nach Polen auszuwandern, müssen in Polen eine Bescheinigung vorlegen, daß sie hier im polnischen Sinne gearbeitet haben und Anhänger des Polentums sind. Diese Bescheinigung stellen zum größten Teil die Geistlichen ihrer Gemeinden aus. In letzter Zeit verweigern die Geistlichen die Ausstellung dieser Bescheinigungen, so z. B. der Pfarrer Dr. Domanski in Zakrzewo Kreis Flatow. Dieser bemerkte, die Polen in der Grenzmark wären hier nötiger als in Polen, er würde keine Leumundszeugnisse ausstellen, auch wenn der Antragsteller vor ihm auf den Knien liegen würde.

Die Beantwortung der Frage, wie man der polnischen Propaganda am wirksamsten begegnen könnte, dürfte gleichbedeutend sein mit der Wiedergabe unseres ganzen Grenzmarkprogramms. Eine wirkliche Bekämpfung oder wenigstens örtliche Eindämmung und Unschädlichmachung der polnischen Propaganda ist nur möglich durch eine mit allen Mitteln anzustrebende Vertiefung der grenzmärkischen Heimatkultur, eine fortwährende Aufrüttelung der Deutschen und deren Durchtränkung mit dem Bewußtsein, daß sie auf Vorposten stehen und in besonderem Maße verpflichtet sind, das Deutschtum vor polnischer Überflutung zu schützen. In dieser Beziehung wird der jetzt gegründete Grenzmarkdienst Posen-Westpreußen wertvolle Dienste leisten. Ich werde hierüber an anderer Stelle dem Herrn Minister bald ausführlich berichten. Diese Zusammenschlußbewegung nimmt einen recht erfreulichen Fortgang. Ohne stärkste staatliche Unterstützung, namentlich auch mit Geldmitteln, wird aber nur wenig zu erreichen sein. Ich werde in dieser Beziehung in nächster Zeit eine Reihe von Anträgen für Gewährung von Mitteln aus dem Dispositionsfonds noch des laufenden Etatsjahres vorlegen und möchte auch hier darauf hinweisen, wie schlecht die Grenzmark, die mit den Waffen in der Hand die Heimat beschützt hat, bisher den Abstimmungsgebieten gegenüber behandelt worden ist. Ihr Augenmerk möchte ich bei dieser Gelegenheit auch lenken auf die, soweit mir bekannt, im Referate des Herrn Grafen Hardenberg behandelte Frage der Hergabe von Staats- oder Reichsmitteln zur Hebung der schweren wirtschaftlichen Schäden, die durch die neue Grenzführung entstanden sind, namentlich für Chausseebauten. Hier ist einer der wichtigsten Punkte, um den Hebel einzusetzen. Die von mir gestellten Anträge sind bald 3/4 Jahre alt.

Im Zusammenhang damit muß ich meine Bemühungen erwähnen, für die Beamten der Landjägerei, der Landeskriminalpolizei und der Schutzpolizei in den Grenzgebieten menschenwürdige Wohnungen zu schaffen. Die Zustände schreien zum Himmel. Es ist bewundernswert, daß diese Beamten größtenteils überhaupt noch nicht alle Lust und Liebe zu ihrem schweren Beruf verloren haben. Daß aber infolge des Wohnungselends die Exaktheit des Dienstes vielfach schweren Schaden nimmt, ist leider zu beobachten.

Ich schalte hier ein, daß die Förderung des Wohnungswesens überhaupt für die Grenzmark von außerordentlicher Bedeutung ist. Meine zahlreichen Bemühungen um Reichs- und Landesdarlehn für den Wohnungsbau und um Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den Bau von Landarbeiterwohnungen haben viele Erfolge gezeitigt, aber alles, was geschehen ist, ist doch wie der Tropfen auf den heißen Stein. – Das Wohnungselend ist noch immer unbeschreiblich, was kein Wunder nehmen dürfte, wenn man bedenkt, daß die Grenzmark im Gegensatz zu allen anderen preußischen Provinzen in den 2 Jahren ihres Bestehens etwa 12 % Bevölkerungszunahme erfahren hat.

Ich komme nun auf einen der wichtigsten Punkte, nämlich die Auswahl des Beamtentums selbst. Wenn in der Grenzmark nicht für alle Stellungen ausgesucht tüchtiges Beamtenmaterial verwandt wird, werden wir niemals die Widerstandskraft haben, die wir gegenüber dem Polentum benötigen. Bezüglich der mir beigegebenen höheren Beamten kann ich in dieser Beziehung im allgemeinen keine Klagen führen, wohl aber habe ich auf dem Gebiete der Exekutivpolizei vielfach die Erfahrung gemacht, daß sich maßgebende Stellen nicht genügend der Notwendigkeit bewußt waren, hierher nur erstklassiges Material zu entsenden. Noch recht im argen liegt die Landeskriminalpolizei, deren Etatisierung wiederum hinausgeschoben zu sein scheint und die daher immer noch vielfach mit nicht vollwertigen Elementen arbeiten muß.

Es muß immer wieder von neuem allen Berliner Stellen eingehämmert werden, daß die Besten gerade gut genug für die Grenzmark sind. Ein Zustand, wie er in früheren Jahrzehnten vor der Miquel-Bülow'schen-Ära in der Provinz Posen herrschte, darf nie wieder eintreten.

Sehr wichtig ist die richtige und gründliche Handhabung der Fremdenpolizei. Mit deren Durchorganisierung bin ich gegenwärtig noch beschäftigt. Dazu gehört sorgfältige Handhabung des Staatsangehörigkeitswesens und eine richtige Zulassungs- und Ausweisungspolitik. Dazu gehört ferner ein richtiges Zusammenarbeiten der damit befaßten Stellen wie der Meldestelle am Oberpräsidium. Dieses Zusammenarbeiten ist hier in erfreulichem Maße vorhanden. Auf diesem Gebiete kommt es aber, wie auf vielen anderen, vor allem auf die Landräte an. Es ist dringend nötig, daß hier auch weiterhin ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen nur besonders tüchtige Landräte eingesetzt werden – wodurch übrigens ein Eingehen auf die Wünsche nach größerer Berücksichtigung der konfessionellen Parität nicht ausgeschlossen erscheint. – Die Landräte müssen sich absolut als Grenzlandräte und als solche als voll verantwortliche Führer im Kampfe gegen die polnischen Bestrebungen fühlen.

Von großer Bedeutung wird ein gründlich durchgebildeter Nachrichtendienst nach Polen hinein sein. Das, was auf diese Weise durch die Meldestelle und die Landeskriminalpolizei erreicht werden kann, ist nur gering. Inwieweit der Nachrichtendienst des Auswärtigen Amts ausgebaut ist, ist mir nicht bekannt, ebensowenig, ob er dem französischen und englischen einigermaßen gleichsteht.

Als einen stärkeren Mangel empfinde ich den Umstand, daß es dem deutschen Beamtentum fast vollständig an polnischen Sprachkenntnissen gebricht. Die nicht ungerechtfertigten Bedenken, die früher in der Richtung bestanden, daß die deutschen Beamten durch das Erlernen der polnischen Sprache polnischen Einflüssen zugänglicher werden, in polnische Familien hereinkommen oder hineinheiraten würden, bestehen jetzt nicht mehr in dieser Stärke, dazu ist in der Grenzmark das Polentum zu schwach und andererseits ist die deutsche Mentalität seit den Erfahrungen von 1918/19 doch ganz anders gegen die Polen eingestellt. Wir müssen den Beamten polnische Sprachmöglichkeit schaffen. Sie bietet sich in Anlehnung an das vor kurzem in Schneidemühl entstandene grenzmärkische Wirtschaftsinstitut.

Sehr viel Sorge bereitet mir auch in bezug auf die zukünftige Abwehr der polnischen Bestrebungen die Frage des Nachwuchses unseres Beamtentums, insbesondere des höheren. Es muß dafür gesorgt werden, daß dieser Nachwuchs an allen Regierungen schon bei Gelegenheit der Vorbildung für die große Staatsprüfung, mehr als bisher geschehen ist, auf die ostmärkischen Belänge hingewiesen und ostmärkisch orientiert wird. Im Zusammenhange damit steht die Frage, ob es nicht möglich sein wird, der

hiesigen Regierung Referendare zur Ausbildung zu überweisen. Es würden hier ganz mit ostmärkischem Geiste durchtränkte Persönlichkeiten heranwachsen können.

Mit angelegentlichem Gruß
Ihr ergebener
Bülow

118

24.3.1922: Landeskriminalpolizei in Schneidemühl an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Bewegung in Betsche, Kreis Meseritz
24 III 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Schneidemühl do MSW Prus. Ruch polski w Betsche, pow. Meseritz

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

Nach zugegangenen Mitteilungen hat sich in letzter Zeit eine polnische Agitation bemerkbar gemacht, die zum Zwecke hat, an Hand des Optierungsmaterials aus der Grenzmark die Beweisführung zu versuchen, daß ein großer Teil der Grenzmarkbevölkerung polnisch ist. Da das vorliegende Material nicht ausreichend erscheint, sind Ortslisten aufgestellt worden, in die Bewohner polnischer Nationalität, die für eine Einverleibung von Teilen der Grenzmark nach Polen eintreten, sich namentlich und eigenhändig einzutragen haben. Die Listen sollen dann nach Abschluß der Sache mit einem Protest gegen den bezüglichen Inhalt des Friedensvertrages dem Hohen Rat vorgelegt werden, angeblich bei der Tagung in Genua. In dem Protestschreiben ist gesagt, daß entgegen der Selbstbestimmungen der Völker durch den Friedensvertrag viele Ortschaften mit einem großen Teile polnischer Bevölkerung bei Deutschland verblieben sind. Die Wünsche der Bevölkerung sind bei den Grenzfestsetzungen nicht berücksichtigt worden. Insbesondere sind große Teile des alten polnischen Landes in der Provinz Posen und Westpreußen nicht zu Polen gekommen, trotzdem geschichtliche und kulturelle Gründe dafür sprechen.

Das Kommissariat Meseritz hatte festgestellt, daß 2 Polen namens Roman und Felix Goydka über Birnbaum nach Betsche zu gelangen versuchen, um dort mit ihrem Propagandadienst zu beginnen. Die von hier aus erlassene Verfügung, die beiden Polen eingehend zu beobachten und sie bei ihrer Rückkehr nach Polen nach belastendem Propagandamaterial zu durchsuchen, ist durch die *voreilige* Festnahme durch Beamte einer anderen Polizeibehörde durchkreuzt worden. Wie vorauszusehen war, wurde kein Propagandamaterial gefunden und erfolgte die Freilassung auf richterliche Anordnung.

Die polnischen Bestrebungen nach Einverleibung von weiteren Teilen der Grenzmark nach Polen werden zur Zeit in erster Linie von den Kreisvereinen des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken" betrieben und unterstützt. Über die Organisation des Kreisvereins der „Towarzystwo Obrony Kresow Zachodnich" in Birnbaum konnte festgestellt werden, daß der Kreisleiter ein früherer deutscher Feldwebelleutnant, späterer polnischer Oberleutnant ist. Sein Name konnte bisher nicht einwandfrei festgestellt werden. Diesem zur Seite steht als Schriftführer der Sekretär bei der Starostei Birnbaum, Josef Furmanek. Die Hauptaufgaben des genannten Vereins sind bekanntlich die Entdeutschung der ehemals preußischen Gebiete und die Stärkung des Polentums. Aber nicht nur in den zu Polen gefallenen Gebieten soll der Verband wirken, sondern er soll durch seine Kreisvereine an der Westgrenze auch der nationalen Propaganda in den deutschen Grenzgebieten dienen. Immer wieder ist von „unerlösten Ortschaften" in der Grenzmark die Rede, für die mit allen anwendbaren Mitteln eine Zuteilung zu dem polnischen Vaterlande angestrebt wird.

Wie hier von zuverlässiger Seite bekannt geworden ist, sieht der Kreisverein Birnbaum des „Towarzystwo Obrony Kresow Zachodnich" es als seine erste Aufgabe an, die Nationalpolen in den deutschen Grenzortschaften zu einem festen Zusammenschluß zu bringen und die Verbindung mit Polen aufrecht zu erhalten. Mit diesen Aufgaben hängt die Bestrebung eng zusammen, eine Angliederung der Stadt Betsche mit den Nachbarortschaften an Polen zu erreichen. Es werden neben den politischen Gründen – starke nationalpolnische Bevölkerung – besonders wirtschaftliche Gründe für die Notwendigkeit dieses Anschlusses angeführt. Betsche war für die polnischen Ortschaften Stocki, Schwichotschin, Schilln, Neuschilln, Wrona und Alt-Jablonke die Stelle, wo die Einwohner der genannten polnischen Ortschaften ihre Ein- und Verkäufe tätigen; an Betsche seien die Bewohner gebunden in bezug auf Arzt und Apotheke. Vor allem falle ins Gewicht, daß auch die katholische Pfarrkirche dieser jetzt polnischen Ortschaften in Betsche liege, und den Bewohnern durch die jetzige Grenzführung sogar die Möglichkeit zur Teilnahme an dem Gottesdienst genommen sei. In kirchlicher Beziehung wird zudem angeführt, daß das Probsteigut Stocki, von dem der Probst in Betsche seine Einkünfte bezieht, in Polen liege; es sei dem Probst sogar von der deutschen Zollbehörde verwehrt worden, seine Ernte in vollem Umfange nach Betsche zu bringen. Die Vorteile der Wiedervereinigung der ehemaligen Pfarrgemeinde Betsche werden in allen Tonarten geschildert und haben bedauerlicherweise auch bereits dazu geführt, daß ein Teil der sonst mehr zu Deutschland neigenden Katholiken in Betsche sich diesen Bestrebungen anschließt, zum mindesten nicht entgegentritt. – Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Probst Fischbeck in Betsche – dem bisher ein Hinneigen zu Polen im allgemeinen nicht nachzuweisen war – zur Zeit den Anschlußbestrebungen wohlwollend gegenübersteht; beteiligt an der Propaganda dürfte er jedoch nicht sein, es liegen dafür wenigstens bisher nicht die geringsten Anhaltspunkte vor. – Unverkennbar hat die Stadt Birnbaum ebenfalls ein besonderes Interesse daran, daß eine Angliederung der Ortschaften Betsche, Stalun und Scharzig an Polen stattfindet, da hierdurch die Kreisstadt wieder in geschäftlicher Beziehung gehoben würde. Betsche und Umgebung bedeuten das Hinterland der Stadt Birnbaum.

Um zu beweisen, daß die Ortschaften Betsche, Stalun und Scharzig vorwiegend von einer nationalpolnischen Bevölkerung bewohnt seien, hatte der Kreisverein Birnbaum des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken" die Sammlung von Unterschriften der polnischstämmigen Bewohner beschlossen. Diese Listen will er als Unterlagenmaterial den zuständigen Stellen unterbreiten, um eine Änderung der Grenzfestsetzung zu erzielen. Die in Frage kommenden Bevölkerungskreise sollten aber erst eine Aufklärung über die in bezug auf die Angliederung schwebenden Fragen erhalten. Diese Aufklärung sollten die Landwirte Teofil, Roman und Felix Goydka übernehmen. Ihr Auftraggeber war der Sekretär Josef Furmanek, in seiner Eigenschaft als Schriftführer des Kreisvereins Birnbaum des „Towarzystwo Obrony Kresow Zachodnich". Die Goydka's haben in Betsche, Stalun und Scharzig weitgehende verwandtschaftliche Beziehungen und sind als Nationalpolen in den fraglichen Bevölkerungskreisen bekannt. Nicht ohne Vorbedacht hat der Kreisverein in Birnbaum zu der Propagandatätigkeit die Goydka's aus Schwichotschin ausgewählt. Diese Personen aus dem Volke, die in den in Frage kommenden Ortschaften volkstümlich bekannt sind, sind für eine derartige Werbung, die ohne viel Pathos und ohne jedes Aufsehen erfolgen muß, in der Tat die geeignetsten. Sie haben ihren Auftrag im allgemeinen zur Durchführung bringen können, wenn auch Teofil und Roman Goydka diese Tätigkeit mit ihrer Festnahme und Verbringung zum

Gericht in Meseritz beschließen mußten. Sie haben eine weitgehende Aufmerksamkeit der Bewohner von Betsche erreicht und die weitere Arbeit wird zweifelsohne von den in Betsche ansässigen bekannten Nationalpolen Pilz, Golz, Pazdziorek und vor allen Dingen Poczekaj geleitet werden. Die Verbindung ist hergestellt, die Bevölkerung aufgereizt und an der nötigen Propaganda wird man es nicht fehlen lassen.

Während in der Stadt Betsche die Anwesenheit der Polizei bei Ausübung der propagandistischen Tätigkeit erschwerend wirkte, fand der Landwirt Felix Goydka – dessen Übertritt nach Deutschland den Polizeiorganen erst später bekannt wurde – in Stalun den geeigneten Boden, um den ihm gewordenen Auftrag auszuführen. Eine rein polnische Bevölkerung, in jeder Weise zurückhaltend, aber trotzdem fanatisch in ihrem Haß gegen Deutschland, fand sich hier am 4. März d. Js. zu einer Versammlung zusammen. Von Betsche waren Pilz und Pazdziorek erschienen. Die Versammlung war von dem Landwirt Gorry in Stalun vorbereitet und fand in dessen Behausung statt. Die Versammelten sangen bei Beginn der Versammlung stehend nach altem polnischen Brauch den Eidschwur:

„Wir werden das Land nicht verlassen, dem wir entstammen;
Wir werden unsere Sprache nicht begraben lassen.
Wir sind die polnische Nation, das polnische Volk
Der königliche Stamm der Piasten.
Wir werden nicht zulassen, daß uns der Feind germanisiert!
So wahr uns Gott helfe!"

Der aus Polen gekommene Beauftragte des Kreisvereins des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken" berichtete alsdann über die Aussichten betreffend die Angliederung der Ortschaften Stalun, Scharzig und Betsche. Er führte aus, daß dieser Anschluß in kurzer Zeit zu erwarten sei, da schwerwiegende politische wie wirtschaftliche Gründe dieses erforderlich machen. Die in Stalun zu sammelnden Unterschriften in den Protestlisten würden den polnischen Vertretern auf der Konferenz von Genua eine gute Unterlage geben. Er bezeichnete die Herauszögerung dieser Konferenz als eine Fügung des Geschicks, da es dadurch möglich sei, die nötigen Unterlagen für die Beweisführung bei dem Angliederungsantrag für Betsche zu beschaffen. Das Streben der polnischen Nation ginge nach wie vor dahin, nicht nur Betsche und Umgebung zu Polen zu schlagen, sondern die ganze ehemalige Provinz Posen müßte dem polnischen Staate zufallen. Diese Hoffnungen müßten jedoch vorläufig zurückgestellt werden, da die Vertreter der Entente sich dieser Forderung noch entgegensetzten. Die polnische Nation hoffe jedoch, daß geeignete Momente in der politischen Entwicklung eintreten, wodurch auch diese Gebiete dem Polenreich zufallen würden. Der Redner ermahnte die Einwohner getreu des Eidschwurs auf den Außenposten bis zu der nahen Stunde der Angliederung auszuharren, trotz aller deutschen Schikanen. Sie sollen ihre Grundstücke nicht den deutschen Besitzern vertauschen oder verkaufen, die aus Polen stammen. Polens Herz weile bei den Emigranten, die der deutschen Willkür ausgesetzt seien.

Allgemeine Zustimmung lohnte dem Redner, und die in Tausch- oder Kaufverhandlungen stehenden Besitzer versprachen unter Handschlag, von diesen Verhandlungen zurückzutreten. Dieses ist inzwischen tatsächlich geschehen; einige Besitzer, die in diesen Wochen nach Polen auswandern wollten, haben ihre Absicht aufgegeben. Sie alle wollen die kommende Entscheidung abwarten.

Es konnte noch festgestellt werden, daß die Liste zur Sammlung von Unterschriften in Stalun in den Tagen vom 5.–8. März d. Js. im Umlauf gewesen ist. Ob dieselbe

bereits nach Polen verbracht wurde, ist nicht festgestellt, jedoch wahrscheinlich. Der Landwirt Felix Goydka aus Schwichotschin – der Redner in Stalun – hat die Grenze von und nach Polen passieren können, ohne kontrolliert zu werden.

Die Nachforschungen in Scharzig sind bisher nicht von wesentlichem Erfolge begleitet gewesen, da hier vorerst noch eine geeignete Vertrauensperson fehlt.

Es werden nachstehend noch die Personen aufgeführt, die in der Stadt Betsche als Führer der nationalpolnischen Bewegung im allgemeinen, wie jetzt auch als die Hauptpropagandisten für die Anschlußbestrebungen in Betracht kommen:

1. Poczekaj, Adalbert, Organist, geboren 12.4.1857 in Betsche,
2. Pazdziorek, Ignatz, Schuhmacher, geboren 28.7.1878 in Betsche,
3. Golz, Johann, Stellmachermeister, geboren 5.2.1883 in Betsche,
4. Golz, Franz, Kaufmann, geboren 27.1.1897 in Betsche,
5. Pilz, Eduard, Vorstand der „Bank Ludowy", geboren 13.10.1861 in Betsche.

Poczekaj, Golz (Johann) und Pazdziorek sind auch die Vorstandsmitglieder des Vereins „Towarzystwo robotnikow" in Betsche. Der Organist Poczekaj hat – wie jetzt bekannt wurde – im Monat Dezember 1921 und Januar 1922 in Betsche Formulare verteilt, die als Optionserklärung dem polnischen Generalkonsulat in Berlin übersandt wurden. Die polnischen optionsberechtigten Bewohner von Betsche haben zumeist offiziell für Deutschland optiert, während sie aber in einer besonderen Erklärung der polnischen Behörde ihre Staatsangehörigkeit anzeigten. Die Formulare zu dieser Erklärung verteilte Poczekaj und sorgte für die Einsammlung und Absendung derselben. P. selbst hat für Polen optiert.

Der Schuhmacher Ignatz Pazdziorek ist der Vertrauensmann des „Nationalkomitees der Polen in der Fremde" für Betsche und Umgegend. Dieser stellt auch den polnischen Personen, die sich in Polen ansiedeln wollen, die Bescheinigungen darüber aus, daß diese gute Polen und gläubige Katholiken sind.

Der Kaufmann Golz (Franz) hat bereits im Jahre 1919 Unterschriften für einen Anschluß der Stadt Betsche an Polen gesammelt. Er wurde damals festgenommen und befand sich eine Zeitlang in Untersuchungshaft. Das gegen ihn angängige Verfahren wegen Hochverrats wurde von dem Ersten Senat des Reichsgerichts aus Mangel an Beweisen eingestellt.

Personalbeschreibungen dieser Personen werden nachgereicht.

Oben ist bereits erwähnt, daß der Sekretär bei der Starostei in Birnbaum, Josef Furmanek, als Schriftführer des Kreisvereins Birnbaum des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken" in Betracht kommt.

Furmanek ist am 23.8.1895 zu Betsche, Kreis Meseritz, geboren. Seine Eltern sind der Landwirt Johann Furmanek und dessen Ehefrau Ludowika, geb. Engler. Die Eltern wohnten bis zum Herbst des Jahres 1921 in Betsche-Abbau, in der Nähe der polnischen Grenze, um dann nach Birnbaum zu verziehen. Josef Furmanek hielt sich nach dem Kriege bei den Eltern auf. Furmanek, Vater und Sohn, sind Nationalpolen und unterhielten schon, als sie noch in Deutschland waren, rege Beziehungen zu Polen. Insbesondere war es der junge Josef Furmanek, der mit den polnischen Behörden sympathisierte. Nach dem Umzuge der Furmanek'schen Familie von Betsche nach Birnbaum, überschritt Josef F. die Grenze von Polen nach Deutschland sehr oft unter Benutzung eines Ausweises für den kleinen Grenzverkehr. Die ständige Beobachtung und Durchsuchung seiner Person konnte aber nie Beweise für polnische Propaganda oder Spionage erbringen.

Bereits seit Dezember 1921 steht Furmanek bei dem Starostwo in Birnbaum in Diensten. Er ist dort jetzt als Sekretär tätig und stellt als solcher auch die Ausweise für den Grenznahverkehr aus. Dieser Posten dürfte ihm aber nur auf Betreiben des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken" eingeräumt worden sein. Furmanek hat in dieser Stellung die günstigste Gelegenheit, sich über die Verhältnisse in Deutschland zu orientieren, da die Befragung der öfter nach Deutschland kommenden Einwohner des Kreises Birnbaum dieses möglich macht.

Als Schriftführer des Kreisvereins Birnbaum entfaltet Furmanek eine emsige Tätigkeit und hält besonders mit den Bewohnern seines Heimatortes Betsche eine rege Verbindung aufrecht. Sicherlich kommt F. auch jetzt des öfteren von Polen nach Betsche, da er mit der Tochter des Landwirts Wittchen (Anton) in Betsche ein Verhältnis hat. Wittchen ist gleichfalls Nationalpole und wohnt in nächster Nähe der Grenze.

Das Treiben des Furmanek als Schriftführer des Kreisverbandes des „Towarzystwo Obrony Kresow Zachodnich" bedeutet eine Gefahr für die Grenzortschaften des Kreises Meseritz. Soll doch nach den Satzungen dieses Verbandes nicht nur eine Stärkung des Polentums in den abgetretenen Gebieten erreicht werden, sondern die nationale Propaganda auch in den Ortschaften mit polnischstämmiger Bevölkerung in der Grenzmark betrieben und die Verbindung mit Polen aufrecht erhalten werden. Furmanek war es auch, der die Landwirte Goydka aus Schwichotschin und Betsche sandte, um die dortigen Polen zur Unterschrift der Bittschrift, betreffend Zuteilung der Stadt Betsche an Polen zu veranlassen. Der Landwirt Heinrich Münchberg – ein Schwiegersohn des Teofil Goydka – der ebenfalls am 6. März d. J. in Betsche festgenommen wurde, machte in seiner Vernehmung folgende Angaben:

„Im Gasthaus von Marcijewski in Birnbaum traf ich auch Josef Furmanek. Im Laufe des Gesprächs über die Grenzverhältnisse tröstete uns Furmanek mit der Mitteilung, daß die Grenze zwischen den Kreisen Schwerin a.W. und Meseritz nur eine provisorische sei. In Kürze würde sich vieles entscheiden. Der Restteil des Kreises Meseritz und der Kreis Schwerin a.W. würden an Polen fallen. Er selbst (Furmanek) würde dann für sich einen Posten auf dem Landratsamt in Meseritz bereitstellen bzw. er würde das dortige Landratsamt übernehmen. Mein Schwiegervater (also Teofil Goydka), der diese Äußerung mit anhörte, meinte dazu, daß es ganz gut wäre."

Diese Aussage gibt einen kurzen Anhalt, wohin die Tätigkeit des Furmanek führen soll.

Personalbeschreibung des Josef Furmanek:
Größe: 1,72 m
Gestalt: schlank
Haare: blond
Bart: dunkelblond
Augen: grau
Augenbrauen: dunkelblond
Gesicht: länglich
Gesichtsfarbe: gesund
Zähne: lückenhaft
Sprache: deutsch und polnisch

i.A.
[Unterschrift]

119

11.4.1922: Landeskriminalpolizei in Schneidemühl an das Preußische Ministerium des Innern. Erschwerung der Abwanderung nach Polen durch polnischen Klerus
11 IV 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Schneidemühl do MSW Prus. Utrudnianie migracji do Polski przez kler polski

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

In Ergänzung des hiesigen Berichtes vom 30.3.22 – Tgb.-Nr. 93/22 II geh. – wird folgendes ergebenst mitgeteilt:

Nach Angaben einer Vertrauensperson hat der Pfarrer Paszki aus Slawianowo von der Kanzel herab auf diejenigen Polen geschimpft, die aus der Grenzmark nach Polen auszuwandern beabsichtigen.

Paszki hat wörtlich gesagt: „Ich gebe niemanden eine Seßhaftmachungsbescheinigung, und kommt mir deswegen jemand ins Haus, dann werfe ich ihn hinaus."

Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß diejenigen Polen, die in der Grenzmark ein Grundstück besitzen, keine Seßhaftmachungsbescheinigung erhalten, auch wenn diese bereits ihr Besitztum mit dem eines Deutschen in Polen vertauscht haben. Die Geistlichkeit im hiesigen Kreise ist bereit, ausnahmsweise Seßhaftmachungsbescheinigungen zu erteilen, wenn die hiesigen Polen mit Deutschkatholiken aus den früheren preußischen Teilgebieten ihr Besitztum vertauschen. Den polnischen Arbeitern, die kein Besitztum haben, sind ohne weiteres Seßhaftmachungsbescheinigungen erteilt worden.

Der Arbeiter Johann Galla aus Skietz erzählte, daß er vor ungefähr 14 Tagen bei der Starostei in Zempelburg eine Einreisegenehmigung nach Polen beantragte. Der polnische Kreissekretär Seydak wies den G. mit der Begründung ab, daß den Bewohnern des Kreises Flatow vorläufig keine Einreisegenehmigungen ausgestellt werden dürfen.

In Sypniewo erzählte ein polnischer Tierarzt aus Zempelburg (Name nicht bekannt) dem Oberinspektor Böckelmann, daß er den Starosten Krause um eine Kreistierarztstelle gebeten habe. Der Starost habe ihm geantwortet, daß er vorläufig keine freie Stelle für ihn zur Verfügung habe, in 14 Tagen bis 4 Wochen aber werde eine Entscheidung dahin fallen, daß der Kreis Flatow polnisch wird, und dann solle er die Kreistierarztstelle in Flatow erhalten.

i.A.

[Unterschrift]

120

31.7.1922: Der stellvertretende Oberpräsident in Schneidemühl, an das Preußische Ministerium des Innern. Polnische Jugendorganisationen im Kreis Flatow
31 VII 1922r.: Pełniący obowiązki naczelnego prezydenta w Schneidemühl do MSW Prus. Polskie organizacje młodzieżowe w pow. Flatow

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

In Zakrzewo, Krs. Flatow, besteht seit einiger Zeit eine Organisation mit Namen *„Polnischer Jugendbund"*. Dieser zählt augenblicklich etwa 2–300 Mitglieder jugendlichen Alters. In der Nachbarortschaft Glumen ist ebenfalls vor kurzem ein solcher polnischer Jugendbund ins Leben gerufen worden. Führer dieser Jugendbewegungen sind: der Pfarrer Domanski in Zakrzewo (ich nehme Bezug auf meine früheren Berichte in Sachen der Polenbewegung im Kreise Flatow), der Hauptlehrer Kanja, der Organist Zielinski und der Gemeindevorsteher Jaczak [Jasiek], sämtlichst in Zakrzewo wohnhaft. Werber und Organisator ist der Hauptlehrer Kanja.

Das Streben geht dahin, die gesamte polnisch fühlende Jugend zusammenzuschließen. Dabei wird aber nicht bloß vor der deutschen Jugend Halt gemacht, man versucht sogar, diese durch Werbung in das polnische Lager hinüberzuziehen. Insbesondere wird versucht, die geistig und rednerisch gewandtesten der jungen Leute zu gewinnen, um dann einen allgemeinen Einfluß auf die jungen Leute des Ortes zu erreichen.

Ziel und Zweck des polnischen Jugendbundes ist, soweit bekannt geworden, Erziehung der Jugend im religiösen Sinne, Pflege der polnischen Muttersprache und des polnischen Nationalbewußtseins. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Pflege der Musik, des Gesanges, durch Vorträge von polnischen Schriftstellern. Ob und wie weit diese Jugendverbände noch andere Zwecke erfüllen, müssen die Ermittelungen noch ergeben, die außerordentlich erschwert sind, da die Beteiligten sehr unzugänglich sind.

Ich halte diese Jugendbewegung nicht für unbedenklich. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Jugendverbände mit den polnischen Organisationen jenseits der Grenze in Verbindung stehen und auch ihre Anweisungen durch die polnischen Oberorganisationen erhalten. Wenigstens ist es bekannt, daß der Pfarrer Domanski und der Hauptlehrer Kanja enge Beziehungen nicht nur zu den polnischen Behörden, sondern auch zu anderen Kreisen jenseits der Grenze unterhalten. Die Leiter und Mitglieder verstehen es geschickt, die gesamte Organisation zu verschleiern, und werden in dieser Hinsicht durch die gesamte polnische Einwohnerschaft unterstützt.

Ich werde die Bewegung weiter im Auge behalten.

i.V.

gez. Hoffmann

121

20.10.1922: Landeskriminalpolizei in Schneidemühl an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung. Nationale Verhältnisse in Ortschaften des Kreises Meseritz 20 X 1922r.: Krajowa policja kryminalna w Schneidemühl do komisarza państwowego d/s porządku publicznego. Stosunki narodowościowe w miejscowościach pow. Meseritz

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548 (Abschrift).

Die Behauptung des „Dziennik Poznanski" vom 3.10. d. Js., daß die in der Nähe von Bentschen liegenden Ortschaften jenseits der polnischen Grenze durchweg polnischen Charakter tragen, ist nicht zutreffend. – Zweifelsohne trifft diese Behauptung für die Ortschaft Groß Dammer (Dombrowka) zu, da in diesem Orte etwa 90 % Polen und etwa 10 % deutsche Personen wohnen. Hier hört man allerdings nur die polnische Sprache und hier haben sich die Bewohner auch ihre Volkstrachten erhalten. Unter dem Einfluß des in Groß Dammer amtierenden Dekans Braun nimmt diese Tatsache nicht wunder. Braun, der auch für Polen optiert hat, versucht in jeder Weise, die Neigung der Bevölkerung zu Polen zu verstärken.

Auf dem Gute Bronikowo ist jetzt nur noch die Arbeiterschaft polnischstämmig.

Die Ortschaft Klastawe (Chlastowo) ist nicht als polnisch anzusprechen. Die Bewohner neigen weniger zu Polen, wie dieselben auch meistens nicht polnischstämmig sind. Es sind hier nur etwa 10 % Polen ansässig.

Der Ort Kuschten (Kosieczyn) ist dagegen als deutsche Ortschaft anzusprechen. Die dortigen Besitzer sind durchweg deutschstämmig und nur ein Teil der Arbeiterschaft spricht polnisch, ohne aber besonders nach Polen hinzuneigen. Der früher in Kuschten ansässige Besitzer Kullak hat seine Liegenschaften verkauft und ist nach Polen abgewandert. Dieser war die treibende Kraft für die polnische Sache in Kuschten, die jedoch dort nie festen Fuß gefaßt hat. In Kuschten und Klastawe hört man jedenfalls nur ganz vereinzelt die polnische Sprache, und ist die Behauptung des „Dziennik Poznanski" daher absolut unzutreffend.

Die kleine Ortschaft Teerschwelerei (Smolarnia) kommt für die Beurteilung dieser Angelegenheit gar nicht in Betracht.

Wie die polnische Zeitung dazu kommt, von einer schikanösen Behandlung der Bewohner von seiten der deutschen Behörden und Polizei zu sprechen, ist hier unverständlich. Die Polizei ist in den genannten Ortschaften so gering vertreten, daß eine Bedrückung der Bewohner überhaupt nicht in Frage kommen kann.

Ist doch in der Ortschaft Groß Dammer nur ein Landjäger stationiert. Die Beamten der Schutzpolizei und Landeskriminalpolizei, die für die Ortschaft Groß Dammer vorgesehen sind, können dort keine Unterkunft finden und müssen in den weiter zurückliegenden deutschen Ortschaften untergebracht werden. Von Schikanen durch die Lehrer dürfte auch keine Rede sein, besonders nicht in Groß Dammer. In dem Orte Groß Dammer hat noch kein Deutscher ein Grundstück erwerben können, da die polnischstämmige Bevölkerung ihre Besitzungen nicht an Deutsche, die aus Polen kommen, verkauft.

Wie schnell die Bevölkerung von Groß Dammer mit Beschwerden über Schikanen von seiten der deutschen Behörden bei der Hand ist, geht daraus hervor, daß der Dekan Braun mit einigen Besitzern aus Groß Dammer, die für Polen optiert haben, Beschwerde gegen die Veröffentlichung des Landratsamtes in Meseritz, daß Braun und diese Besitzer nach Polen auszuwandern beabsichtigen, erheben will. Braun will allerdings nicht nach Polen gehen, ebenso nicht die anderen genannten Bewohner, obgleich sie für die polnische Staatsangehörigkeit optiert haben. Es wird auch Bezug genommen auf die Ausführungen in dem „Gesamtüberblick" Nr. 128 vom 18.5.1922, Seite 913, wo behauptet wird, daß die deutschen Behörden von dem Dekan Braun die Zurücklassung der Hälfte des persönlichen Vermögens in Deutschland bei seiner Versetzung nach Polen gefordert hätten.

In den Sommermonaten und der Erntezeit ist die Betätigung der nationalpolnischen Propaganda im Meseritzer Bezirk weniger festzustellen gewesen. Die Arbeit der Agitatoren dürfte mit dem Beginn der Wintermonate einsetzen, da erst dann wieder die Bevölkerung in weitem Umfang an derartigen Veranstaltungen teilnimmt. Anscheinend sind von seiten des „Verbandes zur Verteidigung der Westmarken" erhebliche Mittel zur Ausbreitung der polnischen Propaganda im Bezirk bereit gestellt worden.

122

22.3.1923: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Gründung einer Ortsgruppe des Polenbundes in Groß Dammer, Kreis Meseritz (11.3.1923)

22 III 1923r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Założenie oddziału miejscowego Związku Polaków we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (11 III 1923r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

Am Sonntag, den 11. März d. J. nachmittags 3 Uhr, fand in Groß Dammer im Saale des Gastwirts Stanislaus Weiss eine Versammlung der Polen aus Groß Dammer und Umgegend statt. Die Versammlung war von etwa 500 Personen besucht. Einberufen war die Versammlung von dem Landwirt Thomas Kleczka aus Groß Dammer, der auch die Leitung hatte. Als Redner war der Sekretär des Landesverbandes II des Bundes der Polen in Deutschland, Paul Ledwolorz aus Berlin erschienen.

Der Redner begann seinen Vortrag mit der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Polen in Deutschland, die erforderlich sei, um die polnische Sprache und polnische Sache zu erhalten. Zudem würde ein starkes Zusammengehen dazu beitragen, daß bei den Behörden die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen erreicht würde. Er forderte die Anwesenden auf, in Groß Dammer eine Ortsgruppe zu gründen. Er verlas alsdann die Satzungen des „Bundes der Polen in Deutschland". Jeder Pole, der in Deutschland wohnhaft ist und das achtzehnte Lebensjahr erreicht hat, müßte dem Verbande beitreten. Diejenigen Männer und Frauen, die sich der Organisation nicht anschlössen, könnten in Zukunft als Polen nicht mehr anerkannt werden. Weiter führte der Redner aus, daß die Organisation alles in Bewegung setzen würde, damit in Groß Dammer eine polnische Schule errichtet würde, da die Kinder in dieser Ortschaft sämtlich die polnische Sprache als ihre Muttersprache erlernen. Der Redner führte aus, daß nur durch einen festen Zusammenschluß aller Polen, die in Deutschland wohnen, für diese bei den deutschen Behörden Vorteile erzielt werden könnten. Zwar wären die Schwierigkeiten groß, was in letzter Zeit bei dem Verbot der „Gazeta Olsztynska" in Allenstein besonders in Erscheinung getreten wäre. Doch hätte der „Bund der Polen" bei dem preußischen Minister des Innern es durchgesetzt, daß die Anordnung des Oberpräsidenten von Ostpreußen rückgängig gemacht worden wäre. Die Versammlungsteilnehmer bat der Redner, den „Dziennik Berlinski" zu halten, da in dieser Zeitung alle Bekanntmachungen und Anordnungen abgedruckt würden, die für die in Deutschland wohnhaften Polen wichtig seien.

Nach Beendigung der Rede des Sekretärs Paul Ledwolorz wurde zur Wahl eines Vorstandes der zu gründenden Ortsgruppe geschritten. Es wurden gewählt:

als 1. Vorsitzender der Landwirt Thomas Kleczka,
als 2. Vorsitzender der Landwirt Jan Wargocz,
als Schriftführer der Friseur Ludwig Kasprzak,
als Kassierer der Landwirt Paul Szulszewski,
sämtliche wohnhaft in Groß Dammer.

In der Aussprache meldete sich der Landwirt Koziolek zum Wort und bat um Auskunft, ob diejenigen Personen, die für Polen optiert haben und im polnischen Staate wohnen, dem Bunde angehören könnten. Der Sekretär Ledwolorz verneinte dieses; als Mitglieder der Organisation kämen nur diejenigen Polen in Betracht, die in Deutschland wohnhaft sind.

Ferner meldete sich noch ein Arbeiter des Landwirts Kleczka zum Worte und fragte den Redner, ob es nicht angängig wäre, in der Ortschaft Groß Dammer auch einen Sokolverein zu gründen. Der Berliner Redner erwiderte, daß in den nächsten Tagen dem Vorstande der Ortsgruppe die Satzungen betreffend die Gründung eines Sokolvereins zugehen würden, der dann ohne weitere Schwierigkeiten ins Leben gerufen werden könnte. Es wäre höchst erfreulich, daß die Polen in dieser Gegend auch den Sokolvereinen so lebhaftes Interesse entgegenbrächten, dem von seiten des „Bundes der Polen" jede nur mögliche Unterstützung zuteil werden würde.

Der Redner dankte für das zahlreiche Erscheinen und regte eine Sammlung für den „Bund der Polen" an. Diese Sammlung ergab einen Betrag von 34 800 Mark. Nach Schluß der Vesammlung wurde auf Veranlassung des Thomas Kleczka ein Vers des Liedes „Boze cos Polska [Boże coś Polskę]" gesungen.

Der zum 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Groß Dammer gewählte Landwirt Thomas Kleczka ist als fanatischer Pole allgemein bekannt. Es wird betreffend Kleczka auf die diesseitige Zusammenstellung vom 5. Mai 1922 Tgb. Nr. 166/22 geh., in der K. unter Nummer 21 genannt wird, Bezug genommen. Dort befinden sich auch die Personalien des Kleczka.

Der Landwirt Johann Wargocz, der als 2. Vorsitzender gewählt wurde, ist bisher in der polnischen Agitation nicht sonderlich hervorgetreten. Nähere Angaben über seine Person werden in einigen Tagen nachgereicht.

Der Schriftführer Friseur Ludwig Kaspczak [Kasprzak], wurde mit Bericht vom 29.12.1922 Tgb. Nr. 375/22 geh. genannt. Er ist ein fanatischer Pole, der nach dem Fortzug des Dekans Braun von Groß Dammer die Geschäfte des damals bestehenden „Nationalkomitees der Polen in der Fremde" für die Ortschaft Groß Dammer wahrnahm. Seine Personalien sind ebenfalls in dem obigen Bericht enthalten.

Franz Szulszewski ist in der Polenbewegung in der hiesigen Gegend bisher fast gar nicht hervorgetreten. Seine Wahl zum Kassierer erfolgte für die diesseitige Stelle überraschend.

Einem Teil der Versammlungsteilnehmer werden die Satzungen des Landesverbandes II des Bundes der Polen in Deutschland ausgehändigt. Sie enthalten den Aufruf „Das Nationalbewußtsein" aus der Sonderbeilage der Nr. 22 des „Dziennik Berlinski" (Gesamtüberblick Seite 156/23), alsdann die Satzungen des Landesverbandes II (Gesamtüberblick 1922, S. 1334), weiterhin die Reglements des Landverbandes, das Bezirksreglement und das Reglement für die Ortsgruppen, außerdem das Rundschreiben betreffend die Erhöhung der Beiträge.

Eine Ortsgruppe soll auch in Betsche gegründet werden, wo in nächster Zeit ebenfalls eine Versammlung abgehalten werden soll.

Die Teilnahme der polnischstämmigen Bevölkerung bei der Versammlung am 11. d.M. in Groß Dammer zeigte, daß hier für die polnische Agitation ein gutes Arbeitsfeld besteht. Nach der Stimmung der Versammlungsteilnehmer zu schließen, dürfte sich in den Ortschaften mit polnischer Bevölkerung in den Kreisen Meseritz und Bomst in nächster Zeit wieder ein reges Vereinsleben entwickeln. Es fehlt nach dem Fortzug des Dekans Braun aus Groß Dammer allerdings ein Mann, der als Führer dieser Bewegung in der hiesigen Gegend in Betracht kommt. Der Landwirt Thomas Kleczka ist zwar ein intelligenter Mensch mit guten Rednergaben, scheint vorerst jedoch den Dekan Braun mit seinen politischen Erfahrungen kaum ersetzen zu können.

Die mit der Gründung der Ortsgruppen des „Bundes der Polen" neu einsetzende Bewegung im Kreise Meseritz wird eingehend überwacht und über weitere Vorgänge zeitgerecht Bericht erstattet werden.

i.A.

Duvigneau

123

10.1.1925: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Verhinderung einer polnischen Wahlveranstaltung in Betsche, Kreis Meseritz (24.11.1924)

10 I 1925r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Uniemożliwienie odbycia polskiego wiecu wyborczego w Betsche, pow. Meseritz (24 XI 1924r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 533

Die angestellten Ermittelungen über den Verlauf der polnischen Wahlversammlung in Betsche am 24. November 1924 haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Am 24. November 1924, 7 Uhr abends war im Saale des Herrn Schön in Betsche eine öffentliche polnische Wahlversammlung anberaumt worden, in der der Pfarrer Dr. Domanski aus Zakrzewo, Kreis Flatow, als Redner auftreten sollte.

Auf Grund des Erlasses vom 25. Oktober 1924 – II G 6124 betreffend Überwachung und Sicherung der Wahlversammlungen war die Ortspolizeibehörde in Betsche an den Führer der Schutzpolizei beim dortigen Distriktsamt herangetreten, zur Unterstützung ihres Beamten Schutzpolizei zur Verfügung zu stellen, wie es bei den anderen in Betsche veranstalteten Wahlversammlungen geschah. Infolge der zu erwartenden Zusammenstöße stellte der Führer der Schutzpolizei nicht nur 2 Beamte, wie es sonst bei den Wahlversammlungen üblich war, sondern sämtliche verfügbaren 5 Beamten unter Führung eines Wachtmeisters zur Verfügung, die dem Polizeibeamten der Stadt Betsche unterstellt wurden, da die Schutzpolizei des Distriktsamts in ortspolizeilicher Angelegenheit der Stadt an sich nicht zuständig war.

Die Kunde von der Anberaumung der Versammlung hatte sich nicht nur in Betsche, sondern auch in den umliegenden Ortschaften verbreitet. Anhänger aller Parteien und Berufe strömten zusammen in dem einheitlichen Bestreben, das Deutschtum zu bekunden; so daß der Saal, in dessen Vorraum die Polizeibeamten Aufstellung genommen hatten, etwa zu 4/5 mit Deutschen ausgefüllt war. Allen war noch die polnische Versammlung gelegentlich des letzten Wahlkampfes zu frisch im Gedächtnis, in der der polnische Redner sich in unerhörten Ausdrücken und Auswürfen gegen alles Deutsche ausließ, ebenso auch die Rede des polnischen Abgeordneten Baczewski im Landtag, die soviele den Tatsachen widersprechende Behauptungen enthielt, die sich zum großen Teil auf die Grenzmark bezogen. Auch die verhetzende Tätigkeit des polnischen Westmarkenvereins und die täglichen Zeitungsartikel über die Deutschenhetze in Polen, die während des Wahlkampfes besonders hervorgetreten sind, steigerten die Erregung der Grenzbevölkerung.

Als die Versammlungsteilnehmer, die nicht nur aus Anhängern des Stahlhelms bestanden, sondern auch aus Deutschen, die dem Stahlhelm sogar ablehnend gegenüberstanden, eine Stunde vergeblich auf den Redner gewartet hatten, fand die dadurch entstandene Erregung Ausdruck, indem von der Versammlung „Die Wacht am Rhein" angestimmt wurde. Nach dem Eintreffen des Redners etwa 8 Uhr abends begab sich dieser

mit dem Vertreter der polnischen Versammlungsteilnehmer und den Polizeibeamten der Stadt in einen besonderen Raum, um über die gegebene Lage zu beraten. Daraufhin wurde der im Saale anwesende Oberveterinär a.D. Dr. Rust, den man für den Führer der anwesenden Deutschen hielt, gebeten, an der Beratung teilzunehmen, wobei man an ihn das Ansuchen richtete, die Deutschen zu veranlassen, den Saal zu verlassen. Dieses lehnte Dr. Rust mit der Begründung ab, daß die Versammlung eine öffentliche sei und er daher auf die anwesenden Deutschen keinen Einfluß hätte. Das Ergebnis der Beratung war, daß die Polen sich entschlossen, die Versammlung erst gar nicht zu beginnen. Der Vertreter der anwesenden Polen begab sich zur Eingangstür des Saales, die gegenüber der Bühne liegt, und rief in den Saal, daß die Versammlung ausfalle. Hierauf sangen die Versammlungsteilnehmer „Deutschland, Deutschland über alles". Ob hierbei einige Anwesende gezwungen wurden, die Hüte abzunehmen, konnte nicht festgestellt werden, da der Saal brechend voll war und die Leute Kopf an Kopf standen. Nach dem Gesang der Nationalhymne betrat der Führer der Schutzpolizeibeamten, dem der Besitzer des Lokals inzwischen das Hausrecht übertragen hatte, die Bühne und forderte die Versammlung auf, den Saal in aller Ruhe zu räumen, was auch in bester Ordnung vor sich ging. Hierbei war ein Teil der Beamten im Saale, der andere Teil auf der Straße am Eingang des Lokals aufgestellt worden, um die herauskommenden Versammlungsteilnehmer auseinander zu bringen und zum Weitergehen anzuhalten. Währenddessen kam es in den Schankräumen zu einer kleinen Reiberei, die durch Eingreifen der Beamten bald geschlichtet wurde. Nachdem die Räumung des Lokals allmählich durchgeführt war, hatte sich der Redner Dr. Domanski mit den Polen in die Privaträume des Lokals begeben. Da aus diesem Grunde die Menge auf der Straße eine drohende Haltung einnahm und bereits eine Fensterscheibe zertrümmert hatte, übertrug der Wirt der Schutzpolizei auch das Hausrecht über seine Privaträume. Die Polen verließen nun auch die Privaträume, nachdem ihnen genügender polizeilicher Schutz gestellt worden war.

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Dr. Domanski am Reden gewaltsam verhindert worden ist, da er den Saal überhaupt nicht betreten hatte. Ebenso kann von einer gewaltsamen Störung oder Sprengung der Versammlung keine Rede sein, weil die Versammlung gar nicht stattfand. Die Versammlung stand unter hinreichendem polizeilichen Schutz, wobei die beteiligten Beamten ihre nicht leichte Aufgabe in jeder Beziehung zur Zufriedenheit erfüllt haben, indem sie ohne Ansehen der Person oder Partei überall eingeschritten sind, wo es erforderlich war.

gez. von Bülow

124

30.7.1926: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Polnisches Kinderfest in Zakrzewo, Kreis Flatow (18.7.1926)
30 VII 1926r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Polska zabawa dla dzieci we wsi Zakrzewo, pow. Flatow (18 VII 1926r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 17 (Abschrift).

Nach einem Bericht des Grenzkommissariats in Flatow veranstaltete der Pfarrer Dr. Domanski für die polnisch-katholischen Kinder in Zakrzewo am Sonntag den 18. d. Mts., ein Kinderfest. Das Fest dauerte von 2 Uhr nachmittags bis 9.30 Uhr abends und fand in einem Wäldchen statt, das der Landwirt Theofil Rosenthal zur Verfügung gestellt hatte. Ungefähr 100 Kinder sammelten sich gegen 2 Uhr nachmittags an der katholischen

Schule und wurden, da sich die katholischen Lehrer an diesem Kinderfest nicht beteiligten, von dem Organisten Zilinski [Zieliński] mit Musik nach dem Festplatz geführt. Theofil Rosenthal und Zilinski [Zieliński] beschäftigten sich mit den Knaben mit einigen Spielen. Der bekannte, in der polnischen Propaganda tätige Isidor Maczkowicz [Izydor Maćkowicz] hatte die Mädchengruppe zu beaufsichtigen und führte mit diesen Reigentänze auf. Pfarrer Dr. Domanski verteilte an die Kinder polnische Lehrbücher, Hefte und Schreibmaterialien usw. Die polnischen Lehrbücher u.a. hat Domanski von einer Firma in München-Gladbach bezogen. Ungefähr 300 Erwachsene, zum größten Teil polnisch gesinnte Personen, nahmen an der Feier teil. Die erwachsene Jugend beteiligte sich nur am Tanze. Geschlossene polnische Vereinigungen von außerhalb waren nicht erschienen. Anwesend war auch der bekannte polnische Junglehrer Bialek - Flatow. Dieser machte mit seinem fotografischen Apparat mehrere Aufnahmen. Außer den bereits genannten polnischen Persönlichkeiten waren noch anwesend: Ignatz Domanski aus Polen (ein Bruder des Pfarrers Dr. Domanski) und zwei Beamte des polnischen Vizekonsulats in Schneidemühl. Die Namen der beiden Konsulatsbeamten konnten später festgestellt werden, es handelt sich um die Beamten Wroblewski und Korowski. Diese beteiligten sich viel am Tanz und unterhielten sich hauptsächlich mit den bessergestellten polnischen Persönlichkeiten. Meistens unterhielten sie sich mit dem Gemeindevorsteher Jasiek.

Um 9.30 Uhr abends rückten die Kinder mit den Festteilnehmern unter Führung des Organisten Zilinski [Zieliński] geschlossen in Zakrzewo ein, lösten sich an der katholischen Schule auf und begaben sich nach Haus.

Die beiden polnischen Konsulatsbeamten übernachteten vom Sonntag zum Montag bei dem Landwirt Theofil Rosenthal und sind am Montag früh nach Schneidemühl zurückgereist.

In Vertretung
gez. von Scheller

125

8.3.1927: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Fortbildungskurse in Polen für Minderheitsangehörige aus dem Kreis Flatow

8 III 1927r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Kursy dokształcające w Polsce dla członków mniejszości polskiej zamieszkujących w pow. Flatow

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 534

Nach einem Bericht des Landrats in Flatow ist festgestellt worden, daß vor mehreren Wochen eine Anzahl junger Leute polnischer Abstammung aus dem Kreise zu einem Transport zusammengestellt und unter Führung des deutschen Reichsangehörigen Kasimir Bialek aus Flatow über Schneidemühl nach Polen ausgereist sind, um dort angeblich auf eine in der Nähe von Posen gelegene landwirtschaftliche Schule gebracht zu werden. Wie die Ermittelungen ergeben haben, ist der Transport nicht nach Posen, sondern nach Warschau geleitet worden, von wo aus nach einer ärztlichen Untersuchung die jungen Leute nach Lowicz gebracht und dort in einem kasernenähnlichen neuen Gebäude untergebracht worden sind. Hier wurden die Teilnehmer des Transportes von einem militärischen Kommando am Maschinengewehr ausgebildet und nebenher mit allen landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Ein großer Teil der Leute ist angeblich

wegen schlechter Behandlung und Verpflegung alsbald abgereist. In den Pässen der Betreffenden sollen sich die Meldevermerke der Polizeiverwaltung Lowicz befinden. Über nähere Einzelheiten sind noch Feststellungen im Gange.

Weiter ist bekannt geworden, daß deutsche Reichsangehörige polnischer Nationalität männlichen und weiblichen Geschlechts zur Teilnahme an Lehrgängen der polnischen Volkshochschule in Dalki bei Gnesen für eine Dauer von 6 Monaten einberufen worden sind. Die Ausbildung der Teilnehmer auf dieser Anstalt erfolgt nach dem Bericht des Landrats auf folgenden Gebieten:

Polnische Sprache, polnische Geschichte, Organisation, Agitation, Nachrichtendienst (Spionage), militärische Ausbildung (mit Gewehr, Handgranate, Maschinengewehr, Gaskampf, Kartenlesen, Geländekunde, Skizzieren.)

Stets wird besonders betont, daß der Hauptfeind Polens Deutschland ist.

Der Unterricht auf wissenschaftlichem Gebiet wird von Zivillehrern erteilt. Auf militärischem Gebiet aber durch einen aktiven Kapitän, zu dessen Unterstützung Offiziere und Unteroffiziere der polnischen Armee kommandiert werden, die hierzu in Uniform erscheinen. Die Teilnehmerzahlen jedes Kursus betragen etwa 30 bis 40. Für weibliche Personen finden Kurse neuerdings in Zagorze bei Gdingen statt. Eine der Hochschule in Dalki ähnliche Schule soll jetzt in Ost-Oberschlesien (dicht an der Grenze) errichtet werden, deren Ort aber noch unbekannt ist.

Jede Unterrichtsstunde beginnt mit dem bekannten Lied „Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht spucken". Jede 2. Woche wird in Posen eine nationale Oper aufgeführt, an der die Teilnehmer des Kursus unentgeltlich, einschließlich freier Reise, teilnehmen. Nach Schluß des Kursus werden den Teilnehmern noch die Sehenswürdigkeiten in Warschau und Krakau gezeigt, von wo aus auch die Wiederausreise nach Deutschland erfolgt.

Die Kosten für die Verpflegung, Unterbringung, Reisen pp., an denen sich auch polnische Behörden beteiligen, und die zu einem Teil durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden, trägt der polnische Staat. Ob die Teilnehmer außerdem noch eine geldliche Entschädigung erhalten, ist nicht bekannt.

Alle ehemaligen Schüler dieser Schule sind in dem „Verein ehemaliger Schüler der Volksuniversität Dalki" organisiert, der auch eine Zeitung unterhält, deren Name aber noch unbekannt ist.

Der Leiter der Hochschule ist der Pfarrer Ludwiczak in Dalki. Von den Lehrern, von denen 6 etatmäßig angestellt sind, ist ein gewisser Adamski bekannt, der Unterricht in Mathematik erteilt, ebenso ein Dr. Wojtowski.

Ludwiczak hat sich bereits vor dem Kriege zusammen mit Roman Dmowski, Korfanty und Seyda eifrigst im polnischen Sinne betätigt.

Auch in dieser Angelegenheit werden die Ermittelungen fortgesetzt. An dem Zustandekommen der Bewegung unter der polnischen Jugend im Kreise hat der eingangs erwähnte Bialek hervorragenden Anteil, was auch die Übernahme der Leitung des Transports beweist. Der Landrat beabsichtigt daher, den dem Bialek erteilten deutschen Reisepaß gemäß § 21 der Paßordnung einzuziehen, da, wie auch seine sonstige Tätigkeit beweist, durch seine Reisen nach Polen erhebliche deutsche Belange gefährdet werden.

Ich habe den Landrat zunächst angewiesen, von Schritten gegen B. abzusehen und ihm aufgegeben, den Bialek unauffällig scharf beobachten zu lassen. Falls ich dort-

seits nicht anderweitig beschieden werde, beabsichtige ich, meine Zustimmung der vom Landrat beabsichtigten Einziehung des Passes zu geben.

In Vertretung
gez. Ganse

126

17.7.1927: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Zwischenfall bei einer Fahnenweihe des polnisch-katholischen Jugendvereins in Lugetal, Kreis Flatow (29.6.1927)

17 VII 1927r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Incydent w czasie uroczystości poświęcenia sztandaru polsko-katolickiego stowarzyszenia młodzieżowego we wsi Lugetal, pow. Flatow (29 VI 1927r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

Zu der auf den 29. Juni d. J. in der katholischen Kirche zu Lugetal Krs. Flatow anberaumten Weihe der Fahne des dortigen polnisch-katholischen Jugendvereins hatten sich außer diesen die polnisch-katholischen Jugendvereine aus Flatow, Schwente, Kleschin, Groß Butzig, Radawnitz, Stewnitz und Zakrzewo versammelt. Nach Abschluß der Feier in der Kirche marschierten die Vereine geschlossen zum Festplatz, wobei die Vereine Schwente, Lugetal und Zakrzewo Fahnen mit sich führten, während die übrigen Vereine nur Schilder mit der polnischen Bezeichnung des betreffenden Vereins im Zuge trugen. Durch die Fahne des Vereins Zakrzewo wurde bei der deutschgesinnten Bevölkerung starke Empörung hervorgerufen, da diese Fahne in den polnischen Nationalfarben gehalten war und da auch der Fahnenträger eine Mütze in diesen Farben trug. Darauf setzte sich der in Lugetal stationierte Oberlandjäger telefonisch mit dem Landrat in Flatow in Verbindung. Auf dessen Anweisung forderte er den Vorstand des Vereins Zakrzewo auf dem Festplatz auf, die Fahne sofort einzurollen und sie auch beim Einmarsch aufgerollt zu tragen sowie die Kopfbedeckung des Fahnenträgers abzunehmen. Dieser Anordnung wurde bis zum Eintreffen des Pfarrers Dr. Domanski aus Zakrzewo auch entsprochen. Domanski trat alsbald an den Beamten heran und ersuchte ihn um Angabe der gesetzlichen Bestimmungen, auf die er seine Anordnung stütze. Der Landjäger verwies ihn auf den Weg der Beschwerde beim Landrat. Bald nach diesem Wortwechsel entstand unter den Festbesuchern sichtliche Unruhe. Der Oberlandjäger hörte z. B. folgende Worte: „Was Pfarrer Domanski gesagt hat, wird gemacht und nicht was der Landjäger will." Diese Worte wurden beim Anmarsch alsbald in die Tat umgesetzt, indem der Verein Zakrzewo trotz des Verbots mit wehender weiß-roter Fahne zu marschieren begann. Der Oberlandjäger schritt nunmehr gegen den Fahnenträger ein. Mit Hilfe eines weiteren Beamten wurde dem Fahnenträger die Fahne abgenommen und beim Gemeindevorsteher des Dorfes sichergestellt. Der Festzug war ruhig weiter marschiert, nur einige Personen hatten sich abgesondert, beleidigten die Beamten und warfen mit Steinen. Zu größeren Ausschreitungen ist es aber nicht gekommen. An der Festlichkeit haben etwa 800 Personen, darunter der hiesige polnische Konsul mit seinem gesamten Personal, der oft erwähnte Kasimir Bialek, Isidor Maczkowicz [Izydor Maćkowicz], Pfarrer Sobierayczek [Sobierajczyk] aus Groß Butzig sowie der Bruder des Pfarrers Dr. Domanski, Ignatz Domanski, aus Posen (Polen) teilgenommen.

Nach dem Bericht des Landrats haben in den letzten Wochen wiederholt Veranstaltungen durch die kürzlich ins Leben gerufenen polnisch-katholischen Jugendvereine, die sich lediglich die Förderung nationalpolnischer Ideen zum Ziele gesetzt haben, stattgefunden. Die Erregung der deutschstämmigen Kreisbewohner, namentlich in der Nähe der Grenze über das rücksichtslose und herausfordernde Auftreten dieser Vereine ist groß, so daß in Fällen wie dem vorliegenden, wo in herausfordernster Weise und Absicht die polnischen Farben auf den Fahnen gezeigt wurden, die begründete Besorgnis von Zusammenstößen vorliegt. Der Landrat hat daher angeordnet, daß unter allen Umständen das Mitführen von derartigen Fahnen bei den Veranstaltungen zu unterbleiben hat. Die Beschwerden über die Maßnahmen des Oberlandjägers sind weder beim Landrat, noch bei mir eingegangen. Ich billige das Vorgehen des Landrats, das seine gesetzliche Stütze im § 10, II, 17 Allgemeines Landrecht findet, auch mit Rücksicht auf die Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen. Daß Deutsche in Polen jemals in einer derartig provozierenden Weise auftreten könnten, ist ganz undenkbar.

gez. von Bülow.

127

2.9.1927: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Fahnenweihe des katholischen Jünglingsvereins in Groß Dammer, Kreis Meseritz (7.8.1927)

2 IX 1927r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Poświęcenie sztandaru katolickiego stowarzyszenia młodzieży męskiej we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (7 VIII 1927r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

Nach einem Bericht des hiesigen staatlichen Polizeiverwalters fand am 7. August 1927 die Fahnenweihe des katholischen Jünglingsvereins in Groß Dammer statt, die um 13 Uhr mit einem Gottesdienste in der Dorfkirche begann. Am Vormittag wurden die katholischen Jünglingsvereine aus Bomst und Kramzig am Dorfeingang von Groß Dammer mit Musik empfangen. Auch kamen im Laufe des Vormittags 23 Personen über den Grenzübergang Schrompe aus Polen und nahmen an der Feier teil. Unter diesen befand sich auch der Pfarrer Josef Braun aus Kehme, Kreis Birnbaum (Polen), der etwa bis 1921 in Groß Dammer amtierte und dort die Polenbewegung leitete.

Nach der Beendigung des Gottesdienstes bestiegen mehrere Geistliche die vor der Kirche errichtete Kanzel und hielten Ansprachen in deutscher und polnischer Sprache. Die Festreden, insbesondere die vom Pfarrer Braun gehaltene, waren in politischer Hinsicht einwandfrei und bezogen sich hauptsächlich auf das Verhältnis des Jünglingsvereins zur katholischen Kirche. Nach den Ansprachen fand ein Umzug um das Dorf statt, an dem sich sämtliche Festteilnehmer beteiligten. Auf dem Festplatze wurde konzertiert und abends in beiden Sälen getanzt. Hervorzuheben ist noch, daß die Geistlichen Binder (Groß Dammer) und Braun (Polen) bei ihrem Erscheinen im Saale des Gastwirts Weiss stürmisch begrüßt wurden. Hier wurde auch im Laufe des Abends die polnische Nationalhymne und das Wolgalied gesungen.

In Vertretung

gez. Buchholz

128

18.2.1928: Die Polizeidirektion in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Überblick über die polnische Bewegung (für 1927)
18 II 1928r.: Dyrekcja policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta w miejscu. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1927)

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 140

Anliegend überreiche ich die geforderte Nachweisung über die in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen vorhandenen polnischen Organisationen.

Polnische Vereinigungen wurden nur in dem hiesigen Stadtkreis sowie in den Kreisen Flatow, Meseritz und Bomst festgestellt.

Im Verhältnis zu den ersten Nachkriegsjahren hat im hiesigen Ortspolizeibezirk die Polenbewegung erheblich nachgelassen. Öffentlich treten die hiesigen polnischen Organisationen nicht in Erscheinung. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1927 im Vergleich zu dem Vorjahre ungefähr die gleiche geblieben. Wie festgestellt wurde, hat seitens der hiesigen Ortsgruppe des Bundes der Polen in Deutschland die letzte Monatsversammlung im November 1927 und zwar im Lokal der Witwe Skrypski, Alte Bahnhofstraße 1, stattgefunden, die jedoch nur von 12 Personen besucht war.

Im Kreise Flatow ist es durch das zielbewußte Vorgehen des Pfarrers Dr. Domanski gelungen, die Polenbewegung immer wieder neu zu beleben und die polnische Bevölkerung so gut wie restlos zu organisieren. Gerade im vergangenen Jahr ist eine regere Versammlungstätigkeit festgestellt worden. Die polnischen Umzüge in Lugetal und Flatow im Juni bzw. Juli v. Js. waren geeignet, auch nach außen hin den engen Zusammenschluß und damit die vorzügliche Organisationsarbeit kundzutun. An fast sämtlichen größeren Veranstaltungen nahm der hiesige polnische Konsul regen Anteil. Zweifellos ist im vergangenen Jahr in dem genannten Kreise ein Fortschritt der Polenbewegung zu erkennen. Auf den diesseitigen Bericht vom 24.12.27 Nr. Kr. 7120/27 darf Bezug genommen werden.

Im Bereiche der Kreise Meseritz und Schwerin ist abgesehen von der Gründung des polnisch-katholischen Jünglingsvereins in Groß Dammer ein deutlich erkennbarer Fortschritt in der Polenbewegung nicht zu verzeichnen. Eine s. Zt. in Wierzebaum gebildete Ortsgruppe polnischer Landarbeiter ist wieder aufgelöst worden, nachdem die polnisch gesinnten Elemente vom Gut Wierzebaum entfernt wurden. Der Rückgang der polnischen Bewegung in Wierzebaum und den Nachbardörfern wird auf die Tätigkeit des jetzt amtierenden katholischen Geistlichen zurückgeführt, der jede polnische Agitation in seinem Zuständigkeitsbereich bekämpft. Die Propagandatätigkeit des „Bundes der Polen" hat in Groß Dammer und Umgegend seit einigen Wochen in verstärktem Maße eingesetzt, was auf Anweisung aus Polen zurückzuführen ist. Bei dem als Polenführer bekannten Michel Kleska in Groß Dammer fand am 13.11.27 eine geschlossene Versammlung statt, bei welcher in geheimer Sitzung über ein längeres Schreiben beraten wurde, welches mit den Namen Michalowicz und Braun unterzeichnet war. Braun ist der frühere in Groß Dammer tätig gewesene Probst. Im Verlaufe der Versammlung wurden folgende Punkte besprochen:

Arbeitsplan für das Jahr 1928,

Verhalten für den Fall eines gerichtlichen Eingriffs in das polnische Vereinswesen;

Verhaltungsmaßnahmen bei einer eventuellen Reichstagsauflösung;

Umbenennung des Sokolvereins;

Ankauf von Turngeräten, für den aus Polen eine größere Summe eingegangen war;

Ankauf einer polnischen Bibliothek, wozu aus Polen 3/4 der dafür erforderlichen Summe beigesteuert wird – hierzu wurde ein Beschluß gefaßt.

Die Mitgliederzahl der Ortsgruppen des „Bundes der Polen" im Kreise Bomst, insbesondere in Neukramzig und Bomst sowie des Arbeitervereins in Neukramzig hat sich nach den neuesten Unterlagen erhöht, was auf eine rege Werbetätigkeit und den Zuzug aus Westfalen zurückzuführen ist. Auf den diesseitigen Bericht vom 18. November 1927 Nr. 5577/27 betreffs Neugründung eines polnischen Vereins in Neukramzig darf Bezug genommen werden.

gez. Dr. Heinrich

129

8.3.1928: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Zeigen polnischer Nationalfarben in der Öffentlichkeit
8 III 1928r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Publiczne pokazywanie polskich barw narodowych

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 274

In der Anlage überreiche ich die gesamten Vorgänge [s. Dokument Nr. 126], die in der vorbezeichneten Angelegenheit hier und beim Landrat des Kreises Flatow entstanden sind. Zugleich füge ich die Niederschriften der Vernehmungen bei, die mit den vom Abgeordneten Baczewski genannten Zeugen und den beiden bei dem Vorfall beteiligten Beamten angestellt sind. Von den polnischen Zeugen hat der Besitzersohn Johann Mielke nach seiner eigenen Angabe von dem Vorfall nichts gesehen. Die Aussagen des Franz Mielke, des Stanislaus Rychel und des Bronislaw Tessmer sind ziemlich unbestimmt gehalten. Alle drei Zeugen geben ihre Schilderung nur unter gewissen Vorbehalten. Bestimmt ist lediglich die Aussage des Hauptbeteiligten Anton Jesiek gefaßt. Es ist dabei auffallend, daß nach seiner Schilderung die Beamten von vorn auf ihn zugekommen sind, während die anderen Zeugen es so darstellen, als wenn die Beamten von hinten oder von der Seite den Fahnenträger überfallen hätten. Den mehr oder minder bestimmten Aussagen der beteiligten Polen stehen die Äußerungen der beiden Beamten Kordowski und Pannek gegenüber, die beide eine so klare und überzeugende Schilderung des Sachverhalts geben, daß ihnen gegenüber die polnischen Aussagen meines Erachtens nicht durchschlagen können. Man wird sich bei der Bewertung der polnischen Aussagen vor Augen halten müssen, daß die polnische Taktik immer darauf hinausläuft, die deutschen Beamten als roh und gewalttätig hinzustellen, auch wo gegen ihre Handlungen sachlich nichts einzuwenden ist. Diese psychologische Einstellung scheint insbesondere auf die Aussage des Jesiek nicht ohne Einfluß gewesen zu sein. Einen überzeugenden Beweis für die Behauptungen des Abgeordneten Baczewski scheint mir seine Aussage ebenso wenig wie die Aussagen der anderen Zeugen darzustellen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, die bereits in meinem Bericht vom 9. November 1927 – Nr. 9472/27 E.mst – angeschnittene grundsätzliche Frage nochmals zur Sprache zu bringen, ob das Mitführen von Fahnen, die in den polnischen Nationalfarben gehalten sind, überhaupt und insbesondere in den Grenzgebieten eine solche Meinungsäußerung darstellt, wie sie durch Artikel 118 der Reichsverfassung gedeckt ist. Nach meiner Ansicht läßt sich das Zurschautragen der rot-weißen polnischen Farben nicht mit dem Zeigen anderer Fahnen, wie etwa der schwarz-weiß-roten mit Hakenkreuz oder der roten Farben mit Sowjetabzeichen, vergleichen. Während es sich

bei diesen um innerpolitische Kundgebungen handelt, die sich nicht ohne weiteres gegen den Bestand des Staates richten, bedeuten die rot-weißen polnischen Farben das Symbol des polnischen Imperialismus und Annexionismus. Unter diesen Farben sind große deutsch besiedelte Teile der Provinzen Posen und Westpreußen dem Deutschen Reiche entrissen worden. In ihrem Zeichen steht die Arbeit der polnischen nationalistischen Organisationen, die eine „Erlösung" weiterer Gebiete „vom deutschen Joche" betreiben. Zu diesen Gebieten gehört im hiesigen Bezirk außer dem Kreise Bomst auch der Kreis Flatow. Wenn daher in diesem Kreise die rot-weiße Fahne entrollt wird, so liegt hierin ein ganz eindeutiges Bekenntnis zu Bestrebungen, die gegen den territorialen Bestand des Deutschen Reiches gerichtet sind. Das allgemeine vaterländische Empfinden, das Gefühl der Liebe und Anhänglichkeit an das Deutsche Reich wird durch diese polnischen Kundgebungen empfindlich verletzt. Diese Anschauungen, die von der allgemeinen Überzeugung als notwendige Grundlagen des Gemeinschaftslebens anerkannt sind und demgemäß Bestandteile der öffentlichen Ordnung bilden, zu schützen, scheint mir gerade hier in den Grenzgebieten eine besonders wichtige Aufgabe der Polizei. (Vergl. Drews Preuß. Polizeirecht Berlin 1927, S. 18). Ich fürchte, daß das Ansehen des Staates und seiner Organe schwere Einbuße erleiden würde, wenn es den Polen gestattet würde, hier ihre rot-weißen Banner unbeanstandet zur Schau zu tragen.

Unter diesen Umständen bitte ich mich zu ermächtigen, gegen das Zeigen der rotweißen polnischen Fahne in den national gefährdeten Gegenden einzuschreiten. Falls die von dem polizeilichen Verbot Betroffenen hierin eine rechtswidrige Maßnahme erblicken, ist es ihnen unbenommen, den Weg der Verwaltungsklage zu gehen.

Ich darf schließlich noch bemerken, daß die durch meinen Bericht vom 31. Dezember 1927 – J. Nr. 9595/27 E.mst – vorgelegte Richtigstellung nach meiner Absicht nicht als amtliche Richtigstellung in die Presse gelangen, sondern durch persönliche Beziehungen einer bedeutenden Berliner Zeitung übermittelt werden und so als deren eigene Meinung erscheinen sollte. Für die von mir amtlich vorzunehmenden Richtigstellungen waren stets die im dortigen Erlaß bezeichneten Gesichtspunkte maßgebend.

gez. von Bülow

130

25.2.1929: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Überblick über die polnische Bewegung (für 1928)
25 II 1929r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Prus. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1928)

GStA Merseburg Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 548

1. *Die Wahlen:*

Das abgelaufene Berichtsjahr brachte mit seinen Wahlen wieder einmal eine Gelegenheit, die Entwicklung der Polenbewegung in der Provinz zahlenmäßig genau festzustellen. Es ergab sich dabei sowohl in der Provinz insgesamt als auch in den hauptsächlich gefährdeten Kreisen eine Abnahme der polnischen Wahlstimmen. Auf die anliegende Nachweisung I, die die Ergebnisse der Reichs- und Landtagswahlen vom Dezember 1924 und Mai 1928 gegenüberstellt, bitte ich Bezug nehmen zu dürfen. Gegenüber den Ergebnissen der letzten Provinziallandtagswahl am 29. November 1925 ist allerdings eine gewisse Zunahme der polnischen Stimmen zu verzeichnen. Dies erklärt sich jedoch aus dem Umstande, daß bei den letzten Provinziallandtagswahlen die Polen ihre Aussichten, einen Sitz im Provinzial-Landtag zu erringen, von vornherein als hoffnungslos

betrachteten und auf jede Agitation verzichteten. Die polnischen Wahlvorschläge hatten damals lediglich die Bedeutung von Zählkandidaturen.

So erfreulich das Wahlergebnis auf den ersten Blick erscheint, so wird doch sein Wert bei näherer Betrachtung etwas gemindert. Eine Anzahl polnischer Optanten mit Familien, die bei den Wahlen von 1924 noch nicht bekannt und infolgedessen in den Wählerlisten noch eingetragen waren, haben diesmal nicht mehr mitgewählt. Sodann war eine größere Zahl von Leuten aus den polnischen Dörfern im Mai bereits ins Innere des Landes in die Industriegegenden und Ziegeleibetriebe abgewandert, um erst im Herbst in die Heimatdörfer zurückzukehren. Die Zahl dieser Personen beziffert der Landrat des Kreises Bomst für seinen Kreis allein auf etwa 240. Besonders bedenklich ist sodann bei dem Wahlresultat im Kreise Bomst die Zunahme der polnischen Stimmen in Unruhstadt und Karge um mehr als 50. Das dürfte vor allem auf die starke polnische Agitation eines Windmüllers Domagalski und seines Sohnes, der auch eine Zeitlang beim hiesigen polnischen Vizekonsulat angestellt war, zurückzuführen sein. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese beiden polnischen Agitatoren in ihrer Arbeit vom Vizekonsulat auch finanziell nicht unbeträchtliche Unterstützung erfahren haben. Die Bildung einer größeren polnischen Zelle in Unruhstadt–Karge zeigt deutlich das polnische Bestreben, die gefährliche Einbruchsstelle im Kreise Bomst und im angrenzenden Kreise Meseritz zu verbreitern und allmählich von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt bis zum Oderknie bei Tschicherzig polnische Zellen zu bilden. Auch sonst deuten manche Anzeichen, insbesondere das starke Einfließen polnischen Geldes in diese Gegend darauf hin, daß Polen diese Einbruchsstelle für noch wichtiger hält als die andere im Kreise Flatow, trotzdem in Flatow das Polentum zahlenmäßig viel stärker vertreten ist.

2. *Polnisches Vereinswesen*

Über den Stand des polnischen Vereinswesens in der Provinz gibt die anliegende Aufstellung II Aufschluß. Ich bemerke, daß die Angaben über die Mitgliederzahlen vielfach nur auf Schätzungen beruhen, doch sind diese Schätzungen in keinem Falle als übertrieben anzusehen. Als der Kopf der Polenbewegung ist nach wie vor der Pfarrer Dr. Domanski – Zakrzewo zu betrachten, der auf Grund seiner großen agitatorischen und organisatorischen Fähigkeiten ja inzwischen auf der 4. Generalversammlung des Bundes der Polen in Deutschland am 9. Februar 1928 auch zum 1. Vizepräsidenten des Bundes gewählt wurde. Da der eigentliche Vorsitzende des Bundes Graf von Sierakowski dem sicheren Vernehmen nach zur Wahrnehmung seiner Geschäfte kaum mehr in der Lage ist, hat Dr. Domanski tatsächlich die Leitung des gesamten Bundes in Händen. Das hindert ihn jedoch nicht, die Bewegung in seinem Heimatbezirk Flatow mit besonderem Eifer zu fördern. Sämtliche Ortsgruppen des Bundes der Polen im Kreise Flatow und auch in den Kreisen Meseritz und Bomst sind durch ihn straff durchorganisiert und haben an Mitgliederzahl gewonnen. Mittelpunkte der Agitation sind die Ortschaften Zakrzewo im Kreise Flatow, der Amtssitz des Pfarrers Dr. Domanski, und Neukramzig im Kreise Bomst, wo der Gemeindevorsteher Cichy als Führer anzusprechen ist. An geistiger Bedeutung und Wirksamkeit ist er allerdings mit dem Pfarrer Dr. Domanski nicht zu vergleichen.

Die Art der polnischen Propaganda hat sich im Jahre 1928 etwas geändert. Die Kundgebungen nach außen hin haben nachgelassen, dafür scheint jedoch die Arbeit hinter verschlossenen Türen und von Mund zu Mund umso intensiver gefördert zu werden. Bei geeigneter Gelegenheit tritt der Bund der Polen dann aber mit einer umso wuchtigeren

Kundgebung auf den Plan. So wurde das 25-jährige Priesterjubiläum des Pfarrers Dr. Domanski am 9. September 1928 als weithin sichtbare und wirksame Demonstration für die polnische Sache aufgezogen. Neben den polnischen Führern des Kreises Flatow waren u. a. Abordnungen des Polenbundes der Gaue Westpreußen, Oberschlesien, Berlin, Ostpreußen, Vertreter der polnischen Presse in Deutschland, ein Vertreter des Westmarkenvereins aus Dombrowka in Polen und schließlich der polnische Vizekonsul in Schneidemühl mit dem ganzen Personal des Vizekonsulats selbst erschienen.

Als polnischer Agitator betätigt sich im Kreise Flatow vor allem der Junglehrer Isidor Maczkowicz [Izydor Maćkowicz], während in den Kreisen Bomst und Meseritz neuerlich ein auf einem polnischen Seminar als Lehrer ausgebildeter August Wagner aufgetaucht ist. Wagner, der Hand in Hand mit dem Anfang d. J. aus dem Kreise Flatow nach Meseritz versetzten Vikar v. Styp-Rekowski arbeitet, scheint eine sehr aktive Kraft zu sein. Die von ihm geleiteten „Erbauungsstunden" für die schulentlassenen jungen Männer und Mädchen und die für die erwachsene Bevölkerung bestimmten geselligen Veranstaltungen werden gut besucht. Das polnische Vereinswesen jeder Art scheint durch ihn neue Anregungen empfangen zu haben. Neben den genannten, wohl als Geschäftsführer des Bundes der Polen anzusehenen Personen, verfügt der Bund aber auch in allen Dörfern mit polnischer Minderheit über tätige und für die polnische Sache begeisterte Anhänger.

Auf dem Gebiete des polnischen Schulwesens ist vor allem der Pfarrer Grochowski in Steinau, Kreis Flatow, tätig. Neben ihm spielen die Pfarrer Paszki – Slawianowo und Sobierayczyk [Sobierajczyk] – Groß Butzig eine Rolle, ohne daß die beiden letztgenannten jedoch so stark in die Erscheinung treten. Die polnischen Schulvereine versuchen neuerdings auch, die noch nicht schulpflichtigen polnischen Kinder in Kleinkinderschulen zusammenzufassen. Außer der schon in Zakrzewo bestehenden wurde eine solche in Flatow neu gegründet, die bereits von 60 polnischen Kindern besucht wird. Daneben scheinen die polnischen Schulvereine auch geeignete junge Leute auszuwählen, die zur Ausbildung auf Gymnasien oder Lehrerseminare nach Polen geschickt werden. Diese Maßnahmen deuten darauf hin, daß die polnische Führung erkannt hat, daß die Heranbildung eines intelligenten Führerstandes für die Zukunft der Bewegung entscheidend ist, da die wenigen polnisch gesinnten Geistlichen, die bis jetzt die Bewegung fast ausschließlich in Fluß hielten, allmählich absterben und nicht durch im polnischen Sinne gleichwertige Kräfte ersetzt werden.

Daß die Polen im übrigen erkannt haben, daß die Zukunft der polnischen Bewegung auf der Jugend beruht, zeigt die besonders lebhafte Arbeit in den Jugendvereinen und die Neugründung insbesondere von Sportvereinen, die sich ja hauptsächlich aus Jugendlichen rekrutieren. Die Einstellung der polnischen Jugend macht den Führern offenbar auch am meisten zu schaffen. Die Schilderungen aus der Zeit der polnischen Unterdrückung verfangen bei ihr nicht mehr so wie bei den alten Leuten. Viele junge Leute und Mädchen verlassen für größere Teile des Jahres die Heimatdörfer, um in der Industrie oder sonst im Innern Deutschlands ihr Brot zu finden. Sie kommen mit neuen Erfahrungen und mit wesentlich anderer Einstellung zurück. Meist haben sie durch eigene Erlebnisse die Schädlichkeit nationaler Isolierung erkannt und stehen infolgedessen der Agitation, die die Versöhnung oder gar das Hineinwachsen in das Deutschtum mit allen Mitteln zu bekämpfen sucht, kritisch gegenüber. Die polnische Propaganda sucht deshalb auch krampfhaft nach Beweisen für die angebliche Zurücksetzung und Unterdrückung der polnischen Minderheiten, um gerade den jungen Leuten zu zeigen,

daß die Polen in Deutschland doch nichts zu erwarten haben und daß sie nur durch Hingabe an die vaterländische Sache ihr hoffnungsloses Dasein als unterdrückte Minderheit mildern können.

Die kulturelle und wirtschaftliche Propaganda der Polen findet ihre wirksamste Unterstützung durch finanzielle Maßnahmen. Die polnischen Rolniks ebenso wie die Filialen der Bank Ludowy verfügen über sehr viel flüssiges und billiges Geld, dessen Herkunft aus Polen nicht zweifelhaft ist. Die polnischen Dörfer machen im Gegensatz zu vielen deutschen Dörfern einen durchaus wohlhabenden Eindruck. Den polnischen Landwirten geht es durchweg besser wie den deutschen, da sie durch die polnischen Banken stets Kapital zu billigem Zinsfuß erhalten. Obwohl in die polnischen Dörfer nur ganz geringe Hauszinssteuermittel geflossen sind, sind Wohn- und Wirtschaftsgebäude meist gut im Stande. Auch fällt besonders in den Dörfern des Kreises Bomst die große Zahl der Neubauten auf.

Versuche, neuen Grund und Boden für polnische Hand zu erwerben, haben bisher nennenswerte Erfolge nicht gehabt. Den Landräten der gefährdeten Kreise gelang es bisher noch, bei allen größeren Objekten den Verkauf an einen Polen zu verhindern und die Grundstücke für einen deutschen Eigentümer zu erhalten.

3. *Beziehungen der polnischen Bewegung zum polnischen Vizekonsulat in Schneidemühl*

Daß von den Hauptorten der polnischen Bewegung in den Kreisen Flatow, Bomst und Meseritz starke Fäden zum polnischen Vizekonsulat in Schneidemühl laufen, ist durch verschiedene Beobachtungen bewiesen. An der schon erwähnten Jubiläumsfeier des Pfarrers Dr. Domanski nahm der Konsul mit seinem gesamten Konsulatspersonal teil. Beamte des Vizekonsulats erschienen mehrfach auf Vereinsfestlichkeiten polnischer Vereine. Bei Sport- und Jugendfesten wurden von Angestellten des Vizekonsulats Preise verteilt, die wohl vom Konsul gestiftet waren. Der polnische Konsul selbst ist bei seinen Besuchen bei Angehörigen der polnischen Minderheit allerdings sehr vorsichtig. Über seine bevorstehende Ankunft pflegen nur die Führer selbst unterrichtet zu sein. Er kommt meist in der Dunkelheit an und tut alles, um seine Anwesenheit nicht ruchbar werden zu lassen. Immerhin gelang es u. a. im November v. Js. festzustellen, daß er sich mehrere Tage in den Kreisen Bomst und Meseritz aufgehalten und dort fast in jedem Dorfe Besprechungen und Versammlungen mit Vertrauensmännern der polnischen Bewegung abgehalten hat.

4. *Polen in deutschen Organisationen*

Mit ihren Versuchen, in deutsche Organisationen und Vereine einzudringen, um dort möglicherweise für die polnische Sache wichtige Dinge zu erfahren oder aber in versteckter Weise für die polnische Sache Agitation zu treiben, haben die Polen im allgemeinen wenig Glück gehabt. Allerdings sind auch nach den neuerlich getroffenen Feststellungen in den Reichsbanner-Ortsgruppen Betsche, Stalun und Bomst im Südteil des Bezirks und in den Ortsgruppen Blankwitt und Krojanke im Kreise Flatow noch immer eine Reihe zweifellos polnisch gesinnter Leute Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Es scheint jedoch, als wenn das Leben in diesen polnisch durchsetzten Ortsgruppen von höherer Stelle bewußt lahmgelegt wird. In den Ortsgruppen des Roten Frontkämpferbundes finden sich mehrfach polnische Mitglieder, doch dürften hier die national-politischen Bestrebungen hinter gemeinsamen proletarisch-revolutionären Tendenzen zurücktreten.

5. *Zusammenfassung:*

Im ganzen hat die mit so großer Intensität betriebene polnische Agitation im Berichtsjahre doch nicht die Erfolge gehabt, die man bei einem so großen Aufwande hätte erwarten müssen. Wenn man auch noch nicht von einem Rückgang der polnischen Bewegung sprechen kann, so ist doch ein gewisser Stillstand zu verzeichnen. Wird die Minderheitenpolitik weiter in tolerantem Sinne gehandhabt, und wird dadurch gerade der polnischen Jugend das Gefühl genommen, als Staatsbürger minderen Rechts behandelt zu werden, dann steht zu hoffen, daß die nationalistische, großpolnische Agitation der jetzigen Führer doch allmählich an Wirksamkeit verliert und daß sich damit ein Ausgleich der nationalen Gegensätze anbahnt.

gez. von Bülow

131

19.6.1929: Der Polizeidirektor in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Eröffnung der polnischen Minderheitsschule in Groß Dammer, Kreis Meseritz (10.6.1929)

19 VI 1929r.: Dyrektor policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta w miejscu. Otwarcie szkoły mniejszości polskiej we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (10 VI 1929r.)

STA Potsdam, Regierung Frankfurt, Pr. Br. Rep. 3 B, Nr. II 1553

Das Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch berichtet folgendes:

Am Montag, dem 10.6.29 fand in Groß Dammer die feierliche Eröffnung der polnischen Minderheitenschule statt. Um 8 Uhr begaben sich die Kinder mit ihren Angehörigen zunächst zur Kirche. Von hier aus ging es dann in geschlossenem Zuge nach dem Festsaal in der Gastwirtschaft Weiss. Der Tanzsaal der Gastwirtschaft Weiss wird von der Minderheitenschule als vorläufiges Schullokal benutzt. Hier fand die eigentliche Eröffnungsfeier statt. Die polnischen Lehrer, insbesondere der als Polenführer bekannte August Wagner, hielten Ansprachen. Die Kinder wurden mit Süßigkeiten beschenkt. Am Nachmittag gegen 13 Uhr traf der Polenführer Baczewski mit dem polnischen Lehrer Boczinski, von Meseritz kommend, mit dem Auto ein. Nach einer kurzen Feier hielten dann die Polenführer von Groß Dammer nebst den polnischen Lehrern mit Baczewski bei dem bekannten Johann Budych IV eine geheime Besprechung ab. Im Anschluß fand dort noch eine Feier statt. Ungefähr um 22 Uhr fuhr Baczewski mit seinem Begleiter, dem polnischen Lehrer Boczinski, nach Posemukel und Neukramzig weiter.

Die polnische Minderheitenschule in Groß Dammer wird wird von 112 Kindern besucht.

Außer dem bereits genannten Lehrer Wagner sind noch zwei weitere polnische Lehrer an dieser Schule tätig, deren Namen noch ermittelt werden.

gez. Dr. Heinrich

132

4.7.1929: Der Oberpräsident in Schneidemühl (z. Zt. Berlin) an den Preußischen Minister des Innern. Übergang deutschen Grundbesitzes an Polen
4 VII 1929r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl (obecnie w Berlinie) do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Przejście niemieckiej własności ziemskiej do rąk polskich

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 388 (Entwurf).

Von vierwöchigem Urlaub zurückgekehrt, finde ich eine überaus bedrohliche Lage insofern vor, als voraussichtlich noch in diesem Monat sehr wichtiger deutscher Grundbesitz in den Kreisen Flatow und Bomst an im ganzen 3 Stellen in polnische Hand übergehen wird.

Und das in einem Zeitpunkt, wo sich offensichtlich herausstellt, daß die polnische Agitation sich die Grenzmark P. W. als wichtigste Einbruchstelle ausgesucht hat in Bestätigung meiner so oft – und leider ohne immer volles Verständnis zu finden – aufgestellten Behauptung, daß das Grenzgebiet der Grenzmark P. W. das gefahrdrohendste im ganzen Staate sei – und in einem Zeitpunkt, wo 25 Minderheitsschulen in der Provinz entstehen und die öffentliche Meinung auf das Höchste dadurch erregt ist.

Über die 3 Fälle des in höchster Gefahr befindlichen deutschen Grundbesitzes habe ich schon oft berichtet. Da ich diesen Bericht in Berlin abfasse, wo ich z. Zt. dienstlich weile, bitte ich mir die Bezugnahme auf die früheren Berichte zu erlassen.

Es handelt sich erstens um den Grundbesitz Saenger in Zakrzewo, Kreis Flatow; um diesen in deutscher Hand zu halten, sind bereits 15 000 Mk aufgewandt, die hypothekarisch eingetragen sind. Nun sind neue polnische Angebote gemacht, denen das Grundstück voraussichtlich binnen weniger Tage zum Opfer fallen wird, wenn nicht nochmals 14 000 Mk aufgewendet werden. Mit diesem Betrage würde die volle Sicherung zu erzielen sein.

Sodann wird das Grundstück Zerbe im Kreise Bomst am 19. Juli cr. zwangsversteigert; es wird der deutschen Hand nur dann gesichert werden können, wenn ein erheblicher Betrag, den ich z. Zt. auf 25 000 Mk abschätze, geopfert werden kann.

Endlich steht zu erwarten, daß das Gut Woynowo des Prinzen zur Lippe binnen kurzem von den polnischen Anliegern erworben werden wird, wenn auf das Verkaufsangebot des Prinzen zu 450 000 Mk von deutscher Seite nicht eingegangen wird. Der Prinz ist in großer wirtschaftlicher Not; es ist richtig, daß nach streng wirtschaftlichen Grundsätzen zur Zeit für den zu verkaufenden Besitz kaum mehr als 250 000 Mk gezahlt werden könnten; andererseits haben aber die Polen erheblich mehr als 450 000 Mk geboten. Der Erwerb des Gutes würde nicht nur die Abwendung einer schweren Gefahr, sondern zugleich ein starker deutscher Gewinn sein, da sich die polnischen Gutsarbeiter durch deutsche Siedler würden ersetzen lassen.

Ich bitte, auf das allerdringendlichste, um sofortige Hilfe. Wenn der genannte Grundbesitz verloren gehen sollte, so ist der Schaden für die deutsche Sache rein materiell sehr groß, moralisch geradezu vernichtend.

gez. v. Bülow

133

16.2.1930: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern in Berlin. Überblick über die polnische Bewegung (für 1929)
16 II 1930r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1929)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern. Rep. 77 Tit. 856, Nr. 549

1. *Die polnische Bewegung im Spiegel der Wahlergebnisse vom 17. November 29*

Bei den Provinziallandtagswahlen am 17. November 29 hatte die Polnisch-Katholische Volkspartei ebenso wie bei der vorigen Provinziallandtagswahl eine eigene Liste aufgestellt, obwohl sich die Führer sagen mußten, daß selbst bei günstigstem Verlauf der Wahlen ein Mandat für einen polnischen Kandidaten nicht zu erreichen sein würde. Die Liste wurde geführt von dem Pfarrer Grochowski aus Steinau, Kr. Flatow, der im ersten Provinziallandtage der Grenzmark Posen-Westpreußen die Polnisch-Katholische Volkspartei vertreten hatte. Es folgten der Landwirt Budych aus Groß Dammer, der Landwirt Cichy aus Neukramzig und der Geschäftsführer des Polenbundes Noryskiewicz aus Flatow. Die polnische Liste erreichte in der ganzen Provinz 4 932 Stimmen. Verglichen mit den letzten Reichstags- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 ist somit ein Zuwachs von beinahe 500 Stimmen zu verzeichnen. Die Ergebnisse in den einzelnen Kreisen habe ich in der anliegenden Aufstellung I zusammengestellt, aus der sich zugleich das Auf und Ab der Polenstimmen seit 1920 in den einzelnen Kreisen ergibt.

Bei der Betrachtung des Wahlergebnisses fällt besonders die Vermehrung der Polenstimmen in solchen Kreisen ins Auge, in denen man von einer Polenbewegung in der Öffentlichkeit bisher nicht das geringste gemerkt hat. Diese Stimmen stammen größtenteils aus rein bäuerlichen, meist evangelischen Gegenden, in denen niemand der polnischen Sprache mächtig ist. Fast überall handelt es sich dabei nur um vereinzelte Stimmen. Nur in einer rein deutschen Gemeinde im Kreise Deutsche Krone ist ein halbes Dutzend Polenstimmen erreicht worden. Hier kann man nur annehmen, daß unreife Wähler sich einen „Wahlscherz" leisten wollten. Im übrigen kann nach genauer Nachprüfung der Wahlergebnisse in den Abstimmungsbezirken durch die Landräte mit Sicherheit angenommen werden, daß die betreffenden Wähler unwissentlich und aus Versehen polnisch gewählt haben und daß diese Polenstimmen als „verrutschte" nationalsozialistische Stimmen anzusehen sind. Wahrscheinlich haben die betreffenden Wähler ihr Kreuz auf den Stimmzetteln irrtümlich etwas zu tief angebracht und somit die unter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stehende polnische Partei angezeichnet. Diese Annahme wird verstärkt durch die bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 gemachten Erfahrungen. Damals wurden in der hiesigen Provinz beinahe 500 Wendenstimmen abgegeben, obwohl es Wenden in der hiesigen Gegend überhaupt nicht gibt. Auch diese Ergebnisse waren nur dadurch zu erklären, daß die Wendische Partei auf den Stimmzetteln unmittelbar unter der Deutschnationalen Volkspartei stand und daß die Personen, die die Wendische Partei angekreuzt hatten, vermutlich deutschnational hatten wählen wollen. Der echte Stimmenzuwachs der Polnisch-Katholischen Volkspartei bei den Provinziallandtagswahlen dürfte sonach doch nicht so groß sein, wie es nach den nackten Ziffern zuerst den Anschein hat.

Von wirklichen Fortschritten der polnischen Bewegung kann nur in den Kreisen Flatow und Meseritz die Rede sein. Im Kreise Meseritz ist es ausschließlich das Dorf

Groß Dammer, das den großen Stimmenzuwachs verursacht hat. Hier sind die polnischen Stimmen von 466 auf 520, d. h. von 57 auf 63 % aller abgegebenen Stimmen angestiegen. In den übrigen polnisch durchsetzten Gegenden des Kreises Meseritz ist die Bewegung zum Stillstand gekommen. In der Stadt Betsche war sogar eine gewisse Abnahme zu verzeichnen.

Im Kreise Flatow hat die polnische Bewegung an ihren Hauptausstrahlungspunkten wie Zakrzewo, Wohnsitz des Pfarrers Dr. Domanski, Steinau, Wohnsitz des Probstes Grochowski, und Slawianowo, Wohnsitz des Pfarrers Paszki, keine Fortschritte gemacht oder sogar abgenommen. In den meisten andern Ortschaften dagegen hat sie bemerkenswerte Erfolge erzielt. Besonders auffallend ist dabei z. B. die Zunahme der Polenstimmen auf den staatlichen Domänen Kietz und Preußenfeld.

Im Kreise Bomst ist ein wesentlicher Zuwachs nur in der Stadt Bomst eingetreten, während in den Ortschaften Kramzig und Neukramzig sogar eine fühlbare Abnahme der Polenstimmen zu verzeichnen war. Dadurch ist das Gesamtergebnis des Kreises im wesentlichen das gleiche geblieben, was um so bemerkenswerter ist, als eine große Zahl von polnischen Arbeitern, die in der Sommerzeit außerhalb des Kreises in Ziegeleien und andern Gewerben zu arbeiten pflegen und die bei der letzten Reichs- und Landtagswahl nicht anwesend waren, diesmal an der Wahl teilgenommen haben.

In der Öffentlichkeit, insbesondere in der Presse, werden nun immer wieder die polnischen Minderheitsschulen für die Vermehrung der Polenstimmen der Provinz verantwortlich gemacht. Diese Auffassung ist in dieser Allgemeinheit oberflächlich und höchstens teilweise zutreffend, da in einer ganzen Reihe von Orten mit Minderheitsschulen die polnischen Stimmen sogar abgenommen haben. Man wird eine einheitliche Ursache für die Zunahme der Polenstimmen überhaupt nicht feststellen können, sondern die Erklärung vielfach in besonderen örtlichen Verhältnissen suchen müssen.

Im Kreise Flatow hatte die Errichtung der polnischen Minderheitenschulen bei der den Kreis beherrschenden Presse, der deutschnationalen „Grenzmark"-Flatow, dem in Polenfragen ähnlich eingestellten „Geselligen" und sogar bei der Zentrumszeitung „Die Grenzwacht" zu scharfen Presseangriffen gegen die polnische Bewegung geführt. Durch diese Bearbeitung der öffentlichen Meinung wurde die Kluft zwischen Deutschen und Polen wieder erheblich vertieft, Verbindungen, die bereits geknüpft waren, wieder zerrissen und viele schwankende Elemente in die polnischen Reihen zurückgestoßen. In der deutschen Bevölkerung wurde, wenn nicht sogar zum Teil ein nationaler Hochmut, so doch starkes Mißtrauen gegenüber jedem polnischer Abstammung oder Gesinnung auch nur entfernt Verdächtigen großgezüchtet, das dazu führte, auch politisch zurückhaltenden harmlosen Leuten das Odium polnischer Gesinnung anzuheften und sie als „Pollacken" zu verfemen. Ausschreitungen, wie sie sich in Preußenfeld ereignet haben, wo die Minderheitenschule und ein polnisches Heiligenbild von Deutschen demoliert wurden und Entlassungen polnischstämmiger Arbeitnehmer, wie sie bedauerlicherweise seitens der staatlichen Domänenpächter in Preußenfeld und Kietz erfolgt sind, mußten auch auf ruhige polnische Elemente aufreizend wirken und wurden von der polnischen Agitation selbstverständlich mit Freuden aufgegriffen und bis in das entfernteste Dorf als Beispiel der Unterdrückung der Polen durch die Deutschen getragen. Von einer aktiven Überwindung des Polentums aus der Bevölkerung heraus kann im Kreise Flatow leider nicht die Rede sein. Einschüchterungsversuche, wie sie vom Ostmarkenverein, vom Stahlhelm und diesen Organisationen nahestehenden Kreisen unternommen werden, können auf Erfolge bei den nationalpolitisch schwankenden Kreisen der Bevölkerung nicht rechnen, werden aber die Nationalpolen nur noch fester zusammenschweißen.

Im Kreise Meseritz hat die polnische Bewegung auf ihren isolierten Außenposten Stalun, Scharzig und Betsche offensichtlich an Kraft eingebüßt. Die zahlenmäßig größten Erfolge in der Provinz haben die Polen dafür in der schon erwähnten Ortschaft Groß Dammer im Süden des Kreises erzielt. Nicht zum letzten dürfte diese große Zunahme auf die Erbitterung zurückzuführen sein, die die Vorgänge vor und bei Aufteilung des Gutes Groß Dammer in der dörflichen Bevölkerung ausgelöst haben. Die Ungeschicklichkeiten, die hier auf deutscher Seite begangen sind, hat der rührige polnische Agitator Wagner, der sich nach kurzer Tätigkeit als Minderheitenschullehrer wieder ganz der politischen Agitation gewidmet hat, erfolgreich ausgenutzt, um auch Leuten, die bisher in nationalpolitischer Hinsicht schwankend waren, zu beweisen, daß sie Deutsche minderen Rechts seien und daß nur die Stimmabgabe für die Polnisch-Katholische Volkspartei ihnen die Aussicht auf Erwerb von Landbesitz eröffnen könne. Eine Gegenwehr aus der deutschen Bevölkerung heraus ist in Groß Dammer bisher noch nicht in Erscheinung getreten.

Ein gutes Beispiel für eine planmäßige aktive Bekämpfung des Polentums bieten dagegen die Ortschaften Kramzig, Neukramzig und Woynowo im Kreise Bomst. Der hier Dienst tuende Oberlandjäger Bock hat es mit Unterstützung einiger verständiger deutscher Bauern verstanden, polnische Kreise, die sich durch das fanatische, unduldsame Auftreten des Polenführers Cichy abgestoßen und verletzt fühlten, ins deutsche Lager herüberzuziehen. In der bisher als Hochburg des Polentums betrachteten Ortschaft Neukramzig gelang es sogar, die Wiederwahl des Cichy zum Gemeindevorsteher zu verhindern und an seine Stelle einen deutschfreundlichen Polen zu bringen. Günstig dürfte die Stimmung eines Teiles der Bevölkerung Neukramzigs auch durch den vom Landrat genehmigten Verkauf von Außenschlägen des Rittergutes Woynowo an Neukramziger Besitzer beeinflußt sein. In anderen Ortschaften des Kreises haben sich bisher Persönlichkeiten, die nach dem Neukramziger Vorbilde der polnischen Propagandatätigkeit entgegenzuarbeiten verstanden hätten, noch nicht gefunden. Eine Vermehrung der Polenstimmen ist hier indes nicht eingetreten. Bedenklich ist die Zunahme der polnischen Stimmen in den Städten Unruhstadt und vor allem Bomst. In beiden Städten scheint sich allmählich ein bodenständiger polnischer Handwerker- und Kleinbürgerstand zu bilden, worauf auch Hausverkäufe aus deutscher in polnische Hand, die allein in Bomst in den letzten Jahren in 7 Fällen vorgekommen sind, hindeuten. Bei wem die Leitung der Polenbewegung in der Stadt Bomst liegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich hat auch hier der schon erwähnte Agitator Wagner seine Hand im Spiele.

2. *Das polnische Vereinswesen*

Da sich fast die ganze Arbeitskraft der polnischen Führer im Berichtsjahre auf die Gründung und Organisation der polnischen Minderheitsschulen warf, war das Vereinsleben der polnischen Vereine in der Provinz im abgelaufenen Jahre nicht besonders rege. Die wenigen festgestellten Neugründungen bitte ich aus anliegender Aufstellung II zu ersehen. Eine wesentliche Erhöhung der Mitgliederzahl bestehender Vereine ist nirgends festgestellt. Die Feier des 25-jährigen Bestehens des polnisch-katholischen Arbeitervereins in Neukramzig, eine im März v. Js. veranstaltete Delegiertentagung der polnischen Jugendvereine der Provinz und vor allem eine Tagung der polnischen Sportvereinigungen Deutschlands im Juni v. Js. in Zakrzewo, waren die einzigen Veranstaltungen, die in größerem Stile und mit einer gewissen propagandistischen Absicht aufgezogen waren. Die Bedeutung der letzterwähnten sportlichen Tagung, bei der auch polnische Abordnungen aus Westdeutschland vertreten waren, wurde durch die Teilnahme von Vertretern

des polnischen Generalkonsulats in Berlin und persönliche Anwesenheit des polnischen Konsuls aus Schneidemühl sowie des früheren Abgeordneten Baczewski unterstrichen. Auch aus Polen waren ein Gymnasialprofessor und ein Arzt zu der Tagung erschienen. Durch mehrere vom hiesigen polnischen Vizekonsulat geförderte Gesellschaftsreisen zur polnischen Landesausstellung und durch von geistlicher Hand organisierte Wallfahrten zu polnischen Wallfahrtsorten wurde der Zusammenhang der Minderheiten mit dem Polentum jenseits der Grenze ebenfalls gepflegt.

3. *Wirtschaftliche Organisationen der polnischen Minderheit*

Soweit von außen ein Einblick in die Entwicklung der polnischen wirtschaftlichen Organisation möglich ist, scheinen sie auch im vergangenen Jahre im Gegensatz zu dem darniederliegenden deutschen Wirtschaftsleben floriert zu haben, was allerdings auch auf die Speisung mit Geldern, die von jenseits der Grenze fließen, zurückzuführen sein dürfte. Durch die Gewährung von Krediten zu mäßigen Zinssätzen hat insbesondere die Bank Ludowy eine Reihe von Landwirten fest in der Hand. Sie sucht ihren Schuldnerkreis noch dauernd zu erweitern. Daß die Hergabe dieser Darlehen nur Mittel zu nationalpolitischen Zwecken war, zeigte sich deutlich bei der Abmeldung von Kindern aus polnischen Minderheitsschulen im Kreise Flatow. Die Bank Ludowy beantwortete die Abmeldung mit der sofortigen Kündigung der den Vätern einiger Kinder gewährten Darlehen und erreichte dadurch, daß die Kinder auch weiter in der polnischen Minderheitsschule belassen wurden.

Auch für Grundstückskäufe scheinen den Polen gewisse Fonds zur Verfügung zu stehen. Allzu reichlich scheinen diese allerdings nicht zu fließen, da die Polen bei ihren Ankäufen doch ziemlich vorsichtig vorgehen und keinesfalls, wie es in der deutschen Presse vielfach dargestellt wird, wahllos und zu Überpreisen jedes in Frage kommende Grundstück kaufen. Es wäre auch falsch, zu behaupten, daß die polnische Minderheit ihre Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete, insbesondere ihre vielfach mustergültigen klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, allein dem aus Polen hereinkommenden Kapital verdankt. Die eingesessene polnische Bevölkerung hat vielmehr durch Fleiß, Bedürfnislosigkeit und Sparsamkeit selbst das meiste hierzu beigetragen. Ein lehrreiches Beispiel hierfür ist die schon mehrfach erwähnte Gemeinde Neukramzig, in der in den letzten Jahren über 50 neue Wohnungen entstanden sind, ohne daß hierzu irgendwelche Zuschüsse aus Hauszinssteuermitteln beantragt wären. So beachtlich die wirtschaftliche Kraft der polnischen Minderheit somit auch mancherorts ist, so wenig ist es angebracht, solche Beobachtungen zu verallgemeinern. Im Rahmen der Provinz und selbst im Rahmen des am meisten polnisch durchsetzten Kreises Flatow liegt die Führung in wirtschaftlicher Hinsicht fest in deutscher Hand und trotz des Darniederliegens der deutschen Landwirtschaft sind die polnischen Bevölkerungsteile dem Gros der deutschen Bevölkerung an Wohlstand und Kapitalkraft unterlegen.

4. *Die polnischen Minderheitsschulen*

Den Stand der polnischen Minderheitsschulen am Ende des vergangenen Jahres bitte ich aus anliegender Aufstellung III zu entnehmen. Beweisbare Feststellungen über irredentistische Reibereien und deutschfeindliche Beeinflussung der Kinder in den Schulen sind bisher nicht gemacht worden, wobei man sich jedoch darüber klar sein muß, daß nur selten etwas von dem, was in den polnischen Schulen getrieben wird, nach außen in deutsche Kreise dringt. Eine rückläufige Bewegung der Schülerzahl der polnischen Minderheitsschulen ist bisher noch nicht eingetreten. Ansätze dazu sind durch das verfrühte Triumphgeschrei der deutschen Presse mehrfach im Keim erstickt worden.

5. *Die polnische Propaganda*

Die polnische Propaganda legte selbst in der Wahlzeit das größere Gewicht auf die Beeinflussung von Mund zu Mund und von Haus zu Haus und verzichtete fast ganz auf Werbeversammlungen und Agitationsreden in der Öffentlichkeit. Dagegen wurde die polnische Presse stark ausgebaut. Die als Beilage zur „Gazeta Olsztynska" herausgegebene „Glos Pogranicza" (Stimme der Grenze) scheint sich ein weit ausgedehntes, dichtes Netz von Nachrichtenstellen in der Provinz geschaffen zu haben. Die Gehässigkeit der in der „Glos Pogranicza" erscheinenden Artikel übertrifft vielfach noch das bisher von der Gazeta Olsztynska in dieser Hinsicht Gebotene. Der mündlichen polnischen Agitation ist jedes Mittel zur Beeinflussung der für sie in Frage kommenden Bevölkerungskreise recht. So kommt es vor, daß man auf religiös gestimmte Gemüter, insbesondere auf die Frauen, einzuwirken sucht, indem man ihnen einredet, daß nur gute Polen auch gute Katholiken sein können und daß Gott nur Gebete in polnischer Sprache erhöre. Ängstliche Gemüter sucht man wiederum dadurch zu fangen, daß man geflissentlich von Zeit zu Zeit das Gerücht verbreitet, die Grenzmark Posen-Westpreußen oder die Kreise der Provinz mit polnischer Minderheit würden bald zu Polen kommen und dann würde mit den Abtrünnigen scharfe Abrechnung gehalten werden. Bei der verhältnismäßig geringen Intelligenz der polnischen bäuerlichen Bevölkerung ist einer mit derartigen Mitteln betriebenen Agitation noch immer die Wirkung sicher. Daß die polnische Agitation im übrigen förmlich nach Fällen sucht, mit denen sich eine Unterdrückung der polnischen Minderheit beweisen läßt, um sie sowohl in der Prese wie in der mündlichen Agitation immer wieder auszuschlachten, wurde bereits erwähnt. Ebenso auch, daß die agitatorische Einwirkung vielfach durch wirtschaftlichen Druck unterstützt wird. In ihrem Bestreben, eine polnische Intelligenz zu schaffen, haben die Polen bisher Erfolge noch nicht erzielt, doch besuchen bereits mehrere Söhne fanatischer Polen polnische Gymnasien.

6. *Förderung der Polenbewegung durch amtliche polnische Stellen*

Beziehungen des hiesigen polnischen Konsuls oder des Generalkonsulats in Berlin zur polnischen Minderheit sind in der Öffentlichkeit nur selten sichtbar geworden. Den wichtigsten Fall, die Teilnahme des hiesigen Konsuls und von Vertretern des Generalkonsulats in Berlin an der Sporttagung in Zakrzewo im Juni v. Js. habe ich bereits erwähnt. Wenn man Äußerungen, die der Pfarrer Dr. Domanski dem Berichterstatter gegenüber getan hat, trauen darf, erfreut sich der hiesige Konsul „Baron Szwarcenberg" keiner großen Beliebtheit bei der polnischen Minderheit. Er wisse alles besser als andere Leute und verstehe es meisterhaft, die Verdienste anderer Leute für sich in Anspruch zu nehmen! Diese Äußerung ist auch deshalb von Interesse, weil sie zeigt, daß der hiesige polnische Konsul trotz der von ihm äußerlich geübten Zurückhaltung tatsächlich ziemlich stark in die Minderheitenpolitik eingeschaltet ist. Sonst brauchten die örtlichen Führer kaum zu fürchten, daß ihre Verdienste durch ihn verdunkelt werden könnten. Greifbare Beweise für eine Unterstützung polnischer Vereine oder Schulen durch polnische Staatsmittel oder Mittel des polnischen Westmarkenvereins waren nicht zu erlangen. Gerüchte, nach denen einige polnische Vereine die von ihnen im vergangenen Jahre angeschafften Musikinstrumente mit finanzieller Unterstützung des hiesigen Vizekonsulats oder des polnischen Generalkonsulats in Berlin erworben hätten, haben sich nicht beweisen lassen. Eine solche unmittelbare finanzielle Unterstützung der örtlichen Polenbewegung durch offizielle Organe des polnischen Staates ist auch unwahrscheinlich. Man wird wohl annehmen können, daß die polnische Regierung klug genug

ist, sich zur Verteilung solcher Mittel der Organisationen der polnischen Minderheit zu bedienen.

7. *Abwehrmittel*

Die deutsche Abwehr und die deutschen Versuche, verständigungsbereite Kreise der polnischen Minderheit allmählich für das Deutschtum zu gewinnen, müssen sich der Vielfältigkeit der polnischen Methoden anpassen. Die Landräte müßten in jedem von den Polen bedrohten Dorf einen gewandten Mann zur Hand haben, der in der Art, wie sie zum ersten Male in Neukramzig erfolgreich angewendet ist, versucht, in die polnischen Reihen einen Keil zu treiben und die abbröckelnden Elemente für das Deutschtum aufzufangen. Hierfür werden in erster Linie, soweit geeignete Persönlichkeiten innerhalb der eingesessenen deutschen Bevölkerung nicht vorhanden sind, Landjäger oder Lehrer in Frage kommen. Auf eine gute Auswahl der in den gemischtsprachigen Gebieten diensttuenden Beamten wird man daher besonders bedacht sein müssen. Durch Gewährung von besonderen Vorteilen bei der Besoldung (Stellenzulagen, höhere Eingruppierung und dergleichen), durch Bereitstellung besonders guter Dienstwohnungen und durch Eröffnung von Beförderungsaussichten bei Bewährung wird man mit Sicherheit geeignete Persönlichkeiten für solche nationalen Aufgaben gewinnen können.

Man wird ferner bestrebt sein müssen, der Ausdehnung der wirtschaftlichen Macht der Polen durch gleiche Mittel zu begegnen. Wenn den Landräten Mittel zur Verfügung ständen, um bei der Bank Ludowy oder sonstigen polnischen Organisationen verschuldete Besitzer auszulösen und in den gefährdeten Dörfern der Bank Ludowy Kunden wegzufangen, würde manches zu erreichen sein.

Weiterhin wird die Siedlung in den national gefährdeten Kreisen mit besonderer Intensität weiter zu betreiben sein, wobei nationalen Gesichtspunkten der Vorrang vor wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen einzuräumen sein wird. Die Notwendigkeit einer Besiedelung der Staatsdomänen an der Grenze des Kreises Flatow gegen Polen insbesondere muß auch bei dieser Gelegenheit wieder unterstrichen werden.

Sodann wird es von Wichtigkeit sein, in den national gefährdeten Dörfern die kulturellen Einrichtungen der deutschen Bevölkerung besonders sorgsam auszugestalten. Dabei wird vor allem der Bau von Wohlfahrtshäusern, die Errichtung von Kleinkinderschulen und die Ausstattung der deutschen Schulen mit Radioanlagen anzustreben sein. Ein besonderes Augenmerk wird man jedoch darauf richten müssen, die bestehenden deutschen Schulgebäude und Lehrerwohnungen so auszugestalten, daß sie den polnischen Schulen überlegen sind.

Schließlich wird eine sehr wertvolle Einwirkung auf die schulentlassene Jugend durch den Ausbau des ländlichen Fortbildungsschulwesens zu erreichen sein.

Die Annullierung zahlreicher im Kreise Flatow abgegebener Optionen für Polen durch die polnische Regierung, der die deutsche Regierung kaum wird widersprechen können, wird, wie ich befürchte, bei den nächsten Wahlen die polnischen Stimmen ohnehin um einige Hundert anwachsen lassen. Nur eine planmäßige Gegenaktion wird die Gefahren, die eine weitere Ausbreitung der Polenbewegung für die Grenzgebiete nach sich ziehen muß, abwenden können.

Abschrift dieses Berichts haben der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erhalten.

gez. von Bülow.

134

17.5.1930: Regierung in Schneidemühl an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Verhalten des Schulamtsbewerbers Rilinger in Scharzig, Kreis Meseritz

17 V 1930r.: Rejencja w Schneidemühl do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Zachowanie się kandydata na nauczyciela Rilingera we wsi Scharzig, pow. Meseritz

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 549 (Abschrift).

Unter Rückreichung der vorbezeichneten beiden Erlasse [Randerlaß vom 20.2.30 – U III A 5035 A III O und vom 17.3.30 – U III A 5058 A III O] nebst Anlagen berichten wir auf Grund unserer Ermittelungen folgendes:

Von den 35 Schülern der katholischen Schule zu Scharzig sind nur 3 polnischer Muttersprache. Trotzdem besteht offenbar die Absicht, in Scharzig eine polnische Schule zu gründen. Die Seele dieser Bewegung ist der Landwirt Kowalski in Scharzig. Da aber die Zahl der polnisch sprechenden Schüler in Scharzig gar zu gering ist, auch nicht wesentlich durch polnische Kinder aus den Nachbarschulen vergrößert werden kann, versucht man anscheinend, *deutsche* Eltern in Scharzig und in der Umgegend für die polnische Schule zu gewinnen. Diesem Zwecke sollen jedenfalls auch die polnischen Kurse dienen, die die Tochter des Besitzers Misiewicz seit einiger Zeit in Scharzig veranstaltet. In Scharzig ist seit dem 1. November 1929 der Schulamtsbewerber Rilinger vertretungsweise beschäftigt. Sein Vorgänger, Lehrer Heymann, kränklich und wohl auch durch die polnische Verwandtschaft seiner Frau gebunden, hat sich um die Bewegung nicht gekümmert. Rilinger ist ihr von Anfang an entgegengetreten. Und da bald nach seinem Dienstantritt in Scharzig in der Märkisch-Posener und in einer Berliner Zeitung Artikel erschienen sind, die die Gründung der polnischen Schule befehden (deren Verfasser aber gar nicht Rilinger ist), erblicken die Polen in ihm das Haupthindernis für ihre Bestrebungen. Die heftigen Angriffe in der polnischen Presse verfolgen u. E. in erster Linie den Zweck, womöglich die Entfernung des unbequemen Mannes herbeizuführen, und sind stark übertrieben.

Rilinger bestreitet die ihm im Artikel „Was sagt der Herr Oberpräsident in Schneidemühl dazu?" zur Last gelegten Handlungen. Wohl sei es beim Unterricht in der Fortbildungsschule zu einer erregten Szene gekommen, als er über die Behandlung der Minderheiten in den verschiedenen Staaten (bei dem Kapitel „Auslandsdeutschtum") gesprochen habe; da habe ihm der einzige unter den jungen Leuten befindliche Pole – Kowalski – zugerufen: „Reden Sie doch nicht solche Dämlichkeiten!" Aber alles übrige sei unzutreffend; Kowalski sei übrigens auf Rilingers Anzeige polizeilich mit 5 RM Geldstrafe oder 1 Tag Haft bestraft worden. Die angeblichen Äußerungen über die geplante Minderheitsschule in Scharzig stellt Rilinger in Abrede, ebenso diejenigen über die Schule im Kreise Stuhm; er sei niemals im Kreise Stuhm tätig gewesen. Er gibt aber zu, daß er ein Kind habe ein polnisches Gedicht aufsagen lassen, da er habe feststellen wollen, ob die polnisch sprechenden Kinder, die in der Erledigung ihrer Hausaufgaben nachlässig waren, durch die Vorbereitung auf eine polnische Theatervorführung in Anspruch genommen wären. Aus demselben Grunde habe er auch ein polnisches Lied singen lassen. Über den Inhalt hätte er keine Äußerung getan, da er das Polnische nicht verstehe.

Auch die Richtigkeit der Ausführungen im zweiten Artikel („Dem Herrn Oberpräsidenten in Schneidemühl zur weiteren Kenntnis") bestreitet Rilinger im wesentlichen; er hat allerdings zugegeben gesagt zu haben, er werde aus Dankbarkeit eine Messe lesen lassen, wenn in Scharzig eine polnische Schule errichtet würde, weil der liebe Gott ihn von den polnischen Dummköpfen befreit hätte. Diese Äußerung war geeignet, den polnischen Teil der Bevölkerung zu verletzen und verdient gerügt zu werden. Von weiteren Maßnahmen möchten wir aber absehen, da wir glauben dürfen, daß R., der im übrigen den Zustand der Schule gehoben hat, in Zukunft vorsichtiger sein wird.

gez. von Bülow. gez. Dr. Rocholl.

135

15.9.1930: Der Polizeidirektor in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Wahlveranstaltung in Zakrzewo, Kreis Flatow (6.9.1930)
15 IX 1930r.: Dyrektor policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta w miejscu. Polskie zebranie wyborcze we wsi Zakrzewo, pow. Flatow (6 IX 1930r.)

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 40

Das Kriminal- und Grenzkommissariat in Flatow berichtet hierzu folgendes:

Politische Partei:	Polnisch-Katholischer Volksverein.
Versammlungstag:	6.9.1930.
Versammlungsbeginn:	etwa um 20 Uhr.
Versammlungsort:	Zakrzewo, Saal des Gasthauspächters Dobberstein.
Teilnehmerzahl:	120–130 Personen, darunter ca. 25 Frauen.
Versammlungsleiter:	Pfarrer Dr. Domanski aus Zakrzewo.
Referent:	Pfarrer Grochowski aus Steinau, Krs. Flatow.
Thema:	Wahlpropaganda zu den bevorstehenden Wahlen am 14.9.1930.

Redner schilderte in langen Zügen das frühere Polenreich, als es vor 150 Jahren unter der Herrschaft von Rußland, Deutschland und Österreich gestanden hat und dann im Jahre 1919 vom Joch befreit worden und zum neuen Leben erstanden sei. In seinen weiteren Ausführungen griff Grochowski besonders die SPD scharf an, die darauf hinausziele, die katholische Kirche abzuschaffen und den Katholiken den Glauben aus dem Herzen zu reißen. Ein Volk ohne Glauben sei dem Untergange geweiht.

Die Zentrumspartei setze sich wohl als solche für die Erhaltung des katholischen Glaubens ein, vertrete aber niemals die Interessen der Polen in Deutschland. Die Polen seien es daher ihren Vorfahren und Kindern schuldig, zusammenzuhalten und für ihre heilige Sache zu kämpfen. Redner ging dann noch mehr auf die in Deutschland eingerichteten polnischen Minderheitenschulen ein, in der die Kinder zu frommen Dienern Jesu Christi und guten Polen erzogen würden, dort die Muttersprache erlernen und in guter Obhut seien. Es müsse jedoch auf diesem Gebiete noch weiter gekämpft werden. In allen Orten, wo polnische Schulen noch fehlten, müssen diese noch unbedingt eingerichtet werden. Die Deutschen in Polen hätten weit mehr Schulen, wie die Polen in Deutschland.

Um alles dieses erreichen zu können, müßten die Polen sich hier immer mehr zusammenschließen. Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Polen ihre Treue beweisen können. Dieses könnte nur in der Form geschehen, daß sie am Sonntag, dem 14.9.30 an der Wahlurne ihre Stimme nur allein für die polnische Partei abgeben. Es sollte sich keiner von einer anderen Partei beeinflussen lassen und sich dessen bewußt sein, was die Polen in Deutschland noch zu erkämpfen hätten. Grochowski schloß seine Rede mit den Worten: „Dieses gebe Gott".

Nach diesen Ausführungen, die ca. 1 Stunde gedauert haben, dankte Dr. Domanski dem Grochowski für seine Worte. Hieran anschließend sprach Domanski dann noch 20 Minuten lang über die Verhältnisse in Zakrzewo.

Er kam zunächst auf die Einrichtung der Schwesternstation in Zakrzewo zu sprechen. Die Kreistagsabgeordneten Kluge und Stachnick (Zentrumspartei) seien diejenigen gewesen, die bei der Beratung in einer Sitzung des Kreistages betreffs Bezuschussung dieser Schwestern seitens des Kreisausschusses nur für einen Betrag von 700,– RM gestimmt hätten, während die anderen Parteien für einen weit höheren Betrag gewesen seien, der dann auch bewilligt worden ist.

Dr. Domanski erwähnte hierbei, daß unser Herr Landrat ein vernünftiger und guter Herr sei.

Redner schilderte dann kurz die Tätigkeit der Schwestern, die Kranke besuchen und diese pflegen und in Fällen, wo nicht der Arzt sofort zur Stelle sei, Notverbände anlegen und die Erste Hilfe leisten. Auch Dobberstein (gemeint ist ein deutscher Besitzer Dobberstein aus Lugetal) sei von einer polnischen Schwester auf dem Krankenbett bis zu seinem Tode gepflegt worden.

Domanski führte den Zuhörern an Hand der Schwesternangelegenheit vor Augen, daß wohl die Zentrumspartei sich für den katholischen Glauben einsetze, aber niemals die polnischen Interessen wahrgenommen habe. Redner warnte vor diesen Leuten. Ganz besonders sollten sie sich nicht von einem Stachnick betören lassen, der im vergangenen Jahre in Zakrzewo in einer Versammlung zu ihnen u. a. gesagt habe: ‚Meine lieben Brüder'. Auch der Zentrumsführer Jungermann aus Krojanke wurde von Domanski angegriffen. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß in Zakrzewo kein Kind in der polnischen Schule fehlen dürfte, dann würden höchstens 3 Kinder für die deutsche Schule übrig bleiben und die beiden Lehrer in Zakrzewo nicht mehr notwendig sein.

Domanski teilte weiter den Zuhörern mit, daß er von einem Zentrumsmann denunziert worden sei. Er führte auch einige Fälle an, wie Beerdigung Wittmann, Verkauf von Grundstücken an Polen und Agitation für den Besuch der polnischen Minderheitsschule in Zakrzewo.

Er erklärte hierbei, daß er jederzeit für die polnische Sache einstehen würde und legte seiner Gemeinde warm ans Herz, am 14.9.1930 nur ihre Stimme für die polnische Partei abzugeben. Keine Stimme dürfe verloren gehen. Nur Gott allein würde es wissen, für welche Partei sie ihre Stimme abgegeben haben. Die Polen würden in erster Linie sich selbst und dann auch noch der polnischen Sache schädigen, wenn sie ihre Stimme einer anderen Partei geben würden.

Bemerkt wird hierzu, daß Domanski bei seinen Ausführungen mehrere Male die Versammlung aufforderte, an der Wahlurne nur ihre Stimme der polnischen Partei zu geben.

Hierauf sprach ein Vikar aus Prechlau, Krs. Schlochau, der sich seit 2 Tagen in Zakrzewo aufhält und den Pfarrer Dr. Domanski angeblich vertritt. Der Name konnte einstweilen nicht ermittelt werden.

Redner schilderte die Zustände in Oberschlesien und Westfalen, woselbst sich die Polen nicht so glücklich fühlen, wie die in hiesiger Gegend, da sie dort nicht die polnischen Schulen in so reicher Anzahl hätten und dem Gottesdienst nicht in polnischer Sprache beiwohnen könnten. Er wies die Versammlung darauf hin, daß sie in Zakrzewo glücklich sein könnten, eine polnische Kirche und Schule zu besitzen. Ferner lobte Redner den Pfarrer Domanski, der mit seinen Pfarrkindern in der Diözese als gute Polen bekannt seien.

Vor kurzem habe, so führte der Vikar an, in einer Versammlung der frühere Reichsminister Wirth u. a. gesagt, daß Deutschland noch mehr Lasten zu zahlen haben werde. Er (der Vikar) habe hierbei an die armen polnischen Arbeiter in Deutschland gedacht, die nun noch mehr dem Elend und Hunger ausgesetzt seien. Trotz dieser schlechten Wirtschaftslage habe man in Neu Bentschen einen neuen und großen Bahnhof und in Schneidemühl das Reichsdankhaus gebaut, aber dem polnischen Arbeiter in Deutschland lasse man nichts zukommen. Redner sagte dann noch, daß vor kurzem in Sampohl ein Mann ein Grundstück kaufen wollte, der aber, da er ein Pole war, die erforderliche Genehmigung zu diesem Kauf nicht erhalten habe.

Zum Schlusse seiner Ausführungen forderte der Vikar die Versammelten auf, am 14.9.1930 ihre heilige Pflicht zu erfüllen und ihre Stimme nur für die polnische Partei abzugeben.

Dr. Domanski dankte hierauf dem Redner für seine Worte und forderte die Zuhörer nochmals auf, an der Wahlurne ihre Stimme nur für die polnische Partei abzugeben. Keine Stimme dürfe verloren gehen, denn dann würde die ganze Welt, besonders aber Frankreich, Amerika und England darauf aufmerksam werden, daß in Zakrzewo nicht mehr so viel Polen sind. Domanski betonte noch, daß er weit mehr Polen zu der heutigen Versammlung erwartet habe. Er bat daher die Erschienenen, daß sie das, was sie heute in der Versammlung gehört haben, dieses auch den anderen erzählen möchten, die nicht gekommen sind. Er erläuterte auch den Wahlzettel und belehrte die Versammlung, daß sie Liste Nr. 17 zu wählen hätten. Falls alte und gebrechliche Personen am Wahltage nicht zur Urne schreiten könnten, möchte man ihm oder dem Kirchendiener die Namen derselben mitteilen. Er würde es dann veranlassen, daß diese Leute mit einem Wagen zum Wahllokal gefahren würden.

Zum Schluß seiner Worte forderte Domanski die Versammelten auf, auf Pfarrer Grochowski ein Hoch auszurufen. Die Anwesenden erhoben sich hierauf von ihren Plätzen und schrien mit gewaltiger Stimme dreimal: ‚Es lebe' (in polnischer Sprache). Hierauf wurde ein polnisches Kirchenlied gesungen, welches Dr. Domanski anstimmte. Gegen 22 Uhr war die Versammlung beendet.

Diskussionsredner:	Es ist niemand aufgetreten. Bemerkt wird noch, daß der Sekretär des Polenbundes in Deutschland, Makowicz [Maćkowicz] aus Flatow, gemeinsam mit den 3 Rednern auf der Bühne am Tisch saß.
Verlauf der Versammlung:	Dieselbe verlief ruhig.
Stimmung:	Die Versammelten hörten andächtig den Rednern zu. Es erweckte den Anschein, als wenn eine Kirchengemeinde der Predigt des Pfarrers lauscht.

Geldsammlungen:	Es wurde kein Geld gesammelt.
Verteilung von Druckschriften:	Nach Schluß der Versammlung wurden lediglich rote Flugblätter am Ausgang der Saaltür verteilt.
Strafrechtliche Verstöße (insbesondere gegen das Republikschutzgesetz):	sind nicht vorgekommen".

Ein Flugblatt sowie die Übersetzung desselben wird in der Anlage beigefügt.

Der Herr Landrat in Flatow hat durch das Kriminal- und Grenzkommissariat in Flatow Kenntnis erhalten.

gez. Dr. Thiemann

136

7.1.1932: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern in Berlin. Polnische Kulturausstellung in Flatow (5.–13.12.1931)
7 I 1932r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Wystawa kultury polskiej w Flatow (5–13 XII 1931r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 549

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 4. Dezember 1931 – E.mst Nr. 1993/31 – darf ich über den weiteren Verlauf der polnischen Kulturausstellung folgendes berichten:

Die Ausstellung hat vom 5.–13. Dezember d. Js. in Flatow im Saale der Bank Ludowy stattgefunden. Sie ging über den Rahmen der vorjährigen Ausstellung hinaus, die lediglich Arbeiten der hiesigen polnischen Bevölkerung, insbesondere der Schulen, enthielt. In erheblichem Umfang waren Erzeugnisse polnischen Kunsthandwerks vor allem aus Polen selbst aufgebaut, welche zur Ansicht und zum Verkauf standen. Es war also eine Art Weihnachtsmesse, welche die polnische Bevölkerung veranlassen sollte, bei ihren Weihnachtseinkäufen das polnische Kunsthandwerk zu bevorzugen, und die natürlich gleichzeitig polnische Kulturpropaganda treiben sollte.

Von den ausgestellten Gegenständen sind zu erwähnen: Holzgegenstände aus den Karpaten, wie Tintenfässer, Löscher, Notizblockdeckel, Aschbecher und andere aus Holz geschnitzte, mit seltsamen hartlinigen und scharfkantigen Ornamenten gezierte Gegenstände. Daneben waren ausgestellt Handmalereien, Tischdecken, Teppiche aus den Lodzer Werkstätten, auffallend durch kräftige und leuchtende Farben, Handarbeiten wie Stickereien auf Decken und Frauenkleidern, teils aus dem Korridor, teils aus Dörfern des Kreises Flatow. Eine Steingutmanufaktur hatte Keramiken ausgestellt. Es fehlte auch nicht an einer Schau polnischer Bücher, besonders aufklärender Art, über Gartenbau, Blumenzucht, Landwirtschaft, auch die Veröffentlichungen des Warschauer Museums und Publikationen alter Volkskunst waren vertreten. Zeitungen und Zeitschriften reihten sich an.

Die genaue Besucherzahl hat trotz eingehender Feststellungen nicht ermittelt werden können. Die deutsche Bevölkerung hat die Ausstellung nur vereinzelt besucht, hingegen ist die polnische Bevölkerung dank der umfangreichen Propaganda der polnischen Führer, namentlich des Pfarrers Dr. Domanski zahlreich zum Besuch der Ausstellung erschienen. Polnische Jugendvereine haben die Ausstellung geschlossen besichtigt.

Zweifellos ist die polnische Kulturausstellung ein beachtenswertes Ereignis gewesen, welches den Zweck, Kulturpropaganda innerhalb der polnischen Minderheit des Kreises Flatow zu treiben, in gewissem Umfange erfüllt haben mag. Eine so hohe Bedeutung wie die polnischen Pressedarstellungen, welche im Gesamtüberblick Nr. 96 Seite 687 und Nr. 100 Seite 728 wiedergegeben sind, der Ausstellung beilegen, dürfte ihr jedoch nicht zuzusprechen sein.

In Vertretung
gez. Ganse

137

12.12.1932: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Stimmen bei den Reichstagswahlen
12 XII 1932r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Głosy polskie przy wyborach do Reichstagu

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D Nr. 35 (Abschrift).

Wie sich aus einem Vergleich der Gesamtzahlen ergibt, ist zwar bei der Novemberwahl 1932 eine Steigerung gegenüber der Juliwahl zu beobachten. Doch hält sich auch das jetzige Zahlenergebnis noch durchaus im unteren Mittel der bei den Wahlen der letzten Jahre für die polnische Liste abgegebenen Stimmen.

Die Gesamtzahlenbewegung in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen zeigt folgendes Bild:

Reichstagswahl	20.5.1928	= 4 467
Landtagswahl	20.5.1928	= 4 562
Reichstagswahl	14.9.1930	= 4 900
Landtagswahl	24.4.1932	= 4 599
Reichstagswahl	31.7.1932	= 3 907
Reichstagswahl	6.11.1932	= 4 128

Ist also aus diesem Ergebnis in keiner Weise, wie es ein Teil der polnischen Presse tut (vergl. Glos Pogranicza, Nr. 46 – Gesamtüberblick über die poln. Presse Nr. 89 vom 19.11.32 –), ein Anlaß zum Jubel herzuleiten, so zeigt auch ein Vergleich des Steigerungsverhältnisses, daß die Zunahme durchaus nicht gleichmäßig erfolgt ist, sondern fast ausschließlich auf den Kreis Flatow beschränkt ist. Eine eindeutige und alle Zweifel ausschließende Auswertung der hierbei wirksamen Kräfte ist nicht möglich. Der wichtigste Grund ist wohl darin zu suchen, daß hier das besondere Tätigkeitsgebiet des außerordentlich rührigen und eifrigen Polenführers Pfarrers Dr. Domanski aus Zakrzewo liegt. Hinzu kommt, daß ganz allgemein das ständige Sinken der Polenstimmen bei den Wahlen auf die polnischen Führer offenbar stark beunruhigend gewirkt hat. Jedenfalls war bei den letzten Wahlen eine bedeutend verstärkte Propagandatätigkeit zu beobachten. Die polnischen Geistlichen haben selbst in den Wahlkampf eingegriffen, und es haben in einer Reihe von Orten auch Führer der polnischen Bewegung, so u. a. auch der Hauptgeschäftsführer des Bundes der Polen in Deutschland, Kaczmarek, gesprochen. In Zakrzewo z. B. ist der Geschäftsführer der hiesigen Zweigstelle des Polenbundes von Haus zu Haus gegangen und hat die Leute beeinflußt; er hat insbesondere auch diejenigen besucht, die ihre Kinder in die deutsche Schule schicken.

Besonders stark ist der Stimmenzuwachs in Flatow, Glumen und Zakrzewo. Während der Zuwachs in Zakrzewo erst auf das persönliche Eingreifen des Pfarrers Dr. Domanski zurückzuführen ist, sind Gründe für das Steigen in der Stadt Flatow nur schwer zu finden. In Glumen, das den auffallendsten Zuwachs an polnischen Stimmen hat, die dort auch einen Höchststand erreicht haben, dürften die Zusammenstöße im August nicht ohne Einfluß gewesen sein, da sie von polnischer Seite außerordentlich zu Propagandazwecken ausgenutzt worden sind.

Als ein ganz allgemeines, das Zahlenergebnis beeinflussendes Moment muß noch erwähnt werden, daß am 6. November die Saisonarbeiter, die sich den Sommer über auswärts befinden, wieder zu Hause waren.

Ohne feststellbaren Einfluß auf das Wahlergebnis ist dagegen das Vorhandensein von polnischen *Minderheitsschulen* gewesen. Ob hier Zusammenhänge wirksam sind, wird sich erst bei späteren Wahlen beurteilen lassen.

gez. von Bülow.

138

27.1.1933: Der Polizeidirektor in Schneidemühl an den Oberpräsidenten ebendort. Winterfest des polnisch-katholischen Jungmännervereins Glumen in Zakrzewo, Kreis Flatow (22.1.1933)

27 I 1933r.: Dyrektor policji w Schneidemühl do naczelnego prezydenta. Zabawa zimowa polsko- katolickiego Stowarzyszenia młodych mężczyzn ze wsi Glumen we wsi Zakrzewo, pow. Flatow (22 I 1933r.)

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 140, Bl. 218

Das Kriminal- und Grenzkommissariat in Flatow berichtet:

Am 22.1.33, 17.30 Uhr veranstaltete der vorstehend angeführte polnische Verein in Zakrzewo, im Saale Pesalla, sein diesjähriges Wintervergnügen.

Die Veranstaltung war von etwa 250–300 Personen, die der polnischen Minderheit aus den Dörfern Glumen und Zakrzewo, Kreis Flatow sowie der näheren Umgebung derselben angehörten, besucht.

Andere Vereine, als der festgebende, traten nicht in Erscheinung und waren auch sonstwie nicht feststellbar.

Der polnische Konsul vom polnischen Konsulat in Schneidemühl oder Angestellte desselben waren nicht anwesend.

Unter den Festteilnehmern bemerkte man den Pfarrer Dr. Domanski, Vikar von Styp-Rekowski, den Lehrer Josef Mozelewski von der polnischen Minderheitenschule in Flatow und etwa 6 Lehrer von den polnischen Minderheitenschulen in Zakrzewo und Glumen.

Zu Beginn der eigentlichen Darbietungen hielt ein junger Mann aus Glumen, dessen Name nicht unauffällig befragt werden konnte, eine kurze Begrüßungsansprache an die Anwesenden, in der bemerkenswerte Ausführungen nicht vorkamen. Anschließend folgte die Aufführung eines Theaterstückes durch die Mitglieder des festgebenden Vereins, betitelt: „Der alte König Siegmund", in dem das Polnisch-Nationale verherrlicht wurde, jedoch deutschfeindliche oder hetzerische Szenen nicht zur Aufführung gelangten. Nach Beendigung der Theatervorführung erfolgte der Tanz.

Andere bemerkenswerte Vorkommnisse sind bis zum Abgang der Vertrauensperson, um etwa 20.45 Uhr nicht vorgekommen.

Der Herr Landrat hier hat Abschrift erhalten.

gez. Mock

139

12.8.1933: Der Oberpräsident in Schneidemühl an den Preußischen Minister des Innern in Berlin. Zwischenfälle in Groß Dammer, Kreis Meseritz (Juli 1933)
12 VIII 1933r.: Naczelny prezydent w Schneidemühl do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Incydenty we wsi Groß Dammer, pow. Meseritz (lipiec 1933r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D Nr. 37 (Abschrift).

In dem nebenbezeichneten Artikel [„Vom Polentum in der südlichen Grenzmark" in Nr. 54 des Gesamtüberblicks über die poln. Presse v. 12.7.33] ist im vorletzten Absatz folgendes gesagt: „U. a. ist auch vorgekommen, daß in Neu Bentschen einige Polen deswegen überfallen wurden, weil sie polnisch gesprochen haben."

Die hierauf eingeleiteten Ermittlungen haben nachstehendes ergeben:

In Neu Bentschen sind keine Polen aus dem Grunde überfallen worden, weil sie polnisch gesprochen haben. Überfälle auf polnisch gesinnte Personen sind nicht zu verzeichnen gewesen.

In dem überwiegend polnischen Dorfe Groß Dammer ist es aber zu verschiedenen Zwischenfällen gekommen. Der 1. Vorfall ereignete sich am 2. Juli d. J. gelegentlich des dort abgehaltenen Kriegervereinsfestes. An ihm nahm auch der Stahlhelmmann Rathmann aus Schrompe teil. Am Abend fuhr er auf seinem Fahrrade ohne Licht in stark angetrunkenem Zustande der elterlichen Behausung zu. Schon im Dorfe geriet er aber an eine Telegraphenstange, stürzte und blieb bewußtlos liegen. Als er aufgefunden wurde und wieder zur Besinnung gekommen war, erklärte er u. a. auch dem anwesenden Landjägerbeamten der Wahrheit zuwider, von Polen überfallen worden zu sein. Das Gerücht verbreitete sich äußerst schnell und die wachsende Empörung gegen die Polen löste sich hauptsächlich im Vergnügungslokale aus. Hier schlugen einige Freiwillige des Arbeitsdienstlagers Schwarzenau anwesenden Polen ins Gesicht und verboten ihnen, polnisch zu sprechen. Vereinzelte Vorfälle ereigneten sich an diesem Tage auch auf der Straße.

Etwa eine Woche später wurden in Groß Dammer von einem Auswärtigen Schieß- und Würfelbuden aufgebaut und in Betrieb genommen. Am Abend fanden sich dort auch Polen ein und machten später dem Besitzer Vorhaltungen, daß es bei ihm nicht reell zuginge. Sie drohten ihm, seine Buden in den nahen Teich zu werfen. Durch diese Bedrohung sah sich der Besitzer genötigt, Hilfe herbeizuholen. Er wandte sich dabei aber nicht an den zuständigen Landjägerbeamten, sondern bat die Freiwilligen vom Arbeitsdienstlager Schwarzenau, ihm beizustehen. Diese rückten in einer Stärke von 12 Mann an, verfolgten die Polen auf ihrer Flucht, betraten dabei fremde Gehöfte und ohrfeigten verschiedene Ausreißer.

Diese Vorfälle sind nach Bekanntwerden von dem zuständigen Landjägerbeamten zum Anlaß genommen worden, dem Herrn Landrat in Meseritz mündlichen Vortrag zu halten. Es wurde sofort Abhilfe geschaffen. Seitdem sind Zwischenfälle nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Offenbar hat die polnische Zeitung mit bestimmter Absicht den Ort der Handlungen nach Neu Bentschen verlegt, um bei einer entsprechenden polizeilichen Maßnahme mit dem obigen Material aufwarten zu können. Es düfte sich hier also um einen politischen Schachzug handeln, der agitatorisch ausgenutzt werden soll.

In Vertretung:
gez. Egidi.

140

26.11.1934: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Interpretation der Volkszählung von 1933
26 XI 1934r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Interpretacja spisu ludności z 1933r.

BA Potsdam, Deutsche Stiftung, 61 Sti 1, Nr. 997/1 (Abschrift).

Über die Entwicklung der Verhältnisse der polnischen Minderheit habe ich dem Herrn Oberpräsidenten einen ausführlichen Bericht am 30. Juli 1934 – A 2 Nr. 580/34 – erstattet und diesen Bericht nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Muttersprachenzählung am 13.8. unter A 2 Nr. 817/34 ergänzt. Von beiden Berichten habe ich dem Herrn Minister unter den gleichen Daten Abschrift vorgelegt. Auf ihren Inhalt bitte ich Bezug nehmen zu dürfen.

Die Tatsache, daß in der Grenzmark die Zahl der Polnischsprechenden einschließlich der Doppelsprachigen von 14 952 auf 9 573 gesunken ist, wird teilweise darauf zurückzuführen sein, daß die Angaben der betreffenden Personen bei der Volkszählung 1933 anders gewesen sind als bei der Volkszählung 1925. Dies liegt m. E. daran, daß, wie auch bei den letzten Wahlen ersichtlich war, das Polentum an Anhang etwas verloren hat. Ob auf die Dauer oder vorübergehend, bleibt abzuwarten. Im Zusammenhang damit werden eine Reihe von Personen, die früher das Polnische als Muttersprache angegeben haben, bei der letzten Volkszählung das Deutsche als Muttersprache bezeichnet haben. Eine wesentliche Verschiebung der Bevölkerung durch Abwanderung oder dergleichen dürfte meines Erachtens nicht eingetreten sein.

In Vertretung
gez. Kothe.

141

31.1.1935: Staatspolizeistelle Schneidemühl an das Geheime Staatspolizeiamt. Überblick über die polnische Bewegung (für 1934)
31 I 1935r.: Placówka policji państwowej w Schneidemühl do urzędu tajnej policji państwowej. Przegląd ruchu polskiego (za 1934r.)

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 47. Abdruck in: Źródła do dziejów Polaków w Marchii Granicznej w latach 1919–1945, Zielona Góra 1967, S. 182-209.

I. *Stärke und Struktur der polnischen Minderheit*

Im Bezirk meiner Staatspolizeistelle tritt die Polenbewegung in den Kreisen Flatow, Meseritz, Bomst und im Stadtkreis Schneidemühl in Erscheinung. In diesen Kreisen befinden sich auch eine größere Anzahl polnischer Vereine. In allen übrigen Kreisen des Bezirks sind polnische Einwohner nur in ganz geringer Anzahl vorhanden, die sich aber zu keinerlei Vereinen pp. der polnischen Minderheit zusammengeschlossen haben.

Bevor ich auf die Verhältnisse zwischen Deutschtum und Polentum eingehe, muß ich als Tatsache feststellen, daß das beiderseitige Verständnis wesentlich besser geworden ist. Es kann natürlich nicht erwartet werden, daß sich das frühere, auf Feindschaft Jahrzehnte hindurch begründete Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in kaum einem Jahre in eine aufrichtige Freundschaft verwandelt hat. Dies ist schon deshalb nicht möglich, weil während des polnischen Aufstandes die nationalen Leidenschaften zu sehr aufeinandergeprallt sind, so daß es vieler Jahre bedarf, um auf beiden Seiten eine ruhige Beurteilung der durch das deutsch-polnische Annäherungsabkommen geschaffenen Lage zu erreichen.

Als Hochburg der Polenbewegung meines Bezirks muß der Kreis Flatow nach wie vor bezeichnet werden.

Die Einwohnerzahl des Kreises Flatow beträgt nach der Volkszählung vom 16.6.1933 – 40567. Legt man diesen Zahlen die Angaben über den Gebrauch der Muttersprache zu Grunde, so sprechen von diesen Einwohnern

34751 deutsch
1552 polnisch und deutsch
3828 polnisch,

der Rest deutsch und eine andere Sprache oder nur eine andere Sprache. Diese statistischen Zahlen verschieben sich aber in Wirklichkeit zugunsten der polnischen Minderheit, weil viele Polen aus naheliegenden Gründen ihre wahre Gesinnung nicht zu erkennen geben, und daher als sogenannte „versteckte Polen" der Minderheit zugerechnet werden müssen. Der Prozentsatz der Minderheit im Kreise Flatow dürfte mit schätzungsweise 18–20 % der Bevölkerung nicht zu hoch in Anrechnung gebracht sein.

Der Grundbesitz ist nach der Nationalität

deutsch mit ca. 86 %
polnisch mit ca. 14 %

zu bezeichnen.

Die in den letzten Berichtsjahren zu verzeichnen gewesene, allerdings geringfügige Zunahme des polnischen Grundbesitzes, ist nach den getroffenen Feststellungen zum Stillstand gekommen. Durch das Erbhofgesetz dürfte dieser Zustand nunmehr überhaupt aufhören.

Im Kreise Meseritz und Bomst konzentriert sich die polnische Bevölkerung hauptsächlich auf folgende Orte, die unmittelbar an der Landesgrenze liegen:

a) *Kreis Meseritz:*
Betsche mit ca. 1950 Einwohnern,
davon 400 poln. Minderheit
Stalun mit ca. 550 Einwohnern,
davon 100 poln. Minderheit
Scharzig mit ca. 250 Einwohnern,
davon 50 poln. Minderheit
Zielomischel mit ca. 300 Einwohnern,
davon 50 poln. Minderheit

Groß Dammer mit ca. 1 400 Einwohnern,
davon 1 000 poln. Minderheit

b) *Kreis Bomst:*
Bomst mit ca. 1 800 Einwohnern,
davon 300 poln. Minderheit
Neukramzig mit ca. 1 100 Einwohnern,
davon 850 poln. Minderheit
Kramzig mit ca. 350 Einwohnern,
davon 300 poln. Minderheit
Klein und Groß Posemuckel mit ca. 850 Einwohnern,
davon 700 poln. Minderheit

Außerordentlich bemerkenswert ist die Tatsache, daß, wenn auch im Berichtsjahre eine Wahl bekanntlich nicht stattgefunden, die Volksabstimmung vom 19.8.1934 bewiesen hat, daß die Angehörigen der hiesigen polnischen Minderheit sich zum Führer und zum Nationalsozialismus, in einigen Orten sogar hundertprozentig, bekannt haben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Nein-Stimmen in Orten starker polnischer Minderheit gegenüber der Volksabstimmung von 1933 beträchtlich zurückgegangen sind. Bei der Volksabstimmung selbst hat die Minderheit unbedingt eine loyale Haltung bewiesen.

Die *Struktur* der Minderheit zeigt eine bemerkenswerte Eigenart, die vom strategischen und nationalpolitischen Standpunkt aus nicht unterschätzt werden darf. Die Minderheiten verteilen sich nämlich nicht etwa auf die Gemeinden der Kreise schlechthin, sie bilden vielmehr Enklaven, die, und das ist wiederum sehr bemerkenswert, im Kreise Flatow, fast östlich der Ostbahn (also an der Grenze), in den Kreisen Meseritz und Bomst gleichfalls unmittelbar an der Grenze liegen. Sie bilden daher einen Wall in der unmittelbaren Grenzzone. Durch die Seßhaftmachung als Auswirkung des Erbhofgesetzes wird hier hart an der Grenze somit ein Wall entstehen, dem eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Dies bedeutet m. E. vom nationalpolitischen und strategischen Standpunkt aus eine große Gefahr. Derselbe slavische Wall seßhafter Ansiedler bildet sich nach und nach auch im gegenüberliegenden polnischen Grenzgebiet und erhöht m.E. diese Gefahr. Jenseits der Grenze nämlich wird der deutsche Großgrundbesitz in der Auswirkung der Agrarreform immer mehr zerschlagen und polnischer Kleinbesitz durch Ansiedlung seßhaft gemacht. Aus vorstehenden Gründen und jahrelangen Erfahrungen in Minderheiten- und Grenzfragen, muß ich daher nochmals darauf aufmerksam machen, daß die Anwendung des Erbhofgesetzes auf die Minderheiten in der Grenzzone eine Gefahr in sich birgt, die für die Zukunft nicht unterschätzt werden darf.

Die Stellung der Minderheit selbst zum Erbhofgesetz ist aus unzähligen Zeitungsartikeln zur Genüge bekannt, worin sie Befreiung von diesem Gesetz, das ihrem nationalen und wirtschaftlichen Leben nach ihrer Meinung ein außerordentliches Hemmnis bedeutet, fordert.

Die Stärke der Minderheit beruht in der oben erwähnten Zusammenballung in bestimmten Ortschaften, die ihr eine enge kulturelle und wirtschaftliche Lebensmöglichkeit bietet. Ihre Stärke beruht ferner in der Tatsache, daß sie, wenn auch nur wenige, aber dafür um so tüchtigere Führer besitzt, die von ihrer Zähigkeit und Ausdauer ihresgleichen suchen. So versteht es zum Beispiel Pfarrer Dr. Domanski in Zakrzewo, Kreis

Flatow, der das Haupt der gesamten Polenbewegung in Deutschland ist, meisterhaft in allen Lebenslagen die Minderheit zu einer Gemeinschaft zu führen, wie sie bei der deutschen Minderheit in Polen umgekehrt leider bisher nicht zu erreichen war. Die polnische Minderheit steht gerade jetzt nach der nationalsozialistischen Revolution fester da denn zuvor, während die deutsche Minderheit in Polen einen Kampf führt, der bei der polnischen Minderheit einfach undenkbar wäre.

Wenn oben angeführt wurde, daß nur wenige Führer vorhanden sind, so erklärt sich dies daraus, daß der Minderheit des hiesigen Bezirks tatsächlich der geistige Nachwuchs fehlt. Diesen Mangel hat man längst erkannt und ist mit allen Mitteln bestrebt, denselben wieder auszugleichen. Durch Versprechungen und materielle Unterstützungen ist erreicht worden, daß z. B. zur Zeit ca. 30 Schüler des Kreises Flatow das polnische Gymnasium in Beuthen O/S besuchen. Diese Gymnasiasten bilden den Stolz und die Zukunft des Führernachwuchses. Auch in der Jugenderziehung geht man dazu über, nun auch die noch *nicht schulpflichtigen Kinder* zu erfassen und sie in den polnischen Kindergarten für ihre Bestimmung vorzubereiten. In Neukramzig, Kreis Bomst, ist der polnische Kindergarten am 20.9.1934 eröffnet worden. Ihn besuchen regelmäßig 30 bis 35 Kinder, während in dem deutschen Kindergarten in Neukramzig neben drei deutschen 21 polnische Kinder sind. Die Konkurrenz wäre hier noch bedeutend stärker, wenn die deutsche Kindergärtnerin polnisch verstünde, denn verschiedene polnischstämmige Eltern, die ihre Kinder in die deutsche Schule schicken, haben sich damit entschuldigt, daß ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder notgedrungen den polnischen Kindergarten besuchen müßten, weil eine Verständigung mit der deutschen Kindergärtnerin nicht möglich wäre.

In Groß Dammer ist der polnische Kindergarten noch nicht zur Eröffnung gekommen. Der Zeitpunkt steht aber unmittelbar bevor. Nach den erhaltenen Informationen werden ihn voraussichtlich 33 Kinder besuchen. Der deutsche Kindergarten ist seit Anfang November v. Js. in Betrieb. Von den 28 Kindern, welche sich dort regelmäßig einfinden, sind 8 evangelisch und 20 katholisch. Die letzteren können durchweg als polnischstämmig angesprochen werden. Dieser Erfolg ist m. E. auf den Einfluß der Kindergärtnerin zurückzuführen, welche die polnische Sprache beherrscht. Es kann nach der bisherigen Beurteilung ihrer Person gesagt werden, daß sie den polnischen Bauer und Arbeiter versteht und auch die Fähigkeit besitzt, diese Kenntnisse für die deutschen Belange auszuwerten.

Im übrigen kann abschließend gesagt werden, daß sich im Berichtsjahre an der Stärke und Struktur der polnischen Minderheit des Regierungsbezirks wenig geändert hat.

II. *Polnische Presse*

Die außerordentliche Bedeutung der Presse ist von der Minderheit frühzeitig erkannt worden. Trotzdem von ihrer Führung die überragende Bedeutung erkannt und immer wieder darauf hingewiesen worden ist, klagen maßgebende Stellen immer noch über den geringen Leserkreis. In Führerkreisen klagt man ferner noch darüber, daß allgemein nicht genügend bekannt sei, daß die Presse die Rolle eines Verbreiters des nationalen Geistes und Kämpfers um die Rechte der Minderheit spielt. Es hat daher eine nie gekannte Pressepropaganda eingesetzt, insbesondere für die Zeitung „Glos Pogranicza i Kaszub". Mit dieser am 1.1.1933 ins Leben gerufenen Tageszeitung für die Grenzmark und das Bütower Land (Gebiet des Landesverbands V des Polenbundes) hat die polnische Presse eine Lücke ausgefüllt, zumal für dieses Gebiet eine besondere Zeitung bisher nicht vorhanden war.

Da diese Zeitung im hiesigen Bezirk nicht aufgelegt wird, ist deren genaue Auflage nicht bekannt. Die in Oppeln O/S gedruckte Zeitung wird in Höhe von ca. 500 Exemplaren im Kreise Flatow und etwa 50 Exemplaren in den übrigen Kreisen des Bezirks vertrieben. Am Sitz des Landesverbands V in Flatow befindet sich eine Filial-Redaktion, die von dem Minderheits-Sportlehrer Jaroszyk – Flatow geleitet wird. Redakteur in Oppeln ist der ebenfalls aus dem Kreise Flatow stammende Johann Langowski.

Außer dieser Zeitung werden im hiesigen Bezirk gelesen:

Polak w Niemczyk [Polak w Niemczech],
Katolik Godzienny [Katolik Codzienny],
Nowiny Godzienne [Nowiny Codzienne],
Poslamiecz Niedzielny [Posłaniec Niedzielny],
Dzennik Berlinski [Dziennik Berliński],
Prsysposodienie [Przysposobienie],
Agronomoa [Agronom],
Przewodnik Katolicki,
Gazeta Olstynska [Gazeta Olsztyńska],
L i s ,
Glos Polski,
Junger kleiner Polak [Młody Polak, Mały Polak w Niemczech].

Weiter befinden sich im hiesigen Bezirk eine ganze Anzahl polnischer Volksbüchereien.

III. *Vereinswesen*

Hierzu muß vorweg festgestellt werden, daß sich im Berichtsjahr eine derart intensive Vereinstätigkeit bemerkbar gemacht hat, wie sie bisher nie beobachtet worden ist. Sehr nachteilig wirkt sich als Gegengewicht gegen die Maßnahmen der Minderheit die geringe Zurverfügungstellung von Geldmitteln für deutsche kulturelle Zwecke, insbesondere in den Kreisen Flatow, Bomst und Meseritz aus. Den Landräten dieser Kreise, insbesondere aber dem des Kreises Flatow, müßten aus nationalpolitischen Gründen bedeutend größere Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden. Wo ein polnischer Verein, ein Kindergarten oder dergleichen vorhanden ist, müssen auch die Mittel bereitgestellt werden, deutsche Vereine pp. als Gegengewicht lebensfähig zu machen bzw. zu erhalten. Diese Tatsache bedarf m. E. besonderer Beachtung seitens höherer Stellen. Für die Kreise Flatow, Meseritz und Bomst, insbesondere aber für den erstgenannten Kreis, der nationalpolitisch der gefährdetste Kreis der Grenzmark – vielleicht überhaupt – ist, müssen m. E. besondere Maßnahmen ergriffen werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn deutschstämmige Bewohner einer Gemeinde sich gegenüber der polnischen Minderheit derselben Gemeinde zurückgesetzt fühlen. Gerade solche Orte müssen fühlen, daß Deutschland gewillt ist, alles zu tun, um ihre kulturelle Belange zu fördern. Wenn z. B. die polnische Minderheit im vergangenen Winter eine Theatergruppe (Laienspieler) in viele Orte mit Minderheiten geschickt hat, so muß es m. E. auch möglich sein, für die Deutschen in den Orten mit starker polnischer Minderheit dasselbe noch verstärkter durchzuführen.

Da das Vereinsleben der Minderheit äußerst rege ist, ist auch der Zusammenschluß fester und enger als in den Jahren zuvor.

Das Jahr 1934 hat derartig viele Veranstaltungen zu verzeichnen, daß es m. E. im Rahmen dieses Berichts zu weit führen würde, sie alle einzeln aufzuzählen. Bei diesen Veranstaltungen handelte es sich um Vereinsvergnügen, Leseabende, Buchausstellungen, Werbeabende, Gesangvereinsfeste, Abende der Jünglingsvereine, Jungfrauen-Kongregationen, Sportvereine, Gedenkstunden für den Dichter Adam Mickiwicz [Mickiewicz], für Tadeus [Kościuszko] und für Stanislaus Kostki [Kostka], den Schutzpatronen der polnischen Jugend, Sportveranstaltungen und dergleichen. Erwähnenswert bleiben ferner verschiedene Ausstellungen auf hauswirtschaftlichem Gebiete.

Aus der Fülle der Veranstaltungen im Berichtsjahr seien einige bemerkenswerte erwähnt:

Die Krönung der erstaunlichen Arbeitsleistung des Pfarrers Dr. Domanski in Zakrzewo war für ihn und für die gesamte Minderheit die langersehnte Einweihung eines eigenen Heimes am Sitze des Hauptes und der Hochburg der Polenbewegung in Zakrzewo, Krs. Flatow. Das Polenhaus, die Minderheit nennt es „Dom Polski", wurde am 29.11.1934 gelegentlich einer großen Veranstaltung eingeweiht. Außer Pfarrer Dr. Domanski nahm auch der polnische Konsul nebst Beamten und Angestellten des Konsulats aus Schneidemühl teil. An dieser Feier beteiligten sich ca. 400 Personen der polnischen Minderheit. In dem Saale des Polenhauses finden nunmehr sämtliche Veranstaltungen der Minderheit von Zakrzewo und Umgegend statt, eine Tatsache, die für die polizeilichen Ermittlungen in diesem Bezirk insofern unerfreulich ist, als die an sich schon schwierige Beobachtung dadurch noch schwerer wird. Bisher fanden nämlich fast alle Veranstaltungen in Lokalen statt. Die Einweihung des „Dom Polski" in Zakrzewo war für die hiesige Minderheit eines der größten Ereignisse im Jahre 1934 und ist auch in der polnischen Presse gebührend gewürdigt worden.

Ein weiteres Ereignis im Vereinsleben der Minderheit bildeten die im Berichtsjahre im hiesigen Bezirk, insbesondere im Kreise Flatow, stattgefundenen *polnischen* Ausstellungen. Im gesamten Bezirk des Landesverbandes V (Sitz Flatow) des Polenbundes bestehen Arbeitsgruppen der „landwirtschaftlichen Vorbereitung". Der Leiter dieser Arbeitsgruppen im Landesverband V (Grenzmark und Bütower Land) ist der Landwirt Anton Dorsch, geboren am 1.1.1903 in Lugetal, wohnhaft Lugetal, Kreis Flatow. Der Genannte hat vom 18. bis 23.3.33 an einem Ausbildungskursus an der landwirtschaftlichen Schule in Kolmar/Polen unter Leitung des Direktors Pawinski teilgenommen. Dorsch ist seit dieser Zeit landwirtschaftlicher Wanderlehrer, und er veranstaltet an allen in Betracht kommenden Orten Ausstellungen, die den Zweck haben, die polnische Jugend in der landwirtschaftlichen Ausbildung zu fördern und geeignete Bewerber für Kurse an landwirtschaftlichen Schulen in Polen zu vermitteln. Das Hauptinteresse richtet Dorsch auf Produkte, z. B. Mais, die in hiesiger Gegend nicht angebaut werden, aber als Futtermittel großen Nährwert besitzen.

Jedes Jahr findet im Herbst eine Prämierung der besten Kenntnisse und Erzeugnisse aller Arbeitsgruppen statt. Hierzu erscheinen alljährlich im Kreise Flatow der Direktor der landwirtschaftlichen Schule aus Kolmar, Pawinski, und im Kreise Bomst und Meseritz der Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Wollstein, Perek, welche die Prämierung vornehmen. Diese Veranstaltungen, an denen auch fast immer der polnische Konsul aus Schneidemühl teilnimmt, werden stets groß aufgezogen und sind mit einer anschließenden Feier verbunden. Bei der letzten Prämierung im Kreise Flatow am 2.12.1934 hielt Pfarrer Dr. Domanski eine bedeutsame Rede. In dieser Rede ermahnte er insbesondere die polnischen Bauern, dafür zu sorgen, daß nicht wieder Boden polnischer Besitzer in fremde Hände übergehe. Im Jahre 1920, so führte der Redner weiter

aus, seien nicht weniger als 8 000 Morgen in Händen „Andersdenkender" übergegangen, ein Zustand, der unerträglich sei und dazu aufrufe, fest am polnischen Boden zu halten. Der Redner erwähnte ferner, daß viele Siedlungen entstehen, aber kein Pole eine solche erhalte. Auch diese Veranstaltung war von etwa 400 Personen besucht und hat einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Führend war hierbei die Arbeitsgruppe in Zakrzewo der „landwirtschaftlichen Vorbereitung". Sie ist eine der stärksten und rührigsten des Bezirks und in zwei männliche und eine weibliche Gruppe eingeteilt. Wie in den anderen Gruppen, findet auch hier wöchentlich Unterricht statt, der von einem Minderheitslehrer geleitet wird.

Ferner fanden im hiesigen Bezirks mehrere groß aufgezogene *sportliche Veranstaltungen* der Minderheit statt. Seit Mai 1934 hat die sportliche Betätigung der polnischen Jugend- und Sportverbände einen großen Aufschwung genommen. Als Sportreferent des Landesverbandes V des Polenbundes wirkt der Sportlehrer Henryk Jaroszyk, wohnhaft Flatow, Hermann Göring-Straße 15. Er organisiert und beaufsichtigt die sportliche Betätigung der Jugend- und Sportvereine und hat es verstanden, in kurzer Zeit verhältnismäßig gute Erfolge zu erzielen, so daß z. B. bereits jetzt für die sporttreibenden Vereine Tabellen bestehen. Es muß daher hier besonders auf diese interessierende Tatsache hingewiesen werden, da durch die Berufung des J. die Polenbewegung zu erkennen gegeben hat, daß sie auf die körperliche Ertüchtigung der polnischen Jugend besonderen Wert legt. Die bisherigen Erfolge sind nicht zu unterschätzen. Wettspiele finden fortlaufend statt und geben Gelegenheit, die polnische Jugend einander näher zu bringen. Diese Art der Tätigkeit wird von hier aus besonders überwacht und ist bisher irgendeine *wehrsportliche* Tätigkeit nirgends festzustellen gewesen.

Auf *kulturellem Gebiet* hat sich im Laufe des Berichtsjahres eine außerordentliche Propaganda *für das polnische Buch* bemerkbar gemacht. An vielen Orten fanden Ausstellungen für das polnische Buch statt. Die Verwaltung bzw. Verwalterinnen der polnischen Volksbüchereien haben im Rahmen feierlicher Veranstaltungen Vorlesungen aus polnischen Werken abgehalten und auf die große Bedeutung des Buches hingewiesen.

Auch die Bedeutung des *polnischen Volksliedes* wurde in den Vordergrund der Veranstaltungen gestellt. Bei allen Veranstaltungen bringen Gesangvereine polnische Lieder zu Gehör und immer wieder wird zum Ausdruck gebracht, daß das Lied eines der wertvollsten Mittel ist, die Liebe zum Mutterlande zu erwecken und zu erhalten.

Erwähnt sei ferner, daß man den Polen zugestehen muß, daß sie alle die Mittel richtig erkannt haben, die geeignet sind, die Volksverbundenheit und Liebe zum Mutterlande zu festigen und zu vertiefen. Immer wieder werden Vorsitzende der Vereine und Referenten verpflichtet, bei allen Gelegenheiten sich der polnischen Muttersprache zu bedienen und polnische Volkslieder in der Muttersprache singen zu lassen.

Aus Vorstehendem ist erkennbar, daß man in der Minderheit weiß, daß ihre Stärke im Zusammenschluß in Form von Vereinen liegt und sie macht in reichestem Maße Gebrauch davon. Wenn sich auch die Zahl der Vereine nicht vermehrt hat, so ist doch ein innerer Zusammenschluß und eine innere Festigung unverkennbar.

In kultureller Hinsicht sind ferner noch zwei Faktoren von größter Bedeutung: die *Schulen und die Pfarrer.*

Im hiesigen Bezirk sind z. Zt. 26 polnische Minderheitsschulen mit rund 1 130 Kindern und 36–38 Lehrern vorhanden, und zwar befinden sich hiervon 21 Schulen im Kreise Flatow, 1 im Kreis Meseritz und 4 im Kreise Bomst. Welche große Bedeutung der Einfluß dieser Schulen und insbesondere der Lehrer hat, bedarf keiner besonderen

Erwähnung. Ich möchte nur besonders hervorheben, daß die Lehrer in den Dörfern die geistigen Führer der polnischen Minderheit bilden und sich als solche außerordentlich rührig betätigen.

Über den überragenden Einfluß der polnisch-katholischen Pfarrer habe ich mich in jedem Jahresbericht ausführlich geäußert. Daß dieser Einfluß nicht nur geblieben ist, sich vielmehr weiter entwickelt hat, ist eine Tatsache, die nicht oft genug betont werden kann.

Im Kreise Flatow bekennen sich nach wie vor offen zum Polentum und sind in ihm führend tätig:

1. Pfarrer Dr. Domanski – Zakrzewo,
2. Pfarrer Grochowski – Steinau,
3. Pfarrer Sobierayczek [Sobierajczyk] – Groß Butzig,
4. Pfarrer Paczki [Paszki] – Steinmark.

Der zu 1. Genannte ist der bekannte Präsident des gesamten Polenbundes und führend tätig im gesamten Minderheiten-, Bank- und Genossenschaftswesen.

Der zu 2. Genannte ist bekannt als Vorkämpfer für das Minderheitenschulwesen und als Vorsitzender des Polnisch-Katholischen Schulvereins für den Regierungsbezirk Schneidemühl, Sitz Flatow.

Der Einfluß dieser vier polnisch-katholischen Geistlichen ist überragend. Sie sind, so muß man annehmen, weniger Geistliche als Berater der Minderheitsangehörigen, und zwar wirtschaftliche Berater im Bank- und Genossenschaftswesen und Berater auf allen anderen Gebieten. Jeder Minderheitsangehörige hört in allen Fragen erst den Rat seines Pfarrers, und es ist festzustellen, daß ihr Einfluß ungeheuer ist und die Polen mit Fanatismus ihnen anhängen. Daß ihre Tätigkeit nicht im Rahmen ihrer Amtstätigkeit bleibt, ist ein Grund mit, warum die polnische Minderheit in allen Fragen fest zusammensteht. Jede Angelegenheit, sei es eine wirtschaftliche oder eine Wahlhandlung, wird vom Pfarrer besprochen und begutachtet. Seiner Parole wird unbedingt Folge geleistet. Daß die Pfarrer dies alles mit einer seltenen Verschwiegenheit tun, erschwert oder macht es meist unmöglich, Licht in ihr Tun und Treiben zu bringen. Ihr geheimnisvolles Treiben, von dem die Öffentlichkeit nie etwas erfährt, bedarf daher einer dauernden Beobachtung. Fest steht jedenfalls, daß sie aber mit Recht verdienen, als nationalpolitisch gefährlich bezeichnet zu werden. Auch darin sind sie echte Polen, vor den Augen mehr als freundlich und ergeben, hinter dem Rücken aber wühlen sie.

In Gegenden, die überwiegend polnische Bevölkerung aufzuweisen haben, ist es oft schlecht erkennbar, ob es sich um die polnische oder um die katholische Sache handelt. Den besten Beweis hierfür liefert die „Deutsche Jugendkraft" in Neukramzig. Als reine katholische Jugendbewegung anzusprechen, waren in diesem Verein überwiegend Polen vertreten. Sie hatten sich dort aufnehmen lassen, als sie noch nicht klar sehen konnten, welche Stellung die nationalsozialistische Bewegung bei der Machtergreifung nun einnehmen würde. Der Kampf um die katholische Jugendbewegung ist im Grenzgebiet oft ein politischer Kampf dergestalt, daß die polnische Minderheit gerne daraus ihren Nutzen ziehen möchte. Der Pfarrer Rohloff, früher in Prittisch wohnhaft, ist zweifellos polnischstämmig, und es ist durchaus nicht abwegig, wenn gesagt wird, er habe durch den Versuch der Wiederflottmachung des katholischen Vereinslebens mehr die Schädigung der deutschen Belange, als die Vertretung der katholischen Belange beabsichtigt. Ähnlich verhält es sich mit dem katholischen Pfarrer Nowak in Lache, der in früherer Zeit mehr polnisch als deutsch dachte und fühlte, und zu dem die Gemeindeglieder seines Wirkungsortes, von denen ein großer Teil gleichfalls eine solche Einstellung hatte,

unbeeinflußbar halten. Der Einfluß dieses Pfarrers war gleichfalls schädigend für die NSDAP, da er die Organisationen dieser Bewegung bekämpfte und die Billigung der Gläubigen fand.

Durch diese beiden Darlegungen dürfte zu ersehen sein, daß sehr leicht die katholische Sache mit der polnischen vermischt werden kann, und die entsprechenden Widerstände polnischstämmiger katholischer Geistlicher entsprechend zu bewerten sind.

Im Staatspolizeistellenbezirk bestehen folgende Vereine der polnischen Minderheit, die sämtlich zunächst dem Landesverband V, Sitz Flatow, und alsdann wiederum der Spitzenorganisation, dem Bund der Polen in Deutschland, Sitz Berlin, untergeordnet sind:

a) *Ortsgruppen des Bundes der Polen in Deutschland:*
Kreis Flatow:

Flatow	ca. 300 Mitglieder
Blankwitt	ca. 30 Mitglieder
Stewnitz	ca. 70 Mitglieder
Schwente	ca. 260 Mitglieder
Glumen	ca. 40 Mitglieder
Zakrzewo	ca. 360 Mitglieder
Lugetal	ca. 60 Mitglieder
Groß Butzig	ca. 40 Mitglieder
Steinmark	ca. 20 Mitglieder
Seedorf	ca. 82 Mitglieder
Kleschin	ca. 25 Mitglieder
Preußenfeld	ca. 70 Mitglieder
Steinau	ca. 50 Mitglieder
Kietz	ca. 70 Mitglieder
Radawnitz	ca. 44 Mitglieder
Seefelde	ca. 25 Mitglieder
Gresonse	ca. 30 Mitglieder

Stadtkreis Schneidemühl:
keine
Kreis Meseritz:

Groß Dammer	ca. 250 Mitglieder

Kreis Bomst:

Neukramzig	ca. 110 Mitglieder
Kramzig	ca. 12 Mitglieder
Groß und Klein Posemuckel	ca. 80 Mitglieder

b) *Verband polnisch-katholischer Jünglings-, Jugend- und Frauenvereine*
Kreis Flatow:

Flatow (Jugendverein)	ca. 100 Mitglieder
Blankwitt (Jugendverein)	ca. 35 Mitglieder
Stewnitz (Jugendverein)	ca. 24 Mitglieder

Schwente (Jugendverein)	ca. 40 Mitglieder
Glumen (Jugendverein)	ca. 50 Mitglieder
Glumen (Jungfrauenverein)	ca. 20 Mitglieder
Zakrzewo (Jugendverein)	ca. 150 Mitglieder
Zakrzewo (Jünglingsverein)	ca. 180 Mitglieder
Zakrzewo (Jungfrauenverein)	ca. 200 Mitglieder
Lugetal (Jugendverein)	ca. 45 Mitglieder
Groß Butzig (Jugendverein)	ca. 30 Mitglieder
Ruden (Jugendverein)	ca. 60 Mitglieder
Steinmark (Jugendverein)	ca. 22 Mitglieder
Kleschin (Jugendverein)	ca. 10 Mitglieder
Preußenfeld (Jugendverein)	ca. 50 Mitglieder
Kietz (Jugendverein)	ca. 13 Mitglieder
Radawnitz (Jugendverein)	ca. 28 Mitglieder
Aspenau (Jünglingsverein)	ca. 12 Mitglieder
Aspenau (Jungfrauenverein)	ca. 10 Mitglieder
Kreis Meseritz:	
Groß Dammer (Jünglingsverein)	ca. 54 Mitglieder
Kreis Bomst:	
Neukramzig (Jünglingsverein)	ca. 30 Mitglieder
Neukramzig (Jungfrauenverein)	ca. 30 Mitglieder
Neukramzig (Frauenverein)	ca. 20 Mitglieder
Klein und Groß Posemuckel (Jünglingsverein)	ca. 60 Mitglieder
Klein und Groß Posemuckel (Jungfrauenverein)	ca. 30 Mitglieder

c) *Polnische Sportvereine*
Kreis Flatow:

Lugetal	ca. 15 Mitglieder
Zakrzewo	ca. 45 Mitglieder
Seedorf	ca. 16 Mitglieder
Glumen	ca. 30 Mitglieder
Ruden	ca. 10 Mitglieder

Kreis Meseritz:

Groß Dammer	ca. 60 Mitglieder

Kreis Bomst:

Neukramzig	ca. 50 Mitglieder

d) *Polnisch-katholische Gesangvereine*
Stadtkreis Schneidemühl:
Gesangverein „Halka" ca. 86 Mitglieder
Kreis Flatow:

Flatow	ca. 50 Mitglieder
Stewnitz	ca. 20 Mitglieder
Schwente	ca. 30 Mitglieder
Glumen	ca. 35 Mitglieder
Zakrzewo	ca. 55 Mitglieder
Lugetal	ca. 30 Mitglieder
Groß Butzig	ca. 18 Mitglieder
Preußenfeld	ca. 26 Mitglieder
Radawnitz	ca. 35 Mitglieder
Aspenau	ca. 20 Mitglieder
Blankwitt	ca. 20 Mitglieder

Kreis Meseritz:

Groß Dammer	ca. 134 Mitglieder

Kreis Bomst:
Groß und Klein Posemuckel ca. 22 Mitglieder

e) *Polnisch-katholische Schulvereine:*
Kreis Flatow:

Flatow	ca. 30 Mitglieder
Blankwitt	ca. 20 Mitglieder
Stewnitz	ca. 20 Mitglieder
Schwente	ca. 38 Mitglieder
Neu Schwente	ca. 12 Mitglieder
Glumen	ca. 40 Mitglieder
Zakrzewo	ca. 60 Mitglieder
Lugetal	ca. 55 Mitglieder
Groß Butzig	ca. 25 Mitglieder
Ruden	ca. 19 Mitglieder
Steinmark	ca. 25 Mitglieder
Seedorf	ca. 38 Mitglieder
Kleschin	ca. 10 Mitglieder

Preußenfeld	ca. 25 Mitglieder
Steinau	ca. 10 Mitglieder
Kietz	ca. 10 Mitglieder
Radawnitz	ca. 12 Mitglieder
Seefelde	ca. 12 Mitglieder
Königsdorf	ca. 10 Mitglieder
Kreis Meseritz:	
Groß Dammer	Mitgliederzahl unbekannt
Kreis Bomst:	
Neukramzig	Mitgliederzahl unbekannt
Kramzig	Mitgliederzahl unbekannt
Klein Posemuckel	Mitgliederzahl unbekannt

f) *Polnische Berufsvereine* (Landwirtschaftliche Arbeiter- u. Frauenvereine)

Kreis Flatow:	
Schwente	ca. 32 Mitglieder
(landwirtschaftlicher Verein)	
Zakrzewo	ca. 50 Mitglieder
(landwirtschaftl. Verein)	
Kreis Meseritz:	
Groß Dammer	ca. 25 Mitglieder
(landwirtschaftlicher Verein)	
Groß Dammer	ca. 154 Mitglieder
(Arbeiterverein)	
Kreis Bomst:	
Neukramzig	ca. 50 Mitglieder
(landwirtschaftlicher Verein)	
Neukramzig	ca. 90 Mitglieder
(Arbeiterverein)	
Klein und Groß Posemuckel	ca. 30 Mitglieder
(Arbeiterverein)	

g) *Polnisch-katholische Volksvereine*

Kreis Flatow:	
Preußenfeld	ca. 45 Mitglieder
Steinau	ca. 64 Mitglieder

h) *Polnisch-katholische Kirchenvereine*

Kreis Flatow:	
Flatow	ca. 50 Mitglieder
Zakrzewo	ca. 40 Mitglieder
Lugetal	ca. 20 Mitglieder
Groß Butzig	ca. 20 Mitglieder
Ruden	ca. 15 Mitglieder
Steinmark	ca. 15 Mitglieder

Preußenfeld	ca. 45 Mitglieder
Steinau	ca. 15 Mitglieder

i) *Arbeitsgruppen der landwirtschaftlichen Vorbereitung der Jugend und ihrer Arbeit*

Kreis Flatow:

Ortsgruppen in:

Zakrzewo	, Steinmark,
Lugetal	, Königsdorf,
Ruden	, Glumen,
Groß Butzig	, Stewnitz,
Seedorf	, Steinau,
Radawnitz	, Kietz,
Aspenau	, Schwente,
Neu Schwente	, Blankwitt,
Preußenfeld	, Kleschin,
Flatow	

Kreis Meseritz:

Groß Dammer

j) *Polnische Volksbüchereien*

Stadtkreis Schneidemühl : 120 Bände

Kreis Flatow:

Flatow	254 Bände
Schwente	250 Bände
Kietz	150 Bände
Zakrzewo	225 Bände
Stewnitz	124 Bände
Lugetal	Anzahl unbekannt
Groß Butzig	140 Bände
Steinmark	50 Bände
Ruden	Anzahl unbekannt
Kleschin	100 Bände
Preußenfeld	78 Bände
Radawnitz	67 Bände
Glumen	70 Bände

Kreis Meseritz:

Groß Dammer	Anzahl unbekannt

Kreis Bomst:

Neu Kramzig	Anzahl unbekannt
Kramzig	Anzahl unbekannt
Klein Posemuckel	Anzahl unbekannt

k) *Polnische Kindergärten*

Kreis Flatow:

Flatow	30 Kinder
Schwente	12 Kinder

Glumen	11 Kinder
Zakrzewo	58 Kinder
Lugetal	25 Kinder
Groß Butzig	16 Kinder
Steinmark	20 Kinder
Preußenfeld	25 Kinder
Radawnitz	10 Kinder
Kreis Bomst:	
Neukramzig	30–35 Kinder
Kreis Meseritz:	
Groß Dammer	wird in Kürze eröffnet, voraussichtlich 32 Kinder

l) *Polnische Schwesternstationen*

Kreis Flatow:	
Zakrzewo	3 Schwestern
Kreis Meseritz:	
Groß Dammer	Keine
Kreis Bomst:	
Neukramzig	Keine

m) *Polnische Minderheitenschulen*

Kreis Flatow:	
Flatow	48 Schüler bzw. Schülerinnen
Flatow Stadtbruch	20 Schüler bzw. Schülerinnen
Stewnitz	40 Schüler bzw. Schülerinnen
Schwente	41 Schüler bzw. Schülerinnen
Glumen	63 Schüler bzw. Schülerinnen
Zakrzewo	133 Schüler bzw. Schülerinnen
Lugetal	52 Schüler bzw. Schülerinnen
Groß Butzig	85 Schüler bzw. Schülerinnen
Ruden	26 Schüler bzw. Schülerinnen
Steinmark	23 Schüler bzw. Schülerinnen
Seedorf	15 Schüler bzw. Schülerinnen
Kleschin	24 Schüler bzw. Schülerinnen
Preußenfeld	42 Schüler bzw. Schülerinnen
Steinau	19 Schüler bzw. Schülerinnen
Kietz	59 Schüler bzw. Schülerinnen
Radawnitz	32 Schüler bzw. Schülerinnen
Seefelde	20 Schüler bzw. Schülerinnen
Königsdorf	26 Schüler bzw. Schülerinnen
Aspenau	22 Schüler bzw. Schülerinnen
Blankwitt	26 Schüler bzw. Schülerinnen
Neu Schwente	21 Schüler bzw. Schülerinnen
Kreis Meseritz:	
Groß Dammer	133 Schüler bzw. Schülerinnen

Kreis Bomst:

Neukramzig	103 Schüler bzw. Schülerinnen
Kramzig	16 Schüler bzw. Schülerinnen
Klein Posemuckel	57 Schüler bzw. Schülerinnen
Groß Posemuckel	21 Schüler bzw. Schülerinnen

Zusammengefaßt ergibt sich folgende Gesamtzahl der im hiesigen Bezirk bestehenden polnischen Minderheitsvereine bzw. sonstigen Organisationen:
21 Ortsgruppen des Bundes der Polen in Deutschland,
25 Ortsgruppen polnische Jugend-, Jünglings- und Frauenvereine,
7 Ortsgruppen polnische Sportvereine,
14 Ortsgruppen polnische Gesangvereine,
23 Ortsgruppen polnische Schulvereine,
7 Ortsgruppen polnische Berufsvereine (landwirtschaftlicher Arbeiter- und Frauen-Verein),
2 Ortsgruppen polnisch-katholische Volksvereine,
8 Ortsgruppen polnisch-katholischer Kirchenvereine,
20 Arbeitsgruppen der polnisch landwirtschaftlichen Vorbereitung,
18 polnische Volksbüchereien,
11 polnische Kindergärten,
1 polnische Schwesternstation,
26 polnische Minderheitsschulen,
5 polnische Banken (Ludowy),
1 landwirtschaftliche Genossenschaft (Rolnik).

IV. *Wirtschaftsleben*

Das Wirtschaftsleben der Minderheit des hiesigen Bezirks ist im Berichtsjahr ohne wesentliche Veränderung geblieben. Es kommt hier fast ausschließlich in den genossenschaftlichen Vereinigungen „Rolnik" und der Bank „Ludowy" zur Geltung. Volksbanken (Ludowy) bestehen in Flatow, Zakrzewo, Betsche, Groß Dammer und Neukramzig.

Eine landwirtschaftliche Genossenschaft befindet sich im hiesigen Bezirk nur in Flatow und zwar der „Rolnik" in Flatow.

Das gesamte Wirtschaftsleben der Minderheit spiegelt sich in den Berichten und Bilanzen betreffend den Kreis Flatow – s. Anlage zu IV – wider. Hierzu wird bemerkt, daß es sich bei den Bilanzen und Geschäftsberichten um solche des Jahres 1933 handelt, da dieselben für 1934 noch nicht aufgestellt sind.

V. *Verbindung der polnischen Minderheit mit dem Ausland*

Die Verbindung der hiesigen Minderheit zum Auslande, d. h. zum Mutterlande, gestaltet sich immer reger und enger. Gehemmt wird die Ausdehnung und Erweiterung der Reisen nach Polen einzig durch die Frage der Geldmittel, da die Polen des hiesigen Bezirks fast ausnahmslos minderbemittelten Kreisen angehören. Die Mehrzahl der Minderheitsangehörigen sind Kätner oder kleine Besitzer.

Über die Verbindung nach Polen mögen einige Beispiele Aufschluß geben.

Das wichtigste Ereignis war zweifellos die Teilnahme der hiesigen Minderheitsangehörigen an dem II. Kongreß der Auslandspolen in Warschau, der in der Zeit vom 5. bis 12. August 1934 stattgefunden hat. Auf diesem Kongreß wurden nach langjähriger, vorbereitender Organisationstätigkeit der Weltbund der Auslandspolen gegründet,

dessen Satzungen angenommen und dessen Präsidium gewählt wurde. Der Führer der Minderheiten in Deutschland, Pfarrer Dr. Domanski aus Zakrzewo, Kreis Flatow, wurde zum Mitglied des Präsidiums ernannt. Aus der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen haben sich an diesem Kongreß ca. 500 Minderheitsangehörige beteiligt. Aus den Teilnehmerlisten zu diesem Kongreß war zu ersehen, daß darin u. a. eine Anzahl Personen eingetragen waren, die sich sonst aus naheliegenden Gründen nicht offen als zum Polentum gehörig bekennen und somit als „versteckte" Polen zu bezeichnen sind.

Über eine andere Reise nach dem Ausland sei kurz folgendes berichtet:

In der zweiten Hälfte des Mai 1934 fanden vom Polenbund organisierte Fahrten der polnischen Jugend nach Gdingen statt. Die Fahrt der Teilnehmer aus dem Kreise Flatow und Schneidemühl wurden mit Lastkraftwagen und aus dem Kreise Meseritz und Bomst per Bahn ausgeführt.

Die Eindrücke der Reisen, insbesondere die des polnischen Hafens Gdingen und des Meeres waren nach Berichten von Teilnehmern überwältigend, die Aufnahme überaus herzlich.

Häufiger wiederkehrende Reisen nach Polen finden nach den Wallfahrtsorten Kloster Gorka, Krs. Wirsitz, und Polnisch-Usch, Kreis Kolmar, statt. Diese Wallfahrten werden mit Lastkraftwagen und per Bahn durchgeführt. Die Teilnehmerzahl ist manchmal recht erheblich, die Reisen erfolgen auf Grund von Sammellisten.

Besonders hervorzuheben sind auch noch mehrere stattgefundene gegenseitige Besuche landwirtschaftlicher Vereine der hiesigen Minderheit mit solchen aus dem polnischen Grenzgebiet und insbesondere mit den polnischen landwirtschaftlichen Schulen aus Wollstein und Kolmar in Polen. In dieser Beziehung betätigt sich sehr rührig der Landwirt Anton Dorsch aus Lugetal und der Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Wollstein, Perek, sowie der Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Kolmar, Pawinski.

Eine Erstarkung der Verbindungen nach dem Auslande ist hauptsächlich festzustellen in der Verschickung von Ferienkindern nach Polen, in der Teilnahme an Kursen und Besichtigungsreisen in Polen.

Über die Kurse in Polen wurde festgestellt, daß im Berichtsjahr wiederum zahlreiche Anghörige der Minderheit an Kursen teilgenommen haben. Es handelte sich um landwirtschaftliche sowie hauswirtschaftliche Kurse, Seminarkurse, Organistenkurse und Teilnahme an Volkshochschulen. Die Teilnehmerzahl an solchen Kursen in Polen hat sich jedoch nach den getroffenen Feststellungen verringert, zumal im hiesigen Bezirk eine Reihe von Kursen, insbesondere auf dem Gebiete der Land- und Hauswirtschaft, durch die Minderheit selbst stattgefunden haben. Über die Volkshochschule Dalki bei Gnesen, über die seit vielen Jahren wegen der gleichzeitig dort laufenden militärischen Ausbildung berichtet wurde, konnte Neues nicht festgestellt werden.

Enge Beziehung unterhält das Konsulat in Schneidemühl zu den Minderheitsangehörigen. Der Konsul und sein Personal nehmen sehr häufig an polnischen Veranstaltungen teil und suchen des öfteren das Büro des Landesverbandes V Flatow, Hindenburgplatz 18 und die Geschäftsräume der Bank Ludowy, Flatow, Hindenburgstr. 20 auf.

Erstaunlich ist die Höhe der Geldmittel, die trotz Verschärfung der Wirtschaftskrise in Polen dort für die Minderheitsschulen und Organisationen im Ausland gesammelt werden. Ein großer Teil der Mittel wird außer für Schulen, für Beschaffung und Ergänzung der Volksbüchereien zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Teil dient für die alljährlich

zu Weihnachten stattfindenden Bescherungen der Schulkinder. Geschenkt werden auch hier in erster Linie Bücher polnischer Volks- und Heimatlieder.

Im Jahre 1934 haben, wie im Vorjahre, mehrere Wettspiele polnischer Sportvereine in Polen mit Vereinen der Minderheit und auch deutschen Vereinen stattgefunden, und umgekehrt.

Daß auch die Auslandspolen ihrer Landsleute gedenken und ihnen Hilfe angedeihen lassen, beweist die Tatsache, daß der Landesverband V des Polenbundes, Sitz Flatow, eine Sammelerlaubnis für die in Ostpolen von der großen Überschwemmung betroffenen Brüder erhalten hat und nunmehr beginnt, Kleidungs-, Wäsche- und Haushaltungsgegenstände aller Art zu sammeln.

Über die Verbindung der Minderheit nach Polen kann zusammenfassend gesagt werden, daß sie sich im Berichtsjahre bedeutend enger gestaltet hat, und zwar ganz besonders durch die Schaffung des Weltbundes der Auslandspolen und die Teilnahme an dem II. Kongreß der Auslandspolen in Warschau im August des Jahres 1934.

VI. *Sonstiges*

Die außerordentlich bemerkenswerte Tatsache, daß Minderheitsangehörige in mehreren, polnischstämmige [Personen] in häufigen Fällen, noch heute in Wehrverbänden und im Arbeitsdienst hier im Grenzgebiet tätig sind, dürfte auf Grund meiner Berichte von den Zentralinstanzen geklärt werden.

Kommunistische bzw. marxistische Propaganda wurde innerhalb der Polenbewegung im Berichtsjahr nicht festgestellt.

VII. *Zusammenfassendes Urteil*

Das Verhalten der polnischen Minderheit des Bezirks ist im Berichtsjahr 1934 zweifellos loyaler geworden, jedoch ist eine außerordentlich sich steigernde Aktivität der Minderheit, wie sie in früheren Jahren bisher nicht festgestellt worden ist, erkennbar.

Auf wirtschaftlichem, ideellem und kulturellem Gebiet hat sich ihre Stellung in außergewöhnlichem Maße gefestigt.

Zieht man hieraus die Schlußfolgerung, so muß ich besonders betonen, daß von allen Stellen der Minderheitenbewegung ein größeres Interesse als bisher geschenkt werden muß. Irrig ist die Annahme, die Polenfrage sei mit Abschluß des Paktes erledigt. Die Beobachtung der Polenbewegung ist eine der vordringlichsten Aufgabe meiner Staatspolizeistelle nebst Außendienststellen, und ich werde ihr auch in Zukunft die allergrößte Aufmerksamkeit schenken.

Dr. Schmitz
Kriminal-Kommissar und stellvertretender Leiter
der Staatspolizeistelle für den Regierungs-Bezirk
Grenzmark Posen-Westpreußen.

142

2.10.1935: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (August-September 1935)

2 X 1935r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (sierpień-wrzesień 1935r.)

STA Potsdam, Oberpräsidium der Provinz Brandenburg, Pr. Br. Rep. 1, Nr. 1689 (Abschrift).

[...]

IV. c) *Polnische Minderheiten*

In der katholischen Kirche scheint sich, worauf ich bereits vorstehend unter I.b) hinwies, eine gewisse Annäherung zwischen den Deutschkatholiken und den Katholiken der polnischen Minderheit vorzubereiten. Dies beweist insbesondere ein Vorfall, der sich in der Stadt Krojanke im Kreise Flatow abgespielt hat. Dort hat ein deutsch-katholischer Geistlicher, der sein Deutschtum bisher bekanntermaßen stets nachdrücklichst betont hat, kürzlich mit einem führenden Geistlichen der polnischen Minderheit bei einem Ablaßfest gemeinsam gottesdienstliche Verrichtungen vorgenommen. Eine Erscheinung, die in den letzten Jahren nicht mehr beobachtet werden konnte und ihre Ursache in dem Bestreben haben dürfte, sich in politischer Richtung näherzukommen und die kirchliche Front zu stärken. Die Ausführungen der polnischen Presse, welche die Angelegenheit aufgegriffen hat, dürften die Richtigkeit dieser Vermutung bestätigen. Der Zeitung „Glos Progranicza i Kaszub" ist inzwischen durch die zuständige Landesstelle des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda wegen ihrer volksverhetzenden Berichterstattung eine Verwarnung erteilt worden.

Auffallend ist die zunehmende Uniformierung der polnischen Jugend durch die sich jetzt auch im hiesigen Bezirk durchsetzende Pfadfinderorganisation der polnischen Minderheit. Bei den vorhandenen Spannungen und der gegenüber der HJ feindlichen Einstellung der katholischen Geistlichkeit muß damit gerechnet werden, daß auch die deutsch-katholische Jugend in steigendem Maße um Aufnahme in die Minderheits-Pfadfinderorganisationen nachsuchen wird, wobei sie jeder staatlichen Kontrolle enthoben ist und weltanschaulich und nationalpolitisch für das Deutschtum verloren geht. Die Gefahr des Übertritts in die Pfadfinderorganisation der Minderheit ist im hiesigen Bezirk schon deshalb so groß, weil er konfessionell stark gemischt ist (zu 60 % evangelisch, zu 40 % katholisch) und das Nebeneinander der beiden Konfessionen bereits gewisse Reibungsflächen ergibt. Ich halte es unter diesen Umständen für unbedingt erforderlich, daß auch die polnischen Pfadfinder den deutschen Gesetzen unterworfen werden. Nach den deutschen Gesetzen ist es aber ausgeschlossen, daß eine Jugendorganisation außer der Staatsjugend militärische Übungen macht und Uniform trägt, wie das bei den polnischen Pfadfindern der Fall ist. Ich verweise hierzu auf meinen unter dem 30. September d.J. – A 2 Nr. 775/35 – erstatteten ausführlichen Bericht. Gegen eine sportliche Tätigkeit der Pfadfinder würde meinem Dafürhalten nach nichts einzuwenden sein, wenn für sie ein ähnlicher Organisationszwang eingeführt würde, wie er für die den Bestimmungen der Reichskulturkammer unterliegenden Vereine gilt, und sie z. B. dem Reichssportführer unterstellt würden. Die Festsetzung eines Ausnahmerechts für die Minderheitsjugend ist für die hiesigen Verhältnisse untragbar. Die Erfassung der Jugend durch die HJ, wie sie gedacht ist, wird dadurch in Frage gestellt.

Eine besondere Propagandatätigkeit zugunsten der polnischen Minderheitsschulen hat sich in der Berichtszeit nicht feststellen lassen. Nach wie vor betätigen sich aber die polnischen Minderheitsschullehrer eifrig auf kulturellem Gebiet. Nach mir zugegangenen Berichten wird während der kommenden Wintermonate mit einer starken Verstärkung der Agitation innerhalb der polnischen Minderheit zu rechnen sein. Wenn es den Polen trotz ihrer angestrengten Arbeit unter Ausnutzung der innerdeutschen Auseinandersetzungen insbesondere auf kirchlichem Gebiet bisher nicht gelungen ist, bei der sogenannten Zwischenschicht in dem gewünschten Maße an Boden zu gewinnen, so dürfte dies den Grund vornehmlich in der besseren Wirtschaftspolitik Deutschlands haben. Der polnische Arbeiter bringt der von dem Polenbund geführten Bewegung manchmal auffallend wenig Interesse entgegen. Der rege Grenzverkehr gibt der Grenzbevölkerung hüben wie drüben ausreichend Kenntnis darüber, daß der polnische Arbeiter und Bauer jenseits der Grenze besonders schwer um ihre Existenz ringen müssen. Gleichwohl ist eine dauernde Verstärkung der kulturellen Gegenarbeit auf deutscher Seite nötig, denn das Polentum ist uns durch einen jahrhundertelangen Volkstumskampf in der Taktik noch ungeahnt weit voraus, wie erst kürzlich Vorträge der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft hier gezeigt haben.

[...]

143

7.10.1935: Der Oberpräsident in Berlin (für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen) an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (August-September 1935)

7 X 1935r.: Naczelny prezydent w Berlinie (dla prowincji Brandenburg i Marchii granicznej Posen-Westpreußen) do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (sierpień-wrzesień 1935r.)

STA Potsdam, Oberpräsidium der Provinz Brandenburg, Pr. Br. Rep. 1, Nr. 1689 (Entwurf).

[...]

Polnische Minderheiten

Die im Bericht des Regierungspräsidenten in Schneidemühl erwähnte Tatsache, daß die Uniformierung der polnischen Jugend, die in der Pfadfinder-Organisation der polnischen Minderheit zusammengeschlossen sind, erhebliche Fortschritte macht, verdient besondere Beachtung. Es ist zu befürchten, daß die katholische Jugend bei dem bestehenden Gegensatz zu den Organisationen der Staatsjugend veranlaßt wird, dieser Organisation beizutreten, auch wenn sie sonst keine Beziehungen zur polnischen Minderheit hat. Die bisherige Minderheiten-Politik würde aber nicht den erwünschten Erfolg haben, wenn die polnischen Pfadfinder nicht ebenso behandelt werden, wie die entsprechenden deutschen Organisationen. Wenn für andere Organisationen als die Staatsjugend Uniformverbot besteht, dann darf auch bei den polnischen Pfadfindergruppen keine Ausnahme gemacht werden. Eine „sportliche" Betätigung wäre ihnen dann zu gestatten, wenn sie sich dem Reichssportführer unterstellen.

Im übrigen sind besondere Beobachtungen auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik nicht gemacht worden. Es wird aber nach wie vor versucht, die kulturellen Einrichtungen der polnischen Minderheit auszubauen und auf diese Weise die Angehörigen des polnischen Volkstums, die bisher noch schwankend waren, in das Lager der Minderheit herüberzuziehen. Es ist daher notwendig, durch Bereitstellung ausreichender Mittel die

entsprechenden deutschen Einrichtungen weiter zu fördern und zu unterstützen, um auf diese Weise zu verhindern, daß das polnische Volkstum gestärkt wird.

[Unterschrift:] Kube

144

18.3.1937: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Werbung für polnische Minderheitsschulen
18 III 1937r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Propaganda dla szkół mniejszości polskiej

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 3944 (Abschrift).

Im Nachgang zu dem Bericht vom 27.1.1937 – A 11 B Nr. 416/36 (g) – trage ich folgendes vor:

In den letzten Wochen wird in der Grenzmark die Agitation für den Besuch der Minderheitsschulen in verstärktem Umfange spürbar. Die Agitation zielt in erster Linie auf die Erfassung des Jahrgangs, der zur Einschulung ansteht. Mit Rücksicht auf den Erlaß vom 9.2.1937 habe ich von Maßnahmen gegen die Träger der Agitation Abstand genommen, habe mich vielmehr darauf beschränkt, über die Untergruppe Grenzmark des BDO e.V. eine Gegenagitation entfalten zu lassen und weiterhin das Gaugrenzlandamt um die sofortige Einleitung von Abwehrmaßnahmen über die ihm angeschlossenen Organisationen zu bitten. Desungeachtet wäre ich dankbar, wenn der in Aussicht gestellte Erlaß alsbald zugefertigt würde, damit nach Maßgabe des Erlasses von mir auch gegen die Träger der Agitation – es sind immer ein und dieselben Personen und Organisationen – in dem erforderlichen Umfange eingeschritten werden kann.

Über die Tatsache, daß in der Grenzmark die Agitation für den Besuch der Minderheitsschulen in verstärktem Umfange spürbar wird, liegen folgende Meldungen vor:

1. „Der Kampf um die Erhaltung der Minderheitsschule hat hier – Seefelde (Kr. Flatow) – von neuem eingesetzt.

Zwischen 8 und 9 Uhr abends fand gestern – am 27.2.1937 – in der hiesigen Schule eine Versammlung statt, zu der vier Vertreter aus Flatow erschienen waren. Es waren dieses:

1. Isidor Mackowicz – Geschäftsführer des Polenbundes,

2. Henrizk Jaroschek [Henryk Jaroszyk] – gebürtig aus Ortelsburg – Beruf Lehrer – augenblicklich im Rolnik beschäftigt,

3. Kasimir Cerwinski [Kazimierz Czerwiński] – gebürtig aus Duisburg – Beruf Lehrer, seit November 1936 vom Polenbund beschäftigt und

4. Edmund Styp von Rekowski – gebürtig aus Platenheim, Kreis Bütow – Beruf Lehrer – im Rolnik beschäftigt.

Die Versammlung wurde von den Gendarmeriewachtmeistern Hass – Steinmark und Timm – Kleschin beobachtet. Es ist von diesen beiden Herren einwandfrei festgestellt worden, daß dort über Interessen der Minderheitsschule verhandelt wurde. Einer der Redner wies darauf hin, daß die Schule hier am Orte niemals eingehen dürfe; sollte dieses aber trotzdem erfolgen, so würde eine zweite nie eröffnet werden. Auch wurde den Anwesenden gesagt, daß kinderreichen Familien auch dann die Elternbeihilfe erkämpft wird, wenn sie ihre Kinder in die Minderheitsschule schicken."

2. „Einen wesentlichen Einfluß auf die polnische Propaganda in Deutschland übt nach wie vor die polnisch-katholische Geistlichkeit aus. So hat z.B. der bekannte Polenführer Pfarrer Dr. Domanski aus Buschdorf (Kr. Flatow) in letzter Zeit den Landwirt Sieg in Stewnitz (Kr. Flatow) dazu bestimmt, seine Kinder in der polnischen Schule zu belassen, indem er ihm versprach, daß er sich für Sieg einsetzen werde, ihm zu einer größeren Landwirtschaft zu verhelfen, wenn er seine Kinder nicht, wie beabsichtigt, aus der polnischen Schule nehmen und sie der deutschen zuführen würde."

gez. Bachmann

145

24.3.1938: Der Regierungspräsident in Schneidemühl an den Landrat in Meseritz. Baulicher Zustand polnischer Minderheitenschulen im Vergleich zur deutschen Minderheitsschule Neutomischel

24 III 1938r.: Prezydent rejencji w Schneidemühl do landrata w Meseritz. Stan budowli szkolnych mniejszości polskiej w porównaniu do szkoły mniejszości niemieckiej w Nowym Tomyślu

AP Zielona Góra - Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Abschrift).

Die Inbetriebnahme der deutschen Minderheitenschule in Neutomischel wird von den polnischen Behörden noch immer unter Vorschiebung baupolizeilicher Gründe beanstandet. Aus den hier vorliegenden Aufnahmen der deutschen Schule ergibt sich, daß diese Beanstandungen offenbar grundlos sind und daß im Gegenteil das Schulgebäude im Innern wie von außen einen besonders guten Eindruck macht.

Zur Beschaffung von Propagandamaterial über den sehr viel schlechteren Zustand der polnischen Minderheitenschulen in der Grenzmark Posen-Westpreußen bitte ich, mir baldmöglichst einige Außen- und Innenaufnahmen besonders schlechter polnischer Schulgebäude mit je 3 Abzügen einzusenden.

Frist: 14 Tage

gez. Bachmann

146

13.4.1938: Der Oberpräsident in Berlin (für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen) an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Verhalten der Polen bei der Volksabstimmung und Reichstagswahl (10. 4. 1938)

13 IV 1938r.: Naczelny prezydent w Berlinie (dla prowincji Brandenburg i Marchii granicznej Posen-Westpreußen) do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Postawa Polaków zamieszkujących w pow. Flatow w czasie plebiscytu i wyborów do Reichstagu (10 IV 1938r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung V Polen, Politik 2 D, Nr. 3 (Abschrift).

Wie mir der Landrat in Flatow berichtet, hat sich im Kreise Flatow die polnische Minderheit geschlossen an der Wahl beteiligt und mit wenigen Ausnahmen ihre Stimme für den Führer abgegeben, so daß die Parole des Polenbundes, zur Wahl zu gehen und mit „Ja" zu stimmen, tatsächlich befolgt ist.

Dadurch, daß die Starosten in Zempelburg und Konitz seit dem 8. April 1938 – also kurz vor der Wahl – die Grenze aus Anlaß der in Flötenstein, Kreis Schlochau, aufgetretenen Maul- und Klauenseuche gesperrt haben, konnte nur ein kleiner Teil der Reichsdeutschen aus dem dem Kreise Flatow gegenüberliegenden Kreise Zempelburg mit Ausweisen für den kleinen Grenzverkehr der Wahlpflicht genügen.

In Vertretung
gez. Ebhardt

147

27.6.1939: Der Regierungspräsident in Frankfurt/Oder an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Maßnahmen gegen Lehrer an polnischen Minderheitsschulen

27 VI 1939r.: Prezydent rejencji w Frankfurt/Oder do ministra Rzeszy do spraw nauki, wychowania i oświaty ludowej. Środki podejmowane przeciwko nauczycielom w szkołach mniejszości polskiej

STA Potsdam, Regierung Frankfurt, Pr. Br. Rep. 3 B Nr. II 62 (Entwurf). Abdruck in: Źródła do dziejów Polaków, S. 327 f.

1. Von dem Verband polnischer Schulvereine im Deutschen Reich war mir für eine Lehrerstelle an der privaten Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache in Groß Dammer, Krs. Meseritz, der Privatschullehrer Josef Horst, geb. am 22.3.1914 zu Buschdorf, Krs. Flatow, vorgeschlagen worden. Ich habe jedoch dem Horst die Unterrichtserlaubnis versagen müssen, da seine gesamte Haltung nicht die Gewähr bietet, unter den heutigen Verhältnissen an der Grenze zu arbeiten. Josef Horst ist der Sohn des von dem Landrat in Flatow aus der Grenzzone ausgewiesenen Landwirts Anton Horst in Buschdorf, Krs. Flatow. Beide, Vater und Sohn, betätigen sich als Angehörige der polnischen Minderheit sehr rege im großpolnischen Sinne. Der Vater des Josef Horst ist den Behörden als fanatischer Pole bekannt und besonders deutschfeindlich gesinnt.

2. Ich habe dem als Schulleiter tätigen polnischen Lehrer Kowalski, geboren am 9. September 1912 zu Berlin, zur Zeit in Krammensee wohnhaft, mit sofortiger Wirkung die erteilte Unterrichtserlaubnis entzogen.

Kowalski hat bei der letzten Volkszählung die einzelnen Haushaltsvorstände zu sich gerufen und die fraglichen Listen selbst ausgefüllt, um das Ergebnis der Volkszählung zugunsten der polnischen Minderheit zu gestalten. Er war daher vom Standpunkt des deutschen Volkstumskampfes als Lehrer an einer polnischen Minderheitenschule unerwünscht.

3. Ferner wurde dem Schulleiter an der polnischen Minderheitenschule in Groß Dammer, Krs. Meseritz, Wojciech Gromadecki, geb. am 14.5.1906 in Sierakow, die erteilte Unterrichtserlaubnis mit sofortiger Wirkung entzogen, da er gegen seine Pflichten als Gast des Deutschen Reiches und als Schulleiter in Groß Dammer gröblich verstoßen hat. Gegen Gromadecki ist außerdem beim Landrat in Meseritz der Erlaß eines Aufenthaltsverbotes für das gesamte Reichsgebiet beantragt worden.

Gromadecki hat am 1. Juni d. Js. ohne Rücksicht auf die politische Spannung, die sich naturgemäß gerade in Groß Dammer fühlbar macht, mit seiner Klasse auf dem Wege durch das Dorf zum Sportplatz ein polnisches Lied gesungen. Dadurch fühlten sich die deutschen Volksgenossen in Groß Dammer beleidigt und betrachteten angesichts der unerhörten Verfolgungen, denen zur Zeit die Deutschen in Polen ausgesetzt sind, diese

Tatsache als eine bewußte Herausforderung, gegen die ich zur Vermeidung von Zwischenfällen in obigem Sinne eingeschritten bin. Die Entziehung der Unterrichtserlaubnis war auch aus schulischen und wehrpolitischen Gründen notwendig.

C.2. Kreis / Powiat Flatow

148

20.1.1921: Kommissariat Flatow der Landesgrenzpolizei Osten an den Landrat in Flatow. Feier der polnischen Arbeiter-Vereinigung in Krojanke (16.1.1921)
20 I 1921r.: Komisariat krajowej policji granicznej „Wschód" w Flatow do landrata w miejscu. Uroczystość polskiego stowarzyszenia robotniczego w Krojanke (16 I 1921r.)

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 333

Am 16. dieses Monats feierte die polnische Arbeiter-Vereinigung in Krojanke unter starker Beteiligung im Hotel Kronprinz ihr zweites Stiftungsfest, welches von dem Drogisten W. Frankowski geleitet wurde.

Unter den Teilnehmern befanden sich unter andern Panglicz [Panglisz] – Flatow, Pfarrer Grochowski – Glubschin, Besitzer Marlewski-Podrusen, Pfarrer Schönke – Krojanke sowie Abordnungen der ländlichen polnischen Arbeiter-Vereinigungen in der Umgegend.

Die Zahl der Männer betrug 300. Das Publikum war sehr gemischter Nation, so daß von einer rein polnischen Beteiligung nicht gesprochen werden kann.

Der Saal hatte bis auf die Bühnendekoration (polnische kleine Fahne und polnischen Wandadler) keine polnischen National-Abzeichen.

Einzelne Mitglieder trugen außer ihren Vereins-Abzeichen (weißrote Schleife ohne Aufschrift) noch einen silberartigen polnischen Adler, der nach Rücksprache eines Beamten der Dienststelle mit den Vorstandsmitgliedern ohne Wortwechsel abgelegt wurde.

Aus den beobachteten Gesprächen entnahm der Beamte strenge Bestrebungen zur Erhaltung der polnischen Sprache und Entfernung der Juden, die als Schädlinge des Staates bezeichnet wurden.

Die Feier selbst verlief ruhig und hatte keinen politischen Anstrich.

Am 23.1.21 begehen die ländlichen Arbeiter-Vereinigungen in Glubschin dasselbe Fest. Leiter Pfarrer Grochowski.

[Unterschrift]
Grenzpolizei-Kommissar

149

22.3.1921: Landjäger Adam in Groß Friedrichsberg an den Landrat in Flatow. Gerüchte über eine Angliederung des Restkreises Flatow an Polen
22 III 1921r.: Adam, żandarm we wsi Groß Friedrichsberg do landrata w Flatow. Pogłoski o przyłączeniu do Polski reszty powiatu Flatow

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 333

Es besteht hier in meinem Bezirk von seiten der Polen eine große Hoffnung, daß der ganze Kreis Flatow noch zu Polen kommt.

Die Kinder in der Schule sollen ein Freudengeschrei gemacht und gesagt haben „die Deutschen müssen heraus, jetzt kommen die Polen".

Dann hört man wieder andere: „Am 23.3. kommen die Polen".

Am 21. v[ormittags(?)] soll bei Lux eine Versammlung gewesen sein, und es ist von einer Abstimmung gesprochen worden.

Dann wird von deutscher Seite viel von Truppenansammlungen an der Grenze gesprochen.

Im allgemeinen ist noch alles ruhig – nur das viele Gerede.

[Unterschrift:] Adam

Landjäger

150

14.4.1921: Dienststelle Kujan der Landeskriminalpolizei an den Landrat in Flatow. Polnische Berufsvereinigung

14 IV 1921r.: Placówka obszaru dworskiego Kujan krajowej policji kryminalnej do landrata w Flatow. Zjednoczenie Zawodowe Polskie

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 333

1. *Organisation*

Die hier in Flatow Stadt und Land bestehende polnische Arbeitervereinigung ist eine Filiale der Zentrale Kattowitz. Der Vorstand der Filiale Flatow setzt sich zusammen aus:

1. Kriegsinvalide, früherer Stellwerksschlosser Franz Bartosch, geb. d. 8.7.85 zu Flatow, Wilhelmsplatz 10 wohnhaft, als Vorsitzender (Mitglied des Kreistages)

2. Zimmerer Franz Piskulla, geb. d. 30.9.78 zu Slawianowo, in Flatow, Feldweg 1 wohnhaft, als Kassierer

3. Böttcher Peter Wloczinski [Włoszczyński], geb. d. 18.1.79 zu Flatow, als Schriftführer, in Flatow, Fahrenheidstr. 5 wohnhaft.

Die Filiale Flatow hat in der Umgebung wiederum Ortsgruppen gebildet. Solche bestehen in Flatow, Slawianowo, Schwente, Skietz, Neu Petzin, Zakrzewo. In Stewnitz, Gresonse und Glubschin sollen gleichfalls Ortsgruppen bestehen, näheres konnte aber bisher nicht ermittelt werden.

Die Vereinigung umfaßt alle Arbeiter polnischer Nationalität aus allen Berufskreisen. Jedes Mitglied zahlt 75 Pf Verbandsbeitrag. Diese werden von den Ortsgruppen an den Kassierer Piskulla abgeführt. Als Quittung hat jedes Mitglied eine Karte in Form der Versicherungskarten in Händen. In den darin vorgesehenen Feldern werden Beitragsmarken geklebt. Diese Marken werden von dem Kassierer Piskulla durch Farbstempel in ovaler Form entwertet. Der Farbstempel hat die Inschrift: Filiale Złotowski den (Tag der Entwertung). Auf der Vorderseite der Mitgliedskarte befindet sich die Bezeichnung der Zentrale Kattowitz. Dem folgt Stand, Vor- und Zuname des Inhabers, desgleichen Geburtsdatum und Wohnung. Unten befindet sich die Unterschrift des Piskulla und Stempel der Filiale Flatow.

2. *Geschichte der Vereinigung*

Mit dem Ausbruch der Revolution verstärkte sich auch die polnische Propaganda. Die Polenführer versuchten, alle Polen unter einen Hut zu bekommen. So entstanden im Osten Deutschlands die polnischen Volksräte – Rada Ludowa. Solche wurden in fast allen größeren Städten in Westpreußen und Posen gebildet. Diese wurden die berufenen Führer der polnischen Bevölkerung. Ihre Weisungen erhalten die polnischen Volksräte aus Posen. Es hatte sich allmählich eine polnische Nebenregierung in den Volksräten gebildet. Dann ging die polnische Aufruhrbewegung von Posen aus. Nach dem Stillstand sah die polnische Behörde in Posen, daß die Rada Ludowa (polnische Volksräte) doch

nicht die Macht haben, wie sie glaubten. Vor allem fehlte die große Masse, der polnische Arbeiter. Dieser hatte sich infolge der Errungenschaft der deutschen Arbeiter an deren Gewerkschaften angeschlossen. Um nun die Anschlußbewegung zu unterbinden, erging in Posen an die Rada Ludowa die Anweisung, polnische Arbeitervereinigungen zu bilden. Vermöge der guten Organisation des polnischen Propagandadienstes, deren Hauptleiter die polnischen Pfarrer waren, stieß dieses weiter auf keine Schwierigkeiten. So entstanden in allen Städten neben der Rada Ludowa die polnischen Arbeitervereinigungen. Hier in Flatow wurde die Vereinigung von

1. dem Gutsbesitzer von Koczorowski, früher in Marienhof und von

2. dem Vikar Leo Koslowski, hier Marktstr. 1 wohnhaft, ins Leben gerufen. Zu dem Vorstande gehörte außerdem der ehemalige Küster an der katholischen Kirche, Mazurkiewicz[?].

Den hiesigen „Freien Gewerkschaften" wurde dadurch Abbruch getan. Sie erkannte die polnische Vereinigung nicht als solche an, indem diese ausführte, die polnische Vereinigung verfolge nur politische und nicht Arbeiterziele. Beide Parteien bekämpften sich aufs heftigste. Die polnische Vereinigung wurde als „gelbe" Organisation hingestellt. Um der polnischen Vereinigung einen anderen Anstrich zu geben, trat der alte Vorstand zurück. Dafür wurde Bartosch als Vorsitzender von Koslowski bestellt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden auf Vorschlag des Koslowski von den Mitgliedern gewählt.

Nach der Besetzung Westpreußens wurde die Leitung von Posen nach Kattowitz verlegt. Von hier aus sind Filialen in den ganzen Grenzgebieten gebildet worden bezw. wurden die bereits bestehenden Filialen übernommen.

3. *Zweck und Ziel*

Wie schon oben ausgeführt, geht das Bestreben der polnischen Führer dahin, die Polen aller Berufsschichten restlos unter einen Hut zu bringen. Bei diesem Bestreben wurde den Eigenarten der verschiedenen Bevölkerungsschichten Rechnung getragen. So bildete man für den Mittelstand Gesangvereine, Kirchengemeinschaften, Vereine zur Pflege polnischen Volkstums.

Für die Jugend: Turnvereine (Sokol) u.s.w.

Für die Arbeiterschaft die „polnische Berufsvereinigung".

Alle Vereine haben den Zweck, das polnische Nationalbewußtsein und Zusammengehörigkeit[sgefühl] zu fördern. Andererseits wird in Versammlungen die Wühlarbeit gegen das Deutschtum fortgesetzt. Durch die straffe Organisation bilden die verschiedenen Vereinigungen ein nicht zu verachtendes Instrument in den Händen ihrer Führer, das gegebenenfalls zum Schaden des Deutschtums angewandt werden kann. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich unter dieser polnischen Organisation eine polnische Irredenta verbirgt. Nach der Ansicht eines hiesigen Arbeiterführers kann die polnische Berufs- bezw. Arbeitervereinigung mit dem Mitgliedsbeitrage von 75 Pf wöchentlich nicht auskommen. Es besteht diesseits die Annahme, daß dem Verbande von anderer Seite Geldmittel zufließen. Die Ermittelungen sind hierüber im Gange.

4. *Arbeitsweise und Propagandadienst der Berufsvereinigung*

Der Vorsitzende Bartosch bereist sämtliche Ortschaften mit polnischer Einstellung und versucht Ortsgruppen zu bilden. Der Boden ist ihm fast immer von den polnischen Pfarrern geebnet worden. In einem Falle ist es ihm gelungen, die Ortsgruppe Neu Petzin des Landarbeiterverbandes zu sprengen und dafür eine polnische Ortsgruppe zu bilden. Um Bartosch auch die Arbeit zu erleichtern, werden sogenannte polnische Arbeiterfeste

gefeiert. Solche waren zwei in Krojanke und hier in Flatow. In Krojanke wurden die Feste von Frankowski und in Flatow von Panglicz [Panglisz] und Koslowski veranstaltet. Es wurden Ansprachen gehalten und Theaterstücke aufgeführt. Letztere waren aus dem polnischen Volksleben. Auch altpolnische Tänze in polnischen Nationalkostümen wurden gezeigt. Ein hiesiger Pole sprach sich dahin aus, daß derartige Feste mehr für die polnische Sache tun als alles Werben.

[Unterschrift:] Grafenow
Grenzpolizei-Wachtmeister

151

2.1.1922: Der Landrat in Flatow an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Pfarrer Domański, Zakrzewo

2 I 1922r.: Landrat w Flatow do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Ksiądz proboszcz Domański, Zakrzewo

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 346 (Entwurf).

Eine große Zahl deutscher Bauerngutsbesitzer aus den Kreisen Wirsitz und Zempelburg, denen ihre Besitzungen polnischerseits bereits enteignet sind bzw. die solches befürchten, versucht in den letzten Monaten durch Tausch mit hiesigen polnischen Bauern hier unterzukommen, und letztere sind, da sie sich durch solchen Tausch in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen sehr erheblich verbessern, auch zahlreich dazu bereit, bedürfen aber dem polnischen Landamte gegenüber gewissermaßen als Unterlage dafür, daß sie gute Polen und Katholiken sind, der diesbezüglichen Bescheinigung einer Vertrauensperson hiesigen Kreises; eine solche ist u.a. wie ich unterm 12. Dez. 21 bei J. 23/21 Gh.P. zur dortigen Verfügung vom 21.11.J.3846/21 E.mst. berichtet habe, auch der Pfarrer Domanski. Dieser lehnt die Ausstellung der Leumundszeugnisse ab, auch wenn die Antragsteller „vor ihm auf den Knien lägen". In der Kirche predigt er, sie sollen keinen Protestanten hineinlassen (in ihr Dorf), das deutsche Haus müsse zugrundegehen und schimpfte gröblich auf diejenigen, welche ihre Wirtschaften trotzdem an Deutsche vertauschen oder verkaufen, so daß kürzlich ein Pole, welcher sich durch die gebrauchten Redewendungen verletzt fühlte, die Kirche verlassen hat. Diese Tatsachen sind vertraulich festgestellt, es ist jedoch nicht möglich, die Zeugenaussagen protokollarisch festzulegen, da die Betreffenden sich davor scheuen und bitten, sie möchten nicht genannt werden, auch bei amtlicher Vernehmung mit ihren Angaben zurückhalten würden.

Indem ich hiervon Anzeige erstatte, bitte ich in Erwägung ziehen zu wollen, dieses Verhalten des D., das geeignet ist, die deutschen Interessen im Grenzkreise empfindlich zu schädigen und als staatsfeindlich bezeichnet werden muß, eventuell zur Kenntnis des Herrn Bischofs – Pelplin zum Zwecke der Versetzung aus seinem hiesigen Amte zu bringen.

[Paraphe]

152

6.7.1922: Kommissariat Flatow der Landeskriminalpolizei an den Landrat ebendort. Volksfest der katholischen Gemeinde Zakrzewo (2.7.1922)
6 VII 1922r.: Komisariat krajowej policji kryminalnej w Flatow do landrata w miejscu. Zabawa ludowa parafii katolickiej we wsi Zakrzewo (2 VII 1922r.)

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 346 (Abschrift).

Am 2. Juli d. Js. wurde in Zakrzewo, Kreis Flatow, gelegentlich eines Neubaues an der katholischen Kirche von der katholischen Gemeinde ein Volksfest veranstaltet, welches einen ausgesprochenen polnischen Anstrich hatte und als Provokation des Deutschtums bezeichnet werden muß.

Außer der katholischen Bevölkerung aus Groß Butzig, Ossowo, Glumen und Groß Friedrichsberg, welche zum Kirchspiel Zakrzewo gehört, waren noch Glaubensgenossen aus Krojanke sowie der Gesangverein des katholischen Männer- und Jünglingsvereins Flatow geladen und auch erschienen.

In der ersten Nachmittagsstunde gruppierten sich die Festteilnehmer am Pfarrhause; unter Vorantritt des katholischen Bläserkorps marschierte ein Zug von etwa 120 Personen unter polnischen Gesängen, welche die Verherrlichung der polnischen Krone zum Ausdruck brachten, durch das Dorf zum allgemeinen Spiel- bezw. Festplatz am See. Fahnen und Vereinsabzeichen wurden bei diesen Umzügen nicht getragen.

Auf dem Festplatz wurden unter besonderer Leitung des Kaplans Barra – Flatow, der für Polen optiert hat, Sport- und Schulspiele abgehalten, die mit polnischen Gesangsvorträgen abwechselten.

Nach außen hin sollte die Veranstaltung den Anstrich eines deutschen Festes haben, da in ihrem Mittelpunkt Vorträge des „Männer- und Jünglingsvereins *deutscher* Katholiken" standen. Richtig betrachtet, war sie eine Zusammenkunft der polnisch gesinnten Elemente des Kreises, auf der wieder einmal der enge Zusammenschluß und die Zusammengehörigkeit der Polen in hiesiger Gegend herbeigeführt werden sollte. Kennzeichnend war, daß sogar das polnische Lied „Noch ist Polen nicht verloren" gesungen worden ist.

Auch sind aus der Volksmenge fluchartige Verwünschungen gegen die Deutschen (Niemiec) ausgestoßen worden.

Mit Einbruch der Abfahrtszeit wurden die auswärtigen Gäste mit Musik und polnischem Gesang zur Bahn begleitet. Im Anschluß versammelte sich der Rest von Ortsteilnehmern im Lokal von Lux.

Als Veranstalter des fraglichen Festes ist Pfarrer Domanski, Zakrzewo, anzusehen, welcher von dem Organisten Chylinski, Gemeindevorsteher Jaczek [Jasiek] und dem Hauptlehrer Kanja in seinen polnischen Bestrebungen besonders unterstützt wird.

Bezüglich des Gemeindevorstehers Jaczek [Jasiek] sei erwähnt, daß dessen Söhne in Zakrzewo wiederholt mit polnischem Adler an ihrer Kopfbedeckung gesehen worden sind, während dem Hauptlehrer Kanja die Einstudierung eines polnischen Liedes nach der Melodie „Noch ist Polen nicht verloren" zur Last gelegt wird. Hierzu sei bemerkt, daß Kanja Mitglied des deutschen Offizierbundes ist.

Ferner ist in Zakrzewo die Wahrnehmung gemacht worden, daß von der polnisch gesinnten Jugend bei besonderen kirchlichen Festlichkeiten eckige Mützen, sogenannte „Rogatka" [Rogatywka] getragen werden.

Die geringe deutsche Bevölkerung in Zakrzewo ist durch das unverschämte Vorgehen der Polen sehr gedrückt und stark verstimmt. Auch vermißt sie einen ständigen starken polizeilichen Schutz, der Übergriffe seitens der Polen verhindert.

Zum Schluß sei bemerkt, daß jene Veranstaltung polizeilich nicht gemeldet war.

gez. May

Grenzpolizei-Kommissar

153

5.2.1923: Landjägeramt Wilhelmssee an den Landrat in Flatow. Nichtbeachtung des Trauertages anläßlich der französischen Ruhrgebietsbesetzung durch Pfarrer Paszki, Slawianowo (14.1.1923)

5 II 1923r.: Żandarmeria we wsi Wilhelmssee do landrata w Flatow. Nieprzestrzeganie przez ks. Paszkego dnia żałoby we wsi Slawianowo z powodu francuskiej okupacji zagłębia Ruhry (14 I 1923r.)

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 346

Nach den hier angestellten Ermittelungen hat der Pfarrer Patschki [Paszki] in Slawianowo in der dortigen Kirche am 14. Januar d. J. den Gottesdienst wie sonst abgehalten. Von dem angeordneten Trauertage aus Anlaß der Ruhrbesetzung ist in der Kirche nicht ein Wort erwähnt worden. Dies habe ich durch einwandfreie, zuverlässige Personen, und zwar von dem Pfarrhufenpächter Klatt aus Slawianowo und von dem Lehrer Bonin in Buntowo festgestellt. Besonders letzterer, der jedes Wort der polnischen Predigt verstanden hat, konnte sich genau erinnern, daß Pfarrer Patschki [Paszki] nichts von dem Trauertage und von der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen bei der Predigt gesagt hatte. Nach Ansicht des B. hatte Patschki ohne jeden Zweifel von dem Trauertage gewußt und es als echter Pole nicht nötig erachtet, bei der Andacht auch nur ein Wort zu erwähnen. Der Gottesdienst in Slawianowo wird an allen Sonntagen nur in polnischer Sprache gehalten mit Ausnahme von viermal im Jahre und zwar am zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstage und zum Ablaß an einem Sonntag anfangs Dezember in deutscher Sprache; dann auch nur die Predigt von der Kanzel deutsch, sonst alles andere polnisch.

Die Kirchenglocken sind am 14.1. von 12 bis 12 1/2 Uhr mittags in Slawianowo nicht geläutet worden. Dies habe ich auch durch unbedingt zuverlässige Personen festgestellt:

1. Die Tochter des Amtsrat Steinbach (Ruth),
2. Die Gutssekretärin Frl. Brauer, Slawianowo.

Das Läuten der Glocken hätte ihnen unbedingt auffallen müssen, da sie unmittelbar an der Kirche wohnen. Beide behaupten, bestimmt zu wissen, daß die Glocken am Trauersonntag, den 14.1. von 12–12 1/2 mittags nicht geläutet worden sind. Auch bestätigt dies der Kirchendiener und Glöckner, der Arbeiter Chrzann aus Slawianowo. Er sei zwar an diesem Sonntag in Polen gewesen. Sein Sohn Stanislaus habe ihn aber im Kirchendienste vertreten und hat an Stelle des Vaters die Glocken geläutet wie jeden anderen Sonntag und zwar um 8 Uhr Vorm., um 10 Uhr Vorm. und um 2 1/2 Nachm., je etwa 3–5 Minuten. Mit voller Bestimmtheit gibt der 11-jährige Stanislaus Chrzann an, daß die Glocken am 14.1. von 12–12 1/2 mittags nicht geläutet worden sind. Auch hat Pfarrer Patschki [Paszki] weder ihm, noch seinem Vater, als er um Urlaub nach Polen bat, gesagt, daß er am Sonntag, den 14.1. von 12–12 1/2 mittags zu läuten hat.

Der Pfarrer Patschki [Paszki] ist hier als ein besonders starker Deutschen-Hetzer bekannt und wird aus besonderen Gründen an dem angeordneten Sonntage nichts erwähnt haben.

[Unterschrift:] Raffel
Landjäger

154

26.4.1923: Staatliches Grenzkommissariat Flatow an das leitende Grenzkommissariat in Schneidemühl. Polnische Organisationen
26 IV 1923r.: Państwowy komisariat graniczny w Flatow do naczelnego komisariatu granicznego w Schneidemühl. Organizacje polskie

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 346 (Abschrift).

Über den „Bund der Polen in Deutschland" und die polnischen Vereinigungen im Kreise Flatow, ihrem Zweck und Ziele ist hier weiter folgendes bekannt geworden:

Der ehemalige „Ausschuß der polnischen Volksvereinigung in der Fremde auf dem rechten Ufer der Elbe mit dem Sitz in Berlin", polnisch „Komitet Narodowy Polakow na Obczynnie [Obczyźnie] po prawym brzegu Laby z siedziba w Berlinie" ist nach hiesigen Feststellungen in den „Bund der Polen in Deutschland", zu polnisch „Zwiazek Polakow w Niemczech" umgeändert worden. Gleichzeitig fand hiermit die Änderung der Statuten, Einteilung der Abschnitte, Bezirke, Ortsgruppen pp. statt. Die Mitglieder bezeichnen sich jetzt als Genossen.

Soweit bekannt ist, teilt sich der „Bund der Polen in Deutschland" in zwei Abschnitte, die mit I und II bezeichnet werden. Der Abschnitt I umfaßt sämtliche Polen deutscher Reichsangehörigkeit *links* der Elbe und der Abschnitt II diejenigen *rechts* der Elbe wohnhaft.

Mitglied kann jeder Pole oder jede Polin werden, sobald sie das 18. Lebensjahr erreicht haben.

Außer der Organisation sämtlicher in Deutschland lebender Polen hat sich der „Bund der Polen in Deutschland" zur Aufgabe gestellt, durch Vorträge parteilichen und politischen Inhalts auf seine Mitglieder aufklärend einzuwirken, für Errichtung von Schulen, Lehranstalten usw. sowie für kirchlich-religiöse Angelegenheiten, soweit sie polnische Interessen betreffen, Stimmung zu machen und insbesondere auf einen engen Zusammenschluß der Polen in Deutschland hinzuarbeiten.

Die Führung der Polen in Deutschland liegt in den Händen
1. der Generalversammlung
2. des obersten Rates und
3. des Ausführungskomitees.

Die Abschnitte werden in Bezirke, denen ein Delegierter vorsteht, und diese wieder in Kreise, denen ein Kreissekretär vorsteht, eingeteilt. Außerdem bestehen für jeden Kreis noch besondere Ortsgruppen.

Von den Bezirken des Abschnitts II ist hier nur der Bezirk Schneidemühl bekannt, als dessen Delegierter ein gewisser Fock[?] aus Schneidemühl genannt wird.

In Flatow besteht die „Kreisgruppe des Bundes der Polen in Deutschland", die zugleich Ortsgruppe ist. Als „Kreissekretär" zeichnet der bekannte Kriegsinvalide und Automobilschlosser Franz Bartosch. Dieser ist zugleich Vorsitzender der „Ortsgruppe Flatow". Als Sekretär wird der Kaufmann Panglisz genannt. Über die weitere Zusammensetzung des Vorstandes ist bisher Näheres nicht zu erfahren gewesen. Die Mitgliederzahl ist dieselbe geblieben, Änderungen sind hier nicht eingetreten.

Das Mitgliedsbuch hat die Form einer Quittungskarte, ist 10 cm breit und 13 cm hoch und in Grau gehalten.

Die Vorderseite führt die Aufschrift: „Zwiazek Polaków w Niemczech."

Pan (i) .....

z.....

ul.....

jest członkiem Związku.

Wstąpił dnia ..... r.....

Dzielnica II

Ogręg[Okręg]..... Powiat Złotowski

Oddział Stawnica

Lista członków nr. 24

Przy wstępie wszystkich podań pismeannych [piśmiennych] uprasza się wymienić powyższe numerv [numery] itd. tej rubryki.

..... gez. Fr. Bartosz, Sekretarz powiatu. ..... Sekretarz oddziału

Die beiden Innenseiten führen folgende Aufschriften:

Pokwitowania

Kategorja składek Wstępne Składki za rok 19...

50 Mk 20

Dobrowolne składki

cel nr. mk fen. kwit zbierają cego. (Felder für Quittungsmarken)

Die Aufschrift auf der Rückseite lautet: „Uwagi!". Es folgen leere Linien und zuletzt der Vermerk: „Członkowie winni zawsze, nosic legitymację ponizsza przy sobie, gdzie wykazać się mają jako Polacy. Odwiedzenie jakiegokolwiek biura polskiego bez legitymacji, jest bezowocne tak samo pozostanie każdy wniosek bez odpowiedzi, ktory nie nosi przy wstępie nr. itd. legitymacji."

Die Quittungsmarken haben eine Größe von 1 mal 2 cm und tragen folgenden Vermerk: „Zwiazek Polaków w Niemcz. 50 marek".

Der von der hiesigen Bezirksgruppe benutzte Rundstempel führt die Bezeichnung: „Komitet Narodowy Polaków na pow. Zlotowski".

Ortsgruppen sind in folgenden Orten festgestellt worden:

Slawianowo
Schwente
Skietz
Zakrzewo
Groß Butzig
Stewnitz
Gresonse
Glubschin
Podrusen.

Über die polnische Bezirksgruppe Flatow ist zu berichten, daß sich diese seit dem Fortzuge des Pfarrers Pellowski in weit gemäßigterer Form betätigt. Die frühere Hetzpropaganda und die politische Tätigkeit verschiedener Mitglieder hat merklich nachgelassen. Dies ist teils darauf zurückzuführen, daß der jetzige katholische Pfarrer (Gollnik) schlichtend und dämpfend auf die polnischen Heißsporne einwirkt und begütigend die Gegensätze zwischen Deutschkatholiken und Katholiken polnischer Zunge zu überbrücken sucht, teils aber auch darauf, daß eine größere Spaltung unter den Mitgliedern selbst eingetreten ist. Die führenden Polen Panglisz, Biniakowski, Brzezinski und

Vikar Barra haben sich von der unter dem Vorsitz des bekannten Bartsch geführten Berufsvereinigung zurückgezogen und bilden scheinbar eine Arbeitsgemeinschaft für sich. Eine Zusammenarbeit beider Parteien in beruflichen Fragen ist hier nicht mehr festgestellt worden, dagegen arbeiten beide Parteien in der polnischen Propaganda zusammen. So haben im Laufe der letzten Monate hier in Flatow mehrere Versammlungen stattgefunden, die den Charakter einer Propaganda hatten und an welchen fremde Redner aus Berlin und anderen Orten teilnahmen. Die Versammlungen waren in jedem Falle sehr mäßig besucht, den Versammlungsteilnehmern selbst war anzumerken, daß sie wenig Interesse für die Ausführungen der Redner hatten. Es wurde weiter festgestellt, daß ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer schon vor Schluß der Versammlung den Vortragsraum verließen. Die letzte derartige Versammlung fand am 11.3.23 statt und war von etwa 160–180 Personen besucht. Als Redner war ein Pole aus Berlin erschienen, dessen Name hier nicht in Erfahrung zu bringen war, nach der polnischen Zeitung „Dziennik Berlinski" aber der bekannte Polenführer und Landtagsabgeordnete Graf Stanislaus Sierakowski gewesen sein soll. Der genannte Redner soll sein Befremden darüber ausgesprochen haben, daß er gerade hier eine so große Interesse- und Teilnahmslosigkeit und so wenig Verständnis für die polnische Sache feststellen mußte. Der Vortrag selbst soll sich auf die Forderungen eines polnischen Schulwesens sowie um berufliche und geschichtliche Fragen erstreckt haben.

Über die einzelnen Ortsgruppen, deren Mitgliedszahl nach den Orten verschieden und ziemlich gering gegen die Kreisgruppe zu benennen ist, ist in neuerer Zeit weniger bekannt geworden. Die geistige Führung dieser Unterorganisationen liegt zum größten Teil in den Händen der polnischen Geistlichkeit, die ein großes Interesse daran zeigt, daß diese Ortsgruppen gestärkt werden und bestehen bleiben. Insbesondere wollen sie dadurch einer Abwanderung der hiesigen Polen vorbeugen und eine Stärkung des Polentums innerhalb der Grenzmark erzielen.

In dieser Einsicht sind besonders die Pfarrer Dr. Domanski – Zakrzewo, Sobierajczyk – Groß Butzig, Paszki – Skietz [korrekt: Slawianowo] und Grochowski – Glubschin tätig. Für die polnische Propaganda sind ihnen alle Mittel recht. Selbst von der Kanzel herab soll für die Organisation Stimmung gemacht worden sein.

So ist bekannt geworden, daß Pfarrer Paszki am 15. d.Mts. in Skietz in der Kirche zur Gründung einer polnischen Ortsgruppe Propaganda gemacht hat und daß hierauf eine Ortsgruppe des „Bundes der Polen in Deutschland" gegründet worden ist, in die etliche Mitglieder der früheren polnischen Berufsvereinigung eingetreten sind.

Der Vorstand setzt sich aus folgenden Polen zusammen:

1. Kätner Johann Massel, Kleschin
   Vorsitzender
2. Landwirt Fons, Skietz
   stellv. Vorsitzender
3. Besitzer Franz Kokowski, Kleschin
   Kassenwart
4. Besitzer Thomas, Skietz
   Schriftführer

Der zu 2. genannte Landwirt Fons ist der Vertraute des Pfarrers Paszki in Skietz und als besonders fanatischer Pole hier bekannt. Er besitzt eine große rednerische Begabung und gilt als der geistige Führer in der ganzen Gegend von Kleschin und Skietz. Aus diesem Grunde war auch der Pfarrer Paszki bemüht, auf die Versammlungsteilnehmer

dahingehend einzuwirken, daß der Besitzer Fons zum Vorsitzenden der genannten Ortsgruppe gewählt wird. Weshalb Fons trotzdem nicht zum Vorsitzenden gewählt wurde, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Über die übrigen vorher angeführten Ortsgruppen der ehemaligen Berufsvereinigung ist Neues nicht bekannt geworden. Es wird damit gerechnet, daß auch diese nach und nach als Ortsgruppen zum „Bunde der Polen in Deutschland" übertreten.

In der Anlage wird eine auszugsweise Übersetzung aus einer Beilage des „Dziennik Berlinski" beigefügt.

i.V.
gez. Lehmann
Kriminal-Assistent

155

1.2.1924: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Polnische Jugendvereine in der Stadt Flatow

1 II 1924r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Polskie stowarzyszenia młodzieżowe w Flatow

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 346 (Entwurf).

In Flatow besteht ein katholischer Jünglings- und ein katholischer Jungfrauenverein, beide unter Leitung des Vikars Barra und zusammen etwa 100 Mitglieder stark, die sich zu dem „katholischen Jugendbund" unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des hiesigen Rolnik (Noryskiewicz) zusammengeschlossen haben und am Heiligen 3 Königsfeste ihr Wintervergnügen mit Theater und Tanz feierten. Die Theaterstücke, ein Weihnachtskrippenspiel und 2 Einakter, der eine „Barbarette von Lourdes" von der Heilung einer Blinden durch die Wunderquelle handelnd, der andere, eine ländliche Liebesgeschichte darstellend, in der auch 2 Bauernburschen mit polnischen Mützen auftragen, sind, wie mir versichert wird, harmloser Natur; daß die beiden Jugendvereine jedoch in polnischem Sinne geleitet werden und den Zusammenschluß der hiesigen polnischen Bevölkerung fördern, dürfte daraus zu entnehmen sein, daß der Prolog und die Darbietungen in polnischer Sprache vorgetragen wurden, die polnische Nationalhymne gespielt, der polnische Nationaltanz Krakowiak getanzt [worden] ist u.a. Das Fest ist auch nicht als geschlossene Gesellschaft anzusehen, denn gegen Zahlung von 1,- M Eintrittsgeld hat jeder, der wollte, Zutritt gehabt, so z.B. auch 4 Schutzpolizeibeamte in Zivil, die des Tanzes wegen hingegangen sind. Die Polizeistunde war für die Veranstaltung bis auf 2 Uhr verlängert. Als die Streife der Schutzpolizei etwa um 2.30 feststellte, daß das Fest noch in vollem Gange, gebot sie in Abwesenheit des Wirtes Feierabend und es kam zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden Noryskiewicz und dem Führer der Streife, welche sich inzwischen auf 9 Beamte verstärkt hatte. – Unter ihnen nunmehr auch die 4 Beamten, welche vorher in Zivil an dem Feste teilgenommen hatten. Als schließlich der Wirt des Freundschaftsgartens, Grabow, welcher die Teilnehmerzahl auf etwa 500 beziffert, während der Auseinandersetzungen hinzukam und auch gegen die Beamten Stellung nahm, haben diese sich gezwungen gesehen, blank zu ziehen und den Saal zu räumen; zum Gebrauch der Waffen ist es nicht gekommen.

Gegen Grabow ist von der Schutzpolizei ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht. Die Äußerung des Vikar Barra, der polnischer Staatsangehöriger ist, zu Wendler, daß er das Vergnügen verlassen solle, wenn er den Krakowiak nicht tanze, ist in dieser Form nicht geschehen; Barra hat das Paar bei diesem Tanz nur angehalten und aufgefordert, zu tanzen wie die andern oder aufzuhören und hat die Veranstaltung etwa um 12 Uhr nachts verlassen.

Daß der katholische Jugendbund den nationalpolnischen Zusammenschluß seiner Mitglieder fördert und im polnischen Sinne geleitet wird, ist auch daraus zu entnehmen, daß bei einem früheren Vergnügen auf der Bühne eine Fahne mit großem polnischen Adler angebracht gewesen, ein Einschreiten ist jedoch nach Aufhebung des Reichsvereinsgesetzes aus seiner bisherigen Betätigung, soweit sie zu meiner Kenntnis gelangt ist, nicht möglich. – Die hiesige Polizeiverwaltung ermittelt nach dieser Richtung hin ebenfalls nichts.

[Paraphe]

156

5.6.1924: Landjägeramt Lugetal an den Landrat in Flatow. Polnische Nationalfarben während des Besuches des päpstlichen Delegaten (2.6.1924)
5 VI 1924r.: Żandarmeria we wsi Lugetal do landrata w Flatow. Polskie barwy narodowe w czasie wizyty delegata papieskiego (2 VI 1924r.)

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 348

Am 2. ds. Mts. wurde die Gemeinde Lugetal von dem Herrn Delegaten aus Tütz besucht. Zum Einzug haben die katholischen Bürger Ehrenpforten auf der öffentlichen Dorfstraße aufgestellt. Der Besitzer Josef Tatera und Besitzer Johann Nimczyk, beide aus Lugetal haben auch Ehrenpforten auf der öffentlichen Dorfstraße in Lugetal vor ihren Häusern aufgestellt. Diese beiden Ehrenpforten wurden außer den kirchlichen weiß-gelben noch mit weiß-roten Fähnchen (polnische Nationalfarbe) geschmückt. Besitzer Josef Tatera hat außerdem noch eine Ehrenpforte, die außer den kirchlichen weiß-gelben, auch mit weiß-roten Fähnchen (polnische Nationalfarbe) geschmückt war, an der öffentlichen Dorfstraße, am Eingang der Kirchhofmauer zum Kirchhof nach der Kirche, aufgestellt.

[Unterschrift:] Korderski
Oberlandjäger

157

22.6.1924: Landjägeramt Radawnitz an den Landrat in Flatow. Polnische Nationalfarben während der Fronleichnamsprozession (19.6.1924)
22 VI 1924r.: Żandarmeria we wsi Radawnitz do landrata w Flatow. Polskie barwy narodowe w czasie procesji Bożego Ciała (19 VI 1924r.)

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 348

Am Fronleichnamstage den 19. d. Mts. bewegte sich ein großer Zug von etwa 200 Personen unter Vorantritt des Vikar Sabolowski von der Katholischen Kirche durch das Dorf Radawitz unter Benutzung der Straßen.

Der Umzug nahm etwa 1 1/2 Stunde in Anspruch. Auf der öffentlichen Dorfstraße sowie auf der Chaussee sind Ehrenpforten mit Fahnen und Inschriften angebracht [worden].

Der Besitzer Josef Brewka hier hat eine Ehrenpforte auf der Dorfstraße aufgestellt und zu beiden Seiten oben auf den Stangen je eine polnische Fahne (weiß-rot) angebracht.

Auf meine Veranlassung mußte Frau Brewka diese Fahnen abnehmen lassen.

[Unterschrift:] Wegner

Oberlandjäger

158

30.10.1925: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Polnische Mitglieder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
30 X 1925r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Polscy członkowie organizacji „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold"

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 347 (Entwurf).

Den in dem Schreiben vom 12. September d. Js. bezüglich der Zuverlässigkeit der polnischsprechenden Mitglieder des Reichsbanners gemachten Ausführungen vermag ich mich auf Grund meiner Feststellungen und Erfahrungen nicht anzuschließen. Insbesondere muß ich der unzutreffenden Behauptung entgegentreten, daß nicht mehr die Hälfte der sogenannten Polen sich als solche fühlen. Die Tatsache, daß fast jeder Pole im Kreise einem polnischen Verein und namentlich dem Polenbund angehört, widerlegt diese Behauptung, ohne daß es besonderer Nachweise hierüber bedürfte. Die zur Organisation des Reichsbanners gehörenden Mitglieder machen hiervon keine Ausnahme. Ich habe mich in diesem Sinne bereits in meinem Bericht vom 13. August d. Js. Nr. 78 Geh. ausgesprochen und stehe auf dem Standpunkt, daß diese polnischen Mitglieder des Reichsbanners eine nicht zu unterschätzende Gefahr bilden, wenn sie auch von der Führung der Ortsgruppen des Reichsbanners ausgeschlossen sind.

Reichsbannermitglieder, welche die Option für Polen ausgeübt haben, sind nicht festgestellt worden; ebensowenig solche, die Mitglieder polnischer Sokolvereine sind.

Für die Behauptung, daß auch der Stahlhelm polnischsprechende deutsche Staatsbürger zu seinen Mitgliedern zähle, haben die von mir eingeleiteten Feststellungen Anhaltspunkte nicht ergeben.

[Paraphe]

159

21.11.1925: Landjägeramt Groß Butzig an den Landrat in Flatow. Geheime polnische Versammlung (17.11.1925) 21 XI 1925r.: Żandarmeria w Groß Butzig do landrata w Flatow. Tajne zebranie polskie (17 XI 1925r.)

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 347

Am Dienstag, den 17.11.25 abends gegen 9 Uhr, fand im Boninschen Gasthause in Groß Butzig eine polnische Versammlung statt. Der Zusammentritt der Versammlung war derart geheim, daß ich erst davon Kenntnis erhielt, als die Versammlung bereits begonnen hatte.

Als Sprecher soll nach Aussagen eine Person aus Berlin erschienen sein, deren Namen von keinem der Polen genannt werden will.

Anwesend waren der Pfarrer Sobiraczek [Sobierajczyk], Groß Butzig, eine Person aus Flatow, deren Name unbekannt war, sowie sämtliche Polen. Nach Aussagen Deutscher aus dem jetzt polnischen Gebiet muß dort jede Versammlung, auch im eigenen Hause, ganz gleich welcher Art, bei den polnischen Behörden angemeldet werden.

Während die Polen es im Deutschen Reiche nicht nötig haben und anscheinend eine große Propaganda für Polen treiben.

Eine Überwachung der polnische Versammlung durch Hinzuziehung geeigneter Beamter wird dadurch erschwert, weil der Tag und Stunde der Versammlung sehr streng geheim gehalten wird.

Ich bitte um Belehrung, wie ich mich in Zukunft gegenüber polnischen Versammlungen zu verhalten habe.

[Unterschrift:] Schulz (Paul)
Oberlandjäger

160

23.1.1926: Staatliches Grenzkommissariat Flatow an den Landrat ebendort. Jüngste Entwicklung in der polnischen Bewegung
23 I 1926r.: Państwowy komisariat graniczny w Flatow do landrata w miejscu. Najnowsze tendencje w ruchu polskim

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 347

In der Polenbewegung des hiesigen Kreises sind in der letzten Zeit besondere Ereignisse nicht zutage getreten.

Auffallend ist nur die Tatsache, daß die Polen nunmehr mit allen Mitteln versuchen, ihre Jugend zu zwingen, die Muttersprache zu erlernen. Das Verteilen polnischer Bücher hat seine Wirkung verfehlt. Die Gründe hierfür liegen wohl in der falschen Auswahl der Bücher, auch hat die Jugend für eine derartige Lektüre bisher wenig Interesse gezeigt. Außer der regen Arbeit des hiesigen polnisch-katholischen Schulvereins bedient man sich in der letzten Zeit mehr und mehr der Theateraufführungen in polnischer Sprache, die einen doppelten Zweck verfolgen. Sie wollen einerseits die Jugend für die polnischen Ideale erwärmen, andererseits die Liebe zur Muttersprache auf diesem Wege fördern. Die in letzter Zeit z.B. in Schwente und Zakrzewo stattgefundenen Aufführungen haben auch tatsächlich einen äußerst regen Zuspruch gefunden.

Dem seit einiger Zeit in Radawnitz amtierenden, aus Schwente stammenden Vikar Konnek ist es gelungen, dort ebenfalls einen polnisch-katholischen Schulverein zu gründen, der aber bisher noch wenig oder gar nicht hervorgetreten ist. Der Vikar Konnek arbeitet eifrig an der Förderung des Polentums und hat zu diesem Zwecke Fühlung mit dem Gemeindevorsteher Brzezinski genommen, der bisher als neutral galt.

In Flatow stehen die von früher bekannten Personen noch immer an der Spitze der Polenbewegung. Wie hier von vertraulicher Seite festgestellt worden ist, sind in der letzten Zeit als führende Persönlichkeiten noch hinzugekommen:

Dr. Schipkowski, Peter Neumann und Lehrer Nowak aus Neu Schwente. Die drei letztgenannten treten zwar öffentlich nicht hervor, gelten aber als führende Persönlichkeiten. Neumann und Nowak sollen gänzlich unter dem Einflusse des Dr. Schipkowski stehen.

Erwähnenswert ist ferner, daß der bereits bekannte Isidor Maczkowicz [Izydor Maćkowicz], Schwente, Berichterstatter für die *Gazeta Olsczynska [Olsztyńska]* ist. Diese polnische Zeitung, die neben dem Dziennik Berlinski im hiesigen Kreise von einer großen Anzahl Personen gelesen wird, bringt des öfteren Artikel gehässiger Art über Flatow, insbesondere über die vaterländischen Verbände, als deren Urheber der ebengenannte Maczkowicz [Maćkowicz] gilt. Auch erscheinen häufig in der erstgenannten Zeitung Artikel über Podrusen, als deren Urheber der Pfarrer Grochowski – Glubschin angesehen wird, der ebenfalls Berichterstatter sein soll.

Die seiner Zeit gemeldete Tatsache, daß die Polen im Reichsbanner organisiert sind, ist durch einen Artikel der Gazeta Olsczynska [Olsztyńska] bestätigt worden (vergl. Bericht vom 11.12.1925 – Tgb. Nr. 349/25 geh.). Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß es den Polen gelungen ist, eine ihrer markantesten Persönlichkeiten, nämlich den bekannten Polenführer, Geschäftsführer des hiesigen Rolnik und Vorstandsmitglied des hiesigen polnisch-katholischen Schulvereins, Siegfried Noryskiewicz, in den Vorstand der hiesigen Kreisbank hineinzubekommen.

[Unterschrift:] May
Grenzkommissar

161

3.3.1926: Staatliches Grenzkommissariat in Flatow an den Landrat ebendort. Beurteilung des praktischen Arztes Dr. Hugo Schipkowski, Flatow, in nationaler Hinsicht

3 III 1926r.: Państwowy komisariat graniczny w Flatow do landrata w miejscu. Opinia o dr Hugo Schipkowskim, lekarzu praktykującym w Flatow pod względem narodowym

AP Koszalin, Landratsamt Flatow, Nr. 347

Dr. Hugo Schipkowski ist am 22.10.95 in Tiefenau, Kreis Marienwerder, als Sohn des Lehrers Schipkowski geboren, der früher eine Lehrerstelle in Pesken bei Mewe (jetzt Polen), dann eine Lehrer- und Organistenstelle in Tiefenau hatte. Die Tiefenauer Gegend ist stark polnisch. Der Vater Schipkowski ist schon seit längerer Zeit tot, die Mutter ist heute noch in Tiefenau wohnhaft. Wie mir aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sind alle Schipkowskis polnischer Herkunft.

Der Sohn Hugo ist am 4.11.24 von Richnau, Kreis Schlochau, nach Flatow übergesiedelt und hat sich seit diesem Tage als praktischer Arzt in der Wilhelmstr. 23 b/Klarowski niedergelassen. Auch die Familie Klarowski steht hier in dem Verdacht, polnisch gesinnt zu sein.

Die Ehefrau des Dr. Sch. heißt mit Vornamen Margarete und ist eine geb. Köhn aus Richnau. Der Ehe ist am 2.10.25 ein Töchterchen namens Christa entsprossen.

Was die Praxis des Dr. Sch. betrifft, hat er neben einer guten katholischen Praxis in der Hauptsache polnische Patienten. Sein Verkehr ist ausschließlich polnisch. Abgesehen von dem Verkehr mit den bereits genannten Neumann und Nowak ist er des öfteren zusammen mit dem Geschäftsführer des hiesigen Rolnik, dem bekannten Polenführer Siegfried Noryskiewicz, im Lokale von Bonin gesehen worden. Auch pflegt er mit dem Sekretär des polnisch-katholischen Schulvereins Bialek Verkehr.

Der beste Beweis für die polnische Gesinnung des Dr. Sch. sind seine Äußerungen in einem Lokale der hiesigen Stadt.

Von zuverlässiger Seite wird mir darüber folgendes berichtet:

In angetrunkenem Zustande hat Dr. Sch. ungefähr folgendes erklärt:

„Ich bin Pole und bin stolz darauf. Ich werde auch für das Polentum arbeiten und die Polen durch meine Praxis an mich ziehen. Ich fühle mich als Nachfolger des Dr. Sobierayczik [Sobierajczyk]."

Diese Äußerung ist seiner Zeit sogar seinem Schwager, dem hiesigen Lehrer Bracka, angeblich einem deutsch-katholischen Manne, unangenehm gewesen. Bracka verließ seinerzeit daraufhin das fragliche Lokal.

Dr. Schipkowski scheint nach den hiesigen Ermittlungen im geheimen für das Polentum zu arbeiten und zu werben. Öffentlich ist er bisher noch nicht aufgetreten.

[Unterschrift:] May
Kriminalkommissar

162

3.3.1930: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Verschuldung deutscher Grundbesitzer an die Bank Ludowy
3 III 1930r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Zadłużenie niemieckich właścicieli ziemskich w Banku Ludowym

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 388

Der Tatbestand, der dem Erlaß beigegebenen Berichte des Herrn Landeshauptmannes vom 17.12.1929 zugrunde liegt, ist folgender:

Die dort genannten Landwirte Wiedehöft – Schwente, Lach – Blankwitt und Budzinski – Krojanke haben aus Mitteln der Golddiskontbankanleihe Gelddarlehen erhalten, die durch die Kreissparkasse Flatow vermittelt und hypothekarisch gesichert sind. Die Laufzeit der Golddiskontbankanleihe endete im Juni 1929. Die Valuta wurde den Darlehnsnehmern zum Teil aus Mitteln der Deutschen Rentenbankkreditanstalt und zum anderen Teile aus Mitteln der Kreissparkasse Flatow, die aus einer bei der Provinzialbank in Schneidemühl aufgenommenen Anleihe stammten, weiter gestundet. Für die bei der Provinzialbank aufgenommene Anleihe muß die Kreissparkasse einen Zinssatz von 12 % p.a. bei monatlicher Belastung zahlen. Die Darlehnsnehmer wurden mit einem Zinsbetrag von 13 % belastet.

Ende vorigen Jahres wurden neben den anderen Schuldnern die oben genannten Grundbesitzer aufgefordert, nach Möglichkeit Rückzahlungen auf ihre Schuldverpflichtung zu leisten. Bei Wiedehöft kam noch dazu, daß eine Entpfändung verschiedener abverkaufter Parzellen in Größe von ungefähr 9 1/2 ha stattfinden mußte, die nur erfolgen konnte, wenn außer der Rückzahlung des ersten Drittels der Golddiskontbankanleihe noch weitere 1 250,- RM getilgt wurden.

Die Grundbesitzer sahen sich zu diesen Rückzahlungen aus eigenen Mitteln bei dem schlechten Stande der Landwirtschaft außerstande und traten an die Bank ludowy wegen Übernahme der Schuldverpflichtungen heran. Die Bank löste darauf die Beträge ein gegen Abtretung eines entsprechenden Teiles der Hypothek.

Irgendwelche Anzeichen dafür, daß die Bank ludowy die Hypotheken nur deshalb übernommen hat, um später, wenn die Forderung etwa Not leiden sollte, die Grundstücke im Wege der Zwangsversteigerung zu übernehmen, liegen nicht vor. Es sei bemerkt, daß Lach und Budzinski Nationalpolen sind, während Wiedehöft Deutscher ist.

Ich erlaube mir, bei der Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Sparkasse des Kreises Flatow mit der Versorgung der Kreiseingesessenen mit ausreichenden Krediten bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen ist. Eine weitere Ausschüttung von Geldmitteln wird ihr augenblicklich nicht möglich sein. Insoweit bedeutet die außerordentliche Kapitalkräftigkeit der Bank ludowy, die mit polnischen Staatsmitteln außerordentlich reich dotiert ist, eine große Gefahr für den landwirtschaftlichen Grundbesitz, der sich augenblicklich im allgemeinen in großer finanzieller Notlage befindet.

Positive Unterlagen dafür, daß eine übermäßige Verschuldung des deutschen Grundbesitzes an die Bank ludowy vorliegt, haben sich bisher allerdings nicht erbringen lassen. Jedoch geht das Gerücht, daß eine große Anzahl von Landwirten mit der Bank in Kreditverhandlungen steht.

Mit Rücksicht darauf, daß wie oben erwähnt, die Kreissparkasse mit der Darlehnshingabe bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen ist und weiterhin auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Nationalitätenpflege zum größten Teile im Interessengebiete des Reiches liegt, bitte ich, sich dafür einzusetzen, daß bei der Durchführung des Ostprogrammes die öffentlichen Kreditinstitute, insbesondere die Kreissparkassen der Grenzbezirke mit ausreichenden Geldmitteln zu angemessenen Zinssätzen versorgt werden, damit sie wiederum in die Lage versetzt werden, die Kreiseingesessenen, und insbesondere die Landwirtschaft, mit den erforderlichen angemessen verzinslichen Krediten zu versehen.

Die Gefahr, die in einer übermäßigen Verschuldung an die Bank ludowy liegt, ist nicht zu unterschätzen und wird sich bei politisch indifferenten oder wankelmütig eingestellten Bürgern sehr leicht zuungunsten des Deutschtums auswirken.

Ich erlaube mir, auch des weiteren darauf hinzuweisen, daß der Pole bei seinem geringen Kulturstande und bei seiner Bedürfnislosigkeit mit einem Minimum an Geldmitteln sein Leben zu fristen, ja sogar auch sich auszubreiten, in der Lage ist, während der Deutsche bei seiner hohen Kultur sehr viel größerer Geldmittel bedarf, um sich in den gefährdeten Grenzgebieten zu erhalten. Ich bitte, in dieser Beziehung bei der Durchführung des Ostprogrammes auch darauf bedacht zu sein, daß die erforderlichen Mittel zu einer ausreichenden Wohnungsfürsorge für die deutschstämmigen landwirtschaftlichen Arbeiter in den Grenzgebieten bereitgestellt werden.

[Unterschrift]

163

29.7.1932: Landjägeramt Zakrzewo an den Landrat in Flatow. Zwischenfall vor dem Pfarrhaus (28.7.1932)

29 VII 1932r.: Żandarmeria we wsi Zakrzewo do landrata w Flatow. Zajście przed plebanią (28 VII 1932r.)

GStA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856, Nr. 274 (Abschrift).

Der deutsche Jungbund Zakrzewo und Umgegend hatte am 28. d.M. abends einen Übungsabend im Saale des Gastwirts Pesalla – Zakrzewo, zu welchem die Berliner Deutsche Freischargruppe, welche sich zur Zeit in Groß Friedrichsberg befindet, eingeladen war. Zur Übungsstunde ist die Gruppe nicht erschienen. Gegen 21 1/2 Uhr sollen die Gruppen Groß Friedrichsberg, Kietz und Kleschin, im ganzen ungefähr 24 Mann, die zu der deutschen Freischar Berlin gehören, nach Zakrzewo gekommen sein. Unter Führung des Sebastian Losch der deutschen Freischar Berlin Ortsgruppe Kleschin haben sie vor dem Pfarrhaus Dr. Domanski – Zakrzewo auf der öffentlichen Straße Aufstellung genommen und drei deutsche Volkslieder (Grenzmarklieder) gesungen. Auch soll einer der deutschen Freischarer der Gruppe Kleschin aus einer Knallkorkenpistole 3 Schreckschüsse abgegeben haben. Hierauf sollen sie in ihre Quartiere zurückmarschiert sein. M.E. handelt es sich nicht um eine Privatstraße oder eigenes Land oder Hof, wo die Freischarer standen bei Absingen der deutschen Lieder, wie Pfarrer Dr. Domanski telefonisch angab, sondern um eine öffentliche Straße, welche die Zugangsstraße zum Pfarrhaus ist. Als eine Privatstraße ist dieselbe nicht kenntlich gemacht, auch nicht durch einen Zaun von den anderen Straßen getrennt.

Die Freischarer sollen von den Polen in Zakrzewo beim Nachhausegehen mit Steinen beworfen worden sein.

Die Ermittelungen betreffs der Telefonleitung des Pfarrers Dr. Domanski haben ergeben, daß die Telefondrähte am Eingang des Dorfes durch Wind verwickelt wurden und nicht, wie Pfarrer Dr. Domanski telefonisch angab, daß dieselben mutwillig zerstört worden sind. Beweis: Zeugnis des Postschaffners Sendel – Zakrzewo, der die Telefondrähte am nächsten Tage vormittags in Ordnung gebracht hat. An dem Gestänge befinden sich 8 Leitungen. Demnach kann niemand wissen, welche Pfarrer Dr. Domanski gehört.

gez. Kordowski
Landjägermeister

164

7.2.1933: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Finanzielle Mittel für den Erhalt und Ausbau deutschen Grundbesitzes
7 II 1933r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Środki finansowe na rzecz podtrzymania i poszerzenia niemieckiej własności ziemskiej

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 388

Seit meinem Dienstantritt in Flatow habe ich immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, Mittel bereitzustellen, mit denen der Übergang deutschen Grundbesitzes in polnische Hand verhindert, deutscher Grundbesitz gestärkt und der Übergang polnischen Grundbesitzes in deutsche Hand gefördert werden könnte. Mit Ausnahme von einem mir bekannten Fall im Jahre 1928 ist es meines Wissens nie gelungen, derartige Mittel zu erhalten, und meines Wissens sind auch die vielfachen Bemühungen des Herrn Oberpräsidenten Dr. von Bülow in dieser Richtung ergebnislos gewesen. Ein Fall aus letzter Zeit gibt mir Veranlassung, erneut auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage hinzuweisen, wobei ich auf meine gelegentlich eines Vortrags in anderer Angelegenheit kürzlich gemachten Ausführungen Bezug nehme.

Für ausgeschlossen halte ich es, daß Mittel in solcher Höhe zur Verfügung gestellt werden können, daß etwa der Ankauf polnischen Besitzes oder der Ankauf deutschen Besitzes, der in polnische Hand überzugehen droht, erfolgen könnte. Abgesehen von der Unmöglichkeit, derartige Dinge auf dem behördlichen Wege durchzuführen, würde ein solches Vorgehen bald bekannt werden und den Erfolg haben, daß viele Besitzer unter der Drohung, sonst in polnische Hand zu verkaufen, diese Mittel beanspruchen würden.

Es gibt aber eine ganze Reihe von Fällen, wo geholfen werden kann, ohne daß solche Wirkungen eintreten und ohne daß große Mittel aufgewendet zu werden brauchen. Ich darf einige Beispiele nennen:

1. In Flatow steht eine in polnischer Hand befindliche Ziegelei mit 60 Morgen Land, unmittelbar an der Stadt gelegen, zur Versteigerung. Die Bank ludowy hat Hypotheken. Ich setze mich mit einer Siedlungsgesellschaft in Verbindung, die das Grundstück begutachtet, auch zum Kauf bereit ist, wenn es zu einem gewissen Preise zu erstehen ist, den sie als Höchstgrenze für sich ansetzt. Der Preis wird um 3000 RM überboten, das Grundstück geht in die Hand der Bank ludowy. Hätte ich die 3000 RM zur Verfügung gehabt oder wenigstens der Siedlungsgesellschaft garantieren können, wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, das für Flatow nicht unwichtige Grundstück in deutsche Hand zu bringen, wobei ein Verlust dieser 3000 RM noch gar nicht einmal nötig war.

2. In Zakrzewo steht ein Grundstück von 32 Morgen aus polnischer Hand in Zwangsversteigerung. Der deutsche Nachbar will es kaufen; er hat 3 000 RM zur Verfügung. Die Kreissparkasse ist bereit, ihm unter Zurückstellung aller Bedenken an erster Stelle 3 000 RM zu geben. Die Zinsen sind ihm jedoch zu hoch, so daß er nicht über einen Kaufpreis von 5 000 RM gehen will. Das Grundstück geht für 6 000 RM in polnische Hand. Hätte ich diese 1 000 RM zinsfrei, ohne daß sie verloren gewesen wären, zur Verfügung stellen und vielleicht noch für die ersten 2 Jahre einen kleinen Zinszuschuß für die erste Hypothek geben können, wäre das Grundstück in deutsche Hand gekommen.

3. Ein Deutscher hat einen Bauernhof in Zakrzewo. Er hat einen deutschen Käufer. Der Pole zahlt jedoch 1 000 RM mehr. Er verkauft trotz allem Zureden an den Polen, da für ihn 1 000 RM sehr viel Geld sind. Wären diese 1 000 RM, die auch irgendwie hätten eingetragen werden können, zur Verfügung gewesen, hätte das Grundstück in deutscher Hand gehalten werden können.

Derartige Beispiele können noch mehrfach angeführt werden. Sie zeigen, daß auf diesem Gebiete mit verhältnismäßig geringen Mitteln viel getan werden kann, ohne daß irgendwelche nachteiligen Wirkungen eintreten.

Zu derartigen Fällen kommen noch zahlreiche andere hinzu, wo kleine, der polnischen Minderheit zuzurechnende Besitzer sich von der polnischen Bewegung abwenden und wenigstens ihre Kinder in die deutsche Schule schicken wollen, sich auf jeden Fall unabhängig von dem wirtschaftlichen Einfluß der Polen machen wollen. Sie können es nicht, weil sie Schulden bei der Bank ludowy haben, deren Kündigung sie befürchten müssen, wenn sie ihre Kinder aus der polnischen Schule herausnehmen oder sonst in der polnischen Bewegung nicht mitmachen. In diesen Fällen handelt es sich meistens um verhältnismäßig kleine Beträge bis zu 1 000 RM, höchstens 2 000 RM, die oft auch noch erststellig eingetragen sind. Die Kreissparkasse kann sie nicht ablösen, da sie eine wohl noch lange dauernde Kreditsperre hat. Andere Gelder sind nicht verfügbar. Es würde genügen, wenn die Kreissparkasse aus einem ihr zur Verfügung stehenden Fonds Gelder in diesen Fällen ausleihen könnte, ohne in allen Fällen an ihre Satzungen gebunden zu sein. Es würde auch hier ein Verlust von Geldern kaum eintreten und doch ein großer Vorteil erreicht werden.

Während in diesen letzteren Fällen die Kreissparkasse ohne größere Schwierigkeiten eingeschaltet werden kann, wenn sie nur das nötige Geld zur Verfügung gestellt bekommt, können sich in den erstgenannten Fällen Schwierigkeiten ergeben, da man nicht recht weiß, wen man als Gläubiger der hergegebenen Gelder einschalten soll. In manchen Fällen wird es auch hierbei die Kreissparkasse sein können, in anderen werden hier die Siedlungsgesellschaften eintreten müssen, etwa so, wie es bereits in dem bekannten Fall Sänger – Zakrzewo geschehen ist. Eine Kreissiedlungsgesellschaft, die diese Aufgaben übernehmen könnte, ist nicht vorhanden.

Schließlich darf ich noch darauf hinweisen, daß es bei Bereitstellung von Mitteln für derartige Zwecke m.E. solange wie möglich vermieden werden muß, Zuschüsse zu zahlen. M.E. sind alle diese Gelder nur im Darlehnswege zu geben, schon um auch für kommende Zeit einen gewissen Druck auf den Eigentümer ausüben zu können. Ferner halte ich es für notwendig, daß wenigstens kleine Teile der zur Verfügung zu stellenden Gelder den örtlichen Stellen, also dem Landrat oder wenigstens dem Herrn Regierungspräsidenten, anzuvertrauen sind, damit gegebenenfalls schnell gehandelt werden kann. All diese Fragen werden erfahrungsgemäß erst im letzten Augenblick an den

Landrat herangebracht und es wird oft nicht möglich sein, dann erst auf dem Behördenwege die Gelder in Berlin anzufordern.

[Unterschrift:] Snay

165

8.2.1933: Der Landrat in Flatow an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Kirchliche Versorgung der Deutschkatholiken in Zakrzewo

8 II 1933r.: Landrat w Flatow do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Opieka duchowna nad Niemcami-katolikami we wsi Zakrzewo

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 294

Bereits mehrfach habe ich, u.a. auch in einem Privatdienstbrief an Herrn Vizepräsidenten Ganse vom 12. Juni 1931, vorgetragen, daß eine wesentliche Aufgabe der Deutschtumsarbeit im Kreise Flatow darin liegen müsse, die Deutschkatholiken von dem Einfluß der polnischen Ortsgeistlichen zu befreien und für sie einen regelmäßigen deutschen Gottesdienst zu gewährleisten. Ich habe dabei die Auffassung vertreten, daß es doch mehr als recht und billig ist, wenn die in Deutschland lebenden deutschen Katholiken auch dort, wo sie sich in ihren Pfarreien in der Minderheit befinden, den Anspruch darauf erheben, jeden Sonntag deutschen Gottesdienst zu haben und auch sonst in deutscher Sprache kirchlich versorgt zu werden, wo der polnischen Bevölkerung sogar das Recht eingeräumt worden ist, ihre Kinder in eigenen polnischen Schulen unterrichten zu lassen. Diese Forderung gilt vor allem für Zakrzewo, wo der bekannte Pfarrer Domanski seine Stellung in jeder Weise ausnutzt, um Propaganda für die polnische Sache zu treiben und auch nicht davor zurückschreckt, auf dem Wege über die Bank ludowy, deren Zweigstelle in Zakrzewo von seiner Schwester verwaltet wird, wirtschaftlichen Druck im Sinne der Polonisierung auszuüben. Gerade in Zakrzewo fühlen sich die deutschen Katholiken nicht nur vereinsamt, sondern auch in jeder Beziehung seelisch gedrückt, da sie als gute Katholiken ihren kirchlichen Pflichten nachkommen wollen, in dem ihnen als Vorkämpfer des Polentums bekannten Pfarrer Domanski aber nicht den Seelsorger sehen, zu dem sie Vertrauen haben können, sich außerdem auch polnische Gottesdienste anhören müssen, von denen sie kaum ein Wort verstehen. Dies hat ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl der deutsch-katholischen Bevölkerung dieses Gebietes zur Folge, die sich gegenüber der polnischen Bevölkerung auf deutschem Boden mit Recht benachteiligt fühlt, dauernden seelischen Konflikten ausgesetzt und bestrebt ist, möglichst aus diesem Gebiet herauszukommen. Ganz unerträglich ist der augenblickliche Zustand, da seit einigen Monaten wieder der bekannte polnische Vikar von Styp-Rekowski, der vor einigen Jahren nach langen Bemühungen aus Zakrzewo entfernt worden ist, dort wieder in engster Zusammenarbeit mit Pfarrer Domanski tätig ist. Hier muß m.E. unbedingt sofort eine Änderung eintreten. All diese Schwierigkeiten würden sich aber mit einem Schlage beheben lassen, wenn erreicht werden könnte, daß in Zakrzewo, wie möglichst auch in anderen Gemeinden mit polnischen Pfarrern, deutsch-katholischen Geistlichen die seelsorgerische Betreuung der deutsch-katholischen Bevölkerung übertragen würde. Die Deutschkatholiken in Zakrzewo selbst haben nicht die genügende Stoßkraft, um ihre Forderung nach Anstellung eines deutschen Vikars, die auch sehr erheblichen, auf dem Gebiete des Kirchenrechts liegenden Schwierigkeiten begegnen soll, durchzusetzen. Ich kann mich als Protestant schwer um diese Dinge, die rein innerkirchlich sind, kümmern und bitte deshalb, auf die Freie Prälatur in Schneidemühl dahin zu wirken, daß dieser Frage endlich entschieden nähergetreten wird. Wie ich gelegentlich hörte,

soll sich die Prälatur dahin geäußert haben, daß die Anstellung eines deutschen Vikars wohl möglich sei, aber keine Mittel zur Verfügung stünden. Ich glaube den Standpunkt vertreten zu können, daß Gelder aus dem Deutschtumsfonds, die für die Bezahlung eines deutschen, von Pfarrer Domanski völlig unabhängigen Vikars verwendet würden, außerordentlich nutzbringend angewendet wären. Sobald ein selbständiger deutscher Vikar in Zakrzewo auftritt, – es müßte allerdings eine außergewöhnlich energische und tatkräftige Persönlichkeit sein – würde zweifellos in kürzester Zeit eine reinliche Scheidung der Geister eintreten, die Deutschkatholiken würden von einem großen seelischen Druck befreit werden und die Stoßkraft bekommen, die sie in Zakrzewo gegenüber dem Einfluß des Pfarrers Domanski unbedingt haben müssen.

[Unterschrift:] Snay

166

21.9.1933: Der kommissarische Landrat in Flatow an den kommissarischen Oberpräsidenten in Schneidemühl. Zwischenfälle in Buschdorf (3.9.1933)
21 IX 1933r.: Komisaryczny landrat w Flatow do komisarycznego prezydenta naczelnego w Schneidemühl. Zajścia we wsi Buschdorf (3 IX 1933r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 37 (Abschrift).

Zu den Äußerungen der polnischen Presse, insbesondere zu den Artikeln im „Gesamtüberblick über die polnische Presse" Jahrgang 1933, S. 581 desgl. S. 585, berichte ich folgendes:

I.

Am 3. September ds. Js. hat in Buschdorf (Zakrzewo) eine Deutschtumskundgebung stattgefunden, zu welcher die Ortsgruppe der NSDAP in Buschdorf aufgefordert hatte. Besondere Einladungen zu dieser Kundgebung sind nicht versandt worden. Insbesondere hatte das Landratsamt von dieser Kundgebung keine Benachrichtigung erhalten. Die Ortsgruppe der NSDAP Buschdorf hatte vielmehr in den örtlichen Tageszeitungen („Flatower Zeitung" und „Die Grenzmark") im Annoncenteil der Zeitung entsprechende Bekanntmachungen erlassen. Die in Frage kommenden Anzeigen füge ich bei. Auf Grund dieser Anzeigen sind Teile der SS und SA von Flatow am Sonntag, den 3. September, nachmittags mit Fahrrädern zu dem Fest hinausgefahren.

Es ist reine Phantasie, wenn die polnischen Pressestimmen behaupten, daß etwa die SA- und SS-Männer, die von Flatow aus an diesem Feste teilgenommen haben - und die hinterher in die Schlägerei verwickelt worden sind - sich aus dem Grunde nach Buschdorf begeben haben, um den Bewohnern von Buschdorf für das sogenannte polnische „Fest des Liedes" „eine blutige Lehre zu erteilen". Man darf sagen, daß die meisten der SA- und SS-Männer, welche zu der Deutschtumskundgebung nach Buschdorf gefahren sind, wohl gar nicht gewußt haben, daß 14 Tage vorher dort von den Polen das sogenannte Fest des Liedes gefeiert worden ist. Im übrigen entspricht es durchaus der polnischen Mentalität, wenn der Umfang des Festes des Liedes in der Form aufgebauscht wird, wie dies in den Zeitungsäußerungen zum Ausdruck kommt. Daß 2000 Personen aus dem ganzen Flatower Lande daran teilgenommen haben, ist weitaus übertrieben. Richtig ist allerdings, daß teilweise zu diesem Fest, das vorwiegend ein Fest der polnischen Schulkinder war, auch aus Polen Kinder herübergekommen waren. Auch der polnische Konsul von Schneidemühl war auf dem Fest zugegen. Im übrigen ist das Fest aber von den Bewohnern des Kreises Flatow (abgesehen natürlich von Buschdorf selbst) so gut wie völlig unbeachtet geblieben.

Reine Phantasie ist es daher, wenn die Polen das Fest als ein Dorn im Auge für uns bezeichnen. Die unverfrorene Behauptung, daß während des „Festes des Liedes" auf dem Sportplatz Gruppen von Stoßtrupplern spioniert hätten und einen Streit hervorrufen wollten, beruht offenbar darauf, daß auch einige SA-Männer aus Buschdorf in Uniform auf dem Festplatz gewesen sind, um sich das Treiben anzusehen.

Die ganzen Schlußfolgerungen, welche die polnische Presse aus dem Verlauf des „Festes des Liedes" zieht, insbesondere die Folgerung, daß wegen des guten Gelingens des „Festes des Liedes" nunmehr das Deutschtumsfest lediglich zu dem Zwecke veranstaltet worden sei, um einen organisierten Überfall auf die Polen vorzunehmen, sind daher völlig abwegig und entbehren jeglicher Begründung.

II.

Die Geisteshaltung der polnischen Presse zu den Vorfällen bei dem Deutschtumsfest tritt auch noch an anderen Stellen der Artikel klar zutage. Schon die Überschrift „Massakrierung der Polen im Flatower Lande" macht aus der Schlägerei, die lediglich Einzelfälle betrifft, eine allgemeine Verfolgung der Polen in Buschdorf. Dieser Stimmungsmache dient auch weiter die Behauptung, daß gegen die polnische Bevölkerung ein fortgesetzter Terror im Kreise Flatow ausgeübt werde. Solange ich hier in Flatow bin (seit dem 18. April) kann ich aus eigener Anschauung gerade das Gegenteil berichten. Seit meinem Hiersein ist nicht ein einziger Fall vorgekommen, in dem gegen Angehörige der polnischen Minderheit Terrorakte ausgeübt [worden] sind. Ebenso ist frei erfunden, daß den polnischen Minderheitsschulen die Kinder entzogen sein sollen. Der einzige Vorfall, der mir in dieser Beziehung bekannt geworden ist, ist bereits Gegenstand meines Berichts vom 11. Mai 1933 zu dem dortigen Erlaß vom 8. Mai 1933 – A.2. Nr. 635 – gewesen.

Geradezu unerhört ist die Behauptung, daß Angehörige der polnischen Minderheit wegen ihrer Nationalität arbeitslos geworden sind. Ganz im Gegenteil habe ich bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit keinerlei Unterschiede nach der Richtung hin gemacht, ob der von mir in Arbeit gebrachte einzelne Arbeitnehmer polnischer oder deutscher Nationalität war. Seit dem 10. August 1933, seit dem die Arbeitslosigkeit im Kreis Flatow beseitigt ist, sind bei den Notstandsarbeiten im Kreise Flatow weit über 200 (ca. 240) Arbeitnehmer polnischer Nationalität bzw. polnischer Gesinnung beschäftigt. Ohne die von mir eingeleiteten Notstandsarbeiten wäre der allergrößte Teil dieser polnischen Arbeiter heute noch erwerbslos. Da dies sicher den polnischen Presseredakteuren bekannt ist, kann man zu diesem Punkte einwandfrei feststellen, daß die Behauptung, polnische Arbeiter seien wegen ihrer Nationalität erwerbslos geworden, bewußt erlogen ist. Reine Phantasie ist auch die Behauptung, daß versucht worden sei, die kulturelle und organisatorische Tätigkeit polnischer Vereinigungen zu stören. Nicht ein einziger derartiger Fall ist mir bekannt. Offenbar sollen diese Ausführungen der polnischen Presse verdecken, daß nach der Machtergreifung Adolf Hitlers zahlreiche Kinder aus der polnischen Schule aus freien Stücken herausgegangen sind. Dieser freiwillige Austritt der Kinder ist den Polen ersichtlich unangenehm und wird jetzt mit terroristischer Einwirkung begründet.

III.

Tatsache ist, daß auf dem Deutschtumsfest am 3. September 1933 eine Reihe von Einzelschlägereien stattgefunden haben. Das Deutschtumsfest begann mit einem Sportfest auf dem Sportplatz in Buschdorf. Das Sportfest mußte jedoch bald abgebrochen werden, weil starker Regen einsetzte. Das weitere Vergnügen fand dann in der Gastwirtschaft Pesalla statt. Wie die von mir angestellten Ermittelungen erkennen lassen,

sind dann im Laufe des späten Abends etwa 10 Personen durch Angehörige der SS und SA geschlagen worden. Da es sich bis auf eine Schlägerei in dem Lokale Bulawa um lauter Einzelfälle handelt, ist es sehr schwer, den jeweiligen Anlaß zu dem Zusammenstoß festzustellen. Wie die SS-Männer behaupten, ist einer von ihnen auf dem Nachhausewege noch im Dorfe Buschdorf vom Rade gestoßen worden. Da sie geglaubt haben, daß der Täter in das Lokal Bulawa geflüchtet sei, sind sie dort eingedrungen und sind, da sie den Täter dort nicht fanden, mit den Gästen in Streit gekommen, in dessen Verlauf sie das Lokal räumten. Wie der Wirt des Lokals bekundet, hat der ganze Vorfall etwa 1 Minute gedauert.

Bezeichnend ist, daß die polnischen Presseartikel vorwiegend Namen von Verletzten veröffentlichen, die der polnischen Minderheit angehören. In Wirklichkeit sind auch mehrere einwandfrei Deutschgesinnte bei diesen Schlägereien verletzt worden. Das ist ein einwandfreier Beweis dafür, daß die Schlägerei keinen politischen Hintergrund gehabt hat, sondern daß sie eben ein örtlicher Zusammenstoß zwischen Angehörigen der SS bzw. der SA und Bewohnern von Buschdorf bzw. sonstigen Besuchern der Deutschtumskundgebung gewesen ist.

Bei den Einzelschlägereien habe ich – auch nach mündlicher Fühlungnahme mit dem kommissarischen Gemeindevorsteher und dem deutschen Lehrer in Buschdorf – den Eindruck, daß diejenigen, welche von SS- oder SA-Männern geschlagen worden sind, durchweg Personen gewesen sind, die früher entweder übel beleumdet waren oder der kommunistischen Partei angehört hatten. In dem einen oder dem anderen Falle mag es naturgemäß auch möglich sein, daß die SS- und SA-Männer darüber ungehalten gewesen sind, daß Leute, deren polnische Gesinnung bekannt war, an dem Fest teilgenommen haben.

Durchaus unwahr ist auch die Behauptung, daß polizeilicher Schutz nicht zugegen gewesen sei. Ganz im Gegenteil sagt einer der vernommenen Angehörigen der polnischen Minderheit (Tischlermeister Brozek) aus, daß der Oberlandjäger bei einem Streit bei Pessala eingeschritten ist. Der Oberlandjäger hat sich im übrigen während des Festes, soweit ich das bisher feststellen konnte, offenbar hauptsächlich im Saale des größten Lokals, des Lokals Pesalla, aufgehalten. Da die einzelnen Schlägereien auf der Straße stattfanden, teilweise auch entfernt vom Lokal Pesalla, hat er naturgemäß davon nichts wahrnehmen können.

Der ganze Vorfall ist, weil er in der Polenhochburg Buschdorf stattfindet und damit, wie die Erfahrung gezeigt hat, unter stärkster polnischer Beleuchtung liegt, überaus bedauerlich.

Wie mir der kommissarische Gemeindevorsteher von Buschdorf mitteilt, war aber seitens der Polen nach dem „Fest des Liedes" ein aggressiveres Verhalten unverkennbar. Bis dahin hatte sich der größte Teil der polnischen Bevölkerung, offenbar unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Revolution, ersichtlich bemüht, nach außen hin ein erträgliches Verhältnis mit der deutschen Bevölkerung herbeizuführen. Seit dem „Fest des Liedes" ist hierin eine deutlich sichtbare Änderung eingetreten. Daraus darf geschlossen werden, daß seitdem offenbar wieder eine erneute starke Bearbeitung seitens der polnischen Führer eingesetzt hat. Diese nicht unbekannt gebliebene Tatsache wird nicht unerheblich dazu beigetragen haben, die Erregung der SS-Männer zu steigern, dies umsomehr, als die vernommenen SS-Männer angeben, daß sie schon während des Marsches durch das Dorf teilweise provokatorische Zurufe gehört haben.

Nochmals darauf hinweisen muß ich aber, daß auch mehrere Personen, die nicht Angehörige der polnischen Minderheit sind, in die Schlägerei verwickelt worden sind. Daß diese versehentlich für Polen gehalten worden sind, ist nach den Ermittelungen nicht zutreffend.

Ganz im Gegenteil hat einer von diesen Personen sich den SS-Männern gegenüber sogar als Mitglied der SA-Reserve ausgegeben.

Derartige Vorfälle werden sich, solange Feste in Buschdorf stattfinden und solange die jetzige unter der Oberfläche stets schwebende Erregung vorhanden ist, wohl nicht ganz vermeiden lassen. Gerade deshalb habe ich immer darauf eingewirkt, daß sowohl seitens der Polen als auch von unserer Seite aus zunächst keinerlei größere Festlichkeiten stattfinden. Die einzige Ausnahme sind das Fest des Liedes und die Deutschtumskundgebung gewesen.

Mit den zuständigen SS- und SA-Führern habe ich mich in Verbindung gesetzt und das Erforderliche veranlaßt.

gez. Unterschrift.

167

25.3.1934: Gendarmerieposten Zakrzewo an den Landrat in Flatow Nationale Verhältnisse in der katholischen Schwesternstation

25 III 1934r.: Posterunek żandarmerii we wsi Zakrzewo do landrata w Flatow. Stosunki narodowe u katolickich sióstr miłosierdzia

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 220 (Abschrift).

Am 22. Januar d. Js. habe ich gemeinsam mit dem Gendamerie-Wachtmeister Leitzke – Zakrzewo eine Revision der Feuerungsanlagen in Zakrzewo vorgenommen. Hierbei wurde auch die polnische Kleinkinderschule, welche im Schwesternhaus untergebracht ist, revidiert. Auf Veranlassung der Schwester Emeria Lietkewicz, welche die Kleinkinderschule leitet, wurden wir von den Kindern mit dem polnisch-kirchlichen Gruß begrüßt.

Schwester Lietkewicz ist polnische Staatsangehörige und eine fanatische Polin, welche die Kinder nur im polnischen Sinne erzieht. Ein deutsches Wort bekommen die Kinder dort nicht zu hören.

Als vor einiger Zeit der Schüler Bruno Stachnik, Zakrzewo, das Schwesternhaus zur Behandlung aufsuchte, verlangte die Schwester Lietkewicz von ihm, als er sich der deutschen Sprache bediente, er solle sein Anliegen in polnischer Sprache vorbringen. Die Oberschwester Thronilla Lorenz stand auch dabei. Als der Schüler mehrmals erklärt hatte, er könne nicht polnisch sprechen, sagte die Oberschwester zu ihm „Du Schnodder!" Jetzt erst wurde St. behandelt. Stachnik versteht nach seiner Angabe wohl Polnisch, kann aber nicht polnisch sprechen.

Bis vor kurzer Zeit befand sich auch eine deutsche Schwester Patrizia Gonschorowski in der hiesigen Schwesternstation. Diese ist angeblich wegen Krankheit ins Mutterhaus nach Breslau geschickt worden. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, soll diese Schwester nur wegen ihrem Deutschtum fortgeschickt worden sein. Sie war hier bei jedermann sehr beliebt. Nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den Polen. Sie ist bei jeder sich bietenden Gelegenheit für das Deutschtum eingetreten und bediente sich auch des deutschen Grußes. Schwester Patrizia hatte Außendienst und kam hierdurch nicht nur in deutsche, sondern auch in die polnischen Familien. Dort soll sie dann auch für das Deutschtum gewirkt haben. Sie soll die polnischen Eltern auf die Folgen

der Minderheitsschule für ihre Kinder aufmerksam gemacht haben. Einige polnische Familien sollen auch zu ihr gesagt haben, wir sehen dieses auch ein, aber wenn wir unsere Kinder aus der polnischen Schule nehmen, dann wird uns das Geld vom Herrn Pfarrer gekündigt.

Dieses alles wurde Herrn Pfarrer mit seinen 3 polnischen Schwestern für das Polentum gefährlich. Daher mußte die Schwester aus dieser Gegend verschwinden. Damit sie überhaupt nicht mehr für das Polentum gefährlich werden kann, wurde sie ins Mutterhaus geschickt.

Als Herr Pfarrer Dr. Domanski mal das Schwesternhaus besuchte und Schwester Patrizia sich mit der Oberschwester in deutscher Sprache unterhielt, soll Herr Pfarrer gesagt haben, Schwester Patrizia kann sich noch immer nicht an das Polnische gewöhnen. Bemerken möchte ich, daß Schwester Patrizia in Zakrzewo etwas polnisch sprechen gelernt hat.

Auch soll die Schwester Patrizia wegen ihrem Deutschtum sehr viel durch ihre Mitschwestern zu leiden gehabt haben. Die Schwester Werenfrieda Czumska und Emeria Lietkewicz sollen sich sogar im Beisein der Oberschwester Thronilla Lorenz von Schwester Patrizia Gonschorowski das Deutschsprechen verboten haben.

Um der Schwester Patrizia Gonschorowski weitere Nachteile zu ersparen, wird um strenge Geheimhaltung gebeten.

gez. Batzdorf
Gend.Wachtmeister

C.3. Kreis / Powiat Meseritz

168

16.11.1920: Distriktsamt Betsche an den Landrat in Meseritz. Grundstückstausch polnischer Minderheitsangehöriger mit Deutschen aus Polen
16 XI 1920r.: Urząd dystryktu w Betsche do landrata w Meseritz. Zamiana posesji między członkami mniejszości polskiej i Niemcami z Polski

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H. A. Rep. 6 B, Nr. 190

Seit einiger Zeit ist hier die Beobachtung gemacht worden, daß sich hiesige polnische Grundstückbesitzer, namentlich Landwirte, in auffallend großer Zahl Ausweise nach Polen ausstellen lassen. Auf Befragen gaben sie, wie gewöhnlich, Besuch von Verwandten, Regelung von Familienangelegenheiten oder sonstige allgemeine Gründe an. Es war jedoch ohne weiteres anzunehmen, daß es sich in erster Linie um Käufe von Grundstücken in Polen handelte, welche jetzt gerade durch das weitere Sinken der polnischen Valuta besonderen Reiz erhalten haben. Wie ich erfahren habe, haben die Polen an den Ankauf von Grundstücken bei ihnen die ausdrückliche Bedingung geknüpft, daß die betreffenden Reflektanten sich vorher verpflichten müssen, ihr in Deutschland belegenes Grundstück nur an einen „Katholiken" zu verkaufen. Sie erhalten die Auflassung ihres polnischen Grundstücks erst dann, wenn sie eine vom hiesigen Propst ausgestellte Bescheinigung vorzeigen können, daß sie ihr deutsches Grundstück tatsächlich einem „Katholiken" verkauft haben. Hieraus ist zu schließen, daß der hiesige Propst wie wohl auch andere Pröpste der Grenzmark von den Polen die Anweisung zur Ausstellung derartiger Bescheinigungen, welche *sehr geheim* behandelt werden, erhalten haben. Es dürfte sich hierbei um eine politische Maßnahme der Polen handeln, welcher von deutscher Seite bis jetzt keine entgegengestellt wird, und die als ein unzulässiges Eingreifen in unsere innere Politik nur den Zweck hat, die Grenzzone mit unsicheren von polnischgesinnten Pröpsten begutachteten Elementen neu zu besiedeln, hierdurch dem Polentum den Stützpunkt zu erhalten und vor allem die Stärkung des hiesigen Deutschtums infolge Niederlassung deutsch-protestantischer Flüchtlinge zu verhindern oder doch zumindestens zu erschweren. Da die Genehmigung zur Auflassung eines Grundstückes nur versagt werden darf, wenn einer der im § 3 der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 15.3.18 angeführten Hinderungsgründe vorliegt, bitte ich um Information, in welcher Weise diesem einseitig aus polnisch-nationalen Gesichtspunkten hervorgegangenen Austausch von Grundstücken vorgebeugt werden kann.

[Unterschrift]

169

6.2.1923: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Ausweisung polnischer Optanten aus Groß Dammer
6 II 1923r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Wydalenie optantów polskich ze wsi Groß Dammer

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 124

Die Nachweisung der für eine evtl. Ausweisung in Frage kommenden Personen wird anbei überreicht. Sämtliche 3 Personen haben vor den deutschen Behörden für Polen optiert und haben die Optionsurkunde auch bereits ausgehändigt erhalten. Eine führende Rolle in der polnischen Propaganda oder im Vereinsleben führen die Genannten allerdings nicht, dagegen rühmen sie sich wiederholt, trotz ihrer jetzigen polnischen Staatsangehörigkeit unbehelligt im Inlande bleiben zu können, da sie nicht ausgewiesen werden dürften. Bei einer evtl. Ausweisung, die im öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist, sind die Genannten gezwungen, ihre Wirtschaften an deutsche Optanten in Polen zu vertauschen, wodurch erreicht werden könnte, daß in das – mit Ausnahme des Gutsbezirks – vollständig polnische Dorf Groß Dammer deutsche Elemente hineinkämen.

Auch im militärischen Interesse ist es äußerst wünschenswert, daß Groß Dammer eine zuverlässige deutsche Bevölkerung nach und nach erhält, die im Wege des zwangsweisen Austausches mit ausgewiesenen deutschen Ansiedlern und Landwirten aus Posen beschafft werden könnte, wenn erst einmal der Anfang gemacht wird.

Ich bitte daher dringend, die Ausweisung der in der Nachweisung aufgeführten 3 Landwirte aus Groß Dammer anzuordnen.

Repressalien seitens der Polen sind aus diesen Ausweisungen kaum zu erwarten, da die Ausgewiesenen es zu einer zwangsweisen Abschiebung gar nicht kommen lassen, sondern sich schon vorher Tauschobjekte in Polen besorgen werden. Eine Genehmigung zum Wirtschaftstausch oder Verkauf würde von hier aus aber nur erteilt werden, wenn die Besitznachfolger deutschen Stammes sind.

[Unterschrift:] v. Meibom

170

16.7.1925: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Tauschverhandlungen zwischen polnischen Optanten aus Groß Dammer mit deutschen Optanten in Polen
16 VII 1925r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Pertraktacje dot. wymiany posesji między optantami polskimi ze wsi Groß Dammer i optantami niemieckimi z Polski

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 164

Im Kreise Meseritz sind nur 3 polnische Optanten vorhanden, welche Grundbesitz bzw. Landwirtschaften besitzen und am 1. November d. J. nach Polen abwandern müssen und zwar:

1. der Landwirt Martin Koziolek in Groß Dammer, Besitzer einer Landwirtschaft von 16 ha,
2. der Landwirt Peter Kierzek in Groß Dammer, Besitzer einer Landwirtschaft von 8 ha,
3. der Landwirt Peter Budych in Groß Dammer, Besitzer einer Landwirtschaft von 14 ha.

Sämtlichen 3 Optanten wurden von hier aus bereits unzählige Male sehr geeignete Tauschobjekte mit deutschen Optanten aus Polen nachgewiesen, sie standen auch wiederholt mit diesen deutschen Optanten in Tauschverhandlungen, zu einem Tausche ist es aber bisher durch die Schuld der polnischen Optanten leider nicht gekommen, weil die Polen unerfüllbare Forderungen stellen und die übrige Einwohnerschaft aus Groß Dammer alle Hebel in Bewegung setzt, um das Eindringen deutscher Elemente in der polnischen Ortschaft Groß Dammer zu verhindern. Es soll jetzt die Absicht bestehen, diesen Grundbesitz bzw. diese Wirtschaften durch einheimische Polen aus Groß Dammer aufzukaufen, um sie nicht in deutsche Hände gelangen zu lassen. Soweit mir gesetzliche Mittel zur Verfügung stehen, wird dieses Vorhaben von mir zu verhindern gesucht werden, ob es allerdings von Erfolg sein wird, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Die Angelegenheit wird von mir weiter verfolgt werden und werde ich s. Z. weiter berichten.

gez. v. Meibom

171

18.7.1925: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Ermittlung einseitiger polnischer Optanten
18 VII 1925r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Ustalenia polskich optantów

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 163

In der Anlage überreiche ich eine Nachweisung derjenigen Personen aus dem Kreise Meseritz, von denen mit Bestimmtheit zu vermuten ist, daß sie s. Zt. bei dem polnischen Generalkonsulate in Berlin für Polen optiert haben und bemerke zur Begründung dieser Vermutung folgendes:

Durch die angestellten Ermittelungen ist durch einen Gewährsmann festgestellt, daß die Landwirte Stefan Misiewicz, Philipp Furmanek, Casimir Kowalski und Gregor Karg nach einer Äußerung eines polnischen Beamten in Polen als polnische Optanten betrachtet werden; sie fahren auch sehr oft nach Polen und haben sich dort nach geeigneten Tauschobjekten umgesehen, bisher aber angeblich etwas Geeignetes nicht gefunden. Diese Personen haben dem Landjäger Wowra gegenüber auch zugestanden, daß sie die Absicht hätten, ihre Wirtschaften nach Polen zu vertauschen. Furmanek hat dem Wowra gegenüber noch ausdrücklich mitgeteilt, er hätte schon mehrere Tauschobjekte zur Verfügung gehabt, die ihm aber nicht zusagten. Auch in polnischen Zeitungen in Polen haben sie ihre Wirtschaften zum Tausch mit Optanten offeriert.

Die Landwirte Faka, Gorny, Puk und Bury versuchen seit einiger Zeit, ihre Wirtschaften nach Polen zu vertauschen, woraus wohl zu schließen ist, daß sie für Polen optiert haben müssen. Ganz dasselbe ist bei den übrigen in der Nachweisung aufgeführten Personen der Fall, namentlich bei den Landwirten aus Groß Dammer. Der im Jahre 1922 nach Polen ausgewanderte Probst Braun aus Groß Dammer hat sich zur Zeit der Optionsabgabe die größte Mühe gegeben, die Bauern aus Groß Dammer zur Option für Polen zu bewegen. Es dürfte ihm bei seinem Einflusse, den er unter den Bauern ausübte, auch tatsächlich gelungen sein, diese Option für Polen durchzuführen. Wenn die Optionserklärungen nur einseitig bei dem polnischen Generalkonsulate in Berlin erfolgten, so hat dies seinen Grund darin, daß Probst Braun mit dem polnischen Generalkonsulat in Verbindung stand und von diesem aus bestimmten Gründen die Weisung erhalten haben wird, bei den deutschen Behörden für Polen nicht zu optieren. Die in

der Nachweisung aufgeführten Landwirte aus Groß Dammer gehören alle dem polnischen Sokolverein und dem Polenbunde in Berlin als Mitglieder an. Es ist daher mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sie auch sämtlich für Polen optiert haben.

Da hier ferner die Erfahrung gemacht wurde, daß den polnischen Landwirten aus Groß Dammer bei der Einholung von Paßvisums zur Reise nach Polen durch das polnische Vizekonsulat in Schneidemühl keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden – die Vorlage des Heimatscheines wird von diesen Leuten im Gegensatz zu den übrigen Paßnachsuchern nicht verlangt – so gewinnt es den Anschein, als ob das polnische Vizekonsulat von der Abgabe einer Optionserklärung für Polen Kenntnis hat und nur aus diesem Grunde das Reisevisum unbedenklich erteilt. Es ist mir bisher kein Fall bekannt geworden, in dem seitens des polnischen Vizekonsulates Schneidemühl die Erteilung eines Reisevisums abgelehnt oder die Vorlage des Heimatscheines verlangt wurde.

Alles dies spricht doch dafür, daß das Vizekonsulat die Landwirte aus Groß Dammer als polnische Staatsangehörige betrachtet.

Ich bin der Ansicht, daß den in der Nachweisung aufgeführten Personen die Abwanderungsverfügung zum 1. November d. Js. unbedenklich zugestellt werden kann. Es steht den Betroffenen alsdann frei, hiergegen Einspruch zu erheben und den Nachweis zu führen, daß sie tatsächlich in keiner Weise für Polen optiert haben.

Es werden in Groß Dammer, Scharzig, Stalun und in der Stadt Betsche vermutlich noch weitere Personen vorhanden und zu ermitteln sein, die einseitig für Polen optiert haben. Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war es mir aber nicht möglich, sämtliche Personen zu erfassen und anzugeben. Ich werde aber voraussichtlich in den nächsten 10 bis 14 Tagen die Ermittelungen vollständig abgeschlossen haben und dann eventuell eine Nachtragsnachweisung vorlegen.

Die berichtigte Nachweisung der bereits zur Abwanderung aufgeforderten Optanten liegt wieder bei.

Ich bitte um Nachricht, ob diejenigen Optanten, die am 1. August d. Js. abwandern sollen, aber bis dahin freiwillig nicht abgewandert sind, zwangsweise nach Polen abgeschoben werden sollen. Es handelt sich um folgende Familien bzw. einzelstehende Personen:

1. Agnes Borowiak – Heidemühle,
2. Valentin Dombrowski – Kuschten,
3. Anton Klorek – Schrompe,
4. Marie Koziolek – Groß Dammer,
5. Valentin Rzepa – Kuschten,
6. Nikodem Wita – Kuschten,
7. Thomas Ratajczak – Altenhof (früher Kupfermühle).

Thomas Ratajczak hat gegen seine Ausweisung Einspruch erhoben mit der Behauptung, er habe s. Zt. nicht für Polen optiert. Die diesbezüglichen Vorgänge schweben wohl noch bei dem Herrn Minister des Innern, eine Entscheidung ist hier jedenfalls bisher nicht bekannt geworden.

[Unterschrift:] v. Meibom

172

29.8.1928: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Nationalpolnisches Engagement des Vikars von Styp-Rekowski

29 VIII 1928r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Narodowo-polska działalność wikarego Styp-Rekowskiego

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H. A. Rep. 6 B, Nr. 63 (Abschrift).

Der Vikar von Styp-Rekowski, geboren am 14.12.1902 in Sullenschin (nicht: Sullewski), Kreis Bütow, ist in seiner Heimat als fanatischer Pole bekannt. Die Familie von Styp-Rekowski hat bereits vor dem Kriege und erst recht während desselben in auffälliger Weise polnische Propaganda getrieben und Versammlungen im Kreise Bütow abgehalten.

Bald nach seiner Versetzung von Radawnitz, Kreis Flatow, nach Meseritz nahm von Styp-Rekowski die Fühlung mit den in der Umgegend von Meseritz wohnhaften Polen auf. Besonders eng schloß er sich an die in Betsche und Umgegend ansässigen Polen an, an welche er durch die Polenführer des Kreises Flatow verwiesen worden war.

Nach eingehenden Beobachtungen von zuverlässigen Vertrauenspersonen steht es einwandfrei fest, daß von Styp-Rekowski bereits wiederholt an polnischen Versammlungen in der Nähe von Betsche teilgenommen hat. So konnte u. a. mit bestimmter Sicherheit festgestellt werden, daß der Genannte an einer bei dem Landwirt Kowalski in Scharzig bei Betsche abgehaltenen polnischen Versammlung teilgenommen hat, bei welcher auch der polnische Vizekonsul aus Schneidemühl anwesend war. Über diese Versammlung ist mit diess. II. Tgb. Nr. 380/28 vom 29.8.1928 [= Dok. Nr. 173] gesondert berichtet worden.

Die Ermittelungen werden fortgesetzt. Über den Erfolg wird von Fall zu Fall berichtet werden.

Der Herr Landrat des Kreises Meseritz hat Abschrift vorstehenden Berichtes erhalten.

Der Leiter:
gez. Waltz
Kriminal-Kommissar.

173

29.8.1928: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Polnische Versammlung in Scharzig

29 VIII 1928r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Zebranie polskie we wsi Scharzig

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H. A. Rep. 6 B, Nr. 63 (Abschrift).

Die mit Hilfe erprobter Vertrauensleute angestellten Ermittelungen haben folgendes Ergebnis gezeitigt:

Über weitere polnische Versammlungen in Stalun war bisher Sachdienliches nicht zu erfahren. Dagegen konnte einwandfrei festgestellt werden, daß vor kurzem in dem der Gemeinde Stalun benachbarten Orte Scharzig bei Betsche eine große polnische Versammlung abgehalten worden ist. An dieser Versammlung, welche im Hause des polnisch gesinnten Landwirts Kowalski in Scharzig stattfand, nahmen u. a. teil: ein Polenführer aus Berlin, der am 1.4. d. Js. von Radawnitz, Kreis Flatow, nach Meseritz

versetzte Vikar von Styp-Rekowski, (über den mit diess. II. Tgb. Nr. 462/28 geh. vom 29.8.28 [= Dok. Nr. 172] gesondert berichtet worden war), der bisherige Organisator der Polen von Betsche und Umgegend: Ignatz Pacziorek [Ignacy Paździorek], sowie einige Nationalpolen aus der Gemeinde Betsche, Stalun, Scharzig und Groß Dammer. Ferner war der polnische Vizekonsul aus Schneidemühl anwesend. Der Vikar von Styp-Rekowski hatte den letzteren in Meseritz erwartet und per Kraftwagen nach Scharzig begleitet. In diesem Kraftwagen befand sich ein dem Berliner Polenführer gehörender großer Koffer, welcher Propagandamaterial wie Bücher, Zeitschriften und Flugschriften enthielt.

Der Verlauf der Versammlung war folgender:

Als erster sprach der Polenführer aus Berlin über die Wahlniederlage der Polen bei den letzten Reichs- und Landtagswahlen. Da auch, wie bekannt, in Betsche und Umgegend der polnische Stimmenrückgang ein erheblicher war, sprachen die Anwesenden dem bisherigen Propagandisten und Organisator Schuhmacher Ignatz Paciorek [Ignacy Paździorek] aus Betsche das Mißtrauen aus. Hierauf verließ Paciorek [Paździorek] die Versammlung.

Sodann wurde die Art und Weise besprochen, auf die man die bei den Wahlen verlustig gegangenen polnischen Stimmen wieder zurückerlangen könne.

Weiter wurde der Vorschlag gemacht, den Polen und Katholiken die Einreise nach Polen besonders zu erleichtern. Hierbei wurde aber ausdrücklich betont, daß nur diejenigen Katholiken in Frage kämen, die voraussichtlich bei den nächsten Wahlen für die Liste der Polen stimmen würden. Der Vizekonsul aus Schneidemühl sagte Entgegenkommen zu und versprach, dafür einzutreten, daß den genannten Personen das polnische Visum ohne Einreiseerlaubnis und kostenlos erteilt würde.

Darauf sprachen die Versammlungsteilnehmer den Wunsch aus, der polnische Vizekonsul möchte bei der polnischen Regierung in Warschau vorstellig werden, um für die polnisch gesinnten notleidenden Landwirte und Gewerbetreibenden Geld zwecks Gewährung von Krediten zu erhalten. Das Geld solle der Bank Ludowy in Betsche überwiesen und von dieser gegen einen ganz niedrigen Prozentsatz den in Frage kommenden Personen geliehen werden.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der Gewährung von Geldunterstützungen an polnisch gesinnte Arbeiter.

Sodann wurde von der Versammlung der Antrag gestellt, von der katholischen Kirchenbehörde die Abberufung des Probstes Krug aus Betsche zu fordern und die Probstei in Betsche wieder mit einem polnisch gesinnten Probst zu besetzen. Hierbei wurde die Bemerkung fallen gelassen, daß Krug auf alle Fälle aus Betsche verschwinden müsse.

Der polnische Vizekonsul aus Schneidemühl sagte zu, die Wünsche der Versammlung in Warschau vortragen zu wollen. Er versprach, sein Möglichstes zu tun, damit diese Wünsche in Erfüllung gehen. Er fügte noch hinzu, daß die Versammlungsteilnehmer unbedingt auf seine Unterstützung rechnen könnten, weil es sich im großen und ganzen um eine äußerst wichtige polnische Frage handele, nämlich die Erlangung eines polnischen Sitzes im preußischen Landtage.

Die Teilnahme des polnischen Vizekonsuls aus Schneidemühl an derartigen Versammlungen muß zu Bedenken Anlaß geben.

Die Ermittelungen werden fortgesetzt. Über den Erfolg wird s. Zt. berichtet werden. Der Herr Landrat in Meseritz hat Kenntnis vorstehenden Berichtes erhalten.

Der Leiter:
gez. Waltz
Kriminal-Kommissar.

174

16.10.1928: Der Landrat in Meseritz an den Oberpräsidenten in Schneidemühl. Ersuchen um Versetzung des Vikars von Styp-Rekowski, Meseritz
16 X 1928r.: Landrat w Meseritz do naczelnego prezydenta w Schneidemühl. Prośba o przeniesienie wikarego Styp-Rekowskiego, zam. w Meseritz

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H.A. Rep. 6 B, Nr. 63 (Entwurf).

Der Vikar von Styp-Rekowski von hier, über den die Landeskriminalpolizeistelle Schneidemühl bereits unterm 5. Mai 1928 – Tgb. Nr. Lkp. 261/27 Geh. – nach dort berichtet hat und über den [vom] Grenzkomissariat in Stentsch die in Abschrift beiliegenden beide Berichte vorliegen, hat sich nach meinen Beobachtungen auch weiterhin im polnischen Sinne betätigt. So hat er zu der Jubiläumsfeier des Polenführers Dr. Domanski in Zakrzewo, Kreis Flatow, zu der die polnischen Jugendvereine aus ganz Deutschland Abordnungen entsandt hatten, ebenfalls eine Einladung erhalten. Ich halte sein längeres Verbleiben hier in Meseritz, mitten zwischen den nördlichen und südlichen Stützpunkten der Polen im hiesigen Kreise (Scharzig und Groß Dammer) im Interesse des Deutschtums für gefährlich und bitte dafür einzutreten, daß er nach einer ganz deutschen Gegend versetzt wird, wo er keine Gelegenheit hat, sich an polnischen Umtrieben zu beteiligen.
[Paraphe:] v. Meibom

175

22.12.1928: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Polnische Organisationen in Groß Dammer
22 XII 1928r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Organizacje polskie we wsi Groß Dammer

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H. A. Rep. 6 B, Nr. 191

I. *Bund der Polen in Deutschland (Polenbund)*

Die Ortsgruppe Groß Dammer hat ihren Sitz dortselbst. Der erste Vorsitzende ist der Landwirt Johann Budych III [korrekt: IV] aus Groß Dammer. Schriftführer ist der bekannte Polenführer Friseur Kasprzak aus Groß Dammer. Den Posten des Kassierers bekleidet der Landwirt Albert Klyczynski. Die Mitgliederzahl beträgt ca. 300. Sie hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert. Besonders ins Auge fallende Fortschritte sind nicht zu verzeichnen.

II. *Katholischer Arbeiterverein*

Sitz der Ortsgruppe ist Groß Dammer. Der erste Vorsitzende ist der Schriftführer des Polenbundes der Ortsgruppe Groß Dammer, Friseur Kasprzak. Schriftführer ist der Arbeiter Stanislaus Krafczyk, Kassierer: der Arbeiter Johann Fleiszerowicz. Die Ortsgruppe zählt ca. 146 Personen. Der katholische Arbeiterverein und der Polenbund, die sich im vergangenen Jahre für kurze Zeit zusammengeschlossen hatten und von einem gemeinsamen Vorstand geführt wurden, bestehen jetzt wieder besonders. Der Polenbund hat seinen alten Vorstand behalten, und der katholische Arbeiterverein hat sich seinen früheren Vorstand wiedergewählt. In beiden Vereinen spielt der Friseur Kasprzak eine besondere Rolle. Im Polenbund bekleidet er das Amt des Schriftführers, im katholischen Arbeiterverein führt er den Vorsitz. Er besorgt sämtliche schriftlichen Arbeiten der

Vereine in Groß Dammer, insbesondere verschafft er jedem Vereinsmitglied vom polnischen Konsulat in Schneidemühl das polnische Visum für etwaige Reisen nach Polen. Die Mitgliederzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahre nicht geändert. Ein Fortschritt nach dieser Richtung hin ist nicht zu verzeichnen. Da fast sämtliche polnischen bzw. katholischen Bewohner des Ortes Groß Dammer in irgendeiner Organisation vereinigt sind, ist mit einer Zunahme der Mitgliederzahl auch in Zukunft nicht zu rechnen.

III. *Turnverein (Sokolverband)*

Der Sitz der Ortsgruppe ist Groß Dammer. Der erste Vorsitzende ist der Besitzersohn Paul Budych II. Schriftführer ist der Besitzersohn Johann Spychala. Das Amt des Kassierers versieht der Arbeiter Nikodemus Seperant. Der Turnverein zählt 24 aktive und 38 passive Mitglieder. Monatlich wird eine Versammlung abgehalten. Die Sportübungen finden zweimal in der Woche statt. Der Turnverein ist seit Juli d. J. dem deutschen Arbeitersportverein beigetreten und hat auch die Bezeichnung: „Ortsgruppe des deutschen Arbeitersportvereins" angenommen. Er beteiligt sich auch an den Wettkämpfen dieses Vereins.

IV. *Katholischer Jünglingsverein*

Der Sitz der Ortsgruppe ist Groß Dammer. Der erste Vorsitzende ist der Besitzersohn Vinzent Kosiolek. Schriftführer ist der Besitzersohn Felix Spychala. Der Kassierer ist zur Zeit noch unbekannt. Der katholische Jünglingsverein hat sich in seiner Mitgliederzahl gegen das Vorjahr etwas verringert. Die Ortsgruppe Groß Dammer zählt z. Zt. ca. 50 Mitglieder. Der Jünglingsverein unterhält auch Beziehungen zu den Jugendvereinen in Polen. Am 30. November hat fast die ganze Ortsgruppe Groß Dammer an der Fahnenweihe eines polnischen Jugendvereins in Bentschen teilgenommen.

In letzter Zeit scheinen die Polen in Deutschland im allgemeinen eine stärkere Propaganda zu entfalten. In Groß Dammer hat der polnischstämmige Wanderlehrer August Wagner, über den bereits mit diess. II. Tgb. Nr. 538/28 geh. vom 29.11.28 berichtet wurde, sogenannte Bildungsabende abgehalten. Wenn letztere bisher noch einen harmlosen Charakter trugen, so hat Wagner doch in Aussicht gestellt, daß seine späteren Vorträge sich auch auf das politische Gebiet ausdehnen werden.

gez. Waltz
Krimiminal-Kommissar

176

6.12.1929: Kriminal- und Grenzkommissariat Stentsch an den staatlichen Polizeidirektor in Schneidemühl. Polnische Versammlung in Scharzig (31.11.1929)
6 XII 1929r.: Komisariat kryminalny i graniczny we wsi Stentsch do państwowego dyrektora policji w Schneidemühl. Zebranie polskie we wsi Scharzig (31 XI 1929r.)

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H. A. Rep. 6 B, Nr. 191 (Abschrift).

Am 31.11.1929 hat in Scharzig bei dem Landwirt Kowalski, in dem extra hierzu erbauten Saale, eine polnische Versammlung stattgefunden. Redner war ein Pole Langowski, wohnhaft in Berlin und ein gewisser Wagner-Dombrowka [Groß Dammer]. An dieser Versammlung haben teilgenommen:

1. Kowalski, in Scharzig,
2. Wittchen Ludwig, Seemühl bei Betsche
3. Golz, sen., in Betsche
4. Padziorek [Paździorek], in Betsche-Abbau, (Ignatz)
5. Jarnat, in Stalun,

6. Pojanek, in Betsche-Abbau,
7. Padziorek [Paździorek] Felix, in Betsche
8. Nowak, Ehefrau in Stalun,
9. Gorny nebst Frau, in Stalun,
10. Gluschke F., Stalun-Abbau,
11. Bory, Stalun,
12. Funke, jun., in Stalun,
13. Dukurzki, Wierzebaum,
14. Vogt, Liebuch,
15. Miesewicz [Misiewicz], Scharzig,
16. Furmanek, Fräulein (eine Tochter des Furmanek),

und der Organist der Katholischen Kirche von Betsche. Der Name wird noch bekannt gegeben.

Als erster Redner sprach Langowski über den Ausgang der Gemeindewahlen am 17.11.29. Langowski bemängelte die Untätigkeit der Polen in der Grenzmark betreffs polnischer Propaganda unter den Deutschkatholiken. Weiter sagte er, daß die polnische Stimmenzahl am 17.11.29 wieder ganz bedeutend zurückgegangen wäre und dieser Rückgang auf die mangelhafte Propaganda zurückzuführen sei.

Der Gutsbesitzer Ludwig Wittchen entgegnete hierauf, daß man die Tätigkeit der hiesigen Polen beobachte und auch sehr bespitzele. Er, Wittchen, habe vor den Gemeindewahlen in Groß Dammer eine polnische Versammlung abgehalten. Auch wären die hiesigen Polen von Haus zu Haus gegangen und hätten bei den Deutschkatholiken polnische Propaganda getrieben. Ferner sagte Wittchen, daß der polnische Vorstand in Berlin und die Regierung in Warschau sich nicht um die Polen in Betsche, Stalun und Scharzig kümmere und sie vernachlässige. Die Ortschaften Betsche, Stalun und Scharzig müßten schon lange eine polnische Schule haben. Wäre in diesen Ortschaften eine polnische Schule, so würde sich die Stimmenzahl der Polen von selbst vermehren. Dieser Stimmenzuwachs mache sich in der Ortschaft Groß Dammer besonders bemerkbar, z. B. habe Groß Dammer bei der Reichs- und Landtagswahl im Mai 1928 460 und am 17.11.29 525 polnische Stimmen erhalten. Diese Zunahme um 65 polnische Stimmen in Groß Dammer wäre nur auf die polnische Schule zurückzuführen.

Der Redner Langowski versprach bei den zuständigen Ministerien in Berlin vorstellig zu werden, damit auch die Ortschaften Betsche, Stalun und Scharzig eine poln. Schule erhalten.

Die Versammlungsteilnehmer bemängelten noch, daß in der großen Parochie Betsche kein polnischer Probst wäre.

Der Redner Wagner sprach über Vereinswesen in Polen und Deutschland und über das Schulwesen in Deutschland. Er bemängelte, daß die polnischen Vereine in Betsche und Umgegend gar nicht in Erscheinung treten. Für Betsche und Umgegend müßte auch ein Sokolverein gegründet werden.

Außerdem wurden in dieser Versammlung noch kleine Angelegenheiten, wie Schulfragen, Vereine und Propaganda pp., besprochen.

Im Anschluß an diese Versammlung fand noch eine geheime Sitzung statt. An dieser nahmen teil: Langowski, Wagner, Ludwig Wittchen, Kowalski und Miesewicz [Misiewicz]. Was in dieser Sitzung besprochen worden ist, konnte nicht festgestellt werden.

Angestellte des Konsulats in Schneidemühl waren nicht anwesend.

Der Herr Landrat in Meseritz hat Abschrift vorstehenden Berichts erhalten.
gez. Zucknick

177

7.2.1931: Kriminal- und Grenzkommissariat Neu Bentschen an den Landrat in Meseritz. Überblick über die polnische Bewegung (für 1930)
7 II 1931r.: Komisariat kryminalny i graniczny w Neu Bentschen do landrata w Meseritz. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1930)

GStA Berlin-Dahlem, Landratsamt Meseritz, 10. H. A. Rep. 6 B, Nr. 191

Der Polenführer Kowalski in Scharzig ist Anfang des verflossenen Jahres offensichtlich bestrebt gewesen, in Scharzig eine polnische Minderheitsschule ins Leben zu rufen, zu welchem Zwecke er in den Monaten Januar und Februar v. J. wiederholt Versammlungen einberief und in diesen insbesondere von seinen Genossen Miesewicz [Misiewicz], Furmanek, Lissek, Dremel, Schleijecz und Wittchen sehr unterstützt wurde. Es wurde zu diesem Zwecke ein Ausschuß unter Vorsitz des bekannten polnischen Wanderlehrers Wagner gebildet, der mit den weiteren Arbeiten bezüglich der Gründung einer Minderheitsschule betraut worden war. Nachdem aber alle diese Versuche mißlangen, ist in einer weiteren Versammlung, zu welcher ein gewisser stud. jur. Johann Langowski, geboren am 4.2.04 in Zakrzewo, Kreis Flatow, z. Zt. angeblich bei dem polnischen Konsulat in Berlin tätig, erschienen war, beschlossen worden, eine Privatschule zu errichten. Als Lehrerin wurde die Tochter des Polen Miesewicz [Misiewicz] vorgesehen. Über die weitere Entwickelung der Polenbewegung in den Ortschaften Betsche, Stalun und Scharzig ist unter dem 26.2.1930, Tgb. Nr. 93/30 II, und unter dem 24.1.1931, Tgb. Nr. 927/30 II, berichtet worden.

Für die oben genannten Ortschaften ist der jetzige Stadtverordnete Felix Padziorek [Paździorek], Betsche, V. M. – Vertrauensmann – des polnischen Vizekonsulats in Schneidemühl, für die Ortschaft Groß Dammer der Friseur Kasprzak, Groß Dammer. Es kann zwar mit Bestimmtheit nicht gesagt werden, daß offizielle Beziehungen zwischen der polnischen Agitation und dem polnischen Konsulat in Schneidemühl bestehen. Bekannt ist jedoch, daß der polnische Vizekonsul in Schneidemühl sich für die Belange der polnischen Bevölkerung interessiert und mit ihr, insbesondere aber mit den genannten Vertrauenspersonen, eine stete Fühlung unterhält.

Eine Veränderung innerhalb der polnischen Organisationen in Groß Dammer ist im Laufe des verflossenen Jahres nicht eingetreten, auch sind besonders bemerkenswerte Ereignisse in dieser Ortschaft nicht zu verzeichnen gewesen.

[Unterschrift:] Zucknick

178

26.3.1933: Landjägerposten Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Gemeindewahlen
26 III 1933r.: Posterunek żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Wybory gminne

STA Potsdam, Regierung Frankfurt, Pr. Br. Rep. 3 B , Nr. II 1553

Wie schon bekannt, haben bei der Reichs- und Landtagswahl am 5. März d. J. die Wähler von der Polenliste in Groß Dammer zum größten Teil an der Reichstagswahl sich nicht beteiligt.

Einige Tage vor der Wahl hat eine Besprechung stattgefunden und hierbei haben die sogenannten Polenführer den Wählern Anweisung gegeben, wie sie sich bei den Wahlen verhalten sollen.

Zu der Gemeindewahl hatte man nun zuerst eine Polenliste und von deutscher Seite eine deutsche Liste aufgestellt. Nachher hatten sich auch die polnischen Arbeiter und kleine Besitzer zusammengetan und noch eine Arbeiterliste eingereicht, an der Spitze der Eigentümer Theodor Pawelski. Hierdurch sahen sich die Anhänger der Polenliste in ihrer Wahl gefährdet und sie betrachteten die Anhänger der Arbeiterliste als Polenverräter.

Am 26. Februar d. J. wurde nun bei Gastwirt Weiß in Groß Dammer ein polnisches Theaterstück von dem katholischem Jünglingsverein aus Posemuckel aufgeführt, dem sich ein Tanzvergnügen anschloß. An diesem Tanzvergnügen nahm auch der Spitzenkandidat von der Arbeiterliste, Theodor Pawelski aus Groß Dammer, teil. Die Anhänger der Polenliste unter Führung des Friseurs Ludwig Kasprzak aus Groß Dammer riefen nun während des Tanzes in polnischer Sprache dem Sinne nach in deutscher Sprache ausgedrückt: „Schmeißt den Lump raus, den Verräter der polnischen Sache". Gemeint war der Spitzenkandidat der Arbeiterliste, Theodor Pawelski. An diesen Schmährufen haben sich die Lehrer der Minderheitenschule, der Lehrer Maza und der Hauptlehrer der Minderheitenschule Tomiak in Groß Dammer rege beteiligt. Der Hauptlehrer Tomiak ist polnischer Staatsangehöriger und besitzt hier in Deutschland nur das Gastrecht. Er, sowie auch der Lehrer Maza, haben sich somit politisch betätigt, und zwar in einer Form, die gegen das Deutschtum gerichtet ist.

Theodor Pawelski wollte nun Anzeige erstatten, dieses ist dann wohl dem Hauptlehrer Tomiak zu Ohren gekommen. Tomiak hat dann einige Tage nachdem den Pawelski gebeten, er solle doch nichts unternehmen, seine Handlungsweise tue ihm leid, auch sei er betrunken gewesen. Auch soll er dann noch gesagt haben, es könnte ihm ja weiter nichts geschehen, er würde dann aber ausgewiesen. Wiewohl Pawelski bei mir war und mir den Sachverhalt vorgetragen hat, hat er aber bis jetzt noch keine Anzeige erstattet. Nach erneuter Rücksprache mit Pawelski will er auch keine Anzeige mehr erstatten, weil er befürchtet, dann von den Polen hier in Groß Dammer mißhandelt zu werden. Dieselbe Äußerung über den Sachverhalt und den Schmährufen hat Pawelski auch unserem deutschen Hauptlehrer Schwarz in Groß Dammer gegenüber gemacht. Wenn es nötig ist, können wir beide als Zeuge auftreten.

Der Kriminalpolizei in Neu Bentschen ist berichtet.

[Unterschrift:] Hofmann

Oberlandjäger

179

Dezember 1933: Landjägerposten Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Überblick über die polnische Bewegung (für 1933)
Grudzień 1933r.: Posterunek żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1933)

STA Potsdam, Regierung Frankfurt, Pr. Br. Rep. 3 B, Nr. II 1553 (Abschrift).

[...]

Absatz VII: Von einem Rückgang der polnischen Bewegung kann noch nicht gesprochen werden. Die Polen geben sich die größte Mühe, die Arbeiter auf ihrer Seite zu behalten, damit diese ja ihre Kinder nicht aus der Minderheitenschule nehmen und in die deutsche Schule schicken. Als unsere jetzige Regierung die Macht übernahm,

da waren sich die Polen nicht klar, was jetzt mit ihrer Minderheit werden wird, und sie waren ganz geschlagen. Besonders auch, als ein deutscher Gemeindevorsteher und deutsche Schöffen in der Gemeinde eingesetzt wurden. Da sie aber nun merken, daß sie überhaupt nicht in ihrer Bewegung behindert werden, fühlen sie sich allem Anschein nach unter dieser Regierung wohler als unter der früheren. Es geht aber in letzter Zeit das Gerücht, daß die deutsch-katholischen Lehrer versetzt werden sollen und die Minderheiten die deutschen Schulgebäude beziehen würden und die deutsch-katholischen Kinder dann zu der Minderheitenschule übertreten müßten. Von den deutschen Lehrern würde nur der evangelische Lehrer bleiben. Es ist dieses doch wohl eine falsche Parole und man denkt vielleicht, auf diese Weise noch mehr Kinder zu der Minderheitenschule herüber zu ziehen.

gez. Hofmann
Oberlandjäger

180

Januar 1934: Der Schulrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Schulverhältnisse in Groß-Dammer
Styczeń 1934r.: Kurator w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Stosunki szkolne we wsi Groß Dammer

STA Potsdam, Regierung Frankfurt, Pr. Br. Rep. 3 B, Nr. II 1553

Der polnische Schulverein sucht seinen Antrag auf Errichtung der vierten Lehrerstelle an der Minderheitenschule damit zu begründen, daß zu Ostern durch Abwanderungen von der deutschen zur polnischen Schule an letzterer die Schülerzahl zunehmen würde.

Soviel ich feststellen konnte, wollen zu Ostern 1934 drei Schüler zur polnischen Privatschule übergehen. Die Väter dieser Schüler waren früher bei der Reichsbahn beschäftigt. Um ihre Arbeit nicht zu verlieren, schickten sie die Kinder in die staatliche Schule. Nun sie entlassen sind, hindert sie nichts mehr, ihre Kinder in die Minderheitenschule zu schicken. Mit dem Abfall dieser beiden Familien war schon lange zu rechnen, da deren Verwandtschaft restlos ihre Kinder in die Minderheitenschule schickt und sogar eine führende Rolle unter den Polen spielt.

So gewaltig ist also der Zuwachs von der Volksschule nicht, daß dadurch eine Lehrkraft erforderlich werden würde.

Den Polen geht es um etwas ganz andres. Sie wollen mit allen Mitteln zweierlei erreichen. Einmal wollen sie ihre Minderheitenschule so glänzend wie möglich gestalten, um dadurch ein kräftiges Werbemittel für die abseitsstehenden Polen (bekanntlich gehen bis jetzt noch 51 polnische Kinder in die deutsche Schule) zu bekommen. Könnte man die noch herüberbekommen, dann würde man das zweite Ziel erreichen, die deutsche Schule so klein wie möglich zu machen, um sie aus dem neuen Schulgebäude hinauszuwerfen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind auch andre Mittel recht.

Man streut die unsinnigsten Gerüchte aus: Die katholischen Lehrer der Volksschule werden versetzt, es kommen nur evangelische hin. Wer seine Kinder katholisch erziehen lassen will, muß sie in unsre (polnische) Schule schicken.

Oder: Im Radio ist gesagt worden, alle polnischen Kinder müßten ab Ostern in die Minderheitenschule.

Der Verbreiter dieser Lügen ist dem Distriktsamt Kuschten gemeldet worden. Trotz der Wühlarbeit, die die Polen in der letzten Zeit entfaltet haben, haben sie bis jetzt einen recht kläglichen Erfolg zu verzeichnen.

Man schreckt auch nicht vor wirtschaftlichem Druck zurück, um die Leute, die ihre Kinder in die Minderheitenschule schicken, bei der Stange zu halten. Der Hauptlehrer Schwarz als Fürsorger des Winterhilfswerks hat alle notleidenden Volksgenossen des Dorfes unterstützt. Darunter befanden sich natürlich auch Familien, deren Kinder in die polnische Schule gehen. Schon hat man von polnischer Seite Gefahr gewittert und deshalb diese Leute auf einmal auch mit Lebensmitteln versorgt, obwohl man sich früher nicht um sie gekümmert hat. Ferner sind Fälle bekannt, wo polnische Leute, die ihre Kinder in die deutsche Schule schicken, ihre Butter aus den umliegenden deutschen Dörfern beziehen müssen, weil die polnischen Bauern ihnen keine Butter verkaufen.

Trotz allem ist es möglich, daß die deutsche Schule von der andern Seite Zuwachs erhält.

Ferner veranstaltet man auf polnischer Seite jedes Jahr Kinderfeste und Weihnachtsbescherungen. Man weiß drüben den kleinen Mann richtig zu nehmen. Die deutsche Schule kann dem nichts gegenüberstellen; denn zum Feiern und Schenken gehört Geld, und das fehlt. Die Schule hat versucht, den Kindern und Eltern in kleinem Rahmen etwas zu bieten. Das Fest der Jugend am 24.6. ist zu einem Kinderfest gestaltet worden. Die deutschen Kinder haben auch ihre Weihnachtsfeier gehabt, aber es gab keinerlei Geschenke. Die Kinder und Eltern fühlen sich zurückgesetzt.

Die Kinder der Minderheitenschule bekommen ihre Lernmittel geschenkt, obwohl sie größtenteils Bauernkinder sind. Die deutschen Schulkinder hätten es wirklich nötig, mit Lernmitteln beliefert zu werden, da ihre Väter fast alle Notstandsarbeiter sind; aber sie müssen sich alles selbst kaufen.

Die Regierung Schneidemühl hatte im November 1932 gerade für solche Zwecke den Betrag von 500 RM in Aussicht gestellt. Der Betrag ist aber nicht gezahlt worden.

Mit diesen Mitteln soll nicht eine Beeinflussung der Minderheiten erfolgen; es soll nur denen, die sich freiwillig auf unsre Seite stellen, zeigen, daß sie sich unsrer Zuneigung erfreuen, weil sie auch bereit sind, für unsre Sache Opfer zu bringen.

Zusammenfassend kann jetzt gesagt werden, daß die Polen weiter daran arbeiten, wenigstens ihre kulturelle und wirtschaftliche Position im Dorfe zu behaupten und zu verstärken.

Über die Gestaltung der Schülerzahl in beiden Schulen ist folgendes zu sagen:

Die deutsche Schule hat augenblicklich 97 Schüler. Sie entläßt Ostern 1934 siebzehn und gibt an die polnische Schule voraussichtlich 3 ab. Sie nimmt 8 Schüler auf, so daß Ostern 1934 ein Stand von 85 Schülern zu verzeichnen sein wird.

Die Minderheitenschule hat 140 Schüler. Sie entläßt 23 und nimmt auf 18 + 3, so daß sie 138 Schüler im neuen Schuljahr zählen wird.

Heil Hitler!

[Unterschrift]

181

5.4.1934: Kriminal- und Grenzkommissariat Neu Bentschen an die Staatspolizeistelle Schneidemühl. Antipolnisches Verhalten der SA in Groß Dammer (1.4.1934)
5 IV 1934r.: Komisariat kryminalny i graniczny w Neu Bentschen do placówki policji państwowej w Schneidemühl. Antypolskie zachowanie się SA we wsi Groß Dammer (1 IV 1934r.)

AP Poznań, Oberpräsidium Schneidemühl, Nr. 169 (Abschrift).

Am 1. Osterfeiertag wurde in Groß Dammer am Kapellenberge ein Osterfeuer abgebrannt. An dieser Veranstaltung nahm auch die SA von Groß Dammer geschlossen teil. Beim Einmarsch sämtlicher Organisationen sang die SA das Soldatenlied mit dem Refrain: „*Siegreich wolln wir Polen schlagen*". Dieses Verhalten hat in der polnischen Minderheit, die gleichfalls an der Veranstaltung teilgenommen hatte, Befremden hervorgerufen und wird auch von der deutschstämmigen Bevölkerung mißbilligt, weil hierdurch unnötig Zwietracht in die gemischte Bevölkerung von Groß Dammer (bei etwa 300 deutschen Einwohnern ca. 1 100 Angehörige der polnischen Minderheit) hineingetragen wird und dies auch dem Gedanken einer deutsch-polnischen Annäherung nachteilig sein muß.

Führer der SA bei dem fraglichen Aufmarsch war der Scharführer Max Bock aus Groß Dammer. Der Genannte hat nach den Feststellungen des Gendarmerie-Wachtmeisters Hofmann – Groß Dammer nichts getan, um das Absingen des Liedes zu unterbinden, sondern soll selbst mitgesungen haben.

Ich bitte, das Verhalten der SA einer Nachprüfung unterziehen und ev. den Scharführer Bock durch die zuständige Standarte (Nr. 6: Schwiebus) entsprechend belehren lassen zu wollen.

i.V.
gez. Wenzel
Kriminal-Sekretär

182

15.10.1934: Gendarmerieposten II Groß Dammer an das Distriktsamt in Kuschten. Festnahme des Landwirts Theodor Pawelski in Polen (7.10.1934)
15 X 1934r.: Posterunek żandarmerii II we wsi Groß Dammer do urzędu dystryktowego we wsi Kuschten. Aresztowanie rolnika Teodora Pawelskiego w Polsce (7 X 1934r.)

AP Zielona Góra - Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 51 (Abschrift).

Am Sonntag, den 7. Oktober 1934 ist der deutsche Reichsangehörige, Landwirt Theodor Pawelski, wohnhaft in Groß Dammer, über Schrompe nach Polen ausgereist. Pawelski, der aus Nandel stammt, wollte seine Mutter besuchen.

Als Pawelski am Dienstag und Mittwoch nicht wiederkam, beauftragte die Frau Pawelski jemand, nach Polen zu fahren, um nachzusehen, ob ihrem Manne etwas zugestoßen sei, welcher aber mit der Mitteilung zurückkam, daß Pawelski am Sonntag, den 7.10.34, auf dem Wege von Nandel nach Bentschen, festgenommen worden sei.

Pawelski, der ein gemäßigter Pole ist, seine Kinder aber in die Minderheitenschule schickt, ist Gemeinderatsmitglied und bei den eingesessenen Polen von Groß Dammer höchst unbeliebt. Bei seinem letzten Besuch in Polen (Pfingsten 34) soll ein polnischer Beamter zu ihm gesagt haben: „Also Sie sind derjenige, der in Groß Dammer immer alles verrät."

Es erscheint somit nicht ausgeschlossen, daß ihm die Polenführer von Groß Dammer etwas anhängig gemacht haben. Wie mir bekannt geworden ist, sollen am Donnerstag, den 11.10.34, die führenden Persönlichkeiten, Johann Budych IV und Michael Kleszka, in Polen gewesen sein. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Betreffenden von dort aus einen Wink bekommen haben, um gegen ihn auszusagen. Auch soll Michael Kleszka auf Befragen einer Frau, ob Pawelski drüben eingesperrt sei, gesagt haben: „Es ist auch die höchste Zeit, daß er mal eingesperrt worden ist."

Außerdem soll Pawelski, wie verlautet, vor kurzer Zeit dem Friseur Kasprzak (geistiges Oberhaupt der Minderheiten) gehörig die Wahrheit gesagt haben.

Pawelski, der ein wenig zur deutschen Sache neigt, hat, soviel mir bekannt ist, dem Lehrer Schwarz und dem Kameraden Hofmann schon so manchen Fingerzeig gegeben.

Seine Kinder gehen vielleicht deswegen in die Minderheitenschule, weil er hier in eine Wirtschaft eingeheiratet hat und sich vielleicht bei seiner Frau bzw. seinem Schwiegervater in dieser Beziehung nicht durchsetzen kann. Wie ich soeben erfahre, soll bei Michael Kleszka die Äußerung gefallen sein: „Jetzt haben sie den Theodor, dem Hund müßten sie bloß ordentlich was aufbrummen. Jetzt müßten sie bloß noch den Friseur Seperant fassen." Auch soll der Student Thomas Golek sich geäußert haben: „Er hat hier genug verbrochen, es ist Zeit, daß sie ihn haben." Einer der führenden Polen, Landwirt Johann Konopa, Groß Dammer, soll Augenzeuge der Verhaftung gewesen sein. Ich bitte den Herrn Distriktskommissar, sich für die Befreiung des Pawelski einsetzen zu wollen. Es scheint somit erwiesen, daß die Festnahme nur auf Betreiben der Minderheiten in Groß Dammer erfolgt ist.

gez. Beck
Gendarmerie-Wachtmeister

183

20.10.1934: Gendarmerieposten II Groß Dammer an das Distriktsamt in Kuschten. Grund der Festnahme des Landwirts Theodor Pawelski in Polen (7.10.1934)
20 X 1934r.: Posterunek żandarmerii II we wsi Groß Dammer do urzędu dystryktowego we wsi Kuschten. Przyczyny aresztowania Teodora Pawelskiego w Polsce (7 X 1934r.)

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 51 (Abschrift).

Soweit ich feststellen konnte, ist Pawelski wegen folgender Äußerung festgenommen worden:

„Scheiß was in euer Polen, so'n Mann müßt ihr haben, wie unser Hitler ist."

gez. Beck
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

184

20.10.1934: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Grund der Festnahme des Theodor Pawelski in Polen (7.10.1934)
20 X 1934r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Przyczyny aresztowania Teodora Pawelskiego w Polsce (7 X 1934r.)

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 51 (Entwurf).

[Dok. Nr. 183] unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 15. d. M., T. Z. 5088/34 [= Dok. Nr. 182], zur Kenntnisnahme überreicht. Zuzutrauen ist solche Äußerung dem

Pawelski. Ich möchte aber nicht annehmen, daß er sie am 7. d. M. in Polen getan hat. Sein Schwager in Nandel in Polen wird ihm vielmehr infolge Erbstreitigkeiten irgend etwas am Zeuge flicken wollen. Dabei werden ihm sicher Polen aus Groß Dammer behilflich sein, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er eine derartige Äußerung hier in Groß Dammer getan hat. Auch das ist jedoch noch nicht erwiesen.

[Paraphe:] Hagemann

185

8.4.1935: Kriminal- und Grenzkommissariat Neu Bentschen. Lagebericht
8 IV 1935r.: Komisariat kryminalny i graniczny w Neu Bentschen. Sprawozdanie sytuacyjne

BA-MA Freiburg, OKW/Amt Ausland/Abwehr, RW 5, Nr. 459 (Abschrift).

Die polnische Minderheit schließt sich immer mehr und mehr zusammen und versucht so, ein Staat im Staate zu werden. Die Parole des Polenbundes, daß das polnische Volkstum niemals im Deutschtum aufgehen darf, wird peinlichst befolgt. In Anbetracht der ablehnenden Haltung der Minderheit dem Erbhofgesetz gegenüber darf man gespannt sein, wie sich die Minderheit zur allgemeinen Wehrpflicht stellen wird. Hierüber kann erst berichtet werden, wenn die Einziehung der ersten Jahrgänge erfolgen wird.

Bemerkenswert ist, daß die Minderheit mit dem Polenbund an der Spitze sich an die Ziele und Bestrebungen der polnischen Nationaldemokratischen Partei anlehnt, also Gegner der Pilsudskibestrebungen und somit auch Gegner des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages ist.

[...]

186

23.3.1936: Der Landrat in Meseritz an den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Lagebericht
23 III 1936r.: Landrat w Meseritz do prezydenta rejencji w Schneidemühl. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Poznań, Rejencja w Pile, Nr. 113 (Abschrift).

[...]

Im übrigen machen die polnischen Minderheiten in Groß Dammer im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl einen loyalen und zuverlässigen Eindruck. Trotz der in der polnischen Minderheitenpresse ergangenen Aufforderung, sich an der Reichstagswahl nicht zu beteiligen, besuchen die sich zu Polen bekennenden Groß Dammer'er nach Auskunft des dortigen Bürgermeisters sehr rege die Wahlversammlungen und es wird seitens der örtlichen Behörden die Ansicht vertreten, daß sie geschlossen mit „Ja" stimmen werden.

[...]

187

5.8.1936: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar zu Kuschten. Polnischer Kindergarten
5 VIII 1936r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Przedszkole polskie

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171 (Abschrift). Faksimile bei Wiktor Lemiesz, Dąbrówka Wielka, Poznań-Warszawa 1961, Dokument Nr. 25.

Wie schon mündlich berichtet, ist in dem Kindergarten der polnischen Minderheit hier in Groß Dammer rege Tätigkeit. Seit Mitte Juli wird sogar die zweite Kindergärtnerin hier beschäftigt.

Die 2. Kindergärtnerin ist Frl. Wanda Grzeszakówna, geb. am 28. Dezember 1914 in Hamborn, zuletzt wohnhaft gewesen in Duisburg-Hamborn, deutsche Reichsangehörige polnischer Nationalität. Sie wohnt jetzt bei dem Bauer Paul Budych III in Groß Dammer.

Die beiden Kindergärtnerinnen müssen sehr tüchtig sein, denn die Eltern schicken ihre Kinder gerne in den Kindergarten, und man kann auch beobachten, mit welcher Liebe und Sorgfalt die Kinder dort betreut werden. Die Kinder werden sogar von den Kindergärtnerinnen ein Stück auf dem Heimwege begleitet.

Es befremdet, und die deutschen Eltern wundern sich darüber, daß jetzt in der Erntezeit der deutsche Kindergarten seinen Betrieb eingestellt hat. Diese Handlung dient bestimmt nicht zur Stärkung des Deutschtums hier in Groß Dammer. Die Minderheiten nutzen diese Gelegenheit aus und zeigen, welche Vorteile den Eltern bzw. den Kindern in ihrem Kindergarten geboten werden und nutzen dieses auch gleich aus zur Werbung für die polnische Minderheitenschule.

gez. Hofmann
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

188

14.12.1936: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Lichtbildervortrag über Gdynia (13.12.1936)
14 XII 1936r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Odczyt z przezroczami na temat Gdyni (13 XII 1936r.)

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171

Die vom Polenbund in Groß Dammer angemeldete Versammlung fand am Sonntag, den 13.12. d. Jrs. von 18 bis 20 Uhr im Saal von Gastwirt Reimann in Groß Dammer statt. Die Versammlung war schwach besucht, zirka 130 Personen, wo doch der Polenbund allein in Groß Dammer 250 Mitglieder zählt. Es waren meist nur männliche Besucher. Als Redner war der polnische Staatsangehörige, der Lehrer Siegfried Pomesny aus Bentschen (Zbąszyń – Polen, dessen genauen Personalien am Schluß folgen), erschienen.

Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Polenbundes, dem Bauern Johann Budych IV aus Groß Dammer eröffnet, der dann auch gleich dem Redner Pomesny das Wort zu seinem Vortrag erteilte.

Der Redner hielt einen Vortrag über den polnischen Hafen Gdingen. Zuerst streifte er die Vergangenheit des polnischen Volkes und daß das frühere polnische Staatsgebiet im Süden sowie auch im Norden ans Meer grenzte. Der jetzige Verlauf und Bestand des polnischen Staatsgebietes sei nicht nach ihrem Wunsche. Man habe ihnen damals ein kleines Fischerdorf als Hafen gegeben. Aus diesem kleinen Fischerdorf sei aber

inzwischen eine Hafenstadt von 100000 Einwohnern geworden und es würde nicht mehr allzulange dauern, dann wird die Zahl 1 Million erreicht sein. Er sagte dann, mit welchen Schwierigkeiten das polnische Volk zu kämpfen gehabt habe. Daß die kleine Handelsflotte bisher nur 10 % des Außenhandels selbst tätigen konnte und diese müßte und würde noch weiter ausgebaut [werden]. Selbstverständlich müßte aber auch die Handelsflotte einen Schutz haben und dieses sei die junge Kriegsflotte. Er benannte dann die Schiffe, die schon vorhanden sind und noch gebaut werden sollen. Er erklärte nun, der polnische Staat habe zuerst nicht genügend Fachmänner[?] gehabt und habe einen großen Teil dieses Aufbauwerkes auf Unternehmungen an größere ausländische Firmen übertragen müssen. Weiter erklärte er nun den Zweck und die Notwendigkeit des Hafens Gdingen und auch seine wirtschaftliche Bedeutung fürs Hinterland und vor allem fürs Industriegebiet.

An Hand von Lichtbildern zeigte er dann die Hafenanlage von Gdingen und was noch alles für Neubauten (Lagerräume usw.) vorgesehen sind. Er stellte die Baulichkeiten als ein wahres Wunder hin.

Der Vortrag wurde mit Begeisterung aufgenommen und der Wunsch geäußert, daß der Redner ihnen noch öfters solche Vorträge halten möchte. Diese Art Vorträge dienen aber bestimmt nicht dazu, die polnischen Minderheitsangehörigen hier in Deutschland zu guten deutschen Staatsbürgern zu erziehen und anzuhalten. Die Versammlung verlief sonst ruhig und ohne Störung.

Am Nachmittag fand noch ein Freundschaftsfußballspiel zwischen dem Sokol-Verein Groß Dammer und dem Sportverein Kramzig statt, an dem der Redner auch als Zuschauer teilnahm.

Der Redner ist auf einen Dauergrenzausweis Nr. 175859 ausgestellt am 10.12.1936 in Neutomischel (Nowy Tomysl) am 13. 12. 36 über Bahnhof Neu Bentschen eingereist.

Personalien des Redners:

Siegfried (Sygfryd [Zygfryd]) Pomesny wohnhaft in Bentschen (Zbąszyń, Polen) geb. am 29.3.1910 in Janowize, Beruf Lehrer, polnischer Staatsangehöriger. Ein Lichtbild wird beigefügt.

[Unterschrift:] Hofmann

Gendarmerie-Hauptwachtmeister

189

28.1.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar zu Kuschten. Weihnachtsfeier der polnischen Minderheitsschule

28 I 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Uroczystość Bożego Narodzenia w szkole mniejszości polskiej

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171

Zu meinem Bericht vom 25.1.1937 teile ich noch mit, daß außerdem der Vorsitzende des polnischen Schulvereins in Groß Dammer, der Bauer Ignaz Bimek, noch eine Ansprache gehalten hat. In seiner Ansprache hat er auf die unbedingte Einigkeit und auf das Zusammenhalten der polnischen Minderheit hingewiesen. Ferner hat er noch gebeten, ja nicht mit der Gebefreudigkeit für ihre Schule und sonstige Einrichtungen nachzulassen, insbesondere nicht mit der Milchlieferung und anderen Gegenständen für die Schule, damit die Schulbeköstigung weiter durchgeführt und noch verbessert werden könnte.

So benutzen die führenden Männer der polnischen Minderheit hier in Groß Dammer jede Gelegenheit, für ihre Einrichtungen zu werben und ihre Einigkeit und den Zusammenschluß immer mehr zu befestigen.

Durch die zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen kann man auch das Interesse und das Vertrauen sehen, was jeder einzelne von der Minderheit zu ihren Einrichtungen hat. Wenn es sich um eine polnische Einrichtung handelt, dann wird auch aller Eigennutz zurückgestellt, und wenn es so nicht geht, dann wird es eben im religiösen Sinne erreicht.

[Unterschrift:] Hofmann
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

190

9.3.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Gastvortrag aus Polen (7.3.1937)
9 III 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Odczyt prelegenta z Polski (7 III 1937r.)

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171

Der Bund der Polen in Deutschland, Ortsgruppe Groß Dammer, veranstaltete am Sonntag, den 7. März 1937 von 19 Uhr ab, eine Versammlung im Saale des Gastwirts Reimann in Groß Dammer. An dieser Versammlung nahmen ca. 300 Personen teil, auswärtige Gäste waren nicht erschienen. Die Teilnehmer gehörten alle der polnischen Minderheit an.

Der Polenführer Johann Budych IV aus Groß Dammer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und erteilte das Wort dem Redner Franciszek Szafranski aus Birnbaum (Polen)-Międzychód. Dieser hielt an Hand einer Karte von Polen einen Vortrag über das Thema: „Was haben die Polen zur Förderung der Kultur in Europa beigetragen."

Der Redner blieb bei seinem Vortrag recht sachlich, und die Zuhörer folgten gespannt seinen Worten. Er ging auf die Zeiten nach der Teilung Polens zurück und erklärte, wie das polnische Volk damals unter der russischen Herrschaft zu leiden hatte. Der westliche Teil Polens unter der Herrschaft Deutschlands und Österreichs wurde von dem Redner nicht erwähnt. Er kam nun bis zum Weltkriege und erklärte, wie damals der Nationalheld Josef Pilsudski sofort die Lage und die Stunde der Befreiung erkannt habe. Wie Pilsudski die Anhänger seiner Polenvereine „Sokol" in Österreich mobilisierte, sich dann bei der Obersten Heeresleitung der Mittelmächte meldete und bat, seine Formationen annehmen zu wollen im Kampfe gegen seinen bittersten Feind – die Russen, was ihm auch gestattet wurde. Ferner erklärte er die Kämpfe der Russen gegen die Mittelmächte. Wie diese von Hindenburg in Ostpreußen und von dem Feldmarschall von Mackensen in Galizien geschlagen wurden. Hier wies er dann auch auf die Beteiligung der polnischen Legionen hin. Weiter erwähnte er, daß Pilsudski 1917 gefangen gesetzt und Szmigly-Rydz [Rydz-Śmigły] dann das Kommando über die Legionen führte. Nach Beendigung des Krieges verließen die Truppen der Mittelmächte Polen, und die Legionen mit Pilsudski an der Spitze übernahmen das neuerstandene Polen. Pilsudski mußte nun das Polen in einen neuen Kampf gegen die Bolschewisten führen, die bereits vor den Toren Warschaus standen. Die Bolschewisten wurden jedoch von den Polen kläglich geschlagen und bis über die heutige Ostgrenze zurückgeworfen.

Der Redner wies weiter auf die heutige Lage hin, indem er den Bolschewismus unter der Führung des Weltjudentums als den größten Feind, nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa darstellte. Er gab den Zuhörern ein klares Bild von der Motorisierung des bolschewistischen Heeres und der jetzigen schlechten wirtschaftlichen Lage in Rußland. Diese Gefahr hat Polen, wie auch Deutschland und Italien gemeinsam erkannt und treffen jetzt die notwendigen Vorbereitungen, um dieser Weltgefahr Einhalt zu bieten. Jetzt machte der Redner eine Pause, in dieser dann ein zweiter Redner auf die Einigkeit der Polen hinwies und weitere Aufklärungen gab. Er verglich Westpolen mit Ostpolen, indem er z.B. auf die schlechten Straßenverhältnisse im Osten hinwies. Auf die Judenfrage eingehend stellte er Deutschland als Vorbild hin und sagte, daß auch in Polen die Juden aus den öffentlichen Ämter herausgeworfen werden müßten und vor allem keiner bei einem Juden kaufen dürfe. Zuletzt brachte er noch zum Ausdruck, daß in dieser ernsten Lage Polen vor allen Dingen katholisch sein und bleiben müßte, er vergaß wohl dabei, daß das polnische Volk neben seinem Katholischsein doch zuerst polnisch sein muß.

Der zweite Redner, der sich eingeschaltet hatte, war der Hauptlehrer Wojciechowski aus Zbąszyn, (Bentschen), der den ersten Redner begleitet hatte. Durch die kurze Erläuterung, die er gab, konnte er wohl als Redner nicht angesehen werden.

Anschließend wies dann der erste Redner auf die Religion und Heiligtümer hin, die der Bolschewismus vollständig zerstört und forderte nochmals auf zum Kampf gegen das Weltjudentum, da der Jude alles auf Schritt und Tritt verrät.

Beide Redner hielten keine Hetzreden gegen Deutschland, sondern gegen den jüdischen Bolschewismus.

Durch Johann Budych IV wurde dann noch bekanntgegeben, daß am kommenden Freitag hier in demselben Saal wieder eine Versammlung stattfinden soll, in der ein Redner aus Berlin sprechen wird. Außerdem forderte er die Anwesenden auf, sich auch fleißig an dem Luftschutz zu beteiligen.

Zum Schluß wurde stehend noch das Lied der Polen in Deutschland gesungen und hiermit die Versammlung geschlossen.

Die Zuhörer folgten den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und Interesse, zollten ihm äußerlich keinen Beifall (kein Händeklatschen).

Die Versammlung ist sonst ruhig und ohne Störung verlaufen.

Der Redner war der polnische Staatsangehörige, Gymnasial-Lehrer Franciszek Szafranski, geb. am 7. Januar 1907 in Staromicieve [!] und in Birnbaum (Międzychód Polen) wohnhaft. Er ist am Sonntag, den 7.3.1937 über den Grenzübergang Schrompe auf einen Jahresgrenzausweis Nr. 177154, ausgestellt am 5.3.37 vom Starosten in Birnbaum (Międzychód) eingereist und am 7.3. gegen 22 Uhr wieder über den Bahnhof Neu Bentschen ausgereist.

Ein Lichtbild liegt bei.

Die genauen Personalien von seinem Begleiter bzw. dem zweiten Redner Wojciechowski aus Zbąszyń fehlen.

[Unterschrift:] Hofmann

Gendarmerie-Hauptwachtmeister

191

19.3.1937: Gendarmeriepostenbericht Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Beurteilung der Familie des Arbeiters Vinzenz Borowicz, Kutschkau in nationaler Hinsicht

19 III 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kutschkau. Opinia o rodzinie robotnika Wincentego Borowicza, zam. we wsi Kuschten pod względem narodowym

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171 (Abschrift).

Der Arbeiter Vinzent Borowicz in Kutschkau ist mir persönlich nicht bekannt. Seine Eltern sowie auch seine Geschwister hier in Groß Dammer gehören stark der polnischen Minderheit an. Schicken ihre Kinder auch in die polnische Minderheitenschule. Der Vater Albert Borowicz, Gutsarbeiter, gehört sogar dem Polenbund als Mitglied an. Es besteht kein Zweifel, daß Vinzent Borowicz ebenso polnisch eingestellt ist, wie seine Angehörigen hier in Groß Dammer. Jedoch kann er sich in einem rein deutschen Dorf wie in Kutschkau nach dieser Seite nicht so entwickeln. Die Beziehungen hier nach Groß Dammer bestehen noch nach wie vor. Ob er aber noch Mitglied in den hiesigen polnischen Minderheitenvereinen ist, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen.

Durch die Niederlassung von Arbeiterfamilien der polnischen Minderheiten in anderen deutschen Dörfern besteht aber die Gefahr, [daß,] wenn eine genügende Anzahl Kinder vorhanden sind, sie dann den Antrag auf eine Minderheitenschule stellen. Es hat den Anschein, daß dieses auch das Ziel des Polenbundes ist. So ist auch am 1.8.1936 ein Gutsarbeiter, Peter Borowicz, von hier nach Panwitz, Krs. Meseritz, verzogen, der hier auch seine Kinder in die polnische Minderheitenschule schickte und auch ein verbissener Pole ist. Selbstverständlich muß er nun seine Kinder in Panwitz in die deutsche Schule schicken. Ebenso liegen auch die Verhältnisse bei dem Vinzent Borowicz in Kutschkau. Die Verbindungen mit den Minderheiten hier in Groß Dammer bleiben aber bestehen, wurden sogar noch besonders gepflegt, weil solche Familien sozusagen auf Vorposten stehen.

Soviel mir bekannt ist, arbeitete der Vinzenz Borowicz bisher sogar in den Staatsbauten bei Hochwalde. Außerdem soll er auch in dem früheren Spionageprozeß Kocieolek und anderen mit verwickelt gewesen sein, dieses muß ich aber noch genauer nachprüfen.

Diese Borowicz sind im allgemeinen als gute und tüchtige Arbeiter bekannt und werden von den Gutsbesitzern gerne eingestellt. Es besteht aber hierdurch die Gefahr, daß der Polenbund für seine außerhalb wohnenden Mitglieder, sobald die nötige Zahl erreicht ist, eine Minderheitenschule beantragen [wird].

gez. Hofmann
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

192

19.4.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Übergriffe gegen deutsche Siedler (17.4.1937)

19 IV 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Nagabywanie kolonistów niemieckich (17 IV 1937r.)

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171

Am Sonnabend, den 17. April d. J. befanden sich 8 Mann von den neuen Siedlern in der Gastwirtschaft Reimann in Groß Dammer. Sie setzten sich zusammen an einen

Tisch, wo sich der Herbergsleiter Walter Tabbert, der Gärtner Rudolf Goßwein und der Schmied und SA-Mann Stanislaus Bimek hinsetzten und mit ihnen einige Glas Bier tranken und sich dabei unterhielten.

An den anderen Tischen saßen Minderheitsangehörige bei Kartenspielen. Gegen 1/2 1 Uhr hatten die Minderheitsangehörigen die Gastwirtschaft verlassen, um nach Hause zu gehen.

Es befanden sich jetzt nur noch die Siedler und die anderen oben angegebenen deutschen Personen in der Gastwirtschaft. Bevor sie nun nach Hause gehen wollten, bestellten sie noch eine Kanne Kaffee. Inzwischen war nun die Polizeistunde eingetreten und die Gastwirtschaft war nach außen hin nicht mehr beleuchtet. Da der Nachtwächter Weimann hörte, daß noch Gäste in der Gaststube waren, ging er hinein, um nach dem Rechten zu sehen.

Die Gäste tranken noch ihren Kaffee. Es kann so gegen 1 1/2 Uhr gewesen sein, [da] wurde von außen ein Stein durch das Fenster in die Gaststube in Richtung nach dem Tisch, an dem vorher die Siedler gesessen hatten, geworfen. Die Fensterscheibe wurde zertrümmert und der Stein flog gegen den Vorhang und fiel dann in die Stube, ohne jemand zu treffen. Als die Siedler rausliefen, um den Täter zu greifen und hierbei Licht machen wollten, mußten sie feststellen, daß der oder die Täter auch die Birne aus der Außenbeleuchtungsanlage geschraubt hatten, um im Dunkeln besser zu entkommen. Die Täter konnten nicht ergriffen werden und die Ermittelungen werden fortgesetzt.

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der oder die Täter unter den polnischen Minderheiten zu suchen ist.

Der Stein hat nicht ganz die Größe eines Hühnereies und ist von mir sichergestellt.

Ein Strafantrag ggen Unbekannt wegen Sachbeschädigung und wegen Diebstahls wird vom Gastwirt Reimann noch gestellt werden.

[Unterschrift:] Hofmann
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

193

22.6.1937: Gendarmeriepostenbereich Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Polnische Festveranstaltung (20.6.1937)
22 VI 1937r.: Okręg żandarmerii we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Uroczystość polska (20 VI 1937r.)

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie. Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171

Wegen dem schlechten Wetter verspätete sich der Ausmarsch. Gegen 16 Uhr marschierten die Minderheitenschullehrer mit den Kindern raus auf den Festplatz. Da der Boden sehr naß und schmutzig war, konnte nicht viel gezeigt werden. Die Kinder haben Reigen getanzt und polnische Nationaltänze aufgeführt. Außerdem wurde ein Preisschießen mit einer Luftbüchse veranstaltet.

Die Feier fand im rein polnischen Sinne statt. Auswärtige Vereine waren nicht erschienen, man konnte aber einzelne Gäste von auswärts beobachten. Reden sind, soweit wie beobachtet werden konnte, nicht gehalten worden.

Abends fand dann ein Tanzvergnügen bei Gastwirt Weiß statt, welches sehr gut besucht war, zirka 500 Personen. Es fiel auf, daß diesmal bei dem Vergnügen recht viel deutschstämmige Personen waren. Die Minderheiten haben von den Deutschen niemand behindert, an ihrer Feier teilzunehmen, es machte sogar den Eindruck, als ob sie es gerne sehen. Zu Störungen ist es weiter nicht gekommen. Die Deutschen, die

an dem Tanzvergnügen teilnahmen, waren bis auf einige aus dem Dorf meist fremde Bauarbeiter, die z. Zt. hier beschäftigt werden.

[Unterschrift:] Hofmann
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

194

10.7.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Grenzüberschreitender Besuchsverkehr deutscher und polnischer Vereine
10 VII 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Ruch przygraniczny stowarzyszeń niemieckich i polskich

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171 (Entwurf).

Als gegenseitige Besuche, die zur Stärkung der Zusammengehörigkeit der deutschen Minderheit in Polen mit ihrem Mutterlande dienen, könnte man allenfalls die gegenseitigen Besuche der Feuerwehren ansprechen. Über diese habe ich am 23.2.36 mit B.Nr. 807 berichtet.

Seit dieser Zeit ist nach meinen Ermittelungen nur einmal die Feuerwehr Neu Bentschen am 6.10.1935 einer Einladung der Feuerwehr Neutomischel zu einem Stiftungsfest gefolgt. Auf meinen Bericht vom 7.10.35 – 5510 – nehme ich Bezug.

Rein deutsche Minderheitenvereine sind im Distrikt nicht zu Besuchen eingetroffen, auch haben andere deutsche Vereine als die Feuerwehr, die die Grenze zu Besuchen der deutschen Minderheit in Polen überschritten haben, nicht ermittelt werden können.

Alle hier festgestellten Besuche galten der polnischen Minderheit in Groß Dammer und somit der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der in Deutschland lebenden Polnischstämmigen. Bei dem z. Zt. bestehenden nicht gerade freundlichen Verhältnis im kleinen Grenzverkehr ist der damalige Ansatz zu den gegenseitigen Besuchen der Deutschen hüben und drüben wieder eingeschlafen. Um ihn wieder aufleben zu lassen, müssen alle in Frage kommenden Behörden, vor allem die Staatspolizeistelle und die militärischen Abwehrstellen gehört werden, denn – soweit mir bekannt wurde – stehen diese Stellen diesen Besuchen wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten in bezug auf die dienstliche Tätigkeit nicht sympathisch gegenüber.

Der Distrikts-Kommissar
[Paraphe:] Hagemann

195

23.8.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an das Grenzpolizeikommissariat Neu Bentschen. Pilgerfahrten nach Częstochowa
23 VIII 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do komisariatu policji granicznej w Neu Bentschen. Pielgrzymki do Częstochowy

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171

Nach meinen Feststellungen geht die Teilnahme an der Wallfahrt nach Czenstochau bis in die Vorkriegszeit zurück. Die Beteiligung soll in den letzten Jahren von Groß Dammer zwar nicht sehr rege gewesen sein, es sollen aber fast jedes Jahr einige Besucher gefahren sein.

In Czenstochau ist ein altes Kloster vom Orden des hl. Paulus des Eremiten, das schon im Jahre 1890 von 388 927 Wallfahrern, unter denen 1 715 aus Preußen waren, besucht wurde. In der Klosterkirche befindet sich ein auf Cypressenholz gemaltes, mit goldenen Kronen und mit vielen Edelsteinen verziertes Marienbildnis, das zur Verehrung der sogenannten „Schwarzen Madonna" bei dem ganzen polnischen und russischen Volke Veranlassung gegeben hat. Nach der Sage soll das Bild von dem Evangelisten Lukas selbst gemalt sein. Diesem Bildnis gilt die Wallfahrt, die am 12. bzw. 13.9. stattfinden soll.

Das s. Zt. ergangene Verbot sogenannter Pilgerfahrten erstreckte sich meines Wissens nur auf Reichsdeutsche, die nach Rom fuhren, um dort sich vom Papst als bedrückte Katholiken feiern zu lassen. Wenn gegen die Persönlichkeit der einzelnen Teilnehmer nichts vorliegt, dürften Bedenken gegen die Wallfahrt an sich nicht bestehen, obgleich ich nicht verkenne, daß die gemeinsame Reise auch der Stärkung des polnischen Volkstums dienen wird. Verhindert man aber die Wallfahrt, dann wird der gegnerischen Propaganda nur weiteres Material geliefert. Ich habe aber wegen dieser Frage dem Herrn Landrat berichtet und nehme auf mein Schreiben vom 17. d.M. 3969 Bezug.

[Unterschrift:] Hagemann

196

20.9.1937: Grenzpolizeikommissariat Neu Bentschen an die Staatspolizeistelle in Frankfurt/Oder. Beurteilung der Brüder Johann und Josef Janusch aus Groß Dammer in nationaler Hinsicht

20 IX 1937r.: Komisariat policji granicznej w Neu Bentschen do placówki policji państwowej w Frankfurt nad Odrą. Opinia o braciach Janie i Józefie Janusch, zam. we wsi Groß Dammer, pod względem narodowym

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171 (Abschrift).

Die Gebrüder Johann und Josef Janusch aus Groß Dammer haben sich äußerlich zum heutigen Staate bekannt, indem sie nach der politischen Machtergreifung durch die NSDAP der SA beitraten und diese Zugehörigkeit bis zum heutigen Tage aufrecht erhalten haben. Bei einer flüchtigen Beurteilung könnte sehr leicht der Trugschluß aufkommen, daß dieses Bekenntnis ihre politische Zuverlässigkeit garantiert. Eingehende Ermittelungen ergaben indes folgendes Bild:

Die Familie Janusch ist zweifellos polnischstämmig. Sie ist den Kreisen zuzurechnen, die s. Zt. als Deputatarbeiter in deutsche Gegenden kamen und wohl oder übel ihre volkstumsmäßige Zugehörigkeit hintenanstellen mußten. Diese Zurückhaltung konnte aber nicht von Dauer sein, denn auch hier mußte sich der nationalsozialistische Grundsatz offenbaren, daß nicht etwa die jederzeit zu revidierende Gesinnung, sondern einzig und allein die Blutsgebundenheit des einzelnen seine volkstumsmäßige Zugehörigkeit bestimmt.

Johann Janusch verheiratete sich mit der Nationalpolin Anna Munko, die am 10.5.1908 zu Neukramzig geboren und in diesem Minderheitendorfe auch groß geworden ist. Die Ehefrau gehört der in meinem Berichte vom heutigen Tage – Tgb. Nr. 1003/36 III – (Spionage-Sache Hohmann und Munko) beurteilten Sippe der Munko's an. Zu ihren Verwandten gehören somit mehrere polnische Beamte.

Josef Janusch verheiratete sich mit einer Hedwig Dimke, die am 29.9.1905 zu Kramzig geboren und gleichfalls im Minderheitendorfe aufgewachsen ist. Der Vater der Ehefrau des Josef Janusch ist an sich deutschstämmig, geriet aber vollkommen unter den Einfluß seiner Ehefrau, einer Franziska geborene Spieralski. Er trat vom evangelischen zum katholischen Glauben über und schickte seine Kinder in die polnische Minderheitenschule. Dimke wurde somit zum Verräter an seinem Volkstum und hat damit das Recht verwirkt, weiter als deutscher Volksgenosse zu gelten.

Wenn dem noch hinzugefügt wird, daß die Gebrüder Janusch ihre Zugehörigkeit zum Polentum außerdem dadurch betont haben, daß sie in das Minderheitendorf Groß Dammer verzogen sind, so lassen diese Umstände keinerlei Zweifel darüber bestehen, daß sie sich nur zum Schein der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen haben, ihr ganzes Wesen aber polnisch eingestellt ist.

Ihre politische Zuverlässigkeit ist daher anzuzweifeln und ihre Entfernung als Arbeiter bei den Reichbauten anzustreben.

Darüber hinaus bitte ich, auch dahin wirken zu wollen, daß sie aus der SA ausgeschlossen werden. Ich nehme hierbei auf die grundlegenden Richtlinien, betreffend Zugehörigkeit volkstumsfremder Personen zu einer NS-Formation, Bezug.

197

16.11.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

16 XI 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172

I. *Allgemeine Lage und Bestrebungen der Minderheit*

Im Distrikt gibt es nur eine im Zusammenhang lebende polnische Minderheit, und zwar in Groß Dammer. Aber auch in anderen Orten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung, wie Naßlettel, Koschmin und Kuschten, ja selbst im evangelischen Klastawe gibt es katholische Familien, die als polnischstämmig anzusprechen sind. Sie haben aber keine Verbindung zu der Minderheit in Groß Dammer und auch zum Polenbund nicht, ihre Kinder beherrschen die polnische Sprache nicht, sie gehen in die deutschen Schulen, so daß die Kinder dieser Familien sich als Deutsche fühlen und auch dem Deutschtum zugerechnet werden können.

In Groß Dammer wird z. Zt. eine Siedlung aus den Resten der Güter Groß Dammer und Schrompe (jetzt Limbach) gebaut, die mit deutschen evangelischen Siedlern besetzt werden soll. Die Siedler, 20 an der Zahl, stammen meist aus der sächsischen SA. Die Siedlung wird vom Osthilfekommissar durchgeführt und von der Limbachstiftung in Leipzig finanziert. Es ist nun vorgekommen, daß Angehörige der Minderheit diese Siedler, die schon seit Anfang des Sommers 1937 in Groß Dammer in einer Baracke wohnen und für ihren Siedlerberuf vorbereitet werden, in zwei Fällen belästigt haben. Einmal, als sie im Dorfkrug gesessen haben, sind Steine durchs Fenster geworfen, ein anderes Mal sind sie auf dem Nachhausewege beworfen worden. In beiden Fällen konnten die Täter nicht ermittelt werden, die Tatsache aber dürfte als Symptom zu werten sein, daß die Minderheit diesen Zuwachs an Deutschstämmigen nicht gerne sieht.

Die Polen nutzen jede Gelegenheit aus, um ihren Stammesgenossen die Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum ins Gedächtnis zu rufen und achten streng darauf, daß keiner abtrünnig wird. Wenn auch der Polenbund als solcher wenig in die Erscheinung tritt – die letzte angemeldete Versammlung war am 12.3.37 – so sind doch die anderen Vereine um so mehr tätig und darauf bedacht, jede Gelegenheit zur Stärkung des polnischen Volkstums wahrzunehmen.

Seit der Veröffentlichung des bei der Audienz beim Führer abgeschlossenen neuen Abkommens machen sich auch Bestrebungen bemerkbar, die darauf schließen lassen, daß die Minderheit glaubt, nunmehr wieder „mehr Rechte" zu haben.

II. *Besondere Ereignisse*

1. *Jugenderziehung*

Der schulischen Erziehung der Kinder der Minderheit dient die dreiklassige Minderheitenschule in Groß Dammer. Diese Schule hatte bis vor kurzem drei Lehrer, z. Zt. sind nur noch 2 vorhanden, nämlich der polnische Staatsangehörige Lehrer Tomiak und der deutsche Reichsangehörige Langowski. Da die Unterbringung der Klassen in verschiedenen Bauernhäusern in Groß Dammer als behelfsmäßig anzusehen war, hat – soviel mir bekannt – vor ca. 2 Jahren der Kreisarzt in Meseritz und auch der Kreisschulrat verschiedene Beanstandungen erhoben, die von der Minderheit damit beantwortet wurden, daß sie den Bau einer neuen Schule beschlossen und die erforderlichen Unterlagen zur Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung einreichten. Dieses Gesuch ist dem Ministerium unterbreitet, bisher eine Genehmigung aber nicht erteilt worden.

Zur Betreuung der Kleinkinder besteht in Groß Dammer ein Kindergarten, dessen Träger die katholische Kirchengemeinde ist. Der Kindergarten wird von einer Caritaspflegerin, Fräulein Grandke, betreut. Selbstverständlich wird hier nur polnisch gesprochen, wie auch nur Angehörige der Minderheit ihre Kinder dorthin schicken. Die Deutschen schicken ihre Kinder zum deutschen Kindergarten, der im Schloß Groß Dammer seit einigen Jahren eingerichtet ist.

2. *Vereinswesen*

Das Hauptbetätigungsfeld der polnischen Propaganda sind die Vereine, die, wenn sie sich auch „katholisch" bezeichnen, doch polnisch sind. Neben dem Polenbund bestehen in Groß Dammer folgende Vereine, die der Minderheit dienen bzw. ihr angehören: Sokolverein (Sportverein Falke), katholischer Jünglingsverein, Gesangverein heilige Cäcilie, polnischer Arbeiterverein und der landwirtschaftliche Verein oder Versuchsring.

Alle Vereine lösen sich in ihren Festen ab, so daß durchschnittlich mindestens ein Verein im Monat eine Veranstaltung in der Form eines Kaffeekränzchens oder eines Tanzvergnügens hat.

Polnische Pfadfinder sind in Groß Dammer nicht vorhanden, wahrscheinlich deswegen nicht, weil nur den polnischen Pfadfindern, die polnische Staatsangehörige sind, das Tragen der Uniform gestattet werden kann.

Den Belangen der polnischen Vereine dient auch ein Lesezimmer, das in dem Hause eines polnischen Bauern eingerichtet ist.

3. *Lage der wirtschaftlichen Organisationen*

In Groß Dammer besteht eine Filiale der Bank Ludowy. Während nach der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Schneidemühl A. 11 Nr. 116/37 g vom 21.2.37 die Umsätze der Bank von 2 589 RM im Jahre 1932 auf 48 548 RM im Jahre 1935 gestiegen sein sollen, hat angeblich der Pfarrer Domanski in Buschdorf die Bank Ludowy in Groß Dammer als eine „Bank ohne Geld" bezeichnet. Tatsächlich soll sich auch der

Geldverkehr in der Filiale in Kleistdorf (Neukramzig) abwickeln. Es war beabsichtigt, in das neue Schulgebäude einen Raum für diese Bank hineinzubauen, ob diese Absicht aber nach dieser Äußerung noch besteht, erscheint fraglich. Jedenfalls dringt nichts nach außen, was auf einen Geschäftsverkehr dieser Bank schließen läßt. Ich werde versuchen, durch Anfragen beim Amtsgericht in Tirschtiegel und Meseritz Auskunft über Eintragungen von Hypotheken zu Gunsten der Bank Ludowy zu erfahren.

Der Landwirtschaftliche Verein bzw. Versuchsring hat in letzter Zeit folgende sogenannte landwirtschaftliche Lehrgänge abgehalten, bei denen landwirtschaftliche Lehrer (Ingenieure) aus Polen – Wollstein und Posen – Vorträge über landwirtschaftliche Fragen gehalten haben:

a) am 19. und 20.1.36

b) 8.11.36 ein landwirtschaftlicher Wettbewerb, bei dem der Ingenieur Zyrczykowski aus Posen den Ausdruck „Czezc do Odry!" [Cześć do Odry] (Heil bis zur Oder!) gebraucht hat. Ihm wurde bei späterer Gelegenheit das Reden untersagt.

c) 31.1.37, landwirtschaftliche Versammlung,

d) 15. und 17.2.37 landwirtschaftlicher Lehrgang und am

e) 6.6.37 landwirtschaftliche Vorträge.

Seit dieser Zeit sind keine Anträge auf Genehmigung landwirtschaftlicher Lehrgänge mehr gestellt worden, wahrscheinlich, weil jetzt vor Erteilung der Genehmigung die Landesbauernschaft gehört werden muß. Aber auch diese Lehrgänge zeigen, daß die Polen jede Gelegenheit benutzen, um ihre Landsleute zu betreuen und sie zu beeinflussen, an ihrem polnischen Volkstum festzuhalten.

4. *Minderheit und katholische Kirche*

Der katholische Pfarrer in Groß Dammer ist der Probst Binder, der aus einer deutschen Familie aus Kalau im Kreise Meseritz stammt. Er hat als Deutscher einen schweren Stand, wenn er sich um Deutschtumsbelange kümmern wollte, wie es ihm angeblich von seiner vorgesetzten kirchlichen Behörde in bezug auf die Abhaltung deutscher Gottesdienste zur Pflicht gemacht worden ist. Bisher waren in Groß Dammer fast immer nur polnische Gottesdienste, einmal im Monat wurde nach einer Frühmesse eine deutsche Predigt gehalten. Jetzt, d. h. seit dem 1.4. oder 1.5.37, wird an zwei Sonntagen im Monat nach der Frühmesse deutsche Predigt gehalten, während das Hochamt immer polnisch ist. Ferner wurden für die Deutschen eine Nachmittagsandacht eingelegt, dafür aber eine polnische Andacht nicht abgesetzt. Die Einführung einer zweiten deutschen Predigt wird dem Pfarrer von seinen polnisch-katholischen Gemeindemitgliedern verargt.

Ferner wurde am 1.4.37 ein deutscher Lehrer, Schulamtsbewerber Königsmann, in die Organistenstelle berufen. Schul- und Kirchenamt sind bisher organisch verbunden, sollen aber jetzt gelöst werden. Bei seinem Einzuge wollten die Kirchenvorstandsmitglieder, die sämtlich der Minderheit angehören, ihm das Betreten der Organistenwohnung verwehren, und zwar mit der Begründung, der Kirchenvorstand sei vor der Berufung des Organisten nicht gehört worden, sie wollten einen polnischsprechenden Organisten. Königsmann konnte sein Amt bisher aber noch nicht ausüben, weil die Orgel in der Kirche nicht spielfähig ist und repariert werden muß. Die Kosten der Reparatur hat der Kirchenvorstand von den Patronen, zu denen mit rund 50 % der Kreis Meseritz gehört, angefordert. Die Patrone lehnen aber ab, weil inzwischen die Ablösung des Patronats mit einer Summe von 36000,- RM vereinbart worden ist. Die Polen drohen dem Pfarrer mit Kirchenstreik, wenn der Lehrer Königsmann die Orgel spielen wird.

Vor ca. 3 Wochen war in Groß Dammer Neuwahl des Kirchenvorstandes, bei der nicht ein einziger Deutscher gewählt wurde. Obwohl voher 67 Unterschriften für eine deutsche Liste gesammelt worden waren, wurden nur rund 35 Stimmen für diese Liste bei der Wahl abgegeben, ein Zeichen, daß entweder bei der Zählung nicht korrekt vorgegangen wurde, oder daß ein Teil der angeblich Deutschen doch polnisch gewählt hat. Von den Polen wird auch jede Gelegenheit, Prozessionen und dergleichen zu machen, ausgenutzt. So sind sie in den letzten Jahren im Oktober zum Rosenkranzfest von Groß Dammer nach Bentschen (Zbaszyn) über die Grenzübergangsstelle Schrompe im geschlossenen Zuge mit Kreuz und Fahnen gewandert. In diesem Jahre sollte ihnen der Sammelpaß versagt und ein geschlossener Marsch zur Grenze verboten werden. Beim Antreten bzw. kurz nachher hat der zuständige Gendarmeriebeamte den Führer ersucht, den Zug aufzulösen und ihn aufgefordert, dafür zu sorgen, daß keine Fahnen und sonstige Embleme mitgeführt wurden. Diesem Ersuchen sind die Polen, die in Stärke von 52 Personen tatsächlich die Grenze passiert haben, auch nachgekommen. In dem Gesamtüberblick über die polnische Presse ist aber ein Artikel enthalten, der diesen Vorfall in unerhörter Weise aufbauscht und davon spricht, daß die Versammelten von Gendarmeriebeamten auseinandergetrieben wurden und daß sie auf der Grenze fast ausgezogen und untersucht wurden. Das Grenzpolizeikommissariat in Neu Bentschen hat zu dieser Angelegenheit den Führer, Frisör Kasprzak aus Groß Dammer, vernommen. Über das Ergebnis bin ich z. Zt. noch nicht informiert.

Alljährlich wird auch eine Wallfahrt nach Czenstochau von Kasprzak inszeniert. In diesem Jahre sind eine Anzahl Frauen (rd. 20) gefahren, die auf der polnischen Staatsbahn eine Ermäßigung von 66 2/3 % erhalten haben. Das Institut Orbis hat die Reise vermittelt. In Czenstochau sind die Teilnehmer in einem Kloster untergebracht und täglich zu dem eigentlichen Wallfahrtort in geschlossenem Zuge geführt worden. Es sollen nach Berichten einiger Teilnehmer nur kirchliche Andachten gehalten worden sein. Im Kloster wurden die Frauen teils unentgeltlich, teils gegen ganz geringes Entgelt untergebracht und verpflegt.

Schließlich darf ich noch darauf hinweisen, daß in den letzten Tagen die Arbeitsmaiden von Polen angerempelt worden sind, und zwar hat in einem Falle ein junger Mann im Alter von 15–20 Jahren eine Arbeitsmaid, die eine Milchkanne auf ihrem Fahrrad mitführte, durch einen Stoß vom Rad geschleudert, so daß die Milch aus der Kanne verschüttet wurde. Dann beschimpfte er die Maid auf polnisch und bespuckte sie. In einem anderen Falle hat eine Frau, die auf einem Rade fuhr, eine ebenfalls radfahrende Maid an einen Zaun gedrückt und ihr einen Schlag versetzt. Außerdem haben verschiedene junge Burschen die Maiden in der häßlichsten Weise angepöbelt. Die Ermittelungen über diese Vorfälle, die mir erst heute bekannt geworden sind, schweben noch. Auf meinen Bericht vom heutigen Tage nehme ich Bezug.

[Unterschrift:] Hagemann

198

22.11.1937: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Beurteilung der Konzessionsinhaber aus Groß Dammer in nationaler Hinsicht
22 XI 1937r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Opinia o koncesjonariuszach ze wsi Groß Dammer pod względem narodowym

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 171 (Entwurf).

1. In Groß Dammer, dem einzigen Minderheitendorf im Distrikt, befinden sich seit Jahren 2 Gastwirte, nämlich

a) der Gastwirt und Pferdehändler Reimann. Reimann ist im Gemeinderat vertreten und fungiert bei Abwesenheit des Bürgermeisters als dessen Vertreter, außerdem ist er Ortsbauernführer. Bei ihm finden alle Veranstaltungen der polnischen Vereine statt. Er ist Berliner, seine Ehefrau stammt ebenfalls aus Berlin, beide sind evangelisch. Es ging vor einiger Zeit das Gerücht, daß R. Mitglied des polnischen Sportvereins Sokol sei, ein Beweis dafür ist aber nicht erbracht worden.

Wenn Reimann um irgendwelche Begebenheiten in bezug auf die Minderheit in seinem Lokal gefragt wird, wird man stets eine ausweichende Antwort erhalten, meistens weiß er von nichts. Diese Unwissenheit hat aber m. E. stets nur die Rücksicht auf sein Geschäft zur Ursache.

b) der Gastwirt Stanislaus Weiss. Weiss ist zweifellos polnischstämmig, verwahrt sich aber gegen die Bezeichnung als Pole. Er hat außer seiner Gastwirtschaft noch eine Landwirtschaft und unterhält auch eine Bullendeckstation.

Sein Sohn wurde im Jahr 33 wegen Diebstahls bestraft, seine Ehefrau vor 2 Jahren wegen Spionageverdachts in Haft genommen, im Verfahren aber freigesprochen.

Die Deutschen, insbesondere der Kriegerverein, verkehren bei Weiss.

Im Gegensatz zu Reimann kann der Gendarmeriebeamte wie auch ich gelegentlich Auskünfte bei Weiss erhalten, bei denen er seine Landsleute nicht schont.

2. An Wandergewerbescheininhabern waren in Groß Dammer vorhanden im Jahre 1933: 3 Mann, von denen 2 der polnischen Minderheit angehörten. In diesem Jahr sind es nur 2, nämlich der Schlachtermeister Nayda, der Vieh aufkauft und der Produktenhändler Kendziora. Nayda ist polnischstämmig, er betont aber gerne, daß er den Weltkrieg von Anfang bis Ende, davon in den letzten 2 Jahren als Offizierstellvertreter, mitgemacht hat. Man kann ihn zur Zwischenschicht rechnen. Kendziora gehört ebenfalls zur Minderheit, tritt aber nirgends in die Erscheinung.

3. Im Jahre 1933 waren 4 Minderheitenangehörige im Besitze einer Legitimationskarte zum Aufkauf von Geflügel und Landesprodukten, im Jahre 1937 sind es nur noch 2.

Sonstige wichtige, für die Entwicklung des Volkstumskampfes bedeutsame Angelegenheiten sind nicht zu berichten, abgesehen davon, daß in Groß Dammer und Limbach (Schrompe) 20 deutschstämmige Siedler angesetzt werden, was ich als hinreichend bekannt voraussetze.

[Paraphe:] Hagemann

199

18.2.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

18 II 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Entwurf).

I. *Allgemeine Lage und Bestrebungen der Minderheit*

Die minderheitenpolitische Lage im Distrikt wird beherrscht von den Feiern des 15-jährigen Bestehens des Polenbundes. Ich hatte den Gendarmeriebeamten beauftragt, anläßlich der Feier am 9. d. M. festzustellen, ob auch Polnischstämmige aus anderen Orten, wo bisher von einer Verbindung mit dem Polenbund in Groß Dammer nichts zu bemerken war, wie z. B. in Kuschten, sich an der Feier beteiligen würden. Diese Beobachtungen sind negativ ausgefallen.

II. *Besondere Ereignisse*

a) *Jugenderziehung*

In Groß Dammer herrschte eine Masernepidemie, die eine Schließung der Schulen erforderlich machte. So ist auch die polnische Minderheitenschule am 19.1. bis zum 11.2. im Einvernehmen mit dem Kreisarzt geschlossen gewesen.

Über die Errichtung der seit mehreren Jahren geplanten neuen Minderheitenschule ist nichts bekannt geworden.

Der polnische Kindergarten wird von einer polnischstämmigen Kindergärtnerin, einem Fräulein Helene Podlaschewski, betreut. Die Gemeindeschwester der katholischen Gemeinde, Fräulein Grandke, hat sich in Groß Dammer mit einem Witwer Niemiec veheiratet und übt ihr Amt seit dem 31.12.1937 nicht mehr aus. Ein Ersatz ist für sie bisher nicht eingesetzt worden.

b) *Vereinswesen*

Am 9. d. M. wurde in Groß Dammer die Feier des 15-jährigen Bestehens des Polenbundes festlich begangen, worüber ich einen besonderen Bericht eingereicht habe. Bemerkenswert ist dabei, daß der katholische Geistliche Babski aus Bentschen (Zbaszyn) eine kurze Rede gehalten und dabei die Anwesenden ermahnt hat, treu zu ihrem katholischen Glauben zu halten, besonders jetzt, *wo die Katholiken in Deutschland verfolgt* würden. Leider hat der überwachende Beamte der Staatspolizei keine Maßnahmen gegen diesen Redner ergriffen. Ich habe aber Vorsorge getroffen, daß ich in Zukunft von derartigen Vorfällen sofort Kenntnis erhalte, damit solche Personen sofort zur Rechenschaft gezogen werden können, noch bevor sie deutsches Gebiet wieder verlassen.

Außer der Feier des Polenbundes hatte der polnisch-katholische Jünglingsverein am 16.1.1938 ein Kaffekränzchen veranstaltet und für den 20.2. hat der polnische Arbeiterverein ein gleiches Vergnügen angemeldet.

Die früher üblichen Theateraufführungen sind, nachdem ich die Einreichung des Textes in deutscher Übersetzung verlangt habe, bisher unterblieben.

Am 2.2.1938 sind einige Minderheitenangehörige mit einem Omnibus, vermutlich der Firma Kühn in Züllichau, nach Buschdorf zu einer Veranstaltung gefahren. Der Wagen hatte bereits Teilnehmer in Kleistdorf aufgenommen, so daß in Großdammer nur 8 von den vorgesehenen 10 Personen die Fahrt mitmachen konnten. Über die Feier selbst konnte nichts ermittelt weden.

Von einer landwirtschaftlichen Schulung durch polnische landwirtschaftliche Lehrer, wie im Vorjahre, ist nichts bemerkt worden. Wohl hat der landwirtschaftliche Lehrer Perek aus Wollstein auf der Feier am 9.2. über landwirtschaftliche Fragen gesprochen.

Über die Abhaltung von Berufs- und Fortbildungsschulunterricht in der Minderheitenschule hat sich nichts ermitteln lassen, so daß angenommen werden kann, daß ein solcher tatsächlich nicht stattfindet.

III. *Über die Lage der wirtschaftlichen Organisationen* sind seit der letzten Berichterstattung keine Beobachtungen gemacht worden.

IV. *Minderheit und katholische Kirche*

Das auf dem früheren Gute Groß Dammer und damit auch auf dem Kreise Meseritz und dem Osthilfekommissar als Träger der Siedlung lastende Patronat zugunsten der katholischen Kirche in Groß Dammer ist abgelöst worden. Im Verfolg dieser Aktion ist beabsichtigt, die organische Verbindung des Schul- und Organistenamtes zu trennen. Durch diese Trennung würde die katholische Gemeinde in Groß Dammer das Verfügungsrecht über die sogenannte Küsterschule, in der auch eine Lehrerwohnung enthalten ist, zurückerhalten und damit voraussichtlich aus dem Klassenzimmer einen Versammlungsraum machen.

Dieser Umstand ist aber in Kauf zu nehmen, kann sogar begrüßt werden, da man bei Benutzung dieses Raumes immer feststellen kann, wenn die Katholiken (also die Polen) sich versammeln, während sie jetzt vermutlich in kleinen Zirkeln in Privathäusern zusammenkommen und nicht kontrolliert werden können. Außerdem ist es eines deutschen Lehrers unwürdig, den polnischstämmigen Katholiken polnische Kirchenlieder vorzusingen und bei allen kirchlichen Veranstaltungen, die meistens auch rein polnischen Charakter tragen, mitzuwirken.

In der Frage der Belästigung der Arbeitsmaiden in Groß Dammer ist das Grenzpolizeikommissariat noch mit den Vernehmungen einzelner Maiden, die nicht mehr in Groß Dammer anwesend sind, beschäftigt. Nach Abschluß dieser Vernehmungen wird voraussichtlich der in Frage kommende Täter ermittelt sein und gegen ihn Anklage erhoben werden können.

200

11.4.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Wahlverhalten der polnischen Minderheit in Groß Dammer (10.4.1938)
11 IV 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Zachowanie się mniejszości polskiej we wsi Groß Dammer w wyborach (10 IV 1938r.) – 11 IV 1938r.

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Entwurf).

Die Führung der Minderheit hatte die Parole der positiven Wahlbeteiligung herausgegeben, die in Groß Dammer von allen befolgt wurde. Als einige der ersten Wähler waren die Polenführer Johann Budych IV und der Friseur Kasprczak [Kasprzak] erschienen. In der Gemeinde wurden 822 „Ja"-Stimmen und 5 „Nein"-Stimmen abgegeben bei 831 Stimmberechtigten.

[Paraphe:] Hagemann

201

10.5.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

10 V 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Entwurf).

I. *Allgemeine Lage und Bestrebungen der Minderheit*

Am 10.4. haben sämtliche Angehörigen der Minderheit der Parole ihres Bundes folgend, sich an der Abstimmung beteiligt und mit „Ja" gestimmt. Nur der deutsche Reichsangehörige, Minderheitenlehrer Langowski, ist der Abstimmung trotz besonderer Erinnerung ferngeblieben. Er gab gelegentlich einer Vernehmung über das Nichtzeigen der Reichsfahne an der von ihm betreuten Schule an, daß er die Pflichten eines Deutschen wohl kenne, daß es aber auch ein freiwilliger Akt sei, an der Abstimmung teilzunehmen. Ich habe darüber besonders berichtet. Über die in der polnischen Presse verbreiteten Einschränkung des Polenbundes, daß sich die Abstimmung nur auf den Anschluß des Landes Österreich und nicht auf die Wahl zum deutschen Reichstag beziehe, habe ich in Groß Dammer nichts bemerkt.

II. *Besondere Ereignisse*

a) *Jugenderziehung*

Im März d. J. wurden 2 Pässe für die am 2.9.28 geborene Maria Angela Kleszka und die am 6.10.28 geborene Bronislawa Bimek aus Groß Dammer von den Erziehungsberechtigten beantragt und nach Anhörung des Grenzkommissariats erteilt. Als Grund wurde der Besuch der Mädchenschule in Tarnowskie Gury [Tarnowskie Góry] (Tarnowitzer Höhe) angegeben. Der Vater der Bimek gab mir an, daß es sich um eine Seminarschule handele, der ein Internat angeschlossen sei. Die Eltern müssen monatlich 10,- RM zahlen, die an den Polenbund nach Berlin überwiesen werden und haben außerdem für die Kleidung und Lernmittel zu sorgen. Seine Tochter werde zunächst eine „Gymnasialbildung" erhalten und müsse sich nach 3 Jahren entscheiden, welchen Beruf sie ergreifen wolle. Als Berufe kämen Lehrerin, Kindergärtnerin usw. in Frage. Außer diesen beiden Mädchen wären schon 2 weitere Mädchen aus Groß Dammer in dieser Schule, und es sei beabsichtigt, eine höhere Mädchen-Minderheitenschule im Reich zu errichten, der dann diese Kinder zugeführt würden. Eines der Mädchen fragte ich, ob es sich freue, auf die Schule zu kommen, erhielt aber keine Antwort, da – wie der Vater sagte – die Kleine noch nicht soviel Deutsch könne, um mir zu antworten. M.E. handelt es sich hier um die Ausbildung von zukünftigen Minderheitenlehrerinnen.

Ein Ersatz für die katholische (also polnische) Gemeindeschwester Grandke, die sich verheiratet hat, ist bisher nicht eingestellt worden. Die NS-Schwester, die seit einigen Wochen in Groß Dammer tätig ist, betreut auch die Minderheitsangehörigen.

Ich wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß vor einigen Jahren von seiten der Minderheit beabsichtigt war, in Groß Dammer und auch in Kuschten Gemeindeschwestern des Caritasverbandes anzustellen, und zwar unter dem Deckmantel der professionellen Zweckmäßigkeit. Zur Heranbildung zu solchen Schwestern wurde damals Frl. Grandke aus Groß Dammer und Frl. Jankowiak aus Kuschten angeblich zu einem „Kochkursus" zu den Grauen Schwestern nach Schwiebus geschickt, die dann als ausgebildete Caritasschwestern wiederkamen. Die Jankowiak ist in Kuschten nicht recht zur Entfaltung gekommen, weil hier der vaterländische Frauenverein inzwischen

gegründet und eine Rotekreuzschwester stationiert wurde, so daß, bevor die „Caritasschwester" ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, bereits eine Gemeindeschwester vorhanden war. Außerdem heiratete Frl. Jankowiak bald und ein Ersatz wurde nicht eingestellt, weil nach den geschaffenen Verhältnissen keine lohnende Arbeit mehr verblieb. In Groß Dammer hat aber Frl. Grandke bis zum Ende vorigen Jahres als katholische (polnische) Gemeindeschwester gewirkt.

Nun ist am 19.4. d. J. eine Polin Marie Flejsierowicz, geb. am 22.2.09 in Kakowo, wohnhaft in Iwonicz, Kreis Krosno in Polen, in Groß Dammer zu Besuch gewesen, die sich in ihrer polizeilichen Anmeldung als „Krankenpflegerin bezeichnete. Gleich nach dem Besuch meldet sich die Tochter des Landwirts Albert Budych, Dorothea Budych, geb. am 24.1.24 nach Schwiebus ab, um angeblich bei den „Grauen Schwestern" einen „Kochkursus" mitzumachen. Wenn ich auch bei dem jugendlichen Alter der Budych – 14 Jahre – nicht daran glauben möchte, daß diese – wie damals die Grandke und die Jankowiak – als fertige Caritasschwester wiederkommen wird, so taucht der Verdacht auf, daß dieser „Kochkursus" auch zur Ausbildung als Caritasschwester dienen kann und ich werde gelegentlich feststellen lassen, ob die Budych etwa der polnischen Kindergärtnerin in Groß Dammer als Hilfe zur Seite gegeben wird. Ob etwa die „Kochkurse" bei den Grauen Schwestern in Schwiebus einer Beobachtung wert sind, überlasse ich dortiger Entschließung.

b) *Vereinswesen*

Seit der letzten Berichterstattung haben Vereinsvergnügen und Versammlungen nicht stattgefunden.

Am 1. Mai haben die Minderheitenangehörigen sich an dem Umzug bis auf die sogenannten Zwischenschichtler nicht beteiligt. Allerdings haben sie am Nachmittag und auch am Abend beim Gastwirt Weiß ebenfalls ein Tanzvergnügen abgehalten, einige haben sich auch bei Reimann, wo die Maifeier stattfand, sehen lassen. Keine Zwischenfälle!

Der Turnverein Sokol hat für den 5.6. ein Sportfest mit nachfolgendem Sommervergnügen beim deutschen Gastwirt Reimann angemeldet, zu dem die polnischen Sportvereine aus Kleistdorf, Posenbrück und der Turnverein „Sokol" aus Berlin Abordnungen schicken werden. Darüber werde ich besonders berichten.

3. *Wirtschaftliche Organisationen*

Die polnische Bank Ludowy hielt am 29.3. beim Gastwirt Weiß ihre ordentliche Generalversammlung ab, die mir erst am Tage vorher angemeldet wurde. Ich teilte mit, daß keine Einwendungen zu erheben seien, wenn ich nicht bis zum Abend Gegenteiliges mitteile. In der Zwischenzeit rief ich beim Landratsamt an und teilte den Sachverhalt mit. Dann beauftragte ich 2 Gendarmeriebeamte mit der Überwachung, die von dem Leiter der Versammlung aus dem Saale gewiesen wurden, weil es sich um eine Genossen-Vesammlung handele. Sie blieben aber und haben der Versammlung beigewohnt. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Bauern Michael Kleczka, Felix Klostera und Franz Wiczorek. In der Debatte wurde darüber geklagt, daß mehr Abhebungen und Darlehnsgesuche vorlägen, als Einlagen gemacht würden. Der Umsatz der Bank wurde mit rund 30000,- RM angegeben.

Über die Überwachung durch die Gendarmerie-Beamten liegt eine Beschwerde des Verbandes der polnischen Genossenschaften in Oppeln vor, über die ich besonders berichtet habe.

4. *Minderheit und kath. Kirche*

Keine Beobachtungen. Die Trennung des vereinigten Organisten- und Schulamtes schwebt noch.

[Paraphe:] Hagemann

202

21.6.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Genehmigung eines deutschen Schulneubaus in Chodzież im Gegenzug für die Genehmigung eines polnischen Schulneubaus in Groß Dammer

21 VI 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Zezwolenie na budowę nowej szkoły niemieckiej w Chodzieżu w zamian za zezwolenie na budowę nowej szkoły polskiej we wsi Groß Dammer

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Entwurf).

Nach Rücksprache mit dem Polenführer Johann Budych IV in Groß Dammer besteht für die Genehmigung eines deutschen Schulneubaues in Kolmar im Austausch mit der Genehmigung eines polnischen Schulneubaues in Groß Dammer große Neigung. Budych äußerte noch etwas erfreut, daß dieses doch drüben auch die Minderheiten seien und es sich auf diesem Wege ermöglichen lassen werde.

I.V.

[Paraphe]

203

19.8.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Minderheiten-Lagebericht

19 VIII 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Entwurf).

I. *Allgemeine Lage und Bestrebungen der Minderheit*

Seit der letzten Berichterstattung sind keine besonderen Merkmale über die Bestrebungen der Minderheit hervorgetreten.

II. *Besondere Ereignisse*

Durch das Grenzpolizeikommissariat in Schwiebus sind in Groß Dammer folgende Maßnahmen getroffen worden:

a) Der Bauer Thomas Kleczka [Kleszka], geb. am 3.3.1888, wurde am 31.5.38 wegen Verstoßes gegen § 2 des Heimtückegesetzes festgenommen und am darauffolgenden Tag dem Amtsgericht in Meseritz zugeführt. Kleczka [Kleszka] ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen.

b) Der Bauer Josef Golek I wurde am 12.6.38 auf 14 Tage in Schutzhaft genommen, weil er die Ehefrau des Johann Felix Golek durch die Worte „Ich pisse Sie an" beleidigt hatte.

c) Der Bauernsohn Stanislaus Kusior, geb. 1.5.1919, wurde am 16.6.38 wegen Beleidigung von Siedlermädeln vorläufig festgenommen. Er ist inzwischen aus der Haft entlassen.

Eine Mitteilung über die Haftentlassung der zu a) und c) Genannten ist mir vom Grenzkommissariat nicht zugegangen, wegen der Verhaftung zu b) nehme ich auf die dortige Verfügung vom 24.6.38 – A 221/38 Bezug.

Wie sich diese Maßnahmen ausgewirkt haben, konnte nicht festgestellt werden, da irgendwelche Äußerungen von polnischer Seite hierzu nicht vorliegen und nicht zu ermitteln waren.

1.) *Jugenderziehung*

Die in meinem Bericht vom 10.5.38 erwähnte Dorothea Budych, die am 20.4. nach Schwiebus abgemeldet wurde, um bei den Grauen Schwestern einen angeblichen Kochkursus mitzumachen, hat sich inzwischen noch nicht wieder angemeldet, so daß noch nicht beobachtet werden konnte, ob sie zur Mithilfe in dem polnischen Kindergarten herangezogen werden soll.

Der polnische Kindergarten wird nach wie vor halbtagsweise betrieben, weil alle Kinder (insgesamt rund 40 Kinder) in dem Raum nicht Platz haben und daher teils vormittags, teils nachmittags den Kindergarten besuchen. Auf die beabsichtigte Schließung darf ich Bezug nehmen.

Aus Groß Dammer besuchen 7 Knaben das polnische Gymnasium in Marienwerder, 2 Mädchen das polnische Lyzeum in Tarnowskie-Gory, 1 Mädchen das polnische Gymnasium in Beuthen und 1 Mädchen die Haushaltsschule in Tuchorze.

Die beiden Mädchen, die das Lyzeum in Tarnowskie-Gory (Tarnowitzer Höhe) besuchen, weilen z. Zt. in Groß Dammer auf Ferien. Weil sie keine Erlaubnis zum Besuch der ausländischen Schule haben, habe ich ihnen die s. Zt. erteilten Pässe wieder abgenommen, so daß sie jetzt nicht wieder ausreisen können.

2.) *Vereinswesen*

Am 15.5.38 veranstaltete der Polenbund eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Marschall Pilsudski, die nur im kleinen Rahmen und unter Teilnahme von rd. 50–60 Personen stattfand.

Am 5. und 6.6.38 veranstaltete der Sokol-Turnverein ein Sportfest. Obwohl der Vorstand mir mitgeteilt hatte, daß keine ausländischen Gäste *erwartet* wurden, haben zwei Polen, der Redakteur Meclewski und der Schneidermeister Stoinski, beide aus Posen, an der Feier teilgenommen. Die Feier wurde überwacht, Beanstandungen waren nicht zu erheben.

3.) *Wirtschaftliche Organisationen*

Nach der letzten Berichterstattung über die Versammlung der Bank Ludowy keine besonderen Beobachtungen. Erwähnen möchte ich noch, daß die Überwachung der Versammlung durch die beiden Gendarmeriebeamten in der von dem Polenbund überreichten Denkschrift erwähnt war.

Der Bäcker Niemiec in Groß Dammer beschwerte sich darüber, daß Jugendliche in Neu Bentschen ihm die Ausübung seines Brothandels dadurch unmöglich machten, daß sie sich die Kunden notierten und diese dann nachher beeinflußten, kein Brot bei ihm zu kaufen, weil er Pole sei. Er ging sogar soweit zu behaupten, daß der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Neu Bentschen, Bürgermeister Leuchtstaedt, die Parteimitglieder zu sich befohlen und ihnen eröffnet habe, daß sie den Ausschluß aus der Partei zu erwarten hätten, wenn sie ferner bei Niemiec Brot kaufen würden. Diese Behauptung war unwahr, so daß ein Ermittlungsverfahren gegen Niemiec schwebt wegen falscher Anschuldigung.

4. *Minderheit und katholische Kirche*

Die beabschtigte Trennung des organisch verbundenen Kirchen- und Schulamtes in Groß Dammer ist noch nicht durchgeführt. Der Organist hat aber bisher noch nicht in der Kirche spielen können, weil die Orgel angeblich immer noch nicht in Ordnung gebracht werden konnte. Es liegt hier zweifellos eine Obstruktion der Polen gegen den ihnen nicht erwünschten Organisten vor.

Die Kirchenländereien sind zum weitaus größten Teil, ja beinahe fast ausschließlich, an Angehörige der Minderheit verpachtet. Es schwebt z. Zt. die Genehmigung der Pachtverträge, die von der katholischen Kirchengemeinde eingereicht werden sollen.

[Paraphe:] Hagemann

204

22.8.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Auswirkung von Festnahmen auf die Stimmung der polnischen Minderheit in Groß Dammer

22 VIII 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Wpływ aresztowań na nastroje wśród mniejszości polskiej we wsi Groß Dammer

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Entwurf).

Im Anschluß an meinen Bericht vom 19.8.38 – 3854 – [Dokument Nr. 203] zeige ich an, daß ich am 20. d. M. Gelegenheit hatte, mit einem Vertrauensmann über die in Groß Dammer infolge der Verhaftungen herrschende Stimmung zu sprechen.

Danach sollen die Polen sehr entrüstet über die Verhaftungen gewesen sein und zwar unter der Begründung, daß sie unschuldig seien bzw. daß ihnen nichts nachgewiesen worden sei. Insbesondere sind die Polen darüber aufgebracht, daß ein Kriminal-Beamter – nach der Beschreibung wahrscheinlich der Kriminalassistentenanwärter Brandt – gesagt haben soll „Euch Groß-Dammerschen Polen werden wir auch die Hosen stramm ziehen". Diese Äußerungen werden mit möglichster Beschleunigung über die Grenze gebracht und dort der gegen Deutschland gerichteten Propaganda zur Verfügung gestellt. Ferner wird die jetzt eingetretene Erkrankung des Bauern Thomas Kleszka mit seiner Inschutzhaftnahme in Verbindung gebracht. Da Kleszka an einer eitrigen Rippenfellentzündung erkrankt ist und nach den letzten Nachrichten dem Krankenhaus zugeführt worden sein soll, ist dieser Umstand naturgemäß ein willkommener Wind in den Segeln der polnischen Propaganda.

Ob und wie weit die Äußerungen dieses Vertrauensmannes richtig sind, kann natürlich nicht nachgeprüft werden, die demnächst erscheinenden Auszüge aus der polnischen Presse werden abgewartet werden müssen.

[Paraphe:] Hagemann

205

2.11.1938: Der Landrat in Meseritz an den Distriktskommissar in Kuschten. Begutachtung von vier Anträgen auf Kinderbeihilfe aus Groß Dammer

2 XI 1938r.: Landrat w Meseritz do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Ocena wniosków czterech mieszkańców wsi Groß Dammer o zapomogę dziecięcą

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172 (Abschrift).

Finanzamt Meseritz. Meseritz, den 25. Oktober 1938

Auf einige dem Herrn Reichsminister der Finanzen zur Entscheidung vorgelegte Anträge von Angehörigen der polnischen Minderheit auf Gewährung von Kinderbeihilfen hat der Herr Reichsminister der Finanzen zunächst entschieden:

„Die Tatsache allein, daß die Antragsteller der polnischen Minderheit angehören, kann als ausreichender Grund zur Ablehnung der Kinderbeihilfen nicht gewertet werden.

Ich ersuche in allen mir vorgelegten Fällen um Feststellung der Tatsachen, die erkennen lassen, daß die Familie nicht gewillt und geeignet ist, loyal zum Deutschen Volke und Reich zu stehen.

Auf eine *ausführliche* Stellungnahme der zuständigen Kreisleitung der NSDAP und des Landrats in jedem einzelnen Falle kann nicht verzichtet werden.

Insbesondere ersuche ich festzustellen, ob

1. die älteren Kinder nationalsozialistischen Jugendgliederungen angehören,
2. der Antragsteller Kriegsteilnehmer war,
3. die Familie zum WHW spendet.

Welche Sprache ist Umgangssprache der Familie?

Wie verhält sich die Familie zu Einrichtungen der Partei?"

Anträge von Angehörigen der polnischen Minderheit auf Gewährung von Kinderbeihilfen, über die noch zu entscheiden ist, liegen z. Zt. noch vor von:

Roman Merda, Arbeiter in Groß Dammer,

Andreas Hämmerling, Maurer in Groß Dammer,

Johann Stasinski, Arbeiter in Groß Dammer,

Lorenz Dudek, Arbeiter in Groß Dammer.

Ich bitte daher um eine *ausführliche* Stellungnahme zu jedem der vorgenannten 4 Anträge im Sinne der vorstehenden Entscheidung des Herrn Reichsministers der Finanzen.

In Vertretung

gez. Goerlitz

Abschrift zur Kenntnis und mit dem Ersuchen, bis zum 15.11.1938 zu den 4 Anträgen auf Kinderbeihilfe entsprechend Stellung zu nehmen. Ich vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß polnische Volkstumsangehörige nicht gewillt und geeignet sind, loyal zum Deutschen Volk und Reich zu stehen.

gez. Dr. Iden

206

12.11.1938: Gendarmerie-Hauptwachtmeister Beck in Groß Dammer an den Distriktskommissar in Kuschten. Begutachtung der Kinderbeihilfeanträge
12 XI 1938r.: Główny wachmistrz żandarmerii Beck we wsi Groß Dammer do komisarza dystryktu we wsi Kuschten. Ocena wniosków o zapomogę dziecięcą

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172

An/ab Groß-Dammer, den 12.11.38, mit dem Bericht, daß der Arbeiter Johann Stasinski der Minderheit entstammt und eine Frau geheiratet hat, die ebenfalls der Minderheit entstammt und demnach ohne weiteres der Minderheit angehören.

Stasinski hat 4 Kinder im Alter von 7–16 Jahren, welche seit April 1938 die deutsche Schule besuchen. Die 2 älteren Kinder des Stasinski beteiligen sich wohl schon am Dienst der HJ, sind aber noch nicht aufgenommen, sondern stehen noch unter Beobachtung. Die beiden jüngeren Kinder gehören weder der Kinderschar noch der Jungmädelschaft noch dem Jungvolk an. Stasinski wie seine Frau gehören weder der Partei noch einer Gliederung an. Stasinski war Kriegsteilnehmer. Die Familie Stasinski hat bisher nur zu den Eintopfsammlungen, aber nicht zu den Pfundspendensammlungen gespendet. Die Umgangssprache ist Polnisch. Die Familie Stasinski hat sich bisher an den Einrichtungen der Partei nicht beteiligt.

Nach diesseitigem Ermessen erfolgte die Umstellung nur des Vorteils wegen. Ich kann nicht annehmen, daß ein Angehöriger der polnischen Minderheit plötzlich ein guter Deutscher sein kann. Die Gewährung der Kinderbeihilfe an Stasinski vermag ich nicht zu befürworten.

Der Maurer Andreas Hämmerling, wie auch seine Ehefrau, entstammen der polnischen Minderheit und gehören demnach ohne weiteres der Minderheit an. Hämmerling hat 4 Kinder im Alter von 2–10 Jahren. Die Kinder der Familie Hämmerling besuchen die Minderheitenschule und gehören keiner deutschen Jugendgliederung an. Hämmerling war nicht Kriegsteilnehmer. Hämmerling hat zweimal je eine 4-wöchentliche Übung beim Ergänzungs-Battaillon in Küstrin gemacht und versuchte, dort Unteroffizier zu werden.

Die Familie Hämmerling hat bisher zum Winterhilfswerk nicht gespendet. Die Umgangssprache ist Polnisch. Die Familie Hämmerling hat sich bisher an den Einrichtungen der Partei nicht, wohl aber an den Einrichtungen der Minderheiten beteiligt. Ich vermag daher auch die kleinste Unterstützung nicht zu befürworten.

Der Arbeiter Lorenz Dudek, wie auch seine Ehefrau, entstammen der polnischen Minderheit. Sie gehören ohne weiteres der Minderheit an. Dudek hat 5 Kinder im Alter von 6–14 Jahren. Die Kinder besuchen die Minderheitenschule und gehören keiner deutschen Gliederung an.

Die Familie Dudek hat bisher zum Winterhilfswerk nicht gespendet. Die Umgangssprache ist Polnisch. Die Familie Dudek hat sich bisher an den Einrichtungen der Partei nicht beteiligt. Ich vermag daher auch die kleinste Unterstützung nicht zu befürworten.

Wenn nun diejenigen Arbeiter, die sich, wenn auch nur äußerlich zum Deutschtum bekennen und ihre Kinder in die deutsche Schule schicken, Kinderbeihilfe beantragen, ist mir dieses noch verständlich. Es geschieht dieses auch nur des Vorteils wegen. In ihrem Innern bleiben sie doch Polen. Wenn nun aber diejenigen Arbeiter, die sich offen zum Polentum bekennen, ihre Kinder in die Minderheitenschule schicken, sich an den Einrichtungen der Partei überhaupt nicht beteiligen und trotzdem eine Kinderbeihilfe beantragen, muß ich diese Handlung als eine bodenlose Frechheit und Herausforderung dem Deutschen Reiche gegenüber betrachten. Nach meinem Dafürhalten werden diese Menschen, die sich volkstumsmäßig zum Polentum bekennen, niemals loyal zum deutschen Volk und Reich stehen können und wenn sie noch so viel Kinderbeihilfe bekommen. Wenn diejenigen Antragsteller, die ihre Kinder in die Minderheitenschule schicken, Kinderbeihilfe bekommen, liegt die Zeit nicht mehr fern, wo nicht nur alle anderen polnischen Arbeiter, sondern auch die kleineren Bauern die Kinderbeihilfe beantragen werden.

[Unterschrift:] Beck

207

23.11.1938: Der Distriktskommissar in Kuschten an den Landrat in Meseritz. Kirchliche Verhältnisse in Groß Dammer
23 XI 1938r.: Komisarz dystryktu we wsi Kuschten do landrata w Meseritz. Stosunki kościelne we wsi Groß Dammer

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172

Die Eingabe der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" bringt nichts Neues. Sie ist ein Produkt der in Groß Dammer bei Besichtigungsreisen üblichen Vorträge, bei denen nach meiner Überzeugung übertrieben ist, wenn von einem Deutschtumskampf „der in seiner Stärke kaum zu glauben ist" gesprochen wird.

Die Angaben in bezug auf den katholischen Pfarrer Probst Binder (es ist nur 1 Geistlicher in Groß Dammer) sind zutreffend. Allerdings ist die Wendung, daß er die Ehen zwischen Polen und Deutschen fördert, nicht ganz richtig. Vom Standpunkt des Pfarrers aus fördert er, wie es seine Aufsichtsbehörde vorschreibt, die Ehen zwischen Katholiken. Und wenn hier im Osten, namentlich in Groß Dammer, in 90 % aller Fälle Katholik gleich Pole ist, dann kann man allerdings davon reden, daß es auch Fälle gibt, in denen ein deutscher Katholik eine polnische Katholikin heiratet. Und dann ist, wie es das Beispiel in Groß Dammer immer wieder zeigt, der Deutsche für sein Volkstum verloren. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, daß der Sohn des Nachtwächters Weimann sich mit einer polnisch-katholischen Frau verheiratete und dann nachher erklärte, er gehöre zur Minderheit.

Der Ortsgeistliche hat sehr viel Einfluß auf die polnische Bevölkerung, und er kann, wenn er diesen richtig anzuwenden weiß, sehr viel für das Deutschtum tun. Unserm Probst Binder geht aber diese Fähigkeit vollkommen ab, wenn er sie für den Deutschtumskampf, den er Germanisierung nennt, einsetzen soll. Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn ein junger katholischer Geistlicher nach Groß Dammer käme, der in seinem Handeln zuerst Deutscher und dann erst Katholik ist. Er müßte aber wohl polnisch sprechen können, denn es wird nicht gehen, auch nicht mit Rücksicht auf unsere Volkstumsangehörigen in Polen, daß mit dem Wechsel des Pfarrers auch nun sofort der polnische Gottesdienst verschwinden soll. Gerade in der Einschränkung der polnischen Sprache in Kirche und Schule – wir haben aber leider noch immer die Minderheitenschule – liegt das Hauptmoment des erwähnten Volkstumskampfes. Hier könnte der Pfarrer sich einschalten; man darf aber nicht außer acht lassen, daß die Polenführer in Groß Dammer an sich sehr intelligente Leute sind, die in ihrer sturen Einstellung zum Polentum kaum werden zu stören sein. Ebenso stur sind sie in der Erziehung ihrer Kinder im polnischen Sinne. Wenn man allerdings die Kinder zum Deutschtum herüberziehen könnte, wäre viel getan. Wenn ein deutscher Pfarrer den Polen gegenüber z. B. mit dem Schwindel aufräumen kann, daß ein in polnischer Sprache gesprochenes Gebet größere Aussicht auf Erhöhung hat, als ein solches in deutscher Sprache, dann wäre schon ein Anfang gemacht.

Ich darf daran erinnern, daß ich schon einmal berichtet habe, daß ein deutschgesinnter Vikar in Groß Dammer untergebracht werden könnte. Da ich nichts wieder in dieser Angelegenheit gehört habe, nehme ich an, daß mit der Entsendung eines solchen nicht mehr zu rechnen sein wird. Ich befürworte aber gern die Abberufung des Probstes Binder und seine Ersetzung durch einen deutschbewußten jungen Pfarrer.

[Paraphe:] Hagemann

208

6.2.1939: Gendarmerieposten I Groß Dammer an das Distriktsamt in Kuschten. Kinderbeihilfen bei Minderheitsangehörigen

6 II 1939r.: Posterunek żandarmerii I we wsi Groß Dammer do urzędu dystryktu we wsi Kuschten. Członkowie mnieszości polskiej pobierający zapomogę dziecięcą

AP Zielona Góra – Oddział w Wilkowie, Distriktskommissariat Kuschten, Nr. 172

Nach den mir vertraulich zugegangenen Mitteilungen bekommt der Arbeiter Viktor Gosciniak seit längerer Zeit für seine Kinder die Kinderbeihilfe. Auch hat der Betreffende die einmalige Kinderbeihilfe erhalten.

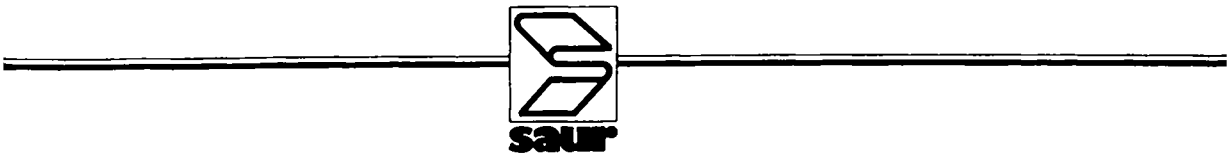
Betreffender wurde für die deutsche Schule geworben. Dieses hätte vielleicht Erfolg gehabt, wenn er nicht so schnell die Kinderbeihilfe erhalten hätte.

Nach Erhalt der Kinderbeihilfe äußerte er sich dahingehend, daß er es jetzt nicht mehr nötig hätte, die Kinder in die deutsche Schule zu schicken, da er ja sowieso die Kinderbeihilfe bekomme. Da in Groß Dammer noch mehrere Minderheitenangehörige die Kinderbeihilfe erhalten, trotzdem sie ihre Kinder in die Minderheitenschule schicken, macht dieses dem Deutschtum viel Abbruch, zumal diese Leute sich damit rühmen und hausieren gehen.

Da aber hierorts Familien sind, die ihre Kinder aus der polnischen Schule in die deutsche Schule umgeschult haben und bisher keine Kinderbeihilfe erhalten haben, trotzdem die Anträge schon seit längerer Zeit gestellt worden sind, ist zu befürchten, daß diese Eltern ihre Kinder wieder in die polnische Schule umschulen werden.

[Unterschrift:] Beck

Gendarmerie-Hauptwachtmeister


saur

Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 9/2

Deutsche und Polen zwischen den Kriegen

Minderheitenstatus und „Volkstumskampf" im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920–1939

Herausgegeben im Auftrag
des Instituts für Zeitgeschichte
und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive

von

Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski

Bearbeitet von
Mathias Niendorf und Przemysław Hauser

2. Halbband

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris 1997

Dem Andenken Martin Broszats
Pionier einer neuen Betrachtungsweise
deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte

Pamięci Martina Broszata
pioniera nowego spojrzenia
na dzieje stosunków polsko-niemieckich

Polacy i Niemcy między wojnami

Status mniejszości i walka graniczna
Reporty władz polskich i niemieckich z lat 1920–1939

Wydano na zlecenie
Institut für Zeitgeschichte i
Naczelnej Dyrekcji Archiwów Państwowych

Wydawcy:
Rudolf Jaworski i Marian Wojciechowski

Opracowali:
Mathias Niendorf i Przemysław Hauser

Cześć II

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Deutsche und Polen zwischen den Kriegen : Minderheitenstatus und „Volkstumskampf" im Grenzegbiet ; amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920 – 1939 / hrsg. im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive von Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski. Bearb. von Mathias Niendorf und Przemyslaw Hauser. – München ; New Providence ; London ; Paris : Saur.
(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 9)
ISBN 3-598-22810-4
NE: Jaworski, Rudolf [Hrsg.]; Niendorf, Mathias [Bearb.]; GT

Halbbd. 2 (1997)

Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K.G. Saur Verlag GmbH & Co KG, München 1997
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlages ist unzulässig
Datenübernahme und Satzproduktion: Microcomposition, München
Druck / Printed by WS Druckerei, Bodenheim
Binden / Bound by Buchbinderei Schaumann, Darmstadt
ISBN 3-598-22810-4

Inhaltsverzeichnis / Spis treści

Halbband / Część
1

Vorwort ... ix
Przedmowa ... xv
Abkürzungsverzeichnis / Wykaz skrótów ... xxi
Übersichtskarte / Mapa ... xxiii

Einführung / Wstęp

Marian Wojciechowski:
Die deutsche Minderheit in Polen (1920–1939) ... 1
Mniejszość niemiecka w Polsce (1920–1939) ... 27

Rudolf Jaworski:
Die polnische Grenzminderheit in Deutschland 1920–1939 ... 49
Polska mniejszość przygraniczna w latach 1920–1939 ... 71

Auswahlbibliographie (Darstellungen und Quellen) /
Bibliografia wybrana (opracowania i źródła) ... 91
Dokumentenverzeichnis / Wykaz dokumentów ... 105

Dokumente / Dokumenty

A. Provinz Ostpreußen / Prowincja Prusy Wschodnie

Mathias Niendorf:
Die Provinz Ostpreußen und ihre polnische Bevölkerung ... 159
Prowincja Prusy Wschodnie i jej ludność polska ... 164
1. Provinzebene / Prowincja ... 169
2. Regierungsbezirk Westpreußen und Kreis Stuhm /
Rejencja Prusy Zachodnie i powiat Stuhm ... 221

B. Wojewodschaft Pommerellen / Województwo pomorskie

Przemysław Hauser:
Die deutsche Minderheit in den Wojewodschaften Posen
und Pommerellen 1919–1939 ... 273
Mniejszość niemiecka w województwach poznańskim i pomorskim
w latach 1919–1939 ... 283
1. Wojewodschaftsebene / Województwo ... 293
2. Landkreis / Powiat Grudziądz ... 402
3. Kreis / Powiat Sępólno Krajeńskie ... 412

C. Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (Brandenburg) / Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie (Brandenburgia)

Mathias Niendorf:
Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und ihre polnische Bevölkerung ... 453
Prowincja Marchia Graniczna Poznańskie-Prusy Zachodnie i jej ludność polska ... 458
1. Provinzebene / Prowincja ... 463
2. Kreis / Powiat Flatow ... 527
3. Kreis / Powiat Meseritz ... 551

Halbband / Część
2

D. Wojewodschaft Posen / Województwo poznańskie

1. Wojewodschaftsebene / Województwo ... 591
2. Kreis / Powiat Nowy Tomyśl ... 728

E. Provinz Oberschlesien (Schlesien) / Prowincja Górny Śląsk (Śląsk)

Mathias Niendorf:
Die Provinz Oberschlesien und ihre polnische Bevölkerung ... 811
Prowincja Górny Śląsk i jej ludność polska ... 817
1. Provinzebene / Prowincja ... 823
2. Landkreis / Powiat Oppeln ... 900
3. Industriegebiet / Okręg przemysłwowy ... 927

F. Wojewodschaft Schlesien / Województwo śląskie

Przemysław Hauser:
Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien 1919–1939 ... 969
Mniejszość niemiecka w województwie śląskim w latach 1919–1939 ... 975
1. Wojewodschaftsebene / Województwo ... 982
2. Industriegebiet / Okręg przemysłwowy ... 1113

Ortsregister / Indeks miejscowości ... 1135

D. Wojewodschaft Posen / Województwo poznańskie

1. Wojewodschaftsebene / Województwo

209

8.8.1922: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (Juli 1922)

8 VIII 1922r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (lipiec 1922r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5580

Życie polityczne

[...]

Prasa tutejsza niemal codziennie przynosi długie wykazy zorganizowanych *napadów niemieckich na ludność polską na Śląsku*, a ludność tutejsza na wiecach domaga się odwetu na Niemcach w granicach Polski się znajdujących. Obawa przed tem nakłoniła Niemców w Solcu (Bydgoszcz) do zwrócenia się do prezydenta policji w Essen o zatamowanie terroru, dokonywanego na Polakach w Oberhausen i ukaranie winnych. Odpowiedź tego prezydenta policji wystosowana na 24.VII. do Konsulatu Polskiego w Essen opiewa, że po zarządzonych dochodzeniach aresztów na 10 osób i oddanych w ręce sędziego śledczego, a domy wybitniejszych Polaków obstawiono przez posterunki policyjne.

[...]

Niemcy

W okresie przesilenia gabinetowego wzrosła znacznie buta niemiecka i agitacja w kierunku *powstrzymania fali emigracyjnej* Niemców do Niemiec.

Deutschtumsbund łącznie z Bauern-Vereinem rozesłał do kolonistów dyrektywy, iż żadną miarą nie mają opuszczać swych osad dobrowolnie, że winni sprawę sądownie wyskarżyć, kto nie skarży, ten nie otrzyma tzw. „Verdrängungsscheinu", koszta procesu ponosi tymczasowo kolonista, lecz Rząd Pruski zwróci mu je po wyrugowaniu do Niemiec. Jednocześnie agitatorzy DB uwijają się w różnych powiatach (Bydgoszcz, Żnin, Wyrzysk, Gostyń, Gniezno, Oborniki, Odolanów i Kępno) i szerzą przekonanie, że obecne długotrwałe przesilenie gabinetowe jest początkiem upadku Polski i dlatego tem usilniej Niemcy winni wytrwać na swych placówkach tutejszych i odczekać zmiany sytuacji. Łącznie z tem DB udziela zapomogi tym Niemcom, zwłaszcza kupcom i rzemieślnikom, którzy z braku pracy lub skutkiem bojkotu pozbawieni zostali środków do życia. W tym duchu idzie także *prasa niemiecka*, sławiąca piękno Wielkopolski, nazywając ją swoją niemiecką ziemią, użyźnioną potem wielkiego kolonisty i niemieckiego ziemianina i wzywając ich do wytrwania mimo przeszkód i wszelkich walk, jakie stoczyć będzie trzeba (Deutsche Nachrichten, nr. 46) - Że Niemcy spodziewają się „zmian gruntownych" dowodzi m.in. odezwanie się kolonisty do oglądających osady anulowane (Mirosław Chodzielski): „Czego to chcecie, to przecież ziemia niemiecka, Niemcom się należy, i wcześniej czy później Niemcy z powrotem ją odbiorą". Inny zaś fakt, protokolarnie stwierdzony, ilustruje lojalność niemiecką w następującym zdaniu:

„Jeżeli przyjdzie do wojny Polski z Rosją i Niemcami, natenczas wszyscy Niemcy, służący w armi polskiej przejdą z bronią do Niemiec" (Porównać z tem należy agitację DB i BV za wstępowaniem młodzieży do armii polskiej, wymienioną w sprawozdaniu za kwiecień br.).

Tu zwrócić trzeba uwagę na ujawniony w lipcu żywy *ruch na pograniczu* po stronie niemieckiej. Według otrzymanych wiadomości organizują się w pasie pogranicznym całe *oddziały antyrepublikańskie*, z którymi sympatyzuje większość Reichswehry i które posiadają służbę wywiadowczą, zorganizowaną według najnowszej techniki. Według dalszych wiadomości poufnych przywieziono w ostatnim czasie do Piły i okolicy bardzo wiele karabinów zwykłych, maszynowych i większe zapasy amunicji, zamagazynowano to wszystko w różnych domach prywatnych w mieście, a w szczególności po wsiach. A wreszcie stwierdzono, iż w ostatnich czasach pojawiają się na stanowiskach niemieckich urzędników celnych coraz liczniejsi osobnicy - przebrani oficerowie niemieccy, którzy skierowani zostali w celu gruntowego zaznajomienia się z okolicą wzdłuż linii czarnkowsko-wolsztyńskiej i którzy są też niezawodnie komendantami wspomnianych oddziałów antyrepublikańskich. 48-godzinne przepustki, obowiązujące w pasie 6-kilometrowym od granicy, podnoszą znaczenie tego ruchu, gdyż umożliwiają stałą komunikację Niemców tutejszych z ziomkami po drugiej stronie granicy, przyczem nadmienić należy, że nieomal wszyscy więksi właściciele ziemscy niemieccy wspomnianych powiatów byli oficerami armji niemieckiej.

Z tem wszystkiem łączą się dalsze spostrzeżenia w kraju na terenie *Turnvereinów*, które odbywają zwykłe ćwiczenia wojskowe, m.in. ćwiczenia w rzucaniu granatów ręcznych pod formą specjalnie skonstruowanej pałki (Nowy Tomyśl).

Wracając jeszcze do działalności DB i BV zaznaczyć należy następujące: Najnowsza dyrektywa idzie w tym kierunku, aby Niemcy tutejsi wszystkie sprawy sporne, jakie mają między sobą, załatwiali polubownie, oddając je do rozstrzygnięcia - nie sądom polskim, lecz adwokatowi Deutschtumsbundu.

A dalej, według ostatniej poufnej informacji DB otrzymuje od rządu niemieckiego bardzo poważne subwencje. W samej Bydgoszczy DB zatrudnia 27 płatnych urzędników, wydatki na personel i podróże agitacyjne wynoszą około 3 miljonów miesięcznie, gdy tymczasem dochód ze składek członkowskich wynosi zaledwie 750 tysięcy. Resztę pokrywa Berlin.

Z *zajść z kolonistami* zanotować należy dwa wypadki, oba przy wprowadzaniu przymusowej administracji:

1. Koloniści w Chludowie (Poznań Wsch.) stawili 5.VII czynny opór władzy,

2. w Budziskach (Oborniki) kolonista Julius Brunner wystrzałem z rewolweru zranił w głowę administratora Tomasza Kłaka.

Są to rezultaty traktowania sprawy tej przez rękawiczki.

Ze *zmian w kierownictwie DB i BV* notuje się:

1. po śmierci prezesa BV Hofmayera ze Złotnik powołano na stanowisko to prezesa DB Freiherr v. Massenbach z Konina,

2. Wybitny działacz i agitator DB Alfred Hitze z Poznania wyprowadził się na stałe do Gdańska,

3. wybitny działacz DB pastor Hoffmann z Pleszewa przeniesiony do nowej parafji ewangelickiej w Chojniku (Odolanów) i rozwija agitację na tamtejszych kresach śląskich,

4. w Czarnkowskim wypłynął jako zaciekły agitator niemiecki były major pruski baron v. Ulmenstein, który pod płaszczykiem tworzenia Bund der Landwirte organizuje prawdopodobnie ruch zbrojny,

5. agitator DB Ponwitz z Grabowa (Ostrzeszów) przeniósł swą działalność agitacyjną na powiat odolanowski,

6. Do parafji Sycowskiej należy także kościół w Wielkiej Kozi (po stronie polskiej). Proboszczem jest zaciekły prusak ks. Hahn. Zniósł nabożeństwa polskie, uprawia agitację antypaństwową i wzywa Niemców w swej parafji do bicia Polaków,

7. Hakatystka v. Diergardt z Mojej Woli i superintendent Voss rozwijają wśród Polaków ewangelików w Odolanowskiem agitację za DB. Voss usunął język polski z tamtejszych kościołów ewangelickich.

Ruch emigracyjny Niemców do Niemiec przedstawia się w ub. miesiącu następująco według powiatów: Grodzisk 22 osób, Jarocin 13 rodzin, Śmigiel 6 rodzin i 4 samotnych (22 osób), Koźmin 7 rodzin i 4 sam. (31 osób), Krotoszyn 14 osób, Wągrówiec 81 osób, Poznań Zach. 42 osób, Oborniki 49 rodzin, Bydgoszcz 1 834 osób, Innowrocław 119, Poznań Wschód 23 rodzin i 9 samotnych, Międzychód 36 rodzin, Pleszew 17 rodzin i 16 samotnych, Chodzież 73 osób, Ostrzeszów 8 osób, Wyrzysk 114 osób, Śrem 48 osób, Ostrów 12 rodzin, Kępno 15 rodzin. Oprócz tego notują średni lecz stały ruch emigracyjny z powiatów Środa, Czarnków i Szubin.

[...]

210

8.12.1922: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (November 1922)

8 XII 1922r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (listopad 1922r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5581

[...]

Sprawy narodowościowe

Ton prasy niemieckiej, zwłaszcza po wyborach, stał się szczególniej zuchwały i nienawistny. Nienawiść do polskości zionie z każdego artykułu, z każdej notatki, z każdego nieomal wiersza - obok jednoczesnej deklamacji na temat lojalności Niemców wobec Polski, co zakrawa raczej na ironię. Np. z okazji dnia zadusznego „Deutsche Nachrichten" oficjalny organ Deutschtumsbundu, takie snuje refleksje na temat poległych podczas wojny żołnierzy niemieckich (nr. 77). W Kongresówce padli, odpierając wroga Moskala. Jedynie dzięki ich bohaterskiej walce i śmierci Warszawa i Polska zawdzięcza im swe oswobodzenie. W Kongresówce po raz pierwszy stanęli do walki i krwawili się obywatele polscy narodowości niemieckiej. Było to w r. 1920 kiedy to „cud nad Wisłą" ratował Warszawę od bolszewików. Ale i gdzie indziej padli, po tej i tamtej stronie linji demarkacyjnej. Ci, którzy niegdyś ramię przy ramieniu Polskę uwolnili, stanęli przeciwko sobie, jak zawzięci wrogowie.

Tu Polacy, tam Niemcy, tu powstańcy, tam „grenzschutzowcy". To samo stało się następnie na Górnym Śląsku. I oto licznie rozrzucone groby wojowników w całej Polsce. Na znikomo nielicznych grobach wojowników polskich, zieleni się palma zwycięstwa, wolności i wskrzeszenia państwa polskiego. Ich pamięć święci się w sposób nadmierny. Ich jednych sławi się jako bohaterów wolności. Lecz owe niezliczone groby bohaterów niemieckich pozostają w zapomnieniu, jeżeli nie w ogóle wzgardzone i sponiewierane.

Za nimi płaczą i wzdychają niezliczone rzesze ojców, matek, wdów i sierot w całej Rzeszy Niemieckiej, a z ich piersi wydziera się szloch, że na próżno ponieśli wszelkie ofiary. Napróżno, bo ziemie wschodnie, które uwalniali z niewoli rosyjskiej, nie im się dostały, lecz innym. Napróżno, bo duże części umiłowanego Heimatlandu oderwano od „Mutterlandu"... Napróżno? Nigdy. Krew przelana nie idzie nigdy na marne i kiedyś nastąpi dla niej zwycięskie zmartchwystanie. Symbolem jest krzyż wielki na wielkiej mogile żołnierzy niemieckich w Rzgowie pod Łodzią z napisem: Pro Patria. Niemiecka krew tych wojowników, która Polskę wyswobodziła odezwie się, jeżeliby Niemcom miała się dziać w dalszym ciągu w Polsce krzywda. Niemiecka krew użyźniła ziemię polską i dlatego ziemia ta jest tak samo niemiecka. Kto z tej ziemi tchórzliwie uchodzi do Rzeszy Niemieckiej, ten jest zdrajcą sprawy niemieckiej, ten jest dezerterem... Pomni na tę niemiecką krew bohaterów niemieckich, dzieło ich musimy kontynuować...

Ta krew niemiecka w polskiej ziemi ma jeszcze do spełnienia wielkie zadanie i wielką przyszłość dla nas, Niemców i naszego dorastającego pokolenia.

Powyższy artykuł Deutsche Nachrichten w obszerniejszym streszczeniu, ponieważ rzuca on nieco światła na usposobienie Niemców tutejszych wobec Państwa Polskiego. Jeszcze wyraźniej uwypukla się to na zgromadzeniach niemieckich. Np. prezes Deutschtumsbundu i poseł na Sejm polski Eugen Naumann na wiecu przedwyborczym w Wągrówcu (1.11.br.) z nienawiścią skrytykowawszy całe Państwo Polskie i dowodząc, że wszystko, co dobre jest na Wschodzie, zawdzięczać należy kulturze niemieckiej, podkreślił, że „kultura polska jest jakoby rośliną trującą (Giftpflanze), która obok kultury niemieckiej wyrosła, lecz którą trzeba koniecznie unieszkodliwić. Tutejsza niemczyzna stanowi - zdaniem jego - most pomiędzy starą Rzeszą i dalszym wschodem, Rosją. Dalej oświadczył Naumann: „W przemówieniu swojem powiedziałbym daleko więcej, lecz z tego miejsca uczynić tego nie mogę". Mniej dyplomatycznie uchylił przyłbicy niemczyzny w Polsce pastor Willigmann (Deutschbundler) z Leszna na wiecach w Koźminie i Lesznie. Pomstował, że nie ma ani jednego ministra, wojewody lub choćby tylko starosty Niemca, że nazwy stacyj kolejowych i ulic miejskich podane tylko w brzmieniu polskiem, a nie niemieckiem, że „Chjena" z mordercą i szpiegiem Korfantym, chce w szystkie mniejszości narodowe zgnieść, że Polacy są gorsi od barbarzyńców, są hunami, są fałszywi jak koty. A wreszcie w swym ferworze antypolskim dowodził, że panami tej ziemi są Niemcy, ponieważ oni dali tu swoją kulturę i Leszno nigdy polskiem nie było. A nawet Warszawa powinna należeć do Niemiec, ponieważ Warszawa całą swoją kulturę zawdzięcza Niemcom. (Pastora Willigmanna podano do Prokuratorji).

Na zebraniu Deutschtumsbundu w Poznaniu, odbytem 15 listopada, Dr. Rauschning wygłosił referat na temat walki żywiołu niemieckiego „ na ziemiach wschodnich", a lejtmotywem przemówienia było: wszelkie zakusy polskie odpierać z całą mocą, dumnie obnosić swoją niemieckość, ponieważ Niemcy są na tej ziemi właściwymi gospodarzami, gdyż oni wszystko tu pobudowali. A rektor Sawade na temże zebraniu nawoływał, ażeby Niemcy wszędzie i wyłącznie posługiwali się niemieckiemi nazwami miast, wsi i ulic, ażeby w szkołach niemieckich nie posługiwano się niemiecką czytanką, wprowadzoną przez polskie Ministerstwo Oświaty Publicznej, ponieważ Niemcy mają dość własnych podręczników. Mówca sam napisał taki podręcznik i przed 1 rokiem wysłał go do Ministerstwa Oświecenia Publicznego, lecz dotychczas nie otrzymał odpowiedzi.

Potulność niemiecka rozzuchwala Polaków. Polakom – dowodził Sawade – trzeba dać porządnie po nosie, to wtedy nabiorą dla Niemców respektu.

Z pomienionego zebrania pochodzą również informacje o zakresie działalności i wpływów Deutschtumsbundu. Działalność ta rozprzestrzenia się na wszystkie dosłownie organizacje niemieckie, nawet na niemieckie instytucje charytatywne jak np. „Pensionsmutter", za pośrednictwem Frauenbundu. Z tego wynika, że główny zarząd Deutschtumsbundu odgrywa w Polsce rolę niejako półoficjalnego rządu niemieckiego, utrzymującego najściślejszy kontakt z rządem oficjalnym w Berlinie. Łączność tę wykazywano już wielokrotnie, obszerniej zaś w sprawozdaniu tutejszym za październik. Główna działalność Deutschtumsbundu jest zakonspirowaną. Dowodzi tego przytoczone wyżej odezwanie się Naumanna na wiecu w Wągrówcu. Dowodzi też fakt drugi, znamienny. Mianowicie w okresie przedwyborczym odbyły się bardzo nieliczne wiece, a mimo to udział głosujących na szesnastkę był niezwykle liczny i dochodził do 97 procent. Deutschtumsbund uważa niemczyznę tutejszą za awangardę w myśl dawnego hasła „Drang nach Osten" i dlatego piętnuje wszystkich emigrantów mianem tchórzowskich dezerterów, osłabiających szeregi niemieckie „na wschodzie".

W celu zaś energiczniejszego powstrzymania fali emigracyjnej konsul niemiecki w Poznaniu z rozkazu rządu niemieckiego rozesłał do wszystkich filij Deutschtumsbundu kwestjonariusz celem stwierdzenia przypuszczalnej ilości kolonistów, ulegających likwidacji, by zawczasu wystarać się dla nich o schronienie u tutejszych ziemian Niemców. I jeszcze jeden dowód, że Niemcy tutejsi, mimo swych zapewnień o lojalności względem Rządu i władz polskich, czują się w gruncie rzeczy obywatelami Rzeszy Niemieckiej. Mianowicie stwierdzono poufnie, że około 23 byłych oficerów wojska niemieckiego, obywateli polskich, zamieszkałych w tutejszym województwie, otrzymało w roku bieżącym awans w armji niemieckiej. Np. wybrany świeżo posłem do Sejmu Kierownik Deutschtumsbundu w Bydgoszczy, major Kurt Graebe, awansował w b. roku do stopnia podpułkownika. Że Graebe nowym tym tytułem się posługuje, dowodzi między innemi notatka w Deutsche Nachrichten (nr. 76 strona 7), w której jest mowa o „dem neugewählten Abgeordneten Oberstleutnant Graebe". Dochodzenia w sprawie pomienionych awansów dobiegają końca.

Z powiatów zachodnich pogranicznych donoszą stale o częstych wyjazdach działaczy niemieckich do Niemiec, przyczem zachodzi podejrzenie, że wyjazdy te dokonują w celu informowania władz niemieckich o Polsce. Dotyczy to w szczególności właścicieli ziemskich Niemców, którzy posiadają własność po tej i tamtej stronie, jak np. znany filar „Ostmarkenferajnu" von Bermuth, właściciel Borowa. Z wyjazdami i przyjazdami ich schodzą się uderzająco pogadanki w zamkniętem kółku. Dotyczy to również pastorów, którzy jako duszpasterze, korzystają aż nadto często ze swobody przekraczania granicy w celach propagandy. Również wrogo względem Polski występują na pograniczu djakoniski.

W ostatnich czasach stwierdzono wreszcie, że Deutschtumsbund wynagradza nauczycieli niemieckich, zatrudnionych w szkołach niemieckich w Polsce.

Wszyscy pasterzy tutejsi, łącznie z księdzem kanonikiem Klinkem z Poznania, stoją na usługach Deutschtumsbundu i na różnych polach znaczą swoje wpływy, zajmując się zwłaszcza młodzieżą męską i żeńską, stowarzyszeniami kobiecymi i męskiemi.

Agresywność ich przeciw Polsce kończy się coraz częściej na drodze sądowej. Np. 9 listopada stanął przed Sądem Okręgowym w Gnieźnie pastor Johann Schwertfeger z Jastrzębowa (pow. Mogilno), którego skazano na 100 000 mk. grzywny za pomieszczane w „Evang. Gemeindeblatt für den Kirchenkreis Obornik" artykuły, obrażające Rząd i urzędników polskich.

W ub. miesiącu utworzono w Nowym Tomyślu i Wągrówcu filje „Deutscher Handwerker Verein", które podobnie jak „Frauenbund", „Gesang Verein", „Turnverein" itp. są ekspozyturami Deutschtumsbundu.

Statystyka emigracji Niemców tutejszych do Niemiec w listopadzie wykazuje cyfry następujące:

Chodzież 56 osób, Gniezno 36, Gostyń 18, Grodzisk 34, Inowrocław 93, Jarocin 8, Kępno 60, Kościan 25, Koźmin 23, Krotoszyn 31, Leszno 131, Międzychód 156, Mogilno 282, Nowy Tomyśl 76, Odolanów 32, Ostrów 21, Pleszew 17, Poznań 77, Poznań Wschód 37, Poznań Zachód 14, Rawicz 17, Szamotuły 141, Szubin 47, Śmigiel 51, Śrem 62, Środa 23, Wolsztyn 83, Września 22, Wyrzysk 378, Żnin 52.

Zatem z 30 powiatów wyprowadziło się do Niemiec w ciągu listopada 2 103 Niemców.

[...]

211

9.5.1923: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (April 1923)

9 V 1923r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (kwiecień 1923r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5582

[...]

Niemcy

Usposobienie Niemców tutejszych charakteryzują dostatecznie głosy prasy niemieckiej z powodu mowy poznańskiej p. Premjera, a nadto ostatni artykuł pastora Willigmanna z Leszna, pomieszczony w „Danziger Nachrichten", z 14.04, na temat ewangelicznego Dobrego Pasterza, w którym mówi o strasznym położeniu braci niemieckiej w Zagłębiu Rury, zwymyśla Francji i dodaje, że cały świat oburza się na wyrok śmierci sądu rosyjskiego, wydany na księdza Polaka, który wykroczył przeciwko obowiązującemu prawu państwowemu. Gdy jednak w niemieckiem Zagłębiu Rury - konkluduje dalej autor - Francuzi mordują głodem tysiące dzieci niemieckich, gdy bandy murzyńskie gwałcą niemieckie kobiety, gdy pastwią się nad bezbronnymi robotnikami niemieckimi - świat przechodzi nad tem do porządku dziennego.

Pastor Willigmann jest jednym z filarów Deutschtumsbundu. I jeszcze jeden przykład:

Na zebraniu Deutschtumsbundu, odbytem 6.04 w Bydgoszczy w lokalu „Deutsches Haus" działacz von Behrens powiedział m.in. „Die Deutschen müssen mehr zusammenhalten und eigentlich gegen die Polen vorgehen. Den Abgeordneten Lutosławski und Szebeko müssten die Deutschen ins Gesicht schlagen und ich bin der erste, der das tun wird".

Działalność Niemców tutejszych biegnie w dalszym ciągu po tej samej linji organizowania i konsolidowania się w Deutschtumsbundzie, który uważać należy wraz z jego wszystkimi filjami za niemiecki organ opinjodawczy i informacyjny, tak dla ludności niemieckiej, jak i dla niemieckich placówek konsularnych. Obecnie ujawnia się na to szereg dowodów. Np. przewodniczący filji DB w Wągrówcu zwołał 11.04 zebranie mężów zaufania Bauernvereinu, Handwerkvereinu, Frauenvereinu i DB. Przed rozpoczęciem obrad stwierdził dokładnie, czy wśród obecnych niema kogo z niepowołanych, zastrzegł następnie tajność obrad, a wkońcu wygłosił referat, szkalujący

państwo Polskie, twierdząc między innymi: „Polen ist ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, wo man fürs Geld alles erreichen kann". A następnie tłumaczył zebranym doniosłość gromadzenia wszelkich materjałów, dotyczących niemczyzny i stosunków w Polsce, które znajdą odpowiednie zużytkowanie w Berlinie. Drugi przykład: Konsulat niemiecki w Poznaniu przekazuje zarządom filjalnym DB rejestrowanie wypadków uszkodzenia mienia lub pobicia Niemców przez Polaków od czasu zbrojnego powstania polskiego oraz poleca stwierdzenie stosunków finansowych i powodów emigracji tych Niemców, którzy zgłosili w Konsulacie wniosek o pozwolenie na wjazd do Niemiec. Dalej, w Konsulacie niemieckim w Poznaniu odbywają się co miesiąc konferencje w sprawach likwidacji własności ziemskiej. W dniach 23 i 24 kwietnia odbyła się taka konferencja, w której uczestniczył delegat Ministerstwa Spraw Zagranicznych Dr. Paul Thieme z Berlina. Pouczał on w szczególności, by koloniści niemieccy gospodarstw swych nie pozbywali się przedwcześnie w drodze sprzedaży z wolnej ręki, lecz ażeby czekali aż do wywłaszczenia ich przez Rząd Polski, sprzedaż bowiem dobrowolna może im przynieść nieobliczalne wręcz straty. Nakoniec szereg ważnych dowodów dostarczyły rewizje u działaczy DB w pow. kępińskim, mianowicie u byłego sołtysa Gustawa Wiegenta, pastora Weinholda i Ernesta Weigelta w Pisarzowicach, u gospodarza Bunka w Wielkiej Kozi, u nauczyciela Hartmanna w Rychtal i u nauczyciela Klostermanna w Krzyżownikach. Z zabranych podczas rewizyj dokumentów wynika, że wszyscy utrzymywali stosunki już to bezpośrednie z głównym zarządem DB, już też pośrednie z Rządem Rzeszy Niemieckiej. U pastora Weinholda w szczególności znaleziono dowody, że wystawiał on dla użytku konsulatu i władz niemieckich dokumenty legitymacyjne oraz że występował w odniesieniu do Konsulatu jako jego mąż zaufania. Dalej znaleziono u niego różne szkice i notatki natury wojskowej.

Dalej list z datą 19.4.1921 od Luizy Pacyn, zaopatrzony w stempel urzędowy „Der Deutsche Fürsorgekommissar Posen", z tórego wynika, że Konsulat niemiecki posiada w Województwie szereg filij, występujących wobec Niemców tutejszych jako instytucja urzędowa. Skonfiskowana korespondencja u Hartmanna i Klostermanna wykazuje, że pozostają w stałej ewidencji berlińskiego Ministerstwa Oświecenia oraz, że przedstawiają władzom niemieckim za pośrednictwem znajomych swych posłów wewnętrzne stosunki polskie, nie szczędząc przytem barw najczarniejszych w odmalowaniu ucisku Niemców ze strony władz polskich. Bunka natomiast aresztowano pod zarzutem zdrady stanu, ponieważ są dowody na to, że zbierał podpisy pod memorjał, domagający się przyłączenia zachodniej części powiatu do Niemiec. Memorjał ten doręczył podobno jakiejś komisji niemieckiej w Sycowie. We wszystkich tych sprawach wdrożono bardzo energiczne śledztwo. Równocześnie przeprowadza się ścisłe dochodzenie co do tego, że Bauernbund jest zwykłą zamaskowaną ekspozyturą DB, służącą do pokrycia prowadzonej w nim akcji politycznej i wywiadowczej.

Odnośna uchwała w sprawie automatycznej przynależności członków Bauernvereinu do DB miała zapaść na zjeździe kierowników DB i BV 25.1.1923 r.

Z innych objawów ruchu niemieckiego zanotować należy następujące:

1. Zauważono, że w okresie sprawozdawczym wielu zamieszkałych w Polsce byłych oficerów armji niemieckiej, jak generał art. von Gerstenberg, von Beyme, major von Oertzen i inni, wyjechało na parę tygodni do Niemiec – przypuszcza się, że na ćwiczenia wiosenne.

2. W powiecie kępińskim istnieją poszlaki, że różni osobnicy z polecenia BV wzgl. DB-u usiłują otumanić ludność miejscową różnemi obietnicami, co do parcelacji dóbr

państwowych, skłaniają naiwnych do podpisywania rozmaitych wniosków na parcelację i pobierają podobno nawet składki pieniężne na ten cel. Przypuszcza się, że jest to robota w kierunku wywołania pewnego fermentu wywrotowego.

3. Z pow. śmigielskiego donoszą, że kilkanaście rodzin kolonistów anulowanych zamierzało opuścić Polskę w pierwszej połowie kwietnia, lecz mimo to pozostało na miejscu, twierdząc, że rząd niemiecki nie chce ich tymczasowo przyjąć.

4. Z tegoż powiatu donoszą również, że bardzo wielu Niemców z Niemiec zgłasza wnioski o pozwolenie na przyjazd do Polski do ich rodzin. W kwietniu udzielono 78 pozwoleń na kilkudniowy pobyt. Uderzającem przytem jest, że owi przyjezdni, przeważnie ludzie młodzi w wieku wojskowym, usiłują za wszelką cenę przedłużyć swój pobyt w Polsce. Istnieje przypuszczenie, że dzieje się to w nieznanych dotychczas celach politycznych Niemiec.

5. W Obornickiem zaobserwowano agitację mężów zaufania DB-u idącą w tym kierunku, aby na stanowiska sołtysów i ławników wybierano tylko Niemców oraz, aby Niemcy odnosili się do władz polskich wyłącznie w języku niemieckim.

6. Z wszystkich powiatów nadchodzą jednobrzmiące wiadomości o masowych wnioskach optantów niemieckich zabiegających o zniesienie opcji i nadanie obywatelstwa polskiego, oraz o zmniejszonym poważnie ruchu emigracyjnym do Niemiec. Jest to niewątpliwie rezultat agitacji pokątnej DB-u. Na jednem bowiem z zebrań BV-u w Nowym Tomyślu, odbytem pod przewodnictwem kupca Leopolda Cohna (Żyd) agitowano gorąco przeciwko emigracji optantów, dowodząc, że Rząd Polski nie posiada dostatecznych środków, aby mógł zmusić optantów do opuszczenia granic Polski.

I istotnie, odnośna statystyka wykazuje, że niemiecki ruch emigracyjny w kwietniu zmniejszył się w porównaniu z marcem r.b. o blisko 40 procent.

Emigracja z poszczególnych powiatów przedstawia się następująco:

Bydgoszcz miasto 155 osób, Bydgoszcz powiat 39, Chodzież 7, Czarnków 8, Gniezno 10, Gostyń 6, Grodzisk 8, Inowrocław 21, Jorocin 2, Kościan 5, Koźmin 12, Krotoszyn 10, Mogilno 36, Nowy Tomyśl 11, Oborniki 31, Odolanów 8, Ostrów 2, Pleszew 5, Poznań miasto 61, Poznań Wschód 21, Poznań Zachód 8, Rawicz 40, Szubin 13, Śmigiel 16, Śrem 5, Środa 16, Wągrówiec 69, Witkowo 10, Wolsztyn 35, Września 27, Wyrzysk 65, Żnin 22. W kwietniu zatem wyprowadziło się na stałe 784 Niemców, gdy tymczasem w marcu liczba ich wynosiła 1 273 osób.

[...]

212

10.7.1923: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (Juni 1923)

10 VII 1923r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (czerwiec 1923r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5583

[...]

Sprawy narodowościowe

Ostatnie sprawozdanie miesięczne tutejszego Oddziału Informacyjnego (l.dz. 5244/23) podaje w tej rubryce obfity materjał. Poniżej więc podaję jedynie materjał uzupełniający, tudzież komentarze względnie, sprostowania.

Ostatnie procesy prasowe i wyroki na kilku redaktorów pism niemieckich oraz wydalenia odwetowe wywołały powszechną wśród Niemców tutejszych konsternację. Stwierdzają to wiadomości z wszystkich powiatów, jak niemniej artykuły uspokajające gazet niemieckich.

Np. Posener Tageblatt (z. 21. VI) zamieścił artykuł wstępny p.t. „Unbegründete Furcht", w którym powiada m.in. : „Różne wypadki czasów ostatnich wywołały w umysłach lękliwych przekonanie, że stoimy w przededniu nowej wojny. Przyczyniło się do tego niewątpliwie zaostrzenie stosunków ze strony Polski względem Niemiec i Gdańska".

Artykuł kończy się następującym zdaniem: „Niemcy i Gdańsk wykazały, że zależy im na utrzymaniu pokojowych, przyjacielsko-sąsiedzkich stosunków z Polską oraz, że pragną uniknąć bodaj pozorów jakiejkolwiek nieprzyjaźni.

Teraz przyszła kolej na Polskę, aby udowodniła swoją wolę w kierunku utrzymania pokoju". Ostatni cytat jest znamienny, brzmi on tak, jak gdyby Posener Tageblatt wychodził w Niemczech i inspirowany był przez Rząd berliński. Przypomina on aż nadto jaskrawie inspirowane artykuły prasy berlińskiej z okresu wojny światowej. Zresztą mimochodem zauważyć tu należy, że w ogóle ton, panujący w tutejszej *prasie* niemieckiej, nie różni się właściwie od prasy berlińskiej, a sposób ich redagowania, układ materjału informacyjnego, nagłówki itp., wszystko to wskazuje na ich wewnętrzną spoistość z państwem niemieckim i wywiera nieuniknione wrażenie, jak gdyby to były gazety rdzennie berlińskie w odbitce lokalnej. Pod tym kątem widzenia też oceniają wszelkie zagadnienia polityczne Polski, przyczem przedrukowują in extenso wszelkie artykuły i notatki z tego odłamu prasy polskiej, który dziś stoi w opozycji do Rządu.

Ostatnie *wydalenia odwetowe* prasa niemiecka wyzyskuje jednocześnie nawoływaniem do tem usilniejszego organizowania się Niemców w Polsce. „Masowe wydalenia - pisze Posener Neueste Nachrichten z 17.6. - są dla nas ciosem bolesnym, lecz z drugiej strony odniosą niewątpliwie ten błogosławiony skutek, że zatrą ostatecznie istniejące dotychczas różne zapory, różniczkujące ogół niemiecki oraz skupią nas wszystkich bez względu na różnice stanowe w jeden zwarty obóz"...

W związku z tem obserwowano w okresie sprawozdawczym żywszy niż kiedykolwiek, ruch organizacyjny wśród Niemców tutejszych.

Szkoła i kościół to przedewszystkiem dwie silne fortece tutejszej niemczyzny - obok organizacji zwierzchniej, kierowniczej: Deutschtumsbundu.

Dlatego też szczególniej intensywną agitację rozwinęli w swej prasie przy sposobności terminu wpisowego (30. i 31.6.) w ewangelickim seminarjum nauczycielskiem w Bydgoszczy, przyczem zwróciwszy uwagę na ważność roli nauczyciela około podtrzymania ducha niemieckiego, powiedziano m.in. dosłownie: „Dla rodziców niemieckich powinno stać się rzeczą obowiązku i honoru, aby przynajmniej jeden z ich synów poświęcił się pracy nauczycielskiej" Inna agitacja, jak to już kilkakrotnie w sprawozdaniach tutejszych podkreślano, idzie w kierunku *żądania szkół* niemieckich.

To jednak dokonuje się przy pomocy zebrań poufnych DB-u i Bauernvereinu. Ostatnio na zebraniu DB i BV, odbytem 13.6. w Rogoźnie (pow. Oborniki) przeprowadzali podobną agitację Willy Tapper i Rotenhagen, zapewniając jednocześnie, że każde żądanie takie znajdzie gorliwe poparcie ze strony głównego Zarządu DB. W razie uzyskania budynku „Schülerheim" w Chodzieży, o który toczy się obecnie proces, DB zamierza utworzyć tam wielką szkołę średnią dla młodzieży niemieckiej z całej Polski.

Nad *młodzieżą* tą roztacza się najtroskliwszą opiekę. A więc w obecnej porze organizują jej kierownicy, przeważnie pastorzy, liczne wycieczki młodzieży męskiej i żeńskiej niemieckich posiedzicieli ziemskich, gdzie krzepi się ducha niemieckiego „starogermańską gościnnością" (Rawicz) - dalej przyciąga się ją do Jugendbundu, również ekspozyturą DB i urządza się zjazdy, ostatni taki zjazd odbył się 23.6. w Gościejewie (pow. Chodzież), zamieszkałem przez zaciętych Niemców, a uczestniczyli w nim pastorzy: Lassohn z Gniezna, Hayn z Rawicza i Ritter z Bydgoszczy. A ostatecznie przyciąga się ją do Turnvereinów, tworząc osobne oddziały dorostu [!], gdzie znowóż istnieje okazja gromadnych zjazdów, obecnie taki zjazd w połączeniu z popisami gimnastycznemi, zwołują na 19 lipca w Rawiczu. Jak z tych kilku przytoczonych informacji wynika, główna organizacja Niemców tutejszych dokonuje się przedewszystkiem w pasie pogranicznym, na szczegół ten zwrócić należy szczególniej baczną uwagę.

Pastorzy niemieccy, jak wiadomo, odgrywają najważniejszą może rolę w tutejszym ruchu niemieckim, wiadomo też, że znaczny ich procent są tzw. „Reichsdeutsche", nie posiadający obywatelstwa polskiego. Owóż w związku z tem panują dwie opinje: popularna - wydalić z Polski wszystkich pastorów, obywateli niemieckich, oraz mniej popularna, ale kompetentna, by ich nie wydalić, pozwolić im nawet wyjątkowo i warunkowo zarazem uczyć w szkołach niemieckich, ale jednocześnie nie udzielać im, gdyby o to zabiegali, obywatelstwa polskiego, a tylko kartę pobytu. Rzecznicy tej opinji wyrażają przekonanie, że pozostawienie w Polsce pastorów obywateli niemieckich, na takich warunkach, ukróci niewątpliwie agresywność ich działania, a z drugiej strony przeciwdziałać będzie dopływowi do stanu pastorskiego ze strony Niemców obywatelstwo polskie posiadających, z którymi w danym razie byłby nierównie większy kłopot.

O duchu, jaki wśród tutejszych Niemców panuje, świadczą następujące dwa nowe przyczynki:

W Gołaszewie (Pow. Wągrówiec) pastor Henselein, udzielając w tamtejszym zborze ślubu parze nowożeńców z Miłosławic (niemiecka gmina kolonistów) wygłosił do nich następujący apel: aczkolwiek obecnie nową mają ojczyznę, to przecież trzymać się muszą ojczyzny dawnej i wychować dzieci podług zasad niemieckiej ojczyzny, zachowując dla niej na zawsze wierność niezachwianą". Przyczynek drugi: Podczas przeglądu wojskowego rocznika 1902 uderzało, że popisowi Niemcy nie odpowiadali na zapytania wystosowane do nich w języku polskim, mimo dostatecznej jego znajomości, zreflektowali się dopiero po energicznym pouczeniu i zagrożeniu im aresztem wojskowym.

Z dodatkowych informacyj przytoczyć należy następujące:

Kuratorjum tut. Okręgu Szkolnego *zamknęło* średnią *szkołę niemiecką* w Wieleniu (pow. czarnkowski) i to na podstawie materjału dowodowego o działalności agitacyjnej i werbowniczej na rzecz Schulvereinu na pograniczu niemieckiem. W Jarocinie stwierdzono, że tamtejsza filja DB otrzymała od głównego zarządu DB w Poznaniu rozkaz rozwiązania i *zlikwidownia filji*. Kierowniczka jej, Joanna Beyer, rozpoczęła wprawdzie likwidację filji DB, lecz w sposób taki, aby wszystkich członków DB przyciągnąć do BV, którego jest także kierowniczką. Byłby to zatem manewr w celu zmylenia czujność władz polskich.

W wspomnianym sprawozdaniu tutejszego Oddziału Informacyjnego na str. 17 mieści się wiadomość o tzw. „Pfingstgemeinschaft", powstałej niedawno w Kopaszynie (pow. Wągrówiec), przyczem z pewnem zastrzeżeniem podano rzekome jej cele religijne. Zupełnie szczegółowe dane o organizacji tej podam w sprawozdaniu następnym,

tymczasem jednak pragnę sprostować powyższą informację o tyle, że jest to istotnie sekta, wyrosła przed dawniejszym czasem na gruncie Kopaszyna i rozszerzona w pasie nadnoteckim. Twórcą jej jest kolonista niemiecki i zarazem fanatyk religijno-sekciarski, niejaki Kurzweg, ruch cały zwalczany jest energicznie przez pastorów.

W dniach 27 i 28.6. odbył się w Poznaniu *zjazd Bauernvereinu*, w którym uczestniczyli delegaci z różnych stron Polski, np. Massenbach z Konina, major Riese z Pomorza, Heckel z Małopolski. Ze sprawozdania zarządu wynika, że Związek ten posiada obecnie 16 biur filjalnych, obok centrali, w której jest czynnych 28 sił płatnych. Do Związku należą 24 organizacje powiatowe z 164 towarzystwami lokalnymi. Sprawozdanie stwierdza, że do BV należą już wszyscy więksi właściciele ziemscy, lecz niewielu z pośród małorolnych. Prezesem całego Związku jest wspomniany wyżej Massenbach.

Trudne warunki życiowe w Niemczech ułatwiają obecnie dawną już i niestrudzoną agitację DB i BV w kierunku powstrzymania żywiołu niemieckiego od liczniejszej emigracji z Polski. Ruch ten w okresie sprawozdawczym utrzymał się w rozmiarach emigracji majowej. Statystyka powiatowa przynosi następujące cyfry: Jarocin 4, Oborniki 9, Rawicz 11, Bydgoszcz miasto 39, Czarnków 23, Gniezno 33, Gostyń 23, Kościan 20, Koźmin 1, Krotoszyn 7, Mogilno 11, N. Tomyśl 21, Pleszew 15, Szubin 19, Szamotuły 9, Śrem 5, Środa 12, Inowrocław 15, Międzychód 43, Odolanów 7, Ostrzeszów 11, Poznań Wsch. 25, Poznań miasto 42, Śmigiel 12, Ostrów 3, Grodzisk 6, Wągrówiec 27, Witkowo 5, Wolsztyn 17, Września 18, Żnin 21, Bydgoszcz powiat 76, Chodzież 15. Ogółem przeto emigrowało w okresie sprawozdawczym, łącznie z wydalonymi z granic Państwa, 595 Niemców.

[...]

213

11.1.1926: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (Dezember 1925)

11 I 1926r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (grudzień 1925r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5586

[...]

2. *Ruch i życie narodowościowe*

a) Niemcy

Niemcy oficjalnie na zewnątrz politycznie nie występują i ograniczają się jedynie do urządzania zebrań za pośrednictwem organizacji i stowarzyszeń gospodarczych, kulturalnych, oświatowych i humanitarnych. Organizacje te, pozornie apolityczne, przy każdej sposobności starają się jednak podtrzymywać wśród swych członków ducha niemieckiego, przywiązanie do niemczyzny i nadzieję na powrót do swej ojczyzny za pomocą przyłączenia b. zaboru pruskiego, a przynajmniej jego części, do Niemiec. Życzenia te i nadzieje Niemców objawiają się na zewnątrz stale powtarzającym się faktem krążenia w powiatach przygranicznych i zachodnich pogłosek, że powiaty te lub ich części z powrotem przypaść mają Niemcom. W ostatnim czasie pojawiła się w powiecie kępińskim dotychczas jeszcze nie stwierdzona wersja, że na pograniczu prowadzona jest propaganda ściśle tajnego plebiscytu, aby następnie z gotowym już materjałem, Niemcy mogli wystąpić z odpowiednim wnioskiem o przyłączenie ziem śląskich do Niemiec.

Przed wyborami do Sejmików Powiatowych agitacja Niemców była nikła, pomimo to, jak przewidywałem w poprzednim sprawozdaniu, ze względu na znaną swą dyscyplinę, w powiatach gdzie liczba Niemców na to pozwalała, przeprowadzili oni po kilku posłów. Tak np. w powiecie leszczyńskim, gdzie w sejmiku powiatowym dotychczas nie zasiadał żaden Niemiec, przeprowadzili oni w okręgach wiejskich 6 członków. W powiecie wągrowieckim, gdzie również dotąd nie mieli ani jednego miejsca przeprowadzili Niemcy 5 członków. W powiecie chodzieskim uzyskali Niemcy 11 mandatów. Udział w wyborach uprawnionych do głosowania Niemców wynosił 90-95% podczas gdy udział Polaków nie przekraczał 60%. Tym też faktem, jak również rozbiciem Polaków na kilka list tłumaczą się sukcesy Niemców. W powiatach, gdzie wobec nieznacznego odsetku w stosunku do ludności polskiej nie mieli Niemcy widoków przeprowadzenia kandydatów z własnych list, głosowali na listy polskie lub kompromisowe.

W toku dalszych dochodzeń przeciw towarzystwu „Wandervogel" zdobyto za pomocą rewizji w poszczególnych gniazdach na prowincji dalszy materjał obciążający, który przekazano władzom sądowym.

Jako moment charakteryzujący kierunek polityki Konsystorza Ewangelickiego przytoczyć wypada fakt następujący. W ewangelickiej gminie kościelnej w Kwieciszewie, pow. Mogilno, wakuje posada pastora. Posadę tę postanowiła gmina powierzyć ubiegającemu się o nią pastorowi Löfflerowi z Konina. Konsystorz jednak pastora L. nie zatwierdził, lecz uwiadomił gminę, że na stanowisko to przewidziano już pastora Hoffmanna z Rychtalu, pow. Kępno. Powodem odmowy Konsystorza może być jedynie fakt, że pastor L. pochodzi z b. Królestwa Kongresowego i nie dawałby gwarancji działania w kierunku podtrzymania ducha niemieckiego.

W miesiącu grudniu wyemigrowało do Niemiec 135 osób.

[...]

214

9.4.1927: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Lagebericht (März 1927)

9 IV 1927r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne (marzec 1927r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4567

[...]

2. *Ruch i życie narodowościowe*

a) Niemcy

W obozie niemieckim rozpoczęła się w ubiegłym miesiącu praca dla należytego przygotowania akcji wyborczej. Za podstawę i rękojmię skuteczności akcji uważają Niemcy jedność, to też mimo skonsolidowania i zespolenia wszystkich swych organizacji wszelkich kategoryj w poszczególnych związkach, a tych znów radzie urzędującej w biurze posłów niemieckich sejmu i senatu w Bydgoszczy, podjęto ponownie wysiłki w kierunku stwierdzenia, czy wszystkie organizacje działają należycie, czy nie zaistniały jakieś tarcia, czy organizacja centralizacyjna sprawnie funkcjonuje, aby móc stanąć w sile 100% do wyborów. Nie dość na tem, w swojej zachłanności sięgają Niemcy po głosy polskie, a ich miarodajne czynniki już rozważały możliwość wykorzystania presji ekonomicznej na zależne sfery polskie celem zbałamucenia ich i pozyskania głosów polskich według sposobów, praktykowanych przy wyborach gminnych na Górnym Śląsku. W celu zaznajomienia kierowników różnych organizacji z działalnością posłów niemieckich i

senatorów, odbyły się w ubiegłym miesiącu dwa zebrania poselsko-relacyjne, jedno przeznaczono dla rolników i osadników, drugie dla Niemców, mieszkańców Poznania. Referował poseł Naumann. O ile klub poselski niemiecki cieszy się uznaniem Niemców poznańskich, o tyle stwierdzono brak zaufania ze strony osadników niemieckich. Szczególnie przeciwnikiem jest „Verband alter Ansiedler" w przekonaniu, że posłowie agrariusze nie umieją czy też nie chcą należycie bronić spraw osadników niemieckich. Celem stworzenia koniecznej jedności niemieckiej czyni „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" usilne zabiegi celem nawrócenia frondujących kolonistów do wspólnego frontu. Według wiadomości zdobytych drogą inwigilacji odbyło się 19.3. w Bydgoszczy poufne zebranie mężów zaufania Zjednoczenia Niemieckiego dla Sejmu i Senatu w sprawie dokonania ponownego spisu ludności niemieckiej, ponieważ spisy dokonane w roku ubiegłym zawierają rzekomo dużo niedokładności. Mężowie zaufania otrzymali polecenie przeprowadzenia uzupełnień do 1.4. Nie ulega wątpliwości, że listy te mają służyć dla celów wyborczych.

Jawny wiec relacyjno-poselski odbył się 27.3 w Rakoniewicach, w powiecie wolsztyńskim. Relację z działalności zdał poseł Klinke, omawiając sprawę nowych wyborów i projekt ustawy o stowarzyszeniach. Podobny wiec odbył się w tym samym powiecie w Rostarzewie dnia 25.3.

Odnośnie do związków niemieckich przemysłowych wypada zaznaczyć, że od czasu powstania Verband für Handel und Gewerbe, organizacji mającej skupić wszystkich niemieckich przemysłowców i rzemieślników i odseparować ich zupełnie od Polaków, powstały znaczne antagonizmy pomiędzy prowodyrami organizacji a zarządem „Posener Handwerksverein", których dotąd nie zdołano załagodzić. „Handwerksverein" twierdzi, że Verband f.H.u.G. jest organizacją wybitnie polityczną, wobec czego zadanie tego zrzeszenia nie odpowiada celom związków rzemieślniczych niemieckich, których członkowie często skazani są na zależność od klienteli polskiej i wobec tego w politykę bawić się nie mogą.

Nie ulega jednak wątpliwości, że w razie wyborów członkowie tej organizacji nie będą się kierowali żadnymi skrupułami odnośnie do sentymentu swej klienteli.

Związki rolnicze niemieckie działały w ubiegłym miesiącu bardzo intensywnie, nie tylko że „Landwirtsch. Vereiny" urządzały liczne zebrania, lecz coraz więcej obserwuje się zawiązanie nowych kółek lokalnych „Bauernbundu", organizacji ściśle drobnorolniczej.

Do niedawna obserwowano, że na zebraniach przestrzegano ściśle omawiania tylko spraw rolniczo-gospodarczych, w ostatnim miesiącu pewność Niemców i buta przechodzi zwykłą miarę. Stwierdzono mianowicie, że mówcy na zebraniach rolniczych nawoływali zebranych, aby obok polityki lokalnej, socjalnej i taryfowej uprawiali także politykę partyjną, przez usilne kaptowanie głosów na listy niemieckie.

Na tle szkolnictwa działali Niemcy w ubiegłym miesiącu bardzo energicznie, przygotowując otwarcie kilku nowych prywatnych szkół niemieckich. Duszą tych zabiegów był i jest nadal Dobbermann w Bydgoszczy, urządzający odpowiednie wykłady po powiatach celem zorganizowania conajmniej udzielania nauki prywatnej w poszczególnych rodzinach niemieckich.

Imprezy kulturalne odbywały się w ubiegłym miesiącu bardzo licznie staraniem „Männer-Turnverein", „Deutsche Sänger" i „Gemischter Chor" w Poznaniu.

Pozatem „Kulturausschuss für das deutsche Geistesleben" urządzał kilkakrotnie wykłady z literatury, zapraszając prelegentów-Niemców z zagranicy.

Towarzystwo sceny niemieckiej w Wolsztynie nabyło w ostatnim czasie takiego znaczenia poza swą siedzibą, że dało kilka występów w innych miastach powiatowych oraz jeden w Poznaniu w dniu 20.3.

W okresie sprawozdawczym stwierdzono, że istnieje w Poznaniu pod redakcją pastora Kammela wydawnictwo p.t. Posener Zeitungsdienst. W wydawnictwie tym podaje pastor K. sprawozdania o położeniu Niemców i działalności organizacyj niemieckich w Polsce. Biuletyny te wysyłano do czasopism niemieckich zagranicznych. Dalsze badania są w toku. Odnośne sprawozdanie przedłożyłem Ministerstwu pismem z dnia 18.3., l.dz. 638/27 Tj.

Z zebrań religijnych niemieckich zasługuje na uwagę zjazd związku katolików-Niemców w Polsce w dniach 7 i 8 marca w Bydgoszczy. Odnośne szczegółowe sprawozdanie przedłożyłem Ministerstwu pismem z 18.3 27.l.dz.7495/27 II. Zebranie ostatnie zakończono stwierdzeniem, że organizacja katolików-Niemców w Polsce rozwija się prawidłowo i zupełnie pomyślnie, przytaczając na dowód, że do niedawna filja związku w Poznaniu świeciła pustkami, podczas gdy obecnie przynależy do niej 70 rodzin niemieckich.

Z[e] spraw niemieckich zasługuje na wyszczególnienie obchód dnia żałoby tzw. „Deutscher Volkstrauertag" przez kolonję niemiecką w Poznaniu, w dniu 13.3. Uroczystość odbyła się na cmentarzu garnizonowym przy pomniku poległych żołnierzy Niemców ewangelickich w wojnie światowej, w obecności wicekonsula niemieckiego Dr. Schrödera.

Na stałe do Niemiec wyprowadziły się w ubiegłym miesiącu 104 osoby narodowości niemieckiej.

[...]

215

30.8.1927: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Ausarbeitung eines Parzellierungsplanes

30 VIII 1927r.: Wojewoda Poznański do starostów. Opracowanie planu parcelacji

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 951

W wykonaniu rozporządzenia Ministerstwa Spraw Wewnętrznych polecam opracować szczegółowo z[e] stanowiska politycznego projekt kolejności parcelacji położonych w powiecie Pana Starosty majątków większych, bez względu na osobę właściciela.

Przy opracowaniu projektu zechce Pan Starosta wziąć szczególnie pod uwagę względy wzmocnienia elementu polskiego, który dotąd na skutek dawniejszej polityki niemieckiej nie odzyskał stanu posiadania, odpowiadającego liczbie ludności. Dalej zechce Pan Starosta przy ustaleniu wykazu kolejności uwzględnić konieczność silniejszego zaludnienia niektórych obszarów, posiadających szczególne znaczenie polityczne lub strategiczne. Pewne wskazówki co do zapasu ziemi pod reformę rolną, rozporządzalnego w powiecie Pana Starosty, dostarczy wysłane pismo okólne Licz. dz.: 2495/Tj. Dla zapobieżenia skargom natury politycznej zechce Pan Starosta – w ewentualnym porozumieniu co do niniejszego punktu z miejscowymi organizacjami rolniczymi względnie z właściwym Powiatowym Komisarzem Ziemskim - ustalić w przybliżeniu, które majątki polskie zamierzają część swego obszaru oddać na dobrowolną parcelację wśród adjacentów. Termin: 1-ego października br.

Wojewoda

Trzciński

216

Februar 1929: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Registrierung deutscher Kinder durch Wanderlehrer

Luty 1929r.: Wojewoda Poznański do starostów. Rejestracja dzieci niemieckich przez nauczycieli wędrownych

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1729

Dnia 3 grudnia 1928 r. odbyła się w „Sejmbüro" w Bydgoszczy konferencja nauczycieli wędrownych pod przewodnictwem Pawła Dobbermanna. M. in., oznajmił ostatnio wymieniony, że w najbliższym czasie 16 nauczycieli wędrownych będzie sporządzało spis dzieci niemieckich na całym obszarze b. dzielnicy pruskiej, nie nadmienił jednak, jaki cel ma sporządzenie podobnego spisu. Ponieważ zamierzona akcja p. Dobbermanna będzie prawdopodobnie wyzyskana przeciw Państwu Polskiemu, proszę Panów o wydanie koniecznych zarządzeń, zmierzających do uniemożliwienia projektowanego spisu. Zaznaczam również, iż ustawodawstwo tutejsze nie zna instytucji „wędrownych nauczycieli", oraz że na prywatne nauczanie trzeba mieć zezwolenie władzy szkolnej nadzorczej t.j. Kuratorjum i to na podstawie § 14 instrukcji Ministerstwa z dnia 31 grudnia 1939r. /Dz.Urz. Ministerstwa Spraw Wewnętrznych z.r. 1840 str. 94/.

Nadmieniam w końcu, że Kuratorjum Okręgu Szkolnego Poznańskiego wydało w tej sprawie odpowiednią instrukcję wszystkim inspektorom szkolnym, zaś Urząd Wojewódzki o powyższym powiadamia również Urząd Śledczy w Poznaniu.

Za Wojewodę
Zawistowski
Naczelnik Wydziału Bezp. Publ.

217

10.4.1929: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Kataster der deutschen Minderheit

10 IV 1929r.: Wojewoda Poznański do starostów. Kataster mniejszości niemieckiej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 110

Celem należytego ujęcia zagadnienia mniejszościowego na terenie Województwa Poznańskiego koniecznem jest zebranie względnie uzupełnienie dokładnego materjału statystycznego i zgrupowanie go w jedną całość, dającą ogólny pogląd na całokształt kwestji niemieckiej na terenie poszczególnych powiatów.

W tym celu proszę o przystąpienie do założenia ewidencyjnej księgi narodowościowej powiatu, która zawierać winna następujące dane:

1. Powiat (nazwa, położenie, powierzchnię, w powiatach granicznych długość granicy i wyliczenie przejść granicznych).
2. Ilość mieszkańców powiatu według narodowości:
   a. Polaków
   b. Niemców
   c. innych narodowości
3. Podział ludności powiatu według wyznań (ilość katolików Polaków, katolików Niemców, protestantów, Żydów i innych wyznań)
4. Skład sejmiku powiatowego pod względem narodowościowym
5. Spis imienny wszystkich gmin miejskich, wiejskich i obszarów dworskich z podaniem przy każdej gminie względnie obszarze dworskim ogólnej liczby mieszkańców oraz liczby Niemców.

Ponadto w gminach miejskich i wiejskich należy podać ilość członków rady miejskiej względnie gminnej, ilość Niemców w poszczególnych Radach.

6. Spis wszystkich parafji rzym.-kat, ewang., lut., i innych oraz spis duchownych z podaniem nazwiska i miejsca zamieszakania.

7. Spis szkół publicznych z językiem wykładowym polskim, niemieckim i mieszanych z podaniem siedziby szkoły, ilości uczni oraz imienny spis nauczycieli Polaków i Niemców.

8. Spis prywatnych szkół niemieckich z podaniem siedziby, nazwisk nauczycieli, ilości uczniów oraz z jakich funduszy jest utrzymywana.

9. Ogólny obszar ziemi w powiecie, z wyodrębnieniem własności polskiej, niemieckiej i innej.

10. Ilość gospodarstw rolnych ogółem i we własności niemieckiej, z wyodrębnieniem trzech grup: gospodarstw małych do 10 ha, średnich od 10 - 50 ha i większych powyżej 50 ha.

11. Ilość przedsiębiorstw rzemieślniczych w powiecie ogółem i we własności niemieckiej.

12. Ilość przedsiębiorstw przemysłowych i handlowych w powiecie ogółem i we własności niemieckiej.

13. Spis przedsiębiorstw spółkowych i towarzystw akcyjnych, z podaniem nazw, siedziby, zakresu działania, danych o kapitale (polski, niemiecki czy mieszany) itp.

14. Spis organizacyj gospodarczych niemieckich, z podaniem nazwy, siedziby, ilości członków, składu zarządu, krótkiej charakterystyki działalności.

15. Spis wszystkich towarzystw niemieckich, z wyszczególnieniem danych, jak pod p. 14

16. Imienny spis najwybitniejszych działaczy niemieckich w powiecie na polu politycznym, gospodarczym, kulturalno-społecznym, z krótką charakterystyką osoby i posiadanych wpływów oraz uwagami co do osób politycznie niepewnych.

Księgę narodowościową należy w ten sposób założyć, ażeby mogła być uzupełniana przez aktualizowanie materjału, jak również przez dodawanie nowych działów w miarę potrzeby.

Proszę o niezwłoczne przystąpienie do zebrania materjałów w myśl powyższych wskazówek i przedłożenia mnie jednego egzemplarza ewidencyjnej księgi narodowościowej do dnia 1.07. br.

Obok założenia księgi ewidencyjnej dla celów poglądowego ujęcia zagadnienia mniejszościowego na terenie powiatu, ważne znaczenie ma sporządzenie odpowiednich map powiatu i to:

1. mapy narodowościowej powiatu przez nałożenie terytorjów gmin i obszarów dworskich, różnemi kolorami w zależności od procentu Niemców w tych gminach i obszarach dworskich. Tego rodzaju mapa da bezpośredni pogląd na ilościowe rozmieszczenie Niemców w powiecie.

2. mapy organizacyj niemieckich. We wszystkich miejscowościach powiatu, w których istnieją siedziby organizacyj niemieckich, należy oznaczać kolorowemi chorągiewkami o kolorach odrębnych dla każdej organizacji, celem dania bezpośredniego poglądowego obrazu rozmieszczenia wszelkich organizacyj niemieckich na terenie powiatu.

3. mapy z oznaczeniem szkół niemieckich i kościołów ewangelickich. Po jednym egzemplarzu map proszę dołączyć do księgi ewidencyjnej

Za Wojewodę
Zawistowski
Naczelnik Wydziału Bezp. Publ.

218

2.1.1931: Der Wojewode in Poznań an den Starosten in Nowy Tomyśl. Beurteilung des Willi Schulz
2 I 1931r.: Wojewoda Poznański do starosty w Nowym Tomyślu. Opinja o Willi Schulzu

AP Poznań, Starostwo w Nowym Tomyślu, Nr. 1730

Na prośbę Okręgowego Urzędu Ziemskiego w Poznaniu polecam zebranie w drodze poufnej dokładnych informacyj o wyżej wymienionym (Willi Schulz). W szczególności, czy pod względem moralnym lub politycznym nie można mu nic zarzucić, czy był karanym, jakiej jest narodowości, czy jest osobą lojalną i zasługującą na pełne zaufanie, a temsamym na udzielenie zezwolenia na przewłaszczenie nieruchomości Trzciel K 20 i 1180.

Ponadto należy podać, jaki jest stosunek procentowy osad polskich i osad niemieckich na terenie odnośnej gminy oraz powiatu.

Zaznaczam, że w razie gdyby wspomnianemu można coś ujemnego zarzucić, należy podniesiony zarzut koniecznie uzasadnić, w przeciwnym bowiem wypadku byłbym zmuszony sprawozdanie takie zwrócić celem uzupełnienia.

Termin: 14 dni
Za Wojewodę
Rakowski
w/z Naczelnika Wydz. Bezp. Publicznego

219

9.2.1931: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1931)
9 II 1931r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1931r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5647

I. *Sytuacja ogólna*

Okres sprawozdawczy cechuje napięta uwaga społeczeństwa niemieckiego. Skierowana ona jest na rozgrywki genewskie, wywołane interwencją rządu niemieckiego, zarzucającego Polsce gnębienie mniejszości niemieckiej w czasie ostatnich wyborów do Sejmu i Senatu. Rezultat tych rozgrywek – ujęty w formę raportu Rady, posiadającego wszelkie cechy kompromisu – był przykrą niespodzianką dla mniejszości niemieckiej, oczekującej walnego zwycięstwa rządu Rzeszy Niemieckiej przed forum międzynarodowem.

Posener Tageblatt jednak – wbrew ogólnym nastrojom i przekonaniom – twierdzi w nr. 21 z dnia 27 stycznia, że wynik obrad genewskich uważać należy za całkowity tryumf Niemiec, a reszta prasy niemieckiej świadomie sztucznie stara się wyolbrzymić rzekomy sukces ministra Curtiusa w Genewie, mniej poświęcając miejsca i czasu końcowym wynikom obrad genewskich. Pozatem prasa niemiecka zajmuje się, jak zwykle, wypadkami z dziedziny polityki i gospodarki wewnętrznej i zagranicznej, szczególnie skwapliwie przedrukowując artykuły prasy zagranicznej, ujemnie wyrażające się o Polsce.

W życiu politycznem mniejszości niemieckiej daje się zauważyć poważny zastój, gdyż partje poszczególne zaniechały pracy tak agitacyjnej jak i organizacyjnej. W tej dziedzinie zanotować jedynie zebranie mężów zaufania powiatowego komitetu wyborczego, które odbyło się w Bydgoszczy dnia 19 stycznia br. i zebranie z dnia 17 stycznia w Bydgoszczy Niemieckiej Partji Socjalistycznej. Przebieg tych zebrań oświetla się w dziale życie polityczne.

Życie kulturalno-społeczne mniejszości niemieckiej cechował ożywiony ruch w łonie stowarzyszeń oraz związków kulturalno-oświatowych, w którym, z uwagi na pozamiejscowych prelegentów, można się dopatrywać tła politycznego.

Życie gospodarcze mniejszości niemieckiej – zależnie od tych samych warunków co i życie gospodarcze ludności polskiej – jest jednak znacznie lepsze, co się przebija w większym spokoju umysłów i pewności przetrwania kryzysu gospodarczego. Działa tu świadomość, że w krytycznym momencie wpłyną zawsze na czas z Rzeszy odpowiednie fundusze dla podtrzymania zagrożonych placówek.

Co się tyczy życia zawodowego, sportowego i wyznaniowego mniejszości niemieckiej, nie zaobserwowano godniejszych uwagi przejawów.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Nastroje Niemców zasadniczo nie uległy zmianie. Pomimo pozornej lojalności wyczuwa się w całym społeczeństwie niemieckiem nieżyczliwy krytycyzm do wszelkich posunięć polskich na polu politycznem, gospodarczem czy innem, a także głęboko zakorzenioną nienawiść i niechęć.

Chociaż na zewnątrz partje polityczne nie wykazały w miesiącu sprawozdawczym prawie żadnej ruchliwości, to jednak drogą wzajemnych odwiedzań się i wspólnych zabaw, schadzek przewódców ruchu politycznego, a zwłaszcza często urządzanych zebrań różnych organizacyj gospodarczych, zawodowych i kulturalnych, mniejszość niemiecka osiąga daleko posunięte uświadomienie polityczne i zewnętrzną zwartość całego żywiołu niemieckiego.

Z zebrań politycznych należy wymienić dwa.

Deutsche Vereinigung

Zebranie mężów zaufania

Dnia 19 stycznia br. odbyło się w Bydgoszczy w ubikacjach niemieckiego biura sejmowego - zebranie mężów zaufania powiatowego komitetu wyborczego, w którym brało udział około 50 osób. Marta Schnee omawiała wynik wyborów stwierdzając, że w mieście Bydgoszczy głosowało na listę niemiecką w ogólności 100 %.

Następnie omawiano wewnętrzne spory działaczy politycznych, a w końcu kwestję bezrobocia. Red. Wiese zażądał, by zebrane wśród Niemców datki na bezrobotnych rozdzielano wyłącznie pomiędzy bezrobotnych narodowości niemieckiej, czemu sprzeciwiał się stanowczo nauczyciel Jendricke, wysuwając względy polityczne. Uchwalono przekazać 2/3 zebranych datków władzy miejskiej, a 1/3 podzielić pomiędzy bezrobotnych Niemców.

Jendricke omawiał położenie gospodarcze Polski i w końcu zaznaczył, że należy się spodziewać zupełnej katastrofy gospodarczej.

Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens - zebranie

Dnia 17 stycznia 1931 r. odbyło się w Kasynie Robotniczem w Bydgoszczy zebranie Niemieckiej Partji Socjalistycznej.

Przemawiał były poseł Pankratz na temat ostatnich wyborów, żaląc się na rzekome krzywdy, jakie wyrządzono Niemcom wskutek unieważnienia kilku list wyborczych. Pankratz zaznaczył, że należy dążyć do zjednoczenia wszystkich robotników i rzemieślników pod jednym sztandarem i w tym celu utworzyć komitety miejscowe. Miasto Bydgoszcz ma być główną siedzibą zarządu. Pankratz omawiał jeszcze sprawę Brześcia i krytykował wyjazd Marszałka Piłsudskiego zagranicę twierdząc, że wyjazd ten kosztuje miljony złotych i to w czasie, gdy ludzie bezrobotni umierają z głodu.

W Bydgoszcz wielkie wrażenie wywarły artykuły „Dnia Bydgoskiego /Odbitka Dnia Pomorskiego/ o propagandzie niemieckiej na terenie Wielkopolski i Pomorza. Szczególnie obrazowo porusza tę sprawę „Dzień Bydgoski" w nr. 3,4 i 6.

W nr. 3 z dnia 6 stycznia br. pisze co następuje:

„Materjał, który jest w naszym posiadaniu, jest poprostu rewelacyjny. Jest on autentyczny. Posiadamy oryginalne odbitki fotograficzne z listów przywódców niemieckich w Polsce, które mówią same za siebie. Są to dokumenty ich działalności w Polsce. Dokumenty te potwierdzają w całej pełni, że irredenta niemiecka w Polsce ma na celu wybitnie odśrodkowe, antypaństwowe tendencje. Znana jest dokładnie wielka afera Deutschtumsbundu i jego rola w pierwszych latach naszej niepodległości. Dziś znowu mamy potwierdzenie, że dawni działacze Deutschtumsbundu w innej formie uprawiają swoją wywrotową akcję. Niemcy bydgoscy związani organizacyjnie z Pomorzem – nie mamy żadnych złudzeń – przyczynili się do rozpętania akcji przeciwpolskiej zakordonowej. Prowadzą oni i na Pomorzu i na Wielkopolsce robotę od podstaw. Proces bydgoski byłego posła Klubu Niemieckiego, Kurta Graebego, przyniósł w tym kierunku sensacyjny materjał. I nie tylko ten proces, ale setki spraw podobnych wskazały dobitnie, że posłowie niemieccy nie byli nigdy lojalni wobec kraju, którego są obywatelami.

W okresie swego posłowania wykorzystywali bez żenady przywileje poselskie, aby krecie podkopy ryć w naszym Państwie i uprawiać tę akcję, która Berlinowi była potrzebna. Akty rozpraw sądowych przeciw Deutschtumsbundowi i posłom Graebemu i Ulitzowi nagromadziły materjał wybitnie obciążający. Gdy na kresach wschodnich białoruskie ‚hurtki' i ‚hromady' i różne organizacje wojskowe siczowców ukraińskich minowały tamtejszy teren, na kresach zachodnich czynili to samo przedstawiciele mniejszości niemieckiej. Różnica była tylko w środkach działania, taktyczna, lecz jedni i drudzy mieli te same cele na oku, cele antypaństwowe. Na kilku kongresach mniejszościowych zagranicą współpraca naszych przedstawicieli mniejszości była jawnie dokumentowana. Poseł niemiecki Naumann chyba dobrze o tem pamięta. Mniejszościowe jego wyczyny genewskie są i będą dla nas zawsze zwierciadłem nie tylko jego osoby.

Zresztą to, co było wiadome od lat, że Berlin patronuje irredencie mniejszościowej w Polsce - moralnie i materjalnie - potwierdzili sami swoją działalnością działacze niemieccy w Polsce.

Ośrodkiem ogniskującym Niemców bydgoskich i skupiającym ich pracę jest znany Verein für das Deutschtum im Ausland - organizacja działająca na Polskę, kraje nadbałtyckie i Francję itd. Tam knują się wszelkie wystąpienia przeciw Polsce. Stamtąd wychodzi „reżyseria" na wszystkie kraje i do prasy, nastawionej pod kątem intencyj niemieckich.

Z niedawnej przeszłości należy czerpać dowody, a wtedy ujrzymy i ujrzy Europa lojalność Niemców wobec Polski i zacznie rozumieć prawdziwość ich słów i propagandy."

W tym miejscu został przytoczony w odpisie list Graebego z dnia 28.04.1929r. do Związku dla popierania niemczyzny zagranicą /Berlin W 30, ul. Marcina Luthra 97/. W liście tym G. donosi, że Naumann na wezwanie Związku tylko wówczas zgodzi się wygłosić odczyt, jeśli otrzyma gwarancję, że sprawozdanie o odczycie nie przedostanie się jakiejbądźkolwiek formie do wiadomości publicznej.

W nr. 4 pisze „Dzień Bydgoski" między innemi:

„PP Naumann i Graebe z Bydgoszczy wyraźnie patronują dywersyjnej robocie na Pomorzu i Wielkopolsce. Idzie im to łatwiej, że wyzbywszy się od dawna skrupułów lojalności obywatelskiej czerpią obfite środki materjalne ze źródeł zagranicznych, oczywiście berlińsko-prusko-gdańskich. Tzw. Oberstleutnant Kurt Graebe spełnia zapewnie ‚zaszczytną' rolę głównego skarbnika funduszów – powiedzmy wyraźnie gadzinowych, które nieprzerwaną strugą propaganda niemiecka wprowadza w różnej formie do naszego kraju, mając w pierwszym rzędzie ich ‚użyteczność' na Pomorzu i w całym polskim pasie granicznym na względzie.

Trudno byłoby dokładnie dziś stwierdzić, ile i skąd p. Oberstleutnant Graebe czerpie fundusze. Źródła, zasilające jego szkatułę dyspozycyjną, są niewątpliwie różne. Wystarczy zapoznać się choćby z następującym dokumentem:

„Robert K.H. Treut
Ninety three Fifth Avenue, New York N.Y.
/chwilowo/ Chicago, III 7 lutego 1928
W.Pan Poseł Kurt Graebe
u.p.C.G. Braunsa [Brunsa(?)]
Berlin-Wilmersdorf
Helmstedterstrasse 6/p.

Wielce Szanowny Panie Graebe,

Inaczej przedstawia się sprawa środków, o jakie Pan prosił, na cele tamtejszej propagandy wyborczej. Spodziewam się, że będę mógł wkrótce Panu donieść o przekazaniu około 50 do 100 tysięcy dolarów na pańskie konto w Berlinie i w Gdańsku.

Serdeczne pozdrowienia
Pański stary przyjaciel
/-/ R. Treut"

W nr. zaś 6 pisze „Dzień Bydgoski":

„Dziś zajmiemy się również ciekawą osobą, byłym posłem, gorliwym wyznawcą marksizmu, p. Pankratzem z Bydgoszczy.

Mimo, że Pankratz, występował w roli „trybuna ludowego", kubek w kubek podobny jest do tych samych berlińskich socjalistów pancernikowych, którzy pod płaszczykiem idei marksowskiej oddają swe głosy pacyfistyczne pod budowę pancerników, zwróconych paszczą armat przeciw Polsce. ‚Posłannictwo swoje' w Polsce rozumie tak samo jak Oberstleutnant Graebe czy Naumann. To znaczy, że ‚lojalność' jego wobec Państwa Polskiego jest tej samej miary co tamtych."

W dalszym ciągu tego artykułu mowa jest o funduszach, jakie Pankratz otrzymuje na rzekomą „pomoc biednym."

2. *Prasa niemiecka*

I. *Sprawy zagraniczne*

1. Na marginesie przemówienia Ministra Zaleskiego w sejmowej komisji dla spraw zagranicznych.

Posener Tageblatt nr. 10 z dnia 14.1.31 r.

Przyłączenie się Polski do kompleksu państw europejskich jest możliwe jedynie przez Niemcy. Tego przyłączenia jednakże Polska potrzebuje, jeżeli nie chce stanąć odosobniona naprzeciw kolosa sowieckiego. Polacy jednak przyznać nie chcą, że konieczności życiowe zmuszają ich do porozumienia z Niemcami, a przeciwnie wmawiają sobie jakieś ze strony Niemiec niebezpieczeństwo, które w gruncie rzeczy wcale nie istnieje.

2. *Stosunki na Litwie*

Posener Tageblatt nr. 15 z dnia 20.1.31 r.

Wewnętrzne walki polityczne na Litwie mają także związek z polityką zagraniczną. Podczas, kiedy rząd litewski do niedawna kontynuował antypolską politykę Waldemarasa, nastąpiło w ostatnim czasie pewne uspokojenie. Przebąkuje się nawet o tem, że w Genewie między Polską a niemiecką delegacją mają nastąpić obrady w celu doprowadzenia porozumienia między obydwoma krajami. Jak słychać, politykę porozumienia między Polską a Litwą żywo popiera Watykan.

3. *Genewa*

Posener Tageblatt nr. 18 z dnia 23.1.31 r.

Przemówienie niemieckiego ministra spraw zagranicznych Curtiusa wywarło nadzwyczajne wrażenie swoim rzeczowym tonem i spokojną formą. Odpowiedź Zaleskiego nie była zła, jednakże niefortunne było porównanie Grażyńskiego z Hindenburgiem.

Wrażenie drugiej mowy Curtiusa było jeszcze silniejsze. Odpowiedź Zaleskiego była krótka i słaba. Nie było zresztą niespodzianką, gdyż w Genewie jest wiadomo, że Zaleski nie jest wielkim mówcą.

Posener Tageblatt nr. 19 z dnia 24.1.31 r.

W kołach polskich panuje niezadowolenie z powodu przemówienia ministra Zaleskiego w Genewie, a zwłaszcza bierze mu się za złe, że nie wziął w obronę wojewody Grażyńskiego. Delegacja polska liczy się z tym, że Zaleski po powrocie do Warszawy z zajmowanego stanowiska ministra spraw zagranicznych ustąpi.

Posener Tageblatt nr. 20 z dnia 25.1.31 r.

Punkt kulminacyjny obrad genewskich stanowiła mowa Curtiusa, który stanął na tem stanowisku, że Liga Narodów ma obowiązek czuwania nad wykonywaniem traktatów o ochronie mniejszości narodowych.

Posener Tageblatt nr. 21 z dnia 27.1.31 r.

Sprawy polsko-niemieckie stały się najważniejszym punktem obrad genewskich i dowiodły, że pokojowe ułożenie się stosunków między Polską a Niemcami jest pierwszym warunkiem współpracy państw europejskich. Jednakże zapanowanie pokojowych stosunków między obydwoma krajami nie jest możliwe, o ile Polska nie będzie obserwowała górnośląskiej konwencji oraz traktatów o mniejszościach.

Deutsche Rundschau nr. 20 z dnia 25.1.31 r.

Dziennik ten, omawiając przemówienie Curtiusa i Zaleskiego, stwierdza, że minister Zaleski nie mógł zręczniej wywiązać się ze swojego ciężkiego zadania.

Deutsche Rundschau nr. 23 z dnia 29.1.31 r.

Dyskutując zakończenie spraw polsko-niemieckich w Genewie DR raz jeszcze podnosi odwagę i rozum min. Zaleskiego, który zawdzięczając stanowisku, jakie zajął w tej sprawie, potrafił wybawić nie tylko Polskę ale i Ligę Narodów z bardzo przykrej

sytuacji... Na Polskę patrzy nie tylko ożywiona najlepszymi [efektami] współpracy i lojalności mniejszość niemiecka - na Polskę patrzy świat cały - i daj Boże, ażeby oświadczenie Polskiego Rządu na forum Ligi Narodów oznaczało nową erę w życiu Państwa, w której stare, niesprawiedliwe metody będą zarzucone, a nowe wydadzą piękne żniwo. Takiemi życzeniami kończy DR artykuł pt. „Finale in Genf".

Ukazująca się w Krotoszynie „Krotoschiner Zeitung" jako odbitka „Lissaer Tageblatt", również w obszernych artykułach omawiała konflikt polsko-niemiecki w Genewie, przyczem w artykułach tych przejawiała się tendencja przedstawienie stanowiska Niemiec w świetle korzystnym, a w ostatnich artykułach rozdmuchuje orzeczenie Rady Ligi do niebywałego zwycięstwa odniesionego rzekomo przez Niemcy. W numerze 12 z dnia 27 stycznia podaje tłustym drukiem pod tytułem „Dank an Curtius" wiadomość, że Związek Główny organizacyj niemieckich i Ostmarkenverein jako też niemiecka mniejszość na Wschodnim Górnym Śląsku wyraziła ministrowi spraw zagranicznych Dr. Curtiusowi podziękowanie i uznanie za jego męskie wystąpienie przeciw Polsce w obronie praw niemieckiej mniejszości.

Konfiskaty:

W miesiącu sprawozdawczym obłożono aresztem następujące druki:

1. „Der Tag" nr. 7 z dnia 8.1.31 r. za art. pt. „Polen - Justiz gegen deutsche Märtyrer".
2. „Berliner Illustr. Nachtausgabe" nr. 5 z dnia 7.1.31 r. za art. pt. „Prozess gegen die Märtyrer von Gollosowitz".
3. „Berliner Lokalanzeiger" nr. 14 z dnia 9.1.31 r. za art. pt. „Brünings Abschied von Westpreussen"
4. „Tempo" nr. 9 z dnia 13.1.31 r. za art. pt. „Was Curtius in Genf will".
5. „Posener Tageblatt" z dnia 14.1.31 r. nr. 10 za art. pt. „Der Volksbund an den Rat"
6. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 20 z dnia 13.1.31 r. za art. pt. „Gefängnissstrafen in Gollasowitz-Prozess".
7. „Berliner Tageblatt" nr. 21 z dnia 13.1.31 r. za art. pt. „Polnische Gegenoffensive".
8. „Vossische Zeitung" nr. 12 z dnia 14.1.31 r. za art. pt. „Der polnische Gegenstoss".
9. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 24 z dnia 15.1. za art. pt. „Blutiger deutsch-polnischer Zwischenfall in Danzig" oraz „Polnische Kultur".
10. „Berliner Illustr. Nachtausgabe" nr. 12 z dnia 15.1.31 r. za art. pt. „Der Polenterror im deutschen Osten vor dem Völkerbundrat".
11. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 25 z dnia 15.1.31 r. za art. pt. „Das deutsche Volk am Ende seiner Geduld".
12. „Leipziger Neueste Nachrichten" nr. 16 z dnia 16.1.31 r. za art. pt. „Kundgebung für die bedrohte Ostmark".
13. „Berliner Lokal Anzeiger" z dnia 17.1. za art. pt. „Gewaltige Ostmark-Kundgebungen"
14. „Berliner Illustr. Nachtausgabe" nr. 14 z dnia 17.1.31 r. za art. pt. „Für das Deutschtum im Osten".
15. „Berliner Tagesblatt" nr. 30 z dnia 18.1.31 r. za art. pt. „Polens Justiz Methoden".
16. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 29 z dnia 17.1.31 r. za art. pt. „Polenterror gegen deutsche Lehrer".
17. „Berliner Tageblatt" nr. 31 z dnia 19.1.31 r. za art. pt. „Vor der Polendebatte".
18. „8 Uhr Tageblatt" nr. 16 z dnia 20.1.31 r. za art. pt. „Polens Diktator erholt sich".
19. „Posener Tageblatt" nr. 17 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Die Beschwerde des Fürsten v. Pless" oraz „ Dr. Curtius spricht".

20. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 33 z dnia 20.1.31 r. za art. pt. „Erregung in der Ostmark".
21. „Vossische Zeitung" nr. 19 z dnia 22.1. 31 r. za art. pt. „Curtius guter Eindruck", „Curtius verteidigt Hindenburg" oraz „Zaleski vor dem Genfer Rat".
22. „Berliner Tageblatt" nr. 35 z dnia 21.1.31 r. za art. pt. „Curtius Rede vor dem Völkerbundrat", „Eine Taktlosigkeit" oraz „Fürst Pless klagt in Genf".
23. „Tempo" nr. 17 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Genfs Urteil über das Rededuell Curtius-Zaleski".
24. „Berliner Tageblatt" nr. 36 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Curtius erwidert Zaleski".
25. „Berliner Nachtausgabe" nr. 17 z dnia 21.1.31 r. za art. pt. „Curtius Anklage gegen Polen in Genf".
26. „8 Uhr Abendblatt" nr. 17 z dnia 21.1.31 r. za art. pt. „Curtius protestiert".
27. „Danziger Neueste Nachrichten" nr. 17 z dnia 21.1.31 r. za art. pt. „Die deutschen Minderheiten in Polen".
28. „Vossische Zeitung" nr. 20 z dnia 23.1.31 r. za art. pt. „ Auf Befehl des Marschall Pilsudski".
29. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 35 z dnia 21.1.31 r. za art. pt. „Polen unter Anklage".
30. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 26 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Eine zweite Abrechnung mit Zaleski".
31. „Berliner Illustr. Nachtausgabe" nr. 18 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Von Zaleski und Grażyński".
32. „Leipziger Neueste Nachrichten" nr. 22 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Deutschlands Klage gegen Polen".
33. „Neue Freie Presse" nr. 23835 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Eine Beschwerde des Fürsten v. Pless an den Völkerbund".
34. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 37 z dnia 22.1.31 r. za art. pt. „Die ukrainische Klage über die Polengreuel".
35. „Leipziger Neueste Nachrichten" nr. 23 z dnia 23.1.31 r. za art. pt. „Die Ukrainer klagen im Sejm".
36. „Leipziger Neueste Nachrichten" nr. 24 z dnia 24.1.31 r. za art. pt. „Die polnischen Zeitungsverbote".
37. „Berliner Lokal Anzeiger" nr. 42 z dnia 25.1.31 r. za art. pt. „Polen als Terrorstaat" oraz dodatek „Die weite Welt" za art. pt. „Oberschlesiens Grenzenland".
38. „Berliner Illustr. Nachtausgabe" nr. 21 z dnia 26.1.31 r. za ilustr. pt. „Von Montag zu Montag".
39. „Vossische Zeitung" nr. 23 z dnia 27.1.31 r. za art. pt. „Kanzler im Kampf".
40. „B.Z. am Mittag" nr. 22 z dnia 27.1.31 r. za art. pt. „Das beleidigte Brest-Litowsk"
41. „Berliner Tageblatt" nr. 48 z dnia 29.1.31 r. za ilustrację w dodatku „Ulk" pt. „Wie Zaleski Polen verteidigte".

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W ostatnich czasach daje się zauważyć systematyczne dążenie Niemców do tego, aby dzieci swe uczyć poza szkołą powszechną języka niemieckiego. W charakterze nauczycieli występują przeważnie osoby płci żeńskiej, które po domach prywatnych, pod pozorem przygotowywania do konfirmacji, uczą dzieci w wieku przedszkolnym i szkolnym czytać i pisać w języku niemieckim. Nauka odbywa się potajemnie, bez uzyskania zezwolenia władz szkolnych. W roli tajnych pedagogów występują również tzw. nauczyciele wędrowni /Wanderlehrer/. Ostatnio taki nauczyciel z Bydgoszczy, pod

pozorem nauczania języka niemieckiego i sprzedawania elementarzy niemieckich, obchodził wioski pograniczne powiatu kępińskiego, głosząc, że w krótkim czasie zostanie ta część powiatu przyłączona z powrotem do Niemiec.

Za osobnikiem tym wdrożono dochodzenia, a na całą akcję tajnego nauczania zwrócono szczególną uwagę.

Na polu życia kulturalno-oświatowego, jak również w życiu towarzyskim mniejszości niemieckiej dało się zauważyć znaczne ożywienie w związku z bieżącym okresem karnawałowym. Cały szereg organizacyj kulturalnych, gospodarczych, zawodowych i sportowych urządzał zabawy, przedstawienia amatorskie itp. imprezy. Imprezy te ściągały bardzo znaczną ilość uczestników i to nie tylko z najbliższych okolic, lecz i z dalszych powiatów.

Dnia 10 stycznia 1931 r. założono w Sokołowie powiatu chodzieskiego towarzystwo śpiewu „Männer-Chor", składające się z 15 członków. W skład zarządu weszli: prezes Eryk Falkengang, zastępca prezesa Albert Henke, sekretarz Kurt Mantaj, skarbnik Rudolf Lehmann, dyrygent Maks Kehlm - wszyscy z Sokołowa.

Dnia 12 stycznia 1931 r. odbyło się zebranie niemieckich katolików w Chmielince pow. nowotomyskiego. Na zebranie przybył w charakterze wykładowcy Kinder z Bydgoszczy.

Dnia 6 stycznia 1931 r. miało miejsce zebranie niemieckiego towarzystwa śpiewu w Kąkolewie pow. nowotomyskiego przy udziale około 55 członków.

Dnia 18 stycznia 1931 r. zwołano walne zebranie niemieckiego towarzystwa śpiewu „Gemischter Chorgesang" w Nowym Tomyślu. Zebranych było 40 członków, omawiano wewnętrzne sprawy towarzystwa i całoroczną działalność. Wybrano nowy zarząd w dotychczasowym składzie.

Dnia 30 stycznia 1931 r. odbyło się w Rogoźnie pow. obornickiego w gmachu prywatnego gimnazjum walne zebranie stowarzyszenia „Deutscher Schulverein" pod przewodnictwem pastora Hussa. Porządek obrad obejmował sprawozdanie kierownika o położeniu szkoły, sprawozdanie skarbnika i sprawozdanie komisji egzaminacyjnej. Spraw natury politycznej nie poruszano.

Kulturausschuss für das deutsche Geistesleben – wieczorek koncertowy

W dniu 10.1.31 r. w Poznaniu w lokalu Ewangelickiego Domu, niemiecki Wydział Kulturalno-Oświatowy pod nazwą „Kulturausschuss für das deutsche Geistesleben" urządził wieczorek koncertowy tak zwany „Bunter Abend", pod kierownictwem kierownika „Deutsche Bücherei" Dr. Zöcklera Pawła z Poznania. Program koncertu składał się z gry na fortepianie Selmy Honigberger, śpiewu Ferdynarda Drissena oraz deklamacji Dr. Michaelisa. Wszyscy troje z Berlina. Uczestników było około 200 obojga płci, Niemców i niemieckich Żydów, między którymi też był obecny wicekonsul Dr. Schröder.

Verein deutscher Sänger - obchód 33 rocznicy założenia i 25 lecia dyrygenta śpiewu Krolla Waltura

W dniu 24.1.31 r. w lokalu Ogrodu Zoologicznego w Poznaniu niemieckie towarzystwo śpiewackie pod nazwą „Verein Deutscher Sänger" pod przewodnictwem prezesa Knechtla Ludomira, obchodziło 33 rocznicę swego założenia oraz 25-letni jubileusz Krolla Waltra jako dyrygenta. W uroczystości brało udział około 450 osób obojga płci; był też obecny niemiecki wicekonsul Staudacher. Obchód rozpoczęto koncertem. Następnie prezes Knechtel witając zebranych oznajmił cel obchodu i dziękował jubilatowi za 25-letnią wierną i wytrwałą służbę w charakterze dyrygenta śpiewu.

Następnie składał życzenia jubilatowi prezes śpiewackiego okręgu pomorskiego Krause z Bydgoszczy, pastor Brummack z Poznania oraz, w imieniu „Posener Handwerkerverein", Milbradt Maks.

Staraniem organizacyj rolniczych odbywają się w kinie „Pałac" w Inowrocławiu, co pewien czas w godzinach przedpołudniowych, bezpłatne wykłady kulturalno-oświatowe dla rolników powiatu inowrocławskiego. Ostatni taki wykład odbył się końcem miesiąca sprawozdawczego. Udział zainteresowanych był dość liczny.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiaty	Zebrania	Obchody przedstawienia i inne imprezy	Jednostki organ. nowe	zlikwidowane
Bydgoszcz	-	5	-	
Czarnków	-	1	-	
Chodzież	-	1	1	
Gniezno	-	1	-	
Gostyń	-	1	-	
Inowrocław	-	2	-	
Koźmin	-	3	-	
Krotoszyn	-	2	-	
Leszno	-	2	-	
Międzychód	-	2	-	
Nowy Tomyśl	3	10	-	
Oborniki	1	3	-	
Pleszew	-	3	-	
Poznań	-	4	-	
Rawicz	-	2	-	
Szamotuły	-	1	-	
Wolsztyn	-	8	-	
Wyrzysk	-	2	-	
Żnin	-	1	-	
Ogółem	4	54	1	

Uwagi: Rubryka „obchody, przedstawienia i inne imprezy" obejmuje tego rodzaju imprezy zorganizowane nie tylko przez stowarzyszenia kulturalno-oświatowe, lecz także przez organizacje gospodarcze, zawodowe i sportowe.

4. *Życie gospodarcze*

Na tle pogłębiającego się kryzysu ekonomicznego, zauważa się nader czynną agitację niemiecką w niemieckich kółkach rolniczych, w konsumach i spółdzielniach, które silą się sparaliżować działalność organizacji polskich, częstokroć nieudolnie prowadzonych, odczuwających brak kapitału, a podzielonych w dodatku na grupy partyjne i przez to znacznie osłabionych.

W związku z przesileniem gospodarczym daje się zauważyć zupełna zmiana metod stosowanych dotychczas przez niemieckich działaczy politycznych. Okazują oni w ostatnim czasie pozornie zupełną obojętność dla spraw politycznych, zwracając całą swoją uwagę i działalność na sprawy gospodarcze i ekonomiczne. Słowem i czynem zachęcają do opanowania jak największej ilości dziedzin życia gospodarczego.

Jako przykład może służyć działacz polityczny, znany hakatysta Józef Marck, kupiec z Rychtalu powiatu kępińskiego oraz inni kupcy o podobnym pokroju z tegoż powiatu. Rozszerzają oni coraz bardziej swoje przedsiębiorstwa, prowadzą zakup wszelkiego rodzaju produktów rolnych, ostatnio także trzody chlewnej i bydła rogatego na rzeź, które masowo wywożą na Śląsk. Posługują się przytem najnowocześniejszymi urządzeniami, jak samochodami urządzonymi do zwożenia bydła rogatego i świń równocześnie itp. Dostarczają również rolnictwu wszelkiego rodzaju artykułów, jak maszyn, narzędzi rolniczych, materjałów budowlanych, nasion, sztucznych nawozów itp., udzielając przytem dogodnych kredytów. Pozatem starają się jak największą liczbę włościan zorganizować w „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft".

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft

W szeregu miejscowości odbyły się w okresie sprawozdawczym zebrania w lokalnych filjach tego towarzystwa, a to: w Murocinie pow. bydgoskiego, w Nowej Wsi Ujejskiej pow. chodzieskiego, w Poniecu pow. gostyńskiego, w Koźmińcu, Sośniczynie, Jasnempolu i Bestwinie pow. krotoszyńskiego, w Strzyżewie pow. ostrzeszowskiego, w Sośni pow. odolanowskiego, w Bieganiku pow. pleszewskiego, w Jabłówku i w Kcyni pow. szubińskiego. Omawiano sprawy zawodowo-rolnicze i sytuację gospodarczą. W większości wypadków zebrania te były połączone z wykładem względnie referatem zaproszonego fachowca.

W dniu 15.1.31 r. odbył się z ramienia WLG w Poznaniu wykład o hodowli koniczyny, różnych traw, zakładaniu pastwisk dla bydła, hodowli różnych roślin pod przewodnictwem obszarnika Lorenza z Kurowa. Zebranych było około 60 mężczyzn. O hodowli koniczyny, różnych traw, i zakładaniu pastwisk, referował inżynier agrarny Karzel z Poznania; o hodowli różnych roślin i chemicznym badaniu paszy dla bydła, referował Krause - kierownik oddziału roślin z Bydgoszczy.

Dnia 15 stycznia 1931 r. odbyło się walne zebranie „Bauernverein" w Nowym Tomyślu, przy udziale 50 członków. Omawiano całoroczną działalność tej organizacji i wybrano na nowy rok zarząd w dotychczasowym składzie.

W tym samym dniu odbyło się miesięczne zebranie „Bauernvereinu" w Poznaniu przy udziale około 100 członków.

Dnia 24 stycznia miało miejsce zebranie tegoż związku w Książu pow. śremskiego.

Spółdzielczość niemiecka

Posener Kreditverein – nadzwyczajne walne zebranie

W dniu 30.12.30 r. odbyło się w Poznaniu w lokalu Loży Masońskiej nadzwyczajne walne zebranie niemieckiego banku „Kreditverein", pod przewodnictwem prezesa rady nadzorczej budowniczego Handkego. W zebraniu brało udział około 100 osób członków spółdzielni i niektórych gości.

Z powodu zaszłej defraudacji w banku przez dyrektorów Wagnera i Beckera w wysokości 230 000 - 300 000 zł. głównym tematem zebrania była zmiana § 7 statutu spółdzielni. Na uspokojenie członków i tymczasowe pokrycie zdefraudowanej kwoty tutejsze „Genossenschaftsbank" i „Danziger Privat-Aktien-Gesellschaft" udzieliły Kreditvereinowi długoletniej pożyczki w wysokości razem 230 000 zł. Kwotę 230 000 zł. „Kreditverin" zobowiązał się odpłacać rocznie po 5 000 zł. z uzyskanego zysku. Ażeby członkom nie dać możności masowego występowania z spółdzielni i wycofania swych udziałów, pomimo energicznych protestów niektórych członków, zmieniono § 7 statutu w ten sposób, że każdy występujący członek z spółdzielni musi 5 lat naprzód wypowiedzieć swoje członkostwo i wtedy otrzyma swój udział. Dotychczasowe wypowiedzenie obowiązywało 6 miesięcy naprzód. Również zapadła decyzja, że na przeciąg 3

miesięcy żaden członek nie może otrzymać dywidendy ani pożyczki. Przez wprowadzenie w życie zmienionego § 7 i powyżej wymienionej decyzji, są poszkodowani wszyscy członkowie, bo „Kreditverein" zobowiązał się odpłacać rocznie 5 000 zł., z uzyskanego zysku, który jest własnością wszystkich członków. Przeciw uchwaleniu zmiany § 7 protestowało kilku udziałowców. W skład zarządu dotychczasowej Rady Nadzorczej wchodzili: Handke, budowniczy i Harder, handlarz drzewa z Poznania. Obecnie prezesem Rady Nadzorczej jest pastor Kammel Ryszard z Poznania, ul. Szamarzewskiego 3. Rzeczywiście zdefraudowaną kwotę w „Kreditverein" mają ogłosić na przyszłem walnem zebraniu przy zatwierdzeniu bilansu. Zebranie musi się odbyć w myśl statutu do 1.7.31 r.

Powiat Inowrocław

Dnia 27 stycznia 1931 r. odbyło się zebranie członków Spar und Darlehnskasse filji w Radojewicach. Zebranych 25. Przewodniczył Klosse z Radojewic. Omawiano sprawy Kasy.

Powiat Rawicz

Dnia 12 stycznia 1931 r. odbyło się w Rawiczu walne zebranie członków Spar und Darlehenskasse przy udziale 37 członków.

Powiat Nowy Tomyśl

Znamiennem jest, że spółdzielnia niemiecka w Kuślinie daje w ostatnim czasie swym członkom produkty na kredyt tak, że członkowie są w spółdzielni w znacznej mierze zadłużeni. Oszczędności prawie nikt nie wkłada, wobec czego należy przypuszczać, że spółdzielnia jest zasilana kapitałem zagranicznym.

Powiat Wolsztyn

W dniu 23 stycznia br. urządziła niemiecka mleczarnia spółdzielcza Molkereigenossenschaft w Rakoniewicach otwarcie nowo przebudowanej mleczarni. Przemówienie powitalne wygłosiła prezeska rady nadzorczej, hr. Schlieffen z Wioski. Obecnych było około 150 osób.

Powiat Koźmin

Dnia 15 stycznia 1931 r. odbyło się u gospodarza Henryka Flanza w Wyganowie zebranie niemieckich rolników, prawdopodobnie w celu utworzenia spółki mleczarskiej. Na zebraniu byli obecni Witt z Ostrowa oraz Rauhut z Rudy pow. krotoszyńskiego. Dla ustalenia celu i wyniku zebrania prowadzi się dochodzenia.

5. *Życie zawodowe*

W miesiącu sprawozdawczym niemieckie związki zawodowe urządziły 4 zwykłe zebrania i to w Bydgoszczy, Kłecku pow. gnieźnieńskiego, Poznaniu i Kcyni pow. szubińskiego przy stosunkowo małym udziale członków.

Verband für Handel und Gewerbe

Na większą uwagę zasługuje zwołane w Poznaniu dnia 19 stycznia br. posiedzenie doradców /Beiratssitzung/ Związku „Verband für Handel und Gewerbe". Obecnych było 32 doradców z całego województwa poznańskiego, z wyjątkiem następujących miejscowości: Zbąszyń, Czempiń, Dobrzyca, Duszniki, Gniezno, Kępno, Kiszkowo, Koszmienice, Ostrów, Pobiedziska, Ryczywół, Śmigiel, Wolsztyn, Zduny. Posiedzenie zagaił Dr. Scholz z Poznania, witając zebranych i omawiał obecne stosunki gospodarcze, następnie zdawał sprawozdanie z działalności związku i Kasy Pośmiertnej. Redaktor Loewenthal zdawał [!] z działalności tygodnika „Verband für Handel und Gewerbe".

W miejsce Miksa, Beckera i Ostwalda, którzy złożyli swe urzędy jako doradcy, wybrano na propozycję Dr. Scholza Schulza z Wolsztyna, Förstera i Bähra. Pozatem

wybrano jeszcze na doradców: Hertla z Gniezna, Hreczmiela z Dobrzycy, Schostaga z Koszmienicy i Stephana z Poznania, jako zastępcę prezesa „Verband für deutsche Angestellten". Do punktu 4 zdawano sprawozdanie z działalności kasowej na rok ubiegły i omawiano projekt budżetowy na rok 1931, poczem uchwalono absolutorjum dla zarządu. W dyskusji omawiano zaległości składkowe poszczególnych filji i kładziono nacisk, żeby w najkrótszym czasie zaległości uiszczono i przesłano do kasy związkowej w Poznaniu. Do punktu 5 uchwalono zmniejszyć tygodnik związkowy do 3 stron i wydawać go nadal 2 razy w miesiącu.

Delegaci poszczególnych filji stawili wnioski o założenie w filjach książkowości, oddziałów doradczych dla podatków oraz dostarczenia długoterminowych kredytów za niskim procentem. Członek Kraft z Poznania dawał wyjaśnienia o rozwiązaniu Towarzystwa Ubezpieczeń „Vistula". Posiedzenie zamknięto z wielkimi owacjami dla zarządu a w szczególności dla I. prezesa Dra Scholza.

6. *Życie sportowe*

Männerturnverein – poświęcenie sztandaru

Z okazji obchodu 70 rocznicy założenia niemieckiego towarzystwa gimnastycznego pod nazwą „Männer-Turnverein" w dniu 18.1.31 r. odbyło się w Poznaniu poświęcenie nowego sztandaru przy obecności około 200 osób płci obojga z Poznania oraz delegatów z Gdańska, Katowic, Łodzi i prowincji. Zebranych powitał prezes Nakoinz. Następnie wygłosił referat o założeniu i rozwoju Towarzystwa b. urzędnik niemiecki Stiller, który dokonał również aktu poświęcenia sztandaru, poczem delegaci pozamiejscowych Towarzystw składali życzenia i wbijali gwoździe do sztandaru.

Dalszy ciąg obchodu miał miejsce dnia następnego przy udziale około 500 osób obojga płci. Był też obecny niemiecki generalny konsul Dr. Lüttgens z Poznania.

Dnia 11 stycznia br. odbyło się walne zebranie niemieckiego towarzystwa cyklistów w Woli Dąbrowieckiej pow. wolsztyńskiego, na którem wybrano nowy zarząd. W skład zarządu weszli: prezes Alfred Preuss, zastępca prezesa Schelenz Wilhelm, sekretarz Oskar Becker, skarbnik Diehr Alfred i komendant Bronisław Józefowski.

Dnia 10 stycznia br. zostało zwołane zwykłe zebranie klubu sportowego „Hertha" w Rawiczu przy udziale 28 członków.

W powiecie nowotymskim odbyły się miesięczne zebrania tow. cyklistów, a mianowicie 2.1.31 r. w Albertowsku, 4.1.31 w Kąkolewie i 24.1.31 w Paproci.

7. *Życie wyznaniowe*

W dniu 2 stycznia br. Staroluterańska gmina w Poznaniu urządziła obchód gwiazdkowy pod przewodnictwem pastora Hoffmanna, który wygłosił referat o narodzeniu Chrystusa i uczczeniu Dzieciątka.

Dnia 26 stycznia br. odbyło się w Poznaniu zebranie katolickiego niemieckiego towarzystwa młodzieży męskiej pod nazwą „Katholischer Gesellenverein", które zagaił i na którem wygłosił referat Dr. Steuer.

Niemiecki Związek „Landesverband für Innere Mission" urządził w Poznaniu dnia 29 stycznia br., pod kierownictwem superintendenta Rhodego, przedstawienie filmowe pod tytułem „Podróż do Ziemi Świętej". Superintendent Rhode wyjaśnił treść filmu i jego znaczenie oraz mówił o pierwszych chrześcijanach. Zebranych było około 170 osób.

Dnia 4 stycznia br. odbyło się w Krotoszewie, w zborze ewangelickim, zebranie stowarzyszenia młodzieńców, na którem miał wykład przewodniczący związku ewangelickiego stowarzyszenia młodzieży pastor Brummach z Poznania.

Od dnia 23 stycznia do 1 lutego br. odbywały się wykłady religijne w Tłokach Nowych pow. wolsztyńskiego 2 razy dziennie. Naukę wygłaszał misjonarz ewangelicki A. Fenske z Glinna, pow. Nowy Tomyśl.

Od 26 stycznia do 8 lutego br. odbywały się nabożeństwa i wykłady religijne w Przychodzku, pow. nowotomyskiego. Wykłady te miały djakoniski z Więcborka, /Pomorze/.

Od 2 do 8 stycznia br. zorganizowano w Sośni i Kałkowskiem pow. odolanowskiego misje ewangelizacyjne. W Sośni wygłaszał nauki Edmund Steinbach z Więcborka, a w Kałkowskiem pastor Dr. Adam Albert z Ryczywołu, djakon Adolf Adam z Ostrowa i Adolf Pach z Przybysławia.

W dniu 25 stycznia br. odbyły się wybory do zarządu ewangelickiej gminy kościelnej w Chojniku pow. odolanowskiego.

[...]

220

5.6.1932: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Ergänzung des Katasters der deutschen Minderheit

5 VI 1932r.: Urząd Wojewódzki Poznaniu do starostów. Uzupełnienie katastru mniejszości niemieckiej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1732

Życie organizacyjne mniejszości niemieckiej w województwie poznańskiem cechuje jedność celu wszystkich niemal organizacji niemieckiej. Źródłem tej jedności jest, obok może solidarności narodowej Niemców, narzucanie organizacjom podstawowych linij postępowania przez organizację „Deutsche Vereinigung", która dzięki przyjętemu rodzajowi organizacyjnemu stała się naczelną organizacją mniejszości niemieckiej w województwie poznańskiem /również pomorskiem/.

Ponieważ działalność kierowników mniejszości niemieckiej składających się przeważnie z ludzi, którzy zostali już raz skompromitowani znanym procesem „Deutschtumsbundu", przybiera niejednokrotnie, acz skrycie, charakter antypaństwowy, w każdym zaś razie kierownicy ci są wrogami Państwa Polskiego i polskości w ogóle, jest rzeczą zrozumiałą, że dokładne poznanie przez władze administracyjne form życia organizacyjnego Niemców i przeciwstawienia się w miarę sił działalności antypolskiej - jest konieczne.

W nadesłanych swojego czasu księgach narodowościowych opisali Panowie Starostowie wprawdzie, między innymi, organizacje niemieckie znajdujące się na podległych im terenach, lecz dane te przedstawiają się w innem świetle w ujęciu całości materjału, zwłaszcza, że nie w każdym wypadku było Panom wiadomo do jakiej organizacji centralnej i o jakim charakterze dane stowarzyszenie lokalne należy.

Opracowana całość materiału przez Urząd Wojewódzki, oparta nie tylko na podstawie przesłanych przez panów Starostów danych, lecz i na innych źródłach, wymaga jeszcze pewnego uzupełnienia, a ostateczna jej dokładność i celowość zależy w dużej mierze od osobistego zainteresowania się sprawą Panów Starostów. O ile chodzi o inne działy, niż organizacje polityczne, wyodrębnione tak z całości materjału dla swych celów czysto - politycznych, to uzupełnianie materjału będzie polegało niemal wyłącznie na podaniu przez Panów Starostów centrali, do której dane stowarzyszenie lokalne należy, względnie czy dana centrala ma swe filje na podległych Panom terenach. Cały materjał dotyczący organizacyj niemieckich zostanie Panom Starostom przesłany kolejno według działów.

W załączeniu przesyłam dane dotyczące niemieckich organizacyj politycznych, zaraz zaś w ślad za tem otrzymają Panowie materjał dotyczący organizacyj kulturalno-społecznych.

O ile chodzi o uzupełnienie przez Panów Starostów załączonego zbioru, to uzupełnienie to ma dotyczyć uaktualnienia spisu mężów zaufania oraz krótkiego określenia ustosunkowania się do Państwa Polskiego poszczególnych mężów zaufania, względnie podania, czy dany mąż zaufania był już politycznie karany, jak również określenia zdolności osobistej do pracy społeczno-politycznej.

Pozatem uzupełnieniem podadzą Panowie Starostowie dane dotyczące opisanych przy „Deutsche Vereinigung", „Kreiswahlausschussów", które nieoficjalnie istnieją w każdym powiecie, o ile oczywiście dane takie zdołają Panowie zebrać.

Już z załączonego materjału w szczególności z danych dotyczących „Deutsche Vereinigung", można poznać zasady panującego obecnie systemu organizacyjnego mniejszości niemieckiej oraz konieczności zdecydowanej przeciwakcji. Z takich czy innych przyczyn wytaczanie obecnie poszczególnym kierownikom ruchu niemieckiego procesów politycznych jest niewskazane. W celu rozważenia najbardziej celowego sposobu przeciwakcji potrzebna jest dokładna znajomość układu sił politycznych Niemców, oparta na innych przesłankach niż przynależność partyjna, ponieważ w województwie poznańskiem w ogóle mniejszość niemiecka nie jest rozbita na partje /przynajmniej w zasadzie - patrz załącznik/.

W tym celu dołączam Panom Starostom formularz, na którym są wyszczególnione dane. Nadesłane informacje będą o tyle tylko praktycznie pożyteczne, o ile będą wszechstronnie przemyślane a temsamem o ile będą możliwie najbardziej przybliżone do rzeczywistości.

Pozostawiając Panom Starostom w zasadzie swobodę przesłanek, na jakich przy opracowywaniu danych oprą się zależnie od miejscowych okoliczności, podaję jedynie poniżej wyjaśnienia ogólne dotyczące poszczególnych rubryk. I tak, o ile chodzi o rubrykę drugą, to dzieląc wrogich Niemców, na wrogich czynnie i biernie, zechcą Panowie Starostowie do każdych wrogów czynnie zaliczyć nie tylko tych, którzy byli już np. karani za przestępstwa polityczne względnie o charakterze politycznym, albo czynnie występują w agitacji antypolskiej, lecz również i wszystkich tych innych, którzy dali powody do podejrzenia, że są-zależnie od okoliczności-skłonni do czynnej działalności antypaństwowej /np. brali udział w „Grenzschutzu"/. Do wrogich natomiast biernie należy zaliczyć również np. takich, którzy należąc wprawdzie do organizacyj niemieckich albo krytykując działalność władz państwowych, wykazują jednak na ogół raczej bierne ustosunkowywanie się do zagadnień politycznych, choć są nacjonalistami niemieckimi.

Do lojalnych biernie należy zaliczyć wszystkich tych, którzy nie są skłonni do separatyzmu narodowościowego, a jeżeli z konieczności miejscowych warunków należą do jakiejkolwiek organizacji niemieckiej gospodarczej, wyznaniowej lub innej, to przeciwstawiają się nurtującym tam prądom polityczno-narodowościowym, choć z reguły należy uważać należących do organizacji niemieckich, nie dążących do współżycia obu narodowości za usposobionych do polskości wrogo. Tu więc zaliczyć należy tylko wszystkich tych, którzy zagadnieniami polityczno-narodowościowymi wcale się nie zajmują, zwłaszcza zaś pod względem przynależności państwowej są obojętni, będąc usposobienia raczej pacyfistycznego.

Lojalnym czynnie o nadanem znaczeniu są wszyscy ci, którzy wykazali się wyraźnymi czynami na korzyść państwowości czy narodowości polskiej. Tak np. należą

do stowarzyszeń polskich lub dążących do współżycia obu narodowości na terenie Państwa Polskiego, a więc są czynnymi polonofilami względnie pacyfistami.

O ile chodzi o określenie ilości zwolenników „Deutsche Vereinigung", to oprzeć się tu można na całym szeregu okoliczności. Tak np. na zachowaniu się podczas procesu „Graebe c/a Kindermann" w Bydgoszczy, na rozmowach o obecnych kierownikach ruchu niemieckiego, na poddawaniu się wskazówkom mężów zaufania „Deutsche Vereinigung" /p. opis Deutsche Vereinigung/, jak wogóle na ustosunkowywaniu się do tych mężów zaufania.

W ten sam sposób będzie można dojść do przybliżonej liczby skłonnych do opozycji przeciwko „Deutsche Vereinigung". O ile chodzi o opozycjonistów, którzy są wrogo usposobieni do polskości, ta skłonność polegała by więc głównie na tarciach osobistych, względnie chodziłoby o metody postępowania /p. opis „Volkspartei"/.

Opozycja polonofilska względnie pacyfistyczna polegałaby na dążności do współżycia obu narodowości na terenie Państwa Polskiego.

Dane powyższe mają dotyczyć tylko osób dorosłych, tak mężczyzn jak i kobiet, w stosunku do których w ogóle będzie aktualne roztrząsanie tego rodzaju zagadnień, dla zachowania zaś proporcjonalności stosunku, zechcą Panowie Starostowie, jak podano na formularzu, przyjąć granicę wieku lat 18.

Ponieważ dane dotyczące odróżnienia Niemców wrogich i lojalnych są Urzędowi Wojewódzkiemu potrzebne również w pewnych innych celach i to na dzień 1 sierpnia 1932 r. łącznie z danemi uzupełniającymi, dane o politycznych organizacjach niemieckich, zechcą Panowie Starostowie nadesłać sprawozdania do tegoż terminu; o ile jednak uzyskanie danych dotyczących stosunku Niemców do „Deutsche Vereinigung" do tego czasu byłoby niemożliwe, nadeślą je Panowie dodatkowo.

Załączony zbiór jest przeznaczony do osobistego użytku Pana Starosty i referenta opracowującego sprawy narodowościowe.

Za Wojewodę
Walicki
Naczelnik Wydziału Bezpieczeństwa

221

14.2.1933: Wojewodschaft in Poznań an das Innenministerium. Minderheitenlagebericht (Januar 1933)

14 II 1933r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1933r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4587

I. *Sytuacja ogólna*

Deutsche Vereinigung przejawia w miesiącu sprawozdawczym nieco żywszą działalność, wyrazem tego jest informowanie mniejszości niemieckiej o ważniejszych zagadnieniach polityki międzynarodowej i poddanie krytyce, na zebraniach w zamkniętem kółku, posunięć politycznych Polski.

Deutsche Sozialdemokratische Partei wyraża na zebraniu miesięcznem przez usta Goertza zadowolenie z wejścia w życie ustawy o stowarzyszeniach, która umożliwia władzy kontrolę ksiąg, a temsamym skontrolowanie na jakie cele obraca się fundusze zbierane na bezrobotnych. Świadczy to o zaostrzeniu się stosunków między Sozialdemokratische Partei a innemi stowarzyszeniami, w szczególności Deutscher Frauenbund, którego przewodniczącą jest Schnee.

Objęcie władzy w Niemczech przez Hitlera wśród ludności niemieckiej zamieszkałej w Polsce wywołało żywe zadowolenie. Ludność ta bowiem jest przekonana, że Hitler doprowadzi państwo niemieckie do dobrobytu gospodarczego i stanowiska mocarstwowego. Przed mianowaniem Hitlera kanclerzem Rzeszy rozpowszechniano w powiatach, sąsiadujących z województwem pomorskim, że Pomorze w niedługim czasie ma być oddane Niemcom, bądź za zgodą Rządu, bądź za pośrednictwem innych państw. Pogłoski niewątpliwie szerzone są przez przybywających do Polski Niemców, w celu odwiedzenia krewnych.

Na podkreślenie zasługuje odosobniony zresztą zupełnie fakt zgłoszenia się poraz pierwszy do Starosty Powiatowego w Wyrzysku z życzeniami imieninowymi dla Prezydenta Rzeczypospolitej 2 wybitnych Niemców i to ziemianina Ramma oraz pastora Paarmanna.

W życiu kulturalno-oświatowem na pierwszy plan wysuwa się kilka odczytów, urządzonych z inicjatywy Verband für Jugendpflege, o których bliżej w części szczegółowej oraz kilka imprez i zabaw.

W dziedzinie oświatowej daje się obecnie wyraźnie zauważyć osłabienie nasilenia akcji tajnego nauczania, w miesiącu sprawozdawczym nie notowano bowiem żadnego nowego wypadku tajnego nauczania, pozostaje to niewątpliwie w związku z bardzo energicznem wystąpieniem ze strony władz oraz zawisłym w Sądzie Okręgowym w Bydgoszczy procesem przeciwko nauczycielowi Koppowi i djakonowi Reinbergerowi, o czem doniesiono w meldunku doraźnym z dnia 25.1.1933 r. Nr. BN VIII. 13 b/3.

Prasa niemiecka bardzo wielki rozgłos nadała temu procesowi i czyni z niego wielkich rozmiarów aferę polityczną. Pozatem Kreiszeitung, wychodząca w Nowym Tomyślu, zamieściła artykuł pt. „Freiwilliger Arbeitsdienst" w Niemczech i omawia stan tej organizacji, sposób jej organizowania i cele, o czem dokładniej w części szczegółowej. Prasa niemiecka w miesiącu sprawozdawczym każdemu ważniejszemu zdarzeniu, dotyczącemu mniejszości niemieckiej, stara się nadać charakter polityczny i szeroko rozgłosić, bezwątpienia w związku z obradowaniem Rady Ligi Narodów.

W życiu gospodarczem notowano liczne zebrania. Na terenie niejednych powiatów zaobserwować można wzmożoną działalność mniejszości niemieckiej na polu gospodarczem i spółdzielczem. W powiecie wągrowieckim wysiłki mniejszości skierowane są do zniszczenia egzystencyj polskich i opanowania placówek polskich. Niemcy stosując premje i rabaty odciągają polskim firmom klientelę. W rolnictwie, w licznych wypadkach, niemieckie spółdzielnie wypowiadają ciążące na polskich warsztatach rolnych hipoteki, chcąc tą drogą doprowadzić do przymusowej sprzedaży, przyczem nabywcami byłyby spółdzielnie niemieckie.

Również budzi poważne obawy rozdzielony w powiecie inowrocławskim pomiędzy rolników polskich kapitał niemiecki. O tym fakcie doniesiono meldunkiem doraźnym z 14.2.33 r. Nr. BN VIII 10. Kilka zebrań organizacyj spółdzielczych uwzględniono w części szczegółowej.

Z ruchu sportowego zasługuje na uwagę urządzenie z inicjatywy „Deutsche Turnerschaft in Polen" kursu na terenie Gdańska w czasie od dnia 24-29.1.1933 r. Z województwa tutejszego brało w tym kursie udział kilkunastu członków różnych stowarzyszeń sportowych. Przedmiotem kursu miały być różnego rodzaju ćwiczenia nowoczesnej gimnastyki, ćwiczenia lekkoatletyczne i ćwiczenia wojenne.

W życiu wyznaniowem ważnem wydarzeniem był synod krajowy, który obradował w czasie od dnia 24-28.1.1933 r. Dokładne sprawozdanie przedkłada się osobno.

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

„Deutsche Vereinigung" – zebranie

Dnia 11.1. odbyło się w Bydgoszczy z ramienia „Deutsche Vereinigung" posiedzenie w zamkniętym kółku. Obecnych było 60 Niemców. Zebraniu przewodniczył adwokat Spitzer. Referat polityczny wygłosił Wiese. W swoim referacie zaznaczył, że kierunek polityczny Polski jest ściśle przystosowany do polityki Francji, ponieważ Polska jest od niej zależna. Nieszczęśliwym pociągnięciem polityki polskiej było wprowadzenie waluty polskiej, jako środka płatniczego na kolei w Gdańsku. Zarządzenie musiało być cofnięte jako nierealne. W ostatnim czasie Polska starała się o silne poparcie ze strony ententy, którego jednak nie zdołała uzyskać, gdyż Rumunja niedwuznacznie odwróciła się od Polski, a Litwa jest z powodu aneksji Wilna nadal nieżyczliwie ustosunkowana do Polski. Również poddał pewnej krytyce pakt nieagresji zawarty z Sowietami, przedstawiając go za bardzo małowartościowy. Od czasu objęcia przez Min. Becka teki Ministerstwa Spraw Zagranicznych uległ stosunek Polski do Francji również poważnej zmianie ze względu na zmianę w polityce mniejszościowej. Polska bowiem zamierza rozciągnąć równomiernie zasady stosowane w sprawach mniejszościowych na wszystkie kraje, co jednakże nie odpowiada polityce Francji, która ma w Alzacji i Normandji [!] poważny procent mniejszości narodowej. Dalej omawiał Wiese budżet Polski i wywodził, że mimo potanienia środków żywnościowych podwyższono wydatki na wojsko, a szczególnie na uzbrojenie. Następnie omówił adwokat Spitzer przepisy wykonawcze nowej ustawy o stowarzyszeniach zaznaczając, że są one bardzo rygorystyczne dla powstających stowarzyszeń.

„Deutscher Abend" – wykład

Dnia 17.1. odbył się w Bydgoszczy wieczór niemiecki, urządzony przez Arbeitsausschuss, istniejący przy „Deutsche Vereinigung"; udział brało około 300 Niemców. Pastor Just z Sienna wygłosił odczyt na temat „Heimatliches" w którym udowadniał, że niziny nadnoteckie stanowiły za dawnych czasów tylko pustynie i bagna, a dopiero koloniści niemieccy doprowadzili tereny do obecnej kultury. Z tego też powodu winnien każdy Niemiec tę ziemię kochać i nie opuszczać jej nawet gdy los zrządził. że niziny nadnoteckie zostały od macierzy niemieckiej odłączone. Przytem nadmienił, że z tutejszej ziemi pochodzą najwybitniejsi mężowie stanu jak Hindenburg, Ludendorff - dalej Kopernik i inni. Wieczór został zakończony odśpiewaniem różnych piosenek przez chór dziewcząt, dyrygowany przez Kollochową.

„Deutsche Sozialdemokratische Partei" – zebranie

Dnia 21.1. odbyło się w Bydgoszczy zebranie miesięczne członków przy udziale 30 osób. W zebraniu przewodniczył Goertz, który złożył sprawozdanie z urządzonej gwiazdki zaznaczając, że partja zebrała na ten cel 157 zł. a na podarunki wydała 207 zł. przyczem krytykował działalność przewodniczącej „Deutscher Frauenbund" panny Schnee, która odmówiła jemu udzielenia zasiłku dla biednych. W związku z tem wyraził swoje zadowolenie z wprowadzenia nowej ustawy o stowarzyszeniach, która daje władzy możność kontrolowania ksiąg i umożliwi w ten sposób wyjaśnienie niejednych spraw, a przedewszystkiem na jakie cele zostaną użyte pieniądze zebrane na bezrobotnych.

Następnie redaktor Pankratz referował o światowej sytuacji gospodarczej. Omawiając stosunki gospodarcze w Polsce nadmienił, że dzięki temu, że Polska posiada nadmiar produktów rolnych mógłby u nas zapanować dobrobyt, gdyby nie kartele, które w

niesłychany sposób śrubują ceny i uniemożliwiają w ten sposób masom robotniczym nabycie towarów najpotrzebniejszych.

2. *Prasa niemiecka*

Prasa niemiecka bardzo żywo zajmuje się 3 procesami, które ostatnio miały miejsce, zwłaszcza procesem przeciwko nauczycielowi Koppowi i djakonowi Reinbergerowi, wyrażając nadzieję, że nie zostaną ukarani, gdyż nauczali religji. Następnie procesem przeciwko Małgorzacie Krenz, wędrownej nauczycielce niemieckiej, ukaranej 1,5 rokiem więzienia za szpiegostwo i wreszcie słynnym „Pfadfinderprozess", który na skutek wniesionej apelacji rozpoczął się przed Sądem Apelacyjnym w Poznaniu w dniu 31 stycznia i trwał do dnia 3 lutego br. Prasa z radością wita fakt, że oskarżeni Dr. Burchardt, Mielke i Preuss nie zostali skazani za szpiegostwo tylko za „Geheimbündelei" oraz, że obrońcy zapowiedzieli kasację. Kreiszeitung wychodząca w Nowym Tomyślu zamieściła dwa artykuły pod tytułem „Freiwilliger Arbeitsdienst". Z opisu tej organizacji wynika, iż rozrosła się w Niemczech do poważnych rozmiarów w czasie stosunkowo krótkim. W październiku 1931 r. liczyła 106 członków, a w grudniu 1932 r. 285 000 członków. Arbeitsdienst narazie jeszcze ochotnicza praca bezrobotnych, młodych skoszarowanych obywateli niemieckich - zamiana tej pracy na obowiązkową jest dążeniem pewnych jednostek w Niemczech - daje zdaniem autorów artykułów poważne korzyści. Przedewszystkiem wzamian za pracę otrzymują młodzieńcy pokarm, praca fizyczna wpływa dodatnio na strukturę organizmu, system skoszarowania budzi pewną wspólnotę myśli, poczucie powinności pracy oraz spotęgowane poczucie przynależności państwowej.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W życiu kulturalno-oświatowym mniejszości niemieckiej uwagę zwracają wykłady urządzane przez „Deutscher Verband für Jugendpflege" oraz dwumiesięczny kurs dokształcający z zakresu wiedzy ogólnej, odbywający się w „Johannesheim" w Olekszynie pow. gnieźnieńskiego. Znaczną ilość zabaw oraz malo ważnych zebrań uwzględniono w zestawieniu statystycznem.

„Deutscher Verband für Jugendpflege" – wykłady

Dnia 27 stycznia odbył się w Bydgoszczy wykład oświatowy, przy udziale około 200 osób. Odczyt o ostatnich wydarzeniach w świecie wygłosił redaktor „Deutsche Rundschau", Stroess, opierając się na różnych wycinkach z gazet. Mówił, że w skutek świadczeń wojennych przemysł w Niemczech został zupełnie zrujnowany i że dlatego istnieje w Niemczech kilkumiljonowa armja bezrobotnych. Austrja zaś nie mając ani handlu ani przemysłu stała się krajem bardzo ubogim i nie będzie mogła się utrzymać nadal bez cudzej pomocy. Mówiąc o Polsce zaznaczył, że Polska która posiada silny przemysł węglowy i tekstylny może istnieć bez pomocy ze strony państw obcych, przy uregulowanych stosunkach gospodarczych. Najlepiej postawionym krajem jest Francja, która jest państwem zupełnie samowystarczalnym.

Dnia 30 stycznia odbył się dalszy wykład przy udziale 250 uczestników. Prof. Riemmer mówił o stosunkach gospodarczych w Sowietach. Sowiety, w skutek zaprowadzenia piatiletki, zaoszczędziły sobie setki miljonów, które obróciły na budowę pierwszorzędnych gmachów rządowych i zakładów przemysłowych. Plan piatiletki udał się Sowietom tylko dzięki temu, że społeczeństwo zostalo ujęte w silne karby, w szczególności że każdy, który okazał się antyrządowcem, czyli kontrrewolucjonistą, zostawał postawiony pod mur. Podobny rygor winnien być zaprowadzony również w Niemczech, gdzie wszelka praca państwowa jest osłabiona przez stałe waśnie partyjne. Porządek mógłby być zaprowadzony, gdyby na czele Rządu stanął silny mąż. Prof.

Riemmer miał w tym wypadku na myśli Hitlera. Jako dalszy przykład silnych rządów podał Włochy, gdzie Mussolini zdołał zapanować nad całem społeczeństwem.

Szkolnictwo prywatne

W dniu 16 i 17 stycznia do zakładu „Johannesheim" w Olekszynie pow. gnieźnieńskiego - przybyło 17 chłopców w wieku od lat 14-19, którzy mają uczęszczać na 2 miesięczny kurs dokształcający z zakresu wiedzy ogólnej. Wykłady prowadzi Hermann Otto-misjonarz, dozorując stale nad zakładem i Rauhut Otton, djakon z Ciężkowa pow. Szubin. Kurs finansuje ewangelicka misja wewnętrzna w Polsce. Uczestnicy, jak stwierdzono, są synami rolników i członkami „Evangelischer Jungmännerverein".

W grudniu ubiegłego roku powołano do życia „Schulvereiny" w Strzałkowie, Gonicach i Wrześni, które Sąd Grodzki we Wrześni bez dopełnienia przewidzianych w kodeksie cywilnym formalności, to jest uprzedniego powiadomienia władz administracyjnych /§ 61/, zapisał do rejestru stowarzyszeń. Wniosek Starostwa Powiatowego we Wrześni o unieważnienie zapisu zostanie w najbliższych dniach uwzględniony, wskutek czego do wyżej wspomnianych stowarzyszeń będą miały zastosowanie postanowienia nowej ustawy o stowarzyszeniach.

Zestawienie statystyczne

Powiat	Zebrania	Frekw.	Imprezy	Frekw.
Bydgoszcz	-	-	6	ca 850
Chodzież	2	ca 50	-	-
Czarnków	1	20	1	-
Gniezno	-	-	2	ca 300
Gostyń	-	-	1	ca 180
Inowrocław	-	-	2	-
Kępno	-	-	1	-
Krotoszyn	1	-	-	-
Leszno	-	-	2	ca 220
Mogilno	-	-	1	ca 100
Nowy Tomyśl	1	31	1	-
Oborniki	1	-	1	-
Poznań	1	ca 30	1	-
Rawicz	3	69	1	27
Wągrowiec	-	-	1	150
Wolsztyn	2	-	-	-
Września	-	-	1	-
Wyrzysk	2	76	3	ca 670
Razem:	14	ca 320	25	ca 3000

4. *Życie gospodarcze*

W życiu gospodarczem odbył się doroczny zjazd „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft", o którym złożono doraźny meldunek w dniu 24.1.33 r. Nr. BN VIII. 2 a/3.

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft i Bauernverein w licznych miejscowościach odbyły zebrania.

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft – zebrania

Dnia 24 stycznia zebranie w Koźmińcu powiatu krotoszyńskiego. Przemawiali dyplomowany agronom Bussmann z Poznania i sekretarz Witt z Ostrowa.

Dnia 25 stycznia w Izbicznie powiatu krotoszyńskiego, przemawiali także Bussmann i Witt.

Dnia 29.1. w Bralinie, powiatu kępińskiego.

Dnia 3.1. w Rychtalu /13/, powiatu kępińskiego.

Dnia 26.1. w Chojniku, powiatu ostrowskiego.

Dnia 27.1. w Sośniach, powiatu ostrowskiego.

Dnia 14.1. w Rawiczu /42/

Dnia 24.1. w Mieścisku /30/, powiatu wągrowskiego.

Dnia 11.1. w Wągrowcu /40/, referat wygłosił Dr. Swart z Poznania.

Westpolnischer Landwirtschaftlicher Verein urządził zebrania dnia 7.1. w Chmielince /47/, dnia 8.1. w Komorowcach /18/ powiatu nowotomyskiego. Dnia 15.1. w Opalenicy powiatu nowotomyskiego, obecnym był okręgowy kierownik tej organizacji Mantke z Poznania. Omawiano sprawy dotyczące rolnictwa i hodowli inwentarza. Dnia 22.1. odbyło się zebranie w Kąkolewie /30/ powiatu nowotomyskiego.

Bauernverein - zebrania

Dnia 17.1. w Węglewie, powiatu chodzieskiego.

Dnia 28.1. w Nowejwsi Ujskiej, powiatu chodzieskiego.

Dnia 14.1. w Pobiedziskach /32/, powiatu poznańskiego.

Dnia 16.1. w Gołaszynie /83/, powiatu rawickiego.

Dnia 3.1. w Szamotułach /58/

Dnia 8.1. w Dziewierzewie i Żarczynie, powiatu żnińskiego.

Dnia 17.1. w Międzychodzie.

Dnia 24.1. w Mechnaczu /80/, powiatu międzychodzkiego. Na zebranie przybyła szkoła rolnicza z Międzychodu /uczniowie niemieccy/. Uczeń Hübner wygłosił wykład o uprawie roli i odmianie siewów.

Landwirtschaftlicher Kreisverein - Bydgoszcz

Dnia 25.1. odbyło się w Bydgoszczy zebranie członków stowarzyszenia, któremu przewodniczył Falkenthal ze Słupowa powiatu bydgoskiego. Referat wygłosił obszarnik Heinrichsen, mówiąc o taryfach płac dla deputatników i robotnikow folwarcznych. Ponieważ organizacje robotników rolnych żądają dla deputatnikow płacy gotówkowej o 40% powyżej taryfy w zamian za dokonaną obniżkę deputatu w życie i w węglu, byli obszarnicy zniewoleni wypowiedzieć deputatnikom pracę z dniem 1.1.33 r. i zatrudniać ich do dnia 1.3.33 r. jako robotników. Dopiero po uregulowaniu tej kwestji będzie mogło nastąpić nowe zawarcie kontraktów. Następnie zabrał głos Steller i ubolewał nad tem, że małorolni nie mają obecnie sposobności zarobkowania jako robotnicy sezonowi u obszarników w głębi Niemiec. Dalej polecił Steller obszarnikom zgłaszać wszelkie zatrudniania chałupników względnie porzucanie przez nich pracy w Związku Niemieckich Pracodawców /Arbeitsgeberverband w Poznaniu/. W końcu apelował do rolników, ażeby mimo krytycznego położenia nie porzucali zagród swych ojców i praojców, gdyż zmiana na lepsze nastąpić musi. Jako ostatni wygłosił botanik Fryc Krause referat o chorobych roślinnych i o środkach zapobiegawczych.

Spółdzielczość niemiecka

Spółdzielczość niemiecka rozwija się na ogół dobrze, nie walczy z takiemi poważnemi trudnościami finansowymi jak polska, dowodem tego poniższe oświadczenie

dyrektora Rollauera: Jedynie Ein- und Verkaufsgenossenschaft w Sierakowie, powiatu międzychodzkiego, nie robi tych interesów, jak do niedawna. Przyczyną jest zmiana na stanowisku kierowniczem spółdzielni, obecny kierownik Kroell Otto nie posiada tego talentu kupieckiego, jaki miał poprzednik Schendel. W Rogoźnie powiatu obornickiego odbył się 3 dniowy kurs „prowadzenia ksiąg handlowych i podatkowych". Kurs zorganizował Machatszek z Poznania. Udział brało 25 osób narodowości niemieckiej.

Dnia 16-18.1 w Białośliwcu, powiatu wyrzyskiego, odbył się kurs dla członków Zarządów i Rad Nadzorczych Niemieckich Spółdzielni, który prowadził niejaki Stenk Rudolf, rewizor ksiąg z Bydgoszczy. W kursie wzięło udział 25 osób. Stenk wykładał o prawie spółdzielczym, o przepisach wekslowych i rachunkowości.

Dnia 24.1 odbyła się w Lesznie „Unterverbandstagung Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaften" przy udziale delegatów z powiatu leszczyńskiego i sąsiednich. Udział w tem zebraniu był bardzo liczny, a obradom przewodniczył „Unterverbandsdirektor" Netz z Leszna. Na zjazd ten przybył z Poznania Dyrektor Rollauer, który wygłosił referat „Die wirtschaftliche Lage und die deutschen Genossenschaften in Polen". W referacie tym twierdził mówca, że spółdzielnie niemieckie w Polsce w roku 1932 bardzo dobrze prosperowały i że niemieckie spółdzielnie bankowe „Kredit" w ciągu swego 7-letniego istnienia bardzo pomyślnie się rozwijały. Następny mówca, Dyrektor Geisler z Poznania, mówił obszernie na temat „Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse". Referatu słuchali obecni z wielkim zainteresowaniem i w ożywionej dyskusji wyrazili referentom uznanie za ich działalność i zgodność ich poglądów. Przystąpiono również do wyboru nowego zarządu „Unterverbandu", do którego wybrano na dyrektora Hermanna Netza z Leszna, a na jego zastępcę Heydebranda z Osieczny.

Dnia 18.1. odbyło się w Konarzewie, powiatu krotoszyńskiego, zebranie podokręgu Związków Niemieckich Spółdzielni powiatu krotoszyńskiego, na które przybyli delegaci Deutsche Genossenschaftsbank w Krotoszynie, Mleczarni spółdzielczej w Krotoszynie, Kreditvereinu z Ostrowa, Ein- und Verkaufsgenossenschaft w Krotoszynie i w Kobylinie, Spar- und Darlehnskasse z Krotoszyna, Konarzewa, Koźmińca, Głuchowa, Raszkowa i Jutrosina. Jako przedstawiciele Głównego Zarządu Związku przybyli dyrektor Geisler i sekretarz związkowy Weber z Poznania. Przewodniczył dyrektor podokręgu Stöber z Konarzewa. Program obrad obejmował dwa referaty i wybór zarządu podokręgu. Pierwszy referat wygłosił sekretarz związkowy Weber na temat „Położenie gospodarcze a spółdzielnie", w którym przedstawiwszy ogólną sytuację ekonomiczną kraju, poruszył zagadnienia przystosowania działalności niemieckich spółdzielni do obecnego kryzysu. Następny wykład dyrektora Geislera dotyczył handlu produktami rolniczemi i artykułami potrzebnemi do prowadzenia gospodarstwa rolnego i udzielania wskazówek co do ceny zakupu, sprzedaży i magazynowania towarów przez spółdzielnie. Nad obu referatami wywiązała sie dyskusja, w której podkreślano harmonijną współpracę spółdzielni z Związkiem i bardzo żywe zainteresowanie się członków działalnością spółdzielczą. Przez aklamację wybrano dotychczasowy zarząd podokręgu krotoszyńskiego, w skład którego wchodzą Stöber z Konarzewa jako dyrektor i Krügel ze Zamysłowa jako jego zastępca. Po zebraniu uczestnicy pozostali jeszcze w lokalu na pogadance do późnego wieczoru, przyczem sekretarz związkowy Weber wygłosił przemówienie, w którem nawoływał obecnych do zgody i solidarności narodowej.

Zestawienie statystyczne

Powiat	Zebrania	Frekwencja
Chodzież	2	-
Kępno	2	ca 30
Krotoszyn	3	-
Międzychód	4	ca 120
Nowy Tomyśl	5	ca 120
Ostrów	2	-
Poznań	2	ca 230
Rawicz	2	ca 125
Szamotuły	1	58
Wągrowiec	2	70
Wyrzysk	2	ca 70
Żnin	4	-
Razem:	31	ca 1 000

5. *Życie zawodowe*

„Posener Handwerkerverein" urządził w dniu 15.1. w Poznaniu wieczorek familijny, w którym brało udział 250 osób.

6. *Życie sportowe*

Ruch sportowy wykazuje dość znaczną ilość imprez i zebrań, które ze względu na małe znaczenie podaje się w zestawieniu statystycznym. Poważniejszą imprezą jest obchód 72 rocznicy istnienia „Männerturnvereinu".

Männerturnverein – 72 rocznica istnienia

W dniu 14.1 odbyła się w Poznaniu zabawa Towarzystwa niemieckiego Männerturnvereinu z okazji 72 rocznicy istnienia towarzystwa. Podczas zabawy o godz. 21.15 do 23.30 urządzono na scenie 7 pokazów ćwiczebnych gimnastyki wolnej. Ćwiczeniami kierował naczelnik towarzystwa Krause. Udział brało około 300 osób.

Zestawienie statystyczne

Powiat	Zebrania	Frekw.	Imprezy	Frekw.
Kościan	1	15	-	-
Krotoszyn	-	-	2	-
Leszno	-	-	1	ca 160
Międzychód	-	-	1	-
Nowy Tomyśl	2	82	-	-
Poznań	-	-	1	ca 300
Rawicz	2	37	-	-
Szamotuły	1	54	-	-
Wolsztyn	6	-	-	-
Żnin	3	-	-	-
Razem:	15	ca 250	5	ca 700

7. *Życie wyznaniowe*

Poświęcenie dzwonów

Ważniejszym zdarzeniem była uroczystość poświęcenia dzwonów „St. Paulikirche" w Poznaniu. Na uroczystość, która odbyła się w dniu 8.1. przyjechał pastor Staemmler z Jena. Po poświęceniu odbyła się w kościele konferencja przy udziale 2000 osób, na której generalny superintendent Dr. Blau dziękował gminie za ofiarność, a pastor Staemmler przedstawił powstanie gminy i rozwój jej przez 17 lat, kiedy był duszpasterzem w tej gminie.

Misja religijna

W czasie od 8–12.1. urządziła „Gemeinschaft für Entschiedenes Christentum" misję religijną w Rąbczynie, powiatu wągrowieckiego.

Wieczór misyjny

Dnia 25.1. odbył się w Dobrzycy, powiatu krotoszyńskiego, wieczór misyjny, na którym dwaj seminarzyści seminarium misyjnego wygłosili wykłady z przezroczami o pracy misyjnej w Chinach.

Dr. Hildt – odczyt

W dniu 7.1. odbył się w Poznaniu w kościele św. Krzyża odczyt pastora Dr. Hildta pod tytułem „Czy kościół chrześcijański jest zażydzony". Udział brało około 200 osób.

8. *Varia*

Pobyt wyższych urzędników niemieckich w Polsce

Dnia 20.1. przybyli do Polski przez przejście graniczne w Jeziorkach, powiatu chodzieskiego, nadprezydent Bülow z żoną, Regierungsoberinspektor Jahnke oraz szofer Weissert. Wymienieni byli między innemi u Pana Wojewody oraz Konsula generalnego niemieckiego Dr. Lüttgensa, gdzie odbywał się raut.

Dnia 21.1. Jahnke i Weissert opuścili Polskę, a Bülow miał udać się do Katowic a następnie na Śląsk niemiecki. Nie zauważono aby wymienieni stykali się z osobami podejrzanemi.

Finansowanie wybitnych działaczy niemieckich

Zauważono, że Niemcy na terenie powiatu ostrowskiego otrzymują dość często przesyłki pieniężne. I tak pastor Jerzy Mudrack z Chojnika powiatu ostrowskiego otrzymał w grudniu 1932r. 120 zł. z Kreditverein Spółdzielnia w Poznaniu oraz 300 franków z Danziger Privat-Aktienbank. Ten ostatni bank przekazał rolnikowi z Granowca Pawłowi Schwannowi kwotę 693 zł., a Janowi Kubicy z Granowca kwotę 172 zł. Rzekomo mają być to zwroty niemieckiej pożyczki wojennej.

Ustalono, że pastor Grimm z Pakosławia powiatu rawickiego w okresie sprawozdawczym otrzymał z Schlesische Landwirtschaftliche Bank w Wrocławiu sumę 2346 mkn. oraz z Kreditvereinu w Poznaniu 1062 zł. zapomogi na krzewienie niemczyzny w Polsce.

[...]

222

30.3.1933: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Bevollmächtigung des Lehrers Jan Fajtka zur Materialsammlung über nationale Aspekte im Bildungswesen
30 III 1933r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Pełnomocnictwo dla nauczyciela Jana Fajtki do zbierania materiałów na temat aspektów narodowych w oświacie

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1561

Pan Kurator Okręgu Szkolnego w Poznaniu upoważnił p. Jana Fajtka, nauczyciela szkoły powszechnej, przydzielonego do pracy w Kuratorjum Okręgu Szkolnego Poznańskiego w charakterze okręgowego instruktora oświaty pozaszkolnej, do zasięgania u władz i urzędów państwowych informacyj i zbierania materjałów, dotyczących kwestji niemieckiej w ramach zagadnień szkolno-oświatowych.

Pan Fajtek legitymować się będzie, poza zwykłą legitymacją urzędniczą /nr. 4307/33/, specjalnem, wydanem mu przez Kuratora Okręgu Szkolnego Dr. M. Pollaka, pisemnem zaświadczeniem.

Urząd Wojewódzki prosi o ułatwienie wymienionemu zbierania potrzebnych danych oraz o udzielanie mu wyczerpujących informacyj.

Za Wojewodę
M. Rakowski
w/z Naczelnika Wydz. Bezpieczeństwa

223

14.6.1933: Wojewodschaft in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1933)
14 VI 1933r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1933r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4587

1. *Sytuacja ogólna*

Działalność Deutsche Vereinigung w miesiącu sprawozdawczym szła w dwu kierunkach, a mianowicie nauczania języka i pisowni niemieckiej przez wędrownych nauczycieli oraz interwencji w sprawie udzielania pożyczek znajdującym się w trudnej sytuacji materjalnej Niemcom, obywatelom polskim.

Deutsche Sozialdemokratische Partei nie wykazała w miesiącu sprawozdawczym żadnej działalności.

Niemiecki Związek Kulturalno-Gospodarczy napotyka w swej pracy na trudności ze strony Deutsche Vereinigung, która nie chce dopuścić, aby Związek na terenie województwa poznańskiego uzyskał większą ilość członków.

Zainteresowanie się stosunkami panującemi w Rzeszy i Gdańsku, a szczególnie Hitlerem, trwa nadal wśród mniejszości niemieckiej. Okazuje nawet większe ożywienie, dowodem czego jest fakt, że w pogadankach „Frauenverein der Gustaw-Adolf Stiftung", a więc organizacji o charakterze charytatywnym, roztrząsane były posunięcia Hitlera.

Prasa niemiecka porusza i komentuje aktualne dla mniejszości niemieckiej zagadnienia.

W dziedzinie kulturalno-oświatowej odbyło się kilka imprez i zebrań.

Prywatne szkolnictwo niemieckie w miesiącu maju rozwijało nieco szerszą działalność niż w poprzednich miesiącach sprawozdawczych.

Życie gospodarcze mniejszości niemieckiej ucierpiało wskutek kryzysu, objawem czego jest zamierzona likwidacja kilku spółdzielń.

W szeregu wypadkach zanotowano charakterystyczny przejaw zwracania się dawnych osadników Niemców, zamieszkałych obecnie w Rzeszy w formie listów poleconych do teraźniejszych posiadaczy osad z zawiadomieniem, że tak oni jak i ich prawni zastępcy nie zrezygnują ze swoich praw do osady.

Ruch sportowy mniejszości niemieckiej nie okazał większego ożywienia.

Życie wyznaniowe objawiło żywszą działalność z powodu wizytacji superintendenta dr. Blau'a kilku parafji ewangelickich oraz urządzenia kilku zebrań przy znacznej ilości uczestników.

[...]

1. *Życie polityczne*

Deutsche Vereinigung

„Deutsche Vereinigung" rozwija w dalszym ciągu swą działalność nielegalnego nauczania przez wędrownych nauczycieli, którym stale przesyła zapomogi pieniężne do różnych miejscowości, w województwach poznańskim i pomorskim. Akcją kieruje nadal Mielke.

Za pośrednictwem „Deutsche Vereinigung" okoliczni mieszkańcy narodowości niemieckiej otrzymują pożyczki z instytucyj zagranicznych. Są to przeważnie drobni właściciele gospodarstw i warsztatów pracy. „Deutsche Vereinigung" dokłada wszelkich starań, by utrzymać, a nawet rozszerzyć dotychczasowy stan posiadania wśród mniejszości niemieckiej.

Deutscher Zentralverein

Wybitniejsci działacze niemieccy z terenu miasta Bydgoszczy i okolicy tworzą nową organizację polityczną pod nazwą „Deutscher Zentralverein", z siedzibą w Bydgoszczy. Organizacja ta ma zastąpić prawdopodobnie były „Deutschtumsbund". Inicjatorzy zgłosili ją w drugiej połowie maja w Starostwie Grodzkim w Bydgoszczy jako stowarzyszenie zwykłe.

2. *Prasa niemiecka*

Prasa niemiecka w miesiącu sprawozdawczym szeroko rozpisuje się o zagadnieniach aktualnych dla mniejszości. „Posener Tageblatt" wyraża swoje niezadowolenie z powodu zarządzeń kilku inspektorów szkolnych, w sprawie nauczania w publicznych szkołach niemieckich wyłącznie w języku polskim nauki historji i geografji. A także pisze „Posener Tageblatt", że szkoły prywatne ma dotknąć ten cios, że obok języka polskiego ma być nauczana historja i geografja w języku polskim. Artykuł kończy się stwierdzeniem, że podczas gdy Hitler i Rząd Rzeszy z żelazną dyscypliną czuwa nad utrzymaniem i rozwojem dobrowolnie stworzonego w Rzeszy szkolnictwa polskiego, odpowiedzią ze strony Polski jest kontynuacja taktyki zmarłego polskiego Ministra Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego zmierzającej w kierunku spolszczenia szkół niemieckich.

Również opisuje „Posener Tageblatt" proces przeciwko Kernchen'owi z Reńska, powiatu kościańskiego, który ukarany został na podstawie art. 27 rozp. o wykroczeniach nakazem karnym we wysokości 50 zł. o czem doniesiono pismem z dnia 23.1.1933r. Nr. BN VIII.7/5. W miesiącu sprawozdawczym sprawa znalazła się na wokandzie sądowej i Kernchen został ukarany karą pieniężną we wysokości 100 zł. za urządzenie zgromadzenia bez zezwolenia władzy.

Prasa niemiecka podaje także do wiadomości czytelników zdarzenia ważniejsze, które miały miejsce w Rzeszy, nie zaopatruje jednakże wiadomości tych w komentarze.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W życiu kulturalno-oświatowem mniejszości niemieckiej na uwagę zasługuje kilka imprez znaczniejszych, resztę uwzględniono w zestawieniu statystycznym.

Ewangelicki chór - koncert

Dnia 14.5. odbył się w Lesznie koncert chóru przy udziale 500 uczestników, zorganizowany przez superintendenta dr. Smenda, który wygłosił mowę okolicznościową religijną.

Gemischter Chor w Poznaniu - przedstawienie teatralne

W dniu 5.5. odegrali członkowie obok wymienionego towarzystwa, w Poznaniu, przedstawienie teatralne pt. „Hokus-Pokus". W przedstawieniu wzięło udział około 400 osób.

Ewangelickie chóry pozaunistów - uroczystość

W dniu 21.5. odbyła się w Łubowie, powiatu gnieźnieńskiego, w ogrodzie gminy ewangelickiej uroczystość ewangelickich chórów kościelnych. W uroczystości brało udział około 120 członków różnych chórów, około 700 osób przybyłych z okolicznych miejscowości oraz kilku pastorów, z których dwaj wygłosili krótkie o treści religijnej przemówienia okolicznościowe.

Männerchor der Evangelischen Luther Gemeinde – zabawa

W dniu 21.5. odbyła się w Poznaniu zabawa chóru męskiego z udziałem około 150 osób. Okolicznościowe przemówienie w związku z urządzeniem zabawy wygłosił prezes chóru.

Wycieczka Niemców z kilku powiatów

Dnia 28.5. Niemcy z miasta Śmigla, powiatu kościańskiego, urządzili wycieczkę do Błotkowa, własności Ottona Förstera z Boguszyna, gdzie nastąpiło spotkanie się z Niemcami przybyłymi z powiatu leszczyńskiego i wolsztyńskiego. Zjechali się oni do Błotkowa samochodami, rowerami i powózkami. Obecnych było około 100 osób. Właściciel majątku Förster uprzedzony o mającej się odbyć wycieczce poczynił przygotowania na przyjęcie około 300 osób. Wycieczkowcy obozując w lesie zainstalowali radjo i mieli tamże czynną kuchnię.

Szkolnictwo prywatne

Dnia 19.5. odbyło się w prywatnem gimnazjum niemieckiem w Inowrocławiu walne zebranie „Schulvereinu", pod przewodnictwem prezesa tej organizacji pastora Diestelkampa. Obecnych było około 120 osób. W toku obrad omawiano budżet roczny gimnazjum za rok ubiegły, który wynosi 78 000 zł. Z tego pokrył „Schulverein" w Bydgoszczy 46 000 zł., a reszta została pokryta ze składek czesnego od poszczególnych uczni i w przeważnej sumie przez dobroczyńcę mniejszości niemieckiej przemysłowca Levego z Inowrocławia. Następnie przemianowano uchwałą obecne 4 klasowe gimnazjum przygotowawcze na 7 klasową prywatną szkołę powszechną. Uchwała ta wejdzie w życie z chwilą nastania nowego roku szkolnego.

W dniu 14.5. odbyło się w Rawiczu nadzwyczajne zebranie organizacji „Deutscher Schulverein" przy udziale 15 mężczyźn, 60 kobiet i 30 dzieci. Zebranie zwołał miejscowy pastor Schatz Teobald z okazji urządzenia obchodu „Dnia Matki". Pastor Schatz wygłosił referat o wychowaniu młodzieży w duchu niemieckim i w wierze ewangelickiej.

W dniu 18.5. odbyło się w Rawiczu zebranie „Deutscher Schulverein" przy udziale 50 członków zwołane przez pastora Schatza, który podał do wiadomości zebranym, że z końcem bieżącego roku szkolnego zostanie niemieckie prywatne gimnazjum zamknięte.

Na zebraniu uchwalono wysłać prośbę do Kuratorjum Okręgu Szkolnego w Poznaniu o pozostawienie uczelni na dotychczasowych warunkach.

Tajne nauczanie

Dnia 12.5. Posterunek Policji w Mikstacie powiatu kępińskiego zastał na tajnym nauczaniu nauczyciela wędrownego Kasnera Gintera, ur. 27.7.1901 r. w Pandawie koło Berlina, zamieszkałego w Dobrzycu powiat Krotoszyn oraz siłę pomocniczą Senkównę Wandę zamieszkałą w Strzyżewie powiat Krotoszyn. Wyżej wymienieni udzielali lekcji języka niemieckiego w słowie i w piśmie oraz egzaminowali dzieci Eljasa Adolfa. Na stole leżały podręczniki i przybory szkolne, otrzymane od Schulabteilung - Hauptgeschäftsstelle der deutschen Abgeordneten und Senatoren w Bydgoszczy, przyczem znaleziono dyktanda podyktowane przez nauczyciela Kasnera.

Zestawienie statystyczne

Powiat	Zebrania	Frekwencja	Imprezy	Frekwencja
Czarnków	-	-	3	ca 350
Gniezno	-	-	3	ca 1 000
Kościan	-	-	1	ca 300
Krotoszyn	3	ca 100	1	-
Leszno	1	14	1	ca 500
Międzychód	1	40	-	-
Nowy Tomyśl	14	ca 300	5	-
Ostrów	1	-	-	-
Poznań	-	-	2	ca 550
Rawicz	2	ca 145	1	-
Szubin	-	-	1	ca 330
Wolsztyn	1	25	-	-
Wągrowiec	1	25	-	-
Wyrzysk	1	-	1	ca 70
	25	ca 680	19	ca 3 200

4. *Życie gospodarcze*

Życie gospodarcze mniejszości narodowej niemieckiej nie wykazuje działalności zasługującej na uwagę.

Landwirtschaftlicher Kreis Verein – zebranie

Dnia 17.04 odbyło się zebranie „Landwirtschaftlicher Kreis Vereinu" w Bydgoszczy przy udziale około 40 członków.

Zebraniu przewodniczył prezes tej organizacji Falkenthal ze Słupowa, pow. bydgoskiego, który omawiał położenie rolników w kraju i zagranicą. Zdaniem jego rolnicy w Niemczech są znacznie lepiej sytuowani niż w Polsce, ponieważ ceny w Niemczech za inwentarz są stosunkowo wysokie, a przy tem rolnicy nie są obciążeni tak wysokimi podatkami i świadczeniami socjalnymi jak w Polsce.

Następnie dokonano wyboru nowego zarządu, w skład którego weszli: przewodniczący Falkenthal, sekretarz Steller Emil. W dalszym ciągu obrad inż. Platte z Poznania wygłosił referat o uprawie łąk. Przy końcu obrad omawiano sprawy natury gospodarczej i wewnętrzno-organizacyjne.

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft – zebrania

Z ramienia „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" odbyły się zebrania:
w dniu 7.5. w Miedzichowie /14/, pow. nowotomyskiego
w dniu 6.5. w Sośniczce, pow. krotoszyńskiego
w dniu 10.5. w Konarzewie, pow. krotoszyńskiego
w dniu 21.5. w Strzyżewie, pow. krotoszyńskiego
w dniu 28.5. w Gumienicach, pow. krotoszyńskiego
w dniu 14.5. w Wieczynie /12/, pow. jarocińskiego
w dniu 20.5. w Nowem-Mieście /5/, pow. jarocińskiego
w dniu 6.5. w Gołańczy /35/, pow. wągrowieckiego.

Landwirtschaftlicher Verein – zebranie

Z inicjatywy „Landwirtschaftlicher Verein" odbyły się następujące zebrania:
w dniu 7.5. w Bydgoszczy /30/
w dniu 30.5. w Zaniemyślu /20/, pow. średzkiego
w dniu 19.5. w Chmielince /9/, pow. nowotomyskiego
w dniu 20.5. w Pąchach /39/, pow. nowotomyskiego
w dniu 21.5. w Grudzie /23/, pow. nowotomyskiego

Bauernverein - zebrania

Bauernverein odbył zebrania:
dnia 19.5. w Szamotułach /32/
dnia 17.5. w Dusznikach /22/, pow. szamotulskiego
dnia 23.5. w Pniewach /60/

Spółdzielczość niemiecka

W miesiącu sprawozdawczym odbyły walne zebrania „Verband Deutscher Genossenschaften" oraz „Landesgenossenschaftsbank", o przebiegu których doniesiono pismem z dnia 26.5.33 r. Nr. BN VIII 2b/3 oraz z dnia 27.5.33 r. Nr. BN VIII 2b/4.

Zentralgenossenschaft – wykup objektu z rąk polskich

Młyn parowy obywatela Antoniego Kaczmarka w Wielichowie, pow. kościańskiego, z powodu upadłości zamierza nabyć „Zentralgenossenschaft" w Poznaniu i to z powodu tego, że wierzyciel „Westbank" w Wolsztynie ma na hipotece nieruchomości Kaczmarka 6 000 dolarów amerykańskich a reflektantów polskich z kapitałem na wyżej wspomniany młyn brak.

Spar- und Darlehnskasse Silna Nowa – straty

Dnia 22.5. odbyło się walne zebranie członków „Spar- und Darlehnskasse" Silna Nowa, pow. nowotomyskiego, przy udziale 33 mężczyzn. Na zebraniu zdał ustępujący zarząd sprawozdanie z działalności za rok ubiegły poczem nastąpił wybór nowego zarządu i rady nadzorczej. Z sprawozdania kasowego wynikało, że spółdzielnia poniosła w roku ubiegłym straty na sumę 1 846 zł., powstałych przez udzielenie kredytu bez należytego zabezpieczenia.

Genossenschaftsbank w Nowym Tomyślu - przewidywana likwidacja

„Genossenschaftsbank" w Nowym Tomyślu przejął przedsiębiorstwo Roja z Glinna /tartak parowy/ z wszelkimi aktywami i pasywami. Zadłużenie Roja, przejęte przez tę spółdzielnię, wynosi około 600 000 zł. W tym wypadku straty banku wyniosą prawdopodobnie około 2/3 powyższej sumy. Również liczni Niemcy - kupcy w Nowym Tomyślu, którzy uchodzili za zamożnych, w rzeczywistości są zadłużeni od 20 - 30 000 zł. w tymże banku.

W połowie maja odbyło się walne zgromadzenie tej spółdzielni, na którem członkowie domagali się pociągnięcia do odpowiedzialności członków zarządu i rady nadzorczej za lekkomyślną gospodarkę.

Członkowie będą musieli prawdopodobnie dopłacić, a ponieważ większość członków to rolnicy, popadnie około 250 rolników niemieckich na skutek tego w trudności płatnicze. Walne zgromadzenie miało burzliwy przebieg, trwało od godz. 16–24-tej i nie zostało ukończone. Zanosi się na likwidację na wstępie wspomnianego banku.

Ein- und Verkaufsgenossenschaft w Rogowie - zamierzona likwidacja

Dnia 15.5. odbyło się roczne walne zebranie spółdzielni „Ein- und Verkaufsgenossenschaft" w Rogowie, pow. żnińskiego. Kierownik spółdzielni zdał sprawozdanie z działalności rocznej, z którego wynika, że spółdzielnia zamknęła rok obrachunkowy z deficytem około 19 000 zł.

Obradowano nad kwestją likwidacji wspomnianej spółdzielni, jednak ostatecznej decyzji nie powzięto. W sprawie tej ma być zwołane nadzwyczajne walne zebranie w porozumieniu się z centralą Raiffeisena w Poznaniu.

Zestawienie statystyczne

Powiat	Zebrania	Frekwencja
Bydgoszcz	2	ca 70
Jarocin	2	27
Krotoszyn	4	-
Nowy Tomyśl	6	ca 140
Poznań	2	ca 1 100
Rawicz	1	30
Środa	1	20
Szamotuły	3	114
Szubin	1	18
Żnin	1	-
	23	ca 1 600

5. *Życie zawodowe*

Dnia 4.5 odbyła się w Sątopach pow. nowotomyskiego, konferencja nauczycieli niemieckich zarządzona przez inspektora szkolnego w Nowym Tomyślu. W konferencji brało udział 13 nauczycieli. Nauczyciel Spatta z Sątop wygłosił wykład na temat: „Praca społeczna nauczycieli na wsi niemieckiej". Wykład rzeczowo opracowany, utrzymany na poziomie na wskroś lojalnym i wskazującym na dodatnie strony współpracy nauczycieli niemieckich z Państwem oraz wskazujący tendencyjne naświetlanie różnych faktów przez prasę niemiecką w Polsce, wywołał dodatnie wrażenie na obecnych a zakończony został apelem do kolegów, aby przy okazji codziennego stykania się z ludnością beznamiętnie a rzeczowo przedstawiali sprawy zabarwione przez pewne czynniki tendencyjne. Po wykładzie odbyła się dyskusja w ramach wygłoszonego wykładu.

6. *Życie sportowe*

W okresie sprawozdawczym niejedne z istniejących na terenie tutejszego województwa stowarzyszeń sportowych niemieckich przejawiały swoją działalność w kierunku organizowania zebrań, zabaw wiosennych i wycieczek, które uwzględniono w zestawieniu statystycznym. Szczególnie towarzystwa cyklistów z „Westpolnische Rad-

fahrerbund" starają się urządzić zabawy w swych siedzibach w celu zasilania funduszów. „Westpolnischer Radfahrerbund" przygotowuje się do urządzenia rocznego zjazdu towarzystw cyklistów niemieckich, prawdopodobnie w Nowym Tomyślu i to jeszcze w miesiącu czerwcu br.

Prezes wymienionej organizacji, budowniczy Schmidtchen Otto z Nowego Tomyśla, będąc w dniu 25.5 na walnem zgromadzeniu towarzystwa cyklistów „Edelkron" w Kąkolewie, wygłosił do nowowybranego zarządu przemówienie, w którem nawoływał członków do zgody i współpracy / w towarzystwie tem zachodziły w ubiegłym roku tarcia na tle wyboru zarządu/, przyczem nadmienił, że dawniejszy prezes Karol Adam, działał ze szkodą dla organizacji, naraził kilku członków na kary ze strony władz administracyjnych a przedewszystkiem, że pracował rzekomo przychylnie dla polskości, za co też został znienawidzony przez większość członków młodzieży.

Powołanie do życia wygasłej organizacji sportowej

W końcu kwietnia br. powołano do życia wygasłą swego czasu organizację sportową „Turnverein Jahn" w Czewujewie, pow. żnińskiego. Organizacja liczy 13 członków ćwiczących i 16 członków niećwiczących. Organizacja wniosła do Starostwa odpowiednie podanie, które dotychczas rozpatrzone nie zostało, ponieważ w tej sprawie przeprowadzone są badania.

Zestawienie statystyczne

Powiat	Zebrania	Frekwencja	Imprezy	Frekwencja
Chodzież	2	ca 40	2	ca 40
Inowrocław	-	-	1	-
Krotoszyn	1	10	1	-
Leszno	-	-	1	ca 300
Nowy Tomyśl	-	-	3	-
Oborniki	1	20	-	-
Szamotuły	1	25	-	-
Wolsztyn	-	-	1	50
	5	ca 95	9	ca 700

7. *Życie wyznaniowe*

Wizytacja kościoła

W miesiącu sprawozdawczym dokonał superintendent Blau wraz z komisją wizytacyjną wizytacji kościołów i cmentarzy na terenie powiatu szubińskiego i bydgoskiego. Wizytacja trwała kilka dni. Podczas wizytacji odprawiono w kościołach nabożeństwa, przyczem okolicznościowe kazania wygłaszali pastorzy z komisji. Po nabożeństwie rozmawiali pastorzy z starszymi mieszkańcami. W czasie wizytacji egzaminowano dzieci szkolne z religji. Komisja była w następujących miejscowościach w powiecie szubińskim: w Szubinie, Słonawach, Smolnikach, Godzmierzu, Sosnówcu, Łabiszynie, Rynarzewie, w powiecie bydgoskim: w Łęgnie, Siennie, Włókach, Osielsku i innych, w powiecie wyrzyskim: Drzewianowie.

Dnia 14.5. odbyło się w Jabłonnie powiatu wolsztyńskiego nabożeństwo sekty religijnej /„Zdecydowanych Chrześcijan"/ przy udziale 500 osób obojga płci z hrabiną Schlieffen z Wioski na czele.

Ewangelicki Tydzień kościelny

Staraniem Landesverband für Innere Mission odbył się w Poznaniu w dniach od 5 do 11.5.1933 r. ewangelicki tydzień kościelny, w którym wzięło udział 60 pastorów z województw poznańskiego, pomorskiego i śląskiego oraz 6 pastorów z państw skandynawskich w charakterze gości. Podczas wspomnianego tygodnia kościelnego odbywało [!] się przez wszystkie cztery dni stale po trzy misyjne zebrania dziennie, poświęcone różnym zagadnieniom misyjno-kościelnym z dyskusjami na tematy „nauka usprawiedliwienia według Lutra", „nauka usprawiedliwienia o nowym testamencie", „o nowych drogach w szkolnictwie misyjnym", o „terminie konfirmacyjnym" itp. Wszystkim konferencjom przewodniczył generalny superintendent Dr Blau z Poznania.

Uroczystość religijna w Kruszwicy

W dniu 28.5. odbyła się w Kruszwicy, powiatu mogileńskiego, uroczystość religijna Związku Młodzieży Zdecydowanych Chrześcijan przy udziale 350 osób z powiatów mogileńskiego, inowrocławskiego i bydgoskiego. Przebieg uroczystości był wyłącznie religijny. W tym samym dniu przybyła do Kruszwicy wycieczka Policji Państwowej z powiatu nieszawskiego /ca 30/, co na uczestników uroczystości zrobiło wrażenie, jakby umyślnie ściągnięto policję.

Evangelische Gemeinschaft - zjazd

Dnia 21.5 odbył się w Osieku, powiatu wyrzyskiego, zjazd młodzieży niemieckiej z okolicznych miejscowości jak i powiatów sąsiednich szubińskiego, wągrowieckiego i chodzieskiego. O godz. 10-tej odprawiono nabożeństwo przy udziale około 400 osób, naukę wygłosił pastor Schulz. O godz. 12-tej odbył się wspólny obiad w ogrodzie u pastora Hermanna. Żywność dostarczyli Niemcy z parafji osieckiej. O godz. 15-tej odbyło się nabożeństwo, które odprawił pastor Hermann i wygłoszono naukę o treści religijnej. O godz. 19-tej odbyło się ściślejsze zebranie w mieszkaniu pastora Hermanna, co omawiano nie zdołano ustalić. Zjazd miał charakter propagandowy zrzeszenia Jugendbundu – koło takie dotychczas w Osieku nie istniało.

Poświęcenie dzwonów

Dnia 30.5. odbyło się w Czerniejewie, powiatu gnieźnieńskiego, uroczyste poświęcenie nowo zakupionych dzwonów kościelnych kościoła ewangelickiego w Czerniejewie. Aktu poświęcenie dokonał superintendent Schulze z Gniezna, który następnego dnia dokonał lustracji cmentarzy ewangelickich położonych w miejscowościach w pobliżu Czerniejewa

Nielojalność pastora

Dnia 14.5. pastor Paeschke na kazaniu w zborze ewangelickim w Kobylinie, powiatu krotoszyńskiego, wzywał swych parafjan, by nie uczęszczali do polskich sklepów i nie zatrudniali polskich robotników. W wyniku tego wezwania zwolnił kierownik firmy Ein- und Verkaufsgenossenschaft Hinz, z dniem 15 czerwca, dwóch robotników polskich z Kobylina, a w miejsce ich przyjął Niemców. Pastor Paeschke zażądał również od pewnego dekarza, by przy pokrywaniu zboru ewangelickiego dachówką zatrudniał tylko ewangelików - Niemców, bo pod żadnym warunkiem nie chce widzieć przy tej pracy Polaka.

Pastor nie chce odprawiać modłów w języku polskim

Pastor Mudrak mimo próśb ze strony niektórych ewangelików w Chojniku, powiatu ostrowskiego, by modły pogrzebowe odprawiał w języku polskim nie czyni tego, lecz stale posługuje się językiem niemieckim zaznaczając, że ich językiem jest język niemiecki a nie polski.

Zamierzona uroczystość w powiecie czarnkowskim

W Marunowie, powiatu czarnkowskiego, przygotowuje się na dzień 5 lipca br. wielką uroczystość niemiecką z okazji 150-letniej rocznicy wybudowania miejscowego kościoła ewangelickiego. W uroczystości tej mają wziąć udział wybitniejsi przedstawiciele duchowieństwa ewangelickiego z kraju i zagranicy.

8. *Varia*

Potajemna wycieczka na groby poległych członków Grenzschutzu

W dniu 3.5 członkowie „Turnvereinu" i „Jugendvereinu" z Międzychodu urządzili potajemnie zorganizowaną wycieczkę do Kolna powiatu międzychodzkiego, gdzie na grobie poległych w walce z Polakami wrogów Polski tj. członków Grenzschutzu na ich cześć śpiewali pieśń „Ich hatt' einen Kameraden", tj. bojowy marsz armji niemieckiej. W wycieczce brało udział 29 osób, przeciw którym dochodzenia w toku.

Konfiskata broni palnej, posiadanej przez Niemców

W dniach 26 do 30.5. Starosta powiatowy w Wolsztynie zarządził przeprowadzenie rewizyj w poszukiwaniu za bronią palną nielegalnie przez Niemców posiadaną – przyczem skonfiskowano około 20 sztuk różnej broni.

Prowokacyjne zachowanie się Niemca

Dnia 17.5 Gustaw Franzke, Niemiec-hakatysta z Miąskowa, powiatu kościańskiego, w lokalu publicznym w Krzywiniu sprowokował wojsko polskie i uczucie narodu polskiego przez wypowiedzenie słów „Polskie wojsko to paskudy, Polska na 30 milj. mieszkańców ma 3-ch bohaterów - zaś my Niemcy na 60 milj. mieszkańców mamy 300 bohaterów, z których najdzielniejszym jest Adolf Hitler umiejący wyrobić jedną myśl w narodzie niemieckim. Polska musi się liczyć z Niemcami, którzy zaopatrzeni są w taką ilość gazów, że Polska nie może o tem wcale pomyśleć". Pozatem nadmienił on: „Ja jestem Niemcem i Niemcem pozostanę".

Wzbranianie robotnikom Polakom odbywania pracy po stronie niemieckiej

Właściciel ziemski, Wilhelm Hochberg z Goraju powiatu czarnkowskiego, posiada po stronie niemieckiej za rzeką Notecią znaczne obszary łąk i tam zatrudnia kilku swoich zaciążników Polaków przy kopaniu torfu. Pewnego dnia w maju br. przybył do owych robotników niemiecki policjant i oświadczył im, by zaprzestali pracować i z Polski na pracę do Niemiec nie przychodzili, gdyż zwolennicy Hitlera dowiedziawszy się, że są oni Polakami, mogą do nich przybyć i wszcząć z nimi awantury. Robotnicy polscy jednak na to nie zareagowali i chodzili do tej pracy nadal.

Po kilku dniach przybył do nich jakiś urzędnik z Wydziału Powiatowego w Trzciance /Schönlanke/ i zakazał im stanowczo wykonywania pracy. Hochberg dowiedziawszy się o tem zajściu interwenjował osobiście u landrata w Trzciance, w skutek czego robotnicy Polacy z Polski mogą obecnie nadal na jego gruncie w Niemczech pracować. Większa część robotników pracujących u Hochberga są to osadnicy, którzy nabyli od niego z parcelacji osady, nie mogą ich obecnie gotówką wypłacić i dlatego odrabiają cenę kupna swą pracą.

Wybryki na tle nastrojów antyniemieckich

W dniu 3.5 wybito szybę w gablotce Księgarni Ewangelickiej w Poznaniu.

W dniu 4.5 stłuczono napis firmowy nad gablotką tej samej księgarni.

W dniu 5.5 stłuczono w Poznaniu szklaną reklamę na Domie Ewangelickim z napisem „Christliches Hospiz".

Tegoż dnia około godz. 24 stłuczono w Poznaniu szklane szyldy firm niemieckich „Labor", „Posener Tageblatt" i „ Deutsche Central-Genossenschaft" oraz szyld z napisem

„Hilfsschule", umieszczone na budynkach niemieckich.

[...]

224

9.2.1934: Wojewodschaft in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1934)

9 II 1934r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1934r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5675

A. *Sytuacja ogólna*

Ludność niemiecka w województwie poznańskiem orientuje się na Rzeszy [!], przyjmując w ten czy inny sposób poglądy i hasła hitlerowskie.

Jednak nie wszyscy Niemcy tutejsi jednakowo hitleryzm pojmują. W skutek tego w konsekwencji różnego interpretowania zagadnień i haseł hitlerowskich, uwidoczniły się wśród mniejszości niemieckiej w województwie rozdźwięki, w których nie bez znaczenia są również momenty osobiste i klasowe.

W stosunku do Państwa i Rządu zarówno Deutsche Vereinigung z pozostającymi pod jej wpływami organizacjami jak i wyłamujący się z ogólnego frontu niemieckiego Verband deutscher Ansiedler u. Bauern, podkreślają swoją lojalność.

Jednak, o ile idące za DV organizacje, prasa i działacze przy każdej sposobności szerzą przeświadczenie o rzekomym ucisku mniejszości niemieckiej przez władze polskie, o tyle VdAuB głosi, że ucisku niema, a że źle jest, to wina leży w negatywnym ustosunkowaniu się do dotychczasowych przywódców mniejszości do władz, czego żadna władza cierpieć nie będzie. Zresztą ansiedlerzy główny ciężar zainteresowania przesuwają z momentów politycznych na gospodarcze i na konieczność sanacji moralnej niemieckiego życia społecznego.

Zagadnienie hitleryzmu było nadal przedmiotem propagandy podsuwanej w każdej dostępnej formie jak odczytach, przemówieniach powitalnych na poszczególnych zebraniach, prasie itp.

Grupa rozłamowa Reinekego hitleryzm, który dziś zyskał już pełne obywatelstwo wśród znacznej większości społeczeństwa niemieckiego, usiłuje również wyzyskać dla siebie głosząc, że taką samą sanację, jak Hitler dokonał w Rzeszy, należy przeprowadzić w społeczeństwie niemieckim w Polsce.

W tych warunkach Verband deutscher Ansiedler und Bauern bezwiednie przygotowuje grunt pod działalność innej partji niemieckiej o nastawieniu hitlerowskim, jakkolwiek w tej chwili frontem zwróconej przeciw obecnym kierownikom niemieckiego życia politycznego w Polsce - „Jungdeutsche Partei" działającej dotychczas na Śląsku z kierownictwem w Bielsku.

W niemieckim ruchu społecznym na uwagę zasługuje akcja Deutscher Verband für Jugendpflege, która jak i w poprzednim okresie sprawozdawczym /patrz sprawozdanie za miesiąc grudzień/, przejawiała się w odczytach, w treści których prelegent otwarcie propagował ideologię i doktrynę hitlerowską we wszystkich dziedzinach życia, jednak spraw dotykających bezpośrednio państwowości polskiej nie poruszał.

W niemieckim ruchu sportowym podkreślić należy, że Deutsche Turnerschaft w Bielsku okólnikiem z dnia 20.12.33 r. polecił podległym odziałom wysłać swoich kandytatów na kurs przodowników do Gdańska, który tam odbywał się w dniach od 26 do 28 stycznia br. Z całego nastawienia niemieckiej młodzieży zorganizowanej w turnerschaftach oraz z posunięć kierowników poszczególnych kół organizacji, staje się jasnem, że tego rodzaju kursy w Gdańsku pod płaszczykiem celów gimnastycznych przemycają akcję niemieckiego przysposobienia wojskowego.

Z innych momentów na podkreślenie zasługuje nadanie prezesowi Zentralvereinu w Bydgoszczy, Erikowi von Witzleben z powiatu wyrzyskiego, tytułu „Führer des Deutschtums in Polen". Wskazuje to, że Zentralverein ma odgrywać rolę instytucji centralnej dla Niemców orjentujących się na Deutsche Vereinigung, Deutsche Partei i Deutscher Volksverband.

Pakt nieagresji społeczeństwo niemieckie przyjęło z zadowoleniem. Zanotowano wypadki, że na pierwszą wiadomość o zawarciu go ludność niemiecka reagowała odegraniem hymnu państwowego i okrzykami na cześć Pana Prezydenta i Marszałka.

Natomiast prasa niemiecka i oficjalne czynniki zajęły stanowisko wyczekujące, co nie przeszkadza im z paktu robić punkt wyjścia ataków na Rząd, któremu zarzuca się uciskanie mniejszości niemieckiej mimo zawarcia paktu. Podkreślić należy, że „Deutsche Rundschau" oznajmiając, że obecnie wszelkie spory między Polską a Rzeszą będą załatwiane bezpośrednio zaznaczyła, że sprawą, która niewątpliwie będzie uregulowana na początku dziesięciolecia, będzie sprawa mniejszości niemieckiej w Polsce.

Prasa niemiecka w okresie sprawozdawczym gros uwagi poświęciła sprawom zagranicznym, mianowicie zagłębia Saary i polityki Rzeszy odnośnie stanowiska odmownego w sprawie wzięcia udziału w obradach Ligi Narodów przy omawianiu sprawy plebiscytu w zagłębiu Saary. Nowe ustawodawstwo niemieckie i reformy Hitlera były szczegółowo omawiane w sensie przychylnym dla Kanclerza i jego kierunku.

W sprawie Konstytucji prasa ograniczyła się do podania do wiadomości publicznej stanowiska klubu niemieckiego podkreślając, że ten głosował za Konstytucją, przyczem wyraża nadzieję, że to głosowanie spowoduje zmianę stanowiska Rządu względem Niemców w Polsce.

[...]

B. *Niemcy*

I. *Prasa*

Sprawy zagraniczne

Na czoło zagadnień o charakterze międzynarodowym wysunęła prasa niemiecka sprawę paktu niemiecko-polskiego. Przytaczając jednak tekst paktu, wstrzymuje się chwilowo od wypowiadania swej opinji. Jedynie „Deutsche Rundschau" w nr. 22 z dnia 28.1 upatruje w fakcie zawarcia paktu zaskoczenie Francji. Dalej dodaje z zadowoleniem, że oba rządy we wszystkich zagadnieniach dotyczących ich wzajemnych stosunków, będą porozumiewać się bezpośrednio. Do tych zagadnień zalicza sprawę mniejszości niemieckiej w Polsce ufając, że tak ważne zagadnienie zostanie pomyślnie rozwiązane już w początkach dziesięciolecia paktu. Wstrzymując się od wypowiadania własnej opinji, prasa niemiecka przytacza jednak obszerne głosy prasy polskiej, zagranicznej, a szczególnie niemieckiej wychodzącej w Rzeszy. Ta ostatnia upatruje w zawartym pakcie przekroczenie ram zwykłego paktu nieagresji i podkreśla pokojowy charakter polityki zagranicznej Rzeszy. Dalej powtarza za głosami prasy angielskiej, że zawarcie paktu między dwoma sąsiadami przyczyniło się do ugruntowania pokoju w Europie oraz przyczyni się do pokojowego załatwienia sprawy „korytarza".

Dużo miejsca poświęca również prasa sprawom gdańskim. Zbliżenie gdańsko-polskie umożliwi współżycie na polu gospodarczem i kulturalnem i przyczyni się do odprężenia stosunków. W zakresie spraw gospodarczych na pierwszy plan wysuwa się sprawa wymiany towarów oraz sprawa posługiwania się w eksporcie towarów polskich portem gdańskim. Przyczem podkreśla, że ruch narodowo-socjalistyczny da się pogodzić ze zgodną współpracą. Przeszkody zostały przezwyciężone, trzeba jedynie teraz okazać dobrą wolę. Charakterystyczne jest zakończenie jednego z artykułów, które brzmi:

„ Danzig ist in seinem Charakter deutsch, und wird es bleiben. Ein nationalbewußtes Volk wie Polen, wird das immer verstehen und achten" /Deutsche Rundschau nr. 2 z dnia 4.1.34 r./

Prasa niemiecka omawia również szeroko debatę nad sprawą Gdańska w Lidze Narodów, podkreślając, że Gdańsk jest upoważniony do interpretacji swych własnych praw, jednak podlega, jak każdy międzynarodowy teren /wie andere internationale Gebiete/ kontroli Ligi Narodów.

Na uwagę zasługują również dwa artykuły zamieszczone przez „Deutsche Rundschau", omawiające wywiad ministra spraw zagranicznych Becka z francuskiego „Excelesior", w którym powiedziano, że Liga Narodów nigdy we Wschodniej Europie nie miała silnej pozycji i nie mogła tam dokonać większych politycznych posunięć /„große politische Dinge"/. Opinja Europy raczej chciała nadal pielęgnować trudności między Niemcami a Polską, niż je usuwać. Tymczasem nawiązane bezpośrednio rozmowy polsko-niemieckie doprowadziły do pozytywnych rezultatów.

Bardzo dużo miejsca poświęca prasa niemiecka również sprawom zagłębia Saary, mającemu się tam odbyć plebiscytowi oraz wyborowi komisji trzech. Zgodnie cała prasa pochwala odmowę Niemiec w uczestniczeniu w obradach nad plebiscytem. Równocześnie z zadowoleniem podkreśla niepowodzenie Francji, która wobec sprzeciwu Anglji i Włoch, musiała zrezygnować z projektu odroczenia plebiscytu. Ludność zagłębia Saary jest niemiecką, popiera politykę Hitlera i pragnie wrócić do Niemiec. Sprawa zagłębia jest zagadnieniem ogólno-światowem.

Pozatem omawiano sprawę rozbrojenia, reformy ustrojowe i ustawodawstwo niemieckie

Sprawy wewnętrzne

Uchwalona przez Sejm Konstytucja nie znalazła dotąd należytego naświetlenia. Prasa niemiecka ograniczyła się chwilowo do zamieszczenia głosów pism polskich, zwłaszcza prasy opozycyjnej. „Posener Tageblatt" w nr. 22 z dnia 28.1.34 r. ogłasza deklarację klubu niemieckiego dlaczego nie zabrał głosu w sprawie Nowej Konstytucji, według której klub niemiecki zajął już stanowisko wobec projektu zmiany Konstytucji w uchwale z dnia 3 marca 1931 r., żądając odesłania projektu do komisji konstytucyjnej oraz regulaminowego uchwalenia. „Deutsche Rundschau" w nr. 22 z dnia 28.1.34 r. zamieszcza dalsze oświadczenie klubu niemieckiego następującej treści: „Wobec zapewnienia p.wicemarszałka Cara o zupełnem równouprawnieniu mniejszości i wobec odrzucenia wysuwanego przez stronnictwa narodowe ograniczenia praw mniejszości, klub niemiecki wyciągnął z tego odpowiednie konsekwencje i nie głosował przeciw uchwaleniu Konstytucji. To głosowanie, które wykazało dobrą wolę, oby się stało rzeczywistą rękojmią równouprawnienia mniejszości, tak jak szczęśliwa przyszłość obu największych państw środkowej Europy stała się rzeczywistością".

Bardzo dużo miejsca poświęcono uwagom nad omawianiem budżetu; szczególnie szeroko omawiano budżet ministerstwa spraw wojskowych, przyczem sprostowano

uwagę referenta budżetu ministerstwa spraw wojskowych, że Niemcy wydają cztery razy więcej na armję niż Polska twierdzeniem, że Niemcy żadnej „armji" nie posiadają.

W sprawie strzałów w kierunku gmachu poselstwa niemieckiego w Warszawie, prasa niemiecka zgodnie podaje, że były to tylko strzały ze straszaka i że sprawcę ujęto i ukarano 30 dniami aresztu.

Sprawy mniejszości

Szczególną uwagę poświęcono sprawom szkolnictwa niemieckiego. Z zadowoleniem prasa zanotowała orzeczenie Ministerstwa Oświaty, zezwalające na udzielanie dzieciom niemieckim nauki religji poza szkołą, w domach prywatnych. „Posener Tageblatt" w nr. 16 z dnia 21.1.34 r. przy omawianiu budżetu Ministerstwa Oświaty zaznacza, że prezes Rady Ministrów nie omówił spraw szkolnictwa mniejszościowego, dopiero na interpelację ze strony posłów ukraińskich dał krótkie wyjaśnienie. Nie omówił jednak zupełnie ciężkiego położenia szkolnictwa niemieckiego. W nr. 11 „Posener Tageblatt" w artykule pt. „Deutsche Schulnot" przytacza dwa wypadki usunięcia nauczycieli narodowości niemieckiej i powierzenia wykładów języka niemieckiego nauczycielom polskim. W fakcie tym prasa niemiecka upatruje pogwałcenie §9 traktatu o mniejszościach. Władze szkolne tłumaczą to postępowanie względami oszczędnościowemi. Od decyzji władz wniesiono odwołanie lecz Ministerstwo w tej sprawie jeszcze się nie wypowiedziało.

Kilka artykułów poświęcono zjazdowi w Poznaniu z okazji 10-lecia „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft". Artykuły te omawiały gospodarcze położenie mniejszości niemieckiej w Polsce.

„Deutsche Rundschau" w nr. 18 z dnia 24.1 donosi z zadowoleniem o rozpadnięciu się „Deutscher Arbeiter Bundu", który powstał krótko przed wyborami. Według opinji tego pisma organizacja ta, która tylko z nazwy była niemiecką, miała na celu tylko rozbić przed wyborami jedność niemiecką.

Sprawy kościoła ewangelickiego

Na szczególną uwagę zasługuje silna kampanja prowadzona przez „Deutsche Rundschau" i „Posener Tageblatt" przeciw projektowi uregulowania stosunku wyznania ewangelickiego do Państwa. Szczególnie ostro zwalcza pastor Krusche §18 projektu, według którego Minister Oświaty może usunąć z urzędu pastora, o ile jest niebezpieczny dla państwa. Mogą zajść z tego powodu nadużycia, gdyby np. ministrem został ksiądz katolicki. W innych decyzjach władz pozostają jeszcze dwie instancje, a tutaj orzeczenie ministra ma być ostateczne. Nawet prasa zagraniczna szczególnie holenderska /De Nederlander/ zajęła wobec projektu tego negatywne stanowisko.

Według notatki „Posener Tageblatt" w nr. 17 z dnia 24.1.34r. senator Evert /BBWR/ /przewodniczący gminy ewangelickiej w Warszawie, „znany wróg niemczyzny"/ wypowiedział się przeciw §18 omawianego projektu, upatrując się w nim zbyt silne skrępowanie kościoła ewangelickiego.

Projekt ten winien być - zdaniem prasy niemieckiej - zmieniony w myśl projektu pastorów.

II. *Ruch polityczny*

1. *Deutsche Vereinigung*

Z działalności organizacji zanotowano zebranie delegatów z terenu województwa poznańskiego i pomorskiego, które odbyło się w Bydgoszcy w dniu 6.1, przy udziale około 30 osób i konferencji nauczycieli wędrownych w dniach 18–20.1, przy udziale około 20 osób.

Zebranie w dniu 6.1 poświęcone było omówieniu sprawy reformy rolnej zastosowanej przez władze z rzekomą krzywdą ludności niemieckiej.

Konferencja nauczycieli wędrownych odbywała się pod przewodnictwem Mielkego. Referat na temat chorób dziedzicznych i doniosłego znaczenia ustawy sterylizacyjnej w Niemczech wygłosił prof. Lang. Z kolei Mielke wygłosił referat na temat destruktywnej roli Żydów wśród narodów aryjskich oraz prof. Lang o rasach. Praktyczną lekcję śpiewu udzielił Müller Eryk.

Nauczyciele składali obszerne sprawozdania ze swej działalności, podkreślając rzekomy ucisk i szykany władz. W końcu na żądanie Mielkego zebrani wypełnili specjalne arkusze ewidencyjne, wykazując miejscowości, w których dzieci niemieckie ponad 12-ścioro uczęszczają do szkoły polskiej, w których miejscowościach szkoły niemieckie zostały skasowane itd.

Na zakończenie konferencji odbyło się przyjęcie w lokalu kasyna cywilnego, podczas którego Mielke życzył nauczycielom wędrownym owocnej pracy.

2. *Deutsche Sozialistische Partei*

Z działalności partji w okresie sprawozdawczym zanotowano 1 zebranie w Bydgoszczy przy udziale 46 osób pod przewodnictwem Goertza, który wygłosił dłuższe przemówienie na temat sytuacji politycznej i gospodarczej w Polsce oraz w Niemczech.

Mówca oświadczył, że w Polsce wzrastają długi i deficyty, wzmaga się bezrobocie, szerzą się defraudacje podczas gdy mąż opatrznościowy Polski Marszałek Piłsudski milczy. Z drugiej strony mówcy wskazał Niemcy, gdzie pod rządami Hitlera stale maleje bezrobocie, wzrosło bezpieczeństwo, zapanował ład i porządek. Jedynie kapitaliści i obszarnicy, zdaniem mówcy, zawiedli się na Hitlerze, bo ten przyszedł z pomocą szerokim masom robotniczym, a ukończył samowolę i wyzysk kapitalistów.

W dalszym ciągu przemówienia mówca omawiał sprawy wewnątrz-organizacyjne, mianowicie sprawę niedoboru kasowego i wysokości składek członkowskich.

3. *Verein Deutscher Ansiedler und Bauern*

Związek w dalszym ciągu rozwijał bardzo energiczną akcję wśród osadników i drobnych rolników niemieckich na całym terenie województwa. Z momentów politycznych tej akcji podkreślić należy, że działacze związku osadników zarzuty swoje i wystąpienia dotychczas kierowane przeciw Welage w okresie sprawozdawczym, rozszerzyli i na Deutsche Vereinigung, której zarzucają, że źle służy niemczyźnie, z jednej strony szerząc wrogi stosunek do Państwa Polskiego, czego konsekwencje ponosić muszą późnej drobni rolnicy, którzy bez zastrzeżeń szli za nią, z drugiej strony uchylając [!] się sama od kontroli szerszych mas społeczeństwa, toleruje zwyczaj, że wszystkie instytucje społeczne i gospodarcze pozostające pod jej wpływami, uchylając się od takiej kontroli co w konsekwencji dalszej stwarza podatny grunt dla wszelkiego rodzaju korupcji, protekcjonalizmu itp.

Niewątpliwie przyczyniło się do tego nastawienia Związku Osadników i to, że sąd polubowny w sprawie Welaga c/a Reineke nie odbył się, ponieważ ten ostatni nie zgodził się na to. Miała miejsce jedynie w dniu 5.1 w Bydgoszczy konferencja, w której wzięli udział poseł Graebe, naczelny dyrektor Welage Swart i Reineke, której zadaniem była pacyfikacja stosunków między Welage i Związkiem Osadników. Jednak konferencja ta rezultatu nie dała. Następstwem zerwania rokowań między Welage i osadnikami było ogłoszenie w nr.3 z dnia 19.1 w Landwirtschaftliches Zentralwochenblatt uchwały Rady Nadzorczej Welage z dnia 13.12.33 r. zatwierdzonej przez zjazd delegatów tej instytucji w dniu 20.12.33 r. następującej treści:

„Rada Nadzorcza komunikuje niniejszem, że przynależność do Verband deutscher Ansiedler u. Bauern nieda się pogodzić z przynależnością do Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft, ponieważ cele VdAuB są sprzeczne z celami Welage, pozatem VdAuB usiłuje rozbijać dotychczasową jedność organizacyj rolników pochodzenia niemieckiego w województwie poznańskiem. Na podstawie §4 ust. 2 statutu zarząd upoważniony jest skreślać z listy członków Welage tych, którzy zgłoszą swe przystąpienie do VdAuB".

Osadnicy ze swej strony w agitacji przeciw Welage nie przebierali w środkach.

Na uwagę zasługuje również ustosunkowanie się przywódców Zw. Osadników Niemieckich do hitleryzmu w Niemczech. Jak wynika z szeregu ustnych enuncjacji poszczególnych działaczy stosunek ten jest pozytywny. Hitleryzm w pojęciu ich jest sanacją moralną przeciw korupcji stworzonej przez ziemiaństwo i kapitalistów w Niemczech. Działacze osadniczy podnoszą, że Hitler w Niemczech położył kres malwersacjom w rządzie i społeczeństwie. Natomiast w Polsce malwersacje w społeczeństwie niemieckim w dalszym ciągu trwają, a kres im chcą położyć osadnicy.

W stosunku do Państwa i Rządu Związek Osadników Niemieckich ustosunkował się bezwzględnie lojalnie, przyczem w akcji propagandowej stale podkreśla konieczność tzw. czynnej lojalności członków w stosunku do Państwa oraz zwalcza szerzone przez Deutsche Vereinigung i pozostające pod jej wpływami organizacje przeświadczenia o rzekomym ucisku mniejszości niemieckiej w Polsce.

Charakterystyczne pod tym względem zdanie wygłosił Reineke podczas zebrania w dniu 30.1 w Rosku, pow. chodzieskiego, że zarówno Hitler w Niemczech, Mussolini we Włoszech jak i Piłsudski w Polsce nieścierpią nielojalnych obywateli, przytem wskazał, że prasa niemiecka jak Posener Tageblatt szerzy niesprawdzone wiadomości o zamykaniu szkół niemieckich. Natężenie akcji Związku Osadników Niemieckich ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	zebrania kól -	zgromadzenia publiczne	łączna liczba
Czarnków	1	-	22
Środa	1	-	30
m.Gniezno	-	1	450
pow. Gniezno	-	1	130
Żnin	-	2	175
Chodzież	-	1	180
Mogilno	-	2	370
Leszno	-	1	130
Gostyń	-	1	130
Wągrowiec	1	1	130

Z wyżej wyszczególnionych zebrań na uwagę zasługuje zebranie w Mogilnie w dniu 17.1, podczas którego obywatel ziemski Roth demonstracyjnie opuścił salę powodując, że część obecnych wyszła. Jednak organizatorzy zdołali opanować wytworzone zamieszanie, a większość zebranych odniosła się przychylnie do mówców.

Zebranie w Werkowie, pow. wągrowieckiego, podczas którego uchwalono jednogłośnie zerwać z Welage i przystąpić do V.d.A.u.B.

Zgromadzenie w Poniecu, pow. gostyńskiego, w dniu 25.1, podczas którego mówcy Związku Osadników spotkali się z silną opozycją ze strony zwolenników Welage, wskutek czego przebieg zebrania był burzliwy.

Zgromadzenie w Lesznie w dniu 26.1, podczas którego zgromadzeni z oburzeniem przyjęli do wiadmości fakt zakomunikowany przez Reinekego, że gdy oni cierpią na brak gotówki, dyrektor Banku Kredytowego Schubert z Gronowa pow. leszczyńskiego kupił majątek w Niemczech za pieniądze pożyczone przez tenże bank.

4. *Deutscher Arbeiter Bund*

W Niemieckim Związku Robotników przejawiły się silne tarcia. Część członków oskarżyła prezesa swego, Stroińskiego, że będąc podkupiony przez Deutsche Vereinigung nie zgłosił w terminie listy związkowej do wyborów do rady miejskiej m. Bydgoszczy, pozatem, że pieniądze przeznaczone na organ prasowy związku roztrwonił. Sprawa ta była rozpatrywana na zebraniu w dniu 7.1.

Stroiński z zarzutów oczyścił się, jednak prezesostwo złożył. Wypłynęła w związku z tym sprawa likwidacji organizacji. Połowa organizacji wypowiedziała się za zlikwidowaniem związku, połowa zaś przeciw, wobec czego postanowiono związku nie rozwiązywać; na prezesa zaś wybrano Bielickiego.

5. *Eryk Witzleben „Führerem" niemczyzny w Polsce*

Na uwagę zasługuje, że Niemcy w okresie sprawozdawczym właściciela majątku Liszkowo w pow. wyrzyskim, Eryka Witzlebena, obecnego prezesa Zentralvereinu, skazanego w swoim czasie w procesie Deutschtumsbundu, zaczęli nazywać „Führerem" Niemców w Polsce. Już podczas walnego zebrania Welage w Poznaniu Witzleben był szczególnie honorowany, co wyraźnie podkreśla prasa w swoich sprawozdaniach.

Na początku bieżącego miesiąca zrzekł się w/w intratnego stanowiska prezesa banku „Deutsche Volksbank", motywując to nawałem pracy w innej dziedzienie pracy, świeżo objętej. Również w sprawie zwolnienia redaktora Jaenscha ze stanowiska dyrektora Posener Tageblattu protesty przeciw temu skierowane zostały do rąk Witzlebena, co wskazuje na szczególną rolę tego ostatniego w życiu mniejszości niemieckiej.

6. *Zwolnienie naczelnego redaktora Posener Tageblattu*

W dniu 23.1 odbyło się zebranie zarządu towarzystwa „Posener Tageblatt", z udziałem współwłaścicieli Dr. Scholza, Dr. Kirchhoffa i redaktora Loescha oraz redaktora naczelnego Jaenscha. Przedmiotem prowadzonej rozmowy była krytyka kierunku politycznego pisma prowadzonego przez Jaenscha, przyczem zarząd zaproponował temu ostatniemu, żeby artykuły polityczne przed wydrukowaniem były przedkładane specjalnej komisji do aprobaty. Jaensch na tę propozycję się nie zgodził, w rezultacie czego nastąpiło jego natychmiastowe zwolnienie z równoczesną wypłatą 3 miesięcznej pensji.

Zwolnienie Jaenscha wywołało poruszenie w miejscowym społeczeństwie niemieckim, co znalazło wyraz w zebraniu, które odbyło się w Poznaniu w dniu 25.1, przy udziale około 200 osób, z inicjatywy „Verband deutscher Angestellter" i „Verein deutscher Hochschüler", w rezultacie którego zebrani postanowili wysłać depeszę do Witzlebena i do posła Graebego z zapytaniem, czy znane im są przyczyny zwolnienia Jaenscha oraz uchwalili rezolucję, domagającą się pozostawienia tego ostatniego na stanowisku redaktora Posener Tageblattu. Rezolucja podpisana przez około 200 osób została przesłana Witzlebenowi. W końcu zebrani uchwalili wysłać list do Jaenscha wyrażający ubolewania z powodu jego zwolnienia, zapewniając, że zebrani podzielają jego stanowisko.

Akcja ta dotychczas rezultatu nie osiągnęła. Stanowisko naczelnego redaktora Posener Tageblattu pozostaje narazie nieobsadzone.

7. *„Hitler-Jugend"*

Organizacja pod powyższą nazwą działa konspiracyjnie wśród młodzieży niemieckiej. W okresie sprawozdawczym stwierdzono powstanie koła tej organizacji w Bojanowie pow. rawickiego, do którego należy 10 osób.

Pozatem stwierdzono działalność w kierunku powołania tej organizacji ze strony pastora Kammela na terenie miasta Poznania.

III. *Niemieckie Obozy Pracy*

Akcja organizowania obozów pracy w miesiącu sprawozdawczym znowu ujawniła się. Mianowicie na początku miesiąca uruchomiony zosta taki obóz w majątku Lachmierowice pow. mogileńskiego, własność Maksa Hirscha. W obozie tym znalazło zatrudnienie 22 młodych ludzi, skierowanych tam przez Wohlfahrtsbund /21 z Bydgoszczy i 1 z Nakła/, którzy pracowali przy niwelacji gruntu nad Gopłem. Jako wynagrodzenie otrzymywali 50 groszy dziennie z Wohlfahrtsbundu oraz wyżywienie i mieszkanie z administracji majątku. Podkreślić należy, że uczestnicy obozu tworzyli zwarty, zdyscyplinowany oddział, jednolicie umundurowany kosztem Wohlfahrtsbundu.

Obóz ten po stwierdzeniu przekroczenia obowiązujących ustaw i rozporządzeń w zakresie pracy rozwiązany został przez właściwego wójta Strzelno-północ na zasadzie § 10, tyt. 17 cz. II ogólnego prawa krajowego.

IV. *Ruch społeczny*

Działalność organizacyj społecznych ilustruje poniższe zestawienie:

Organizacja	powiat	zebranie	odczyty	zabawy	uwagi
Evangel. Jungmännerverein	Wyrzysk		1	1	odczyty o treści relig., potem gry tow.
	Szubin	2	1		
Ewang. Chór Kość. w Dobrzycy	Krotoszyn			1	
Gesangverein	Nowy Tomyśl			1	
	Wolsztyn	1			
	Rawicz	2		1	
Jungmädchenbund	Śmigiel	1			
Deutscher Verband f. Jugendpflege	Bydgoszcz		3		
Hilfsverein Deutscher Frauen	Leszno			1	
	Rawicz	1			
Jungmädchenverein	Szubin	1	1		odczyt religijny oraz gry tow.
Deutscher Lehrerverein	Gniezno	1			

Organizacje kulturalno-oświatowe organizowały dużo zabaw tanecznych, przedstawień teatralnych oraz wieczorków wokalnych. Kilka odczytów z wykazanych w powyższym zestawieniu, ilustrowanych przezroczami wygłosił Julian Steinhardt, porucznik armji niemieckiej z Berlina, na temat swoich przeżyć w Afryce południowozachodniej. Odczyty te wygłaszał w różnych miejscowościach-na zaproszenie nie-

mieckich organizacji gospodarczych i kulturalno-oświatowych. Momentów politycznych w odczytach nie poruszano.

Pozatem nieujęto w zestawieniu: a) odczyt, który wygłosił w Poznaniu Prof. Eckert z Niemiec-na temat pobytu wśród Indjan w Ameryce połnocnej, b) w Środzie uczniowie szkoły rolniczej z niemieckim językiem wykładowym urządzili w dniu 27.1. przedstawienie amatorskie oraz zabawę taneczną przy licznym udziale rodzin uczniów oraz nauczycielstwa szkół rolniczych.

Na uwagę zasługuje zebranie „Hilfsverein deutscher Frauen" w Rawiczu, przy udziale 65 członkiń, podczas którego uchwalono udzielać zapomóg tylko rodzinom niemieckim, które nie pozostają w stosunkach z Polakami. Dalej nawoływano do popierania wyłącznie kupców niemieckich, zwrócono również uwagę, aby pouczyć dzieci niemieckie, aby nie pozdrawiały w języku polskim.

Ziemianin niemiecki Wendorff urządził w pałacu swoim w Przysieku, pow. gnieźnieńskiego, trzy wieczornice dla młodzieży niemieckiej obojga płci z okolicznych wiosek. Na wieczornicach tych urządzano odczyty, pogadanki, gry towarzyskie i tańce. Kierownikami tych wieczorków byli studenci niemieccy z Poznania. Inicjatorką i organizatorką wieczornic była Wendorffowa, jako prezeska powiatowego stowarzyszenia „Deutscher Frauenverein".

Na specjalną uwagę zasługują nadal odczyty organizowane przez „Deutscher Verband für Jugendpflege" w Bydgoszczy. W miesiącu sprawozdawczym odbyły się trzy wykłady, wygłoszone przez aktora teatru niemieckiego Damaschkego. Przedmiotem wykładów było omówienie działalności literackiej prohitlerowskich pisarzy Georg'a Stefana i Eckardta Dietricha. Prelegent recytował utwory pisarzy, oraz piosenki niemieckie. Jeden z wierszy poświęcony był rocznicy urodzin Hitlera. Wykłady były apoteozą hitleryzmu.

W odczytach tych ogółem wzięło udział około 500 osób. Recytacje wyjątków utworów niemieckich przyjęte zostały hucznemi oklaskami.

W niemieckim gimnazjum prywatnem w Bydgoszczy odbył się kurs dla nauczycieli niemieckich szkół prywatnych, zorganizowany przez „Deutscher Schulverein". W kursie brało udział około 28 nauczycieli zamiejscowych. Kurs 10 dniowy obejmował lekcje języka polskiego, geografji i przyrody.

V. *Ruch gospodarczy*

Działalność organizacyj gospodarczych ilustruje poniższe zestawienie:

Organ wzgl. instytucja	powiat	zebrania	odczyty	kursy i zjazdy	Uwagi
Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft	m. Bydgoszcz	1	1		
	Chodzież	1			
	Czarnków	1			
	Gniezno	1			
	Kępno	2			
	Jarocin	1			
	Krotoszyn	2		1	kurs gosp. dom.
	Leszno	3	1		
	Nowy Tomyśl	1	2		
	Ostrów	1			
	Rawicz		1		
	Szamotuły	1	1		

Organ wzgl. instytucja	powiat	zebrania	odczyty	kursy i zjazdy	Uwagi
	Środa	1		1	kurs gotowania
	Wyrzysk	1			
	Wągrówiec	1	1		
	Wolsztyn	3	1		
	m. Poznań			1	walny zjazd z okazji 10-lecia w dniu 23.1.34r.
Wirtschaftsverband staedtischer Berufe	m. Bydgoszcz	1			
Handwerkerverein	pow. Bydgoszcz	1			
	Rawicz	1			
	Wolsztyn	1			
	m. Poznań			1	rocznica założenia
Landwirtschaftlicher Verein	Bydgoszcz	1			
	Chodzież	1	1		
	N. Tomyśl	1			
	Szubin	1			
Verband deutscher Genossenschaften in Polen	Czarnków	1			
	Wągrowiec	1			
Verband für Handel u. Gewerbe	N. Tomyśl	1			
	Środa	1			
	m. Poznań	1			
Spar- u. Darlehnskassenverein	Gniezno	2			
	Ostrów	1			
Bauernverein	Międzychód	1			
	Wągrowiec	1			
Drobne organ. lokalne	Nowy Tomyśl	2			

Najważniejszym wydarzeniem w miesiącu sprawozdawczym w życiu organizacyj gospodarczych był walny zjazd połączony z obchodem 10-lecia istnienia „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft". Zjazd ten odbył się w Poznaniu w dniu 23 stycznia pod przewodnictwem v. Massenbacha z Konina, prezesa rady nadzorczej. Program zjazdu był następujący:

1. zagajenie
2. senator Dr. Busse: „Nowe drogi w naszej polityce agrarnej".
3. kierownik Kraft z Poznania: „Sprawozdanie roczne z działalności za rok 1933".
4. profesor uniwersytetu w Halle, Dr. Roemer: „Postępy w dziedzinie uprawy roli i hodowli roślin"
5. dyskusja i wolne głosy.

   Po południu
6. profesor uniwersytetu w Halle, Dr. Woermann: „zasady i drogi organizacji przemysłu rolnego".
7. zakończenie

W godzinach popołudniowych odbył się również zjazd oddziału kobiet przy Welage pod przewodnictwem Margarete v. Treskow z Radojewa. Przedmiotem obrad były sprawy związane z prowadzeniem gospodarstwa domowego i zagadnienia nowożytnej higieny. Dalszą część programu wypełniły popisy wokalno-muzyczne.

Zjazd ogólny zakończyło przedstawienie teatralne p.t. „Krach um Jolanthe", a po przedstawieniu odbyła się zabawa taneczna.

Otwarcia zjazdu dokonał prezes rady nadzorczej, v. Massenbach, wobec około 1 000 osób wyrażając radość z powodu tak tłumnego udziału członków i gości. Między innemi byli obecni: konsul generalny z Poznania Dr. Lüttgens, vicekonsul Tucher, przedstawiciele konsystorza ewangelickiego radca Nehring, Hein i Hildt, kierownik Innere Mission pastor Dr. Kammel, przedstawiciele niemieckich katolików ks. kan. Paech i Steuer, prezes Zentralvereinu v. Witzleben, które szczególnie honorowano i którego gazety niemieckie nazwały nowym wodzem /"Führerem"/ niemczyzny w Polsce. Z Polaków obecni byli dyr. Wielkopolskiej Izby Rolniczej Morzycki oraz przedstawiciel Uniwersytetu Poznańskiego, dziekan wydziału rolniczego Prof. Dr. Stecki. Z Niemców zamiejscowych uczestniczył senator Utta z Łodzi. Prasę reprezentował dziennikarz Scholz, dyrektor „Posener Tageblattu".

Na wstępie przewodniczący, podkreślając znaczenie jubileuszowego zjazdu, wzywał wszystkich członków do wzajemnej pomocy i do zwartości organizacyjnej. Ulgę w obecnej sytuacji widzi w wypełnianiu hasła „dobro ogółu przed dobrem jednostek".

Następnie wygłosił referat senator Dr. Busse pt. „Nowe drogi w naszej polityce agrarnej". Prelegent przedstawił zubożenie rolnictwa spowodowane spadkiem cen produktów rolnych, oraz nadprodukcją i spadającą siłą nabywczą konsumenta. Wysiłki Rządu w drodze ustanowienia premij eksportowych nie osiągnęły odpowiedniego celu. Nie należy winić za ten stan Rządu, ponieważ kryzys w Polsce jest ściśle związany z kryzysem ogólno-światowym. Należy przeto szukać nowych dróg w walce z kryzysem, przez 1) obniżenie kosztów prowadzenia gospodarstwa rolnego i 2) obniżenie produkcji. Co do obniżenia kosztów dokonano już pewnych reform przez zniesienie obowiązku ubezpieczeń robotników rolnych, wypowiedziano walkę kartelom przemysłowym, celem zrównania cen produktów przemysłowych z produktami rolnymi. Lecz dopiero z chwilą obniżenia cen produktów przemysłowych o 30% będzie możny mówić o zrównoważeniu cen z produktami rolnemi. Należy zastosować obniżkę taryfy za przewóz produktów rolnych i podwyższyć ceny produktów rolnych.

Środkiem do tego będzie obniżenie, przy pomocy Rządu, produkcji zbóż. Prelegent na poparcie tej tezy przytacza sytuację z r. 1929, kiedy wobec stosunkowo małej podaży zbóż, a dużego popytu, ceny gwałtownie się podniosły. O ile się nie zastosuje obniżki produkcji, może się Polska znaleźć w takiej sytuacji, że nie będzie mogła wywieźć swoich zbóż wobec stale zwiększających się trudności eksportowych, co znowu przyczyni się do spadku cen produktów rolnych. Polska produkuje normalnie 12 miljonów ton zboża, a wywozi około 500 000 ton. Obniżka produkcji o 5% wyrówna doskonale produkcję i konsumpcję. Zamiast tych 5% produkcji zbóż, należy uprawiać rośliny oleiste jak rzepak, groczycę len itp., dalej zadrzewiać sady, bo zbyt dużo pieniędzy wydajemy na sprowadzanie tych produktów z zagranicy.

Pozbywając się troski o forsowanie eksportu zbóż, powinien Rząd zwrócić większą uwagę na eksport masła i trzody chlewnej. Przyczyniłoby się to znacznie do podniesienia gospodarczego drobnego rolnictwa. Również należy ograniczyć do minimum import masła roślinnego. Na zakończenie prelegent wzywa do cierpliwości i wytrwania z nadzieją w lepsze jutro.

Po referacie tym zabrał głos kierownik Welage, Kraft, który przedstawił rozwój organizacji w ciągu dziesięciolecia, wskazując na stopniowy jej rozwój. Rok 1928 i 1929 był rokiem załamania się z powodu kryzysu gospodarczego, odczuwanego specjalnie

przez rolnictwo. Stowarzyszenie starało się przez odpowiednio zorganizowaną pomoc ulżyć niemieckiemu rolnictwu. Mimo tych trudności liczebność członków nie zmalała, organizacja nie podupadła, wykazując żywotny cel swego istnienia. Następnie omawiał położenie gospodarcze rolnictwa. Dużą rolę w położeniu rolnictwa upatruje prelegent w obniżeniu podatku od spadków, zmianę taryfy robotników rolnych oraz zniesienie obowiązku ubezpieczenia ich na wypadek choroby. Lecz są to tylko półśrodki. Organizacja zaprowadziła porady fachowe w celu podniesienia produkcji rolnej. Na uwagę zasługuje również współpraca kobiet w organizacji, idąca w kierunku wykształcenia fachowego młodzieży żeńskiej przez urządzanie kursów, z powodu braku niemieckich żeńskich szkół gospodarstwa wiejskiego.

Następnie prelegent omawiał liczebny rozwój stowarzyszenia. Liczba zebrań i zgromadzeń z 1 050 w roku 1931 wzrosła w roku 1932 do liczby 1 150 a w roku 1933 do przeszło 1 200. Pozatem udzielono około 700 porad fachowych. Kierownicy okręgowi załatwili mnóstwo interesentów, mimo braku personelu oraz środków pieniężnych. Liczba członków w ubiegłym roku wynosiła 10 200 obecnie zaś wynosi 10 700, jest to liczba bardzo imponująca. Stan posiadania nie jest jednak pocieszający, ponieważ niektórzy rolnicy musieli poddać się licytacji, niektórym ustawa o reformie rolnej odebrała grunt, tak że obecnie stan posiadania członków przekracza zaledwie 1 300 tysięcy mórg. W poprzednich latach nie było rozdźwięku w organizacji. Niestety w ostatnich 6 miesiącach 1933 r. dzięki pokątnej agitacji powstało rozdwojenie, przez rozsiewanie niezadowolenia i nieufności wobec kierownictwa. Jednak spodziewać się należy, że zdrowy rozsądek zwycięży i przyczyni się do zachowania jedności /mowa o grupie Reinekego/. Pod koniec swego przemówienia prelegent podkreślił, że członkowie wypełniają sumiennie swe obowiązki wobec narodu niemieckiego i wobec państwa, do którego należą.

Następnym punktem obrad był referat fachowy z dziedziny uprawy roli i hodowli roślin, wygłoszony przez prof. Roemera. W godzinach popołudniowych wygłosił prof. Woermann drugi referat z dziedziny hodowli inwentarza i karmienia zwierząt domowych. Wyszystkie referaty gorąco oklaskiwano.

Na zakończenie podkreślić należy fakt, że podczas zjazdu rozdawano bezpłatnie uczestnikom zjazdu oficjalny organ Welage tygodnik „Landwirtschaftliches Zentralwochenblatt für Polen", w którym między innemi zamieszczono uchwałę Rady Nadzorczej oraz zgromadzenia delegatów, stwierdzającą, że przynależność do Verein deutscher Ansiedler und Bauern jest równoznaczne z skreśleniem z listy Welage, ponieważ interesy obu tych organizacyj nie dadzą się pogodzić, wobec tego, że Verein deutscher Ansiedler u. Bauern rozbija jedność niemieckich rolników na terenie województwa poznańskiego.

W wyniku walki między obu organizacjami, Welage spowodowała, że spółdzielnia niemiecka „Credit" postanowiła nie udzielać kredytu członkom, należącym do organizacji Reinekego. Nadto uzależnić udzielenie kredytu od wykazania się spłaceniem składek członkowskich za 3 lata ubiegłe oraz opinją pastora. Mimo tych represyj ze strony Welage, niezadowolenie na centralę nie ustaje. Ostatnio notowano fakt oderwania się oddziału Welage w Warkowie pow. wągrowieckiego i przystąpienia do Verein d. Ans. u. Bauern.

Zebrania w poszczególnych oddziałach Welage poświęcono przedewszystkiem omówieniu spraw gospodarczych, pozatem w dalszym ciągu kładziono duży nacisk na sprawy ubezpieczeń społecznych w rolnictwie agitując za zawieraniem kontraktów z lekarzami Niemcami. Podkreślić również należy, że na zebraniach tych nawoływano do

terminowego płacenia podatków i niedopuszczania do licytacyj oraz do niedopuszczania do emigracji do Niemiec. Silną agitację prowadzono za sprzedawaniem produktów rolnych spółdzielniom niemieckim.

Na jednym z zebrań w Jabłonowie, pow. wolsztyńskiego, projektowano zaradzenie bezrobociu członków w ten sposób, by stworzyć fundusz składkowy, z którego można by zatrudnić bezrobotnych. Projekt ten jednak upadł. W tymże powiecie w jednym z towarzystw Welage utworzono kasę chorych dla członków, przyczem składkę ustalono w wysokości 1 zł. miesięcznie za każdego zatrudnionego pracownika. W razie niewystarczalności ma nastąpić podwyżka tej składki. Identyczna uchwała zapadła na zebraniu „Landwirtschaftlicher Verein" w Kąkolewie, pow. nowotomyskiego. Utworzona kasa „Heil-Hilfe" ma na celu niesienie pomocy robotnikom rolnym na wypadek choroby lub kalectwa. Członkowie kasy płacą 1 zł. miesięcznie od zatrudnionego pracownika, a w wypadku choroby ponosi kasa 2/3, a członek kasy 1/3 kosztów leczenia.

Na zabawie w Kwiejcach, pow. czarnkowskiego, urządzonej przez Welage w przemówieniu powitalnem sekretarz stowarzyszenia wygłosił przemówienie powitalne [!], w którym podkreślił z zadowoleniem fakt zawarcia paktu nieagresji i współpracy Rządu Polskiego z Rzeszą. Na zakończenie przemówienia wniósł okrzyk na cześć Rzeczypospolitej i Pana Marszałka Piłsudskiego, a orkiestra grała hymn „Jeszcze Polska nie zginęła".

Zanotować należy również mniej przychylne stanowisko wobec Rządu oddziału Welage w Krotoszynie. Na zebraniu przy udziale około 50 osób, zebrani powitali się ukłonem hitlerowskim, poczem omawiano położenie rolników w Niemczech podnosząc, że płacą oni o połowę mniejsze podatki niż rolnicy w Polsce.

Na uwagę zasługuje jeszcze walne zebranie w Czarnkowie, zwołane przez „Verband Deutscher Genossenschaften in Polen", pod przewodnictwem Dr. Swarta z Poznania. Zachęcał on do należenia do spółdzielni niemieckich oraz nawoływał do kupowania maszyn rolniczych, węgli i nawozów sztucznych wyłącznie w spółdzielniach niemieckich.

Inne stowarzyszenia gospodarcze wykazały mniejszą żywotność, ograniczając się jedynie do urządzania zabaw. W niektórych stowarzyszeniach wygłaszał Steinhardt z Berlina odczyty z podróży po Afryce.

VI. *Ruch sportowy*

Żywotność organizacyj sportowych przedstawia poniższa tabela:

Organizacja	powiat	zebrania	imprezy sport	zjazdy	zabawy
Ruderverein	Szubin	1	-	-	-
Männerturnverein	Kościan	-	4	-	-
Vorwärts	Chodzież	-	-	-	1
Turnverein	Leszno	1	-	-	-
Tow.cyklistów „Allheil"	N.Tomyśl	1	-	-	1
Tow.Cyklistów	Wolsztyn	2	-	-	-
Sportklub „Herta"	Rawicz	1	-	-	-
Radfahrerklub	Rawicz	-	-	-	1
Männerturnverein	Poznań m.	1	-	-	-
Turnverein	Międzychód	2	-	-	-

Z pośród wyżej wymienionych na uwagę zasługuje obchód 68 rocznicy istnienia Turnvereinu w Lesznie. W dniu tym odbyło się uroczyste zebranie urozmaicone występami wokalno-muzycznymi. Na temże zebraniu wręczono zasłużonemu członkowi zarządu Juretzkemu z Leszna dyplom członka honorowego. Po zebraniu odbyły się pokazy gimnastyczne. Żywą działalność wykazała organizacja „Männerturnverein Vorwärts" w Śmiglu, pow. kościańskiego, urządzając regularnie co tydzień ćwiczenia gimnastyczne, z przeciętną frekwencją około 20 osób obojga płci. Do rzędu nowopowstałych organizacyj sportowych zaliczyć należy organizacje „Turnverein" w Międzychodzie, założoną i organizowaną przez diakona Gutha z Międzychodu.

Na zebraniu w dniu 18.1. „Schwimmverein" w Poznaniu, prezes tej organizacji, Schendel, poruszył sprawę założenia związku organizacyj sportowych /Sportgemeinschaft/. Na temże zebraniu zachęcano młodzież do stosowania zasad i programów młodzieży w Niemczech.

Na specjalną uwagę zasługuje działalność organizacji „Sportklub Herta" w Rawiczu. Prócz ożywionej działalności sportowej członkowie a zwłaszcza prezes tej organizacji, Alfred Becker, wspólnie z mężem zaufania Linzem, zajmują się rozdzielaniem zapomóg pieniężnych, nadsyłanych przez „Wohlfahrtsbund" w Bydgoszczy. Wysokość zapomóg, udzielanych kupcom, przemysłowcom i rzemieślnikom wynosi od 100 do 300 zł. Przy rozdziale zapomóg pomija się zupełnie biednych i bezrobotnych, co powoduje duże niezadowolenie wśród członków tej organizacji.

W dniu 7.1 odbyły się w Poznaniu zawody bokserskie między Poznaniem a Berlinem. Zwyciężyli Polacy w stosunku 12:4. Przed zawodami przemówił kierownik drużyny niemieckiej wznosząc trzykrotny okrzyk „Sieg Heil". Według poufnych informacyj, niemiecki konsul generalny w Poznaniu zakupił na zawody 500 biletów wstępu, a Konsystorz Ewangelicki 100 biletów, które następnie po minimalnych opłatach odstąpiono członkom niemieckich organizacyj. Przebieg zawodów był spokojny.

Centrala związku „Deutsche Turnerschaft in Polen", z siedzibą w Bielsku, rozesłała do poszczególnych oddziałów okólnik wzywający do wysyłania po 1 członku i 1 członkini na kurs dla wyszkolenia przodowników i przodowniczek, który odbył się w Gdańsku w czasie od 26–28 stycznia. Uczestnicy otrzymają w Gdańsku wolne mieszkanie i wyżywienie oraz zwrot połowy kosztów przejazdu koleją. Okólnik ten podkreśla, że kurs ten ma znaczenie pierwszorzędne, wobec czego należy kurs licznie obesłać. Z terenu województwa wyjechało na ten kurs kilkanaście osób. Na zakończenie zauważyć należy, że ruch organizacyj sportowych w okresie sprawozdawczym przejawil stosunkowo żywotną działalność.

VII. *Ruch wyznaniowy*

W okresie sprawozdawczym zauważono ożywioną akcję pastorów ewangelickich, mającą na celu zorganizowanie młodzieży ewangelickiej. W tym celu powierzył Konsystorz ewangelicki pastorowi Braunerowi z Obornik zwołanie konferencji pastorów do Jägerhof pod Bydgoszczą. Konferencja ta odbyła się w dniach 8–11 34 r., przy udziale pastorów i djakonów w liczbie około 40 osób z województw poznańskiego i pomorskiego. Wygłoszone referaty /5/ omawiały kierunki postępowania w celu zorganizowania młodzieży ewangelickiej w gminach ewangelickich, sposoby wychowania tej młodzieży oraz wytyczne na przyszłość.

W czasie od 2–6 stycznia odbył się w Poznaniu w kościele św. [!] Pawła tydzień modlitwy /Gebetswoche/, organizowany przez „Landesverband für Innere Mission". Wygłoszone kazania w treści daleko odbijały od treści religijnej. Tematem kazań

były sprawy ogólno-społeczne, bez naświetlenia politycznego. Między innemi wzywano młodzież ewangelicką do organizowania się, co przyczyni się do polepszenia położenia materialnego tej młodzieży, przez wzajemne wspomaganie się, omawiano położenie rolników, stosunek pracodawcy do pracobiorcy itp. W modlitwach-kazaniach brało udział przeciętnie 400 osób. Po skończonych modlitwach zbierano dobrowolne ofiary na bezrobotnych.

„Evangelischer Verband für Landmission" zorganizował w Bydgoszczy-Czyżkówko kościelny kurs dokształcający dla dziewcząt. Kurs ten rozpoczął się 15 stycznia i potrwa do 12 marca. Został on zgłoszony w starostwie grodzkiem w Bydgoszczy. Lekcyj udzielają pastor Eichstedt z Poznania oraz pastor Sichtermann z Czyżkówka. Do pomocy przydzielono dwie pomocniczki parafjalne. Przedmiotem wygłaszanych referatów są sprawy religijne i kościelne. W kursie bierze udział 15 dziewcząt.

Identyczny kurs odbywa się w Olekszynie, pow. gnieźnieńskiego, dla młodzieży męskiej przy uczestnictwie 18 osób, który potrwa do dnia 29 marca br. Program kursu obejmuje prócz ćwiczeń religijnych także gimnastykę, wieczory dyskusyjne, śpiew, gry towarzyskie oraz odgrywanie sztuk teatralnych.

Ewangelicka gmina kościelna w Czarnkowie zorganizowała wyświetlanie filmu o treści religijnej p.n. „M. Luther". W przerwach śpiewano pieśni kościelne.

W Stajkowie, pow. czarnkowskiego, w czasie od 15-21 stycznia odbywały się tzw. „godziny biblijne" dla młodzieży. Nabożeństwa te odprawił djakon Wilhelm Günter ze Stajkowa. Również w powiecie żnińskim zorganizowano „Evangelische Religionsstunden" prowadzone przez djakoniski pod nadzorem pastora.

„Verband Deutscher Katholiken" odbył w Poznaniu walne zebranie połączone z referatem o kolonjach i osadnictwie niemieckim w Europie i Ameryce. W powiecie leszczyńskim odbyły się 2 zebrania zakończone odśpiewaniem kolend niemieckich.

W zarządzie kościoła ewangelickiego w Miejskiej Górce, powiatu rawickiego, powstał poważny zatarg. Wprowadzony do zarządu nowy członek rolnik, Schulz Oskar, zarzucił w sposób gwałtowny zarządowi prowadzenie gospodarki nieracjonalnej i pobieranie zbyt wygórowanych opłat za posługi religijne.

Zauważono również propagandę prowadzoną przez pastorów, aby Niemcy kupowali towary tylko u Niemców.

Stwierdzono, że pastorzy z powiatu ostrowskiego otrzymują zasiłki z Creditvereinu i Danziger Privatbanku w Poznaniu.

VIII *Wyroki sądowe*

W okresie sprawozdawczym zostali skazani za szpiegostwo na rzecz Niemiec w trybie doraźnym wyrokiem Sądu Okręgowego w Ostrowie z dnia 17.1.34 r. :

1. Mohr Marja, alis Schneider /obywatelka niemiecka z Wrocławia/ i Nowak Wiktor z Rawicza na karę śmierci, przyczem karę złagodzono na dożywotnie więzienie.

2. Sommer Adolf /obywatel niemiecki/ na 10 lat więzienia.

Przeciw pozostałym oskarżonym odbędzie się rozprawa w postępowaniu zwyczajnym.

Wyrokiem sądu grodzkiego w Lesznie, skazany został Hoffmann Bernard z Jezierzyc kościelnych, pow. Leszno, na karę jednomiesięcznego aresztu za publiczne podawanie w pogardę walutę niemiecką [!].

Dezercja

Dnia 11 stycznia zbiegli z Polski do Niemiec przez granicę w okolicy Rochy, pow. krotoszyńskiego, dwaj dezerterzy z wojska polskiego /KOP/ narodowości niemieckiej:

1. König Adolf Paweł z Bestwina pow. krotoszyńskiego, urodzony dnia 30.12.1911 r. w Bestwinie,

2. Stelmacher Richard z Bestwina, pow. krotoszyńskiego, urodzony dnia 24.10.1910 r. w Zdunach.

Varia

Robert Gierke, obywatel niemiecki z Cottbus, aresztowany dnia 8.10.33 r. za fotografowanie kamienia granicznego i szlabanu granicznego, przez polską straż graniczną niedaleko Babimostu /Bomst/ został wypuszczony na wolność po odcierpieniu kary aresztu za nielegalne przekroczenie granicy /14 dni/ i za szpiegostwo /6 tygodni/. Wilhelm Hochberg z Goraju, pow. czarnkowskiego, polecił administratorowi swego majątku skupywać od obywateli polskich, łąki nadnoteckie, położone po stronie niemieckiej. Przed dwoma laty część swoich łąk położonych po stronie niemieckiej w/w sprzedał Niemcom.

Dnia 13.1 w czasie zabawy w Łochowie pow. bydgoskiego doszło do bójki między Polakami a Niemcami. W czasie bójki poturbowano około 10 osób. Powodem bójki były nieporozumienia osobiste. Prasa niemiecka usiłowała nadać zajściu temu tło polityczne.

[...]

225

30.3.1934: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Verhalten gegenüber der JDP

30 III 1934r.: Urząd Wojewódzki w Pozaniu do starostów. Zachowanie się wobec „JDP"

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1734

W związku z wejściem na teren województwa poznańskiego w ostatnich tygodniach śląskiej partji Jungdeutsche Partei - Urząd Wojewódzki w załączeniu przesyła zarys monograficzny w/w partji, opracowany przez Wydział Bezpieczeństwa Śląskiego Urzędu Wojewódzkiego, do wiadomości.

Odnośnie bytu prawnego Jungdeutsche Partei Urząd Wojewódzki zwrócił się do Urzędu Wojewódzkiego Śląskiego z prośbą o nadesłanie informacji, którą następnie poda do wiadomości PP. Starostów.

Co do ustosunkowania się do wymienionej partji Urząd Wojewódzki udziela następujące wskazówki:

Z uwagi na to, że Jungdeutsche Partei rozbija nadzwyczaj jednolity i zwarty front niemiecki w województwie poznańskiem, *działalność jej należy ocenić jako korzystną chwilowo ze względów taktycznych i nie czynić narazie specjalnych przeszkód w prowadzonej przez nią akcji politycznej pod warunkiem:*

1. że akcja ta nie będzie na terenie lokalnym wymierzona przeciw władzom państwowym oraz przeciw społeczeństwu polskiemu,

2. że działalność ta jest skierowana przeciw lokalnym przywódcom niemieckim reprezentującym kierunek Deutsche Vereinigung i Zentralverein,

3. żeby partja JDP nie wciągała do swoich szeregów elementu polskiego /bezrobotnych/.

W wypadku gdyby działalność młodoniemców na terenie tamtejszym nie odpowiadała tym warunkom, należy akcję jej utrudniać, działając w ścisłem porozumieniu z Urzędem Wojewódzkim.

W końcu Urząd Wojewódzki jeszcze raz prosi o pilną obserwację przejawów działalności wspomnianej partji i donoszenie o niej w specjalnych sprawozdaniach.

Za Wojewodę
T. Bruniewski
Naczelnik Wydziału Bezpieczeństwa

226

24.8.1936: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Entlassung polnischer Arbeiter durch deutsche Arbeitgeber
24 VIII 1936r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Zwolnienie robotników polskich przez pracodawców niemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1736

Urząd Wojewódzki zanotował ostatnio kilka wypadków, gdzie pracodawcy niemieccy zwalniają zatrudnionych u siebie pracowników Polaków, przyjmując na ich miejsce pracowników narodowości niemieckiej. Objawy te zaobserwowano specjalnie wśród właścicieli ziemskich, w stosunku do zatrudnionych polskich robotników rolnych.

W związku z powyższem Urząd Wojewódzki prosi Pana Starostę o zwrócenie na te wysoce szkodliwe objawy bacznej uwagi oraz doniesienie, czy zwalnianie tychże pracowników w powierzonym Panu Staroście powiecie, mają charakter masowy, czy też wypadki zwolnienia mają jedynie charakter sporadyczny.

W sprawozdaniach należy podać nazwisko oraz miejsce zamieszkania niemieckich właścicieli majątków, którzy w ostatnim czasie zwolnili pracowników polskich, liczbę zwolnionych ostatnio pracowników oraz ewentualne powody zwolnienia.

Termin 5.9.36 r.

Za Wojewodę
Żwirski

227

3.12.1936: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Kritik der JDP an polnischen Behörden
3 XII 1936r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Krytykowanie władz polskich ze strony „JDP"

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1736

Powołując się i w ślad swoich zarządzeń po Nr. SPP IV 1 a/1184/36 z 5 i 12 listopada br. oraz SPP IV 1 a/1287/36 z 30 listopada br. Urząd Wojewódzki komunikuje, że ostatnio miały miejsce:

1. wypadek niewłaściwej krytyki najwyższych władz państwowych przez senatora Wiesnera na zgromadzeniu publicznym zwołanym przez JDP,

2. niezgodnego z prawdą tendencyjnego przedstawienia sytuacji Niemców w Polsce podczas imprezy JDP przez innego wybitnego działacza tegoż stronnictwa,

W pierwszym wypadku senator Wiesner dopuścił się krytyki wyroku sądowego, Pana Premiera oraz posunął się do groźby pod adresem narodu polskiego.

W drugim wypadku JDP nadała imprezie charakter wybitnie przypominający uroczystości partyjne partii rządzącej w Niemczech /fanfary/. Jeden z mówców uważał za właściwe porównać rzekomo dobrą sytuację Polaków w Niemczech z niedolą Niemców w Polsce.

Na kilka dni przed tym senator Wiesner interweniował w Urzędzie Wojewódzkim w sprawie zakazu zgromadzenia przy czym oświadczył, że zamierza działać na uspokojenie opinii a nie podniecanie jej. Wskazuje to na obłudną grę wobec władz polskich.

W końcu jako charakterystyczny moment zanotowano, że JDP wystosowuje zaproszenia do Panów Starostów do osobistego wzięcia udziału w zwoływanych przez nich zgromadzeniach. W zgromadzeniach proszę osobistego udziału nie brać, a zaproszenia pozostawiać bez odpowiedzi, bowiem każda odpowiedź przez działaczy niemieckich będzie wykorzystywana jako przyczynek do wrogiej propagandy.

W związku z powyższym Urząd Wojewódzki prosi o specjalne zwrócenie uwagi na działalność JDP i rygorystyczne stosowanie do tej grupy obowiązujących przepisów prawnych oraz zarządzeń tutejszych SPP IV 1 a/1184/36 z dnia 5 i 12 listopada br. oraz SPP IV 1 a /1287/36 z 30 listopada br.

Za Wojewodę
Żwirski
Naczelnik Wydziału Społeczno-Politycznego

228

25.3.1937: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Einstellung der deutschen Minderheit zur Agrarreform
25 III 1937r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Postawa mniejszości niemieckiej wobec reformy agrarnej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1737

W stosunku do reformy rolnej w Polsce mniejszość niemiecka od samego początku zajmowała stanowisko zdecydowanie wrogie. Taktyka mniejszości niemieckiej, poza którą zawsze stało obce Państwo, najbardziej zainteresowane w zachowaniu siły elementu niemieckiego w Województwie Poznańskim, początkowo zmierzała do paraliżowania planów państwowych polskich w odniesieniu do Reformy Rolnej drogą skarg przed Trybunałami Międzynarodowymi, Ligą Narodów oraz odpowiedniej kampanii w prasie zagranicznej.

Z chwilą wystąpienia Rzeszy Niemieckiej z Ligi Narodów w 34 r. oraz wprowadzenia na terenie Niemiec akcji parcelacyjnej na wielką skalę, oczywiście pod kątem politycznym, z wykluczeniem mniejszości polskiej w Niemczech, wśród Niemców w Polsce nastąpiła konsternacja i okres wyczekiwania instrukcyj taktycznych z Rzeszy.

Jakoż już we wrześniu 36 r. przedstawiciel mniejszości niemieckiej z Polski na XII Kongresie Mniejszości Narodowych w Genewie, omawiając rzekomo krzywdzącą Niemców politykę parcelacyjną Rządu Polskiego, domagał się nie powstrzymania wykonania ustawy o reformie rolnej ale udziału drobnych i średnich rolników niemieckich w dobrodziejstwach tej ustawy.

Wskazuje to na zasadniczą zmianę taktyki mniejszości niemieckiej w odniesieniu do sprawy wykonania ustawy o reformie rolnej.

Nie bez znaczenia jest to [!] fakt, że przywódca Jungdeutsche Partei /stronnictwa głoszącego otwarcie hasła narodowo-socjalistyczne/ senator Wiesner, w grudniu 36 r. na wiecu w Nowym Tomyślu wypowiedział następujące słowa, opublikowane następnie w styczniu 37 r. w specjalnej broszurze, która uległa konfiskacie na Śląsku: „W pamięci naszej tkwi jeszcze fakt parcelacji majątków niemieckich ziemskich i tworzenie ich kosztem licznych drobnych egzystencji dla osadników polskich. Zaznaczaliśmy często, że jesteśmy zwolennikami zdrowej reformy rolnej i że będziemy bezwarunkowo brali

udział w akcji ochrony i poparcia drobnego rolnika, lecz żądamy, by ludność niemiecka w równej mierze mogła korzystać z dodatnich skutków reformy rolnej".

Stwierdza to, że mniejszość niemiecka /tak DV jak i JDP/, idąc po linji wytycznych narodowego socjalizmu, będzie całą siłą dążyła do rozparcelowania majątków niemieckich między drobnych i średnich rolników niemieckich w drodze parcelacji prywatnej. Podając powyższe do wiadomości Urząd Wojewódzki prosi o wyciągnięcie praktycznych konsekwencji ze strony Panów w stosunku do prywatnej parcelacji majątków w ręce niemieckie.

Jednocześnie Urząd Wojewódzki prosi o zebranie danych co do ilości ziemi, która w drodze parcelacji prywatnej już się dostała w ręce drobnych i średnich rolników narodowości niemieckiej od powstania Państwa Polskiego i przedłożenie Urzędowi Wojewódzkiemu z uwzględnieniem

L-by nabywców Niemców	Nazwy majątków które parcelowały między Niemców	Liczby ha ziemi oddanej Niemcom w drodze parcelacji

Termin wykonania 15 V 37r.
Za Wojewodę
Żwirski
Naczelnik Wydziału Społ.-Pol.

229

13.6.1937: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1937) – 12.6.1937
12 VI 1937r.: Wojewoda w Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1937r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5699

A. *Sytuacja ogólna*

Sprawa bezpośredniego oddziaływania czynników Rzeszy Niemieckiej na mniejszość niemiecką w Polsce uważana była zawsze za pewnik, brakło jednak stwierdzonych dowodów po temu. W okresie sprawozdawczym w Poznaniu miało miejsce poufne zebranie przedstawicieli mniejszości niemieckiej w Konsulacie Generalnym Rzeszy Niemieckiej, podczas którego przemówienie na temat zadań Niemców w Polsce, wygłosił ambasador Moltke, przybyły tu na Targi Poznańskie.

Fakt powyższy stwierdza bezpośrednią ingerencję w życie mniejszości niemieckiej czynników Rzeszy i wskazuje, że instancją kierowniczą ponadpartyjną dla całej mniejszości niemieckiej jest oficjalny czynnik obcego państwa.

W przemówieniu swym ambasador podkreślił znaczenie własności i znaczenie pracy gospodarczej. Z czego przeszedł do akcji nabywania nieruchomości, a zwłaszcza roli przez Niemców i do wzmożenia aktywności gospodarczej. Pierwsze ma znaczenia dla utrwalenia niemczyzny, drugie dla organizowania narodowo-socjalistycznej wspólnoty. W myśl tego niemiecki pracodawca ma zatrudniać niemieckich robotników, tworząc z nimi razem wspólną komórkę życia niemieckiego nastawioną pod kątem widzenia dobra niemczyzny a nie indywidualnego pracodawcy lub pracobiorcy.

Co do nabywania ziemi mają Niemcy żądać dopuszczenia ich do udziału w parcelacji oraz mają nabywać ziemię w innych dzielnicach Polski, jak Wołyń i Małopolska i tam przede wszystkim kierować nadmiar swej ludności.

Wskazuje to, że czynniki Rzeszy przywiązują wielkie znaczenie do sprawy własności roli i poziomu gospodarczego mniejszości niemieckiej i na tym polu mają zamiar prowadzić ofensywę.

Zarysowujące się w ostatnich miesiącach zupełnie wyraźnie porozumienie między starymi i młodymi uległo w okresie sprawozdawczym zahamowaniu i we wzajemnych stosunkach tych grup nastąpiło oziębienie. Powodem tego było niedopuszczenie przez Swarta, prezesa Związku Niemieckich Spółdzielni w Poznaniu, działaczy JDP do głosu podczas zjazdu delegatów spółdzielni niemieckich. Nadmienić należy, że na zjazd ten nie wysłano zaproszenia do senatora Wiesnera, mimo, że senator Hasbach został zaproszony. Odmówiono prawa wstępu na salę zebrań prasie JDP mimo, że prasa DV była licznie reprezentowana, a Schulza /referent gospodarczy Zarządu Głównego JDP / nie dopuszczono do głosu w dyskusji. Znamienne przy tym jest postawienie sprawy przez Swarta, który sprawę dopuszczenia do głosu Schulza poddał głosowaniu obecnych, zaznaczając, że Schulz nie jest delegatem, a działalność jego była szkodliwą dla niemieckiej spółdzielczości.

Po takim wstępie zaledwie 24 głosy padły za dopuszczeniem Schulza, na około 1 000 obecnych.

Incydent na zjeździe spółdzielczym wywołał bardzo gwałtowne ataki w prasie JDP, skierowane przeciw całemu obozowi starych, wśród których Swart jest bardzo poważnym filarem /uszczypliwie nazywany niekoronowanym królem Niemców/.

W życiu niemieckich organizacji politycznych podkreślić należy wzrost tendencji do militaryzacji i tym samym do mijania się z obowiązującymi przepisami prawnymi. Stwierdzono publicznie występowanie oddziału JDP w Nowym Tomyślu w umundurowaniu, oddział DV w Solcu Kujawskim, pow. bydgoskiego, przychwycony został na ćwiczeniach musztry według regulaminu niemieckiego. W kilku oddziałach JDP i DV w powiecie wyrzyskim stwierdzono istnienie nieprzewidzianych w statucie zespołów pod nazwami „Zellen" i „Kameradschaft", które działały samodzielnie.

W związku z tym Starosta Nowotomyski decyzją z 18 maja zawiesił działalność oddziału JDP w Nowym Tomyślu.

W sprawie pozostałych przekroczeń dochodzenie jest prowadzone.

W stosunku do Państwa i społeczeństwa polskiego, w związku z tym stanem zaznaczył się wzrost nastrojów antypolskich. Przejawem tego było zabójstwo w Kotuszu, pow. kościańskiego, gdzie w dniu 25 maja kilku członków JDP zabiło nożami Gracjana Jurgę, a ciężko raniło Cielebąka Ignacego /obaj narodowości polskiej/.

Śmiertelnie zakończona bójka między Polakami i Niemcami zaczęła się od błahej przyczyny zwrócenia uwagi w języku polskim na głośne zachowanie się Niemców o późnej porze.

W fakcie zabójstwa w Kotuszu, obok tych czy innych momentów lokalnych, nie można nie zauważyć tego, że zabójcy wyszli ze szkoły partyjnej JDP, byli członkami tej organizacji, wracali bezpośrednio z zebrania partyjnego - wszystko to przemawia za tym, że zabójstwo w Kotuszu było owocem przeciwpolskich nastrojów wśród młodzieży niemieckiej.

Zabójstwo w Kotuszu znalazło szeroki oddźwięk w prasie polskiej i przyczyniło się do mobilizacji przeciwniemieckich nastrojów w społeczeństwie polskim.

„Deutsche Nachrichten" zajście to przedstawiło jako napad Polaków na Niemców, którzy zabili w obronie koniecznej, przy czym zajście całe przypisywało prasie polskiej jako wynik przeciwniemieckiego nastawienia tej ostatniej.

Obok militaryzacji i wzrostu bojowych przeciwpolskich nastrojów wśród części młodzieży niemieckiej, zorganizowanej w DV i JDP, notowano wypadki zniechęcenia członków do tych organizacji, występowania z nich i rozluźnienia dyscypliny. Zmusiło to Zarząd Główny JDP do rozwiązania oddziału w Ostrowie. Jest to już drugi wypadek rozwiązania w pow. ostrowskim oddziału JDP przez zarząd główny partii w ciągu 2 miesięcy.

W działalności zebraniowej DV i JDP zanotować należy zorganizowanie obchodów narodowo-socjalistycznego dnia pracy 1 maja, które urządzano w formie zebrań między 1 a 5 maja.

JDP usiłowała nadto organizować kursy spółdzielcze, do odbycia których jednak władze nie dopuściły na podstawie tego, że statut tego rodzaju działalności nie przewiduje.

JDP również na kilku zgromadzeniach publicznych podniosła sprawę wygasania konwencji genewskiej. Na zgromadzeniach tych mówcy, jak Schneider i Joschke przedstawiali rzekome ciężkie położenie Niemców na Górnym Śląsku i wzywali do pomocy dla zagrożonej tam niemczyzny. Joschke w Bydgoszczy powiedział, że ludność w plebiscycie wyraziła wolę należenia do Niemiec i że dla złamania tej woli rozpętano 3 powstania. Za to oświadczenie przywołany został przez delegata Starostwa do porządku.

NSDAP urządziła obchody 1-szo majowe z udziałem delegata z Rzeszy. Partja ujawnia dużą aktywność rozwijając pracę wszechstronną. W okresie sprawozdawczym wyjechał do Niemiec Stützpunktleiter w Budzyniu, pow. chodzieskiego, pastor Stolzenburg, któremu Starosta nie przedłużył wizy pobytowej. Opróżnione stanowisko Stützpunktleitera po pastorze Stolzenburgu objął zamieszkały w tej samej miejscowości właściciel realności Wittbold.

W NSDAP na uwagę zasługuje działalność mniejszych zespołów jak Zellen i Stützpunkty, które bez większych zebrań wykonują szereg zadań i poleceń centrali berlińskiej. Charakterystycznym jest, że każdy z takich zespołów otrzymuje komunikat organizacyjny, który zawiera instrukcje i zadania.

Z instrukcji ważniejsze są dwie:

1. że członkiem może zostać tylko ten, który zobowiąże się najmniej przez rok pozostać w kraju zamieszkania

2. że członkowie mężczyźni po odbyciu ćwiczeń wojskowych mają zgłaszać się w biurze zagranicznej organizacji NSDAP celem osobistego podania odbycia rodzaju ćwiczeń, przydziału wojskowego i miejsca zamieszkania.

Z zadań ciekawsze są: ewidencjonowanie i donoszenie centrali spostrzeżeń o osobach spośród obywateli niemieckich wrogo odnoszących się do narodowego socjalizmu, robienia wycinków z prasy kraju zamieszkania odnośnie zajmowanego stanowiska przez władze i sądy do ustaw i rozporządzeń o charakterze prawnym narodowo-socjalistycznych w Rzeszy i wreszcie-opiniowanie do dyspozycji Związku Niemieckiego Inżynierów Techników Niemców, bez różnicy obywatelstwa, zamieszkałych w danej miejscowości. Wskazuje to wszystko, że NSDAP obok swej roli polityczno-wychowawczej, przejawiającej się w zebraniach mniej lub więcej hałaśliwych, rozszerzonych czasem do udziału obywateli Rzeszy bez względu przynależności do partii /uroczyste obchody narodowo-socjalistyczne, wtedy organizacja przybiera nazwę „Reichsdeutsche Kolonie"/, ma również do spełnienia w Polsce zadania nieco poufne, ale też bardziej praktyczne.

W związku z dniem święta narodowego 3 maja w wielu kościołach ewangelickich /ale nie we wszystkich/ pastorowie odprawili nabożeństwa. W nabożeństwach tych z reguły wzięły udział dzieci szkolne i nauczycielstwo szkół publicznych i prywatnych, natomiast inne osoby tylko w znikomej liczbie.

Liczniejszy udział wiernych zauważono w parafiach pod względem narodowym polskim i czeskim. „Boże coś Polskę" dzieci niemieckie odśpiewały zaledwie w pojedynczych wypadkach.

W związku z uroczystym obchodem drugiej rocznicy zgonu marszałka Piłsudskiego część pastorów z własnej inicjatywy odprawiła nabożeństwa żałobne, niektórzy nawet wygłosili odpowiednie kazania.

Jako charakterystyczny moment oddziaływania z Rzeszy na terytorium Polski zanotować należy przygotowanie do uroczystości obchodu 300-lecia miasta Neumittelwalde położonego na Śląsku nad granicą pow. ostrowskiego, w związku z czym wśród ludności polskiej o słabej świadomości narodowej, w tzw. śląskich gminach tego powiatu, kolportowano ulotki, wzywające do udziału w tych uroczystościach.

W szeregu miejscowościach nadgranicznych po niemieckiej stronie granicy organizowano uroczystości /1 maja Dzień Pracy/, w których brali udział Niemcy z Polski na podstawie przepustek granicznych. Stwierdzono przytym, że władze niemieckie Niemcom z Polski dawały ułatwienie w postaci bezpłatnego przewozu na miejsce imprezy lub obiadów z kotła.

Charakterystycznym jest, że w kilku wypadkach zanotowano udział Niemców w ogólnych uroczystościach obchodu drugiej rocznicy zgonu marszałka Piłsudskiego, przy czym wygłoszone zostały przez nich serdeczne przemówienia.

Niemieckie organizacje polityczne stały natomiast z dala od tych uroczystości.

[...]

I. *Ruch polityczny*

1. *Przemówienie ambasadora Moltkego do przedstawicieli mniejszości niemieckiej w Poznaniu*

W dniu 4 maja br. z okazji przybycia na Targi Poznańskie Ambasadora Niemieckiego w Warszawie, Moltkego, odbyło się w Generalnym Konsulacie Niemieckim w Poznaniu przyjęcie przedstawicieli mniejszości niemieckiej z terenu województwa poznańskiego.

Obecnych było 23 przedstawicieli mniejszości spośród których zanotowano dra Kohnerta /DV/ z Bydgoszczy, dra Lücka /DV/ z Poznania, Schulza Brunona /JDP/ z Wolsztyna, Weissa Henryka /JDP/ z Jarocina, Kraffta /Welage/ z Poznania. Podczas przyjęcia dłuższe przemówienie wygłosił ambasador Moltke, w trakcie którego podniósł konieczność wzmożenia twórczości gospodarczej niemieckiej na tej ziemi, której celem musi być zatrudnienie wszystkich bezrobotnych Niemców. Przechodząc do spraw agrarnych ambasador zwrócił uwagę na obowiązek wykorzystania przez Niemców parcelacji dla osadzenia na roli jak największej liczby bezrolnych rolników Niemców. Wobec jednak przeciwakcji ze strony Polski - w województwach zachodnich, organizacje niemieckie w Poznańskim i na Pomorzu winny przygotować się do akcji osiedleńczej we wschodnich województwach Polski, dokąd kierowany winien być nadmiar ludności niemieckiej.

Charakterystyczne jest zakończenie przemówienia ambasadora, który oświadczył, że „Tendencja pod hasłem ‚Das Ostjudentum muß eingeschaltet werden' [?] może umożliwić Niemcom osiedlanie się na terenie województw wschodnich, tym więcej, że tam przemysł i rolnictwo polskie słabo stoi pod względem kapitału. Oczywiście

należałoby na ten cel dobierać pierwszorzędnych ludzi: 1. nieposzlakowanych i cieszących się zaufaniem władz, 2. przede wszystkim młodych rolników lub rzemieślników fachowo dobrze wyszkolonych, 3. kandydatów lub reflektantów energicznych i świadomych celu, którzy muszą dysponować odpowiednią sumą kapitału, aby od zacząłku złamać wszelką konkurencję."

Na specjalną uwagę zasługuje rzucona przez Moltkego myśl wyzyskania parcelacji dla osadnictwa niemieckiego. Myśl ta przyjęta przez obecnych jako rozkaz nie jest nowa. Już przedstawiciele z Polski XII kongresu Mniejszości Narodowych we wrześniu 36 r. w Genewie, wysuwali tezę o parcelowaniu ziem niemieckich właścicieli między osadników niemieckich. To samo podnosili obaj sentorowie niemieccy w Genewie podczas ostatniej sesji budżetowej. Położenie nacisku przez ambasadora Rzeszy w jego exposé przed przedstawicielami mniejszości niemieckiej w Polsce wskazuje na wagę, jaką do sprawy osiedlenia Niemców na roli przywiązują czynniki Rzeszy Niemieckiej.

Udział wśród zaproszonych przedstawicieli tak działaczy DV jak i JDP wskazuje, że czynniki Rzeszy, obie grupy uznają. Rzucała się jednak w oczy przewaga działaczy JDP, z czego ci ostatni wysnuwają wnioski o sympatiach NSDAP w kraju dla nich.

2. *Deutsche Vereinigung*

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Poznań m.	Poznań	impreza publiczna	450	Dr. Lück i inż. Schmidt Heinz z Poznania, Gersdorff z Bydgoszczy.
Poznań m.	Poznań	zebranie	30	Heidelberg Elżbieta z Poznania.
Poznań m.	Poznań	zebranie	40	Lückowa z Poznania.
Bydgoszcz m.	Bydgoszcz	obchód 1-majowy	500	Goertz Wilhelm
	Bydgoszcz	odprawa kier. oddziałów	18	Adelt Waldemar
	Bydgoszcz	wieczorek koleż. b. wojaków	86	Mielke Fryderyk
	Bydgoszcz	wieczorek koleż. sekcji pracy	300	Gersdorff
	Koronowo	zebranie	24	Stoeckmann Armin z Stopki
	Solec Kuj.	zbiórka sekcji młod.	8	
Chodzież	Margonin	zebranie czł.	20	
	Nałęcza	zebranie czł.	65	
	Szamocin	zebranie czł.	100	Gero v. Gersdorff
Gniezno	Rybno	zebranie tow.	70	Wendorff, Rybieniec
	Kłecko	zebranie tow.	30	Niedringhaus
Leszno	Leszno	zebranie	100	Dr. Paul Schulz
	Jezierzyce Kośc.	zebranie	25	Lorych Paweł
	Krzycko W.	wycieczka wspólna do Boszkowa	125	Wind Fryderyk
	Krzemieniewo	zebranie	40	Wandelt Richard

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Międzychód	Międzychód	ćwiczenia śpiewu	21	
	Sieraków	wieczorek tow.	11	Blümke Artur
	Międzychód	akademia /święto pracy/	100	Utta Reinhold
	Międzychód	wiecz. tow.	17	Lehr Adolf
	Sieraków	uroczystość „Muttertagsfeier"	80	
	Międzychód	wiecz. tow.	10	Barm Otto
	Międzychód	wiecz. tow.	20	Lehr Adolf
Oborniki	Oborniki	wiecz. tow.	80	
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	zebranie	200	Reinhold Horlitz
	Jastrzębsko Stare	zabawa	50	
	Chmielinko	zebranie	13	miejscowy prezes
	Chmielinko	zabawa, słaba frekw.		
	Sątopy	zabawa	150	
	Sątopy	zebranie	32	prezes
	Zbąszyń	Dzień Matki	70	Prüferówna
	Lewiczynek	zebranie	35	prezes
	Kąkolewo	zebranie	50	Utta Reinhold
Mogilno	Orchowo	zebranie	58	Otton Kaliske
Rawicz	Rawicz	akademia	120	Adelt Waldemar
Środa	Trzesk	zabawa tan.	50	
	Zaniemyśl	przedstaw. amat. i zabawa z występ. śpiewu i dekl.	125	
Wągrowiec	Wągrowiec	zgromadzenie	250	Aubert i uroczystość pt. „Święto Pracy".
	Wągrowiec	zgromadzenie	34	i wycieczka członkowska
Wolsztyn	Wolsztyn	akademia ku czci „Święta Pracy" połącz. z zabawą tan.	200	Gersdorff z Bydgoszczy
	Jaromierz	zebranie czł.	37	Senft Wilhelm
Żnin	Rogowo	zgrom. publ.	55	dr. Gero von Gersdorff
Wyrzysk	Kruszki	zabawa	150	
	Rościmin	zebranie	30	Brunon Tessmer
	Kosów	zabawa	100	
	Białośliwie	obchód 1-majowy		
Szamotuły	Pniewy	zebranie	230	Materne
	Szamotuły	obchód 1-majowy	80	
	Grzebienisko	zebranie	12	
Śrem	Radzewice	zgromadzenie	80	dr. Lück
Krotoszyn	Konarzewo	zebranie	200	Mitschke
	Izbiczne	zebranie	70	Gersdorff
Jarocin	Dobieszczyzna	zebranie	22	Adelt
	Strzydzewo	zebranie	20	Rachmann

Z wyżej wykazanych zebrań na wzmiankę zasługują obchody dnia pracy w Poznaniu i w Bydgoszczy. W Bydgoszczy Staemler twierdził, że obchody 1-majowe wywodzą się ze starogermańskiej tradycji wspólnoty narodowej, a socjaliści w XX wieku uczynili z niego święto nienawiści klasowej. W Niemczech, wobec usunięcia Żydów od wpływów i podporządkowania kapitalizmu interesom narodowym, nienawiść klasowa znikła.

W Poznaniu Gersdorff krytykował taktykę JDP i mówił o konieczności zjednoczenia

się wszystkich Niemców.

Jako charakterystyczny przejaw działalności DV zanotowano następujący fakt w powiecie szubińskim:

Hans Treskow-Rosen z Grocholina, prezes DV oddziału w Kcyni, sprowadził ze Śląska trzech robotników i przydzielił ich do pracy trzem rolnikom okolicznym.

Robotnicy ci byli górnikami i pracy na roli dobrze [się] nie znają, wskutek czego rolnicy nie są z nich zadowoleni.

Pozostaje to w związku z dążeniem DV do wzmocnienia żywiołu niemieckiego na tutejszym terenie, a równocześnie ma na celu zniemczenie sprowadzonych robotników, którzy są wyznania rzymsko-katolickiego, dobrze mówią po polsku i mają nazwiska o polskim brzmieniu.

3. *Jungdeutsche Partei*

Ruch zebraniowy partii ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Poznań m.	Poznań	zgromadzen.	350	Tonn Brunon z Poznania, Schneider Wilhelm z Bielska.
	Poznań	posiedze	13	Lemke Helmut z Poznania, Glodny Hans z Wolsztyna, Uhle Ulrich z Gorzewa
	Poznań	uroczystość	150	Tonn Brunon, Weiss Henryk
Bydgoszcz	Bydgoszcz	obchód 1-maj.	700	Dewald Erwin
	Bydgoszcz	zgrom. publ.	400	Joschke z Katowic
	Bydgoszcz	zebr. sekcji kobiet	40	Dewald Erwin
	Bydgoszcz	zebranie czł.	700	Wiesner, Spitzer
	Trzeciewiec	zebranie	26	Rheis Emil
Chodzież	Margonin	wieczornica	120	Walenty Polcuch
	Chodzież	zabawa taneczna	120	
	Radwanki	zebr. członk.	60	Kwaschny Hartwig
	Szamocin	zabawa taneczna	50	
	Margonin	zebranie zarządu	15	
	Raczyn	zebranie członk.	68	Pepliński Paweł
	Szamocin	zebranie członk.	18	
	Chodzież	zebranie członk.	40	
	Margonin	zebranie członk.	25	
Gniezno	Wierzyce	zebranie towarz.	20	Otton Rachuy, Goraminek
Inowrocław	Tarkowo	zebranie mies.	30	Dewald z Bydgoszczy
	Tarkowo	zabawa i przedst.	100	
	Starawieś	zebranie mies.	65	Fritz Lau
	Gniewkowo	zebranie mies.	18	Dewald
	Starawieś	ćwiczenia tańców	40	Fritz Lau

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
	Starawieś	zabawa taneczna	100	
	Rojewie	zebranie mies.	23	Adolf Nerbas
	Rojewie	zabawa i przedst		
	Dąbrowa Biskupia	zabawa taneczna	80	
	Konary	zebranie czł.	39	Dewald
	Dąbrowa Biskupia	zebranie czł.	89	Dewald
Międzychód	Międzychód	zebranie	120	Buchwald Werner
	Sieraków	wieczorek tow.	13	Werner Fryderyk
	Międzychód	zebranie	50	Zarling Herbert
	Międzychód	wieczorek tow.	20	Wittke Otto
	Międzychód	wieczorek tow.	30	Zarling Herbert
	Zmierzyniec	zebranie	31	Preuhs Fryderyk
	Międzychód	wiecz. tow.	25	Wittke Otto
Mogilno	Strzelno	zgromadzenie	78	Erwin Dewald
	Orchowo	rozrywkowe	210	
	Strzelno	rozrywkowe	120	
N. Tomyśl	Glinno	zebranie	120	Roy Herbert
	Chmielinko	zebranie	74	prezes Helmchen
	Chmielinko	zgromadzenie	700	Lehmke Helmut
	Miedzichowo	zebranie	50	prezes
	Kąkolewo	zebranie	28	prezes
	Kuślin	zebranie	19	prezes
	Strzyżewo	zebranie	50	prezes
	Jastrzębsko Stare	zgromadzenie	260	Hoffmann Herbert
	Grodzisk	zebranie	20	Schäffler, prezes
	Lewiczynek	zgromadzenie	220	Günther Fenner
	Prądówka	zebranie	30	prezes
	Sątopy	zebranie	92	prezes
Oborniki	Bukowiec	zebr. członk.	32	Maks Wambeck, Bruno Schulz
	Mur. Goślina	nadzwyczajne zebr.	46.	
Leszno	Leszno	zebranie	65	Senf Georg, Fenner
	Leszno	Kameradschaftsabend	29	Senf Jerzy, Jędraschik Ignacy
	Krzycko W.	zebranie mies.	67	Gante Piotr, Szymyślik
	Krzycko W.	obchód święta pracy i imienin Hitlera	57	
Szubin	Szubin	zebranie członk.	42	Kopp Otton
Wągrowiec	Wągrowiec	zgromadzenie	200	Hein
	Miłosławice	zebranie	25	
	Łękno	zebranie	42	Koersch
Wolsztyn	Wolsztyn	święto pracy z zabawą taneczną	600	Schneider Wilhelm, Gerhard Scholz
	Tuchorza Nowa	zebranie członk.	40	Kuss Paweł

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Września	Strzałkowo	przedstaw. amat. i zabawa taneczna	80	
Żnin	Żarczyn	zebr. zwykłe	50	Kopp Józef
	Dziewierzewo	zebr. zwykłe	100	Spitzer Eryk
Kościan	Śmigiel	obchód dnia pracy	34	
	Kotusz	zebranie	18	
Krotoszyn	Krotoszyn	obchód dnia pracy	150	Schneider z Katowic
Wyrzysk	Miasto Krainskie	zebranie	70	Blumberg
	Nakło	zebranie	30	Frydrychowicz
	Łobżenica	zabawa	150	
	Białośliwie	obch. zabawa	160	
	Wyrzysk	zebranie	80	Sturzel Teodor
	Wyrzysk	zabawa	30	
	Rudna	zebranie	50	v.d.Golz

Z pośród wyżej wyszczególnionych na bliższe omówienie zasługują:

W dniu 5.6.37 r. odbył się w Bydgoszczy przy udziale około 700 uczestników pod przewodnictwem Kortasa Gustawa obchód 1-majowy.

Na wstępie powitał Kortas zebranych, przy czym ubolewał, że z niezrozumiałych powodów władze skreśliły z programu piosenki „Es pfeifft von allen Dächern" oraz „Brüder in Gruben und Zechen", jakie miały być wspólnie odśpiewane dla zamanifestowania niemieckiej wspólnoty: Dalej wyraził Kortas ubolewanie, że z powodu tarć politycznych, wśród społeczeństwa niemieckiego nie mógł się odbyć jednolity obchód święta „Dnia Pracy". Podkreślił, że chociaż obchody te odbywają się oddzielnie, to jednak całe społeczeństwo niemieckie dąży do wspólnego porozumienia, albowiem łączą je węzły krwi niemieckiej, które nie pozwalają na jakiekolwiek nieporozumienia wśród narodu niemieckiego. W końcu apelował Kortas do licznego wzięcia udziału w zgromadzeniu JDP, jakie się odbędzie w Bydgoszcy w dniu 6.6 w celu zadokumentowania wolności braterskiej dla ziomków na Górnym Śląsku.

Następnie młodzież obojga płci w liczbie około 60 wystąpiła w jednolitym ubraniu ze śpiewami i deklamacjami przy akompaniamencie orkiestry.

W dalszym ciągu wszedł Dewald Erwin z Bydgoszczy na mównicę oświadczając, iż z powodu prawie całkowitego skreślenia przez cenzurę, z programu, przewidzianego przemówienia - nie opłaci mu się w ogóle przemawiać, wobec czego odczyta, tylko nie skreślone ustępy. Z odczytanego przemówienia wynikało, że naród niemiecki nie obchodzi obecnie „święta pracy" w interesie międzynarodówek, lecz dla idei narodowego socjalizmu. W końcu nawiązując do skreślenia z programu przemówienia podkreślił podniesionym głosem, że od niemieckich ludzi pracy w Bydgoszczy otrzymał zapewnienie, iż mimo wszystkich /zakazów/ tym intensywniej pracować będą.

Oświadczenie Dewalda przyjęto hucznymi oklaskami. Na zakończenie obchodu wniósł Kortas trzykrotny okrzyk „Sieg Heil" na cześć narodu niemieckiego.

W dniu 6 maja br. odbyły się w Poznaniu i Bydgoszczy zgromadzenia poświęcone sprawie wygaśnięcia konwencji genewskiej i związanym z tym rzekomym pogorszeniem położenia mniejszości niemieckiej na Górnym Śląsku.

W Poznaniu Schneider odczytał wyciąg z przemówienia senatora Wiesnera, wygłoszonego na zwołanych zgromadzeniach na Śląsku oraz omówił żądania ludności niemieckiej, mające być skierowane do miarodajnych władz polskich sformułowane w 21 punktach, a podzielone na trzy grupy i to oświatową, zawodową i polityczną. Między innymi żądają Niemcy przyznania prawa nauczania w szkołach niemieckich nauczycielom Niemcom, swobodnej decyzji rodziców odnośnie posyłania dzieci do szkół niemieckich, równouprawnienia przy zatrudnianiu mniejszości niemieckiej w stosunku do zatrudnionych Polaków, wolności przynależenia do istniejących na terenie Śląska organizacji niemieckich, traktowania mniejszości niemieckiej na Śląsku pod każdym względem na równi z zamieszkałymi na Śląsku Polakami. Wreszcie prelegent oświadczył, że obecnie nadszedł czas, ażeby wszyscy Niemcy zamieszkali na terenie Polski zorganizowali się w celu skutecznego wywalczenia przedstawionych żądań.

W Bydgoszczy odczyt wygłosił Jeschke z Katowic i odczytał te same żądania co w Poznaniu. Mówca upomniany został przez przedstawiciela Starostwa za niewłaściwe wyrażanie się.

W dniu 12.5.1937r. odbyło się w Poznaniu posiedzenie kierowników powiatowych /Geschäftsführer/ względnie ich zastępców „Jungdeutsche Partei" z okręgu poznańskiego, przy udziale 13 osób, a mianowicie: Hoffmann Herbert i Meyer z Gniezna, Krotsch z Rawicza, Koerth z Wągrowca, Boelan Emil z Wronek, Biesanz z Pniew, Kranz z Chodzieży, Lemke i Jabczyński z Poznania oraz Schulz Brunon i Glodny z Wolsztyna, Schneider Wilhelm z Katowic i kierownik okręgu poznańskiego Uhle Ulrich.

Z powodu niezupełnej dyspozycji Uhlego obradom przewodniczył Lemke Helmut, który wygłosił krótki referat, poruszając w nim kwestję techniczną organizacji i stan prasy. Stwierdził, że Geschäftsstellenleiterzy /kierownicy powiatowi/ z powodu przeciążenia pracami biurowymi i innymi formalnościami nie mogą poświęcić się właściwej pracy, to jest działalności politycznej. Na tym cierpi ruch partii, co uwidacznia się szczególnie w dziedzinie prasowej. Tu nadmienił Lemke, że Deutsche Nachrichten w ostatnich tygodniach ubyło znów 200 abonentów. Stan finansowy JDP okręgu poznańskiego przedstawia się bardzo źle i wobec tego referent wnosi zaakceptowanie /aprobowanie/ jednorazowej składki po 20 groszy od członka, a 50 groszy od funkcjonariusza /Amtswalter/ wzwyż, zależnie od poborów, na tak zwany „Makusfond", aby mieć fundusz na doraźne potrzeby. Wniosek ten przyjęto.

Następnie poszczególni kierownicy powiatowi zdali sprawozdanie sytuacyjne ze swych terenów. Między innymi stwierdzono polepszenie ustosunkowania się władz do JDP, choć zachodzą jeszcze wypadki stawiania trudności w sprawach zgłaszania imprez, np. żądanie by tłumaczenie przemówienia dokonywał zaprzysiężony tłumacz, wymagania, które zdaniem referentów JDP są bezpodstawne. Niektórzy z obecnych zaobserwowali zupełny zastój działalności politycznej „Deutsche Vereinigung", a cofnięcie się jej do pracy na terenach spółdzielczym i kobiecym.

Glodny Hans informował zebranych o przebiegu zjazdu delegatów względnie członków niemieckich Związku spółdzielczego „Verband deutscher Genossenschaften" odbytym w dniu 11.5.37 r., krytykując reakcjonistycznych dyrektorów. Wielkie oburzenie wśród obecnych wywołał fakt, że na obrady tego zjazdu nie zaproszono głównego kierownika JDP senatora Wiesnera, choć przybył on specjalnie w dniu tym do Poznania i jeszcze oddzielnie telefonicznie prosił prezesa v. Massenbacha o zezwolenie wstępu. Hańbą nazwano postępek kierowników zjazdu, którzy nawet prasy JDP nie dopuścili i wreszcie odmówili głosu krajowemu referentowi gospodarczemu JDP, Schulzowi.

Na ten temat wywiązała się ożywiona dyskusja, w przebiegu której Schneider Wilhelm zapowiedział bezwzględną walkę przeciw zarządowi i dyrektorom „Verband deutscher Genossenschaften". Wszelkie do dyspozycji partii stojące środki mają być użyte, aby tym zdrajcom wspólnoty niemieckiej /dyrektorom/ pokazać, że dorobek ojców należy się wszystkim Niemcom, a nie tylko klice reakcjonistów.

Powołując się na referat przewodniczącego Lemkego, na wniosek Schneidera postanowiono przydzielić każdemu kierownikowi powiatowemu, stałego sekretarza, który wykonywać będzie wszelkie prace techniczno-organizacyjne, Geschäftsführer natomiast zajmie się wyłącznie sprawami politycznymi.

W końcu okręgowiec Uhle, dziękując za treściwy przebieg konferencji, zaapelował do swych podwładnych, aby mimo niesłusznego traktowania JDP w stosunku do Związku spółdzielczego występować oględnie, mając na uwadze interesy partii na tym odcinku. Zresztą nadmienił Uhle, należy się wstrzymać z poważniejszymi pociągnięciami w terenie do czasu otrzymania dyspozycji.

W związku z rocznicą śmierci Makusa partia zorganizowała dwa większe obchody w Poznaniu i w Bydgoszczy.

W Poznaniu okolicznościowe przemówienie poświęcone pamięci Makusa, który poległ w miesiącu maju 1934 r. jako jeden z pierwszych bojowników idei nowego światopoglądu niemieckości w Polsce /Erneuerung/ z rąk reakcjonistów, wygłosił Weiss Henryk z Jarocina. Mówcy streścił przebieg wypadków, które spowodowały śmierć Makusa, stwierdzając, że obecnie zbliżono się do obranego celu. Śmierć Makusa nie była zakończeniem, lecz początkiem i będzie wiecznym przypomnieniem obowiązków Niemca.

W Bydgoszczy udział w obchodzie wzięło około 700 osób. Senator Wiesner wygłosił krótkie przemówienie okolicznościowe, w którym wyraził ubolewanie, że władza kościelna nie zezwoliła na odbycie manifestacji ku uczczeniu pamięci Makusa na cmentarzu ewangelickim w dniu 17.5.37 r. w Bydgoszczy wobec czego cała uroczystość na cmentarzu musiała się ograniczyć na złożeniu wieńca na grobie Makusa. W dalszym swym przemówieniu podkreślił Wiesner, że położenie Niemców w Polsce jest bardzo trudne, gdyż muszą walczyć o swój byt narodowy. Jednakże trudne położenie nie może i nie powinno Niemców zniechęcać w walce o ich święte prawa narodowe, lecz winni wzorować się na ofiarności i walce o ideologię narodowego socjalizmu zmarłego Makusa.

Z kolei zabrał głos Spitzer Eryk z Młotkowa, powiatu wyrzyskiego, który przemówił do nowoprzyjętych 15 członków partii, wzywając ich do intensywnej współpracy w obronie dobra niemczyzny w Polsce. Pokreślił, że przez współpracę dla społeczeństwa niemieckiego i państwa polskiego doczekają się Niemcy w Polsce lepszych czasów.

Po tym Brose Hermann z Bydgoszczy odebrał od nowoprzyjętych członków przyrzeczenie wierności dla partii.

Na zakończenie odbyły się występy śpiewu ku uczczeniu pamięci Makusa. Wspólnym odśpiewaniem piosenki „Feuerspruch" uroczystość zakończono.

4. *NSDAP*

Aktywność zebraniową partii w okresie sprawozdawczym ilustruje poniższe zestawienie:

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestników	Mówcy
Poznań	akademia 1-majowa	300	Schome radca regencji z Królewca
Bydgoszcz	akademia 1-majowa	300	Wenzel, Kreisschulungsleiter z Bremy
Poznań	zebranie	70	Kraft ob. polski dyrektor Welage
Poznań	zebranie sekcji kobiecej	40	Pastor Brauer z Obornik
Bydgoszcz	zebranie D.A.F.	100	Stahnsdorf

W wykazanych wyżej akademiach 1-majowych uczestniczyli również obywatele niemieccy zamieszkali w Polsce, niecłonkowie partii oraz przybyli z Niemiec uczestnicy Targów Poznańskich, były to tzw. zebrania „Reichsdeutsche Kolonie". Jako prelegenci w obu wypadkach wystąpili wyżsi urzędnicy Rzeszy specjalnie na ten dzień przybyli do Polski. Wenzel w Bydgoszczy dał lekko do zrozumienia, że proletariat w Polsce nosi w sobie zarzewie rewolucji społecznej. Obu uroczystościom nadano charakter uwojskowiony: poczty sztandarowe, komenda, marsze itp.

Udział Krafta znanego działacza z obozu DV w zebraniu NSDAP w Poznaniu, należy ocenić jako chęć ze strony kierowników spółdzielczości oczyszczania się z zarzutów stawianych im przez JDP w związku z zatargiem wynikłym podczas zjazdu delegatów Verband Deutscher Genossenschaften i szukaniem przez Swarta oparcia w miejscowym oddziale NSDAP przed ewentualnymi intrygami na terenie Rzeszy. Należy zaznaczyć, że Kraft na tym zebraniu wygłosił referat o niemieckiej spółdzielczości w Polsce.

Zebranie sekcji DAF odbyło się w Bydgoszczy w dniu 31.5. Przebieg jego był następujący:

Na wstępie wspomniał Krüger o bohaterskiej śmierci 30 marynarzy niemieckich, którzy ponieśli śmierć od bomby lotników czerwonej armii hiszpańskiej. Krüger po wyrażeniu potępienia tego skrytobójczego zamachu ze strony, jak ich nazywał „czerwonych zbirów", nakazał uczcić pamięć poległych marynarzy przez 1 minutę ciszy. Następnie agitował za wzięciem licznego udziału w zjeździe partyjnym w Stuttgarcie, który się odbędzie w czasie od 29.8.–5.9.37 r., oznajmiając, że koszty wyjazdy wynoszą tylko 75 zł.

Kierownik DAF, Stahnsdorf Wolf z Bydgoszczy, również zachęcał do wyjazdu na ten zjazd podkreślając, że stanowić on będzie dla każdego uczestnika rzeczywistą siłę przez radość - „Kraft durch Freude". Następnie Stahnsdorf podał do wiadomości o zmianach, jakie w ostatnim czasie zaszły na stanowiskach funkcjonariuszy DAF. Mianowicie w miejsce referenta zawodów Marquardta, wyznaczony został Vorreau, funkcje skarbnika Krafta objął Wichert. Miejsce referenta „Kraft durch Freude" Buegego objął Bulawa. Dalej Stahnsdorf wskazywał na to, że obowiązkiem każdego członka DAF jest abonowanie prócz organu partyjnego „Idee i [!] Wille" także gazety „Der Deutsche im Ausland".

Następnie Vorreau mówił o obowiązku pozostania na swym posterunku pracy każdego zagranicznego Niemca, który musi wykazać 200% wysiłku około sprawy niemieckiej.

Ramme Artur z Bydgoszczy wygłosił referat o niemieckiej flocie handlowej,

wywodząc, że flota ta istnieje już od 90 lat i obecnie dominuje nad wszystkimi innymi flotami świata.

Na zakończenie zaznaczył Krüger, że Niemcy nie mogą się bez kolonii rozwijać i muszą swe utracone kolonie z powrotem otrzymać, co w niezadługim czasie nastąpi.

Nie ujęta została w zestawieniu praca Zellen i Stützpunktów. W wielu wypadkach praca ta prowadzona była w małych zespołach i miała charakter szkoleniowy. Niezależnie jednak od pracy szkoleniowej członków w kierunku poznania ideologii narodowo-socjalistycznej, prowadzono prace specjalne w związku z projektowanym wyjazdem członków na zjazd partyjny do Niemiec, na przeszkolenie partyjne, wojskowe itp. Podkreślić należy częsty kontakt oddziałów w tych sprawach z centralą w Warszawie.

II. *Przegląd prasy*

Prasa DV

Obchody święta pierwszomajowego w Rzeszy dały niemieckiej prasie mniejszościowej sposobność do szerokiego i entuzjastycznego omówienia rzekomych sukcesów Kanclerza, zwłaszcza na polu gospodarczym, przy czym artykuły te nabierały charakteru propagandy hitleryzmu. Między innymi Deutsche Rundschau i Posener Tageblatt w artykułach wstępnych święto pierwszomajowe propagują jako święto pracy Niemców w Polsce, zaś dzień 3 maja jako święto ściśle państwowe. W tonie poprawnym utrzymane były artykuły poświęcone znaczeniu dnia 3 maja, stwierdzić jednak należy, że artykuły te ujęte były raczej historycznie, ograniczając się do omówienia konstytucji trzeciomajowej na tle ówczesnej sytuacji europejskiej.

Również ton poprawny i poważny zachowała prasa omawiając rocznicę zgonu marszałka Piłsudskiego. Jedynie organ dawnej niemieckiej partii socjalistycznej „Deutsche Volkszeitung" w Nr. 107 z dnia 13.5.37 zakłócił powagę zarzutem, że palone w tym dniu stosy jedynie na granicy polsko-niemieckiej są symbolem czujność i mają świadczyć o rzekomych ze strony Polski groźbach wobec Rzeszy, za co uległ konfiskacie.

Rzekome upośledzenie mniejszości niemieckiej w Polsce bywa nadal ulubionym tematem licznych artykułów według utartych szablonów. Na wzmiankę zasługuje tutaj sprawa zakazu władz dalszej budowy gimnazjum niemieckiego w Bydgoszczy /Posener Tageblatt Nr. 102, z dnia 6.5./, zamknięcie przez władze w Łodzi drukarni „Freie Presse" /D.R. i P.T. Nr. 109/, proces Wanderbundu w Tarnowskich Górach, sprawa wygasania konwencji genewskiej /PT Nr. 100 z dnia 2.5.37 r./

Na szersze omówienie zasługuje artykuł Dr. Kohnerta pt. „Abwanderung Bodenverlust und Bevölkerungsaufbau" zamieszczony w nr. 120 Deutsche Rundschau z dnia 30.5.37 r., który jest streszczeniem przemówienia Kohnerta, wygłoszonego na zebraniu Rady Niemców w Polsce w dniu 26.5 br. w Białej. Omawia w nim utratę niemieckiego stanu posiadania w Polsce od roku 1918 oraz emigrację Niemców z Polski, przy czym podaje, że w roku 1918 znajdowało się w rękach niemieckich w województwach poznańskim i pomorskim 1 535 000 ha ziemi, zaś w roku 1926 obniżył się obszar ten do 1 036 000 ha. Wskutek reformy rolnej tracą Niemcy rocznie około 700 ha, zaś w roku 1937 cyfra utraty podniosła się do 21 300 ha. Bardzo charakterystyczne jest oświadczenie Kohnerta, zamieszczone w tymże artykule, że Niemcy przybyli do Polski nie jako zdobywcy, ani intruzi lub poszukujący przygód, lecz na życzenie ówczesnych królów i książąt polskich, nie w celach asymilowania się z miejscową ludnością, lecz w uznaniu pracowitości i wiedzy. Przyczyniając się do budowy Państwa Polskiego, posiadają prawa nabyte na tej ziemi.

Ogłoszony urzędowo wynik spisu ludności Polski z 1931 r. podchwyciła prasa niemiecka zarówno DV jak i JDP skwapliwie, aby starać się wykazać jakoby Państwo Polskie, przez posiadanie 30,9 % ludności narodowości niepolskiej, było państwem narodowościowym a nie narodowym /DR i PT Nr. 116, DN Nr. 117/.

Przy omawianiu wyniku wyborów w kościele ewangelicko-augsburskim prasa DV zaatakowała biskupa Burschego, zarzucając mu wykorzystywanie swego stanowiska rzekomo dla celów polonizacyjnych.

Rozgrywek między DV a JDP na łamach prasy DV nie zaobserwowano.

Jedynie zebranie delegatów spółdzielni niemieckich oraz niepowodzenie JDP na tymże zebraniu, dało sposobność do podniesienia zarzutu, że JDP chce wykorzystać spółdzielnie niemieckie jedynie dla celów partyjnych.

Wychodzący w Łodzi dziennik „Freie Presse", wskutek zamknięcia drukarni przez władzę, drukowany jest w okresie sprawozdawczym w Poznaniu.

Prasa JDP

W omawianiu spraw Rzeszy prasa JDP nie różniła się w swym entuzjazmie od prasy DV. Podobnie jak w ubiegłych okresach DN stał bez reszty na usługach partii propagując w licznych artykułach hasła partyjne, dostosowane każdorazowo do wymagań chwili. Aktualną dla partii była w okresie sprawozdawczym sprawa spółdzielczości oraz hasło konsolidacji i ścisłej współpracy Niemców śląskich z Niemcami w Poznańskim i na Pomorzu. Temu ostatniemu zagadnieniu poświęcony był szereg artykułów zawierających sprawozdania z przebiegu zgromadzeń partii, wraz z przemówieniami senatora Wiesnera /DN Nr. 103 i 104/.

Walka prasowa między DV a JDP zredukowana ostatnio do minimum, przybrała w okresie sprawozdawczym na ostrości. Sposobnością do tego był zjazd delegatów związku spółdzielni niemieckich, odbyty w dniu 11.5. br. w Poznaniu. Nieotrzymanie przez Wiesnera na zjazd zaproszenia oraz nie dopuszczenie do głosu referenta spraw gospodarczych partii, Brunona Schulza, dał sposobność do zaatakowania „reakcji" uosobionej w dyrektorze Swarcie. W ostrym tonie utrzymany artykuł pt. „Zwei Welten" /DN Nr. 109 z dnia 15.5./ powtarza dawne zarzuty przeciw dr. Swartowi, twierdząc, że dzięki niemu spółdzielczość niemiecka jest ostoją „reakcji", a nie warsztatem pracy ogółu Niemców w Polsce.

Również rocznica śmierci Makusa przyczyniła się do zaostrzenia antagonizmów między DV a JDP, których wyrazem były dwa artykuły w DN Nr. 110 z dnia 16.5. oraz 116 z dnia 25.5.37. ostatni pt. „Hebt hoch die Fahne" zawiera atak na superintendenta Asmanna w Bydgoszczy, który zakazał jakiejkolwiek uroczystości na cmentarzu przy grobie Makusa.

Wiadomość o zamordowaniu w Kotuszu pow. kościańskiego Polaka Gracjana Jurgi przez członków JDP podała DN w Nr. 119 z dnia 29.5. w notatce pt. „Überfall auf Deutsche" starając się wmówić czytelnikom, że Niemcy popełnili zabójstwo działając w obronie koniecznej.

III. *Ruch społeczny i sportowy*

Zestawienie zebrań niemieckich organizacji społecznych i sportowych /bez imprez/ przedstawia poniższa tabela:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań
D. Naturwissenschaftlicher Verein	1
Deutscher Frauenbund	3
Verein Deutscher Katholiken	2
Verein Deutscher Lehrer und Lehrerinnen	1
Hilfsverein Deutscher Frauen	1
Gesangverein	8
Jungmädchenverein	3
Radfahrerverein	4
Männerturnverein	5

Z wyżej wymienonych na bliższe omówienie zasługuje obchód 100-lecia Niemieckiego Stowarzyszenia Przyrodniczego – Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein, który odbył się w Poznaniu w dniu 6 i 7 maja. Przebieg tego obchodu był następujący:

W dniu 6 maja 37 r. o godz. 17 do 18.30 w auli gimnazjum niemieckiego miał miejsce inauguracyjny odczyt prof. Dr. H[ansa] Geigera z Berlina, na temat „Die Umwandelbarkeit der Atome". Uczestniczyło około 300 osób.

Tego samego dnia o godz. 20 do 22.30 w Loży Masońskiej zorganizowano wieczór towarzyski, w którym wziął udział wicekonsul dr. Stelzer oraz przedstawiciele Uniwersytetu Poznańskiego. Przewodniczył Tumm Otton, prezes stowarzyszenia, który wygłosił przemówienie powitalne, po czym nastąpiło składanie życzeń przez poszczególne organizacje. Przemawiali między innymi prof. Dr. Witkowski, prof. dr. Schechtel, prof. dr. Meyer z UP, prof. dr. Staemmler z Wrocławia, prof. Jakubski, prof. Wodziczko z Poznania, dr. Reiners z Berlina, Frase z Piły, dr. Raapke z Torunia, prof. Wollstedt z Berlina, radca studiów Scheer z Berlina, dr. Panzer z Gdańska, dr. Neef z Gdańska, radca studiów Schnura z Bydgoszczy, dr. Link, dr. Sobik z Katowic, Gentz, nauczyciel z Poznania, dr. Klusak z Welage Poznań, dr. Lück z Poznania, dr. Spohr i dr. Lattermann.

Odczytano telegramy z życzeniami, między innymi senatorów inż. Wiesnera i Hasbacha.

W dniu 7.5.37 r. nastąpiło złożenie wieńców na grobach zasłużonych członków stowarzyszenia oraz uroczyste posiedzenie w auli gimnazjum niemieckiego, z udziałem generalnego konsula niemieckiego dr. Waltera. Mgr. Schulz Ryszard zdał sprawozdanie z działalności stowarzyszenia, z kolei wręczono dyplomy zasłużonych i honorowych członków stowarzyszenia. Po czym generalny Konsul niemiecki dr. Walter wręczył stowarzyszeniu dyplom honorowy „Niemieckiego Instytutu Zagranicznego" w Stuttgarcie.

W dalszym ciągu obchodu w auli gimnazjum niemieckiego odbyły się odczyty:

prof. dr. W. Schoenichena z Berlina, na temat „Die Entwicklung des Naturschutzes in Deutschland",

dr. H.E. Patzera z Poznania, na temat „Gefährdete Pflanzenarten im Umkreis polnischer Großstädte",

prof. dr. E. Spohra z Rygi, na temat „Lebensräume und Gleichgewichtslagen in der Pflanzenwelt",

prof. dr. Paxa z Wrocławia „Höhenforschungen in Ostdeutschland",

dr. H. Torno z Poznania, na temat „Beruf und Wissenschaft".

Odczyty miały charakter wyłącznie naukowy.

Wręczenie stowarzyszeniu dyplomu honorowego Instytutu Niemczyzny Zagranicznej przez Konsula Generalnego Rzeszy w obecności przedstawicieli nauki polskiej ma tu

swój specyficzny posmak i nie jest wolny [!] od momentów politycznych, których w przemówieniach unikano.

IV. *Ruch gospodarczy i zawodowy*

Zestawienie zebrań niemieckich organizacji gospodarczych i zawodowych ilustruje poniższa tabelka:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań
Welage	13
Verein Deutscher Bauern	10
Verein Deutscher Angestellter	1
Verband f. Handel u. Gewerbe	3
Verband D. Genossenschaften	1
Wirtschaftsverband Städtischer Berufe	1

Z pośród wyżej wymienionych na bliższe omówienie zasługują:

1. Zjazd Verband Deutscher Genossenschaften, który odbył się w Poznaniu w dniu 11 maja br., przy udziale około 1 000 uczestników.

Zjazd zagaił prezes Rady Nadzorczej v. Massenbach Georg z Konina pow. szamotulskiego, który krótkim przemówieniem powitał uczestników zjazdu. W zjeździe między innymi uczestniczyli: delegacja składająca się z 74 osób, z Łodzi, z dyrektorem Pohlmannem na czele, przedstawiciel rady spółdzielczej Ministerstwa Skarbu radca Izdebski, generalny konsul niemiecki Walter, radcowie konsystorialni Hein i Hildt, kanonik Paech, senator Hasbach, były poseł v. Saenger, przedstawiciele Związku Spółdzielni Witwicki i Całkosiński oraz dr. Sondermann, Kraft Waldemar i Rust z „Welage", Obuch z „Landbund Weichselgau", dr. Thomaschewski z „Verband für Handel und Gewerbe" i prof. Bünger.

Następnie dyrektor Rollauer Christian powitał zaproszonych gości polskich w języku polskim, poczym v. Massenbach poświęcił kilka słów zmarłemu dyrektorowi dr. Wegnerowi, którego pamięć uczczono powstaniem z miejsc.

W dalszym ciągu dłuższe przemówienie o ogólnej sytuacji i działalności „Verband Deutscher Genossenschaften" wygłosił dr. Swart Fryderyk, wyrażając swoje zadowolenie z powodu wzrostu liczby członków, biorących udział w zjeździe, omawiając sytuację w dziedzinie rolniczej stwierdził, że nastąpiło pewne polepszenie skutkiem wzrostu cen produktów rolnych, a poza tym ożywienie w wielkim przemyśle po długoletnim kryzysie gospodarczym w związku z czym zaznaczyło się wzmocnienie zdolności nabywczej rolnika, czego wyrazem jest powiększenie zużycia sztucznych nawozów i zakupu maszyn rolniczych. Wspominając o wojnie włosko-abisyńskiej i wojnie domowej w Hiszpanii podkreślił, że Rząd Polski starał się o utrzymanie pokoju i wzmocnienie przyjaznych stosunków z sąsiednimi krajami, a członkowie spółdzielni winni być wdzięczni, że skutkiem tego mogli przyczynić się spokojną pracą do podniesienia dobrobytu kraju.

Następnie omówił ustawę o granicach państwa, z której na uwagę zasługuje dziedzictwo i przeniesienie /Übertragung/ posiadłości ziemskiej, co do którego w strefie nadgranicznej nie jest wymagane zezwolenie, o ile chodzi o prawnych spadkobierców, dalej wspomniał o znaczeniu ustawodawstwa oddłużeniowego. W dalszym ciągu swego przemówienia stwierdził, że mylne są informacje prasowe jakoby spółdzielczość niemiecka powiększyła się kosztem spółdzielczości polskiej, gdyż cyfry w ruchu spółdzielczym temu przeczą. Z początkiem bowiem roku 1936 Związek liczył

609 spółek, z których 14 rozwiązano, powstały 4 nowe spółki, tak że ilość wynosiła 599 spółek, z których przypada 39 na Górny Śląsk, 84 na Polskę Środkową, a 11 na Pomorze. Cyfra ta zmniejszy się jednak w przyszłości jeszcze o 31 spółek, gdyż 3 spółki postanowiły zlikwidować się, 27 znajduje się w stadium likwidacyjnym a 1 ogłosiła upadłość. W kwestii członkostwa zaznaczył, że członkowie Związku są wyłącznie Niemcami, odpierając zarzuty prasy polskiej, jakoby spółdzielnie niemieckie starały się uzależnić od siebie sfery polskie w charakterze dłużników względnie pozyskać od tychże wkłady oszczędnościowe. Wkłady oszczędnościowe w spółdzielniach niemieckich sfer polskich są minimalne.

W dalszym ciągu poruszył kwestję działalności politycznej w spółdzielniach, dając do zrozumienia, że członkowie zgodnie współpracują ze Związkiem w kierunku uniezależnienia spółdzielczości, od politycznych wpływów partyjnych.

Domagał się od partii politycznych zaniechania działalności politycznej w łonie spółdzielni. Również kwestia szkolenia w dziedzinie spółdzielczej, zwoływania konferencji oraz werbunku członków należy wyłącznie do Związku, a nie do partii politycznej. Krytykując omawianie ze stanowiska partii politycznej kwestii udziałów w spółdzielniach, podkreślił, że dzięki utworzeniu dostatecznych udziałów spółdzielnie zdołały przetrwać kryzys gospodarczy. Sprawa wstąpienia nowego członka i wyznaczenie wysokości udziału winna być rzeczowo uzgodniona ze Związkiem. Odnośnie liczby członków stwierdził wzrost członków skutkiem wzmocnienia zaufania. Współpraca takich członków, którzy wstępują z własnej woli, a nie są spowodowani do wstępowania przez kierowników lub zarząd, daje zawsze lepsze wyniki, od haseł partyjnych.

Następnie mówca zdał sprawozdanie z działalności spółdzielni kredytowych, w których zaznaczył się spadek wkładek, spółdzielni handlowych, które zdołały utrzymać równowagę bilansów, spółdzielni mleczarskich, które pomyślnie rozwijają się dzięki zastosowaniu nowoczesnej techniki.

Według przedstawionych sprawozdań również stan gorzelni i spółek zakupu i sprzedaży bydła /Viehverwertung/ jest pomyślny. Ponadto przedstawił dane statystyczne w sprawach organizacyjnych jak odbytych zebrań, kursów, zjazdów itp.

Wspominając o zmarłym dyrektorze dr. Wegnerze, apelował do dalszej intensywnej pracy i spełnienia obowiązku w myśl hasła „Jeden za wszystkich, wszyscy za jednego".

Po przemówieniu dr. Swarta przewodniczący otworzył dyskusję podając do wiadomości, że wniosek o dopuszczenie do głosu przedstawił Schulz Brunon z Wolsztyna /JDP/, który nie jest członkiem uprawnionym do głosowania, lecz tylko słuchaczem, a wobec tego, że Schulz znany jest z tego, że usiłował podkopywać zaufanie do kierownictwa spółdzielni na politycznych zebraniach i w prasie, pozostawia decyzję w tej sprawie zebranym. W głosowaniu większość sprzeciwiła się udzieleniu głosu Schulzowi, skutkiem czego wniosek upadł.

Dyrektor Warmbier z Chodzieży zdał sprawozdanie komisji rewizyjnej i na jego wniosek udzielono kierownictwu absolutorium.

Na zakończenie zjazdu prof. dr. Bünger z Kilonii wygłosił odczyt na temat podwyższenia produkcji mleczarskiej i karmienia zwierząt dojnych.

W godzinach wieczornych odbyło się przedstawienie amatorskie, po czym odbyto pogadankę towarzyską.

2. Zjazd metalowców zrzeszonych w Wirtschaftsverband städtischer Berufe z okręgu bydgoskiego, który odbył się w Bydgoszczy w dniu 7 maja.

Zjazd zagaił Hege Hans z Bydgoszczy witając przybyłych z Niemiec w charakterze prelegentów 3 członków związku „Reichsverband des deutschen Handwerks" w Berlinie i to mistrza ślusarskiego Hahna Waltera, mistrza kowalskiego Wiebaldta i mistrza blacharskiego Sassego, po czym wygłosił przemówienie w którym wskazał na rzekome trudności z jakimi rzemiosło niemieckie w Polsce walczyć musi, aby móc egzystować. Zaznaczył, że szczególnie w ostatnich tygodniach Polski Związek Zachodni zorganizował bojkot niemieckich warsztatów pracy, czym jednak rzemieślnik niemiecki nie powinien się zrażać, lecz stawić czoło tym przeszkodom. Rzemiosło niemieckie, zdaniem mówcy, najskuteczniej podtrzyma swe stanowisko mimo trudności przez wzmożoną i uczciwą pracę.

Następnie wygłosił referat przybyły z Niemiec mistrz kowalski Wiebaldt. Prelegent na wstępie wyraził radość, że wskutek zawarcia 10-letniego paktu o nieagresji pomiędzy Niemcami a Polską i dzięki stale polepszającym się stosunkom pomiędzy tymi państwami, mógł przybyć na zjazd. Nadmienił, iż znane mu są fakty, że rzemieślnik niemiecki poza granicami Rzeszy musi walczyć z poważnymi trudnościami i nie zażywa tych udogodnień jakich doznaje jego ziomek w Rzeszy. Jednakże niemiecki rzemieślnik zamieszkały za granicą winien mieć przeświadczenie, że społeczeństwo w Rzeszy się nim opiekuje i że musi wytrwać na swym stanowisku za granicą, aby być pionierem niemieckich obyczajów, charakteru oraz solidarności rzemieślniczej.

Z kolei przemówił Hahn, który wygłosił referat o nowoczesnej technice w branży metalurgicznej w Rzeszy. Prelegent zaznaczył, że w ostatnich 4 latach wprowadzono, w technice w Niemczech takie poważne ulepszenia i nowości, że Niemcy uniezależniły się zupełnie od zagranicy, bo z węgla i drzewa wydobyto substancje zastępujące sprowadzane przed tym zza granicy metale, jak cynę, koprowinę i nikiel. Prelegent w trakcie swego dalszego referatu, przedstawił nowoczesne, fachowe wynalazki w ślusarstwie, kowalstwie i blacharstwie w Niemczech.

Po przerwie obiadowej nastąpił dalszy przebieg obrad na które stawiło się zaledwie około 80 uczestników. Prelegent Wiebaldt kontynuował swój referat, w którym wskazywał na konieczność prowadzenia przez rzemieślników należytej kalkulacji i książkowości oraz na subtelność i sumienność w wykonywaniu fachowych zamówień.

Następnie prelegent Sasse wygłosił referat o zawodowym wychowaniu i wykształceniu przyszłej generacji /Erziehung und berufliche Ausbildung des Nachwuchses im Metallhandwerk/. Na wstępie wspomniał o tegorocznym obchodzie 1-majowym w Berlinie, podkreślając, że tak wspaniałej uroczystości jeszcze Niemcy nie oglądały, przy czym wzywał, aby Niemcy w Polsce utworzyli zwarty front. W dalszym ciągu swego referatu przedstawił prelegent system wychowania młodzieży w Niemczech. Młodzież z ukończeniem 10 roku życia przechodzi pod opiekę wychowania partii, po ukończeniu lat 14 przechodzi do organizacji „Hitlerjugend", następnie od 18–19 przebywa w „Arbeitsfront", po czym odbywa 2 letnią służbę wojskową. Dzięki temu systemowi wychowania młodzieży – zdaniem prelegenta – posiadają Niemcy najsilniejszą armię.

Na zakończenie wniósł prelegent trzykrotny okrzyk „Sieg Heil" na cześć Hitlera i narodu niemieckiego.

Przebieg zjazdu, z udziałem gości zagranicznych o tak wybitnie politycznie nastawieniu, wskazuje, że momenty polityczne przeważają w życiu w związku nad momentami zawodowymi czy gospodarczymi.

3. Wieczorek towarzyski Verband für Handel und Gewerbe w Poznaniu w dniu 8 maja pod kierownictwem honorowego prezesa Kindlera Norberta z Poznania. Obecnych

było około 500 osób, między innymi przedstawiciele Polsko-Niemieckiej Izby Handlowej w Warszawie, reprezentanci niemieckiej firmy na Targach Poznańskich i Konsulatu Niemieckiego z generalnym konsulem dr. Walterem na czele. Po powitaniu gości przez Kindlera wygłosił przemówienie Dr. Walter, w którym między innymi wskazał na doniosłość stosunków handlowych między Polską a Rzeszą, stwierdzając, iż Targi Poznańskie coraz więcej ożywiają ten stosunek, podnosząc znaczenie handlu między obu krajami. Nadmienił, że firmy niemieckie, szczególnie w tym roku, silnie były reprezentowane na Targach Poznańskich i nawiązały nowe kontakty z przemysłem i kupcami Polski, czyniąc pozytywne rezultaty różnych pertraktacyj. Wspominając o Targach Wrocławskich /Breslauer Messe/, mówca z uznaniem stwierdza udział Polski, której współpraca z Rzeszą w tej dziedzinie przyniesie dużo korzyści.

4. Zjazd metalowców zrzeszonych w Verband für Handel und Gewerbe z okręgu poznańskiego, który odbył się w Poznaniu w dniach 7 i 8 maja.

W dniu 7 maja 37 otwarcia zjazdu dokonał dr. Scholz, prezes organizacji VfHuG, który wygłaszając przemówienie powitalne określił znaczenie urządzonego zjazdu. Nadmienił, że ogólne położenie gospodarcze nie jest korzystne, a cierpi skutkiem tego przede wszystkim społeczeństwo niemieckie. By doprowadzić do dobrobytu, każdy Niemiec, czy kupiec, przemysłowiec, rolnik czy rzemieślnik, winien mieć zdolności konkurencyjne, to znaczy, że winien wybić się wobec otoczenia swą twórczością.

Cel ten osiągnięty zostanie jednak tylko szkoleniem i wymianą doświadczeń. Podał do wiadomości, że na zjeździe referaty wygłoszą pozamiejscowi prelegenci o najnowszych doświadczeniach w dziedzinie przemysłu metalowego. Wspomniał również o pomyślnym wyniku zeszłorocznego zjazdu przemysłu drzewnego.

Po przemówieniu powitalnym dyrektor Hahn z Niemiec wygłosił referat na temat „Nowe metody pracy, rzeczoznawstwo materialne, współczesne ukształtowanie się w przemyśle ślusarskim", opierając się na zdobyczach techniki w Rzeszy. Referat uzupełniono przeźroczami i filmem.

W obradach stwierdzono, że rzemiosło niemieckie nie znajduje się na właściwym poziomie, co przypisać należy nieudolności rzemieślnika, pobierającego wygórowane ceny i wykonywującego pracę nie zawsze należycie. Ponadto niektórzy Niemcy często idą do Polaków rzekomo ze względu na lepszą usługę, omijając bez specjalnych powodów niemieckich rzemieślników. Sytuacja musi ulec zmianie przez wykonywanie prac po cenach przystępnych i poparcie niemieckiego rzemieślnika ze strony całego społeczeństwa niemieckiego w Polsce.

Inżynier Schmidt wygłosił referat na temat danych statystycznych z dziedziny rzemiosła metalowego z terenu całej Polski oraz możliwości w wyborze zawodu. Mówca wskazał za pomocą statystyki na możliwości zawodowe w Małopolsce i na Wołyniu, gdy natomiast na terenie Polski Zachodniej istnieje dostateczna ilość jednostek zawodowych.

W dniu 8 maja uczestnicy zjazdu zwiedzali Targi Poznańskie i wystawę prac niemieckich uczni rzemiosł metalurgicznych oraz wysłuchali kilku referatów zawodowych.

IV. *Ruch wyznaniowy*

W dniu 25 maja odbywała się w Katowicach konferencja kościelna tzw. „Evangelischer Landeskirchenrat", w której udział wzięli delegaci Ewangelicko-Unijnego Konsystorza w Poznaniu.

W Wieleniu, pow. czarnkowskiego, odbyła się w dniu 9 maja konsekracja nowego kościoła ewangelickiego. Na uroczystość przybyło około 400 Niemców z Rzeszy na podstawie przepustek granicznych z 3 pastorami.

Pastor Stolzenburg z Budzynia, pow. chodzieskiego, znany działacz NSDAP, w końcu okresu sprawozdawczego dobrowolnie wyprowadził się do Niemiec przed upływem wizy pobytowej udzielonej mu przez władze polskie.

W dniu 6 maja 1937 r. w kościele ewangelickim w Poniecu odbyło się nabożeństwo za poległych w wojnie światowej, przy czym umieszczono w kościele tablicę pamiątkową z nazwiskami poległych, dawnych mieszkańców parafii ewangelickiej Poniec. Nabożeństwo odbywało się bardzo uroczyście, przy udziale chóru kościelnego i orkiestry, wzięli udział w nim bardzo licznie członkowie Deutsche Vereinigung.

Z okazji Święta Narodowego 3 maja nabożeństwa odbywały się w następujących zborach ewangelickich.

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora wzgl. dziakona	Uwagi:
Krotoszyn	Krotoszyn	past. Michałowski	
Wyrzysk	Łobżenica	miejsc. pastor	uczestniczyły tylko dzieci
Wyrzysk	Dzwierszno	miejsc. pastor	uczestniczyły tylko dzieci
Chodzież	Chodzież	miejsc. pastor	uczestniczyły tylko dzieci
Szubin	Szubin	miejsc. pastor	kazanie o znaczeniu hist. konstytucji 3 maja
Szubin	Kcynia	miejsc. pastor	Po naboż. akademia w szkole dla dzieci niem. z pieśniami polskimi
Szubin	Jabłówko	miejsc. pastor	
Szubin	Barcin	miejsc. pastor	
Czarnków	Czarnków	past. Starke	kazanie o konstytucji
Czarnków	Romanowo Dolne	past. Warnke	krótkie kazanie dlaczego dzień 3 maja jest świętem narod.
Czarnków	Połajewo	miejsc. pastor	
Czarnków	Stajkowo	miejsc. pastor	
Leszno	Leszno	past. Rutz	kazanie okolicz. W naboż. wzięły udział obok dzieci osoby dorosłe

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora wzgl. dziakona	Uwagi:
Leszno	Rydzyna	miejsc. pastor	bez kazania natomiast dzieci odśpiewały "Boże coś Polskę"
Leszno	Osieczna	miejsc. pastor	tylko dzieci szkolne
Leszno	Krzemieniewo	miejsc. pastor	odśpiewano "Boże coś Polskę" – udział dorosłych
Leszno	Wilkowice	miejsc. pastor	tylko dzieci szkolne
Leszno	Lasocice	miejsc. pastor	tylko dzieci szkolne
Gniezno	Gniezno	miejsc. pastor	kazanie n. t. poszanowania władzy – udział tylko dzieci szkolnych
Gniezno	Świniary	miejsc. pastor	kazanie n. t. poszanowania władzy – udział tylko dzieci szkolnych
Gniezno	Kłecko	miejsc. pastor	kazanie n. t. poszanowania władzy – udział tylko dzieci szkolnych
Inowrocław	Radojewice	past. Hoffmann	kazanie o konstytucji, dzieci odśpiewały "Boże coś Polskę"
Inowrocław	Rojewice	past. Arnstedt	kazanie o konstytucji
Bydgoszcz pow.	Brzoza	past. Klahr	bez kazania
Bydgoszcz pow.	Dąbrowy W.	past. Remus	okolicz. kazanie
Bydgoszcz pow.	Nowawieś Wielka	pastor Meyer	okolicz. kazanie
Bydgoszcz pow.	Ciele	miejsc. diakon	kazanie n. t. konstytucji
Bydgoszcz	Fordon	past. Rutzen	kazanie o treści relig.
Bydgoszcz	Solec Kujawski	past. Lusch	okolicz. kazanie n. t. konstytucji

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora wzgl. dziakona	Uwagi:
Mogilno	Strzelno	past. Mix	bez kazania
Rawicz	Rawicz	past. Gedert	kazanie n. t. konstytucji, po naboż. pogadanka w szkole ze śpiewami polskimi
Rawicz	Pakosław	past. Grimm	bez kazania
Rawicz	Jutrosin	past. Rutter	kazanie okolicz. n. t. konstytucji. Odśpiewano "Boże coś Polskę"
Środa	Środa	past. Zellmann	
Środa	Zaniemyśl	past. Kuss	
Międzychód	Międzychód	past. Müller	
Międzychód	Sieraków	past. Wagner	
Wągrowiec	Wągrowiec	past. Wehrhan	kazanie okolicz. po czym odśpiewano "Boże coś Polskę"
Ostrów	Ostrów	past. Reimann	
Wolsztyn	Wolsztyn	pastor Engel	
Wolsztyn	Rakoniewice	past. Wiegert	odśpiewano "Boże coś Polskę"
Wolsztyn	Rostarzewo,	past. Wiegert	odśpiewano "Boże coś Polskę"
Wolsztyn	Tuchorza	past. Eichler	odśpiewano "Boże coś Polskę"
Wolsztyn	Boruja Kośc.	Past. Bierschenk	bez kazania
Śrem	Krosno	miejsc. pastor	
Kępno	Kępno	past. Schildberg	w języku polskim dla lud. polskiej odśp. "Boże coś Polskę"
Kępno	Ostrzeszów	past. Precht	w języku polskim dla lud. polskiej odśp. "Boże coś Polskę"

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora wzgl. dziakona	Uwagi:
Kępno	Rychtal	past. Hoffmann	parafia polska-kazanie w języku niem. i pieśni niem. śpiewane przez Polaków
Kępno	Pisarzowice	past. Weinhold	w języku polskim dla Polaków, krótkie kazanie, odśpiewano "Boże coś Polskę"
Kępno	Kobylagóra	past. Weinhold	w języku polskim dla Polaków, krótkie kazanie, odśpiewano "Boże coś Polskę"
Kępno	Tabor Wielki	Katscher	kazanie w języku czeskim. Odśpiewano "Boże coś Polskę"
Szamotuły	Obrzycko	miejsc. pastor	Odśpiewano "Boże coś Polskę"
Września	Września	Werner	kazanie o znaczeniu głowy Państwa, udział dzieci z naucz. Brunk
Bydgoszcz	m. Bydgoszcz	past. Staffel	kazanie okolicz. udział wzięły dzieci z niem. szkoły publicznej na Okolu. Brak szkół pryw., średnich i powsz.
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	past. Glockzin	kazanie n. t. oddaj Bogu co boskie i cesarzowi co cesarskie
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	past. Schilter	bez kazania

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora wzgl. dziakona	Uwagi:
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	w zborze staro-lut.	bez kazania
Nowy Tomyśl	Jastrzębsko	past. Schenk	bez kazania
Nowy Tomyśl	Stare		
Nowy Tomyśl	Zbąszyń	past. Tauber	bez kazania
Nowy Tomyśl	Miedzichowo	past. Schenk	bez kazania
Nowy Tomyśl	Lewiczynek	diakon Fitzer	kazanie okolicz.
Nowy Tomyśl	Sątopy	pastor Tauber	kazanie okolicz.
Nowy Tomyśl	Grodzisk	pastor Rudolpf	kazanie n. t. konstytucji 3 maja
Kościan	Kościan	pastor Leszczyński	okoliczn. kazanie
Kościan	Czempin	pastor Kienitz	okoliczn. kazanie
Gostyń	Gostyń	pastor Kuhnert	w szkole akadem. pod kier. naucz.
Gostyń	Ponin	pastor Machert	
Żnin	Janowiec	miejsc. pastor	odśpiew. "Boże coś Polskę"
Żnin	Lasków	miejsc. pastor	odśpiew. "Boże coś Polskę"
Żnin	Zrazim	miejsc. pastor	odśpiew. "Boże coś Poskę"
Żnin	Dzwierszewo	past. Dinkelmann	odśpiew. "Boże coś Polskę", po tym akadem. z przemówieniem naucz. Koppa
Bydgoszcz	Bydgoszcz zbór ew.- augsb.	Trenkler	parafia polska w jez. polskim dla Polaków. Odśpiew. "Boże coś Polskę"

Z powyższego widać, że w całym szeregu zborów ewangelickich nabożeństw uroczystych w dniu 3 maja nie odprawiano. Na specjalne podkreślenie zasługuje nie odprawienie nabożeństw przez pastorów Niemców w powiecie ostrowskim w parafiach z ludnością polską. Należy to ocenić jako akcję bojkotową za wydalenie na początku br. pastora Mudraka.

W dniu 12 maja jako drugą rocznicę zgonu śp. Marszałka Józefa Piłsudskiego nabożeństwa żałobne zostały odprawione:

Powiat	Miejscowość	nazwisko pastora	Uwagi
Środa	Środa	past. Zellmann	udział dzieci
Międzychód	Międzychód	past. Muller	okolicz. kazanie, dzieci szkoły publ. i pryw.
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	past. Reissler	
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl starolut.	past. Schilter	kazanie okolicz., udział dzieci szk. publ.
Nowy Tomyśl	Jastrzębsko Stare	past. Schenk	kazanie okolicz., udział dzieci szk. publ.
Nowy Tomyśl	Zbąszyń	past. Tauber	kazanie okolicz., udział dzieci szk. publ.
Nowy Tomyśl	Miedzichowo	past. Schenk	kazanie okolicz., udział dzieci szk. publ.
Nowy Tomyśl	Ludwiczynek	diak. Fetzer	kazanie okolicz., udział dzieci szk. publ.
Nowy Tomyśl	Sątopy	past. Tauber	kazanie okolicz., udział dzieci szk. publ.
Nowy Tomyśl	Grodzisk	past. Rudolpf	bez kazania
Nowy Tomyśl	Kuślin	Lassahn	krótkie kazanie

[...]

230

November 1938: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheitenlagebericht (Oktober 1938)

Listopad 1938r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (październik 1938r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4607

I. *Sytuacja ogólna*

Społeczeństwo niemieckie w październiku pozostawało pod wrażeniem sukcesu politycznego Rzeszy Niemieckiej w postaci zabrania bez wojny Sudetów. Bardziej agresywni działacze JDP wysnuwali z tego wniosek, że po Sudetach przyjdzie kolej na województwa zachodnie RP i pozwolili sobie na proroctwa o przyłączeniu tych ziem do Rzeszy, wygłaszane w trakcie zebrań partyjnych. W stosunku do tych Niemców prowadzone są dochodzenia przez policję, co podziałało hamująco na aktywność i agresywność partii.

Jednak sam fakt takiej oceny wypadków historycznych i wysnuwanie podobnych wniosków stawia we właściwym świetle działaczy niemieckich wyznających doktrynę narodowo-socjalistyczną.

Sprawa przyłączenia do Polski Śląska Zaolziańskiego i odpowiedź Rządu Polskiego na notę moskiewską wywołała duże zainteresowanie społeczeństwa niemieckiego, które oceniło je jako dowód siły. Jednak niemieckie organizacje polityczne na zebraniach tych spraw tych nie poruszały, nie zajmując odnośnie nich stanowiska. Jedynie były senator Wiesner skorzystał z okazji by przy tej sposobności przesłać depesze gratulacyjne do Pana Prezydenta RP, Pana Premiera oraz do Hitlera z okazji zajęcia Sudetów, w imieniu Jungdeutsche Partei.

Aktywność zebraniowa niemieckich organizacji politycznych wykazuje w dalszym ciągu osłabienie tempa, co należy tłumaczyć przemęczeniem szerszych rzesz członków, które zaczynają uświadamiać sobie, że partie głoszące narodowo-socjalistyczne hasła w praktyce tym rzeszom nie dają pozytywnych osiągnięć.

Również ostatnia mowa kanclerza Hitlera, w której miał potwierdzić koniec agresji terytorialnych nie wpłynęła ożywczo dla niemieckiego ruchu nacjonalistycznego. W związku z tą mową zanotowano głosy rozczarowania pod adresem „Führera", a działacze narodowo-socjalistyczni obu organizacji /DV i JDP/ musieli z trudem ratować sytuację, dając własną zazwyczaj dość mętną interpretację, z której wynikało, że wprawdzie Hitler powiedział, że nie podnosi więcej pretensji terytorialnych, ale to nie dotyczy tych terenów, które na mocy traktatu wersalskiego odstąpione zostały przez Rzeszę.

W życiu wewnętrznym mniejszości niemieckiej na specjalne podkreślenie zasługuje to, że wspólny Niemiecki Komitet Wyborczy, z udziałem przedstawicieli Rady Niemców i JDP ukonstytuował się ostatecznie na zebraniu w Katowicach w dniu 3 października. W ten sposób myśl współpracy na okres wyborczy starych z młodymi rzucona na wspólnym zebraniu działaczy obu grup w Poznaniu w dniu 27 września została urzeczywistniona.

Konsekwencją tego przynajmniej pozornego sharmonizowania prac Rady Niemców z JDP były wspólne wystąpienia byłych senatorów Hasbacha i Wiesnera u władz centralnych.

Same porozumienie oparte zostało na wątłych podstawach, bowiem już w październiku, a więc przed wyborami do sejmu, Deutsche Vereinigung, która w walkach wewnętrznych była stroną atakowaną, podjęła akcję rozciągnięcia porozumienia również na wybory samorządowe. Wskazuje to, że idea konsolidacji wg. pojęcia starych nim w praktyce da się to zrealizować - wymaga pewnych form przejściowych.

Działacze JDP, będąc pozytywnie nastawieni do dołów partyjnych obozu starych, uważają walkę wewnętrzną w społeczeństwie niemieckim jako akcję oczyszczenia swego społeczeństwa z ludzi obarczonych bagażem ideologicznym okresu przedhitlerowskiego.

W tym stanie rzeczy zaprzestanie obecnie walki możny uważać jako czasowy kompromis podyktowany względami zewnętrznymi.

Ustosunkowanie do sprawy wyborów sejmowych ze strony starych i młodych było jednakowe. Zgodnie z zawartym porozumieniem obie strony, tj. DV i JDP, podporządkowały się Hauptwahlausschuss. Zasadnicze pytanie czy mniejszość niemiecka ma głosować do sejmu, czy od tego głosowania powstrzymać się, w okresie sprawozdawczym nie zostało rozstrzygnięte. Wysiłki tak Deutsche Vereinigung, Deutscher Volksverbandu jak i JDP szły w kierunku uświadomienia społeczeństwa niemieckiego, że stanowisko całej niemczyzny musi być solidarne. Głosować, czy nie głosować zostanie przed dniem wyborów zakomunikowane, ale tej decyzji społeczeństwo niemieckie winno podporządkować się.

Ze strony starych jak i młodych stawiano sprawę wyraźnie - udział Niemców w akcie wyborczym zależeć będzie od obietnicy władz centralnych, co do zamianowania senatorów Niemców.

O tym, że nie wszystkim Niemcom takie stawianie sprawy odpowiadało, stwierdza fakt z powiatu tureckiego, gdzie prezes miejscowego koła Deutscher Volksverbandu oświadczył delegatowi centrali z Łodzi, że wszyscy Niemcy gminy Wielopole będą głosować na Pana Premiera Składkowskiego, niezależnie od stanowiska jakie zajmie w tej sprawie Zarząd Volksverbandu czy Rada Niemców w Polsce. W konsekwencji tego koło Deutscher Volksverbandu rozwiązało się mocą własnej uchwały.

Obok tego zanotować należy pewne charakterystyczne ujmowanie stanowiska Niemców w sprawie wyborów na terenie byłego zaboru pruskiego, tak przez JDP jak i DV, np. „Niemcy nie mają własnych kandydatów na posłów jak inne mniejszości, nie mają więc zainteresowania w wyborach sejmowych, zastosują się jednak do dyrektywy Hauptwahlausschussu bo tego wymaga sprawa niemiecka w Polsce" albo „właściwie Niemcy powinni oddać głos na Hitlera, bo własnych kandydatów nie mają, ale jeżeli będą iść do wyborów, to wybór kandydata pozostawiony będzie uznaniu głosującego, z tym, że nie należy głosować na szowinistów.".

Wskazuje to, że stosunek do głosowania wg. pojęć narodowo-socjalistycznych kształtował się nie jako powinność, ale jako manewr taktyczny podyktowany koniunkturą polityczną.

W końcu zauważyć należy, że JDP na zebraniu funkcjonariuszy partyjnych w Poznaniu w dniach 22 i 23 października zapowiedziała prowadzenie dalszej walki o zaprzestanie stosowania reformy rolnej do majątków niemieckich, zniesienie przepisów o zezwolenie Wojewody na przewłaszczenie nieruchomości w pasie granicznym i o szkoły niemieckie.

II. *Ruch Polityczny*

1. *Deutsche Vereinigung*

Natężenie ruchu zebraniowego DV ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówca
Chodzież	Lipiagóra	zebranie	36	Reinhold Utta
	Budzyń	zebranie	40	Reinhold Utta
Czarnków	Romanowo Górne	zebranie	40	Werner Holft
	Romanowo Górne	zabawa taneczna	50	
Gniezno	Owieczki	zebranie	28	Heth Walter
	Rybno	zebranie	50	Siegmann Oskar, Dross Armin
	Kłecko	zebranie	45	Rossenberg
	Owieczki	zabawa	80	
Gostyń	Strumiany	zebranie	-	-
Jarocin	Pleszew	zebranie	60	Emil Hoffmann
	Nowemiasto	zebranie	-	-

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówca
Kościan	Kotusz	zebranie	19	Wilhelm Schlecht
Krotoszyn	Izbiczno	zebranie	80	Dr. Lück z Poznania
	Konarzew	zgromadzenie	280	Milbradt Walter
	Kobylin	pokaz robótek	29	Klose Elza
Leszno	Jezierzyce	zebranie	25	Koschwitz Herta
	Kościelne	zebranie		
Mogilno	Strzelno	zebranie	23	Otton Meister
	Orchowo	zebranie	22	Koschwitz Herta
Oborniki	Mur. Goślina	zebranie	59	Koschwitz Herta
Rawicz	Rawicz	przedstaw. amatorskie	150	
Śrem	Mosina	zabawa taneczna	100	
Środa	Zaniemyśl	zabawa taneczna	40	
	Środa	przedstaw. amatorskie	130	
Szamotuły	Szamotuły	zebranie	80	Oskar Materne
	Piotrowo	zebranie	30	Alfred Schmidt
Wągrowiec	Gołańcz	zebranie	25	
Wolsztyn	Jaromierz	zebranie	23	Senft Wilhelm
	Rostarzewo	zebranie	35	Damm Heinz
	Janowiec	zebranie	15	Kienscherf
Żnin	Janowiec	zebranie	40	Kienscherf

Momentów zasługujących na bliższe omówienie w przebiegu zebrań powyższych brak. Tematem ich były wydarzenia międzynarodowe oraz konieczność podporządkowania się decyzji Hauptwahlausschuss w sprawie wyborów sejmowych.

2. *Deutscher Volksverband*

W okresie sprawozdawczym zanotowano następujące zebrania organizacji:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Konin	Święcia	zgromadzenie publ.	63	Köbernik Fryderyk
	Wąglewskie	zebranie	5	Schmidt Jakub
	Holendry	zebranie		
Turek	Leśnik	zebranie	18	
	Wielopole	zebranie	15	Dekiert Juliusz

Deutscher Volksverband nadal nie przejawia w terenie żywszej działalności, a nawet w niektórych miejscowościach praca zupełnie zamarła. Jako charakterystczny objaw zanotować należy oświadczenie Dekierta Juliusza z Wielopola, powiatu tureckiego, prezesa miejscowego oddziału DVV, wobec delegata centrali organizacji z m. Łodzi, że Niemcy są zadowoleni z ustosunkowania się do nich władz polskich, wobec czego do wyborów pójdą niezależnie od decyzji Rady Niemców i głosy swoje oddadzą na Pana Premiera Składkowskiego. W konsekwencji tego stanowiska Dekiert oświadczył, że oddział VV, którego był prezesem nie istnieje.

W Leśnik gmina Niewierz, powiatu tureckiego, zanotowano natomiast w miesiącu sprawozdawczym powstanie nowego oddziału Deutscher Volksverband. liczącego obecnie 18 członków

3. *Jungdeutsche Partei*

Natężenie ruchu zebraniowego partii ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówca
Chodzież	Sokołowo	zebranie	60	Kühn
	Budzyńskie	zebranie		
	Śmiłowo	zebranie	60	
	Szamocin	zebranie	40	
Czarnków	Sarbka	zebranie	50	Paweł Grünberg
	Romanowo Dolne	zebranie	70	Emil Busse
	Huta	zebranie	45	Ryszard Fredrich
Gniezno	Mieleszyn	zebranie	23	Girndt Dietrich
	Polskawieś	zebranie	45	Girndt Dietrich
	Kiszkowo	zebranie	50	Woltmann
	Rzegnowo	zebranie	60	Oskar. prof. Wendel Otton z Bielska
	Polskawieś	zebranie	35	Girndt Dietrich
	Owieczki	zebranie	40	Klingbeil Erich
Gostyń	Poniec	zebranie	30	Melzer Gerhard
Kalisz	Prażuchy Stare	zebranie	30	Stoer
	Prażuchy Stare	zebranie	150	Stoer
Kościan	Reńsko	zebranie	20	Hentschel Henryk
Leszno	Leszno	wieczorek tow.	32	Senf Georg
	Leszno	zebranie	45	Senf Georg, Gottschalk
	Leszno	wiecz. tow.	24	Senf Georg
	Lasocice	zebranie	30	Paetzold Otton, Hentschel
	Morkowo	wiecz. tow.	14	Schreibe Otton
Międzychód	Międzychód	zebranie	40	Schäfler
	Międzychód	wieczorek tow.	18	Dietrich Rudolf
	Międzychód	wieczorek kobiet	20	Doering Anna
	Międzychód	wieczorek kobiet	20	Zarling Herbert
	Zatom Nowy	zebranie	19	Preuhs Fritz
Mogilno	Strzelno	zebranie	12	Artur Dehnke
	Rękawczynek	zebranie	80	Wendel i Gerudt

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówca
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	zebranie	250	Doy Herbert
	N. Tomyśl	zebranie	200	Basla
	Jastrzębsko Stare	zebranie	30	prezes
	Przyłęk	zebranie	180	prezes
N. Tomyśl	Lewiczynek	zebranie	25	prezes
	Prądówka	zebranie	34	prezes
	Sątopy	zebranie	27	prezes
Rawicz	Rawicz	zebranie	150	Frost Eryk
	Rawicz	zebranie	12	
	Bojanowo	zebranie	7	Blottner Maks
	Rawicz	zebranie	70	Frost Eryk
Środa	Nekla	zabawa	40	
Oborniki	Mur. Goślina	zebranie	35	Kurt Wendt, Kurt Jabczyński
Wągrowiec	Międzylesie	zebranie	25	Brennecke
Wolsztyn	Jaromierz	zebranie	30	Felder Herbert
	Tuchorza Nowa	zebranie	42	Scholz Gerhard
	Tarnowa	zebranie	27	Felder Herbert
	Boruja Kośc.	zebranie	120	Jäkel Wilhelm, Felder Herbert, Stein Brunon
	Boruja Kośc.	zebranie	120	Zöger, prof. Wandel z Bielska, Freier Gerhard z Bielska
	Wolsztyn	zebranie	30	Scholz Gerhard
Września	Podwęgierki	zebranie	50	Herbert Felder

Z bardziej charakterystycznych wypowiedzeń na zebraniach objętych powyższym zestawieniem na wzmiankę zasługują:

1. Na zebraniu oddziału w Strzyżewie, powiatu nowotomyskiego, w dniu 14 października prezes oddziału Binder powiedział: „Jak obecnie sytuacja wygląda, nie będziemy głosowac dla tego, że ze strony niemieckiej nie został postawiony żaden kandydat. Są dotąd postawieni jako kandydaci Żydzi, Ukraińcy i Polacy. Musimy jednak zaczekać aż otrzymamy zawiadomienie."

2. Na zebranie oddziału w Prażuchach, powiatu kaliskiego, w dniu 13.10 Stoer między innymi oświadczył „Nadejdzie chwila, że i my będziemy gnębieni w Polsce, dlatego musimy być przygotowani na śmierć i życie. Narazie Niemcy w Polsce nie mogą tak wystąpić jak w Czechosłowacji, ponieważ są bezsilni, ale gdy będzie ich większość, będą mogli wystąpić do Hitlera o oswobodzenie spod zaboru polskiego i przyłączenie do Rzeszy, jak to miało miejsce w Czechosłowacji."

3. W dniu 17.10. w Boruji Kościelnej, powiatu wolsztyńskiego, przewodniczący zebranie Jäkel powiedział, że kiedyś wybije godzina, kiedy mniejszość niemiecka za-

mieszkała w Wielkopolsce będzie mogła podać rękę swym braciom w Rzeszy Niemieckiej. Mówca uważa, że mniejszość niemiecka nie widzi wspólnego interesu w odbudowie państwa, bowiem jest ona upośledzona, wykorzystywana i w Polsce chcą ją zniszczyć.

4. Na zebraniu oddziału w Glinnie, powiatu nowotomyskiego, w dniu 16.10. delegat z Poznania wyraził się, że Niemcy w Polsce zostali odcięci od macierzy, tj. od Rzeszy Niemieckiej. Ta przykra sytuacja dla mniejszości niemieckiej niebawem minie, bowiem nadejdzie chwila kiedy Niemcy w Polsce również zostaną wyzwoleni i przyłączeni do swojej macierzy tak jak się to stało z ich braćmi - Niemcami sudeckimi.

5. Na zebraniu oddziału w Lesznie w dniu 15.10 Gottschalk nadmienił, że jakkolwiek Hitler powiedział, że nie ma on już żadnych roszczeń terytorialnych w Europie, to jednak nie należy rozumieć tego tak, że nie będzie się on opiekował Niemcami zagranicznymi, a więc również Niemcami w Polsce.

6. Na zjeździe funkcjonariuszy partyjnych w dniach 22 i 23 października w Poznaniu były senator Wiesner powiedział: „Naród niemiecki i jego wódz właśnie w ostatnich dniach udowodnili swój altruizm i przyjazne ustosunkowanie wobec Polski. Ten fakt może i powinien znaleźć swój zdecydowany wyraz we wzajemnym współżyciu obu narodów". Wskazuje to, że JDP otwarcie wiąże swój stosunek do Państwa w zależności od kształtowania się wzajemnych stosunków Polski i Rzeszy Niemieckiej.

4. *NSDAP*

W dniu 1.10.1938 r. w Poznaniu z inicjatywy miejscowego konsulatu niemieckiego odbyła się uroczystość dożynkowa NSDAP. Uczestniczyły 162 osoby, obywatele niemieccy względnie gdańscy.

Po wniesieniu na salę sztandaru partyjnego i odśpiewaniu „Wir sind die Männer vom Bauernstand" przez chór złożony z członków partii, pod kierownictwem sekretarza konsularnego Grzonki, zagaił generalny konsul Dr. Walter, wskazując na znaczenie tradycyjnego obchodu „Erntedankfest" zaznaczył, że z uwagi na powagę chwili i niezagojone jeszcze rany braci sudeckich uroczystość ograniczona została do akademii dla obywateli Rzeszy celem wyrażenia hołdu „Führerowi Hitlerowi" za wyzwolenie braci sudeckich.

Po tym zagajeniu przedstawił obecnym prelegenta z Rzeszy w osobie księcia zu Schaumburg-Lippe, którego powitano hucznymi oklaskami i okrzykami „Sieg Heil".

Prelegent streścił historię Niemiec od roku 1918, wymieniając odniesione przez III Rzeszę sukcesy, jako: zniesienie ograniczeń militarnych, dozbrojenie sił lądowych, morskich i powietrznych, zajęcie Saary i Austrii i wreszcie ostatnie zwycięstwo-wyzwolenie uciskanych Niemców sudeckich. Obecnie dowodził, żadna siła świata nie odważy się zaczepić wielkiej Rzeszy, a wszystko to zawdzięcza naród niemiecki swemu wodzowi Adolfowi Hitlerowi, który jest najzdolniejszym przywódcą, jakiego zna historia Niemiec. Okrzykiem na część NSDAP, Hitlera i narodu niemieckiego zakończył swe przemówienie. Na zakończenie śpiewano „Deutschland über alles" i „Horst Wessel".

III. *Przegląd prasy*

Sprawy zagraniczne

Wiadomości o sukcesach polityki zagranicznej Rzeszy wypełniały w okresie sprawozdawczym organy mniejszościowej prasy niemieckiej. Posener Tageblatt z 1.10 pisze „pokój uratowany w wyniku konferencji 4 w Monachium, przy czym główną zasługę przypisuje Hitlerowi, jako temu, który nie dopuścił do rozlewu krwi".

Na tle dalszych wypadków w Czechosłowacji prasa z dużym zadowoleniem notowała wiadomości o ruchu wśród Rusinów Zakarpackich zmierzającym do własnego państwa

w ramach Czechosłowacji i przerzuciła się ze stosowania nazwy Ruś Zakarpacka na Zakarpacka Ukraina.

Sprawa usamodzielnienia się Słowacji powitana została przychylnie, podkreślano przy tym rolę Niemców w Słowacji, których przywódca został podsekretarzem w rządzie słowackim.

Wzrost antypolskich nastrojów we Francji prasa niemiecka skrzętnie notowała, poddając jednocześnie w wątpliwość dalsze trwanie przymierza francusko-polskiego.

Sprawy polskie

W sprawie powrotu Śląska Zaolziańskiego prasa niemiecka ograniczyła się do zamieszczenia oficjalnych komunikatów i przedruków z prasy polskiej.

Wiadomość o wcześniejszym zajęciu Bogumina przez wojska polskie zaopatrzyła charakterystcznym dopiskiem, że były pogłoski, że Bogumin miał przypaść komu innemu. Wiadomości o chwilowym zamknięciu szkół niemieckich, rozwiązaniu organizacji niemieckich i skasowaniu niemieckiego języka jako drugiego języka urzędowego na Zaolziu, podała ze specjalnym podkreśleniem.

Posener Tageblatt z 4.10. omawiając przyjęcie przez Pragę polskiego ultimatum jest zdania, że Polska wykazała wiele męstwa, natomiast Moskwa poniosła tu dotkliwą porażkę.

Podróż ministra Becka do Rumunii i jego wizyta u króla Karola wywołała duże zainteresowanie prasy niemieckiej. Wynik tej wizyty natomiast oceniano jako negatywny. Z radością też podkreślano to, że Rumunia nie przyklasnęła koncepcji wspólnej granicy polsko-węgierskiej.

Przechodząc do sprawy wspólnej granicy polsko-węgierskiej zauważyć należy, że fakt wysunięcia tej koncepcji przez Polskę wywołał pewne zdenerwowanie prasy niemieckiej, która zupełnie wyraźnie swe sympatje okazywała państwowym tendencjom Rusi Zakarpaćkiej. Wynik arbitrażu wiedeńskiego oceniła też jako zwycięstwo niemieckiej koncepcji i dyplomatyczną porażkę Polski.

Wystąpienie mniejszości polskiej w Niemczech z zarzutami ucisku oceniane zostało przez prasę mniejszościową niemiecką jako operowanie fikcją. Natomiast żądania programowe Polaków w Niemczech przytoczono z własnym dopiskiem, że Niemcy w Polsce z podobnych swobód rzekomo nie korzystają.

Sprawy wewnętrzne

Na pierwszym planie prasa niemiecka stawiała zwalczanie reformy rolnej i punktu ustawy o ochronie granic państwa uzależniającego przewłaszczenie nieruchomości od zgody Wojewody oraz sprawę rzekomego ograniczenia szkolnictwa niemieckiego.

Wyraźnie podkreślano, że dążeniem Niemców będzie uchylenie tych przepisów w drodze ustawowej oraz sprawa ogólnego położenia mniejszości niemieckiej co można rozumieć jako dążenie do stworzenia dla niemieckiej grupy narodowej odrębnych norm prawnych czyli pewnego rodzaju autonomii kulturalnej.

Sprawa wysiedlenia z pasma granicznego 3 pastorów na Śląsku dała powód do bardzo ostrych ataków pod adresem władz państwowych.

W związku z tym nastąpiły konfiskaty.

W sprawie wyborów sejmowych prasa niemiecka zachowała powściągliwość, ograniczając się do cytatów prasy polskiej. Zamieszczone zostały natomiast przez organy obu niemieckich grup politycznych notatki pośrednio wiążące się ze sprawą udziału Niemców w wyborach sejmowych, jak utworzenie wspólnego frontu wyborczego przez starych i młodych, przyjęcie przez Pana Premiera byłych senatorów Hasbacha i

Wiesnera, którzy w imieniu całej mniejszości niemieckiej mieli przedłożyć postulaty w sprawie jej położenia.

Sprawy mniejszości niemieckiej

Prasa niemiecka bez różnicy poglądów politycznych zamieściła w dniu 5.10 wiadomość o utworzeniu przez Radę Niemców w Polsce i Jungdeutsche Partei wspólnego frontu wyborczego.

Deutsche Nachrichten z dnia 25.10 zamieściła przemówienie senatora Wiesnera i innych działaczy partyjnych wygłoszone w dniach 22 i 23 października zapowiadające prowadzenie dalszej walki o zaprzestanie stosowania reformy rolnej do majątków niemieckich, zniesienie przepisów o zezwoleniu Wojewody na przewłaszczenie nieruchomości w pasie granicznym i o szkoły niemieckie.

IV. *Ruch społeczny i sportowy*

Ruch społeczny i sportowy przejawił się w miesiącu sprawozdawczym w następujących legalnych zebraniach i imprezach:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań i imprez
Deutscher Wohlfahrtsdienst	1
Verband Deutscher Katholiken	3
Deutscher Arbeiterverein	1
Hindenburgbund	1
Gesangverein	2
Radfahrerverein	4
Turnverein	3
Hilfsverein Deutscher Frauen	2

W wykazanych zestawieniem zebraniach ciekawszych momentów, zasługujących na omówienie, nie zanotowano.

V. *Ruch gospodarczy i zawodowy*

Działalność niemieckich organizacji gospodarczych i zawodowych ilustruje poniższe zestawienie:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań i imprez
Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft	18
Verein Deutscher Bauern	4
Verband für Handel u. Gewerbe	3
Landesverband Deutscher Lehrer u. Lehrerinnen	1

Z objętych tym zestawieniem zebrań na bliższe omówienie zasługuje zebranie Welage w Sośni, powiatu ostrowskiego. Na zebraniu tym Baehr z Poznania ubolewał, że na ogólną liczbę członków koła 111 stawiło się tylko 15 członków. Mówił, iż członkom widocznie za dobrze się powodzi, albo też są zniechęceni do Welage lub brak im ducha do łączenia się. Omawiał także bezczynność oddział u młodzieżowego, zaznaczając, że młodzi ludzie nie wykazują zainteresowania do nauki pisania i czytania, chociaż nie umieją mówić po niemiecku, a mowy niemieckiej jak i pisowni nauczyć się mogą na wieczorkach dyskusyjnych, gdzie wiedzę swą jak i naukę uzupełniają. Nadmienił, iż w obecnym czasie dzieją się rzeczy takie, o których nikt przed tym nie myślał,

mając na myśli Sudety, które z uwagi na większość mniejszości niemieckiej przypadły do Niemiec. Następnie omawiając ceny rynkowe za produkty rolne nadmienił, że Polska ma nadmiar zboża, wykazujący cyfrę 2 000 000 ton. Nadwyżka zboża łączy się z polityką. Niemcy jako jedyny odbiorca zboża polskiego szukają obecnie zapotrzebowań na wschodzie i starają się zapotrzebowania swe pokryć na Bałkanach, płacąc swymi produktami przemysłowymi.

W dalszym swym przemówieniu nadmienił, że w czasie krytycznym ludność w Warszawie zbierała się przed konsulatem niemieckim i wołała „Heil Hitler", a w Poznaniu było przeciwnie. Tam nie krzyczano tak. Tu, w Sośnie, mając o 150 m granicę trzeba być na wszystko przygotowanym, trzeba czuwać i dawać posłuch na każde słowo, nie spać, a być w pogotowiu. Tu nad granicą możnaby o wielu sprawach mówić, lecz wolę tego zaniechać i nie mieć konfliktu z władzami. Rumunia prowadzi politykę, którą w przyszłości musi zmienić. Rumunia jest zaprzyjaźniona z Anglią, lecz w przyszłości musi przyłączyć się do Niemiec i Włoch, ponieważ Anglia jako kupiec dla zbytu pszenicy rumuńskiej nie przyjdzie w rachubę i wówczas Rumunia zwróci się do Niemiec i Włoch, które będą odbiorcami rumuńskiej pszenicy oraz zerwie stosunki z Anglią i przyłączy się do osi Rzym-Berlin.

Mówca nadmienił, iż Rzesza Niemiecka udzieliła Turcji 150 milionów marek i przez to każdy Niemiec może być dumny z tego, [że] Niemcy w tak krótkim czasie podniosły swój stan posiadania do tego stopnia, że mogą innym udzielać pożyczki.

Z życia Verein Deutscher Bauern na uwagę zasługują dwie trudności z przezwyciężeniem których mozoli się obecnie organizacja. Pierwsza natury finansowej spowodowana zaleganiem członków z uiszczaniem składek, druga - to intrygi wśród płatnych funkcjonariuszów na tle zapowiedzianej redukcji personalnej i wynagrodzeń.

Obie te trudności wpływają ujemnie na rozwój działalności organizacji, albowiem Bezirksleiterzy, których wynagrodzenie miesięczne wynosi 150 zł. nie mając pewności, czy pozostaną na zajmowanych stanowiskach, czy też będą musieli z nich zrezygnować wobec obniżenia płacy, zaniedbują ściągania od członków swych obwodów zaległych składek.

Rozgoryczenie wśród funkcjonariuszy wzrosło jeszcze na wiadomość o zamiarze Zarządu Głównego zwolnienia pracowników, zaliczając do zwolenników starego reżimu VDB /zwolenników Reinekego/ i zastąpienia ich młodymi o zapatrywaniach narodowo-socjalistycznych, celem zupełnego podporządkowania VDB – JDP.

W związku z wyborami do Sejmu i Senatu otrzymali członkowie VDB polecenia solidaryzowania się z JDP i działania w myśl jej dyrektyw.

VI. *Ruch wyznaniowy*

W życiu kościoła ewangelicko-unijnego nie zanotowano w miesiącu sprawozdawczym momentów godnych uwagi.

W życiu kościoła ewangelicko-augsburskiego na wzmiankę zasługują:

1. Uroczystość, która odbyła się w Turku z okazji jubileuszu 10-lecia istnienia miejscowej parafii ewangelicko-augsburskiej i 25-lecia pracy duszpasterskiej księdza pastora Sachsa Jana. Na uroczystość tę składało się nabożeństwo w kościele ewangelicko-augsburskim w Turku, z udziałem księdza biskupa Burschego z Warszawy oraz księży z sąsiednich parafii ewangelicko-augsburskich. Po nabożeństwie odbył się wspólny obiad, w czasie którego stosowne przemówienie wygłosił między innymi ksiądz biskup Bursche.

2. W dniu 16.10.38 r. w Janowie gmina Brudzew, powiatu kolskiego, odbyła się uroczystość poświęcenia nowego ewangelickiego domu modlitwy. W uroczystości tej uczestniczyło około 300 wiernych.

[...]

231

9.1.1939: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Durchsuchung der Ortsgruppen der DV

9 I 1939r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Rewizja placówek miejscowych „DV"

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 173

W ślad swego pisma pod tą samą liczbą z 17 grudnia 1938 r. Urząd Wojewódzki zarządza co następuje:

W dniu 12 stycznia 1939 r. przeprowadzą Starostwa badanie akt w niżej wymienionych oddziałach Deutsche Vereinigung:

Powiat	Oddział
Chodzież	Szamocin
Chodzież	Ujście
Mogilno	Mogilno
Międzychód	Mechnacz
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl
Wągrowiec	Skoki
Wągrowiec	Wągrowiec
Wolsztyn	Rostarzewo
Wolsztyn	Jaromierz
Wolsztyn	Jabłonna
Leszno	Leszno
Gniezno miasto	Gniezno
Poznań miasto	Poznań

Badania akt należy dokonać na podstawie art. 15 Prawa o Stowarzyszeniach.

Celem badania jest uzyskanie materiałów dowodowych, stwierdzających że:

1. oddziały DV współdziałają w akcji tajnego nauczania a mianowicie: przekazywanie pieniędzy, listy osób trudniących się nauczaniem /nauczyciele wędrowni i siły pomocnicze/, spisy dzieci, udzielanie adresów i wszelkiej pomocy i informacji w zakresie szkolnym.

2. nauczyciel wędrowni obok tajnego nauczania zbierali informacje mogące mieć znaczenie dla innych celów, a nawet obcego wywiadu, jak informacje o strukturze narodowościowej, gospodarcze, zawodowe, społeczne itp.

Jednocześnie z badaniem akt można, o ile zostaną ujawnione materiały pod 1 i 2, zebrać stosowne wyjaśnienia od członków zarządów oddziałów DV, które należy ująć w formie odpowiednich protokołów.

Badania należy przeprowadzić w lokalach DV względnie w tych mieszkaniach członków, w których znajdują się akta danego oddziału.

Kierownictwo badania spoczywać musi w rękach jednego upoważnionego przez Pana Starostę urzędnika starostwa. Jednak nie należy delegować pojedynczych urzędników.

Wskazanym byłoby, żeby w badaniu uczestniczyło 2 urzędników starostwa oraz przynajmniej jeden funkcjonariusz PP. W większych oddziałach liczbę osób biorących udział w badaniu można odpowiednio zwiększyć. Dowództwa Okręgu Korpusu Nr. VII i VIII /Samodzielny Referat Informacyjny/ mogą wydelegować swoich przedstawicieli do czynności badania akt. W sprawie tej władze wojskowe *ewentualnie* porozumieją się z Panem Starostą bezpośrednio w dniu 11 stycznia 1939 r.

Z dokumentów i innych materiałów dowodowych wskazujących na związek z działalnością pod 1 i 2 należy sporządzić odpisy i posegregować je oddzielnie jak wyszczególniono pod 1 i 2.

W wypadku ujawnienia dokumentów wymienionych wyżej pod 2, należy z Urzędem Wojewódzkim niezwłocznie porozumieć się telefonicznie.

O wykonaniu niniejszego zarządzenia należy donieść telefonogramem w dniu 13 stycznia, z podaniem jedynie, że zarządzenie / podać liczbę/ wykonano i z jakim wynikiem.

Szczegółowe sprawozdanie pisemne należy przedłożyć do dnia 15 stycznia br.

Za Wojewodę

Kaysiewicz

w.z. Naczelnika Wydz. Społ.-Polit.

232

9.1.1939: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Aktualisierung des Katasters der deutschen Minderheit

9 I 1939r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Zaktualizowanie katastru mniejszości niemieckiej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1571

Nawiązując do swego zarządzenia z dnia 22 grudnia 1937 r. Nr. SPP IV 1 e-11/37 – Urząd Wojewódzki prosi o zaktualizowanie powiatowej księgi narodowościowej stosownie do powołanego zarządzenia, z uwzględnieniem niżej podanych poprawek i uzupełnień:

Poprawki:

1. Niektóre starostwa wskutek mylnej interpretacji w/w zarządzenia w punkcie b. części I /ludność wg wyznania/ obliczają procenty danej narodowości w stosunku do ogólnej liczby ludności - należy obliczać procenty danej narodowości w stosunku do ogólnej liczby wyznawców tego samego wyznania.

2. W części II w rozdziale e) /parafie niemieckie i dane wyznaniowe/ należy rozróżnić wyznania ewangelickie: ewangelicko-unijne, w byłym zaborze pruskim, ewangelicko-augsburskie, w byłym zaborze rosyjskim i ewangelicko-luterskie, kościół staro-luterski w byłym zaborze pruskim.

3. Należy zwrócić uwagę, aby rozdział d) w drugiej części /oraz następnych/, obejmujących wykaz przedsiębiorstw, obejmował rzeczywiście wszystkie przedsiębiorstwa niemieckie /ewent. żydowskie/ z wyszczególnieniem żądanych danych.

Uzupełnienia:

Urząd Wojewódzki prosi o uzupełnienie w części II /ewent. i innych/ przez dodanie rozdziału traktującego o prasie niemieckiej /ewent. żydowskiej/. Należy tu uwzględnić następujące dane:

Nazwa czasopisma i jak często się ukazuje

Miejsce wydania, skład redakcji, nakład, kierunek polityczny i stosunek do Państwa.

Nowych szkiców powiatowych w rb. nie należy przedkładać /punkt i/ i części II.

Nową uaktualnioną księgę powiatową, zgodnie z wymienionym w zasadniczym zarządzeniu SPP IV 1/e/11/37 z dnia 22 grudnia 1938 r terminem - należy przedłożyć Urzędowi Wojewódzkiemu do dnia 15 lutego br.

[...]

233

10.2.1939: Der Wojewode in Poznań an die Starosten. Verhalten gegenüber der JDP

10 II 1939r.: Wojewoda Poznański do starostów. Wytyczne postępowania wobec „JDP"

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1739

Proszę stosować następujące wytyczne w stosunku do Jungdeutsche Partei:

1. Zgłoszeń nowopowstających oddziałów Jungdeutsche Partei nie należy więcej przyjmować do wiadomości i do powstania nowych oddziałów partii *nie dopuszczać*. Odmowne decyzje w tej sprawie umotywują Panowie tym, że:

a.) statut centrali JDP nie odpowiada wymogom art. 40 Prawa o stowarzyszeniach ponieważ w § 2 statutu centrali JDP jest zaledwie głucha wzmianka o tworzeniu grup miejscowych i placówek stowarzyszenia, a natomiast w statucie tym nie ma przepisów, dotyczących zasad organizacji oddziałów,

b.) że statut oddziału nie jest identyczny ze statutem centrali, co sprzeciwia się wymogom Prawa o stowarzyszeniach. Skutkiem tego do zakładania oddziału przez JDP brak niezbędnego warunku, wymaganego art. 40 Prawa o stowarzyszeniach, który to przepis ustawowy ma na względzie zapewnienie jasności organizacji stowarzyszenia w jego całokształcie.

2. *Należy bezwzględnie zakazywać odbywania przez JDP* bezpośrednio jak również z inicjatywy tej partii /np formalnie zwoływanych przez jej członków lub sympatyków/ *wszelkich zgromadzeń publicznych i publicznych przedsięwzięć rozrywkowych.*

Uzasadnienie odmowy winno się oprzeć na stwierdzeniu, że publiczne odbywanie takich zgromadzeń lub przedsięwzięć mogłoby zagrażać bezpieczeństwu, spokojowi lub porządkowi publicznemu. A to jeżeli chodzi o odbywanie zgromadzeń publicznych na podstawie art. 9 Ustawy o zgromadzeniach z 11 marca 1932 r. /Dz.U.R.P. Nr. 48 poz. 450/.

Jeżeli chodzi o odbywanie przedsięwzięć rozrywkowych dorywczych na podstawie art. 1, 2. 10 i 13 Rozporządzenia Prezydenta R.P. z dnia 27.10.1933r. Prawo o publicznych przedsięwzięciach rozrywkowych /Dz.U. R.P. Nr. 85 poz. 632/ oraz przedsięwzięć rozrywkowych dorywczych w lokalach na podstawie art. 1,2 i 13 powołanego ostatnio rozporządzenia łącznie z § 2 Rozporządzenia Ministra Spraw Wewnętrznych z dnia 28.12.1933r. o wykonaniu Prawa o publicznych przedsięwzięciach rozrywkowych /Dz.U.R.P. Nr. 103 poz. 801/.

W wypadkach wątpliwych należy porozumiewać się telefonicznie z Urzędem Wojewódzkim.

O wydanych decyzjach o nieprzyjęciu do wiadomości powstania oddziału należy donosić Urzędowi Wojewódzkiemu przedkładając odpis danej decyzji.

Wojewoda
w.z.
Żwirski
Naczelnik Wydz. Społ.-Polit

234

30.3.1939: Wojewodschaftskommando der Staatspolizei in Poznań an die Kreiskommandos. Telefonische Anweisung zur Verhinderung antideutscher Ausschreitungen

30 III 1939r.: Komenda Wojewódzka PP w Poznaniu do Komend Powiatowych. Telefonogram dot. zapobiegania zajść antyniemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1739

W ostatnich dniach poczęły w zastraszający sposób mnożyć się wypadki bicia szyb w mieszkaniach Niemców, w oknach kościołów niemieckich, umieszczania napisów podburzających przeciw mniejszości niemieckiej itp.

W związku z powyższym polecam Panom niezwłocznie i z całą energią zająć się ustaleniem winowajców dokonywujących wybryków, których należy z całą energią i bezwzględnością pociągać do odpowiedzialności.

Żądam od Panów uniemożliwienia dalszych wybryków i w tym celu polecam wzmocnić służbę prewencyjną, zwiększyć ilość patroli w miejscach zagrożonych a tam gdzie to się okaże wyjątkowo potrzebne wystawić całe posterunki.

Ponadto polecam Panom niezwłocznie porozumieć się z PP Starostami i prosić ich, by weszli oni w kontakt z przedstawicielami miejscowych organizacji społecznych i za ich pośrednictwem wyjaśnili miejscowej ludności, że manifestowanie bojowej gotowości obrony granic i praw Polski winno wyrażać się ofiarnością na cele obrony Państwa i spokojną, zdecydowaną postawą, a nie nerwowością i wybrykami zakłócającymi prawny porządek, co podważa godność postawy.

Komendant Wojewódzki
Matulewicz, podinspektor

235

April 1939: Der Wojewode in Poznań an das Innnenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)

Kwiecień 1939r.: Wojewoda w Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1939r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5713

A. *Niemcy*

I. *Sytuacja ogólna*

Uwaga Niemców w Polsce w marcu skierowana była na wypadki zewnętrzne, które nie pozostały bez echa jeżeli chodzi o ustosunkowanie się ich do Państwa i społeczeństwa polskiego. Wyrazem tego stosunku była wyraźnie agresywna postawa, zwłaszcza młodzieży, do wszystkiego co polskie. Spowodowało to bardzo znaczny wzrost spraw wszczętych w stosunku do Niemców za obrazę narodu polskiego oraz szerzenie wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny, których niezmiennym tematem były plotki o przyjściu Hitlera, przyłączeniu ziem zachodnich do Rzeszy itp.

W pierwszej połowie marca organizacje niemieckie zajęte były organizowaniem uroczystości „Heldengedenktag", który w myśl wytycznych czynników zagranicznych miał zjednoczyć we wspólnym obchodzie starych i młodych /JDP i DV/.

Obok tego, tegoroczny „Heldengedenktag" w myśl zagranicznych instancji, miał być obchodzony nie jako święto poległych, ale jako święto ofiary krwi niemieckiej połączone ze świętem wolności zbrojeń Rzeszy Niemieckiej. Obchody te w zależności od lokalnych warunków przygotowywały bądź oddziały JDP bądź DV w Poznaniu, natomiast inicjatorami byli, według utartej tradycji, Konsulat Niemiecki dla uroczystości na cmentarzu i Hindenburgbund dla akademii. Obchody były legalne, to jest zgłoszone władzy administracyjnej i nielegalne. Teksty słowne obchodów legalnych zostały ocenzurowane przez właściwe starostwa natomiast organizatorzy obchodów nielegalnych zostali pociągnięci do odpowiedzialności.

W jednym wypadku organizatorzy zrezygnowali sami z odbycia uroczystości manifestując w ten sposób swoje niezadowolenie z ocenzurowania tekstów słownych przez starostwo.

W uroczystościach legalnych momenty dotyczące wolności zbrojeń Rzeszy Niemieckiej zostały skreślone. W akademii nielegalnej w Izbiczynie, powiatu krotoszyńskiego, wystąpił zespół młodzieży z proporcem i w mundurach.

Uroczystości „Heldengedenktag" odbywały się w czasie od 5 do 12 marca. W związku z przesunięciem daty tego obchodu w Rzeszy na 12 marca i w Polsce większość obchodów odbyło się w tym dniu.

Z obchodem „Heldengedenktag" mniejszość niemiecka łączy daty szeregu ważnych decyzji Hitlera /złamanie postanowień rozbrojeniowych traktatu wersalskiego, zajęcie zdemilitaryzowanej strefy Nadrenii, okupacja Austrii itp./, które poprzedzały o 1–2 dni datę tego obchodu każdorazowo wyznaczoną przez Hitlera na inny dzień.

W roku bieżącym mniejszość niemiecka oczekiwała nowych wydarzeń, spodziewając się, że tym razem uderzenie nastąpi na Polskę.

Okupacja Czech, Moraw, Słowacji, a następnie Kłajpedy, która nastąpiła bezpośrednio po obchodzonym w Rzeszy w dniu 12.03 „Heldengedenktag", obudziła wśród Niemców w Polsce nadzieję, że dla nich zbliża się „godzina wyzwolenia". Nadzieje te jednak zostały znacznie ostudzone, a poczynania antypaństwowe ograniczone dzięki przeprowadzonym w tym czasie zatrzymywaniom i rewizjom wiążącym się z wykrytą na terenie pow. Gniezno i Września tajnej organizacji niemieckiej pod nazwą „Hitlerjugend" oraz dzięki nadzwyczajnej zdecydowanej i wybitnie antyniemieckiej postawie społeczeństwa polskiego, które uważa za swój obywatelski obowiązek Niemców obserwować i o ich poczynaniach, wyrażeniach itd. władzom donosić.

Jeżeli chodzi o sprawę „Hitlerjugend" to w połowie marca na polecenie prokuratora Sądu Okręgowego w Gnieźnie, przeprowadzono przeszło 50 rewizji u Niemców /większość w powiatach Września i Gniezno/, w wyniku których ustalonym zostało, że istniały w terenie komórki organizacji „Hitlerjugend" występującej w Polsce pod formą Hitlerjugend - młodzież męska, Bund Deutscher Mädel - młodzież żeńska oraz sekcję chłopięca i młodszych dziewcząt.

Na podstawie ujawnionego podczas rewizji materiału objętych zostało dochodzeniem dalszych 21 osób. Ponieważ w lutym objętych było dochodzeniem prokuratorskim 16 osób, łączna suma osób pociągniętych do odpowiedzialności za należenie do organizacji, której cel i istnienie były przed władzami ukryte, wynosi 37, w tym 4 osoby pozostają w więzieniu.

Wiadomość o rewizjach, zatrzymaniach i aresztowaniach była jednym z momentów hamujących Niemców w województwie poznańskim w uzewnętrznieniu swych antypolskich uczuć. Organizacje polityczne jak DV i JDP wydały polecenia o konieczności zachowania dyscypliny i nieprowokowania społeczeństwa polskiego.

Długotrwała jednak propaganda narodowo-socjalistyczna uprawiana przez organizacje mniejszościowe wydawała w okresie sprawozdawczym obfitsze niż kiedy indziej owoce w postaci ujawniania przez Niemców wrogich uczuć oraz szerzenia wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny.

Zestawienie cyfrowe osób narodowości niemieckiej zatrzymanych i pociągniętych do odpowiedzialności sądowej za szerzenie wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny /o przyjściu Hitlera/ oraz za obrazy narodu polskiego przedstawia się następująco:

Powiat	Liczba osób
Czarnków	2
Gniezno	1
Kępno	4
Konin	2
Krotoszyn	2
Oborniki	1
Nowy Tomyśl	2
Mogilno	2
Rawicz	1
Wolsztyn	3
Razem:	20

W życiu wewnętrznym mniejszości niemieckiej na uwagę zasługują dążenia konsolidacyjne starych z młodymi. Przejawiły się one przede wszystkim w dołach organizacyjnych obu obozów, wyrazem czego był wzajemny udział zwolenników DV i JDP w imprezach „Heldengedenktag".

Trudności akcja konsolidacyjna napotyka wciąż u góry, tj. w sferach kierowniczych. Oba wierzchołki kierownicze znalazły obecnie pod presją wywieraną z 2 stron w kierunku konsolidacji - od strony czynników zagranicznych i od strony dołów.

Przywódcy obu grup w sprawie zjednoczeniowej uprawiali znaną frazeologię, która pokrywała ich wyczekujące stanowisko.

Rozmowy w sprawie zjednoczenia odbywały się na terenie wydziału 6-ciu oraz między poszczególnymi działaczami DV i JDP bez [lecz] konkretnych i zasadniczych zmian nie dały. Uzgodnione zostało współdziałanie na różnych odcinkach, jak np. w akcji przeciw reformie rolnej i prawu o ochronie granic. Jednak sprawy połączenia czy fuzji organizacyjnej nie posunięto naprzód. Stały temu na przeszkodzie – jak dawniej – ambicje osobiste „wodzów".

W akcji porozumiewawczej między DV a JDP na uwagę zasługuje jeszcze jeden moment – jest nim wspólna nienawiść do senatora Wambecka. Ona też pchnęła JDP do powierzenia obrony interesów rzekomo pokrzywdzonych przez władze polskie członków JDP senatorowi Hasbachowi zamiast Wambeckowi.

Senator Wambeck, pozostający dziś poza ramami politycznie zorganizowanego społeczeństwa niemieckiego, działalność swoją ograniczał do konferencji z członkami

Verein Deutscher Bauern, którego członkiem zwyczajnym jeszcze pozostaje. Nadto senator podejmował interwencje u władz w sprawach przeważnie drobnych rolników niemieckich, których rzecznikiem mieni się.

II. *Ruch polityczny*

1. *Sechserausschuss*

w dniu 2.3 odbyło się w Poznaniu pierwsze w bieżącym roku posiedzenie „Sechserausschuss", któremu przewodniczył Dr. Ulitz Otton z Katowic /Deutscher Volksbund/, który w wygłoszonym przemówieniu wskazał na powagę chwili i potrzeby konsolidacji, coraz bardziej wobec ostatnich wypadków przez doły partyjne obu grup upragnionej, jako jedynego ratunku ich zagrożonego bytu. Mimo tego argumentu przedstawiciele JDP zażądali bezwzględnego przyjęcia przez Deutsche Vereinigung swych warunków, przy czym wywiązała się bardzo ożywiona dyskusja, która jednak do porozumienia nie doprowadziła, wobec czego postanowiono przerwać obrady i zaczekać na rozmowę między senatorem Hasbachem i inż. Wiesnerem i dopiero zależnie od jej wyniku przystąpić do dalszych pertraktacji.

2. *Deutsche Vereinigung*

Natężenie ruchu zebraniowego DV ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówca
Chodzież	Margonin	zebranie	25	
Czarnków	Gębice	obchód ku czci poległych	60	Jahnz Gustaw, Gębice
Gniezno	Gniezno	zebranie	40	Hoepke Marian
	Kłecko	zebranie	30	Niedringhaus Henryk
Kościan	Kotusz	zebranie	28	
	Olszewo	zebranie	42	
Krotoszyn	Jasnepole	2 zebrania	53	Amanda Rudert, Łódź
Leszno	Leszno	zebranie	200	Dr. Schulz Paweł i Helmut Zipser
	Leszno	zebranie	16	Dr. Schulz Paweł
	Jezierzyce		20	Damm Leszno
	Kościelne	zebranie		
Mogilno	Mogilno	zebranie	60	Maks Lempke
Międzychód	Międzychód	zebranie	70	Gersdorf Gero
	Sieraków	zebranie	83	Gersdorf Gero
	Miłostowo	zebranie	28	Treitag Karol
Międzychód	Zwierzyniec	zebranie	15	
	Międzychód	wieczór tow.	15	
N. Tomyśl	N. Tomyśl	zebranie	150	Zipser Helmuth
	Zbąszyń	zebranie	18	Pfeiffer Hermann
	Miedzichowo	zebranie	200	Gebauer Hermann
	Lewiczynek	akademia	48	Sperling
	Chmielinko	zebranie	80	Koster
	Sątopy	zebranie	48	Gebauer
Oborniki	Oborniki	zebranie	36	Renke Günther
	Mur. Goślina	zebranie	50	Koesber
Rawicz	Rawicz	zebranie	80	
	Miejska Górka	zebranie	120	Breuerowa

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówca
Śrem	Książ	zebranie	40	
Szamotuły	Grzebienisko	zebranie	35	
	Piotrkowo	zebranie	37	
	Szamotuły	zebranie	150	Franke Albert
	Pniewy	zebranie	150	Gero Gersdorf
Wągrowiec	Skoki	zebranie	10	Pechtold
	Skoki	zebranie	15	Pechtold
	Gołańcz	zebranie	40	Bachnik
Wolsztyn	Jaromierz	zebranie	22	Koschowitz Herta
Żnin	Janowiec	zebranie	30	
Poznań m.	Poznań	zebranie	250	Kraft Adolf
	Poznań	zebranie	40	Heidelberg Elżbieta
	Poznań	zebranie	60	Heidelberg Elżbieta
	Poznań	zebranie	33	Heidelberg Elżbieta
	Poznań	zebranie / sekcja mł. /	32	Trute Johannes Pirscher Hermann

Z pośród wyżej wymienionych na wzmiankę zasługują następujące zebrania i wystąpienia DV:

W dniu 12.3.39 r. odbyło się zebranie DV w Rawiczu, przy udziale 80 osób. Zebranie zwołał i na nim przewodniczył Liebert Kurt z Rawicza. Zagajając zebranie Liebert zaznaczył na wstępie, że dzisiejsze zebranie nie zostało zwołane w celu omówienia różnych wydarzeń i sytuacji politycznej, gdyż członkowie znają to wszystko z prasy. Zebranie to natomiast ma na celu zejście się wszystkich członków dla podtrzymania ducha niemieckiego, utrzymania łączności, pogłębienia kultury i języka niemieckiego. Dalej zaznaczył, że wśród Niemców w Polsce istnieje silna tendencja do zjednoczenia się, bądź to w jedną organizację, bądź też dla wytworzenia wspólnej pracy. Jednakże na tym odcinku napotyka się na pewne trudności, które są jednakże, wynikiem różnych ambicji osobistych i na dłuższą metę utrzymać się nie będą mogły.

Niemcy w Rzeszy są dziś podziwiani na całym świecie jako naród o wybitnych zdolnościach i wszyscy zabiegają o jego względy. My zatem, Niemcy zagraniczni, korzystamy również z tego, łącząc się duchowo z Rzeszą, jako naszym krajem macierzystym. Ojcowie nasi osiedli kiedyś na tych tu ziemiach i byt swój ugruntowali ciężką i rzetelną pracą. Naszym zdaniem, mamy obowiązek pracę tę nadal kontynuować i walczyć dalej o utrzymanie naszych placówek.

W dniu 19.3.1939 r. odbyło się w Miejskiej Górce, pow. Rawicz, zebranie DV przy udziale 120 osób, poświęcone specjalnie zajęciu Czech przez Hitlera. Zebranie zwołał i na nim przewodniczył Breuer Hanz z Zakrzewa. Przemówienie wygłosiła Breuerowa na temat ostatnich wypadków, przy czym zaznaczyła, że kraj niemiecki powiększył się dzięki Hitlerowi, przy którym obecnie zebrani są duchowo. Hitler niedawno wyswobodził Niemców sudeckich a już teraz i Niemców czeskich. Z okazji urządzenia tego zebrania, obdarowano biedniejszych Niemców żywnością itp. Żywność dostarczył Breuer z Zakrzewa i Kurt Mecklenburg z Oczkowic. Na drogę dano biedniejszym Niemcom jeszcze paczki żywnościowe.

Sekcja młodzieżowa oddziału DV w Poznaniu odbyła w dniu 16 marca 1939 r. „Kameradschaftstreffen", przy udziale 32 członkiń i członków, na którym Traute Johannes omówił twórczość poety Wilhelma Buscha, a kierownik sekcji Pirscher Hermann, wezwał obecnych do zachowania ścisłej tajemnicy o poczynaniach sekcji.

Poza tym odbyły się dniach 2.7. i 8.3.1939 r. wspólne „Gemeinschaftstreffen" sekcji młodzieżowej „Deutsche Vereinigung" i Kameradschaft „Jungdeutsche Partei", w celu odbycia prób śpiewu i recytacji utworów, które zaprodukowano w czasie „Heldengedenkfeier".

W czasie urządzonego w dniu 12.3.39 r. na cmentarzu garnizonowym „Heldengedenkfeier", złożył w imieniu DV Warnke Werner w asyście dwóch członkow DV wieniec z czarnymi wstęgami z odznaką DV bez napisu.

W dniu 28 lutego 1939 r. w Kłecku, pow. gnieźnieńskiego, odbyło się walne zebranie członków Deutsche Vereinigung, koło Kłecko. Zagaił Henryk Niedringhaus. Dłuższe przemówienie wygłosił delegent centrali DV Gero Gersdorff, który scharakteryzował stosunki panujące pomiędzy członkami JDP a DV dawniej a dziś. Mówił, że dawniej członek JDP nie mógł patrzeć na członka DV i odwrotnie, tak że jeden drugiego chciał jakby połknąć.

Taki stan rzeczy dalej istnieć nie może i stosunki te się już ułożyły tak, że ustało to wzajemne ścieranie się. Innych tematów nie poruszał.

W zestawieniu ruchu zebraniowego DV nie uwzględniano obchodów „Heldengedenkfeier" /z wyjątkiem zebrań/ ponieważ sprawozdanie tych obchodów ujęto w punkcie 6 tego rozdziału.

3. *Deutscher Volksverband*

W okresie sprawozdawczym zanotowano następujące zebrania organizacji:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Konin	Tarszewo	zebranie	12	Kabernik Fryderyk
	Biechowy	zebranie	7	Schmidt Jakub
	Zakrzewo	zebranie	7	Schmidt Jakub
Turek	Turek	zebranie	45	Reinholz

W działalności Volksverbandu w miesiącu sprawozdawczym nie zaszły momenty zasługujące na bliższe omówienie.

4. *Jungdeutsche Partei*

Natężenie ruchu zebraniowego partii ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Chodzież	Nowawieś Ujska	zebranie	50	Utta Reinhold
Chodzież	Nowawieś Ujska	zebranie	220	Paweł Pepliński
Chodzież	Margonin	zebranie	10	
Chodzież	Ujście	wieczorek tow.	12	Paweł Pepliński
Chodzież	Budzyń	zebranie	50	Paweł Pepliński
Czarnków	Sarbia	zebranie	40	Grünberg Paweł
Czarnków	Romanowo Dolne	zebranie	100	Grünberg Paweł
Czarnków	Romanowo Dolne	zebranie	150	Busse Emil
Czarnków	Czarnków	walne zebranie	60	Pepliński Paweł
Czarnków	Sarbia	obchód ku czci poległych	25	Grünberg Paweł

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Gniezno	Owieczki	zebranie	35	Girndt Dietrich
Gniezno	Polskawieś	zebranie	50	Ratsack Helmut
Gniezno	Polskawieś	zebranie	25	Böning Brunon
Gniezno	Kiszkowo	zebranie	40	Haverkamp Henryk
Kalisz	Cekow	zebranie	200	Bejer Berthold
Kalisz	Poroż St.	zebranie	150	Bejer Berthold
Kalisz	Prażuchy Stare	zebranie	200	Milnikiel
Kalisz	Prażuchy Stare	zebranie	200	Greger Kurt
Kalisz	Zamęty	zebranie	40	Szmidke Heinrich
Kalisz	Danówiec	zebranie	80	Tepper Gottfryd
Kalisz	Prażuchy Stare	zebranie	50	Plaster Lina
Kalisz	Zbiersk	zebranie	30	Plaster Lina
Kalisz	Zamęty	zebranie	50	Schmidtke
Kalisz	Danowiec	zebranie	150	Szoter i Erdmann
Konin	Łazińska	zebranie	35	Nehring Bruno
Konin	Obory	zebranie	60	Albert Hermann
Konin	Wierzchy	zebranie	18	
Jarocin	Łobzowiec	zebranie	30	Fischer Mollard i Wilhelm Schulz
Jarocin	Strzydzewiec	zebranie	17	Józef Klenke
Krotoszyn	Koźminiec	zebranie	50	Joanna Walther
Krotoszyn	Gumienice	zebranie	30	Joanna Walther
Kościan	Reńsko	zebranie	36	
Leszno	Leszno	wieczorek tow.	37	Wojke, Stock
Leszno	Leszno	wieczorek tow.	37	Wojke, Stock
Leszno	Leszno	wieczór tow.	34	Krämer
Leszno	Leszno	wieczór tow.	22	Krämer
Leszno	Lasocice	zebranie	39	Weigt Karol i Gottschalk
Leszno	Mórkowo	zebranie	18	Grund Gotthold
Międzychód	Międzychód	wieczór tow.	16	
Międzychód	Międzychód	wieczór tow.	17	Zarling Herbert
Międzychód	Międzychód	akademia	32	Zarling Herbert
Międzychód	Międzychód	wieczorek tow.	7	
Międzychód	Międzychód	zebranie	37	Zarling Herbert
Mogilno	Strzelno	zebranie	75	Artur Dehnke
Mogilno	Rękawczynek	zebranie	35	Jakub Ehresmann
Mogilno	Trzemeszno	zebranie	19	Dietrich Girndt
N. Tomyśl	Zbąszyń	zebranie	100	Binder Otto
N. Tomyśl	Miedzichowo	zebranie	120	Riemer Karol
N. Tomyśl	Chmielinko	zebranie	108	Helmchen Artur
N. Tomyśl	Kuślin	zebranie	70	Lengert Otto i Witchen Hugo
N. Tomyśl	Kąkolewo	zebranie	45	Lange Otto
N. Tomyśl	Grodzisk	zebranie	75	Bielke
Oborniki	Murowana Goślina	zebranie	45	Uhle Ulrich
Oborniki	Murowana Goślina	zebranie	40	Kopp Jakub
Rawicz	Rawicz	wieczór towarzyski	70	
Rawicz	Bojanowo	zebranie	24	
Rawicz	Rawicz	zebranie	100	Frost Eryk
Rawicz	Rawicz	zebranie	60	
Śrem	Krosno	zebranie	25	

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Szamotuły	Piotrowo	zebranie	26	
Turek	Celestyny	zebranie	35	Greger
Wągrowiec	Wysoka	zebranie	20	Woltmann Oskar
Wolsztyn	Wolsztyn	ćwiczenia gimnastyczne kobiet	16	Senftleben Franc
Wolsztyn	Wolsztyn	zebranie	35	Scholz Gerhard
Wolsztyn	Rakoniewice	zebranie	32	Kuck Otton
Wolsztyn	Wolsztyn	akademia ku czci poległych	300	Engel Alfred, Günther Walter
Wolsztyn	Wolsztyn	pogadanka towarzyska	16	Schulz Arno i Scholz Gerhard
Wolsztyn	Wolsztyn	ćwiczenia gimnastyczne kobiet	16	Senftleben Fr. i Nadolska Joanna
Wolsztyn	Wolsztyn	zebranie	50	Schulz Brunon
Wolsztyn	Tuchorza Wola	zebranie	18	Hirte Wilhelm
Wolsztyn	Boruja Kościelna	120		Jäkel Wilhelm
Wolsztyn	Jaromierz	zebranie	30	Linke i Weinert
Wolsztyn	Wolsztyn	ćwiczenia gimnastyczne kobiet	15	Senftleben Fr.
Września	Września	zebranie	30	Reymann Helmut
Poznań	Poznań	konferencja	5	Wiesner Rudolf, Uhle Ulrich, Fenner Günther
Poznań	Poznań	zebranie	120	Dr. Günzel Walter

Z pośród objętych zestawieniem zebrań na bliższe omówienie zasługują:

Konferencja w dniu 11.3 w Poznaniu, przy udziale głównego kierownika Wiesnera, okręgowców Uhlego Ulricha, Fennera Günthera /Pomorze/, referenta społecznego Weissa Henryka i redaktora Dr. Günzela Waltera. Inż. Wiesner w bardzo krytycznym świetle przedstawił sytuację na Śląsku, twierdząc, że robotnicy i bezrobotni Niemcy są stale gnębieni.

Uhle wskazał na przeprowadzane u członków partii rewizje i liczne aresztowania, a Dehner dowodził, że wobec bezustannej prowokacji ze strony Polaków, zwłaszcza w powiecie wyrzyskim, na które miejscowe władze zupełnie nie reagują, cierpliwość członków partii w powierzonym mu okręgu już się wyczerpuje.

W rezultacie obrad zalecił inż. Wiesner z uwagi na – zdaniem jego – niejasne i niezdecydowane stanowisko Rządu Polskiego, zachować zimną krew, unikać ostrego komentowania w prasie wypadków wystąpień antyniemieckich, wstrzymać się od urządzania „Kundgebungen" względnie „Kreismitgliedertreffen", zaniechać noszenia publicznie odznak partyjnych i posługiwania się językiem niemieckim na ulicy i w lokalach publicznych oraz czytania niemieckich czasopism poza lokalami partyjnymi.

Przedstawione mu również na tej konferencji wyniki współpracy młodzieży JDP z młodzieżą DV /w związku z Heldengedenktag/ przyjął z zadowoleniem do wiadomości, wyrażając zarazem żal, że współdziałanie to wcześniej się nie zaczęło.

Na walnym zebraniu oddziału JDP w Poznaniu redaktor Deutsche Nachrichten Dr. Günzel Walter wygłosił przemówienie na temat: „Die Politik Deutschlands", w którym przedstawił obszernie „planową i zdecydowaną akcję" narodowego socjalizmu od dnia objęcia władzy przez Hitlera i podkreślił przy tym, że przywódcy NSDAP, którzy w roku

1933 bez rozlewu krwi rozgromili wewnętrznego wroga, obecnie zwalczają skutecznie wrogów zewnętrznych, zwłaszcza tych, którzy gnębią ludność niemiecką i jej kulturę germańską, a jeżeli walka ta odbywa się bez przelewu krwi, to tylko dzięki należytemu zrozumieniu idei narodowo-socjalistycznej przez ludność niemiecką odnośnych krajów. Przechodząc następnie do omówienia obecnej sytuacji w Polsce zaznaczył, że „i ta wrzawa minie", a narodowy socjalizm kroczyć będzie nadal po drodze pokojowego rozwiązywania sprzecznych z jego ideą problemów. Wywody swe zakończył wezwaniem do zachowania spokoju.

Na zebraniu oddziału JDP w Rawiczu w dniu 16.3 przy udziale około 100 osób Frost Eryk zagajając zebranie w bojowym tonie wywodził, że Hitler w tej chwili wprowadza swoją armię do Czechosłowacji i zajmuje ją w posiadanie Niemiec. Czynu tego nie dokonał groźbą ani przemocą, lecz na wyraźne zaproszenie Czechów i Słowaków, ażeby ich ochronić od różnych wewnętrznych i zewnętrznych niespodzianek. Niemcy stały się wielką potęgą, a przez zajęcie Czechosłowacji uzyskały wielkie bogactwa naturalne. Oświadczył: wzywam was wszystkich, byście byli silni i zorganizowani oraz byli przygotowani, tak jak byli przygotowani Niemcy sudeccy, którzy dziś już są wyzwoleni. Następnie twierdził, że przez przyłączenie Czechosłowacji Niemcy zyskają obszary dwa do trzykrotnie większe niż Saksonia i nadmienił, że Praga dla Niemiec jest miejscem historycznym, gdyż mieszkali tam jeszcze w XVI wieku niemieccy królowie i cesarze i słusznie należy się Niemcom.

Z przejawów działalności partii nie objętych zestawieniem zanotować należy:

Zgromadzenie w Przyłęku, powiat Nowy Tomyśl, które skupiło około 600 osób. Zgromadzenie to zostało przez policję rozwiązane, ponieważ jako nie zgłoszone władzy odbywało się nielegalnie. W charakterze mówcy występował „Kreisleiter" JDP Zoeger.

W końcu na wzmiankę zasługuje wiadomość, że krajowy referent gospodarczy JDP, Schulz Brunon z Wolsztyna, wszczął dyskretną akcję w kierunku konsolidacji niemieckiego życia gospodarczego w województwach poznańskim i pomorskim, która napotkała jednak na stanowczy sprzeciw ze strony DV. Akcja ta zapoczątkowana została na konferencji między Schulzem Brunonem i Dr. Milbradtem z centrali DV w Bydgoszczy, odbytej w Poznaniu przy ulicy Mickiewicza 30 w dniu 25 marca 1939 r. w obecności referenta gospodarczego „Hauptgeschäftsstelle" JDP Christofa Hansa z Bielska oraz kierownika powiatowego JDP Gottschalka Heinza ze Śmigla. Dr. Milbradt przybył na zaproszenie Schulza i zaskoczony jego propozycją tłumaczył się, że nie ma upoważnienia ze strony zarządu głównego DV do podejmowania decyzji w tym kierunku, ze swej strony natomiast wyraził uznanie dla akcji konsolidacji niemieckiego życia gospodarczego, zaznaczając jednak, że jakimikolwiek przyrzeczeniami wiązać się nie może, albowiem tego rodzaju poczynań nie wyobraża sobie bez należytego przygotowania.

Schulz zaproponował wobec tego wspólną akcję w dziedzinie „Grenzzonenproblem", na co Dr. Milbradt zgodził się i zaofiarował pomoc prawną przy wnoszeniu podań-zażaleń w procesach wysiedlania Niemców z pasa granicznego oraz sprawach o przewłaszczenia względnie spadkowych.

Intencją tego porozumienia jest między innymi pozbawienie wszelkich wpływów senatora Wambecka, do którego w takich sprawach niektórzy Niemcy się zgłaszali.

5. *NSDAP*

Charakterystcznym dla nastrojów w partii jest, że członkowie uwarunkowali w okresie sprawozdawczym uczestniczenie w zebraniach względnie odprawach od zapewnienia przez gen. konsula Dr. Waltera, iż każde z tych zebrań względnie odpraw zostanie

zgłoszone Starostwu Grodzkiemu Poznańskiemu, co też konsul generalny przyrzekł uczynić, przy czym starał się wpłynąc uspakajająco na członków NSDAP, twierdząc, że rząd polski panuje nad sytuacją w kraju, a że nie reaguje na pojedyncze wystąpienia antyniemieckie, to tylko dlatego, by nie dać masom powodu do przypuszczeń, że mu zależy na utrzymaniu dobrych stosunków z III Rzeszą, która przecież nie ma wobec Polski złych zamiarów.

Placówka poznańska urządziła w dniu 8.3.1939 r. [spotkanie] w Niemieckim Domu Akademickim w Poznaniu przy udziale około 42 członków i 28 członkiń „Frauenschaft" und „Schulungs- und Kameradschaftstreffen" w celu przygotowania w części wokalnej „Heldengedenktag und Wehreinführung".

Członkinie „Frauenschaft" odbyły pod kierownictwem inż. Plate Friedy próbę chóralnej i recytacji utworu pt. „Die Helden, die für Groß Deutschland starben" oraz zaprodukowania pieśni hitlerowskich, a zespół w wieku od lat 18 przećwiczył pod kierownictwem Czarneckiego i Weckego Pawła chóralną deklamację utworu pt. „Der Führer und seine Gefolgschaft".

„Kameradschaftstreffen" odbyło się przy udziale wicekonsula Dr. Kasslera, pod przewodnictwem kierownika placówki Blocha Ryszarda, który zapowiedział, że dla umożliwienia uczestnictwa w „Kameradschaftstreffen" wszystkim członkom, nawet z prowincji, ustalono termin odbywania ich na godz. 18-23 i mimo to nie wszyscy członkowie z Poznania się stawili a z prowincji wogóle nikt nie przybył.

W związku z „Heldengedenktag" odbył się w dniu 12 marca 1939 w Generalnym Konsulacie Niemieckim żałobny apel członków placówki poznańskiej NSDAP. Stawiło się ich około 50.

Po przyjęciu raportu od kierownika placówki Blocha, wygłosił generalny konsul Dr. Walter okolicznościowe przemówienie, w którym wskazał na znaczenie „Heldengedenktag" oraz ustanowienie „Allgemeine Wehrpflicht" i oznajmił, że właśnie w tej chwili Adolf Hitler jako kanclerz i zwierzchnik sił zbrojnych III Rzeszy, składa osobiście wieniec na grobie nieznanego żołnierza w Berlinie.

Następnie zebrani wysłuchali audycji radiowej z uroczystości w Berlinie.

Z dniem 1 kwietnia 1939 mianowany został dotychczasowy kierownik organizacyjny okręgu poznańskiego NSDAP Schnitzer Walter z Poznania Hauptamtsleiterem na Województwo Pomorskie, z siedzibą w Bydgoszczy.

Funkcja Kreisleitera na okręg poznański powierzono została tymczasowo Eimter-Baumerowi Henrykowi z Iłówca, powiat Śrem, a kierownictwo placówki poznańskiej NSDAP objął attaché Konsulatu Niemieckiego w Poznaniu Vogt Wolfgang, zaś pełniący tymczasowo tę funkcję Bloch Ryszard został mianowany jego zastępcą.

Ortsgruppenleiter Vogt przeprowadził w dniu 30.3.39 r. w niemieckim domu akademickim w Poznaniu odprawę przy udziale 46 członków, których po odśpiewaniu „Die Fahne hoch" wezwał do utrzymania karności, więzów koleżeńskich i intensywnej pracy nad podniesieniem ducha narodowo-socjalistycznego, a wznosząc okrzyk na cześć Hitlera, polecił kontynuować próby recytacji i śpiewu, przygotowanych pod kierownictwem członkini Plate Friedy do zaprodukowania na uroczystość obchodu 50-lecia urodzin Hitlera.

6. *Heldengedenktag*

Obchody dnia poległych /„Heldengedenktag"/ organizowane przez niemieckie organizacje, odbyły się jak niżej:

I. *Obchody legalne* – za zezwoleniem właściwych starostw wg. programu zgłoszonego władzom, zorganizowane zostały:

1. w Poznaniu 12.3. – 500 osób na cmentarzu, zorganizował Niemiecki Konsulat Generalny.

2. w Poznaniu, 12.3., 500 osób w domu ewangelickim, zorganizował Hindenburgbund.

3. w Wolsztynie, 12.3., 300 osób, na cmentarzu, zorganizowała JDP.

4. w Pobiedziskach pow. Poznań, 5.3., 70 osób w lokalu, zorganizowała JDP.

5. w Śmiglu, powiat Kościan, 12.3., 300 osób na cmentarzu, zorganizowały JDP i DV.

6. w Czarnkowie, 12.3., 300 osób, na cmentarzu, zorganizował miejscowy pastor.

7. w Lesznie, 12.3., 500 osób, w lokalu zorganizowała JDP.

8. w Krzycku Wielkim, pow. Leszno, 12.3., 250 osób, w lokalu, zorganizowała JDP.

II. Deutsche Vereinigung i Jungdeutsche Partei w Dominowie, powiatu średzkiego, *zrezygnowały same* z odbycia przygotowanego obchodu dnia poległych na dzień 7.3 twierdząc, że wobec skreślenia niektórych tekstów przemówienia myśl przewodnia obchodu uległa wypaczeniu. Tu zaznaczyć należy, że skreślono to, co nie dotyczyło pamięci poległych, ale obecnych stosunków w Rzeszy.

III. *Obchody nielegalne* w formie akademii niezgłoszone władzom odbyły się:

1. w Poznaniu w dniu 12.3, z inicjatywy Niemieckiego Konsulatu Generalnego przy udziale 50 osób, członków oddziału NSDAP. Po przyjęciu raportu od kierownika placówki Blocha wygłosił generalny konsul dr. Walter okolicznościowe przemówienie, w którym wskazał na znaczenie „Heldengedenktagu" i ustanowienie „Allgemeine Wehrpflicht" zaznaczając, że właśnie w tej chwili Adolf Hitler jako kanclerz i zwierzchnik sił zbrojnych III Rzeszy, składa osobiście wieniec na grobie nieznanego żołnierza w Berlinie. Następnie zebrani wysłuchali audycji z uroczystości w Berlinie.

2. w Nowym Tomyślu w dniu 12.3, przy udziale około 350 osób. Przemawiał dr. Lück z Poznania oraz odegrano jednoaktówkę pt. „Komendant". Organizatorów pociągnięto do odpowiedzialności w drodze administracyjnej.

3. w Kłecku, pow. Gniezno, w dniu 5.3 z inicjatywy Deutsche Vereinigung przy udziale około 30 osób. Przemawiał Niedringhaus. Nadto miał miejsce odczyt oraz odegrano sztuczkę teatralną „Die Burg". Organizatorów pociągnięto do odpowiedzialności w drodze administracyjnej.

4. w Izbicznie, powiatu krotoszyńskiego, w dniu 5.3 przy udziale 75 osób. Przemówienie wygłosił Rosenberg z centrali DV na temat poległych na wojnie i poległych w Monachium w walce o narodowy socjalizm. Uroczyście wywołano nazwiska 114 poległych i odśpiewano pieśni wojskowe. Ściana ozdobiona była emblematami wyobrażającymi pruski krzyż żelazny. W uroczystości tej wystąpił nielegalnie istniejący zespół młodzieżowy DV tworzący oddzielną jednostkę organizacyjną w mundurach i z proporcem. Do nielegalnej sekcji młodzieżowej przyjęto 8 nowych członkiń, które złożyły przysięgę organizacyjną na proporzec i którym uroczyście zawieszono długie czarne krawaty /oznaka BDM/.

Za zorganizowanie nielegalnej imprezy pociągnięty został do odpowiedzialności w drodze administracyjnej organizator. W sprawie proporca, mundurów i zespołu młodzieżowego prowadzone są dochodzenia.

IV. Władze administracyjne I instancji *zabroniły odbycia obchodów* dnia poległych w niżej wymienionych miejscowościach:

1. w Mogilnie, organizowany w dniu 12.3 wspólnie przez JDP i DV, ze względu na spokój i porządek publiczny.

2. w Strzelnie, pow. Mogilno, organizowany w dniu 12.3 przez DV i JDP z tych samych powodów.

3. w Nowym Tomyślu, 5.3, organizowany przez JDP ze względu na spokój i porządek publiczny.

4. w Krzemieniewie, pow. Leszno, organizowany przez JDP, ponieważ teksty słowne nie zostały przedłożone starostwu.

5. w Rydzynie pow. Leszno, organizowany przez DV z tych samych powodów co w Krzemieniewie.

Niezależnie od wyżej wyszczególnionych obchodów na szeregu zebraniach DV i JDP uczczono pamięć poległych, przy czym mówiono o „odrodzeniu Rzeszy", które nastąpiło dzięki ofierze krwi, a które w rezultacie dało pożądaną swobodę zbrojeń dla Niemiec.

III. *Przegląd prasy*

1. *Sprawy zagraniczne*

Wypadki polityczne o charakterze międzynarodowym zamieszczane były w formie oficjalnych komunikatów „Deutsches Nachrichtenbüro" lub obszernych przedruków z prasy w Rzeszy.

Ze swojej strony prasa niemiecka zamieszczała tylko luźne uwagi, z których na wzmiankę zasługuje: wyrażenie, że okupacja Czech i Moraw była naturalną reakcją Rzeszy na ucisk mniejszości niemieckiej. Zajęcie Kłajpejdy oceniła prasa niemiecka jako nowy pokojowy sukces Hitlera uzasadniony dążeniami wyzwoleńczymi Niemców kłajpedzkich..

W związku z wzrastającym zainteresowaniem Anglii sprawami Polski prasa mniejszościowa niemiecka przejawia wyraźne zaniepokojenie, wyrazem czego są ataki na Anglię i podkreślanie niezależności polityki polskiej.

2. *Sprawy polskie*

Duże zainteresowanie prasa niemiecka wykazywała dla polskiej polityki zagranicznej, która dla niej nie była jasną.

Prasa niemiecka skrzętnie notowała głosy prasy polskiej na temat stanowiska Polski w polityce zagranicznej i zestawiała je, ze swojej strony wysuwając jedynie zapytanie „Wo steht Polen".

W sprawie zajęcia przez Węgrów Rusi Zakarpackiej i ustalenia wspólnej granicy polsko-węgierskiej prasa niemiecka ograniczyła się do podawania oficjalnych komunikatów polskich i przedruków z prasy polskiej, słowem nie wspominając o zawaleniu się niedawno tak wyraźnie faworyzowanej „Zakarpackiej Ukrainy".

W sprawie komentowanych na początku okresu sprawozdawczego wypadków na politechnice gdańskiej prasa niemiecka winę zajść przypisywała wyłącznie studentom polskim.

W związku z obchodem imienin Marszałka Śmigłego-Rydza Posener Tageblatt z 18 marca zamieszcza portret solenizanta, ze swej strony przy tym dodaje, że niemiecka „Volksgruppe" przyłącza się do życzeń całego kraju, w nadziei, iż marszałek swój wielki wpływ, który wywiera na dzieje Polski użyje aby prawo do życia Niemców nie było w Polsce ograniczone.

IV. *Ruch społeczny i sportowy*

Ruch społeczny i sportowy przejawiał się w następujących legalnych zebraniach i imprezach:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań i imprez
Verband Deutscher Katholiken	10
Männerturnverein	4
Wohlfahrtsdienst	1
Sing und Spielschaar	1
Deutscher Gesangverein	7
Lissaer Bachverein	1
Jungmännerverein	4
Deutscher Frauenverein	1
Hindenburgbund	3
Deutscher Wanderverein	1

V. *Ruch gospodarczy i zawodowy*

Działalność niemieckich organizacji gospodarczych i zawodowych ilustruje poniższe zestawienie:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań i imprez
Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft	24
Verein Deutscher Bauern	7
Verband für Handel und Gewerbe	4
Landesverband Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen	1
Spar- und Darlehnskasse	1
Niem. Spółdzielnia Mleczarska	1
Posener Handwerkerverein	1
Deutscher Arbeiterverein	2

Z przebiegu wyżej wymienionych zebrań momentów ciekawszych niezauważono.

VI. *Ruch wyznaniowy*

1. Kościół ewangelicko-unijny

W dniach od 25 lutego do 10 marca, na zaproszenie Konsystorza Ewangelickiego w Poznaniu, obywatelka niemiecka Anna von Waldow z Berlina, misjonarka kościoła ewangelicko-unijnego wygłosiła odczyty na temat „Die Christen-Gemeinden in Ost-Afrika" – w parafiach w Poznaniu, Mogilnie, Rogoźnie, powiatu obornickiego i w Wągrowcu.

Prelegentka, jako misjonarka działająca na terenie Afryki Południowej, zobrazowała życie mieszkańców Afryki a przede wszystkim życie tamtejszej młodzieży. Młodzież afrykańska według naświetlenia prelegentki przechodzi straszne męczarnie, ponieważ zależnie od rozwoju fizycznego zostaje odizolowana na pewien czas w ciemnościach. Z wywodów Anny v. Waldow wynikało, że obecny reżim Rzeszy zahamował wprawdzie pracę misyjną, jednak wstrzymać jej nie jest w stanie albowiem przywiązanie do religii chrześcijańskiej jest nie do zwyciężenia.

W dniach 13–15 marca odbył się w Poznaniu doroczny „Theologischer Lehrgang" zorganizowany przez „Landesverband für Innere Mission". Na program kursu złożyły się odczyty Dr. Andersa Nygrena z Lund w Szwecji, na temat „Die Ethik der Rechtfertigungen" i „Sinn und Aufbau der Confessiones Augustinus", generalnego superintendenta Kalweita z Gdańska, na temat „Die Kraft der Auferstehung" i prof. Kempffa Georga z

Erlangen w Niemczech, na temat „Das Liturgische Kirchenlied der Luthertums".

W ramach kursu odbyła się w dniu 14.3.39 r. pogawędka w niemieckim domu akademickim, w trakcie której poruszono między innymi sprawę uregulowania stosunku kościoła ewangelicko-unijnego w Polsce do Państwa wyrażając przekonanie, że jakkolwiek pertraktacje z władzami postępują powoli, to jednak nie odbiegają dotychczas od zasadniczych wytycznych zawartych we wniesionym projekcie.

Na zakończenie odbył[a] się w dniu 15.3. br. w Kreuzkirche „Musikalische Feierstunde".

Zanotować należy, że pastor Karol Rössler w dniu 22 marca br. w kościele ewangelickim w Rogoźnie, powiatu obornickiego, odprawił nabożeństwo dziękczynne z okazji zajęcia przez Hitlera Czech i Kłajpedy. W nabożeństwie brało udział około 50 osób. Również i pastor Seilbrandt w Bojanowie, powiatu rawickiego, urządził w zborze ewangelickim pod pretekstem postu wielkanocnego nabożeństwo, które zostało odprawione z okazji zajęcia Czech i Moraw przez wojska niemieckie. Od stopni ołtarza wygłosił pastor przemówienie i wzywał zebranych, by zanosili modły dziękczynne za pomyślność narodu niemieckiego. Powyższe fakty wskazują na oblicze polityczne pastorów ewangelicko-unijnych i na ich rzeczywistą lojalność.

Społeczność chrześcijańska w Polsce, oddział w Ułanowie, odbyła od 2 do 10 marca tzw. „Tydzień biblijny" w Charkowie, pow. Gniezno. Czytano biblię, obecnych było dziennie przeciętnie 20 członków.

2. Z okazji *imienin Pana Marszałka Edwarda Śmigłego-Rydza* i w dniu obchodu ku uczczeniu pamięci śp. Marszałka Józefa Piłsudskiego odbyły się nabożeństwa w następujących zborach ewangelicko-unijnych oraz ewangelicko-augsburskich:

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora	Liczba uczestn.
Czarnków	Gębiczyn	Fischer Joachim	15
Gniezno	Witkowo	Cornels Otton	30
Gostyń	Poniec	Machert Hermann	50
Jarocin	Jarocin	Keding Maks	70
Kępno	Kępno	Schilberg Waldemar	90
Kępno	Pisarzowice	Weinhold Erich	85
Kępno	Rychtal	Hoffmann Hubert	-
Kępno	Tabor Wielki	Katscher Nathanael	300
Kępno	Bralin	Katscher Nathanael	48
Kępno	Ostrzeszów	Vocht Karol	260
Koło	Babiak	Dreger Reinhold	150
Koło	Dąbie	Bojanowski Juliusz	40
Koło	Izbica	Kneifel Ryszard	20
Konin	Konin	Bathke	-
Międzychód	Międzychód	Müller Paweł	40
N. Tomyśl	N. Tomyśl	Reissel Jerzy	200
N. Tomyśl	N. Tomyśl	Hoffmann Hans	80
N. Tomyśl	Jastrzębsko St.	Schenk Marcin	150
N. Tomyśl	Sątopy	Tauber Jan	50
N. Tomyśl	Grodzisk	Rudolff Paweł	15

Powiat	Miejscowość	Nazwisko pastora	Liczba uczestn.
Oborniki	Mur. Goślina	Weyner Helmut	-
Ostrów	Chojnik	Schau Walter	dzieci szkolne
Ostrów	Czarnylas	Schmidt Jan	dzieci szkolne
Środa	Środa	Berger Karol	45
Środa	Niekiełka	Glockzin	70
Środa	Nekla	Glockzin	80
Wolsztyn	Wolsztyn	Engel Alfred	70
Żnin	Janowiec	Mucler Robert	65
Poznań m.	Poznań	kapelan mjr. Świtalski	15
Poznań m.	Poznań	Dr. Horst Johannes	250
Poznań m.	Poznań	Dr. Hoffmann Karol	50
Poznań m.	Poznań	Manitius Gustaw	150

3. Nie odprawili nabożeństw w dniach 18 i 19 marca br. następujący pastorzy:

Powiat	Nazwisko pastora	Miejscowość/parafia/
Czarnków	Gurkasch Walter	Kwiejce
Czarnków	Wilken Günther	Stajkowo
Czarnków	Thron Józef	Tarnówko
Czarnków	Zwirner Walter	Wieleń
Czarnków	Starke Arnold	Czarnków
Czarnków	Warnke Ernest	Romanowo Dolne
Czarnków	Hoffmann Emil	Huta
Czarnków	Hoppe Günther	Połajewo
Gniezno	Hemmerling	Gniezno
Gniezno	Ziegert Karol	Gniezno
Gniezno	Kruske Herold	Łubowo
Gniezno	Brohm Helmut	Czerniejewo
Gniezno	Nitz Willibald	Kłecko
Gniezno	Johst Waldemar	Świniary
Gostyń	Pross Waldemar	Borek
Gostyń	Werner Edward	Gostyń
Jarocin	Scholz Joachim	Pleszew
Jarocin	Franke Helmut	Nowemiasto
Krotoszyn	Michalowski Otton	Krotoszyn i Koźmin
Krotoszyn	Paeschke Gerhard	Kobylin i Pogorzela
Krotoszyn	Thorn Helmut	Dobrzyca i Koźminiec
Krotoszyn	Neumann Emil	Zduny
Międzychód	Wagner Wiktor	Sieraków
Nowy Tomyśl	Schmidt Egon	Miedzichowo
Nowy Tomyśl	Felf Oskar	Lewiczynek

Powiat	Nazwisko pastora	Miejscowość/parafia/
Oborniki	Giertz Werner	Ryczywół
Oborniki	Brauer Wilhelm	Oborniki
Oborniki	Georg Bohringer	Budziszewko
Oborniki	Muth Paweł	Rogoźno
Ostrów	Schau Walter	Chojnik
Ostrów	Schmidt Jan	Czarnylas
Śrem	Kastner Karol	Krosno
Śrem	Blümel Oskar	Bnin
Wągrowiec	Wehrhan Robert	Wągrowiec
Wągrowiec	Christfried Marke	Łękno
Wągrowiec	Rakette Paweł	Skoki
Wolsztyn	Schulz Karol	Rakoniewice
Wolsztyn	Wiegert Jerzy	Rostarzewo
Wolsztyn	Bierschenk Aleksander	Boruja Stara
Wolsztyn	Eichler Artur	Tuchorza
Wolsztyn	Galleiske Henryk	Jabłonna
Żnin	Weber Rudolf	Zrazim
Żnin	Martini Artur	Laskowo
Żnin	Harhausen Hans	Rogowo
Poznań m.	Brummack Karol	Poznań
Poznań m.	Zellmann Gustaw	Poznań
Poznań m.	Rhode Artur	Poznań

Ponieważ w roku bieżącym 19 marzec przypadł na niedzielę odbyły się w niektórych kościołach ewangelickich tylko zwykłe niedzielne nabożeństwa.

4. Zbór Baptystów w Gnieźnie / w Strzyżewie Paczk. / „Gemeinde der Baptisten in Gniezno", należący do Unii Zborów Baptystów Języka Niemieckiego w Polsce, rozpoczął dnia 28.3.39 r. w Strzyżewie Smyk. dwudniowy zjazd tzw. kaznodziejów. Zjazd ten Starostwo Grodzkie w Gnieźnie rozwiązało i wszczęło dochodzenie karnoadministracyjne z art. 25 pkt. 2 Ustawy o zgromadzeniach, gdyż organizatorzy zjazdu nie zgłosili go Urzędowi Wojewódzkiemu. Zbór ten nadto wydaje nielegalnie czasopismo, co jest przedmiotem postępowania karnego.

[...]

236

22.5.1939: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (April 1939) – 22.5.1939

22 V 1939r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

AP Poznań, Urząd Wojewódzki Poznański, Nr. 5713

A. *Niemcy*

I. *Sytuacja ogólna*

Niemcy w okresie sprawozdawczym żyli w przekonaniu, że Rzesza Niemiecka upomni się o nich.

W związku z tym przekonaniem w opinii społeczeństwa niemieckiego ustalały się różne daty rzekomo mającego nastąpić przemówienia Hitlera w sprawie Niemców w Polsce, które miało zadecydować o włączeniu ziem zachodnich do Rzeszy jak włączone zostały Sudety a następnie Czechy i Morawy. Pierwszą taką datą był dzień 9 kwietnia, a gdy ten minął nie przynosząc zmian politycznych, ustalona została data 20 kwietnia, jako dzień urodzin Hitlera i wreszcie 28 kwietnia, jako dzień jego przemówienia w odpowiedzi Prezydentowi Stanów Zjednoczonych Ameryki Północnej.

W tym stanie nastrojów mniejszości niemieckiej przemówienie Hitlera 28 kwietnia nie tylko nie podniosło ducha, ale spowodowało widoczne załamanie się psychiczne. Przeciętny członek mniejszości niemieckiej w Polsce, wykarmiony w ostatnich latach na literaturze, która oświetlała go, że pakt nieagresji z Polską jest szczytem mądrości politycznej, że ten pakt gwarantuje mu swobodę przyznawania się do narodowego socjalizmu i wiarę w Hitlera, został nagle zdezorientowany. Interpretacja prasy, która fakt podarcia przez Hitlera paktu nieagresji starała się przedstawić jako naturalną reakcję na rzekome przyłączenie się Polski do angielskiej polityki okrążenia, nic nie pomogła. Fakt jednostronnego zerwania paktu pozostawał faktem, a brak logiki z poprzednimi twierdzeniami narażały przeciętnego Niemca na karkołomną marszrutę po bardzo miękkich torach politycznych, spod których widział załamanie się koncepcji politycznej o tym, że życie polityczne Niemców w Polsce zostało umożliwione dzięki właśnie paktowi o nieagresji. Z chwilą gdy ten pakt przestał działać, dla przeciętnego Niemca logicznym było, że życie polityczne Niemców nie bronionych ani przez traktaty o ochronie mniejszości narodowych ani w drodze porozumienia polsko-niemieckiego, stanie się bardzo ciężkie.

To rozumowanie Niemców wypływa z zasadniczego ich ustosunkowania się do Polski, które polega na stałym szukaniu protekcji zewnętrznej przy zupełnym niezrozumieniu praw obywatelskich wypływających z konstytucji polskiej.

Wszystko to razem spowodowało depresję, która zaczęła przejawiać się w końcu okresu sprawozdawczego po mowie Hitlera.

Organizacje polityczne DV i JDP zewnętrzne przejawy życia swego częściowo przyciszyły, przechodząc do pracy zbliżonej do konspiracji przejawiającej się w postaci schodzenia się Niemców w domach sąsiadów przy radioodbiornikach. Obie te organizacje narodowo-socjalistyczne ponoszą w znacznej części winę za kolportowanie w terenie plotek o wspomnianych już datach 9, 20 i 28 kwietnia, jako początku agresji Niemiec przeciw Polsce i obie po 28 kwietnia znalazły się w sytuacji, dla rozwiązania której pozostało jedynie czekać i milczeć, aż zewnętrzna konjunktura ulegnie zmianie.

Długotrwała propaganda narodowo-socjalistyczna wpajania absolutnej wiary w Hitlera i ostatnie rozgłaszanie dat o jego rzekomym wkroczeniu do Polski spowodowało u elementów bardziej agresywnych wystąpienia antypaństwowe przejawiające się w publicznym rozgłaszaniu wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny, dopuszczanie się obrazy narodu polskiego itp.

Ilościowo sprawy te przedstawiają się jak następuje:

Powiat	Liczba osób przeciw którym wszczęto dochodzenia prokuratorskie przy pozostawieniu na wolnej stopie	Licba osób aresztowanych i postawionych w stan oskarżenia	Razem
Chodzież	-	2	2
Czarnków	-	3	3
Gniezno	2	-	2
Jarocin	-	1	1
Kalisz	3	1	4
Kępno	-	2	2
Koło	2	1	3
Konin	1	-	1
Krotoszyn	-	2	2
Leszno	3	2	5
Międzychód	3	2	5
Mogilno	1	2	3
Nowy Tomyśl	-	18	18
Oborniki	2	2	4
Poznań pow.	1	-	1
Rawicz	1	1	2
Śrem	1	-	1
Szamotuły	5	-	5
Turek	-	1	1
Wągrowiec	2	-	2
Wolsztyn	3	1	4
Września	-	3	3
Żnin	3	-	3
Razem:	33	44	77

Przed Sądem Okręgowym w Gnieźnie w dniu 24 kwietnia odbyła się rozprawa przeciw członkom Deutsche Vereinigung o nielegalne przekraczanie granicy do Niemiec. W wyniku tej rozprawy skazani zostali:

1. Gizela Dittmann na karę łączną 6 tygodni aresztu i 900 zł. grzywny z zamianą na wypadek nieściągalności na 90 dni aresztu.

2. Eleonora Schröter na karę łączną 5 tygodni aresztu i 700 zł. grzywny z zamianą na wypadek nieściągalności na 70 dnia aresztu.

3. Klaus Hoffmeyer

4. Günther Warm

5. Artur Dittmann

6. Ingeborg Menzel – każdy na 4 tygodnie aresztu i 500 zł. grzywny, przy czym osobom w/w pod 3-6 karę tą na podstawie Ustawy amnestyjnej z 1936 r. w całości darowano.

Wyrok sądowy stwierdził, że członkowie DV w drodze nielegalnej wyjeżdżali do Rzeszy Niemieckiej przez Gdańsk, gdzie ułatwiał im nielegalne przekroczenie Konsulat Niemiecki.

W dniu 29 kwietnia przed Sądem Okręgowym w Gnieźnie odbyła się rozprawa w sprawie Bund Deutscher Mädel i Hitlerjugend, których wykrycie w powiatach Gniezno i Września zostało omówione w sprawozdaniu sytuacyjnym z życia mniejszości narodowych za marzec br.

Na ławie oskarżonych zasiadły: Eleonora Schröter, Barbara Wendorff, Gizela Dittmann, Charlotta Albrecht, Charlotta Schmiedeskamp, Elli Weidner, Ilse Zimmermann, Edith Arlt i Charlotta Olszewska – wszystkie z Bund Deutscher Mädel oraz Fryderyk Theobald oskarżony o kierownictwo Hitlerjugend.

W wyniku rozprawy sąd na podstawie znalezionego materiału dowodowego oraz zeznań Schröterówny i Olszewskiej uznał fakt istnienia na terenie Gniezna i okolicy organizacji Bund Deutscher Mädel za bezsporny, również stwierdzony został nielegalny charakter organizacji i chęć zatajenia jej przed władzami.

Charakterystycznym jest, że Schröterówna potwierdziła swoje zeznania złożone przed sędzią śledczym obciążając siebie i inne osoby. Olszewska, która w międzyczasie wyszła za mąż za Polaka oświadczyła, że czuje się Polką, zeznała obciążająco, podtrzymując we wszystkich punktach akt oskarżenia. Pozostałe oskarżone wypierały się świadomości tego, że należały do organizacji tajnej oraz twierdziły, że organizacja w roku 1936 rozleciała się sama i one straciły z nią kontakt, należąc jedynie do Deutsche Vereinigung.

Barbara Wendorffówna /córka ziemianina z powiatu Gniezno, aresztowana w Bydgoszczy, funkcjonariuszka centrali DV/ zaprzeczała przynależności i kierowania BDM twierdząc, że cała organizacja była grupą młodzieżową DV. Zauważyć należy, że Wendorffówna zeznawała w języku niemieckim twiedząc, że nie zna języka polskiego, mimo że szkołę średnią ukończyła w Polsce.

Na podkreślenie również zasługuje fakt, że Schröterówna potwierdziła na rozprawie, że konsulat niemiecki w Gdańsku ułatwiał jej nielegalne przekraczanie granicy do Niemiec.

Theobald zaprzeczył istnienia organizacji Hitlerjugend twierdząc, że to o co jest oskarżony było przejawem działalności Deutsche Vereinigung.

W wyniku rozprawy sąd skazał:

1. Eleonorę Schröter z art. 165 § 2 kk. za założenie i kierowanie „Bund Deutscher Mädel-Gnesen" i kierowanie BDM w powiecie wrzesińskim – na 10 miesięcy aresztu.
2. Barbarę Wendorff z art. 165 § 2 kk. za kierowanie BDM w powiecie gnieźnieńskim - na 8 miesięcy aresztu.
3. Gizelę Dittmann z art. 165 § 1 kk. za udział w BDM-Gnesen – na 6 miesięcy aresztu.
4. Charlottę Albrecht,
5. Charlottę Schmiedeskamp,
6. Elli Weidner,
7. Ilse Zimmermann,
8. Edith Arlt – z art. 165 § 1 kk. za udział w BDM-Gnesen na 2 miesiące aresztu każdą oraz
9. Charlottę Olszewską z art. 165 § 1 kk. za udział w BDM-Gnesen - na 1 miesiąc aresztu.

Oskarżony Fryderyk Theobald z braku dostatecznych dowodów winy został uniewinniony.

Ponadto sąd nałożył na skazanych koszta postępowania i opłaty sądowe oraz orzekł przepadek wszystkich załączonych do sprawy dowodów rzeczowych.

Sąd utrzymał w mocy areszt co do Schröterówny, Wendorffówny i Dittmannówny z tym, że można je wypuścić na wolność, gdy każda z nich złoży 10000 zł kaucji.

Ograniczenie dochodzeń prowadzonych w śledztwie do terenu powiatu Gniezno i Września sprawiło, że sprawa Hitlerjugend pozostała w sferze poszlak.

Niemniej jednak stwierdzić należy, że z toku rozprawy wynikał ścisły związek Deutsche Vereinigung z akcją nielegalną Bund Deutscher Mädel, tak, że granica między tą nielegalną organizacją a DV faktycznie nie istniała.

Niezależnie od wyżej wspomnianych aresztowań za rozszerzanie wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny i obrazę narodu polskiego oraz omówionych procesów działaczy młodzieżowych Deutsche Vereinigung, którym dowiedziono wielokrotne nielegalne przekraczanie granicy do Rzeszy przy pośrednictwie niemieckiego konsulatu generalnego w Gdańsku oraz należenie i kierowanie organizacją, której cel i istnienie ukryte było przed władzą, a która działała pod legalną przykrywką Deutsche Vereinigung – w okresie sprawozdawczym szereg członków DV oraz członków NSDAP działającej w Polsce aresztowanych zostało w sprawach o szpiegostwo. Te ostatnie sprawy nie są przedmiotem tego sprawozdania. Nadmienić należy, że wszystkie te aresztowania i procesy rzucają światło na niemieckie organizacje polityczne, wyznające światopogląd narodowo-socjalistyczny i stwierdzający ich faktyczną rolę parawanu dla, w istocie swej, wywrotowej akcji niemieckiego narodowego socjalizmu wymierzonej przeciw całości granic Państwa.

W życiu wewnętrznym mniejszości niemieckiej sprawa porozumienia DV z JDP poruszona była w szeregach JDP. Wysunął ją kierownik okręgu pomorskiego partii, Fenner, w formie zapytania czy wskazanym jest żeby członkowie JDP stawiali wnioski o przyjęcie ich do DV. Wyjaśnienia na to udzielił główny kierownik, Wiesner, podkreślając, że po stawieniu przez członków JDP i to zaangażowanych w ruchu, miały by niewątpliwie dla JDP duże znaczenie propagandowe [!]. Z drugiej zaś strony wnioski takie, stawiane przez większą ilość kolegów partyjnych zawierają w sobie pewne niebezpieczeństwo, gdyż doły partyjne i szeroka opinia niemiecka, mogły by powziąć podejrzenie, iż Jungdeutsche Partei zaczęła się powoli rozpadać, gdyż jej członkowie – przywódcy – usiłują przystąpić do Deutsche Vereinigung. Zamiast więc korzyści, akcja taka mogłaby przynieść Jungdeutsche Partei jedynie szkodę.

Zdaniem Wiesnera, sprawa klauzuli wykluczalności i przystępowania członków JDP do DV może nastąpić jedynie na podstawach ogólnego porozumienia. Niebezpieczeństwa dla JDP nie byłoby wówczas, gdyby partia wszczęła akcję za przystąpieniem wszystkich swych członków, zamieszkałych w Poznańskiem i na Pomorzu, do Deutsche Vereinigung, jako organizacji wyłącznie kulturalnej, a wezwałaby Deutsche Vereinigung do współpracy z JDP jako jedyną organizacją polityczną. Taka droga – zdaniem Wiesnera – byłaby najodpowiedniejszą. Wskazuje to, że spory między starymi i młodymi wprawdzie przycichły pod naciskiem sytuacji zewnętrznej, jednak przyczyna tarć nie została usunięta i walka między dwoma grupami tego samego światopoglądu zawsze może odżyć jeżeli przywódcy nie zostaną zmienieni.

Z poważniejszych przejawów ruchu politycznego na wzmiankę zasługuje odprawa kierowników powiatowych Jungdeutsche Partei odbyta w dniu 12 kwietnia w Poznaniu. Przedstawiciele z poszczególnych terenów złożyli sprawozdania z sytuacji, podkreślając zdecydowaną i bojową postawę społeczeństwa polskiego, co znacznie utrudnia działalność niemieckich organizacji politycznych.

Na odcinku niemieckiego życia gospodarczego na uwagę zasługują ujawnione tendencje podporządkowania administracyjnego mniejszych spółdzielni kredytowych centrali „Verband Deutscher Genossenschaften".

II. *Ruch polityczny*

1. *Deutsche Vereinigung*

Natężenie ruchu zebraniowego w DV ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Czarnków	Czarnków	zebranie	60	Sawall Otton
	Czarnków	zebranie	18	Waldemar Adelt
	Wieleń	zebranie	22	Kassner Maks
	Rosko	zebranie	18	Redmann
Gniezno	Owieczki	impreza	160	
Gostyń	Pępowo	zebranie	14	
	Strumiany	zebranie	15	
Jarocin	Strzydżewo	zebranie	22	Milbrandt, Kołodziejewo
	Dobranadzieja	zebranie	50	Milbrandt, Kołodziejewo
Kościan	Olszewo	zebranie	16	Gersdorf
Krotoszyn	Kobylin	zebranie	14	Rackmann
Leszno	Leszno	odprawa kierowników	12	Adelt
	Leszno	wieczór tow.	20	Damm Heinz
Międzychód	Międzychód	zebranie	20	
Mogilno	Trzemeszno	zebranie	20	Jonas
Mogilno	Huta Palędzka	zebranie	10	Harmel
Nowy Tomyśl	Nowy Tomyśl	zebranie		Horlitz Reinhold
	Nowy Tomyśl	zebranie	120	Tesmar
Oborniki	Oborniki	zebranie	16	
	Mur. Goślina	zebranie	-	
Rawicz	Rawicz	zebranie	12	Adelt
Szamotuły	Pniewy	zebranie	20	
	Pniewy	zebranie	60	
	Pniewy	zebranie	20	
Wągrowiec	Mieścisko	zebranie	30	Räber
	Gołańcz	zebranie	18	Utta Reinhold
	Miłosławice	zebranie	100	Gersdorf Gero
Wolsztyn	Gola	zebranie	30	Damm Heinz
	Rostarzewo	zebranie	30	Damm Heinz
	Jaromierz	zebranie	45	Damm Heinz
	Tuchorza Stara	zebranie	23	Damm Heinz
Poznań	Poznań	zebranie	300	Dr. Lück Kurt
	Poznań	zebranie	50	Heidelberg Elżbieta

Z pośród objętych zestawieniem zebrania na bliższe omówienie zasługuje:

W dniu 19.4.1939 r. urządzone zostało przez sekcję żeńską DV w Poznaniu zebranie ku uczczeniu 50-lecia urodzin Hitlera, przy udziale około 50 członkin.

Przewodnicząca Heidelberg Elżbieta streściła życiorys Führera i jego walkę, podkreślając, że za Wolą Bożą naród niemiecki powierzył mu najodpowiedzialniejsze stanowisko Rzeszy, na którym zjednoczył ciemiężonych ziomków, tworząc wielką Rzeszę, a zarazem roztoczył opiekę nad tymi Niemcami, którzy nie mają szczęścia żyć w wielkiej ojczyźnie.

2. *Deutscher Volksverband*

W okresie sprawozdawczym zanotowano następujące zebrania organizacji:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Konin	Brzezińskie Holendry	zebranie	15	Fryderyk Kebernik

W działalności Volksverbandu w miesiącu sprawozdawczym nie zaszły momenty zasługujące na bliższe omówienie.

3. *Jungdeutsche Partei*

Natężenie ruchu zebraniowego partii ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Chodzież	Wyszyny	zebranie	20	
	Węglewo	wieczorek tow.	12	
	Wymysław	zebranie	26	
Czarnków	Czarnków	zebranie	40	Koralewski
Kalisz	Prażuchy Stare	zebranie	90	Milnik
	Danowiec	zebranie	115	Sztoer Mikołaj
	Poroż St.	zebranie	100	Hirsekorn i Sztoer
	Kaźmierka Nowa	zebranie	80	
Kościan	Śmigiel	odprawa kierowników oddziałów	23	Gottschalk Heinz
	Śmigiel	zebranie oddz.	23	Hentschel Henryk
	Śmigiel	zebranie oddz.	20	i Klose Hildegarda
	Kotusz	zebranie oddz.	20	Linke Wilhelm
	Śmigiel	zebranie oddz.	36	Hentschel, Hoffmann, Feifer
Krotoszyn	Gumienice	zebranie oddz.	25	
	Gumienice	zebranie oddz.	7	
Leszno	Leszno	wieczór tow.	36	Krämer
	Leszno	zebranie	56	Krämer
	Leszno	wieczór tow.	28	Krämer
	Leszno	wieczór tow.	25	Polzuch
Międzychód	Zatom Nowy	zebranie	29	
	Sieraków	zebranie	7	
	Radusz	wieczór tow.	45	
	Międzychód	zebranie	30	Eggers Erich

Powiat	Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
	Radusz	zebranie	30	Schelske Otto
	Międzychód	wieczór tow.	19	
	Radusz	wieczór tow.	22	
	Sieraków	wieczór tow.	10	
Mogilno	Padniewo	zebranie	40	Manthe Leopold
Oborniki	Ryczywół	zebranie	16	
Szamotuły	Piotrkowo	zebranie	23	
Wągrowiec	Skoki	zebranie	20	Budis
Wolsztyn	Wolsztyn	pogadanka oświatowa	20	Scholz Gerhard
Wolsztyn	Tuchorza Nowa	zebranie	10	Lehmann Frieda
Żnin	Żarczyn	zebranie	35	Kühn Gerhard
	Żarczyn	zebranie	30	Henn Henryk
Poznań m.	Poznań	zebranie	10	
	Poznań	zebranie	19	
	Poznań	zebranie	36	

Z pośród wyżej wymienionych zebrań na omówienie zasługują:

W dniu 12 kwietnia br. odbyła się w Poznaniu odprawa kierowników powiatowych Jungdeutsche Partei, których stawiło się 19.

Okręgowiec Uhle Ulrich wezwał ich do złożenia sprawozdań o sytuacji i nastrojach, wymaganych okólnikami kierownika głównego partii.

1. Behnke z powiatu poznańskiego twierdził, że sytuacja poprawia się, członkowie wracają do normalnej pracy i zażalenia ustały.

2. Fischer v. Mollard z powiatu jarocińskiego podkreślił mężne i zrównoważone zachowanie się podległych mu placówek, mimo licznych wystąpień ze strony organizacyj polskich.

3. Steinert z powiatu krotoszyńskiego zaznaczył, że mimo prowokacji członkowie placówek zachowali spokój poza kilku aresztowaniami pod nieznanymi mu zarzutami. Zażaleń nie ma a na ostatnie wybryki reaguje władza.

4. Frost z Rawicza twierdził, że sytuacja w powiecie rawickim jest jeszcze bardzo naprężona, a wśród członków panuje podniecenie z powodu prowokacji ze strony członków S[tronnictwa] N[arodowego], którzy w okolicy Bojanowa napadają na Niemców, a nawet dzieci szkolne.

5. Hentschel Henryk dowodził również, że w powiecie leszczyńskim Polski Związek Zachodni podburza przeciwko Niemcom, którzy jednak zachowują spokój i mają nadzieję że stosunki się ułożą, tym bardziej, że władze bezpieczeństwa poczęły się interesować tymi wypadkami.

6. Gottschalk Heinz żalił się na bojkot niemieckiego kupiectwa i rzemiosła w powiecie kościańskim.

7. Scholz Gerhard określił sytuację w powiecie wolsztyńskim jako nadal bardzo silnie naprężoną, zaznaczając, że nienawiść Polaków do Niemców jest nie do opisania, w ostatnich dniach w Jabłonnie znów dokonano napadu i ciężko poraniono kilku Niemców, o czym został zawiadomiony osobiście Starosta Powiatowy Wolsztyński, ruch organizacyjny zamarł zupełnie, a policja w wielu wypadkach zawiodła.

8. Schneider z Międzychodu przedstawił również sytuację i nastroje w sposób pesymistyczny.

9. Belau z Szamotuł wykazał, że nastąpiło zupełne uspokojenie, placówki odbywają zebrania bez jakichkolwiek przeszkód ze strony polskiej i zanotował nawet napływ nowych członków.

10. Koehler Gustaw oświadczył, że w porozumieniu ze Starostą Powiatowym Obornickim zawiesił działalność organizacyjną i dzięki temu nie doszło do zajść.

11. Zoeger Fritz z Nowego Tomyśla stwierdził, że „Druck der Behörden" ustał i choć następują jeszcze aresztowania, to jednak zauważa się odprężenie i nabieranie zaufania do władz, zaś bojkot gospodarczy nie może wiele szkodzić, gdyż przeważają Niemcy, a rolnik polski nie przestaje być klientem kupca i rzemieślnika Niemca.

12. Kreisleiter Pepliński Paweł oznajmił, że w poniedziałek 10 i wtorek 11.4.1939 r. doszło w powiatach chodzieskim i czarnkowskim znów do antyniemieckiej hecy zainicjowanej przez Polski Związek Zachodni i SN, lecz tym razem po raz pierwszy władze bezpieczeństwa zareagowały stanowczo, co wywarło dodatnie wrażenie na ludność niemiecką.

13. Koehrt Alfred stwierdził, że w powiecie wągrowieckim terror ustał i ludność niemiecka się uspokoiła, aczkolwiek zorganizowany przez Polski Związek Zachodni bojkot kupiectwa niemieckiego trwa.

14. Girndt Dietrich dowodził, że nastrój w powiecie gnieźnieńskim jest jeszcze przygnębiony, a to wobec rewizyj i aresztowań w związku ze sprawą Bund Deutscher Mädel.

15. Kierownik powiatu Tschuschky z Sierakowa podkreślił nadal wrogie ustosunkowanie się ludności polskiej w powiecie wrzesińskim oraz naprowadził [!] dalsze rewizje i aresztowania w powiecie żnińskim, twierdząc, że sytuacja w tych powiatach nie pozwala na kontynuowanie pracy organizacyjnej.

W końcu zabrał głos Uhle wzywając do sumiennego sondowania nastrojów i utrzymania dyscypliny. Stwierdził przy tym, że społeczność niemiecka w Polsce przetrwała kryzys.

W dniu 22.4 br. odbyła się w Poznaniu pod przewodnictwem referentki krajowej mgr. Warmbier Edyty z Poznania, narada powiatowych referentek z okręgu poznańskiego, których przybyło 36. Ze sprawozdania mgr. Warmbier wynikało, że JDP liczy ogółem 15 000 członkiń, a uwzględniony w tej liczbie okręg poznański około 5 000 oraz, że w bieżącym roku JDP obchodzić będzie „Muttertag" w dniu 21 maja 39 r. wspólnie z „Deutsche Vereinigung".

W dniu 19.4.br. odbyło się w Żarczynie, pow. Żnin, zebranie członków JDP przy udziale 35 osób pod przewodnictwem Gerharda Kühna, który wygłosił przemówienie w związku z przypadającą w dniu 20 kwietnia br. 50 rocznicą urodzin Hitlera, podając krótko życiorys i działalność jego.

Ponadto zostało rozwiązane następujące zebranie:

Dnia 30.4 br. w lokalu własnym w Szamocinie, pow. Chodzież, placówka JDP urządziła zamiast zebrania akademię. Gdy na ulicy słyszano śpiewy, które odbywały się w lokalu, przybył przedstawiciel PP, który akademię rozwiązał. Na akademii było obecnych 42 osoby. W trakcie załatwiania czynności przez policję koło lokalu na ulicy zebrał się tłum Polaków, około 100 osób, którzy wychodzących z lokalu Niemców poczęli napadać i zrywali odznaki partyjne. Obecna na miejscu policja nie dopuściła do ekscesów i w zamieszaniu nikt nie został poturbowany.

W końcu zaznaczyć należy, że w okresie sprawozdawczym właściwi Starostowie zabronili funkcjonariuszom JDP spełniania funkcji nie przewidzianych statutem /kierownika okręgu, kierownika powiatu oraz różnego rodzaju sekcji itp./. Wywołało to duże poruszenie wśród członków partii i potraktowane zostało jako represja.

4. *NSDAP*

W dniu 20 kwietnia br. urządził oddział NSDAP w Poznaniu ku uczczeniu 50-lecia urodzin Hitlera akademię, w której wzięło udział 202 obywateli niemieckich i gdańskich, jako też personel Generalnego Konsulatu Niemieckiego z generalnym konsulem dr. Walterem na czele.

Po uroczystym wniesieniu sztandaru partyjnego, zagaił dr. Walter słowami „Lang lebe der Führer und ewig seine Taten", po czym w streszczeniu przedstawił jego czyny.

Następnie „Sprechchor" oddeklamował „Der Führer unser Wohltäter" a NS Frauenschaft i młodzi członkowie przy dźwiękach „Hauskapelle" odśpiewali „ Hoch unsere Fahne" i oddeklamowali chóralnie „Wir junge Genertation geloben unserem Führer die Treue".

Okolicznościowe przemówienie wygłosił kierownik placówki poznańskiej NSDAP attaché konsulatu niemieckiego w Poznaniu Vogt Wolfgang, wyrażając radość, że „Auslandsgruppe der NSDAP" może – aczkolwiek tylko przez wyrażenie swej solidarności – uczcić tego, któremu opatrzność pozwoliła po tylu trudach stworzyć wielką Rzeszę i silną armię, a historia[jego] życia pozostanie na wieki w pamięci narodu niemieckiego.

Akademię zakończono trzykrotnym okrzykiem „Sieg Heil" i „Gott erhalte uns unseren Führer", powstaniem z miejsc, pozdrowieniem hitlerowskim oraz odegraniem hymnu „Deutschland, Deutschland über alles" i „Horst Wessel".

III. *Przegląd prasy*

1. *Sprawy zagraniczne*

Prasa niemiecka zwróciła szczególną uwagę na oświadczenie premiera angielskiego w sprawie udzielenia Polsce pomocy przez Anglię i Francję na wypadek zagrożenia jej niepodległości oraz zamieściła obszerne komentarze związane z tym oświadczeniem.

Z okazji wygłoszenia mowy przez Kanclerza Rzeszy w dniu 3.4 br. w Wilhemshaven prasa niemiecka przytoczyła wzmiankę, że Rzesza Niemiecka nie będzie tolerowała polityki okrążenia.

Orędzie Prezydenta Stanów Zjednoczonych Ameryki Północnej wystosowane do kanclerza Rzeszy Hitlera i Mussoliniego podano z zaznaczeniem, że kanclerz Rzeszy odpowie na to orędzie w imieniu narodu niemieckiego w parlamencie Rzeszy w dniu 28 kwietnia br.

Mowę Hitlera z [2]8.4. br. przytoczyła prasa niemiecka w pełnym tekście.

W związku z obchodem urodzin kanclerza Rzeszy Posener Tageblatt z dnia 20.4.39 r. zamieścił jego portret nazywając go twórcą wielkiej Rzeszy. Między składającymi życzenia kanclerzowi w dniu urodzin był także kierownik DV dr Kohnert z Bydgoszczy. Nadto prasa podała treść telegramów gratulacyjnych wystosowanych z Polski przez Wiesnera i senatora Hasbacha.

2. *Sprawy polskie*

W związku z przyjazdem Ministra spraw zagranicznych Becka do Londynu „Posener Tageblatt" podkreślił bardzo przychylne stanowisko prasy londyńskiej do osoby płk. Becka.

Z powodu zgonu śp. płk. Sławka prasa niemiecka zamieściła jego portret i krótkie wspomnienie pośmiertne zaznaczając, że przeszła do wieczności jedna z najszlachetniejszych postaci i współpracownik śp. Marszałka Józefa Piłsudskiego.

W sprawie wizyty generała Laidonera, główno-dowodzącego wojsk estońskich, prasa niemiecka ograniczyła się do umieszczenia krótkiej wzmianki o przyjeździe generała i jego małżonki do Warszawy.

Duże zainteresowanie wywołała sprawa wręczenia not Rzeszy Rządowi Polskiemu w Warszawie i Angielskiemu w Londynie.

Posener Tageblatt w dniu 26.4 br. zamieścił krótką wzmiankę bez komentarzy, że wymiana dzieci w czasie wakacyjnym między Polską a Niemcami, istniejąca od 15 lat, w roku bieżącym nie dojdzie do skutku wobec stanowiska zajętego w rokowaniach przez stronę polską.

IV. *Ruch społeczny i sportowy*

Ruch społeczny i sportowy przejawił się w następujących legalnych zebraniach i imprezach:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań i imprez
Verband Deutscher Katholiken	7
Radfahrerverein	1
Christlicher Gemeinschaftsbund	1
Landesverband Deutscher Lehrer u. Lehrerinnen	1
Hilfsverein Deutscher Frauen	1
Deutscher Sängerbund	1

Momentów godnych uwagi z przebiegu tych zebrań nie zanotowano.

Ponadto zostało rozwiązane poniżej wykazane zebranie, a mianowicie:

W dniu 10.4 br. odbyło się w Glinnie, pow. Nowy Tomyśl, zebranie „Deutscher Jugendsingverein" i w czasie tego zebrania przeprowadzał ćwiczenia teatralne Liebchen Gerhard z Nowego Tomyśla o charakterze antypaństwowym. W ćwiczeniach tych brało udział około 65 osób. Policja Państwowa – wobec braku zezwolenia – imprezę rozwiązała, zajmując odpowiedni materiał dowodowy. Winni zostali pociągnięci do odpowiedzialności karnej.

V. *Ruch gospodarczy i zawodowy*

Działalność niemieckich organizacji gospodarczych i zawodowych ilustruje poniższe zestawienie:

Nazwa organizacji	Liczba zebrań i imprez
Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft	10
Verein Deutscher Bauern	4
Verband für Handel und Gewerbe	2
Spar- und Dahrlehnskasse	6
Niem. Spółdzielnie Mleczarskie	2
Ein- und Verkaufsverein	1
Spółdzielnia Rolnicza	2

Z pośród objętych zestawieniem zebrań na bliższe omówienie zasługują:

Na posiedzeniu członków zarządu głównego Verein Deutscher Bauern odbytym w dniu 1.4 br. w Poznaniu obradowano nad wytworzonymi w związku z obecną sytuacją i nastrojami wśród członków, obawiających się wystąpień antyniemieckich przybywać

do miast, a zwłaszcza do Poznania w celu załatwienia spraw organizacyjnych [!]. W rezultacie stwierdzono, że obawy te są nieuzasadnione. Poruszono też sprawę pożyczki przeciwlotniczej, wyrażając jedynie zapatrywanie, że subskrybowanie jej należy do obowiązków obywatelskich, których rolnik niemiecki nigdy nie bagatelizował, jednak uchwały w tym kierunku nie powzięto.

W dniu 18.4 br. odbyło się w Poznaniu walne zebranie placówki poznańskiej Verband für Handel und Gewerbe, przy udziale 65 członków.

Z wygłoszonego sprawozdania przez sekretarza związku wynika, że związek liczy obecnie 39 placówek, a członków 2040, podczas gdy w roku 1935 liczba członków wynosiła zaledwie około 1400. Najsilniej wzrosła liczebnie placówka poznańska, a to wobec przystąpienia do niej „Verein deutscher Angestellten", tak, że obecnie stan liczebny jej członków wynosi 649. Natomiast strona finansowa związku przedstawia się mniej korzystnie.

Następnie dokonano wyboru nowego zarządu, po czym adwokat Grzegorzewski Johannes z Poznania wygłosił referat na temat „Zeitgemäße rechtliche Fragen", w którym wykazał korzyści płynące z subskrybowania pożyczki na rozbudowę lotnictwa i artylerii przeciwlotniczej, jak również konieczność poparcia tej pożyczki, gdyż – jak to zaznaczył, każdy przedsiębiorca niemiecki zależny jest tak od państwa jak i od polskiej klienteli.

Ta uchwała wypłynęła nie z patriotyzmu polskiego ale z chęci upozorowania rzekomego lojalizmu, dyktowany[ego] względami materialnymi. Toteż subskrypcja POP w okresie sprawozdawczym była znikomo mała, mimo powziętych w tym względzie uchwał, a uległa pewnej poprawie dopiero w pierwszych dniach maja pod silnym naciskiem ze strony władz i społeczeństwa polskiego.

W dniu 2.4 br. odbyła się, w lokalu „Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft" w Poznaniu, konferencja dyrektorów i referentów w wyniku której na wniosek generalnego dyrektora Swarta postanowiono polecić wszystkim filiom subskrybować pożyczkę przeciwlotniczą i zalecić również poparcie tej pożyczki członkom.

W toku obrad oznajmił Dr. Swart, że w dniu 1.4.br. konferował z członkami zarządu i rady nadzorczej „Verband deutscher Genossenschaften" a w związku z pożyczką przeciwlotniczą rzucone zostało hasło „Wir sind rücksichtslos in unseren Forderungen, aber auch frei und offen im Geben".

Zarząd główny „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" z dr. Sondermannem na czele zarządził wszczęcie przez „Bezirksgeschäftsführerów" akcji w kierunku skłonienia rolników, a zwłaszcza właścicieli większych posiadłości do poparcia pożyczki przeciwlotniczej i współpracy z komitetami tej pożyczki.

Z rozmów przeprowadzonych ostatnio przez Schulza Brunona z Wolsztyna z kierownikami „Deutsche Westbank" w Wolsztynie i w Rogoźnie, pow. Oborniki, oraz z kierownikami mniejszych spółdzielni niemieckich na prowincji wynika, że konferencja odbyta w marcu br. w Poznaniu miała na celu zapoczątkowanie akcji o zupełne podporządkowanie administracyjne centrali „Deutsche Genossenschaften" w Poznaniu mniejszych spółdzielni finansowo podupadłych i zagrożonych ruiną.

W sprawie tej zwrócić się miał Schulz Brunon do dyrektora głównego „Deutsche Genossenschaften" w Poznaniu dr. Swarta, który zażądał przedstawienia odpowiedniego materiału jako podstawy do pertraktacji i oznajmił, że konieczny byłby rozjemca, przy czym wskazał na dr. Milbradta, a to tym bardziej, że problemem tym musiały by się również zainteresować zarządy „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft" i „Verein deutscher Bauern".

Ostatnio doszło do porozumienia z dr. Milbradtem w przedmiocie zbadania możliwości przelania kapitału mniejszych spółdzielni jak „Westbank", „Ein- und Verkaufsvereine", „Viehverwertungsgenossenschaften" itp – na „Deutsche Genossenschaftsbank" i po zebraniu odnośnego materiału odbyć się ma narada przedstawicieli „Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft", „Westbank" i innych mniejszych spółdzielni.

VI. *Ruch wyznaniowy*

1. *Kościół ewangelicko-staroluterski*

W dniu 27.4 nastąpiło wprowadzenie do kościoła staroluterskо-ewangelickiego w Nowym Tomyślu obecnego pastora Hoffmanna Heinza przez superintendenta Brauna z Torunia w obecności 4 pastorów. W uroczystości tej brało udział 50 osób.

2. *Ewangelicki Brüderbund*

Mniejszość niemiecka zamieszkała na pograniczu w powiecie ostrowskim a zorganizowana w „Evangelischer Brüderbund" w ostatnich czasach podpadająco licznie uczęszcza na zebrania, jakie się odbywają w poszczególnych kołach tej organizacji. Poczynione obserwacje wykazały, że zainteresowanie się członków rzekomymi naukami religijnymi wzmogło się niewątpliwie z przyczyn natury politycznej. Podczas tych zebrań wystawione były posterunki obserwacyjne, aby nikt z osób niepowołanych nie mógł podejść i posłuchać tematów wykładów wzgl. obrad.

3. *Społeczność Chrześcijańska*

Dnia 23.4 br. ewangelicy gromady Przytocznica pow. Kępno usiłowali odbyć zebranie w domu prywatnym. Posterunek PP jednak do odbycia zebrania nie dopuścił. Wobec zwołującego wszczęto dochodzenia.

[...]

237

1.6.1939: Der Wojewode in Poznań an den Starosten in Nowy Tomyśl. Suspendierung und Auflösung deutscher Organisationen

1 VI 1939r.: Wojewoda Poznański do Starosty w Nowym Tomyślu. Zawiesienie i likwidacja organizacji niemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1741

Zarządzam co następuje:

I. Oddziały Jungdeutsche Partei /wszystkie/ zawiesi i rozwiąże Pan Starosta na podstawie art. 16 i 41 Prawa o Stowarzyszeniach.

Decyzje w odniesieniu do oddziałów w Prądówce, Strzyżewie, Miedzichowie i Lewiczynku umotywuje Pan działalnością stowarzyszenia wykraczającą przeciwko obowiązującemu prawu, ustalonym dla stowarzyszenia zakresowi i sposobom działania, jak również przeciwko obowiązującemu prawu karnemu i Rozporządzeniu Prezydenta RP o granicach Państwa.

Zwracam uwagę na konieczność zaopatrzenia tych decyzji w klauzulę natychmiastowej wykonalności /art. 16 Prawa o Stowarz./.

W stosunku do pozostałych oddziałów poda Pan motywy zawarte w punkcie 1-szym zarządzenia tajnego Urzędu Wojewódzkiego z 10 lutego br. za Nr. S.P.P. IV 1 a /11/15/39 r, z odpowiednią modyfikacją wynikającą z faktu istnienia oddziału /a nie powstawania nowego/.

II. Wszystkim oddziałom stowarzyszeń Deutsche Vereinigung i Verein Deutscher Bauern działającym na podstawie art. 41 Prawa o Stowarzyszeniach zabraniam jednocześnie działalności na podstawie art. 16 rozporządzenia Prezydenta RP z dnia 23 grudnia 1927r. o granicach państwa /Dz.U.R.P. Nr. 11 poz.83 z r. 1937/.

III. Niżej wymienionym stowarzyszeniom działającym na podstawie art. 12 Prawa o Stow. i § 3 rozporządzenia Ministra Spraw Wewnętrznych z 17.12.1932r. /Dz.U.R.P. Nr. 116 p. 964/ oraz w pierwszym wypadku stowarzyszeniu zapisanemu w sądzie, a mianowicie:

1. Tow. Cyklistów „All-Heil" w Albertowsku.
2. Tow. Cyklistów „Radlerlust" w Chmielinku.
3. Tow. Cyklistów „Gloria" w Grubsku.
4. Tow. Cyklistów „Frisch auf" w Jastrzębsku Starym.
5. Tow. Cyklistów „Edel-Korn" w Kąkolewie.
6. Tow. Cyklistów „Sport" w Kuślinie.
7. Tow. Cyklistów „Radler Treu" w Łęczycach.
8. Tow. Cyklistów „Adler" w Paproci.
9. Tow. Cyklistów „Concordia" w Prądówce.
10. Tow. Cyklistów „Wanderlust" w Przyłęku.
11. Tow. Cyklistów „Sport" w Strzyżewie.
12. Tow. Gimnastyczne „Männerturnverein" w Nowym Tomyślu.

zabraniam działalności na podstawie wspomnianego w rozdziale II rozporządzenia Prezydenta RP o granicach państwa.

IV. Decyzje moje zabraniające działalności stowarzyszeń wymienionych w rozdziale II i III, a załączone do tego zarządzenia, doręczy Pan Starosta równocześnie z orzeczeniami wydanymi przez Pana stosownie do wskazówek zawartych w rozdziale I-szym tego pisma prezesom lub w braku tychże innym członkom zarządów omawianych stowarzyszeń – za pokwitowaniem.

W braku obecnych na miejscu członków zarządu doręczenie rozporządzenia uskutecznić należy zgodnie z przepisami Prezydenta RP o postępowaniu administracyjnym. Potwierdzenia odbioru moich decyzji przez stronę nadesłać należy Urzędowi Wojewódzkiemu.

V. Równocześnie z doręczeniem wszystkich /moich jak i Pana Starosty/ decyzji należy zająć akta danych stowarzyszeń i złożyć na przechowanie w Starostwie.

VI. Ruchomy majątek stowarzyszeń należy po zainwentaryzowaniu oddać na przechowanie osobie godnej zaufania w danej miejscowości a w braku takiej złożyć u sołtysa lub w zarządzie gminnym.

VII. Odpisy decyzji wydanych przez Pana Starostę należy przedłożyć Urzędowi Wojewódzkiemu wraz ze sprawozdaniem o wykonaniu.

Wojewoda
L. Bociański

238

31.7.1939: Wojewodschaft in Poznań an die Starosten. Schließung deutscher Molkereien

31 VII 1939r.: Urząd Wojewódzki w Poznaniu do starostów. Zamknięcie mleczarni niemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1741

Nawiązując do pisma swojego z dnia 17.VII.39r Nr. S.P.P.IV 1a/17–104/38 Urząd Wojewódzki zwraca uwagę, że zamykanie ze względu na pogwałcenie przepisów sanitarnych bądź budowlanych mleczarni niemieckich /tak spółdzielczych jak i prywatnych/

winno być stosowane jedynie jako jeden ze środków służących do przeprowadzenia akcji spolszczenia wspomnianych mleczarń lub też ich likwidacji w tych miejscowościach, gdzie jest to konieczne ze względu na istnienie i rozwoj mleczarń polskich. Kryterium winny stanowić wyłącznie celowośc i skuteczność tego zarządzenia. Nie może mieć natomiast miejsce nadużywanie tych represyj jedynie dla doraźnych efektów politycznych. Politycznych momentów nie powinny również zawierać notatki prasowe donoszące o faktach zamknięcia danej mleczarni niemieckiej. Winny one ograniczyć się do rzeczowego przedstawienia powodów zamknięcia i to w formie jaką miała by taka notatka w wypadku, gdyby szło o zamknięcie mleczarni polskiej.

Za Wojewodę
Kaysiewicz
w. z. Naczelnika Wydz. Społ.-Polit.

239

9.8.1939: Der Wojewode in Poznań an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1939)
9 VIII 1939r.: Wojewoda Poznański do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 102

A. *Niemcy*

Sytuacja ogólna.

W życiu mniejszości niemieckiej w miesiącu lipcu występowały obok siebie różne momenty, działające nieraz w przeciwnych kierunkach, wykazując notowaną już w poprzednich okresach sprawozdawczych chaotyczność działania, wynikającą z braku kierownictwa, ponieważ [kierownictwa] te które formalnie istnieją faktycznie okazały się niedołężne w okresie przeżywanego kryzysu w stosunkach polsko-niemieckich.

Bojowa postawa społeczeństwa polskiego działa deprymująco na starsze roczniki społeczeństwa niemieckiego powodując strach, który był przyczyną zamarcia niemieckiego ruchu organizacyjnego. Jest to moment bardzo charakterystyczny, wskazuje on bowiem na brak odwagi cywilnej u szerszych i świadomych politycznie rzesz niemieckich.

Kierownictwo DV Verbandu i JDP usiłowały ożywić ruch organizacyjny. Mówcy występujący w imieniu zarządów głównych nie śmieli jednak wystąpić z otwartą przyłbicą bez kompromisu jak to głosili przez wiele lat, ale powoływali się na to, że zebrania są przejawem żywotności wymaganej przez władze, które nieżywotne organizacje zamykają oraz twierdzili, że Niemcy zamieszkali w Polsce nie ponoszą odpowiedzialności za stanowisko Rzeszy w stosunku do Polski i że nie mają wpływu na politykę Rzeszy.

Jednocześnie podnosili przynależność do narodowo-socjalistycznego światopoglądu, co zdaniem ich bynajmniej nie koliduje z lojalnością dla Państwa Polskiego i jest wyrazem jedynie duchowej łączności z narodem niemieckim.

Takie zdania mogły przekonywać naiwnych jeszcze w okresie dobrych stosunków Polski z Niemcami, ale w okresie przeżywanego kryzysu odsłaniają całą nieudolność tzw. sfer kierowniczych mniejszości niemieckiej. Ludzie szukający w organizacjach mniejszościowych drogi dla rozwoju swych możliwości gospodarczych nie wierzą w te słowa i od organizacji odsuwają się. Ludzie którzy idą za hasłami narodowego socjalizmu w takim stanowisku przywódców /nie wyłączając Wiesnera/ widzą słabość i

zaprzeczenie podstawowej tezie narodowego socjalizmu tj. walce bez kompromisu. W rezultacie te elementy gorętsze wbrew stanowisku góry organizacyjnej zaczęły masowo uciekać w drodze nielegalnej do Rzeszy.

Partie niemieckie stały cały czas i stoją w dalszym ciągu na stanowisku, że nielegalna emigracja do Rzeszy sprzeczna jest z interesem niemczyzny w Polsce. Wbrew jednak temu masowa emigracja trwa i mało tego, ogarnia w pierwszym rzędzie szeregi partii /DV, JDP, DVV/.

Wskazuje to na zupełny już upadek dyscypliny, który potęguje się jeszcze tym, że wielu wybitnych działaczy partyjnych opuszcza swoje stanowiska i udaje się do Rzeszy bądź do Gdańska.

Jest to dla obecnych stosunków mniejszościowych niemieckich bardzo charakterystyczne – masowa emigracja nielegalna obok hasła wytrwania na swoich stanowiskach.

Obok nielegalnej emigracji trwała emigracja legalna za paszportami robotników rolnych. Wynikała ona ze stanowiska niemieckich biur poszukujących robotników, które kontynuowały akcję werbunku Niemców z Polski wbrew wytycznym polityki swego państwa odnośnie mniejszości niemieckiej w Polsce.

Wreszcie obrazy Narodu Polskiego i rozpuszczanie fałszywych wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny uzupełniają zachowanie się Niemców. Wychodziły one z tych bardzo gorących elementów, które nie straciły jeszcze wiary w Hitlera. Związane z tym były oczywiście kary i pociągnięcie do odpowiedzialności.

Natomiast elementy bardziej rozważne wyraźnie zaczęły się odsuwać od ideologii narodowo-socjalistycznej zwłaszcza, że represje administracyjne zaczęły działać dotkliwie od strony gospodarczej.

Tu zanotowano charakterystyczny przykład w powiecie chodzieskim, że Niemcy zamieszkujący w większości wioskę publicznie oświadczyli, że „Führer zwariował".

Wskazuje to, że obok podniecenia i wyczekiwania występują u mniejszości niemieckiej wyraźne oznaki załamania się wiary w Hitlera.

Na odcinku życia gospodarczego zanotować należy rozpoczęcie planowej akcji władz administracyjnych zmierzającej do spolszczenia mleczarni spółdzielczych niemieckich. W wyniku tej akcji zarząd niemieckiej mleczarni spółdzielczej w Środzie przyjął 44 Polaków. [nieczytelne] wynosi obecnie 62 Polaków na 32 Niemców, w związku z czym spółdzielnia skreślona została z rejestru spółdzielni zrzeszonych w Związku Niemieckich Spółdzielni.

Również niemiecka mleczarnia spółdzielcza w Margoninie, która w maju br. przyjęła Polaków a następnie unieważniła to przyjęcie, wobec uznania przyjęcia przez przewodniczącego Państwowej Rady Spółdzielczej za ważne, została ostatecznie opanowana przez Polaków, którzy na walnym zgromadzeniu [wybrali] zarząd polski i radę nadzorczą w składzie 4 Polaków i 2 Niemców.

II. *Ruch Polityczny*

1. *Deutsche Vereinigung*

Aktywność tej organizacji ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Liczba zebrań	Liczba imprez
Chodzież	2	-
Kościan	2	-
Leszno	5	-
Międzychód	3	-
Mogilno	1	-
Środa	1	-
Szamotuły	1	-
Wolsztyn	3	-
Września	2	-
Żnin	1	-
Poznań m.	4	-

Z powyższego na uwagę zasługuje zebranie sekcji młodzieżowej tzw. „Kameradschaftstreffen", w czasie którego kierownik sekcji Pirscher Hermann mówił na temat bitwy pod Grunwaldem w roku 1410 i bitwy pod Tannenbergiem w czasie wojny światowej, gloryfikując przy tym męstwo wojsk niemieckich.

2. *Deutscher Volksverband*

W miesiącu lipcu br. Deutscher Volksverband nie przejawił zewnętrznej działalności zebraniowej, natomiast działacze organizacji rozwijali żywą działalność domokrążną oraz kolportaż druków i wydawnictw niemieckich, krajowych i zagranicznych. Przy czym stwierdzono, że kolportowano wydawnictwa zagraniczne, którym debit w Polsce został odebrany.

3. *Jungdeutsche Partei*

Aktywność partii ilustruje poniższe zestawienie:

Powiat	Liczba zebrań	Liczba imprez
Gniezno	1	-
Kalisz	3	-
Kościan	3	-
Mogilno	2	-
Wągrowiec	1	-
Wolsztyn	1	-
Poznań m.	1	-

Z objętych zestawieniem na wzmiankę zasługuje zebranie w Poznaniu, w trakcie którego kierownik partii inż. Wiesner wygłosił przemówienie, utrzymane w tonie uspokajającym z silnym podkreśleniem, że czyni wszystko, by wyjednać u władz złagodzenie zarządzeń antyniemieckich. Dowodził przy tym, że w ostatnich 2 tygodniach, z wyjątkiem Śląska, sytuacja doznała odprężenia, współżycie Niemców z Polakami normuje się, a nawet niektóre odłamy prasy polskiej zaniechały agresywnych wystąpień. W końcu polecił, celem niedopuszczenia do zupełnego sparaliżowania pracy organizacyjnej, w miejsce zebrań, które spowodować mogły reakcję ze strony społeczeństwa polskiego, utrzymywać kontakt z członkami za pośrednictwem mężów zaufania w formie odwiedzenia, zapytywania o potrzeby, jako też spieszenia z radą i pomocą.

W Wolsztynie odbyło się zebranie na którym Brunon Schulz z Wolsztyna wygłosił referat na temat ogólnej sytuacji międzynarodowej, przy czym na wstępie zaznaczył członkom, o wydanej nowej ustawie z dnia 23.6.39 r. w szczególności o odpowiedzialności karnej w wypadkach nielegalnego zbiegostwa zagranicę i o wynikających konsekwencjach dla danego osobnika, który nielegalnie zbiegł zagranicę i tam przebywa, a w wypadkach wezwania go do służby wojskowej albo w razie mobilizacji nie stawi się do kraju. Dalej Schulz zaznajomił zebranych o najważniejszym postanowieniu, mianowicie o „stanie wyjątkowym". Ponadto Schulz zreferował krótko o ogólnym stanie politycznym w obecnej chwili wspominając, że chodzi tu o walkę dwóch ugrupowań, z których każda wie, że obecna wojna byłaby fatalną katastrofą i z tego powodu obie strony ograniczają się do wojny nerwów, pertraktacji i umów gospodarczych. Schulz zaznaczył, że JDP nie ma żadnego wpływu na politykę międzynarodową i uważa się nie za reprezentantkę obcej państwowości, lecz za pierwszą niemiecką partię w Polsce i jako taka stara się wychować swych członków dla zrozumienia ich zadania jako Niemców poza granicami Rzeszy. Za zbiegłych członków do Niemiec partia nie może odpowiadać i uważa zbiegostwo za sprzeczne z obowiązkami partii. JDP uważa za swój cel wychowanie członków w światopoglądzie narodowo-socjalistycznym i żąda od każdego członka wierności wobec swego narodu. Na zakończenie odśpiewano pieśń „Wir stehen im Kampf" po czym wzniesiono okrzyk „Sieg Heil".

4. *NSDAP*

Na odcinku NSDAP zanotowano następujące zmiany:

Z dniem 1.7.1939 przydzielony został przez Ambasadę Niemiecką w Warszawie do Niemieckiego Konsulatu w Poznaniu korespondent „Deutsches Nachrichtenbüro" Meyer, którego zadaniem jest obserwacja nastrojów i głosów prasy polskiej, przy czym pomocni mu są jako tłumacze sekretarze Konsulatu Zalewski i Grzonka, a treść ważniejszych artykułów prasowych przetelefonowywuje Meyer bezpośrednio do Berlina i jest pod tym względem zupełnie od Generalnego Konsula niezależny.

Wicekonsul Dr. Kassler, który 1.6.1939 r. wyjechał na urlop, nie wróci już na zajmowane stanowisko, został bowiem odwołany wobec wyrażenia się, że obywatele niemieccy w Poznaniu dlatego nie mają zainteresowania dla NSDAP, bo żyją w dostatku i nie są od partii zależni.

Generalny Konsul Niemiecki w Poznaniu zainteresował się wypadkami aresztowania i zasądzenia Niemców obywateli Rzeszy, zwłaszcza członków NSDAP i nałożył na nich obowiązek zgłaszania nie tylko o takich wypadkach, ale nawet o każdym wezwaniu przez policję.

Z dniem 1.7.1939 otwarte zostało w Generalnym Konsulacie Niemieckim w Poznaniu biuro dla kierownictwa „Kriegsgebiet Posen", a to wobec wydanego przez Landesgruppe zakazu przechowywania przez członków kierownictwa aktów względnie korespondencji organizacyjnej u siebie, a w dniu 15.7.1939 po wycofaniu się znajdujących się dotychczas w posiadaniu członków książek i broszur, założono bibliotekę, która pod nadzorem członka Andersa wypożycza książki tylko za okazaniem legitymacji członkowskich, a nie jak dotąd paszportu, tak że obecnie korzystać mogą z tych książek wyłącznie członkowie partii.

III. *Przegląd prasy*

Prasa niemiecka nie wniosła do polemiki polsko-niemieckiej nowych momentów. Z terenu województwa poznańskiego wchodzi obecnie w grę jedynie „Posener Tageblatt", który swego zdania w artykułach prawie nie wypowiadał, natomiast skrzętnie notował

i podkreślał te zdarzenia, które umieszczone w rubryce „Fakty" mogły robić wrażenie, że w stosunku do Niemców stosowany jest ucisk /np. zamykanie mleczarń za uchybienia sanitarne, aresztowania i wyroki za obrazy Narodu Polskiego itp./. Obok tego PT przytaczał stale głosy prasy polskiej nieprzychylne dla Rzeszy i dla mniejszości niemieckiej w Polsce, które miały również świadczyć o rzekomo wyjątkowym złym położeniu mniejszości niemieckiej.

W sprawach zagranicznych PT podawał telegramy dodając od siebie jedynie krótkie uwagi, często złośliwe pod adresem państw z bloku pokoju, a natomiast przychylne dla Rzeszy Niemieckiej, której każde posunięcie w opinii PT było uzasadnione, sprawiedliwe i rzekomo swiadczyło o wyjątkowo pokojowych intencjach.

IV. *Ruch społeczny i sportowy*

W okresie sprawozdawczym zanotowano: 1 zebranie „Evangelische Frauenhilfe" i 1 zebranie „Deutscher Schulverein". Organizacje kulturalno-oświatowe istniejące na terenie województwa nie wykazały większej działalności, na co złożył się w pierwszym rzędzie okres wakacji letnich.

V. *Ruch gospodarczy i zawodowy*

W okresie sprawozdawczym zanotowano:

12 zebrań „Welage"

1 zebranie Verein Deutscher Bauern

1 zebranie Deutscher Arbeiter Verein

W związku z prowadzoną przez władze administracyjne akcją spolszczenia mleczarni spółdzielczych niemieckich, zamkniętych zostało 17 tych mleczarń na podstawie przepisów sanitarnych, budowlanych i dotyczących zakładów przetwarzających środki spożywcze.

W wyniku dalszej planowej akcji spolszczona została mleczarnia spółdzielcza w Środzie, której zarząd przyjął 44 Polaków tak, że obecnie spółdzielnia liczy 62 Polaków na 38 Niemców.

W Śremie odbyło się zebranie „Welage", na którym dr. Kröling z Poznania wygłosił referat na temat wydanych w ostatnim czasie ustawy i rozporządzeń a w szczególności ustawy dotyczącej pozbawienia majątku, spadku i darowizny tych osób, które samowolnie i bezprawnie opuszczają granicę Państwa Polskiego.

VI. *Ruch wyznaniowy*

Ruch wyznaniowy w okresie sprawozdawczym nie wykazał działalności, którąby zasługiwała na omówienie.

[...]

D.2. Kreis / Powiat Nowy Tomyśl

240

25.8.1927: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Wochen-Lagebericht
25 VIII 1927r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1532

W dniu 21. bm. urządziło niemieckie koło Bauernvereinu z Sękowa zabawę latową w Jastrzębsku Starym w lokalu restauratora Riemera, przy udziale ca 500 uczestników. Na zabawie brał udział niejaki Chudzicki z Chodzieży (osobnik politycznie podejrzany), który zaangażowany jest przez centralę Bauernvereinu do organizowania kursów rolniczych dla młodzieży niemieckiej, członków stowarzyszenia.

W tym samym dniu odbyła się w Nowym Tomyślu zabawa niemieckich towarzystw cyklistów z okolicy, na którą zjawili się członkowie 5 towarzystw. Restaurator Pflaum, na salach którego zabawa się odbyła dziękując przy końcu zebranym za liczny udział, odezwał się do członków towarzystwa w następujące słowa: „Es freut mich sehr, daß unsere Genossen uns so zahlreich besucht haben. Wir Deutschen, wir müssen hier alles zusammen halten, wir werden ‚Ihnen' (Polaków miał na myśli) - zeigen" i wniósł na tę część okrzyk „ein allgemeines All Heil".

Inne organizacje względnie stronnictwa polityczne żadnej działalności nie okazały. Nie stwierdzono również żadnej akcji wywrotowej antypaństwowej itp.

W pogranicznym niemieckim Trzcielu urządzał dnia 21 bm. Stahlhelm zabawę, na którą zjechały się okoliczne stowarzyszenia przysposobienia wojskowego jak Turnvereiny itp., które przy tej okazji zwiedzały pogranicze.

Liczba bezrobotnych wynosi obecnie 160 osób, dla których narazie nie ma w powiecie warsztatu pracy.

Starosta
w.z.
Dąbrowski

241

27.12.1929: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Wochen-Lagebericht (20.–26.12.1929)
27 XII 1929r.: Starosta w Nowym Tomyślu do wojewody w Poznaniu. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne (20–26 XII 1929r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1534

[...]

VI. *Ruch mniejszości niemieckiej*

Stwierdzono w drodze wywiadu, że urzędujący w gminie Chmielinka kierownik szkoły, Fryderyk Köhler, były oficer armji austryjackiej, potajemnie uczy swoje dzieci w szkole śpiewu niemieckiego hymnu narodowego „Deutschland über alles". Hymn ten

dzieci szkolne śpiewały w czasie zabawy ulicznej oraz zeznały, że nauczyciel zakazał im wyjawniać, od kogo się tej piosenki nauczyły.

W sprawie Köhlera, który jest politycznie podejrzany również z innych przyczyn, przedłożę osobne sprawozdanie, po zebraniu całkowitego materjału.

[...]

242

Der Amtvorsteher in Miedzichowo an den Starosten in Nowy Tomyśl. Betätigung des ehemaligen deutschen Lehrers Jan Wilhelmi – 3.8.1931
Wójt w Miedzichowie do Starosty w Nowym Tomyślu. Działania Jana Wilhelmiego, byłego nauczyciela niemieckiego – 3 VIII 1931r.

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1731

Na podstawie długiej obserwacji – gdyż nie chciałem ulegać sugestji innych – doszedłem do przekonania i pewności, że sprawę pobytu i działalności byłego nauczyciela Jan Wilhelmiego w Miedzichowie należy przedstawić we właściwym świetle. Jan Wilhelmi przybył do Miedzichowa jako siła nauczycielska z Bród, powiat Nowy Tomyśl 28.8.1923 r. i tu był kierownikiem szkoły powszechnej do sierpnia 1926 r.. Nie mając wymaganego egzaminu został zwolniony z obowiązków służbowych i na stałe pozostał w Miedzichowie jako kupiec. Wilhelmi posiada skład bławatny i prowadzi biuro podań i porad podatkowych za co pobiera opłaty, również bywa bardzo często tłumaczem w Wójtostwie za co pobiera również opłaty. Wilhelmi urządza się tak, że co roku rozsyła do Niemców obwodu Wójtowskiego Miedzichowo pisma, w których prosi o wpłacenie kwot od 50 zł. w górę jako pożyczki w zamian za co on im będzie załatwiał wszelkie sprawy urzędowe a przede wszystkim podatkowe, ale równocześnie zobowiązuje ich także, ażeby u niego kupowali towary bławatne. Nadto Wilhelmi jest organistą w kościele ewangelickim za co pobiera zapłatę roczną 400 zł. a oprócz tego przyjęte datki w zwyczaju za śluby, pogrzeby i inne kościelne dochody. Tak się przedstawia sprawa jego dochodów i jego zarobkowania. Ten sposób zarobkowania daje mu możność stykania się z ludnością niemiecką i wywierania na nią wpływu tak, że stał się niejako ich mózgiem i posiada wpływ na nich i stał się przywódcą we wszystkim, co wykorzystuje dla celów politycznych i krzepienia niemczyzny, ze szkodą interesów polskich tu – na Kresach.

Działalność Wilhelmiego nie ma żadnych cech służby szpiegowskiej dla ościennego państwa, natomiast czuje się obywatelem Polski narodowości niemieckiej, czuwa na tym, aby nie tylko żaden Niemiec w swych sprawach mniejszościowych nie był poszkodowany, ale prowadzi tego rodzaju politykę, aby skupiona i zorganizowana niemczyzna uzyskiwała jeszcze zdobycze polityczne i gospodarcze. Działalnośc jego objawia się:

1. Przez zasypywanie, urzędów skarbowych reklamacjami w sprawach podatkowych, a niekiedy uzyskany sukces wzmacnia jego pozycję i jedna mu zaufanie przgwódcy.

2. Poprzez pouczenie Niemców do przeciwstawiania się wszelkim zarządzeniom władz, które mają istotny lub pozorny cień uzasadnienia w Konstytucji i ustawodawstwie.

3. Przez interpretowanie i podjudzanie Niemców do nie poddawania się przepisom i ustawom gładko i chętnie, tylko w ostatniej konieczności.

4. Przez ciche wmawianie, że podatki i zarządzenia są za wielkie i bezwzględne.

5. Przez naprowadzanie reminiscencji, że przed wojną tego nie było, a teraz jest dlatego że jest Polska.

6. Przez kolportaż „Grüne Post", tygodnika, którego jest agentem pośrednio przez „Conkordia" w Poznaniu.

7. Przez jednoczenie Niemców w niemieckich organizacjach.

8. Organizowanie Niemców do akcji handlowych i gospodarczych, przy czem jest on tylko propagatorem i stoi na uboczu.

9. Nic w obwodzie nie ujdzie, aby Wilhelmi swego zdania nie wtrącił do tego.

10. Posiada stosunki poza obwodem i w razie jakiej akcji Niemców sprowadza na teren.

11. W razie licytacji u Polaków sprowadza Niemców z obwodu i daje znać poza obwodem aby się zjeżdżali i za bezcen kupowali.

12. Przed każdą licytacją biegają Niemcy do Wilhelmiego a on im daje wskazówki i dyrektywy.

13. Nigdy jeszczę mimo że wielu Niemców brało udział w uroczystościach państwowych i narodowych, Wilhelmi za moich czasów nigdy nie brał udziału, lecz z ubocza się przyglądał i notował sobie niejako w pamięci tych, którzy z Niemców brali udział.

14. Przez organizowanie Niemców, aby żadnemu Polakowi mieszkania nie wynajęli.

15. Przez czuwanie aby żaden Niemiec nie sprzedał ziemi Polakowi.

16. Przez sterroryzowanie Niemki Enge w Miedzichowie, że wynajęte mieszkanie Mikołajczykowi odmówiła i wynajęła taniej Niemcowi i to jemu [!].

17. Gdy starał się o posadę nauczyciela w Miedzichowie napisał do Rady Szkolnej list, w którym umieścił zdanie, że gdy uzyska posadę będzie się starał wychowywać dzieci „Unter dem Schwarzen Adler".

Wszystko to co podałem, właściwie nie jest niczem, czegoby Wilhelmiemu nie można było robić, ale taki obywatel w miejscowości jest bardzo uciążliwy i daje się na każdym kroku odczuwać. Zdaje się, że Wilhelmi jest mężem zaufania Niemców na obczyźnie.

Wójt

T. Makowiczka

243

8.10.1931: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Auflassungsangelegenheit Fryderyk Schade, Chmielinka

8 X 1931r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Sprawa przewłaszczenia Fryderyka Schade'go, zam. w Chmielince

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1731

Przedkładam z doniesieniem, że Fryderyk Schade jest obywatelem polskim, narodowości niemieckiej i zachowuje się pod względem moralnym beznagannie.

Schade jest właścicielem gospodarstwa o obszarze 24 ha i dzierżawcą 1 ha ziemi.

Pod względem politycznym nie zasługuje na zaufanie, ponieważ jest Niemcem i zamieszkuje w środowisku zupełnie niemieckim.

Chmielinka ma 125 osad niemieckiech i 1 osadę polską.

Ze względu na wysoki procent stanu posiadania niemieckiego w Chmielince i w powiecie nowotomyskim jestem przeciwny udzieleniu wyżej wymienionemu przewłaszczenia.

Starosta Powiatowy

Dr. Cichowski

244

2.4.1932: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (März 1932)

2 IV 1932r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1932r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1550

Część ogólna

Stwierdzono, że w czasie powszechnego spisu ludności rozdawał pastor Grotthaus Henryk ze Lwówka swym parafianom ulotki, nawołując by ewangelicy Niemcy podczas spisu ludności podawali jako wyznanie religię ewangelicką-unijną. Celem tej akcji było wykazanie jaknajwiększej ilości ewangelików unijnych, ażeby przez to umocnić niemieckich pastorów na zajmowanych stanowiskach.

Część szczegółowa

Życie kulturalno-oświatowe

Towarzystwo niemieckich śpiewaków w Węgielni urządza regularnie w każdą niedzielę po południu lekcje śpiewu w mieszkaniu prywatnym Roberta Maczke, udział w śpiewach bierze wyłącznie młodzież.

Uroczystości ku uczczenia 100 letniej rocznicy zgonu poety Goethego odbyły się:

Dnia 22.3.32 r. w Strzyżewie, gdzie brało udział około 500 osób. Przemówienie wygłosił nauczyciel szkoły niemieckiej, Wiese, przedstawiając życiorys poety.

Dnia 23.3.32 r. uroczystość taka odbyła się w Nowym Tomyślu w szkole ewangelickiej prywatnej. Udział dzieci szkolnych oraz dorosłych obywateli polskich narodowości niemieckiej był bardzo liczny. Nauczycielka niemieckiej szkoły, Moecke, wygłosiła przemówienie o życiorysie i działalności poety. W końcu dzieci szkolne wykonały deklamacje.

Dnia 11.3.32 r. taka uroczystość odbyła się w Kąkolewie zorganizowaną staraniem tamtejszego towarzystwa śpiewu, w uroczystości wzięli udział miejscowi Niemcy.

Życie gospodarcze

Dnia 17.3.32 r. w Nowym Tomyślu odbyło się zebranie miejscowego towarzystwa „Verband für Handel und Gewerbe", na którem przemawiał redaktor czasopisma „Posener Tageblatt", Loewenthal z Poznania. Loewenthal wyjaśniał zebranym przyczyny kryzysu gospodarczego poszczególnych państw, zubożenie ludności w skutek nadmiernych obciążeń społecznych i panujące w związku z tym bezrobocie. Główne przyczyny zubożenia ludności przytaczał mówca przetrzymywaniem złota w skarbcach przez państwa zamożne oraz mury celne poszczególnych państw uniemożliwiające wymianę produktów, czyli prowadzenie swobodnego handlu.

W czasie od 10.3. do 14.3.32 r. odbywał się w Sątopach czterodniowy kurs książkowości gospodarczej, urządzony przez prezesa kółka rolniczego Hoffmanna Pawła z Sątop. Udział w kursie brało 18 osób. Wykłady prowadził Zern Maksymilian z Międzychodu. Obejmowały one rachunkowość gospodarczą, o prawach spadkowych, familijnych, obliczanie procentów i sprawy podatkowe. Orgnizatorzy nie posiadali zezwolenia Kuratorjum Okręgu Szkolnego na urządzenie owego kursu.

Życie sportowe

Dnia 8.3.32 r. odbyło się zebranie miesięczne w Kąkolewie towarzystwa cyklistów niemieckich „Edelkron", przy udziale około 20 członków. Zebranie zagaił Schiller Adolf, prezes towarzystwa. Uchwalono wniosek do rady gminnej o zniesieniu podatku od zabaw, zmniejszenie składek członkowskich oraz urządzenie zabawy w kwietniu br.

Dnia 4.3.32 r. odbyło się w Albertowsku miesięczne zebranie niemieckich cyklistów „Allheil", przy udziale 28 członków pod przewodnictwem prezesa Sendera Hermanna. Omawiano sprawy wewnętrzne dotyczące samego towarzystwa oraz sprawę urządzenia zabawy dnia 2.4.32 r.

Niemieckie Towarzystwo Kołowców w Komorowicach odbyło zebranie miesięczne, przy udziale 26 członków. Omawiano tylko sprawy czysto organizacyjne jak uregulowanie składek i urządzenie zabawy, która też odbyła się w dniu 28.3.32 r.

Dnia 6.3.32 r. w lokalu Hötha w Przyłęku odbyło się walne zebranie Towarzystwa Cyklistów Niemieckich „Wanderlust" – na którem omawiano sprawy wewnętrzno – organizacyjne.

Starosta Powiatowy
Dr. Cichowski

245

2.5.1932: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (April 1932)
2 V 1932r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1932r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1550

I. *Część ogólna*

W życiu politycznym i społecznym mniejszości narodowych na terenie tutejszego powiatu nie zaszły żadne zmiany.

Wśród tutejszych Niemców zaobserwowano objawy zadowolenia z powodu przejścia większości nacjonalno-socjalistycznej w Niemczech. Zainteresowanie się tutejszych Niemców, wydarzeniami politycznymi oraz kształtowanie się życia politycznego w Niemczech w ogólności, jest bardzo silne.

II. *Mniejszość niemiecka*

Część szczegółowa

1. *Życie polityczne*

Vacat

2. *Prasa niemiecka*

Organ niemiecki „Kreiszeitung" wychodzący w Nowym Tomyślu zmienił na moje żądanie w nagłówku niemiecką nazwę powiatu „Wollstein" i opuścił niemiecką nazwę „Grätz" zlikwidowanego powiatu grodziskiego.

Poza tym na moje żądanie, w nr. 51 z dnia 30.4.32 w wstępnym artykuliku pt. „Das polnische Wirtschaftsparlament tagt" opuścił w ostatnim zdaniu w dodanym egzemplarzu czerwono podkreśloną część, która miała na celu przedstawienie naszego rządu jako nieudolnego.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 10.4.32 wieczorem w sali Stefana Olejniczaka w Nowym Tomyślu odbyło się przedstawienie autorskie, urządzone przez miejscowe niemieckie towarzystwo teatralne. Przedstawienie cieszyło się wielkim powodzeniem, bowiem Niemcy stawili się – jak zawsze – gremialnie. Momentów politycznych nie poruszano. Przebieg przedstawienia był spokojny.

Dnia 24.4.32 r. w sali Olejniczaka Stefana w Nowym Tomyślu urządzone zostało przedstawienie amatorskie z ramienia miejscowych nauczycieli narodowości niemieckiej, z okazji 100-letniej rocznicy zgonu Goethego. Referat z życia Goethego oraz jego utworach wygłosili kolejno nauczyciele szkoły powszechnej ewangelickiej Schiller i Pflaumann z Paproci, nauczycielka szkoły prywatnej Fliegerówna z Nowego Tomyśla oraz były nauczyciel Barch Alwin z Nowego Tomyśla.

Podczas przedstawienia występował również z śpiewem mieszany chór śpiewu „Gemischter Chor".

W uroczystości tej brało udział liczne obywatelstwo narodowości niemieckiej z miasta i okolicy.

Dnia 5.4.32 odbyło się ćwiczenie śpiewu towarzystwa „Männer-Gesangverein" w lokalu Mattches w Zbąszyniu.

Dnia 7.4.32 w Kąkolewie odbyło się zebranie Koła Śpiewackiego, przy udziale 27 członków. Przewodniczył Adolf Schiller. Uchwalono urządzenie zabawy w dniu 24.4.32 r. w Kąkolewie. Zabawa ta odbyła się przy nikłej ilości gości tak, że towarzystwo musiało pokryć deficyt we wysokości 20 zł. Pozatym obradowano nad urządzeniem zjazdu w Kąkolewie niemieckich towarzystw śpiewu z ościennych powiatów. Zjazd ma się odbyć prawdopodobnie w maju br. – jednak ścisłej daty dotąd nie ustalono.

4. *Życie gospodarcze*

Dnia 16.4.32 w lokalu Wandreyowej Małgorzaty w Nowym Tomyślu, odbyło się walne zebranie akcjonariuszów banku spółdzielczego „Genossenschaftsbank" z siedzibą w Nowym Tomyślu, na którym przedłożono ogólne sprawozdanie budżetowe za rok 1931/32.

Bilans tego banku przedstawia się następująco:

Aktywa	947 175,51 zł.
Pasywa	934 440,56 zł.
Zysk	12 734,95 zł.

Członków na początku roku obrachunkowego było 298, przy końcu 297, zatem ubył 1 członek.

5. *Życie zawodowe*

Dnia 24.4.32 r. w lokalu Hoetha Willego w Przyłęku odbyło się zebranie członków towarzystwa rolniczego „Bauernverein", połączone z zabawą taneczną. Przed zabawą wygłosił niejaki Pflug z Bartoszewa /Pomorze/, referat przy jednoczesnym wyświetleniu filmów obrazujących życie kolonistów niemieckich w Argentynie. Pflug przedstawił tutejszym rolnikom tryb życia niemieckich kolonistów w Argentynie, ich walkę o byt i egzystencję w obecnych czasach ogólnego kryzysu gospodarczego. Dał on do zrozumienia, że rolnikowi w Polsce i Niemczech powodzi się jeszcze nie najgorzej w stosunku do ogólnych warunków życia i bytowania kolonistów w Argentynie oraz, że większą część tych kolonistów powróciłaby do kraju, lecz brak funduszów nie pozwala im na to.

6. *Życie sportowe*

Dnia 1.4.32 r. w Albertowsku odbyło się zebranie towarzystwa cyklistów niemieckich „Allheil" przy udziale 25 członków. Przewodniczył prezes Hermann Sender z Cichejgóry. Odczytano sprawozdanie z odbytego w marcu br. w Nowym Tomyślu zjazdu cyklistów niemieckich. Następnie uchwalono urządzić zabawę wiosenną dnia 1 maja 1932 r. w zamkniętym kółku. Pozatym przyjęto kilku nowych członków.

Dnia 3.4.32 r. odbyło się w Kąkolewie zebranie towarzystwa niemieckich cyklistów „Edelkron", przy udziale 27 członków pod przewodnictwem Adama Karola. Uchwalono urządzenie zabawy wiosennej w dniu 3 maja br.

Tego samego dnia odbyła się w lokalu Hoethego Willego w Przyłęku zabawa taneczna urządzona przez towarzystwo cyklistów „Wanderlust". Udział obywatelstwa narodowości niemieckiej był liczny.

Dnia 24.4.32 r. o godz. 15 odbyło towarzystwo cyklistów „Concordia" zebranie w Prądówce. Na zebraniu tym postanowiono uznać członków żonatych za członków honorowych. Postanowiono również, ażeby na wypadek zaproszenia stowarzyszenia do wzięcia udziału w obchodzie 3 maja – wszyscy członkowie wzięli gremialny udział. Pozatym uchwalono urządzenie wycieczki dnia 29 maja w okolice Jabłonki Starej oraz urządzenie zabawy latowej dnia 5 lipca br.

Tegoż samego dnia o godz. 17 odbyło się zebranie towarzystwa kołowców w Komorowicach na sali Świderskiego Mikołaja. W zebraniu brało udział 32 członków. Omawiano sprawę urządzenia zabawy wiosennej w ogrodzie gospodarza Kostera w miesiącu czerwcu br. Innych spraw nie poruszano.

[...]

246

April 1933: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (März 1933)

Kwiecień 1933r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1933r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1530

I. *Część ogólna*

W okresie sprawozdawczym zauważono znaczne zainteresowanie się Niemców, obywateli polskich, obecną sytuacją polityczną w Niemczech. Byli nawet tacy, którzy oczekiwali przybycia Hitlera i zajęcia województwa poznańskiego. Pogłoski takie rozpowszechniał rolnik Eisen Konrad z Głuponi. Nie powiedział on wprawdzie wprost, że hitlerowcy przybędą, by odebrać Poznańskie, jednakowoż w toku rozmowy z sąsiadami dawał to wyraźnie do zrozumienia.

Na ogół jednak Niemcy o tem nie myślą, tylko jednostki i to takie, które mają swoje realności mocno obciążone, których dług przekracza już ich wartość i ci właściwie wyczekują jakiegoś przewrotu i dewaluacji, by pozbyć się długów.

Następnie duże zainteresowanie się sytuacją w Niemczech przejawiają Niemcy zamieszkali w Strzyżewie. U rolników, którzy mają radjoodbiorniki, zauważono często dużą ilość sąsiadów „niemców" [!], przysłuchującym się audycjom rajdowym z Niemiec, by szybko orientować się o dalszej sytuacji na terenie Rzeszy. Jak z całokształtu zachowania się ich wywnioskować można, sympatyzują oni wszyscy z Hitlerem i wierzą w jego potęgę.

II. *Mniejszość niemiecka*

Część szczegółowa

a. Życie polityczne

Na terenie powiatu nie ujawnia się zorganizowane życie polityczne mniejszości niemieckiej. Działacze polityczni nie wykazali żadnej działalności.

b. *Prasa niemiecka*

Miejscowe czasopismo „Kreiszeitung" podaje w większej części wiadomości z Niemiec, przedrukowując je z innych czasopism niemieckich szczegółowo opinie ostatnich wydarzeń politycznych w Niemczech.

c. *Życie kulturalno-oświatowe*

Frauenverein Nowy Tomyśl urządził dnia 19.3.33 r. w lokalu Eichlera Henryka w Glinnie roczne zebranie członkiń, na którym omawiano sprawy wewnętrzno-organizacyjne. Dotychczas zarząd zdał sprawozdanie z całorocznej działalności towarzystwa.

W zebraniu brał również udział pastor Szolc z Pleszewa, który referował działalność niemieckich zakładów opieki społecznej na terenie powiatu pleszewskiego.

W zebraniu brało udział około 90 członkiń z miasta i okolicy.

Gesangverein Kąkolewo odbyło dnia 2.3.33 zebranie przy udziale 40 członków. Przewodniczył Adolf Schiller z Kąkolewa. Uchwalono urządzenie zabawy w 3-cie święto Wielkiejnocy w Kąkolewie.

d. *Życie gospodarcze*

Spar- und Darlehnskasse: dnia 25.3.33 o godz. 14.15 w Miedzichowie w sali Riemera odbyło się walne zebranie tej kasy, przy udziale 35 członków, pod przewodnictwem Henschke-Klosego Teodora z Mitręgi Młyn /członka zarządu/, który zastępował prelegenta Schachtena z Poznania. W zagajeniu uczczono pamięć zmarłego członka Stählera Reinholda z Miedzichowa, poczem przystąpiono do porządku dziennego.

Po odczytaniu sprawozdania kasowego i handlowego, sprawozdania z działalności zarządu, stwierdzono prawidłowe prowadzenie księgowości oraz zwolniono radę nadzorczą z odpowiedzialnośći kontrolnej.

Verein für Handel und Gewerbe: dnia 25.3.33 r. urządziło Towarzystwo w Nowym Tomyślu walne zebranie dla swych członków, w którym brało udział 18-tu członków. Omawiano sprawy zawodowe.

e. *Życie zawodowe*

Landwirtschaftlicher Verein: Dnia 20.3.33 w Lwówku miało się odbyć zebranie Landwirtschaftlicher Vereinu w lokalu „Spar und Darlehnskasse". Wykład o doświadczeniu roślin i traw wygłosić miał inżynier Ewald Plate z Poznania, ul. Zacisze Nr. 4. Z powodu przybycia tylko 2 osób, zebranie się nie odbyło.

Tego samego dnia o godz. 18 odbyło się zebranie wyżej wymienionego związku w Chmielince, na którym wygłosił inżynier Ewald Plate referat wspomniany wyżej. Obecnych było w Chmielince około 30 osób. Zebranie zakończono o godz. 19.30. Spraw politycznych nie poruszano.

Dnia 16.3.33 odbyło się w Kąkolewie zebranie Landwirtschaftlicher Vereinu w Kąkolewie, przy udziale 40 członków pod przewodnictwem prezesa Pawła Biedermanna. Wykład na temat szczepienia drzew owocowych na wiosnę wygłosił niejaki Reiser z Poznania, dyrektor ogrodnictwa zamieszkały na Sołaczu. Spraw politycznych nie poruszano.

f. *Życie sportowe*

Towarzystwo Cyklistów niemieckich „Concordia" w Prądówce odbyło dnia 12.3.33 swe perjodyczne zebranie przy udziale około 18 członków. Na zebraniu uchwalono wystąpienie towarzystwa cyklistów „Concordia" ze Związku „Westpolnischer Radfahrer Bund" /Zachodniopolskiego towarzystwa cyklistów/ w Nowym Tomyślu, z tego powodu, że zdaniem członków towarzystwa cyklistów „Concordia" - towarzystwo nie

osiąga żadnej korzyści z przynależenia do związku ogólnego, a tylko ponosi straty, bo musi płacić rocznie około 5 zł składek.

Starosta powiatowy
Dr. Cichowski

247

Mai 1933: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (April 1933)
Maj 1933r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1933r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1530

I *Część ogólna*

Niemcy zamieszkali na terenie powiatu nowotomyskiego śledzą z wielkim zainteresowaniem wszelkie poczynania rządu Hitlera. Są nawet tacy, którzy spodziewają się powrotu ziem zachodnich Polski do Rzeszy Niemieckiej. Od czasu objęcia władzy przez Hitlera zauważyć się daje, zwłaszcza wśród młodzieży niemieckiej, nastawienie agresywne, dowodem czego wybryk z początkiem kwietnia w restauracji Hoetha w Przyłęku, gdzie młodzież niemiecka z organizacji „Radfahrervereinu", żegnając jednego z członków, który odchodził do wojska, rozbawiona pod wpływem alkoholu śpiewała „Deutschland, Deutschland über alles", „Hitler kommt bald" itp. za co została pociągnięta do odpowiedzialności w trybie karno-administracyjnym.

II. *Mniejszość niemiecka*

Część szczegółowa

a. *Życie polityczne* – vacat

b. *Prasa niemiecka*:

Tutejsza Kreiszeitung podaje dużo wiadomości z Niemiec dla podtrzymania ducha niemieckiego wśród tutejszych Niemców.

c. *Życie kulturalno-oświatowe*

„Theaterverein": Dnia 17.4.33 r. w sali Olejniczaka Stefana w Nowym Tomyślu odbyło się przedstawienie amatorskie pt. „Stöps[?]", a następnie zabawa taneczna z ramienia tegoż towarzystwa. Udział publiczności narodowości niemieckiej był bardzo liczny.

Dnia 6.4.1933 r. odbyło się zebranie towarzystwa śpiewu „Gesangverein" w Kąkolewie, przy udziale 14 członków. Uchwalono urządzić zabawę w dniu 18.4.1933 r. na cele kulturalno-oświatowe, jak zakup książek do śpiewu i nut. Zabawa ta odbyła się w lokalu Adama Karola w zamkniętym kółku przy udziale około 80 osób.

W Nowym Tomyślu dnia 19.4.1933 r. w lokalu Kerna Alfreda odbyło się zebranie członków towarzystwa „Männergesangverein", na którem omawiano tylko sprawy organizacyjne.

d. *Życie gospodarcze* – vacat

e. *Życie zawodowe*

Landwirtschaftlicher Verein: Dnia 1.4.1933 r. o godz. 17. odbył się odczyt w Pąchach w lokalu Bindera Brunona, przy udziale 25 mężczyzn i 1 kobiety. Referat wygłosił dypl. agronom Binder Fritz z Koźmina w języku niemieckim na temat chorób zwierząt domowych. Omawiane były również zabiegi przy nagłych zachorowaniach zwierząt domowych, o właściwym stosowaniu środków leczniczych, odkażaniu, karmieniu zwierząt itp. Zalecał zakupienie rasowego stadnika, za pośrednictwem centrali Landwirtschaftlicher Verein, lecz zebrani się na to nie zdecydowali.

Dnia 9.4.33 r. odbyło się zebranie wyżej wymienionego towarzystwa w Sątopach, przy udziale 50 członków. Przewodniczył Hoffmann Paweł. Na zebraniu omawiano sprawę używania nawozów sztucznych, hodowlę bydła i ogrodnictwo. Odczyt ten wygłosił prezes Hoffmann Paweł.

Dnia 27.4. 1933 w lokalu Kerna Alfreda w Nowym Tomyślu wygłosił Zern Maksymiljan, kierownik szkoły rolniczej w Międzychodzie, referat o prowadzeniu księgowości dla członków towarzystwa „Landwirtschaftlicher Verein".

f. *Życie sportowe*

Dnia 3.4.33 r. w lokalu Kerna Alfreda w Nowym Tomyślu odbyło się walne zebranie członków towarzystwa „Männerturnvereinu" Nowy Tomyśl, na którem omawiano działalność towarzystwa za rok ubiegły. Uchwalono pozatem urządzić wycieczkę w dniu 7.5. br. do Jastrzębska Starego z wypoczynkiem u Riesnera Karola.

Do zarządu wybrani zostali: jako prezes Seelinger Ryszard, jako sekretarz Buchwald Ryszard, jako skarbnik Szulc Otton, wszyscy z Nowego Tomyśla.

Varia

W związku z przedsięwziętą akcją manifestacyjną przez Polaków na terenie miasta Zbąszynia przeciwko zakusom niemieckim, Niemcy, obywatele polscy, uważają bojkot ten za niesłuszny. Uważając jakoby poniżył ich w opinji publicznej. Niejaka Neumann Augusta z Zbąszynia wyraziła się do znajomych kobiet /Polek/, po ostatnim zgromadzeniu protestacyjnym w dniu 23.4.33, że Rząd Polski nie powinien pozwalać na krytykowanie Niemców na miejscach publicznych, aby wszyscy słyszeli, przyczem zaznaczyła że propaganda antypolska na terenie Rzeszy nie przedstawia się tak groźnie, jak to głoszą tu w Polsce.

Zauważono również, że pastor Tauber w Zbąszyniu odwiedza wśród dnia poszczególnych obywateli polskich narodowości niemieckiej. Celu tych odwiedzin narazie nie zdołano ustalić.

Starosta Powiatowy
Dr. Cichowski

248

2.10.1933: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (September 1933)
2 X 1933r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1933r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1551

I. *Część ogólna*

Sytuacja ogólna w okresie sprawozdawczym w stosunku do poprzedniego miesiąca nie uległa zasadniczej zmianie. Najruchliwszą działalność wykazali pastorzy niemieccy ewangeliccy i luterani przez urządzenie rocznic jubileuszowych-kościelnych w Nowym Tomyślu i Kuślinie oraz pastor Schenk w Jastrzębsku Starem przez urządzenie zebrania protestacyjnego w kościele przeciw nauczaniu języka polskiego w szkołach powszechnych ewangelickich.

Poza tym żywszy ruch wykazały organizacje rolnicze „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft".

Również dość duże zainteresowanie wykazali Niemcy przy subskrybowaniu pożyczki narodowej, deklarując w miarę możności pożyczkę.

Ruchliwszej działalności z życia politycznego Niemców nie ujawniono, prócz sporadycznych objawów sympatyzowania z hitleryzmem.

II. *Część szczegółowa*

a) *Życie polityczne* – vacat

b) *Prasa niemiecka*

„Kreiszeitung" wychodzący w Nowym Tomyślu, w miesiącu wrześniu w dalszym ciągu w wstępnych artykułach informował czytelników o stanie rokowań Polski z WM Gdańskiem oraz o polityce zagranicznej Polski, stanowisku Polski do spraw rozbrojenia itd. Poza tym umieszczono również kilka artykułów dotyczących pożyczki narodowej – jak informacje, dotyczące przygotowania ogólnej tendencji w nr. 117 – odezwę lokalnego Komitetu Pożyczki Narodowej.

Na uwagę zasługuje artykuł w nr. 110 z dnia 14.9.33 r. pt. „Der Orędownik Nowotomyski", w którym autor stara się zbić zarzuty poczynione Niemcom przez „Orędownik Nowotomyski" w nr. 72 z dnia 9.9.33 r. w sprawie prowokacyjnego zachowania się uczestników rajdu samochodowego „Osttreu-Rundfahrt" podczas przejazdu przez Polskę, wydalenie z portu Piławy polskiego jachtu żeglarskiego „Alina" i pobicie ludności polskiej przez hitlerowców w Zakrzewie.

c) *Życie kulturalno-społeczne*

Dnia 7.9.33 r. odbyło się w Kąkolewie zebranie „Gesangvereinu" przy udziale 33 członków pod przewodnictwem Schillera Adolfa, prezesa stowarzyszenia. Na zebraniu uchwalono wydalić ze stowarzyszenia członkinie Hildę Jeskównę z Kąkolewa, za rzekomą szkodliwą działalność na szkodę towarzystwa. Jak stwierdzono, rzekoma szkodliwa działalność Jeskówny polegać miała na tym, że oburzyła się na zarząd towarzystwa z tego powodu, że kurendy nosiły od pewnego czasu naczelny napis /hasło/ „Deutscher Gesang lebe hoch" i wyraziła się, że takie hasło ma sobie zarząd schować, używając przy tem nieprzyzwoitego wyrazu. Jeskówna wyrażała się po wykluczeniu jej z towarzystwa, że znajdzie się na Niemców kara, wobec tego przyjęto ją ponownie do towarzystwa, obawiając się ponownej zemsty z jej strony.

Obserwacja tego zajścia trwa nadal.

d) *Życie gospodarcze*

Dnia 3.9.33 r. od godz. 15–16.45 odbyło się zebranie towarzystwa „Westpolnische Landwirtschaftliche Geselllschaft" w Pąchach, przy udziale 23 członków. Wykład wygłosił Bursmann z Poznania na temat tegorocznych zbiorów, ogólnej konjunktury zbytu zboża, uprawy jesiennej, stosowania nawozów sztucznych, uprawy kukurydzy itp.

Tego samego dnia o godz. 17.40 odbyło się zebranie wyżej wymienionego towarzystwa w Miedzichowie, przy udziale 38 członków, z udziałem prelegenta Bursmanna z Poznania.

W końcu swego referatu o sprawach gospodarczych stawił Bursmann propozycję urządzenia kursu zimowego dla synów rolników. Nadmienił przytem, że poziom naukowy uczestników jednego z kursów pozostawiał wiele do życzenia, bowiem w wypracowaniach pisemnych uczniowie popełniają na jednej stronicy od 20 do 100 błędów – co dowodzi, że młodzież pozaszkolna zaniedbuje się w mowie ojczystej i zachęcał rodziców, by w tym względzie więcej dokładali starań. Zalecał aby młodzież, dla ćwiczenia, odpisywała artykuły z gazet rolniczych.

Zebranie zakończono o godz. 19.45.

e) *Życie zawodowe*

vacat

f) *Życie sportowe*

Dnia 3.9.33 r. w Paproci odbyła się zabawa taneczna towarzystwa cyklistów „Adler" z Paproci, w której brała udział przeważnie młodzież z okolicy.

Dnia 9.9.33 r. odbyło się w Kąkolewie zebranie „Radfahrervereinu" przy udziale 30 członków pod przewodnictwem Kruschela Emila z Czarnej Wsi. Uchwalono urządzić zabawę w zamkniętym kółku dnia 17.9.33 r. w Kąkolewie, która się odbyła przy udziale około 100 osób.

W dniu 28.9.33 r. w godzinach wieczornych, w lokalu Hoetha Willego w Przyłęku, odbyło się zebranie członków towarzystwa cyklistów „Wanderlust" pod przewodnictwem prezesa Schmidtchena Ottona z Nowego Tomyśla. Kulminacyjnym punktem obrad była sprawa subskrybowania pożyczki narodowej, w celu wywiązania się z nieprzychylnej sytuacji przed władzami od czasu kiedy kilku członków i członkiń tego towarzystwa, właśnie w tymże lokalu, brało udział w okrzykach na cześć Hitlera. Towarzystwo jednak, jak i sam prezes Schmidtchen, dotychczas pożyczki nie subskrybowali.

g) *Życie wyznaniowe*

W dniach od 13–15.9.33 r. w domostwie pastora ewangelicko-luterańskiego Schillera w Nowym Tomyślu oraz kościele luterańskim odbyły się konferencje pastorów ewangelicko-luterańskich pod przewodnictwem superintendenta Düttnera Reinholda z Rogoźna. W konferencji oraz modłach wzięli udział pastorzy Paulig z Bydgoszczy, Brauner z Torunia i Hoffmann z Poznania. Pozatym odbywały się wykłady z biblji. W dniach od 16–17go odbyło się poświęcenie odnowionego kościoła ewangelicko-luterańskiego w miejscu; w uroczystościach brali udział również parafjanie z miasta i okolicy. Na zakończenie tych uroczystości urządzono w sali Olejniczaka w Nowym Tomyślu wspólną kawę.

W toku obrad uchwalono przystąpić do ewangelicko-luterańskiego związku kościelnego w Polsce Zachodniej z pewnymi zastrzeżeniami. Wybrano zarząd do Związku „Marcina Lutra" na Polskę Zachodnią. Przewodniczącym został pastor Hoffmann z Poznania, sekretarzem pastor Brauner z Torunia. Agendy skarbnika przyjął również przewodniczący.

W dniu 24.9.33 r. w kościele ewangelickim w Kuślinie odbyła się uroczystość 50-lecia istnienia tego kościoła i poświęcenie jednego nowo- kupionego dzwonu. Na uroczystość przybyła liczna miejscowa ludność niemiecka. Cała uroczystość odbyła się wyłącznie w kościele ewangelickim.

Dnia 10.9.33 r. o godz. 12 po nabożeństwie urządził pastor Schenk Marcin z Jastrzębska Starego zebranie rodzicielskie w kościele ewagelickim w Jastrzębsku Starem. W zebraniu uczestniczyło około 30 miejscowych rolników. Na zebraniu w kościele omawiał pastor Schenk kwestję nauczania języka polskiego w szkołach ewangelickich, mówiąc, że robi się zamach na naszą mowę i gwałci się język macierzysty /Muttersprache/, przeciwko czemu on stanowczo protestuje, wzywając równocześnie zebranych do jaknajkategoryczniejszego protestu wobec zarządzeń władz szkolnych. Uchwalono i przyjęto zredagowaną przez pastora Schenka rezolucję protestacyjną przeciw nauczaniu języka polskiego i protest ten wysłał pastor Schenk do Inspektoratu Szkolnego zaraz po wakacjach szkolnych br. , przyczem wyraził się wobec konfidenta: „Ja nie mogę do tego dopuścić, bo to jest gwałcenie języka macierzystego, a nasi gospodarze są tak ciemni, że sami nie wiedzą, jak im się skórę przez uszy przeciągnie. Ja nie mogę tego tolerować, chociażby mnie odprowadzili /aresztowali/ i protest musi być".

Tego samego dnia tj 10.9. br. zwołał kierownik szkoły w Jastrzębsku Starem zebranie dla miejscowych mieszkańców w celu założenia towarzystwa budowy szkół powszechnych. Pastor Schenk wiedząc o tem wyraził się do zebranych w kościele: „Idźcie do Fiege'go, tylko na nic się nie zgadzajcie i nic nie podpisujcie, bo może być tam pismo z Inspektoratu Szkolnego w sprawie nauczania języka polskiego". Skutek tego był taki, że kiedy nauczyciel Fiege przedstawił zebranym cel założenia towarzystwa budowy szkół powszechnych, wszyscy Niemcy opuścili zebranie i żaden nie przystąpił jako członek, do tego stowarzyszenia.

h) *Varia*

Dnia 24.9.br. odbyła się w Przyłęku zabawa letnia dla dzieci szkolnych z Przyłęku i okolicy. Nauczyciel Ralm w toku zabawy zabrał głos i podkreślił znaczenie tegoż dnia, jako uczczenie 250-letniej rocznicy oswobodzenia Wiednia przez króla Jana Sobieskiego. Na czas odgrywania hymnu narodowego polskiego na wezwanie nauczyciela Ralma - wszyscy obecni wysłuchali hymnu stojąc z odkrytymi głowami. Wieczorem odbyła się zabawa dla dorosłych. Steinborn z Białejwsi otrzymał w ostatnich dniach pocztówkę od krewnych z Niemiec ze swastyką, w której napomykano, że niebawem będą w Poznańskiem takie porządki jakie zaprowadził Hitler w Niemczech.

Starosta Powiatowy
w.z. Zieniewicz
Referendarz

249

1933 (?): Der Starost in Nowy Tomyśl. Verzeichnis führender Persönlichkeiten der deutschen Minderheit

1933r. (?): Starosta w Nowym Tomyślu. Wykaz wybitnych działaczy niemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe Nowy Tomyśl, Nr. 1563

1. Adam Berthold, rolnik, Kąkolewo, Twórca Deutschtumbundu w Kąkolewie, członek Bauernvereinu, wrogo usposobiony dla polskości, cieszy się pełnym zaufaniem miejscowego społeczeństwa.
2. Beutner Gustaw, rolnik, Łęczyce, jest jednym z przywódców niemczyzny w Łęczycy i okolicy. Zajmuje stanowisko sekretarza w „Frauenhilfe" w Opalenicy i drugiego ławnika w zarządzie gminnym, pozatym prowadzi agitację domową na rzecz propagandy niemieckiej i „mniejszości niemieckiej" przy wyborach.
3. Biedermann Paweł, rolnik, Kąkolewo, jest przewodniczącym Bauernvereinu, ma wielki wpływ na rolników, odnosi się wrogo do polskości.
4. Biedermann Ernst, rolnik, Paproć, jest organizatorem różnych towarzystw niemieckich, Bauernvereinu, Radfahrervereinu, Genossenschaftu, działa w kierunku podtrzymania ducha niemieckiego wśród niemczyzny, odnosi się wrogo do polskości.
5. Bielke Gustaw, zegarmistrz i kościelny, Grodzisk. Bielke jako kościelny w ewangelickim kościele w Grodzisku ma szerokie znajomości z całą parafią i używany bywa przez pastora Rudolpha do wszelkiego rodzaju agitacji na rzecz niemczyzny.
6. Borchert Wilhelm, młynarz, Staryfolwark. Wrogo usposobiony dla polskości, b. podporucznik Grenzschutzu, brał czynny udział w Powstaniu Wielkopolskim po stronie niemieckiej – na odcinku Tirschtiegel, Łomnica, Sępolno, obywatel niemiecki, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.

7. Brehmer Ferdynard, rolnik, Czeskie Nowe, wrogo usposobiony do polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
8. Bromnitz Eryk, leśnik, Łomnica, dto – ojciec jego jest prezesem wojewódzkim Bauernbund.
9. Dr. Buddee Jerzy, lekarz, Nowy Tomyśl, wybitny działacz polityczny, popularny wśród mieszczaństwa niemieckiego, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec, radny miejscowy od roku 1926.
10. Busch Wilhelm, właściciel drukarni, Nowy Tomyśl, jest bardzo wrogo usposobiony do polskości, za pomocą wydawanego organu /„Kreiszeitungu"/ podtrzymuje ducha wśród Niemców na terenie tutejszego powiatu. Podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
11. Bürger Otton, rolnik, Zachodzko, wrogo usposobiony dla polskości, brał czynny udział w powstaniu Wielkopolskim, jako oficer Grenzschutzu.
12. Dalchau Fritz, piekarz, Strzyżewo, zawzięty wróg Polaków, podczas Powstania Wielkopolskiego zabił w 1919 dwóch Polaków w Strzyżewie.
13. Dalbkenmayer Karl, rolnik, Bródki, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo. Ojciec jego jest prezesem wojewódzkim Bauernbundu.
14. Deutschmann Dienegott, rolnik, Strzyżewo, zacięty wróg polskości, brało czynny udział w Powstaniu Wielkopolskim po stronie niemieckiej. Rannych dobijał kolbą od karabinu.
15. Deutschmann Wilhelem, rolnik, Grubsko, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
16. Donner Hugon, aptekarz, Nowy Tomyśl, czynny działacz stowarzyszeń niemieckich, zaufany u Niemców, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
17. Ehrenfeld Gustaw, rolnik, Czarnawieś, był długoletnim sołtysem za czasów niemieckich, początkowo także za czasów polskich. Jest kierownikiem „Spar- und Darlehnskasse" i wybitnym działaczem na rzecz „mniejszości niemieckiej". Agitację prowadzi domową.
18. Engelmann Karol, kupiec, Miedzichowo, wrogo usposobiony dla polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu w czasie Powstania Wielkopolskiego.
19. Felsch Gustaw, rolnik, Jastrzębsko Stare, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
20. Förster Oswald, rolnik, Łęczyce, interesuję się sprawą niemiecką i jest czynnym domowym agitatorem w okolicy. Organizował nawet klub cyklistów, żeby za pomocą członków cyklistów pomagać w agitacji na rzecz mniejszości niemieckiej przy wyborach do Sejmu i Senatu.
21. Furchheim Wilhelm, rolnik, Lewiczynek, wrogo usposobiony dla polskości, przewodniczący Spar- und Darlehnskasse, ma wielkie wpływy wśród Niemców.
22. Gebauer Hermann, rolnik, Staryfolwark, bardzo wrogo usposobiony dla polskości, stara się wywołać niechęć wśród Niemców do władz polskich, wyraża się otwarcie ujemnie o Polsce, stara się podtrzymać ducha niemieckiego w swej gminie.
23. Gilde Fritz, mistrz ślusarski, Grodzisk. Gilde jest rzemieślnikiem, stara się o utrzymanie ducha niemieckiego. Poza tym funguje jako agitator domowy na rzecz mniejszości niemieckiej w okolicy Grodziska.
24. Greulich Karl, pastor, Miedzichowo, wrogo usposobiony dla polskości.
25. Griesbach Otton, właściciel młyna, Lewiczynek, wrogo usposobiony dla polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu, zamieszkuje w Polsce od roku 1920.

26. Gutsche Otto I, rolnik, Strzyżewo, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo. Był sekretarzem przez 10 lat komisarjatu obwodowego.
27. Hahn Ryszard, rolnik, Szklarka Trzcielska, wrogo usposobiony dla polskości, podejrzany o działalność antypolską.
28. Hänschke Paweł, rolnik, Kopanki, jest prezesem Spar- und Darlehnskasse w Kopankach i stara się o tanie kredyty dla miejscowych i okolicznych Niemców, przez co przyczynia się dla utrzymania stanu posiadania niemieckiego.
29. Hildebrandt Hans, właściciel dóbr, Śliwono, jako wiceprezes Landwirtschaftlicher Verein w Trzciance stara sie o podtrzymanie gospodarstw rolnych i stanu majątkowego tutejszych Niemców za pomocą wykładów i różnych pokazów doświadczalnych. Wobec władz i Rządu lojalny.
30. Hoffmann Paweł, rolnik, Sątopy, wybitny działacz i prezes Bauernvereinu, pracuje intensywnie w organizacji, zacięty hakatysta, z jego inicjatywy zostali wszyscy Polacy, którzy napisali się na członków Związku Strzeleckiego przez miejscowych gospodarzy zwolnieni.
31. Hoffmann Fryderyk, rolnik, Wymyślanka, wybitny działacz niemiecki, członek zarządu Molkereigenossenschaft [nieczytelne]
32. Jacobi Kurt, właściciel dóbr, Trzcianka, ma zięcia, który jest w Niemczech landratem i utrzymuje za jego pośrednictwem łączność z Niemcami. Uprawia agitację na rzecz Niemiec za pośrednictwem oddanych mu ludzi z „Landw. Vereinu" w Trzciance, gdzie jest prezesem.
33. Jennerich Ernest, właściciel młyna, Miedzichowo, wrogo ustosunkowany dla polskości, członek zarządu Spar- und Darlehnskasse w Miedzichowie, cieszy się wielkim zaufaniem wśród Niemców
34. Kasan Maks, rolnik, Czarnawieś, zagorzały Niemiec, miejscowy agitator na rzecz mniejszości niemieckiej.
35. Kosterowa Małgorzata z domu Wangerin, żona rolnika, Lwówek Odbudowanie, wybitna działaczka ruchu niemieckiego, znana z swej działalności na terenie Górnego Śląska, utrzymująca ścisły związek z działaczami niemieckimi w Polsce i zagranicą, dokąd często wyjeżdża, organizatorka obchodów kościelnych i narodowych niemieckich.
36. Köhler Fryderyk, kierownik szkoły, Chmielinka, wybitny działacz niemiecki, bezwzględny wróg polskości, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec, organizator wszelkiego ruchu niemieckiego, utrzymuje kontakt z działaczami okolicznymi niemieckimi.
37. Kraft Wilhelm, rolnik, Strzyżewo, zacięty wróg polskości, jako feldwebel niemiecki brały czynny udział w Powstaniu Wielkopolskim w Grenzschutzu.
38. Krause Arnold, kupiec, Zbąszyń, wybitny działacz niemiecki, mąż zaufania Niemców, podczas wyborów do ciał ustawodawczych podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
39. Krause Helmuth, weterynarz, Opalenica, osoba bardzo niewyraźna. Biegły agitator niemiecki po domach. Jawnie nie występuje.
40. Kruschiński Willi, piekarz, Zbąszyń, wrogo usposobiony dla polskości, bierze czynny udział w ruchu niemieckim, jest członkiem zarządu różnych organizacji niemieckich i podczas wyborów do ciał ustawodawczych występował jako mąż zaufania niemców.

41. Kutzner Ryszard, rolnik, Sękowo, jest przewodniczącym Genossenschaftu i organizatorem Bauernvereinu, cieszy się wielkim zaufaniem wsród rolników i jest mężem zaufania Sejmu i Senatbüro, bardzo wrogo usposobiony dla polskości.
42. Kümmel Jerzy, dzierżawca dóbr, Chraplewo, jest organizatorem ruchu niemieckiego, podtrzymuje ducha niemieckiego wśród okolicznych Niemców, utrzymuje ścisły kontakt z wybitnymi działaczami antypaństwowymi, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
43. Lange Adolf, rolnik, Trzcianka, jako sekraterz Landwirtschaftlicher Vereinu – Trzcianka, działa wśród okolicznych rolników Niemców w kierunku oświatowym i trudni się równocześnie agitacją domową na rzecz mniejszości niemieckiej.
44. Lassahn Paweł Gerhard, pastor, Kuślin, jest bardzo wrogo usposobiony dla polskości, stara się podtrzymać ducha niemieckiego wśród miejscowej ludności, występuje ostro przeciw Niemcom, sprzedającym ziemię Polakom /nawet w kościele/.
45. Löchelt Ferdynand, rolnik, Jastrzębsko Stare, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
46. Mücke Hugon, posiedziciel folwarku, Nowydwór, jest prezesem Landwirtschaftlicher Verein, osobą wpływową wśród Niemców i wrogo usposobiony dla polskości.
47. Neumann Jerzy, restaurator, Zbąszyń, człowiek wpływów wsród Niemców, kierownik Darlehnskasse, utrzymuje ścisły kontakt z optantem niemieckim Albrechtem, redaktorem z Neu Bentschen niemieckiego czasopisma „Der Posener".
48. Pfeifer Hermann, stolarz, Zbąszyń, wybitny działacz niemiecki, mąż zaufania Niemców, podczas wyborów do ciał ustawodawczych podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
49. Pflaum Hermann jun., właściciel browaru, Nowy Tomyśl, czynny działacz stowarzyszeń niemieckich, zaufany u Niemców, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
50. Poncet Maksymilian, właściciel dóbr, Stary Tomyśl, wrogo usposobiony dla polskości, rotmistrz byłej armii niemieckiej, jako człowiek starszy nie bierze czynnego udziału w organizacjach niemieckich, jest jednak ich cichym doradcą, jako człowiek zamożny popiera stowarzrzyszenia niemieckie finansowo.
51. Prüfer Gustaw, rolnik, Toczeń, wrogo usposobiony dla polskości, przewodniczący Westpolnischer Landwirtschaftlicher Genossenschaft.
52. Redlich Hermann, rolnik, Prądówka, wrogo usposobiony dla polskości, brał czynny udział w Powstaniu Wielkopolskim jako podoficer Grenzschutzu.
53. Raschke I Wilhelm, rolnik, Jastrzębsko Nowe, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
54. Raschke Ernst, rolnik, Zakrzewko, wrogo usposobiony dla polskości.
55. Reisel Jerzy, superindendent, Nowy Tomyśl, czynny działacz stowarzyszeń niemieckich, zaufany u Niemców, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
56. Roy Brunon, właściciel tartaku, Glinno, jest członkiem wszelkich organizacji niemieckich, oraz członkiem różnych zarządów, wspiera towarzystwa niemieckie finansowo, jest zawziętym wrogiem polskości i posiada wielkie wpływy wsród Niemców.
57. Rosenau Ferdynand, rolnik, Czeskie Stare, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
58. Rothe Fryderyk, mistrz szewski, Opalenica, bojowy Niemiec- hakatysta, agitator domowy.

59. Rudolph Paweł, pastor, Grodzisk, jako patrjota niemiecki wychowuje swych parafjan, zwłaszcza młodzież, w duchu niemieckim. Jest głównym przywódcą agitacji za mniejszością niemiecką.
60. Sarrazin Willy, administrator, Brody, jest zawziętym wrogiem polskości, mężem zaufania Bloku Niemieckiego, działa w kierunku utrzymania ducha niemieckiego, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
61. Schmidt Ferdynand, rolnik, Strzyżewo, wrogo usposobiony dla polskości, jest mężem zaufania Konsulatu Generalnego w Poznaniu, donosi o każdej sprzedaży nieruchomości przez Niemców w ręce polskie.
62. Schmidtchen Otton, budowniczy, Nowy Tomyśl, czynny działacz stowarzyszeń niemieckich, zaufany u Niemców, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
63. Schubert Adolf, rolnik, Zachodzko, wrogo usposobiony dla polskości, brał czynny udział w Powstaniu Wielkopolskim jako podoficer Grenzschutzu.
64. Schulz Adolf, rolnik, Kąkolewo, wybitny działacz Radfahrervereinu, zawzięty wróg polskości, hakatysta, brał czynny udział w Grenzschutzu podczas Powstania Wielkopolskiego, za co został mianowany podporucznikiem niemieckim, posiada wielkie wpływy wsród Niemców i cieszy się sympatją wśród młodzieży niemieckiej. Podejrzany o wywiad niemiecki.
65. Schulz Ryszard, rolnik, Białawieś, miejscowy agitator domowy na rzecz mniejszości niemieckiej.
66. Schütz Gustaw, właściciel browaru, Zbąszyń, wrogo usposobiony dla polskości, wybitny działacz towarzystw niemieckich, mąż zaufania Generalnego Konsulatu Niemieckiego w Poznaniu, jako człowiek zamożny – niebezpieczny dla państwa polskiego.
67. Seeliger Ryszard, kupiec, Nowy Tomyśl, czynny działacz stowarzyszeń niemieckich, zaufany u Niemców, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
68. Sikorski Konstanty, kupiec, Zbąszyń, wrogo usposobiony dla polskośći. Wybitny działacz towarzystwa niemieckego Deutscher Katholikenverein.
69. Sperlin Paweł, rolnik, Lubień, wrogo usposobiony dla polskośći. Mąż zaufania Niemców podczas ostatnich wyborów.
70. Steinborn Oswald, rolnik, Łęczyce, jako prezes Westpolnischer Landwirtschaftlicher Vereinu – Opalenica szerzy oświatę wśród rolników przez urządzanie wykładów i pokazów, a to w celu podniesienia stanu majątkowego Niemców i utrzymania ich stanu posiadania. Prócz tego trudni się domową agitacją na rzecz mniejszości niemieckiej.
71. Stich Maks, właściciel dóbr, Turkowo, korzysta z kredytów zagranicznych i popiera niemieckich rzemieślników i kupców. Pomaga także w agitacji na rzecz mniejszości niemieckiej na terenie swych dóbr.
72. Tauber Wiljam, pastor, Zbąszyń, wrogo usposobiony dla polskości, jako duchowny posiada wielki wpływ na miejscowych obywateli niemieckich, utrzymuje ścisły kontakt z zagranicą, jest korespondentem różnych pism niemieckich oraz współredaktorem Tygodnika Religijnego „Sonntagsblatt", który wychodzi w Berlinie.
73. Tauber Jan, pastor, Sątopy, wrogo usposobiony dla polskości, jako duchowny działa wśród młodzieży w kierunku utrzymania ducha niemieckiego, w przemówieniach odnosi się wrogo do Polski, podejrzany o kontakt z zagranicą.
74. Tepper Otton, rolnik, Zachodzko, wrogo usposobiony dla polskości, brał czynny udział w Powstaniu Wielkopolskim jako podoficer Grenzschutzu.

75. Tiemann Otto, rolnik, Przychodzko, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
76. Trauer Ferdynand, rzeźnik, Łomnica, dto.
77. Welke Ryszard, inspektor podwórzowy w cukrowni, Opalenica, bojowy Niemiec i agitator na rzecz mniejszości niemieckiej na terenie cukrowni w Opalenicy. Obecnie z powodu obsadzenia miejsca dyrektora Polakiem ucichł i udaje lojalnego.
78. Weissert Ryszard, kowal, Chrośnica, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
79. Wolf Maksymiljan, kupiec, Nowy Tomyśl, czynny działacz stowarzyszeń niemieckich, zaufany u Niemców, hakatysta, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.
80. Wolke Hermann, rolnik, Paproć, organizator i wybitny członek Bauernvereinu, Genossenschaftu i Darlehnskasse, wróg polskości z czasów dawniejszych, posiada wielkie wpływy i zaufanie wsród Niemców.
81. Zink Heinrich, rolnik, Czeskie Nowe, wrogo usposobiony dla polskości i mający duży wpływ na miejscowe społeczeństwo.
82. Zweigerowa Jadwiga, właścicielka hotelu, Grodzisk, współdziała w agitacji na rzecz mniejszosci niemieckiej przez dostarczanie Niemcom karteczek wyborczych i ulotek.

250

7.5.1934: Staatspolizeiposten Zbąszyń an die Starostei Nowy Tomyśl. Gründung einer Ortsgruppe der JDP in Strzyżewo (6.5.34)
7 V 1934r.: Posterunek PP w Zbąszynie do starostwa w Nowym Tomyślu. Założenie placówki miejscowej „JDP" w Strzyżewie (6 V 1934r.) – 7 V 1934r.

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 218

Stosownie do polecenia Pana Starosty Powiatowego z dnia 5 maja 34 r. Nr.B.I.12/12 w sprawie pełnienia funkcji nadzorczych na zgromadzeniu organizacyjnym Jungdeutsche Partei w lokalu Trauera w Strzyżewie w dniu 6 maja br., melduję:

Zebranie zwołał Erich Mieps z Strzyżewa w celu zorganizowania grupy miejscowej. Zwołujący o godz. 18.15 zagaił zebranie i oddał głos delegatowi Schneiderowi Wilhelmowi z Katowic. Mówca w streszczeniu przedstawił zebranym przebieg zwołanego w dniu 4.5.34. przez posła Singera zebrania Niemców w Poznaniu, a to jedynie w tym celu ażeby utrudniać prace organizacyjną nowo tworzącej się partji „Jungdeutsche Partei". Zebrani na tym zgromadzeniu w liczbie około 3000 osób nie dopuścili posła Singera do wygłoszenia referatu rzucając słowa precz z Żydami i inne w kierunku krytyki działalności obecnych kierowników politycznych niemieckich w Polsce. Zebrani na tym zgromadzeniu dali dowód, że nie ufają tym panom, prowadzącym błędną politykę, których celem jest nie pytanie się o wolę ludności niemieckiej, której są przedstawicielami, domagają się aby ludność przed nimi na baczność stać miała. Oświadczył, że przychodzi czas na to, że to musi się raz skończyć, że w Polsce budzi się nowy ruch Niemców tak w Poznańskiem jak i na Pomorzu, Śląsku, Wołyniu i w ogóle całej Polsce, gdzie musi nastąpić współpraca z narodem i państwem, w którym my jako Niemcy zamieszkujemy. Zarzucał obecnym posłom niemieckim, że mało starają się o ogół niemieckiej ludności w Polsce, przy czym ma pewne dane, że żaden z nich tu w Strzyżewie przed wyborami się nie pokazał. Czas obecny wymaga, aby nastało w Polsce nowe życie, gdzie konieczna jest współpraca wszystkich stanów bez różnicy na stanowisko jakie Niemcy w Polsce zajmują. Tworząca się organizacja Jungdeutsche Partei ma za zadanie obudzić ducha narodowego Niemców w Polsce, pchnąć go do nowego życia,

nadać nowe kierownictwo współpracujące z państwem polskim. Przytoczył, że Niemcy w Polsce są jako goście, przy czem nie wypada aby państwu, na którego zamieszkują terenie – rzucali kij pod nogi. Partja przeciwna do obecnie organizowanej zarzuca, że rozbijana jest zgoda wśród Niemców, co jest sprzeczne z prawdą. Organizacja pomimo trudności jej stawianych rozwija się i zaczyna Niemców będących w rozsypce zespalać w jeden blok. Przeciwnicy organizacji zarzucają, że ruch ten kierowany przez Ślązaków nie ma nic do szukania tak w Poznańskiem jak i innych częściach Polski, bowiem ludność niemiecka jak organizacja Jungdeutsche Partei myśli zamieszkuje nie tylko w Polsce lecz i na całym świecie we wszystkich państwach. Obowiązkiem jest każdego dobrze myślącego Niemca w Polsce, łączyć się w nowotworzonym bloku, aby współpracować dla dobra obywateli niemieckich. Przytoczył, że organizacja nie przyrzeka i nie daje żadnych obietnic co do korzyści członkom, lecz praca tej organizacji w późniejszym czasie wykaże, co jedność zdziałać może. Nie oślepiamy nikogo, lecz obowiązkiem jednostek kierowniczych jest jednoczyć wszystkich Niemców w Polsce. Ubolewał nad mylnem zapatrywaniem jednostek niemieckich co do nie równego traktowania kolonistów niemieckich z byłego zaboru rosyjskiego, którzy poniekąd więcej dla Niemczyzny zdziałali jak niejeden z tutejszych Niemców, bowiem przez tak długi czas nie utracili narodowości i języka.

Organizacja ma na celu uzyskanie jedności, równości, a nie prowadzenie na manowce jak to dotychczas przez obecnych kierowników na miejsce.

Ostrzegał przed mącicielami, którzy o ile placówka w Strzyżewie się utworzy, starali się będą ją rozbić. Wzywał do niedania im posłuchu i zachęcał do jednoczenia się w jeden blok „Jungdeutsche Partei". Referat swój zakończył okrzykiem „Heil".

Jako drugi mówca wystąpił delegat Erpling Ernst z Poznania, który przedstawił celowość ruchu niemieckiego kierowanego ze Śląska na całą Polskę, którego dążeniem jest jednoczenie się wszystkich Niemców w jeden blok, który popiera Rząd Polski. O ile praca w tym kierunku jest prowadzona – mają w tym wypadku prawo zespoleni Niemcy też żądać od Rządu Polskiego poparcia, co też niezawodnie nastąpi. Krytykował rodzaj głosowania do Sejmu, gdzie ludności niemieckiej nie znane było na kogo swój głos oddaje.

Pana posła Witzlebena i innych bardzo mało znanych krytykował również za niewłaściwe uświadamianie ludności niemieckiej w czasopismach niemieckich, co do obecnego ruchu młodych Niemców W Polsce. Zachęcał do wypowiadania się w dyskusji, przy czem przeczytał kierownicze punkty broszury organizacji „Jungdeutsche Partei" oraz poszczególne wyjaśnienia do tych punktów. Poruszył zarządzenie policyjne w Bielsku dotyczące zmiany częściowej statutu i nazwy organizacji na „Jungdeutsche Partei". Zachęcał do jednoczenia się jak to Polacy przez 150 lat pod obcym panowaniem czynili. Przemówienie zakończył słowem „Heil".

Przewodniczący Mieps Erich otworzył dyskusję, do której się nikt nie zgłosił. Delegat Erpling zarządził głosowanie, czy w Strzyżewie ma być utworzona grupa miejscowa, za którą zebrani jednogłośnie się wypowiedzieli.

Nastąpiły krótkie wymiany słów spośród zebranych, np. Kruschel Willy z Zbąszynia oświadczył, że w tutejszej okolicy są już różne organizacje niemieckie, przy czem zbytecznem było by tworzyć nowe. Otrzymał należytą odprawę od delegata Erplinge, że nie chce pracować dla dobra drugich, wobec czego nie powinnien się mianować jako prawy Niemiec.

Delegat Schneider zachęcał do jednoczenia się i wykorzenienia ducha liberalizmu. Nauczyciel Foljanty z Przychodzka oświadczył, że posiada mało zaufania do tej organizacji przy czem otrzymał odpowiedź, że jako nauczyciel winien w pierwszym rzędzie dążyć do zespolenia Niemców w Polsce dla ogólnego dobra. Mniejwięcej w tym samym kierunku otrzymał krytykę nauczyciel Wiese z Strzyżewa.

Nastąpił wybór zarządu, w skład którego weszli:

1. jako przewodniczący (Obmann) Mieps Erich z Strzyżewa
2. jako zastępca przewodniczącego Simsch Otton z Strzyżewa
3. jako sekretarz Dalchau Karol z Strzyżewa
4. zastępca sekretarza Hirschmann Alfred z Strzyżewa
5. jako skarbnik Schmidt Hermann z Strzyżewa.

O godz. 19.45 zostało zebranie zakończone. Zebranych było około 130 osób obojga płci. Przebieg był spokojny. Na miejscu nie zapisał się nikt jako członek. Blankiety kart członkowskich wydali delegaci przewodniczącemu zarządu z oświadczeniem, że członkiem może być każdy Niemiec, lecz posiadać musi obywatelstwo polskie, zaś przyjęcie jego jako członka uzależnione będzie od decyzji zarządu głównego.

Komendant Posterunku
Kozłowski Feliks

251

Februar 1935: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Januar 1935)
Luty 1935r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (styczeń 1935r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1552

I. *Część ogólna*

W okresie sprawozdawczym żywą działalność przejawiało Deutsche Vereinigung, starając się zgnieść ruch Jungdeutsche Partei. Zorganizowano w tym czasie 5 zebrań, na których usilnie agitowano za wstąpieniem do DV, przyczem nawoływano do zgody i współpracy wszystkich Niemców w Polsce. W wyniku tej akcji zawiązał się oddział DV w Zbąszyniu. Poza tym zorganizowano jedną akcję „Młodych" /Jugendgruppe/ der DV w Nowym Tomyślu, do której zapisało się 47 członków, w tem 19 dziewcząt.

Przewidywane są dalsze zebrania organizacyjne z ramienia DV i to dnia 2.2.35 r. w Kąkolewie oraz dnia 3.2. w Jastrzębsku Starem. Zebrania te odbywają się pod hasłem „Kommt alle, denn jeder Deutsche Volksgenosse gehört in die Deutsche Vereinigung" /Przyjdźcie wszyscy, albowiem każdy Niemiec należy do Deutsche Vereinigung/.

Czołowy działacz DV i Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft Maennel Otto z Nowego Tomyśla prowadzi agitację za DV na zebraniach Welage, a szczególnie na zebraniach sekcji Młodych /Jungbauerngruppe/. Na zebraniu tej grupy w Nowym Tomyślu w dniu 4.1.35. wezwał obecnych, by powstali z miejsc ci, którzy należą do JDP; powstało 24 osoby, których począł nakłaniać, by wstąpili do DV, zaznaczając, że w przyszłości członkowie JDP nie będą mieli prawa [być] na zebraniach Jungbauergruppe. Członkowie JDP czuli się dotknięci i poczęli protestować, podnosząc, że Welage jest za bardzo polityczne, co sprzeciwia się ich statutowi, że pozdrowienie jak „Volk-Heil" nie jest odpowiednie itd. Na to Maennel odpowiedział, że i JDP jest za bardzo polityczna. W wyniku tego powstała awantura i zebrani opuścili salę. Maennel celowo sprowokował to zajście, by zorientować się, kto jest zwolennikiem DV, a kto JDP.

Działacze JDP w dalszym ciągu polemizują z działaczami DV zarzucając im rozbijanie jednolitego frontu niemieckiego w Polsce, krytykują ich prasę, że ogłasza w Polsce artykuły, które ośmieszają i lżą obecne życie w Rzeszy itp.

W okresie sprawozdawczym urządzono jedno zebranie i 5 wieczorków.

Nowych oddziałów /Ortsgruppów/ nie zorganizowano.

Ważniejszych przejawów w życiu politycznym JDP w styczniu br. nie zauważono.

Charakterystyczne było oświadczenie członka JDP Boehnkego z Strzyżewa, na zebraniu DV dnia 5.1.35. w Zbąszyniu, który w dyskusji oświadczył, że tytuły „von" u nas w Polsce nie istnieją i takich tytułów nie znamy. JDP jest legalną partią w Polsce i ma też prawo istnienia – w przeciwieństwie do DV, która spała i śpi jeszcze, a w dodatku uznaje ją za nielegalną.

Ogólnie jeszcze nadmienić należy, że z okazji pomyślnego plebiscytu w Saarze, mniejszość niemiecka przejawiła duże zadowolenie.

W dniu 15. lub 16.1. br. około godz. 18.30 na ulicy w Strzyżewie prowadzona była przez Niemców rozmowa na temat plebiscytu w Saarze. Rozmawiający wyrazili się następująco: „Zagłębie Saary Niemcy już dostali. Polska też pożyczyła duże pieniądze z Niemiec; jeżeli nie będzie mogła oddać, to Poznańskie też przypuszczalnie im przypadnie". Nazwisk osób prowadzących rozmowę nie ustalono. Jak wynika z treści powyższej rozmowy, wśród Niemców na pograniczu polskim rozsiewane są fałszywe wieści, aby podtrzymać ducha niemieckiego i przekonanie, że i oni kiedyś wrócą do macierzy.

Dalsze wywiady w tej sprawie zarządzono.

II. *Część szczegółowa*

a) *Życie polityczne*

Zjednoczenie Niemieckie – Deutsche Vereinigung

Deutsche Vereinigung zorganizowała w miesiącu styczniu następujące zebrania:

W dniu 5.1.1935 r. w Zbąszyniu, w którym brało udział około 120 mężczyzn z Zbąszynia i okolicy. Na zebranie przybyli Witzleben, Dr. Kohnert i v. Beyme. Przewodniczył Schütz Gustaw, właściciel browaru ze Zbąszynia; referaty wygłosili kolejno Witzleben, Kohnert i Beyme. W dyskusji zabrał głos członek JDP Doehnke Erich, który wyraził się - jak podano w części ogólnej.

Po zebraniu utworzono grupę Deutsche Vereinigung i wybrano zarząd. Na członków zapisało się 38 osób.

Tegoż samego dnia odbyło się również zebranie w Grodzisku w lokalu Zweigera, na którem byli obecni wyżej wymienieni Witzleben, Dr. Kohnert i Beyme. Referenci dążyli i tam do założenia miejscowej grupy DV i wybrania zarządu, do czego jednak nie doszło, gdyż obecni na zebraniu byli przeważnie zwolennikami JDP. Obecnych było około 50 osób.

W dniu 17.1.35 r. odbyło się zebranie DV Nowy Tomyśl, przy udziale 450 osób. Do sali nie wpuszczono członków i sympatyków JDP. Przewodniczył Maennel Otto z Nowego Tomyśla, który wyraził się na wstępie, że nie będzie nigdy mówił o sprawach politycznych, gdyż organizacja DV ma na celu jedynie dobro wszystkich Niemców zamieszkałych w Polsce. Następnie przemawiał pastor Schilter o pomocy dla biednych /Deutsche Nothilfe/. Machatschek z Poznania zapowiedział, że dnia 24.1.35 r. utworzona zostanie w Nowym Tomyślu Jugendgruppe DV i w tym celu przybędzie w dniu tym Faber z Poznania. Obecny na zebraniu Faber rozdawał legitymacje członkowskie członkom DV.

Na zebraniu popisywał się występami Männerturnverein z Nowego Tomyśla. Miała to być propaganda, by młodzież wstępowała do organizacji sportowych niemieckich.

Dnia 26.1.35 r. odbyło się zebranie DV w Sątopach pod przewodnictwem Maennela z Nowego Tomyśla. Udział brało około 250 osób. Na wstępie wykazał Maennel zasługi Marszałka Piłsudskiego i Hitlera nad współpracą na terenie międzynarodowym i wniósł 3-krotny okrzyk na ich cześć. Następnie przemawiał Schilling Paweł, właściciel młyna z Nowego Młyna, powiatu poznańskiego, na temat dążenia i celów DV. Giesberg- Roberg z Poznania mówił na temat wychowania i zachowania się młodzieży niemieckiej oraz udzielał lekcji tańców ludowych /demonstrował takie tańce/. Schtich Maks z Turkowa wygłosił wykład o pielęgnowaniu koni w rolnictwie, zaś hrabina Schlieffen z Wioski, powiatu wolsztyńskiego, przemawiała dwukrotnie na temat jedności i zgody wśród Niemców, zamieszkałych w Polsce i obowiązku lojalności Niemców wobec Państwa Polskiego, zaznaczając, że takiej współpracy i stosunków pomiędzy Polską z Niemcami, jak obecnie istnieją, życzy sobie DV zawsze – całe wieki – a nie tylko na 10 lub 20 lat.

W dniu 24.1.35 r. odbyło się zebranie organizacyjne z ramienia DV w celu założenia oddziału dla Młodych /Jugendgruppe der Deutschen Vereinigung/. Zebranie odbyło się w lokalu Kerna Alfreda przy udziale około 60 osób. Przybyły z Poznania Faber wygłosił referat o zachowaniu i wychowaniu młodzieży niemieckiej, zapowiadając, że Jugendgruppe organizować ma w przyszłości przedstawienia teatralne, kursy śpiewów, rozmaite odczyty, zabawy itp. urozmaicenia, by młodzież się poznała i zawiązała życie towarzyskie. W końcu zachęcał obecnych, by wszyscy, którzy ukończyli lat 18 zapisali się na członków DV.

Jugendgruppe założono, do której zapisało się 47 osób, w tem 19 dziewcząt.

Partia Młodoniemiecka w Polsce – Jungdeutsche Partei für Polen

Z ramienia Jungdeutsche Partei urządzono:

W dniu 6.1.35 r. w Grodzisku w sali Jarosza zgromadzenie przy udziale około 150 osób. Przewodniczył Fritz Zoeger z Nowego Tomyśla. Referaty wygłosili Brunon Schulz z Wolsztyna i Fischer v. Mollard z Parzęczewa, powiatu jarocińskiego.

W dniu 6.1.35 r. odbyło się zebranie w Sątopach przy udziale około 103 członków. Przewodniczył prezes miejscowego oddziału Sengert Oskar, który odczytał statut organizacji. Następnie odegrano sztukę teatralną pt. „Glum" uwypuklającą stosunki pomiędzy młodymi a starymi Niemcami. Udział ludności był dość liczny.

W dniu 13.1.35 r. odbyło się zebranie połączone z wieczorkiem dla członków JDP w Jastrzębsku Starem. Udział publiczności na wieczorku był nikły.

Tego samego dnia odbył się również wieczorek połączony z przedstawieniem teatralnym w Miedzichowie w sali Riemera. Odegrano sztukę pt. „Laienspiel". Udział brało około 90 osób.

W dniu 15.1.35 r. odbyła się w Kuślinie zabawa oddziału Łęczyce – Kuślin przy udziale około 50 osób. Zabawa trwała od godz. 18 do 24. Na zakończenie zabawy przemawiał Fleischer Rudolf z Rudnik, który wyraził się, że zabawę urządzono w dniu 15.1. br., głównie dlatego, by uczcić zwycięstwo w plebiscycie w Saarze.

W dniu 22.1.35 r. odbyło się w Kąkolewie zebranie miejscowego koła JDP przy udziale około 45 członków. Przewodniczył prezes Linke Oskar. Odczytał on statut organizacji, następnie postanowiono urządzić zebranie w dniu 3 lutego br., na którym ma nastąpić wybór nowego zarządu. Uchwalono, że na każdym wieczorku towarzyskim mają się odbyć śpiewy i deklamacje.

W dniu 27.1.35 r. oddział JDP Nowy Tomyśl urządził dla swych członków zebranie i wieczorek w lokalu Eichlera Henryka w Glinnie. Udział gości był nikły.

b) *Prasa mniejszościowa*

Kreis-Zeitung nowotomyski omawiał w okresie sprawozdawczym aktualne sprawy polityki bieżącej tak zagranicznej, jak i wewnętrznej.

Z spraw zagranicznych dużo miejsca poświęcił szczególnie plebiscytowi w Saarze. Konfiskat nie było.

Druki nieperjodyczne – zagraniczne

W okresie sprawozdawczym nie dokonano żadnych zajęć.

c) *Życie kulturalno-społeczne*

W dniu 4.1.35 r. odbyło się w Kąkolewie zebranie zarządu Gesangverein Kąkolewo, na którem przeprowadzono rewizję kasy. W dniu 6.1.35 r. odbyło się walne zebranie tegoż towarzystwa przy udziale 45 członków. Uchwalono urządzić w dniu 16.2.35 r. zabawę połączoną z przedstawieniem teatralnym.

Dnia 27.1.35 r. odbyło się w lokalu Kerna Alfreda w Nowym Tomyślu zebranie członków stowarzyszenia „Gemischter Chorgesang", na którym omawiano sprawy organizacyjne.

Pastor Greulich w Miedzichowie przysposabia młodzież niemiecką do odegrania sztuki teatralnej w miesiącu lutym br. Ćwiczenia odbywają się w salce parafjalnej.

d) *Życie gospodarcze*

Vacat.

e) *Życie zawodowe*

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft, oddział w Kuślinie, urządziła w dniu 11.1.35 r. zebranie, na które przybył redaktor „Posener Tageblatt", Baehr z Poznania. Informował obecnych o obniżeniu długów hipotecznych. Obecnych było około 200 osób.

Tegoż samego dnia takie zebranie odbyło się również w Chmielinku przy udziale około 160 osób.

W dniu 23.1.35 r. podobne zebranie odbyło się w Opalenicy, w lokalu restauratora Korzeniowskiego, które trwało od godz. 17 do 20. Obecnym był wyżej wymieniony Baehr i Manthey z Poznania. Omawiano również ustawę oddłużeniową.

f) *Życie sportowe*

W dniu 4.1.35 r. odbyło się w Albertowsku zebranie członków towarzystwa cyklistów „All-Heil", przy udziale 57 członków. Uchwalono urządzić przedstawienie amatorskie w dniu 26.1.35 r. Pozatem wybrano zarząd na rok bieżący w dotychczasowym składzie. Odnośne przedstawienie amatorskie odbyło się w dniu 26.1.35 r.

W dniu 5.1.35 r. odbyło się w lokalu Kerna Alfreda w Nowym Tomyślu zebranie członków Männerturnverein, pod przewodnictwem wiceprezesa Saage Adolfa z Glinna. Na zebraniu poruszono sprawę przynależności partyjnej poszczególnych członków. Na tym tle wywiązała się dyskusja na temat sympatyzowania niektórych członków z organizacją JDP. W wyniku tegoż ustąpił dotychczasowy prezes towarzystwa Seelinger i sekretarz Buchwald oraz wystąpiło kilku członków.

W dniu 13.1.35 r. odbyło się w Kąkolewie zebranie towarzystwa cyklistów „Edelkron", przy udziale około 15 członków, na którem omawiano sprawy organizacyjne.

W dniu 19.1.35 Männerturnverein Nowy Tomyśl urządził wieczorek dla członków i zaproszonych gości, w lokalu Olejniczakowej w Nowym Tomyślu. Udział publiczności był nikły. Gospodarzem był Saage Adolf.

g) *Życie religijne*

W dniu 6.1.35 r. odbyło się w Cichejgórze w sali Binkowskiego zebranie Społeczności Chrześcijańskiej - oddziału Sątopy pod przewodnictwem kaznodzieja z Więcborka Kalisa Jana. Udział brało około 200 osób z pośród członków oddziału Sątopy i okolicy. Kalis wygłosił kazanie o treści religijnej. Następnie odśpiewano kilka pieśni religijnych. W sali zbierano dobrowolne datki.

W dniu 25.1.35 r. odbyło się w Sątopach walne zebranie Społeczności Chrześcijańskiej koła Sątopy przy udziale 34 członków. Przewodniczył prezes Michalski Bernard. Po złożeniu sprawozdania z działalności towarzystwa za rok ubiegły, wybrano nowy zarząd w dotychczasowym składzie.

W czasie od dnia 8-12.1.35 r. w sali Kaisera w Grudnej odbywały się wykłady misyjne dla dziewcząt narodowości niemieckiej. Wykłady prowadziła misjonarka Müllerowa z Poznania. Od dnia zaś 15-19.1.35 r. takie wykłady odbywały się w Chmielinku. Na wykłady w Grudnej uczęszczało 40 dziewcząt, a w Chmielinku 60 dziewcząt. Wykłady zorganizował pastor Grothaus z Lwówka.

Varia

Według uzyskanej informacji, nadleśniczy prywatny w Łomnicy, Bromitz z rodziną, ma zamiar wyjechać na stały pobyt do Niemiec. Wymieniony jest obywatelem niemieckim. Rodzina jego ma wyjechać już w miesiącu kwietniu br., on sam od 1 lipca br.

Właścicielka majątku w Wąsowie, Heydenowa, wypowiedziała leśniczemu /Niemcowi/ Joachimowi posadę w dniu 1.1.35 r.. Ma on otrzymać w majątku inną posadę na tych samych warunkach. W miejsce Joachima zamierza Heydenowa przyjąć leśniczego Polaka, od dnia 1 kwietnia br.

252

Dezember 1935: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (November 1935)

Grudzień 1935r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (listopad 1935r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1552

I. *Sytuacja ogólna*

W życiu mniejszości narodowych w okresie sprawozdawczym zasługują niektóre poczynania Niemców, zgrupowanych w Jungdeutsche Partei, a mianowicie: uprawianie ćwiczeń o charakterze przysposobienia wojskowego przez członków poszczególnych oddziałów JDP oraz tendencje w kierunku dalszego bojkotowania towarów żydowskich, a poza tym bojkot właścicieli sklepów polskich i tych Niemców, którzy nie są zwolennikami ich obozu.

Następnie ujawniono w okresie sprawozdawczym tendencję do zakładanie stowarzyszeń niemieckich kulturalno-oświatowych pod nazwą „Deutscher Jugendverein", deklarujących się jako apolityczne. Na członków przyjmuje się młodzież od lat 14-stu. Założycielami tych stowarzyszeń są członkowie JDP, którzy niewątpliwie oddziaływać będą na młodzież w tym duchu pod płaszczykiem stowarzyszenia kulturalno-oświatowego.

Walka o wpływy Deutsche Vereinigung i Jungdeutsche Partei na organizacje gospodarcze w porównaniu do miesiąca października przybrała w okresie sprawozdawczym znów żywotniejsze tętno. Głównie rozgrywki odbywają się obecnie pomiędzy Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft a Verband Deutscher Bauern. Kierownictwo Welage, poparte wpływami DV, dąży do podtrzymania dotychczasowego stanu rzeczy w życiu zawodowo-gospodarczym, natomiast VDB, opanowany przez działaczy JDP, dąży wszelkimi środkami do zniweczenia Welage i zawładnięcia współdzielczością [!] niemiecką na zasadach narodowego socjalizmu, głosząc hasła wyzwolenia się spod dyktatury kapitalistów - obszarników. Która z organizacyj zwycięży, nie można jeszcze powiedzieć, gdyż tak DV jak i JDP mają nieomal równe szanse powodzenia na tutejszym terenie, z tą jednak różnicą, że DV jako rekrutująca się z ludzi zamożniejszych, łatwiej zdobywa wpływy. Tak samo przedstawia się sprawa między Welage a nową organizacją VDB. Ta ostatnia stosunkowo w krótkim czasie zdołała sobie pozyskać już pokaźną liczbę sympatyków.

Odnośnie organizacji NSDAP, działającej w Polsce, zdołano w okresie sprawozdawczym uzyskać pewien materiał obrazujący jej działalność i stosunki w niej. W dniu 24.11 br., podczas przekraczania granicy do Niemiec, poddany został dokładnej rewizji celnej Prox Waldemar – mąż zaufania NSDAP na województwo poznańskie. Materjał jaki przy tej okazji uzyskano przedłożyłem tamtejszemu Urzędowi przy piśmie z dnia 28.11.br. Nr. 158/36 tj.

II. *Życie polityczne*

a) *Deutsche Vereinigung*

kierowała swe wysiłki głównie w kierunku powiększania swego stanu posiadania. w tym celu projektowanie nowych oddziałów, jak w Starym Tomyślu i okolicy Kuślina, do czego jeszcze dotychczas nie doszło. Następnie organizacja toczy walkę o wpływy na organizacje gospodarcze, broniące przedewszystkim upadku Welage kosztem nowopowstającej organizacji VDB.

Natężenie działalności DV świadczy następujące zestawienie:

Miejscowość	Rodzaj zebr.	Liczba uczestn.	Mówcy
Nowy Tomyśl	wieczorek humoryst. dla dzieci	260	-
Lewiczynek	wieczorek tow. /Kameradschafts-abend/	45	-
Kuślin	zebranie	30	Stengel Arno
Kuślin	zebranie	16	Stengel Arno
Nowy Tomyśl	zebranie	34	Faber Herbert
Sątopy	zgromadzenie	300	Schilling Paweł, Stoffer-Meier, hr. Schlieffen
Łęczno /oddz.Miedzichowo/	zgromadzenie	260	Dr. Lück
Kąkolewo /sekcja młodzieży/	zebranie	30	zostało rozwiązane przez P.P.
Opalenica	zebranie	100	Gersdorf

W dniu 2.11. br. o godz. 16–19 tej urządzono w Nowym Tomyślu, z ramienia DV, wieczorek humorystyczny dla dzieci członków pt. „Märchenabend". Inicjatorem i przewodniczącym był miejscowy prezes koła DV, Maennel Otto. W wieczorku brało udział około 200 osób dorosłych, w tem połowa kobiet i około 60 dzieci. Na program wieczorku składały się deklamacje i śpiewy dzieci szkolnych, dalej „bajki" dla dzieci jak: „Dornröschchen", „Hans und Gretel", „Rotköpfchen" itp. Spraw politycznych nie poruszano, – przebieg spokojny.

W dniu 6.10. br. o godz. 18 odbył się w Lewiczynku wieczorek towarzyski tzw. „Kameradschaftsabend" przy udziale 45 członków. Po odśpiewaniu pieśni ludowych obradowano nad urządzeniem zabawy jesiennej.

W dniu 3.11. br. odbyło się zebranie oddziału DV w Kuślinie przy udziale około 30 osób. Przewodniczył i przemawiał Arno Stengel, na temat niesienia pomocy materjalnej biednym Niemcom i płacenia zaległych składek członkowskich.

W dniu 13.11. br. odbyło się ponownie zebranie ww. oddziału z udziałem Stengla. Na zebraniu tem omawiano sprawy organizacyjne, a szczególnie organizację nowego oddziału DV, przypuszczalnie w Starym Tomyślu oraz wyjazd członków na zgromadzenie DV w Sątopach.

W dniu 7.11. br. o godz. 19.15 do 22. urządzono zebranie członkowskie DV – koła Nowy Tomyśl w salce kupca Lüdkego Adolfa w Starym Tomyślu. Przewodniczył sekretarz koła Horlitz Reinhold ze Starego Tomyśla. Uczestników było 34, w tem 8 kobiet. Referat wygłosił Faber Herbert z Międzychodu. Na wstępie oznajmił mówca, że DV otrzymało zezwolenie od władz na tworzenie przy poszczególnych kołach DV sekcji młodzieży tzw. „Jugendgruppe". Do sekcji młodzieży ma być przyjmowana młodzież w wieku od 14 do 18 lat. Celem sekcji ma być pielęgnowanie języka ojczystego, oświaty itp. – przez urządzanie odczytów, śpiewów, gier towarzyskich itp. W związku z tym mają być w przyszłości zniesione tzw. „Jungbauerngruppe" przy Welage. Tworzenie

sekcyj młodzieży przy DV ma nastąpić w najbliższym czasie.

Omawiając stosunek DV do Państwa Polskiego podkreślił Faber, że DV jest i pozostanie nawskroś lojalną wobec Państwa Polskiego i absolutnie żadnej demagogicznej i antypaństwowej działalności przejawiać nie będzie, a postępować będzie tak, jak prawo nakazuje.

Prelegent poruszył też krótko działalność JDP, którą nazwał frazesową demagogią, mówiąc że JDP tylko w teorji głosi hasła niesienia pomocy na terenie całego Państwa Polskiego, lecz w rzeczywistości bardzo mało czyni. W związku z tym zaznaczył mówca, że DV już w najbliższym czasie rozszerzy swoją działalność na całą Polskę i wywiąże się należycie ze swych zadań wobec wszelkich współbraci.

Na zakończenie apelował do zebranych, by więcej niż dotychczas interesowali się zebraniami członkowskimi, pilnie na nie uczęszczali i pociągali za sobą opieszałych, by w ten sposób wykazywali żywotność organizacyjną. Wreszcie zachęcał mówca członków do pilnego czytania niemieckich czasopism zagranicznych „Illustrierte Münchner", „Berliner Zeitung" itp., by przez to zapoznać się ze stosunkami panującymi w Rzeszy.

W dniu 14.11. br. o godz. 18.40 zostało zwołane zgromadzenie DV oddział Miedzichowo do sali Idy Riemer w Łęcznie. Udział brało około 260 osób. Referat wygłosił Dr. Lück z Poznania. Referent omówił obszernie życiorys Hitlera, przeczytał niektóre ustępy z książki „Mein Kampf" i poruszył sprawy polsko-niemieckie, a w końcu walkę pomiędzy obozem starych i młodych. W dyskusji nikt głosu nie zabierał.

W dniu 19.11. br. odbyło się w Kąkolewie zebranie sekcji młodzieży oddziału DV pod przewodnictwem członka DV, Hildebrandta Jerzego z Albertowska. Ogółem brało udział około 30 osób. W tem było 9-ciu w wieku od 14 do 18 lat i dalszych 9 osób nie członków DV. Hildebrandt odbył z nimi lekcję tańców, gier towarzyskich, śpiewów, a ponad to miał wykład o Adolfie Hitlerze. Zebranie powyższe rozwiązał komendant posterunku PP w Bukowcu i podał Hildebrandta do ukarania za wykroczenie art. 18 ustawy o zgromadzeniach.

W dniu 29.11. br. odbyło się zebranie członkowskie DV w Opalenicy /Oddział Łęczno/. Udział brało około 100 osób. Przewodniczył Oswald Steinborn z Łęczna. Referat wygłosił Gero Gersdorff na temat narodowego socjalizmu, ruchu Niemców w Polsce i walki politycznej.

b) *Jungdeutsche Partei*

Działalność tej organizacji omówiłem już częściowo w punkcie „sytuacja ogólna". W sprawie ćwiczeń o charakterze przysposobienia wojskowego członków JDP nadmieniam, że ćwiczenia takie odbyły się:

1. w dniu 10.11. br. na podwórzu rolnika Zinkego Amanusa w Kąkolewie, członków oddziału Kąkolewo. Ćwiczeniami kierował Zinke. Ustawił on przybyłych 10 członków według wzrostu w szereg i ćwiczył zwroty, zbiórkę, formowanie czwórek, tworzenie kolumny czwórkowej, szeregu, odliczanie itp. Ćwiczenia trwały około 1/2 godziny. Komendę Zinke oddawał w języku niemieckim.

2. W dniu 17.11.35 r. o godz. 14 – 16 ćwiczył oddział członków JDP w sile 20 ludzi na podwórzu wdowy Hoffmann Berty w Róży Nowej. Komendantem oddziału był robotnik Kelm Gustaw, który jest kierownikiem tzw. „Saalschutzu" JDP oddział Sątopy.

3. W dniu 23.11.35 r. od godz. 19 do 21.45 odbyło się w Sątopach w prywatnym mieszkaniu rolnika Gebauera Hermanna zebranie członków JDP, w którym wzięło udział około 40. Podczas tego zebrania członek Kelm Gustaw ćwiczył tzw. „Saalschutz".

Podawał komendy w języku niemieckim jak: „baczność", „spocznij", „równaj" itp. oraz słychać było ćwiczenia równego kroku, zachodzenia dwójkami i formowania czwórek. W czasie ćwiczeń Kelm wystawił wartownika pod mieszkaniem Gebauera.

4. Podobne ćwiczenia dokonywał oddział JDP w Chmielinku co 14 dni. Ćwiczenia prowadzi rezerwista wojska polskiego /st. strzelec/ Brunon Malke z Chmielinki. Na ćwiczenia te przybywa od czasu do czasu pastor Grothaus ze Lwówka. Ostatni raz był na nich w dniu 25.10. br.

Nadmieniam, że uczestnicy tych ćwiczeń są członkami tzw. „Saalschutz" i przez ćwiczenia te mają wyrobić się na karny oddział.

W związku z odbyty jarmarkiem w Nowym Tomyślu w dniu 21.11. br. uzyskano informację, że wśród członków JDP w Kuślinie powstała inicjatywa wysłania na jarmark pewnej ilości członków w celu obserwowania Niemców, którzy będą kupować u Żydów. Jeżeliby mieli stwierdzić, że pomiędzy kupującymi u Żydów Niemcami są członkowie JDP, to mieli wydać na miejscu samosąd i wykluczyć członków tych z tych partyj. Przeprowadzona obserwacja podczas jarmarku nie ujawniła nic konkretnego.

W miesiącu październiku br. kolportowano w Nowym Tomyślu na zebraniach wśród członków JDP anonimową ulotkę z datą 1.10.35 r. zatytułowaną „Geschäfts- und Branchenverzeichnis von Mitgliedern der JDP". Ulotka ta zawiera nazwiska właścicieli wszelkich sklepów spożywczych, kupców i rzemieślników, przynależących do JDP, bez jakichkolwiek komentarzy. Nie ulega wątpliwości, że służy ona celom bojkotowania wszelkich przedsiębiorstw handlowych, kupieckich i rzemieślniczych, których właściciele nie należą do JDP. Dotyczy to również Polaków.

Natężenie działalności organizacji wykazuje następujące zestawienie:

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestn.	Mówcy
Przyłęk	zebranie	100	Knorr Artur
Strzyżewo	zebranie	25	Knorr Artur
Lewiczynek	zabawa	100	Knorr Artur
Miedzichowo	zebranie	30	Preuss Elżbieta
Grodzisk	zebranie	22	Bielke Karol
Grodzisk	Kameradschaftsabend	20	Bielke Karol
Kąkolewo	zebranie	63	Lange Otton
Jastrzębsko Stare	zebranie	45	Pflaum Otto
Sątopy	zebranie	150	Lengert Otto

W dniu 2.11.35 r. o godz. 20 do 21.30 odbyło się zebranie JDP koła Nowy Tomyśl w oberży Hoetha w Przyłęku. Przewodniczył członek zarządu Knorr Artur z Nowego Tomyśla. W zebraniu brało udział około 100 członków, w tem 15 kobiet. Knorr miał odczyt na temat zachowania się członków, wychowania młodzieży i zjednywania sobie sympatji w społeczeństwie niemieckim, by przez to wciągnąć jaknajwięcej członków i sympatyków do partji.

W dniu 2.11.35 r. odbyło się zebranie miesięczne oddziału JDP Strzyżewo. Udział brało około 25 członków. Podczas zebrania piętnowano te osoby, które jeszcze nie należą do DV. Pozatem omawiano kwestję urządzenia zabawy.

W dniu 3.11. br. urządził oddział JDP Lewiczynek zabawę taneczną w sali Lehmanna w Lewiczynku. Udział brało około 100 osób. Przebieg był spokojny.

W dniu 7.11. br. odbyło się zebranie JDP oddziału Miedzichowo, przy udziale około 30 członków, celem omówienia sprawy zebrania odzieży dla biednych na gwiazdkę. W tym celu poproszono 15 dziewcząt, które mają zbierać odzież wśród okolicznych mieszkańców. Kierownictwo spoczywa w rękach Elżbiety Preuss z Miedzichowa.

W dniu 10.11. br. odbyło się w Grodzisku o godz. 14.30 do 16.30 zebranie tamtejszego oddziału JDP, przy udziale 22 członków pod przewodnictwem Schöfflera Henryka z Urbanowa. Referat wygłosił Bielke Karol z Grodziska, który odbył 3-dniowy kurs partyjny w Wolsztynie. Mówił on na temat obowiązku członków partji oraz o niesieniu pomocy biednym.

W dniu 14.11. br. odbył się w Grodzisku z ramienia oddziału JDP tzw. „Kameradschaftsabend" /przy udziale 20 członków na 28/, którym kierował Bielke Karol. Wymieniony odczytał artykuł prasowy ku czci poległych w dniu 9.11.23 r. w Niemczech członków NSDAP, zabitych przez policję w czasie rozruchów, po czem omawiano sprawy organizacyjne.

W dniu 25.11.35 r. odbyło się w mieszkaniu prywatnym Lange Ottona w Albertowsku zebranie oddziału JDP Kąkolewo, przy udziale 63 członków. Omawiano sprawę urządzenia wieczorku, na którym mieliby członkowie popisywać się deklamacjami i śpiewem. Ze względu jednak na znaczne opłaty, jak stemplowe, na bezrobocie itp. zrezygnowali z urządzenia takiego wieczorku.

W dniu 25.11.35 r. urządzono od godz. 20.15 do godz. 22 zebranie z ramienia JDP oddział Jastrzębsko Stare. Przewodniczył miejscowy prezes rolnik Pflaum Otto. Udział brało około 45 członków. Pflaum miał odczyt o wychowaniu młodzieży niemieckiej, o zachowaniu się ich wobec starszych, zaznaczając, że JDP zjedna sobie wzorowym prowadzeniem się coraz więcej członków i sympatyków.

W dniu 28.11. br. odbyło się w Sątopach zebranie JDP przy udziale 150 członków. Przewodniczył prezes Lengert Otto z Sątopów. Omawiano sprawę płacenia składek członkowskich, pozatym wydano legitymacje członkom, którzy przebyli w organizacjach dłużej niż 4 miesiące.

III. *Prasa mniejszościowa*

Miejscowe czasopismo niemieckie „Kreis-Zeitung" stosunkom zewnętrznym poświęciło kilka artykułów m.in. w Nr. 136 z dnia 12.11.35 pt. „Und ihr habt doch gesiegt" – 12-ej rocznicy pierwszego powstania hitlerowskiego w dniu 9.11.23 r. w Monachjum, gloryfikując czyny bohaterskie „Führera" i jego zwolenników, którzy doprowadzili państwo niemieckie do potęgi. Następnie w numerach rozpisywano się szeroko o wprowadzeniu w Rzeszy Niemieckiej nowej flagi państwowej oraz o zaprzysiężeniu pierwszych rekrutów obowiązkowej służby wojskowej 3-ej Rzeszy.

Z pośród spraw polskich poruszano, śladem polskiej prasy społecznej, uchwalenie preliminarza budżetowego, zamykającego się w ramach 2 miljardów złotych oraz wydanie dekretów oszczędnościowych – w duchu na ogół przychylnym. W dalszych numerach pod koniec bm. opisano po krótce przebieg procesu o zabójstwo śp. Ministra Pierackiego.

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 5.11. i 21.11. br. „Gesangverein" w Sątopach odbył zebranie przy udziale 32 członków. Przewodniczył Gebauer Brunon. Podczas zebrania odśpiewano kilka pieśni ludowych, pozatem omawiano sprawy wewnętrzno-organizacyjne.

„Männergesangverein" w Zbąszyniu urządza co tydzień lekcje śpiewu w lokalu Mathes pod przewodnictwem prezesa Schütza Gustawa.

W ubiegłym miesiącu odbyły się 4 razy lekcje śpiewu i tańca urządzone przez sekcję młodzieży DV z Strzyżewa, w lokalu Fellnera w Zbąszyniu. Lekcje trwały każdorazowo od godz. 20 do 22-ej.

Od dnia 20.11.35 r. odbywa się w Grodzisku w lokalu „Ev. Kirchlicher Jugendverein" kurs języka polskiego dla członków „Verband für Handel und Gewerbe"; kurs prowadzi Ganke Stanisława z Grodziska. Na kurs zapisało się 16 członków.

V. *Życie sportowe*

W dniu 8.11. br. zamierzało urządzić towarzystwo cyklistów „Allheil" w Albertowsku zebranie miesięczne. Ponieważ na odnośne zebranie przybył tylko prezes i 9 członków, przeto zebranie odwołano.

W dniu 9.11. br. o godz. 20-ej do godz. 6-ej dnia 10.11.br. odbyła się uroczystość jubileuszowa z okazji 40-letniego istnienia towarzystwa /Männerturnverein Nowy Tomyśl/. Szczegółowe sprawozdanie z przebiegu imprezy przedłożyłem pismem z dnia 19.11.35 r. Nr. BI4/218/35.

VI. *Życie gospodarcze*

W dniu 9.11.35 r. urządzono imprezę jubileuszową z okazji 40-lecia istnienia „Spar- und Darlehnskasse" w Glinnie, w lokalu Hötha w Przyłęku. Kierownik imprezy przewodniczący zarządu kasy Paweł Redlich otworzył uroczystość przemówieniem, zaznaczając, że kasę utworzono w roku 1895 z 25-ciu członkami, która mimo wielu niepowodzeń i kryzysu rozwija się i istnieje po dziś dzień. Następny przemawiał delegat w Verband Deutscher Genossenschaften, Tegel, który również wypowiedział swoje uznanie dla kasy. W imprezie uczestniczyło około 250 osób, w tem połowa kobiet. Wieczorem odbyła się zabawa taneczna.

W dniu 3.11. br. odbyło się w Przyłęku zebranie towarzystwa „Pszczelarzy /Imkerverein/ Nowy Tomyśl, w którym uczestniczyło około 40 członków, w tym jedna kobieta. Referat o hodowli pszczół wygłosił nauczyciel Milnez z Miechniacza, pow. międzychodzkiego. Po referacie wyłoniła się dyskusja, w czasie której omówiono sprawę założenia czysto niemieckiego stowarzyszenia pszczelarzy, któreby tylko w pewnych kierunkach podlegało związkowi w Poznaniu np. w sprawie dostarczania cukru po cenach ulgowych. Chodziło szczególnie o to, że mimo to że w towarzystwie jest tylko 8 Polaków, traktuje się je jako stowarzyszenie polskie i w Poznaniu, obraduje się z nimi w języku polskim, co nie wszystkim się podoba. Chcieliby zatem obrócić się, lecz obawiają się, że będą wówczas źle traktowani i nie dostaną taniego cukru dla pszczół.

W dniu 22.11. br. zwołał nowopowstały związek rolników niemieckich /Verband Deutscher Bauern/ dwa zgromadzenia, a mianowicie:

o godz. 10-ej w Chmielince, gdzie przewodniczył rolnik Gotthold Schade i

o godz. 14.30 w Glinnie, gdzie przewodniczył mąż zaufania VDB rolnik Bausch Gotthold z Róży Nowej.

Referaty, bojkotujące działalność Welage, wygłosił Kremmer Walter z Gniezna i Hörsken Ernst, prezes zarządu głównego VDB z Poznania. Pozatem miał wykład o hodowli koni, bydła itp lekarz weterynarz Dr. Bambauer ze Śmigla.

W dniu 27.11. br. odbyło się walne zebranie Welage koło Jastrzębska Starego. Przewodniczył prezes koła rolnik Müller Hermann z Jastrzębska Nowego. Uczestniczyło około 20 członków. W zebraniu wziął udział Manthey Piotr i Platan Artur z zarządu głównego z Poznania. Głównym punktem obrad był wybór zarządu kasy współdzielczej tzw. „Konsumu" w Jastrzębsku Starem. Kierownikiem kasy wybrany został rolnik Müller Hermann z Jastrzębska Nowego, zastępcą jego rolnik Kurt Paweł z Jastrzębska

Nowego, kontrolerem zaś rolnik Klauk Hermann. Po wyborze Zarządu zabrał głos Platan, który wygłosił odczyt o kulturze łąk, odprowadzaniu wody z pól, budowie mostów kanałowych i kopaniu rowów odpływowych. Na tem zebranie zakończono.

VII. *Życie zawodowe*

Vacat

VIII. *Życie religijne*

W dniu święta Niepodległości odprawili nabożeństwo w zborach ewangelickich następujący pastorzy na terenie powiatu:

Miejscowość	kto odprawiał nabożeństwo	Ilość uczestników	Czy wygłosił kazanie
Nowy Tomyśl	pastor Schwank Ernst	155 dzieci i 25 dorosłych	tak - krótko
Nowy Tomyśl	pastor Schilter	35 dzieci	tak-krótko
/starolut./	pastor Schenk	50 dzieci	tak-krótko
Jastrzębsko St. Zbąszyń	pastor Tauber Willi	60 dzieci 20 dorosłych	na temat Bóg a ludność
Sątopy	pastor Tauber Jan	dzieci wyzn. ew. z Sątop	wygłosił okolicznościowe kazanie

W pozostałych zborach na terenie powiatu, a więc w Opalenicy, Grodzisku, Buku, Miedzichowie, Lewiczynku, Kuślinie i Lwówku, pastorzy nabożeństw nie odprawiali.

W dniu 1.11. br. w zborze ewangelickim w Kuślinie odbyły się nauki przeznaczone wyłącznie dla mężczyzn, liczących ponad 25 lat. Nauki trwały od godz. 9 do 12 i od 14 do 16.45. Wygłaszali je pastorzy: Grotthaus Henryk z Lwówka, Schenk Marcin z Jastrzębska Starego i miejscowy Paweł Lassahn, wszyscy trzej zwolennicy JDP.

Tematem nauk było „Kirche und Volkstum" /kościół i narodowość/. Przy omawianiu tego tematu pastorzy wchodzili na tematy polityczne i nawoływali ludność do zgody i zaprzestania walk politycznych wśród Niemców w Polsce. Następnie kładli nacisk na urządzanie tzw. „Nachbarabende" /wieczorne schadzki sąsiedzkie/ polegające na kolejnym zbieraniu się u poszczególnych sąsiadów i spędzanie wieczorów na pogawędkach itp.

Charakterystycznym jest, że nad popołudniowemi naukami w zborze wprowadzono dyskusję, w której zabrało głos 5 osób.

253

März 1936: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1936)

Marzec 1936r.: Starosta Powiatowy w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1936)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1553

I. *Sytuacja ogólna*

W okresie sprawozdawczym przejawiła żywotniejszą działalność JDP, mniejszą natomiast DV.

JDP, koło Nowy Tomyśl, poświęcało swą działalność głównie zorganizowaniu młodzieży w wieku od lat 14. Dotychczasową organizację „Deutscher Jugendverein" nazwano „Deutscher Wanderverein". Kierownictwo tejże objęli wybitniejsi członkowie JDP.

W związku z powyższym zorganizowano 3-dniowy kurs dla kierowników „Deutscher Wanderverein", który odbyć się ma w Przyłęku oraz akademję pod nazwą „Grosse Kundgebung der deutschen Jugend".

Podnieść należy fakt zaprawiania młodzieży wyżej wymienionej organizacji do ćwiczeń o charakterze przysposobienia wojskowego. Na odnośnym kursie bowiem, jak i podczas akademji posługiwano się komendą na wzór wojskowy. Przed proporczykami bito w bęben, trąbiono na scenie w fanfary przed każdą deklamacją czy pieśnią, a straże przy proporczykach i przed sceną pozostawały pod komendą. Dawano komendy baczność, odlicz, rozejść się itp. Młodzież tą usiłuje się wychować na wzór hitlerowskiego „Hitler-Jugend", a jako wzór młodzieńczego zapału stawia się Horst[a] Wessela.

Na tle nienawiści pomiędzy DV a JDP zaszedł w Nowym Tomyślu następujący wypadek: w dniu 12.11.36 r o godz. 20.30 został napadnięty na ulicy Dworcowej przez przeciwników politycznych współwłaściciel drukarni niemieckiej Busch Wilhelm junior i dotkliwie – pobity.

Tło sprawy jest następujące:

Busch Wilhelm, lat 27, syn redaktora miejscowego czasopisma niemieckiego „Kreiszeitung" był do niedawna ruchliwym członkiem JDP.

Ostatnio zaś wystąpił z JDP i głosił hasło wrogie pod adresem kierowników partji, a specjalnie atakował w prasie i ulotkach miejscowego kierownika JDP Spelta Eryka i kierownika dzielnicowego Ulego.

W dniu 12.2.36 r. Busch wracał z lekcji śpiewu do domu. Na ulicy Dworcowej dobiegli go z tyłu kierownik miejscowego oddziału JDP Apelt Eryk i Schiller Hermann, członek miejscowego oddziału JDP, którzy uderzyli Buscha kilkakrotnie tępym narzędziem w głowę, tak że Busch upadł nieprzytomny na ziemię. W czasie bójki nadbiegł stróż nocny Muszyński Feliks, który ujął obu napastników i doprowadził do Posterunku. Okazało się, że obaj napastnicy mieli przy sobie broń palną i to Apelt Eryk pistolet automatyczny kalibru 6.55 z 6-ma nabojami, zaś Schiller Hermann rewolwer bębenkowy kalibru 7 mm ładowany jednym nabojem. Broń porzucili sprawcy w ogródku przed posterunkiem obawiając się zdemaskowania ich, gdyż nosili nią bezprawnie. Sprawcy przyznali się do pobicia Buscha i do bezprawnego noszenia broni. Sprawcy przyznali się, podając na swoje usprawiedliwienie, że Buscha pobili z pobudek politycznych.

Odebraną broń przesłano wraz z doniesieniami karnemi do Starostwa, zaś sprawę pobicia Buscha /lekkie uszkodzenia ciała/ po spisaniu protokołu skargi prywatnej skierowane zostanie do wiceprokuratora w celu ewentualnego objęcia oskarżenia z urzędu z uwagi na to, że pobicie miało miejsce wieczorem na ulicy. Apelt skazany został na 300 zł., zaś Schiller na 140 zł. grzywny. Broń skonfiskowano. Apelt zapłacił już grzywnę nałożoną. W związku z tym krążą pogłoski, że grzywnę za Apelta zapłaciła JDP. Dowodów na to brak, dalsze wywiady w tym kierunku prowadzi się.

II. *Życie polityczne*

a) *Deutsche Vereinigung*

Organizacja na ogół żywotniejszej działalności nie przejawiała. Ograniczyła się tylko do zwykłych zebrań i urządzenia kilku imprez /zabaw/.

W związku z pobiciem redaktora Buscha Wilhelma w Nowym Tomyślu w dniu 12.2. br. przez przeciwników politycznych członkowie DV wyrażają z tego powodu swoje ubolewanie i oburzenie.

Aktywność tej organizacji wykazuje następujące zestawienie:

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestnikow	Mówcy
Kąkolewo	zebranie i zabawa	100	Gero Gersdorf
Chmielinko	zebranie	13	miejscowy prezes
Nowy Tomyśl	zabawa	250	
Sątopy	zebranie	200	Beissert Ginter z Poznania
Kąkolewo	zebranie	20	Wendorf z Kiszkowa

W dniu 1.2. br. oddział DV w Kąkolewie urządził zebranie dla członków i zaproszonych gości, na którym przewodniczył prezes Bautz Ferdynand. Referat na temat znaczenia i rozwoju DV wygłosił Gero Gersdorff z Poznania. Po zebraniu odbyła się zabawa taneczna, w której wzięło udział około 140 osób z pośród młodzieży. Przebieg był spokojny.

W dniu 6.2.36 r. odbyło się zebranie „Deutsche Vereinigung" w Chmielince, w którem wzięło udział 13 członków. Omawiano sprawę urządzenia zabawy w dniu 16.2.36 r.. Większość członków wypowiedziała się jednak przeciwko zabawie, wobec tego po upływie 30 minut zebrani się rozeszli do domu.

W dniu 16.2.36 r. od godz. 18 do 4-ej urządzono z ramienia DV Nowy Tomyśl zabawę połączoną z wieczorkiem humorystycznym, w sali Olejniczakowej. Kierownikiem całości był prezes koła Maennel Otto. W imprezie brało udział około 250 osób obojga płci, w tem 50 młodzieży tzw. „Jugendgruppe". Na program składały się pieśni ludowe, monologi humorystyczne niejakiego Wesserta z Poznania, a w końcu zabawa taneczna. Przebieg był spokojny.

W dniu 24.2.36 r. urządził oddział DV w Sątopach podobną imprezę, poprzedzoną zebraniem. Udział w imprezie brało około 200 osób, w tem połowa kobiet. Reissert z Poznania wygłosił kilkanaście humoresków z życia żołnierskiego i ludowego dawniejszych czasów pt. „Humor niemiecki". Następnie odbyła się zabawa taneczna. Przebieg spokojny.

W dniu 26.2.36 r. wyżej wymieniony oddział DV urządził zebranie dla członków, na którem przewodniczył Bautz Ferdynand. Delegatka DV, Wendorf z Kiszkowa, wygłosiła wykład o wychowaniu dzieci i prowadzeniu gospodarstwa domowego.

Nowych jednostek organizacyjnych nie stworzono.

b) *Jungdeutsche Partei*

Działalność tej organizacji w okresie sprawozdawczym omówiłem już po części w punkcie I. Tu należy jeszcze nadmienić o wystąpieniu antyżydowskim, jakie miało miejsce w Nowym Tomyślu najprawdopodobniej z ramienia JDP, a mianowicie: w dniu 17.2. br. przyczepiono dwóm kupcom żydowskim, Markusowi Walterowi przy ulicy Mickiewicza i Hilerowi Wolfowi przy placu Marszałka Piłsudskiego, na drzwiach frontowych czasopismo niemieckie „Der Stürmer" /organ JDP/. Dochodzenie nie dało narazie dodatniego wyniku. Odnośne czasopismo przedłożyłem tamtejszemu Urzędowi pismem z dnia 22.2.36 r. Nr. B.I. 4/23/36.

W sprawie zorganizowanego kursu instruktorskiego w Przyłęku wyjaśniam co następuje:

W czasie od 21.2.36 r. do 23.2.36 r. urządzono z ramienia JDP oddział Nowy Tomyśl w prywatnym mieszkaniu rolnika Roya Brunona w Przyłęku, kurs instruktorski dla wybranych członków z partyj, kierujących organ niemiecki „Deutscher Wanderverein". Kurs ten odbywał się pod nadzorem „Kreisleitera" JDP Zoegera Fritza z Nowego Tomyśla. W kursie uczestniczyło oprócz Zögera 7 osobników, a mianowicie: 1) Wittchen Wilhelm z Paproci, prezes „Deutscher Wanderverein", 2) Schiller Hermann z Glinna, zastępca prezesa, 3) Winter Hugon, 4) Linke Otto z Sątopów, 5) Gedrange Erik z Kościelnej Borui, powiatu wolsztyńskiego, 6) Ihm Helmut i 7) Sachtleben z Wolsztyna.

Instruktorem kursu był specjalnie przybyły w tym celu Kodrysz Ginter z Katowic, członek zarządu głównego „Deutscher Wanderverein". Na program kursu składały się wykłady o organizowaniu imprez publicznych, wycieczek, wychowania młodzieży, ćwiczenia śpiewu i tańców ludowych. Uczestników kursu obowiązywał rygor na wzór wojskowy. Wszyscy byli zakwaterowani wspólnie w zagrodzie rolnika Roya. Program dnia rozpoczynał się pobudką, zbiórką w szeregu, wspólną modlitwą, a wieczorem capstrzyk. Posługiwano się komendą jak: baczność, odlicz, zwroty, rozejść się itp. Kurs ten miał trwać 7 dni, lecz rzekomo z powodu nikłej liczby został skrócony i w dniu 23.2.36 r. zakończony pod nazwą „Große Kundgebung der deutschen Jugend".

Odnośną akademją kierował uczestnik kursu Wittchen, prezes „Deutscher Wanderverein" Nowy Tomyśl. W akademji uczestniczyło około 100 osób z pośród młodzieży obojga płci, 200 dorosłych członków JDP i 14 członków „Deutscher Wanderverein" z Poznania. Ci ostatni przybyli w mundurkach identycznych do stroju „Hitlerjugend" w Rzeszy Niemieckiej z proporczykiem, fanfarami i bębnem.

Nadmieniam, że pismem z dnia 12.2.36 r. Nr.B.I. 4/197/35 prosiłem tamtejszy Urząd o informację, czy nie podnosi zastrzeżeń wobec zamiaru rozwiązania tego stowarzyszenia.

Zgodność [?] JDP wykazuje następujące zestawienie:

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestników	Mówcy
Kąkolewo	zebranie	90	prezes Lange
Kuślin	zebranie	30	Ginter
Chmielinko	zebranie	78	Apelt i Zoeger
Grodzisk	zabawa	100	-
Przyłęk	akademja	300	Kordysz Ginter - Katowice
Jastrzębsko Stare	wieczorek	85	

W dniu 2.2.36 r. urządził oddział JDP w Kąkolewie zebranie, któremu przewodniczył miejscowy prezes. Dokonano wyboru nowego zarządu w składzie dotychczasowym. Innych spraw nie poruszano.

W dniu 3.2.36 r. od godz. 18.30 do 20. odbyło się zebranie JDP w Kuślinie przy udziale około 30 członków. Referat na temat wychowania młodzieży wygłosił Ginter z Nowego Tomyśla.

W dniu 4.2.36 r. odbyło się w Chmielinku zebranie JDP przy udziale 78 członków. Na zebranie przybył Apelt Eryk i Zoeger z Nowego Tomyśla. Było to walne zebranie, na którem dokonano wyboru zarządu na nowy rok. Obrano zarząd w dotychczasowym składzie.

W dniu 9.2.36 r. odbyła się w Grodzisku w lokalu Zweigera zabawa taneczna dla członków JDP oddział Grodzisk i Łęczyce. Koło Łęczyce przyłączyło się do Grodziska dlatego, że Grodzisk uważano za bezpieczniejszy, natomiast w Łęczycach czyni się im przeszkody ze strony miejscowej ludności polskiej.

W dniu 25.2.36 r. od godz. 18. do 24. odbyło się zebranie członkowskie, połączone z wieczorkiem towarzyskim JDP, oddział Jastrzębsko Stare. Przewodniczył prezes oddziału rolnik Pflaum Otto. Uczestniczyło 85 członków. Na zebraniu odczytano tylko komunikaty zarzędu okręgowego „Gauleiter". Referatów politycznych nie wygłaszano. Po zebraniu odbyła się zabawa.

Nowych jednostek organizacyjnych nie utworzono.

III. *Prasa mniejszościowa*

Miejscowy Kreiszeitung powtarzał po większej części ważniejsze artykuły za głównymi organami prasy niemieckiej i polskiej. Na uwagę, ze względu na swą lojalność zasługują artykuły, dotyczące Pana Prezydenta RP z okazji Jego Imienin oraz przemówienia Pana Ministra Spraw Zagranicznych, Becka, na komisji sejmowej.

Nr. 14-tym z dnia 1.2.36 r. na stronie tytułowej poświęcono obszerny artykuł zatytułowany: „Auch Polen fordert Kolonien". W artykule tem omawia autor działalność Ministra Becka, podkreślając, że kiedy w innych latach Minister Beck nie był skłonny do wygłaszania mów publicznych, to na obecnej sesji sejmowej już po raz piąty wystąpił w Sejmie i wygłosił dłuższe przemówienie o swej polityce zagranicznej. Dalej podnosi autor, że ks. Radziwiłł, wykorzystując tę okazję, nie omieszkał chwalić wystąpień Ministra Becka przed Ligą Narodów, przyczem zalecał ponownie żądanie Polsce kolonji.

Następnym Nr. 15-tym z dnia 4.2.36 r. w artykule pt. „Zum Ehrentag des Staatsoberhauptes", poświęconym Panu Prezydentowi z okazji Jego Imienin, autor podnosi zasługi Pana Prezydenta jako wybitnego polityka, bojownika niepodległości, najdawniejszego współpracownika Pierwszego Marszałka Polski J. Piłsudskiego oraz genjalnego spadkobiercę Marszałka. Podniósł również przytem sprawiedliwe traktowanie przez Pana Prezydenta mniejszości narodowych przez to, że kiedy przy ostatnich wyborach do ciał ustawodawczych Niemcy nie osiągnęli żadnego przedstawiciela do Sejmu, to Pan Prezydent RP zamianował 2 Niemców senatorami.

W Nr. 20-tym z dnia 15.2.36 r. w artykule pt. „Großer Erfolg Dr. Franks in Warschau" opisuje autor pobyt Ministra Sprawiedliwości Rzeszy Niemieckiej w Warszawie i w Krakowie, podnosząc wielkie zasługi Franka i wskazywał na niego jako zwiastuna misji kulturalno-prawniczej i naukowej oraz wyraziciela misji pokojowej słowami: „Pokój przed wojnę, prawo przed gwałtem".

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 4.2.36 r. odbyła się w Sątopach zabawa w zamkniętym kółku towarzyskim „Gesangverein" Sątopy. Udział brało około 150 osób. Przebieg spokojny.

W dniu 6.2.36 r. odbyło się zebranie towarzystwa śpiewu „Gesangverein" w Kąkolewie, przy udziale 35 członków. Na zebraniu uchwalono urządzić zabawę w dniu 18.2.36 r., która się też odbyła, przy udziale około 100 osób. Przebieg spokojny.

„Jungmädchenverein" z Sątopów odbył zebranie dnia 2 i 22.2.36 r. przy udziale 30 członkiń. Przewodniczyła pastorowa Tauberowa. Podczas zebrań ćwiczono śpiewy kościelne i czytano biblję.

V. *Życie sportowe*

W dniu 9.2.36 r. od godz. 15. do 20. odbyły się w Nowym Tomyślu gimnastyczne zawody międzymiastowe /Städte-Wettkampf/, zorganizowane przez „Turnverein"

Nowy Tomyśl. Kierownikiem i organizatorem był miejscowy prezes Kruschel Hermann. Z pośród zaproszonych 5 towarzystw zamiejscowych przybyły tylko 2 sekcje i to z Gniezna i Międzychodu, natomiast z Poznania, Wolsztyna i Leszna nie przybyły. Towarzystwa bowiem opanowane przez JDP, nie chciały zetknąć się z drużyną gospodarzy o większości członków DV. Z tego też powodu prezes Kruschel w mowie powitalnej wyraził swoje ubolewanie.

W zawodach brało udział około 50 zawodników mężczyzn oraz miejscowa drużyna żeńska w składzie 13 zawodniczek. Publiczności było około 180 osób. Pierwsze miejsce zdobyła drużyna z Gniezna, drugie z Nowego Tomyśla i trzecie z Międzychodu.

W dniu 24.2.36 r. od godz. 19. do 5. odbył się w Przyłęku bal maskowy towarzystwa cyklistów „Wanderlust" Przyłęk. W zabawie brało udział około 300 osób. Podczas zabawy zebrano dowolną składkę na cele „Deutsche Nothilfe" w kwocie 18.12 zł. Przebieg zabawy był spokojny.

VI. *Życie gospodarcze*

Oddział Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft w Kąkolewie odbył w dniu 6.2.36 r. zebranie przy udziale 8 członków pod przewodnictwem prezesa Biedermanna Pawła. Przemawiał niejaki Schlür z Poznania na tematy gospodarcze i położenia w stosunku do innych krajów jak Japonji, Chin, Anglji, Ameryki itd. Omawiał też szeroko powody obecnego kryzysu gospodarczego, eksport, import niektórych krajów. Po referacie w dalszym ciągu zebrania omawiano sprawy wewnętrzno-organizacyjne i na koniec uchwalono urządzenie zabawy tanecznej i przedstawienia amatorskiego pt. „Der nächste Morgen".

Odnośna zabawa odbyła się w dniu 22.2.36 r., przy udziale około 220 osób. Przebieg był spokojny.

W dniu 8.2.36 r. odbyło się zebranie oddziału Welage w Kuślinie, na którem referat na temat gospodarczy wygłosił właściciel ziemski Stich. Obecnych było około 30 członków.

W dniu 24.2.36 r. od godz. 17. do 19. odbyło się walne zebranie oddziału Welage Jastrzębsko Stare pod przewodnictwem rolnika Müllera Hermanna. Uczestniczyło około 60 członków. Poza miejscowymi członkami uczestniczyli w zebraniu Manthey i Lenartowicz z Centrali z Poznania. Głównym punktem obrad było sprawozdanie zarządu z całorocznej działalności koła oraz sprawozdanie kasowe. Wyboru zarządu nie było, gdyż zarząd wybiera się raz na trzy lata. W dalszym ciągu Lenartowicz wygłosił półgodzinny referat o ruchu handlowym, o wartości walutowej i o papierach wartościowych. Po zebraniu odbyła się zabawa taneczna dla członków i ich rodzin. Przebieg zabawy był spokojny.

W dniu 26.2.36 r. od godz. 19. do 22. odbyło się w Paprociach zebranie „Jungbauerngruppe" przy filji Welage Nowy Tomyśl. Przewodniczył prezes filji Welage Maennel Otto z Nowego Tomyśla. Udział brało około 25 młodych chłopaków, synów członków Welage. W pierwszej części zebrania kierownik „Jungbauerngruppe" wygłosił odczyt o hodowli pszczół, o pielęgnowaniu owocu i kulturze łąk. Następnie inż.agr. Plate z Poznania miał odczyt o uprawie roli w miesiącach maju, czerwcu i lipcu. Po odczycie Platego nastąpił jednogodzinny wspólny śpiew pieśni ludowych.

W końcu przewodniczący apelował do zebranych, by w zebraniach młodych rolników uczęszczały też jaknajliczniej dziewczęta „Jungbäuerinnen". Oznajmił, że w najbliższym czasie zorganizuje dla dziewcząt kurs gotowania w sali Pflaumowej w Paproci. Dalej Maennel poruszył kwestję kursu dla młodych rolników „Jugendkursus", mówiąc,

że zgłosiło się dopiero 6–8 kandydatów, a potrzebnych jest 25. Do kursu mają być wciągnięci młodzi z okolicy Zbąszynia, Wolsztyna i Kuślina. Miejsca i czasu kursu jeszcze nie ustalono.

VII. *Życie zawodowe*

W dniu 11.2.36 r. odbyło się w Nowym Tomyślu walne zebranie stowarzyszenia „Verband für Handel und Gewerbe" filji Nowy Tomyśl. Przewodniczył prezes Tepper Otto. Udział brało 42 członków. Głównym punktem obrad było sprawozdanie zarządu z rocznej działalności filji oraz sprawozdanie kasowe. Stwierdzono, że filja liczy obecnie 57 członków – przed rokiem liczyła 56. Prezesem wybrano ponownie Teppera Ottona, na miejsce odchodzącego sekretarza Lücka, wybrano sekretarzem filji kontrolera księgowości Riehma, w miejsce zaś Krafta Brunona, który nie przyjął nadal funkcji skarbnika, wybrano Tietza Gerharda z Nowego Tomyśla.

Z centrali z Poznania byli obecni Lis i Baehr. Lis miał wykład o nowym ustawodawstwie w Polsce, zapoznawając zebranych z najnowszymi rozporządzeniami Pana Prezydenta RP, o instrukcjach podatkowych, opłatach stemplowych itp. Baehr zaś wygłosił referat o polityce gospodarczej, o traktacie handlowym polsko-niemieckim oraz o jego skutkach, stawiając sprawę w ten sposób, że traktat handlowy przyczyni się do polepszenia konjunktury handlowo-przemysłowej. Na tem zebranie zakończono.

VIII. *Życie religijne*

W dniu 12.2.36 r. urządził djakon Müller ze Lwówka odczyt biblji oraz lekcje śpiewów religijnych dla młodzieży Krzywegolasu, Grudnej i Komorowic. Udział brało około 30 osób.

Oddział Społeczności Chrześcijańskiej w Sątopach odbył zebranie w dniu 24.2.36 r., przy udziale 13 członków. Ćwiczono tylko śpiewy religijne i czytano biblję.

Z okazji Imienin Pana Prezydenta Rzeczypospolitej w dniu 1 lutego br. odprawił nabożeństwo w zborze ewangelickim tylko pastor Tauber William w Zbąszyniu, przy udziale około 35 dzieci szkolnych. Starszych osób nie zauważono. Kazania nie wygłoszono i hymnu „Boże coś Polskę" nie odśpiewano.

W pozostałych zborach ewangelickich na terenie powiatu nabożeństw w tym dniu nie odprawiono.

IX. *Varia*

W dniu 27.1.36 r. otrzymał Trauer Karol, mistrz rzeźnicki /członek DV/, zamieszkały w Miedzichowie, powiatu nowotomyskiego, przekaz pieniężny na kwotę 20 zł. z „Deutsche Nothilfe" w Poznaniu z przeznaczeniem dla rodzin niemieckich, posiadających więcej dzieci /für kinderreiche Familien/.

254

22.5.1936: Der Magistrat in Nowy Tomyśl an den Starosten ebendort. Errichtung einer deutschen Schule

22 V 1936r.: Zarząd Miejski w Nowym Tomyślu do Starosty w miejscu. Założenie szkoły niemieckiej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr.1565

Stosownie do zarządzenia Urzędu Wojewódzkiego Poznańskiego Wydział Komunikacyjno-Budowlany Nr. KBI 22/26/36 z dnia 25 marca 1936 r. w sprawie wydania opinji o przydatności przebudowy domu mieszkalnego przy Starym Rynku na 2 klasową szkołę niemiecką w Nowym Tomyślu, donoszę:

budynek po przystosowaniu go do potrzeb szkolnictwa odpowiadać będzie w zupełności przepisom przewidzianym w § 1 rozporządzenia Min.W.R. i O.P. z dnia 28.2.1925 r. /Dz.U.RP Nr. 36 poz. 245/, natomiast na terenie miasta Nowego Tomyśla nie jest wskazane, ze względów narodowościowych, by szkoła niemiecka powstała, wzmocni się przez to moralnie element niemiecki na naszym terenie.

Przeto proszę Pana Starostę, by sprawę powyższą z odpowiednim oświetleniem, zechciał przedstawić Urzędowi Wojewódzkiemu w Poznaniu.

Burmistrz
Krzowski

255

12.9.1936: Kreiskommando der Staatspolizei in Nowy Tomyśl an den Starosten ebendort. Betätigung des Otto Steinke aus Orzeczkowo, Kreis Międzychód als Wanderlehrer

12 IX 1936r.: Komenda Powiatowa PP w Nowym Tomyślu do Starosty w miejscu. Działania Ottona Steinke'go, zam. w Orzeczkowie, pow. międzychodzki, jako nauczyciela wędrownego

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1564

Zgłaszam o następujących spostrzeżeniach w sprawie tajnego nauczania dzieci niemieckich:

Na terenie tutejszego powiatu wykonuje zawód wędrownego nauczyciela niemieckiego Steinke Otto, zamieszkały w Orzeczkowie, powiatu międzychodzkiego.

Wymieniony zezwolenia na nauczanie dzieci z Kuratorjum Okręgu Szkolnego nie posiada. Legitymuje się on zezwoleniem niemieckiej organizacji „Deutsche Vereinigung", wydanem na podstawie § 3 punktu c Statutu tej organizacji, w myśl którego wolno mu jest udzielać wskazówek pedagogicznych rodzicom, co też rzekomo czyni.

W toku obserwacji ustalono, że Steinke w rzeczywistości wykonuje zawód nauczyciela wędrownego w 100 %. Jeździ on motocyklem po wioskach i posiada przy sobie spis dzieci, które są mu podporządkowane. Gdy przybędzie do mieszkania, zabiera dzieci do osobnego pokoju i tam ich [!] uczy. Dyktaty i inne wypracowania przeważnie zabiera ze sobą, aby zatrzeć wszelki ślad.

Następnie poucza on rodziców i dzieci, aby zachowali w tajemnicy jego pracę przed władzami. W wyniku takiego nastawienia rodziców, a w szczególności dzieci, dochodzi do tego, że gdy policjant ukaże się w rejonie wiejskim, to niemieckie dzieci szkolne kryją się, a gdy ich o coś spyta – nie mającego nic wspólnego z nauczaniem – to dzieci te odruchowo odpowiadają, że nauczyciela u nich nie było i nic nie wiedzą. Przez to wszczepia się w dzieci nienawiść do władz polskich i polskości wogóle już od najmłodszych lat.

Podczas ostatniego pobytu Steinkego w Łęczycach, tutejszego powiatu w dniu 19 czerwca br., zdołano odebrać mu dwa dyktanda pisane pod jego nadzorem i to Bähr Ellmuth i Bähr Elli oraz zeszyt z dyktandami pisanymi pod nadzorem Steinkego, Eryki Grasmaj z Łęczyc.

Wszystkie te dowody rzeczowe wraz z doniesieniem karnym na Steinkego przedłożył posterunek w Opalenicy Panu Staroście Powiatowym w Nowyn Tomyślu dnia 27. lipca br. za Nr. St. 28/36.

Komendant Powiatowy
Wróblewski

256

5.12.1936: Gemeindevorstand Miedzichowo an den Starosten in Nowy Tomyśl. Nationale Verhältnisse in Lewiczynek

5 XII 1936r.: Zarząd Gminny w Miedzichowie do Starosty w Nowym Tomyślu. Stosunki narodowościowe w Lewiczynku

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1564

Swego czasu zameldowałem Panu Staroście, że na wniosek nauczyciela Deylitza z Lewiczynka zamianował Inspektorat Szkolny w miejsce sołtysa Suszki Ludwika Hozę przewodniczącym rady szkolnej. Znając tutejsze stosunki uważam zmianę taką z pominięciem opinji zarządu Gminnego za szkodliwą.

Hoza z zawodu kowal, ożenił się z Niemką-protestantką z rodziny hakatystycznej, znanej z nienawiści do Polaków. Z powodu oporu ze strony rodziców Hozy, zamieszkałych w Róży, ślubu udzielił pastor Greulich w mieszkaniu i polecił ich opiece Niemców w Lewiczynku. To też natychmiast znalazło się mieszkanie, kuźnia i oczywiście klientela, którą dotąd posiadał mistrz kowalski Suszka z Lewiczynka, długoletni sołtys tejże miejscowości.

Deylitz przeforsował mianowanie Hozy przewodniczącym rady szkolnej. Sołtysowi Suszce, któremu rada gromadzka przeznaczyła dochód z określonej części roli gromadzkiej za czynności sołtysa, odebrano rolę. Hoza, który uczęszcza do zboru protestanckiego, jest zupełnie opanowany przez djakona Fetzera, o którego działalności szeroko pisałem w sprawozdaniach sytuacyjnych. Fetzer dyktuje wprost Hozie czynności, wpływ jego na ludność Lewiczynka jest poważny. Zorganizował młodzież i starszych, bezustanne zebrania kościelne służą mu jedynie do celów agitacyjnych. Przeniesienie nauczyciela Deylitza z Lewiczynka wywołało w Lewiczynku odruch, który jest wynikiem działalności Fetzera i obrazuje najlepiej bezczelność tego Niemca. Tego spodziewałem się właśnie, wyrażając niezadowolenie w zmianę na stanowisku przewodniczącego. Natychmiast po wyjeździe Deylitza zamknął Hoza na polecenie Fetzera mieszkanie nauczyciela i umieścił na drzwiach wejściowych napis „Pfarramt". Rada parafialna twierdzi bowiem, że budynek szkolny jest własnością gminy kościelnej. Przeczą temu protokoły zdawczo-odbiorcze nr. 28/27 z 16.5.27, spis inwentarza i majątku szkolnego nr. 5/27 z 16.5.27 oraz pismo Inspektora Szkolnego z 4.5.27 Nr. 091/27. Hoza nie spełnia jednak swego zadania jako przewodniczący rady szkolnej, ale jako manekin w ręku djakona Fetzera. Słyszę, że za wierne spełnienie ich poleceń zamierzają Hozie wybudować nowy warsztat kowalski. Oczywiście, że jest to opór za przeniesienie hakatysty Deylitza i przysłanie Polaka-nauczyciela. Nowy nauczyciel jest protestantem, opór więc dowodzi, że nie rozchodzi się Fetzerowi i jego parafii o sprawy wyznaniowe tylko narodowościowe.

Stwierdziwszy w dniu dzisiejszym akta szkolne, protokoły zdawcze i spis majątku szkolnego, po wysłuchaniu kierownika szkoły i sołtysa, wydałem zarządzenie, którego odpis załączam.

W razie niewykonania go wprowadzę w poniedziałek kierownika szkoły do mieszkania.

Niezależnie od tego wnoszę:

1. o rozwiązanie rady szkolnej miejscowej w Lewiczynku,

2. o dotkliwe ukaranie Fetzera za uzurpowanie sobie praw do mieszkania i wywoływanie niepoiądanego zatargu.

Fetzer jest wyłącznie powodem, że ład i porządek w miejscowości Lewiczynek jest zagrożony, i że ludność przed jego przybyciem bardzo spokojna, karna, punktualna w płaceniu podatków, ofiarna na cele publiczne, stała się wyjątkowo oporną, rozpolitykowaną, wręcz wrogo usposobioną.

Wystarczy nadmienić, że zbiórka na walkę z bezrobociem dała w Lewiczynku kwotę 10 zł, na ogółem 60 gospodarstw, zatem mniej jak najuboższe wsie Piotry i Sępolno.

Fetzer przeprowadza natomiast dla Wohlfahrtsdienst zbiórkę z dobrym wynikiem. Ponadto są pieniądze na luksusowe odrestaurowanie domu mieszkalnego dla Fetzera. Pozatem potwierdzają się pogłoski, że Niemcy w Lewiczynku są zdecydowani na pobudowanie własnem kosztem niemieckiej szkoły prywatnej.

Wójt gminy
St. Sobera

257

29.10.1937: Kreiskommando der Staatspolizei in Nowy Tomyśl an den Starosten ebendort. Schulverhältnisse
29 X 1937r.: Komanda Powiatowa Policji Państwowej w Nowym Tomyślu do Starosty w miejscu. Stosunki szkolne

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1565

W ślad tutejszego pisma z dnia 19.10. br. Nr. 2367/37 w sprawie „Ulotki dotyczące szkolnictwa niemieckiego" zgłaszam dalsze informacje o nastrojach wśród tutejszych Niemców.

Niemcy okazują nadal niezadowolenie w związku z przesiedleniem nauczyciela Pflauma z Paproci oraz zlikwidowania prywatnej szkoły ewangelickiej w Nowym Tomyślu. Sprawą zlikwidowanej szkoły niemieckiej prywatnej w Nowym Tomyślu zajmuje się gorliwie „Schulverein", w miejscu którego członkowie w większej części przynależą do Deutsche Vereinigung. Wybitnym działaczem w tej sprawie jest kupiec Müller Ferdynand z Nowego Tomyśla, członek Schulvereinu i zarządu oddziału /skarbnik/ DV. On właśnie najwięcej zabiega o uruchomienie prywatnej szkoły ewangelickiej w nowowybudowanym gmachu gminy ewangelickiej przy Starym Rynku w Nowym Tomyślu. Ostatnio wyraził się Müller Ferdynand, że już każdego roku po wakacjach szkolnych następowały zmiany w szkolnictwie i nowe zarządzenia wobec dzieci i szkół niemieckich, lecz to wszystko wychodziło i kończyło się na korzyść Niemców. Müller ubolewał nad tym,że nowowybudowany gmach na cele szkolne kosztował tutejszych Niemców tak dużo pieniędzy i teraz ma stać pusty – rzekomo dlatego, że jest nieprzepisowo wybudowany. Oświadczył on, że w sprawie uruchomienia tej szkoły „Schulverein" zwrócił się już kilkakrotnie do Kuratorjum Okręgu Szkolnego i jeszcze dotychczas czeka na odpowiedź.

Nad sprawą przeniesienia nauczyciela niemieckiego Pflauma Pawła z Paproci, ubolewają najwięcej Niemcy przynależni do Jungdeutsche Partei, których przywódca na tutejszym terenie, Zoeger Fritz z Nowego Tomyśla, zamierzał zorganizować zgromadzenie protestacyjne /Schulkundgebung/ oraz polecił rozkolportować w terenie około 3000 ulotek agitacyjnych.

Po zakazaniu przez Pana Starostę Powiatowego odbycia zgromadzenia przewidzianego na dzień 7.10. br. wszyscy Niemcy spod znaku JDP znajdują się w stanie wyczekiwania i twierdzą, że senator Wiesner poczyni odpowiednie kroki u władz naczelnych i sam doprowadzi do odbycia zgromadzenia i złagodzenia spraw szkolnych.

Na terenie Jastrzębska Starego i Grubska interesuje się wybitnie sprawą szkolnictwa niemieckiego pastor Schenk Marcin z Jastrzębska Starego. Ostatnio w pierwszej połowie miesiąca z okazji tygodnia propagandy na rzecz Towarzystwa Popierania Budowy Publicznych Szkół Powszechnych zwrócił się nauczyciel Anweiler Edward z Jastrzębska Starego z prośbą do pastora Schenka, aby on z ambony zlecił ofiarować ludności niemieckiej na budowę szkół powszechnych. Pastor Schenk uczynił prośbie nauczyciela Anweilera zadość, lecz wpierw zapytał, czy akcja ta ma znaczenie ogólnopaństwowe, czy też jest tylko akcją miejscową na rzecz polskości. Oczywiście, że nauczyciel odpowiedział, że sprawa budowy szkół powszechnych jest sprawą ogólnopaństwową i uwzględnia dobro wszystkich obywateli państwa. Przed niedawnym czasem pastor Schenk wynurzył znów swoje niezadowolenie z tego powodu, że w szkole powszechnej językiem wykładowym niemieckim w Grubsku nie uczono dzieci ewangelickich w ogóle religii przez 6 tygodni. Stan taki zaistniał faktycznie przez pewien błąd formalny, gdyż Inspektorat Szkolny zarządził nauczanie religii ewangelickiej w tej szkole przez nauczyciela pozamiejscowego, którego jednak zaraz nie delegowano. Po wytłumaczeniu pastorowi Schenkowi oświadczył on, że dla niego jest sprawa wyjaśniona, lecz ogół rolników Niemców, nie rozumiejący tego, najróżnorodniej sprawę komentowali i uważał to znów za nowy gwałt czy ucisk władz na szkolnictwo niemieckie. Obecnie sprawa jest zlikwidowana i nauki religii w Grubsku udziela nauczyciel Fiege Rafał z Jastrzębska Starego.

Około połowy października br. zwołał nauczyciel Anweiler w Jastrzębsku Starem zebranie miejscowego Towarzystwa Popierania Budowy Powszechnych Szkół Publicznych, którego członkami jest również kilku Niemców. Na zebranie to przybyło tylko 2 Niemców, co bardzo zdziwiło nauczyciela, gdyż poprzednio zawsze Niemcy licznie stawiali się na tego rodzaju zebrania. W dociekaniu przyczyn nieprzybycia na zebranie członków – Niemców, ustalił nauczyciel Anweiler, że miejscowi Niemcy uważają usunięcie nauczyciela niemieckiego z Paproci, Pflauma Pawła, za zamach na szkolnictwo niemieckie i z tego powodu nie chcą popierać poczynań władz szkolnych a tym samym i Towarzystwa Popierania Budowy Publicznych Szkół Powszechnych.

Nauczyciel Pflaum Paweł zrezygnował z nowoprzydzielonego mu stanowiska przy szkole powszechnej w powiecie kościańskim, przebywa w domu w Paproci i choruje, czym chce dać przypuszczalnie powód do przeniesienia go w stan spoczynku.

W ogólności w społeczeństwie niemieckim słyszy się głosy, że tak długo póki żyje jeszcze obecne pokolenie, nie ma obawy o mowę – język niemiecki, gdyż czego nie nauczą się dzieci w szkole, to nauczą ich rodzice w domu, lecz po około 30 czy 60 latach może dojść do tego, że mowa niemiecka zaniknie.

Odnośnie do nastrojów politycznych w ogólności, to tutejsi starzy Niemcy mówią, że tak długo póki Polacy i Niemcy zachowają swoją wiarę, nie może przyjść do komunizmu w Polsce, a nawet wtenczas, gdyby Polsce groziło niebezpieczeństwo komunizmu, to Niemcy zamieszkali w zachodniej części Polski są zabezpieczeni. /? Bliższych danych nie lansuje się, lecz wynika z tego, że Niemcy w Polsce mieliby zapewnioną ochronę z Rzeszy Niemieckiej/.

Na temat krążących i powtarzających się w prasie wiadomości o zaborczości niemieckiej wynurzył się ostatnio kupiec-właściciel składu papieru i książek Seeliger Ryszard z Nowego Tomyśla, mówiąc, że Hitlerowi nie zależy tak bardzo na Poznańskiem i Pomorzu, lecz chodzi o „korytarz" i ten korytarz dostanie, względnie go sobie weźmie.

Członkowie rozwiązanego oddziału JDP w Nowym Tomyślu żadnej samodzielnej działalności nie przejawiają. Uczęszczają oni jednak na wszelkie imprezy publiczne i zgromadzenia oraz zabawy, urządzane przez sąsiednie oddziały JDP w Sątopach, Chmielinku, Jastrzębsku Starem itd. Niektórzy z rozwiązanego oddziału JDP Nowy Tomyśl zapisali się na członków sąsiednich oddziałów JDP w powiecie.

Pozy tym członkowie rozwiązanego oddziału JDP Nowy Tomyśl manifestują swoją spoistość na innych imprezach niemieckich.

Ostatnio w dniu 3.10. br. na zabawie dożynkowej urządzonej z ramienia Verein Deutscher Bauern w Przyłęku, w której uczestniczyło około 450 osób, 50% uczestników stanowili członkowie rozwiązanego oddziału JDP z Nowego Tomyśla. Chociaż pewna część jest również członkami VDB, to jednak całość tej imprezy była opanowana przez członków JDP z kierownikiem powiatowym Zoegerem na czele.

W związku z nieudzieleniem prywatnej szkole niemieckiej w Nowym Tomyślu zezwolenia na podjęcie nauk w roku bieżącym, około 50 dzieci niemieckich w dalszym ciągu nie uczęszcza do żadnych szkół. Oporni rodzice nie noszą się z zamiarem posyłania dzieci do publicznej szkoły powszechnej, nawet gdyby taki stan jak obecnie miał trwać cały rok. Niektórzy żywią nadzieję, że sprawę tę załatwi Hasbach lub Wiesner.

Komendant Powiatowy
Wróblewski

258

5.1.1938: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Gebrauch deutscher Ortsnamen auf einer JDP-Versammlung in Grodzisk (7.11.1937)
5 I 1938r.: Starosta w Novym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Posługiwanie się niemieckimi nazwami miejscowymi na zebraniu „JDP" w Grodzisku (7 XI 1937r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Novym Tomyślu, Nr. 1565

W załatwieniu pisma przedmiotowego donoszę, że w czasie swych przemówień na zgromadzeniu Jungdeutsche Partei w Grodzisku w dniu 7 listopada 1937r. Bielke Karol, sekretarz oddziału JDP w Grodzisku i Gottschalk Heinz ze Śmigla używali dawniejszych niemieckich nazw miejscowości, a mianowicie Bielke zamiast „Rakoniewice" – „Rakwitz", Gottschalk zaś użył 3-krotnie nazwy „Grätz" zamiast „Grodzisk", vide tutejsze sprawozdanie doraźne z dnia 10.11.1937r. za Nr. B.5/64/37.

Ponieważ wymienieni w ten sposób okazywali demonstracyjnie niechęć i lekceważenie dla Państwa Polskiego i instytucji państwowych i to w obecności przedstawicieli władzy, nałożyłem na nich na podstawie art. 7 i 10 rozp. Prezydenta RP z dnia 24.1934 r. /Dz.U.RP Nr. 94, poz. 850/, łącznie z art. 18 Prawa o wykroczeniach z dnia 11.7.1932 r. /Dz.U.RP Nr. 60 poz.572/ grzywnę w kwocie 100 zł., z zamianą w razie nieściągliwości na 10 dni aresztu. Sprawy skierowano w trybie art. 641 § 2 kpk. do Sądu Okręgowego w Poznaniu.

Starosta Powiatowy
Skoczeń

259

1938: Der Starost in Nowy Tomyśl. Verzeichnis führender Persönlichkeiten der deutschen Minderheit

1938r.: Starosta w Nowym Tomyślu. Wykaz wybitnych działaczy niemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 113

1. Apelt Eryk, kupiec, Nowy Tomyśl, hakatysta, kierownik ruchu młodo niemieckiego na terenie miasta i okolicy. Na zewnątrz udaje lojalnego obywatela polskiego. Posiada wielkie wpływy wśród młodzieży niemieckiej. Pod względem moralnym prowadzi się nienagannie. Za przestąpienia polityczne nie był dotychczas karany.

2. Bautz Ferdynand, rolnik, Kąkolewo, Główny filar Deutsche Vereinigung w Kąkolewie.

3. Bederke Gustaw, kupiec, Nowy Tomyśl, hakatysta, jest otwartym wrogiem Polaków. Do władz polskich odnosi się również wrogo. Jest wybitnym działaczem niemieckim, posiadającym poważny wpływ wsród Niemców w mieście i okolicy. Pod względem moralnym prowadzi się nienagannie.

4. Beutner Gustaw, rolnik, Łęczyce, jest jednym z przywódców w Łęczycach i okolicy. Zajmuje stanowisko we Frauenhilfe w Opalenicy, pozatym prowadzi agitację na rzecz propagandy niemieckiej.

5. Biedermann Paweł, rolnik, Kąkolewo, ruchliwy działacz społeczny we wszystkich ważniejszych organizacjach, wielki bojownik o niemieckość, podejrzany o kontakt z Niemcami zagranicznymi.

6. Biedermann Ernst, rolnik, Paproć, jest znany jako organizator kilku niemieckich towarzystw, jak Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft, Radfahrerverein i Genossenschaft i posiada wielkie wpływy, szczególnie w towarzystwie Radfahrerverein, gdzie odznacza się jako uzdolniony działacz na tem polu, działał bowiem nad pobudzeniem ducha narodowego wśród młodzieży tej organizacji, jest wrogiem polskości.

7. Bielke Gustaw, zegarmistrz i kościelny, Staryfolwark. Bielke jako kościelny, w kościele ewangelickim w Grodzisku ma szerokie znajomości w całej parafji i jest używany przez pastora Rudolpha w Grodzisku do wszelkiego rodzaju agitacji na rzecz niemczyzny.

8. Borchert Wilhelm, młynarz, Staryfolwark, wrogo usposobiony do polskości, były oficer Grenzschutzu, brał czynny udział w Grenzschutzu podczas Powstania Wielkopolskiego, obywatel niemiecki, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.

9. Böhm Karol, leśnik, Staryfolwark, wrogo usposobiony do polskości, podejrzany o szpiegostwo na szkodę państwa polskiego.

10. Dr. Buddee Jerzy, lekarz, Nowy Tomyśl, wybitny działacz niemiecki, posiadający wielkie wpływy wśród Niemców. Na zewnątrz okazuje lojalnie obywatela polskiego. Jest radnym miejskim od roku 1926. Za przestępstwa polityczne nie był karany. Pod względem moralnym prowadzi się bez zarzutu.

11. Busch Wilhelm, właściciel drukarni, Nowy Tomyśl, wybitny działacz niemiecki, bezwzględny wróg polskości. Wśród Niemców posiada poważne wpływy. Za pomocą swego czasopisma podtrzymuje ducha niemieckiego wśród swych ziomków. Pod względem moralnym prowadzi się nienagannie.

12. Bürger Otton, rolnik, Zachodzko, wrogo usposobiony do polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu w czasie Powstania Wielkopolskiego. Nienawidzi wszystko [!] co polskie jako podoficer Grenzschutzu.

13. Donner Hugon, aptekarz, Nowy Tomyśl, hakatysta, czynny prawie we wszystkich stowarzyszeniach niemieckich, a w szczególności w stowarzyszeniu „Deutscher Schulverein". Jest jednostką, posiadającą wielkie wpływy wśród Niemców. Za przestępstwa polityczne nie był karany. Pod względem moralnym prowadzi się bez zarzutu.

14. Dreschner Ryszard, rolnik, Miedzichowo, wrogo usposobiony do polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu w czasie Powstania Wielkopolskiego. Na cele dobroczynne nigdy nic nie daje /oświadczył, że dla Polaków nic nie da/.

15. Ehrenfeld Gustaw, rolnik, Czarnawieś, jako były sołtys za czasów polskich, władający dostatecznie językiem polskim, wykorzystuje lokalne stosunki i użytkuje na rzecz swoich ziomków.

16. Engelmann Karol, kupiec, Miedzichowo, wrogo usposobiony do polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu w czasie Powstania Wielkopolskiego.

17. Felsch Brunon, rolnik, Jastrzębsko Stare, jest wybitnym działaczem niemieckim, chociaż na ogół okazuje lojalność i politycznie na zewnątrz się nie angażuje, jest prezesem towarzystwa Śpiewaków.

18. Felsch Hermann, rolnik, Szklarka Trzcielska, wrogo usposobiony do polskości, syn jego podejrzany o szpiegostwo na szkodę Państwa Polskiego, zbiegł do Niemiec.

19. Fenske Ryszard, rolnik, Sątopy, jest wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie, posiada duże wpływy miejscowego społeczeństwa niemieckiego i cieszy się olbrzymiem zaufaniem, pozatem jest członkiem „Sejm i Senatbiuro".

20. Fiedler Erich, kowal, Łomnica, hakatysta, organizator zebrań poufnych w Jastrzębsku Starem.

21. Fleischer Rudolf, rolnik, Łęczyce, działacz i organizator Jungdeutsche Partei.

22. Furchert Artur, syn rolnika, Przychodzko, organizator Niemców, nielojalny.

23. Furchert Artur, rolnik, Przychodzko, mąż zaufania Jungdeutsche Partei.

24. Gebauer Hermann, rolnik, Staryfolwark, bardzo wrogo usposobiony do polskości, stara się wywołać niechęć wśród Niemców do władz polskich, wyraża się otwarcie ujemnie o Polsce.

25. Gebauer Otton, rolnik, Sękowo, jest wybitnym działaczem Landwirtschaftliche Gesellschaft, gdzie posiada duże wpływy, jest wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie.

26. Gebauer Brunon, rolnik, Sątopy, jest wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie, posiada duże wpływy wśród miejscowego społeczeństwa i cieszy się wielkim zaufaniem, pozatem jest członkiem „Sejm i Senatbiuro".

27. Gebauer Gustaw, rolnik, Sątopy, jest wybitnym działaczem niemieckim, chociaż na ogół ukazuje lojalność, pozatem jest prezesem chóru śpiewaczego mieszanego w Sątopach.

28. Gibsch Otton, właściciel młyna, Lewiczynek, wrogo usposobiony do polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu, jako zamożny Niemiec posiada wielkie wpływy wśród mniejszości niemieckiej.

29. Gilde Fritz, mistrz ślusarski, Grodzisk. Gilde jest rzemieślnikiem, osadzonym za czasów zaborczych w Grodzisku, przy pomocy materialnej ze strony „Ostmarkenvereinu". Jest prezesem „Grätzer Kreditgenossenschaft" i udziela kredytów Niemcom miejscowym i okolicznym, starając się o utrzymanie niemieckiego stanu posiadania. Pozatem jako agitator domowy na rzecz mniejszości niemieckiej w okolicy Grodziska.

30. Grothaus Henryk, pastor, Lwówek. Henryk Grothaus przywódca i organizator całego ruchu mniejszościowego we Lwówku i okolicy działa bardzo nieuchwytnie z

powodu niezmiernej zręczności, z jaką umie upozorować agitację polityczną, ukrytą w swej akcji duszpasterskiej. Grothaus prawdopodobnie został specjalnie tu przesłany przez niemieckie sfery miarodajne, jako nadzwyczaj zręczny agitator. Grothaus przebywa tutaj jako obcokrajowiec z paszportem, którego ważność upływa 1 października 1935 r.[!]

31. Gensche Fryderyk, rolnik, Chmielinko, stara się wnosić do wszelkich organizacji pierwiastek polityczno niemiecki, nawet do takich gdzie to w ogóle nie jest wskazane /np. organizacyj sportowych/. Pozatem idzie na rękę pastorowi Grothausowi we Lwówku, gdy chodzi o jakąkolwiek agitację na rzecz Niemiec.

32. Gutsche Otton I, rolnik, Strzyżewo, hakatysta, działacz Deutsche Vereinigung.

33. Hahn Ryszard, rolnik, Szklarka Trzcielska, wrogo usposobiony do polskości, podejrzany o działalność antypaństwową.

34. Haenschke-Klose Teodor, rolnik i właściciel młyna, Sępolno, wrogo usposobiony do polskości, jako były oficer i członek zarządu Konsumu posiada wielki wpływ na mniejszość niemiecką.

35. Häusler Paweł, rolnik, Czarnawieś, główny filar miejscowych Niemców, zarazem piastuje urząd podsołtysa.

36. Hildebrandt Jan, ziemianin, Śliwno, czynnie politycznie nie występuje, lecz ma wielki wpływ na miejscowych Niemców, którzy w ważniejszych sprawach jego się radzą i na nim opierają. Uroku jego wpływowi nadaje mu tytuł oberleutnant z byłej armji niemieckiej, którym go wszyscy tytułują, jest członkiem rady gminnej.

37. Hildebrandt Karol, rolnik, Kąkolewo, wybitny Niemiec, znający stosunki lokalne, jest delegatem Deutsche Vereinigung.

38.Hirt Karol, mistrz rzeźnicki, Opalenica, jako mistrz rzeźnicki jeździ po wsiach okolicznych i urabia Niemców, wykonując przytem zlecenia Deutsche Vereinigung.

39. Hoffmann Paweł, rolnik, Sątopy, wybitny prezes miejscowego Welage, działa intensywnie w organizacjach rolniczych nad utrzymaniem własności niemieckiej i podniesieniem rolnictwa, jest wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie.

40. Jacobi Rudolf, syn właściciela ziemskiego, Trzcianka, jest głównym działaczem Deutsche Vereinigung, zarówno wśród młodzieży jak i starszych. W swej działalności jest bardzo skrzętny i ruchliwy, mimo swego stosunkowo niskiego poziomu inteligencji. Wyłącznym prawie jego zadaniem jest działalność polityczna, nie ma prawie dnia, żeby nie odwiedzał swych zaufanych po okolicznych wsiach. Mało troszczy się o gospodarstwo swego ojca i prowadzi rozrzutny tryb życia. Często i chętnie powołuje się na swoją szeroką znajomość w wojsku polskiem /służył w 15 pułku ułanów/.

41. Jaecek Brunon, kierownik mleczarni, Paproć, jest prezesem Deutscher Theaterverein Nowy Tomyśl, angażuje się oświatowo i okazuje lojalność, lecz pod względem politycznym jest niepewnym, cieszy się wielkim zaufaniem u rolników w powiecie, w ogóle posiada wpływy w poszczególnych organizacjach.

42. Jennerich Ernest, właściciel młyna, Miedzichowo, wrogo usposobiony do polskości, członek zarządu Spar und Darlehnskasse w Miedzichowie, cieszy się wielkim zaufaniem wśród Niemców.

43. Kohlmann Henryk, dyrektor dóbr, Kobylniki, jako dyrektor oddaje Niemcom nieocenione usługi, podejrzany o ścisły kontakt z Niemcami zagranicznymi.

44. Kraft Henryk, rolnik, Przychodzko, Mąż zaufania Deutsche Vereinigung.

45. Krause Helmut, weterynarz, Opalenica, osoba bardzo niewyraźna, biegły agitator niemiecki po domach, jawnie nie występuje.

46. Krause Arnold, kupiec, Zbąszyń, wybitny działacz niemiecki, mąż zaufania Niemców podczas wyborów do ciał ustawodawczych, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.

47. Kruschinski Willi, piekarz, Zbąszyń, wrogo usposobiony do polskości, bierze czynny udział w ruchu niemieckim, jest członkiem zarządu różnych organizacji niemieckich, podczas wyborów do ciał ustawodawczych występował jako mąż zaufania Niemców.

48. Kurtz Hermann, handlarz owocem, Białawieś, jest młodym Niemcem i zajmuje się żywo młodzieżą, urabiając ją w duchu nowopowstałego hitleryzmu.[nieczytelne]

49. Kutzner Ryszard, rolnik, Sękowo, jest wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie, jest podejrzany o kontakt z zagranicą. Jest przewodniczącym Kartoffeltrocknungsgenossenschaftu oraz skarbnikiem Welage, posiada duże wpływy na okolicznych rolników i cieszy się ich wielkim zaufaniem, jest mężem zaufania „Sejm i Senatbiuro", pozatem jest podejrzany o szpiegostwo.

50. Kümmel Jerzy, dzierżawca dóbr, Chraplewo, uczestniczy we wszystkich niemieckich zebraniach, swoją wszechstronną orjentacją i wiedzą wywiera olbrzymi wpływ na tutejszych Niemców i uchodzi tu za ich duchowego przywódcę. Jest typowym przedwojennym Niemcem.

51. Labsch Hermann, rolnik, Paproć, jest wrogiem polskości, działa nad podniesieniem ducha narodowego niemieckiego, nienawidzi wszystko [!] co polskie. Pozatem jest wybitnym działaczem Deutsche Vereinigung.

52. Lassahn Gerhard, pastor, Kuślin, z tytułu stanowiska swego wywiera wielki wpływ na tutejszych Niemców, jest gorącym zwolennikiem Jungdeutsche Partei.

53. Lehmann Henryk, rolnik, Jastrzębsko Stare, posiada wielkie wpływy wśród rolników, jest wybitnym działaczem w towarzystwie rowerzystów i działa nad podtrzymaniem ducha narodowego niemieckiego, pozatem jest wrogo usposobiony do polskości.

54. Linke Ferdynand, rolnik, Paproć, wybitny członek Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft, Darlehnskasse i Konsumu, ma szerokie znajomości u wybitnych Niemców.

55. Linke Hugon, były nauczyciel, Białawieś, podejrzany o współpracę z Niemcami zagranicznymi. Jako były nauczyciel zajmuje się domową agitacją.

56. Lohde Hubert, rolnik, Staryfolwark, wrogo usposobiony do polskości, zaliczyć go można do wpływowych Niemców.

57. Löchelt Karol, rolnik, Paproć, jest wybitnym działaczem niemieckim, wróg polskości, należy do kilku organizacji niemieckich, jak Welage, Deutsche Vereinigung i towarzystwo cyklistów.

58. Maennel Otton, ogrodnik, Nowy Tomyśl, hakatysta, wybitny działacz polityczny, pracuje z wielkim poświęceniem w organizacji Deutsche Vereinigung. Na zewnątrz udaje lojalnego obywatela, w rzeczywistości jest wrogo usposobiony do Polaków i władz polskich. Posiada wielkie wpływy wśród Niemców w starszej generacji. Pod względem moralnym prowadzi się nienagannie.

59. Menke Ryszard, rolnik, Węgielnia, wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie.

60. Müller Gustaw, rolnik, Jastrzębsko Stare, wybitny członek Radfahrervereinu, wróg polskości, posiada wielkie wpływy wśród rolników niemieckich.

61. Ortlieb Wilhelm, rolnik, Przyłęk, jest bardzo wrogo usposobiony do wszystkiego co polskie, posiada duże wpływy na okolicznych rolników, pozatem jest sekretarzem towarzystwa cyklistów „Wanderlust".

62. Paschke Marcin, rolnik, Chmielinka, stara się wnosić do wszelkich organizacji niemieckich pierwiastek polityczny, nawet do takich gdzie to w ogóle nie jest wskazane /np. do organizacyj sportowych/. Pozatem idzie na rękę pastorowi Grothausowi w Lwówku, gdy chodzi o jakąkolwiek akcję na rzecz Niemiec.

63. Pfeiffer Hermann, stolarz, Zbąszyń, wybitny działacz niemiecki, mąż zaufania Niemców, podejrzany o wywiad na rzecz Niemiec.

64. Pflaum Otton, rolnik, Jastrzębsko Stare, należy do wszystkich organizacji niemieckich jako członek nieczynny, a wspierający, jest wielkim organizatorem, pozatem interesuje się bardzo stanem gospodarczym, wogóle posiada wielkie wpływy w poszczególnych organizacjach i cieszy się wielkim zaufaniem u okolicznych Niemców.

65. Poncet Maksymiljan, właściciel ziemski, Stary Tomyśl, jako właściciel dóbr nie udziela się publicznie, posiada jednak duże wpływy na różne organizacje niemieckie i służy często głosem doradczym jako rotmistrz armji pruskiej, zajmuje się polityką i jest bardzo wrogo usposobiony do polskości.

66. Prenzler Wilhelm, djakon, Buk, pełni z upoważnienia obowiązki przewodniczącego organizacji ewangelickiej, jest przełożonym stowarzyszenia Ewangelickiej Młodzieży Męskiej i Żeńskiej. Stosunek do Rządu i władz lojalny.

67. Prüffer Gustaw, rolnik, Toczeń, wrogo usposobiony do polskości. Jako członek zarządu Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft w Miedzichowie posiada wpływ na mniejszość narodową.

68. Bausch Henryk, leśniczy, Słocin, jako leśniczy służy niemieckiemu wywiadowi w zakresie terenoznawstwa.

69. Reisel Jerzy, superintendent, Nowy Tomyśl, hakatysta, czynny prawie we wszystkich stowarzyszeniach niemieckich. Jest nieprzejednanym wrogiem Polaków i wybitnym kierownikiem ruchu niemieckiego w mieście i okolicy. W dniu pogrzebu śp. Marszałka Józefa Piłsudskiego odmówił stanowczo wywieszenia chorągwi. Pod względem moralnym prowadzi się nienagannie. Za przestępstwa polityczne nie był karany.

70. Rosenau Ferdynand, rolnik, Czeskie Stare, hakatysta, organizator zebrań poufnych.

71. Rothe Fryderyk, mistrz szewski, Opalenica, hakatysta, agitator domowy.

72. Roy Brunon, rolnik, Glinno, należy do wszystkich organizacji niemieckich jako członek nieczynny, ale wspierający, jest wielkim organizatorem, pozatem bardzo interesuje się stanem gospodarczym, w ogóle posiada wielkie wpływy w poszczególnych organizacjach i cieszy się wielkim zaufaniem u okolicznych Niemców.

73. Rösler Albert, rolnik, Paproć, jest zaciętym hakatystą, nienawidzi wszystko [!] co polskie. Posiada duże wpływy wśród miejscowego społeczeństwa. Cieszy się wielką sympatją w towarzystwie Welage.

74. Rudolph Paweł, pastor, Grodzisk. Rudolph jako patriota niemiecki wychowuje swych parafjan, zwłaszcza młodzież w duchu niemieckim. Jest głównym przywódcą agitacji za mniejszością niemiecką.

75. Schäffer Artur, rew. ksiąg, Nowy Tomyśl, hakatysta, ruchliwy działacz w Partji Młodoniemieckiej. Jest nieprzejednanym wrogiem polskości. Na zewnątrz udaje lojalnego obywatela polskiego. Pod względem moralnym prowadzi się bez zarzutu.

76. Schenk Marcin, pastor, Jastrzębsko Stare, jako pastor narodowości niemieckiej ma wielkie wpływy na ludność wyznania ewangelickiego i znany jest jako wychowawca młodzieży w duchu niemieckim, przemówienia jego tchnięte są na wskroś niemczyzną. Wspólnie z pastorem Grothausem ze Lwówka prowadzi agitację za utworzeniem Volkskirche na wzór hitlerowski.

77. Schmolke Willi, nadleśniczy, Słocin –Nadleśnictwo Lasówki, pracuje w porozumieniu z wywiadem niemieckim, wykorzystując swoje wiadomości fachowe i lokalne dla wojennych Niemiec [!]. Pozatem jest łącznikiem wszelkich informacji dla Niemców zamieszkałych wokoło nadleśnictwa Lasówki.

78. Schmidt Hermann II, rolnik, Strzyżewo, ruchliwy działacz Deutsche Vereinigung.

79. Schmidtchen Otton, budowniczy, Nowy Tomyśl, hakatysta, czynny prawie we wszystkich stowarzyszeniach niemieckich. Na zewnątrz udaje lojalnego obywatela polskiego. Za przestępstwa polityczne nie był karany. Pod względem moralnym prowadzi się bez zarzutu.

80. Scholz Eryk, podleśniczy, Słocin – Leśnictwo Sworzyce, jest młodym Niemcem, wysługuje się wyraźnie wywiadowi niemieckiemu w zakresie terenoznawstwa.

81. Schubert Adolf, rolnik, Zachodzko, wrogo usposobiony do polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu podczas Powstania Wielkopolskiego.

82. Schulz Ryszard, rolnik, Białawieś, jako były sołtys za czasów polskich udaje lojalne stosunki i dzieli się wiadomościami z wywiadem niemieckim, jest równocześnie filarem miejscowych Niemców.

83. Schütz Gustaw, właściciel browaru, Zbąszyń, wrogo usposobiony do polskości, wybitny działacz w towarzystwach niemieckich, mąż zaufania Generalnego Konsulatu Niemieckiego w Poznaniu, jako człowiek zamożny, niebezpieczny dla Państwa Polskiego.

84. Seeliger Ryszard, właściciel księgarni, Nowy Tomyśl, hakatysta, czynny w wielu organizacjach niemieckich, w szczególności w stowarzyszeniu „Deutscher Schulverein", w którym jest członkiem zarządu. Za przestępstwa polityczne nie był karany. Pod względem moralnym prowadzi się bez zarzutu.

85. Sender Paweł, rolnik, Cichagóra, wybitny członek Radfahrervereinu, wróg polskości, posiada wielkie wpływy szczególnie w towarzystwie Radfahrerverein, gdzie odznacza się jako uzdolniony działacz na tem polu.

86. Sikorski Konstanty, kupiec, Zbąszyń, wrogo usposobiony do polskości. Wybitny działacz towarzystwa Deutscher Katholikenverein.

87. Sperling Paweł, rolnik, Łubień, wrogo usposobiony do polskości, mąż zaufania Niemców podczas ostatnich wyborów do Sejmu i Senatu, nienawidzi wszystko [!] co polskie.

88. Steinborn Oswald, rolnik, Łęczyce, jako prezes Westpolnischer Landwirtschaftlicher Verein w Opalenicy szerzy oświatę wśród rolników przez urządzanie wykładów i pokazów, a to w celu podniesienia stanu majątkowego Niemców i utrzymania ich stanu posiadania. Prócz tego trudni się agitacją domową.

89. Tauber Jan, pastor, Sątopy, jako pastor narodowości niemieckiej ma wielki wpływ na ludność wyznania ewangelickiego i znany jest jako wychowawca młodzieży w duchu niemieckim. W bieżącym roku był on pośrednikiem wyjazdu dziewcząt niemieckich rzekomo na pracę sezonową do Gdańska.

90. Tauber William, pastor, Zbąszyń, wrogo usposobiony do polskości, czego zewnętrznie nie okazuje, jako duchowny posiada wielki wpływ na miejscowych obywateli niemieckich, utrzymuje ścisły kontakt z zagranicą, jest korespondentem różnych pism niemieckich oraz współredaktorem tygodnika religijnego „Sonntagsblatt", który wychodzi w Berlinie.

91. Teppner Otton, rolnik, Zachodzko, wrogo usposobiony do polskości, brał czynny udział w Grenzschutzu podczas Powstania Wielkopolskiego.

92. Trauer Eryk, rzeźnik, Łomnica, hakatysta, organizator zebrań poufnych w Jastrzębsku Starem.

93. Welke Ryszard, inspektor podwórzowy, Opalenica, bojowy Niemiec i agitator na rzecz mniejszości niemieckiej na terenie cukrowni w Opalenicy. Obecnie z powodu obsadzenia miejsca dyrektora Polakiem, ucichł i udaje lojalnego.

94. Wendenburg Hermann, właściciel cegielni, Strzyżewo, prezes Deutsche Vereinigung.

95. Wittchen Alfred, rolnik, Paproć, jest wybitnym działaczem niemieckim, posiada wielkie wpływy szczególnie w towarzystwie Radfahrervereinu, którego jest prezesem.

96. Zieboll Willi, rolnik, Łęczyce, prezes Jungdeutsche Partei w Łęczycach, pozatem agituje po domach na rzecz propagandy niemieckiej.

97. Zoeger Fritz, zegarmistrz, Nowy Tomyśl, mąż zaufania Jungdeutsche Partei na powiat nowotomyski.

260

März 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1939)
Marzec 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1556

I. *Sytuacja ogólna*

W okresie sprawozdawczym ruch polityczny wśród mniejszości niemieckiej na terenie powiatu nowotomyskiego przybrał szerokie rozmiary, na co wpłynęły wybory do rad gromadzkich. Szczególną działalność wykazały partie polityczne niemieckie DV i JDP, które urządziły szereg zebrań przedwyborczych i pouczały o konieczności wystawienia przez mniejszość niemiecką osobnych, czysto niemieckich list kandydatów na radnych. Ponadto wybitniejsi działacze, jak Lange Kurt z Nowego Tomyśla, sekretarz miejscowego koła DV i Roy Herbert wpływowy działacz JDP, jeździli w terenie i agitowali za wysuwaniem czysto niemieckich list. W tym okresie wystąpiło jakoby wzajemne porozumienie między DV i JDP.

Z powodu unieważnienia list niemieckich w niektórych gromadach oraz do Rady Miejskiej w Nowym Tomyślu, wśród Niemców w powiecie powstała konsternacja, na co jednak demonstracyjnie odpowiedzieli niebraniem udziału w głosowaniu do Rady Miejskiej w Nowym Tomyślu. Zaledwie około 60 Niemców z terenu miasta brało udział w wyborach.

II. *Życie polityczne*

Jak wyżej zaznaczono, w związku z wyborami do rad gromadzkich i miejskich, życie polityczne niemieckie wykazało dużą ruchliwość.

I tak:

„*Deutsche Vereinigung*" urządziło:

1. W dniu 12.2.1939 r. w Glinnie zebranie członkowskie, zwołane przez prezesa Horlitza. Referat wygłosił Lange Kurt na temat wyborów do rad gromadzkich, w którym między innymi zaznaczył, że Niemcy winni do rad gromadzkich wystawiać własnych kandydatów i własne listy. Następnie pouczał w jaki sposób głosować i apelował do biernych, by popierali zjednoczone listy niemieckie.

2. W dniu 24.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie w Przyłęku, zwołane przez prezesa DV Horlitza ze Starego Tomyśla, przy udziale 300 członków. Referat na temat położenia mniejszości niemieckiej w Polsce i innych państwach europejskich wygłosił działacz DV Gero Gersdorff. Mówił także o ustawie o granicach Państwa, wysiedlaniu Niemców z pasa granicznego, szkolnictwie niemieckim w Polsce i za granicą.

3. W dniu 13.2.1939 r. DV odbyło zebranie członkowskie w Zbąszyniu, które zwołał miejscowy prezes. Referat wygłosił rolnik Pfeifer na temat wyborów do rad gromadzkich, podając do wiadomości, że Niemcy wysuwają listy czysto niemieckie na kandydatów do rad gromadzkich, a ponadto wzywał członków do intensywnej pracy w kole DV.

4. W dniu 19.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie DV w Jastrzębsku Starym zwołane przez Müllera Hermanna, który też wygłosił referat na temat wyborów. Mówił, że DV we wszystkich miejscowościach wysuwa własne listy, wobec czego i w Jastrzębsku musi taka lista powstać. Nawoływał członków, by wytężali wszelkie siły, aby na radnych do rady gromadzkiej w Jastrzębsku Starym weszło jak najwięcej Niemców.

5. W dniu 24.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie DV w Miedzichowie przy udziale około 100 osób, zwołane przez Kurta Langego z Nowego Tomyśla. Referat polityczny o położeniu mniejszości niemieckiej w Polsce, oraz położeniu mniejszości niemieckiej w innych krajach europejskich wygłosił Gersdorff. Ponadto Gersdorff podał do wiadomości, że zarząd główny DV i JDP czynią starania w kierunku pojednania się i że w przyszłej kadencji do rad gromadzkich /za pięć lat/ będzie już inaczej.

6. Tego samego dnia odbyło się zebranie członkowskie DV w Lewiczynku zwołane również przez Kurta Langego z Nowego Tomyśla. Przemówienie wygłosił także Gersdorff, mówiąc o obecnej sytuacji mniejszości niemieckiej w Polsce, o jej kierunku pracy oraz o zbliżeniu politycznym DV i JDP, w którym to kierunku prowadzone są rozmowy pomiędzy głównymi zarządami tych organizacji. Zaznaczył, że zbliżenie to, a raczej współpraca niedługo dojdzie do skutku i powstanie tzw. „Volksfront" niemiecki w Polsce.

„*Jungdeutsche Partei*":

1. W dniu 11.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie JDP w Glinnie /koła JDP Nowy Tomyśl/, zwołane przez prezesa Donnera Wolfganga. W zebraniu brało udział około 200 członków. Referat wygłosił Zoeger Fritz /Kreisleiter/ z Nowego Tomyśla, na temat toczących się walk mniejszości niemieckiej w związku z wyborami do rad gromadzkich. Nawoływał by Niemcy a szczególnie członkowie JDP starali się o wystawienie własnych, czysto niemieckich list do rad gromadzkich.

2. W dniu 12.2.1939 r. odbyło się zebranie JDP w Jastrzębsku Starym przy udziale 38 osób. Referat wygłosił Pflaum Otto, który ubolewał nad tym, że w większości gromad listy czysto niemieckie zostały unieważnione, wobec czego w gromadach o większości ludności niemieckiej będą radnymi Polacy.

3. W dniu 10.2.1939 r. odbyło się zebranie JDP w Strzyżewie, przy udziale 45 osób. Referat na temat wyborów do rad gromadzkich wygłosił członek JDP Trauer Ernest z Strzyżewa, podając do wiadomości, że Niemcy winni wystawiać niemieckie listy kandydatów na radnych. Ponadto apelował do zebranych, by liczniej uczęszczali na zebrania członkowskie i regulowali zaległe składki.

4. W dniu 2.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie JDP w Miedzichowie, zwołane przez Karola Riemera. Referat wygłosił również Riemer na temat wyborów do

rad gromadzkich, zaznaczając, że Niemcy w Miedzichowie sporządzą protest przeciwko unieważnieniu listy niemieckiej. Ponadto apelował do zebranych, by nie ustawali w pracy nad wystawieniem własnych list – niemieckich – z kandydatami niemieckimi.

5. W dniu 25.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie JDP w Prądówce. Na zebraniu tym wszyscy członkowie omawiali sprawy organizacyjne i sprawy do rad gromadzkich, lecz żaden z nich należytego referatu nie wygłosił. Wszyscy zebrani oświadczyli, że muszą się stosować do tego, jak Niemcy postępują w innych gromadach, to znaczy wystawiać własne listy niemieckie. Innych spraw nie omawiano.

6. W dniu 26.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie JDP w Lewiczynku zwołane przez Lehmanna Bertolda. Przemawiał Lehmann na temat spraw organizacyjnych JDP oraz zamierzeń odnośnie połączenia się w jedną grupę niemieckich organizacji JDP i DV. Innych spraw nie omawiano.

7. W dniu 19.2.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie JDP koła w Grodzisku w mieszkaniu Schäflera w Urbanowie. Przemawiał Wittchen Hugon /Kreiskulturreferent JDP/ z Paproci, na temat organizacyjny oraz wyborów do rad gromadzkich. Ponadto na zebraniu tym wybrano nowy zarząd.

Innych spraw nie omawiano.

III. *Prasa*

Kreiszeitung für die Kreise Nowy Tomyśl i Wolsztyn Nr. 21 umieściła na pierwszej stronicy artykuł pt. „Deutscher Grundbesitz muß 90% der Parzellierungsfläche liefern", a to w związku z ukazaniem się w Dzienniku Ustaw rozporządzenia o parcelacji.

W nr. 25 tegoż czasopisma umieszczono artykuł pt. „Deutsche Erfolge bei den Gemeindewahlen in Westpolen". Ponadto podało czasopismo to szereg artykułów, dotyczących przyjazdu do Polski Himmlera oraz kilka artykułów odnośnie wyjazdu polskiego Ministra Spraw Zagranicznych Becka.

Artykuły te pisane są w tonie umiarkowanym.

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

W tym dziale w okresie sprawozdawczym większej działalności nie stwierdzono. Zanotowano następujące zebrania organizacyj kulturalno-oświatowych.

1. W dniu 18.2.1939 r. odbyło się zebranie, a po zebraniu zabawa taneczna niemieckiej organizacji Towarzystwa Śpiewu /Gemischter Chor/. W czasie zabawy członkowie organizacji wygłaszali deklamacje, śpiewy i inne występy, które odbyły się w duchu umiarkowanym.

2. W dniu 21.2.1939 r. odbyło się zabawa urządzona przez Gesangverein w Jastrzębsku Starym, przy udziale 120 osób obojga płci.

W dniu 5.2.1939 r. odbyło się w Sątopach z ramienia ewangelickiej gminy kościelnej pod przewodnictwem pastora Taubera Johanna, w sali Wilhelma Rauscha, przedstawienie teatralne, podczas którego wygłoszono kilka deklamacyj i śpiewy.

V. *Życie sportowe*

W dniu 2.2.1939 r. odbył się wieczorek niemieckiego Towarzystwa Wycieczkowego w Nowym Tomyślu w Przyłęku. W imprezie brało udział około 400 osób.

W dniu 20.2.1939 r. odbyła się zabawa niemieckiej organizacji cyklistowej „Adler". W imprezie brało udział około 300 osób.

VI. *Życie gospodarcze*

W dniu 1.2.1939 r. odbyła się w Jastrzębsku Starym zabawa niemieckiej organizacji VDB, przy udziale 150 osób, przebieg zabawy był spokojny.

W dniu 2.2.1939 r. w tym samym lokalu odbyła się zabawa „Welage" koła w Jastrzębsku Starym, przy udziale 100 osób. Przebieg zabawy był spokojny.

W dniu 11.2.1939 r. odbyło się zebranie członków VDB koła w Nowym Tomyślu przy udziale 80 osób. Na zebraniu tym omawiano sprawy czysto organizacyjne, które wygłosił rolnik Wittchen Hugo z Paproci.

W dniu 15.2.1939 r. odbyło się w Chmielince zebranie członków VDB koła w Chmielince, przy udziale 23 członków. Technikę sadzenia drzew na wiosnę omawiał prezes Koster Willi z Chmielinka. Następnie omawiano również sprawę urządzenia zabawy karnawałowej.

W dniu 21.2.1939 r. Welage koło w Kąkolewie odbyło walne zebranie. Przewodniczył sekretarz powiatowy Manthei z Nowego Tomyśla, w obecności 40 członków.

W dniu 23.2.1939 r. w Albertowsku odbyło się walne zebranie, przy udziale 39 członków. Wybrano zarząd w dotychczasowym składzie.

VII. *Życie religijne*

W dniu 5.2.1939 r. odbyło się zebranie „Verband deutscher Katholiken" oddział w Nowym Tomyślu przy udziale 70 osób. Zebranie zwołał prezes Michalski z Nowego Tomyśla, który wykładał zebranym sprawy czysto religijne.

W dniu 5.2.1939 r. w Miedzichowie tamtejszy pastor Schmidt Egon zwołał zebranie rodzin ewangelickiej gminy w Miedzichowie, w czasie którego dzieci szkolne niemieckie pod przewodnictwem pastora odśpiewały kilka pieśni niemieckich, wygłosiły deklamacje.

W związku z Imieninami Pana Prezydenta RP w dniu 1.2.1939 r. odprawione zostały nabożeństwa w następujących zborach ewangelickich:

Imię, nazwisko pastora pastora uczest. zania i czyhymn Boże	Miejscowość	Liczba uczestników	Krótka treść kazania i czy hymn "Boże coś Polskę" został odśpiewany
Reissel Jerzy	Nowy Tomyśl	70	Kazania nie wygłosił i nie odśpiewano pieśni
Schenk Marcin	Jastrzębsko Stare	60	Kazania nie wygłoszono, pieśni "Boże coś Polskę" nie odśpiewano
Guertler Marcin	Zbąszyń	50	kazania nie wygłoszono, natomiast dzieci odśpiewały hymn "Boże coś Polskę"
Paweł Rudolf	Grodzisk	32	Dokonał odczytu z biblii, kazania nie wygłosił i hymnu "Boże coś Polskę" nie odśpiewano

Imię, nazwisko pastora pastora uczest. zania i czyhymn Boże	Miejscowość	Liczba uczestników	Krótka treść kazania i czy hymn "Boże coś Polskę" został odśpiewany
Tauber Johan	Sątopy	40	Kazania nie wygłosił i pieśni "Boże coś Polskę" nie odśpiewano

b) wykaz pastorów, którzy nabożeństwa nie odprawili:

Hoffmann Heinz, Nowy Tomyśl, Kościół Ewangelicki Luterański.

W Kuślinie i w Lwówku nabożeństwo nie odbyło się w ogóle, a jak stwierdzono, nie odbyło się dlatego, że na nabożeństwa te nikt nie przybył.

VIII. *Różne*

Wielkie niezadowolenie wśród ludności niemieckiej wywołała wiadomość o parcelacji niektórych niemieckich majątków. Szczególnie daje się to zauważyć u właściciela majątku Starego Tomyśla Ponceta Maksymiljana oraz właściciela majątku Śliwne – Hildebrandta.

Właściciele majątków niemieckich, którzy na parcelację nic nie potrzebują oddać, twierdzą, że właściciele projektowanych na parcelację majątków są sami sobie winni, gdyż w okresach letnich urządzali względnie dopuszczali na swoich majątkach do strajków i to jest kara za to. W taki sposób wyraził się syn właściciela majątku Trzcianka, Jacobi Rudolf.

W dniu 31.1.1939 r. przed Sądem Okręgowym w Poznaniu, na sesji wyjazdowej w Zbąszyniu odbyła się rozprawa karna przeciwko Kriese Hermannowi i towarzyszom oskarżonym o nielegalne przemycanie zawodowo ludzi z Polski do Niemiec. Na podstawie art. 23 Rozporządzenia Pana Prezydenta RP z dnia 23.12.37 r. o granicach Państwa, łącznie z art. 27 kk. skazani zostali:

1. Kriese Hermann i Kraft Fryderyk na dwa miesiące aresztu.
2. Neumann Emil – 5 miesięcy więzienia i
3. Sperling Oskar - 7 miesięcy więzienia

Kriese i Kraft z powodu zaliczenia aresztu śledczego karę już odbyli i po rozprawie zostali wypuszczeni na wolność. Neumann został zwolniony z więzienia na podstawie świadectwa lekarskiego, mimo, że pozostaje mu do odsiedzenia jeszcze 3 miesiące więzienia, Sperling Oskar zaś pozostaje nadal w więzieniu.

Według posiadanych informacji, przybył na początku lutego br. z zarządu DV z Poznania jakiś osobnik do koła DV Łęczyce i przebywał u jednego z Niemców, prawdopodobnie u prezesa DV rolnika Steinborna Oswalda, w celu pouczenia ludności niemieckiej o omijaniu ustawy o przewłaszczeniach. Z uwagi na to, że Niemcy nie otrzymują przewłaszczeń, ów osobnik polecił sporządzać testamenty w pewnej formie /w jakiej formie nie udało się ustalić/ i w ten sposób władza będzie musiała dać zezwolenie na przewłaszczenie, w przeciwnym razie zainteresowany zaskarży do sądu i sąd napewno przyzna rację stronie skarżącej.

Nadmieniam, że Niemcy na tutejszym terenie /młodzież/ wstrzymywali się od zawierania związków małżeńskich, a to z uwagi na powyższe przeszkody. Obecnie nastąpiła zmiana.

W dniu 9.2.1939 r. wysłano akta dochodzeń do Prokuratora Sądu Okręgowego Rejonowego V w Poznaniu przeciwko Lange Otto I, synowi Dienegotta i Wilhelminy zd. Zeuschner, ur. 9.10.84 r. w Cichejgórze, powiat Nowy Tomyśl, rolnikowi zamieszkałemu w Cichejgórze, który w dniu 7.2.1939 r. do listonosza Pięty Klemensa powiedział „Wart, es kommt so dass Ihr deutsch sprechen werden müsst". /Czekajcie przyjdzie czas, że będziecie musieli mówić po niemiecku/.

W dniu 19.2.1939 r. skierowano do Prokuratora Sądu Okręgowego przeciwko Mecie Leske, córce Ottona Klose i Idy, zd. Müller, ur. dnia 15.3.1907 r. w Sątopach, wobec jednej osoby powiedziała: „Es muß so kommen, wie in den Sudeten" /Musi tak przyjść jak w Sudetach/.

Na polecenie Wiceprokuratora Rejonu I Sądu Okręgowego w Gnieźnie i za zezwoleniem Sędziego Okręgowego Śledczego dokonano szczegółowej rewizji osobistej w mieszkaniu Liselotte Dockenwaeld, zamieszkałej w Nowym Tomyślu, podejrzanej o należenie do nielegalnych organizacji niemieckich „Bund Deutscher Mädel Gnesen", względnie istniejących na terenie niemieckiej szkoły prywatnej koedukacyjnej w Gnieźnie, tak zwanych „Wandergruppen".

W wyniku rewizji znaleziono 35 listów korespondencji prywatnej z Gdańska, Niemiec i Polski oraz 4 grupowe zdjęcia fotograficzne.

Dockenwadel wraz z korespondencją odstawiono w dniu 16.2.1939 r. do Wydziału Śledczego w Gnieźnie.

Zestawienie zebrań i zgromadzeń

Deutsche Vereinigung

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczest.	Mówcy
Nowy Tomyśl	zebranie członkowskie	200	Horlitz
Przyłęk	zebranie członkowskie	300	Gero Gersdorff
Zbąszyń	zebranie członkowskie	15	Pfeifer Hermann
Jastrzębsko Stare	zebranie członkowskie	28	Müller Hermann
Sątopy	zabawa	120	Müller Hermann
Miedzichowo	zebranie	100	Gersdorff
Lewiczynek	zebranie	65	Gersdorff

Jungdeutsche Partei

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczest.	Mówcy
Nowy Tomyśl	zebranie	200	Donner Wolfgang
Jastrzębsko Stare	zebranie	120	Pflaum Otto
Strzyżewo	zebranie	45	Trauer Ernest
Grodzisk	zebranie walne	49	Wittchen Hugo
Miedzichowo	zebranie	47	Riemer Karol
Miedzichowo	zebranie	35	Riemer Karol
Prądówka	zebranie	27	omawiano ogólnie
Lewiczynek	zebranie	45	Lehmann Berthold

Zestawienie zebrań organizacji społecznych, zawodowych, sportowych i gospodarczych

Nazwa organizacji	Ilość zebrań	Sumaryczna liczba uczestników
Gesangverein	1	54
Welage	2	130
VDB	2	103
Verband Deutscher Katholiken	1	70
Spar- und Darlehnskasse	2	79

261

8.3.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Anträge auf Internierung deutscher Minderheitenführer

8 III 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Wnioski na osadzenie w Miejscu Odosobnienia przewodniczących mniejszości niemieckiej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1739

Stosownie do zarządzenia Pana Wojewody z dnia 8.3.1939 r. proszę o osadzenie w Miejscu Odosobnienia następujących działaczy niemieckich:

1. Kurta Langego, sekretarza oddziału DV w Nowym Tomyślu, zamieszkałego w Nowym Tomyslu, Plac Marszałka Piłsudskiego 16.
2. Hermanna Gebauera, prezesa DV w Miedzichowie, zam. w Starym Folwarku.
3. Fritza Kastena, zam. Dąbrowa.
4. Fritza Zögera, prezesa powiatowego JDP, zam. w Nowym Tomyślu.
5. Karola Fechnera, zam. w Miedzichowie.

ad 1./

Kurt Lange jest głównym członkiem ośrodka dyspozycyjnego w Nowym Tomyślu organizacji niemieckiej DV. Jako taki pracuje głównie w zakresie akcji gospodarczej i szkolnej tej organizacji. W okresie walki o szkołę niemiecką w Nowym Tomyślu Kurt Lange był głównym inicjatorem akcji bojkotowania szkoły polskiej. W związku z gwałtowną jego agitacją na rzecz szkoły niemieckiej, zamknięta została ochronka polska w Podmoklu na przygraniczu niemieckim oraz zastosowane zostały silne represje w stosunku do akcji kulturalnej Polaków w Niemczech.

Jak wynika z załączonych odpisów dochodzeń policyjnych kierownikiem całej akcji wyborczej do organów samorządu terytorialnego na teren powiatu był Kurt Lange. Przyznaje się do tego sam w zeznaniu złożonym w dniu 1.2.1939 r. na Posterunku PP w Nowym Tomyślu. W końcu grudnia 1938 r. - jak zeznaje, otrzymał instrukcje od Zarządu Głównego DV, aby w porozumieniu z JDP prowadzić akcję za wystawieniem przez mniejszość niemiecką osobnych list. Z zeznania wynika dalej, że jeździł w towarzystwie innych agitatorów po wszystkich wsiach powiatu, zamieszkałych przez Niemców i że prowadził wszędzie agitacje w myśl otrzymanych wskazówek /patrz str. 15/ . Między innymi w dniu 15.1.1939 r. odbył zebranie w Miedzichowie, gdzie spotkał się z Karolem Riemerem, prezesem koła miejscowego JDP, a także z Hermannem Gebauerem, prezesem DV w Miedzichowie. W ślad za konferencjami Langego, przeprowadzonymi w terenie, pojawiać zaczęły się pogłoski o tym, że wszyscy oporni

Niemcy, którzy próbują przeciwstawiać się listom czysto niemieckim, osadzeni będą w Moabicie. Aby groźba była bardziej realna puszczano jednocześnie pogłoskę, że w najbliższym czasie /niekiedy podawano jako termin miesiąc luty/, nastąpi zajęcie ziem przygranicznych przez Niemcy. Ponieważ pogłoski te, jak dowodzi załączony materiał, rozpowszechniane były nie tylko w jednej miejscowości, ale na terenie całej gminy Miedzichowo, jasnym jest, że inicjatywę w tym kierunku dać musiała osobistość kierująca akcję wyborczą na terenie całego powiatu, tymbardziej, że pogłoski o mającym wkrótce nastąpić zajęciu przez Niemcy przygranicza ujawnione zostały i na innym terenie /także w gminie Nowy Tomyśl i w gminie Lwówek/.

Równolegle z pogłoskami poczęły pojawiać się wypadki bojkotu gospodarczego tych wszystkich Niemców, którzy okazali się lojalni i nie chcieli się przeciwstawiać listom kompromisowym. Bojkot ten systematycznie prowadzony jest nadal.

Zresztą fakty nagłych i niczym nie uzasadnionych zmian nastawień lojalnej część ludności niemieckiej w stosunku do sprawy kompromisu z Polakami, tłumaczą się niewątpliwie wyżej opisanym terrorem, a przejawy te widoczne były na terenie całego powiatu i uwidaczniały się bezpośrednio po konferencjach odbytych z Langem względnie po agitacji przeprowadzonej przez jego ludzi.

Charakterystycznym jest, że na poufnym zebraniu wyborczym, które odbyło się w Nowym Tomyślu w hotelu Feldhahna, omawiano sprawę sposobu przeprowadzenia wyborów i udzielenia na nim informacji i poufnych wskazówek. Na zebraniu tym obecny musiał być także Lange jako organizator wyborów. Ponieważ pogróżki o Moabicie rozpoczęły kursować po tym terminie jest więcej niż pewne, że właśnie na tym zebraniu wydane zostały w tym przedmiocie instrukcje.

Wszystkie te okoliczności świadczą niezbicie, że akcja grożenia Moabitem i rozpowszechnianiem pogłosek o zajęciu przygranicza była akcją systematyczną i powszechną na terenie powiatu, że zatym musiała być kierowana przez jednostkę prowadzącą akcję wyborczą na cały powiat.

ad 2./

Gebauer, prezes DV w Miedzichowie, prowadził akcję wyborczą na terenie gminy Miedzichowo. Przeprowadzane przez Posterunek PP na polecenie Prokuratora Sądu Okręgowego w Poznaniu dochodzenia, których odpisy załączam, dowodzą niezbicie, że Gebauer na terenie gminy Miedzichowo inicjował szerzenie pogłosek grożących więzieniem w Moabicie i że on również był inspiratorem pogłosek o zajęciu przygranicza, jak również propagatorem bojkotu lojalnych Niemców. Widoczne to jest z zeznań wszystkich świadków, jakkolwiek z obawy przed następstwami wielu z nich nie wskazuje wyraźnie na Gebauera jako na sprawcę. Jeśli chodzi o świadków Niemców, to wyraźnie określa odpowiedzialność Gebauera świadek Jerzy Schulz. Wszyscy świadkowie Polacy, jak dowodzą zeznania, wskazują wyraźnie na Gebauera, jako na sprawcę.

Niezależnie od swoich wystąpień w okresie wyborów, Gebauer od paru już lat dał się poznać jako stały prowokator społeczeństwa polskiego, różniąc pod rozmaitymi pozorami społeczeństwo polskie i niemieckie i niechcąc dopuścić do ułożenia się naturalnej współpracy. W dniu 29.1.1939 r. w czasie doręczania mu przez sołtysa gromady Stary Folwark decyzji Starostwa o cofnięciu przepustki granicznej z powodu stałego nadużywania jej dla wywiadu na rzecz Niemiec, począł krzyczeć tak, że można było go słyszeć na odległość 300 metrów: „Pan Starosta nie jest temu winien, tylko wy jesteście temu winni. Pan Starosta nie wie co się tu dzieje. Wy wszystko sami robicie. Zobaczy-

cie co my teraz zrobimy. Wyrzucimy was z waszych urzędów. My mamy przemoc i pokażemy wam naszą siłę".

ad 3./

Nauczyciel Fritz Kasten, zamieszkały w Dąbrowie pełnił i pełni funkcje stałego łącznika miedzy głównymi ośrodkami dyspozycyjnymi dotyczącymi tajnego nauczania w Bydgoszczy a powiatem. Mimo represji /w ostatnim czasie karany był grzywną zł. 100 – przez Starostę Powiatowego w Wolsztynie i aresztem miesięcznym przez Starostę w Nowym Tomyślu/, nieustannie prowadzi akcję tajnego nauczania na terenie kilku powiatów pogranicznych. Z niecodzienną zaciekłością odnosi się ujemnie do wszystkiego co polskie, podsycając obojętne ośrodki niemieckie przeciwko Polakom. Prowadzi akcję przeciwpolską nie tylko przez nauczanie dzieci, lecz także wśród młodzieży niemieckiej, a nawet akcję uświadamiania rodziców, ze specjalnym uwzględnieniem metod wychowawczych, opartych na wpajaniu nienawiści do wszystkiego, co ma łączność z kulturą polską.

Częstokroć pełnił funkcję instruktora konspirowania nie dozwolonych uroczystości niemieckich. Działacz bardzo niebezpieczny, należycie do swej funkcji przygotowany, a w akcji bezwzględny. Przyczynił się między innymi także do rozbicia akcji polskiej, zmierzającej do wciągnięcia dzieci niemieckich do szkół polskich.

W okresie akcji przedwyborczej Kasten przeprowadzał agitację na terenie gminy Kuślin, z ramienia DV. Akcja ta nieograniczała się tylko do prowadzenia agitacji na rzecz list niemieckich i do tworzenia tych list w poszczególnych gromadach. Agitując Kasten nie wpływał na wyborców przy pomocy oficjalnej groźby, natomiast przedstawiał im deklaracje, zawierające listę niemiecką i prosił wyborców o podpisy, a gdy mu tego odmówiono oświadczał, że jak nie on to będzie w jego miejsce ktoś inny. Po tym zaraz odchodził. Ponieważ ludność niemiecka wie, że Kasten jest działaczem wysuniętym w teren przez centrale organizacyjne niemieckie, przeto postępowanie to skutkowało tak samo jak groźba, co też natychmiast ujawniło sie w terenie w postaci raptownych zmnian w nastawieniu mniejszości niemieckiej w stosunku do list kompromisowych. Postępowanie to ma niechybnie łączność z akcją Langego tzw. czarnych list, która to akcja potwierdzona została przez zeznania Walentego Knoppa. Postępowanie Kastena, występującego z ramienia DV obciąża też dodatkowo Langego Kurta /patrz ad 1/.

ad 4./

Fritz Zöger, prezes powiatowy JDP w Nowym Tomyślu, znany jest od paru lat z judzenia społeczeństwa niemieckiego przeciwko społeczeństwu polskiemu. Przejawem tej działalności jest zainicjowany przez niego bojkot gospodarczy Polaków. Pozatym Zöger był wybitnie czynny w akcji za strajkiem szkolnym w Nowym Tomyślu i w jego przeprowadzeniu. Zöger był czynnym przy akcji na rzecz szkoły niemieckiej w Nowym Tomyślu. Podejrzany jest on wynoszenie wiadomości polskich do Niemiec i pełnienie funkcji stałego łącznika. Wogóle jest poważnym ośrodkiem dyspozycyjnym niemczyzny w powiecie.

Jako prezes JDP Zöger trudnił się również agitacją, używając w tym celu podległych sobie jednostek organizacyjnych. Sam jednak również prowadził bezpośrednio agitację, wygłaszając między innymi referat na zebraniu w Glinnie w dniu 11.2.1939 r. Ponieważ, jak wynika z zeznań Kurta Langego i z protokołów przesłuchań innych świadków, akcja wyborcza DV była ściśle związana z akcją JDP, Zöger jest również odpowiedzialny za stosowanie gróźb w akcji przedwyborczej. Spółdziałanie JDP i DV potwierdzone jest przez zeznania całego szeregu świadków przesłuchiwanych przez Posterunek PP.

Działacz JDP w Miedzichowie Karol Riemer i inn. współdziałał z Gebauerem, otrzymawszy odpowiednie wskazówki „z góry", a bliższe instrukcje na wspólnym zebraniu DV u Feldhahna w Nowym Tomyślu, jak zeznaje na zebraniu tym mówiono, że przy wyborach okaże się kto, jest „Mantelträgerem", a kto prawdziwym Niemcem. Jak już omówiono ad 1/ prawdopodobnie na tym zebraniu wydana został instrukcja w sprawie stosowania pogróżek. Jako prezes Oddziału JDP Riemer musiał instrukcje te dostać od swego przełożonego, jakim jest Fritz Zöger.

ad 5./

Karol Fechner z Miedzichowa, eksporter wikliny, jest jednym z paru głównych działaczy niemieckich pracujących na niwie gospodarczej. Korzystając ze swego monopolicznego stanowiska doprowadził do upadku gospodarczego kilkudziesięciu drobnych rolników Polaków, plantujących wiklinę, przez celowe i rozmyślne obniżanie im cen poniżej kosztów produkcji za plantowaną wiklinę.

Przeprowadził dywersję gospodarczą pośród zależnych od siebie skupywaczy produktów rolnych eliminując zawsze i wszędzie Polaków.

Był głównym inicjatorem akcji nie płacenia podatków w należnej Skarbowi Państwa wysokości i to przez zatajanie dochodów. Wykorzystywał też każdą sytuację w sposób bezwzględny, celem pomniejszenia do minimum a nawet zniszczenia w zupełności polskiego stanu posiadania. Z posiadanej przez siebie przewagi finansowej czynił użytek wyłącznie na szkodę zależnych od siebie gospodarczo Polaków.

Przez długie lata wykorzystywał robotników polskich, nie zgłaszał robotników do Ubezpieczalni Społecznej, a ostatnio celem uniknięcia ciężarów świadczeń socjalnych, dał inicjatywę do szczególnego rodzaju chałupnictwa, niszczącego bezwzględnie robotnika polskiego.

W załączeniu przedkładam odpis sprawozdnia p. referendarza Wojciechowskiego dot. akcji niemieckiej w związku z wyborami oraz odpisy dochodzeń przeprowadzonych przez Posterunek PP w związku ze sprawą karną Hermanna Gebauera z art. 120 kk i art. 11 dekretu z dnia 22.11.38 o ochronie niektórych interesów Państwa, a także odpisy innej korespondencji. Załączniki te oświetlą dostatecznie tło, na którym osoby wyżej podane występowały.

Starosta Powiatowy
Skoczeń

262

April 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (März 1939)
Kwiecień 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1556

I. *Sytuacja ogólna*

Życie mniejszości niemieckiej na terenie powiatu w okresie sprawozdawczym wykazało wielką ruchliwość w związku z wypadkami na terenie międzynarodowym. Począwszy od wyborów do rad miejskich i gromadzkich do obecnej chwili mniejszość niemiecka staje się coraz agresywniejsza i wykazuje działalność w kierunku oderwania się od Polski i przyłączenia do Rzeszy Niemieckiej. Świadczy o tym ogólne jej nastawienie, podrzucanie napisów z wezwaniem Hitlera do przybycia i przyłączenia do Rzeszy

itp. Organizacje niemieckie urządzając zebrania, starają się wykazywać rzekome krzywdy, doznawane w Polsce w zakresie udzielania zezwoleń na przewłaszczanie majątków w pasie granicznym, zamykanie szkół niemieckiech itp.

Ponadto w życiu mniejszości niemieckiej zaobserwowano nabywanie przez poszczególnych Niemców aparatów radiowych, które służą im do wysłuchiwania przemówień Hitlera oraz wszelkich posunięć na terenie międzynarodowym. Zauważa się także zbieranie się Niemców w mieszkaniach zaopatrzonych w radioodbiorniki w celu wysłuchania audycyj.

Ludność polska w stosunku do ludności niemieckiej zachowuje się spokojnie, mimo swego bojowego nastawienia. Żadnych jednak wystąpień czynnych w stosunku do Niemców dotychczas na terenie powiatu nie zanotowano.

II. *Życie polityczne*

W okresie sprawozdawczym organizacje polityczne niemieckie urządziły następujące zebrania:

Deutsche Vereinigung

1. W dniu 12.3.1939 r. DV, oddział Nowy Tomyśl, urządził w Przyłęku uroczystość tzw. „Heldengedenkfeier", zwołaną przez prezesa DV Horlitza ze Starego Tomyśla. W uroczystości tej brało udział około 350 osób. Referat na temat poległych Niemców w wojnie światowej wygłosił działacz DV, Lück z Katowic. Uroczystość ta miała charakter zebrania członkowskiego.

2. W dniu 19.3.1939 r. odbyło się w Glinnie zebranie członkowskie DV zwołane przez prezesa Horlitza. Obecnych było około 150 osób. Referat na temat polityczny międzynarodowy wygłosił Zysper Helmut z Górnego Śląska.

3. W dniu 16.3.1939 r. oddział DV w Zbąszyniu urządził zebranie członkowskie, przy udziale 18 członków, na którym omawiano sprawy i wydarzenia na terenie międzynarodowym, a ponadto omówiono szczegółowo sprawy organizacyjne oddziału.

4. W dniu 12.3.1939 r. odbyło się w Miedzichowie zebranie członkowskie DV oddział Miedzichowo. Na zebraniu tym uczczono pamięć poległych Niemców w wojnie światowej, a ponadto odczytano kilka listów, które polegli żołnierze za życia pisali do ich rodzin. W zebraniu tym brało udział 16 członków DV w jednolitym stroju, tj w czarnych spodniach, białej koszuli bez marynarki i czarnych krawatach. Na wszystkich 16 sporządzono doniesienie karne.

5. W dniu 12.3.1939 r. odbyło się zebranie DV w Lewiczynku. W czasie zebrania urządził prezes oddziału akademię ku czci poległych Niemców w wojnie światowej.

6. W dniu 12.3.1939 r. urządził oddział DV w Chmielince akademię ku czci poległych w wojnie światowej żołnierzy niemieckich. Przemawiał Koster na temat ofiar poniesionych przez tych żołnierzy. Spraw politycznych w czasie tej uroczystość nie poruszano.

7. W dniu 12.3.1939 r. zwołał oddział DV w Sątopach zebranie członkowskie, w czasie którego urządzono uroczystość tzw. „Heldengedenkfeier". W czasie uroczystości wygłoszono przemówienie o zasługach i ofiarności żołnierzy niemieckich, którzy polegli w wojnie światowej w obronie narodu niemieckiego. Ponadto omówiono sprawy organizacyjne.

W dniu 29.3.1939 r. odbyło się w Paproci zebranie członków DV, przy udziale około 40 członków. Zebranie zwołał prezes Horlitz Reinhold ze Starego Tomyśla. Na zebraniu był również Hinz Bruno, kierownik Banku Spółdzielczego /Genossenschaftsbank/ z Nowego Tomyśla, którego Horlitz prosił, aby wyjaśnił członkom DV, dłużnikom tegoż

banku, by w swoim czasie długi spłacali, a nie udawali się do Urzędów Rozjemczych w celu rozkładania im tych długów na raty.

W dalszym ciągu zabierał głos przewodniczący Horlitz w sprawie nieudzielania przez tutejsze Starostwo zezwolenia DV na odegranie sztuki teatralnej pt. „Rotszyld zwycięża pod Waterloo".

Jungdeutsche Partei

1. W dniu 26.3.1939 r. oddział JDP Nowy Tomyśl urządził w Przyłęku zebranie członkowskie, przy udziale około 600 osób. Ponieważ zebranie to miało charakter zgromadzenia publicznego zostało ono rozwiązane.

2. W dniu 16.3.1939 r. odbyło się zebranie oddziału JDP w Zbąszyniu. Na zebraniu tym omawiano sprawy i ważniejsze wydarzenia na terenie międzynarodowym, w szczególności zaś zajęcie przez Rzeszę Czech.

3. W dniu 12.3.1939 r. urządził oddział JDP w Miedzichowie w ramach zebrania członkowskiego uroczystość „Heldengedenkfeier". W czasie tej uroczystości odczytano kilka listów, nadesłanych przez poległych za życia do swych rodzin. W zebraniu brało udział około 100 osób.

4. W dniu 12.3.1939 r. odbyła się w Chmielince w ramach zebrania członkowskiego uroczystość „Heldengedenkfeier", zorganizowana przez oddział JDP w Chmielince. Przemawiał prezes Helmchen Artur, który wyjaśnił zebranym, w jakim celu wymienioną uroczystość urządził, oraz wspomniał o poległych w wojnie światowej w obronie sławy narodu niemieckiego.

5. W dniu 11.3.1939 r. urządził oddział JDP w ramach zebrania członkowskiego uroczystość „Heldengedenkfeier", przy udziale około 70 osób. Na uroczystości tej przemawiał Lengert Otton z Sątopów i Witchen Hugo z Paproci. Wspomnieli oni o ofiarności poległych żołnierzy niemieckich wobec swej ojczyzny. Po zakończeniu uroczystości odśpiewano pieśń „Ich hatt' einen Kameraden".

6. W dniu 7.3.1939 r. odbyło się w mieszkaniu Schulza Waltera w Kąkolewie zebranie członkowskie JDP, pod przewodnictwem prezesa Langego Ottona. Obecnych było 22 członków. Omawiano sprawy organizacyjne.

7. W dniu 7.3.1939 r. odbyło się zebranie JDP w Sątopach w mieszkaniu rolnika Gebauera Gustawa, przewodniczył prezes Lengert Otto z Sątopów. W czasie zebrania omawiano ogólną sytuację polityczną w Polsce, Niemczech i Europie. Z zadowoleniem podkreślano pociągnięcia Rzeszy Niemieckiej na terenie międzynarodowym.

8. W dniu 12.3.1939 r. urządziła JDP w Kąkolewie w ramach zebrania członkowskiego uroczystość „Heldengedenkfeier". W czasie uroczystości podkreślano zasługi położone przez poległych w wojnie światowej Niemców, a ponadto wszyscy obecni odśpiewali „Ich hatt' einen Kameraden".

9. JDP, oddzial w Grodzisku, urządził w okresie sprawozdawczym 4 zebrania członkowskie w mieszkaniu rolnika Schäfflera Henryka w Urbanowie a mianowicie:

w dniu 2.3., 5.3., 9.3. i 23.3.1939 r.

Na wszystkich zebraniach przemawiał Bielke z Grodziska na temat ostatnich wydarzeń politycznych w Europie, a ponadto omawiał również sprawy organizacyjne.

W dniu 12.3.1939 r. odbyło się w Sątopach zebranie członków JDP oddziału Sątopy, połączone z uroczystością „Heldengedenkfeier". Przewodniczył prezes oddziału. Obecnych było około 80 osób, w tym 30 kobiet. Obecny był Roy Herbert z Nowego Tomyśla, który wygłosił przemówienie o znaczeniu uroczystości „Heldengedenkfeier", wyjaśnił dlaczego naród niemiecki obchodzi tę uroczystość i jakie znaczenie uroczystość ta winna mieć dla obecnego narodu niemieckiego, żyjącego poza granicami Rzeszy.

Następnie odśpiewano kilka pieśni ludowych, między innymi także pieśń: „Ich hatt' einen Kameraden".

III. *Prasa*

Niemieckie czasopismo „Kreiszeitung für die Kreise Nowy Tomyśl und Wolsztyn" opisywał wydarzenia polityczne na terenie międzynarodowym, szczególnie sukcesy odnoszone przez III Rzeszę.

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

Wśród organizacji kulturalno-oświatowych niemieckich większej działalności nie stwierdzono. Organizacje kulturalno-oświatowe urządziły następujące zebrania:

1. W dniu 18.3.1939 r. w Zbąszyniu odbyło się zebranie „Männergesangverein" oddział Zbąszyń, na którym oprócz omowienia spraw organizcyjnych przeprowadzono próbę śpiewu. Spraw politycznych nie poruszano.

2. W dniu 9.3.1939 r. urządził oddział „Gesangverein" w Sątopach lekcję śpiewu. Obecnych 30 członków. Spraw politycznych nie poruszano.

3. „Evangelischer Jungmädchen-" i „Jungmännerverein", oddziały w Buku, urządzają wspólnie każdego czwartku zebrania przy udziale diakona Müllera Jana z Buku, na których diakon Müller odczytuje urywki z biblji, uczy pieśni kościelnych i gier towarzyskich.

4. Takie same wieczorki urządza diakon Müller z organizacjami „Jungmänner-" i „Jungmädchenverein" w Opalenicy.

V. *Życie sportowe*

W dniu 4.3.1939 r. odbyło się w Przyłęku zebranie organizacji „Wanderlust". Zebranie zwołał budowniczy Schmidtchen z Nowego Tomyśla. Referat na temat sportu wygłosił Schmidtchen, wzywając zebranych, by tak jak dotąd w dalszym ciągu pracowali dla organizacji.

VI. *Życie gospodarcze*

W dniu 12.3.1939 r. odbyło się w Glinnie zebranie „Verein Deutscher Bauern", zwołane przez prezesa Pflauma Herberta z Paproci. Referat wygłosił Arndt Eugeniusz z Nowego Tomyśla na temat wiosennej uprawy roli, łąk itp. oraz podał nową metodę tuczenia świń. W zebraniu brało udział około 80 osób.

W dniu 28.3.1939 r. odbyło się zebranie członkowskie „Welage" w Silnej Nowej, przy udziale około 27 członków.

Tego samego dnia odbyło się zebranie tej organizacji w Starym Folwarku powiat Nowy Tomyśl.

Na powyższych zebraniach przemawiał sekretarz zarządu powiatowego Welage, Manthaj z Nowego Tomyśla, który wygłosił referaty na temat uprawy roli, łąk i pielęgnowania sadów i ogrodów.

Welage w Kąkolewie urządziła zebranie członkowskie w dniu 11.3.1939 r. Referat na temat uprawy roli i zasiewów wiosennych wygłosił również Manthaj Piotr z Nowego Tomyśla.

W dniu 16.3.1939 r. odbyło się w Grodzisku zebranie „Verband für Handel und Gewerbe", przy udziale 20 członków. Na zebranie przybył niejaki Schmidt z Poznania, który wygłosił referat na temat pomocy zimowej dla biednych Niemców.

W dniu 16.3.1939 r. odbyło się w Glinnie zebranie członków „Verband für Handel und Gewerbe", zwołane przez prezesa Teppera Ottona z Nowego Tomyśla. Omawiano sprawy podatkowe, kupieckie, rzemieślnicze itp. Na tym zebraniu obecny był Dr. Tomaszewski z Poznania, który omawiał sprawy podatkowe.

W dniu 21.3.1939 r. odbyło się w Przyłęku zebranie Towarzystwa Pszczelarzy, zwołane przez prezesa Nitschego Roberta z Nowego Tomyśla. W zebraniu brało udział około 100 osób.

Omawiano sprawy czysto zawodowe.

VII. *Życie religijne*

W dniu 29.3.1939 r. odbyło się w Nowym Tomyślu zebranie „Deutscher Frauenverein" zwołane przez Dr. Buddee Idę z Nowego Tomyśla. Na zebraniu tym omawiano całoroczną działalność tej organizacji, oraz sprawę pomocy na święta wielkanocne dla biednych dzieci niemieckich.

W dniu 3.3.1939 r. odbyło się w Miedzichowie nabożeństwo w kościele ewangelickim za poległych Niemców w czasie wojny światowej. O godz. 10.30 udała się z kościoła procesja na cmentarz, gdzie miejscowy pastor Schmidt odczytał modlitwy za poległych.

W procesji niesiono dwa wieńce bez żadnych napisów, które złożono na cmentarzu.

W dniu 12.3.1939 r. odbyło sie w Sątopach zebranie stowarzyszenia „Jungmädchenverein", pod przewodnictwem pastorowej Tauberowej z Sątopów. Tauberowa wskazywała na zadania młodzieży niemieckiej wobec kościoła ewangelickiego.

W dniu 5.3.1939 r. w kościele ewangelickim w Opalenicy odbyła się uroczystość „Heldengedenkfeier". W czasie uroczystości wygłosił okolicznościowe kazanie pastor Rudolph Paweł z Grodziska, wspominając, że krew przelana przez ówczesnych bohaterów ma w świecie swoje znaczenie i dlatego też winni oni być czczeni.

W dniu 10.3.1939 r. Evangelischer Kirchlicher Jugendverein w Grodzisku urządził w mieszkaniu rolnika Häuslera Pawła z Czarnejwsi zebranie członkowskie, na którym wybrano nowy zarząd, a mianowicie:

pastora Rudolpha Pawła jako prezesa, jako wiceprezesa Bombitzkiego Willego i jako sekretarkę Häuslerównę Łucję z Czarnejwsi.

W związku z imieninami Marszałków Śmigłego-Rydza i Józefa Piłsudskiego urządzono nabożeństwa w następujących zborach ewangelickich:

Imię i nazwisko pastora	Miejscowość	Liczba uczestników	Krótka treść kazania i czy odśpiewano hymn "Boże coś Polskę"
Reissel Jerzy	Nowy Tomyśl	200	Wygłosił normalne kazanie, bez jakichkolwiek wzmianek o Marszałku Polski. Pieśni "Boże coś Polskę" nie odśpiewano
Hoffmann Hans	Nowy Tomyśl	80-100	Nie wspomniano o Marszałku Polski, nie odśpiewano hymnu "Boże coś Polskę"
Schenk Marcin	Jastrzębsko Stare	150	
Jan Tauber	Sątopy	50	Nie wspomniano o Marszałku Polski, jak również nie odśpiewano pieśni "Boże coś Polskę"

Imię i nazwisko pastora	Miejscowość	Liczba uczestników	Krótka treść kazania i czy odśpiewano hymn "Boże coś Polskę"
Paweł Rudolph	Grodzisk	15	Kazanie z biblii. pieśni "Boże coś Polskę" nie odśpiewano
b/ nie odprawili nabożeństw w zborach ewangelickich:			
Egon Schmidt	Miedzichowo		
Oskar Felf	Lewiczynek	diakon	

W innych miejscowościach pastorzy ewangeliccy nabożeństw w związku z imieninami Marszałka Polski nie odprawiali.

Z dniem 1.3.1939 r. przeprowadził się do Lewiczynka powiatu nowotomyskiego w miejsce przeniesionego z Lewiczynka do Żabikowa diakona Fetzera Kurta, diakon Feld Oskar, syn Franciszka i Matyldy zd. Dittmann, urodzony dnia 17.10.1910 r. w Smoguszewicach, powiat Lipno, województwo warszawskie, żonaty, wyznania ewangelickiego, 1 dziecko w wieku 1 rok. Wyżej wymieniony przeprowadził się do Lewiczynka z Huty, powiatu Czarnkowskiego.

Zestawienie zebrań i zgromadzeń

Deutsche Vereinigung

Miejscowość	Rodzaj zebrania	Liczba uczestników	Mówcy
Nowy Tomyśl	zebranie	350	Dr. Lück z Poznania
Nowy Tomyśl	zebranie	150	Zysper Helmuth
Zbąszyń	zebranie	18	Pfeiffer Hermann
Miedzichowo	zebranie	200	Gebauer Hermann
Lewiczynek	akademia	48	Sperling
Chmielinka	zebranie	80	Koster z Lwówka
Sątopy	zebranie	48	Gebauer
Jungdeutsche Partei	zamierz.	600	Uhle Ulrich z
Nowy Tomyśl	zeb.ozwiązane		Gorzowa
Zbąszyń	zebranie	100	Binder Otto
Miedzichowo	zebranie	120	Riemer Karol
Chmielinka	zebranie	108	Helmchen Artur
Kuślin	zebranie	70	Lengert Otto z Sątop i Witchen Hugo z Paproci
Kąkolewo	zebranie	45	Lenge Otto z Albertowska
Grodzisk	zebranie	75	Bielke z Grodziska

Zestawienie zebrań organizacji społecznych, zawodowach, sportowych, gospodarczych

Nazwa organizacji	Ilość zebrań	Sumaryczna liczba uczestn.
VDB	1 zebranie	80 osób
Welage	3 zebrania	110 uczestników
Gesangverein	2 zebrania	80 uczestników
Organizacje sportowe	1 zebranie	78 uczestników
Evangelischer Jungmädchen u. Jungmännerverein	4 zebrania	90 uczestników
Deutscher Frauenverein	1 zebranie	65 uczestników

263

1.4.1939: Der Magistrat in Zbąszyń an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

1 IV 1939r.: Zarząd Miejski w Zbąszyniu do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 96

I. *Życie polityczne, społeczne i zawodowe*

Dnia 31.3.1939 r. urządził Polski Związek Zachodni zebranie informacyjne niektórych stowarzyszeń, w związku z mającym się odbyć dnia 2 bm. zebraniem manifestacyjnym.

Stan bezpieczeństwa

Nie zanotowano wypadków zagrażających niebezpieczeństwu [!]

Szczególne wypadki w terenie

Nocy dzisiejszej spryskano smołą szyld piekarza Williego Kruschinskiego /Niemca/

Zachowanie się mniejszości narodowych i ich ruch emigracyjny

Mniejszości narodowe nie objawiają żadnej ruchliwości, ze względu na patriotyczną postawę narodu polskiego

Nastroje, postawa i zachowanie się ludności polskiej

Nastroje, zachowanie się i postawa ludności polskiej – dobre

Inne zagadnienia, wypadki, zajścia, które uznaje się za zasadniczo ważne /run na banki, sianie defetyzmu, zamętu itp/

Wypadków szczególnej wagi /prócz wymienionego w rubryce trzeciej/ nie zanotowano

Ogólna ocena sytuacji

jest spokój i opanowanie

264

17.4.1939: Staatspolizeiposten Buk an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

17 IV 1939r.: Posterunek Policji Państwowej Buk do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 93

Zebrań, zgromadzeń organizacji politycznych, społecznych i zawodowych w dniu dzisiejszym nie było.

Przestępstw ani wypadków w dniu dzisiejszym nie zgłaszano.

Prac wojskowych ani jakichkolwiek przygotowań i ruchów wojska w dniu dzisiejszym nie zaobserwowano.

W dniu dzisiejszym ująłem Scheflera Bertholda z Niegolewa za to, że dnia 16.4.1939 r. w rozmowie z włóczęgą Kantem Ottonem /Niemcem/ wyraził się „Niedługo będzie lepiej, gdyż niebawem do Polski przybędzie Hitler, w Polsce drą za bardzo z nich podatki i choć stale pracuje nic z tego nie ma. Lepiejby było, gdyby Hitler jak najprędzej tu przybył".

Scheflera odstawię w dniu 18.4.1939 r. do Sądu Grodzkiego w Grodzisku za sianie defetyzmu z art. 104 § 2 KK z aktem oskarżenia.

Zebrań ani zgromadzeń mniejszościowych organizacji nie było.

Nastroje, postawa i zachowanie ludności polskiej są dobre i wyczekujące w spokoju na dalsze wypadki, jakie się wyłonią w polityce europejskiej.

Runu na banki nie było. Zaszedł wypadek siania defetyzmu przez Scheflera Bertholda z Niegolewa (patrz punkt 4). Wypadki inne nie zachodziły.

Ogólna ocena sytuacji: jest bardzo dobra w terenie

Komendant posterunku

265

26.4.1939: Staatspolizeiposten Buk an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung

26 IV 1939r.: Posterunek Policji Państwowej Buk do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 93

Życie polityczne, społeczne i zawodowe.

Zebrań ani zgromadzeń organizacji politycznych, społecznych ani zawodowych w dniu dzisiejszym nie było.

Stan Bezpieczeństwa

Przestępstw ani wypadków w dniu dzisiejszym nie zgłaszano.

Szczególne wypadki w terenie

Dzisiaj przeprowadziłem rewizję domową u Niemca Jachmanna w Buku za bronią palną, jednakże żadnej nie znalazłem.

Wyniki obserwacji i spostrzeżenia na przedpolu pogranicza /zachowanie się ludności, ruchy wojska, prace wojskowo terenowe i wszelkie wydarzenia, wskazujące na pewne przygotowania/

Ludność zachowuje się spokojnie. Ruchów, prac ani przygotowań wojska na tutejszym terenie nie zaobserwowano.

Zachowanie się mniejszości narodowych i ich ruch organizacyjny

Mniejszość narodowa niemiecka zachowuje się zupełnie spokojnie, zebrań, ani zgromadzeń nie urządza.

Nastroje, postawa i zachowanie sie ludności polskiej

Nastroje, postawa i zachowanie się ludności polskiej są dobre.

Inne zagadnienia, wypadki, zajścia, które uznaje się za zasadniczo ważne /run na banki, sianie defetyzmu, paniki itp./

Runu na banki, siania defetyzmu i paniki nie zaobserwowano.

Ogólna ocena sytuacji

Ogólna ocena sytuacji bardzo dobra.

266

8.5.1939: Gemeindevorstand Miedzichowo an den Starosten in Nowy Tomyśl. Antrag auf Ausweisung von Deutschen aus der Grenzzone
8 V 1939r.: Zarząd Gminny w Miedzichowie do Starosty w Nowym Tomyślu. Wniosek o wydalenie Niemców ze strefy granicznej

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1739

Rozszerzając wniosek tutejszy z dnia 6 maja 1939r. o wydalenie osób, działających na szkodę Państwa proszę o usunięcie następujących osób narodowości niemieckiej:

1. Schmidt Hugon	Stary Folwark,
2. Zyche Paweł	Stary Folwark,
3. Härtel Linus	Stary Folwark,
4. Reimann Oswald	Prądówka
oraz Reimann Paweł	.
5. Pirschel Willi	Toczeń,
6. Kaliske Otton	Toczeń,
7. Büttner Gustaw	Szklarka Trzcielska,
8. Teppner Otton	Zachodzkie,
9. Paschke Wilhelm	Zawada,
10. Ruge Adolf	Zawada,
11. Redlich Ryszard	Lewiczynek,
12. Böhm Berthold	Lewiczynek
13. Lengerst Kurt	Lewiczynek,
14. Drescher Ryszard	Miedzichowo,
15. Gleihs Erna	Miedzichowo,
16. Trauer Karol	Miedzichowo,
17. Preuhs Edmund	Miedzichowo,
18. Riemer Karol sen.	Miedzichowo,
19. Riemer Karol jun.	Miedzichowo,
20. Drewnak Andrzej	Miedzichowo,
21. Sperling Paweł	Lubień

1. Schmidt Hugon, właściciel gospodarstwa rolnego w Starym Folwarku, służył w wojsku polskim, jednak jest niezwykle wrogo usposobiony do Polaków. Już ojciec jego w czasie wyborów do Sejmu przed kilkunastu laty, kiedy tutejsi Niemcy w ogóle się politycznymi sprawami nie trudnili, roznosił osobiście karteczki do głosowania na

kandydatów Niemców. Specjalnie opiekował się Schmidt i dotąd opiekuje Niemcami-katolikami o polskich nazwiskach, udzielając im zimą zasiłków z niemieckiej pomocy zimowej. Schmidt jest mężem zaufania do spraw ubezpieczeń, jest wykonawcą zarządzeń Gebauera. Zauważa się nawet do dnia 7.5.1939 r. włącznie, że Schmidt stale przebywa u Gebauera i Lohde'go w Starym Folwarku, że stąd wyjeżdża na wieś i widocznie roznosi jakieś zarządzenia i ogłoszenia. W czasie pobytu Gebauera w śledztwie, Schmidt prowadził w zastępstwie sprawy wyborów gromadzkich. Schmidt ma stryja leśniczego u hrabiego zu Donau w Betsche, który był doradcą odcinka Grenzschutzu Trzciel-Pszczew i jest nieokiełznanym wrogiem Polaków.

Schmidt ma przepustki stałe i ma możność kontaktowania się z takimi osobami. Swego czasu Starostwo odebrało na tutejszy wniosek Schmidtowi przepustkę, odwołanie się do Sądu jednak spowodowało, że Schmidt przepustkę otrzymał.

Schmidt jest bezsprzecznie niebezpiecznym w 2-kilometrowej strefie nadgranicznej.

2. Zyche Paweł, znany na tutejszym gruncie hakatysta, właściciel osady Państwowego Banku Rolnego. Żona Zychego jest Polką, ale bezsprzecznie prześcignęła w wybrykach antypolskich rodowitych Niemców.

Synowie Zychego są hakatystami czystej wody. Zyche był pierwszym działaczem przy wyborach gromadzkich i już niejednokrotnie dokumentował swoją przynależność do Niemców publicznie, wobec osób urzędowych. Zyche nie powinien zajmować osady Państwowego Banku Rolnego, gdyż takie osady w pierwszym rzędzie winny posłużyć do spolonizowania strefy nadgranicznej.

3. Härtel Linus jest właścicielem gospodarstwa rolnego bezpośrednio na granicy /kilka zaledwie metrów/ położonego przy drodze ubocznej.

Härtel udawał lojalnego obywatela, dopiero podczas wyborów zdradził swą przynależność. Próbnie posługiwano się nim do celów wywiadowczych, stwierdzono jednak, że usiłuje wyprowadzić w pole i że utrzymuje stały kontakt i zażyłe stosunki z Niemcami. Trudni się też przemytem sacharyny, jest podejrzany tak w Straży Granicznej jak PP o pomoc w przemycie ludzi z Polski do Niemiec, o prowadzenie wywiadu na rzecz Niemiec, utrzymuje bardzo zażyłe stosunki z Borchertem, niemal każda osoba z Niemiec, przybyła do Polski na przepustkę i paszport, zachodzi do niego, ma stale znajomych z Niemiec, rzekomo krewnych. Z uwagi na to, że osobnik taki mieszkając na odosobieniu tuż przy granicy państwa jest trudno uchwytny i niepotrzebnie absorbuje siły wywiadowcze organów bezpieczeństwa, usunięcie go jest konieczne.

4. Reimann Oswald i Paweł, rolnicy w Prądówce, spokrewnieni, Oswald prezesem JDP, Paweł sekretarzem JDP, koła Prądówka. Znane rodziny hakatystyczne, brat Oswalda jest komisarzem Gestapo w Schwiebus. Stała łączność ich z owym komisarzem jest bezspornie szkodliwa dla interesów Państwa i winna się skończyć przez usunięcie ich z bezpośredniego sąsiedztwa granicy.

5. Pirschel Willi, rolnik z Toczenia, syn byłego zastępcy komisarza obwodowego niemieckiego. Wyjątkowo zawzięty Niemiec, czynny w organizacjach niemieckich, dusza niemieckiej akcji wyborczej, mąż zaufania wszystkich Niemców gromady Łęczne, uważany przez wszystkich bez wyjątku Polaków za bardzo niebezpiecznego Niemca.

6. Kaliske Otton, Niemiec-katolik, rolnik z Toczenia. Należy do JDP, swymi wrogimi intencjami nawet nie bardzo się kryje, bezczelnie i zjadliwie wystąpił wobec miejscowego księdza Polaka, u sąsiadujących z nim Polaków, u których przy codziennym obcowaniu z nim nagromadziło się wiele materjału dowodowego jego dążeń hakatystycznych, wyrobił sobie opinję bardzo niebezpiecznego osobnika, który nie powinien być cierpiany w terenie przygranicznym.

7. Büttner Gustaw, rolnik w Szklarce Trzcielskiej. Siedzi na nabytym gospodarstwie bez zezwolenia i przewłaszczenia. Büttner jest złączony ze sprawą Gebauera ze Starego Folwarku, kiedy to wygrażał się, że dość Niemców nadręczono, że nadejdą inne czasy a do tej chwili przecież ich Polacy wyszystkich nie pożrą. Dochodzenia przez Posterunek PP Miedzichowo ujawniły szczegóły, sprawa spoczywa w Prokuraturze w Poznaniu, rozprawa odbędzie się wkrótce.

8. Teppner Otton, rolnik w Zachodzku, jeden z czołowych przywódców hakatyzmu. Były dowódca plutonu Grenzschutzu na tutejszym odcinku, znany organizator w DV i niemieckich organizacjach, organizator tajnych zebrań w czasie wyborów gromadzkich, agresywny Niemiec, nawet w lokalach publicznych, szwagier Büttnera /vide Nr.7/, którego Teppner przerobił ze spokojnego obywatela na bardzo agresywnego. Kilkakrotnie karany administracyjnie, niebezpieczny i dla tego absorbujący wywiad, który mógłby zwrócić swoją działalność na przedpole, gdyby nie trzeba stale mieć na oku takich osobników w zapleczu.

9. Paschke Wilhelm, rolnik w Zawadzie.

Paschke, sekretarz DV koło Lewiczynek, otrzymuje wszelką korespondecję z organizacyj, udziela opinji o osobach zbiegłych za granicę a starających się o obywatelstwo niemieckie, otrzymuje z Niemiec czasopisma, pokrzepiające ducha hitlerowskiego. Ostatnio przy zbiórce na POP wyraził się do kwestarzy „Polacy źle obchodzą się z Niemcami w Polsce, Niemcy tu nie mają swych praw, są obywatelami II klasy, żądamy równouprawnienia w urzędach i samorządzie, co do pożyczki na POP, to ściągnie ją Policja z Niemców w inny sposób za byle drobnostki przez nakazy karne".

Jest uważany przez Niemców za czołowego organizatora niemieckich organizacyj. W czasie wyborów do rad gromadzkich, wzburzył wspólnie z diakonem Fetzerem Kurtem z Lewiczynka całą okolicę w tutejszej gminie. Utrzymuje stałą łączność z Fetzerem, który jest obecnie w Żabikowie, powiat Poznań, usiłuje wpłynąć na obecnego diakona w Lewiczynku Oskara Felda w kierunku kontynuowania rozpoczętej pracy przez poprzednika Fetzera. Trzech synów Paschkego zbiegło do Niemiec z czego dwóch przed karą za kłusownictwo i przemyt. Miejscowy Posterunek PP prowadzi dochodzenia przeciwko niemu o rozpowszechnianie fałszywych wiadomości. Sprawa zostanie przesłana Prokuraturze. Do sprawy Paschkego dodaje się załącznik.

10. Ruge Adolf w Zawadzie. Jest znanym w terenie hakatystą, który ma wielki wpływ na Niemców w gromadzie Błaki. Odnosi się do władz bardzo wrogo, ponieważ utrudnia mu się uzyskanie przepustki stałej, której mu do pełnego działania bardzo potrzeba. Należy do osobników sprytnych, spostrzegawczych, co powoduje, że utrzymuje nawet spokojnych Niemców w stałym niepokoju i pędzi w ten sposób wprost do akcji antypolskiej. Pobyt jego w tutejszej okolicy wychodzi tylko na szkodę interesom polskim.

11. Redlich Ryszard, rolnik z Lewiczynka i handlarz wilkliny. Należy do organizacji DV, jest niezwykle groźnym Niemcem należącym do grupy, która wszystko co polskie chce z Lewiczynka usunąć. Jest jednym z tych, którzy prowadzą bojkot sołtysa, którzy prowadzili akcję wyborczą wspólnie z Fetzerem, którzy usadzili i udomowili [!] konkurenta-sprzedawczyka niemieckiego Hoze Ludwika.

Redlich bez przesady może być porównany z takimi asami akcji antypolskiej jak Gebauer i Fetzer. Usunięcie Redlicha i następnego osobnika Böhma Bertholda z Lewiczynka poderwie i silnie osłabi tę akcję.

12. Böhm Berthold, rolnik w Lewiczynku.

Znany hakatysta z lat, kiedy tu Niemcy żyli zupełnie spokojnie i nie trudnili się sprawami politycznymi. Był on również jedynym bojownikiem tej akcji wrogiej i stale na liście podejrzanych i niebezpiecznych. Oczywiste, że przy zalegalizowaniu DV Böhm wprost rósł w oczach na bohatera, który już dawniej dzielnie pracował dla niemczyzny. Brat jego był leśniczym w Leśnymfolwarku i został nakazem władz usunięty. Wyprowadził się do Niemiec i prowadzi tam na pograniczu akcję antypolską, którą mu ułatwiać może brat jego Berthold z Lewiczynka.

O środki i osoby przy codziennym ruchu granicznym nie trudno. Osobnikom, mieszkającym z dala od urzędów, niezupełnie w strefie, a więc nie na oku Straży Granicznej, tym łatwiej jest działać. Interesem narodowym i państwowym pomoże się wiele, jeżeli osobnicy tacy opuszczą ten teren.

13. Lengert Kurt, rolnik z Lewiczynka.

Młody Niemiec, służył w wojsku polskim, ma brata kierownika młyna w Niemczech, stał się pod wpływem Böhma i Redlicha hakatystą pierwszej miary. Jest niebezpiecznym typem, zaliczanym do rzędu działalności jak Redlich i Böhm. Koniecznie powinien być usunięty, nawet na dłuższy okres czasu.

14. Drescher Ryszard, rolnik, Miedzichowo.

Brak wprost określenia stopnia hakatyzmu tego Niemca. Zawsze już bezczelnie odmawiał jakichkolwiek składek na cele polskie, dając zawsze odpowiedź „Für die Polen habe ich nichts übrig". Był dowódcą plutonu Grenzschutzu w Miedzichowie i zarzuca mu się zamordowanie kilku powstańców. Stale też utrzymywano, że posiadał karabin maszynowy, który prawdopodobnie rzucił do jeziora. Drescher zupełnie nie kryje się z antypolskim usposobieniem, wewnętrzne jego uczucia wybiły typ twarzy, która od razu oddaje nieprzejednanego Niemca. Charakter Dreschera całowicie każe uwierzyć, że Drescher jest zdolny do najgorszych działań przeciw Polsce.

15. Glehs Erna, sekretarka DV w Miedzichowie i Sparkassy i Konsum.

Bardzo ruchliwa działaczka, utrzymuje kontakt z zagranicą, gdzie ma siostrę i syna swego. Bierze udział we wszystkich zjazdach organizacyjnych, ostatnio przebywała przez przeciąg półtora tygodnia w Nowym Tomyślu w niewiadomych celach /przypuszczalnie przeszkolenie w kierunku swej działalności/. Posiadała obywatelstwo niemieckie, otrzymała spowrotem dla siebie polskie, dla syna znajdującego się na studiach w Niemczech na koszt Rządu Niemieckiego, zatrzymała niemieckie. Prowadzi całą robotę organizacyjną i niemal przewyższa Gebauera w działalności. Kiedy korzystała z przepustki granicznej, przebywała prawie stale w Niemczech, gdzie zapewne otrzymywała przeszkolenie organizacyjne. Przez pobyt swój w Miedzichowie ma stałą łączność z obywatelami niemieckimi, przybywającymi do Miedzichowa za przepustkami.

W miesiącu styczniu współpracowała ze znaną i ostatnio za nielegalne organizowanie i kierowanie nielegalnym związkiem Bund Deutscher Mädel ukaraną w Gnieźnie działaczką Dittmann, która przebywała w tym czasie u prezesa DV, koło Lewiczynek, Sperlinga Pawła w Lubieniu. Usunięcie jej natychmiastowe z tutejszego terenu jest konieczne.

16. Trauer Karol, rzeźnik w Miedzichowie

Mąż zaufania niemieckiego konsulatu, kierownik organizacyj niemieckich społecznych i bardzo ruchliwy działacz. Organizator i opiekun Wohlfahrtsdienstu i kolonij letnich dla dzieci niemieckich. Nadużywał przepustki granicznej, przebywając stale

nawet w święta w Niemczech, gdzie kontaktował się z urzędnikami niemieckimi. Z chwilą przekroczenia granicy pozdrawiał ich pozdrowieniem hitlerowskim. Ma motorowy środek lokomocji, którym posługuje się stale bywając w terenie, co nie można wytłumaczyć potrzebami przedsiębiorstwa, gdyż wyjazdy idą poza obręb powiatu i do Poznania. Kontakt z wszystkimi wybitnymi działaczami niemieckimi, jak Borchert, Klose, Schmidt Hugon – Stary Folwark, Lohde Hubert, Gleihs Erna. Częste schadzki u niego wieczorem. Pastor i inni wybitni Niemcy dowodzą, że Trauer jest działaczem niecodziennej miary. Opinie jego do Konsulatu są, jak się przekonano, respektowane i miarodajne.

17. Preuhs Edmund, kupiec, Miedzichowo.

Skarbnik JDP koła Miedzichowo, bardzo czynny i ruchliwy Niemiec, u którego zbiera się analogicznie do zebrań u Trauera, warstwa niższa jak robotnicy i rzemieślnicy – Niemcy. W nagrodę za wybitną działalność popiera się jego przedsiębiorstwo, które od czasu wzmożonej akcji antypolskiej wzrosło conajmniej o 75%. Odmawia nawet Polakom używanie sprzętów za zapłatą jak wspólnej magli itp.

Należy do kliki jak Fechner Karol, Riemery, Drewnak. Tym niebezpieczniejszy, że zna język polski w mowie i piśmie, wobec czego jest wykładnikiem i doradcą i osią całej roboty antypolskiej.

18. Riemer Karol, senior i junior.

Riemer senior, kilkuletni prezes JDP koła Miedzichowo, bardzo czynny i ruchliwy działacz, nieprzejednany wróg Polaków. Posiada salę zebrań, ma więc możność wpływania na Niemców w wysokim stopniu. Sprężyna główna w akcji antypolskiej w wyborach, nierozłączny z Drescherem Ryszardem /Nr. 14/, działacz w powstaniu jako członek Grenzschutzu. W tym duchu pracuje obecny prezes JDP, jego syn, polski kapral rezerwy, tym jest bardziej szkodliwy, że włada językiem polskim.

Usunięcie tych osób jest w interesie Państwa pożądane.

19. Drewnak Andrzej, krawiec Miedzichowo

Renegat, niebezpieczny osobnik, członek zarządu Handel und Gewerbe i członek JDP. Szwagier Fechnera Karola, który mu umożliwił nabycie nieruchomości. Urządza schadzki przy audycjach radiowych, żyje wprost nienawiścią do Polaków, uczęszcza jako katolik do zboru ewangelickiego, zerwał w ogóle ze wszystkim co polskie i katolickie, sprzedał się całkowicie Niemcom. Włada językiem polskim, przez co jest im wielce pomocnym jako wykładnik różnych poleceń i zarządzeń. Kandydował do rady gromadzkiej z listy niemieckiej i desygnowany przez Niemców jako sołtys Miedzichowa w miejsce Stawińskiego. Niemcy wspierają go do tego stopnia, że w krótkim czasie zaliczyć go już można do osób zamożnych. Koniecznie byłoby usunięcie go na dłuższy czas, gdyż doświadczenie i wyczucie rodowitych Niemców wskazuje na to, że posługiwanie się takimi renegatami daje im znacznie lepsze wyniki w walce z polskością.

21. Sperling Paweł, rolnik, Lubień

Prezes DV koła Lewiczynek, ruchliwy działacz, cieszy się od dawna zaufaniem władz niemieckich, ma szwagra Postinspektora w Neu-Bentschen, którego często odwiedza. Ze strony władz niemieckich nie czyniono mu żadnych trudności przy spóźnionym przekraczaniu granicy, gdyż zawsze dłuższy czas przybywał w urzędach niemieckich. Sprowadził do siebie Dittmann Giselę z Gniezna, na przeciąg kilkunastu dni, rzekomo jako higienistkę, pouczającą rodziny członków DV. U niego spotykała się Erna Gleihs z ową Dittmann. Okazało się obecnie, że Dittmann widocznie rozpoznała

teren do organizowania nielegalnego związku „Bund Deutscher Mädel". Często przybywał do niego nauczyciel wędrowny Kasten z Dąbrowy, powiat Nowy Tomyśl. Odległa od traktu w lasach osada Sperlinga w Lubieniu, lepiej się do tych ukrytch celów nadaje, jak np. taka innego działacza. Utrudnia to kontrakcję, daje Niemcom dobre wyniki i szkodzi niezwykle interesom polskim.

Fetzer Kurt z Lewiczynka był nieodłącznym współpracownikiem i dotąd mimo jego przeniesienia kontakt utrzymuje. Konieczne jest aby gniazdo zlikwidować przez usunięcie Sperlinga z tutejszego terenu.

Wójt

St. Sober

267

Mai 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (April 1939)

Maj 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (kwiecień 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1556

I. *Sytuacja ogólna*

W związku z sytuacją międzynarodową, życie mniejszości niemieckiej na terenie powiatu nowotomyskiego wykazało większą ruchliwość. Działalność ta nie ograniczała się do legalnej działalności organizacyjnej, stwierdzono bowiem działalność konspiracyjną niektórych działaczy, a nawet organizacji społecznych. Szczególnie mniejszość niemiecka w tym okresie wykazywała przygotowania do wkroczenia na tutejszy teren wojsk niemieckich, w związku z tym wybitniejsi działacze niemieccy rozpowszechniali fałszywe niepokojące wiadomości, jakoby Hitler wkrótce miał zająć tereny przygraniczne i wtenczas dla mniejszości niemieckiej rozpocznie się wolne, swobodne życie, że Polacy otrzymają od Hitlera zasłużone odprawy itp. W związku z rozpowszechnianiem tych wieści osadzonych zostało w aresztach śledczych ogółem 29 Niemców, pomiędzy nimi pastor Rudolph Paweł z Grodziska i dzierżawca majątku Nowydwór, Gierke Fryderyk. Z tej liczby po ukończeniu dochodzeń zwolniono z aresztu śledczego 11 osób, w tej liczbie i pastora Rudolpha z Grodziska.

Ponadto odbyły się w tym okresie 2 rozprawy główne przeciwko 2 Niemcom, aresztowanym w miesiącu kwietniu br., a mianowicie przeciwko ogrodnikowi Pätzerowi Helmuthowi ze Śliwna, który skazany został na 3 miesiące więzienia i 20 zł. grzywny i Hahnowi Arturowi ze Starego Folwarku, który skazany został na 9 miesięcy więzienia i 800 zł. grzywny oraz poniesienie kosztów sądowych w kwocie 120 zł.

Duże podniecenie wśród mniejszości niemieckiej wywołała data 28 kwietnia 1939 r. w którym to dniu przemawiał kanclerz Rzeszy Hitler. W lokalach publicznych zauważono zastój w audycjach radiowych, natomiast wszyscy Niemcy skupili się przy radioodbiornikach w mieszkaniach prywatnych, wysłuchując przemówienia. Przed godziną 12 tego dnia zauważono, że wybitniejsi Niemcy porzucali swoje warsztaty pracy i udawali się do swoich prywatnych mieszkań w celu wysłuchania przemówienia. Po ukończeniu przemówienia zauważono podjęcie pracy.

Ogólnie jednak przemówienie kanclerza Hitlera nie wywołało większego wrażenia wśród mniejszości niemieckiej. Nie zauważa się ani weselszego nastroju, ani też aktywniejszej pracy organizacyjnej.

Zatrzymanie w aresztach śledczych 29 Niemców za rozpowszechnianie fałszywych wieści oraz dotychczasowe dość surowe wyroki przyczyniły się do tego, że Niemcy na terenie powiatu nowotomyskiego stają się jakoby małomówni i wykazują wielką ostrożność w rozmowach, jeśli jednak rozmawiają, to starają się w ogóle sytuacji politycznej nie poruszać, szczególnie jesli wiedzą, że osoba, z którą prowadzą rozmowę jest nie pewna.

W nocy z dnia 8 na 9 kwietnia 1939 r. nieustaleni dotąd sprawcy pomalowali na ścianach domów, parkanach i bramach w Białejwsi, powiatu nowotomyskiego, napisy antypolskie, a mianowicie „Heil Hitler Adolf, komme bald, polskie cholery nie mają co żreć" oraz swastyki hitlerowskie. Ponadto w miejscowej szkole wybito 11 szyb.

Przeprowadzone w tej sprawie dochodzenia nie dały dotychczas wyniku.

II. *Życie polityczne*

W okresie sprawozdawczym organizacje polityczne niemieckie nie wykazały większej działalności, co należy przypisać zwiększonej czujności policji oraz represji stosowanej w stosunku do rozpowszechniających fałszywe wiadomości.

Organizacja JDP w okresie sprawozdawczym żadnego zebrania na terenie powiatu nie urządziła, natomiast DV zwołało zebranie walne w Nowym Tomyślu w dniu 30.4.1939 r. Zebranie to rozpoczęło się o godz. 10., na które przybył delegat zarządu DV z Bydgoszczy, Tesmer. Wymieniony odebrał od prezesów poszczególnych oddziałów w powiecie sprawozdania z rocznej działalność tych oddziałów.

O godz. 15 natomiast odbyło się walne zebranie oddziału DV Nowy Tomyśl pod przewodnictwem Horlitza Reinholda. W zebraniu tym brało udział około 120 osób, w tym około 50% kobiet.

Przebieg zebrania był następujący:

1. zagajenie
2. sprawozdanie roczne z działalności oddziału, złożone przez sekretarza oddziału Langego Kurta,
3. sprawozdanie kasowe, złożone przez Hinza, w zastępstwie chorego skarbnika Ferdynanda Müllera z Nowego Tomyśla,
4. referat delegata zarządu głównego DV Tesmera,
5. zakończenie

Do pkt.u 1. Horlitz, zagajając zebranie, odczytał okólnik zarządu głównego DV Nr. 86 z dnia 25 marca 1939 r, dotyczący wydania zarządzenia przez Starostę powiatu bydgoskiego o rozpowszechnianiu fałszywych wiadomości oraz o represjach, jakie z tego tytułu będą stosowane. Ze swojej strony wezwał Horlitz do zachowania spokoju i zaznaczył, że jako obywatele Państwa Polskiego obowiązani są do zachowania spokoju.

Do pkt.u 2. – zdał sprawozdanie Lange Kurt, który między innemi wspomniał o przeprowadzonej przez starostwo w sekretariacie DV rewizji wszelkich akt.

Do pkt. 3. – zdał sprawozdanie kasowe w zastępstwie chorego Müllera Ferdynanda Hinz, kierownik „Genossenschaftsbank" w Nowym Tomyślu.

Do pkt.u 4 – wygłosił referat Tesmer, delegat zarządu głównego DV w Bydgoszczy. Wymieniony referował o znaczeniu organizacji, jako tej, która skupia w sobie zorganizowane masy ludzi o jednym kierunku politycznym. Mówił dalej o znaczeniu idealizmu i materializmu, zaznaczając, że idealizm to samopoczucie do pracy, natomiast materializm to rzeczy drugiej wagi, który niestety zakorzeniony jest jeszcze w duszach bardzo wielkiej liczby Niemców. Ten materializm, ta obojętność musi zniknąć, jeżeli naród niemiecki chce, aby jego pokolenie dobrze wyrażało się o swoich przodkach. Dalej mówił

o propagandzie na rzecz organizacji i zaznaczył, że propagandy nie prowadzi tylko ten, który umie dobrze mówić na zebraniach czy zgromadzeniach, lecz propagandę prowadzi również ten, kto wpaja w duszę niezorganizowanego Niemca pojęcia własnego narodu oraz pracy dla tego narodu.

Apelem do współpracy dla dobra ogółu Niemców zakończył swoje przemówienie.

Do pkt.u 5. – Horlitz podziękował delegatowi za referat, po czym wezwał obecnych do powstania z miejsc i odśpiewania pieśni organizacyjnej „Feuerspruch". Tą pieśnią zebranie zostało zakończone, przebieg zebrania był spokojny.

III. *Prasa*

Niemieckie czasopismo „Kreiszeitung für die Kreise Nowy Tomyśl und Wolsztyn" powtarza na ogół artykuły z czasopism niemieckich, oczywiście w duchu przychylnym dla Rzeszy.

Decyzją Starostwa z dnia 29.4.1939 r. Nr. B.10/38/39 zajęty został nakład wymienionego czasopisma Nr. 51 za artykuł pt. „Rückschläge der Stimmungsmacher", zawierające cechy przestępstwa z art. 108 kk i art. 11 dekretu Prezydenta RP z dnia 22.11.1938 r.

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

W dniu 10.4.1939 r. odbywało się w Glinnie zebranie „Deutscher Jugendsingverein", zwołane przez rolnika Hugona Wittchena z Glinna. W czasie tego zebrania przeprowadzał ćwiczenia teatralne Liebchen Gerhard z Nowego Tomyśla o charakterze antypaństwowym. W ćwiczeniach tych brało udział około 35 osób. Ćwiczenia rozwiązano, program ze sztuką teatralną zawierającą cechy przestępstwa zajęto, a Liebchena zatrzymano do decyzji władz sądowych. Sąd Grodzki w Nowym Tomyślu zastosował względem podejrzanego Liebchena tymczasowy areszt. Liebchen obecnie przebywa w więzieniu.

V. *Życie sportowe*

negatywne

VI. *Życie gospodarcze*

W dniu 11.4.1939 r. odbyło się walne zebranie „Spar- und Darlehnskasse" – oddział Miedzichowo w Starym Folwarku, przy udziale 40 osób. Po zdaniu sprawozdania z rocznej działalności przystąpiono do wyboru nowego zarządu, przy czym jednogłośnie postanowiono pozostawić nadal zarząd dotychczasowy.

Tego samego dnia odbyło się walne zebranie „Spar- und Darlehnskasse" – oddział Silna Nowa w Pąchach, przy udziale 30 osób. Nowy zarząd został wybrany w dotychczasowym składzie.

W dniu 18.4.1939 r. odbył się przegląd ogrodów i pól z ramienia Welage oddział Miedzichowo, pod przewodnictwem Adolfa Hornschuha z Gostynia. Wymieniony udzielał zebranym praktycznych wskazówek odnośnie uprawy ogródków oraz w jaki sposób należy wykorzystywać ogrody.

W dniu 17.4.1939 r. odbyło się zebranie oddziału Welage w Kuślinie.

Referat o sadzeniu drzew owocowych, wyszukiwanie gleby odpowiadającej drzewom itp. wygłosił Hornschuh Adolf z Gostynia.

VII. *Życie religijne*

W dniu 27.4.1939 r. nastąpiło wprowadzenie do kościoła lutersko-ewangelickiego w Nowym Tomyślu obecnego pastora Hoffmanna, przez superindendenta Brauna z Torunia, w obecności pastora Schiltera z Bydgoszczy, Heinza Nagrodzkiego, Schmidta z Czarnegolasu i Dr. Hoffmanna z Łodzi. W uroczystości tej brało udział około 50 osób.

W Kąkolewie w dniu 26 i 27 kwietnia 1939 r. odbyły się misje z ramienia „Evangelische Frauenhilfe", pod przewodnictwem pastorki Elzy Jampert z Poznania.

VIII. *Różne*

W dniu 18.4.1939 r. zbiegł nielegalnie do Niemiec Neumann Gustaw, syn Rudolpha i Marii zd. Schulz, ur. 21.10.1915 w Chmielince, wyznania ewangelickiego, syn rolnika, w wojsku nie służył, kategoria C. Wymieniony udał się rzekomo do Niemiec na pracę.

[...]

268

2.6.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Staatspolizeiposten. Auflösung und Suspendierung deutscher Organisationen

2 VI 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Posterunków PP. Likwidacja i zawieszenie organizacji niemieckich

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1567

W załączeniu przesyłam decyzję dotyczącą rozwiązania względnie zabronienia działalności wymienionego w niej stowarzyszenia:

1. należy decyzję tą doręczyć przezesowi oddziału stowarzyszenia względnie w razie jego nieobecności wiceprezesowi, ostatecznie sekretarzowi za załączonym pokwitowaniem odbioru.

Decyzję należy doręczyć o godz. 10. przedpołudniem w dniu 3 czerwca 1939 r.

2. Przed doręczeniem należy zwrócić się do sołtysa ewantualnie także podsołtysa lub w braku tych dobrać ludzi godnych zaufania z pośród społeczeństwa polskiego, wskazanych ewentualnie przez sołtysa.

3. Jednocześnie po doręczeniu decyzji, należy natychmiast zażądać wydania wszystkich akt oddziału, ksiąg kasowych oraz majątku ruchomego stowarzyszenia, łącznie z posiadaną przez oddział gotówką.

4. Następnie sporządzić należy 2 protokoły zajęcia, jeden dotyczący majątku ruchomego, drugi dotyczący akt stowarzyszenia według załączonych formularzy.

Protokół dotyczący majątku ruchomego należy sporządzić w dwóch egzemplarzach. Jeden z tych egzemplarzy zatrzymuje szeregowy PP, drugi otrzymuje sołtys względnie inna zaufana osoba, której powierzyć należy majątek ruchomy do przechowania. Osoba, której szeregowy PP powierzy do przechowania majątek ruchomy, pokwituje odbiór przedmiotów majątkowych pod zakończeniem protokołu przeznaczonego dla Posterunku PP. Protokół dotyczący zajęcia akt oddziału należy sporządzić w jednym egzemplarzu.

Protokoły podpisuje tylko szeregowy PP oraz sołtys wzgl. inna zaufania godna osoba z pośród Polaków.

5. Akta winien szeregowy PP dokonywujący zajęcia zabrać ze sobą, a w wypadku, gdyby to było niemożliwe zażądać od sołtysa podwody, doręczając mu dołączony zakaz. Akta należy odstawić do miejscowego posterunku PP, skąd akta, pokwitowanie odbioru decyzji i oba protokoły odebrane zostaną przez Starostwo.

6. O wykonaniu należy zawiadomić telefonicznie Starostwo natychmiast po ukończeniu poleconych czynności.

Starosta Powiatowy

Skoczeń

Zał.:

1. decyzja
2. nakaz na podwodę

3. formularze protokołu

[Decyzja:]

Na podstawie art. 16 i 41 rozporządzenia Prezydenta RP z dnia 27.10.1932 r. – Prawo o stowarzyszeniach /Dz.U.R.P. Nr. 94, poz. 808/ zawieszam działalność i rozwiązuję oddział Partii Młodoniemieckiej w Polsce - Jungdeutsche Partei für Polen w ..., ponieważ działalność jego wykracza przeciwko obowiązującemu prawu oraz nie odpowiada warunkom swego prawnego istnienia.

Uzasadnienie:

1. Statut centrali Jungdeutsche Partei für Polen nie odpowiada wymogom art. 40 Prawa o stowarzyszeniach, ponieważ w § 2 statutu centrali JDP jest zaledwie głucha wzmianka w tworzeniu grup miejscowych i placówek stowarzyszenia, natomiast w statucie tym nie ma przepisów dotyczących zasad organizacji oddziałów.

2. Statut oddziału nie jest identyczny ze statutem centrali, co sprzeciwia się wymogom Prawa o stowarzyszeniach. Skutkiem tego do istnienia oddziału brak niezbędnego warunku wymaganego w art. 40 Prawa o stowarzyszeniach, który to przepis ustawowy ma na względzie zapewnienie jasności organizacji stowarzyszenia w jego całokształcie.

Wobec powyższego należało orzec jak na wstępie.

Decyzja niniejsza zgodnie z art. 87 pkt. 4 rozporządzenia Prezydenta RP z dnia 22.3.1928 r. o postępowaniu administracyjnym /Dz.U.RP Nr. 36, poz. 341/ z uwagi na interes publiczny ulega natychmiastowemu wykonaniu.

Jednocześnie orzekam zajęcie wszystkich akt oraz zabezpieczenia majątku ruchomego oddziału stowarzyszenia.

Przeciwko niniejszej decyzji służy prawo odwołania się do Urzędu Wojewódzkiego Poznańskiego za pośrednictwem tutejszego Starostwa i to w ciągu 14 dni, licząc od dnia następnego po dniu jej doręczenia.

Ewentualnie wniesienie odwołania nie wstrzymuje wykonania decyzji.

Starosta Powiatowy

Skoczeń

269

5.6.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an den Wojewoden in Poznań. Auflösung und Suspendierung der Tätigkeit deutscher Organisationen (3.6.1939)
5 VI 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Wojewody w Poznaniu. Likwidacja i zawieszenie działalności organizacji niemieckich (3 VI 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1741

W załatwieniu pisma przedmiotowego donoszę, że w dniu 3 czerwca 1939 r. rozwiązałem na terenie powiatu wszystkie oddziały Jungdeutsche Partei w liczbie 12 oraz doręczono decyzje Pana Wojewody, zabraniające działalności wszystkim oddziałom stowarzyszeń Deutsche Vereinigung w liczbie 12, Verein Deutscher Bauern w liczbie 6, towarzystwom cyklistów w liczbie 11 i Towarzystwu Gimnastycznemu /Männerturnverein/ w Nowym Tomyślu.

Wszystkie decyzje zostały doręczone o jednym czasie tj. do godz. 10., przy czym zajęto wszystkie akta i zdeponowano je jeszcze tego samego dnia w Starostwie, majątek zaś ruchomy po zainwentaryzowaniu przechowano w odnośnych zarządach miejskich i gminnych względnie sołectwach.

Zajęty majątek w gotówce wynosi 1 311,40 zł., oraz w papierach wartościowych 729,21 zł. Gotówkę i papiery wartościowe złożono częściowo w Komunalnej Kasie Oszczędności i częściowo w lokalnych kasach miejskich.

Decyzje o rozwiązaniu stowarzyszeń i zabronienie działalności zostały przyjęte przez prezesów względnie sekretarzy dość obojętnie. Gdzieniegdzie dało się zauważyć wśród Niemców pewne zaniepokojenie, ponieważ sądzono, że po rozwiązaniu organizacyj i zajęciu oraz sprawdzeniu akt nastąpią aresztowania.

Społeczeństwo polskie przyjęło wydane zarządzenia o rozwiązaniu i zabronieniu działalności stowarzyszeń niemieckich z dużym zadowoleniem, przy czym dawały się słyszeć głosy, że jest to najwłaściwsza odpowiedź na obecną postawę części społeczeństwa niemieckiego.

Wśród części społeczeństwa niemieckiego dały się również słyszeć głosy, że zarządzenie to jest sprawiedliwe, ponieważ rozwiązano organizacje, a zajmowanie się sprawami do nich nienależącymi, zmusza do posłuchu ich zarządzeń nieprzemyślanych, a nawet dla Niemców szkodliwych. Te nieliczne głosy części konserwatywnej społeczeństwa niemieckiego są wypowiadane bardzo ostrożnie i tylko wśród zaufanych. Ogół społeczeństwa niemieckiego zarządzenie to przyjął raczej zupełnie obojętnie.

W pobieżnym przeglądzie części akt, dało się stwierdzić działalność przekraczającą zakres statutowy.

Do rozpracowania posiadanych akt koniecznym byłoby delegowanie do tutejszego Starostwa dwóch urzędników, orientujących się w zagadnieniach niemieckich, bowiem tutejszy urząd nie dysponuje wolnymi urzędnikami, władającymi biegle językiem niemieckim, a od dłuższego czasu, wskutek braku sił zostały zarządzone prace w godzinach popołudniowych celem uniknięcia poważniejszych zaległości.

W załączeniu przedkładam 30 potwierdzeń odbioru decyzji Pana Wojewody. Odpisy moich decyzji o rozwiązaniu JDP przedłożyłem tamtejszemu Urzędowi w dniu 3 czerwca br.

Starosta Powiatowy
Skoczeń

270

Juli 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Juni 1939)
Lipiec 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (czerwiec 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1556

I. *Sytuacja ogólna*

W związku z sytuacją międzynarodową mniejszość narodowa na terenie powiatu nowotomyskiego w dalszym ciągu okazuje niezadowolenie z obecnego stanu rzeczy. W mniejszości tej nurtuje w dalszym ciągu przekonanie, że w niedługim czasie nastąpi na tutejszym terenie zmiana, mianowicie, że rychlej czy później przyłączona zostanie do Rzeszy. Na zewnątrz okazuje ona pewnego rodzaju spokój, jednakże wszystkie jej poczynania i przygotowania wskazują na to, że czeka jakiegoś wybawienia.

Na uwagę zasługuje to, że w miesiącu czerwcu br. nie stwierdzono tak licznych wypadków rozpowszechniania fałszywych wiadomości mogących wywołać niepokój publiczny ,jak w okresach poprzednich. Zanotowano ogółem 7 wypadków zatrzymań za rozpowszechnianie fałszywych wiadomości a mianowicie:

1. W dniu 1 czerwca br. zatrzymano Eberta Ryszarda, Teppera Ottona i Kroka Marcina, wszyscy z Łęczycy powiatu nowotomyskiego,

2. w dniu 2.6.1939 r. zatrzymany został Winter Gustaw z Bukowa tutejszego powiatu,

3. w dniu 1.6.1939 r. zatrzymaną została Lojakowa Elżbieta z Buku, żona obywatela polskiego narodowości niemieckiej,

4. w dniu 5.6.1939 r. zatrzymana została Mäcke Frieda ze Zbąszynia,

5. w dniu 16.6.1939 r. zatrzymano Zwara Reinhold z Czeskich Starych.

Wszyscy wymienieni doprowadzeni zostali do właściwych sądów grodzkich, które po przesłuchaniu zastosowały względem wszystkich areszt śledczy.

Z wyżej wymienionych, zatrzymanych w areszcie śledczym zostali zwolnieni:

Winter Gustaw z Bukowca, którego w sprawie interweniował pisemnie w Sądzie Grodzkim w Nowym Tomyślu ksiądz proboszcz Kozłowicz z Bukowca. Pozostali dotychczas przebywają w areszcie śledczym.

Ponadto po zarzutem trudnienia się nielegalnym przemycaniem obywateli polskich narodowości niemieckiej z Polski do Niemiec zatrzymani zostali:

1. Budig Adolf z Szarków Starych, powiat Wolsztyn,

2. Herkt Kurt z Sworzyc, powiat Nowy Tomyśl.

Po doprowadzeniu do Sądu Grodzkiego w Nowym Tomyślu [Sąd] zastosował względem ich areszt śledczy, w którym dotychczas przebywają.

W dalszym ciągu kontynuowana jest przez obywateli polskich narodowości niemieckiej nielegalna ucieczka do Niemiec. Nie przybiera ona tak masowych rozmiarów jak w okresie poprzednim, jednak zachodzą sporadyczne wypadki ucieczek.

II. *Życie polityczne*

Życie polityczne wśród mniejszości niemieckiej na terenie powiatu nowotomyskiego zamarło na skutek zakazania działalności względnie rozwiązania organizacji politycznych. Przywódcy tych organizacji, zwłaszcza Deutsche Vereinigung, są całkowicie oddani zarządowi głównemu DV w Bydgoszczy, który nadaje im kierunek dalszej pracy. Głównym obecnie celem ich jest przywrócenie działalności zawieszonym i rozwiązanym organizacjom niemieckim. W tym celu poszczególne oddziały wysłały odwołanie na polecenie zarządu głównego w Bydgoszczy do Ministerstwa Spraw Wewnętrznych od decyzji Pana Wojewody, zakzujących działalności. Również wszystkie oddziały JDP wniosły odwołanie od decyzji mojej o rozwiązaniu ich.

III. *Prasa*

Czasopismo „Kreiszeitung für die Kreise Nowy Tomyśl und Wolsztyn" powtarza na ogół artykuły innych czasopism niemieckich.

Na uwagę zasługuje to, że do nr. 76 z dnia 27.6.1939 r. dołączony został dodatek tygodniowy pt. „Miłośnik Obrazu" /Der Bilderfreund/, w którym to dodatku widnieją zdjęcia o charakterze czysto polskim, przedstawiające wybitniejsze osoby polskiego świata politycznego, sportowego itp.

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

W tym dziale organizacje kulturalno-oświatowe większej działalności nie wykazały. Wybitniejsi działacze poszczególnych organizacji kulturalno-oświatowych, wiedząc, że organizacje polityczne niemieckie zostały rozwiązane, w obawie przed ewentualnymi dalszym rozwiązaniem organizacji kulturalno-oświatowych, starają się ograniczać działalność, by ewentualnie nie ściągnąć na siebie jakich podejrzeń. Tym należy tłumaczyć, że organizacje te nie urządziły w okresie sprawozdawczym żadnych zebrań.

V. *Życie sportowe*

Życie sportowe ustało zupełnie z powodu zakazania działalności organizacjom sportowym.

VI. *Życie gospodarcze*

Życie gospodarcze mniejszości niemieckiej nie wykazuje tej ruchliwości, jak w okresach poprzednich. Zastój w działalności tłumaczyć należy również rozwiązaniem niemieckich organizacji politycznych, które były jakoby przewodnikiem w życiu mniejszości niemieckiej, dając pozostałym organizacjom niemieckim kierunek do pracy i oparcie w swej działalności.

Działalność w życiu gospodarczym mniejszości niemieckiej hamuje i ta okoliczność, że razem z organizacjami politycznymi zakazano działalność wszystkim oddziałom „Verein Deutscher Bauern", stojącym pod wpływami JDP. Welage natomiast nie została rozwiązana, dlatego też działacze Welage odnoszą wrażenie, że przy nadającej się okazji i stwierdzeniu jakichkolwiek nieścisłości w działalności tych organizacji, może wyjść zarządzenie, rozwiązujące Welage. Dlatego też widać pewnego rodzaju ograniczenie w działalności tej organizacji.

W dniu 29.6.1939 r. oddział Welage w Kąkolewie urządził zebranie członkowskie pod przewodnictwem prezesa Schulza Adolfa z Kąkolewa. W zebraniu brali udział sekretarz Welage z Nowego Tomyśla Mantay i Reinhold Bussmann ze Zbąszynia. Omawiano sprawy czysto rolnicze i gospodarcze, pomijając sprawy polityczne.

VII. *Życie religijne*

Życie religijne mniejszości niemieckiej na terenie powiatu nie wykazało również większej ruchliwości.

W dniu 4.6.1939 r. odbyło się w Sątopach w mieszkaniu rolnika Kussa zebranie członkowskie organizacji niemieckiej „Christliche Gemeinschaft". W zebraniu brało udział 14 członków.

W dniu 25.6.1939 r. odbyło się w tej samej miejscowości drugie zebranie tej organizacji przy udziale 40 członków, przeważnie kobiet.

Na obu tych zebraniach omawiano tylko sprawy religijne.

W dniu 25.6.1939 r. odbyło się w Sątopach w ewangelickiej salce parafialnej zebranie członków „Evangelischer Jungmädelverein", przy udziale 20 dziewczyn. Na zebraniu tym przewodniczyła żona pastora Taubera z Sątopów.

VIII. *Różne*

Nauczyciel wędrowny DV, Bombitzki Willi, z Grodziska zaniechał chwilowo tajnego nauczania, na co wpłynęło to, że za działalność tę skazany został przez Starostwo Powiatowe w Kościanie na karę grzywny w dwóch wypadkach, a mianowcie: w jednym wypadku na 20 zł. grzywny, a w drugim wypadku na 100 zł. grzywny. Ponadto wstrzymuje Bombitzkiego w jego działalności obawa przed wydaleniem z pasa granicznego.

271

August 1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Minderheiten-Lagebericht (Juli 1939)

Sierpień 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (lipiec 1939r.)

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 1556

W związku z sytuacją międzynarodową mniejszość niemiecka na terenie powiatu nowotomyskiego okazuje w dalszym ciągu niezadowolenie z obecnej sytuacji w Polsce.

W dalszym ciągu nurtuje wśród niej przekonanie, że musi zajść w jej położeniu jakaś zmiana, szczególnie zaś daje się zauważyć wyczekiwania tej zmiany po żniwach. Podkreśla się to przekonanie w korespondencji, przesyłanej do Polski przez uciekinierów z Polski, przebywających w Niemczech.

W misiącu lipcu 1939 zaistniało 6 wypadków rozpowszechniania fałszywych wiadmości, a mianowicie:

1. przez Bähra Elli z Łęczycy
2. Lobsztein Zelma z Łęczycy
3. Steinborn Oswald z Łęczycy
4. Ziboll Willi z Łęczycy
5. Kern Otto z Sękowa
6. Pflaum Henryk z Sękowa

Wszyscy wyżej wymienieni doprowadzeni zostali do właściwych sądów grodzkich, które zastosowały względem ich areszt śledczy.

W dalszym ciągu kontynuowana jest przez obywateli polskich narodowości niemieckiej nielegalna ucieczka do Niemiec, chociaż w mniejszych rozmiarach.

II. *Życie polityczne*

Życie polityczne wśród mniejszości niemieckiej na terenie tutejszego powiatu zamarło z powodu rozwiązania względnie zawieszenia wszystkich politycznych organizacji niemieckich. Przywódcy organizacji politycznych, zwłaszcza DV, pozostają nadal w kontakcie z zarządem głównym DV, z którym komunikują się pisemnie lub też telefonicznie. Czynią to jednak bardzo ostrożnie i dyskretnie, w miarę rzeczywistych potrzeb.

W okresie sprawozdawczym nie stwierdzono, by poszczególne zarządy wysyłały jakąkolwiek korespondencję do władz partyjnych w sprawie rozwiązania tych organizacji. Również nie zaistniał wypadek, by która z rozwiązanych organizacji lub poszczególni jej działacze urządzili nielegalne zebranie.

III. *Prasa*

„Kreiszeitung für die Kreise Nowy Tomyśl und Wolsztyn" w dalszym ciągu powtarza artykuły czasopism niemieckich, wychodzących w Poznaniu. Odnośnie spraw miejscowych czasopismo to ogranicza się w podawaniu wiadomości. W każdym zaś wydaniu tego czasopisma wybija się na pierwsze miejsce sprawa obecnej sytuacji międzynarodowej, przedstawianej w świetle przychylnym dla Rzeszy.

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

Organizacje kulturalno-oświatowe istniejące na terenie tutejszego powiatu nie wykazały większej działalności. Wybitniejsi działacze tych organizacji okazują pewną obawę i ograniczają się do urządzenia zebrań tylko w ostateczności. W okresie sprawozdawczym urządziła organizacja „Evangelische Frauenhilfe" w Kąkolewie zebranie w dniu 27.7.1939 r. Zebranie to odbyło się w niemieckiej salce parafialnej połączone z kawą. W zebraniu brało udział około 27 członków wymienionej organizacji oraz pastor Laleiske z Jabłonny, powiat Wolsztyn. Omawiano sprawy czysto organizacyjne.

Innej działalności wśród organizacji kulturalno-oświatowych mniejszości niemieckiej nie stwierdzono.

V. *Życie sportowe*

Życie sportowe zamarło z powodu zawieszenia organizacji sportowych na terenie całego powiatu. Przywódcy tych organizacji nie przedsiębiorą żadnych czynności, jak wycieczek itp., by nie dać powodu do ewent. wdrożenia przeciwko nim dochodzeń karnych.

VI. *Życie gospodarcze*

I w tej dziedzinie organizacje gospodarcze nie wykazują na terenie powiatu żadnej działalności. Zauważa się pewnego rodzaju zastój w tych organizacjach, co należy tłumaczyć obawą ewentualnego rozwiązania tych organizacji.

W dniu 2.7.1939 r. urządził oddział Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft w Sątopach zebranie członkowskie, w którym brało udział 38 członków.

Na zebranie przybył sekretarz zarządu powiatowego, Mantay Piotr z Nowego Tomyśla i Reinhold Bussmann ze Stęszewa. Na zebraniu omawiano sprawy hodowli bydła, koni, stawianie stogów w czasie żniw, ubezpieczenia ich od ognia itp.

Spraw politycznych nie poruszano.

W dniu 14.7.1939 r. oddział Welage w Sątopach urządził dla członków tzw. „Flurschau". Pod kierownictwem inż. Plote z zarządu Welage w Poznaniu zwiedzali członkowie łąki i pola, a inż. Plote udzialał na miejscu doraźnych wyjaśnień.

Oddział w Kąkolewie został decyzją moją z dnia 28.7.1939 za Nr. B. 5/43/39 rozwiązany.

VII. *Życie religijne*

Życie religijne na terenie powiatu nowotomyskiego nie wykazało również większej ruchliwości. Tak jak inne organizacje, tak też i organizacje religijne ograniczają swą działalność do rzeczywistej potrzeby. Na uwagę zasługuje to, że ruchliwi pastorzy niemieccy Hoffmann z Nowego Tomyśla i Paweł Rudolph z Grodziska zaprzestali się angażować w życiu mniejszości niemieckiej.

Nauczyciel wędrowny DV Fritz Kasten, zamieszkały swego czasu w Dąbrowej tutejszego powiatu, przebywa obecnie w Gdańsku, skąd przesyła korespondencje do znajomych w Dąbrowie. Jak z korespondencji tej wynika Kasten, mimo, że przebywa w Gdańsku interesuje się okolicą Dąbrowy narzekając na rzekome prześladowania władz polskich jakich doznał na terenie powiatu nowotomyskiego.

W dniu 13.7.1939 r. odbyła się przed Sądem Grodzkim w Zbąszyniu rozprawa sądowa przeciwko obywatelowi niemieckiemu Hoenerkopfowi Friedrichowi, zamieszkałemu na stałe w Berlinie, oskarżonemu o rozpowszechnianie fałszywych wiadomości, mogących wywołać niepokój publiczny, a mianowicie: w wypadku zaatakowania Polski przez Niemców, Polska nie mogłaby powstrzymać naporu niemieckiego, gdyż w Polsce nie ma bitych dróg. Niemcy mają bardzo dużo tanków, które w razie wojny wjadą do Polski bez przeszkód, niemieckie samoloty zaś zatrują całe obszary tak, że ziemia nie będzie rodziła przez 10 lat. Zachodnie powiaty polskie, gdzie większość stanowi ludność niemiecka, winny należeć do Niemiec, bo jak wiadomo, ludność ta jest gnębiona przez Polaków. Jeżeli Polska nie odda Rzeszy dobrowolnie zachodnich powiatów, to Niemcy wejdą i sami je odbiorą.

Przewód sądowy wykazał całkowicie winę podejrzanego Hoenerkopfa i sąd skazał go z art. 170 K.K. na 15 miesięcy więzienia i 150 zł. grzywny bez zawieszenia.

272

24.8.1939: Der Starost in Nowy Tomyśl an die Wojewodschaft in Poznań. Tages-Lagemeldung

24 VIII 1939r.: Starosta w Nowym Tomyślu do Urzędu Wojewódzkiego w Poznaniu. Dzienny meldunek sytuacyjny

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 101

1. *Stan bezpieczeństwa*

W dniu 21.8.1939 r. w czasie kontroli piekarni Szostaga Fritza w Zbąszyniu przez organa PP żona wymienionego, Małgorzata, ur. 19.4.1893 w Zbąszyniu i tamże zamieszkała, wyznania ewangelickiego, obywatelka polska, narodowości niemieckiej, zaczęła krzyczeć w obecności 3 ludzi w sklepie przy otwartych oknach, że ona wie po co przyszła policja, że tak dalej być nie może, że jest zmuszona zamknąć sklep i że o tym zgłosi Konsulatowi Niemieckiemu, aby w Niemczech Polakom sklepy pozamykali. Słowa te było słychać na ulicy. Na podstawie przeprowadzonego dochodzenia i udowodnienia winy odstawiono wymienioną do Sądu Grodzkiego w Zbąszyniu, który zastosował wobec niej areszt.

W dniu 23.8.1939 r. rozpoczęto dochodzenia przeciwko Brunsch Marii, ur. 5.2.1899 r. w Przyłęku tutejszego powiatu, zamężnej, obywatelce polskiej, narodowości niemieckiej, wyznania ewangelickiego, zamieszkałej w Przyłęku, ponieważ w dniu 14.8.1939 r. wyraziła się w swojej zagrodzie w obecności Kazimierza Kaczmarka z Borii Nowej i swego męża Gustawa: „Gustaw, krowa jest krową, a polskie papierowe pieniądze nie mają żadnej wartości", przez co naruszyła art. 3 Prezydenta RP z dnia 22.11.1938 r. /Dz.U.RP Nr. 91 poz.623/ oraz art. 170 KK. Po przesłuchaniu odstawiono ją do Sądu Grodzkiego w Nowym Tomyślu, który wydał postanowienie tymczasowego aresztowania.

W dniu 23.8.1939 r. o godz. 19.05. zbiegł na przejściu granicznym w Trzcielu przy kamieniu granicznym Nr. 200 do Niemiec w pełnym umundurowaniu i uzbrojeniu, pełniąc służbę w tym czasie przy moście kolejowym na trasie Trzciel – Międzchód, st. rez. Piotr Antoszczak z plutonu Straży Granicznej w Lewicach, stacjonowanego w Miedzichowie. Wymieniony przed ucieczką do Niemiec zeszedł z posterunku i udał się do Jana Polaszka w Trzcielu, u którego kupił 1/4 litra wódki, 3 paczki papierosów, 2 paczki machorki, 2 pudełka bibułki i 2 pudełka zapałek. Po wyjściu z lokalu Polaszyka udał się wzdłuż toru kolejowego, gdzie następnie przekroczył granicę do Niemiec. Bliższe wyniki śledztwa trzymane są w tajemnicy i uzyskać je można w plutonie żandarmerii w Poznaniu.

2. *Wyniki obserwacji i spostrzeżenia na przedpolu pogranicza*

W dniu 22.8.1939 r. stał na stacji kolejowej we Frankfurcie n/O pociąg pancerny pod pełną parą, składający się z 5 wagonów, przy czym lokomotywa znajdowała się w środku pociągu. W jakim kierunku pociąg odjechał nie zdołano stwierdzić.

3. *Ogólna ocena sytuacji*

Ostatnie zarządzenia wojskowe wywołały ogólne poruszenie. Po uruchomieniu pierwszych gońców większość mieszkańców miast wyległa na ulice obserwując wykonywanie zarządzeń. Szczególnie zaobserwowano to w Nowym Tomyślu, gdzie Niemcy od paru dni, codziennie do późnych godzin w nocy przebywają na mieście, obserwując gmach Starostwa i Magistratu.

Nastrój wśród społeczeństwa polskiego podniosły.
Starosta Powiatowy
Skoczeń

273

30.8.1939: Staatspolizeiposten Kuślin an den Starosten in Nowy Tomyśl. Tages-Lagemeldung
30 VIII 1939r.: Posterunek PP Kuślin do Starosty w Nowym Tomyślu. Dzienny meldunek sytuacyjny

AP Poznań, Starostwo Powiatowe w Nowym Tomyślu, Nr. 99

Życie polityczne, gospodarcze i zawodowe
W życiu politycznym, społecznym i zawodowym nic konkretnego nie zaszło.
Stan bezpieczeństwa
Patrz drugostronno.
Szczególne wypadki w terenie
Od dnia 27.7. do 29.8.1939 r. odebrano Niemcom 22 sztuk broni. Dnia 29.8 odebrano 29 sztuk broni, razem oddano 51 sztuk broni.
Wyniki obserwacji i spostrzeżenia na przedpolu pogranicza /zachowanie się ludności, ruchy wojska, prace wojskowe terenowe i wszelkie wydarzenia wskazujące na pewne przygotowania/
Nic godnego uwagi nie zaszło.
Zachowanie się mniejszości narodowych i ich ruch organizacyjny
Mniejszość narodowa, na zewnątrz nie okazuje żadnej działalności.
Nastroje, postawa i zachowanie się ludności polskiej
Ludność polska jest nadal patriotycznie nastawiona.
Inne zagadnienia, wypadki, zajścia, które uznaje się za zasadnicze, ważne /run na banki, sianie defetyzmu, paniki/
Nic godnego uwagi nie zaszło.
Ogólna ocena sytuacji
Bez zmian.
Pkt. 2. W dniu 2.8.1939 r. został wraz aktami dochodzeń odstawiony do Sądu Grodzkiego podejrzany Kutzner Armin z Trzcianki pow. Nowy Tomyśl za szerzenie defetyzmu. Kutzner Armin, ur. 27.8.1912 r. w Dąbrowie Nowej, pow. Nowy Tomyśl, syn Ottona i Lidii zd. Reimann, ewangelickiego wyznania, kawaler, obywatel polski, narodowości niemieckiej, bez majątku, ostatnio zamieszkały i zatrudniony w Trzciance jako włodarz. Podejrzany Kutzner w dniu 28.8.1939 r. podczas pracy na spichrzu w majętności Trzcianka mówił,że Francja się cofnęła dupą do wiatru. To znaczy, że Francja sojusz z Polską zerwała, że powyższą wiadomość głosiło radio niemieckie.
[Podpis nieczytelny]

E. Provinz Oberschlesien (Schlesien) / Prowincja Górny Śląsk (Śląsk)

Mathias Niendorf

Die Provinz Oberschlesien und ihre polnische Bevölkerung

Um keine andere Grenzregion wurden derart langanhaltende und erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen geführt wie um Oberschlesien. Das Territorium des Regierungsbezirks Oppeln, das östliche Drittel der Provinz Schlesien, verfügte im Unterschied zu den Agrargebieten Ost- und Westpreußen oder Posen über reiche Bodenschätze an Erz und Kohle, auf deren Grundlage eines der bedeutendsten Industriereviere Deutschlands entstanden war. Die großen Hüttenwerke und Zechen konzentrierten sich sämtlich im äußersten Osten, während die übrigen Teile der Region ländliches Gepräge trugen.

Der alliierte Entwurf eines Friedensvertrages vom 8.5.1919 hatte eine Abtretung fast ganz Oberschlesiens vorgesehen, doch konnte die deutsche Delegation gerade in diesem Punkt einen besonderen Erfolg verbuchen, als es ihr gelang, eine Volksabstimmung für das umstrittene Gebiet durchzusetzen. Lediglich der Südteil des Kreises Ratibor, das sogenannte Hultschiner Ländchen, mußte ohne vorherige Befragung seiner Bewohner an die Tschechoslowakei abgetreten werden, ebenso ein schmaler nördlicher Grenzstreifen Mittelschlesiens an Polen. Im Hinblick auf das kommende Plebiszit wurde dem Regierungsbezirk Oppeln bereits durch preußisches Gesetz vom 14.10.1919 der Status einer eigenständigen Provinz verliehen, um separatistischen Bestrebungen die Spitze zu nehmen. Weitergehende Konzeptionen eines Bundeslandes Oberschlesien erwiesen sich als nicht mehrheitsfähig.

Das unter alliierter Aufsicht durchgeführte Plebiszit vom 20.3.1921 erbrachte ein Ergebnis von 59,6% deutschen zu 40,4% polnischen Stimmen, nach den Mehrheiten der Gemeinden betrug das Verhältnis 845:693 (54,9%:45,1%). Dabei lagen die polnischen Hochburgen im Gebiet östlich der Oder, obwohl gerade die Städte des Industriegebietes mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland votiert hatten. Überschattet wurden die politischen Auseinandersetzungen durch polnische Versuche, mit militärischen Mitteln die eigene Ausgangsposition zu verbessern bzw. vollendete Tatsachen zu schaffen. Bereits nach Verkündung der alliierten Entscheidung, die bedingungslose Abtretung Oberschlesiens durch eine Volksabstimmung zu ersetzen, war es 1919 zu einer bewaffneten Erhebung gekommen, der eine weitere im Sommer 1920 folgte. Die mit Abstand blutigsten Gefechte brachte jedoch der dritte Aufstand, mit dem unmittelbar nach dem Plebiszit im Mai und Juni 1921 polnischen Territorialforderungen Nachdruck verliehen werden sollte. Auf beiden Seiten kämpften dabei neben Einheimischen auch Freiwillige aus dem Landesinnern beider Staaten, was den Auseinandersetzungen um Oberschlesien den Charakter einer gesamtnationalen Prestigeangelegenheit verlieh.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich von der alliierten Botschafterkonferenz mit Wirkung zum 15.7.1922 die Teilung Oberschlesiens verfügt, nach der zwei Drittel des Territoriums, aber nur 54% der Bevölkerung bei Deutschland verblieben, da das dichtbesiedelte Industriegebiet zu zwei Dritteln Polen zugesprochen wurde. Um die mit der Grenzziehung in diesem Wirtschaftsraum zwangsläufig verbundenen sozio-ökonomischen Kosten möglichst gering zu halten, wurde zwischen Berlin und Warschau ein auf 15 Jahre befristetes Übergangsabkommen geschlossen. Diese sogenannte Genfer Konvention sah auch die formale Gleichstellung der beiderseitigen Minderheiten vor, was mit einer Einschränkung der deutschen Hoheitsrechte in Westoberschlesien verbunden war. Das formalisierte Beschwerdeverfahren der polnischen Minderheit vor dem Völkerbund und ihm angeschlossener Instanzen ist jedoch nicht Gegenstand dieser Dokumentation.

Da durch die Grenzziehung zahlreiche in ihrem Umfang stark verkleinerte Restkreise entstanden waren, erfolgte 1927 eine Verwaltungsreform, die aus den bisher bestehenden 17 Land- und 5 Stadtkreisen 14 Land- und 6 Stadtkreise schuf. Unter anderem wurde dabei auch das gesamte Territorium des Landkreises Hindenburg in den Rang eines Stadtkreises erhoben. Bereits zuvor war nach westdeutschem Vorbild ein gemeinsames Polizeipräsidium für den verbliebenen Teil des Industriegebietes (Städte Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg) mit Sitz in Gleiwitz eingerichtet worden. Nach Ablauf der Genfer Konvention schließlich wurde mit Wirkung zum 1.4.1938 die Selbständigkeit der Provinz aufgehoben und Oberschlesien wieder zu einem bloßen Regierungsbezirk innerhalb einer gemeinsamen Provinz Schlesien herabgestuft, nachdem bereits seit 1933 das Amt des Oppelner Oberpräsidenten in Personalunion vom jeweiligen niederschlesischen Verwaltungschef in Breslau übernommen worden war. Die Besetzung dieses politisch exponierten Postens erfolgte während der Weimarer Republik in Abkehr von der Praxis des Kaiserreiches ausschließlich mit einheimischen Beamten. Es waren dies von 1919–1922 Joseph Bitta (1856–1932), 1923–1929 Alfons Proske (1881–1950) und 1929–1933 Hans Lukaschek (1885–1960), die in Einklang mit den politischen Mehrheitsverhältnissen der Provinz sämtlich dem Zentrum angehörten. Auch der erste nationalsozialistische Oberpräsident der Jahre 1933–1934, Helmuth Brückner (1896–1945), war bereits 1925 als Gauleiter der NSDAP in Schlesien hervorgetreten. Sein Nachfolger im Amt bis 1941, Josef Wagner (1899–1945), hatte seine Parteikarriere (NSDAP-Mitglied seit 1922) zwar in Westfalen begonnen, sicherte sich aber als praktizierender Katholik rasch eine gewisse Popularität in Oberschlesien.

Dabei war der Aufstieg der NSDAP dort deutlich langsamer verlaufen als in den übrigen Teilen Deutschlands. Noch bei den Reichtagswahlen von 1930 war Oppeln neben Württemberg der einzige Wahlkreis, in dem der Anteil der Nationalsozialisten unter 10% blieb (9,5%), und auch bei dem Urnengang vom 5.3.1933 verfehlte die Partei Hitlers hier im Unterschied zu den übigen Ostprovinzen klar die absolute Mehrheit mit einem Ergebnis von 43,2%. Bis zum Ende der Weimarer Republik blieb im zu 90% katholischen Oberschlesien die Dominanz des Zentrums ungebrochen, für das bei den verschiedenen Reichs- und Provinziallandtagswahlen zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Wähler votierten. Demgegenüber war die Stellung der Linksparteien vergleichsweise schwach; der gemeinsame Stimmenanteil von KPD und SPD schwankte zwischen 20–25%, wobei mit Ausnahme einer Phase relativer wirtschaftlicher Stabilität in der zweiten Hälfte der 20er Jahre die Kommunisten stets größere Erfolge erzielten als die Sozialdemokraten.

Dabei war Oberschlesien ein Land ausgeprägter sozialer Gegensätze, in dem 45,7% aller Erwerbstätigen des Jahres 1925 zur Arbeiterschaft zählten. Nur der kleinere Teil von ihnen fand in der Industrie Beschäftigung; in der überwiegenden Mehrheit handelte es sich um ein Landproletariat. Der Agrarsektor war mit einem Anteil von 43% nach der Grenzziehung von 1922 zum wichtigsten Erwerbszweig der Provinz geworden. Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen 27,5% auf Großbetriebe über 100 ha (Ostpreußen: 39,2%), wobei sich über die Hälfte dieser Fläche (87 817 ha von 163 000 ha) in der Hand von 22 Familien befand. Auf der anderen Seite verfügten 88 152 der insgesamt 116 179 landwirtschaftlichen Betriebe der Provinz lediglich über Klein- und Parzellenbesitz bis zu 5 ha.

Die polnischsprachige Bevölkerung konzentrierte sich dabei in den wenig fruchtbaren Landstrichen rechts der Oder. Eine ihrer Hochburgen stellte der Landkreis Oppeln dar, in dem während des Plebiszits 1921 30,5% aller Wähler für den Anschluß an Polen votiert hatten. Bei der vier Jahre später durchgeführten Volkszählung gaben von insgesamt 127 602 Einwohnern lediglich 33 353 Deutsch als ihre alleinige Muttersprache an (26,1%). Auf den Landkreis Oppeln entfiel schließlich bei den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 über ein Viertel der für die Polnisch-Katholische Volkspartei insgesamt abgegebenen Stimmen (11 327 von 42 051). Der beachtliche Stimmenanteil von 25,7% relativiert sich allerdings bei einem Vergleich mit dem Befund der Sprachstatistik. Auch im Industriegebiet stellte die polnische Bevölkerung einen beachtlichen Anteil, war dort allerdings besonders stark der Assimilation ausgesetzt, zumal, wenn sie sich den Organisationen der deutschen Arbeiterschaft anschloß. Während des Plebiszits variierte der polnische Stimmenanteil von rund 20% in Gleiwitz bis zu knapp 50% im damaligen Landkreis Hindenburg, von dessen Bewohnern auch 1925 noch rund ein Viertel Polnisch oder Deutsch und Polnisch als ihre Muttersprache angab. Bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen allerdings war die polnische Liste selbst hier nicht an die 5%-Marke herangekommen. Auch die in mehr oder weniger großer Distanz zum Polenbund stehenden Arbeiterorganisationen wie die „Polnische Sozialistische Partei in Deutschland" (Polska Partia Socjalistyczna w Niemczech) oder die „Polnische Berufsvereinigung" (Zjednoczenie Zawodowe Polskie) hatten über schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung zu klagen.

Ein solcher Befund erscheint um so bemerkenswerter, als es in Oberschlesien wie sonst in keiner anderen Ostprovinz zu einer Überlagerung von sozialen und nationalen Konfliktkonstellationen kam. Diese Situation für sich nutzbar zu machen, sollte der polnischen Bewegung aufs Ganze gesehen jedoch nicht gelingen. Dabei stellte die Provinz das mit Abstand größte Rekrutierungsreservoir im Deutschen Reich dar; unter Fortschreibung der Sprachstatistik von 1910 geht die polnische Forschung von einer rund 700 000 Personen umfassenden Minderheitsbevölkerung in der Zwischenkriegszeit aus. Allerdings hatte sich bereits während der Volksabstimmung gezeigt, daß Umgangssprache und nationales Bekenntnis in diesem ethnischen Mischgebiet nicht ohne weiteres gleichzusetzen waren. Die deutsche Propaganda ging sogar so weit, den meist „Wasserpolnisch" genannten Dialekt aufgrund seiner zahlreichen Entlehnungen aus dem Deutschen mit dem Etikett einer Mischsprache zu versehen und entsprechend auch deren Träger als Mischvolk zu bezeichnen, das selbst nach objektiven Kriterien nicht Teil der polnischen Nation sei. Intern allerdings wurde die Aussagekraft der Sprachzählungen von den Behörden selbst in Zweifel gezogen. Dies gilt insbesondere für die 30er Jahre, in denen offiziellen Statistiken zufolge ein dramatischer Rückgang des Polnischen zu

verzeichnen war. Bei der letzten Erhebung im Mai 1939 hatten lediglich 40 496 Personen bei einer Gesamtbevölkerung von 1,5 Millionen wenigstens eine Form des Polnischen (incl. „Oberschlesisch") allein oder neben dem Deutschen als ihre Muttersprache angegeben. Demgegenüber schätzte der Bund Deutscher Osten (BDO) 1935 die Größenordnung jener Minderheit auf rund 400 000. Anders als im Falle der ostpreußischen Masuren erschien die Frage ihrer Loyalität noch nicht endgültig feststehend. Die Unsicherheit bei der nationalen Zuordnung kam in Bezeichnungen wie „schwebendes Volkstum" oder „Zwischenschicht" zum Ausdruck, hinter denen sich die Befürchtung verbarg, die so Klassifizierten könnten sich eines Tages der polnischen Seite zuwenden. Indem die Behörden vor allem zur NS-Zeit gerade jener Bevölkerungsgruppe ihre besondere Aufmerksamkeit widmeten und ihnen einerseits attraktive Angebote im sozialen und kulturellen Bereich unterbreiteten, andererseits mit einem System von Repressalien drohten, waren sie letztlich erfolgreicher als die polnische Bewegung, deren Aktionsradius im wesentlichen auf jenen kleinen Personenkreis beschränkt blieb, der bereits über ein klares Nationalbewußtsein verfügte.

Dabei war es in Oberschlesien erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer nationalen Erweckungsbewegung gekommen, deren Führer meist aus der Provinz Posen stammten. Die wenigen Angehörigen der vor dem 1. Weltkrieg im Entstehen begriffenen einheimischen Elite waren nach dem Plebiszit überwiegend in die Wojewodschaft Schlesien abgewandert. Der Verlust der eigenen Führungsschicht fiel um so stärker ins Gewicht, als auch nach dem Ende der Abstimmungskämpfe der nationale Antagonismus ungebrochen fortdauerte und jedes Anzeichen polnischer Betätigung deutscherseits als Provokation aufgefaßt wurde. Der immer wieder erhobene Irredentavorwurf wurde mit den Erfahrungen der Aufstände begründet, an denen sich Minderheitsangehörige mit der Waffe in der Hand beteiligt hatten. Den tiefen Graben zu überwinden, der sich zwischen den Nationen aufgetan hatte, war mit formalen Amnestiegesetzen allein nicht möglich, zumal auch auf deutscher Seite ehemalige Grenzschutzangehörige an Ausschreitungen und Übergriffen beteiligt gewesen waren.

In dieser gespannten Atmosphäre stießen Pläne zur Gründung eines oberschlesischen Landesverbandes des Polenbundes zunächst auf große Skepsis. Kritiker monierten insbesondere den im Namen zum Ausdruck kommenden dezidiert nationalpolnischen Charakter der Organisation, der viele Oberschlesier mit einem zunächst regional geprägten Sonderbewußtsein vom Eintritt abhalten würde. Tatsächlich konnte der ungeachtet aller Probleme Anfang 1923 in Beuthen gegründete Landesverband I mit maximal 7 720 Mitgliedern in 12 Unterbezirken im November 1938 nur etwa ein Prozent des selbst errechneten Potentials mobilisieren – selbst wenn man berücksichtigt, daß sich jene Zahl unter Einbeziehung wirtschaftlicher, kultureller und anderer Sonderorganisationen noch einmal in etwa verdoppelt, bleibt eine erhebliche Diskrepanz bestehen.

Die Führungsgremien des Polenbundes waren in Oberschlesien von einer vergleichsweise hohen personellen Fluktuation gekennzeichnet, wobei die einzelnen Namen zugleich für einen bestimmten Elitentypus stehen. 1923 wurde mit Kazimierz Malczewski (1886–1969) ein Repräsentant der aus der Provinz Posen stammenden Intelligenz an die Spitze des Landesverbandes gewählt, während seine beiden Nachfolger dem einheimischen Klerus angehörten. Pfarrer Czesław Klimas (1895–1937) nahm neben seiner Funktion als Landesvorsitzender von 1926–1930 zugleich ein Abgeordnetenmandat im Preußischen Landtag (1924–1928) wahr, wie auch sein Nachfolger in der Vereinsführung, Pfarrer Karol Koziołek (1856–1938) die polnische Bevölkerung im Proviziallandtag vertrat. 1937 wurde mit Franciszek Myśliwiec (1868–1941) erstmals einem

Vertreter des Bauerntums das Amt des Vorsitzenden übertragen. Eine ähnliche personelle Entwicklung verlief auf der Ebene der Geschäftsführung, die zunächst bis 1932 offiziell in der Hand Stefan Szczepaniaks (1892–1964) lag, einem führenden Repräsentanten des Ruhrpolentums. Mit seinem zunehmenden Engagement in der Berliner Zentrale ab 1928 ging ein Großteil seiner Funktionen jedoch faktisch auf Arkadiusz („Arka") Bożek (1899–1954) über, dem Besitzer einer Landwirtschaft von 9 ha im Kreis Ratibor, wo er von 1927–1933 zugleich als Gemeindevorsteher fungierte. Der Kriegsfreiwillige von 1915 hatte sich zunächst für kurze Zeit dem Spartakusbund angeschlossen, bis er in das nationalpolnische Lager wechselte, wo er sich rasch den Ruf eines Volkstribunen verschaffte.

Eine stärkere Berücksichtigung einheimischer Kandidaten bei der Besetzung von Führungsfunktionen sowie eine weitreichende Rücksichtnahme auf regionale Besonderheiten waren auch die Forderungen einer Gruppe zumeist jüngerer Oberschlesier, die aus Protest gegen den Zentralismus der Berliner Vereinsführung 1936 einen eigenständigen „Bund der Polen in Schlesien" (Związek Polaków na Śląsku) gründeten, der allerdings ein Jahr später bereits wieder mit der Hauptorganisation fusionierte. Angesichts der besonderen Verhältnisse in Oberschlesien waren auch weniger jene eher politischen Verbände von Bedeutung, bei denen die Mitgliedschaft einem eindeutigen nationalen Bekenntnis gleichkam. Viel wirksamer warben diejenigen Organisationen für die polnische Bewegung, welche die Pflege der heimischen Kultur oder die Wahrnehmung konkreter ökonomischer Interessen anboten.

Oberschlesien entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit zum Zentrum der polnischen Genossenschaften in Deutschland mit rund 13 000 Mitgliedern im Jahre 1930 (vor Einbruch der Weltwirtschaftskrise). Während die Tradition der insgesamt 10 „Banki Ludowe" (Volksbanken) teilweise bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurückreichte, waren Ein- und Verkaufsgenossenschaften erstmals unmittelbar vor dem Plebiszit eingerichtet worden. Zentrale Stückpunkte jener „Rolniki" (Landmänner) bestanden in Oppeln, Ratibor und Groß Strehlitz, zu denen jeweils mehrere Filialen gehörten. Über ein engmaschiges Netz von Ortsgruppen verfügten auch die Gesangvereine, die sich 1926 in Gleiwitz zu einem Zentralverband zusammengeschlossen hatten. Obwohl diese Initiative vom Polenbund ausgegangen war, vermied der Name „Bund der Gesangvereine im Oppelner Schlesien" (Związek Kół Śpiewaczych Śląska Opolskiego) eine ausdrückliche Erwähnung des polnischen Charakters. Ähnlich sollten auch die zahlreichen Aufführungen der Laientheater dazu dienen, auf der Basis heimischer Traditionen eine allmähliche Integration der oberschlesischen Bevölkerung in die polnische Gesamtnation zu fördern.

Dabei war die regionale polnische Kultur dort auf das engste mit dem Katholizismus verbunden, dem eine wesentliche identitätsstiftende Funktion zufiel. Im Unterschied zu anderen Grenzgebieten kam es hier jedoch nicht zu einer Überlagerung von nationalen und konfessionellen Gegensätzen, da der Protestantismus in dieser Provinz generell nur schwach vertreten war. So geriet die katholische Kirche selber zum Ziel rivalisierender deutsch-polnischer Ansprüche und nicht selten auch zum unmittelbaren Austragungsort jenes Konfliktes. Die Frage des Sprachgebrauchs in den Gottesdiensten rückte verstärkt in den 30er Jahren in das Blickfeld der Behörden, als die ermittelten Verhältniszahlen in auffallendem Gegensatz zum Ergebnis der offiziellen Volkszählungen standen. Nach vertraulichen Erhebungen des BDO wurden 1934/35 im Durchschnitt noch 40,7% aller Messen auf polnisch gelesen (Landkreis Oppeln: 48,3%), während dieser Anteil nach massiven deutschen Interventionen drei Jahre später bereits auf 30,9% gesunken war

(Landkreis Oppeln: 37,4%). Unmittelbar vor Kriegsbeginn schließlich wurde jegliche polnischsprachige Liturgiehandlung untersagt.

Welch große Bedeutung die muttersprachliche Gottesdienstversorgung für die polnische Bevölkerung besessen hatte, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß im August 1922 ca. 20000 Schüler von dem Angebot polnischer Religionsstunden an staatlichen Schulen Gebrauch machten, während am eigentlichen Sprachunterricht nur etwa ein Drittel von ihnen teilnahm. Bereits im folgenden Jahr kam es gemäß der Genfer Konvention zur Eröffnung der ersten öffentlichen Minderheitsschulen, die allerdings die polnischerseits in sie gesteckten Erwartungen nicht erfüllen konnten. Als gravierendes Problem erwies sich der Mangel an entsprechend qualifizierten wie motivierten Unterrichtskräften unter den im preußischen Staatsdienst stehenden Lehrern. Außerdem zeigte sich bald, daß immer nur ein Teil der ursprünglich angemeldeten Kinder auch am ersten Unterrichtstag erschien, da in vielen Fällen die Eltern deutschen Drohungen oder Versprechungen nachgaben und ihre Entscheidung nachträglich revidierten. Nachdem im Schuljahr 1925/26 die Zahl der öffentlichen Minderheitsschulen von ursprünglich 56 auf 37 gefallen und die der Kinder von 1 269 auf 951 gesunken war, konzentrierten sich die Bemühungen der polnischen Führung in der folgenden Zeit – wie in den übrigen Ostprovinzen – auf die Errichtung eines eigenen Privatschulwesens. Auf dessen Höhepunkt im Jahre 1931 wurden an 12 Schulen 143 Kinder unterrichtet, 1939 waren es noch 90 Schüler an 10 Lehranstalten. Von überregionaler Bedeutung war schließlich die Eröffnung des ersten polnischen Gymnasiums in Deutschland Ende 1932 in Beuthen, an dem die Oberschlesier bis 1939 nur 281 von insgesamt 505 Schülern stellten.

Mathias Niendorf

Prowincja Górny Śląsk (Śląsk) i jej ludność polska

O żaden inny region graniczny nie toczyły się tak długotrwałe i zażarte walki między Polską i Niemcami, jak o Górny Śląsk. Terytorium rejencji opolskiej, jedna trzecia prowincji Śląsk na wschodzie, w odróżnieniu od rolniczych obszarów Prus Wschodnich i Zachodnich, czy prowincji poznańskiej, dysponowało bogatymi złożami rudy żelaza i węgla, na bazie których powstał jeden z największych okręgów przemysłowych Niemiec. Wszelkie wielkie zakłady hutnicze i kopalnie skupione były na najbardziej wschodnich krańcach tego obszaru, podczas gdy pozostałe części tego regionu miały charakter wiejski.

Sojuszniczy projekt traktatu pokojowego z 8 maja 1919 r. przewidywał odstąpienie Polsce prawie całego Górnego Śląska, lecz w tym właśnie punkcie delegacja niemiecka zanotowała szczególnie duży sukces przeforsowując rozstrzygnięcie kwestii tego spornego obszaru w drodze plebiscytu. Jedynie południowa część powiatu raciborskiego, tzw. Kraik Hulczyński, przypadła Czechosłowacji bez odwoływania się do ludności, podobnie wąski północny pas graniczny środkowego Śląska przyznano Polsce. Z uwagi na planowany plebiscyt, pruskim dekretem z 14 października 1919 r. przyznano rejencji opolskiej status samodzielnej prowincji, aby w ten sposób złagodzić tendencje separatystyczne. Jeszcze dalej idące koncepcje, przewidujące utworzenie z Górnego Śląska „landu", nie zdobyły większego poparcia.

Plebiscyt przeprowadzony pod nadzorem Sprzymierzonych 23 marca 1921 r. przyniósł 59,6% głosów za Niemcami i 40,4% za Polską. Według większości w gminach, stosunek ten wyniósł 845:693 (54,9%:45,1%). Bastiony polskości znajdowały się na obszarach na wschód od Odry, chociaż właśnie miasta okręgu przemysłowego opowiedziały się w większości za pozostaniem w obrębie Niemiec. Spory polityczne zostały przyćmione polskimi próbami polepszenia własnej sytuacji wyjściowej, bądź stworzenia faktów dokonanych środkami militarnymi. Już po ogłoszeniu decyzji państw sprzymierzonych, aby bezwarunkowe oddanie Górnego Śląska zastąpić rozstrzygnięciem o przynależności w drodze plebiscytu, doszło w 1919 roku do zbrojnego powstania, latem 1920 do kolejnego. Zdecydowanie najbardziej krwawe walki przyniosło jednak trzecie powstanie, które bezpośrednio po plebiscycie, w maju i czerwcu 1921 r. miało poprzeć polskie roszczenie terytorialne. Po obu stronach, oprócz ludności miejscowej, walczyli też ochotnicy z głębi kraju, co nadało konfliktowi wokół Górnego Śląska charakter rozgrywki prestiżowej obydwu narodów.

Po długotrwałych negocjacjach, międzysojusznicza Konferencja Ambasadorów zarządziła z dniem 15 lipca 1922 r. podział Górnego Śląska, wedle którego dwie trzecie terytorium, ale tylko 54% ludności, pozostało w granicach Niemiec, ponieważ Polsce przyznano dwie trzecie gęsto zaludnionego okręgu przemysłowego. By możliwie złagodzić skutki socjoekonomiczne, nieuniknione przy nowym poprowadzeniu granic przez ten przemysłowy obszar, pomiędzy Warszawą i Berlinem zawarty został 15-letni układ przejściowy. Ta tak zwana konwencja genewska przewidywała również formalne

zrównanie praw mniejszości po obu stronach granicy, co wiązało się z pewnym ograniczeniem niemieckich praw zwierzchnich w zachodniej części Górnego Śląska. Sformalizowany tryb wnoszenia skarg mniejszości polskiej na forum Ligi Narodów oraz związanych z nim tok instancji, nie jest jednak przedmiotem niniejszej dokumentacji.

Wskutek nowego poprowadzenia granicy powstały liczne powiaty szczątkowe o silnie pomniejszonej powierzchni, w roku 1927 dokonano więc reformy administracyjnej, w toku której z dotychczasowych 17 powiatów wiejskich i 5 miejskich uczyniono 14 wiejskich i 6 miejskich. Między innymi, cały powiat Zabrze [Hindenburg] podniesiono do rangi powiatu miejskiego. Już wcześniej, na wzór niemiecki, utworzono wspólne prezydium policji dla resztki okręgu przemysłowego (miasta Gliwice [Gleiwitz], Bytom [Beuthen] i Zabrze) z siedzibą w Gliwicach. Po upływie Konwencji Genewskiej, z dniem 1 kwietnia 1938 roku, zniesiono samodzielny charakter prowincji i ponownie zepchnięto Górny Śląsk do rangi zwykłej rejencji w obrębie wspólnej prowincji śląskiej. Już zresztą od 1933 r. wprowadzono unię personalną pomiędzy urzędem nadprezydenta rejencji opolskiej i urzędem szefa administracji dolnośląskiej we Wrocławiu. W okresie republiki weimarskiej, inaczej niż za czasów cesarstwa, obsadzano to eksponowane politycznie stanowisko wyłącznie urzędnikami miejscowymi. W latach 1919–1922 był to Joseph Bitta (1856–1932), w latach 1923–1929 Alfons Proske (1881–1950), zaś w latach 1929–1933 Hans Lukaschek (1885–1960). Wszyscy oni, zgodnie z układem sił politycznych w prowincji, należeli do partii Centrum. Pierwszy nazistowski nadprezydent, urzędujący w latach 1933–1934 Helmuth Brückner (1896–1945), już w 1925 roku występował jako gauleiter NSDAP na Śląsku. Jego następca, Josef Wagner (1899–1945), rozpoczynał wprawdzie swoją karierę polityczną w Westfalii (członek NSDAP od 1922 roku), lecz jako praktykujący katolik szybko zdobył sporą popularność na Górnym Śląsku. Zarazem jednak wzrost znaczenia NSDAP następował tutaj zdecydowanie wolniej niż w innych częściach Niemiec. Jeszcze w czasie wyborów do Reichstagu w 1930 roku, Opole, obok Wirtembergii, było jedynym okręgiem wyborczym, gdzie narodowi socjaliści zdobyli mniej niż 10% głosów (9,5%), także w czasie wyborów 5 marca 1933 partia Hitlera – inaczej niż w innych wschodnich prowincjach – zdobyła tutaj 43,2% głosów, a więc zabrakło jej sporo do absolutnej większości. Aż do ostatnich chwil trwania republiki weimarskiej, na katolickim w 90% Górnym Śląsku niezmiennie dominowało Centrum, na które we wszystkich wyborach, czy to do Reichstagu czy do parlamentu prowincji, głosowało od 1/3 do połowy wszystkich wyborców. Natomiast pozycja partii lewicowych była stosunkowo słaba: łączna liczba głosów oddanych na KPD i SPD wynosiła od 20 do 25%, przy czym – z wyjątkiem okresu względnej stabilności gospodarczej w drugiej połowie lat dwudziestych – komuniści zawsze odnosili większe sukcesy niż socjaldemokraci.

Górny Śląsk był zarazem krajem dość wyraźnych konfliktów społecznych; w 1925 roku 45,72% wszystkich zatrudnionych stanowili robotnicy. Tylko niewielka ich część znajdowała zatrudnienie w przemyśle, w przeważającej części był to proletariat wiejski. Sektor rolniczy, którego udział w nowych granicach, po 1922 roku, wynosił 43% – stał się najważniejszą gałęzią gospodarczą prowincji. Z ogólnej powierzchni gruntów użytkowych – 27,5% przypadało na gospodarstwa ponad 100 ha (Prusy Wschodnie 39,2%), przy czym ponad połowa tej powierzchni (87 817 ha wobec 163 000 ha) znajdowała się w rękach 22 rodzin. Z drugiej strony 88 152 z ogółem 116 179 gospodarstw rolnych prowincji dysponowało niewielkimi poletkami do 3 ha.

Polskojęzyczna ludność skupiała się na prawym brzegu Odry, na mniej urodzajnych terenach. Jednym z jej bastionów był powiat opolski, w którym w czasie plebiscytu, w 1921 roku, 30,5% wszystkich uprawnionych do głosowania opowiadało się za przyłączeniem do Polski. W przeprowadzonym w czteru lata później spisie jedynie 33 353 osób – ogółem 127 602 – podało język niemiecki jako jedyny język ojczysty (26,1%). Na powiat opolski przypadła też w wyborach do Reichstagu (grudzień 1924 r.) ponad jedna czwarta wszystkich głosów oddanych na Polsko-Katolicką Partię Ludową (11 327 z 42 051). Znaczny udział tych głosów (25,7%) relatywizuje się nieco w zestawieniu ze statystyką językową. Ludność polska stanowiła również znaczną część okręgu przemysłowego, choć podlegała tam szczególnie silnym wpływom asymilacyjnym, zwłaszcza gdy przystępowała do niemieckich organizacji robotniczych. W czasie plebiscytu udział głosów polskich wahał się od 20% w Gliwicach do prawie 50% w ówczesnym powiecie Zabrze, gdzie jeszcze w 1925 roku jedna czwarta mieszkańców podawała polski oraz niemiecki i polski jako język ojczysty. Niemniej jednak w przeprowadzonych rok wcześniej wyborach parlamentarnych lista polska nawet tutaj nie zdołała przekroczyć progu 5%. Także organizacje robotnicze dystansujące się w różnym stopniu od Związku Polaków w Niemczech, takie jak Polska Partia Socjalistyczna w Niemczech czy Zjednoczenie Zawodowe Polskie, spotykały się z coraz mniejszym oparciem wśród ludności polskiej.

Wniosek taki wydaje się tym bardziej znamienny, iż na Górnym Śląsku, jak w żadnej innej prowincji wschodniej, doszło do nałożenia się na siebie konfliktów społecznych i narodowych. W sumie jednak nie udało się ruchowi polskiemu wykorzystać tej sytuacji dla własnych celów, chociaż prowincja górnośląska stanowiła zdecydowanie największe w całej Rzeszy źródło rekrutacji ewentualnych jego zwolenników. Wychodząc ze statystyki językowej z 1910 roku, badacze polscy mówią o 700 000 mniejszości polskiej w okresie międzywojennym. Jednakże już w czasie plebiscytu miało się okazać, że na tym mieszanym etnicznie terenie używanie na co dzień języka polskiego nie było równoznaczne z opcją narodową. Propaganda niemiecka posuwała się wręcz do tego, iż używany na śląsku dialekt, określany najczęściej jako „Wasserpolnisch", ze względu na liczne zapożyczenia z niemieckiego, opatrywała etykietką języka mieszanego i – co za tym idzie – mówiącą nim ludność mianem „narodu mieszanego", który nawet według obiektywnych kryteriów nie może być uznany za część narodu polskiego. Jednak, na swój własny użytek, władze niemieckie same powątpiewały w wiarygodność kryterium językowego. Dotyczy to zwłaszcza lat trzydziestych, kiedy to – wedle oficjalnych statystyk – zaznaczyć się miał dramatyczny spadek liczby osób mówiących po polsku. W czasie ostatniego spisu ludności w maju 1939 r. jedynie 40 496 osób, spośród ogólnej liczby 1,5 mln mieszkańców, podało język polski (łącznie z „górnośląskim") jako jedyny język ojczysty lub drugi obok niemieckiego. Natomiast według szacunków Bund Deutscher Osten (BDO) w 1935 roku liczebność polskiej mniejszości wynosiła 400 000 osób. Inaczej, niż to było w przypadku wschodniopruskich Mazurów, kwestia ich lojalności co do narodościowego zaszeregowania przedstawicieli tej mniejszości wyrażała się w takich określeniach jak „narodowość rozmyta" czy „warstwa pośrednia", za którymi kryły się obawy, że tak zaklasyfikowana ludność któregoś dnia może zacząć się przyznawać do polskości. Władze, poświęcające tej grupie ludności, zwłaszcza w okresie nazistowskim, szczególną uwagę – z jednej strony podsuwające jej atrakcyjne oferty w sferze społecznej i kulturalnej, z drugiej zaś grożąc systemem represju, – ostatecznie odniosły większy sukces niż narodowy ruch polski, którego zakres działań ograniczał się przeważnie do wąskiego kręgu osób o wykrystalizowanej już świadomości narodowej.

Trzeba dodać, że na Górnym Śląsku polskie odrodzenie narodowe rozpoczęło się dopiero pod koniec XIX w., a jego przywódcy pochodzili przeważnie z prowincji poznańskiej. Większość nielicznych przedstawicieli rodzącej się dopiero przed pierwszą wojną światową miejscowej elity, przeniosła się po plebiscycie do województwa śląskiego. Utrata własnej warstwy przywódczej odegrała rolę tym znaczniejszą, iż po zakończeniu walk plebiscytowych antagonizm narodowościowy trwał nadal i jakakolwiek oznaka działań na rzecz polskości traktowana była przez stronę niemiecką jako prowokacja. Powtarzający się bezustannie zarzut irredenty uzasadniano doświadczeniem płynącym z niedawnych powstań, w których przedstawiciele mniejszości polskiej uczestniczyli z bronią w ręku. Przezwyciężenie głębokiej przepaści, jaka podzieliła oba narody, nie było możliwe za pomocą samych tylko dekretów amnestyjnych, zwłaszcza, że po stronie niemieckiej w incydentach i napaściach brali udział byli członkowie Grenzschutzu.

W tej napiętej atmosferze plany utworzenia górnośląskiej dzielnicy Związku Polaków w Niemczech spotkały się początkowo z dużym sceptycyzmem. Krytycy kwestionowali zwłaszcza sygnalizowany już w nazwie zdecydowanie narodowy i polski charakter organizacji, który wielu Górnoślązaków – na razie świadomych tylko odrębności regionalnej – odstręczał od wstąpienia w jej szeregi. I rzeczywiście, utworzona z początkiem 1923 r. w Bytomiu, wbrew wszelkim problemom, Dzielnica I Związku Polaków maksymalną liczebność wynoszącą 7720 członków w dwunastu okręgach osiągnęła w listopadzie 1938 roku; stanowiło to zaledwie 1% potencjału szacowanego nawet przez stronę polską. Nawet jeśli założymy, iż po doliczeniu wszystkich osób skupionych w innych organizacjach polskich o charakterze ekonomicznym, kulturalnym i innych, liczba ta ulegnie mniej więcej podwojeniu, to i tak pozostaje ogromny rozziew.

Kierownicze gremia Związku Polaków w Niemczech odznaczały się na Górnym Śląsku stosunkowo dużym stopniem fluktuacji personalnej, przy czym poszczególne nazwiska reprezentują w dodatku specyficzny typ elity. W 1923 roku przewodniczącym Dzielnicy został Kazimierz Malczewski (1866–1969), przedstawiciel inteligencji pochodzącej z prowincji poznańskiej, podczas gdy dwaj jego następcy, z kolei, pochodzili z kręgu miejscowego kleru. Proboszcz Czesław Klimas (1865–1937), przewodniczący Dzielnicy w latach 1926–1930, był zarazem deputowanym do pruskiego landtagu (1924–1928), podobnie jak i jego następca, proboszcz Karol Koziołek (1856–1938), który reprezentował mniejszość polską w landtagu prowincji. W 1937 roku w osobie Franciszka Myśliwca (1868–1941), po raz pierwszy wybrano na przewodniczącego przedstawiciela chłopstwa. Podobnie rozwijała się sytuacja w pionie zarządu, który początkowo – do 1932 roku – spoczywał formalnie w rękach Stefana Szczepaniaka (1892–1964), przedstawiciela mniejszości polskiej z Zagłębia Ruhry. W związku z jego coraz większym zaangażowaniem w pracach centrali berlińskiej, większa część jego obowiązków przeszła praktycznie w ręce Arkadiusza (Arki) Bożka (1899–1954), właściciela 9-hektarowego gospodarstwa w powiecie Racibórz [Ratibor], gdzie w latach 1927–1933 był jednocześnie sołtysem. Ochotnik z 1915 roku, początkowo na krótki czas związał się z Związkiem Spartakusa, by potem przenieść się do obozu narodowego, gdzie już wkrótce zdobył sobie sławę trybuna ludowego.

Forowanie miejscowych kandydatów przy obsadzaniu stanowisk kierowniczych oraz szerokie uwzględnianie regionalnej specyfiki, to były żądania stawiane przez grupę głównie młodszych Górnoślązaków, którzy z protestu przeciwko centralizmowi berlińskich władz Związku założyli w 1936 roku własny Związek Polaków na Śląsku,

który jednak już w rok później wszedł w fuzję ze Związkiem Polaków. Wobec specyficznej sytuacji panującej na Śląsku, owe raczej polityczne organizacje, do których przynależność była równoznaczna z jednoznaczną opcją narodowościową miały już mniejsze znaczenie. O wiele skuteczniej działały na rzecz ruchu polskiego te organizacje, w których główny nacisk kładziono na kultywowanie miejscowej kultury, czy ochronę konkretnych interesów ekonomicznych.

W okresie międzywojennym Górny Śląsk stał się centrum polskiej spółdzielczości w Niemczech. W 1930 roku, przed wybuchem światowego kryzysu gospodarczego, spółdzielnie liczyły tu 13 000 członków. O ile tradycja ogółem 10 Banków ludowych sięgała niekiedy końca XIX w., o tyle pierwsze spółdzielnie zaopatrzenia i zbytu utworzono tuż przed plebiscytem. Główne punkty oparcia owych „Rolników" stanowiły Opole [Oppeln], Racibórz oraz Strzelce Opolskie [Groß Strehlitz], mające po kilka filii. Gęstą siecią lokalnych oddziałów dysponowały też towarzystwa śpiewacze, które w 1926 roku utworzyły w Gliwicach związek centralny. Chociaż inicjatywa ta wyszła od Związku Polaków w Niemczech, zrezygnowano z wyraźnego podkreślenia polskiego charakteru w nazwie organizacji (Związek Kół Śpiewaczych Śląska Opolskiego). Podobnie też liczne przedstawienia teatrzyków amatorskich miały za zadanie, przez kultywowanie tradycji miejscowej, ułatwienie stopniowej integracji ludności Górnego Śląska z narodem polskim.

Miejscowa kultura regionalna w bardzo ścisły sposób wiązała się z katolicyzmem, któremu przypadła w udziale rola bardzo istotnego czynnika integrującego.

W odróżnieniu od innych terenów przygranicznych, nie doszło tu jednak do nałożenia się na siebie przeciwieństw narodowościowych i wyznaniowych, bowiem w tej prowincji protestantyzm był generalnie słabo reprezentowany. Tak więc Kościół katolicki sam stał się celem sprzecznych roszczeń Polaków i Niemców, a nierzadko także bezpośrednim miejscem, w którym konflikt ten się rozgrywał. Kwestia języka używanego w czasie nabożeństwa ze zdwojoną siłą znalazła się w orbicie zainteresowania władz w latach trzydziestych, kiedy to okazało się, że owe językowe proporcje wyznaniowe stoją w uderzającej sprzeczności z oficjalnymi danymi ze spisu ludności. Według poufnych badań BDO, w roku 1934/35 przeciętnie jeszcze 40,7% wszystkich nabożeństw katolickich odprawiano po polsku (powiat opolski: 48,3%), podczas gdy w trzy lata później po zmasowanych interwencjach niemieckich udział ten spadł do 30,9% (powiat opolski: 37,4%). Wreszcie, bezpośrednio przed wybuchem wojny, zakazano wszelkiej liturgii w języku polskim.

Jak wielkie znaczenie dla ludności polskiej miało odprawianie nabożeństw w języku polskim jasno wynika z faktu, że w sierpniu 1922 r. około 20 000 uczniów korzystało z możliwości pobierania w szkołach państwowych nauki religii po polsku, podczas gdy na lekcje języka polskiego uczęszczało tylko jedna trzecia tej liczby. Już w następnym roku doszło, na mocy konwencji genewskiej, do otwarcia pierwszych publicznych szkół mniejszościowych, które jednak nie zdołały spełnić oczekiwań, jakie wiązała z nimi strona polska. Zasadniczym problemem okazał się brak, wśród pozostających na pruskiej służbie państwowej nauczycieli, odpowiednio wykwalifikowanych pedagogów o propolskiej motywacji. Ponadto już wkrótce okazało się, iż spośród dzieci zgłaszanych początkowo do szkoły już w pierwszym dniu nauki pojawiła się zaledwie ich część, bowiem w wielu przypadkach ich rodzice ulegali niemieckim groźbom lub obietnicom, zmieniając pierwotną decyzję. Kiedy w roku szkolnym 1925/26 liczba publicznych szkół mniejszościowych spadła z początkowych 56 do 37, a liczba uczniów z 1 269 do 951,

starania kierownictwa polskiego, tak na Górnym Śląsku jak i w innych prowincjach wschodnich, skoncentrowały się w następnych latach na utworzeniu własnego szkolnictwa prywatnego. W szczytowym punkcie rozwoju, przypadającym na rok 1931, szkół tych było 12, pobierało w nich naukę 143 uczniów, w roku 1939 jeszcze 90 uczniów uczyło się w 10 placówkach. Ponadregionalne znaczenie miało też otwarcie w Bytomiu, pod koniec 1932 r., pierwszego gimnazjum polskiego w Niemczech, w którym do roku 1939 tylko 281 z ogółem 505 uczniów było z Górnego Śląska.

E.1. Provinzebene / Prowincja

274

8.12.1923: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Maßnahmen gegen die polnische Minderheitenpresse
8 XII 1923r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Środki przeciw polskiej prasie mniejszościowej

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 12 (Abschrift).

Anliegend überreiche ich Übersetzungen von drei Artikeln der in Oppeln erscheinenden polnischen Zeitung Nowiny Codzienne Nr. 256, 257 und 262 vom 9. bzw. 10. bzw. 16. November d. J. zur gefälligen Kenntnisnahme.

Der erste Artikel „Stinkbomben deutscher Hakatisten" betitelt, enthält an verschiedenen Stellen hetzerische Angriffe gegen die deutschen Behörden. Er wirft ihnen zunächst versteckte Duldung bzw. Billigung von Ausschreitungen gegen die polnische Minderheit vor, um am Schluß sogar dazu überzugehen, die deutschen Behörden in den Augen der polnischen Leser als unfähig hinzustellen, indem er ihnen die Fähigkeit abspricht, die polnische Jugend zu erziehen. Die Drohungen, man solle sich davor hüten, den Teufel in Gestalten von Selbstschutzorganisationen an die Wand zu malen, muß in dem polnischen Lehrer den Eindruck erwecken, es werde ihm angesichts der geschilderten Einstellung der deutschen Behörden nichts anderes übrig bleiben, als zur Selbsthilfe gegen diese zu greifen.

Der zweite Artikel, „Die Minderheitsschule in Deutschland" betitelt, ist zwar nur die Wiedergabe eines Artikels aus dem „Posener Kurier". Am Schlusse werden seine Ausführungen aber voll und ganz unterstrichen. Die „Nowinny Codzienne" macht sich seinen Inhalt also ganz zu eigen. Der Artikel selbst stellt die Tatsachen völlig auf den Kopf und ist ein Hetzprodukt schlimmster Art. Er wirft den deutschen Behörden nicht mehr und nicht weniger als glatte Sabotage der in der Genfer Konvention vorgesehenen Minderheitsrechte vor, spricht von Heuchelei und teuflischen Künsten der Deutschen usw.

Der dritte Artikel „Erinnert Euch!" betitelt soll zunächst äußerlich den Eindruck eines historischen Rückblicks machen. Der wiederholte Hinweis auf die geschichtliche Zugehörigkeit von Deutsch-Oberschlesien zu Polen, die Ausdrücke wie „Losreißung vom Mutterlande", „unerlöste Gebiete", die geschickte Hervorhebung der angeblich herrlichen Zustände in Polen gegenüber der geknechteten Lage der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien und der Trennung durch den Grenzpfahl sowie der versteckte Hinweis, daß wenigstens die Hoffnung einstiger Befreiung besteht, verfolgen offensichtlich das Ziel, die polnischen Lehrer in Deutsch-Oberschlesien dazu anzustacheln, mehr und mehr ihre Wünsche auf Vereinigung mit Polen zu richten und ihre ganze Betätigung und ihr ganzes Fühlen hierauf einzustellen.

So kann nicht verkannt werden, daß die Anlegung der Artikel sowohl in Ausdruck als im organischen Zusammenhange äußerst geschickt ist. Viele Weisungen sind zwar hinsichtlich des beabsichtigten Eindrucks nicht mißzuverstehen, aber so gewählt, daß sie eine harmlose Deutung immerhin zulassen. Andererseits kann der auf diese Weise getriebenen Propaganda nicht länger untätig zugesehen werden. Besonders in den gegenwärtigen unruhigen Zeiten sind derartige Zeitungsartikel besonders hier im Grenzlande geeignet, die Staatsautorität völlig zu untergraben und den Bestrebungen gewisser polnischer Kreise auf Abtrennung deutschen Gebietes, die nie zur Ruhe kommen werden, neue Nahrung zu geben.

Die Bekämpfung dieser polnischen Presse propaganda wird freilich nicht allein durch Verhinderung derartiger Artikel zu erfolgen haben. Im Gegenteil vertrete ich die Auffassung, daß die seit einiger Zeit fast ganz still gewordene aktive deutsche Propaganda erneut und in verstärktem Maße einsetzen muß, um dem vordringenden Polentum einen wirksamen Damm entgegenzusetzen; insbesondere wird diese deutsche Propaganda sich der großen Zahl labiler Elemente annehmen müssen.

Darüber hinaus muß die Bekämpfung der polnischen Propaganda aber m. E. sich mitunter auch darin zeigen, daß im Einzelfalle grobe Auswüchse der polnischen Presse durch ein Exempel statuiert werden. Hierbei wird sich die Einleitung eines gerichtlichen Strafverfahrens nur in seltenen Fällen empfehlen. Man könnte erwägen, ob ein solches Vorgehen vielleicht bei dem Artikel in Nr. 257 der Nowiny Codzienne angebracht erscheint (§ 131 St.G.B.).

Der bestehende militärische Ausnahmezustand dürfte vielleicht ein bequemes Mittel an die Hand geben. Die erwähnten Artikel stellen bei ihrer Tendenz unzweifelhaft eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar, daß an ein zeitweises Verbot der Zeitung durch den Militärbefehlshaber auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. November 1923 zu denken wäre.

Bevor ich mit einer diesbezüglichen Anregung an den Herrn Militärbefehlshaber herantrete, sei es auf Grund der mitgeteilten Artikel, sei es auf Grund neuer mit gleicher Tendenz, bringe ich meine Erwägungen dem Herrn Minister zur Kenntnis mit der Bitte um Weisung, ob und gegebenenfalls welche Bedenken bei dem Vorgehen gedachter Art zu erheben wären.

In Vertretung:
gez. Dr. Berger

275

23.1.1924: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Bedrohung des Pfarrers Klimas in Tarnau, Kreis Oppeln
23 I 1924r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Groźby wobec proboszcza Klimasa we wsi Tarnau, pow. Oppeln

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 12 (Abschrift).

Am 25. Oktober v. Js. sprach bei dem Sachbearbeiter der hiesigen Regierung der Pfarrer Klimas aus Tarnau, Kreis Oppeln, vor und überreichte den an ihn gerichteten Drohbrief, dessen Wortlaut später auch in der polnischen Presse veröffentlicht worden ist. Klimas gab seiner Vermutung dahin Ausdruck, daß der fragliche Brief wahrscheinlich aus Lehrerkreisen des Ortes stamme. Für diese Vermutung des Pfarrers Klimas besteht aber nicht der geringste Anhalt. Ich glaube auch kaum, daß der bisher noch nicht ermittelte Absender in diesen Kreisen zu suchen ist. Das von der Staatsanwaltschaft in Oppeln eingeleitete Ermittelungsverfahren ist noch nicht zum Abschluß gelangt.

Pfarrer Klimas, der als großpolnischer Agitator bekannt ist, hat im übrigen zugegeben, daß der Gesangverein aus Groschowitz, welchem nur polnisch-gesinnte Sänger angehören, von ihm für den Gottesdienst bestellt worden sei. Er hat ferner zugegeben, daß die in dem Drohbriefe enthaltenen Vorwürfe wegen der völligen Vernachlässigung des deutschen Gottesdienstes zutreffend seien. Aus vertraulicher Quelle ist mir auch bekannt, daß dieserhalb schon Beschwerden bei der geistlichen Behörde laufen.

Klimas hat es daher seiner eigenen Schuld zuzuschreiben, wenn gegen ihn unter seinen deutschen Parochianen große Erbitterung wegen seines offenen Widerstandes gegen den deutschen Gottesdienst herrscht. Es steht fest, daß er sich bei diesem Streben sogar über die Anordnungen der geistlichen Behörde hinweggesetzt hat.

Pfarrer Klimas hat es selbst in der Hand, den unerträglichen Zuständen in seiner Parochie ein Ende zu machen, indem er den Bedürfnissen der Deutschen in gerechter Weise Rechnung trägt und die Anordnungen der geistlichen Behörde befolgt.

In Vertretung
gez. Dr. Berger

276

18.3.1924: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Unterschriftensammlung für die Errichtung einer polnischen Minderheitsschule in Czarnowanz, Kreis Oppeln

18 III 1924r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Zbieranie podpisów na rzecz założenia szkoły mniejszości polskiej we wsi Czarnowanz, pow. Oppeln

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 79

Bei der Durchsuchung des Arbeiters Josef Waindok aus Czarnowanz wurde der beiliegende Zettel vorgefunden. Über dessen Bedeutung vernommen, gab Weindok an, daß der Maurer Josef Knossalla, Sohn des Gemeindevorstehers Knosalla aus Borrek, Krs. Oppeln, ihm diesen übergeben und ihn beauftragt hätte, Unterschriften für die Einrichtung einer polnischen Minderheitsschule in Czarnowanz zu sammeln. Für seine Bemühungen sollte Waindok eine Entschädigung, deren Höhe nicht vereinbart war, erhalten. Knossalla sei von einer dem Waindok unbekannten Stelle in Oppeln mit dem Sammeln von Unterschriften beauftragt worden.

Knossalla gab dem Waindok eine Liste und mit dieser sei er (Waindok) zu den ihm als polnischgesinnt bekannten Personen gegangen und habe deren Unterschriften in die Liste eintragen lassen.

Auf diese Weise hätte er 14 bis 20 Unterschriften eingeholt. Die Liste wollte Knossalla von Waindok abholen.

Ferner wurde festgestellt, daß der Gemeindevorsteher Knossalla zu Borrek ein fanatischer Pole ist, der im Verdacht steht, lediglich die Interessen der polnisch gesinnten Bevölkerung wahrzunehmen. Es ist daher anzunehmen, daß der Sohn Josef die Unterschriften im Auftrage des Vaters einholte.

[Unterschrift]

277

7.5.1925: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Agitation des Maurers Franz Buhl aus Grudschütz, Kreis Oppeln
7 V 1925r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Polska agitacja murarza Franza Buhla, zam. we wsi Grudschütz, pow. Oppeln

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 135

Der Maurer Franz Buhl, geb. 26. Februar 1893 in Fallmirowitz, Krs. Oppeln, wohnhaft in Grudschütz, Krs. Oppeln, ist nach hier angestellten Ermittlungen ein reger polnischer Agitator. Er ist der Vertrauensmann der polnischgesinnten Bevölkerung in Grudschütz und eifriger Förderer der Ortsgruppe des Polenbundes sowie des Sokolvereins daselbst.

Wie bekannt wurde, ist er als Angestellter bei der Ortsgruppe Oppeln des Bundes der Polen beschäftigt und bezieht ein monatliches Gehalt von 250,- M.

Vor und auch nach der Errichtung der Minterheitsschule in Grudschütz, am 1. April d. J., war Buhl ein eifriger Werber für den Besuch der Minderheitsschule. Seiner Tätigkeit ist es zu danken, daß mehr Kinder in die Minderheitsschule geschickt wurden, als ursprünglich gemeldet waren. Ihm gelang es, einen erheblichen Teil derjenigen Erziehungsberechtigten, die im Vorjahre die Errichtung der Minderheitsschule beantragten, die Anträge später aber wieder zurücknahmen, zu bewegen, ihre Kinder in die Minderheitsschule zu schicken. In welcher Form Buhl vorgeht, beweist folgender Vorfall:

Am 1. April, dem Gründungstage der Schule, waren verschiedene Neugierige zur Eröffnungsfeier erschienen, unter anderem auch der Besitzer Kowol aus Grudschütz. Buhl, der ebenfalls anwesend war, benutzte diese Gelegenheit, um gegen Kowol in gehässiger Weise vorzugehen. Der Erfolg war, daß Kowol nachträglich seine Kinder in die Minderheitsschule schickte.

Ein gutes Werbemittel für den Besuch der Minderheitsschule ist die kostenlose Zurverfügungstellung der Lehrmittel, die Buhl den Kindern aushändigt. Buhl äußerte vor kurzem, er werde dafür sorgen, daß die Minderheitsschule, solange er in Grudschütz ist, auch bestehen bleibt.

Wie weiter festgestellt wurde, befindet sich in Grudschütz eine polnische Bibliothek, die teils von Buhl, teils von dem Arbeiter Adamek verwaltet und von der polnischen Bevölkerung sehr stark in Anspruch genommen wird. Ferner wurden vor dem 1. April d. J. an jedem Donnerstag, 7 Uhr abends, in dem Haus des Landwirts Loluschek zu Grudschütz polnische Unterrichtskurse für Erwachsene und für Kinder vom Redakteur Jankowski aus Oppeln abgehalten, denen Buhl ständig und der bekannte Weber aus Vogtsdorf des öfteren beiwohnte.

Die polnische Bevölkerung von Grudschütz beabsichtigte, im Orte ein neues Gasthaus zu bauen. Der Amtsvorsteher versagte jedoch angeblich die Genehmigung hierzu. Dieserhalb wollen die Betroffenen gegen den Amtsvorsteher Beschwerde führen.

Buhl geht bei seiner Agitation äußerst vorsichtig zu Werke, seinem Treiben ein Ziel zu setzen, war deshalb bisher nicht möglich.

Ein Lichtbild des Buhl ist beigefügt.

[Unterschrift]

278

15.3.1925: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Minderheitsschule in Gorrek, Kreis Oppeln
13 V 1925r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Szkoła mnieszości polskiej we wsi Gorrek, pow. Oppeln

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 135

Der ehemalige Rangierer Joseph Kloss aus Gorrek, Krs. Oppeln, geboren am 23. Oktober 1899 zu Gorrek, betätigt sich seit kurzem sehr eifrig für die polnischen Belange. Er war früher auf dem Oppelner Bahnhof beschäftigt, wurde abgebaut und ist jetzt im Rolnik zu Oppeln tätig.

Am 1. Mai d. J. sollte in Gorrek die Minderheitsschule eröffnet werden. Ursprünglich waren für diese Schule 52 Kinder gemeldet. Nach und nach nahmen sämtliche Erziehungsberechtigten ihre Anträge wieder zurück, so daß am 1. Mai kein Kind in die Minderheitsschule kam.

Am 4. d. M., mittags 12 1/4 Uhr, erschien Kloss in Begleitung des Gorreker Gemeindevorstehers und des bekannten Buhl aus Grudschütz in der Wohnung des Hauptlehrers Hiller in Gorrek, stellte sich als Mitglied des polnischen Schulvereins vor und verlangte Auskunft darüber, aus welchen Gründen die Minderheitsschule nicht besucht sei. Mit der Antwort des Hiller, die vorgeschriebene Bekanntmachung sei rechtzeitig erfolgt, gab er sich nicht zufrieden. Er erklärte, er werde von Haus zu Haus gehen und für den Besuch der Schule werben.

Wie Hiller später feststellte, ist Kloss auch tatsächlich in Begleitung des Buhl am Nachmittag des 4. d. M. bei dem größten Teil der Gorreker Einwohner gewesen. Das Resultat war, daß sich am nächsten Morgen 42 Kinder zum Besuch der Minderheitsschule einfanden. Um 3/4 8 Uhr vormittags kam Kloss mit Buhl und einem Teil der Erziehungsberechtigten zur Einführung der Kinder in die Minderheitsschule. Anschließend daran hielt er sich den ganzen Vormittag im Klassenzimmer bzw. Schulgehöft auf. Auch am 6. d. M. erschien er schon vor Beginn des Unterrichts auf dem Schulhofe. Der Tochter des Besitzers Josef Rigol, die am 5. d. M. in die Minderheitsschule ging, am 6. aber wieder in die deutsche Schule gehen wollte, nahm er die von ihrem Vater mitgebrachte Bescheinigung ab mit dem Bemerken, er müßte erst nachprüfen, ob der Vater den Zettel auch tatsächlich unterschrieben hätte.

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Kloss den Zettel nur zu dem Zwecke abnahm, um erneut auf den Vater des Kindes einzuwirken. Er geht hier in derselben Weise vor, wie Buhl in Grudschütz.

Kloss ist 1,70 m groß, kräftig, hat hellblondes Haar und ein gesund aussehendes bartloses Gesicht. Er trägt meistens einen grauen Sportanzug mit gleichfarbiger Mütze. Über Buhl ist am 7. Mai 1925 unter diess. Tgb. Nr. 841/25 geh. berichtet worden.

Die Abteilung II für Kirchen- und Schulwesen hat Nachricht *nicht* erhalten.

[Unterschrift]

279

26.9.1925: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Bedrohung der polnischen Minderheit

25 IX 1925r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Zagrożenie mniejszości polskiej

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 16 (Abschrift).

Im Zusammenhange mit den Optantenausweisungen brachte der „Katolik Codzienny" in Beuthen O/S in Nr. 180 vom 9. August d. J. unter der Überschrift „Eine neue Sturmflut von Drohungen und Terror?" zum ersten Male eine Notiz über angebliche anonyme Drohbriefe an Angehörige der polnischsprechenden Minderheit in Deutschoberschlesien. Der Polizeipräsident in Gleiwitz hat darauf sofort Ermittelungen nach den Urhebern dieser Briefe angestellt, ein greifbares Ergebnis jedoch nicht erzielen können. In der Folgezeit druckten die polnischen Zeitungen in Deutschoberschlesien neue angebliche Drohbriefe ab. Ich verweise auf Nr. 205 des „Katolik Codzienny" in Beuthen O/S vom 8. September d. J., auf Nr. 206 der „Nowiny Codzienne" in Oppeln vom 9. September d. J. und auf Nr. 213 des „Katolik Codzienny" in Beuthen vom 17. September d. J. Gleichzeitig überreichte der Polnische Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission dem Präsidenten Calonder mehrere dieser angeblichen Drohbriefe mit der Bitte um Untersuchung.

Es ist zwar nicht ausgeschlossen, daß die gerade in den letzten Wochen in Oberschlesien beobachteten mannigfachen groben Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit deutschgesinnte Personen in Deutschoberschlesien dazu veranlaßt haben, ihren verständlichen Unmut über diese Ausschreitungen durch Versendung derartiger Drohbriefe besonders an die Redaktionen der polnischen Zeitungen in Deutschoberschlesien, die seit Wochen in verstärktem Maße hetzen, Luft zu machen. Selbst wenn diese Vermutung zuträfe, handelt es sich um Drohungen, denen jedenfalls keine ernstliche Gefährdungsabsicht zugrundeliegt. Dazu kommt auch noch, daß Ausschreitungen gegen Angehörige der polnischen Minderheit in Deutschoberschlesien in den letzten Monaten tatsächlich nicht vorgekommen sind. Ich neige jedoch um vieles mehr zu der Annahme, daß es sich, zum mindesten bei den Drohbriefen an die Redaktionen der polnischen Zeitungen in Deutschoberschlesien, um Machwerke der polnischen Propaganda handelt, um die Aufmerksamkeit des Präsidenten der Gemischten Kommission von den terroristischen Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien abzulenken und um auf ähnliche Zustände in Deutschoberschlesien hinweisen zu können. Angesichts der nicht zu leugnenden harten Bedrückungen der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien ist es für die polnische Propaganda andererseits naturgemäß schwer, eine solche Ablenkungstätigkeit mit Erfolg einzuleiten. Bei dem Mangel an nachweisbaren *tätlichen* Ausschreitungen gegen Angehörige der polnischsprechenden Minderheit in Deutschoberschlesien ist der polnischen Propaganda daher nichts anderes übrig geblieben, als mit der Behauptung derartiger anonymer Drohbriefe zu arbeiten, wobei der Nachweis des Gegenteils kaum möglich ist. Der polnischen Propaganda ist diese schwache Position offenbar selbst bekannt. Sie sucht daher die harmlosesten Vorkommnisse dahin auszulegen, daß die behaupteten Drohbriefe auch zu tätlichen Ausschreitungen gegen Angehörige der polnischsprechenden Minderheit in Deutschoberschlesien geführt haben. So bringt der „Katolik Codzienny" in Beuthen Nr. 210 vom 13. September d. J. unter der Überschrift „Ein blutiger Überfall der Stoßtruppler" eine Nachricht aus

Schomberg über einen Überfall auf den polnischen Gewerkschaftssekretär Wischniowski am 6. September d. J. Schon die weiteren Angaben des Artikels geben nicht den geringsten tatsächlichen Anhalt für die in der gewählten Überschrift liegende Behauptung. Nach den bisherigen Ermittelungen handelt es sich um eine Streitigkeit zwischen angetrunkenen Leuten, bei der jeder nationalpolitische Hintergrund fehlt, und wobei Wischniowski selbst der Anlaß zu dem Zusammenstoß war. Wischniowski hatte am fraglichen Abend mit mehreren Personen, darunter den Gebrüdern Falk, im Wirtshaus gezecht und dabei dem einen der Gebrüder Falk gegenüber, der den Schlesischen Adler I. und II. Klasse trug, abfällige Bemerkungen darüber gemacht. Es entspann sich daraus ein Wortwechsel, der später in dem Hausflur der Gastwirtschaft fortgesetzt wurde und in dessen Verlauf Wischniowski den einen Falk tätlich angriff. Der andere Falk kam seinem Bruder zu Hilfe, Wischniowski flüchtete, wurde verfolgt, eingeholt und erhielt für seine abfällige Bemerkungen und den tätlichen Angriff auf den einen Falk seinerseits Prügel. Noch deutlicher zeigt sich das Bestreben der polnischen Propaganda, die Behauptungen über die Versendung anonymer Drohbriefe durch den Nachweis tätlicher Ausschreitungen gegen Angehörige der polnischsprechenden Minderheit in Deutschoberschlesien zu bekräftigen, bei der in Nr. 212 des „Katolik Codzienny" in Beuthen O/S vom 16. September d. J. abgedruckten Notiz, wonach in das Fabrikgebäude des Katolik am 14. September d. J. nachmittags 2 1/4 Uhr ein Schuß abgegeben worden sei. Bei den sofort angestellten polizeilichen Ermittelungen ist festgestellt worden, daß eine Mattglasfensterscheibe im 1. Stockwerk des Katolik-Gebäudes allerdings ein Loch mit einem Durchmesser von etwa 5 mm aufweist. Die Art des Einschlags wie der Umstand, daß trotz eifrigen Nachforschens ein Geschoß nicht gefunden worden ist, läßt einen Gewehr- oder Pistolenschuß ganz unglaubhaft erscheinen. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Streich eines dummen Jungen, der mit einem Katapult einen Stein nach dem Fenster geschossen hat. Auch die Zeit des angeblichen Attentats spricht vollkommen gegen die Behauptungen des polnischen Blattes. Der Geschäftsführer des Katolik-Verlages hat sich der Polizei gegenüber selbst dahin geäußert, daß auch er ein politisches Attentat für ausgeschlossen halte. Von Bedeutung für die Bemühungen der polnischen Propaganda, tätliche Ausschreitungen gegen Angehörige der polnischsprechenden Minderheit in Deutschoberschlesien nachzuweisen, ist auch der folgende Vorfall. Am 31. August d. J. zeigte der Kaufmann Alfons Piescioch aus Hindenburg bei der Polizei an, daß am gleichen Tage in einer dem polnischorientierten Organisten Schwieder aus Hindenburg gehörenden Dreschmaschine beim Dreschen eine Explosion erfolgt sei, durch welche die Dreschmaschine vollständig zertrümmert worden sei. Der Anzeigende versuchte, die Explosion als einen von deutscher Seite ausgehenden planmäßig vorbereiteten Racheakt darzustellen. Die sofort eingeleiteten Ermittelungen führten zu dem Ergebnis, daß nicht die ganze Maschine, sondern nur die Trommel und auch diese nur an der zusammengesetzten Stelle zerrissen worden ist. Eine eingehende Besichtigung der beschädigten Trommel ergab ferner, daß die Trommel nicht durch eine Explosion zertrümmert, sondern infolge eines Defekts an der zusammengesetzten Stelle zerrissen worden ist. Piescioch hat, wie festgestellt worden ist, die Anzeige auf Veranlassung des als polnisch orientiert bekannten Organisten Schwieder erstattet.

Ich habe bereits Veranlassung genommen, in der Presse die Behauptungen der polnischen Propaganda richtig beleuchten zu lassen. Nach Abschluß der Ermittelungen werde

ich auch den polnischen Zeitungen alsbald Berichtigungsersuchen auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes über die Presse zugehen lassen.

In Vertretung
gez. Dr. Berger

280

1.5.1926: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Neuwahl des Vorstandes im Teilverband I des Polenbundes in Oppeln 18.4.1926
1 V 1926r.: Naczelny prezydent w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych. Nowo wybrany zarząd dzielnicy I Związku Polaków w Oppeln (18 IV 1926r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 17 (Abschrift).

Am Sonntag, den 18. April hat in Oppeln die Jahres-Hauptversammlung des Teilverbandes I des Bundes der Polen stattgefunden. In dieser wurde bekannt gegeben, daß der bisherige Vorsitzende des Teilverbandes, Bankdirektor Malczewski in Ratibor, bereits vor einer Reihe von Monaten auf das von ihm seit Gründung des Polenbundes innegehabte Amt als Präses verzichtet hat. Malczewski selbst war in der Versammlung nicht anwesend. Unter der Leitung des Leiters der Zentrale des Polenbundes in Berlin, Dr. Kaczmarek, wurde ein neuer Vorstand für das Teilgebiet I des Polenbundes gewählt. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Landtagsabgeordnete Pfarrer Ceslaus Klimas in Tarnau gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind Baumeister Johann Affa in Ratibor als 2. Vorsitzender, Dr. Josef Michalek in Beuthen als 1. Schriftführer, Bergmann Johann Chrosnik in Hindenburg als 2. Schriftführer und Bankdirektor Leon Powolny in Oppeln als Kassierer. Pfarrer Klimas war in der Versammlung anwesend und nahm die Wahl an.

Ich glaube Grund zu der Annahme zu haben, daß das Ausscheiden des bisherigen 1. Vorsitzenden Malczewski nicht freiwillig erfolgt ist. Der Bund der Polen ist im hiesigen Bezirk im Rückgange begriffen. Scheinbar wird Malczewski für diese Tatsache verantwortlich gemacht. Malczewski war im Polenbund stets ein mäßigendes Element. Klimas ist unvergleichlich viel chauvinistischer, aber auch ungeschickter.

Ob in der Hauptversammlung die beabsichtigte Änderung der Satzungen beschlossen worden ist, habe ich noch nicht feststellen können. Ich nehme aber an, daß dies nicht geschehen ist.

Von der neuen Zusammensetzung des Vorstandes hat der Polenbund mir Mitteilung zukomnmen lassen.

gez. Proske

281

1.7.1926: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Krise innerhalb der polnischen Bewegung
1 VII 1926r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Kryzys w łonie ruchu polskiego

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 17 (Abschrift).

Wie ich in meinem Bericht vom 1. Mai 1926 – O.P. III 3. Nr. 2679 [= Dok. Nr. 280] – über die Jahresversammlung des Teilverbandes I des Bundes der Polen bereits ausgeführt habe, ist das Ausscheiden des bisherigen ersten Vorsitzenden Malczewski nicht

freiwillig erfolgt. In dieser Beziehung habe ich nunmehr festgestellt, daß die Amtsniederlegung des Malczewski in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß dessen Verdienste um die polnische Sache nicht diejenige Würdigung gefunden hat, welche er erwartet hatte. Malczewski hat als Idealist seine ganze Kraft eingesetzt, um das Amt als Präses auszufüllen. Er hat seine Tätigkeit nicht nur auf die Hebung des Polenbundes, sondern auch in größtmöglichster Weise auf die Förderung des Genossenschaftswesens in Oberschlesien gerichtet. Die ihm durch seine zahlreichen Reisen entstandenen Kosten soll er stets aus eigener Tasche bestritten haben. Man hat es scheinbar Malczewski übel genommen, daß er sich nur sehr stark für die Interessen der Oberschlesier als solcher eingesetzt und eine Art oberschlesische Autonomie erstrebt hat. Hierbei hat er den Widerspruch der Kongreßpolen gefunden. Insbesondere sollen es Sczepaniak [Szczepaniak], Powollny [Powolny] und Dr. Michallik [Michałek] gewesen sein, die mit der Arbeitsweise und dem Ziel Malczewskis nicht zufrieden gewesen sind. Angesichts dieser Widerstände im eigenen Lager hat Malczewski es vorgezogen, sich zurückzuziehen und auf das Amt des Vorsitzenden des Polenbundes zu verzichten. Der neugewählte Vorsitzende, Abgeordnete Klimas, ist der Exponent der Kongreßpolen. Er ist lediglich ein Werkzeug in der Hand des Szczepaniak und Dr. Michallik [Michałek]. Für seine Wahl soll auch die schlechte Finanzlage des Polenbundes mit bestimmend gewesen sein. Man erhofft Ersparnisse dadurch zu erzielen, daß Pfarrer Klimas als Landtagsabgeordneter freie Eisenbahnfahrt hat und daher durch seine Reisen im Interesse des Polenbundes die Kasse des Polenbundes nicht belastet.

Diese und weitere Tatsachen deuten darauf hin, daß der Polenbund zur Zeit eine Krisis durchmacht. Es fehlt in letzter Zeit nicht an persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Führern des Polenbundes untereinander. Hierbei tritt verschiedentlich der Gegensatz zwischen „Oberschlesiern" und „Kongreßpolen" hervor. So machte z. B. Mitte März der Vorsitzende des „Polnisch-Katholischen Jugendbundes" Dainczyk aus Gleiwitz, dem Verbandssekretär Lapa und dem Gewerkschaftssekretär Aulich den Vorwurf, daß sie es nie verstehen würden, sich den oberschlesischen Verhältnissen anzupassen und daß es ihnen als Nichtoberschlesier niemals gelingen würde, sich in das Seelenleben des polnischen Oberschlesiers hineinzufinden. Auch erklärte Dainczyk in der genannten Versammlung, daß er sich am Aufstand mit der Waffe in der Hand beteiligt habe, und sich deshalb von Leuten aus Kongreßpolen (gemeint waren Lapa und Aulich) nichts vorschreiben lassen wolle.

In der Generalversammlung vom 28. April d. J. ist auch die Tätigkeit der besoldeten Kreisleiter erörtert worden. Es wurde gegen diese der Vorwurf erhoben, daß sie zu wenig Kleinarbeit leisteten. Es müßten von ihnen des öfteren die Vertrauensleute ihres Bezirks aufgesucht werden, um diesen in der polnischen Propaganda mit Rat und Tat beizustehen. Inzwischen haben die Kreisleiter des Polenbundes von der Geschäftsstelle in Oppeln die Anweisung erhalten, nur zwei Tage in der Woche im Büro zu verbleiben und sich an den anderen Tagen den Vertrauensleuten des Polenbundes zu widmen.

Im allgemeinen ist auch über die geringen Einnahmen des Polenbundes geklagt worden. Angesichts des großen Umfanges der Erwerbslosigkeit im hiesigen Bezirk, von welchem naturgemäß auch die Mitglieder des Polenbundes betroffen werden, erscheint diese Klage nicht verwunderlich. Die verminderten Einnahmen haben zur Folge gehabt, daß teilweise den Sekretären und sonstigen Angestellten des Polenbundes die vollen Gehälter nicht gezahlt werden können. In Beuthen gewährt der „Katolik-Verlag" zu den Gehältern der beiden Sekretäre und der Stenotypistin der Kreisleitung Beuthen einen monatlichen Zuschuß von 100 Mark.

Der Katolikverlag selbst soll sich auch in Geldschwierigkeiten befinden. Dem Vernehmen nach hat er vor kurzer Zeit eine größere Anleihe bei der Bank „Przemyslowcow" in Beuthen aufgenommen.

Die Gesamtmitgliederzahl des Polenbundes soll zur Zeit unter 1 000 sein. Der Verbandsdirektor der polnischen Minderheitsschule, Dr. Michallik [Michałek] und der polnische Gewerkschaftssekretär Witczak versuchten, Mitglieder aller polnischen Vereine, z. B. der Berufsvereine, für den Polenbund zu gewinnen. Bisher haben sie in dieser Beziehung keine nennenswerten Erfolge gehabt. Die *Landpropaganda* des Polenbundes scheint auch keinen besonderen Erfolg gehabt zu haben. Die Schuld hieran mißt man dem Sekretär Bartkowiak zu, weil dieser sich für die Propaganda auf dem Lande nicht geeignet haben soll. Er ist durch den Sekretär Weingart ersetzt worden, welcher bisher die Kreisgruppe Beuthen des Polenbundes leitete. An Stelle des Weingart ist Bartkowiak zum Führer der Kreisgruppe gewählt worden.

Für den Bezirk des Polizeipräsidiums Gleiwitz habe ich die ungefähre Mitgliederzahl der dort bestehenden Ortsgruppen des Polenbundes ermitteln können. Ich teile hierunter diese Zahlen unter Gegenüberstellung mit den polnischen Wahlstimmen bei der Provinziallandtagswahl im November 1925 und der Reichstagswahl im Dezember 1924 mit:

Mitglieder des Polenbundes		Provinziallandtag 1925	Reichstag 1924
Beuthen	50	569	796
Roßberg	80	529	833
Miechowitz	24	455	598
Friedrichswille	18	113	106
Schomberg	10	243	429
Bobrek	15	217	415
Karf	8	153	247
Rokittnitz	10	44	145
Stollarzowitz	6	33	452
	221	2356	4021

Die Mitgliederzahl des Polenbundes ist also im Verhältnis der für die polnische Volkspartei abgegebenen Stimmen außerordentlich gering.

In Vertretung
gez. Unterschrift.

282

17.1.1927: Leitendes Grenzkommissariat Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Bewegung im Kreis Oppeln

17 I 1927r.: Kierujący komisariat graniczny w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Ruch polski w powiecie Oppeln

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 79

Nach Mitteilung einer zuverlässigen Vertrauensperson steht der Militärpfarrer Symalla aus Lublinitz, wohnhaft dortselbst ul. Karola, mit den Landwirten Motzko und Fabian Rudek, beide in Großdöbern wohnhaft, in ständiger Verbindung. Einschreibebriefe gehen hinüber und herüber. Da Symalla in Großdöbern für den Besuch des polnischen

Gymnasiums in Lublinitz agitierte und Rudek die Kinder nach Lublinitz begleitete, ist anzunehmen, daß der Schriftwechsel die polnische Agitation in und bei Großdöbern betrifft.

Der im diess. Bericht vom 15. Dezember 1926 Tgb. Nr. 2050/26 geh. erwähnte 12-jährige Mikulla aus Groß Döbern ist auf Veranlassung seines Vaters wieder nach Lublinitz zurückgekehrt. Seinen Äußerungen nach ist er nicht mehr in der Kaserne untergebracht, sondern befindet sich mit den übrigen Kindern in einem Gebäude der dortigen Heilanstalt. Der Vormittagsunterricht wird in einem Saale dieses Gebäudes und der Nachmittagsunterricht im Gymnasium erteilt. Ihnen ist gesagt worden, daß sie später Pfarrer oder Apotheker werden könnten. Fast jeden Abend kommt der Pfarrer Symalla zu den Kindern und erteilt ihnen Religionsunterricht.

Ende Dezember v. Js. suchte der Schlosser Josef Skowronnek aus Kgl. Neudorf die Polenführer in Großdöbern, Chrosczütz und Alt Schalkowitz auf, um mit ihnen über die Gründung polnischer Gesangvereine Rücksprache zu nehmen. Zur Gründung solcher Vereine soll es jedoch nicht gekommen sein.

Skowronnek ist am 16. März 1903 zu Großdöbern geboren und wohnt in Kgl. Neudorf, Oswaldstraße 27. Er ist Mitglied des deutschen Gesangvereins zu Kgl. Neudorf und galt bisher als deutsch gesinnt.

Im Auftrag des Polenbundes bereisen die aus Grudschütz stammenden Peter Linkert, Peter Kampa, Albert Kurpiers und Lehnhard Szeplik den Kreis Oppeln, um den vom Polenbund herausgegebenen polnischen Kalender zu vertreiben und Abonnenten für die polnischen Zeitungen zu gewinnen. Sie erhalten einen Wochenlohn von 16 M und für jeden gewonnenen Abonnenten 50 Pfennige.

Seit einigen Wochen ist der bekannte Polenführer und Kreistagsabgeordnete Barczik aus Alt Poppelau für die polnische Sache besonders eifrig tätig. Häufig befinden sich bei ihm auswärtige Polen zu Gast, auch ist er selbst oft auf Reisen. In seinem Hause trifft sich allwöchentlich die polnische Jugend aus Alt Poppelau, angeblich zu dem Zweck, Gesangsstunden abzuhalten. Die Beobachtungen haben jedoch ergeben, daß nur selten gesungen wird.

Das jetzige Verhalten des Barczik läßt darauf schließen, daß er mit der Erfüllung besonderer Aufgaben betraut ist. Ähnlich verhielt er sich vor dem Aufstande 1921. Über seine damalige Betätigung machte der Bäcker Dziuba aus Alt Poppelau in der beiliegenden Verhandlung nähere Angaben.

Die polnisch Gesinnten aus Poppelau scheinen ihren Ort schon jetzt als zu Polen gehörig zu betrachten, denn als in der Sylvesternacht 26–27 in dem Gromotka'schen Lokal einige Personen das Deutschlandlied sangen, verbot ihnen der ebenfalls anwesende Vorsitzende der Poppelauer Feuerwehr, Peter Bautz, das Singen dieses Liedes und bezeichnete es als unerhört, in dem polnischen Poppelau ein solches Lied zu singen.

Von deutschgesinnten Personen in Alt Poppelau wird behauptet, daß die dortigen Polen im Besitz einer polnischen Fahne wären, die beim Stellmacher Kuka aufbewahrt würde. Kuka, der nach den Angaben des ehemaligen Insurgenten Dziuba (s. Anlage) vor dem Aufstande 1921 das zum Versenken der Poppelauer Fähre erforderlich gewesene Handwerkszeug zur Verfügung stellte und allgemein als fanatischer Pole bekannt ist, liefert seit Jahren dem Telegraphenbauamt in Oppeln Telegraphenbaugerät und erhielt dadurch nicht unerhebliche Gewinne. Daß dies möglich ist, wird auf seine guten Beziehungen mit dem Postagenten Kolodzie in Alt Poppelau und dem beim Telegraphenbauamt in Oppeln beschäftigt gewesenen Telegraphenobersekretär Tilling zurückgeführt.

Tilling, der inzwischen abgebaut worden ist, wohnt in Oppeln, Nikolaistraße 42. Er hält sich häufig in Alt Poppelau auf. Vor einiger Zeit soll er den Kuka in Gegenwart anderer Personen zur baldigen Lieferung des versprochenen Holzes ermahnt haben. Da nicht anzunehmen ist, daß Tilling in dem 22 km von Oppeln entfernt liegenden Poppelau Holz kauft, dürfte die Holzlieferung lediglich als eine Gegenleistung des Kuka gegenüber dem Tilling für bereits geleistete Dienste anzusehen sein.

[Unterschrift:]
Greulich

283

20.4.1928: Der Oberpräsident in Oppeln an die Landräte und Oberbürgermeister. Gewährleistung eines ungestörten Wahlkampfes für die Polnische Volkspartei
20 IV 1928r.: Naczelny prezydent w Oppeln do landratów i nadburmistrzów. Gwarancja swobody kampanii wyborczej dla „Polskiej Partii Ludowej"

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 114 (Abschrift).

Anläßlich der bevorstehenden Wahlen zum Reichstage und zum Preußischen Landtage bringe ich meine Erlasse vom 23. April 1924 und 15. September 1924 – O. P. III. Nr. 2448 und 6744 – in Erinnerung. Insbesondere weise ich erneut darauf hin, daß der Polnischen Volkspartei, wie allen anderen Parteien, das Recht der freien und ungestörten Wahlvorbereitung unbedingt zu wahren ist. Angesichts der in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen, das Staatsinteresse aufs schwerste schädigenden ernsten Störungen harmlosester polnischer Versammlungen ist auf einen besonderen Schutz der polnischen Versammlungen Bedacht zu nehmen. Auf Ersuchen ist der erbetene Schutz durch uniformierte Polizeibeamte *stets* zu gewähren.

Ferner ersuche ich, sowohl während der bevorstehenden Wahlzeit als auch im allgemeinen in gegebenen Fällen die Gastwirte wissen zu lassen, daß eine Verweigerung der Räume zu Versammlungszwecken der polnischen Partei nicht im Sinne der Staatsbehörden liegt.

Endlich mache ich anläßlich einiger Sonderfälle darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, Mitgliederlisten von Vereinen einzufordern, deren Mitglieder der polnischen Minderheit angehören.

gez. Proske

284

18.7.1929: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Muttertagsfeier in Oppeln (23.6.1929)
18 VII 1929r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Polska uroczystość z okazji Dnia Matki (23 VI 1929r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 25a (Abschrift).

Nach Mitteilungen einer Vertrauensperson fand am 23. Juni 1929 im Saale des „Rolnik" zu Oppeln von 16.30 bis 19.30 Uhr eine Feier für polnische Mütter, ein sogenannter Muttertag statt. Es waren ungefähr 90 Personen, darunter 15 Männer, anwesend. Die Anwesenden waren aus den Ortschaften in der Umgebung der Stadt Oppeln.

Der Geschäftsführer des hiesigen Polenbundes Szczepaniak begrüßte die Erschienenen und führte aus, daß heute der Muttertag der polnischen Mütter gefeiert werde. Bei dieser Gelegenheit solle den polnischen Müttern gesagt werden, was ihre heiligste Pflicht sei, denn es gäbe viele polnische Mütter, die ihre Kinder nicht im polnischen Sinne erziehen und sich so die größten Sünden auf ihr Gewissen laden. Er, Szczepaniak, möchte den polnischen Müttern warm ans Herz legen, daß sie zu allererst daran zu denken haben, daß sie selbst nichts anderes als „polnische" Frauen seien. Jede polnische Frau müsse vor allem daran denken, ihr Kind so zu erziehen, daß es ein wahrer Pole werde. Diejenigen Mütter, die noch schulpflichtige Kinder zu Hause haben, müßten dieselben unter allen Umständen nur in die polnischen Schulen schicken. Das sei die erste und heiligste Pflicht der polnischsprechenden Mutter. Das Kind einer polnischsprechenden Mutter könne sich nur in einer polnischen Schule wohl fühlen, denn da höre es Mutterlaute und werde im Sinne der liebenden Mutter erzogen. In der polnischen Schule erhalte das Kind keine Schläge, weil es sich nicht in deutscher Sprache auszudrücken verstehe, oder weil die Eltern nicht im Stande seien, das notwendige Lehrmaterial für das Kind zu kaufen. Diejenigen Kinder, die die polnischen Schulen besuchten, erhielten sämtliche Lehrbücher umsonst. Kinder, die einigermaßen befähigt seien, würden auf Kosten des polnischen Staates in höhere Schulen übernommen und zu tüchtigen Menschen erzogen. Die polnischen Mütter sollten es sich von jetzt ab vornehmen, das Versäumte nachzuholen und endlich mal ihre Angst vor den Deutschen abstreifen. Die polnischen Schulen seien in Oberschlesien erlaubt und kein Mensch könne etwas daran ändern. Sollte es nur eine Person wagen, einer polnischen Mutter Vorwürfe zu machen, daß sie ihr Kind in die polnische Schule schicke, so solle sie es nur ihm, Szczepaniak, sagen und es werde alles getan werden, daß diese Person ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werde. Keine polnische Mutter dürfe sich durch Einschüchterungen irgend welcher Art davon abhalten lassen, ihr Kind in die polnische Schule zu schicken um sich so die größten Sünden auf das Gewissen zu laden. Jede polnische Mutter solle sich bewußt sein, daß andernfalls die gerechte Strafe niemals ausbleibe, denn die Mutter habe nicht allein über das Kind zu bestimmen, sondern noch ein höheres Wesen, dem sie einmal Rechenschaft darüber abzulegen habe, ob sie alles getan habe, was zum Wohle ihres Kindes erforderlich war. Die Mütter sollten nun mal endlich ihre Kinder zu echten Polen und nicht halben Polen und halben Deutschen erziehen. Die halbe Art der Erziehung bringe nichts Gutes ein, sondern schaffe nur unglückliche Menschen, die ihren Müttern zeitlebens den Vorwurf machen würden, daß sie an ihnen schwer gesündigt haben. Es sei keine Zeit zu versäumen, denn gerade bei den kleinen Kindern lasse sich die Art der Erziehung am besten durchführen. Es sei geradezu unerhört, daß polnische Mütter ihre Kinder in deutsche Vereine gehen ließen. Die deutschen Vereine seien für Polen eine Gefahr und die Kinder der polnischsprechenden Mutter würden in diesen Vereinen vergiftet. Heraus mit den Kindern aus allen deutschen Organisationen, denn die Kinder könnten ihre Bedürfnisse weit besser in den polnischen Vereinen befriedigen.

Nach Szczepaniak sprach eine Frau aus Kattowitz. Sie schilderte die Leiden der polnischen Bevölkerung in Westoberschlesien und versicherte den Teilnehmern, daß die polnischen Brüder und Schwestern in Polen mit aller Macht arbeiten, um den geknechteten Minderheiten ihr Los einigermaßen erträglich zu gestalten. Sie sei deshalb nach Oppeln gekommen, um zu sehen, wie hier der Zusammenschluß der polnischen Bevölkerung untereinander sei. Sie gab ihrer Freude darüber Ausdruck, daß trotz der Knute des Deutschtums sich heute so viele polnische Mütter zusammengefunden hätten,

um für ihr gutes Recht zu kämpfen. Die vom Polenbund veranstalteten Ausflüge nach Polen würden ja den Beteiligten gezeigt haben, einen wie hohen Grad die polnische Kultur habe. Die polnische Kultur und Wissenschaft erwecke immer wieder den Neid der Deutschen und alle Machenschaften der Deutschen nützten nichts und könnten den Fortschritt der polnischen Kultur nicht aufhalten. Polen stehe an der Spitze aller Länder. Auch Oppeln gehörte früher zu Polen. Heute noch sehe man in Oppeln polnische Kulturdenkmäler und wenn gleich das Piastenschloß von den Deutschen, denen nichts heilig sei, niedergerissen worden sei, so dürften gerade die polnischen Mütter den Mut nicht sinken lassen. An der Mutter liege es, ob Oppeln wieder zu Polen komme oder nicht. Nur der feste Zusammenschluß aller polnischen Mütter könne die geknechteten Polen Westoberschlesiens retten. Die Mütter müßten dafür sorgen, daß ihre Familien restlos den polnischen Organisationen angehören und dann könne Polen seine alten Rechte geltend machen. Sei erst der restlose Zusammenschluß aller da, dann komme auch Oppeln wieder zu Polen, denn es gehörte ja auch früher zu Polen. Dann sei auch der Zeitpunkt gekommen, daß sich die polnische Bevölkerung restlos von der deutschen Knute befreien werde. Der Tag der Befreiung komme aber erst dann, wenn die Mutter, die gerade in Polen sehr verehrt werde, als wichtigstes Glied der Familie nichts unversucht lasse, um den Kindern eine solche Zukunft zu verschaffen, wie es die heiligste Pflicht einer jeden liebenden Mutter sei.

Darauf folgte ein Aufführung von 4 Kindern. In derselben wurde dargestellt, daß polnisch sprechende Kinder nur den Wunsch haben, polnische Schulen zu besuchen. Die Kinder legten den Müttern ans Herz, ihnen die Qualen zu ersparen, die ihnen durch den Besuch einer deutschen Schule entstehen. Der Lehrplan der polnischen Schulen sei mit dem der deutschen Schulen gar nicht zu vergleichen. Schon die polnischen Lehrbücher mit den schönen Bildern Polens zeigten dem Kinde ihr wahres Vaterland, und das Kind werde so zu einem echten und guten Polen und somit auch zu einem tüchtigen Menschen erzogen.

Hierauf sang der polnische Staatsangehörige Paul Zimnol, Redakteur der Jugendzeitschrift „Zdroj", in Oppeln, Augustinistraße Nr. 4 wohnend, einen Teil aus der Oper „Halka". Er forderte die Anwesenden auf, immer an den Tag zu denken, an dem die Deutschen es gewagt hätten, die polnisch gesinnte Bevölkerung in den Straßen Oppelns zu quälen. Er versicherte, daß es in Zukunft nicht mehr vorkommen werde, daß diejenigen, die die polnische Kunst verehrten, von den deutschen Barbaren auseinandergejagt und verprügelt würden. Zimnol trug noch einige Musikstücke auf dem Harmonium vor und nun wurden die Anwesenden mit Kaffee und Kuchen sowie alkoholfreien Getränken bewirtet. Während dieser Zeit fand ein Radiokonzert statt. Jede Frau erhielt ein Geschenk, bestehend aus Schürzen, Büchern, Zeitschriften und Kuchen.

Hiernach ergriff der Redakteur der Nowiny Codzienne, Pawletta, das Wort. Er betonte, daß er diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen möchte, ohne den polnischen Müttern zu sagen, daß sie darauf halten müßten, daß nur polnische Zeitungen in ihren Familien gelesen werden. Die polnischen Zeitungen seien das Organ der Wahrheit. Jeder, der polnische Zeitungen lese, komme zu der Überzeugung, daß keine Zeitung so der Wahrheit gemäß berichtet, wie gerade die polnischen Zeitungen. Nicht zuletzt sei es ein großer Genuß, alle Neuigkeiten und wichtigen Ereignisse auf der Welt in der geliebten und so schönen Muttersprache lesen zu können. Noch dieses Jahr würden Herren aufs Land fahren und Abonnenten für die polnischen Zeitungen werben. Die Vorarbeiten hierfür möchte er gern in die Hände der polnischen Mütter legen, da er wisse, daß gerade die Mütter diejenigen seien, die den größten Einfluß haben. Jede Mutter solle sich

vor Augen halten, daß kein Unterhaltungsblatt ihren Kindern so dienlich sein könne, als ein polnisches und deshalb müsse die polnische Mutter auch die polnische Zeitung in ihr Herz schließen. Wenn noch heute in polnischen Familien deutsche Zeitungen zu finden seien, so sei das einfach unbegreiflich und es müsse mit dieser Unsitte endlich Schluß gemacht werden. Auch er müsse betonen, daß gerade die Mutter diejenige verantwortliche Person sei, die von einem höheren Richter Rechenschaft darüber ablegen müsse, ob sie ihren Kindern alles das habe zukommen lassen, was für sie dienlich sei. Wenn eine Mutter ihr Kind nicht richtig für Polen erziehe, so werde sie es und kein anderer zu verantworten haben, was sie an ihrem Kinde verschuldet habe. Der Vater hat keine Zeit, sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern, sondern die Mutter müsse sich um das Wohl und Wehe der Kinder kümmern. Es könne den polnischen Müttern nicht genug ans Herz gelegt werden, sich für die richtige Erziehung ihrer Kinder einzusetzen, damit mal endlich ein anderes Leben für sie und somit auch für ihre Kinder beginne. Polen wird die treu sorgenden Mütter nie vergessen; sie würden später den Dank und die Ehre Polens genießen.

Hieran anschließend sangen die Teilnehmer drei polnische Lieder.

Diese Art der Veranstaltung eines polnischen Muttertages und die dabei gehaltenen Reden beweisen erneut, in welch verstärktem und hemmungslosen Maße der hiesige Polenbund in letzter Zeit seine großpolnische Propaganda in Westoberschlesien betreibt.

Dem Herrn Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung habe ich Abschrift dieses Berichtes überreicht.

In Vertretung

gez. Unterschrift

285

18.9.1929: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Stellungnahme zu Ausführungen auf der polnischen Muttertagsfeier in Oppeln (23.6.1929)

18 IX 1929r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Opinia o wypowiedziach na uroczystości z okazji polskiego Dnia Matki w Oppeln (23 VI 1929r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 26 (Abschrift).

Zu den einzelnen Punkten des Schreibens des Auswärtigen Amtes vom 22. August 1929 berichte ich ich folgendes:

Zu 1) Die Behauptung des polnischen Redners, daß die Kinder, die die polnischen Schulen besuchen, sämtliche Lehrbücher umsonst erhielten, trifft nicht zu und ist zum mindesten stark übertrieben. Wie die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hier, mitteilt, werden nur Rechenhefte von Seiten der Redaktion des „Katolik" in Beuthen und hin und wieder ein Lesebuch den Kindern geliefert. Alle anderen Lehrbücher müßten auch die Kinder der Minderheitsschule sich selbst besorgen. Die Behauptung stellt somit lediglich ein Propagandamittel dar, um für einen möglichst zahlreichen Besuch der polnischen Schulen in der Versammlung zu werben.

Daß eine große Anzahl der befähigten polnischen Schulkinder auf Kosten des polnischen Staates in höhere Schulen übernommen werden, ist hier seit langem bekannt. Jedes Jahr geht eine Anzahl von Schülern aus nationalpolnisch orientierten Familien auf das polnische Gymnasium in Lublinitz, wo sie in dem dortigen Internat im Sinne des Nationalpolentums erzogen werden. Daß die Gymnasialbildung dieser Kinder fast ganz

zu Lasten des polnischen Staates geht, ist bestimmt richtig, denn der Satz von 5 RM pro Monat, den die Schüler insgesamt dort für Schulunterricht und Lebensunterhalt zu zahlen haben, kann bei weitem nicht die Unkosten der Gymnasialbildung decken.

Zu Ziffer 2-4 des Schreibens des Auswärtigen Amtes: Ich habe schwerwiegende Bedenken, den Polenbund wegen der auf dem polnischen Muttertag gefallenen Äußerungen zur Rede zu stellen. Da ich die Schilderung über die Veranstaltung des Polenbundes nur durch eine Vertrauensperson des Polizeipräsidiums in Oppeln erhalten habe, im übrigen die Veranstaltung nicht öffentlich war, würde ein Zur-Rede-Stellen einzelner Teilnehmer an der Veranstaltung nur den Erfolg haben, daß diese ableugnen würden, daß derartige Äußerungen gefallen seien, ohne daß die Möglichkeit gegeben wäre, das Gegenteil zu beweisen. Dies wäre nur durch eine Kompromittierung des Vertrauensmannes möglich, was im Interesse einer weiteren Wirksamkeit des Vertrauensmannes vermieden werden muß. Dazu würde der Polenbund bestimmt Beschwerde bei der Gemischten Kommission erheben, deren Ausgang umso ungewisser wäre, je weniger die Möglichkeit bestände, den Polen nachzuweisen, daß die beanstandeten Äußerungen tatsächlich gefallen seien. Ich glaube deswegen, von einem Herantreten an den Polenbund in irgend einer Form absehen zu sollen.

Dagegen dürfte es zweckmäßig sein, den Verlauf des Muttertages in der Presse zu verwerten. Es läßt sich dies zur Zeit in Verbindung mit der Agitation für die bevorstehenden Kommunalwahlen ganz gut einrichten. Es bleibt dann abzuwarten, in welcher Weise die Polen auf Presseangriffe reagieren werden. Wenn sie auch voraussichtlich bestreiten werden, daß derartige Äußerungen gefallen sind, so dürfte es ihnen doch umgekehrt sehr schwer fallen, den Beweis dafür anzutreten, da, wie mir der Polizeipräsident in Oppeln versichert hat, die Angaben seines Vertrauensmannes durchaus zuverlässig sind. Ich habe daher Veranlassung genommen, der oberschlesischen Presse eine entsprechende Information zugehen zu lassen.

Unterschrift.

286

28.9.1929: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Personelle Veränderungen an der Spitze der polnischen Bewegung
28 IX 1929r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Zmiany kadrowe w kierownictwie ruchu polskiego

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 27 (Abschrift).

Der Polizeipräsident in Gleiwitz hat mir berichtet, daß nach einer ihm vertraulich zugegangenen Mitteilung der Leiter des Polnischen Schulverbandes in Deutsch-Oberschlesien Dr. Michalek zum 1. Oktober 1929 nach Berlin versetzt werden soll, um dort beim Polenbunde beschäftigt zu werden. Sein Bruder Albert Michalek, der beim Polnischen Schulverein als Büroassistent tätig ist, soll zu demselben Zeitpunkt entlassen werden und nach Teilnahme an einem dreimonatigen Bankkursus in Krakau bei einer polnischen Bank eine Stellung erhalten. Das Büro des Polnischen Schulvereins wird, nachdem auch dem Bürofräulein gekündigt worden sein soll, aufgelöst werden. Die Geschäfte des Schulvereins sollen vorläufig vom Geschäftsführer des Polenbundes Szczepaniak wahrgenommen werden. Nach einer anderen Mitteilung soll zum Nachfolger Dr. Michalek's der polnische Lehrer Witt aus Cosel ausersehen sein. Ich halte dies jedoch für wenig wahrscheinlich, weil nach meiner Ansicht Witt für diesen Posten ungeeignet ist.

Dr. Michalek soll sich einigen seiner Bekannten gegenüber dahin geäußert haben, daß er der Einberufung nach Berlin keine Folge leisten werde.

Die Gründe seiner Versetzung sollen nach vertraulichen Mitteilungen folgende sein: Dr. Michalek ist mit dem Leiter des Polenbundes in Ostpreußen, dem ehemaligen preußischen Landtagsabgeordneten Jan Baczewski, persönlich stark verfeindet. Das Zerwürfnis zwischen beiden entstand dadurch, daß Baczewski, der auch in der Zentralleitung des Polenbundes in Berlin tätig war, vor etwa 2 Jahren die Bücher des Polnischen Schulvereins zur Kontrolle einforderte. Dr. Michalek verweigerte die Herausgabe der Bücher angeblich mit der Begründung, daß Baczewski, wenn er die Bücher prüfen wolle, nach Oberschlesien kommen soll. In der Folgezeit hat sich der Gegensatz zwischen Baczewski und Dr. Michalek sehr verschärft. Baczewski hat in der polnischen Bewegung einen ungleich größeren Einfluß als Dr. Michalek. Es ist ihm daher trotz des anfänglichen Widerstandes des polnischen Generalkonsuls in Beuthen gelungen, zu erreichen, daß sein Todfeind von seinem Posten abberufen worden ist. Zur Hilfe kam ihm hierbei der Umstand, daß Dr. Michalek als Leiter der polnischen Schulorganisation in Oberschlesien keine Erfolge hatte und daß auch seine Lebensführung zu Klagen Anlaß gab. Dem Dr. Michalek wurde nämlich seit langem von den Polenführern zum Vorwurf gemacht, daß keine neuen Minderheitsschulen mehr eingerichtet werden und daß das polnische Minderheitsschulwesen immer mehr zurückgehe. Seine und seines Bruders Tätigkeit hätte der Polenbewegung mehr geschadet als genützt. Dr. Michalek wird ferner als stark dem Trunk ergeben geschildert. Er treibe einen großen Aufwand und lebe trotz seines Monatseinkommens von über 700,– RM über seine Verhältnisse. Vor etwa einem Jahre soll er nach Polnisch-Oberschlesien gereist sein und bei den einzelnen Stadt- und Landgemeinden um Unterstützung für die „unterdrückte" polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien gebeten haben. Die gesammelten Gelder soll er jedoch nicht abgeliefert, sondern sie für sich verbraucht haben.

Obwohl dem Polenbund dies alles bekannt war, und der polnische Stadtverordnete Nowak aus Beuthen und dessen Sohn unter Schilderung dieser Tatsachen in wiederholten Eingaben die Abberufung der Brüder Michalek gefordert hatten, sah man bisher von einer Maßregelung Dr. Michalek's ab. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß der polnische Generalkonsul in Beuthen beim Polenbund immer wieder für die Brüder Michalek eingetreten ist in dem Bestreben, die Streitigkeiten unter den Polenführern zu schlichten und vor der Öffentlichkeit, besonders aber vor der eigenen polnischen Minderheit zu verbergen. Da wahrscheinlich im polnischen Lager befürchtet wurde, daß der wahre Sachverhalt bezüglich Dr. Michalek's durch Nowak oder auf eine andere Weise dennoch der Öffentlichkeit bekannt werden würde, ist schließlich die Versetzung Dr. Michalek's und die Entlassung seines Bruders getroffen worden.

Gleichzeitig mit den Brüdern Michalek soll auch der verantwortliche Redakteur des „Katolik", Bartkowiak, seines Postens enthoben worden sein. Er soll vom 1. Oktober 1929 ab beim „Rolnik" in Oppeln beschäftigt werden. Seine Entlassung aus der Redaktion soll angeblich auf Betreiben Nowak's, und zwar deshalb, weil er keinerlei Arbeit geleistet haben soll, erfolgen. Als Nachfolger Bartkowiak's wird ein Borgiel oder Bugiel genannt, über den Näheres bisher nicht festgestellt werden konnte.

Obwohl die beiden Nowak's im Grunde immer noch Gegner des Leiters der Polnischen Berufsvereinigung für den Bezirk Oberschlesien, Witczak und des Geschäftsführers des Polenbundes, Szczepaniak sind, kann die Einigkeit unter den Polenführern als vorläufig wieder hergestellt betrachtet werden. Thomas Nowak und Sohn

haben nämlich, da ihnen ein Teil ihrer Forderungen – Entfernung der Brüder Michalek und Bartkowiak's – erfüllt und dem Thomas Nowak außerdem versprochen worden ist, daß er auf der Liste für die Gemeindewahlen hinter dem Verlagsdirektor des „Katolik", Weber, an zweiter Stelle stehen werde, ihren Kampf gegen Witczak und Szczepaniak vorläufig eingestellt. Sie wollen ihn jedoch nach den Wahlen auf jeden Fall wieder aufnehmen. Sie ließen sich hierbei offenbar von dem Gedanken leiten, daß eine Fortsetzung der Streitigkeit der polnischen Bewegung vor den Wahlen schaden werde. Aus den gleichen Erwägungen heraus ist ihnen auch der Polenbund entgegengekommen, indem er die in Aussicht genommene Stadtverordneten-Kandidatur Witczak's endgültig hat fallen lassen. Thomas Nowak und Witczak sind bereits in einer Monatsversammlung der Polnischen Berufsvereinigung am 15. September 1929, in der u.a. auch die bevorstehenden Wahlen zur Sprache kamen, nacheinander als Redner aufgetreten.

Über die weitere Entwicklung der Angelegenheit werde ich berichten.

Unterschrift.

287

15.9.1930: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Polnische Stimmen bei der Reichstagswahl (14.9.1930)

15 IX 1930r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Głosowanie Polaków w wyborach do Reichstagu (14 IX 1930r.)

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 85 (Entwurf).

Für die Polnisch-Katholische Volkspartei sind bei der gestrigen Reichstagswahl insgesamt 37012 Stimmen abgegeben worden, gegenüber 30052 bei der Reichstagswahl 1928, d. h. 5,52 vom Hundert gegenüber 5,36 vom Hundert der im Wahlbezirk Oppeln überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen. Die absolute und prozentuale Steigerung der Stimmenzahl ist auf die stärkere Wahlbeteiligung gegenüber 1928 zurückzuführen, welche rund 20 % ausmacht. Die Steigerung der polnischen Stimmen verteilt sich fast gleichmäßig auf alle Stadt- und Landkreise, ohne daß in einem dieser besondere Merkmale hervorzuheben sind.

Bezüglich der einzelnen Ergebnisse darf ich mich auf die anliegende Nachweisung beziehen.

Was die Frage des Zuzuges von zur polnischen Minderheit gehörigen Stimmberechtigten aus dem Reiche nach Oberschlesien anbelangt, so hat sich hierüber noch nichts Abschließendes feststellen lassen. Das eine steht jedoch fest, daß ein derartiger Zuzug nur in ganz beschränktem Maße stattgefunden hat und zwar nur in einem Ausmaße, der das Wahlergebnis wohl nur in geringer Weise beeinflußt hat. Bei der diesmaligen Wahl hat sich in allen Stadt- und Landkreisen ergeben, daß von der Einrichtung der Stimmscheine in besonders umfangreichem Maße Gebrauch gemacht worden ist. Um einwandfreies Material in dieser Beziehung zur Verfügung zu stellen, bedarf es daher einer besonders eingehenden Prüfung, welche Inhaber von Stimmscheinen als zur Minderheit gehörig zu rechnen sind und lediglich zum Zwecke der Abstimmung nach Oberschlesien gekommen sind. Das Ergebnis dieser Nachprüfung werde ich in einigen Tagen vorlegen können.

Als die Vermutung des Zuzuges von Stimmberechtigten in größerer Zahl aus dem Reiche auftauchte, habe ich mich sogleich mit der hiesigen Reichsbahndirektion in Verbindung gesetzt, um über eine Steigerung des Personenverkehrs zwischen dem Reich und Oberschlesien sofort unterrichtet zu werden. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion sind auf keiner Strecke besondere Beobachtungen über außergewöhnliche Steigerung des Personenverkehrs gemacht worden. Eine Beförderung von 20000 Reisenden aus dem Reiche nach Oberschlesien wäre nach Auskunft der Reichsbahndirektion mit den Zügen des ordentlichen Fahrplanes unmöglich gewesen. Es hätten Extrazüge angefordert werden müssen. Dies ist nicht geschehen.

Das Ergebnis der Abstimmung für die polnische Liste ist angesichts der ungeheuren Propaganda, welche seitens des Polenbundes bei dieser Wahl gemacht worden ist, ein recht geringes. Außer den vielfachen Wahlversammlungen und den täglichen Zeitungsartikeln in der polnischen Presse wurde am Wahltage selbst in bisher nicht gesehenem Umfange von der Verteilung von Wahlplakaten auf den Straßen, selbst in den Städten, in bisher noch nicht dagewesenem Ausmaße Gebrauch gemacht. Wie mir von vielen Seiten berichtet worden ist, hat der Polenbund bestimmt damit gerechnet, ein Mandat zu erringen. Seine Enttäuschung über den Wahlausfall, welcher noch nicht einmal zur Erlangung eines Mandats für den preußischen Landtag gereicht hätte, wird daher nicht gering sein.

Ein besonderes Wahlagitationsmittel war für den Polenbund ein Aufruf in der polnischen Presse, worin die Errichtung eines besonderen Bistums Oppeln mit einem polnischen Bischof an der Spitze und einer polnischen geistlichen Akademie in Oppeln verlangt wurde. In einem zweiten Aufruf wurde mitgeteilt, daß sich nach der Wahl die polnischen Abgeordneten zu dem Kardinalfürstbischof nach Breslau begeben würden, um ihn um Hilfe für die polnischen Wünsche zu bitten. Dieser Aufruf ist von der deutschen Presse als Wahlmanöver entsprechend ausgewertet worden.

Weiter weise ich auf das in der Anlage beigefügte Rundschreiben des Spitzenkandidaten der polnischen Liste, Pfarrer Koziolek, hin. Dieses ist in geschlossenem Briefumschlag von Berlin aus scheinbar an alle in Betracht kommenden Minderheitsangehörigen gesandt worden. Die deutsche Presse hat auch dieses Schreiben sowie seinen Inhalt entsprechend ausgewertet.

Insoweit bei der Stimmenabgabe in einzelnen Orten des Bezirks besondere Beobachtungen gemacht worden sind, darf ich mir weiteren Bericht vorbehalten.

In Vertretung
[Unterschrift]

288

2.5.1931: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Gründung des „Bundes der polnischen Oberschlesier" (6.4.1931)
2 V 1931r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Założenie „Związku Górnoślązaków" w Beuthen (6 IV 1931r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 32 (Abschrift).

Am 6.4.1931 ist in Beuthen der „Bund der polnischen Oberschlesier" gegründet worden. Als vorläufiger Vorstand wurden gewählt:

1. Vorsitzender: Paul Drozdek, Beuthen, Lyngosstr. 45. 2. Schriftführer: Johann Nowak, Beuthen, Sadowastr. 7. 3. Kassierer: Fritz Kwiotek, Beuthen, Küperstr. 23.

Dem „Bunde", dessen polnische Bezeichnung „Zwiazek Polskich Gornoslazakow" [Związek Górnoślązaków] lautet, sind bisher 23 Personen als Mitglieder beigetreten. Im Anschluß an die Gründungsversammlung fand am 25.4.1931 in Miechowitz eine weitere Versammlung des „Bundes der polnischen Oberschlesier" statt, in der eine Ortsgruppe Miechowitz gegründet wurde. Leiter dieser Versammlung war der Vorsitzende der Beuthener Ortsgruppe, Drozdek. Die Mitglieder des Bundes sind durchweg bewußte Angehörige der polnischen Minderheit, die mit der Führung des Polenbundes unzufrieden sind und sich insbesondere dadurch beschwert fühlen, daß sich in den leitenden Stellen des Polenbundes meistens Nichtoberschlesier und Anhänger der polnischen Sanacja-Partei befinden. So soll Drozdek geäußert haben, daß er durch die Gründung seines Bundes die Polenbewegung in Deutschland „zum Platzen bringen werde". Auch eine Zeitung in polnischer Sprache „Kurjer Slaski" soll von dem Bund geplant sein. Da Drozdek sowohl wie Kwiotek vorbestraft sind, Drozdek im Jahre 1923 wegen unerlaubter Warenausfuhr mit 1 Monat Gefängnis, Kwiotek im Jahre 1926 wegen schwerer Urkundenfälschung, ist eine recht vorsichtige Beurteilung der Bewegung in jeder Beziehung geboten, da anzunehmen ist, daß die Gründer des Bundes auch bezwecken, sich durch die Gründung und die Herausgabe einer Zeitschrift eine Einnahmequelle zu verschaffen. Auch besteht die Möglichkeit, daß sie versuchen werden, von den deutschen Behörden geldliche Unterstützung zu erhalten. Die Versammlung am 25.4. bestand hauptsächlich in einer Aussprache über die Angestellten und Leiter des Polenbundes, die Nichtoberschlesier sind, und gipfelte in der Forderung, diese zu entlassen und die oberschlesischen Polen, vor allem die Vorsitzenden des neuen „Bundes der Oberschlesier", an ihre Stelle zu setzen. Daß die Gründung des Bundes mit dem in meinem Bericht vom 25.4.1931 – O.P. III. 3. M. 675 – geschilderten Kampf zwischen der Sanacja-Partei und der Korfanty-Partei innerhalb der Polenbewegung in Oberschlesien zusammenhängt, beweist ein Artikel in der „Polonia" vom 29.4. Nr. 2356, in dem über die oben erwähnte Versammlung des neu gegründeten Bundes berichtet wird. Es heißt in dem Artikel, daß Drozdek einen Vortrag über das Thema „Die Diktatur der Sanierungspartei, die den Zerfall der polnischen Minderheit im Oppelner Schlesien verursacht hat", gehalten habe. Auch sei in der Aussprache bedauert worden, daß der Zerfall der polnischen Berufsvereinigung das Ergebnis der unfähigen Wirtschaft der Leiter der polnischen Berufsvereinigung sei, die im Sinne der Sanierungspartei arbeiteten. Der Zweck der Partei sei, die polnische Minderheit zu schützen.

Ich werde die weitere Entwicklung der Angelegenheit aufmerksam verfolgen und darüber berichten.

In Vertretung:

gez. Unterschrift.

289

13.5.1931: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Polnische Gesangvereine

13 V 1931r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra nauki, sztuki i oświaty ludowej. Polskie towarzystwa śpiewacze

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 32 (Abschrift).

Die Ausführungen in dem Artikel [„Die Sänger im Oppelner Schlesien"; keine Fundstelle angegeben] entsprechen den Tatsachen. Es sind zur Zeit 33 polnische Gesangver-

eine in Oberschlesien vorhanden mit im ganzen 1 225 Mitgliedern. Ferner gehört dem Verbande der Polnischen Gesangvereine in Oberschlesien noch der polnische Gesangverein Harmonia aus Breslau an, der 120 Mitglieder zählt.

Wie die Polen selbst die Tätigkeit dieser Vereine als wichtige Träger der polnischen Propaganda auffassen, hat der polnische Redakteur Grabski auf einem polnischen Liederabend mit den Worten ausgesprochen: „Die Sänger und Sängerinnen sind die Vorhut des polnischen Nationalbewußtseins, hinter dieser Vorhut schreiten als weitere polnische Reihen die Tanzvereinigungen und die polnischen Sportabteilungen."

Bei der Sangesfreudigkeit der oberschlesischen Bevölkerung bildet der Gesang ein wirksames geistiges Mittel zur Erhaltung und Verbreitung des großpolnischen Gedankens. Die Polen wissen dies sehr genau und legen daher auch auf die Gründung und Ausgestaltung ihrer Gesangvereine den allergrößten Wert. Bei einem Liederabend wurde denn auch von polnischer Seite ausgeführt, „daß die schlesische Bevölkerung die Verbindung mit der polnischen Nationalkultur während der jahrhundertelangen Trennung Schlesiens von Polen nur durch den polnischen Gesang aufrecht erhalten habe. Der polnische Gesang sei in Schlesien niemals verstummt. Niemals habe daher die schlesische Bevölkerung die Verbindung mit der polnischen Nationalkultur verloren. Deshalb sei auch der polnische Gesang eine kostbare Perle des schlesischen Volkes." Die polnische Presse bezeichnet selbst das polnische Lied als die „mächtigste Waffe gegen Germanisierung". Durch das polnische Lied kehre die Jugend in den Schoß des Polentums zurück und habe schon manchen Renegaten bekehrt. Von polnischer Seite wird auch deswegen auf das Lied so großer Wert gelegt, weil, wie es in der polnischen Presse einmal offen ausgesprochen worden ist, „man im Liede alles singen kann, was man im gesprochenen Wort aus Furcht, bestraft zu werden oder Anstoß zu erregen, nicht ausdrücken könne".

Die Tätigkeit der polnischen Gesangvereine besteht aus Gesangsübungen und Lehrabenden. Diese werden fast stets von Beamten des Rolnik oder den vom polnischen Schulverein angestellten polnischen Privatlehrern geleitet. Deshalb werden die Gesangsübungen sehr häufig auch mit Unterricht in der polnischen Sprache verbunden. Dann kommen die Gesangs- und Tanzabende, an denen fast stets der Polnische Generalkonsul sowie hervorragende Mitglieder der polnischen Bewegung, Redakteure, Rolnikbeamte, Herr Bozek usw. teilnehmen und fast stets in einer Ansprache zur Betätigung in nationalpolnischem Sinne in Schule, Haus und Öffentlichkeit auffordern. Daß die Gesänge durchaus nicht immer nur den Zweck haben, die polnischsprechende Bevölkerung mit dem alten oberschlesischen Volksgesange in polnischer Sprache oder dem polnischen Liede als Kulturfaktor bekannt zu machen, geht daraus hervor, daß z.B. auch Spottlieder auf deutsche Lehrer und andere Gesangsstücke gesungen werden, die geeignet sind, alles Deutsche verächtlich zu machen.

Soweit irgend möglich und die Mittel dazu ausreichen, wird von hier aus versucht, durch Unterstützung deutscher Gesangvereine der polnischen Propaganda entgegenzuarbeiten. Eine Erhöhung der Mittel wäre selbstverständlich im nationalpolitischen Interesse dringend erwünscht.

In Vertretung
gez. Dr. Fischer

290

25.4.1932: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Zwischenfall im Wahlkampf der Polnisch-Katholischen Volkspartei in Klein Kottorz, Kreis Oppeln (23.4.1932)

25 IV 1932r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Incydent w czasie kompanii wyborczej „Polskiej Partii Ludowej" w Klein Kottorz, pow. Oppeln (23 IV 1932r.)

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 34 (Abschrift).

Über den Zwischenfall, bei dem es zu einem Zusammenstoß mit Mitgliedern der polnischen Minderheit, die für die Polnisch-Katholische Volkspartei Wahlpropaganda getrieben haben, gekommen ist, ist bisher folgendes festgestellt worden:

Zunächst sei bemerkt, daß weder Generalkonsul Malhomme noch ein Vertreter des Polnischen Generalkonsulats bei dem Zwischenfall irgendwie beteiligt gewesen ist. Die Mitteilung, die ich in meinem am 23. d. M. als Regierungspräsident erstatteten Lagebericht darüber gemacht habe, beruhte, wie es sich jetzt herausgestellt hat, darauf, daß ein Landjäger den Sekretär des Polenbundes aus Berlin, Dr. Kaczmarek, mit Generalkonsul Malhomme verwechselt hat. Der Vorfall hat sich nach dem bisher vorliegenden Ermittelungsergebnis folgendermaßen zugetragen:

Ein Propagandatrupp der Polnisch-Katholischen Volkspartei fuhr am 23. d. M. auf Fahrrädern durch die Ortschaften des Landkreises Oppeln. Die Leute hatten Wahlplakate umgehängt und verteilten Flugzettel. Bereits in Bierdzan, Landkreis Oppeln, erregte diese Art der Propaganda bei den deutschgesinnten Bewohnern der Ortschaft Mißfallen. Es fanden sich bereits in Bierdzan Leute zusammen, die erregt über den Propagandazug debattierten. Der Vorsteher des Polnisch-Katholischen Schulvereins, Szreiber von hier, der im Kraftwagen hinter dem Zuge herfuhr, um ihn auf seiner Fahrt zu beaufsichtigen, geriet mit einem Förster, dessen Name bisher noch nicht bekannt ist, in Wortwechsel. Jedoch verließ der Zug Bierdzan ohne jede weitere Belästigung.

In dem nur einige Kilometer von Bierdzan entfernten Klein Kottorz erregte der Zug erneut Aufsehen. Dort soll ein Flugblattverteiler einem Schulknaben ein Flugblatt in die Hand gedrückt haben, das dieser zerriß. Hierauf soll der Flugblattverteiler Miene gemacht haben, den Jungen zu schlagen. Auch sollen die Polen einer Gruppe von 5 deutschgesinnten Leuten Plakate angeboten haben, die sie aber verweigerten, weil sie in polnischer Sprache geschrieben waren. Daraufhin soll einer der Plakatverteiler gepfiffen haben, worauf die Polen die 5 Mann umzingelten und die Worte gefallen sein sollen „Schlagt sie tot". Auch sollen die Plakatverteiler mit den Plakaten auf die 5 deutschgesinnten Leute eingeschlagen haben. Dieses Verhalten soll andere auf der Landstraße befindliche Leute erregt haben. Diese liefen nun mit Stöcken, einem Spaten und einer Flasche bewaffnet hinter den Polen her. Bei dem jetzt entstehenden Durcheinander wurden den Polen die Plakate weggenommen und vernichtet. Auch wurden die Polen von einer Person mit einem Spaten bedroht. Als daraufhin die Mitglieder der polnischen Minderheit ihre Fahrt fluchtartig in Richtung Bahnhof Klein Kottorz fortsetzten, wurden sie von denselben Leuten auf Fahrrädern verfolgt und 100 m vor dem Bahnhof zum zweiten Male angefallen. Hier wurden ihnen noch die übriggebliebenen Plakate entrissen. Auch wurden sie mit Stöcken und Flaschen geschlagen. Ferner wurden ihnen 3 Fahrräder entrissen. Ein Mitglied der Minderheit mußte das Rad auf der Chaussee liegen lassen und fliehen. Von dem einen Fahrrad war das Vorderrad vollständig zusammengedrückt und das Gestell beschädigt. Bei dem anderen Rade sollen angeblich die

Gummihandgriffe entwendet worden sein. Der Leiter des Propagandazuges, Smyrek aus Oppeln, rief daraufhin gemeinsam mit Szreiber telefonisch den Polenbund in Oppeln an. Daraufhin fuhr der Geschäftsführer des Polenbundes Wawrzynek mit dem zufällig sich in Oppeln befindlichen Redakteur der „Kulturwehr" aus Berlin Skala, dem polnischen Landtagskandidaten Bozek und dem Vorsitzenden des Polenbundes aus Berlin Kaczmarek nach Klein Kottorz hinaus. Hierdurch ist, wie bereits oben erwähnt, die irrige Mitteilung entstanden, daß der Generalkonsul bei dem Vorfall zugegen gewesen sei, da Dr. Kaczmarek dem Generalkonsul Malhomme ähnlich sehen soll. Ein klares Bild über den Tatbestand haben die Ermittelungen bei den sich widersprechenden Äußerungen der Mitglieder der Minderheit und der Deutschgesinnten noch nicht ergeben. Bisher sind eine Reihe von Personen, die an dem Überfall beteiligt gewesen sind, festgestellt und zum Teil auch vorläufig festgenommen worden. Auch sind drei von den Fahrrädern den Eigentümern zurückgestellt worden, das vierte entwendete Fahrrad wurde nicht mehr aufgefunden. Während der Ermittelungen mußte die Dorfstraße mehrmals polizeilich geräumt werden, da die Dorfbewohner eine drohende Haltung gegen die Mitglieder der Minderheit annahmen.

Ich werde, sobald das genaue Ergebnis der Ermittelungen feststeht, sofort berichten.
Unterschrift.

291

31.1.1933: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Wirtschaftliche Krise in der polnischen Bewegung

31 I 1933r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Kryzys gospodarczy w ruchu polskim

PAAA Bonn, Politische Abteilung IV Polen, Politik 2 D, Nr. 35 (Abschrift).

Die Wirtschaftskrise der Polenbewegung, von der im Laufe des Jahres 1932 alle wirtschaftlichen Einrichtungen der Bewegung erfaßt worden sind, ist noch nicht zum Stillstand gekommen. In der Bewegung verspricht man sich durch die Einwirkung des neuen polnischen Generalkonsuls eine Besserung der Lage. Die Polen bemühen sich durch verschiedene Werbeaktionen, die Krise aufzuhalten. In der Spitzenorganisation des Verbandes polnischer Genossenschaften wurde durch die Hinzuwahl von Szczepaniak der Vorstand ergänzt. Szczepaniak erstrebt den engeren Zusammenschluß der einzelnen Genossenschaften durch Errichtung einer polnischen Zentralbank. Seine Absicht ist noch nicht verwirklicht worden. Man ist zunächst bei der Bildung eines vorbereitenden Ausschusses stehen geblieben. Seit Beginn des 2. Halbjahres 1932 werden in der Provinz in den Genossenschaftsregistern der Amtsgerichte Massenaustritte beobachtet. Um diese Austritte aufzuhalten, veranlaßte die Zentrale des Bundes der Polen für alle ihr angeschlossenen Organisationen im Monat Dezember 1932 Werbeveranstaltungen für das polnische Genossenschaftswesen. Die polnischen kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen haben diese Werbeveranstaltungen in Form von Versammlungen durchgeführt. Die Leitung des Bundes der Polen beschickte diese Versammlungen mit Rednern, die in ihren Referaten die Notwendigkeit des polnischen Genossenschaftswesens hervorhoben. Bozek, der polnische Abgeordnete bei der Oberschlesischen Landwirtschaftskammer, hat in seinen Reden besonders betont, daß der polnische Bauer in den deutschen Genossenschaften nichts erlangen könne. Der Besuch der Werbeveranstaltungen entsprach nicht den Erwartungen.

Auch in der polnischen Presse wurde fortlaufend auf die Notwendigkeit des polnischen Genossenschaftswesens hingewiesen. Die Wirtschaftslage der polnischen Banken, Rolniks und weiteren Genossenschaften ist in Auswirkung der allgemeinen Krise meist mehr oder weniger ungünstig. Die Bank „Ludowy" in Oppeln hat durch ihre Zahlungsunfähigkeit die gesamte polnische Genossenschaftsbewegung der Provinz in Mitleidenschaft gezogen. Wie ich in meinem Bericht vom 11. November 1932 - O. P. III. 3. 2. M. 690 - berichtet habe, steht die Bank „Ludowy" in Oppeln zur Zeit im Vergleichsverfahren, über dessen Einzelheiten ich mich auf den genannten Bericht beziehen darf. Nach dem Urteil von Fachleuten dürfte unter gewöhnlichen Umständen der Konkurs der Bank unvermeidlich sein, da die Hauptschuldner der Bank zahlungsunfähig sind. Die Bank hat 4480 Mitglieder, die Bilanzsumme betrug 1548853,06 RM. Es sind bei der Bank Veruntreuungen von 80000 RM festgestellt worden, die nicht beizutreiben sind. Ob es aber nach Ablauf des Moratoriums am 1. April wirklich zum Konkurs kommt, hängt davon ab, ob es der Bank gelingt, größere Summen zur Sanierung von jenseits der Grenze zu erhalten. Es ist beinahe anzunehmen, daß der neue polnische Generalkonsul Samborski, um sich von vornherein hier eine Stellung zu machen, alles versuchen wird, daß die Bank von staatspolnischer Seite gestützt wird. Samborski hat bereits hier seine dienstlichen Antrittsbesuche gemacht. Er beherrscht die deutsche Sprache weniger gut als sein Vorgänger Malhomme. Jedoch scheint er in den Traditionen seines Vorgängers weiter arbeiten zu wollen, da er bereits am 18. d. M. mit seiner Frau an der Weihnachtsfeier der polnischen Oppelner Gesangsvereine „Lutnia" und „Echo" teilgenommen hat. Ob Samborski es besser verstehen wird, sich der oberschlesischen Eigenart anzupassen, wie sein Vorgänger, oder ob er ebenso wie dieser durch sein ganzes, der oberschlesischen Bevölkerung unverständliches und aufdringliches Verhalten mittelbar weiter zur Abkehr des polnischsprechenden Teiles der oberschlesischen Bevölkerung von dem großpolnischen Gedanken beitragen wird, läßt sich nach so kurzer Zeit natürlich noch nicht sagen. Nach dem ganzen Ton der vom Generalskonsulat stark beeinflußten Minderheitspresse scheint er allerdings wohl den Auftrag von Warschau erhalten zu haben, den bei allen Wahlen des Jahres 1932 immer stärker auftretenden polnischen Stimmenschwund zum Stehen zu bringen und eine entgegengesetzte Bewegung einzuleiten.

Die Zahlungsunfähigkeit der Bank „Ludowy" in Oppeln hat auch auf die Liquidität der Bank „Ludowy" in Rosenberg eingewirkt, über deren schlechte Geschäftslage ich bereits mit Bericht vom 4. November 1932 – O. P. III 3. 6. M. 1023 – mitgeteilt habe. Diese Bank schuldet der Oppelner Bank „Ludowy" 68000 RM. Die Beschaffung dieser Summe dürfte der Rosenberger Bank nicht möglich sein. Um Bargeld zu erhalten, ist sie dazu übergegangen, die vollen Geschäftsanteile der Genossen zwangsweise einzutreiben. Ihre Mitgliederzahl beträgt z. Zt. 448, die Bilanzsumme 155215,53 RM.

Die Geschäftslage der Bank „Rolnikow" in Oppeln ist gleichfalls sehr schlecht. Auch sie hat Schwierigkeiten, Guthaben von Bankkonten, die schon mehrmals gekündigt worden sind, auszuzahlen. Die Bank hat daher im Laufe des Jahres 1932 die Anteile verschiedener Genossen zwangsweise beigetrieben, nachdem sie diese von 50 auf 200 RM erhöht hatte. Die Bank unterhält in Gleiwitz eine Filiale, bei welcher ein Verlust von 9000 RM durch Veruntreuungen entstanden ist. Infolge des schlechten Geschäftsganges ist ein großer Teil der Angestellten entlassen worden. Die Bank hat 1474 Mitglieder, die Bilanzsumme betrug 984759,54 RM. In diesen Zahlen sind auch die Mitgliederzahl und die Bilanzsumme der Gleiwitzer Filiale enthalten.

Die Bank „Ludowy" in Beuthen ist von der Krise weniger berührt worden, jedoch ist ihr Geschäftsgang durch die Verlegung des polnischen Generalkonsulats von Beuthen nach Oppeln ungünstig beeinflußt worden. Die Mitgliederzahl beträgt 891, die Bilanzsumme 739 375,96 RM.

Die Bank „Ludowy" in Gleiwitz hat ihren Geschäftsverkehr nur durch Überschreibungen der Bank „Ludowy" in Cosel aufrechterhalten können. Die Bilanzsumme betrug 348 414,68 RM. Der Mitgliederbestand geht zurück und beträgt z. Zt. 235 Mitglieder.

Die Bank „Ludowy" in Cosel hat durch Veruntreuungen ihres früheren Leiters Pichaly einen Verlust von 50 000 RM erlitten. Sie hat diesen Verlust zwar überwunden, ist jedoch durch Überschreibungen von Geldern zur Stützung der Gleiwitzer Bank „Ludowy" selbst in Schwierigkeiten geraten. Bei der Bank sind am 1. Dezember 1932 – 130 Mitglieder ausgetreten. Sie hat jetzt 841 Mitglieder und weist eine Bilanzsumme von 348 890,50 RM auf.

Die durch diese Bank in Oberglogau betriebene Filiale ist bereits im Jahre 1931 abgetrennt und als selbständige Genossenschaft beim Amtsgericht in Oberglogau eingetragen worden. Die Bilanzsumme der Bank „Ludowy" in Oberglogau beträgt 50 000 RM, die Mitgliederzahl 150.

Die Bank „Ludowy" in Groß Strehlitz dürfte von der Krise am wenigsten berührt worden sein. Die Mitgliederzahl ist fest und beträgt z. Zt. 973, die Bilanzsumme 453 315,39 RM.

Dagegen hat die Bank „Ludowy" in Ratibor, wie ich bereits mit Bericht vom 22. Dezember 1932 – O. P. III. 3. 6. M. 1160 – mitgeteilt habe, die Krise mit Hilfe einer Anleihe von der Bank „Ludowy" in Loslau in Ostoberschlesien überstanden. Auch ist der Bank zugute gekommen, daß ihr Direktor Szczepaniak, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des Verbandes der polnischen Genossenschaften in Deutschland ist, die vom Polenbund diesem Verbande zur Stützung der polnischen Genossenschaften überwiesenen Gelder in erster Linie seiner Bank zugeführt hat. Auch diese Bank hat durch Veruntreuungen eines Angestellten 30 000 RM verloren. Die Bilanzsumme beträgt bei 2 500 Mitgliedern 1 500 000 RM.

An den landwirtschaftlichen Warengenossenschaften der „Rolniks" ist die Wirtschaftskrise gleichfalls nicht vorübergegangen.

Ganz besonders nachteilig hat sie sich innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung im Landkreise Ratibor ausgewirkt. Die Genossenschaft „Rolnik" hatte in den Kreisen Ratibor und Cosel 14 Zweigstellen unterhalten. Diese Zweigstellen, die für das Polentum nicht zu unterschätzende Stützpunkte bildeten, sind infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage als unhaltbar sämtlich aufgelöst worden. Es arbeitet nur noch das Ratiborer Hauptgeschäft. Die finanziellen Schwierigkeiten der Genossenschaft „Rolnik" sind, wie ich bereits in meinem Bericht vom 22. Dezember 1932 – O. P. III 3. 6. M. 1160 – ausgeführt habe, durch einen Zuschuß der Zentrale des Polenbundes in Berlin zum Teil behoben worden. Wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz schwebt gegen die Genossenschaft beim Amtsgericht in Ratibor ein Verfahren. Es handelt sich um Unterschlagung und Urkundenfälschung. Die Angestellten sind bis auf 2 Kräfte entlassen worden. Die Genossenschaft hat 268 Mitglieder mit 53 000 RM Haftsumme. Die Bilanzsumme beträgt 285 110,74 RM. Um das landwirtschaftliche Warengeschäft nicht ganz auf dem flachen Lande zu verlieren, bemühen sich die ehemaligen Lagerverwalter der Rolnikzweigstellen, das Warengeschäft auf eigene Rechnung, vermutlich aber von polnischer Seite finanziell gestützt, fortzuführen.

Die Genossenschaft „Rolnik" in Cosel ist am 26. August 1932 aufgelöst worden. Die Liquidatoren der Genossenschaft haben bekanntgegeben, daß die Genossenschaft weder Aktiven noch Passiven besitzt.

Die Genossenschaft „Rolnik" in Groß Strehlitz unterhält in Groß Strehlitz und in Himmelwitz eine Zweigstelle. Sie hat 211 Mitglieder mit 403 Anteilen. Die Bilanzsumme betrug 241 212,78 RM.

Der Geschäftsgang der Genossenschaft ist gut. Sie hat infolge des Zusammenbruchs der dortigen deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaft einen starken Kundenzuwachs erhalten, der gute Geschäftsgang ist aber auch auf die besonders starke polnische Minderheit im Kreis Groß Strehlitz zurückzuführen. Inzwischen hat die deutsche landwirtschaftliche Warenzentrale (Raiffeisen) eine Filiale in Groß Strehlitz wieder eröffnet, die ihr Geschäft im Laufe der letzten Monate gut entwickeln konnte.

Verhältnismäßig gute Umsätze hat auch die in Gogolin im Laufe des Jahres neu errichtete Rolnikniederlage erzielen können. In diesem Bezirk gibt es keine entsprechend gut ausgebaute deutsche Warengenossenschaft.

Die Lage der Genossenschaft „Rolnik" in Oppeln ist ungünstig. Die Genossenschaft ist einer der Hauptschuldner der Bank „Ludowy" in Oppeln. Sollte der Treuhänder der Bank „Ludowy" darauf bestehen, daß die Forderung der Bank beigetrieben wird, so ist das weitere Bestehen der Genossenschaft in Frage gestellt. In der Rosenberger Zweigstelle dieser Genossenschaft sind kleinere Veruntreuungen vorgekommen. Der Vorstand der Genossenschaft hat die Gehälter der Angestellten wesentlich herabgesetzt und teilweise Entlassungen vorgenommen. Um Bargeld zu erhalten, treibt die Genossenschaft mit Nachdruck ihre Außenstände ein. Auch die im Jahre 1930 errichtete Guttentager Zweigstelle hat im Laufe dieses Jahres augenfällig an Kundschaft verloren. Die Verlagsgesellschaft „Nowin" in Oppeln hat der Genossenschaft auf Grund einer Forderung ihre Druckmaschinen übereignet.

Im Jahre 1932 sind 104 Mitglieder ausgeschieden. Die Genossenschaft hat 1 474 Mitglieder; die Bilanzsumme betrug 984 795,05 RM.

Auch die polnische Gemüsebau- und Vertriebsgenossenschaft „Ogrodnik" in Ratibor hat durch Veruntreuungen Verluste erlitten. Sie hat 1932 eine Dividende von 7 % ausgeschüttet. Die Bilanz weist 158 Mitglieder und eine Bilanzsumme von 5 047 RM auf. Ich hoffe, daß es den deutschen Warengenossenschaften dank der ihnen inzwischen wieder weiter bewilligten zinsverbilligten Ausbaukredite gelingen wird, den polnischen Warengenossenschaften weitere Geschäfte abzuziehen. Besondere Anstrengungen werden dazu im Gemüsebaugebiet von Ratibor gemacht.

Die polnische Baugenossenschaft „Stzecha" [Strzecha] in Ratibor ist in völliger Auflösung begriffen. Das einzige Wertobjekt dieser Genossenschaft ist ein Hausgrundstück in Ratibor, in dem sich das polnische Verkehrslokal „Strzecha" befindet. Das Gebäude steht unter Zwangsverwaltung, so daß mit einer baldigen Auflösung der Baugenossenschaft „Strzecha" zu rechnen ist.

Über die Oberschlesische Grundstücks-Verwertungsgesellschaft mbH habe ich zuletzt am 22. November 1932 – O. P. III. 3. M. 1070 – berichtet. Sie befindet sich in Liquidation.

Die polnische Genossenschaft Spolka Budowlana (Baugenossenschaft) in Oppeln ist ohne Bedeutung. Zweck der Genossenschaft ist die Herstellung von Wohnungen. Die Genossenschaft hat 52 Mitglieder, der Anteil beträgt 25 RM, die Bilanzsumme 106,80 RM.

Die schwierige Lage der polnischen Verlagsgesellschaft Nowin [Nowiny], des polnischen Zeitungsunternehmens des Polenbundes in Deutschland, habe ich in meinem letzten Bericht vom 5. Dezember 1932 – O. P. III 3 M. 1108 – geschildert. Der Genossenschaft geht es weiter sehr schlecht. Die Abonnentenzahl vermag die Ausgaben der Genossenschaft nicht zu decken, so daß sie ganz vom Polenbund unterhalten werden muß. Nunmehr ist auch dem letzten Oberschlesier in der Verlagszeitung und Redaktion gekündigt worden, so daß in absehbarer Zeit nur Nichtoberschlesier die in Oberschlesien erscheinende „Nowiny [Condzienne]", ebenso wie ihre Kopfblätter, leiten und herausgeben werden. Schon jetzt macht sich das in dem Inhalt der Artikel bemerkbar, die immer weniger auf die oberschlesische Eigenart eingehen, sondern ganz im Sinne der polnischen Sanacja-Politiker eine rein nationalpolnische Tendenz zum Ausdruck bringen, und die meisten Artikel wörtlich auch in den für die polnische Minderheit in Ostpreußen und in der Grenzmark Posen-Westpreußen bestimmten Kopfblättern bringen. Naturgemäß interessieren diese Artikel auch einen großen Teil der noch polnisch eingestellten oberschlesischen Bevölkerung überhaupt nicht, wie ja überhaupt zwischen dem selbstbewußterem Polen in Ostpreußen und der Grenzmark und dem national noch labilen Oberschlesier ein grundlegender Unterschied ist. Es ist zu hoffen, daß auch dieser Umstand neben der zielbewußten, die kulturelle und religiöse Eigenart des Oberschlesiers schonenden Arbeit der deutschen Behörden dazu beitragen wird, die polnische Stimmenzahl und damit die Zahl der national-polnisch eingestellten gemischtsprachigen Bevölkerung Oberschlesiens weiter zu verringern, was besonders in der heranwachsenden Generation in erfreulicher Weise immer deutlicher in Erscheinung tritt. Daher klagt auch die von der Korfantygruppe herausgegebene Oppelner Zeitung „Katolik Trtyrazowy" [Trzyrazowy] in ihrer Nr. 14 vom 26. d. M., daß der Polenbund noch kein einziges Programm verwirklicht habe, das sich den tatsächlichen Bedürfnissen der oberschlesischen Bevölkerung anpasse, und daß jede Angelegenheit, die er in seine Hand genommen habe, mit einem großen Fiasko geendet habe.

Außer den hier aufgeführten Genossenschaften gehören zum Verband polnische Genossenschaften, der früher den Namen Verband polnisch-schlesischer Genossenschaften geführt hat, die Genossenschaften in Allenstein mit einer Filiale in Ortelsburg, in Stuhm, Marienburg, Flatow, Zakrzewo, Neu Kramzig, Groß Dammer und Bütow, außerdem die polnischen Banken in Berlin und Bochum.

Der Verband polnischer Genossenschaften unterhält in Oppeln ein Büro, welches unter der Leitung des hauptsächlich für den Verband tätigen Diplomkaufmanns Dr. Komor, der in Oppeln wohnt, steht.

Das Landeskriminalpolizeiamt beim Polizeipräsidium in Berlin hat Abschrift dieses Berichts erhalten.

gez. Lukaschek

292

17.3.1933: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Die polnische Bewegung seit der Machtergreifung

17 III 1933r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Ruch polski od czasu przyjęcia władzy przez NSDAP

PAAA Bonn, Geheimakten 1920–1936, Polen Politik 2 D, Nr. 3 (Abschrift).

Wenn auch in den letzten Wochen und Monaten die rein innerpolitischen deutschen Verhältnisse im Vordergrund der politischen Bewegungen standen, ist doch die polni-

sche Bewegung nicht etwa zum Stillstand gekommen; nur hat sich die Minderheitsbewegung mehr unter der Oberfläche abgespielt und trat gegenüber den rein innerdeutschen politischen Auseinandersetzungen nach außen hin nicht so sehr in die Erscheinung.

Die politische Leitung der Minderheitsbewegung scheint nach wie vor zentral in der Hand des Polnischen Generalkonsulats in Oppeln zu liegen. Generalkonsul Samborski bildete denn auch den Mittelpunkt des am 12. Februar 1933 in Beuthen veranstalteten IV. Polnischen Balles. Es ist jedoch bemerkt worden, daß Samborski beim Betreten des Saales von den Anwesenden nicht mit dem Beifall empfangen worden ist, wie ihn sein Vorgänger Malhomme jedesmal erntete. Der Grund soll darin liegen, daß Samborski bei den polnischen Minderheitsangehörigen gar nicht so beliebt ist wie Malhomme. Es dürfte dies in seiner mehr zurückhaltenden persönlichen Art und der geringen Kenntnis des polnischen oberschlesischen Dialekts liegen. Innerhalb der eigentlichen Minderheit selbst scheint der „Kreis der Wiedergeburt", über den ich am 16.2.1933 – O.P. III. 3. M. 150 – berichtet habe, mehr und mehr eine hervorragende Rolle zu spielen. Von diesem Zirkel aus scheint auch die gesamte Wahlpropaganda der polnischen Minderheit geleitet worden zu sein. Der Listenführer der polnischen Minderheitsliste zum preußischen Landtag und zum oberschlesischen Provinziallandtag, Gemeindevorsteher Bozek aus Markowitz, Krs. Ratibor, hat auch in diesem Zirkel am 16.2. längere Ausführungen gemacht.

Wie durch einen Vertrauensmann der Landespolizeistelle ermittelt werden konnte, hat Bozek sich in seiner Rede dort ganz offenherzig und sehr unvorsichtig geäußert; so soll er erklärt haben, daß die heutige Regierung für die Polen vorteilhaft sei, denn Polen habe in der ganzen Welt Freunde, daher würde der polnischen Minderheit in Deutschland von allen Seiten Hilfe geleistet werden, wenn, wie zu erwarten stände, nunmehr eine erhöhte Belästigung und Unterdrückung der Minderheit einsetzte. In einem gewissen Widerspruch hierzu stehen allerdings seine Ausführungen über die einzelnen Parteien, die er im Anschluß daran gemacht haben soll. So habe er als größte Feinde der polnischen Minderheit das Zentrum und Hugenberg bezeichnet, während der Nationalsozialistischen Partei bekannt sei, daß Oberschlesien seit Jahrhunderten polnischer Boden sei. Endlich habe Bozek ein Loblied auf die Kommunisten und Trotzki gesungen und Ausführungen gemacht, die von den Zuhörern so aufzufassen waren, daß die Minderheit für die Reichstagswahl für die Kommunistische Partei zu stimmen hätte. Diese Ausführungen bestätigen nur seine sonstige Haltung, die schon immer sehr stark nach der kommunistischen Seite hin neigte. Schließlich spielte Bozek noch auf kommende „bessere Zeiten" für die Polen an, „um nicht ins Zuchthaus zu kommen, könne er nicht sagen, in welcher Hinsicht". Aus seinen ganzen Ausführungen aber war zu entnehmen, daß er darauf hoffe, daß auch der Rest von Oberschlesien zu Polen käme. Wie der Vertrauensmann mitgeteilt hat, hat Bozek seine Ausführungen vor nur 10 Zuhörern im engsten Vertrauenskreise der polnischen Minderheitsleitung gemacht. Infolgedessen ist es auch nicht möglich, gegen Bozek wegen dieser Äußerungen vorzugehen, da damit der Vertrauensmann, der sich unter den 10 Zuhörern befand, bloßgestellt würde, und der Landespolizeistelle die Erhaltung dieser Verbindung im Interesse der weiteren Überwachung der Polenbewegung wertvoller ist als ein Vorgehen gegen Bozek, das die Wirkung hätte, daß ein Vertrauensmann in der Leitung der Polenbewegung künftighin nicht mehr zu gewinnen sein würde. Abgesehen davon ist es auch nach den hier gemachten Erfahrungen zweifelhaft, ob bei einem Verfahren der Zeuge bei seinen Aussagen verbleiben würde.

Die Wiedergabe der Ausführungen Bozeks vor diesem Zirkel ist mir aber insofern glaubwürdig, als ich schon früher vertrauliche Mitteilungen über ähnliche Äußerungen Bozeks erhalten habe, und Bozek auch bei einem Besuch bei mir erklärte, die polnischen Minderheit rechne sich nicht zu den Oppositionsparteien und werde ihre Haltung gegenüber der heutigen Regierung nach ihren Taten beurteilen. Schlimmer als die bisherigen Regierungen könne auch die heutige Regierung gegenüber der polnischen Bewegung sich nicht verhalten.

Neben diesem „Zirkel der Wiedergeburt" ist der Ratiborer Sokolverein im Sinne der Gewinnung der Jugend für die polnischen Ideen „im Geiste Koscziuskos" [Kościuszkos] besonders tätig. Auch bei der Monatsversammlung des Ratiborer Sokolvereins am 21. Februar hat der Bozek nahestehende Minderheitsangehörige Bialdyga sich lobend über den Kommunismus ausgesprochen und erklärt, daß die Polen, wenn sie zum Reichstag überhaupt wählten, für die Kommunisten stimmen müßten. Der Kommunismus freue sich schon jetzt auf den durch die jetzigen Ereignisse sich vorbereitenden deutschen Zusammenbruch, um die Sowjetfahne in Deutschland wehen zu lassen. Nach Beendigung der Ausführungen Bialdygas wurde mit zum Schwur erhobener Hand die berüchtigte „Rota" mit allen Versen gesungen.

Über ein etwaiges Vorgehen wegen der Vorgänge im „Sokolverein" gegen Bialdyga gilt das gleiche, wie das oben über Bozek Gesagte.

Daß aber auch innerhalb der bewußt polnischfühlenden Minderheit den Parolen der Führer durchaus nicht allgemein zugestimmt wird, vielmehr sich starke Kritik regt, geht aus dem Verlauf der Delegiertenkonferenz für die Aufstellung der polnischen Kandidatenliste am 12.2. hervor, in der nicht nur über die Listenaufstellung, sondern auch über die allgemeine Politik der Führung des Polenbundes so starke Kritik geübt worden ist, daß die Sitzung geschlossen werden mußte. U. a. wurde der Leitung des Polenbundes vorgeworfen, daß sie sich um die eigentliche polnische Minderheit in Oberschlesien selbst überhaupt nicht mehr gekümmert hätte; wenn der Polenbund sein Verhalten nicht ändere, würde die bewußte polnische Minderheit in Oberschlesien bald ganz verschwinden.

Der Stolz und gleichzeitig das Sorgenkind der polnischen Minderheitsbewegung in Oberschlesien ist z. Zt. immer noch die polnische höhere Privatschule in Beuthen. Die Eltern einer großen Anzahl von Schülern haben Anträge auf Ermäßigung des Schul- und Pensionsgeldes gerichtet, das an sich schon recht gering ist. Der Polnische Schulverein in Berlin hat daraufhin angeordnet, daß diejenigen Schüler, denen Schulgeld und Pensionskosten ermäßigt werden, sich dazu verpflichten müßten, die Ermäßigung von ihrem späteren Einkommen an den polnischen Schulverein zurückzuzahlen. Einige Schüler werden voraussichtlich aus finanziellen Gründen in nächster Zeit aus der polnischen Schule herausgenommen werden. Zu Ostern 1933 werden, wie ich vertraulich erfahren habe, etwa 60 neuangemeldete Schüler in die Schule aufgenommen werden.

Über die Lage der Bank Ludowy, über die ich ausführlich in meinem Bericht vom 31.1.1933 – O.P. III. 3. 6. Nr. M. 68 [= Dok. Nr. 291] – berichtet habe, ist weiterhin soviel bekannt geworden, daß bis zum 1. April ein Betrag von etwa 1/4 Million bereitgestellt werden soll, um die Gläubiger der Bank zu befriedigen. Da dieser Betrag aber bei weitem nicht ausreicht, allen Verpflichtungen nachzukommen, muß unter normalen Umständen zugleich mit der Beendigung der Tätigkeit des Treuhänderausschusses die Eröffnung des Konkurses über die Bank erwartet werden. Jedoch scheinen die polnischen Leiter der Bank damit zu rechnen, daß durch Zuschüsse von jenseits der

Grenze der Konkurs vermieden werden kann. Ein Antrag der Bank Ludowy auf Kredit aus Mitteln der Osthilfe ist von dem Kommissar für die Osthilfe in Oppeln abgelehnt worden.

Der Hauptteil der politischen Tätigkeit der polnischen Minderheit erstreckte sich naturgemäß auf die Vorbereitungen zu den Wahlen. Wie bereits erwähnt, ist sowohl in Versammlungen als auch in der Presse herbe Kritik daran geübt worden, daß die Kandidatenliste für Oberschlesien vom Polenbunde in Berlin diktatorisch aufgestellt worden ist, ohne die Vertrauensleute in der Provinz zu hören. Insbesondere wurde auch bemängelt, daß Pfarrer Koziolek in Grabine nicht mehr Listenführer [ist], sondern der betriebsame und ehrgeizige Bozek, dessen umstrittene Persönlichkeit durchaus nicht die ungeteilte Sympathie der oberschlesischen Polen habe. Während diese Haltung vor allen Dingen in der polnischen Oppositionspresse vertreten und der Rückgang der polnischen Stimmen mit der vom Polenbunde bisher betriebenen Politik bekräftigt wird, hat, wie die Äußerung der in Sanacjahand befindlichen polnischen Presse zeigt, die offizielle Richtung in der Minderheit die augenblicklichen gespannten politischen Verhältnisse als nicht ungünstig für die polnische Minderheit bezeichnet. (s. Nowiny Codzienne Nr. 29 vom 7. d. Mts.).

Was den äußeren Verlauf der Wahlhandlungen an den beiden Wahlsonntagen angeht, so wird in der polnischen Presse besonders jenseits der Grenze – wie stets – über den Terror gegenüber der polnischen Minderheit geklagt. Einzelne Fälle über Belästigungen polnischer Wahlzettelverteiler, wie sie auch bei früheren Wahlen vorgekommen sind, sind mir auch bereits vom Polenbunde offiziell bekannt gegeben worden, ebenso ein Vorfall im Kreise Groß Strehlitz, in dem 3 führende Mitglieder der Minderheit in Schutzhaft genommen worden sind. Ich werde über diese Vorfälle im Verlaufe der voraussichtlich über diesen Fall ergehenden Beschwerden des Polenbundes bei der Gemischten Kommission eingehender berichten.

Die „Polska Zachodnia" in Kattowitz regt sich besonders über angebliche aufreizende Plakate gegen die polnische Minderheit und das polnische Privatgymnasium in Beuthen auf, die am Tage der Wahl angebracht worden seien und zu Terrorakten geführt hätten. Soweit ich bisher habe ermitteln können, ist lediglich durch ein Kohlenstück eine Fensterscheibe im Werte von 80 Pfennig in der Turnhalle der polnischen höheren Schule zerschlagen worden.

Was das Ergebnis der Wahlen anbelangt, so hat die Polnische Partei zu den Wahlen zum Preuß. Landtag 12 678 Stimmen = 1,6 % der Gesamtstimmen, bei den Wahlen zum Provinziallandtag 14 350 Stimmen = 2 % der Gesamtstimmen erhalten.

Gegenüber den letzten Wahlen zum Preußischen Landtage am 24.4.1932 (mit 27 664 Stimmen = 4 % der gesamten Stimmen) ist damit ein erheblicher absoluter und prozentualer Rückgang der Polenstimmen erreicht worden. Ebenso gegenüber den letzten Wahlen zum Provinziallandtag vom 17.11.1929, die noch 30 519 poln. Stimmen einbrachten = 5,7 % der Gesamtzahl.

Jedoch ist gegenüber den Reichstagswahlen vom 6.11.1932 mit 12 098 = 1,8 % der Gesamtzahl ein Ansteigen der polnischen Stimmen zu bemerken, so daß im allgemeinen gesagt werden kann, daß der seit einigen Jahren beobachtete ständige Rückgang der polnischen Stimmen anscheinend zum Stillstand gekommen ist.

Legt man die Wahl zum Provinziallandtag zugrunde, die, wie die „Polonia" (Nr. 3025 vom 11. d. Mts.) ausführt, der maßgebende Nachweis für die Zunahme oder Minderung der polnischen Stimmen ist, da die Polen zum Provinziallandtag einige Aussicht hatten,

einen Abgeordneten durchzubringen, so ergibt sich gegenüber dem Nov. 1932 eine Zunahme von über 2 000 poln. Stimmen. Bei dieser Zunahme ist in der Hauptsache der Kreis Groß Strehlitz beteiligt, bei dem die Zunahme über 1 000 Polenstimmen beträgt. Es folgen der Landkreis Ratibor mit einer Zunahme von über 500, der Krs. Rosenberg mit über 300 Stimmen, der Krs. Tost-Gleiwitz mit einer Zunahme von fast 300 Stimmen und der Landkreis Oppeln mit einer Zunahme von etwa über 200 Stimmen. Die Zunahme in den übrigen Kreisen ist gering. Eine Abnahme der Polenstimmen gegenüber dem November 1932 ist nur in der Stadt Hindenburg zu verzeichnen.

Allgemein kann gesagt werden, daß die polnische Minderheit der Parole Bozeks, zum Reichstag für die Kommunisten zu stimmen, im großen und ganzen nicht gefolgt ist, sondern, daß der große Teil derjenigen Wähler, die für die Landtagswahlliste einen polnischen Stimmzettel abgegeben haben, für die Reichstagswahl, wenn sie sich nicht der Wahl enthalten haben, wohl für die Zentrumsliste gestimmt haben, was sich leicht aus der religiösen Einstellung des Oberschlesiers erklärt.

Die Gründe für die Zunahme der polnischen Stimmen lassen sich genau erst nach Eingang der Zahl der für die einzelnen Gemeinden abgegebenen Polenstimmen angeben, da vielfach örtliche Verhältnisse, die Einwirkung besonderer Persönlichkeiten im polnischen oder deutschen Lager usw. die Gründe für das Anwachsen oder das Zurückgehen polnischer Stimmen sind.

Die „Polonia" spricht offen von einer Wahlniederlage der Polen gegenüber früheren Jahren und gibt zu, daß man diese Niederlage nicht mit Terror erklären kann. Vielmehr sieht sie [in] ihrer oppositionellen Einstellung gegenüber dem vorherrschenden Kurse in der Leitung des Polenbundes den Grund in der mangelnden oder falschen Tätigkeit der heutigen Leiter des Polenbundes, die es dahin gebracht hätten, daß Leute, die noch früher geschlossen für Korfanty gestimmt hätten, heute bereits Deutsche seien, und die man, weil sie für Hitler stimmten, nicht als terrorisierte Polen ansehen könne (Polonia Nr. 302 vom 10. d. Mts.). Sie gibt aber gleichfalls der Hoffnung Ausdruck, daß eine Änderung in den Verhältnissen eintreten würde, sobald der Widerstand der polnischen Minderheit geweckt würde, der die Freiheit zu schützen und zu lieben lehre.

Wenn auch gesagt werden muß, daß gegenüber der Zahl von noch fast 37 000 Polenstimmen bei den Reichstagswahlen im September 1930 in dem Zeitraum von 2 1/2 Jahren der Rückgang der polnischen Stimmen ein erheblicher Erfolg der deutschen Kulturarbeit ist, und eine beachtliche Etappe auf dem Wege darstellt, die oberschlesische Bevölkerung ganz der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft zu gewinnen, so muß doch das, wenn auch geringe, Ansteigen der Polenstimmen als ein Warnungszeichen für das Bestehen einer latenten Gefahr angesehen werden, die bei falscher Behandlung des Polenproblems leicht zu einer akuten werden kann. Es darf daher in der kulturellen deutschen Kulturarbeit gegen die polnischen Bestrebungen auch in Zukunft nicht nachgelassen werden, insbesondere die Betreuung der Jugend durch ländliche Fortbildungsschulen, Büchereien, Schaffung von deutschgeleiteten Internaten usw. muß zielbewußt und planmäßig weiter fortgeführt werden.

Wenn die religiöse und kulturelle Eigenart der oberschlesischen Bevölkerung weiter wie bisher berücksichtigt wird, und ohne besonderen Druck das Gewicht und die größere Anziehungskraft der deutschen Kultur sich weiter ungehindert auswirken kann, kann mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß die Verankerung und Gewinnung auch des Restes

des heute noch polnisch eingestellten Teiles der gemischtsprachigen Bevölkerung für die deutsche Staats- und Kulturgemeinschaft nur noch eine Frage der Zeit sein wird.

gez. Lukaschek

293

14.4.1933: Der Oberpräsident in Oppeln an den Preußischen Minister des Innern. Grundsatzfragen der künftigen Minderheitenpolitik

14 IV 1933r.: Naczelny prezydent w Oppeln do pruskiego ministra spraw wewnętrznych. Zagadnienia podstawowe przyszłej polityki mniejszościowej

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 75 (Entwurf).

Die jenseits der Grenze in Kattowitz erscheinende polnische Presse bringt fast täglich Meldungen über angebliche Terrorisierung der polnischen Minderheit in der Provinz Oberschlesien, die sich bei näherer Prüfung meist als unwahr oder maßlos übertrieben erweisen. So wird in den in der Anlage beigefügten Artikeln der „Polska Zachodnia" Nr. 101 vom 11. d. M. ebenso wie in dem in Abschrift gleichfalls beigefügten Artikel der „Polonia" Nr. 3065 vom gleichen Tage mit verschiedenen Behauptungen gearbeitet, die beweisen sollen, daß die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien so gut wie vogelfrei sei. Wegen der Einzelheiten darf ich auf die in Abschrift beigefügte, der oberschlesischen Presse zugegangene Richtigstellung verweisen.

Auf polnischer Seite liegt diesen Artikeln meines Erachtens ein zielbewußter Plan zu Grunde, der den Zweck hat, zu beweisen, daß Deutschland die Bestimmungen über den Minderheitenschutz des Genfer Abkommens nicht innehalte. Polen steuert mit dieser Propaganda planmäßig auf das Jahr 1937 zu, in dem das Genfer Abkommen abläuft, um bei den dann einsetzenden Verhandlungen die Tatsachen vertuschen zu können, daß tatsächlich seit Bestehen des Genfer Abkommens dieses von Deutschland loyal und ohne Vorbehalt eingehalten wurde, während auf polnischer Seite der deutschen Bevölkerung trotz des bestehenden Buchstabens der Minderheitenschutzbestimmungen die Wohltat des Genfer Abkommens nicht in vollem Maße zuteil geworden ist. Denn der Überblick auf die vergangenen Jahre zeigt, daß wirklich große und wichtige Verletzungen des Genfer Abkommens nur auf polnischer Seite zu verzeichnen sind. Ich brauche nur die Ausschaltung der deutschen Selbstverwaltung usw. zu nennen, während auf der deutschen Seite kleinere und meist unbedeutende Verstöße vorgelegen haben, wie sie in einem Grenzgebiet, wie es Oberschlesien ist, gar nicht zu vermeiden sind. Die Wirkung nach außen jedoch war die, daß auf deutscher Seite der Polenbund jede geringe Kleinigkeit zu Beschwerden bei der Gemischten Kommission und nicht selten auch bei dem Völkerbundsrat in Genf benutzt hat, während auf der polnischen Seite bei der Riesenmenge der Verletzungen, wie sie den Vorkommnissen in Deutsch-Oberschlesien entsprechen, nicht die entsprechende Zahl von Beschwerden von seiten des Deutschen Volksbundes den internationalen Stellen vorgelegt worden ist, sondern im allgemeinen nur die großen und grundsätzlichen Verstöße gegen das Genfer Abkommen. Wenn dies auch in der wohlmeinenden Absicht geschehen ist, bei der Gemischten Kommission und dem Völkerbundsrat in den grundsätzlich wichtigen Sachen überhaupt eine Entscheidung herbeizuführen, die sich bei Überlastung der internationalen Stellen mit kleineren Sachen noch länger, als es tatsächlich schon geschehen ist, hinausgezogen hätten, so muß, wie ich in wiederholten Berichten zum Ausdruck gebracht habe, vom Standpunkt der in deutschen Teilen des Abstimmungsgebiets zu verfolgenden Minderheitenpolitik diese Praxis sehr bedauert werden.

Je näher aber das Jahr 1937 mit seinen folgenschweren Entscheidungen für Oberschlesien heranrückt, um so weniger kann im Interesse der in der Provinz Oberschlesien zu verfolgenden Minderheitenpolitik in Oberschlesien an dieser Praxis festgehalten werden. Vielmehr muß sich, wie gerade die zur Zeit die öffentliche Meinung beschäftigenden Vorfälle auf beiden Seiten der Grenze lehren, auch der Volksbund dazu entschließen, von jetzt ab jede, auch die kleinste Verletzung des Genfer Abkommens von seiten der polnischen Behörden dem deutschen Bevölkerungsteile gegenüber aufzugreifen und zum Gegenstand einer Beschwerde bei der Gemischten Kommission, in schwerer wiegenden Fällen beim Völkerbundsrat in Genf zu machen. Abgesehen davon, daß meiner Überzeugung nach im Jahre 1937 bei der Beurteilung der Lage der beiderseitigen Minderheiten die Beschwerdefälle der anklagenden Seite nicht gewogen, sondern gezählt werden, und nach der Zahl der vorliegenden Minderheitsbeschwerden das Los der Minderheiten auf beiden Seiten der Genfer Grenze von den internationalen Faktoren, die nicht aus örtlicher Kenntnis mit dem Lande vertraut sind, beurteilt werden wird, kann auch auf die Dauer eine Politik des weitergehenden Schutzes für die geringe polnische Minderheit, die noch in Oberschlesien bewußt sich als solche rechnet, nur dann von den deutschen Behörden bei dem übergroßen Teil der deutschfühlenden Bevölkerung Verständnis finden, wenn der Bevölkerung die Überzeugung beigebracht werden kann, daß ein solches Verhalten der Behörden in Hinsicht auf das jetzige und zukünftige Schicksal unserer Volksgenossen in Ostoberschlesien nötig und richtig ist. Eine dem Buchstaben und dem Geiste des Genfer Abkommens entsprechende loyale Minderheitenpolitik der deutschen Behörden, die nur aufrecht erhalten werden kann, wenn sie auch bei dem nationalgesinnten Teil der deutschen Bevölkerung auf einen Resonanzboden stößt, muß aber verlangen, daß auch in Ostoberschlesien das Vorgehen der polnischen Behörden mit demselben Maße gemessen wird, wie das der deutschen Behörden und der deutschen Öffentlichkeit Westoberschlesiens. Hierzu muß der Volksbund in Kattowitz ebenso beitragen, wie die deutsche Presse in beiden Teilen des Abstimmungsgebietes. Es ist für die Dauer unmöglich, daß, wie die zur Zeit spielenden Vorgänge zeigen, in der öffentlichen Meinung der Welt das Bild entsteht, als wenn auf deutscher Seite die Minderheit in fürchterlichster Weise drangsaliert würde, während umgekehrt im polnischen Teile Oberschlesiens das Leben des deutschen Bevölkerungsteiles sicher und ruhig dahinfließe, und daß verhältnismäßig geringe Vorgänge auf deutscher Seite zum Gegenstand von internationalen Aktionen gemacht werden, während viel schwerwiegendere auf der anderen Seite im Sande verlaufen. Wenn z. B. die Tatsache der Mißhandlung polnischer Studenten in Breslau von den Polen dazu benutzt wird, die dafür gar nicht zuständige Gemischte Kommission [in] Kattowitz zu interessieren, der die vorgeblichen Opfer der Mißhandlungen vorgeführt werden, daß ferner ein Telegramm an den Herrn Reichskanzler abgesandt wird, so muß selbstverständlich wegen der viel schwerer wiegenden Fälle in Orzegow die öffentliche Meinung zumindestens im selben Maße bearbeitet werden, wie von seiten Polens im Falle Breslau. Wenn aus Gründen, die ich bereits zu berichten mir erlaubt habe, der polnische Sängerwettstreit in Groß Strehlitz am vorletzten Sonntage nicht stattgefunden hat, und diese Tatsache von dem Polenbund dazu benutzt wird, sich telegraphisch beschwerdeführend an den Völkerbundsrat zu wenden, wenn die „Polska Zachodnia" hierin eine „Sensation und alarmierende Beleuchtung der Lage der polnischen Landsleute im Oppelner Schlesien" sieht, so halte ich es für selbstverständlich, daß auf der anderen Seite, wenn nach der Schlesischen Volkszeitung vom 10. April durch polnische Behörden erklärt wird, die Aufführung eines religiösen

Spiels durch den Verband deutscher Katholiken in Radzionkau rufe öffentliches Ärgernis hervor, durch das die Ruhe gestört werden könnte", so ist es selbstverständlich, daß der Deutsche Volksbund sich gleichfalls beschwerdeführend an den Völkerbundsrat in Genf wenden muß, und der Vorgang in der Öffentlichkeit in derselben Weise, wie es die polnische Presse im Sinne der polnischen Propaganda tut, aufgegriffen wird. Nur dann kann der öffentlichen Meinung in der Provinz Oberschlesien klargemacht werden, daß es notwendig ist, polnischen Veranstaltungen polizeilichen Schutz zu gewähren, ohne daß von seiten der nationaldenkenden Bevölkerung der Polizei deswegen ein Vorwurf gemacht wird.

Wenn ich daher im Interesse der Erreichung der außenpolitischen Ziele, soweit sie Oberschlesien betreffen, befürworte, daß auch künftighin die Minderheitenschutzbestimmungen des Genfer Abkommens in der Provinz Oberschlesien in loyaler Weise wie bisher, soweit es sich um berechtigte kulturelle Interessen der Minderheit handelt, durchgeführt werden, so halte ich es für meine Pflicht, allen Ernstes darauf aufmerksam zu machen, daß eine solche Politik nur dann möglich ist, wenn sie von seiten der verantwortlichen Faktoren des deutschen Bevölkerungsteiles in Ostoberschlesien durch eine ebenso konsequente Inanspruchnahme der Schutzbestimmungen des Genfer Abkommens unterstützt wird, wie sie der Polenbund auf deutscher Seite betreibt. Nicht nur die großen grundsätzlichen Fragen oder besonders schwerwiegende Fälle dürfen künftighin den internationalen Stellen für den Minderheitenschutz vorgelegt werden, sondern gerade die kleinen Angelegenheiten des täglichen Lebens, in denen die polnischen Behörden den Deutschen in Ostoberschlesien das Leben schwer zu machen suchen, müssen in derselben Weise, wie sie der Polenbund in seinen Beschwerden aufgreift, auf Grund der Minderheitenschutzbestimmungen vor die Gemischte Kommission gebracht werden, schon um der großen Masse der deutschen Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, daß der Völkerbund auch in den grundsätzlich nicht so wichtigen Einzelfällen, die aber den einzelnen Deutschen unter Umständen sehr schwer treffen können, der Sachwalter seiner Rechte ist. Die polnische Politik, die dies zielbewußt auf deutscher Seite betreibt, weiß genau, daß sie gerade mit dieser Masse von Beschwerden in kleinen Angelegenheiten für das Urteil der Weltmeinung mehr tut, als es mit einer geringen Anzahl von Beschwerden in grundsätzlichen Angelegenheiten geschieht.

Ich bitte daher, auch bei den zuständigen Stellen im Reich im Interesse der Ziele, die die deutsche Außenpolitik in Oberschlesien verfolgen muß, von dort aus darauf hinzuwirken, daß den von mir ausgeführten Grundsätzen Beachtung geschenkt wird.

Dem Deutschen Generalkonsulat Kattowitz, mit dem eine Zusammenarbeit nach wie vor in diesen Angelegenheiten dringend notwendig ist, habe ich Abschrift dieses Berichts übersandt und glaube, daß auch von seiten des Deutschen Generalkonsulats diese meine Ansicht geteilt wird.

[Paraphe]

294

13.9.1934: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht (August 1934)
13 IX 1934r.: Naczelny prezydent w Breslau do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne (sierpień 1934r.)

IfGA-ZPA Berlin, Reichssicherheitshauptamt, St 3, Nr. 722 (Abschrift).

[...]

6. Genaue Beobachtung über die Stärke der politischen [polnischen] Minderheit sind im Gegensatz zu früher heutigen Tages erschwert. Während in der früheren Zeit die jeweiligen Reichstags- und Landtagswahlen eine genaue ziffernmäßige Feststellung der Stärke der polnischen Minderheit ermöglichten, macht die Neuartigkeit des gegenwärtigen Wahlrechts eine genaue Stärkefeststellung der Polen innerhalb der hiesigen Provinz nicht mehr möglich. Beobachtungen über die Entwicklung der polnischen Minderheit sind daher auf anderen Umständen aufzubauen, so z. B. auf die Beteiligung und den Wahlausfall in Gemeinden, die starke polnische Minderheit umfassen. Hiernach ist erkennbar, daß gerade Ortschaften mit überwiegender polnischer Minderheit ein positives Abstimmungsergebnis anläßlich der Wahl des 19.8. d. J. aufzuweisen haben. Neinstimmen sind in diesen Ortschaften nur in einem erstaunlich geringen Maße abgegeben worden. Aus diesen Tatsachen ist zu entnehmen, daß die im Zuge des deutsch-polnischen Freundschaftsabkommens eingeleitete starke propagandistische Tätigkeit der polnischen Minderheit nicht den erwarteten Erfolg hat. Dieser Umstand ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Gegensatz zwischen den im Vergleich zu Ost-Oberschlesien immer noch günstig liegenden Verwaltungs- und Wirtschaftsverhältnissen in Deutsch-Oberschlesien so groß ist, daß bei den nahen Beziehungen zwischen den Bevölkerungsteilen beider Gebiete die Kenntnis dieser ost-oberschlesischen Verhältnisse auch zu den Ohren der deutsch-oberschlesischen Bevölkerung gelangt und dieselbe von einem Bekenntnis für die Ideen der polnischen Minderheit abhält.

Diese Tatsache wird um so mehr in Erscheinung treten, je stärker sich vor allem in der oberschlesischen Bevölkerung das Bewußtsein festsetzt, daß die Berliner Zentralstellen durch eine ausgedehnte Hilfe und Fürsorge für diese Gebiete ihr Interesse an Oberschlesien bekunden. In diesem Zusammenhang weise ich auf den in meinem Vorbericht gemachten Vorschlag hin, daß eine stärkere Auffüllung des mir zur Verfügung stehenden Deutschtumsfonds auch in der Linie einer solchen Politik liegen würde.

[...]

295

18.3.1935: Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Überblick über die polnische Bewegung (für 1934)
18 III 1935r.: Prezydent rejencji w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Przegląd ruchu polskiego (za rok 1934)

PAAA Bonn, Kulturabteilung VIa, Polen in Deutschland, Nr. 6 (Abschrift).

Allgemeine Übersicht über die Lage

Vor einem Jahr berichtete die Staatspolizeistelle, daß die polnische Bewegung keinerlei Gefahr mehr in sich berge, überall sei ein Rückgang zu verzeichnen, finanzielle Unterstützung fehle ihr ebenso sehr wie jeder moralische Rückhalt in der Bevölkerung.

Heute trifft dies nicht mehr zu. Die Berichte lauten in jeder Hinsicht entgegengesetzt. Es zeigt dies, wie relativ im Grenzbezirk alle Lagebeurteilungen sind. Einen zuverlässigen Ausgangspunkt gibt es nicht. Die Tatsache der Verbreitung polnisch sprechender Vereine läßt ebensowenig einen sicheren Schluß auf die Gesinnung der Menschen zu wie Zahlenangaben darüber, wieviel Oberschlesier die polnische Sprache als Muttersprache bezeichneten oder wieviele 1933 für die polnische Liste eintraten. Während 1925 350 000 Einwohner im Bezirk sich als doppelsprachlich bezeichneten und 162 000 lediglich der polnischen Sprache mächtig waren, erreichten die polnischen Stimmen bei den Provinziallandtagswahlen im gleichen Jahr nur 30 000. Polnisch-sprachlich ist daher nicht gleichbedeutend mit polnisch gesonnen.

Die polnische Stimmenzahl war 1933 weiter auf die Hälfte zurückgegangen (14 350 Stimmen). Damit entschieden sich zur Zeit des Umbruchs im Gesamtbezirk nur noch 2 % der Wahlberechtigten für die Liste der Polen, während etwa 40 % (38,89 %) wasserpolnisch sprachen. Die Vertrauensentscheidung für ein nationalsozialistisches Deutschland war auch von der ganzen wasserpolnischen Bevölkerung vorgenommen worden. Wie in der Stadt, so breiteten sich auch auf dem wasserpolnischen Lande SA, HJ und die übrigen nationalsozialistischen Organisationen über alle Kreise der Bevölkerung aus.

Seitdem ist kaum ein Jahr vergangen und schon besteht eine vollkommen veränderte Lage. Im ganzen Bezirk tritt auf allen Gebieten die lebhafteste Propaganda hervor: Vortragsabende auf dem Lande, Heimatabende, Diskussions- und Lesezirkel, Sprachkurse, Kindergärten, Jugendvereine, Müttervereine, Gesangvereine, Turn- und Sportorganisationen, Kriegervereine, Akademikerzusammenschlüsse, Volkshochschulkurse, Theateraufführungen, religiöse Veranstaltungen und Fahrten nach Polen, Feste, Ausstellungen, große Massentreffen usw., massenhafte Verteilung von polnischen Schriften, auch heimatkundlichen Inhalts, all das wird unter dem Schutze des deutsch-polnischen Paktes organisiert. Die polnische Bewegung befindet sich seit dem Jahre 1934 in neuem, trotz der deutschen Gegenwehr bisher unaufhaltsamen Vordringen.

Wenn die polnischen Gesangvereine z. B. vor wenigen Jahren 12 betrugen, so erreichten die Gründungen 1934 74 Vereine. Sie haben sich allein seit 1933 verdoppelt.

Die polnische Volkshochschularbeit ist bestimmt, die Tradition des polnischen Freiheitskampfes und der Zusammengehörigkeit mit Polen zu verbreiten, sie beschränkte sich in der Vergangenheit lediglich auf Beuthen. 1934 wurde sie über das ganze Land ausgedehnt, so daß bei Jahresabschluß bereits in 16 Orten polnische Volkshochschulkurse abgehalten wurden. Polnische Bildungsheime waren in der Vergangenheit so gut wie unbekannt; gegenwärtig werden bereits in 12 Orten polnische Bildungs- und Jugendheime eröffnet. Auf allen Gebieten tritt die gleiche Beobachtung in Erscheinung. Polinnenabteilungen werden gegründet; die Zahl der polnischen Sprachkurse in den Dörfern vervielfacht sich in Monaten.

Zahlenangaben schließen Fehlerquellen ein: Auf der einen Seite mögen Vereine, die tatsächlich bestehen, nicht erfaßt sein, auf der anderen Seite können Vereine noch in der Statistik gezählt werden, die tatsächlich nicht mehr bestehen. Dennoch ergeben sie wenigstens einen ungefähren Anhalt:

In Zahlen gefaßt gibt es im Bezirk bei Jahrsabschluß 19 polnische Schulen (davon 8 als staatliche Minderheitsschulen, die übrigen aus eigener Kraft), 52 eigene Religions- und Sprachunterrichtskurse, 53 eigene polnische Büchereien, 74 polnische Gesangvereine, 105 polnische Jugend- und Sportvereine, 44 polnische wirtschaftliche Organisationsstellen (polnische Banken, Genossenschaften etc.) und eine große Zahl von anderen

polnischen Vereinen. Insgesamt sind etwa 4–500 polnische Vereine gezählt, in denen bewußt das Polentum vorangestellt wird.

Daneben bestehen zahlreiche weitere religiöse Vereinigungen, deren Veranstaltungen lediglich in *polnischer* Sprache abgehalten werden. Ihre Zahl ist im Augenblick nicht erfaßt, doch wird man mit mindestens 200 Vereinen dieser Art rechnen müssen. Allein in Beuthen ergibt sich bei Zählung der Mitglieder der 24 Kirchenvereine in polnischer Sprache eine Teilnehmerzahl von über 3 000 Personen.

Es wäre jedoch ebenso verfehlt, diese Vereine der Polenbewegung einfach zuzuzählen, wie andererseits zu verkennen, daß gerade hier Einwirkung in erster Linie möglich ist und unbemerkt jederzeit der Übergang von der Pflege der polnischen Muttersprache zum polnischen Fanatismus eintreten kann. Von größter Bedeutung ist jeweils die Einstellung des Pfarrers, der dem betreffenden Verein vorsteht. Bei einem Geistlichen z. B. (Pfarrer Bonckowitz) hat die Zahl der Vereinsangehörigen seiner Kirchenvereine im letzten halben Jahr um 100 % zugenommen; sie beträgt heute bereits über 1 000.

Der 1934 einsetzende Aufschwung verleiht der polnischen Bewegung bereits die Kühnheit, in ihren Versammlungen von einer neuen Volksabstimmung 1937 in Oberschlesien zu sprechen.

Geist der Arbeit.

Die Arbeit der polnischen Vereine steht im wesentlichen unter einheitlicher Führung des Polenbundes. Dieser setzt im allgemeinen die Arbeit der früheren Polnischen Katholischen Volkspartei fort.

Es kann nicht verkannt werden, daß in dem zu 90 % katholischen Oberschlesien die frühere deutsche Zentrumspartei ein Sammelbecken war, in dem auch viele in nationaler Hinsicht schwankende Elemente aus der polnischen Bevölkerung aufgefangen und damit der polnisch organisierten Bewegung entzogen waren. Der Umbruch kam durch die Auflösung der Zentrumspartei der polnischen katholischen Bewegung zugute. Sie ist durch das Genfer Abkommen vor allen Einwirkungen geschützt und kann nun daran gehen, aus dem ehemaligen Mitgliederbestand der früheren deutsch-katholischen Konkurrenten alle Schwankenden oder Indifferenten in der Bevölkerung zu sich hinüber zu ziehen. Die Fortschritte der polnischen Arbeit 1934 mögen hiermit eng zusammenhängen, da derjenige Teil der Bevölkerung, welcher sich in erster Linie katholisch fühlt, insbesondere die naive Landbevölkerung, in den polnischen Vereinen vielfach die Fortsetzung ihres Kampfes für den katholischen Glauben sieht. Nach dieser Richtung sind die polnischen Parolen gestellt.

Entsprechend setzt die polnische Arbeit, ohne auf diesem Gebiet eine genügende deutsche Gegenwirkung zu haben, fast überall mit religiös gefärbten Veranstaltungen ein, wie religiösen Versammlungen, Feiern für den hl. Stanislaus Kostka, die hl. Hedwig, Prozessionen nach Czenstochau, mit dem Kampf für polnisches Gebetbuch und polnische Andachten, polnischen Religionsunterricht und dergleichen.

Die Tendenz der unter der Parole „Muttersprache und Religion" überall erweckten polnischen Veranstaltungen beschränkt sich keineswegs auf die Pflege polnischen religiösen und kulturellen Volkstums. Fast alle Vorträge und größeren Ansprachen gehen dahin, die Bevölkerung in den Glauben zu versetzen, daß Schlesien, vor allem aber das Gebiet rechts der Oder, polnisches Land sei. Feiern zum Gedenken an den Polnischen Aufstand 1830 lassen den ernsthaften Geist der polnischen Bemühungen erkennen. Wenn die Propaganda wohl auch nicht mit dem Gedanken an irgendeinen Aufstand spielt, so weckt sie doch den Geist vorsätzlichen Widerstandes und heroischen Kampfes und wird

nicht müde, zu diesem Zweck der Jugend die Taten der Kämpfer in Kongreßpolen, die Gut und Blut für die Erstarkung eines unabhängigen Polentums hingegeben haben, vorzuhalten.

Dem deutschen Volkstum gegenüber wird eine scharf kämpferische Haltung in allen Veranstaltungen gepredigt. Es kommt dies auch in den Liedern zum Ausdruck, die allgemein zum Schluß der Feiern gesungen werden, so in dem Lied: „Gott, der Du Polen", in dessen weiterem Zusammenhang es heißt: „O, wie schrecklich muß es denen ergehen, die das Vaterland für immer verlieren. Nur ein Wort von Dir, dem Beherrscher, und wir werden wieder aus der Asche erstehen". Kindern, die im Kinderaustausch im Sommer 1934 nach Polen verschickt waren, wurde die „Rota" beigebracht, in der es heißt: „Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht speien, nicht unsere Kinder germanisieren, bewaffnet unsere Schar ersteht, der Geist wird unser Führer sein". Es ist offensichtlich, daß die an solchen Geist gewöhnte Jugend der wasserpolnischen Bevölkerung, wenn sie singt: „Rette das polnische Volk aus der tyrannischen Knechtschaft" in einen Fanatismus gebracht wird, der für Staatsangehörige des deutschen Reiches unmöglich ist. Besondere Stärkung gibt der polnischen Sache in Oberschlesien die Anerkennung, die Polen als Staat neuerdings seitens des Reichs findet. Mit Stolz bekennt man „Kehren wir in Gedanken zu der lange verflossenen Vorkriegszeit zurück, in der es offiziell kein Polen gab, und ein Pole zu sein, bedeutete, einem Lande anzugehören, das offiziell nicht da war – heute erleben wir die polnische Großmacht."

Starken Auftrieb erfuhr die polnische Bewegung jedoch durch die Erklärungen von zentraler Stelle, wie des Reichsluftschutzbundes, der Arbeitsfront und anderer Zentralstellen, nach denen Angehörige der polnischen Minderheit nicht Mitglied nationalsozialistischer Organisationen sein und niemanden aus solcher Nichtmitgliedschaft Nachteile entstehen dürfen.

Die polnischen Agitatoren hatten schon bisher die vielfach bestehende Zurückhaltung der Landbevölkerung gegenüber dem Erbhofgesetz sogar bei ehemaligen deutschen Selbstschutzkämpfern mit Erfolg für die Parole ausgenutzt: „Bekennt euch zur polnischen Minderheit, so braucht ihr keine Erbhofbauern zu werden." Sie agitieren nunmehr auf den Dörfern mit den grundsätzlichen Entscheidungen der nationalsozialistischen Zentralstellen selbst wie mit einem der polnischen Minderheit *verliehenen Privileg*. „Polnische Bauern, polnische Eltern, wenn ihr euch uns anschließt, so seid ihr befreit von Beiträgen zu Bauernschaft, Arbeitsfront, NSV, ihr seid befreit von Luftschutz, Grenzschutz, Arbeitsfront, Arbeitsdienst und Landjahr. Niemand darf euch Nachteile zufügen, im Gegenteil, ihr genießt die gleichen Rechte wie diejenigen, die innerhalb dieser Organisationen sind, laut Zusicherung der obersten Reichsstellen."

Es ist kein Wunder, daß die in diesem Zusammenhang ausgegebene Zersetzungsparole: „Alle wasserpolnische Bevölkerung muß aus den Organisationen wieder herausgeholt werden" großen Erfolg hat. Die bei manchen nationalsozialistischen Organisationen naturgemäß auf dem ungeheuren Mitgliederaufschwung infolge des Mangels an Führern nunmehr einsetzende Mitgliederkrise gibt den Polen unter dieser Parole größte Erfolgsmöglichkeiten. Besonders in der Hitler-Jugend, aber auch in den anderen Parteiformationen, sind bedrohliche Verluste eingetreten, so daß es in vielen Dörfern, in denen der Nationalsozialismus 1933 Fuß gefaßt hatte, heute keinerlei Organisationen mehr gibt.

In der geschicktesten Weise wissen die Polen hierbei die Worte des *Führers* selbst zu ihren Gunsten auszuspielen. So wird seit kurzem bei der gesamten polnischen Propaganda der naiven Bevölkerung stets vorgehalten, daß nach den eigenen Aussprüchen

Hitlers die polnisch-sprachliche Bevölkerung in die polnischen Organisationen gehöre. „Glaube nicht, wenn sie dir sagen, daß ein Pole ein Deutscher werden kann, denn das ist nicht wahr. Dem zum Deutschtum Bekennenden wird es in keiner Weise besser gehen, die gebürtigen Deutschen werden dich in ihren Herzen als einen Menschen verachten, den man für ein Linsengericht kaufen kann. Sei aber gewiß, daß deine Landsleute und die Deutschen mit Achtung auf dich blicken werden, wenn du dich offen und unbeugsam zum *Polentum* bekennen wirst. Möge jeder daran denken, daß die geringste Nachgiebigkeit Rückzug ist." Durch solchen Mißbrauch gerade nationalsozialistischer Anschauungen für *Irredentazwecke* gelingt es, in der Bevölkerung weitgehend Erfolge zu erringen und auch in denen, die sich seit Jahrhunderten zum Deutschtum bekennen, ständig wachsende Beunruhigung zu schaffen und ihre weitere Aktivität in Frage zu stellen. Hinzu kommt das Gefühl der Bedrückung infolge des großen Mangels an finanzieller Unterstützung bei allen Bemühungen um die Deutschtumspflege.

Finanzierung der Arbeit

Das Aufblühen der polnischen Arbeit in der kurzen Zeit von einem Jahr wäre gar nicht denkbar, wenn die Polen nicht über Geldmittel verfügten, die um das vielfache dasjenige übersteigen, was auf deutscher Seite eingesetzt wird. (Es wird von 20 Millionen gesprochen.) Während auf deutscher Seite die vielen und hohen Organisationsbeiträge oft so drückend wirken, daß beispielsweise Gesangvereine, die zur Abwehr polnischer Bemühungen gegründet sind, sich wieder auflösen, stellen die Polen ihre Mitglieder völlig beitragsfrei. Darüber hinaus werden ihnen sogar größte Vergünstigungen gewährt. Bei Anschaffung von Musikinstrumenten brauchen die Interessierten nur ein Drittel der Kosten ihrer Instrumente selbst zu zahlen. Zahlreiche Vergnügungen und Ausflüge werden umsonst geboten. Eltern, die ihre Kinder auf das polnische Gymnasium in Beuthen geben, erhalten monatlich finanzielle Unterstützung. Für das beabsichtigte polnische Mädchengymnasium in Ratibor wird ebenfalls in der Weise geworben, daß den Eltern für ihre Kinder völlig freie Ausbildung, Verpflegung und Unterbringung im Internat zugesichert wird, außerdem eine beträchtliche monatliche Unterstützung in Geld. Die Höhe der von den Polen aufgewendeten Kosten wird nur erklärlich, wenn man daran denkt, daß sie in Beuthen wie in Ratibor die Funktionäre ihrer polnischen Bewegung erziehen und schulen wollen. In ähnlicher Weise erhalten die Mütter, die ihre Kinder in polnische Kindergärten schicken, eine monatliche Zuwendung. Während die Hitler-Jugend im Winter vielfach ohne Heime und daher ohne Zusammenhalt auseinanderläuft, errichten die Polen für die Jugend, die sich zu ihnen bekennt, in zunehmendem Maße in den Dörfern eigene Jugend- und Bildungsheime. Ein noch größeres Mißverhältnis tritt zutage, wenn man die großen Summen, mit denen die Polen in Kattowitz Bildungsinstitute, Bibliotheken und Museum aufziehen, um den Anspruch der polnischen Geschichte und polnischen Kultur auf Oberschlesien bis Brieg zu beweisen, vergleicht mit den auf deutscher Seite für den gleichen Kampf in Oberschlesien eingesetzten Beträgen. Die Polen sind in der Lage, in den Dörfern des Regierungsbezirks den Schulkindern bei Schulabgang Darstellungen der Geschichte Schlesiens in polnischem Sinne und in polnischer Sprache zu schenken. Auf deutscher Seite gibt es weder bis heute eine volkstümliche Darstellung der Geschichte Schlesiens, noch sind Mittel für ihre unentgeltliche Verbreitung zur Verfügung. Auf der polnischen Seite errichtet man in Kattowitz einen großen katholischen Dom, auf der deutschen Seite gelingt es nicht, dieser in der Bevölkerung wirksamen Propaganda zu begegnen und die Mittel für die Krönung der Gleiwitzer Stadtkirche mit einer Marienfigur zusammenzubekommen. Während bei uns

nicht ausreichende Mittel verfügbar sind, um deutsche Gebetbücher zu verteilen oder Deutschtumsorganisationen mit Sportgerät zu versehen, statten die Polen ihre Organisationen damit reichlich aus, so daß Scharen der Hitler-Jugend in polnische Turn- und Sportvereine übergetreten sind, nur weil sie *Sport* treiben wollten.

Die großen Fortschritte der polnischen Bewegung werden aus dem Dargelegten verständlich. Wenn es gelingen soll, für 1935 eine andere Entwicklung zu schaffen, so bedarf es des Einsatzes ganz anderer finanzieller Mittel für Deutschtumszwecke, als wie sie 1934 zur Verfügung standen. Ich darf auf meine früheren Berichte verweisen, in denen für die Deutschtumsarbeit im Bezirk 364 000 RM angefordert, aber nicht bewilligt worden sind. Für das neue Rechnungsjahr werden unter Umständen noch höhere Mittel erforderlich sein. Hierüber darf ich mir besonderen Bericht, wie bisher üblich, vorbehalten. Da die polnische Propaganda für ihre kulturellen Bestrebungen häufig die wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ausgangspunkt nimmt, ist es notwendig, daß Hand in Hand mit den kulturellen Maßnahmen auf deutscher Seite solche wirtschaftlicher Art einsetzen mit dem Ziel, den finanziellen Einfluß der Rolniki nach Kräften einzudämmen. Daß bei Durchführung der städtischen Rand- und der ländlichen Siedlung die nationalsozialistischen Belange in vorderster Linie stehen müssen, bedarf als selbstverständlich keiner weiteren Begründung. Ein durchgreifender Erfolg setzt schließlich voraus, daß alle Beunruhigung der Bevölkerung auf religiösem Gebiet ferngehalten wird.

In Vertretung
gez. Dr. von Klitzing

296

9.4.1935: Staatspolizeistelle Oppeln an das Geheime Staatspolizeiamt. Auswirkungen des deutsch-polnischen Abkommens auf die polnische Minderheit
9 IV 1935r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do urzędu tajnej policji państwowej. Wpływ paktu polsko-niemieckiego na mniejszość polską

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 75

Nach den Märzwahlen im Jahre 1933 war auf allen Gebieten der polnischen Minderheitenbewegung ein sichtbarer Stillstand eingetreten. Dieser Stillstand verwandelte sich in einen Rückgang, der wohl am deutlichsten dadurch ausgedrückt ist, daß bei den Wirtschaftsorganisationen (Banken und Genossenschaften) Hunderte von Mitgliedern ihren Austritt erklärten. Vermehrt erfolgten die Austritte, als die Genossenschaften auf Grund der Bestimmungen des neuen Genossenschaftsgesetzes Mitglieder, die ihren Verpflichtungen nicht nachkamen, ausschließen mußten. In diese Zeit fällt auch die zum Teil noch nicht beendete Liquidation von drei polnischen Genossenschaften und die Auflösung verschiedener Filialen des Rolnik. Diesen Rückgang versuchte die Leitung der polnischen Minderheit in Deutschland durch die Gründung eines Zentralgeldinstitutes – Slavische Bank Berlin – aufzuhalten, was ihnen jedoch nur zum Teil gelang.

Schrittweise mit dem Rückgang auf wirtschaftlichem Gebiete gingen auch die kulturellen Organisationen zurück. Die Zentralleitung des Bundes der Polen fühlte sich veranlaßt, verschiedene alte Funktionäre aus dem Dienstverhältnis zu entlassen, da es ihr an Mitteln für ihre Besoldung fehlte. Verschiedentlich haben diese entlassenen Funktionäre versucht, Oppositionsgruppen zu bilden. In dieser Verbindung wurden neben den in Deutschland bestehenden Organen der Sanacja-Richtung die Oppositionsblätter Katholik trzyrasowy [Katolik Trzyrazowy] und Glos [Polski] z Berlina gegründet, die seit Anfang ihres Bestehens sehr scharf gegen den Polenbund Stellung nahmen.

Die so hervorgerufene Opposition griff auch auf die Jugend-, Gesang-, Pfadfinder- und sonstigen Vereine über. Durch die Geldknappheit in den Organisationen, durch Rührigkeit der Opposition und durch die Tatsache, daß der polnische Einfluß in den Gemeindeparlamenten in Fortfall kam, erreichte die polnische Minderheitenbewegung einen Tiefstand, wie er seit Bestehen der Bewegung noch nie zu verzeichnen war. Als Vergleichszahlen seien angeführt, daß im Jahre 1923 die polnische Bewegung im hiesigen Bezirk bei den Reichstagswahlen etwa 51 000 Stimmen aufbrachte, während die Bewegung im Jahre 1932 nur noch etwa 12 000 ihr eigen nannte.

Nach dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Abkommens entwickelte der Bund der Polen mit seinen Unterorganisationen eine in den verflossenen letzten 5 Jahren nie beobachtete Aktivität. Die Mittel für die Finanzierung der Bewegung flossen aus Sammlungen, die sowohl in Organisationen wie auch innerhalb der polnischen Behörden jenseits der Grenze durchgeführt wurden. Diese Sammlungen wurden eingeleitet durch Heimatabende in den größeren polnischen Städten, in denen Abordnungen der westoberschlesischen polnischen Vereine sowie Delegierte des Bundes der Polen als Redner auftraten.

Im Dienstbezirk setzte alsbald eine starke Propagandatätigkeit auf allen Gebieten ein, welche noch dadurch gesteigert wurde, daß die Lehrer der höheren polnischen Privatschule in Beuthen O/S., die sich vor dem Zustandekommen des Abkommens eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hatten, sich nunmehr in die Propaganda einschalteten. Unter Mitwirkung der Lehrer sowie der Funktionäre des Polenbundes wurden in den Städten polnische Volkshochschulvorträge und auf dem flachen Lande polnische Sprachkurse, die alle eine beachtliche Besucherzahl aufweisen, eingerichtet. Parallel mit der Einrichtung der Sprachkurse und der sonstigen Vorträge erfolgte die Anmietung von Privaträumen zu Bildungsheimen, da die Gastwirte im allgemeinen ihre Räumlichkeiten zu polnischen Veranstaltungen nicht zur Verfügung stellen wollten.

Diese in letzter Zeit ausgebaute Einrichtung hat die Polen in den Stand gesetzt, in jedem Ort, in dem sie polnische Jugendorganisationen haben, über unabhängige, der Öffentlichkeit nicht zugängliche Versammlungsräume zu verfügen.

Nach einem für ein Jahr im voraus festgelegten Arbeitskalender, nach dem in jedem Monat ein besonderer Stoff erfaßt wird, rufen die Polen ihre Anhänger und Gäste in den Bildungsheimen zu Veranstaltungen und Feiern zusammen. Des öfteren werden die Teilnehmer kostenlos bewirtet. Der Bund der Polen hat im Zuge der gesteigerten Agitation dem Mangel an Funktionären dadurch begegnet, daß er im November und Dezember 1934 einen vierwöchigen Rednerkursus in Ratibor einrichtete, der mit einer Abschlußprüfung und einer anschließenden 14-tägigen Deutschlandreise verbunden war. Die auf diese Weise vorgebildeten 16 Personen stehen nunmehr für die Agitation zur Verfügung. Diese Redner, die jeden Ort des ihnen zugewiesenen Bezirks wöchentlich mindestens einmal erfassen, werben unter Berufung auf die Genfer Konvention und unter Voranstellung der Erklärungen des Führers, daß die freie Betätigung der Minderheiten gewährleistet sei, mit einer Intensivität, wie sie bisher noch nie zu beobachten war. Die Beteiligung an den Veranstaltungen, denen die Polen einen stark religiösen Unterton zu geben verstehen, ist sehr beachtlich. Den Versammelten wird immer wieder erklärt, daß die Anhänger der polnischen Minderheit zu keiner nationalsozialistischen Organisation, weder politischer noch wirtschaftlicher Art, verpflichtet werden können. U. a. wird insbesondere die männliche Jugend darauf hingewiesen, daß sie bei Zugehörigkeit zu polnischen Organisationen weder zum Eintritt in den Arbeitsdienst, noch in die Arbeitsfront, in die SA, SS, Luftschutz usw. genötigt werden darf.

Diese Art der Propaganda hatte bisher den Erfolg, daß die Polen nach Inkrafttreten des deutsch-polnischen Abkommens die Zahl ihrer Jugendvereine von bis dahin noch 10 tätigen Vereinen auf nunmehr 20 und von bisher bestehenden 35 Gesangvereinen auf 48 gesteigert haben.

In der polnischen Pfadfinderbewegung und in den polnischen Sportvereinen liegen die Verhältnisse ähnlich. Eines außergewöhnlichen Zuspruchs erfreuen sich auch die polnischen Arbeitersportvereine, die eine Erscheinung der letzten beiden Jahre sind.

Die polnische Frauenbewegung bestand bisher nur aus drei Vereinen, deren Vorhandensein nach außen hin nur gelegentlich der Veranstaltungen von polnischen Muttertagen, eine Nachbildung des in den Monat Mai fallenden deutschen Muttertages, wahrnehmbar war. Im letzten Jahre erhöhte sich die Zahl der Frauenvereine auf 8, wobei außerdem bemerkt werden muß, daß diese eine große Aktivität entfalten. Die Agitationsarbeit in dieser Bewegung obliegt einer vom Bund der Polen für diesen Zweck eingestellten und hauptamtlich besoldeten technischen Lehrerin, von der auf dem flachen Lande laufend Haushaltungskurse abgehalten werden. Die polnische Frauenbewegung im hiesigen Bezirk muß als Gegengewicht gegenüber der deutschen Frauenschaft angesehen werden. Es ist beobachtet worden, daß sich die polnische Frauenbewegung innerhalb der polnischen Minderheit der gleichen Mittel bedient, wie die deutsche Frauenschaft.

Mit der gleichen Aktivität wird die Vereinigung der schlesischen Landwirte (polnische Organisation), der ein juristisch vorgebildeter Syndikus vorsteht, ausgebaut. Im Vordergrund der Betätigung dieser Vereinigung steht der in Wort und Schrift geführte Kampf um die Befreiung von der Unterstellung der polnischen Minderheit unter das Erbhofgesetz. Diese Vereinigung befaßt sich ferner mit der Schulung der polnischen Jungbauern, für die in gewissen Zeitabständen besondere landwirtschaftliche Kurse eingerichtet werden.

Zu erwähnen ist noch die Bewegung der polnischen Arbeitergewerkschaften, die in einer in letzter Zeit abgehaltenen Versammlung ihres Hauptvorstandes unter Berufung auf das Abkommen mit Polen und die Genfer-Konvention folgende Forderungen aufstellte:

1. Zulassung von polnischen Listen für die Wahlen in den Vertrauensräten in den Betrieben.
2. Vertretung bei den Arbeitsgerichten.
3. Vermittelung bei den Arbeitsämtern für die Erwerbslosen der polnischen Minderheit.
4. Zulassung von Beisitzern bei den Wohlfahrtsämtern.

Mit großer Intensivität wird diesseits und jenseits der Grenze die Errichtung einer höheren polnischen Mädchenschule in Ratibor angestrebt. Mit derselben Dringlichkeit verfolgen die Polen die Anerkennung ihrer höheren Knabenschule in Beuthen O/S als öffentliche Lehranstalt.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die polnische Minderheit im hiesigen Bezirk nach Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens in ideeller Hinsicht eine Zunahme erfahren hat, die besorgniserregend ist. Wie vertraulich in Erfahrung gebracht wurde, sind für die Sommermonate öffentliche Aufmärsche geplant, die vor 1933 wegen des eingangs geschilderten damaligen Tiefstandes nicht hätten durchgeführt werden können. Anläßlich der Generalversammlung des Verbandes der polnischen Pfadfinder in Deutschland, am 31. März 1935, marschierten etwa 120 Teilnehmer in geschlossenem Zuge vom Polenhaus in Oppeln zum Gottesdienst in die Kirche und nach dem

Gottesdienst zum hiesigen polnischen Pfadfinderheim durch die Straßen der Stadt. Am 7. April 1935 beabsichtigte die Kreisgruppe des Polenbundes in Ratibor, anläßlich der dortigen Feier „Glaube der Väter", die auswärtigen Teilnehmer vom Bahnhof abzuholen und unter Vorantritt der polnischen Eisenbahnerkapelle aus Rybnik geschlossen vom Bahnhof nach dem polnischen Lokal „Strzecha" durch die Stadt zu marschieren. Der Herr Regierungspräsident in Oppeln hat das öffentliche Auftreten der polnischen Eisenbahnerkapelle jedoch nicht genehmigt.

Der propagandistische Wert derartiger Aufmärsche darf nicht verkannt werden.

In Vertretung

[Unterschrift]

297

7.8.1935: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

7 VIII 1935r.: Naczelny prezydent w Breslau do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

IfGA-ZPA Berlin, Reichssicherheitshauptamt, St 3, Nr. 725

[...]

Polnische Minderheit

I. Der in die Berichtszeit fallende Besuch des polnischen Außenministers Beck in Berlin bot ausgiebige Gelegenheit, diesseits wie jenseits der Grenze das Thema der deutsch-polnischen Beziehungen zu erörtern und festzustellen, daß es unzweifelhaft seit dem vorigen Jahre gelungen ist, aus der Sackgasse, in die man sich im Verlaufe des im Jahre 1925 begonnenen Zollkrieges von beiden Seiten immer tiefer hineinmanövriert hatte, herauszukommen und einen neuen Weg zu finden, der wieder in gangbares Gelände führt. Zu den vielen Fragen, die das nachbarliche Verhältnis der beiden Staaten mit sich bringt, gehört als diejenige, die immer noch, wenn auch z. Zt. verborgenen Zündstoff in sich birgt, die Minderheitenfrage. Sie ist neben dem geographischen Problem Deutschland-Polen wohl die ernsteste in den zwischenstaatlichen Beziehungen und der Teilabschnitt des deutsch-polnischen Problems, in welchem eine endgültige Befriedigung am langsamsten und schwierigsten, wenn überhaupt, zu erreichen sein wird.

Ist man sich über diese Voraussetzung klar, so ist seit Frühjahr 1934 zu bemerken, daß die Neuordnung der deutsch-polnischen Beziehungen auch an dem Verhältnis der beiderseitigen Minderheiten zum Staate, der Polen im Deutschen Reiche und der Deutschen in Polen, nicht spurlos vorübergegangen ist. Was zunächst die erstgenannte Seite anlangt, so haben die Tatsachen ergeben, daß alle Befürchtungen der polnischen Minderheit, die früher gegen eine nationale Regierung in Deutschland gehegt worden waren, sich als grundlos erwiesen haben. Das kann man jetzt häufig der polnischen Minderheitenpresse entnehmen, wenn diese es auch nicht gern und manchmal nur zwischen den Zeilen zugibt. In der Tat hat das Polentum in Deutschland in der Pflege seiner kulturellen und wirtschaftlichen Belange gerade in neuester Zeit bemerkenswerte Fortschritte erzielen können.

Berichte über größere Tagungen der Polen in Deutschland findet man ständig in ihrer Presse, wobei vor kurzem besonders hervorgehoben wurde, daß an einer Tagung der Polen aus Rheinland-Westfalen in Bochum auch Vertreter deutscher Zeitungen teilgenommen und darüber berichtet haben. Anläßlich der Feier des 25-jährigen Bestehens des Oberschlesischen Verbandes der polnischen Gesangvereine, die in Beuthen stattfand, wurde in der polnischen Presse festgestellt, daß dies die erste derartige öffentliche Kundgebung in Beuthen und eine „Sensation" für die Stadt gewesen sei. Die Teilnehmer des Umzuges seien mit ihren Bannern, mit Trachtengruppen und mit einem Bergmannsorchester durch die Straßen von Beuthen gezogen. In Zakrzewo in der Grenzmark, dem Sitz des langjährigen Vorsitzenden des Polenbundes, Pfarrer Domanski, wurde vor kurzem ein neu erbautes „Polnisches Haus" mit Versammlungssaal, Privatschule, Kinderhort, Freizeitheim, Bücherei usw. eingeweiht, nach polnischen Presseberichten das erste in Deutschland, tatsächlich wohl nur das erste, das eigens für diesen Zweck gebaut wurde, denn es gibt bereits in einer ganzen Anzahl von deutschen Städten „Polnische Häuser", wobei es sich allerdings um Gebäude handelt, die ursprünglich anderen Zwecken dienten. Auch das vom Reichswirtschaftsministerium mit Wirkung vom 1. April 1935 dem polnischen Genossenschaftsverbande eingeräumte Revisionsrecht ist ein bemerkenswertes Zugeständnis und für die Weiterentwicklung des polnischen Genossenschaftswesens wertvoll.

Wenn auch die polnische Propaganda z. Zt. sehr rege ist, so hat sie doch *bisher* nicht so erhebliche Erfolge aufzuweisen, wie es nach mancherlei Gerüchten den Anschein haben könnte; jedenfalls nicht Erfolge in dem Sinne, daß es bereits gelungen wäre, eine größere Zahl von Volksgenossen der deutschen Volksgemeinschaft zum Polentum herüberzuziehen. Der Haupterfolg ist bisher eine Heranziehung und eine Aktivierung von Angehörigen der polnischen Minderheit selbst. [...]

Im allgemeinen wurde von der polnischen Presse wie auch von der polnischen Minderheitenpresse in der Provinz Oberschlesien das Verhalten der Deutschen im Reich wie auch der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien anläßlich des Hinscheidens des Marschalls Pilsudski als freundschaftlich und dem Geist des Abkommens vom Januar 1934 entsprechend hingestellt. Es geschah hier der seltene Fall, daß die polnische Presse mit Lob nicht zurückhielt. Denn ganz grundsätzlich muß ich einmal darauf hinweisen, daß der Ton der polnischen Presse in Polen wie auch der polnischen Minderheitenpresse in Deutschland bei weitem nicht so wohlwollend dem Deutschen Reiche gegenüber ist, wie derjenige der deutschen Presse gegenüber Polen.

[...]

II. Was den heutigen Stand der polnischen Kulturarbeit in der Provinz Oberschlesien angeht, so geht aus verschiedenen Berichten, die mir vorliegen, hervor, daß die polnische Kulturpropaganda in letzter Zeit ihre Tätigkeit außerordentlich verstärkt hat, und zwar besonders auf dem platten Lande.

Da sich diese polnischen kulturellen Bestrebungen im wesentlichen in dem Rahmen vollziehen, der durch die Minderheitenbestimmungen des Versailler Diktates, des Genfer Abkommens von 1922 und des Freundschaftsabkommens von 1934 eingeräumt und garantiert ist, können sie – selbst wo sie deutsches Volkstum gefährden – durch politische oder durch parteiamtliche Maßnahmen kaum verhindert oder auch nur erheblich eingeengt werden, und zwar um so weniger, als das außenpolitische Verhältnis zu Polen jede offene Kampfmaßnahme verbietet.

Der Hauptträger polnischer Kulturarbeit in Oberschlesien ist der „Bund der Polen". Er hat seinen Sitz in Berlin und gliedert sich gegenwärtig in 5 Unterverbände. Der Teilverband I, der seinen Sitz in Oppeln hat, umfaßt die Gebiete Ober- und Niederschlesien. Da Niederschlesien rein deutsch ist, erstreckt sich die Tätigkeit des Teilverbandes I nahezu ausschließlich auf Oberschlesien, das außerordentlich gut durchorganisiert ist. Es sind 11 Kreisgruppen vorhanden und zwar in

Beuthen
Hindenburg
Gleiwitz
Ratibor
Cosel
Groß Strehlitz
Oppeln
Guttentag
Rosenberg
Neustadt
Oberglogau.

Jede Kreisgruppe unterhält eine Menge von Ortsgruppen, denen im wesentlichen die örtlichen polnischen Vereinigungen der verschiedensten Art angeschlossen bzw. unterstellt sind.

Der „Polnisch-Katholische Schulverein" führt einen Großteil der praktischen Kulturarbeit durch. Er hat seinen Sitz in Oppeln; ihm sind allein 52 Ortsgruppen unterstellt. Von ihm werden 56 polnische Bibliotheken verwaltet. Für die Benutzung dieser Bibliotheken wird fast überall keinerlei Gebühr erhoben. Auch die Benutzung der Lesezimmer, die reichlich mit polnischen Journalen, illustrierten Zeitungen und vor allem mit landwirtschaftlichen Fachzeitungen ausgerüstet sind, ist kostenlos.

Dem „Polnisch-Katholischen Schulverein" sind ferner unterstellt:

die polnische höhere Knabenschule in Beuthen mit mehr als 210 Schülern aus allen Teilen Deutschlands,

9 amtliche und 10 private polnische Minderheitsschulen und 5 Kindergärten.

Große Beachtung verdienen die polnischen Volkshochschulen („Universitety Ludowy" [Uniwersytety Ludowe]), die ihren Ausgang von Beuthen und Oppeln nahmen und im letzten Winterhalbjahr sich auf alle größeren Ortschaften erstreckten. In folgenden Orten fanden Volkshochschulvorträge statt:

Beuthen
Oppeln
Groß-Strehlitz
Rosenberg
Guttentag
Gleiwitz
Cosel
Oberglogau
Mikultschütz
Hindenburg.

Als Dozenten sind in diesen Kursen tätig Lehrer des Beuthener polnischen Gymnasiums, der polnischen Minderheitsschulen, sowie Leiter polnischer sozialer Organisationen. Es werden Vorträge und Lichtbildervorträge veranstaltet, deren Themen aus der

polnischen Kultur und Geschichte entnommen werden, und die regelmäßig darauf angelegt sind, den polnischen Charakter Deutsch-Oberschlesiens zu beweisen. Außerdem finden aber auch im Rahmen der Volkshochschulen besondere Kultur-Veranstaltungen statt, in denen die Hörer mit polnischer Literatur und polnischer Musik bekannt gemacht werden. Der Besuch dieser Vorträge ist kostenlos.

Weiter werden polnische Sprachkurse abgehalten, vorzugsweise für Jugendliche. Da auch diese Sprachkurse kostenlos gehalten und die Lehrmittel frei gewählt werden, ist der Besuch von Jahr zu Jahr gestiegen. Er ist zur Zeit wesentlich größer als noch im vorigen Semester.

Eine Unterabteilung des „Polnisch-Katholischen Schulvereins" ist die „Sektion des polnischen Fürsorgevereins für Kinder und Jugendliche".

Durch diese Organisation werden polnische (und deutsche) Schulkinder zu kostenlosem Ferienaufenthalt nach Polen geschickt; im Jahe 1934 waren es etwa 8000 Kinder aus ganz Deutschland, hauptsächlich aber aus Oberschlesien.

Ferner gehört als Unterabteilung dem Schulverein die „Sektion für polnische Berufs- und Dilettantentheater" an. Diese rührige Organisation ermöglicht ihren einzelnen Ortsgruppen und anderen kulturellen polnischen Vereinigungen die Durchführung von polnischen Theateraufführungen, in erster Linie auf dem platten Lande. Sie stellt den Vereinen usw. Regisseure zur Verfügung, die polnische Dilettantenaufführungen vorbereiten und einstudieren und unterhält in Beuthen ein eigenes Institut für Kostümverleih. Dieses Institut handhabt den Verleih in einer so großzügigen Weise, daß den theaterspielenden Vereinen nennenswerte Kosten für ihre Aufführungen nicht erwachsen.

Eine ganz besonders rege Tätigkeit zeigt der „Verband der polnisch katholischen Jugendvereine", der beim Amtsgericht in Oppeln eingetragen ist. Ihm gehören etwa 30 Jugendvereine an.

Auch der „Verband der polnischen Gesangvereine" mit dem Sitz in Gleiwitz entfaltet rege kulturelle Tätigkeit. Ihm gehören 48 örtliche Gesangvereine an, die ständig durch Neugründungen vermehrt werden. So sind z. B. im Kreise Groß Strehlitz im Laufe von 12 Monaten nicht weniger als 19 polnische Gesangvereine entstanden, denen kein einziger deutscher als Zugang gegenübersteht. Die Polen erheben von etwa 50 % ihrer Mitglieder keine Beiträge, während von deutscher Seite ständig lebhaft darüber geklagt wird, daß die an die Reichsmusikerschaft abzuführenden Mitgliedsbeiträge von kleineren Vereinen kaum noch aufgebracht werden könnten. Ich habe mich schon wiederholt an zuständiger Stelle dafür eingesetzt, dem oberschlesischen Grenzland in der Beziehung eine Sonderbehandlung zu Teil werden zu lassen, leider bislang ohne jeden Erfolg. Außerdem sind bei der polnischen Gesangvereinsbewegung 5 hauptamtlich angestellte Dirigenten vorhanden, die vom „Bund der Polen" bezahlt werden.

Ganz besondere Beachtung verdient die polnische Jugendarbeit. Hierüber schreibt die „Ostdeutsche Morgenpost" (6.1.35):

„Der wichtigste Zweig der polnischen Vereinsbewegung sind die Jugendvereine, die einen erstaunlichen Aufschwung genommen haben.

Die führende polnische Jugendorganisation ist die ‚Vereinigung der polnisch-katholischen Jugend'. Diese Vereinigung umfaßt 27 Jugendgruppen, die sich auf ganz Oberschlesien verteilen. Hinzu kommen eine Anzahl von Stützpunkten..."

Diese oberschlesische Jugendvereinigung hat am 18. November 1934 in Groß Strehlitz einen Bezirkskongreß abgehalten, auf dem sie nicht nur eine Heerschau über die Polenbewegung innerhalb der oberschlesischen Jugend vornahm, sondern in einer

Entschließung auch ein starkes Bekenntnis zum „polnischen Schlesien" abgab. Es wurde beschlossen, für 1935 zum ersten Male ein oberschlesisch-polnisches Jugendtreffen zu veranstalten.

Außer diesen katholischen Jugendvereinen bestehen in Oberschlesien noch besondere polnische Pfadfinder-Gruppen (Harcerce [Harcerze]), die gleichfalls im letzten Jahr eine große Ausdehnung und Verbesserung erfahren haben. Es existieren gegenwärtig in Oberschlesien 10 Pfadfindergruppen, von denen 7 Neugründungen sind.

Die polnischen Jugendvereine machen regelmäßig ihre Heimabende, gehen im Sommerhalbjahr „auf Fahrt" (wyciecka [wycieczka]), wobei Oberschlesien nicht nur diesseits, sondern auch jenseits der Grenzen bewandert wird. Bei den Wanderungen nach Ostoberschlesien (Polnisch-Oberschlesien) wird Gelegenheit genommen, mit dem dortigen Polentum in Fühlung zu treten.

Mit den Jugendorganisationen hat das oberschlesische Polentum seine größten Erfolge in seiner neuen Daseins-Periode erzielt. Noch 1933 wollten die Klagen über die Mißerfolge auf dem Gebiet der Jugendarbeit und die Interessenlosigkeit der Jugend in der polnischen Presse und den Erwachsenen-Organisationen nicht abreißen. Heute sind diese Klagen völlig verstummt. An dieser Stelle erklingt der Stolz über das gelungene Aufbauwerk.

Das Charakteristischste der polnischen Jugendbewegung ist die Tatsache, daß die organisierte Jugend in keinem Gegensatz zu den Alten steht, diese Jugend ist entschlossen, weite Teile der labilen oberschlesisch-polnischen Jugend dem polnischen Volkstum „zurückzuführen". In verschiedenen Ortschaften arbeiten mehrere Jugendvereine an dieser Aufgabe. In Hindenburg 3, in Beuthen 4, in Ratibor 2, in Oppeln 3, in Groß Strehlitz 2. In vielen Dörfern sind 2 polnische Jugendvereine am Ort, so daß die Zahl der polnischen Jugendgruppen in Oberschlesien mit 70 anzugeben ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Anwachsen und die innere Festigung der polnischen Jugendorganisationen nicht zuletzt auch auf die Unterstützung zurückzuführen ist, die sie bei der katholischen Geistlichkeit finden, und daß das Verbot der konfessionellen Jugend-Verbände ihnen einen weiteren starken Auftrieb verschaffen wird.

Das „Kartell der polnischen Sportvereine" (Sokol) umfaßt 11 Ortsgruppen.

Außerdem bestehen polnische Studentenverbindungen („Silesia Superior" und „Piast").

Im Jahre 1934 fand in Warschau eine Tagung des Bundes der Polen statt, auf der beschlossen wurde, auch die polnische Frauenarbeit besonders zu pflegen. Auf Grund dieses Beschlusses ist die Gründung polnischer Frauenvereine in

Ratibor
Hindenburg
Beuthen
Mikultschütz und
Groß Strehlitz

erfolgt. Betreut werden diese Frauenvereine von einer hauptamtlich angestellten Lehrerin, die vom „Bund der Polen" bezahlt wird.

In Beuthen ist ein Verein „Fürsorge für Mutter und Kind" entstanden, der unter dem Protektorat des polnischen Generalkonsulats in Oppeln stehen soll. Zweck dieses Vereins, dem nur begüterte polnische Frauen angehören, ist, den wenig bemittelten Frauen der polnischen Minderheit dieselben Vergünstigungen zu verschaffen, wie sie die gleichnamige deutsche Organisation gewährt. Es ist festzustellen, daß der „Bund

der Polen" sich große Mühe gibt, Einfluß in den weiblichen kirchlichen Vereinigungen der polnisch sprechenden Katholiken (Kongregationen) zu gewinnen.

Die polnischen Genossenschaften und vor allen Dingen die „Vereinigungen oberschlesischer Landwirte" dürfen nicht unerwähnt bleiben. Besonders der Syndikus der letztgenannten Organisation, Dr. Roman Rychel, entfaltet eine beachtliche Tätigkeit gegen die Erbhofbewegung. Er leitet die polnischen Rechtsberatungsstellen in den verschiedenen Kreisstädten und berät in juristischen Fragen kostenlos. Das Erbhofgesetz wirkt sich als erfreuliche Verhütungsmaßnahme von Bodenerwerb durch Polen aus.

Der „Bund der Polen" veranstaltet in den einzelnen Ortsgruppen regelmäßige Versammlungen, die sehr gut besucht werden, zumal häufig mit dem Besuch eine kostenlose Bewirtung verbunden ist. Neben diesen größeren Veranstaltungen finden ein bis zwei Mal in der Woche kleinere Vereins-Versammlungen in den Vereinslokalen statt. Durch eigens vorgebildete Redner werden Lichtbildervorträge gehalten, Deklamationen, Vorlesungen und Gemeinschaftssingen polnischer Volkslieder veranstaltet. Die gedanklichen Grundlagen dieser kleineren Veranstaltungen sind häufig die Namenstage polnischer Nationalheiliger, die Gedenktage der Nationalhelden, Namenstage polnischer Staatsmänner usw. Häufig werden bei einer solchen Gelegenheit die Besucher mit kleinen Geschenken, Kleidungsstücken sowie hin und wieder mit Geldbeträgen bis zu 20 RM erfreut. Offenbar sehr wirksame Arbeit wird bei diesen Veranstaltungen dadurch geleistet, daß man den Besuchern die Auffassung zu suggerieren versteht, ihr katholischer Glaube sei in Deutschland in Gefahr, der Glaube ihrer Väter, der ihnen heilig sein müsse, wenn sie vor Gott bestehen wollten, und daß man katholisch gleich polnisch setzt. Es sind das die gleichen Praktiken, mit denen man vor dem Kriege schon in der Provinz Posen für Polen sehr erfolgreiche Volkstumsarbeit geleistet hat.

[...]

IV. Die größten Erfolge erzielt die polnische Kulturpropaganda auf dem flachen Lande, wo sie in der katholischen Geistlichkeit eine wesentliche Unterstützung findet. Der „Polenbund" bezeichnet seine Vereine meist als „polnisch-katholisch". So sind die katholischen Geistlichen in der Regel ohne weiteres bereit, an den Veranstaltungen dieser Vereine teilzunehmen und sie durch ihre Anwesenheit zu sanktionieren. Bei der streng religiösen oberschlesischen Bevölkerung besonders auf dem flachen Lande *genügt es aber schon, daß der katholische Geistliche eine polnische Veranstaltung besucht, um für das Polentum zu werben.*

Der Ortsverband Ratibor der NS-Kulturgemeinde berichtet: „Ein mir heute zugegangener Bericht aus Studen, einem eingemeindeten Vorort Ratibors, zeigt, daß hier der Pfarrer die treibende Kraft ist" (bei der polnischen Kulturpropaganda). In der Ortschaft besteht eine Kongregation, die sich mit der Einübung polnischer Kirchengesänge befaßt. In den Nachmittagsandachten fordert der Pfarrer die Angehörigen zu reger Teilnahme an diesen Gesangsübungen auf. Bei der Einstellung der oberschlesischen Dorffrauen ist diese Aufforderung jedoch einem Machtwort gleichzuachten. Im allgemeinen geschieht das Eintreten katholischer Geistlicher für die polnische Sache nicht öffentlich in auffallender Form. Es ist aber berichtet worden, daß von katholischen Geistlichen zum Eintritt in polnische Verbände aufgefordert wurde in Sandowitz, Centawa, Salesche. In Hindenburg tritt Pfarrer Thomeczek, der Nationalpole ist, offen für die polnischen Veranstaltungen und Vereine ein.

Ein Hauptargument für die polnische Werbung, besonders unter den Jugendlichen, besteht darin, daß man den jungen Leuten sagt, sie brauchten, wenn sie einem polni-

schen Verein beitreten würden, keiner NS-Gliederung (SA, SS, DAF) anzugehören und genössen in jeder Beziehung den weitgehenden Schutz der Minderheitsbestimmungen.

Folgender Fall beweist überzeugend, welche Bedeutung den Minderheitsbestimmungen für den Volkstumskampf zukommt: In Groß Strehlitz fanden schon immer polnische Theateraufführungen statt; doch werden sie erst seit kurzem an den Anschlagsäulen bekanntgegeben. So auch vor einiger Zeit wieder. Große gelbe Plakate trugen die Überschrift:

„Polnisches Theater Groß Strehlitz. Dritter Propagandaabend für das polnische Wort."

Der Titel des Stückes hieß: „Politik und Liebe".

Der Ortsverbandsleiter der NS-Kulturgemeinde fragte bei der Polizei-Verwaltung an, ob der Inhalt dieser Plakate nicht zu beanstanden sei und erhielt von der Polizei die Antwort, daß die Plakate genehmigt seien und daß er ersucht werde, sich jeder Kritik zu enthalten, da er sonst Schwierigkeiten wegen der Minderheitenbestimmungen haben könnte.

Von fast allen Ortsverbänden wird gemeldet, daß der Besuch der kulturellen Veranstaltungen überall sehr gut ist, da nur ganz geringe oder gar keine Eintrittsgelder erhoben werden. Daneben werden Speisen und Getränke in großem Umfang kostenlos verabfolgt.

Überhaupt läßt sich feststellen, daß der „Polenbund" über große finanzielle Mittel verfügt, mit denen er die polnischen Bestrebungen der ihm angeschlossenen Vereine und Verbände in großzügige Weise finanziert. Hierbei scheinen auch die polnischen Banken „Rollnikow" [Rolników] und „Ludowy", die in Oberschlesien eine Reihe von Filialen unterhalten, eine nicht unbeträchtliche Rolle zu spielen.

Wie sehr diese Banken mit der polnischen Propaganda in Oberschlesien zusammenhängen, geht u.a. daraus hervor, daß z. B. in den Räumen der Bank „Ludowy" in Gleiwitz mehrmals in der Woche polnische Jugendveranstaltungen stattfinden, zu denen die Jugend nicht nur aus Gleiwitz, sondern auch aus der Umgebung herangezogen wird. Es stehen den Polen anscheinend sehr große Geldmittel zur Verfügung, *die sie mit großem Geschick dort einsetzen, wo Mangel an Geld auf deutscher Seite fühlbare Schwächen im Ausbau kultureller Einrichtungen offenbart hat;* in den mittleren und Kleinstädten Oberschlesiens gibt es wenig oder gar keine geeigneten Säle für die Durchführung kultureller und künstlerischer Veranstaltungen. Vor etwa 6 Jahren haben die Polen in Groß Strehlitz einen großen Saalbau mit moderner Bühne errichtet. Hier finden Gastspiele des Kattowitzer Stadttheaters und weitere beachtliche künstlerische und unterhaltende Aufführungen statt. Die deutsche Bevölkerung in Groß Strehlitz verfügt dagegen über keinen geeigneten Saal.

Auch sind in letzter Zeit eine Reihe polnischer Jugendheime und Sportplätze neu entstanden, so daß heute (wie aus Ratibor gemeldet wird) die polnische Minderheitsjugend über mehr Einrichtungen dieser Art verfügt, als die deutsche Staatsjugend.

Die Tatsache, daß die Verhältnisse im Schulwesen außerordentlich ungünstig liegen, wird von den Polen in geschickter Weise ausgenützt. So müssen fast 200 Kinder aus dem Dorf Gregorsdorf (Kreis Ratibor) täglich bei Wind und Wetter, z. T. in mangelhafter Kleidung, einen Schulweg von 4 km (Hin- und Rückweg) gehen. Die Polen planen noch in diesem Jahre eine polnische Minderheitsschule in Groß Strehlitz zu bauen.

Auch in der Stadt Ratibor selbst sind die Schulraumverhältnisse außerordentlich schlecht. Die polnische Minderheit ist hier ebenfalls zum Angriff übergegangen und hat

in Ratibor ein Grundstück von 7 Morgen für Reichsmark 42 000,– gekauft, um darauf ein polnisches Gymnasium mit Internat und allem Komfort zu errichten. Daß das polnische Kapital auch hinter der Durchführung kultureller Veranstaltungen, besonders wertvoller Theateraufführungen, steht, geht u. a. daraus hervor, daß die Bank „Ludowy" für das Gastspiel des Krakauer Theaters in Ratibor am 11. Januar soviel Freikarten verteilt hat, daß diese Theateraufführungen im Gegensatz zu einer Veranstaltung im vorigen Jahre nahezu ausverkauft war. Leider waren unter den Zuschauern auch zahlreiche deutsche Volksgenossen!

Aus fast allen Berichten der NS-Ortsverbände geht hervor, daß die Polen auf die Gewinnung der Jugend den allergrößten Wert legen und daß sie hier auch tatsächlich große Erfolge erzielt haben. Der Ortsverband Oppeln berichtet in diesem Zusammenhang: „Der Polenbund mit seinen zahllosen Untergliederungen verfügt in den Lehrern der Minderheitsschulen, in einer Anzahl polnischer geeigneter Geistlicher sowie hauptamtlichen Angestellten und bezahlten Kräften (die zum großen Teil in Kattowitz, Krakau und Warschau eigens für ihre oberschlesische Arbeit ausgebildet werden!) über ein Führermaterial, dem wir nichts Gleichartiges entgegenzusetzen haben. Die Lehrer der deutschen Schulen fühlen sich häufig allzusehr als Halbakademiker, um in nähere Fühlung mit der Arbeiter- und Bauernbevölkerung kommen zu können. Sie sind sehr häufig einseitig in den Dienst der Winterhilfe usw. eingestellt und verlieren dadurch den Blick für die Polonisierungs-Bestrebungen des Polenbundes.

Die HJ und der BDM stehen meist unter der Führung allzu jugendlicher Kräfte, die den gut geschulten und erfahrenen Führern der polnischen bzw. katholischen Vereinigungen nicht gewachsen sind.

Da die polnischen und katholischen Vereinigungen über reichlich Geld verfügen und deshalb ihren Mitgliedern Vorteile gewähren können (Geschenke an Bekleidungsstücken, Verabfolgung von Kaffee und Kuchen nach kostenlosen Veranstaltungen usw.), ist der Zulauf zu den polnischen Veranstaltungen groß."

Auch der Ortsverband Beuthen berichtet, daß die Bestrebungen, die Jugend zu gewinnen, in Sport- und Gesangvereinen, in Pfadfindergruppen usw. große Erfolge zu verzeichnen haben. Er schreibt u. a.:

„Die Beziehungen zwischen den katholischen und polnischen Jugendvereinen und der polnischen Propaganda sind sehr eng. Gewöhnlich sind auf dem Lande die Mitglieder in den Jugendvereinen gleichzeitig Mitglieder des Polenbundes bzw. durch ihre Eltern in der polnischen Minderheitsgruppe."

Ratibor meldet, daß die polnische Jugendarbeit unter Führung eigens für diesen Zweck in Warschau ausgebildeter Führer große Fortschritte macht.

Der Ortsverband Oppeln schreibt, daß die Polonisierungsbestrebungen auf dem flachen Lande gerade in letzter Zeit „ungeahnte Erfolge" zu verzeichnen hätten.

Dasselbe meldet auch der Ortsverband Beuthen, u. a.: „Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß gerade das deutsche Volkstum auf dem flachen Lande sehr gefährdet ist. Als ein Beispiel mag der Kreis Groß Strehlitz gelten. Außer der Kreisstadt zählt dieser Kreis nur 2 ganz kleine Städtchen, denen aber über 90 ländliche Gemeinden gegenüberstehen. Während von deutscher Seite in diesen Gemeinden bisher noch keine Veranstaltungen künstlerischer oder kultureller Art stattfanden, veranstalten die Polen fast überall Theateraufführungen, Unterhaltungsabende usw., bei denen für die polnische Minderheit in erfolgreicher Weise geworben wird."

Der Ortsverband Groß Strehlitz schreibt: „ ... ist es ja den Polen auch so leicht, ihre kulturelle und sonstige Arbeit vorwärts zu treiben, zumal nach unseren Beobachtungen Geld keine Rolle spielt."

V. Es erhebt sich die Frage, welche Folgerungen aus der vorstehend geschilderten Lage zu ziehen sind.

Oben ist bereits erwähnt, daß die Bestimmungen über den Minderheitsschutz des Genfer Abkommens von 1922 und ganz besonders des Freundschaftsabkommens mit Polen offene Kampfmaßnahmen gegen die polnischen Kulturbestrebungen, soweit sie [nicht] den festgesetzten Rahmen überschreiten, ausschließen. Im allgemeinen halten sich die Polen heute an die Bestimmungen, und es darf wohl damit gerechnet werden, daß sie sich weiterhin daran halten. Die in polnischen Kreisen ausgegebene Parole „Fertigmachen für 1937", welche den Sinn hatte, daß nach Ablauf der Genfer Konvention ein rücksichtsloses Ausmerzen alles Deutschen in Ost-Oberschlesien einsetzen sollte, hat durch den Abschluß des deutsch-polnischen Verständigungsvertrages von 1934 immerhin einen nicht unerheblichen Widerstand gefunden. Es muß versucht werden, mit dem deutsch-polnischen Freundschaftsabkommen auf politischem Wege bezüglich der Minderheitenfrage wenigstens so viel zu erreichen, daß tatsächlich die Bestimmungen der Genfer Konvention bis zum Ablauf des Freundschaftsabkommens fortwirken. Voraussetzung ist natürlich, daß sich die Polen nach Ablauf der Genfer Konvention auch an den Sinn des Freundschaftsabkommens gebunden fühlen. Tun sie dies nicht, so wird von deutscher Seite aus auch der polnischen Minderheit in Deutschland gegenüber ganz anders, und zwar rücksichtslos, gearbeitet werden müssen.

Zu beachten ist bei dem Minderheitenproblem hüben wie drüben allerdings etwas, was zu Gunsten der Polen ausfällt. Die polnische Minderheit in der Provinz Oberschlesien ist unseren Maßnahmen gegenüber wesentlich widerstandsfähiger als die deutsche in Ostoberschlesien. Das erklärt sich aus der sozialen Struktur. Die Polen Oberschlesiens sind im wesentlichen Kleinbauern, an die schlecht heranzukommen ist; nur der östliche Teil des Bezirks Oppeln, das Beuthen-Gleiwitzer Industriegebiet, enthält einen gewissen Prozentsatz polnischer Arbeiterbevölkerung, und zwar solcher Polen, die in Deutschland ansässig sind und sich zur polnischen Minderheit bekennen, als auch solcher Leute, die als polnische Staatsbürger zur deutschen Minderheit gehören und drüben wohnen. Polen polnischer Staatsangehörigkeit mit polnischem Volkstum sind nur noch in unerheblichem Maße in Deutsch-Oberschlesien beschäftigt. Die deutsche Minderheit in Polen dagegen befindet sich zu einem sehr hohen Prozentsatz, um nicht zu sagen im wesentlichen, in sozial abhängigen Stellungen und kann daher, wie das tägliche Beispiel zeigt, leicht wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden. Es ist ja auch bezeichnend, daß, wie mir berichtet worden ist, eine große Zahl von Kündigungen von Angehörigen der deutschen Minderheit zurückgenommen worden ist bzw. werden soll, wenn sich die Gekündigten bereit erklären, ihre Kinder in die polnischen Schulen zu schicken.

Es zeigt sich also, daß wirtschaftliche Gegenmaßnahmen von deutscher Seite z.B. gegen Entlassungen von polnischer Seite nur in vereinzelten Fällen Erfolg haben können. In der Mehrzahl der Fälle dürften sie sich noch in das Gegenteil verkehren und deutsche Belange schädigen. Grundsätzlich kommt es daher darauf an, Polen vertragstreu zu erhalten. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß Polen sich in der Minderheitsfrage durchaus bewußt ist, am stärkeren Hebel zu sitzen.

Die einzige derzeit mögliche Gegenmaßnahme ist eine Verstärkung und ein Ausbau unserer deutschen Kulturbestrebungen, abgesehen von immer wirksamen wirtschaftli-

chen Maßnahmen. Die deutschen Kulturmaßnahmen müssen grundsätzlich ähnlich aufgezogen werden wie die polnischen, und zwar muß hier *bald* etwas Durchgreifendes geschehen, soll eine ungeheure Gefahr beseitigt werden. Wie ich nochmals betonen möchte, ist der Erfolg der polnischen Kulturpropaganda *bisher* in der Hauptsache ein Aufrütteln und Aktivieren innerhalb der polnischen Minderheit selbst gewesen. Damit begnügt sich die polnische Propaganda aber nicht mehr. Sie zielt jetzt zugleich darauf ab, die großen Teile der polnisch bzw. wasserpolnisch sprechenden deutschen Bevölkerung zu „erwecken" und ihnen klar zu machen, daß sie auch echte Polen seien, die rassisch und kulturell zu Polen gehörten. *Und hierin liegt ein Moment, das zu sehr ernster Besorgnis Anlaß gibt, wenn nicht bald zu Gegenaktionen großzügigster Art geschritten wird.*

Der Oberschlesier ist ein besonders empfindlicher Mensch. Es besteht die Gefahr, daß bei manchen Maßnahmen, besonders bei der Propaganda des Rassegedankens, allzu stark eine Minderwertigkeit der wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier betont wird. Das braucht nicht immer ausdrücklich zu geschehen, liegt aber im Wesen der Sache begründet, und unterläuft vor allem der ja nicht geringen Zahl ungeeigneter Propagandisten. Die natürliche Folge ist, daß diese Oberschlesier sich abgestoßen fühlen und sich von der polnischen Propaganda einfangen lassen. Die Gefahr ist um so größer, als gerade der wasserpolnisch sprechende Oberschlesier ein überzeugter Katholik ist und die katholische Kirche den Rassegedanken aus Selbsterhaltungsgründen mit Entschiedenheit bekämpft. Bei der in Rede stehenden Propaganda muß deshalb in Oberschlesien taktisch klug und mit Vorsicht zu Werke gegangen werden.

Die Polonisierung im Vorkriegsdeutschland hat nicht zuletzt deshalb solche Erfolge erzielt, weil der Oberschlesier gar zu gern bespöttelt, bewitzelt und überhaupt als minderwertig hingestellt wurde. Die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen, daß das sehr töricht war. Deshalb sollten solche törichten Werturteile heute unterbleiben. Besonders gefährdet ist in dieser Hinsicht das oberschlesische Industriegebiet mit seinen Städten sowie die Landkreise Ratibor, Cosel, Groß Strelitz, Oppeln, Guttentag, Rosenberg, Gleiwitz und Beuthen-Tarnowitz.

Die Erhaltung und Gewinnung der Bevölkerung in den gefährdeten Gebieten kann in erster Linie nur durch systematische und *unmittelbare Volkstumsarbeit* erfolgen und zwar, wie auf der Gegenseite, durch Theateraufführungen, Singspielabende, Anlegung von Kindergärten, von Jugend- und Grenzlandbüchereien (hier ist schon Erhebliches geleistet), Schaffung von Heimatkalendern, Förderung des Schulwesens, wie noch manche und ähnliche Maßnahmen. Dabei ist überall darauf zu achten, daß den Besuchern möglichst keine Kosten entstehen, auch ist die Mitarbeit der Frau bei der Grenztumsarbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Träger der Deutschtumsarbeit können aber nicht allein die NS-Kulturgemeinden sein, obwohl an sich dieser Aufgabenkreis in seiner Durchführung in erster Linie in ihre Zuständigkeit fiele. Hier müssen Partei und Staat (besonders die Kommunen und Kreise) auf das engste mitarbeiten. Leider liegen die Verhältnisse bei den oberschlesischen NS-Kulturgemeinden gegenwärtig außerordentlich ungünstig, so daß ich es für nötig halte, hierauf näher einzugehen.

Die oberschlesischen Ortsverbände der NS-Gemeinde, die mit und neben dem Bund Deutscher Osten, die als Veranstaltungsträger für die kulturelle und künstlerische Betreuung des oberschlesischen Gebietes in Frage kommen, sind heute kaum in der Lage, die primitivsten Aufgaben in ihrem engsten Wirkungsbereich durchzuführen, geschweige

denn über ihren Ort hinaus die dringend notwendige Kulturarbeit auf die Umgebung, das stark gefährdete flache Land vorzutreiben.

So äußert sich der Ortsverband Beuthen:

„Die wichtigste Arbeit gegen die polnische Kulturpropaganda ist die Arbeit an der Jugend, um die in erster Linie der Kampf geht. Die Bemühungen von polnischer Seite lassen klar erkennen, daß die polnische Kulturpropaganda ihre Hoffnungen auf die Jugend setzt und daß man sich von den Alten wenig verspricht.

Die Erfassung der Jugend müßte deshalb von unserer Seite aus recht früh geschehen. Zunächst in der Schule durch Kasperle-Spiele und durch gute Jugendvorstellungen, wie sie in der Schulorganisation der NS-Kulturgemeinde angeregt und z. Zt. durchgeführt worden sind.

Besonders die Zusammenarbeit mit der HJ muß durchgeführt werden, weil sie die Möglichkeit bietet, auch auf die Jugend des flachen Landes einzuwirken. Hier wäre auch eine wirksame Betätigung bei den Theaterveranstaltungen der HJ durch die NS-Kulturgemeinde (Vorschläge geeigneter Stücke, Mithilfe eines erfahrenen Mannes bei der Einübung usw.) ein Weg zur Mitarbeit. Erfolgreich war die oberschlesische Spielschar der HJ, die z. Zt. allerdings in Mittel- und Niederschlesien tätig ist. Sie müßte in Zusammenarbeit mit der NS-Kulturgemeinde speziell für Oberschlesien eingesetzt werden. Die Schaffung kleiner Laienspielgruppen bei den einzelnen Standorten der HJ in Zusammenarbeit mit der NS-Kulturgemeinde würde gleichfalls eine wirksame Propaganda gegen die polnischen Bestrebungen sein, denn die Beobachtung hat gezeigt, daß überall dort die polnische Propaganda Fuß fassen konnte, wo in den deutschen Vereinigungen ‚kein Betrieb' war."

Der Ortsverband Groß Strehlitz schreibt:

„Unsere Vorschläge gehen dahin, daß wir zunächst einmal in die Lage versetzt werden müssen, die Kreisstadt Groß Strehlitz nach und nach zu einem Mittelpunkt deutschen kulturellen Lebens zu gestalten und bald daran gegangen werden muß, in einigen größeren Dörfern des Kreises Stützpunkte der NS-Kulturgemeinde zu errichten. Von den Stützpunkten aus muß dann strahlenförmig der ganze Kreis bearbeitet werden. Wir haben in dieser Beziehung schon mit der Ortsgruppenleitung der NSDAP, Ortsgruppe Groß Strehlitz, Fühlung genommen, damit uns ein Parteigenosse aus dem Kreisschulungsamt zur Verfügung gestellt wird, der gemeinsam mit uns zunächst einige Stützpunkte der Partei in obigem Sinne bearbeitet. Wir haben schon einen Parteigenossen, und zwar einen Lehrer ausfindig gemacht, der über einen Kraftwagen vefügt. Natürlich müßten bei den unbedingt notwendigen Fahrten nach den Dörfern wenigstens die Kosten für den Betriebsstoff erstattet werden. Es müßten also bald einige Mittel flüssig gemacht werden, um die Arbeit aufnehmen zu können."

Der Ortsverband Hindenburg schreibt:

„ ... Alle diese Bestrebungen weisen darauf hin, daß man von polnischer Seite aus bemüht ist, polnische Kultur auf deutscher Seite zu vermitteln. Das gelingt den Polen um so mehr, als von polnischer Seite aus ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Hindenburg hat z. Zt. 135 000 Einwohner. Davon sind nahezu 95 % Arbeiter, die noch zum großen Teil erwerbslos sind. Diese Leute erliegen natürlich sehr schnell den polnischen Einflüsterungen. Hindenburg ist daher in kultureller Beziehung als äußerst gefährdet anzusehen. Die Mitgliederzahl der NS-Kulturgemeinde beträgt nur 700. Diese Mitgliederzahl könnte aber bedeutend gesteigert werden, wenn dem Ortsverband zur Durchführung kultureller Veranstaltungen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das wäre die wirksamste Gegenmaßnahme."

Der Ortsverband Oppeln schreibt:

„Eine wirksame Abwehr der Polonisierungsbestrebungen ist m. E. nur möglich, wenn unter Berücksichtigung der Psyche des Oberschlesiers eine mit den ländlichen Verhältnissen vertraute, geschickte Führung es versteht, dem oberschlesischen Arbeiter und Bauern die geistige Kost zu geben, die für ihn schmackhaft und verdaulich ist.

Mit Kammermusikabenden usw. ist bei der ländlichen Bevölkerung kein Erfolg zu erreichen. Da die NS-Kulturgemeinden auf dem Lande noch nicht Fuß gefaßt haben, sind sie ohne weiteres in der Lage, sich das Führermaterial zu suchen, das diesen Anforderungen genügt. Wenn die NS-Kulturgemeinde allein die Kulturarbeit auf dem Lande durchzuführen hat, so können die Fehler, die bisher durch ungeeignete Amtswalter der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude' gemacht wurden, wieder gut gemacht werden. Geeignete Amtswalter der NS-Kulturgemeinde lassen sich aber unter der ländlichen Lehrerschaft und den übrigen deutschgesinnten und intelligenten Bewohnern der oberschlesischen Dörfer und Landstädte leicht finden, wenn ihnen durch ihr Amt keine finanzielle Belastung zugemutet wird. Dies bedingt aber, daß die Ortsverbände der NS-Kulturgemeinden in stärkerem Maße als bisher mit Geldmitteln zur Durchführung ihrer Aufgaben ausgestattet werden.

Ich habe in meiner mehr als 8-jährigen Tätigkeit als Siedlungsbeamter, die mich gerade mit der ländlichen Bevölkerung in Oberschlesien in engste Fühlung brachte, die Erfahrung gemacht, daß die Intelligenz des Dorfes und der kleinen Landstädte sich ihrer Pflicht als Förderer der deutschen Kultur durchaus nicht bewußt ist. Es gilt daher, dieses Bewußtsein zu wecken. Dies ist m. E. dadurch möglich, daß sie als Mitglieder der NS-Kulturgemeinde geworben werden und ihnen der Besuch der Veranstaltungen in der den Kulturmittelpunkt bildenden Stadt zu einem Preise ermöglicht wird, der einschließlich der Fahrt nicht höher [ist] als der, der auch von Mitgliedern in der Stadt selbst bezahlt wird. Dadurch wird allerdings der dem Ortsverband bleibende reine Eintrittspreis so tief gesenkt, daß die Veranstaltungen sich nicht ohne erheblichen Zuschuß durchführen lassen."

Aus diesen und aus einer weiteren Anzahl von Ausführungen oberschlesischer Ortsverbände wird die Notwendigkeit offenbar, den Ortsverbänden finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie in die Lage versetzen, ihre Aufgaben nicht nur am Ort selbst, sondern darüber hinaus auch auf dem flachen Lande auszufüllen. Dies kann einmal geschehen durch Neugründung kleiner Ortsverbände, die aber in den großen Ortsverbänden Rückhalt finden müßten, und weiter durch regelrecht durchorganisierten Zubringerdienst vom flachen Lande in die städtischen Ortsverbände zum Besuch der Veranstaltungen. *Mit den Mitteln, die augenblicklich den oberschlesischen Ortsverbänden zur Verfügung stehen, sind die Aufgaben aber nicht zu lösen.* Es muß deshalb immer wieder mit Nachdruck gefordert werden, daß die mir zur Verfügung stehenden Mittel des Deutschtumsfonds so erhöht werden, daß die Abwehr wirksam gestaltet und darüber hinaus der Angriff durchschlagend vorgetragen werden kann.

Weiter ist es notwendig, in den größeren Städten echte, deutsche Kulturzentren zu errichten, in denen ein reges, künstlerisch hochstehendes und doch publikumswirksames Veranstaltungswesen herrscht. Oppeln, Beuthen, Ratibor müßten die Grundpfeiler deutschen Kulturlebens in Oberschlesien sein. In diesen Städten müßte die gesamte deutsche Bevölkerung auch auf kulturellem Gebiet zusammenstehen. Leider ist es auf diesem Gebiet aber noch sehr schlecht bestellt. Es läßt sich weder eine einheitliche Richtung feststellen, noch verfügen die wenigsten Städte über die dringend notwendigen äußeren Voraussetzungen eines auch nur primitiven Kulturlebens. So ist in Oppeln

noch nicht einmal ein Theatersaal vorhanden, der auch nur bescheidenen Anforderungen entspräche.

Hierzu schreibt der Ortsverband Oppeln:

„Leider habe ich feststellen müssen, daß hier in Oppeln trotz fortgesetzter Werbung sich die zu einem ausschlaggebenden Teil aus Beamten zusammensetzende Bevölkerung ablehnend verhält. Dies liegt einmal daran, daß Oppeln kein Theater besitzt, ferner auch keinen Saal, der den primitivsten Bedürfnissen für Theateraufführungen genügt. Der Bau eines Stadttheaters ist deshalb unbedingt erforderlich. Dieser Bau müßte m. E. so gestaltet sein, daß in ihm auch andere Veranstaltungen kultureller Art durchgeführt werden können. Schon der Beginn des Baues würde sich belebend auf die NS-Kulturgemeinde auswirken. Die Frage, ob ein geeignetes Theaterensemble für Oppeln tragbar ist, dürfte zunächst wohl keine Rolle spielen, da dies wohl von der weiteren Entwicklung auf kulturellem Gebiet abhängig ist."

VI. Zusammenfassend darf ich feststellen, daß der Deutschtumskampf insbesondere auch auf kulturellem Gebiete aus der Lauheit, mit der er bislang geführt worden ist, endlich herauskommen muß. Der Pole muß energischen Widerstand fühlen und wissen, daß er bei allen seinen Maßnahmen mit der Anwendung des Grundsatzes rechnen muß: Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Mit diesen Darlegungen bitte ich, zugleich den von mir in den beiden letzten Lageberichten angekündigten Bericht über die Minderheitenfrage bzw. -presse als erstattet zu betrachten.

[...]

298

9.12.1935: Der Oberpräsident in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Lagebericht

9 XII 1935r.: Naczelny prezydent w Breslau do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Sprawozdanie sytuacyjne

IfGA-ZPA Berlin, Reichssicherheitshauptamt, St 3, Nr. 724

[...]

7. *Kulturpolitik*

Die in den Nachkriegsjahren eingetretene Verarmung weiter Kreise der schlesischen Bevölkerung hat sich natürlich auch und in erster Linie auf dem Gebiete des kulturellen Lebens ungünstig ausgewirkt. Lediglich in Oberschlesien blieb das kulturelle Leben vor diesem allgemeinen Niedergange in etwa verschont. Hier löste die polnische Propaganda eine alle Teile erfassende kulturelle Selbstbesinnung und Aktivität des Deutschtums aus. Geschlossen stand die gesamte deutsche Bevölkerung zur Abwehr der heimtückischen Angriffe auf ihr Volkstum zusammen und brachte die polnische Propaganda hierdurch zunächst einmal zum Stillstand und allmählich auch zum Rückgang. Diese Entwicklung spiegelte sich besonders in den Wahlen des Jahres 1932 wider, bei denen es dem Polentum trotz verzweifelter Anstrengungen nicht gelungen ist, die für ein Abgeordnetenmandat notwendigen Stimmen für sich zu gewinnen. Nach der Machtübernahme veränderte sich das Bild vollkommen. Die polnische Propaganda gewann allmählich wieder an Umfang und Stoßkraft, fand in der Bevölkerung immer mehr Anhänger und konnte sich neben wirtschaftlichen auch zahlreiche neue kulturelle Stützpunkte schaffen. Diese Erfolge konnte sie für sich buchen, obwohl bei den Wahlen nach der Machtübernahme Oberschlesien mit mehr als 95 % nationalsozialistischer Stimmen an der zweiten

Stelle in ganz Deutschland marschierte, die oberschlesische Bevölkerung sich also fast ausnahmslos – mindestens äußerlich gesehen – ebenso rückhaltlos zum neuen Staate wie zum Deutschtum bekannte. Die Gründe, die zu dieser für das Deutschtum so wenig erfreulichen Entwicklung geführt haben, dürften im wesentlichen folgende sein:

Innerhalb der oberschlesischen Bevölkerung gibt es eine zahlenmäßig nicht unbedeutende labile Zwischenschicht, die sich noch nicht endgültig für das deutsche oder das polnische Volkstum entschieden hat. Dieser Bevölkerungsteil ist zwar – in einzelnen Gebieten vom rein sprachlichen abgesehen – in seiner Grundhaltung ebenfalls deutsch, zum größten Teil auch deutschblütig und gehört zum deutschen Kulturkreis; er ist jedoch in seiner deutschen Haltung noch nicht so gefestigt, daß er in den Krisenzeiten der Propaganda eines fremden Volkstums wirksam widerstehen könnte. Es handelt sich hier, wie ein oberschlesischer Heimatkundler zutreffend bemerkt hat, um ein noch junges Volkstum, das, wie die Kinder, Stimmungen und Schwankungen unterworfen ist. Und gleichwie die Kinder denjenigen, die ihnen schöne Geschenke und Versprechungen machen, am ehesten Glauben schenken, wendet sich auch diese Zwischenschicht sehr leicht dem Volkstum zu, dessen Vertreter ihm die größeren Vorteile, insbesondere wirtschaftlicher Art, gewähren oder in Aussicht stellen. Gerade die Hoffnung auf eine baldige Besserung der wirtschaftlichen Lage dürfte sie damals im wesentlichen bewogen haben, bei den nach der Machtübernahme stattgefundenen Wahlen sich zum neuen Deutschland zu bekennen. Nachdem sie aber ihre Hoffnungen nicht, wie erwartet, sofort in Erfüllung gehen sah, schenkte sie der inzwischen wieder erstarkten polnischen Propaganda, die sich diese Enttäuschung geschickt zunutze zu machen wußte, wieder mehr Gehör.

Diese Abwanderung eines Teiles der oberschlesischen Bevölkerung zum Polentum wäre voraussichtlich aber nicht so stark in Erscheinung getreten, wenn die deutsche Kulturarbeit nach der Machtübernahme in der gleichen Weise wie bisher fortgeführt worden wäre. Denn dieser Arbeit allein ist es zuzuschreiben, daß der Einfluß des Polentums in Oberschlesien vorher erheblich zurückgedrängt worden ist. Die Deutschtumsarbeit ist aber leider nicht in der gleichen Weise fortgesetzt worden. Die nationalsozialistische Bewegung in Schlesien hat ihr zunächst nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die erforderlich ist, um dem ständig mit größter Aktivität im Angriff liegenden Polentum wirksam begegnen zu können. Hierzu kommt, daß die Säuberung aller amtlichen und sonstigen öffentlichen Stellen von den Anhängern des überwundenen Systems es mit sich brachte, daß eine große Anzahl von Persönlichkeiten entfernt wurde, die auf Grund ihrer langjährigen Tätigkeit in Oberschlesien Erfahrungen in der Volkstumsarbeit gesammelt hatte. Durch diese Notwendigkeit wurde die deutsche Kulturfront, da gleichwertiger Ersatz nicht sofort vorhanden war, natürlich nicht unerheblich geschwächt. Weiter führte die Auflösung und Gleichschaltung der Vereine und Organisationen dazu, daß die Kräfte, die in diesen Verbänden die deutsche Kulturarbeit bisher maßgeblich betrieben, sich politisch aber zum Zentrum oder einer anderen Systempartei bekannt hatten – und das war der Regelfall – aus ihrer führenden Stellung entfernt wurden und sich nun aus Verärgerung überhaupt abseits stellten oder aber, auch bei vorhandenem guten Willen, angesichts der politischen Gesamtsituation als Nichtanhänger der Bewegung nicht die zu einer wirksamen Entfaltung erforderliche innere Sicherheit aufzubringen vermochten. Die wenigen Vorkämpfer des Deutschtums aber, die man in ihren bisherigen Ämtern beließ, konnten allein die ganze Arbeit mit der erforderlichen Aktivität nicht fortführen. Und was zur Weiterarbeit zunächst zur Verfügung stand, glaubte nach Abschluß des

Freundschaftsvertrages mit Polen fast durchweg, jede aktive Deutschtumsarbeit einstellen zu müssen in der Annahme, daß ein Kampf gegen das Polentum dem Willen der Reichsregierung widerspräche. Ich bin nach bestem Können bemüht, der falschen Deutung, die der größte Teil der Bevölkerung von Oberschlesien dem deutsch-polnischen Freundschaftspakt gibt, nämlich, daß dadurch die Deutschtumsarbeit behindert, oder sogar staatlicherseits unerwünscht sei, entgegenzutreten, soweit das ohne Gefährdung außenpolitischer Belange geschehen kann. Bezeichnend ist ein Vorfall, der sich noch im Sommer dieses Jahres im Kreise Groß Strehlitz ereignet hat. Hier beklagte sich ein Lehrer bei seinem Kollegen darüber, daß die Hitler-Jugend in seinem Dorfe auch während ihres Dienstes polnisch spreche und bekam zur Antwort, daß dies doch zulässig sei, da ja mit Polen ein freundschaftliches Verhältnis bestehe.

Sehr empfindlich geschwächt worden ist die Deutschtumsarbeit in Oberschlesien ferner dadurch, daß sich die katholische Geistlichkeit nicht mehr in dem Maße wie vor der Machtübernahme für das Deutschtum einsetzt, sondern teils offen, teils versteckt mit dem Polentum sympathisiert oder sich doch völlig neutral verhält. Man hat in der Vergangenheit offenbar übersehen, daß die römische Kirche und ihre Geistlichkeit in diesem Lande den entscheidenden Faktor darstellt, und daß dieser Tatsache Rechnung getragen werden muß. Die katholische Kirche ist in Deutschland, mindestens aber in Oberschlesien, in einem solchen Maß ultramontan eingestellt, daß sie sich, wenn sie ihre kirchlichen Belange gefährdet oder bedroht glaubt, offen gegen den Staat auf die Seite dessen schlägt, bei dem sie ihre Interessen besser aufgehoben sieht. Dieser Tatsache muß bei dem Verhältnis zwischen Staat und römischer Kirche Rechnung getragen werden. Die hemmungslosen Angriffe, wie sie in der Vergangenheit üblich waren und die weit über den Kampf gegen den politischen Katholizismus hinausgingen, müssen aufhören. Jedenfalls dürfen sich Staat und Bewegung nicht damit identifizieren. Das hat mit der Grundeinstellung des Nationalsozialismus zur römischen Kirche nichts zu tun. Die muß selbstverständlich unverändert bleiben, soll nicht auch dieser Staat wieder von Rom überflutet werden. Jeder unnötige offene Kampf muß aber vermieden werden, damit die Kirche sich sofort überzeugend ins Unrecht setzt, wenn sie den Staat angreift. Es wäre besser, wenn hier hinsichtlich dieses Gegners nach dem Grundsatz gehandelt würde: Immer daran denken, nie davon sprechen. Erklärungen, wie sie der Herr Ministerpräsident in seiner Breslauer Rede abgegeben hat, nämlich daß der nationalsozialistische Staat es ablehne, jemanden in seinem Gottesglauben zu binden, sind allein geeignet, den mit der katholischen Kirche in Oberschlesien geführten Angriff des Polentums zum Stehen zu bringen, falls alle, die es angeht, danach handeln.

Als ich mein Amt hier antrat, waren also alle Vorbedingungen für einen Erfolg der polnischen Propaganda gegeben: Die geschlossene deutsche Front, die ihr bisher gegenüberstand, war stark geschwächt, es fehlte auf deutscher Seite an erfahrenen Führern, das Mißverstehen staatspolitischer Maßnahmen hatte eine starke Unsicherheit in die deutschen Reihen hineingetragen, und die Geistlichkeit fiel zum mindesten als aktiver Faktor für das Deutschtum aus. Hinzu kam, daß die polnische Propaganda nach einheitlichen Richtlinien und unter geschickter Benutzung auch des nationalsozialistischen Gedankenguts geführt wird. Nicht allein der bekannte Ausspruch des Führers, der nationalsozialistische Staat lehne es ab zu germanisieren, sondern auch die in aller Öffentlichkeit vertretene Ansicht von der rassischen Minderwertigkeit der oberschlesischen Bevölkerung kamen ihr sehr willkommen. Immer wieder wurde und wird mit der Behauptung operiert, die oberschlesische Bevölkerung werde vom nationalsozialistischen

Staat mit Rücksicht auf ihre Zweisprachigkeit und ihre rassische Zusammensetzung nicht als ein vollwertiger deutscher Bevölkerungsteil angesehen, sondern nur als ein zeitiges Übel. Überhaupt verstehen es die polnischen Agitatoren meisterhaft, das bei den Oberschlesiern ohne Zweifel stark ausgeprägt vorhandene Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den übrigen deutschen Volksgenossen für sich zu nutzen und den oberschlesischen Menschen an seinem vorgeblich polnischen Ehrgefühl und seinem stark religiösen Empfinden zu packen.

Die materiellen Vorteile, die sie mit dem Besuch ihrer Veranstaltungen und dem Beitritt zu ihren Vereinen verbinden, trugen ebenfalls dazu bei, daß das Polentum immer mehr Anhänger gewann, ferner die hier vorherrschende Abneigung der Bauern gegen die Erbhofgesetzgebung und die sich aus der Erbhofeigenschaft z. Zt. noch ergebende absolute Unmöglichkeit der Kapitalbeschaffung – sowohl für landwirtschaftliche Betriebszwecke wie auch für persönliche oder familiäre Bedürfnisse.

Die deutsche Volkstumsarbeit hat also mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß ihr die im Besitz der konfessionellen Vereine befindlichen Einrichtungen und Räumlichkeiten, die fast durchweg die einzigen am Orte sind, nicht zur Verfügung stehen. Ihre Mitbenutzung oder Hergabe durch staatliche Machtmittel zu erzwingen, erscheint untunlich. Die Träger der Volkstumsarbeit sind daher genötigt, in mühevoller Kleinarbeit erst einmal diese notwendigen Voraussetzungen einer planmäßigen Kulturarbeit zu schaffen. Leider stehen aber die hierfür erforderlichen Geldmittel in ausreichendem Maße nicht zur Verfügung. Die Gemeinden und Kreise sind durchweg finanziell so schwach, daß von ihnen in der Hinsicht nichts getan werden kann. Die dringend notwendige Hilfe kann also nur vom Reich kommen. Wie die Verhältnisse liegen, dürfte schon allein die Tatsache beweisen, daß es der HJ, der hier in den Grenzgebieten eine ganz besondere Bedeutung zukommt, im vergangenen Winter an zahlreichen Orten aus Mangel an Räumlichkeiten nicht möglich gewesen [ist], ihre Heimabende abzuhalten, und selbst für dieses Jahr stehen ihr trotz aller Bemühungen der Behörden und Parteidienststellen Räumlichkeiten in ausreichender Anzahl auch nicht entfernt zur Verfügung, während die konfessionellen Verbände durchweg einen solchen Mangel nicht zu beklagen haben. Ihnen ist s. Zt. von Staats wegen in reichlichem Maße geholfen worden.

Auch auf einem anderen Gebiet wirkt sich die unzureichende finanzielle Unterstützung der deutschen Organisation durch Staat und Gemeinden für die Volkstumsarbeit verhängnisvoll aus. Während die Polen, wie bereits hervorgehoben, mit dem Besuch ihrer Veranstaltungen und dem Beitritt zu ihren Vereinen materielle Vorteile verbinden können, sind die deutschen Vereinigungen hierzu aus Mangel an Mitteln nicht in der Lage. Sie sind im Gegenteil, da sie, wie z. B. die für den Volkstumskampf sehr wichtigen Gesangvereine, an ihre Rahmenorganisationen nicht unbeträchtliche Geldbeträge abführen müssen, sogar gezwungen, zu ihren Versammlungen Eintrittsgeld und von ihren Mitgliedern Beiträge zu erheben. Das hält aber gerade die durchweg in sehr ärmlichen Verhältnissen lebende und auf den Pfennig sehende Landbevölkerung davon ab, deutsche Versammlungen oder Veranstaltungen zu besuchen oder einem deutschen Verein beizutreten und hat viele bewogen, sich dem Polentum zuzuwenden. Es konnte festgestellt werden, daß *die* deutschen Organisationen einen regen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatten, die von ihren Mitgliedern keine finanziellen Opfer verlangen. So konnte die Kreisleitung Beuthen-Land des Bundes Deutscher Osten Ende Oktober d. Js. berichten, daß es an der Adamczyk-Schule in Miechowitz, wo die Mitgliederzahl der

Staatsjugend in der letzten Zeit besonders stark zurückgegangen war, allein durch das Versprechen des Rektors, Beitragserlaß zu erwirken, innerhalb von 14 Tagen gelungen ist, 70 Mädchen zum Eintritt in dem BDM und 191 Knaben zum Beitritt in das Jungvolk zu bewegen. Dieser Erfolg ist um so beachtlicher, als ein Teil der Knaben, wie sich nachträglich herausstellte, bereits für die polnische Pfadfindergruppe geworben war. Ähnliche Erfolge ließen sich nach den übereinstimmenden Urteilen aller urteilsfähigen Stellen durchweg erreichen, wenn die Staatsjugend, wie überhaupt alle Organisationen und Einrichtungen, insbesondere auch die Kindergärten, finanziell so gestellt werden würden, daß sie auf die Beiträge ihrer Mitglieder in Oberschlesien verzichten könnten. Eine solche Unterstützung gerade der Staatsjugend erscheint mir, wie gesagt, besonders erforderlich. Denn die Jugend allein wird darüber zu entscheiden haben, ob künftighin das deutsche oder das polnische Volkstum in Oberschlesien vorherrschen wird.

Notwendig ist auch, daß neben der materiellen Seite die rein gefühlsmäßige Beeinflussungsmöglichkeit nicht vergessen wird. Der Oberschlesier leidet, wie ich schon erwähnt habe, an Minderwertigkeitskomplexen, er fühlt sich nicht als vollgeachteter deutscher Volksgenosse. Infolgedessen ist er immer wieder geneigt, dem Polen nachzugeben, obwohl er sich diesem überlegen fühlt und, wenn auch nicht immer laut ausgesprochen, zum Reich hindrängt. Das sind Sentiments, mit denen man rechnen muß, und es würde sehr vorteilhaft wirken, wenn man ihm mehr als bisher hülfe, über dieses Minderwertigkeitsgefühl hinwegzukommen, z. B. auch dadurch, daß im deutschen öffentlichen Leben an führender Stelle stehende Männer durch ihren Besuch des Landes dokumentierten, daß seine Bewohner sich nicht als nur geduldete Stiefkinder zu fühlen brauchen.

[...]

299

7.4.1936: Der Oberpräsident in Breslau an die Landräte, Oberbürgermeister und die Staatspolizeistelle Oppeln. Berichterstattung über die polnische Minderheit

7 IV 1936r.: Naczelny prezydent w Breslau do landratów, nadburmistrzów i placówki policji państwowej w Oppeln. Sposób sporządzania sprawozdań o mniejszości polskiej

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. I/1926 (Abschrift).

Ich ersuche ergebenst, mir zum Ersten eines jeden Monats – erstmalig zum 1. Mai 1936 – einen besonderen Lagebricht in zweifacher Ausfertigung über das Verhalten der polnischen Minderheit in dem Ihrer Aufsicht unterstehenden Gebiet zu erstatten. Der Bericht hat sich auf das gesamte politische, kulturelle und nicht zuletzt wirtschaftspolitische Geschehen in der Minderheit zu erstrecken. Zur Berichterstattung weise ich insbesondere darauf hin, daß das zahlenmäßige Anwachsen oder Nachlassen der Minderheit genau zu beobachten ist; hierbei ist dem Zuströmen marxistischer Elemente größte Aufmerksamkeit zu schenken. Landankäufe durch Minderheitsangehörige oder -organisationen sind festzustellen und, soweit möglich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Auch ist dem Aufkommen einer polnischen Intelligenzschicht besondere Beachtung zu schenken.

Die in besonders wichtigen Fällen bisher schon erstatteten Ereignismeldungen werden durch diesen Erlaß nicht berührt.

In Vertretung:

gez. Dr. Flottmann

300

3.8.1936: Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Vorgehen gegen polnische Jugendorganisationen
3 VIII 1936r.: Prezydent rejencji w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Postępowanie wobec polskich organizacji młodzieżowych

BA Potsdam, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 49.01, Nr. 5119 (Abschrift).

Das öffentliche Auftreten der polnischen Minderheit hat in letzter Zeit ein Ausmaß angenommen, das wegen seiner Rückwirkung auf weite Kreise der gemischtsprachigen Bevölkerung in dieser Form m. E. nicht mehr zugelassen bleiben kann. Ist schon an und für sich die Tätigkeit der Minderheitsorganisationen in ihrer Tendenz ständig zunehmend, so sind die Formen, in denen diese sich abspielt, dank des loyalen Entgegenkommens der deutschen Behörden auf Grund des Freundschaftspakts allmählich reichlich betont und ungeniert geworden. Aus der Fülle der sich tagtäglich abspielenden Vorkommnisse greife ich nur einige wenige, besonders aufschlußreiche heraus:

In den Sommermonaten finden in vermehrtem Umfang die sogen. „Lager" der polnischen Pfadfinderjugend statt. Diese Lager werden gewöhnlich auf dem Grundstück eines Gesinnungsgenossen in einer Umgebung mit möglichst starker minderheitsfreundlicher Bevölkerung aufgeschlagen und wirken dort vermöge ihrer – übertriebenen – Ausstattung und ihrer propagandistischen Aufmachung (weithin sichtbare Lagerzeichen, nächtliche Lagerfeuer, Chorgesang, Werbemärsche in die Umgebung usw.) erheblich auf die benachbarte Bevölkerung, die schon aus Neugier zahlreich zu den Lagerabenden hinströmt. Solche Lager bestehen z. Zt. in Budzisk (Ratiborhammer II), Kr. Ratibor (35 Köpfe), Rudweiler, Kr. Ratibor, und Friedenau, Kr. Kosel (weibl. Lager; 14 Köpfe).

In ähnlich betonter Form vollzieht sich das Auftreten der Lehrer- und Schülerschaft des polnischen Gymnasiums in Beuthen. Bei ihren zahlreichen, propagandistischen Zwecken dienenden Ausflügen in die nähere Umgebung werden stets polnische Lieder gesungen; das geschieht beinahe täglich, weil die Ausmärsche meist nach der Spielwiese in Städtisch-Dombrowa erfolgen. Mit besonderer Vorliebe beginnt der Gesang der Marschlieder immer kurz vor dem Ehrenmal für die in Karf während des Aufstandes 1921 ermordeten Landjäger. Ein großer Teil der Schüler trägt dabei polnische Pfadfinderuniform. Dies hat schon böses Blut bei der Bevölkerung gemacht. Auch sind Drohungen und Schimpfworte gefallen. Zwischenfälle haben sich jedoch nicht ereignet.

Selbst die Gedenkfeiern der Minderheit zu Ehren des Marschalls Pilsudski sind in ungewöhnlicher Aufmachung vor sich gegangen. So hat man hier in Oppeln anläßlich der Vorführung des Pilsudski-Films das Kinotheater feierlich mit Kerzen, Fahnen, Büste des Marschalls und Altar ausgeschmückt und uniformierte polnische Pfadfinderjugend als Ehrenwache aufgestellt. Nach meinen Erkundigungen beim Deutschen Generalkonsulat in Kattowitz ist der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien die Ausschmückung von Vorstellungsräumen u. ä. mit reichsdeutschen Farben und Symbolen unter keinen Umständen gestattet. Gegen den Deutschen Gruß wird mit Polizeistrafen eingeschritten. Sogar der reichsdeutschen Bevölkerung sind solche Äußerungen untersagt. Während die hiesige Minderheit ihr Minderheitszeichen „Rodlo" (Weichsellauf mit Krönungsstadt Krakau) unbeanstandet tragen kann, ist es der deutschen Minderheit in Polen nicht gestattet, ein gemeinsames, auf das deutsche Volkstum hindeutendes Abzeichen zu tragen. Ebenso ist der Minderheit verboten, in einheitlicher Kleidung (Uniform) aufzutreten.

Ist die Frage der Gegenseitigkeit in der Behandlung der Minderheiten mehr eine Frage allgemein-politischer, grundsätzlicher Natur, so führt das betonte Auftreten der Minderheit, insbesondere ihrer Jugendorganisationen, in meinem Bezirk aus verschiedenen Gründen zwangsläufig zu unmittelbaren, nicht zu übersehenden Schwierigkeiten innerer Staatspraxis:

Mein Bezirk weist neben einer beispielslosen kirchlichen Hörigkeit der meist gemischtsprachigen Landbevölkerung einen verhältnismäßig hohen Stand des kirchlichen Organisationslebens auf. Insbesondere ist die konfessionelle Jugend stark, wohl organisiert und aus der Systemzeit her mit Heimen usw. reichlich versehen. Naturgemäß entwickelt sie einen lebhaften Drang zur Betätigung in der Öffentlichkeit. Diese ist ihr aber so gut wie gänzlich verwehrt. Demgegenüber steht die völlige Bewegungsfreiheit der Minderheitsjugend, die sich täglich vor ihren Augen abspielt. Das muß neben einer verständlichen Verbitterung langsam dazu führen, daß die aus Gründen häuslicher oder kirchlicher Beeinflussung nicht zur Staatsjugend tretenden Jugendlichen sich mehr und mehr zu der Minderheitsjugend hinwenden, gegen die zumeist häusliche und kirchliche Bedenken nicht geäußert werden, und die zudem in den Augen der Jugendlichen den Vorzug völliger Bewegungsfreiheit hat. In welchem Umfang diese Beweggründe bei der vorerst langsamen Zunahme der Minderheitsjugend mitsprechen, läßt sich zahlenmäßig noch nicht angeben. Ich betrachte jedoch diese Möglichkeit als die ernsteste Folge eines allzu ungenierten Auftretens der Minderheitsorganisationen. Infolgedessen habe ich mich für verpflichtet gehalten, diese Gefahr rechtzeitig aufzuzeigen und um Abhilfe zu bitten.

Da die wie vor dargelegten besonderen Gründe sich außerhalb des oberschlesischen Grenzraums ähnlich kaum vorfinden bzw. eine allgemeine, einschränkende Anordnung wohl nicht zu erwarten ist, müßte es vorerst genügen, wenn ich ermächtigt würde, die im Einzelfall erforderlich erscheinenden Einschränkungen im jeweiligen örtlichen Rahmen durch die zuständige Polizeibehörde zu veranlassen. Dabei werde ich mich auf Maßnahmen gegen das Überhandnehmen des geschlossenen Auftretens Jugendlicher im Sinne meiner Berichtsausführungen beschränken. Ohne dortige Ermächtigung halte ich mich aber mit Rücksicht auf das bestehende deutsch-polnische Abkommen auch zu beschränkten Maßnahmen im Einzelfalle für nicht befugt.

Unterschrift.

301

27.9.1936: Der Oberpräsident in Oppeln an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern. Interpretation der Volkszählung von 1933

27 IX 1936r.: Naczelny prezydent w Oppeln do ministra spraw wewnętrznych Rzeszy i Prus. Interpretacja spisu ludności z 1933r.

BA Potsdam, Deutsche Stiftung, 61 Sti 1, Nr. 998 (Abschrift).

Die Volkszählung vom 16. Juni 1933 hat ergeben, daß rund 11 000 Personen die polnische Sprache, d. h. die hochpolnische Sprache als Muttersprache angegeben haben. Daneben haben etwa 80 000 Personen Deutsch und Polnisch als Muttersprache bezeichnet [vgl. die anderslautenden Zahlen in Tab. S. XX]. Nach den ergangenen Weisungen sollte als Muttersprache Polnisch nur dann angegeben werden, wenn die betreffenden Personen hochpolnisch sprechen konnten. Es wird angenommen, daß bei den 80 000 Personen, die Deutsch und Polnisch als Muttersprache angegeben haben, diese Bestimmung nicht hinreichend beachtet worden ist. Seitens der Regierung und der Landräte

sind die Zählpersonen eingehend in dieser Richtung unterrichtet worden. Es muß daher angenommen werden, daß bei der Ausfüllung der Zähllisten hierauf auch geachtet worden ist. Auf der anderen Seite werden eine große Anzahl der Personen, die gezählt worden sind, den Unterschied nicht hinreichend erfaßt haben, so daß die Eintragungen häufig nicht der Wirklichkeit entsprochen haben werden. Im übrigen hat die polnische Presse in immer wiederkehrenden Artikeln darauf hingewiesen, daß die Unterscheidung zwischen Hochpolnisch, Wasserpolnisch und Oberschlesisch-Polnisch nicht berechtigt sei, und die Angehörigen der polnischen Minderheit aufgefordert, bei der Volkszählung strikt anzugeben, daß ihre Muttersprache Polnisch sei. In einzelnen Fällen hat sich nicht erweisen lassen, ob die polnische Pressebeeinflussung dazu beigetragen hat, die hohe Zahl von 80000 Personen zu bestimmen, dieser Aufforderung nachzukommen.

Eine Nachprüfung durch die Landratsämter habe ich mit Rücksicht darauf, daß die Minderheitsbeschwerde über die Volkszählung 1933 bei der Gemischten Kommission schwebte, nicht vornehmen lassen können, da die Landratsämter diese Prüfung nur durch Befragung der amtlichen Zähler hätten vornehmen können, was voraussichtlich Anlaß zu einer erneuten Beschwerde gegeben hätte.

Ein klares Bild darüber, welche und wieviele Personen sich insgesamt zur polnischen Minderheit bekennen, ist aus dem Bekenntnis zur Muttersprache nicht herzuleiten, da insbesondere ältere Personen, wie bekannt ist, zwar nur die polnische Sprache, sei es Hochpolnisch oder Oberschlesisch-Polnisch, beherrschen, sich trotzdem aber zum deutschen Volkstum bekennen. Auf der anderen Seite haben Beispiele gelehrt, daß auch Personen, die nur Deutsch oder auch Deutsch und Oberschlesisch-Polnisch als Muttersprache angegeben haben, sich aus irgendwelchen Erwägungen, meist Nützlichkeitserwägungen, zum polnischen Volkstum bekennen. Die Zahl der sich zum polnischen Volkstum bekennenden Personen läßt sich daher nur schätzen. M. E. kann man im Höchstfalle 80000 Einwohner Oberschlesiens als zum polnischen Volkstum gehörig annehmen. Wenn in der polnischen Presse für Oberschlesien 750–800 Tausend Personen oder sogar noch mehr als Angehörige der polnischen Minderheit bezeichnet werden, ist dies eine wissentlich falsche Angabe, lediglich um nachzuweisen, daß Oberschlesien ein polnisches Land ist. Die polnische Minderheit, die dies immer wieder vorbringt, legt ihren Erwägungen zugrunde, daß alle diejenigen Personen, die polnische Namen tragen, auch polnischen Volkstums sein müßten. Daß diese Annahme unrichtig ist, bedarf keiner besonderen Beweisführung. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß auch in Polen eine große Anzahl von Personen rein deutsche Namen tragen, aber zweifellos Polen sind. Das Ergebnis der Volkszählung kann, wenn man auch polnisch und oberschlesisch-polnisch sprechende Personen zusammen nimmt, immerhin noch als günstig bezeichnet werden. Eine Veröffentlichung der Gesamtzahl dürfte sogar mit Rücksicht darauf angezeigt sein, daß hierdurch der polnischen These der 750–800000 polnischen Volkstumsangehörigen in Oberschlesien wirksam entgegengetreten werden könnte.

Im Auftrage:
gez. Rühl

302

14.1.1937: Staatspolizeistelle Oppeln an den Landrat ebendort. Beurteilung des Bürgermeisters von Poppelau, Andreas Bautsch, in nationaler Hinsicht
14 I 1937r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do landrata w miejscu. Opinia o Andreasie Bautsch, burmistrzu wsi Poppelau pod względem narodowym

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 98

Nach vertraulicher Mitteilung zuverlässiger Vertrauenspersonen in Alt Poppelau, Kreis Oppeln, war der jetzige Bürgermeister von Poppelau, Andreas Bautsch, in der Abstimmungszeit als offener Pole bekannt. Die Eltern der Ehefrau des Bautsch waren gleichfalls Großpolen. Die in der Abstimmungszeit bereits erwachsenen Töchter des Bürgermeisters Bautsch verkehrten in der Besatzungszeit fast ausschließlich nur mit französischen Offizieren, die sie in Kraftwagen nach Oppeln abholten.

Bautsch verkehrt freundschaftlich mit dem gleichfalls als polnisch gesinnt verdächtigen Josef Girok in Alt Poppelau. Auch werden Vermutungen erhoben, daß er in versteckter Weise Beziehungen zu dem bekannten polnischen Agitator Paul Barczyk in Poppelau unterhält. Die innere Verbundenheit der ehemaligen Polen kommt immer wieder zum Vorschein. Gelingt es einem alten Polen, eine maßgebende Stellung zu bekleiden, dann erblickt er seine Hauptpflicht darin, seine ehemaligen Gesinnungsgenossen in jeder Weise in Schutz zu nehmen.

Ich bitte um Mitteilung, was dort über Bautsch bekannt ist, gegebenenfalls, was ohne Verletzung des Minderheitenrechts gegen Bautsch veranlaßt wird.

Im Auftrage
gez. Gebhardtsbauer

303

14.3.1937: Der Oberpräsident in Breslau an die Landräte, Oberbürgermeister, den Polizeipräsidenten in Gleiwitz sowie den Polizeidirektor und die Staatspolizeistelle in Oppeln. Berichterstattung über die polnische Minderheit
14 III 1937r.: Naczelny prezydent w Breslau do landratów, nadburmistrzów, dyrektora policji i placówki policji państwowej w Oppeln. Sposób sporządzania sprawozdań o stanie mniejszości polskiej

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. I/1926 (Abschrift).

Nachdem ich festgestellt habe, daß nunmehr bei den Landräten und Oberbürgermeistern und den sonstigen zur Erstattung von Lageberichten verpflichteten Stellen das richtige Verständnis zur Polenfrage vorhanden ist, und durchweg klare Linien in der Eindämmung unzulässiger Bestrebungen der polnischen Minderheit zu erkennen sind, habe ich keine Bedenken, ab 1.4.1937 die Berichtszeit auf jeweils 2 Monate zu verlängern. Ich erwarte jedoch, daß hierdurch die endlich erreichte Aktivität nicht nachlassen wird. Sollte es doch geschehen, so wäre ich zu meinem Bedauern gezwungen, die monatliche Berichterstattung wieder einzuführen. Der größere Berichtszeitraum darf auch nicht dazu führen, daß nunmehr wieder in allgemeiner Form berichtet wird. Der Wert der Lageberichte liegt gerade neben dem Hinweis auf die grundsätzlichen Tendenzen der Polenbewegung in der Anführung zahlreicher beweiskräftiger Einzelheiten. Die von jetzt ab zu erstattenden Lageberichte dürften deshalb eine entsprechend größere Länge aufweisen.

Um in Zukunft eine noch straffere Einheitlichkeit der Berichterstattung herbeizuführen, bitte ich, die Berichte in folgende Abschnitte einzuteilen:

I) Allgemeines politisches Verhalten (d. h. allgemeine Beobachtungen aller Art, z. B. Einwirkung größerer außerpolitischer Ereignisse),

II) Wirtschaftsleben (Beobachtungen über die Genossenschaften, ihre Mitgliederbewegung und Umsatztätigkeit, Beobachtungen über die Grundstücksbewegung aus deutscher in polnische Hand und umgekehrt, Bautätigkeit, Konzessionen u. a. m.),

III) Kulturelles Leben (z. B. Sprachkurse, Volkshochschulkurse, Minderheitschulwesen, Presse, Theater, Filme, religiöse Veranstaltungen, Geistliche, Wallfahrten),

IV) Aufkommen einer polnischen Intelligenzschicht (z. B. Beobachtungen über die Auswirkungen des Beuthener polnischen Gymnasiums, insbesondere Entwicklung der Schüler und Studenten, Niederlassung von Ärzten, Rechtsanwälten, Angestellten von Genossenschaften u. ähnl.),

V) Anwachsen oder Nachlassen der Minderheit (auch hier möglichst greifbare Einzelheiten).

Bei der Berichterstattung ist auf Ziffer II und IV besonders große Sorgfalt zu verwenden.

In Vertretung

gez. Dr. Flottmann

304

22.5.1937: Staatspolizeistelle Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Katholische Geistliche, die sich zur polnischen Minderheit bekennen oder mit ihr sympathisieren

22 V 1937r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Duchowni katoliccy przyznający się do mniejszości polskiej lub sympatyzujący z nią

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 86 (Abschrift).

1.) Karl Koziolek, Pfarrer (Komorant), geboren am 1.3.1856 in Ottmuth, Kreis Groß Strehlitz, wohnhaft dortselbst, ehemaliger Vorsitzender des Landesverbandes I des Polenbundes in Deutschland. In dieser Eigenschaft war er, wie bekannt, einer der eifrigsten Agitatoren in der polnischen Minderheitenbewegung. Nach Rücktritt vom Pfarramt in Gershain, Kreis Neustadt O/S, hat er sich auch vollständig vom politischen Leben zurückgezogen.

2.) Johannes Melz, Pfarrer, geboren am 24.6.1884 in Tworkau, Kreis Ratibor, wohnhaft in Alt Cosel, Kreis Cosel. Melz ist als alter Vorkämpfer der polnischen Minderheitenbewegung bekannt. Zu den führenden Persönlichkeiten dieser Bewegung unterhält er laufend Beziehung. Besonders ist er als Verfechter der polnischen Sprache bekannt. Deutsche Gottesdienste hält er nur, wenn diese ausdrücklich bestellt werden. Deutsche Predigten lehnt er grundsätzlich mit der Begründung ab, daß ihm niemand zuhöre. Er erklärt, daß die Kirchenbesucher schlafen, wenn er deutsch predige. Melz vertritt den Standpunkt, daß jeder, der einen polnischen Namen führt, polnischer Abstammung sei und sich daher auch der polnischen Muttersprache bedienen müsse. Er ist Vorstandsmitglied des polnischen Vereins „Bursa Polska" – polnisches Internat. Im November 1932 beteiligte er sich an der Eröffnungsfeier des Privatgymnasiums mit polnischer Unterrichtssprache in Beuthen O/S. Im gleichen Jahre hielt er auch im Rahmen der damals eröffneten polnischen Volkshochschule Vorträge. Melz hat seine Pfarrgemeinde

von der Kanzel aus aufgefordert, an der polnischen Muttersprache festzuhalten, da der Führer und Reichskanzler dem polnischen Volkstum freie Betätigung zugesichert habe. Gelegentlich von Beerdigungen weigerte er sich, die Trauerfeier in deutscher Sprache abzuhalten.

3.) Franz Melzer, Pfarrer, geboren am 3.1.1882 in Dembio, Kreis Cosel, wohnhaft in Ratibor-Studen, Kreis Ratibor. Melzer bekennt sich zur polnischen Minderheit. Er nimmt regen Anteil am polnischen Volkstum und hält fast ausschließlich nur polnische Gottesdienste ab. Deutsche Gottesdienste werden von Melzer nur auf ausdrückliches Verlangen abgehalten. Er förderte die polnischen Interessen, wo er nur kann. In seinem Bezirk besteht aus diesem Grund auch nicht ein einziger deutscher kirchlicher Verein. Die Maßnahmen der Regierung kritisiert er in versteckter Form und geht dabei so gerissen zu Werke, daß ihm schwer beizukommen ist.

4.) Josef Patas, Pfarrer, geboren am 17.3.1870 in Nieder-Marklowitz, wohnhaft in Makau, Kreis Ratibor. Patas ist hier als Verfechter der polnischen Interessen bekannt. Trotzdem er nicht Mitglied des Polenbundes ist, wird ihm doch nachgesagt, daß er sich am Polenaufstand aktiv beteiligt hat. Für die deutschen Belange hat Patas nichts übrig. Er liest eine polnische Messe für die Polen viel lieber unentgeltlich, als eine deutsche Messe gegen Bezahlung.

5.) Paul Kubis, Pfarrer, geboren am 10.1.1903 in Kunzendorf, Kreis Kreuzburg, wohnhaft in Hohenkirch, Kreis Groß Strehlitz. Kubis sympathisiert mit der polnischen Minderheit und pflegt mit dem als polnischgesinnt bekannten Pfarrer Netter aus Niederkirch, Kreis Groß Strehlitz, innigen Verkehr. Während des Religionsunterrichts hat er polnische Lehr- und Gebetbücher verteilt, um die Kinder für den polnischen Unterricht zu gewinnen. In einer Vernehmung durch das Erzbischöfliche General-Vikariat verwahrt sich Kubis dagegen, daß er Kinder veranlaßt habe, den polnischen Beichtunterricht zu besuchen. Er habe es auch niemals unternommen, Kinder in irgend einer Weise zu beeinflussen. Kubis will sich in der Zeit, als er Kaplan von Hohenkirch war, streng an die Weisungen seines Pfarrers, des Prälaten Glawatzki, gehalten haben, wonach allen Kindern im Unterricht zunächst eine halbe Stunde lang in polnischer Sprache, und nach einer Pause denselben Kindern eine halbe Stunde lang Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen war.

6.) Georg Polak, Pfarrer, geboren am 24.4.1884 in Zabelkau, Kreis Ratibor, wohnhaft in Alt Rosenberg, Kreis Rosenberg O/S. Polak ist seit jeher als polenfreundlich bekannt und beeinflußt seine Parochie in diesem Sinne. Vor der nationalsozialistischen Erhebung hat er es dem Kriegerverein nicht gestattet, die Vereinsfahne in die Kirche hineinzunehmen. Mit den führenden Personen der polnischen Minderheitenbewegung im Kreis Rosenberg steht er in ständigem Verkehr.

7.) Johannes Knopp, Pfarrer, geboren am 3.6.1877 in Zalesche, Kreis Groß Strehlitz, wohnhaft in Walzen, Kreis Neustadt O/S. Knopp ist als polnischgesinnt bekannt. Seine polnische Gesinnung hat er früher verschiedentlich mehrfach zum Ausdruck gebracht. Vertraulichen Mitteilungen zufolge ist er Vertrauensmann der Kreisgruppe des Polenbundes im Kreise Neustadt O/S.

8.) Otto Pfleger, Pfarrer, geboren am 24.8.1871, in Schonowitz, Kreis Ratibor, wohnhaft in Herrenkirchen, Kreis Ratibor. Pfleger ist als Verfechter der polnischen Minderheitenbewegung von jeher bekannt. Da er nur für die Abhaltung polnischer Gottesdienste zu haben ist und den Kindern den Religionsunterricht nur in polnischer Sprache erteilen möchte, untermauert er mit seinem Verhalten die Bestrebungen der Polen.

9.) Johannes Ploch, Pfarrer, geboren am 4.3.1886 in Sudoll, Kreis Ratibor, wohnhaft in Wellendorf, Kreis Ratibor. Ploch ist durch seine polenfreundliche Einstellung mehrfach in Erscheinung getreten. Er fördert die Bestrebungen der polnischen Minderheitenbewegung in jeder Beziehung und verkehrt nur in Kreisen dieser Bewegung. Die Gottesdienste führt er fast ausschließlich in polnischer Sprache durch, trotzdem die Gemeinde Wellendorf zu 75 %, also überwiegend, deutsch ist. Ansuchen um Änderung hat er abgelehnt mit der Begründung, er wolle nichts Neues einführen, im übrigen werde er die Messe so abhalten, wie es ihm gefalle. Ich darf auf meinen Bericht II²-71¹² f/V/90 vom 20.10.1936 hinweisen. Die in diesem Bericht geschilderten Tatsachen treffen auch heute noch zu.

10.) Johannes Netter, Pfarrer, geboren am 25.4.1873 in Zabrze-Ellguth, wohnhaft in Niederkirch, Kreis Groß Strehlitz. Netter unterstützt und fördert die polnische Minderheitenbewegung in jeder Beziehung. Trotzdem genügend Kinder vorhanden waren, weigerte er sich bis noch vor kurzem, diesen den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Netter ist vom Erzbischöflichen Generalvikariat in Breslau mehrfach gehört und darauf hingewiesen worden, daß er Unterricht in jener Sprache zu erteilen habe, in der die Eltern der Kinder es wünschen. Ferner ist festgestellt worden, daß Netter mit dem Leiter der Bank „Ludowy" in Groß-Strehlitz, Johann Rüchel, viel verkehrt.

11.) Karl Knosalla, Pfarrer, geboren am 21.1.1902 in Zelasno, Kreis Oppeln, wohnhaft in Dambrau, Kreis Falkenberg. Knosalla war Präses der polnischen Marianischen Kongretation in Hindenburg, deren enger Anschluß an den Bund der Polen Beweis dafür ist, daß sich eine tatkräftige Mitarbeit in dieser Organisation als eine Unterstützung der polnischen Belange darstellen muß. Ganz abgesehen davon, ist Knosalla laut vertraulichen Angaben noch heute Mitglied des Kulturaufklärungsausschusses des Bundes der Polen, Teilverband I. An Veranstaltungen der polnischen Minderheit hat Knosalla stets teilgenommen, trotzdem dies nicht mit seiner sogenannten seelsorgerischen Tätigkeit zu tun hatte. Mit den führenden Persönlichkeiten des Polenbundes steht Knosalla noch heute im Verkehr.

12.) Marian Przechowski, Pfarrer, geboren am 25.5.1890 in Danzig, wohnhaft in Deutsch-Müllmen, Kreis Neustadt O/S. Przechowski hat sich Schulkindern gegenüber geäußert, daß für die Oberschlesier die polnische Sprache die Muttersprache sei. Bezüglich der Abhaltung der Gottesdienste bevorzugt er die polnische Bevölkerung. Wenngleich Przechowski es bis jetzt verstanden hat, seine politische Einstellung zu verschleiern, so muß doch angenommen werden, daß er zumindest mit der polnischen Minderheit sympathisiert.

13.) Thomas Loch, Pfarrer, geboren am 3.3.1875 in Hitlersee, Kreis Oppeln, wohnhaft in Autischkau, Kreis Cosel O/S. Loch ist seit längerer Zeit als Anhänger der polnischen Minderheit bekannt. Die Vermehrung deutscher Gottesdienste lehnt er ab. Am 9.11.1935 hat Loch die Kirchen- und Pfarrgebäude nicht beflaggt und wurde deshalb gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet. Vor der Machtübernahme hat er in Autischkau eine zweite Zentrumspartei für die polnischsprechenden bzw. polnischgesinnten Personen gegründet.

14.) Hugo Hanke, Pfarrer, geboren am 18.7.1872 in Neisse, wohnhaft in Groß-Nimsdorf, Kreis Cosel O/S. Hanke bekennt sich zur polnischen Minderheit. Den polnischen Gottesdiensten gibt er nach wie vor den Vorzug, trotzdem die dortige Gemeinde zu 85 % deutsch eingestellt ist.

15.) Dr. Anton Korczok, Pfarrer, geboren am 1.6.1891 in Ratibor, wohnhaft in Gleiwitz-Oehringen. Korczok war Kaplan in der Pfarrei St. Franziskus in Hindenburg. Dort ist er als besonderer Förderer der polnischen Belange bekannt geworden. Nachdem er zum Pfarrer in Gleiwitz-Oehringen ernannt worden war, hat dortselbst die polnische Gesangsvereinsbewegung dank seiner Unterstützung Fuß fassen können. In einem im Jahre 1932 in der polnischen Presse erschienenen Artikel wurde Dr. Korczok als Leiter des von den Polen angestrebten oberschlesischen Theologen-Seminars genannt.

16.) Karl Wojcechowski, Pfarrer, geboren am 8.8.1884 in Ratibor, wohnhaft in Reinschdorf, Kreis Cosel. Wojcechowski ist für eine Vermehrung der polnischen Gottesdienste eingetreten. Selbst gegen den Willen der Personen, die deutsche Messen bestellten, wurden diese von Wojcechowski in polnischer Sprache abgehalten. Darüber hinaus versuchte Wojcechowski, Kinder für den polnischen Kommunionunterricht zu gewinnen. Ferner bemühte er sich, eine polnische Marianische Kongregation in Reinschdorf zu gründen. Am 26.9.1936 erschien in der Nr. 266 des Oberschlesischen Wanderers – vereinigt mit der Deutschen Ostfront – eine Danksagung, in der die Hinterbliebenen betonen, daß Pfarrer Wojcechowski bei der Grabrede nicht ihrem Wunsche entsprochen habe, allen Teilnehmern, insbesondere den Vereinen, den herzlichsten Dank in deutscher Sprache auszusprechen. Das Verhalten des Wojcechowski läßt erkennen, daß er dem nationalsozialistischen Staate in jeder Beziehung ablehnend gegenübersteht.

17.) Josef Madeja, Kaplan, geboren am 11.6.1907 in Beuthen O/S, wohnhaft in Hindenburg. Madeja war der Betreuer der polnisch-kirchlichen Vereine bei der St. Andreaskirche in Hindenburg. Gelegentlich von Veranstaltungen hat er auch bei nationalpolnischen Vereinen Ansprachen gehalten und zum besseren Besuch der polnischen Gesangstunden aufgefordert. Die Bestrebungen des BDO zur Vermehrung deutscher Gottesdienste hat Madeja am 31.1.1937 in der St. Matthiaskirche in Mathesdorf vor den polnischen Kirchenbesuchern lächerlich gemacht. Aus diesem Verhalten geht unzweideutig hervor, daß Madeja das Polentum stützt.

18.) Richard Skrobek, Kaplan, geboren am 8.3.1904 in Borislawitz, Kreis Cosel O/S, wohnhaft in Branitz, Kreis Leobschütz. Skrobek war bis zum 31.10.1936 bei der Pfarrgemeinde St. Antonius in Gleiwitz-Richtersdorf als Kaplan tätig. Als solcher hat er den Mitgliedern der polnischen Marianischen Kongregation Gesangsunterricht erteilt und mit den führenden Persönlichkeiten der polnischen Minderheitenbewegung verkehrt. Schon oft hat er an Veranstaltungen der polnischen Minderheitenbewegung teilgenommen, so zuletzt Anfang April 1937 an Feiern „Der Väter Glauben" in Bachweiler, Gammau und Ratibor, bei denen er Ansprachen hielt. In seinen Ausführungen trat er stark für die Rechte der polnischen Minderheit ein und umschrieb fortgesetzt den Schlußsatz des polnischen Kampfliedes „Wir halten aus und werden siegen". Skrobek führte ein den Priesterstand entwürdigendes Leben. Er wurde aus diesem Grunde in der Heil- und Pflegeanstalt in Branitz, Kreis Leobschütz, untergebracht. Er kam dortselbst am 6.12.1936 zur polizeilichen Anmeldung.

19.) Alfred Drzyzga, Pfarrer, geboren am 18.1.1874 in Alt Schalkowitz, Kreis Oppeln, wohnhaft in Schomberg, Kreis Beuthen O/S. Drzyzga war während des Aufstandes und der Abstimmungszeit polnisch eingestellt. Dadurch, daß er die polnisch-kirchlichen Vereine fördert, ist anzunehmen, daß er noch heute polnischgesinnt ist.

20.) Hubert Jordan, Kaplan, geboren am 8.6.1904 in Kuchelna (Hultschiner Ländchen), wohnhaft in Breitenmarkt, jetzt in Krappitz. Bei Beginn seiner Amtszeit im Mai 1936 in Schirokau, hat das Verhalten des Jordan den Eindruck erweckt, daß er

polnischgesinnt sei. In einer seiner Predigten hat er zum Besuch der polnischen Maiandacht aufgefordert. Ferner hat er an der Hochzeitsfeier eines Polenführers teilgenommen. Da sein Verhalten zu Ärgernis Anlaß gab, hat er sich in der Letztzeit sehr zurückhaltend benommen.

21.) Theodor Kosytorz, Kaplan, geboren am 4.11.1903 in Sorowski, Kreis Guttentag, wohnhaft in Beuthen O/S. Kosytorz setzt sich ganz besonders für die Abhaltung polnischer Gottesdienste ein. U.a. heißt es, daß in der Hyazinthkirche in Beuthen das Polentum ganz besonders gefördert wird, und dies auf das Verhalten des Kosytorz zurückzuführen ist. Die polnischen Vereine bzw. die polnische Minderheit hat bis jetzt bei allen größeren Anlässen ihre Gottesdienste in dieser Kirche abgehalten. Kosytorz trägt viel Schuld an der Polonisierung der Kirchengemeinde St. Hyazinth.

22.) Alfons Schiwon, Pfarrer, geboren am 6.8.1889 in Mosurau, Kreis Ratibor, wohnhaft in Lubowitz, Kreis Ratibor. Schiwon ist polnisch und in gewissem Sinne auch staatsfeindlich eingestellt. Vorwiegend vertritt er polnische Belange und gibt auch der polnischen Sprache sowie den polnischen Gottesdiensten den Vorzug. Die wöchentliche Bekanntmachung der Gottesdienstordnung fertigt er nur in polnischer Sprache aus, obwohl die in Frage kommenden Formulare auch Vordrucke in deutscher Sprache enthalten. Die deutschsprechenden Parochianen haben daher auch keine Möglichkeit, diese Bekanntmachungen zu verstehen, wenn sie nicht auch die polnische Sprache beherrschen. Schiwon hat dazu beigtragen, daß sich der Kirchenvorstand in Lubowitz aus 13 polnischgesinnten und nur 1 deutschgesinnten Parochianen zusammensetzt. Auf deutsche Belange nimmt Schiwon keine Rücksicht, und gibt sich nicht die geringste Mühe, sie zu unterstützen. Er zieht sich von allem zurück, was von deutschem Wesen zeugt. Durch sein staatsfeindliches Verhalten hat Schiwon wiederholt Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Stützpunktleiter Maniura gegeben.

23.) Wilhelm Egon Zur, Pfarrer, geboren am 5.4.1878 in Lipine – Ostoberschlesien – wohnhaft in Kerpen, Kreis Neustadt O/S. Zur drohte an, der Regierung zu berichten, daß er, falls weiterhin für die Abhaltung deutscher Schulmessen wenig Interesse gezeigt werde, polnische Gottesdienste abzuhalten [beabsichtige]. In der polnischen Minderheitenbewegung ist Zur bis jetzt nicht in Erscheinung getreten.

24.) Johann von Styp-Rekowski, Pfarrer, geboren am 14.12.1902 in Platenheim, wohnhaft zur Zeit in Berlin (zuletzt Beuthen). Styp-Rekowski entstammt einer fanatisch polnischen Familie. Er war Religionslehrer am Privatgymnasium mit polnischer Unterrichtssprache in Beuthen O/S. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des polnisch-katholischen Schulvereins in Deutschland ist er zur Zeit in Berlin aufhaltsam. Während seines Aufenthalts im hiesigen Dienstbezirk war er bei allen größeren Veranstaltungen der polnischen Minderheitenbewegung vertreten und hielt Propagandareden.

25.) Dr. Grzondziel, Pfarrer, geboren am 26.7.1897 in Kattowitz, wohnhaft in Breslau-Carlowitz. Grzondziel war vom 6.7.1931 bis zum 9.5.1935 bei der Pfarrgemeinde St. Antonius in Gleiwitz-Richtersdorf als Pfarrer tätig. Seitens der deutschen Parochianen wurde ihm polnische Gesinnung nachgesagt, weil er den Kindern der polnischsprechenden Parochianen polnischen Unterricht erteilt hat, obwohl sein Vorgänger dies abgelehnt hatte. Auch Grzondziel hat diesen Unterricht später fallen lassen. Da Grzondziel von den polnischsprechenden Parochianen in Rosenberg als Nachfolger des polnischgesinnten Pfarrers Strybny vorgeschlagen wurde, muß angenommen werden,

daß er mit dem polnischen Volksteil sympathisiert. Grzondziel ist jetzt Spiritual einer religiösen Anstalt und nicht mehr in der freien Seelsorge tätig.

Der Leiter:

gez. Dr. Schaefer

305

12.9.1938: Staatspolizeistelle Oppeln an das Geheime Staatspolizeiamt. Festnahme des Arbeiters Roman Golenia aus Beuthen (22.8.1938)

12 IX 1938r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do urzędu tajnej policji państwowej. Aresztowanie robotnika Romana Goleni pochodzącego z Beuthen (22 VIII 1938r.)

IfGA-ZPA Berlin, Reichssicherheitshauptamt, PSt 3, Nr. 230 (Abschrift).

Am 22.8.38 wurde in Beuthen der Arbeiter Roman Golenia, geb. am 1.1.1899 in Beuthen, deutscher Reichsangehöriger, verheiratet, gottlos, wohnhaft in Beuthen, Roßbergstr. 3, festgenommen, weil er den Führer in der gemeinsten Weise beleidigt hat und Rotspanien und Rußland verherrlichte. Er wurde dem Amtsgericht in Beuthen zugeführt, das gegen ihn Haftbefehl erlassen hat.

Golenia war vor der Machtübernahme Mitglied der KPD und gehörte auch dem Bunde der Freunde der Sowjetunion an. Später betätigte er sich als eifriger Anarchosyndikalist. Vom 23.3.33 bis 30.4.33 befand er sich in Beuthen in Schutzhaft. Heute bekennt sich Golenia zur polnischen Minderheit und gehört dem Polenbund als Mitglied an.

Golenia hat auf seiner Arbeitsstelle im Kraftwerk Bobrek-Karf öffentlich geäußert, daß er Anarchosyndikalist sei und noch heute für die Freiheit kämpfe. Auch sei er bereit, sein Leben für seine Idee einzusetzen. Polen lobte er als Staat der Freiheit. Wörtlich erklärte er: „Die Nationalsozialisten sind die größten Schweine, die es nur geben kann. Ich werde mich nach Rotspanien freiwillig melden, um dort gegen Franco zu kämpfen und wenn ich dort einem Nationalsozialisten oder Faschisten begegne, werde ich denselben am lebendigen Leibe schneiden. Der Arbeiter in Sowjet-Rußland hat es bedeutend besser als der deutsche Arbeiter." Er sei auch mit der heutigen Regierung nicht zufrieden. Man bekomme in Deutschland nichts zu fressen, deshalb gehe er fast täglich über die Grenze nach Polen, um sich dort Lebensmittel zu holen. Anläßlich eines Gesprächs über den Führer bemerkte Golenia: „Wie kann man es in Deutschland überhaupt dulden, daß ein Ausländer, wie Adolf Hitler einer ist, regiert. In anderen Staaten hätte man ihn längst über den Haufen geknallt, aber in Deutschland nimmt man an, was gerade kommt." In der Kantine des Kraftwerks sagte er auf das Bild des Führers und des verstorbenen Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zeigend: „Die Pierones könnte ich mit dem Messer schneiden."

Anläßlich seiner Festnahme erklärte Golenia wiederholt: „Wenn ich festgenommen werde, dann werden dafür 100 Deutsche in Polen geknebelt und aus Polen ausgewiesen werden. Der Polenbund weiß Bescheid und wird dafür sorgen. Ich bekenne mich als früherer Selbstschutzkämpfer stolz zu Polen und werde auch, wenn es sein muß, für Polen kämpfen. Ich gehöre der polnischen Minderheit an und der polnische Staat wird mich in Schutz nehmen".

Durch seine öffentlichen gehässigen, hetzerischen und von niedriger Gesinnung zeugenden Äußerungen hat Golenia zu erkennen gegeben, daß er ein Staatsfeind übelster Sorte ist, der das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung untergräbt und die Volksgenossen im kommunistischen Sinne zu beeinflussen versucht. Ich beabsichtige daher, Golenia, falls der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben werden sollte, in Schutzhaft zu nehmen und bitte um die dortige Entscheidung.

Über den Ausgang des Strafverfahrens werde ich zu gegebener Zeit berichten. Ein Personalbogen nebst Lichtbild wird anliegend mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht.

Im Auftrage:
gez. Unterschrift.

306

Februar 1939: Staatspolizeistelle Oppeln an das Geheime Staatspolizeiamt. Tätigkeit des Sekretärs des Polenbundes, Franz Bartsch aus Gruden, Kreis Oppeln
Luty 1939r.: Placówka policji państwowej w Oppeln do urzędu tajnej policji państwowej. Działalność Franciszka Bartscha, sekretarza Związku Polaków ze wsi Gruden, pow. Oppeln

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96 (Abschrift)

Wie bereits an anderer Stelle berichtet wurde, ist durch die Verlegung der Geschäftsstelle des Verbandes polnischer Genossenschaften in Deutschland von Oppeln nach Breslau auch der Syndikus dieses Verbandes, Dr. Roman Rüchel, von Oppeln nach Breslau versetzt worden. Wie bekannt, betreute Rüchel seit 1933 die seitens des Teilverbandes I eingerichteten Rechtsberatungsstellen in Cosel, Ratibor, Rosenberg O/S, Guttentag, Groß Strehlitz, Gleiwitz und Beuthen O/S. In Verfolg dessen wurde Bartsch, der in Allenstein ähnliche Funktionen bekleidete, schon ab August 1938 mit der Leitung der polnischen Rechtsberatungsstellen vertraut gemacht, um nach dem Wegzug des Rüchel diese Betreuung selbständig zu übernehmen. Zur Zeit hält Bartsch sog. Rechtsberatungsstunden an jedem Dienstag in Cosel und Rosenberg O/S, an jedem Mittwoch in Groß Strehlitz, an jedem Donnerstag in Guttentag, Oberglogau und Ratibor und an jedem Freitag in Gleiwitz und Beuthen O/S ab.

Die Rechtsberatungsstunden werden nach Angaben einer zuverlässigen Vertrauensperson von Bartsch auch gleich dazu ausgenutzt, um werbend für die polnische Minderheitenbewegung tätig zu sein. Neben der Raterteilung in reinen Rechts- und Steuerangelegenheiten sowie Rentenangelegenheiten nimmt Bartsch Beschwerden aller Art entgegen. Ferner sammelt er Anträge der Eltern, die ihre Kinder in die polnischen höheren Lehranstalten in Beuthen O/S oder Marienwerder schicken wollen. Das Gleiche gilt von der eifrigen Werbung von Mitgliedern für den Bund der Polen, Teilverband 1, für die polnischen Jugendorganisationen und sonstigen Institutionen der polnischen Minderheitenbewegung.

Während seines hiesigen Aufenthalts ist Bartsch in der Versammlung der Kreisvereinigungen des Polenbundes im hiesigen Dienstbezirk als Redner aufgetreten. Bei öffentlichen Veranstaltungen der polnischen Minderheitenbewegung wie z. B. der 14-jährigen Bestehensfeier des polnisch-katholischen Jugendvereins in Gruden am 18. September 1938 sagte Bartsch u. a. : „Man hat mich gewaltsam aus meiner Heimat, dem Ermland, herausgeworfen. Ich kam nach Oberschlesien und habe hier nur gute Menschen kennengelernt. Wißt Ihr, warum ich gerade nach Gruden kam? Weil mir hier das Polentum am

besten gefällt, weil hier alle ‚Stange halten'. Darüber freue ich mich sehr. Wir müssen alle zusammenhalten und uns nicht unterkriegen lassen, denn nur so können wir unser Ziel erreichen. Ich werde Euch in Eurer Arbeit helfen, und ich denke, daß wir in einem Jahre die Zahl der wahrhaften Polen um unsere Standorte verdoppelt und verdreifacht haben werden."

In der am 2.11.1938 im Polenhaus in Beuthen O/S stattgefundenen Mitgliederversammlung des polnischen Frauenvereins „Kinga" sagte Bartsch u. a.: „Ich kam in Ostpreußen auf die Anklagebank, weil ich den dortigen Mitgliedern der polnischen Minderheit gesagt habe, Hitler sei nicht katholisch. Als ich angehalten wurde, meine Aussage zu widerrufen, erklärte ich, daß ich es tun werde, wenn mir die katholische Kirche bescheinigt, Hitler sei katholisch. Daraufhin bin ich als Sieger vom Gericht abgegangen." Auf das Buch „Mein Kampf" kommend, sagte Bartsch u. a.: „Ein Zitat des Führers besagt, die ostische slawische Rasse sei ein affenähnliches Volk, mit dem die Deutschen nichts zu tun haben, denn die Polen sind geistig sehr gering. Ich kann Polen nicht verstehen und begreifen, wie es mit Deutschland noch Bündnisse schließen kann."

In der Monatsversammlung des gleichen Frauenvereins am 5.12.38 sagte Bartsch u. a.: „Die neue deutsche Religion hat mit Gott nichts gemein. Sie wird sich nicht bewähren und ist nur als etwas Vorübergehendes zu bezeichnen, denn sie ist gegen die heilige Schrift, beschimpft die Päpste und nennt das Geheimnis der unbefleckten Empfängnis Mariä einen Unsinn. Wenn auch die kirchlichen Konzile als Zaubersynoden bezeichnet werden, der Papst mit häßlichen Judengestalten vereint gemalt und die Kirche noch so sehr mit Schmutz beworfen wird, so werden gerade wir als Polen fest zu dem katholischen Glauben halten und die katholische Lehre und ihre uralten Weisheiten verkünden. Das polnische Volk wird alle slawischen Völker vereinen und einer besseren Zukunft entgegenführen. Wir sind keine Germanen, denn noch nicht einmal 1 % germanischen Blutes fließt in unseren Adern. Wir wollen daher von Germanen nicht geführt werden. Die Deutschen verachten die Slawen. Oft wird die slawische Rasse mit der afrikanischen Halbaffenrasse verglichen. Das nennt sich deutsche Kultur. Deshalb kann der Slawe, besonders der Pole, kein Freund des Deutschen sein."

Bartsch, der sich etwa vor 4 Wochen einer Hämorrhoidenoperation unterziehen mußte, liegt zur Zeit noch krank, und ist es nicht vorauszusehen, wann er seine Tätigkeit wieder aufnehmen wird.

Bartsch beabsichtigt, Ostern 1939 seine zwei Söhne, die zur Zeit die polnische Minderheitsschule in Gruden besuchen, den polnischen höheren Lehranstalten in Beuthen O/S oder Marienwerder zuzuführen.

Bartsch bemüht sich, in Gruden ein Grundstück zu erwerben, da ihm seitens der Teilverbandsleitung Dauerstellung zugesichert wurde.

Wenngleich Bartsch als einer der gefährlichsten Agitatoren in der polnischen Minderheitenbewegung betrachtet werden muß, so hat er es bisher verstanden, sich in der Öffentlichkeit so zu benehmen, daß ein Anlaß zum Einschreiten nicht gegeben war.

Der Leiter:

gez. Dr. Schaefer

307

28.2.1939: Der Regierungspräsident in Oppeln an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Schulische und kirchliche Verhältnisse an Orten mit polnischen Minderheitsschulen

28 II 1939r.: Prezydent rejencji w Oppeln do ministra nauki, wychowania i oświaty publicznej Rzeszy. Stosunki szkolne i kościelne w miejscowościach gdzie istnieją szkoły polskie

AP Wrocław, Rejencja Opolska I, Nr. 2105 (Entwurf).

Ich fasse den beiliegenden Bericht des Kreisschulrats der Minderheitsschulen in Oberschlesien zusammen:

a) Lehrer und Lehrerinnen an polnischen Minderheitsschulen, die die deutsche Sprache nicht so beherrschen, daß sie einen einwandfreien und erfolgreichen Deutschunterricht erteilen können:

Wladislaus Bzowka, Gr. Maßdorf Kolonie, Kr. Gr. Strehlitz,
Stefan Kulwicki, Lindenhöhe, Kr. Rosenberg,
Wladislaus Nowak, Wollendorf, Kr. Rosenberg,
Michael Tobolewski, Himmelwitz, Kr. Gr. Strehlitz,
Josef Wesolowski, Brückenort, Kr. Rosenberg.

b) Lehrer und Lehrerinnen der Minderheitsschulen, die den pädagogischen und methodischen Anforderungen nicht genügen, die an deutsche Lehrer gestellt werden müssen: Alle privaten Minderheitsschullehrer haben zu schulischen Beanstandungen Anlaß gegeben, in keinem Falle war das Versagen jedoch so schwer, daß die Lehrer abgelehnt werden müßten.

c) Schulgebäude und Klassenzimmer der Minderheitsschulen, die in ihrem baulichen Zustand und in ihren Einrichtungen nicht den an sie zu stellenden Mindestanforderungen entsprechen:

Brückenort, Kr. Rosenberg,
Gershain, Kr. Neustadt,
Gr. Maßdorf Kolonie, Kr. Groß Strehlitz,
Haldenau, Kr. Gr. Strehlitz,
Wollendorf, Kr. Rosenberg.

Übersicht über die gesamtschulischen Verhältnisse der Orte, an denen sich Minderheitsschulen befinden

A. *Öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache*

1.) Döbern, Kr. Oppeln:

Der Ort hat 3 Schulen mit insgesamt 15 Klassen.
Zahl der Schulkinder insgesamt: 743.
Zahl der Kinder der Minderheitsschule: 7.

Die Minderheitsschule ist in einem Schulraum der öffentlichen Volksschule untergebracht. Mängel sind nicht vorhanden.

Kirchlich gehören sämtliche Schulen zur katholischen Pfarrerei Döbern. Der Ortspfarrer und der Kaplan sollen deutsch gesinnt sein. Infolge der weltanschaulichen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren ist die Verbindung zwischen Kirche und Schule abgebrochen. Der Hauptlehrer Beyer steht als Organist in Verbindung mit der Pfarrei. Den Beicht- und Kommunionunterricht erteilen die Ortsgeistlichen in deutscher Sprache. Die Schuljugend und die jüngeren Leute benutzen fast durchweg deutsche Gebetbücher,

um deren Verbreitung sich alle deutschen Stellen bemühen. Der erste Sonntagsgottesdienst ist deutsch, der zweite polnisch. Die Wochentagsgottesdienste sind in der Hauptsache polnisch.

2.) Gruden, Kr. Oppeln:

Kinderzahl der deutschen Schule insgesamt: 420.

Kinderzahl der Minderheitsschule: 13.

Die Minderheitsschule ist in einem Schulraum der öffentlichen Volksschule untergebracht. Mängel sind nicht vorhanden.

Gruden hat keine eigene Kirche, ist vielmehr in Groschowitz eingepfarrt. Der Pfarrer von Groschowitz soll deutsch sein, steht aber in den letzten Jahren im weltanschaulichen Kampfe mit der NSDAP. Der deutsche Gottesdienst in Groschowitz hat in den letzten Jahren stark zugenommen.

Der Polenbund hat jetzt wieder eine kinderreiche Familie aus der Grenzmark in Gruden angesiedelt. Er versucht immer wieder, durch Beschwerden und unterirdische Wühlarbeit die deutsche Entwicklung des Ortes zu stören. Dem Ansehen des Deutschtums war es abträglich, daß in den letzten Jahren örtlich führende Männer versagten und abgelehnt werden mußten (Bericht des Kreisschulrats).

3.) Klausberg, Kr. Beuthen OS:

Die Gemeinde Klausberg zählt 4 Volksschulen mit insgesamt 66 Klassen.

Gesamtkinderzahl der deutschen Volksschulen: 3065.

Kinderzahl der Minderheitsschule: 18.

Der Kreisschulrat berichtet, daß durch die Entfernung der Geistlichkeit aus dem Unterricht Reibungsflächen zwischen Kirche und Schule beseitigt worden sind.

In Klausberg ist die polnische Minderheit sehr rührig.

4.) Markdorf, Kr. Ratibor:

Gesamtkinderzahl der deutschen Volksschule (10 Klassen): 452.

Kinderzahl der Minderheitsschule: 6.

Der Ortspfarrer ist ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus. Im Sommer 1938 war er wegen Beleidigung des Führers zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der bekannte Polenführer Arka Bozek ging bis vor kurzem im Pfarrhause ein und aus. Die Arbeit der Lehrerschaft ist von der Kanzel mehrmals in verletzender Weise herabgesetzt worden. Der Organist des Ortes ist ein Privatmann. Seit seiner Tätigkeit blühen die Kongregationen auf und erschweren durch ihre Bastel- und Gesangsabende die Arbeit der Staatsjugend in der Schule. Am Orte befindet sich ein polnisches Jugendheim, in dem Singabende, Kochkurse und Turnen abgehalten werden.

5.) Randsdorf, Kr. Beuthen:

Gesamtkinderzahl der deutschen Volksschule (14 Klassen): 666.

Kinderzahl der Minderheitsschule: 4.

Die katholische Geistlichkeit hat auf die Bevölkerung einen bedeutenden Einfluß. Ein Teil der Bevölkerung bekennt sich offen zum polnischen Volkstum. Der größte Teil aber bleibt in Volkstumsfragen schwankend, je nach der augenblicklichen Nützlichkeit. Die Gottesdienste sind noch überwiegend polnisch. Die Geistlichen stehen dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber.

6.) Vogtsdorf, Kr. Oppeln:

Gesamtkinderzahl der deutschen Volksschule (5 Klassen): 237.

Kinderzahl der Minderheitsschule: 4.

Die Geistlichen sind deutsch gesinnt, aber in ihrer Haltung nicht nationalsozialistisch ausgerichtet. Der Gottesdienst wird im allgemeinen zur Hälfte deutsch, zur Hälfte polnisch abgehalten. Der Beicht- und Kommunionunterricht wird in der Hauptsache in deutscher Sprache erteilt. Auf Betreiben der Minderheitsorganisationen ist in diesem Jahre wiederum eine Abteilung mit 6 Kindern (polnisch) eingerichtet worden. 1937 war der Unterricht nur deutsch. Die Schularbeit wird erschwert durch die planmäßige, jedoch nicht kontrollierbare Tätigkeit des Polenbundes und seiner Unterorgane. Die Mädchen werden, auch wenn sie den deutschen Beicht- und Kommunionunterricht besucht haben, von den sehr rührigen Werberinnen der polnischen Kongregation unter allerlei Versprechungen aufgefordert, dieser beizutreten. Die Mütter, die zumeist dem polnischen Mütterverein angehören, drängen auch noch zum Eintritt in die polnische Kongregation. Diese ist mit gegen 300 Mitgliedern der deutschen, die 100 Mitglieder zählt, auch finanziell überlegen, da die Mitglieder der polnischen Kongregation aus den Bauernkreisen stammen. Die polnischen Pfadfinder haben eine kleine, aber straff gehaltene Gefolgschaft. Die polnische Minderheitsschule wird von einem Bauern mit seinen 4 Kindern gehalten. Sie wird aber voraussichtlich in den nächsten Jahren einen nicht unbeträchtlichen Zuzug erhalten, da junge polnische Aktivisten ihre Kinder dahin entsenden werden.

B. *Private Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache*

1.) Brückenort, Kr. Rosenberg:

Gesamtschülerzahl der deutschen Schule (4 Klassen): 193.

Schülerzahl der privaten Minderheitsschule: 14.

Der Zustand des Schulgebäudes der öffentlichen Schule ist gut, der der privaten Minderheitsschule unzureichend.

Am Ort befindet sich eine Niederlassung des Franziskanerordens. Kirchlich gehört das Dorf zur Pfarrei Rosenberg, doch wird die seelsorgerische Betreuung ausschließlich vom Kloster besorgt. Das Kloster ist heute noch eine starke Stütze des Polentums. Die Klostergeistlichen unternehmen von sich aus nichts, um z. B. den Gebrauch der deutschen Sprache im Gottesdienst zu fördern, im Gegenteil, es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß den Dorfbewohnern, die sich an der Klosterpforte melden, um z. B. eine Messe zu bestellen, zugeredet wird, diese Andacht in der Muttersprache, also polnisch, abhalten zu lassen. Das Vorhandensein des Klosters erklärt die Stärke der Minderheit in und um Brückenort.

2.) Gershain, Kr. Neustadt

Gesamtschülerzahl der deutschen Volksschule (4 Klassen): 213.

Schülerzahl der polnischen Minderheitsschule: 15.

Der Zustand des Schulgebäudes der deutschen Schule ist befriedigend. Der bauliche Zustand der Minderheitsschule ist unzureichend.

Gershain ist Pfarrort. Der derzeitige Pfarrer, der seit einigen Jahren in Gershain amtiert, hat in den ersten Jahren nach seiner Amtsübernahme sich ganz offenkundig und tatkräftig für die Belange des Deutschtums eingesetzt und den Polen den Kampf angesagt. Sein Ziel war es, die am Orte befindliche Minderheitsschule unter allen Umständen zu beseitigen. Er hat auch den deutschen Gottesdienst, der unter seinem polnischen Vorgänger nicht durchzusetzen war, sofort eingeführt. In letzter Zeit soll jedoch der Pfarrer sehr viel zurückhaltender geworden sein.

3.) Groß Maßdorf Kolonie, Kr. Groß Strehlitz

Der Ort gehört zum Gesamtschulverband Groß Maßdorf. In diesem Orte, der von der Siedlung gegen 2 km entfernt ist, befindet sich eine dreiklassige Schule mit 3 Lehrern. Die Kinderzahl beträgt 191. In Groß Maßdorf Kolonie befindet sich eine einklassige Schule und die polnische Privatschule.

Gesamtschülerzahl der deutschen Schule: 29.

Schülerzahl der privaten Minderheitsschule: 6.

Groß Maßdorf Kolonie gehört zum Pfarrort Angerbach. Die Bevölkerung ist kirchlich eingestellt. Die Gottesdienste sind noch überwiegend polnisch.

Die deutsche Schule befindet sich in einer Schulbaracke. Ihr Zustand ist gut. Zur Zeit wird im Orte ein Lehrerwohnhaus gebaut. Daran soll später ein massives Klassenzimmer angeschlossen werden.

4.) Haldenau, Kreis Groß Strehlitz

Gesamtschülerzahl der deutschen Schule: 100.

Schülerzahl der polnischen Minderheitsschule: 19.

Der bauliche Zustand der deutschen Schule ist gut, der der Minderheitsschule unzureichend. Haldenau ist Kirchdorf. Zu der Parochie gehören auch die Dörfer Quellengrund und Niedersteine. Die Gottesdienste finden in deutscher und polnischer Sprache statt. Am Sonntag ist ein deutscher und ein polnischer Gottesdienst. Der Wochentagsgottesdienst ist meist polnisch.

Die verhältnismäßig starke Schülerzahl der privaten Minderheitsschule wurde früher auf die unzureichende Arbeit der deutschen Lehrer zurückgeführt. Inzwischen ist der alte Lehrer versetzt worden. Sein junger Vertreter gibt sich die größte Mühe.

5.) Himmelwitz, Kreis Groß Strehlitz

Gesamtschülerzahl der deutschen Schule: (11 Klassen) 518.

Schülerzahl der privaten Minderheitsschule: 7.

Der Bauzustand der deutschen Schule ist gut, der der privaten Minderheitsschule ausreichend. Himmelwitz ist Pfarrort. Der Geistliche bevorzugt die polnische Sprache. Am Sonntag sind 2 Messen polnisch und 1 Messe deutsch. Der Wochentagsgottesdienst ist fast ausschließlich polnisch.

6.) Lindenhöhe, Kreis Rosenberg

Gesamtschülerzahl der deutschen Schule (3 Klassen): 127.

Schülerzahl der privaten Minderheitsschule: 8.

Der bauliche Zustand der deutschen Schule ist befriedigend, der der Minderheitsschule ausreichend.

Bis vor einem Jahre war in Lindenhöhe ein Ortspfarrer, der sich mit Vorliebe der polnischen Gottesdienste bediente. Der zur Zeit tätige Administrator fördert offensichtlich den deutschsprachigen Gottesdienst, doch ist zur Zeit erst 50 % deutschsprachiger Gottesdienst erreicht.

Im Orte ist ein von katholischen Schwestern geleiteter Kindergarten vorhanden, dessen Arbeit nicht befriedigt. Den Schwestern wird u. a. zum Vorwurf gemacht, daß sie sich bei ihren Hausbesuchen mit Vorliebe der polnischen Sprache bedienen.

7.) Wollendorf, Kreis Rosenberg

Schülerzahl der deutschen Schule (1 Klasse): 27.

Schülerzahl der polnischen Minderheitsschule: 7.

Der bauliche Zustand der deutschen Schule ist befriedigend, der der polnischen privaten Schule unzureichend.

Die Minderheitsschule wird von 2 Familien beschickt (ab Ostern 1939 von 3), welche völlig abgesondert vom Dorfe leben. Die Arbeit des Rolnik und der Bank Ludowy ist sehr spürbar. Das einzige Gasthaus des Ortes wurde im August 1937 geschlossen, da der Gastwirt keine Konzession besaß. Der Gastwirt, der sich auch zur Minderheit bekennt (Kostorz), erhält seitdem monatlich 50 RM vom polnischen Volksbund als Entschädigung für den Verdienstausfall. Er schickt 4 Kinder in die Minderheitsschule. Der Landwirt Johann Kostorz, der die Räume für die Minderheitsschule zur Verfügung stelle, erhält monatlich 90 RM Miete (75,00 RM für die Klasse, 15,00 RM für die vom Lehrer bewohnte Wohnküche).

8.) Windeck-Hohenbirken, Kreis Guttentag

Schülerzahl der deutschen Schule (1 Klasse): 38.

Schülerzahl der privaten Minderheitsschule: 7.

Der bauliche Zustand der deutschen Volksschule ist gut, der der privaten Minderheitsschule ausreichend. Die private Minderheitsschule liegt in dem Ortsteil Hohenbirken-Windeck, der zu der Gemeinde Windeck gehört. Dieser Ortsteil ist von der eigentlichen Gemeinde Windeck ungefähr 2 km entfernt. Die Schüler der Minderheitsschule kommen aus 3 Familien. Die Kinderzahl wird Ostern d. J. wahrscheinlich nur 3 betragen.

Der Ort gehört zur katholischen Pfarrgemeinde Breitenmarkt. Im Orte selbst ist eine kleine Kapelle, in der die Bewohner Privatandachten abhalten. Sie ist Privateigentum eines Bauern, der sie erbauen ließ. Der bisherige Vorbeter ist Pole und läßt sich von seinem Amte nicht verdrängen. Seine Andachten werden aber nur von den ältesten Leuten besucht. Es werden auch einige deutsche Andachten gehalten, die sich zunehmenden Zuspruchs erfreuen.

308

22.7.1939: Der Polizeipräsident in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Überblick über die polnische Bewegung (Juli 1939)

22 VII 1939r.: Prezydent policji w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Przegląd ruchu polskiego (lipiec 1939r.)

AP Wrocław, Rejencja Opolska I, Nr. 1939

Wahrnehmungen von besonderer Bedeutung auf dem Gebiete der Polenbewegung im Monat Juli sind hier nicht gemacht worden. Die Zurückhaltung der polnischen Organisationen in ihrer äußeren Tätigkeit, die sich in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hat, hat auch im Juli angehalten. So haben z. B. Wallfahrten, Ausflüge, sportliche Veranstaltungen usw., die in anderen Jahren von den polnischen Organisationen im Monat Juli so zahlreich veranstaltet wurden, soweit hier bekannt geworden ist, nicht stattgefunden. Die Ursache hierzu liegt zweifellos in den gegenwärtigen gespannten Verhältnissen zwischen Deutschland und Polen.

Mit dieser scheinbaren Tatenlosigkeit im polnischen Lager sind verschiedene radikale Mitglieder der polnischen Minderheit jedoch nicht einverstanden. Sie bezichtigen die Leiter des Polenbundes der Feigheit und fordern, daß die polnischen Organisationen ihre Tätigkeit ebenso fortzusetzen haben, wie in anderen Jahren. Sie wollen dadurch – wie mir vertraulich mitgeteilt worden ist – die deutsche Bevölkerung gegen die polnische Minderheit herausfordern.

Wie mir mitgeteilt worden ist, haben verschiedene polnische Agitatoren die Einführung der polnischen Übertragungen durch den Rundfunk in Breslau dazu benutzt, um unter der urteilslosen polnischen Landbevölkerung das Gerücht zu verbreiten, daß Polen in Breslau einen polnischen Rundfunksender eingerichtet habe und daß Schlesien bald an Polen fallen werde.

In meinem Dienstbereich haben im Monat Juli irgendwelche polnischen Veranstaltungen, Versammlungen usw., nicht stattgefunden.

Die finanzielle Lage der polnischen wirtschaftlichen Institutionen hier wird immer schwieriger. So hat z. B. die hiesige Bank „Rolnikow" in der für das vergangene Geschäftsjahr vorgelegten Bilanz wiederum einen Verlust von über 13000,- RM gegenüber von 7000,- RM des vorhergehenden Jahres ausgewiesen. Die Mitgliederzahl dieser Bank ist von 652 auf 598 gefallen.

Die hier erscheinende Presse hat sich bisher in ihrer Schreibweise keine Einschränkungen auferlegt. Sie berichtet weiter täglich über angebliche Unterdrückung der polnisch sprechenden Bevölkerung in Deutschland, über Verbreitung von Plakaten mit polenfeindlichen Aufschriften, über Demolierung von polnischen Schulen und polnischen Privathäusern, über Bedrohung der Besucher der polnischen Gottesdienste, über Entlassung von Arbeitern wegen polnischer Gesinnung, über Verurteilung von polnischen Funktionären, über Aussiedlung von polnisch Gesinnten aus dem Grenzbezirk usw. Daneben widmet sie viel Raum den Ereignissen in Polen und den polnisch-französisch-englischen Beziehungen. Die Zahl der Bezieher der polnischen Presse ist stark zurückgegangen.

Die in Ost-Oberschlesien erscheinende polnische Presse überbietet sich geradezu in den feindlichen Angriffen gegen Deutschland. Sie druckt teilweise die in der hiesigen polnischen Presse erscheinenden Artikel über die angebliche Unterdrückung der polnischen Minderheit in Deutschland ab und knüpft daran die gehässigsten Kommentare. Ferner berichtet sie täglich über den bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, über angebliche Massenflucht deutscher Soldaten nach Polen, über eine Unterdrückung der tschechoslowakischen Bevölkerung im Protektorat, über eine Willkür-Herrschaft der Deutschen im Protektorat, über die schlechte Behandlung der polnischen Flüchtlinge in Deutschland u. ä. Diese Berichterstattung der polnischen Presse soll offenbar der Bevölkerung Polens Mut für den Kriegsfall zusprechen und ihr andererseits das Schicksal vor die Augen stellen, das sie angeblich erwarten würde, wenn Teile des polnischen Gebietes, ähnlich wie die Tschechoslowakei, an Deutschland angegliedert würden.

[Unterschrift]

E.2. Landkreis / Powiat Oppeln

309

15.1.1923: Der Amtsvorsteher in Königlich Neudorf an den Landrat in Oppeln. Gerüchte über bevorstehende polnische Erhebung
15 I 1923r.: Wójt we wsi Königlich Neudorf do landrata w Oppeln. Pogłoski o mającym wybuchnąć powstaniu polskim

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 194

Soeben teilt mir der Landjäger Berger hier mit, daß nach ihm zugetragenen Gerüchten in Grudschütz seitens der Polen heute oder morgen gegen Deutschgesinnte losgeschlagen werden soll. Sollte sich dies bewahrheiten, so nehme ich an, daß auch mein Amtsbezirk nicht unverschont bleiben wird, weshalb ich für diese Nacht, falls es dort gut geheißen wird, verstärkte Patrouillen in Kgl. Neudorf und Groschowitz einsetzen möchte. Jedenfalls bitte ich, die Reichswehr dahin verständigen zu wollen, daß sie für eventl. Fälle vorbereitet bleibt und durch Hersendung von etwa 20 Mann die in Frage kommenden Gemeinden unterstützt.

Der Amtsvorsteher
[Unterschrift]

310

15.4.1923: Landjägeramt Tarnau an den Amtsvorsteher ebendort. Gründung einer Ortsgruppe des Polenbundes in Kossorowitz (14.4.1923)
15 IV 1923r.: Żandarmeria we wsi Tarnau do wójta w miejscu. Założenie miejscowego oddziału Związku Polaków we wsi Kossorowitz (14 IV 1923r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 94 (Abschrift).

Am 14. dieses Monats abends gegen 9 Uhr wurde mir von in Tarnau wohnenden Personen mitgeteilt, daß seit 7 1/2 Uhr abends in Kossorowitz eine polnische geheime Versammlung stattfinde, die anscheinend einen geheimen Charakter haben dürfte.

Ich begab mich mit dem hier anwesenden Landjäger Bunke dorthin. Etwa 9 1/4 Uhr abends traf ich auf dem Wege nach Kossorowitz eine Person von dort nach Tarnau kommend an. Nach Feststellung auf Bahnhof Tarnau war diese Person der Redakteur Wenzel Jankowski aus Oppeln, im Verlag der Codzienne Nowinni [Nowiny Codzienne] in Stellung. Dieser erklärt, die Versammlung geleitet zu haben, und diese hatte den Zweck der Gründung eines Ortsvereines des Bundes der Polen in Deutschland. Die Versammlung soll eine geschlossene gewesen sein. Doch konnte ich feststellen, daß an demselben Tage an der Gemeindetafel in Kossorowitz zum Erscheinen in dieser Versammlung im Gasthause von Tkotz daselbst öffentlich eingeladen wurde.

Nach den Ausweispapieren des Jankowski ist dieser Ende März dieses Jahres von Bochum nach Oppeln zugezogen. Dieser dürfte in Oberschlesien in den Orten des Kreises die Gründung von Vereinen des Bundes der Polen betreiben. p. Jankowski ist 24 Jahre alt und in Konary in Posen geboren.

gez. Posmik
Oberlandjäger

311

13.10.1923: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Neuformierung der polnischen Bewegung
13 X 1923r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Formowanie się na nowo ruchu polskiego

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 94 (Entwurf).

Über die Versammlung in Proskau, von der umstehend die Rede ist, ist mir zwar nichts gemeldet worden, jedoch ist die Tätigkeit der Polen, wie aus den in der polnischen Presse abgedruckten Berichten, die auch neulich in der Oppelner Zeitung zitiert waren, bekannt sein dürfte, eine außerordentlich rege. Es werden die Gründungen von Sokolvereinen vorgenommen, so kürzlich in Malino, am kommenden Sonntag in Grudschütz, wobei sich hauptsächlich Herr Jankowski betätigt. Darüber hinaus scheint polnischer Einfluß bei einer Agitation zu verspüren zu sein, die erneut in der Proskau'er Gegend sich auf Aufteilung der Domäne und sonstigen größerer Güter richtet. Es sollen bereits wieder wilde Siedelungsvereinigungen gegründet sein, die mit Listen arbeiten, in denen das gewünschte Land bezeichnet und verteilt wird. Wenn an dieser Agitation auch vielfach kommunistische Elemente beteiligt sind, so besteht auch der Eindruck, daß von polnischer Seite in der Angelegenheit geschürt wird, um die Unzufriedenheit zu steigern.

Ich würde es für erwünscht halten, wenn regierungsseits die Landbevölkerung darüber aufgeklärt würde, daß in Siedelungsfragen das Kulturamt die zuständige Behörde ist, und wenn vor derartigen wilden Siedelungsvereinigungen gewarnt wird.

[Unterschrift:] Graf Matuschka

312

20.2.1924: Landjägeramt Tarnau an den Amtsvorsteher ebendort. Gründung einer Ortsgruppe der „Freien Vereinigung zum Schutze des Mittelstandes" (18.2.1924)
20 II 1924r.: Żandarmeria we wsi Tarnau do wójta w miejscu. Założenie miejscowego oddziału „Wolnego Zjednoczenia ku obronie stanu średniego" (18 II 1924r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 94 (Abschrift).

Am 18. Februar 1924 um 6 Uhr nachmittags fand im Pietsch'schen Lokale in Tarnau eine Versammlung statt. Der Einberufer Franz Kaisik, wohnhaft in Straduna, Kr. Oppeln, gehört der „Freien Vereinigung zum Schutze des Mittelstandes" an. Er forderte die Anwesenden auf, sich der Vereinigung anzuschließen, und erklärte in einem Vortrag das Bestreben derselben. Die Vereinigung hätte sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Landwirtschaft in bezug auf die Steuerzahlung zu vertreten, indem sie eine Beratungsstelle in Kandrzin errichtet hat und denjenigen, die glauben, zu hohe Steuern zahlen zu müssen, mit Rat und Tat zur Seite stehen will. Ferner Beschaffung von Kohle, Saatgut, künstlichen Düngemitteln usw. Als Beitrag haben die Mitglieder pro Jahr und Morgen 0,10 M zu zahlen. Es kam zur Gründung einer Ortsgruppe, wobei der Landwirt Johann Lasar aus Tarnau zum Vorsitzenden gewählt wurde. Als Mitglieder traten etwa 14 Personen bei.

Die politische Seite wurde nicht berührt, jedoch besteht der Verdacht einer politischen Vereinigung, da sich hauptsächlich die polnisch gesinnten Landwirte für das

Zustandekommen einer Ortsgruppe interessierten.
gez. Sochor
Landjäger auf Probe

313

15.6.1925: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Beurteilung des Josef Golletz aus Vogtsdorf in nationaler Hinsicht
15 VI 1925r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Opinia o Józefie Golletz, zam. we wsi Vogtsdorf pod względem narodowym

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 79

Der am 11. März 1905 geborene, mithin erst 20 Jahre alte Josef Golletz aus Vogtsdorf muß als besonders radikaler Polenanhänger bezeichnet werden. Wie ich festgestellt habe, hat G. als Knabe schon die polnischen Aufstände – angeblich als Sanitäter – mitgemacht und steht bereits seit Schulentlassung auf polnischer Seite. Im Winter 1923/24 hatte er in dem polnischen Wandertheater eine Hauptrolle inne und ist in jener Zeit zweimal wöchentlich über Beuthen O/S nach Kattowitz gereist.

Obwohl Golletz Verwandte in Polnisch-Oberschlesien nicht hat, hat er wiederum die Ausfertigung einer Verkehrskarte beantragt. Golletz ist Angestellter der Genossenschaft mbH „Rolnik" in Oppeln. Seine Eltern sind die Josef und Rosalie geb. Piechotta Golletz'schen Eheleute in Vogtsdorf.

[Unterschrift:] Graf Matuschka

314

18.9.1925: Der Amtsvorsteher in Grudschütz an den Landrat in Oppeln. Bedrohung des Polenführers Franz Buhl
18 IX 1925r.: Wójt we wsi Grudschütz do landrata w Oppeln. Zagrożenie Franciszka Buhla, przywódcy mniejszości polskiej

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 94

1. Franz Buhl entfaltete vor und bei Gründung der polnischen Minderheitsschule eine rege Tätigkeit. Er bewog die Eltern, welche bereits ihre Kinder für die deutsche Schule angemeldet hatten, dazu, die Kinder der polnischen Schule zuzuführen. Was auch in verschiedenen Fällen gelungen ist. Die Kinder brachten die Anmeldungen weinend und erklärten, Buhl hätte den Vater dazu überredet, daß sie jetzt in die polnische Schule gehen müßten. Dies war auch dem staatlichen Förster (einst Waldwärter) Strempel bekannt. Als Führer der vaterländischen Verbände, auch wohl auf Anregung der Mitglieder dieser Verbände und im Interesse für das Deutschtum ging Strempel zu Buhl und bat diesen um eine Unterredung, welche unter vier Augen auf dem Hofe des Buhl stattfand. Strempel wies darauf hin, daß er ganz privat und unbeeinflußt käme. Er hielt Buhl vor, er solle seine Beeinflussung auf die Eltern sein lassen, die sich bereit erklärt hätten, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken; er, Strempel, ginge auch nicht zu den polnisch gesinnten Leuten und versuche, diese für die deutsche Schule zu gewinnen. Darauf soll ihm Buhl in grober Weise geantwortet haben: „Das geht Sie einen Dreck an, als deutscher Beamter haben Sie hier gar nichts zu suchen, ich werde Sie sofort anzeigen." Strempel will ihm darauf entgegnet haben: er, Buhl, solle sich doch nicht so aufregen, er, Strempel, wolle doch nur sein Bestes. Sein Bestes insofern, daß er sich in seinem provozierenden Wesen hier in Grudschütz und Umgegend etwas mäßigen möchte, denn eine begreifliche Aufregung hätte sich bereits der deutschen Bevölkerung bemächtigt

und er gebe hierzu allein die Veranlassung. Weiter will Strempel gesagt haben: „Und machen Sie so weiter, Herr Buhl – ich sage Ihnen nochmals, ich selbst will nur Ihr und unser Bestes – dann wird die Bevölkerung gegen Sie einschreiten, man munkelt schon so allerhand, dann spricht leider zu Ihrem und Ihrer Familie Unglück mal die Volksjustiz."

In dieser Weise hat die Unterredung zwischen Förster Strempel und Buhl stattgefunden.

Von einer Bedrohung oder einem aggressiven Verhalten ist gar keine Rede. Obwohl Strempel sich die letzte Äußerung – Volksjustiz – hätte sparen können.

Eine Volksjustiz ist nach meiner Überzeugung vollkommen ausgeschlossen, die polnisch gesinnten Leute werden auch nicht in der geringsten Weise von der deutschen Bevölkerung bedroht und belästigt.

Buhl hatte den Förster Strempel wegen Bedrohung bei der Staatsanwaltschaft in Oppeln zur Anzeige gebracht. Strempel wurde auch vernommen, da aber eine Bedrohung nicht vorlag und nachgewiesen werden konnte, ist die Klage abgewiesen worden.

Die polnische Presse hat natürlich die Sache in den tollsten Verdrehungen verbreitet und war ihr eine willkommene Sache zur Hetze.

Auch bei der vorgesetzten Behörde des Strempel ist Anzeige erstattet worden, auch diese konnte richtiger Weise den Förster nicht disziplinarisch bestrafen.

2. Terroristische Schüsse

Hierüber hat Buhl Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Oppeln getätigt. Die Ermittlungen sind von dem Oberlandjäger Berger geführt worden und haben ergeben: Am Freitag den 14. August d. J. gegen 10 Uhr abends klopfte ein gewisser Mientus aus Grudschütz an das Fenster des Straßenmeisters Thaesler und meldete diesem, daß im Garten des Thaesler Obstdiebe seien. Thaesler und sein Schwiegersohn Franozėk sowie Mientus gingen in den Garten. Thaesler hat dort in kürzeren Zwischenräumen 3 Schreckschüsse in die *Luft* abgegeben. Richtung auf das Feld zu. Der Garten sowie der Kirchhof liegen gegenüber dem Anwesen des Buhl.

Oberlandjäger Berger ging auch zu Buhl, dieser war nicht anwesend und hat die Stieftochter des Buhl – Lucie Piechotta – 15 Jahre alt, ausgefragt; diese erzählte folgendes: Die Eltern, auch sie, seien noch wach gewesen, als die Schüsse fielen. Nach dem ersten Schuß wollte ihr Stiefvater herausgehen, jedoch habe dies die Mutter nicht zugegeben. Er sei darauf auf den Boden gegangen und habe aus der Bodenluke herausgesehen, wo inzwischen die anderen Schüsse gefallen wären. Weiter hat diese auch zugegeben, daß ihr bekannt sei, daß Thaesler die Schüsse abgegeben habe. Buhl wird also wohl auch davon Kenntnis erhalten haben.

Sollte die Anzeige, welche Buhl an die Staatsanwaltschaft richtete, bereits abgeschickt gewesen sein, wäre es wohl seine Pflicht gewesen, sofort die Anzeige mit aufklärender Erklärung zurückzuziehen, dies ist aber bis *heute* noch nicht geschehen.

Auch hat Thaesler ausgesagt, daß, während er die Schüsse abgegeben habe, keine Automobile gefahren wären.

Die Ermittlung des Oberlandjäger Berger hat weiter ergeben, daß Buhl die Wohnung überhaupt nicht verlassen hat, also nicht vor die Tür getreten ist. Buhl will die Kugel über seinem Kopfe haben pfeifen hören. Demnach müßte die Kugel entweder in der Tür oder in das Holz der Laube oder in die Mauer eingeschlagen sein und Einschußspuren hinterlassen haben. Oberlandjäger Berger hat daraufhin alles genau untersucht und nicht das geringste gefunden.

Dieser Vorfall ist natürlich für die polnische Presse mit ihren bewußten oder unbewußten Verdrehungen eine sehr willkommene Sache, um die Polen als Märtyrer hinzustellen.

Es wäre wohl endlich an der Zeit, den Buhl wegen Verbreitung falscher Tatsachen dem Gericht zu übergeben.

[Unterschrift]

315

19.5.1926: Der Gemeindevorsteher in Königlich Neudorf an den Landrat in Oppeln. Besuch des polnischen Kommunionsunterrichtes

19 V 1926r.: Sołtys we wsi Königlich Neudorf do landrata w Oppeln. Udział w polskiej katechizacji

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 135

Im Vorjahre hatten sich 3 Kinder zum polnischen Kommunionsunterricht gemeldet. Davon erschienen zur ersten Unterrichtsstunde 3, zur zweiten 2 Kinder und zur dritten nur ein Kind. Von da an nahmen alle Kinder am deutschen Kommunionsunterricht teil. Von den 3 Kindern waren 2 des polnischgesinnten Eisenbahnschaffners Pansa, von dem hier allgemein angenommen wird, daß er der Lokalberichterstatter der polnischen Zeitung „Nowiny Codzienne" und auch der Verfasser des betreffenden Artikels ist.

In diesem Jahre hatte sich *kein* Kind für den Kommunionsunterricht in polnischer Sprache gemeldet. Sogar das die hiesige Minderheitsschule besuchende Kind Zura ging in den deutschen Unterricht, soll sogar der beste Schüler gewesen sein und vom Herrn Pfarrer ein Buch als Auszeichnung erhalten haben.

Die Eltern, soweit sie polnisch gesinnt sind, wünschen wohl, daß ihre Kinder den polnischen Kommunionsunterricht besuchen. Die Kinder gehen aber in den deutschen Unterricht. Die richtigen Gründe dafür anzugeben ist schwer; ich persönlich glaube an diese: Die polnischen Kinder bilden eine Seltenheit und erregen das Interesse ihrer Mitschüler, das sich sofort im Fingerzeigen, Spitznamen („seht, das ist ein Pole!") und in ähnlicher, für die Betroffenen unangenehmer Weise äußert. Die wenigen Kinder der polnisch gesinnten Eltern selbst wollen nicht als Ausgestoßene gelten und streben dorthin, wohin die Nachbarkinder, Mitschüler, Freunde gehen; sie hassen die Vereinsamung.

Von der Kanzel ist zur Zeit korrekt zur Meldung zum Kommunionsunterricht in beiden Sprachen, deutsch und polnisch, aufgefordert worden.

Die Klage, daß hier die Kinder polnischer Eltern für die heilige Kommunion in deutscher Sprache vorbereitet werden, trifft politisch gesehen zu. Die Schuld daran tragen aber die Kinder bzw. die Eltern selbst, da diese ihre Kinder zum polnischen Unterricht (wohl auf die Bitten dieser hin) entweder überhaupt nicht anmelden oder aber nachher nicht verhindern, daß sie zum deutschen Unterricht überlaufen.

Im übrigen verstehen alle Kinder ohne Ausnahme gut deutsch, so daß im deutschen Kommunionsunterricht bestimmt kein Kind Schaden genommen hat.

[Unterschrift]

Gemeindevorsteher

316

5.4.1928: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Kirchliche Verhältnisse in Poppelau

5 IV 1928r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Stosunki kościelne we wsi Poppelau

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 79

In der Predigt vom 15. Januar soll Pfarrer Klosa auf einen Vorfall zu sprechen gekommen sein, in dem auf einen mit Einsammlung einer Kollekte beauftragt gewesenen Ordensbruder auf einem Bauerngehöfte ein Hund gehetzt worden ist. Da der Besitzer des Gehöftes zur polnischen Partei gehören soll, hat der Pfarrer aus dem Vorgange gefolgert, daß an der bestehenden Zwietracht zwischen deutsch und polnisch gesinnten Parochianen die polnische Seite Schuld habe. Von dem Präsidenten Calonder soll er jedoch nicht gesprochen haben. Es hat sich auch nicht feststellen lassen, daß der Pfarrer bei dieser Gelegenheit von der Losreißung Deutsch-Oberschlesiens gesprochen hat. Das Wort von der offenen Tür hat Pfarrer Klosa in ganz anderem Zusammenhang gesagt. Die Gottesdienste werden nämlich besonders in der kalten Jahreszeit des öfteren durch überlautes Husten der Kirchenbesucher gestört. Der Pfarrer ist darauf zu sprechen gekommen und mag, wohl in etwas zu unmittelbarer Art, darauf hingewiesen haben, daß dem, wer die Ruhe beim Gottesdienste in der Kirche störe, die Türe offenstehe.

Das Bedürfnis nach einem Frühgottesdienste, wie er auch in den Nachbarkirchen von Poppelau eingeführt ist, bestand in Poppelau schon seit langer Zeit, weil bei nur einem Gottesdienste die Kirche gewöhnlich überfüllt war. Die in den Bänken sich drängelnden Kinder nahmen den Erwachsenen die Plätze weg. Die Frühgottesdienste, die vornehmlich für Kinder bestimmt sind, sind deutsch gehalten. Wichtige Vermeldungen werden aber auch polnisch bekannt gegeben. Zu Beginn der Einrichtung soll es einmal vorgekommen sein, daß Kinder im Hauptgottesdienste zum Verlassen der Bänke veranlaßt wurden, um Erwachsenen Platz zu machen. Es sind davon aber wahllos deutsche und polnische Kinder betroffen worden, und die Veranlassung war lediglich die Freigabe der Plätze für erwachsene Kirchenbesucher. Seitdem ist das nicht wieder vorgekommen.

Daß Pfarrer Klosa mit dem polnischgesinnten Teil seiner Parochie wiederholt Konflikte hatte, ist bekannt. Der hier vorgetragene Vorfall wird von dem polnischen Gewährsmann sicherlich aufgebauscht, um die Einführung eines deutschen Gottesdienstes, die nicht mehr als recht und billig ist, zu mißkreditieren.

[Unterschrift:]
Graf Matuschka

317

17.12.1928: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Polnische Sportveranstaltung in Grudschütz

17 XII 1928r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Polska impreza sportowa we wsi Grudschütz

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 79.

Nach einem Berichte des Amtsvorstehers hat die Veranstaltung nicht die Ausmaße gehabt, wie der Zeitungsartikel [Nowiny Codzienne Nr. 252 v. 30.10.1928] glauben machen will. Der Amtsvorsteher berichtet: „Ich selbst habe mir die Sache an Ort und Stelle

angesehen. Es waren im ganzen 25 Sportler da, die zum größten Teil Grudschützer waren. Die Sportler reichten zu den Wettkämpfen gar nicht aus, so daß leider Mitglieder des deutschen Sportvereins in Grudschütz einsprangen, die dafür auch von dem Führer des deutschen Sportvereins gerügt wurden.

Auch Zuschauer waren recht wenige, es waren dies ausschließlich Grudschützer.

Rüchel, der bekannte Führer aus Oppeln, hat im Lokal in Grudschütz außerordentlich viel Getränke – namentlich Wein – zum Besten gegeben. Die Unkosten sollen vom Rolnik in Oppeln bezahlt worden sein.

Infolge der geringen Beteiligung habe ich von einem Bericht abgesehen.

An Beiträgen sollen von den Mitgliedern des polnischen Sportvereins jährlich 10 Pfg. erhoben werden; dies geschieht ja auch nur, um sagen zu können ‚es werden Beiträge erhoben'. Die Spielgeräte und sonstige größeren Auslagen werden von einer anderen Stelle bestritten. Die monatlichen Beiträge der Mitglieder des deutschen Sportvereins sind erheblich höher – [ich] glaube 50 Pfg.

Zur Hebung des deutschen Vereinslebens wäre es zu wünschen, wenn dieser Verein einen Zuschuß erhalten könnte. Führer des deutschen Vereins ist Lehrer Czech [?] in Grudschütz, der sich viel Mühe gibt."

[Unterschrift:]

Graf Matuschka

318

5.11.1930: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Handgreiflichkeiten zwischen dem Schiffer Ptok und dem Häusler Gwozdz in Rogau (7.9.1930)

5 XI 1930r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Rękoczyny pomiędzy żeglarzem Ptokem i chałupnikiem Gwozdz'em we wsi Rogau (7 IX 1930r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 95 (Entwurf).

Hinsichtlich des Falles in Rogau steht soviel klar: Der Schiffer Ptok hat dem Häusler Gwozdz in der Küche des Peschka je einen Schlag rechts und links an den Kopf versetzt.

Die Vorgeschichte schildern Gwozdz und Ptok verschieden. Ptok behauptet, Gwozdz vorher nicht geschlagen, sondern nur beiseite gestoßen zu haben, als er sich auf das Pissoir des Dlugosch'schen Gasthauses begab. Gwozdz behauptet, am Dlugosch'schen Gasthaus bereits zwei Backpfeifen erhalten zu haben. Als Zeuge käme vielleicht noch der 86-jährige Auszügler Cichon in Frage. Von diesem sagt aber Gwozdz selbst, daß er kaum noch vernehmungsfähig sei. Jedenfalls könnte seine Vernehmung nur an Ort und Stelle erfolgen. Er solle inzwischen bettlägerig sein. Ich habe deshalb von seiner Vernehmung Abstand genommen, weil ich mir keinen Erfolg von ihr verspreche. Das Wesentliche ist sowieso unbestritten, daß nämlich Ptok dem Gwozdz zwei Schläge an den Kopf versetzt hat. Ebenso ist unbestritten, daß die Mißhelligkeiten zwischen Gwozdz und Ptok darüber angefangen haben, daß Gwozdz ein Plakat, das er für kommunistisch hielt, mit Kalk überstrich. Ob sich nun das Weitere so abgespielt hat, daß Gwozdz, wie er behauptet, dem Ptok nur gesagt habe, Ptok sei doch auch polnisch, da er einen polnischen Name habe oder so, wie Ptok es schildert, daß nämlich Gwozdz ihn aufgefordert habe, polnisch zu wählen, steht dahin. Da der Vorfall sich am 7. September abgespielt hat und acht Tage später die Reichstagswahl bevorstand, erscheint der Hinweis auf die Wahl nicht unwahrscheinlich. Gwozdz betreibt ausgesprochene Propaganda für die polnische

Partei, was daraus hervorgeht, daß er in der Abstimmungszeit die polnische Partei in Rogau leitete. Daß er dies nicht in einer ruhigen sachlichen Art tut, geht insbesondere aus der Aussage der Frau Puchalla hervor, deren Kinder er, weil die Familie sich als deutsch bekennt, wiederholt als „verfluchte Bismarckzicki" bezeichnet hat.

Auch der Schiffer Ptok gehört sicher zu den Sanftmütigen nicht. Seine Schilderung klingt durchaus glaubhaft, daß er, als er gehört hat, Gwozdz bezeichne ihn als Schwein und Bulle, diese Angaben nicht nachgeprüft hat, sondern in die Küche gestürzt ist und dem Gwozdz eine rechts und links versetzt hat. Er ist auch dafür unter Mitwirkung des Polenbundes bei der Staatsanwaltschaft angeklagt worden, und das gerichtliche Verfahren dürfte nach der strafrechtlichen Seite die Angelegenheit zum Abschluß bringen.

Der Fall scheint mir zu beweisen, daß die polnische Minderheit in einem Dorfe wie Rogau, in dem sie recht schwach ist, offen und rückhaltlos ihre Propaganda treibt. Denn so darf es wohl aufgefaßt werden, daß der Führer der polnischen Partei im Dorfe herumgeht und den Trägern polnischer Namen klar zu machen sucht, daß sie um dieser Namen willen auch Polen seien, und wenn er die Kinder Deutschgesinnter beschimpft. Es ist nicht erwiesen, daß Gwozdz dafür gebackpfeift worden sei, daß er für die polnische Liste agitiert habe. Er behauptete hier selbst, daß er dafür nicht agitiert habe. So unrecht es ist, daß Ptok einen so alten Mann für eine angebliche Beschimpfung geschlagen hat, so wenig scheint der Fall geeignet, als ein deutscher Terrorakt gegen die polnische Minderheit herausfrisiert zu werden. Von einer Beschimpfung des Gwozdz, daß er Pole sei, könnte nur soweit die Rede sein, als Ptok zu Gwozdz nach den letzten Angaben gesagt haben soll: „ Du Pollack!" Aber auch das bestreitet Ptok.

[Paraphe:] Graf Matuschka

319

17.3.1931: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Zwischenfälle in Lugnian

17 III 1931r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Incydenty we wsi Lugnian

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 95 (Entwurf).

Es handelt sich um 3 Vorfälle:

1.) Der Vorfall vom 24. Februar 1931. Auf ihn beziehen sich die Vernehmungen der Anlage 1. Danach ist folgendes als festgestellt zu erachten:

Am 25. Februar 1931 hielten 2 Herren vom Bunde der Polen, der Polenbundsangestellte Wawrzynek aus Rosenberg und der Zeitungskolporteur des Polenbundes, Peter Linkert, eine geheime Versammlung in Lugnian in einem Privathause ab. Offenbar war im Dorfe etwas davon bekannt geworden. Als die beiden Agitatoren des Polenbundes das Dorf verließen, gingen ihnen deshalb einige jüngere Dorfbewohner nach und fragten sie nach ihrer Legitimation. Dazu waren sie natürlich nicht berechtigt. Das Vorgehen ist aber immerhin verständlich, wenn man bedenkt, daß gerade in den Dörfern dem einfachen Mann nicht unbekannt bleibt, daß die Agitation der Herren Agitatoren des Polenbundes sich auf die weitere Losreißung von Teilen Oberschlesiens richtet. Sie vermuteten in den beiden also Ausländer oder Sendlinge des Auslandes und suchten sie festzuhalten, um sie dem Landjäger vorzuführen. Inwieweit hierin eine Freiheitsberaubung gelegen hat, dürfte das gerichtliche Verfahren klären. Jedenfalls ist es zu irgendeiner Mißhandlung nach übereinstimmender Aussagen der Beschuldigten wie auch der beiden Agitatoren nicht gekommen. Als die jungen Leute aus Lugnian sich nach dem

Inhalt der Aktentasche des einen Agitatoren erkundigten, flüchteten beide Agitatoren in ein benachbartes Haus, wo sie sich in einem Zimmer einschlossen. Als sie nachher wieder aus dem Zimmer herauskamen, war die Aktentasche nicht mehr in der Hand des einen. Nach Durchsuchung des Zimmers ergab sich vielmehr, daß die Aktentasche in einem Bett versteckt worden war. Es muß von Unvoreingenommenen zugestanden werden, daß dieses Verstecken der Aktentasche eine einigermaßen verdächtige Handlung war. Inzwischen kam bereits der Landjägermeister und später der vom Amtsvorsteher herbeigerufene Kriminalbeamte aus Oppeln. Auch der Amtsvorsteher hielt die ganze Angelegenheit für reichlich verdächtig. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß zwei Agitatoren des Polenbundes von Dorfeingesessenen angehalten worden sind, ohne daß den beiden ein Haar gekrümmt worden ist, daß sie sich dann durch Verstecken einer Aktentasche in einem Bett reichlich verdächtig gemacht haben, und die Polizei sie, ohne jede weitere Maßnahmen zu treffen, wieder entlassen hat.

2.) Der 2. Vorfall hat sich in der Nacht vom 26. zum 27. Februar dieses Jahres abgespielt. Die Anlage 2 enthält die Aussagen dazu. Der Vorgang war folgender:

Dem Häusler Lorenz Schwierz sind in dieser Nacht in einem Fenster 4 Scheiben in der Größe von 18 x 26 cm, in einem andern Fenster 2 Scheiben gleicher Größe zerschlagen worden. Dem Landwirt Gralla wurden in der gleichen Nacht in einem Fenster 3 und in einem andern 1 Scheibe eingeschlagen. Es sind also bei jedem Hause an je 2 Fenstern mehrere bzw. 1 Scheibe zerschlagen worden. Beim Landwirt Gralla hatte die geheime Versammlung am 25. 2. stattgefunden. Der Landwirt Schwierz hatte an dieser Versammlung teilgenommen. Beide vermuten, daß deshalb bei ihnen die Scheiben eingeschlagen worden seien.

Ich teile diese Vermutung. Hoffentlich wird das gerichtliche Verfahren eine Klärung über die Täterschaft bringen, damit die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden können. So sehr die Tat zu bedauern ist, so ist sie immerhin im Vergleich zu den Bedrückungen der Minderheit in Ost-Oberschlesien nicht allzu schwerwiegend, da auch hierbei keinem Menschen ein Haar gekrümmt worden ist.

3.) Der 3. Vorfall ist das Abbrennen eines mit Stroh bedeckten Schuppens und Stalles bei dem Johann Gralla, als demselben, bei dem die Versammlung stattgefunden hatte. In dem Artikel des „Dziennik Berlinski" Nr. 51 vom 4.3.1931, abgedruckt im „Gesamtüberblick" Nr. 18, ist von diesem letzten Vorfall ebensowenig die Rede als in dem Artikel des „Katolik" Nr. 55 vom 8. März 1931, abgedruckt im „Gesamtüberblick" Nr. 20. In dem letzteren ist nur zum Schluß gesagt: „Im übrigen werden wir auf den Fall Lugnian noch einmal zurückkommen, weil dort viele Umstände sind, die für uns unklar sind und nicht nur Verdacht erwecken". Die Begründung dieses Satzes des „Katolik" kann man sich für den Fall des Brandes bei Gralla vollkommen zu eigen machen. Die unklaren Umstände ergeben sich aus der Anlage 3. Als der Schuppen bereits brannte, hat der Besitzer Gralla verhindern wollen, daß die Schweine aus dem Schuppen herausgelassen werden. Er wollte auch den Zutritt zu seinem Hausboden verwehren. Die Feuerwehr hat aber glücklicherweise energisch zugefaßt, so daß kein größerer Schaden als der von etwas über 200,- RM entstanden ist. Die Frau des Gralla hat den Brand zuerst entdeckt und um Hilfe gerufen. Es fiel auf, daß der Mann, obwohl es sich um die späte Nachtstunde zwischen 3 und 4 Uhr handelte, völlig angezogen war. Es könnte Wunder nehmen, daß das Haus nicht versichert war, wenn man Brandstiftung durch den Eigentümer als im Bereiche der Möglichkeit liegend hält. Man wird aber über dieses Bedenken bei einer Verdächtigung des Gralla, die hiermit nicht unbedingt substantiiert

werden soll, hinwegkommen können, wenn man bedenkt, daß ein Organ des Polenbundes sicher an die vorhandenen Mittel des Polenbundes unbedingt glaubt. Für Gralla ist es natürlich naheliegend, einen Brandstiftungsverdacht als vorliegend anzugeben, der sich gegen die Leute richtet, die bereits einmal nachts an seinen Fenstern waren. Auch für diesen Fall wird das gerichtliche Verfahren ergeben müssen, ob die Verdächtigten schuldig sind. Es ist anzunehmen, daß der Polenbund, ehe er mit diesem Falle hervortritt, noch in verschiedene Kombinationen eingeht; zu denen wird erst Stellung genommen werden können, falls der Polenbund auch diesen Fall für einen Terrorakt hält.

Der hiesige Polizeipräsident hat gebeten, ihm das hiesige Ermittelungsergebnis zugänglich zu machen. Ich bitte, dies von dort aus zu tun.

[Paraphe]

320

1.4.1931: Der Landrat in Oppeln an den Oberpräsidenten ebendort. Beurteilung des Pfarrers Pillawa, Bierdzan, in nationaler Hinsicht

1 IV 1931r.: Landrat w Oppeln do naczelnego prezydenta w miejscu. Opinia o proboszczu Pillawym ze wsi Bierdzan pod względem narodowym

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 85

Ich halte es für Unrecht, wenn Pfarrer Pillawa bezichtigt wird, polnischer Gesinnung zu sein. Er ist Zentrumsmann. Seine Einstellung gegenüber der Minderheit ist eine durchaus grundsätzliche. Sie entspricht derjenigen, die auch Deutschland offiziell immer vertritt. Er handelt in der Sprachenfrage bei Zuteilung der Kinder zum Unterricht ganz ohne Zweifel lediglich, wie es ihm sein Gewissen als Priester vorschreibt.

Zur Zeit wird in Bierdzan, wie mir scheint, eine etwas starke nationalistische Hetze betrieben. Ich habe gelegentlich der Abstimmungsfeier, bei der sich auch Mißhelligkeiten bemerkbar machten, denjenigen Teil der Bevölkerung, der Anforderungen hinsichtlich deutschen Gottesdienstes stellt, recht deutlich darauf hinweisen lassen, daß von der Möglichkeit, deutsch zu singen, doch auch wirklich Gebrauch gemacht werden möchte. Wie mir bekannt, hat Pfarrer Pillawa seit etwa 10 Jahren die Erlaubnis zum Binieren. In der sonntäglichen Frühmesse wird seitdem stets das Evangelium deutsch gelesen, und der ganze Gottesdienst kann als rein deutscher in Anspruch genommen werden. Es fehlt aber, wie mir scheint, an der Aktivität der Deutschinteressierten in Ausnützung der ihnen gebotenen Möglichkeiten, während der Protest gegen die nicht gebotenen Möglichkeiten ein um so energischerer ist.

[Unterschrift:]

Graf Matuschka

321

5.1.1934: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Überwachung der polnischen Minderheit

5 I 1934r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Nadzór nad mniejszością polską

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 80

Die polnische Werbearbeit erfährt erfahrungsgemäß zum Winter immer eine Belebung. So ist auch jetzt wieder aus Grudschütz und Groschowitz die Abhaltung von Gesangstunden bekannt geworden, und auch aus Nakel berichtete eine polnische Zeitung in

großer Aufmachung über Eröffnung eines polnischen Jugendheimes am 15. Dezember 1933. Tatsächlich besteht das „Jugendheim" allerdings nur aus einem zu einer Wohnung gehörigen Raume, welcher auch noch anderen Zwecken dient. Es wird als Mißstand empfunden, daß Veranstaltungen solcher Art des öfteren erst durch die polnische Presse zur Kenntnis der Behörden gelangen, weil keine der örtlichen deutschen Stellen sich für verpflichtet hält, davon Notiz zu nehmen. Von den Landjägern und Amtsvorstehern kann wegen der Raumausdehnung der Dienstbezirke nicht immer früh genug berichtet werden. Wertvoll unterstützt werden könnte die Unterrichtung der Behörde jedoch durch die Lehrer, welchen bei einiger Aufmerksamkeit solche Veranstaltungen nicht entgehen können. Ich bitte, den Lehrern eine entsprechende Mitarbeit nahelegen zu lassen. Die mir unmittelbar unterstehenden Dienststellen werden zu erhöhter Aufmerksamkeit angehalten.

[Unterschrift:]
Slawik

322

3.2.1934: Gemeindevorstand Jellowa. Bericht über einen Deutschen Abend (19.11.1933)
3 II 1934r.: Zarząd gminny w Jellowa. Sprawozdanie o wieczorze niemieckim (19 XI 1933r.)

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 86

Der deutsche Abend fand am 19.11.1933 statt. Veranstalter war die hiesige Ortsgruppe der NSDAP.

Besondere Programme wurden nicht ausgegeben und die Festfolge war:

1. Musikstücke, ausgeführt von der Oppelner S.S.- Kapelle.
2. Ein Dreiakter: „Brüder in Ketten". Spielt in der Zeit der Besetzung von Westpreußen und Posen.
3. Ein Sprechchor ohne politischen Hintergrund. Vorgetragen von der HJ. Anschließend Tanz.

Der begeisterte Beifall, den die Aufführung auslöste, zeigte uns, daß das Stück allen Zuschauern gut gefallen hat. Von Furcht oder gar Mißfallen konnte niemand etwas merken.

Es ist eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, daß die Polen durch in Lumpen gekleidete Männer dargestellt wurden. Eine Strohpuppe, an der Schießversuche gemacht wurden, war auch nicht da. Im Gegenteil, die auftretenden Polen waren tadellos gekleidet und spielten ihre Rollen gut und ohne jede Verächtlichmachung Polens oder seiner Bürger. Es kam wohl bei einer Verhaftung von deutschen Bauern zu Prügelscenen auf der Bühne, weil sich diese widersetzten, dabei haben aber die Darsteller der Polen genauso zugeschlagen wie die der Deutschen.

Ich habe den Eindruck, daß die Person, welche die lügenhafte Anzeige gemacht, das Stück gar nicht gesehen hat und nur ihrem Herzen Luft machte aus Ärger über den Beifall, den die so zahlreich erschienene Jellowaer Bevölkerung dem Stück spendete.

Von einem Hineintragen einer Atmosphäre des Schreckens und einem Gespenst des Unfriedens in unsere Gemeinde durch unser Fest kann keine Rede sein und hat bisher hier in Jellowa kein Mensch etwas gemerkt.

Der kommissarische Gemeindevorsteher
[Unterschrift]

323

31.1.1935: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Heirat des stellvertretenden Kreisleiters der NSDAP in Oppeln mit der Stieftochter des Polenführers Franz Buhl aus Grudschütz (29.1.1935)
31 I 1935r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Ślub zastępcy kreisleitera NSDAP w Oppeln z pasierbicą Franciszka Buhla, przywódcy mniejszości polskiej (29 I 1935r.)

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 51 (Abschrift).

Am Dienstag, den 29. Januar 1935, habe ich erfahren, daß sich der stellvertretende Kreisleiter der Kreisleitung Oppeln-Land, Witolla, am gleichen Tage mit der Stieftochter des Polensführers Buhl aus Grudschütz, Kreis Oppeln, verheiratet hat. Ich halte dies aus Gründen der Geheimhaltung verschiedener politischer Vorgänge in der Kreisleitung für eine Unmöglichkeit, zumal Buhl als einer der führendsten und radikalsten Polen bezeichnet werden muß, da sein Name immer wieder in den Zeitungsberichten der polnischen Presse sowie in den Berichten der Geheimen Staatspolizeistelle vorkommt. Buhl soll außerdem Geschäftsführer der polnischen landwirtschaftlichen Warengenossenschaft „Rolnik" sein. In dem Hause von Buhl finden sämtliche polnische Veranstaltungen statt. Es wird behauptet, daß sich Witolla auch während der polnischen Versammlungen im Hause von Buhl aufgehalten hat. Bis jetzt sind mir jedoch Tatsachen, die W. dort wahrgenommen oder erfahren hat und die von Wichtigkeit für die zuständigen Behörden sind, nicht bekannt geworden.

An der Hochzeit, die im Gasthaus Lax – Grudschütz gefeiert wurde, sollen ca. 150 Personen teilgenommen haben, die dort bewirtet wurden. Dies hat zu Gerüchten Veranlassung gegeben, woher W. zu einer solchen großen Hochzeit die Mittel habe, da er selber nur gegen 100,– Gehalt beziehen soll. Auch ist es den Leuten unverständlich, woraus er in Zukunft sein Auskommen bestreiten will.

Am 2. Tage sollte die Hochzeit im Hause von Buhl gefeiert werden.

Ich kann mir nicht denken, daß nach Lage der Verhältnisse im Abstimmungsgebiet bzw. Grenzbezirk W. von der Gauleitung die Einwilligung zu dieser Heirat erhalten haben sollte.

Dem Kreisleiter Kowohl sind diese Tatsachen sowie auch die Stimmung in der Bevölkerung bekannt.

Ich halte es für meine Pflicht, im Interesse von Partei und Staat hierüber zu berichten.

gez. Slawik

324

23.4.1935: Gendarmeriepostenbereich Großdöbern an den Landrat in Oppeln. Polnischer Theaterabend in Kleindöbern (22.4.1935)
23 IV 1935r.: Obręb posterunku żandarmerii Großdöbern do landrata w Oppeln. Polski wieczór teatralny we wsi Kleindöbern (22 IV 1935r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 95

Am 22. dieses Monats fand in Kleindöbern bei dem Gastwirt Kossler in dessen Lokal ein polnischer Theaterabend statt. Anwesend waren gegen 80 bis 90 Personen, darunter Kinder, Erwachsene und ältere Leute.

Programm:

Lieder über Heimat und Schollenliebe

Das Schwurlied – Wir sind die Zukunft des Volkes –

Theaterstück: Franzek, der ohne Geld nach Gleiwitz fährt, den Schaffner und Wachtmeister hinauswirft (wurde mit besonderem Applaus aufgenommen)

Das Theaterstück zeigte eine gewisse Verhöhnung der deutschen Beamten. Nachdem hielt ein Herr Wawrzinek aus Gr. Strehlitz eine nationalpolitische Rede, die als staatsgefährlich und das Deutschtum verhöhnend anzusehen war. Darauf folgte ein Monolog als Werbung, in die polnisch-katholische Jugend einzutreten. Die Rede des Wawrzinek fing an mit dem Osterfest und der Auferstehung; weit ausholend ging der Redner zur Auferstehung des polnischen Volkstums in Schlesien über. – Und nun ging es los. – Dornenweg der Polen in Oberschlesien, verfolgt, geschlagen und verachtet. Verhöhnung durch die Beamten. In Polen wohnen nur Diebe und Schweine, so haben die Deutschen behauptet – dies noch vor 3 Jahren, und heute nehmen sie Verständigung und wollen unsere Brüder sein. So einem Bruder ist schwer zu trauen. Wir werden vorsichtig sein, denn heute haben wir das Recht, heute können wir stolz und mutig uns zum Polentum bekennen; denn Hitler hat uns selbst anerkannt, er hat uns ... (nach Hitler), die sich nicht haben entnationalisieren lassen, als die wertvollsten Elemente bezeichnet, er hat uns die Anerkennungsmedaille an die Brust geheftet – und die andern, die sich entnationalisieren ließen, sind die Elemente, auf die Hitler wenig Wert legt. – Er hat es ja selbst gesagt, und wieviele sind es, die dazu gehören? Sie alle, die auf den Straßen gehen und polnische Namen tragen, alle, die die polnische Sprache sprechen, sie sind die Menschen 2ter Klasse; sie haben sich das Grab selbst gegraben. – Heute haben die Polen überall recht, sie brauchen keine wirtschaftlichen Sorgen mehr zu haben; denn für sie sorgt der Staat – sie sollen nur um ihre polnische Seele kämpfen usw. Beweis: Beamte im Arbeitsamt und Winterhilfswerk und Amtsvorsteher werden hinausgeworfen, weil sie die Polen nicht gerecht behandelt haben. – Wir haben immer noch die Genfer Konvention. Wer etwas braucht, der kommt zu mir, wir werden ihm schon helfen. – Und dann kam eine freche Herausforderung: Hier in Oberschlesien hat man sich mit „Gelobt sei Jesus Christus" zu grüßen und nicht mit irgend welchen Handbewegungen. – Weitere Anerkennung von den Deutschen der polnischen Kulturausstellung in Berlin.

Kurz charakterisiert – die Rede war raffiniert als politische Propagandarede ausgearbeitet mit einer Reihe von Widersprüchen, um die Leute zu verwirren.

Dieser Bericht ist von dem Studenten Pampuch aus Kleindöbern, welcher sich während der ganzen Zeit dortselbst aufgehalten hat, von der polnischen Sprache ins Deutsche übersetzt worden.

Ferner wurde ein zweites Theaterstück gespielt: Hierbei trat eine Bauernfamilie in polnischer Tracht auf, ein polnischer Jude und zwei männliche Personen.

Diese Aufführung ging darauf hinaus, daß der Jude durch Heiratsverkupplung die Bauernfamilie betrügen wollte.

Gendarmerie-Hauptwachtmeister	Gendarmeriemeister
[Unterschrift]	[Unterschrift]

325

Juli 1935: Gendarmerieposten Altschalkowitz an den Landrat in Oppeln. Polnische Festveranstaltung in Neuschalkowitz (7.7.1935)
Lipiec 1935r.: Posterunek żandarmerii we wsi Altschalkowitz do landrata w Oppeln. Polska uroczystość we wsi Neuschalkowitz (7 VII 1935r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 95

Am 7. Juli dieses Jahres veranstaltete die Vereinigung „Polnischer Pfadfinder in Deutschland" eine Theateraufführung mit anschließendem Vergnügen im Saale des Gasthauses „Waldesruh" in Neuschalkowitz.

Eingeleitet wurde das Vergnügen mit dem Theaterstück „Der Schuster Walenta als Mönch". An dieser Aufführung nahmen ca. 120 bis 130 erwachsene Personen und 40 bis 50 Kinder teil.

Zwischen den einzelnen Akten des Theaterstückes brachte der polnische Gesangverein „Echo" aus Oppeln gesangliche Darbietungen. Nach Beendigung des Theaterstückes wurde der Saal für das Vergnügen freigegeben.

Der Saal füllte sich jetzt mit den bereits draußen auf den Tanz wartenden jungen Leuten. Zwischen 20 und 20 1/2 Uhr füllte sich der Saal von jungen Leuten aus der Umgebung, so daß der Saal überfüllt war. Die Anwesenheit der jetzt zum Tanz herbeigeeilten Personen betrug 350 bis 400. Zu irgendwelchen Anrempeleien oder Zwischenfällen seitens der Vergnügungsteilnehmer ist es nicht gekommen. Auch die vor dem Gasthause stehenden Personen verhielten sich gegenüber den polnischen Pfadfindern ziemlich diszipliniert. Etwas Aufsehen erregte die Anwesenheit der in SS-Uniform erschienenen SS-Angehörigen Paul Urban und Gerhard Bock aus Chrosczütz. Trotz der Ermahnung des Angestellten des Amtsbüros, Frank Skroch, den Saal in Uniform nicht zu betreten, nahmen genannte Personen gegen 24.00 Uhr an dem Vergnügen teil.

Durch Kopfbewegungen und Mimik nach der Richtung der SS-Angehörigen konnte man erkennen, daß sich der anwesende Rechtsanwalt Kwoczek und der Führer der Pfadfinder, Josef Kachel, über beide SS-Männer unterhielten.

Weiteres ist über den Verlauf des Vergnügens nicht zu berichten.

[Unterschrift]

Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe

326

20.1.1936: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Überblick über die polnische Bewegung (Dezember 1935–Januar 1936)
20 I 1936r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Przegląd ruchu polskiego (grudzień 1935r. – styczeń 1936r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 97 (Entwurf).

Der Polenbund entwickelt in letzter Zeit im Kreise Oppeln eine außerordentlich rege Werbetätigkeit. Nach den mir erst jetzt zugegangenen Nachrichten hat der Bund folgendes unternommen:

a) am Sonntag, den 4.1.1936, waren etwa 20 junge Burschen und Mädchen aus Nakel im Alter von 15 bis 17 Jahren in Oppeln. Dort wurden sie bewirtet und bekamen Uniformen des polnischen Pfadfinderbundes. Diese jungen Leute lassen sich jetzt in den Uniformen in ihrem Heimatorte sehen.

b) Am 5.1.1936 fanden in Nakel und in Grudschütz und am 8.1.36 in Biadacz und in Jellowa polnische Weihnachtsfeiern statt. Die Vertreter des Polenbundes sprachen hierbei über die Traditionen ihrer Väter. Dann wurden die Kinder beschenkt. Die Vereinsvorsitzenden dankten dann dem Bunde der Polen für die erhaltenen Geschenke, woraus hervorgeht, daß reiche Mittel für die Veranstaltungen vom Bunde der Polen bereitgestellt worden sind. Bei der Weihnachtsfeier in Biadacz betonte der die Festrede haltende Literski vom Teilverband des Polenbundes die Wichtigkeit der traditionellen Weihnachtsfeier und forderte die Festteilnehmer auf, die altpolnischen Sitten und Gebräuche zu pflegen und einträchtig zum Schutz ihres Glaubens und ihrer Muttersprache zu arbeiten.

c) Am 12.1.1936 fand in Follwark eine polnische Kinderbescherung statt. An der Veranstaltung haben etwa 10 erwachsene Personen und 20 Kinder teilgenommen. Die Kinder wurden unter anderem mit polnischen Lesebüchern beschenkt. Außerdem wurden polnische Broschüren aus einem Warschauer Verlage verteilt. 4 Stück dieser Broschüren habe ich der Staatspolizeistelle in Oppeln vorgelegt. An der Veranstaltung nahmen auch 3 Knaben teil, die dem Jungvolk angehören. 2 von diesen Knaben sind zum nächsten Jungvolkappell nicht mehr erschienen.

d) Am Sonntag, den 12.1.1936 fand ferner in der Herberge zur Heimat zu Oppeln die Aufführung eines religiösen Theaterstückes statt. Die Werbung für diese Veranstaltung erstreckte sich auch auf den Landkreis Oppeln und erfolgte durch Motorradfahrer, die schriftliche Einladungen verteilten. Die Werbung soll auf dem Lande auch nicht ohne Erfolg gewesen sein.

Am Abend desselben Tages wurde das gleiche Theaterstück in Goslawitz aufgeführt. An dieser Aufführung nahmen etwa 185 erwachsene Personen und 50 bis 70 Schulkinder teil. Auswärtige Gäste waren etwa 20 bis 30 Personen. Die Veranstaltung verlief ohne Störung. Ein Redner ermahnte in polnischer Sprache die Zuhörer, fest und treu dem Polenbunde zur Seite zu stehen. Er führte etwa folgendes aus: „Nachdem der deutsche Führer und Reichskanzler den Polen die Freundschaftshand gereicht habe, kann jede polnisch sprechende und denkende Person offen seine polnische Gesinnung zur Schau tragen, er kann sogar seine polnische Nationalität auf der Stirn geschrieben haben, überall in Deutschland, bei jeder Behörde findet er Unterstützung. Jede polnisch sprechende Familie ist nach den kirchlichen Gesetzen verpflichtet, ihre Kinder in polnischen Unterricht zu schicken; wer dies nicht tut, begeht eine schwere Sünde." Der Redner wies ferner darauf hin, daß Prälat Uliczka vor kurzer Zeit in diesem Sinne in einer öffentlichen Rede auch die polnischen Mütter darauf ermahnte. Weiter sagte der Redner etwa folgendes: „In ganz Deutschland, wo eine Person polnisch spricht und denkt, ist Polen, genau wie der deutsche Führer es sagt: wo ein Deutscher steht, deutsch spricht und denkt, ist Deutschland". Der Redner betonte weiter, daß in ganz Schlesien jetzt für die Polen der Frühling wehe und ermahnte zum festen Zusammenhalt.

e) Die Bemühungen der Funktionäre des Bundes der Polen Teilverband I, Vereinigungen „Flotte Burschen (Zuchy)" zu gründen, haben weiteren Erfolg gehabt. Die Zusammenkünfte der Vereinigung in Großdöbern, Kr. Oppeln, finden weiter pünktlich statt. Leiter dieser Zusammenkünfte ist nicht mehr Karl Dlubacz, sondern der Rolnik-Angestellte Piechotta aus Grudschütz. Dlubacz ist am 15. Januar 1936 zu einem elfmonatigen Kursus in die Genossenschaftsschule in Naleczow in Polen abgeordnet worden.

Seit Anfang Dezember 1935 besteht in Altschalkowitz gleichfalls eine Abteilung der Zuchy. Auch hier wurden die bis jetzt stattgefundenen Zusammenkünfte von Dlubacz geleitet. Die Leitung der weiteren Zusammenkünfte ist dem Landwirtssohne Josef Kansy aus Stefanshöh übertragen worden.

Ferner finden Zusammenkünfte der Zuchy in Nakel, Tarnau, Kossorowitz und Follwark statt. Zur eigentlichen Gründung von Abteilungen in den letztgenannten Orten ist es, soweit bisher festgestellt werden konnte, noch nicht gekommen.

[Paraphe]

327

18.3.1937: Gendarmerie-Hauptwachtmeister Bunke in Nakel an den Amtsvorsteher in Tarnau. Polnische Jugendgruppe in Raschau
18 III 1936r.: Główny wachmistrz żandarmerii Bunke w Nakel do wójta w Tarnau. Polska grupa młodzieżowa we wsi Raschau

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 97

Daß in Raschau Ende Januar 36 eine Jugendgruppe der polnischen Minderheit ins Leben gerufen wurde und diese Zusammenkünfte jeden Donnerstag bei dem Landwirt Simon Jaxy dortselbst stattfinden und an denen sich auch einige Angehörige der HJ beteiligen, ist hier nicht unbekannt. Hierüber ist meinerseits an den Herrn Landrat berichtet. Auch ist ein Personalblatt über Jaxy ausgefüllt und durch die Ortspolizeibehörde Tarnau zwecks Weiterleitung übersandt. Auch ist bekannt und bereits berichtet, daß in der Hauptsache die sportliche Ausbildung in Händen des Kachel und Dobis aus Oppeln liegt und die Mitgliederzahl auf 12–15 Knaben sich beläuft. Personenblatt über Jaxy füge ich ausgefüllt bei.

Die Werbetätigkeit erfolgt meines Erachtens auf die Weise, indem ein Knabe dem anderen von den Zusammenkünften bei Jaxy erzählt und so die Anwerbung der Jugendlichen, die aus Neugier dorthin gehen, erfolgt. Wie ich in Erfahrung brachte, hat sich auch der Führer der „HJ" der Ortsgruppe Raschau (ein gewisser Mientus) an den Zusammenkünften bei Jaxy beteiligt. Eine Zurechtweisung bzw. Belehrung des Mientus in geeigneter Weise durch seine vorgesetzte Dienststelle halte ich für geboten; anderenfalls zu befürchten steht, daß sich noch weitere Angehörige der „HJ" an den Zusammenkünften bei Jaxy beteiligen und infolge ihrer Unerfahrenheit und durch Versprechungen den Beitritt erklären, ohne sich etwas dabei zu denken.

Gorzolka hat auf diese Weise leichtes Spiel bezüglich seiner Werbetätigkeit.

Im Augenblick selbst kann ich eine geeignete Person als Führer der „HJ" in Raschau nicht in Vorschlag bringen.

[Unterschrift:] Bunke
Gendarmerie-Hauptwachtmeister

328

3.4.1937: Der Landrat in Oppeln an die Staatspolizeistelle ebendort. Deutsch-polnische Mischehen
3 IV 1937r.: Landrat w Oppeln do placówki policji państwowej w miejscu. Polsko-niemieckie małżeństwa mieszane

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96 (Entwurf).

Wahrnehmungen darüber, daß durch Abwanderung deutscher Mädchen in die Großstädte wie Breslau usw. im Landkreis Oppeln die Heiraten zwischen deutschen Männern und polnischen Mädchen einen Umfang annehmen, der einer Polonisierung bedenklich Vor-

schub leistet, konnten bisher nicht gemacht werden. Es ist vielmehr beobachtet worden, daß von den 5 bis 6 000 nach dem Innern des Reiches in den Sommermonaten wandernden und im Herbst zurückkehrenden Arbeiterinnen einige in dieser Zeit mit Männern aus dem Innern des Reiches die Ehe schließen und dann ihren Ehemann im Herbst in den Landkreis mitbringen. Diese Männer sind nicht immer besonders arbeitswillig, vermehren teilweise die Zahl der Unzufriedenen, bejahen nicht immer die Einrichtungen des heutigen Staates, finden oft Anschluß an die polnische Minderheit und werden oft im geheimen Führer der Gegner der heutigen Staatseinrichtungen. Deswegen ist auch manchmal zwischen Kommunisten und Bekennern des Polentums wenig Unterschied.

Genaue zahlenmäßige Angaben lassen sich allerdings nicht machen, weil diese Elemente sich hüten, ihre Gesinnung offen zur Schau zu tragen.

[Paraphe]

329

4.9.1937: Der Amtsvorsteher in Tarnau an den Landrat in Oppeln. Beurteilung der Familie Wyrwol in nationaler Hinsicht

4 IX 1937r.: Wójt w Tarnau do landrata w Oppeln. Opinia o rodzinie Wyrwolów pod względem narodowym

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 98

Ein Sologesang der beiden Töchter des als Polen bekannten Kalkwerkinspektors Wyrwol in der Kirche in Tarnau wurde nicht zu Gehör gebracht, jedoch ist es im ganzen Dorfe bekannt, daß die ganze Familie Wyrwol einschließlich ihrer zur Zeit in Ziegenhals wohnhaften Tochter bevorzugt nur den polnischen Gottesdienst besucht. Fräulein Wyrwol wird wohl nicht bestreiten wollen, daß sie bei diesen polnischen Gottediensten nur polnisch gesungen hat. Wenn Fräulein Wyrwol angibt, daß ihr Vater nicht polnisch gesinnt sei, muß ich bemerken, daß heute noch in der Gemeinde Wahllisten vorhanden sind, auf welchen ihr Vater als Kandidat der polnischen Liste zur Gemeindevertretung aufgestellt war. Ein Bruder von ihr ist Inspektor bei der Wojewodschaft in Kattowitz.

Fräulein Wyrwol selbst ist nie im Leben Nationalsozialistin gewesen und wird auch niemals eine solche werden, denn sie ist Polin, gibt sich aber als solche nicht zu erkennen, da sie Angst hat, ihr Brot zu verlieren.

Als Zeugin, daß die Wyrwol Polin ist, gebe ich die hier in Tarnau wohnhafte Maria Wicher an, zu der sich die Wyrwol in diesem Sinne auch geäußert hat.

Fräulein Maria Wicher bittet darum, in dieser Sache von der Geheimen Staatspolizeistelle in Oppeln vernommen zu werden.

[Unterschrift]

330

30.9.1937: Der Amtsvorsteher in Ehrenfeld an den Landrat in Oppeln. Nationale Verhältnisse in Kreuzwalde

30 IX 1937r.: Wójt w Ehrenfeld do landrata w Oppeln. Stosunki narodowościowe we wsi Kreuzwalde

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 99

Nach Prüfung der Verhältnisse in Kreuzwalde ist dort von einem polnischen Jugendverein nichts bekannt. Es könnte sich lediglich um die Jugend handeln, deren Eltern seinerzeit im polnischen Gesangverein waren. Heute werden auch von diesem Gesang-

verein keinerlei Zusammenkünfte mehr abgehalten, desgleichen hat eine Zusammenkunft des polnischen Jugendvereins nicht festgestellt werden können. Die Bevölkerung von Kreuzwalde, die früher überwiegend polnisch sprach, ist heute soweit, daß in den Familien, speziell der Arbeiter, fast ausschließlich deutsch gesprochen wird, bis auf die wenigen Familien, die von der Landwirtschaft leben und infolgedessen mit der Umwelt nicht so in Berührung kommen. Vor der Machtergreifung waren die Gottesdienste nur polnisch, jetzt sind sie abwechselnd deutsch und polnisch. Es ist ein großer Aufschwung des Deutschtums in der Gemeinde zu verzeichnen.

Der Amtsvorsteher
[Unterschrift]

331

8.12.1937: Der Amtsvorsteher in Eichtal an den Landrat in Oppeln. Nationale Spannungen im Gottesdienst
8 XII 1937r.: Wójt w Eichtal do landrata w Oppeln. Napięcia na tle narodowościowym w czasie nabożeństw

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 113 (Abschrift).

Die von mir persönlich durchgeführten Ermittlungen haben die Richtigkeit der im vorstehend angeführten Ersuchen gemachten Angaben ergeben. Am Allerseeltentage las der Pfarrer Golisch eine Messe für den katholischen Mütterverein. Der Organist, Lehrer Gamroth aus Forellengrund, stimmte bei Beginn der Messe ein deutsches Lied an. Nach dem Evangelium verließ der Pfarrer den Altar und begab sich in die Sakristei. Die Bevölkerung und der Organist waren der Meinung, daß der Pfarrer zwischen dem Evangelium und dem Credo, wie es oft üblich ist, die Kanzel zu einer Predigt betreten wolle. Dem war jedoch nicht so, vielmehr verblieb der Pfarrer in der Sakristei und ließ die Vorsitzende des Müttervereins, Frau Fesser aus Rogau, holen. Nachdem er diese in einer barschen Form wegen des deutschen Gesanges abgekanzelt hatte, schickte er einen Ministranten zum Organisten mit der Aufforderung, polnisch zu singen. Der Organist spielte nun ein polnisches Lied, sang aber selbst, wie er es bei deutschen Liedern tut, nicht.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich schon einmal am Fronleichnamstage im Jahre 1934. Der damalige Organist, ein Lehrer Grundei, stimmte auf der Orgel das Lied „Kommet, lobet ohne End" an. Als die Kirchenbesucher den deutschen Text sangen, verließ der Pfarrer Golisch ebenfalls den Altar und verlangte polnischen Gesang.

Daß der Pfarrer dadurch für den polnischen Gesang Propaganda macht, ist selbstverständlich. Alle Bemühungen des Organisten Gamroth aus Forellengrund, den deutschen Gesang zur Geltung zu bringen, werden dadurch untergraben. Aus dieser Erkenntnis heraus hat dieser Organist bereits sein Amt zur Verfügung gestellt; es kann jedoch kein Ersatz gefunden werden.

gez. Lorek

332

6.2.1938: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung
6 II 1938r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego i możliwości jego zwalczania

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 100

Zu 1. Der Polenführer Philipp Nowara hat seine Tochter zu einem polnischen Konsulatsbeamten gegeben. Das Mädchen ist weiter im BdM. Sie erzählt überall, wie gut sie es hat. Jetzt ist ein Bruder von ihr als Bürolehrling im „Rolnik" angekommen. Eine Schwester soll nächstens auch im Rolnik Anstellung finden. Alle Kinder sind schlau. Der Vater hat heute keine Plakette gekauft. Die Führer der Polen treten überall sehr sicher auf, denn sie bekommen überall Schutz. Ich erinnere an meine Berichte über die Kinderbeihilfe des Porwol aus Birkental, über die Schrotmühle des Polen Hennek aus Eisenau. Der Pole Nikolaus Knossalla ist heute noch Genossenschaftsvorsteher der Darlehnskasse in Eisenau. Der Rolnik-Vorsitzende Kasperek aus Winau ist auch Vorsitzender der Wassergenossenschaft. Der Polenführer Sonntag aus Eisenau hat den Zellenleiter Pg. Knopp aus Eisenau angehalten und stellte ihn zur Rede, warum er „Heil Hitler!" grüße. Er solle „Gelobt sei Jesus Christus" grüßen (natürlich polnisch). Der Arbeiter Cygan aus Heidefelde hat NS-Zeitungen zerrissen und die Polen gelobt. In beiden Fällen ist Anzeige an die Kreisleitung erfolgt.
Zu 2. Polnische Jugendvereine usw. sind im Amtsbezirk nicht vorhanden.
3. Die Zeitungen werden in derselben Anzahl gelesen. Sie wandern auch zum Nachbarn. Der Pole Johann Greicor hat jeden Monat aus Herne ein Paket Zeitungen bekommen, die er dann verteilte. Greicor ist jetzt nach Wäldchen bei Klosterbrück verzogen. Am letzten Sonntag war in Oppeln ein polnisches Theater. Zu diesem sind reichlich Einladungen ergangen. Wenn auch nicht alle Polen gefahren sind, so waren doch aus jedem Dorfe einige.

4. In den polnischen Genossenschaften ist der Landwirt Porwol aus Birkental. Porwol hat wieder einen Antrag auf Kinderbeihilfe für sein 9. Kind gestellt. Die Polen vom Rolnik gehen schon jetzt von Haus zu Haus und bieten Kunstdünger an. Natürlich wird er gekauft. In Heidenfelde hat ein Pole Kamalla ein großes Bauvorhaben vor. Er baut ein Haus, das 18 000,00 RM kosten soll. Er hat ein eigenes Haus und eine kleine Scheune. Er baut auch eine große Scheune, trotzdem er nur wenig Acker hat. Der Mann hat kein Geld. Wie kann er bauen!

5. Die Geistlichkeit fördert das Polentum in jeder Weise. Der Pfarrer von Halbendorf hält jeden 2. Sonntag früh eine polnische Andacht, trotzdem die Kirche mit Staatsgeldern erbaut worden ist. Der Pfarrer von Eisenau ist ganz unbelehrbar. Er liest jeden Sonntag früh eine polnische Messe. Der Hauptgottesdienst ist einmal deutsch und einmal polnisch, so daß an manchen Sonntagen 2 polnische Gottesdienste sind, aber gar kein deutscher. Die marianischen Kongregationen sind noch polnisch.

Ich bitte, daß kein Pole mehr Kinderbeihilfen bekommt. Jeder Antrag muß durch die Hand des Ortsgruppenleiters der NSDAP und des BDO gehen. Ich habe in solchen Fällen Einspruch erhoben, bin aber immer abgelehnt worden. Jede wirtschaftliche Unterstützung muß den Polen versagt werden.

Deutsche Firmen müßten genauso wie die Polen vom Rolnik von Haus zu Haus gehen und Waren verkaufen. Der Rolnik in der Odervorstadt müßte lahm gelegt werden. Mindestens müßte ein neues Geschäft gleich beim Rolnik gekauft werden. Gele-

genheit ist jetzt da, da das Grundstück des Juden Prager verkauft werden wird. Jede Gemeinde muß eine Patenschaft bekommen. Die Kinder und die Erwachsenen müssen reich beschenkt werden. Nur die bekommen Patengeschenke, die auch zu Hause deutsch sprechen.

Jeder Beamte und seine Angehörigen, desgleichen die Angestellten und Staatsarbeiter, dürfen nur deutsch sprechen. In den Versammlungen der NSDAP habe ich immer ermahnt, daß auch im Hause deutsch gesprochen wird. Es muß aber von oben kommen, in einer ganz scharfen Form.

Kein Pole darf ein öffentliches Amt bekleiden. Eine Nachprüfung ist dringend nötig. Kein Deutscher darf bei einem Polen mehr kaufen.

Die Geistlichen müssen gezwungen werden, nur deutsche Gottesdienste abzuhalten.

[Unterschrift:] Malorny

333

9.7.1938: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung

9 VII 1938r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 100

Zu 1. Die polnische Zeitung „Narod" wird jetzt in jedes Dorf geschickt. In Birkental hat sie der Rentenempfänger Johann Greicor bekommen. Dieser ist nach Wäldchen bei Klosterbrück verzogen. An einer katholischen Kundgebung in Annaberg haben die Polen fast restlos teilgenommen. Dagegen haben sie sich an dem Tag der Gemeinschaft in Reisern nicht beteiligt. In Reisern haben die Polen auch nicht die Flagge gehißt. Es ist aufgefallen, daß in Reisern kaum 40 Häuser beflaggt waren.

Zu 2. An der polnischen Jugendkundgebung am Annaberg hat aus dem Amtsbezirk niemand teilgenommen. Vor einigen Tagen haben 2 junge Leute in Eisenau polnische Lieder in einem Gasthaus gesungen. Der eine war aus Eisenau, der andere aus Fischbach, Kreis Falkenberg. Beide werden beobachtet.

Ich habe noch festgestellt, daß an einigen Häusern noch polnische Inschriften sich befinden. Ich werde versuchen, daß dies sofort beseitigt wird. – Es ist mir aufgefallen, daß viele Polen Zuchtstationen eingerichtet haben. Bei der Körkommission ist ein Pole aus Mühlenbach, der natürlich nur seine Gesinnungsgenossen bevorzugt. Es ist notwendig, daß dieser Mann sofort abgelöst wird.

Der Ortsgeistliche von Halbendorf läuft zu jeder Feierlichkeit, ob deutsch oder polnisch. Er besucht sogar die Arbeiterinnen auf dem Dominialfelde. Den Gottesdienst hält er genau so wie früher, deutsch und polnisch.

[Unterschrift:] Malorny

334

12.8.1938: Der Landrat in Oppeln an den Regierungspräsidenten ebendort. Probleme einer statistischen Erfassung der polnischen Minderheit

12 VIII 1938r.: Landrat w Oppeln do prezydenta rejencji w miejscu. Problemy ujęcia statystycznego mniejszości polskiej

AP Opole, Landratsamt Oppeln Nr. 101 (Entwurf).

Anliegende Abschrift eines Schreibens der Landesbauernschaft Schlesien erhielt ich durch den Grenzlandberater Arndt in Oppeln. Dieses Schreiben, das an den Grenz-

landberater gerichtet ist, ist ein Beweis dafür, wie von Seiten des Reichsnährstandes nationalpolitische Erhebungen getroffen werden, die von einem Mangel an Vertrautheit mit den wirklich nationalpolitischen Problemen zeugen und sich der Kontrolle der zuständigen staatlichen Organe entziehen. Nur der guten Zusammenarbeit mit der Kreisbauernschaft habe ich es zu verdanken, daß ich von den angeforderten Feststellungen Kenntnis erhalten habe.

Die in dem Schreiben der Landesbauernschaft Schlesien gestellten Fragen sind ein Beispiel falscher Fragestellung. Zu den Fragen 1. und 2. ist folgendes zu sagen:

Der Begriff „Minderheitengemeinde" ist zweifelhaft und wertlos. Man kann darunter einmal solche Gemeinden verstehen, in denen das polnische Volkstum dem Gemeindeleben das Gepräge gibt; solche Gemeinden gibt es im Landkreis Oppeln nicht. Versteht man unter Minderheitengemeinde jedoch jede Gemeinde, in der sich Angehörige fremden Volkstums befinden, so sind Angaben über die Zahl der Einwohner und des Gemeindegebiets wertlos, weil sie keinerlei Erkenntnis über die wirkliche nationalpolitische Lage vermitteln.

Zu den Fragen 3. und 4. des anliegenden Schreibens ist zu bemerken:

Für jeden in der Deutschtumsarbeit Stehenden ist klar, daß die Erbhöfe und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe in polnischen Händen zahlenmäßig überhaupt nicht angegeben werden können, da das polnische Volkstum in Oberschlesien überhaupt schwer zu erfassen ist. Ein halbwegs sicheres Mittel hierfür wird erst die Volkszählung 1939 bieten. Bis dahin ist das polnische Volkstum nur in Einzelfällen und oft nur aus zufälligem Anlaß erkennbar und nachweisbar. Diese Einzelfälle zahlenmäßig anzugeben, ist ebenfalls wertlos, da ein gänzlich falsches Bild über die wirklichen nationalpolitischen Verhältnisse entstehen würde.

Zu der im Volkstumsbekenntnis nicht eindeutigen Zwischenschicht gehören schätzungsweise 60 % der Bevölkerung. Die Zugehörigkeit zur Zwischenschicht wird im einzelnen überhaupt niemals festgestellt werden können, da die fraglichen Personen sich bei der Volkszählung als zum deutschen Volkstum gehörig eintragen dürften.

Der Grenzlandberater ist von Seiten der Landesbauernschaft angewiesen, mir Abschriften seiner Berichte an die Landesbauernschaft nicht vorzulegen. Die anliegende Abschrift des Schreibens der Landesbauernschaft hat mir der Grenzlandberater loyalerweise zugehen lassen, wie sich auch sonst eine verständnisvolle und reibungslose Zusammenarbeit mit ihm entwickelt hat.

Ich muß darauf hinweisen, daß für nationalpolitische Maßnahmen im Landkreis der Landrat die allein berufene Stelle ist, und es daneben kein selbständiges Handeln anderer Stellen geben darf, das sich der Nachprüfung des Landrats entzieht. Ich wäre dankbar, wenn die vorliegende Angelegenheit zum Anlaß genommen würde, um die Zusammenarbeit der unteren Verwaltungsbehörden mit der Landesbauernschaft grundsätzlich zu klären.

gez. Dr. Seifarth
kommissarischer Landrat

335

8.10.1938: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung
8 X 1938r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

Zu 1. Zwei Kinder des Polen Nowara aus Birkental, die in Oppeln eine Privatschule für Buchführung, Kurzschrift und Schreibmaschine gemacht haben, sind in die Nähe von Berlin gefahren. Dort wohnt eine Schwester von ihnen. Sie wollen versuchen, dort eine Stellung zu bekommen. Zur Zeit wohnen sie in Rehagen. – In der letzten Zeit haben die Polen an den Ereignissen regen Anteil genommen. An den Veranstaltungen nahmen sie regelmäßig teil.

Zu 2. Die Zeitungen werden in derselben Anzahl gelesen. Am letzten Sonntage war eine große Erntedankfeier auf dem Annaberg. Dazu bekamen führende Polen Einladungen. Morgen, am 9. Oktober, ist in Oppeln eine große Erntedankfeier im Haus der Polen. Zu dieser Versammlung hat der Leiter der Landwirte des Kreises Oppeln, Kasimir Kasperek aus Winau, eingeladen. Aus jedem Dorfe bekamen die jüngeren Landwirte Einladungen.

Zu 3. Ich sehe immer Landwirte, die bei den Polen kaufen. In der letzten Zeit ist ein Agent des Rolnik herumgegangen und hat viel Kunstdünger verkauft. Es ist doch notwendig, daß die deutschen Genossenschaften sich mehr dafür interessieren.

Zu 4. Die polnischen Kongregationen stehen in hoher Blüte. Die Versammlungen finden regelmäßig statt. Dabei wird gesungen, gespielt und dann wird Kaffee getrunken. Fast immer ist der Pfarrer dabei. Manchmal kommt auch der Organist für den Pfarrer. Durch diese polnischen Kongregationen wird die polnische Sache sehr gefördert. Es muß hier unbedingt etwas geschehen. Vielleicht kann man auf einzelne Personen direkt einwirken.

[Unterschrift:] Malorny

336

13.1.1939: Der Amtsvorsteher in Vogtsdorf an den Landrat in Oppeln. Karteimäßige Erfassung der polnischen Minderheit
13 I 1939r.: Wójt w Vogtsdorf do landrata w Oppeln. Ujęcie mniejszości polskiej w kartotece

Ap Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

Betreffs Kinderbeihilfe Baron Johann VI aus Vogtsdorf und Kornek Paul aus Vorwerk teile ich mit, daß dieselben als zur Minderheit gehörig geführt werden. Warum mein Amtsvorgänger eine Karteikarte nicht ausgestellt hat, ist mir nicht bekannt. Wie ich mich selbst am Landratsamt überzeugt habe, sind aus dem gesamten Amtsbezirk nur 16 Karteikarten vorhanden. Ich bin im Begriff, eine Kartei nach dem neuesten Stand aufzustellen, und werde Ihnen dann dieselbe nach Fertigstellung zukommen lassen. Abschließend möchte ich noch bemerken, daß die bei Ihnen vorhandenen Karteikarten zum Teil ausgemerzt werden müssen, da die Voraussetzungen in einzelnen Fällen heute nicht mehr gegeben sind.

Der Amtsvorsteher
[Unterschrift:] Dehnert

337

2.5.1939: Der Amtsvorsteher in Vogtsdorf an den Landrat in Oppeln. Antipolnische Ausschreitungen in Vogtsdorf (28./29.4.1939)

2 V 1939r.: Wójt w Vogtsdorf do landrata w Oppeln. Ekscesy antypolskie we wsi Vogtsdorf (28/29 IV 1939r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

In der Nacht vom 28. zum 29. April (nach der Führerrede) wurden um 0 Uhr bei den zur polnischen Minderheit zählenden Bürgern der Gemeinde Vogtsdorf

Baron Josef II, Bauer,

Poliwoda Peter, Landwirt,

Sczesinski Ceslaus, Hausbesitzer,

von unbekannten Tätern die Fensterscheiben eingeschlagen. Der hiesige Landposten der Schutzpolizei hat hierüber an seine Dienststelle einen Bericht etwa nachstehenden Inhalts abgegeben:

In der Nacht vom 28. zum 29.4.1939 meldete mir der Landwirt Peter Poliwoda um 1 Uhr, daß bei ihm von unbekannten Tätern sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen worden wären. Seine Schwester Rosa sah im Hofe 3 SA-Männer und 2 Zivilisten mit Zaunlatten. Die Namen der Täter sind jedoch unbekannt. Um 5.15 Uhr meldete Frau Rosa Sczesinski, daß bei ihr in der untern Etage sämtliche Fensterscheiben von unbekannten Tätern eingeschlagen worden wären.

Der Tatbestand hat ergeben, daß bei den drei Genannten tatsächlich die Scheiben der untern Etagen eingeschlagen waren. Hierzu meinerseits nachstehenden Bericht:

Die Täter sind mir nicht bekannt. Tatsächlich ist weiterer Sachschaden, als das Zerschlagen der Scheiben, nicht entstanden. Wie verlautet, wird von den Polen behauptet, daß auch Mißhandlungen der Polen vorgekommen sein sollen. Dies trifft jedoch nicht zu. Am 29.4. in den Vormittagsstunden traf ein Auto des polnischen Konsulats mit 3 Herren in Begleitung des bekannten Polenführers Johann Wawrzinek aus Oppeln in Vogtsdorf ein. Die Herren haben den Tatbestand ermittelt und sollen auch Aufnahmen der Hausfronten gemacht haben. Auf Grund der Aktion hat der Bauer Baron Josef II, welcher als einziger seine 4 Kinder in die polnische Schule schickte, am heutigen Tage dem Schulleiter Adamek in Vogtsdorf einen Brief etwa nachstehenden Inhalts geschrieben:

Auf Grund der letzten Demolierung seiner Hauseinrichtung sind seine Frau und die Kinder erschrocken, so daß dieselben Schaden an der Gesundheit erlitten haben. Aus diesem Anlaß sehe er sich veranlaßt, seine Kinder mit dem heutigen Tage nicht mehr in den polnischen Unterricht zu schicken, sondern in den deutschen Unterricht.

Damit wird ab dem heutigen Tage die Minderheitsschule von Kindern nicht mehr besucht.

Die Behauptung des Baron, daß die Wohnungseinrichtung demoliert sei, ist unzutreffend, da dem Vernehmen nach nur die Fensterscheiben zerschlagen wurden.

Diese Aktion hat sich auf die wankelmütige Zwischenschicht sehr gut ausgewirkt. Wenn Baron seit der Machtübernahme bis heute noch nicht geflaggt hatte, so tat er dies erstmalig am Tag der nationalen Arbeit im Jahre 1939. Die sogenannten Zwischenschichtler haben sich dieses Jahr an den Veranstaltungen des nationalen Feiertages restlos beteiligt. Dies war auch in den umliegenden Gemeinden der Fall, zumal sich die Aktion schnell herumgesprochen hatte.

Es ist hier auch bekannt geworden, daß in je einem Falle ähnliches in Stefanshöh bei einem gewissen Landwirt Piechatzek, und in einem Falle in Ehrenfeld passiert sein soll.

Der Amtsvorsteher
[Unterschrift:] Dehnert

338

8.5.1939: Der Amtsvorsteher in Döbern an den Landrat in Oppeln. Überblick über die polnische Bewegung
8 V 1939r.: Wójt w Döbern do landrata w Oppeln. Przegląd ruchu polskiego

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

Die polnischen Sprachkurse, die im allgemeinen von etwa 10 Personen besucht werden, wurden im Monat April wiederum abgehalten, und es nahmen an dem letzten Unterricht nur 4 Personen teil. Desgleichen haben an der Theaterveranstaltung in Oppeln am 30. April diesen Jahres 10 bis 11 Personen, darunter ein beurlaubter deutscher Soldat, teilgenommen. Sonst hat sich hier etwas wesentliches nicht beobachten lassen, insbesondere nicht nach der ersten Führerrede bzw. nach der Rede des polnischen Außenministers.

[Unterschrift]

339

23.5.1939: Der Amtsvorsteher in Birkental an den Landrat in Oppeln. Ausweisung des polnischen Minderheitsangehörigen Knosalla aus Oberschlesien
23 V 1939r.: Wójt w Birkental do landrata w Oppeln. Wydalenie z Górnego Śląska Knosally członka mniejszości polskiej

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

Der Pole Knossalla ist aus Oberschlesien ausgewiesen. Vorher war er noch bei mir, damit ich ihm helfen solle. Er war auch bei der Gestapo. Es wurde ihm aber mitgeteilt, daß er unbedingt abfahren muß. Er war sehr gedrückt und meinte, es sind noch schlimmere Polen in Eisenau als er. Am Sonntag ist er nach Dresden abgefahren. Die Ausweisung sprach sich sofort in der Umgegend herum. Viele Eisenauer Polen und Polenfreunde kamen zum Knossalla und fragten, ob das tatsächlich wahr sei. Auch Leute aus anderen Dörfern sind fragen gekommen – natürlich alles, was nicht deutsch denkt. Die Wirkung ist eine ganz gewaltige. Bei der deutschen Bevölkerung wurde diese Ausweisung mit großer Genugtuung aufgenommen. Mit einem Schlage ist alles anders geworden. Man hört in Eisenau und in der Umgegend kein Wort mehr polnisch sprechen. Auf den Straßen und in den Geschäften wird nur deutsch gesprochen. Als ich in Eisenau am Sonntag in einer Feierstunde die Ehrenkreuze ausgegeben habe, waren Polen zugegen, die bisher noch in keiner Versammlung waren. Ein Kaufmann aus Preisdorf sprach zu einem Kinde polnisch. Am Nachmittag kam der Vater des Kindes zu diesem Kaufmann und erklärte ihm, daß er zu seinen Kindern nur deutsch sprechen dürfe, im anderen Falle er seine Kinder nicht mehr zu ihm schicken würde. Dieser Mann war früher nicht echt. Die polnischen Gottesdienste werden nicht mehr so stark besucht wie früher. Es brauchen nur noch einige Polen ausgewiesen zu werden, dann wird kein Mensch zum polnischen Gottesdienst gehen.

Soeben habe ich erfahren, daß Knossalla mit seinem Bruder, dem Pfarrer Knossalla aus Dambrau, beim Ministerium gewesen sein soll. Ich konnte aber noch nicht feststellen, ob dies auf Wahrheit beruht.

[Unterschrift:] Malorny

340

12.7.1939: Der Amtsvorsteher in Bolko an den Landrat in Oppeln. Aufhebung polnischer Gottesdienste (1.–2.7.1939)

12 VII 1939r.: Wójt w Bolko do landrata w Oppeln. Zniesienie nabożeństw polskich (1-2 VII 1939r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

Für Sonntag, den 2. Juli 1939, war eine Aktion des BDO gegen den Gottesdienst in polnischer Sprache wohl in ganz Oberschlesien angesetzt, mit dem Ziele, endlich den polnischen Gottesdienst aus den Kirchen in Deutschland zu beseitigen. Diese Aktion verlief im Amtsbezirk Bolko folgendermaßen: In der Nacht zum 1. Juli wurden in Bolko und in Groschowitz Plakate mit etwa folgendem Inhalt angeschlagen: „Wer jetzt noch am polnischen Gottesdienst teilnimmt, bekennt sich als Pole. Wir warnen daher jeden deutschen Volksgenossen, in Zukunft an polnischen Gottesdiensten teilzunehmen." Diese Aufrufe waren nicht unterschrieben. Für den Sonntag selbst waren Mitglieder des BDO und anderer Organisationen beauftragt, etwa doch noch den polnischen Gottesdienst besuchende Volksgenossen nochmals mündlich zu warnen und sie vom Besuch des polnischen Gottesdienstes abzuhalten.

Der BDO-Leiter von Bolko, Lehrer Menzel, hatte am 1.7.39 mit dem hiesigen Pfarrer eine Unterredung, in welcher sich der Pfarrer verpflichtete, in Bolko keine polnischen Gottesdienste mehr durchzuführen. Wahrscheinlich hatte der Pfarrer schon die entsprechende Anweisung des Bischofs, sonst hätte er sich zu einer solchen Erklärung nicht bewegen lassen.

Der Sonntag (2.7.39) selbst verlief in Bolko vollkommen ruhig. Zum polnischen Gottesdienst fanden sich nur wenige Besucher – meist alte Frauen – ein. Polnischer Gottesdienst wurde nicht mehr gehalten, dafür aber eine stille Messe.

In Groschowitz kam es vor Beginn des polnischen Gottesdienstes zu einem kleinen Zwischenfall. Der polnische Gottesdienst fiel dort ebenfalls aus. Dies wurde aber erst am selben Tage bekanntgegeben. Es waren daher eine größere Anzahl von Einwohnern aus Gruden zum polnischen Gottesdienst in Groschowitz eingetroffen. Vor der Pfarrei wurden sie gewarnt, den polnischen Gottesdienst zu besuchen. Einige Grudener halbwüchsige Burschen wurden daraufhin ausfällig und provozierend und wollten gegen die deutschen Volksgenossen tätlich vorgehen. Dafür bekamen sie die ihnen für ihre Frechheiten zustehende gehörige Tracht Prügel. Unter den polnisch gesinnten Grudenern befand sich auch ein Sohn des berüchtigten Polenführers Buhl. Dieser hat sich am gleichen Sonntage noch ins Krankenhaus begeben, ohne daß jedoch hierzu eine Notwendigkeit vorlag.

Auch in Groschowitz werden anstelle des weggefallenen polnischen Gottesdienstes stille Messen gelesen.

Die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung hat die Aktion des BDO außerordentlich begrüßt und war geradezu erfreut, daß in Groschowitz und auch in Oppeln einige Polenfreunde verprügelt wurden. Durch die Anordnung des Bischofs, den polnischen Gottesdienst wegfallen zu lassen, wurde allerdings der Aktion des BDO etwas vorzeitig der Wind aus den Segeln genommen. Sie hätte bei einigem Widerstand der Geistlichkeit eine entschieden größere Wirkung erzielt. Wenn auch das Ziel, den polnischen Gottesdienst aus den Kirchen in Deutschland zu beseitigen, zunächst erreicht wurde, so wird doch scharf darauf geachtet werden müssen, daß er nicht durch Hintertüren wieder allmählich eingeführt wird. Aus dem Verhalten der deutsch gesinnten Bevölkerung während und nach der erwähnten Aktion muß geschlossen werden, daß die Bevölkerung die Beseitigung des polnischen Gottesdienstes außerordentlich begrüßt. Auf die wenigen sich noch zum polnischen Volkstum bekennenden Staatsangehörigen kann keine Rücksicht genommen werden. Auch die Geistlichkeit scheint heute gar nicht mehr den Mut aufzubringen, entgegen dem Willen des Volkes den polnischen Gottesdienst zu halten. Dies hat aber auch gezeigt, daß bei etwas mehr Druck seitens des Staates die Lösung der Minderheitsfrage (polnische Sprache, polnischer Gottesdienst, Minderheitenschulen) schon viel weiter gediehen wäre.

[Unterschrift]

341

6.8.1939: Gendarmerieposten Malapane an den Landrat in Oppeln. Einschlagen von Fensterscheiben bei einem Angehörigen der polnischen Minderheit in Koben (5./6.8.1939)

6 VIII 1939r.: Posterunek żandarmerii w Malapane do landrata w Oppeln. Wybicie szyb we wsi Koben u członka mniejszości polskiej (5/6 VIII 1939r.)

AP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 96

Nach Angaben des Invaliden Franz Janys, geb. 29.12.1881 zu Koben, wohnhaft in Koben, Kreis Oppeln, wurden in der Nacht vom 5. zum 6.8.1939 gegen 1 Uhr durch vermutlich zwei unbekannte männliche Personen die Fensterscheiben seines Wohnhauses (altes Holzhaus) eingeschlagen. Das Einschlagen der Fensterscheiben geschah mit einem Holzstück, welches angeblich noch früh im Hofe vorgefunden wurde. Durch Abreißen zweier Zaunlatten verschafften sich die Täter Eingang in den Garten, schlugen die Scheiben ein und entfernten sich, ohne dabei Drohungen oder Äußerungen fallen zu lassen. Ein Verdacht gegen eine bestimmte Person hat J. nicht. Janys hat diesen Vorfall gegen 8 1/2 Uhr beim Gendarmerie-Hauptwachtmeister Simon in Friedrichsgrätz gemeldet. Als Vertreter erreichte mich diese Meldung infolge Ausbildungsdienstes erst gegen 12 Uhr.

Die von mir angestellten Ermittelungen haben folgendes ergeben:

Janys besitzt in Koben, östlicher Dorfausgang, ein altes mit Stroh gedecktes Holzhaus. Dieses bewohnt er in den Sommermonaten Mai-September. Alsdann hält er sich bei seinen Angehörigen in Bobrek-Karf II auf. Zur Zeit befinden sich in Koben seine Frau, seine zwei Söhne, eine Tochter; ein Schwiegersohn und eine Schwiegertochter sind aus Bobrek-Karf II bei ihm. Er ist deutscher Staatsangehöriger, bekennt sich aber offen zum polnischen Volkstum. Bisher wurde er weder bedroht noch belästigt.

Die eingeschlagenen 3 Fenster, 4 Scheiben etwa 25 x 50 und 2 Scheiben 25 x 25 cm gehören nur zu dem einen vorhandenen Wohnraum. Die Glassplitter waren bereits zusammengetragen. Die abgerissenen Zaunlatten lagen nahe an dem Zaun. Das Holzstück, mit welchem angeblich die Scheiben eingeschlagen worden sind, wurde als Beweisstück gebracht. Der Nachtwächter hat keine verdächtigen Personen oder Geräusche bemerkt.

Die Scharten in dem Holzstück ließen erkennen, daß die Schläge mit ziemlicher Wucht geführt worden sind. Ein genügendes Ausholen ist infolge des niedrigen Daches aber nicht ganz möglich. Dazu gehört dieses Holzstück zu einem Holzstoß des etwa 80 m entfernten Nachbarstückes. Dieser Nachbar ist aber mit Janys gut befreundet und ihm die Tat auch nicht zuzumuten. Es besteht daher die dringende Vermutung, daß J. durch Zureden seiner Angehörigen die Tat vorgetäuscht und sich so als Märtyrer darstellen wollte. Ein genügender Beweis konnte aber bisher nicht erbracht werden.

Sollte sich die Tat wie durch J. angegeben abgespielt haben, so ließ sich aber doch kein, auch nicht der geringste, Verdacht gegen eine bestimmte Person erbringen.

Die Ermittelungen mußten mit vorstehendem Ergenis vorläufig abgeschlossen werden.

[Unterschrift:] Schubert
Gend. Hauptwachtmeister

E. 3. Industriegebiet / Okręg przemysłowy

342

4.7.1924: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Oppeln. Verhalten des Pfarrers Jaglo aus Gleiwitz bei einer Bittprozession in Ellguth-Zabrze (25.5.1924)

4 VII 1924r.: Prezydent policji w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Oppeln. Zachowanie się księdza Jaglo z Gleiwitz w czasie procesji błagalnej w Ellguth-Zabrze (25 V 1924r.)

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 76

Zwischen dem Gemeindevorsteher Lepiarzik und dem Konrektor Zylla aus Ellguth-Zabrze ist auf Veranlassung der dortigen Bevölkerung vereinbart worden, am 25.5.24 eine deutsche Bittprozession zu veranstalten. Der zuständige Geistliche für Ellguth-Zabrze, Pfarrer Jaglo aus Gleiwitz, wurde zu der Prozession nicht eingeladen, weil er polnisch gesinnt ist und weil befürchtet wurde, daß er die Feier in polnischem Sinne beeinflussen würde. Konrektor Zylla übte mehrere deutsche Kirchenlieder ein, die bei der Prozession gesungen werden sollten. Ferner wurden 10 Musiker bestellt, die deutsche Kirchenlieder spielen sollten.

Gleich nach Beginn der Prozession erschien unerwartet Pfarrer Jaglo in einer Droschke aus Gleiwitz und rief den Musikern den Anfang eines polnischen Liedes zu. Diese bedeuteten ihm jedoch, daß sie bereits von dem Konrektor Zylla ein Verzeichnis deutscher Lieder erhalten hätten und daß während der Prozession nur deutsche Lieder gespielt werden würden. Der Geistliche forderte die Musiker trotzdem auf, ein polnisches Lied zu spielen. Nunmehr erklärte Konrektor Zylla dem Geistlichen, daß es sich um eine deutsche Bittprozession handelt, zu der auch deutsch gesinnte Personen erschienen seien. Der Geistliche forderte trotzdem, daß wenigstens zwei polnische Lieder gesungen werden sollen. Die Prozessionsteilnehmer riefen nun: „Nein, deutsch singen!" Die Prozession konnte nun fortgesetzt werden. Es wurden nur deutsche Lieder gesungen.

Der Gemeindevorsteher Lepiarzik und Konrektor Zylla aus Ellguth-Zabrze vermuten, daß Pfarrer Jaglo von polnischgesinnten Personen zu der Prozession bestellt worden ist. Beide wollen gegen den Geistlichen bei dem Bischof Beschwerde einlegen, da sie in dem Verhalten desselben eine Provokation der deutschgesinnten Bevölkerung erblicken, zumal Ellguth-Zabrze überwiegend deutsch gesinnt ist. Bei der letzten Reichstagswahl wurden von annähernd 800 Stimmen nur 24 Stimmen für die polnische Partei abgegeben.

In Vertretung
[Unterschrift]

343

14.7.1928: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Zurückdrängung des Einflusses polnischer Gesangvereine
14 VII 1928r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Zmniejszenie wpływu polskich kółek spiewaczych

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. 1859

In allen denjenigen Orten und Ortsteilen meines Dienstbezirks, in denen polnische Gesangvereine bestehen, sind auch deutsche Gesangvereine tätig, und zwar stehen den acht polnischen Gesangvereinen in den gleichen Orten und Stadtteilen (Wieschowa gehört nicht zu meinem Dienstbezirk) 32 deutsche Gesangvereine gegenüber.

Die örtlichen Behörden und die deutschen Gesangvereine selbst haben bisher keinerlei Maßnahmen im Sinne des 2. Absatzes der angezogenen Verfügung [I a 8 468 pers. vom 21.5.1928] getroffen.

Bei den Vorschlägen, was in diesem Sinne zu tun ist, wird zunächst der Charakter der polnischen sowie der verschiedenartigen deutschen Gesangvereine zu berücksichtigen sein.

Die polnischen Gesangvereine sind fast ausnahmslos verhältnismäßig sehr schwach. Sie setzen sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Arbeiterbevölkerung zusammen. Ihre Mitglieder sind durchweg überzeugte Polen, die sich durch keine Zweckmaßnahmen zum Deutschtum bekehren oder für den deutschen Gesang begeistern lassen. In künstlerischer Hinsicht stehen die polnischen Gesangvereine auf einer sehr niedrigen Stufe; aus diesem Grunde treten sie auch fast niemals öffentlich auf. Abgesehen von dem polnischen Sängerfest am 6. Mai d. J. in Gleiwitz sind sie bisher höchstens bei Veranstaltungen der polnischen Minderheit singend aufgetreten; im übrigen kommen sie lediglich zu ihren Übungsabenden zusammen, die teilweise auch sehr selten stattfinden und nach außen hin keine Wirkung haben. Aus diesen Gründen haben die polnischen Gesangvereine im allgemeinen auch sehr wenig Werbekraft nach außen; für ihre Kunst können sich bis auf weiteres nur überzeugte und fanatische Polen begeistern. Die polnischen Gesangvereine wären auch kaum gegründet worden und wären auch kaum lebensfähig, wenn sie nicht von interessierter Seite mit Geldmitteln unterstützt würden, und wenn der feste Wille der verantwortlichen Polenführer nicht hinter ihnen stünde. Sie sind daher mehr oder weniger künstliche Gebilde, die nicht durch die Liebe zur Kunst oder durch das Bedürfnis nach gesanglicher Betätigung, sondern durch die nationalpolnische Idee, durch polnisches Geld und durch die Fuchtel der verantwortlichen Polenführer zusammengehalten werden.

Bei den deutschen Gesangvereinen sind vier verschiedene Arten zu unterscheiden, und zwar:

a) die Vereine des Deutschen Sängerbundes, die vielfach als „bürgerliche Gesangvereine" bezeichnet werden;

b) die Arbeiter-Gesangvereine;

c) die Gesangvereine der Kirchengemeinden (Cäcilienvereine) und

d) die Werksgesangvereine, von denen jeder einzelne sich aus Arbeitern (oder Arbeitern und Angestellten) eines einzelnen Industriebetriebes zusammensetzt.

Die sogenannten bürgerlichen Gesangvereine können bei der bisherigen Art ihrer Betätigung schwerlich den polnischen Gesangvereinen entgegenwirken oder unter der polnisch gesinnten Bevölkerung für das Deutschtum werben. Sie setzen sich ausschließlich aus Angehörigen des sogenannten Mittelstandes und der freien Berufe

zusammen; Angehörige des Arbeiterstandes sind bei ihnen von vornherein von der Aufnahme ausgeschlossen. Sie haben daher in denjenigen Berufskreisen, in denen sich vereinzelt Angehörige der polnischen Minderheit finden, keinerlei Werbekraft. In künstlerischer Hinsicht stehen diese Vereine zwar verhältnismäßig auf der höchsten Stufe; sie treten auch verhältnismäßig am häufigsten öffentlich auf; ihre Konzerte finden jedoch nur in geschlossenen Räumen statt und können daher nur auf den eng begrenzten Kreis der gegen Zahlung des festgesetzten Eintrittsgeldes zugelassenen Zuhörer einwirken. Angehörige des Arbeiterstandes finden sich aber zu solchen Veranstaltungen kaum ein. Darüber hinaus kann aber als vollkommen ausgeschlossen gelten, daß eine polnisch gesinnte Person jemals Zeit und Geld opfern würde, um deutschen Kunstgesang zu hören. Diejenigen Berufskreise, aus denen sich die Zuhörerschaft solcher Konzerte rekrutiert, brauchen aber fürs Deutschtum nicht mehr gewonnen zu werden.

Die sogenannten Werksgesangvereine stehen in dem Rufe, daß sie von den Unternehmern geschaffen worden sind und auch finanziert werden. Sie gelten als Vereinigungen der „Kriecher und Speichellecker des Unternehmertums" und können daher bei der übrigen Arbeiterschaft der Werke niemals Sympathien gewinnen. Sie werden von der großen Masse der Arbeiter etwa in der gleichen Weise eingeschätzt wie die sogenannten gelben Gewerkschaften, die vorwiegend die Interessen des Unternehmertums vertreten. Ein Versuch dieser Gesangvereine, durch öffentliches Auftreten unter der gemischtsprachigen Arbeiterbevölkerung planmäßig und absichtlich für das Deutschtum zu werben, würde vermutlich das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck zur Folge haben.

Die Gesangvereine der Kirchengemeinden stoßen zwar auf keiner Seite auf eine ausgesprochene Antipathie; sie dienen jedoch fast ausschließlich liturgischen Zwecken. Bekanntlich sind aber die Angehörigen der polnischen Minderheit sowie die nationalpolitisch etwa als neutral zu bezeichnenden Kreise der gemischtsprachigen Bevölkerung Oberschlesiens die schärfsten Gegner des *deutschen* Gottesdienstes in den Kirchen. Solange also die Cäcilienvereine nur beim deutschen Gottesdienst singen, haben sie keine Möglichkeit, durch ihren Gesang auch auf solche Volkskreise oder solche Personen einzuwirken, die für das Deutschtum erst gewonnen werden müßten.

Die Arbeitergesangvereine sind Glieder des Deutschen Arbeitersängerbundes, der seinerseits wieder ein Glied des Sozialistischen Kulturbundes ist. Sie setzen sich vorwiegend aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei sowie deren Angehörigen zusammen; vereinzelt finden sich aber auch Mitglieder der KPD sowie parteilose Arbeiter in ihnen. Die Arbeitergesangvereine sind meist schwach und spielen zur Zeit auch in künstlerischer Hinsicht in der Öffentlichkeit noch keine große Rolle. Das ist auf folgende Gründe zurückzuführen: Die politischen Gegner der sozialistischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen auch den Arbeitergesangvereinen feindlich gegenüber; sie sehen in ihnen proletarische Gebilde, die eine niedere Art von Kunst pflegen, und glauben sie dementsprechend mit Geringschätzung behandeln zu können. Aus diesem Grunde finden sich auch (in der Provinz; im Gegensatz zu Berlin) niemals hervorragende Gesangsdirigenten für die künstlerische Leitung der Arbeitergesangvereine. Dirigenten dieser Vereine sind meist Volksschullehrer, die mit der SPD sympathisieren. In erster Linie sind es aber finanzielle Schwierigkeiten, die einer günstigeren Entwicklung der Arbeitergesangvereine im Wege stehen. Die Vereine können von ihren Mitgliedern nur äußerst niedrige Beiträge fordern. Ihre Einnahmen reichen daher kaum für die Unkosten der Übungsabende und die Anschaffung des notdürftigsten Notenbestandes aus. Die Vereine sind nicht in der Lage, größere künstlerische

Darbietungen, die in finanzieller Hinsicht ein Risiko darstellen, zu veranstalten oder auch nur im gewünschten Umfange Notenmaterial zu beschaffen. Aus diesen Gründen sind die Arbeitergesangvereine, besonders in der Provinz Oberschlesien, bis auf weiteres dazu verurteilt, eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle zu spielen.

Die Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen geeignet sein könnten, die deutschen Gesangvereine in den Stand zu setzen, durch die Werbekraft ihrer Veranstaltungen den Einfluß der polnischen Gesangvereine einzudämmen und die gemischtsprachige Bevölkerung in möglichst weitem Umfange für die deutschen Gesangvereine oder für den deutschen Gesang zu gewinnen, wird je nachdem, auf welche Art deutscher Gesangvereine diese Maßnahmen angewendet werden sollen, verschieden lauten müssen.

In den letzten Jahren hat man wiederholt gehört und gelesen, daß in Mittel- und Westdeutschland mehrere örtliche Gesangvereine zusammen große, wirkungsvolle, volkstümliche Konzerte im Freien veranstaltet haben. Solche Konzerte haben bei der Bevölkerung stets tiefsten Eindruck hinterlassen und in unvergleichlicher Weise die Liebe zum deutschen Liede und Sympathien für die Gesangvereine geweckt. Allerdings werden solche Konzerte nirgends häufig gegeben, weil sie den Gesangvereinen zwar einen ideellen, aber keinen klingenden Erfolg bringen und weil sie von den Vereinen auf der anderen Seite große ideelle und materielle Opfer fordern. Daß ein solches Konzert schon jemals in Oberschlesien stattgefunden hätte, ist mir nicht bekannt. Ich halte jedoch die erfolgreiche Anregung zur Veranstaltung solcher Konzerte für eine der wichtigsten Maßnahmen der gedachten Art. Im hiesigen Industriebezirk dürfte die Vorbereitung solcher Massenkonzerte im Freien nirgends auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, weil es überall genug deutsche Gesangvereine gibt, die für den Zusammenschluß zu diesem Zweck in Frage kommen. Allerdings müßte verhindert werden, daß in den beteiligten Vereinen das Gefühl aufkommt, als seien sie die einzigen, die dabei Opfer zu bringen hätten. Aus diesem Grunde müßten den beteiligten Vereinen, insoweit sie sich bereit erklären, an solchen Massenkonzerten häufiger mitzuwirken, von amtlichen Stellen laufende Beihilfen gewährt oder wenigstens die baren Auslagen für die Saalmiete bei den Proben erstattet werden. Ich glaube, daß solche Konzerte, zu geeigneten Stunden und an geeigneten Plätzen veranstaltet, in der gedachten Richtung große Erfolge haben würden. Freilich dürfte der Zweck solcher Konzerte unter keinen Umständen öffentlich bekannt werden, und es wäre eine besondere und äußerst wichtige Aufgabe der beteiligten Amtsstellen, alles zu veranlassen, um zu verhindern, daß etwa auch die Polen davon Kenntnis erhalten, welcher Zweck mit solchen Konzerten verfolgt wird.

Zur Veranstaltung solcher Konzerte könnten alle bestehenden deutschen Gesangvereine herangezogen werden, soweit die einzelnen verschiedenartigen Vereine zu einem Zusammenschlusse für diesen Zweck bereit und im Einzelfalle dafür geeignet sind.

Die sogenannten bürgerlichen Gesangvereine sind nach ihrem jetzigen Stande zunächst allein in der Lage, derartige Massenkonzerte *sofort* vorzubereiten und häufiger zu veranstalten. Sie sind so zahlreich, so stark und auch finanziell so gut gestellt und unterhalten auch zum größten Teil untereinander so gute Beziehungen, daß die notwendigen Zusammenschlüsse und musikalischen Vorbereitungen ohne besondere Schwierigkeiten abgewickelt werden könnten.

Die Werksgesangvereine dürfen *allein*, also nach einem Zusammenschluß unter sich, solche Konzerte nicht veranstalten. Die Gründe hierfür habe ich oben behandelt. Daß sie aber mit Gesangvereinen anderer Art zusammen auftreten, also gewissermaßen unter andersartigen Vereinen untertauchen, ist weniger bedenklich. Im übrigen sind die

Werksgesangvereine so wenig zahlreich, daß man sich – unter Berücksichtigung aller anderen erwähnten Umstände – um sie überhaupt nicht zu bemühen braucht.

Die bürgerlichen und die Werksgesangvereine können nur auf diese soeben behandelte Weise (Beteiligung an Massenkonzerten im Freien) im Sinne des 2. Absatzes der angezogenen Verfügung wirken. Jeder andersartige Versuch nach dieser Richtung hin dürfte erfolglos, wenn nicht unter Umständen gar schädlich sein.

Dagegen haben die Gesangvereine der Kirchengemeinden und die Arbeitergesangvereine in diesem Sinne weit größere Betätigungsfelder. Beide letztgenannten Arten deutscher Gesangvereine können allein unter sich oder mit andersartigen Gesangvereinen zusammen Massenkonzerte im Freien geben; außerdem haben sie aber auch noch andere Möglichkeiten, auf die Angehörigen der polnischen Minderheit und auf den nationalpolitisch unentschlossenen Teil der zweisprachigen Bevölkerung im guten Sinne einzuwirken.

Die Gesangvereine der Kirchengemeinden müßten nicht nur beim deutschen, sondern zuweilen auch beim polnischen Gottesdienst singen. Allerdings könnten in solchen Fällen nur Messen mit lateinischem Text gesungen werden. Ferner könnten sie außerhalb der gottesdienstlichen Zeiten eintrittsfreie Kirchenkonzerte geben. Weiterhin würde es sich empfehlen, daß sie auch bei Schulmessen auftreten. Schließlich könnten sie bei Schulfeiern der oberen Volksschulklassen mitwirken oder überhaupt Schulkonzerte geben, wobei geeignete vaterländische, kirchliche und Volkslieder gesungen werden könnten. Die Gewährung laufender Beihilfen an solche Vereine, die in diesem Sinne wirken wollten, wäre in nationalpolitischer Hinsicht eine gewinnbringende Anlage. Für eine umfassende Arbeit in diesem Sinne wäre es zweckmäßig, wenn auch in denjenigen katholischen Kirchengemeinden, die zur Zeit noch keine deutschen Gesangvereine haben, sich so bald wie möglich Cäcilienvereine bilden würden. Eine Anregung nach dieser Richtung hin ist dringend notwendig.

Die Arbeitergesangvereine erfordern in dieser Hinsicht die größte Aufmerksamkeit. Unter den deutschen Gesangvereinen aller Art sind sie es allein, die sich – ebenso wie im allgemeinen auch die polnischen Gesangvereine – ausschließlich aus Angehörigen des Arbeiterstandes zusammensetzen. Sie sind daher wie keine andersartigen deutschen Gesangvereine imstande, im Sinne des 2. Absatzes der angezogenen Verfügung erfolgreich zu wirken, weil sie als Sängervereinigungen einfacher Arbeiter es am leichtesten haben, in denjenigen Kreisen ihres eigenen Berufsstandes, die polnisch gesinnt oder nationalpolnisch unentschlossen sind, Sympathien für sich und für das deutsche Lied zu werben. Dabei kommt ihnen noch ein weiterer Umstand in hervorragendem Maße zugute: Der größte Teil der Mitglieder der deutschen Arbeitergesangvereine ist infolge seiner parteipolitischen Einstellung von einem Verfall in krankhaften Nationalismus so weit entfernt, daß die Polen niemals den Verdacht schöpfen würden, die künstlerische Betätigung dieser Vereine könnte auch den Zweck haben, in antipolnischem Sinne propagandistisch zu wirken.

Leider sind die Arbeitergesangvereine immer noch so schwach und in finanzieller Hinsicht so schlecht gestellt, daß sie ohne besondere Hilfe von außen zur Zeit noch nicht in der Lage sind, in diesem Sinne in größerem Umfange zu wirken. Einige von ihnen können sich kaum noch halten und drohen einzugehen. In diesem Zusammenhange müssen besonders die Verhältnisse in Miechowitz hervorgehoben werden. Dort besteht heben dem kräftigen, rührigen und volkstümlichen polnischen Gesangverein nur ein deutscher bürgerlicher Männergesangverein, der, soweit der Einfluß in der Öffent-

lichkeit in Frage kommt, dem polnischen Verein unterlegen ist. Ein deutscher Arbeitergesangverein hat dort früher in dem gedachten Sinne sehr gut gewirkt; er ist jedoch im Jahre 1926 infolge finanzieller Schwierigkeiten eingegangen. Das gleiche Schicksal hatte der deutsche Arbeitergesangverein in Rokittnitz im Jahre 1927. Nachdem es seinerzeit unterlassen worden ist, diese beiden Vereine im Interesse des Deutschtums durch finanzielle Stützung am Leben zu erhalten, müßte wenigstens jetzt versucht werden, diese zusammengebrochenen Vereine wieder aufleben zu lassen. Dies ist zur Eindämmung des ausnahmsweise großen Einflusses des polnischen Gesangvereins „Lutnia" in Miechowitz dringend notwendig. Weiterhin ist notwendig, daß alle im zweisprachigen Gebiet bestehenden deutschen Arbeitergesangvereine durch geldliche Zuschüsse oder durch Belieferung mit Notenmaterial unterstützt und daß in allen größeren Orten, in denen noch keine Arbeitergesangvereine bestehen, solche gegründet und gefördert werden, damit sie lebens- und leistungsfähig werden und bleiben.

Schließlich dürfte es sich empfehlen, dahin zu wirken, daß in den obersten Volksschulklassen der deutsche Kunstgesang mehr als bisher gepflegt wird, daß als Prämien für gute Leistungen im Singen gute Liederbücher mit Noten an die Schulkinder verteilt werden, und daß die Lehrerschaft in der schulentlassenen Jugend das Interesse für die Bildung von deutschen Gesangvereinen weckt und ihr bei der Bildung solcher Vereine mit Rat und Tat zur Seite steht.

[Unterschrift]

344

5.1.1929: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Oppeln. Lagebericht (September – Dezember 1928)

5 I 1929r.: Prezydent policji w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne (za wrzesień-grudzień 1928r.)

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. 1828

[...]

IV. Die polnische Bewegung

Die vertrauliche Meldung, die ich im Lagebericht vom 5.9. im ersten Absatz des IV. Abschnitts (Polenbewegung) wiedergegeben habe, wurde durch die zur Nachprüfung veranlaßten Ermittlungen weder bestätigt noch widerlegt. Zahlreiche Umstände sprechen jedoch dafür, daß die Meldung aus der Luft gegriffen ist.

Der Polenbund widmet bekanntlich jeden einzelnen Kalendermonat einer bestimmten besonderen Aufgabe. Der Monat November war den polnischen Berufsorganisationen gewidmet. Aus diesem Anlaß gab der Polenbund zwei Werbeflugblätter für die polnische Berufsvereinigung heraus, von denen ich anbei Übersetzungen überreiche (Anlagen 2 und 3).

Am 11.11. hat in Beuthen eine Bezirkskonferenz der polnischen Berufsvereinigung stattgefunden. Der „Katolik Codzienny" hat über sie kurz berichtet (IIIb 1923 vom 19.11.28). Es ist mir gelungen, das polnische Sitzungsprotokoll dieser Konferenz auf vertraulichem Wege für einige Tage in die Hände zu bekommen. Aus dem Protokoll ist zu ersehen, daß einige Redner in dieser Konferenz in nationalpolitischer Hinsicht Klagen vorgebracht haben, die in dem Pressebericht nicht enthalten sind. Anscheinend können die Polenführer solche Klagen – auch wenn sie unbegründet sind – nicht ganz entbehren. Im vorliegenden Falle scheuen sie sich zwar, diese unbegründeten Klagen öffentlich vorzubringen; ihren Anhängern müssen sie jedoch solche Märchen vortragen;

sonst glauben die Anhänger nicht mehr an die „Schlechtigkeit" der Deutschen und laufen den Polenführern fort. Anbei überreiche ich eine Übersetzung des polnischen Sitzungsprotokolls (Anlage 4).

Von einer Denkschrift Witczaks, einem Plan für den Ausbau der polnischen Berufsvereinigung als Mittel zur Hebung der nationalpolnischen Bewegung in Deutsch-Oberschlesien, habe ich am 22.10. Übersetzungen vorgelegt (IIIa 1696).

Der Direktor des polnischen Schulverbandes, Dr. Michalek, hat an die Minderheitsschullehrer vor den Weihnachtsfeiertagen Pakete mit Zuckerwaren gesandt und die Lehrer gebeten, den Inhalt der Pakete an die Kinder zu verteilen. Dies ist am letzten Schultage vor den Weihnachtsferien geschehen.

Die polnische Wallfahrt nach Czenstochau, über deren Vorbereitung ich im Lagebericht vom 5.9. (Seite 27/28) einiges ausgeführt habe, hat zum Feste Mariä Geburt (8.9.) doch stattgefunden. Es haben jedoch an ihr aus ganz Oberschlesien nur etwa 155 Personen teilgenommen (O.P.III 3. Nr. 5787; IIIa 2481 vom 29.11.28).

Das polnische Stadttheater Kattowitz hat in der Berichtszeit in meinem Dienstbezirk drei Gastspiele veranstaltet, und zwar 2 in Beuthen und 1 in Gleiwitz. Gegeben wurde zweimal die Oper „Faust" von Gounod und einmal die Oper „Troubadour" von Verdi, beide mit polnischem Text. In allen drei Fällen waren die Theaterhäuser gut gefüllt; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Aufführungen auch von Personen besucht waren, die sich nicht zur polnischen Minderheit bekennen. Bei dem Gastspiel in Gleiwitz z. B. befanden sich unter etwa 400 Theaterbesuchern nur etwa 60 Angehörige der polnischen Minderheit.

Die polnische Berufsvereinigung veranstaltete am 7.10. in Mikultschütz einen Theaterabend. Die aufgeführten polnischen Theaterstücke hatten keinen politischen Charakter. Etwa 190 Personen haben der Vorstellung beigewohnt.

Am 4.12. hat in Miechowitz der dortige polnisch-katholische Jugendverein eine sogenannte Barbarafeier veranstaltet. Sie hatte im allgemeinen keinen nationalpolitischen Charakter; der Festredner Witczak konnte es aber doch nicht unterlassen, zur besonderen Pflege der polnischen Sprache aufzufordern. Der Hauptpunkt der Veranstaltung war ein unpolitisches Theaterstück. An der Feier haben etwa 250 Personen teilgenommen. Das erwähnte Theaterstück wurde bereits am Nachmittag desselben Tages als Generalprobe vor etwa 50 Kindern aufgeführt.

Bei den Theatervorstellungen in Mikultschütz und Miechowitz haben lediglich Angestellte der veranstaltenden Vereine als Liebhaberspieler mitgewirkt.

An einer „Fahrt" der ostoberschlesischen polnischen Pfadfinder (Harcerze) in der Gegend Tarnowitz – Neudeck – Lublinitz in der Zeit vom 1.–4.9. haben auch etwa 50 Angehörige polnischer Pfadfindervereine aus meinem Dienstbezirk teilgenommen.

Am 23.9. feierte die Beuthener Harcerze-Vereinigung ihr fünfjähriges Bestehen. Bei der Feier wurden verschiedene harmlose Spiele aufgeführt. In den Pausen wurden die Darbietungen des Kattowitzer Rundfunksenders mittels Lautsprechers hörbar gemacht. Außerdem wurden die Teilnehmer mit Speisen bewirtet.

Der polnische Gesangverein Jutrzenka in Gleiwitz-Richtersdorf ist am 11.11. zum erstenmal mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit getreten. Er veranstaltete ein Tanzvergnügen, in dessen Pausen ein 56 Köpfe starker gemischter Chor des polnischen Gesangvereins „Chopin" aus Hindenburg polnische Lieder vortrug. Abgesehen von den gesanglichen Darbietungen hatte die Veranstaltung in keiner Weise einen politischen Charakter. Die Gäste sprachen untereinander deutsch; bei der veranstalteten Saalpost

wurde meist deutsch geschrieben; der Ausrufer, ein Angehöriger der polnischen Minderheit, bediente sich vorwiegend der deutschen Sprache; und als die Gäste in Stimmung waren, wurden an einzelnen Tischen sogar deutsche Trink- und Soldatenlieder angestimmt. Außer den Polenführern Lapa und Aulich hat keiner der Anwesenden dabei etwas gefunden. Die genannten beiden Polenführer versuchten zwar, den deutschen Gesang durch Einreden auf die Sänger zu verhindern; ihre Einmischung wurde jedoch nicht beachtet. Einzelne Festteilnehmer, und zwar solche, die zu den geladenen Gästen gehörten, also Angehörige der polnischen Minderheit, haben es dem Lapa sogar übelgenommen, daß er sich Sachen herausnehme, für die nur die Veranstalter des Vergnügens zuständig seien. Schließlich hatte Lapa sogar unter seinen Gesinnungsgenossen so viele Feinde, daß er nach Beendigung des Vergnügens nicht den Mut hatte, nach Ostroppa nach Hause zu gehen, sondern in Begleitung der Beamten der politischen Polizei sich nach der Innenstadt begab, um einem Überfall aus dem Wege zu gehen. Die Veranstaltung hatte den Zweck, durch das Auftreten der polnischen Sänger aus Hindenburg für den schwachen Richterdorfer Gesangverein zu werben. Daß dieser Zweck erreicht worden sei, werden aber die Veranstalter kaum behaupten.

Die Krise im polnischen Gesangverein Chopin in Hindenburg (Lagebericht vom 5.9., Abschnitt IV, Absatz 2, Seite 24) wurde inzwischen durch das Eingreifen Pordziks behoben. Tondera hat sich belehren lassen und übt weiter die Geschäfte des Liedermeisters aus. Der Verein entwickelt sich gut.

Der Gesangverein Jednosc in Beuthen (O.P. III.3. Nr. 10/27) ist endgültig aufgelöst worden.

Der Direktor des polnischen Schulverbandes, Dr. Michalek, wollte durch Verkauf polnischer Kartoffeln neue Anhänger für das Polentum werben. Er ließ Mitte Oktober 3 Eisenbahnwagen Kartoffeln aus Posen kommen und verkaufte sie hier. Zur Vermeidung von Verlusten mußte er aber die Kartoffeln teurer verkaufen als die hiesigen Händler; den beabsichtigten Zweck hat er somit nicht erreicht.

Der „Rolnik" veranstaltete in der Zeit vom 22. bis zum 30.12. in drei ländlichen Ortschaften meines Dienstbezirks Lichtbildervorträge zur Belehrung über die Verwendung künstlichen Düngers und über die Rindviehzucht. Die gezeigten Lichtbilder stellten u. a. deutsche Werke dar und hatten durchweg deutsche Aufschriften. Lediglich die Erläuterung wurde in polnischer Sprache gegeben. Diese Erläuterungen gab der Rolnik-Angestellte Ignatz Rudzki aus Oppeln. Soweit sein polnischer Sprachschatz nicht ausreichte, nahm er deutsche Worte zur Hilfe. Zu den einzelnen Vorträgen hatten sich durchschnittlich 55 Personen eingefunden; es waren dies meist jugendliche Personen, die den Wert einer solchen Belehrung kaum erkannt haben dürften. – Im Anschluß an einen dieser Lichtbildervorträge hielt der Polenführer Lapa noch einen Vortrag über Steuerfragen. Seine Ausführungen waren – ebenso wie die es Rudzki – politisch neutral.

[...]

345

27.3.1929: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Oppeln. Weihnachtsfeiern in polnischen Minderheitsschulen

27 III 1929r.: Prezydent policji w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Oppeln. Uroczystości Bożego Narodzenia w szkołach mniejszości polskiej

AP Opole, Naczelne Prezydium Prowincji Górnośląskiej w Opolu, Nr. 135 (Abschrift).

Der Erlaß O.P.III.3. Nr.V.8 vom 22.2.1929 ist hier am 30.3. eingegangen. Von jetzt ab werde ich in allen Angelegenheiten der Polenbewegung im Sinne dieses Erlasses

berichten. Da ich aber infolge des Mißverständnisses, das diesen Erlaß notwendig gemacht hatte, auch im laufenden Vierteljahre noch alles einschlägige Berichtsmaterial für den nächsten Lagebericht auswerten zu müssen glaubte, dies aber nach Eingang des erwähnten Erlasses nicht mehr tun kann, so berichte ich im Nachstehenden gesondert über alle wesentlichen Vorkommnisse in der Polenbewegung seit dem 1.1. d. J.

Von allen Vereinigungen der polnischen Minderheit in meinem Dienstbezirk war in der Berichtszeit der polnische Schulverband am rührigsten. In der ersten Hälfte des Januar veranstaltete er fünf Weihnachtsfeiern, und zwar je eine in Hindenburg, Zaborze, Mikultschütz, Beuthen, Miechowitz und Ostroppa. Diese Feiern hatten durchschnittlich je 175 Teilnehmer aufzuweisen, darunter etwa die Hälfte Kinder. Nach der Art und Darbietung haben sich diese Feiern nur wenig voneinander unterschieden. Bei der Feier in Ostroppa hielt Lapa, bei allen anderen Feiern Dr. Michalek je eine kurze Ansprache. Jeder dieser Ansprachen enthielt u. a. auch die übliche Mahnung zur Pflege der polnischen Sprache. Neben diesen Ansprachen wurden unpolitische, harmlose Theaterstücke aufgeführt, Weihnachtslieder gesungen, polnische Gedichte vorgetragen usw. Die beteiligten Kinder erhielten Geschenke wie Gebäck, Zuckerzeug, Obst, Schreib- und Zeichenmaterialien, Bücher und dergleichen. In vorgerückter Stunde wurden die Kinder nach Hause geschickt, während die erwachsenen Festteilnehmer noch zum Tanz beisammen blieben.

Bei der Feier in Hindenburg verteilte Albert Michalek (Bruder des Dr. M.) an die Kinder auch einige in polnischer Sprache gedruckte Büchlein polnisch-nationalistischen Inhalts. Der anwesende Minderheitsschullehrer Mnich sah die Büchlein durch und war genötigt, zwei Arten der verteilten Schriften zu beanstanden. Es handelt sich um Broschüren von 30 Seiten Kleinoktav, Glieder einer von der Militär-Hauptbuchhandlung in Warschau herausgegebenen Schriftenreihe mit der Bezeichnung „Bücherei der Soldatenhochschule". Das eine dieser Heftchen ist 1920 erschienen und enthält eine Abhandlung von Marie Boguslawski über das Thema „Das Mißgeschick der Polen vor dem großen Kriege". Das andere beanstandete Heftchen ist gleichfalls 1920 herausgegeben worden und enthält eine Abhandlung von Z. Fedorowicz über das Thema „Unsre Grenzen und unsre Nachbarn". Beide Broschüren sind Mittel zur Züchtung des polnischen Nationalismus schärfster Art. Sie enthalten eine teils falsche, teils stark tendenziöse Darstellung geschichtlicher Vorgänge sowie der Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen und sind daher hervorragend geeignet, in urteilslosen Lesern – wie Schulkindern – Abneigung und Haß gegen die deutsche Nation zu erzeugen. Lehrer Mnich hat die beanstandeten Broschüren an sich genommen und vermutlich seiner vorgesetzten Dienstbehörde vorgelegt.

Die Schreib- und Zeichenmaterialien, die bei der Feier in Hindenburg an die Kinder verteilt wurden, waren von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt worden. Außerdem hat die Stadt Hindenburg einen Barbetrag von 100 M zu den Kosten der Veranstaltung beigetragen.

Bei der erwähnten Hindenburger Weihnachtsfeier war auch der Erzpriester Bennek anwesend. Er hielt auch eine kurze Ansprache an die Kinder.

Vor einigen Tagen habe ich erfahren, daß in einem Geschenkpäckchen, welches bei der Weihnachtsfeier in Hindenburg einem Schulmädchen überreicht wurde, auch ein polnischer Brief war. Der Brief lautet in deutscher Übersetzung:

„Achtklassiges Mädchengymnasium
der J. Jankowski und der Statkowski,

Warschau, Nowogrodeker Straße 58.

Warschau, den 15. Dezember 1928

Liebes unbekanntes Schwesterchen!

Es nähert sich das ersehnte Weihnachtsfest, das uns so viel Freude und Vergnügen bringt. Ich wünsche sehr, daß sich alle wohl und glücklich fühlen. Einstweilen übersende ich Dir Glückwünsche. Ich wünsche Dir viel Vergnügen, und daß Du Polen nicht allzusehr vermissen mögest; denn glaube mir: wir lieben Dich (ebenso) wie eine wirkliche Einwohnerin Polens. Damit schließe ich und grüße Dich nochmals.

Luska Slusarska.

(Anschrift:) Für das unbekannte polnische Mädchen aus den Westmarken"

Es dürfte zu vermuten sein, daß auch in anderen, vielleicht gar in allen solchen Geschenkpäckchen, die bei den polnischen Weihnachtsfeiern an die Kinder verteilt worden sind, derartige Briefe enthalten waren.

Von dem erwähnten Briefe und von dem Briefumschlag habe ich Lichtbilder fertigen lassen, von denen ich anbei je drei Stücke überreiche.

Der Weihnachtsfeier des polnischen Schulvereins in Beuthen hat auch der Sekretär des Präsidenten Calonder, Danek beigewohnt.

pp.

Dem Herrn Regierungspräsidenten habe ich eine Abschrift dieses Berichtes vorgelegt.

gez. Beck

346

14.3.1936: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Lagebericht (15.1.–14.3.1936)

14 III 1936r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne (15 I – 14 III 1936r.)

AP Wroclaw, Rejencja Opolska, Nr. I/1932 (Abschrift).

[...]

7. *Polnische Minderheit*

Als neuer vom Obersten Rat des Polenbundes anerkannter Vorstand des Bezirks Oberschlesien wurden vor einigen Wochen vom Kreisverband des Polenbundes gewählt: zum 1. Vorsitzenden Murek – Oppeln, zum Schriftführer Barzek [Bożek] – Markowitz und zum Kassierer Mysliewitz [Myśliwiec] – Ratibor. Der neue Vorstand besteht nunmehr nur noch aus Oberschlesiern.

Durch den neuen Vorstand wurde die Aktivität der Polenbewegung weiter gesteigert. Als Folge hiervon hatten fast alle polnischen Vereinigungen *einen Mitgliederzuwachs* zu verzeichnen.

Ende Dezember 1935 fand in der „Gospoda Polska" in Beuthen O/S eine sehr stark besuchte Veranstaltung der polnischen Pfadfinder statt. Der polnische Generalkonsul war mit anderen führenden Persönlichkeiten zugegen. Von einem Polenführer wurde die Beuthener Polnische Pfadfinder-Vereinigung als *Musterpfadfindergruppe* für ganz Westoberschlesien hingestellt.

Am 26.1.1936 wurde im Stadttheater in Beuthen O/S von der polnischen Minderheit die Revue „20 Akte des Sterbens vor Lachen" aufgeführt. Das Theater war ausverkauft. Anwesend waren etwa 600 Personen, darunter sämtliche Schüler des polnischen Privatgymnasiums. Unter den Besuchern befanden sich auch viele frühere Kommunisten mit ihren Familien. In dem Spielplan war das beanstandete Gedicht von Maria Konopnicka „Na Piastowym Slasku" enthalten. In Gleiwitz wurde dieselbe Revue am 16.2. im Stadttheater aufgeführt und von etwa 550 Personen besucht. Die Veranstaltungen wurden zugleich für die Werbung zum Bezug polnischer Zeitungen benutzt. Auch die übrigen polnischen Theaterveranstaltungen in der Berichtszeit waren durchweg gut besucht.

Nach einem Schreiben vom 5. März 1936 beabsichtigt der Polnische Verband des Sängerkreises Oberschlesien (Zwiazek Polskich Kol Spiewaczych Slask Opolski [Śląska Opolskiego]) in Hindenburg eine Monatszeitschrift „Przyjaciel Piesni" („Sängerfreund") [Liederfreund] herauszugeben. Die Ermittlungen über Verlag, Herausgeber und Schriftleiter sind noch nicht abgeschlossen.

Im Januar fand in Beuthen O/S der traditionelle Polnische Ball statt. Statt der erwarteten 400 Gäste waren nur etwa 75 erschienen, darunter Wojewode Grazynski. Es fiel auf, daß auch Juden anwesend waren. Das Eintrittsgeld betrug 3-5 RM; es bestand Weinzwang. Der Reinertrag soll dem Bau des polnischen Lyzeums in Ratibor zugute kommen.

In der Generalversammlung der polnischen Frauenvereinigung „Hl. Kinga" im Februar 1936 im „Dom Polski" in Beuthen O/S brachte ein Polenführer zum Ausdruck, daß der Beuthener Frauenverein der stärkste im ganzen Oppelner Schlesien sei.

Im Polnischen Haus in Hindenburg wurden jeden Sonntagvormittag und in Klausberg jeden Donnerstag polnische Volkshochschulvorträge gehalten. Die Teilnehmerzahl betrug in Hindenburg durchschnittlich 80–100 und in Klausberg 150–180 Personen.

Am 8.2. wurde in Hindenburg im Casino der Donnersmarckhütte die Oper „Halka" vom polnischen Landestheater Kattowitz gespielt, zu der die besten Schauspieler herangezogen worden waren. Das Haus war ausverkauft.

Über den Verband der polnischen katholischen Jugendbewegung liegt mir aus Hindenburg folgendes Material vor:

Kirchliche Gesangvereine

St. Andreas 90 Mitglieder,

St. Franziskus 60 Mitglieder,

Hl. Geist 30 Mitglieder.

Ferner bestehen noch der polnische Gesangverein „Chopin" mit 40 und der polnische Männerchor mit 30 Mitgliedern.

In Klausberg bestehen die polnischen Gesangvereine „Gwiasda" [Gwiazda] mit 60 und „Cäzilie" mit 25 Mitgliedern.

Zu dem Verbande der *polnischen Kongregationen* gehören in Hindenburg:

St. Andreaskirche 150 weibliche Mitglieder, 50 männliche Mitglieder,

St. Franziskus 70 weibliche Mitglieder, 50 männliche Mitglieder,

Hl. Geistkirche 0 weibliche Mitglieder, 30 männliche Mitglieder,

Biskupitz 40 weibliche Mitglieder, 0 männliche Mitglieder.

Die meisten Mitglieder gehören sowohl den kirchlichen Gesangvereinen als auch den polnischen Kongregationen an. Die Einnahmen aus Beiträgen sind sehr gering. Alle Unkosten, auch die Vergütung für die Musikdirigenten, werden von dem Vorstand des Verbandes der polnisch-katholischen Jugend bestritten und durch den Polenbund

finanziert. Für den Aufbau des Verbandes hat sich der frühere Polenführer aus Groß Strehlitz, Wawrczinek [Wawrzynek], zur Verfügung gestellt.

Entschiedene Aufmerksamkeit verdient nach wie vor die *Polnische Berufsvereinigung*, über deren Zuwachs aus kommunistischen Kreisen ich bereits mehrfach berichtet habe. Die Vereinigung hatte auch in der Berichtszeit ein nicht unerhebliches Ansteigen ihrer Mitgliederzahl zu verzeichnen. Da die meisten neuen Mitglieder keine Beiträge zahlen, brachte der Zuwachs der Vereinigung keine nennenswerten finanziellen Vorteile. Insbesondere sind Mitglieder, die in der DAF bleiben, durchweg von der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an die Polnische Berufsvereinigung befreit.

Die Gewerkschaftsführer können von den Mitgliederbeiträgen allein nicht besoldet werden und sind deshalb auf finanzielle Unterstützungen von seiten des Polenbundes oder Schwesterorganisationen in Ost-Oberschlesien angewiesen.

Als eifriger Werber für die Polnische Berufsvereinigung wurde ein früherer Kommunist aus Beuthen festgestellt, der sich insbesondere an ehemalige kommunistische Parteifreunde wandte. Vor kurzem hat er den berüchtigten Kommunistenführer Drzymalla für die Berufsvereinigung geworben. Die Kommunisten rühmen sich in Beuthen schon damit, daß die Beuthener KPD in der Polnischen Berufsvereinigung weiterbestehe.

Die Ortsgruppen des Polnischen Arbeitersportvereins sind in Hindenburg etwa 320 Mitglieder stark. Dieser Verein steht wie die Berufsvereinigung wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen und wird von polnischer Seite unterstützt. Der Leiter des Sportvereins ist zugleich Leiter des Polnischen Zentralverbandes.

Nach den mir vorliegenden Berichten beabsichtigt die polnische Minderheit *nicht, eine eigene Liste bei den Vertrauensratswahlen* herauszugeben. In einer Zusammenkunft am 27.2. mit dem polnischen Arbeitskommissar Dr. Mronzkowski wurde beschlossen, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen.

In Poremba ist es zu gespannten Verhältnissen zwischen den deutschen und polnischen Kirchengemeindemitgliedern gekommen. Nach mir zugegangenen Mitteilungen bevorzugt der Pfarrer die Besucher des polnischen Gottesdienstes, weil er von der polnischen Bevölkerung zahlreiche Spenden erhält.

In Klausberg fanden im Gasthaus „Deutscher Hof" an jedem Mittwoch und Freitag Zusammenkünfte von Kindern statt, um einen polnischen Kurzunterricht in Frage und Antwort durchzuführen.

Die während der Faschingszeit stattgefundenen zahlreichen polnischen Vergnügen hatten zum Teil einen erheblichen Zulauf. In Klausberg wurden die sich vor dem Gasthaus ansammelnden jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts, darunter auch solche fragwürdigen Charakters, eingeladen und mit Speisen und Getränken bewirtet.

Obwohl in Klausberg die polnische Minderheit nicht sehr stark sein kann – die Minderheitsschule wird nur von 16 Schülern besucht –, erscheint dort der Einfluß der Polen im Kirchenleben auffallend stark. Dem Kirchenvorstande Klausberg gehören 2 deutsche und 2 polnische Mitglieder an. Die Gottesdienste und Predigten fanden zur Hälfte in polnischer und zur anderen Hälfte in deutscher Sprache statt. Die deutsche Bevölkerung steht dieser Polonisierungsgefahr ziemlich gleichgültig gegenüber. Selbst Lehrer zählten zu den Besuchern der polnischen Messen.

Nach weiteren Feststellungen will die polnische Minderheit in Klausberg ein Grundstück in der Nähe des Stadions erwerben, um darauf ein polnisches Vereinshaus mit Turnhalle und Restaurationsbetrieb zu eröffnen.

In einer Versammlung der polnischen Minderheit wurden Beschwerden gegen SA- und SS-Angehörige vorgebracht, weil diese geäußert haben sollen, daß die polnische Minderheit nur noch bis 1937 „Zeit habe". In der Versammlung wurde hervorgehoben, daß die Polen dem Ablauf des Genfer Abkommens mit Ruhe entgegensehen und daß sie nicht an einschneidende Änderungen gegenüber der polnischen Minderheit glauben.

Es ist schon öfter aufgefallen, daß die Schüler des polnischen Gymnasiums auf Ausflügen, besonders beim Marsch durch Ortschaften, polnische Lieder sangen. Als Anfang Februar etwa 30 polnische Studenten auf ihrem Durchmarsch durch Mechtal dies wiederholten, faßte die Bevölkerung ihr Benehmen als Herausforderung auf. Das zuständige Polizeirevier wurde mehrmals fernmündlich angerufen und gebeten, gegen diese Provokation einzuschreiten, was aber wegen Fehlens einer rechtlichen Handhabe abgelehnt werden mußte.

Am 16.2. sprach im Saal des „Dom Polski" in Beuthen O/S ein Redner, dessen Ausführungen in polnischer Sprache von einem deutschen Beamten zum Teil abgehört werden konnten. Der Redner wies darauf hin, daß deutsche Geschäftsleute, Gastwirte und Direktoren, die „Dickbäuche", in Ost-Oberschlesien säßen und das polnische Geld schluckten, während die Polen hier mit spärlichen Unterstützungen abgespeist würden. „Der Magistrat", fuhr er fort, „meint, wir wären nur 8000 hier, aber gebt acht, die Zeit ist nicht mehr weit, wo der Schützenhaussaal für unsere Versammlungen nicht ausreichen wird."

Über unvorsichtige Werbemethoden des BDO unter Mitgliedern der polnischen Minderheit habe ich im Abschnitt 6 Ausführungen gemacht, auf die ich Bezug nehmen darf.

Die von der polnischen Minderheit wiederholt eingelegten Beschwerden, z. B. über die Ablehnung der Genehmigung einer Theatervorstellung in Hindenburg, erwiesen sich bei näherer Nachprüfung als haltlos. Verschiedene Meldungen in der polnischen Presse, zu denen ich Nachforschungen anstellen ließ, erwiesen sich, wie meistens, als übertriebene, den Sachverhalt verdrehende oder völlig unwahre Darstellungen.

In einer Sitzung der Ortsgruppen des Reichsluftschutzbundes am 6.3. in Hindenburg, in der die Stabs- und Reviergruppenführer die Maßnahmen für die bevorstehende Verdunkelungsübung der Zivilbevölkerung besprachen, brachte der Reviergruppenführer Thiel vom Revier 5 den Einwand vor, daß sich die polnische Minderheit weigere, an der Verdunkelungsübung teilzunehmen. Der RLB hat hierauf erklärt, daß er für die ordnungsmäßige Durchführung der Übung in Hindenburg keine Gewähr übernehmen könne, falls die polnische Minderheit auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharre. Soweit mir bekannt, stützt sich die polnische Minderheit bei ihrer Weigerung auf das Genfer Abkommen. Ich habe sofort nach Eingang der Meldung Sonderbericht an den Herrn Regierungspräsidenten erstattet.

gez. Neubaur

347

28.4.1936: Der Oberbürgermeister in Gleiwitz an den Oberpräsidenten in Breslau. Überblick über die polnische Bewegung

28 IV 1936r.: Nadburmistrz w Gleiwitz do naczelnego prezydenta w Breslau. Przegląd ruchu polskiego

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. 1933 (Abschrift).

Infolge der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit – die Verfügung habe ich am 27.4.1936 erhalten – kann ich einen eingehenden Bericht zum ersten Berichtster-

min noch nicht erstatten. Ich bin daher nur in der Lage, zunächst einen allgemeinen Überblick über das, was mir über die Polenbewegung in meinem Amtsbereich bekannt ist, zu geben. Es ist für mich schwer, Material über Umfang, Zielsetzung und Tätigkeit der Polen zu erhalten, weil sie ihre Arbeit nicht in die Öffentlichkeit hinaustragen, sondern im wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeiten. Nach meinen Erfahrungen legen die Polen den Schwerpunkt ihrer Arbeit zunächst nicht so sehr in die Öffentlichkeit, sondern mehr in die Familie. Ihr Ziel scheint dahin zu gehen, zunächst den einzelnen Menschen und darüber hinaus die mit ihm verbundene Familie zu gewinnen, um in langsamer und planmäßiger Arbeit allmählich in der Bevölkerung Fuß fassen zu können. Mit dieser Zielsetzung scheint mir gleichzeitig die Aufgabenrichtung der Polenbewegung umrissen zu sein. Die Polen haben ganz offensichtlich sich von der rein politischen Arbeit umgestellt auf Volkstumsarbeit und in dieser Volkstumsarbeit den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ausgebaut. Diese Volkstumsarbeit erstreckt sich auf kulturelle Arbeitsgebiete, die im wesentlichen Schule, Büchereien, Theater, Kirche und Sport umfassen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Polenarbeit in der Hauptsache in den gemischtsprachigen Randgebieten der Stadt Gleiwitz eingesetzt ist, d. h. in den Stadtteilen Sosnitza, Zernik und Richtersdorf. Diese Stadtteile werden von mir seit langem wegen ihrer Gefährdung durch die Polenarbeit beobachtet und, soweit möglich, im Sinne der Deutschtumsarbeit gefördert.

Besondere Vorkommnisse auf dem Gebiete des *Schulwesens* sind mir zur Zeit nicht bekannt. Die Polen scheinen hier sehr vorsichtig zu arbeiten. Ich werde im Einvernehmen mit den Schulleitern in meinem Amtsbereich Vorsorge treffen, daß mir durch die Schulleiter, soweit möglich, Material zugeleitet wird. In der Öffentlichkeit sind die Polen hier in meinem Amtsbereich in Schulsachen, soweit mir bekannt, nicht hervorgetreten.

In der Stadt Gleiwitz unterhalten die Polen in der Bank Rolnikow eine *polnische Bücherei*. Die Gelegenheit zur Benutzung dieser Bücherei wurde hauptsächlich von der Landbevölkerung wahrgenommen, die bei Erledigung ihrer Geldgeschäfte in dieser Bank gleichzeitig die Vorteile der Büchereibenutzung ausnutzte. Diese Vorteile bestanden nicht nur in der unentgeltlichen Entleihe von Büchern, sondern damit verbunden war gleichzeitig die Bewirtung mit Kaffee und Kuchen, die zum Teil mit Gemeinschaftsfesten verbunden war. Genaue Angaben über die Benutzung der Bücherei kann ich zur Zeit nicht machen. Insbesondere ist es mir nicht möglich, Angaben über den Personenkreis, der diese Bücherei benutzt, zu machen. Ich werde versuchen, insoweit Material zu erhalten.

Auf dem Gebiete des *Theaterwesens* haben die Polen nach den bei mir befindlichen Vorgängen wiederholt gearbeitet. Sie legen gerade auf Theateraufführung anscheinend besonderen Wert. Zur Zeit ist eine Theateraufführung „Der hl. Franziskus von Assisi" für den 10. Mai 1936 vorgesehen. Ich bemerke hierzu, daß die Aufführung zunächst auf den 3. Mai 1936 festgesetzt war. Der 3. Mai ist der polnische Nationalfeiertag und gleichzeitig der Tag des Ausbruchs des Aufstandes in Oberschlesien (3. Mai 1921). Es ist mir gelungen, nachdem auch die Gestapo Einwendungen gegen den Termin nicht erhoben hatte, die Aufführung für den 3. Mai zu verhindern; es hätte sicherlich in der Bevölkerung einen sehr ungünstigen Eindruck erweckt, wenn an diesem Tage im Stadttheater der Stadt Gleiwitz die Polen eine Aufführung durchgesetzt hätten. Die Verschiebung des Termins auf den 10. Mai habe ich dadurch erreicht, daß der 3. Mai als der von Dr. Ley festgesetzte große Erholungsurlaubstag aller schaffenden Deutschen erklärt wurde und daß auch das Personal des Stadttheaters an diesem Tage keinen Dienst tun

könne und deshalb eine Aufführung grundsätzlich nicht möglich wäre. Der polnische Kreisgruppenführer des Bundes der Polen in Gleiwitz hat daraufhin den 10. Mai für die polnische Theateraufführung festgesetzt. In diesem Zusammenhange möchte ich darauf hinweisen, daß der Kreisgruppenführer des Bundes der Polen in einem früheren Vorgang sich zunächst geweigert hatte, den nach den gesetzlichen Vorschriften notwendigen Antrag auf Genehmigung einer Theateraufführung zu stellen mit der Begründung: er gehöre zur polnischen Minderheit, so daß die Gesetze des deutschen Staates auf ihn nicht Anwendung finden könnten. Ich habe ihn seiner Zeit darauf hingewiesen, daß die Gesetze des deutschen Staates in diesem Falle auch für ihn Geltung hätten, worauf er nach einigem Zögern sich entschlossen hat, den Genehmigungsantrag zu stellen.

In dem Stadtteil Gleiwitz-Zernik haben die Polen eine polnische Gesangsgruppe unter der Bezeichnung *„Katholischer Kirchenchor"* aufgezogen, obwohl an sich ein katholischer Kirchenchor am Ort besteht und dieser polnisch-katholische Kirchenchor weder von der Geistlichkeit noch von der Gemeinde anerkannt ist. Auch hier liegt ein Versuch vor, innerhalb der katholischen Kirche polnischen Einfluß zu gewinnen. Die Angelegenheit wird von der Gestapo bearbeitet.

Sehr aktiv zeigen sich die Polen im *Sport*. In Gleiwitz besteht ein polnischer Arbeitersportverein. Der Verein wird jedoch nicht von hier, sondern von Hindenburg aus geleitet. Dieser Verein ist mir dadurch aufgefallen, daß er dauernd Anträge auf Bereitstellung von Turnhallen und Sportplätzen stellt. Über die genaue Mitgliederzahl vermag ich zur Zeit Angaben nicht zu machen.

Mit welchen Mitteln die Polen versuchen, den Einfluß in deutschen Sportvereinen zu gewinnen, zeigt folgender Vorfall: Der frühere Vorsitzende vom polnischen Arbeitersportverein in Gleiwitz – Preiss – war vor etwa 6 Monaten wegen Unterschlagung und Untreue abgesetzt worden. Er versuchte danach, mit einer größeren Anzahl von etwa 20–30 polnischen Jugendlichen in den deutschen Sportverein Zernik einzutreten. Der Verein ging auch darauf ein. Preiss verlangte, was für seine Zielsetzung bezeichnend ist, Jugendwart in diesem Verein zu werden. Auch dies gelang ihm, ganz offensichtlich insbesondere deshalb, weil die deutsche Vereinsleitung keine Kenntnis von seinen persönlichen Verhältnissen hatte. Die Angelegenheit wurde mir im Rahmen der statistischen Anzeigen gemeldet. Ich habe hier sofort eingegriffen und vor etwa 6 Wochen die Absetzung des Preiss und seine Entfernung aus dem Verein veranlaßt.

i.V.

gez. Dr. Badenhoop

348

12.4.1938: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Minderheiten-Lagebericht (15.3.–10.4.1938) – 12.4.1938

12 IV 1938r.: Prezydent policji w Gliwicach do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej (15 III – 10 IV 1938r.)

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. I/1935

I. *Allgemeines über die Lage und die Bestrebungen der polnischen Minderheit*

1. *Verhalten bei der Volksabstimmung und Wahl des Großdeutschen Reichstags am 10. April*

Die polnische Minderheitsführung war früher bei allen Wahlen negativ eingestellt. Sie hat die Wahlen als ausschließlich eigene Angelegenheiten des deutschen Volkes an-

gesehen, an denen sie als polnische Minderheit keinen Anteil nahm. Bei den Wahlen im November 1933 und August 1934 haben sich die Polenführer in teilnahmsloser Gleichgültigkeit verhalten. Zu der Wahl am 29.3.1936 hatte die Polenbundführung die Parole ausgegeben, Wahlenthaltung zu üben mit der Begründung, daß die Minderheitskandidaten für den Reichstag nicht zugelassen seien. Diese Parole wurde von den Angehörigen der polnischen Minderheit aber so gut wie gar nicht befolgt. Einige Landgemeinden haben damals 100 %ig gewählt und auch 100 %ig für den Wahlvorschlag der NSDAP gestimmt. In fast allen übrigen Gemeinden war die Zahl der Nichtwähler sowie die Zahl der Nein- und ungültigen Stimmen s. Zt. sehr gering und zwar auch in den Ortschaften, in denen die polnische Minderheit früher einen starken Anhang hatte und z. T. auch heute noch hat.

Zu der Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag am 10. April 1938 hatte der Polenbund in Deutschland Zeitungsmeldungen zufolge seine Mitglieder aufgefordert, bei der Abstimmung ihre Stimme mit „Ja" abzugeben. Nach einer Meldung aus Beuthen O/S haben die örtlichen Polenführer gegenüber dem Anschluß Österreichs an Deutschland eine zustimmende Haltung eingenommen, aber auch zum Ausdruck gebracht, daß die polnische Minderheit in Deutschland voll anerkannt werden müßte.

Der Aufforderung zur Abgabe von Ja-Stimmen sind die Angehörigen der polnischen Minderheit nach den Ergebnissen der Volksabstimmung in den einzelnen Landgemeinden meines Bezirks zum größten Teil nachgekommen. Dies geht aus folgender Aufstellung hervor:

Ort	Stimmberechtigte	Nichtwähler	Neinstimmen	Ungültige Stimmen
Schönwald	2772	24	35	19
Haselgrund	1219	6	7	-
Stroppendorf	2356	2	18	2
Laband	4596	9	91	17
Ellguth von Gröling	223	-	1	-
Peiskretscham	4496	22	15	8
Gutenquell	284	-	4	-
Wohlingen	82	-	-	-
Bachweiler	193	-	4	-
Böhmswalde	636	1	4	-
Kressengrund	265	-	1	1
Schakanau	671	-	-	-
Einhof	440	-	-	-
Ackerfelde	631	-	4	3
Sandwiesen	624	-	3	3

Ort	Stimmberechtigte	Nichtwähler	Neinstimmen	Ungültige Stimmen
Mechtal	9 902	68	62	13
Pilzendorf	1 174	5	2	-
Stillersfeld	3 132	-	1	1
Stadt Beuthen	61 708	617	556	100
Stadt Gleiwitz	70 172	776	1 213	58
Stadt Hindenburg	80 261	1 931	1 793	435
Schomberg	4 242	14	18	2

Die verhältnismäßig hohe Zahl der Nichtwähler, der Neinsager und der ungültigen Stimmen in den 3 Industriegroßstädten dürfte weniger auf die polnische Minderheit als auf unverbesserliche Staatsfeinde zurückzuführen sein, da in den Orten mit großer polnischer Minderheit verhältnismäßig wenig Nichtwähler und Neinsager zu verzeichnen waren. Das geht auch aus dem Abstimmungsergebnis der rein deutschen Gemeinde Schönwald hervor, wo bei 2 772 Stimmberechtigten insgesamt 78 Nichtwähler, Nein- und ungültige Stimmen vorhanden waren. In Klausberg, der Hochburg der polnischen Minderheit meines Bezirks, waren im Gegensatz dazu bei 12 434 Stimmberechtigten insgesamt nur 74 Nichtwähler, Neinsager und ungültige Stimmen.

2. *Beschwerde einer polnischen Minderheitsangehörigen wegen einer angeblich unzulässigen Behandlung ihres abgegebenen Stimmzettels*

Am Wahlsonntag um 13 Uhr führte die ledige Katharina Olschowski aus Gleiwitz-Oehringen bei dem Posten der Schutzpolizei vor dem Stimmbezirk 68 (Lokal Nowok, Bischofstraße 1) Beschwerde über eine unzulässige Behandlung ihres abgegebenen Wahlumschlages mit dem Stimmzettel. Der Wahlvorstand habe den Umschlag mit dem Stimmzettel nicht sofort in die Wahlurne geworfen, sondern zwischen Zeitschriften gelegt, die auf der Wahlurne lagen. Sie habe den Wahlvorsteher darauf aufmerksam gemacht, daß der Wahlumschlag in die Wahlurne und nicht zwischen die Zeitschriften gehöre. Der Wahlvorsteher habe daraufhin den Wahlumschlag in die Wahlurne gelegt.

Katharina Olschowski fragte den Schutzpolizeibeamten, ob ein solches Verfahren zulässig sei. Sie bat den Beamten, mit ihr in das Wahllokal zu gehen, um die Angelegenheit nachzuprüfen. Der Beamte kam diesem Ersuchen nach. Der Wahlvorsteher, Zollassistent i. R. Paul Marek, war nicht anwesend. Er war inzwischen zum Mittagessen gegangen. Der stellv. Wahlvorsteher Biebricher und die Beisitzer erklärten übereinstimmend, daß Marek nur ein Versehen unterlaufen sei.

Katharina Olschowski äußerte, unter solchen Umständen zu einer Wahl nicht mehr zu gehen.

Die Polen werden – nach ihren bisherigen Arbeitsmethoden zu urteilen – den Vorfall vermutlich zum Anlaß nehmen, um den ordnungsgemäßigen Verlauf der Wahlhandlungen anzuzweifeln. Katharina Olschowski ist Vorsitzende der polnischen Kongregation. Ihr Bruder ist polnischer Gemeindevorsteher in Polnisch-Oberschlesien. Es muß damit gerechnet werden, daß sie für eine Verbreitung des Vorfalls sorgen wird.

3. *Teilnehmer am Polenkongreß am 6. März 1938 in Berlin*

Von den 101 Teilnehmern aus dem Gleiwitzer Bezirk an dem Polenkongreß am 6. März 1938 in Berlin sind 55 namentlich bekannt geworden. Es sind dies:

Leopold Mika, Haselgrund,

Ignatz Morawietz, "

Frau Heiduk, "
Alex Schombierski, "
Semla, "
Lorenz Heiduk, "
Krusche, Leboschowitz,
Franke, Schierakowitz,
Frau Gluch,Wieshuben,
Frau Grofik, "
Viktor Woitullek, Stroppendorf, Dorfstraße 196,
Johann Ludwig, Stroppendorf, Dorfstraße 196,
Viktoria Ludwig, Stroppendorf, Dorfstraße 196,
Frl. Hajok, Stroppendorf, Dorfstraße 178,
Martha Polewka, Stroppendorf, Kreuzstraße 1,
Johann Kampe, Stroppendorf, Dorfstraße 90,
Josef Woitullek, Stroppendorf, Chaussee 17,
Aulich, Gleiwitz,
Frau Aulich, Gleiwitz,
Franz Ciupke, "
Frau Ciupke, "
Alois Gralla, "
Bankdirektor Sliwka, Gleiwitz
Frl. Gralla, "
Frl. Gralla, "
Franz Michalik, "
Frau Michalik, "
Bernhard Drewniok, "
Frl. Drewniok, "
Kaldonek, "
Fejda, "
Stellmach, "
Blasitko, Einhof,
Vinzent Szczeponik, Ackerfelde,
Anton Mainka, Ackerfelde,
Nosczik, Lubie,
Franz Honiok, Lubie,
Stolot, Schieroth,
Marie Laxy, Laband,
Kiowski, Böhmswalde,
Viktor Kusch, Ellguth v. Gröling,
Kempa, "
Strzewiczwek, Birkenau,
Bania, Lindenhain,
Theodor Fitzek, Richtersdorf,
Frl. Sygor, "
Olschowska, Gleiwitz-Oehringen,
Anna Glogowski, "
Genovefa Biegaj, Laband,

Schnura, Gleiwitz-Gröhling,
Srebny, Bank Ludowy, Gleiwitz,
Huletz, Bank Rolnikow, "
Karl Lasotta, Gleiwitz,
Roman Kieper, Großpatschin,
Johann Galonska, Böhmswalde.

4. *Zwischenfall am 18. März 1938 in Gleiwitz wegen Gebrauchs der polnischen Sprache*

Der Maurer Viktor Ludwig aus Gleiwitz, Wetterau 38, und der Maurer Paul Matusczyk aus Richtersdorf, Passonstraße 32, erstatten folgende Anzeige:

Sie seien am 18.3.1938 gegen 20 Uhr während der Übertragung der Führerrede im Lokal Scheffczyk in Gleiwitz, Turmstraße gewesen. Nach Beendigung der Rundfunkübertragung hätten sie sich vor dem Lokal beim Fertigmachen ihrer Fahrräder in polnischer Sprache unterhalten. Plötzlich sei ein Wehrmachtsangehöriger ohne Kopfbedeckung und nicht umgeschnallt mit 3 anderen jungen Männern an sie herangetreten. Sie seien von diesen wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache zur Rede gestellt worden. Sie hätten erwidert, bisher sei ihnen noch von niemandem verboten worden, in Deutschland polnisch zu sprechen; die polnische Sprache sei ihre Muttersprache. Nachdem sie ihren Weg fortgesetzt hätten, seien sie auf dem Peter-Paul-Platz von dem Wehrmachtsangehörigen, der immer noch keine Kopfbedeckung getragen habe, und den drei jungen, in seiner Begleitung befindlichen Männern überfallen worden. Ludwig will zu Boden geschlagen und mit Fußtritten bearbeitet worden sein. Er soll angeblich nur durch das Dazwischentreten des SA-Rottenführers Fuß aus Gleiwitz, Mauerstraße 17, vor größeren Verletzungen geschützt worden sein. Matusczyk will auch geschlagen worden sein, es soll ihm aber gelungen sein, zu flüchten. Die Geheime Staatspolizei hat die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet.

5. *Ansammlung vor der Marienkirche in Gleiwitz-Oehringen mit Hetzrede eines polnischen Vorbeters*

Am 20.3.1938 um 15 1/2 Uhr fand in der St. Mariakirche in Gleiwitz-Oehringen eine polnische Kreuzweg-Andacht statt. Nach der Andacht um 16 1/2 Uhr hielt der polnische Vorbeter Ignaz Dyllus aus Gleiwitz-Oehringen, Hohenlohestraße 19, vor der Kirche eine polnische Ansprache. Es sammelten sich sofort etwa 80 Besucher der polnischen Andacht um Dyllus an. Ein vorübergehender politischer Leiter, der Reichsbahngehilfe Josef Kubik aus Gleiwitz-Oehringen, Axel-Holst-Straße 10, verstand folgende Hetzworte:

„ ... kümmert sich bloß um Österreich, aber um uns nicht ... bloß um Unterschrift. Wir brauchen uns das nicht gefallen zu lassen, wir brauchen keine Angst zu haben, die Kirche gehört uns. Wir brauchen keine Angst zu haben, sonst ist es mit uns aus. Soviel müssen wir aufbringen."

Als Dyllus den Kubik erkannte, brach er seine Rede ab und verließ eilig den Platz. Kubik stellte ihn mit folgenden Worten zur Rede: „Nehmen Sie sich in acht und halten Sie hier keine Hetzreden. Wir werden Sie noch zu nehmen wissen!" Dyllus gab dazu keine Erklärung ab. Die versammelten Kirchenbesucher verließen murrend und schimpfend den Platz.

Die Schutzpolizei ist erneut angewiesen, Ansammlungen vor den Kirchen nicht zu dulden, sondern sofort zu zerstreuen.

6. *Propaganda für die polnische Sprache*

Am Sonntag, dem 3. April 1938 gegen 23.30 Uhr hielt sich der polnische Staatsangehörige Valentin Sluzarz aus Hirtweiler, Kreis Gleiwitz, der nationalpolnisch gesinnt ist, in der Gastwirtschaft Wollny in Bachweiler auf. Sluzarz ist Vertrauensmann des „Polnischen Arbeitervereins in Deutschland, Sitz Leipzig". Er hat im Verlauf einer in polnischer Sprache geführten Unterhaltung in Anwesenheit von Reichsdeutschen folgendes geäußert:

„Warum sprecht Ihr nicht polnisch? Ihr seid doch Oberschlesier!"

Durch diese Äußerung fühlten sich mehrere im Lokal anwesende Reichsdeutsche beleidigt. Es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung. Sluzarz wurde vom Gastwirt aufgefordert, das Lokal zu verlassen, was er auch befolgte.

7. *Beschwerde eines Polenführers*

Der Polenführer Karl Johemczyk aus Bobrek-Karf, Bergwerkstraße 20, hat sich bei einem Beamten des Polizeireviers darüber beklagt, daß ihm die einmalige Kinderbeihilfe abgelehnt worden sei, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen für ihre Gewährung vorgelegen hätten. Johemczyk hat wegen der Ablehnung seines Antrages beim Polenbund Beschwerde eingelegt, in der er sich auf das deutsch-polnische Abkommen vom November 1937 bezieht.

8. *Verhalten eines entlassenen Polen*

Der vor einigen Monaten wegen Zugehörigkeit zur polnischen Minderheit von der Beuthengrube entlassene Häuer August Piontek aus Beuthen, Ostlandstraße 85, hat seinen noch schulpflichtigen Sohn Ludwig am 1. April 1938 dem deutschen Schulunterricht entzogen. Er schickt ihn in das polnische Privatgymnasium Beuthen, Kurfürstenstraße. Dort wird er nicht als ordentlicher Schüler, sondern nur nebenher als Gastschüler unterrichtet.

Piontek will in Kürze nach Polen abwandern. Er hat zu Hausbewohnern geäußert, daß er dort Beschäftigung und Wohnung erhalten werde.

9. *Verdächtiges Verhalten eines Polenführers in Polen*

Der Polenführer August Poloczek aus Friedrichswille, Gleiwitz-Tarnowitzer Straße 70, soll Mitte vorigen Jahres in Warschau gewesen und dort in einem Hotel mit Offizieren des polnischen Kriegsministeriums zusammengekommen sein. Mit einem dieser Offiziere soll er eine Unterhaltung geführt haben, bei der der Offizier erklärt haben soll, er kenne Deutsch-Oberschlesien ganz genau. Der polnische Offizier soll sämtliche Ortschaften, Straßen und bedeutungsvolleren Wege des hiesigen Industriegebietes aufgezeichnet habe.

10. Die *Grenzübergangsstelle* Hindenburg-Nordost – Ruda überschreiten viele Personen aus Hindenburg-Nordost und Klausberg, die in Polen arbeiten. Es fällt auf, daß diese Personen nicht den deutschen Gruß erweisen.

Am 3. April 1938 wurde in Ost-Oberschlesien ein polnischer Agitator beerdigt. An der Beerdigung nahm eine Anzahl Personen im Alter von 20 bis 35 Jahren aus Hindenburg-Nordost und Klausberg teil. Sie passierten gruppenweise die Grenzübergangsstelle.

11. Die *Grenzübergangsstelle* Plesser Straße in Hindenburg ist seit dem 2. April 1938, 10 Uhr, polnischerseits für den Personen- und Fahrzeugverkehr *gesperrt*. Arbeiter aus Ost-Oberschlesien, die in Deutschland beschäftigt sind, können jedoch die Grenze passieren, wenn sie eine Bescheinigung der Polizeidirektion Kattowitz vorweisen. Die Grenzsperre soll wegen der Maul- und Klauenseuche verhängt worden sein.

12. Unter der polnischen Minderheit wird befürchtet, daß sie bei der bevorstehenden *Volkszählung* gezwungen werde, als Muttersprache „deutsch" anzugeben. Die Minderheitsangehörigen glauben, zu dieser Angabe von Mitgliedern des BDO gezwungen zu werden.

13. Die in Polen wohnhaften und in den hiesigen Grubenbetrieben beschäftigten polnischen Staatsangehörigen sollen nach Angaben von Minderheitsangehörigen in letzter Zeit von Angehörigen der Deutschen Arbeitsfront darüber befragt worden sein, *ob sie in Polen der deutschen Minderheit angehören* und ihre Kinder in die deutschen Minderheitsschulen angemeldet haben. Verneinendenfalls soll ihnen eine Frist bewilligt oder ihre Entlassung angedroht worden sein. Der ostoberschlesische Wojewode Graczinski [Grażyński] soll Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit in Polen zugesagt haben.

Durch Rückfrage beim Hindenburger Kreisamtsleiter der Deutschen Arbeitsfront wurde festgestellt, daß die Deutsche Arbeitsfront solche Untersuchungen nicht eingeleitet hat. Es wurde auf das bestimmteste versichert, daß die DAF sich peinlich an die zentralen Richtlinien hält.

14. In Hindenburg soll der Lehrer Stoklossa, Hindenburg-Nordost, in seiner Klasse den Schülern erzählt haben, *im Mai würden in Oberschlesien die Grenzen zwischen Deutschland und Polen verschwinden,* wie sie bereits zwischen Deutschland und Österreich verschwunden seien. Die polnische Minderheit soll darüber stark beunruhigt sein. Die Polenführer sollen sich zwecks weiterer Veranlassung an das polnische Konsulat gewandt haben. Eine Nachprüfung des Gerüchts, das in Minderheitskreisen stark verbreitet ist, war wegen des Beginns der Osterschulferien nicht möglich.

15. Im *Polenheim in Hindenburg*, Kronprinzenstraße 292, werden wöchentlich zweimal Versammlungen abgehalten, an denen bis 50 Personen teilnehmen. Das Büro und die Bibliothek des Polenhauses sind den ganzen Tag über geöffnet und mit einer Bürokraft besetzt.

16. *Anwachsen und Nachlassen der polnischen Minderheit*

Ein Anwachsen der Mitgliederzahl in den polnischen Vereinen ist nicht beobachtet worden. Die Polnische Berufsvereinigung hatte einen starken *Mitgliederrückgang* zu verzeichnen, der auf die Entlassung von Angehörigen der polnischen Minderheit aus den Grubenbetrieben zurückzuführen ist.

Die Polenführer versuchen, die Entlassenen in Ost-Oberschlesien unterzubringen. Bisher hatten sie hierbei allerdings wenig Erfolg.

17. Der an der Beuthener Lehrerakademie studierende polnische Minderheitsangehörige Johann Galonska aus Böhmswalde soll nach einer vertraulichen Mitteilung zu seinem Studium vom Polenbund *einen monatlichen Zuschuß* von 70,– RM erhalten.

Der Abiturient Theodor Kyowski aus Böhmswalde will nicht, wie es ursprünglich hieß, Geistlicher, sondern *Lehrer werden.* Nach einer vertraulichen Meldung soll er sich bereits um Aufnahme in die Lehrerakademie in Beuthen bemüht haben. Ob seinem Antrage stattgegeben wurde, konnte bisher nicht festgestellt werden.

II. 1. *Jugenderziehung*

a) *Jugendveranstaltungen*

aa) Die polnischen *Pfadfinder* halten jetzt in Hindenburg-Ost ihre Heimatabende im Vereinshaus St. Franziskus ab. Dort werden auch die polnischen Pfadfinderlieder eingeübt und Tischtennis-Spiele veranstaltet.

In Klausberg werden wöchentlich in den Remisen von den Pfadfindern Heimnachmittage veranstaltet. Im März führten die Pfadfinder aus Klausberg 2 Wanderungen durch, an denen 14 Jungen teilgenommen haben.

Die Pfadfinder aus dem Stadtkreis Hindenburg machen zu den Osterfeiertagen einen Propagandaausflug nach Polen.

Die Arbeit des Pfadfindervereins Beuthen war in letzter Zeit ziemlich rege. Der Verein trug in Ost-Oberschlesien in verschiedenen Orten mit den dortigen polnischen Sportvereinen mehrere Wettspiele aus.

Die Gründung eines polnischen Jugendvereins in Beuthen kam nicht zustande, weil die Jugendvereine sich mit den Pfadfindern verfeindet haben.

bb) Der polnische Sportverein hat auf dem Sportplatz in Hindenburg-Ost folgende Gesellschaftsspiele ausgetragen:

am 13. März Sportverein Hindenburg-Ost mit Sportverein Hindenburg,
am 13. März Sportverein Klausberg mit Sportverein Beuthen,
am 16. März Sportverein Klausberg mit Sportverein Gleiwitz,
am 20. März Sportverein Hindenburg-Ost mit Sportverein Beuthen,
am 27. März Sportverein Klausberg mit Sportverein Hindenburg-Ost,
am 3. April Sportverein Hindenburg mit Sportverein Beuthen.

cc) *Delegiertenversammlung der polnischen Pfadfinder*

Am Sonntag, dem 3.3.1938, fand in Beuthen O/S in der Gospoda Polska eine Delegiertenversammlung des „*polnischen Pfadfinderverbandes* Deutschlands" statt, an der 50 Delegierte teilnahmen. Anwesend war auch ein Pfadfinderkommandant aus Warschau, dessen Name unbekannt geblieben ist. Zweck der Versammlung war die Bekanntgabe einer Änderung des Pfadfinderstatuts.

Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Kwoczek, Oppeln, eröffnete die Versammlung und hielt dann ein Referat über die große Leistung des Pfadfinderverbandes und über die Schwierigkeiten, die diesem Verbande angeblich von seiten der deutschen Behörden sowie auch vom Polenbund entgegengebracht werden. *Hierauf sei der Abgang der Mitglieder* in der letzten Zeit zurückzuführen.

Als zweiter Redner sprach der Pfadfinderkommandant August Kachel vom Bund der Polen. Er hob die große Verdienste des polnischen Pfadfindervereins in Beuthen OS hervor und erklärte, daß die Erfolge in der Förderung des Bundes größer sein könnten, wenn der Bund der Polen in Deutschland für die polnischen Vereine mehr Verständnis zeigen würde. Die Vereine würden fast überhaupt nicht finanziell unterstützt und seien auf sich selbst angewiesen.

Nachmittags hielt der „Verein der polnischen Pfadfinderfreunde" eine Monatsversammlung ab, an der auch der „Pfadfinderverein" und die Delegierten geschlossen teilnahmen. Insgesamt waren 200 Personen anwesend. Der Bankdirektor Stanislaus Weber eröffnete die Versammlung und sprach über den Werdegang der polnischen Zeitungen. Er sagte etwa folgendes:

Vor 1840 hätte es noch keine polnischen Zeitungen gegeben. Die erste Zeitung sei von zwei Deutschen (Schemel [Schemmel] und Bogden [Bogedain]) herausgegeben worden. Diese Blätter seien aber nicht für das Polentum, sondern für das Deutschtum gedruckt worden. Als erste polnische Zeitung sei der „Katolik" herausgekommen. Der Katolik-Verlag habe sich trotz aller Schwierigkeiten gehalten. Die polnische Jugend müsse für den Bezug werben, und jeder Pole solle die polnische Zeitung lesen und weitergeben. Unter dieser Voraussetzung könnte und sollte die polnische Sprache gefördert werden.

Alsdann wurde das *Theaterstück* „Das Opfer des Beichtgeheimnisses" aufgeführt. Es behandelt die Verurteilung eines katholischen Geistlichen, der den Namen eines Mörders durch die Beichte kannte, diesen aber nicht preisgeben wollte.

dd) *Werbung für den polnischen Fußballverein Gleiwitz-Oehringen*

Der Vorsitzende des polnischen Sportverbandes, Erich Burczyk aus Hindenburg, Kronprinzenstraße 260, hat, wie bereits berichtet, in Gleiwitz-Oehringen einen polnischen Fußballverein aufgezogen und folgende junge Männer zum Eintritt in den Verein bewogen:

Arbeiter Georg Woijciechowski, Skalleystraße 48,
Arbeiter Karl Dziwisch, Skalleystraße 48,
Schlosser Erich Wende, Michaelstraße 32,
Arbeiter Karl Slowik, Delbrückstraße 7,
Arbeiter Herbert Heintze, Delbrückstraße 37,
Arbeiter Kurt Balger, Dammannstraße 3,
Arbeiter Herbert Pasler, Delbrückstraße 40,
Arbeiter Eduard Klinke, Axel-Holst-Straße 3,
Arbeiter Gerhard Schwitalla, Axel-Holst-Straße 11.

Die Angeworbenen gehörten z. T. der Hitlerjugend an. Sie sind Mitglieder des polnischen Sportvereins geworden, ohne den polnischen Charakter dieses Vereins erkannt zu haben. Der Werber Burczyk ist so geschickt vorgegangen, daß die Angeworbenen gar nicht merkten, einem polnischen Agitator ins Netz gegangen zu sein. Die Angeworbenen wurden auch dadurch angelockt, daß sie Sportkleidung kostenlos erhielten und auch sonst keine weiteren Unkosten hatten. Sie wurden erst aufmerksam, als sie meistens zu Spielen in Ost-Oberschlesien herangezogen wurden. Sie spielten in Schwientochlowitz, Schoppinitz, Kunzendorf und Janow. Außerdem wurden Freundschaftsspiele in Hindenburg und Beuthen ausgetragen. Bei einer Fahrt nach Ost-Oberschlesien wurden der Mannschaft die Ausgaben für die Grenzübertrittsscheine ersetzt. Als in der letzten Zeit die Fußballspieler durch Burczyk öfters auf den Gebrauch der polnischen Sprache hingewiesen und auch anderweit auf die Ziele dieses Sportvereins aufmerksam gemacht wurden, wurde ihnen klar, daß sie einem polnischen Sportverein beigetreten waren. Sie kehrten dem Verein den Rücken und schieden aus. Burczyk bemühte sich noch, die Mannschaft zu einem für den 27. März 1938 anberaumten Spiele zusammenzubekommen, was ihm jedoch nicht gelang. Der Sportverein hat somit wieder aufgehört, zu bestehen.

Die Werbemethoden des polnischen Sportführers stehen nicht vereinzelt da und beweisen erneut, daß die Polenführer nicht daran denken, ihre Tätigkeit nur auf die Vertretung der polnischen Minderheitsangehörigen zu beschränken, sondern vielmehr immer wieder vesuchen, deutsche Volkstumsangehörige zu polonisieren.

b) *Sprachkurse*

Die polnischen Sprachkurse in Bobrek-Karf und Mechtal wurden in der Berichtszeit sehr schwach besucht. Der Unterricht wurde nicht an allen Tagen stundenplanmäßig abgehalten, sondern oft schon nach einer halben Stunde abgebrochen. Mitunter fiel er wegen schwacher Teilnahme ganz aus.

An dem Sprachkursus in Bobrek-Karf haben teilgenommen:

Am 7. März 1938 4 Mädchen und 2 Knaben,
Am 14. März 1938 4 Mädchen und 2 Knaben,
Am 21. März 1938 4 Mädchen und 1 Knabe,

Am 28. März 1938 4 Mädchen und 1 Knabe.

Am polnischen Sprachkursus in der Bank Ludowy in Gleiwitz, Wilhelmstr. 53, nehmen aus Laband folgende Kinder Teil:

Hedwig Gorczyza, Kirchstr. 38,

Luzie Soboczyk, Bahnhofstr. 17,

Elfriede Kyas, Peiskretschamer Str. 9 und

Helene Webs aus Böhmswalde Nr. 63.

In Hindenburg wird der polnische Sprachunterricht 22 Schülern nicht mehr im Polenhaus, sondern in einem Klassenzimmer der Hochbergschule von dem polnischen Lehrer Kasperek aus Beuthen erteilt.

In Klausberg wurde der im Vorjahr mit 28 Teilnehmern begonnene Sprachkursus jetzt mit 18 Teilnehmern beendet. 10 Schüler sind während des Lehrganges ausgeschieden.

In Hindenburg-Nordost wird der polnische Sprachunterricht an dem 7 Mädchen teilnehmen, jeden Donnerstag abgehalten. Am 10. und 17. März fiel der Unterricht aus, weil die Lehrkraft verspätet erschien und die Schülerinnen nicht mehr anwesend waren. Am 31. März wurde eine neue Lehrkraft eingeführt.

II.1.c) *Aus dem Minderheitsschulwesen*

aa) In Ackerfelde sind Bestrebungen im Gange, für den Bezirk Ackerfelde-Kressengrund-Sandwiesen eine polnische Minderheitsschule zu errichten. In dieser Angelegenheit sind besonders hervorgetreten der Grubenarbeiter Vinzent Sczeponik aus Ackerfelde, Klausberger Straße 33, der Landwirt Anton Mainka aus Ackerfelde, Klausberger Straße 58a, und der Invalide Franz Michalik aus Kressengrund, Dorfstr. 8.

bb) Nach einer bisher unbestätigten, vertraulichen Mitteilung ist beabsichtigt. in Randsdorf eine polnische landwirtschaftliche Schule zu errichten. Vorarbeiten sollen bereits im Gange sein. Randsdorf gehört zum Bezirk des Landrats Beuthen, der unterrichtet wurde.

cc) Ab 1.4.1938 besucht die Schülerin Emilie Sliwka aus Klausberg, Schwerinstr. 57, das polnische Lehrerinnenseminar in Myslowitz.

Ab 20.4.1938 besuchen Anna Weingart, Elisabeth Rygol und Gertrud Kottlorz aus Klausberg das polnische Lyzeum in Tarnowitz.

Die polnische Minderheitsschule in Klausberg hat als Zugang die Schülerin Veronika Scheliga, Neuhofstraße 10, den Schüler Boleslaus Jarasch, Waldstr. 12, und die Schülerin Marie Gneitz, Friedrichstr. 39, zu verzeichnen. Ab 1. April 1938 zählt die Minderheitsschule Klausberg 17 Schüler.

dd) Das polnische Privatgymnasium in Beuthen O/S soll seit Januar drei weitere Lehrkräfte erhalten haben. Gegenwärtig besuchen diese Lehranstalt 156 Schüler. Im März haben 11 Schüler die Schule verlassen, 7 haben die Reifeprüfung abgelegt und zwar:

Alois Borcz, Paul Czech, Johann Mentzler, Josef Gabriel und Alois Warczok aus Deutsch-Oberschlesien und Albin Brewko und Bruno Rosenthal aus Schneidemühl.

Zwei von ihnen beabsichtigen, katholische Geistliche, zwei Lehrer, zwei Landwirte und einer Kunstschüler in Berlin zu werden. Zunächst sind sie in den Arbeitsdienst eingetreten. Hierüber führt die „Polonia" in ihrer Nr. 4839 vom 6. April 1938 unter der Überschrift „Die polnischen Abiturienten in der Zange der Germanisierung" Beschwerde.

Für das neue Schuljahr haben sich bis jetzt 32 Schüler gemeldet. Am 31. März fand die Aufnahmeprüfung für die Sexta statt. 3 Schüler haben die Prüfung nicht bestanden.

Aus Klausberg wurde als neuer Schüler Jonik, Kronprinzenstraße wohnhaft, aufgenommen. Demnach besuchen das polnische Gymnasium Beuthen aus Klausberg folgende 8 Schüler:

Kottlorz,
Hanussek,
Harras,
Pollok,
Stawinoga,
Gaidzik,
Jonik und
Pietrek.

Seit dem 1. Januar 1938 hat die Schulleitung den Sportplatz der „Spielvereinigung 1918" an der Ostlandstraße zur Mitbenutzung für 20,– RM monatlich gepachtet. Z. Zt. wird der Platz 2 x wöchentlich benutzt. Im Sommer sollen die polnischen Schüler dort ihren Schulsport ausüben.

Im polnischen Gymnasium wird jeden Sonntag ein polnischer Gottesdienst durch den Religionslehrer Nawrath abgehalten. Zu den Gottesdienstbesuchern gehören nicht nur die Schüler der Lehranstalt, sondern auch Angehörige der polnischen Minderheit. Der Besuch ist ziemlich rege.

Die Kleinkinderspielschule am Privatgymnasium wird z. Zt. von 33 Kindern besucht. Demnach kamen im März 5 Kinder hinzu.

ee) *Beschädigung von Fensterscheiben des polnischen Internats in Beuthen*

Am 20. März gegen 19 Uhr wurden 9 Fensterscheiben des polnischen Internats auf der Eichendorffstraße 22 in Beuthen O/S durch Schüsse bzw. Steinwürfe beschädigt. Der Geschäftsführer der „Gospoda Polska", Josefzak aus Beuthen, Gleiwitzer Straße, meldete den Vorfall erst am 21. März gegen 9.30 Uhr dem Polizeirevier.

Am Tatort wurde noch festgestellt, daß das am Eingang des Internats angebrachte Emailleschild mit der Aufschrift „Unbefugten ist der Zutritt verboten – bursa polska" ebenfalls durch Steinwürfe beschädigt war. Nach Angaben des Hausmeisters Wilhelm Tkotz, der im Internat eine Kellerwohnung bewohnt, soll die Tat von 3 Burschen im Alter von 15 bis 19 Jahren ausgeführt worden sein, die sich auf der Eichendorffstraße in westlicher Richtung entfernten. Aus einiger Entfernung will er weiter beobachtet haben, wie ein Bursche mit einer Faustfeuerwaffe mehrmals auf die am Hause Eichendorffstraße 23 angebrachten Emailleschilder eines jüdischen Arztes schoß und diese ebenfalls beschädigte. Die Schüsse sollen nur schwach zu hören gewesen sein. Die Täter sollen in Richtung Kleinfeld- und Hindenburgstraße das Weite gesucht haben.

Tkotz will von einem vorübergehenden 13-jährigen unbekannten Knaben erfahren haben, daß 2 der Täter die Brüder Barysch aus Beuthen-Kleinfeld sein sollen, die er vom Sehen aus kennt.

Geschosse und Hülsen wurden in den Räumen und in der Umgebung des Internats nicht gefunden. Es wurde nur ein Stein vorgefunden, der auf dem Fensterbrett eines Balkonzimmers lag. Die Geheime Staatspolizei hat sofort die weiteren Ermittelungen eingeleitet.

II.2. *Stand des Vereinswesens*

a) *Aus dem polnischen Gesangsleben*

aa) Am 13. März hielt der Hauptvorstand des Verbandes polnischer Gesangvereine im Polenhaus in Hindenburg eine *Versammlung* ab, die von Kamczyk, Beuthen, geleitet

wurde. Als Redner sprach Klaka, Hindenburg, über das Programm des Verbandes. Es wurden Delegierte für eine Verbandsversammlung nach Groß Strehlitz gewählt. An der Sitzung haben 14 Personen teilgenommen.

bb) An der Generalversammlung des Verbandes polnischer Gesangvereine am 27. März 1938 in Groß Strehlitz im Polenhaus haben 47 Delegierte, darunter als Vertreter des Polenbundes Wladislaus Wesselowski [Wesołowski] aus Berlin und einige Gäste teilgenommen. Der Kassierer Grylla aus Cosel erstattete den Kassenbericht, in dem er erwähnte, daß der Verband 1 002 Mitglieder zähle, 8 000,– RM Einnahmen und Ausgaben hatte und z. Zt. über kein Vermögen verfüge. Für die Sommerzeit wurden Ausflüge und Veranstaltungen festgelegt. In der Neuwahl wurde der alte Vorstand, und zwar Klaka als Vorsitzender, Pawlik als Stellvertreter, Rychel aus Oppeln als Schriftführer und Grylla aus Cosel als Kassierer wiedergewählt.

cc) Am 27. März hielt der polnische Gesangverein „Justrzenka" [Jutrzenka] im Versammlungslokal der Bank Ludowy in Gleiwitz die Jahresversammlung ab. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Franz Ciupka wurde Alois Gralla, Bernhardstraße 45, zum Vorsitzenden gewählt. Innerhalb des Vereins wurde in letzter Zeit ein *Sparzirkel* gegründet. Die Mitglieder sind verpflichtet, jeden Monat mindestens 20 Rpf. einzuzahlen. Die Sparbeträge werden bei der Bank Ludowy angelegt. Bisher haben sich 30 Mitglieder dem Sparzirkel angeschlossen. Zweck soll lediglich sein, die Mitglieder zum Sparen anzuregen.

dd) In Hindenburg haben in der letzten Zeit die polnischen Gesangvereine eine *rege Tätigkeit* entfaltet. Der Gesangverein „Chopin" mit seinem Dirigenten Tondera hält in Hindenburg im Polenhaus jeden Donnerstag Gesangsproben ab. Es nehmen 20 bis 25 Sänger und Sängerinnen teil.

Der polnische Gesangverein „St. Franziskus", Hindenburg, hält mit seinem Dirigenten Kubitza seine Gesangsproben mit 30 Teilnehmern im Vereinshaus St. Franziskus ab. Ebenso finden in Klausberg in der Wohnung von Weingart Gesangsproben des Gesangvereins „Gwiasda" [Gwiazda] und in der Wohnung von Jarasch Gesangsproben des Gesangvereins „Cäcilia" statt. Bei allen polnischen Gesangvereinen wurde eine starke Propaganda für die Werbung neuer Mitglieder betrieben. Zu den Gesangsproben werden Bekannte und Gönner eingeladen.

II.2.) *Theaterveranstaltungen*

aa) Am 21. März 1938, 20 Uhr, fand im Kasino der Donnersmarckhütte in Hindenburg die polnische Theateraufführung „Sygmund August" durch Kräfte des Stadttheaters Kattowitz statt. Es waren etwa 500 Besucher anwesend, meist Landleute und Arbeiter aus den umliegenden Dörfern.

bb) *Polnische Theateraufführung am 4. April 1938 in Klausberg*

Der Bund der Polen in Deutschland, Teilverband I, hat mir durch Schreiben vom 29. März 1938 angezeigt, daß der Herr Regierungspräsident die Genehmigung zur Theatervorstellung des Kattowitzer Stadttheaters für den 4. April 1938 im Saale Kuban in Klausberg erteilt hat. Er hat gleichzeitig bei mir um Genehmigung zur Benutzung des genannten Saales gebeten. Ich habe weisungsgemäß dem Antragsteller mitgeteilt, daß gegen die Aufführung keine Einwendungen geltend gemacht werden und ihm die Ankündigung der Vorstellung durch Plakatanschlag verboten.

Allein die Absicht der Polen, in einem aus baupolizeilichen Gründen geschlossenen Saale einer wegen Unzuverlässigkeit des Konzessionsinhabers geschlossenen Schankwirtschaft ein polnisches Theater zu veranstalten, hat in der deutschen Bevölkerung

großes Aufsehen und Unwillen hervorgerufen. Auch die zuständige Kreisleitung von Beuthen hatte stärkste Bedenken gegen diese Veranstaltung. Sie hat sich, wie mir mitgeteilt wurde, mit dem Herrn Gauleiter dieserhalb in Verbindung gesetzt. Die politischen Spannungen in Klausberg rechtfertigten auch nach meiner Auffassung stärkste Besorgnisse. Es ist bereits am 6. März 1937 anläßlich einer polnischen Theateraufführung in der früheren Gaststätte Brauer in Klausberg zu Störungen gekommen, die zu einer Beschwerde des Polenbundes und zu eingehenden Ermittelungen der Staatspolizeistelle Oppeln geführt haben. Ebenso führte der Ablauf des Genfer Abkommens gerade in Klausberg zu Schwierigkeiten und zum Teil zu Ordnungsstörungen. Hinzu kommt, daß der Polenbund vor allem in Klausberg bis dahin erfolglos bemüht war, Räume und damit einen Stützpunkt für seine den Deutschen abträgliche Arbeit zu gewinnen. Die polnische Minderheit wird sicher versuchen, das Kuban'sche Grundstück weiter für ihre Tätigkeit nutzbar zu machen.

Ich habe mit den erforderlichen verstärkten Polizeikräften die Ordnung und Sicherheit in Klausberg gewahrt und für den störungsfreien Ablauf der Theaterveranstaltung gesorgt. Die Theateraufführung ist deshalb auch ohne Zwischenfälle verlaufen. Sie dauerte von 20 bis 23 Uhr. Im Verhältnis zur letzten polnischen Theaterveranstaltung im Jahre 1937, an der 600 bis 700 Personen teilnahmen, war die Vorstellung am 4. April nur schwach besucht. Es waren 180 Personen anwesend, davon 78 Männer, 72 Frauen und 30 Kinder. Die Hälfte aller Zuschauer waren Auswärtige. Der polnische Generalkonsul aus Oppeln war auch anwesend. Der Sinn des gezeigten Theterstückes, betitelt „Thekla", war etwa folgender:

Festhalten an der heimatlichen Scholle und am Vaterhaus auch unter den schwierigsten Verhältnissen. Auswandern ins Ausland bedeutet Verlust des Volkstums und seiner Eigenart. Einigkeit in der Familie bewahrt vor Auswanderung und bedeutet Aufbau, Uneinigkeit Zerfall. Es wurde außerdem auf die Gefahren, die auf den Auswanderer im Auslande lauern, hingewiesen.

Starken Eindruck schien dieses Theaterstück auf die Besucher nicht gemacht zu haben. Sie folgten den einzelnen Szenen ohne nennenswerte Begeisterung und spendeten nur schwachen Beifall. Der polnischen Sache in Klausberg dürfte durch die Theaterveranstaltung selbst nicht viel gedient worden sein. Propagandistisch betrachtet, dürfte der Erfolg im Verhältnis zu den großen Unkosten gleich Null sein.

Einen großen Erfolg hatte die polnische Minderheit aber dadurch zu verzeichnen, daß die Aufführung überhaupt genehmigt worden ist. Die Tatsache, daß es die Polen möglich machten, die Genehmigung zu der Veranstaltung in einem polizeilich geschlossenen Saal zu erhalten, hat unter der deutschen Bevölkerung starke Verwunderung ausgelöst. Sie kann das Entgegenkommen gegenüber den Polen umso weniger verstehen, als es zu dem Zeitpunkt eines großen nationalen Aufschwunges erfolgte. Die Polen werden ihren Erfolg weidlich auswerten und zu einer weiteren starken Aktivität ausnutzen. Ich darf ferner auf die Gefährdung der Autorität der Staatsbehörden hinweisen, die das in diesem Falle geübte Verfahren hervorrufen kann. Es dürfte in der Zukunft schwer fallen, mit durchschlagenden rechtlichen Gesichtspunkten ähnliche Veranstaltungen der Polen zu verhindern, nachdem diese Theaterveranstaltung genehmigt worden ist.

Mit der Theaterveranstaltung befaßte sich auch der „Ilustrowany Curyer Codzienne" [Kurjer Codzienny], Krakau, Nr. 97 vom 1. April 1938. Unter der Überschrift „Die Sturmleute erschweren die polnischen Theatervorstellungen im Oppelner Schlesien" führt er den schwachen Besuch der Theaterveranstaltung auf die deutschen Wahlkund-

gebungen und Aufmärsche an diesem Abend in Klausberg zurück. Die Polen sind offenbar der Ansicht, daß die *deutschen* Veranstaltungen ihnen zuliebe und mit Rücksicht auf das polnische Theater an einem anderen Tage hätten stattfinden müssen.

cc) Am 20. April wird die polnische Theateraufführung „Thekla" in Hindenburg im Casino der Donnersmarckhütte durch das Stadttheater Kattowitz aufgeführt.

dd) Am 24. April findet die gleiche Aufführung im Gleiwitzer Stadttheater statt.

II.2.c) *Aus polnischen Frauenvereinen*

aa) Der polnische Frauenverein „Hl. Kinga" hielt am 14.3.1938 in der Gospoda Polska in Beuthen O/S die Generalversammlung ab, bei der 74 Frauen anwesend waren. Die Vorsitzende, Franziska Wiczak, eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Nach der Bekanntgabe des Jahresprotokolls durch die Schriftführerin Cäcilie Broda hielt der Polenbundangestellte Klich aus Oppeln einen Vortrag über den Polenkongreß am 6.3.1938 in Berlin. Er hob dabei hervor, daß der Kongreß gut besucht gewesen sei und daß sogar aus dem Auslande Angehörige der polnischen Minderheit teilgenommen hätten. Die weiteren Ausführungen waren nebensächlicher Art. Aus der darauf folgenden Vorstandswahl ergab sich folgende Ämterverteilung:

1. Vorsitzende: Frau Franziska Wiczak aus Beuthen,
2. Vorsitzende: Frau Julie Motzek aus Beuthen O/S,
1. Schriftführerin: Frau Cäcilie Broda aus Beuthen O/S,
2. Schriftführerin: Frau Johanna Strachotta aus Beuthen O/S,
Kassiererin: Frau Viktoria Jainta aus Beuthen O/S,
Beisitzerin: Frau Marie Janys aus Bobrek-Karf II,
Kassenprüferin: Frau Martha Koszyk aus Beuthen O/S.

Zum Schluß forderte die Vorsitzende die Anwesenden zur Teilnahme an einem Ausflug nach Lemberg, der demnächst unternommen werden soll, auf. Nach dem Absingen des Liedes „Die Polen in Deutschland" wurde die Versammlung geschlossen.

bb) Der polnische Frauenverein „Kinga" hält wöchentlich seine Heim- und Nähabende in Hindenburg im Polenhaus, in Hindenburg-Ost in der Wohnung der Frau Koloczek, in Hindenburg-Nordost in der Wohnung der Frau Jagusch ab. Zu den Abenden werden auch Bekannte und Freundinnen gebracht und als Mitglieder für den Verein geworben. Sie werden mit Tee und Kuchen bewirtet. Der Verein hat an 20 Mitglieder zugenommen und soll bereits 200 Frauen fassen.

In Hindenburg-Nordost zählt der Verein jetzt 40 Mitglieder und ist als neue Gruppe gekennzeichnet. Als Vertrauensperson ist die Frau Jagusch bestellt. Die Hauptversammlungen finden in Hindenburg im Polenhaus statt. Als Wanderversammlung macht der Verein einen Ausflug nach Ruda in ein Lokal, der in den nächsten Tagen stattfinden soll.

cc) Am 5. und 6.5.1938 unternimmt der Frauenverein Hindenburg eine Orientierungsfahrt nach Lemberg, anschließend Wallfahrt nach Krakau. Gleichzeitig soll diese eine Propaganda- und Werbefahrt sein. Die Anmeldungen werden beim Sekretär des Polenbundes Janetzki im Polenhaus entgegengenommen. Dabei müssen die Teilnehmer an Fahrt- und Zehrkosten 13,– RM und 3 Zloty einzahlen. Der Polenbund hat sich aber als Organisator der Fahrt bereit erklärt, den Betrag auszulegen und dann ratenweise einzuziehen.

II.3. *Lage der wirtschaftlichen Organisationen*

a) Die *wirtschaftliche Lage* der polnischen Vereine hat sich nicht gebessert. Die Unkosten müssen nach wie vor von den Beiträgen bestritten werden. Geldunterstützungen von irgendwelchen polnischen Stellen haben die Vereine nicht erhalten.

b) Die *Polnische Berufsvereinigung* in Polnisch-Oberschlesien soll sich mit der Lage der aus den hiesigen Betrieben entlassenen polnischen Minderheitsangehörigen befaßt haben. Die Entlassenen sollen auf der Friedenshütte untergebracht werden.

c) Die *Polnische Berufsvereinigung*, Ortsgruppen Beuthen und Mechtal, hielten am 13.3.1938 in der Gospoda Polska in Beuthen O/S eine Monatsversammlung ab, die der Vorsitzende Josef Kampa aus Beuthen O/S mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnete. Anwesend waren 55 Mitglieder. Der polnische Gewerkschaftssekretär Aulich, Gleiwitz, sprach zunächst über den Anschluß Österreichs an Deutschland. Er begrüßte den Zusammenschluß und hob hervor, *daß es richtig sei, wenn deutsche Völker zu einer Einheit zusammengeschlossen werden.*

Hierauf streifte Aulich die gespannte Lage in Spanien und China. Er verurteilte das Blutvergießen, bei dem nur die irregeführten Arbeiter die leidtragenden seien. Dank der Politik Polens, Deutschlands und anderer europäischer Länder sei der Kommunismus zerschlagen. Die Regierungen der genannten Länder seien für Arbeit und Brot bemüht und dafür besorgt, den Frieden zu erhalten. Was nun die Sorge um die Arbeit betreffe, so müsse erwähnt werden, daß die Mitglieder der Berufsvereinigung wegen ihrer Zugehörigkeit zur polnischen Minderheit und wegen ihres Bekenntnisses zum Polentum die Arbeitsstätte verloren hätten. Dies sei eines der größten Vergehen, das ein Staat begehen könne. Es sei unverzeihlich, wenn ein Mensch wegen seiner Treue zu seinem Volkstum der Existenz beraubt und dem Hunger preisgegeben werde. Die Zuweisung einer Beschäftigung im Innern des Deutschen Reiches bedeute für die Angehörigen der polnischen Minderheit eine Härte. Sie würden aus ihrem Volkstum gerissen, kämen unter anders sprechende und anders denkende Menschen und gingen dadurch zugrunde. Der Führer des Deutschen Reiches habe eimal gesagt: „Laßt uns das sein, was unsere Vorfahren waren." Die polnischen Minderheitsangehörigen dagegen dürften ihre Muttersprache nicht gebrauchen und die Kinder nicht nach dem Willen ihrer Vorfahren erziehen. Wenn sie trotzdem an ihrer Tradition festhielten, strafe man sie, indem man ihnen die Erwerbsmöglichkeiten nehme.

Mit der Aufforderung, sich auch weiterhin für die Polenbewegung einzusetzen und die polnische Überlieferung zu wahren, schloß Aulich seine Rede.

d) Am 3. April fand in Hindenburg im Polenhaus eine Versammlung des „Polnischen Arbeitervereins, Sitz Leipzig" statt. Daran haben 40 Personen teilgenommen. Versammlungsleiter war Bronislaus Sluzarz aus Peiskretscham. Referent war der Angestellte vom Polnischen Konsulat Oppeln, Pliwoda. Es wurden Beschwerden über deutsche Arbeitsämter vorgebracht, die einigen Mitgliedern der Vereinigung das Arbeitsbuch verweigert haben sollen. Die Beschwerden sollen dem Polnischen Konsulat Oppeln übersandt werden.

e) *Grundstücksbewegung*

Die polnische Staatsangehörige Annastasia Barwitzki, geborene Sapia, aus Siemianowitz in Polnisch-Oberschlesien, hat ihr Hausgrundstück in Friedrichswille, Gleiwitz-Tarnowitzer Straße 18, ihrer Schwester Katharina Duda, geborene Sapia, einer deutschen Reichsangehörigen, überlassen. Frau Duda wohnt in diesem Grundstücke.

Im Zuge der Vergeltungsmaßnahmen im Grenzgebiet hat der Ortspfarrer in Klausberg auf Anweisung 6 Pächtern der polnischen Minderheit den Pfarracker zum 1.9.1938 gekündigt. Die Pachtverträge liefen noch bis zum 1.9.1939. Von der Kündigung wurden betroffen:

der Hausbesitzer Alexander Scholtyssek, Bergwerkstr. 4,

der Invalide Franz Wollnitza, Georgstr. 15 b,
der Grubenarbeiter Johann Latoska, Hermann-Göring-Str. 9,
der Hausbesitzer Jakob Mainka, Laurentiusstr. 29,
der Landwirt Stanislaus Gawlik, Hermann-Göring-Str. 27a,
der Grubenarbeiter Johann Badura, Kronprinzenstr. 76.

II.4. *Minderheit und römisch-katholische Kirche*

a) In der Abhaltung *polnischer Gottesdienste* sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Insbesondere war ein nennenswerter Rückgang nicht zu verzeichnen.

Aus Preiskretscham wird gemeldet, daß in der kleinen Filialkirche in Gutenquell, die durch den Pfarrer von Ackerfelde betreut wird, im letzten Monat keine polnischen Gottesdienste stattgefunden haben.

In Klausberg sind immer noch 40 % sämtlicher Gottesdienste polnisch. 65 % der Beichten wurden in polnischer Sprache abgelegt. Dieser hohe Prozentsatz dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dort ältere Personen, die durchaus deutsch fühlen und denken, in ihrer angelernten Art beichten. Es sollen aber auch viele junge Leute, sogar auch Soldaten in Uniform, in polnischer Sprache beichten.

b) Am polnischen Beichtunterricht in Klausberg nahmen im Vorjahre noch 14 Kinder teil. In diesem Jahre wurde zu dem Unterricht nur ein einziger Schüler gemeldet. Der Ortsgeistliche hat den Unterricht für diesen einen Schüler abgelehnt.

c) in Klausberg haben in den letzten Monaten die polnischen Grabreden und Trauungsmessen stark nachgelassen. Trotzdem kann eine allgemeine Schwächung der polnischen Minderheit in Klausberg nicht angenommen werden. Die Rückgänge dürften vielmehr auf wirtschaftliche Vorsicht und sonstige Abhängigkeiten zurückzuführen sein.

d) Bei der Hl.-Geist-Kirche in Hindenburg bestehen folgende Vereine der polnischen Minderheit:

der katholische Männerverein mit etwa 60 Mitgliedern,
der katholische Frauenverein mit etwa 30 Mitgliedern,
der katholische Rosenkranzverein mit etwa 60 Mitgliedern,
der apostolische Glaubensbekenntnisverein mit 15 Mitgliedern.

Der polnische Kirchenchor mit etwa 60 Mitgliedern soll sich aufgelöst haben. Ob die Mitglieder anderen Vereinen beigetreten sind oder angegliedert wurden, ist noch nicht ermittelt.

e) Nach dem Tode der Leiterin der polnischen Ehrenwache von St. Hyazinth in Beuthen, Franziska Luxa, die eine fanatische Polin war, soll eine Frau Koschik aus Beuthen, die ebenfalls eine fanatische Polin ist, und schon seit Jahren der polnischen Minderheit angehört, den etwa 90 Mitgliedern zählenden Verein übernehmen. Die meisten Mitglieder dieses Vereins gehören gleichzeitig dem Frauenverein „Hl. Kinga" an. In der Polenbewegung in Beuthen besteht ein großes Interesse dafür, daß Frau Koschik die Leitung der Ehrenwache erhält.

I.V.

[Unterschrift]

349

17.8.1939: Der Polizeipräsident in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Minderheiten-Lagebericht (16.7.–15.8.1939)
17 VIII 1939r.: Prezydent policji w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej (16 VII – 15 VIII 1939r.)

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr. I/1939 (Abschrift).

I. *Allgemeines über die Lage und die Bestrebungen der polnischen Minderheit:*

1. Verhinderung von Ausschreitungen gegen die polnische Minderheit und Allgemeines über die Bestrebungen der polnischen Minderheit.

Trotz der zwischen Deutschland und Polen zur Zeit bestehenden Spannungen hat sich die Bevölkerung meines Polizeibezirks gegenüber der polnischen Minderheit erfreulicherweise außerordentlich zurückhaltend gezeigt, so daß es bisher zu keinen beachtenswerten Ausschreitungen gekommen ist. Ich habe durch entsprechende Anweisung an die mir unterstellten Dienststellen dafür gesorgt, daß auch in Zukunft Angriffe auf die Minderheit oder ihre Einrichtungen nicht zu erwarten sind. Abschrift meiner Anweisung habe ich den Kreisleitern und sämtlichen Führern und Gliederungen der Bewegung mit der Bitte übersandt, die in der Bewegung und ihren Gliederungen zusammengeschlossenen Partei- und Volksgenossen anzuweisen, Ausschreitungen und Provokationen gegen Minderheitsangehörige unter allen Umständen zu unterlassen. Ich habe darüber hinaus veranlaßt, daß das polnische Gymnasium und Internat in Beuthen O/S mehr als bisher von Schutzpolizeistreifen beobachtet werden, um etwa doch aufkommende Ausschreitungen im Keime zu ersticken.

Es sind demnach alle Sicherungsmaßnahmen getroffen worden, um Zwischenfälle mit Minderheitsangehörigen zu verhindern. Auf meine Berichte vom 12. Mai 1939 - Abt. I Nr. 7110 – und vom 15. Juli 1939 – Abt. I Nr. 7113 – zu der dortigen Verfügung vom 8.5.1939 – I 11 Nr. 56/39 – nehme ich Bezug.

Die polnische Minderheit hat sich in der Berichtszeit sehr ruhig verhalten und ist aus begreiflichen Gründen in ihren Äußerungen sehr vorsichtig. Öffentlich wird über ihre Ziele und Bestrebungen nicht gesprochen. Auch die sonstige Tätigkeit der polnischen Minderheit war in den Monaten Juli und August sehr schwach und unbedeutend. Ob diese beschränkte Tätigkeit auf die Erntearbeit oder auf die gegenwärtige politische Lage zurückzuführen ist, war nicht festzustellen. Zweifellos wird die Tätigkeit der Minderheit durch beide Umstände beeinflußt.

Wie die polnischen Minderheitsangehörigen über die politische Lage im Innersten denken, zeigen die nachstehend aufgeführten Vorfälle, die hier gemeldet worden sind:

In Gleiwitz hat am 22. Juli 1939 gegen 16 Uhr im Lokal Strzypczak auf der Nikolaistraße der Postbetriebsassistent i.R. Johann Panitz von der Rybniker Straße 7 vor den unten angeführten Zeugen folgendes geäußert: „Der Führer und Mussolini, die müssen erst Stunden beim Korfanty nehmen, damit sie etwas lernen." Panitz gab ferner zu, in Polen Hausverwalter zu sein und dorthin gute Beziehungen zu haben.

Zeugen:

1. Josef Bartlik, Gleiwitz, Plesser Straße 25,
2. August Bednarek, Gleiwitz, Coseler Straße 59,
3. Reinhold Mika, Gleiwitz, Holteistr. 3,
4. Alfons Hallatsch, Gleiwitz, Birkenallee 36.

Panitz wurde festgenommen und ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Am 1.8.1939 hat in der Gastwirtschaft Pawellek in Gleiwitz, Raudener Straße 20, der Former Hermann Protzek aus Gleiwitz, Passonstraße 77, zu anderen Gästen folgendes geäußert: „Es ist schade, daß keine polnischen Messen mehr gelesen werden. Die größten Kommunisten sind heute SS- und SA-Männer." Protzek ist Angehöriger der polnischen Minderheit. Vor der Machtübernahme sympathisierte er mit der KPD. Zeugen der Äußerungen sind:

Der Maurerpolier Walter Langer aus Gleiwitz, Am Borloch 1, und

der Maurer Max Fray aus Gleiwitz, Nieberdingstraße 2.

Der Hausbesitzer Ignatz Widera aus Gleiwitz, Raudener Straße 8, soll die Mieter seines Hauses aufgefordert haben, mit ihm polnisch zu sprechen.

In Beuthen O/S hat am 8. August 1939 der der polnischen Minderheit angehörende Invalide Josef Dolnitzki aus Beuthen O/S, Ostlandstraße 57, bei Feldarbeiten zu mehreren Personen geäußert: „Warum habt ihr denn Angst vor den Polen? Laßt sie doch kommen, da wird es uns wenigstens besser gehen. In Deutschland habt ihr ja doch nichts mehr zu fressen. Geht mal nach Polen, dort könnt ihr sehen, wie gut es den Polen geht. In Deutschland hat man schon gar nichts mehr, sogar den polnischen Gottesdienst hat man uns verboten. Ich muß jeden Sonntag nach Polen zum polnischen Gottesdienst gehen."

Zeuge: Julie Nocky, Beuthen O/S, Großfeldstr. 93.

In Martinau hat am 10.8.1939 nach Angabe von 2 Schuljungen der Dienstverpflichtete Albert Buhl aus Friedrichswille, Gemeinschaftslager, an der Straßenkreuzung vor dem Rathaus folgende Äußerung getan: „In Deutschland bekommen wir nichts zu fressen, meine Frau muß zu Hause hungern."

In allen Fällen hat die Geheime Staatspolizei sofort Kenntnis erhalten und führt die weiteren Ermittelungen.

2. *Volkszählung im Mai 1939*

Die in meinem Lagebericht vom 18.7.1939 unter Abschnitt I.31 gebrachten Ausführungen haben sich bestätigt. Wie aus der beigefügten Nachweisung zu ersehen ist, hat sich in Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen O/S ein sehr großer Teil der polnischen Minderheit bei der Volkszählung am 17.5.1939 als zum deutschen Volkstum gehörig eingetragen. Auffällig hierbei ist, daß gerade führende Persönlichkeiten der polnischen Minderheit als Volkstumszugehörigkeit „deutsch" eingetragen haben. Ich halte es danach für erwiesen, daß die polnische Minderheitsführung intern die Parole ausgegeben hat, ruhig von dem offiziell verlangten Bekenntnis zum polnischen Volkstum abzusehen, um das Ergebnis der Volkszählung mit der Behauptung, daß sie unter stärkstem deutschen Druck erfolgt sei, besser anfechten zu können.

3. *Zuzug nationalpolitisch nicht unbedingt einwandfreier Personen aus Ost-Oberschlesien*

In der Berichtszeit haben sich wiederum einige Vorfälle ereignet, die meine Ausführungen im Lagebericht vom 18. Juni 1939, Ziff. I.16 (S. 31) aufs stärkste unterstreichen.

So haben 6 polnische Staatsangehörige in Bobrek-Karf I im Johanna-Schacht die Arbeit auf der Grube verweigert. Die Grubenverwaltung erteilte daraufhin dem Schlafhausverwalter Trautmer vom Vereinshaus Bergwerkstraße 5 in Bobrek-Karf I den Auftrag, die 6 Arbeiter aus dem Schlafhaus der Grube zu weisen. Seiner Aufforderung, das Schlafhaus zu verlassen, kamen die polnischen Staatsangehörigen nicht nach, sondern äußerten zu Trautmer folgendes: „Wir werden nach Polen gehen und dort werden wir euch richtig verscheißen."

Um größere Ausschreitungen in dem Schlafhaus zu vermeiden, wurden die 6 Personen auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei festgenommen.

In Gleiwitz hat der polnische Staatsangehörige Alois Gloss bei der Oehringen Bergbau AG 6 Wochen gearbeitet. Am 30.6.1939 meldete er sich krank und wurde zur ärztlichen Behandlung dem Knappschaftskrankenhaus in Hindenburg überwiesen, wo er sich aber nicht meldete. Er ist anscheinend über die Grenze nach Polen zurückgegangen, da er von der „Polonia" am 22.7.1939 in einem Artikel „Die Flüchtlinge über die Arbeitsbedingungen in Deutschland" erwähnt wird. Nach dem Artikel zu urteilen, hat Gloss in Polen über das Los der polnischen Arbeiter in Deutschland die wüstesten Greuelmärchen erzählt und sich auch sonst abfällig über Deutschland geäußert.

In Stillfersfeld wurde am 24. Juli 1939 der Füller Thomas Jenik festgenommen, weil er Spionage zugunsten Polens getrieben hat.

Gleichfalls wegen Spionageverdachts wurde am 10.8.1939 gegen 22 Uhr der Glasschleifer Gerhard Männich aus Martinau, Gemeinschaftslager, in der Nähe der Grenzschenke in Stillersfeld festgenommen.

Bemerkenswert ist schließlich ein Artikel im „Oberschlesischen Anzeiger" in Nr. 178 vom 2. August 1939 unter der Überschrift „Bodenlose polnische Dreistigkeit". Danach hat der polnische Staatsangehörige Johann Bytomski aus Bismarckhütte im März d. Js. in Hindenburg Arbeit gefunden, obwohl er ein Deutschenhasser schlimmster Art war. Er benahm sich in Hindenburg in unbeschreiblicher Weise und sagte schließlich zu einem Beamten, der ihn festnehmen wollte: „Was wollt ihr denn hier, heut stehe ich vor euch als polnischer Arbeiter und das nächstemal werde ich als polnischer Soldat euch nach Berlin treiben. Und das dauert nicht mehr lange. Hier habt ihr nichts zu fressen, nicht einmal einen Salzhering. Wir werden euch, ihr verfluchten Germanes, schon zeigen." Bytomski wurde vom Hindenburger Schöffengericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

4. *Entziehung von Pässen und Grenzausweisen*

Entsprechend der Anordnung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 1.8.1939 – S-V 6-4495/39 – 27 –, mitgeteilt durch Verfügung vom 3. August 1939 – I 6 b Nr. 304/39 –, sind folgenden Funktionären der polnischen Minderheit die deutschen Reisepässe und Grenzausweise abgenommen bzw. versagt worden:

In Gleiwitz
Olschowski Franz, Gleiwitz, Stadtteil Oehringen,
Olschowski Katharina, Gleiwitz, Stadtteil Oehringen,
Kuczmik Viktor, Laband, Kirchstr. 45,
Dworatzek Josef, Gleiwitz, Axel-Holst-Straße 44b,
Dyllus Ignatz, Gleiwitz, Hohenlohestr. 19,
Dyllus Kunigunde, Gleiwitz, Hohenlohestr. 19,
Piechutta Ewald, Gleiwitz, Gartenstr. 37,
Massarczyk, Gleiwitz, Schönwälder Straße 20,
Mainka Mathilde, Ackerfelde;
In Hindenburg
Kawik Adam, Hindenburg;
In Beuthen O/S
Witczak Stanislaus, Beuthen, Scharleyer Straße 68,
Poloczek August, Friedrichswille, Eichendorffstr. 1,
Fillusch Franz, Beuthen, Tarnowitzer Straße 7,
Fillusch Florian, Beuthen, Tarnowitzer Straße 7,

Glaser Josef, Beuthen, Braustraße 1,
Machnik Viktor, Beuthen, Hohenzollernstr. 32,
Wittek Alois, Beuthen, Iserbachstr. 24,
Lippok Peter, Beuthen, Bahnhofstr. 29,
Morawietz Emanuel, Beuthen, Bahnhofstr. 29,
Hendrzok Johann, Beuthen, Reitzensteinstr. 22,
Felix Julius, Beuthen, Ostlandstr. 52c,
Rudzki Josef, Beuthen, Ostlandstr. 50d.

5. *Entlassung eines Minderheitsangehörigen von den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken in Gleiwitz*

Auf Grund dortiger Anweisung ist dem Anton Ciupka aus Gleiwitz, der Mitglied des Bundes der Polen ist, von den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken in Gleiwitz gekündigt worden. Die „Nowiny Codzienne" (Oppeln Nr. 135 vom 12.7.1939) berichtet hierüber unter der Überschrift „Angebliche Entlassung eines Polen aus der Arbeit" und stellt zum Schluß fest, daß die Entlassung deshalb erfolgt ist, weil Ciupka Pole ist und niemals sein Polentum verleugnet hat.

6. *Sportkurse in Zakopane*

Seit Ende Juli soll in Zakopane ein Sportkursus durchgeführt werden, an dem auch polnische Minderheitsangehörige aus Deutsch-Oberschlesien teilnehmen sollen.

Der flüchtige Arbeitsdienstmann Viktor Schnura soll sich mit seiner Frau ebenfalls nach Zakopane begeben haben. Schnura, der in Gleiwitz, Christnachtstraße 18, wohnte, war Schüler des polnischen Gymnasiums in Beuthen OS und zuletzt Bibliothekar der polnischen Bücherei in Schneidemühl. Im April 1939 wurde er zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und befand sich in einem Arbeitsdienstlager auf Rügen. Am 27. März 1939 heiratete er die Stenotypistin des Polenbundes Genoveva Biegai aus Laband. Im Juli 1939 starb sein Schwiegervater, und er erhielt zur Beerdigung vom Arbeitsdienst Urlaub. Am 20.7. fuhr er angeblich zurück, ist aber in Rügen nicht eingetroffen, sondern flüchtete mit seiner Frau. Seine Uniform wurde bei Brieg im Abteil eines Zuges gefunden.

Auch der Bankvorsteher Alois Gralla aus Gleiwitz, Bernhardstraße 45, soll vor etwa 4 Tagen mit seiner Ehefrau Rosalie, geborene Gesell, und seiner Schwester Irene Gralla von der Bernhardstraße 35a nach Zakopane abgereist sein. Die drei Genannten gehören der polnischen Minderheit an. Alois Gralla ist Bankvorsteher der Bank Ludowy in Gleiwitz. Die Ehefrau des Gralla ist die Schwester des SS-Sturmführers Georg Gesell aus Gleiwitz, Lublinitzer Straße 24.

7. *Betreten des polnischen Internats in Beuthen O/S durch einen Wehrmachtsangehörigen*

Am 6.8.1939, gegen 17.30 Uhr, bemerkte der Polizeihauptwachtmeister Bragulla vom Polizeirevier 14 in Beuthen OS, daß ein Wehrmachtsangehöriger in Uniform das polnische Internat auf der Eichendorffstraße 22 betrat. Der Beamte begab sich in das Internat und stellte fest, daß der Gefreite Reinhold Jazek, zur Zeit bei der 11. Baukompanie 106/10 in Bobrek, seine Schwester besuchte, die im Internat als Hausangestellte tätig ist. Nach Aussage des Gefreiten Jazek gehören seine Eltern, die in Oderwalde, Kreis Cosel, wohnen, der polnischen Minderheit an.

Der Standortälteste und der Regimentskommandeur, der zur Zeit in Beuthen O/S bei Dr. Kalabis, Gustav-Freytag-Straße, einquartiert ist, sind sofort über den Vorfall verständigt worden. Die Geheime Staatspolizei hat gleichfalls Kenntnis erhalten.

8. *Zwischenfall wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache*

Am 3.8.1939, gegen 10 Uhr, unterhielt sich der zur Zeit nach Beuthen beurlaubte Wehrmachtsangehörige Albert Maisner, Artl.-Regt. Nr. 54, in der Gastwirtschaft Schneider auf der Ostlandstraße 89 in polnischer Sprache mit anderen Gästen. Da sich Maisner in Uniform befand, nahmen an seinem Verhalten verschiedene in der Gastwirtschaft anwesende Gäste Anstoß. Als ihm der Zeuge Baumgard aus Beuthen O/S, Bismarckstraße 30, wegen der lauten polnischen Unterhaltung Vorwürfe machte, wurde er von Maisner in der gröblichsten Weise beschimpft und gehackt. Maisner sagte u. a.: „Das ist meine Muttersprache, die kann mir niemand verbieten." Er war leicht angetrunken, wußte aber, was er sprach und tat. Der Standortälteste und die Geheime Staatspolizei sind sofort benachrichtigt worden.

Bei dieser Gelegenheit darf ich erneut darauf hinweisen, daß im hiesigen Bezirk, besonders in den ländlichen Gemeinden, noch immer außerordentlich viel polnisch gesprochen wird.

9. *Aufkommen einer polnischen Intelligenzschicht*

Der polnische Minderheitsangehörige Franz Gralla, geboren am 2.10.1905, soll im Allerheiligen-Hospital in Breslau tätig sein. Gralla soll mit einer polnischen Minderheitsangehörigen in Breslau verlobt sein.

Der Vater des Gralla, Johann Gralla aus Gleiwitz, Bernhardstraße 35a, gehört der polnischen Minderheit an und ist ein sehr rühriger Pole. So hat er z. B. am 29.6.1939 in seinem Gehöft ein polnisches Trachtenfest veranstaltet.

Der ehemalige Schüler des polnischen Gymnasiums in Beuthen, Johann Galonska aus Böhmswalde, der in Breslau Philologie studierte, ist seit dem 5.7.1939 wieder in Böhmswalde. Er soll als Gegenmaßnahme gegen die Schließung deutscher Bildungsstätten in Polen von der Universität Breslau entfernt worden sein. Er selbst erzählt Bekannten und Freunden, daß er nur über die Ferien zu Hause weile.

10. *Räumung des Polenbund-Heimes in Hindenburg O/S*

Das bisherige Heim des Polenbundes auf der Kronprinzenstraße ist auf Grund der durch den Hausbesitzer, Fleischermeister Garski, erfolgten Kündigung in den letzten Tagen des Monats Juli vollständig geräumt worden. Das Inventar wurde in die polnische Bank nach Gleiwitz gebracht. Den Umzug hat der Autofuhrunternehmen Max Buchta aus Hindenburg durchgeführt. Die dadurch im Hausgrundstück Kronprinzenstraße 292 freigewordenen Räume werden zum Teil als Büroräume für die Hindenburger SS und zum Teil als Lagerräume für den im gleichen Hause wohnenden Kaufmann Schoffer eingerichtet. Die Betreuung der polnischen Minderheit erfolgt jetzt von der Wohnung des Vorsitzenden des Polenbundes, Janetzki, Kronprinzenstr. 303, aus.

Die „Gazeta Olsztynska" beschäftigt sich in Nr. 182 vom 10.8.1939 mit dieser Kündigung und erklärt, daß infolge der Kündigung der Räumlichkeiten das Büro der polnischen Organisationen in Hindenburg mit dem 1. August d. J. aufgelöst worden sei.

11. *Polenführer Arka Boczek [Bożek]*

In Ergänzung meiner Meldung im Lagebericht vom 18. Juli 1939, Ziff. I, 16, berichte ich, daß der Polenführer Arka Boczek [Bożek] durch den Wojewoden Grazynski bei der Plesser Verwaltung in Kattowitz eine führende Stellung zugewiesen erhalten hat.

12. *Flucht von Minderheitsangehörigen nach Polen*

Der Schriftführer des polnischen Sängerbundes, Adam Kawik aus Hindenburg, ist vor einigen Wochen über die grüne Grenze nach Polen geflüchtet. Er hatte sich gegen das Deutsche Reich abfällig geäußert und sollte sich deswegen vor dem Sondergericht in Beuthen O/S verantworten.

Am 4. August 1939 gegen 9 Uhr sind der Arbeiter Franz Pyka, seine Ehefrau und seine 3 Kinder im Alter von 1, 3 und 4 Jahren aus Stillersfeld, Hindenburg-Straße 47, über die grüne Grenze nach Polen geflüchtet. Die Familie wurde etwa Mitte Juli wegen Nichtzahlung der Miete zwangsweise aus der Wohnung gewiesen.

Pyka führte einen liederlichen Lebenswandel und war polnisch eingestellt.

In Hindenburg beabsichtigten verschiedene Minderheitsangehörige, die angeblich wegen ihrer Zugehörigkeit zur polnischen Minderheit aus ihren Arbeitsstellen entlassen worden sind, in nächster Zeit mit ihren Familien nach Polen zu ziehen. Thomas Schynoll hat sich am 17.5.1939 nach unbekannt polizeilich abgemeldet. Er soll nach Polen verzogen sein. Seine Ehefrau wohnt noch in Hindenburg. Aus Hindenburg wollen die polnischen Minderheitsangehörigen Koloczek, Mende, Kusch und Burek und aus Klausberg Krafczyk, Bogatz, Scheliga und Schliwka nach Polen übersiedeln.

13. *Zuzug eines Minderheitsangehörigen nach Beuthen O/S*

Im Juni 1939 ist der Minderheitsangehörige, Arbeiter Peter Lippok, geboren am 22.2.1907, von Hedwigsruh nach Beuthen O/S, Bahnhofstraße 29, zugezogen.

Lippok hat sich nach Mitteilung des Bürgermeisters in Hedwigsruh anläßlich der Volkszählung für die polnische Minderheit betätigt.

Sein Vermieter, der Grubenarbeiter Robert Zylka, ist ein übel beleumundeter und vielfach vorbestrafter Mensch. Auch er bekennt sich offen zur polnischen Minderheit.

14. Aufführung eines Jan-Kiepura-Films in Beuthen O/S

Ab 21.7.1939 sollte im Lichtspieltheater „Artrium" in Beuthen O/S der Jan-Kiepura-Film „Mein Herz ruft nach Dir" gezeigt werden. Er lief auch in der Nachmittagsvorstellung des 21.7. Mit Rücksicht auf die begreifliche Erregung der Bevölkerung wurde, da Ausschreitungen zu befürchten waren, der Lichtspieltheaterbesitzer angehalten, den Film vom Spielplan abzusetzen. Der Besitzer der Lichtspiele erklärte sich hierzu ohne weiteres bereit, da er für die besondere Lage in Oberschlesien volles Verständnis habe. Bereits in der Abendvorstellung des gleichen Tages wurde ein anderer Film gezeigt.

15. *Tendenzmeldung der „Polska Zachodnia"*

Unter der Überschrift „Noch ein Kunstgriff der deutschen Propaganda im Oppelner Schlesien" schreibt die „Polska Zachodnia" in der Nummer vom 30.6.1939 u. a. folgendes: „In diesen Tagen begab sich eine Familie aus Kattowitz nach Schomberg bei Beuthen zur Beerdigung eines Verwandten. Als sich nach der Beerdigung die Trauergäste in einer Gastwirtschaft in Schomberg versammelten, mischten sich unter sie 2 Agitatorinnen, von denen die eine angeblich aus Ustrom [Ustroń] bei Teschen und die andere aus Wilna stammen sollte. Die Frauen stellten die in Polen herrschenden Verhältnisse in schwarzen Farben dar. Als aber die aus Polen gekommenen Personen in entschiedener Weise die Berichte der Frauen bestritten und von ihnen Ausweise verlangten, zeigte es sich, daß beide deutsche Staatsangehörige waren und niemals in Polen gewesen sind, dafür aber vom Propagandaamt in Breslau ausgestellte Ausweise mit sich führten, das ihnen täglich 5,– RM für das Betreiben dieser Propaganda zahlt. Nach dieser Entlarvung mußten die Frauen so schnell wie möglich vor der empörten Umgebung die Gastwirtschaft verlassen."

Ich habe hierzu folgendes festgestellt:

Im Laufe des Monats Juni 1939 haben in Schomberg 4 Beerdigungen stattgefunden. Bei keiner dieser Beerdigungen sind die Trauergäste in einer Schomberger Gastwirtschaft zusammengekommen. Die Meldung ist als eine der üblichen Tendenzmeldungen zu werten.

16. *Polnische Minderheitsangehörige in Klausberg*

Nachstehende Arbeiter aus Klausberg, die sich angeblich zur polnischen Minderheit bekennen, sind auf polnischen Gruben beschäftigt:

1. Norbert Janocha aus Klausberg, Tarnowitzer Straße 66 (arbeitet auf der Friedensgrube),
2. Josef Stawinoga aus Klausberg, Schwerinstr. 37 (arbeitet auf einer Grube in Ruda); beide fahren täglich von Klausberg auf Fahrrädern zur Arbeitsstelle.

Die Aufräumefrau in der Knappschafts-Zahnklinik in Klausberg, Karas oder Jaras aus Klausberg, Waldstraße 107, schickt ihr Kind in die polnische Schule. Auch ein gewisser Olsza aus „Klausberg", Waldstr. 107, schickt sein Kind in die polnische Schule. Die Tochter des Olsza ist mit dem Reichsbahnbeamten Julian Sich verheiratet. Im gleichen Hause wohnen noch die Großpolen Broja und Polczyk.

17. Tätigkeit des polnischen Minderheitsangehörigen Glowka in Klausberg

Entgegen der nur sehr versteckten und vorsichtigen Tätigkeit der polnischen Funktionäre ist der ehemalige Theologiestudent Glowka in Klausberg äußerst rührig. Während er früher stets die Reichsbahn für seine Fahrten benutzte, ist er jetzt viel mit seinem Fahrrade unterwegs. Er fährt mit dem Fahrrade sogar nach Kattowitz. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Glowka auch Interesse an den Befestigungsbauten hat. Ich halte seine Ausweisung aus der Grenzzone für notwendig.

18. Entziehung von Schießhäuer-Scheinen

Unter den Überschriften „Neue Methoden in der Schikanierung der Polen im Oppelner Schlesien" und „Ein neuer Schlag für die polnische Minderheit im Oppelner Schlesien" berichten die Polonia in der Nummer vom 4.8. und der „Ilustrowany Kurier Codzienne" [Codzienny] vom 7.8.1939 über die Entziehung der im Besitz von polnischen Minderheitsangehörigen befindlichen Schießhäuer-Scheine. An die Meldung knüpfen die polnischen Zeitungen ihre bekannten gehässigen Kommentare.

19. *Erschwerung des Grenzverkehrs mit Polen*

Nach Mitteilung des Hauptzollamts in Beuthen O/S lassen die polnischen Behörden ab 15. August 1939 an sämtlichen Grenzübergängen im Hauptzollamtsbezirk Beuthen Grenzgänger mit polnischen (gelben) Grenzausweisen nicht mehr durch. Auch Inhaber deutscher Grenzausweise sind verschiedentlich nicht durchgelassen worden, doch ist insoweit keine Einheitlichkeit zu erkennen. Grundsätzlich frei sind die Grenzen nur noch für Paßinhaber.

Die Geheime Staatspolizei hat mir dazu auf Anfrage noch ergänzend mitgeteilt, daß auch Inhaber deutscher Grenzausweise von den Polen nicht mehr nach Polen hineingelassen werden. Zurückkehrenden deutschen Reisenden sei von polnischen Beamten bedeutet worden, sie sollten sich nicht mehr in Polen sehen lassen.

Der polnische Grenzaufsichtsdienst ist nach den Beobachtungen der deutschen Grenzdienststellen überall wesentlich verstärkt worden.

Das Arbeitsamt hat Ermittelungen darüber angestellt, wie hoch der Ausfall an Arbeitern bei den einzelnen Betrieben durch die polnische Maßnahme ist. Das Gesamtergebnis steht noch aus. In Durchführung der polnischen Maßnahmen kam es am 15.8. an verschiedenen Grenzübergangsstellen in Beuthen O/S zu erheblichen Stauungen.

Die oberschlesischen Tageszeitungen haben am 17.8.1939 über die Vorfälle in größter Aufmachung berichtet. Auf meinen Funkspruch vom 16.8. in der gleichen Angelegenheit und die persönliche Meldung des Polizeiamtsleiters in Beuthen an Herrn Regierungsvizepräsidenten vom 15.8.1939 nehme ich Bezug.

Ich darf ferner auf Ziffer I.7 meines Lageberichts vom 18.6.1939 Bezug nehmen, in dem ich bereits über die Erschwerung des Grenzverkehrs mit Polen berichtet hatte.

II. Besondere Ereignismeldungen

1. *Jugenderziehung*

a) *Polnisches Gymnasium in Beuthen O/S*

In der Nacht vom 29. zum 30.7.1939 wurden einige Buchstaben von der 30 x 60 cm großen Tafel am polnischen Privatgymnasium in Beuthen von unbekannten Tätern gewaltsam entfernt.

Die Geheime Staatspolizei hat von dem Vorfall sofort Kenntnis erhalten; der oder die Täter sind bisher nicht ermittelt worden.

Wie ich bereits unter Abschn. I Ziff. 1 berichtet habe, habe ich veranlaßt, daß das polnische Gymnasium und das Internat in Beuthen mehr als bisher von Schutzpolizeistreifen beobachtet werden, um alle Ausschreitungen im Keime zu ersticken.

b) *Kinderverschickung*

Im Juli d. Js. sind Schüler des polnischen Gymnasiums aus Beuthen und Marienwerder und Schüler der polnischen Privatschule aus Oppeln nach Zakopane in die Tatra zum Erholungsaufenthalt gefahren. Sie erhielten dort freie Unterkunft und freie Verpflegung.

Aus dem Industriegebiet sind während der Ferienzeit Kinder polnischer Minderheitsangehöriger durch den polnischen Schulverein zur Erholung verschickt worden. Sie wurden bei Bauern und Grundstücksbesitzern in der Oppelner und Annaberger Gegend kostenlos untergebracht und verpflegt.

16 Kinder vom polnischen Schulverband in Beuthen O/S wurden für die Dauer von 3 Wochen in dem im polnischen Haus in St. Annaberg errichteten Ferienlager untergebracht.

c) *Pfadfinder*

Während der Schulferien haben 12 Pfadfinder vom polnischen Gymnasium in Beuthen ein Pfadfinderlager in Wien besucht. Die Unterbringung erfolgte in einem zur Zeit nicht bewohnten Schloß eines polnischen Grafen. Es sollen dort insgesamt 100 Pfadfinder aus Oberschlesien, darunter besonders viele aus dem Kreise Ratibor, untergebracht worden sein.

2. *Stand des Vereinswesens*

a) *Polnische Berufsvereinigung*

In Beuthen O/S fand am 9.7.1939 im „Dom Polski" die Monatsversammlung der Polnischen Berufsvereinigung, Ortsgruppen Beuthen O/S und Mechtal, statt.

Nach Eröffnung der Versammlung durch Lasczyk aus Metchtal und Verlesung des Protokolls trat Aulich aus Gleiwitz anstelle des angeblich in Polen auf Urlaub weilenden Witczak als Redner auf. Er sprach zunächst allgemein über den Krieg und dessen Auswirkungen und schilderte dann in krasser Form einen kommenden Krieg. Sich selbst bezeichnete er als Pazifisten. Er führte den Anwesenden die Vernichtung der Menschheit, den Hunger, die Ausbeutung und die Internierungen vor Augen. In den anschließenden Ausführungen erwähnte Aulich die Bezirksverweisungen des Boczek [Bożek], Melz und Madeja, die Aufhebung der polnischen Gottesdienste und bemerkte hierzu, daß in kurzer Zeit alles wieder so wie früher sein werde. Weiter erklärte er, daß seiner Meinung nach nicht der Deutsche der große Feind der Polen sei, sondern der germanisierte Pole, der sich seiner polnischen Eltern und seines polnischen Namens schäme. Er forderte dann die Anwesenden auf, die Kinder in gut polnischem Sinne zu erziehen und sie widerstandsfähig für den Kampf um das Polentum zu machen. Zum Schluß bemerkte

Aulich, daß sich in Hindenburg ein Finanzbeamter Sopalla bei der Volkszählung als Pole eingetragen habe. Er gab dann bekannt, daß anläßlich des 50-jährigen Bestehens der Polnischen Berufsvereinigung am 3. September 1939 ein großes Arbeitertreffen in Kattowitz stattfinden werde, und er auch die zahlreiche Teilnahme der Mitglieder aus Deutschland, soweit sie Grenzkarten besäßen, erwarte. Aus gleichem Anlaß werde voraussichtlich am 10. September 1939 im „Dom Polski" in Beuthen O/S eine Feier stattfinden.

In der Diskussion sprach Lasczyk. Er unterstrich die Ausführungen Aulichs und bemerkte, daß Deutschland durch die polnischen Sendungen im Rundfunk selbst bekunde, daß in Deutschland viel Polen wohnten.

Die Versammlung wurde von etwa 30 Personen besucht.

In Hindenburg hielt die Polnische Berufsvereinigung am Sonntag, dem 16.7.1939, um 10 Uhr im Polenhaus eine Mitgliederversammlung ab. Es haben etwa 30 Personen teilgenommen. Die Polenführer Aulich und Gorek gaben Aufschluß über die Verhandlungen, die in letzter Zeit mit dem Hauseigentümer Gurski wegen des Polenheimes gepflogen worden sind. Es wurde beschlossen, den Vertrag zu lösen. In der anschließenden Beratung wurde über die weitere Betreuung der Minderheitsangehörigen gesprochen, insbesondere darüber, wie sich am besten die Betreuung durchführen lasse, wenn das Polenheim in Hindenburg aufgehoben werde. Es wurde alsdann beschlossen, in der jetzigen gespannten Zeit alle Veranstaltungen und Versammlungen nach Möglichkeit ausfallen zu lassen.

In Gleiwitz fand am 23.7.1939 auf der Wilhelmstraße 53 eine Quartalsversammlung der Polnischen Berufsvereinigung, Ortsgruppe Gleiwitz, statt. Anwesend waren 12 Mitglieder. Der Gewerkschaftssekretär Arthur Aulich hielt eine Ansprache. Er warnte die Anwesenden und riet ihnen, sich mit niemandem in politische Gespräche einzulassen. Es könnte vorkommen, daß Dritte die Äußerung falsch auffaßten und sich Gerichtsverfahren daraus entwickelten. Als Beispiel führte er seine eigene Verurteilung durch das Sondergericht an.

Aulich warnte ferner vor Mitnahme von irgendwelchen Schriftstücken bei Grenzübertritten, weil das sehr leicht zu Unannehmlichkeiten führen könne. Dabei nannte er den polnischen Minderheitslehrer Mejk aus Beuthen O/S, der beim Grenzübertritt nach Polen einen Gestellungsbefehl mitführte und deswegen vom Bezirkskommando verhört wurde.

Aulich erwähnte weiter die Entlassung des Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe, Alois Jonda, Gleiwitz-Richtersdorf, aus seiner Arbeitsstelle bei den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken Gleiwitz. Er sei aber bereits vom Arbeitsamt in eine andere Arbeit bei einem Bauunternehmer eingewiesen worden. Weiter erwähnte Aulich die Entlassung des Anto Ciupka, Gleiwitz-Richtersdorf, von den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken und meinte, Ciupka sei nicht Mitglied der Polnischen Berufsvereinigung, infolgedessen gehe seine Entlassung die Ortsgruppe nichts an.

b) *Polnische Presse*

aa) *Abbestellung polnischer Zeitungen in Bobrek-Karf und Schomberg*

In Bobrek-Karf und Schomberg haben in letzter Zeit mehrere Minderheitsangehörige die polnischen Zeitungen abbestellt, und zwar:

In Bobrek-Karf I = 9, in Bobrek-Karf II = 4 und in Schomberg = 12 Minderheitsangehörige. Die Zahl der Abonnenten beträgt jetzt: In Bobrek-Karf I = 15, in Bobrek-Karf II = 50 und in Schomberg = 26.

Die Zeitungen werden nach wie vor durch den Invaliden Motzek aus Bobrek-Karf II ausgetragen.

bb) *Verbot eines polnischen Kalenders*

Nach einem Artikel in der Nr. 209 des „Oberschlesischen Kurier" vom 8.8.1939 hat die Nikolaier Niederlassung des Ordens der Salvatorianer für das Jahr 1940 einen Kalender herausgebracht, der Schilderungen enthält, die an die schlimmsten Erfindungen der englischen Greuelpropaganda zu Beginn des Weltkrieges erinnern.

Ich bitte zu veranlassen, daß der Vertrieb des Kalenders im Reichsgebiet verboten wird.

3. *Lage der wirtschaftlichen Organisationen*

Die Lage der wirtschaftlichen Organisationen ist nach wie vor unverändert. Die Beiträge werden von den Angehörigen der polnischen Organisationen nur sehr unregelmäßig gezahlt. Viele Mitglieder, die schon seit Jahren keine Beiträge mehr gezahlt haben, werden trotzdem als Mitglieder in den einzelnen Organisationen weitergeführt und nicht gestrichen.

4. *Minderheit und katholische Kirche*

a) *Geistlichkeit*

Der Pfarrer Janik von der St. Hedwigskirche in Hindenburg-Ost sagte nach der Verkündung des erzbischöflichen Erlasses über die Abschaffung des polnischen Gottesdienstes von der Kanzel herab folgendes: „Es blutet mir das Herz, daß der polnische Gottesdienst verboten ist." Später äußerte er noch zu Zeugen: „Es ist ja nicht für die Dauer, nur vorübergehend, es wird in kürzester Zeit anders kommen." Die Geheime Staatspolizei, die sofort Kenntnis hiervon erhalten hat, führt die weiteren Ermittelungen.

Als vor etwa 3 Wochen der Pater Tarnowski von der St. Kamillus-Kirche in Hindenburg, der der polnischen Minderheit angehört, in einer Predigt seine Versetzung bekanntgab, waren die Zuhörer sehr niedergeschlagen. Vor etwa 2 Wochen sprach Tarnowski in einer Predigt seinen Dank für die erhaltenen Abschiedsgeschenke aus.

b) *Konfessionelle Vereine*

Der bisherige polnische Kirchenchor und der polnische katholische Männerverein an der Hl.-Geistkirche in Hindenburg sind aufgelöst worden. Die apostolische Glaubensbekenntnis-Bewegung, genannt Männer-Apostolat, in Hindenburg, der nur alte Leute über 50 bis 80 Jahre angehören, ist vor einigen Tagen unter deutsche Führung getreten. Die Führung dieser Vereinigung liegt jetzt in den Händen des Deutschen August Zinke aus Hindenburg, Sandstr. Nr. 28. Das Männer-Apostolat ist eine Bruderschaft zum Herzen Jesu und eine rein kirchliche Vereinigung.

Im allgemeinen treten die Vereinsmitglieder der polnischen katholischen Vereine nach und nach zu den deutschen Vereinen über, nachdem in den Kirchen auf bischöfliche Anordnung für die polnischen konfessionellen Vereine keine Veranstaltungen mehr abgehalten werden dürfen.

c) *Polnische Gottesdienste*

Der erzbischöfliche Erlaß über die Nichtabhaltung polnischer Gottesdienste wurde in den katholischen Kirchen meines Bezirks von der Kanzel und durch Anschlag am schwarzen Kirchenbrett bekanntgegeben. Einige Minderheitsangehörige haben gegen den Erlaß protestiert, andere wieder haben die Geistlichen deshalb auf der Straße angehalten. Sie wurden entsprechend aufgeklärt und zeigten dann im allgemeinen Verständnis für diese Maßnahme.

Von den deutschen Katholiken ist die Abschaffung der polnischen Gottesdienste beifällig aufgenommen worden.

Bei der Bekanntgabe des Erlasses haben es sich einige Geistliche nicht versagen können, ihre eigene Meinung hierzu zum Ausdruck zu bringen.

So hat in Haselgrund der Pfarrer nach Bekanntgabe des bischöflichen Erlasses von der Kanzel noch folgendes hinzugesetzt: „Für den ausgefallenen Gottesdienst wird stiller Gottesdienst abgehalten. Es ist traurig, daß sich 2 Kulturvölker nicht vertragen können. Zum Zeichen der Trauer wird für den ausgefallenen polnischen Gottesdienst der stille Gottesdienst abgehalten." Wie festgestellt worden ist, wird dieser angekündigte stille Gottesdienst um 10 Uhr mit Hochamt abgehalten. Die Kirchenbesucher bringen zu diesem Gottesdienst polnische Gebetbücher mit.

In Gleiwitz, Stadtteil Gröling, hat der Pfarrer Beigel im Anschluß an die Bekanntgabe des bischöflichen Erlasses die polnische Minderheit mit folgenden Worten vertröstet: „Wenn ruhigere Zeiten kommen werden, dann wird es wieder wie früher sein."

Im Stadtteil Oehringen erklärte der Geistliche von der Kanzel, daß der Bischof in Kattowitz die Abhaltung der deutschen Gottesdienste in Ost-Oberschlesien verboten habe und sich deshalb der Erzbischof von Schlesien entschlossen habe, den polnischen Gottesdienst in Schlesien ebenfalls zu verbieten. Bei den jetzigen Andachten verlassen die Minderheitsangehörigen nach der Messe aus Protest die Kirche, um die deutsche Predigt nicht anzuhören. Der Geistliche hat daraufhin von der Kanzel bekanntgegeben, daß er einen Antrag auf Wiedereinführung der polnischen Gottesdienste stellen werde, falls die deutschen Gottesdienste nicht stärker besucht würden. Den Antrag will er damit begründen, daß ein großer Teil der Bevölkerung des Stadtteils Oehringen den polnischen Gottesdienst wünsche und in letzter Zeit sehr viele Personen aus Ost-Oberschlesien zugezogen seien. Gemeint sind damit wahrscheinlich die Flüchtlinge und Grubenarbeiter. Die eigenartigen Ausführungen des Geistlichen haben die deutschen Kirchenbesucher sehr verärgert.

Dem Pfarrer der Corpus-Christi-Kirche in Mechtal sind in letzter Zeit einige anonyme Briefe zugeschickt worden, in denen über die Abschaffung der polnischen Gottesdienste geschimpft wird. Diese Kirche hat einen verhältnismäßig starken Prozentsatz an polnischen Kirchenbesuchern aufzuweisen.

In Beuthen O/S wurde am 16.7.1939 an der Tür der Marienkirche ein Plakat mit folgendem Inhalt vorgefunden:

„Diese Kirche gehört dem *polnischen Volke*. Wie sie im Kriege gestohlen haben, so stehlen sie auch weiter im eigenen Lande, was ihnen nicht gehört. Nur polnische Bürger haben diese Kirche vor 700 Jahren erbaut. Und Hrabowsky mit dem Deutschen Mord-Abzeichen E. K. Ihr seit die richtigen Katholiken in Schafskleidern, inwendig seid ihr reißende Wölfe. Geht nicht mehr in eine solche falsche Kirche wo Pharisäer sind.

Das Schlußzeichen

..... Memento mori!"

Polnischer Gottesdienst wird jetzt nur noch im polnischen Gymnasium in Beuthen O/S abgehalten.

Dem Gottesdienst am 6. August 1939 wohnten etwa 100 Schüler und 20 Erwachsene aus dem Stadtteil Beuthen-Stadtwald bei.

I.V.

gez. Schade

350

21.8.1939: Der Landrat in Gleiwitz an den Regierungspräsidenten in Oppeln. Minderheiten-Lagebericht

21 VIII 1939r.: Landrat w Gleiwitz do prezydenta rejencji w Oppeln. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości polskiej

AP Wrocław, Rejencja Opolska, Nr.I/1939

I. Im abgelaufenen Berichtsmonat war die polnische Minderheit sehr zurückhaltend. Die Minderheitsangehörigen treten im allgemeinen sehr vorsichtig auf (abgesehen von einigen Einzelfällen, die ich weiter unten anführen werde).

Eine Versammlungstätigkeit ist nicht beobachtet worden. Die polnische Minderheit beschränkt sich auf eine Mundpropaganda. In dieser Hinsicht ist der Sekretär des Bundes der Polen, Paul Kurzeja, eifrig tätig; er fährt mit seinem Leichtmotorrad über das Land und trifft sich mit Minderheitsangehörigen.

Eine gewisse Förderung erfahren die Bestrebungen der polnischen Minderheit durch die Nachrichten des Kattowitzer Senders. Diese Nachrichten werden sehr viel abgehört. Im allgemeinen schenkt man ihnen keinen Glauben. Doch lassen sich auch gewisse Teile der Landbevölkerung, die zur Zwischenschicht zu zählen sind, durch diese Sendungen irremachen und glauben ihnen mehr als den Nachrichten der deutschen Sender.

Die Einstellung der Minderheit zur Wehrmacht hat bisher zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Es ist, soweit es irgend möglich ist, dafür Sorge getragen, daß Minderheitsangehörige keine Einquartierung erhalten.

II. Nachdem der Erzbischof in Breslau am 14. Juli 1939 verfügt hat, daß die polnischen Messen nicht bloß durch stille Messen zu ersetzen sind, sondern durch deutsche Messen, werden im Landkreis auch keine stillen Messen statt polnischer Messen mehr abgehalten. Ich habe den Eindruck, daß die Pfarrer, die bis zum Erlaß dieser Anordnung noch polnische Gottesdienste abgehalten haben, sie nur sehr unwillig befolgt haben. Ich habe Anlaß zu der Annahme, daß die Pfarrer in ihrer sonstigen seelsorgerischen Tätigkeit sich auch noch weiterhin der polnischen Sprache bedienen, insbesondere im Beichtstuhl. Sichere Feststellungen habe ich hierüber allerdings noch nicht treffen können. Die Pfarrer beteuern zwar, daß an ihrem Deutschtum nicht gezweifelt werden könne, und weisen oft darauf hin, daß sie Flüchtlinge aus Polen seien. Die meisten von ihnen haben aber trotzdem am Gebrauch der polnischen Sprache bis zum letzten festgehalten; sie haben das damit begründet, daß sie als Seelsorger auf die Wünsche der Pfarreingesessenen Rücksicht nehmen müßten.

III. In 2 Einzelfällen haben sich polnische Minderheitsangehörige herausfordernd verhalten.

So hat der Schmiedemeister Pospiech in Dramastein, dessen Eltern polnisch gesinnt sind, und der selbst auch zur polnischen Minderheit zu rechnen ist, folgende Äußerung getan: Vor 200 Jahren habe hier alles Polen gehört. Die polnische Sprache könne man nicht ausrotten. Man solle die Polen lieber in Ruhe lassen; sie verlangen nur das, was ihnen zusteht.

In dem anderen Falle hat die polnische Staatsangehörige Kucznierz in Langendorf sich in ähnlichem Sinne geäußert. Sie hat Nachbarn gegenüber erklärt, daß Oberschlesien bald zu Polen käme.

In beiden Fällen ist sofort der zuständigen Stelle der Gestapo Meldung erstattet worden.

[Unterschrift]

F. Wojewodschaft Schlesien / Województwo Śląskie

Przemysław Hauser

Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien 1922-1939

A) Gebiet und Bevölkerung

Am 15. Juli 1920 verabschiedete der polnische Gesetzgebende Sejm das Statut der Wojewodschaft Schlesien, die diejenigen Gebiete Oberschlesiens und des Teschener Schlesiens umfassen sollte, die Polen nach einer Volksabstimmung zufallen würden. Dieses Statut sicherte der künftigen Wojewodschaft Schlesien eine umfassende Autonomie mit einem eigenen in allgemeinen Wahlen gewählten Sejm zu. Am 20. Oktober 1921 wurde Oberschlesien kraft Entscheidung der Botschafterkonferenz zwischen Polen und Deutschland aufgeteilt. In beiden Teilen Oberschlesiens sollten 15 Jahre lang die Bestimmungen der Genfer Konvention gelten, die am 15. Mai 1922 unterzeichnet wurde und die Rechte der nationalen Minderheiten und ihren Schutz detailliert regelte.[1]

Zur Wojewodschaft Schlesien gehörten acht Kreise, die aus dem Polen zugesprochenen Gebiet gebildet wurden (Kattowitz [Katowice] Stadt und Land, Königshütte [Królewska Huta], Lublinitz [Lubliniec], Pleß [Pszczyna], Rybnik, Schwentochlowitz [Świętochłowice], Tarnowitz [Tarnowskie Górvy], und im Teschener Schlesien Bielitz [Bielsko] Stadt und Land sowie Teschen [Cieszyn].

Obwohl die Genfer Konvention Personen deutscher Nationalität (und das auch für den Fall, daß sie die deutsche Staatsbürgerschaft beibehielten) die Möglichkeit bot, weiterhin in dem Polen zuerkannten Teil Oberschlesiens zu bleiben, setzte ab Ende 1921 ein verstärkter Abzug der Deutschen ins Reichsgebiet ein. Die polnische und deutsche Geschichtsschreibung und Publizistik stritten sich über die Anzahl der Deutschen, die ab Mitte 1922 noch in der Wojewodschaft Schlesien lebten. Die deutschen Autoren sahen die Ergebnisse der polnischen Volkszählung von 1931, in der die Antwort auf die Frage nach der Muttersprache das Nationalitätskriterium bilden sollte, als entschieden zu niedrig an.[2] Nach diesem Kriterium hätte 1931 in der Wojewodschaft Schlesien der deutsche Bevölkerungsanteil lediglich 7,7 Prozent betragen. Die Vorbehalte der deutschen Seite waren nicht völlig unbegründet, wenn man bedenkt, daß in Oberschlesien der Gebrauch der polnischen Sprache bei einem Teil der örtlichen Bevölkerung noch nicht über seine Identifizierung mit dem polnischen Staat entschied.[3]

---

[1] Vgl. u. a. S. Komar, Górnośląska Konwencja Genewska pomiędzy Polską a Niemcami 1922–1937, Katowice 1937.

[2] Vgl. u. a. R. Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen, Würzburg 1955.

[3] Vgl. u. a. J. Chałasiński, Antagonizm polsko-niemiecki w osadzie fabrycznej „Kopalnia" na Górnym Śląsku, Warszawa 1935.

B) Politk

Nachdem Polen 1921 der Ostteil Oberschlesiens zugesprochen worden war, begann die dort lebende deutsche Bevölkerung, sich unter den neuen Bedingungen zu organisieren. Da zwischen den einzelnen deutschen Parteien in Oberschlesien wesentliche Divergenzen auftraten, kam man hier auf das in Posen und Pommerellen verworfene Modell zurück, eine Art Korporation zu bilden, die nach ihren Programmen unterschiedliche Kräfte vereinigen sollte. So wurde am 8. November 1921 der „Deutsch-Oberschlesische Volksbund zur Wahrung der Minderheitenrechte" gegründet, der seinen Namen 1925 in „Deutscher Volksbund für Polnisch-Schlesien" änderte. Erster Vorsitzender des Volksbundes wurde Karl Freiherr von Reitzenstein, die eigentliche Führung lag beim Vorstand, den Otto Ulitz leitete.[4] Der Volksbund war bemüht, seinen Einfluß auf die gesamte Wojewodschaft auszudehnen: es wurden sieben Kreisverbände und zwei Ortsgruppen gegründet; dort, wo es diese Strukturen nicht gab, wurde ein Netz von Vertrauensmännern aufgezogen. Die Zentrale in Kattowitz sollte das gesamte deutsche politische Leben in der Wojewodschaft Schlesien überwachen und leiten. Einzelne Abteilungen in der Zentrale befaßten sich mit verschiedenen Aspekten der politischen Rechte und der Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung. Besonderes Gewicht wurde Schulfragen, der Kultur, der Wohltätigkeit und Rechtshilfe beigemessen. Eng mit diesen Abteilungen der Zentrale arbeiteten drei zum Volksbund gehörende Organisationen zusammen: der Deutsche Bezirksschulverein, der Deutsche Kulturbund und der Deutsche Wohlfahrtsbund. Der Volksbund gab auch das Forum ab für drei ihrem Programm nach sehr divergierende politische Parteien: die Deutsche Katholische Volkspartei (DKV), die Deutsche Sozialdemokratische Partei in Oberschlesien (DSP) und die Deutsche Partei (DP). Führende Vertreter dieser Parteien waren gewöhnlich auch in den Gremien des Volksbundes vertreten.[5] DKV und DP traten bei den Wahlen zum Sejm und Senat der Republik Polen bzw. zum Schlesischen Sejm häufig zusammen auf.

Den größten Einfluß auf die Politik des Volksbundes nahm die DP. Sie entstand im August 1922 aus der Vereinigung der bis dahin selbständigen Deutschnationalen Volkspartei, Deutschen Volkspartei und Deutschen Demokratischen Partei. Das Sprachrohr der DP – und zugleich des Volksbundes – war die „Kattowitzer Zeitung". Diese Partei besaß einen erheblichen Einfluß unter einem großen Teil des deutschen Bürgertums, das vorwiegend evangelisch war. Die DP verfügte über einen Stamm von erfahrenen Funktionären, dank denen sie im Volksbund einen viel größeren Einfluß hatte als ihr nach der Mitgliederzahl eigentlich zugestanden hätte. Auch der Volksbundsvorsitzende Otto Ulitz gehörte der DP an.[6]

Aus dem früheren Zentrum war im polnischen Oberschlesien die Katholische Volkspartei hervorgegangen (Gründung am 27.12.1921). Ihr erster Vorsitzender wurde Thomas Szczeponik; nach seinem Tod, noch im Jahre 1927, übernahm Eduard Pant die Partei, die sich ab nun Deutsche Katholische Volkspartei (DKVP) nannte, die politische Repräsentation des katholischen Teils der deutschen Bevölkerung darstellte und ihr Programm auf christliche Werte gründete. Sie war die zahlenstärkste deutsche Partei in der

[4] 1. M. Cygański, Z dziejów Volksbundu (1921–1931), Opole 1966; 2. K. Gostyński, Zarys historii politycznej Niemców w województwach zachodnich po wojnie; in: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich, Poznań 1933, S. 60 ff.

[5] Cygański, wie Anm. 4, S. 23.

[6] Gostyński, wie Anm. 4,2.

Wojewodschaft Schlesien und schickte ihre Vertreter in den schlesischen und in den polnischen Sejm.[7]

Die dritte deutsche Partei in der Wojewodschaft war die Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP), die hier am 26. März 1922 gegründet wurde. Ihr erster Vorsitzender wurde Johann Kowoll. Das Parteiprogramm ging vom Klassenkampf aus. 1924–1925 vereinigte sich die DSP mit den deutschen Sozialdemokraten in Lodz und Bromberg zur Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitspartei (DSAP).[8] Ihre Parteizeitung in Schlesien war der „Volkswille". Alle drei Parteien – die DP, DKVP und DSAP – hatten als einen Programmpunkt den Schutz der Rechte der deutschen Minderheit in Polen aufgenommen und arbeiteten in dieser Hinsicht im Volksbund zusammen.

Zu Beginn der dreißiger Jahre wurde diese Zusammenarbeit gestört. Die DKVP, die den größten Einfluß unter den Deutschen in der Wojewodschaft Schlesien besaß, ging vom dem bisherigen Kurs ab, der oft zu einer Konfrontation mit den polnischen Behörden geführt hatte; ab Frühjahr 1931 stellte der Parteivorsitzende Pant die religiösen Programmkomponenten heraus, da sich die deutsche Bevölkerung seiner Ansicht nach auf dem Boden des Katholizismus integrieren müsse, womit er sich zu den Ansichten und Auffassungen der DP und zugleich der DSAP in Gegensatz brachte. Infolge des wachsenden nationalsozialistischen Einflusses unter der deutschen Bevölkerung ging Pant noch weiter und erklärte im Frühjahr 1933 die volle Loyalität seiner Partei gegenüber der Republik Polen und das Ende ihrer Abhängigkeit von der damals bereits nationalsozialistischen Reichsregierung.[9] Aber auch die DSAP befand sich aus ideologischen Rücksichten in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus.[10]

Die unter den Deutschen in der Wojewodschaft Schlesien rasch zunehmende Popularität nationalsozialistischer Ansichten hatte auch zur Folge, daß sie im Frühjahr 1933 auch im Volksbund das Übergewicht erhielten, der im übrigen inzwischen bereits von der DP dominiert worden war. Sie blieb aber nicht die einzige Partei, die auf den Nationalsozialismus gesetzt hatte.

Seit 1922 bestand in Bielitz der Nationalsozialistische Verein mit kaum 300 Mitgliedern, der erst Anfang der dreißiger Jahre aktiver wurde und von sich reden machte. So änderte er auch 1931 seinen Namen in Jungdeutsche Partei (JDP). Parteivorsitzender wurde Rudolf Wiesner, die Parteizeitung hieß „Der Aufbruch". Ab 1932 gingen die Bielitzer Jungdeutschen dazu über, ihren Einfluß auf die gesamte Wojewodschaft auszudehnen. Sie widmeten sich deswegen vor allem denjenigen, die mit der bisherigen Führung und Politik des Volksbundes unzufrieden waren und setzten dabei auf die Jugend und die Arbeiter, unter denen sie mit scheinradikalen sozialen Parolen agitierten. Der Kampf um den entscheidenden Einfluß zwischen Volksbund und JDP führte dazu, daß nationalsozialistisches Gedankengut unter den Deutschen in der Wojewodschaft Schlesien noch weiter verbreitet wurde.[11]

---

[7] L. Meissner, Niemieckie organizacje antyfaszystowskie w Polsce 1933–1939, Warszawa 1973, S. 221–225.

[8] Meissner, wie Anm. 7, S. 63–67.

[9] Meissner, wie Anm. 7, S. 227–231.

[10] Meissner, wie Anm. 7, S. 122–151.

[11] K. Grünberg, Niemieckie organizacje polityczne w województwie śląskim w latach 1933-1939, Katowice 1963.

Obwohl Pants DKVP in dieser Situation an Einfluß verlor – sie hatte im übrigen im August 1933 ihren Namen in Deutsche Christliche Volkspartei (DChVP) geändert, um auch Protestanten die Möglichkeit zum Beitritt zu geben –, trat sie weiterhin konsequent gegen den Nationalsozialismus auf. Als die DChVP ihre Parteizeitung „Der Oberschlesische Kurier" verlor, gab sie stattdessen die Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen" heraus. In den dreißiger Jahren verlor auch die DSAP, die zweite deutsche Partei, die den Nationalsozialismus bekämpfte, an Einfluß, obwohl ihre Vertreter sich alle Mühe gaben, um der NS-Propaganda unter den Arbeitern entgegenzuwirken.[12]

C) Wirtschaft

In Oberschlesien bestand ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozialer Schichtung und Nationalität. Die Großgrundbesitzer waren fast ausschließlich Deutsche, während sich der landwirtschaftliche Kleinbesitz überwiegend in polnischer Hand befand. Der größte Teil der Bevölkerung war jedoch in der Industrie beschäftigt. Noch 1930 besetzten Deutsche hier den bei weitem überwiegenden Teil der Direktorenstellen und der gehobenen Posten in der Verwaltung und beim technischen Personal (80%). 85 Prozent der oberschlesischen Industrie befand sich damals in deutscher Hand.[13]

Die Führung des Volksbundes, die anfänglich versucht hatte, ihre Kontrolle auch auf die deutsche Wirtschaft und ihre Tätigkeit auszudehnen, nahm angesichts derartiger wirtschaftlicher Verhältnisse sehr bald Abstand von diesem Vorhaben. Bei einem solch eindeutigen Übergewicht des deutschen Eigentums in Industrie und agrarischem Grundbesitz entschieden nicht die örtlichen Minderheitenführer in der Wojewodschaft Schlesien über die wirtschaftliche Tätigkeit der Deutschen, sondern das deutsche Großkapital und seine internationalen Verbindungen. Das deutsche Großkapital in der Wojewodschaft Schlesien unterstützte einige politische und kulturelle Aktionen des Volksbundes. Soweit es um die ökonomische Seite ging, war die Wohltätigkeit der einzige Bereich, in dem die Minderheitsführer sich einen entscheidenden Einfluß bewahrten. Zuständig war hier der zum Volksbund gehörende Deutsche Wohlfahrtsbund, in dem die deutschen Wohltätigkeitsvereine vertreten waren. Sie erteilten Beihilfen, gründeten Waisenhäuser und hielten Sommerlager für Kinder ab etc.

D) Konfessionen

Ein bedeutender Teil der deutschen Bevölkerung in der Wojewodschaft Schlesien war wie die Polen katholisch. Die deutschen Protestanten gehörten der Unierten Evangelischen Kirche an, deren Verwaltungssitz für das an Polen gefallene Gebiet 1922 in Kattowitz eingerichtet wurde. Die Geistlichen waren fast ausnahmslos deutschgesinnt und entweder polnische oder deutsche Staatsbürger. Das Verhältnis zu den polnischen Behörden war mangels einer von beiden Seiten anerkannten rechtlichen Regelung sehr gespannt.[14]

---

[12] Meissner, wie Anm. 7.

[13] T. Kowalak, Zagraniczne kredyty dla Niemców w Polsce 1919–1939, Warszawa 1972, S. 24.

[14] W. Michejda, Stosunki w Ewangelickim Kościele Unijnym na polskim Górnym Śląsku. Ein Wort über die Zustände in der Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien, Katowice 1935.

Wie bereits erwähnt, waren die weitaus meisten Deutschen in der Wojewodschaft Schlesien katholisch. Sie trugen die starke deutsche katholische Bewegung, die diese vor einer Polonisierung bewahren sollte. Die politische Vertretung dieser Bewegung war die DKVP. Daneben bestand noch eine weitere Massenorganisation, der Verband deutscher Katholiken in Polen mit Sitz in Kattowitz, dessen religiöse, kulturelle und Bildungsarbeit darauf abzielte, die deutschen Katholiken dem Katholizismus zu erhalten, aber auch ihre nationale Eigenheit.[15]

E) Kultur- und Bildungsarbeit

Nach Artikel 106 der Genfer Konvention waren die polnischen Behörden verpflichtet, überall dort öffentliche deutsche Schulen zu unterhalten, wo mehr als 40 Kinder gemeldet waren, die zur „sprachlichen Minderheit" gehörten. In den Jahren 1923–1926 stieg die Anzahl der öffentlichen deutschen Schulen von 76 auf 87 und die Zahl der Schüler auf rund 22000. Das Schuljahr 1926/27 begann mit einer harten Nationalitätenkonfrontation, da die Anmeldungen zu deutschen Schulen ruckartig um 5000 in die Höhe schnellten. Die polnischen Behörden reagierten darauf sehr scharf und führten eine Überprüfung der Anmeldungen bei den Kindern durch, die sie für polnischsprachig hielten. Die Beschwerde des Deutschen Volksbundes gegen diese Vorgehensweise der polnischen Behörden fand breiten internationalen Widerhall. Jahrelang waren der Völkerbund in Genf und der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit dieser Angelegenheit befaßt.[16] Rechtlich wurde der Streit nicht eindeutig entschieden, aber die Politik der polnischen Behörden führte dazu, daß das öffentliche deutsche Schulwesen eingeschränkt wurde. Im Oktober 1929 gab es in Polnisch-Oberschlesien 72 allgemeinbildende deutsche Schulen mit über 15000 Schülern. Um diesen Zustand zu verbessern, wollten die deutschen Organisationen das private Schulwesen entwickeln (damals gab es elf private deutsche Grundschulen mit mehr als 1300 Kindern).[17] 1926–1931 fiel die Zahl der ABC-Schützen in öffentlichen deutschen Schulen von 14 auf sieben Prozent der Schulanfänger in diesen Jahren. Auf deutscher Seite befaßte sich der „Deutsche Bezirksschulverein" in Absprache mit der Hauptstelle des Volksbundes mit Schulfragen.

Für außerschulische Bildung und für Kultur war der „Deutsche Kulturbund" zuständig, der ebenfalls mit der Unterstützung der Zentrale des Volksbundes rechnen konnte. Der Kulturbund hatte zu Beginn der dreißiger Jahre rund 40000 Mitglieder, die in Ortsvereinen organisiert waren, und veranstaltete häufig Vortragsreihen oder Vorlesungen zu sehr unterschiedlichen Themen. Seit 1927 hielt er regelmäßig seine Hochschulwochen ab, für die die meisten Vortragenden aus dem Reichsgebiet eingeladen wurden.[18]

---

[15] J. F., Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa na Pomorzu i w Wielkopolsce; in: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich, S. 192.

[16] G. Kaeckenbeeck, The International Experiment of Upper Silesia. A Study in the Working of the Upper Silesian Settlement 1922–1937, London etc. 1942, S. 302–333.

[17] R. Staniewicz, Mniejszość niemiecka w województwie śląskim w latach 1922–1933, Katowice 1965, S. 39.

[18] W. Sworakowski, Niemieckie towarzystwa naukowe i biblioteki w Polsce; in: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich, Poznań 1933, S. 210.

Die wohl wichtigste Organisation im deutschen Kultur- und Bildungsbereich in der Wojewodschaft Schlesien war aufgrund seiner sehr breiten sozialen Basis der „Verband deutscher Katholiken" (VdK). Auf seinen Zusammenkünften wurden Vorträge u. ä. gehalten, Filme vorgeführt, es wurde gesungen und rezitiert. Die Vortragenden waren sehr häufig Geistliche, die manchmal auch aus dem Deutschen Reich kamen. Der VdK regte auch zur kulturellen Selbstbetätigung unter den deutschen Katholiken an und half durch Ausleihe von Diapositiven, Filmen und Bildwerfern, unterhielt eine Beratungsstelle für Laientheater und gab ein eigenes Liederbuch heraus.[19]

1922 wurde in Kattowitz der „Verband Deutscher Volksbüchereien in Polen" gegründet, der eng mit dem Deutschen Kulturbund zusammenarbeitete. Er kümmerte sich vor allem um die Lektüre der deutschen Arbeiter und der deutschen Schuljugend. Die einzelnen Ortsbibliotheken gehörten dem Verband als Mitglieder an. Anfang der dreißiger Jahre waren es 264 Bibliotheken mit über 20000 Lesern.[20]

Große Bedeutung wurde der Pflege des deutschen Liedgutes beigemessen. Die deutschen Gesangvereine in der Wojewodschaft Schlesien waren im Ostschlesischen Sängerbund mit Sitz in Kattowitz organisiert. Die mit den deutschen Sozialdemokraten sympathisierenden Gesangvereine besaßen ihre eigene Organisation, den Arbeitersängerbund mit Sitz in Königshütte.[21]

Das deutsche Theaterleben in der Wojewodschaft Schlesien basierte auf dem Berufstheater in Bielitz und einer Laienbühne in Kattowitz. Als Koordinator trat die Deutsche Theatergemeinde in Kattowitz auf.[22]

Sehr geachtet wurde unter der deutschen Minderheit auf Sport, Wandern und Reisen. Dementsprechend groß war die Zahl der unterschiedlichsten Turn- und Sportvereine. Der Beskidenverein Bielitz-Biala hatte sich auf Bergsteigen und Bergwandern spezialisiert.[23]

Nicht zu vergessen ist schließlich die deutsche Presse mit ihren zahlreichen Tageszeitungen und Periodika, Parteizeitungen und Vereinsblättern, die zum einen ihre Tätigkeit unter der Minderheit propagierten, zum anderen aber auch das Lesen förderten.

---

[19] J. F., wie Anm. 15, S. 192–193.

[20] Sworakowski, wie Anm. 18, S. 212–213.

[21] J. F., wie Anm. 15, S. 190.

[22] W. Kauder, Die kulturelle Lage. Aufgabe und Leistung des Deutschtums in Polnisch-Schlesien; in: Das Deutschtum in Polnisch-Schlesien, Plauen 1932.

[23] Grünberg, wie Anm. 11, S. 28–29.

Przemysław Hauser

Mniejszość niemiecka w województwie śląskim w latach 1922–1939

A) Obszar i ludność

15 lipca 1920 r. polski Sejm Ustawodawczy uchwalił statut województwa śląskiego, które miało obejmować te ziemie Śląska Górnego i Cieszyńskiego, które przypadną Polsce po plebiscycie. Statut ten zapewniał przyszłemu województwu śląskiemu szeroką autonomię z własnym sejmem wybieranym w wyborach powszechnych. 20 października 1921 roku na mocy decyzji Rady Ambasadorów podzielono Górny Śląsk między Polskę a Niemcy. W obu częściach Górnego Śląska miały obowiązywać przez 15 lat postanowienia konwencji genewskiej. Konwencja ta podpisana 15 maja 1922 roku zajmowała się m.in. szczegółowo problemami ochrony praw mniejszości narodowych[1].

W skład województwa śląskiego weszły następujące powiaty utworzone z przyznanych Polsce obszarów Górnego Śląska: Katowice – miasto i wieś, Królewska Huta, Lubliniec, Pszczyna, Rybnik, Świętochłowice, Tarnowskie Góry oraz Śląska Cieszyńskiego (Bielsko – miasto i wieś i Cieszyn).

Mimo, że konwencja genewska zapewniała osobom narodowości niemieckiej, (nawet w wypadku wybrania obywatelstwa niemieckiego) możliwość dalszego zamieszkiwania na terenie przyznanej Polsce części Górnego Śląska, od końca 1921 r. trwał nasilony odpływ ludności niemieckiej z tego obszaru do Rzeszy. Historiografia i publicystyka polska i niemiecka toczyły spory na temat ilości ludności niemieckiej egzystującej od połowy 1922 roku w województwie śląskim. Autorzy niemieccy uznawali za zdecydowanie zaniżone wyniki polskiego spisu ludności z 1931 r., w którym odpowiedź na pytanie o język ojczysty miała stanowić kryterium narodowości[2]. W/g tego kryterium w 1931 roku w województwie śląskim miało zamieszkiwać jedynie 7,7% ludności niemieckiej. Zastrzeżenia strony niemieckiej co do ilości Niemców zamieszkujących w województwie śląskim nie były bezpodstawne, jeśli weźmie się pod uwagę, że na Górnym Śląsku używanie języka polskiego przez część miejscowej ludności nie stanowiło jeszcze o identyfikowaniu się z państwowością polską[3].

---

[1] Por. m.in. S.Komar, Górnośląska Konwencja Genewska pomiędzy Polską a Niemcami 1922–1937. Katowice 1937.

[2] Por. m.in. R.Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937, Aussenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg 1955. T.Bierschenk, Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934–1939. Kitzingen 1954.

[3] Por. m.in. J. Chałasiński, Antagonizm polsko-niemiecki w osadzie fabrycznej „Kopalnia" na Górnym Śląsku. Warszawa 1935. E.Szramek, Śląsk jako problem socjologiczny, Próba analizy. Katowice 1934.

B) Działalność polityczna

Po przyznaniu Polsce w 1921 roku części Górnego Śląska nastąpiły procesy organizowania się zamieszkującej ten obszar ludności niemieckiej w nowych warunkach. Ponieważ między poszczególnymi niemieckimi partiami działającymi na Górnym Śląsku występowały znaczne różnice wrócono tu do zarzuconej w Poznańskiem i na Pomorzu idei powołania korporacji zrzeszającej różne pod względem programowym siły polityczne. 8 listopada 1921 roku założono Niemiecko-Górnośląski Związek Ludowy dla Obrony Praw Mniejszości (Deutsch-Oberschlesischer Volksbund zur Wahrung der Minderheitenrechte). W 1925 roku organizacja ta zmieniła nazwę na Niemiecki Związek Ludowy dla Polskiego Śląska (Deutscher Volksbund für Polnisch-Schlesien). Pierwszym przewodniczącym Volksbundu został baron Karl von Reitzenstein. Faktyczne kierownictwo Volksbundu spoczywało w rękach zarządu na czele którego stanął Otto Ulitz[4]. Volksbund usiłował objąć swymi wpływami całe terytorium województwa śląskiego. Założono 7 związków okręgowych i 2 grupy lokalne. W miejscowościach nie objętych tymi strukturami powołano sieć mężów zaufania. Centrala Volksbundu w Katowicach miała nadzorować i kierować całością niemieckiego życia politycznego w województwie śląskim. Poszczególne oddziały centrali zajmowały się różnymi sprawami praw politycznych i potrzeb ludności niemieckiej. Szczególną uwagę przywiązywano do spraw szkolnictwa, kultury, dobroczynności i pomocy prawnej. Z tymi oddziałami centrali ściśle współpracowały wchodzące w skład Volksbundu trzy związki korporacyjne: Niemiecki Okręgowy Związek Szkolny (Deutscher Bezirksschulverein), Niemiecki Związek Kulturalny (Deutscher Kulturbund), Niemiecki Związek Opieki Społecznej (Deutscher Wohlfahrtsbund), Volksbund stał się także forum współdziałania trzech bardzo zróżnicowanych programowo partii politycznych: Niemieckiej Katolickiej Partii Ludowej (Deutsche Katholische Volkspartei – DKVP), Niemieckiej Socjaldemokratycznej Partii na Górnym Śląsku (Deutsche Sozialdemokratische Partei in Oberschlesien (DSAP) i Partii Niemieckiej (Deutsche Partei – DP) Czołowi przedstawiciele tych partii wchodzili zwykle w skład władz Volksbundu[5]. DVP i DP często współdziałały ze sobą w akcjach wyborczych do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej oraz do Sejmu Śląskiego.

Największy wpływ na zarządzanie Volksbundem wywierała Deutsche Partei. Powstała ona w sierpniu 1922 r. z połączenia działających dotychczas osobno Niemieckiej Narodowej Partii Ludowej (Deutschnationale Volkspartei), Niemieckiej Partii Ludowej (Deutsche Volkspartei) i Niemieckiej Partii Demokratycznej (Deutsche Demokratische Partei). Organem Deutsche Partei była „Kattowitzer Zeitung" – jednocześnie naczelny organ Volksbundu. Partia posiadała znaczne wpływy wśród dużej części niemieckich kół mieszczańskich, najczęściej wyznania ewangelickiego. Kadra doświadczonych działaczy, którą dysponowała DP pozwoliła jej wywierać większy wpływ na zarządzanie Volksbundem niż to wynikałoby z liczebności partii. Do czołowych działaczy partii należał m.in. Otto Ulitz[6].

---

[4] M.Cygański, Z dziejów Volksbundu (1921–1932). Opole 1966. K.Gostyński, Zarys historii politycznej Niemców w województwach zachodnich po wojnie. W: Problem niemiecki na ziemiach zachodnich. Poznań 1933, s. 60 i n.

[5] M.Cygański, Z dziejów, s. 23.

[6] K.Gostyński, Zarys historii.

Katholische Volkspartei powstała z dawnej niemieckiej partii Centrum 27 XII 1921 r. w przypadającej Polsce części Górnego Śląska. Pierwszym przewodniczącym został Thomas Szczeponik. Po jego śmierci w 1921 r. na czele partii stanął Eduard Pant i w tymże roku partia zmieniła nazwę na Deutsche Katholische Volkspartei (DKVP). Partia stanowiła polityczną reprezentację niemieckiej ludności katolickiej w Polsce, a jej program opierał się na zasadach chrześcijańskich. Była najsilniejszą liczebnie partią niemiecką w woj. śląskim a jej przedstawiciele zasiadali w Sejmie Śląskim i w parlamencie R.P.[7]

Trzecią z partii niemieckich działających w woj. śląskim była Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP) założona 26 III 1922 r. w przypadającej Polsce części Górnego Śląska. Liderem partii był Johann Kowoll. Program partii opierał się na zasadzie walki klas. W latach 1924–1925 partia połączyła się z socjaldemokratami niemieckimi z Łodzi i Bydgoszczy tworząc Deutsche Sozialistische Arbeitspartei (DSAP)[8]. Organem tej partii na Śląsku była „Volkswille". Wszystkie te trzy partie (DP, DKVP, DSAP) miały w swoich programach obronę praw mniejszości niemieckiej w Polsce i współdziałały na tej niwie w ramach Volksbundu.

Na początku lat 30-tych doszło do zachwiania się współpracy. W opozycji do dotychczasowej działalności, prowadzącej często do konfrontacji z władzami polskimi, znalazła się DKVP mająca największe wpływy wśród ludności niemieckiej województwa śląskiego. Jej przywódca E.Pant od wiosny 1931 roku zaczął eksponować czynnik religijny, stwierdzając, że ludność niemiecką należy integrować na płaszczyźnie ideologii katolickiej przeciwstawiając się zarówno postawie i ideologii DP jak i DSAP. W miarę wzrostu znaczenia wpływów narodowo-socjalistycznych wśród mniejszości, Pant poszedł jeszcze dalej, deklarując wiosną 1933 pełną lojalność wobec państwa polskiego i zerwanie z zależnością reprezentowanej przez niego DKVP z wówczas już narodowo-socjalistycznymi władzami w Niemczech[9]. Także DSAP z ideologicznych względów stanęła wówczas na stanowisku zwalczającym narodowy socjalizm[10].

Tymczasem idee narodowo-socjalistyczne zyskiwały wśród Niemców w województwie śląskim coraz więcej zwolenników. Od wiosny 1933 roku zaczęły one zdecydowanie przeważać w Volksbundzie zdominowanym już przez Deutsche Partei. Ale nie była to bynajmniej jedyna partia polityczna w województwie śląskim, która postawiła na narodowy socjalizm.

Od 1922 roku istniał w Bielsku Związek Narodowo-Socjalistyczny (Nationalsozialistischer Verein) liczący zaledwie ok. 300 członków. Działalność tego związku nabrała rozmachu dopiero na początku lat 30-tych. W 1931 r. zmieniono nazwę związku na Partię Młodoniemiecką (Jungdeutsche Partei – JDP). Na czele JDP stanął Rudolf Wiesner a jej czołowym organem prasowym stał się „Der Aufbruch". W 1932 roku partia podjęła walkę o rozszerzenie swych wpływów na całe województwo śląskie. Nowych zwolenników usiłowano zwerbować wśród niezadowolonych z działalności dotychczasowego przewodniczącego mniejszości Volksbundu. Postawiono na młodzież oraz agitację wśród robotników, którą ułatwiał pozorny radykalizm głoszonych haseł społecznych. Walka o wpływy jaka rozgorzała między Volksbundem a JDP przyczyniła

[7] L.Meissner, Niemieckie organizacje antyfaszystowskie w Polsce 1933–1939. Warszawa 1973, s. 221–225.
[8] Tamże, s. 63–67.
[9] Tamże, s. 227–231.
[10] Tamże, s. 122–151.

się do dalszego spopularyzowania idei narodowo-socjalistycznych wśród Niemców w województwie śląskim[11].

Mimo malejących wpływów nadal konsekwentnie zwalczała narodowy socjalizm znajdująca się pod kierownictwem E. Panta DKVP. W sierpniu 1933 r. zmieniła ona nazwę na Niemiecką Chrześcijańską Partię Ludową (Deutsche Christliche Volkspartei) – chcąc otworzyć możliwość wstępowania w jej szeregi także niemieckim ewangelikom. DChVP po utracie swego czołowego organu prasowego „Der Oberschlesische Kurier" zaczęła wydawać tygodnik „Der Deutsche in Polen". W latach 30-tych słabły także w województwie śląskim wpływy innej partii zwalczającej narodowy socjalizm – DSAP. Przedstawiciele tej partii usiłowali przeciwstawić się propagandzie narodowo-socjalistycznej w środowiskach niemieckich robotników[12].

C) Zagadnienia gospodarcze

Na Górnym Śląsku sprawy stratyfikacji były bardzo wyraźnie powiązane z narodowością. Wielcy właściciele ziemscy byli niemal wyłącznie Niemcami, a drobna własność rolna znajdowała się przeważnie w rękach polskich. Większość jednak ludności na tym obszarze utrzymywała się z pracy w przemyśle. Jeszcze w 1930 r. przytłaczająca większość stanowisk dyrektorskich i wyższego personelu administracyjno-technicznego (ok. 80%) zajmowali Niemcy. Aż 85% przemysłu górnośląskiego znajdowało się wówczas w rękach niemieckich[13].

Taki układ stosunków gospodarczych wywarł rozstrzygający wpływ na działalność organizacji mniejszości niemieckiej na płaszczyźnie ekonomicznej. Liderzy Volksbundu, którzy próbowali początkowo rozciągnąć nadzór nad niemiecką działalnością gospodarczą w tej dziedzinie, bardzo szybko zrezygnowali z tych usiłowań. W warunkach olbrzymiej przewagi własności niemieckiej w przemyśle i wielkiej własności rolnej, o poczynaniach niemieckich na płaszczyźnie gospodarczej na Górnym Śląsku nie mogli decydować miejscowi działacze mniejszości w województwie śląskim, lecz wielki kapitał niemiecki i jego międzynarodowe powiązania. Bardzo szybko okazało się także, że zależność może być odwrotna. To wielki kapitał niemiecki w województwie śląskim wspierał finansowo niektóre poczynania Volksbundu w dziedzinie politycznej czy też kulturalno-oświatowej. Jedyną dziedziną poczynań ekonomicznych, gdzie działacze mniejszości zachowali rozstrzygający wpływ, była działalność dobroczynna. Działalnością tą zajmował się wchodzący w skład Volksbundu Deutscher Wohlfahrtsbund skupiający niemieckie związki charytatywne. Związki te zajmowały się udzielaniem zapomóg, zakładaniem ochronek, organizacją kolonii letnich dla dzieci itp.

[11] K.Grünberg, Niemieckie organizacje polityczne w województwie śląskim w latach 1933–1939. Katowice 1963.

[12] L.Meissner, op. cit.

[13] T.Kowalak, Zagraniczne kredyty dla Niemców w Polsce 1919–1939. Warszawa 1972, s. 24.

D) Kwestie wyznaniowe

Znaczna większość ludności niemieckiej województwa śląskiego była, podobnie jak ludność polska, wyznania katolickiego. Zamieszkujący tu niemieccy ewangelicy należeli do kościoła ewangelicko-unijnego. Kościół ten, którego siedzibę dla terenów przyznanych Polsce przeniesiono do Katowic w 1922 r., był całkowicie opanowany przez duchownych narodowości niemieckiej. Duchowni ci posiadali obywatelstwo polskie lub niemieckie a stosunki z władzami polskimi, wobec braku regulacji prawnych uznawanych przez obie strony, były napięte[14].

Większość niemieckiej ludności województwa śląskiego była jednak wyznania katolickiego. Na niej bazował silny niemiecki ruch katolicki, który miał ją chronić przed wpływami polonizacyjnymi. Ekspozyturę polityczną tego ruchu w woj. śląskim stanowiła DKVP. Obok niej działał jako zaplecze bardziej masowe Związek Niemieckich Katolików w Polsce (Verband deutscher Katholiken in Polen), z siedzibą w Katowicach. Celem tej organizacji było prowadzenie działalności o charakterze religijnym i kulturalno-oświatowym wśród niemieckich katolików, z zamysłem utrzymania nie tylko katolickiego światopoglądu, ale i odrębności narodowej[15].

E) Działalność kulturalno-oświatowa

Na podstawie 106 art. konwencji genewskiej władze polskie były zobowiązane do utrzymania publicznych szkół niemieckich wszędzie tam gdzie zgłoszono więcej niż 40 dzieci należących do „mniejszości językowej". W latach 1923–1926 liczba publicznych szkół niemieckich w województwie śląskim uległa zwiększeniu z 76 do 87 a liczba uczęszczających do nich dzieci wzrosła w tych latach od 21–22,5 tysięcy. Znaczącą konfrontację narodowościową na tej niwie zapoczątkował dopiero rok szkolny 1926/1927. Wówczas to gwałtownie wzrosła o 5 tysięcy liczba zgłoszeń do szkół niemieckich. Polskie władze wojewódzkie zareagowały na to bardzo ostro przeprowadzając weryfikację zgłoszeń tych dzieci, które uznano za polskojęzyczne. Skargi wnoszone w tej sprawie przeciw władzom polskim przez Deutscher Volksbund miały szeroki rezonans międzynarodowy. Przez kilka lat problem ten absorbował Ligę Narodów i stały Trybunał Sprawiedliwości Międzynarodowej w Hadze[16]. Spór nie został jednoznacznie rozstrzygnięty na drodze prawnej, a polityka władz polskich doprowadziła do zmniejszenia się zakresu publicznego szkolnictwa niemieckiego. W październiku 1929 r. istniały na Górnym Śląsku 72 niemieckie szkoły powszechne, do których uczęszczało ponad 15 tys. dzieci. Organizacje niemieckie zmierzając do naprawy tego stanu rzeczy rozwijały szkolnictwo prywatne (istniało wówczas 11 prywatnych niemieckich szkół podstawowych, do których uczęszczało ponad 1 300 dzieci)[17]. W latach 1926–1931 liczba dzieci rozpoczynających naukę w publicznych szkołach niemieckich spadła z 14% do 7%

[14] W.Michejda, Stosunki w Ewangelickim Kościele Unijnym na polskim Górnym Śląsku, Ein Wort über die Zustände in der Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien. Katowice 1935.

[15] J.F. Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa na Pomorzu Zachodnim i w Wielkopolsce. W: Problem niemiecki na Ziemiach Zachodnich. Poznań 1933, s. 192.

[16] G.Kaeckenbeeck, The International Experiment of Upper Silesia, A Study in the Working of the Upper Silesian Settlement 1922–1937. London–New York–Toronto 1942, s. 302–333.

[17] R.Staniewicz, Mniejszość niemiecka w województwie śląskim w latach 1922–1933. Katowice 1965, s. 39.

ogółu dzieci rozpoczynających naukę w tych latach[18]. Sprawami szkolnymi ze strony niemieckiej zajmował się Deutscher Bezirksschulverein, w ścisłym współdziałaniu z centralą Volksbundu.

Sprawy oświaty pozaszkolnej i kultury znajdowały się w gestii Deutscher Kulturbundu wspieranym w tej działalności przez centralę Volksbundu. Deutscher Kulturbund skupiał na początku lat 30-tych około 40 tys. członków zrzeszonych w miejscowych oddziałach tej organizacji. Organizował często cykle wykładów i odczyty na rozmaite tematy. Od 1927 roku zaczął regularnie organizować „tygodnie uniwersyteckie" („Hochschulwochen"), na których większość wykładowców sprowadzano z Rzeszy[19].

Olbrzymią rolę na niwie kulturalno-oświatowej w województwie śląskim odgrywał Verband deutscher Katholiken (VdK). Było to związane z bardzo szeroką bazą społeczną, którą posiadał VdK w województwie śląskim. Poszczególne koła tego związku organizowały spotkania, na których wygłaszano różnej treści wykłady czy prelekcje – często urozmaicone filmami i śpiewem czy recytacjami. Prelegentami były często, acz nie wyłącznie, osoby duchowne – częściowo przyjeżdżające z Rzeszy. Organizacja ta animowała też aktywność życia kulturalnego wśród niemieckich katolików pomagając w wypożyczaniu przeźroczy, filmów i lamp projekcyjnych, prowadząc poradnię dla amatorskich teatrów, wydając własny śpiewnik[20].

W 1922 r. utworzono w Katowicach Związek Niemieckich Bibliotek Ludowych w Polsce (Verband Deutscher Volksbüchereien in Polen). Współpracował on ściśle z Deutscher Kulturbundem. Organizował czytelnictwo przede wszystkim wśród niemieckich robotników oraz młodzieży szkolnej. Członkami związku były poszczególne biblioteki w terenie. Na początku lat 30-tych posiadał 264 biblioteki i ponad 20 000 czytelników[21].

Duże znaczenie przywiązywano do kultywowania pieśni niemieckiej. Niemieckie związki śpiewacze w woj. śląskim zrzeszone były w Wschodnio-Śląskim Związku Śpiewaczym (Ostschlesischer Sängerbund), z siedzibą w Katowicach. Osobną organizację miały związki śpiewacze związane z niemieckimi socjaldemokratami – był to Robotniczy Związek Śpiewaczy (Arbeitersängerbund), z siedzibą w Królewskiej Hucie[22]

Działalność sceniczną mającą na celu popularyzację żywego słowa uprawiały teatry niemieckie. W województwie śląskim istniał teatr zawodowy w Bielsku i amatorski w Katowicach. Teatry te prowadziły bardzo żywą działalność koordynowaną przez Niemiecką Wspólnotę Teatralną (Deutsche Theatergemeinde) w Katowicach[23].

Dużą wagę przywiązywano do działalności sportowo-turystycznej. Na Śląsku istniało dużo takich związków prowadzących działalność w różnych dyscyplinach sportowych. W propagowaniu turystyki górskiej wyspecjalizował się Związek Beskidzki – Bielsko–Biała (Beskidenverein Bielitz–Biala)[24].

Olbrzymią rolę w działalności we wszystkich dziedzinach odgrywała prasa codzienna i periodyczna. Swoje organy posiadały różne niemieckie partie polityczne.

---

[18] W.Sworakowski, Niemieckie towarzystwa naukowe i biblioteki w Polsce. W: Problem niemiecki, s.210.

[19] J.F., Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa, s. 192–193.

[20] W.Sworakowski, s. 212–213.

[21] J.F., Niemiecka działalność kulturalno-oświatowa, s. 190.

[22] W.Kauder, Die kulturelle Lage, Aufgabe und Leistung des Deutschtums in Polnisch-Schlesien. W: Das Deutschtum in Polnisch-Schlesien. Plauen 1932.

[23] K.Grünberg, s. 28–29.

[24] T.Kowalak, Prasa niemiecka w Polsce 1918–1939. Powiązania i wpływy. Warszawa 1971.

Oprócz tego istniała cała gama organów prasowych różnych instytucji niemieckich, które popularyzowały w ten sposób swą działalność wśród mniejszości, propagując jednocześnie czytelnictwo.

F.1. Wojewodschaftsebene / Województwo

351

6.9.1923: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Zusammenstöße in Królewska Huta (4.9.1923)
6 IX 1923r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Województwa w miejscu. Konflikty w Królewskiej Hucie (4 IX 1923r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 614

W ślad za tutejszym sprawozdaniem L: 9857 z dnia 4 września 1923r. przesyłam w załączeniu protokoły i wycinki z prasy niemieckiej odnośnie do ponownego zajścia, które miało miejsce dnia 4 bm. z powodu teatru niemieckiego.

Ze względu na to, że stosunki między Polakami a Niemcami w Królewskiej Hucie, jakoteż na całym terenie Górnego Śląska z powodu tych zajść się zaostrzają, upraszam – celem zapobieżenia dalszego nadużyciom i ekscesom – o zarządzenie, by przedstawienia niemieckie, na jakiś przeciąg czasu, aż sytuacja się uspokoi, wstrzymano.

Następne przedstawienie teatru niemieckiego w Królewskiej Hucie zapowiedziane jest na dzień 6 bm. przyczem według krążących pogłosek powstańcy z Królewskiej Huty i okolicy przygotowują się ponownie do rozbicia tegoż.

[Podpis nieczytelny]
Główny Komendant Policji Województwa Śląskiego

352

5.3.1924: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Reaktionen auf Verhaftungen in Deutsch-Oberschlesien
5 III 1924r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Reakcja na aresztowania na niemieckim Górnym Śląsku

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 29

W związku z sytuacją wywołaną na tutejszym terenie skutkiem aresztowań na Śląsku Opolskim zechce Pan Starosta poczynić kroki, jakie uważa za właściwe, celem uspokojenia umysłów i opinji społeczeństwa polskiego, a w każdym razie wydać zarządzenia niedopuszczające do jakichkolwiek ekscesów, są bowiem podstawy do przypuszczenia, że zarządzenia władz niemieckich na Śląsku Opolskim miały właśnie na celu wywołanie ekscesów na terenie tutejszego województwa dla pewnych efektów międzynarodowych.

Zależnie od stosunków miejscowych z uwagi na panującą tam sytuację należy ewentualnie, co pozostawiam własnej ocenie Pana Dyrektora wejść w porozumienie z przywódcami miejscowych grup związków byłych powstańców śląskich i ZOKZ dla wyjaśnienia im sytuacji i spowodowanie ich do zajęcia uspokajającego stanowiska. O wszelkich zauważonych przygotowaniach do akcji odwetowej, wieców itp., jak również o wszelkich ewentualnych poważniejszych wykroczeniach, mających związek z tą sprawą oczekuję bezzwłocznej telefonicznej wiadomości.

po. Wojewody
[Podpis nieczytelny]

353

22.2.1925: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Überwachung deutscher Propagandaschriften
22 II 1925r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Nadzór nad niemieckimi pismami propagandowymi

AP Katowice, Policja Wojewódzka Śląska, Nr. 19

Do tutejszych niemieckich Towarzystw oświatowych i śpiewackich nadesłane bywają z Niemiec pocztą lub inną drogą druki nacjonalistyczne, mające na celu propagandę za odzyskaniem dla Niemiec ziemi Rzeczypospolitej Polskiej. W szczególności przesyła się do Towarzystw śpiewackich nowe pieśni w tym duchu komponowane, jak np. pt. „Wenn ein neuer Bismarck kommt" itp. Do bibliotek zaś nadsyła się nowe wydawnictwa o treści wyraźnie antypolskiej, np. na tle powstań górnośląskich.

Książki te rozpowszechniane bywają przez księgarnie lub przez biblioteki z zakładów przemysłowych i niemieckich towarzystw bibliotek ludowych (Volksbücherei).

Polecam zarządzić w tym kierunku ścisły nadzór poufny i o postrzeżonych faktach donieść bezzwłocznie Urzędowi Wojewódzkiemu.

Za Wojewodę
Dr. Minasowicz
Naczelnik Wydziału

354

3.3.1925: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Kreiskomandos. Polizeibeamte, deren Ehefrauen dem deutschen Volksbund angehören
3 III 1925r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Powiatowych Komend. Funkcjonariusze policji, których żony należą do Niemieckiego Volksbundu

AP Katowice, Policja Wojewódzka Śląska, Nr. 19

Głównej Komendzie Policji Wojewódzkiej doszło do wiadomości, że żony pewnych funkcjonariuszy Policji Wojewódzkiej należą do związku niemieckiego „Volksbundu". Jako członkinie tegoż związku biorą udział na zebraniach i posiedzeniach związku „Volksbundu", na których ujawniają wszelkie wiadomości natury służbowej, jakoż opowiadają tam o działalności w Policji Wojewódzkiej, nie zmilczając nawet spraw prywatnych, tyczących się w życiu funkcjonariuszy poza służbą.

Jest rzeczą zrozumiałą, że Niemcy przyjmują chętnie takie donosy do wiadomości, bo posłużyć one mogą do celów szpiegowskich, a nadto dostarcza się Niemcom w ten sposób materjału do ujemnej krytyki, a poniekąd i do pośmiewiska pod adresem Policji Wojewódzkiej.

Mimo licznych rozkazów w sprawie unikania zbyt szerokiego gadulstwa funkcjonarjuszy Policji i mimo rozkazów o zachowaniu tajemnicy urzędowej – zachodzą niestety tego rodzaju wypadki, że funkcjonariusze Policji Wojewódzkiej – wiedząc o tym, że ich żony należą do niemieckiego związku „Volksbund" – zwierzają się przed żonami o wszystkich sprawach tyczących się Policji, a ponadto rozmyślnie tolerują, a raczej dopomagają do wstępowania żonom do „Volksbundu".

Wypadek ten dobitnie świadczy jak mało poczucia narodowego posiada taki funkcjonariusz, jak również i członkowie jego rodziny. Chyba każdy przyznać musi, że są to spaczone dusze – niegodne nazwy urzędnika polskiego – boć w niniejszym wypadku łatwo dopatrzyć się można działalności antypaństwowej i dopuszczania się zdrady na szkodę własnego Państwa i Narodu Polskiego.

Fakt[u] ten [tego] nie można usprawiedliwić brakiem uświadomienia narodowego, albowiem każdy funkconariusz Policji Wojewódzkiej musi w pierwszej linii posiadać tyle zasobu wierności i obowiązku wobec Ojczyzny, żeby mógł odróżnić zdradę i szkodę Państwu – wobec patriotyzmu i szlachetności narodowej.

Z uwagi na powyższy fakt, kompromitujący powagę Policji Wojewódzkiej - polecam Powiatowym Komendantom i Naczelnikom Wydziałów oraz Komandantowi Rezerwy przedłożyć mi imienne wykazy tych wszystkich funkcjonariuszy i urzędników oraz niższych pracowników, których żony należą do niemieckiego związku „Volksbund" z następującymi rubrykami:

1. Nazwisko i imię odnośnego funkcjonariusza, względnie jego żony
2. czy żona jest Niemką lub usposobienia niemieckiego
3. czy należy do „Volksbundu"
4. czy jest nielojalnie usposobiona dla Państwa Polskiego
5. Wnioski i opinja powiatowego Komendanta /Nacz.Wydz.7/
6. Uwaga

Termin przedłożenia tych wykazów wyznaczam do dnia 25.3.1925 r.

Przy tej sposobności przypominam okólnik tajny Nr. 1 z dnia 6 lutego 1924 r. wraz z dodatkiem do tego okólnika z dnia 19.12.1924 r. w sprawie wysyłania dzieci funkcjonariuszy Policji Wojewódzkiej do szkół mniejszości.

Wróblewski, insp.

Główny Komendant Policji Województwa Śląskiego

355

17.12.1925: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Kreiskommandos. Teilnahme evangelischer Polizeibeamter am Gottesdienst
17 XII 1925r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Powiatowych Komend Powiatowych. Uczestnictwo protestańskich funkcjonariuszy policji w nabożeństwach

AP Katowice, Policja Wojewódzka Śląska, Nr. 19

Stwierdzono, że funkcjonariusze Policji Województwa Śląskiego wyznania ewangelickiego – ażeby zadość uczynić obowiązkom religijnym, potrzebę, którą odczuwa każdy człowiek wychowany w należytym duchu religijnym – uczęszczają wraz z ich rodzinami do kościołów ewangelickich na nabożeństwa niemieckie.

Z uwagi na nieprzychylne usposobienie narodowe większej części pastorów oraz zachłanność tychże w kierunku polityki państwowej i kościelnej, którą okazują nawet w obrządkach kościelnych – uczęszczanie urzędników i funkcjonariuszy państwowych na niemieckie nabożeństwa połączone może być z niekorzyścią dla stosunków w Państwie oraz w wypadku funkcjonariuszów Policji może być niebezpieczne dla służby bezpieczeństwa.

W wielu wypadkach np. na Górnym Śląsku, gdzie w kościołach ewangelickich, odprawia się wyłącznie niemieckie nabożeństwa – nie da się tego uniknąć. Jednakowoż przy dobrej woli i chęci wypływającej z pobudek narodowych i patriotycznych da się w tym kierunku i na Górnym Śląsku dużo zdziałać tak jak na Śląsku Cieszyńskim, gdzie ewangelicy-Polacy od niepamiętnych czasów urządzają stale polskie nabożeństwa, mają pastorów polskich, prowadzą zapiski parafialne w języku polskim. Trzeba do tego tylko dobrej woli i chęci, a rzecz tu na Górnym Śląsku wzięłaby inny obrót.

W interesie własnym funkcjonariuszów Policji-ewangelików, jak również w interesie Państwa i narodu, należy polecić funkcjonariuszom Policji wyznania ewangelickiego dążenie do tego, by we wszystkich kościołach ewangelickich zaprowadzono polskie nabożeństwa i by w tym celu żądali sprowadzenia na Górny Śląsk polskich księży ewangelików, których w Polsce nie brak.

Funkcjonariusze Policji wyznania ewangelickiego winni tę ideę rozszerzać wśród ludności cywilnej tego samego wyznania, usposobionej przychylnie do polskości, przyczem przy należycie prowadzonej akcji i wspólnych dążeniach pomyślny wynik może zostać rychło osiągnięty.

Do tego czasu funkcjonariusze Policji wyznania ewangelickiego powinni unikać uczęszczania wraz z rodzinami na niemieckie nabożeństwa, gdyż tam zamiast uszlachetnić swą duszę i utwierdzić się należycie w wierze – przez demagogiczne występowanie nieprzychylnie usoposobionych do Polski pastorów, mogliby zatracić żywione przekonania narodowe do Polski.

Wróblewski, insp.

Gł. Komendant Policji Województwa Śląskiego

356

8.2.1927: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Lagebericht (Januar 1927)

8 II 1927r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Urzędu Wojewódzkiego w miejscu. Sprawozdanie sytuacyjne (styczeń 1927 r.)

AP Bydgoszcz, Urząd Wojewódzki Pomorski, Nr. 4568

I. *Sytuacja ogólna*

Całkowite niemal przycichnięcie odgłosów walki politycznej, prowadzonej w związku z listopadowymi wyborami gmin oraz zlikwidowanie ważniejszych grudniowych sporów zarobkowych przez podwyższenie płac klasie pracującej – przyczyniło się do znacznego odprężenia położenia tak, iż ogólna sytuacja była w miesiącu styczniu na całym terenie Województwa spokojna. Również nastrój ludności uległ uspokojeniu i równowadze, co pociągało za sobą ten korzystny skutek, iż ważniejszym wypadkom poświęcano więcej uwagi przez należyte ich rozpatrywanie.

Najwięcej zainteresowania poświęciło tutejsze społeczeństwo w ubiegłym miesiącu polityce niemieckiej. Stało to między innymi w związku z butnem na ogół zachowaniem się tamtejszej mniejszości niemieckiej, datującej się od czasu ostatnich wyborów gminnych - z pogłoskami o możliwościach rewizji zachodnich granic Polski wobec odnośnej kampanji prowadzonej przez Niemcy w Rzeszy i na terenie międzynarodowym na temat zbrojeń niemieckich, zwłaszcza fortyfikacji na wschodzie Niemiec, z przyjazdem do Polski dyrektora sekcji mniejszościowej przy Lidze Narodów Colbana – oraz dwoma przemówieniami ministra Zaleskiego, z których drugie, odważnie akcentujące niezachwiane stanowisko Polski wobec wszelkich wrogich zakusów, wygłoszone na

bankiecie „Towarzystwa Badań Zagadnień Międzynarodowych" – pozostawiło specjalnie silny oddźwięk, zasadniczo różny w obozie polskim i niemieckim.

[...]

V. *Sprawy mniejszościowe*

[...]

b) *Niemieckie:*

Jak w miesiącu ubiegłym tak również w okresie sprawozdawczym Niemcy tutejsi poświęcili dużo uwagi wszystkim aktualnym sprawom politycznym i gospodarczym. Polityka niemieckich czynników rządowych, przesilenie rządowe w Niemczech, a zwłaszcza utworzenie nowego rządu o zabarwieniu nacjonalistycznym wywarły poważny wpływ na zachowanie się tutejszych Niemców, którzy występowali bardzo często wobec ludności polskiej lekceważąco i butnie.

Buta niemiecka zarysowała się przy rozmaitych okazjach, a przedewszystkiem przy omawianiu przez Sejm Śląski traktowania więźniów politycznych w więzieniach pruskich, a specjalnie w więzieniu gliwickim, przyczem posłowie niemieccy ostentacyjnie opuścili salę obrad, demonstrując w ten sposób swoje niezadowolenie z powodu poruszania tej tak dla nich nieprzyjemnej sprawy na forum sejmowym.

Prasa niemiecka nie mogąc przemilczeć ataków przeciwniemieckich na skutek rewelacyjnych informacji i zeznań polskich więźniów politycznych, którzy znajdowali się w śledztwie i w więzieniu gliwickim, usiłowała zadać kłam tym zeznaniom radząc Polakom, aby zainteresowali się lepiej fatalnymi stosunkami w więzieniach polskich, scharakteryzowanych przez rozmaite komisje i zagranicę – ostatnio przez delegatów angielskich – i dopiero potem zajrzeli w porządki panujące w więzieniach pruskich, którym według tej prasy, nic szczególnego zarzucić nie można.

Ukrywanie, zupełne przemilczenie względnie przedstawienie w innym zgoła świetle faktów kompromitujących Niemców, miało oprócz wyżej przytoczonego wypadku jeszcze kilkakrotnie miejsce między innymi przy omawianiu afery szpiegowskiej Dr. Lukaschka. Wynik procesu wygrywano przeciw Polakom przez przedstawienie polskiej służby wywiadowczej jako systemu prowokatorskiego, opartego na wzorach wschodnich, całej afery zaś jako rozmyślnie zainicjowanej celem pogłębienia nieporozumień polsko-niemieckich i dalszego rozniecania nienawiści narodowościowej.

W podobny sposób stawano w obronie stanowiska i prestige'u niemieckiego w innych sprawach, np. przy omawianiu szkolnictwa mniejszościowego. Prasa polska przedstawiając rozrost tego szkolnictwa w Województwie Śląskim wskazywała na anomalję pod tym względem na Śląsku Opolskim.

Prasa natomiast niemiecka podnosiła niesłuszność zarzutów polskich o systematycznym niszczeniu szkolnictwa polskiego na Śląsku Opolskim podając, że tamtejsza ludność narodowości polskiej nie zgłasza wniosków o szkołę mniejszościową i wykazując, iż najlepsze świadectwo wystawia władzom niemieckim fakt niezamknięcia swego czasu otwartych szkół mniejszościowych mimo, iż od roku 1925 nikt do nich nie uczęszczał.

Podobnych momentów możnaby przytoczyć więcej, jednak nie zmieniłyby one zasadniczej myśli wytycznej, stwierdzającej butę niemiecką pod każdym względem tak, jak nic nie zdoła zmienić faktu ciągłego podnoszenia przez Niemców rzekomej krzywdy, jaka im się dzieje ze strony Polaków, a co ważniejsze, ze strony władz i rządów polskich. Mowy przedstawicieli mniejszości niemieckiej w sejmach są tego najlepszym wyrazem. Wywody posła Piescha na posiedzeniu Sejmu Warszawskiego w dniu 26.1.1927 r. o

terrorze przeciwniemieckim na Górnym Śląsku prasa mniejszościowa przyniosła z podkreśleniem i komentarzami tego rodzaju jak np. iż nie można się spodziewać zmian pod tym względem, o ile koła znane z przeciwniemieckich wystąpień cieszą się specjalnym poparciem obecnego Pana Wojewody Śląskiego, przeciwko któremu ataki ze strony niemieckiej były w styczniu nader częste. Powodem tego poza wiadomością, że Pan Wojewoda jest członkiem ZOKZ, była także jego odpowiedź na zażalenie „Volksbundu", dotyczące nieprzyjęcia uczniów zgłoszonych na rok 1926/27 do szkół mniejszościowych na polskim Górnym Śląsku.

Odpowiedź ta stwierdzająca między innymi, że Rząd Rzeczypospolitej nie mógł przyjąć do wiadomości interpretacji Prezydenta Komisji Mieszanej jako niezgodnej nie tylko z literą, lecz także z duchem konwencji genewskiej, doręczona została Urzędowi Mniejszościowemu 13.1.1927 r. tj. w czasie pobytu na tutejszym terenie dyrektora sekcji mniejszościowej przy Lidze Narodów, Colbana, co Niemców niemile zaskoczyło, gdyż nie spodziewali się takiej stanowczości ze strony Rządu Polskiego.

Korzystając z obecności delegata Ligi Narodów przedstawili mu stosunki, w jakich mniejszość żyje w świetle możliwie czarnym, podkreślając jednocześnie swą lojalność względem Panstwa Polskiego mimo nieuwzględnienia – zdaniem ich – słusznych i możliwych do uwzględnienia żądań kulturalnych przez rządy polskie. Przy tej sposobności ponowili przed delegatem Colbanem swoją jeremjadę o terrorze ze strony Polaków, którą to sprawę referował poseł Sejmu Śląskiego Dr. Pant.

Wobec powyżej wspomnianej odpowiedzi Pana Wojewody na pogląd Prezydenta Komisji Mieszanej Calondera w sprawie szkół mniejszościowych, „Volksbund" odniósł się z zażaleniem do Ligi Narodów.

Prasa niemiecka donosząca o tym podkreślała, iż na takiej platformie, jaką polskie czynniki rządowe narzucić chcą Niemcom w kwestji szkolnictwa mniejszościowego, do obopólnego porozumienia nigdy nie dojdzie. Zdradzając ogólne podrażnienie odpowiedzią Pana Wojewody, prasa niemiecka podtrzymywała swych czytelników w przekonaniu, iż sprawa zostanie oddana do Ligi Narodów, zostanie po ich myśli rozstrzygnięta, podobnie jak Trybunał Międzynarodowy w Hadze rozstrzygnął spór o Chorzów i jak Sąd Rozjemczy przy Komisji Mieszanej rozstrzygnął w styczniu zażalenie mistrza kominiarskiego Klimasa z Rybnika w sprawie odszkodowania przez Rząd Polski, tj. po myśli poglądu niemieckiego.

„Prawda i prawo po naszej stronie" – oto zdanie i hasło, jakiem żyli Niemcy i jakiemu hołdowali.

Przed przejściem do omówienia ruchu organizacji niemieckich wspomnieć należy, że większy odgłos wywołało wśród Niemców przemówienie pana ministra Zaleskiego na bankiecie inauguracyjnym „Towarzystwa Badań Zagadnień Międzynarodowych". Prasa niemiecka komentowała to przemówienie bardziej wyczerpująco od prasy polskiej, usiłując je po części przedstawić jako chęć czynników rządowych przypodobania się endecji, która ostatniego exposé pana Ministra wygłoszonego podczas obrad Sejmu Warszawskiego nie przyjęła do wiadomości.

Dalej podnosiła prasa niemiecka, iż Rządowi Polskiemu chodziło o uspokojenie opinji publicznej, zaniepokojonej dyskusją międzynarodową na temat twierdz niemieckich na wschodzie Rzeszy i rzekomymi agresywnymi zamiarami niemieckimi względem Państwa Polskiego.

Pozatem koła niemieckie określiły mowę pana Ministra jako niefortunne wystąpienie, usiłując osłabić jego wywody przytaczaniem odgłosów niemieckiej prasy zagranicznej, podkreślając rzekomo pokojowe tendencje polityki niemieckiej.

Jeżeli zainteresowanie się Niemców mową pana Ministra Zaleskiego było wielkie, to nie mniej komentarzy i uwag poświęcili oni sprawie likwidacji „hurtów" białoruskich. Że w ogóle doszło do przygotowania powstania na terenach zamieszkałych przez Białorusinów, to zdaniem Niemców, wyłączną winę ponoszą w tem dotychczasowe rządy polskie, prowadzące nieumiejętną politykę narodowościową.

Prasa niemiecka wskazywała na możliwość powtórzenia się takich akcyj i na ujemne skutki odruchów narodowościowych w wypadku dalszego kontynuowania przez polskie czynniki rządowe dotychczasowej polityki względem mniejszości zamieszkującej Polskę. Przy tej sposobności prasa ta przynosiła aktualne artykuły o stosunkach narodowościowych w Rosji Sowieckiej – według których mniejszości narodowe cieszą się tam zupełną swobodą językową, autonomją kulturalną i polityczną.

Nie od rzeczy będzie wskazać także fakt rozszerzenia w ubiegłym miesiącu, podobnie jak w niektórych poprzednich okresach sprawozdawczych, pogłosek o mających nastąpić zmianach terytorialnych na Śląsku. Zwłaszcza w pasie granicznym ludność mówiła często o przyłączeniu niektórych miejscowości z powrotem do Niemiec w zamian za Chorzów. Uporczywie krążyły pogłoski o zmianach terytorialnych w powiecie lublinieckim. Źródła powstania tych pogłosek nie zdołano ustalić.

Jak częściowo z powyższego wynika, życie polityczne Niemców znalazło swój wyraz jedynie w prasie i wystąpieniach ich posłów, natomiast partie, z wyjątkiem DSAP, były nieczynne. Negatywne przedstawienie działalności partyj niemieckich odnosi się wobec tego do „Deutsche Partei" i „Katholische Volkspartei", które nie urządzały publicznych wieców i zebrań, utrzymując jedynie kontakt z wyborcami przez swych mężów zaufania i podległe organizacje zawodowe i społeczne.

Niepowetowaną stratę odniosła w okresie sprawozdawczym „Katholische Volkspartei", przez śmierć jednego z jej najwybitniejszych przywódców, senatora i posła na Sejm Śląski, Tomasza Szczeponika z Katowic.

Jako następcy zmarłego przewidziani są: do Senatu mistrz kominiarski Artur Gabrisch z Cieszyna, uchodzący za lojalnego Niemca, do Sejmu zaś Śląskiego robotnik cynkowni Konrad Kunsdorf z Wełnowca powiat katowicki, co do którego wiadomem, że pochodzi z rodziny czysto polskiej i dopiero w czasie plebiscytowym zaparł się swego pochodzenia, deklarując się ze względu na przyrzeczone korzyści materjalne jako Niemiec.

W przeciwieństwie do DP i KVP partja niemieckich socjalistów, tj. DSAP rozwijała normalną działalność w filjach lokalnych przez zwoływanie regularnych zebrań członków i sympatyków. W powiecie bielskim rolę DSAP spełniał „Politischer Wahlverein Vorwärts", urządzając szereg zgromadzeń publicznych, licznie frekwentowanych. Ruchliwość niemieckich socjalistów w powiecie bielskim była nadzwyczaj wielka, albowiem miesiąc styczeń był dla partji tzw. „miesiącem werbunkowym". Oprócz agitacji na wiecach partja kolportowała na tamtejszym terenie stosowne ulotki.

Nadmienić należy, że jako mówca na wiecach DSAP względnie „Politischer Wahlverein Vorwärts" występował głównie poseł Sejmu Śląskiego Jan Kowoll z Katowic, którego przemówienie cechowało wrogie stanowisko względem Państwa Polskiego, zwłaszcza w związku z likwidacją „hurtów" i aresztowaniem posłów białoruskich. Poseł ten kładł przy każdej sposobności wielki nacisk na to, by socjaliści niemieccy okazywali większą stanowczość w sprawach mniejszości narodowej. W niektórych wypadkach poseł Kowoll okazywał się żarliwszym patrjotą niemieckim od najwybitniejszych tutejszych nacjonalistów. Po konferencji PPS z socjalistami innych narodowości organ KVP

(Oberschlesischer Kurier) wyraził obawę, iż niemieccy socjaliści połączą się z socjalistami polskimi, na co poseł Kowoll umieścił w organie partyjnym oświadczenie, że przy konferencjach z PPS, nigdy nie ma mowy o połączeniu partyj socjalistycznych, lecz jedynie o współpracy, którą w interesie klasy pracującej uważa się za rzecz konieczną. Myśl utworzenia socjalistycznego bloku wyborczego do przyszłych wyborów sejmowych połączonych partyj socjalistycznych poszczególnych narodowości Polski z PPS, poseł Kowoll odrzucił jako nieaktualną i wykluczoną.

Na dobro działalności partyj niemieckich w ogólności zapisać należy ich cichą pracę agitacyjną w tych miejscowościach górnośląskiej części Województwa Śląskiego, w których listopadowe wybory gminne zostały unieważnione i przewidziane jest odbycie nowych wyborów. Zauważa się, iż Niemcom chodzi o osiągnięcie przy ponownych wyborach jeszcze lepszych wyników, niż to miało miejsce przy wyborach listopadowych.

Niemieckie organizacje zawodowe ulegające wpływom wyżej wspomnianych partyj politycznych, zwołały analogiczne jak polskie organizacje w poszczególnych filjach walne zebrania. Dążenia przywódców tych organizacji szły w tym kierunku, by utrzymać obecny stan członków. W tym celu prowadzili intensywną agitację przy każdej nadarzającej się sposobności. Kilku członków niemieckich organizacyj wybranych zostało starszymi Spółki Brackiej.

Szczególną wagę kładły niemieckie organizacje na wybory do Kasy Chorych w Katowicach, w którym to kierunku prowadzili intensywną agitację.

W wyborach tych odnosły one zwycięstwo, o czym wspominam w dziale II.

Z ruchu organizacyjnego niemieckich związków zawodowych na wyszczególnienie zasługuje zebranie grupy lokalnej „Deutscher Metallarbeiter-Verband" w Tarnowskich Górach, które odbyło się dnia 16.1 br., przy udziale około 50 osób. Referent poseł Buchwald (DSAP) omówiwszy obecną sytuację gospodarczą w Polsce wzywał robotników do organizowania się w niemieckich związkach zawodowych, dających rękojmię uzyskania poprawy bytu, w przeciwieństwie do polskich organizacyj zawodowych, których przywódcy nie zawsze znajdują zrozumienie dla swych postulatów u pracodawców.

Usiłując ustalić wpływy „Freie Gewerkschaften" w Bielszowicach, powiat katowicki, poseł Kowoll zwołał do tej miejscowości na dzień 30.1.1927 r. konferencję mężów zaufania, która została przez przeciwników politycznych rozbita, przyczem posła Kowolla lekko poturbowano. W związku z tem pojawiły się w prasie niemieckiej artykuły, atakujące władze za niedostateczne zagwarantowanie mniejszości niemieckiej bezpieczeństwa. Najwięcej krzyku podniósł na łamach „Volkswille" poturbowany poseł Kowoll urągając zjadliwie warunkom bezpieczeństwa.

Co do działalności nader licznych niemieckich organizacyj o charakterze społecznym humanitarnym, kulturalnym i wychowania fizycznego nadmienić wypada jedynie w ogólności, że działalność ta była nader ożywiona i cechowało ją wielkie powodzenie wśród społeczeństwa niemieckiego. Ubiegły miesiąc, jako okres walnych zebrań, wykazał dobitnie popularność i siłę tych zrzeszeń, które poza zebraniami urządzały silnie frekwentowane zabawy karnawałowe, przedstawienia amatorskie, wykłady i odczyty, jak również rozmaite kursy, ćwiczenia gimnastyczne etc.

Trudno przytaczać wszystkie charakterystczne momenty pod tym względem. Wystarczy podnieść, iż przygotowanie zabawy bielsko-białego „Männer- Gesangvereinu" pochłonęło sumę ponad 4 000 zł. oraz, że ze sprawozdania wygłoszonego na zebraniu delegatów „Deutscher Schulverein" w Tarnowskich Górach kasjer Heidrich podał stan kasy na 9 000 zł. z czego w ubiegłym roku wydano na cele kulturalne zwłaszcza

urządzenie wycieczek szkolnych przeszło 2 000 zł. Takiemi sumami operuje niemiecki związek szkolny w jednym powiecie stosunkowo mniej zaludnionym.

Stan kasowy w innych towarzystwach niemieckich jest naogół bardzo wysoki, o czem świadczyły sprawozdania z przebiegu walnych zebrań ogłaszane w prasie niemieckiej. M. i. grupa „Katholischer Deutscher Frauenbund" w Wielkich Hajdukach podała do publicznej wiadomości, że z okazji świąt Bożego Narodzenia obdarzyła 170 osób i na ten cel wydała 1 910 zł. W tej samej notatce wspomina się o tem, że „Górnośląski Związek Górniczo-Hutniczy" przekazał grupie Frauenbundu węgiel po stosunkowo niskiej cenie, który rozdzielono między ubogich.

Że związki niemieckie rozporządzają bardzo wielkimi sumami świadczyło także walne zebranie „Sterbekassenvereinu" w Tarnowskich Górach, na którym postanowiono bez szkody dla finansowego stanu związku zmniejszyć wstępne i miesięczne wkładki członkowskie, aby tylko zyskać dla związku jak najpokaźniejszą liczbę zwolenników.

Prawie na każdym walnym zebraniu omawianych oragnizacyj niemieckich stwierdzono wysoki przyrost członków w ubiegłym roku, co jest wysoce znamiennym dla tutejszych stosunków. Mniej uświadomiona ludność polska widząc wzrastające wpływy organizcyj niemieckich garnie się do nich – według relacyj poszczególnych powiatów – coraz bardziej. Wprawdzie nie deklaruje się zaraz na członków tych organizacyj, jednak bierze udział we wszystkich imprezach przez nie urządzanych. W powiecie rybnickim spotkano się natomiast z objawem, iż w mniejszych miejscowościach, w których Niemcy nie stanowią zorganizowanej masy, osoby znane z usposobienia niemieckiego usiłują wstępować w szeregi organizacyj polskich i zajmować nawet stanowiska w zarządach. Tendencje asymilacyjne są w tym wypadku nieprawdopodobne.

Powyższą charakterystykę życia niemieckiego uzupełnić należy jeszcze szczegółem, iż tak jak w okresie akcji przygotowawczej do wyborów gminnych w październiku i listopadzie ubiegłego roku, zachodziły w okresie sprawozdawczym wypadki bezpłatnego nadsyłania osobom znanym z chwiejnego stanowiska pod względem usposobienia narodowego oraz sympatykom ruchu niemieckiego, niemieckich czasopism jak „Kattowitzer Zeitung" i „Oberschlesischer Kurier".

Wypadki takie ustalono w powiecie tarnogórskim.

[...]

357

20.5.1927: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Wochen-Lagebericht (12.–18.5.1927)

20 V 1927r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne (12–18 V 1927r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 561

Sprawy mniejszościowe

Deutsche Katholische Volkspartei

urządziła w dniu 15.5 br. w Katowicach zjazd delegatów, przy udziale około 220 osób. Zjazd zagaił poseł na Sejm Śląski Konrad Kunsdorf, który w obszernym referacie wygłosił sprawozdanie o działalności partji w ubiegłym czasie, poczem następowały sprawozdania sekretarza oraz skarbnika partyjnego. Do nowego zarządu parti wybrano:

1 przewodniczącego posła na Sejm Śląski Dr. Edwarda Panta,

2 przewodniczącego posła na Sejm Śląski Konrada Kunsdorfa,

3 przewodniczącego radcę miejskiego Hugona Nowaka z Tarnowskich Gór,

1 sekretarza aptekarza Józefa Gärtnera z Katowic,
2 sekretarza właściciela fabryki Antoniego Hergera z Rybnika,
1 skarbnikiem Józefa Strożyka z Katowic,
2 skarbnikiem kupca Wilhelma Noglińskiego z Katowic.

W toku następujących obrad ustalono wysokość wkładki z członkowskiej na 2 zł. rocznie. Następnie uchwalono zmienić nazwę partji na „Deutsche Katholische Volkspartei". W związku z tym wyłoniła się dłuższa dyskusja za i przeciw zmianie nazwy partji, jednak zarząd względnie prezydjum zjazdu postulat ten przeprowadziło, przekonując większość obecnych o słuszności zmiany tem, że należy otwarcie podkreślić niemiecki charakter partji. W dalszych referatach podkreślano cel i dążenie partji. Dłuższe przemówienie polityczne wygłosił nowowybrany prezes Dr. Pant, który zaznajomił zebranych z programem partji oraz objaśnił, w jakim kierunku zamierza postępować, by pracować owocnie dla partji. Mówca nawoływał pozatem zebranych, by wytrwali na swoim stanowisku. Przemawiając na temat szkół mniejszościowych prosił obecnych, by czuli i myśleli po niemiecku i nie zapomnieli uczyć dzieci czytać i pisać i śpiewać w języku niemieckim. Przebieg zjazdu był spokojny.

Christlich-Sozialer Verein w Bielsku

Dnia 16.5.1927 r. odbyło się w sali „Viribus Unitis" w Bielsku sprawozdawcze zgromadzenie poselskie, w którym wzięło udział około 100 osób.

Przewodniczący zgromadzenia, urzędnik Kasy Chorych Strzelany z Bielska, po zagajeniu udzielił głosu posłowi na Sejm Warszawski Franzowi.

Mówca poruszył krótko wypadki majowe, przyczem analizował ówczesne oświadczenia Marszałka Piłsudskiego, że mniejszości narodowe są lojalne. Poddał krytyce oświadczenie wicepremjera Bartla, który przyrzekł posłom niemieckim równomierne traktowanie wszystkich obywateli Państwa bez względu na narodowość a tymczasem, gdy mu to przyrzeczenie później przypomniano oświadczył, że dla mniejszości narodowych nie może na razie nic uczynić, gdyż jest otoczony złodziejami i zbrodniarzami.

Tu mówca zaznaczył, że to niesprawiedliwe traktowanie było także powodem wniesienia do Sejmu Warszawskiego przez frakcję niemiecką różnych interpelacji, o których frakcja była z góry przekonana, iż nie zostaną uwzględnione, albowiem Niemców uważa się jako odwiecznych wrogów Państwa Polskiego.

Dalej omawiał projekt ustawy prasowej, ustawy o ordynacji wyborczej i ustawy o zgromadzeniach, przyczem podkreślił zgubne skutki tych ustaw dla mniejszości narodowych. W związku z tym nazwał Sejm Warszawski /dosłownie/ „Der Warschauer Sejm ist das größte Schlafhaus in Polen und riecht nach Stall".

W sprawie szkolnictwa zaznaczył, że Niemcy chcą niemieckiego porządku, a nie takiego, jaki Polacy i Galicjanie przenieśli. Krytykował ostro postępowanie poszczególnych związków polskich jak Związek Powstańców Śląskich i ZOKZ przy wyborach do rad gminnych na Górnym Śląsku, przyczem podniósł, że właśnie skutkiem tego postępowania zostało w Rybniku 20 osób ciężko rannych, których Wojewoda Śląski nie chciał widzieć, gdy mu ich przedstawiono i żądano sprawiedliwości.

Odnośnie do funkcjonariuszów policji, kolei i poczty, oświadczył w tonie ironicznym, że nie mogą się z Polakami z innych dzielnic Polski porozumieć, gdyż języka polskiego nie rozumieją - podając kilka wyrazów w narzeczu górnośląskim tendencyjnie przekręcanych, czem wywołał na sali wybuch śmiechu. Apelem do solidarności i wytrwałej walki zakończył referat.

Drugi mówca poseł na Sejm Śląski Dr. Pant, referował obszernie sprawę budżetu Sejmu Śląskiego i autonomji Śląska. Przykładowo przedstawił, że Górnoślązacy płacą przeciętnie 100% wyższe podatki, aniżeli w innych dzielnicach Polski. Poruszył również sprawę szkół niemieckich krytykując stronnicze postępowanie kleru polskiego i władz polskich w ogólności. To też według zdania mówcy Niemcy w ogóle nie potrzebują żadnej agitacji, albowiem Polacy swem postępowaniem i nieumiejętnym rządzeniem stanowią najlepszy środek agitacyjny na rzecz mniejszości niemieckiej i dziś według jego zdania jest na Górnym Śląsku więcej Niemców względnie ich zwolenników aniżeli za czasów zaborczych.

Dalej podniósł, że pożyczka zagraniczna dla Polski jest koniecznością, jednakowoż zaznaczył, że o ile ją otrzyma, to Polacy jej nie zużytkują tak, jak się należy, gdyż nie posiadają do tego odpowiedniej kwalifikacji, natomiast gdyby dopuszczono do dysponowania tą pożyczką przynajmniej jednego Niemca, toby pokazał, jak się gospodaruje. Jako wzór przedstawił Niemców, którzy po przegranej wojnie światowej tak udoskonalili swoją gospodarkę, iż nie tylko spłacili długi, ale zrównoważyli życie gospodarcze całowicie.

Żalił się na Wojewodę Dr. Grażyńskiego zarzucając mu, iż zaprosił na obrady Komisji Kodyfikacyjnej tylko Kluby polskie, a gdy poseł Pant przedstawił tę sprawę Marszałkowi Sejmu Wolnemu, ten w zakłopotaniu oświadczył /dosłownie/ „Der Wojewoda der arbeitet auch !". Domagał się zniesienia policji politycznej, która według jego zdania pracuje na sposób rosyjski, a praca taka nie jest pożyteczna.

Również i ten mówca apelował do solidarności i okrzykiem „Alles können sie uns rauben, aber unsere deutsche Seelen nicht" referat zakończył.

Naogół przemówienia obu posłów obfitowały wyłącznie w drwiny i plugawienie wszystkiego co polskie.

Verband der Hilfsvereine deutscher Frauen

odbył walne zebranie dnia 11.5.1927 r. w hotelu „Hr. Reden" w Królewskiej Hucie, przy udziale około 150 osób. Obecne były delegatki organizacyj kobiecych z Poznania, Bielska i Katowic, jak również przedstawiciele niemieckich organizacyj społeczno-humanitarnych jak „Deutscher Volkswohlfahrtsbund", „Verband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen", „Kulturbund" itp. Zebraniu przewodniczyła Dr. Rosa Speier, która złożyła sprawozdanie o działalności związku za rok ubiegły. Przemówienie zakończyła apelem do matek, by nie zapomniały o wychowaniu dzieci w duchu niemieckim. Kasjer „Volksbundu", Ronge, zdał obszerne sprawozdanie kasowe. Pod koniec zebrania przewodnicząca wręczyła krzyże honorowe /Ehrenkreuz/ 11-tu najbardziej zasłużonym współpracowniczkom dziękując im za ponoszone trudy i poświęcenia się. Innych spraw organizacyjnych nie poruszano.

Deutscher Katholischer Frauenbund - grupa miejscowa „Katowice-Zawodzie"

odbyła dnia 11.5.1927 zebranie członków przy udziale około 50 członkiń. Na zebraniu omawiano akcję zapomóg dla dzieci przystępujących po raz pierwszy do Św. Komunji, przyczem oznajmiono, że 30 dzieci otrzymało wsparcie pieniężne na zakup ubrań i świec. Następnie omawiano kwestję szkół mniejszościowych. Innych tematów nie poruszano.

Verband deutscher Katholiken - związek obwodowy w Królewskiej Hucie

odbył dnia 11.5 br. nadzwyczajne zebranie członków, na którym przy udziale około 80 osób, między innymi przemawiał poseł na Sejm Śląski, Goldmann. Mówca poruszył kwestję kasy pośmiertnej związku oraz sprawy zawarcia przez związek kontraktu ubez-

pieczeniowego na wypadek śmierci członków z towarzystwem ubezpieczeniowym „Assicurazioni Generali".

Na zakończenie nawoływał członków do gremjalnego wpisywania się na członków kasy pośmiertnej związku. Ze względu na sprzeciw niektórych zebranych, wiążących uchwał w tym kierunku nie powzięto. Przebieg zebrania był spokojny.

Deutscher Turn- und Sportbund in Polen - Królewska Huta /DSAP/

odbył walne zebranie, przy udziale 20-tu delegatów w dniach 14 i 15 maja br. w Domu Ludowym w Królewskiej Hucie. Zjazdowi przewodniczył poseł na Sejm Śląski Karol Buchwald. Przebieg zjazdu był następujący:

Dnia 14.5.1927 r. w godzinach wieczorowych nastąpiło przywitanie delegatów i gości między innymi: przedstawiciela ze Śląska Opolskiego, Zeldera z Zabrza. Pierwszy dzień zjazdu zakończono zabawą taneczną urozmaiconą śpiewem.

Drugi dzień zjazdu zagaił poseł Buchwald w godzinach przedpołudniowych. Porządek dzienny był następujący:

1. odczytanie protokółu z ostatniego walnego zebrania
2. sprawozdanie zarządu
3. dyskusja
4. referat towarzysza Zeldera
5. wybór zarządu
6. wolne wnioski

Poseł Buchwald w sprawozdaniu o działalności w roku ubiegłym podniósł trudności, na które związek napotyka w swoim rozwoju. Mówca ubolewał nad tem, iż Rząd Polski odrzucił wniosek DSAP o udzielenie subwencji związkowi, podczas kiedy nie szczędzi takowych polskim stowarzyszeniom. Następnie omawiano sprawy przystąpienia związku do centrali związków gimnastycznych w Warszawie. Projekt ten upadł – po przestudjowaniu statutu nadesłanego z Centrali z powodu rozbieżności ideałów wytkniętych w tych statutach. Sprawozdanie kasowe zdał skarbnik Przybyła. Następnie referował towarzysz Zelder z Zabrza na temat „Körperkultur und Arbeiterbewegung". Wymieniony pod koniec tego przemówienia podniósł życzliwość organizacji Śląska Opolskiego w stosunku do towarzyszy niemieckich w Polsce.

Do zarządu weszli: poseł na Sejm Śląski Buchwald jako 1. przewodniczący, Przybyła Paweł z Zawodzia jako 1 skarbnik, Konig /bliższych danych brak/ jako 1 sekretarz. Pozatem Dziemba jako przewodnik gimnastyczny, Kania jako przewodnik gry oraz 6 ławników.

W wolnych wnioskach omawiano sposoby skuteczniejszej propagandy w celu stwarzania jak najwięcej grup lokalnych. Mianowicie postanowiono zakładać wpierw kółka śpiewacze, do których młodzież bardziej się garnie, a następnie obok tych kółek zakładać grupy gimnastyczne. Dalej omawiano założenie czasopisma związkowego, przyłączenie się do Towarzystwa Ubezpieczeń od wypadków itp. oraz uchwalono wysyłanie dwóch delegatów na zjazd zwiazków sportowych, który odbędzie się w czasie Zielonych Świąt w Warszawie. Jako delegatów przeznaczono posła Karola Buchwalda oraz Gotfrieda Pietraszka z Bielska. Przebieg zjazdu był spokojny.

Deutscher Turnverein in Polen z siedzibą w Bydgoszczy

urządza tegoroczny zjazd turnerów w Katowicach w dniach 2 i 3 lipca br. Przygotowania około zorganizowania zjazdu powierzył wymieniony związek radzie nadzorczej związków gimnastycznych /Turnrat der Turngemeinde/ w Katowicach. Zjazd poprzedzą

popisy gimnastyczne dzieci dnia 26 czerwca br. urządzone przez wymienioną radę na własnem boisku w Katowicach.

[...]

358

16.12.1927: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Wochen-Lagebericht (8.–14.12.1927)
16 XII 1927r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne (8–14 XII 1927r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 561

[...]

Sprawy mniejszościowe

Deutsche Wahlgemeinschaft

Przywódcy tutejszych „Deutsche Partei" i „Deutsche Katholische Volkspartei" usiłowali nawiązać łączność z DSAP celem zblokowania się do przyszłych wyborów do ciał ustawodawczych. Zabiegi ich wypadły jednak negatywnie, gdyż, jak wiadomo, połączyła się DSAP z PPS. Wobec tego wspomniane partje postanowiły połączyć się w wspólny blok pod nazwą „Deutsche Wahlgemeinschaft" i wystąpić na terenie Województwa Śląskiego do wyborów samodzielnie.

Według informacyj konfidencjonalnych proponowano tutejszym stronnictwom niemieckim przyłączenie się do ogólnego bloku mniejszości narodowych w Polsce, co jednakże po dłuższych dyskusjach został odrzucone, albowiem przywódcy tych partyj wychodzą z założenia, iż wybory do ciał komunalnych w listopadzie 1926 r. przyniosły blokowi niemieckiemu zupełny sukces, wobec czego spodziewane jest, że również w przyszłych wyborach do ciał ustawodawczych Niemcy odniosą zwycięstwo.

Kiedy „Deutsche Wahlgemeinschaft" rozpocznie swoją kampanję agitacyjną niewiadomo, według jednak napływających informacji stronnictwa wchodzące w rachubę zastosować chcą taką samą taktykę, jaką posługiwały się podczas wyborów do ciał komunalnych. W pierwszym rzędzie przewidziana jest agitacja przy pomocy prasy. Przywódcy „Deutsche Partei" i „Deutsche Katholische Partei" odbywają w sprawach wyborczych bez przerwy konferencje, jednak zachowują daleko idącą ostrożność tak, iż nawet bliższe otoczenie o planach względnie szczegółach kampanji wyborczej ze strony niemieckiej nie jest poinformowane.

DSAP

W ubiegłych dniach odbyły się w różnych miejscowościach Województwa Śląskiego zebrania DSAP, na których omawiano sprawy wyborcze. Przeznaczeni do tego referenci otrzymali od posła Kowolla instrukcje, by na zebraniach występowali za zblokowaniem się z PPS. Stanowisko Kowolla popierał przedewszystkiem główny referent DSAP adwokat Dr. Glücksmann z Bielska twierdząc, że porozumienie to prędzej czy później przyjść musi, gdyż jest ono potrzebne w interesie klasy robotniczej. Większa część członków była przeciwną takiemu kompromisowi, żądając połączenia się z blokiem mniejszości. Sprzeciwiali się ponownemu wysunięciu kandydatury posła Kowolla. Dr. Glücksmann krytykował ostro stanowisko członków stojących w opozycji i miał oświadczyć, że gdyby pomimo wszelkich starań doszło do połączenia się z blokiem mniejszości, to jest on zdecydowany wystąpić z partji.

Dnia 9.12 br. odbyło się w Królewskiej Hucie zebranie DSAP przy udziale 65 członków, pod przewodnictwem Mazurka z Królewskiej Huty. Na porządku dziennym była sprawa przyszłych wyborów do ciał ustawodawczych oraz wybór delegatów na posiedzenie partyjne, mające się odbyć 11.12 br. w Katowicach. Po zagajeniu i przywitaniu zebranych zabrał głos Helmrich, który zapoznał zebranych z uchwałami zapadłymi na zebraniu partyjnem dnia 8 grudnia br. w Katowicach. Referent oświadczył, że DSAP z powodu braku odpowiednich funduszów koniecznie musi oprzeć się o inną partję. Następnie rozważano sprawę połączenia się z PPS. Stwierdzono, że większość przywódców „Deutsche Wahlgemeinschaft", zwłaszcza dyrektor huty i poseł Sejmu Śląskiego Sabass, wysuwają na pierwszy plan sprawy narodowościowe zamiast dobro klasy robotniczej, która nieraz podczas pertraktacyj o poprawę zarobków staczać musi zaciekłą walkę. Dlatego też mimo przeciwieństw zwyciężył na zebraniu pogląd, że DSAP winna raczej współpracować z PPS niż z „Deutsche Wahlgemeinschaft".

Dnia 11 bm. odbyła się w Katowicach konferencja okręgowa DSAP, przy udziale 75 delegatów i 5 gości. Konferencji przewodniczył Eugeniusz Peszke, płatny funkcjonariusz „Afa-Bund" z Katowic. Po zagajeniu zabrał głos poseł Kowoll, starając się przekonać zebranych, iż zblokowanie się z PPS jest koniecznie potrzebne, chociażby DSAP ponieść miała klęskę. Mówca podkreślił że pomimo, iż przeszłość PPS nie jest bardzo jasna, działała ona jednakowoż zawsze na korzyść klasy pracującej i broniła praw robotnika, czego od prawicowych partyj niemieckich nie można się spodziewać.

Następnie złożył sprawozdanie z poprzednio odbytej konferencji, przyczem wyjaśnił delegatom warunki zblokowania. Najkorzystniejsze warunki stawia PPS, bo przyznaje DSAP drugie miejsce w liście kandydatów w każdym okręgu wyborczym, na liście zaś państwowej piąte miejsce. „Niemiecka Wahlgemeinschaft" godzi się natomiast, ażeby kandydaturę DSAP postawić na drugim miejscu tylko w okręgu wyborczym Katowice, a w innych okręgach na miejscach, przy których zdobycie mandatu staje się niemożliwe. W dalszej dyskusji część dyskutantów stawiała Kowollowi trudności, nie podzielając jego poglądów, opozycji przewodził niejaki Mazurek z Królewskiej Huty. Wszyscy dyskutanci opozycyjni opierali się na tem, iż chociażby zblokowali się z PPS – to ta nie będzie ich uważała za równouprawnionych, lecz za zwykłych przeciwników. Zdaniem zatem opozycjonistów lepiej zaraz otwarcie zadokumentować różnice przez niełączenie się z PPS. Dyskusję zakończono na wniosek delegata z Górnych Łazisk poczem przystąpiono do głosowania. Zgodzono się na propozycję Kowolla, który domagał się tajnego głosowania na kartki. Wynik głosowania był następujący: Za zblokowaniem się z PPS oświadczyło się 52 delegatów, za połączeniem się zaś z Wahlgemeinschaft 23 delegatów. Na skutek powyższego zapadła uchwała zblokowania się z PPS, wiążąca wszystkich delegatów. Następnie dyskutowano nad sposobem finansowania wyborów. Przy tej sposobności oświadczył Kowoll, że podczas konferencji z PPS koszty wyborcze obliczone zostałe dla obu partyj po 7000 zł. W związku z tym wysuwano różne wnioski ze strony delegatów, mające na celu zebranie potrzebnych kwot. Delegat Brust proponował, aby zaciągnięto pożyczkę na poczet przyszłych djet poselskich, Kowoll zaś zaproponował, aby każdy członek wpłacił do kasy 5 zł. Rajwa z Małej Dąbrówki proponował, aby każdy członek wlepił do kwitariuszy 2 znaczki nadzwyczajne po cenie 2 zł. tzw. „Kampffondsmarke".

Wniosek ten został zaakceptowany. Następnie przystąpiono do dyskusji nad wyborem kandydatów, podczas której wskazywano na to, iż okręg bielski zgodził się na kandydaturę burmistrza Starego Bielska Lukasa. Z wysuniętych 4 kandydatów dla

okręgu górnośląskiego największą ilość głosów otrzymał Eugeniusz Peszke z Katowic, sekretarz związkowy „Afa-Bundu", który wobec tego będzie czołowym kandydatem DSAP na Górnym Śląsku. Podkreślić wypada, iż podczas dyskusji w sprawie finansowania wyborów nadmienił Kowoll, że zwrócił się w tej sprawie do Centrali socjalistów niemieckich w Berlinie, skąd otrzymał stanowczą odmowę. Sowa z Katowic oświadczył, że podczas jego pobytu w Berlinie miał sposobność rozmawiać z tamtejszymi towarzyszami w tejże kwestji. Otrzymał odpowiedź, iż nie są skłonni udzielić pieniędzy, albowiem nie mają pewności co do ich należytego zużycia. Przed zakończeniem konferencji oświadczył przewodniczący, że w dniu 12 bm. odbędą się rokowania z przedstawicielami PPS w sprawie uzgodnienia poglądu na sposób zawarcia kompromisu wyborczego. O tych rokowaniach podano bliższe informacje w dziale odnoszącym się do PPS.

Verband der Deutschen Katholiken in Polen

„Verband der deutschen Katholiken in Polen" wysłał do poszczególnych zarządów grup miejscowych okólniki z zawiadomieniem, że z ramienia związku organizuje się dla dzieci niemieckich wieczorki bajek, przeplatane śpiewami i przeźroczami. W tym celu wysyła główny zarząd na zamówienie grup miejscowych odpowiednich prelegentów, którzy zajmą się urządzeniem tego rodzaju wieczorków.

Koszty podróży oraz obsługi aparatu ponosi zamawiająca grupa.

Dnia 8.12 br. odbyło się w Wodzisławiu zebranie grupy miejscowej „Verband der Deutschen Katholiken in Polen" przy udziale około 250 uczestników. Zebraniu przewodniczył prezes grupy Józef Hyla, który po przywitaniu gości udzielił głosu ks. Krajczyrskiemu. Wymieniony wygłosił referat o stygmatyzowanej Teresie Neumann z Konnersreuth. Po odśpiewaniu kilku pieśni treści religijnej zakończono zebranie.

Analogiczne zebranie odbyło się 8.12 br. w Rybniku pod przewodnictwem Hergera z Rybnika przy udziale około 100 osób. Referat wygłosił również ks. Krajczyrski z Katowic na ten sam temat, jak na zebraniu w Wodzisławiu. Chór męski „Liederchor" odśpiewał kilka pieśni treści religijnej, poczem zebranie zakończono. Przebieg jego był spokojny.

Geselligkeitsverein „Glückauf" w Radzionkowie

Urząd Okręgowy w Radzionkowie w porozumieniu z Prokuraturą przy Sądzie Okręgowym w Katowicach rozwiązał niemiecki chór męski „Geselligkeitsvereinu Glückauf" w Radzionkowie z powodu, iż działalność tego związku mija się z celami określonymi w statucie i że koliduje z ustawą karną.

Według zebranych dowodów powyższe towarzystwo urządziło niektóre swoje zebrania na terenie Śląska Opolskiego i ma jako członków obywateli niemieckich, będących równocześnie członkami organizacji półwojskowej „Stahlhelm" oraz wysyła na zjazdy do Niemiec delegatów, którzy w imieniu towarzystwa demonstrują publicznie wierność swoją dla Niemiec.

Ostatnio miało to miejsce w roku 1924 na zjeździe śpiewaków niemieckich w Hanowerze.

Katholischer Gesellenverein w Mikołowie

Dnia 11.12 br. odbyło się walne zebranie „Katholischer Gesellenvereinu" w Mikołowie pod przewodnictwem ks. Fuchsa, przy udziale około 100 uczestników. Na porządku dziennym była sprawa obchodu święta Bożego Narodzenia, które uchwalono obchodzić wspólnie dnia 1.1 1928 r. Do powyższego towarzystwa przyjmowani są tylko Niemcy, na czele zaś jego stoją znani działacze niemieccy.

Chór kościelny w Małej Dąbrówce

Istniejący w Małej Dąbrówce niemiecki chór kościelny zwrócił się okólnikiem do urzędników zakładów Gieschego z prośbą o pomoc materjalną. Chór nie posiada zarządu. Na czele jego stoi jako dyrygent emerytowany nauczyciel niemiecki Paweł Stefan, pobierając emeryturę z Niemiec. Wymieniony jak również członkowie towarzystwa odnoszą się nieprzychylnie do Państwa Polskiego.

„Christliche Gewerkschaften"

Rozpoczęta w miesiącu listopadzie br. przez mężów zaufania „Christliche Gewerkschaften" akcja werbunkowa /tyg.spraw syt. Nr. 31 z 18.12.1927/ nie przyniosła według posiadanych informacyj - spodziewanego rezultatu. Akcja miało stosunkowo małe powodzenie w powiecie tarnogórskim i świętochłowickim. Tak np. w Wielkich Hajdukach, pow. świętochłowicki, przystąpiło do tamtejszej filji „Christliche Gewerkschaften" 30 nowych członków.

Z ramienia „Christliche Gewerkschaften" urządza się nadal wieczory dyskusyjne, o których pisałem w tygodniowym sprawozdaniu sytuacyjnym Nr. 29 z 5.12 br. str. 5, w szczególności w miejscowościach, w których posiadają większe filje. W Mysłowicach występuje jako wykładowca poseł na Sejm Śląski, Bernard Jankowski z Katowic. Treść dotychczas wygłoszonych referatów dotyczyła historji i geografji Polski oraz ustroju gospodarczego Państwa Polskiego. Uczestnicy wykładów urządzanych w Mysłowicach są członkami „Christliche Gewerkschaften" i pracują na kopalni Mysłowice. Według wiarygodnych informacyj zatrudnieni na tej kopalni urzędnicy - Niemcy zachęcają tutejszych robotników do brania udziału w wykładach. Podczas wykładów nie poruszał dotychczas poseł Jankowski tematów politycznych.

Freie Gewerkschaften

Dnia 4.12 br. odbyło się w Królewskiej Hucie zebranie mężów zaufania okręgu Śląskiego „Freie Gewerkschaften", przy udziale około 50 zebranych pod przewodnictwem posła Buchwalda. Obecny na zebraniu przywódca „Freie Gewerkschaften" Karger z Zabrza /Śląsk Opolski/ podniósł w swym przemówieniu zasługi członka „Freie Gewerkschaften" Marcina Kuzelli z Królewskiej Huty, jakie położył w ciągu swej 25-letniej pracy około rozbudowy „Freie Gewerkschaften" w Opolu i na Śląsku Polskim. Następnie omawiano sprawę wyborów do rady zakładowej w Hucie Królewskiej, przyczem jeden z zebranych zakomunikował, że polskie związki zawodowe dążyć będą do unieważnienia listy „Deutscher Metallarbeiterverband" na wypadek, gdyby członek tego związku Malanda /znany komunista/ z Królewskiej Huty, który nie przepracował jeszcze 3 lat w hucie Królewskiej, figurował na liście kandydatów DMV.

Malanda, który jako zastępca prezesa DMV był także obecny na tem zgromadzeniu, odpowiedział, że wobec przytoczonych argumentów rezygnuje z zamierzonej kandydatury. Kuzella oznajmił mężom zaufania, że dnia 8.12 br. odbędzie się w Katowicach zgromadzenie wybitnych przedstawicieli DSAP, na którym rozważany będzie projekt przyłączenia się do PPS albo do bloku mniejszości. O przebiegu tej konferencji donoszę w dziale opisującym działalność DSAP. Poseł Buchwald omawiając sprawę 8-godzinnego dnia pracy i zmiany na stanowisku komisarza demobilizacyjnego podkreślił, że dotychczasowy komisarz dem. ustąpił ze swego stanowiska, pod naciskiem związku pracodawców, ponieważ okazał się przychylnym dla spraw robotniczych. Ponieważ robotnicy domagają się obecnie przywrócenia 8-godzinnego dnia pracy z początkiem przyszłego roku, są oni zaniepokojeni ustąpieniem dotychczasowego komisarza dem. inż. Maskego, a to z tego powodu, iż arbiter przychylny robotnikom doprowadziłby

prędzej do zgody, ku pełnemu zadowoleniu zainteresowanych robotników. Pod koniec zebrania przemówił jeszcze Karger zastanawiając się nad sytuacją w przemyśle niemieckim w razie zaprowadzenia tam z dniem 1 stycznia 1928 r. 8-godzinnego dnia pracy. Mówca twierdził, że z powodu zapowiedzianego ze strony niemieckich pracodawców lokautu, zapowiada się tam decydująca walka o skrócony dzień pracy.

Dalsze posiedzenie mężów zaufania „Freie Gewerkschaften" odbyło się w Królewskiej Hucie dnia 5 grudnia br., przy współudziale mężów zaufania DSAP. Bawiący na tutejszym terenie prezes okręgowy „Freie Gewerkschaften" na Śląsk Opolski, Tim z Wrocławia, starał się na zebraniu zapoznań słuchaczy z projektem utworzenia przy „Deutscher Metallarbeiterverbandu" kasy emerytalnej i kasy ubezpieczenia na wypadek inwalidztwa. Projektodawcą tej kasy emerytalnej jest główny zarząd DMV w Stuttgarcie. Tim podkreślił, że DMV liczący obecnie 800000 członków, może stworzyć taką kasę emerytalną, która przy minimalnie tylko opłaceniu przez członków składek, może stać się korzystną dla klasy robotniczej. Projekt w ogólnych zarysach przedstawia się w ten sposób, że każdy członek wpłacałby tygodniowo 0,30 zł do kasy emerytalnej i po ukończeniu 60-tego roku życia otrzymałby niezależnie od renty państwowej rentę ze wspomnianej kasy emerytalnej. Obie renty umożliwiłyby każdemu robotnikowi egzystencję na stare lata. Kasa emerytalna przy DMV wypłacałaby również rentę robotnikowi przed ukończeniem 60 roku życia w razie nieszczęśliwego wypadku, uniemożliwiającego wykonywanie dalszej pracy. Mówca zaznaczył, że w razie zrealizowania powyższego projektu będą się wpisywać przedewszystkim na członków starsi robotnicy mogący w krótkim czasie uzyskać prawo emerytury, natomiast u młodzieży podobny projekt nie znalazłby poparcia. Dlatego też projekt ten przewiduje przymus należenia do kasy emerytalnej każdego członka DMV. Według oświadczenia Tima uzyskał projekt w całych Niemczech entuzjastyczne przyjęcie, a główny zarząd zamierza go wprowadzić w całym Państwie Niemieckim w październiku 1928 r. Z uwagi na rychłe zawarcie traktatu handlowego pomiędzy Polską a Niemcami, zmienią się napewno stosunki międzypaństwowe ku lepszemu tak, że zrealizowanie tego projektu w Polsce nie napotka na znaczniejsze trudności. Związek DMV posiada dotychczas na Polskim Śląsku tylko 2000 członków i należy – zdaniem mówcy – dołożyć wszelkich starań, aby do października przyszłego roku liczbę członków powiększyć do 7000. Na zapytanie jednego z obecnych, jak on sobie przedstawia sprawę istnienia organizacyj niemieckich na tutejszym terenie po wygaśnięciu konwencji genewskiej i czy przewidziana wkładka 30 groszy tygodniowo ze względu na ciężkie położenie robotnika w tutejszym przemyśle nie będzie za wysoką – oświadczył Tim, że DMV w roku 1937 będzie w Polsce istniał nadal z tą tylko zmianą, iż zerwie łączność z centralą Niemiec i utworzy centralę dla Polski, z siedzibą w Warszawie. Obawy zlikwidowania niemieckiej organizacji w Polsce po wygaśnięciu konwencji genewskiej są według zdania mówcy bezpodstawowe, ponieważ Rząd Polski, gdyby chciał to uczynić, musi wziąć pod uwagę organizacje polskie w zagłębiu Rury, co do których zastosowałby rząd niemiecki takie same represalje. Do przytoczonej uwagi, iż wkładki w wysokości 30 gr. będą za wysokie, oświadczył Tim, że dla Górnego Śląska możnaby wprowadzić zmianę i wkładkę tę odpowiednio obniżyć. Pod koniec zebrania poseł Buchwald zdał sprawozdanie z konferencji przedstawicieli Zespołu Pracy z nowomianowanym komisarzem demobilizacyjnym Galottem, która odbyła się w Katowicach dnia 4.12 br. w sprawie 8-godzinnego dnia pracy, poczem zebranie zakończono.

[...]

359

15.12.1928: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Wochen-Lagebericht

15 XII 1928r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Tygodniowe sprawozdanie sytuacyjne

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 563

VI. *Mniejszości narodowe*

a) *Niemcy*

Deutsche Katholische Volkspartei, zebranie w Katowicach

Dnia 8.12 br. odbyło się w Katowicach zebranie członków „Deutsche Katholische Volkspartei", przy udziale około 80 osób. Poseł ks. Krajczyrski zagaił zebranie, poczem wygłosił dłuższy referat o projektach podatkowych i to o podatku mieszkaniowym, obrotowym, majątkowym i o podatku od nieruchomości. Mówca krytykował dotychczasowe ustawodawstwo podkreślając, że pomimo statutu organicznego bardzo poważne sumy odprowadza się do Warszawy. W dalszych wywodach omawiał prelegent sprawy dotyczące autonomji śląskiej, przyczem domagał się nie tylko podtrzymania autonomji, lecz dalszego rozbudowania jej. Ponadto wspomniał o toczących się obecnie pertraktacjach w sprawie traktatu handlowego z Niemcami. Nad wygłoszonym referatem wywiązała się bardzo ożywiona dyskusja. Członkowie partji ze stanu kupieckiego żalili się na nadmiar handlu domokrążnego, który uprawiają Żydzi napływowi, niejednokrotnie bez zezwoleń i tym sposobem uchylają się od płacenia podatku. Dyskutanci zatrudnieni w koncernie Harrimanna żalili się na napływ obcokrajowców, których angażuje kapitał amerykański ze szkodą dla tutejszych starszych i dobrze wykwalifikowanych urzędników. Jeden z mówców dyskusyjnych poruszył sprawę paszportów zagranicznych, żaląc się na rzekome trudności ze strony władz bezpieczeństwa.

W końcowym przemówieniu wyjaśnił ks. Krajczyrski sprawy poruszone przez dyskutantów, poczem zachęcał zebranych do dalszej intensywnej pracy dla dobra partji, na czem zebranie zakończono.

DSAP Królewska Huta

Dnia 7.12.1928 odbyło się w Królewskiej Hucie miesięczne zebranie członków miejscowej grupy DSAP, przy udziale około 60 osób. Macke z Królewskiej Huty omawiając sprawę szkolnictwa mniejszościowego na Śląsku Opolskim i na Śląsku Polskim usiłował wykazać liberalniejsze stanowisko rządu niemieckiego, przyczem żalił się, że skargi wnoszone do Rady Ligi Narodów nie zawsze były załatwiane w myśl życzeń mniejszości, a to z tego powodu, że Liga Narodów składając się przeważnie z państw zwycięskich, dba w większej części wyłącznie o własne interesy narodowe. Celem obrony swych praw w przyszłości powinien każdy robotnik dążyć do uświadomienia politycznego oraz starać się o wzrost ilości członków partji, aby w ten sposób uzyskiwać odpowiednio silne przedstawicielstwo w Sejmie, mogące bronić swych praw w drodze parlamentarnej. Wspomniał o ustawicznym fermencie, jaki mimo głozenia haseł pacyfistycznych, panuje w całym świecie i zauważył, że ferment ten może z czasem doprowadzić do zamieszek. Nadmienił przy tej sposobności o polityce Litwy, zagrażającej pokojowi europejskiemu oraz napomknął, że dzięki niesprawiedliwości Śląsk został podzielony.

Następnie mówca Mazurek z Królewskiej Huty zdał sprawozdanie z przebiegu ostatniego posiedzenia rady miejskiej, powiadamiając zebranych o udzieleniu subwencji dla bezrobotnych, wdów i sierot, weteranów francuskiej wojny oraz przyznaniu większej

kwoty na urządzenie „gwiazdki" dla biednych. Poruszył również sprawę opłakanych stosunków mieszkaniowych w Królewskiej Hucie, wspominając o braku jakiejkolwiek inicjatywy ze strony władz miejskich w tym kierunku, zaznaczając równocześnie, że i miejscowe szkoły mniejszościowe nie posiadają należytego pomieszczenia.

DSAP powiat Katowice

Dnia 9.12 br. odbyło się w Siemianowicach zebranie członków miejscowej grupy DSAP, przy udziale około 70 osób, przeważnie kobiet. Przewodniczący Nitsch Jerzy z Siemianowic wskazał na działalność „Arbeiterwohlfahrt" w Niemczech oraz zakomunikował o mającym się odbyć w Siemianowicach w dniu 23 bm. obchodzie gwiazdkowym dla członków DSAP i pokrewnych stowarzyszeń. Resztę programu wypełniło wyświetlanie obrazów świetlnych, przedstawiających przytułki dla starców, wybudowanych w różnych miastach Niemiec przez związek „Arbeiterwohlfahrt".

Bund für Arbeiterbildung powiat Pszczyna

Dnia 8 XII br. odbyło się w Mikołowie zebranie miejscowej grupy związku „Bund für Arbeiterbildung" przy udziale około 40 osób. Na zebraniu Szeja Stanisław z Mikołowa wygłosił wykład, w którym wyjaśniał zebranym w sposób ściśle naukowy objawy stygmatyzacji w Konnersreuth.

Bund für Arbeiterbildung powiat Świętochłowice

Dnia 5.12 br. odbyło się w Wielkich Hajdukach zebranie miejscowe grupy „Bund für Arbeiterbildung", przy udziale około 30 uczestników. Poruszano sprawy wewnętrzno-organizacyjne.

VDK powiat Świętochłowice

Dnia 9.12 br. odbyło się w Nowym Bytomiu zebranie miejscowej grupy „Verband Deutscher Katholiken", przy udziale 25 członków. Omawiano sprawy jakie mają być poruszane na generalnym zebraniu, które ma się odbyć w niedługim czasie w Nowym Bytomiu.

VDK powiat Bielsko

Grupa miejscowa wymienionego związku w Kamienicy urządziła w dniu 8 bm., przy udziale około 60 osób zebranie swych członków. Na zebraniu kierownik niemieckiej szkoły Kratochwil z Bielska omawiał żądania i znaczenie katolicyzmu, zaś poseł na Sejm Śląski Schoppa scharakteryzował znaczenie niemieckiej prasy, wzywając obecnych do popierania pism niemieckich o charakterze katolickim.

Beskidenverein powiat Świętochłowice

Dnia 6.12 br. odbyło się w Nowym Bytomiu zebranie związku „Beskidenverein", przy udziale około 30 osób, na którym wygłoszony został referat na temat turystyki w Beskidach.

Związek Bankowy „Bankverein" powiat Pszczyna

Drogą wywiadu poufnego uzyskano wiadomość, że dnia 30.11 br. odbyło się w mieszkaniu pastora Harlfingera w Golasowicach zebranie konstytucyjne Towarzystwa Bankowego. Według niestwierdzonych wiadomości, instytucja ta ma się oprzeć o niemiecki Bank w Pszczynie i będzie zasilana kapitałami z Niemiec. W Golasowicach około 90 % ludności jest wyznania ewangelickiego, lecz narodowości polskiej. Pastor Harlfinger sprowadził niedawno do Golasowic niemieckie djakoniski oraz zorganizował niemiecką orkiestrę.

Freiwillige Sterbekasse powiat świętochłowicki

W dniu 8.12 br. odbyło się w Wielkich Hajdukach zebranie „Freiwillige Sterbekasse" urzędników huty „Bismarcka", przy udziale około 120 osób. W zebraniu brali

udział urzędnicy Polacy i Niemcy, z powodu jednak zmajoryzowania pierwszych przez Niemców opuścili Polacy na znak protestu zebranie, poczem dopiero wybrano nadal dotychczasowy niemiecki zarząd.

Freie Turner Królewska Huta

Dnia 8.12 br. odbyło się w Królewskiej Hucie zebranie członkowskie związku „Freie Turner", przy udziale około 35 członków. Omawiano sprawy „gwiazdki", przedstawień teatralnych i ćwiczeń członków, jakie mają się odbyć w dniu 6.1.1929 r.. Przewodniczący Kuzella z Królewskiej Huty odczytał pismo, nadesłane z miejscowego kartelu „Freie Gewerkschaften", żądające przedkładania sprawozdań z różnych zabaw, występów i innych imprez związku, celem umieszczenia ich w międzynarodowej prasie robotniczej /„Internationaler Arbeiter-Pressedienst"/. W końcu podał program socjalistycznych związków sportowych na rok 1929 oraz skreślił ich działalność za rok 1928.

[...]

360

9.11.1929: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Lagebericht 9 XI 1929r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 568

I. *Sytuacja ogólna mniejszości niemieckiej województwa śląskiego*

Uwaga mniejszości niemieckiej w tutejszym województwie skierowana jest przedewszystkiem na zbliżające się wybory komunalne. Do wyborów tych czynią intensywne przygotowania tak niemieckie mieszczańskie partje polityczne, jak również partja „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei", która obrała sobie za teren działania przedewszystkiem powiaty o liczniejszej ludności robotniczej /powiat katowicki, świętochłowicki, miasto Królewska Huta/. Prasa niemiecka wskazując na znaczenie wyborów, czy to w drodze artykułów propagandowych, czy też objaśniających przepisy wyborcze, nawołuje ustawicznie swych czytelników do uwagi i do spełnienia obowiązku wyborczego.

II. *Życie polityczne*

Akcja niemieckich stronnictw politycznych „Deutsche Katholische Volkspartei" i „Deutsche Partei" ześrodkowała się w okresie sprawozdawczym w dużej mierze we wzmożonej działalności przygotowawczej do wyborów komunalnych.

Na pierwszy plan podnieść wypada odbycie się w dniu 24.10 br. w Katowicach posiedzenia mężów zaufania organizacji, należących do „Deutsche Wahlgemeinschaft", przy udziale 48 osób /45 mężczyzn i 3 kobiety/. Przewodnictwo posiedzenia objęli posłowie niemieccy Jankowski i Franz oraz znani niemieccy działacze Walden, Schneider, Adaschkiewicz, inż. Kauder, sztygar Glusa i Marcy. Po zagajeniu zebrania przez posła Franza, wygłosił główny referat, poświęcony wyborom, poseł Jankowski, wzywając zebranych do intensywnej działalności w tym kierunku. Zdaniem mówcy należy się spodziewać, że „i tym razem" kwestionowanym będzie ze strony polskiej przynależność państwowa członków mniejszości niemieckiej, aby tym sposobem pozbawić ich prawa głosowania. Mówca uważa za wskazane zastosowanie analogicznego postępowania ze strony niemieckiej w stosunku do Polaków. W końcu referatu wspominając o wizycie przedstawicieli Ligi Narodów w Katowicach Jankowski zaznaczył, jakoby delegacja stwierdziła, iż w Warszawie zalega około 2 900 spraw spornych tutejszej mniejszości niemieckiej.

Następnie poseł Franz w przemówieniu swojem poruszył sprawy technicznego przeprowadzenia wyborów, przyczem zaznaczył, że każdy z delegatów otrzyma w tym względzie opracowany szczegółowo okólnik, jak należy postępować w poszczególnych wypadkach.

Jednocześnie podano zebranym do wiadomości, iż generalnym komisarzem wyborczym z ramienia „Deutsche Wahlgemeinschaft" jest poseł Franz, natomiast sekretarzem bliżej tu nieznany Marcy. Sprawy pisemne załatwia panna Pohl, która stale zatrudniona jest w sekretariacie „Deutsche Katholische Volkspartei". Poseł Franz nadmienił, iż należy przygotować listę kandydatów w poszczególnych miejscowościach i przesłać takową do sekretariatu. Definitywne akceptowanie list kandydatów ma nastąpić w najbliższych dniach.

W dniu 27.10 br. odbyło się w Nowym Bytomiu, powiat świętochłowicki, zebranie „Deutsche Wahlgemeinschaft", pod przewodnictwem Ryszarda Franka z Nowego Bytomia, przy udziale około 30 osób. Wymieniony po zagajeniu zebrania objaśnił ordynację wyborczą, poczem nawoływał do intensywnej agitacji na rzecz „Deutsche Wahlgemeinschaft".

W dniu 30.10 br. odbyło się również w Świętochłowicach zebranie „Deutsche Wahlgemeinschaft" przy udziale około 30 osób pod przewodnictwem Włodarza [Wlodasch], byłego posła z Świętochłowic. Wymieniony wygłosił referat na treść wyborów komunalnych [!]. Przedstawił on zebranym ważność wyborów oraz podkreślił potrzebę skupienia się mniejszości niemieckiej w „Deutsche Wahlgemeinschaft". Następnie niejaki Wilhelm Dyrda z Świętochłowic wygłosił przemówienie na treść pielęgnowania [!] kultury niemieckiej wśród Niemców zamieszkałych w Polsce.

Akcję agitacyjną przedwyborczą prowadzi także, niezależnie od Wahlgemeinschaft, sama Deutsche Katholische Volkspartei, czego dowodem jest uzyskany drogą konfidencjonalną okólnik Nr. 2, wysyłany do członków, a zawierający kalendarz wyborczy, przypomnienie zastosowania się do terminów w tym kalendarzu oraz zapodanie adresu okręgowych mężów zaufania, którzy mogą udzielić wszelkich pożądanych wyjaśnień.

Dalszym dowodem tego jest zebranie w dniu 20.10 br. w Wodzisławiu, powiat Rybnik, członków Katholische Volkspartei, przy udziale około 55 osób z Wodzisławia i okolicy. Zebranie to zagaił Eugenjusz Krzoska, miejscowy wybitny działacz „Volksbundu", poczem przemawiali na temat wyborów komunalnych Tyrtanja, wybitny działacz „Volksbundu" z Żar, powiat Rybnik, poseł Franz i Goldmann z Królewskiej Huty. Nawoływali oni obecnych do pracy agitacyjnej na rzecz Deutsche Wahlgemeinschaft i tworzenie [!] jednolitego niemieckiego frontu wyborczego.

Gdy – jak z powyższego przedstawienia sprawy wynika – pomiędzy niemieckimi mieszczańskimi stronnictwami politycznymi na terenie górnośląskiej części tutejszego województwa nie wyłoniły się różnice w taktyce wyborczej i podziale mandatów, to na obszarze cieszyńskiej części tutejszego województwa sprawa jednolitego frontu niemieckiego dotychczas nie jest zadecydowana. W obozie niemieckim, w Bielsku, przeciwdstawiła się idei jednolitego frontu niemieckiego Deutsche Soziale Partei, która wystawiła własną niezależną listę pod nazwą „Deutsch-Sozialer Block". Dwie inne partje polityczne niemieckie mieszczańskie tj. Deutsche Partei i Christlich-Soziale Partei zjednoczyły się w jednym bloku pod nazwa „Deutsche Wahlgemeinschaft".

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei

Partja ta bierze udział w wyborach komunalnych samodzielnie. Dnia 20.10 br. odbyło się w Nowym Bytomiu, powiat świętochłowicki, miesięczne zebranie DSAP, przy udziale 10 osób pod przewodnictwem Hermanna Hai, przewodniczącego miejscowej grupy, zamieszkałego w Nowym Bytomiu. Wymieniony przemawiał o fakcie, że DSAP idzie do wyborów samodzielnie bez łączenia się z PPS i wzywał obecnych do intensywnej agitacji przedwyborczej.

Dnia 25.10 br. odbyło się w Królewskiej Hucie zebranie miejscowej grupy DSAP, przy udziale 45 osób pod przewodnictwem Mazurka. Po odczytaniu protokółu z ostatniego zebrania zabrał głos członek zarządu miejscowej grupy Knappik, który zdał sprawozdanie z kongresu partji DSAP, odbytego w dniach 5 i 6.10 br. w Łodzi. Z objaśnienia Knappika okazuje się, że z ramienia partji brali udział w kongresie Knappik, Korzellowa i Kowollowa. Treści obrad kongresu Knappik nie powtarzał. Po krótkim przemówieniu Knappika zdał przewodniczący Mazurek sprawozdanie z ostatniego posiedzenia rady miejskiej, poczem apelował do zebranych, aby przystąpili do związku Bund für Arbeiterbildung i Volksoper. W końcu uchwalono urządzić w dniu 9.11 br. obchód rocznicy przewrotu i zakończenia wojny światowej.

W dniu 27.10 br. odbyło się w Świętochłowicach zebranie DSAP i Freie Gewerkschaften pod przewodnictwem Sowy z Świętochłowic, przy udziele około 60 uczestników. Wymieniony oddał głos byłemu posłowi Kowollowi, który wygłosił dłuższy referat na temat wyborów komunalnych i streścił walkę wyborczą prowadzoną przez klasę robotniczą z ugrupowaniami politycznymi włościan i klasy posiadającej. Wymieniony jak również następny mówca Sowa krytykowali naogół gospodarkę gminną. Sowa apelował do zebranych, by podjęli się intensywnej pracy w okresie przedwyborczym na rzecz partji. W dalszym ciągu przemawiał członek PPS nieznanego dotychczas nazwiska, który wzywał zebranych, aby wysuwali jedynie takich kandydatów, którzy dają odpowiednią rękojmię, że będą bronili interesów klasy robotniczej. Następnie przemawiał ponownie Kowoll, który uwypuklił powód pójścia do wyborów osobno bez łączenia się z PPS, zaznaczył jednak, że mimo to lista DSAP zostanie połączona z listą PPS.

Dnia 27.10 br. odbyło się zebranie DSAP w Rozdzieniu, powiat Katowice, przy udziale około 25 osób, któremu przewodniczył Konieczny z Szopienic tegoż powiatu. Na zebraniu tem składał sprawozdanie ze zjazdu delegatów DSAP w Łodzi niejaki Ziaja z Janowa, który podkreślił doniosłość połączenia się niemieckich partji socjalistycznych w Polsce. Referat o sytuacji gospodarczej i politycznej wygłosił niejaki Rajwa z Małej Dąbrówki, powiat Katowice, poczem w dyskusji poruszano sprawy wyborów komunalnych. Przemówienie agitacyjne łącznie z kampanją przedwyborczą wygłosił Ziaja, podkreślając konieczność podjęcia agitacji wśród kobiet, które ulegają wpływom księży. Analogiczne zebranie odbyło się w Mysłowicach, powiat Katowice, przy udziale 28 członków. Referat organizacyjny wygłosił Lepich z Mysłowic a o sprawach zjazdu delegatów w Łodzi i powziętych tamże uchwałach referował Ziaja z Janowa, powiat Katowice. Na obu tych zebraniach nie powzięto uchwał zasługujących na uwagę.

Co do samej pracy przygotowawczej do wyborów komunalnych przeprowadzanej przez DSAP zaznaczyć należy, że uwydatnia się ona w tym kierunku, iż z ramienia zarządu okręgowego stronnictwa wykonywany jest nadzór w poszczególnych gminach nad pracami przygotowawczymi do wyborów. Stronnictwo DSAP opublikowało, że samodzielnie występuje do wyborów i tylko w wyjątkowych wypadkach zawiera kompromis z PPS. W niektórych miejscowościach, jak np. Szopienicach, usiłuje element

komunistyczny zawrzeć kompromis z DSAP. Próby te jednak spotykają się z odmową. W ostatnim czasie ze względu na stwierdzone ze strony zarządu niedostateczne przygotowania prawie wszystkich filji DSAP do kampanji wyborczej, wydał były poseł Kowoll pod datą 30.10.1929 r. w imieniu zarządu okręgowego stronnictwa specjalny okólnik, zawierający wskazówki natury organizacyjnej i taktycznej. Kowoll zwraca uwagę, że obecna sytuacja polityczna jest bardzo poważna i z tego powodu należy się liczyć z ostrą walką przeciwników. Kowoll, który prowadzi cały kampanię przedwyborczą, oprócz okólnika, o którym wyżej mowa, rozesłał do różnych placówek lokalnych, kwestjonariusz w sprawie zapotrzebowania materjału agitacyjnego.

Akcja polityczna „Volksbundu"

W dniu 23.10.1929 r. przedstawiciele Ligi Narodów Anguirre de Carcer oraz prof. Azcarate w czasie pobytu w Katowicach wysłuchali zażaleń kierowników Volksbundu, którzy przedstawili im rzekomy stan ucisku mniejszości niemieckiej na tutejszym obszarze. W audjencji tej wzięli udział ze strony niemieckiej prezydent Volksbundu książę Pszczyński [Hans Heinrich XV Fürst Pleß], senator Dr. Pant, poseł Franz i członkowie zarządu Volksbundu: Ulitz i Dudek. Książę Pszczyński oświadczył przedstawicielom Ligi, że Volksbund jest organizacją ochrony mniejszości niemieckiej i zapewniał o lojalności tej organizacji w stosunku do Państwa Polskiego. Działalność Volksbundu oparta jest – jak się wyraził – na Konstytucji i konwencji genewskiej, które to prawa – jego zdaniem - mają być przez władze polskie respektowane. W szczególności zwrócił on uwagę na rzekome upośledzenie szkolnictwa mniejszościowego i upośledzenie Niemców z powodu ich przynależności do mniejszości. Prosił on w dalszym ciągu, by skargi zanoszone do Ligi Narodów były na terenie Ligi wyczerpująco badane i stosownie osądzane. Następnie Ulitz wręczył Ministrowi Anguirre de Carcer 2 tabele, z których jedna zawierała praktyczne zestawienie praw ochrony mniejszości z konwencji genewskiej, a druga przedstawienie szkolnictwa mniejszościowego oraz w sposób tendencyjny przedstawił historję rozwoju niemczyzny na Śląsku, zaczynając od wieku XI, kiedy to „Śląscy Piastowie powołać mieli do kraju niemiecką szlachtę, kupców, rzemieślników i chłopów". W roku 1335 – według wywodów mówcy – Polska zrezygnowała całkowicie z Górnego Śląska, który od tego czasu nigdy nie był polski. Rozwój niemczyzny na Śląsku miał charakter wybitnie pokojowo-kulturalny /?!/. Zdaniem Ulitza – za niemieckich czasów nie istniał wrogi stosunek między ludnością polską a niemiecką, jakkolwiek nie da się zaprzeczyć, że zachodziły pewne niesprawiedliwości. Według jego dalszych wywodów – dzisiaj także pragną obie narodowości żyć w zgodzie. Liczba członków mniejszości niemieckiej dochodzić ma do wysokości 300 000 osób. Niemczyzna ta ma być obecnie zagrożoną. W szczególności szkoły mniejszościowe mają być przedmiotem ataków władz polskich. Szkoły te – według wywodów mówcy – pozbawione są odpowiednich pomieszczeń, oraz sił nauczycielskich, czego rezultatem ma być przepełnienie szkół i skrócenie nauki. W dalszym ciągu twierdził Ulitz, że wolność publicznego posługiwania się językiem niemieckim została ograniczoną, a jako przykład podał, że jakkolwiek miasto Katowice w większości jest miastem niemieckim, to jednak pod naciskiem władz usunięte zostały niemieckie napisy firmowe. Poruszył także sprawę zniesienia napisów niemieckich w kinach oraz brak niemieckiego tłumaczenia wydawanych obwieszczeń urzędowych. Z kolei senator Dr. Pant żalił się na rzekomo stosowane surowe rygory wobec prasy niemieckiej. Poseł Franz prowadził wywód na temat rzekomego upośledzenia niemieckiej katolickiej mniejszości narodowej. Według jego zdania – państwowe patronaty nie są

nadawane duchownym należącym do mniejszości. W odpowiedzi Minister Anguirre de Carcer zaznaczył, że sprawia mu to zadośćuczynienie, iż wszyscy niemieccy zastępcy na konferencji podkreślili swoje jasne stanowisko odnośnie do Państwa Polskiego i że żądają jedynie przestrzegania przysługujących im praw. Rada Ligi Narodów – jak zaznaczył – wychodzi z dwóch zasad, tj z jednej strony kładzie nacisk na suwerenność państw, a z drugiej na przestrzeganie obowiązujących układów. Anguirre przyjął z zadowoleniem do wiadomości, że pomiędzy polską a niemiecką ludnością nil istnieją wrogie stosunki oraz oświadczył, że przedstawione wywody będą dlań wartościowym materjałem informacyjnym. Wreszcie zaznaczył, że omówi te sprawy z Rządem Polskim, którego jest gościem.

Akcja polityczna „Deutsche Gewerkschaften"

Z ramienia związku Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften przedstawił były poseł Jankowski delegatom Ligi Narodów następujące zażalenie. Działalność niemieckich Gewerkschaften na Górnym Śląsku, zagwarantowana postanowieniami konwencji genewskiej ma być naruszona. W szczególności komunikowanie się tych związków z zagranicznemi ma być utrudnione, wskutek wysokich opłat paszportowych, wymiana druków i materjałów narażoną na trudności, wskutek wysokich opłat celnych, członkowie organizacji, które[!] posyłają dzieci do szkół mniejszości, mają być gorzej traktowani. Mieszkania w kołoniach robotniczych mają być przydzielane tylko członkom polskich organizacyj, a bezrobotni, jeżeli należą do mniejszości - mają być pozbawieni wsparcia - oraz podniósł inne tego rodzaju żale.

Akcja polityczna „Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund"

Zarząd wymienionego stowarzyszenia jawił się w dniu 23.10 br. u delegatów Ligi Narodów Ministra Anguirre i prof. Azcarate, a przewodniczący tegoż Brzoska podniósł, że Volksbund, który początkowo przez wszystkich Niemców uważaną był za organizację, mającą na celu doprowadzenie po plebiscycie do porozumienia między polską a niemiecką ludnością śląską i umożliwienie współżycia z narodem polskim, stał się organizacją wojową [!] i zajął stanowisko wrogie i opozycyjne w stosunku do polskości. Wobec tego lojalnie usposobieni Niemcy widzieli się zmuszeni założyć Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund, aby szukać w ten sposób możności wyrównania przeciwieństw między społeczeństwem polskiem a niemieckiem w myślu programu:

1. Propagowanie i utrzymywanie niemieckiej kultury i gospodarki,
2. Osiągnięcie swych celów przez wzajemną, pełną zrozumienia współpracę dla dobra Polski i jej obywateli,
3. przestrzeganie prestige'u u Polski pod każdym względem, także zagranicą i publiczne zajmowanie stanowiska przeciw wszystkim, którzy mają na celu szkodzenie Państwu Polskiemu.

Minister Anguirre de Carcer podziękował za powyższe wywody i życzył stowarzyszeniu możliwie szybkiego i potężnego rozwoju. Zaznaczył on, że wszystkie państwa świata stoją na tym stanowisku, iż mniejszościom winna być zagwarantowana kulturalna i gospodarcza działalność, z drugiej strony jednak mniejszości winny okazywać uczciwą i ochotną współpracę dla dobra państwa, w którym żyją. Minister dał bez zastrzeżeń wyraz swemu przekonaniu, że poważna i jasna działalność Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbundu odniesie pożądane rezultaty.

Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund założył w ostatnim czasie w Janowie, kolonja Giszowiec, powiat katowicki, grupę miejscową, liczącą około 20 członków. Zarząd grupy składa się z następujących osób:

Zok Arnold – przewodniczący,
Śliwka Jan – zastępca przewodniczącego,
Rochstein Jan – sekretarz,
Kupka Eryk – zastępca sekretarza,
Lis Andrzej – skarbnik
Na ławników wybrani zostali:
Zok Karol, Budy, wszyscy zamieszkali w Giszowcu. Do chwili obecnej, poza ukonstytuowaniem się zarządu, nie rozwija miejscowa grupa dalszej działalności.

Dodatkowo donosi się, że dnia 15.9 br. odbyło się w Nowym Bytomiu, powiat świętochłowicki, zebranie lojalnych Niemców, na którym założono filję związku „Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund". Zarząd filji składa się z następujących osób: Henryk Süssmut – przewodniczący, Franciszek Szendzielorz – zastępca przewodniczącego, Alfred Proksza – sekretarz, Jan Leidok- zastępca sekretarza, Józef Ćwielong – skarbnik, Nikodem Izydorczyk – ławnik, Serafin Pietrywa – ławnik, Jan Koszmor – ławnik, Ludwik Niemczyk – ławnik, Augustyn Szolz – ławnik, wszyscy z Nowego Bytomia. Ilości członków filji nie zdołano dotychczas stwierdzić.

III. *Prasa mniejszościowa*

Cała prasa mniejszości niemieckiej, z wyjątkiem „Neues Schlesisches Tagblatt", z wielkim entuzjazmem rozpisuje się w obszernych artykułach o przylocie sterowca napowietrznego „Zeppelina" na Śląsk Opolski. „Der Oberschlesische Kurier" z 19.10.br. został skonfiskowany za artykuł pt. „Der Zeppelinempfang in Oberschlesien" za umieszczenie telegramu radjowego opolskiego starosty krajowego.

Wniesienie zażalenia przez Związek Polaków Śląska Opolskiego do Przewodniczącego Komisji Mieszanej Calondera o cofnięcie przez rząd niemiecki pozwolenia na polskie przedstawienia teatralne, wywołało w niemieckiej prasie mniejszościowej żywą polemikę.

„Kattowitzer Zeitung" z 21.10 br. w artykule posła na Sejm Warszawski, Piescha – „Verschlungene Wege der Aussenpolitik" omawia ogólną sytuację polskiej polityki zagranicznej i jest zdania, że obecnie brak w polityce zagranicznej wytyczonej linji.

„Kattowitzer Zeitung" z 29.10 br. w artykule „Zaleskis Heimkehr aus Bukarest" zajmuje się podróżą Ministra Zaleskiego do Rumunji i jest zdania, że wstrzemięźliwe zachowanie się polskiej prasy po powrocie Ministra dowodzi pewnego niedowierzenia sobie obu zaprzyjaźnionych kontrahentów na wypadek poważnych zajść.

„Schlesische Zeitung" z 22.10 br., „Volkswille" z 22.10 br. i „Katholische Volkszeitung" z 23.10 br. w artykule „Die Rationalisierung Europas" zajmują się problemem „Coudenhove-Kalergiego" o racjonalizowaniu Europy i dzielą zapatrywanie, iż szczęśliwym trafem jest ta okoliczność, że myśl racjonalizowania Europy zrodziła się w Genewie i chociaż trudności, stojące na przeszkodzie są jasne i dobitne, to jednakowoż nie ma innego lekarstwa, ażeby zapewnić pokój i gospodarkę Europy.

„Kattowitzer Zeitung" z 31.10.br. w artykule „Amerika und die Minderheiten" rozwodzi się o zainteresowaniu Ameryki sprawami europejskimi, a pomiędzy innymi problemami mniejszości. Gazeta życzy sobie, ażeby w przyszłości Ameryka bliżej zapoznała się z problemem mniejszościowym Europy.

Obecnymi polsko-niemieckimi pertraktacjami handlowemi, prowadzonemi przez niemieckiego posła w Warszawie Rauschera, żywo zajmuje się prasa niemiecka. „Kattowitzer Zeitung" z 21.10 br. w artykule „Rauscher berichtet in Berlin" omawia dotychczasowy przebieg pertraktacyj, jak i wyjazd Rauschera do Berlina i powiada, iż obecne

usposobienie w Sejmie i kołach rządowych oraz polskiej opinji publicznej jest optymistyczne, jednakowoż realny stan sprawy okaże się dopiero po zbadaniu w Berlinie polskich podań i życzeń. „Kattowitzer Zeitung" z 23.10 br. w artykule „Rauschers neue Instruktionen" pisze: charakterystycznym pociągnięciem w chwili obecnej jest to, że przy teraźniejszych pertraktacjach nie będzie ograniczeń do pewnych specjalnych wyjaśnień problemu, lecz brane będą pod uwagę wszystkie zagadnienia spraw spornych. „Kattowitzer Zeitung" z 28.10 br. arytkule „Der Handelsvertrag vor dem Abschluß" powiada, że gdyby Polska uwzględniła polityczne i gospodarcze wymogi niemieckie, byłyby widoki na szybką realizację układu handlowego. „Kattowitzer Zeitung" z 29.10 br. w artykule „Verzögerung im Abschluß des Handelsvertrages" wypowiada zdanie, że wersja, jakoby już w przyszłym tygodniu nastąpić miał podpis małego układu handlowego, jest mocno przesadzoną.

„Der Oberschlesische Kurier" z 19.10 br. rozpatrując pro i kontra widoki [!] do zawarcia polsko-niemieckiego układu handlowego wyraża zdanie, iż przeszłość dotychczasowych pertraktacyj daje bardzo mało pocieszających momentów, któreby wskazywały na możliwość rychłego zawarcia umowy. „Der Oberschlesische Kurier" z 29.10 br. w artykule „Vor der Entscheidung" uważa, że w przyszłym tygodniu rozstrzygnie się los polsko-niemieckiego układu handlowego. Polska powinna więc przekreślić czasy minione i nie zapominać, iż naród 30-miljonowy, posiadający bardzo liczną mniejszość narodową w kraju, nie może pozostawać w ciągłej walce z narodem 60-miljonowym.

„Volkswille" z 19.10 br. i „Katholische Volkszeitung" z 22.10 br. umieściły artykuł pt. „Rauschers Aussichten" za wrocławską gazetą socjalistyczną „Volkswacht", w którym omawiany jest cały kompleks spraw politycznych, jak i gospodarczych obecnie prowadzonych pertraktacyj, między Warszawą a Berlinem. Gazety są zdania, że obecnie nie rozchodzi się już tylko o węgiel, świnie, chemikalja i maszyny, lecz głównie rozchodzi się o usunięcie przeszkody ku porozumieniu się dwóch narodów, które swoimi sprzecznymi zapatrywaniami stanowiły tamę w pojednaniu całej Europy.

„Kattowitzer Zeitung" z 18.10 br. w artykule „Vor Änderung der Verfassung" omawia posiedzenie sentorów i posłów bloku BB z 17.10 br.. Roztrząsając mowę premiera Świtalskiego powiada, że premjer mówił o konieczności zmiany Konstytucji, jednakowoż nie zdradził, jakiemi środkami zamierza Rząd przeprowadzić zmianę Konstytucji, nie mając za sobą większości sejmowej.

„Kattowitzer Zeitung" z 25.10 br. w artykule „Die Änderung der Verfassung" zajmuje się dążeniem Rządu w celu przeprowadzenia zmiany Konstytucji i wyraża przypuszczenie, że partje idące z Rządem już od przewrotu majowego dążą do zmiany Konstytucji w celu uszczuplenia praw Sejmu, pod pozorem zgromadzenia większej władzy w ręku Prezydenta Państwa. Powiada, że owym grupom rządowym nie chodzi o nic więcej, jak o zabezpieczenie na przyszłość bytu u steru rządu. Określa bierne stanowisko mniejszości niemieckiej do zmiany Konstytucji tem, że rządowy projekt zamiany zieje duchem nietolerancji do wszystkiego co nie jest polskie.

„Kattowitzer Zeitung" z 26–27.10 br. w artykule „Keine Staatsmittel für kulturelle Zwecke" powtarza wywody posła Raczkowskiego za warszawskim „Robotnikiem", jakoby rząd w preliminarzu nie wyznaczył żadnych kwot na budowę szkół i powiada, że należy odczekać, czy Rząd nareszcie zareaguje na ten krzyk niedoli i chociaż już tylko w ramie etatowej wyznaczy zadowalającą kwotę pieniędzy na cele kulturalne.

„Kattowitzer Zeitung" z 30.10.br. w artykule Piescha, posła na Sejm Warszawski, „Sachliche und prinzipielle Opposition" rozwodzi się o przyczynie opozycji Sejmu wobec obecnego Rządu i powiada, że w Polsce mamy dwa rodzaje opozycji, opozycję

rzeczową i zasadniczą. Gazeta powiada, że za czasów rządów przedmajowych stronnictwa polskie prowadziły wobec rządu opozycję rzeczową w celu dorwania się do steru. Natomiast rząd obecny swoim postępowaniem spowodował Sejm do zajęcia opozycji zasadniczej, nie do pomyślenia więc jest, ażeby Rząd mający przeciw sobie większość Sejmu w opozycji zasadniczej, mógł się na dłuższy czas utrzymać.

„Der Oberschlesische Kurier" z 27.10 br. w artykule „Worum geht es?" zastanawia się nad sytuacją przed zwołaniem Sejmu i zaznacza, że nawoływanie premjera Świtalskiego przeciw drobiazgowej polityce Sejmu zasługuje na większą uwagę. Gazeta jest zdania, że Rządowi jak i sanacji nie rozchodzi się o usunięcie parlamentaryzmu. Obecna walka rządowa ma na celu obsadzenie wszystkich stanowisk osobami zaufanymi i posiada znamię walki o władzę w Państwie.

„Volkswille" z 20.10 br. i „Volksstimme" z 24.10 br. w równobrzmiącym artykule „Kampfpause" rozpatruje sytuację w Sejmie, powstałą od czasu nieudanej konferencji aż do zwołania Sejmu. Z zadowoleniem stwierdza, iż sytuacja sejmowa się wyjaśniła i Rząd na przywitanie otrzyma votum nieufności. Zastanawia się jakie kroki poczynił Rząd po otrzymaniu votum nieufności i powiada, że Rząd znajduje się już w drodze odwrotu i na tej drodze też swój żywot zakończy.

„Schlesische Zeitung" z 20.10 br. w artykule „Innerpolitische Rundschau" omawia sytuację przed zebraniem się Sejmu i powątpiewa, czy czasem opozycja pomimo chwilowych wydawanych walecznych rezolucyj w ostatnim momencie się nie cofnie, zadawalając się połowicznym sukcesem. „Schlesische Zeitung" z 27.10 br. w artykule „Innerpolitische Rundschau" omawiając obecną sytuację polityczną powiada, iż teraz kończy się 7-miesięczny czasokres perjody bezparlamentarnej, w którym bezwzględnie zastosowano dekret prasowy. Powiada, że nareszcie opozycja zdecydowała się do podjęcia walki rozstrzygającej, wyrażając Rządowi votum nieufności. Cieszy się że po otwarciu Sejmu ponownie poruszoną będzie sprawa Ministra Czechowicza. Obawia się ażeby Sejm nie zaniedbał poruszyć sprawy naruszania autonomji śląskiej.

„Volksstimme" z 31.10 br. w artykule „Auf dem Weg zur Einigkeit" omawiając cel ostatnio odbytego kongresu socjalistycznego w Łodzi, jak również rozwodząc się nad sytuacją polityczną przed otwarciem Sejmu, powiada, że trzy obozy /polski, niemiecki, żydowski/ socjalistyczne na to się połączyły, ażeby móc w Sejmie skutecznej zastępować robotników na terenie gospodarczym jak i politycznym, a przedewszystkim podjąć walkę o usunięcie obecnego dyktatorskiego systemu rządowego.

„Neues Schlesisches Tagblatt" z 29.10 br. w artykule „Die politische Lage" omawiając sytuację polityczną, gospodarczą i wewnętrzną powiada, że w każdym państwie decydujący wpływ na opinję publiczną wywiera położenie gospodarcze danego państwa. W takim położeniu – zdaniem gazety – obecnie znajduje się też Polska. Ponieważ po perjodzie gospodarczej depresji, pasywności bilansu handlowego, wzmożenia się liczby bezrobotnych, ogromnym braku gotówki jak i wzrośnięciu drożyzny, nareszcie pod obecnymi rządami we wszystkich tych gałęziach nastąpiło już bardzo znaczne polepszenie się stosunków, przeto rząd mający tak silne argumenta za sobą, jakoteż i oparty na zaufaniu społeczeństwa, przeprowadzi ostateczną stabilizację stosunków wewnętrzno-państwowych.

„Kattowitzer Zeitung" z 17.10 br. w artykule „Haussuchung im Büro der deutschen Abgeordneten" omawia aresztowania, przeprowadzone w dniach ostatnich w poznańskich i pomorskich kołach niemieckich i powiada, że cała akcja wygląda na to, jak gdyby pewne nieodołężne czynniki zamierzały przeszkodzić w Warszawie ogromnym trudem podjętym krokom porozumienia polsko-niemieckiego.

W tej sprawie pisze „Der Oberschlesische Kurier" z 18.10 br. w artykule „Die gefährlichen Pfadfinder", że właśnie w tej chwili, gdy się rozchodzi o umowę małego polsko-niemieckiego traktatu handlowego, władze polskie tak ostro występują przeciw mniejszości niemieckiej, co do żywego oburzyło Niemców i wywarło też zdziwienie w polskich kołach uświadomionych.

„Kattowitzer Zeitung" z 19–20.10 br. w artykule „Aus heiterem Himmel" omawiając aresztowanie Niemców w Poznańskiem i na Pomorzu powiada, iż rewizje domowe jak i aresztowania spadły jak grom z pogodnego nieba na spokojną ludność niemiecką oraz wszczęto inkwizycję przeciw ludziom, którym nic zarzucić nie można. Gazetę skonfiskowano.

„Der Oberschlesische Kurier" z 22.10 br. omawiając rewizje i aresztowania powiada, że policja pozabierała materjał poselski, potrzebny przy przyszłej sesji parlamentarnej oraz materjał informacyjny dla Ligi Narodów jak i różne dokumenty, które z harcerstwem absolutnie nic wspólnego nie miały.

„Kattowitzer Zeitung" z 19.10 br. i 20.10 br. , „Der Oberschlesische Kurier" z 20.10 br. , „Anzeiger für den Kreis Pless" z 20.10 br. „Myslowitzer Anzeiger" z 20.10 br. „Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung" z 20.10 br. i „Tarnowitzer Kreis- und Stadtblatt" z 20.10 br. w równobrzmiącym artykule „Hütet Euch vor falschen Propheten" omawiając nadchodzące wybory do ciał gminnych, przestrzegając ludność niemiecką, ażeby się nie dała skaptować przez sanację, bacząc na to, iż od przewrotu majowego w roku 1926 sanacja prowadzi bezwzględną walkę wyniszczenia elementu niemieckiego.

Artykuły skonfiskowano.

„Kattowitzer Zeitung" z 24.10 br. w artykule „Das Füllhorn der Gaben ergiesst sich über Oberschlesien" przestrzega ludność niemiecką przed sanacją, która przed wyborami przymila się wyborcom, a których zwykle traktuje jako szarą masę albo idjotów.

„Volkswille" z 20.10 br. w artykule „Gewerkschaften und Komunalwahlen" omawia gospodarkę gminną na Śląsku, a przestrzegając robotników powiada, iż gospodarka sanacji w gminach śląskich dobitnie wykazała co by się stało, gdyby robotnicy zlecili swoje interesy gminne na Śląsku sanacji.

„Kattowitzer Zeitung" z 28.10 br. w artykule „Massendemonstration in Kattowitz" opisując przebieg wiecu poselskiego z 27.10 br. w Katowicach powiada, że od lat 20 nie widziano na Śląsku takiego wiecu, na którym równocześnie przemawiali nacjonaliści, robotnicy narodowi, jak i socjaliści. Gazetę skonfiskowano.

„Der Oberschlesische Kurier" z 29.10 br. w artykule „Korfanty triumphiert" zajmując się wiecem poselskim konstatuje, że od czasu przejęcia Śląska przez Polskę zauważono pierwszy raz, iż Korfanty razem z socjalistami przemawiał na jednym wiecu.

„Volksstimme" z 17.10 br. w artykule „Ein halbes Jahr Ex-Lex-Zustand" zaznacza, że od dnia 13 marca minęło pół roku od czasu bezprawnego rozwiązania Sejmu Śląskiego, nazywając ten czas stanem „Ex-Lex" i powiada, iż w odpowiedzi na ten stan niemieccy socjalistyczni wyborcy, dadzą stanowczą odpowiedź przy gminnych wyborach śląskich.

„Kattowitzer Zeitung" z 19.10 br. w artykule „Völkerbundvertreter in Oberschlesien" omawia przyjazd delegacji Ligi Narodów na Śląsk Opolski zaznaczając, że polska mniejszość narodowa prócz wypadku opolskiego nie ma żadnych powodów do żalenia się na rząd niemiecki, natomiast mniejszość niemiecka w Polsce stanowczo domagać się musi o lojalne dopuszczenie jej do delegacji Ligi.

„Der Oberschlesische Kurier" z 20.10 br. w artykule „Willkommen" wita delegację Ligi Narodów przyjeżdżającą na Śląsk, wyrażając życzenia, ażeby delegacja przyczyniła się do ulżenia losu mniejszości niemieckiej w Polsce.

Cała prasa mniejszości niemieckiej na Górnym Śląsku w dniu 22.10 br. umieściła list do Wojewody Dr. Grażyńskiego, domagając się dopuszczenia do Ligi Narodów niemieckich związków zawodowych. W dniu 24.10 br. prasa mniejszości całego Województwa Śląskiego, z wyjątkiem „Neues Schlesisches Tagblatt", umieściła bardzo obszerne sprawozdanie przemówień przywódców niemieckich u delegatów Ligi.

„Volkswille" z 26.10 br. w artykule „Es bleibt alles beim alten", omawiając skutki pobytu delegacji Ligi Narodów na Górnym Śląsku jest zdania, że po zwiedzeniu delegacji pozostanie wszystko jak dotychczas i nic się nie zmieni w stosunkach mniejszości.

„Der Oberschlesische Kurier" z 20.10 br. w artykule „Die Wirtschaftswoche" omawia posiedzenie w Warszawie polskich izb handlowych i przemysłowych i wyraża się, że Polska za daleko zapędza się ze swoim etatyzmem i najskuteczniejszym dziełem przeciwdziałania byłoby jaknajszybsze wprowadzenie w życie najwyższej rady gospodarczej.

„Schlesischer Merkur" z 27.10 br. w artykule „Erbsen an die Wand" żali się na biurokratyzm wszystkich urzędów, jak i władz warszawskich powiadając, że wszelkie prośby, wnioski i rezolucje pozostają rzuceniem grochu o ścianę.

„Volkswille" z 18.10 br. w artykule „Der Schiedsspruch im Bergbau bestätigt" zajmując się potwierdzeniem arbitrażu przez Ministerstwo powiada: gdy Ministerstwo decyzji swojej nie cofnie, odpowiedzią naszą będzie strajk.

„Kattowitzer Zeitung" z 18.10 br. w artykule „Wachsende Streikgefahr in Bergbau" omawiając warunki zarobkowe w górnictwie przychodzi do przekonania, że w polskim przemyśle kopalnianym zanosi się na strajk generalny.

„Volkswille" z 20.10 br. w artykule „Vor einem Streik in Bergbau" omawiając sytuację w przemyśle kopalnianym twierdzi, że związki zawodowe zgodzą się na proklamowanie strajku.

„Kattowitzer Zeitung" z 20.10 br. w artykule „Der Lohnkampf in Bergbau" śledząc przebieg dyskusji w związkach górniczo-zawodowych wyraża zapatrywanie, że grożenie strajkiem ze strony związków zawodowych w obecnej sytuacji powinno się brać bardzo poważnie. To samo podnosi „Der Oberschlesische Kurier" z 22.10 br. w artykule „Einheitsfront der Bergarbeiter".

IV. *Życie kulturalno-oświatowe*

Z ramienia „Meistersche Gesangvereine" w Katowicach odbył się w tem mieście festyn muzyczny z okazji 10-letniego jubileuszu dyrygenta prof. Fritza Lubricha z Katowic. Imprezy odbyły się w dniu 19.10 br. w kościele ewangelickim, gdzie odegrano przy osobistym współudziale Lubricha szereg utworów kościelnych oraz dnia 20 i 21.10 br. w teatrze miejskim w Katowicach, gdzie przy licznym udziale publiczności odegrano w pierwszym dniu Dziewiątą Symfonię Beethovena, romantyczną kantatę Eichendorfa pt. „Von deutscher Seele".

Dnia 19.10 br. odbyła się w Katowicach wieczornica z inicjatywy niemieckiego stowarzyszenia pod nazwą „Deutscher Alpenverein", przy udziale około 200 osób. Prezes stowarzyszenia Dr. Fischer wygłosił krajoznawczy odczyt o wrażeniach z podróży z Azji do Polski, posługując się przeźroczami.

Drugi wykład a właściciwe sprawozdanie z działalności sportowej stowarzyszenia wygłosił również Dr. Fischer, przyczem wyświetlano przeźrocza z Zakopanego, Karpat i Wysokich Tatr. Po odczytach omawiano wyłącznie sprawy organizacyjne, a po odśpiewaniu kilku pieśni ludowych wieczornicę zakończono.

Dnia 24.10 br. odbyło się w Rybniku, staraniem miejscowej gminy teatralnej, przedstawienie teatralne „Balladen-Abend". Obecnych było około 300 osób, z tego około 200 młodzieży szkolnej. Miejscowa prasa niemiecka ubolewała nad małą liczbą uczestników.

W dniu 26.10 br. odbyło się w Rudzie, powiat Świętochłowice, kwartalne zebranie związku „Jozefsverein" przy udziale około 20 osób, pod przewodnictwem Alfonsa Kaczmarka z Rudy. Wymieniony omawiał sprawę wyborów nowego dyrygenta, poczem urządzono zabawę towarzyską.

W dniu 27.10 br. urządził „Verband Deutscher Katholiken in Polen" wieczorek /Volksliederabend/ na sali Domu Ludowego w Tarnowskich Górach, w którym wzięło udział około 200 osób z burmistrzem Michatzem i kilkoma przedstawicielami niemieckich związków na czele. Na powyższy wieczorek złożyły się śpiewy i deklamacje, poczem kierownik zarządu Lischenski z Katowic wygłosił wykład o pielęgnowaniu niemieckich pieśni ludowych.

Dnia 27.10 br. odbyło się w Piaśnikach, powiat Świętochłowice, zebranie Evangelischer Frauenverein, przy udziale około 110 uczestniczek pod przewodnictwem pastora Dobrzyńskiego. Wymieniony wygłosił referat na temat życia rodzinnego. Po przemówieniu odśpiewano 2 pieśni ludowe, poczem zakończono zebranie.

W dniu 27.10 br. o godz. 17.30 odbyła się w Chropaczowie, powiat świętochłowicki, wieczornica, urządzona przez zwiazek „Katholischer Jugend- und Jungmännerverein", przy udziale około 400 osób pod przewodnictwem Jerzego Fellicha. Wieczornicę poprzedzono okolicznościowym przemówieniem ks. Mateji z Chropaczowa, poczem odegrano sztukę teatralną „Der Postillion in Zillerthal". Po przedstawieniu wręczył Fellich odchodzącemu do Niemiec długoletniemu członkowi związku Arturowi Gorzelowi dyplom – jako nagrodę za gorliwą pracę związkową. Wieczornicę zakończono zabawą taneczną.

Wreszcie dnia 27.10 br. o godz. 19 urządził „Katholischer Gesellenverein" przedstawienie teatralne, na którym odegrano operetkę pt. „Winzerliesel". Na przedstawieniu było obecnych około 700 osób.

V. *Życie gospodarcze*

W życiu gospodarczym mniejszości niemieckiej nie zanotowano w okresie sprawozdawczym żadnych zmian.

VI. *Życie zawodowe mniejszości niemieckiej*

Niemieckie związki zawodowe odbyły zaledwie kilka zebrań. Nie dowodzi to, że interesowały się one mało sytuacją w górnictwie i hutnictwie, przeciwnie, przywódcy ich brali żywy udział w obradach obu Zespołów Pracy informując członków swych organizacji przeważnie za pomocą prasy niemieckiej o zapadłych uchwałach. Wspomnieć wypada, że Poseł na Sejm Rzeczypospolitej i przywódca Christliche Gewerkschaften, Jankowski Bernhard z Katowic, przedłożył w imieniu istniejących na tutejszym terenie niemieckich organizacyj zawodowych, robotniczych i urzędniczych, różne żale bawiącym na tutejszym terenie 2 delegatom sekcji mniejszościowej przy Lidze Narodów /4 odpisy artykułu zamieszczonego w czasopiśmie „Volkswille", a zawierającego podniesione żale przedłożyłem Ministerstwu Spraw Wewnętrznych przy sprawozdaniu sytuacyjnym Nr. 1/33/ z 2.11.1929r o stanie bezpieczeństwa publicznego/.

Christliche Gewerkschaften

/Wpływ Deutsche Katholische Volkspartei/

Dnia 18.10 br. odbyło się w Chropaczowie zebranie członków istniejącego przy tamtejszej filji Christliche Gewerkschaften oddziału młodzieży, na którym przy udziale 16 osób omawiano sprawy zarobkowe i związkowe. Na ten sam temat debatowano dnia 20.10 br. na zebraniu członków filji Christliche Gewerkschaften w Nowym Bytomiu, w którym uczestniczyło około 80 osób.

Dnia 23.10 br. odbyły się w powiecie katowickim 2 zebrania filijlne Christliche Gewerkschaften w Janowie /50 osób/ i Mysłowicach /30 osób/. Na obu zebraniach poruszono możliwość proklamowania strajku w górnictwie, przyczem podkreślano w dyskusji, że ostatecznie górnicy zmuszeni są do podjęcia strajku ze względu na niskie zarobki w stosunku do kosztów utrzymania.

Freie Gewerkschaften

/Wpływ DSAP/

Dnia 27.10 br. odbyła się w Królewskiej Hucie konferencja zespołu niemieckich klasowych związków zawodowych „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund" /Freie Gewerkschaften/, na której przy udziale 45 osób Dr. Glücksmann z Bielska wygłosił referat o rozwoju socjalizmu, o zamierzonym połączeniu kas chorych i o projekcie złączenia wszystkich ubezpieczeń. Omówił również ustawę ubezpieczeniową byłego zaboru austryjackiego, wykazując jej ujemne strony dla robotników. Uchwał żadnych nie powzięto.

Gewerkschaft der Angestellten

/Wpływ Deutsche Partei/

Na odbytem dnia 2.10 br. w Rudzie zebraniu miesięcznem tamtejszej filji GDA przemawiał Klemens Jabłoński z Rudy o sprawach związkowych, przyczem żalił się, że członkowie zalegają z zapłatą składek członkowskich i nie interesują się pracą związkową. Zebrani w liczbie 14 osób wysłuchali przemówienia Jabłońskiego bez najmniejszego zainteresowania.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund

/(Afabund) – wpływ DSAP/

Dnia 27.10 br. odbyło się w Murckach zebranie urzędników kopalnianych, zorganizowanych w Afabundzie przy udziale około 20 osób. Referował na temat poprawy poborów urzędniczych urzędnik kopalniany Kern Emanuel z Murcek /obywatel niemiecki, mający po myśli artykułu 40 konwencji genewskiej prawo do zachowania zamieszkania na polskim Górnym Śląsku na przeciąg 15 lat od chwili zmiany suwerenności/, który wspomniawszy o obecnej korzystnej konjunkturze w górnictwie i nadmiernych zyskach pracodawców podkreślił, że strajk w górnictwie czy obecnie czy później jest nieunikniony.

VII. *Życie sportowe*

Odnośnie do życia sportowego mniejszości niemieckiej w okresie sprawozdawczym tutejszy Urząd nie posiada na razie informacyj, wymaganych przez instrukcję. Sprawy te będą uwzględnione w następnych sprawozdaniach.

VIII. *Życie wyznaniowe*

Dnia 20.10 br. otwarto w Królewskiej Hucie w sali hotelu „Hrabia Reden" IV zjazd związku „Katholischer Deutscher Frauenbund" pod przewodnictwem Schulzowej z Królewskiej Huty, przy udziale około 700 zebranych. Schulzowa wygłosiła przemówienie wstępne, poczem ks. Hoffmann z Bytomia wygłosił odczyt na temat

„Die Kirche und die Katholische Aktion". Wytłumaczył znaczenie kościoła w życiu, poczem omówił szeroko rolę kobiety katolickiej w społeczeństwie. W referacie swym dawał przykłady z Rosji Sowieckiej, piętnując tamtejsze władze za szykanowanie wiernych i krzewienie wśród młodzieży ateizmu. Przypomniał zebranym posłannictwo kobiety w rodzinie i jej wpływ na szczęście domowe oraz przyszłość dzieci. Charakter przemówienia był czysto religijny i nie zawierał momentów politycznych. Następnie przewodnicząca związku „Katholischer Deutscher Frauenbund" w Niemczech, Dr. Kraberowa, wygłosiła odczyt na temat „Die besonderen Aufgaben der katholischen Jugend". Prelegentka zapoznała zebranych z ruchem młodzieży katolickiej w Niemczech prosząc, by i w Polsce specjalną pieczą otaczano dzieci. Następnie opisywała uroczystości św. Hildegardy w Nadrenii, skąd jest rodem i stawiała postać tej świętej za wzór dla dziewcząt katolickich. Referat Dr. Kraberowej nie zawierał pierwiastków politycznych. Po odśpiewaniu pieśni kościelnej odbyła się zabawa, na czem zakończono pierwszy dzień zjazdu.

Drugi dzień zjazdu tego stowarzyszenia rozpoczęto nabożeństwem w kościele św. Jadwigi w Królewskiej Hucie. Między obecnymi znajdowali się ks. prał. Kapica, konsul niemiecki, poseł Pant, delegat Komisji Mieszanej, delagatka związku Katholischer Frauenbund ze Śląska Opolskiego oraz przedstawiciele tutejszego Urzędu Wojewódzkiego, Wydziału Szkolnego. Po przemówieniach wstępnych ks. prał. Kapicy, Dr. Kraberowej z Akwizgranu w imieniu Związku Katholischer Frauenbund Niemiec, Krausowej w imieniu tegoż samego związku ze Śląska Opolskiego, odbyły się występy chóru młodzieży, poczem ks. Schuster z Wrocławia wygłosił odczyt pt. „Falsche Kinderfreunde", w którym przestrzegał przed posyłaniem dzieci do różnych nawet popularnych związków, opanowanych przez różne odłamy polityczne, które w swych programach uwzględniają wolnomyślność, jak niektóre związki socjalistyczne. W stowarzyszeniach bowiem takich – zdaniem mówcy – dzieci błędnie się wychowują. Po przemówieniu ks. Schustera Dr. Kraberowa wygłosiła referat na temat „Zeitaufgaben der katholischen Frau", który był utrzymany w tonie pouczającym dla matek, jak powinny dbać o ogniska domowe. O podobnym charakterze wygłosił referat ks. Hoffmann z Bytomia, przemawiając na temat wychowania dzieci, opieki nad niemi itp. Wykład swój zakończył wezwaniem zebranych do ślubowania, że będą to czynili dla dobra kościoła i wiary. Po przemówieniach odśpiewano wspólnie kilka pieśni kościelnych, po ukończeniu których odsłonięto kilka żywych obrazów, opartych na motywach, czerpanych z Pisma Świętego. W końcu odegrano jednoaktową sztukę, poczem odśpiewano pieśń „Großer Gott wir loben Dich". W drugim dniu zjazdu brało udział w zebraniu około 500 osób.

Stowarzyszenie Deutscher Katholischer Frauenbund w Zawodziu, powiat katowicki, odbyło swe zebranie w dniu 16.10 br. przy udziale około 60 osób. Na zebraniu tem Ignacy Leszczyński, kierownik związku niemieckich katolików, wygłosił referat na temat wychowania dzieci w duchu religijnym. Wymieniony ubolewał nad tym, że prądy socjalistyczne odciągają dzieci od religji. Mówca przytaczał przykłady z Rosji Sowieckiej i nadmienił, że w Austrji pozyskali socjaliści około 100 000 a w Niemczech 300 000 młodzieży, która pozbawiona jest wychowania religijnego.

Dnia 17.10 br. odbyła się w Świętochłowicach wieczornica miejscowej grupy Verband Deutscher Katholiken, przy udziale około 500 osób pod przewodnictwem Dyrdy, prezesa tej grupy, zamieszkałego w Świętochłowicach. Wymieniony w krótkich słowach omówił zimowy program koncertów, wzywał do godnego uczczenia dnia „Wszystkich Świętych" i „Dnia Zadusznego" oraz agitował za abonowaniem tygodnika „Die Wochenpost". Zaznaczył, że tygodnik ten popiera obecnie ponad 50 000 stałych abonentów. Po

jego przemówieniu odśpiewał chór związku „Gesellenverein" kilka niemieckich pieśni religijnych, poczem wyświetlono krajobrazy powiatu rybnickiego i pszczyńskiego, a wreszcie odegrano sztukę teatralną „Die preisgekrönte Kathi".

Dnia 20.10 br. odbyło się z ramienia niemieckich katolików w Katowicach wieczornica w Katowicach, przy udziale około 300 osób, na program złożyły się śpiewy i wykłady.

Wreszcie w dniu 26.10 br. odbyło się w Tarnowskich Górach zebranie miejscowej filji „Verband Deutscher Katholiken in Polen" – oddział młodzieży, w którym wzięło udział około 40 członków. Sekretarz Volksbundu Augustyn Mittmann zilustrował dotychczasową działalność związku i wzywał młodzież, by łączyła się w szeregach katolików niemieckich dla zachowania ducha katolickiego niemieckiego.

[...]

361

5.4.1930: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1930)

5 IV 1930r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjna dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1930r.)

AP Katowice, Śląski Urząd Wojewódzki, Nr. 569

I. *Sytuacja ogólna*

Na okres sprawozdawczy przypada z ważniejszych wydarzeń początek kampanji przedwyborczej do Sejmu Śląskiego oraz wybory komunalne w 31 gminach na górnośląskiej części Województwa, dlatego też w okresie tym na czoło ruchu mniejszości niemieckiej wybija się przedewszystkiem wzmożona działalność niemieckich partyj i organizacyj politycznych. Jak z dotychczasowego stanu rzeczy wynika, mniejszość niemiecka do wyborów do Sejmu Śląskiego stanie, jak zwykle, z dwoma listami kandydatów. Pierwsza lista, to lista „Deutsche Wahlgemeinschaft", pod którą to firmą na czas wyborów jednoczą się „Deutsche Partei" i „Deutsche Katholische Volkspartei" oraz inne pomniejsze niemieckie mieszczańskie organizacje polityczne. Druga lista, to lista „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei", która do wyborów pójdzie samodzielnie, nie współpracując ani nie łącząc się z niemieckiemi partjami mieszczańskiemi. Dotychczasowa obserwacja wskazuje na to, że system propagandy przedwyborczej, prowadzonej przez „Deutsche Wahlgemeinschaft", odbiegnie od dotychczas stosowanego systemu o tyle, że polegać on będzie nietylko – jak dotychczas – na prowadzeniu agitacji domowej przez mężów zaufania, ale większą uwagę będzie się poświęcało również urządzaniu częstszych zgromadzeń publicznych oraz, że agitacja mniejszości nie ograniczy się do większych miejscowości, będących ośrodkiem skupienia mniejszości niemieckiej, ale skierowana zostanie również na wieś. Zgodnie z tą taktyką odbyło się też w ubiegłym okresie szereg zebrań, zorganizowanych przez „Deutsche Partei", z ramienia której szczególną ruchliwością odznaczali się były poseł Ulitz oraz redaktor „Kattowitzer Zeitung" Krull, którzy, na wszystkich tych zebraniach zabierali głos w charakterze referentów. D.S.A.P. – jak zwykle ruchliwa – urządziła szereg zgromadzeń przedwyborczych, w łonie partji przeprowadziła na okręgowej konferencji likwidację tarć wewnętrznych oraz ustaliła listy kandydatów do Sejmu Śląskiego. Dnia 30 marca r.b. odbyły się wybory komunalne w trzech miastach, a mianowicie w Mysłowicach, powiat katowicki, w Mikołowie, powiat pszczyński i w Tarnowskich Górach oraz w

28 gminach, a to i w powiecie katowickim w siedmiu gminach, w powiecie lublinieckim w czterech gminach, w powiecie pszczyńskim w trzech gminach, w powiecie rybnickim w trzynastu gminach oraz w powiecie świętochłowickim w jednej gminie. Oceniając ich wyniki podnieść należy następujące szczegóły: W roku 1926 Niemcy uzyskali większość w miastach Mikołowie i w Tarnowskich Górach i bardzo silną mniejszość w Mysłowicach. Razem w tych trzech miastach na 17 822 ważnych głosów i na 84 mandatów uzyskali Niemcy w roku 1926 – 9 145 głosów, to jest 51,3 % i 45 mandatów. Obecnie w powyższych trzech miastach na 20 315 ważnych głosów, to jest 40,5 % i 35 mandatów, tracąc posiadaną większość w radach miejskich w Mikołowie i Tarnowskich Górach. W pozostałych 28 gminach wiejskich uzyskali Niemcy w 1926 roku na 52 457 głosów ważnych i na 355 mandatów – 22 342 głosów, to jest 42,6 % i 105 mandatów, przyczem 3 847 głosów i 17 mandatów padło na listy narodowościowe mieszane polsko-niemieckie. Na podstawie wyborów w roku 1926 posiadali Niemcy większość w radach gminnych w 3 gminach powiatu katowickiego, w 3 gminach powiatu lublinieckiego oraz w jednej gminie powiatu rybnickiego i w jednej w powiecie świętochłowickim, to znaczy razem w 8 gminach. Obecnie w tych samych 28 gminach uzyskali Niemcy na 58 955 głosów ważnych i na 318 mandatów – 18 669 głosów, to jest 31,6 % i 47 mandatów, tracąc ponadto większość w radach gminnych we wszystkich wyżej wspomnianych gminach. Działalność organizacyj kulturalno-oświatowych w okresie sprawozdawczym nie ograniczyła się jedynie do ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych, ale wykazała również, że mniejszość niemiecka na polu kulturalnem uprawia niejednokrotnie aktywną politykę i że pod pokrywką działalności kulturalnej rozwija akcję polityczną. Szczegółowe oświetlenie tej działalności zamieszcza się poniżej w rubryce „życie kulturalne".

Działalność organizacyj gospodarczych, zawodowych i sportowych nie wykazała w okresie sprawozdawczym szczególniejszych przejawów.

Prasa mniejszościowa - jak wykazuje jej przegląd, zamieszczony w dziale „Prasa niemiecka" – poza sprawami aktualnemi z dziedziny wypadków zagranicznych i wewnętrznych w Państwie i w Województwie, dużo uwagi poświęciła wyborom do Sejmu Śląskiego. Jeżeli chodzi o prasę zagraniczną, kolportowaną na terenie tutejszego Województwa, należy zwrócić uwagę na artykuł, zamieszczony w numerze 55 „Oberschlesische Tageszeitung" z dnia 7 marca br., pod tytułem „Neuaufbau des Polentums in der Provinz Oberschlesien". Artykuł ten jest oddźwiękiem artykułu „Polonji" z dnia 2 marca b.r. omawiającego wydawnictwo „Katolika" w Bytomiu. Autor artykułu komentuje enuncjację „Polonji" na temat subwencjonowania i wydawania „Katolika" przez Związek Polaków na Śląsku Opolskim, sięga czasów przedwojennych i omawia historję i dzieje „Katolika", a w końcu stwierdza, że „Katolik" stawszy się ostatnio własnością „Związku Polaków" na Śląsku Opolskim, wydawany jest właściwie za pieniądze Rządu Polskiego, albowiem wiadomem jest, że Związek Polaków na Śląsku Opolskim własnych funduszów nie posiada, a otrzymuje je od Wojewody Śląskiego. Drugim artykułem zagranicznej prasy niemieckiej charakterystycznym o tyle, że oświetla niezdrowe stosunki wśród mniejszości niemieckiej w Województwie Śląskiem, jest artykuł pod tytułem „Unangenehme Dinge in der deutschen Minderheit in Ost-Oberschlesien" zamieszczony w wychodzącym w Bytomiu „Allgemeiner Lokalanzeiger". Artykuł ten donosi, iż w Województwie Śląskiem został swego czasu założony specjalny bank niemiecki w tym celu, ażeby niemieckim kupcom i rzemieślnikom udzielał w nagłych wypadkach drobnych kredytów. Tymczasem kredytów tych bank

udzielał raczej osobom, które na Śląsk przybyły z innych dzielnic, aniżeli członkom mniejszości niemieckiej. Skutek tej polityki banku jest tego rodzaju, że obecnie bank stoi przed upadłością. Tym, który decydował o udzieleniu odnośnych pożyczek był Dr. Brebeck, który był równocześnie syndykiem niemieckiego koncernu dziennikarskiego w Polsce. Skompromitowany swoją działalnością w banku, musiał Dr. Brebeck Polskę opuścić, odnośne jednak czynniki niemieckie zamiast pociągnąć go do odpowiedzialności, udzieliły mu z dniem odejścia wysokich subwencyj oraz – jak dochodzą słuchy – mają spowodować nominację jego na radcę rządu [rządowego] w Opolu.

W końcu zaznaczam, że w związku z masową redukcją robotników na Śląsku Opolskim, spowodowaną ogólnym zastojem w przemyśle, czynniki niemieckie wykorzystując tę okoliczność do wywarcia wpływu na wynik wyborów do Sejmu Śląskiego, obiecują robotnikom polskim, zatrudnionym na Śląsku Opolskim, a w szczególności zwolennikom DSAP dalszą pracę w tamtejszych zakładach przymysłowych pod warunkiem, że będą się zajmować na tutejszym terenie, a zwłaszcza terez przed wyborami do Sejmu Śląskiego, agitacją na rzecz partyj niemieckich.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Deutsche Wahlgemeinschaft

„Deutsche Wahlgemeinschaft" działa znanym systemem agitowania za pośrednictwem mężów zaufania w formie agitacji domowej w tych miejscowościach, w których w okresie sprawozdawczym odbyły się dodatkowe wybory komunalne. Zebrań w okresie sprawozdawczym odbyła „Deutsche Wahlgemeinschaft" 5, a to w dniu 9. marca rb. w Siemianowicach, powiat katowicki, dnia 16 marca rb. w Radzionkowie, powiat tarnogórski i dnia 25. marca rb. w Tarnowskich Górach, których głównym przedmiotem było omówienie lokalnych spraw w związku z odbyć się mającemi tam wyborami komunalnymi. Zauważyć przytem należy, że w powiecie tarnogórskim głównym działaczem z ramienia „Deutsche Wahlgemeinschaft" jest poseł Nowak, który rozwija gorączkową działalność, urządzając liczne zebrania zamknięte w rozmiarach dotychczas niepraktykowanych. Pomagają mu wybitnie kierownik miejscowego Volksbundu Chmura, burmistrz w Tarnowskich Górach Michatz, a ostatnio kupiec Tyczka, który ma kandydować do Sejmu Śląskiego. Skutkiem tej rozległej działalności agitacyjnej wiele osób z mniejszości niemieckiej, nie udzielających się dotychczas aktywnie w pracy politycznej, a szczególnie urzędnicy prywatni, z pośród których na pierwsze miejsce wysuwają się urzędnicy Generalnej Dyrekcji Karłuszowiec, po raz pierwszy biorą udział w akcji politycznej. Jednocześnie daje się zaobserwować masowy kolportaż niemieckich czasopism /„Wochenpost", „Kattowitzer Zeitung", „Oberschlesischer Kurier"/ dostarczanych przez mężów zaufania/. W dniu 23 marca rb. odbyły się zwołane z ramienia „Deutsche Wahlgemeinschaft" 2 zgromadzenia przedwyborcze w Aleksandrowicach i Wapienicy, powiat bielski. Na obydwóch tych zgromadzeniach przemawiał senator Dr. Pant, który zresztą dość często na tamtejszym terenie występuje oraz kierownik szkoły niemieckiej w Mikuszowicach-Schimke. Referaty poświęcone były omówieniu położenia gospodarczego i politycznego na Śląsku oraz strony techniczne [!] wyborów i programu mniejszości niemieckiej w przyszłym Sejmie Śląskim.

Deutsche Partei

Dnia 16 marca rb. odbyło się w Katowicach zebranie mężów zaufania „Deutsche Partei", przy udziale 70 osób, poświęcone przygotowaniom akcji wyborczej. Przemawiali naczelny redaktor „Kattowitzer Zeitung" Dr. Krull oraz kierownik zarządu

„Volksbundu" Ulitz, poruszając wszelkie zagadnienia polityczne i gospodarcze w kraju. Po wyjaśnieniu szeregu artykułów ordynacji wyborczej postanowiono, że szczegółowe dyrektywy odnośnie technicznej strony akcji przedwyborczej zostaną opracowane i ogłoszone przez „Deutsche Wahlgemeinschaft" oraz, że w związku z nadchodzącymi wyborami należy prowadzić jak najbardziej intensywną agitację.

W myśl powyższej uchwały „Deutsche Partei" rozpoczęła też istotnie działalność agitacyjną urządzając w okresie sprawozdawczym zebrania przedwyborcze, na których stale referaty wygłaszali Ulitz oraz Dr. Krull. Charakterystycznym jest, że ze względów taktycznych, a mianowicie z obawy przed napływem niepożądanych słuchaczy, postanowił zarząd partji nie ogłaszać swych zebrań wyborczych w prasie, a zawiadomić o nich jedynie zapomocą zaproszeń rozesłanych do swych członków i mężów zaufania. Zebranie takie odbyło się w dniu 23 marca rb. w Mysłowicach, przy udziale 90 osób oraz w Hołdunowie, powiat pszczyński, przy udziale około 300 osób. Na obu zebraniach przemawiali poseł Rozumek, Ulitz i Dr. Krull na temat sytuacji gospodarczej i politycznej w Państwie, a w szczególności zaś w Województwie Śląskiem. Ulitz zobrazował dotychczasową działalność poszczególnych stronnictw politycznych na Śląsku, piętnował rzekomo złe traktowanie mniejszości niemieckiej oraz wzywał do silnego organizowania się w czasie wyborów, by mniejszość niemiecka obesłała Sejm Śląski posłami, którzy otwarcie i mężnie bronićby mogli jej praw. W dniu 29 marca r.b. odbyło się zebranie przedwyborcze w Królewskiej Hucie, na którym referowali znowu Ulitz i Dr. Krull. Ulitz, omawiając zadania przyszłego Sejmu Śląskiego podkreślił, że Sejm ten winien się zająć przedewszystkiem uchwaleniem ustawy o wewnętrznym ustroju, ustawy, któraby dała gwarancję, iż obsadzenie stanowiska Wojewody Śląskiego będzie również zawisłe od Sejmu Śląskiego i któraby przewidziała, że większość tego Sejmu mogła spowodować prezydenta Państwa do dokonania zmiany na stanowisku Wojewody. Rada Wojewódzka, w myśl wywodów mówcy, winna być tak zorganizowana, aby każdemu poszczególnemu jej członkowi powierzono osobny resort do nadzoru i opracowania. Specjalna izba obrachunkowa, od Wojewody niezależna, winna stale kontrolować Skarb Śląski. Celem kontroli komunalnych samorządów, które winny być rozbudowane, należy kreować specjalny Wydział Wojewódzki ze Starostą Krajowym na czele, na którego należy przelać prawo zatwierdzenia członków Magistratu oraz ławników gminnych. Ordynację wyborczą należy w ten sposób zmienić, ażeby granice wieku wyborców na Śląsku uzgodnić z odnośnemi przepisami ordynacji wyborczej na całym obszarze Rzeczypospolitej. W dziedzinie kulturalnej winnien Sejm przeprowadzić autonomję szkolną, któraby gwarantowała poszczególnym gminom prawo ustanowienia i przyjmowania nauczycieli. Szkoły mniejszościowe należy pod każdym względem równouprawnić ze szkołami polskiemi oraz stworzyć dla nich w budżecie śląskim specjalny etat. W szkołach tych powinni uczyć nauczyciele narodowości niemieckiej, zaś nadzór nad szkołami winnien zostać powierzony urzędnikom również narodowości niemieckiej. Ponadto referent w dłuższych wywodach omawiał konieczność nowelizacji i rozbudowania przez Sejm Śląski ustawodawstwa socjalnego. Redaktor Krull interpretował poszczególne postanowienia ordynacji wyborczej oraz oświetlił stosunek „Deutsche Partei" do innych partyj politycznych na Śląsku. W odniesieniu do socjalistów niemieckich zaznaczył, że aczkolwiek idą do wyborów samodzielnie, winni jednak – zdaniem mówcy – pamiętać o tem, że zadaniem ich w pierwszym rzędzie winna być walka o prawa dla mniejszości niemieckiej, a nie walka klasowa. W stosunku do Ch.D. mówca przestrzegał mniejszość niemiecką przed Korfantym, którego lojalność wobec

Niemców, podyktowana opozycyjnem stanowiskiem wobec Rządu i dążnością do uzyskania głosów niemieckich, skończy się – zdaniem mówcy – z chwilą, gdyby los zwrócił Korfantemu znowu tę siłę i to znaczenie, jakie miał poprzednio. Jeżeli chodzi o partje polskie prorządowe i ich stosunek do mniejszości niemieckiej mówca zaznaczył, że ostatnio nastąpiło w tym stosunku pewne odprężenie, czego dowodem jest porozumienie jakie nastąpiło w sprawie teatru niemieckiego na Śląsku. Zmianę w przychylniejszem ustosunkowaniu się władz polskich na Śląsku do mniejszości niemieckiej tłumaczy mówca zmianą, jaka nastąpiła na terenie międzynarodowym, a zwłaszcza zawarciem dwu układów polsko-niemieckich.

Deutsche Katholische Volkspartei

„Deutsche Katholische Volkspartei" urządziła w okresie sprawozdawczym dwa zebrania. Dnia 9 marca rb. wiec sprawozdawczy senatora Dra Panta w Golasowicach, powiat pszczyński, przy udziale 280 osób, na którym Dr. Pant krytykował budżet Państwa Polskiego i rzekomą złą gospodarkę w Polsce. Omawiając zbliżające się wybory do Sejmu Śląskiego prelegent oświadczył, że wprawdzie nie obiecuje swoim wyborcom rzeczy, którychby nie mógł dotrzymać, przyrzeka im jednak i gwarantuje utrzymanie autonomji śląskiej. Drugie zebranie było zebraniem mężów zaufania w powiecie rybnickim, które odbyło się dnia 27 marca rb. w Wodzisławiu, powiat rybnicki. Referat wygłosił Dr. Rojek. Prelegent omówił gospodarcze i polityczne położenie na Śląsku oraz sprawę wyborów do Sejmu Śląskiego, a w szczególności sprawę ustalenia listy kandydatów. Drugi referat wygłosił Marcy z głównego zarządu „Deutsche Wahlgemeinschaft" z Katowic, na temat ordynacji wyborczej, przyczem podkreślił konieczność jak najintensywniejszej agitacji wyborczej i zwrócił uwagę na nową ustawę o czystości wyborów.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei

Ruchliwa – jak zwykle – praca agitacyjna DSAP nie straciła w okresie sprawozdawczym na swej intensywności, temwięcej, że obok normalnej działalności poświęconej wewnętrznym sprawom oraz rozbudowie partji DSAP rozwinęła również działalność w kierunku przygotowania kampanji wyborczej do Sejmu Śląskiego. Obok wspomnianego w sprawozdaniu miesięcznem Nr. 2 specjalnego okólnika z 25 lutego rb. do kół miejscowych o ważności wyborów do Sejmu Śląskiego, zarząd okręgowy DSAP rozesłał ponownie pod datą 14. marzec rb. 2 okólniki, jeden do członków i sympatyków swych, drugi do miejscowych placówek DSAP, wzywające do współpracy w czasie akcji wyborczej i zapraszające do udziału w konferencji okręgowej DSAP w dniu 23 marca rb. Konferencję okręgową poprzedziło posiedzenie zarządu okręgowego DSAP w Katowicach, które odbyło się dnia 13 marca rb., a na którem omawiano poza sprawami wewnętrznymi partji, sprawę akcji wyborczej do Sejmu Śląskiego i na którem w związku z tem uchwalono kontynuować dotychczasową taktykę w stosunku do Polskiej Partji Socjalistycznej w tym kierunku, że również i przy wyborach do Sejmu Śląskiego postanowiono łączyć listy kandydatów DSAP z listami PPS. W konferencji okręgowej DSAP, która – jak wspomniano – odbyła się dnia 23 marca rb. w Królewskiej Hucie, wzięło udział 197 delegatów poszczególnych placówek miejscowych DSAP, 10 delegatów Wolnych Związków Zawodowych, delegat PPS, Janta oraz w imieniu głównego zarządu DSAP poseł Kronig z Łodzi. Konferencja miała na celu ustalenie listy kandydatów DSAP w poszczególnych okręgach wyborczych oraz zlikwidowanie tarć, jakie wywiązały się w łonie partji pomiędzy okręgowym zarządem partji, a przedstawicielami związków zawodowych na temat tak wytycznych działalności partji, jak i na temat obsady personalnej list kandydatów do Sejmu Śląskiego. Na konferencji były poseł

Kowoll, przedstawiając położenie polityczne w kraju stwierdził, że DSAP, mając w pierwszym rzędzie na uwadze dobro robotnika i swój program socjalistyczny, nie może w kampanji wyborczej łączyć się, ani popierać niemieckich burżuazyjnych partji politycznych, lecz winna iść do wyborów samodzielnie, współpracując jedynie z pokrewną jej ideowo PPS. Następnie po szerokiej i burzliwej dyskusji ustalono listy kandydatów w poszczególnych okręgach wyborczych. W obydwóch górnośląskich okręgach wyborczych został jako kandydat czołowy wyznaczony były poseł Kowoll z Katowic, zaś w okręgu wyborczym Bielsko-Cieszyn został wyznaczony jako kandydat czołowy Dr. Glücksmann z Bielska. Pozatem z ramienia DSAP odbyły się w okresie sprawozdawczym następujące zebrania:

Dnia 9 marca rb. zebranie miejscowej grupy DSAP w Orzeszu, powiat pszczyński, przy udziale 31 osób. Przewodniczący miejscowej grupy odczytał okólniki wyborcze okręgowego zarządu DSAP i komentował ich wskazówki. Następnie referował Rajwa z Katowic podnosząc, że niemiecka partja socjalistyczna w Sejmie Warszawskim zmusiła Rząd do poszanowania autonomji śląskiej i do rozpisania wyborów do Sejmu Śląskiego.

Dnia 15 marca rb. zebranie miejscowych grup „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei" w Katowicach, przy udziale 40 członków i w Dąbrówce Małej, powiat katowicki, przy udziale 50 uczestników. Na obu tych zebraniach, omawiając kampanię wyborczą do Sejmu Śląskiego wskazywano na konieczność zorganizowania intensywnego aparatu agitacyjnego.

Dnia 3 marca rb. odbyły się zebrania miejscowych grup DSAP w Janowie, powiat katowicki, przy udziale 40 członków i w Mysłowicach, powiat katowicki, przy udziale 9 członków. Omawiano sprawy gospodarcze i organizacyjne, oraz wzywano do podjęcia intensywnej akcji agitacyjnej z okazji dodatkowych wyborów do Sejmu Śląskiego.

Dnia 16 marca rb., w Królewskiej Hucie walne zebranie miejscowej grupy DSAP przy udziale 75 zebranych. Po przyjęciu do wiadomości sprawozdania z działalności grupy za rok ubiegły dokonano wyboru nowego zarządu, w skład którego wszedł jako prezes Mazurek z Królewskiej Huty. W końcu omawiano sprawę zbliżających się wyborów do Rady Miejskiej w Królewskiej Hucie.

Dnia 23 marca rb. zebranie przedwyborcze „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei" w Mysłowicach, przy udziale 20 osób. Referaty wygłoszone dotyczyły wyborów komunalnych i spraw organizacyjnych. Wskazywano na konieczność głosowania na listy robotnicze i przestrzegano przed łączeniem się z „Deutsche Wahlgemeinschaft".

Dnia 23. marca rb. zebranie przedwyborcze „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei" w Nowej Wsi, powiat katowicki, przy udziale 15 osób. Referowano sprawy wyborów do miejscowej rady gminnej. Na obydwu powyższych zebraniach podkreślano, że z ramienia partji prowadzi się stale agitację domową.

Dnia 21 marca rb. w Siemianowicach, powiat katowicki, wykład z inicjatywy DSAP na temat zadań organizacyj socjalistycznych w czasach dawniejszych i obecnych.

Prelegent z Królewskiej Huty przedstawił działalność związków socjalistycznych w Niemczech przed wojną i po wojnie, wskazując na odmienną taktykę tej działalności.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei

Powiat	Wiece i zgromadzenia z udziałem posłów	inne
Katowice miasto	-	1
Katowice powiat	-	7
Pszczyna	-	1
Królewska Huta	1	1
ogółem:	1	10

Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund

„Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund" nie rozwinął w okresie sprawozdawczym godnej uwagi działalności. Jeżeli chodzi o pogląd, w jaki sposób mniejszość niemiecka zapatruje się na udział w wyborach sejmowych niemieckiego Związku „Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund"u, to charakterystyczne zdanie w tym kierunku wypowiada „Der Oberschlesische Kurier", nr. 56 z 8 marca rb., w artykule pod tytułem „Der Kultur- und Wirtschaftsbund und die Sejmwahlen".

W artykule tym autor stara się kwestjonować niemieckość członków powyższego związku, a sam związek przedstawia jako tak słaby i tak mało zorganizowany, że ilość wszystkich głosów oddanych na ewentualne listy kandydatów tegoż związku oblicza na całym Śląsku na 2 500.

Niemieckie partje polityczne na Śląsku Cieszyńskim

Dnia 11 marca rb. „Christlich- Sozialer-Verein" w Bielsku odbył posiedzenie zarządu, na którem – omawiając sytuację przedwyborczą, jednomyślnie domagano się wyznaczenia kandydata do Sejmu Śląskiego w osobie Schimkego Józefa, kierownika szkoły niemieckiej w Mikuszowicach. Wnioski za kandydaturą Schimke' go pojawiły się również na posiedzeniu zarządu „Katholischer Volksverein" w Kamienicy, powiat bielski, odbytem dnia 14 marca rb. oraz na posiedzeniu niemieckich radnych gminnych w Mikuszowicach w dniu 12 marca rb.. W dniu 19 marca rb. bawił w Bielsku senator Dr. Pant, który odbył konferenję z miejscowymi czołowymi przedstawicielami mniejszości niemieckiej, na której to konferencji również omawiano kandydaturę Schimkego, którą Pant gorąco popierał.

„Deutsche Partei" w Bielsku na posiedzeniu zarządu w dniu 12 marca rb. większością głosów opowiedziała się za kandydaturą Gabrischa, wiceburmistrza z Cieszyna oraz większością głosów sprzeciwiła się ewentualnym kandydaturom byłych posłów na Sejm Śląski Fuchsa i Schnüra.

W dniu 22 marca rb. wybrano z pośród delegatów niemieckich prawicowych organizacyj politycznych Główny Komitet Wyborczy na Śląsk Cieszyński, na którego czele stanął Piesch Paweł z Bielska jako przewodniczący i Kratochwil Józef z Bielska – jako zastępca przewodniczącego.

Dnia 30 marca rb. wyżej wspomniane niemieckie organizacje polityczne na Śląsku Cieszyńskim urządziły zebranie poufne swych mężów zaufania. Zebranie to odbyło się w Bielsku, a wzięło w nim udział 72 delegatów. Na zebraniu reprezentowane były przez swych delegatów „Deutsche Partei" w Bielsku, „Christlich-Sozialer-Verein" w Bielsku, „Jungdeutsche Partei" /dawniej Deutscher- National-Sozialistischer-Verein/ w Bielsku, oraz mniejszości niemieckie z następujących miejscowości:

Cieszyn, Skoczów, Stare Bielsko, Międzyrzecze, Mazańcowice, Komorowice, Aleksandrowice, Wapienice, Kamienice, Mikuszowice i Bystra. Posiedzeniu przewodniczył Kratochwil z Bielska, zastępca przewodniczącego niemieckiego „Głównego Komitetu Wyborczego na Śląsk Cieszyński". W imieniu „Deutsche Partei" mówił Schmidt z Bielska, stawiając wniosek o odroczenie posiedzenia i porozumienie się w sprawach wyborów z Centralną Komisją Wyborczą w Katowicach. Wniosek ten poddany pod głosowanie, upadł, wobec czego niektórzy przedstawiciele „Deutsche Partei" z Bielska, Wapienicy, Mazańcowic i Komorowic – na znak protestu – posiedzenie demonstracyjne opuścili. Punkt pierwszy obrad stanowiło ustalenie zasad dotyczących wyboru kandydatów. Po dłuższej dyskusji na ten temat uchwalono, że kandydat na posła musi być niezależnym, to znaczy nie może piastować równocześnie innego urzędu, musi władać językiem polskim w słowie i piśmie i musi posiadać bogaty zasób słów i dar wymowy, ażeby mógł skutecznie zastępować mniejszość niemiecką na terenie Sejmu. Zaznaczyć należy, że wzmianka dotycząca niezależności kandydatów odnosiła się głównie do byłego posła, a obecnego wiceburmistrza Fuchsa z Bielska, który ostatnio wśród miejscowych Niemców stracił na popularności. Wreszcie wybrano kandydatów na posłów dla Śląska Cieszyńskiego w osobach kierownika szkoły niemieckiej w Mikuszowicach Schimkego, wiceburmistrza Gabrischa z Cieszyna, byłego posła na Sejm Śląski Jerzego Schnüra z Kamienicy i emerytowanego nauczyciela Matuszka z Bielska. Uchwalono, że kolejność tych kandydatów ustalona zostanie przez centralę „Deutsche Wahlgemeinschaft"w Katowicach.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Niemiecka prasa mniejszościowa zajmując się sfinalizowaniem polsko-niemieckiej umowy handlowej, przypisuje umowie wielkie znaczenie. „Kattowitzer Zeitung" z dnia 5 marca rb. w artykule „Der kleine Vertrag in Sicht", omawiając sfinalizowanie traktatu handlowego jest zdania, iż nawet tymczasowy „mały układ" handlowy wytworzy w Polsce dla towarów zagranicznych bardzo silną konkurencję, natomiast Polska spodziewać się może po zawarciu traktatu wzmocnienia swojego kredytu u zagranicy, którego z powodu niepewnych stosunków ze swym najsilniejszym sąsiadem, dotychczas zagranicą nie posiadała. „Kattowitzer Zeitung" z 7 marca rb. w artykule „Abschluß der Handelsverhandlungen", omawiając ukończenie umów rokowań [!] nad polsko-niemieckim traktatem jest zdania, iż niemieccy eksporterzy z tem liczyć się muszą, że Polsce trzeba będzie pewnego kredytu zgóry udzielić, udzielenie zaś takiego kredytu wymaga nadzwyczaj ostrej kontroli nad jego zużyciem.

„Kattowitzer Zeitung" z 18 marca r.b. w artykule „Unterzeichnung des Handelsvertrages", omawiając poszczególne działy podpisanego traktatu handlowego, uważa dokonaną umowę za najdalej idące wzajemne uprzywilejowanie bez zastrzeżeń cłowych. Zdaniem autora – tak ze względu na trudności przy osiedlaniu się niemieckich obywateli w Polsce, jak też ze względu na charakter polskiego rynku handlowego, zalecałoby się przy tworzeniu zastępstw uwzględnić jak najdalej mniejszość niemiecką w Polsce, znającą obyczaje w kraju i władającą językiem polskim.

„Kattowitzer Zeitung" z 29–30. marca rb. w artykule „Was bringt der Handelsvertrag?" omawiając obopólne korzyści dokonanego układu handlowego oraz niedomagania tegoż twierdzi, iż tragicznym momentem przy polsko-niemieckim układzie handlowym jest ta okoliczność, że ani Polska, ani też Niemcy narazie wielkiej pociechy z układu handlowego mieć nie będą, ponieważ Niemcy znajdą w Polsce rynek handlowy przejęty

stagnacją gospodarczą. Polska zaś nie będzie mogła liczyć na całkowity odbiór kontyngentu węglowego przez państwo niemieckie.

„Der Oberschlesische Kurier" z dnia 11 marca rb. w artykule „Der Handelsvertrag", omawiając poszczególne części polsko-niemieckiego układu handlowego stwierdza, że to co się przez 5 lat wydawało niemożliwem, a mianowicie, ażeby pomiędzy Polską a Niemcami dojść mogło do zawarcia układu handlowego, w obecnej chwili stało się faktem. Dokończenie unormowania wzajemnych stosunków wymaga, ażeby zapomnieć o nieporozumieniach przeszłości.

„Der Oberschlesische Kurier" z dnia 23 marca rb. w artykule „Mehr Vertrauen" omawia trudności, jakie się piętrzyły przy pertraktacjach i sądzi, że dziś jeszcze nikt nie wie, jak obecnie dokonana umowa będzie funkcjonować, albowiem obciążona jest tysiącami różnych szczegółów. Mniejszość niemiecka, żyjąca w Polsce, winna dążyć do ujednostajnienia obopólnych stosunków oraz winna przyczynić się do skonsolidowania stosunków gospodarczych w Polsce.

„Schlesische Zeitung" z dnia 9 marca rb. w artykule „Zeitzeichen" posła Piescha omawia czyny 5-letniej walki celnej pomiędzy Polską a Niemcami. Zdaniem gazety – przeszkodą w porozumieniu obu narodów są warunki mniejszości narodowych obu państw i z tego powodu tak długo nie można było przyjść do porozumienia. Autor spodziewa się, że obecnie po dokonanej umowie handlowej pod tym względem nastąpi w Polsce odprężenie.

„Volkswille" z dnia 9 marca rb. w artykule „Ein Schritt vorwärts" omawiając sytuację i warunki, pod jakiemi dokonano podpisu traktatu handlowego jest zdania, że szowiniści w obydwóch państwach ugodzie handlowej odmawiać będą wszelkich korzyści. Dalsze prowadzenie wojny celnej i niezgoda pomiędzy obu narodami byłaby po ich myśli. Zdaniem autora – podpisanie traktatu handlowego jest dziełem historycznem i krokiem naprzód w pacyfikacji Europy.

„Volkswille" z 28 marca rb. w artykule „Das Ende des deutsch-polnischen Zollkrieges", omawiając korzyści, jakie z dokonanego traktatu handlowego dla Polski i Niemiec płyną stwierdza, że poza stroną materjalną ugody handlowej ważnem jest to, że odprężone zostały obustronnie napięte stosunki polityczne i z czasem zatrze się też i wspólny spór graniczny.

„Der Oberschlesische Kurier" z dnia 15 marca rb. w artykule „Die neue Basis", omawiając warunki, pod jakie Niemcy przyjęły plan Younga i polsko-niemiecką ugodę likwidacyjną twierdzi, że Niemcy przechodziły w czasie powojennym drogę krzyżową. Z chwilą podpisania umowy tak Polska, jak i Niemcy zajęły zupełnie nowe stanowisko, wobec czego należy odczekać, czy spełnią się nadzieje, jakie pokładali Niemcy z okazji dojścia do skutku traktatu z Polską.

„Kattowitzer Zeitung z 29–30 marca br. w artykule „Der reisende Sykophant", komentując artykuł „Dortmunder Generalanzeiger" o warunkach, w jakich mniejszość niemiecka żyje w Państwie Polskim, o wrogiej dla Państwa działalności Volksbundu na polskim Górnym Śląsku wyraża zdziwienie, jak mógł reporter tej niemieckiej gazety coś podobnego o mniejszości niemieckiej i o „Volksbundzie" pisać, nie znając zupełnie sytuacji, w jakiej mniejszość niemiecka w Polsce żyje. Autor z oburzeniem przypuszcza, iż dany reporter zasięgał informacji o mniejszości niemieckiej w oddziale prasowym [polskiego] urzędu spraw zagranicznych w pałacu „Brühla" oraz pisał te „bajki" za sutą opłatą Z.O.K.Z.

„Kattowitzer Zeitung" z dnia 31 marca rb. w artykule „Moralische Abrüstung" przy sposobności omawiania planu rzuconego przez jeden z paryskich dzienników o utworzeniu trójprzymierza polsko-niemiecko-francuskiego twierdzi, że dopóki istnieć będą w Polsce fundusze przeznaczone na prowokowanie mniejszości narodowych, jak to ostatnio się stało z reporterem „Dortmunder Generalanzeiger", który w artykule o Śląsku posądził mniejszość niemiecką w Polsce o dążności antypaństwowe, tak długo też nie może być mowy o moralnem rozbrojeniu.

Sprawy wewnętrzne

„Volkswille" z 1 marca rb. w artykule „Ohnmachtspolitik" omawia sytuację sejmową i twierdzi, że stronnictwo BB, uważające się za jedyną partję twórczą, a w rzeczywistości czerpiące swe siły jedynie z kultu dla Marszałka Piłsudskiego, czując swoją niemoc, chwyta się środków prowokacji.

„Der Oberschlesische Kurier" z 9 marca rb. w artykule „ Heraus mit der Sprache", wykazując żywotną pracę obecnego Sejmu powiada, iż Rząd będzie musiał się zdecydować i otwarcie wypowiedzieć, czy myśli dalej rozbudowywać obecny system rządzenia, czy też zamyśla współpracować z Sejmem, a temsamem zerwać z dotychczasowym systemem.

„Kattowitzer Zeitung" z 10 marca rb. w artykule „Die Mißtrauensanträge", zastanawiając się nad wniesieniem przez Sejm wotum nieufności dla ministra Prystora i Dr. Czerwińskiego zapowiada, iż mniejszość niemiecka wstrzyma się od głosowania.

„Schlesische Zeitung" z 12 marca rb. w artykule „Vor einer neuen Regierungskrise", zajmując się sytuacją, jaka powstała po wniesieniu wotum nieufności w Sejmie wyraża obawę, że blok BB wykorzysta okazję i podejmie ostateczny atak przeciwko premjerowi Bartlowi.

„Volkswille" z 16 marca rb. w artykule „Nicht die Minister – das System", omawiając powody ustąpienia Rządu twierdzi, że premjer Bartel nie miał odwagi zerwać z kliką pułkowników i to też stało się powodem jego upadku. Autor powiada, że premjera Bartla obalił system.

„Der Oberschlesische Kurier" z 16 marca rb. w artykule „Was nun?" omawiając powody i następstwa ustąpienia Rządu w obecnej ciężkiej sytuacji przesilenia gospodarczego jest zdania, że upadek swój spowodował sam premjer. Kraj, będący w nędzy bezgranicznej, żąda ostatecznie albo dyktatury albo też przywrócenia zupełnej demokracji.

„Kattowitzer Zeitung" z 19 marca rb. w artykule „Szymański bildet das Kabinett" omawia poruczenie Marszałkowi Senatu Szymańskiemu tworzenie rządu oraz artykuł Piłsudskiego i jest zdania, że oświadczenie Marszałka Szymańskiego nieco odprężyło napięcie umysłów politycznych, jadnakowoż ogłoszony artykuł Marszałka Piłsudskiego jest wzbudzającym trwogę komentarzem sytuacji.

"Der Oberschlesische Kurier" z 20 marca rb. w artykule „Ein Experiment", zajmując się utworzeniem rządu przez Marszałka Szymańskiego i artykułem Marszałka Piłsudskiego, powiada, że poruczenie tworzenia nowego rządu Marszałkowi Szymańskiemu spowodowało niesmak, zaś treść artykułu Marszałka Piłsudskiego wskazuje nato, że nie weźmie on udziału w przyszłym rządzie.

„Schlesische Zeitung" z 20 marca rb. w artykule „Ein Namenstagsartikel Piłsudskis", omawiając artykuł Marszałka Piłsudskiego jest tego samego zdania.

„Volkswille" z 20 marca rb. i „Volksstimme" z 22 marca rb. w artykule pod tytułem „Die Obersten in Front" omawia tworzenie rządu przez Marszałka Szymańskiego i

artykuł Marszałka Piłsudskiego i wątpi, czy Marszałkowi Szymańskiemu po ukazaniu się artykułu Marszałka Piłsudskiego uda się skonstruować gabinet.

„Der Oberschlesische Kurier" z 22 marca rb. w artykule „Der kommende Mann" rozpatruje przyczyny wysunięcia przez sanację Marszałka Szymańskiego do tworzenia nowego rządu i jest zdania, że właściwie cała opozycja w Sejmie skierowana jest przeciw osobie Marszałka Piłsudskiego, lecz Sejm nie ma odwagi wyrazić votum nieufności Marszałkowi Piłsudskiemu, wobec czego czyni to w odniesieniu do innych ministrów. Autor nie uważa Marszałka Szymańskiego za tak wielkiego człowieka, którego Polska dziś potrzebuje.

„Schlesische Zeitung" z 23 marca rb. w artykule „Innerpolitische Rundschau", zastanawiając się nad taktyką stosowaną przez Marszałka Szymańskiego przy tworzeniu nowego rządu przychodzi do wniosku, iż ta polega na odwlekaniu skonstruowania rządu aż do chwili ostatecznego terminu uchwalenia budżetu.

„Der Oberschlesische Kurier" z 26 marca rb. w artykule „Szymański ist zuversichtlich", omawiając pro i contra spraw wchodzących w rachubę przy utworzeniu rządu przez Marszałka Szymańskiego przychodzi do przekonania, że mimo zaręczań ze strony Szymańskiego, do utworzenia rządu już nie przyjdzie, a Marszałek Szymański ustąpi miejsca pp. Sławkowi, Matuszewskiemu albo też Bartlowi.

„Volkswille" z 26 marca rb. w artykule „Vor der Entscheidung" omawiając możliwość utworzenia rządu przez Marszałka Szymańskiego przychodzi do przekonania, iż położenie tak długo będzie krytyczne, jak długo Marszałek Piłsudski nie namyśli się wypuścić władzy z rąk swoich.

„Der Oberschlesische Kurier" z 27 marca rb. w artykule „Bedenkliche Methoden", omawiając sytuację w Sejmie, postawione przez Marszałka Piłsudskiego warunki współpracy z Sejmem oraz założenie misji utworzenia rządu przez Marszałka Szymańskiego nazywa dobę tę dniem najpoważniejszym, jak i najdonieślejszym w epoce odżyłej Polski.

Sprawy śląskie: Wybory komunalne

„Kattowitzer Zeitung" z 15, 22 i 29 marca rb., jak i „Der Oberschlesische Kurier" z 16, 28 i 30 marca wzywa mniejszość niemiecką do głosowania przy wyborach komunalnych litylko na listy „Deutsche Wahlgemeinschaft".

„Volkswille" z 2, 27 i 30 marca rb. przestrzega socjalistów niemieckich przed oddawaniem głosów przy wyborach komunalnych na listę „Deutsche Wahlgemeinschaft", nawołując ich do głosowania za socjalistyczną listą D.S.A.P.

„Kattowitzer Zeitung" z 31 marca rb. w artykule „Die vierte Etappe der Kommunalwahlen", omawiając wynik dodatkowych wyborów komunalnych w dniu 30. marca roku bieżącego stwierdza, iż wybory odbyły się zupełnie spokojnie, oraz pociesza się, że wynik dla Niemców jest zadawalający, bo pomimo licznego wyemigrowania, wypadków zgonu Niemców, silnego napływu ludności polskiej z innych dzielnic, niemiecka lista doznała tylko 10 % ubytku, co przy warunkach, pod jakimi Niemcy na Polskim Górnym Śląsku żyją, nie dowodzi żadnej straty.

„Schlesische Zeitung" z 2 marca rb. w artykule „Die gestrigen Kommunalwahlen in Oberschlesien" pociesza się, że lista mniejszości niemieckiej doznała tylko znikomej utraty głosów.

Walka wyborcza do Sejmu Śląskiego

„Volkswille" z 2 marca rb. w artykule „Einheits- oder Kampffronten", omawiając sytuację przedwyborczą powiada, iż zrozumiałem było, że pierwsze wybory do Sejmu Śląskiego odbyły się na dwie listy – polską i niemiecką, a socjaliści niemieccy

wówczas oddali swoje głosy ze względów narodowych na listę niemiecką. Ponieważ w międzyczasie stronnictwo niemieckie „Deutsche Volkspartei" się zmieniło na „Katholische Volkspartei" i jest aż zanadto nacjonalistyczne, dlatego socjaliści niemieccy do obecnych wyborów sejmowych na Śląsku pójdą pod sztandarem socjalistycznym.

„Der Oberschlesische Kurier" z 6 marca rb. w artykule „Ein Programm des Hasses" polemizuje z odezwą wyborczą sanacji, ogłoszoną w „Polsce Zachodniej" i twierdzi, że sanacja, odziewając się płaszczem religijno-narodowym, wypowiada mniejszości niemieckiej zaciętą walkę.

„Kattowitzer Zeitung" z 8-9 marca rb. w artykule „Auch ein Programm" polemizuje z wspomnianą odezwą wyborczą sanacji i powiada, że dzielenie mniejszości niemieckiej na obywateli lojalnych i nielojalnych jest śmiesznem właśnie, gdy się wie, że chodzi tu o asymilowanie tej mniejszości narodowej.

„Kattowitzer Zeitung" z 12 marca rb. w artykule „Korfantys Wahlprogramm und die deutsche Minderheit" polemizuje z odezwą Korfantego, wzywającej mniejszość niemiecką do zajęcia stanowiska lojalnego wobec Państwa Polskiego.

„Volksstimme" z 15 marca rb. w artykule „Die Reaktion mobilisiert zu den Sejmwahlen", omawiając metody walki przedwyborczej wszystkich stronnictw na Śląsku powiada, że chodzi jedynie o to, ażeby klasa robotnicza osiągnęła swoje znaczenie.

Sprawy gospodarcze

„Kattowitzer Zeitung" z 3 marca rb. w artykule „Amerikanisches Kapital in Sicht", omawiając sprawozdanie amerykańskiego doradcy Deweya powiada, że dziwną wydaje się propagowana przez Deweya zasada samowystarczalności polskiej zwłaszcza, że czyni to człowiek, którego kraj najwięcej towarów wprowadza do Polski.

„Schlesische Zeitung" z 5 marca rb. w artykule „ Die Umsatzsteuer gefährdet", omawiając zamiar rządu wycofania reformy podatkowej powiada, iż rząd dopiero wtenczas zrozumie konieczność zreformowania podatków, gdy będzie zapóźno i gdy przemysł będzie zrujnowany.

Konfiskaty

Sąd Grodzki w Katowicach zarządził zajęcie następujących czasopism:

„Volkswille" z 8 marca rb. Nr. 56 za artykuł „Interessante Zahlen über die löbliche Polizei",

Broszura Emila Graebe za artykuł „Der drohende zweite Weltkrieg",

„Kattowitzer Zeitung" z 11 marca rb., Nr. 58 za artykuł „Kreis Pless - Dr. Pant über die Wirtschaftskrisis",

„Kattowitzer Zeitung" z 13 marca rb., Nr. 60 za artykuł „Deutsche Intoleranz und polnische Toleranz",

„Breslauer Zeitung" z 31 marca rb., Nr. 69 za artykuł „Verfälschte Geschichte".

Sąd Powiatowy w Tarnowskich Górach zarządził zajęcie następujących czasopism:

„Kölnische Illustrierte Zeitung" z 15 marca rb., Nr. 11 za artykuł „Das Schicksal des Deutschen Ostens",

„Deutsche Allgemeine Zeitung" z 25 marca rb., Nr. 195 i 196 za artykuł „Oberschlesiens Gelöbnis",

„Schlesische Zeitung" z 25 marca rb., Nr. 154 za artykuły: „Vergesst es nicht" i „Die deutsche Ostgrenze",

„Die Ehe" z 1 marca 1930 roku, Nr. 3 za ilustracje pornograficzne.

3. *Życie kulturalne*

Obserwując życie kulturalne mniejszości niemieckiej i ruch niemieckich organizacyj kulturalno-społecznych nie można nie zauważyć, że towarzystwa te i organizacje działalności swojej nie ograniczają jedynie do przewidzianego statutem programu, ale aczkolwiek zasadniczo apolityczne, stanowią one również podatny teren, na którym poszczególni członkowie przy każdej sposobności i w różnej formie uprawiają mniej lub więcej energiczną działalność polityczną. Terenem takiej działalności w ubiegłym okresie sprawozdawczym był „Verband Deutscher Katholiken". Pozatem na szczególną uwagę zasługuje czasopismo „Der Oberschlesier", organ niemieckich związków kulturalnych, istniejących tak w Województwie Śląskiem, jakoteż na Śląsku Opolskim, poświęcony kultywowaniu niemieckiego życia kulturalnego. W skład redakcji wspomnianego miesięcznika, który wychodzi w Wrocławiu, wchodzą też obok sił fachowych działacze niemieccy na Śląsku Opolskim i wyżsi urzędnicy Rejencji Opolskiej. Czasopismo to jest w Województwie Śląskiem szeroko kolportowane i wśród tutejszej mniejszości niemieckiej posiada wielu czytelników. W numerze 3 za miesiąc marzec br. tego czasopisma znajdują się między innymi dwa charakterystyczne artykuły pod tytułem „Oberschlesien im Urteil des Auslandes" i „Kattowitz 1930". W artykule pod tytułem „Oberschlesien im Urteil des Auslandes", napisanym przez Hansa Scharewalta [Schadewaldt], redaktora „Ostdeutsche Morgenpost", autor w długich wywodach przytacza wszystkie prace i książki zagranicznych autorów, jakie ukazały się na temat niesprawiedliwości traktatu wersalskiego, a zwłaszcza niesprawiedliwego przydziału Polsce Śląska oraz Korytarza, przyczem cytuje w dosłownem brzmieniu wyjątki z nich, a zwłaszcza te miejsca, gdzie wzywa się czynniki międzynarodowe do skorygowania granic na wschodzie Niemiec i gdzie przytacza się przemawiające za tem powody natury politycznej i gospodarczej. Pod koniec artykułu autor stwierdza, że zadaniem Niemców jest w ten sposób postępować oraz o to się starać, ażeby problem Górnego Śląska nie zniknął z orbity zainteresowań międzynarodowych czynników. W artykule „Kattowitz 1930" autor, omawiając wygląd całego miasta Katowic pod panowaniem polskiem, rozwodzi się nad rzekomo niebywale ostrą polonizacją, stosowaną przez władze polskie Górnego Ślaska, przyczem w sposób nadzwyczaj agresywny występuje przeciwko Wojewodzie Grażyńskiemu, twierdząc, że jego polityka antymniejszościowa przewyższa dawniejszą polakożerczą politykę prezydentów rządu, działających za ery wilhelmowskiej.

Jeżeli chodzi o ruch kulturalny mniejszości niemieckiej na Śląsku Cieszyńskim wskazać należy na dwa obszerne artykuły, zamieszczone w „Schlesische Zeitung" z dnia 16 i z dnia 30 marca br. pod tytułem „Planvolle Bildungspflege" i „Gedanken zur Gründung einer deutschen Zentralbücherei in Bielitz". Artykuły te omawiają szeroko sposoby podtrzymywania i rozwijania życia kulturalnego wśród mniejszości niemieckiej, przyczem wskazują na doniosłe znaczenie w tej dziedzinie zakładania i rozwijania bibljotek niemieckich.

W końcu podnieść należy, iż spór teatralny, jaki powstał po wypadkach opolskich, został w miesiącu marcu na zasadzie „status quo ante" ostatecznie zlikwidowany, w związku z czem odbyły się uroczyste inauguracyjne przedstawienia niemieckie w Katowicach dnia 28 marca br. i polskie w Bytomiu w dniu 31 marca br., przy udziale przedstawicieli miejscowych władz administracji politycznej, członków Komisji Mieszanej z Prezydentem Calondrem na czele, przedstawicieli miejscowych placówek konsularnych, obu towarzystw teatralnych i wielu wybitniejszych polskich i niemieckich osobistości. Po przedstawieniu w Katowicach odbyło się w mieszkaniu generalnego

Konsula niemieckiego barona Grünaua przyjęcie, w którem wzięło udział ponad 100 osób.

Ruch stowarzyszeń i organizacji kulturalno-oświatowych przedstawia się następująco:

Verband Deutscher Katholiken in Polen

Dnia 1 marca br. odbyło się zebranie w Kończycach, powiat katowicki, przy udziale około 100 członków. Na zebraniu tem – jak wyżej wspomniano [!] – omawiał Jankowski sprawy polityczne.

Dnia 2 marca br. odbyło się w Tarnowskich Górach zebranie oddziału młodzieży nazwanego związku przy udziale 40 członków. Zebranie było poświęcone omówieniu spraw organizacyjnych oraz wykładowi z dziedziny fizyki.

Dnia 9 marca br. odbyło się w Świętochłowicach zebranie przy udziale 200 osób, na którem zarząd zdał sprawozdanie z działalności swojej za rok ubiegły. Ze sprawozdania okazuje się między innymi, że związek udzielił subwencji na budowę dwóch szkół niemieckich w Małopolsce wschodniej, których koszta budowy wynosiły 4 000 dolarów oraz udzielił subwencji na akcje popierania niemczyzny w Poznańskiem i w Łodzi. Wybrano nowy zarząd, w skład którego jako przewodniczący wszedł ponownie Wilhelm Dyrda.

Dnia 16 marca br. odbyło się walne zebranie miejscowego oddziału związku w Katowicach - Załężu. Po załatwieniu kilku spraw organizacyjnych wybrano nowy zarząd, w skład którego wszedł jako przewodniczący ponownie Schneider z Katowic

Dnia 18 marca br. odbyło się zebranie w Chebziu, powiat świętochłowicki przy udziale 60 uczestników, na którym wygłoszono wykład na temat prześladowań religijnych w Rosji Sowieckiej.

Dnia 23 marca br. odbyło się zebranie w Łagiewnikach, powiat świętochłowicki, przy udziale 28 osób, na którym wygłoszono wykład na temat prześladowań religijnych w Rosji Sowieckiej.

Dnia 23 marca br. odbyła się w Chropaczowie, powiat świętochłowicki, wieczornica, przy udziale około 180 członków.

Dnia 23 marca br. odbyło się zebranie miejscowego koła w Tarnowskich Górach przy udziale 250 osób. Zebranie to było zebraniem protestacyjnym przeciwko prześladowaniu religji katolickiej w Rosji Sowieckiej.

Dnia 24 marca br. odbyło się w Wielkich Hajdukach zebranie przy udziale 80 uczestników. Wygłoszono przemówienie na temat religijny oraz wybrano nowy zarząd, w skład którego jako prezes wszedł Altschafel z Hajduk.

Deutscher Katholischer Frauenbund

Dnia 6 marca br. odbyło się w Wielkich Hajdukach, powiat świętochłowicki, zebranie przy udziale 50 osób, wygłoszono referat na temat religijny.

Dnia 7 marca br. odbyła się wieczornica w Hajdukach Wielkich, powiat świętochłowicki przy udziale 80 osób.

Dnia 26 marca br. odbyło się walne zebranie w Katowicach przy udziale 140 osób. Wygłoszono referat o prześladowaniu katolików w Rosji Sowieckiej oraz referat o prowadzeniu gospodarstwa domowego. Wybrano nowy zarząd, w skład którego weszła ponownie dotychczasowa przewodnicząca Schulzowa z Królewskiej Huty.

Hilfsverein Deutscher Frauen

Dnia 12 marca br. odbyło się w Tarnowskich Górach walne zebranie miejscowego koła przy udziale 80 członkiń. Wybrano nowy zarząd, w skład którego jako

przewodnicząca weszła hrabina Donnersmarckowa z Nakła. Utworzono komisję opieki nad biednymi dziećmi, której zadaniem będzie między innymi zorganizować kolonje letnie w Niemczech dla dzieci mniejszości ze Śląska polskiego.

Katholischer Frauenverein

Dnia 12 marca br. odbyło się walne zebranie „Katholischer Frauenverein" w Bielsku. Ustępujący zarząd składał sprawozdanie ze swojej działalności, a zwłaszcza z dziedziny opieki nad katolickim domem sierot w Bielsku. Po udzieleniu absolutorjum wybrano nowy zarząd z dotychczasowym składem.

Katholischer Männerverein

Dnia 9 marca br. odbyło się w Wielkich Hajdukach zebranie przy udziale około 70 uczestników. Wygłoszono referat na temat stosunków gospodarczych w gminie oraz omawiano sprawy związkowe.

Niemieckie związki śpiewacze

Z okazji pierwszej rocznicy istnienia „Verband Deutscher Kirchenchore" odbyło się w Katowicach dnia 9 marca br. uroczyste walne zebranie tegoż związku, obesłane przez 170 delegatów. Wybrano nowy zarząd w dotychczasowym składzie.

Dnia 9 marca br. odbył się w Katowicach okręgowy walny zjazd delegatów niemieckich towarzystw śpiewaczych, zorganizowanych w związku pod nazwą „Arbeitersängerbund" przy udziale 90 delegatów. Odśpiewano kilka pieśni, poczem wygłoszono referat o działalności związku. Wybrano nowy zarząd w dotychczasowym składzie.

Dnia 15 marca br. odbyło się walne zebranie miejscowego Towarzystwa śpiewu „Freiheit" w Mysłowicach przy udziale 30 członków. Wybrano nowy zarząd, w skład którego wszedł – jako przewodniczący – Stefan Haupt z Mysłowic.

Związki młodzieży

Dnia 12 marca br. odbyło się w Chropaczowie, powiat świętochłowicki zebranie „Katholischer Jugend- und Jungmännerverein" przy udziale 40 osób, na którem omawiano sprawy związkowe.

Dnia 14 marca br. odbyło się w Wielkich Hajdukach, powiat świętochłowicki, zebranie „Katholischer Jugend- und Jungmännerverein" przy udziale 25 uczestników. Wyświetlano obrazy z misji katolickiej w Afryce.

Dnia 16 marca br. odbyło się w Świętochłowicach przedstawienie, urządzone staraniem „Katolischer Jugend- und Jungmännerverein" przy udziale około 500 osób.

Katholischer Meister- und Gesellenverein

Dnia 16 marca br. odbyło się zebranie w Rudzie, powiat świętochłowicki przy udziale 35 uczestników. Wygłoszono przemówienia na temat misji katolickiej oraz prześladowań katolików w Rosji Sowieckiej.

Dnia 23 marca br. urządzono w Hajdukach Wielkich, powiat świętochłowicki przedstawienie przy udziale około 200 osób.

Dnia 24 marca br. odbyło się walne zebranie w Pszczynie przy udziale 80 osób. Wybrano nowy zarząd, w skład którego wszedł jako przewodniczący Ludwik Schnapka z Pszczyny

Dnia 23 marca br. urządził miejscowy oddział w Mikołowie, powiat pszczyński, wieczór ku czci świętego Józefa przy udziale około 80 osób.

Bund für Arbeiterbildung

Dnia 5 marca br. urządzono staraniem związku „Bund für Arbeiterbildung" w Królewskiej Hucie odczyt Karola Klaudera, przy udziale około 400 zebranych. Klauder objaśniał dążenia socjalistów niemieckich na polu kulturalnem i oświatowem.

Dnia 18 marca br. odbyło się zebranie w Nowym Bytomiu, powiat świętochłowicki przy udziale 12 osób, na którem omawiano sprawy związkowe.

Dnia 19 marca br. odbył się w Królewskiej Hucie z ramienia „Bund für Arbeiterbildung" odczyt pod tytułem „Das Kriegselend des Plesserlandes im 30-Jährigen Kriege", przy udziale 80 osób.

Związki ewangelickie

Dnia 21 marca br. odbyło się w Katowicach walne zebranie związku „Evangelischer Männerverein". W obradach przewodniczył prezydent unijnego Kościoła ewangelickiego na Górnym Śląsku Dr. Voss, który również wygłosił referat o celach i zadaniach organizacyj ewangelickich. Postanowiono utworzyć dla młodzieży osobną organizację.

Deutsche Theatergemeinde

Dnia 22 marca urządziła niemiecka gmina teatralna w Wodzisławiu, powiat rybnicki, przedstawienie teatralne przy udziale 250 osób.

Dnia 23 marca br. urządziła ta sama grupa teatralna w Rybniku to samo przedstawienie przy udziale 600 osób.

Deutscher Kulturbund

Z ramienia obok nazwanego związku urządzono dnia 2 marca w Katowicach wieczór autorski poety Klausa Manna, zaś 18 marca urządzono takiż sam wieczór niemieckiego pisarza Wilhelma von Scholza.

Deutschbund

Dnia 15 marca br. odbyło się walne zebranie „Deutschbundu" w Bielsku, na którem złożono sprawozdanie z działalności za rok ubiegły oraz wybrano nowy zarząd w dotychczasowym składzie.

Wykaz statystyczny ruchu towarzystw kulturalno-oświatowych

Powiat	Zebrania	obchody, przedstawienia i inne imprezy
Tarnowskie Góry	3	-
Świętochłowice	6	8
Królewska Huta	-	2
Katowice-miasto	5	2
Katowice-powiat	2	-
Pszczyna	1	1
Rybnik	-	2
Bielsko	2	-
ogółem:	19	15

4. *Życie gospodarcze*

Deutsche Bank w Katowicach

Rada Powiatowa w Trembowli wniosła prośbę do Deutsche Bank w Katowicach w sprawie uzyskania kredytu wekslowego w wysokości 41 000 złotych, na co wspomniany bank zwrócił się do ukraińskiej kasy „Pomicz" w Trembowli z prośbą o udzielenie poufnych informacji o Radzie Powiatowej w Trembowli. Powyższe charakteryzuje wybitnie stanowisko zajmowane przez ten bank w stosunku do polskiej instytucji samorządowej oraz świadczy dowodnie o utrzymywaniu kontaktu niemieckich organizacyj mniejszościowych z organizacjami mniejszościowemi innych narodowości w Państwie.

Bankverein w Tarnowskich Górach

Dnia 26 marca br. odbyło się w Tarnowskich Górach zebranie miejscowego „Bankverein"u przy udziale 15 członków. Ze sprawozdania rocznego, omawianego na powyższem zebraniu wynika między innymi, że obrót roczny banku wynosi 423 800 złotych oraz, że w ubiegłym roku ubyło 8 członków, a przystąpiło 45 nowych członków. Uchwalono, że każdemu z członków można udzielić kredytu do 20 000 złotych.

Wybrano nowy zarząd w dotychczasowym składzie, a na członków Rady Nadzorczej powołano Janotę z Katowic oraz Dominika, kupca z Tarnowskich Gór.

Wirtschaftsverband der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen

Dnia 9 marca br. odbyło się w Katowicach walne zebranie wszystkich placówek nazwanego związku, na którem po burzliwej dyskusji wybrano zarząd w dotychczasowym składzie.

5. *Życie zawodowe*

Niemieckie związki zawodowe odbyły w miesiącu marcu br., oprócz dorocznych walnych zebrań /Gewerkschaft Kaufmännischer Angestellter i Bergbauindustriearbeiterverband/ i jednej konferencji mężów zaufania /Deutscher Metallarbeiterverband/ ogółem 29 zwykłych zebrań członkowskich, w których uczestniczyło ogółem około 1 100 osób. Z zebrań tych zasługuje na wyszczególnienie zebranie miesięczne filji D.M.V. dnia 27 marca br. w Królewskiej Hucie /150 osób/, na którem były poseł na Sejm Śląski Karol Buchwald z Królewskiej Huty /D.S.A.P./ żalił się, że przemysł górnośląski nie otrzymuje obecnie żadnych zamówień oraz wzywał uczestników do głosowania w dniu wyborów do Sejmu Śląskiego na listy socjalistyczne.

W Katowicach odbyło się 2 marca br. doroczne walne zebranie Gewerkschaft Deutscher Kaufmännischer Angestellter /dawniejszy Deutsch- Nationaler Handlungsgehilfenverband/, który stoi pod egidą Deutsche Katholische Volkspartei. Uczestnicy w liczbie około 100 osób po przemówieniach prezesa okręgu Frendla z Śląska Opolskiego i sekretarza związkowego Koruschowitza z Katowic uchwalili rezolucję, w treści której domagają się od pracodawców podwyżki płac dla urzędników ciężkiego przemysłu i personelu, zatrudnionego w handlu, rozbudowy ustawodawstwa socjalnego, szczególnie zaopatrzenia na starość i rozszerzenia ustawy o urlopach również na teren Województwa Śląskiego. Według sprawozdania, przystąpiło w roku 1929 do związku 293 nowych członków. Na przewodniczącego zarządu wybrano ponownie Buczka z Katowic, płatnym sekretarzem związkowym został dotychczasowy sekretarz Leon Koruschowitz z Katowic.

„Bergbauindustriearbeiterverband" /wpływ D.S.A.P./ odbył 16 marca br. w Królewskiej Hucie doroczne walne zebranie przy udziale 55 delegatów, 21 mężów zaufania i 18 gości, w tem kierownika okręgu Kosala z Gliwic. Z 33 filij powyższego związku zastąpionych było na zebraniu 30. Według sprawozdania przyjęto w roku 1929 538 nowych członków i założono 3 nowe filje, a to w Wodzisławiu i Knurowie, powiat rybnicki oraz w Hołdunowie, powiat pszczyński. Po przemówieniu sekretarza związkowego Nitscha z Siemianowic, który wspomniał o rzekomych represjach policyjnych w stosunku do związku, któremu w niektórych miejscowościach właściciele lokali odmawiają udzielenia sali na urządzanie zebrań, uchwalono rezolucję, w której delegaci domagają się od władz przeciwstawienia się dalszym redukcjom w górnictwie, wypłacenia zasiłków robotnikom, świętującym 2 dni w tygodniu, a w razie koniecznych redukcyj zwolnienia przedewszystkiem robotników, pochodzących z innych dzielnic.

Deutscher Metallarbeiterverband /wpływ D.S.A.P./ zorganizował 16 marca br. w Królewskiej Hucie konferencję mężów zaufania, na której po zobrazowaniu przez byłego posła na Sejm Śląski, Karola Buchwalda, obecnej sytuacji w przemyśle metalowym wspomniał mąż zaufania D.M.V. Mazurek z Królewskiej Huty o działalności niemieckiego bloku wyborczego „Deutsche Wahlgemeinschaft" nadmieniając, że blok ten ostatnio na swych zebraniach zajmuje się sprawami bezrobotnych, mianowicie, domaga się zatrudnienia bezrobotnych przy przewidzianych w roku 1930 budowach domów mieszkalnych, koszar dla wojska i tym podobnych.

W końcu wspomnieć wypada, że podczas wyborów do rady załogowej kopalni „Emanuel" w Murckach, powiat pszczyński, dnia 28 marca br., zatrudniającej przeszło 800 robotników, niemiecka organizacja zawodowa chrześcijańskich robotników pod nazwą Christliche Gewerkschaften /Deutsche Katholische Volkspartei/ po raz pierwszy wysunęła własną listę kandydatów zdobywając 55 głosów /1 mandat/ na ogólną liczbę 642 głosów ważnych /8 mandatów/.

5. *Życie sportowe*

Freie Turner

Dnia 1 marca br. odbyło się zebranie zarządu miejscowej filji „Freie Turner". Omawiano sprawę nadchodzącego święta sportowego „Werbeabend" oraz ustalono program ćwiczeń gimnastycznych i przyjęto do wiadomości zaproszenie na olimpjadę robotniczą, która odbędzie się w przyszłym roku w Wiedniu.

Verein für Natur und Körperpflege

Wymienione Towarzystwo odbyło dnia 2 marca br. zebranie w Nowych Hajdukach, powiat świętochłowicki, przy udziale 14 członków. Omawiano sprawy związkowe.

Touristenverein und Naturfreunde

Obok nazwane towarzystwo odbyło zebranie dnia 2 marca br. w Świętochłowicach, przy udziale 34 uczestników. Złożono sprawozdanie z działalności za rok ubiegły, z którego wynika, że związek liczy 65 członków i posiada 1 600 złotych gotówki. Wybrano nowy zarząd, w skład którego wszedł jako przewodniczący Wilhelm Kieris.

Freie Turnerschaft

Dnia 16 marca br. urządziła organizacja „Freie Turnerschaft" w Królewskiej Hucie wieczór agitacyjny /Werbeabend/, w którym brały udział również i bratnie organizacje z Hindenburg /Śląsk Niemiecki/ oraz z Katowic. W imprezie brało udział 400 widzów.

Turnverein Pless

Dnia 18 marca br. odbyło się w Pszczynie walne zebranie obok nazwanego towarzystwa przy udziale 30 członków. Wybrano nowy zarząd, w skład którego wszedł jako prezes Willi z Pszczyny.

Bractwo Strzeleckie w Tarnowskich Górach

Dnia 23 marca br. odbyło obok nazwane stowarzyszenie walne zebranie przy udziale 45 członków. Złożono sprawozdanie za rok ubiegły, z którego wynika, że Bractwo posiada 140 członków, a w kasie związku znajduje się 10 250 złotych gotówki, jako czysty zysk z różnych imprez, urządzonych przez Bractwo. Omawiano program uroczystości 150-letniego jubileuszu Bractwa, które przypada na miesiąc lipiec br.. Na uroczystość tę mają zostać zaproszone wszystkie bractwa kurkowe w Polsce. Wybrano nowy zarząd, w skład którego wszedł jako przewodniczący ponownie Benke z Tarnowskich Gór.

7. *Życie wyznaniowe*

Dnia 2 marca b.r. odbyło się walne zgromadzenie gminy ewangelickiej w Czechowicach, powiat bielski, na którem dokonano wyboru prezbiterjatu. Wybrano 5 Niemców

i 3 Polaków, oświetlając przy tej sposobności charakterystyczne stosunki, jakie panują w ewangelickiej gminie wyznaniowej w Czechowicach. Zaznaczam, że aczkolwiek większość parafjan stanowią Polacy, to jednak w prezbiterjacie gminy na 8 członków Polacy posiadali dotychczas tylko jednego przedstawiciela. W tym stanie rzeczy administracja gminy wyznaniowej leżała całkowicie w ręku Niemców, którzy z pastorem Karzlem na czele nie uwzględniali zupełnie wymagań wyznawców - Polaków. I tak między innymi pastor Karzel nie uwzględnił w programie kościelnym na rok 1929 święta państwowego w dniu 3 maja. Cała księgowość w gminie wyznaniowej prowadzona była dotychczas tylko w języku niemieckim. Pastor Karzel niejednokrotnie wzbraniał się przemawiać na wspólnych uroczystościach kościelnych także i po polsku, oraz sprzeciwiał się żądaniu członków polskich gminy, umieszczaniu na ścianie Domu Modlitwy tablicy z napisem polskim, obok już istniejącego napisu niemieckiego i wywieszania chorągwi o barwach państwowych w uroczystościach państwowych. Fakt, że Polacy także i przy obecnych wyborach nie uzyskali w prezbiterjacie większości przypisać należy tylko temu, iż Ksiądz Karzel, który przewodniczył zebraniu dopuścił do głosowania nieprawnie wyborców, którzy z powodów statutowych od głosowania byli wykluczeni.

W dniu 23 marca br. odbyło się w Rybniku organizacyjne zebranie Związku Polaków-Ewangelików, przy udziale około 60 osób. Na zebraniu tem przemawiał między innymi ksiądz senjor Kulisz z Cieszyna, wskazując na konieczność założenia związku w Rybniku ze względu na to, że w Rybniku i okolicy znajduje się znaczna ilość ewangelików-Polaków, którzy dotychczas nie mieli możności wykonywania swoich praktyk religijnych w języku ojczystym. W skład zarządu nowopowstałego związku wszedł jako przewodniczący inżynier Farny z Boguszowic. Do zwiazku przystąpiło dotychczas 36 członków.

[...]

362

18.8.1932: Oberkommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Kreiskommandos. Sympathiebekundungen für den Nationalsozialismus

18 VIII 1932r.: Główna Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Powiatowych Komend Powiatowych. Demonstrowanie sympatii dla narodowego socjalizmu

AP Katowice, Policja Wojewódzka w Katowicach, Nr. 202

Coraz częściej powtarzają się wypadki wybryków popełnionych przez jednostki nastrojone fanatycznie, często z prostej swawoli i zuchwałości, czy też na tle jakieś głębszej sympatji dla [w]zmagającego się obecnie ruchu hitlerowskiego na terenie Niemiec – przez publiczne wnoszenie okrzyków na cześć Hitlera oraz wypisywania na publicznych miejscach haseł i znaków hitlerowskich, jak swastyki hitlerowskiej i napisów „Deutschland erwache – Heil Hitler – Polen verrecke" itp.

Z uwagi na prowokacyjny charakter takich okrzyków i napisów, celem skuteczniejszego zapobiegania tego rodzaju wystąpieniom obrażających uczucia godności narodowej polskiej, w porozumieniu z Prokuraturą Sądu Okręgowego w Katowicach i Śląskim Urzędem Wojewódzkim, zarządzam co następuje:

Za popełnienie takich wybryków nie należy ograniczać się tylko do spisywania protokołu i doniesienia danej osoby do Sądu lub władz administracyjnych, natomiast każdą osobę, która publicznie dopuściła się wnoszenia okrzyków hitlerowskich lub została ujawniona przy wypisywaniu takich haseł, należy bezwzględnie przytrzymać i wraz z doniesieniem karnym odstawić do dyspozycji właściwego sądu grodzkiego.

Doniesienie takie będzie można sporządzić na podstawie przepisu § 360 kk. Należy takowe jednak należycie umotywować, a szczególnie podnieść w doniesieniu te dane, które w wystąpieniu danej osoby nadają charakterystyczne cechy prowokacji uczuć narodowościowych, ewentualnie wypadki recydywy takich wybryków, poprzednie ukaranie za tego rodzaju wystąpienia itp. Odpis każdego takiego doniesienia należy przedłożyć tutejszemu Urzędowi.

Dla każdej osoby przytrzymanej za tego rodzaju wybryk należy sporządzić „Kartę informacyjną" według załączonego wzoru. Karty te należy oznaczać literą A. Ponadto celem zebrania odpowiedniego materjału potrzebnego do ewentualnej późniejszej likwidacji sieci organizacyjnej hitlerowskich powstałych na tutejszym terenie, taką samą kartę informacyjną, lecz oznaczoną literą B, należy sporządzić dla każdej osoby podejrzanej o działalność na rzecz organizacyj hitlerowskich, o których jest mowa w tutejszym poleceniu z 14.7.32r. L.202/A/IV/32.

Karty informacyjne tak A i B, winne być w przechowaniu Powiatowej i Miejskiej Komendy Policji Województwa Śląskiego. Działalności organizacyj hitlerowskich należy nadal poświęcać baczną uwagę i dążyć do zebrania konkretnego materjału dowodowego przeciw osobom udzielającym się w tym ruchu. Od jakichkolwiek likwidacji w tym kierunku należy się jednak wstrzymać aż do czasu wydania dalszych zarządzeń ze strony tutejszego Urzędu.

W razie ewentualnego przytrzymania z konieczności członka organizacji hitlerowskiej pochodzącego z tutejszego terenu, niezależnie od ogólnej likwidacji należy niezwłocznie o tem donieść tutejszemu Urzędowi, który wyda dalsze zarządzenia w tym kierunku.

[...]

363

8.4.1933: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (März 1933)

8 IV 1933r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1933r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 547

I. *Sytuacja ogólna*

Dojście Hitlera do władzy i utrwalenie się reżimu hitlerowskiego w Niemczech nie pozostało bez wybitnych wpływów na tutejszą mniejszość niemiecką, która zawsze silnie zainteresowana tokiem wydarzeń politycznych w Niemczech, przeżywa je na równi żywo ze swymi wspólrodakami w Rzeszy. Jeżeli chodzi w związku z tym o scharakteryzowanie ustosunkowania się tutejszego społeczeństwa niemieckiego do wypadków w Niemczech, to stwierdzić należy, że ta część społeczeństwa niemieckiego, którą zawsze cechowały wybitne nastroje nacjonalistyczne, a która politycznie zorganizowana jest pod sztandarami „Deutsche Partei" i „Jungdeutsche Partei", zajęła wybitnie przychylne stanowisko w stosunku do osoby Hitlera i rządów hitlerowskich w Niemczech,

nie kryjąc swych wyraźnych sympatyj w tym względzie. Świadczy o tym w pierwszym rzędzie ton i nastrój części prasy niemieckiej, a zwłaszcza „Kattowitzer Zeitung", będącej – jak wiadomo – wykładnikiem opinji i nastrojów nacjonalistycznych kół niemieckich. Dziennik ten od chwili objęcia władzy przez Hitlera hołduje nieomal jawnie hitleryzmowi i prawie codziennie, czy to w artykułach bezpośrednich, czy też z okazji komentowania przejawów życia politycznego w Niemczech, zajmuje stanowisko zdecydowanie przychylne dla hitlerowskiego reżimu. Miarę i rozpiętość tych sympatyj określa dowodnie z jednej strony fakt, że z okazji podjętej przez tutejsze żydostwo akcji protestacyjnej przeciwko gwałtom hitlerowskim w Niemczech, nie zawahała się „Kattowitzer Zeitung" protestującym Żydom zagrozić bojkotem społeczeństwa niemieckiego, z drugiej zaś strony oświadczenie niemieckiego socjalistycznego posła Kowolla na posiedzeniu zarządu okręgowego niemieckiej partji socjalistycznej, w którem tenże przy sposobności omawiania nastawień „Kattowitzer Zeitung" wyraźnie stwierdził, iż artykuły „Kattowitzer Zeitung" przedrukowuje nawet po części partyjna prasa hitlerowska w Niemczech dla udowodnienia, że również i Niemcy poza granicami Rzeszy akceptują program Hitlera. Że nietylko w prasie ale i na zebraniach jawnie występuje się i broni idei hitlerowskich dowodzi między innymi mowa członka głównego zarządu „Deutsche Partei", redaktora Dr. Krulla, wypowiedziana na jednym z zebrań tejże partji, w której Dr. Krull, nawiązując do zarzutów czynionych mniejszości niemieckiej, iż sympatyzuje ona z ruchem hitlerowskim zaznaczył, że mniejszość tutejsza czuje się ściśle złączona z narodem niemieckim i że nikt jej nie może odmówić prawa do przeżywania tego samego, co przeżywa cały naród niemiecki.

Gdy przeciwko powyższym nastrojom hitlerowskim, nurtującym wśród tutejszej mniejszości niemieckiej, zareagowało społeczeństwo polskie, zgłaszając na posiedzeniu Sejmu Śląskiego w dniu 29 [?] marca br. przez jeden z klubów polskich odpowiednią rezolucję partyjną, Klub niemiecki postąpił według swego zwyczaju, składając jak zawsze w wypadku, gdy chodzi o mniejszościowe oświadczenia – oficjalną przeznaczoną pro foro externo, deklarację zapewniającą o lojalności mniejszości niemieckiej wobec Państwa Polskiego.

Jeżeli chodzi o zewnętrzne przejawy działalności politycznej obozu niemieckiego w okresie sprawozdawczym to stwierdzić należy żywą aktywność w tej dziedzinie niemal wszystkich politycznych partyj i organizacyj niemieckich. Deutsche Partei urządziła 5 zebrań w terenie ze współudziałem posłów Rozumka i Pawlasa i członków zarządu głównego warszawskiego i Dr. Krulla, a poświęconych omówieniu sytuacji poltycznej i gospodarczej.

Mniej czynną okazała się Deutsche Katholische Volkspartei, która ograniczyła się jedynie do odbycia dorocznego walnego zjazdu delegatów.

Nieustająca w pogłębianiu swej pracy propagandowej „Jungdeutsche Partei" urządziła ogółem 6 zebrań i przystąpiła do wydawania drugiego, obok „Beskidenländische Deutsche Zeitung, organu prasowego w formie dwutygodnika pod nazwą „Aufbruch, Stimmen Junger Deutscher".

Niemiecka partja socjalistyczna rozwinęła prace przygotowawcze do uroczystego obchodu zbliżającego się święta 1 maja oraz rozpoczęła ponownie energiczną akcję propagandowo-werbunkową dla swego organu „Volkswille", którego byt z powodu trudności finansowych coraz więcej jest zagrożony. W terenie urządziła partja 11 zebrań członkowskich grup miejscowych o słabej stosunkowo frekwencji.

Z działalności wewnętrzno organizacyjnej „Volksbundu" na podkreślenie zasługuje podjęta przez centralę reorganizacja personalna aparatu propagandowo-agtiacyjnego, polegająca na wymianie niepewnych i za mało dbających o interesy niemieckości mężów zaufania członkow komisyj szkolnych i członków zarządów związków obwodowych – na ludzi o pełnym zaufaniu i dających gwarancję ofiarnej pracy. Sprawa ta, jak również i inne sprawy organizacyjne o mniejszym znaczeniu, były przedmiotem dwóch konferencyj kierowników związków obwodowych, z przebiegu których złożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych oddzielne sprawozdania. Do Komisji Mieszanej wniósł „Volksbund" 4 zażalenia – wszystkie z dziedziny szkolnictwa mniejszościowego.

„Deutsche Arbeiterpartei" ujawniła żywą działalność w powiecie katowickim oraz utworzyła nową placówkę w Królewskiej Hucie. Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnym sprawozdaniu.

Stanowisko Klubu Niemieckiego w Sejmie Śląskim zaznaczyło się negatywnym ustosunkowaniem się Klubu do projektów ustawy o ustroju szkolnictwa publicznego i prywatnego oraz głosowaniem przeciwko budżetowi śląskiemu, co o tyle zasługuje na podkreślenie, iż jest to pierwszy wypadek głosowania przeciwko budżetowi przez posłów niemieckich w Sejmie Śląskim.

Niemieckie związki i organizacje kulturalno-społeczne urządziły w okresie sprawozdawczym ogółem 45 zebrań i 25 imprez. W tej dziedzinie zwrócić uwagę należy na dalsze objawy podtrzymywania przez tutejszą mniejszość niemiecką stałego kontaktu z Rzeszą niemiecką na polu kulturalnym, za pośrednictwem licznych swych organizacyj kulturalno-oświatowych. W samym bowiem tylko miesiącu marcu sprowadziły związki te na teren tutejszy z Niemiec 7-miu wykładowców oraz prelegentów.

W dziedzinie niemieckiego życia sportowego na podkreślenie zasługuje nawiązanie kontaktu pomiędzy tutejszym najsilniej rozbudowanym związkiem niemieckim sportowym „Deutsche Turnerschaft in Polen" a „Deutsche Turnerschaft" w Rzeszy, mającego na celu przyłączenie się tutejszych związków sportowych do okręgu zagranicznego Deutsche Turnerschaft w Niemczech.

W życiu gospodarczem i wyznaniowem mniejszości niemieckiej nie notowano ważniejszych przejawów.

Działalność niemieckich związków zawodowych nastawiona była głównie na udzielenie pomocy materialnej bezrobotnym i krótko pracującym członkom, na uprawianie agitacji wśród niemieckiej młodzieży robotniczej, jakoteż wśród załóg tych zakładów, w których w najbliższym czasie mają się odbyć wybory do rad załogowych. O zakrojonej na szerszą skalę akcji zapomogowej niemieckich związków zawodowych świadczą dobitnie przytoczone cyfry w sprawozdaniach kasowych, złożonych na odbytych w okresie sprawozdawczym walnych zebraniach okręgowych trzech poważniejszych niemieckich związków zawodowych, a to Christliche Gewerkschaften, Gewerkschaft Kaufmännischer Angestellten i Bergbauindustriearbeiterverband.

Podczas gdy w roku 1929 zapomogi płacone przez Christliche Gewerkschaften bezrobotnym członkom wynosiły 10 %, podskoczyły one w roku 1932 na 44 % ogólnych wydatków. Gewerkschaft Kaufmännischer Angestellter udzieliło w roku 1932 zapomóg w kwocie przeszło 35 000 zł., zaś Bergbauindustriearbeiterverband w kwocie przeszło 49 000 zł.

W miesiącu marcu wyemigrowało do Niemiec dalszych 33 optantów, wobec czego łączna liczba optantów reemigrantów do Niemiec w okresie od 1 września 1932 r. do 31 marca 1933 r. wynosi 391 osób.

II. *Mniejszość niemiecka*

7. *Życie polityczne*

Volksbund

Z przejawów wewnętrzno-organizacyjnych Volksbundu zanotowano 2 konferencje kierowników związków obwodowych Volksbundu. Pierwsza z nich poświęcona była w całości omówieniu i uzasadnieniu przez posła Ulitza konieczności redukcji uposażeń funkcjonariuszów Volksbundu, która, jak wiadomo, przeprowadzoną została z dniem 1 kwietnia. Na drugiej konferencji omawiano sprawę walnego zgromadzenia Volksbundu oraz sprawę przeprowadzenia w zarządach związków obwodowych, niemieckich komisjach szkolnych i wśród mężów zaufania w terenie reorganizacji personalnej w tym kierunku, ażeby w miejsce tych osób, które nie wykazały dotychczas odpowiedniego zainteresowania się pracą dokoła niemieckości, powołać osoby, któreby dawały rękojmię, iż obowiązki połączone z ich stanowiskiem spełniać będą gorliwie i sumiennie. Bliższe informacje przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnych sprawozdaniach.

Deutsche Partei

rozwinęła żywą działalność w terenie, urządzając 2 walne zebrania, w Katowicach – 60 osób, w Wielkich Hajdukach – 50 osób /2 zebrania członkowskie/, Nowy Bytom – 30 osób, Nowa Wieś – 25 osób /oraz konferencję mężów zaufania w Brzeziu/. W zebraniach tych brali udział w charakterze referentów posłowie Pawlas i Rozumek, członkowie zarządu głównego partji redaktor Dr. Krull i Warszawski oraz redaktor działu gospodarczego „Kattowitzer Zeitung" Dr. Guttmann, wygłaszając referaty, ilustrujące jak zwykle obecną sytuację polityczną i gospodarczą w kraju i zagranicą, ze szczególnym uwzględnieniem niemieckiego Śląska i położenia tutejszej mniejszości niemieckiej. W związku z omawianiem tego ostatniego tematu podkreślano polonizacyjne dążności władz i społeczeństwa polskiego, wskazywano na konieczność rozbudowy szkolnictwa niemieckiego oraz na potrzebę pogłębiania partyjnej pracy propagandowo-organizacyjnej i interpretowano wreszcie nowe ustawy o zgromadzeniach i stowarzyszeniach oraz ustawę o ustroju szkolnictwa. Z powyższych referatów na szczególną uwagę i podkreślenie zasługuje referat redaktora Dr. Krulla na zebraniu w Nowej Wsi, w którym przy sposobności omawiania sytuacji politycznej, a w związku z objęciem przez Hitlera władzy w Niemczech, prelegent między innymi dosłownie oświadczył: „Można nam zarzucać sympatję dla Hitlera – niemniej my czujemy się ściśle złączeni z naszym narodem i my mamy prawo do tego, by przeżywać wewnętrznie to, co przeżywa nasz naród. Niektóre koła niestety przedstawiają narodowi Hitlera jako straszaka, jest to nieuczciwe.".

Powyższe świadczy niedwuznacznie o sympatjach hitlerowskich mówcy i reprezentowanej przez niego partji, co zresztą potwierdza linja polityczna, po jakiej postępuje obecnie organ partyjny „Kattowitzer Zeitung", stojący pod naczelną redakcją Dr. Krulla. Oddział młodzieżowy przy grupie miejscowej w Siemianowicach również i w okresie sprawozdawczym nie stracił na swej ruchliwości, urządzając trzy zebrania wykładowo-dyskusyjne tzw. „Heimatabende".

Deutsche Katholische Volkspartei

Z przejawów życia DKV notuje się doroczny walny zjazd partyjny, odbyty w Katowicach dnia 5 marca, przy udziale 230 delegatów pod przewodnictwem senatora Dr. Panta. Ze sprawozdania działalności partji, złożonego przez posła Jankowskiego wynika, że w ubiegłym roku zwiększyła się liczba członków o około 1 400 osób, tak że

obecnie liczy partja ponad 7 000 członków. Zebrań partyjnych odbyło się ogółem 74. Pomimo wzrostu stanu liczebnego członków zanotowano poważny ubytek dochodów. Gdy bowiem w roku 1930 dochody partji wynosiły około 41 000 zł., to w roku sprawozdawczym wynosiły one około 28 000 zł, co nie wystarczyło nawet na pokrycie wszystkich wydatków administracyjnych. Wobec powyższego zastosowano konieczne środki oszczędnościowe, zredukowano odpowiednio personel administracyjny a zamożniejsi członkowie byli zmuszeni do opodatkowania się na rzecz partji celem wyrównania deficytu. Po przyjęciu do zatwierdzającej wiadomości powyższego sprawozdania zgromadzeni urządzili przewodniczącemu partji senatorowi Dr. Pantowi spontaniczną owację w uznaniu jego dotychczasowej ofiarnej pracy dla partji i na dowód pełnego zaufania, jakim go darzy partja.

Po wyborze głównego zarządu partji w dotychczasowym składzie, senator Dr. Pant zakończył zebranie, wygłaszając obszerny referat na temat zadań i celów partji. Myślą przewodnią było oświetlenie stosunków religji do polityki, stwierdzenie, że dwa te czynniki nie dadzą się od siebie rozłączyć i podkreślenie że idee partji zawsze opierały i opierają się na katolickim światopoglądzie.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

Z wewnętrznych przejawów życia niemieckiej partji socjalistycznej na uwagę zasługuje posiedzenie zarządu okręgowego partji odbyte pod przewodnictwem posła Kowolla w Katowicach, z uwagi na to, że poświęcone ono było omówieniu szeregu spraw natury wewnętrzno-organizacyjnej. I tak, poseł Kowoll złożył sprawozdanie o obecnym stanie projektu zwołania ogólnokrajowego zjazdu wszystkich partji socjalistycznych w Polsce /patrz sprawozdanie sytuacyjne za luty 1933r/. Ze sprawozdania posła Kowolla wynika, że projekt ten na drodze swej do realizacji natrafia na poważne trudności albowiem „Bund" odrzuca możliwość pertraktowania wspólnie z s[y]jonistyczną lewicą, zaś PPS nie chce współpracować z ukraińską partją socjalistyczną.

W związku z projektem urządzenia w maju br. dorocznego walnego zjazdu partyjnego niemieckiej partji socjalistycznej w Polsce powzięto uchwałę przesunięcia terminu tego zjazdu na październik br., a to dlatego, ażeby odczekać wyniku odbywającego się obecnie w Szwajcarji kongresu II Międzynarodówki.

W związku z tegorocznym obchodem 1-majowym postanowiono porozumieć się z PPS i skoncentrować cały obchód w Katowicach. Wyjątek stanowić ma okręg rybnicki i mikołowski, gdzie odbędą się odrębne obchody. Wreszcie omówiono stan finansowy organu partyjnego „Volkswille", stwierdzając przy tej sposobności jego katastrofalne położenie. Poseł Kowoll zaznaczył, że „Volkswille" zadłużony jest już w zakładach nakładowych „Kattowitzer Zeitung", w których się on obecnie drukuje, do wysokości 9 000 zł. Wyraził on równocześnie obawę, że zakłady te mogą każdego dnia zaprzestać drukowania „Volkswille" temwięcej, że w związku z obecną konjunkturą polityczną w Niemczech duch nacjonalistyczny „Kattowitzer Zeitung" wzrasta coraz bardziej, o czem świadczą – zdaniem posła Kowolla – między innymi artykuły „Kattowitzer Zeitung", które przedrukowuje po części prasa hitlerowska w Niemczech, wskazując na nie jako na dowód, iż również Niemcy poza granicami Rzeszy akceptują program Hitlera. Celem uzdrowienia stanu finansowego „Volkwille" postanowiono przeprowadzić na jej rzecz ponownie intensywną propagandę agitacyjno-werbunkową, czem zająć się ma specjalnie w tym celu utworzony komitet z posłem Kowollem na czele. W związku z przedmiotem powyższych obrad zarząd okręgowy wystosował do wszystkich grup miejscowych w terenie okólnik, którego odpis przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych oddzielnem sprawozdaniem.

W terenie odbyło się ogółem 11 zebrań członkowskich, w czem 6 zebrań walnych, przy słabej na ogół frekwencji. Na zebraniach omawiano położenie polityczne i gospodarcze w kraju i zagranicą, poświęcając przeważnie uwagę krytycznemu oświetleniu panujących obecnie stosunków w Niemczech.

W związku z 50-letnią rocznicą śmierci Karola Marksa partja zorganizowała 5 okolicznościowych uroczystych akademji. Najliczniejszą frekwencją, bo wynoszącą ponad 500 osób, cieszyły się akademje urządzone w Katowicach i w Królewskiej Hucie.

Jungdeutsche Partei

rozwijała dalej żywą działalność propagandową, urządzając w terenie ogółem 6 zebrań /Międzyrzecze Górne – 36, Tarnowskie Góry - 15, Aleksandrowice – 2, Wielkie Hajduki – 15, Bielsko – 80 osób i Ruda Śląska/. Zebrania te naogół poświęcone były omówieniu sytuacji politycznej i referatom o charakterze propagandowym, w których przedewszystkiem wzywano młodzież do organizowania się w partji. W najliczniejszym zebraniu w Bielsku wziął udział również przewodniczący zarządu głównego partji inż. Wiesner, który w referacie swoim podkreślał rzekome traktowanie członków mniejszości niemieckiej jako obywateli II klasy a winę tego – stosownie do znanych nastawień partji – przypisywał dotychczasowym przywódcom tejże mniejszości. W dyskusji jaka wywiązała się na omawianym zebraniu, poszczególni dyskutanci poruszali kwestję żydowską, nawołując do bojkotu sklepów żydowskich.

O dalszem pogłębieniu akcji propagandowej ze strony Jungdeutsche Partei świadczy fakt, że obok istniejącego już własnego organu „Beskidenländische Deutsche Zeitung", partja przystąpiła z dniem 11 marca 1933 r. do wydania drugiego czasopisma pod nazwą „Aufbruch, Stimmen Junger Deutscher". Czasopismo to wychodzi co 14 dni, poświęcone jest omawianiu spraw politycznych, kulturalnych, literackich i gospodarczych. Odpowiedzialnym redaktorem jego jest redaktor odpowiedzialny „Beskidenländische Deutsche Zeitung" Adolf Christianus, a drukuje się ono w drukarni Gustawa Jenknera w Bielsku. Dotychczas wyszły dwa numery wymienionego czasopisma.

Deutsche Arbeiterpartei

ujawniła żywą działalność w powiecie katowickim, urządzając tam 4 zebrania członkowskie, z czego 3 w Nowej Wsi a 1 w Siemianowicach. Pozatem zanotowano po jednem zebraniu w powiecie lublinieckim i rybnickim. Niemal we wszystkich tych zebraniach brał udział, w charakterze referenta, kierownik partji Sosna. Z przejawów ruchu organizacyjnego partji wyszczególnić należy utworzenie nowej grupy miejscowej w Królewskiej Hucie, liczącej w obecnym stanie ponad 50 członków.

Bliższe szczegóły w sprawie Deutsche Arbeiterpartei w miesiącu marcu br. przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych oddzielnem sprawozdaniem.

Klub Niemiecki w Sejmie Śląskim

Z przejawów ustosunkowania się Klubu Niemieckiego w Sejmie Śląskim do spraw rozpatrywanych w okresie sprawozdawczym przez tenże Sejm, wyszczególnić należy negatywne stanowisko zajęte przez Klub Niemiecki wobec projektu ustawy o ustroju szkolnictwa publicznego i prywatnego. Stanowisko to uzasadniał przewodniczący Klubu senator Dr. Pant, oświadczając, że Klub Niemiecki nie może głosować za tym projektem, albowiem ustawę odnośną uważa za nienadającą się do warunków śląskich, zaś projekt ustawy o szkolnictwie prywatnem – zdaniem mówcy – łamie postanowienia konwencji genewskiej w przedmiocie ochrony mniejszości narodowościowej. Fakt głosowania Klubu Niemieckiego przeciwko budżetowi uzasadniał w imieniu tegoż Klubu poseł Schmiegel, posługując się naogół temi samemi argumentami, jakie przetoczył już se-

nator Dr. Pant w trakcie generalnej dyskusji budżetowej, odbytej w styczniu br. /Patrz sprawozdanie sytuacyjne za miesiąc styczeń 1933r./.

Wreszcie zaznaczyć należy, że w związku z wniesioną na posiedzeniu plenarnym Sejmu Śląskiego w dniu 29 marca br. rezolucją Klubu Ch.D., dotyczącą uprawiania przez część tutejszej ludności niemieckiej oraz przez „Kattowitzer Zeitung" propagandy nacjonalistyczno-hitlerowskiej, przewodniczący Klubu Niemieckiego senator Dr. Pant zgłosił na temsamem posiedzeniu deklarację, w której – jak zwykle – podkreślił lojalność mniejszości niemieckiej, zapewniając równocześnie o chęci spełniania z jej strony obowiązków wobec Państwa Polskiego i potępiając tych, którzy staliby na innym stanowisku.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Stosunek prasy niemieckiej do wypadków w Niemczech nie uległ zmianie od czasu ostatniego sprawozdania. Trafnie „Katholische Volkszeitung" Nr. 36 oświadcza, że zarówno „Der Oberschlesische Kurier", który w czasie akcji wyborczej popierał akcję Centrum niemieckiego, jak i „Kattowitzer Zeitung", która bez osłonek opowiadała się za Hitlerem, są nielojalne wobec Państwa Polskiego, bo zarówno Centrum jak i Hitler domagają się zmiany granicy polsko-niemieckiej na korzyść Niemców.

W sprawie ruchu hitlerowskiego prasa mniejszościowa zamieszczała codziennie niemal rozważania, przyczem ton artykułów „Kattowitzer Zeitung" był niezwykle prowokacyjny. Tak np. w nr. 58 sławi „Kattowitzer Zeitung" rzekomą legalność rewolucji hitlerowskiej i oświadcza, że na co system sanacyjny potrzebował 4 lat, to Hitlerowi się udało w ciągu kilku dniu, tj. zdobycie większości w narodzie.

Znamienny był również artykuł w nr. 70, gdzie pismo każe Polsce przystosować się do nowej sytuacji światowej, jaką stworzył Hitler. Nawet „Der Oberschlesische Kurier", zasadniczo jako pismo katolickie niechętny Hitlerowi, jednak w ostatnim czasie zmienił ton i w nr. 69 omawiając exposé Hitlera, wyraża się bardzo kompromisowo. W ostatnim czasie przychyla się coraz bardziej do hitleryzmu bielska „Schlesische Zeitung", podczas gdy od samego początku prohitlerowska jest „Beskidenländische Deutsche Zeitung", a tylko socjalistyczny „Volkswille" zajmuje stanowisko nieprzejednane.

W sprawie paktu rzymskiego stanowisko pism niemieckich jest typowo proniemieckie. Tak np. „Der Oberschlesische Kurier" nr. 71 i 72 grozi Małej Entencie, na wypadek kontynuowania oporu – naciskiem politycznem i gospodarczem Anglji, Niemiec i Włoch, co wzmogłoby gospodarcze przesilenie w krajach małego trójporozumienia i zmusiłoby je do ustępstw w myśl postulatów rewizjonistycznych.

Tak samo w sprawie gdańskiej pisma niemieckie podzielały w zupełności punkt widzenia niemiecki, mówiąc o odwrocie Polski /„Kattowitzer Zeitung" Nr. 61/ i o stanowczym zwycięstwie Gdańska /„Schlesische Zeitung" Nr. 74/.

Sprawy wewnętrzene

Na temat exposé pana Premjera Prystora pisał „Der Oberschlesische Kurier" Nr. 67, że mimo jego optymistycznej oceny, życie gospodarcze kieruje się swojemi własnymi prawami, tak, że Rząd jest bezsilny; a „Volkswille" Nr. 69 oświadcza, że przesilenie gospodarcze jeszcze się nawet zaostrzy, a nie widać żadnego jasnego planu Rządu, jak sobie wyobraża opanowanie sytuacji. Tą „niejasną sytuację" i możliwością "niespodzianek" starają się te pisma tłumaczyć wniesienie przez Rząd dekretu o pełnomocnictwach. „Volkswille" widzi w nich zapowiedź zaostrzenia kursu wewnętrzno-politycznego, co sygnalizuje już rozwiązanie organizacji OWP. O pełnomocnictwach pisał „Kattowit-

zer Zeitung" w nr. 50 i 52, że są one nie potrzebne, bo Rząd rozporządza przecież większością w ciałach ustawodawczych i może przeprowadzić wszystko co zamierza.

Na marginesie zamknięcia sesji zwyczajnej i budżetowej Sejmu pisze „Der Oberschlesische Kurier" w Nr. 74, że aktywności większości rządowej w Sejmie, słaba wola opozycji nie umiała nic przeciwstawić, jakkolwiek prawica czyniła rozpaczliwe wysiłki, by dotrzymać kroku partji rządowej, podczas gdy lewica z socjalistami na czele przedstawiła obraz zupełnej rezygnacji.

Sprawy śląskie

Na temat uchwalenia budżetu w Sejmie Śląskim podkreślają pisma niemieckie /„Kattowitzer Zeitung" Nr. 74 i „Der Oberschlesische Kurier" Nr. 64 oraz „Volkswille" Nr. 75/, że po raz pierwszy w Sejmie Śląskim Klub Niemiecki głosował przeciwko budżetowi, gdyż Niemców traktuje się jako obywateli drugiej klasy, zmniejszając ich prawa, wobec czego nie mogą mieć zaufania do Rządu.

Sprawy mniejszościowe

O rozdźwiękach w obozie mniejszości niemieckiej pisze „Katholische Volkszeitung" Nr. 34, iż katolicka większość, zgrupowana w Volksbundzie, dąży do usunięcia ze stanowiska Prezydenta tej instytucji ks. Pszczyńskiego [Hans Heinrich XV. Fürst Pless], który jest protestantem. Podobno katolicy niemieccy wysuwają Hr. Henckel von Donnersmarck. Ks. Pszczyński nie ustąpił dotychczas tylko ze względu na sensację i komentarze, jakie wywołałby taki krok.

W sprawie terroru antyżydowskiego w Niemczech pisma mniejszościowe z wyjątkiem „Volkswille", zaprzeczały stanowczo wszelkim wiadomościom o prześladowaniach, mówiąc o propagandzie zagranicznej, operującej fałszami, przyczem „Kattowitzer Zeitung" nie cofała się przed groźbami pod adresem tych Żydów na terenie Województwa, którzy brali udział w demonstracjach antyhitlerowskich. Pismo oświadczało, że posiada listy demonstrantów i zapowiadało że z nich skorzysta.

Sprawy gospodarcze

Otwarcie magistrali kolejowej Śląsk-Gdynia dało „Der Oberschlesische Kurier" okazję do zaatakowania całego tego przedsiębiorstwa. Pismo wywodzi w Nr. 50 i 51, że budowa ta służy raczej „wiadomym" interesom francuskim /strategicznym/, bo gospodarcze położenie zmieniło się w ostatnich latach. Polska na rynki skandynawskie eksportować już nie może, jest zaś przedewszystkiem krajem tranzytowym między Zachodem a Wschodem.

W związku z protestacyjnym strajkiem górników wyliczały pisma niemieckie, że podczas gdy w roku 1921 pracowało na Górnym Śląsku 154 998 górników, to obecnie zatrudnionych jest niespełna 40 000. Pisma podkreślały też brak posłuchu w masach dla agitatorów komunistycznych, którzy chcieli demonstrację tę przeobrazić w strajk generalny /„Der Oberschlesische Kurier" Nr. 54/.

„Kattowitzer Zeitung" Nr. 51 podkreśla rzekomy brak zaufania mas robotniczych do Rządu, co ujawnić się miało jakoby w nieudaniu się akcji Pana Wojewody Śląskiego, który w swoim wywiadzie na temat niedopuszczalności obniżki płac, starał się zahamować akcję strajkową. Przeprowadzona przez Rząd obniżka cen węgla omawiana była krytycznie w „Schlesische Zeitung" Nr. 86, która mówi, że wywoła ona „depresję i obawy o przyszłość przemysłu węglowego". Podobne rozważania zamieściła również „Kattowitzer Zeitung" Nr. 70. „Volkswille" Nr. 71 dopatruje się w tem zarządzeniu pierwszego kroku do socjalizacji kopalń.

To samo pismo atakuje w szeregu artykułów Rząd za rzekome zamachy na ustawodawstwo socjalne; przedłużenie czasu pracy w Polsce nazywa wielkim zwycięstwem Lewjatana nad robotnikami, zaś politykę eksportową nazywa dumpingiem, z którym należy w interesie dobra społecznego czem prędzej skończyć.

Konfiskaty

W miesiącu marcu 1933 r. uległy konfiskacie następujące czaspisma:

„Der Oberschlesische Kurier" Nr. 54 z 7.3.33 r za artykuł „Neuer Konflikt mit Danzig",

„Berliner Tageblatt" Nr. 113 z 8.3.33 r. za artykuł „Polens Übergriff in Danzig",

„Schlesische Zeitung" Nr. 70 z 11.3.33 r. za artykuł „Neue polnische Munitionstransporte zur Westerplatte",

„Kattowitzer Zeitung" Nr. 61 z 15.3.33 r. za artykuł „Die Arbeitslosen plündern",

„Kattowitzer Zeitung" Nr. 61 z 15.3.33 r. za artykuł „Polens Rückgang in Genf",

„Der Oberschlesische Kurier" Nr. 61 z 15.3.33 r. za artykuł „Der Konflikt beigelegt",

„Berliner Tageblatt" Nr. 122 z 15.3.33 r. za artykuł „Polens Rückzug",

„Berliner Tageblatt" nr. 124 z 16.3.33 r. za ilustrację z dodatku „Ulk", przedstawiającą w sposób uwłaczający przedstawiciela Polski w Genewe,

„Volkswille" Nr. 64 z 18.3.33 r. za artykuł „Antisemitische Hetze im Bialaer und Saybuscher Bezirk",

„Schlesische Zeitung" Nr. 75 z 15.3.1933 r. za artykuł „Plünderungen jüdischer Geschäfte im Saybuscher Bezirk",

„Generalanzeiger für Schlesien und Posen" Nr. 67 z 21.3.33 r. za artykuł „BADAC Reichsfahrt 1933",

„Ostdeutsche Morgenpost" Nr. 81 z 22.3.33 r. za artykuł „BADAC Reichsfahrt 1933",

„Generalanzeiger für Schlesien und Posen" Nr. 69 z 23.3.33 r. za artykuł „Abstimmungs- und Hultschiner Gedenkstunde",

„Generalanzeiger für Schlesien und Posen" Nr. 70 z 24.3.33 r. za artykuł „Abstimmungsgedenkstunde",

„Kattowitzer Zeitung" nr. 73 z 29.3.33 r. za artykuł „Schicksalsverbundenheit",

„Kattowitzer Zeitung" Nr. 74 z 30.3.33 r. za artykuł „Der Deutsche Klub gegen das Budget",

Książka Carlo Sforza pt. „Die feindlichen Brüder" za rozdział pt. „Das polnische Problem" str. 151, 153, 155, 157 i 159,

„Die Ostgrenze" Nr. 1,2,3,5,8 ze stycznia, lutego i marca 1933 r. /przesyłka pocztowa zajęta na podstawie zarządzenia BP 1592/2/Tjn/33 z dnia 16 lutego 1933 r./

„Arbeiter Echo" Nr. 2.XV/3 z 21 stycznia 1933 r. /przesyłka pocztowa, zajęta na podstawie – jak wyżej/

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Niemieckie organizacje katolickie wykazały szczególną ruchliwość w swym życiu związkowym. Na pierwszy plan wysunął się jak zwykle Verband Deutscher Katholiken, urządzając ogółem 12 zebrań, w czem 9 zebrań walnych, oraz 7 imprez, w czem 4 wykłady na tematy katolicko-społeczne, wygłoszone przez specjalnie w tym celu zaproszonego przez związek ks. prof. Blaschkego z Patschkau na Śląsku Opolskim. Z życia wewnętrzno-organizacyjnego związku na podkreślenie zasługuje wzmożenie się zainteresowania kierowniczych czynników związkowych rozbudową istniejących w

łonie związku oddziałów młodzieżowych oraz zorganizowaniem na wzór tych oddziałów również i oddziałów dziewczęcych. Ostatni numer organu związkowego „Monatsweiser" zajmuje się między innymi również i sprawą powyższą, przynosząc w związku z tym dwa okolicznościowe artykuły propagandowe.

Katholischer Gesellenverein odbył 2 zwykłe zebrania członkowskie, 2 walne zebrania oraz urządził 4 imprezy.

Katholischer Meister- und Gesellenverein urządził 1 zebranie i 1 imprezę.

Z przejawów życia wewnętrzno-organizacyjnego Katholischer Jugend- und Jungmännerverein notuje się zmianę zaszłą na stanowisku głównego prezesa związku, którym w miejsce dotychczasowego prezesa ks. prałata Sigulli, mianowany został przez Biskupa Śląskiego radca duchowny ks. Dudek z Janowa.

Drugim na podkreślenie zasługującym momentem w życiu wewnętrznym związku jest projekt kursu przeszkolenia, jaki ma związek organizować w dniu 2 kwietnia br. dla członków zarządów wszystkich grup miejscowych w terenie. Na program kursu złożyć się ma szereg wykładów na tematy religijne i społeczne. Z zewnętrznych przejawów działalności związku notuje się 4 zebrania, w czem 2 zebrania walne.

Katholischer Männerverein odbył 2 zebrania, których przebieg nie przyniósł ważniejszych momentów.

W życiu Katholischer Deutscher Frauenbund na pierwszy plan wysunął się walny zjazd delegatek, odbyty w Katowicach przy udziele około 130 osób. Reprezentowanych było 29 grup miejscowych związku. Ze sprawozdania złożonego na zjeździe wynika, że związek liczy ogółem 1 900 członkiń, że rozwijał on intensywną działalność kulturalną, urządzając w roku sprawozdawczym liczne wykłady, pielgrzymki i różnego rodzaju kursy i imprezy. Niemniej czynnym okazał się na polu charytatywnym, a o zakroju pracy jego w tej dziedzinie świadczy fakt, iż na akcję charytatywną wydał związek w ciągu roku około 90 000 zł. Dokonany na zjeździe wybór zarządu głównego nie przyniósł na ogół zmian w dotychczasowym jego składzie, z wyjątkiem zmiany na stanowisku skarbniczki, którą wybrana została Heider Agnieszka z Katowic. W terenie odbyło się 5 zebrań walnych i 1 zebranie zwyczajne poszczególnych grup miejscowych.

Katholischer Mütterverein odbył 1 zebranie.

Vinzensverein urządził 1 imprezę.

Szkolnictwo niemieckie

Volksbund zamierza w bieżącym roku przystąpić do budowy 3 nowych szkół prywatnych, a mianowicie: w Pszczynie, Łaziskach Górnych i w Bielszowicach. W związku z tem przeprowadza już Volksbund pertraktacje, celem nabycia odpowiednich parcel pod zamierzone budowy. W Pszczynie pertraktuje on o zakupno parceli, położonej przy ulicy Sienkiewicza, a należącej do budowniczego Olowsona. W Łaziskach Górnych brana jest w rachubę pod budowę szkoły parcela przy ulicy Wodociągowej, stanowiąca własność ks. Pszczyńskiego. W dniu 17 marca specjalna komisja technicza Volksbundu przeprowadziła już oględziny tych parceli. W Bielszowicach nabył Volksbund pod budowę szkoły posiadłość przy ulicy Nowowiejskiej 7, za cenę 30 000 zł.

Ewangelicy niemieccy

W życiu niemieckich ewangelickich związków i stowarzyszeń zanotowano 4 zebrania i 1 imprezę. Zebrania te naogół poświęcone były omówieniu wewnętrznych spraw organizacyjnych mniejszego znaczenia i nie wykazały momentów, któreby zasługiwały na szczególniejsze podkreślenie.

Stowarzyszenia śpiewacze

W tej dziedzinie podkreślić należy przygotowania jakie czyni jedno z najpoważniejszych tutejszych niemieckich stowarzyszeń śpiewaczych „Meistersche Gesangverein" do uroczystego obchodu swojego 50-letniego jubileuszu. Program uroczystości jubileuszowych, które mają się odbyć w dniach 23 i 24 kwietnia, zakreślony jest na szeroką skalę i obejmować będzie między innymi festiwal muzyczny, w którym mają brać udział również artyści niemieccy z zagranicy. W związku z tym jubileuszem powołany został do życia komitet, w skład którego wchodzą niemal wszyscy tutejsi czołowi kierownicy ruchu niemieckiego, a który zwrócił się w prasie do społeczeństwa niemieckiego z wezwaniem o składanie datków na utworzenie dla związku funduszu jubileuszowego.

Z działalności innych stowarzyszeń śpiewaczych notuje się 1 imprezę i 4 zebrania, na których omawiano sprawy wewnętrzne, nieprzedstawiające szczególniejszego znaczenia.

Hilfsverein Deutscher Frauen

odbył doroczny walny zjazd w Katowicach. Sprawozdania z działalności związku nie składano. Przebieg zjazdu ograniczył się tylko do obdarzenia trzech członkiń odznakami honorowymi i do wyboru zarządu głównego, który wybrany został w niezmienionym składzie z przewodniczącą Speierową na czele. Pozatem wygłoszono referaty. Pierwszy dotyczył zadań i celów związku, drugi zaś wygłoszony przez specjalnie w tym celu zaproszoną działaczkę społeczną z Zagłębia Saary, Hr. Siersdorf, nosił tytuł „Praca w krajach nadgranicznych".

W terenie odbył związek 3 zebrania i 1 imprezę.

Bund für Arbeiterbildung

odbył posiedzenie zarządu okręgowego, na którem rozpatrywano prośby o subwencje, wniesione przez stowarzyszenia do związku należące. Z uwagi na to, że jak oświadczył przewodniczący Buchwald – Volksbund obniżył swą stałą subwencję, udzielaną związkowi, o 30 %, dlatego też związek ze swojej strony przyznał proszącym stowarzyszeniom odpowiednio zredukowane dotacje. Na tem samym posiedzeniu uchwalono rozwiązać grupę miejscową związku w Katowicach ze względu na to, że została ona opanowana przez element komunistyczny. Pozatem urządził związek 1 imprezę w terenie.

Volksbildungsverein

urządził w Bielsku odczyt poety niemieckiego Dr. Hansa Grimma z Lippoldsberg, w Niemczech.

Literarische Vereinigung

W Królewskiej Hucie odbyło walne zebranie, z przebiegu którego wynika, że związek liczy 250 członków, że posiada 100 tomową własną bibliotekę oraz, że urządził w roku sprawozdawczym 30 imprez, z pośród których wysunęłą się na plan pierwszy dwa tak zwane tygodnie liturgiczne ze sprowadzonymi z zagranicy wykładowcami. Pozatem urządził związek 1 koncert i 3 odczyty prof. Hoffmanna z Bytomia na tematy chrześcijańsko-społeczne.

Deutsche Theatergemeinde

Poza normalnemi przedstawieniami objazdowego teatru niemieckiego Oberschlesisches Landestheater, niemiecka gmina teatralna zorganizowała 3 nadzwyczajne imprezy: koncert zagranicznego zespołu muzycznego „Barnabas von Geczy" w Katowicach, wesoły wieczór artysty Rosenberga z Bawarji w Mikołowie i wieczór recytatorski Dr. Ludwika Wüllnera z Berlina w Bielsku. Deutscher Kulturbund zorganizował w Ka-

towicach wieczór autorski Dr. Grimma z Lippoldsberg oraz 2-dniowy kurs śpiewaczy pod kierownictwem prof. Jödego z Berlina.

Z inicjatywy oraz przy pomocy finansowej Volksbundu przystąpił Deutscher Kulturbund do zorganizowania w kwietniu w Paproci, powiat pszczyński, obozu dla bezrobotnej młodzieży niemieckiej, do którego zgłosiło się około 40 kandydatów, a który ma na celu przeszkolenie uczestników obozu w pracy rolnej. Niezależnie od tego w obozie tym będą prowadzone wykłady na tematy kulturalne i społeczne.

Deutschbund

zwołał w Aleksandrowicach, powiat bielski walne zebranie, które jednakże nie doszło do skutku z powodu nieprzybycia wymaganej przez statut ilości członków.

Zjazd niemieckich stowarzyszeń akademickich

Niemieckie stowarzyszenia akademickie urządziły w dniach 21–24 marca br. zjazd w Katowicach. W program zjazdu wchodziły obrady nad sprawami związkowymi, z przebiegu których nie uzyskano na razie bliższych informacyj oraz część imprezowa.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiat	zebrania	obchody, przedstawienia i inne imprezy
Katowice miasto	6	5
Katowice powiat	11	3
Świętochłowice	6	5
Tarnowskie Góry	5	2
Pszczyna	7	1
Lubliniec	1	-
Królewska Huta	2	5
Bielsko	6	2
Rybnik	1	2
Razem:	45	25

IV. *Życie gospodarcze*

Niemieckie instytucje finansowe „Loslauer Vereinsbank" w Wodzisławiu, „Bankverein" w Tarnowskich Gorach i „Vereinsbank" w Golasowicach, odbyły w okresie sprawozdawczym swe walne zebrania. Sprawozdania złożone z działalności finansowej powyższych banków, wykazały następujące dane odnośnie tych instytucji: „Loslauer Vereinsbank" liczy 165 członków z 254 udziałami, roczny bilans jego w aktywach i pasywach wynosi 268 308 zł., zaś czysty dochód 1 821 zł. „Bankverein" w Tarnowskich Górach liczy 312 członków z 343 udziałami, roczny jego bilans wynosi 1 029 000 zł., zaś czysty dochód 15 754 zł. „Vereinsbank" w Golasowicach liczy 239 członków, bilans jego wynosi 868 633 zł. zaś czysty dochód 3 563 zł.

Grupa miejscowa związku „Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer und Hinterbliebenen" w Siemianowicach odbyła miesięczne zebranie członkowskie, na którym złożono sprawozdanie z odbytego w ubiegłym miesiącu walnego zjazdu związkowego /patrz sprawozdanie sytuacyjne za luty 1933r./.

5. *Życie zawodowe*

omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego i ruchu zawodowym.

6. *Życie sportowe*

„Deutsche Turnerschaft in Polen" ogłosiła w marcowym numerze swojego organu „Mitteilungen der deutschen Turnerschaft in Polen" sprawozdanie statystyczne o swym stanie organizacyjnym. Według sprawozdania tego dane statystyczne, dotyczące tutejszego terenu, nie posiadają istotnych i zasadniczych odchyleń od dat ogłoszonych przez związek w roku ubiegłym a przedłożonych Ministerstwu Spraw Wewnętrznych sprawozdaniem z dnia 9 kwietnia 1932 r. Nr. BP.N./17/a/1, poza faktem, że ogólna liczba członków, zrzeszonych w związku stowarzyszeń spadła o 262 osób. W związku z utworzeniem przy ogólno-niemieckim związku sportowym „Deutsche Turnerschaft" w Niemczech osobnego okręgu dla Niemców zagranicznych, związek ten nawiązał również kontakt z tutejszym związkiem „Deutsche Turnerschaft in Polen", prowadząc pertraktacje z przewodniczącm głównego zarządu Jakubem Jungem w Bielsku, w sprawie przyłączenia się niemieckich związków sportowych w Polsce do „Deutsche Turnerschaft" w Rzeszy. Wyżej przedstawiony kontakt i pertraktacje nabierają specjalnego znaczenia, jeżeli weźmie się pod rozwagę akcję propagandową antypolską i rewizjonistyczną, jaką prowadzą niemieckie związki sportowe w Niemczech. O akcji tej świadczy między innymi zamieszczone w Nr. 74 z dnia 29 marca br. w „Deutsche Ostfront" – organu hitlerowskiego – wychodzącego w Gliwicach, sprawozdanie o przebiegu zjazdu nadgranicznego, urządzonego na Śląsku Opolskim przez związek „Verband der Turnerschaften". Zjazd ten posiadał charakter wybitnie antypolskiej imprezy oraz poświęcony był w całości manifestacjom antypolskim i rewizjonistycznym, a poszczególne referaty, wygłoszone na zjeździe, były referatami politycznymi wymierzonymi przeciwko Państwu Polskiemu i przeciwko rzekomemu niesprawiedliwemu podziałowi Śląska.

Z przejawów działalności innych niemieckich stowarzyszeń sportowych notuje się 7 zebrań poświęconych omówieniu wewnętrznych spraw organizacyjnych mniej doniosłego znaczenia oraz urządzenie 2 imprez.

7. *Życie wyznaniowe*

W dziedzinie życia wyznaniowego mniejszości niemieckiej nie notowano na uwagę zasługujących przejawów.

[...]

364

25.9.1933: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten un Polizeidirektoren. Verstärkte Aktivitäten der deutschen Minderheit

25 IX 1933r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Wzmożona aktywność mniejszości niemieckiej

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 294

W związku ze wzmagającym się ostatnio coraz silniej niemieckim ruchem organizacyjno-propagandowym w terenie, Urząd Wojewódzki Śląski otrzymał poufne wiarygodne informacje, że rozagitowana młodzież niemiecka, a w szczególności byli członkowie rozwiązanej Volksbund-Jugend, prowadzą w terenie, a zwłaszcza po gminach wiejskich, intensywną pracę agitacyjną o charakterze pod każdym względem germanizacyjnym. Praca ta nie pozostaje bez wydatnich wyników, czego dowodzi między innymi notowany ostatnio masowy napływ nowych członków do Volksbundu. Do związków obwodowych Volksbundu zgłaszają się zewsząd liczni nowi kandydaci z prośbą o przyjęcie ich w poczet członków, przyczem – co na szczególne podkreślenie

zasługuje – wśród zgłaszających są ludzie, którzy zupełnie nie mówią po niemiecku. Na zapytanie co ich skłania do wstępowania do Volksbundu oświadczają, że „czasy są niepewne i nie można wiedzieć co z Polską się stanie". Piątek, były kierownik rozwiązanej Volksbund-Jugend, oświadczył w poufnej rozmowie, że w licznych miejscowościach dziesiątki rodziców są już obecnie gotowi wystąpić przy najbliższej okazji z wnioskami o otwarcie w miejscowościach tych niemieckich publicznych szkół mniejszościowych. W związku z tem Volksbund zamówił już większy nakład odpowiednich formularzy zgłoszeń.

Równolegle z tą akcją niemiecki Kulturbund zakłada coraz liczniejsze bibljoteki w miejscowościach, które znane były dotychczas jako czysto polskie. Prasa niemiecka donosi pozatem co kilka dni o tworzeniu przez Volksbund coraz to nowych świetlic, na który to objaw Urząd Wojewódzki Śląski zwrócił już szczególną uwagę w sprawozdaniu za ubiegły miesiąc. W ostatnich wreszcie dniach rozpoczęła Deutsche Partei ofensywną akcję zgromadzeniową, zapowiadając urządzenie w najbliższym czasie takich zgromadzeń we wszystkich miejscowościach, przyczem szczególny nacisk kładzie się na teren wiejski.

Zwracając PP Starostom i Dyrektorom Policji uwagę na te w krótkości wyżej przytoczone przejawy wzmożonej działalności niemieckiej, proszę o szczególne zainteresowanie się tą działalnością, wskazując zarazem na konieczność pogłębienia wywiadu przez nawiązanie kontaktów, co w obecnej sytuacji nie powinno nastręczać trudności oraz szybkie i wyczerpujące informowanie Urzędu Wojewódzkiego. Nie należy jednak ograniczyć się wyłącznie do rejestrowania w sprawozdaniach faktów rozszerzających się wpływów niemieckich, ale badać także lokalne przyczyny i odziaływywać [!] na kształtowanie się stosunków. Pozostawienie nadzoru nad wewnętrznym urzędowaniem w Starostwie swoim zastępcom, na co zresztą zwracałem już PP Starostom i Dyrektorom Policji uwagę na jednej z konferencyj, umożliwi i ułatwi Panom spełnienie zadania. Na następnej konferencji będę oczekiwał wyczerpujących referatów.

Dr. Grażyński
Wojewoda

365

25.11.1933: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Winterhilfsaktion des Deutschen Volksbunds
25 XI 1933r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Akcja pomocy zimowej Volksbundu

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 294

Deutscher Volksbund zainicjował ostatnio akcję humanitarną pod nazwą „Das Deutsche Winterhilfswerk". Do współpracy w tej akcji, która miała rozpocząć się z dniem 15.bm., pociągnął Volksbund następujące niemieckie organizacje dobroczynne:

1. Katholischer Deutscher Frauenbund in Polen,
2. Verband der evangelischer Frauenhilfe in Polnisch-Oberschlesien,
3. Verband der Hilfsvereine Deutscher Frauen in Polnisch-Schlesien,
4. Arbeiterwohlfahrt,
5. Verband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Polnisch-Schlesien,
6. Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer in Polen,
7. Verband der Samaritervereine in Polnisch-Schlesien.

Na ostatniem posiedzeniu przedstawicieli wyżej wymienionych stowarzyszeń postanowiono wydać specjalną odezwę, wzywającą w swej treści mniejszość niemiecką do składania ofiar tak w gotówce jak i w naturze oraz urządzić odpowiednie składnice i miejsca rozdzielania zapomóg. Każdy okręg działać będzie samodzielnie.

Pozatem wydane zostały dokładne wytyczne, w myśl których z akcji tej korzystać mogą jedynie te osoby, które zaliczają się do niemieckiej mniejszości narodowej. Poszczególne stowarzyszenia dokonywać mają zbiórek jedynie w gronie swych członków, a wyniki ich winny komunikować zarządowi odnośnego związku Obwodowego Volksbundu.

Odezwy przesłane zostały do poszczególnych zarządów okręgowych Volksbundu, który ze swej strony ma je rozsyłać w wymaganej ilości do wszystkich zarządów lokalnych wymienionych wyżej organizacji dobroczynnych.

Podając powyższe do wiadomości, Urząd Wojewódzki prosi o zwrócenie na akcję tę szczególniejszej uwagi, przyczem Urząd Wojewódzki zwraca Panu uwagę, że akcję tę o ile nosiła charakter zbiórki publicznej, wymagałaby zezwolenia stosownie do postanowień ustawy z dnia 15.marca 1933 r. o zbiórkach publicznych /Dz.U.R.P. Nr. 22 poz. 162/

Dla oceny charakteru zamierzonej zbiórki jako publicznej miarodajne w tym wypadku będą przepisy art. 13. p. d i e powołanej ustawy.

Za Wojewodę
Cwojdziński
Radca Wojewódzki

366

März 1934: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Februar 1934)

Marzec 1934r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (luty 1934)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 575

I. *Sytuacja ogólna*

Ożywienie na froncie konkurencyjnej wojny domowej w politycznym obozie mniejszości niemieckiej, w której to walce jeden odcinek tworzy wspólnie Deutsche Partei i Volksbund, front zaś przeciwny zajmują walczące każda odrębnie Deutsche Christliche Volkspartei, Jungdeutsche Partei i Deutsche Sozialistische Arbeitspartei, nie uległo osłabieniu. Walka ta toczy się nadal tak na odcinku polemiki prasowej w postaci licznych artykułów dezawuujących przeciwników politycznych i ich politykę, a zamieszczanych stale przez poszczególne organa partyjne współzawodniczących partyj, jak również i na zebraniach partyjnych, organizowanych przez nie z niesłabnącą energją.

Wspólnym natomiast wszystkim tym niemieckim ugrupowaniom a wielce charakterystycznym przejawem było niemal codzienne tak w prasie jak i na zebraniach składanie mniej lub więcej formalnych, w treści jednak głęboko nieraz różniących się deklaracyj o lojalności w stosunku do państwa i do społeczeństwa polskiego. W niektórych z tych deklaracyj – jak ugrupowań katolickich – dał się wyczuć ton pewnej szczerości, inne podyktowane były niewątpliwie względami taktycznymi, wynikającymi między innymi z układu stosunków między Polską a Niemcami.

Nie mniejsze ożywienie okazały powyższe organizacje również i na polu propagandowo-werbunkowym. I tak, Volksbund rozbudował akcję opieki nad młodzieżą, tworząc tzw. opiekunów młodzieży niemal przy wszystkich swych związkach obwodowych w terenie. Niezależnie od tego posługiwał się on w dalszym ciągu, poza organizowaniem licznych zebrań i imprez w swych świetlicach, poważnym środkiem propagandowo-werbunkowym w postaci akcji humanitarnej pod nazwą „Deutsche Winterhilfe", która ze stanowiska Volksbundu okazuje się bardzo celową i zyskuje mu coraz to nowych członków dotychczas pod względem narodowym niezdecydowanych, a deklarujących obecnie zupełnie już formalnie swoją przynależność do mniejszości. Deutsche Partei urządziła 11 zebrań członkowskich, na których znani z poprzednich sprawozdań referenci rozprawiali się z przeciwnikami politycznymi oraz propagowali ideę ujednostajnienia w ramach swej partji. Deutsche Christliche Partei ograniczyła się jedynie do odbycia dwóch zebrań członkowskich.

Jungdeutsche Partei, nie odstępując od prowadzonej od szeregu miesięcy intensywnej akcji propagandowej, wydała broszurkę pt. „Lieder der Jungdeutschen" w 2000 egzemplarzy oraz ponowiła w tej samej ilości nakład broszurki pt. „Unsere Leitsätze". W terenie zorganizowała ona 11 zebrań członkowskich oraz przeprowadziła zewnętrzną reorganizację, tworząc szereg tzw. kierownictw obwodowych, o czym bliższe szczegóły doniesiono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnych sprawozdaniach. Niemiecka partja socjalistyczna dokonała ukonstytuowania zarządu okręgowego partji, wybranego, jak wiadomo, w ubiegłym miesiącu. Organ jej „Volkswille" konsekwentnie zajmował negatywne stanowisko w stosunku do przejawów hitlerowskiego reżimu w Niemczech oraz w stosunku do tutejszych hitleryzujących Deutsche Partei i Volksbundu i ich przywódców.

Podobnie jak w ubiegłym miesiącu odbyły się również w okresie sprawozdawczym wybory do dwóch prezydjów rad miejskich, a mianowicie w Wodzisławiu i w Tarnowskich Górach. Mniejszość niemiecka, która poprzednio w ciałach tych posiadała swych przedstawicieli, w obecnych wyborach nie uzyskała żadnego mandatu.

Bilans działalności niemieckich związków i stowarzyszeń kulturalno-społecznych, zamykający się w sumie 21 zebrań i 36 imprez, dowodzi, że związki te wykazały większą niż w ubiegłym miesiącu ruchliwość.

Dotyczy to przedewszystkiem katolików niemieckich, a zwłaszcza związku Verband Deutscher Katholiken, który zorganizował cykl odczytów znanego w Niemczech działacza społecznego ks. Muckermanna, przy łącznym udziale około 4000 słuchaczy.

Niemieckie związki zawodowe odbyły w okresie sprawozdawczym tylko 3 walne zebrania, na których nie poruszano ważniejszych spraw. Nadmienić wypada, że związki te stopniowo tracą na wpływach i to na skutek energicznej kampanji agitacyjnej polskich związków zawodowych, w szczególności zaś ze strony Związku Związków Zawodowych.

W innych dziedzinach życia publicznego mniejszości niemieckiej nie notowano godniejszych uwagi przejawów.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

I. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

Podkreśloną w poprzednim sprawozdaniu sytuacyjnym akcję organizowania instytucji tzw. opiekunów młodzieży prowadził Volksbund w dalszym ciągu tak, że obecnie

już niemal przy wszystkich jego związkach obwodowych fungują tego rodzaju opiekunowie, z wyjątkiem związku obwodowego w Lublińcu, którego zarząd jednogłośnie uchwalił nie ustanawiać żadnego opiekuna młodzieży, ponieważ zadania jego spełniać mogą dobrze i w dodatku bezpłatnie – poszczególni członkowie zarządu. Wzamian za to ze strony zarządu związku obwodowego w Lublińcu zażądano, by zarząd główny Volksbundu pieniądze, przeznaczone na opłacenie opiekuna oddał do dyspozycji zarządowi obwodowemu, który użyje je na zasiłki dla najuboższych swych członków.

Organizowany przez Volksbund od pewnego czasu z całym naciskiem ruch młodzieżowy poczyna ostatnio wyrastać ponad głowy jego organizatorów. Młodzież volksbundowa bowiem, trudna do utrzymania w kołach, poczyna dążyć powoli do emancypacji z pod opieki i kierownictwa dotychczasowych starych działaczy Volksbundu, zamierzając sama z czasem ująć to kierownictwo w swoje ręce. Bliższe szczegóły w sprawach powyższych przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnych sprawozdaniach.

Przedstawioną w poprzedniem sprawozdaniu sytuacyjnem akcję zapomogową pod nazwą „Deutsche Winterhilfe" prowadzi Volksbund nadal, rozdzielając masowo wśród ubogich swych członków, zwłaszcza w powiatach rolniczych, a więc w pszczyńskim, rybnickim i lublinieckim bony i asygnaty na zakupno [!] środków żywności. Akcję powyższą uważać należy jako jeden z bardzo poważnych środków propagandowych, czego dowodzą liczne wypadki zapisywania się bezrobotnych w poczet członków Volksbundu, celem uzyskania wyżej wspomnianej pomocy.

Z przejawów zewnętrznej działalności Volksbundu zanotowano ogółem 12 zebrań, odczytów i imprez, urządzonych w poszczególnych świetlicach Volksbundu w terenie. Z liczby tej, ze względu na frekwencję, na wyróżnienie zasługują imprezy wieczorkowe, urządzone dwukrotnie w Siemianowicach /łącznie 600 osób/ oraz zebranie w Królewskiej Hucie, poświęcone propagandzie haseł i idei „wspólnoty niemieckiej".

W dniu 26 lutego br. odbyła się przed Sądem Okręgowym w Katowicach rozprawa przeciwko Głodnemu Hansowi i 10-ciu towarzyszom w związku z organizowaniem przez nich Volksbund-Jugend. W wyniku rozprawy zostali Głodny i Statula skazani na karę 10-miesięcznego aresztu, zaś pozostali towarzysze na karę 6-miesięcznego aresztu. W stosunku do wszystkich skazanych wykonanie kary zostało zawieszone na przeciąg trzech lat. Bliższe szczegóły doniesiono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnym sprawozdaniu.

Wreszcie nawiązując do wiadomości, podanej w sprawozdaniu sytuacyjnem za miesiąc grudzień 1933 r. o zamierzonem przez Volksbund zakupnie domu zdrowotnego w Koszęcinie, powiat lubliniecki, zaznacza się, że ostatnio Volksbund z nieznanych bliżej powodów od projektu tego odstąpił.

Deutsche Partei

zajęta prowadzeniem walki konkurencyjnej oraz stałą propagandą swej partji w terenie, nie odstąpiła od znanych z poprzednich sprawozdań metod akcji propagandowo-werbunkowej, opartej przedewszystkiem na urządzaniu licznych zebrań. Zebrań takich odbyła Deutsche Partei 11, z czego po 2 w Nowym Bytomiu /łącznie 250 osób/, Mikołowie /łącznie 40 osób/ i w Tarnowskich Gorach /łącznie 70 osób/, zaś po jednem w Świerklańcu /180/, Rybniku /90/ Lublińcu /30/, Miasteczku /60/ i Siemianowicach /30 osób/. Zwołane między innymi w Radzionkowie zebranie partyjne, na które przybyło około 300 osób, nie doszło do skutku, z powodu odmówienia w ostatniej chwili przez właściciela udzielenia na projektowane zebranie upatrzonej sali. Wszystkie te zebrania,

na których wystąpili z referatami znani działacze partyjni jak: poseł Pawlas, Dr. Krull, Warszawski, Kleist i Ossadnik, nie odbiegały od utartego w ostatnich miesiącach szablonu. Tematem poszczególnych referatów było dyskredytowanie działalności Deutsche Christliche Volkspartei oraz Jungdeutsche Partei i ich przywódców z senatorem Pantem i inż. Wiesnerem na czele, nawoływanie do tworzenia wspólnoty narodowej w ramach Deutsche Partei, której program i idee – zdaniem mówców – najbardziej odpowiadają ujednostajnieniu na jej politycznej platformie wszystkich członków mniejszości. Pozatem referenci – jak zwykle – rzucali hasła agitacyjne za szkołą mniejszościową oraz omawiali ostatnie wypadki z dziedziny ekonomicznej i politycznej, poświęcając zwłaszcza dużo uwagi przychylnemu naświetleniu polsko-niemieckiego paktu o nieagresji, nie omieszkując zresztą przy tej sposobności mniej lub więcej dyskretnie gloryfikować reżimu hitlerowskiego w Niemczech.

Z przejawów pracy organizacyjno-partyjnej Deutsche Partei na wzmiankę zasługuje założenie nowej placówki miejscowej w Psarach, powiat lubliniecki, liczącej w obecnym stanie około 20 członków.

Deutsche Christliche Volkspartei

Przewodniczący Deutsche Christliche Volkspartei senator Dr. Pant po znanych z poprzedniego sprawozdania zdecydowanych publicznych wystąpieniach przeciwko ideologji politycznej hitleryzującej części niemieckiego społeczeństwa, zgrupowanej obok Deutsche Partei i Volksbundu, nadal konsekwentnie stoi na zajętym stanowisku. Po tej samej też linji kroczy powstały w ubiegłym miesiącu nowy organ partyjny „Der Deutsche in Polen", który w artykułach swych broni stanowiska senatora Panta i ostro odpiera skierowane przeciwko niemu liczne ataki „Kattowitzer Zeitung", występując między innymi przeciwko głównemu i najzjadliwszemu ich autorowi i inspiratorowi redaktorowi Krullowi, przyczem piętnuje go mianem największego szkodnika mniejszości niemieckiej na Śląsku. Pismo to przy sposobności rozpraw powyższych podkreśla, że zagadnienia mniejszości niemieckiej należy zasadniczo rozpatrywać pod kątem wewnętrzno-politycznym Polski.

Stanowisko senatora Panta w partji wydaje się być – jak dotychczas niezachwiane. Zarząd partji aprobuje jego dotychczasowe postępowanie. Organ partyjny „Der Deutsche in Polen" spotkał się z uznaniem prawie u wszystkich członków partyjnych i wszędzie, a w szczególności wśród inteligencji zyskuje coraz więcej abonentów, tak że kierownictwo partji zamierza organ ten rozbudować i po kilku tygodniach przekształcić go z tygodnika na czasopismo wychodzące dwa razy w tygodniu.

Z przejawów zewnętrznej działalności partji zanotowano 2 zebrania partyjne w Królewskiej Hucie /łącznie 160 osób/ i w Szopienicach /100 osób/. Obydwa zebrania poświęcone były rozprawom z przeciwnikami politycznymi. Na zebraniu w Królewskiej Hucie redaktor odpowiedzialny „Der Deutsche in Polen", Gruschka, wygłosił obszerne przemówienie na temat „Kto jest grabarzem mniejszości niemieckiej i kto rozbija jej jedność ?", piętnując w niem rozbijaczy tej jedności, zgrupowanych w Deutsche Partei, a przedewszystkiem redaktora Krulla i posła Franza, który – zdaniem mówcy – opuścił szeregi Deutsche Christliche Volkspartei jedynie dla korzyści materjalnych.

Na zebraniu w Szopienicach wygłosił na temat analogiczny referat senator Pant. Mówca między innymi poddał krytyce niemieckie stronnictwa polityczne i ich przywódców na Śląsku i podkreślił, że stronnictwo przez niego reprezentowane, stojące na zasadach chrześcijańskich, pragnie dobrobytu kraju, w którym zamieszkuje mniejszość niemiecka. Inaczej, zdaniem mówcy, oceniają obecne stosunki przywódcy innych

niemieckich partyj politycznych i z tego też powodu powstał zatarg pomiędzy nim, a jego obecnymi przeciwnikami. Senator Pant zaznaczył, że działalność swoją będzie kontynuował nadal w myśl starych zasad chrześcijańskich i od nich nigdy nie odstąpi.

Jungdeutsche Partei

Z przejawów organizacyjnych partji na podkreślenie zasługuje, że według najnowszych przez Jungdeutsche Partei zrobionych zestawień – partja dzieli się zasadniczo chociaż nieoficjalnie na dwa okręgi organizacyjne i to odrębny okręg górnośląskiej części Województwa Śląskiego z siedzibą w Katowicach oraz odrębny okręg dla Śląska Cieszyńskiego z siedzibą w Bielsku. Kierownictwo główne partji /Hauptleitung/ mieści się w Katowicach. Kierownictwu temu podlegają wszystkie jednostki organizacyjne. Okręg górnośląski podzielony jest na 5 obwodów i to w Katowicach, Mysłowicach Królewskiej Hucie Tarnowskich Górach i Rybniku. Na czele każdego obwodu stoi obwodowe kierownictwo /Kreisleitung/ z kierownikiem obwodowym na czele, który wyznaczany jest przez kierownictwo główne partji. W skład kierownictw obwodowych wchodzą każdorazowo wszyscy pierwsi przewodniczący grup miejscowych danego obwodu.

Przy tej sposobności podkreślić należy, że początkowo wyznaczało kierownictwo Jungdeutsche Partei swym członkom funkcje i mandaty bez przeprowadzania formalnych wyborów. Taktyka ta ostatnio została zmieniona. Chcąc bowiem przystosować się do wymogów ustawy o stowarzyszeniach, kierownictwo partji poleciło obecnie przeprowadzenie formalnych wyborów do poszczególnych zarządów grup. Bliższe szczegóły w tej sprawie przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnem sprawozdaniu.

Jeżeli chodzi o scharakteryzowanie przejawów pracy propagandowo-werbunkowej, to zaznaczyć należy, że praca ta nie osłabła. Dowodem tego 11 zebrań, odbytych w terenie. Zebrania te – jak zwykle – poświęcone były krytyce dotychczasowych kierowników mniejszości niemieckiej i propagandzie własnej partji, przyczem najbardziej charakterystycznym pod tym względem był zjazd, urządzony przez partję w Katowicach, a to z uwagi na wysunięte na nim nowe hasła reorganizacji tutejszej mniejszości. Na zjeździe tym mianowicie referent zarządu partji, Elsner, poruszał konieczność powołania do życia „szkoły przywódców" oraz utworzenie w miejsce Volksbundu „Związku Niemców w Polsce" /Bund der Deutschen in Polen/. Przewodniczący głównego zarządu partji inż. Wiesner w przemówieniu swym podkreślił, że obecnie należy naprawić wszystkie krzywdy, popełnione wobec ludności niemieckiej w ciągu 11 lat destrukcyjnej pracy polityki niemieckiej w Polsce.

Mówca odrzucał, w przeciwieństwie do senatora Panta, z całą stanowczością prymat religji w pracy nad uświadamianiem rodaków niemieckich w Polsce, albowiem – zdaniem jego – nie religja, lecz narodowość jest obecnie zagrożona. Mówca wypowiedział się w związku z tem przeciwko dzieleniu obozu niemieckiego na obóz katolików i protestantów, uważając, że religja jest sprawą nawskroś prywatną każdego Niemca.

O szeroko zakreślonej propagandzie Jungdeutsche Partei świadczy między innymi, iż partja ta wydała w okresie sprawozdawczym własnym nakładem 2000 egzemplarzy broszurki pt. „ Lieder der Jungdeutschen", zawierającej 89 pieśni niemieckich, którą to broszurkę Dyrekcja Policji w Bielsku zajęła na zasadzie artykułu 18 prawa o wykroczeniach. Drugi nakład wspomnianej broszurki, z wyłączeniem zajętych ustępów, ukazał się w dniu 28 lutego br., jak również w tym samym dniu zarząd główny partji ponowił nakład broszurki propagandowej pt. „Unsere Leitsätze", wydając ją w ilości 2000 egzemplarzy.

Wzrastająca stale ekspansja partji oraz jej rozbudowa nie mogą uchronić partji od wewnętrznych tarć i niesnasek, które ostatnio poczynają się zaznaczać w jej łonie. Dotyczy to przedewszystkim grupy miejscowej w Katowicach, w której powstały nieporozumienia wewnętrzne. Powodem nieporozumień ma być to, że kierownictwo Jungdeutsche Partei opiera się na Górnym Śląsku na elementach, nie rekrutujących się z rodowitych Górnoślązaków, lecz Niemców, pochodzących z byłego zaboru austryjackiego. Na szeregu posiedzeń partyjnych odnośnej grupy doszło na tem tle do tarć, których echem ma być między innymi ustąpienie przewodniczącego miejscowej grupy w Katowicach ze swego stanowiska.

Wreszcie wspomnieć należy o dokonanem przez Dyrekcję Policji w Królewskiej Hucie zawieszeniu miejscowej grupy partyjnej z powodu demonstracyjnego usunięcia na jednem z zebrań partyjnych przez członków zebrania, znajdujących się na sali chorągiewek o barwach narodowych polskich. W sprawie tej przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych oddzielnie sprawozdanie.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

Z przejawów wewnętrzno-organizacyjnych partji na podkreślenie zasługuje ukonstytuowanie się zarządu głównego partji, którego to wyboru dokonano na odbytej w ubiegłym miesiącu dorocznej konferencji partyjnej. Ukonstytuowanie się zarządu okręgowego nastąpiło w następującym składzie:

poseł Kowoll Jan – przewodniczący,
Kowollowa Alice – sekretarka,
Matzke Edward – skarbnik,
Komisja prasowa: Peschke Eugenjusz
Komisja rewizyjna: Weiss Hermann, Knosalla Karol
Egzekutywa: poseł Kowoll Jan, Górny Sylwester, Peschke Eugenjusz.

Zaznaczyć należy, że wpływy partji dalej maleją. W ostatnich dniach zakomunikował przewodniczący grupy miejscowej DSAP w Łaziskach Górnych zarządowi okręgowemu partji, że wstrzymuje się on od dalszej pracy partyjnej aż do chwili, dopóki zarząd partji nie zmieni swej taktyki i nie zaniecha atakowaniu rządu niemieckiego w organie partyjnym „Volkswille". Jednocześnie stwierdzono, że dotychczasowi abonenci „Volkswille" w Łaziskach Górnych i Średnich, w liczbie około, 30 odmówili dalszego abonowania tego czasopisma. W związku z powyższem podkreślić należy, iż niemiecka partja socjalistyczna nadal stale zajmuje w stosunku do hitlerowskiego reżimu w Niemczech zdecydowanie negatywne stanowisko, a organ jej „Volkswille" w każdym ze swych numerów zamieszcza artykuły ostro krytykujące przejawy obecnej polityki w Niemczech, oraz artykuły dezawuujące pod każdym względem tutejsze hitleryzujące niemieckie organizacje polityczne oraz ich przywódców.

W terenie urządziła partja 3 zebrania, których przebieg nie przyniósł ciekawszych momentów.

Klub Niemiecki w Sejmie Śląskim

W okresie sprawozdawczym Sejm Śląski nie odbył żadnego posiedzenia, zaś z przejawów współpracy Klubu Niemieckiego w poszczególnych komisjach sejmowych nie zanotowano godniejszych uwagi szczegółów.

II. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Mniejszościowa prasa niemiecka stale sporo uwagi poświęcała sprawom zagraniczno-politycznym, przyczem zaznacza się tu duża różnica poglądów. Tak więc „Katto-

witzer Zeitung", „Der Oberschlesische Kurier" i „Schlesische Zeitung" omawiają problemy polityki zagranicznej w dalszym ciągu pod kątem widzenia interesów Rzeszy, inne pisma, nastawione opozycyjnie w stosunku do Volksbundu, a więc przedewszystkiem „Der Deutsche in Polen" organ senatora Panta, „Katholische Volkszeitung" i socjalistyczny „Volkswille" zajmują stanowisko krytyczne wobec Rzeszy i więcej państwowe, a pisma obozu Jungdeutsche Partei mało zajmują się problemami zagranicznymi, poświęcając główną uwagę sprawom wewnętrznym. „Kattowitzer Zeitung" i „Der Oberschlesische Kurier" przedstawiają więc nadal pakt polsko-niemiecki jako ostrze zwrócone przeciwko Francji, starają się też podkreślać zaznaczającą się rzekomo nieufność pomiędzy Polską a Sowietami. Tak np. na temat exposé Ministra Spraw Zagranicznych Becka oświadczyła „Kattowitzer Zeitung": „wskazywano zwłaszcza na to /w dyplomatycznych kołach Warszawy/, że mowa Becka zawiera o wiele przyjaźniejsze słowa dla Niemiec niż dla Unji Sowieckiej". Prasa powyższa stara się też jaknajmocniej uwypuklić zaznaczającą się jakoby nieufność pomiędzy Polską a Czechosłowacją.

Sprawy wewnętrzne

„Kattowitzer Zeitung" i „Der Oberschlesische Kurier", które naogół mało zajmują się w ostatnim okresie sprawami wewnętrznemi ogólno-polskiej natury, przynosząc przeważnie tylko telegramy z Warszawy, podały w sensacyjnej formie za prasą opozycyjną pogłoski, że Marszałek Piłsudski ma jakoby zastrzeżenia co do nowej ustawy konstytucyjnej i że jeszcze nie wyraził swej zgody na nią. W dniu 23.2 br. zamieściła „Kattowitzer Zeitung" również w sensacyjnej formie pogłoskę o rzekomym zamiarze ustąpienia ze stanowiska premjera Jędrzejewicza. W tej samej notatce zamieściło pismo również pogłoskę o rzekomych różnicach zdań, jakie się miały wyłonić pomiędzy premjerem a ministrem finansów [!] oraz Marszałkiem Piłsudskim – z powodu ustawy uposażeniowej w armji.

Prasa mniejszościowa omawiała dosyć wyczerpująco rozłam w stronnictwie Ch. Dem., przyczem „Volkswille" oświadczył w nr. 15, że byłoby rzeczą przedwczesną, mówienie już teraz o „tonącym okręcie Korfantego".

Sprawy mniejszości

Rozdźwięki wśród obozu mniejszości niemieckiej, o jakich mowa była w poprzednich sprawozdaniach, wcale nie ucichły, ale raczej przybierają na sile. Prasa mniejszościowa wszystkich odłamów przepełniona jest przedewszystkiem artykułami na temat rozłamów. Charakterystyczną jest rzeczą, że główny atak „frondy" przeciwko „Volksbundowi" kieruje się już w ostatnim czasie przedewszystkiem przeciwko redaktorowi naczelnemu „Kattowitzer Zeitung" Dr. Krullowi, który z pozycji atakującej go przeszedł obecnie do defensywy.

Głównym tematem sporów jest w dalszym ciągu znane wystąpienie senatora Panta z dnia 6 stycznia br. Prasa Deutsche Partei w swej zaciekłości przeciwko senatorowi Pantowi doszła do tego, że w dodatku „Kattowitzer Zeitung" pt. „Deutsche Volksgemeinschaft" oświadczono, że nazwiska tego polityka pismo odtąd nie wydrukuje, gdyż senator Pant nie istnieje dla młodzieży z „Deutsche Partei". Z przeciwnej strony zarówno organ sentora Panta pt. „Der Deutsche in Polen" jak i „Der Aufbruch", organ hitleryzujących młodoniemców, oraz „Katholische Volkszeitung" domagają się usunięcia z terenu Województwa Śląskiego „przybysza" z Pomorza Dr. Krulla, jako głównego wichrzyciela, traktującego całe zagadnienie mniejszości z egoistycznego punktu widzenia. W ostatnich też numerach zaznacza się – jak już zaznaczono wyżej – pewne wycofywanie się „Kattowitzer Zeitung" z pozycji ofensywnej i stwierdzanie, że konieczna

jest zgoda, jeżeli mniejszość niemiecka ma się skutecznie przeciwstawic naciskowi na nią wywieranemu.

Sprawy gospodarcze:

Sporo miejsca poświęca prasa mniejszościowa zagadnieniu likwidacji wojny gospodarczej polsko-niemieckiej, w związku z paktem nieagresji. Prasa volksbundowa i tu stoi całkowicie na stanowisku Berlina, starając się wykazać, że nie Berlin jest winowajcą zatargu. W artykule nr. 40 oświadczyła „Kattowitzer Zeitung", że Niemcy przy tej okazji nie mogą zrezygnować z problemu osiedleńczego.

[...]

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Życie katolików niemieckich, a zwłaszcza przodującego wśród nich związku „Verband Deutscher Katholiken", cechowała wybitna ruchliwość. Na pierwszy plan w tej dziedzinie wysunęły się odczyty ks. Muckermanna z Münster, zorganizowane w większych miejscowościach tutejszego Województwa przez „Verband Deutscher Katholiken". Odczytów tych wygłosił ks. Muckermann 9, zaś o zainteresowaniu, jakie wzbudziły one wśród szerokich kół mniejszości niemieckiej, świadczy frekwencja na tych odczytach, wynosząca łącznie ponad 4000 osób. Tezą przewodnią odczytów był temat „Naród a religja". Prelegent w wywodach swoich podreślił znaczenie religji, jako jednego z pierwszorzędnych czynników cementujących wspólnotę narodową i wskazywał, że do roli takiej powołana jest właśnie religja katolicka. Problemów politycznych zasadniczo ks. Muckermann nie poruszał, aczkolwiek w związku z rozwijaniem powyższych tematów w sposób oględny i dyskretny czynił on krytyczne aluzje w stosunku do obecnie panującego w Niemczech reżimu. Poza cyklem wykładów ks. Muckermanna „Verband Deutscher Katholiken" zorganizował 5 zebrań i 3 imprezy. W trzech z powyższych zebrań brał udział senator Dr. Pant, wygłaszając referaty na tematy organizacyjne oraz naświetlając w związku z tem obecne stosunki w tutejszym obozie niemieckim. Stosunki te naświetlali również i inni referenci, wykorzystując zebrania związkowe jako teren do propagandy Deutsche Christliche Volkspartei i jej ideologji. Jako przykład w tym względzie służy referat wygłoszony na zebraniu w Żorach przez sekretarza związkowego Thomasa, który omawiając wrogi stosunek Deutsche Partei i jej organu prasowego do Deutsche Christliche Volkspartei między innymi podkreślił, że katolicy niemieccy posiadają w Polsce większą swobodę niż w Niemczech, gdzie są więcej krępowani i gdzie zachodzą wypadki prześladowania duchowieństwa, co dotychczas w Polsce nie miało miejsca.

Z innych organizacyj kulturalno-społecznych katolików niemieckich urządziły „Katholischer Gesellenverein" 3 zebrania, „Katholischer Männerverein" 2 zebrania, „Katholischer Jugend- und Jungmännerverein" 5 zebrań, „Deutscher Katholischer Frauenbund" 1 zebranie i 5 imprez. Wszystkie zebrania powyższe poświęcone były już omówieniu spraw wewnętrznych, spraw organizacyjnych mniejszego znaczenia, już też wykładom lub odczytom na tematy religijne lub kościelne.

Szkolnictwo niemieckie

Deutscher Schulverein w Koszęcinie, powiat lubliniecki, powziął uchwałę wybudowania w roku bieżącym przy miejscowej szkole mniejszościowej bursy dla dzieci, uczęszczających do tejże szkoły z poza Koszęcina, a przewożonych dotychczas codziennie do szkoły samochodem z ich miejsca zamieszkania.

Deutscher Schulverein w Mikołowie urządził w miejscowej szkolę mniejszościowej zebranie rodziców /50 osób/, na którem wygłoszono referat, dotyczący danych statystycznych w szkolnictwie mniejszościowym na Śląsku, a ilustrowanych przeźroczami widoków budynków i urządzeń tychże szkół oraz obrazami z życia niemieckiej młodzieży szkolnej.

Volksbund zamierza w najbliższym czasie zorganizować w Siemianowicach przy tamtejszej szkole katolickiej mniejszościowej, niemiecką ochronkę, na co już uzyskała zgodę władz szkolnych. Ostatnio przewodniczący miejscowej komisji szkolnej przy wspomnianej szkole przystąpił do zbierania zgłoszeń do tej ochronki.

Hilfsverein Deutscher Frauen

urządził w terenie 5 imprez na cele dobroczynne, z których na wyszczególnienie zasługuje zabawa towarzyska w Tarnowskich Górach z uwagi na to, że przyniosła ona około 3 000 zł. czystego dochodu. Nadmienić należy, że placówka związku w Tarnowskich Górach należy do najbardziej ruchliwych i czynnych na polu akcji humanitarnej. Według sprawozdań prasowych – placówka ta ostatnio obdzieliła darami oraz udzieliła pomocy w dożywianiu około 500 miejscowym i okolicznym ubogim, względnie bezrobotnym członkom mniejszości niemieckiej.

Ewangelicy niemieccy

„Evangelischer Jugendbund", „Evangelische Frauenhilfe", „Evangelischer Männerverein" w Siemianowicach oraz „Evangelischer Männer- und Jünglingsverein" w Pszczynie odbyły swe zebrania miesięczne, których przebieg nie przyniósł godniejszych uwagi momentów, zaś „Evangelischer Jugendverein" w Hołdunowie zorganizował przedstawienie amatorskie /300 osób/.

Stowarzyszenia śpiewacze

odbyły 2 zebrania oraz urządziły 6 imprez wieczorkowych, względnie koncertowych.

Bund für Arbeiterbildung

urządził w Królewskiej Hucie dwa wykłady o charakterze ogólno-kształcącym, a to na temat silnej woli i dostosowania jej do życia oraz na temat rozwoju socjalizmu w Austrji /łącznie 200 osób/

Verein für Volksbildungspflege

stosownie do programu, zapowiedzianego w ubiegłym miesiącu – zorganizował dwa odczyty w Katowicach, jeden na temat „Humor w literaturze, pieśni i grze" /150 osób/, drugi na temat "Naród a rasa" /20 osób/.

Deutscher Kulturbund

urządził w Katowicach w miesiącu lutym br. „Drugi wieczór niemieckiej muzyki kameralnej i domowej" /250 osób/ oraz akademję ku czci wynalazcy stenografji Gabelsbergera /50 osób/. Niezależnie od tego „Deutscher Kulturbund" organizuje w dniach od 28 lutego do 4 marca 1934 r. tzw. „niemiecki tydzień śpiewu".

W związku z rozwijaną ostatnio akcją propagandową bibljotek niemieckich „Verband Deutscher Volksbüchereien" zorganizował trzy dalsze nowe niemieckie bibljoteki w terenie.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiat	Zebrania	obchody, przedstawienia i inne imprezy
Katowice miasto	4	11
Katowice powiat	7	5
Świętochłowice	3	3
Pszczyna	3	4
Królewska Huta	1	5
Tarnowskie Góry	-	4
Rybnik	2	2
Lubliniec	1	1
Bielsko	-	1
Razem:	21	36

4. *Życie gospodarcze*

W dniu 10 lutego br. odbyło się w Lublińcu zebranie towarzystwa „Forst- und Landbund" na powiat Lubliniec i Tarnowskie Góry, przy udziale około 60 członków i gości. Zebraniu przewodniczył baron Reitzenstein. Referat fachowy na temat gospodarki leśnej wygłosił Dr. Daniel Voss ze Świerklańca. Tematów politycznych nie poruszano.

5. *Życie zawodowe*

omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego, obejmującego stan bezpieczeństwa publicznego i ruch zawodowy.

6. *Życie sportowe*

Rada okręgu śląskiego „Deutsche Turnerschaft in Polen" odbyła w połowie stycznia br. w Katowicach posiedzenie, na którem uchwalono urządzić doroczny zjazd związkowy w dniu 8 kwietnia br. w Królewskiej Hucie. Pozatem uchwalono wszcząć prace propagandowe, mające na celu pociągnięcie do czynnego życia sportowego członków mniejszości niemieckiej w tych miejscowościach, gdzie nie istnieją niemieckie stowarzyszenia sportowe, a gdzie dawniej stowarzyszenia takie istniały. Lutowy numer miesięcznika „Mittelungen der Deutschen Turnerschaft in Polen" przynosi plan pracy omawianego związku na rok bieżący. Plan ten przewiduje dla okręgu śląskiego szereg imprez i zawodów sportowych, między innymi udział w święcie sportowym w Gdańsku w dniach od 5 do 7 lipca br.

Z ruchu niemieckich stowarzyszeń sportowych w miesiącu lutym zanotowano uroczysty obchód 72 rocznicy powstania B.B. Turnervereinu w Bielsku, oraz walne zebranie „Männer Turnverein" w Królewskiej Hucie, przebieg którego nie przyniósł godniejszych uwagi momentów.

7. *Życie wyznaniowe*

Z przejawów życia wyznaniowego mniejszości niemieckiej na podkreślenie zasługuje powołanie przez Ewangelicką Gminę Wyznaniową w Królewskiej Hucie na stanowisko drugiego proboszcza ks. Alfreda Bolka z Krakowa, który piastował w tamtejszej Ewangelickiej Gminie Wyznaniowej stanowisko duszpasterskie dla niemieckich członków tejże gminy.

[...]

367

5.5.1934: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Intensivierung der deutschen Jugendarbeit

5 V 1934r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Intensyfikacja pracy mniejszości niemieckiej nad młodzieżą

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Chorzowie, Nr. 265

W kilku ostatnich sprawozdaniach sytuacyjnych z życia mniejszości niemieckiej Urząd Wojewódzki Śląski podał wiadomości o zorganizowaniu w łonie Volksbundu oddziału VI-go, tzw. Abteilung für Jugendpflege, który, będąc do pewnego stopnia samodzielną organizacją, skupia w sobie wszystkie elementy, grupujące się poprzednio w związku, zwanym Volksbund-Jugend, a który przez Urząd Wojewódzki Śląski w lipcu 1933 roku został rozwiązany. Oddział ten, którego organizowaniu przeciwstawił się swego czasu senator Dr. Pant, uzyskał ostatecznie pełne uznanie ze strony kierowniczych czynników Volksbundu, a w szczególności Ulitza. W zwiazku z tem w ciągu miesiąca kwietnia br. przystąpiono do zakrojonej na bardzo szeroką miarę akcji organizacyjnej. I tak, w samej centrali Volksbundu oddano do dyspozycji oddziału młodzieżowego obszerne i dobrze wyposażone pomieszczenie oraz nowy samochód do wyłącznej jego dyspozycji. Przy związkach obwodowych Volksbundu ustanowieni opiekunowie młodzieży /Jugendpfleger/, mają otrzymać motocykle dla łatwiejszego poruszania się w terenie. Mężowie zaufania w poszczególnych miejscowościach mają otrzymać rowery, celem usprawnienia propagandy, która ma być tak rozszerzoną, by docierała do najdalszych i najmniejszych zakątków, celem stworzenia w każdej miejscowości ośrodka germanizacyjnej propagandy. Akcją objęta jest w pierwszym rzędzie młodzież. Dotychczas środkami działania były: zakładanie świetlic, zakładanie coraz to nowych bibljotek i to coraz częściej w czysto polskich miejscowościach, organizowanie kółek samokształceniowych, teatralnych, śpiewaczych, muzycznych itp. Ostatnio wydaną została przez Volksbund instrukcja polecając wszystkim „Jugendpflegerom" i mężom zaufania Volksbundu organizowanie kobiet w związku „Hilfsverein Deutscher Frauen", którego grupy miejscowe mają być potworzone w każdej pojedynczej miejscowości. Równolegle z tą akcją przewidziane jest organizowanie dziewcząt poniżej lat 18 według zasad, które w tej chwili znajdują się w opracowaniu. Bliższe szczegóły w tym względzie zawiera okólnik z dnia 21 kwietnia 1934r., który dla informacji Urząd Wojewódzki Śląski przesyła PP Starostom i Dyrektorom Policji w odpisie do ściśle poufnej wiadomości. W świetle tych ostatnich instrukcji Volksbund ma być wyłącznie instytucją kierowniczą, pozostawiając prace wykonawcze w terenie istniejącym już organizacjom i związkom, którym ma udzielać dyrektyw, wskazywać im zadania i koordynować ich działalność.

Niebawem mają Niemcy rozwinąć planową i bardzo szeroko zakrojoną akcję dobroczynną na rzecz bezrobotnych przez tworzenie bezpłatnych, względnie bardzo tanich kuchen dla ubogich. Motywem tej akcji jest okoliczność, że w poszczególnych gminach wiele osób usposobienia niemieckiego zostało – zdaniem Volksbundu – z powodu nieżyczliwego ustosunkowania się zarządów kuchen - pozbawionych możności korzystania z kuchni.

Podając powyższe do wiadomości Urząd Wojewódzki Śląski prosi PP Starostów i Dyrektorów Policji o baczne śledzenie wszelkich przejawów omawianej akcji i jej rozwoju oraz komunikowanie wszelkich spostrzeżeń Urzędowi Wojewódzkiemu Śląskiemu.

Niezależnie od tego Urząd Wojewódzki prosi o wzmocnienie akcji młodzieżowej na wszystkich odcinkach. Objąć nią należy – jeżeli chodzi o młodzież męską – organizacje harcerskie, młodzież powstańczą i Związek Strzelecki; z organizacyj zaś kobiecych – harcerstwo i młode Polki.

Za Wojewodę
Ryczkowski
Naczelnik Wydziału

368

26.1.1935: Wojewodschaft in Katowice an die Starosten und Polizeidirektoren. Kampagne der JDP gegen den Deutschen Volksbund
26 I 1935r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do Starostów i Dyrektorów Policji. Kampania „JDP" przeciwko Niemieckiemu Volksbundowi

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 294

W związku z trwającą od szeregu miesięcy antyvolksbundową kampanją prowadzoną przez Jungdeutsche Partei, a polegającą z jednej strony na dezawuowaniu polityki kierownictwa Volksbundu tak na łamach organów prasowych, jakoteż na zebraniach partyjnych, z drugiej strony zaś na organizowaniu opozycji wewnętrznej w samym Volksbundzie przez członków należących również do JDP zaznaczyć należy, że akcja ta rozwija się ostatnio coraz więcej i przybiera charakter koordynowanych przygotowań do generalnego ataku JDP na Volksbund. Dowodzą tego tak wzmożone ataki prasy młodo-niemieckiej, jak również nasilenie akcji opozycyjnej w łonie samego Volksbundu, mającej na celu rozbicie dotychczasowych organów i władz związkowych i opanowanie Volksbundu od wewnątrz przez członków JDP.

W związku z tem ostatniem zaznaczyć należy, że tak do centrali Volksbundu, jakoteż i do niektórych zarządów związkowych obwodowych Volksbundu w terenie napływać zaczynają wnioski podpisane przez członków Volksbundu, rekrutujących się z Jungdeutsche Partei, domagające się zwołania nadzwyczajnego walnego zebrania Volksbundu i wysuwające szereg postulatów w duchu szanowania obecnej polityki i gospodarki finansowej Voksbundu oraz zmiany jego kierownictwa. Zaznaczyć należy, że niezależnie od znanych zasadniczych zarzutów z dziedziny polityki i gospodarki Volksbundu, wysuwanych w tej antyvolksbundowej kampanji naprowadzonej przez Jungdeutsche Partei, partja ta poczęła ostatnio lansować na pierwszym miejscu nowy charakterystyczny a popularny skądinąd argument przeciwko Volksbundowi, zarzucając mu niedbałość, słabość i brak stanowczości w rozwijaniu i obronie problemu szkolnictwa mniejszościowego, przyczem jako przykład przytacza się dopuszczenie przez Volksbund do możliwości masowych przeniesień dzieci ze szkół niemieckich do polskich, dokonywanych – jak wiadomo – w ostatnich tygodniach.

Podając powyższe do wiadomości – Urząd Wojewódzki Śląski prosi o *pilne obserwowanie* przejawów wyżej przedstawionej kampanji *a w szczególności akcji Jungdeutsche Partei* na terenie propagandy i agitacji za szkolnictwem mniejszościowym oraz o doniesienie o poczynionych w tym kierunku spostrzeżeniach.

Za Wojewodę
Ryczkowski
Naczelnik Wydziału

369

28.3.1936: Polizeidirektion Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Jugendabend des Deutschen Volksbundes in Siemianowice (25.3.1936)
28 III 1936r.: Dyrekcja Policji w Katowicach do Urzędu Wojewódzkiego w miejscu. Wieczór młodzieżowy Niemieckiego Volksbundu w Siemianowicach (25 III 1936r.)

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 293

Staraniem obwodu katowickiego „Deutscher Volksbund", odbyła się w dniu 25.3 br. w lokalu „Pod dwoma lipami" w Siemianowicach publiczna wieczornica dla młodzieży, na którą przybyło około 600 osób.

Orkiestra odegrało dwa marsze, poczem referował Fryderyk Zeller z Katowic o współczesnych zadaniach niemieckiej młodzieży. Na wstępie witał on zebraną młodzież, jak również i starszych członków Związku. Podkreślił, że koniecznem jest, aby młodzież niemiecka organizowała się w związku, gdyż tam nauczy się posłuszeństwa. Pozostawienie młodzieży na ulicy demoralizuje ją.

W drugiej części swoich wywodów zaznaczył Zeller, że nikt nie powinien się łudzić, iż po wygaśnięciu konwencji genewskiej w roku 1937 nastąpią na Śląsku zmiany, czy to w formie plebiscytu, czy też innej. Te wszystkie pogłoski są zupełnie bezpodstawne i żaden rozumny człowiek w te wersje nie powinien wierzyć. Młodzież przy Volksbundzie dąży do pozyskania całej niemieckiej młodzieży zamieszkałej na Śląsku celem stworzenia faktycznej wspólnoty ludowej. Dalej zaznaczył Zeller, że wystąpienie prasy polskiej, jakoby działalność niemieckiej młodzieży prowokowała społeczeństwo polskie – jest nieuzasadnione. Młodzież niemiecka nie ma na celu tego, o co ją pomawia względnie podejrzewa prasa polska, natomiast kierownictwo stowarzyszenia dąży do wychowania młodzieży niemieckiej w duchu lojalności w stosunku do państwa i ludności polskiej.

Po referacie Zellera nastąpiły zbiorowe deklamacje, nadto popisywała się orkiestra i odśpiewano parę pieśni niemieckich z wyjątkiem pieśni pt. „Erde schafft das Neue", która skreślona została z programu przez tutejszy Urząd z uwagi na treść nacjonalistyczną.

Końcowe przemówienie wygłosił Heinz Piontek z Katowic, dziękując zebranym za liczne przybycie. Apelował tak do młodzieży jak i starszych, aby nadal popierali wszelkie wystąpienia związku, a przedewszystkiem, by nakazywały swoim dzieciom, aby czynnie współpracowały w niemieckiej organizacji młodzieżowej. Odśpiewaniem pieśni pt. „Vorwärts, vorwärts schmettern die hellen Fanfaren" – zakończono wieczornicę. Podczas tej pieśni zgromadzeni oddawali pozdrowienie hitlerowskie.

370

8.6.1936: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Mai 1936)
8 VI 1936r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (maj 1936r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 577

I. *Sytuacja ogólna*

Charakteryzując aktualne przejawy życia wewnętrznego tutejszego obozu mniejszości niemieckiej, podkreślić przedewszystkiem należy, że walka o wpływy i kierow-

nictwo w ujednostajnieniu [!], tocząca się od dawna pomiędzy „starymi", reprezentowanymi przez obóz volksbundowy, a „młodymi", zgrupowanymi w Jungdeutsche Partei, przechodzi w ostateczną i decydującą fazę. Obie strony zmobilizowały w związku z tem wszystkie swe siły i wytoczyły przeciwko sobie wszystkie możliwe argumenty. Jungdeutsche Partei wykorzystała do tej rozgrywki specjalnie w tym celu zorganizowaną w Katowicach imprezę „Dnia Pracy", w której wzięło udział około 7 000 członków, a w czasie której kierownictwo partji wyraźnie stwierdziło, że wyłączną winę i odpowiedzialność za rozstrój wewnętrzny w obozie niemieckim i za zaprzepaszczenie sprawy niemieckiej ponosi dotychczasowe kierownictwo tutejszej mniejszości niemieckiej z Ulitzem na czele. Dlatego też partja, wykluczając jakąkolwiek współpracę w tej dziedzinie z dawnym kierownictwem i Ulitzem, przystępuje do podjęcia prac około utworzenia jedności narodowej.

Przy tej sposobności Jungdeutsche Partei wysunęła cały szereg zasadniczych tez programowych tej pracy, między innymi przeprowadzenie odbudowy jedności narodowej na gruncie idei narodowo-socjalistycznej, konieczność utworzenia naczelnej organizacji gospodarczej, konieczność utworzenia kierownictwa, opartego na zaufaniu szerokich mas itp. Równocześnie Jungdeutsche Partei podniosła do znaczenia jednego z naczelnych haseł, walkę z szerzącą się ostatnio wśród mniejszości niemieckiej emigrację do Niemiec, podkreślając konieczność pozostawania w kraju i nieosłabiania przez emigrowanie tutejszej niemczyzny. W związku z tem też Jungdeutsche Partei podjęła energiczną akcję przeciwko rejestrowaniu się tutejszych Niemców w fungujących na Śląsku niemieckich biurach emigracyjnych tzw „Rückwandereramt". Kierownictwo partji oraz działacze partyjni w publicznych oświadczeniach uroczyście przyrzekają, że zawsze dzielić będą los tutejszej mniejszości i nigdy jej nie opuszczą, jak to uczyniło dotychczas wielu ze „starych" przywódców.

Przyciśnięty w ten sposób do muru obóz volksbundowy z Ulitzem na czele, nie przebierając w zarzutach przeciwko Jungdeutsche Partei, sięgnął po argument wysoce charakterystyczny, a mianowicie wytoczył przeciwko niej zarzut niepewnej niemieckości jej członków. Argument ten wymaga odrębnego naświetlenia. Wiadomo mianowicie, że postępująca z miesiąca na miesiąc niezwykle intensywna aktywizacja niemieckiego życia politycznego i społecznego potrafiła wciągnąć w orbitę niemieckiej akcji propagandowo-werbunkowej nie tylko niemal wszystkich tutejszych Niemców, lecz także i masę osób znanego tutaj typu narodowo niezdecydowanych, zagrażając w ten sposób poważnie polskiemu stanowi posiadania. Podnoszone w związku z tem zarzuty przez opinję polską, obóz mniejszości niemieckiej dotychczas solidarnie odpierał jako nieprawdziwe i nieuzasadnione. Obecnie sami Niemcy problem ten podjęli, wykorzystując go w wzajemnej kampanji, przyczem obóz volksbundowy podniósł go do poziomu głównego i zasadniczego zarzutu, wysuwanego przeciwko Jungdeutsche Partei. I tak, kierownik Volksbundu Ulitz między innymi zarzuca publicznie Jungdeutsche Partei, że większa część członków tej partji to neo-niemcy, którzy do niedawna należeli do organizacyj polskich, posyłali dzieci do szkoły polskiej, względnie których swego czasu z powodu ich nie-niemieckości wykluczyły ze swego łona inne „prawdziwie niemieckie" organizacje.

Dalej w tej dziedzinie posunął się organ Deutscher Volksblocku „Neue Zeit", który w artykule komentującym imprezę „Dnia Pracy", zorganizowaną przez Jungdeutsche Partei, twierdzi, że całe grupy członków partyjnych przybyłych na tę uroczystość używały wyłącznie języka polskiego i że nawet wśród poważniejszych funkcjonariuszów partyjnych JDP jest dużo osób, które już brały udział w powstaniu po stronie polskiej, już

też należały dawniej do organizacyj polskich, a które do JDP wstąpiły ze względów utylitarnych. Charakterystycznym jest, że JDP zarzuty powyższe, aczkolwiek mają one zasadnicze znaczenie, przemilcza, wysuwa jedynie ostatnio w swych tezach programowych konieczność przeprowadzenia w obozie niemieckim rozgraniczenia przynależności narodowościowej.

Wyżej naświetlony etap rozgrywek wewnętrznych w obozie niemieckim bynajmniej nie osłabił jego aktywności i prac organizacyjno-propagandowych, które tak obóz volksbundowy, jakoteż i Jungdeutsche Partei kontynuowały z niesłabnącą energją.

Ten sam poziom aktywności utrzymał się również i na innych odcinkach niemieckiego życia publicznego, a zwłaszcza na jego odcinku społecznym i kulturalnym.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/ zorganizowała 9 zebrań w terenie /łącznie około 450 osób/ oraz wspólny obchód niemieckiego państwowego „Święta pracy", przy udziale około 2 500 obywateli niemieckich. Szczególną ruchliwość wykazały fungujące przy poszczególnych grupach Reichsdeutsche Kolonie sekcje kobiece tzw. „Frauenschaften", organizując w terenie cykl wykładów i kursów dla kobiet, przeważnie z zakresu higjeny.

W dniu 3 czerwca br. rozpoczął się przed Sądem Okręgowym w Katowicach proces przeciwko członkom NSDAP. Przed sądem stanęło 119 osób, oskarżonych o zbrodnię z art. 97 i 98 kk.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

7. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

W nastawieniach działalności i aktywności Volksbundu nie zaszły istotniejsze zmiany. Znane z poprzednich sprawozdań sytuacyjnych akcje Volksbundu kontynuowane bez przerwy od szeregu miesięcy, a więc akcja młodzieżowa pomocy niemieckiej /Deutsches Hilfswerk/, lecznicza dla członków-inwalidów, wysyłki dzieci na kolonje letnie itp., utrzymały się na tym samym poziomie, nie wykazując zasadniczych odchyleń ani w dotychczasowych metodach, ani też w nasileniu.

Zaostrzona ponownie walka pomiędzy Volksbundem a Jungdeutsche Partei znalazła między innymi żywy oddźwięk na odbytem w dniu 10 maja br. walnem zebraniu mysłowickiego związku obwodowego Volksbundu. Zebranie to wykorzystał kierownik centrali Volksbundu, Ulitz, do generalnej rozprawy z prowadzoną przeciwko niemu przez JDP kampanją i stawianemi mu przez tę partję zarzutami. Najciekawszym a zarazem najbardziej charakterystycznym argumentem wysuniętym przeciwko Jungdeutsche Partei przez Ulitza był zarzut niepewnej niemieckości jej członków /bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnem sprawozdaniu/.

Podkreślone w poprzedniem sprawozdaniu trudności finansowe, jakie przeżywa Volksbund, pogłębiają się coraz więcej. W związku z tem Volksbund przystąpił do realizacji szeregu projektów oszczędnościowych, ustalonych na odbytej w maju br. konferencji kierowników związków obwodowych. Między innymi postanowiono przystąpić do redukcji płatnego personelu w biurach Volksbundu, wstrzymać wypłatę szeregu stałych subwencyj udzielanych niemieckim instytucjom w terenie, połączyć związki obwodowe lubliniecki i tarnogórski w jeden obwód i wreszcie obniżyć uposażenie personelu nauczycielskiego w niemieckich szkołach prywatnych. /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnem sprawozdaniu/.

Akcja zebraniowa Volksbundu, poza wyżej wspomnianym walny zebraniem związku obwodowego w Mysłowicach, prowadzona była przedewszystkiem w świetlicach. Na czoło tej akcji świetlicowej wysunęły się organizowane w miesiącu maju br. przez młodzież volksbundową obchody niemieckiego święta „dnia matki". Obchodów tych urządzono w terenie ogółem 5, przy łącznej ilości około 3 000 osób.

Jungdeutsche Partei

ześrodkowała wszystkie swe siły na dwóch zasadniczych akcjach: zdecydowanej kampanji z obozem „starych" oraz propagandzie ujednostajnienia [!] w ramach własnej partji. Akcja powyższa, prowadzona z właściwym JDP rozmachem, znalazła swój pełny wyraz w zorganizowanej przez partję w dniu 17 maja br. w Katowicach imprezie pod hasłem „Dnia Pracy". Imprezę tę, w której wzięło udział około 7 000 uczestników, wykorzystano do ostatniej rozgrywki i Ulitzem i obozem „starych". Tak przemówienie senatora Wiesnera, jakoteż jego zastępcy Schneidra, pełne było ataków na ten obóz i stwierdzało, że winę i odpowiedzialność za rozstrój w obozie niemieckim oraz za fatalne położenie gospodarcze ponosi jego kierownictwo z Ulitzem na czele. Równocześnie podkreślając swe dążności do sanowania powyższych stosunków, mówcy występowali z własnym w tym kierunku programem. W programie tym kierownictwo partji stwierdzając ponownie, że jest zawsze gotowe do współpracy około utworzenia jedności narodowej, wyklucza w tej dziedzinie jakąkolwiek współpracę z Ulitzem i wysuwa łącznie z powyższym szereg zasadniczych tez. Między innymi konieczność prowadzenia odbudowy na gruncie idei narodowo-socjalistycznej, konieczność przeprowadzenia ustalenia przynależności narodowościowej w tym sensie, że osoby narodowościowo niezdecydowane nie powinny być przyjmowane do obozu narodowościowego, konieczność utworzenia naczelnej organizacji gospodarczej, któraby zajęła się gospodarczą sanacją mniejszości niemieckiej i wreszcie konieczność utworzenia takiego kierownictwa w obozie niemieckim, któreby posiadało zaufanie szerokich mas i któreby związane było z niemi na zawsze przez wyrzeknięcie się zamiarów emigracji. Ten ostatni problem partja podniosła do poziomu jednego z naczelnych haseł, propagując je na zebraniach partyjnych, na których w związku z tem prowadzi się akcję przeciwko zapisywaniu się w fungujących na Śląsku niemieckim biurach emigracyjnych tzw. „Rückwandereramt", rejestrujących tych Niemców z tutejszego terenu, którzy noszą się z zamiarem wyemigrowania.

W ramych akcji zebraniowej zorganizowała Jungdeutsche Partei ogółem 4 zebrania członkowskie /łącznie około 850 osób/, 9 imprez tzw. „Kameradschaftsabende" i „Bildungsabende" /łącznie około 350 osób/ oraz 3 zgromadzenia publiczne: w Katowicach /500/, w Chorzowie /1 300/ i w Mysłowicach /400 osób/.

Stowarzyszenie zwykłe „Wanderbund" w Tarnowskich Górach, organizujące młodzież niemiecką, a stojące pod bezpośredniemi wpływami JDP, zostało w dniu 26 maja br. na zasadzie art. 16 prawa o stowarzyszeniach przez Starostwo w Tarnowskich Górach rozwiązane, a to z powodu rozwijania działalności politycznej, nieprzewidzianej w statucie o stowarzyszeniach oraz z powodu przyjmowania do stowarzyszenia młodzieży poniżej lat 18, bez wymaganego przez przepisy prawa o stowarzyszeniach zezwolenia rodziców, względnie opiekunów.

Deutsche Partei

czyniąc przygotowania do mającego się odbyć w czerwcu br. dorocznego zjazdu partyjnego /Parteitag/, zorganizowała zebrania delegatów obydwóch okręgów wyborczych partji – katowickiego i chorzowskiego, a to celem wyboru delegatów oraz celem

przygotowania materjałów na powyższy zjazd. Zasadniczym i głównym tematem obrad obydwóch zebrań, z których w zebraniu chorzowskim wziął udział między innymi senator Hasbach, była kwestja połączenia się partji z Deutscher Volksblockiem i Deutsche Vereinigung. Ponieważ realizacja projektu połączenia się z Deutsche Vereinigung natrafia na przeszkody, z uwagi na nieuskutecznioną dotychczas zmianę statutu tej organizacji, postanowiono narazie przeprowadzić połączenie się Deutsche Partei z Deutscher Volksblock. Ostatecznie zdecydować ma w tej sprawie tegoroczny zjazd partyjny /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych w oddzielnych sprawozdaniach/.

W terenie zorganizowała partja 1 imprezę /400 osób/ oraz 6 zebrań członkowskich o przeciętnej ilości około 60 uczestników. Tematem zebrań były wybory delegatów na wyżej wspomniane zebrania okręgów wyborczych partji oraz propaganda ujednostajnienia [!].

Deutscher Volksblock

nie wykazał większej aktywności. Zorganizował 6 zebrań członkowskich, poświęconych podobnie jak zebrania Deutsche Partei, propagandzie haseł ujednostajnienia [!].

Deutsche Christliche Volkspartei

również nie wykazała poważniejszych przejawów w swej działalności, ograniczając się do zwołania 4 zebrań członkowskich w powiecie katowickim, przy łącznym udziale około 300 osób, na których referenci składali sprawozdania z przebiegu odbytego w kwietniu br. dorocznego zjazdu partyjnego.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

ujawniła minimalną działalność, organizując dwa zebrania członkowskie w powiecie katowickim, przy łącznym udziale około 80 osób.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/

zorganizowała 9 zebrań w terenie, o łącznej ilości około 450 osób. Przebieg zebrań nie odbiegał od zwykłego szablonu. Wygłaszano referaty i wykłady o ideologji narodowo-socjalistycznej oraz o zdobyczach narodowego socjalizmu na terenie wewnętrznym w III Rzeszy i na terenie jej polityki zagranicznej. Fungujące przy niektórych grupach miejscowych NSDAP osobne sekcje kobiece tzw. „Frauenschaften" rozwijają ostatnio intensywną działalność propagandową i organizacyjną wśród kobiet obywatelek niemieckich. Akcję tę rozwijają drogą organizowania wykładów na temat zadań kobiety w III Rzeszy oraz kursów przeważnie na temat opieki nad chorymi i pielęgnowania niemowląt. Kursów takich zorganizowano w maju br. 3, a mianowicie w Rybniku, Świętochłowicach i Żorach.

Przypadłą na pierwszego maja br. rocznicę niemieckiego święta „Dnia Pracy„ obchodziła NSDAP na tutejszym terenie wspólnym obchodem, urządzonym w dniu tym w Chorzowie, przy udziale około 2 500 obywateli niemieckich z całego Województwa. W uroczystości tej wzięli udział między innymi generalny konsul niemiecki z Katowic i delegat NSDAP z Rzeszy, Landrat Rühle Gerd z Gallau.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Prasa niemiecka, która w swych rozważaniach na temat polityki zagranicznej jest odbiciem zapatrywań prasy Rzeszy, podkreślała w kilku artykułach, że w obecnym okresie nie należy wyczekiwać jakieś zagraniczno-politycznej inicjatywy ze strony Polski. Zarówno podróż byłego premjera Kościałkowskiego do Budapesztu, jak i późniejszą wizytę ministra Becka w Białogrodzie, określały pisma volksbundowe, jako podróże raczej informacyjne, stojące, być może, w związku z włoskiem zwycięstwem w Abisynji,

otwierającem nowe perspektywy w Europie Środkowej. Tak samo na terenie genewskim – Polska trzyma się, zdaniem pism niemieckich, obecnie w rezerwie. Polityka ta znajduje obecnie – pisze „Kattowitzer Zeitung" – naśladowców wśród mniejszych państw europejskich. Sprzeczne z tymi zdaniami było omówienie przez „Kattowitzer Zeitung" wizyty białogrodzkiej ministra Becka jako próby rozbicia Małej Ententy. Stanowisko pism nieujednostajnionych [!], nie uległo zmianie: prowadzą one nadal nieprzejednaną kampanję przeciwko hitleryzmowi.

Sprawy wewnętrzne

Pisma podkreślały jednomyślnie spokojny przebieg 1-go maja w całej Polsce, a w dniu 3 maja przyniosły artykuły, podkreślające pozytywne ustosunkowanie się mniejszości niemieckiej do Państwa Polskiego z uwypukleniem niespełnionych jeszcze, zdaniem pism, postulatów mniejszości.

Dużo miejsca poświęciły też pisma pierwszej rocznicy zgonu śp. Marszałka Piłsudskiego. Pisma stwierdzają, że każdy dzień bieżący unaocznia brak tego niezastąpionego autorytetu, że jednak duch jego w dalszym ciągu wyciska piętno na wszystkich poczynaniach politycznych Rządu, zwłaszcza też w dziedzinie polityki zagranicznej /„Kattowitzer Zeitung" Nr. 111/.

Dużo miejsca poświęcały pisma przesileniu rządowemu, a następnie utworzeniu nowego Rządu Generała Sławoj-Składkowskiego, przyczem mocno podkreślano rolę, jaką w tym akcie odegrał generalny Inspektor Sił Zbrojnych Gen. Rydz-Śmigły. Zmianę Rządu oceniano jako wzmocnienie kierunku autorytatywnego. Naogół utworzenie nowego Rządu oceniano jako niespodziankę, gdyż prasa niemiecka liczyła się raczej z utworzeniem Rządu bardziej lewicowego.

Sprawy śląskie

Uroczystości 3-majowe, połączone na Śląsku z rocznicą III powstania górnośląskiego, komentowała tutejsza prasa niemiecka obszernie, podkreslając przedewszystkiem udział w nich Generalnego Inspektora Sił Zbrojnych, Gen. Rydza-Śmigłego oraz postawę uczestników defilady.

Sprawy mniejszości

Spory w obozie mniejszości niemieckiej znajdowały w dalszym ciągu echo na łamach jej prasy. Charakterystyczne było zwłaszcza oskarżanie się wzajemne o germanizowanie z jednej strony organu młodoniemców „Der Aufbruch", a z drugiej organów volksbundowych, co z satysfakcją podkreślała prasa nieujednostajniona [!] i co wyzyskała w sposób wydatny prasa polska. Najciekawsze było stwierdzenie, że cyfry osiągane w czasie wyborów przez Niemców, nie są miarodajne do oceny rzeczywistej siły liczebnej obozu niemieckiego.

Dużo miejsca poświęcała prasa niemiecka zbliżającemu się procesowi NSDAP, starając się z jednej strony skrupulatnie odciąć od oskarżonych, a z drugiej strony próbując ich, pośrednio, usprawiedliwiać. W związku z tą sprawą podniosła prasa niemiecka w sposób niezmiernie wyolbrzymiony sprawę zajść w Rydułtowach, co wyglądało na kontrofensywę z myślą odciążenia oskarżonych w procesie NSDAP.

Bardzo dużo miejsca poświęcała prasa niemiecka wpisom szkolnym, starając się konstruować zarzuty wpływania na rodziców niemieckich przez czynniki polskie w kierunku pozyskania dzieci niemieckich do szkoły polskiej, co wywołało ostre repliki pism polskich.

Sprawy gospodarcze

Obszernie rozpisywała się prasa mniejszościowa na temat ustąpienia byłego prezydenta Banku Polskiego płk. Koca, co jednak komentowano przeważnie w znaczeniu politycznym, jako rzekomą oznakę walki w obozie sanacyjnym i dowód osłabienia grupy pułkowników. Pisma podkreślały, że płk. Koc dawał gwarancję utrzymania swobody dewizowej, co postawiło Bank Polski wobec alternatywy albo ograniczeń dewizowych, albo inflacji.

Wyczerpująco rozpisywała się prasa niemiecka w związku z przejściem przymusowego zarządcy przedsiębiorstw Księcia Pszczyńskiego [Hans Heinrich XV. Fürst Pleß] inż. Kowalskiego na stanowisko analogiczne we Wspólnocie Interesów, przyczem podkreślano, że inż. Kowalski jest mężem zaufania Wojewody Śląskiego i że jego nowa rola ma przedewszystkiem znaczenie polityczne.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Podkreślane w poprzedniem sprawozdaniu dążenie obecnego kierownictwa Verband Deutscher Katholiken do wciągnięcia związku tego w orbitę aktualnego życia politycznego tutejszej mniejszości niemieckiej, znalazło swój wyraz w przyjęciu Verband Deutscher Katholiken do Rat der Deutschen in Polen. Organ Dr. Panta „Der Deutsche in Polen" dopatruje się w kroku tym chęci zrównoważenia znacznych jeszcze wpływów Dr. Panta w związku i uważa fakt wstąpienia Verband Deutscher Katholiken do Rat der Deutschen in Polen za równoznaczny z ostatecznym ujednostajnieniem [!] zwiazku tego i oddaniem się jego w ręce kierowników prohitlerowskiego obozu niemieckiego w Polsce.

Jeżeli chodzi o akcję zewnętrzną niemieckich organizacyj katolickich, to ograniczyła się ona do odbywania normalnych zebrań członkowskich, które poświęcone omawianiu spraw organizacyjnych o lokalnym znaczeniu, nie przyniosły ważniejszych momentów oraz do organizowania imprez i to przeważnie tzw. „dnia matki". Ogółem zorganizował Verband Deutscher Katholiken 5 zebrań i 4 imprezy, Deutscher Katholischer Frauenbund – 4 zebrania i 4 imprezy, Katholischer Männerverein – 3 zebrania, Katholischer Jugend- und Jungmännerverein – 6 zebrań, Katholischer Gesellenverein – 2 zebrania i 1 imprezę.

Szkolnictwo niemieckie

Po wpisach do szkół polskich, odbytych w miesiącu kwietniu br., odbyły się w dniach od 11 do 16 maja br. tegoroczne wpisy pierwszego rocznika do niemieckich szkół powszechnych oraz przeniesienia ze szkół polskich do szkół niemieckich na górnośląskiej części Województwa. Na ogólną liczbę 22 298 dzieci wpisano do szkół niemieckich 1 601 dzieci, czyli 6,69%. W ubiegłym roku szkolnym procent ten wynosił 6,32%. Szczegółowy wykaz statystyczny i porównawczy wyników omawianych wpisów przedłożono Ministerstwu w oddzielnem sprawozdaniu.

Hilfsverein Deutscher Frauen

zorganizował 3 imprezy „dnia matki", z udziałem ponad 200 osób.

Ewangelicy niemieccy

Niemieckie organizacje ewangelickie zorganizowały ogółem 6 zebrań, na czoło których wysunął się zjazd delegatów Evangelischer Männer- und Jünglingsverein, odbyty w Chorzowie ze współudłem prezydenta Kościoła Unijnego Dr. Vossa. Ze złożonego na zjeździe sprawozdania wynika, że do istniejących na tutejszym terenie 15 wyżej wspomnianych stowarzyszeń należy 1 812 członków oraz że głównym środkiem działalności tych stowarzyszeń są przedewszystkiem wykłady i odczyty na tematy społeczno-religijne.

Stowarzyszenia śpiewacze

Niemieckie organizacje śpiewacze odbyły 3 zebrania członkowskie i urządziły 4 imprezy, przeważnie uroczystości jubileuszowe. Związek niemieckich chórów kościelnych zorganizował, pod protektoratem Biskupa Śląskiego VII, doroczny zjazd delegatów w Tarnowskich Górach. Obrady dotyczyły spraw wewnętrzno-organizacyjnych i pozbawione były momentów politycznych.

Verein für Volksbildungspflege

zorganizował w Katowicach imprezę pt. „powitanie wiosny", przy udziale około 250 osób.

Deutscher Kulturbund

poza normalną pracą kulturalno-oświatową, znaną z poprzednich sprawozdań sytuacyjnych, zorganizował w Katowicach zjazd delegatów niemieckich organizacyj kobiecych pod nazwą „Deutsche Frauentagung", z udziałem około 150 osób. Na zjeździe referentki tutejsze oraz ze Śląska Opolskiego omawiały zadania kobiety niemieckiej w dobie obecnej.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiat	zebrania	przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice miasto i pow.	21	8
Świętochłowice	1	2
Chorzów m.	2	1
Pszczyna	2	4
Rybnik	1	1
Tarnowskie Góry	-	1
Lubliniec	1	1
Bielsko	-	1
Razem:	28	19

4. *Życie gospodarcze*

Schlesischer Landbund odbył w dniu 14 maja br. walne zebranie w Katowicach, przy udziale około 40 członków. Przewodniczący Hermann Marcin zobrazował sytuację rolników śląskich, przyczem zaznaczył, że zatargi które istniały w ubiegłym roku na terenie związku z małorolnymi, zostały pomyślnie załatwione i małorolnych przyjęto z powrotem do związku. Podkreślając, że związek jest apolityczny i że nigdy nie da się wplątać w afery polityczne, mówca odpierał czynione swego czasu przez prasę młodoniemiecką pod adresem związku zarzuty, jakoby przy eksporcie zboża do Niemiec, związek uwzględniał wyłącznie właścicieli większych posiadłości. Z przedłożonego sprawozdania rocznego wynika, że dochody związku wynosiły około 47 000 zł., a saldo na rok bieżący wynosi ponad 500 zł. Po przyjęciu sprawozdania do wiadomości ustalono składki członkowskie, postanawiając pobierać je w wysokości 25 gr. od 1 morgi roli, a 60 gr. od 1 ha lasu – zależnie od majątku członka.

W tym samym dniu odbyło się również walne zgromadzenie związku „Hauptverband der Deutschen Landwirte" w Katowicach, przy udziale około 35 delegatów. Przewodniczący związku, hr. Henckel von Donnersmarck, wygłosił przemówienie, w którym żalił się na utrudniony eksport zboża z powodu ograniczeń dewizowych w Niemczech. Apelował on do zebranych, by pomimo piętrzących się trudności wytrwali

aż do wygaśnięcia konwencji genewskiej, przyczem zaznaczył, że czyni się obecnie przygotowania, ażeby przez obopólne porozumienie Rządu Polskiego i Niemieckiego uregulować po wygaśnięciu konwencji genewskiej odpowiednio kwestje rolnictwa na Śląsku. Z przedłożonego sprawozdania kasowego wynika, iż dochody związku w ubiegłym roku wyniosły około 69 000 zł., zaś rozchody 74 000, wobec czego zarząd zmuszony był zaciągnąć pożyczkę w wysokości 5 000 zł. w celu pokrycia niedoboru. Ustalono składki członkowskie w analogicznej wysokości jak Schlesischer Landbund.

5. *Życie zawodowe*

omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego i ruchu zawodowym.

6. *Życie sportowe*

W niemieckiem życiu sportowym nie zanotowano wydarzeń o ważniejszym znaczeniu. Z przejawów ruchu poszczególnych niemieckich stowarzyszeń sportowych i gimnastycznych zanotowano 2 zebrania członkowskie oraz 2 imprezy.

Organ Deutsche Turnerschaft in Polen – miesięcznik „Mitteilungen" w numerze za maj br. w artykule naczelnym pt. „Die Arbeit des Dietwartes", w dalszym ciągu rozwijał tezę i program prowadzenia pracy narodowo-uświadamiającej na terenie stowarzyszeń gimnastycznych i sportowych / patrz poprzednie sprawozdanie sytuacyjne/

7. *Życie wyznaniowe*

Z dziedziny życia wyznaniowego mniejszości niemieckiej nie otrzymano informacyj o bardziej zasadniczym znaczeniu.

371

9.10.1936: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (September 1936)

9 X 1936r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1936)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 577

I. *Sytuacja ogólna*

Osłabione sezonem wakacyjnym tętno niemieckiego życia publicznego, powróciło w miesiącu wrześniu do dawnego poziomu, przejawiając się w wzmożonej aktywności tak na odcinku politycznym jakoteż i społeczno-kulturalnym.

Jeżeli chodzi o oświetlenie przejawów życia politycznego, to przedewszystkiem podkreślić należy dwa charakterystyczne momenty, które niewątpliwie wpłynęły wybitnie na dotychczasowy całokształt stosunków politycznych w obozie niemieckim, zwłaszcza w dziedzinie realizowania idei „ujednostajnienia" [!]. Pierwszym z nich, to dojście do skutku połączenia się Deutsche Partei z Deutscher Volksblock, zrealizowane drogą uchwały powziętej w tym sensie na nadzwyczajnym zjeździe partyjnym Deutsche Partei. Uchwała ta dotychczas nie została w praktyce przeprowadzoną. Drugi moment to zaznaczająca się od szeregu tygodni pacyfikacja w niemieckim obozie politycznym, która przejawia się przedewszystkiem w zaniku agresywnych wystąpień młodoniemców przeciwko Volksbundowi i obozowi „starych". Nie tylko jednak na tym polu zaobserwowano zmianę dotychczasowej taktyki partji młodoniemców, zmiana ta sięga dalej, obejmując również dziedzinę jej prac organizacyjnych. W wyniku odbytego przez Jungdeutsche Partei zjazdu partyjnego, ustalono bowiem plan partyjnych prac organizacyjnych, uwzględniający przedewszystkiem konieczność podniesienia i sanowania położenia gospodarczego mniejszości niemieckiej. W tym też kierunku Jungdeutsche

Partei podjęła ostatnio szereg inicjatyw. Wreszcie, jeżeli chodzi o zmianę taktyki JDP, nie można nie podkreślać tej zmiany również i w ustosunkowaniu się do Państwa i większości polskiej. O ile bowiem dotychczas obóz młodoniemiecki unikał skrzętnie agresywnych wystąpień w tej dziedzinie, stale podkreślając swoją lojalność, to obecnie obserwuje się coraz częstsze wypadki, że referenci JDP na zebraniach partyjnych odbywanych w terenie wygłaszają referaty o nastawieniach antypolskich gdzieniegdzie zabarwionych rewizjonistycznie.

Podkreślona na wstępie aktywność niemieckiego obozu politycznego obserwowana we wrześniu, dotyczy nie tylko działalności Jungdeutsche Partei, ale także Volksbundu i Deutsche Partei. Ta ostatnia rozwijała intensywną akcję zebraniową w terenie, zaś Volksbund ześrodkował swoje prace na akcji młodzieżowej i świetlicowej, prowadzonej za pośrednictwem swego urzędu młodzieżowego. W ramach tej akcji, urząd młodzieżowy Volksbundu między innymi wydał dwa podręczniki jako materjał szkoleniowy, z których jeden pt. „Oberschlesien", został przez Sąd Grodzki w Katowicach zajęty za niektóre ustępy o treści antypolskiej i rewizjonistycznej.

Po sezonie wakacyjnym wzmogły również swą aktywność liczne niemieckie organizacje społeczno-kulturalne. Zarządy tych stowarzyszeń przystąpiły do opracowania programów prac organizacyjnych na porę jesienną i zimową, przyczem uwzględniano potrzebę zastosowania tych prac do programu akcji niesienia w porze zimowej pomocy bezrobotnym członkom mniejszości niemieckiej.

Niemieckie związki zawodowe przejawiły swą działalność w odbyciu 18 zebrań członkowskich /około 1 250 osób/, które miały przeważnie charakter zebrań sprawozdawczych. Poszczególni delegaci składali sprawozdania z przebiegu odbytej w dniu 30 sierpnia 1936 r. w Chorzowie nadzwyczajnej konferencji delegatów „Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen". Nowo wybrany na powyższej konferencji zarząd główny z byłym posłem Jankowskim na czele, na swym pierwszym posiedzeniu postanowił zredukować trzech płatnych sekretarzy, a to: byłego posła Franka z Chorzowa, który w starym zarządzie głównym pełnił funkcję skarbnika, Bernarda Kostorza z Katowic i Pawła Knapika z Chorzowa z tym jednak, że mogą oni wyjeżdżać w charakterze referentów na zebrania członkowskie za wynagrodzeniem doraźnym. Nowy zarząd główny przystąpił do zorganizowania kursów fachowych dla członków i wszczął starania o zapośredniczenie ich do pracy w zakładach przemysłowych na terenie Rzeszy.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/ wykazała we wrześniu mniejszą niż zwykle ruchliwość, organizując jedynie dwa zebrania członkowskie.

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

przystąpił po okresie wakacyjnym do wzmożenia pracy w terenie. Poszczególni mężowie zaufania otrzymali w tym celu odpowiednie wskazówki, przyczem położono szczególny nacisk na konieczność wciągania do współpracy możliwie szerokich kół mniejszości niemieckiej, zwłaszcza w dziedzinie organizowania w porze jesiennej i zimowej imprez niemieckich o ogólnym znaczeniu, jak np. uroczystości ku czci poległych /Heldengedenkfeier/, imprez na rzecz niemieckiej pomocy zimowej, uroczystości gwiazdkowych itp. Równolegle wzmógł również pracę organizacyjno-propagandową urząd młodzieżowy Volksbundu. W ramach akcji świetlicowej wydał on ostatnio dwa podręczniki jako materjał szkoleniowy do pracy w terenie. Pierwszy z nich noszący tytuł „Heimat, deutsche Landschaft, der deutsche Wald", stanowić ma materjał szko-

leniowy do trzech odrębnych wieczorów świetlicowych, które należy urządzać w terenie pod hasłami wyszczególnionymi w tytule. Drugi podręcznik wydany przez urząd młodzieżowy Volksbundu pt. „Oberschlesien", został postanowieniem Sądu Grodzkiego w Katowicach z dnia 7 września br. zajęty, albowiem zawierał on ustępy o treści antypolskiej i rewizjonistycznej. /Bliższe szczegóły wraz z odnośnym podręcznikiem przedłożono Ministerstwu oddzielnie/. W związku z akcją młodzieżową zorganizował urząd młodzieżowy w świetlicy Volksbundu w Pszczynie 6-cio dniowy kurs szkoleniowy dla drużyny żeńskiej, liczącej 25 osób.

Akcja zebraniowa Volksbundu – podobnie jak w poprzednim miesiącu – zasadzała się przedewszystkiem na urządzaniu w terenie wycieczek, lokalnych zabaw letnich itp. Z większych imprez zorganizowanych przez Volksbund, na podkreślenie zasługuje odczyt na temat przebiegu olimpiady, urządzony w Chorzowie, przy udziale około 900 uczestników.

Jungdeutsche Partei

Na czoło wydarzeń w życiu partji wysunął się zjazd partyjny z tutejszego terenu /Unterparteitag/, odbyty w dniu 27 września br. w Chorzowie, przy udziale około 1 600 uczestników. Zjazd poświęcony był omówieniu sytuacji gospodarczej i politycznej mniejszości niemieckiej. W związku z powyższem ustalono trzyletni plan pracy organizacyjnej na przyszłość. Plan ten przewiduje między innymi zespolenie wszystkich organizacyj niemieckich, założenie szeregu spółdzielni niemieckich, roztoczenie opieki nad wychowaniem zawodowym młodzieży niemieckiej oraz utworzenie specjalnego funduszu, mającego służyć do realizacji powyższego planu /Bliższe szczegóły przedkłada się równocześnie Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu/. Zwrócić uwagę należy na coraz bardziej wzrastającą aktywność JDP, która obok odcinka pracy organizacyjno-propagandowej, na który dotychczas kładziono największy nacisk, poczyna obejmować coraz szerszy zakres. W szczególności dużo uwagi poczyna partja zwracać ostatnio na dziedzinę niemieckiego życia gospodarczego, występując z inicjatywą jego reorganizacji i sanowania. Do przejawów tej inicjatywy, poza wyżej wspomnianą uchwałą, niewątpliwie zaliczyć również należy rozpoczętą przez partję realizację programu walki z bezrobociem wśród swych członków, drogą wyszukiwania im pracy na terenie województw poznańskiego i pomorskiego, podjęcie kroków, zmierzających do organizowania kursów niemieckiego przemysłu domowego, projekt organizowania na wielką skalę pomocy zimowej itp.

Przechodząc do charakterystyki działalności propagandowo-werbunkowej zaznaczyć należy, że zasadza się ona w dalszym ciągu przedewszystkiem na intensywnej akcji zebraniowej. We wrześniu zorganizowano ogółem 10 zebrań partyjnych /łącznie ponad 1 000 uczestników/ i 8 imprez, w czym dwie o wysokiej stosunkowo frekwencji uczestników, a mianowicie uroczystość dożynkową w Międzyrzeczu Górnym /około 1 000 osób/ i wieczór sprawozdawczy z olimpiady w Bielsku /około 1 200 osób/.

Na zebraniach partyjnych prowadzi się propagandę ideologii partyjnej, przyczem ponownie podkreślić należy, że ostatnio unika się wszelkich wystąpień agresywnych przeciwko Volksbundowi i obozowi „starych". Równolegle z powyższym objawem na podkreślenie zasługuje, że referaty polityczne wygłaszane na zebraniach, coraz częściej nastawione są antypolsko a nawet nie rzadko rewizjonistycznie. Wreszcie zwrócić uwagę należy na obserwowany coraz częściej objaw kolportowania wśród członków JDP różnych pism i wydawnictw hitlerowskich z Rzeszy.

Z przejawów życia wewnętrznego partii na uwagę zasługuje rozwiązanie przez zarząd główny grupy miejscowej w Nowej Wsi, powiat katowicki, a to w związku z powstałymi w łonie zarządu tej grupy wewnętrznymi tarciami.

Znany konflikt wynikły na tle politycznym a toczący się od kilku miesięcy pomiędzy senatorem Wiesnerem a pastorem Harlfingerem z Golasowic, znalazł swój epilog przed Sądem Okręgowym w Katowicach, przed którym w dniu 17 września odbyła się z oskarżenia prywatnego Harlfingera rozprawa przeciwko Wiesnerowi i jego zastępcy Wilhelmowi Schneiderowi z Katowic. W wyniku rozprawy Wiesner i Schneider skazania, zostali z art 255 § 1 kk, każdy na 14 dni aresztu i 500 zł. grzywny.

Zawieszone w działalności w lipcu br. stowarzyszenie młodzieżowe stojące pod wpływami JDP, „Verein wandernder Jugend" w Chorzowie /patrz sprawozdanie sytuacyjne za lipiec br./, zostało zarządzeniem Dyrektora Policji w Chorzowie z dnia 14. września br. rozwiązane.

Deutsche Partei

Lansowany od szeregu miesięcy przez Deutsche Partei i Deutscher Volksblock projekt połączenia się tych organizacyj został wreszcie zorganizowany w uchwale powziętej w tym sensie przez nadzwyczajny walny zjazd partyjny DP, odbyty w tym celu w Chorzowie w dniu 6. września br. W zjeździe tym, oprócz delegatów partyjnych grup miejscowych, wziął udział cały zarząd główny Deutscher Volksblocku oraz delegat „Rat der Deutschen in Polen", senator Hasbach. Realizacja projektu napotkała na zjeździe trudności, natrafiła bowiem na poważną opozycję części delegatów z zastępcą głównego przewodniczącego partji, Jarzombskim na czele. Przebieg dyskusji nad projektem był burzliwy. W rezultacie jednak projekt uchwalono większością 119 przeciwko 73 głosom. W związku z powyższym postanowiono, że główne zarządy DP i DV-Block urządzą wspólne zebranie, na którym zapadnie uchwała co do nazwy nowoutworzonego bloku /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu/. Zebranie to się jeszcze nie odbyło i uchwała odnośna w praktyce nie została dotychczas przeprowadzona. Obydwie organizacje działają na zewnątrz nadal pod swymi dotychczasowymi nazwami, przy czym DP nie osłabiła swej aktywności. Zorganizowała ona ogółem 9 zebrań członkowskich, poświęconych referatom na temat aktualnej sytuacji politycznej i położenia mniejszości niemieckiej, oraz jedną imprezę.

Deutscher Volksblock

zorganizował cztery wieczory dyskusyjne tzw. Kameradschaftsabende, na których przewodniczący bloku Goltz, oraz inni działacze partyjni, wygłosili referaty polityczne na temat celów i zadań organizacji. W referatach podkreślano, że Deutscher Volksblock stoi nadal twardo na gruncie swych tez programowych, ustalonych na zgromadzeniu konstytucyjnym i że bezkompromisowo odpowiada się za ideą narodowo-socjalistyczną.

Deutsche Christliche Volkspartei

w dalszym ciągu nie ujawniała aktywności a przewodniczący jej Dr. Pant ograniczał się do zwalczania idei narodowo-socjalistycznej na łamach „Der Deutsche in Polen".

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

zorganizowała w dniu 20. września br. w Bielsku partyjną konferencję podokręgu bielskiego, na której omówiono szereg spraw dotyczących pracy organizacji. Między innymi stwierdzono, że znacznie więcej pracy organizacyjnej poświęca się ostatnio związkom zawodowym, zaniedbując wydatnie pracę polityczną w partji. W związku z tym postanowiono wzmóc pracę w partii i postawić ją na tym samym poziomie wydajności, jak pracę w związkach zawodowych. Wreszcie omówiono taktykę partii w

stosunku do szeregu aktualnych zagadnień z dziedziny lokalnej polityki komunalnej i postanowiono w tej sprawie porozumieć się z miejscowymi czynnikami PPS, celem prowadzenia wspólnej akcji.

W terenie odbyto dwa zebrania członkowskie /łącznie około 80 osób/, na których przewodniczący okręgu śląskiego partii Kowoll wygłosił referaty polityczne na temat sytuacji politycznej w kraju i za granicą, oświetlając ją z punktu widzenia socjalistycznego.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/

w akcji zebraniowej znacznie osłabła, urządziła bowiem w miesiącu wrześniu jedno zebranie członkowskie w Żorach, powiat rybnicki /18 osób/. Na zebraniu wygłoszono sprawozdanie z przebiegu zjazdu partyjnego w Norymberdze. Jako charakterystyczne podkreślić należy, że jeden z uczestników zebrania wzywał obywateli niemieckich do przystępowania do likwidacji ich mienia na terenie tutejszym oraz do przygotowania się do wyjazdu do Niemiec, gdzie rzekomo miejsca dla nich są przygotowane i gdzie nie napotkają na trudności w wyszukaniu sobie odpowiedniej egzystencji.

Zaznaczyć należy, iż krążą pogłoski, że Generalny Konsulat Niemiecki w Katowicach miał wydać do Kreisleitung NSDAP zarządzenie, by wszyscy obywatele niemieccy, pozostający bez pracy opuścili granicę Polski do 1.1.1937 r, gdyż w przeciwnym razie nie będzie im Konsulat wypłacał wsparć.

Oddział kobiet katowickiej grupy miejscowej NSDAP odbył zebranie /45 osób/, na którym przeprowadzono reorganizację personalną zarządu. Kierownictwo oddziału zarządu powierzone zostało Gotzmannowej Joannie i Maruschce Ernie, żonom urzędników Niemieckiego Konsulatu Generalnego w Katowicach.

Kongres partyjny odbyty we wrześniu w Norymberdze obesłała również i tutejsza NSDAP, wysyłając nań kilkudziesięciu członków z całego terenu Województwa.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Wizyta Generalnego Inspektora Sił Zbrojnych gen.Śmigłego-Rydza w Paryżu i jej wyniki stanowiła w dalszym ciągu główny temat zagraniczno-politycznych rozważań tutejszej prasy niemieckiej. Prasa ujednolicona referowała tę sprawę ze źle ukrywanym niezadowoleniem, starając się wykazać, że właściwe nic się nie zmieniło w stosunkach polsko-francuskich, w znaczeniu ich zacieśnienia, ani też w stosunkach polsko-niemieckich. Z widoczną tendencją starała się ta prasa wyolbrzymiać „niebezpieczeństwo bolszewickie" grożące Polsce i całej Europie nie tylko od Moskwy, ale również od Francji, gdzie komunizm „rozpanoszył się nietylko w tzw. dołach, ale nawet w ministerstwach". Z drugiej strony podkreśla prasa zgleichszaltowana trwanie antagonizmu polsko-czeskiego. Później starano się zmniejszyć wrażenie uzyskanych przez Polskę francuskich kredytów przez podkreślanie rzekomego nieustalenia ich wysokości, co miało między innymi znaleźć wyraz w „wymijających odpowiedziach", jakich dziennikarzom w Warszawie miał udzielać minister Bastide. W przeciwieństwie do tych głosów prasa opozycyjna w stosunku do Volksbundu podkreślała doniosłość uzyskanych w Paryżu wyników tym więcej, że za spotkaniem paryskim przyszła wizyta w Wenecji. Obecnie min. Beck stał się naturalnym pośrednikiem między Berlinem a Paryżem, pisał np. „Der Deutsche in Polen".

W związku ze zjazdem w Norymberdze uskarżała się prasa ujednolicona na wybitnie „zimny ton", z jakim rzekomo prasa polska odnosiła się do niego.

Sprawy wewnętrzne

Politykę straszenia bolszewizmem przenosiła prasa volksbundowa również na teren wewnętrzno-polityczny. Przy każdej sposobności dawano do zrozumienia, że akcja kominternu czyni jakoby znaczne postępy na wsi polskiej. Zdaniem tych pism dotychczasowi konserwatywni przywódcy mas chłopskich tracą nie tylko kontakt /Witos na skutek pobytu za granicą/ z masami, ale wpływ na nie, zwłaszcza zaś na młodzież chłopską, która – o czym ma świadczyć akcja Wici, radykalizuje się coraz bardziej, pomijając już to, że komuniści, maskując swą robotę, podszywają się wielokrotnie pod chłopskie szyldy. I tu znowu dochodzi prasa volksbundowa do wniosku, że główne niebezpieczeństwo dla Polski jest na Wschodzie.

W tym samym duchu komentowała ta prasa wyniki wyborów w Łodzi, tj w sensie, że masy się radykalizują, gdyż sukces lewicy w Łodzi jest niewątpliwie w dużej mierze dziełem podziemnej akcji komunizmu.

Sprawy śląskie

Obszerne artykuły poświęciła cała prasa niemiecka uroczystościom jubileuszowym, związanym z 10-leciem urzędowania Wojewody Śląskiego. W artykułach „zgleichszaltowanych" przeważał ton minorowy, przy czym podkreślano, że okres ten był najcięższym w życiu tutejszej mniejszości niemieckiej. Artykuł „Kattowitzer Zeitung", dotyczący tej sprawy, uległ zajęciu. Natomiast prasa opozycyjna wyrażała się o działalności Wojewody Śląskiego pozytywnie.

Sprawy mniejszości

Również i w ubiegłym okresie sprawozdawczym starała się prasa ujednolicona unikać omawiania rozdźwięku w obozie mniejszości. Jednakże proces Wiesner contra Harlfinger ujawnił siłę przeciwieństw, jakie nurtują w tej mniejszości. „Der Deutsche in Polen" napiętnował przy tej sposobności młodoniemców, których organ „Der Aufbruch" podniósł jako główny dowód antyniemieckiego nastawienia pastora Harlfingera fakt, iż ten ostatni „spełnił obowiązek lojalnego obywatela Państwa", co się widocznie nie pokrywa z lojalnością wobec niemczyzny. Również wybory łódzkie dały prasie opozycyjnej argument przeciwko hitleryzowaniu mniejszości niemieckiej w Polsce, zgleichszaltowanie bowiem przyczynia się do pogłębiania przeciwieństw i rozbijania mniejszości, dzięki czemu w Łodzi Niemcy nie uzyskali ani jednego mandatu /pisał między innymi „Der Deutsche in Polen"/.

Szerokim echem odbijał się na łamach prasy zjazd partii młodoniemieckiej w Chorzowie w dniu 27. września br. Prasa volksbundowa, zwłaszcza „Der Oberschlesische Kurier" wyraźnie podkreślała, że senator Wiesner przemawia wyłącznie tylko we własnym imieniu, prasa zaś opozycyjna w stosunku do narodowego socjalizmu raz jeszcze przy tej sposobności wykazywała, że ideologia ta przeniesiona zagranicę na grunt mniejszości niemieckich musi się okazać zgubną dla ich istnienia.

Sporo miejsca poświęciła wreszcie prasa niemiecka tegorocznemu kongresowi mniejszości europejskich w Genewie. Oświadczyła przy tym ta prasa, że wobec polskiego oświadczenia, złożonego w Genewie w 1934 r. musi mniejszość niemiecka w Polsce, by nie zejść z gruntu rzeczywistości, szukać rozwiązania swych wielkich życiowych problemów w ramach własnego państwa.

Sprawy gospodarcze

W sprawach gospodarczych podkreślano przedewszystkim konieczność wzmożenia uprzemysłowienia kraju, zwłaszcza w dziedzinie motoryzacji. W tym kierunku szły zwłaszcza sprawozdania z wystawy przemysłu metalowego i elektrotechniczengo w Warszawie.

Sporo miejsca poświęcała prasa pogłosce o przeniesieniu Dyrekcji Kolei Państwowych w Katowicach do Krakowa, przy czym starano wywołać wrażenie, że jest to nowy zamach na autonomię Ślązaków.

Omawiała też prasa tzw. akcję „czterolatek" miejskich dowodząc, że są to przeważnie plany bez pokrycia oraz przedsięwzięcia połowiczne.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Życie niemieckich organizacyj katolickich nie wykazało ważniejszych momentów. Jego przejawy zewnętrzne ograniczyły się przeważnie do organizowania imprez zabawowych i wycieczkowych. I tak, „Verband Deutscher Katholiken" zorganizował jedno zebranie członkowskie oraz urządził dwie zabawy i dwie zakreślone na większą skalę wycieczki. Pierwszą z nich była doroczna pielgrzymka na górę św. Anny na Śląsku Opolskim, drugą zaś to popularna wycieczka nad morze bałtyckie, w której wzięło udział około 200 osób. Na podkreślenie zasługuje, że głównym celem kilkudniowej tej wycieczki było przede wszystkim zwiedzenie Gdańska i okolicznych tamtejszych kąpielisk. Na zwiedzenie Gdyni i wybrzeża polskiego poświęcono stosunkowo nieznaczną ilość czasu. Związek wydał w miesiącu wrześniu – jak zresztą corocznie – własny kalendarz popularny, pod nazwą „Katholischer Volkskalender". Cena kalendarza tego liczącego ogółem 120 stron wynosi 1,00 zł.

„Deutscher Katholischer Frauenbund" zorganizował w terenie 4 imprezy, zaś „Katholischer Jugend- und Jungmännerverein" 1 zebranie członkowskie oraz dwie imprezy, z których jedna odbyta w Katowicach nosiła charakter obchodu ku czci św. Michała, patrona narodu niemieckiego. Na podkreślenie zasługuje, że jednym z punktów programu tej uroczystości było przemówienie generalnego prezesa analogicznego związku w Rzeszy, reprodukowane z płyt gramofonowych.

Szkolnictwo niemieckie

Do władz szkolnych wpłynęły w sprawach szkolnictwa mniejszościowego w czerwcu 2 petycje, w lipcu 18, w sierpniu 102, zaś w wrześniu 107 petycji oraz około połowy tej ilości replik. Wzrost liczby złożonych petycyj i replik w miesiącach sierpniu i wrześniu stoi w związku z przekazaniem Volksbundowi ustalonego przez władze szkolne spisu dzieci przyjętych do szkół mniejszościowych. Petycje i repliki powyższe dotyczą:

a) dyskwalifikacji i nieprzyjęcia dzieci do szkół mniejszościowych w latach ubiegłych i w roku bieżącym

b) wycofania przez osoby postronne wniosków o przyjęcie około 50 dzieci do prywatnej szkoły niemieckiej w Świerklańcu

c) odrzucenia wniosków o przyjęcie do publicznej szkoły niemieckiej w Tarnowskich Górach, dzieci pochodzących z okolicznych miejscowości i wreszcie

d) zaginięcia około 25 wniosków o przyjęcie dzieci do jednej ze szkół mniejszościowych w Chorzowie.

Do szkół mniejszościowych przyjęto wyłącznie dzieci, których znajomość języka niemieckiego zbadały komisje parytetyczne. Obecnie przeprowadza ekspert Komisji Mieszanej egzaminy dzieci, co do których komisje parytetyczne nie uzgodniły wyniku.

Z końcem roku szkolnego 1935/36 zlikwidowano publiczną szkołę mniejszościową w Katowicach-Dębie zgodnie z odnośnymi przepisami konwencji genewskiej i bez sprzeciwu, a dzieci tej szkoły przeniesiono do sąsiedniej publicznej szkoły mniejszościowej w Katowicach-Załężu.

W związku z wydanymi zarządzeniami władz niemieckich w sprawie wstrzymania budowy polskich szkół mniejszościowych na Śląsku Opolskim, władze szkolne wstrzymały również ostatnio wydawanie analogicznych zezwoleń na polskim Górnym Śląsku.

Ewangelicy niemieccy

Z niemieckich stowarzyszeń ewangelickich wykazało żywotność jedynie stowarzyszenie „Evangelische Frauenhilfe", które zorganizowało w terenie 3 zebrania członkowskie, poświęcone wykładom na tematy religijne.

Stowarzyszenia śpiewacze

Czołowy tutejszy chór niemiecki „Meister'scher Gesangverein" z Katowic podjął podobnie jak w roku ubiegłym podróż z publicznymi koncertami po Rzeszy. Impreza ta zorganizowana z ramienia „Verband für das Deutschtum im Ausland" i prowadzona pod jego patronatem, nosi charakter propagandowy na rzecz Niemców za granicą. Program tej imprezy przewiduje wystąpienie z koncertami w szeregu miast niemieckich między innymi w Berlinie, Lipsku, Dreźnie, Freiburgu i w Bytomiu oraz w radio niemieckim. Miejscowa prasa niemiecka przynosząc recenzje z pobytu chóru w Dreźnie, podkreślała popularność jaką sobie tam zdobył oraz serdeczność, z jaką go tamtejsze społeczeństwo witało przy współudziele oficjalnych czynników, jak przedstawiciela ministerstwa propagandy, burmistrza miasta, funkcjonariuszy VdA itd.

W terenie zanotowano dwie imprezy zorganizowane przez „Liederhort" w Rybniku i „Liedertafel" w Siemianowicach.

Deutscher Kulturbund

zorganizował w Katowicach i w Bielsku „XVI Tydzień Uniwersytecki", na program którego złożył się cykl wykładów profesora Dr. Hoske z Berlina na temat „Droga do wyczynów" /Der Weg zur Leistung/ i Dr. Müllera z Ministerstwa Kultury w Dreźnie na temat „Robotnicy i stan robotniczy – rozważanie pod względem kulturalnym i społeczno-biologicznym". Trzeci cykl wykładów na temat „Naród i sztuka", który miał wygłosić Dr. Stange z Bonn, nie odbył się z powodu choroby prelegenta. Drugą imprezą o poważniejszym znaczeniu zorganizowaną przez Deutscher Kulturbund był kurs sportowy, który obejmował wykłady i ćwiczenia z lekkoatletyki i gry w piłkę nożną i ręczną, a który prowadził sprowadzony w tym celu z Berlina specjalny trener Gründler.

Na październik br. projektuje Deutscher Kulturbund dalszy szereg imprez i wykładów z prelegentami po części zagranicznymi.

Deutsche Theatergemeinde

W związku z rozpoczęciem się sezonu teatralnego oraz z notowanym ostatnio finansowym upadkiem niemieckiego teatru, prasa niemiecka – podobnie jak w ubiegłym miesiącu – w dalszym ciągu zamieszczała liczne artykuły w tej sprawie oraz apele do społeczeństwa niemieckiego o popieranie teatru niemieckiego /patrz sprawozdanie sytuacyjne za miesiąc sierpień/.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiat	zebrania	przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice m. i pow.	4	5
Świętochłowice	1	1
Rybnik	-	2
Chorzów	-	1
Lubliniec	-	2
Bielsko	-	1
Razem:	5	12

4. *Życie gospodarcze*

Z dziedziny życia gospodarczego mniejszości niemieckiej nie otrzymano informacji o bardziej zasadniczym znaczeniu.

5. *Życie zawodowe*

Omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego i ruchu zawodowego.

6. *Życie sportowe*

Na czoło przejawów niemieckiego życia sportowego wybiło się „III Niemieckie Święto Sportowe" zorganizowane w Katowicach przez „Deutscher Kulturbund", wspólnie z „Deutsche Turnerschaft in Polen" w dniach 19 i 29. września br. Na program tej imprezy złożyły się wieczornica oraz publiczne zawody sportowe, w których wzięło udział około 300 uczestników i około 5000 widzów. Impreza miała przebieg spokojny i nie dorównywała tak pod względem frekwencji jako też zainteresowania się nią społeczeństwa niemieckiego analogicznym imprezom w latach ubiegłych, co podkreślono zresztą i w recenzjach zamieszczonych z jej przebiegu w miejscowej prasie niemieckiej. Drugą niemiecką imprezą sportową, zakreśloną na większą skalę, były zawody tenisistów niemieckich, zorganizowane w Chorzowie przez tamtejszy niemiecki klub tenisowy.

Poza tym odbyły się w terenie dwa zebrania członkowskie niemieckich stowarzyszeń sportowych, poświęcone omówieniu spraw organizacyjnych o lokalnym znaczeniu.

7. *Życie wyznaniowe*

W dniu 18 października br. odbędą się w górnośląskiej części województwa wybory do rad kościelnych i zastępstw zborowych Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku. W związku z tym, tak ewangelicy niemieccy, jako też niemieckie duchowieństwo ewangelickie rozwinęli bardzo intensywną agitację przedwyborczą. Dzięki tej agitacji wzrosła liczba wyborców niemieckich w niektórych miejscowościach od 100 do 200 % mimo, że stan posiadania Kościoła Unijnego w miejscowościach tych się nie zwiększył. Na terenie Kościoła Unijnego prowadzona jest w związku z wyborami intensywna akcja charytatywna. Agitacja niemiecka operuje w akcji przedwyborczej trzema zasadniczymi argumentami a mianowicie:

a) że po wygaśnięciu konwencji genewskiej nastąpi nowy plebiscyt i Górny Śląsk wróci do Niemiec,
b) że każdy ewangelik jest Niemcem
c) że ewangelicy Polacy należą do innego wyznania ewangelickiego, względnie, że są sekciarzami. Ewangelicy Polacy prowadzą również w miarę sił agitację wyborczą. Ze strony polskiej wystawiono po raz pierwszy we wszystkich gminach kościelnych

polskie listy kandydatów, zaś na listy wyborców wpisano stosownie do ugody zawartej w roku ubiegłym z Kościołem Unijnym – kilkuset Ewangelików-Polaków. Jedynie w dwóch gminach doszło dotychczas do utworzenia kompromisowych list polsko-niemieckich. Ze strony polskiej przewidywane jest zdobycie nieznacznej ilości mandatów przez Ewangelików-Polaków, jednak przypuszczalnie więcej, niż uzyskano ich w ostatnich wyborach, odbytych przed trzema laty.
[...]

372

9.12.1937: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (November 1937)
9 XII 1937r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (listopad 1937r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 578

I. *Sytuacja ogólna*

Najbardziej aktualnym a zarazem najważniejszym wydarzeniem dla tutejszego obozu niemieckiego była oczywiście polsko-niemiecka deklaracja z dnia 5 listopada br. oraz przyjęcie w związku z jej ogłoszeniem przez P. Prezydenta RP, przedstawicieli Niemców w Polsce. Fakty te przyjęła opinia niemiecka manifestacyjną radością, uzewnętrznioną w licznych komentarzach prasowych. Bezpośrednio po ogłoszeniu deklaracji, kierownik Volksbundu, Ulitz, zamieścił w „Kattowitzer Zeitung" artykuł, w którym dał wyraz radości Niemców w Polsce z przyjścia do skutku odnośnego porozumienia polsko-niemieckiego i równocześnie w formie zręcznie skonstruowanych nadziei, związanych z realizacją deklaracji, wysunął szereg daleko idących postulatów.

Pod tym samym kątem widzenia jak i „góry" tutejszego obozu niemieckiego, zareagowały na deklarację również i szerokie koła tegoż obozu. Omawiana deklaracja stała się bowiem jednym z najczęstszych tematów, odbytych w terenie zebrań przez poszczególne niemieckie organizacje polityczne a nawet społeczne. Przy sposobności jej omawiania poczęto coraz częściej wskazywać, że w praktyce nie przynosi ona wszystkich spodziewanych skutków i nie wypełnia wszystkich postulatów, wysuniętych przez Niemców w związku z jej ogłoszeniem.

Przechodząc do scharakteryzowania ważniejszych przejawów działalności tutejszych niemieckich organizacyj politycznych, podkreślić należy ponowne podjęcie przez Jungdeutsche Partei inicjatywy w akcji „ochrony szkolnictwa niemieckiego", uzewnętrznione w zorganizowanym w tym celu przez senatora Wiesnera w dniu 26. listopada br. w Poznaniu, zebraniu przedstawicieli organizacyj niemieckich w Polsce. Tutejszy obóz „starych", w którego rękach leży opieka, utrzymanie i organizowanie niemieckiego szkolnictwa na Śląsku /Volksbund, Deutscher Schulverein/, konsekwentnie również i tą inicjatywę Wiesnera zignorował i odnośnego zebrania nie obesłał.

Volksbund kładł nacisk przede wszystkim na organizowanie pomocy zimowej dla swych członków. Jego urząd młodzieżowy kontynuował dalej swoją akcję młodzieżową i świetlicową, a na zgromadzenia młodzieżowe odbyte w okresie sprawozdawczym w Poznaniu i w Łodzi wysłał swych przedstawicieli – referentów.

W akcji zebraniowo-imprezowej obydwóch wyżej wspomnianych tutejszych niemieckich organizacyj politycznych, poważną rolę odegrało organizowanie przez nie obchodów dwóch niemieckich świąt poległych, tzw. „Heldengedenkfeier", przypadłych na 1-go i 21 listopada br.

Z przejawów życia kulturalno-społecznego mniejszości niemieckiej na podkreślenie zasługuje wzmożona aktywność niemieckich organizacyj katolickich notowana w związku z czynionymi przygotowaniami do corocznych obchodów przypadających na grudzień br. świąt Adwentu, Św. Mikołaja i Bożego Narodzenia.

Negatywne stanowisko byłego prezydenta Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku Dr. Vossa oraz duchowieństwa tegoż Kościoła wobec ustawy śląskiej o tymczasowej organizacji Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku, nie uległo zmianie. Wnieśli oni w tej sprawie pisma protestacyjne do Wojewody Śląskiego oraz zażalenie do Ministerstwa WRiOP. Protesty te nie wpłynęły oczywiście na wykonywanie omawianej ustawy. Fungująca na jej zasadzie Tymczasowa Rada Kościelna Ewangelickiego Kościoła Unijnego została ostatnio skompletowana drogą powołania do niej przez Wojewodę Śląskiego trzech ewangelików-Niemców. W ten sposób pełny skład omawianej rady obejmuje tymczasowo 4 Polaków i 3 Niemców. W okresie sprawozdawczym ustanowiła Tymczasowa Rada Kościelna w sześciu ewangelickich parafiach pastorów-Polaków.

W niemieckim ruchu zawodowym zasługuje na uwagę nadzwyczajne walne zebranie delegatów niemieckiego związku zawodowego pracowników umysłowych, które miało charakter zebrania likwidacyjnego „Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften in Polnisch- Oberschlesien" /Gedag/, a równocześnie konstytucyjnego „Verband Deutscher Angestellten in Polen" /Związku Niemieckich Pracowników Umysłowych w Polsce/ z siedzibą zarządu głównego w Katowicach i terenem działalności na cały obszar województwa śląskiego. Związek ten liczy około 3450 członków, a prezesem zarządu głównego jest Leon Koruschowitz z Katowic. „Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen" kontynuuje wystawianie bezrobotnym członkom zaświadczeń polecających, na podstawie których biuro Reichsausgleichstelle w Bytomiu zapośrednicza ich do pracy w zakładach przemysłowych na Śląsku niemieckim. W ten sposób, według oświadczenia prezesa głównego zarządu Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen, Bernarda Jankowskiego, na jednym z zebrań członkowskich – GDA zdołał dotychczas ulokować w zakładach w Niemczech około 2000 bezrobotnych członków.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

kładł dalej przede wszystkim nacisk na rozbudowę akcji pomocy zimowej dla swych członków i jak zwykle w okresie przedświątecznym, ujawnił na tym polu szczególną aktywność. Kierownik Volksbundu Ulitz ogłosił w tej sprawie w tutejszej prasie niemieckiej specjalną odezwę, w której zapewnia, że Niemcy wykonają w pełnej świadomości swój obowiązek obywatelski i wezmą udział w ogólnopaństwowej akcji pomocy zimowej, lecz równolegle winni rozwinąć analogiczną akcję na rzecz ubogich współziomków i dlatego Volksbund przystąpił do organizowania akcji pomocy zimowej dla swych ubogich członków i prosi o jaknajwydatniejsze jej poparcie. Odezwa przewiduje wprowadzenie w tą akcję także „niedziel jednego dnia" oraz zbiórkę odzieży i bielizny wśród członków, którą Volksbund wyznaczył na okres od 21 do 28 listopada br./ W okresie świątecznym Volksbund ma zamiar poza zwykłymi zapomogami udzielanymi corocznie z tej okazji, obdzielić w bieżącym roku specjalnymi zapomogami wszystkich tych bezrobotnych członków, którzy obarczeni są pięcio lub więcej osobową rodziną.

Na odcinku pracy młodzieżowej Volksbundu na podkreślenie zasługuje współudział młodzieży volksbundowej oraz członków urzędu młodzieżowego Volksbundu w odbytem w dniu 1. listopada br. w Łodzi dorocznym zjeździe młodzieży niemieckiej i w zorganizowanym z ramienia „Deutsche Vereinigung" w dniu 10. listopada br. w Poznaniu, zgromadzeniu publicznym. Na zgromadzeniach powyższych reprezentanci tutejszej młodzieży volksbundowej /kierownik urzędu młodzieżowego Volksbundu Zeller i jego zastępca Piontek/ wystąpili z przemówieniami, w których wskazując na rzekomo ciężkie położenie gospodarcze młodzieży niemieckiej i trudności w jej organizowaniu, wysuwali znane w tym względzie postulaty pod adresem władz polskich.

Z przejwów życia wewnętrznego Volksbundu na uwagę zasługuje zamierzona przez Volksbund ponowna redukcja płac nauczycieli w niemieckich szkołach prywatnych. Redukcja ma nastąpić już z dniem 1 stycznia przyszłego roku, a wysokość jej ma być w każdym konkretnym przypadku uzależniona od wieku, stanu, stosunków rodzinnych itp nauczycieli.

Akcja świetlicowa i zebraniowa Volksbundu wyczerpała się w okresie sprawozdawczym przede wszystkim na organizowaniu przypadłych na ten okres w dniu 1 i 21. listopada obchodów ku czci poległych tzw. „Heldengedenkfeier". Z powyższej okazji Volksbund już to samodzielnie już też wspólnie z innymi niemieckimi organizacjami lokalnymi złożył wieńce na grobach byłych żołnierzy niemieckich w szeregu miejscowości w terenie.

Jungdeutsche Partei

Po chwilowym załamaniu się prowadzonej przez JDP akcji „ochrony szkolnictwa niemieckiego" /patrz sprawozdanie sytuacyjne za miesiąc ubiegły/, kierownictwo partii ponownie podjęło tą akcję, w związku z czym senator Wiesner wystosował do poważniejszych stowarzyszeń niemieckich oraz do działaczy niemieckich w Polsce odezwę, zapraszającą do przybycia na zebranie w dniu 26. listopada br. do „Domu Niemieckiego " w Poznaniu, celem omówienia zagadnień szkolnictwa niemieckiego i ustalenia wspólnych wytycznych akcji wszystkich Niemców „dla walki o szkołę niemiecką".

Z tutejszego terenu w zebraniu tym wziął udział przewodniczący zarządu głównego Deutscher Kulturbundu Dr. Paweł Sornik. Jest on znanym działaczem JDP na tutejszym terenie oraz jednym z czołowych referentów na zebraniach członkowskich tej partii. Volksbund i Deutscher Schulverein udziału w powyższym zebraniu nie wzięły, co dowodzi, że tutejszy „obóz starych" również i tym razem wobec odnośnej inicjatywy Wiesnera zajął stanowisko negatywne. /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu/.

Jako wynik zapoczątkowanej w dwóch poprzednich miesiącach akcji werbunkowej partii, podkreślić należy zaobserwowane pewne zasilenie szeregów JDP w miejscowościach pogranicznych na tutejszym terenie. Te pozytywne wyniki akcji werbunkowej partii w odnośnych miejscowościach pogranicznych tłumaczyć należy tym, że ludność w tych miejscowościach najwięcej zainteresowana jest uzyskaniem i utrzymaniem pracy na Śląsku niemieckim, gdzie warunkiem otrzymania pracy jest przede wszystkim przynależność do organizacyj niemieckich.

Z przejawów akcji imprezowo-zebraniowej partii zanotowano zorganizowanie 2 zgromadzeń publicznych /łącznie pond 100 uczestników/, 8 zebrań członkowskich /łącznie około 800 osób/ i 4 imprez /łącznie około 250 osób/. Obydwa zgromadzenia publiczne odbyły się w Bielsku i poświęcone były zagadnieniom lokalnym. Przedmiotem ich były sprawozdania radnych i członków partii z działalności i prac na terenie bielskiej rady gminnej. Na zebraniach członkowskich i tzw Kameradschaftsabenden, poza

lokalnymi sprawami organizacyjnymi, omawiano przede wszystkim polsko-niemiecką deklarację mniejszościową i jej spodziewane skutki. Jako temat zebrań członkowskich w miesiącu grudniu br. kierownictwo partii przewidziało odczyty na temat kultury starogermańskiej. Tekst odnośnych odczytów pt „Julrede" został przez kierownictwo opracowany i rozesłany do jednostek organizacyjnych w terenie.

Deutscher Volksblock

wykazał w listopadzie większą niż w poprzednich miesiącach aktywność, zwłaszcza na polu organizowania zebrań członkowskich. Urządził bowiem 11 takich zebrań, przy łącznym udziale ponad 1 000 uczestników. Największą frekwencję, bo około 400 uczestników, wykazało zebranie odbyte w dniu 5. listopada br. w Chorzowie. Tematem zebrań była omawiana przez referentów partyjnych z przewodniczącym Volksblocku Goltzem na czele, polsko-niemiecka deklaracja mniejszościowa. W dyskusji wskazywano niejednokrotnie, że mimo tej deklaracji mniejszość niemiecka na na Śląsku dalej jest traktowana nierównie, zwłaszcza przy zwalnianiu robotników w przemyśle. Część zebrań poświęcona była referatom Dr. Mansa na temat rasizmu.

Poza zebraniami Volksblock zorganizował 2 imprezy /łącznie około 320 osób/.

Deutsche Christliche Volkspartei

jak zwykle jakiejkolwiek poważniejszej akcji nie ujawniła. Na odbytych w terenie 2 zebraniach przy łącznym udziale około 70 członków, wygłoszono referaty o sytuacji politycznej i gospodarczej w kraju. W związku z deklaracją polsko-niemiecką w referatach tych podkreślano, że warunkiem jej pozytywnego wyniku jest obopólne zaufanie obydwu państw, którego do tej pory ze strony reżimu narodowo-socjalistycznego nie zauważono.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

nie rozwijała żadnej działalności ani też nie organizowała akcji zebraniowej.

Reichssdeutsche Kolonie /NSDAP/

nie wykazała w listopadzie poważniejszej aktywności. Zorganizowała ogółem 6 zebrań członkowskich w terenie o słabej frekwencji, bo wynoszącej łącznie około 100 osób. Przypadłe na okres sprawozdawczy święto niemieckie „Heldengedenkfeier" świeciło NSDAP uroczystą akademią odbytą 9. listopada br. w Katowicach, w której wzięło udział około 400 obywateli niemieckich z całego terenu województwa. W akademii wziął udział Niemiecki Konsul Generalny z Katowic, Kreisleiter NSDAP na Śląsk Güttler oraz wysłannik partii z Rzeszy, kierownik rasistowskiego urzędu /Rassenpolitisches Amt/ w Berlinie, Dr. Gross, który wygłosił główny referat na temat ideologii partyjnej.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Niemiecka prasa mniejszościowa, która od dłuższego już czasu zapowiadała, iż między Warszawą a Berlinem, dojdzie do nowego porozumienia w sprawie mniejszości, przyjęła fakt deklaracji z 5.11. br. z ogromną satysfakcją, dopatrując się w niej zasadniczego zwrotu, jaki zdaniem jej nastąpi w jej życiu na tutejszym terenie. To też zimne przyjęcie deklaracji przez miejscową prasę polską wywołało wybuch niezadowolenia i głosy, że na tutejszym odcinku śląskim prowadzi się jakoby inną niż w Warszawie politykę niemiecką. Równocześnie prasa ta wysunęła szereg postulatów, z czego wywiązały się ostre polemiki jej z prasą polską. Prasa ta podkreślała specjalnie korzyści deklaracji z 5. listopada br. dla mniejszości polskiej w Niemczech, zapuszczając się przy tym w malowanie w różowych barwach położenia tej mniejszości, zwłaszcza na

Śląsku Opolskim i przedstawiając fałszywie jej stan liczebny, co z kolei powodowało gwałtowne repliki prasy polskiej. Odmienne stanowisko zajął „Der Deutsche in Polen", który w dalszym ciągu dowodził, że jedynym punktem wyjścia nowego ukształtowania się losów mniejszości niemieckiej w Polsce mogłoby być wyrzeczenie się przez nią hitleryzmu. Pismo to pochwalało również, w przeciwieństwie do pism zgleichszaltowanych, pełne rezerwy stanowisko Polski wobec antykomunistycznego paktu Berlin-Rzym-Tokio.

Osobne artykuły zamieściła prasa niemiecka na temat pięciolecia sprawowania urzędu przez pana Ministra Spraw Zagranicznych oświadczając, że w wytycznych swych pan Minister „nie zboczył ani o krok od linii Marszałka Piłsudskiego" /„Kattowitzer Zeitung" Nr. 252/.

Sprawy wewnętrzne

W dziedzinie spraw wewnętrznych prasa zgleichszaltowana skwapliwie kontynuowała swój system wstrzymywania się od własnych redakcyjnych artykułów i podawała przeważnie głosy prasy polskiej. Pojawiło się zaledwie kilka redakcyjnych artykułów, m.i. w „Kattowitzer Zeitung" po zjeździe peowiaków. W dniu święta państwowego zamieścił „Der Oberschlesische Kurier" artykuł wstępny, w którym oświadczono, że Niemcy nie chcą się czuć obcymi i „sublokatorami" w państwie, ale chcieliby być współdziałającymi na równych prawach.

Dużo miejsca poświęciała ta prasa procesowi wytoczonemu [Władysławowi] Studnickiemu przez prezydenta miasta Warszawy.

Sprawy mniejszości

W punkcie pierwszym omówiono już echa deklaracji z 5. listopada br. w tutejszej prasie niemieckiej.

Poza tym podnosiła prasa niemiecka protesty przeciwko rzekomemu dalszemu usuwaniu robotników niemieckich z zakładów przemysłowych na Śląsku, zwłaszcza w Chorzowie, hucie Piłsudskiego i hucie Falwy. Przy każdej sposobności wskazywała ta prasa na rzekomą zupełną swobodę zarobkowania członków mniejszości polskiej w Niemczech.

Sporo miejsca poświęcała też ta prasa sprawie akcji pomocy dla członków mniejszości niemieckiej, zainicjowanej przez Volksbund i polemizowano z dziennikami polskimi, które w akcji tej dopatrywały się propagandy narodowo-socjalistycznej.

Przeciwko czasopismu „Der Deutsche in Polen", które jedyną drogę pozytywnego ukształtowania się stosunków między mniejszością niemiecką a Państwem i społeczeństwem polskim widzi w wyrzeczeniu się przez tę mniejszość ideologii narodowo-socjalistycznej, wystąpił w kilku artykułach „Der Oberschlesische Kurier" potępiając, jak to już dawniej prasa zgleichszaltowana czyniła, całą działalność wydawcy byłego senatora Dr. Panta, któremu odmawia się niemal nazwiska Niemca.

W kilku artykułach podawała prasa zgleichszaltowana zestawienia statystyczne, przeciwstawiając się ostro obliczeniom polskim na temat ilu Polaków w Niemczech, a ilu Niemców w Polsce.

Sprawy gospodarcze

Rozważania prasy niemieckiej na tematy gospodarcze ogólniejszej natury, nacechowane były obiektywizmem. W sprawach bieżących konfliktów zarobkowych w terenie /zatargi w hucie Florian i kopalni Giesche oraz żądania podwyżki ze strony pracowników umysłowych w przemyśle górnośląskim/ prasa podawała również informacje na ogół spokojne i obiektywne.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

W wewnętrznym życiu niemieckich organizacyj katolickich nie zanotowano godniejszych uwagi przejawów, natomiast ich akcja zewnętrzna ujawniająca się w organizowaniu licznych zebrań i imprez, w porównaniu ze stanem z ubiegłego miesiąca – w dalszym ciągu wzrosła. Poszczególne zebrania członkowskie tych stowarzyszeń poświęcone były w części omawianiu programu imprez na miesiąc grudzień, w części zaś odczytom i referatom na tematy religijne, wygłoszonym przeważnie przez miejscowych księży. Z urządzonych przez omawiane stowarzyszenia imprez, najpoważniejszą był tzw. „tydzień liturgiczny", urządzony w Chorzowie przez miejscowe niemieckie stowarzyszenia katolickie. W program tej imprezy wchodził cykl wykładów na temat historii Kościoła katolickiego i jego liturgii.

Zestawienie ruchu niemieckich organizacyj katolickich w listopadzie br. przedstawia się następująco:

Verband Deutscher Katholiken 7 zebrań /łącznie około 300 uczestników/,

Katholischer Männerverein 6 zebrań /łącznie około 140 uczestników/ i 1 impreza,

Katholischer Jugend- und Jungmännerverein 8 zebrań /łącznie około 180 uczestników/,

Katholischer Gesellenverein 3 zebrania /łącznie około 80 uczestników/ i 1 impreza,

Deutscher Katholischer Frauenbund 5 zebrań /łącznie około 400 uczestników/ i 1 impreza.

Ewangelicy niemieccy

Niemieckie stowarzyszenia ewangelickie odbyły ogółem 8 zebrań członkowskich, w czym Evangelischer Männer- und Jünglingsverein 3 zebrania /łącznie około 70 osób/ i Evangelische Frauenhilfe 5 zebrań /łącznie około 140 osób/. Podobnie jak i w ubiegłym miesiącu, na większości zebrań odnośnych miejscowi pastorzy omawiali sytuację w Ewangelickim Kościele Unijnym, naświetlając ją oczywiście z punktu widzenia znanego negatywnego stosunku tutejszego duchowieństwa ewangelickiego do ustawy o tymczasowej organizacji Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku.

Szkolnictwo niemieckie

Przy tegorocznych wpisach dzieci do ochronek niemieckich znaczna ilość dzieci wpisanych nie została przyjęta, ponieważ rodzice ich nie zdołali wykazać, że należą do mniejszości językowej niemieckiej, a poddane egzaminowi nie wykazały znajomości języka niemieckiego. W związku z tym wpłynęło do władz szkolnych około 50 odwołań od odnośnych decyzji Inspektoratów Szkolnych w terenie. Odwołania te władze szkoleń załatwiły odmownie.

W miesiącu listopadzie wpłynęło do władz szkolnych około 40 zażaleń wniesionych przez Volksbund w imieniu rodziców tych dzieci, które na podstawie ostatecznej decyzji władz szkolnych nie zostały przyjęte do szkół niemieckich.

Fungujące w terenie Orstschulvereine zorganizowały ogółem 5 zebrań członkowskich /łącznie około 400 uczestników/. Przebieg i temat zebrań nie przyniósł zasługujących na podkreślenie momentów. Omawiano lokalne sprawy organizacyjne oraz stan i potrzeby miejscowego szkolnictwa niemieckiego.

Hilfsverein Deutscher Frauen

zorganizował 3 imprezy na cele dobroczynne, rozwijając równocześnie w terenie akcję charytatywną. Szczególną aktywność na polu tej akcji wykazał – znany z poprzednich sprawozdań – oddział w Tarnowskich Górach.

Stowarzyszenia śpiewacze

Przeważnie stowarzyszenia niemieckich chórów kościelnych zorganizowały 6 zebrań członkowskich i 6 imprez, w czym kilka obchodów jubileuszowych.

Verein für Volksbildungspflege

urządził 2 odczyty w Katowicach na tematy krajoznawcze.

Deutscher Kulturbund

Najpoważniejszy – jak wiadomo – niemiecki związek o charakterze kulturalnym na tutejszym terenie, wykazuje stale żywą inicjatwę w kierunku utrzymania i rozwoju życia kulturalnego tutejszych Niemców. Wychodząc z założenia, że teatr niemiecki jest jednym z pierwszych czynników potrzebnych do podtrzymania niemieckiego życia kulturalnego, Kulturbund stara się ostatnio bliżej zainteresować niemieckie związki i stowarzyszenia kulturalno-społeczne problemem teatrów amatorskich, przy czym ująwszy inicjatywę pod tym względem w swoje ręce, sam zorganizował w Katowicach tego rodzaju teatr, który wystąpił z imprezą teatralną w dniu 27 listopada br.

Niezależnie od tego, mając na celu ożywienie niemieckiego życia kulturalnego, Kulturbund rozpisał konkurs literacki na najlepsze niemieckie utwory literackie. W konkursie tym mogą wziąć udział wszyscy Niemcy w Polsce, a termin jego zamknięcia wyznaczony został na 31 marca 1938 r.

Wreszcie Deutscher Kulturbund zorganizował w terenie cykl odczytów współpracownika „Deutsche Rundschau" w Bydgoszczy, Hepkego na temat „Wieś, miasta i ludność Polski".

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiaty	Zebrania	Przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice m. i p.	34	11
Pszczyna	5	2
Chorzów	2	1
Świętochłowice	2	1
Tarnowskie Góry	-	1
Rybnik	2	1
Lubliniec	-	1
Bielsko	-	1
Razem:	45	19

4. *Życie gospodarcze*

Z dziedziny niemieckiego życia gospodarczego nie otrzymano informacji o bardziej zasadniczym znaczeniu. Zanotowano jedynie odbycie zebrań członkowskich „Schlesischer Landbund" w Hołdunowie, powiat pszczyński oraz w Rybniku. Na pierwszym z zebrań wygłoszono odczyt na temat kulturalny, na drugim zaś omawiano parcelację majątków ziemskich oraz sprawę oddłużenia miejscowych rolników niemieckich.

5. *Życie zawodowe*

Omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego i ruchu zawodowego.

6. *Życie sportowe*

Górnośląski okręg „Deutsche Turnerschaft in Polen" otrzymał oficjalne zaproszenie do wzięcia udziału w zawodach sportowych, jakie organizuje we Wrocławiu w lipcu

1938 r. „Deutscher Reichsbund für Leibesübungen". Niektóre z tutejszych niemieckich stowarzyszeń sportowych zwróciły się już do swych członków w sprawie przygotowania się do tych zawodów. Niezależnie od tego tutejszy okręg „Deutsche Turnerschaft in Polen" ma zamiar zwołać z początkiem następnego roku specjalny zjazd zawodników, celem bliższego omówienia współudziału w odnośnym niemieckim święcie sportowym /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu/.

Z przejawów ruchu poszczególnych niemieckich stowarzyszeń sportowych zanotowano w listopadzie odbycie zebrań członkowskich przez Männerturnverein w Chorzowie i Lipinach, Turnverein „Vorwärts" w Rybniku, Alter Turnverein w Świetochłowicach i Wintersportverein w Katowicach oraz zorganizowanie imprezy przez Männerturnverein w Cieszynie. Przebieg zebrań odnośnych, poświęconych na ogół lokalnym sprawom organizacyjnym, nie przyniósł ciekawszych momentów.

7. *Życie wyznaniowe*

Negatywne stanowisko byłego prezydenta Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku Dr. Vossa oraz duchowieństwa tegoż Kościoła wobec ustawy śląskiej o tymczasowej organizacji Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku /patrz sprawozdanie miesięczne/ znalazło w miesiącu listopadzie swój dalszy wyraz w piśmie protestacyjnym wniesionym przez Vossa oraz 28 pastorów /tzn. wszystkich, z wyjątkiem jedngo pastora – pastora Harlfingera/ do Wojewody Śląskiego, w którym oświadczają, że wprowadzonej powyższą ustawą Tymczasowej Rady Kościelnej za właściwą władzą kościelną nie uznają i nie będą się stosować do zarządzeń jej przewodniczącego. Analogiczne stanowisko zajął Dr. Voss i duchowieństwo ewangelickie w zażaleniu wystosowanym równocześnie w tej sprawie do Ministerstwa WRiOP. Niezależnie od tego, Dr. Voss wniósł osobne pismo do Wojewody Śląskiego, w którym oświadcza, że dalej uważa się za zwierzchnika Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Śląsku.

Fungująca na podstawie wyżej powołanej ustawy, Tymczasowa Rada Kościelna ustanowiła w okresie sprawozdawczym w 6 parafiach ewangelickich na tutejszym terenie pastorów-Polaków, a mianowicie ks. Raabego w Świętochłowicach, ks. Brodę w Mikołowie, ks. Fiszkala w Rybniku, ks. Michaelisa w Tarnowskich Górach, ks. Wolschendorfa w Lublińcu i ks. Motykę w Ruptawie.

W pierwszych dniach grudnia br. Tymczasowa Rada Kościelna została uzupełniona członkami niemieckimi, a mianowicie Wojewoda Śląski na podstawie art. 18 ustawy śląskiej z dnia 16 lipca 37 r. o tymczasowej organizacji Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku powołał w skład jej 3 członków z pośród ewangelików-Niemców, a to Marcina Hermana ze Świerklańca, Klausa Hegenscheidta z Ornontowic i pastora Jana Harlfingera z Golasowic. W ten sposób Tymczasowa Rada Kościelna została skompletowana. W skład jej wchodzi zatem 4 Polaków oraz 3 Niemców.

Bliższe szczegóły w sprawach powyższych przedłożono Ministerstwu Spraw Wewnętrznych i Ministerstwu WRiOP w szeregu sprawozdań oddzielnych.

[...]

373

10.5.1938: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (April 1938)

10 V 1938r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszści niemieckiej (kwiecień 1938r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 579

I. *Sytuacja ogólna*

Uwagę mniejszości niemieckiej absorbowały w okresie sprawozdawczym dwa zasadnicze zagadnienia: w pierwszej jego części w dalszym ciągu jeszcze Anschluss, zaś w drugiej połowie kwietnia, przypadłe na ten okres usiłowania „Rady Niemców w Polsce" przeprowadzenia konsolidacji mniejszości niemieckiej.

Już w poprzednim sprawozdaniu sytuacyjnym zaznaczono, że przewrót narodowo-socjalistyczny w Austrii i przyłączenie Austrii do Rzeszy nie tylko że przyczyniły się do wzmocnienia poczucia narodowego wśród mniejszości niemieckiej nawet i u takich jednostek, które dotychczas były raczej obojętne dla sprawy narodowej, lecz także wywołały pewne nadzieje, że „Führer" z biegiem czasu wyzwoli i przyłączy do Niemiec wszystkich Niemców zamieszkałych w sąsiednich krajach a zatem i w Polsce. Obecnie do powyższego dodać należy, że nadzieje tego rodzaju znalazły niejednokrotnie swój niedwuznaczny wyraz w niektórych referatach wygłaszanych na temat powyższych wypadków na zebraniach niemieckich odbytych w okresie sprawozdawczym, o czym szczegółowo doniesiono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

W niemniejszym stopniu skoncentrowały na siebie uwagę mniejszości niemieckiej odbyte w drugiej połowie kwietnia w Poznaniu posiedzenia Rady Niemców w sprawie utworzenia jednej organizacji Niemców w Polsce i prowadzone w tej sprawie próby porozumienia z Jungdeutsche Partei, negatywne stanowisko tej ostatniej oraz komunikaty ogłaszane w tej sprawie przez obydwie pertraktujące strony. Na marginesie powyższego ponownie podkreślić należy, że powodów niedojścia do porozumienia w tej sprawie pomiędzy młodoniemcami a obozem starych, bynajmniej nie należy dopatrywać się w różnicach ideologicznych, które w zasadzie nie istnieją, lecz jedynie w rozgrywkach personalnych o kierownictwo i wpływy w zamierzonej organizacji. W wypadkach bowiem gdy chodzi o pryncyp[i]alne interesy całej mniejszości niemieckiej, lub też o ustalenie zasadniczych wytycznych w jej postępowaniu, między obozem starych i młodych różnic nie ma i zawsze wtedy dochodzi do solidarnego uzgodnienia takich wytycznych. Ostatnim dowodem na powyższe jest dokonane w okresie sprawozdawczym uzgodnienie przez Jungdeutsche Partei oraz przez najpoważniejsze tutejsze organizacje starych, a więc Volksbund, Volksblock, Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen i Verband Deutscher Angestellten in Polen zasad w sprawie interpretacji kwestii, kogo należy uważać za przynależnego do narodowości niemieckiej. Zasady te ujęte w okólnik rozesłały powyższe organizacje wszystkim swym jednostkom organizacyjnym do wiadomości i ścisłego przestrzegania.

Działalność poszczególnych tutejszych organizacji niemieckich politycznych w miesiącu kwietniu nie wyszła poza normalne ramy.

To samo dotyczy niemieckich organizacji społeczno-kulturalnych.

W niemieckim ruchu zawodowym zasługuje na uwagę zorganizowany w dniu 24 kwietnia w Katowicach – z ramienia Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen und Verband Deutscher Angestellten – konkurs sprawności zawodowej, z udziałem około

500 osób, z przebiegu którego przedłożono Ministerstwu oddzielne sprawozdanie. Zawody stanowiły swego rodzaju manifestację niemiecką, w której wzięli udział również przedstawiciele niemieckiego konsulatu generalnego w Katowicach, Reichsdeutsche Kolonie i tutejszych organizacji niemieckich politycznych. Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen kontynuował akcję lokowania bezrobotnych członków w zakładach przemysłowych na Śląsku niemieckim, w związku z czym zaobserwowano ostatnio znaczny wzrost liczby członków powyższej organizacji.

NSDAP /Reichsdeutsche Kolonie/ skoncentrowała swą aktywność w kwietniu przede wszystkim na organizowaniu w terenie okolicznościowych uroczystości w związku z obchodem urodzin kanclerza Hitlera /6 imprez/. W imprezie urządzonej z tej okazji przez NSDAP w Bielsku wziął udział senator Wiesner.

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

W związku z przeprowadzaniem zapoczątkowanych w lutym br. prac około dokładnego i ścisłego zewidencjonowania członków Volksbundu i ich stosunków osobistych /patrz sprawozdanie za luty br./, Volksbund wspólnie z Dt. Volksblockiem, JDP, Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen i Verband Deutscher Angestellten in Polen, ustalił zasady w sprawie interpretacji kwestii, kogo należy uważać za przynależnego do mniejszości niemieckiej. Zasady te zostały rozesłane wszystkim oddziałom wyżej wymienionych organizacyj, celem ich przestrzegania przy przyjmowaniu względnie wykluczaniu członków /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawzdaniu/. Przystępując do sporządzenia na wstępie wspomnianej ewidencji członków, Volksbund zawiesił z dniem 1-go kwietnia br. na czas do 30.6 br. przyjmowanie nowych członków, zarządzając jednocześnie wykluczanie członków narodowościowo niepewnych. W ten sposób w kwietniu br. zarząd związku obwodowego Volksbundu w Mysłowicach wykluczył około 320 członków. Chodzi tu prawie że wyłącznie o osoby, które posyłają dzieci do szkół polskich, i które posługują się w życiu codziennym językiem polskim.

Z akcji prowadzonych przez Volksbund na pierwszy plan wysunęła się wzmożona w związku ze świętami Wielkanocnymi akcja charytatywna. Z okazji świąt Volksbund rozdawał swym ubogim członkom w terenie zapomogi pieniężne w wysokości od 10 do 25 zł. oraz dary w naturze. W ramych akcji charytatywnej wysłał Volksbund w kwietniu drugi transport dzieci w wieku przedszkolnym na tzw. kolonie na Śląsk Niemiecki. Pierwszy tego rodzaju transport wysłany w lutym br. wynosił około 60 dzieci /patrz sprawozdanie za luty br./, kwietniowy zaś transport 16 dzieci. Niezależnie od tego przystąpił Volksbund do organizowania prac przygotowawczych około wysyłki dzieci na tegoroczne kolonie letnie. Według posiadanych dotychczas wiadomości, część kolonii letnich ma być zorganizowana na tutejszym terenie. Przewiduje się mianowicie zorganizowanie 2 kolonii w powiecie rybnickim dla dzieci szkolnych, zaś jednej kolonii w powiecie pszczyńskim dla młodzieży męskiej pozaszkolnej w wieku od 14–17 lat.

Oddział młodzieży Volksbundu prowadził swe normalne prace w ramych akcji świetlicowej. Oddział ten planuje rozpoczęcie intensywnej propagandy hasła, że obowiązkiem każdego Niemca jest popieranie tylko niemieckiego kupca i niemieckiego rzemieślnika. Ma to być reakcja na propagowanie analogicznego hasła w stosunku do kupców i rzemieślników polskich przez stowarzyszenia polskie.

Kierownictwo Volksbundu wydało zarządzenie, ażeby we wszystkich ubikacjach biurowych oraz świetlicach Volksbundu zamieszczono portrety kanclerza Hitlera i Marszałka Piłsudskiego oraz na widocznym miejscu hasło-napis: „Deutscher! Pflege deine Muttersprache!"

Z aktualnych zmian personalnych w Volksbundzie zanotować należy, że stanowisko kierownika urzędu młodzieżowego Volksbundu po objęciu przez jego dotychczasowego kierownika Zellera kierownictwa związku obwodowego Volksbundu w Mysłowicach, objął dotychczasowy jego zastępca Heinz Piontek, któremu do pomocy przydzielony został znany ruchliwy działacz młodzieży Volksbundowej, Gerhard Mitzka z Giszowca.

Z przejawów akcji imprezowej Volksbundu zanotowano zorganizowanie wieczornicy w Mysłowicach /350 osób/.

Jungdeutsche Partei

Kierownictwo partii zarządziło przerwę w zewnętrznej pracy partyjnej w okresie od 15 do 30 kwietnia br., polegającą przede wszystkim ma wstrzymaniu się od organizowania zebrań partyjnych. Zarządzenie to stało się niewątpliwie w związku z wyznaczonymi na drugą połowę kwietnia rokowaniami z Radą Niemców w Polsce o utworzenie jednolitej organizacji Niemców, które zresztą jak wiadomo nie przyniosły pozytywnego rezultatu. Mimo powyższego zarządzenia, ogólne wyniki aktywności zewnętrznej partii za miesiąc kwiecień bynajmniej nie zmniejszyły się w porównaniu z przeciętnymi wynikami z ubiegłych miesięcy, czego dowodzi cyfra 18 zebrań członkowskich, zorganizowanych w kwietniu przez partię /łączna liczba około 1 300 uczestników/.

Poza powyższymi zebraniami członkowskimi partia zorganizowała dwa zgromadzenia publiczne o charakterze propagandowym, a mianowicie w Żorach powiat rybnicki /około 350 osób/ i w Kamienicy powiat bielski /około 250 osób/, obydwa przy współudziale senatora Wiesnera.

Imprez zorganizowała partia 3, a mianowicie w Katowicach, Chorzowie i Bielsku. Na szczególniejszą uwagę zasługuje ta ostatnia odbyta przy współudziale około 1 200 osób pod nazwą „Deutsche Feierstunde", a zorganizowana z okazji plebiscytu w Niemczech. Senator Wiesner w przemówieniu swym na tej akademii mówił o posłannictwie Niemców jako kolonistów w obcych krajach. Twierdził, że Niemcy wykonując swe posłannictwo dziejowe kroczą stale naprzód i że bez Niemiec nie może być przedsięwzięta w Europie Środkowej jakakolwiek akcja. Dokonane niedawno zjednoczenie Niemiec jest wydarzeniem historycznym o olbrzymiej doniosłości, które posiada nie tylko znaczenie dla Niemców w Rzeszy, lecz również i dla wszystkich Niemców zagranicznych. Niemcy zagraniczni winni stale to wydarzenie historyczne mieć przed oczyma i tym wytrwalej stać na wyznaczonych posterunkach oraz pracować dla chwały narodu niemieckiego, którego są częścią jak również i dla narodu, wśród którego żyją. Podkreślić należy, że w związku z powyższą imprezą partia wydała 8 000 ulotek-zawiadomień, na których uwidoczniona była swastyka. Dwie ulotki przedkłada się w załączeniu.

Znany opozycjonista partyjny, wykluczony w ubiegłym roku wraz ze swymi adherentami z JDP, Wilhelm Schneider z Katowic, założył w Katowicach stowarzyszenie zwykłe pod nazwą „Deutscher Arbeitskreis" /Niemieckie koło pracy/. W myśl statutu stowarzyszenie ma na celu popieranie interesów życiowych niemieckiej grupy ludowej w Polsce, a terenem jego działania jest miasto Katowice. Członkiem stowarzyszenia może być każdy obywatel polski narodowości niemieckiej, który ukończył 18 rok życia. W dniu 6 kwietnia br. odbyło się zebranie konstytucyjne powyższego stowarzyszenia

przy udziale około 200 [?] osób. Wybrano tymczasowy zarząd, na czele którego stanął Schneider. Pozostali członkowie zarządu są to byli działacze JDP, wykluczeni wraz ze Schneiderem z tej partii.

Deutscher Volksblock

Po raz pierwszy od szeregu miesięcy wykazał poważniejszą aktywność, występując w kwietniu w terenie z hasłem konsolidacji Niemców w Polsce. W ramach tej akcji zorganizował 3 publiczne zgromadzenia, a mianowicie w Katowicach /około 500 osób/, w Chorzowie /około 1 000 osób/ i Mysłowicach /około 550 osób/. Jak wspomniano, zgromadzenia te miały na celu propagandę zjednoczenia Niemców w Polsce pod hasłem „Unser Wille zur Einheit". Referenci przedstawiali konieczność ujęcia Niemców w Polsce w ramy jednej organizacji, przy czym zwalczali ostro JDP, winiąc ją o to, że jest ona jedyną przeszkodą w zrealizowaniu tego hasła.

Poza tym Volksblock zorganizował w terenie 5 zebrań członkowskich, przy łącznym udziale około 200 osób.

Deutsche Christliche Volkspartei

nie ujawniła żadnej aktywności.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

również nie ujawniła żadnej aktywności zewnętrznej. Z jej wewnętrznego życia organizacyjnego na podkreślenie zasługuje odbycie zjazdu delegatów okręgu śląskiego partii w Katowicach /40 osób/, pod przewodnictwem prezesa zarządu okręgowego partii byłego posła Kowolla. Ze złożonego sprawozdania z działalności rocznej wynika, że ogółem zorganizowała partia w roku sprawozdawczym około 50 zebrań w terenie i że budżet jej dochodów nie przekraczał 1 000 zł. Referat o ogólnym położeniu politycznym wygłosił delegat głównego zarządu partii, Kociołek z Łodzi. Podniósł on między innymi, że w współpracy pomiędzy DSAP i PPS nastąpiło w ostatnich czasach rozluźnienie. DSAP zawsze okazywała chęć współpracowania z PPS, tylko ta ostatnia od tej współpracy się usuwała. O wiele większe zrozumienie – jeżeli chodzi o współpracę z niemieckimi socjalistami – okazują socjaliści żydowscy zorganizowani w Bundzie. Sprawozdanie złożone na zjeździe oraz przebieg dyskusji na nim przeprowadzonej potwierdza znany fakt, że niemiecka partia socjalistyczna zupełnie podupadła i że nie posiada ona jakiegokolwiek poważniejszego znaczenia w ogólnym życiu politycznym tutejszych Niemców. Charakterystyczny przyczynek do tego stanowi fakt, że długoletni kierownik i przewodniczący tutejszego okręgu partii były poseł Kowoll oświadczył na zjeździe, że prezesury ponownie przyjąć nie może, albowiem w krótce opuścić musi Śląsk w poszukiwaniu za chlebem. W rezultacie, na nalegania zebranych, Kowoll przyrzekł pełnić funkcję przewodniczącego okręgu do czasu jego wyjazdu ze Śląska.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/

Akcja Reichsdeutsche Kolonie w kwietniu br. nastawiona była przede wszystkim na organizowanie okolicznościowych uroczystości z okazji przypadłych na miesiąc ten urodzin kanclerza Hitlera. Imprez tego rodzaju zorganizowano ogółem 6, a mianowicie w Katowicach /200/, w Chorzowie /50/, w Rybniku /60/, w Tarnowskich Górach /50/, w Nowej Wsi /100/, w Bielsku /230/ osób. W tej ostatniej imprezie, o której doniesiono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu, wziął udział senator Wiesner.

Również uroczystość niemieckiego święta pracy, przypadająca na dzień 1 maja, obchodziła tutejsza NSDAP okolicznościową akademią, zorganizowaną w Katowicach w dniu 30 kwietnia br. przy udziale ponad 500 obywateli niemieckich, w tym 8 obywateli austryjackich i 1 obywatela gdańskiego. Główny referat na temat organizacji pracy

oraz wychowania młodzieży w III Rzeszy wygłosił wysłannik partii z Rzeszy Oberarbeitsführer Hermann Kretzschmann z Berlina. /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu/.

Poza tym zorganizowała NSDAP 6 zebrań członkowskich w terenie /łącznie 335 osób/ poświęconych – jak zwykle – szkoleniu partyjnemu.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Zglajchszaltowana prasa – podobnie jak i w poprzednich okresach sprawozdawczych – była jawnym odbiciem prasy III Rzeszy, głośno dawała wyraz swej solidarności z wszystkimi poczynaniami rządu III Rzeszy. Z tego też powodu ściągała też na siebie zarzuty prasy polskiej. Tak było w czasie poprzedzającym plebiscyt [w] III Rzeszy, a potem przy zdawaniu sprawy z wyniku. Tak było również w ustosunkowaniu się tej prasy do zagadnienia Niemców sudeckich, a wreszcie przygotowań do podróży włoskiej kanclerza Hitlera. Najjaskrawszy wyraz znalazło to stanowisko z okazji urodzin kanclerza Hitlera. W dalszym też ciągu głównym staraniem prasy zglajchszaltowanej było dążenie do wykazywania zupełnej zbieżności polityki polskiej z niemiecką, to też wszelkie głosy prasy polskiej, mówiące co innego, spotykały się z atakiem tej prasy. Zwłaszcza komunikaty Zachodniej Agencji Prasowej stale były atakowane.

W kilku artykułach przedstawiła prasa zglajchszaltowana stosunki polsko-czeskie w duchu podkreślania wszystkich przewinień polityki Pragi w stosunku do Polski.

Natomiast prasa zglajchszaltowana [!] tj „Katholische Volkszeitung" i "Der Deutsche in Polen" nie ustawały w wykazywaniu imperjalistycznych tendencji Rzeszy niemieckiej, idącym jakoby w kierunku przede wszystkim na wschód w myśl odwiecznego „Drang nach Osten".

Sprawy wewnętrzne

W ubiegłym okresie sprawozdawczym trzymała się prasa zglajchszaltowana przeważnie swej znanej metody zestawiania głosów prasy polskiej, rzadko zaś tylko zabierania głosu od siebie w oryginalnych artykułach redakcyjnych w poszczególnych kwestiach polityki wewnętrznej. W sposób bardzo wyczerpujący podawano przebieg ostatnich wypadków w OZN. Zastanowiano się „co to jest Naprawa" i snuto przypuszczenia nad możliwościami objęcia przez nią władzy. Cytowano przy tej sposobności artykuły „Czasu". Pisano dużo o opozycji, zwłaszcza o posunięciach Stronnictwa Ludowego w terenie, referowano przebieg przyjęcia delegacji związków chłopskich przez Marszałka Śmigłego-Rydza. Wreszcie kilkakrotnie omawiano zagadnienie tzw. polskiej emigracji politycznej.

Sprawy mniejszości

Jak zazwyczaj przepełnione były pisma zglajchszaltowane notatkami i większymi artykułami, mówiącymi o rzekomych krzywdach mniejszości niemieckiej w terenie. Podnosiły się skargi na zwalnianie Niemców tak, że dziś zabrakło rzekomo fachowców w przemyśle ciężkim i trzeba dla nich urządzać kursy. Uskarżanie się na rzekome ograniczenie możności wyjazdu Niemców tutejszych na różne imprezy w Niemczech, np. na niemiecki zjazd gimnastyków we Wrocławiu, na co prasa polska przypomniała utrudnienia czynione przez władze niemieckie np. Sokołom z Rzeszy. Pisano jeszcze o akcji na terenie kościoła ewangelicko-unijnego, nade wszystko jednak pisano o sprawach szkolnych, a to zarówno w terenie jak i np. na Wołyniu, gdzie rzekomo szkoły niemieckie są zagrożone. Przy tej sposobności polemizowała prasa zglajchszaltowana stale z żądaniem pism polskich, by stosowano wobec mniejszości niemieckiej zasadę

wzajemności. Tej wzajemności zglajchszaltowana prasa nie uznaje, przecząc stale podawanej przez prasę polską ilości Polaków w Niemczech i podkreślając, że wobec innej jej struktury socjalnej wzajemność, stosowana ściśle, byłaby rzekomo dla mniejszości niemieckiej krzywdzącą.

W przeciwieństwie do tych głosów prasy zglajchszaltowanej dowodziła „Katholische Volkszeitung", że podczas gdy Niemcy w Polsce cieszą się wszelkimi swobodami w zakresie szkolnictwa, prasy, wolności zebrań itd., to mniejszości polska w Niemczech nie posiada nawet minimalnych praw i swobód w tym zakresie. Obszernie omawiała prasa zglajchszaltowana ostatnią próbę stworzenia jednolitej organizacji wszystkich Niemców w Polsce. Podawano w dosłownym brzmieniu wszelkie enuncjacje Rady Niemców w Polsce, następnie zaś po odrzuceniu propozycji przez kierownictwo partii niemieckiej, wyrażano ubolewanie z powodu – jak pisano w prasie zglajchszaltowanej – egoizmu i krótkowzroczności przywódców partii młodoniemieckiej.

Sprawy gospodarcze

„Der Oberschlesiche Kurier" w jednym z artykułów gospodarczych dowodził, że Śląsk wbrew twierdzeniu władz centralnych jest najlepszym źródłem dochodów Państwa i „dobrym interesem dla Warszawy". Bynajmniej też nie jest prawdą – wywodzi pismo, twierdzenie, jakoby dla Śląska uczyniono stosunkowo za wiele w porównianiu z innymi dzielnicami.

Dużo miejsca poświęcano – jak zwykle – zarówno bieżącym sprawom z dziedziny zatargów o płace w przemyśle, jak i wytycznym polityki gospodarczej, przy czym między innymi na podstawie artykułu „Czasu", mówiącego o wykluczaniu inicjatywy prywatnej, wyrażono ze swej strony przypuszczenie, iż istnieje zamiar nowego zorganizowania przemysłu hutniczego i zsocjalizowania w ogóle przemysłu.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Życie katolików niemieckich nie wyszło poza normalne ramy. Zestawienie aktywności poszczególnych ich organizacji przedstawia się następująco:

Verband Deutscher Katholiken – 12 zebrań, /łącznie około 500 osób/ i 1 impreza / około 350 osób/,

Katholischer Männerverein – 6 zebrań /łącznie około 220 osób/,

Katholischer Jugend- und Jungmännerverein – 5 zebrań /łącznie około 180 osób/,

Deutscher Katholischer Frauenbund – 4 zebrania /łącznie około 180 osób/ i 1 impreza /50 osób/,

Katholischer Gesellenverein – 2 zebrania /łącznie około 60 osób/.

Głównym tematem zebrań powyższych, poza lokalnymi sprawami, była przeważnie sprawa udziału w Kongresie Eucharystycznym, który ma się odbyć w maju br. w Budapeszcie. Po kongresie wycieczka katolików niemieckich ma zamiar zwiedzić niektóre miasta Włoch i Niemiec.

Ewangelicy niemieccy

Niemieckie stowarzyszenia ewangelickie odbyły ogółem 8 zebrań, w czym Evangelischer Männer- und Jünglingsverein 6, zaś Evangelische Frauenhilfe 2 zebrania. Poza tym Verband der Evangelische Frauenhilfe odbył walne zebranie, z przebiegu którego między innymi wynika, że zwiazek ten liczy łącznie 2650 członkiń. Przewodniczącą związku wybrana została ponownie Lubowska z Katowic.

Szkolnictwo niemieckie

Akcja podjęta w grudniu ubiegłego roku przez władze szkolne, celem zlikwidowania strajku szkolnego, nie dała dotychczas poważniejszych wyników. Z liczby 445 dzieci strajkujących w grudniu ubiegłego roku, w marcu br. strajkowało dalej jeszcze 377 dzieci. Powodem powyższego jest fakt, że większość wychowawców odwołuje się do sądów od nakładanych na nich mandatów karnych za nieposyłanie dzieci do szkoły, co w konsekwencji znacznie opóźnia egzekucję kar.

Wpisy szkolne do szkół polskich i niemieckich odbędą się w maju br., a mianowicie do szkół polskich 9 i 10 maja zaś do szkół niemieckich 13 i 14 maja.

Hilfsverein Deutscher Frauen

odbył 2 zebrania członkowskie.

Stowarzyszenia śpiewacze

odbyły ogółem 5 zebrań członkowskich i zorganizowały 3 publiczne imprezy /koncerty/. Przedstawione w poprzednim sprawozdaniu miesięcznym tourneé koncertowe Meisterischer Gesangvereinu z Katowic w Niemczech nie było wydarzeniem oderwanym. Jak bowiem tutejsza prasa niemiecka donosi, chór powyższego stowarzyszenia został ponownie zaangażowanym przez dyrekcję koncertową w Berlinie na gościnne występy na wrzesień br. do Niemiec, gdzie wystąpić ma również i na terenie byłej Austrii.

Deutschbund w Bielsku

zorganizował odczyt Dr. Karola Hassego na temat „Japonia jako kraj przyszłej olimpiady" /250 osób/.

Literarische Vereinigung

w Chorzowie odbył walne zebranie. Z przebiegu zebrania wynika, że stowarzyszenie współpracuje w akcji kulturalno-oświatowej z Deutscher Kulturbundem, zwłaszcza na polu organizowania wieczorów literackich, których w roku sprawozdawczym urządzono 18. Poza tym stowarzyszenie rozporządza własną biblioteką.

Verein für Volksbildungspflege

w Katowicach odbył również walne zebranie. Ze sprawozdania złożonego z działalności rocznej wynika, że stowarzyszenie urządziło ogółem 11 wieczornic przy przeciętnej frekwencji 140 uczestników.

Deutscher Kulturbund

po raz 12-sty zorganizował wystawę niemieckich malarzy i rzeźbiarzy. Wystawa ta została uroczyście otwarta w dniu 24 kwietnia w obecności delegata niemieckiego konsulatu generalnego w Katowicach i przedstawicieli tutejszych niemieckich organizacji w łącznej liczbie około 130 osób.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiaty	Zebrania	Przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice m. i p.	40	4
Chorzów	3	-
Pszczyna	1	-
Tarnowskie Góry	1	2
Rybnik	2	1
Razem:	47	7

4. *Życie gospodarcze*

Z dziedziny niemieckiego życia gospodarczego nie otrzymano informacji o bardziej zasadniczym znaczeniu.

5. *Życie zawodowe*

Omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego i ruchu zawodowego.

6. *Życie sportowe*

Niemieckie życie sportowe stało w dalszym ciągu pod znakiem przygotowań niemieckich stowarzyszeń gimnastycznych do udziału w ogólnoniemieckim święcie sportowym, mającym się odbyć w lipcu br. we Wrocławiu. Omówieniu udziału w tym święcie poświęcone były niemal wszystkie zebrania stowarzyszeń gimnastyczno-sportowych, których w kwietniu zanotowano ogółem 10, przy łącznym udziale około 500 członków. Inicjatywę w przygotowaniach i w organizowaniu udziału w powyższym święcie ujęło na tutejszym terenie kierownictwo okręgu śląskiego „Deutsche Turnerschaft in Polen", które w związku z tym wystosowało szczególny okólnik do wszystkich stowarzyszeń gimnastyczno-sportowych, należących do DT in Polen. Bliższe szczegóły w tej sprawie przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

Z innych przejawów tutejszego niemieckiego życia sportowego na podkreślenie zasługuje doroczne walne zebranie okręgu śląskiego Deutsche Turnerschaft in Polen. W zebraniu wzięło udział około 60 delegatów. Pierwszym punktem obrad był referat delegata Dr. Niffki z Mysłowic /znany działacz JDP/ na temat zadań aktualnych związku. Za jedno z pierwszych zadań uważa referent konieczność wciągania do niemieckich stowarzyszeń gimnastycznych i sportowych jak najszerszych kół młodzieży niemieckiej. Stowarzyszenia gimnastyczne i sportowe winny być pierwszymi stowarzyszeniami, do których młodzież niemiecka winna natychmiast po opuszczeniu szkoły wstępować. Wychowanie gimnastyczno-sportowe jest bowiem jednym z naczelnych zadań Niemców zagranicznych, po powstaniu III Rzeszy. Ze złożonego na zebraniu sprawozdania kasowego wynika, że dochód związku wyniósł 7661 zł., zaś rozchód 5312 zł. Powzięto uchwałę w sprawie przyznania subwencji niektórym członkom-stowarzyszeniom w łącznej kwocie 18000 zł. jednak nie wymieniono, z jakiego źródła związek kwotę na cel powyższy otrzyma. Wreszcie uchwalono zorganizować tegoroczne okręgowe zawody gimnastyczne w czerwcu lub w lipcu br. w Cieszynie, a to dlatego w tej miejscowości, że zawody takie będą dobrą propagandą dla tamtejszych Niemców, którzy ostatnio w Cieszynie tracą na stanie posiadania, zwłaszcza jeśli chodzi o ilość członków i wpływy tamtejszego Männerturnvereinu. W wyniku wyboru nowego zarządu przewodniczącym okręgu wybrany został ponownie dotychczasowy prezes Vogt Jerzy z Katowic.

7. *Życie wyznaniowe*

W scharekteryzowanej w poprzednim sprawozdaniu miesięcznym sytuacji, wytworzonej w Ewangelickim Kościele Unijnym na Górnym Śląsku, w związku z wprowadzeniem w życie ustawy o tymczasowej organizacji tegoż kościoła, nie zaszły w miesiącu kwietniu żadne poważniejsze wydarzenia o zasadniczym znaczeniu, któreby zasługiwały na szczególniejsze podkreślenie. Tutaj jedynie zaznaczyć należy, że w dniu 6 maja br. zmarł nagle w jednym ze szpitali wrocławskich były prezydent Ewangelickiego Kościoła Unijnego Dr. Voss. Ponieważ – jak wiadomo – Dr. Voss był właściwym inicjatorem i kierownikiem znanej opozycji niemieckich kół ewangelickich przeciwko ustawie o tymczasowej organizacji Ewangelickiego Kościoła Uni-

jnego, przyjąć należy, że obecnie po śmierci Dr. Vossa opozycja ta – jeżeli nie całkiem się załamie – to w każdym razie znacznie osłabnie.

Nawiązując do przedstawionej w dwóch poprzednich sprawozdaniach sytuacyjnych sprawy pociągnięcia do odpowiedzialności karnej przez władze pastora Bechtloffa z Szopienic, zaznaczyć należy, że w dniu 11 kwietnia br. odbyła się przed Sądem Grodzkim w Mysłowicach rozprawa przeciwko pastorowi Bechtloffowi, w wyniku której skazany został on na 6 miesięcy aresztu z zawieszeniem kary na 4 lata.

[...]

374

9.10.1938: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (September 1938)

9 X 1938r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (wrzesień 1938r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 579

I. *Sytuacja ogólna*

Kwestia sudecka i związane z nią aktualne położenie międzynarodowe było z natury rzeczy jednym z pierwszych i najważniejszych zagadnień absorbujących mniejszość niemiecką. Sprawa ta była nie tylko przedmiotem zainteresowań opinii niemieckiej, uzewnętrzniających się w organach prasowych mniejszości niemieckiej, lecz również jednym z naczelnych zagadnień, omawianych w szerokich kołach tutejszej mniejszości niemieckiej, a bardzo często i na zebraniach organizacji niemieckich.

Jeżeli chodzi o charakterystykę właściwych nastrojów, nurtujących w związku z tym w kołach mniejszości niemieckiej, to stwierdzić należy, że sprawa „uwolnienia" Niemców sudeckich i związana z nią akcja Rzeszy na terenie międzynarodowym wpłynęły na tutejszych Niemców w sposób swoisty, budząc w nich nadzieje, że i o nich we właściwym czasie Rzesza nie zapomni, i że również ich czeka kiedyś taka sama pomoc ze strony Rzeszy. Nadziejom takim dawano wyraz nie tylko w rozmowach między sobą, lecz nawet także i na niektórych zebraniach organizacyjnych, zwłaszcza na zebraniach Jungdeutsche Partei. Nie można wreszcie pominąć, że nastroje te i ich atmosfera przyczyniają się wybitnie do wzmacniania poczucia narodowego oraz pewności siebie u tutejszych Niemców, podnoszących i akcentujących z dumą swą przynależność do narodu niemieckiego, przed którego żądaniami ugięły się inne Państwa i który żądania te w całości potrafił przeprowadzić.

Na osobne oświetlenie zasługuje stosunek tutejszej mniejszości niemieckiej do sprawy rewindykacji polskiej Śląska zaolziańskiego. Oficjalna opinia reprezentowana przez mniejszościową prasę niemiecką była oczywiście przychylna dla sprawy polskiej. Również i w szerokich kołach tutejszej mniejszości niemieckiej nie można było z początku na ogół wyczuć w tej sprawie nastawień negatywnych. Dopiero w ostatniej fazie tej sprawy, a mianowicie bezpośrednio po konferencji monachijskiej, można było w szerokich kołach mniejszości niemieckiej wyraźnie stwierdzić radość i zadowolenie z tego, że gdy Rzesza uzyskała na konferencji tej pełny sukces, to przeciwnie Polska, wyszła tam z niczym. Wreszcie w związku z powyższem nie można pominąć reakcji, z jaką spotkał się w pewnej części tutejszego społeczeństwa niemieckiego ten ustęp mowy kanclerza Hitlera, który traktował o pozytywnym wzajemnym stosunku Polski i Niemiec, a zwłaszcza stwierdzenie kanclerza, że mimo pewnych nieuniknionych tarć narodowościowych w dołach, kierownictwa obydwóch państw rozwijają pomyślnie swój

wzajemny stosunek. Pewne koła tutejszej mniejszości niemieckiej, a w szczególności szowinistycznie nastawiona młodzież volksbundowa wyraża żywe niezadowolenie z tego rodzaju ujęcia sprawy przez kanclerza Hitlera, tłumacząc to jedynie tym, że kanclerz nie jest należycie informowany o właściwym „ciężkim" położeniu tutejszych Niemców. Winią one za ten stan rzeczy tak kierownictwo Volksbundu, jako też JDP, a nawet tutejszy niemiecki Konsulat Generalny. W związku z tym kierownicze koła młodzieży volksbundowej podjęły akcję celem uświadomienia miarodajnych czynników Rzeszy, a w szczególności kanclerza Hitlera, o właściwym położeniu mniejszości niemieckiej w Polsce. Akcja ta ma polegać na zebraniu wszelkich materiałów za okres ostatnich 15-lat, stwierdzających rzekomy ucisk tutejszych Niemców i na przedłożeniu ich w formie memoriału właściwym czynnikom w Berlinie.

Fakt rozwiązania Sejmu i Senatu przyjęła oficjalna opinia niemiecka na ogół przychylnie. W tutejszej prasie niemieckiej ogłaszane są dość często artykuły i notatki dotyczące już to kalendarza wyborczego, już to wyjaśnień przepisów ordynacyj wyborczych itp. Ostatnio, a mianowicie w dniu 3 października br. odbyło się w Katowicach porozumiewawcze posiedzenie delegatów Rady Niemców w Polsce oraz JDP, na którym uchwalono stworzenie wspólnego frontu wyborczego oraz postanowiono zwrócić się do mniejszości niemieckiej z apelem, aby wykonała swój obowiązek obywatelski i wzięła udział w wyborach. Uchwała ta jest niewątpliwie dalszą próbą konsolidacji organizacyjnej obozu niemieckiego z tym, że wezwanie do wzięcia udziału w wyborach ma znaczenie wyłącznie taktyczne. Zresztą wezwania takiego dotychczas nie ogłoszono, a jeżeli nawet zostanie ogłoszone, to nie należy się łudzić, aby Niemcy głosowali na polskich kandydatów, bo niemieckich kandydatów w zgromadzeniach okręgowych nie przeprowadzą.

Przechodząc do omówienia działalności niemieckich organizacyj politycznych stwierdzić należy, że aktywność tych organizacji wzrosła po sezonie wakacyjnym do normalnego poziomu. Volksbund oraz Jungdeutsche Partei podjęły ponownie wzmożone prace w terenie, przy czym Volksbund - jak zwykle - kładł nacisk przede wszystkim na akcję młodzieżowo-świetlicową, zaś Jungdeutsche Partei na akcję zebraniowo-propagandową.

Równolegle z organizacjami politycznymi wzmogły swą aktywność również i liczne niemieckie organizacje społeczno-kulturalne. Jako najważniejsze wydarzenie zarejestrowano na tym odcinku zorganizowanie przez Deutscher Kulturbund wspólnie z Deutsche Turnerschaft in Polen, dorocznego niemieckiego święta sportowego „V Deutsches Turn- und Sportfest", przy udziale około 1 000 zawodników i 6 000 publiczności.

Oba ujednostajnione [!] związki zawodowe niemieckich robotników i pracowników umysłowych rozwijały intensywną działalność organizacyjną i zajęte były przygotowaniem kursów i wykładów fachowych, jakie zamierzają urządzić dla swych członków w porze zimowej.

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

Prace Volksbundu nie odbiegały na ogół od wytycznych znanych z ostatnich miesięcy. Akcję świetlicową prowadził urząd młodzieżowy Volksbundu z niesłabnącym nasileniem. Ostatnio sukcesy Rzeszy w sprawie sudeckiej oraz na terenie międzynarodowym szczególnie entuzjastycznie przyjmowane były przez młodzież niemiecką. Niemal wszystkie odczyty i tzw. „Heimatabende" organizowane w ramach

akcji świetlicowej, poświęcone były omawianiu i gloryfikowaniu powyższych sukcesów, przy czym cechowały je akcenty wybitnie szowinistyczne. Po świetlicach organizowano – analogicznie jak dzieje się to w Rzeszy – wspólne słuchanie przez radio mów kanclerza Hitlera. Łącznie z powyższym zaznaczyć należy – co już wyżej przy charakteryzowaniu sytuacji ogólnej podkreślono – że kierownicze czynniki młodzieży volksbundowej wychodząc z założenia, że kanclerz Hitler nie jest należycie poinformowany o „prawdziwie ciężkim" położeniu mniejszości niemieckiej w Polsce, projektuje wysłanie do miarodajnych czynników w Rzeszy memoriału oświetlającego rzekome krzywdy niemieckie za okres 15 lat wstecz.

Jungdeutsche Partei

po okresie wakacyjnym zapoczątkowała swą działalność zjazdem okręgowym członków piastujących funcje partyjne w zarządach grup miejscowych z powiatów: bielskiego, cieszyńskiego i bialskiego /woj. krakowskie/, który odbył się w dniach 3 i 4 września w Aleksandrowicach pod Bielskiem, przy udziale około 40 osób. W obradach zjazdu poza inż. Wiesnerem wzięli udział spośród wybitniejszych działaczy Herbert Gorgon ze Lwowa, Gerhard Freier z Katowic oraz Ernest Lanz z Bielska, ten ostatni jako kierownik okręgowy. Zjazd miał na celu usprawnienie pracy w komórkach partyjnych i pobudzenie tych komórek do wytężonej działalności organizacyjnej w terenie. Końcowym efektem zjazdu miało być zgromadzenie publiczne w dniu 4 września w Bielsku, przełożone następnie na dzień 8 września br., na którym inż. Wiesner miał zainicjować nową akcję pod hasłem „Selbstbehauptungswille der deutschen Gruppe in Polen", a które zostało przez władze zakazane. Zamiar zorganizowania tego zgromadzenia był bezpośrednim powodem znanych zajść antyniemieckich w Bielsku w dniu 2 września br., które – jak to ze szczegółowych sprawozdań przedłożonych Ministerstwu wynika – powstały na tle reakcji miejscowego społeczeństwa polskiego przeciwko coraz silnej zaznaczającemu się wzrostowi niemczyzny w Bielsku i w okolicy, dzięki stale wzmagającej się na tym terenie akcji JDP i Wiesnera. Jako jeden z ostatnich przejawów, ilustrujących powyższą akcję, zanotować należy zgłoszenie z dniem 1 września br. do szkoły niemieckiej w Międzyrzeczu Górnym, powiat bielski, 10 dzieci pochodzących z powiatu nowosądeckiego województwa krakowskiego. Dzieci te przebywają u miejscowych rolników-Niemców. Inicjatorami sprowadzenia dzieci są miejscowi działacze Deutscher Schulvereinu i JDP z inż. Wiesnerem na czele, a ma ono na celu spowodowanie władz szkolnych do uruchomienia zlikwidowanej trzeciej klasy szkoły niemieckiej w Międzyrzeczu Górnym oraz zasilenie stanu liczebnego dzieci w tej szkole, bowiem liczba miejscowych dzieci z roku na rok liczbowo spada, co grozi stopniowym likwidowaniem szkoły.

W terenie zorganizowała partia 13 zebrań członkowskich /łącznie ponad 500 osób/ i 5 imprez /łącznie około 1 000 osób/. Zebrania poświęcone były przeważnie omawianiu aktualnego zagadnienia politycznego i międzynarodowego. Na szczególną uwagę zasługuje przebieg tzw. Kameradschaftsabend w Chorzowie w dniu 20 i 21 września br., na którym przy omawianiu kwestii Niemców sudeckich akcentowano wyraźnie tendencje rewizjonistyczne. Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

Deutscher Volksblock

zorganizował 7 zebrań członkowskich, przy łącznym udziale około 300 uczestników, oraz 1 imprezę. Na zebraniach członkowie zarządu głównego bloku informowali o sytuacji politycznej w kraju i za granicą oraz prowadzili znaną propagandę za ujednostajnieniem [!] politycznym tutejszej mniejszości niemieckiej.

Deutsche Christliche Volkspartei

zorganizowała we wrześniu 2 zebrania członkowskie /łącznie około 40 osób/, tym razem również tylko w powiecie katowickim /patrz poprzednie sprawozdanie miesięczne/.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

nie wykazała żadnej aktywności.

Przewodniczący okręgu śląskiego niemieckiej partii socjalistycznej były poseł Kowoll Jan został w dniu 23 września br. aresztowany pod zarzutem organizowania przemytu wydawnictw Komunistycznej Partii Niemiec z ramienia Kominternu z Czechosłowacji przez Polskę do Niemiec. Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

Deutscher Arbeitskreis

założone w Katowicach przez bardzo znanego działacza JDP Wilhelma Schneidera stowarzyszenie zwykłe pod nazwą „Deutscher Arbeitskreis", przystąpiło do wydawania własnego organu prasowego, miesięcznika „Der Aufbau". Pierwszy numer tego organu wyszedł we wrześniu br. w ilości 1 500 egzemplarzy. Redaktorem odpowiedzialnym jest członek zarządu Arbeitskreisu Gerhard Reschke z Katowic.

We wrześniu odbył Arbeitskreis 2 zebrania członkowskie /łącznie 50 osób/, poświęcone omówieniu aktualnego położenia politycznego oraz sprawy projektu tworzenia jednolitej organizacji niemieckiej w Polsce „Bund der Deutschen in Polen".

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/

nie ujawniła we wrześniu poważniejszej pracy organizacyjnej. Notowano na ogół 3 zebrania członkowskie w terenie /łącznie około 100 osób/, poświęcone składaniu sprawozdań z przebiegu kongresów w Stuttgarcie i Norymberdze.

Niemiecki Konsulat Generalny w Katowicach projektował zorganizowanie w dniu 1 października br. w Katowicach dorocznego niemieckiego święta „dożynek" dla tutejszych obywateli niemieckich z prelegentem sprowadzonym z Niemiec. Imprezę tę w ostatniej chwili odwołano z uwagi na sytuację polityczną.

2. *Prasa mniejszościowa*

Sprawy zagraniczne

Konflikt czesko-niemiecki dominował nad wszelkimi innymi zagadnieniami w ubiegłym okresie sprawozdawczym. Prasa niemiecka większą część swych szpalt poświęcała temu zagadnieniu. Poszczególne fazy tej rozgrywki traktowane były przez tę prasę zarówno w części artykułowej jak i depeszowej wyczerpująco. Jak i w poprzednich okresach sprawozdawczych nie ukrywała ta prasa bynajmniej ścisłego swego uzależnienia od źródeł zagranicznych, a w artykułach identyfikowała się w zupełności z oficjalnym stanowiskiem Niemiec. Rzucała się przy tym w oczy skwapliwość, z jaką prasa ta uwypuklała swe zainteresowanie równoległym sporem polsko-czechosłowackim o Śląsk zaolziański. Pisma zglajchszaltowane starały się wywierać wrażenie, iż akcje Polski i Niemiec są jakoby identyczne względnie ściśle ze sobą zazębione. Bez zastrzeżeń popierano terytorialne żądanie Polski w stosunku do Czechosłowacji, gdy zaś Praga ustąpiła, nie oszczędzono słów uznania kierownictwu polskiej polityki zagranicznej. Z nieograniczonym także entuzjazmem rozpisywała się ta prasa przede wszystkim o kanclerzu Hitlerze, którego nazywała swym „Führerem" i któremu przypisywała wyłączną zasługę uratowania pokoju europejskiego. Z satysfakcją też podkreślano rzekome psucie się dobrych stosunków Polski z Francją oraz ostrą odprawę, jak ze strony Rzeczpospolitej spotkała Rosję Sowiecką.

Sprawy wewnętrzne

Przeważnie tylko w pierwszej połowie ubiegłego okresu sprawozdawczego zajmowała prasa niemiecka stanowisko w sprawie rozwiązania Izb ustawodawczych i rozpisania nowych wyborów. Stwierdzano przy tym, że nie należy tego zwrotu w polityce wewnętrznej uważać za zasadniczą zmianę kursu, gdyż kierownictwo Państwa pozostaje w tych samych rękach. Chodzi tylko o to, że Pan Prezydent Rzeczypospolitej i Wódz Naczelny zastosowali nowy środek do osiągnięcia celu, do którego już dążyli przedtem, a któremu służyć miało założenie przed 1 1/2 rokiem Obozu Zjednoczenia Narodowego, tj. zbliżeniu między Państwem, a stojącymi dotąd na uboczu masami. O ile to się uda na podstawie nowych wyborów i następującej reformy wyborczej, to jest wielkie pytanie na najbliższą przyszłość /„Der Oberschlesische Kurier" Nr. 233/. „Kattowitzer Zeitung" oświadczała, że jedno jest pewne tj., że przez rozwiązanie Sejmu grupa Sławka utraciła swe znaczenie. W innym artykule dowodził „Der Oberschlesische Kurier", iż rozwiązanie „parlamentu elitarnego", jest krokiem odważnym i że nowemu parlamentowi tego jedynie życzyć należy, ażeby był do swego poprzednika jak najmniej podobny. /Nr. 234/.

Sprawy mniejszości

Bardzo obszernie rozpisywała się tutejsza prasa mniejszościowa na temat antyniemieckiej demonstracji w Bielsku. Jakkolwiek chodziło o demonstrację skierowaną przeciwko młodoniemcom, cała prasa zgłajchszaltowana jednomyślnie wystąpiła z gwałtownymi oskarżeniami i insynuacjami. Jak zwykle podnosiła prasa ta różne skargi z zakresu szkolnego, rzekomego zwalniania Niemców z pracy. Skarżono się też na drażliwość polską wobec członków mniejszości noszących białe pończochy. Obszernie zdawała prasa sprawozdania z procesów, w których skazywano rodziców za nieposyłanie swych dzieci do szkoły polskiej.

„Der Oberschlesische Kurier" kontynuował swój cykl „podróży po Polsce", którego celem było wykazywanie wszędzie twórczości niemieckiej, wskazywania na to, że wszystkie niemal dziedziny życia gospodarczego i kulturalnego w Polsce mają rzekomo pochodzenie niemieckie.

Sprawy gospodarcze

Strajk okupacyjny na kopalni „Walenty-Wawel" znalazł szerokie echo na łamach prasy mniejszościowej. Prasa ta zastanawiała się również w kilku artykułach czy dojdzie do podwyżki płac w przemyśle węglowym na Śląsku, przy czym podkreślano, że główny inspektor pracy inż. Klott, który w sporze pośredniczył, miał swoje zastrzeżenia, czy te podwyżki są wskazane.

W obszernym artykule podkreślał „Der Oberschlesische Kurier", iż tegoroczna kampania letniskowa zakończyła się wielkim sukcesem krajowych kąpielisk. W innym artykule wykazywano wzrost aktywności Polski w polityce komunikacyjnej na Bałtyku.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Osłabiona w miesiącach letnich aktywność niemieckich stowarzyszeń i związków społeczno-kulturalnych wzrosła po sezonie wakacyjnym z powrotem do normalnego poziomu. Dotyczy to przede wszystkim organizacyj katolików niemieckich. Zestawienie aktywności tych organizacyj za miesiąc wrzesień przedstawia się następująco:

Verband Deutscher Katholiken – 7 zebrań członkowskich /łącznie ponad 200 osób/ i 1 impreza,

Katholischer Männerverein – 4 zebrania /łącznie 130 osób/,

Katholischer Jugend- und Jungmännerverein – 3 zebrania /łącznie 80 osób/ i 1 impreza,

Katholischer Deutscher Frauenbund - 3 zebrania /łącznie 350 osób/ i 1 impreza.

Ewangelicy niemieccy

zorganizowali ogółem 11 zebrań członkowskich, w czym Evangelische Frauenhilfe – 5, zaś Evangelischer Männer- und Jünglingsverein – 6 zebrań.

Na zebraniach katolików i ewangelików niemieckich omawiano przeważnie sprawy organizacyjne o lokalnym znaczeniu.

Szkolnictwo niemieckie

Z początkiem bieżącego roku szkolnego władze szkolne zlikwidowały tzw. klasy eksponowane przy niemieckich szkołach w Chorzowie i Siemianowicach. Były to klasy uczęszczane przez te dzieci, które pod naciskiem Komisji Mieszanej zostały swego czasu przydzielone do szkół mniejszościowych mimo nieznajomości języka niemieckiego. Dzieci z tych zlikwidowanych klas przydzielono obecnie, w zależności od znajomości języka, do szkół polskich i niemieckich.

Od początku bieżącego roku szkolnego uchyla się 500 dzieci od wypełniania obowiązku szkolnego w szkołach polskich, do których zostały przeznaczone przez władze szkolne. Z cyfry powyższej 251 dzieci zalicza się do starszych roczników, zaś 249 dzieci do roczników młodszych.

Władze szkolne uzależniły prawo nauczania religii ewangelickiej od upoważnienia, udzielanego przez Tymczasową Radę Kościelną Ewangelickiego Kościoła Unijnego w Katowicach. Ostatnio Tymczasowa Rada w kilku wypadkach odmówiła udzielenia wspomnianego upoważnienia niektórym osobom wykładającym religię ewangelicką w szkołach niemieckich.

Do władz szkolnych wpłynął zbiorowy wniosek o utworzenie publicznej szkoły powszechnej w Dąbrówce Wielkiej, powiat świętochłowicki. Władze szkolne wniosku tego nie uwzględniły z powodu zbyt małych ilości wnioskodawców. Władze szkolne wydały ostatnio zarządzenie, że wpisy do przedszkoli niemieckich będą się odbywały raz, a nie jak dotychczas dwa razy w roku.

Hilfsverein Deutscher Frauen

odbył 3 zebrania członkowskie.

Stowarzyszenia śpiewacze

Deutsche Sängergemeinschaft oraz wszystkie inne niemieckie stowarzyszenia śpiewacze rozpoczęły po wakacjach normalną pracę, przygotowując się do występów w porze jesiennej i zimowej. Ogółem stowarzyszenia te zorganizowały 9 zebrań członkowskich, przy łącznej liczbie ponad 300 uczestników.

Deutscher Kulturbund

planował zorganizowanie z końcem września i z początkiem października br. w Katowicach dorocznego „tygodnia uniwersyteckiego". W program tego tygodnia wchodził cykl wykładów na tematy rasistowskie, z prelegentami z Niemiec. Impreza odnośna nie doszła jednak do skutku i została w ostatniej chwili przez Kulturbund odwołana z uwagi na aktualne warunki polityczne. Dodać należy, że projekt urządzenia „tygodnia uniwersyteckiego" nie cieszył się tym razem większą popularnością wśród tutejszych Niemców, co wynika z faktu, że jeszcze przed odwołaniem imprezy, Kulturbund za pośrednictwem prasy zwracał się do społeczeństwa o liczniejsze zapisywanie się do udziału w odnośnych wykładach, zaznaczając, że dotychczasowe wpisy wskazują na to, iż prelegenci będą zmuszeni przemawiać w pustych prawie salach.

Z innych imprez Kulturbundu na wyszczególnienie zasługuje zorganizowanie w Katowicach wieczoru muzyki kameralnej z udziałem zespołu sprowadzonego z Drezna /130 osób/.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiaty	Zebrania	Przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice m. i p.	34	1
Chorzów	3	1
Tarnowskie Góry	1	1
Świętochłowice	1	1
Razem:	39	4

4. *Życie gospodarcze*

Z dziedziny niemieckiego życia gospodarczego nie otrzymano informacji o bardziej zasadniczym znaczeniu.

5. *Życie zawodowe*

omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego i ruchu zawodowego.

6. *Życie sportowe*

Najważniejszym wydarzeniem w niemieckim życiu sportowym było doroczne święto sportowe tzw. „V Deutsches Turn- und Sportfest", zorganizowane w dniach 17 i 18 września w Katowicach przez Deutscher Kulturbund wspólnie z Deutsche Turnerschaft in Polen. Główne punkty programu odnośnej imprezy obejmowały zawody lekkoatletyczne, zawody piłki nożnej i ręcznej, akademię okolicznościową oraz zabawę. W poszczególnych uroczystościach brali udział obok przedstawicieli tutejszych niemieckich związków gimnastycznych i sportowych oraz przedstawicieli takich związków ze Śląska Opolskiego, przedstawiciele tutejszych licznych niemieckich organizacyj kulturalno-społecznych, niemieckiego Konsulatu Generalnego oraz tutejszej NSDAP /Reichsdeutsche Kolonie/. Główny punkt imprezy, a mianowicie zawody lekkoatletyczne odbyte na stadionie niemieckim w Katowicach-Muchowcu, zgromadził około 1 000 zawodników i około 6 000 publiczności. Szczegóły o przebiegu powyższego święta przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

W terenie odbyły niemieckie stowarzyszenia gimnastyczne 9 zebrań członkowskich oraz urządziły 1 imprezę. Zebrania powsze były przeważnie poświęcone omówieniu przygotowań na powyższe święto sportowe.

7. *Życie wyznaniowe*

Z dziedziny życia wyznaniowego niemieckiego nie otrzymano informacji, któreby zasługiwały na szczególniejsze podkreślenie.

[...]

375

April 1939: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lageberícht (März 1939)

Kwiecień 1939r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (marzec 1939r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 580

I. *Sytuacja ogólna*

Dokonane ostatnio przez Rzeszę aneksje terytorialne i ich tempo wywołały wśród tutejszej mniejszości niemieckiej niebywały entuzjazm, a zarazem nie notowaną dotychczas pewność siebie i butę w stosunku do społeczeństwa polskiego. Sukcesy Rzeszy wpoiły w opinię tutejszych Niemców przekonanie, że nie ma takiej potęgi i siły, która by mogła się przeciwstawiać zamiarom i realizacji planów Hitlera i że w wyniku realizacji tych planów, Śląsk wróci wkrótce z powrotem do Niemiec. Pod wpływem tych przekonań można było zauważyć zatarcie się, z małymi wyjątkami, różnic zapatrywań politycznych wśród tutejszych Niemców i prawie całkowite zespolenie się w tych nadziejach niemal wszystkich Niemców.

Nastroje powyższe znalazły swój właściwy oddźwięk tak w zbiorowym życiu tutejszego społeczeństwa niemieckiego, jako też i w wystąpieniach zewnętrznych i w zachowaniu się poszczególnych jego członków. Na licznych odbywanych zebraniach przez niemieckie organizacje polityczne, bez względu na to czy to volksbundowych, czy też młodoniemieckich, gloryfikowano sukcesy Rzeszy, przy czym niejednokrotnie mówcy dawali jawnie wyraz hasłom rewizjonistyczym, zaznaczając między innymi, że „wszystkie inne zrabowane Niemcom ziemie muszą wrócić i wrócą wkrótce do Niemiec" itp.

Równolegle z powyższym zaobserwowano w terenie mnożące się wypadki prowokacji ze strony nielojalnych członków mniejszości niemieckiej. Dotyczy to zwłaszcza młodzieży niemieckiej, która coraz częściej zachowuje się w miejscach publicznych prowokacyjnie, poczyna nosić masowo białe pończochy na wzór Niemców Sudeckich, szerzy tendencyjnie rewizjonistyczne pogłoski itp. W związku z powyższym otrzymano z kół niemieckich informacje, że młodzież volksbundowa i młodoniemiecka otrzymała szczegółowe instrukcje w tym kierunku, ażeby zachowywała się wobec społeczeństwa polskiego rozmyślnie prowokacyjnie i w ten sposób narażając sie na ewentualne szykany względnie pobicia, dopomagała do tworzenia, potrzebnej w tej chwili czynnikom zagranicznym, legendy o martyrologii mniejszości niemieckiej w Polsce. Prawdziwość powyższego potwierdzałyby dwa dalsze w tej dziedzinie obserwowane fakty. Pierwszy z nich to masowe przesyłanie przez tutejszych działaczy, zwłaszcza z obozu Jungdeutsche Partei, alarmujących memoriałów do Rzeszy o rzekomych krzywdach, jakie doznają w ostatnich czasach Niemcy w Polsce. Drugi zaś fakt to perfidna taktyka tutejszej ujednostajnionej [!] prasy niemieckiej, która niemal codziennie zamieszcza alarmujące i tendencyjnie i jaskrawo wyolbrzymione wiadomości o rzekomych krzywdach, jakie spotykają Niemców w Polsce. Ponadto tutejsza prasa niemiecka stara się podtrzymywać wyżej naświetlone nastroje wśród mniejszości niemieckiej zamieszczaniem całoszpaltowych opisów o sukcesach Rzeszy i o radości w „Mutterlandzie" z tych sukcesów, oraz operowaniem wybitnie tendencyjnymi tytułami, jak np. „Wir wollen zum Reich" lub „Unser Deutschtum über alles". Dopiero z treści odnośnych artykułów wynika, że w pierwszym wypadku chodzi o Niemców w Kłajpedzie, zaś w drugim o sprawozdanie z przebiegu jednego z zebrań niemieckich.

Nie można wreszcie pominąć, że na kształtowanie powyższych nastrojów tutejszej mniejszości niemieckiej wpływa również w znacznej mierze nagonka antypolska, jaką ostatnio na Śląsku niemieckim rozwinął związek „Bund Deutscher Osten", zwłaszcza na terenach przygranicznych. Na zebraniach tego związku całkiem jawnie lży się Polskę i nazywa się ją państwem Husytów [!]. Wśród członków BDO komentuje się bardzo szeroko wiadomość „że bracia ze Śląska Górnego już wnet zostaną oswobodzeni". Po kopalniach i hutach na Śląsku Opolskim organizuje BDO tzw. „Werkscharen", którym przekazuje się funkcję organizacji samoobronnej. Do tych „Werkscharen" ma wcielać się w najbliższym czasie również i robotników z tutejszego terenu, pracujących w tamtejszych zakładach. Naczelnym zadaniem BDO w tej chwili stało się hasło „Hetze gegen Polen von Mund zu Mund betreiben".

Rekapitulując powyższe, podkreślić należy, że wyżej scharakteryzowane nastroje mniejszości niemieckiej poczynają w dniach ostatnich tracić powoli na swej dynamice. Zwarte bowiem stanowisko opini polskiej oraz zdecydowane pociągnięcia władz przeciw osobom szerzącym nieprawdziwe pogłoski, obliczone na osłabienie siły odpornej społeczeństwa polskiego, poczynają wprowadzać znaczne utemperowanie nastawienia wśród mniejszości niemieckiej, dla której dokonane ostatnio szybkie zjednoczenie całego polskiego społeczeństwa pod hasłem obrony Państwa, było znacznym zaskoczeniem.

Przechodząc do omówienia przejawów życia organizacyjnego mniejszości niemieckiej podkreślić należy zaobserwowane w okresie sprawozdawczym dalsze, podejmowane na odcinku życia politycznego próby porozumienia się co do utworzenia jednej ujednostajnionej niemieckiej organizacji politycznej w Polsce. W związku z tym odbyła się dnia 22 marca br. w Volksbundzie w Katowicach konferencja kilku najwybitniejszych działaczy niemieckich z terenu całej Polski. W konferencji tej wzięli między innymi udział senator Hasbach, Dr. Kohnert z Deutsche Vereinigung, Wolff z Deutscher Volksverband w Łodzi, prezes Volksbundu Ulitz i przewodniczący JDP Wiesner. Do żadnych pozytywnych rezultatów jednak nie doprowadzono, albowiem Wiesner – jak zawsze – wysunął aspiracje JDP do kierownictwa. Jeżeli chodzi o akcję zewnętrzną niemieckich organizacyj politycznych, to Volksbund w dalszym ciągu kontynuował zapoczątkowaną w ubiegłym okresie sprawozdawczym akcję zebraniowo-imprezową, zaś JDP skoncentrowała niemal całą swą aktywność w tej dziedzinie na organizowaniu w terenie licznych tzw. „Heldengedenkfeiern".

Na innych odcinkach niemieckiego życia publicznego, nie notowano wydarzeń, zasługujących na szczególniejszą uwagę.

Niemieckie związki zawodowe odbyły zjazdy informacyjno-sprawozdawcze w Katowicach i w Chorzowie. Zjazdy te miały na celu podkreślenie krzywd, jakie rzekomo doznają Niemcy w Polsce, walczący o utrzymanie swej egzystencji. Na zjeździe GDA w Chorzowie postanowiono przedłożyć Rządowi polskiemu memoriał, domagający się między innymi przyjęcia z powrotem do pracy zwolnionych swego czasu robotników i robotnic narodowości niemieckiej. Oba niemieckie związki zawodowe tj. GDA i VDA czyniły nadal przygotowania do wyznaczonych na kwiecień konkursów sprawności zawodowej, do których miało się zgłosić około 2 100 niemieckich pracowników fizycznych i około 420 niemieckich pracowników umysłowych.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

I. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

W konsekwencji zapoczątkowanego w ubiegłym okresie sprawozdawczym wzmocnienia akcji zebraniowo-imprezowej, Volksbund wykazywał na tym odcinku w dalszym ciągu wzmożoną ruchliwość. Urządził on mianowicie w terenie 9 imprez tzw. „Bunte Abende" względnie „Deutsche Abende", których frekwencja wynosiła od 100 do 800 uczestników.

Niezależnie od powyższej akcji imprezowej, VB rozwijał dalej akcję humanitarną oraz prowadził wśród członków zbiórkę na „Winterhilfswerk", przyjmując w miesiącu marcu za aktualne hasło tej akcji zbiórkę „na matkę i dziecko".

Szczególnie aktywnym okazał się VB w dziedzinie znanej jego akcji świetlicowej i młodzieżowej, organizując w świetlicach w terenie liczne zebrania i pogadanki, których tematem była propaganda utworzenia jednolitej organizacji Niemców w Polsce, a przede wszystkim aktualna sytuacja polityczna. Jako materiał do tych pogadanek urząd młodzieżowy VB wydał ostatnio w formie znanych „Heimabendbriefe" nowy tego rodzaju zeszyt, tym razem pt. „Niemczyzna w Rumunii". Szczególnie pomocnymi dla VB w jego akcji młodzieżowej okazały się „Deutsche Jugendbildungsvereine". Są to, jak wiadomo, stowarzyszenia zwykłe, fungujące w terenie, w których zorganizowana jest młodzież volksbundowa, a które pracują w porozumieniu i według wytycznych urzędu młodzieżowego VB. Stowarzyszenia te pod wpływem znanych nastrojów, jakie ogarnęły tutejszą młodzież niemiecką w związku z aneksjami terytorialnymi Rzeszy, wykazały w miesiącu marcu wybitną ruchliwość, organizując w świetlicach VB względnie w innym lokalach w terenie, liczne zebrania członkowskie, poświęcone entuzjastycznemu omawianiu sukcesów Rzeszy.

Na niektórych tych zebraniach słuchano zbiorowo, już to audycyj radiowych niemieckich z przebiegu zajmowania przez Rzeszę Czechosłowacji, już też okolicznościowych radiowych przemówień różnych przywódców hitlerowskich w Rzeszy. Z okazji omawiania wyników polityki Rzeszy, mówcy w niektórych tych zebraniach przemawiali w duchu rewizjonistycznym, robiąc niedwuznaczne takie aluzje, jak że „niedługo zmieni się również na Górnym Śląsku", że „wszystkie kraje, które należały do Niemiec, muszą do Rzeszy wrócić z powrotem", że „zrabowane ziemie muszą być przyłączone do Niemiec", że „Górny Śląsk zostanie niedługo Niemcom zwrócony" itp.

Jungdeutsche Partei

Akcja zewnętrzna JDP w miesiącu marcu 1939 r. ześrodkowała się przede wszystkim i niemal całkowicie na organizowaniu w terenie obchodów uroczystości dnia poległych /Heldengedenkfeiern/. Organizowanie tych obchodów na terenie tutejszego województwa zmonopolizowała JDP w swym ręku, urządzając je ogółem w 22 miejscowościach w terenie. Program tych obchodów polegał na urządzaniu nabożeństw żałobnych, składaniu wieńców na cmentarzach oraz na organizowaniu w wiekszości wypadków okolicznościowych akademii żałobnych. Na najliczniej obesłanej akademii, a mianowicie w Katowicach /500 osób/ wystąpił Wiesner, który odbiegając od istoty tematu, wygłosił przemówienie o charakterze wybitnie politycznym. Z uwagi na powyższe, władze kompententne skreśliły z programu projektowanej analogicznej akademii w Bielsku przemówienie Wiesnera. Bliższe szczegóły w tej sprawie przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

Poza powyżej przytoczoną akcją, JDP zorganizowała w terenie 12 zebrań członkowskich, o łącznej ilości 400 uczestników i jedną imprezę – koncert /około 500 osób/. Zebrania te poświęcone były – jak zresztą olbrzymia większość wszystkich innych zebrań niemieckich, odbywanych w ostatnim czasokresie – omawianiu i podkreślaniu ostatnich wyników polityki Rzeszy. Charakterystyczny przykład naświetlania tych wyników stanowi przemówienie kierownika okręgu śląskiego partii, Dr.Niffki, wygłoszone na jednym z zebrań partyjnych w Chorzowie. Dr. Niffka omawiając sukcesy terytorialne Niemiec podkreślił, że JDP łącznie z całym narodem niemieckim daje wyraz zadowoleniu i składa hołd kanclerzowi Hitlerowi za jego genialną politykę i tworzenie Wielkich Niemiec. Nawiązując przy tej sposobności do zajęcia Zaolzia przez Polskę, Niffka zaznaczył, że pożałowania godnym jest, iż Polska otrzymała Zoalzie, gdzie jest 99% Niemców. Mowę swą zakończył Niffka hasłem: „Wytrzymać największy ucisk aż do zwycięstwa, a na pewno będziemy tryumfować".

Z aktualnych prac wewnętrznych partii, na podkreślenie zasługuje przystąpienie JDP do prac przygotowawczych w związku z przyszłymi wyborami komunalnymi na Śląsku. W ramach tych przygotowań kierownictwo partii wydało okólnik do jednostek organizacyjnych w terenie, polecający przygotowanie spisów niemieckich kandydatów w poszczególnych miejscowościach.

Deutscher Volksblock

Sygnalizowane w dwóch poprzednich sprawozdaniach sytuacyjnych zbliżanie się rozkładu tej organizacji nie dało na siebie długo czekać, albowiem początek tego rozkładu zaobserwowano już w okresie sprawozdawczym. W wyniku zapoczątkowanych pertraktacyj z młodoniemcami /patrz poprzednie sprawozdanie/, w miesiącu marcu dwa oddziały Volksblocku, a mianowicie w Lublińcu i w Chropaczowie w pełnym składzie członkowskim przeszły do JDP, przy czym przewodniczący oddziału w Lublińcu wszystkie akta związkowe w komplecie złożył w sekretariacie JDP w Katowicach. Obecnie toczą się pertraktacje o sfuzjonowanie oddziału Volksblocku w Chorzowie z miejscowym oddziałem JDP. Członkowie Volksblocku przeciwni łączeniu się z JDP, wykorzystując zbliżenie się do Volksblocku Wilhelma Schneidera, prezesa „Deutscher Arbeitskreis" w Katowicach, doprowadzili do powzięcia przez Główny Zarząd Volksblocku uchwały, mocą której poruczono Schneiderowi całą administrację w partii oraz powierzono mu opracowanie planu reorganizacyjnego partii. Powierzone zadanie Schneider przyjął. Wyniki akcji Schneidera ograniczyły się dotychczas do wydania z początkiem kwietnia br. w imieniu Volksblocku ulotki-odezwy do członków, wzywającej ich do współpracy około tworzenia jednolitej organizacji Niemców w Polsce.

W terenie Volksblock zorganizował 6 zebrań, przy łącznym udziale około 300 osób.

Deutsche Christliche Volkspartei i Deutsche Sozialistische Arbeitspartei

nie wykazały żadnej żywotności.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/

zorganizowała we własnym zakresie obchody „Heldengedenkfeiern", a to w Katowicach /300/, w Bielsku /300/ i w Cieszynie /180/. We wszystkich trzech obchodach wziął udział, w imieniu „Auslandsorganisation Auswärtiges Amt" z Berlina, Werner Vogelsang. Wygłosił on na tych zebraniach główne przemówienia okolicznościowe.

Poza tym zorganizowała NSDAP ogółem 7 zebrań członkowskich w terenie /łącznie około 660 osob/, poświęconych znanej akcji szkoleniowej, z których najliczniej obesłane było zebranie odbyte w Bielsku. W zebraniu tym wzięło udział około 300 obywateli niemieckich ze Śląska Cieszyńskiego. Nieznany bliżej referent wygłosił odczyt na temat organizacji niemieckiego frontu pracy oraz na temat armii niemieckiej i jej rozbudowy.

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Hitlerowska prasa niemiecka na tutejszym terenie była również w ubiegłym okresie sprawozdawczym wiernym odbiciem polityki Berlina. Głównym jej dążeniem – podobnie jak dotychczas, były próby wykazywanie rzekomej identyczności interesów III Rzeszy i Polski na terenie polityki zagranicznej. W tym duchu komentowano wizytę ministra Ciano, oraz polemizowano z opozycyjną prasą polską na temat znanych wypadków gdańskich. Zabór Czech, ogłoszenie tam protektoratu aprobowano z zapałem, co zaś do uzależnienia Słowacji od Berlina, to wobec oczywistego niezadowolenia, jakie fakt ten wywołał w całej opinii polskiej – starano się dowodzić, że suwerenność Słowacji jest nienaruszona. Dalszy rozwój wypadków postawił tę prasę w trudnym położeniu, toteż starała się ona unikać zabierania głosu w artykułach redakcyjnych, ograniczając się do depesz, których tytuły i wybór zdradzały jednak niedwuznaczne solidaryzowanie się całkowite z oficjalną polityką III Rzeszy.

Sprawy wewnętrzne

To samo zjawisko zaznaczyło się na odcinku wewnętrzno-politycznym, o ile chodzi o formowanie jednolitego frontu społeczeństwa polskiego w stosunku do zachodniego sąsiada i wypływającą stąd akcję na Fundusz Obrony Narodowej. Pisma hitlerowskie podawały te fakty tylko krótko w formie sprawozdawczej, powstrzymując się od komentarzy redakcyjnych.

Stosunkowo obszernie omawiano przebieg końcowego stadium prac naszych ciał ustawodawczych, cytując wystąpienia posłów „dzikich" i podając głosy prasy opozycyjnej na temat ordynacji wyborczej oraz rzekomych rozdźwięków między obozem Zjednoczenia Narodowego a panem wicepremierem Kwiatkowskim. Dużo też, ale w formie tylko informacyjnej, podawano wiadomości o akcji grup opozycyjnych w związku ze sprawą powrotu tzw. emigrantów politycznych i tendencjami do utworzenia rządu „zaufania narodowego".

Sprawy śląskie

W sposób sensacyjny podawała tutejsza prasa hitlerowska sprawozdania z przebiegu o nadużycia KKO w Świętochłowicach, starając się podobnie jak polska prasa opozycyjna, wyzyskać tę sprawę w walce z władzami polskimi.

Sprawy mniejszości

O ile w sprawach polityki zagranicznej i wewnętrznej nakładała sobie tutejsza prasa hitlerowska tłumik, to natomiast w zakresie tzw. polityki mniejszościowej ataki na władze polskie przekroczyły wszelkie znane dotychczas granice. Całe szpalty poświęcała ta prasa przedstawianiu rzekomych krzywd tutejszej mniejszości niemieckiej. Czyniono to w sposób krzykliwy, w sposób uderzająco sensacyjny na wzór prasy henleinowskiej z września ubiegłego roku. Najdrobniejszy wypadek wyolbrzymiano, starając się w ten sposób oczywisty sprowokować społeczeństwo polskie. Toteż konfiskaty pism hitlerowskich w ubiegłym okresie sprawozdawczym były stosunkowo częste, co dawało okazję do nowych skarg i zarzutów. Podnoszono krzyki z powodu rzekomego odmawiania członkom mniejszości niemieckiej przepustek granicznych, z powodu stosowania postanowień o pasie granicznym w zakresie udzielania zezwoleń, np. na nabywanie nieruchomości, podnoszono krzyki na temat wysiedlania niepożądanych elementów, skarżono się na parcelowanie wielkiej własności, przede wszystkim zaś w sposób bezprzykładny alarmowano opinię publiczną, zwłaszcza zagraniczną, rzekomym pozbawianiem tutejszej mniejszości niemieckiej w Polsce szkół niemieckich, dowodząc

między innymi, że blisko 75% dzieci niemieckich w Polsce pozbawionych jest możności uczęszczania do szkoły niemieckiej. Atakowano również władze polskie na odcinku życia kościelnego, a zwłaszcza usuwania przerostów niemieckich wpływów w tutejszym Ewangelickim Kościele Unijnym. Do tego celu służyły zwłaszcza mowy wygłoszone w Senacie przez senatora Hasbacha, które podawano w dosłownym brzmieniu w formie alarmującej, licząc na to, że nie będą one zajęte, gdyż są chronione ustawą.

W związku z tym dochodziło do bardzo ostrych polemik z pismami polskimi, które demaskowały te tendencje prasy niemieckiej.

Jak zawsze, skarżono się również na rzekome zwalnianie Niemców z pracy, przy czym dowodzono, iż w ostatnim kwartale zwolniono 400 zorganizowanych Niemców, w ogóle zaś pozbawiono dotychczas pracy 8 200 Niemców, co jest tym bardziej krzywdzące, że równocześnie dano jakoby pracę 47 000 Polakom.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Aktywność niemieckich organizacji katolickich utrzymywała się na poziomie z poprzedniego okresu sprawozdawczego. Poszczególne oddziały tych organizacji w terenie odbywały nadal już to normalne zebrania członkowskie, już to walne zebrania doroczne. Na zebraniach tych poza lokalnymi sprawami organizacyjnymi omawiano tu i ówdzie również aktualne wydarzenia polityczne względnie obchodzono w zamkniętych ramach tzw. „Heldengedenkfeiern".

Dane statystyczne aktywności niemieckich stowarzyszeń katolickich za miesiąc marzec przedstawiają się następująco:

Verband Deutscher Katholiken – 7 zebrań /łącznie około 500 osób/,

Katholischer Männerverein – 4 zebrania /łącznie około 150 osób/, oraz zorganizowanie kursu księgowości /30 uczestników/,

Katholischer Jugend- und Jungmännerverein – 3 zebrania /łącznie 90 osób/,

Katholischer Gesellenverein – 1 zebranie /60 osób/, i

Deutscher Katholischer Frauenbund – 5 zebrań /łącznie około 340 osób/.

Ewangelicy niemieccy

Niemieckie organizacje ewangelickie zorganizowały ogółem 9 zebrań członkowskich w czym Evangelische Frauenhilfe – 5 zaś Evangelischer Männer- und Jünglingsverein – 4 zebrania. Przebieg tych zebrań nie przyniósł na ogół momentów, któreby zasługiwały na szczególniejsze podkreślenie.

Hilfsverein Deutscher Frauen

urządził 3 zebrania członkowskie oraz 2 spotkania towarzyskie.

Niemieckie stowarzyszenia śpiewacze

wykazały dużą ruchliwość, urządzając w terenie ogółem 8 zebrań członkowskich /łącznie 400/ i 5 imprez. Z imprez najpoważniejszą okazał się uroczysty koncert największego tutejszego chóru niemieckiego „Meisterscher Gesangverein", urządzony w teatrze miejskim w Katowicach w dniu 31 marca 1939 r., z okazji 25-letniego jubileuszu dyrygenta chóru. Koncert ten transmitowany był przez radio niemieckie. Podkreślić należy, że Meisterscher Gesangverein, podobnie jak i w latach ubiegłych, również i w roku bieżącym urządził tournee koncertowe po Niemczech, a to w czasie od 11 do 22 marca 1939 r.

Deutscher Kulturbund

zorganizował w Katowicach odczyt Dr. Waltera Lindera z Lipska na temat podróżniczy /150 uczestników/.

Poza tym zebrania członkowskie odbyły się:
Verein für Volksbildungspflege w Katowicach,
Volksbildungsverein w Skoczowie powiat cieszyński i
Deutsche Bezirksstelle für Kinderschutz w Cieszynie.

Wykaz statystyczny ruchu stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiat	Zebrania	Przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice m. i p.	31	5
Chorzów	3	-
Rybnik	2	1
Pszczyna	2	-
Tarnowskie Góry	1	1
Lubliniec	1	1
Cieszyn	-	1
Razem:	40	9

4. *Życie gospodarcze*

W okresie sprawozdawczym odbył doroczne walne zebranie „Schlesischer Landbund", przy udziale około 90 członków. W zebraniu wziął również udział prof.dr. Blohm z Gdańska, z tamtejszej „Landwirtschaftliche Abteilung [der] Technischen Hochschule". Ze sprawozdania złożonego na zebraniu wynika, że związek liczy obecnie około 463 członków i że dochody jego za roczny okres sprawozdawczy wynosiły 39 000 zł., zaś rozchody około 38 000 zł. Główny referat na zebraniu wygłosił wyżej wspomniany dr. Blohm, który omówiwszy zadania rolnictwa i racjonalne sposoby powiększania jego wydajności, podkreślał konieczność utworzenia jednolitej ogólnej organizacji rolników niemieckich w Polsce. Po walnym zebraniu odbyło się poufne posiedzenie, w którym wzięli udział członkowie zarządu oraz poważniejsi członkowie związku, na którym uchwalono przystąpić do prac przygotowawczych około reorganizacji tutejszych niemieckich stowarzyszeń rolniczych w duchu i w zakresie takim samym jak uchwalił to w poprzednim okresie sprawozdawczym „Hauptverband deutscher Landwirte" /patrz poprzednie sprawozdanie sytuacyjne/.

5. *Życie zawodowe*

Omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego.

6. *Życie sportowe*

W niemieckim życiu sportowym nie notowano w marcu przejawów bardziej ciekawych. Przejawy te ograniczyły się w tym okresie do odbycia ogółem 6 zebrań członkowskich przez niemieckie organizacje gimnastyczno-sportowe w terenie, przy łącznym udziale około 300 osób oraz do zorganizowania przez nie trzech imprez, w czym 2 tzw. „Heldengedenkfeiern".

7. *Życie wyznaniowe*

W dziedzinie niemieckiego życia wyznaniowego nie notowano w marcu wydarzeń o bardziej zasadniczym znaczeniu.

[...]

376

7.7.1939: Wojewodschaft in Katowice an das Innenministerium. Minderheiten-Lagebericht (Juni 1939)

7 VII 1939r.: Urząd Wojewódzki w Katowicach do MSW. Sprawozdanie sytuacyjne dot. mniejszości niemieckiej (czerwiec 1939r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 580

Ogólną ocenę przejawów życia mniejszości niemieckiej za okres sprawozdawczy należy rozpatrzyć pod kątem dwóch zasadniczych punktów widzenia.

Pierwszy z nich to sprawa ruchu organizacyjnego niemieckich stowarzyszeń i związków oraz nasilenia i rozpiętości tego ruchu. W tej dziedzinie stwierdzić należy bezsprzecznie wybitniejszy jeszcze niż w ubiegłym okresie sprawozdawczym upadek aktywności przede wszystkim zewnętrznej, tak niemieckich organizacyj politycznych jak również społecznych. Volksbund nie urządził żadnych zebrań ani imprez. Nawet i Jungdeutsche Partei, która stale dotychczas dystansowała wszystkie tutejsze organizacje niemieckie pod względem ruchliwości w akcji zebraniowej, organizując w ramach tej akcji przeciętnie po 15 do 20 zebrań członkowskich miesięcznie, w czerwcu zebrań takich urządziła tylko 3. To samo – jak już wyżej wspomniano – dotyczy również i licznych niemieckich stowarzyszeń kulturalno-społecznych, których bilans ruchliwości za czerwiec przedstawia się bardzo słabo. Podkreślić należy, że to zahamowanie aktywności zewnętrznej organizacyj niemieckich, nastąpiło z własnej inicjatywy niemieckich kół kierowniczych, czego dowodzą między innymi takie fakty, jak wydanie przez centralę Volksbundu zarządzenia w teren o wstrzymaniu się organizowania zebrań członkowskich i imprez, lub jak odwołanie w ostatniej chwili „ze względów politycznych" przez zarząd główny Verband Deutscher Katholiken, zapowiedzianego na 18 czerwca w Katowicach dorocznego walnego zjazdu delegatów.

Zgoła inaczej przedstawiają się przejawy życia niemieckiego, jeżeli chodzi o ich ocenę nie z punktu widzenia ujętego w ramy i kierowanego z góry życia organizacyjnego, lecz z punktu widzenia nastrojów, panujących w szerokich kołach mniejszości niemieckiej. W tym względzie przejawy te nie uległy żadnym zmianom w porównaniu ze stanem z ubiegłych miesięcy. Nadal mnożą się, oświetlone już bliżej w poprzednim sprawozdaniu sytuacyjnym ze stanu bezpieczeństwa – liczne wypadki masowej nielegalnej emigracji Niemców do Rzeszy. Na podkreślenie zasługuje, że objawu tego nie potrafią skutecznie zahamować tutejsze kierownicze czynniki niemieckie, i to tak obozu volksbundowego jak i też młodoniemieckiego, które podkreślają, że emigracja do Rzeszy przyczynia się do niepożądanego osłabienia elementu niemieckiego w Polsce i że w związku z tym nie leży ona w interesie mniejszości niemieckiej; drogą odpowiedniej propagandy w terenie przeciwstawiają się temu objawowi.

Również nie straciły na nasileniu powtarzające się równie często jak i w ubiegłych miesiącach, wypadki wystąpień antypolskich ze strony członków mniejszości niemieckiej w formie, czy to szerzenia defetystycznych wiadomości, czy też zniewag Narodu i Państwa. Wystąpień tych dopuszcza się przede wszystkim radykalny element niemiecki zorganizowany z partii młodoniemieckiej.

[...]

II. *Mniejszość niemiecka*

1. *Życie polityczne*

Deutscher Volksbund

w dalszym ciągu powstrzymywał się od organizowania zebrań i imprez w terenie.

Z dziedziny przejawów jego życia zewnętrznego zanotować należy konferencję kierowników związków obwodowych /Bezirksvereinigungen/ i posiedzenie rady zarządzającej /Verwaltungsrat/, odbyte w dniu 15 czerwca br. w Katowicach. Obydwa te zebrania poświęcone były przede wszystkim powzięciu uchwały i wydaniu zarządzeń, będących dalszym ciągiem podjętych już w ubiegłym okresie sprawozdawczym kroków, mających na celu odgrodzenie Volksbundu od podejrzeń, że [nieczytelne] wystąpienia prowokacyjne Niemców i że popiera akcję nielegalnej emigracji do Niemiec. /Patrz poprzednie sprawozdanie sytuacyjne/. W związku z tym na wspomnianym wyżej posiedzeniu podjęto następujące uchwały:

1. wstrzymać się aż do odwołania od organizowania wszelkiego rodzaju imprez, jak również od odbywania zebrań członkowskich, przez poszczególne związki obwodowe Volksbundu,

2. wpłynąć na członków, by nie szerzyli antypolskich pogłosek, za które pociągani być mogą do odpowiedzialności karnej. Pociągnięci do odpowiedzialności karnej za takie przestępstwa, nie mogą następnie zwracać się o pomoc do Volksbundu, bo jej nie dostaną. Szkodzą bowiem w ten sposób nie tylko sobie, lecz i całej niemieckiej grupie narodowej w Polsce.

3. zabronić członkom publicznego używania niemieckiego pozdrowienia hitlerowskiego, jako działającego prowokacyjnie na Polaków i karalnego.

4. nie udzielać w żadnej formie pomocy Niemcom przybyłym na teren Województwa Śląskiego w celu nielegalnego przekroczenia granicy do Rzeszy, ani też nie wystawiać im żadnych zaświadczeń, czy poleceń dla władz niemieckich.

Z aktualnych akcji kontynuował Volksbund w dalszym ciągu w ramach i w zakresie znanych z poprzednich sprawozdań, akcję charytatywną oraz świetlicowo-młodzieżową, przy czym tą ostatnią – jak zwykle – przy pomocy stowarzyszeń młodzieży volksbundowej, fungujących w terenie w charakterze stowarzyszeń zwykłych pod nazwą „Deutscher Jugendbildungsverein" względnie „Deutscher Jugendverein". Z przejawów wewnętrznego życia organizacyjnego tych stowarzyszeń zanotować należy zmianę zaszłą w okresie sprawozdawczym na stanowisku przewodniczącego „Deutscher Jugendverein" w Lipinach Śl. powiat katowicki. W miejsce dotychczasowego przewodniczącego Piechoty, który wyprowadził się do Niemiec, wybrany został Binkowski Jan z Lipin Śl..

W okresie sprawozdawczym władze administracji ogólnej zabroniły na podstawie art. 16 rozporządzenia Prezydenta RP o granicach Państwa wszystkim stowarzyszeniom niemieckim, użytkującym lokale nieruchomości położonej w Tarnowskich Górach przy ulicy Karola Miarki 17, korzystania z tego budynku, zakazując im działalności w jego obrębie. Równocześnie miejscowa Prokuratura zarządziła rewizję w lokalach tej nieruchomości. Zarządzenia te zostały wydane z następujących powodów: nieruchomość odnośna jest własnością firmy „Nostra" spółki budowlanej z ograniczoną odpowiedzialnością w Katowicach, która to spółka, jak wiadomo, stworzona została przez Volksbund. Spółka ta oddała odnośną nieruchomość do użytkowania wszystkim miejscowym stowarzyszeniom niemieckim w Tarnowskich Górach, nie wyłączając organizacji wybitnie politycznych. Ponieważ firma Nostra jest finansowana przez osoby działające w interesie obcego rządu, a mianowicie w interesie rządu niemieckiego, czyli przyjmując od tych osób w związku ze swą działalnością polityczną korzyści majątkowe dla stowarzyszeń pomieszczonych w odnośnym budynku, jest w skutek tego podejrzana o przestępstwo przeciwko niezależności życia publicznego z art. 5 dekretu prezydenta RP

z dnia 22 listopada 1938 r. o ochronie niektórych interesów Państwa. Na tej podstawie wdrożono w okresie sprawozdawczym przeciwko firmie Nostra postępowanie karne.

Jungdeutsche Partei

w miesiącu czerwcu ograniczyła się prawie zupełnie do prac wewnętrzno-organizacyjnych, nie rozwijając niemal żadnej akcji zebraniowej. Ogółem bowiem zanotowano w terenie odbycie 3 zebrań członkowskich /łącznie około 230 osób/.

Obserwowany w ubiegłym okresie sprawozdawczym ubytek członków partii, powodowany nielegalną emigracją do Niemiec notowano nadal. Do scharakteryzowanych już w poprzednim sprawozdaniu przejawów tego faktu, dodać należy, że w związku z uszczupleniem stanu członkowskiego niektórym grupom miejscowym partii w terenie grozi nawet całkowita likwidacja, jak miało to miejsce w okresie sprawozdawczym z grupą miejscową w Chwałowicach, powiat rybnicki. Dlatego też kierownictwo partii zwróciło się do swych organów oraz działaczy w terenie z apelem, by dołożono wszelkich starań do zwalczania emigracji członków do Niemiec i by przeciwdziałano wszelkimi możliwymi sposobami tej emigracji.

W związku z mnożącymi się coraz bardziej scharakteryzowanymi już w poprzednim sprawozdaniu wypadkami wystąpień antypolskich ze strony mniejszości niemieckich, których dopuszcza się przeważnie radykalny element niemiecki zorganizowany w JDP, Wojewoda Śląski wezwał przewodniczącego głównego zarządu tej partii, Wiesnera Rudolfa i oświadczył mu, że czyni go osobiście odpowiedzialnym za wpłynięcie na uspokojenie umysłów i powstrzymanie członków partii od niewłaściwego zachowania się. Wiesner nie mając możności bezpośrednio wypowiedzieć się na powyższe urzędowe oświadczenie Wojewody, przesłał listownie wyjaśnienie, w którym między innymi oświadcza, że nie może wziąć na siebie odpowiedzialności za „czyny prywatne" członków partii /bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu/.

Wreszcie z przejawów życia wewnętrzno-organizacyjnego partii podkreślić należy zmianę na stanowisku kierownika okręgowego partii na terenie górnośląskiej części województwa. Dotychczasowy kierownik tego okręgu dr. Niffka Jerzy z Mysłowic został przez Wiesnera odwołany a na jego miejsce wyznaczony został Gustaw Frydecki z Katowic.

Deutscher Volksblock

zorganizował w czerwcu 4 zebrania członkowskie w terenie /łącznie około 150 osób/.

Deutsche Christliche Volkspartei

odbyła dnia 4 czerwca br. w Katowicach doroczny walny zjazd, przy udziale około 60 delegatów. W wyniku wyborów nowego zarządu, przewodniczącym partii w miejsce zmarłego Dr. Panta, wybrany został ks. Schirmer z Broniszowic /woj. poznańskie/. Obrady oraz referaty wygłoszone na zjeździe nosiły zdecydowanie nastawienie antyhitlerowskie. Zjazd zakończono uchwaleniem rezolucji, która między innymi występuje przeciwko narodowemu socjalizmowi, zastrzega się przeciwko temu, by trybuny Senatu RP nadużywano do uzurpowania sobie przez narodowego socjalistę prawa składania oświadczenia, stwierdzającego kłamliwie, jakoby ludność niemiecka w Polsce w całości wyznawała ideologię narodowo-socjalistyczną i wreszcie stwierdza, że „lojalność w stosunku do Państwa polskiego nie jest rzeczą tylko ściśle formalnego wyznawania naszego, lecz i naszego przekonania" [!]. /Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu./

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei

od szeregu miesięcy po raz pierwszy zaakcentowała na zewnątrz swoją żywotność w formie zwołania tzw. partyjnej konferencji okręgowej, odbytej w dniu 17 czerwca w Bielsku, przy udziale 65 osób, w czym również delegatów PPS i klasowych związków zawodowych. Główne przemówienie wygłosił były poseł Kowoll Jan z Katowic, naświetlając w nim aktualne położenie polityczne z punktu widzenia socjalistycznego i antyhitlerowskiego. Nowy zarząd okręgowej partii wybrano w dotychczasowym składzie. Konferencję zakończono uchwaleniem rezolucji politycznej, której tekst wydała partia drukiem w języku polskim i niemieckim w ilości 2000 egzemplarzy. 2 egzemplarze druku przedkłada się przy niniejszym Ministerstwu.

Reichsdeutsche Kolonie /NSDAP/

podobnie jak w maju, również i w czerwcu nie rozwijała poważniejszej działalności. Zanotowano tylko odbycie 2 zebrań członkowskich a mianowicie w Cieszynie /60 osób/ i w Katowicach /100 osób/. Na zebraniu w Katowicach wygłoszono odczyt na temat „Żydostwo a Bolszewizm".

2. *Prasa niemiecka*

Sprawy zagraniczne

Bardziej jeszcze niż w poprzednich okresach sprawozdawczych, była w ubiegłym prasa niemiecka hitlerowska wyłącznie tylko echem, względnie tubą ministerstwa propagandy III Rzeszy. O ile jednak w ostatnich 2 okresach sprawozdawczych po zerwaniu przez Berlin paktu z 1934 r. prasa ta starała się maskować tę zależność i ograniczała się przeważnie tylko do przedruków prasy polskiej i niemieckiej, to w ostatnim okresie nastroje antypolskie wychodziły jawnie z łamów tej prasy raz poraz. Ironizowano na temat poszczególnych antyniemieckich głosów prasy polskiej, starano się wykazywać „nierzeczowość" argumentów prasy polskiej w odniesieniu do całokształtu zagadnienia polsko-niemieckiego. Przede wszyskim zaś nie ukrywano nastawienia całkowicie pronieniemieckiego, co znajdowało wyraz w niemaskowanych atakach na sojuszników Polski na Zachodzie, przede wszystkim zaś w atakach na Wielką Brytanię. Powtarzano więc na łamach tej prasy bez ustanku twierdzenie oficjalnych kół niemieckich, iż Anglia jest państwem okrążającym, z radością uwypuklano w tytułach zwłaszcza rzekome niepowodzenia i trudności Londynu i Paryża czy to w rokowaniach z ZSRR czy też na Dalekim Wschodzie. Również sprawy gdańskie omawiano wyłącznie z punktu widzenia interesów Berlina, przyznając pośrednio rację jego pociągnięciom. W związku z akcją wysłannika z Londynu Stranga w Moskwie podkreślała prasa hitlerowska z pewnym zdziwieniem zimną krew, z jaką negocjacjom tym przypatruje się społeczeństwo polskie, nie chcąc jednak przyznać, że źródłem tego spokoju polskiego jest poczucie własnej siły i słuszności sprawy.

W rocznicę podpisania traktatu wersalskiego zamieściła ta prasa rozważania ściśle w duchu oficjalnej polityki Berlina.

W sensacyjnej formie podała „Kattowitzer Zeitung" Nr. 172 głos czasopisma pt. „Zespół" o rzekomych akcjach pośredniczących Watykanu, prof. Burckhardt Stranga w sprawie gdańskiej [!].

Osobną rubrykę stanowiły polemiki z prasą polską na temat położenia, a zwłaszcza liczebności mniejszości polskiej w Niemczech. Prasa hitlerowska starała się ośmieszać dzienniki polskie zabierające głos w tej sprawie.

Jak i w poprzednich okresach sprawozdawczych stanowczo antyhitlerowskie stanowisko zajmowały dwa tutejsze czasopisma niemieckie tj. „Der Deutsche in Polen" i „Katholische Volkszeitung".

Pisma te wzywały nadal ogół członków mniejszości w Polsce do stanowczego przeciwstawiania się kursowi berlińskiemu w imię własnych interesów tutejszej mniejszości, która zdaniem tych pism niechybnie zapłaci koszta nieuchronnej klęski III Rzeszy w razie, gdyby ta sprowokowała napaść.

Sprawy wewnętrzne

Bardziej jeszcze niż w poprzednich okresach sprawozdawczych, unikała tutejsza prasa hitlerowska zajmowania w artykułach redakcyjnych głosu na tematy wewnętrzno-polityczne. Cytowano przeważnie głosy prasy polskiej, zwykle opozycyjnej, często „Słowo" wileńskie. Prasa antyhitlerowska wzywała swych rodaków do tępienia plotek i plotkarzy jako szkodliwych dla Panstwa.

Sprawy mniejszości

Całe szpalty poświęcała prasa hitlerowska codziennym zestawieniom rzekomych krzywd tutejszej mniejszości niemieckiej. Codziennie niemal podawano „fakta" o wybijaniu szyb w mieszkaniach Niemców o wydalaniu Niemców z warsztatów pracy, o utrudnianiu dzieciom niemieckim uczęszczania do szkół mniejszościowych, o odbieranie Niemcom ich domów związkowych. Ogromna większość tego rejestru, to były przeważnie fałszywe, skonstruowane celowo dla zagranicy, na co bezustannie wskazywał tutejesza prasa polska, oraz niemieckie pisma antyhitlerowskie. Tym rzekomym faktom ucisku przeciwstawiano na łamach prasy hitlerowskiej pomyślny, rzekomo, los Polaków w Rzeszy Niemieckiej.

W sprawie listu otwartego, ogłoszonego na łamach antyhitlerowskigo pisma w Łodzi pt. „Der Deutsche Wegweiser", który wzywał Niemców w Polsce do jasnego odcięcia się od hitleryzmu, tutejsze pisma hitlerowskie nie zajęły jasnego stanowiska.

Sprawy gospodarcze

Jak już zaznaczono w ustępie poprzednim, prasa hitlerowska rozpisywała się bardzo często o rzekomym upośledzeniu przedstawicieli mniejszości w przydziale pracy. Przy każdej sposobności podkreślano rzekomą konieczność kontynuowania stosunków handlowych z Niemcami, starając się wykazać, iż nikt nie zdoła zastąpić partnera niemieckiego.

3. *Życie kulturalno-oświatowe*

Katolicy niemieccy

Zapowiedziany na 18 czerwca br. w Katowicach doroczny walny zjazd „Verband Deutscher Katholiken" /patrz poprzednie sprawozdanie/, nie odbył się z powodu odwołania go przez zarząd główny. Uchwała o odwołaniu powzięta została na wspólnym posiedzeniu zarządu głównego związku oraz przewodniczących oddziałów, odbytym w dniu 18 czerwca br. w Katowicach. Powodem uchwały był wzgląd na obecną sytuację polityczną.

Zestawienie aktywności niemieckich organizacji katolickich w terenie za miesiąc czerwiec przedstawia się następująco:

Verband Deutscher Katholiken – 5 zebrań członkowskich /łącznie około 200 osob/
Deutscher Katholischer Frauenbund – 4 zebrania /łącznie około 200 osób/,
Katholischer Männerverein – 3 zebrania /łącznie około 100 osób/
Katholischer Jugend- und Jungmännerverein – 4 zebrania /łącznie około 180 osob/,
Katholischer Gesellenverein – 1 zebranie.

Ewangelicy niemieccy

Również i niemieckie stowarzyszenia ewangelickie nie wykazały żywszej ruchliwości. Evangelischer Männer- und Jünglingsverein odbył ogółem 4 zebrania członkow-

skie /łącznie około 200 osób/, zaś Evangelische Frauenhilfe – 5 zebrań /łącznie około 170 osob/.

Niemieckie stowarzyszenia śpiewacze

odbyły 2 zebrania członkowskie /80 osób/

Deutscher Theaterverein w Cieszynie

odbył dnia 12 czerwca br. walne zebranie przy udziale 47 członków. Przebieg zgromadzenia i dyskusji robił wrażenie z góry zainscenizowanej gry, która miała na celu zerwanie umowy zawartej swego czasu z miejscowym towarzystwem teatru polskiego w sprawie korzystania przez teatr polski z budynku teatru w Cieszynie, który to budynek stanowi własność Deutscher Theatervereinu. Istotnie też zgromadzenia powzięło uchwałę zrywającą powyższą umowę większością 34 przeciwko 13 głosom. Bliższe szczegóły przedłożono Ministerstwu w oddzielnym sprawozdaniu.

Wykaz statystyczny stowarzyszeń kulturalno-oświatowych

Powiat	Zebranie	Przedstawienia, obchody i inne imprezy
Katowice m. i p.	23	-
Chorzów	3	-
Cieszyn	1	-
Razem:	27	-

4. *Życie gospodarcze*

Nawiązując do wiadomości podanych w poprzednich sprawozdaniach sytuacyjnych w sprawie prac przygotowawczych około utworzenia nowej jednolitej organizacji rolników niemieckich na tutejszym terenie, podkreślić należy, że projekt ten poddano ostatnio nowej rewizji. W okresie sprawozdawczym odbyła się mianowicie dalsza konferencja w tej sprawie przedstawicieli tutejszych rolników niemieckich. Na konferencji tej przedstawiciele większej własności ziemskiej wysunęli propozycję, by ze względu na obecną sytuację polityczną wstrzymać się na razie od tworzenia nowej organizacji i sprawę tę przesunąć na późniejszy termin. W rezultacie po dłuższej dyskusji postanowiono istotnie odstąpić od tworzenia nowej organizacji i ograniczyć się tylko do przeprowadzenia zmian statutowych „Schlesischer Landbundu", przede wszystkim w tym kierunku i w tym duchu, ażeby umożliwić przystąpienie do tego związku wszystkim rolnikom niemieckim. W ten sposób, w wypadku zrzeszenia wszystkich rolników niemieckich w „Schlesischer Landbund", z konieczności uległy by likwidacji inne niemieckie organizacje rolnicze. Odnośna zmiana statutu ma być przeprowadzona na walnym zebraniu Landbundu, które ma zostać w tym celu specjalnie zwołane. Czy i kiedy powyższa uchwała zostanie zrealizowana nie wiadomo, albowiem dotychczas nie poczyniono żadnych przygotowań do zwołania odnośnego walnego zebrania.

5. *Życie zawodowe*

Omawia się w dziale II sprawozdania sytuacyjnego o stanie bezpieczeństwa publicznego.

6. *Życie sportowe*

Niemiecki klub sportowy 1. FC w Katowicach dzierżawił od Wspólnoty Interesów w Katowicach-Muchowcu plac, na którym urządził stadion sportowy. W kontrakcie dzierżawnym znajduje się klauzula, że boiska nie wolno używać na inne cele niż

sportowe. Ponieważ 1. FC dopuścił się przekroczenia warunku kontraktu przez oddawanie tego stadionu na różne imprezy nie mające nic wspólnego ze sportem a nawet i na imprezy o zdecydowanym charakterze politycznym, Wspólnota Interesów wypowiedziała temu klubowi umowę dzierżawczą. Sprawa oparła się o Sąd Okręgowy w Katowicach, który po przeprowadzeniu procesu ogłosił dnia 13 czerwca br. wyrok skazujący 1. FC na oddanie boiska Wspólnocie Interesów a ponad to zasądził tenże klub na ponoszenie kosztów procesu.

Poza tym w życiu niemieckich organizacyj sportowych nie notowano w czerwcu powżniejszych przejawów. Odbyły one ogółem 4 zebrania członkowskie /łącznie 140 osób/ oraz zorganizowały 1 wycieczkę.

7. *Życie wyznaniowe*

Na terenie Ewangelickiego Kościoła Unijnego zanotowano ostatnio nowy wypadek z dziedziny znanej akcji opozycyjnej prowadzonej przez niektórych pastorów Niemców. Mianowicie pastor ewangelicki Alfred Bolek w Siemianowicach Śl., powiatu katowickiego, należący do tych pastorów-Niemców na tutejszym terenie, którzy organizują wśród niemieckich ewangelików bierny opór przeciwko ustawie Tymczasowej Organizacji Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku i którzy przeciwstawiają się tej ustawie, nie stosują się do jej przepisów oraz do zarządzeń wydawanych na jej podstawie, w dniu 4 czerwca br. samowolnie ordynował na pastorów w Ewangelickim Kościele Unijnym tych ewangelickich księży wikarych, którzy prawomocnie zostali swego czasu zawieszeni w działalności duszpasterskiej przez Tymczasową Radę Kościelną Ewangelickiego Kościoła Unijnego na Górnym Śląsku.

[...]

F.2. Industriegebiet / Okręg przemysłowy

377

5.9.1923: Kommissariat I in Królewska Huta an das Staatskommando der Schlesischen Polizei ebendort. Zwischenfall anläßlich einer deutschen Theatervorstellung (4.9.1923)

5 IX 1923r.: Komisariat I Królewska Huta w Królewskiej Hucie do Miejskiej Komendy Policji Województwa Śląskiego w miejscu. Incydent związany z niemieckim przedstawieniem teatralnym (4 IX 1923r.)

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 614

Dnia 4.9 br. o godzinie 18.00 odbyło się na sali Hrabia Reden w miejscu niemieckie przedstawienie teatralne do którego zostałem odkomenderowany i 10 funkcjonariuszy dla utrzymania porządku.

Na przedstawieniu tym znajdowało się około 80–100 osób, z powodu tego uważano ilość funkcjonariuszy do ochrony za wystarczającą. Przedstawienie odbyło się bez wszelkich przeszkód i spokojnie, zaś znajdujące się osoby podejrzane stojące przed hotelem Hrabia Reden, zostały osobiście przeze mnie i moich do dyspozycji stojących funkcjonariuszy, jak i patrol konny składający się z dwóch posterunkowych konnych rozpędzony, przy którym zajściu został jeden posterunkowy jak również jego koń przez nieznanego sprawcę uderzony kamieniem, okaleczenie jednakowoż nie jest znaczne. Sprawcy, których było około 100 osób, poznikali, zauważyłem jednakowoż na bocznych ulicach zgromadzenie się małych grup 3–5 osób. Czując jakieś niebezpieczeństwo zażądałem posiłki policyjne, których przybyło 10 funkcjonariuszy, których rozstawiłem po większej części ulicy przed gmachem hotelu, ażeby zabezpieczyć wewnątrz znajdujących się uczestników od ewentualnego napadu. Po ukończeniu przedstawienia i opróżnieniu sali przez publiczność, dla ochrony artystów pozostawiłem w sali 3 funkcjonariuszy. Kiedy uczestnicy już znajdowali się w drodze do domu z różnych ukryć i kierunków wypadli nieznani sprawcy i zaczęli się rzucać na niewielką liczbę uczestników, których Policja broniła. Zaś ja zostałem przez napastników otoczony, zagrażając mi zastrzeleniem.

Policja była zmuszona do obrony publiczności i własnej użyć białej broni, ze względu na groźną sytuację i zapobieżeniu poważniejszych rozruchów, któreby mogły wyniknąć, wstrzymano się od użycia broni palnej. Podczas zajścia została odebrana broń palna i jeden sztylet. Całe zajście przy Hotelu Hrabia Reden trwało 10 minut, poczem sprawcy udali się w różnych kierunkach na miasto, ja zaś udałem się do rejonu I Komisariatu, gdzie trafiłem podkom. Dobusza, z którym udałem się na ulicę Wolności, celem zapobieżenia dalszym ekscesom w mieście.

Pozostawieni funkcjonariusze dla obrony artystów zostali tak samo przez napastników w sali zaczepiani, lecz zdołali ich przy użyciu białej broni ochronić.

Boroński
aspirant
Kierownik I-go Komisarjatu

378

20.12.1923: Polizeidirektion Katowice an die Wojewodschaft ebendort. Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung

20 XII 1923r.: Dyrekcja Policji w Katowicach do Urzędu Wojewódzkiego w miejscu. Stosunki pomiędzy ludnością polską i niemiecką

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 614

Odnośnie do pisma z dnia 12 grudnia 1923 r. L.III 4376/8/23 komunikuję:

W drugiej połowie czerwca i na początku lipca br. skonstatowano ogółem silne wzmożenie się agitacji niemieckiej za szkołami mniejszościowymi, którą w szczególności skoncentrowano na miasta i większe miejscowości Województwa, gdyż po wioskach takowa nie miała znaczniejszego powodzenia. Mimo wszczęcia kontrakcji ze strony polskiej, wielka liczba rodziców wypełniła przepisane formularze – otrzymane od mężów zaufania „Volksbundu" – i temsamem stawiła wniosek na utworzenie szkół mniejszościowych.

Związek Powstańców Śląskich jak również Związek Obrony Kresów Zachodnich, protestowali wówczas przeciwko zbytniemu uwzględnianiu żądań niemieckich co do wspomnianych szkół i domagali się stosowania postanowień konwencji genewskiej na drodze wzajemności tzn. utworzenia szkół niemieckich na terenie Województwa Śląskiego tylko w tej liczbie, ile Niemcy utworzą szkół polskich na terenie Śląska Opolskiego.

Butne publiczne postępowanie ludności niemieckiej doszło w miesiącach tych do tego stopnia, że chcąc sprowokować Polaków, postanowiła przeprowadzić w Laura-Hucie uroczystość poświęcenia sztandaru tamtejszego związku młodzieńców niemieckich pod wezwaniem „Św. Alojzego" tzw. „Jünglingsverein", która miała miejsce dnia 8 lipca br. Pomimo przestróg i głosów doradczych – by poświęcenie ograniczyć do uroczystości kościelnej i zabawy w zamnkiętym gronie – urządzili Niemcy pochód, na czele którego niesiono sztandary niemieckie, co Polaków oburzyło, do tego stopnia, że gdy pochód mniejwięcej o godz. 10 rano został sformowany, by udać się przez ulice miejscowości, sprowokowani Polacy w liczbie około 60-ciu, nie bacząc na obecność Policji, uderzyli na pochód w zamiarze rozproszenia uczestników. Policja pod kierownictwem asp. Drzewoszewskiego wystąpiła aktywnie, chcąc obalić ich zamiar. Gdy jednakowoż Polacy nie ustępowali, wówczas asp. Drzewoszewski dał rozkaz do gotowania broni palnej i ciągnięcia broni białej, do którego to rozkazu funkcjonariusze Policji zastosowali się. Ludność polska widząc, że Policja bierze w obronę Niemców, poczęła wołać pod adresem tejże „Precz z orgeszami". Po południu tegoż dnia zwołali Polacy zebranie protestacyjne w Domu Ludowym, ze współudziałem członków innych towarzystw polskich.

Nadmienić należy, że w uroczystości poświęcenia sztandaru brali udział wyłącznie Niemcy, liczba których wynosiła 3–4 tysiąca osób. Napływ elementów niemieckich pozamiejscowych jak z Bytomia, Gliwic, Zabrza i Raciborza – miejscowości leżących na terenie Śląska Opolskiego – był tak liczny, że wzbudził zaniepokojenie ludności polskiej, która wyczuwała, iż Niemcom rozchodzi się jedynie o urządzenie demonstracji na wielką skalę, pretekstem czego było poświęcenie sztandaru. Wśród przyjezdnych znajdowali się wybitni działacze niemieccy, których nazwisk ustalić nie zdołano.

Równocześnie nadmienia się, że złączone gminy Huty-Laura i Siemianowice, w których to wielka liczba politycznie uświadomionych i wobec polskiej ludności miejscowej wrogo usposobionych urzędników niemieckich, jakoteż dobrze zorganizowane

i wzajemnie popierające się kupiectwo niemiecko-żydowskie, są prawdziwą ostoją niemczyzny i tamtejsza ludność polska już w czasach przedwojennych staczać musiała z nią ciężką i ostrą walkę, która to zaogniła się jeszcze więcej w czasie powstań górnośląskich i plebiscytu, kiedy to tamtejsi Polacy doznawali wiele przykrości i szykan, zgotowanych im nietylko przez władze tamtejsze, lecz w olbrzymiej mierze przez tamtejszych Niemców.

Zważywszy, że wówczas nie tylko władze państwowe, lecz również władza komunalna, a szczególnie duchowieństwo miejscowe i przedsiębiorstwa niemieckie popierały na każdym kroku tak materjalnie jak i moralnie ludność niemiecką we wszelkich jej dążeniach, ułatwiając takowej różnego rodzaju przedsięwzięcia, idące w kierunku wzmocnienia i rozszerzenia ducha niemieckiego, ludność polską zaś traktowano jako obywateli drugiej klasy, szykanując i prześladując na każdym kroku. Zrozumiałem jest, że Polacy chcą dzisiaj Niemcom odpłacić się w tej samej mierze i tym samym sposobem. Ludności polskiej nie jest jasne, dlaczego władze polskie postępują z Niemcami lojalnie i tolerancyjnie, ośmielając przez to tychże do aroganckiego, bezczelnego i prowokacyjnego postępowania przeciwko większości polskiej, odwołując się zwykle do praw zagwarantowanych im konwencją genewską.

W obliczu władz występują Niemcy zawsze i wszędzie jako mniejszość na każdym miejscu uciemiężona i upośledzona, tymczasem przy bliższem przypatrzeniu się ich działalności spostrzec można, że niby to upośledzona mniejszość usiłuje na każdym kroku sprowokować Polaków, by następnie przed całym światem móc przedstawiać w tendencyjnym świetle rzekome gwałty na niej popełnione. Dlatego też ludność tutejsza – zżyta z mniejszością niemiecką – zna obłudę i chytrość tejże i nie chce pozwolić na panoszenie się Niemców na ziemiach polskich w dalszym ciągu.

Wielką rolę w życiu Niemców Huty Laury i Siemianowic odgrywają tamtejsi księża jak Scholz i Kunze oraz kapelani Ossyra i Walach. Ks. Scholz był długie lata prezesem i patronem omawianego „Jünglingsvereinu", wychowując męską młodzież niemiecką na dobrych szermierzy sprawy niemieckiej. Członkowie tego towarzystwa walczyli po większej części z bronią w ręku przeciwko powstańcom. Towarzystwo to miało wszelkie uwzględnienia i cieszyło się poparciem moralnym ze strony ks. Scholza, który najgorsze wybryki członków tegoż, krył własną osobą.

W ostatnich latach był prezesem wyżej wymienionego towarzystwa znany orgeszowiec Niffka, syn stolarza i właściciela zakładu pogrzebowego, który szykanuje w czasie odwożenia zmarłych na cmentarz księży polskich i obywatelstwo polskie przez umyślne opóźnianie się przy stawianiu karawanu często do dwóch godzin. Takie postępowanie rozgorycza oczywiście ludność polską i nic dziwnego, że takowa nie zapominając wszelkich upośledzeń, pała zemstą do rodziny Nifki, a przeważnie do jego syna, który – jak już wyżej podano – jest prezesem omawianego towarzystwa.

Co do ustępu drugiego pisma Poselstwa Niemieckiego w Warszawie, wyjaśnia się, iż nie zachodziła najmniejsza obawa podczas ostatniego strajku o losy ludności niemieckiej, zamieszkującej polską część Górnego Śląska, gdyż ostatni strajk był wywołany ze względów ekonomicznych, a następnie komuniści chcąc wykorzystać sytuację, mieli zamiar uchwycić ster rządów drogą walki ulicznej, wobec czego Związek Powstańców Śląskich ogłosił w „Grenzzeitung" z dnia 13-14 października br. „mobilizację związku powstańców śląskich aż do odwołania" i to jedynie w zamiarze przeciwdziałania w razie ostatecznym elementom wywrotowym.

Społeczeństwo polskie dotychczas nigdy nie występowało czynnie przeciw mniejszości niemieckiej, a o ile zdarzyły sie wypadki przeszkadzania w zebraniach, pochodach itp. o czyniły to jedynie litylko jednostki, sprowokowane przez Niemców.

wz.

Dyrektor Policji

[podpis nieczytelny]

379

16.11.1928: Polizeidirektion Królewska Huta an die Wojewodschaft in Katowice. Die deutsche Minderheitenpresse und ihre Redakteure

16 XI 1928r.: Dyrekcja Policji Królewska Huta w Królewskiej Hucie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Prasa mniejszości niemieckiej i jej redaktorzy

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 643

Wykonując tamtejszy reskrypt z dnia 25.10.28r. L.B.P. 11/61 donoszę, że z pism niemieckich znajduje się na tutejszym terenie redakcja dziennika „Der Oberschlesische Kurier", agentura Katowice, „Kattowitzer Zeitung", filja „Volkswille", agentura dziennika „Der Oberschlesische Wanderer" i agentura dziennika „Ostdeutsche Morgenpost".

1. „Der Oberschlesische Kurier" jest własnością spółki z ograniczoną odpowiedzialnością, zarejestrowanej w tutejszym sądzie. Członkami spółki są:

Hrabia Erwin Henkel v. Donnersmarck z Nakła z udziałem zł. 64 000,

Dyrektor Wydawnictwa Józef Struzyk z Królewskiej Huty z udziałem zł. 27 000,

Dyrektor Banku August Juszczyk z Królewskiej Huty z udziałem zł. 16 000,

Radca Sądowy Engelberth Schökel z Hindenburgu z udziałem zł. 16 000,

Poseł na Sejm Śląski Alfons Kaczmarczyk z Rudy z udziałem zł. 16 000,

Prof.Dr. Sauermann Franciszek z Bytomia z udziałem zł. 11 000.

W skład pracowników redakcyjnych wchodzą następujące osoby:

1. Dr. Pant Edward, ur. 29.1.1887 w Morawskiej Ostrawie/Czechosłowacja/, syn Karola i Anieli z domu Sokosz, żonaty, rzymsk.kat., obywatel polski, zamieszkały w Królewskiej Hucie przy ulicy Konopnickiej 9. Pant ukończył Wydział Filozofji z tytułem doktora, poczem był profesorem gimnazjum w Bielsku, skąd w roku 1923 sprowadził się do Katowic, obejmując stanowisko naczelnego redaktora dziennika „Der Oberschlesische Kurier". Od roku 1926 zamieszkuje stale w Królewskiej Hucie. Artykuły Panta, przeważnie treści politycznej, odznaczają się złośliwością względem państwowości polskiej. Jak stwierdzono wymieniony w celach redakcyjnych wyjeżdża przeciętnie 4 razy w tygodniu do Niemiec. Pant z czasów odbywania swej służby wojskowej w armji austryjackiej, znany był z przekonań wybitnie lewicowych /bliższych informacji w tym kierunku udzielić mogą oficerowie Polacy byłego 100 pułku piechoty austryjackiego, a między innymi Pan Komisarz Policji Wojewódzkiej Śląskiej Duda Franciszek z Katowic/.

2. Mayer Johanes, ur. 5.2.1901 r. w Hulczynie, syn Mikołaja i Alozji z domu Bogdall, kawaler, rzymsk.kat., optant niemiecki, zamieszkały w Królewskiej Hucie, przy ulicy Konopnickiej 9. Mayer posiada wykształcenie gimnazjalne i przebywał w Ostrogu powiat Racibórz, skąd 5.9.21 r. sprowadził się do Królewskiej Huty, gdzie objął stanowisko w redakcji „Der Oberschlesische Kurier". Mayer redaguje wstępne artykuły o treści politycznej i wśród pracowników redakcyjnych uchodzi za wybitną siłę fachową, z powodu czego z ramienia redakcji wyjeżdża często jako sprawozdawca na posiedzenia Ligi Narodów. Według niesprawdzonych informacji Mayer ma być współpracownikiem

zagranicznych pism niemieckich: „Frankfurter Zeitung", „Ullstein" i „Mannheimer Zeitung". Mayer spośród pracownikow omawianej redakcji wyróżnia się nienawiścią i wrogim stanowiskiem wobec wszystkiego co polskie.

3. Przewolka Alfons, ur. 29.7.1898 w Lipinach, powiat Świętochłowice, syn Jana i Augustyny z domu Riegel, żonaty z Magdaleną z domu Lenthold, rzymsk.kat., obywatel polski, zamieszkały w Katowicach, ulica Mickiewicza 32.

Jak stwierdzono Przewolka początkowo pomocnik biurowy w redakcji „Oberschlesischer Kurier" od dłuższego czasu zajmuje stanowisko redaktora działu ogłoszeń i sprawozdawcy sportowego.

4. Kroczek Teofil, ur. 27.4.1868 w Raciborzu, syn Józefa śp. i Marjanny z domu Badzina, żonaty, rzymsk.kat., obywatel polski, zamieszkały w Katowicach, ulica Stawowa 8.

Kroczek jest odpowiedzialnym redaktorem „Oberschlesischer Kurier".

5. Cwienk Ewald, ur. 8.7.1901 w Wielkich Hajdukach, syn Rudolfa śp. i Marji z domu Dürschlag, kawaler, rzymsk.kat., obywatel polski, zamieszkały w Wielkich Hajdukach, ulica Mickiewicza 1.

Cwienk po ukończeniu gimnazjum w Królewskiej Hucie, w roku 1922 objął w redakcji „Der Oberschlesische Kurier" posadę redaktora działu kulturalno-oświatowego.

6. Jendralski Józef ur. 23.1.1895 r. w Królewskiej Hucie, syn Marcina i Katarzyny z domu Boretzki, żonaty, rzymsk.kat., obywatel polski, zamieszkały w Królewskiej Hucie, przy ulicy Konopnickiej 9.

Jendralski jest sprawozdawcą wiadomości lokalnych. Charakterystycznym jest, że najbliższa rodzina Jendralskiego nie włada językiem niemieckim i posługuje się wyłącznie mową polską.

7. Stephan Ignacy ur. 26.7.1876 w Królewskiej Hucie, syn Piotra i Franciszki z domu Famulla, żonaty, rzymsk.kat., obywatel polski, zamieszkały w Królewskiej Hucie, ulica Wodna 2, były nauczyciel szkoły mniejszości w Królewskiej Hucie, który po zwolnieniu go na własną prośbę w roku 1925 objął posadę korektora w redakcji „Obersachlesischer Kurier".

Stephan jest znany jako ruchliwy działacz niemiecki, specjalnie odznaczający się owocną pracą na terenie Volksbundu. Wypada nadmienić, że Stephan kilkakrotnie dziennie odwiedza biura Volksbundu i niewątpliwie jest łącznikiem między ostatnio wymienioną organizacją a omawianą redakcją. Nadto jako przewodniczący miejscowej grupy Katholische Volkspartei redaguje dodatek tygodniowy „Oberschlesischer Kurier" pt. „Katholische Welt".

8. Struzik Józef, ur. 19.3.1891 r. w Oleśnie, syn Marji Struzik, żonaty, obywatel polski, rzymsk.kat., zamieszkały w Królewskiej Hucie przy ulicy Konopnickiej 9, jest dyrektorem administracyjnym „Der Oberschlesische Kurier".

Odnośnie redaktora Dylusa Karola donoszę, że został z końcem roku 1927 zwolniony z zajmowanego stanowiska z powodu zatargu między nim, a redaktorem Mayerem i jego współpracownikami, którzy zarzucali Dylusowi zbyt przyjazne stanowisko wobec polskości. Kwestję tę dosadnie ilustruje wypowiedzenie się jednego z pracowników „Der Oberschlesische Kurier" pod adresem Dylusa: „Weil er seine Loyalität den polnischen Behörden gegenüber offen bekannt hatte".

W maju 1928 Dylus wyprowadził się do Düren /Niemcy/, gdzie objął stanowisko redaktora w „Dürener Zeitung".

Przeprowadzony wywiad ustalił, że „Der Oberschlesische Kurier" wychodzi w nakładzie około 16000 egzemplarzy, z czego 4000 wysyła się do Bytomia.

Przeprowadzone dochodzenia nie wykazały ażeby redakcja „Der Oberschlesische Kurier" znosiła się w drodze telefonicznej z informatorami na terenie Rzeszy Niemieckiej.

„Kattowitzer Zeitung"

W Królewskiej Hucie przy ulicy Stawowej 10 znajduje się agentura wspomnianego pisma, którego kierownikiem jest Weiss Hugon, ur. 1.3.1870 w Sulan /Militsch/, ewang., żonaty, optant na rzecz Niemiec, zamieszkały w miejscu przy ulicy Stawowej 10 w Królewskiej Hucie. „Kattowitzer Zeitung" posiada około 730 abonentów.

„Volkswille" posiada w Królewskiej Hucie swoją filję przy ulicy 3 Maja 6, w sekretariacie związku „Freie Gewerkschaften". Kierownikiem filji jest Kurzella Marcin, ur. 10.9.1873 w Saksowie, powiat Koźle, obywatel polski, zamieszkały w miejscu przy ulicy Bytomskiej 56. „Volkswille" ma na tutejszym terenie około 260 abonentów.

„Ostdeutsche Morgenpost" posiada w Królewskiej Hucie przy ulicy 3 Maja 72, kolporterkę Dworaczek Jadwigę, ur. 14.4.1907 w Zabrzu, obywatelkę polską, zamieszkałą przy rodzicach. Liczba abonentów na tutejszym terenie wynosi około 300.

„Der Oberschlesische Wanderer" posiada swoją agenturę w Królewskiej Hucie przy ulicy Wolności 48. Kierownikiem agentury jest Czech Alojzy, zamieszkały w Gliwicach. Pismo to na tutejszym terenie abonuje około 600 osób.

W sprawie osoby Helmricha Józefa donoszę po zbadaniu następujące: Helmrich Józef, ur. 17.11.1892 w Zaborzu, powiat Zabrze, syn Wilhelma i Marji z domu Polnik, kawaler, rzymsk.kat., przeprowadził się do Królewskiej Huty z Zabrza dnia 24.4.1922 skąd następnie przeniósł się do Katowic, gdzie stale zamieszkuje przy ulicy Plebiscytowej 16. Według informacji zasięgniętych w biurze dla spraw Obywatelstwa przy tutejszym Magistracie Helmrich posiada obywatelstwo niemieckie. Akta dochodzeń w powyższej sprawie Magistrat tutejszy przesłał Magistratowi w Katowicach pod L:1911/28 dnia 3.9 br.

Stwierdzono, że ani Drzewolka, ani Helmrich nie podają informacji do Telegrafen-Union i do biura Wolfa w Gliwicach w drodze telefonicznej.

Dyrektor Policji

wz

[podpis nieczytelny]

380

6.11.1930: Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Tarnowskie Góry an den Staatsanwalt beim Bezirksgericht ebendort. Deutsche Wahlkampfmethoden
6 XI 1930r.: Komenda Powiatowa Policji Województwa Śląskiego w Tarnowskich Górach do Prokuratora przy Sądzie Okręgowym w miejscu. Sposoby prowadzenia walki wyborczej przez Niemców

AP Katowice, Urząd Wojewódzki Śląski, Nr. 198

Donoszę, że drogą wywiadu poufnego oraz w toku poufnych dochodzeń i poufnej obserwacji tutejsza Powiatowa Komenda ustaliła, że wybitniejsi działacze niemieckiego bloku wyborczego Deutsche Wahlgemeinschaft na terenie powiatu tarnogórskiego uprawiają działalność w celu pozyskania wyborców, by głosowali przy nadchodzących wyborach do ciał ustawodawczych w Warszawie oraz do Sejmu Śląskiego na listę mniejszości niemieckiej. Działalność ta przedstawia się następująco:

Z chwilą rozpisania wyborów w Tarnowskich Górach zawiązał się powiatowy komitet wyborczy, w skład którego wchodzą:

1. Kierownictwo całej akcji spoczywa w rękach byłego posła do Sejmu Warszawskiego, obecnego kandydata na posła fryzjera Nowaka Hugona, zamieszkałego w Tarnowskich Górach przy ulicy Gliwickiej 12.

2. Schnury Maksa, kierownika Volksbundu zamieszkałego w Tarnowskich Górach przy ulicy Lublinieckiej.

Im do pomocy stoi sekretarz Deutsche Volksbank Mros Karol, zamieszkały w Tarnowskich Górach przy ulicy Górniczej oraz Mittman Augustyn, sekretarz Volksbundu zamieszkały w Tarnowskich Górach przy ulicy Zamkowej i Tyczka Józef, radny miejski zamieszkały w Tarnowskich Górach przy ulicy Pawła 7.

W mieszkaniach wyżej wymienionych osób oraz w biurach Deutsche Volksbank przy ulicy Krakowskiej nr. 1 i Volksbundu przy ulicy Zamkowej urządzają liczne poufne zebrania mężów zaufania z terenu całego powiatu. Na zebraniach tych udzielają wskazówek, w jaki sposób uprawiać agitację i zyskiwać dla mniejszości niemieckiej głosy tych wyborców. Ustalono w dalszym ciągu, że z pomiędzy mężów zaufania najaktywniejszymi są Bulla Józef zamiszkały w Radzionkowie przy ulicy Sobieskiego 5-7 oraz Ziętek Alojzy zamieszkały w Radzionkowie przy ulicy Kopalnianej 86; przy poufnej obserwacji tych dwóch osób ustalono, że odwiedzają w mieszkaniach bezrobotnych ludzi i tych nakłaniają do głosowania na listę niemiecką, przyrzekając im w zamian za głosowanie na ich listę zapomogi. Żeby nie rzucić na siebie podejrzenia, że głosy te kupują, sami zapomóg tych nie wypłacają, lecz polecają tym ludziom pisać prośby do centrali Volksbundu w Katowicach, które takie zapomogi przyznaje polecając oddziałowi Volksbundu w Tarnowskich Górach wypłacenie takich zapomóg. Ustalono, że zapomogi takie otrzymali Misch Robert, zamieszkały w Radzionkowie przy ulicy Św. Wojciecha 26, Lubos Tomasz, z Radzionkowa ulica Św. Wojciecha 56 i Buk Franciszek, zamieszkały w Radzionkowie przy ulicy Ks. Damrota 26. Ludzie ci otrzymali zapomogę w wysokości 60 zł. Ponadto w podobny sposób otrzymał zapomogę Słota Paweł z Nakła. Jako dowód przydzielania takich zapomóg załączam dwie odbitki fotograficzne, które wykazują, że Centrala Volksbundu w Katowicach na wniosek przyznała zapomogi. Na pismach odnośnych każdorazowo podpisany jest kierownik centrali Ulitz i niejaki Ronge. Ten sposób zyskiwania sobie wyborców przez udzielanie zapomóg rozpowszechniony jest na terenie całego województwa. Zapomogi wypłaca się wyłącznie ludziom takim, których mężowie zaufania przedstawią jako takich, których pozyskali dla mniejszości niemieckiej. Ludzi tych dotychczas nie słuchano ze względu na możliwość, iż zawiadomią o tem Volksbund, ustalono jednak że ludzie ci nie byli nigdy członkami Volksbundu ani też niemieckich związków, przeciwnie – uchodzą za Polaków. W dalszym ciągu ustalono, że Bulla i Ziętek za wskazówkami posła byłego Jankowskiego z Katowic zapośredniczają robotników polskich do pracy na Śląsku Opolskim. Według posiadanych informacyj Jankowski interwenjował krótko po rozpisaniu wyborów w poszczególnych zakładach przemysłowych na Śląsku Opolskim, by rozpoczęły przyjmować tutejszych robotników do pracy. Skutkiem tej interwencji zakłady przemysłowe na Śląsku Opolskim, w szczególności kopalnie Beuthengrube, Johannagrube, Carstencentrum, Preussengrube i Hohenzollern przystąpiły w ostatnich dniach do przyjmowania tutejszych robotników bez względu na to, że we własnym kraju posiadają olbrzymią masę bezrobotnych i w ich przemyśle górniczym panuje zastój.

Jak wynika z załączonego zeznania Michalskiego Walentego z Radzionkowa, to do tej pracy przyjmuje się obecnie robotników tutejszych masowo, jednak tylko takich, którzy wykażą się zaświadczeniem wystawionym przez Volksbund lub też mężów

zaufania, ponadto poufnie stwierdzono, że urzędnicy tych kopalni wśród tutejszych robotników uprawiają agitację nakłaniając ich do głosowania na listę niemiecką. Wyżej wspomiane zaświadczenia w Radzionkowie wystawiają Bulla i Ziętek, oczywiście za wskazówkami posła Jankowskiego względnie powiatowego Komendanta wyborczego mniejszości w Tarnowskich Gorach.

Ponadto ustalono, że ci dwaj mężowie zaufania z Radzionkowa wystawiają i poborowym zaświadczenia umożliwiające im swobodny pobyt w Niemczech w razie uchylenia się od obowiązku służby wojskowej. Dowody: patrz załączone protokularnie zeznanie świadków karta nr....

Poza wyżej wymienioną działalnością zmierzającą do pozyskiwania wyborców Polaków, by głosowali na list niemiecką przez wykorzystywanie nędzy wśród bezrobotnych, odrębną akcję przeprowadzają niemieckie Związki Kobiece złączone w Wohlfahrtsbund. Tak na terenie miasta Tarnowskich Gór stwierdzono, że funkcjonariuszka płatna przez ten związek Radek Irmgard, z polecenia żony burmistrza Michatza Gertrudy odwiedza biednych i bezrobotnych w ich mieszkaniach, a przekonawszy się, że ludzie ci są skłonni do głosowania na listę niemiecką, przydziela im różnego rodzaju zapomogi w naturze i gotówce. W Radzionkowie taką samą działalność rozwija Krolowa Małgorzata z ramienia Vinzensverein, a mianowicie rozdziela dzieciom codziennie mleko i bułki. Rozchodzi się w tym wypadku również o akcję pozyskania wyborców, którą uprawia się pod pozorem działalności humanitarnej. Rozchodzi się w tym wypadku o działalność celową, gdyż zapomogi i żywność otrzymują wyłącznie dzieci ludzi, których mężowie zaufania wskazali jako takich, że będą głosowali na listę niemiecką.

Istnieje jeszcze jeden sposób pozyskiwania wyborców i to przeważnie rolników przez udzielanie rolnikom niskoprocentowych i długoterminowych pożyczek, którą to akcję prowadzi Schlesischer Landbund z siedzibą w Katowicach. Z ramienia tego związku pracuje na tutejszym terenie urzędnik Generalnej Dyrekcji Ks. Donnersmarcka w Świerklańcu, obywatel niemiecki Meyne Paweł zamieszkały w Świerklańcu. Dowód załączone odpisy karta...

Reasumując powyższe dowody nabiera się przekonania, że cała ta działalność jest sprzeczna z postanowieniami rozporządzenia Prezydenta RP o karach dla obrony swobód wyborców Dziennik Ustaw RP Nr. 64 poz. 509 z dnia 13.9.30, wobec czego tutejsza Powiatowa Komenda prosi Pana Prokuratora o wdrożenie postępowania karnego i wydania nakazów rewizji w prywatnych mieszkaniach wyżej wymienionych osób i lokalach Volksbundu i Volksbanku oraz niemieckiej biblioteki w Tarnowskich Górach i to celem zebrania dalszych dowodów oraz celem wydania nakazu przytrzymania wyżej wymienionych osób aż do chwili ukończenia śledztwa.

Dodaję, że cała ta działalność jest temwięcej podejrzana, że na pismach centrali Volksbundu wysyłane do osób, którym zapomogi przyznano, dodawany jest fikcyjnie adres nadawcy, a mianowicie: Käthe Langenmayer, Katowice, ulica Młyńska 33.I.

Komendant Powiatowy Policji, Woj. Śl.

Buła, Komisarz

381

17.4.1934: Kommissariat Nowa Wieś an das Stadt-und Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Katowice. Bunter Abend des Deutschen Volksbunds (16.4.1934)
17 IV 1934r.: Komisariat Nowa Wieś do Miejskiej i Powiatowej Komendy Policji Województwa Śląskiego w Katowicach. Wieczorek towarzyski Niemieckiego Volksbundu (16 IV 1934r.)

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 294

W ślad za telefonicznem zameldowaniem w sprawie zebrania członków „Deutscher Volksbund" odbytem w dniu 16.4.1934 r. w Nowej Wsi, przedkładam następujące sprawozdanie.

Dnia 14.4.34 r. o godz. 19 zgłoszono w tutejszym Komisarjacie przez Volksbund na piśmie o zamiarze urządzenia tzw. „Bunter Abend".

Ponieważ już poprzednio był Burzyk Teodor ze zgłoszeniem, a kancelarja tutejszego Komisarjatu potraktowała „Bunter Abend" za urządzenie rozrywkowe, Burzyk zwrócił się do Volksbundu i ten ostatni wyjaśnił iż rozchodzi się o „Eine Zusammenkunft unserer Mitglieder aus Nowa Wieś„. Z tego też powodu przy legitymowaniu członków poleciłem wpuszczać po myśli zgłoszenia tylko członków z Volksbundu z Nowej Wsi. Z tego Volksbundowcy byli wielce niezadowoleni, ale kiedy im wyraziłem swoją interpretację zdania, musieli się tym zadowolić. Przytem oświadczyłem im, że gdyby miała się odbyć impreza względnie wieczornica wyszystkich członków okolicznych miejscowości, byłbym się temu ze względów na niebezpieczeństwo sprzeciwiał.

Ten argument był dla aranżerów wyczerpujący, a przed rozpoczęciem musieli się pogodzić z tem, że wielka masa ludzi z sąsiednich miejscowośca a nawet z Królewskiej Huty, Lipin i Wielkich Hajduk itp. musieli wracać do domu [!].

Przed godz. 19 przyjechała z Katowic orkiestra Volksbundu oraz amatorzy w liczbie około 30. O godz. 19.20 rozpoczęto wieczornicę w obecności około 60 członków. To pociągnięcie w ograniczeniu dobitnie wykazało, jak nikła liczba jest członków miejscowych w porównaniu – kiedy żadnego ograniczenia nie stosowano. Normalnie na takie zebrania przychodziło 300–350 i tem Niemcy robili reklamę, prowokując równocześnie polskie społeczeństwo.

Nadmieniam tu, że oburzenie Polaków pochodzi właśnie z tego, że na te zebrania przychodzą ludzie obcy, względnie spoza miejscowości.

Przed lokalem zebrania – Witolowej – zgromadziła się masa ludzi dyskutujących i okazujących swe oburzenie.

Z tego powodu lokal należycie zabezpieczyłem tak, iż spokój nigdzie nie został zagrożony.

Po ukończeniu wieczornicy, która trwała do godz. 22 odprowadzono orkiestrę tylnym wyjściem do tramwaju pod ochroną policji.

Na ulicach wystawiono silne patrole i miejscowych nienawidzianych członków również odstawiono pod ochroną policyjną do domu.

Miałem bowiem podejrzenie, iż na tych ludzi były planowane zasadzki.

Po takiem rozwiązaniu kwestji, gapie w wielkiej liczbie opróżniali ulice tak, że o godz. 23 panował ruch normalny.

Z uwagi na doświadczenia ostatnich wysiłków niemieckich, należałoby się zastanowić nad rozwiązaniem kwestji zbierania względnie koncentrowania się elementu niemieckiego pod płaszczykiem członkostwa VB lub JDP – są to już nie zebrania, lecz formalne zjazdy.

Zastosowanie głębokiej interpretacji prawa mogłoby ewantualnie temu zapobiec.

Sprawozdanie o przebiegu wieczornicy, o referatach i poruszanych tematach przedłożę dodatkowo.

W załączeniu program wieczornicy i śpiewniki.

Kierownik Komisarjatu

Aspirant

382

Kommissariat Siemianowice Śląskie an das Stadt- und Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Katowice. Private deutsche Schulkinderspeisung – 25.10.1934
Komisariat Siemianowice Śląskie do Miejskiej i Powiatowej Komendy Policji Województwa Śląskiego w Katowicach. Dożywianie dzieci w niemieckich szkołach przez osoby prywatne – 25 X 1934r.

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 294

W ślad za tutejszym sprawozdaniem z dnia 29.9.34 r. oraz polecenia Miejskiej i Powiatowej Komendy Policji Województwa Śląskiego w Katowicach z dnia 22.10.34 r. L.Dz.134/Sza/34 dotyczące niekoncesjonowanego szkolnictwa, melduję:

Tutejszy komisarjat w miesiącu wrześniu przeprowadził obserwację w lokalu restauracyjnym Dudy Hermanna w Siemianowicach przy ulicy Hutniczej, do którego to lokalu trzy do czterech razy w tygodniu schodziły się dzieci w wieku szkolnym i to: w inne dnie chłopcy a w inne dziewczęta, z którymi to dziećmi urządzano w przyległej do lokalu sali różne gry i zabawy, jak opisano w poprzednim sprawozdaniu z dnia 29.9.34 r. L.Dz.196/Mi/34.

Prowadząca nadzór nad wyżej opisanemi dziećmi Knapikówna Joanna była nauczycielka niemiecka, spostrzegła iż jest obserwowaną i dlatego ostatnio zmieniono charakter schadzek dzieci szkolnych z gry i zabaw na charakter dożywiania dzieci.

W dniu 24.10.34 r. o godz. 16 zebrało się w wyżej opisanym lokalu restauracyjnym około 40 dzieci płci żeńskiej, które pod nadzorem Knapikównej Joannny otrzymywały dożywienie w formie 1/4 litra mleka i jednej bułki. Po spożyciu mleka dzieci zabawiały się w różne gry i śpiewały pod nadzorem Knapikównej różne pieśni niemieckie.

Rozpytana Knapikówna na temat dożywiania dzieci i źródła funduszu na ten cel, oświadczyła, że dożywianie finansuje Volksbund, wydział Wohlfahrtsdienst, z którego to polecenia dożywianie rozpoczęto. Dożywianie takie odbywało się dwa do trzech razy w tygodniu, osobno dla chłopców, osobno dla dziewcząt, z tem, że nadzór nad chłopcami sprawuje Uhe Eryk z Siemianowic. Pozatem ustalono, że są to dzieci w wieku szkolnym uczęszczające do szkoły niemieckiej, oraz – jak twierdzi Knapikówna – rodzice ich są członkami Volksbundu. Dalej rozpytana Knapikówna przyznała, że również korzystają z dożywiania w podobny sposób jak powyżej dzieci poniżej szkolnego wieku, lecz rodzice tychże również muszą być członkami Volksbundu.

Prócz powyższego zaobserwowano, że dzieci na powyższe schadzki względnie dożywianie do wspomnianego lokalu uczęszczają partjami w liczbie do 40 i jest ich w całości dosyć dużo, lecz ile tego dokładnie stwierdzić nie zdołano. Spisu dzieci uczęszczających na schadzki i dożywianie Knapikówna rzekomo nie prowadzi, a wiec tem samym mogą tam uczęszczać i dzieci zwerbowane przez dzieci niemieckie – polskie.

Jak z całokształtu wynika, to nie jest to [!] humanitarne dożywianie dzieci rodziców bezrobotnych, lecz rozchodzi się tu o formalną i przygotowawczą agitację za szkołą niemiecką na rok 1934–1935.

Wobec powyższego, że Knapikówna nie ma zezwolenia na zajmowanie się wychowaniem dzieci od kompetentnych władz, na podstawie okólnika Urzędu Wojewódzkiego Śląskiego z dnia 12.10.34 r. Nr. O.P.III 250/3 w dniu 24.10.34 r. schadzkę rozwiązał i dalsze urządzanie schadzek zakazał, aż do czasu uzyskania zezwolenia.

W końcu melduję, że Knapikównę pouczono, iż dożywianie dzieci niemieckich może, a nawet odbywa się w szkole niemieckiej podczas nauki.

Powyższe sprawozdanie przedkładam z prośbą dalszego zarządzenia z tem, że odpis powyższego przesłano Dyrekcji Policji i Wydziałowi Oświecenia Publicznego przy Urzędzie Wojewódzkim Śląskim.

[podpis nieczytelny]

383

13.2.1935: Stadtkommando Chorzów an die Polizeidirektion ebendort. Kampagne der JDP gegen den Deutschen Volksbund

13 II 1935r.: Komenda miasta Chorzowa Policji Województwa Śląskiego do Dyrekcji Policji w miejscu. Kampania JDP przeciwko Volksbundowi

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Chorzówie, Nr. 262

Przy zwrocie reskryptu Urzędu Wojewódzkiego Śląskiego z dnia 26.1.35 r. Nr. 21/a/5, w sprawie nagłówkiem objętej, w którym mowa o prowadzeniu kampanji antyvolksbundowej przez Jungdeutsche Partei, a w szczególności o czynieniu zarzutów Volksbundowi przez JDP, iż dopuścił się masowych przepisywań dzieci ze szkół niemieckich do polskich, donoszę po przeprowadzeniu wywiadu, co następuje:

Informator podaje, iż sprawa wyżej cytowanych zarzutów Volksbundowi wyszła z JDP, dlatego – ponieważ rodzice tych dzieci, które zostały przepisane ze szkoły niemieckiej do polskiej – będąc na wskroś przekonań i usposobienia niemieckiego – odnieśli się z zażaleniem do JDP na Volksbund, jak mają to rozumieć, że Volksbund zajmuje w tym wypadku stanowisko bierne. Zaznaczyć wypada, że rodzice tych dzieci byli członkami JDP. Dlatego też JDP prowadząc zaciekłą walkę z VB w uzupełnieniu swych zarzutów wystawiła ten argument jako najważniejszy, by w ten sposób mogła oficjalnie skompromitować Volksbund.

Komendant Policji Wojew. Śląsk. miasta Chorzowa
w/z
Zientek
Kierownik Wydziału Śledczego

384

19.6.1935: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Bezirksversammlung der JDP in Chorzów I (16.6.1935)

19 VI 1935r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Zebranie okręgowe JDP w Chorzowie I (16 VI 1935r.)

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Chorzowie, Nr. 334

Dnia 16 czerwca br. o godz. 11 odbyło się zebranie okręgowe Jungdeutsche Partei w dużej sali Hotelu Hr. Reden w Chorzowie, przy udziale około 1 500 osób, pod przewodnictwem Schegi Franciszka, zamieszkałego w Chorzowie, Rynek 14.

Na wstępie orkiestra partyjna odegrała „Badenweilermarsch", poczem członek partji Knabel Eryk z Chorzowa I oddeklamował wiersz.

W dalszym ciągu programu weszło na salę w szyku marszowym 5 członków JDP z proporczykami śpiewając wspólnie pieśń „Unsere Fahne flattert uns voran". Potem członek Kowalik Henryk z Chorzowa I, ulica Hajducka 46, oddeklamował wiersz pt. „Oberschlesien...".

Następnie Schega Franciszek zagaił zebranie, pozdrawiając przybyłych gości a przede wszystkim członka partji Spitzera z Poznania. Następnie odśpiewano wspólną pieśń pt. „Feuerspruch".

Z kolei Spitzer wygłosił dłuższe przemówienie na temat organizacyjny i walki JDP z Deutsche Vereinigung na terenie Poznańskiego i Pomorskiego. Na początku przemówienia pozdrowił obecnych członków w imieniu JDP w Poznaniu i Pomorzu. Podkreślił, iż jest bardzo zadowolony z zaszczytu jaki go spotkał, że wódz partji inż. Wiesner zaprosił go na Górny Śląsk, w celu wygłoszenia referatu o rozwoju i stanie organizacyjnym JDP w Poznańskiem i Pomorskiem. Wspomniał, iż tak jak tu na terenie Górnego Śląska pracuje Volksbund, tak na terenie Poznańskiego i Pomorskiego pracuje Deutsche Vereinigung, z którą to organizacją JDP nie żyje w zgodzie i wzajemnie się zwalczają. Jednakowa jest walka DV i VB z JDP i jednakowymi metodami obie te organizacje zwalczają JDP. Na terenie Poznańskiego i Pomorskiego Deutsche Vereinigung przygotowało materjał poniżając tamtejszą JDP, jakoby ta nie pracowała dla dobra niemczyzny /für das Deutschtum/ i że jest za słabą w stosunku do Deutsche Vereinigung, by mogła mieć dodatni wpływ na masy. Krytykował DV za zdobywanie sobie członków drogą oszukańczej machinacji, bowiem jak pewien członek należał w swojej wiosce do Deutsche Vereinigung, to kazano mu wstępować ponownie do tej samej organizacji, lecz w innym mieście lub wiosce tak, że jedna osoba była zarejestrowana za 3 osoby. Niemniej DV poniżało w prasie JDP szkalując, jakoby ta szerzyła hasła marksistowskie itp., jakoby ta była partją, której zadaniem jest jedynie rozbijać front niemiecki. Walka dochodziła z biegiem czasu do tego stopnia, że stowarzyszenie to posunęło się tak dalece, iż członkom JDP podkładało nogi, by ich wyrzucano z pracy. Przytoczył tu dwa fakty, gdzie jeden Niemiec został wyrzucony z zajmowanego stanowiska gdzieś w prywatnem przedsiębiorstwie, a drugi leśniczy zatrudniony u jakiegoś Niemca należącego do DV został również przez tego wyrzucony /na sali okrzyki fuj!/. Dalej mówca nadmienił, że władze polskie same nie mają zaufania do podobnych organizacyj jak DV i na terenie Śląska Volksbund, a to jedynie dlatego, że te organizacje są zmienne w swoich kierunkach politycznych. Większą sympatją u władz cieszy się JDP, gdyż ta nie idzie po fałszywym torze polityki w stosunku do władz. Głównym i osławionym przeciwnikiem JDP był i jest kierownik DV Dr. Kohnert. Ten, zdaniem mówcy, jakoś nic nie zdziałał, gdyż szeregi JDP, nie tylko nie zmniejszyły się, lecz znacznie się powiększyły, a to dlatego, iż ludność niemiecka w Poznańskiem i Pomorskiem przekonała się, że JDP jest partją dbającą o mniejszość i pracującą dla niej bezinteresownie. Dr. Kohnert krzyczał, że chce zbudować pomost, przez który przejdą wszelkie oderwane grupy Niemców po to, by się złączyć. Lecz JDP sama stała się pomostem, łączącym wszystkich Niemców ze sobą. Najlepszym dowodem, że każdy z Niemców ma wielkie zaufanie do JDP – jest to, że JDP zarządziła zbiórkę na dom sierot i wszyscy bez szemrania dawali wielkie ofiary. Przytaczał, iż robotnicy zarabiający po 100 zł. miesięcznie, zdeklarowali połowę swojej pensji na ten cel. Dom zostanie oddany do użytku dla biednych dzieci członków. A zatem jest to dowodem, że JDP własnymi siłami wspomaga biednych swych członków

i idzie w każdej potrzebie z pomocą tym, którzy tego potrzebują. Przeciwnie dzieje się w Deutsche Vereinigung, które mając odpowiednie fundusze na podobne cele, zużywa je tylko dla własnych korzyści. Dalej w stosunku do Dr. Kohnerta podkreślił, iż gdy Hitler miał objąć władzę w Niemczech, to on jak i inni Niemcy o podobnym obliczu co i Kohnert krytykowali Hitlera, że jak może człowiek bez wykształcenia, zwykły malarz i obcokrajowiec obejmować władzę i zaprowadzic ład w państwie, gdzie tyle jest rozbieżnych prądów politycznych. Lecz gdy ten fakt stał się rzeczywistością i Hitler zaprowadził ład, to wówczas Dr. Kohnert stał się naraz nacjonal-socjalistą, uniżył się i pojechał do Berlina przedstawić tamtejszej Radzie Stanu [!], że Deutsche Vereinigung jest wierne z wszystkimi członkami Hitlerowi i że kieruje się wyłącznie jego polityką i nie omieszkał w oczach rady poniżyć opinję JDP. Z niemniejszym cynizmem podkreślił Spitzer, że w Deutsche Vereinigung są tylko sami doktorzy praw itp., a DV tylko dla nich pracuje i działa. Kiedy zaś przyjdzie biedny robotnik, to dla niego nic nie ma. JDP natomiast nie uznaje żadnych doktorów, gdyż tak samo troszczy się o robotnika jak i o doktora, jeżeli ten jest prawowitym Niemcem. Nawet więcej musi się troszczyć o robotnika, ponieważ ten jest rzucony na pastwę losu. Hasłem JDP jest troszczyć się o dobrobyt wszystkich, a najbiedniejszym przyjść w pierwszym rzędzie z pomocą. W tym celu JDP stara się o jaknajliczniejsze pomieszczenia dla biednych dzieci członków JDP z Górnego Śląska, by w bieżącym okresie wziąć je do Poznańskiego i Pomorskiego na kolonje letnie i w ten sposób częściowo przyjść z pomocą najbiedniejszym. Dzieci tych członków wzięte spod opieki rodziców zapewne będą otaczane nie gorszą opieką, jak w domu, i to tak pod względem odżywiania ich jak i pod względem duchowym oraz ideowym JDP. Tak by dzieci po powrocie do domu nie tylko odniosły dodatnie wrażenia wakacji letnich, ale także pod względem ideologicznym i patrjotycznym niemieckim.

Na tem Spitzer zakończył swe przemówienie wzniesionym trzykrotnie okrzykiem „Sieg-Heil" /Na sali huczne oklaski i wielki entuzjazm dla mówcy/.

W dalszym ciągu w myśl załączonego programu /do punktu 11/ zabrał głos niejaki Reichling z Katowic, który wygłosił analogiczne przemówienie jak przedmówca z tą zmianą, że krytyka odnosiła się do miejscowego Volksbundu. Między innymi wspomniał, że Volksbund tak samo jak DV w Poznaniu oczernia tutejszą JDP, czy to na zebraniach, czy też publicznie w prasie, iż ta jest tylko partją propagującą niezisczalne hasła oraz, że tylko przez swoją „Hetzpolitik" rozbija jednolity front niemiecki. Dalej, iż VB w ostatnich czasach postawił mur obronny, za którym się okopał, będą pewnym, że twierdzę taką nikt nie zdobędzie. Twierdzą tą był Abteilung VI, którego zadaniem było skonsolidować ruch młodzieży niemieckiej pod swojemi skrzydłami i temsamym odbić młodych członków JDP od partji, a wcielić ich do swojej organizacji. Jednak stało się przeciwnie, gdyż tem mur sam się zwalił, a JDP wzmogła na siłach. Wzmogła liczbowo dlatego, gdyż kieruje się zdrowym programem, a naczelnym jej hasłem jest praca dla wszystkich Niemców i wierność dla ludu. JDP napewno nie zdradzi mniejszości tak jak panowie z Volksbundu, którzy chodzą z gotowymi paszportami, by w razie jakiegoś błahego wypadku, mogli bez trudności zbiec do ojczyzny i tam krzyczeć, że oni to są bohaterami i zbawcami tutejszej mniejszości.

Ci panowie potrafią dziś szkalować JDP, że lud do niej nie ma zaufania, lecz w krótkim czasie odbędzie się w Katowicach wielka uroczystość, to niech tam przyjdą się przekonać, jakie tysięczne masy członków JDP będą obecne. Masy te to ten sam lud, który do niedawna był pod skrzydłami Volksbundu.

/Mówca ma tu na myśli uroczystość sobótek mających się odbyć w Katowicach dnia 22 czerwca br./.

Kończąc swe przemówienie, Reichling podkreślił, że „kto zwycięży okaże się po pewnym czasie i jest pewny, że JDP zatknie swe sztandary zwycięsko" /huczne oklaski/.

Do punktu 14 Schega Franciszek wygłosił końcowe przemówienie, dziękując tak mówcom, jak i zebranym za ich przybycie, poczem wniósł trzykrotny okrzyk „Sieg Heil".

Po odegraniu marszu pt. „Pożegnanie gladjatorów" zebrani rozeszli się spokojnie do domów.

Jeden egzemplarz programu załączam.

Zastępca Dyrektora Policji

Dr. Brudniak

Referendarz

385

5.8.1935: Stadt- und Kreiskommando der Schlesischen Polizei in Katowice an die Polizeidirektion ebendort. Gartenfest des Deutschen Volksbundes in Makoszowy (4.8.1935)

5 VIII 1935: Miejska i Powiatowa Komenda Policji Województwa Śląskiego w Katowicach do Dyrekcji Policji w miejscu. Festyn ogrodowy Volksbundu w Makoszowach (4 VIII 1935r.)

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Katowicach, Nr. 293

Przy zwrocie aktu i wykonania tamtejszego polecenia melduję, iż festyn ogrodowy VB odbył się dnia 4.8.35 r. w lokalu i ogrodzie Wehnerowej, przy udziale około 200 osób z różnych okolic w Makoszowach. Festyn zagaił Walden z Katowic, który zaznaczył że festyn ma na celu złączyć wszystkich Niemców. Orkiestra pod kierownictwem Widawskiego z Kończyc odegrała różne utwory muzyczne, zaś Stachulla z Mysłowic, znany działacz VBJ, odgrywał rolę tzw. „Onkel Knesebeck". Dzieci rodziców obdarowane zostały przez wymienionego różnymi cukierkami oraz parówkami. Tańce ludowe przeprowadził Kaula z Katowic. Następnie zostały dzieci powołane do sali, gdzie odbyło się przedstawienie tzw. „Kasperletheater" – sztuka „Hänsel und Gretel", pod kierownictwem Stachulli. Odśpiewano również w ogrodzie różne piosenki niemieckie, jak „Am Brunnen vor dem Tore", „Glückauf, Glückauf", „Brüder in Zechen und Gruben" oraz inne piosenki niemieckie.

Zauważyć należy, że uczestnicy w większej części rozmawiali tylko po polsku, na co Suchan chodząc w ogrodzie pomiędzy stołami zwracał uczestnikom uwagę: „Ihr seid richtige Volksgenossen, könnt ihr nicht Deutsch sprechen". Ponadto Suchan miał jakieś zajście z członkiem Volksbundu, niejakim Buchała, imienia nie ustalono, którego wezwał do wylegitymowania się, okazując mu kartę członkostwa Volksbundu. Suchan w ostrym tonie powiedział Buchałowi, że spowoduje wykreślenie go z listy, jako członka Volksbundu i wezwał go smarkaczem /Rotzlöffel/. Do sprawy tej wmieszał się również Walden, który tak samo dał Buchalowi naganę. Co spowodowało wystąpienie Suchana przeciw Buchali, nie zdołano ustalic. Ponieważ od godz. 19 do 20 grano przeważnie kawałki do tańca i orkiestra specjalnie opuściła zbudowaną w ogrodzie altanę, ażeby zrobić miejsce dla tańczących, zwrócił im przod. sł. śl. Makselon uwagę, że nie jest to żadna zabawa taneczna, lecz tylko festyn ogrodowy. Walden i Suchan zastosowali się do zarządzeń przod. sł. śl. Makslona i z tą chwilą przerwali dalsze tańce. W altanie tańczyło zawsze około 20 par.

Podczas obdarowania dzieci przez Stachullę, dzieci ciągle wznosiły okrzyki „Heil".

Nadmienić należy, że społeczeństwo polskie było zachowaniem się Niemców i ciągłemi okrzykami „Heil" oburzone, temwięcej, że w dniu tym odbywało się poświęcenie sztandaru młodzieży katolickiej, na którą to uroczystość zjechało się z różnych miejscowości około 2000 osób. Spokój jednakże nie został zakłócony. Polecałoby się, ażeby w przyszłości nie udzielać zezwolenia na takie imprezy w granicznych miejscowościach, gdyż odbija się to bardzo ujemnie na społeczeństwie polskim, zaś Niemcy na tem korzystają, zdobywają przez to dzieci i rodziców w swoje organizacje.

Miejski i Powiatowy
Komendant Policji
Woj. Śląski
Błaszek

386

23.8.1935: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Wahlverhalten der deutschen Minderheit
23 VIII 1935r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Zachowanie się mniejszości niemieckiej wobec wyborów

AP Katowcice, Dyrekcja Policji w Chorzówie, Nr. 262

Uzyskano informację, że Ulitz i inni przywódcy Volksbundu, Jungdeutsche Partei i innych organizacyj niemieckich wydali zarządzenie, by członkowie organizacyj niemieckich wzięli udział w wyborach, jednak nie głosowali za kandydatami polskimi, a włożyli do kopert białą kartkę. Gdyby głosowali, nie mieliby z tego żadnych korzyści, ponieważ nie mają własnych kandydatów.

O ileby zaś na znak protestu nie poszliby do wyborów, mogłoby to im zaszkodzić, jak np. kupcom niemieckim, którym władze skarbowe mogłyby nałożyć większe podatki, zaś administracja ogólna zaostrzyć przepisy administracyjne, zaś robotnicy niemieccy mogli by być zwolnieni z warsztatów pracy.

Z tego samego źródła uzyskano informację, że Dr. Pant miał się wyrazić wobec osób zaufanych z „Christliche Volkspartei", iż nieprzyjąłby kandydatury senatora, gdyby jako przedstawiciel mniejszości został mianowany przez Rząd Polski, gdyż nie chciałby odpowiadać za krecią robotę Niemców z przeciwnego mu obozu, za których musiałby się wstydzić. Nigdy nie przeszedłby na ich stronę.

Według podania informatora Dr. Pant miał wydać nakaz, by zwolennicy jego głosowali w dniu wyborów na kandydatów polskich według własnego uznania i zabronił bezwzględnie wkładania do koperty białej kartki.

Dyrektor Policji
Dr. Brudniak
Wicedyrektor

387

9.12.1937: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Wahlversammlung der Christlichen Deutschen Volkspartei in Chorzów (4.12.1937)
9 XII 1937r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Zebranie wyborcze stronnictwa Deutsche Christliche Volkspartei w Chorzowie (4 XII 1937r.)

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Chorzówie, Nr. 333

Dnia 4 grudnia br. o godz. 20 odbyło się w Katolickim Domu Związkowym walne zebranie miejscowej grupy „Christliche Deutsche Volkspartei" w Chorzowie, przy udziale 25 członków.

Zebraniu przewodniczył przewodniczący grupy Buczek Robert z Chorzowa. Po zagajeniu i odczytaniu protokołu z ostatniego walnego zebrania wygłosił Buczek referat na temat spraw organizacyjnych oraz obecne położenie mniejszości niemieckiej. Na wstępie przemówienia nadmienił, iż referat miał wygłosić Dr. Pant, jednak nie mógł on przybyć na zebranie z powodu wyjazdu w sprawach partyjnych do Wiednia.

Poruszając sprawę organizacyjną ubolewał, iż partja liczy tak znikomą ilość członków. Przyczyną tego – zdaniem mówcy – jest silna agitacja miejscowych organizacyj o pokroju nacjonalno-socjalistycznym. Dziwi go jednak, iż starzy członkowie, którzy swego czasu oddani byli duszą sprawie partyjnej, w szczególności senatorowi Pantowi, przeszli na stronę narodowego-socjalizmu mimo, iż przedtem złorzeczyli tak na kanclerza Hitlera jak i na przywódców tutejszych organizacyj, którzy deklarowali się jako narodowi-socjaliści. Do obecnych na zebraniu apelował by pozostali wierni partii mimo, iż jest ich tak mała garstka. Wspomniał również, iż grupa liczy jeszcze 125 zarejestrowanych członków, lecz zapewne ani połowa nie zostanie w partii, gdy w tych dniach kasjerzy udadzą się do członków inkasować składki członkowskie. Po omówieniu stosunków polsko-niemieckich, a w szczególności ostatnio zawartej umowy polsko-niemieckiej z dnia 5.11.br. wywodził, iż nie można się dziwić, że mimo umowy między obu państwami stosunki się nie poprawiły, przeciwnie – uległy pogorszeniu, czego dowodem są zwolnienia z pracy robotników niemieckich na terenie Województwa Śląskiego. Mniejszośc niemiecka sama jest winną, iż Rząd Polski, a w szczególności władze wojewódzkie z nią tak postępują. Jeśli się nie skupi pod egidą „Christliche Deutsche Volkspartei" i nie oprze się o zasady czysto chrześcijańskie i katolickie i Encyklikę Papieską, a tylko nadal będzie hołdować neopoganizmowi hitlerowskiemu, nie może liczyć na jakiekolwiek polepszenie swego bytu, gdyż hołdując zasadom i programowi hitlerowskiemu jest uzależnioną od drugiej strony /Niemiec/, a tymczasem każde jej przedsięwzięcie godzi w interesy Państwa Polskiego. Mniejszość niemiecka nie powinna się zwracać o dyrektywy do Rzeszy Niemieckiej, gdyż nie powinna zapominać, iż przede wszystkim jest związana z Państwem Polskim. Powinna prowadzić własną politykę, opartą na zasadach chrześcijańskich, tak jak to naucza Dr. Pant na łamach swego dziennika „Der Deutsche in Polen".

Pod koniec swego przemówienia nadmienił, że partia mimo wszelkich gróźb ze strony tutejszych zhitleryzowanych organizacyj niemieckich nie zboczy z wytkniętego celu i dalej będzie piętnować to, co jest hitlerowskie.

Apelował do obecnych członków, by pozostali wierni partii i nie dali się namówić do przejścia do obozów hitlerowskich.

Z kolei przystąpiono do wyboru nowego zarządu, w skład którego weszli:

jako I przewodniczący Buczek Robert, zamieszkały w Chorzowie II, ulica Bytomska 41.

jako II przewodniczący Gawlik Tomasz, zamieszkały w Chorzowie II, ulica Stalmacha 9,

jako I sekretarz Hruszka Edward, zamieszkły w Chorzowie I, ulica Sienkiewicza 4,

jako II sekratarz Trocha Piotr, zamieszkały w Chorzowie II, ulica Ligonia 2,

jako skarbnik Plotniok Szymon, zamieszkały w Chorzowie II, ulica 11 listopada 9.

Po wyborze zarządu zapowiedział Buczek, iż w styczniu 1938 r. rozpoczną się wykłady w Chorzowie, które wygłaszać będzie Dr. Pant na tematy zwalczania komunizmu i hitleryzmu.

Na tym zakończono zebranie o godz. 22.15.

Dyrektor Policji

w.z.

Dr. Brudniak

Wicedyrektor

388

14.3.1938: Polizeidirektion Chorzów an die Wojewodschaft in Katowice. Überblick über Organisationsformem und Besitzstand der einzelnen Nationalitäten

14 III 1938r.: Dyrekcja Policji w Chorzowie do Urzędu Wojewódzkiego w Katowicach. Przegląd form organizacyjnych i stanu majątkowego poszczególnych narodowości

AP Katowice, Dyrekcja Policji w Chorzówie, Nr. 60

[...]

Niemcy posiadają kilka organizacyj o celach społecznych i kulturalnych.

Stowarzyszenie pod nazwą „Volksbüchereiverein Königshütte" liczy około 1 300 członków i utrzymuje bibliotekę wyposażoną w 9 260 dzieł 1 150 autorów.

Według sprawozdań przeciętna ilość wypożyczeń książek wynosiła miesięcznie w roku sprawozdawczym 1937/38 – 1 467.

Stowarzyszenie „Verband Deutscher Katholiken" posiada dwa oddziały, z około 950 członkami a „Katholischer Deutscher Frauenbund" również dwa oddziały, z około 900 członkiniami.

Towarzystwo śpiewacze „Chorvereinigung" liczy około 90 członków – 65 śpiewaków i 25 członków wspierających.

Stowarzyszenie miłośników literatury pod nazwą „Literarische Vereinigung a.K.G." /auf katholischer Grundlage/ skupia około 70 członków. Jest to stowarzyszenie zwykłe, lecz objawia bardzo ruchliwą działalność, urządza częste odczyty na różne tematy, nie tylko religijne, na które sprowadza prelegentów również z zagranicy.

Poza tym Niemcy zrzeszeni są w stowarzyszeniach niemieckich i wyznaniowych organizacjach jak „Katholischer Deutscher Arbeiterverein" i „Männerverein" oraz „Evangelischer Männer- und Jünglinsverein" i „Evangelischer Arbeiterverein" i organizacjach niemieckich kościelnych.

Młodzież niemiecka zrzeszona jest w następujących stowarzyszeniach:

1. „Deutscher Jugendverein"- Chorzów – stowarzyszenie zwykłe, które liczy około 360 członków obojga płci.
2. „Evangelischer Jungmännerverein" – 25 członków.

3. „Katholischer Jungmänner-Verein", którego oddziały istnieją przy parafiach św. Barbary, św, Jadwigi i św. Józefa.

Oddział przy parafii św. Jadwigi nie rozwijał od dłuższego czasu działalności. Dwa pozostałe oddziały liczą 70 członków.

Pozatym młodzież niemiecka zorganizowana jest również w sekcjach młodzieży przy „Verband Deutscher Katholiken", „Katholischer Deutscher Frauenbund" i „Männerturnverein" oraz „Gewerkschaft Deutscher Arbeiter".

Wszystkie te organizacje, nie wyłączając zawodowych, uprawiają działalność kulturalno-oświatową.

Organizacje młodzieżowe kładą główny nacisk na koedukację swych członków i wychowanie ich w duchu narodowym, a przeważnie również wszczepienie światopoglądu narodowo-socjalistyznego.

W niemieckich związkach zawodowych jest zorganizowanych:

1. w miejscowej grupie „Gewerkschaft Deutscher Arbeiter" 1 462 robotników,
2. w grupie służby domowej tego związku 48 kobiet,
3. w grupie kobiet tego związku 28 pracujących zawodowo.

Razem: 1 538 osób

4. w miejscowej grupie „Gewerkschaft der Angestellten", 406 pracowników umysłowych

Ogółem: 1 944 osób.

[...]

Niemcy na tutejszym terenie nie posiadają stowarzyszeń o celach ściśle gospodarczych. Działalność rozwijają tutaj dwa związki inwalidów wojennych, które posiadają w miejscu swe oddziały i to: Zespół Pracy Inwalidów i Pozostałych Wojennych Województwa Śląskiego, który liczy około 200 członków i Zjednoczenie Inwalidów i Pozostałych Wojennych Województwa Śląskiego, które ma około 60 członków oraz Deutscher Unterstützungs- und Sterbekassenverein 1886 Königshütte. Dwa pierwsze zajmują się głównie obroną praw swych członków, trzeci ograniczył się w dotychczasowej swej działalności do udzielania wsparć swym biednym członkom.

Kupiectwo niemieckie i rzemieślnicy oraz przemysłowcy Niemcy zorganizowani są w niemieckich organizacjach gospodarczych, mających swą siedzibę na terenie miasta Katowic.

[...]

Niemcy zorganizowani są politycznie w 4 partiach i to

Jungdeutsche Partei, Deutscher Volksblock, Deutsche Christliche Volkspartei i Deutsche Sozialistische Arbeitspartei.

Najsilniejszą i bardzo ruchliwą jest „Jungdeutsche Partei", która posiada dwie grupy: grupa Chorzów I/IV, z około 600 członkami i grupa Chorzów II/III, licząca około 400 członków.

Deutscher Volksblock – posiada oddział liczący około 800 członków.

Deutsche Christliche Volkspartei – liczyć ma około 30 członków – nie rozwija jednak od grudnia 1937 roku /ostatniego walnego zebrania/ żadnej działalności na zewnątrz. Partia ta jednak posiada niewątpliwie zwolenników zwłaszcza wśród starszego społeczeństwa niemieckiego, a szczególnie kobiet zorganizowanych w miejscowej grupie „Katholischer Deutscher Frauenbund", w liczbie około 900, gdyż przewodnicząca tego stowarzyszenia Schulzowa Gertruda uchodzi za zwolenniczkę tej partii.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei również od ostatniego nadzwyczajnego walnego zebrania w czerwcu 1937 r. nie rozwijała żadnej działalności. Liczyć ma tylko 25 członków. Wpływów w terenie nie posiada.

Pewną liczbę zwolenników posiada na tutejszym terenie również grupa skupiająca się około tzw. „Deutscher Arbeitskreis'u" u Schneidera Wilhelma z Katowic. W zebraniu odbytem w styczniu br., na którym Schneider wygłosił referat, brało udział około 60 osb.

Tutejszy obwód Volksbundu – którego terenem działalności – poza miastem Chorzów – są również miejscowości Brzeziny Śląskie, Łagiewniki, Lipiny, Chropaczów, Nowy Bytom, Świętochłowice, Wielkie Hajduki – liczył według ostatniego sprawozdania /stan z dnia 31.3.1938 r./ 5 277 członków. Liczba ta niewątpliwie w związku z emigracją członków do Niemiec spadła.

Z terenu Chorzowa oblicza się liczba członków Volksbundu obecnie na 3 500.

Najbardziej rozpowszechnionym czasopismem niemieckim na terenie miast Chorzowa jest „Der Oberschlesische Kurier" w wydaniu chorzowskim, które wydaje „Kurier" Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością w Chorzowie, z dodatkami raz na tydzień: „Die Kinderwelt", „Die Katholische Welt" oraz „Die Welt der Jugend". „Der Oberschlesische Kurier" w wydaniu chorzowskim ma 6 800 egzemplarzy nakładu – w wydaniu katowickim 2 900 egzemplarzy, zaś odbitka „Ostschlesische Post" – ma nakładu 400 egzemplarzy.

Poza tym z innych czasopism niemieckich /dzienników/ w znacznej ilości abonowane są przez tutejszych Niemców: „Kattowitzer Zeitung" i organ partyjny młodoniemców /Jungdeutsche Partei/ „Der Aufbruch".

Ile te dzienniki mają abonentów na terenie miasta Chorzowa nie zdołano ustalić. Kolportażem gazety „Der Aufbruch" zajmują się zarządy miejscowych grup „Jungdeutsche Partei". Gazety tej w kioskach czy sprzedaży ulicznej nie można otrzymać.

Z tygodników, organ młodzieży Volksbundowej „Die Deutsche Volksgemeinschaft" rozpowszechniany jest na terenie tutejszego miasta w ilości 600 egzemplarzy.

[...]

Dezyderaty i wnioski

Wielki odsetek Niemców zamieszkałych na terenie miasta Chorzowa, którzy w dodatku stanowią w znacznej mierze klasę posiadającą - musi w konsekwencji pociągać za sobą ujemny wpływ na kształtowanie się życia gospodarczego, społecznego, kulturalnego i politycznego.

Wielka ilość robotników /około 450/ z terenu tutejszego miasta zatrudniona jest na Śląsku Opolskim, dokąd [co]dziennie dojeżdża do pracy za przepustkami granicznymi. Jest to objaw bardzo ujemny z punktu widzenia interesów państwowych, ponieważ chodzi tu o teren pograniczny, na którym toczy się i toczyć będzie ciągle walka elementu polskiego z obcym o stan posiadania. Niemcy bowiem na zatrudnionych po stronie niemieckiej robotników wywierają nacisk w kierunku posyłania dzieci do szkoły mniejszościowej, popierania niemczyzny w miejscu swego zamieszkania przez należenie do organizacyj niemieckich, abonowanie gazet niemieckich itp.

Bezrobocie i możliwość uzyskania pracy po stronie niemieckiej w razie przyznawania się do narodowości niemieckiej i przystąpienia na członka do organizacji niemieckiej sprawia, że bardzo wielu bezrobotnych przechodzi do obozu niemieckiego. Jest to przeważnie element rozgoryczony i niezadowolony z powodu długiego bezrobocia lub pod względem narodowym mniej uświadomiony, aczkolwiek jest z pochodzenia narodowości polskiej.

Ograniczenia w wydawaniu przepustek granicznych do pracy – stosowane przez tutejszą Dyrekcję Policji – tylko częściowo zapobiegły tym ujemnym skutkom, gdyż wielka liczba robotników, którym odmówiono wystawiania przepustek, pozostała na Śląsku Opolskim w miejscowościach zatrudnienia i przyjeżdża na tutejszy teren od czasu do czasu za przepustkami wystawionymi przez władze niemieckie. Dotychczas ustalono 60 wypadków, gdzie robotnicy, którym odmówiono wydania przepustki granicznej pozostali na Śląsku Opolskim i pracują tam nadal. Chodzi tu o członków Gewerkschaft Deutscher Arbeiter i przeważnie o roczniki młodsze.

W zakładach przemysłu ciężkiego pracuje jeszcze pewna ilość robotników i urzędników Niemców, którzy bądź jako tacy otwarcie występują, bądź też ukrywają swe usposobienie przed przełożonymi i współpracownikami. Ta ostatnia kategoria jest o tyle niebezpieczniejsza, że maskując się stara się szkodzić elementowi polskiemu, zwłaszcza niepodległościowcom, wywołując przez to ferment w zakładach pracy.

Biura zakupów zakładów przemysłu ciężkiego, które czynią stosunkowo wielkie zakupy, mogą najskutecznej poprzeć pewne kategorie kupiectwa i rzemiosła polskiego, o ile kierować się będą przesłanką popierania polskiego stanu posiadania.

Kilkuletnia organizacje pozwala stwierdzić, że polski stan posiadania w zakresie przemysłu, handlu i rzemiosła ulega na tutejszym terenie powolnymu lecz stałemu wzmocnieniu, tak pod względem ilościowym jak i materialnym.

Celem przyspieszenia tego procesu należałoby

1. znieść, a przynajmniej zmniejszyć bezrobocie do tego stopnia, by znaleźli możliwie pracę wszyscy Polacy
2. zwolnić z pracy z ciężkiego przemysłu element obcy
3. zmniejszyć element obcy na terenie tutejszym – jeśli chodzi o bezrobotnych – przez zapośredniczenie go do pracy w głębie państwa
4. obsadzić biura zakupów zakładów ciężkiego przemysłu takimi urzędnikami – Polakami, którzy dla popierania polskiego stanu posiadania mają zrozumienie
5. odebrać koncesję na sprzedaż napojów alkoholowych elementowi obcymu
6. nie wydawać w przyszłości licencji na handel domokrążny elementom obcym. Handel domokrążny może być zupełnie wytrącony z rąk elementów niepolskich w razie sprzeciwu Dyrekcji Ceł do odnowienia licencji, co nie wymaga żadnego uzasadnienia.
7. Znowelizować prawo przemysłowe w tym kierunku, by osoby zgłaszające przemysł lub przedsiębiorstwo handlowe były w posiadaniu zezwolenia na stałe zamieszkanie w strefie nadgranicznej. Dotychczas element obcy – przede wszystkim Żydzi, licząc się z tym, że zezwolenia na pobyt stały nie otrzymają, nie sprowadzają się do strefy nadgranicznej, lecz dojeżdżają z miejsca zamieszkania, położonego poza strefą codziennie, dla wykonania swego procederu na tutejszy teren
8. Zasilić kredytami obrotowymi polskie przedsiębiorstwa
9. Popierać kredytami i subwencjami polski ruch spółdzielczy.

Na odcinku organizacyj kulturalno-oświatowych poczynił Miejski Ośrodek Oświatowy następujące spostrzeżenia:

Prace kulturalno-oświatowe prowadzone przez organizacje młodzieżowe /kulturalno-oświatowe, społeczne/ oparte są na dobrze opracowanych programach, zwłaszcza z dziedziny wychowania obywatelskiego. W praktyce jednak realizacja zagadnień objętych programem na odcinku młodzieżowym w małym zakresie została osiągnięta przez organizacje. Składają się na to następujące powody i przyczynki:

1. rozbieżność ideowa i mała aktualność programów w stosunku do panującego nastroju w społeczeństwie.
2. stosunkowo duża liczebność w organizacjach młodzieżowych oraz brak kierowników i odpowiednio przygotowanych przodowników oświatowych,
3. brak świetlic i odpowiednich pomocy oświatowych.

Rozbieżność ideowa

Młodzież pozaszkolna w zasadzie jest mało wyrobiona pod względem współdziałania gromadnego. Ulega wpływom agitacji – nie zawsze korzystnej w sprawie narodowej polskiej. Objawem tego są przykłady, że młodzież wciągana jest do organizacyj niemieckich.

Zmiana organizacji wśród młodzieży jest na porządku dziennym. Ostatnio na terenie Chorzowa młodzież z OMP, wskutek niesubordynacji zawieszona w czynnościach przez władze naczelne związku, ostentacyjnie wstąpiła do Związku Młodej Polski. Nie negując strony ideowo-państwowej jednej i drugiej organizacji, fakt, że członkowie dowolnie i bez skrupułów przechodzą z jednej organizacji do drugiej, jest charakterystczny dla znikomego związku, poczucia i przywiązania do obranej organizacji. Zjawisko to jeszcze potęguje wśród nich chęć powiększenia liczebności szeregów swoich członków i to kosztem organizacji drugiej. Wysiłki więc owe nie idą w kierunku werbowania niezrzeszonej młodzieży, ale wyczerpują się na platformie walki konkurencyjnej.

[...]

Szczególnie niebezpieczne dla tej grupy młodzieży jest penetracja ideowa z Niemiec. Nadzwyczaj czynne w tej pracy – w sianiu rozgoryczenia i defetyzmu ideowego polskiego – okazują się organizacje młodzieżowe niemieckie, dysponujące środkami finansowymi dla agitacji i prac kulturalno-oświatowych. Zdarza się, że organizacje niemieckie wysyłają swoich ludzi do szeregów młodzieży świetlicowej – stosunkowo mało organizacyjnie złączonej i tam w sposób umiejętny wykorzystują każdy objaw trudności prac organizacyjnych i małej opieki ze strony władz, wskazując przy tym na stosunki i wzory niemieckie.

[...]

Stwierdzono, że poważne firmy kupieckie polskie, przy angażowaniu nowego personelu zwracają uwagę, czy kandydat włada płynnie językiem niemieckim. Wskutek tego przyjmują do pracy przede wszystkim młodzież ze szkół i rodzin niemieckich. W ankiecie rozpisanej do słuchaczy Uniwersytetu Powszechnego w Chorzowie, zwróciła na to uwagę sama młodzież, domagając się, by do programu UP wprowadzono również wykłady z dziedziny językoznawstwa niemieckiego. Nadto często słyszy się ze strony młodzieży pracującej w handlu, że u kupca polskiego mają gorsze warunki pracy i gorsze wynagrodzenie niż u kupców niemieckich czy żydowskich.

[...]

Dyrektor Policji
w.z.
Dr. Brudniak
wicedyrektor

Ortsnamenverzeichnis / Indeks miejscowości

Das Verzeichnis enthält ausschließlich die in den Dokumententexten verwendeten Bezeichnungen. Nicht aufgenommen worden sind die Namen der Hauptstädte Berlin und Warschau.

Indeks zawiera wyłącznie nazwy miejscowości występukące w dokumentach. Stolice państw: Berlin i Warszawa nie zostały ujęte w indeksie.

Ackerfelde (Kreis Tost-Gleiwitz) 942, 944, 950, 956, 959
Albertowsko 618, 722, 732, 733, 750, 754, 756, 757, 779, 790
Aleksandrowice (powiat Bielsko) 1016, 1021, 1038, 1044, 1094
Allenstein 169, 171, 172, 175, 176, 180, 182, 195–198, 202–205, 207, 210, 211, 214–219, 225, 227, 229, 230, 234, 236, 238, 246, 250, 251, 254, 267, 270–272, 474, 849, 892
Alt Cosel 886
Alt Jablonken 467
Alt Poppelau 833, 834, 885
Alt Schöneberg 203
Alt Wartenburg 202
Altenhof (Kreis Meseritz) 554
Altmark 170, 187, 203, 205, 206, 221, 225–227, 241, 244, 246, 249, 250, 252, 253, 259–261, 266, 385
Altschalkowitz 833, 889, 914
Amberg 395
Angerbach 897
Aspenau (Kreis Flatow) 513, 514, 516, 517
Autischkau 888

Babiak 707
Babimost 654
vgl. Bomst
Bachweiler (Kreis Tost-Gleiwitz) 889, 942, 946
Baczek 364–366, 375, 377, 391, 392, 400
Bagienica 335, 352, 424
Barcin 676
Barendt - Wolne Miasto Gdańsk 307
Bartoszewice (powiat Wąbrzeźno) 733
Bentschen 472, 558, 564, 567, 568, 570, 578, 580
vgl. Zbąszyń
Bestwin 616, 654
Betsche 466–470, 475, 476, 487, 491, 492, 505, 518, 554–556, 558–560, 794
vgl. Pszczew
Betsche-Abbau 469, 558, 559
Beuthen 263, 507, 585, 828–832, 837, 839, 841, 847, 850–852, 858, 859, 861, 863, 864, 866–869, 872, 875, 876, 882, 886, 889–893, 902, 932–939, 942, 946–951, 953–965, 967
vgl. Bytom
Beuthen-Kleinfeld 893, 951
Biadacz 914
vgl. Kreuzwalde
Biała 669 (powiat Czarnków)
Białawieś 740, 744, 773, 775, 799
Białośliwie 662, 665
Białośliwiec 627
Biechowy 699
Bieganinek 616
Bielitz 1026
vgl. Bielsko
Bielsko 331, 374, 391, 392, 430, 450, 639, 640, 652, 663, 702, 746, 991–994, 1000, 1002, 1012,

1019–1021, 1028, 1029, 1038, 1043, 1045, 1051, 1056, 1069, 1070, 1074, 1078, 1085–1087, 1090, 1094, 1096, 1101, 1102, 1109, 1116
vgl. Bielitz
Bielszowice 989, 1042
Bierdzan 844, 909
Birkenau (Kreis Tost-Gleiwitz) 944
Birkental (Kreis Oppeln) 918, 919, 921
Birnbaum 466, 467, 469, 470, 569, 570
vgl. Międzychód
Bischofsburg 203
Biskupia 664
Biskupiec 296
Biskupitz 937
vgl. Hindenburg-Nordost
Bismarckhütte 959
vgl. Hajduki Wielkie
Bladowo 417
Błaki 795
Blankwitt 487, 512, 514, 516, 517, 541
Błotkowo 632
Bnin (powiat Śrem) 709
Bobowo 341
Bobrek-Karf 832, 891, 946, 949, 954, 960, 965
Bobrek-Karf I 958, 965
Bobrek-Karf II 925, 965, 966
Bochum 849, 866, 900
Böhmswalde 942, 944, 945, 947, 961
Boguszowice 1032
Bojanowa 632, 646, 707, 716
Bojanowo 686, 700
Bolko 924
vgl. Königlich Neudorf
Bomst 481, 483, 487, 492, 506
vgl. Babimost
Bonn 1074
Borek (powiat Gostyń) 708
Borislawitz 889
Borówki (powiat Sępólno-Krajenskie) 413, 419
Borowymłyn 335
Borrek 825
vgl. Wäldchen
Boruja Kościelna 678, 686, 701
Boruja Nowa 808
Boruja Stara 709
Borzechowo 376
Boszkowa 661
Bottowen 203
Brakau 271
Bralin 707
Bralinie 626
Branitz 889
Bratwin 354
Braunswalde (Kreis Stuhm) 170, 198, 202, 203, 215
Bregienen 203
Breitenmarkt 889, 898
vgl. Schierokau
Breslau 229, 549, 841, 843, 855, 879, 888, 890, 892, 899, 915, 961, 962
vgl. Wrocław
Brieg 861, 960
Bródki 741
Brodnica 295, 301, 338, 343, 382, 386, 399, 405
Brody (powiat Nowy Tomyśl) 729, 744
Bromberg 171, 230
vgl. Bydgoszcz
Broniszowice 1108
Brückenort 894, 896
Brzezie (powiat Rybnik) 1036
Brzezińskie 715
Brzeziny (powiat Świecie) 350
Brzeziny Śląskie 1131
Brzeźno Szlacheckie 345
Brzoza (powiat Bydgoszcz) 677
Brzozowo 343, 399
Buchwalde (Kreis Stuhm) 170, 201, 249, 258
Budzisk 882
Budziska 592
vgl. Bachweiler
Budziszewko 709

Budzyń (powiat Chodzież) 659, 676, 683, 685, 699
Bütow 405, 849
Buk (powiat Nowy Tomyśl) 758, 774, 788, 792, 804
Bukowiec (powiat Nowy Tomyśl) 754, 804
Bukowiec (powiat Oborniki) 664
Bukowiec (powiat Świecie) 352, 434
Buntowo 532
vgl. Seefeld
Buschdorf (Kreis Flatow) 524, 525, 546–549, 576, 580
vgl. Zakrzewo
Bydgoszcz 298–300, 303, 306, 307, 309, 313, 324, 329, 332, 335, 337, 341, 348, 350, 351, 353, 355, 357, 362, 363, 367, 370, 372, 374–376, 378, 379, 383, 388, 389, 391–400, 422, 424, 425, 427, 436–438, 441, 442, 449, 592, 595, 596, 598–605, 608–610, 613–617, 621–624, 626, 627, 631–634, 640, 642, 643, 645–647, 652, 653, 659–663, 665–671, 673, 674, 680, 702, 703, 712, 718, 739, 784, 799, 800, 804, 993, 1082
vgl. Bromberg
Bystra (powiat Bielsko) 1021
Bytom 1012, 1013, 1015, 1026, 1043, 1074, 1077, 1114, 1116, 1117
vgl. Beuthen
Bytom Nowy 1000, 1002, 1003, 1006, 1012, 1029, 1036, 1049, 1131

Carpangen 224
Ceków 700
Celbowo 363
Celestyny 701
Centawa 870
vgl. Halbenau
Cetki 390
Charków 707
Chebzie (powiat Świętochłowice) 1027
Chełmno 295, 301, 315, 324, 330, 367, 375, 392, 398, 400
Chełmża 301, 352, 357, 369, 371, 376, 396
Chlewiska (powiat Inowrocław) 400
Chludowo 592
Chmielinko 614, 626, 634, 662, 664, 697, 700, 722, 728, 730, 735, 742, 750, 751, 755, 757, 760, 761, 769, 772, 774, 779, 786, 787, 790, 801
Chodzież 663, 676
vgl. Kolmar
Chodzieży 599, 666, 673, 728
Chojnice 295, 296, 298, 300, 301, 305–310, 312, 315, 329–331, 333–336, 338–340, 344, 346, 350, 355, 358, 363, 365, 366, 375, 379, 382, 383, 414, 418, 422, 432, 437, 438, 441, 444, 450, 592, 619, 626, 629, 637, 708, 709
vgl. Konitz
Chorzów 987, 988, 1066, 1068, 1128, 1129, 1131, 1133
vgl. Królewska Huta
Chorzów I 1062, 1063, 1065, 1068–1070, 1072, 1073, 1075, 1079–1081, 1083, 1086, 1087, 1090, 1094, 1097, 1100, 1102, 1123, 1124, 1128, 1129, 1131, 1133
Chorzów I/IV, 1130
Chorzów II 1129
Chorzów II/III 1130
Chraplewo (powiat Nowy Tomyśl) 743, 773
Chropaczów 1011, 1012, 1027, 1028, 1102, 1131
Chrosczütz 833, 913
Chrośnica 745
Chwałowice 1108
Cichagóra 733, 751, 775, 781
Ciele 677
Cieszyn 988, 1020, 1021, 1032, 1083, 1091, 1102, 1105, 1109, 1111
vgl. Teschen

Ciężkowo 350, 392, 397, 401, 625
Cosel 838, 847, 848, 867, 892, 952
Cottbus 654
Cyguß 200, 244, 246, 257, 261
Czajcze 384
Czarnawieś 739, 741, 742, 771, 772, 789
Czarnków 651, 653, 676, 699, 704, 708, 714, 715
Czarnowanz 825
vgl. Klosterbrück
Czarnylas (powiat Ostrów) 708, 709, 800
Czarze 343, 352
Czechowice (powiat Bielsko) 1031, 1032
Czempiń 617
Czempin 680
Czenstochau 573, 574, 578, 859, 933
Czerniejewo 637, 708
Czersk (powiat Chojnice) 335
Czeskie Nowe 741, 745
Czeskie Stare 743, 774, 804
Czewujewo 636
Czyżkówko 653

Dąbie (powiat Koło) 707
Dąbrowa Biskupia 664
Dąbrowa Nowa (powiat Nowy Tomyśl) 809
Dąbrowa (powiat Nowy Tomyśl) 664, 782, 784, 798, 807
Dąbrówka Królewska 405
Dąbrówka Mała 995, 997, 1003, 1019
Dąbrówka (powiat Chełmno) 376
Dąbrówka (powiat Grudziądz) 403
Dąbrówka (powiat Sępólno-Krajeńskie) 331, 421, 422, 424, 443
Dąbrówka Wielka 1097
Dąbrowy Wielkie 677
Dalki 479, 519
Dambrau 888, 924
Danowiec 700, 715
Danzig 173, 184, 208, 233, 267, 299, 641, 888
vgl. Gdańsk
Dębogóry 343, 380
Dębowiec (powiat Chełmno) 354
Dembio 887
Deuthen 202
Deutsch Eylau 169, 170, 172, 173
vgl. Iława Niemiecka
Deutsch Müllmen 888
Dietrichswalde (Kreis Allenstein) 202, 203
Dirschau 217, 233, 263
vgl. Tczew
Dobra Nadzieja 714
Dobrogościce 400
Dobrzyca 617, 618, 629, 633, 708
Döbern (Kreis Oppeln) 894
vgl. Großdöbern
Dombrowo (powiat Sępolno / Kreis Zempelburg) 417
Dominowo 704
Dragacz 352, 361, 366
Dramastein 968
Dreidorf (powiat Wyrzysk / Kreis Wirsitz) 413
Dresden 923
vgl. Drezno
Drezno 1074, 1098
vgl. Dresden
Drożdzienica 354, 380, 395, 424, 430
Drzewianowo 636
Drzycim 352, 363, 373
Düren (Rheinland) 1117
Duisburg 523
Duisburg-Hamborn 567
vgl. Hamborn
Dusocin 404, 405, 407, 408
Duszniki 617, 634
Duża Cerkwica 339, 438, 444–446, 451
Działdowo 298, 303, 315, 331, 333, 343, 352, 363, 367, 369, 372
vgl. Soldau
Działy 390
Dziembowo 370

Dziewierzewo 626, 665, 680
Dźwierszno 676

Ehrenfeld (Kreis Oppeln) 923
vgl. Goslawitz
Einhof (Kreis Tost-Gleiwitz) 942, 944
Eisenau (Kreis Oppeln) 918, 919, 923
Elbing 171, 203, 255
Ellerbruch (Kreis Stuhm) 258
Ellguth von Gröling 942, 944
Ellguth-Zabrze 927
vgl. Zabrze-Ellguth
Erlangen 367, 707
Essen 591

Fallmirowitz 826
Farienen 218
Fischbach (Kreis Falkenberg) 919
Flatow 416, 477, 478, 480, 482, 490, 491, 497, 499, 500, 502, 508, 510–512, 514–520, 523–525, 527–531, 533, 535, 536, 538–540, 543, 546, 547, 849
Flötenstein 525
Follwark 914, 915
vgl. Vorwerk
Fordon 677
Forellengrund 917
Frankfurt/Oder 808
Frauenburg 217
Freiburg (Kreis Schweidnitz) 1074
Friedenau (Kreis Kosel) 882
Friedrichsgrätz (Kreis Oppeln) 925
Friedrichswalde 198
Friedrichswille (Kreis Beuthen-Tarnowitz) 832, 946, 955, 958, 959

Gallau 1063
Gammau 889
Gardeja 296
Gdańsk 296, 299, 303, 307, 308, 310, 315, 323, 327–329, 351, 354, 357, 374, 376, 379, 381–387, 392, 398, 437, 439, 442, 443, 592, 599, 610, 618, 622, 623, 630, 640, 641, 652, 671, 706, 711–713, 724, 738, 775, 781, 807, 1039, 1056, 1073, 1105
vgl. Danzig
Gdingen 250, 519, 567, 568
vgl. Gdynia
Gdynia 305, 324, 338, 350, 351, 371, 373, 378, 386, 1040, 1073
vgl. Gdingen
Gębice (powiat Czarnków) 697
Gębiczyn 707
Gershain 886, 894, 896
vgl. Grabine
Gillau 215
Giszowiec 1005, 1006, 1086
Gleiwitz 828, 831, 838, 846, 847, 861, 867, 868, 871, 892, 912, 927, 928, 933, 937, 940, 941, 943–945, 948, 950, 952, 954, 955, 957–961, 964, 965, 967
vgl. Gliwice
Gleiwitz-Gröhling 945
vgl. Gleiwitz-Zernik
Gleiwitz-Oehringen 889, 943–945, 949, 959, 967
vgl. Sosnitza
Gleiwitz-Richtersdorf 889, 890, 933, 965
vgl. Richtersdorf
Gleiwitz-Zernik 941
vgl. Gleiwitz-Gröhling, Zernik
Glinno (powiat Nowy Tomyśl) 619, 634, 664, 687, 719, 735, 743, 749, 750, 757, 761, 774, 776, 777, 784, 786, 788, 800
Gliwice 1030, 1045, 1114, 1118
vgl. Gleiwitz
Głodowo 381
Glubschin 527, 528, 534, 535, 539
vgl. Steinau
Głuchów (powiat Krotoszyn) 627
Glumen 471, 502, 512–514, 516, 517, 531
Głupoń 734
Gniewkowo (powiat Inowrocław) 663

Gnieżdżewo 345
Gniezno 307, 326, 595, 600, 617, 618, 637, 666, 677, 691, 695, 697, 708, 709, 711, 712, 757, 763, 781, 796, 797
Godzimierz 636
Göttkendorf 203
Gogolin 848
Gola (powiat Wolsztyn) 714
Gołańcz 634, 684, 698, 714
Gołasowice 1000, 1018, 1044, 1070, 1083
Gołaszewo 600
Gołaszyn (powiat Rawicz) 626
Gołębiewo 411
Golub 315, 352
Gołubie 301
Gonice 625
Goraj 638, 654
Gorken 187
Górna Grupa 336
Górne Łaziska 995
Górne Wymiary 324
Gorrek 827
Górsk 352
Gorzewo (powiat Oborniki) 663, 790
Gościejewo 600
Goslawitz (Kreis Oppeln) 914
vgl. Ehrenfeld
Gostyń 680, 708, 800
Grabine 852
vgl. Gershain
Grabów (powiat Kępno) 593
Grabowo (powiat Kościerzyna) 399
Granowiec 629
Graudenz 170, 172, 181, 182, 186, 250, 263, 268
vgl. Grudziądz
Grążawy 386
Grębocin 352
Gregorsdorf 871
Gresonse 512, 528, 534
Grieslienen 202, 203
Grocholin 663
Grochowiec 382, 413, 415, 419, 423, 432, 437
vgl. Sępólno-Grochowiec
Grodzisk (powiat Nowy Tomyśl) 664, 680, 681, 700, 707, 740, 741, 744, 745, 748, 749, 755–758, 761, 762, 769–771, 774, 778, 779, 781, 787–790, 792, 798, 805, 807
Gronowo (powiat Leszno) 645
Groschowitz 825, 895, 900, 909, 924, 925
Groß Butzig 480, 486, 511–517, 531, 534, 535, 538
Groß Dammer 472–475, 481, 482, 488, 490–492, 503, 506, 507, 512–518, 525, 552–554, 556–561, 564–569, 571, 573–590, 849
Groß Friedrichsberg (Kreis Flatow) 531, 542
Groß Maßdorf 897
Groß Maßdorf Kolonie 894, 897
Groß Nimsdorf 888
Groß Posemuckel 506, 512–515, 518
Groß Purden 202
Groß Strehlitz 847, 848, 855, 867, 869, 871, 873, 875, 888, 892, 912, 938, 952
Großdöbern (Kreis Oppeln) 832, 833, 914
vgl. Döbern
Großpatschin 945
Großwaplitz (Kreis Stuhm) 170, 180, 185, 187, 189, 205, 221, 224, 244, 245, 249, 253, 261
vgl. Waplitz (Kreis Stuhm)
Grubsko 722, 741, 768
Gruczno 330, 352, 375, 399, 400
Gruden 892, 893, 895, 924
vgl. Grudschütz
Grudnia 634, 751, 764
Grudschütz 826, 827, 833, 900–903, 906, 909, 911, 914
vgl. Gruden
Grudziądz 295, 298, 300, 301, 306, 307, 309, 315, 316, 323, 326, 329–332, 334, 335, 339, 340, 343, 344, 347–350, 353–357, 363–365, 367, 369, 370, 375, 379, 380, 382, 383, 386, 392, 394, 400–402, 406,

451
vgl. Graudenz
Grunwald 268, 725
vgl. Tannenberg
Gruta 405
Grzebienisko 662, 698
Grzybno (powiat Brodnica) 389
Gubiny 354
Gumienice 634, 700, 715
Gutenquell 942, 956
Guttentag 848, 867, 892

Hajduki Nowe 1031
Hajduki Wielkie 1027, 1028
vgl. Wielkie Hajduki
Halbendorf (Kreis Oppeln) 918, 919
Haldenau (Kreis Groß Strehlitz) 894, 897
vgl. Centawa
Halle (Saale) 648
Hamborn 567
vgl. Duisburg-Hamborn
Hamburg 229, 324
Hannover 441, 996
Haselgrund (Kreis Tost-Gleiwitz) 942, 943, 967
Hedwigsruh 962
Heidefelde 918
Heidemühle 554
Heilsberg 217
Hel 370
Hermanowo 342, 380
Herne 918
Herrenkirch 887
Himmelwitz 848, 894, 897
Hindenburg 829, 830, 853, 867, 869, 870, 875, 888, 889, 933–935, 937–939, 941, 946–952, 954–956, 958, 959, 961, 962, 965, 966, 1031, 1116
vgl. Zabrze
Hindenburg-Nordost 946, 947, 950, 954
vgl. Biskupitz
Hindenburg-Ost 947, 948, 954, 966
vgl. Zaborze
Hintersee (Kreis Stuhm) 195, 261
Hirtweiler 946
Hitlersee 888
Hochwalde (Kreis Meseritz) 571
Hohenbirken-Windeck 898
vgl. Windeck-Hohenbirken
Hohendorf (Kreis Stuhm) 192, 195, 197, 200, 209, 239, 241, 243–246, 249, 257, 261
Hohenkirch 887
Hołdunów 1017, 1030, 1055, 1082
Holendry 684, 715
Honigfelde 205, 212, 213, 226, 234, 240, 243, 252, 260, 261, 266
Huta Palędzka 714
Huta (powiat Czarnków) 685, 708, 790
Huta (powiat Grudziądz) 405

Iława Niemiecka 378
vgl. Deutsch Eylau
Iłówiec 703
Iłowo (powiat Działdowo) 383
Iłowo (powiat Sępólno-Krajeńskie) 419
Inowrocław 396, 400, 615, 632
Iwiec 335, 357
Iwonicz 583
Izbica (powiat Koło) 707
Izbiczno 626, 662, 684, 695, 704

Jabłonka Stara 734
Jabłonna (powiat Wolsztyn) 636, 651, 691, 709, 716, 806
Jabłonowo (powiat Brodniki) 333, 334, 400
Jabłówko (powiat Szubin) 616, 676
Jägerhof (powiat Bydgoszcz / Kreis Bromberg) 652
Janów (powiat Katowice) 949, 1003, 1005, 1012, 1019, 1042
Janowiec (powiat Żnin) 680, 684, 698, 708
Jarocin 365, 600, 660, 667, 707
Jaromierz 662, 684, 686, 691, 698, 701, 714
Jasnepole 616, 697

Jastrzębie (powiat Świecie) 341, 353
Jastrzębowo (powiat Mogilno) 595
Jastrzębsko 680, 686
Jastrzębsko Nowe 743, 757
Jastrzębsko Stare 662, 664, 681, 707, 722, 728, 737, 739–741, 743, 747, 749, 755–758, 761–763, 768, 769, 771, 773, 774, 776–779, 781, 789
Jazdrowo 442
Jeleń 395
Jellowa 910, 914
Jena 350, 629
Jezierzyce Kościelne 653, 661, 684, 697
Jeziorki (powiat Chodzież) 629
Johannisdorf (powiat Tczew / Kreis Mewe) 233
Jutrosin 627, 678

Kainen 202
Kąkolewo (powiat Nowy Tomyśl) 614, 618, 626, 636, 651, 662, 664, 700, 722, 731, 733–736, 738–740, 744, 747, 749, 750, 753–756, 760–763, 770, 772, 779, 787, 788, 790, 801, 805–807
Kalau 577
Kalinów 301
Kaliska (powiat Kościerzyna) 343, 373, 399
Kałkowskie 619
Kalwe 205, 226
Kamień Pomorski 331, 335, 339, 343, 344, 365, 375, 400, 412, 415–417, 419, 423–425, 427, 428, 430, 434, 436–438, 444, 446, 448, 451
Kamienica (powiat Bielsko) 1000, 1020, 1021, 1086
Kandrzin (Kreis Cosel) 901
Karbowo 399
Karf 832, 882
Karge 485
Karłuszowiec 1016
Karolewie (powiat Sępólno-Krajeńskie) 414
Kartoszyno 385
Katowice 450, 618, 629, 663, 665, 666, 671, 675, 682, 697, 745, 761, 786, 988–999, 1001, 1004, 1009–1011, 1014, 1016, 1018–1021, 1025–1032, 1036–1038, 1042–1044, 1049, 1051, 1052, 1055, 1056, 1059–1063, 1066, 1068–1071, 1073–1075, 1077, 1079, 1082–1087, 1089–1091, 1093–1095, 1097, 1098, 1100–1102, 1104–1112, 1116–1122, 1125, 1126, 1130, 1131
vgl. Kattowitz
Katowice-Dębie 1073
Katowice-Muchowice 1098, 1111
Katowice-Załęże 1027, 1073
Kattowitz 528, 529, 835, 852, 854–856, 861, 872, 882, 890, 902, 916, 933, 937, 946, 954, 961–963, 965, 967, 968, 1026
vgl. Katowice
Kawki 347
Kaźmierka Nowa 715
Kcynia 616, 617, 663, 676
Kehme 481
Kensau 416
vgl. Kęsowo
Kępno 617, 678, 707
Kerpen 890
Kęsowo 335
vgl. Kensau
Kietz (Kreis Flatow) 491, 512, 513, 515–517, 542
vgl. Skietz
Kijewo Królewskie 352
Kijewo (powiat Chełmno) 333
Kiszkowo 617, 685, 700, 760
Klastawe 472, 473, 575
Klausberg (Kreis Beuthen-Tarnowitz) 895, 937, 938, 943, 946, 948, 950–956, 962, 963
vgl. Mikultschütz

Kłecko 617, 661, 677, 683, 697, 699, 704, 708
Klein Kottorz 844, 845
Klein Nappern 174
Klein Posemuckel 506, 513, 515, 516, 518
Klein Ramsen 170, 180, 188, 192, 200, 201, 209, 224, 227, 228, 230, 244, 246, 261
Kleindöbern (Kreis Oppeln) 911, 912
Kleistdorf 577, 580, 583
vgl. Neukramzig
Kleschin 480, 512–514, 516, 517, 523, 535, 542
Kłódka Szlachecka 373
Klosterbrück 918, 919
vgl. Czarnowanz
Knurów (powiat Rybnik) 1030
Koben 925
Kobylagóra 679
Kobylanka Panieńska 403
Kobylarnia (powiat Szubin) 399
Kobyle (powiat Kościerzyna) 384
Kobylin (powiat Krotoszyn) 627, 637, 684, 708, 714
Kobylniki (powiat Nowy Tomyśl) 772
Königlich Neudorf (Kreis Oppeln) 833, 900
vgl. Bolko
Königlich Neudorf (Kreis Stuhm) 239
vgl. Neudorf
Königsberg 175, 177, 180, 207, 226, 234
vgl. Królewiec
Königsdorf (Kreis Flatow) 515–517
Kokocko 352
Kokoszkowy 399
Kollosomp 189
Kolmar 509, 519, 584
vgl. Chodzież
Kolno (powiat Międzychód) 638
Kołodziejewo 714
Komorowice (powiat Bielsko) 1021
Komorowice (powiat Nowy Tomyśl) 626, 732, 734, 764
Konary (powiat Inowrocław) 664, 900
Konarzew 627, 634, 662, 684
Kończyce (powiat Katowice) 1126
Konin 592, 601, 602, 648, 672, 707
Konitz 525
vgl. Chojnice
Kopanki 742
Kopaszyn 600, 601
Koronowo (powiat Bydgoszcz) 661
Koschmin 575
Kościan 680, 805
Kościelne 684, 697
Kościerzyna 366, 377, 382, 383
Kosobudy 335
Kosowo (powiat Wyrzysk) 662
Kossorowitz 900, 915
Koszęcin 1049, 1054
Kotusz 658, 665, 670, 684, 697, 715
Kowalewo (powiat Wąbrzesk) 315, 352
Kozibór 352
Koźmin (powiat Krotoszyn) 594, 708, 736
Koźminiec 594, 616–618, 626, 627, 700, 708
Krakau 479, 838, 872, 882, 953, 954
vgl. Kraków
Kraków 762, 1056, 1073
vgl. Krakau
Krammensee 525
vgl. Kramzig
Kramzig 481, 491, 492, 506, 512, 515, 516, 518, 568, 575
vgl. Krammensee
Krappitz 889
Krastuden 258
Kressengrund 942, 950
Kreuzwalde 916, 917
vgl. Biadacz
Krojanke 487, 498, 521, 527, 530, 531, 541

Krojanty 335
Królewiec 317, 324, 341, 343, 437, 668
vgl. Königsberg
Królewska Huta 982, 992, 993, 995, 997–1003, 1012, 1013, 1017–1019, 1027–1031, 1035, 1038, 1043, 1049–1052, 1055, 1056, 1116–1118, 1121
vgl. Chorzów
Krosno (powiat Śrem) 678, 700, 709
Krotoszewo 618
Krotoszyn 612, 627, 651, 665, 676, 708
Kruszki 662
Kruszwica 637
Krzemieniewo (powiat Leszno) 661, 677, 705
Krzycko Wielkie 661, 664, 704
Krzywiń 638
Krzywka 405
Krzywylas 764
Krzyżowniki (powiat Kępno) 597
Książ (powiat Śrem) 616, 698
Küstrin 588
Kunzendorf (Kreis Kreuzburg) 887
Kunzendorf (powiat Katowice / Kreis Kattowitz) 949
Kuschten 473, 554, 563, 575, 580, 582
Kuślin 617, 664, 681, 700, 722, 737, 739, 743, 749, 750, 752, 753, 755, 758, 761, 763, 764, 773, 780, 784, 790, 800
Kutschkau 571
Kuxen 258
Kwieciszewo 602
Kwiejce 651, 708

Laband 942, 944, 950, 959, 960
Łabiszyn 636
Lache 511
Lachmirowice 646
Łagiewniki (powiat Świętochłowice) 1027, 1131
Langendorf (Kreis Tost-Gleiwitz) 968
Łasin 352, 366, 386, 407, 409
vgl. Lessen
Laskowice 389
Laskowo (powiat Żnin) 680, 709
Lasocice 677, 685, 700
Lasówko 775
Lautenburg 302
Łazińska 700
Łaziska Górne 1042, 1052
Leboschowitz 944
Łęczno (powiat Nowy Tomyśl) 754, 794
Łęczyce 722, 740, 741, 744, 749, 762, 765, 770, 771, 775, 776, 780, 804, 806
Łęgnowo 636
Leipzig 229, 575
vgl. Lipsk
Łękno 664, 709
Lemberg 205, 954
vgl. Lwów
Leśniewo (powiat morski) 408
Leśnik 684, 685
Lesno 203
Leśnyfolwark 796
Lessen (powiat Grudziądz / Kreis Graudenz) 263, 271
vgl. Łasin
Leszno 594, 596, 627, 632, 645, 652, 653, 661, 664, 676, 685, 687, 691, 697, 700, 704, 714, 715, 763
vgl. Lissa
Lewice 808
Lewiczynek 662, 664, 680, 686, 697, 708, 721, 741, 753, 755, 758, 766, 767, 771, 777, 778, 781, 786, 790, 793, 795–798
Liebuch 559
Limbach (Kreis Meseritz) 575, 579
vgl. Schrompe
Lindenhain (Kreis Tost-Gleiwitz) 944
Lindenhöhe (Kreis Rosenberg) 894, 897
Liniewo 381

Linówko 407
Lipia Góra 683
Lipiny 890, 1083, 1107, 1117, 1121, 1131
Lippoldsberg (Kreis Hofgeismar) 1043, 1044
Lipsk 350, 362, 1074, 1104
vgl. Leipzig
Lisewo (powiat Chełmnio) 343, 352
Lisnowo 370, 405, 408
Lissa 706
vgl. Leszno
Liszkowo (powiat Wyrzysk) 645
Łobżenica 665, 676
Łobzowiec 700
Locarno 208, 303, 311, 313, 314, 349
Łochowo 654
Lodz 500
vgl. Łódź
Łódź 347, 594, 618, 649, 669, 670, 672, 683, 684, 697, 800, 1003, 1008, 1018, 1027, 1072, 1076, 1078, 1087, 1100, 1110
vgl. Lodz
Lötzen 182
Łomnica 741, 745, 751, 771, 776
Loslau 847
vgl. Wodzisław
Łowicz 478, 479
Lubcza (powiat Sępólno-Krajeńskie) 429
Lubie 944
Lubień (powiat Nowy Tomyśl) 744, 775, 793, 796–798
Lubiewo 414
Lublińiec 1049, 1056, 1083, 1102
vgl. Lublinitz
Lublinitz 832, 833, 837, 933
vgl. Lubliniec
Lubowitz 890
Łubowo 632, 708
Ludwiczynek 681
Lugetal 480, 482, 498, 509, 512–517, 519, 537
Lugnian 907, 908
Lutówko 419
Lutowo 423
Lwów 1094
vgl. Lemberg
Lwówek 78, 731, 735, 751, 755, 758, 764, 771, 772, 774, 783
Lwówek Odbudowanie 742
Lyck 215

Makau 887
Makoszowy 1126
Makowiec 391
Mała Cerkwica 438, 445
Malbork 374
vgl. Marienburg
Malino 901
Malinowo 263
Mały Kack 370
Marburg 299, 443
Margonin 661, 663, 697, 699, 724
Marienburg 169, 170, 173, 186, 200, 201, 229, 233, 271, 385, 849
vgl. Malbork
Marienhof 529
Marienwerder (Westpreußen) 169–174, 180, 181, 193, 200, 203, 210, 212, 213, 217, 228, 229, 232, 244–246, 250, 257, 258, 269, 271, 585, 892, 893, 964
Markdorf (Kreis Ratibor) 895
vgl. Markowitz
Markowitz 850, 936
vgl. Markdorf (Kreis Ratibor)
Martinau 958, 959
vgl. Rokittnitz
Marunowo 638
Mathesdorf 889
Mazańcowice 1021
Mazanki 411
Mechnacz (powiat Międzychód) 626, 691, 757
Mechtal 939, 943, 949, 955, 964, 967
vgl. Miechowitz
Meseritz 466, 468, 470, 486, 488, 503, 525, 555–557, 560, 576, 577, 584, 586

Mewe 206, 540
Miąskowo (powiat Kościerzyna) 638
Miasteczko (powiat Tarnowskie Góry) 1049
Miasto Kraińskie 665
Miechowitz 832, 842, 880, 931–933, 935
vgl. Mechtal
Miedzichowo 634, 664, 680, 681, 697, 700, 708, 721, 729, 730, 735, 738, 741, 742, 749, 750, 753, 755, 756, 758, 764, 771, 772, 774, 777–779, 781–783, 785–787, 789, 790, 793, 795–797, 800, 808
Międzychód 569, 570, 626, 638, 652, 662, 664, 678, 681, 685, 697, 700, 707, 714–717, 731, 737, 753, 763, 808
vgl. Birnbaum
Międzylesie (powiat Wągrowiec) 686
Międzyłęż 350
Międzyrzecze Górne 1038, 1069, 1094
Międzyrzecze (powiat Pszczyna) 1021
Miejska Górka 653, 697, 698
Mieleszyn 685
Mieścisko 626, 714
Mikołów 996, 1000, 1014, 1015, 1028, 1043, 1049, 1055, 1083
vgl. Nikolai
Mikstat 633
Mikultschütz 867, 869, 933, 935
vgl. Klausberg
Mikuszowice (powiat Bielsko) 1016, 1020, 1021
Miłosławice 600, 664, 714
Miłostowo 697
Minkowice 352
Mirahnen 203, 205, 231, 245, 253, 270, 271
Mitręga 735
Młotkowo 667
Mogilno 644, 691, 697, 704, 706
Mokainen 203
Mokre (powiat Chojnice) 335
Mokre (powiat Grudziądz) 377, 401, 408, 409
Monachium 324, 350, 687, 704, 756
s. München
Mórkowo 700
Morkowo 685
Mosina 684
Mosurau 890
Mrocza 443
Mühlenbach (Kreis Oppeln) 919
Müllerhof (powiat Sępólno-Krajeńskie / Kreis Zempelburg) 413
München
s. Monachium
München-Gladbach 478
Murcki 1012, 1031
Murowana Goślina 664, 684, 686, 697, 700, 708, 714
Murucin 616
Mysłowice 997, 1003, 1012, 1014, 1015, 1017, 1019, 1028, 1051, 1062, 1085–1087, 1091, 1092, 1108, 1126
vgl. Myslowitz
Myslowitz 950
vgl. Mysłowice

Nakel 909, 913–915
Nakło (powiat Tarnowskie Góry) 1028, 1116, 1119
Nakło (powiat Wyrzysk) 365, 646, 665
Nałęcza 661
Nałęczów 914
Nandel 564, 566
Narzym 335, 383
Naßlettel 575
Neisse 888
Nekla (powiat Środa) 686, 708
Neu Bentschen 499, 503, 504, 561, 568, 570, 573, 578, 585, 743, 797
Neu Kaletka 215
Neu Petzin 528, 529
Neu Schwente 514, 516, 517, 539

Neudeck (powiat Tarnowskie Góry / Kreis Tarnowitz) 933
Neudorf (Kreis Stuhm) 245, 260, 266, 270
Neuguth (Kreis Schlochau) 386
Neuhof (Kreis Schlochau) 386
Neuhuben 226
Neukramzig 483, 485, 488, 490–493, 495, 506, 507, 511–515, 517, 518, 574, 577, 849
vgl. Kleistdorf
Neumark (Kreis Stuhm) 203, 205, 239, 244, 250, 253, 260, 261
Neumittelwalde (Kreis Groß Wartenburg) 660
Neuschalkowitz 913
Neuschilln 467
vgl. Silna Nowa
Neustadt (Oberschlesien) 867
Neutomischel 524, 568, 573
vgl. Nowy Tomyśl
Neuwieck 417
Niechorz 419
Niechowo 390
Nieder Marklowitz 887
Niederkirch (Kreis Groß Strehlitz) 887, 888
Niedersteine (Kreis Groß Strehlitz) 897
Niegolewo 792
Niekielka 708
Niewierno 399
Nikolai 966
vgl. Mikołów
Nikolaiken (Kreis Stuhm) 189, 203, 205, 224–226, 234–239, 241, 245, 246, 249–251, 256, 261
Norymberga 362, 363, 365, 367, 1071, 1095
s. Nürnberg
Nowa Cerkiew (powiat Chojnice) 331, 339, 352
Nowa Wieś (powiat Katowice) 1019, 1036, 1038, 1070, 1087, 1121
Nowawieś Ujska 616, 626, 699
Nowawieś Wielka 677
Nowe Jankowice 341, 352, 373, 405, 409
Nowe Lignowy 363
Nowe Mosty 373
Nowe Polaszki 343, 365, 366
Nowe (powiat Świecie) 307, 315, 382, 383, 397
Nowemiasto (powiat Jarociń) 397, 634, 683, 708
Nowy Barkocin 343, 395
Nowy Młyn (powiat Poznań) 749
Nowy Tomyśl 568, 596, 598, 614, 616, 622, 624, 634–636, 656, 658, 679–681, 686, 691, 697, 704, 705, 707, 714, 717, 719, 721, 722, 728, 731–733, 735–739, 741, 743–745, 747–750, 753, 755, 757, 759–765, 767–790, 796, 798–800, 802, 804, 805, 807, 808
vgl. Neutomischel
Nowy Wiec 376
Nowydwór (powiat Nowy Tomyśl) 743, 798
Nowydwór (powiat Sępólno-Krajeńskie) 441
Nürnberg
s. Norymberga

Oberglogau 847, 867, 892
Oberhausen (Rheinland) 591
Obkas 438, 443
Obodowo 424, 442
Oborniki 383, 652, 662, 697, 709, 714
Obory (powiat Chełmno) 363
Obory (powiat Konin) 700
Obrzycko 679
Oczkowic 698
Oderwalde 960
Odry 310
Ogorzeliny 324, 339
Oksywja 305
Oldenburg (Oldenburg) 350
Olekszyn 624, 625, 653
Olesno 1117
Olszewka (powiat Sępólno-Krajeńskie) 335, 419

Olszewo 697, 714
Opalenica (powiat Nowy Tomyśl) 626, 740, 742, 743, 745, 750, 753, 754, 758, 765, 770, 772, 774–776, 788, 789
Opole 997, 1016
vgl. Oppeln
Oppeln 508, 583, 823, 824, 826–828, 830, 831, 833–836, 838, 839, 841, 845–850, 852, 853, 864, 865, 867–869, 872, 876, 877, 882, 885, 892, 900, 902, 903, 906, 908, 913–916, 918, 919, 921–923, 925, 934, 936, 948, 952–955, 964
vgl. Opole
Orchowo 662, 664, 684
Orłowo (powiat Wąbrzesk) 385
Ornontowice 1083
Ortelsburg 171, 205, 210, 214–216, 218, 523, 849
Orzegów 855
Orzesze 1019
Orzeszkowo (powiat Międzychód) 765
Osie 333, 379
Osieczna (powiat Leszno) 627, 677
Osiek (powiat Wyrzysk) 637
Osielsko 636
Osówko 405
Osowo 384
Ossowo 531
Ostróg (Kreis Ratibor / powiat Racibórz) 1116
Ostroppa 934, 935
vgl. Stroppendorf
Ostrów Wielkopolski 617, 619, 626, 627, 653, 659, 678
Ostrowite (powiat Chojnice) 331, 339, 343, 352
Ostrowo (powiat Wąbrzesk) 384
Ostrowy (powiat Chojnice) 330
Ostrzeszów 678, 707
Ottlau 258
Ottmuth 886
Owczarki 333, 375, 377, 400, 407
Owieczki (powiat Gniezno) 683, 685, 700, 714
Pąchy 634, 736, 738, 800
Padniewo 716
Pakosław (powiat Rawicz) 629, 678
Pamiętowo 424
Panwitz 571
Paproć (powiat Nowy Tomyśl) 618, 722, 733, 739, 740, 745, 761, 763, 767, 768, 770, 772–774, 776, 778, 779, 786–788, 790
Paproć (powiat Pszczyna) 1044
Parchowo 386
Parzęczewo (powiat Jarociń) 749
Pasewalk 386
Patschkau (Kreis Neisse) 1041
Peiskretscham 942, 955, 956
Pelplin 339, 375, 394, 530
Pęperzyn 335, 441, 452
Pępowo (powiat Gostyń) 714
Pesken 540
Pestlin 205, 226, 230, 231, 241, 244, 245, 249–251, 253, 261, 266
Peterswalde (Kreis Stuhm) 203, 226
Piaseczno (powiat Sępólno-Krajeńskie) 432, 433
Piaski (powiat Grudziądz) 370
Piaśniki 1011
Pieńki Królewskie 408
Pierławka 350
Piła 312, 316, 317, 378, 592, 671
vgl. Schneidemühl
Pilzendorf 943
Piotrowo (powiat Szamotuły) 684, 698, 701, 716
Piotry 767
Pisarzowice (powiat Kępno) 597, 679, 707
Platenheim 523, 890
Plemięta 410
Pleszew 592, 708, 735
Płocicz 438
Płosków 424, 425
Płośnica 369
Płowo 447
Płużnica 367

Pniewy (powiat Szamoptuły) 634, 662, 666, 698, 714
Pobiedziska 617, 626, 704
Podgórz 315
Podrusen 527, 534, 539
vgl. Preußenfeld
Podwęgierki 686
Podwiesk 352, 363
Pogorzela 708
Połajewo (powiat Czarnków) 676, 708
Połęczyno (powiat Kartuzy) 333, 334, 392
Polonia 963
Polskawieś (powiat Gniezno) 685, 700
Poniec 616, 645, 676, 685, 707
Ponin (powiat Gostyń) 680
Poppelau 833, 885, 905
Poremba 938
Poroż Stary 715
Portschweiten 171, 225, 232, 260, 266
Posemuckel 488, 561
Posen 181, 187, 188, 191, 217, 230, 232, 238, 250, 263, 478–480, 528, 529, 577, 585, 706, 934
vgl. Poznań
Posenbrück 583
Posilge 226
Poznań 307, 309, 312, 313, 323, 325, 331, 332, 335, 336, 350, 354, 367, 375, 393, 395–397, 401, 428, 439, 442, 450, 592, 594–598, 600, 601, 603–605, 607, 614–618, 624, 626–630, 632–635, 637, 638, 642, 645–649, 651–653, 657, 658, 660–663, 665–668, 670–672, 674, 675, 682–684, 687, 689–691, 695, 697, 698, 701–704, 706, 708, 709, 713, 714, 716–720, 725–727, 730, 731, 735, 738, 739, 744–746, 748–751, 754, 757, 760, 761, 763–765, 769, 775, 780, 781, 783, 788, 790, 795, 797, 801, 806–808, 992, 1076, 1078, 1084, 1124, 1125
vgl. Posen
Prądówka 664, 686, 721, 722, 734, 735, 743, 778, 781, 793, 794
Prażuchy Stare 685, 686, 700, 715
Prechlau 499
Preisdorf (Kreis Oppeln) 923
Preußenfeld (Kreis Flatow) 491, 512, 517
vgl. Podrusen
Preußisch Stargard 257
vgl. Starogard
Preußischdamerau 224, 245, 253, 260
Prittisch 511
Proskau 901
Pruszcz (powiat Świecie) 352, 363
Przepałkowo 419, 423, 424
Przybysław (powiat Inowrocław) 619
Przychodzko 619, 745, 747, 771, 772
Przyłęk (powiat Nowy Tomyśl) 686, 702, 722, 732–734, 736, 739, 740, 755, 757, 759–761, 763, 769, 773, 777, 778, 781, 786–789, 808
Przysieka (powiat Gniezno) 647
Przytocznica 721
Psary (powiat Lubliniec) 1050
Pszczew 794
vgl. Betsche
Pszczyna 1000, 1028, 1031, 1042, 1055, 1069
Puck 315, 331, 335, 339, 368, 392

Quellengrund (Kreis Groß Strehlitz) 897

Rąbczyn (powiat Wągrowiec) 629
Racibórz 1114, 1116, 1117
vgl. Ratibor
Raczyn 663
Radawnitz 480, 512–517, 537, 539, 555
Radojewice 617, 677
Radojewo 648
Radusz 715, 716
Radwanki 663
Radzicz 399

Radzionkau 856
vgl. Radzianków
Radzionków 996, 1016, 1049, 1119, 1120
vgl. Radzionkau
Radzyn (powiat Grudziądz) 331, 340, 404, 405, 407, 408, 410, 411
Radzyń-Wieś 411
Rakoniewice 603, 617, 678, 701, 709
Ramsen (Kreis Königsberg) 257
Randsdorf 895, 950
vgl. Wieschowa
Raschau (Kreis Oppeln) 915
Raszkowo (powiat Ostrów) 627
Ratibor 830, 847, 848, 853, 861, 863–865, 867, 869–872, 876, 889, 892, 936, 937
vgl. Racibórz
Ratibor-Studen 887
vgl. Studen
Rawicz 306, 600, 617, 618, 626, 632, 647, 652, 653, 662, 666, 678, 684, 686, 697, 698, 700, 702, 714, 716
Recklinghausen 416
Rehagen (Kreis Teltow) 921
Rehhof (Kreis Stuhm) 226
Reichandres 258
Reinschdorf (Kreis Cosel) 889
Reinwasser 305
Reisern 919
Rękawczynek 685, 700
Reńsko 631, 685, 700
Richnau 540
Richtersdorf 934, 940, 944, 945
vgl. Gleiwitz-Richtersdorf
Riesenburg 173
Rogalin (powiat Sępólno-Krajeńskie) 419, 443
Rogau (Kreis Oppeln) 906, 907, 917
Rogowo (powiat Żnin) 635, 662, 709
Rogoźno (powiat Oborniki) 599, 614, 627, 706, 707, 709, 720, 739
Rojewice 677
Rojewo (powiat Inowrocław) 664
Rokittnitz 832, 932
vgl. Martinau
Romanowo Dolne 676, 685, 699, 708
Romanowo Górne 683
Rościmin 662
Rosenau 203
Rosenberg (Oberschlesien) 846, 848, 853, 867, 890, 892, 896, 907
Rosko (powiat Chodzież) 644
Rosko (powiat Czarnków) 714
Rostarzewo 603, 678, 684, 691, 709, 714
Róża Nowa 754, 757
Róża (powiat Nowy Tomyśl) 766
Rozdzień-Szopienice 1003
Ruda (powiat Krotoszyn) 617
Ruda (powiat Świętochłowice) 946, 954, 963, 1011, 1012, 1028, 1038, 1116
Ruden (Kreis Flatow) 513–517
Rudna 665
Rudniki (powiat Nowy Tomyśl) 749
Rudweiler 882
Rudzisken 216
Rybieniec (powiat Gniezno) 661
Rybnik 865, 987, 991, 996, 1011, 1029, 1032, 1049, 1051, 1063, 1074, 1082, 1083, 1087
Rybno (powiat Gniezno) 661, 683
Rychnowo (powiat Grudziądz) 350
Rychtal 597, 602, 616, 626, 679, 707
Ryczywół 617, 619, 709, 716
Rydułtowy 1064
Rydzyna 677, 705
Rynarzewo 389, 636
Rytel 335
Rywałd Szlacheckie 405
Rzegnowo 685
Rzgów 594

Sadluken 253, 261, 272
Salesche (Kreis Groß Strehlitz) 870
Sampohl 386, 499

Sandowitz 870
Sandwiesen 942, 950
Sankt Annaberg 964
Sarbia (powiat Czarnków) 699
Sarbka (powiat Czarnków) 685
Sątopy 635, 662, 664, 680, 681, 686, 697, 707, 731, 737, 742, 744, 749, 751, 753–756, 760–762, 764, 769, 771, 772, 775, 778, 780, 781, 786–790, 805, 807
Sauerbaum 205
Schakanau 942
Scharzig 467–469, 492, 496, 497, 505, 554–560
Schierakowitz 944
Schierokau 889
vgl. Breitenmarkt
Schieroth 944
Schilln 467
Schneidemühl 465, 478, 486, 487, 493, 499, 502, 509, 514, 516, 519, 522, 533, 541, 545, 546, 554–560, 576, 950, 960
vgl. Piła
Schönbrück (Kreis Allenstein) 202
Schönbrück (powiat Grudziądz / Kreis Graudenz) 263
Schönfelde (Kreis Allenstein) 202, 215
Schönlanke 638
vgl. Trzcianka
Schönwald (Kreis Tost-Gleiwitz) 942, 943
Schönwiese (Kreis Stuhm) 170, 203, 205, 224
Schomberg 829, 832, 889, 943, 962, 965
Schonowitz 887
Schoppinitz 949
vgl. Szopienice
Schrompe 481, 503, 554, 564, 570, 575, 578, 579
vgl. Limbach
Schwente 480, 512–517, 528, 534, 539, 541
Schwichotschin 467, 469, 470
Schwiebus 564, 582–585, 794
Schwientochlowitz 949
vgl. Świętochłowice
Seedorf (Kreis Flatow) 512, 514, 516, 517
Seefelde 512, 515, 517, 523
Sękowo (powiat Nowy Tomyśl) 728, 743, 771, 773, 806
Sępólno 295, 308, 331, 334, 335, 343, 355, 365, 375, 382, 388–390, 401, 413–415, 417–420, 422, 423, 427, 429–431, 433, 434, 436, 437, 439–451, 767, 772
vgl. Zempelburg
Sępólno-Grochowiec 418
vgl. Grochowiec
Serock (powiat Świecie) 352
Siemianowice Śląskie 1000, 1016, 1019, 1030, 1036, 1038, 1044, 1049, 1055, 1059, 1074, 1097, 1112, 1114, 1115, 1122
vgl. Siemianowitz
Siemianowitz 955
vgl. Siemianowice Śląskie
Siemkowo 389
Sienno (powiat Bydgoszcz) 623, 636
Sieraków (powiat Międzychód) 525, 627, 662, 664, 678, 697, 708, 715–717
Sierakowice 333, 370, 386
Sikorska Huta 373
Sikorz 415, 419, 423, 448
Silna Nowa 788, 800
vgl. Neuschilln
Silno (powiat Chojnice) 330, 331, 339
Sitno (powiat Sępólno-Krajeńskie) 335, 430, 436, 440–442
Skaibotten 215
Skąpe (powiat Toruń) 377
Skarszewy (powiat Kościerzyna) 315, 330, 365, 367, 375–379
Skietz 471, 528, 534, 535
vgl. Kietz (Kreis Stuhm)
Skoczów 1021, 1105
Skoki 691, 698, 709, 716
Skórcz 336, 381

Slawianowo 471, 486, 491, 528, 532, 534, 535
vgl. Steinmark
Śliwice 335
Śliwno 742, 772, 780, 798
Słocin 774, 775
Słonawy (powiat Szubin) 636
Słoszewy 347
Słup (powiat Grudziądz) 331
Słupowo 626, 633
Śmigiel 617, 632, 652, 665, 702, 704, 715, 757, 769
Śmiłowo (powiat Chodzież) 685
Śmiłowo (powiat Sępólno-Krajeńskie) 414
Smoguszewice 790
Smolniki (powiat Szubin) 636
Sokołow Podlaski 266, 270
Sokołowo-Budzyńskie 614, 685
Soldau 173, 175, 181, 182, 187, 236, 263
vgl. Działdowo
Solec Kujawski 658, 661, 677
Solec (powiat Bydgoszcz) 591
Sopot 324, 378, 442
vgl. Zoppot
Sorowski 890
Sośnica (powiat Krotoszyn) 634
Sośnie (powiat Ostrów) 626, 689, 690
Sosnitza 940
vgl. Gleiwitz-Oehringen
Sośno 335, 383, 424, 430, 436, 440, 442, 443, 447, 450, 451
Sosnowiec Wielki 636
Śrem 727
Środa 335, 336, 647, 678, 681, 684, 708, 724, 727
Städtisch Dombrowa 882
Stajkowo 653, 676, 708
Stalun 467–469, 487, 492, 505, 554–556, 558–560
Stanislewo 203
Starawieś 663, 664
Stare Bielsko 995, 1021
Stare (powiat Nowy Tomyśl) 680, 686
Starogard 298, 299, 330, 331, 335, 336, 343, 348, 354, 355, 365, 376, 377, 384, 391–394, 399
vgl. Preußisch Stargard
Staromieście 570
Stary Folwark 740, 741, 752, 753, 770, 771, 773, 782, 783, 788, 793–795, 797, 798, 800
Stary Tomyśl 743, 752, 753, 774, 777, 780, 786
Stary Toruń 353, 380
Stefanowo (powiat morski) 380
Stefanshöh 914, 923
Steinau (Kreis Flatow) 486, 490, 491, 497, 511, 512, 515, 517
vgl. Glubschin
Steinmark (Kreis Flatow) 511–517, 523
vgl. Slawianowo
Stentsch 557
Stęszew 807
Stettin 229
vgl. Szczecin
Stewnitz 480, 512, 514, 516, 517, 524, 528, 534
Stillersfeld 943, 959, 962
vgl. Stollarzowitz
Stoki (powiat Międzychód) 467
Stollarzowitz 832
vgl. Stillersfeld
Stopka 661
Straduna 901
Straszewo 204, 205, 253
Striewo 203
Stroppendorf 942, 944
vgl. Ostroppa
Strumiany (powiat Gostyń) 683, 714
Strzałkowo 625, 665
Strzelno (powiat Mogilno) 664, 678, 684, 685, 700, 705
Strzydzewiec 700
Strzyżew (powiat Krotoszyn) 633, 634
Strzyżewo (powiat Nowy Tomyśl) 664, 686, 721, 722, 731, 734, 741, 742, 744–748, 755, 757, 772, 775–777, 781

Strzyżwo Paczkowe 709
Studen 870
vgl. Ratibor-Studen
Stuhm 169–171, 173, 175, 181, 186, 189, 193–196, 200–205, 209, 210, 212, 224–228, 230, 232–234, 238, 240, 243–246, 250–254, 256, 259, 260, 264, 266, 271, 849
vgl. Sztum
Stuhmsdorf 258
Stuttgart 344, 350, 668, 671, 998, 1095
Subkowy 352
Suchoraczek 414, 419
Sudoll 888
Suleczyno 370
Swięcia 684
Świecie 295, 315, 330, 335, 384, 684
Świerklańiec 1049, 1056, 1073, 1083, 1120
Świętochłowice 1002, 1003, 1013, 1027, 1028, 1031, 1063, 1083, 1103, 1117, 1131
vgl. Schwientochlowitz
Świniary 677, 708
Sworzyce (powiat Nowy Tomyśl) 775, 804
Sycowa Huta 597
Sypniewo (powiat Sępólno-Krajeńskie) 335, 419, 420, 430, 431, 442, 449, 471
Szabda 369
Szamocin 661, 663, 685, 691, 717
Szamotuły 626, 634, 662, 684, 698, 717
Szarki Stare 804
Szczecin 336, 341, 398
vgl. Stettin
Szczodrowo (powiat Kościerzyna) 376
Szembruk 407
Szklarka Trzcielska 742, 771, 772, 793, 795
Szopienice 1003, 1050, 1092
vgl. Schoppinitz
Sztum 329
vgl. Stuhm
Szubin 399, 636, 664, 676
Szymbark (powiat Kartuzy) 331
Szynwałd (powiat Sępólno-Krajeńskie) 424

Tabor Wielki 679, 707
Tannenberg 217, 268, 725
vgl. Grunwald
Tarkowo 388, 663
Tarnau (Kreis Oppeln) 824, 830, 900, 901, 915, 916
Tarnowa 686
Tarnowitz 263, 933, 950
vgl. Tarnowskie Góry
Tarnówko (powiat Czarnków) 708
Tarnowskie Góry 582, 585, 669, 989, 990, 1011, 1014–1016, 1025, 1027, 1030, 1031, 1038, 1044, 1048, 1049, 1051, 1055, 1062, 1066, 1073, 1081, 1083, 1087, 1107, 1118, 1120
vgl. Tarnowitz
Tarszewo 699
Tczew 295–298, 300, 307, 308, 315–317, 323, 329–331, 333, 334, 336, 339, 341, 343, 347, 350–352, 354, 357, 363, 365, 367, 373–375, 377–380, 394, 401, 408, 431, 437, 442
vgl. Dirschau
Teklanowo 425
Telkwitz 227, 228, 258
Teschen 962
vgl. Cieszyn
Thorn 197, 215, 230, 234, 250, 257, 263, 264
vgl. Toruń
Tiefenau (Kreis Marienwerder) 205, 540
Tiefensee (Kreis Stuhm) 226
Tillendorf (Kreis Stuhm) 258
Tilsit 206, 207
Tirschtiegel 577
vgl. Trzciel
Tłoki Nowe 619

Toczeń 743, 774, 793, 794
Topolinek 384
Topolno 352, 399
Toruń 295, 301, 309, 313, 315, 323–327, 330–334, 336–340, 344–347, 349–351, 354, 355, 357, 364, 367, 378, 379, 383, 391, 393–396, 400, 401, 418, 671, 721, 739, 800
vgl. Thorn
Trembowla 1029
Troop 206
Trzcianka 638, 742, 743, 772, 780, 809
Trzciel 607, 794, 808
vgl. Tirschtiegel
Trzeciewiec 663
Trzek 662
Trzemeszno (powiat Mogilno) 700, 714
Tschicherzig 485
Tuchola 300, 310, 335, 343, 344, 351, 355, 383, 418, 419
Tuchorza 678, 709
vgl. Tuchorze
Tuchorza Nowa 664, 686, 716
Tuchorza Stara 714
Tuchorza Wola 701
Tuchorze 585
vgl. Tuchorza
Tütz 537
Turek 690, 699
Turkowo 744, 749
Tworkau 886
Tylice (powiat Brodnica) 347

Uciąż 427
Ujście 691, 699
Ułanowo 707
Unruhstadt 485, 492
Urbanowo 756, 778, 787
Ustrom 962
Ustroń 962

Vogtsdorf 826, 895, 902, 921, 922
Vorwerk (Kreis Oppeln) 921
vgl. Follwark

Wąbrzeźno 302, 389
Wäldchen (Kreis Oppeln) 918, 919
vgl. Borrek
Wąglewskie 684
Wągrowiec 594–596, 626, 662, 664, 666, 678, 691, 706, 709
Wałdówko (powiat Sępólno-Krajeńskie) 414
Wałdowo (powiat Sępólno-Krajeńskie) 343, 363, 373, 385, 424–426, 430, 440, 441, 447
Walzen (Kreis Neustadt O/S) 887
Wapienica 1016, 1021
Waplitz (Kreis Stuhm) 249, 253, 257, 261
vgl. Groß Waplitz
Warlubie 373
Wartenburg (Kreis Allenstein) 217
Wąsowo 751
Watorowo 399
Wawrzynki 427, 439
Węgielnia 731, 773
Węglewo (powiat Chodzież) 626, 715
Wejherowo 297, 312, 330, 331, 343, 370, 384, 392
Wellendorf (Kreis Ratibor) 888
Wełnowiec 988
Werkowo 644
Wewelsburg 416
Wiąg 352
Więcbork 302, 315, 330, 335, 356, 372, 413, 415, 417, 419, 421, 427, 430, 431, 436, 437, 440–443, 445, 449, 451, 452, 619, 751
Wieczyn 634
Wieldządz 343, 352
Wieleń nad Notecią 600, 675, 708, 714
Wielichowo 634
Wielka Klonia 424
Wielka Kozia 593, 597
Wielka Zławieś 352, 363, 373
Wielki Kack 324
Wielkie Hajduki 990, 997, 1000, 1027, 1028, 1036, 1038, 1117, 1121, 1131
vgl. Hajduki Wielkie

Wielkie Komarsko 392
Wielopole (powiat Turek) 683, 684
Wierzchy (powiat Konin) 700
Wierzebaum 482, 559
Wierzyce 663
Wieschowa 928
vgl. Randsdorf
Wieshuben 944
Wieżyca (powiat Kartuzy) 389
Wilhemshaven 718
Wilkowice (powiat Leszno) 677
Wilkowo (powiat Sępólno-Krajeńskie) 424, 443
Winau 918, 921
Windeck 898
Windeck-Hohenbirken 898
vgl. Hohenbirken-Windeck
Wioska 617, 636
Wiśniewo 423
Witkowo (powiat Gniezno) 707
Witunia 431
Włocławek 384
Włóki 636
Włościbórz 335, 424, 436, 441
Wodzisław (powiat Rybnik) 996, 1002, 1018, 1029, 1030, 1044, 1048
vgl. Loslau
Wohlingen 942
Wola Dąbrowieckka 618
Wółki 396
Wollendorf (Kreis Rosenberg) 894, 897
Wollstein 509, 519, 577, 581
vgl. Wolsztyn
Wolsztyn 604, 617, 634, 638, 660, 663, 664, 666, 673, 678, 686, 701, 702, 704, 708, 716, 720, 726, 749, 756, 761, 763, 764, 784, 804
vgl. Wollstein
Woynowo 489, 492
Wrocław 629, 653, 671, 998, 1013, 1026, 1082, 1088, 1091
vgl. Breslau
Wronki 666
Września 625, 679, 695, 701
Wuttrienen 216, 230
Wyganów 617
Wymyślanka 742
Wymysław 715
Wyrzysk 396, 622, 665
Wysoka (powiat Tuchola) 392
Wysoka (powiat Wągrowiec) 701
Wysoka (powiat Wyrzysk) 397
Wyszyny 715

Zabelkau 887
Żabikowo (powiat Poznań) 790, 795
Zaborze 935, 1118
vgl. Hindenburg-Ost
Zabrze 993, 997, 1114, 1118
vgl. Hindenburg
Zabrze-Ellguth 888
vgl. Ellguth-Zabrze
Zachodzko 741, 744, 770, 775, 793, 795
Zagórze (powiat morski) 479
Zakopane 960, 964, 1010
Zakrzewko (powiat Nowy Tomyśl) 743
Zakrzewko (powiat Toruń) 452
Zakrzewo (Kreis Flatow) 464, 471, 476–478, 480, 485, 486, 489, 491, 492, 494, 497–499, 501, 502, 506, 509–519, 528, 531, 532, 534, 535, 539, 542–546, 549, 550, 557, 560, 849, 866
vgl. Buschdorf
Zakrzewo (powiat Konin) 699
Zakrzewo (powiat Rawicz) 698, 738
Zakrzewska Osada 440
Zalesie (powiat Sępólno-Krajeńskie) 425
Zamarte 430
Zamęty 700
Zamysłów 627
Zaniemyśl 634, 662, 678, 684
Żarczyn 626, 665, 716, 717
Żarnowiec (powiat morski) 385
Zarośle (powiat Brodnica) 347
Zarośle (powiat Grudziądz) 408
Żary 1002

Zatom Nowy 685, 715
Zawada (powiat Nowy Tomyśl) 793, 795
Zawodzie (powiat Katowice) 993, 1013
Zbąszyń 568, 570, 617, 662, 680, 681, 697, 700, 733, 737, 742–744, 746–748, 756, 757, 764, 773–775, 777, 779–781, 786–788, 790, 804, 805, 807, 808
vgl. Bentschen
Zbiersk 700
Zboże 415, 428, 432
Zduny (powiat Krotoszyn) 617, 654, 708
Zelowo 405
Zempelburg 471, 525
vgl. Sępólno-Krajeńskie
Zernik 940, 941
vgl. Gleiwitz-Gröling
Zgniłobłoty 331, 347
Ziegenhals (Kreis Neisse) 916
Zielomischel 505
Zielonka (powiat Sępólno-Krajeńskie) 430
Zigahnen 258
Złotniki (powiat Poznań) 592
Zmierzyniec 664
Zoppot 184
vgl. Sopot
Żory 1054, 1063, 1071, 1086
Zrazim 680, 709
Züllichau 580
Żukowo (powiat Kartuzy) 343, 352
Żurczyn 389
Zwierzyniec 697